Alphabetisches

Repertorium

zur

Gesetzgebung des Königreichs Sachsen

von

Wilhelm Theodor Richter
K. S. Appellationsrath.

**Dritte,
verbesserte, und bis auf die neueste Zeit ergänzte
Auflage.**

[illegible]te Lieferung, Preis 20 Ngr.

vollständig in 10 bis 11 monatlichen Lieferungen à 20 Ngr.

Verlag von Bernhard Tauchnitz

Leipzig 1860.

Die Besitzer der 3ten Auflage des Repertorium zur Gesetzgebung des Königreichs Sachsen

werden ersucht, im Artikel „**Juden**" zu No. 1. 3. 14. v. o. hinter „worden", ferner zu No. 4. hinter „141" u. zu No. 5. 6. 8. u. 26. noch eine Verweisung auf die Bestimmungen im Art. „**Reichsgesetze**" I. 5. nachzutragen.

Wilhelm Theodor Richter's Repertorium.

Erster Band.

Alphabetisches
Repertorium

zur

Gesetzgebung des Königreichs Sachsen

von

Wilhelm Theodor Richter
K. S. Appellationsrath.

Dritte, bis auf die neueste Zeit ergänzte Auflage.

Erster Band.

Verlag von Bernhard Tauchnitz
Leipzig 1861.

Die Besitzer der gegenwärtigen Ausgabe des Repertorium zur Gesetzgebung des Königreichs Sachsen werden ersucht, in ihren Exemplaren bei folgenden Artikeln, und zwar bei

Abgaben no. 11.: auf das G. v. 11. Dec. 1860. u. die V. v. 12. Dec. 1860. G.S. v. 1860. S. 177. 179.,
Advocatenkosten: auf die V. v. 2. Nov. 1860. G.S. S. 175.,
Aichämter: auf den Artikel: Schankgläser,
Anlagen no. 12.: auf die V. v. 1. Oct. 1860. G.S. S. 163.,
Baugewerken: auf den Art.: Meisterrecht,
Begräbniß no. 6.: auf den Art.: Leichen,
Berg- u. Hüttenwesen: auf den Art.: Steinkohlen,
Bockwa, die Eisenbahngesellschaft: auf das Decr. v. 6. Nov. 1860. G.S. S. 173. f.,
Commissionswaaren: auf den Art.: Wechselrecht,
Chemnitz, wegen der Anleihe von 250000 Thlrn.: auf die Bek. v. 14. Juli 1860. G.S. S. 150., und wegen des Unterstützungsvereins für Handlungsgehilfen: auf das Decr. v. 26. Sept. 1860. G.S. S. 169.,
Dismembration no. 19.: auf den Art.: Reallasten, 5.,
Dresden, wegen der Landesblindenanstalt: auf die Bek. v. 2. Jan. 1861. G.S. S. 16. f., wegen der Allgemeinen Versicherungsanstalt für See-, Fluß- und Land-Transport: auf das Decr. v. 4. Febr. 1861. G.S. S. 12. f., und wegen des Vereins zum Schutze der Thiere: auf das Decr. v. 11. Dec. 1860. G.S. S. 239. f.,
Durchgangszoll: auf das G. v. 20. Febr. 1861. G.S. S. 22.,
Eibenstock, wegen der Sparcasse: auf das Decr. v. 24. Dec. 1860. G.S. v. 1861. S. 3.,
Eisenbahnen, wegen der Bockwa-Oberhohndorfer Kohlenbahn: auf die V. v. 20. Aug. 1860. G.S. S. 155., und wegen der Weichen- und Zweiggleisanlage aus dem Hauptgleise der Obererzgebirgischen Staatseisenbahn in Schedewitzer Flur: auf die V. v. 28. Aug. 1860. G.S. S. 156.,
Finanzministerium: auf den Art.: Steinkohlen,
Gerichte no. 5.: auf den Art.: Recrutirung, 7.
Gerichtsbezirke: auf die Art.: Hohnstein, Rochlitz,
Glauchau, wegen der Grabe-, Pensions- und Unterstützungscasse der Lehrer der Ephorie Gl.: auf die Bek. v. 22. Dec. 1860. G.S. v. 1861. S. 6.,
Grüna, wegen des Steinkohlenbauvereins: auf das Decr. v. 3. Dec. 1860. G.S. S. 237. f.,
Lengenfeld (im Voigtlande), wegen der Anleihe: auf die Bek. v. 10. Jan. 1861. G.S. S. 9.,
Meißen, wegen der Sparcasse: auf das Decr. v. 21. Nov. 1860. G.S. S. 175.,

Nossen, wegen der Leipziger Papierfabrik zu N.: auf das Decr. v. 9. Jan. 1861. G.S. S. 61.,

Oberhohndorf no. 2., wegen der Anleihe: auf das Decr. v. 30. Jan. 1861. G.S. S. 11.,

Oberlausitzer landständ. Bank, no. 16.: auf den Statutennachtrag G.S. v. 1861. S. 15. und das Decr. v. 25. Jan. 1861. ib. S. 13.,

Realschulen: auf die V. v. 7. Jan. 1861. G.S. S. 16.,

Scheibenberg, wegen der Sparcasse: auf das Decr. v. 24. Dec. 1860. G.S. v. 1861. S. 2., und bei

Sparcassen: auf die Art.: Eibenstock, Scheibenberg, Wehlen,

zu verweisen. Dieß vorausgesetzt, erstreckt sich der Inhalt dieser Auflage des Repertorium bis zu und mit S. 24. des Gesetz- und Verordnungsblattes v. J. 1861.

Nachricht für den Gebrauch des Repertorium.

Die Quellen, auf welche das Repertorium verweist, sind, wie bei der ersten Auflage, der Codex Augusteus mit seinen drei Fortsetzungen, das Oberlausitzer Collectionswerk, das General-Gouvernementsblatt, die officielle Gesetzsammlung und der im Jahre 1840. bei Bernhard Tauchnitz vom Verf. herausgegebene Codex des im Königreiche Sachsen geltenden Kirchen- und Schul-Rechts. Die Proceßordnungen und die Allgemeine Vormundschaftsordnung sind wieder nach den bekannten Handausgaben in IVto citirt, und einige Male ist das Corpus juris ecclesiastici Sax., sowie, wegen der unedirten Constitutionen, Haubold's Handbuch einiger der wichtigsten Chursächsischen Gesetze angeführt worden.

Der Plan des Ganzen ist auch in der gegenwärtigen Dritten Auflage beibehalten. Nach diesem sind unberücksichtigt geblieben: alle in jene Quellen aufgenommenen Bestimmungen, welche nur vorübergehende Verwaltungsmaßregeln, ohne alle Wirkung auf noch bestehende Einrichtungen, Zustände, oder Rechtsgrundsätze, ferner blose Nachrichten enthalten, die zwar geschichtlich von Werth, aber auf Verfassung und Recht der Gegenwart ohne Einfluß sind. Mithin sind z. B. solche Verfügungen wie Anordnungen vorübergehender allgemeiner Feierlichkeiten, Aussetzung landwirthschaftlicher Preisaufgaben auf gewisse Jahre, Steuerausschreiben, insofern sie keine Grundsätze dauernder Geltung aussprechen, Verordnungen zu Einberufung der Stände zu gewissen Landtagen, Ernennungen bestimmter Personen zu Landtagsabgeordneten, Aufforderungen zur Anmeldung Behufs der jährlichen Recrutirung, die Verlegung einzelner Feiertage auf den nächsten Sonntag, Vorschreibung bestimmter Predigttexte, Maßregeln in Folge von einzelnen Truppendurchmärschen, Lieferungen, Spannungen ꝛc. über-

gangen worden. Ferner konnte, mit Ausnahme einiger weniger noch jetzt wirksamer allgemeiner Grundsätze, die gesamte Accisgesetzgebung unbeachtet bleiben.

Bei dem Aufgenommenen ist festgehalten worden, daß das Repertorium sofort und mit möglichster Vollständigkeit nachweisen soll: alle allgemeinen Grundsätze der Verfassungs- u. Verwaltungsgesetze des Königreichs, seines Civil- und Criminalrechts, des für beide bestehenden Processes, und überhaupt alle Bestimmungen für das Leben in diesem Staate, welche Jedermann kennen soll und für seine Bewegung in der Gesellschaft zur Richtschnur zu nehmen hat; ferner alle Vorschriften, welche die Beamten, Sachwalter u. A. m. in dringenden geschäftlichen Fällen, oder bei Unmöglichkeit augenblicklicher Einsicht in die Quellen, oder weil die Bestimmungen über Einen Gegenstand durch viele Gesetze und Bände zerstreut sind und nicht ohne großen Zeitverlust aufgefunden werden können, übersichtlich beisammen zu haben wünschen müssen.

Alles Andere konnte im Repertorium mehr registermäßig nachgewiesen werden, und dahin gehörten namentlich, außer dem nur die Verfassungs- und Rechtsgeschichte Angehenden, alle Instructions-Bestimmungen für einzelne Beamtenclassen, ferner alle nur auf vorübergehende Zustände berechneten Erlasse, oder solche, welche aus Gründen nach kurzer Zeit an Interesse verlieren werden, oder einer baldigen Abänderung unterliegen, oder welche ganz specielle Rechtspartieen oder Verwaltungszweige betreffen, und den dadurch Betheiligten, insbesondere den betreffenden Beamten ohnehin zur Hand sind.

In dieser Gestaltung will das Repertorium noch heute nicht mehr sein, als ein vorzugsweise für die verschiedenen praktischen Bedürfnisse eingerichtetes Mittel zu getreuer und schneller Ausübung der Gesetze des Landes.

Erklärung der gebrauchten Abkürzungen.

Acc.	Accis, Accise.
Adv.O.	Advocatenordnung.
Aich=O.	Aichordnung.
A.T.A.	Ausschußtagabschied.
Avert.	Avertissement.
Anschl.	Anschlag.
Abl.G.	Ablösungsgesetz.
Amtsh. / Amtshauptm.	Amtshauptmann—schaft.
A.u.G.O.	Amts= u. Gerichtsordnung.
A.St.O.	Allgemeine Städteordnung.
A.P.O.	Alte Proceß=Ordnung.
ang.	angeführt, angegeben.
angez.	angezeigt.
Anh.	Anhang.
A.O.	Armen=Ordnung.
Art.	Artikel.
Art.=Br.	Artikelsbrief.
b.	bei.
B.M.	Bankeroutier=Mandat.
B.O. oder / Berg.O.	Berg=Ordnung.
BergPr.M.	Bergproceß=Mandat.
Bergresol.	Bergresolution.
Bef.	Befehl.
Bek.	Bekanntmachung.
Best.	Bestimmung.
C.	Continuatio.
Conf.	Confirmirt.
C.A.	Codex Augusteus.
Cons.	Consumtion.
Const.	Constitutio.
Cap.	Caput.
Cons. Consist.	Consistorium, Consistorial—
Cr.Gb.	Criminal=Gesetzbuch.
Dec.	Decisio.
d.	der, die, das.
Dec.Bef.	Decisiv=Befehl.
Dec.Rescr.	Decisiv=Rescript.
Decl.	Declaration.
Decr.	Decret.
D.F.O.	Dorffeuerordnung.
derj., diej.	derjenige, diejenige.
ders., dies.	derselben, dieselben.
Dik.	Dikasterium, Dikasterien.
Duellmand.	Duellmandat.
Ed.	Edict.
El.V.Sch.G.	Elementar=Volks=Schulen=Gesetz.
E.P.O.	Erläuterte Proceß=Ordnung.
Ersch.	Erscheinen.
Erl.	Erläuterung.
Extr.	Extract.
F.O. oder Feuer=O.	Feuer=Ordnung.
F.u.H.O.	Forst= u. Holz=Ordnung.
Gen.	Generale.
Gen.=Art.	Generalartikel.
Gen.Cons.Acc.O.	General=Consumtions=Accis=Ordnung.
Gen.Inn.Art.	General=Innungs=Artikel.
Gen.V.	General=Verordnung.
Gesch.	Geschärft.
GesindeO.	Gesinde=Ordnung.
G.	Gesetz.
G.S.	Gesetz=Sammlung, u., vom J. 1835 an, Gesetz= und Verordnungsblatt.
Hand.G.O.	Handels=Gerichts=Ordnung.
H.G.O	Hof=Gerichts=Ordnung.
Hauptconv.	Hauptconvention.
H.G.	Heimathsgesetz.
J.	Jahr.
J. u. T.	Jahr u. Tag.
ib.	ibidem.
Instr.	Instruction.
Justit.=S. / Justizs.	Justitien=Sachen.
K.O.	Kirchenordnung.
L.C.W.	LausitzerCollectionswerk.
L.J.Br.V.Anstalt	Landesimmobiliarbrandversicherungsanstalt.

L.Gem.O. . .	Land=Gemeinden=Ordnung.
L.O.	Landes=Ordnung.
L.T.A.	Landtagsabschied.
M.	Mandat.
M.Str.Gb. od. / Ml.Str.Gb.	Militair=Straf=Gesetzbuch.
Min.	Ministerium.
nothw.	nothwendig.
Not.O. . . .	Notariats=Ordnung.
O.A.Ger. . .	Ober=Appellations=Gericht.
O.A.Pat. . .	Ober=Amts=Patent.
O.A.R. . . .	Ober=Amts=Regierung.
O.C.	Ober=Consistorium.
O.C.V. . . .	Ober=Consistorial=Verordnung.
O.H.G. . . .	Ober=Hof=Gericht.
O.H.G.O. . .	Ober=Hof=Gerichts=Ordnung.
O.	Ordnung.
Obl.	Obligation.
öff.	öffentlich.
O.Laus. oder / Oberlaus.	Oberlausitz.
O.B.A.V. . .	Ober=Berg=Amts=Verordnung.
O.P.A. . . .	Ober=Post=Amt.
O.P.A.V. . .	Ober=Post=Amts=Verordnung.
Ordonn. . . .	Ordonnanz.
Ordr.	Ordre.
P.	Pars, Parte.
P.A.	Post=Amt.
Pol.O.	Polizei=Ordnung.
Publ.	Publication.
publ.	publicirt.
Pat.	Patent.
Post=O. . . .	Post=Ordnung.
Pr.O.	Proceß=Ordnung v. J. 1622.
Regl. Reglem. .	Reglement.
Regul.	Regulativ.
Rescr.	Rescript.
Res. gr.	Resolutio gravaminum.
Resol.	Resolution.
rev.	revidirt.
s. oder S.	siehe.
s. d.	siehe dieß.
S.	Seite.
Steuer=Str.Gb.	Steuerstrafgesetzbuch.
Str.Gb.	Strafgesetzbuch.
Str.Pr.O. . . .	Straf=Proceß=Ordnung.
Straßenb. . . .	Straßenbau.
Syn.Decr. . . .	Synodal=Decret.
Tit.	Titulus.
T.	Tomus.
T.	Tag.
T. u. J.	Tag und Jahr.
Tax=O.	Tax=Ordnung.
Torg.A.	Torgauer Ausschreiben.
Urk.	Urkunde.
v.	von.
V.O.	Vormundschaftsordnung.
V.U.	Verfassungs=Urkunde.
Verf.	Verfahren, Verfassung.
vergl. oder v. . .	vergleiche.
V.	Verordnung.
versch.	verschieden.
w.	welcher, welche, oder: werden.
W.	Woche.
W.O.	Wechsel=Ordnung.
WahlG.	Wahl=Gesetz.
Weg.	Wegen.
Zoll=G.	Zoll=Gesetz.

Uebrigens sind die den einzelnen Artikeln vorgesetzten Worte bei ihrer Wiederholung im Artikel für die Ein= wie für die Mehrzahl in der Regel blos mit dem Anfangsbuchstaben angegeben.

Wo der Jahrgang der Gesetzsammlung oder des Gesetz= u. Verordnungsblattes nicht mit angegeben ist, wird jedesmal der verstanden, welcher der Jahreszahl der voranstehenden gesetzlichen Bestimmung angehört.

A.

Aachen-Münchner Feuerversicherungs-Gesellschaft. Die Concessionirung derselben zu Annahme der in Sachsen noch zulässigen Versicherungen (vergl. Landesimmobiliarbr.-V.-A.) erfolgte im J. 1836. mit den in d. Bek. v. 13. Dec. 1836. G.S. S. 338. näher nachgewiesenen Beschränkungen.

Aargau. Es bestehen mit der Schweiz Verträge der Krone Sachsen, an welchen der Canton A. mit betheiligt ist. Das Nähere giebt der Art. Staatsverträge an.

Aas. S. die Art. Abdecken, Vieh.

Abackern. **1)** Wo das A. als Beeinträchtigung fremden Eigenthums strafbar wird, zeigt der Art. Grenzen. **2)** In andern Beziehungen vergl. die Art. Dämme, Geistliche.

Abändern, s. Aendern.

Abästen. S. Forstverbrechen, Waldungen.

Abarbeiten, s. Arbeit.

Abbauen. S. Dismembration, Steinkohlen, Grund- u. Hypothekenbuch.

Abbeeren. S. Forstverbrechen, Waldungen.

Abbeißen. S. Forstverbrechen, Waldungen.

Abberufen, s. Avocation.

Abbildung, s. Bilder, Nachbildung.

Abbitte. S. Privatgenugthuung.

Abblättern. S. Forstverbrechen, Waldungen.

Abborgen, s. Darlehen.

Abbrechen. S. Beschädigung, Forstverbrechen, Gesinde, Waldungen.

Abbrennen. S. Brand... Feuer... Forstverbrechen, Pulver, Schießen.

Abbringen. S. Diebstahl, Getreide, Selbstmord, Versuch, Zweikampf.

Abcopiren. S. Abschriften, Nachbildung.

Abdämmen. S. Dämme, Wasser.

Abdanken. S. Emeritirung, Geistliche, Gesinde.

Abdankung. Die A. u. Leichenpredigt kann in Behinderungsfällen, jedoch unbeschadet der Stolgebühren, auf einen Tag nach dem Begräbnisse verlegt werden. M. v. 11. Febr. 1792. §. III. C.A. C. II. T. I. S. 1035. Vergl. auch Begräbniß.

Abdecken. **1)** Die Eigenthümer gefallenen Viehes sind zwar an der freien Gebahrung mit demselben nicht behindert, sofern nicht am Orte Vergleiche und Einrichtungen entgegenstehen. Hingegen ist das Todstechen und A. desjenigen Viehes, welches als unrettbar getödet werden muß, lediglich dem Scharfrichter jedes Orts zu überlassen, der hierzu seinerseits verbunden ist. Erledigung der Landesgebrechen v. 22. Juni 1661. Justizs. §. 117. C.A. T.I. S. 251., Bef. v. 2. Aug. 1756. C.A. C.I. T.I. S. 843., v. 3. Sept. 1764. ib. S. 885., M. v. 13. Mai 1780. Cap. III. §. 51. C.A. C.II. T.I. S. 783., L.C.W. T.III. S. 422., Rescr. v. 20. Jan. 1804. C.A. C.III. T.I. S. 203. **2)** Die Kosten des Abdeckens betragen nach den ang. Gesetzen v. 1661. u. 1780. bei einem lebenden Pferde 1 Thlr.—, einem Ochsen oder einer Kuh 20 Ggr., einem 2jährigen Kalbe 8—10 Ggr., einem 1jähr. Kalbe 4—5 Ggr., einem Absetzlinge 18 Pf.—, wenn aber das Vieh gefallen, bei einem Pferde 15 Ggr., Ochsen oder Kuh 10—12 Ggr., 2jähr. Kalbe 5—7 Ggr. und einer alten Ziege 1 Ggr. **3)** Die Haut des gefallenen Viehes gehört in der Regel dem Abdecker; wenn aber das Vieh an einer Seuche gefallen ist, so darf die Haut nicht

abgeledert, sondern muß mit verscharrt werden. Ang. Gesetz v. 1661., v. 1780. Cap.III. §§. 48. 51. a. a. O., V. v. 5. (7.) Dec. 1829. §. 4. G.S. S. 179. 186. **4)** Uebrigens ist die Anrüchigkeit der Abdecker selbst mit allen ihren Wirkungen aufgehoben, und ihnen die Fähigkeit ertheilt worden, das Bürgerrecht zu erlangen, in Zünfte einzutreten und alle bürgerlichen und politischen Ehrenrechte auszuüben. G. v. 28. Febr. 1840. G.S. S. 17. Vorher: M. v. 19. Oct. 1731. §§. 4. 13. C.A. C.I. T.I. S. 582. L.C.W. T.I. S. 595., M. v. 10. Nov. 1764. C.A. C.I. T.I. S. 891., M. v. 18. Sept. 1772. §. 5. C.A. C.II. T.I. S. 674. L.C.W. T.III. S. 275., Gen.-Inn.-Art. v. 8. Jan. 1780. Cap.I. §. 6. C.A. C.II. T.I. S. 763. L.C.W. T.III. S. 279. Der Umgang mit ihnen, die Theilnahme am Begräbnisse derselben sowie ihrer Angehörigen rc. durfte schon früher nicht für entehrend ausgegeben werden. M. v. 19. Oct. 1731. §. 13. C.A. C.I. T.I. S. 582. L.C.W. T.I. S. 595. **5)** S. auch: Freiknechte, Scharfrichter, Vieh, Bannrechte, Concession.

Abdecken, von Gebäuden, s. Dachung.

Abdication, s. Abdanken, Abdankung.

Abdringen, s. Gewalt.

Abdruck. S. Censur, Eigenthum an G., Preßvergehen, Siegel, Creditpapiere, Geld, Falschmünzen, Fälschung, Waarenbezeichnungen.

Abend, s. Nacht.

Abendgesellschaften. S. Geschlossene G., Sonntags-F., Rockenstuben.

Abendlauten. S. Glocken.

Abendmahl. 1) Das A. wird in der evangelisch-lutherischen Kirche in beiderlei Gestalt und von dem Pfarrer (Parochus) gespendet, der es Personen, welche einer andern Parochie angehören, ohne Erlaubniß des Superintendenten nicht reichen soll. Doch sind Reisende und Kranke ausgenommen und Zeiten pestartiger Krankheiten. General-Artikel 8. v. 1. Jan. 1580. C.A. T.I. S. 671., Generale v. 6. Sept. 1680. a. a. O. S. 863. Auch muß dem Genuß des A. die Beichte und Absolution vorausgegangen sein. General-Artikel 7. a. a. O. Nach der Beichte vom Abendmahle wegzubleiben, ist strafbar. Rescr. v. 4. Mai 1632. ib. S. 855. **2)** Evangelische nehmen am A. zum ersten Male bei ihrer Confirmation Theil. G. v. 6. Juni 1835. §. 19. f. G.S. S. 283. **3)** Der Ort, wo das A. ausgetheilt wird, ist die Kirche; die Privatcommunion in den Häusern oder in der Sacristei ist nur in Nothfällen zuläßig, Rescript v. 10. Jan. 1614., Befehl v. 26. März 1706. C.A. T.I. S. 849. 877., Rescript v. 10. Sept. 1711. u. Oberamtspatent v. 8. Oct. 1711. C.A. T.III. S. 19. u. L.C.W. T.II. S. 1224., und jedenfalls soll der Pfarrer nicht säumen, Kranken, welche es begehren, das Sacrament in ihrer Wohnung zu spenden. Gen.-Artikel 14. a. a. O. **4)** Die Zeit der regelmäßigen Ausspendung des A. ist der Gottesdienst an Sonn- und Festtagen, und wie es der Pfarrer mit Andacht, Vorsicht u. Würde reichen soll, so sollen es auch die Communicanten nicht ohne sorgfältige innere Vorbereitung, und jedenfalls in würdiger äußerer Haltung mit Andacht genießen, sich also ebendeshalb auch vor und nachher des Besuchs öffentlicher Vergnügungsorte und ähnlicher Leichtfertigkeiten enthalten. Ang. Gen.-Art. 8., Revidirtes Synodaldecret v. 1673. §. 33. C.A. T.I. S. 831. **5)** Wucherern ist das A. zu versagen, M. v. 28. Apr. 1625. C.A. T.I. S. 1125. **6)** Beim A. ist für die Armen ein Becken zu setzen, 34. Gen.Art. v. 1580. C.A. T.I. S. 703., M. v. 11. Apr. 1772. Cap.I. §. 4. C.A. C.II. T.I. S. 641. **7)** Wegen d. Spendung des A. an Kranke s. überhaupt den 15. Gen.Art. v. 1. Jan. 1580., ib. S. 685., das Syn.-Decr. v. 1624. verb. Wiewohl auch die Beicht rc. ib. S. 789.; und d. Rev. Syn.-Decr. §. 35. S. 831. Wie das A. zur Pestzeit zu halten sei, enthält das Gen. v. 6. Sept. 1680. C.A. T.I. S. 863. **8)** Der Communionwein soll nicht in Zinngefäßen aufbewahrt werden, Rescr. v. 26. Juni 1786. C.A. C.II. T.I. S. 171. **9)** Für Reichung des A. hat Niemand den Kirchendienern etwas zu zahlen, Generalartikel 26. C.A. T.I. S. 697., doch ist diesen die Annahme freiwilliger Gaben, zu welchen die Kirchengesetze ermahnen, unverwehrt. Ebendaselbst, Synodaldecret v. 1624. a. a. O. S. 794., u. v. 1673. §. 68. a. a. O. S. 835.

10) Gegen Sacramentsverächter steht dem Pfarrer lediglich das Mittel der Belehrung zu; die Ausschließung vom A. kann, abgesehen von der Abweisung Fremder, lediglich von der vorgesetzten Consistorialbehörde verhängt werden. Gen.-Art. 7. 8. u. 10. C.A. T.I. S. 674., Syn.-Decr. v. 1624. verb.: Begäbe es sich ib. S. 789., Rev. Syn.-Decr. v. 1673. §. 32. ib. S. 831. **11)** S. auch: Armencasse, Becken, Beichte, Communicantenbücher, Confirmation, Gast- u. Schänk..., Kirchenbuße.

Abendmusiken. S. Geschlossene Zeiten.

Abendschulen. S. Fabriken.

Abendsegen. Der A. u. Morgensegen soll von dem Pfarrer auf dem Lande vor Ablesung des Evangelii in den Kirchen vorgesprochen werden, 4. Gen.-Art. v. 1580. C.A. T.I. S.665., Rev. Syn.-Decr. v. 1673. §. 3., ib. S. 827.

Abentrichten. S. Abgaben, Zahlung.

Abentrichtungen. S. Abgaben.

Aberglauben. 1) Solche Handlungen des A-ns, wie Ratherholen bei Wahrsagern, Segensprechen ꝛc. verbietet schon die Pol.O. v. 22. Juni 1661. Tit. 3. §. 9. C.A. T.I. S.1567.; d. Wetterläuten u. Glockentaufen der 39. Gen.-Art. v. 1580. C.A. T.I. S.709.; d. Abgötterei d. Art. Brief v. 26. Apr. 1684. §. II. C.A. T.I. S. 2045., Zauberei und Wahrsagen, Const. 2. P. 4. v. 21. Apr. 1572. ib. S. 117. Das abergläub. Gewitterlauten ist in der Lausitz durch das Rescr. v. 25. Aug. 1783. abgestellt worden. L.C.W. T.IV. S.87. **2)** Die Benutzung abergläub. Vorstellungen einer Person zu Erlangung eines rechtswidrigen Vortheils ist Betrug unter erschwerenden Umständen; vergl. Betrug.

Aberkennen. S. Erkenntnisse.

Housernten. S. Diebstahl, Getreide.

Aberratio, s. Abirrung.

Abfällig. S. Begnadigung, Erkenntnisse, Proselyten...

Abfahrtsgeld. S. Abschoß.

Abfall, der Nahrung: s. Verarmung. — A. von Bäumen: s. Forstverbrechen, Waldungen, — von der Religion: s. Proselyten..., Religion.

Abfassen. S. Advocaten, Anmaßung, Berichte, Censur, Eigenthum an G., Erkenntnisse, Geschäftsstyl, Protokolle, Urkunden.

Abfeilen. S. Betrug.

Abfertigen. S. Acten, Post, Protokolle, Vorladung.

Abfeuern, s. Abbrennen.

Abfinden, s. Accord, Vergleich, Schadenersatz, Uneheliche.

Abfließen. S. Graben, Wasser.

Abfordern, s. Forderung, Jagd, Reiselegitimationen.

Abführen. 1) In welchen Fällen der Gerichtsvorsitzende den Angeschuldigten oder andre Personen aus der öffentl. Verhandlung abführen lassen kann, enthalten d. Art.: Gerichtspolizei und Hauptverhandlungstermin. **2)** Im Betreff der Abführung in die Untersuchungshaft s. d. Art.: Untersuchungshaft, Vorführung, Vollstreckung, Wiederaufnahme, Gerichtliche Polizei, Vorladung. **3)** Wie es mit der Abführung einer Person zur Strafverbüßung oder aus dieser zu halten sei, geben die Art.: Vollstreckung, Transport, Aussetzung. **4)** In andern Beziehungen vergl.: Schärfung, Verwandlung.

Abgabe, 1) von Erklärungen, Gutachten ꝛc. S. die Artikel: Sachverständige, Vernehmung, Hauptverhandlungstermin u. die mit Zeugen... zusammengesetzten Artikelsworte. **2)** A. der Untersuchung als Verweisung an den Einzelrichter. S. den Art.: Verweisung. **3)** A. der Untersuchung an den competenten Richter. Hierüber vergl. die Art.: Gerichtsstand, Untersuchungszuständigkeit, Untersuchungsabgabe. **4)** A. von Leichnamen. S. die Art.: Anatomische Anstalten. **5)** A. der Gerichtsbarkeit, s. Patrimon..., Gerichtsbarkeit, Gerichtsstand. **6)** S. auch Anzeigen.

Abgaben. 1) Kein Unterthan soll mit Abgaben oder andern Leistungen beschwert werden, wozu er nicht vermöge der Gesetze oder Kraft besonderer Rechtstitel verbunden ist. V.U. v. 4. Sept. 1831. §. 37. G.S. S.249. **2)** Alle Unterthanen haben

zu den Staatslasten beizutragen. §. 38. ib. **3)** Mittels eines neuen (seitdem hergestellten) Abgabensystems sollen die Gegenstände der directen und indirecten Besteuerung nach möglichst richtigem Verhältnisse zur Mitleidenschaft gezogen werden. ib. S. 250. **4)** Bleibende Befreiungen von Staatslasten können in keiner Weise vergünstigt oder erworben werden. §. 40. ib. **5)** Ohne Zustimmung der Stände können die bestehenden directen und indirecten Landesabgaben nicht verändert, auch dürfen dergleichen Abgaben ohne ihre Bewilligung, mit Ausnahme des §. 103. d. V.U. vorgesehenen Falles des auf Ein Jahr verlängerten Ausschreibens, nicht ausgeschrieben und erhoben werden. ib. §. 96. Diese §. ändert das G. v. 5. Mai 1851. §. 2. dahin: Mit Ausnahme der, §§. 1. 5. 6. u. 8. dieses Gesetzes (unten in den Artikeln: Bundesbeschlüsse u. Ständeversammlung) bemerkten, Fälle können und dürfen die bestehenden directen und indirecten Landesabgaben ohne Zustimmung der Kammern weder verändert noch ausgeschrieben oder erhoben werden. Diejenigen Abgaben, welche zu Folge der unter Zustimmung der Kammern mit andern Staaten abgeschlossenen Zoll-, Steuer- und Handels-Verträge zu erheben sind, sowie die in Gemäßheit dieser Verträge zu bewirkende Erhöhung oder Herabsetzung derselben bedürfen keiner besondern Bewilligung der Kammern. Ang. G. v. 5. Mai 1851. §. 2. G.S. S. 123. **6)** In Folge des Grundsatzes unter 3. ist die Aufhebung d. Amtsgleits in d. Erblanden, d. städtischen General-Accise, d. General-Accise auf d. platten Lande, der der Stadt Leipzig, der Mahlsteuer in den Städten, der als Surrogat der Mahlsteuer auf dem Lande eingeführten drei Pfennige von jedem Schocke und drei Quatember, der zeitherigen Grenzaccise von ausländischen Waaren, der Leipziger Handels-Abgaben, der Ausgangsabgabe von Schaafwolle, Flachs und Werg, der Tranksteuer von ausländischen Getränken, von inländischem Biere, der Biersteuer in der Oberlausitz durch §. 4. d. G. v. 4. Dec. 1833. G.S. S. 214.: der Salzscheffelgelder der Oberlausitz, des landvoigteilichen Pferdezolls in Zittau, der von der Stadt Leipzig bisher entrichteten 16 Pfennige Landsteuer und 6 Accisbeitragsquatember, durch d.G. v. 23. Dec. 1833. §. 1. G.S. S. 489.; weiter: a) in den Erblanden, den Schock-, Quatember- u. Accisgrundsteuern, Cavalerieverpflegungs-, sowie Portions- u. Rationsgelder, Donativ- u. anderer ritterschaftlicher Beiträge, der Schönburgischen Contingentgelder, des Quatembersteueräquivalents der Herrschaft Wildenfels, b) in der Oberlausitz, der Rauchsteuer, der Mundgutsteuer nebst den Beiträgen der bisher steuerfrei gewesenen Güter, der Grundanlage, d. Portions- u. Rationsgelder, d. Accisgrundsteuer, der Grundsteuer in den Bezirken der Vierstädte, sowie aller A., welche zur Aufbringung der Quotalbeiträge sonst vom Grundeigenthume erhoben worden sind; in beiden Landestheilen, der Personalsteuer der Grundstücksbesitzer als solcher durch §. 6. d. G. v. 9. Sept. 1843. G.S. S. 98., V. v. 19. Oct. 1843. §. 2. f., ib. S. 174. erfolgt. **7)** Der Wegfall dieser Staatsabgaben hat jedoch auf solche Realleistungen keinen Einfluß, die auf einem Privatrechtstitel beruhen und nur nach dem Fuße einer Staatsabgabe an Communen oder Privatpersonen zu entrichten gewesen sind. §. 7. d. G. v. 9. Sept. 1843. G.S. S. 98. **8)** Waren dergleichen Leistungen von steuerbaren Grundstücken dazu bestimmt, mittelbar durch einen Andern in der Eigenschaft der no. 6. unter a. u. b. genannten Abgaben zur Staatscasse entrichtet zu werden, oder wurden sie von Privatpersonen oder Gemeinden als wirkliche Beiträge zu den von einer dritten Person zu leistenden Staatsabgaben erhoben, so kommen sie in Wegfall. §. 7. ib. **9)** Diejenigen Abentrichtungen, welche bei Abtrennungen von steuerfreien Gütern auf die Trennstücke gelegt worden, sind, unter der Voraussetzung, daß die Abgaben dem Hauptgute bei Ausmittelung der Entschädigung für Aufhebung der Steuerfreiheit mit Einschluß des vom Trennstücksbesitzer zeit-

her in das Hauptgut gezahlten Abgabenbeitrags, in Zurechnung gebracht worden sind und insofern nicht vertragsmäßige Bestimmungen oder rechtskräftige Entscheidungen entgegenstehen, an das Hauptgut fort zu entrichten. §. 7. cit. **10)** Das sogenannte Quatemberexcurrens und die sogenannten Commun-Uebermaßschocke, sowie die etwa sonst vorkommenden Ueberschuß- und Excurrenssteuern in den Erblanden und der Oberlausitz sind gleichfalls in Wegfall gekommen. §. 7. cit., und vergl. §. 2. d. V. v. 26. Oct. 1843. G.S. S. 153. **11)** Es werden gegenwärtig folgende allgemeine Landes-Abgaben erhoben: der Ausgangszoll; Durchgangszoll; Eingangszoll; d. Brandweinsteuer für inländischen Brandwein; d. Biermalzsteuer; d. Weinsteuer für inländ. Wein; d. Tabaksteuer von inländ. Blättern; d. Schlachtsteuer; d. Stempelsteuer; d. Gewerb- u. Personalsteuer; d. Elbzoll; d. Runkelrübenzuckersteuer; d. Uebergangssteuer v. vereinsländ. Fleisch, Wein, Most, Brandwein, Bier, Tabak; und die Grundsteuer sammt Zuschlägen zur Schlacht- u. Stempelsteuer, Finanz-G. v. 12. Aug. 1858. u. V. v. neml. T. u. J. G.S. v. 1858. S. 177 f., mit Nachtrags-G. v. 13. Juni 1859. sammt V. v. neml. T. u. J. G.S. v. 1859. S. 164 f. — Ueber die v. J. 1848. an erhobenen Landesabgaben enthalten das Nähere: die V. v. 18. Dec. 1848. G.S. S. 349., — die V. v. 25. Mai 1849. G.S. S. 103., — das G. v. 27. Apr. 1850. G.S. S. 91., — v. 29. Aug. 1850. S. 204., die V. v. neml. T. u. J. ib. S. 206., — das Finanz-G. v. 13. Dec. 1850. G.S. S. 272., — die V. v. 13. Sept. 1851. G.S. S. 326., — v. 15. Dec. 1851. G.S. S. 477., — das Finanz-G. u. die V. v. 27. Mai 1852. G.S. S. 88. f., — die V. v. 30. Apr. 1853. G.S. S. 72., — die V. v. 8. Dec. 1854. G.S. S. 202., — das Finanz-G. u. die V. v. 16. Aug. 1855. G.S. S. 312. f. 314. f., — die V. v. 26. März 1857. G.S. S. 63., — die V. v. 14. Dec. 1857. G.S. S. 253., — die V. v. 26. Febr. 1858. G.S. S. 18. **12)** Die Gesetze im Betreff der Hinterziehung der A. bestehen neben dem Str.Gb., s. Strafgesetzbuch. **13)** Die Verleitung zur Verweigerung öffentl. A., oder andrer unzweifelhafter, ganzen Gemeinden oder einzelnen Classen derselben obliegenden Leistungen, ist strafbar. Vergl. Aufforderung. **14)** S. ferner: Abgabenreste, Ablösung, Anlagen, Armencasse, Auszug, Bergwerksabgaben, Binnenzölle, Concurs..., Executionsverfahren, Gemeindeleistungen, Geringfügige R., Gesandte, Grundsteuer, Gewerb- u. Perf., Grund- u. Hyp..., Gutsherrliche ..., Landes-Immobil..., Militairleist..., Oberlausitz, Reallasten, Ständeversammlung, Stempel..., Schlacht..., Schönburg..., Staatsverträge, Steuern, Täuschung, Urkunden, Verjährung, Verwaltungsbehörden, Victualien, Wildenfels, Zoll.

Abgabendefraudation, s. Abgabenhinterziehung.

Abgabenfreiheit. S. Anlagen, Gemeindeleistungen, Gewerb- und Perf..., Grundsteuer, Kostenfreiheit, Militairleistungen, Stempelfreiheit, Steuerfreiheit.

Abgabenfuß. S. Abgaben, Anlagen, Armencasse, Bauergüter, Gemeindeleistungen, Grundsteuer, Militairleistungen, Victualien.

Abgabenhinterziehung. S. Abgaben, Chausseen, Strafgesetzb., Gewerb- u. Perf..., Runkelrüben..., Stempelsteuer, Steuervergehen, Täuschung, Zollvergehen.

Abgabenreste. **1)** Die mit Abentrichtung der Landes- oder Gemeinde-A. (mit Ausnahme derer, welche sich auf den Kirchen- und Schulverband beziehen, oder auf Privatrechtstiteln beruhen) über Ein Jahr Restirenden sind, bis zur erfolgten Bezahlung, unfähig zur Wahl der Landtags-Wahlmänner, §. 5. d. G. v. 24. Sept. 1831. G.S. S. 288., desgl. als Ständemitglieder, §. 8. ib., V. v. 30. Mai 1836. zu §. 5. h. d. Wahlg. G.S. S. 116. **2)** Die über zwei Jahre mit L.- u. G.-Abgaben Restirenden dürfen die Ehrenrechte eines Bürgers nicht ausüben, §. 73. c. d. A.St.O. G.S. v. 1832. S. 36., **3)** und nicht d. Stimmrecht in der Landgemeinde, L.Gem.O. v. 7. Nov. 1838. §. 29. G.S. S. 436., sie können auch nicht zu Ge-

meindeämtern gewählt werden. §.32. ib. **4)** S. Concursgläubiger, Ehrenrechte, Executionsverfahren, Steuerreste, Verjährung.

Abgabenverweigerung. S. Abgaben.

Abgabenverzeichniß. S. Subhastation, Wahlen.

Abgang. S. Emeritirung, Gesinde, Militairpersonen, Militairpflicht, Staatsdienst.

Abgangsbemerkung. S. Acten, Dikasterien, Protokolle.

Abgeben, s. Abgabe, Abgaben.

Abgebrannte. S. Baugewerken, Bettelbriefe, Brandversicherung..., Collecten, Feuer..., Landes-Immob..., Schadenersatz, Steuererlaß.

Abgehen, s. Abgang...

Abgeordnete. S. Auspfändung, Commissarien, Loos, Ständeversammlung, Testamente, Wahlen, Gesandte.

Abgepfändete Sachen. Das Beiseiteschaffen gerichtlich abgepfändeter Sachen zu Verkürzung der Gläubiger kommt als eine der besondern betrüglichen Handlungen in Betracht, von welchen das 13. Cap. Theil II. d. Strafgesetzbuchs Art. 304. f. 310. spricht. S. deswegen: Bankrott u. Executionsverfahren.

Abgesandte, s. Abgeordnete.

Abgethan. S. Acten, Anatom..., Archive.

Abgötterei. S. Aberglauben.

Abgraben. S. Anmaßung, Dämme, Graben, Wasser.

Abgrasen, s. Gras.

Abgrenzen, s. Grenze.

Abhängigkeit. **1)** Je nach der Beschaffenheit der Abhängigkeit einer Person von einer andern kann dieses Verhältniß bei gemeinschaftlichen Vergehungen auf jene einen mildernden und auf diese einen straferhöhenden Einfluß üben. Vergl. wegen einzelner, gesetzlich anerkannter Fälle die Art.: Straflosigkeit, Zurechnung, Anstiftung, Befehl, Noth, Zwang, Partiererei. **2)** S. in andern Beziehungen die Art.: Unselbständige, Auswanderung, Bevormund..., Gesinde, Militairpflicht, Reiselegitimat..., Staatsdienst, Väter.

Abhäuten, s. Abdecken.

Abhaltung, s. Ausbleiben, Verhinderung.

Abhandenkommen, s. Verlust, Amortisation.

Abhauen. S. Forstverbrechen, Leibesstrafen, Waldungen.

Abhilfe. S. Appellation, Beschwerdeführung, Erkenntnisse, Executionsverfahren, Nothwehr, Recurs, Selbsthilfe.

Abhören. S. Zeugen, Zeugen-A..., Wahrheitswidr..., Voruntersf., Hauptverhandl.-T.

Abholen. S. Anatomische Anstalten, Auszug, Betteln, Gerichtsstand, Wechselgläubiger, Einholung.

Abholzen. S. Forstverbrechen, Waldungen.

Abhüten. S. Forstverbrechen, Hutung, Waldungen.

Abirrung des Verbrechens (aberratio criminis). Man versteht hierunter im eigentlichen Sinne den Fall, wenn die verbrecherische Handlung an sich und als solche in der beabsichtigten Weise zwar wirklich ausgeführt, jedoch von dieser Handlung nicht derjenige Gegenstand, gegen welchen sie beabsichtigt war, sondern irrthümlich ein anderer betroffen wurde. Die Strafbarkeit von Handlungen dieser Art unterliegt nach Beschaffenheit der Fälle, insbesondre mit Rücksicht auf wirklich betroffene Objecte, den Vorschriften, welche in den Art.: Vorsatz, Erfolg, Vollendung, Irrthum, Versuch, Urheber, Zumessung angegeben sind.

Abiturienten. **1)** Diese sind von den Rectoren vor ihrem Abgange von der Schule auf die Universität vor der Theilnahme an verbotenen Studentenverbindungen zu warnen, Rescr. v. 27. Jan. 1812. C. A. C. III. T. I. S. 130., Rescr. v. 1. Nov. 1826., Cod. d. S. K. R. S. 247. Not. 10. b. **2)** S. Gelehrtenschulen.

Abiturientenprüfungen. S. Anzeigen.

Abkaufen. S. Kauf.

Abkommen, s. Vergleich, Familien-Fideicommisse, Verwandte, Kinder.

Abkop..., s. Abcop...

Abkündigung. S. Canzel.

Abkunft, s. Abkommen.

Abkürzung, 1) des regelmäßigen Verfahrens im Strafprocesse, s. Strafverfügung, Unmittelbare V.... **2)** A. der Strafzeit, s. Begnadigung, Wiederaufnahme, Schärfung, Verwandlung. **3)** S. Compromisse, Edictalcit..., Grund- u. Hyp..., Milderung, Strafe, Zumessung.

Abladen. S. Elbe, Pulver.

Ablâder. S. Frachtfuhrwerk.

Abläugnen. S. Leugnen.

Ablassen, 1) vom Verbrechen, s. Reue, Versuch, **2)** von Gewässern, s. Forstdiebstahl, Fischen, Graben, Wasser. **3)** S. auch Kauf, Waaren.

Ablauf, -en. S. Appellation, Fristen, Verjährung, Verlängerung.

Ableben. S. Begräbniß, Tod.

Abledern, s. Abdecken.

Ablegen. S. Jagd, Rechnung..., Zollbeamte.

Ablehnen. S. Eid, Entschuldigung, Ehrenämter, Untersuchungskosten, Zeugen..., Vertheidig..., Unfäh...., Vorladung, Erkenntnisse, Hauptverh..., Sachverständige.

Ableichten. S. Elbe.

Ableistung. S. Eid, Verpflichtung.

Ableiten, s. Ablassen.

Ableiter, s. Blitzableiter.

Ablesen. S. Canzel, Protokolle.

Ableugnen. S. Leugnen.

Ableugnungseid. S. Eid.

Abliefern. S. Anatomische A., Auszug, Betteln, Bettler, Censur, Cassenverwalter, Communalgarde, Executionsverfahren, Fund, Landesversorg..., Städte, Steuereinnehmer, Transport, Vagabunden, Zwickau.

Ablöslichkeit. S. Ablösung.

Ablösung. 1) Die A. der Berichte findet nicht mehr Statt, §. 28. d. M. v. 13. März 1822. G.S. S. 214. [Aeltr. Recht.: Res. gr. v. 1661. Just.-S. §. 29. C.A. T.I. S. 219.; Pat. v. 12. Aug. 1670. §. 1. C. A. T. I. S. 1262.; B. v. 18. Juni 1680. ib. S. 1327.; Hand. G.O. v. 21. Dec. 1682. § 20. C.A. T.II. S. 2046.; M. v. 18. Febr. 1691. § 7 C.A. T.I. S. 1165.; E.P.O. ad Tit. 35. §. 7. 8. S. 188.] **2)** Die an ein Dikasterium zum Verspruch verschickten Acten sind abzulösen, E.P.O. ad Tit. 34. §. 3. S. 178.; **3)** desgl. die Erkenntnisse der Appellationsgerichte, §. 38. no. 10. d. G. v. 28. Jan. 1835. B. G.S. S. 71., V. v. 28. März 1835. §. 18. no. 4. ib. S. 217. **4)** Wegen unterlassener A. eingegangener Entscheidungen darf den Parteien die Publication nicht vorenthalten werden, G. v. 12. Jan. 1838. G.S. S. 26. [Aeltr. Recht: E.P.O. ad Tit. 34. §. 5. u. ad Tit. 36. §. 2. S. 179. u. 195.] **5)** Wegen der A. der Lehnsbriefe vergl.: Bef. v. 1. Aug. 1580. C.A. T.I. S. 1957.; Rescr. v. 29. Mai 1638. ib. S. 1961.; Rescr. v. 12. Juni 1641. ib.; M. v. 1. Juni 1657. §. 3. ib. S. 1966.; M. v. 24. Febr. 1681. §. 3. ib. S. 1969.; M. v. 12. Nov. 1691. §. 3. ib. S. 1972.; M. v. 4. Jan. 1703. ib. S. 1977.; Lehnsmand. v. 30. April 1764. Tit. IV. §. 3. C.A. C.I. T.I. S. 1029.; Res. gr. v. 1793. gr. 4. C.A. C.II. T.I. S. 37.; Bef. v. 5. April 1799. ib. S. 1179.; Gen. v. 30. Nov. 1820. §. 10. G.S. S. 167. Wegen d. Lauf. vergl. die Rev. Canzlei- u. H.G.O. v. 19. Aug. 1674. publ. d. 17. Dec. 1674. C.A. T. III. S. 272. **6)** S. Appellation, Dikasterien, Erkenntnisse, Kosten, Lehnsbriefe.

Ablösung von Leistungen u. Lasten. A. Allgemeine Grundsätze der Gesetzgebung vor d. J. 1851. **1)** Die A., als die Aufhebung von Rechtsverhältnissen gegen Entschädigung der Berechtigten, erfolgt nicht mehr blos nach freier Vereinigung, sondern auch auf einseitigen Antrag, auf Grund des Ablösungsgesetzes. G. v. 17. März 1832. §. 20. 23. und §. 1. G.S. S. 167. fg. [Aeltere Best. Rescr. v. 24. Febr. 1824. G.S. S. 57.]. **2)** Ueber Ablösungen sind Privatvereinigungen auch ferner zulässig. Sie unterliegen aber den Bestimmungen, welche die Wahrnehmung der Rechte dritter Personen, die Einholung der Genehmigung von Behörden und die Beurkundung der geschlossenen Verträge betreffen. §. 2. ib. S. 167. Der Beurkundung haben sich auf Antrag der Betheiligten auch die Gerichte zu unterziehen, welche vorher deshalb an die Generalcommission (S. Ablösungsbehörden) zu berichten haben. V. v. 30. Sept. 1846. §. 3. G.S. S. 238. In besonderer Beziehung auf die Laudemialpflicht s. ib. §. 2. S. 237. **3)** Das

Recht, auf A. zu provociren und bei den Verhandlungen giltige Erklärungen abzugeben, ist ein Ausfluß des Eigenthums an einem Grundstücke, welches bei einer A. als berechtigt oder verpflichtet betheiligt ist. §. 3. u. §. 24. G.S. v. 1832. S. 172. **4)** Ist das Eigenthum streitig, so hat der, welcher im Besitze des Grundstücks sich befindet, das Provocationsrecht zu üben. §. 3. cit. Die Rechte der übrigen, das Eigenthum in Anspruch nehmenden Parteien sind aber bei den Verhandlungen wie die andrer entfernterer Interessenten wahrzunehmen. §. 3. cit. **5)** Die gesammten Miteigenthümer eines Grundstücks gelten bei Ausübung des Provocationsrechts und den bei der Ablösung abzugebenden Erklärungen für eine Person. ib. §. 5. S. 168. vergl. dazu §. 6. ib. **6)** Wo es der Abstimmung (z. B. in Gemeinden) bedarf, ist, bei Stimmengleichheit, anzunehmen, daß sich die Mehrheit zu der Erklärung vereinigt habe, welche dem Zustandekommen einer Ablösung am förderlichsten ist. §. 7. ib. **7)** Geistliche, Schullehrer und Kirchendiener, Verwalter milder Stiftungen, so wie überhaupt alle solche Personen und Corporationen, welche bei Veräußerungen an Decretsertheilung u. dergl. gebunden sind, können, ohne solche, nicht auf Ablösung provociren. §. 8. ib. Für Kirchen, geistliche u. Schul-Stellen tritt ein Actor ein. ib. **8)** Zu einer A. oder zur Theilnahme an einer Gemeinheitstheilung bedarf es bei Lehns-, Zins-, Erbzins- oder Erbpachtsgrundstücken der Einwilligung des Lehns-, Zins- oder Erbzinsherrn, oder des Erbverpachters, nicht. Auch steht Lehnsfolgern, Wiederkaufsberechtigten oder Fideicommißfolgern, oder auch Realgläubigern ein Widerspruchsrecht dabei nicht zu. Es sind aber die Rechte derselben als solche entfernterer Interessenten wahrzunehmen. §. 9. u. 167. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 169. u. 209., §. 64. d. G. v. 6. Nov. 1843. G.S. S. 203. **9)** Wenn ein Gemeindegrundstück getheilt, oder, bei einer A., als Entschädigungsmittel, Land abgetreten wird, so wird dieser Grund und Boden Zubehör der Besitzung, rücksichtlich deren er zugetheilt worden ist, und tritt unter die Gerichtsbarkeit der Hauptbesitzung. §. 10. 12. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 169., §. 63. d. G. v. 6. Nov. 1843. G.S. S. 203. [Aeltr. R.: Gen. v. 31. März 1817. §. 6. C.A. C. III. T. II. S. 563.] **10)** Zieht es der Erwerber vor, ein Trenn- oder Theilstück als ein besonderes Grundstück zu besitzen, so ist ihm solches zu gestatten; es sind jedoch dabei die Rechte der entfernteren Interessenten der Hauptbesitzung in Obacht zu nehmen, auch ändert sich die Jurisdiction des Trennstücks nicht. §. 11. 12. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 169., §. 63. d. G. v. 6. Nov. 1843. G.S. S. 203. **11)** Wächst einem selbst mit der Gerichtsbarkeit versehenen Grundstücke ein Trenn- oder Theilstück zu, so verbleibt dieses bei seiner bisherigen Lehns- u. Hypothekenbehörde. §. 12. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 169. **12)** In allen Fällen müssen die Trenn- u. Theilstücke im Grund- u. Hypothekenbuche vom Folium der ersten Besitzer ab- und den neuen Erwerbern darin, auch ohne besondern Antrag, zugeschrieben werden. §. 63. d. G. v. 6. Nov. 1843. G.S. S. 203. **13)** Beträge der auf eine einzelne Besitzung kommende Zuwachs an Grund und Boden nicht über 5 Quadratruthen, so ist es bei der Auseinandersetzung bis zur Abfassung des Theilungs- oder Ablösungsrecesses gestattet, eine solche Parcelle an ein anderes Gemeindeglied abzutreten, mit der Wirkung, daß dieselbe bei nachher erfolgender Bestätigung des Recesses, gleich dem eigenen Antheile des Erwerbers, ohne Weiteres, als Zuwachs zu der Besitzung des Letztern, in dessen Eigenthum übergeht. Später ist eine solche Abtretung nach den gesetzlichen Vorschriften über Dismembrationen zu beurtheilen. G. v. 17. März 1832. §. 13. G.S. S. 170. **14)** So oft steuerbarer Grund und Boden wegen theilweiser Abtretung, als Entschädigungsmittel, oder bei einer Gemeinheitstheilung zertrennt wird, so ist dieß wie ein andrer Dismembrationsfall, aber kostenfrei, zu behandeln. §. 14. ib., §. 10. d. G. v. 30. Nov. 1843. G.S. S. 257. **15)** Die Trenn- u. Theilstücke sind mit neuen oder erhöhten Abgaben und Leistungen an die Guts- oder

Gerichtsherrschaft, oder an die Geistlichkeit nicht zu belegen. §. 16. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 169. **16)** Wenn darauf neue Wohnhäuser gebaut werden, sind diese zu denjenigen Leistungen beizuziehen, welche, nach den Gesetzen und des Orts Gewohnheit, dergleichen Häuser treffen. ib. **17)** Ist ein zur Theilung gelangendes Gemeindegrundstück, außer d. Steuern, mit andern Geld- oder Natural-Leistungen bereits beschwert, so hat jeder Erwerber einen verhältnißmäßigen Antheil von diesen Reallasten mit zu übernehmen. §.17.ib. **18)** Ob u. welche andere Abgaben, außer d. Steuern, insonderheit an herrschaftlichen, communlichen und Parochial-Lasten mit einem bei Ablösungen zur Abtretung gelangenden Trennstücke übernommen werden sollen, ist der freien Vereinigung der Interessenten überlassen; außerdem tritt das Ermessen der Specialcommission ein. G. v. 17.März1832. §.17. G.S. S.170. **19)** Gelangt Ritterguts-Grund und Boden zur Abtretung, so ist davon an die Lehns- und Hypothekenbehörde Anzeigebericht zu erstatten. ib. §. 18. S. 171. **20)** Sind in Ablösungsverträgen aus der Zeit vor dem Abl.-G. solche Dienste oder Leistungen versprochen, oder Dienstbarkeiten bestellt worden, welche, nach den Bestimmungen dieses G., der Ablöslichkeit unterliegen, so sind letztere auch darauf anwendbar. G. v. 17. März 1832. §. 21. G.S. S. 172. **21)** Dem Rechte, auf Ablösung anzutragen, können Verträge, Verjährung, letztwillige Verordnungen u. frühere rechtskräftige Entscheidungen nicht entgegengestellt werden. §.22.ib. **22)** Ueber die auf ein bestehendes Pachtverhältniß bei A. zu nehmende Rücksicht vergl. §§. 25—27. u. 196—204. d. Abl.-G., G.S. v. 1832. S. 172., 218. f. **23)** Dem Provocanten ist die Zurücknahme seiner Provocation, gegen die Abstattung der dadurch verursachten Kosten, so lange, als deren Insinuation an den Provocaten noch nicht erfolgt ist, schlechterdings, nach Erfolg dieser Insinuation aber blos dann gestattet, wenn der Provocat ausdrücklich darein willigt. §. 28. ib. S. 173. **24)** Die A. findet, insofern nicht eine freie Vereinigung der Betheiligten über andere Ablösungsmittel zu Stande kommt, bei Frohnen, Diensten und andern Leistungen, nur durch Bezahlung eines Capitals, oder durch Uebernahme einer jährlichen Geldrente; bei Dienstbarkeiten aber durch diese beiden Ablösungsmittel, aber auch noch durch Abtretung von Land (s. dazu §. 130. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S.202.) und beim Holzungsrechte (mit Einschluß des Stockrodens und Leseholzholens) durch Aussetzung eines jährlichen Holzdeputats Statt. §.29.ib. **25)** Die Wahl zwischen den vorgedachten gesetzlichen Ablösungsmitteln steht in der Regel dem Verpflichteten zu, und zwar dergestalt, daß er zum Theil mit dem einen, zum Theil mit einem andern dieser Entschädigungsmittel ablösen kann. §.30. ib. u. vergl. §. 33. 33.b., 34. S. 174. **26)** Nach freier Vereinigung der Betheiligten können auch andere Arten der Entschädigungsmittel gewählt und angewendet werden, z. B. Getreiderenten, ingleichen die Abtretung von Land, oder die Ueberlassung eines andern, dem Verpflichteten zustehenden veräußerlichen Eigenthums oder Befugnisses. §.31.ib. S.173. **27)** Alle als Ablösungsmittel übernommene Naturalrenten sind erst nach 12 Jahren auf einseitigen Antrag ablösbar. §.32.ib. S.173. **28)** Soll durch Capitalzahlung abgelöst werden, so ist der 25fache Betrag des ermittelten jährl. Geldwerths der abzulösenden Leistung oder Dienstbarkeit zu bezahlen. ib. §. 35. S. 175. **29)** Wird die Ablösung durch Uebernahme einer Rente bewirkt, so ist diese nach dem, bei den Ablösungsverhandlungen ermittelten, jährlichen Werthe der abzulösenden Leistung oder Dienstbarkeit zu bestimmen. §. 36. ib. **30)** Hat sich der Verpflichtete zu Uebernahme einer Geldrente erklärt, so hat der Berechtigte in der Regel die Wahl zwischen der Annahme von Rentenbriefen, oder unmittelbarer Erhebung der Rente von dem Verpflichteten. §. 37. ib. Das Nähere giebt §. 39. f. des G. v. 17. März 1832. G.S. S. 176. u. d. G. v. 21. Juli 1846. §.1.f. G.S. S.78. **31)** In welchen Fällen die Renten an die Landrenten-

bank überwiesen werden konnten, oder an den Berechtigten selbst zu zahlen sind, sowie die Zahlungsfristen, bei deren Verabsäumung Capitalzahlung gefordert werden kann, enthält §.37—41. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 175. f. S. aber: Landrentenbank. **32)** Ablösungsgeldrenten, welche nicht an die Landrentenbank überwiesen worden sind, können jederzeit, Naturalrenten aber nur nach 12 Jahren nach vorgängiger Aufkündigung auf Seiten der Verpflichteten, durch Capitalzahlung abgelöset werden. §. 42. ib. S. 177. Ueber die Kündigung vergl. §§. 43. 44. ib. **33)** Jede Rente, sie mag an die Landrentenbank, oder an den Berechtigten zu bezahlen sein, sie mag in baarem Gelde oder in Naturalien bestehen, ist, von Eintragung in das Grund- und Hypothekenbuch an, sofern nur bei deren Uebernahme die Vorschriften des Abl.-G. beobachtet worden sind, auf dem verpflichteten Grundstücke und an dem übrigen Vermögen des Verpflichteten eben so versichert und bevorzugt, wie es die Reallasten sind. Sie erlischt auch, wie diese, nicht durch die Subhastation, sondern geht mit dem Grundstücke, worauf sie haftet, ohne Weiteres auf jeden Erwerber über. §. 45. ib., G. v. 6. Nov. 1843. §. 19. G.S. S. 193. **34)** Die an die Landrentenbank zu zahlenden Renten werden gleich den Steuern beigetrieben und im Concurse locirt, auch in gleicher Weise von den Steuereinnehmern vertreten. G. v. 17. März 1832. §. 11. G.S. S.269. Ihre Vereinnahmung erfolgt durch die Grundsteuereinnehmer. V. v. 25. Nov. 1843. G.S. S.252. f. **35)** Das Realrecht der nicht an die Rentenbank überwiesenen Renten erlischt durch die in unzertrennter Summe und an Gerichtsstelle bewirkte Zahlung ihres Capitalbetrags, ganz oder zu dem gezahlten Theile. Die bescheinigte Zahlung ist daher von der Hypothekenbehörde anzumerken. §. 46. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S.178. — Wenn letztre die Behörde des berechtigten Grundstücks ist, so hat sie für Befriedigung und Sicherstellung der Realgläubiger (s. unten No. 37. f.) selbst zu sorgen. V. v. 31. Juli 1837. G.S. S.75. Ist sie blos die Behörde des verpflichteten Grundstücks, so hat sie das Capital zum Depositum zu nehmen, und der des berechtigten Grundstücks bei Mittheilung davon das Weitre zu überlassen. Sie kann aber dem Berechtigten das Capital sofort überlassen, wenn er ein Zeugniß beibringt, worin dieß die Behörde des berechtigten Grundstücks für unbedenklich erklärt. ib. **36)** Ueber die Ermittelung des Zeitpuncts der wirklichen Ausführung eines Ablösungsvertrags vergl. §. 49. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 179. **37)** Sind bei dem berechtigten Grundstücke entfernte Interessenten (Realgläubiger, Lehns- oder Fideicommiß-Interessenten, Erbverpachter, Erbzinsherren, Zinsherren oder Wiederkaufsberechtigte) betheiligt, so ist wegen der Gebarung sowohl mit dem gezahlten Capitale, als mit den ausgefertigten Rentenbriefen, auf sie Rücksicht zu nehmen. G. v. 17. März 1832. §.167. G.S. S.209. **38)** Wo solche Rücksicht zu nehmen ist, steht es in der Wahl jedes Berechtigten, ob er die Rentenbriefe, ganz oder zum Theil, behalten, zu Sicherstellung der entferntern Interessenten, gerichtlich deponiren, oder veräußern will. ib. §. 168. S. 210. **39)** Vom Veräußerungs-Falle, so wie, wenn ein deponirter Rentenbrief zur Auslosung kommt, ist wegen der erhaltenen Valuta desselben alles zu beobachten, was für den Fall gilt, wenn durch baare Capitalzahlung abgelöset wird. ib. **40)** So oft Rechte entfernterer Interessenten wahrzunehmen sind, läßt die General-Commission die ausgefertigten Rentenbriefe an die zur Wahrnehmung dieser Rechte verpflichtete Behörde unmittelbar gelangen, welche, je nachdem der Berechtigte sich erklärt, entweder den Vorschriften wegen der Capital-Zahlungen nachzugehen, oder die Rentenbriefe zum gerichtlichen Depositum zu nehmen u. den Rentenberechtigten von Zeit zu Zeit die Coupons zu verabfolgen hat. ib. **41)** Realgläubiger sind in Ablösungsfällen alle solche, deren Forderungen mit ausdrücklichen Hypotheken oder andern Realrechten an dem berechtigten Grundstücke versehen sind. Das hierbei nach der E.P.O. ad Tit. 42. §. 8. u. ad Tit. 39. §. 11. wegen der

Auszüge und aller andern Reallasten Statt findende Realrecht ist hierunter nicht mit zu verstehen, auch nicht die stillschweigende Hypothek. ib. §. 169. S. 210. — Die Hypotheken-Behörden haben über sie den A.s.-Behörden auf Erfordern besondre Auskunft zu ertheilen. V. v. 1. Oct. 1836. §. 3. G.S. S. 268. **42)** Alle Realgläubiger haben, nach der Reihenfolge ihrer Priorität, Anspruch auf Befriedigung mit den gezahlten Ablösungscapitalien, oder auf Sicherstellung durch deren Deposition bis zu erlangter Befriedigung. §. 170. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 210. **43)** An die Hypothekenbehörde des berechtigten Grundstücks ist von jeder zu leistenden Capitalzahlung oder zu erwartenden Ausfertigung von Rentenbriefen Anzeige zu erstatten, damit die zu Sicherstellung der Realgläubiger nöthigen Verfügungen getroffen werden können. ib. **44)** Von der Hyp.-Behörde ist an sämmtliche Realgläubiger ein Patent zu erlassen, worin sie von der bevorstehenden Capitalzahlung in Kenntniß gesetzt werden, und ihnen dieselbe nach der darin zu bemerkenden Reihenfolge ihrer Priorität angeboten wird. Wenn sie sich nicht sofort bei der Insinuation erklären, so steht ihnen dazu eine 3wöchentliche Frist zu. Stillschweigen während derselben gilt als Verzicht auf Befriedigung von dem Ablösungscapitale u. auf dessen Sicherstellung durch Deposition desselben. ib. §. 171. 172. S. 211. **45)** Zu Abgabe dieser Erklärung sind diejenigen legitimirt, welche dermalen die Zinsen des versicherten Capitals erheben. Die Erhebung des Capitals selbst setzt vollständige Legitimation voraus. ib. §. 172. **46)** Die Erklärung eines in der Priorität vorgehenden Gläubigers, daß er Zahlung annehmen wolle, schließt das Recht der spätern darauf in soweit aus, als nicht, nach Befriedigung des Erstern, ein Ueberschuß bleibt. Gleichbevorzugte Gläubiger haben gleiche Rechte. ib. §. 173. **47)** Die Verzichtleistung eines Gläubigers auf Befriedigung von dem Ablösungscapitale kann mit einem Antrage auf gerichtliche Deposition desselben verbunden werden, wenn dieses nur zu seiner abschläglichen Befriedigung zureichen würde, oder wenn durch den Darlehnscontract die Aufkündigung zu Gunsten des Gläubigers, auf einen noch nicht eingetretenen Zeitpunct gesetzt, oder von einer noch nicht eingetretenen Bedingung abhängig gemacht ist. §. 174. ib. **48)** Die Deposition kann der Schuldner in Königlich-Sächsischen Staatspapieren, oder denselben gesetzlich gleichgestellten andern öffentlichen Papieren, sofern sie unter dem Nominalwerthe stehen, nach dem Cours bewirken. Von den deponirten Staatspapieren bezieht der Schuldner während der Dauer der Deposition die Zinsen. ib. §. 175. S. 212. Ueber die Dauer der Deposition vergl. §. 176. ib. **49)** Wegen der eisernen, auf dem berechtigten Grundstücke unaufkündbar haftenden Capitalien, und solcher alter ungelöschter Hypotheken, zu deren Cassation mit Erlassung von Edictalcitationen verfahren werden kann, bedarf es keiner Sicherstellung, wenn sie in der ersten Hälfte des letzten Kaufpreises, nach Abzug des abzuzahlenden Ablösungscapitals stehen. Außerdem sind die zu Sicherstellung des eisernen Capitals erforderlichen Maßregeln mit Zuziehung dessen, welcher die Rechte eines solchen Capitals zu vertreten hat, auszumitteln. ib. §. 177. u. G. v. 15. Jan. 1838. G.S. S. 33. **50)** Haben alle Realgläubiger auf Befriedigung von dem Ablösungscapitale verzichtet, oder ihre Befriedigung erhalten, so verbleibt dem Besitzer des berechtigten Grundstücks dieses Capital oder der übrig gebliebene Theil zu eigner freier Verfügung. §. 178. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 213. **51)** Sind bei dem berechtigten Grundstücke Lehns- oder Fideicommiß-Interessenten betheiligt, so sind die eingehenden Ablösungscapitale zunächst zur Abtragung der auf demselben haftenden hypothekarischen Forderungen zu verwenden. ib. §. 179. 180. S. 213. Vergl. dazu §§. 181—184. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 213. f. **52)** Die Beaufsichtigung und Leitung der in den cit. §§. 179. bis mit 184. vorgeschriebenen Gebarung mit den eingehenden Ablösungscapitalen steht der Lehns- u. Hypothekenbehörde des, dem Lehns-

oder Fideicommißverhältnisse unterliegenden, berechtigten Gutes und der von ihr etwa zu beauftragenden Gerichtsbehörde zu. Bei ersterer sind daher alle Zahlungen von Ablösungscapitalen und die zu erwartende Ausfertigung von Rentenbriefen anzuzeigen. ib. §. 185. S. 214. **53)** Sind Ablösungscapitale an die Besitzer von Erbpachts-, Erbzins-, oder gewöhnlichen Zinsgrundstücken zu bezahlen, u. ist daher das Interesse der Erbverpachter, Erbzins- oder Zinsherren wahrzunehmen, so sind mit diesen Ablösungscapitalen, soweit sie dazu ausreichen, zuvörderst die auf dem Grundstücke haftenden, ablösbaren Leistungen abzulösen, ib. §. 186.; dann das Erbpacht- oder Erbzinsverhältniß, und zwar mittelst Capitalzahlung, oder die auf dem Grundstücke haftenden Geldgefälle, §. 187. ib., der Ueberschuß wird zur Befriedigung der Realgläubiger verwendet, §. 188. ib. S. 215., und das hernach noch Verbleibende dem Besitzer des berechtigten Grundstücks zu freier Verfügung überlassen. §. 189. ib. **54)** Steht an dem berechtigten Grundstücke, dessen Eigenthümer ein Ablösungscapital ausgezahlt erhalten soll, einem Dritten ein Wiederkaufsrecht zu, so sind die Rechte desselben nach §. 190. d. Abl.-G. sicher zu stellen. ib. S. 215. **55)** Kommen bei eintretender Capitalzahlung entferntere Interessenten des berechtigten Grundstücks in Betracht, und die Regeln in No. 37—54. zur Anwendung, so kann der Verpflichtete zur Verfallzeit zu Hemmung des Zinsenlaufs das Capital, auf Kosten des Berechtigten, bei der Gerichtsbehörde des berechtigten Grundstücks, oder bei dem deshalb mit Auftrag versehenen Richter, in allen Fällen deponiren, wo er nicht mit völliger Sicherheit zahlen kann. §. 191. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 216. — Vergl. dazu die Belehrung in der Bek. v. 3. Aug. 1836. G.S. S. 181. **56)** Zu Bestreitung neuer Einrichtungen hat d. Berechtigte Anspruch auf einen Theil des Capitals oder der Rentenbriefe. §. 192. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 216., u. vergl. §. 193. ib. — Ueber die Aufnahme einer Hypothek durch den Berechtigten, wenn der Capitalbedarf von dem Verpflichteten nicht sofort geschafft werden kann, vergl. §. 194. 195. ib. S. 217. **B.** Die Gesetzgebung vor d. J. 1851. in besondrer Beziehung auf Dienste, Frohnen und Leistungen. **1)** Ablösbar sind der Regel nach: Dienste, Frohnen und Abentrichtungen, welche auf Grundstücken haften, oder gewissen Personen fortwährend obliegen, §. 51. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 179. **2)** Die Bestimmungen der Abl.-G. sind aber nicht zu beziehen auf a) alle diejenigen Dienste, Frohnen und andere Leistungen, welche die Natur von Staatslasten haben, im Gegensatze der Amtsdienste und der den Königlichen Kammergütern zustehenden Frohnen und sonstigen Leistungen; b) Communal- und Parochiallasten; c) die etwanige Verbindlichkeit der Gerichtsunterthanen zur Uebertragung der Untersuchungskosten; d) alle auf den Bergbau und die Gewinnung der Stein- und Braunkohlen sich beziehende Zehnten u. sonstige Leistungen; e) solche Geldgefälle, welche von Grundstücken zu gewissen Terminen u. nach einem im Voraus fest bestimmten Betrage zu entrichten sind, ausgenommen, wenn sie durch freie Vereinigung abgelöst werden (s. dazu A. No. 2.); f) Bannrechte u. g) Laßverhältnisse, in soweit sie blos in widerruflicher Ueberlassung von Grundstücken zur Benutzung bestehen, im Gegensatze des Lassitenverhältnisses in der Lausitz. §. 52. ib. S. 180. **3)** Geldzinsen, die an die Staatscasse zu entrichten sind, sollen auf Ansuchen der Zinspflichtigen gegen Gewährung des 25fachen Betrags als Capital abgelöset werden können. V. v. 28. Sept. 1833. G.S. S. 113. **4)** Leistungen, welche nach dem Abl.-G. der Ablösung unterworfen sind, können nicht mehr durch Verträge erworben werden. §. 54. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 181. (Vergl. aber den Zusatz zur folgenden Nummer.) **5)** Jedoch können auch künftighin noch solche Verträge giltig abgeschlossen werden, worin gemessene Spann- oder Handdienste, so wie andere ablösliche Leistungen bedungen werden, sobald nur dabei zugleich festgesetzt wird, daß und in welcher Maße den Verpflichteten deshalb

die Ablösung mit Capitalzahlung freistehen, und daß selbige jederzeit nach vorgängiger, von dem Verpflichteten zu bewirkender, halbjähriger Aufkündigung eintreten solle. Zur Giltigkeit ist die schriftliche Errichtung u. Vollziehung der Verträge durch die Theilhaber schlechterdings erforderlich. §. 55. ib. Es ist auch im Grund- u. Hypothekenbuche davon Anmerkung zu machen. G. v. 6. Nov. 1843. §. 15. sub 5. a. G.S. S. 192. Im J. 1846. wurde jedoch (zu den Grundsätzen unter No. 4. u. 5.) ausgesprochen: Leistungen, welche auf einseitigen Antrag der Ablösung unterworfen sind, können ohne alle Ausnahme nicht mehr durch Verträge erworben werden. G. v. 21. Juli 1846. §. 17. G.S. S. 75. Diese §. 17. cit. leidet auf das Losgeld ebenfalls Anwendung. G. v. 21. Juli 1846. §. 6. G.S. S. 77. **6)** Die A. kann auch theilweise erfolgen. §. 56. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 182. **7)** In wieweit die Provocation von Einzelnen geschehen kann, oder von einer ganzen Classe Verpflichteter oder der Gemeinde ausgehen muß, enthält §. 56—60. ib. S. 182. f. und vergl. wegen Berechnung der Stimmenmehrheit bei Abstimmungen die §§. 61. 62. ib. S. 183. Wenn der Berechtigte provociren kann, enthält §. 67. d. G., S. 185. **8)** Sind Häusler zu Ablösung der ihnen obliegenden Dienste und andern Leistungen provocirt worden, und widersprechen sie derselben, weil sie weder Rente noch Capital aufzubringen vermöchten, oder durch die Ablösung ihre Subsistenz gefährdet werden würde: so können die zeitherigen Dienste, Frohnen und andern Leistungen ganz oder theilweise noch fernerhin fortbestehen, doch kann nach 5 Jahren die Provocation auf Ablösung wiederholt werden. §. 63. ib. **9)** Ueber Ablösung der den Unangesessenen, namentlich den Hausgenossen und Auszüglern, obliegenden Leistungen durch eine, statt derselben, zu übernehmende Rente ist mit den dermalen vorhandenen Personen dieser Classen selbst zu verhandeln. Um aber die Ablösung auch auf die zukünftigen unangesessenen Einwohner des Orts zu erstrecken, ist zugleich mit der Gemeinde zu unterhandeln, durch deren Erklärung Jene zu Entrichtung der Rente, statt der abzulösenden bisherigen Leistungen, verbunden werden. ib. §. 64. S. 184. Vergl. noch §. 65. ib. **10)** Bei Ablösung der, ganzen Gemeinden, als solchen, und einzelnen Einwohnerclassen obliegenden Leistungen können die Eigenthümer solcher Grundstücke, welche, so wie deren Auszügler und Hausgenossen, erweislich eine specielle Befreiung davon genießen, nicht mit beigezogen werden. §. 66. ib. **11)** Ueber die Ermittelung des Werths der Dienste, Frohnen u. anderer abzulösenden Leistungen, einschließlich der Baudienste, enth. die §§. 68—74. u. 76. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 185. f. die leitenden Grundsätze. S. dazu die Tabelle sub B. ib. S. 246. f., u. d. V. v. 5. April 1832. G.S. S. 277. f. **12)** Auf die Verwandlung in gemessene Dienste können alle die, welche noch zu ungemessenen Diensten verpflichtet sind, so wie die Berechtigten, auch außer dem Falle einer Ablösung, antragen. Die Ablösungs-Behörden haben die nöthigen Einleitungen wegen dieser Verwandlungen zu treffen, und darüber Entscheidungen zu ertheilen. §. 75. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 187. **13)** Dem Erbpachter, dem keinerlei Eigenthum an dem Erbpachts-Grundstücke zusteht, steht es jederzeit frei, sein Erbpachts-Grundstück, gegen Erhöhung des davon zu entrichtenden jährlichen Canons um den 20sten Theil oder um 5 Procent, von dem Erbpachtsverhältnisse zu befreien und in Eigenthum zu verwandeln. Damit fällt auch das dem Erbverpachter an dem Erbpachtsgrundstücke etwa zustehende Vorkaufsrecht weg. Der jährliche Kanon selbst oder dessen erhöheter Betrag ist in der Regel unablöslich, und bleibt als Grundzins auf dem damit beschwerten Grundstücke haften. Dieses letztere nimmt durch die Befreiung die Eigenschaft eines gewöhnlichen, im vollen Eigenthume seines Besitzers befindlichen Zinsgutes (nicht eines Erbzinsgutes) an. Die A. des Erbpachtsverhältnisses kann jedoch nur auf den Antrag, oder mit Zustimmung des Erbpachters eingeleitet werden. §. 77. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 188. Vergl. hierzu noch §§. 79—81. ib. S. 189. **14)** Erb-

pachtscontracte, wonach das Eigenthum bei dem Erbverpachter bleiben, dem Erbpachter aber ein solches nicht zustehen soll, dürfen von Publ. des Abl.-G. an nicht mehr giltig geschlossen, oder nur als gewöhnliche Zinscontracte, wodurch das Eigenthum auf den Erwerber des Grundstücks vollkommen übertragen wird, angesehen werden. §. 78. ib. S. 189. **15)** Besteht bei Erbzinsgrundstücken und gewöhnlichen Zinsgrundstücken der Zins in baarem Gelde, so ist er nur durch freie Vereinigung ablöslich, besteht er in Natural-Abentrichtungen, so sind beide Theile zur Provocation auf Ablösung berechtigt. §. 82. ib. S. 190. **16)** An Erbzinsgrundstücken kann der Besitzer jederzeit das volle Eigenthum dadurch erwerben, daß er eine Erhöhung des jährlichen Erbzinses um 3 Procent übernimmt, und dadurch das Obereigenthum d. Erbzinsherrn sammt dem Vorkaufsrechte desselben ablöst. Der Antrag auf Ablösung des Erbzinsverhältnisses und Verwandlung in volles Eigenthum kann nur vom Erbzinsmann, nicht vom Erbzinsherrn ausgehen. ib. Das Nähere s. ebendaselbst. **17)** Wenn der Werth eines lehngeldpflichtigen Grundstücks dadurch erhöht wird, daß darauf haftende Dienste und andere Lasten völlig, nicht blos durch Uebernahme einer Rente oder andern Leistung, abgelöst werden, so kann dennoch der Lehnherr in Ansehung dieser Werthserhöhung ein Lehngeld nicht fordern, sondern es muß solchenfalls von dem Werthe des Grundstücks der Capitalbetrag, durch den die Ablösung bewirkt wurde, abgezogen werden. §. 83. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 190. **18)** Die Grundsätze, wonach die Laudemial(Lehngeld)pflicht (Lehnwaare) abgelöst werden kann, gaben zunächst §§. 84—89. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 190. f. Damals konnte die A. der Laudemialpflicht nur auf Vereinigung beider Theile darüber, daß eine Ablösung eingeleitet werden solle, Statt finden. §. 90. ib. S. 193. Seit d. J. 1846. wurden die Grundsätze für die Ablösung des Lehngelds, (Laudemialpflicht, Lehnwaare), außer den ang. §§. 84. 85. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 100. noch durch d. G. v. 21. Juli 1846. §. 1. f. G.S. S. 70. u. d. G. v. 11. Nov. 1850. G.S. S. 258. f. näher bestimmt. Ueber das Verhältniß dieses letztern Gesetzes zum Ablösungsgesetze vergl. d. V. v. 30. Sept. 1846. §. 1. G.S. S. 237., welche demnächst §. 2. f. specielle Vorschriften für das Verfahren bei den Lehngeldablösungen enthält. S. noch unten D. 12. — Eine Anleitung zu Abfassung der Rentenberechnungen sammt Tabellen befindet sich in d. G.S. v. 1846. S. 244. f. Die Ablösung der Laudemialpflicht fand nunmehr auch auf einseitigen Antrag Statt. Ang. G. v. 1846. §. 1. — Nach den Grundsätzen eben dieses Gesetzes §. 10. f. G.S. v. 1846. S. 74. werden auch andere Befugnisse der Guts- und Gerichtsherrschaften bei Eigenthumswechseln, Hypothekenbestellungen, Cessionen und Löschungen, z. B. der Theilschilling oder große Abzug, Quittirkreuzer, kleine Abzug, Leihkauf, d. Confirmationsgeld, Siegelgeld, Gunst- od. Gönnegeld abgelöst. Sofern diese Leistungen von Nachläßen gegeben worden, vergl. §. 14. d. G. v. 21. Juli 1846. G.S. S. 74., und wegen der A. solcher erst nach dem Ablösungs-Gesetze durch Vertrag erworbener Befugnisse ib. §. 15. — Wenn die Erwerbung der nach d. G. v. 21. Juli 1846. ablösbaren vorbemerkten Befugnisse in Frage kommt, so dürfen nur die bis zum 31. Decbr. 1848. vorgekommnen Besitzstandshandlungen berücksichtigt werden. §. 18. ib. S. 75. S. auch Urkunden. — Auf die Ablösung des Losgeldes leiden die citirten §§. 15. u. 18. ebenfalls Anwendung. G. v. 21. Juli 1846. §. 6. G.S. S. 77. — Im Allgemeinen s. noch: d. G. v. 21. Juli 1846. §. 5. G.S. S. 79. **19)** Die Grundsätze über die A. der Naturalzehnten, auch Fleischzehnten, enthalten die §§. 91—99. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 193. f. **20)** Die Verbindlichkeit, Geistlichen oder Schullehrern ausgedroschnes Getreide folgender Gattungen, als Waizen, Roggen, Haidekorn, Gerste, Hafer zu entrichten, konnte v. 15. Juli 1840. an nicht mehr auf einseitigen Antrag zur A. kommen, sondern nur nach freier Vereinigung.

G. v. 14. Juli 1840. §. 1. 9. 10. G.S. S. 147. S. dazu die V. v. 17. Oct. 1840. ib. S. 291.; hinsichtlich aller übrigen Naturalleistungen an Geistliche und Schullehrer bewendet es, auch wegen ihrer Ablöslichkeit auf einseitigen Antrag, bei den Bestimmungen des Abl.-G., §. 2. des G. v. 1840.; **21)** der A. auf einseitigen Antrag unterliegt auch der vom Felde unmittelbar zu erhebende Naturalzehnte an Geistliche u. Schullehrer. Sofern es jedoch nicht zur freien Vereinigung nach andern Grundsätzen kommt, so findet ein von den Vorschriften des Abl.-G. abweichendes Verfahren Statt, §. 3. ib. S. 147., vergl. desw. §§. 4. f. ib. u. d. V. v. 17. Oct. 1840. G.S. S. 291. u. unten D. 13. **22)** Die vor dem 15. Juli 1840. verbindlich zu Stande gekommenen Ablösungen der vorbemerkten Art bleiben bei Kräften, §. 6. d. G. v. 1840. S. 147. Ueber die Einziehung der gewonnenen Ablösungscapitalien zur Cultus-Ministerialcasse und Verzinsung mit 4. v. H. s. §. 7. ib., und wegen eines Zuschusses aus der Staatscasse zu dem Ablösungswerthe der Getreidezinsen s. §. 8. ib. S. 148. Ferner vergl. hierzu d. V. v. 17. Oct. 1840. S. 292. u. v. 27. Dec. 1841. G.S. S. 307. Die Kosten derjenigen Ablösungsverhandlungen, welche nach d. G. v. 14. Juli 1840. nicht fortgesetzt werden dürfen, sollen aus der Staatscasse vergütet werden. §. 9. d. G., s. ferner V. v. 17. Oct. 1840. G.S. S. 292. u. V. v. 20. Sept. 1842. G.S. S. 135. — Indeß bezieht sich d. G. v. 14. Juli 1840. nicht auf Abentrichtungen an Stiftungen, Kirchen u. geistliche Corporationen. §. 11. ib. Doch s. unten D. 13. **23)** Es steht in der Wahl des Berechtigten, ob er die bis zum Zeitpuncte der Ausführung des Ablösungsvertrags etwa in Rückstand gebliebenen Frohnen, Dienste und andere Leistungen noch in Natur, oder Entschädigung für diese Reste nach dem bei den Ablösungsverhandlungen ermittelten Werthe verlangen will, und es ist in der von dem Berechtigten gewählten Weise unverlängt Richtigkeit zu treffen. G. v. 17. März 1832. §. 100. G.S. S. 195. **24)** Wenn der Staatsfiscus Befugnisse durch Capitalzahlung ablöst, bedarf es an sich keiner weitern Beurkundung als eines Liberationsscheines des betreffenden Ministerii, auf Grund dessen die Hypothekenbehörde die Befreiung einzutragen hat. G. v. 21. Juli 1846. §. 16. G.S. S. 75., u. wegen des Losgelds G. v. 21. Juli 1846. §. 6. G.S. S. 77. Vorher: V. v. 28. Sept. 1833. G.S. S. 113. **C.** Die Gesetzgebung vor dem J. 1851. in besondrer Beziehung auf Servituten. **1)** Ablösbar sind a) alle Hutungsbefugnisse, b) nachstehende Waldberechtigungen: das Beholzungsrecht, die Befugnisse zum Streuholen, zum Leseholzsammeln, zum Stockroden, zum Harzreißen; c) die Berechtigungen zum Gras-, Schilf- und Rasenholen, sowohl in Waldungen, als auf andern Grundstücken; d) die Berechtigung, den zum Bauen nöthigen Sand und Lehm auf einem fremden Grundstücke zu graben und zu holen, und e) die Berechtigung, fremde Steinlager zu benutzen. §. 101. 102. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 196. **2)** Die Erwerbung aller dieser Dienstbarkeiten durch Verträge ist nur in sofern zulässig, als sie schriftlich abgeschlossen und von der Hypothekenbehörde des Grundstücks, an welchem die Berechtigung zugestanden werden soll, genehmigt worden. §. 103. ib., V. v. 15. Febr. 1844. §. 7. G.S. S. 39., M. v. 30. Juli 1813. §. 6. C.A. C.III. T.II. S. 162. Der erfolgten Genehmigung der Hypothekenbehörde ungeachtet kann aber auf Ablösung der Dienstbarkeit provocirt werden. §. 103. cit. **3)** Ueber die Grenzen des Provocationsrechts u. die Berechnung der Stimmenmehrheit bei Abstimmungen, auch die Vertheilung der Entschädigungsmittel enthalten d. §§. 105—111. 131. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 197. f. die nähern Bestimmungen. **4)** Kommt es zu Ablösung einer Hutungsberechtigung, mit welcher eine bloße Triftgerechtigkeit, (Uebertrift, Treibe,) welcher andere Grundstücke unterworfen sind, als Nebenservitut in Verbindung steht, so dürfen die Besitzer der mit dieser belasteten Grundstücke die A. derselben nicht verweigern. §. 112. ib. S. 198. Vergl. dazu §. 129. S. 201. — Ueber die A. von Hutungen s. noch §§. 122—124. S. 200. **5)** Daß Koppelhutungsbe-

fugnisse nach der Analogie der Gemeinschaft zu beurtheilen seien, ist im Zweifel anzunehmen, wenn die gegenseitige Hutung mit gleichen Gattungen von Vieh, zu den nemlichen Zeiten und auf einem und demselben Inbegriffe von Grundstücken ausgeübt wird. Das Verhältniß kann sodann zu jeder Zeit auch auf einseitigen Antrag, und zwar ohne Entschädigung, aufgehoben werden. §. 113. ib. S. 199. u. M. v. 4. Oct. 1828. §. 53. G.S. S. 214. Auch vergl. d. V. v. 25. Oct. 1834. G.S. S. 337. **6)** Beruht eine Koppelhutung wirklich auf gegenseitigen Servituten, so ist jeder Theil, die Aufhebung derselben zu beantragen, befugt. §. 114. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 199. **7)** Beschließt die Mehrheit der Theilhaber einer Koppelhutung die Aufhebung derselben, so haben sich auch die Uebrigen diesem Beschlusse zu unterwerfen. Es kann aber auch in der Regel die Minderzahl und selbst jeder Einzelne auf Ausscheidung antragen. §. 115. 116. ib. S. dazu §§. 117. 118. 119. ib. **8)** Wenn ein Antrag auf A. von Servituten erfolgt, so ist zuvörderst deren rechtlich begründeter Umfang festzustellen. Dabei ist auf Verträge, rechtsgiltige Erbregister u. Urbarien, rechtskräftige Entscheidungen, und, in sofern sich darauf bezogen wird, auf verjährten Besitzstand zu sehen. §. 120. ib. S. 200. **9)** Ueber die A. der Berechtigung, den zum Bauen nöthigen Sand u. Lehm auf eines Andern Grundstück zu graben, oder der Berechtigung, in einem fremden Steinlager Steine zu brechen vergl. die §§. 125—128. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 201. **D.** Die Gesetzgebung v. J. 1851. Diese setzte fest: **1)** Ablösbar sind alle auf Grund und Boden haftende Abgaben und Leistungen an Privatpersonen, Corporationen, Stiftungen und den Staatsfiscus, mit alleiniger Ausnahme d. im Ablösungs-Gesetze §. 52. unter a, b und d (oben B. 2.) genannten Lasten und Abgaben, ingleichen aller solcher auf Grund und Boden als Reallasten haftenden Geldgefälle und der Zinsen aller solcher eisernen Capitale, welche durch Stiftungen für die Zwecke derselben fundirt sind. Daher auch: Erbpachtszinsen (Erbpachtscanons), Erbzinsen wirklicher Erbzinsgrundstücke, Allodificationscanons, Canons für Lehnspardone u. sonstige lehnsherrliche Begnadigungen. G. v. 15. Mai 1851. §§. 10. 11. G.S. S. 131. Mit jeder Ablösung eines noch nicht (s. §§. 77. u. 82. d. Abl.-G., oben B. 13. 15. f.) in einen bloßen Grundzins verwandelten Erbpachtscanons oder Erbzinses muß die Ablösung der Erbpachts- oder Erbzinsqualität des Grundstücks durch Erhöhung des Erbpachtcanons um fünf, des Erbzinses um drei Procent, verbunden werden. Auf die Ablösung der Erbpachts- oder Erbzinsqualität anzutragen, steht nicht mehr blos dem Erbpachter und dem Erbzinsmann, sondern auch dem Erbverpachter und dem Erbzinsherrn frei. ib. §. 12. Vergl. übrigens wegen der Erbzinsqualität d. V. v. 28. Mai 1852. G.S. S. 235. **2)** Von allen denjenigen als Reallasten auf Grund und Boden haftenden Geldgefällen, welche an die Stelle früherer Naturalleistungen und Naturaloblasten getreten, oder, behufs der Ablösung einer Verbindlichkeit zu Abentrichtung von Geldleistungen irgend einer Art, als feste und fortlaufende Renten auf Grundstücke übernommen worden sind, gilt, in sofern nicht ein Anderes ausdrücklich bedungen oder gesetzlich festgestellt worden ist, der Grundsatz, daß es bei dem darüber getroffenen Abkommen zu bewenden habe, ungeachtet späterhin durch ein Gesetz dergleichen Naturalleistungen und Naturaloblasten oder dergleichen Verbindlichkeiten zu Abentrichtung von Geldleistungen unentgeltlich in Wegfall gebracht, oder über deren Ablösung den Berechtigten oder den Verpflichteten günstigere Bestimmungen getroffen worden sind; dagegen sind in jedem Falle solche Geldgefälle, welche an die Stelle der zu Zwecken der Patrimonialgerichtsbarkeit zu entrichten gewesenen Natural- und Geldleistungen getreten sind, mit der Patrimonialgerichtsbarkeit selbst unentgeltlich in Wegfall gekommen, auch selbst dann, wenn die desfallsige Verbindlichkeit auf Grundstücken haftete. G. v. 15. Mai 1851. §. 13. **3)** Rücksichtlich der Befreiung des Grund-

besitzes von den anstatt ehemaliger Naturalleistungen oder Naturaloblasten darauf übernommenen Geldgefällen ist zu unterscheiden: a) Wegen derer, welche als Ablösungsrenten nach den bisherigen Ablösungsgesetzen auf Grundstücke gelegt und auf die Landrentenbank überwiesen und bereits wirklich übernommen worden sind, bewendet es bei d. G. v. 17. März 1832. §. 8. f. (oben A. 7. f.) u. d. V. v. 9. März 1837. §. 12. f., wonach sie lediglich durch Erlegung ihres 25fachen Betrags in baarem Gelde oder in Landrentenbriefen nach dem Nominalwerthe, wiewohl unter Anrechnung des der inmittels vorgeschrittenen Amortisation halber Statt findenden Abzugs, vermindert oder getilgt werden können. b) Solche Renten, welche zwar durch Ablösungs-Verträge als Ablösungsrenten übernommen, aber innerhalb der deshalb bestimmt gewesenen Frist auf die Landrentenbank, ungeachtet sie darauf überweisbar waren, nicht wirklich überwiesen worden sind, sollen, der deshalb eingetretenen Fristversäumnisse ungeachtet, bis zu dem Schlusse der Landrentenbank auf diese annoch überwiesen werden können und von derselben übernommen werden. c) Die Geldgefälle, welche schon vor Erlassung der Ablösungsgesetze an die Stelle ehemaliger Naturalleistungen oder Naturaloblasten getreten, oder auch für irgend eine Art von Geldleistungen als feste und fortlaufende Renten übernommen worden sind (s. oben No. 2.), gehören unter diejenigen, auf welche die nachstehenden Bestimmungen anzuwenden sind. S. §. 14. d. G. v. 15. Mai 1851. G.S. S. 132. **4)** Die Bestimmung des Ablösungsgesetzes (§. 52. unter e., oben B. 2., und §. 2. d. G. B. v. 21. Juli 1846.), daß solche Geldgefälle, welche von Grundstücken zu gewissen Zeiten und nach in Voraus bestimmtem Betrage zu entrichten sind, nur nach freier Vereinigung zwischen dem Berechtigten und dem Verpflichteten abgelöst werden können, ist aufgehoben. G. v. 15. Mai 1851. §. 15. G.S. S. 133. Vielmehr sollen alle solche als Reallasten auf Grund und Boden oder gewissen dem Grundbesitze gleich zu achtenden Berechtigungen haftende Geldgefälle, insoweit sie nicht unentgeltlich oder gegen Entschädigung Seiten des Staats in Wegfall kommen, der Ablösung auf einseitigen Antrag sowohl der Berechtigten, als der Belasteten, und zwar nach folgenden näheren Bestimmungen unterliegen. ib. §. 16. **5)** In soweit nicht unter den Betheiligten über die Ablösung etwas Anderes bedungen worden ist, wobei es in jedem Falle sein Bewenden hat, steht rücksichtlich aller unter D. No. 1. u. 4. bezeichneten Geldabentrichtungen, es möge nun von dem Berechtigten oder von dem Belasteten auf deren Ablösung angetragen worden sein, dem Belasteten die Wahl zu, a) und zwar ebenfalls nach seiner Wahl, 1) durch Erlegung des baaren 20fachen Betrags, oder 2) durch Gewährung des 25fachen Betrags in Landrentenbriefen nach dem Nennwerthe an den Berechtigten, oder 3) auf beiderlei Weise neben einander, unmittelbar abzulösen, oder, b) behufs der mittelbaren Ablösung, das Geldgefäll an die Landrentenbank zu überweisen. Das Nähere s. ib. §. 17. Und vergl. noch wegen der Ueberweisbarkeit das G. v. 20. Sept. 1855. §. 1. G.S. S. 595. Bei den an den Staatsfiscus zu entrichtenden Erbverwandlungszinsen (Allodificationscanons) (Declar. v. 22. Febr. 1834.) findet ohne Rücksicht auf den bei der Allodification festgesetzten höhern Ablösungsfuß die Ablösung nur mit dem 20fachen Betrage Statt. S. dazu Erbverwandlung, und unten No. 10. Ang. G. v. 1851. §. 17. G.S. S. 133. **6)** Rücksichtlich der auf Grundstücken haftenden, zur Zeit noch nicht zur Ablösung gelangten Naturalleistungen und Naturaloblasten bewendet es bei den bisherigen Ablösungsgesetzen, wiewohl, was das Verfahren anlangt, mit den in dem G. v. 15. Mai 1851. enthaltenen Abänderungen derselben. ib. §. 22. **7)** Vom 1. Jan. 1854. an sind, mit Ausnahme der Ablösungsrenten und baaren Geldgefälle, alle auf einseitigen Antrag ablösbare Grundlasten und Dienstbarkeiten, auf deren Ablösung bis dahin nicht provocirt worden ist, dergestalt in Wegfall gekommen, daß sie nur als persönliche Verbindlichkeiten des

am 1. Jan. 1854. vorhandenen Besitzers und seiner Erben, so lange ersterer oder letztere das Grundstück nicht veräußern, fortdauern. Gegen den Eintritt dieses Rechtsnachtheils findet eine Wiedereinsetzung nicht Statt. G. v. 15. Mai 1851. §. 23. G.S. S. 135.— Vergl. hierzu d. V. v. 6. Dec. 1852. G.S. S. 329., und die V. v. 28. Juli 1853. §. 6. G.S. S. 167., sowie die V. v. 1. Dec. 1853. G.S. S. 270. War die Oblast in das Grund- und Hypothekenbuch eingetragen, so erfolgt auf Grund eines Zeugnisses der Generalcommission, daß auf Ablösung der fraglichen Oblast oder Dienstbarkeit nicht provocirt worden sei, die Löschung. Hatte ein Eintrag nicht Statt gefunden, so ist, auf Verlangen des Grundbesitzers, das Zeugniß, zu den Acten zu nehmen. Ang. G. v. 1851. §. 24. **8)** Mit dem 1. Jan. 1884. erlöschen auch die nach §. 23. cit. bis dahin etwa noch fortbestandenen persönlichen Verbindlichkeiten der im Besitze der belasteten Grundstücke gebliebenen physischen und moralischen Personen. G. v. 15. Mai 1851. §. 25. G.S. S. 136. **9)** Abgaben und Leistungen, welche nach dem I. Abschnitte d. G. v. 15. Mai 1851. in Wegfall kommen, können unter keinerlei Rechtstitel wieder eingeführt werden. Geldgefälle anderer Art können von Bekanntm. dieses Gesetzes an nicht weiter durch Verjährung erworben werden. Bei einer späterhin in Frage kommenden Erwerbung solcher Geldgefälle durch Verjährung sollen nur die bis mit dem 31. Mai 1851. vorgefallenen Besitzhandlungen berücksichtigt werden. §§. 26. 27. ib. **10)** Durch ausdrückliche Willenserklärung können dergleichen Geldgefälle (§. 27. cit.) als Reallasten nur in der Weise begründet werden, daß darüber ein schriftlicher Vertrag abgefaßt und darin festgesetzt wird, nach welchem Betrage, auch unter welcher Kündigungsfrist die Ablösung des Geldgefälls durch Capitalzahlung dem Verpflichteten jederzeit freistehen solle. Auch dürfen Geldgefälle, welche bei Veräußerung eines Grundstücks anstatt des Kaufgeldes oder eines Theils desselben auf das Grundstück gelegt werden, die Höhe von 2½ Neugroschen auf jede Steuereinheit desselben nicht übersteigen. Nur wenn diese Vorschriften beobachtet worden sind, dürfen solche Geldgefälle in das Grund- und Hypothekenbuch eingetragen werden. An die Landrentenbank konnten dergleichen, erst nach Bekanntmachung d. G. v. 15. Mai 1851. begründete Geldgefälle (mit Ausnahme der Erbverwandlungszinsen, V. v. 22. Nov. 1852. G.S. S. 326.) in keinem Falle überwiesen werden. Ang. G. v. 1851. §. 28. **11)** Wegen der schon nach den bisherigen Ablösungsgesetzen auf einseitigen Antrag ablösbaren Lasten verbleibt es bei den Bestimmungen §§. 50. 54. 78. d. Ablös.-G. u. §§. 17. 18. d. G. A. v. 21. Juli 1846., wonach deren Erwerbung durch Vertrag oder Verjährung schon von einem frühern Zeitpuncte an ausgeschlossen gewesen ist. §. 29. ib. **12)** Mit dem 31. Dec. 1853. sind alle Lehngeldberechtigungen erloschen, wegen deren bis dahin nicht auf Ablösung provocirt war, und Wiedereinsetzung gegen diesen Verlust kann nicht gesucht werden. G. v. 11. Nov. 1850. §. 6. G.S. S. 259. S. auch Lehnwaare. **13)** Was die A. von Geld- und Naturalleistungen an Kirchen, Stiftungen, Kirchendiener, Geistliche und Schullehrer betrifft, so enthalten die neueren Bestimmungen: d. G. v. 10. Febr. 1851. G.S. S. 45., welches das G. v. 14. Juli 1840. G.S. S. 147. aufhebt, ferner d. V. v. 6. Aug. 1851. G.S. S. 306. f., d. V. v. 26. Jan. 1852. G.S. S. 14. f., welche die unablösbaren Geldgefälle aufzählt, d. V. v. 22. Oct. 1853. G.S. S. 202. f. u. d. V. v. 25. Oct. 1853. G.S. S. 257. **14)** Gerichtsbehörden, welche von den Betheiligten wegen Beurkundung von ihnen getroffener Privatvereinigungen über Ablösungen und Gemeinheitstheilungen oder Zusammenlegungen angegangen werden, oder selbst erst die Vermittlung übernehmen, haben über die an sie ergangenen Anträge sofort und längstens in 4 Wochen an die Generalcommission Anzeige zu erstatten und den Verfügungen dieser Behörde nachzugehen. §. 3. d. V. v. 30. Sept. 1846. G.S. S. 238. u. V. v. 9. Juli 1851. G.S. S. 298. Jene Anträge vertreten aber nicht die Stelle einer förmlichen Provocation bei der ge-

bachten Commission. §. 11. d. V. v. 24. Oct. 1851. G.S. S. 383. u. vergl. auch d. V. v. 6. Dec. 1852. I. G.S. S. 329. **15)** Wegen der Ablösung der auf Trennstücken haftenden Oblastenantheile vergl. d. V. v. 28. Juli 1853. G.S. S. 164. **16)** S. Landrentenbank. — In Beziehung auf die Jagdablösung s. Jagd.

Ablösungs=Behörden. Ablösungs=Verfahren. 1) Die Ablösungen und Gemeinheitstheilungen, sowie alle damit in Verbindung stehende Angelegenheiten, werden vor einer Specialcommission, vor der Generalcommission, den obersten Justizbehörden und den Ministerien verhandelt und entschieden. G. v. 17. März 1832. §. 206. G.S. S. 221. **2)** Die Specialcommission bildet die erste Instanz. Sie wird von der Generalcommission, welcher deshalb von den Betheiligten Vorschläge gethan werden können, für jedes einzelne Auseinandersetzungsgeschäft ernannt, und besteht aus einem zum Actuar u. Richter qualificirten praktischen Rechtsgelehrten und einem mit den nöthigen theoretischen und praktischen Kenntnissen seines Fachs versehenen Wirthschaftsverständigen, ib. §. 207. 208. 219. ib. u. wegen der Lehngeldablösungen s. d. V. v. 30. Sept. 1846. §. 2. G.S. S. 237. **3)** Ueber die Geschäftsführung u. Geschäftsabtheilung in der Specialcommission vergl. §§. 209—212. des G. v. 1832. **4)** Die Specialcommission beginnt ihr Geschäft auf Grund eines von den betreffenden Hypothekenbehörden ausgefertigten Zeugnisses über die Eigenthumsverhältnisse (Legitimationszeugnisses), worin die, welche als Besitzer der betheiligten Grundstücke legitimirt sind, oder das Eigenthum daran gerichtlich in Anspruch genommen haben, Wiederkaufsberechtigte, ferner die rechtliche Qualität der Grundstücke, letztre nach ihren Brandkataster= u. Flurbuchsnummern, aufgeführt sein müssen. V. v. 1. Oct. 1836. G.S. S. 267., V. v. 30. Sept. 1846. §. 4. unter b. G.S. S. 238. In besondrer Beziehung auf die Laudemialpflicht §. 4. cit. der ang. V. v. 1846. [Vorher: §. 213. 243. 244. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 222. f.] **5)** Die von dem verpflichteten ökonomischen Commissar abgefaßten Protokolle aller Art haben für das Ablösungs= und Gemeinheitstheilungsgeschäft volle Beweiskraft, dafern sie von den anwesenden Betheiligten mit unterschrieben sind. G. v. 17. März 1832. §. 216. G.S. S. 223. **6)** Die Specialcommission erstattet alle Anzeigen und sonstige Berichte an die General=Commission, ib. §. 217. **7)** Die Generalcommission besteht aus vier Räthen, von welchen zwei Juristen und zwei Oekonomen sein müssen, und einem Präsidenten, und wird, so oft sie über Appellationen zu entscheiden hat, durch Räthe aus höhern Justizcollegien verstärkt. ib. §. 218. Ihr Geschäftsbetrieb ist der Regel nach collegialisch. §. 221. S. 224. Ihre Unterhaltung erfolgt aus der Staatscasse. §. 278. S. 236. **8)** Die Generalcommission leitet und beaufsichtiget das Verfahren der Specialcommissionen, entscheidet über Recurse und, in erweiterter Zusammensetzung, über Appellationen, sowohl gegen Erkenntnisse, als gegen das Verfahren, in zweiter Instanz, und hat, neben den Rechten und dem Vortheile der Interessenten, vornehmlich mit die Beförderung der Landescultur zu berücksichtigen. ib. §. 220. S. 224. Sie kann an alle Untergerichte Verfügungen erlassen. ib. §. 222. **9)** Oberste Behörden in Ablösungs= und Gemeinheitstheilungs=Angelegenheiten sind theils das Ober=Appellationsgericht, welches unter Zuziehung Landwirthschaftsverständiger in 3ter Instanz über Entscheidungen der Generalcommission erkennt, theils die betreffenden Ministerien. §. 223. 224. ib. u. G. v. 28. Jan. 1835. B. §. 9. G.S. S. 65. **10)** Beschwerden gegen die Generalcommission, oder gegen das O.A.Gericht, wegen der vor diesen entschiedenen Rechtssachen in Auseinandersetzungen sind bei dem Justizministerium, alle übrigen gegen die Generalcommission, welche das Verfahren selbst betreffen, bei dem Ministerium des Innern anzubringen. ib. §. 225. u. vergl. §. 273. S. 235. **11)** Das Verfahren vor der Specialcommission, oder bei der Generalcommission, ist im Allgemeinen summarisch, und es haben diese

Behörden allenthalben, auch von Amtswegen, für die Vervollständigung der factischen Unterlagen, welche zur Entscheidung nöthig werden können, zu sorgen. ib. §. 226. S. 225. Das Nähere enthält §. 227. 231—236., 240—242. 245—247. 250—253. ib. S. 225. f. **12)** Stellvertreter müssen gehörig instruirt, und in der praktischen Oekonomie erfahren, auch, so oft ganze Classen Gleichverpflichteter betheiligt sind, aus deren Mitte gewählt sein. Gemeinden erscheinen durch ihre Vertreter. ib. §. 228. G.S. S. 225., V. v. 25. Juli 1836. §. 1. G.S.S.177. **13)** Als Beistände können theils Advocaten, theils erfahrne Landwirthe erscheinen. Das Nähere enth. §.229. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S.225. u. d. V. v. 25. Juli 1836. G.S.S.177. **14)** Alle Mittel- und Unterbehörden sind verpflichtet, der Generalcommission und den Specialcommissionen, auf ihr Verlangen, urkundliche Nachrichten, Rechnungen und Acten, welche auf die Gegenstände der Auseinandersetzung Bezug haben, mitzutheilen. §.230. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S.225. **15)** Alle Anträge auf Auseinandersetzung, in sofern dabei von den sämtlichen Betheiligten, oder von einer Partei, die Mitwirkung einer Specialcommission in Anspruch genommen wird, sind bei der Generalcommission anzubringen. §. 239. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 227., V. v. 13. Dec. 1832. G.S. S.445. **16)** Ergeben sich beim Auseinandersetzungsgeschäfte streitige Puncte, so hat die Specialcommission diese gehörig festzustellen, und unter den Parteien eine gütliche Auseinandersetzung oder wenigstens ein Compromiß auf Abkürzung des Verfahrens zu vermitteln. Außerdem entscheidet die Specialcommission in erster Instanz entweder definitiv, oder interloquirt auf Beweis, und publicirt den Parteien in einem dazu besonders anzuberaumenden Termine das Erkenntniß, welches nach 10 Tagen zur Rechtskraft gelangt. §.248. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 229. **17)** Ist auf Beweis erkannt, so gelangt die Sache an das Bezirksamt (jetzt das betr. Gerichtsamt) zur Fortstellung. (Wegen Bautzen u. Löbau s. d. Bek. v. 30. Juli 1835. G.S. S. 423., V. v. 18. Oct. 1838. G.S. S. 424., und wegen der Schönburg. Receßherrschaften d. V. v. 14. Juni 1832. G.S. v. 1833. S. 581.) Dieses Amt hat hierauf schriftliche Notificationen hiervon an die Parteien zu erlassen, von deren Insinuation an die Beweisfrist läuft. Wird in höherer Instanz auf Anstellung förmlicher Klage erkannt, so ist diese in jedem Falle vor dem Bezirksamte (jetzt Gerichtsamte) anzustellen. Vergl. §.249. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S.230. **18)** Wenn alle Verhandlungen beendigt sind, erfolgt die Abfassung des Recesses. §. 253. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S.230. Der Entwurf ist den Parteien vorzulegen und, auf Verlangen, schriftlich mitzutheilen. Sobald die dagegen etwa noch gemachten Erinnerungen erledigt sind, so ist er an die Generalcommission einzusenden. §. 254. ib. S.231. **19)** Die Generalcommission prüft den Entwurf des Recesses, und erwägt, ob noch eine öffentliche Aufforderung solcher bei dem Geschäfte betheiligter dritter Personen erforderlich sei, welche nicht schon bei den Verhandlungen gehört worden sind. §.255. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 231., V. v. 1. Oct. 1836. §. 8. G.S. S.263. **20)** Die öffentliche Aufforderung erfolgt so: daß, wenn die betheiligten entferntern Interessenten eine Wahrnehmung ihrer Interessen für nöthig erachten würden, sie binnen einer peremtorischen Frist von 12 Wochen und bis zu einem bestimmten Tage, ihre desfallsigen Anträge, bei Verlust derselben, bei der Specialcommission anzubringen hätten. Diese Aufforderung ist 2 Mal in die Leipziger Zeitung und nach Befinden in ausländische Blätter zu rücken und an Bezirksamtsstelle anzuschlagen. §. 256. 257. ib. S. 231. Mit Ablauf des Termins tritt die Präclusion sofort ein. Eine Wiedereinsetzung in vorigen Stand können die Ausgebliebenen nicht in Anspruch nehmen. §. 258. ib. S. 232. **21)** Einwendungen entfernterer Interessenten sind von der Specialcommission zur Erledigung zu bringen. §. 259. 260. ib. **22)** Wenn endlich der Receß von der General-Commission bestätigt worden, so hat er die Kraft

einer gerichtlichen Urkunde, aus welcher die Execution verfügt werden kann. G. v. 17. März 1832. §. 261. G.S. S. 232. — 1 Exemplar verbleibt bei der Generalcommission, ein 2tes geht der betreffenden Gerichtsbehörde zu, von welcher auf Grund des Recesses etwaige Abtretungen und Erwerbungen von Trenn- und Theilstücken, sowie auf Grundstücke übernommene Renten in das Grund- u. Hyp.-Buch einzutragen sind. §. 261. u. 11. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 232., V. v. 4. Nov. 1836. G.S. S. 309., V. v. 20. März 1837. G.S. S. 25., V. v. 19. Aug. 1840. §. 3. G.S. S. 220., G. v. 6. Nov. 1843. §. 19. u. 63. G.S. S. 193., Tax-O. bei diesem G., G.S. v. 1843. S. 241., u. V. v. 30. Sept. 1846. §. 11. G.S. S. 242. S. auch: Grund- u. Hypoth..., Reallasten. — **23)** Die Generalcommission theilt ferner der Landrentenbank (mit Beifügung eines gerichtlichen Renteneintragszeugnisses, worüber man die V. v. 30. Dec. 1833. §. 3. G.S. S. 227., V. v. 20. März 1837. G.S. S. 25., Tax-O. in der G.S. v. 1843. S. 241. unter 17., und die V. v. 30. Sept. 1846. §. 12. G.S. S. 242. nachzusehen hat) — u. der Steuerbehörde Auszüge der Ablösungsrecesse mit. G. v. 17. März 1832. §. 262. G.S. S. 233. S. auch: Ablösung, Gemeinheitstheilung, Grund- und Hypoth..., Zusammenlegung. **24)** Die Generalcommission hat die erste Ausführung der im Recesse getroffenen Bestimmungen zu verfügen; spätere Streitigkeiten darüber gehören vor den ordentlichen Richter. ib. §. 263. **25)** Nur wegen der, in Folge der Auseinandersetzung, noch zu veranstaltenden Herstellung von Wegen und Triften, sowie von Gräben zu Entwässerung und Bewässerung der Grundstücke, wegen Regulirung der Benutzung von Brunnen und andern Gewässern zu Viehtränken, und wegen des Kostenpunctes, können innerhalb Jahresfrist noch Verhandlungen, unter Vermittelung der Specialcommission, sowie Entscheidungen derselben Statt finden. ib. §. 264. **26)** In Auseinandersetzungs-Angelegenheiten findet überhaupt gegen Erkenntnisse und Resolutionen ein doppeltes Rechtsmittel Statt, nemlich: a) Recurs und b) Appellation. ib. §. 265. **27)** Recurs findet Statt, sobald die fragliche Resolution, oder das Erkenntniß nicht rein civilprocessualische Angelegenheiten betrifft, sondern wobei diese Rechtsverhältnisse als unbestritten vorausgesetzt werden, und nur die Auseinandersetzung u. Ablösung in Frage kommt. §. 266. ib. **28)** Wird der Recurs gegen Erkenntnisse, oder in Kraft eines Erkenntnisses ertheilte Bescheidungen ergriffen, so muß er binnen 10 Tagen erfolgen. Die Specialcommission hat hierauf Bericht an die Generalcommission zu erstatten, und diese entscheidet hierauf in letzter Instanz, wogegen nur Beschwerde bei dem Ministerium des Innern Statt findet. §. 267. ib. **29)** Auf Appellationen gegen das Verfahren oder gegen Erkenntnisse ist ebenfalls an die Generalcommission zu berichten. §. 268. ib. S. 234. **30)** In Appellationsfällen hat die Generalcommission darüber durch Verordnung zu entscheiden. Sie kann jedoch solche Erörterungen, welche ihr zur Beurtheilung und Entscheidung noch erforderlich erscheinen, vorher durch die Specialcommission nachholen lassen. Erachtet sie aber, daß selbst durch dergleichen nachträgliche Erörterungen die Sache zu einer Entscheidung nicht reif werden könne, und findet sie dieselbe nicht einmal zu einem Beweisinterlocute geeignet, so hat sie auf Anstellung förmlicher Klage vor dem ordentlichen Richter zu erkennen. §. 269. ib. **31)** Wird gegen die auf die Appellation erlassene Decisiv-V. der Generalcommission appellirt, so gelangt diese Appellation durch die letztgedachte Behörde an das O.A.Ger. ib. §. 270. d. G. v. 28. Jan. 1835. B. §. 9. G.S. S. 65. **32)** Die Remission der Acten mit der Decisiv-V. erfolgt durch die Generalcommission an die Specialcommission, und, wenn auf Beweis erkannt ist, an das Bezirksamt. §. 271. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 234. **33)** Gegen die Entscheidung des Ober-Appellations-Gerichts findet ein weiteres Rechtsmittel nicht Statt. ib. §. 272. S. 235., §. 14. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 66. **34)** Bei dem Verfahren auf die nach den Bestimmungen des Ge-

setzes v. 15. Mai 1851. (s. Ablösung) zulässigen Provocationen auf Ablösungen treten allenthalben die einschlagenden Bestimmungen des Ablösungsgesetzes ein, jedoch mit folgenden Abänderungen. G. v. 15. Mai 1851. §. 30. G.S. S. 137. a. Die Generalcommission soll bei den an sie gelangenden Provocationen auf Ablösung, Gemeinheitstheilung oder Zusammenlegung von Grundstücken jedesmal erwägen, ob, nach Beschaffenheit des Gegenstandes, die Bestellung zweier Specialcommissarien, eines rechts- und eines landwirthschaftsverständigen, nöthig, oder, wenigstens zur Zeit, die Beauftragung des einen oder des andern für entbehrlich zu erachten sei. Letztern Falls soll sie nur Einen Specialcommissar bestellen, diesen aber anweisen, daß er, sobald im Laufe der Verhandlungen die Mitwirkung eines zweiten Specialcommissars sich als erforderlich darstellt, oder von den Parteien oder einer derselben verlangt wird, zu berichten habe. ib. §. 31. b. Bei Ablösungen durch Capitalzahlung soll es nicht mehr der Ausfertigung eines Recesses und der Bestätigung desselben durch die Generalcommission bedürfen, vielmehr zur Beurkundung der Ablösung ein Bekenntniß des Berechtigten genügen, daß er die Capitalzahlung erhalten habe und auf sein dadurch abgelöstes Recht verzichte. G. v. 15. Mai 1851. §. 32. G.S. S. 137., dazu vergl. aber d. V. v. 24. Oct. 1851. §. 8. G.S. S. 382. Dieses Bekenntniß ist bei der Grund- und Hypothekenbehörde des verpflichteten Grundstücks einzureichen, damit von derselben auf dessen Grund die zur Ablösung gelangende Oblast, in soweit selbige eingetragen ist, gelöscht, oder das Zeugniß zu den Acten genommen werde, wenn die Last nicht eingetragen war. ib. §.33. c. Anlangend die Wahrnehmung der Rechte dritter Personen, so sind die hierüber im Ablösungsgesetze Abschnitt VI. enthaltenen Bestimmungen in nachstehenden Puncten abgeändert und erläutert worden: a) In soweit der Betrag gezahlter Ablösungscapitale das Consensquantum übersteigt, oder ein solches dem Besitzer überhaupt nicht zugestanden ist, können Ablösungscapitale, außer den §. 182. des Ablösungsgesetzes festgesetzten Verwendungen, auf Antrag des Besitzers, nach dem Ermessen der Lehns- oder Fideicommißbehörde auch zur Verbesserung des berechtigten Grundstücks auf eine den Werth desselben bleibend erhöhende Weise verwendet werden. Die Zustimmung der Lehns- oder Fideicommißinteressenten ist dazu nicht erforderlich. b) Sollen Ablösungscapitale für von Lehn- oder Fideicommißgütern abgelöste Dienste, Grunddienstbarkeiten, Gefälle oder sonstige Leistungen vom Berechtigten zur Erkaufung eines zum Lehne oder Fideicommisse zu schlagenden Grundstücks verwendet werden, so bedarf es hierzu einer besondern Einwilligung der Mitbelehnten oder Fideicommißinteressenten nicht; vielmehr ist solche lediglich von der Einwilligung der Lehns- oder Fideicommißbehörde, welche allein hierüber zu cognosciren hat, abhängig. G. v. 15. Mai 1851. §. 34. G.S. S. 137. d. In sofern die zur Ablösung durch Capitalzahlung gelangende Berechtigung Zubehör eines Grundstücks war, und nicht blos einer Person, namentlich einer moralischen, wie Stiftungen, Körperschaften, Gemeinden u. s. w. zustand, können (vergl. den VI. Abschnitt des Ablösungsgesetzes, die V. v. 31. Juli 1837. u. d. G. v. 15. Jan. 1838.) von den Verpflichteten die Capitalzahlungen mit der Wirkung der Befreiung nur vor der Grund- und Hypothekenbehörde des Berechtigten oder des Verpflichteten geschehen. Diese Behörde hat sodann, dafern sie nicht selbst zugleich die Grund- u. Hypothekenbehörde des berechtigten Grundstücks oder von dieser mit Auftrag versehen ist, welchenfalls von ihr selbst, nach §. 170. des Ablösungsgesetzes, für Befriedigung oder Sicherstellung der Realgläubiger zu sorgen ist, a) wenn der Berechtigte durch ein Zeugniß der Grund- und Hypothekenbehörde des berechtigten Grundstücks nachweist, daß die Ueberlassung des Ablösungscapitals an ihn unbedenklich erfolgen könne, letzteres an ihn auszahlen zu lassen; b) wenn aber der Berechtigte ein solches Zeugniß nicht beibringt, das Ablösungscapital zum Depositum zu nehmen, die erfolgte Einzah-

lung der Grund- u. Hypothekenbehörde des berechtigten Grundstücks anzuzeigen, und dieser die weitere Veranstaltung zu überlassen. G. v. 1851. §. 31. e. Im Betreff des Verfahrens bei Grundzinsablösungen, Ablösung von Geldgefällen, Gefällsrenten u. dgl. insbesondere vergl. die V. v. 24. Oct. 1851. G.S. S. 380. **35)** Vergl. auch die Art.: Gerichte, Gemeinheitstheilung, Zusammenlegung, Grund- u. Hyp...

Ablösungsgesetz, s. Ablösung.

Ablösungsmittel, s. Ablösung.

Ablösungsreceß, s. Receß, Ablösungsbehörde.

Ablösungsrecht. S. Ablösung, Pfandrecht.

Ablösungsrenten. S. Renten. — A. bei Grundstücksexpropriationen für Eisenbahnen; wegen deren Vertheilung s. die V. v. 26. Febr. 1859. unter Dismembration.

Ablösungssachen. S. Ablösungsbehörden, Nullität...

Ablösungsverträge. S. Ablösung, Ablösungsbehörden.

Ablohnen, s. Lohn.

Abmahnen, s. Warnen, Reue.

Abmessung, s. Zumessung.

Abmetzen. S. Getreide.

Abmiethen. S. Gesinde, Miethe.

Abmiether. S. Vorladung, Miethe.

Abnahme. S. Aemter, Eid, Verarmung.

Abnöthigen, s. Gewalt.

Abnutzen. S. Anmaßung.

Abolition. **1)** Der König kann in strafrechtlichen Fällen A. ertheilen. V. U. v. 4. Sept. 1831. §. 52. G.S. S. 252. **2)** Wer wegen eines Verbrechens bereits A. erhalten hat, kann wegen desselben nicht nochmals zur Untersuchung und Strafe gezogen, auch wegen eines neuen Verbrechens nicht mit der Strafe des Rückfalls belegt werden, s. Begnadigung. **3)** Alle A-gesuche sind an das Justizministerium zu berichten. G. v. 28. Jan. 1835. §. 10. G.S. S. 65. **4)** Die, welche A. erhalten haben, sind gleichwohl bei den Handwerken anzunehmen. M. v. 19. Oct. 1731. §. 13. unter 5. C.A. C.I. T.I. S. 588.

Abordnen, s. Absenden.

Abortivmittel, s. Abtreibung.

Abortus, s. Abtreibung.

Abpachten, s. Miethe.

Abpacken, s. Abladen.

Abpfänden. S. Auspfändung, Pfandrecht, Täuschung, Abgepfändete S.

Abpflügen, s. Abackern.

Abpressen, s. Gewalt, Erpressung.

Abrechnung, s. Compensation, Rechnung..., Sequestration.

Abreise, s. Reise...

Abreißen, s. Losreißen, Anschläge, Verletzung, Forst...

Abrogiren. S. Gesetze, Gewohnheitsrecht.

Abrufen, s. Commission.

Abschätzen. S. Gewerb- und Personalsteuer, Werth.

Abschaffen. S. Gesetze, Hunde, Pferde, Singumgänge.

Abscheuchen. S. Jagd, Wild.

Abschicken, s. Absenden.

Abschieben, s. Transport.

Abschied. S. Erkenntnisse, Landtagsabschied, Armee, Militair..., Offiziere, Receß.

Abschießen, s. Schießen.

Abschlachten, s. Schlachten.

Abschlagen. S. Graben, Wasser, Versagen, Weigerung.

Abschlagszahlung. S. Zahlung, Wechselzahlung. Auf Gerichts- und Advocatenkosten zugleich: s. Advocaten.

Abschließen. S. Gesinde, Rechnung... Verträge.

Abschneiden. S. Arrest, II., Begräbniß, Scheintod.

Abschoß (Abzugsgeld, Abzugsrecht, Nachsteuer, Nachschoß). **1)** Der A. ist innerhalb Landes sowohl rücksichtlich des Staatsfiscus als der Patrimonialobrigkeiten aufgehoben. Pat. v. 24. Mai 1814. u. 18. Febr. 1815.; V. v. 30. Aug. 1819. G.S. S. 192., O.A.Pat. v. 2. Sept. 1819. L.C.W. T.V. S. 129. **2)** Vorher war für zweifelhafte Rechtsfragen in A-fällen das Gen. v. 16. Febr. 1811. §. 1—14. C.A. C.III. T.I. S. 248., L.C.W. T.V. S. 92. f., maßgebend. **3)** Ueber Erhebung des A-es von außer Landes gehendem Vermögen sollte nicht der förmliche Rechtsweg gestattet, sondern an die Regierung berichtet und von

ihr Resolution erwartet werden, §. 15. ib. a. a. O. 4) Berichtserstattung in A-fällen schreibt insbesondre d. Gen. v. 9. Febr. 1741. C.A. C.I. T.I. S. 322.; v. 23. Febr. 1741. ib. S. 1305.; 5. Juli 1741. L.C.W. T.I. S. 165., v. 21. Juni 1743. ib. S. 168., v. 20. Sept. 1743. ib. S. 168., v. 9. Juli 1743. C.A. C.I. T.I. S. 335.; Gen. v. 30. Dec. 1746. C.A. C.I. T.II. S. 1311.; Rescr. v. 23. Jan. 1782. L.C.W. T. III. S. 75.; M. v. 24. März 1813. (wegen Frankreich) C.A. C.III. T.II. S. 34.; Gen. v. 6. Juli 1790. C.A. C.II. T.I. S. 985.; v. 26. Febr. 1802. C.A. C.III. T.II. S. 21.; v. 4. April 1805. §. 7. C.A. C.III. T.I. S. 215., L.C.W. T.V. S. 20.; Gen. v. 26. Jan. 1791. (wegen der Aemter) C.A. C.II. T.II. S. 73. vor. 5) Die in Retorsionsfällen für die Armencasse zu machenden Abzüge [Rescr. v. 5. Mai 1790. C.A. C.II. T.III. S. 670.; Gen. v. 6. Juli 1790. C.A. C.II. T.I. S. 985.; v. 26. Febr. 1802. C.A. C.III. T.II. S. 21.; v. 4. April 1805. §. 4. C.A. C.III. T.I. S. 213., L.C.W. T.V. S. 20.] sind innerhalb der deutschen Bundesstaaten ebenfalls aufgehoben, M. v. 24. Jan. 1818. C.A. C.III. T.II. S. 79., L.C.W. T.V. S. 126. 6) [Aeltr. Recht: wegen der Bauergüter: L.O. v. 20. Nov. 1551. C.A. T.III. S. 90.; Tax-O. v. 20. Febr. 1764. C.A. C.I. T.I. S. 495. f.; im Betreff der Verjährung des Befugnisses: Dec. 6. v. 1746. ib. S. 350.; der Retorsion: Dec. 6. ib.; Const. 38. P. III. v. 1572. C.A. T.I. S. 116.; Rescr. v. 29. Jan. 1778. C.A. C.II. T.I. S. 751.; Gen. v. 4. April 1805. C.A. C.III. T.I. S. 213; wegen Geistlicher u. Schuldiener: Rescr. v. 4. Sept. 1744. C.A. C.II. T.II. S. 5.; Rescr. v. 2. März 1753. C.A. C.I. T.I. S. 239.; Rescr. v. 18. April 1787. C.A. C.III. T.I. S. 100.; Gen. v. 16. Febr. 1811. §. 3. u. 14. ib. S. 248.; Rescr. v. 22. Nov. 1811. ib. S. 147.; wegen der Ausführung von Vermögen in andre Amtsbezirke: Gen. v. 4. u. 9. März 1747. C.A. C.I. T.II. S. 1311. u. T.I. S. 365.; wegen der Militairpersonen: M. v. 29. Sept. 1781. C.A. C.II. T.I. S. 1249. u. T.III. S. 611. 907. L.C.W. T.I. S. 74.; in Bezug auf Adlige: Rescr. v. 13. Aug. 1783. C.A. C.II. T.I. S. 829. u. T.III. S. 191. u. 801.; wegen der Cognition in A.-Fällen und des A. bei Subhastationen: Rescr. v. 14. Juni 1786. C.A. C.II. T.II. S. 51.; wegen der Abschoßfreiheit zwischen den Erblanden u. der Oberlausitz: Rescr. v. 19. Nov. 1787. C.A. C.II. T.I. S. 967. u. 26. Jan. 1789. C.A. C.II. T.III. S. 231.; Rescr. v. 3. Sept. 1793. ib. S. 857.; wegen des A. von Vermögen, welches in die Preuß. Staaten ging: Rescr. v. 18. Nov. 1724. L.C.W. T.I. S. 130., Bef. v. 9. April 1749. C.A. C.I. T.I. S. 733.; Rescr. v. 6. März 1751. ib. S. 775.; Gen. v. 24. März 1751. ib. S. 1317., L.C.W. T.I. S. 174.; nach Coburg: Bef. v. 2. Juni 1779. C.A. C.II. T.II. S. 29. u. T.III. S. 645. 957.; wegen sofortiger Erhebung des A.: Bef. v. 13. Sept. 1773. C.A. C.II. T.II. S. 11.] 7) S. auch: Armencasse, Auswanderung, General-Gouvern..., Staatsverträge, I., Unterthanen, Abzugsrecht.

Abschrauben. S. Jagd.

Abschrecken. S. Jagd, Wild, Verhinderung.

Abschreiben. S. Abschriften, Ablösung..., Grundsteuer, Grund- und Hyp..., Pertinenzen, Reallasten, Steuererlaß.

Abschriften. 1) Der Beleidigte erhält auf Kosten des Beleidigers und der freigesprochne Angeklagte empfängt auf Verlangen eine Abschrift des Straferkenntnisses samt Entscheidungsgründen. S. Beleidigung, Vollstreckung. 2) Die Bekanntmachung der nicht bei einem mündlichen Verfahren ertheilten Entscheidungen in Strafsachen kann unter Umständen auch durch abschriftliche Mittheilung geschehen. Vergl. die Art.: Entscheidung, Untersuchungsverfahren vor dem Einzelrichter. 3) Wegen der abschriftlichen Mittheilung der Rechtsmittel an die, gegen welche sie gerichtet sind, vergl. die Artikel: Rechtsmittel, Appellation. 4) In Rügensachen kann dem Angeklagten die Rüge abschriftlich zur Beantwortung zugefertigt werden. S. darüber: Rügenverfahren. 5) Mittheilung des Nachtragserkenntnisses in Abschrift an die betheiligten Gerichte; s. desw. Vollstreckung. 6) Welche Gebühr bei Gerichten, Notarien, Advocaten, Superintendenten, Gerichtsärzten u. A. m. im öffentlichen Dienste passirt, darüber geben die verschiedenen Tax-Ordnungen (s. d.) speciellen Nachweis. Die Schreibelöhne passiren überall als Verläge. Tax-O. v. 1840. Anm. 2. G.S. S. 470. 7) Im Civil-Processe sind in A. mitzutheilen, a) die Klage dem Beklagten, P.O. T. 5. §. 4. S. 45. b) die Litis-Denunciation

dem Litis=Denunciaten, P.O. T. 14. §. 1., E.P.O. ad T. 14. §. 1. S. 91. u. 93.; c) die Beweis=Artikel, Namen der Zeugen und Urkunden dem Producten, P.O. T. 20. §. 1. S. 120.; d) die Leuterung und Appellation dem Leuteraten oder Appellaten. E.P.O. ad T. 35. §. 5. u. 6. S. 187. ff.; §. 26. d. M. v. 13. März 1822. G.S. S. 213.; §. 4. d. M. v. 3. April 1824. G.S. S. 44.; §. 22. d. G. v. 28. Jan. 1835. B. G.S. S. 67.; G. v. 16. Mai 1839. §. 36. G.S. S. 152. e) Beiden Theilen sind von den Zeugenrotuln, binnen 14 Tagen nach Publ. des Bew., Abschriften zuzufertigen, P.O. T. 29. §. 2. S. 162. u. E.P.O. ad T. 29. §. 1. S. 166.; f) die Hilfsauflage dem Kläger, G. v. 28. Febr. 1838. §. 11. 92. G.S. S. 77. 94. g) Statt schriftl. Vorladung ist im Administrativjustizprocesse den Betheiligten das Anbringen des Gegners abschriftlich mitzutheilen, und auf diese A. der Tag der Verhandlung zu bemerken, §. 6. d. G. v. 30. Jan. 1835. G.S. S. 89. **8)** Commissarien sollen von den aufgenommenen Protokollen den Parteien auf Ansuchen gegen die Gebühr A. fertigen lassen. Res. gr. v. 1661. Justizs. §. 58. C.A. T. I. S. 230. **9)** Ohne Specialvollmacht kann ein Bevollmächtigter die A. der Documente für Urschriften nicht anerkennen. E.P.O. ad T. 7. §. 2. S. 63. **10)** Beglaubigung der A. gehört mit unter die, den App.=Gerichten und dem O.A.Gerichte zustehenden, Actus vol. jurisd. §. 5. 8. d. G. v. 28. Jan. 1835. B. G.S. S. 63. **11)** Kriegsgerichte können in den vor sie gehörigen Sachen A. vidimiren, §. 5. d. V. v. 2. April 1835. G.S. S. 230. **12)** S. auch: Anzeigen, Appellationsgerichte, Beweis, Commissarien, Dismembration, Ehesachen, Erkenntnisse, Executions..., Gegenbeweis, Notare, Litisdenunciation, Protokolle, Stempelsteuer, Taxordnung, Urkunden, Verwaltungsstreit..., Vollmacht, Vorladung, Wahlen, Waldheim, Wechselcopie, Wechsel, Friedensrichter.

Abschützen. S. Wasser.

Abschwören. S. Eid, Urkunden, Zeugen.

Absenden. S. Boten..., Briefe, Commissarien, Declaration, Testamente.

Absenten, s. Abwesende.

Absetzen. S. Verfahren, auch: Remotion.

Absicht, s. Unbedachtsamkeit, Concurrenz von dolus und culpa, Urheber, Gehilfen, Vorsatz.

Absitzen. S. Arrest, Gefängnisse, Gefängnißstrafe, auch: Miethe.

Absolut tödlich. S. Mord.

Absolution. S. Abendmahl, Auflegen, Eid.

Absolutoria, s. Freisprechen.

Absolviren, s. Freisprechen, Studienzeit.

Absondern, s. Theilung. A. der Gefangenen: s. Untersuchungshaft. — In andern Beziehungen vergl.: Freiheitsberaubung, Einzelbefragung.

Absonderungsrecht. S. Concursgläubiger, und s. Appellation III. E.

Absprechen. S. Erkenntnisse.

Abspringen, s. Rücktritt.

Abstammung, s. Herkunft.

Abstatten. S. Kosten..., Admonition, Aussage, Meldungen, Protokolle, Untersuchungskosten.

Abstehen. S. Reue, Versuch, Zweikampf. — A. von der Verfolgung des Verbrechers: s. Zurücknahme, Einstellung, Anklageverfahren.

Absteigende Linie. S. Verwandte.

Abstellen, s. Abschaffen.

Abstempeln, s. Stempeln.

Absterben. S. Begräbniß, Tod.

Abstimmung, s. Stimmen..., Anklageverf..., Wahlen, Gerichtssitzung, Entscheidung.

Abstoßen. S. Zahlung, Abschlagsz...

Abtauschen. S. Tausch.

Abteufen. S. Gruben.

Abtheilen, s. Theilung.

Abtrag. S. Kosten..., Schadenersatz, Zahlung, Abschlagsz...

Abtragen. S. Abgaben, Concurs, Grundsteuer, Landes=Immob..., Neubaue.

Abtreiben. S. Abtreibung, Nothwehr, Wild, Waldungen, Jagdvergehen.

Abtreibung. 1) Wenn eine Frauensperson, verehelicht oder unverehelicht, durch äußere oder innere Mittel ihre Frucht im Mutterleibe tödet, oder vor der gehörigen Reife abtreibt, so ist sie mit Arbeitshaus

oder Zuchthaus bis zu 4 Jahren zu belegen. Str.G.B. v. 1855. Art. 160. **2)** Hat Jemand ohne oder wider den Willen der Schwangeren durch Mittel der im Art. 160. gedachten Art deren Frucht im Mutterleibe getödet oder vor der gehörigen Reife abgetrieben, so tritt Zuchthaus bis zu 6 Jahren ein, welche Strafe, wenn hierdurch der Tod der Schwangeren verursacht worden ist, bis auf 12 Jahre gesteigert werden kann. ib. Art.161. **3)** S. Tödung. **4)** Die Hebammen sind zur Anzeige dieses Verbrechens gesetzlich verpflichtet. Hebammen-O. v. 2. April 1818. §. 7. G.S. S. 19. **5)** Aeltr. Recht: Const. 4. P. IV. v. 1572. C. A. T. I. S. 118.; M. v. 14. Oct. 1744., welches auch in §. 4—6. polizeiliche Vorkehrungen gegen das Verbrechen enthält; L.E.W. T. I. S. 303. u. C. A. C. I. T. I. S. 339.; Rescr. v. 26. Oct. 1744. ib. S. 341.; v. 6. Febr. 1767. ib. S. 245.; Cr.Gb. v. 1838. Art. 128. 129. G.S. S. 144.

Abtrennung. S. Dismembration, Expropriation.

Abtretung. S. Ablösung, Abwesende, Cession, Concurs..., Eigenthum, Executionsverfahren, Patrimonialgerichte, Expropriation.

Abtrift. S. Hutung.

Abtritt. S. Asche.

Abtritt, s. Abtretung. S. Geringfügige R., Gütepflegung, Ständeversammlung, Verbürgung.

Abverdienen, s. Arbeit.

Abwägen, s. Gewicht, Zumessung.

Abwarten. S. Gesinde, Termin, Verpflegung, Noth.

Abwechselnd. S. Schärfung, und s. die Citate unter dem Art.: Vorübergehend.

Abwege. S. Jagd, Reiselegitimationen, Vagabonden, Wegweiser, Zwickau I.

Abwehr. S. Forstschutz, Gendarmen, Jagd, Jagdvergehen, Polizei, Selbsthilfe, Vertheidigung, Wild, Waffen, Zollbeamte, Verhinderung, Noth, Beleidigung.

Abweichen, s. Abwege.

Abweiden. S. Hutung.

Abweisen. S. Appellation, Begnadigung, Erkenntnisse, Klage, Anschluß.

Abwenden, s. Abwehr, Forstrügen, Gefährlichkeit, Nothzucht, Versuch.

Abwerfen. S. Elbe.

Abwesende. Abwesenheit. A. In Beziehungen des bürgerlichen Rechts. **1)** Wird ein gewesener Unmündiger nach erfülltem 21sten Jahre abwesend, und hat man von seinem Aufenthalte keine Nachricht, so ist der Vormund verbunden, solches dem Richter anzuzeigen, und inmittelst, bis ein anderweiter Vormund bestätigt wird, die Vormundschaft fortzustellen. V.O. Cap. 25. §. 1. Handausg. S. 109. **2)** Hat ein A. einen Bevollmächtigten bestellt, so ist von demselben dessen Vermögen, nach Inhalt der Vollmacht, zu verwalten, jedoch soll derselbe, wenn über Jahr und Tag von des Abwesenden Aufenthalte keine Nachricht einläuft, solches anzeigen, und sodann den nächsten Anverwandten jährlich Rechnung ablegen. ib. §. 2. **3)** Wenn die Verwandten wider die Person des Bevollmächtigten erhebliche Einwendungen haben, so sind sie damit zu hören, und die Verwaltung desselben ist nach Befinden einzuschränken oder gar aufzuheben. ib. **4)** Wenn ein A. keinen Bevollmächtigten zurückgelassen hat, oder die Vollmacht nur auf gewisse Angelegenheiten lautet, auch wo er sich aufhalte, keine Nachricht vorhanden ist, so soll demselben im erstern Falle ein Vormund überhaupt bestellt und solches zugleich durch öffentlichen Anschlag und durch die Leipziger Zeitungen bekannt gemacht werden. Im andern Falle wird demselben zu den Angelegenheiten, auf welche die zurückgelassene Vollmacht nicht lautet, ein Vormund bestellt. ib. §. 3. **5)** Die Bevormundung eines A. gehört in der Regel vor denjenigen Richter, welchem derselbe, ehe er abwesend wurde, für seine Person unmittelbar unterworfen war. Jedoch kann der Richter, unter welchem des Abwesenden Vermögen befindlich ist, demselben einen Vormund bestellen, wenn der Abwesende weder ein forum privilegiatum, noch domicilii, innerhalb Landes hat. Liegt des Abwesenden Vermögen unter verschiedener Gerichtsbarkeit, so ordnet die vorgesetzte Behörde an, welcher Richter den Vormund bestellen solle. ib. §. 4. **6)** Die Vormundschaft über einen A. ist dem sich im Lande aufhaltenden nächsten Anverwandten, wel-

cher solche zu übernehmen bereit und gesetzlich befähigt ist, und, wenn mehrere mit dem A. in gleichem Grade verwandt sind, ihnen allen, dafern sie sich desfalls nicht eines andern vergleichen, oder der Richter einen davon vorzieht, aufzutragen. ib. §. 5. **7)** Hierbei gehen mündige Frauen den Mannspersonen, welche dem A. nicht so nahe verwandt sind, vor. ib. S. 112. **8)** Dafern die zu Führung der Vormundschaft eines A. bestellte Person, nach dem Grade der Verwandtschaft mit selbigem, das nächste Recht zu dessen Erbschaft haben würde, so hat der Richter einen Neben-Vormund, welcher das persönliche Interesse des A. in Obacht zu nehmen hat, zu bestellen. ib. **9)** In Ermangelung Anverwandter, oder, wenn dieselben untüchtig sind, werden andre geeignete Personen den A. zu Vormündern bestellt. ib. **10)** Der Vormund eines A. erhält eine Bestätigungs-Urkunde, und hat dafür, daß ein Inventarium errichtet, oder das Vermögen von denen, welche solches in ihrer Verwahrung haben, mittelst eidlich zu bestärkender Specification, ausgeantwortet werde, Sorge zu tragen, auch das Vermögen treulich zu verwalten, nach Befinden Caution zu bestellen, und jährlich Rechnung abzulegen. §. 7. ib. S. 113. **11)** Die Rechnungen werden den nächsten Verwandten des A., und wenn der Vormund selbst ein Verwandter ist, denen, welche mit ihm in gleichem oder in näherm Grade verwandt, oder auch nach ihm die nächsten sind, ingleichen dem bestellten Neben-Vormunde, vorgelegt. ib. Der Vormund vertritt den A. in allen Fällen vor Gericht. E.P.O. ad Tit. 4. §. 2. 3., ad Tit. 41. §. 2., ad Tit. 9. §. 3. u. 4., ad Tit. 18. §. 4. S. 40., 235., 72. u. 112. **12)** Die Vormünderin eines A. kann denselben, auch in gerichtlichen Handlungen, entweder selbst vertreten, oder einen Actor bestellen. Cap. 25. §. 8. d. V.O. S. 113. **13)** Wenn der Vormund eines A. stirbt, so ist die Vormundschaft nicht seinen, sondern des A. nächsten Intestat-Erben aufzutragen; auch ist, wenn nach angeordneter Vormundschaft nähere Verwandte, oder Kinder des A. sich melden, der bestellte Vormund, nach Ermessen des Richters, ihnen die Vormundschaft abzutreten verbunden. ib. §. 9. S. 114. **14)** Sobald der A. wiederkommt, oder sich meldet, und einen Bevollmächtigten gerichtlich bestellt, oder wenn er stirbt, oder nach vorgängiger Edictalcitation für tod geachtet wird, hört die Vormundschaft auf, und muß sodann bezüglich ihm, oder seinen Bevollmächtigten oder Erben, Rechnung abgelegt und das Vermögen ausgeantwortet werden. ib. §. 10. **15)** In lehnrechtlicher Beziehung vergl. d. M. v. 30. April 1764. Tit. 2. §. 2. 4., C.A. C.I. T.I. S. 1026. f., Oberlaus. Lehns-O. v. 29. Juli 1652. C.A. T. III. S. 354. und L.C.W. T. I. S. 1038. **16)** S. noch: Edictalcitation, Eheconsens, Testamente, Verwandte, Vorladung, Vormundschaft, Wiedereinsetzung. **B.** Im Strafprocesse. **1)** Ist der Angeschuldigte abwesend, insbesondere flüchtig, so daß ihm die beschlossene Eröffnung der Voruntersuchung nicht bekannt gemacht werden kann, a) so sind dessenungeachtet alle geeigneten Mittel zu benutzen, um, soweit solches ohne die Abhörung des Angeschuldigten geschehen kann, die Gewißheit der That und der Person des Thäters, die strafrechtliche Beschaffenheit der That und die, die Strafbarkeit erhöhenden oder dieselbe mindernden oder ausschließenden Umstände festzustellen. b) Der Fortstellung einer bereits eingeleiteten Untersuchung soll die A., insbesondere die Flucht des Angeschuldigten nicht entgegenstehen, und ist solchenfalls unter gleicher Benutzung der geeigneten Mittel bei Fortführung der Untersuchung auf möglichste Vervollständigung derselben Bedacht zu nehmen. Str.Pr.O. v. 1855. Art. 118. **2)** Ist in A. eines Angeklagten die Hauptverhandlung abgehalten worden, das Gericht hält jedoch am Schlusse derselben die Sache zu einer endlichen Entscheidung nicht geeignet, so erkennt es, daß die Sache bis zur Wiedererlangung des Angeklagten auf sich beruhen soll. ib. Art. 332. **3)** Wird gegen den Abwesenden ein Erkenntniß in der Hauptsache nicht ertheilt, so hat das Gericht dessenungeachtet den Abwesenden zur Abstattung derjenigen Kosten mittelst Erkenntnisses zu verurtheilen, welche der Angeklagte auch im Falle seiner Frei-

sprechung abzustatten gehabt hätte. Diese Bestimmung leidet auch in den Fällen des Art. 317. Satz 2. (s. Ungehorsam) Anwendung. Art. 333. ib. **4)** Ist das bei einer Hauptverhandlung gegen einen Abwesenden ertheilte Endererkenntniß in Gemäßheit des Art. 308. (s. Erkenntnisse) bekannt gemacht worden, so gilt diese Bekanntmachung auch für den Abwesenden, mit Ausnahme des im Art. 326. (s. Krankheit) gedachten Falls. In diesem Falle soll das Endererkenntniß dem Angeklagten durch den Untersuchungsrichter oder das Gericht seines Aufenthaltsorts bekannt gemacht werden und erst von dem Tage dieser Bekanntmachung für den Angeklagten die Frist zur Einwendung der ihm zuständigen Rechtsmittel zu laufen beginnen. Str.Pr.O. v. 1855. Art. 334. **5)** Vergl. ferner: Anklageverfahren, Vorladung, Untersuchungskosten, Vollstreckung, Bigamie, Wiedereinsetzung, Uebergang, Vorunters..., Vorführung, Beschlagn..., Sicheres..., Hauptverh.-T..., Ungehorsam, Krankheit, Störung, Rechtsmittel, E., Erkenntnisse in Cr. I., Untersuchungsverfahren v. d. E.R. **C.** In andern Beziehungen: s. Militairpflicht, Ehrenämter.

Abwetten. S. Lotterie, Spielen.

Abwiegen, s. Gewicht.

Abzahlen. S. Zahlung.

Abzapfen. S. Forstverbrechen.

Abzeichen, s. Zeichen, Republ...

Abzeichnen, s. Nachbildung, Zeichn...

Abziehen, s. Abzug, Gesinde.

Abzucht. S. Graben, Straßen, Wasser.

Abzug. S. Ablösung, Abschoß, Abzugsrecht, Anlagen, Besoldungsabzug, Falcidisches, Gesinde, Tara, Verkümmerung.

Abzugsbriefe; —geld, s. Abzugsrecht.

Abzugsgraben, s. Graben, Gewässer, Wasser.

Abzugsrecht. **1)** Das Recht der Gerichtsherrschaften, Vermögen, welches aus ihrem Gerichtssprengel ausgeschafft wird, einem Abzuge zu unterwerfen, erstreckte sich früherhin theils auf das Vermögen Auswandernder, u. hieß hier: Nachsteuer, Nachschoß, Abzugsgeld, Emigrations- oder Auswanderungssteuer, theils kam es (als Abschoß, Erbsteuer, Vererbungsabzug, Heimfall, gabella hereditatis) bei Erbschaften vor. Dieses Recht ist, in beiderlei Beziehung, innerhalb Landes sowohl rücksichtlich des Staatsfiscus als der Patrimonialgerichtsherrschaften in Wegfall gebracht worden. Patent v. 24. Mai 1814. Gen.-Gouv.Bl. v. 1814. no. 56. S. 475., V. v. 30. Aug. 1819. G.S. S. 192., O.A.Pat. v. 2. Sept. 1819. L.C.W. T.V. S. 129. — Es ist ferner in beiderlei Beziehung zwischen den deutschen Bundesstaaten abgeschafft worden, Bundesacte v. 8. Juni 1815. Art. 18. und Beschluß der Bundesversammlung v. 23. Juni 1817., M. v. 24. Jan. 1818. C.A. C. III. T.II. S. 79. u. L.C.W. T.V. S. 126. und die Verfassungs-Urkunde hat die Erhebung einer Nachsteuer bei Auswanderung Sächs. Unterthanen ganz allgemein untersagt. S. den Art.: Auswanderung. **2)** Was das Abzugsrecht in Erbfällen anlangt, so darf dieses solchen Staaten gegenüber, welche nicht zum deutschen Bunde gehören, dann nicht ausgeübt werden, wenn mit ihnen sogenannte Freizügigkeitsverträge bestehen. S. diese unter: Staatsverträge, I. **3)** Kommen, ungeachtet der vorbemerkten Einschränkungen, noch Fälle vor, in welchen das Abzugsrecht Anwendung leidet, so ist für das Verfahren im Wesentlichen das Generale v. 16. Febr. 1811. C.A. C.III. T.I. S. 248. L.C.W. T.V. S. 92 f. maßgebend. **4)** Die Vorschrift, daß Patrimonialgerichtsunterthanen, wenn sie sich unter einer neuen Gerichtsherrschaft niederlassen, Abzugsbriefe mitbringen sollten, enthält schon die L.O. v. 1482. C.A. T.I. S. 11., Res. gr. v. 23. April 1612. Rentk. §. 25. ib. S. 190., Ges.-O. v. 24. Mai 1651. Tit. V. ib. S. 1523. S. aber noch: Erbunterthänigkeit.

Acceptant, s. Acceptation.

Acceptation (Annahme) gezogener Wechsel. **1)** Die Annahme einer Tratte muß auf dem Wechsel schriftlich geschehen. Jede auf den Wechsel geschriebene und von dem Bezogenen unterschriebene Erklärung gilt für eine unbeschränkte Annahme, sofern nicht in derselben ausdrücklich ausgesprochen ist, daß der Bezogene entweder überhaupt nicht oder nur unter gewissen

Einschränkungen annehmen wolle. Gleichergestalt gilt es für eine unbeschränkte Annahme, wenn der Bezogene ohne weiteren Beisatz seinen Namen oder seine Firma auf die Vorderseite des Wechsels schreibt. Die einmal erfolgte Annahme kann nicht wieder zurückgenommen werden. A.D.W.O. v. 1848. Art. 21. G.S. v. 1849. S. 74. **2)** Der Bezogene kann die Annahme auf einen Theil der im Wechsel verschriebenen Summe beschränken. Werden dem Accepte andere Einschränkungen beigefügt, so wird der Wechsel einem solchen gleichgeachtet, dessen Annahme gänzlich verweigert worden ist, der Acceptant haftet aber nach dem Inhalte seines Acceptes wechselmäßig. ib. Art. 22. **3)** Der Bezogene wird durch die Annahme wechselmäßig verpflichtet, die von ihm acceptirte Summe zur Verfallzeit zu zahlen. Auch dem Aussteller haftet der Bezogene aus dem Accepte wechselmäßig. Dagegen steht dem Bezogenen kein Wechselrecht gegen den Aussteller zu. ib. Art. 23. **4)** Ist in dem Wechsel ein vom Wohnorte des Bezogenen verschiedener Zahlungsort (s. Tratten) angegeben (Domicilwechsel), so ist, in sofern der Wechsel nicht schon ergiebt, durch wen die Zahlung am Zahlungsorte erfolgen soll, dieß vom Bezogenen bei der Annahme auf dem Wechsel zu bemerken. Ist dieß nicht geschehen, so wird angenommen, daß der Bezogene selbst die Zahlung am Zahlungsorte leisten wolle. Der Aussteller eines Domicilwechsels kann in demselben die Präsentation zur Annahme vorschreiben. Die Nichtbeobachtung dieser Vorschrift hat den Verlust des Regresses gegen den Aussteller und die Indossanten zur Folge. ib. Art. 24. **5)** S. Wechselverbindlichkeit, Präsentation, Wechselfälschung, Wechselverkehr, Regreß, Tratten, Indossament, Regreß M. 3., Anweisung, Schuldarrest, Amortisation.

Accession, s. Anwachsen, Anheegerung.

Accessisten. **1)** Rechtscandidaten können als A. bei den öffentlichen Behörden im Allgemeinen, V. v. 2. Nov. 1837. §. 5. G.S. S. 99.; insbesondere auch bei den Appellationsgerichten u. Kreisdirectionen, M. v. 27. Febr. 1793. §. 7. f. C.A. C.II. T.I. S. 6., und §. 16. d. V. v. 6. April 1835. G.S. S. 241.; und bei den Zoll- und Steuerbehörden, V. v. 12. Sept. 1835. G.S. S. 454. sich für den öffentlichen Dienst üben. — Bei den Forstmeistereien findet ein Acceß für den Staatsforstdienst Statt. V. v. 18. Juli 1832. §. 18. sub 3., §. 19. G.S. S. 399. [V. v. 18. Febr. 1817. C.A. C. III. T.II. S. 196.] **2)** S. Actuarien, Approbationsschein, Gerichte, Kreisdirectionen, Protokolle, Rechtscandidaten, Steuerbehörden, II. Verpflichtung.

Accessorien, s. Zubehör.

Accidentien. **1)** Die A. empfängt der Diakonus, wenn er für den verstorbenen Pfarrer die Seelsorge verrichtet, Rescr. v. 11. Aug. 1634. C.A. T.I. S. 857., und der Substitut des letztern im gleichen Falle, Rescr. v. 27. Juni 1701, ib. S. 869. **2)** Die A. vom Kirchendienste bleiben dem Schullehrer zur eignen Erhebung überlassen, V. d. Cult.-M. v. 19. Dec. 1835. Cod. d. S.K.R. S. 404. not. 30 b. **3)** Die A. einzelner Staatsdiener gehören an sich nicht zu ihrem ordentlichen Diensteinkommen. Im Zweifel entscheidet darüber das Gesamt-Ministerium. §. 10. d. G. v. 7. März 1835. G.S. S. 174. **4)** S. Besoldung, Geistliche, Gnadenhalbjahr, Stadtrath.

Accise. S. Abgaben.

Accisgrundsteuer. S. Abgaben.

Accord. Man unterscheidet den gerichtlichen Accord (pactum plurium, pactum remissorium), welcher vor dem zuständigen Richter verhandelt und geschlossen wird, und den außergerichtlichen (Privatconcurs, Arrangement), bei welchem die richterliche Mitwirkung nicht eintritt. **1)** Der gerichtliche Accord hat folgende Erfordernisse: der Schuldner muß bei der Anzeige seiner Zahlungsunfähigkeit (Insolvenz) ein richtiges Verzeichniß seines Besitzthums und seiner Schulden (status activus u. passivus) überreichen u. die Unglücksfälle nachweisen, durch die er ohne Schuld in Abfall der Nahrung gerathen ist. Er muß im Stande sein, auf die handschriftlichen (chirographarischen) Forderungen wenigstens 50 pr. C. zu zahlen.

Es müssen ferner sämtliche Gläubiger zur Gütepflegung und, wo möglich, Abschließung des Accords, auch zur Anmeldung und Bescheinigung ihrer Forderung vorschriftmäßig edictaliter vorgeladen worden sein. Der Schuldner muß schwören: daß er sein Vermögen richtig angezeigt, und nichts verschwiegen habe (Manifestationseid), daß ferner jeder Gläubiger das, was selbiger angezeigt und er ihm zugestanden, wirklich zu fordern habe. Zweifelhafte Forderungen können, nach richterlichem Ermessen, ohne Weiteres eidlich bestärkt werden. Endlich muß die Mehrheit der Gläubiger, welche übrigens nicht nach der Kopfzahl, sondern nach der Größe der Forderungen berechnet wird, den Nachlaß bewilligen. — Ein solcher gerichtlicher Accord hat diese Wirkungen: Es sind an denselben zwar nicht die Pfand- und die diesen vorgehenden Gläubiger, ferner nicht die mit einem persönlichen Vorzugsrechte versehenen handschriftlichen Gläubiger gebunden (S. Concursgläubiger), welche insgesamt volle Befriedigung aus der Masse verlangen können, wohl aber werden dazu diejenigen andern Gläubiger genöthigt, welche dem Accorde beizutreten sich weigern. Demnächst steht den sämtlichen Gläubigern das Recht zu, die erlassenen Beträge, wiewohl ohne Zinsen, dann nachzufordern, wenn der Schuldner später zu besserm Vermögen kommt, obschon ihm der nöthige Lebensunterhalt (S. Competenzgeld) gelassen werden muß. M. v. 20. Dec. 1766. §§. 17. 19. 22. C. A. C. I. T. I. S. 933., Lausitzer M. v. 2. Aug. 1783. §§. 17. 19. 22. C. A. C. II. T. III. S. 185. u. L.C.W. T. IV. S. 13., Erl. Proc. O. ad Tit. 52. S. 299., M. v. 4. Juni 1829. §. 19. G.S. S. 106., G. v. 25. Jan. 1836. §. 49. G.S. S. 21. S. noch Edictalcitation. Stirbt der Schuldner vor dem Zustandekommen des Accords, so haben seine Erben alles zu erfüllen, was ihm selbst oblag, nur leisten sie den gedachten Eid de credulitate. Ang. Mandate v. 1766. u. 1783. a. a. O. — Es kann übrigens auch ein Dritter, z. B. des Schuldners Kinder, bei dessen Lebzeiten den Concurs durch Accord zu heben suchen, und hier werden zur Giltigkeit des letztern nur die gemeinrechtlichen Bedingungen eines Nachlaßvertrags erfordert, es kommt also nur darauf an, daß die Mehrheit der nicht bevorzugten Gläubiger, welche auch hier nach der Größe der Forderungen berechnet wird, den Erlaß bewilligt, a. a. O. **2)** In Bezug auf den außergerichtlichen Accord enthält das Gesetz, ang. Mandate v. 1766. u. v. 1783. §. 17. im Eing. u. no. 1., die Bestimmung: daß, wenn der Schuldner mit seinen Gläubigern accordiren will, er solches nicht anders, als mit Vorwissen des Richters und der bestellten Massevertreter bewirken könne, und daß Verträge der Art die Gläubiger überhaupt nicht binden sollen, wenn dabei nicht die obengedachten Erfordernisse des gerichtlichen Accords beachtet worden sind. — In einer Verordnung für die Oberlausitzer Gerichte und Sachwalter werden diese darauf hingewiesen, daß es unstatthaft sei, wenn ein oder der andere Sachwalter der Gläubiger außergerichtlich, obwohl unter Begünstigung u. Nachsicht des Richters, Vergleichsverhandlungen pflege, da diese oft, nach einem langen Zeitverluste, fruchtlos seien, oder doch nur zum Vortheile Weniger oder der Geschäftsführer gereichten, wie denn auch wegen später bekannt gewordener Forderungen oft das ganze außergerichtliche Verfahren habe als nichtig erklärt werden müssen. O.A.Pat. v. 18. Jan. 1808. I. 8. L.C.W. T. V. S. 32.

Accordbau. S. Baugewerken.

Accordsproceß, s. Accord.

Accouchement. S. Geburtshilfe.

Accresciren, s. Anwachsen, Anheegerung.

Achse. S. Frachtfuhrwerk.

Achselschleifen, s. Uniform.

Acht, Achtproceß. In Bezug auf das Wesen und die Wirkungen der ehemaligen Reichsacht, und den Sächs. Achtproceß sind von Wichtigkeit: das Ausschr. v. 1. Oct. 1555. Tit. Aechter, C.A. T. I. S. 55.; Privil. Ferd. I. v. 2. Mai 1559. ib. S. 1215.; Reichsgutachten v. 27. Sept. 1670. ib. S. 1220.; Prager Vertr. v. 15. Sept. 1534. T. Aechtiger, C. A. T. III. S. 45. u. L.C.W. T. II. S. 1294.; Conceff. v. 12. März 1562. C. A. T. III. S. 105.; Dec. 77. v. 1661. C. A. T. I.

S. 333.; Rescr. v. 22. März 1676. ib. S. 1155.; C.P.O. ad T. 10. §. 2. S. 78.

Achtpfenniger. S. Scheidemünze.

Achtsamkeit, s. Aufmerksamkeit.

Achtung. S. Angeschuldigte, Behörden, Beleidigung, Censur, Civilbehörden, Dienstansehen, Ehrenrechte, Gesinde, Gotteslästerung, Geschäftsstyl, Localschulinspectoren, Militairpflicht, Religion, Schullehrer, Staatsdienst, Verleumdung, Zusammenkünfte, Honoratioren.

Achtungsverletzung. **1)** Die A. gegen Obere ist ein Militairvergehen, und zwar gegen die Subordination, dessen Verübung außer Dienst: a) in leichteren Fällen disciplinarisch bis zu 2 Wochen mittlen Arrests; b) in schwereren Fällen mit strengem Arreste bis zu 2 Jahren Militairarbeitsstrafe 2ten Grades; c) wenn die Achtungsverletzung mit Thätlichkeiten, jedoch ohne Körperverletzung, verbunden gewesen, mit Militairarbeitsstrafe 2ten Grades von 6 Monaten bis zu 3 Jahren im 1sten Grade; d) wenn die Achtungsverletzung mit vorsätzlich zugefügter Körperverletzung verbunden gewesen, aa. bei leichter Körperverletzung (s. dies. Art. bei 3. c.) mit Militairarbeitsstrafe von 2 Jahren 2ten bis zu 4 Jahren 1sten Grades, bb. bei schwerer Körperverletzung (s. dies. Art. bei 3. a. b. u. 4.) mit Zuchthausstrafe von 4 bis zu 30 Jahren gestraft wird. M.Str.Gb. v. 1855. §. 109. G.S. S. 564. **2)** Wenn die A. im Dienste oder in Beziehung auf dienstl. Verhältnisse erfolgt, so tritt, in dem Falle 1. a. strenger Arrest bis zu 3 Wochen, in den Fällen unter b. c. d. die Strafe der Widersetzlichkeit ein. (Vgl. §§. 113—116. unter: Widersetzlichkeit.) **3)** Wer einen Oberen aus irgend einer dienstl. Veranlassung zum Zweikampfe herausfordert, ist mit Militairarbeitsstrafe oder Festungsarrest 2ten Grades von 1 Jahre zu bestrafen. Dieselbe Strafe trifft den, welcher eine solche Herausforderung annimmt oder auch nur zu melden unterläßt. Hat der Zweikampf wirklich begonnen, so ist die nach Art. 250. fg. d. Str.Gb. (s. Zweikampf) verwirkte Strafe noch um das Maß 6monatlicher bis zu 2jähriger Militairarbeitsstrafe 2ten Grades oder entsprechenden Festungsarrests (vergl. §. 66. d. M.Str.Gb. unter: Strafgeltung) zu erhöhen. M.-Str.Gb. §. 111. G.S. S. 564.

Acker. S. Felder, Maß.

Ackerarbeit. S. Armenversorgung, Auszug, Ernte, Sonntags-F..., Schulstunden.

Ackerbau. S. Ablösung, Ablösungsbehörden, Bauern, Miethe, Wirthschaft..., Landescultur.

Ackergeräth. S. Beschädigung, Diebstahl.

Ackerland, s. Forst...

Ackern, s. Aback...

Acquiriren, s. Erwerben.

Acquisitivverjährung. S. Verjährung.

Act, s. Handlungen, Thatsachen.

Acte. S. Urkunden, Receß.

Acten. **1)** A. müssen gehörig geheftet und foliirt auch rubricirt werden, und sollen sauber u. leserlich geschrieben sein, Res. gr. v. 1661. Justizf. §. 16. C.A. T.I. S. 216., M. v. 7. Juli 1663. in fine, ib. S. 1146.; Oberlauf. Canzl.O. v. 17. Dec. 1674. No. 1. 9. C.A. T.III. S. 268.; App.G.O. v. 7. Oct. 1605. Was für Secretarien, C.A. T.I. S. 1229.; Neue App.O. v. 27. März 1734. Tit. v. Acteninspector C.A. C.I. T.I. S. 441.; Oberlauf. Canz.O. L.C.W. T.I. S. 44., O.A.Pat. v. 10. März 1783. L.C.W. T.IV. S. 2. u. C.A. C.II. T.III. S. 171. **2)** In gerichtlichen Acten darf nichts geändert, ausgestrichen, corrigirt, radirt, verfälscht werden. App.Pat. v. 14. Dec. 1669. C.A. T.I S. 1259.; M. v. 15. April 1696. §. 9. ib. S. 1271. u. Beil. zur C.P.O. No. XV. S. 136.; C.P.O. ad T. 2. §. 6. S. 28. **3)** In Steuersachen sollen die darin ergangenen Befehle auf dem Umschlage angemerkt w., Bef. v. 21. Nov. 1718. C.A. T.II. S. 1863.; Gen. v. 25. Nov. 1739. C.A. C.I. T.II. S. 193. **4)** Eingehende Befehle sind mit dem Präsentat zu versehen u. sofort zu den A. zu nehmen, auch schleunig zu expediren, V. v. 9. Juni 1716. C.A. T.I. S. 1189., Bef. v. 13. Apr. 1719. ib. S. 1201. **5)** Den A. ist ein Inhaltsverzeichniß vorzusetzen: a) bei

10 Thlr. Strafe den Criminalacten nach d. Gen. v. 9. Nov. 1747. C.A. C.I. T.I. S. 367., L.C.W. T.I. S. 310., Gen. v. 30. Apr. 1783. §. 20. L.C.W. T.IV. S. 60. u. C.A. C.II. T.I. S. 463., Tax-O. v. 1840. Tit. 2. no. 40. G.S. S. 390., b) den Civilacten, ex officio, nach d. Gen. v. 18. Sept. 1748. §. 14. C.A. C.I. T.I. S. 373. u. L.C.W. T.I. S. 172. **6)** In den Schriften der Adv. sind die Folien u. Actenbezeichnungen bei 5 Thlr. Strafe genau anzuziehen, M. v. 15. Apr. 1696. §. 13. C.A. T.I. S. 1272., O.A.M. v. 25. Jan. 1714. L.C.W. T.I. S. 101. **7)** Besondere A. werden für die Reconvention angelegt, E.P.O. ad Tit. 6. §. 1. S. 56. **8)** Eben so bestehen eigne Vorschriften für die Anlegung der Concursacten (s. d.), und **9)** der A. über die Einrichtung u. Fortführung der Grund- u. Hypothekenbücher. G. v. 6. Nov. 1843. §. 239., 202. f. G.S. S. 232. 225., u. V. v. 15. Febr. 1844. §. 119. 88. G.S. S. 68. 58. **10)** Die Mittheilung der A. in die Behausung der Advocaten ist im Allgem. untersagt, M. v. 23. Juni 1663. C.A. T.I. S. 1143.; v. 22. Sept. 1634. ib. S. 1247.; v. 8. Oct. 1666. ib. S. 1258.; v. 15. April 1696. §. 5. ib. S. 1270. u. Beil. der E.P.O. XV.; Pat. v. 9. Dec. 1709. C.A. T.I. S. 1273.; Pat. v. 20. Mai 1780. C.A. C.II. T.I. S. 373.; ausgenommen wegen Wichtigkeit u. Weitläuftigkeit der Sache, Neue A.G.O. v. 27. März 1734. Tit. vom Acteninsp. C.A. C.I. T.I. S. 441., u. in Krankheitsfällen, ang. M. v. 1663., A.G.O. v. 7. Oct. 1705. Tit. vom rechtl. Einbringen, C.A. T.I. S. 1238.; Pat. v. 9. Dec. 1709. C.A. T.I. S. 1273.; V. v. 10. Jan. 1716. ib. S. 1277. **11)** Untersuchungs-Acten werden den Defensoren d. Regel nach an Gerichtsstelle vorgelegt. M. v. 27. Oct. 1770. §. 10. C.A. C.I. T.I. S. 423., §. 13. d. Gen. v. 30. Apr. 1783. C.A. C.II. T.I. S. 460. u. L.C.W. T.IV. S. 57. V. v. 23. Juni 1819. G.S. S. 187. **12)** Für Aufsuchung alter, abgethaner Acten passirt in Civilsachen lt. der Tax-O. v. J. 1840. Cap. I. Tit. I. No. 14. eine Gebühr von 5 Ngr. — Pf., aber nur einmal für die einzelne Sache, u. ohne Rücksicht auf die Zahl d. aufgesuchten Actenstücke, u. in Criminal- u. Denunciationssachen gar nicht. V. v. 8. Jan. 1838. G.S. S. 31. **13)** Die Versendung der Acten an die Juristenfacultät geschah früher in Civilsachen nach der E.P.O. ad Tit. 34. §§. 1—3. S. 176. ff., ad Tit. 2. §. 3. S. 26., in Rügensachen und wo die Strafe nur bis zu 3 Monaten Gefängniß anstieg, nach dem Bef. v. 9. Oct. 1737. C.A. C.I. T.I. S. 1295. (309.), Gen. v. 30. April 1783. §. 19. C.A. C.II. T.I. S. 462., Gen. v. 28. Oct. 1816. C.A. C.III. T.I. S. 298., G. v. 28. Jan. 1835. §. 38. no. 2. G.S. S. 70., G. v. 30. März. 1838. §. 8. G.S. S. 199. In Verwaltungs- u. Verwaltungsstreitsachen war sie nicht gestattet, §. 11. d. G. v. 30. Jan. 1835. G.S. S. 90., G. v. 27. Dec. 1833. §. 125. f., G.S. S. 540. [Aeltr. Best.: Bef. v. 3. Sept. 1698. C.A. T.I. S. 1705., Rescr. v. 26. März 1700. C.A. C.II. T.I. S. 545., E.P.O. ad Tit. 1. §. 6. S. 10., Anh. zur E.P.O. §. 2. S. 300., M. v. 28. Nov. 1753. §. 2. C.A. C.I. T.I. S. 384., M. v. 10. Mai 1824. G.S. S. 59., wegen der Kammer- u. ähnl. Sachen: M. v. 7. Juni 1736. C.A. C.I. T.I. S. 1291, Rescr. v. 25. Sept. 1737. C.A. C.III. T.I. S. 189., wegen der Lausitz: Rescr. v. 4. Febr. 1739. C.A. C.I. T.III. S. 314., Pat. v. 27. Juli 1739. ib. S. 120., Rescr. v. 24. Jan. 1750. ib. S. 354.] Ferner nicht in Criminalsachen, wo das Verbrechen unter den vorliegenden besonderen Umständen über 3 Monate Gefängniß nach sich zieht, ang. G. v. 30. März 1838. §. 8., und nicht in reinen Bergsachen, M. v. 26. Aug. 1713. §. 16. C.A. T.II. S. 478. [Berg.O. v. 1536. Art. 110. 123. C.A. T.II. S. 99. 103., v. 3. Oct. 1554. Art. 106. ib. S. 148., v. 12. Juni 1589. Art. 101. ib. S. 122.] Die gegenwärtig geltenden Bestimmungen s. unter: Bezirksgerichte, Erkenntnisse, Rügenproceß, Verwaltungsstraff..., Verwaltungsstreitf..., Steuerbehörden, Verwaltungssachen, Bergsachen, Berggerichtsb..., Dikasterien, Wechselerk... **14)** Zu Versendung der A. ist sich in der Regel der Post zu bedienen, E.P.O. ad Tit. 34. §. 2. S. 177., V. v. 30. Juni 1784. C.A. C.II. T.I. S. 587., O.P.A.V. v. 13. März 1790. C.A. C.II. T.II.

S. 573. **15)** Der Abgang der Berichte ist zu den A. anzumerken. V. v. 9. Juni 1716. C. A. T. I. S. 1192., Bef. v. 13. April 1719. ib. S. 1201. **16)** A. können mittels Marginalresolution eingefordert werden, Rescr. v. 12. März 1831. G.S. S. 95. **17)** Gerichtliche A. bedürfen keiner Recognition, E.P.O. ad Tit. 25. §. 2. S. 148. **18)** Advocaten sollen in jeder Sache Privatacten halten, s. Advocaten. **19)** Auch die Geistlichen haben nach bestimmten Vorschriften A. und A.-Reposituren zu halten. V. v. 21. Febr. 1843. G.S. S. 6., und wegen der Lausitz die ältere V. v. 14. Mai 1830. G.S. S. 55. **20)** Die Veröffentlichung von Actenstücken, insbesondere von Verweisungserkenntnissen durch die Presse ohne Genehmigung des Gerichts ist, so lange sie noch nicht bei der öffentlichen Verhandlung vorgelesen worden sind oder die Untersuchung ihre Endschaft erreicht hat, bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 50 Thlrn. untersagt. Str.Pr.O. v. 1855. Art. 8. Diese Strafe ist eine Ordnungsstrafe, welche, je nachdem die Untersuchung bei dem Bezirksgerichte oder dem Einzelrichter anhängig ist, von jenem oder diesem, nach vorheriger Erörterung des Sachverhalts und nach erfolgtem Gehöre des Beschuldigten, mittelst Resolution auferlegt wird. Gegen die letztere kann Beschwerde (s. d.) erhoben werden. V. v. 31. Juli 1856. §. 19. G.S. S. 159. **21)** Die Cassation alter, abgethaner A. kann unter den in der V. v. 28. März 1849. angegebenen Bedingungen erfolgen; es müssen aber ausgenommen werden alle, deren Erhaltung im Interesse der Betheiligten, der Verwaltung, Rechtswissenschaft, Geschichte und Statistik liegt. G.S. v. 1849. S. 50. f. **22)** S. Ablösung..., Aemter, Amtshauptleute, Anzeichen, Arrest, Begnadigung, Brandstiftung, Commissarien, Concursacten, Erkenntnisse, Grund- und Hyp..., Kosten, Patrimonialgerichte, Protokolle, Papiere, Rechtscandidaten, Schulacten, Staatsverträge, X., Stadtverordnete, Untersuch..., Urkunden, Vertheidigung.

Actenabgabe a) im Anklageverfahren, s. d. — b) an die zuständige Behörde: s. Untersuchungsabgabe.

Acteneinsicht. S. Untersuchungsverf. vor d. E.R., Staatsanw..., Privatankl..., Vertheid..., Section, Sachverst..., Anklageverf...

Acteninspector. S. Appellationsgericht, das vorm.

Actenrepositur. S. Aemter, Archive.

Actenversendung, s. Acten.

Acteurs, s. Schauspieler.

Actien. S. Creditpapiere.

Actien-Magazingetreidegelderfonds. Derselbe gehört den 4. erbländ. Kreisen. L.T.A. v. 17. Juni 1846. I. B. 6. G.S. S. 46.

Actienvereine. **1)** In den Statuten der A. für gewerbliche Unternehmungen darf ein unbedingtes Versprechen von Zinsen nach voraus bestimmten Procenten, ohne Rücksicht, ob das gemeinsame Unternehmen so viel abwerfe oder nicht, nicht gegeben werden, sondern die Actionärs können im Betreff des erwarteten Gewinns nur über Vertheilung dieses Gewinns unter Alle, nach gleichem Verhältnisse übereinkommen. In ältern bereits confirmirten Statuten gewerblicher Actienvereine hat die Genehmigung des Versprechens von Zinsen nur diesen Sinn, so daß zwischen Zinsen und Dividende nur eine Namensverschiedenheit Statt findet. V. v. 31. Juli 1839. G.S. S. 183. **2)** S. Creditpapiere, Hütten, Gewerb- und Pers..., Wechselfähigkeit, vergl. ferner: Aue, Cainsdorf, Bautzen, Affalter, Chemnitz, Cunnersdorf, Dresden, Eisenbahnen, Eisencompagnie, Elbdampfschifffahrt..., Fabrik..., Gittersee, Haynichen, Karlsfeld, Leipzig, Neustadt, Pfaffendorf, Glashütteng..., Pirna, Planitz, Pottschappel, Uebigau, Meißen, Erzgebirgische, Oelsnitz, Meerane, Oberhohndorf, Zwickau, Annaberg.

Actio. S. Klage.

Action. S. Aemter.

Activen, s. Forderung, Bankerott.

Activität. S. Emeritirung, Militair... Remotion, Staatsdienst.

Actor, Actorium. **1)** Ein Vormund kann zu allen gerichtl. Handlungen eines

Bevormundeten einen A. bestellen. V.O. v. 10. Oct. 1782. Cap. 11. §. 3. S. 48., Cap. 25. §. 8. S. 113. Er kann durch denselben, wenn er ausgestellte Wechsel nicht unter seinem Namen ausgestellt hat, vor dem Handelsgerichte erscheinen, Hand.G.O. v. 21. Dec. 1682. Tit. 9. C. A. T. II. S. 2043. **2)** Das Actorium eines Vormunds erlischt, sobald er verstorben ist, oder die Vormundschaft sich sonst geendigt hat. E.P.O. ad Tit. 9. §. 3. S. 72. **3)** Das A., welches ein Vormund ausstellt, bedarf der Unterschrift des Unmündigen, wenn er auch seiner Volljährigkeit nahe ist, nicht. E.P.O. ad Tit. 9. §. 3. S. 72. **4)** Dem A. kann die Citation statt des Principals eingehändigt werden. E.P.O. ad Tit. 4. §. 3. S. 41. **5)** So oft der A. ein Fatale versäumt, ist er, wenn sein Principal in integrum restituirt wird, zur Erstattung der hierdurch verursachten Unkosten aus seinen eignen Mitteln anzuhalten. E.P.O. ad Tit. 9. §. 4. S. 72. Versäumt er sich, auch nach erhaltener 3ter Dilation, an einem Beweise, so nimmt derjenige, welcher an sich die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand genießt, deren jedoch, gemäß der vorher, bei Erlangung der 3ten Dilation, erhaltenen Androhung, verlustig gegangen ist, seinen Regreß an den A. E.P.O. ad Tit. 20. §. 4. S. 127. S. dazu: Beweis. **6)** Die Stadt- und Landgemeinden können A. nur zu einzelnen Rechtssachen, nicht zu allen ihren Angelegenheiten bestellen. A.St.O. v. 1832. §. 167. G.S. S. 60., L.Gem.O. v. 1838. §. 52. G.S. S. 443. **7)** Kirchen-, Pfarr- und Schullehen, und allen geistlichen Stiftungen sind in allen ihren Angelegenheiten, worin es der Bestätigung von A. für sie bedarf, solche lediglich von der vorgesetzten Consistorialbehörde zu bestellen. V. v. 9. Oct. 1841. G.S. S. 239. **8)** S. Ablösung..., Advocaten, Beweis, Consulenten, Curatoren, Stadtrath, Vollmacht, Vorladung, Wiedereinsetzung.

Actuarien. **1)** Allgemeine Bedingung der Anstellung der A. u. Vice-A. bei Gerichtsstellen ist: die Beibringung des Approbationsscheins. Die von Actuariatscheinen war bei den mit Actuariatsarbeiten verbundenen Anstellungen, sowie bei der Anstellung als Stadt- oder Gerichtsschreiber nicht mehr erforderlich. V. v. 22. Febr. 1826. G.S. S. 18., für die Lausitz V. v. 29. März 1806. ib. S. 46. **2)** Die Erlangung des Approbationsscheins qualificirt auch blose Accessisten bei den Aemtern und Gerichten zu Uebernahme von Actuariatsarbeiten oder einer Gerichtshalterei. V. v. 22. Febr. 1826. §. 4. G.S. S. 18., v. 29. März 1826. ib. S. 46., v. 28. Jan. 1832. G.S. S. 115. **3)** Zur Fertigung von Protokollen in Criminalsachen ist nicht erforderlich, daß der A. oder Vice-A. auch Notar sei. §. 8. d. G. v. 3. Juli 1840. G.S. S. 130. [Aeltr. Recht: Dec. 38. v. 1661. C. A. T. I. S. 314., E.P.O. ad Tit. 2. §. 7. S. 30., Rescr. v. 11. Jan. 1723. C. A. C. I. T. I. S. 269., Bef. v. 17. März 1766. C. A. C. I. T. I. S. 411., Gen. v. 23. Aug. 1813. C. A. C. III. T. I. S. 278., Auditeurs brauchten schon früher nicht Notare zu sein, Bef. v. 12. April 1718. C. A. T. I. S. 2169. Beil. zur E.P.O. no. VI. S. 66., E.P.O. ad Tit. 2. §. 7.] **4)** Die Verpflichtung der A. und Vice-A. erfolgt mit auf den Richtereid. Man vergl. d. V. v. 2. Nov. 1837. §. 1. 2. G.S. S. 97., (G. v. 7. März 1835. §. 7. G.S. S. 172.) — bei den ehemaligen Patrimon.-Gerichtsstellen: E.P.O. ad Tit. 2. §. 3. S. 25. [Aeltr. Best. hinsichtl. der Annahme, Legitimation und Obliegenheiten der A. und Vice-A.: P.O. Tit. 2. §. 2. S. 22., E.P.O. ad Tit. 2. §. 1. f. S. 24., Dec. 38. v. 1661. C. A. T. I. S. 314., Res. gr. v. 1661. Justizf. §. 32. ib. S. 220., Bef. v. 5. Nov. 1700. ib. S. 1171., Gen. v. 15. März 1747. C. A. C. I. T. I. S. 365., Rescr. v. 27. Sept. 1798. 1. u. 2. C. A. C. II. T. I. S. 527., O.A.Pat. v. 27. Aug. 1798. L.C.W. T. V. S. 2. f., Gen. v. 23. Aug. 1813. C. A. C. III. T. I. S. 278., v. 1. Juli 1820. G.S. S. 146., V. v. 9. Juli 1821. G.S. S. 79., M. v. 3. April 1824. §. 18. sub 17. G.S. S. 52.] **5)** A. sollen nicht mit dem Amtmanne verwandt sein, Gen. v. 30. Dec. 1740. C. A. C. I. T. I. S. 1303. (321.) **6)** Sie durften ehedem, als Amtsactuare, keine Gerichtsbestallungen annehmen, Bef. v. 10. Jan. 1696. C. A. T. I. S. 1167. **7)** Die A. durften gleich den Gerichtsverwaltern nicht außer Landes wohnen, M. v. 7. Dec. 1722. C. A. T. I. S. 2537., O.A.Pat. v. 16. Sept. 1740. L.C.W. T. I. S. 163. **8)** A. können zur Kirchrechnungsabnahme zugezogen werden, wenn der weltliche In-

spector zum Registriren nicht befähigt ist, od. die Rechnungen sehr weitläuftig sind, od. die Richter ihnen ihre Vices übertragen, §. 2. d. Gen. v. 26. März 1813. C.A. C.III. T.I. S.108. Sie bekommen dafür die Auslösung auf 1 Tag, wogegen weder für Fertigung der Registratur noch sonst etwas von ihnen in Ansatz zu bringen ist, ib. §. 3. **9)** Sie können von den Amtshauptleuten zum Protokolliren requirirt werden, V. v. 26. Nov. 1834. §. 4. G.S. S. 272. **10)** S. auch: Acten, Amtswohn..., Approbationsschein, Concursacten, Gerichte, Gerichtspersonen, Gerichtsbank, Justizämter, Patrimonialgerichte, Protokolle, Section, Steuerbehörden, II., Stempelsteuer, Taxordn..., Testamente, Vertheidigung, Verwandte, Bezirksger..., Gerichtsämter, Untersuchungsprot..., Sitzungspr..., Voruntersuchung, Untersuchungsverfahren v. d. C.R.

Actus, s. Handlung..., Thatsachen.

Actus ministeriales. S. Geistliche.

Actus voluntariae jurisdictionis. S. Gerichtsbarkeit.

Ad aedes. S. Acten, Haus...

Additionalartikel, s. Beweis.

Addressat. S. Declaration, Zollvergehen, Post...

Addressen. S. Censur, Papiergeld, Versammlungen, Vereine.

Adel. Dem A. gebührt, als persönliches Vorrecht: **1)** die Befreiung vom kirchlichen Aufgebote, Regul. v. 15. Jan. 1808. §. 44. C.A. C.III. T.I. S. 172., M. v. 19. Febr. 1827. §. 46. G.S. S. 22., **2)** das Recht der Haustrauung, wenn beide Theile von altem inländischen landtagsfähigen A. sind, Pol.O. v. 1661. Tit. 16. §. 1. C.A. T.I. S. 1581., Bef. v. 30. Jan. 1722. C.A. C.I. T.I. S. 197., Rescr. v. 29. Aug. 1791. Cod. d. S.K.R. S. 126. not.**, Rescr. v. 15. Jan. 1808. C.A. C.III. T.I. S. 164., §. 44. f. d. Regul. v. 15. Jan. 1808. ib. S. 172., **3)** das Recht der Haustaufe, der größern Zahl der Gevattern u. der Verabreichung größrer Pathengeschenke, Pol.O. v. 1661. Tit. 17. §. 1. 4. u. 5. C.A. T.I. S. 1582., Bef. v. 30. Jan. 1722. C.A. C.I. T.I. S. 197., V. v. 26. Nov. 1789. C.A. C.II. T.I. S. 217. **4)** Aufgehoben sind: gewisse Polizeidispensationen hinsichtlich der Kleidertracht, L.O. v. 1482. C.A. T.I. S. 8., Ausschr. v. 12. Nov. 1550. ib. S. 33., Pol.O. v. 1612. ib. S. 1455., Kleider-O. v. 21. Febr. 1750. §. 1. C.A. C.I. T.I. S. 749.; — des Spieles, Pol.O. v. 23. April 1612. C.A. T.I. S. 1474., v. 22. Juni 1661. Tit. 8. §. 2. C.A. T.I. S. 1573.; — der Trauer, Bef. v. 2. Dec. 1711. C.A. T.I. S. 889., M. v. 2. Juli 1712. L.C.W. T.I. S. 225., M. v. 29. Juli 1739. C.A. C.I. T.I. S. 657., M. v. 7. März 1750. §. 8. ib. S. 756., Kleider-O. v. 1750. L.C.W. T.I. S. 469. — S. jedoch d. M. v. 16. April 1831. G.S. S. 91. —; das Recht auf härtre Bestrafung der Gegner in Injurienfällen, M. v. 2. Juli 1712. §§. 1—15. u. 19. C.A. T.I. S. 1787. ff., Rescr. v. 2. April 1729. C.A. C.I. T.I. S. 279.; das Recht auf vorzugsweise höhere Reisekosten bei abzulegenden Zeugnissen, E.P.O. ad Tit. 22. §. 3. S. 137., Tax-O. v. 1840. Cap. I. Tit. II. no. 66. u. Tit. I. no. 126. G.S. S. 391. 385. in Verbindung mit d. Tax-O. v. 1812. Cap. I. Tit. II. no. 67. u. Tit. I. no. 140. C.A. C.III. T.I. S. 340. f.; die Vorrechte des A. hinsichtlich der juristischen Examinum, (s. Bef. v. 29. Oct. 1791. C.A. C.II. T.I. S. 243., M. v. 27. Febr. 1793. §. 6. ib. S. 6.) V. v. 1. Oct. 1831. G.S. S. 315.; die Militairbefreiung des A., (s. M. v. 25. Febr. 1825. §. 13. e. G.S. S. 36., M. v. 5. Nov. 1827. §. 13. e. G.S. S. 170.) G. v. 26. Oct. 1834. G.S. S. 249.; die Vorrechte des A. hinsichtlich der Anstellung in Landes-Collegien, (s. K.O. v. 1580. Tit. Was für Personen, C.A. T.I. S. 639., M. v. 13. Oct. 1733. C.A. C.I. T.I. S. 3. u. L.C.W. T.II. S. 1492., Rescr. v. 28. Oct. 1763. C.A. C.I. T.I. S. 7., M. v. 27. Febr. 1793. §. 6—10. C.A. C. II. T.I. S. 6. u. L.C.W. T.IV. S. 683., — insbesondre wegen der Oberlausitz: Pol.-O. v. 1582. T.I. zu welchen Zeiten L.C.W. T.I. S. 376., Pact. v. 1. Febr. 1666. ib. S. 1053., Privil. v. 8. Aug. 1671. ib. T.II. S. 1431. (wegen des Gegenhändlers). V.U. v. 4. Sept. 1831. §. 34. G.S. S. 249.; das Recht, fremdes Bier einzulegen, als Standesrecht, (s. Res. gr. v. 1661. Justizs. §. 123. C.A. T.I. S. 256.), G. v. 27. März 1838.

§. 1. f. G.S. S. 277.; die besondern Rechte adliger Wittwen am Nachlasse ihrer Ehemänner, (s. die 42. 44. Const. P. II. u. die 33. f. Const. P. III. v. 1572. C. A. T. I. S. 100. f., 55. 72. Dec. v. 1661. ib. S. 322. 331., V. v. 24. Mai 1814. Gouv.-Bl. S. 472.), §. 99. d. M. v. 31. Jan. 1829. G.S. S. 54.; endlich der befreite Gerichtsstand der A. (s. O.H.G.O. v. 1548. Tit. Wer vor d. O.H.G. C. A. T. I. S. 1284., M. v. 5. Oct. 1670. ib. S. 1636.), M. v. 13. März 1822. G.S. S. 205., G. v. 25. Jan. 1835. G.S. S. 75. — Dagegen ist auch weggefallen: das Verbot an den A., (der sich ritterlicher Tugend befleißigen und nicht Wucher u. dgl. treiben sollte, L.O. v. 12. Nov. 1550. C. A. T. I. S. 30.) bürgerliche Nahrung zu betreiben (s. L.O. v. 1482. C. A. T. I. S. 10., v. 1. Oct. 1555. Tit. Brauen. C. A. T. I. S. 66., Res. gr. v. 1661. Tit. Justizs. ib. S. 252.; Oberlaus. L.O. v. 1551. C. A. T. III. S. 87., Stänb. Pactum v. 1619. u. 1654. Conf. d. 1. Febr. 1666. mit O.A.Publ. v. 24. Mai 1667. ib. S. 361.; O.A.M. v. 30. Nov. 1675. ib. S. 285. u. L.C.W. T. I. S. 1048. u. 285.), V.U. v. 1831. §. 28. G.S. S. 248.; ferner die Obliegenheit, bei Ansässigmachung in den Städten einen Lehnträger zu bestellen, (s. Res. gr. v. 1661. Tit. v. Justizs. §. 109. C. A. T. I. S. 211.), A.St.O. v. 1832. §. 41. f. G.S. S. 30. f., endlich das Verbot der Erwerbung von Bauergrundstücken, G. v. 13. Juni 1837. §. 1. G.S. S. 67. **5)** S. Abschoß, Aufgebot, Bier, Bürgerliche N., Concurs, Einstandsrecht, Handlung, Haustaufe, Haustrauung, Kanonikate, Lateralverfassung, Morgengabe, Rechtscandidaten, Superintendenten, Taufe, Uniform.

Adhäsion. **1)** Das gegen ein Civilerkenntniß eingewendete Rechtsmittel einer Partei wird durch die A. der andern ein gemeinschaftliches, und das Recht zur A. kann der letztern nach Annahme des Rechtsmittels von der erstern durch einseitige Aufgebung des Rechtsmittels nicht entzogen werden, Const. 19. P. I. v. 1572. C. A. T. I. S. 79., P.O. Tit. 35. §. 2. 3. S. 181. **2)** A. der Beschädigten im Strafprocesse. S. Anschluß.

Adjacenten. S. Anmaßung, Grenze, Straßen.

Adjudication. S. Anbau, Bauergüter. Subhastation, Wüstungen.

Adjunction. S. Commissarien, Geistliche.

Administrat... S. Verwalt...

Administrationsrechte. **1)** Bei der Auseinandersetzung zwischen Sachsen und Preußen in Folge der Landestheilung sind die A. über die in den getheilten Landesdistricten Familien, Privatpersonen, Stadträthen, Corporationen, Communen, den Ständen, in Bezug auf milde Stiftungen, auch die Fürstenschulen, zustehenden Collatur- und Administrationsrechte durch die Convent. v. 27. Juli 1817. G.S. v. 1819. S. 348. f., Hauptconv. v. 28. Aug. 1819. Art. XXII., ib. S. 238. f., Conv. v. 27. Sept. 1825. G.S. v. 1828. S. 291. f. u. Conv. v. 28. Dec. 1825. ib. S. 335. f. sicher gestellt worden. **2)** S. Stiftungen.

Administrativjustiz. S. Verwaltungsbehörden, Verwaltungsstrafsachen, Verwaltungsstreitigkeiten.

Administrativjustizgesetz. Darunter wird das G. v. 30. Jan. 1835. D. G.S. S. 88. ff., dessen Wirksamkeit zufolge d. V. v. 8. April 1835. ib. S. 249. begann, verstanden. S. Verwaltungsstrafsachen, Verwaltungsstreitigkeiten.

Administrativjustizweg. S. Anlagen, Competenzstreit..., Justiz- u. Verwaltungspuncte, Verwaltungsstreit...

Admission, s. Zulassung.

Admonition. **1)** In Untersuchungssachen hat der Richter bei der ersten Vernehmung den Angeschuldigten auf die Pflicht, die Aussagen vor Gericht durchaus der Wahrheit gemäß abzustatten, aufmerksam zu machen, und dieß, so oft er es für angemessen findet, später zu wiederholen. §. 4. des G. v. 30. März 1838. G.S. S. 198. [Aeltr. Recht: V. v. 6. Dec. 1741. C. A. C. I. T. I. S. 329., Lauf. Rescr. v. 3. Jan. 1742. L.C.W. T. I. S. 295., Rescr. v. 7. März 1754. C. A. C. III. T. I. S. 190., Gen. v. 27. Oct. 1770. §. 3. u. 4. C. A. C. I. T. I. S. 419. u. L.C.W. T. III. S. 89., Gen. v. 30. April 1783. §. 4. u. 5. C. A. C. II. T. I. S. 455., L.C.W. T. IV. S. 52., Besch. der Dif. ad §. 3. C. A. C. II. T. I. S. 472.] Die Androhung

körperlicher Züchtigung für den Fall einer unwahren Aussage ist, auch bei Polizeivergehen, unzulässig, Rescr. v. 3. Juli 1819. L.C.W. T.V. S. 366. — Wegen des heutigen Verfahrens vergl. die Artikel: Vernehmung, Geständniß, Zeugen-V..., Rügenverf... **2)** Die A. derer, welche sich wider das sechste Gebot vergangen, und von Verlobten, die sich vor der Trauung mit einander eingelassen, steht den Geistlichen zu, Gen. v. 14. Jan. 1756. C.A. C.I. T.I. S. 239. u. O.A.Pat. v. 22. Jan. 1756. L.C.W. T.III. S.874., doch darf damit keine Art von Kirchencensur verbunden sein, ib., und die Geistlichen dürfen dafür keine Gebühren mehr fordern, Rescr. v. 19. Juni 1812. C.A. C.III. T.I. S.180., V.d. Cult.-M. v. 2. Nov. 1839., Cod. d. S.K.R. S. 220. Wenn der zweite Verlobte andrer Confession ist: V. v. 10. Juni 1845. §. 3. 4. G.S. S. 82. **3)** S. Handgelöbniß.

Adoption, Arrogation. **1)** Mitgliedern des Königlichen Hauses sind A-en nicht gestattet. §. 13. d. Haus-G. v. 30. Dec. 1837. G.S. v. 1838. S. 62. **2)** Die Erbfolge der Adoptirten ist nach dem darüber errichteten Vertrage zu beurtheilen. §. 48. f. d. M. v. 31. Jan. 1829. G.S. S. 46. **3)** Die Gesuche um A. gehen durch die App.-Ger. an das Justizministerium, V. v. 7. Nov. 1831. §. 4. A. G.S. S. 324., V. v. 28. März 1835. §. 8. G.S. S. 214. **4)** Den Adoptiváltern (Wahlältern) steht im Falle förmlicher A. frei, das adoptirte Kind (das Wahlkind) in ihrer Confession zu erziehen, wenn die noch lebenden leiblichen Aeltern einwilligen, oder nach deren Tode ein rechtsbeständiger Vertrag, worin dieselben über die Confession ihrer Kinder nicht verfügt haben, nicht besteht, §. 16. d. G. v. 1. Nov. 1836. G.S. S. 302. **5)** S. Appellationsgerichte, Erbfolge, Justizministerium, König, Erziehung, Unterthanenrecht.

Adoptiváltern. -kinder (Wahlältern, Wahlkinder). S. Adoption, Aeltern, Diebstahl, Erbfolge, Entfremdung, Unselbst..., Unzucht, Vertheidigung, Entführung, Menschenraub, Menschenhandel, Mißbrauch, Kuppelei, Religion, Freiheitsberaubung, Nöthigung, Drohung, Körperverletzung, Beleidigung, Antrag, Unterthanenrecht.

Adorf. **1)** Dem dasigen Stadtrathe steht das Vocationsrecht in Bezug auf das Pfarr- und Diakonatamt ohne Einmischung des Beamten zu Voigtsberg zu, Res. gr. v. 1661. Consist.-S. §.23. C.A. T.I. S.207. **2)** Desgleichen die Ausstellung von Reisepässen ins Ausland, V. v. 15. Juli 1829. §. 1. G.S. S. 126. **3)** Es besteht eine Sparcasse daselbst, Decr. v. 13. Mai 1836. G.S. S. 103. **4)** Ein Wochenmarkt fand schon nach d. Res. gr. v. 1583. Beil. A. §. 83. C.A. T.I. S. 1427. daselbst Statt. **5)** S. Bezirkssteuereinn... **6)** Wegen Emporbringung des Elsterbrunnens bei A. vergl. den L.T.A. v. 17. Juni 1846. I. B. 5. G.S. S. 45. **7)** Das vormalige königliche Gericht zu A. wurde vom 1. Oct. 1847. an zu einem Justizamte mit bezirksamtlichen Befugnissen erhoben, V. v. 12. Juni 1847. G.S. S. 117. **8)** S. Justizämter, Reiselegitimationen.

Adr..., s. Addr...

Adrogation. S. Adoption.

Adscendenten. S. Verwandte, Aeltern.

Adventzeit. **1)** In dieser sind vom 1. Advent bis nach dem neuen Jahre, und in der Fastenzeit vom Sonntage Invocavit bis Ostern, ohne Dispensation keine Hochzeiten zuläßig, 13. Gen. Art. v. 1. Jan. 1580. C.A. T.I. S. 685., Syn.-Decr. v. 6. Aug. 1624. §. „Und weil die Alten" ib. S. 790., Ehe-O. v. 16. Aug. 1624. Pct. V. C. A. T. I. S. 1025., Rev. Syn.-Decr. v. 15. Sept. 1673. §. 38. ib. S. 832., Bef. v. 30. Jan. 1682. ib. S. 1035. **2)** Eben so wenig kann in jener Zeit das Aufgebot Statt finden, Regul. v. 15. Jan. 1808. §. 31. C.A. C.III. T.I. S. 170. u. L.C.W. T.VI. S. 241., doch ist das Aufgebot in der Advents- oder Fastenzeit nicht schlechterdings untersagt, sondern es sollen die 3 Proclamationen, zwischen deren erstrer und letztrer 14 Tage inne liegen müssen, so eingerichtet werden, daß die Trauungen nach erfolgtem 3ten Aufgebote nicht vor den Feiertagen in die Advents- oder Fastenzeit fallen können, S. noch Rescr. v. 20. März 1810. L.C.W. T.VI. S. 264.

Advocaten. Advocatur. **1)** Die ältre

Gesetzgebung über die Ausübung der Advocatur (und gegen das unbefugte Advociren) enthält: die O.H.G.O. v. 22. Dec. 1548. Tit. wieviel Proc. C.A. T.I. S. 1281.; L.O. v. 12. Nov. 1550. Tit. Ungelehrte ꝛc. ib. S. 32.; v. 1. Oct. 1555. Tit. von Proc., ib. S. 43; Ausschr. v. 18. Mai 1583. Tit. Von Adv., ib. S. 145. f.; Art. v. 16. Juni 1583. C.A. T.I. S. 1308. wegen der Privatacten; App.G.O. v. 7. Oct. 1605. V. d. Adv. ib. S. 1230; A. u. G.O. v. 1. Dec. 1612. P. III. §. 1. C.A. T. III. S. 161. u. L.C.W. T.I. S. 25.; Res. gr. v. 23. April 1612. Justizs. §. 10. 22. C.A. T.I. S. 176. 180.; P.O. Tit. 3. S. 31.; M. v. 1. Oct. 1658. ib. S. 1253.; Res. gr. v. 22. Juni 1661. Justizs. §. 33—36. ib. S. 220. f.; H.G.O. v. 21. Dec. 1682. Tit. 4. C.A. T. II. S. 2037.; M. v. 18. Febr. 1691. §. 8. C.A. T.I. S. 1165., Beil. IX. zur E.P.O. S. 82.; M. v. 15. April 1696. §. 1. ib. S. 1269.; Resol. v. 18. April 1716. ib. S. 380; M. v. 12. April 1723. ib. S. 1211. f., Beil. VIII. zur E.P.O. S. 71. f.; M. v. 29. Jan. 1725. L.C.W. T.I. S. 121., App. G.O. v. 27. März 1734. Tit. v. Adv. C.A. C.I. T.I. S. 443.; Gen. v. 9. Oct. 1734. ib. S. 299.; v. 23. März 1737. ib. S. 305.; Rescr. v. 23. April 1738. L.C.W. T.I. S. 156.; Rescr. v. 22. April 1762. C.A. C.I. T.I. S. 401.; Bek. v. 8. Juli 1767. ib. S. 413.; Rescr. v. 29. Aug. 1789. C.A. C.II. T.I. S. 241.; M. v. 27. Febr. 1793. ib. S. 3., O.A.Pat. v. 30. Jan. 1810. L.C.W. T.I. S. 40.; Publ. v. 20. Sept. 1825. §. 3. G.S. S. 106. Auf noch andre Bestimmungen der älteren Gesetzgebung wird weiter unten hingewiesen. **2)** Der Advocat ist berufen, in Angelegenheiten, deren zweckmäßige Besorgung Rechtskenntnisse voraussetzt, diejenigen, welche sich deshalb an ihn wenden, durch Wort und Schrift vor Gerichten und andern öffentlichen Behörden zu vertreten, nicht minder denselben sowohl in den vor öffentlichen Behörden zu betreibenden als auch in den nicht vor solchen anhängigen Geschäften Rechtsbeistand zu gewähren. Adv.O. v. 3. Juni 1859. §. 1. G.S. S. 169. **3)** Zur Advocatur wird nur zugelassen, wer a) das Unterthanenrecht im Königreiche Sachsen besitzt, b) nicht wegen eines nach allgemeinen Begriffen entehrenden Verbrechens bestraft oder nur beschränkt klagfrei gesprochen worden ist, oder nicht sonst durch seine Handlungen oder Lebensweise sich der öffentlichen Achtung verlustig gemacht hat, c) das 25ste Lebensjahr zurückgelegt und d) die vorgeschriebene Prüfung, (früher durch zu fertigende Probeschriften, V. v. 9. Juli 1836. G.S. S. 175. u. 338., wegen der Lausitz M. v. 12. März 1821. §. 5. G.S. S. 22., ferner V. v. 24. Jan. 1835. §. 2. G.S. S. 50., jetzt auch mündlich vor der geordneten Commission, V. v. 16. Nov. 1859. G.S. S. 342. f.) bestanden hat, e) sich nicht im Staatsdienste oder sonst in einem Amte befindet, mit welchem die Advocatur nach Gesetz oder anderen verfassungsmäßigen Bestimmungen unvereinbar ist, f) auch sonst nicht einer mit Ausübung derselben unverträglichen Berufsthätigkeit obliegt. **4)** Die Ernennung zum Amte der Advocatur geschieht, auf Ansuchen, vom Justiz-Ministerium, ib. §. 3. Was derjenige, welcher sich um Ernennung zum Advocaten bewirbt, beizubringen hat, giebt die V. v. 3. Juni 1859. §. 1. G.S. S. 188. näher an. **5)** Diejenigen, welche die zur Erlangung der Advocatur erforderliche Prüfung bestanden haben, werden nach der Zeit derselben in eine Rolle eingetragen und haben sich nach der Reihenfolge dieser Eintragungen der Ernennung zur Advocatur zu gewärtigen. Adv.O. §. 4. G.S. v. 1859. S. 170. **6)** Das Justiz-Ministerium ist rücksichtlich der Ernennungen zur Advocatur nicht an eine feststehende Zahl gebunden, sondern hat dieselben nach dem Bedürfnisse des Verkehrs und Geschäftslebens zu bemessen, und macht von Zeit zu Zeit die Zahl der in einem Jahre zu ernennenden Advocaten öffentlich bekannt. ib. §. 5. Früher wurden 30—35 jährlich für die Erblande und die Lausitz zur Advocatur zugelassen, V. v. 9. Juli 1836. §. 4. G.S. S. 176. 338., V. v. 29. April 1818. G.S. S. 35., Bek. v. 11. Mai 1825. G.S. S. 92., M. v. 12. März 1821. §. 5. G.S. S. 23. Landt.-Absch. v. 1843. G.S. S. 90. sub 1. Vom Jahre 1854. an gelangten jährlich nur 25 Rechtscandidaten und vom Jahre 1857. an deren nur 18 zur Immatriculation als Advocaten. Bek. v. 20. Juni 1854. G.S. S. 132. 148., u. v. 21. Febr. 1857. G.S. S. 51. **7)** Der Advocat kann sein Amt nicht eher ausüben, als nachdem er vom Justiz-Ministerium oder von einer von demselben dazu beauftragten Gerichtsbehörde zur Ausübung desselben verpflichtet und dieß mit der Ernennung öffentl. bekannt gemacht worden ist. Adv.O.

§. 6. G.S. v. 1859. S. 170. Bei der Verpflichtung hat er eidlich anzugeloben, das ihm übertragene Amt nach seinem besten Wissen den gesetzlichen Vorschriften gemäß mit Fleiß u. Gewissenhaftigkeit auszuüben. Ueber die erfolgte Verpflichtung wird dem Advocaten behufs seiner Legitimation ein Pflichtschein ausgefertigt. ib., und (speciell noch wegen der Eidesformel), §. 2. d. V. v. 3. Juni 1859. G.S. S. 188. Das eidliche Angelöbniß, welches die A. bei ihrer Verpflichtung früher leisteten, schreibt die Beil. zum M. v. 18. Febr. 1691. C.A. T.I. S. 1166., d. Beil. z. M. v. 12. April 1723. ib. S. 1214. u. Beil. VIII. d. E.P.O. S. 79., und für die Lausitz die Beil. zur O.A.V. v. 16. April 1674., C.A. T.III. S. 265., und beim Rescr. v. 23. Mai 1796. C.A. C.II. T.III. S. 549., sowie L.E.W. T.IV. S. 41., u. d. M. v. 12. März 1821. §. 5. G.S. S. 22. vor. Die besondre Verpflichtung der Advocaten beim Leipziger Handelsgerichte ist bereits durch die V. v. 11. Aug. 1845. G.S. G. 178. abgestellt worden. S. auch Curatoren. **8)** Wenn einem Juden das Amt der Advocatur übertragen wird, kommen wegen seiner Verpflichtung zu demselben die Vorschriften in den §§. 1. u. 14. d. G. v. 30. Mai 1840. zur Anwendung. Ang. V. §. 2. G.S. S. 188. u. s. den Art.: Juden. **9)** Immatriculirte Advocaten können vor allen niedern und höhern Justizbehörden prakticiren, §. 39. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 71., auch vor dem Leipziger Handelsgerichte, wiewohl dasselbe die Bestellung eines einheimischen Anwalts zur Annahme von Ladungen und Notificationen verlangen kann. V. v. 11. Aug. 1845. G.S. S. 179. **10)** Dem zum Amte eines Advocaten Ernannten steht in der Regel die Wahl seines Wohnsitzes frei. Doch muß er den Ort und jede spätere Verlegung desselben in den Sprengel eines anderen Gerichtsamtes bei Strafe dem Justizministerium anzeigen. Das Nähere enthält die Adv.O. §. 7. G.S. v. 1859. S. 170. u. d. V. v. 3. Juni 1859. §. 3. G.S. S. 189. Wie das besagte Ministerium Abhilfe schafft, sobald sich für einen Ort das dringende Bedürfniß herausstellt, daß ein Advocat daselbst seinen Wohnsitz habe, oder eine Vermehrung der an diesem Orte wohnenden A. Statt finde, darüber vergl. die Adv.O. §. 8., u. d. V. v. 3. Juni 1859. §. 4. G.S. S. 189. — Uebrigens haben die A. da, wo sie ihren Beruf treiben, das Bürgerrecht zu gewinnen. St.O. v. 2. Febr. 1832. §. 48. G.S. S. 31. **11)** Von Vornahme der zum Berufskreise der A. gehörigen Geschäfte ist Jeder ausgeschlossen, hinsichtlich dessen nicht nach Gesetzen oder besonderen Vorschriften eine Ausnahme besteht. Adv.O. v. 1859. §. 9. G.S. S. 171. **12)** Der A. hat a) denen, welche sich seines Rechtsbeistandes bedienen, mit Redlichkeit und Treue zur Seite zu stehen, b) Rath nur nach sorgsamer Erörterung und umsichtiger Erwägung der Verhältnisse seiner Ueberzeugung gemäß zu ertheilen, c) die ihm gewordenen Aufträge so schnell und so wenig kostspielig als möglich auszuführen, d) die gütliche Beilegung von Streitsachen in geeigneten Fällen zu befördern, e) bei Verhandlung und Abschluß von Rechtsgeschäften darauf Bedacht zu nehmen, daß Alles, was zu ihrer Giltigkeit oder Sicherung nöthig, beobachtet werde, f) dasjenige, was ihm seine Partei anvertraut hat, sowohl während, als nach Beendigung der Geschäftsführung für dieselbe, geheim zu halten und Niemandem, außer wer darnach zu fragen das Recht hat, Mittheilungen darüber zu machen, g) sich jeder Begünstigung der Gegenpartei, insbesondere auch im Processe durch Vernachlässigung ihm bekannter Angriffs- u. Vertheidigungsmittel, aber auch der wissentlichen Vorbringung von Unwahrheiten oder der Entstellung der Wahrheit zu enthalten, h) bei schriftlichen, wie mündlichen Vorträgen sich kurz, deutlich, bestimmt und mit Freimuth auszusprechen, ohne jedoch dabei die den Behörden schuldige Achtung bei Seite zu setzen, i) Aeußerungen, welche für die Gegenpartei, deren Sachwalter, für Zeugen, Sachverständige oder sonst irgend wen verletzend sind, zu unterlassen, insoweit sie nicht zur Rechtsverfolgung oder Rechtsvertheidigung dienen, und überhaupt k) bei seinen Amtsverrichtungen allenthalben den

für dieselben maßgebenden Gesetzen u. Verordnungen gewissenhaft nachzugehen. Adv.-O. §. 10. G.S. v. 1859. S. 171. u. vorher: Ausschr. v. 18. Mai 1583. Tit. von Adv. C.A. T.I. S. 146., Pr.O. Tit. 3. §. 1. S. 31. O.H.G.O. v. 22. Dec. 1548. Tit. wie viel Proc. C.A. T.I. S. 1281., Amts- u. G.O. v. 1. Dec. 1612. P. III. no. 2. C.A. T.III. S. 162. u. L.C.W. T.I. S. 25., Rescr. v. 8. April 1616. ib. S. 71., M. v. 22. März 1640. C.A. T.I. S. 1249., v. 18. Aug. 1642. ib., v. 14. Febr. 1644. u. 10. Dec. 1647. L.C.W. T.I. S. 84. f., O.A.Pat. v. 10. Febr. 1650. ib. S. 82., v. 29. April 1661. ib. S. 88., Res. grav. v. 1661. Justizs. §. 33. C.A. T.I. S. 220., M. v. 13. Juni 1662. C.A. T.I. S. 1141., Rescr. v. 23. Febr. 1753. C.A. C.I. T.III. S. 368., O.A.Pat. v. 15. Juni 1780. L.C.W. T. III. S. 72., v. 24. April 1790. ib. T. IV. S. 27., v. 18. Jan. 1808. §. 4. ib. T. V. S. 31. **13)** Der A. soll insbesondre im Processe a) sich vor dem Termine mit den Parteien über deren Angelegenheit gehörig vernehmen, B. v. 24. Aug. 1588. C.A. T. I. S. 1311., A.G.O. v. 27. März 1734. Tit. v. Adv. C.A. C. I. T. I. S. 443., b) für zeitige Beibringung seiner Legitimation zum Proceß besorgt sein, A. u. G.O. v. 1612. P. III. L.C.W. T. I. S. 25., Res. gr. v. 1661. Justizs. §. 17. C.A. T. I. S. 216., E.P.O. ad Tit. I. §. 1. S. 5., P.O. Tit. 7. §. 1. ff., E.P.O. ad Tit. 7. §. 1. ff. S. 58. u. 61., B. v. 7. Oct. 1814. Gouv. Bl. S. 598., wegen der Lausitz M. v. 3. April 1824. §. 18. no. 24. G.S. S. 52., Hand.G.O. v. 21. Dec. 1682. §. 7. C.A. T.II. S. 2040., M. v. 20. Dec. 1766. §. 22. C.A. C.I. T.I. S. 936., c) die Gütepflegung nicht hindern, d) und sich unbegründeter Beschwerden über den Unterrichter enthalten, E.P.O. ad Tit. 1. §. 3. u. 8. S. 7. u. 14., e) die Anstellung inepter Klagen unterlassen, E.P.O. ad Tit. 5. §. 3. S. 47., f) sich nicht unrichtig einlassen u. g) notorische Thatsachen nicht leugnen, E.P.O. ad Tit. 16. §. 2. S. 100., h) Termine und Fatalien nicht nachlässig versäumen, Rescr. v. 27. März 1732. C.A. C.I. T.I. S. 291., i) erkannte Geldstrafen bei Strafe des 4fachen Ersatzes von den Clienten nicht einfordern, E.P.O. ad Tit. 3. §. 2. S. 34., k) die Uebernahme geringfügiger Rechtssachen nicht ablehnen, M. v. 28. Nov. 1753. §. 11. C.A. C.I. T.I. S. 386., und die Erhebung taxwidriger Gebühren in solchen vermeiden, ib. §. 10., l) den Concurs nicht verzögern und die Unkosten nicht zur Ungebühr häufen, Gen. v. 3. Juli 1748. §. 8. C.A. C.I. T.I. S. 372., M. v. 20. Dec. 1766. §. 23. C.A. C.I. T.I. S. 921., und überhaupt den Proceß nicht verschleifen, Anschl. v. 14. Dec. 1778. C.A. C.II. T.I. S. 553., O.A.M. v. 25. Jan. 1714. L.C.W. T.I. S. 101. **14)** Der A. ist zwar gehalten, in der Regel Jedem, welcher ihn darum ersucht, seinen Rechtsbeistand zu gewähren, Adv.O. §. 11., er muß jedoch den Rechtsbeistand verweigern, wenn er ihn gewähren soll: a) zu etwas Gesetzwidrigem oder zu etwas, was er ungegründet findet, b) in solchen bürgerlichen Sachen, gleichviel ob streitigen oder nicht streitigen, bei denen er als Richter oder Protokollführer, desgleichen wenn er denselben in solchen Strafsachen, bei denen er als Richter oder Staatsanwalt oder als Protokollführer thätig gewesen ist, c) in Bezug auf eine von ihm als Notar vorgenommene Amtshandlung, mit Ausschluß der Wechselproteste, gleichviel ob es dabei auf Anfechtung oder Aufrechterhaltung dieser Amtshandlung ankommt, d) nachdem er der Gegenpartei, in derselben Sache oder in einer Sache, welche mit ihr zusammenhängt, vor Gericht oder anderen öffentlichen Behörden gedient hat, oder sobald er überhaupt dadurch die Pflicht der Treue und Verschwiegenheit gegen einen früheren Auftraggeber verletzen würde, e) gegen seine Ehefrau oder Verlobte, seinen Wahlvater oder seine Wahlmutter oder sein Wahlkind oder gegen eine Person, mit welcher er in gerader Linie verwandt oder verschwägert, oder in der Seitenlinie im zweiten Grade verwandt ist, f) zu Amtsverrichtungen in einem strafgerichtlichen Verfahren, bei welchem sein Wahlvater oder sein Wahlsohn oder eine mit ihm in gerader Linie verwandte oder verschwägerte oder eine im zweiten Grade der Seitenlinie verwandte Person als Richter, wäre

es auch nur als Ergänzungs- oder Hilfsrichter, oder als Staatsanwalt mitwirkt, oder g) zu Amtsverrichtungen in einer solchen bürgerlichen, gleichviel ob streitigen oder nicht streitigen, Sache aufgefordert wird, bei welcher eine mit ihm in vorgedachter Maße verwandte oder verschwägerte Person oder sein Wahlvater oder sein Wahlsohn als Richter oder Protokollführer in Amtsthätigkeit ist. Die Behinderung durch Schwägerschaft dauert fort, nachdem die Ehe, durch welche die Schwägerschaft begründet worden war, wieder aufgehört hat. Adv.O. §. 12. G.S. v. 1859. S. 171. Vorher: M. v. 29. Dec. 1826. G.S. v. 1827. S. 9. Wegen der Lausitz s. d. O.A.Pat. v. 27. Aug. 1798. §. 11. C. A. C. II. T. III. S. 572. u. L.C.W. T. V. S. 4. **15)** Der A. darf den Rechtsbeistand verweigern, a) wenn er durch Krankheit behindert ist, denselben zu gewähren, b) wenn er mit Berufsarbeiten überlastet ist, c) wenn ihm von einer Partei, welche das Armenrecht weder erlangt hat, noch zu erlangen in der Lage ist, nicht ein der Sache angemessener Kostenvorschuß bestellt wird, d) wenn er in einer streitigen oder nicht streitigen Sache gegen eine Partei auftreten soll, welcher er in einer anderen, streitigen oder nicht streitigen, Sache oder auch in einem strafgerichtlichen Verfahren dient, e) wenn er mit der Gegenpartei in vertrauter Freundschaft lebt, f) wenn er in einer Sache, gleichviel ob streitigen oder nicht streitigen, gegen eine Person dienen soll, mit welcher er in der Seitenlinie im dritten Grade verwandt oder bis mit dem dritten Grade verschwägert ist, und zwar, was die Schwägerschaft betrifft, auch dann noch, nachdem die Ehe, durch welche dieselbe begründet worden war, wieder aufgehört hat. Weist er in den Fällen d. e. und f. den Auftrag nicht zurück, so hat er vor Uebernahme desselben die Partei von den Verhältnissen, welche ihn zu einer Ablehnung berechtigen, in Kenntniß zu setzen, auch in dem Falle unter d. die Partei, welcher er bereits dient, ungesäumt zu benachrichtigen und darüber, wenn und wie alles dieß geschehen, Nachricht zu seinen Privatacten zu bringen. Adv.O. §. 13. a. a. O. **16)** Der A. muß einen angenommenen Auftrag vor Beendigung des Geschäfts, jedoch rechtzeitig, seinem Auftraggeber aufkündigen, a) wenn er die Ungerechtigkeit der Sache erkennt oder wenn ihm, erfolgter Verständigung ungeachtet, die Hilfeleistung zu etwas Gesetzwidrigem angesonnen wird, b) wenn während seiner Geschäftsführung einer der unter no. 14. e. f. g. gedachten Behinderungsgründe eintritt, c) wenn auf ihn selbst oder auf eine der no. 14. e. erwähnten Personen Rechte in Bezug auf einen Streitgegenstand dergestalt übergehen, daß er oder sie dadurch Gegenpartei seiner Partei werden. Adv.O. §. 14. **17)** Der A. darf einen angenommenen Auftrag vor Beendigung des Geschäfts, jedoch nur rechtzeitig, aufkündigen, a) wenn er durch Krankheit behindert ist, denselben auszuführen, b) wenn sein Auftraggeber, welcher das Armenrecht weder erlangt hat, noch dasselbe zu erlangen in der Lage ist, einen der Sache angemessenen Kostenvorstand nicht beschafft, c) wenn derselbe ihm auf sein Verlangen nicht rechtzeitig mit den zur ordnungsmäßigen Betreibung der Sache erforderlichen Auskunftsertheilungen oder Urkunden zur Hand geht, d) wenn derselbe die ihm schuldige Achtung verletzt, e) wenn eines der no. 15. unter f. bezeichneten Verhältnisse durch Verwandtschaft oder Schwägerschaft eintritt. In diesem letzteren Falle hat der A., wenn er den Auftrag nicht aufkündigt, ungesäumt, nachdem eins der bezeichneten Verhältnisse entstanden ist, seinen Auftraggeber davon zu benachrichtigen. Adv.O. §. 15. **17)** Ueber die Annahme oder Ablehnung eines Auftrags muß der A. sich ungesäumt erklären. Wenn er vorauszusehen hat, daß seine Ablehnung für den Auftraggeber Versäumnisse im Processe oder andere erhebliche Nachtheile zur nothwendigen Folge haben wird, soll er, soweit es ihm den Verhältnissen nach thunlich und nach den Rechten statthaft, Vorsorge zur möglichsten Abwendung von solchen Versäumnissen und Nachtheilen treffen. Gleiches gilt, wenn ein bereits übernommener Auftrag zurückgegeben wird. Adv.O. §. 16. **18)** Die Zu-

ziehung von A. gestattete in Verwaltungs-streitigkeiten: §. 7. d. G. v. 30. Jan. 1835. D. G.S. S. 90., in Ablösungssachen: das G. v. 17. März 1832. §. 229. G.S. S. 225., V. v. 25. Juli 1836. G.S. S. 177. Zu einem besonders vorsichtigen Verfahren wurden sie veranlaßt: a) in Armensachen, M. v. 28. Dec. 1733. §. 12. C.A. C.I. T.I. S. 609., v. 9. Nov. 1748. Cap. 2. §. 16. ib. S. 711., v. 11. April 1772. Cap. 3. §. 8. C.A. C.II. T.I. S. 655., v. 9. Juni 1803. §. 21. C.A. C.III. T.I. S. 405., — b) in Gesindesachen, Ges.O. v. 16. Juli 1735. Tit. IV. §. 4. C.A. C.I. T.I. S. 633., v. 16. Nov. 1769. Tit. 4. §. 6. ib. S. 979., O.Lauf. Ges.O. v. 25. Juli u. O.A.Pat. v. 20. Aug. 1767. Tit. 5. §. 5. C.A. C.I. T.III. S. 202. u. L.C.W. T.III. S. 321., — c) in Spielschuldensachen, M. v. 20. Dec. 1766. §. 7. C.A. C.I. T.I. S. 920., — d) in Kammer- u. Rentsachen, M. v. 7. Juni 1736. C.A. C.I. T.I. S. 1294., — e) in Angelegenheiten von Militairpersonen, Ordonn. v. 30. Juni 1752. Cap. 8. §. 81. C.A. C.I. T.I. S. 1183., u. L.C.W. T. II. S. 970., M. v. 21. April 1792. Cap. II. §. 43. f. ib. T.IV. S. 552. u. C.A. C.II. T.I. S. 1367. f., Gen. v. 9. Dec. 1816. C.A. C.III. T.I. S. 762. — f) Die A. sollen den Unterthanen gegen ihre Herrschaft nur bei begründeten Beschwerden der erstern beistehen, Ausschr. v. 18. Mai 1583. Tit. v. Adv. C.A. T.I. S. 146., Bef. v. 20. Sept. 1594. ib. S. 1049., O.Lauf. Resol. v. 20. Juli 1621. C.A. T. III. S. 174., L.C.W. T.I. S. 610., auch M. v. 4. Juli 1765. C.A. C.I. T.III. S. 393., Res. gr. v. 23. April 1612. Justizs. §. 22. ib. S. 181., v. 22. Juni 1661. Justizs. §. 33. f. ib. S. 220., M. v. 7. Juni 1736. C.A. C. I. T. I. S. 1292., Rescr. v. 22. Juni 1735. ib. S. 1289., M. v. 18. Jan. 1791. §. 24. L.C.W. T.IV. S. 391. u. C.A. C.II. T.I. S. 995., g) ferner die Abfassung wucherlicher Contracte und die Collusion mit Gläubigern und Schuldnern vermeiden, M. v. 20. Dec. 1766. §. 2. §. 18. C.A. C.I. T.I. S. 924. ff., O.Lauf. M. v. 2. Aug. 1783. §. 18. C.A. C.II. T.III. S. 186. u. L.C.W. T. IV. S. 15. **19)** Der A. ist, dafern etwas Anderes nicht verabredet worden, gehalten, seinem Auftraggeber über den Stand der ihm zur Besorgung anvertrauten Geschäfte von Zeit zu Zeit, jedenfalls so oft etwas Wichtiges darin vorgekommen, oder doch wenigstens alljährlich einmal, überdieß in bürgerlichen Streitsachen ungesäumt nach Bekanntmachung jedes Erkenntnisses, in Verwaltungs- oder Verwaltungsstrafsachen aber ungesäumt nach Bekanntmachung einer Entscheidung oder Verordnung der Verwaltungsbehörde Mittheilung zu machen. Adv.O. §. 17. **20)** Es ist der A., sofern ihm dieß nicht untersagt worden, befugt, zur Besorgung des ihm übertragenen Geschäfts auf Rechnung und Gefahr seines Auftraggebers einen Nachbevollmächtigten zu bestellen, welcher jedoch eine nach den Gesetzen zur Annahme der Nachvollmacht geeignete Person sein muß. Adv.O. §. 18. **21)** Unter jeder von ihm ausgegangenen, zur Einreichung bei einer öffentlichen Behörde bestimmten Schrift hat der A. sich, bei 2 Thlr. Strafe, als deren Verfasser zu unterzeichnen. Adv.O. §. 19. Vorher: Ausschr. v. 18. Mai 1583. Tit. d. Notar. C.A. T.I. S. 147., Bef. v. 20. Sept. 1594. ib. S. 1049., Res. gr. v. 23. April 1612. Justizs. §. 22., ib. S. 181., Bef. v. 1. Nov. 1637. ib. S. 1129., Bef. v. 13. Febr. 1639. ib. S. 1135., Res. gr. v. 1661. §. 35. Tit. v. Justit. C.A. T.I. S. 221., M. v. 25. Juli 1681. ib. S. 1159., Bef. v. 29. Aug. 1687. C.A. T.II. S. 33., M. v. 18. Febr. 1691. §. 9. C.A. T.I. S. 1165. u. Beil. IX. z. E.P.O. S. 90., v. 15. April 1696. §. 7., C.A. T. I. S. 1271., Beil. z. E.P.O. XV. S. 131., Bef. v. 20. Nov. 1711. C.A. T.II. S. 61., V. v. 4. Oct. 1720. C.A. T.I. S. 1203., E.P.O. ad Tit. 3. §. 2. S. 34., Rescr. v. 30. Jan. 1736. C.A. C.I. T.I. S. 305., und wegen der Lausitz A. u. G.O. v. 1612. P. III. L.C.W. T.I. S. 25., Rescr. v. 8. April 1616. ib. S. 71., Rescr. v. 14. Dec. 1720. L.C.W. T.I. S. 110., Rescr. v. 5. Aug. 1733. L.C.W. T.I. S. 152., O.A.M. v. 21. Febr. 1736. L.C.W. T.I. S. 154., O.A.Pat. v. 30. Jan. 1810. §. II. f. L.C.W. T.V. S. 40. S. noch: Appellation I. 6. a. und b. **22)** Der A. ist verbunden, über die ihm aufgetragenen Geschäfte Acten, und zwar

in der Regel für jede Partei gesondert, in chronologischer Ordnung zu halten. Adv.O. §. 20. Das Specielle über die Einrichtung der Privatacten giebt §. 20. cit. und die V. v. 3. Juni 1859. §. 5. G.S. S. 189. **23)** Der Auftraggeber kann verlangen, a) daß ihm, nach seiner Wahl, die Privatacten des A. entweder auf dessen Geschäftszimmer oder, — was übrigens auf seine Kosten geschieht — bei dem Gerichtsamte, unter welchem der A. wohnt, zur Einsicht vorgelegt, nicht minder, daß ihm Abschriften daraus mitgetheilt werden. b) Das Recht auf Einsicht der Privatacten und auf Mittheilung von Abschriften aus denselben steht ihm nicht blos während der Betreibung des Geschäfts, sondern noch 10 Jahre lang, von Beendigung des Auftrags an gerechnet, zu, weshalb die Privatacten eben so lange von dem A. und dessen Rechtsnachfolgern aufzubewahren sind. c) Schon vor Ablauf dieses Zeitraums jedoch dürfen sie vernichtet werden, wenn sie vom A. dem Auftraggeber zur Auslieferung angeboten worden sind und letzterer sie innerhalb 8 Wochen, von dem ihm geschehenen Angebote an gerechnet, nicht an sich genommen hat. d) Der Auftraggeber aber ist, nachdem er die schuldigen Gebühren und Verläge berichtigt hat, die Privatacten, auch ohne daß sie ihm angeboten worden sind, abzufordern befugt, sobald er, und zwar auf Verlangen vor Gericht, eine Erklärung dahin ausgestellt hat, daß ihm aus dem Geschäfte, welches sie betroffen, und in Bezug auf dessen Führung ein Anspruch an den A. nicht zustehe, er auch für den Fall, daß ihm ein solcher noch künftig bekannt werden sollte, auf dessen Geltendmachung im Voraus verzichte. Adv.O. v. 1859. §. 21. G.S. S. 174. **24)** Der A. kann von seinem Auftraggeber die gesetzmäßige Vergütung der für denselben gehabten Mühwaltungen, sowie die Erstattung der für denselben bestrittenen Verläge fordern, auch wenn ihm ein Versprechen darüber nicht gegeben worden ist. Adv.O. §. 22. a. a. O. **25)** Entsteht zwischen dem A. und dessen Auftraggeber über die Höhe der Kostenberechnung Streit, so hat auf des einen oder des anderen Theils Antrag die Feststellung derselben, bei Geschäften, welche bei öffentlichen, zur Feststellung der vor ihnen erwachsenen Advocatenkosten zuständigen Behörden geführt wurden, von diesen, außerdem von dem Gerichtsamte, unter welchem der A. seinen Wohnsitz hat, zu erfolgen. Adv.O. §. 23. **26)** Der Feststellung sind die öffentlichen und, wo diese zur Beurtheilung nicht ausreichen, auch die Privatacten zu Grunde zu legen und in Fällen, wo erstere nicht zu erlangen sind, oder das Geschäft nicht vor einer öffentlichen Behörde betrieben wurde, die Privatacten allein. Die Kosten der Feststellung und des Ansuchens um dieselbe treffen den Auftraggeber, den A. nur ausnahmsweise dann, wenn die feststellende Behörde ihn zu deren Tragung wegen auffallender Ueberschreitung der Sätze der Taxordnung für verbunden erachtet und dieß mittelst einer dem A. zu eröffnenden Resolution ausspricht. ib. Näheres hinsichtlich der Moderation giebt die V. v. 3. Juni 1859. §. 6. G.S. S. 189. **27)** Der A. ist berechtigt, den festgestellten Betrag seiner Gebühren und Verläge im Wege des Executionsprocesses einbringen zu lassen. Wenn jedoch der Schuldner vor Ablauf der ihm gesetzten Zahlungsfrist gegen einen oder den anderen Ansatz einwendet, daß die Mühwaltung oder der Verlag, den derselbe angiebt, nicht oder erstre gegen sein Verbot Statt gefunden habe, und das Gegentheil nicht sofort aus öffentlichen Acten oder sonst aus öffentlichen Urkunden erhellt, ist rücksichtlich der bestrittenen Ansätze, abgesehen von den sonst gesetzlich bestimmten Fällen, die Hilfsvollstreckung auszusetzen. Wird von dem Gerichte rechtskräftig dahin erkannt, daß der Einwand begründet sei, so hat der Advocatenverein (s. d.), welchem vom Gerichte hierüber Mittheilung zu machen ist, den A. in eine Disciplinarstrafe von 1 bis 25 Thlr. zu nehmen. Adv.O. v. 1859. §. 24. G.S. S. 175. **28)** Durch §. 24. cit. hat daran, daß in den gesetzlich bestimmten Fällen die Gebühren und Verläge der A. von den Zahlungspflichtigen im Wege des Executionsverfahrens eingezogen werden, etwas nicht geändert werden sollen. V. v. 3. Juni 1859. §. 7. G.S. S. 189. Es soll aber zur Bezahlung

seiner Kosten dem A. noch vor Ausgang der Sache, von Termin zu Termin, nach Befinden mittelst Execution, verholfen werden. E.P.O. ad Tit. 7. §. 4. S. 65., V. v. 9. April 1836. §. 3. G.S. S. 86. Die Gerichtskosten sind nicht vor ihnen bevorzugt, und die Beitreibung erfolgt, kostenfrei für den A., sobald nur unter dem Kostenverzeichnisse beantragt worden ist, den Betrag nach gerichtlicher Moderation mit jenen einzubringen. Abschlagszahlungen werden pro rata zur Tilgung der beiderlei Kosten, erst der Verläge, dann der Gebühren, verwendet. V. v. 1. Juli 1840. G.G. S. 166. **29)** Verboten ist zwischen der Partei und dem A. der Vertrag, a) daß dem letzteren, wenn der Rechtsstreit einen glücklichen Ausgang nimmt, der Streitgegenstand ganz oder theilweise zufallen soll; b) wonach sich der A. von seinem Auftraggeber vor Beendigung des Geschäfts eine höhere, als taxmäßige Vergütung seiner Bemühungen zusichern läßt; c) wonach der Auftraggeber sich verpflichtet, die Geldstrafen zu ersetzen, welche sein A. bei Ausführung des demselben gegebenen Auftrags verwirkt hat oder verwirken wird; d) mittelst dessen eine im Rechtsstreite befangene Forderung an den mit Einziehung derselben beauftragten A. abgetreten werden soll. Solche Abkommen ziehen für den A. eine zur Casse des Advocatenvereins zu erlegende Disciplinarstrafe von 10 bis 50 Thlrn. nach sich. Adv.O. v. 1859. §. 25. G.S. S. 175. **30)** Das Amt der Advocatur wird beendigt: a) durch bei dem Justiz-Ministerium angezeigte und von diesem genehmigte Entsagung, b) durch Uebernahme eines Amtes, mit welchem nach Gesetzen oder sonst nach verfassungsmäßigen Vorschriften die Advocatur unvereinbar ist, doch gilt für Uebernahme eines solchen Amtes nicht die in Gemäßheit der Strafproceßordnung erfolgte Verpflichtung zum Amte eines Hilfsrichters, c) durch Verlust des Sächs. Unterthanenrechts, d) durch Entsetzung. Adv.O. §. 74. G.S. v. 1859. S. 186. Das Nähere s. ib. u. §. 17. d. V. v. 3. Juni 1859. G.S. S. 191. **31)** Die Suspension und Remotion der A. erfolgt wegen Pflichtverletzung u. durch öffentl. Bekanntmachung. Res. gr. v. 1661. Justizs. §. 33. C.A. T.I. S. 221., M. v. 12. April 1723. §. 6. C.A. T.I. S. 1213., M. v. 29. Jan. 1725. §. 5. L.C.W. T.I. S. 124., Tumult-M. v. 18. Jan. 1791. C.A. C.II. T.I. S. 989. u. L.C.W. T. IV. S. 384., sowie C.A. C.II. T.III. S. 509., Gen. v. 24. März 1792. C.A. C.II. T.I. S. 1043., V. v. 29. April 1818. G.S. S. 35., Decr. v. 18. Dec. 1819. G.S. v. 1820. S. 30. u. L.C.W. T.V. S. 130., M. v. 12. März 1821. §. 5. G.S. S. 22. Durch erlittene Zuchthausstrafe geht die Advocatur verloren. S. Bestrafung. Suspendirte oder removirte in- oder ausländische A. sind, so lange dieser Zustand dauert, unfähig a) zur Wahl von Wahlmännern für den Landtag, §. 5. d. G. v. 24. Sept. 1831. G.S. S. 288., b) als Ständemitglieder gewählt zu werden, §. 8. ib., u. f. in beiderlei Beziehung d. V. v. 30. Mai 1836. zu §. 5. i. G.S. S. 117., c) zur Ausübung bürgerlicher Ehrenrechte, §. 73. f. d. A.St.O. G.S. v. 1832. S. 36., d) des Stimmrechts in der Landgemeinde, §. 29. unter 4. d. L.Gem.O. v. 7. Nov. 1838. G.S. S. 437. und zu der Uebernahme von Gemeindeämtern, §. 32. ib. [Aeltr. Bestimm. hinsichtlich der von suspendirten oder removirten A. übernommenen Curatelen: V. v. 26. April 1823. G.S. S. 87., V. v. 21. Mai 1823. ib. S. 91.] **32)** Wenn das Amt des A. sich aus einem der vorstehend aufgeführten Gründe beendigt hat, so ist dieß vom Justiz-Ministerium öffentlich bekannt zu machen. Adv.O. v. 1859. §. 75. G.S. S. 186. **33)** Die Uebergangsbestimmungen, den Eintritt der Wirksamkeit der Adv.O., und insbesondre die vor derselben bereits immatriculirten Notare, welche nicht A. sind, und die bereits in öffentlichen, mit der Advocatur nicht vereinbaren Aemtern stehenden Sachwalter betr., enthalten die §§. 76. 77. 78. d. Adv.O., samt §. 18. 19. d. V. v. 3. Juni 1859. G.S. S. 182. **34)** Die Adv.O. hebt alle älteren, ihr entgegenstehenden, Bestimmungen in §. 80. G.S. v. 1859. S. 187. auf. **35)** Nachweisung der bisherigen Gesetzgebung über den Gegenstand dieses Artikels ist noch enthalten unter: Ablösung..., Abschriften, Acten, Aemter, Alter, Anmaßung, Appell..., Armen..., Approbationsschein, Auditeurs, Ausländer,

Beweis, Brandstiftung, Berggerichte, Censuren, Client, Compromisse, Concursgläubiger, Consulenten, Curatoren, Doctorwürde, Eid, Geisteskranke, Gerichtsstand, Geringfügige R., Grund- und Hypoth..., Gütepflegung, Justizministerium, Kosten..., Küster, Militairgerichtsb..., Oberlausitz, Palmar..., Rechtscandidaten, Schadenersatz, Stadtrath, Taxordn..., Untersuch..., Verjährung, Vorladung, Vertheidigung, Veruntrauung, Vollmacht, Wiedereinsetzung, Vertrauen, Bestrafung, Voruntersuchung, Winkelschr..., Vertheidig..., Unfähigk..., Rechtsmittel, Zeugen..., Vertretung, Transport, Agenten, Notare, Anzeigen, Dikasterien. **36)** Wegen der Advocatenkammern s. den Art.: Advocatenvereine.

Advocaten-Kosten, Advocatentaxe. **1)** Die neueste Taxordnung für die Advocaten wurde mit der V. v. 3. Juni 1859. G.S. S. 194. publicirt. Doch ist die definitive Feststellung der künftigen Proceßgesetzgebung vorbehalten. ib. Vorherging zunächst die Revid.Tax-O. v. 26. Nov. 1840. Cap. II. u. Nachtr. bezüglich I. u. II. G.S. S. 409. Außerdem sind die ältern Taxen: die v. 10. Jan. 1724. C.A. T.I. S. 2535., v. 20. Febr. 1764. C.A. C.I. T.I. S. 514., v. 12. Sept. 1812. Cap. II. C.A. C.III. T.I. S. 371. — Zu der Taxe v. 1840. vergl. noch wegen der geringfügigen Rechtssachen das M. v. 28. Nov. 1753. §. 10. C.A. C.I. T.I. S. 386., wegen der Lausitz. d. V. v. 19. Nov. 1823. §. 3. G.S. S. 174. u. G. v. 16. Mai 1839. §. 40. G.S. S. 153. — Uebrigens ist, außer der Taxe von 1840., auch noch die V. v. 10. Dec. 1840., die Berechnung der Gebühren in Verwaltungssachen betr., soweit sie die Advocaten angeht, außer Wirksamkeit gesetzt. Dagegen verbleibt die Taxordnung in Straffachen v. 6. Sept. 1856. ferner in Geltung. Tax-O. v. 1859. Cap. I. §. 1. G.S. S. 195. **2)** Ueber die einzelnen Gebührensätze kann ausnahmsweise in Fällen hinausgegangen werden, wo die zur Besorgung eines Geschäfts Statt gefundenen zweckentsprechenden Leistungen einen solchen außergewöhnlichen Aufwand an Zeit, Mühe und Fleiß erforderten, daß derselbe durch die ordentlichen höchsten Sätze der Taxordnung nicht genügend vergütet sein würde. ib. §. 4. **3)** Ansätze für unnöthige und unnütze Mühwaltungen sind zu streichen, unbeschadet jedoch des Anspruchs des Advocaten an seinen Auftraggeber, wenn er, vorausgesetzt übrigens, daß er dadurch nicht wider ein gesetzliches Verbot verstoßen hat, dem Verlangen des Letzteren gemäß handelte. ib. §. 5. **4)** Sind dem Advocaten Mühwaltungen übertragen worden, für welche in der Taxordnung, in Gesetzen oder Verordnungen Gebührensätze nicht bestehen, so ist die Vergütung nach Verhältniß der auf die Mühwaltungen zu verwenden gewesenen Zeit zu bemessen und auf die Stunde — 20 Ngr. — bis 3 Thlr. zu berechnen, je nach dem geringeren oder höheren Grade von Mühe und Fleiß, welcher zur zweckentsprechenden Erledigung des Geschäfts in Anwendung zu bringen war. ib. §. 6. G.S. v. 1859. S. 195. **5)** Die Taxe der Gebühren der Advocaten in den vor Gerichten und anderen Behörden zu betreibenden Angelegenheiten ist enthalten in der G.S. v. 1859. S. 196. f. **6)** Hat der Advocat Geld, gleichviel ob es baares Geld oder Papiergeld ist, zu erheben und abzuliefern, so ist er berechtigt, für die Erhebung und damit zugleich für die Ablieferung bei einem Betrage bis zu 500 Thlrn. von je 10 Thlrn. 1 Ngr. 5 Pf., bei einem Mehrbetrage aber von je 100 Thlrn. desselben — 3 Ngr. — außer seinen sonstigen Gebühren anzusetzen. Bei Erhebung und Ablieferung von Werthspapieren ist er befugt, die Hälfte dieser Sätze nach dem Nennwerthe der Werthspapiere zu fordern. Diese Gebühren werden bei Geld wie bei Werthspapieren von jedem einzeln erhobenen Betrage besonders berechnet. ib. no. 45. G.S. v. 1859. S. 200. **7)** Besorgen Advocaten Geschäfte, welche nicht vor Gerichten oder andern Behörden zu betreiben sind, oder gewähren sie bei dergleichen Geschäften Rechtsbeistand, so ist, dafern die Betheiligten sich nicht mit ihnen über die dafür zu leistende Vergütung einigen, die Feststellung der Gebührenforderung auf des einen oder des anderen Theils Ansuchen durch das zuständige Gerichtsamt zu bewirken. Das Nähere: Tax-O. v. 1859. Cap. III. G.S.

S. 201. **8)** In Parteisachen, wo eine ganze Gewerkschaft Partei ist, können die Advocatengebühren in das gewerkschaftl. Ausgaberegister gebracht werden, müssen aber zuvor durch die Behörde passirlich gemacht werden. O.B.A. Anweis. v. 7. Jan. 1764. §. 81. C. A. C. I. T. I. S. 1453. **9)** Uebrigens werden die Advocatengebühren weder unter das Liedlohn gerechnet, noch genießen sie dessen Vorzug. P.O. T. 42. §. 5. S. 242., A.u.G.O. f. d. O.Laus. v. 1. Dec. 1612. P. I. §. 24. C. A. T. III. S. 154. **10)** Die Lausitzer Sachwalter waren angewiesen, bei eigner Verantwortlichkeit ihrerseits auch die Taxmäßigkeit der gerichtlichen Liquidationen genau zu prüfen, und gegen Unregelmäßigkeiten beim Gerichte oder der höhern Behörde Abhilfe zu suchen. O.A.Pat. v. 14. April 1810. §. IX. L.C.W. T. V. S. 43., V. v. 22. Dec. 1840. §. 4. G.S. S. 474. **11)** Bei Reisen außerhalb der Flur des Wohnorts kann der Advocat a) Meilengebühren, von jeder Postmeile Entfernung bis zum Orte der Bestimmung und zwar zugleich für den Rückweg, 1 Thlr. —‐ —‐, in keinem Falle jedoch für einen Reisetag mehr als 5 Thlr., ansetzen. Es wird der Reisetag zu 24 Stunden, 12 Stunden und darüber werden für einen vollen, weniger als 12 Stunden aber für einen halben Reisetag gerechnet. Beträgt die Entfernung unter 1 Meile, so hat der Advocat die Meilengebühren nur nach Verhältniß der Entfernung zu beanspruchen. Tax-O. v. 1859. Cap. II. no. 44. G.S. v. 1859. S. 200. Ferner b) den nothwendigen Verlag für das Fortkommen. Besteht eine Post- oder Eisenbahnverbindung, so ist, dafern mit Rücksicht auf die Zeit des Abgangs der Post oder des Zugs und die Zeit der Ankunft am Bestimmungsorte, sowie mit Rücksicht auf die Zeit, wo das Geschäft vorzunehmen ist, die Post oder die Eisenbahn benutzt werden kann, nur der Aufwand zu berücksichtigen, welcher bei Benutzung der Post oder der Eisenbahn entstanden sein würde. Bei Benutzung der Eisenbahn passirt der Verlag für die 2te Classe, ib. Cap. IV. G.S. v. 1859. S. 203. c) Diäten, für den Tag 2 Thlr. 10 Ngr. —‐. Wurde das Geschäft innerhalb 6 Stunden, einschließlich der Hin- und Rückreise, beendigt, so passirt an Diäten nur 1 Thlr. d) Wenngleich der Advocat bei einer und derselben Reise außerhalb seines Wohnorts mehrere Angelegenheiten des nemlichen Auftraggebers oder Geschäfte verschiedener Auftraggeber zu besorgen hatte, finden doch die Ansätze unter b. und c. nur einfach Statt. Es sind dieselben auf die verschiedenen Angelegenheiten und auf die verschiedenen Auftraggeber angemessen zu vertheilen. Ang. Tax-O. a. a. O. G.S. v. 1859. S. 203. **12)** Im Betreff der Advocaten-Kosten s. noch: Verjährung, Untersuchungskosten.

Advocaten-Vereine. 1) In dem Bezirke jedes Appellationsgerichts soll ein A. bestehen. Doch können die in verschiedenen Appellationsgerichtsbezirken bestehenden A. mit Genehmigung des Justiz-Ministeriums zu Einem Vereine zusammentreten. Wird die Zahl der Appellationsgerichte vermindert, so bestimmt das Justiz-Ministerium im Verordnungswege den Bezirk, innerhalb dessen die Advocaten einen Verein zu bilden haben. Adv.O. v. 3. Juni 1859. §. 26. G.S. S. 176. — Die Disciplinaraufsicht über die Advocaten üben die Appellationsgerichte und das Justizministerium. G. v. 28. Jan. 1835. §. 4. G.S. S. 63., V. v. 7. Nov. 1831. §. 4. A. G.S. S. 324. [Aeltre Best.: Bef. v. 7. Jan. 1737., wegen der im Auslande wohnenden Advocaten, C. A. C. I. T. I. S. 305., Rescr. v. 14. Jan. 1791., Bef. v. 2. Dec. 1795. C. A. C. II. T. I. S. 989. 541.] **2)** Die A. stehen unter der Aufsicht zunächst des Appellationsgerichts, unter welchem ein jeder derselben seinen Amtssitz hat, sowie weiter des Justiz-Ministeriums. Jenes und dieses haben auf Beschwerden über Beschlüsse der A. und der Advocatenkammer (vergl. unten no. 4.) Entschließung zu fassen. Adv.O. v. 3. Juni 1859. §. 27. G.S. S. 176. **3)** Mitglieder eines A. sind alle in dessen Bezirke wohnhaften Advocaten, sowie diejenigen, in dessen Bezirke wohnhafte Notare, welche das Amt der Advocatur aufgegeben, aber das Notariat beibehalten haben. ib. §. 28. Wegen der Anmeldung eines jeden Advocaten bei dem betr. Vereine Behufs seiner Einschreibung in dessen Advo-

caten-Verzeichniß s. ib. §. 29. und §. 9. der V. v. 3. Juni 1859. G.S. S. 190. **4)** In jedem A. besteht eine Advocatenkammer, welcher die im §. 48. d. Adv.O. (unten no. 12.) bestimmten Befugnisse zukommen. Sie wird durch 7 Mitglieder mit 7 Stellvertretern gebildet. Adv.O. v. 1859. §. 30. 33. G.S. S. 176. Die Bestimmungen über die erste Constituirung enthalten: §. 79. ib. S. 187., und die V. v. 3. Juni 1859. §. 20. G.S. S.192. Die Mitglieder der A. werden von den Advocaten des Bezirks auf die Dauer von 4 Jahren durch relative Stimmenmehrheit gewählt, ib. Wegen der Wahlart selbst s. auch noch §. 32. ib. Vergl. ferner wegen des Ausscheidens und der Ergänzung der Kammern. ib. §§. 34. 35. Jede Erneuerung der Mitglieder der Advocatenkammer sowie ihrer Stellvertreter ist innerhalb 14 Tagen von der Zeit an gerechnet, wo sie Statt gefunden hat, unter Einsendung der über sie gehaltenen Acten dem Justiz-Ministerium anzuzeigen. V. v. 3. Juni 1859. §. 10. G.S. S. 190. **5)** Die Advocatenkammer wählt aus ihrer Mitte jedesmal auf die Dauer von 2 Jahren sowohl einen Vorstand und einen Secretär, als auch für einen jeden derselben einen Stellvertreter. Adv.O. §. 36. G.S. v. 1859. S. 177. Zu Besorgung einzelner, besonders umfänglicher Geschäfte können von dem A. aus seinen Mitgliedern Ausschüsse erwählt werden. Der Geschäftskreis derselben wird jedesmal durch besondere Instruction bestimmt. §. 37. ib. Von der Annahme und Fortführung des Amtes eines Mitgliedes in der Advocatenkammer oder eines Stellvertreters, nicht minder des Amtes der Mitgliedschaft in einem Ausschusse befreit nur anhaltende, genügend bescheinigte Krankheit. ib. §. 38. und s. §. 39. **6)** Die Mitglieder der Advocatenkammer, sowie die Stellvertreter derselben, nicht minder die Mitglieder der Ausschüsse haben ihr Amt unentgeltlich zu verrichten, doch werden ihnen die für den Verein bestrittenen Verläge aus der Vereinscasse ersetzt. Wegen Reisekosten soll die Geschäftsordnung Bestimmung enthalten. §. 40. ib. **7)** Der A. hat, wenn dessen Bezirk mit dem Bezirke eines Appellationsgerichts zusammentrifft, seinen Amtssitz an dem nemlichen Orte wie dieses, außerdem an dem ihm vom Justiz-Ministerium angewiesenen Orte. Der Amtssitz der Advocatenkammer befindet sich allemal da, wo der Amtssitz des A. ist. §. 41. d. Adv.O. **8)** Der A. hat die Rechte einer juristischen Person und ist zum Gebrauche eines Amtssiegels berechtigt, welches in der Mitte das Königl. Sächs. Wappen und im Kreise um dasselbe die Bezeichnung des betreffenden A. enthält. Der A. wird nach Außen durch den Vorstand der Advocatenkammer vertreten und bei Behinderung desselben durch dessen Stellvertreter. Adv.O. §. 42. G.S. v. 1859. S. 178. **9)** Der Vorstand und bei Behinderung desselben der Stellvertreter vollzieht für den A., nicht minder für die Advocatenkammer die von dem ersteren sowie von der letzteren ausgehenden Schriften und Urkunden, wo nöthig, unter Beidruckung des Amtssiegels des A. Eide in Rechtsstreitigkeiten sind für den A. von dem Vorstande und von noch einem Mitgliede der Advocatenkammer zu leisten, welches die Gegenpartei zu benennen hat. Ist der Vorstand behindert, so hat der Stellvertreter den Eid zu leisten. §. 42. cit. Dazu V. v. 3. Juni 1859. §. 11. G.S. S. 190. **10)** Geschäfte des A., an deren Erledigung alle Mitglieder desselben sich unmittelbar zu betheiligen berufen sind, werden in der Versammlung des A. zur Erledigung gebracht. §. 43. der Adv.O. Das Nähere über die Zeit, Weise und Bedingungen der Abhaltung solcher Versammlungen s. §. 43—46. ib., sowie §. 12. d. ang. V. G.S. v. 1859. S. 190. **11)** Der Advocatenverein hat in seiner Versammlung a) die Geschäftsordnung für den Verein und für die Advocatenkammer festzustellen, abzuändern oder zu ergänzen, b) über Einsetzung von Ausschüssen und die denselben zu ertheilende Instruction Beschluß zu fassen, c) die Ausschußmitglieder zu wählen, sofern nicht beschlossen wird, dieselben wie die Mitglieder der Advocatenkammer und deren Stellvertreter mittelst Abgabe schriftlicher Stimmzettel zu wählen, d) den zu Erreichung der Vereinszwecke erforderlichen

Aufwand, über dessen Beschaffung und Aufbringung unter den Mitgliedern die Geschäftsordnung das Nähere bestimmt, festzustellen, e) die über Verwaltung der Vereinscasse u. des sonstigen Vereinsvermögens vorgelegten Rechnungen zu prüfen und nach Befinden zu genehmigen, oder, wenn zuvörderst nähere Erörterungen nöthig, dieselben zu veranstalten, f) die Disciplinarstrafgewalt über seine Mitglieder, die betreffenden Rechtscandidaten und Notare (s. unter §§. 68. u. 76. der Adv.O.) in der unten bei §. 51. f. angegebenen Maße zu handhaben, g) darüber zu entscheiden, ob einem seiner Mitglieder, welches (nach §.39. d. Adv.O.) des Wahlrechts u. der Wählbarkeit für verlustig erklärt worden war, beides wieder zuzugestehen sei, was jedoch keinesfalls früher geschehen soll, als nachdem von der Zeit des Verlustes des Wahlrechts und der Wählbarkeit an 5 Jahre abgelaufen sind, h) die zu Erhaltung der Ehre und Würde des Advocatenstandes, sowie zu Erhaltung der Ordnung unter seinen Gliedern dienlichen Beschlüsse zu fassen und i) sonst noch alle diejenigen Geschäfte zu erledigen, welche ihm durch Gesetze, Anordnungen der Aufsichtsbehörden od. die Geschäftsordnung zugewiesen sind. Die Geschäftsordnungen für den Verein und die Advocatenkammer, wie deren Abänderungen und Ergänzungen bedürfen zu ihrer Giltigkeit der Genehmigung des Justiz-Ministeriums. Adv.O. v. 1859. §. 47. G.S. S. 179. **12)** Der Advocatenkammer kommt zu a) die den Gesetzen und der Geschäftsordnung gemäß gefaßten Beschlüsse des A. zur Ausführung zu bringen, b) den dienstlichen Verkehr mit Behörden, Advocaten und allen Denen zu unterhalten, welche zum A. in eine geschäftliche Beziehung treten, c) das Verzeichniß der Mitglieder des A. zu führen, (dazu §. 13. d. V. v. 3. Juni 1859. G.S. S. 190.), d) die Casse des A. und das sonst etwaige Vermögen desselben zu verwalten und hierüber Rechnung abzulegen, e) dafern zur Verwaltung der Casse des A. oder des sonstigen Vermögens desselben besondere Verwalter eingesetzt werden, deren Geschäftsführung zu überwachen, f) sich möglichst in steter Kenntniß darüber zu erhalten, in wieweit die Mitglieder des A., die betreffenden Rechtscandidaten und Notare sich so verhalten, wie es ihr Beruf und die Standesehre erfordern, und, sobald sich Anlaß zu dem Disciplinarverfahren ergiebt, dasselbe einzuleiten, g) in Fällen, wo die Zulassung zur Advocatur oder zum Notariat Zweifeln unterliegt, ingleichen in Fällen, wo die Ausschließung von gedachten Aemtern ausgesprochen werden soll, ohne daß Bestrafung wegen eines entehrenden Verbrechens vorausgegangen ist, nicht minder, wenn eine der §§. 5. oder 8. d. Adv.O. (s. Advocaten, no. 6. 10.) gedachten Maßregeln beabsichtigt wird, mit ihrem Gutachten vernommen zu werden, oder auch selbständige Anträge zu stellen, worüber jedoch der betreffenden Staatsbehörde die Entschließung zusteht, h) ein Register über die bei dem A. gegen Mitglieder desselben, sowie gegen Rechtscandidaten und die betreffenden Notare verhängten Disciplinarstrafen zu halten, i) darüber zu wachen, daß Niemand unbefugter Weise Geschäfte vornehme, welche zum Amtskreise der Advocaten gehören, und gegen diejenigen, welche dieß thun, das Einschreiten der Behörde zu veranlassen, k) über Einberufung des Advocatenvereins zu Versammlungen Beschluß zu fassen, l) die Wahl der Mitglieder der Advocatenkammer und der Stellvertreter für dieselbe zu leiten und m) sonst noch diejenigen Geschäfte zu besorgen, welche ihr durch Gesetze, Anordnungen der Aufsichtsbehörden oder die Geschäftsordnung zugewiesen sind. §. 48. der Adv.O. **13)** Sind unter den Mitgliedern des A. aus geschäftlicher Veranlassung Irrungen oder Streitigkeiten entstanden, so kann der Vorstand der Advocatenkammer nicht blos auf Ansuchen des einen oder des anderen Theils, sondern auch unaufgefordert vermittelnd eintreten, die Betheiligten vor sich laden und eine gütliche Beilegung versuchen. Unbenommen ist ihm, zu der Unterhandlung solche Mitglieder des A. beizuziehen, von deren Mitwirkung er sich einen günstigen Erfolg verspricht. Adv.O. v. 1859. §. 49.

G.S. S. 181. **14)** Der Vorstand der Advocatenkammer ist befugt, in solchen bürgerlichen Streitigkeiten zwischen einem Advocaten und dessen Auftraggeber, zu welchen die Geschäftsführung des Ersteren Anlaß gab, als Vermittler zur Erzielung eines Vergleichs dann einzutreten, wenn der Letztere ihn darum ersucht oder wenigstens dazu die Genehmigung giebt. ib. §. 50. **15)** Die Disciplinarstrafgewalt über seine Mitglieder steht dem A. und zwar der Advocatenkammer in erster, der Versammlung des Advocatenvereins in zweiter Instanz, zu: a) wegen mit der Ehre des Standes nicht vereinbaren Betragens, möge dasselbe bei oder außerhalb der Ausübung des Amtes vorkommen, insbesondere auch wegen unehrenhafter Mittel, sich Aufträge zu verschaffen, b) wegen Verletzung oder Vernachlässigung der Amtspflichten, c) außerdem noch überall, wo sie dem A. durch die Advocatenordnung, durch die Geschäftsordnung oder durch Anordnungen der Aufsichtsbehörde zugewiesen ist. ib. §. 51. **16)** Die Disciplinarstrafen, auf welche erkannt werden kann, sind: a) schriftlicher Verweis durch die Advocatenkammer, b) mündlicher Verweis vor der Advocatenkammer durch den Vorstand derselben, c) Geldbußen, doch nur in den durch die Advocatenordnung oder die Geschäftsordnung bestimmten Fällen, d) Ausschluß vom Wahlrechte und der Wählbarkeit in dem §. 39. der Adv.O. (oben bei 5.) bezeichneten Falle. ib. §. 52. **17)** Der Advocatenkammer kommt zu, wenn sie von einem die Standesehre eines Mitgliedes des A. gefährdenden Gerüchte Kenntniß erhält, genügender Grund zur Erörterung der Sache aber noch nicht vorhanden ist, dieses Mitglied zu benachrichtigen und nach Befinden zugleich zu verwarnen. ib. §. 53. **18)** Ueber die Weise des Disciplinarverfahrens gegen ein Mitglied des A., die dabei vorkommenden Rechtssprüche und Rechtsmittel vergl. ib. §§. 54—62. **19)** Den Erkenntnissen sowohl der Advocatenkammer als des A. sind die Entscheidungsgründe einzuverleiben oder beizugeben. ib. §. 63. Gegen das Erkenntniß des Advocatenvereins hat eine Berufung nicht Statt. Eine Nichtigkeitsbeschwerde wider dasselbe ist nur dann zu beachten, wenn sie innerhalb 10 Tagen, von Bekanntm. des Erkenntnisses an gerechnet, bei der Advocatenkammer eingereicht und darauf gegründet wird, daß bei Fällung des Erkenntnisses in der Versammlung des A. nicht die erforderliche Zahl von Mitgliedern desselben gegenwärtig gewesen sei. ib. §. 64. **20)** Die Nichtigkeitsbeschwerde ist mit den einschlagenden Acten an das Bezirksappellationsgericht abzugeben, welches darauf das nach Lage der Sache Erforderliche anordnet, dieß auch, wenn bei ihm Beschwerde darüber geführt wird, daß vom A. oder der Advocatenkammer in einem Falle, für welchen der A. nicht zuständig gewesen, oder auf eine Strafart, welche außerhalb des Befugnisses desselben gelegen, erkannt worden sei. cit. §. 64. **21)** Wiedereinsetzung gegen das auf sein Ausbleiben ergangene Erkenntniß der Advocatenkammer oder des A. kann der Beschuldigte nur innerhalb einer von Zustellung desselben an zu rechnenden 10tägigen Frist unter der Voraussetzung beantragen, daß die Ladung ihm ohne seine Schuld unbekannt geblieben ist, oder daß seinem Erscheinen oder der rechtzeitigen Anzeige von der Unmöglichkeit seines Erscheinens unabwendbare Hindernisse entgegengestanden haben. ib. §. 65. **22)** Das eine Disciplinarstrafe aussprechende Erkenntniß hat den Beschuldigten zugleich in Erstattung der in der Disciplinarstrafsache aufzuwenden gewesenen baaren Auslagen zu verurtheilen. ib. §. 66. **23)** Stellt ein Mitglied des A., wider welches ein mündlicher Verweis vor der Advocatenkammer erkannt worden ist, zur Entgegennahme desselben auch auf eine zweite Vorladung sich nicht ein, so erfolgt eine den Verweis enthaltende öffentliche Bekanntmachung in dem Amtsblatte desjenigen Gerichtsamtes, unter welchem es seinen Wohnsitz hat. ib. §. 67. **24)** So lange Rechtscandidaten an den Geschäften eines Advocaten zu ihrer praktischen Ausbildung oder auch als Mitarbeiter Theil nehmen, stehen sie a) wegen mit der Ehre des Stan-

des nicht vereinbaren Lebenswandels, sowie b) wegen Vernachlässigung ihres Berufs unter der Aufsicht der Advocatenkammer und der Disciplinarstrafgewalt des A. Adv.O. §. 68. G.S. v. 1859. S. 185. Dazu V. v. 3. Juni 1859. §. 14. G.S. S. 190. Die Strafen, auf welche gegen die Rechtscandidaten von dem A. gesprochen werden kann, sind schriftlicher oder mündlicher Verweis durch die Advocatenkammer bezüglich den Vorstand derselben. Adv.O. v. 1859. §. 69. G.S. S. 185. Für das Disciplinarstrafverfahren gegen Rechtscandidaten, sowie die Ertheilung von Warnungen an dieselben sind die Vorschriften in den cit. §§. 53. bis mit 67. maßgebend. ib. §. 70. **25)** Die Disciplinarstrafgewalt des A. über seine Mitglieder, die bei denselben beschäftigten Rechtscandidaten und die betreffenden Notare hat unbeschadet der vollen Ausübung der den Staatsbehörden über dieselben zustehenden Disciplinarstrafgewalt, sowie unbeschadet der Ordnungsstrafgewalt der Gerichte und anderer öffentlichen Behörden Statt. Bei Uebertretung von Strafgesetzen wird durch die Strafe die Disciplinargewalt weder ausgeschlossen noch beschränkt. ib. §. 71. Uebrigens s. Voruntersuchung. **26)** Schriften, welche die amtliche Wirksamkeit der A. angehen, sind stempelfrei. Dieß gilt insbesondere von Eingaben an die A., von Erlassen der Aufsichtsbehörden an die A., von den dienstlichen Verhandlungen, Erlassen, Erkenntnissen u. Ausfertigungen der A., von Eingaben und Berichten derselben an die vorgesetzten Aufsichtsbehörden. Adv.O. v. 1859. §. 72. G.S. S. 185. **27)** Es können nach vorher erlangter Genehmigung des Justiz-Ministeriums mehrere A. zu einer gemeinsamen Versammlung, oder auch alle A. des Landes zu einer Generalversammlung zusammentreten. Vergl. über das Nähere §. 73. ib. u. V. v. 3. Juni 1859. §. 16. G.S. S. 191.

Advocaten-Wittwen- und Waisen-Casse. Der Verein für Unterstützung der Wittwen und Waisen Sächsischer Advocaten hat für seine Statuten die landesherrliche Bestätigung im Decr. v. 22. Jan. 1849. G.S. S. 8. erlangt. Die Advocaten-Wittwen- und Waisen-Unterstützungen können danach nicht vor der Verfallzeit cedirt, auch niemals inhibirt und Gegenstand der Hilfsvollstreckung werden. ib.

Aechtheit. S. Apotheken, Cassenbillets, Fälschung, Falschmünzen, Färben, Urkunden, Creditpapiere, Geld, Wein.

Aecker, s. Felder.

Aehren. S. Getreide.

Aehrenlesen. S. darüber unter: Forstverg...

Aeltern. **1)** A. sollen ihre Kinder und ihr Gesinde zum Katechismusexamen führen, 5. Gen.-Art. v. 1. Jan. 1580. C.A. T.I. S. 667. **2)** A. und Vormünder können für ihre Kinder und Pflegbefohlnen die Stelle von Taufzeugen vertreten, Syn.-Decr. v. 6. Aug. 1624. §. Und demnach je rc. C.A. T.I. S. 788., Rev. Syn.Decr. v. 15. Sept. 1673. §. 24. ib. S. 829. **3)** Sie sollen ihre schulfähigen Kinder nicht ohne gnügenden Unterricht aufwachsen lassen, G. v. 6. Juni 1835. §. 60. ff. G.S. S. 294., V. v. 9. Juni 1835. §. 136. ib. S. 336., daher sie zur gesetzlichen Zeit dem Schullehrer zur Unterweisung übergeben, Ang. G. §. 59. S. 294., u. 8 Jahre lang bis zur Erreichung des Schulziels ununterbrochen zur Schule anhalten. Ang. G. §. 19. 23. S. 283. ff., Angez. V. §. 80. ff. §. 137., V. v. 15. Dec. 1836. G.S. v. 1837. S. 5. **4)** Sie haben dieselben mit den verordneten Schulbüchern und den sonst erforderlichen Materialien zu versehen, ang. G. §. 36. S. 286., Angez. V. §. 106. S. 326. **5)** Durch häusliche Zucht und eigenes Beispiel sollen sie der Schulerziehung zu Hilfe kommen, Angez. V. §. 137. §. 79. S. 336. 318. **6)** In das Schulwesen selbst dürfen sie sich auf keine Weise mischen, Ang. V. §. 78. S. 318., ang. G. §. 61. S. 294., am wenigsten während des Unterrichts den Lehrer zur Rede setzen, Ang. V. §. 137. S. 336. **7)** Beschwerden gegen den Schullehrer haben sie bei dem Geistlichen oder auch sofort bei der Schulinspection anzubringen, Ang. G. §. 61. S. 294. **8)** Sie dürfen den öffentl. Schulprüfungen beiwohnen, V. §. 60. S. 313., **9)** und haben schriftliche Anzeige von dem Lehrer zu erwarten, wenn ihre Kinder, der

angewandten Strafen unerachtet, noch ferner Anlaß zur Unzufriedenheit geben. Das. §. 77. S. 317. **10)** Die A. dürfen ihre schulpflichtigen Kinder, bevor sie das 10. Lebensjahr zurückgelegt, nicht vermiethen, nachher nur mit obrigkeitl. Erlaubniß. Ang. G. §. 62. S. 294. Angez. V. §. 138. S. 336. **11)** Wegen des Erlasses eines halben Jahres an der gesetzten Schulzeit haben sie ihr Gesuch vor Beginn des Vorbereitungsunterrichtes der Confirmanden an den Schulvorstand zu bringen, Ang. G. §. 23. u. 25. S. 283., Angez. V. §. 85. S. 320., V. v. 15. Dec. 1836. §. 3. f. G.S. v. 1837. S. 5. Gesuche um noch frühere Entlassung eines Kindes aus der Schule sind in der Regel sofort abzuweisen, V. v. 9. Juni 1835. §. 86. S. 320. **12)** Die A. haben für den Unterricht ihrer Kinder in der Schule Schulgeld zu entrichten, G. v. 6. Juni 1835. §. 29. S. 285. **13)** Von der Verbindlichkeit, ihre Kinder die Orts- oder Bezirksschule besuchen zu lassen, sind A. befreit, wenn sie nachweisen, daß sie dieselben in oder außer dem Hause auf andere ausreichende Weise vollständig unterrichten oder unterrichten lassen, ib. §. 60. S. 294., nemlich a) wenn sie ein Kind auf eine Gelehrtenschule, oder Vorschule dazu, oder in eine öffentliche, als Landesinstitut bestehende, Anstalt, oder in eine Real- oder Handlungsschule oder eine ähnliche Specialanstalt, oder in eine concessionirte Sammel- oder Privatschule oder in ein, mit obrigkeitlicher Genehmigung oder durch höhere Autorisation bestehendes, Privat- oder Pensionsinstitut bringen; §. 130. d. V. v. 9. Juni 1835. G.S. S. 333., b) wenn sie (was jedem Vater gestattet ist,) ihre Kinder durch einen Hauslehrer, oder in einzelnen Privatstunden unterrichten lassen; ib. u. §. 133. ff. S. 335., c) wenn sie den Unterricht ihrer Kinder selbst besorgen und dazu geeignet sind. Ang. §. 130. u. 135. S. 336. **14)** Gegen Mißhandlungen der Kinder durch ihre A. haben die Polizeibehörden, ohne eine Anzeige zu erwarten, einzuschreiten. V. v. 31. Juli 1839. §. 4. G.S. S. 205. **15)** Weitre Nachweisungen enthalten die Art.: Alter, Adoption, Aussetzen, Ausstattung, Ausweisung, Begräbniß, Begünstigung, Betrug, Betteln, Bevormundung, Decret, Eheconsens, Enterbung, Entführung, Erbfolge, Erziehung, Forstverbrechen, Gast- u. Schänknahrung, Geisteskranke, Gesinde, Heimaths..., Körperverletzung, Menschenraub, Mütter, Nöthigung, Schul..., Taufe, Testamente, Untersuchung, Väter, Vorladung, Vormund..., Voruntersuchung, Wanderjahre, Kinder, Religion, Freiheitsber..., Bedrohung, Beleid..., Antrag, Menschenhandel, Ehe, Unzucht, Verwandte.

Aelteste. S. Erbfolge, u. s. Innungsälteste.

Aemter. **A.** Im Allgemeinen. **1)** Theilnehmer an verbotenen Studentenverbindungen sollten ausgeschlossen sein von allen öffentlichen Aemtern und Anstellungen, jedem Geschäftsbetriebe, wozu es der Bestätigung der Behörde bedarf, namentlich der Advocaten- und ärztl. Praxis, akademischen Würden und Errichtung von Erziehungs- und Unterrichtsanstalten, M. v. 21. März 1825. G.S. S. 67., V. v. 24. Nov. 1832. G.S. S. 471., Art. VIII. d. Bundesbeschl. v. 13. Nov. 1834. G.S. v. 1835. S. 11., s. aber: Bundesbeschlüsse. **2)** Oeffentliche A. gehen durch erlittne Zuchthausstrafe verloren, Art. 9. d. Str.Gbs. v. 1855. u. Cr.Gb. v. 1838. Art. 9. **3)** Die davon Removirten oder Suspendirten sind, so lange dieser Zustand dauert, unfähig: zur Wahl von Wahlmännern für den Landtag, §. 5. d. G. v. 24. Sept. 1831. G.S. S. 288., als Ständemitglieder gewählt zu werden, §. 8. ebend. und s. in beiden Beziehungen d. V. v. 30. Mai 1836. zu §. 5. i. G.S. S. 117., zu Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte, §. 73. f. d. A.St.O. G.S. v. 1832. S. 36. wie des Stimmrechts in den Landgemeinden, §. 29. sub 4. d. L.Gem.O. v. 7. Nov. 1838. G.S. S. 437., und der Uebernahme von Gemeindeämtern, §. 32. ib. **4)** In andern allgemeinen Beziehungen finden sich Nachweisungen unter: Anmaßung, Anzeigen, Advocaten, Alter, Ausland, Ausländer, Amtshauptleute, Bezirksger..., Bestrafung, Bezirksärzte, Bestechung, Collegien, Concurs, Candidaten, Ehrenämter, Geldstrafe,

Gerichts..., Geistliche, Hofdienst, Inländer, Justizminist..., Justizämter, Militair..., Ministerialdepart..., Relegation, Remotion, Rittergüter, Staatsdienst, Stiftungen, Stadtrath, Steuerbehörden, Unterthanenrecht, Vormund..., Verwandlung.

B. Evangel.-luther. Pfarrämter. **1)** Unerlaubte Mittel zu Erlangung von Kirchenämtern sind durch d. K.O. v. 1. Jan. 1580. Tit. Vom Beruff rc. C.A. T.I. S. 522. verboten. **2)** Inländer müssen, um in evangel.-luther. Pfarrämtern angestellt zu werden, a) die verfassungsmäßige Zeit, resp. auf der Landesuniversität, studirt, M. v. 11. Febr. u. Missive v. 12. April 1726. C.A. C.I. T.I. S. 247. 249., Rescr. v. 21. Oct. 1802. C.A. C.III. T.I. S. 123., V. v. 1. Dec. 1830. G.S. S. 213., ferner b) die Candidaten-Prüfung bei der Prüfungs-Commission in Leipzig bestanden haben, V. v. 3. Jan. 1833. G.S. S. 17., Regul. v. neml. T. u. J., abgedruckt im Cod. des S. K.R. S. 342. f., V. v. 24. Mai 1833. G.S. S. 59. 62., und 2 Jahre später die Wahlfähigkeitsprüfung vor dem evangel. Landes-Consistorium. V. v. 3. Jan. 1833. G.S. S. 17., v. 24. Mai 1833. ib. S. 59. 62., v. 28. Mai 1833. im Cod. des S. K.R. S. 345. not.*., v. 10. April 1835. §. 12. G.S. S. 246., Bek. v. 2. Sept. 1835. ib. S. 452. **3)** Nach erfolgter Designation von Candidaten oder bereits angestellten Geistlichen zu einem geistlichen Amte sind dieselben (in den Erblanden von den Superintendenten) an die vorgesetzte Kreisdirection, und durch diese an das evangel. Landesconsistorium zur Anstellungsprüfung zu präsentiren. V. v. 15. Dec. 1836. Cod. des S. K.R. S. 442. not. 2., in dringenden Fällen von den Ephoren unmittelbar an das Land.-Conf., jedoch ist der Kreisdirection gleichzeitig davon Anzeige zu erstatten. Ang. V. v. 15. Dec. 1836. l. c. und V. v. 22. Juni 1835. §. 1. G.S. S. 359. — In der Lausitz erfolgt die Präsentation an das Landes-Conf. von der Kreisdirection zu Bautzen. §. 5. der letztbem. V. S. 360. Ueber die Anstellungsprüfung vergl. man §. 1. d. V. v. 7. Juni 1833. G.S. S. 51., wegen der Lausitz §. 1. d. V. v. 11. Juli 1834. G.S. S. 165., V. v. 10. April 1835. §. 12. G.S. S. 246., §. 1. d. V. v. 22. Juni 1835. ib. S. 359. Der Erlaß der Anstellungsprüfung ist in das alleinige Ermessen des Landesconsistorii gestellt, §. 5. ib. S. 360., V. v. 17. Aug. 1835. Cod. des S. K.R. S. 443. not. 5., Bek. v. 22. Sept. 1835. G.S. S. 462. Durch letztere sind die V. v. 24. Mai 1833. G.S. S. 59. 61., v. 7. Juni 1833. §. 1. ib. S. 51., v. 11. Juli 1834. §. 1. G.S. S. 165., wonach jener Erlaß in gewissen Fällen im Voraus zugesichert war, insoweit abgeändert worden. **4)** Auf die Action, K.O. v. 1580. Vom Exam. C.A. T.I. S. 524. f., und die Symbolik soll bei den Prüfungen gehörig Rücksicht genommen werden, Rescr. v. 19. Dec. 1788. C.A. C.II. T.I. S. 297. **5)** Wenn Candidaten wegen irriger Religionsgrundsätze im Exam. abgewiesen werden, sollen die geistlichen Instanzen davon Nachricht erhalten, Rescr. v. 24. Sept. 1795. C.A. C.II. T.I. S. 301. **6)** Nach Beibringung der Censur über die gehörig bestandene Anstellungsprüfung erfolgt, auf Anordnung des evangel. Landes-Conf., und in der Lausitz der Kreisdirection in Veranlassung des Erstern, die Abnahme der Probe, welche der Designirte abzulegen hat, §. 2. d. V. v. 7. Juni 1833. G.S. S. 52., wegen der Lauf. §. 2. d. V. v. 11. Juli 1834. G.S. S. 166., V. v. 10. März 1834. Cod. des S. K.R. S. 347. not. 7., §. 1. u. 3. d. V. v. 22. Juni 1835. G.S. S. 359., wegen der Lauf. §. 5. ib. S. 360. — Bei Patronatstellen sind die Kreisdirectionen zum Erlaß der Probe ermächtigt, V. v. 24. Nov. 1837. Cod. des S. K.R. S. 347. not. 10. [Aeltr. Recht: Gen.-Art. v. 1557. Vom Beruff rc. C.A. T.I. S. 444., Kirchen-O. v. 1580. Tit. Vom Beruff rc. ib. S. 522., Res. gr. v. 1612. Zum fünften rc. ib. S. 170., Syn.-Decr. v. 1624. §. Weil wir auch rc. ib. S. 786., Rescr. v. 4. Mai 1635. C.A. T.I. S. 857., Res. gr. v. 1661. Conf.-S. §. 3. ib. S. 198., Rev. Syn.-Decr. v. 1673. §. 7. ib. S. 827., Rescr. v. 1679. ib. S. 863., Conf.-V., daß ein Substitut, wenn er die Succession erhalten, keine Probe thue, v. 10. Mai 1706. C.A. T.I. S. 877. u. v. 19. Nov. 1706. ib. S. 879., auch nicht ein Diakonus, der am Orte seiner Anstellung das Pfarramt erhält, Lauf. Rescr. v. 20. April 1724. L.C.W. T. II. S. 1244., Rescr. v. 8. Juli 1743. Cod. d. S. K.R. S. 347. not. 9.] **7)** Auf die Probe folgt die Umfrage, [Rescr. v. 13. Mai 1659. C.A.

T. I. S. 861.], V. v. 7. Juni 1833. §. 3. G.S. S. 52., v. 20. Sept. 1833. Cod. des S. K.R. S. 347. not. 11., v. 11. Juli 1834. §. 3. G.S. S. 165., v. 22. Juni 1835., §. 3. G.S. S. 359., v. 17. Aug. 1835. Cod. des S. K.R. S. 347. not. 12. — Auf Recurse und Widersprüche ist in allen Fällen an die vorgesetzte Kreisdirection Bericht zu erstatten. S. die letztgedachten beiden Verordnungen. [Rescr. v. 13. Mai 1659. C.A. T.I. S.861., Laus. Rescr. v. 20. April 1724. L.C.W. T.II. S.1244., Gen.-V. v. 15. Mai 1797. C.A. C.II. T.I. S. 301., Rescr. v. 26. Mai 1830. G.S. S. 97.] **8)** Wenn gegen den Designirten kein Widerspruch erhoben, oder derselbe beseitigt worden ist, so ist dem Erstern von dem Collator oder dessen Stellvertreter, oder bezüglich dem Ephorus, nach der K.O. v. 1580. Tit. Vom Exam. C.A. T.I. S. 522. f. (u. s. wegen der Lausitz das O.A.-Pat. v. 19. Nov. 1726. L.C.W. T. II. S. 1246.), die Vocation, die stempel- und kostenfrei ertheilt wird, und den mittlern Ertrag der Stelle enthalten muß, auszuhändigen, §. 3. d. V. v. 7. Juni 1833. G.S. S. 52., wegen der Laus. s. §. 3. d. V. v. 11. Juli 1834. G.S. S. 167., §. 4. d. V. v. 22. Juni 1835. G.S. S. 360., G. v. 2. April 1844. §. 1. G.S. S. 141. [Welche Clauseln früherhin der Vocation inserirt sein sollten, giebt das Rescr. v. 20. Oct. 1658. im L.C.W. T.II. S.1219.] Den Stempel (s. d. V. v. 10. Mai 1839. G.S. S. 167.) hatten früher die Gemeinden zu übertragen, §. 3. d. V. v. 7. Juni 1833., cit. V. v. 14. Juni 1824., 14. Juni u. 11. Dec. 1833. Cod. des S. K.R. S. 347. not. 13., und V. v. 26. März 1840. ib. S. 499. not.* und s. Stempelsteuer. **9)** Die erhaltene Vocation ist von dem Vocirten, mit der Bitte um Confirmation, unter Beilegung der erhaltenen Censur u. eines kurzen Lebenslaufs, an die vorgesetzte Kreisdirection zur Prüfung einzusenden. §. 4. d. V. v. 22. Juni 1835. G.S. S. 360., V. v. 15. Dec. 1836. Cod. des S. K.R. S. 443. not. 2. **10)** Nach Prüfung der Vocation ertheilt die Kreisdirection, bei Remission der erstern, (in den Erblanden dem Superintendenten) Auftrag zur Confirmation, Verpflichtung und Einweisung des Geistlichen. §. 4. d. V. v. 22. Juni 1835. G.S. S. 360., V. v. 17. Aug. 1835. und 15. Dec. 1836. im Cod. des S. K.R. S. 443. u. 442. not. 4. u. 2. — Ist der letztere noch nicht ordinirt, so hat neben den eben bemerkten Handlungen die Ordination des Designirten, worüber von dem evang. Landesconsistorium ein Ordinationsdiplom ausgestellt wird, wo möglich am Tage der Antrittspredigt und Einweisung, zu erfolgen. V. v. 7. Juni 1833. §. 3. u. 4. G.S. S. 53., wegen der Laus. §. 5. d. V. v. 11. Juli 1834. G.S. S. 167., V. v. 22. Juni 1835. G.S. S. 359. Man vergl. noch a) über die Ordination: d. Gen.-Art. v. 1557. Von der Ordin. C.A. T.I. S. 444., d. 1sten Gen.-Art. v. 1580., Von der Ordin. ib. S. 658., Rescr. v. 21. März 1808. C.A. C.III. T.I. S. 142., V. v. 7. Juni 1833. §. 3. 6. G.S. S. 52., v. 11. Juli 1834. §. 5. 6. 8. G.S. S. 167. wegen der Laus., v. 10. April 1835. §. 12. sub 3. G.S. S. 246., v. 22. Juni 1835. §. 1. ib. S. 359. und wegen der Laus. §. 5. ib., v. 5. Oct. 1835. ib. S. 467., v. 15. Dec. 1836. Cod. d. S. K.R. S. 442. not. 2., v. 12. Sept. 1838. ib. S. 346. not. 5. Ferner b) über die Confirmation: Kirchen-O. v. 1580. Tit. Vom Beruff ꝛc. Zum Vierdten ꝛc. C.A. T.I. S. 523. f., ferner ib., verb.: Also ist auch unser Wille ꝛc. l. c. S. 528., Bef. v. 12. Nov. 1700. ib. S. 867., V. v. 7. Juni 1833. §. 4. G.S. S. 53., v. 14. Juni 1833. im Cod. d. S. K.R. S. 348. not. 21., v. 11. Juli 1834. §. 4. G.S. S. 167., v. 10. April 1835. §. 12. G.S. S. 246. Diese letztere Bestimmung ist durch die V. v. 22. Juni 1835. §. 4. 5. G.S. S. 359. abgeändert worden, indem hiernach die Kreisdirection die Confirmation anordnet. Dieß bestätigt die V. v. 5. Oct. 1835. sub II. ib. S. 468. wegen der Confirmation aller Geistlicher, mit Ausnahme der der Ephoren. Noch s. die V. v. 15. Dec. 1836. im Cod. d. S. K.R. S. 443. not. 2. — c) Ueber die Verpflichtung der angestellten luther. Geistlichen mittelst des Religionseides: das M. v. 1. Aug. 1602. C.A. T.I. S. 777. u. d. Rescr. v. 25. Juni / 4. Sept. 1811. Cod. d. S. K.R. S. 53. not.* (Die

Unterzeichnung der symbol. Bücher und Visitations-Art. v. 1592. C.A. T.I. S. 763. f., s. auch die Kirchen-O. v. 1580. Tit. Wie ein Kirchendiener von den Consistorialn ꝛc. im Eingange, ib. S. 529. und das ang. M. v. 1. Aug. 1602. sowie d. Rescr. v. 9. Jan. 1624. ib. S. 783., ist von den angestellten Geistlichen nicht mehr zu erfordern, V. v. 21. Juli 1836. Cod. d. S. K.R. S. 54. not.) ferner des Unterthanen- u. Verfassungs-Eides: d. V.-U. v. 4. Sept. 1831. G.S. S. 271., und im Allgemeinen: d. V. v. 7. Juni 1833. §. 4. 5. G.S. S. 53., v. 11. Juli 1833. Cod. d. S. K.R. S. 348. not. 19., v. 11. Juli 1834. §. 5. G.S. S. 167. wegen der Laus., V. v. 22. Juni 1835. §. 4. G.S. S. 360., v. 5. Oct. 1835. II. G.S. S. 468., Receß v. 4. Mai 1710. §. 15. und v. 23. Nov. 1835. VI. Abschn. G.S. v. 1835. S. 603. u. 626. wegen der Schönburg. Receß-Herrschaften, V. v. 2. Nov. 1837. G.S. S. 97. d) Hinsichtlich der Einweisung (Investitur): Die Kirchen-O. v. 1580. Tit. Vom Examine, C.A. T.I. S. 524., Gen.-V. v. 4. Juli 1746. C.A. C.I. T.I. S. 235., Rescr. v. 14. April 1826. G.S. S. 137., §. 6. d. V. v. 7. Juni 1833. G.S. S. 54., wegen der Laus. §. 6. d. V. v. 11. Juli 1834. G.S. S. 168., V. v. 10. April 1835. §. 12. G.S. S. 246., §. 1. d. V. v. 22. Juni 1835. G.S. S. 359., wegen der Laus. §. 5. ib. S. 360., V. v. 5. Oct. 1835. G.S. S. 467., v. 15. Dec. 1836. Cod. des S. K.R. S. 442. not. 2. **11)** Ueber die bei Einholung neu angestellter Geistlicher u. Schullehrer zu leistenden Fuhren und die Vertheilung des Kostenbetrags war früher maßgebend das Rescr. v. 20. Aug. 1658. C.A. T.I. S. 861., mit der Berichtigung im C.A. C.III. T.I. Titelbogen S. III. no. 1. (Cod. d. S. K.R. S. 82.), ferner der Bef. und das Regul. v. 18. Febr. 1799. §. 4. C.A. C.II. T.I. S. 223., und das Rescr. v. 20. Aug. 1810. (O.A.Pat. v. 22. Aug. 1810.) L.C.W. T.VI. S. 265. Die Filialisten sollten danach zu diesen Kosten, wo nicht ein Andres hergebracht, nur ⅓ beitragen; allein die jetzige Norm s. unter: Anlagen, A. 11. **12)** Die Acten der Kircheninspection hält der weltliche Inspector. Gebühren für seine Arbeiten, Auslösung, Fortkommen darf er nicht, und nur den Ersatz andrer baarer Verläge fordern, §. 7. d. V. v. 7. Juni 1833. G.S. S. 54., wegen der Laus. §. 6. d. V. v. 11. Juli 1834. G.S. S. 168. Die Designationsverordnungen wegen Besetzung geistlicher und Schulämter an die Inspectionen sind im Originale zu den Ephoralacten und in einer Copie zu den Acten der weltlichen Behörde zu bringen, Rescr. v. 22. Febr. 1802. C.A. C.III. T.I. S. 105. Neuerdings: G. u. V. v. 2. April 1844. G.S. S. 141. 143. **13)** Die bei den Besetzungen geistlicher Aemter erwachsenden Kosten u. Anzugskosten betreffen: Res. gr. v. 1661. Conf.-S. §. 14. C.A. T.I. S. 202., d. Reg. v. 18. Febr. 1799. C.A. C.II. T.I. S. 223., §. 3. 7—10. d. V. v. 7. Juni 1833. G.S. S. 52. 54., in der Laus. §. 7—9. d. V. v. 11. Juli 1834. G.S. S. 168. ff., V. v. 5. Oct. 1835. G.S. S. 468., G. v. 8. März 1838. §. 30. G.S. S. 272., die V. v. 10. Jan. 1839. G.S. S. 16., wonach die Superintendenten für ihre Bemühungen bei Besetzung geistlicher Aemter in ihrem Fixum mit remunerirt sind. — [Aeltr. Best. Res. gr. v. 1661. Conf.-S. §. 14. C.A. T.I. S. 202.] Für die Verordnungen wegen Besetzung geistlicher Aemter werden keine Kosten liquidirt. V. v. 12. Sept. 1838. Cod. d. S. K.R. S. 346. und neuerdings: G. u. V. v. 2. April 1844. G.S. S. 141. 143. **14)** Ueber die Anstellung bloßer Pfarrvicare sehe man im Cod. d. S. K.R. die VV. v. 15. März 1832. und 30. Aug. 1832. S. 349. not. 29. — **C.** Pfarrämter der Reformirten und Katholiken. Ueber die Besetzung der Pfarrämter bei den Reformirten s. das Regul. v. 7. Aug. 1818. §. 7. c. G.S. S. 60. und bei den Katholiken das M. v. 19. Febr. 1827. §. 27. G.S. S. 19. u. Beil. S. 28. **D.** Protestant. Elementar-Volks-Schulämter. **1)** Diejenigen, welche in solchen angestellt werden wollen, müssen a) die Candidatenprüfung, G. v. 6. Juni 1835. §. 43. G.S. S. 288., V. v. 9. Juni 1835. §. 114. 115. 130. ib. S. 329. ff., Regul. v. 13. Juli 1835. §. 1. ff. ib. S. 395.; b) die Wahlfähigkeitsprüfung, ang. G. §. 43. cit., V. v. 9. Juni 1835. cit. §. 116. 117.

121. l. c., Ang. Regul. §. 11. ff. l. c.; und c) die Anstellungsprüfung, Ang. G. §. 7. G.S. v. 1835. S. 281., V. v. 10. April 1835. §. 16. ib. S. 247., Ang. V. v. 9. Juni 1835. §. 118. 122. 123., V. v. 7. Juni 1833. §. 11. 13. G.S. S. 55.; oder die Beförderungsprüfung, Ang. V. v. 1833. §. 11. l. c., Ang. V. v. 1835. §. 109. 118. 130. 172. G.S. S. 326. ff. überstanden haben. Wegen der Oberlausitz s. das Rescr. v. 4. Aug. 1830. G.S. S. 157. [Aeltre Verf.: Schul-O. v. 1773. Cap. 14. §. 2. C.A. C.II. T.I. S. 67. f., V. v. 7. Nov. 1796. ib. S. 177., Rescr. v. 28. Juni 1816. C.A. C.III. T.I. S. 98.] **2)** Nach Beibringung der Censur über die gehörig bestandene Anstellungsprüfung folgt, auf Anordnung der Kreisdirection, die Abnahme der Probe, sofern sie von der Gemeinde nicht verbeten wird. V. v. 7. Juni 1833. G.S. S. 51. f., v. 11. Juli 1834. G.S. S. 170. Vergl. noch die V. v. 20. Sept. 1833. Cod. d. S. K.R. S. 347. not. 11., v. 10. März 1834. ib. S. 347. not. 7., v. 17. Aug. 1835. ib. S. 430. not. 99. **3)** Hierauf folgt die Umfrage. §. 3. 12. 13. d. V. v. 7. Juni 1833. G.S. S. 52. 56., §. 11. d. V. v. 11. Juli 1834. wegen der Laus. G.S. S. 170., und s. die Cit. unter 2. Bei Widersprüchen und Recursen geht der Bericht an die vorgesetzte Kreisdirection, nach Anal. §. 3. d. V. v. 22. Juni 1835. G.S. S. 360. **4)** Ist kein Widerspruch erhoben oder der erhobene beseitigt worden, so ist dem Designirten die Vocation, die stempel- und kostenfrei ertheilt wird, und den mittlern Ertrag der Stelle angeben muß, auszuhändigen, G. v. 6. Juni 1835. §. 48. G.S. S. 289., §. 123. 127. d. V. v. 9. Juni 1835. ib. S. 331., G. v. 2. April 1844. §. 1. G.S. S. 141. Den Stempel hatte früher die Schulgemeinde zu übertragen. ib. u. vergl. die V. v. 10. Mai 1839. G.S. S. 167. **5)** Hierauf ist die Vocation zur Prüfung an die Kreisdirection einzusenden. §. 48. cit. u. §. 172. d. V. v. 9. Juni 1835. G.S. S. 349. **6)** Zur Confirmation, Verpflichtung und Einweisung ertheilt die Kreisdirection Auftrag. §. 172. d. V. v. 9. Juni 1835. G.S. S. 349. — Man vergl. noch: a) über die Confirmation der Schullehrer, das Rescr. v. 9. Jan. 1624. C.A. T.I. S. 783., Syn.-Decr. v. 1624. §. Bey denen Schulen 2c. ib. S. 792., Rev. Syn.-Decr. v. 1673. §. 48. ib. S. 833. f., Rescr. v. 19. März 1700. ib. S. 867., v. 12. Nov. 1700. ib., V. v. 7. Nov. 1796. C.A. C.II. T.I. S. 177., §. 12. d. V. v. 7. Juni 1833. G.S. S. 56., V. v. 11. Juli 1834. §. 11., wegen der Laus., G.S. S. 170., V. v. 13. Nov. 1833. u. 28. Dec. 1833. Cod. d. S. K.R. S. 351., §. 7. d. G. v. 6. Juni 1835. G.S. S. 281., Erl.-Receß. v. 9. Oct. 1835. Abschn. VI. ib. S. 626., V. v. 19. Nov. 1835. im Cod. d. S. K.R. S. 407. not. 51. 53., V. v. 9. Juni 1835. §. 123. G.S. S. 331., b) über die Verpflichtung der Schullehrer d. M. v. 1. Aug. 1602. C.A. T.I. S. 777. u. Rescr. v. $\frac{\text{25. Juni}}{\text{4. Sept.}}$ 1811. Cod. d. S. K.R. S. 53., die Leistung des Religionseids betreffend. (Die Unterzeichnung der symbolischen Bücher und der Visitationsartikel v. 1592. ist von den Schullehrern nicht mehr zu erfordern, V. v. 21. Juli 1836. Cod. d. S. K.R. S. 54. not.) Außer letzterem haben die Schullehrer den Unterthanen-Eid, und den auf die Verfassung zu leisten, §. 139. d. V.-U. v. 4. Sept. 1831. G.S. S. 271. Im Allgemeinen sehe man noch: die V. v. 7. Juni 1833. §. 13. u. 5. G.S. S. 57., v. 11. Juli 1833. Cod. d. S. K.R. S. 348. not. 19., v. 11. Juli 1834. §. 11. wegen der Laus., G.S. S. 170., v. 2. Nov. 1837. G.S. S. 97., c) hinsichtlich der Einweisung: V. v. 7. Juni 1833. §. 12. G.S. S. 55., V. v. 9. Juni 1835. §. 123. f. G.S. S. 331. **7)** Im Betreff der Einholung der neuen Schullehrer, des Actenwesens und der Kosten bei Schulbesetzungen treten dieselben Bestimmungen wie bei Anstellung evangel.-luther. Pfarrer ein. (S. oben B. 11—13.) **8)** Auch vergl.: Alter, Anzeigen, Ausländer, Besoldung, Bürgerrecht, Censuren, Geistliche, Candidaten, Diakonate, Kirchenärarien, Kirchenämter, Landesconsist..., Pfarrvicare, Patronatrecht, Simonie, Schul..., Voruntersuchung, Untersuchung, Unterthanenrecht.

Aendern, Aenderung. 1) Handlungen zu gewaltsamer Abänderung der Staatsverfassung; vgl. Hochverrath. **2)** Ab-

änderung von Entscheidungen; s. Appellation, Entscheidung, Rechtsmittel, Recurs, Nichtigk..., Null... **3)** Abänderung gestellter Anträge; s. Anklageverfahren, Antrag, Klage, Einstellung, Zurücknahme. **4)** In andern Beziehungen findet sich der Begriff unter: Abgaben, Acten, Anklageverf..., Appellation, Auszug, Beklagte, Beschwerdeführung, Betrug, Erbfolge, Fälschung, Falschmünzen, Familien-Fid..., Gesetze, Grundsteuer, Gewässer, Grund- und Hyp..., Klage, Laasgüter, Neubaue, Protokolle, Reiselegitimationen, Verfassung, Verwandlung, und s. Friedensrichter.

Aerar. S. Kirchenärar, Schul..., Steuerärar.

Aergerniß, s. Unsittlichkeit, Zorn, Schmähung, Thierquälerei.

Aerzte. 1) Für die Aerzte, Wundärzte und Apotheker des Königreichs besteht eine Wittwencasse, deren Statuten das Decr. v. 13. Oct. 1852. G.S. S. 309. bestätigte. Die Wittwengelder aus dieser Casse können nicht verkümmert werden. ib. **2)** Im Betreff der Aerzte vergl. man die Art.: Medikasterei, Elektricität, Leichen, Leichenfrauen, Gefangene, Zweikampf, Mißbrauch, Section, Sachverst..., Aemter, Alter, Anmaßung, Apotheken, Appellation, II. 19., Armenvereine, Arzneiwaaren, Bezirks..., Doctorwürde, Dresden, Ehescheidung, Ehrenämter, Geburtshilfe, Gefängnißstrafe, Geisteskranke, Gerichtsarzt, Gift, Heilkunde, Landes-Versorg..., Magnetismus, Militair-Aerzte, Militairpflicht, Physici, Polizei, Reisekosten, Todenschau, Tax-O..., Thierheilkunde, Wittwencassen, Wundärzte, Zweikampf, Scheintod, Vertrauen, Verjährung.

Aeschern. S. Waldungen.

Aeste. S. Forstverbrechen, Waldungen.

Aestimatorische Klage. S. Rügenproceß.

Aestimatorius contractus, s. Trödeln.

Aether. S. Fabriken.

Aeusserlich. S. Körperverletzung.

Aeusserung, s. Rede.

Affalter. Der Erzgebirgische Schieferbauverein, Decr. v. 6. Sept. 1859. G.S. S. 313.

Affect, s. Leidenschaft, Körperverl..., Todschl...

Affenführer. S. Bärenführer.

Affinität. S. Ehe, Schwäger..., Verwandte.

Affixion, s. Anschlagen.

Afteranwalt. S. Winkelschr...

Afterarzt. S. Bezirksärzte, Gendarmen, Medikasterei.

Afterbürge. S. Verbürgung.

Afterlehen. S. Lehn...

Aftermiethe. S. Miethe.

Agende. S. Kirchenagende, Kirchenbuch, Kirchengebräuche.

Agenten. 1) Wer Geschäfte, welche auf die Vermittelung von Käufen, Tausch- und Miethverträgen über Grundstücke oder über die auf denselben haftenden Gerechtigkeiten, ferner von Dienst- und Arbeitsverrichtungen, welche nicht unter die Gesindeordnung fallen, ingleichen von Darlehns-, Cessions-, Verbürgungs-Geschäften und überhaupt Geldgeschäften jeder Art Bezug haben, gewerbmäßig betreiben will, hat dazu bei der Ortsobrigkeit Concession zu suchen. In den zur Erlangung der Concession an die Ortsobrigkeit einzureichenden Gesuchen müssen die Geschäfte, auf welche die Erlaubniß sich erstrecken soll, speciell aufgeführt und in den auszustellenden Concessionsscheinen diejenigen, für welche die Erlaubniß ertheilt worden, speciell angegeben werden. V. v. 5. Nov. 1859. §. 1. G.S. S. 376. f. **2)** Der Abfassung von Zuschriften an Behörden, sowie von Urkunden jeder Art für Andere hat der Agent sich gänzlich zu enthalten. Das Zuwiderhandeln zieht, sofern es nicht unter Art. 339. des Str.Gbs. fällt (s. Winkelschriftstellerei), eine Polizeistrafe bis zu 50 Thlrn. Geld oder 2 Wochen Gefängniß nach sich. Dieselbe Strafe trifft denjenigen, der, ohne Concession erlangt zu haben, Agenturgeschäfte der obigen Art betreibt. Ang. §. 1. **3)** Die zu Ertheilung von Concessionen der erwähnten Art competente Behörde ist in den Städten, deren Stadtrath obrigkeitliche Befugnisse in Gewerbssachen auszuüben hat, der Stadtrath, in anderen

Städten und auf dem Lande das Gerichtsamt desjenigen Orts, von welchem aus die Agenturgeschäfte betrieben werden sollen; die ertheilte Concession hat jedoch auch außerhalb des betreffenden Polizeibezirks Geltung. Dagegen erledigt sich die ertheilte Concession, wenn der Concessionar sich in einen andern Polizeibezirk wendet. Derselbe hat, wenn er die Agenturgeschäfte in seinem neuen Wohnorte fortsetzen will, bei der Behörde des letzteren um anderweite Concessionsertheilung nachzusuchen. §. 2. ib. **4)** Concessionen der gedachten Art sind nur an selbständige, zuverlässige und unbescholtene, im Genusse der bürgerlichen Ehrenrechte befindliche Inländer, welche nach dem pflichtmäßigen Ermessen der Behörde zur Betreibung von Agenturgeschäften geeignet und der Winkelschriftstellerei nicht überführt, noch auch derselben verdächtig sind, zu ertheilen. Die Namen der Concessionarien sind in dem betreffenden Amtsblatte bekannt zu machen. Jede derartige Concession schließt den Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs in sich und unterliegt nachstehenden, für den Geschäftsbetrieb giltigen Bestimmungen. ib. §. 3. **5)** Jedem Concessionar liegt die Verpflichtung ob, ein Geschäftsbuch anzulegen und zu halten, in welchem a) über den Vor- und Zunamen, ingleichen den Wohnort des Auftraggebers, b) über die Bezeichnung des zu vermittelnden Geschäfts, c) über Ort und Tag des erhaltenen Auftrags, d) über die Ausführung desselben und e) über die festgestellte oder sonst bezogene Agenturgebühr (Proxeneticum) Nachweisung enthalten sein muß. Der Concessionar ist verbunden, die von ihm über seine Geschäftsführung gehaltenen Bücher und die darauf bezüglichen sonstigen Schriften der zuständigen Behörde auf Verlangen zu jeder Zeit unweigerlich vorzulegen. §. 4. ib. **6)** Zu Sicherstellung etwaiger Vertretungsansprüche, ingleichen der verwirkten Strafen ist von dem Agenten eine Caution bei der Ortsobrigkeit zu bestellen, deren Höhe von der letzteren bei der Concessionsertheilung nach den einschlagenden Verhältnissen bestimmt wird, bis auf Weiteres nicht unter 100 Thlr. und nicht über 500 Thlr. betragen soll. ib. §. 5. G.S. v. 1859. S. 378. **7)** Die Nichtbeachtung der nach gegenwärtiger Verordnung dem Agenten obliegenden Verpflichtungen zieht, abgesehen von der privatrechtlichen Verbindlichkeit zum Schadenersatze und etwaiger criminalrechtlicher Ahndung, polizeiliche Bestrafung bis zu 50 Thlrn. oder Gefängniß bis zu 8 Wochen und nach Befinden die sofortige Einziehung der Concession nach sich. Jedenfalls tritt die Einziehung dann ein, wenn der Agent, dessen Untergebene, oder dessen Angehörige bei dem Abschlusse von Verträgen oder sonst, namentlich bei Geldgeschäften, sich eines Verbrechens oder einer Unredlichkeit schuldig gemacht haben. ib. §. 6. Wegen derjenigen, welche sich bereits früher mit Agenturgeschäften befaßten und jedenfalls einer neuen Concession bedurften, s. noch ib. §. 7. **8)** Vorstehendes findet nicht Anwendung a) auf die Advocaten u. Notare, b) auf verpflichtete Mäkler und Sensale rücksichtlich der Handelsgeschäfte des Platzes, c) auf Commissions- und Agenturgeschäfte für auswärtige Handlungshäuser, soweit sie sich auf den Vertrieb von Waaren beziehen, d) auf die Agenturen von Feuer- u. anderen Versicherungsanstalten. Hinsichtlich aller dieser Geschäftszweige sind die bestehenden oder die in Zukunft für dieselben annoch zu treffenden Bestimmungen ausschließlich maßgebend. ib. §. 8. **9)** Vergl. noch die Art.: Gesinde, Gendarmen, Kosten, Auswanderer, Landes-Imm., Wucher, Verjährung.

Agentur-Gebühren. S. Kosten, Verjährung.

Aggratiation. S. Begnadigung.

Agio. S. Cassenbillets, Concursgläubiger, B., Münzwesen, Wechselschuldner.

Agnaten. S. Verwandte.

Agnosciren, s. Anerkennen.

Ahnden. S. Strafe.

Aichämter, Aichen. **1)** Nach dem G. und der V. v. 12. März 1858. (s. Gewicht) bestehen in den durch die V. v. 19. Oct. 1858. bekannt gemachten 18 Städten des Landes Aichämter mit dem ihnen allein zustehenden Befugnisse, Gewichte, Maße oder Wagen zu aichen für Jeden, welcher sich an

sie wendet. Ang. V. v. 19. Oct. 1858. G.S. S. 263. und s. unten no. 5. **2)** Die **Aichämter** werden in der Regel auf Kosten und für Rechnung der betreffenden **Stadtgemeinde**, außerdem **Staatswegen**, eingerichtet und unterhalten. Jedes der ersteren wird zusammengesetzt aus einem Mitgliede des Stadtraths als Vorstand, einem geeigneten Stellvertreter und aus einem technischen Beamten, welcher entweder zugleich die Geschäfte des **Aichmeisters** versieht, oder welchem ein besonderer Aichmeister beizugeben ist. §. 4. d. V. v. 12. März 1858. G.S. S. 54. Der Stadtrath ist die Dienstbehörde für das gesammte Personal, doch bedürfen die Ernennungen der Vorstände und technischen Beamten der Bestätigung der Kreisdirection und der eidlichen Verpflichtung. Vergl. das Nähere §. 4. cit. und wegen der K. A. §. 5. ib. **3)** **Alle** A. stehen unter Aufsicht der Amtshauptmannschaften u. Kreisdirectionen. In Bezug auf den technischen Theil ihres Geschäfts haben sie nur von der **Normalaichungscommission** (s. d.) Anordnungen zu empfangen, und mit derselben **unmittelbar** zu verkehren. In allen die Ausübung der Aufsicht auf das Maß- u. Gewichtswesen betreffenden Dingen verkehren sie **unmittelbar** mit den Polizeibehörden. ib. §. 6. — Dazu s. wegen der Strafgewalt der **Normalaichungs-Commission** die V. v. 8. Aug. 1859. §. 2. G.S. S. 286. Das Verfahren dieser Behörden wird insbesondre durch die **Aichordnung** regulirt. §. 10. d. V. v. 12. März 1858. G.S. S. 55. **4)** Die A. führen im **Siegel**, je nachdem sie Königliche oder städtische sind, das Königliche oder städtische Wappen. Der **Stempel** der A. besteht aber stets aus einer Krone und dem darunter gesetzten ersten oder nach Befinden den beiden ersten Buchstaben des Ortsnamens. Ganz kleine Gegenstände werden nur mit der Krone gestempelt. §. 7. d. V. v. 12. März 1858. G.S. S. 55. **5)** Der Geschäftskreis der A. erstreckt sich **nicht auf einen bestimmten** Bezirk, sie haben vielmehr ohne Rücksicht auf den Wohnort des Besitzers od. den Sitz der Behörden a) **alle** ihnen zur **Prüfung** u. **Stempelung** überbrachten **Maße**, **Gewichte** und **Wagen**, soweit sie nach ihrer Beschaffenheit in Gemäßheit der Bestimmungen der Aichordnung überhaupt zur Annahme geeignet sind, und nicht zu den der **Normalaichungscommission** (s. d.) ausschließlich vorbehaltenen Gegenständen gehören, durch Vergleichung mit den ihnen von der Normalaichungscommission übergebenen Normalen nach Vorschrift der Aichordnung zu aichen und zu stempeln; b) auf **Requisition** der **Polizeibehörden** die erforderlichen Untersuchungen von Gewichten, Maßen und Wagen auf ihre Richtigkeit vorzunehmen. Den A. steht ferner frei: c) der **Verkauf** geaichter und gestempelter Gewichte, Maße u. Wagen für eigene Rechnung nach bekannt zu machenden Preiscouranten; d) die Untersuchung nicht stempelpflichtiger aber nach Größe und Eintheilung unter die Bestimmungen des Gesetzes fallender Gewichte und Maße, sowie von Schnell- und Brückenwagen, auf ihre Richtigkeit und die Ausstellung von Zeugnissen über den Befund. §. 8. ib. **6)** Die **Normalaichungscommission** und die **Aichämter** expediren **stempelfrei** und genießen im Verkehre unter einander und mit Behörden der **Portofreiheit** in dem für Königliche Behörden überhaupt bestehenden Umfange. Für das Aichen und Stempeln haben dieselben nur die in der Aichordnung und der derselben beigegebenen Taxe bestimmten Gebühren — beziehendlich Reisekosten, Diäten und Verläge zu erheben, für andere Geschäfte nach den allgemeinen Vorschriften zu liquidiren, soweit nicht kostenfreie Erledigung ausdrücklich vorgeschrieben ist. ib. §. 9. **7)** Jedes A. ist durch die Normalaichungscommission gegen Erstattung der Kosten versehen: mit bestimmten **Normalgewichten**, vergl. Aich-O. v. 12. März 1858. §. 16. unter 1. G.S. S. 65. f., **Normallängenmaßen**, vergl. §. 16. no. 2. ib., **Normalhohlmaßen**, vergl. §. 16. no. 3. ib., **Wagen** verschiedener Größe zum Justiren der Gewichte, ib. no. 4., den erforderlichen Apparaten zum **Aichen** der Hohlmaße für trockene Substanzen und Flüssigkeiten, und der erforderlichen Anzahl von Stempeln, no. 5. u. 6. §. 16. cit. **8)** Die A. sind, mit Ausnahme

der Sonn- und Festtage, täglich während einer dem Umfange des Verkehrs entsprechenden Geschäftszeit offen zu halten und haben während dieser Geschäftszeit alle überbrachte Gewichte, Maße und Wagen anzunehmen und soweit thunlich nach Reihenfolge der Anmeldung zu aichen und zu stempeln. Die Geschäftszeit hat jedes Aichamt öffentlich bekannt zu machen. §. 18. d. Aich-O. G.S. v. 1858. S. 18. **9)** Neue, zuerst zur Aichung gelangende Gewichte, Maße und Wagen sind stets im Locale des A. zu aichen und zu stempeln; ein einmal zur Aichung angenommenes Gewicht oder Maß darf ungeaicht und ungestempelt nicht zurückgegeben werden, sobald es den gesetzl. Bestimmungen entspricht. Bereits im Gebrauche befindliche gestempelte Gewichte, Maße u. Wagen können auf Wunsch der Besitzer, gegen Bezahlung der außer den technischen Gebühren entstehenden Kosten, auch in dem Geschäftslocale revidirt werden. §. 10. ib. **10)** Ueber alle geaichte und gestempelte Gegenstände ist den Eigenthümern bei Rückgabe derselben ein sämtliche Gegenstände aufführender, mit laufender Nummer versehener, von dem technischen Mitgliede des A. vollzogener Beglaubigungsschein auszuhändigen, welcher auf der Rückseite das Gebührenverzeichniß trägt. Nur erst nach Bezahlung der Gebühren u. nach Abstempelung oder Quittirung durch den Cassirer des A. erfolgt die Ausantwortung der Gegenstände. Aich-O. v. 1858. §. 20. G.S. S. 67. **11)** Die von den A. gebrauchten Stempel sind für alle metallene Gewichte, Maße und Wagen Stahlstempel zum Einschlagen. Für hölzerne Maße werden Brandstempel oder Schwarzstempel gebraucht. ib. §. 21. — Uebrigens s. über die innere Einrichtung u. die Geschäftsführung: die §§. 22. u. 25. d. Aich-O. G.S. v. 1858. S. 67. f. **12)** Jedes A. hat für die Richtigkeit der von ihm bewirkten Aichungen dergestalt einzustehen, daß Abweichungen, welche mehr als die Hälfte der für die Beurtheilung der Strafbarkeit des Publicums angegebenen äußersten Grenzen im Zuviel oder Zuwenig betragen, desgleichen andre Nachlässigkeiten an jedem bei der Aichung betheiligt gewesenen Mitgliede des A. und dem Aichmeister mit 5 Thlrn. Individualstrafe zu ahnden sind. Das Ausführlichere s. ib. §. 26. und in der V. v. 8. Aug. 1859. §. 2. G.S. S. 286. **13)** Anlangend das Aichen der einzelnen Gegenstände, so enthält die Aich-O. das Specielle a) wegen der Wagen in §§. 27—32. G.S. v. 1858. S. 69.; dazu aber s. die V. v. 8. Aug. 1859. G.S. S. 287. Die Stempelung der Wagen erfolgt auf jeden Schenkel des Wagebalkens möglichst nahe dem Mittelpuncte, beziehendlich auch auf die Schalen. Erfolgt bei regelrechtem Aufschlage des Stempels eine Beschädigung der Wage, so leistet das A. keinen Ersatz. Apothekerwagen u. andere ganz feine Wagen sind deshalb überhaupt nicht zu stempeln. §. 32. d. Aich-O. b) Wegen der Gewichte in §§. 33—37. G.S. v. 1858. S. 72. f.; dazu aber erging noch die V. v. 8. Aug. 1859. G.S. S. 287. f. Massive Gewichte von Messing u. s. w., welche zu schwer sind, werden bei Gewichten mit Knopf einmal oben neben dem Knopfe, das andere Mal auf der Bodenfläche auf das Metall gestempelt. Bei kleinen Gewichtsstücken wird nur die Krone ohne den Aichamtsbuchstaben genommen. Blechgewichte werden nur einmal gestempelt. Bei Einsatzgewichten ist jedes Theilchen am Boden zu stempeln. §. 37. d. Aich-O. c) Wegen der Längenmaße in §§. 38—41. G.S. v. 1858. S. 73. f., dazu noch V. v. 8. Aug. 1859. G.S. S. 288. f. Die Stempelung der Längenmaße erfolgt an beiden Enden (bei hölzernen mit dem Schwarzstempel) so, daß der Stempel der Sichtbarkeit der Eintheilung nicht schadet. §. 41. d. Aich-O. d) Wegen der Hohlmaße, und zwar aa) der Flüssigkeitsmaße in §§. 42—45. G.S. v. 1858. S. 74. f., sowie in der V. v. 28. Dec. 1858. G.S. v. 1859. S. 9. f., und v. 8. Aug. 1859. G.S. S. 289. f. Richtige werden oben dicht am Rande und unten am Boden gestempelt. Bei Blechgemäßen muß zu diesem Ende an den betreffenden Stellen ein Häufchen Zinn aufgeschmolzen sein. §. 43. d. Aich-O. — Doch s. dazu die ang. V. v. 28. Dec. 1858. a. a. O. Gebinde werden nicht gestempelt. Aber auf Erfordern ist über die erfolgte Aichung und deren Er-

gebniß ein Schein auszustellen und das Gebinde am Boden durch Brand mit der laufenden Nummer des Scheins zu bezeichnen. §. 44. d. Aich-O. Gläserne Schankmaße müssen stets größer sein, als das Maß, auf welches sie geaicht werden sollen. Eine Stempelung kann nicht Statt finden, wohl aber die Einschleifung des Anfangsbuchstabens des A. neben oder über dem Striche, was vom A. besorgt wird. §. 45. ib. bb) wegen der trockenen Hohlmaße in §§. 46—50. G.S. v. 1858. S. 74. f.; doch s. dazu die V. v. 8. Aug. 1859. G.S. S. 291. f. Bei Gemäßen zu besonderen Zwecken, z. B. Kalk, Kohlen, Torf rc. erfolgt die Stempelung mehrmals an den oberen Rändern und an den Böden. §. 46. ib. — Bei hölzernen Getreidemaßen, mit welchen die Maße für alle anderen trockenen Gegenstände übereinstimmen müssen, denen nicht durch besondere Verordnung besondere Maßformen zugewiesen sind, erfolgt das Stempeln durch den Brandstempel, je nach der Größe des Maßes ein oder einige Male inwendig dicht am oberen Rande und auf dem Boden; stets jedoch erst nach der letzten, nach dem Beschlagen der Gemäße erfolgten Aichung. ib. §. 50. G.S. v. 1858. S. 76. **14)** Für das Aichen und Stempeln werden Gebühren nach der besonders bekannt gemachten Taxe erhoben. §. 51. d. Aich-O. G.S. v. 1858. S. 76. und Taxe in der G.S. v. 1859. S. 293. f. [Vorher in der G.S. v. 1858. S. 77. f. u. v. 1859. S. 10.] **15)** Es steht den A. frei, mit Genehmigung des Stadtraths (bei Königlichen A. auf Anordnung des Ministeriums des Innern) im Interesse des Publicums die Anschaffung neuer Gewichte, Maße und Wagen und deren Verkauf, sowie die Berichtigung beziehendlich Umwandlung alter Gewichte und Maße, oder deren Austausch gegen neue, zu übernehmen, oder deshalb mit dem Mechaniker des A. einen Vertrag abzuschließen. Dieses Geschäft ist jedoch von dem eigentlichen Aichgeschäfte zu trennen und jedes für eigene Rechnung angeschaffte Gewicht oder Maß ganz in derselben Weise zu aichen und zu stempeln, wie die von Privaten übergebenen. Das Nähere giebt ib. §. 52. **16)** S. Bergaichamt, Gaszähler, Normalaichämter, Gold...

Ajustiren, s. Aichen.

Akademie. S. Dresden, Leipzig, Universität.

Akademische Gesetze. S. Leipzig.

Akademische Würden. S. Doctorwürde.

Akademisten. S. Dienstreserve, Studirende.

Alarm. S. Nachtwächter, Widersetzlichkeit, Communalgarde.

Alaun. Die Bergämter sollten ohne vorgängige Berichtserstattung sich der Annahme einiger Muthung auf Alaun oder Vitriol, Schiefer u. dergl. Erden enthalten. Rescr. v. 1. Oct. 1755. C.A. C.I. T.I. S. 1429. In Bezug auf die Lausitz s. den Vertrag v. 18. Sept. 1575. L.C.W. T. I. S. 303. S. aber Bergregal, Muthen.

Albinagium, s. Abzugsrecht.

Albrechtsorden. Die Statuten dieses lt. der Urk. v. 31. Dec. 1850. G.S. v. 1851. S. 47. gestifteten Ordens sind ib. S. 48. f. und ein Nachtrag v. 18. März 1858. in der G.S. v. 1858. S. 86. enthalten. S. ferner: Verlassenschaften.

Alea. S. Spiel.

Alienation, s. Veräußerung.

Alimentationssachen. S. Appellation, Eid, Uneheliche.

Alimente. S. Armenrecht, Competenz, Concursgläubiger, Decret, Ehemänner, Ehesachen, Uneheliche, Verpflegung, Wechselverfahren, Beschlagnahme, Untersuchungshaft, Vollstreckung.

Alkaloide, s. Strychnin.

Alleen. **1)** A. sind an den Stadtgräben, öffentl. Plätzen, städtischen Wegen, in den größern Städten u. s. w. aus den Einkünften der Gemeinde, wohin dann auch die Nutzungen gehören, anzulegen. M. v. 11. Mai 1726. §. 17. C.A. C.I. T.I. S. 523., M. v. 2. Aug. 1728. §. 6. L.C.W. T.II. S. 582., F. u. H.O. v. 20. Aug. 1767. Cap. V. §. 14. C.A. C. I. T.III. S. 182., L.C.W. T.III. S. 712. Vergl. d. M. v. 28. April 1781. Cap. I. §. 5. C.A. C. II. T. II. S. 674., C.A. C. II. T. III. S. 657. L.C.W. T. III. S. 212. **2)** S. auch: Bäume, Forstverbrechen, Forstdiebstahl.

Allegiren. S. Acten, Urkunden.

Allgemeine d. Creditanstalt. S. Leipzig.

A.D.W.O., s. Wechselrecht.

Alljährlich. S. Ablösung, Anzeigen, Auszug, Besitz, Besoldungsabzug, Fristen, Nutzungen, Verjährung, I., Vormundschaft.

Allmanden. S. Gemeindegrundstücke.

Allocutionen. Die päpstlichen A. sind in die Reihe der politischen Erscheinungen getreten, und können vom protestantischen Standpuncte aus beleuchtet und widerlegt werden, Nachtr. zur allg. Censoreninstr. v. 28. Mai 1839. §. 4. G.S. S. 161. f.

Allode. S. Erbgüter.

Allodialerbfolge. S. Erbfolge.

Allodialgüter. S. Erbgüter.

Allodification. S. Erbverwandlung.

Allodifications-Kanon. S. Ablösung.

Alluvion, s. Anheegerung.

Almanache, s. Kalender.

Al marco. S. Goldmünzen.

Almosen. **1)** Das öffentliche A. ist von der Armenbehörde nur im Verhältniß der dem Armen für sich und nach Befinden die Seinigen mangelnden unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse zu verabreichen. §. 34. d. A.O. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 265. **2)** Ehe A. zu bewilligen, ist über die Verhältnisse des Armen genaue Erörterung anzustellen, und darnach der Grad und die Art der Unterstützung zu bemessen, ib. **3)** A. kann in baarem Gelde oder in Naturalien gegeben werden. §. 35. ib. **4)** Die Verabreichung von Naturalien ist den Geldspenden vorzuziehen, ib. **5)** Im Sommer sind die letztern in der Regel verhältnißmäßig zu mindern, ib. **6)** Jedes A. ist nur als Vorschuß zu betrachten, insoweit nicht nach den Fundationen und dem Zwecke der vorhandenen Anstalten, Kranken-, Armen- und Waisenhäuser, die Aufnahme und Verpflegung als eine unwiderrufliche Wohlthat anzusehen ist. §. 65. d. A.O. S. 270. **7)** Hiernach ist jeder Arme, welcher nicht blos durch eigene Thätigkeit und Anstrengung, sondern durch äußere zufällige Glücksumstände, z. B. durch Erbschaft, zu besserem Vermögen gelangt, das genossene A. oder andere Unterstützung der Armencasse wiederzuerstatten verbunden. §. 66. S. 271. **8)** Dem Armen ist nach Ermessen der Armenbehörde, oder, im Falle letztere klagbar geworden ist, durch richterlichen Ausspruch zu verstatten, den Wiederersatz in leidlichen Fristen zu bewirken. §. 66. S. 271. **9)** Die Armenbehörde ist berechtigt, von demjenigen, der wissentlich von öffentlichen Armen Kleidungsstücke, Brod, Feuerungsmaterial u. andere Gegenstände, welche denselben von der Armenbehörde zur Unterstützung gegeben worden sind, kauft, oder darauf Geld leiht, das Gekaufte und Verpfändete unentgeltlich zurückzufordern, und verfällt derselbe noch überdieß in eine der Armencasse gehörige Geldstrafe v. 1—5 Thlrn., oder, im Falle des Unvermögens, verhältnißm. Gefängnißstrafe §. 132. d. A.O. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 284. **10)** Almosenempfänger sind unfähig: a) zur Wahl von Wahlmännern für den Landtag, §. 5. d. G. v. 24. Sept. 1831. G.S. S. 288. b) als Ständemitglieder gewählt zu werden, §. 8. ib. c) zur Ausübung bürgerlicher Ehrenrechte, §. 73. d. d. A.St.O. G.S. v. 1832. S. 36. d) des Stimmrechts in der Landgemeinde, §. 29. sub 2. d. L.Gem.O. v. 7. Nov. 1838. G.S. S. 437. und zu Uebernahme von Landgemeindeämtern, §. 32. ib. **11)** Das bei Hochzeiten gesammelte A. gehört, nachdem es entweder in der Kirche bei der Trauung oder beim Hochzeitmahle gesammelt worden, den Armen des Orts, wo die Sammlung geschehen, Res. 6. v. 27. Jan. 1786. C. A. C. II. T. I. S. 291. **12)** A. sollen Sonn- und Feiertags mit dem Cymbel-Säcklein von den Kirchvätern in den Kirchen gesammelt werden, 34. Gen.-Art. v. 1. Jan. 1580. C. A. T. I. S. 703., Syn.-Decr. v. 6. Aug. 1624. §.: Es sollen auch rc. C. A. T. I. S. 796., §. 78. d. Rev. Syn.-Decr. v. 15. Sept. 1673. ib. S. 827. **13)** Die Einsammlung von A. in den Kirchen für die Armen soll Sonntags vorher abgekündigt werden, M. v. 5. April 1729. Cap. I. §. 4. C. A. C. I. T. I. S. 541.

14) Die nach Maßgabe d. M. v. 11. April 1772. Cap. I. §. 4. C. A. C. II. T. I. S. 641. in der Kirche für die Armen gesammelten A. sind, ohne daß eine gegentheilige Observanz, wonach das Geld für die Kirche zurückbehalten worden, angezogen werden darf, ausdrücklich an die Localarmencasse abzugeben, Rescr. v. 19. Jan. 1820. u. 2. Dec. 1822. im Cod. d. S.K.R. S. 148. Not. *. **15)** Vgl. noch die Artikel: Armenanstalten, Armenpflege, Armenwesen, Ausweisung, Bergalmosen, Betteln, Bettler, Collecten, Communalgarde, Convertiten, Erbschaft, Gast- u. Sch., Gerichtsbarkeit, Verträge.

Almosenpercipienten. S. Almosen, Arme, Armencasse, Ehe, Hunde.

Alonge. S. Indossament.

Altar. S. Altarleute, Becken.

Altarleute. Die Kirchenvorsteher haben sich dessen, was den A.n gewidmet ist, nicht anzumaßen. Rescr. v. 14. Juni 1630. C.A. T. I. S. 853. A. sind jedoch nur die, welche dem Altare dienen, ib. S. Diakonate, Kirchväter.

Altenbach. Wegen der Statuten des Altenbacher Braunkohlenvereins s. das Decret v. 5. Juni 1850. G. S. S. 175., wiederaufgehoben lt. Bekanntm. v. 9. Sept. 1853. G.S. S. 190.

Altenberg. A. besitzt eine Sparcasse, Decr. v. 25. Nov. 1848. G.S. S. 341., Regulat. ib. S. 342. **2)** Die Katholiken im Bezirke des Gerichtsamts daselbst gehören unter die Pfarrei der kathol. Hofkirche in Dresden, Bek. v. 1. Febr. 1828. G.S. S. 11. **3)** Der Vorstand des Gerichts hatte seinen persönlichen Gerichtsstand beim Amte Frauenstein. V. v. 28. März 1835. §. 24. no. 2. G.S. S. 221. **4)** S. Bergordnungen.

Altenburg. S. Auslieferung, Concursgläubiger, D., Erbschaft, Executionsverfahren, Eisenbahnen, Gerichtsbarkeit, Gerichtsstand, Kosten, Kostenfreiheit, Kupfer, Litispendenz, Münzwesen, Patrimonialgerichte, Provocationspr., Staatsvertr., I. II. III. IV. VI. VII. IX. X. XV. XVII., Paßkarten, Telegraphen.

Alter, als Anfang oder Endpunct von Rechten oder Verpflichtungen, oder als Bedingung gewisser Verhältnisse im Staate. **1)** Mit dem 6ten Altersjahre beginnt die Schulpflichtigkeit, G. v. 6. Juni 1835. §. 21., G.S. S. 283., V. v. 15. Dec. 1836. G.S. v. 1837. S. 5. **2)** Auf die religiöse Erziehung der Kinder über 6 J. sind Vereinigungen der in gemischter Ehe lebenden Aeltern über die Erziehung nach §. 7. d. G. v. 1. Nov. 1836. ohne Einfluß. §. 8. dieses G. G.S. v. 1836. S. 300. **3)** Nach erfülltem 10j. A. findet bei Kindern, welche bis dahin gleichmäßig in der einen oder andern Confession unterrichtet worden sind, in den Fällen §. 9—12. 16. 17. d. G. v. 1. Nov. 1836. ein Confessionswechsel nicht mehr Statt, §. 18. d. G. v. 1. Nov. 1836. G.S. S. 302. **4)** Kinder bis zu 12 J. sind criminalrechtlich unzurechnungsfähig nach Art. 66. d. Cr.Gbs. G.S. v. 1838. S. 131., wegen der Forstuntersuchungen: G. v. 2. April 1838. §. 35. ib. S. 212., doch s. den Art. Kinder. **5)** Mißbrauch von Kindern unter 12 J. zur Unzucht zieht eine schwerere Bestrafung nach sich, s. Unzucht, Mißbrauch. **6)** In dem A. zwischen 14 u. 18 J. gilt die Jugend als Milderungsgrund. S. Jugend. **7)** Die körperliche Züchtigung wird bei Verbrechern über 12 J. mit einer Birkenruthe, und wenn sie über 14 J. alt sind, mit einer am Angriffe einen Viertelzoll starken Ruthe vollzogen. Art. 23. d. Cr.Gbs v. 1838. G.S. S. 120. Hierzu s. Schärfung, Verwandlung. **8)** Das 13j. A. wird zur Aufnahme in eine Landesschule erfordert. Bek. v. 3. März 1828. G.S. S. 33. **9)** Das 14j. A. ist in der Regel das der Confirmation der protest. Schulkinder, G. v. 6. Juni 1835. §. 19 f. G.S. S. 283. **10)** Der Vater eines unehel. Kindes wird nach dessen 14. Altersj. von der Alimentationspflicht frei. M. v. 12. Nov. 1828. §. 3. G.S. S. 256. **11)** Das 14j. A. befähigt Individuen beiderlei Geschlechts zu Errichtung von Testamenten, §. 15. Cap. XIII. d. V.O. v. 10. Oct. 1782. S. 60. Auch tritt bei Kindern noch lebender Aeltern oder resp. Großältern die eigne Heimathsberechtigung der erstern in der Regel mit dem 14. J. in Wirksamkeit, §. 14. d. G. v. 26. Nov. 1834. G.S. S. 451. — und haben von

da Mannspersonen vom 14—30. Jahre Geburtsscheine zu führen, M. v. 20. Sept. 1826. §. 1. 7. 17. G.S. S. 209. **12)** Das 15j. A. müssen Taufzeugen jedenfalls erfüllt haben, 6. Gen.-Art. v. 1. Jan. 1580. C. A. T. I. S. 670., Syn.-Decr. v. 6. Aug. 1624. §. Und demnach je rc. ib. S. 788., Rev. Syn.-Decr. v. 15. Sept. 1673. §. 24. ib. S. 830. **13)** Das 15j. A. ist erforderlich, um als Forstlehrling angenommen zu werden, V. v. 18. Juli 1832. §. 4. sub 3 b. G.S. S. 394. **14)** Mit dem 18j. A. beginnt die Regierungsmündigkeit des Königs, V.U. v. 4. Sept. 1831. §. 8. G.S. S. 242., §. 61. d. G. v. 30. Dec. 1837. G.S. v. 1838. S. 68. **15)** Mit dem 18j. A. die Lehnsmündigkeit, M. v. 30. April 1764. Tit. II. §. 4. C.A. C. I. T. I. S. 1027. **16)** Das 18j. A. bewirkt die Eidesmündigkeit, in Ehe- u. Schwängerungssachen aber schon ein A. von 16 J., E.P.O. ad Tit. 18. §. 4. S. 111. **17)** Vor erfülltem 18. Altersjahre ist das Gesuch um venia aetatis unzulässig, §. 3. Cap. 19. d. V.O. v. 10. Oct. 1782. S. 87. **18)** Das 20j. A. ist das der Militairpflicht, G. v. 26. Oct. 1834. §. 2. G.S. S. 250. S. Militairpflicht. **19)** Mit dem erfüllten 21. Altersj. tritt das A. der bürgerlichen Mündigkeit ein, V.O. v. 10. Oct. 1782. §. 1. Cap. III. u. §. 2. Cap. XIX. S. 18. u. 87. u. L.E.W. T. IV. S. 136. u. 169., G. v. 30. Dec. 1837. §. 61. G.S. v. 1838. S. 68. **20)** Das 21j. A. ist Erforderniß: zur Anstellung im Civildienste, M. v. 27. Febr. 1793. §. 3., L.E.W. T. IV. S. 685. u. C.A. C. II. T. I. S. 5., ehedem zur Immatriculation als Advocat, M. v. 12. April 1723. §. 1. C.A. T. I. S. 1211. u. L.E.W. T. I. S. 122., doch s. jetzt: Advocaten, Notare; zur Ausübung der Arznei- und Wundarzneikunst, M. v. 30. Jan. 1819. §. 11. G.S. S. 142., zur Anstellung in einer ständigen Schullehrerstelle, G. v. 6. Juni 1835. §. 43 d. G.S. S. 288., V. v. 9. Juni 1835. §. 122. ib. S. 331., im Forst- und Jagddienste, Gen. v. 17. Mai 1780. C. A. C. II. T. II. S. 306., u. s. die V. v. 18. Juli 1832. G.S. S. 393.— Auch müssen das 21. Altersj. die erfüllt haben, welche Sammel- u. Privatschulen vorstehen wollen, §. 130. d. V. v. 9. Juni 1835. G.S. S. 334. **21)** Zur Stimmberechtigung und Wählbarkeit bei Landgemeindewahlen wird das erfüllte 21. Altersj. erfordert, L.Gem.O. v. 7. Nov. 1838. §. 29. sub 3. u. §. 32. sub 2. G.S. S. 437.; ebenso zur Erlangung des Bürgerrechts in den Städten, und zur Theilnahme an den städt. Wahlen, §. 41. 50. 126. 127. d. St.O. v. 4. Febr. 1832. G.S. S. 30. **22)** Das 21j. A. ist der Zeitpunct, nach welchem erst der Uebertritt von einer christlichen Confession zur andern in der Regel Statt finden darf, §. 1. d. M. v. 20. Febr. 1827. G.S. S. 30. S. jedoch wegen d. Uebertr. in articulo mortis §. 1. u. 8. ib. u. wegen der Kinder §. 12. d. G. v. 1. Nov. 1836. G.S. S. 301. **23)** Das 21j. A. ist das gesetzlich heirathsfähige der jungen Mannspersonen. M. v. 10. Sept. 1826. G.S. S. 217. **24)** Mit dem erfüllten 21j. A. beginnt die Communalgarden-Dienstpflicht, G. v. 25. Juni 1840. §. 2. G.S. S. 132. **25)** Das 25j. A. ist Erforderniß zur Theilnahme und Stimmberechtigung an einer auf die Ständeversammlung sich beziehenden Wahl, §. 73. d. V.U. v. 4. Sept. 1831. G.S. S. 257., §. 5. d. G. v. 24. Sept. 1831. ib. S. 288. **26)** Ebenso ist das 25j. A. Erforderniß der Wählbarkeit bei den Stadtrathswahlen, §. 203. d. A.St.O. v. 2. Febr. 1832. G.S. S. 68. **27)** Das 25j. A. war bei Nicht-Kaufleuten das der Wechselmündigkeit, M. v. 21. April 1724. §. 1. C. A. T. II. S. 2085. und Anh. 26. zur E.P.O. S. 186., aber s.: Wechselfähigkeit. **28)** Ein 25j. A. ist zur Uebernahme von Vormundschaften erforderlich, V.O. v. 10. Oct. 1782. Cap. 8. §. 1. S. 4. **29)** Das 25. Altersj. müssen diejenigen Ausländer erfüllt haben, welche bei einer Innung das Meisterrecht suchen, §. 8. d. M. v. 13. Mai 1831. G.S. S. 102. Aber s. Unterthanenrecht. **30)** Das 30j. A. ist Erforderniß der Wählbarkeit für die Ständeversammlung, §. 73. d. V.U. v. 4. Sept. 1831. G.S. S. 257., §. 8. d. G. v. 24. Sept. 1831. ib. S. 289. **31)** Nach erfülltem 40j. A. ist

In- und Ausländern das Wandern in Sachsen verboten, §. 129. d. A.O. v. 1840. G.S.S. 283. **32)** Das 45j. A. ist der Endpunct der Communalgardendienstpflicht, G. v. 25. Juni 1840. §. 2. G.S. S. 132. **33)** 60j. A. berechtigt die in die erste Kammer gewählten oder vom Könige ernannten Rittergutsbesitzer zu resigniren, §. 66. d. V.U. v. 4. Sept. 1831. G.S. S. 255. **34)** Das 60j. A. berechtigt zur Ablehnung der Wahl zum Landtags-Abgeordneten, §. 18. d. G. v. 24. Sept. 1831. G.S. S. 290. **35)** 60j. A. befreit von Uebernahme bürgerl. Ehrenämter u. der in den Landgemeinden, A.St.O. v. 1832. §. 97. G.S. S. 41., L.Gem.O. v. 1838. §. 33. G.S. S. 438. **36)** 60j. A. befreit von Uebernahme von Vormundschaften, V.O. v. 10. Oct. 1782. Cap. 9. §. 1. no. 6. S. 40. **37)** Das erreichte 60j. A. befreite Bauern, welche mit Vorbehalt eines Auszugs ihre Güter verkauft haben, insofern sie nicht als Häusler anzusehen, von Handfrohnen, Bef. v. 12. Juli 1681. C. A. T. II. S. 27., Gen. v. 27. Juni 1709. C. A. T. I. S. 1755. **38)** 70j. A. berechtigt Staatsdiener, mit Anspruch auf Pension ihre Entlassung zu nehmen, §. 18. d. G. v. 7. März 1835. G.S. S. 177. **39)** Gegen 70 J. Alte findet der Schuldarrest nicht mehr Statt. G. v. 26. Aug. 1843. §. 1. G.S. S. 93. **40)** Das 70j. A. eines Abwesenden berechtigt zur Erlassung von Edictalien zur Todeserklär. dess., M. v. 13. Nov. 1779. C.A.C.II.T.I. S. 371. C.A. C.II.T.III. S. 157., Rescr. v. 21. Oct. 1780. C. A. C. II. T. I. S. 379. **41)** Bei Anstellung von Kirchendienern ist auf ihr A. überhaupt, und daß keiner zu jung angestellt werde, Rücksicht zu nehmen, Kirchen-O. v. 1. Jan. 1580. Vom Beruff rc. und zwar Vom Examine etc. Pct. V. C. A. T. I. S. 525. **42)** Weitere Nachweisungen über dergleichen Verhältnisse geben die Artikel: Advocaten, Armenversorgung, Anlagen, Aussetzen, Auszug, Beichte, Betteln, Beweis, Ehrenämter, Entführung, Erbhuldigung, Erziehung, Geburt, Geburtsschein, Geistliche, Gewerb- u. Pers., Gruben, Jugend, Kinder, Menschenraub, Schuldarrest, Schullehrer, Verwandte, Züchtigung, Zurechnung.

Alternative Strafen. **1)** Wo in den neben dem Strafgesetzbuche in Kraft stehenden Gesetzen und Verordnungen (s. diese unter Strafgesetzbuch) Geld- oder Gefängnißstrafe wahlweise angedroht ist, ist künftig unter Beobachtung der Art. 27. 28. und 29. des Str.Gb. (s. Geldstrafe und Verwandlung) stets nur auf eine dieser Strafarten ausschließlich, und zwar, wenn dieß Geldstrafe ist, unter Festsetzung des Betrags nach dem dabei besonders angegebenen Maßstabe, oder, wenn ein solcher nicht angegeben ist, nach dem im Art. 27. des Str.Gb. festgesetzten (s. Geldstrafe) zu erkennen. Desgleichen ist, wo in jenen vorbehaltenen Gesetzen und Verordnungen Gefängniß- oder Handarbeitsstrafe angedroht ist, das Erkenntniß lediglich auf Gefängnißstrafe zu richten, und wegen Anwendung der Handarbeitsstrafe dem Art. 23. des Str.Gb. nachzugehen. (S. Handarbeitsstrafe.) V. v. 13. Aug. 1855. §. 5. G.S. S. 178. **2)** S. Geldstrafe, Verwandlung. Aber rücksichtlich der Schönburgischen Receßherrschaften s. Schönburg....

Altersrentenbank. Dieses Staatsinstitut ist errichtet durch d. G. v. 6. Nov. 1858. G.S. S. 274 f. Sie genießt Stempelfreiheit. §. 19. ib. Unabgehobene Renten verjähren in 3 Jahren von der Fälligkeit. §. 18. ib.

Altersschwäche. S. Armenversorgung, Emeritirung, Staatsdienst.

Alterum tantum. S. Verletzung.

Altgeißing. Die dortige Sparcasse ist bestätigt durch Decr. v. 30. Aug. 1848. G.S. S. 185., das Regulativ s. ib. S. 186.

Altgemeinde. S. Syndikat, Gemeindegrundstücke.

Altgeselle. **1)** Der A. führt die Gesellencassenrechnung, verwahrt die Gesellencasse mit den Handwerksbeisitzern, und soll sich für die Einwandernden nach Arbeit umschauen, sofern nicht die Meister, welche Arbeiter bedürfen, sofort auf der Herberge zu ersehen sind. Gen.Inn.Art. v. 8. Jan. 1780. Cap. II. §. 3. 13. C. A. C. II.

T. I. S. 767. u. L.C.W. T. III. S. 283., M. v. 7. Dec. 1810. Cap. V. §. 2. C. A. C. III. T. I. S. 491. u. L.C.W. T. V. S. 273. **2)** S. Auflegegeld.

Alumnen. S. Arme, Landesschulen, Stiftungen.

Alveus, s. Flußbett.

Amanuensen. S. Famuli, Copisten.

Ambassadeur. S. Gesandte.

Ambiren, s. Amtsbewerber.

Ameisen. S. Raupen, Waldungen.

Amerika. S. Staatsverträge.

Amnestie. 1) A. ist den vor Abschluß der allgemeinen Cartellconvention desertirten und ausgetretenen Individuen ertheilt in Art. 18. d. Cartellconvention v. 10. Febr. 1831., M. v. 19. März 1831. G.S. S. 64., u. vergl. d. V. v. 22. Juni 1832. G.S. S. 353. Inwiefern die Amnestiebestimmungen der Cartellconvention von Königl. Preußischen Militairpflichtigen benutzt werden können, enthält die V. v. 21. Mai 1833. G.S. S. 47., für die Lausitz v. 22. Mai 1833. ib. S. 49. **2)** A. wurde im J. 1848. lt. V. v. 17. April 1848. G.S. S. 50., u. im J. 1849. lt. V. v. 3. Nov. 1849. G.S. S. 287. wegen der dort näher bezeichn. Vergehen ertheilt. **3)** S. Begnadigung, Staatsverträge.

Amortisation I. von Wechseln. **1)** Der Eigenthümer eines abhanden gekommenen Wechsels kann die A. des Wechsels bei dem Gerichte des Zahlungsortes beantragen. Nach Einleitung des Amortisations-Verfahrens kann derselbe vom Acceptanten Zahlung fordern, wenn er bis zur A. des Wechsels Sicherheit bestellt. Ohne eine solche Sicherheitsbestellung ist er nur die Deposition der aus dem Accepte schuldigen Summe bei Gericht oder bei einer anderen zur Annahme von Depositen ermächtigten Behörde oder Anstalt zu fordern berechtigt. W.O. v. 1848. Art. 73. G.S. v. 1849. S. 83. **2)** Der nach Art. 36. d. W.O. (s. Wechselzahlung) legitimirte Besitzer eines Wechsels kann nur dann zur Herausgabe desselben angehalten werden, wenn er den Wechsel in bösem Glauben erworben hat oder ihm bei der Erwerbung des Wechsels eine grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt. ib. Art. 74. Die Art. 73. u. 74. gelten auch für trockene Wechsel; s. Eigene W. **3)** Die A. eines Wechsels ist bei dem ordentlichen Gerichte des Zahlungsorts und, wo ein Handelsgericht besteht, bei diesem nachzusuchen. §. 1. d. G. v. 24. Dec. 1850. G.S. S. 290. Der Antragende muß eine Abschrift des Wechsels beibringen oder doch den wesentlichen Inhalt desselben und alles, was das Gericht zur vollständigen Erkennbarkeit für nöthig hält, angeben, ingleichen den Besitz und Verlust glaubhaft machen. Nach richterlichem Ermessen kann hierbei auch eidliche Bestärkung eintreten. §. 2. ib. **4)** Das Gericht erläßt darauf eine öffentliche Aufforderung an den unbekannten Inhaber des Wechsels, binnen einer bestimmten Frist den Wechsel dem Gerichte vorzulegen, mit der Verwarnung, daß sonst der Wechsel werde für kraftlos erklärt werden. §. 3. ib. Die Aufforderung wird am Gerichtshause oder einer andern, vom Gerichte für geeignet befundenen, öffentlichen Stelle, und wenn am Zahlungsorte eine Börse besteht, im Börsenlocale angeschlagen, auch drei Mal in die Leipziger Zeitung eingerückt. Das Gericht ist aber befugt, die Aufforderung an mehreren Stellen anschlagen und in mehrere Zeitungen einrücken zu lassen, wenn es nach den Umständen dieß für zweckmäßig hält. §. 4. ib. **5)** Die Frist zur Meldung, welche nur erst nach dem Verfalltage zu laufen anfangen darf, wird auf mindestens 6 Monate, worunter gewöhnliche Kalendermonate zu verstehen, und höchstens 1 Jahr bestimmt. §. 5. ib. Wird von einem Inhaber der Wechsel vorgelegt, so ist dem Antragsteller hiervon Kenntniß zu geben und ihm zu überlassen, sein Recht gegen den Inhaber geltend zu machen. Meldet sich binnen der Frist kein Inhaber, so erklärt das Gericht auf weitern Antrag des Antragstellers den Wechsel durch eine zu den Acten zu bringende Resolution für amortisirt. §. 6. ib. **6)** Alles, was hier von Wechseln verordnet ist, gilt auch von den den Wechseln gleichgestellten kaufmännischen Anweisungen. §. 7. ib. S. Anweisung. **II.** S. wegen der A. anderer Papiere: Creditverein, Edictalcitation, Hypothekenbank, Landrentenbank, Schuldentilgung.

Amt, s. Aemter.

Amthaus. S. Amtswohnungen, Justizämter, Militairleistungen, Staatsgut.

Amtleute, Amtmann. S. Amtsbücher, Amtswohnungen, Justizämter.

Amtlich, s. Amtshalber.

Amtlicher Sprachgebrauch. 1) Hier sind durch die Bek. v. 24. Oct. 1848. G.S. S. 193. alle bisher officiell üblichen ehrenden Prädicate der Behörden und Personen, als: „Hoch", Excellenz, Hochgeboren u. d. m. abgeschafft worden. **2)** Ueber den in Bezug auf die Gutsherrschaften einzuhaltenden Geschäfsstyl s. d. Art.: Landgemeinden.

Amtsactuarien, s. Actuarien.

Amtsarbeit. S. Kostenfreiheit, Stempelfreiheit, Staatsdienst. Andere Beziehungen giebt d. Verweisungs-Art.: Amtshalber.

Amtsbauerlehne. S. Bauergüter.

Amtsbefugnisse. 1) Wenn A. oder Einkünfte durch rechtliche Ausführung zu behaupten sind, so soll vor Anstellung der Klagen mit Anführung der von Seiten des Amtes eintretenden Gründe berichtet, und bei Strafe des Kostenersatzes auf Resolution gewartet werden. Gen. v. 19. März 1731. C.A. C.I. T.I. S. 1285. Wenn die Aemter die Stelle der Beklagten einnehmen, ib. S. 1286. **2)** S. Anzeigen, Gerichte, Betrug, Staatsdienst.

Amtsbericht. S. Berichte.

Amtsbescheid. S. Erkenntnisse.

Amtsbewerber. S. Bestechung, Candidaten.

Amtsbezirke. S. Bezirke.

Amtsblatt. Von jeder Gerichts- und jeder Verwaltungsbehörde ist nach vorgängig eingeholter Genehmigung der vorgesetzten Behörde eine dazu geeignete Zeitschrift zum A. zu bestimmen. Die in derselben zum Abdrucke gelangenden Anordnungen und Bekanntmachungen der öffentlichen Behörden gelten mit Ablauf des dritten Tags, von der Ausgabe desjenigen Blattes an gerechnet, in welchem sie stehen, für den Betheiligten als gesetzlich bekannt gemacht. G. v. 11. Aug. 1855. §. 9. G.S. S. 145. u. dazu V. v. 13. Sept. 1856. §. 6. G.S. S. 325., sowie die V. v. 30. Sept. 1856. §. 8. G.S. S. 374.

Amtsboten. S. Justizämter, Protokolle, Taxordn., Vorladungen.

Amtsbücher. 1) Neue A. sollten Amtleute ohne Genehmigung des Landesherrn nicht errichten. Res. gr. v. 23. April 1612. §. 13. C. A. T. I. S. 177.; Res. gr. v. 22. Juni 1661. Kammerf. §. 26. ib. S. 276. Ueberhaupt sollen sowohl die neuen als alten Amtsbücher dem Amtmann bei dessen Einweisung u. den anwesenden Amtssassen vorgelegt werden, ib. **2)** S. auch: Grund- und Hypothekenbuch.

Amtscapitalien. Die Einziehung derselben verfügte d. Gen. v. 18. März 1752. C.A. C.I. T.I. S.1319. In den abgetretenen Aemtern sind sie an Preußen überlassen worden, Haupt-Convention v. 28. Aug. 1819. Art. 12. §. 5. G.S. S. 273. — Die noch bestehenden sind Staatsgut. V.U. v. 1831. §. 16. G.S. S. 244. S. Staatsgut.

Amtscopisten, s. Copisten.

Amtsdepositum. S. Amtshauptl., Deposita, Justizämter.

Amtsdiener, s. Amtsboten, Frohne.

Amtsdienste. S. Ablösung, Amtsfolge, Dienste, Justizämter.

Amtsdörfer. S. Amtshauptl..., Bezirke, Gerichtsbarkeit.

Amtseid, s. Diensteid.

Amtseigenschaft. S. Amtsmißbrauch, Betrug.

Amtseinkünfte. S. Amtsbefugnisse, Accidentien, Geistliche, Justizämter, Staatsdienst, Staatsgut, Superintendenten.

Amtserschleichung. S. Bestechung.

Amtsfolge. 1) Im Nothfalle haben Richter, Gerichtsschöppen, Voigte u. Unterthanen nach erfolgter Aufforderung die A. oder Gerichtsfolge unverzüglich zu leisten, u. selbst mitanzugreifen, zu arretiren und die Arrestaten mit bewachen zu helfen. Diejenigen, welche dessen sich weigern, oder die, welche Andre wegen Leistung der A. schmähen und als Häscher bezeichnen würden, sollen nachdrücklich bestraft werden. L.O. v. 1482. C. A. T. I. S. 11., Res. gr. v. 22. Juni 1661. Tit. Justiz-S. §. 47. C. A. T. I. S. 226. Vergl. d. G. v. 17. März

1832. §. 53. G.S. S. 181. — Die Zuziehung der A. bei polizeilichen Visitationen wird namentlich angeordnet im Pat. v.15.Dec.1621.C.A.T.I.S.1496., M.v.20. Nov. 1674. ib. S. 1647., Bef. v. 12. März 1753. C.A. C.I. T.I. S. 791., §. 2. d. M. v. 14. Dec. 1753. C.A. C.I. T.I. S.799. u. L.E.W. T. III. S. 81.

Amtsfolger, s. Nachfolger.

Amtsfrohne. S. Frohne.

Amtsführung, s. Amtsgeschäfte.

Amtsfuhren. S. Aemter, Carethenzins, Dienste, Ephoralwagen, Justizämter, Reisekosten.

Amtsgebühren. S. Accidentien, Geistliche, Justizämter, Kosten..., Staatsdienst, Superintendenten.

Amtsgeheimniß, s. Verschwiegenheit.

Amtsgeleit. S. Abgaben.

Amtsgeschäfte. S. Anzeigen, Berichte, Beleidigung, Emeritirung, Justizämter, Gerichtsämter, Bezirksgerichte, Kostenfreih..., Portofr..., Reisekosten, Staatsdienst, Stempelfreih..., Superintendenten, Vormund....

Amtsgewalt. S. Amtsbefugnisse.

Amtshalber. Beziehungen, in welchen die Thätigkeit von Behörden amtshalber u. auch ohne äußere Anregung sich zeigen soll, werden nachgewiesen in den Artikeln: Antrag, Anzeigen, Armenadvocat, Armenrecht, Amtsmaurer..., Begünstigung, Beleidigung, Besichtigung, Berichte, Censur, Concursacten, Dienstpflicht, Ehescheidung, Entführung, Erbfolge, 91., Geschäftsstyl, Grund- u. Hypothekenbuch, Interrogatorien, Kläger, Klage, Kostenfreiheit, Litisreassumtion, Portofreiheit, Polizei, Pfandrecht, Recurs, Rügenproceß, Rückfall, Ruhestörungen, Stempelfreiheit, Testamente, Untersuch..., Verjährung, Verhinderung, Voruntersuchung, Vertheidigung, Wiedereinsetzung.

Amtshandlung. S. Nöthigung, Bedrohung, Störung, Beamte, Behörden.

Amtshauptleute, Amtshauptmannschaften. **1)** Jeder Kreisdirectionsbezirk ist in mehrere Amtshauptmannschaften eingetheilt. Für jede derselben ist der Kreisdir. ein Amtshauptmann beigegeben, der in seinem Bezirke, an einem von der Genehmigung des Ministerii des Innern abhängenden Orte, wohnt. §. 1. d. Rev. Gen.Instr. v.27.Sept.1842. G.S. S.178. **2)** Ueber die neuesten Veränderungen in den erbländ. amtshauptm. Bezirken vergl. die V. v. 28. Mai 1836. G.S. S. 153., u. V. v. 14.Sept. 1838. G.S. S.414. Wegen der Lausitz: V. v. 6. April 1835. §. 3. G.S. S. 238., V. v. 11. April 1835. ib. S. 251. Der Sitz der 2. Amtshptm. der Lausitz ist jetzt Löbau. Bek. v. 2. Nov. 1857. G.S. S. 245. **2)** Die amtliche Stellung der Amtshauptleute ist die von Mitgliedern der Kreisdirectionen. Vergl. das Nähere in §. 2—4. der Rev.Gen.Instr. G.S. v. 1842. S. 178. u. f. dazu §. 22. f. d. V. v. 6. April 1835. G.S. S. 242. **4)** Ueberdem umfaßte ihr Wirkungskreis, von Angelegenheiten, welche der unmittelbaren Leitung der Ministerien und anderen Landesbehörden obliegen, früher noch: **A.** eine gewisse Aufsicht a) auf die Rechtspflege bei den untern Justizbehörden im Allgem., §. 5. der Gen.Instr. G.S. v. 1842. S. 178.— b) auf das Personal derselben, §. 6. ib. S. 179., weswegen die Amtshauptleute die Dienstlisten der königl. Untergerichte zunächst erhielten, worauf sie solche, mit ihren Bemerkungen, unter der Adresse des Präsidenten an das Bezirks-App.-Gericht abgaben, §. 6. cit. u. §. 8. d. V. v. 28. März 1835. G.S. S. 214. — c) auf das Depositenwesen der königl. Untergerichte, V. v. 1. Nov. 1814. C.A. C. III. T.I. S.280., §.7.d. Gen.Instr. S. 179. d. G.S. v.1842., welches der Amtshauptmann jährlich wenigstens einmal, und der Patrimonialgerichte, welches er aber nur nach erhaltenem Auftrage zu revidiren hatte, §. 8. der angef. Gen.Instr. — d) auf das Gefängnißwesen der Untergerichte, §.9.ib., hierzu s.: Gefängnisse;— e) auf die Amts- u. k. Gerichts-Sportelcassen vermöge Auftrags, §. 9. d. V. v. 31. Dec. 1831. G.S. v. 1832. S. 3. — f) Ueberhaupt können die A.H.leute zu Organisationen und Einrichtungen bei Untergerichten, G. v. 28. Jan. 1835. A. §. 4. G.S. S. 63., u. in Justizverwaltungssachen Auftrag erhalten, §. 8. d. V. v. 28.

März 1835. ib. S. 214. — g) Ueber den in Hutungssachen den A.-H.leuten früher ertheilten Auftrag s. d. M. v. 4. Oct. 1828. §. 43. 51. G.S. S. 224. 226. — h) Später wurde die Aufsicht auf d. Untergerichte so verstanden, daß danach die A.-H.leute Beschwerden über Justizverwaltung lediglich zur Kenntniß der Appellationsgerichte zu bringen, oder den Untergerichten mitzutheilen, keineswegs aber über Beschwerden in Rechtssachen bei den Untergerichten Erkundigung einzuziehen, Acten einzufordern, oder Gerichten wegen Verwaltung von Mündelgütern Anweisung zu ertheilen hatten, V. v. 22. März 1845. G.S. S. 61., daß sie ferner die Dienstlisten der königl. Untergerichte zunächst erhielten, und dann an das App.-Gericht abgaben, §. 6. cit. u. §. 8. d. V. v. 28. März 1835. G.S. S. 214., dieß ist aber durch die V. v. 3. Juli 1848. G.S. S. 145. abgestellt worden. Durch die neue Gerichtsorganisation v. J. 1855 ist aber §. 5. u. 7. d. Gen.Instr. ganz außer Kraft gesetzt, u. die Aufsicht d. A.-H.leute auf die Justizpersonen nur auf die Gerichtsämter, inwiefern diese auch Verwaltungsbehörden sind, eingeschränkt. — Die Revision der Gefängnisse (s. d.) durch die A.-H.leute ist ebenfalls näheren Bestimmungen unterworfen worden. Vergl. die V. v. 13. Sept. 1856. §. 7. G.S. S. 225. Dazu den Art.: Gerichtsämter. **B.** Unverkürzt steht den A.-H.leuten noch jetzt zu: Aufsicht a) auf die Polizeiverwaltung in den amtshptm. Bezirken, mit Ausnahme der Städte Dresden u. Leipzig. Das Nähere s. §. 10. f. der Rev.Gen.Instr. G.S. v. 1842. S. 179 f. — (In Bezug auf das den A.-H.leuten eingeräumte Strafbefugniß und die Verwendung der dießfallsigen Strafgelder s. §. 18. 19. ib. S. 181.) b) auf das Gendarmeriewesen des Bezirks, für welches der A.-H.mann Commissarius ist, §. 20. ib. S. 182. c) auf den Nahrungsstand, Handel u. Gewerbe des Bezirks, §. 21. ib. Gesuche um gewerbliche u. landwirthschaftliche Prämien sind in der Regel bei den A.-H.mannschaften anzubringen. Bek. v. 10. Dec. 1844. §. 6. G.S. S. 304., d) vom Generalcommando der Communalgarden haben die A.-H.leute in Bezug auf die Communalgarde Aufträge anzunehmen, V. v. 13. Sept. 1831. G.S. S. 285. **C.** Aufsicht innerhalb des amtshptm. Bezirks a) auf die Finanzverwaltung im Allgem., §. 22. ib., b) auf die Rentamtsverwaltung, §. 23. ib. S. 183., c) auf die Domainenverwaltung, §. 24. ib., d) u. auf die landesherrlichen Gebäude insbes. §. 25. ib., e) auf Straßen- u. Brückenbaue, §. 26. 27. ib. S. 184. u. Berichtig. S. 202., wiewohl die erweiterte Wirksamkeit der Straßenbau-Commissare (s. d.) eine Modificirung der amtshptmschl. Instruction nöthig machte, V. v. 5. Sept. 1849. G.S. S. 179., f) auf Damm- u. Uferbaue, §. 28. ib. S. 185., g) auf das Postwesen, §. 29. ib., h) auf die Salzregie, §. 30. ib., i) die Ausstellung der Gewerbsteuerscheine, §. 31. d. Gen.Instr. G.S. v. 1842. S. 186. u. in gewisser Maße die Gewerbsteuer, §. 31. d. Gen.Instr. G.S. v. 1842. S. 186.; s. hierzu Handel- u. Gewerbtreibende. **D.** In Bezug auf Militairangelegenheiten wird die amtshptmschl. Competenz durch §. 34. der Instr. G.S. v. 1842. S. 186. festgestellt. **E.** In Kirchen-, Schul- u. Stiftungssachen beschränkt sich die Wirksamkeit der A.-H.leute auf die ihnen nach Befinden zu ertheilenden besondern Aufträge, §. 35. ib. S. 187., welche sie auch von dem Apost. Vicariate u. dem kathol. Consistorium erhalten können, M. v. 19. Febr. 1827. §. 19. G.S. S. 17. (Vergl. d. Rescr. v. 24. Juli 1816. C.A. C. III. T. I. S. 155., §. 22 f. d. V. v. 6. April 1835. G.S. S. 242.) **F.** In Communalangelegenheiten üben die A.-H.leute eine ständige Aufsicht, außerdem beschränkt sich ihre Wirksamkeit auf erhaltene besondere Aufträge, §. 36. d. Rev.Instr. G.S. v. 1842. S. 187. — In die Armencassenrechnungen sollen sie an Ort u. Stelle Einsicht nehmen. Vergl. §. 85. d. A.O. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 275. — Ferner sollen sie den Zustand der Local-, Armen-, Kranken- u. Waisenhäuser u. sonstiger Armeninstitute revidiren. §. 85. cit. **G.** Allgemeine Vorschriften über die von ihnen allezeit zu neh-

menden Gesichtspuncte und ihr Verhalten giebt §. 39. d. Rev.Gen.Instr. G.S. v. 1842. S. 188. **II.** Zur Geschichte der Amthauptmannschaften gehört: **1)** Die Aemter sollten mit verständigen, tüchtigen und der Rechte erfahrenen Hauptleuten besetzt werden, Res. gr. v. 22. Juni 1661. Justizs., §. 40. C. A. T. I. S. 224., welche landtagsfähig und im Kreise angesessen seien, Res. v. 3. Juli 1766. no. 6. C. A. C. I. T. I. S. 127., Extr. v. 2. Sept. 1769. no. 11. ib. S. 159. **2)** Sie sollten über den Zustand ihrer Kreise alljährlich Berichte und Tabellen einreichen, Gen. v. 2. Oct. 1781. C.A. C. II. T. II. S. 31. **3)** über den Zustand der Landwirthschaft auf den schriftsässigen Rittergütern u. Dörfern Nachrichten einziehen, Gen. v. 27. Mai 1783. C. A. C. II. T. I. S. 829. **4)** zu Aufhebung der Koppelhutungen mitwirken, Rescr. v. 27. Nov. 1784. C. A. C. II. T. I. S. 879., Instr. v. 1816. §. 42. C. A. C. III. T. I. S. 532. **5)** Ueber die Auslösung der A.H.leute verfügte das Rescr. v. 10. Aug. 1789. C. A. C. II. T. I. S. 589. **6)** Sie sollen ihre Jahresberichte beschleunigen, Gen. v. 22. Jan. 1791. C. A. C. II. T. I. S. 997. **7)** Durch d. Gen. v. 22. Juni 1816. C. A. C. III. T. I. S. 521. erfolgte die Bek. der Instruction der erbländ. A.H.leute, ib. S. 522 f. Dazu erschienen folgende Nachträge: wegen Kirchen-, Schul- u. Stiftungsangelegenheiten d. Rescr. v. 24. Juli 1816. C. A. C. III. T. I. S. 155.; wegen der Obliegenheiten der A.H.leute in Militairangelegenheiten d. Gen. v. 14. Dec. 1816. C. A. C. III. T. I. S. 538 ff., 1. Th. d. Ordonn. v. 19. Juli 1828. §. 329. G. S. S. 139.; hinsichtlich der Concurrenz der A.H.leute beim Königl. Bauwesen d. Rescr. v. 20. Aug. 1816. C. A. C. III. T. II. S. 52., v. 10. Juni 1817. ib. S. 77.; wegen eines Dispositionsquanti bei vorkommenden Calamitäten, d. Gen. v. 27. Jan. 1817. C. A. C. III. T. II. S. 70.; wegen Einsendung d. Armencassenrechnungs-Extracte an die A.H.leute d. Rescr. v. 25. April 1817. C. A. C. III. T. I. S. 550.; wegen der Zeugnisse der A.H.leute über Befreiung vom Militairanspruch, Behufs der Niederlassung im Auslande die V. v. 18. Nov. 1818. §. 3. G. S. S. 93.; ferner eine Erläuterung der Instruction v. 6. März 1823. G. S. S. 31., endlich wegen der Obliegenheit der A.H.leute beim Aufbau neuer Häuser unter Amtsjurisdiction d. Gen. v. 14. Nov. 1825. §. 6. G. S. S. 141. **8)** Ueber den, den A.H.leuten hinsichtlich der Wahl der neuen Stadträthe und der Errichtung der Localstatuten ertheilten Auftrag s. d. V. v. 2. Febr. 1832. §. 1. u. 12. G. S. S. 16. u. 19. **9)** Für die damalige Eine Amtshptmschft. in der O.Lausitz publicirte das M. v. 12. März 1821. G. S. S. 25. eine Instruction. Ueber die Obliegenheiten der A.H.leute in der Lausitz rücksichtlich der Militairangelegenheiten bestimmte d. Rescr. v. 14. Oct. 1822. G. S. S. 429. Vergl. ferner noch in geschichtlicher Hinsicht: den Prager Vertr. v. 15. Sept. 1534. Tit. Schulden, C. A. T. III. S. 42. u. L.C.W. T. II. S. 1287., Instr. v. 28. Sept. 1554. L.C.W. T. II. S. 1338., Art. v. 20. Nov. 1561. L.C.W. T. II. S. 1357., C. A. T. III. S. 100., A. u. G.O. v. 1. Dec. 1612. §. 5. ib. S. 145. u. L.C.W. T. I. S. 4., Instr. v. 7. Sept. 1772. ib. T. II. S. 1434 f., D.F.O. v. 1777. Cap. 2. §. 5. C. A. C. II. T. III. S. 125. u. L.C.W. T. III. S. 366. **I.** Der amtshptmschftl. Wirksamkeit wird auch gedacht in den Artikeln: Actuarien, Anzeigen, Appellationsgerichte, Armencommissionen, Arrest, Auswanderung, Bekanntm..., Bezirke, Bettler, Bevölkerungslisten, Binnenzölle, Blattern, Bürgermeister, Brandstiftung, Censur, Dienstreserve, Dienstlisten, Gast- u. Schänk..., Geburtsschein, Geistliche, Geldstrafe, Gendarmen, Grenze, Jagd..., Militairpflicht, Oberlausitz, II. 2., Polizei, Post, Straßen, Vorfälle, Friedensrichter, Verwaltungbehörden, Telegraphen.

Amtshauptmann, s. Amtshauptleute.

Amtsjurisdiction. S. Bezirke, Bleichen, Gericht..., Justizämter.

Amtskleidung. S. Uniform.

Amtskopisten, s. Copisten.

Amtslandrichter. S. Gerichtspersonen, Section.

Amtslocal, s. Gerichtsstelle.

Amtsmaurermeister. Die A. sind ex officio zu verpflichten. Gen. v. 11. Oct. 1747. C. A. C. I. T. I. S. 1311.

Amtsmißbrauch. **1)** Staatsdiener und andere in besondern öffentlichen Pflichten stehende Personen, welche sich durch Mißbrauch der in ihrer öffentlichen Stellung liegenden Eigenschaften oder Befugnisse oder durch geflissentliche Verabsäumung ihrer Obliegenheiten einer Bedrückung, Mißhandlung oder widerrechtlichen Begünstigung Jemandes schuldig machen, oder durch die obgedachten Handlungen oder Unterlassungen Jemandem Schaden zufügen, sind, dafern nicht die That in ein schwereres Verbrechen übergeht, mit Geld von 10 bis 200 Thalern, in schwereren Fällen mit Gefängniß von 2 Monaten bis zu 2 Jahren zu bestrafen. Str.Gb. v. 1855. Art. 362. **2)** Hierzu vergl.: Amtsverbrechen, Dienstpflicht.

Amtsmühlen. S. Bäcker, Mühlen.

Amtsnachfolger, s. Nachfolger.

Amtsniederlegung, s. Resignation.

Amtspflicht. S. Dienstpflicht, Amtsverbrechen, Zeugen, Zeugen-Vereidung.

Amts-Physikus. S. Bezirksärzte, Physici.

Amtsrichter, s. Gerichtspers.

Amtssachen, s. Amtlich, Amtsarbeit, Amtshalber.

Amtssässigkeit. **1)** Die frühere Amtsunterwürfigkeit der amtssäss. Gerichte hinsichtlich der Appellationen, Beschwerdeführung und der Berichtserstattung ist durch d. M. v. 13. März 1822. §. 1—4. G.S. S. 206. weggefallen. **2)** Ihre Proceß- u. Vormundschaftstabellen reichten die amtssässigen Gerichte an die Appellationsgerichte unmittelbar ein, V. v. 14. Dec. 1833. G.S. S. 585., V. v. 28. März 1835. §. 8. G.S. S. 214. **3)** Denjenigen Kindern, deren Vater unter einer Unterobrigkeit stand, jedoch amtssässige Güter zugleich besaß, konnte der letztern wegen nach dem Ermessen der Oberbehörde ein besonderer Vormund bestätigt werden, V.O. v. 10. Oct. 1782. cap. I. §. 6. C.A. C. II. T. I. S. 386. **4)** Im Allgemeinen gehörte die Bevormundung der Kinder der Amtssassen vor das Amt, V.O. v. 10. Oct. 1782. Cap. I. §. 3. C. A. C. II. T. I. S. 385. **5)** S. Amtsbücher, Bevormundung, Rittergüter.

Amtsschreiber, s. Copisten.

Amtsschulzen. S. Gerichtspersonen.

Amtssiegel. S. Verletzung, Section, Sachverständige.

Amtssportelcasse. S. Justizämter.

Amtsstelle, s. Gerichtsstelle.

Amtssteuereinnahmen. Die ehemaligen A. wurden durch d. V. v. 1. Nov. 1834. §. 1. G.S. S. 311. aufgehoben.

Amtsstube, s. Gerichtsstelle.

Amtstag, s. Gerichtstag.

Amtsthierärzte, s. Thierheilkunde.

Amtstitel, s. Titel, Anmaßung.

Amtstracht. S. Uniform.

Amtsunterthanen. S. Patrimonialger...

Amtsunterwürfigkeit. S. Amtssässigkeit.

Amtsverrichtungen, s. Amtsgeschäfte.

Amtsverbrechen. **1)** Bei allen im letzten Capitel des Str.Gb., d. i. in Art. 362. bis mit 373. erwähnten Verbrechen durch Pflichtverletzung in besondern Verhältnissen soll ein Strafverfahren nur auf Antrag der Dienst- oder Aufsichtsbehörde oder eines durch das Verbrechen Benachtheiligten Statt finden. (S. auch: Antrag.) Der Dienst- oder Aufsichtsbehörde bleiben außerdem die in Gesetzen, Verordnungen, oder Instructionen bestimmten disciplinarischen Verfügungen vorbehalten. Art. 374. des Str.Gb. v. 1855. Vergl. hierzu: Amtsmißbrauch (Art. 362.), Bestechung (Art. 363—370.), Dienstpflicht (Art. 371.), Geheimniß (Art. 372. 373.) Auch s. Dienstvernachlässigung. **2)** Die Criminalbehörden haben alle Anzeigen gegen öffentlich Angestellte wegen Dienstvergehen vorerst deren Dienstbehörde mitzutheilen. V. v. 25. Juni 1852. G.S. S. 235. **3)** Vergl. ferner: Anzeige, Verhinderung, Amtsmißbrauch, Eisenbahn..., Dienst..., Voruntersuchung.

Amtsverrichtungen, s. Amtshandlung.

Amtswegen, s. Amtshalber.

Amtswohnungen. **1)** A. kommen bei

der Personalsteuer nach dem in den Bestallungsdecreten ausgeworfenen Satze in Anschlag, jedoch die A. der Geistlichen, Kirchen- u. Schuldiener bleiben hierbei zur Zeit außer Ansatz, G. v. 24. Nov. 1845. §. 45. G.S. S. 330. **2)** In wieweit Dienstwohnungen der Gerichtsbeamten u. Diener, Kirchen- u. Schuldiener auf dem Lande rc. Befreiung von Gemeindeleistungen genießen, hängt vom Herkommen od. zu treffender Vereinigung ab, Land-Gem.O. v. 7. Nov. 1838. §. 72. G.S. S. 449. **3)** S. Gemeindeleistungen, Heimathsangehörigkeit.

Anabaptisten. S. Wiedertäufer.

Analogie, s. Interpretation, Oberlausitz, I. 3.b.

Anatocismus. S. Zinsen, Wucher.

Anatomische Anstalten (zu Dresden u. Leipzig). **1)** An diese sind abzuliefern: a) die Körper der Enthaupteten (S. noch: Todesstrafe), b) der im Gefängnisse verstorbenen, bereits zur Todesstrafe verurtheilten Verbrecher (S. dazu: Begräbniß), und der geständigen und überführten Capitalverbrecher, c) der todgefundenen u. verunglückten Personen, ausgenommen bei Honoratioren und wo von Verwandten rc. um Gestattung des Begräbnisses gebeten wird, d) u. der vorsätzlichen Selbstmörder (S. dabei: Begräbniß). Bef. v. 6. Juli 1716. C.A. T. I. S. 947., v. 12. April 1723. ib. S. 993., O.A.Pat. v. 27. März 1752. C.A. C.I. T. III. S. 146. L.C.W. T. I. S. 315., Bef. v. 19. Oct. 1763. C.A. C. I. T. I. S. 865., M. v. 20. Nov. 1779. §. 3. C.A. C.II. T. I. S. 757., T. III. S. 157. u. L.C.W. T. III. S. 154., Gen. v. 8. Juli 1794. C. A. C.II. T. I. S. 259., V. v. 4. Juli 1829. u. Laus. V. v. 17. Aug. 1829. G.S. S. 115. u. 143., Cr.Gb. Art. 6. u. 74. G.S. v. 1838. S. 115. 133. **2)** Die Ablieferung geschieht auf Verlangen u. Kosten der zu benachrichtigenden A. A., Gen. v. 1794. l. c., doch kann die Beerdigung verfügt werden, wenn die Abholung bei den Selbstmördern und im Gefängnisse Verstorbenen binnen 3 Tagen nicht erfolgt, oder die Aufbewahrung nach dem Ermessen des Richters und Gerichtsarztes bedenklich ist, z. B. bei solchen, welche an faulichten und ansteckenden Krankheiten gestorben, oder zum Theil in Verwesung übergegangen sind. ib. Wo die Section erforderlich, ist sie vorher an Ort und Stelle legal zu veranstalten. ib. **3)** Bei den Anzeigen wegen erfolgter Selbstmorde und Auffindung todter Körper (S. den Art.: Vorfälle) ist bei 5 Thlr. Strafe mit zu bemerken: ob der Leichnam an das betreffende anatom. Theater abgegeben worden, oder weswegen nicht. Ang. V.V. v. 1829. **4)** [Aeltr. Best.: Vis.-Decr. v. 11. Juli 1616. §. VII. C. A. T. I. S. 919., Res. v. 5. Mai 1718. ib. S. 399., O.A.Pat. v. 9. März 1740. C.A. C. II. T. III. S. 33., Rescr. v. 8. Juli 1794. C.A. C. II. T. I. S. 261. u. Rescr. v. 25. Juni 1802. C.A. C.III. T.I. S. 395. wegen d. Leipz. Georgenhauses.] **5)** S. Hinrichtung, Todesstrafe.

Anbau. **1)** Beim A. wüster Häuser und Güter sollen die Kaufbriefe und Adjudicationsscheine von den Gerichten und Aemtern unentgeltlich ausgestellt werden, M. v. 31. Jan. 1715. C.A. T.I. S. 2509. u. T.II. S. 1629., v. 14. Sept. 1725. C.A. C.I. T.I. S. 519., Ausschr. v. 26. Nov. 1765. no. 5. ib. T.II. S. 344.—[Rescr. v. 19. Nov. 1659. C.A. T.I. S. 285., Res. gr. v. 1661. Conf. S., §. 21. ib. S. 206.] **2)** Solchen Anbauenden soll das Bürgerrecht unentgeltlich gegeben, und sie sollen bei den Handwerken gegen Entrichtung eines geringen Meistergeldes in die Innung aufgenommen werden, M. v. 2. Nov. 1720. C.A. T.I. S. 1929. **3)** Die Gerichtsherrschaften sind bei dem A. wüster Güter zu einigem Erlaß an Diensten, Zinsen und andern Prästandis zu disponiren, und in solchen Fällen, wo sonst unwiederbringliche Caducitäten wieder gangbar zu machen sind, dazu anzuweisen. Res. gr. v. 24. Mai 1766. u. public. 30. Nov. 1769. E. ad 3. C.A. C. I. T.I. S. 152., L. u. Tr. St. Ausschreiben v. 26. Nov. 1764. §. 8. ib. T.II. S. 323. **4)** Vergl. die Art.: Gutsherrliche R., Backöfen, Grundsteuer, Neubaue, Reallasten, Wüstungen, Waldungen.

Anbefehlen, s. Verordnen.

Anberaumen. S. Termine, Vorladung.

Anbetteln. S. Betteln.

Anbieten. S. Auction, Bestechung,

Buchhandel, Lotterie, Subhastation, Vorkauf, Creditpapiere, Falschmünzen, Geld.

Anbohren. S. Forstverbrechen.

Anbot. S. Vorkauf.

Anbrennen. S. Feuer.

Anbringen, s. Gesuche, Anzeigen.

Anciennetät, s. Alter, Dienstalter, Priorität.

Andacht. S. Gottesdienst, Zusammenkünfte.

Andachtsbücher. S. Censur.

Andachtsübungen. S. Zusammenkünfte.

Anderweite Hauptverhandlung. S. Ungehorsam.

Andichten. S. Gerüchte, Betrug, Persönl..., Beleidigung, Pasquill, Verleumdung.

Androhen. S. Drohung, Strafe, Präjudiz, Bedroh...

An eigene Ordre. S. Tratten.

Aneignen, s. Ansichnehmen.

Anempfehlen, s. Anbieten, Empfehlung.

Anerbieten, s. Anbieten.

Anerkennen. S. Doctorwürde, Grund- u. Hyp..., Recognition..., Testamente, Urkunden, Verjährung, Confrontation.

Anermahnen, s. Admonition.

Anfahren. **1)** Das A. in Bergwerken soll in 3 Schichten, früh 4 Uhr, Mittags 12 und Abends 8 Uhr geschehen, und eine Stunde vorher geläutet werden, BergO. v. J. 1536. Art. 83. C.A. T.II. S. 91., BergO. v. 3. Oct. 1554. Art. 74. ib. S. 138., BergO. v. 12. Juli 1589. Art. 70. ib. S. 210., StollnO. v. 12. Juni 1749. Art. 10. §. 1. C.A. C.I. T.I. S. 1398. **2)** S. Berggeschworne.

Anfahrt. S. Dämme.

Anfall. S. Attentat, Erbfolge, Edictalcitation, Erbschaft, Geisteskranke, Hunde, Körperverletzung, Lehn..., Raub.

Anfang. S. Versuch, Alter, Anzeigen, Fristen, Untersuchungsverfahren, Verjährung.

Anfangen, s. Vorsatz, Versuch.

Anfassen, s. Angriff.

Anfechten, s. Rechtsmittel, Klage.

Anfeilen. S. Falschmünzen.

Anfertigen, s. Verfertigen.

Anfeuern, s. Verleitung, Verheißung.

Anflug. **1)** Nach der F.- und H.O. v. 8. Sept. 1560. C.A. T.II. S. 497. sollen die Unterthanen die jungen Gehaue mit dem Rindvieh verschonen, vergl. Res. v. 6. Sept. 1675. no. 11. ib. S. 576. Nähere Bestimmungen geben: d. M. v. 11. Mai 1726. §. 6. f. C.A. C.I. T.I. S. 526., Gen. v. 2. Aug. 1763. §. 2. ib. S. 1534., M. v. 30. Juli 1813. §. 7. f. C.A. C.III. T.II. S. 162., wegen der O.Lauf. d. F. u. H.O. v. 20. Aug. 1767. Cap. I. §. 27., u. Cap. III. §. 16. u. 22. C.A. C.I. T.III. S. 172. u. L.C.W. T.III. S. 695. **2)** S. Forstverbrechen, Waldungen.

Anforderung, s. Forderung.

Anfragen. S. Berichte, Vormund..., Auskunft...

Anfügen. S. Abschriften, Beleidigung, Klage.

Anführen. S. Aussage, Klage, Verleitung, und s. Allegiren.

Anführer. S. Anstiftung, Auflauf, Aufruhr, Gottesdienst, Hochverrath, Landfriedensbruch, Theilnahme, Verbindung.

Anfuhre. S. Fuhren.

Angabe. S. Aussage, Darangeben.

Angeben, **1)** im Termine. Dasselbe besteht darin, daß die erschienene Partei ihre Anwesenheit zum Protokolle anzeigt, M. v. 20. April 1605., v. 11. April 1607., und v. 25. Juni 1616. C.A. T.I. S. 1222. 1241. u. 1243., M. v. 15. April 1696. §. 4. ib. S. 1269., E.P.O. ad T. 4. §. 5. S. 42., ad T. 20. §. 7. S. 129. S. Termin. **2)** S. Anzeigen, Denunciation, Declaration, Zahlung.

Angebinde. S. Aufwand, Taufe.

Angebot. S. Auction, Subhastation, Vorkauf.

Angebrachter Maßen. S. Klage, Litispendenz, Verfahren, Verjährung, I., Wechselfähigkeit, Anschluß, Geringfügige...

Angehörige, **1)** in wieweit sie zu Stellung von Strafanträgen berechtigt, s. Antrag, **2)** über deren sonstige Theilnahme am Untersuchungsprocesse s. die Art.: Wiederaufnahme, Vertretung. **3)** In andern Beziehungen s. die Art.: Noth, Partiererei, Bestechung, Unfähigkeit, Beschlag-

nahme, Haussuchung, Confront..., Zeugen..., Auszug, Betrug, Betteln, Heimaths..., Landgemeinde, Schutzverwandte, Verwandte, Staatsangehörigkeit, Persönlichk..., Familienrechte.

Angeklagte. S. Angeschuldigte.

Angeld, s. Handgeld, Concursgläubiger, A.I., Kauf.

Angelegenheiten. S. Abwesende, Advocaten, Bevorm..., Ehe..., Proceß, Vollmacht, Vormund.

Angeln. S. Fischen.

Angelöbniß. S. Armeneid, Eid, Handgelöbniß, Versprechen.

Angemessen. S. Erfolg, Theilnahme, Versuch, Zumessung.

Anger. S. Dismembration, Gemeinheitstheilung, Zusammenlegung.

Angeschuldigte. **1)** Die eines nach allgemeinen Begriffen entehrenden Verbrechens A. sind, wenn sie nicht völlig losgesprochen worden, unfähig a) zur Wahl von Wahlmännern für den Landtag §. 5. d. G. v. 24. Sept. 1831. G.S. S. 288., b) als Ständemitglieder gewählt zu werden, §. 8. ib.; in beiden Beziehungen s. d. V. v. 30. Mai 1836. zu §. 5. k. G.S. S. 117., c) zu Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte, §. 73. h. d. A.St.O. G.S. v. 1832. S. 36., V. v. 19. Febr. 1835. G.S. S. 156., G. v. 9. Dec. 1837. sub I. G.S. S. 140., d) mithin zum Eintritte in die Communalgarde, G. v. 25. Juni 1840. §. 3. i. G.S. S. 133., endlich e) zu Ausübung des Stimmrechts in der Land-Gemeinde, §. 29. d. L.Gem.O. v. 7. Nov. 1838. G.S. S. 437., und zu Uebernahme von Gemeindeämtern, §. 32. ib. **2)** Auf die Stellung des A. nehmen noch Bezug die Art.: Voruntersuchung, Anklageverfahren, Hauptverhandlung, Anschluß, Untersuchungsverfahren, Wiederaufnahme, Untersuchungskosten, Vollstreckung, Unfähigk..., Rechtsmittel, Beschwerde, Wiedereinsetzung, Uebergang, Abwesenheit, Einstellung, Vernehmung, Nichtigkeitsbeschw..., Unmittelbare..., Beweismittel, Vertagung, Ungehorsam, Appellation in Crim., Admonition, Aussage, Anzeichen, Arrest, Begnadigung, Confrontation, Geständniß, Handgelöbniß, Sicheres G., Vertheidigung.

Angeschwemmtes. S. Fund.

Angesessene, s. Ansässigkeit.

Angesicht, s. Gesicht.

Angestellte. S. Aemter, Beamte, Behörden, Besoldung, Besoldungsabzug, Betrug, Staatsdienst.

Angestiftete. S. Anstiftung.

Angreifen, s. Angriff.

Angrenzen. S. Anmaßung, Grenze, Justizämter, Straßen.

Angriff. S. Amtsfolge, Arrest, Behörden, Beleidigung, Censur, Denunciation, Forstschutz, Hochverrath, Klage, Körperverletzung, Landfriedensbruch, Staatsgefährliche H., Züchtigung, Noth, Versuch.

Anhängen, s. Anfügen.

Anhängigkeit. S. Litispendenz, Verjährung.

Anhalt. S. Münzwesen, Staatsverträge, Paßkarten.

Anhalten, s. Beschlagnahme, Post, Schuldner.

Anhang. S. Verwaltungsbehörden.

Anheegerung. S. Gewässer, Grundsteuer, Grund- u. Hyp.

Anheischigmachen, s. Erbieten.

Anhöhe. S. Ausweichen.

Animiren. S. Verleitung.

Animosität. S. Advocaten, Beleidigung.

Animus, s. Vorsatz.

Ankauf. S. Kauf, Niederlassung.

Ankläger, s. Privatankläger, Commission, Standr...

Anklage. S. Anzeige, Antrag, Denunciation, Privatanklage, Staatsanw...

Anklagestand. S. Angeschuldigte, Untersuch..., Verfassung, Voruntersuchung, Anklageverfahren.

Anklageverfahren. Im Betreff des A. im Strafprocesse gelten diese Bestimmungen: **1)** Nach dem Schlusse der Voruntersuchung hat der Staatsanwalt a) wegen Fortstellung der Untersuchung mittels Einleitung des A. oder b) wegen Einstellung derselben einen schriftlichen Antrag zu den Acten einzureichen. Er hat bei a. zugleich mit Bezugnahme auf die einschlagenden strafgesetzlichen Bestimmungen die

Handlung genau zu bezeichnen, wegen deren er die Fortstellung der Untersuchung beantragt. Es ist ihm jedoch unbenommen, neben der gesetzlichen Bestimmung, welche er für anwendbar erachtet, noch auf andere sich zu beziehen, nach denen er die Handlung für den Fall, wenn die erstere für unanwendbar geachtet werden sollte, bestraft haben will. Der Antrag soll sich auf alle Verbrechen, welche den Gegenstand der Untersuchung bilden, erstrecken. Str.Pr.O. v. 1855. Art. 229. Zu b. hat der Untersuchungsrichter hiervon den Angeschuldigten in Kenntniß zu setzen und sodann die Acten zur Entscheidung über den Antrag an den Vorstand des Bezirksgerichts abzugeben. ib. Art. 230. **2)** Den Antrag des Staatsanwalts auf Fortstellung hat der Untersuchungsrichter dem Angeschuldigten mit der Eröffnung mitzutheilen, daß es ihm freistehe, binnen einer zugleich festzusetzenden kurzen Frist dasjenige, was er behufs der Vervollständigung der Untersuchung noch zu beantragen oder zu seiner Rechtfertigung vorstellig zu machen habe, anzuzeigen. a) Auf Anträge wegen Vervollständigung der Untersuchung hat der Richter Entschließung zu fassen und solche dem Antragsteller bekannt zu machen. Einwendungen gegen die auf dergleichen Anträge vom Richter gefaßte Entschließung sind bei der, später zu erwähnenden Prüfung der Vollständigkeit der Voruntersuchung (s. unten no. 8.) mit zu erledigen. b) Hat der Richter die von dem Angeschuldigten beantragten Erörterungen vorgenommen, so hat er hiervon den Staatsanwalt und den Angeschuldigten in Kenntniß zu setzen. Werden hierauf anderweite Erörterungen beantragt, so ist darauf ebenso wie auf die früheren Anträge zu verfahren. c) Nach Erledigung etwaiger Anträge auf Vervollständigung giebt der Richter die Acten an den Vorstand des Bezirksgerichts ab. Von der erfolgten Abgabe ist der Angeschuldigte baldmöglichst in Kenntniß zu setzen. ib. Art. 231. **3)** Der Staatsanwalt kann sowohl den auf Fortstellung, als den auf Einstellung der Untersuchung gerichteten Antrag bis zur Entscheidung über denselben abändern (s. no. 4.). Zieht der Staatsanwalt den Einstellungsantrag zurück und beantragt er nunmehr die Fortstellung der Untersuchung, so ist nach den Vorschriften des angef. Art. 231. zu verfahren. Von anderen Abänderungen ist der Angeschuldigte dann, wenn sie vor der Abgabe der Acten an den Vorstand des Bezirksgerichts erfolgen, (s. no. 1. zu b., und no. 2. a. C.) in Kenntniß zu setzen. Ob solches auch bei späteren Abänderungen geschehen soll, hängt von dem Ermessen des erkennenden Gerichts ab. ib. Art. 232. **4)** Das Bezirksgericht a) hört nach erfolgter Abgabe der Acten (Art. 230. 231. cit.) in einer hierzu anzuberaumenden Sitzung zunächst den auf Grund der Acten zu erstattenden Vortrag eines seiner Mitglieder über den Sachstand und sodann den Staatsanwalt mit seinen Anträgen und Ausführungen (vergl. Gerichtssitzung). b) Es entscheidet hierauf mittelst Erkenntnisses, ob die Untersuchung fortzustellen und der Angeschuldigte zur Hauptverhandlung zu verweisen, oder ob die Untersuchung einzustellen sei. c) Ueber die Berathung und erfolgte Beschlußfassung ist ein Protokoll aufzunehmen und von sämtlichen Richtern zu unterzeichnen. Die Ansichten und Abstimmungen der einzelnen Richter, sowie die Stimmenzahl, mit welcher der Beschluß gefaßt worden ist, sind jedoch in demselben nicht anzugeben. d) Der Staatsanwalt und der Angeklagte können die Vorlegung des Protokolls zur Einsichtnahme verlangen. e) Das Erkenntniß ist dem Angeschuldigten durch den Untersuchungsrichter bekannt zu machen. Art. 233. der Str.Pr.O. **5)** Hat das Oberappellationsgericht über die rechtliche Natur der angezeigten Handlung bereits entschieden, so ist das Bezirksgericht an diese Entscheidung gebunden, in soweit es nicht der Meinung ist, daß die thatsächliche Unterlage dieser Entscheidung durch die späteren Ergebnisse der Untersuchung abgeändert worden sei. ib. Art. 234. **6)** Auf Einstellung der Untersuchung ist zu erkennen, wenn die weitere Verfolgung als rechtlich unzulässig erscheint (d. h. die angezeigte Handlung an sich nicht strafbar oder ihre Strafbarkeit rechtlich ausgeschlos-

sen oder bereits getilgt, oder der Antrag von einem hierzu nicht Berechtigten gestellt worden), oder wenn ein genügender Entlastungsbeweis vorliegt, oder wenn die erlangten Beweise so ungenügend sind, daß voraussichtlich die Abhaltung der Hauptverhandlung nutzlos sein würde. Das Bezirksgericht hat zugleich über die Kosten des zeitherigen Verfahrens zu erkennen. Die unter: Einstellung citirten Vorschriften des Art. 126. d. Str.Pr.O. sind hier gleichfalls anzuwenden. ib. Art. 235. **7)** Ist kein Grund zur Einstellung der Untersuchung vorhanden, so ist auf Fortstellung derselben mittelst Verweisung des Angeschuldigten zur Hauptverhandlung zu erkennen. a) Diese findet bei dem Bezirksgerichte Statt, welches die Voruntersuchung geführt hat. Str.Pr.O. Art. 236. b) Sollte jedoch die dem Angeschuldigten beigemessene Handlung, wegen deren die Untersuchung fortgestellt wird, als eine solche sich darstellen, welche vor den Einzelrichter gehört (s. Untersuchungszuständigkeit), so hat das Bezirksgericht auf Verweisung an den letzteren zu erkennen, es wäre denn, daß die Untersuchung auch wegen anderer, zur bezirksgerichtlichen Zuständigkeit gehörigen Verbrechen, bei denen derselbe Angeschuldigte betheiligt ist, fortgestellt wird; solchenfalls ist die Verweisung zur Hauptverhandlung auch auf die vor den Einzelrichter gehörigen Vergehen auszudehnen. ib. c) Die Verweisung an den Einzelrichter ist von dem Untersuchungsrichter oder auf Requisition desselben von dem Einzelrichter dem Angeschuldigten, sowie bei den auf Antrag zu untersuchenden Verbrechen auch dem Verletzten bekannt zu machen. Der Einzelrichter hat zu ermessen, ob die Untersuchung bereits für spruchreif zu erachten oder aber ob und in wieweit sie annoch zu vervollständigen sei und hiernach in Gemäßheit der Str.Pr.O. Abth. IV. (s. Untersuchungsverfahren vor d. Einz...) das weiter Nöthige allenthalben zu besorgen. V. v. 31. Juli 1856. §. 59. G.S. S. 169. d) Das Erkenntniß soll die Handlung, deren der Angeschuldigte bezüchtigt wird, und die wesentlichen Ergebnisse der zeitherigen Ermittelungen, sowie das Strafgesetz, welches durch die Handlung für verletzt erachtet wird, angeben. Es kann gleichzeitig auf mehrere Strafgesetze, deren Verletzung in der angeschuldigten Handlung gefunden wird, Bezug genommen werden. Art. 236. d. Str.Pr.O. **8)** Das Bezirksgericht hat vor Ertheilung des Erkenntnisses die Vollständigkeit der Untersuchung zu prüfen und a) nach Befinden die Vervollständigung derselben, sowie, insbesondere zur Erledigung etwa verhangener Nichtigkeiten, die Wiederholung oder Nachholung einzelner Untersuchungshandlungen anzuordnen. b) Der Untersuchungsrichter hat demgemäß das Nöthige zu besorgen, und nach dessen Erfolg, wenn die Ergebnisse der Vervollständigung es angemessen erscheinen lassen, oder es von dem Gerichte mit angeordnet worden ist, die Acten dem Angeschuldigten zur Einsichtnahme vorzulegen. c) Die Acten sind an den Vorstand des Bezirksgerichts wieder abzugeben, worauf anderweit nach dem oben bei no. 4. citirten Art. 233. zu verfahren ist. d) Einwendungen gegen die von dem Bezirksgerichte wegen Vornahme einzelner Untersuchungshandlungen nach Maßgabe des Vorstehenden getroffenen Verfügungen sind, wenn sie bei demselben bis zur Ertheilung des Erkenntnisses angezeigt werden, von ihm gleichfalls zu erledigen. ib. Art. 237. **9)** Wird auf Einstellung erkannt, so kann dieselbe im Erkenntnisse von der vorgängigen eidlichen Bestärkung von Zeugenaussagen abhängig gemacht werden. In diesem Falle ist die Bekanntmachung des Erkenntnisses bis nach erfolgter Eidesleistung auszusetzen. Aendern die Zeugen ihre Aussagen, oder kann die Vereidung aus anderen Gründen nicht geschehen, so ist mit Bekanntmachung des Erkenntnisses Anstand zu nehmen und eine anderweite Entscheidung des Bezirksgerichts einzuholen. ib. Art. 238. **10)** Auch im Falle der Abwesenheit des Angeschuldigten ist auf den Antrag der Staatsanwaltschaft ein Erkenntniß über die Ergebnisse der Voruntersuchung, beziehendlich über die der angestellten Erörterungen zu ertheilen. Insbesondere kann auch auf Grund der

letzteren ein Verweisungserkenntniß wider den Angeschuldigten erlassen werden. ib. Art. 239. u. vergl. dazu: Abwesenheit. **11)** Der Staatsanwalt kann das Erkenntniß des Bezirksgerichts mit der Berufung anfechten, wenn in demselben wegen Mangels genugsamer Verdachtsgründe oder wegen genügenden Entlastungsbeweises auf Einstellung der Untersuchung erkannt ist. Ueber die Berufung des Angeschuldigten gegen die Entscheidung in Betreff des Kostenpuncts im Falle der Einstellung vergl. oben no. 6. Auch s. wegen des Staatsanwalts und des Angeschuldigten den Art.: Nichtigkeitsbeschwerde. **12)** Das Oberappellationsgericht verfährt auf die eingewendete Berufung des Staatsanwalts und entscheidet über dieselbe nach den unter no. 4. 6. 7. und 9. citirten Art. 233. 235. 236. 238. in Verbindung mit Art. 28. 94. Satz 2. d. Str.Pr.O. (S. Gerichtssitzung und Rechtsmittel.) **13)** Das Bezirksgericht, sowie das Oberappellationsgericht haben ferner, wenn von ihnen die Verhaftung des Angeschuldigten für nöthig od. die Wiederaufhebung der Haft für zulässig erachtet wird, auch ohne dießfallsigen Antrag das deshalb Erforderliche zu verfügen. Art. 251. d. Str.Pr.O. **14)** Ist gegen ein Erkenntniß des Bezirksgerichts, in welchem zugleich die Entlassung des Angeschuldigten aus der Haft verfügt worden ist, von der Staatsanwaltschaft Berufung oder Nichtigkeitsbeschwerde eingewendet worden, so hat der Untersuchungsrichter mit der Entlassung bis zu der Entscheidung über das Rechtsmittel Anstand zu nehmen, dafern nicht der Staatsanwalt, welcher hierüber zu befragen ist, zu der Entlassung seine Zustimmung ertheilt, oder ihr, binnen Tagesfrist von der erhaltenen Anfrage an gerechnet, nicht widerspricht. Ang. Art. 251. (vergleiche Art. 136. unter Gestellung.) **15)** Ist neben dem von der Staatsanwaltschaft verfolgten Verbrechen ein von einem Privatankläger verfolgtes Vergehen Gegenstand der Untersuchung gewesen, so bedarf es Seiten des Privatanklägers der Einreichung eines besonderen Antrags auf Fortstellung nicht. Anträge und Erklärungen des Privatanklägers sind dem Angeschuldigten mitzutheilen. Auch hat der Privatankläger ein Recht auf Einsichtnahme des in der Sitzung des Bezirksgerichts und beziehendlich des Oberappellationsgerichts aufgenommenen Protokolls. Str.Pr.O. Art. 252. (s. oben no. 4. u. 12.) **16)** Werden Vervollständigungen der Untersuchung, soweit sie auf die Privatanklage sich bezieht, verfügt, so sind die Acten dem Privatankläger nur unter denjenigen Voraussetzungen, welche hinsichtlich des Angeschuldigten bestimmt worden, vorzulegen. (S. oben no. 8.) Die Rechtsmittel des Privatanklägers sind von der bei no. 13. bemerkten Wirkung in Betreff der Entlassung Verhafteter nicht begleitet. ib. Art. 252. **17)** S. auch: Untersuchungsproceß, Staatsanwalt, Gerichtssitzung, Geheime Sitz., Privatanklage, Nichtigkeitsbeschw. im A., Beweismittel, Neue..., Hauptverhandl..., Vorladung, Schmerzengeld.

Ankommen, s. Ankunft.

Ankündigen. S. Bekanntmachung, Censur.

Ankündigungen, öffentliche, s. Anschläge, Bekanntm...

Ankunft. S. Briefe, Commandirte, Gast- und Schänknahrung, Reiselegitimation.

Anlage. S. Geisteskranke, Körperverletzung, Mord.

Anlagen. S. Beschädigung, Schürfen.

Anlagen, A. für Kirche und Schule. **1)** Zu den Kirchen- und Schul-A. sind alle Mitglieder der Kirchen- und Schulgemeinde, und das ganze, im Kirchen- und Schulbezirke befindliche, Grund-Eigenthum, auch das der Forenser, oder einer andern Confession Angehörenden, bei Beiden aber auch nur ihr Grund und Boden im Bezirke, nicht der außerhalb desselben, zuzuziehen. Parochiallasten-G. v. 8. März 1838. §. 3. u. 21. G.S. S. 267., Laus. V. v. 12. Juli 1842. G.S. S. 88. Wegen der katholischen Grundbesitzer: V. v. 12. Oct. 1841. §. 11. G.S. S. 234. — Bei Erbpachtsgrundstücken ist in der Regel der Erbpachter zahlungspflichtig. G. v. 21. März 1843. §. 3. G.S. S. 19. — Die

G. v. 1838., 1843. u. die Lauf. V. v. 1842. werden, soweit nicht nachstehend eine Aufhebung einzelner §§. d. G. v. 1838. nachgewiesen ist, ausdrücklich bestätigt im G. v. 12. Dec. 1855. §. 10. G.S. S. 662. **2)** In Städten mit der A.St.O. werden die A. nach §. 92. derselben G.S. v. 1832. S. 40. gemacht, und zwar auch für die Kirchen- u. Schulgemeindeglieder verbindlich, welche nicht der Stadt-Gemeinde angehören, oder von solchen A. früher befreit waren. §. 4. d. G. v. 8. März 1838. G.S. S. 267. **3)** In Städten mit der L.Gem.O. und in Dörfern ist $1/2$ der A. auf alle Einwohner über 14 Jahre nach Köpfen, und $1/2$ auf den Grundbesitz nach der Grundsteuer zu vertheilen. §. 5. ib. Doch ist den Vertretern der Kirchen- und Schulgemeinden die Wahl eines andern Aufbringungsfußes, wobei aber die §§. 37. 38. d. L.Gem.O. festgehalten werden müssen, zu beschließen freigestellt. Das Nähere enthält §. 3—6. d. G. v. 12. Dec. 1855. G.S. S. 659. f. Wegen der früher steuerfreien Stücke s. §. 8. d. G. v. 8. März 1838. Diese §. ist aber durch das G. v. 12. Dec. 1855. §. 1. G.S. S. 659. aufgehoben. Desgl. §. 7. d. G. v. 1838., wonach: a) die Gemeinden das auf die Köpfe repartirte $1/2$, mit Genehmigung der Inspection, nach einem örtlich angemessenern Fuße, obschon nicht mit Beiziehung des Grundbesitzes, und b) die besagten Städte den ganzen Anlagenbedarf nach dem im Localstatute bestimmten Gemeinde-Anlagenfuße ausbringen konnten. — Wegen der Lauf.: V. v. 12. Juli 1842. §. 3. G.S. S. 88. c) Wegen des $1/2$ vom Grundbesitze vor Einführung der Grundsteuer s. §. 24. d. G. v. 8. März 1838. G.S. S. 271., welche §. aber durch das G. v. 12. Dec. 1855. §. 1. G.S. S. 659. ebenfalls aufgehoben ist. **4)** In gemischten Kirchen- und Schulbezirken ist die Quote, nach der die Stadtgemeinde, die dahin eingepfarrten oder eingeschulten Landgemeinden, sowie die Rittergüter, zu den A. beitragen, entweder schon früher bestimmt, oder neuerdings durch die Inspectionsbehörde zu reguliren gewesen, oder im Administrativjustizwege festzusetzen. G. v. 8. März 1838. §. 6. G.S. S. 267., V. v. 12. Juli 1842. §. 3. G.S. S. 88. **5)** Die Besitzer der Rittergüter tragen als Mitglieder der Kirchen- u. Schulgemeinden zu allen Kirchen- u. Schul-A. nach Köpfen u. dem Grundbesitze bei, G. v. 8. März 1838. §. 9. u. vergl. §. 5. G.S. v. 1838. S. 268., doch nur in der Parochie, wohin der Rittergutshof eingepfarrt ist, §. 11. ib., und soweit nicht das Rittergut durch Vertrag oder rechtskräftige Entscheidung, in beiden Fällen auf den Grund factischer Verhältnisse, nicht blosen Herkommens oder gesetzl. Befreiung, von Parochiallasten frei ist. §. 10. ib. a) Der Beitrag der früher nicht beigezogenen Rittergüter beruhte bis 1855. entweder auf freier Vereinigung, od. besteht in einer für sie ausgeworfenen Quote, nach welcher sie überhaupt zu Kirchen- und Schulbedürfnissen, unabhängig von weiteren Beschlüssen der Gemeinden, beitragen. Vergl. §. 12. ib. b) Letztre war in Betreff des $1/2$ nach der Kopfzahl der Familie des Rittergutsbesitzers, soweit dieselbe auf dem Gute wohnhaft und nicht befreit war, festgestellt, wogegen die auf dem Rittergute befindlichen andern Personen der Kirchen- oder Schulgemeinde zur Beiziehung zugewiesen waren und zu der Kopfzahl der Familie nicht gehörten, §. 13. ib. Die citirten §§. 12. u. 13. sind aber aufgehoben durch das G. v. 12. Dec. 1855. §. 1. G.S. S. 659. — Wegen der O.Lauf. s. die V. v. 12. Juli 1842. §. 4. G.S. S. 88. c) Zu dem nach dem Grundbesitze aufzubringenden $1/2$ trugen die Rittergutsbesitzer nach der Grundsteuer ihrer Güter bei (früher nach der Grundfläche), §§. 14. 15. 17. d. G. v. 8. März 1838. G.S. S. 269., auch durfte ihr Beitrag nicht $2/3$ der Hälfte von den Grundstücken übersteigen, u. überdem gingen davon den früher nicht beigezogenen Rittergütern 25 pr. C. zu Gute. §. 15. cit. Neu abgetrennte Stücke genossen aber diesen Abzug nicht. ib. Diese §§. 14. u. 15. sind aber aufgehoben im G. v. 12. Dec. 1855. §. 1. G.S. S. 659., soweit es nicht schon mit dem G. v. 18. Nov. 1848. G.S. S. 274. geschehen war. Wegen der Lausitz: V. v. 12. Juli 1842. §. 5. G.S. S. 89. Seit 1855. ist der Beitrag der Rit-

tergüter, unabhängig von der besondern Umlegungsart unter den übrigen Gemeindetheilnehmern, blos nach dem in der cit. §. 5. d. G. v. 1838. gegebenen Maßstabe zu berechnen. Zu dem nach der Kopfzahl Aufzubringenden hat der Rittergutsbesitzer nur für sich und seine Familie, soweit sie auf dem Gute wohnt und nicht persönlich befreit ist (s. unten no. 8.), beizutragen. Andre im Rittergute wohnende Personen sind der Kopfzahl der übrigen Gemeinde beigesellt. G. v. 12. Dec. 1855. §. 7. G.S. S. 660. d) Rittergüter ohne Grund und Boden sind von Beiträgen zu Parochiallasten vom Immobiliarbesitze frei. §. 16. d. G. v. 1838. e) Rittergutsbesitzer sind auch, wenn ihnen nicht das Patronatrecht zusteht, gleich den anderen Parochianen über neue Parochialeinrichtungen, aus welchen neue Lasten entstehen, zu hören, §. 18. ib. f) Den Rittergütern stehen in den vorbemerkten Beziehungen alle andere Güter, welche zu den Parochianen in gleichem Verhältnisse wie erstere stehen, sowie die Kammergüter, gleich. ib. §. 19. Ueber den Beitrag der Staatsgrundstücke, der im Zweifel im Administrativjustizwege festgestellt wird, s. §. 18. d. G. v. 8. März 1838. G.S. S. 270. **6)** Stiftungsmäßige und ähnliche regelmäßige Kirchen- und Schulbeiträge der bis zum Parochialgesetze von A. freigebliebenen Güter können von A. zu dem nemlichen Zwecke gekürzt werden, vergl. §. 22. ib. **7)** A. zu frühern Schulden einer Kirchen- oder Schulgemeinde können von den bisher befreiten Grundstücken nur gefordert werden, wenn über deren Verbindlichkeit dazu rechtskräftig entschieden ist. ib. §. 23. **8)** Von den persönlichen Anlagen für Kirchen- und Schulzwecke sind frei: a) die Bekenner einer der Kirchengemeinde fremden, vom Staate anerkannten Religionsgesellschaft, jedoch für Schulzwecke nur, wenn sich eine öffentliche Schule ihres Glaubens am Orte, oder so nahe befindet, daß die Kinder den erforderlichen Unterricht in derselben vollständig genießen können, G. v. 6. Juni 1835. §. 3. G.S. S. 280., §§. 3. u. 25. d. G. v. 8. März 1838., u. §. 8. unter a. d. G. v. 12. Dec. 1855. G.S. S. 659.; b) angestellte Geistliche und Lehrer an denjenigen Schulen, welche nach dem Schulgesetze von den Gemeinden erhalten werden, für ihre Personen u. Familien, G. v. 12. Dec. 1855. §. 8. unter b. G.S. v. 1858. S. 661., wegen der Lausitz: V. v. 12. Juli 1842. §. 6. G.S. S. 89.; c) alle Militairpersonen mit Ausnahme der Hauptleute u. der gleichgestellten Militairs in ihren Standquartieren, solange sie im activen Dienste sind. Ang. G. v. 1855. §. 8. unter c. (S. Religion.) d) Alle andern persönlichen Befreiungen haben aufgehört. §. 25. d. G. v. 1838. u. §. 8. d. G. v. 1855. G.S. S. 661. **9)** Eine Realbefreiung steht zu: a) allen Grundstücken der Kirchen- oder Schulgemeinde, in welcher die A. erhoben werden; b) den Kirchen, Schulen, Pfarr- und Schullehrerwohnungen s. Zub., den zum unmittelbaren Gebrauche milder Stiftungen gehörigen Gebäuden und Gärten, einschließlich der Armenhäuser, den Begräbnißplätzen, Kirchhöfen, Leichenhäusern und Todengräberwohnungen, ohne Rücksicht auf Confession u. Bezirk; c) allen sonstigen Grundstücken der Kirchen, Schulen, Pfarr- und Schullehne u. milden Stiftungen, welche der Gemeinde, worin die A. erhoben werden, selbst angehören oder speciell gewidmet sind; d) allen Grundstücken, welche sie durch Vertrag oder rechtskräftige Entscheidung auf den Grund factischer Verhältnisse, nicht blosen Herkommens oder gesetzlicher Befreiung erlangt haben, §§. 3. 26. d. G. v. 8. März 1838. G.S. S. 267., G. v. 21. März 1843. §. 4. G.S. S. 19.; e) den Staatswaldungen samt darin und dabei gelegenen Feldern, Wiesen, Lehden, Teichen, Torfstichen, u. eben diesen Besitzungen der Universität Leipzig und Landesschule zu Grimma, obschon nur mit gewissen Modificationen, G. v. 21. März 1843. §§. 1. u. 2. G.S. S. 19. f) Alle übrigen frühern Realbefreiungen sind aufgehoben, doch, wo sie titulo oneroso erworben, gegen Zurückgabe dessen, was die Gemeinden früher für eine solche Befreiung von den Befreiten erhalten haben. Die Realbefreiungen der letztern Art sind erloschen, wenn sie

nicht binnen 3 Jahren von Publ. d. G. v. 8. März 1838. an bei der Inspection angemeldet worden sind, hat man sie aber gegründet befunden, so können sie jeder Zeit von den Gemeinden, auch wider Willen des Grundstücksbesitzers, abgelöst werden. §. 26. d. G. v. 8. März 1838. G.S. S. 267. g) Bleibende Befreiungen von den, den Mitgliedern einer Kirchen- oder Schulgemeinde, als solchen, obliegenden Leistungen, namentlich Realbefreiungen können nicht mehr erworben werden. §. 27. ib. S. 272. **10)** Im Betreff der Vertretung der evangel. Kirchengemeinden in den Angelegenheiten ihres kirchlichen Bedarfs s. den Art.: Kirchen- u. Schulgemeinden. **11)** Das G. v. 12. Dec. 1855. erklärt übrigens die im Art. Aemter B. 11. angegebenen frühern Normen für die Beiträge der Filialisten und auch alle lediglich auf jene Bestimmungen bisher ertheilten Entscheidungen für ferner unanwendbar. Ang. G. v. 12. Dec. 1855. §. 9. G.S. S. 661. **12)** Die kathol. Glaubensgenossen in den Erblanden bezahlen die festgesetzten Stolgebühren an ihre Geistlichen als Besoldungsantheil derselben, und das Schulgeld an diejenigen Schulen, welche von ihren Kindern besucht werden. Der aus den Kirchen- und Schulvermögen nicht gedeckte Bedarf wird, provisorisch, als Zuschlag der Gewerb- und Personalsteuer unter den Katholiken der Erblande aufgebracht. §. 28. ib., V. v. 31. Mai 1838. G.S. S. 380. Die weitere Ausführung enthält die V. v. 12. Oct. 1841. G.S. S. 232., samt Erläut. in der V. v. 21. Aug. 1845. G.S. S. 184. [Vorher: VV. v. 10. Oct. 1839. G.S. S. 269., und v. 10. Oct. 1840. G.S. S. 237.] — Wie es mit der Erhebung der kathol. Kirchen- und Schul-A. im J. 1841. gehalten worden ist, s. in der V. v. 12. Oct. 1841. G.S. S. 238. Wegen 1842. s. die V. v. 26. Sept. 1842. G.S. S. 136., für das J. 1843. die V. v. 1. Sept. 1843. G.S. S. 96., für 1844. die V. v. 13. Aug. 1844. G.S. S. 204., für 1845. die V. v. 21. Aug. 1845. G.S. S. 184., für 1846. die V. v. 29. Aug. 1846. G.S. S. 208. Auch die zu den Deutsch-Katholiken übergetretenen Dissidenten haben dazu beizutragen. ib. Wegen 1847. s. die V. v. 30. Aug. 1847. G.S. S. 140. Wegen der nachfolgenden Jahre vergl. man: für 1848. die V. v. 28. Aug. 1848. G.S. S. 171., für 1849. die V. v. 4. Oct. 1849. G.S. S. 238., für 1850. die V. v. 30. Sept. 1850. G.S. S. 249., für 1851. die V. v. 18. Sept. 1851. G.S. S. 329., für 1852. die V. v. 20. Sept. 1852. G.S. S. 290., für 1853. die V. v. 1. Oct. 1853. G.S. S. 197., für 1854. die V. v. 5. Oct. 1854. G.S. S. 176., für 1855. die V. v. 26. Sept. 1855. G.S. S. 598., für 1856. die V. v. 27. Aug. 1856. G.S. S. 238., für 1857. die V. v. 22. Aug. 1857. G.S. S. 169., für 1858. die V. v. 30. Aug. 1858. G.S. S. 254., für 1859. die V. v. 30. Aug. 1859. G.S. S. 320. **13)** S. auch: Abgabenreste, Bier, Brandwein, Concursgläubiger, Kirchenvermögen, Kirchrechnung, Kirchen- und Schulgemeinden, Reallasten. **B.** Ueber Anlagen für andre Zwecke s. die Art.: Armencasse, Concursgläub., Gemeindeleistungen, Haushaltplan, Innungswesen.

Anlangen, s. Ankunft, Gesuche.

Anlaß, s. Veranlassung.

Anlegen. Anlegung. In verschiedenen Bedeutungen dieser Begriffe finden sich Nachweise unter: Arrest, Anleihen, Anlagen, Ausleihung, Brandstiftung, Feuer, Hunde, Jagd, Militairpersonen, Neubaue, Vorsatz, Apotheken, Fabriken, Handel- u. Gewerbtreibende, Mühlen.

Anleihen. Ueber die v. J. 1807. an gemachten öffentlichen A. sind folgende Bestimmungen publicirt worden: **1)** über die erste Fregesche A., d. Avertiss. v. 19. Nov. 1807. C.A. C.III. T.II. S. 25., wegen der zweiten A., d. Avertiss. v. 22. Jan. 1810. ib. S. 27., und wegen der Anlegung von Mündel- und andern Geldern darin, d. Gen. v. 5. Dec. 1807. C.A. C.III. T.I. S. 227. T.II. S. 26., v. 31. Jan. 1810. ib. S. 235. T.II. S. 28., ferner über das Verfahren wegen entwendeter oder verloren gegangener Partialobligationen, Zinsleisten oder Coupons von den beiden Fregeschen A., ingl. die Verjährung betr., das Rescr. v. 25. Aug. 1810. C.A. C.III. T.I. S. 243., und über die gänzliche

Rückzahlung dieser A. in d. G.S. v. 1824. d. Beilage z. St. 23. S. 4.; **2)** wegen der Reichenbachschen A., d. Rescr. v. 22. Mai 1811. C. A. C. III. T. I. S. 255., Avertiss. v. 30. April 1811. C. A. C. III. T. II. S. 472., Avertiss. v. 7. Nov. 1812. ib. S. 550., Avertiss. v. 21. Mai 1813. ib. S. 551.; **3)** über die bei der Ausgleichungscasse durch die Landescommission eröffnete A. von 300000 Thlrn., d. Rescr. v. 20. Aug. 1812. C. A. C. III. T. I. S. 266.; **4)** in Bezug auf die v. d. Ständen der Niederlausitz durch das Handelhaus Frege eröffnete A., d. Rescr. v. 28. Sept. 1812. ib. S. 267.; über die bei van der Breling von den O.Lauf. Landständen gemachte A. v. 1813., d. Rescr. v. 4. Mai 1813. L.C.W. T. VI. S. 443.; **5)** über die Cassenbilletsanleihe v. 1813., d. Avertiss. v. 18. Aug. 1813. C. A. C. III. T. II. S. 36.; **6)** über die Zwangsanleihe während des Gouvernements das Ausschr. v. 6. Mai 1816. C. A. C. III. T. II. S. 560., Rescr. v. 5. Febr. 1817. C. A. C. III. T. I. S. 300.; **7)** wegen der Cassenbilletsanleihe v. 1817., Rescr. v. 14. April 1817. C. A. C. III. T. I. S. 301., u. d. Ankündig. v. 12. April 1817. C. A. C. III. T. II. S. 75., O.A.Pat. v. 26. April 1817. L.C.W. T. VI. S. 443. **8)** Wegen der neueren Zeit schlage man die Art.: Staatsschuldencasse, Ständeversammlung nach. **9)** Rücksichtlich städtischer Anleihen u. in einigen anderen Beziehungen s. die Art.: Armencasse, Ausleihung, Camenz, Chemnitz, Darlehen, Dienstverhältniß, Edictalcitation, Freiberg, Landgemeinden, Leipzig, Lotterie, Markneukirchen, Staatspapiere, Stadtvermögen, Urkunden, Oederan, Auerbach, Annaberg, Oschatz, Frankenberg, Glauchau, Lösnitz, Plauen, Eisenbahnen.

Anleitung, s. Verleitung, Lehrer, Schulunterricht.

Anliegen, s. Gesuche, Angrenzen.

Anlocken. S. Menschenraub, Verleitung.

Anmachen. S. Wein.

Anmalen. S. Farben.

Anmaßung. 1) Wer die Grenzen seines Grundstücks zur Benachtheiligung der benachbarten Grundstücke erweitert, und sich eines Theils der letztern durch Abackerung oder auf andere Weise ungebührlich anmaßt, ist auf Antrag zu bestrafen. S. Grenzen. Früher: Art. 286. d. Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 179. **2)** Die widerrechtliche Benutzung einer fremden Sache wider den Willen des Eigenthümers oder Besitzers war, auf Anzeige desselben, in soweit sie nicht in ein anderes Verbrechen ausgeartet ist, bis zu Gefängniß von 4 Wochen, oder mit verhältnißmäßiger Geldbuße, zu bestrafen. Cr.Gb. v. 1838. Art. 287., jetzt: s. Diebstahl, VI. **3)** Die widerrechtliche A. einer gefundenen fremden Sache wird nach Art. 241. des Cr.Gb. v. 1838. G.S. S. 170., wenn der Werth über 1 Thlr. beträgt, mit Gefängniß bis zu 8 Wochen, oder wenn dieß nicht über 3 Wochen ansteigt, mit verhältnißmäßiger Geldbuße bestraft. Gegenwärtig s. Fundunterschlagung. **4)** Die Ausübung eines öffentlichen Dienstes, insbesondere der Verrichtungen eines Sachwalters, Notars, Mäklers, Arztes, Wundarztes, oder einer Hebamme, ohne die dazu erforderliche Berechtigung durch die Staatsbehörde, war mit Gefängniß bis zu 3 Monaten, oder, in sofern die Gefängnißstrafe nicht die Dauer von 6 Wochen übersteigt, mit verhältnißmäßiger Geldbuße zu ahnden. Art. 267. d. Cr.Gb. v. 1838. G.S. S. 176. Vergl. aber wegen der Gegenwart: Medikasterei, Winkelschriftstellerei. **5)** Wenn Verwaltungsbehörden Schriften Solcher vorkommen, die nicht zur jurist. Praxis berechtigt sind, so haben sie, wenn die Schrift (z. B. bei gewerbmäßiger Schriftenfertigung) als unbefugte Einmischung in die jurist. Praxis zu betrachten ist, solchenfalls der competenten Justizbehörde das Verfahren zu überlassen, V. v. 31. Juli 1839. §. 1. G.S. S. 203., V. v. 28. April 1845. G.S. S. 80. **6)** Die Untersuchung und Bestrafung aller im Art. 267. verpönten Medicinalvergehen gehört vor die Justizbehörden: a) soweit dabei ein culposes Verbrechen gegen Leben und Gesundheit eines Menschen concurrirt; b) soweit das Vergehen eigentliche Medikasterei und Quacksalberei von Unbefugten und Pfuschern betrifft; c) wenn die durch ein solches Medicinalpolizei-

vergehen anderer, an sich legitimirter Personen verwirkte Strafe das gesetzlich polizeiliche Strafmaß überschreitet; vor die Polizeibehörden, mit den Ausnahmen unter a und c, soweit von Untersuchungen gegen wirklich legitimirte Medicinalpersonen wegen Contraventionen gegen ihre Obliegenheiten und Ueberschreitung ihrer Function und A. eines Mehreren, als ihnen gesetzlich zusteht, die Rede ist. Uebrigens steht auch wegen solcher Vergehen, deren Untersuchung vor die Justizbehörde gehört, den Polizeibehörden die erste Cognition zu, wenn die Contravention nicht etwa sogleich zur Kenntniß der Justizbehörde gebracht wird. V. v. 31. Juli 1839. §. II. a—e, G.S. S. 203. **7)** Die Cognition über Beschwerden gegen Kaufleute wegen unbefugten Arzneiverkaufs, soweit letzterer nur den Apothekern oder concessionirten Laboranten zusteht, bleibt den Polizeibehörden vorbehalten. V. v. 31. Juli 1839. §. II. sub f. G.S. S. 204. **8)** Die betrügliche A. von Amtstiteln oder amtlichen Eigenschaften erschwert die Strafe des Betrugs. Wegen früher: Art. 254. d. Cr.Gb. v. 1838. G.S. S. 173. Jetzt s. Betrug, B.2. **9)** Die unbefugte Anmaßung d. Handwerksbetriebs od. Handels auf dem Lande, oder Ueberschreitung der diesfalls im G. v. 9. Oct. 1840. enthaltenen nähern Bestimmungen sind, das erste Mal um fünf Thaler, im Wiederholungsfalle mit erhöhter, bis zu zwanzig Thalern ansteigender Geld- oder im Falle des Unvermögens verhältnißmäßiger Gefängnißstrafe zu belegen. §. 37. d. ang. G. G.S. v. 1840. S. 253. **10)** S. auch: Advocaten, Betrug, Diebstahl, Hunde, Gemeinheitstheilung, Jagd, Veruntrauung, Vormundschaft.

Anmeldung, 1) der Nichtigkeitsbeschwerde. S. Rechtsmittel, Nichtigkeitsbeschw... **2)** in anderen Deutungen s. Abwesende, Anlagen, Edictalcitation, Concurs..., Beichte, Dienstreserve, Militairpflicht, Reallasten, Subhastation, Termin, Liquidiren.

Anmeldungsposten. S. Steuerbehörden.

Anmerkung. S. Acten, Arrest, I., Auction, Gerichtsbarkeit, Grund- u. Hyp., Protokolle, Aufzeichnung.

Anmuthen, s. Ansinnen.

Annaberg. 1) In Bezug auf das dasige Gymnasium s. d. Bek. v. 2. Mai 1831. G.S. S. 98. **2)** Die Statuten des Gewerbevereins zu A. sind bestätigt m. Decr. v. 2. Oct. 1854. G.S. S. 179. **3)** Der Stadtrath daselbst ist befugt, Reisepässe in's Ausland auszustellen. V. v. 15. Juli 1829. §. 1. G.S. S. 126. **4)** Die Anleihe u. die Stadtschuldscheine: Bek. v. 1. Oct. 1856. G.S. S. 383. **5)** Die Sparcasse: Decr. v. 30. Jan. 1857. G.S. v. 1857. S. 55.

Annaburg. Die wegen des dasigen Soldatenknaben-Instituts mit Preußen vereinbarten Bestimmungen enthält die Haupt-Conv. v. 28. Aug. 1819. Art. 20. G.S. S. 287.

Annageln. S. Vorladung.

Annahme. 1) A. der Hilfe als vollstreckt: s. Executionsverfahren. **2)** In anderen Beziehungen dieses Wortes geben Nachweise die Artikel: Adhäsion, Apotheken, Appellation, Aemter, Adoption, Beklagte, Concurs, Eid, Falschmünzen, Gesinde, Gerichtsbarkeit, Lehrlinge, Münzwesen, Patrimonial..., Patronat..., Testamente, Vagabonden, Vorladung, Wechsel, Acceptation, Bestechung.

Annahmelehn. S. Auszug, Lehnwaare.

Annectiren, s. Anfügen.

Annehmen, s. Annahme.

Annoncen. S. Censur, Papiergeld, Bekanntmach...

Annotation, s. Anmerkung.

Annulliren. S. Ehesachen, Nullität.

Anonym, s. Namen.

Anonyme Anzeige. S. Voruntersf...

Anordnen, s. Unternehmen, Verordnen.

Anordnung, amtliche, s. Amtsblatt, Befehl, Antrag.

An Ordre. S. Indossam...

Anpflanzen. S. Alleen, Baumfrevel, Bäume, Forstverbr..., Waldungen.

Anpreisen. S. Empfehlung.

Anrathen. S. Empfehlung.

Anrechnen. S. Anlagen, Compensation, Milderung, Abschlagsz...

Anrechnung, s. Urheber, Untersuchungshaft, Vollstreckung, Aussetzung, Zurechn...

Anrecht. S. Rechte.

Anregen, s. Anreizung.

Anregung. S. Verjährung.

Anreißen. S. Forstdieb..., Forstverbrechen.

Anreizung. S. Versamml..., Vereine, Anstift..., Körperverl..., Zweikampf, Zurechn..., Auffordern, Leidenschaft, Aufruhr, Auftreiben, Bund, Theilnahme, Staatsgefährl..., Todschlag, Widersetz...

Anrüchig. S Ehrenrechte.

Anrühmen. S. Empfehlung.

Anrufen. S. Appellation, Jagd, Zollbeamte.

Ansägen. S. Forstverbrechen.

Ansässigkeit. S. Amtshauptl., Anlagen, Armencasseneinnehmer, Ausländer, Caution, Grund..., Gemeindeleistungen, Hausbesitzer, Heimathsangehörigkeit, Innungen, Kostenvorstand, Niederlassung, Wahlen, Unterthanenrecht.

Ansässigmachung, s. Unterthanenrecht, Niederlassung.

Ansagen. S. Gemeindeleistungen.

Anschaffung. S. Aufwand, Bäcker, Kauf.

Anschläge b. Appellationsgerichte. S. Appellationsger., b. vorm. Appellationsgerichte, Ober-Appell...

Anschläge (Plakate). **1)** Einfache Ankündigungen gesetzlich erlaubter Versammlungen, denen die erforderliche Anzeige oder Genehmigung vorausgegangen ist, sowie Anzeigen über öffentliche Vergnügungen, über gestohlne, verlorne und gefundene Sachen, über Verkäufe und Vermiethungen und sonstige Nachrichten für den gewerblichen Verkehr, dürfen zwar ohne vorherige polizeiliche Erlaubniß, jedoch nur an den im Voraus dazu bestimmten Orten öffentlich angeschlagen werden, Plakate anderer Art nur nach vorher erlangter Genehmigung der Ortspolizeibehörde. Diese Genehmigung ist zu versagen, wenn dieselben den Strafgesetzen zuwiderlaufen, persönliche Beleidigungen enthalten, oder wegen ihres irreligiösen, unsittlichen oder aufreizenden Inhalts gefährlich erscheinen. Preß-G. v. 14. März 1851. §. 23. G.S. S. 67. **2)** Die Handhabung dieser Vorschriften und der darauf Bezug habenden Strafen (2—100 Thlr. Geld oder 2 Tage — 3 Mon. Gef.) liegt allenthalben den Sicherheitspolizeibehörden ob. Die ertheilte Genehmigung zum öffentlichen Anschlage haben die Polizeibehörden jedesmal auf den betreffenden Plakaten entweder schriftlich oder durch Aufdrückung eines amtlichen Stempels zu bemerken. V. v. 15. März 1851. §. 15. G.S. S. 75. u. Ang. G. §. 25. **3)** A. an Gerichtsstelle: Vorladung, Oeffentliche V... **4)** S. Verletzung.

Anschlag. Auf die in der bisherigen Gesetzgebung vorkommenden mannigfachen Beziehungen dieses Begriffs führen die Artikel: Gehilfen, Werth, Aufruhr, Abwesende, Bekanntmachung, Bäcker, Bret, Behörden, Complott, Censur, Concursproceß, Edictalcitation, Privatgenugthuung, Sequestration, Theilnahme, Verschwender, Bewirthungstaxen, Forstschutz, Jagd, Subhastation, Vorladung.

Anschluß an das Strafverfahren. **1)** Mit dem Straferkenntnisse ist, auf den Antrag des Beschädigten, die Verurtheilung des Angeklagten zur Ersatzleistung, insonderheit zur Rückgabe entzogener Sachen, soweit die Ersatzpflicht als rechtliche Folge des Verbrechens erscheint, wegen dessen er verurtheilt wird, dann zu verbinden, wenn aus den zum Zwecke der Untersuchung nöthig gewordenen Erörterungen die Verbindlichkeit zum Ersatze mit ausreichender Bestimmtheit sich ergiebt, und dasjenige, was deshalb zu leisten ist, ohne förmliche Beweisführung und ohne daß hierdurch die Untersuchung aufgehalten wird, festgestellt werden kann. Str.Pr.O. v. 1855. Art. 434. **2)** Der Beschädigte hat a) in den vor dem Bezirksgerichte anhängigen Untersuchungen den Antrag auf Verurtheilung des Angeklagten zur Ersatzleistung bei dem Untersuchungsrichter bis zum Schlusse der Voruntersuchung und im Falle unmittelbarer Vorladung noch vor der Vorladung zur Haupt-

verhandlung bei dem Bezirksgerichte anzubringen. Spätere Anträge sind nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Angeklagten zuzulassen. Str.Pr.O. Art. 435. b) In den vor dem Einzelrichter anhängigen Untersuchungen kann der Antrag bis zur Fällung des Erkenntnisses gestellt werden. ib. c) Der Antragsteller hat bestimmt anzugeben, worauf er seine Forderung richte, auch dieselbe, auf Verlangen des Gerichts, näher zu begründen. ib. d) Der Antrag ist dem Angeklagten mitzutheilen und letzterer mit seinen etwaigen Einwendungen zu hören. ib. Art. 435. **3)** a) Mangeln die Voraussetzungen der Verurtheilung (oben no.1.) oder werden gegen den Anspruch oder zur Aufrechthaltung desselben von den Parteien erhebliche Thatsachen angeführt, deren Erörterung nicht zum Behufe der Entscheidung in der Strafsache nöthig ist, so hat das bei der Hauptverhandlung erkennende Gericht, beziehendlich der Einzelrichter, den Beschädigten mit der Geltendmachung seiner Ansprüche zur besonderen Ausführung im Wege des bürgerlichen Processes zu verweisen. Str.Pr.O. Art. 436. b) Ist jedoch nur der Betrag des Schadens noch in Frage, so kann dem Beschädigten auf dessen Antrag die eidliche Bestärkung des Betrags, nach vorgängiger Prüfung und Feststellung desselben durch das Strafgericht, in dem Straferkenntnisse nachgelassen und für den Fall der eidlichen Bestärkung die Verurtheilung des Angeklagten auf Erstattung dieses Betrags gerichtet werden. ib. c) Eine gänzliche oder theilweise Entbindung des Angeklagten von dem Anspruche ist nicht zulässig, eine theilweise Verurtheilung verbunden mit theilweiser Verweisung zur civilprocessualischen Ausführung aber nur in soweit statthaft, als die einzelnen Ersatzansprüche dergestalt unabhängig von einander sich darstellen, daß sie getrennt erörtert und entschieden werden können. ib. d) Insbesondere kann das Strafgericht die Verurtheilung blos auf Rückgabe der entzogenen Sache richten und dagegen die Geltendmachung der weiteren Schäden auf den Weg des bürgerlichen Processes verweisen. ib. Art. 436. e) Wird auf einen Bestärkungseid erkannt, so hat der Richter das Erkenntniß eventuell auch auf den Fall der Nichtleistung zu richten. V. v. 31. Juli 1856. §. 95. G.S. S. 182. f) Mit Abnahme desselben ist bis nach Rechtskraft der Entscheidung Anstand zu nehmen. ib. g) Sie erfolgt in einem, auf Antrag der einen oder anderen Partei von dem Strafrichter anzuberaumenden Termine, zu welchem er die Parteien unter den in den Civilproceßgesetzen vorgeschriebenen Präjudicien und unter Einräumung der ebendaselbst bestimmten Fristen vorladet. ib. h) Ebenso geschieht dieselbe nach Maßgabe der in diesen Gesetzen bezüglich der Zeit und der Formen der Leistung von gesetzlichen Notheiden (Erfüllungs- und Reinigungs-Eiden) ertheilten Vorschriften. ib. i) Es leiden daher hier die einschlagenden Vorschriften des G. v. 30. Mai 1840., das bei Eidesleistung der Israeliten zu beobachtende Verfahren betr., vollständig Anwendung. Ang. §. 95. **4)** In den vor dem Bezirksgerichte anhängigen Untersuchungen a) ist der Beschädigte, welcher sich dem Strafverfahren angeschlossen hat, von dem Schlusse der Voruntersuchung, dafern eine solche Statt gefunden, und von den Entscheidungen über die Verweisung zur Hauptverhandlung in Kenntniß zu setzen, auch zur Hauptverhandlung mit vorzuladen. Str.Pr.O. Art. 437. b) Er kann der Hauptverhandlung von Anfang an beiwohnen, bei derselben sich des Beistandes eines Sachwalters bedienen oder auch durch einen solchen vertreten lassen. Das Bezirksgericht hat jedoch auch bei dem Außenbleiben des Beschädigten über den von ihm gestellten Antrag zu entscheiden. ib. c) Er kann zur Geltendmachung seiner Rechte bei der Hauptverhandlung an den Angeklagten, sowie an die Zeugen und Sachverständigen durch den Gerichtsvorsitzenden Fragen richten, auch schon während der Beweisaufnahme das Wort erhalten. ib. d) Am Schlusse der Verhandlung wird er noch vor dem Staatsanwalte mit der Rechtfertigung seiner Anträge gehört. Er kann sich aber

zu deren thatsächlichen Begründung nur auf die Ergebnisse der Untersuchung stützen. ib. e) Wegen Bevollmächtigung des Sachwalters des Beschädigten ist den Vorschriften der bürgerlichen Proceßgesetze nachzugehen. V. v. 31. Juli 1856. §. 96. G.S. S. 182. **5)** In den bei dem Einzelrichter anhängigen Untersuchungen hat letzterer den Antrag des Beschädigten bei der Beweisaufnahme, soweit solches nicht eine Verzögerung der Entscheidung über die Straffache herbeiführen würde, in Obacht zu nehmen. Beraumt er einen Termin zur Beweisaufnahme und mündlichen Verhandlung vor sich an (s. Untersuchungsverfahren vor dem Einzelrichter, und dort Art. 364.), so hat er auch den Beschädigten hierzu vorzuladen. Die Vorschriften des Art. 437. in Betreff der Hauptverhandlung leiden sodann hier gleichfalls Anwendung. ib. Art. 437. **6)** Die Entscheidung des Gerichts erfolgt in dem Erkenntnisse über das angezeigte Verbrechen. Das Gericht hat in jedem Falle auch über die durch den Anschluß verursachten besonderen Kosten und zwar nach den Grundsätzen des bürgerlichen Processes zu entscheiden. ib. Art. 438. Erläßt der Richter eine Strafverfügung nach Art. 368. der Str.Pr.O. (s. Strafverfügung), a) so kann er, wenn der Beschädigte den Antrag auf Verurtheilung des Angeschuldigten in Ersatz des Schadens gestellt, auch das, was er deshalb fordert, bestimmt angegeben hat, die entsprechende Auflage wegen Leistung des verlangten Ersatzes in die Strafverfügung mit aufnehmen. Str.Pr.O. Art. 439. b) Diese Auflage wird unter der im Art. 368. (a. a. O.) enthaltenen Voraussetzung, ebenso wie die Strafverfügung selbst, rechtskräftig. ib. c) Erhebt der Angeschuldigte innerhalb der 10tägigen Frist eine Einwendung gegen die Strafverfügung, so wird dadurch auch die Verurtheilung in den Schadenersatz aufgehoben. ib. d) Beschränkt er jedoch die Einwendung nur auf die letztere, so bleibt die Strafverfügung im Uebrigen in Kraft und es ist die Einwendung als eine Berufung gegen die Verurtheilung in den Schadenersatz zu betrachten. ib. Art. 439. u. s. unten no. 9. **7)** Der Beschädigte kann a) zwar sowohl vor Einleitung als während des Strafverfahrens seine Schädenansprüche bei dem Civilgerichte geltend machen. Str.Pr.O. Art. 440. b) Es ist jedoch eine gleichzeitige Verfolgung derselben vor dem Civilgerichte und in dem Strafverfahren unzulässig. ib. c) Es soll daher der A. an das Strafverfahren als die Zurücknahme der etwa bereits erhobenen Civilklage und die Erhebung der letzteren als die Rücknahme des etwa bereits erklärten Anschlusses betrachtet werden. ib. d) Der Beschädigte kann sich dem Strafverfahren nicht mehr anschließen, wenn bereits im bürgerlichen Processe durch eine Entscheidung, welche rechtskräftig geworden oder gegen welche ein ordentliches Rechtsmittel nicht weiter zuläßig ist, die Verurtheilung in den Ersatzanspruch oder die Entbindung von demselben endgültig erfolgt ist. ib. e) Dagegen behindert eine Abweisung der Klage in der angebrachten Maße den A. an das Strafverfahren nicht. ib. Art. 440. **8)** Dem Beschädigten steht es frei, den Anschluß an das Strafverfahren bis zur Rechtskraft der Entscheidung über denselben zurückzunehmen. Er hat jedoch solchenfalls die durch den A. etwa verursachten Kosten zu übertragen. Im Falle der Zurücknahme ist der Beschädigte bei Geltendmachung seiner Ansprüche im bürgerlichen Processe auf sein Vorbringen bei dem Anschlusse, insbesondere auch auf die dabei aufgestellte Schädenberechnung nicht beschränkt. Dieß gilt auch in dem Falle, wenn er durch das Strafgericht mit seinen Ansprüchen an das Civilgericht verwiesen worden ist. ib. Art. 441. **9)** Der Verurtheilte kann die Entscheidung des Strafgerichts über den Antrag des Beschädigten und zwar, wenn sie vom Bezirksgerichte ertheilt wurde, mit der Berufung, wenn sie von dem Einzelrichter ertheilt wurde, mit dem Einspruche anfechten. Str.Pr.O. Art. 442. a) Ueber die Berufung entscheidet das Oberappellationsgericht, über den Einspruch das Bezirksgericht. ib. b) Die allgemeinen Bestimmungen der

Str.Pr.O. über diese Rechtsmittel gelten auch hier. ib. Art. 442. c) Die Anberaumung eines Verhandlungstermins ist in dem Gesetze nicht angeordnet. Ist jedoch von dem Verurtheilten oder von der Staatsanwaltschaft ein Rechtsmittel gegen die Entscheidung in der Strafsache eingewendet worden, über welches von demselben Gerichte der zweiten Instanz in einem Verhandlungstermine zu entscheiden ist, so ist über die Berufung gegen die Entscheidung bezüglich des geforderten Schadenersatzes gleichfalls in dem Termine zu verhandeln und zu entscheiden. V. v. 31. Juli 1856. §. 97. G.S. S. 182. d) Es ist daher solchenfalls der Beschädigte von dieser Vereinigung in Kenntniß zu setzen und ihm das Erscheinen im Termine nachzulassen. Der Angeklagte sowie der Beschädigte können dann in dem Termine das Wort zur Ausführung beziehendlich zur Widerlegung der Berufung nehmen. ib. e) Aus der Vorschrift bei b. folgt, daß die Berufung dem Beschädigten von dem Gerichte mitzutheilen, die Einräumung von Fristen zur Ausführung oder Widerlegung des Rechtsmittels jedoch nicht zulässig (vergl. noch Str.Pr.O. Art. 91. Satz 3. unter: Rechtsmittel A.) und bezüglich der Berichtserstattung den Bestimmungen des Art. 92. (a. a. O.) nachzugehen ist. Ang. V. v. 1856. §. 98. G.S. S. 182. **10)** Gegen die Entscheidung über diese Rechtsmittel ist eine weitere Berufung nur in soweit zuläßig, als der Betrag dessen, wozu der Angeschuldigte verurtheilt worden ist, diejenige Summe erreicht, nach welcher bei zwei gleichlautenden Erkenntnissen die Civilproceßgesetze noch eine Berufung zulassen. In diesem Falle entscheidet als Gericht dritter Instanz, dafern die zweitgerichtliche Entscheidung von dem Bezirksgerichte ertheilt worden, das Oberappellationsgericht und, dafern von diesem die zweitgerichtliche Entscheidung ertheilt worden, ein anderer Senat des Oberappellationsgerichts, als welcher die angefochtene Entscheidung ertheilt hatte. ib. Art. 443. **11)** In den oberen Instanzen kann in der Hauptsache nur entweder die Entscheidung bestätigt oder der Beschädigte zur Anstellung förmlicher Klage verwiesen werden, wobei denselben das im Art. 436. Satz 3. gedachte Befugniß (s. oben no. 3.) gleichfalls zusteht. Ueber die in den oberen Instanzen erwachsenen Kosten ist nach den Grundsätzen des bürgerlichen Processes zu entscheiden. ib. Art. 444. **12)** Etwaige Nichtigkeitsbeschwerden, soweit sie blos die Entscheidung über den Antrag des Beschädigten betreffen, sind lediglich mittelst der Berufung, beziehendlich des Einspruchs, und zwar nur so weit, als diese Rechtsmittel nach Art. 442. 443. citt. zulässig sind, geltend zu machen. ib. Art. 445. Dem Staatsanwalte, sowie dem Beschädigten steht gegen die Entscheidung über die Ersatzfrage weder eine Berufung oder ein Einspruch, noch eine Nichtigkeitsbeschwerde zu. ib. Art. 446. **13)** Eine Berufung, beziehendlich ein Einspruch des Verurtheilten gegen das strafgerichtliche Erkenntniß ist, dafern nicht von ihm besondere Beschwerdepuncte aufgestellt sind und diese eine andere Willensmeinung aussprechen, als zugleich gegen die Verurtheilung in den Schadenersatz gerichtet anzusehen. ib. Art. 447. Wird auf ein gegen die Verurtheilung in der Strafsache eingewendetes Rechtsmittel oder in Folge der Wiederaufnahme des Strafverfahrens der Verurtheilte frei gesprochen, so ist dadurch zugleich die im Straferkenntnisse erfolgte Verurtheilung in Betreff der Ersatzfrage für aufgehoben zu erachten. Der Beschädigte kann jedoch solchenfalls seine Ansprüche noch bei dem Civilgerichte geltend machen. ib. Art. 448. **14)** Ist in Folge einer in Betreff der Strafsache eingewendeten Nichtigkeitsbeschwerde eine anderweite Verhandlung in der Strafsache abzuhalten, oder eine anderweite Entscheidung zu ertheilen, so hat das Strafgericht hiervon den Beschädigten, welcher sich dem Strafverfahren angeschlossen hatte, in Kenntniß zu setzen und sodann die früher gestellten Anträge desselben, soweit er sie nicht zurückgenommen (vergl. noch Art. 440. Satz 2. 3. oben unter 7.), ohne daß es deren Wiederholung bedarf, zu berücksichtigen. ib. Art. 448. **15)** Wird

gegen ein freisprechendes Enderkenntniß die Wiederaufnahme der Untersuchung gestattet, so ist solches dem Beschädigten, welcher sich früher dem Strafverfahren angeschlossen hatte, zu eröffnen, und kann derselbe seinen Antrag wegen Ersatzleistung bei dem Strafgerichte wiederholen, soweit nicht bereits im bürgerlichen Processe durch eine Entscheidung, welche Rechtskraft erlangt hat oder gegen welche ein Rechtsmittel nicht weiter zulässig ist, die Verurtheilung in den Ersatzanspruch oder die Entbindung von demselben endgültig erfolgt ist. Dagegen behindert eine Abweisung der Klage in der angebrachten Maße den anderweiten Anschluß nicht. ib. Art. 448. **16)** Wird durch das Strafurtheil der Angeklagte der ihm beigemessenen Handlung für schuldig erkannt, so ist solches auch für die Entscheidung über die Ansprüche auf Erstattung der aus dieser Handlung entstandenen Schäden in soweit maßgebend, als in dem Erkenntnisse die Handlung und die Verübung derselben durch den Angeklagten für bewiesen erachtet worden sind. Art. 449. Diese Bestimmung gilt sowohl für das Strafgericht erster Instanz, wenn es über die Anträge des Beschädigten, welcher dem Strafverfahren sich angeschlossen hatte, entscheidet, als auch für die oberen Instanzen, wenn sie in Folge Einspruchs oder Berufung des Verurtheilten über die Entscheidung einer ihnen untergeordneten Instanz zu erkennen haben. ib. **17)** Die unter 16. gegebene Bestimmung des Art. 449. gilt auch für die Civilgerichte, wenn der Beschädigte Civilklage erhoben und vor Fällung des Enderkenntnisses letzter Instanz auf die Entscheidung des Strafgerichts sich berufen hat. Wird jedoch das Straferkenntniß erst in zweiter oder dritter Instanz beigebracht, so ist die Sache auf Verlangen der einen oder anderen Partei zur anderweiten Entscheidung an das Gericht erster Instanz zurückzugeben. Der Anberaumung eines besonderen Termins zu Production des Erkenntnisses bedarf es nicht. Auch ist der Beklagte mit einem Gegenbeweise, daß die strafbare Handlung überhaupt nicht oder doch nicht von ihm verübt worden, nicht zu hören. Hierbei soll es allenthalben keinen Unterschied machen, ob der Beschädigte sich dem Strafverfahren vorher angeschlossen hatte oder nicht. ib. Art. 449. **18)** Das Vollstreckungsverfahren in Betreff der Verurtheilung in Ersatzleistung gehört vor das Civilgericht des Verurtheilten. ib. Art. 450.

Anschluß an das Verbrechen. S. Urheber.

Anschuldigen. S. Anzeigen, Angeschuldigte, Denunciation.

Anschwärzen. S. Verleumdung.

Anschwellen. S. Dämme, Mühlen, Wasser.

Ansehen, s. Achtung.

Ansetzen, s. Anberaumen, Liquidiren.

An sich bringen, s. Erwerb.

An sich nehmen. S. Anmaßung, Besitz, Diebstahl, Fund, Lotterie, Raub, Selbsthilfe, Veruntrauung, Partiererei, Fund..., Unterschlag...

Ansinnen. S. Gesinde, Theilnahme, Versuch, Verleitung.

Anspach. S. Staatsverträge.

Anspänner. S. Bauern, Eid, Pferde, Vorladung.

Anspannen, s. Anstrengen, Anschwellen.

Ansprechen. S. Betteln.

Anspruch, s. Forderung.

Anstalt, s. Vorbereitung, Vorkehrung, Verordnen, Einrichtungen, Unternehmen.

Anstalten. **1)** Oeffentliche A. der Krone sind Staatsgut, §. 16. d. V. U. v. 4. Sept. 1831. G. S. S. 244. **2)** Die für besondere öffentl. A. zur Aufrechthaltung der Ordnung und Disciplin durch Gesetze, Verordnungen oder Instructionen angedrohten Ordnungs- und Zwangsstrafen bestehen neben dem Criminalstrafgesetze in Kraft, V. v. 30. März 1838. §. II. G. S. S. 111. u. f. Strafgesetzbuch. **3)** In anderen Beziehungen geben Nachweise die Artikel: Staatsgut, Landes-Versorgungs- u. Heilanstalten, Straf-Anstalten, Wohlthätigkeitsanst., Stiftungen, Lehranst..., Erbfolge, 104 f., Erziehungs-A., Armen-A., Anatom. A., Feuerversicherungs-A., Creditpapiere, Aeltern, Aemter, Verjährung,

Universität, Pfandrecht, Sparcassen, Besserungsanstalten, Versicherungsanstalten, Concursgläubiger, A. III., Gemeindeleistungen, Oberlausitz, IV., Bräunsdorf, Großhennersdorf, Hubertusburg, Dresden, Leipzig, Revieranstalten, Schuldarrest, Hofrang...

Anstand. S. Spielen, Tanz, Achtung, Höflichkeit.

Anstandgeben, s. Sistiren.

Anstandnehmen. S. Appellation; und s. Versäumniß, Weigerung.

Anstandsbrief. S. Moratorien.

Ansteckung. S. Betten, Gewerbsgehilfen, Hunde, Krankheit.

Ansteckung, s. Lustſ...

Anstellen, s. Anstiften, Unternehmen, Denunciation, Gewerbs..., Klage, Litisdenunc., Verleitung.

Anstellung. S. Aemter, Ausland, Bestechung, Gesinde, Geburtshilfe, Staatsdienst, Anstiftung, Niederlassung, Dienstanstellung, Unterthanenrecht.

Anstellungsbehörde. S. Antrag auf Bestrafung.

Anstellungskosten. S. Aemter, B. D., Kirchen- und Schulgemeinden.

Anstellungsprüfung, s. Aemter, Prüfung.

Anstiften, Anstiftung. **1)** Anstifter eines Verbrechens ist, wer einen Andern durch Gewalt, Drohung, Befehl, Auftrag, Versprechen oder Geben einer Belohnung, Ueberredung oder andere vorsätzliche Einwirkungen auf dessen Willensbestimmung zu dem Verbrechen, oder der Ausführung desselben veranlaßt. Str.G.B. v. 1855. Art. 62. Dem Anstifter ist gleich zu achten, wer einen Anderen vorsätzlich durch Erregung oder Benutzung eines Irrthums zu einer Handlung, die ohne diesen Irrthum dem Letzteren als ein Verbrechen überhaupt oder als ein schwereres Verbrechen zuzurechnen sein würde, veranlaßt. ib. Art. 63. **2)** Ist es in Folge der Anstiftung zu der von dem Anstifter beabsichtigten That oder einem Versuche derselben gekommen, so trifft den Anstifter die auf das Geschehene gesetzte Strafe. Hat die Anstiftung keinen Erfolg gehabt, so trifft den Anstifter die Strafe des nicht beendigten Versuchs desjenigen Verbrechens, zu welchem er anstiften wollte. ib. Art. 64. **3)** Hat das Verbrechen nach den persönlichen Verhältnissen des Angestifteten oder nach der besonderen Willensrichtung desselben eine andere strafrechtliche Natur, als nach den Verhältnissen oder der Willensrichtung des Anstifters, oder ist der Angestiftete bei der Ausführung des Verbrechens weiter gegangen, als der Anstifter vermuthen konnte, so gilt für die Beurtheilung des Anstifters das Nämliche, was für die gleichen Fälle in Art. 55. u. 56. d. Str.-Gb. (s. Gehilfen) in Betreff des Gehilfen im Verhältnisse zum Urheber oder den mehreren Urhebern bestimmt ist. Hat sich jedoch der Anstifter des Angestifteten nur als Mittels für seine eigenen Zwecke bedient, so richtet sich die Strafe des Ersteren lediglich nach seinem Verhältnisse zur That. ib. Art. 65. **4)** S. noch: Antrag auf Bestrafung, — Brandstiftung, Feuer, Anzeigen, Behörden, Urheber, Verbindung, Reue, Militairpersonen, Verjährung, Landfried..., Widersetzung, Aufruhr, Auflauf, Hochverrath, Gottesdienst, Ruhestörung, Körperverletzung, Zumess..., Gleichartigk..., Untersuchungszuständ..., Zweikampf, Handgemenge. **5)** Wenn beim Militair ein Oberer einen Niederen zu einer strafbaren That oder zur Theilnahme daran veranlaßt hat (oben bei 1 Art. 62. u. 63. d. Str.Gb.), so ist gegen den ersteren die nach Art. 64. (oben unter 2) je nach Verschiedenheit der Fälle verwirkte Strafe in angemessener Weise bis um die Hälfte zu erhöhen und nach Beschaffenheit der Umstände durch Degradation, beziehendlich Cassation zu verschärfen, anstatt der im letzten Absatze dieses Artikels zugesicherten Straflosigkeit aber auf eine Strafe zu erkennen, welche bis zu einem Dritttheile derjenigen ansteigen kann, womit das Verbrechen, zu welchem er angestiftet, bedroht ist. M.Str.Gb. v. 1855. §. 48.

Anstößig, s. Unsittlichkeit.

Anstrengen. S. Arbeitshausstrafe, Zuchthaus.

Ansuchen, s. Gesuche.

Antecessor, s. Vorgänger.

Antheil. S. Ablösung, Gemeinheits...,

Erbfolge, Erbschaft, Theilnahme, Verbürgung, Zusammenleg..., Zumessung.

Anthun, s. Anfügen.

Antichretischer Vertrag. S. Pfandrecht.

Anticipiren. S. Interusurium, Kosten, Beischlaf.

Antiquare. S. Polizei, Bücherwesen.

Antrag 1) auf Ersatzleistung. S. Anschluß. **2)** auf Wiederaufnahme der Untersuchung, s. Wiederaufn... **3)** in der Sitzung: s. Gerichtssitzung, Geheime S. **4)** S. Unmittelbare V., Anklageverf., Wiedereins... **5)** auf Einleitung der Untersuchung: s. Voruntersuchung. **6)** S. auch: Gesuche, Anzeigen.

Antrag auf Bestrafung. Anordnung der Untersuchung. **I.** Folgende Vergehungen gegen das Strafgesetz werden nur auf das ausdrückliche Verlangen Betheiligter, bezüglich auf Anordnung des Justizministerii untersucht u. gestraft: **1)** die Verletzungen der Ehre durch Verleumdung (s. d.) und Beleidigung (s. d.), jedoch mit Ausnahme der am Schlusse des Art. 246. d. Str.Gb. genannten Fälle. (S. diese unter Beleidigung.) Art. 246. d. Str.Gb. v. 1855. — **2)** die Verbrechen der Exterritorialen und der Ausländer im Auslande, hier mit gewissen Beschränkungen, s. Ausländer. Art. 4. u. 5. d. Str.Gb. v. 1855. — **3)** die Verbrechen der Ausländer oder Inländer im Auslande oder Inlande, welche im II. Theile des Str.Gb. und zwar im 1. Capitel als Staatsverbrechen gegen einen auswärtigen Staat oder Regenten, im 2. Capitel als Majestätsverbrechen, u. im 3. Capitel als Auflehnung u. dergl. gegen ausländ. Behörden verpönt sind; s. Untersuchung. Art. 6. d. Str.Gb., — ferner kann die Beleidigung auswärtiger Staatsbeamter durch die Schrift vom Justiz-Ministerio zur Bestrafung gebracht werden, Art. 246. a. E. (s. Beleidigung 8.c.) — **4)** die Störung des Hausfriedens (s. d.) Art. 151. d. Str.Gb. — **5)** leichte Körperverletzungen (Art. 167. bei 3. d. Str.Gb.) ohne die Erschwerungen Art. 171. und dieselben Vergehen aus Unbedachtsamkeit oder in Ueberschreitung eines Züchtigungsrechts (s. Körperverletzung und Freiheitsberaubung, 3.) Art. 174—176. 199. d. Str.Gb. — **6)** die Entführung (s. d.) in den Fällen Art. 188 —192., ausgen. der Schlußsatz in Art. 188., — Art. 193. u. vergl. unten II. 5., — **7)** die Nöthigung und die Drohung, ausgen. die Fälle Art. 203. u. 204. (s. Nöthigung), Art. 207., — **8)** die unerlaubte Selbsthilfe (s. d.) Art. 247., — **9)** der Ehebruch, Art. 263. 264., u. die bösliche Verlassung, Art. 267., — **10)** die Entwendung eines dem Diebe eigenthümlich gehörigen Gegenstandes, wofern sie nicht als wirkl. Diebstahl oder als Selbsthilfe zu betrachten, Art. 274., — **11)** der Betrug bei Verträgen und der Creditbetrug beim Nichtvorhandensein von Erschwerungsgründen, Art. 286., — **12)** die Unterschlagung außerhalb eines Vertrauensverhältnisses, Art. 289. unter 3., und die strafbare Fundunterschlagung, Art. 291., — **13)** die Entwendung unschätzbarer Gegenstände oder widerrechtl. Benutzung fremder Sachen u. andere Eigenthums-Beeinträchtigungen nach Art. 330., 1.—5. Satz, — **14)** die Entfrembung u. die Entwendung u. d. von Eßwaaren in den nicht ausgenommenen Fällen, Art. 302. u. 303., — **15)** der bösliche Bankrott im Falle des Art. 306., — **16)** das leichtsinnige Aufborgen, Art. 309., — **17)** Gebrauch fremder Waarenbezeichnungen, Art. 312., — **18)** die Täuschung in Bezug auf persönliche Verhältnisse, nach Art. 313. Satz 1., — **19)** die betrügerische Bevortheilung Bevormundeter u. Verleitung zur Flucht aus der Familie, Art. 315. 316., — **20)** die betrügerische Verleitung zur Ehe, Art. 317., — **21)** die Verführung zur Unzucht, Art. 318., — **22)** die betrügerische Hinterziehung von Abgaben und Täuschung der Behörden, Art. 319., — **23)** die Beeinträchtigung fremden Grundeigenthums, Art. 332., — **24)** die Beschädigung fremden Eigenthums in den Fällen des Art. 335., — **25)** die Verbreitung nachtheiliger Gerüchte, Art. 338., — **26)** die Ansteckung, Art. 359., — **27)** alle Pflichtverletzungen in besondern Verhält-

nissen nach Art. 362—373., s. Art. 374., — **28)** die Forstvergehen (s. d.), Hutungsvergehen (s. d.), Jagdvergehen (s. d.) und die am Wasserlaufe (s. Gewässer), Art. 19. d. G. v. 11. Aug. 1855. G.S. S. 307. **29)** wegen der Militairvergehen, welche nur auf Antrag disciplinarisch strafbar sind, vergl. das M.Str.Gb. (s. d.) §. 37. **30)** In Untersuchungen, welche nach dem Cr.Gb. oder dem Forst-Str.G. v. 2. April 1838. von amtswegen einzuleiten waren, nach der Gesetzgeb. v. 1855. aber nur auf Antrag angestellt werden können, hat, insofern noch die rückwirkende Kraft des neuen Gesetzes Statt hat (s. Strafgesetzbuch, 3.) und ein A. nicht bereits in den Acten vorliegt, der Richter vor Fortstellung der Untersuchung die berechtigte Person oder Behörde zu einer Erklärung deshalb zu veranlassen, und im Falle diese nicht binnen einer Sächsischen Frist, von Zeit der Aufforderung an, auf Fortstellung der Untersuchung anträgt, dieselbe beizulegen. Die Angeschuldigten haben solchenfalls die bis dahin aufgelaufenen Unkosten abzustatten. Ist aber die Verbindlichkeit zu der Kostenabstattung nach der Lage der Untersuchung zweifelhaft, so sind die Kosten von staatswegen zu übertragen. V. v. 13. Aug. 1855. §. 8. G.S. S. 179. **31)** Ueber die ältre Gesetzgebung des J. 1838. vergl. das Cr.Gb. v. 1838. Art. 119. G.S. S. 142., ferner Art. 203. 135. 139. 154. 168. 214. 216. 265. 266. 238. 246. 260. 263. 264. 252. 281. 287. 311. 312. 326., G. v. 3. April 1838. G.S. S. 220., u. G. v. 16. Juni 1840. G.S. S. 103., V. v. 27. Nov. 1846. G.S. S. 311. **II.** Wer zu Stellung des Strafantrags berechtigt sei, und wie weit der Antrag wirke. **1)** In Fällen, wo nach den Bestimmungen des Str.Gb. ein Strafverfahren nur auf A. einzuleiten ist, steht das Recht zu solchem, wo nicht etwas Anderes besonders festgesetzt ist, nur Demjenigen zu, der durch das Verbrechen unmittelbar in seinem Rechte verletzt ist. Str.Gb. v. 1855. Art. 98. **2)** a) Für Minderjährige, welche d. 14. Jahr ihres Lebens noch nicht zurückgelegt haben, für Geisteskranke, ingleichen für Taubstumme, welche zu bevormunden sind, sind deren gesetzliche Vertreter, jedoch der Vormund nur mit Genehmigung der Vormundschaftsbehörde, zu dem A. berechtigt. ib. Art. 99. b) Bei Verbrechen gegen andere Minderjährige sowohl der Verletzte selbst, als auch für denselben dessen Vertreter. Für eine minderjährige Ehefrau kann jedoch der A. auf Bestrafung des Ehemannes von den gesetzlichen Vertretern derselben nicht gestellt werden. ib. Art. 100. S. hierzu: Polizei. **3)** Personen, welche gerichtlich für Verschwender erklärt worden sind, haben wegen Verbrechen gegen ihre Person den erforderlichen A. selbst zu stellen. Wegen Verbrechen gegen ihr Vermögen kann derselbe sowohl von dem Verschwender, als auch von dem Vormunde, und zwar von dem Letzteren selbst wider den Willen des Verschwenders, gestellt werden. ib. Art. 101. **4)** Außerdem sind Personen, denen die Verwaltung oder Beaufsichtigung eines fremden Vermögens oder von Theilen desselben übertragen ist, mit Ausnahme der im Art. 302. d. Str.Gb. (s. Entfremdung) erwähnten Fälle, zur Stellung von Anträgen auf Bestrafung von Beeinträchtigungen dieses Vermögens auch ohne besonderen Auftrag für ermächtigt zu achten. ib. Art. 102. **5)** Haben bei einem Verbrechen mehrere Personen als Urheber, Anstifter, Gehilfen oder Begünstiger mitgewirkt, deren Bestrafung von dem A. eines Betheiligten abhängt, so ist das Strafverfahren nur gegen diejenigen zu richten, gegen welche ein solcher A. vorliegt. Vergl. jedoch Art. 193. (unter: Entführung) und 263. (unter: Ehebruch). Gehilfen u. Begünstiger eines Verbrechens, dessen Urheber nur auf A. strafbar ist, sind jedoch nur dann zur Strafe zu ziehen, wenn gegen den Urheber oder wenigstens gegen einen der Urheber ein A. auf Bestrafung gestellt worden ist. ib. Art. 103. **6)** Eine bei dem Staatsanwalte, dem Gerichte, einer Polizeibehörde, oder einer Polizeiperson von dem zum A. Berechtigten gemachte Anzeige ist einem förmlichen A. auf Bestrafung gleich zu achten, nicht aber die von der Behörde veranlaßte Auskunftsertheilung über das Thatsächliche des Ver-

brechens. ib. Art. 104. **7)** Bei Verbrechen, die unter gewissen Umständen nur auf A., unter anderen aber von amtswegen strafrechtlich zu verfolgen sind, ist, dafern es zweifelhaft erscheint, ob Umstände der ersteren, oder der letzteren Art vorliegen, der zum A. Berechtigte Seiten der Staatsanwaltschaft oder des Gerichts zu befragen, ob er das Verbrechen bestraft wissen wolle oder nicht. Ebenso ist der zum A. Berechtigte zu befragen, wenn im Laufe des Verfahrens der Thäter in einer Person ermittelt wird, deren Bestrafung wegen des fraglichen Verbrechens von dem A. des Verletzten abhängen würde. ib. Art. 105. **8)** In dem im Art. 202. d. Str.Gb. erwähnten Falle der Nöthigung (s. d.), ferner bei den, nur auf A. strafbaren, Eigenthums-Verbrechen, wenn letztere von in besonderen öffentlichen Pflichten stehenden Personen verübt worden (vergl. die Artikel: Diebstahl, Betrug, Unterschlagung, Fundunterschlagung, Entfremdung, Victualien), ist auch die Dienst- oder Aufsichtsbehörde des Thäters zu dem A. auf Bestrafung berechtigt. ib. Art. 108. Hiernächst s. noch Amtsverbrechen, Voruntersuchung, 10. d., und die folgende No. 9. **9)** Zu einem Straf-Antrage sind bei Ehrverletzungen gegen Eheweiber, Kinder, im öffentlichen Dienste angestellte Personen und öffentliche Behörden nicht nur die Verletzten selbst, sondern auch die Ehemänner, die Aeltern, die Wahlältern und die amtlichen Vorgesetzten, bei Ehrverletzungen gegen ganze Stände oder Körperschaften jedes Mitglied derselben berechtigt. ib. Art. 246. **10)** Ehrverletzungen, welche einem Verstorbenen bei dessen Lebzeiten zugefügt worden sind, können daher von dem Ehemanne, den Aeltern, Wahlältern und amtlichen Vorgesetzten auch nach dem Tode desselben zur Anzeige gebracht werden. Bestand die Ehrverletzung in der Beimessung einer Handlung der in Art. 235. und 236. gedachten Art (s. Verleumdung), so kann sie auch von der Ehefrau des Verletzten, sowie außer den Aeltern auch von anderen Verwandten in aufsteigender Linie, ingleichen von Verwandten in absteigender Linie, einschließlich der Wahlkinder, jedoch nur dann zur Anzeige gebracht werden, wenn der Verletzte von der Verletzung oder dem Thäter bei seinen Lebzeiten keine Kenntniß erhalten hat oder innerhalb der ihm laufenden Verjährungsfrist verstorben ist. Diesen Personen läuft solchenfalls die letztere, wenn sie von der Verletzung oder dem Thäter erst nach dem Tode des Verletzten Kenntniß erlangt haben, von dem Zeitpuncte an, wo sie diese Kenntniß erlangten, wenn sie aber schon bei Lebzeiten des Verletzten davon Kenntniß hatten, von dem Tode des Letzteren an. ib. **11)** Wegen Ehrverletzungen, welche einem Verstorbenen erst nach seinem Tode zugefügt worden, sind die Ehegatten, die Verwandten und Verschwägerten in gerader Linie, wohin auch Wahlältern und Wahlkinder zu rechnen, sowie in der Seitenlinie bis mit dem dritten Grade, ingleichen, ohne Rücksicht auf Verwandtschaft, die Erben zu dem Antrage berechtigt. ib. **12)** In allen Fällen, wo wegen einer und derselben beleidigenden oder verleumderischen Handlung eine Mehrzahl von Personen zum Antrage berechtigt ist, findet nur eine einmalige Bestrafung Statt. Es können daher, wenn von einem der Betheiligten der Antrag gestellt worden ist, die Anderen zwar diesem Antrage sich anschließen, oder den zurückgenommenen wieder aufnehmen, auch kann jeder auf Veröffentlichung des Erkenntnisses antragen, nicht aber neben demjenigen, welcher bereits auf Bestrafung angetragen hat, einen A. auf besondere oder nochmalige Bestrafung stellen. Ingleichen ist in einem solchen Falle nur Eine beglaubigte Abschrift des Erkenntnisses auszufertigen, welche demjenigen behändigt wird, welcher den A. auf Bestrafung gestellt oder wieder aufgenommen hat. ib. **III.** Wie und bei wem der Antrag zu stellen, und wie darauf zu verfahren sei. **1)** Bei den auf A. des Verletzten zu untersuchenden Verbrechen hat der Letztere, soweit nicht rücksichtlich der Privatanklage (s. d.) etwas Anderes verordnet ist, diesen A. bei dem Staatsanwalte zu stellen. Str.P.O. v. 1855. Art. 29. Wenn dieser den A. des Ver-

letzten für begründet erachtet, so hat er in derselben Weise, wie bei den von amtswegen zu verfolgenden Handlungen weiter zu verfahren. Gegen abfällige Entschließungen des Staatsanwalts kann der Verletzte Beschwerde bei dem Oberstaatsanwalte und, wenn durch diesen der Beschwerde nicht abgeholfen wird, bei dem Justizministerium führen. Die Zurücknahme des A. von Seiten des Verletzten ist an die Zustimmung der Staatsanwaltschaft nicht gebunden. ib. Art. 30. **2)** Will im Falle einer einem Beamten zugefügten Ehrverletzung die Dienstbehörde desselben den A. auf Bestrafung stellen, so kann die Staatsanwaltschaft mit der Stellung und Durchführung des letzteren von dem Justizministerium beauftragt werden. In diesem Falle gelten über die Mitwirkung der Staatsanwaltschaft dieselben Vorschriften, welche in der Str.P.O. für diese Mitwirkung bei den von amtswegen zu untersuchenden Verbrechen ertheilt worden sind. ib. Art. 34. (S. unten 8.) **3)** Die Staatsanwälte sowohl als die Gerichte sind an die rechtliche Auffassung der Thatsachen, von welcher der Verletzte bei Stellung seines A. ausgegangen ist, nicht gebunden. (S. oben No. 1. und Privatanklage.) Leiden jedoch auf eine Handlung mehrere strafgesetzliche Vorschriften Anwendung u. bedarf es nach jeder dieser Vorschriften zur Einleitung der Untersuchung eines A. des Verletzten, so sind, wenn der letztere bei seinem Strafantrage das Strafgesetz bezeichnet hat, nach welchem er die Bestrafung verlangt, die Staatsanwaltschaft u. die Gerichte hievan gebunden. ib. Art. 35. **4)** Die Gerichte haben Strafanträge, welche bei ihnen gestellt werden, jedoch bei der Staatsanwaltschaft anzubringen sind (s. No. 1.), an letztere u. die staatsanwaltschaftlichen Beamten dergleichen A., welche bei ihnen gestellt werden, jedoch als Privatanklage (s. d.) bei dem Gerichte anzubringen sind, an dieses abzugeben. Ebenso haben Polizeibehörden Strafanträge, welche bei ihnen angebracht werden, an das Gericht oder an die Staatsanwaltschaft abzugeben. (S. oben II. 6.) Die Verpflichtung der Gerichte und der Polizeibehörden, die keinen Aufschub gestattenden Handlungen vorzunehmen, wird durch obige Vorschrift über die Abgabe der Sache nicht geändert. Nimmt der Verletzte den gestellten A. durch eine Erklärung bei der Staatsanwaltschaft oder einer Polizeibehörde zurück, so ist das Gericht hiervon unverweilt in Kenntniß zu setzen. ib. Art. 36. **5)** Wo übrigens die Str.P.O. von dem Verletzten im Allgemeinen spricht, ist unter demselben nicht nur derjenige, welcher als Privatankläger aufgetreten ist, sowie derjenige, welcher bei dem Staatsanwalte den Strafantrag gestellt hat (III. 1.), sondern überhaupt jeder durch das Verbrechen Verletzte zu verstehen. ib. Art. 37. **6)** Wenn gegen eine der im Art. 99. d. Str.Gb. (oben II. 2 a.) genannten Personen, welche keinen gesetzlichen Vertreter hat, ein Verbrechen verübt worden ist, zu dessen Bestrafung es eines A. bedarf, oder wenn die gesetzlichen Vertreter einer solchen Person sich selbst gegen dieselbe eines solchen Verbrechens schuldig gemacht haben, so hat die betreffende Vormundschaftsbehörde für den Verletzten einen Vormund, beziehendlich einen Specialvormund zu bestellen. V. v. 31. Juli 1856. §. 26. G.S. S. 160. S. noch Polizei. **7)** Gleiches gilt, wenn gegen eine geisteskranke Ehefrau, sie sei volljährig od. minderjährig, von ihrem Ehemanne ein solches Verbrechen begangen worden ist. ib. Uebrigens sind die Staatsanwälte verpflichtet, wenn Verbrechen der gedachten Art zu ihrer Kenntniß gelangen, hiervon die betreffende Vormundschaftsbehörde in Kenntniß zu setzen. Dieselbe Verpflichtung liegt den Gerichten ob, in soweit sie nicht selbst die betreffende Vormundschaftsbehörde bilden. Ang. §. 26. S. noch Polizei. **8)** Ist der Staatsanwalt nach dem Schlußsatze im Art. 246. d. Str.Gb. (s. Beleidigung, 8. c.) zur strafrechtlichen Verfolgung der daselbst gedachten Ehrverletzungen gegen Staatsbeamte verbündeter Staaten ermächtigt worden, so gelten über die Mitwirkung der Staatsanwaltschaft dieselben Vorschriften, welche in der Str.P.O. für diese Mitwirkung bei den von amtswegen zu untersuchenden

Verbrechen ertheilt worden sind. (S. oben 2.) Ang. V. v. 1856. §. 27. G.S. S. 161. **IV.** S. Untersuchungsverfahren vor dem E.R., Wiederaufnahme, Preßvergehen, Reue, Ausländische..., Eisenbahnen..., Untersuchungsproceß, Staatsanwalt..., Privatankl..., Untersuchungs-Just., Gerichtliche P., Rechtsmittel, Einstellung, Voruntersuchung, Zurücknahme.

Antreten. S. Aemter, Beweis, Staatsdienst, Erbfolge, Erbschaft, Gefängn..., Zuchthaus, Gesinde, Appellation in Crim., Verfassung, Transport, Vollstreckung, Aussetzung.

Antrieb, eigner, s. Erbieten, Reue.

Antritt, s. Antreten.

Antrittspredigt. S. Aemter.

Antwort. S. Einlassung, Aussage, Untersuchungsverfahren, Vernehmung, Geständnisse.

Anvertrauen. S. Veruntrauung, Vertrauen, Unterschlagung.

Anverwandte. S. Verwandte.

Anwachsen. S. Erbfolge, 4., Staatsgut, Stadtvermögen, Anheegerung.

Anwalt. S. Advocaten.

Anwartschaft. S. Lehnsanwartsch..., Staatsdienst.

Anweisen, s. Verordnen, Anstiftung.

Anweisung. **1)** Durch A. erfolgt eine Novation nur dann, wenn in jener ausdrücklich bemerkt worden ist, daß die frühere Obligation, Hypothek, oder Bürgschaft als aufgehoben angesehen werden soll, wie dieß in Delegationen und andern Novationen nothwendig geschehen muß, Dec. 66. v. 1661. C.A. T.I. S. 327. **2)** Eine A. kann sowohl in vim dationis in solutum et delegationis, als auch per modum mandati geschehen, M. v. 23. Dec. 1699. C.A. T. II. S. 2069. u. L.C.W. T. I. S. 345. Bei der ersten Art soll man die A. schriftlich abfassen, und von dem, an den man anweist, eine Quittung ausstellen lassen, welchen Falls die Schuld für getilgt zu halten ist. Ang. M. §. 3. Wird eine Quittung nicht angenommen, so ist die Assignation blos per modum mandati geschehen, und in diesem Falle ist die A. keine Bezahlung, daher auch, wenn letztere nicht erfolgt, der, welcher die Assignation gegeben, selbige wieder zurücknehmen muß. ib. **3)** Die ältere Gesetzgebung bestimmt: Die im Handel und beim Geschäftsbetriebe der Fabrikanten gewöhnlichen A. sollen den gezogenen Wechseln gleich geachtet werden, M. v. 23. Dec. 1829. G.S. v. 1830. S. 9., Oberlauf. Wechs.M. v. 16. Nov. 1776. §. 1. C.A. C.II. T.III. S. 701. u. L.C.W. T.III. S. 104. Die A. stehen in Hinsicht auf das bei verweigerter Zahlung um der Regreßnahme willen zu beobachtende Verfahren den trassirten Wechseln völlig gleich, G. v. 18. Juli 1840. §. IX. G.S. S. 170. Durch das M. v. 23. Dec. 1829. ist das M. v. 23. Dec. 1699. in allen den Bestimmungen, welche sich darin auf die kaufmännischen Anweisungen beziehen, für aufgehoben zu achten. §. IX. cit. Das Folgende giebt die Bestimmungen des heutigen Rechts: **4)** Kaufmännische A., d. i. solche Papiere, welche in ihrer Fassung (nicht blos in einer Aufschrift) als Anweisung bezeichnet und sonst in der für Wechsel vorgeschriebenen Form ausgestellt sind (s. Tratten), stehen, soweit nicht im Folgenden etwas Abweichendes enthalten ist, den gezogenen Wechseln (Tratten) allenthalben gleich. G. v. 7. Juni 1849. §. 1. G.S. S. 110. **5)** A., welche (vergl. Präsentation, 2.) auf eine Leipziger Messe gezogen sind (Meßanweisungen), verfallen in der Jubilate- und Michaelmesse Freitags nach Auslautung derselben, in der Neujahrmesse regelmäßig den 13. Jan. und nur, wenn dieser oder der 12. Jan. auf einen Sonntag fällt, den 14. desselben Monats. G. v. 7. Juni 1849. §. 2. ib. Auf Uso (all' uso) zahlbar gestellte A. verfallen am vierzehnten Tage nach ihrer Präsentation zur Sicht. ib. §. 3. **6)** A. werden nicht zur Annahme präsentirt. Geschieht dieß, so ist der Bezogene nicht verpflichtet, sich darauf zu erklären, und der Inhaber ist nicht befugt, wegen Verweigerung der Annahme oder einer Erklärung darüber Protest zu erheben und Regreß zu nehmen. ib. §. 4. Wird jedoch eine Anweisung acceptirt, so entsteht daraus dieselbe Verbindlichkeit, wie aus der Acceptation einer Tratte. ib. §. 5. **7)** A. mit den vor-

stehend bezeichneten rechtlichen Wirkungen müssen mindestens auf eine Summe von 50 Thlrn. lauten u. dürfen als das weiteste Ziel der Zahlbarkeit drei Monate nicht überschreiten. Sollten A. auf eine niedrigere Summe oder auf eine längere Zahlungsfrist gestellt sein, so sind dieselben in dem einen, wie in dem anderen Falle als gezogene Wechsel zu betrachten, können daher sofort zum Accepte präsentirt und wegen Mangel Annahme, wie auch Mangel Zahlung, protestirt werden. ib. §. 6. **8)** Im Wechselhandel werden unter Wechseln, ohne besondere Vereinbarung, A. nicht verstanden. ib. §. 7. **9)** Alle bisher in Sachsen giltigen, die kaufmännischen A. betreffenden Gesetze, soweit sie nicht durch d. G. v. 7. Juni 1849. wiederholt worden, sind von demselben aufgehoben, §. 8., G.S. v. 1849. S. 110. f. **10)** S. Schuldarrest, Wechselproceß, Amortisation, Regreß M.3., Eid, Creditpapiere, Münzwesen, Verjährung, Auspfändung.

Anwendung. S. Verschwender, Verwendung.

Anwerben. S. Menschenraub, Proselyten..., Verleitung, Militairpflicht, Anstift..., Versuch, Kriegsd...

Anwesenheit, s. Gegenwart.

Anwohnen, s. Angrenzen.

Anzahl, s. Zahl.

Anzahlen, s. Zahlung.

Anzapfen. S. Forstverbrechen.

Anzeichen begangener Verbrechen. **1)** Ohne ausreichende Indicien soll keine Untersuchung verhangen werden, L.O. v. 1. Oct. 1555. Tit. Unkosten. C.A. T.I. S. 50., Bef. v. 5. u. 28. Jan. 1579. C.A. T.I. S. 1047. 1301., Res. gr. v. 23. April 1612. Justizs. §.4. ib. S.174., Dec. 77. 78. 88. v. 22. Juni 1661., ib. S. 333., Bef. v. 17. März 1766. C.A. C.I. T.I. S. 412., Gen.-B. v. 27. Oct. 1770. §. 2., ib. S. 421., §.2. d. Gen. v. 30. April 1783. L.C.W. T.IV. S. 51. u. C.A. C.II. T.I. S. 454., V.U. v. 4. Sept. 1831. §.51. G.S. S. 252. **2)** Es sollte, schon nach frühern Grundsätzen, in allen Fällen, wo aus den nach den Acten sich ergebenden Thatsachen der erkennende Richter die volle Ueberzeugung entnimmt, daß das in Frage befangene Verbrechen wirklich verübt und von dem Angeschuldigten begangen worden sei, auch bei ermangelndem Geständnisse desselben die ordentliche gesetzliche Strafe eintreten. Nur bei den mit Todesstrafe bedrohten Verbrechen war der Richter solchenfalls ermächtigt, statt derselben auf lebenslängliche Zuchthausstrafe 1sten oder 2ten Grades zu erkennen. §. X. d. G. v. 30. März 1838. G.S. S. 200. — [Aeltre Best. Const. 7. P.IV. v. 1572. C.A. T.I. S. 119., 9. sonderl. Const. ib. S. 137., Dec. 77. v. 1661. ib. S. 333., M. v. 16. Sept. 1710. ib. S.1772., M. v. 27. Juli 1719. ib. S. 1899., Instr. v. 2. Dec. 1770. §. 3. 5. C.A C.II. T.I. S. 329., Fern. Instr. v. 27. Mai 1783. §. 10. 11. ib. S. 469., Besch. d. Dik. ad §. 3. ib. S. 474.] Gegenwärtig vergl. den Art.: Erkenntnisse in Criminalsachen. **3)** Wer einem Verbrecher durch Unterdrückung oder Vernichtung der Anzeichen seiner That behilflich ist, wird als Begünstiger bestraft. S. Begünstigung. **4)** S. Arrest, Begräbniß, 32., Brandstiftung, Untersuchungsverf., Voruntersuchung.

Anzeichnen, s. Bezeichnen.

Anzeigebericht. S. Anzeigen, Appellation, II., Recurs.

Anzeige. **1)** Die unterlassene A. bereits verübter Verbrechen wird mit Gefängniß oder Arbeitshaus bis zu 2 Jahren bestraft, wenn derjenige, welcher sie unterlassen hat, zur A. amtshalber verpflichtet war, oder wenn er wußte, daß statt des ihm bekannten Thäters ein Unschuldiger deshalb sich in Untersuchung befinde, oder Strafe verbüße. Str.Gb. v. 1855. Art.71. **2)** Militair-Obere, welche es unterlassen haben, die von Niederen begangenen Verbrechen bei erlangter Kenntniß anzuzeigen, sind mit Arrest oder Militairarbeitsstrafe 2ten Grades bis zu 2 Jahren zu bestrafen (vergl. jedoch §.141. d. M.Str.Gb. v. 1855.). Wenn aber ein Oberer wußte, daß statt des ihm bekannten Thäters ein Unschuldiger deshalb in Untersuchung sich befinde oder Strafe verbüße und er die Anzeige des wahren Thäters dennoch unterlassen hat, so ist die vorstehend bestimmte Strafe in angemessener Weise, nach Befinden bis auf das Doppelte, zu erhöhen. M.Str.Gb. v. 1855. §. 53.

Diese Strafen treten gegen Obere auch dann ein, wenn dieselben unter den im Art. 72. d. Str.Gb. (s. Straflosigkeit) erwähnten Verhältnissen Verbrechen Niederer zu verhindern oder anzuzeigen unterlassen haben. Dagegen ist in dem im M.Str.Gb. §. 52. unter 1. gedachten Falle (s. Verhinderung) höchstens bis auf die Hälfte der daselbst angedrohten Strafe zu erkennen, wenn die Verhinderung oder Anzeige eines Militairverbrechens lediglich aus den in dem vorgenannten Artikel angeführten Rücksichten unterblieben ist. M.Str.Gb. v. 1855. §. 54. (Vorher: M.Str.Gb. v. 1838. §. 46. 153. G.S. S. 236. f.) **3)** Anlangend die unterlassene A. beabsichtigter Verbrechen, so vergl. d. Art.: Verhinderung. **4)** Vergl. in andern Beziehungen die Art.: Prämien, Lotto, Superintend..., Preßvergehen, Bekanntm..., Anschläge, Gerichtliche P..., Transport, Vollstreckung, Reue, Untersuchungsverfahren vor d. E.R., Strafverfügung, Antrag, Untersuchungsverfahren, Voruntersuch..., Privatankl..., Straflosigkeit, Zurücknahme, Verjährung, Abtreibung, Aeltern, Denunciation, Felonie, Gendarmen, Justizministerium, Baumfrevel, Begräbniß, Raub, Spielen, Steuerbehörden, Geburtshilfe. **5)** Nach ältrem Rechte hatte Jedermann die Verpflichtung, Verbrechen anzuzeigen, die ihm bekannt geworden, außerdem wurde er strafbar. Gen. v. 30. April 1783. §. 21. L.C.W. T. IV. S. 60., C. A. C. II. T. I. S. 464., C. A. C. II. T. III. S. 173.; wegen des Verbrechens des Aufruhrs: M. v. 18. Jan. 1791. §. 15. C. A. C. II. T. I. S. 993., T. III. S. 509. u. L.C.W. T. IV. S. 389. Vergl. auch M. v. 2. Juli 1726. C. A. C. I. T. I. S. 533., v. 25. Febr. 1739. ib. S. 1374. — Anlangend die Strafgesetzgebung vom J. 1838., so vergl. das Cr.Gb. v. 1838. Art. 39. f. G.S. S. 124., ferner Art. 47. 85. 86. 116. ib.

Anzeigeberichte. S. Berichte.

Anzeigen. Alljährlich oder überhaupt in bestimmten Terminen zu erstattende Official-Anzeigen, **A.** der Justizbehörden. Diese Officialanzeigen betrafen bisher: **1)** die A. über die im Laufe des Jahres vorgefallenen Richter- und Advocaten-Strafen, M. v. 8. Aug. 1735. C. A. C. I. T. I. S. 303., in d. O. Lauf. M. v. 3. April 1824. §. 18. no. 11. G.S. S. 51.; Gen. v. 29. Mai 1749. C. A. C. I. T. I. S. 375.; **2)** die von sämtlichen Gerichten bei 20 Thlr. Strafe einzureichenden Tabellen über die im vorherigen Jahre noch nicht beendigten a) Civilprocesse, b) Creditwesen, c) besondere Erbschaftssachen, d) Rügen und Untersuchungen, Gen. v. 27. Sept. 1777. C. A. C. II. T. I. S. 349., Rescr. v. 3. Oct. 1795. ib. S. 513. (in d. Lauf. O.A.P. v. 25. Oct. 1777. C. A. C. II. T. III. S. 135. u. L.C.W. T. III. S. 54., v. 30. Sept. 1777. C. A. C. II. T. III. S. 757., v. 6. Juli 1778., 10. Sept. 1778. u. 4. April 1780., ib. S. 761. 767., v. 17. März 1779. L.C.W. T. III. S. 63., v. 10. Febr. 1789. ib. T. IV. S. 25., v. 18. Jan. 1808. L.C.W. T. V. S. 34 f., Gen.V. v. 25. Juli 1821. ib. S. 136 f.) mit Erwähnung der Amtswegen zu eröffnen gewesenen letzten Willen, M. v. 30. Oct. 1826. §. 20. 21. G.S. S. 237.; e) über Vormundschafts-Angelegenheiten, wozu ein Mündelgelder-Verzeichniß, Gen. v. 27. Sept. 1777. l. c. u. v. 16. Dec. 1782. C. A. C. II. T. I. S. 449., Vorm.O. v. 10. Oct. 1782. Cap. XV. §. 7. S. 66. S. aber jetzt hierzu den Art.: Statistik. **3)** die summarische Uebersicht der im abgewichenen Jahre verhandelten Civil-, Concurs-, Vormundschafts- und Untersuchungs-Processe zur Canzlei des Justiz-Ministeriums, V. v. 12. Dec. 1832. G.S. S. 447. 450., doch s. hierzu: Statistik; **4)** die Depositentabelle der Aemter und königl. Gerichte, Gen.V. v. 1. Dec. 1814. C. A. C. III. T. I. S. 280., **5)** die A. der Justizcollegien und Juristen-Facultät zu Leipzig über etwa bemerkte zweifelhafte Rechtsfragen, oder daß dergleichen nicht vorgekommen, Bef. v. 24. Sept. 1777. C. A. C. II. T. I. S. 347., L.C.W. T. III. S. 53. u. C. A. C. II. T. III. S. 135., **6)** die Anzeige über die von den Gendarmen Aufgegriffenen, V. v. 9. April 1818. G.S. S. 33., **7)** die Forstrügentabelle und die über zu verbüßende oder verbüßte Forstrügenstrafen, V. v. 30. Nov. 1814. C. A. C. III. T. II. S. 170 f., V. v. 7. Juni 1836. G.S. S. 113., **8)** die jährlichen A., wieweit es mit Errichtung der Grund- und

Hypothekenbücher gediehen, V. v. 15. Febr. 1844. §. 123. G.S. S. 68. **B.** Der Verwaltungsbehörden: **1)** die vierteljährlich an die Amtshauptleute einzureichenden Bettlerverzeichnisse, §. 118. d. A.O. v. 1840. G.S. S. 281., **2)** die Bevölkerungslisten, V. v. 15. Mai 1832. G.S. S. 309. 319., **3)** die vierteljährl. A. der Bezirksthierärzte, Instr. §. 8. G.S. v. 1836. S. 196., **4)** die von den Superintendenten jährlich einzureichenden Candidatentabellen und A. über die Wirksamkeit der Predigervereine, Gen.V. v. 19. Dec. 1788. C.A. C. II. T. I. S. 206., V. v. 13. Febr. 1824. Cod. d. S.K.R. S. 174., V. v. 20. April 1833. ib. S. 175., V. v. 2. April 1836. G.S. S. 82., V. v. 12. Nov. u. 15. Dec. 1836. Cod. d. S.K.R. S. 175. 174., Regul. v. 20. März 1844. §. 13. G.S. S. 137., V. v. 21. Juli 1848. G.S. S. 147., **5)** die von denselben jährlich einzusendenden Tabellen über die Circularpredigten, Regul. v. 3. Sept. 1838. §. 9. G.S. S. 409., V. v. 21. Juli 1848. G.S. S. 147., **6)** desgl. über die im Laufe des Jahres vorgekommenen Confessionswechsel, V. v. 14. Dec. 1833. u. 11. Febr. 1839., Cod. d. S.K.R. S. 282., **7)** die monatl. Berichte der Superint. über die erfolgte Confirmation von Kirchen- und Schuldienern, V. v. 29. Mai 1832. u. 27. Aug. 1833. ib. S. 172., **8)** die A. über zur Erledigung gekommene geistliche und Schulämter, und die darin vorgefallenen Personalveränderungen, V. v. 7. u. 29. Mai 1832., 27. Aug. 1833., 13. Juli, 13. u. 17. Aug. 1835., 15. Dec. 1836. ib. S. 172. not. 7., 442. not. 2., V. v. 1. Juli 1840. §. 3. G.S. S. 126., **9)** die Behufs des Impfgeschäfts von den Impfärzten jährl. einzusendende Impftabelle, §. 12. d. M. v. 22. März 1826. G.S. S. 41. u. 42., Bek. v. 15. Nov. 1845. G.S. S. 266. S. ferner: Schutz-Blattern, **10)** die jährlich einzureichenden A. des katholischen Kirchen- und Schulbedarfs, V. v. 12. Oct. 1841. §. 14. G.S. S. 235., **11)** die jährl. Verzeichnisse der Katholiken, V. v. 12. Oct. 1841. G.S. S. 236., **12)** die von 3 zu 3 Jahren einzusendenden Uebersichten über die Kirchenärarien, V. v. 9. Febr. u. 24. Juni 1831., v. 15. Febr. 1834. Cod. d. S.K.R. S. 211. not. 6. A., 212., **13)** die jährlichen Kirchenzettel, V. v. 28. Juni 1831. ib. S. 331., **14)** die medicinalpolizeilichen A. der Bezirksärzte über die Medicinalpersonen, und das in ihren Bezirken Vorgefallene, M. v. 13. Sept. 1768. §. 3. C.A. C. I. T. I. S. 953., Gen. v. 16. Nov. 1805. §. 3. C.A. C. III. T. I. S. 445. u. in der Lausitz: O.A.Pat. v. 8. Sept. 1806., 5. März 1813. L.C.W. T. V. S. 416. 420., V. v. 23. Nov. 1821. ib. S. 470., wegen der schwierigen Geburtsfälle, M. v. 2. April 1818. §. 17. G.S. S. 14., u. s. die Instruction der Bezirksärzte, §. 4. G.S. v. 1836. S. 189., **15)** die wegen Erfüllung der Militairpflicht (s. d.) bedingten Officialanzeigen, **16)** die jährl. A. der neu erbauten Häuser auf dem Lande, Gen. v. 5. Oct. 1787. C.A. C. II. T. I. S. 967., **17)** die A. über den Erfolg der theolog. Candidaten-Prüfungen, Regul. v. 1833. §. 35. Cod. d. S.K.R. S. 344.; **18)** die jährlich einzureichenden Rechnungsauszüge über das Stadtvermögen, und Abschriften der Haushaltpläne, A.St.O. §. 35. G.S. v. 1832. S. 28., **19)** die aller 3 Jahre einzureichende Tabelle über das Vermögen der Schulcassen, §. 104. d. V. v. 9. Juni 1835. G.S. S. 325. 355., **20)** die jährl. Verzeichnisse d. schulpflichtigen Kinder, §. 51. ib. S. 311., **21)** die monatlichen Schulversäumnißtabellen, G. v. 6. Juni 1835. §. 67., V. v. 9. Juni 1835. §. 142. G.S. S. 295. 337., **22)** die jährlichen Trauungs-, Geburts- u. Sterbelisten, V. v. 28. Juni 1831. Cod. d. S.K.R. S. 331., **23)** die Viehbestandslisten, V. v. 2. März 1844. G.S. S. 118., **24)** die A. über den Erfolg der jährlichen städtischen Wahlen, §. 151. 207. d. A.St.O. G.S. v. 1832. S. 57. 69., **25)** die Tabellen über die jährl. Abiturientenprüfungen, M. v. 4. Juli 1829. §. 10. G.S. S. 121., **26)** die Geschäftsübersichten des kathol. Consistorii an das apostol. Vicariat, M. v. 19. Febr. 1827. Anh. sub ⊙ No. 21. G.S. S. 29., **27)** die an die Kreisdirectionen und das Ministerium des In-

nern einzusendenden Verzeichnisse der wegen Gesellenverbindungen u. s. w. bestraften Gewerbsgehilfen, §. 4. d. V. v. 2. Jan. 1841. G.S. S. 7., **28)** die jährl. A. über ertheilte Hausirpässe nach der V. v. 5. Dec. 1844. §. 6. G.S. v. 1844. S. 302. **29)** S. auch: Ablösung, Aemter, Berggerichte, Bevölkerungslisten, Bevormundung, Cultusministerium, Amtssässigkeit, Appellationsgerichte, Militairpflicht, Concurs, Dienstreserve, Feuer, Forstrügen, Forstverbrechen, Geburtshilfe, Gendarmen, Getreidemärkte, Gewerb- u. Pers..., Grundsteuer, Landes-Immob..., Justizministerium, Nahrungstabellen, Steuerbehörden, Statistik, Stempelsteuer, Untersuchungsverfahren, Stiftungen, Vorfälle.

Anzetteln, s. Anstiften.

Anziehen, s. Allegiren, Zuziehung, Aemter, Fuhren, Geistliche, Gesinde.

Anzucht, s. Abzucht.

Anzüglich, s. Animosität.

Anzünden. S. Feuer, Brandstiftung, Bier, Brand.

Anzug. S. Aemter, Aufwand, Fuhren, Gesinde, Kleider, Staatsdienst, Uniform.

Anzugskosten. S. Aemter, Fuhren, Staatsdienst.

Anzugszeit. S. Gesinde.

Apanagen. **1)** Die den dermaligen Gliedern des Königlichen Hauses ausgesetzten A., Witthümer und andern vertragsmäßigen Gebührnisse, Hand- und Garderobengelder bleiben, unter Beobachtung der wegen der Secundogenitur bestehenden Bestimmungen, auf deren Lebenszeit unverändert und werden in das Budget aufgenommen, V.U. v. 4. Sept. 1831. §. 23. G.S. S. 247. **2)** Ueber die künftig unter Anrechnung der Secundogenitur zu gewährenden A., Witthümer, Heirathsgüter und and. dergl. Gebührnisse ist mit den Ständen eine feststehende Bestimmung verabschiedet, welche in das Hausgesetz aufgenommen worden ist. G. v. 30. Dec. 1837. §§. 16—41. G.S. S. 62—66. **3)** Ohne Einwilligung der Stände können diese Gebührnisse nicht verändert, und nie durch Ueberweisung von Grundstücken zur Benutzung gewährt werden. §. 23. d. V.U. **4)** Die Entrichtung derselben erfolgt aus den Staatscassen ohne Zurechnung auf die Civilliste. ib. **5)** S. den Art.: König.

Apologie der Augsburg. Confession. **1)** Diese, sowie die Apostolisch. Schriften sind Norm in Glaubenssachen, K.O. v. 1. Jan. 1580. Wie ein Kirchendiener ꝛc. verb. „Und nachdem die Erklärung" ꝛc. C. A. T. I. S. 529., die K.O. Von der Lehre und Bekenntniß ꝛc. C.A.T.I. S. 482., Gen.-Art. v. 1. Jan. 1580. im Eing., ib. S. 656., 2. Gen.-Art. ib., Res. gr. v. 1661. Conf.-S. §. 1. ib. S. 197., Pol.O. v. 1661. Tit. I. pr. ib. S. 1563. **2)** S. Augsb. C.

Apostasie. S. Proselyten..., Religion.

Aposteln. S. Berichte.

Apostolische Schriften. S. Apologie.

Apostolisches Vic. S. Vicariat.

Apotheken, Apothekerwesen. **1)** Aeltere Gesetzgebung: L.O. v. 12. Nov. 1550. Tit. v. Apotheken, C.A. T. I. S. 36., Univ.O. v. 1. Jan. 1580. ib. S. 742., Visit. v. 11. Juli 1616. §. 7. ib. S. 919., M. u. Tax.O. v. 31. Juli 1623. Cl. 2. Tit. Apoth. Waaren C.A. T. II. S. 800., M. v. 11. Mai 1680. C.A. T. I. S. 1657., M. v. 10. Sept. 1709. §. 20. ib. S. 1762., O.A.Pat. v. 11. Mai 1723. u. v. 22. Dec. 1724. L.C.W. T. I. S. 429 f., M. v. 14. Oct. 1744. §. 5. ib. S. 306. u. C. A. C.I. T.I. S. 339., Gen. v. 29. Juli 1750. §. II. C.A. C. I. T. I. S. 764., M. v. 13. Sept. 1768. §. 10 ff. C. A. C.I. T.I. S. 957. u. L.C.W. T.I. S. 139., Gen. v. 14. Dec. 1786. C.A. C. II. T. I S. 941., Rescr. v. 27. März 1789. ib. S. 977., v. 25. Oct. 1799. ib. S. 1131., M. v. 26. Nov. 1800. C.A. C.II. T.I. S. 1151., Gen. v. 16. Nov. 1805. C.A. C. III. T. I. S. 445. u. L.C.W. T. V. S. 415., O.A.Pat. v. 9. April 1811. ib. S. 418. **2)** A. sind bei 50 Thlr. Strafe nicht ohne Concession anzulegen, M. v. 17. Oct. 1820. §. 1. G.S. S. 161., wegen der Lausitz: L.C.W. T. V. S. 471. u. s. die V. v. 22. Aug. 1821. unter 11. G.S. S. 93. Jene wird nach Befinden nur für die Person ertheilt, ib.; im Falle sie die Natur eines Realrechts hat, kann solches im Grund- und Hypothekenbuche ein Folium erhalten. S. Grund- u. Hypothekenbuch. — Doch dürfen Juden keine A. halten, §. 6. d. G. v. 16. Aug. 1838. G.S. S. 395. **3)** In Bezug auf die Erlernung und Ausübung der Apothekerkunst enthält d. M. v. 30. Jan. 1819. §. 23—36. G.S. S. 144. die nähern Bestimmungen, doch dürfen Apothekerlehrlinge in den Mi-

litair-A. nicht angenommen werden, Ord. v. 19. Juli 1828. Th. II. §. 37. G.S. S. 159. Der Lehrling muß sich vorerst einer Prüfung des Bezirksarzts über seine Tauglichkeit unterwerfen, §. 24. d. ang. M. v. 1819.; muß wenigstens 4 Jahre lernen, §. 29., und darf in dieser Zeit lediglich für seinen Beruf, nicht mit hauswirthschaftlichen u. dgl. Dingen beschäftigt werden, §§. 25. u. vergl. 26—28. ib. **4)** Als Gehilfe darf bei 50 Thlr. Strafe für den Apotheker nur der angenommen werden, der die in §. 29—31. ib. gedachten Prüfungen bestanden hat, §. 32. — Die Gehilfen müssen wenigstens 5 Jahre im In- oder Auslande als solche gearbeitet haben, um eine A. als Eigenthümer oder Provisoren verwalten zu dürfen, §. 33. d. M. v. 30. Jan. 1819. G.S. S. 146., und überdem muß vorerst ihre Prüfung bei der medicinischen Facultät zu Leipzig oder der chirurgisch-medicinischen Akademie zu Dresden vorausgehen. ib. §. 34., u. M. v. 1. Juni 1824. §. 2. G.S. S. 66. Darauf folgt die Vereidung des tüchtig Befundenen nach der Notul sub C. in der G.S. v. 1819. S. 151., indem sich derselbe zu dem Ende mit dem erhaltenen Zeugnisse bei dem Bezirksarzte anzumelden hat. M. v. 30. Jan. 1819. §. 35. G.S. S. 147. **5)** Die Apotheker haben sich der Ausübung der innern und äußern Heilkunde und mithin des Ausforschens wegen der Krankheitsumstände der Patienten und ärztlicher Rathschläge zu enthalten, obschon ihnen eine Belehrung über die Wirkung derjenigen gelinden und unschädlichen Mittel, deren Handverkauf ihnen nachgelassen, unbenommen ist. M. v. 17. Oct. 1820. §§. 2. 6. 7. a. a. O. — Wenn einem Apotheker die ärztliche innere Praxis gestattet sein sollte, so hat er die Verwaltung der A. einem Provisor zu übertragen, ib., u. M. v. 9. Juli 1830. §. 8. G.S. S. 103. **6)** In jeder A. muß das Dispensatorium (die Pharmacopoea Saxonica, welche übrigens auch die praktischen Aerzte besitzen sollen) und die neueste officielle Arzneientaxe, beidesamt Nachträgen zum öffentlichen Gebrauche vorhanden sein. Es müssen alle in der Pharmakopöe aufgeführten Arzneien, und ächt, gut und ausreichend geführt werden, doch ist den Apothekern kleinerer Orte nachgelassen, gewisse Medicamente nicht vorräthig zu halten. Alle Apotheker müssen indeß auf ärztliches Verlangen auch Arzneien fertigen, die in dem Dispensatorium nicht enthalten sind. V. v. 13. Juni 1840. G.S. S. 117. u. Bek. v. 10. Dec. 1840. G.S. S. 459., V. v. 26. Dec. 1836. G.S. v. 1837. S. 2., V. v. 27. Juni 1832. G.S. S. 357., M. v. 9. Juli 1830. §. 2 f. G.S. S. 102., M. v. 17. Oct. 1820. §. 4. G.S. S. 162. **7)** Nach der Arzneien-Taxe sind die Forderungen der A. einzurichten und auf Anlangen zu moderiren, wiewohl den Apothekern ein Erlaß und Rabatt, z. B. für Arme unverwehrt ist. Der Preis jeder gefertigten Arznei muß auf das Recept geschrieben werden. Ueberschreitungen der Taxe werden gestraft und sind dem Bezirksarzte anzuzeigen. V. v. 31. März 1860. G.S. S. 65. (Vorher V. v. 30. Oct. 1847. G.S. S. 159., Bekanntm. v. 4. März 1848. G.S. S. 11.) **8)** Aerzte und Wundärzte dürfen bei 20 Thlr. und nach Befinden Gefängnißstrafe für beide Theile von den Apothekern keinen Rabatt oder sonstige Vortheile, Geschenke u. dergl. annehmen, ang. V. v. 1860. Die Apotheker dürfen auch an obrigkeitliche Personen und Gesinde keinerlei Geschenke austheilen, ib. [Vorher: M. v. 17. Oct. 1820. G.S. S. 162., v. 9. Juli 1830. G.S. S. 103., V. v. 13. Juni u. v. 10. Dec. 1840. G.S. S. 117. 459. u. V. v. 30. Oct. 1847. G.S. S. 159.] **9)** Wegen des beim Handverkaufe derselben, und wo nicht ausdrücklich Medicinalgewicht gefordert wird, zu benutzenden Gewichts vergl. die V. v. 25. Sept. 1858. G.S. S. 257. **10)** Die Waaren der Apotheker und Kaufleute sind als bewegliches Gut anzusehen, Rescr. v. 24. Jan. 1617. C.A. T.I. S. 1065. Jedoch leisten die Apotheker im Processe keinen Kostenvorstand, s. d. **11)** Den Apothekern ist die Zubereitung der Arzneien und der Verkauf auch während des Gottesdienstes gestattet, M. v. 24. Juli 1811. §. 4. C.A. C.III. T.I. S. 497. u. L.C.W. T.VI. S. 194. **12)** Die Revision der A. erfolgt durch besonders angestellte Apotheken-

revisoren. Vergl. §. 9 f. §. 12. d. G. v. 30. Juli 1836. G.S. S. 184., §. 6. d. V. v. 27. Aug. 1838. G.S. S. 405., und V. v. 25. April 1839. G.S. S. 135. Die Instruction derselben selbst s. ib. S. 136 f. **13)** S. Arznei..., Anmaßung, Chloroform, Arsenik, Süßholz, Strychnin, Ehrenämter, Gerichtsarzt, Dresden, Gift, Juden, Fabriken, Thierheilkunde, Polizei, Vormundschaft, Wittwencassen, Verjährung.

Apotheken=Revisoren. 1) Die nähere Abgrenzung der zwei Apothekenrevisionsbezirke giebt die Bek. v. 4. Mai 1857. G.S. S. 101. **2)** S. Apotheken, Arzneifabriken, Arzneiwaaren.

Apothekergehilfen. S. Apotheken, Juden.

Apothekerwaaren. S. Apotheken, Arznei..., Concursgläubiger, Gerichtsarzt.

Apotheker=Wagen, s. Aichämter.

Appellable Summe. S. Appellation, II.

Appellation. I. Im Allgemeinen. **1)** Gegen Aussprüche des Staatsgerichtshofes findet das Rechtsmittel der A. nicht Statt. V.U. v. 4. Sept. 1831. §. 149. G.S. S. 273. **2)** In Disciplinarsachen und wegen Auftragsertheilungen, ferner in Justizverwaltungssachen, z. B. in Vormundschaftssachen, in Depositen=, Lehns= und Hypothekensachen, soweit dabei nicht von Rechten, sondern nur von verletzten oder gefährdeten Interessen oder von Versagung solcher Gesuche die Rede ist, deren Gestattung dem Ermessen der Behörden, z. B. eine Decretsertheilung, überlassen ist, findet die A. nicht, vielmehr nur die Beschwerdeführung (s.d.) Statt. §.36.d.G.v.28.Jan.1835.G.S.S.69. Vergl. noch wegen der Vormundschaftssachen die V.O. Cap. 9. §. 4., Cap. 26. §. 1. S. 42. u. 116., in der Oberlauf. C.A. C.II. T.III. S. 310. 343. u. L.C.W. T.IV. S. 148. 183., u. s. den Art.: Justizverwaltungssachen. **3)** In Verwaltungssachen ist an die Stelle der A. der Recurs (s. Recurs) getreten. §. 15. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 58. [Aeltr. R. Man vergl. a) über d. A. in geistlichen Sachen: Reg. v. 31. Mai 1782. §. 17. C.A. C. II. T. I. S. 227., G.B. v. 15. Mai 1797. ib. S. 302. 303.; b) in Finanz= u. Steuersachen: O.A.Pat. v. 28. Juni 1729. L.C.W. T. I. S. 198., O.A Pat. v. 27. Nov. 1819. §. 76. L.C.W. T. VI. S. 489., M. v. 7. Aug. 1770. C.A. C. I. T. I. S. 1341., galt auch in Bergsachen lt. d. Rescr. v. 19. Juli 1735. ib. S. 1367., gegen Beitreibung von Steuern: G.B. v. 7. Mai 1773. §. 6. C.A. C. II. T. II. S. 862.; c) in Militair=, Marsch= u. Einquartirungsangelegenheiten: Bef. v. 7. Dec. 1736. C.A. C. I. T. I. S. 1103., Kriegsger.=Regl. v. 23. Jan. 1789. VIII. §. 5 f. C.A. C. II. T. I. S. 1291. u. L.C.W. T. IV. S. 612., Gen. v. 19. Juli 1799. C.A. C. II. T. I. S. 1411., u. v. 24. Aug. 1799. ib., in der O.Lausitz Rescr. v. 21. Juni 1799. C.A. C. II. T. III. S. 627. u. 929. u. L.C.W. T. VI. S. 86.; d) in Recrutirungsangelegenheiten: Rescr. v. 22. Juni 1775. C.A. C. II. T. I. S. 1211., M. v. 21. April 1792. I. §. 16. ib. S. 1361. u. L.C.W. T. IV. S. 545., Gen. v. 29. Aug. 1808. C.A. C. III. T. I. S. 637., L.C.W. T. VI. S. 40., M. v. 25. Febr. 1825. §. 17. G.S. S. 37., v. 5. Nov. 1827. G.S. S. 171.; e) in Polizeisachen: M. v. 18. Febr. 1691. §. 7. C.A. T. I. S. 1165.; f) in Straßenbausachen: M. v. 28. April 1781. Cap. 3. §. 23. C.A. C. II. T. II. S. 682., in der O.Lausitz C.A. C. II. T. III. S. 657. u. L.C.W. T. III. S. 221., vorher O.A.Pat. v. 19. April 1764. L.C.W. T. III. S. 206.; g) in Armen=, Bettler= und Vagabondensachen: Gen. v. 26. Nov. 1733. §. 12. C.A. C. I. T. I. S. 609., M. v. 11. April 1772. Cap. 3. §. 8. C.A. C. II. T. I. S. 656., M. v. 9. Juni 1803. §. 21. C.A. C. III. T. I. S. 405. u. L.C.W. T. V. S. 297., ferner noch in der O.Lausitz M. v. 14. Aug. 1772. Cap. 3. §. 3. C.A. C. II. T. III. S. 726., Regul. v. 24. Jan. 1787. §. 18. L.C.W. T. IV. S. 415.; h) gegen Beitreibung von Brandvergütungsgeldern: M. v. 10. Nov. 1784. Tit. I. §. 39. C.A. C. II. T. I. S. 856., und in den Angelegenheiten der Oberlauf. Brandversicherungsanstalt: Reg. v. 26. April 1788. §. 2 f. C.A. C. II. T. III. S. 236. u. L.C.W. T. IV. S. 430.; i) gegen die feuerpolizeilichen Anordnungen, s. Feuer; k) und vergleiche noch die Artikel: Begräbniß, Eheverlöbniß, Vieh und Meißen.] **4)** Appellationen kann der Richter auch außerhalb seines Gerichtssprengels annehmen, E.P.O. ad Tit. 2. §. 4. S. 27. **5)** Die Nichtbeachtung einer A. soll als Attentat mit 10 fl. gestraft werden, Res. gr. v. 1661. Tit. Justizs. §. 29. C.A. T. I. S. 219., Pat. v. 12. Aug. 1670. sub 1. ib. S. 1261. und Anh. zur E.P.O. no. XIX., M. v. 18. Febr. 1691. no. 7., ib. S. 1161. u. Anh. z. E.P.O. no. IX., E.P.O. ad Tit. 35. §. 6. S. 188., Gen. v. 29. März 1754. C.A. C. I. T. I. S. 389. **6)** Die gesetzlichen Bestimmungen über die A. in Civilsachen bis zum Jahre

1835 sind in Folgendem zusammengestellt: a) wegen der Erblande: H.G.O. v. 1529., Wann und wie die Leuter. u. App. ꝛc. C.A. T. I. S. 1342.; — O.H.G.O. v. 1548. Tit. Wann und wie ꝛc., wonach die A. binnen 10 Tagen anzubringen ist, ib. S. 1287.; — H.G.O. v. 1550. Tit. Wann und wie ꝛc., ib. S. 1342.; — Privilegium de plane non appellando Kaiser Ferdinand I. für das Chur= u. Fürstliche Haus Sachsen v. 2. Mai 1559. ib. S. 1215 f.; — Const. 20. v. 1572. P. I. ib. S. 80., wonach die A. vor Notarien allein eingelegt werden kann; — Bef. v. 2. u. v. 28. Jan. 1579., die A. ans O.H.=Gericht betr. C. A. T. I. S. 1293 f.; — M. v. 1. Juni 1579., die Justification der A. betr. C.A. C. I. T. I. S. 425.; — B. v. 24. Aug. 1588., das H.G. in Wittenberg betr. C.A. T. I. S. 1345. 1348.; — App.G.O. v. 7. Oct. 1605., v. App. C.A. T. I. S. 1236., wonach die A. binnen 10 Tagen mündlich oder schriftlich bei Verlust ders., sofern nicht erhebliche Gründe der Verhinderung angeführt werden können, einzubringen ist; — Bef. v. 8. Juni 1609., die A. ans O.H.G. betr. C.A. T. I. S. 1053.; — Bef. v. 8. Juli 1609. wegen der A. ans O.H.G. ib. S. 1315.; — Bef. v. 18. April 1612., daß in Casib. dub. die Landesregierung Bericht erfordern solle, C.A. T. I. S. 1061.; — M. v. 12. April 1654., d. Justif. der A. betr., ib. S. 1253.; — Dec. 69. v. 22. Juni 1661., die A. gegen Desert. d. Leuterg. betr., ib. S. 329.; — Res. gr. v. 22. Juni 1661. Justizf. §. 26—29. C.A. T. I. S. 219., §. 30. ib., §. 53. ib. S. 229.; — Pat. v. 12. Aug. 1670., die Annahme der A. ꝛc. C.A. T. I. S. 1261. Anh. zur E.P.O. XIX. S. 149.; — Reichsgutachten v. 1670. C. A. T. I. S. 1220.; — M. v. 18. Febr. 1691. §. 7. vom Gebrauche u. Mißbrauche der A. C.A. T. I. S. 1165. Beil. zur E.P.O. IX. S. 82.; — Bef. v. 24. Mai 1699., die A.=Strafen betr., C.A. T. I. S. 1169.; — Res. v. $\frac{2}{3}\frac{1}{1}$. Dec. 1699. C.A. T. I. S. 364.; — Rescr. v. 30. Mai 1714., die A. gegen die Citationen betr., ib. S. 1183.; — Rescr. v. 30. Mai 1714. desgl., ib. S. 1331. u. 1333.; — Bef. v. 22. März 1715. die frivole eingewendeten A. betr., ib. S. 1187.; — Res. v 18. April 1716. gegen den Mißbrauch des benef. app., C.A. T. I. S. 380.; — Rescr. v. 9. Juni 1716., die Beschleun. der Berichte betr., ib. S. 1192.; — B. v. 4. Oct. 1720. d. von Concip. nicht unterschr. A. betr. C.A. T. I. S. 1203.; — E.P.O. ad Tit. 1. §. 6., die A. in Commercien=, Polizei=ꝛc. Sachen betr., S. 9.; — ad Tit. 3. §. 2., die A. gegen Strafen wegen unterlassener Bem. des Concepi betr., S. 34.; — ad Tit. 4. §. 5., die A. gegen Fortgang des Termins betr., S. 42.; — ad Tit. 10. §. 3. 4., das Außenbleiben in den Terminen betr., S. 79.; — ad Tit. 20. §. 2. S. 126., die A. wider ein Urtel auf Beweis betr.; — ad Tit. 20. §. 6. S. 128., die Dilationen betr.; — ad Tit. 20. §. 8. S. 130., die A. gegen d. Erkenntn. über die Fragstücke betr.; — ad Tit. 22. §. 2. S. 137., die Abhörung der Zeugen betr.; — ad Tit. 33. §. 1. S. 174., die A. wider ein auferlegtes juram. malitiae betr.; — ad Tit. 34. §. 5., die Urtels=Publication betr.; — Anh. d. E.P.O. §. 19. S. 311., das possess. summ. betr.; — ad Tit. 35. §. 5. 6., die Leuterg. u. A. betr., S. 187.; — ad Tit. 35. §. 7., die Berichtserstattung betr., S. 189.; — ad Tit. 35. §. 8., die Desertion ꝛc. der A. betr., S. 189.; — ad Tit. 35. §. 9. S. 191., wenn ein Theil Leuterg., der andere A. einwendet ꝛc., Erl.=Schr. v. 11. Jan. 1727. C.A. C. II. T. I. S. 321.; — ad Tit. 36. §. 4., die A. Kosten betr., S. 197.; — ad Tit. 41. §. 1. 3. 5. S. 234., Bef. v. 18. März 1772. C.A. C. II. T. I. S. 333., die A. in Concursen betr.; — Rescr. v. 12. u. 21. Febr. 1735., die Suchung der Aposteln betr., C.A. C. I. T. I. S. 301. 453., v. 6. Mai 1735., die A. gegen Verordn. des A.G. betr., C.A. C. I. T. I. S. 453.; — Rescr. v. 14. Juni 1737. C.A. C. I. T. I. S. 309., wegen der A. gegen die Subhastation; — Rescr. v. 12. Jan. 1798. C.A. C. II. T. I. S. 523. von der A. vor den zur Hilfsvollstreckung abgeordneten Gerichtspersonen; — Gen. v. 21. März 1810. C.A. C. III. T. I. S. 236., von der A. per saltum; — M. v. 13. März 1822. §. 22 f. das Proceßverfahren betr., G.S. v. 1822. S. 212 f. S. noch unten c. f. b) wegen der

Oberlausitz: L.G.O. v. 26. Mai 1538. C.A. T.III. S.440.; — Conceff. v. 12. März 1562. wegen d. A.skammer in Prag, C.A. T. III. S. 105.; — Conf. v. 6. März 1606. den Artikel von der A. in der Budissiner Gerichts-O. betr., ib. S. 138. u. L.C.W. T.I. S. 66.; — Resol. v. 6. Sept. 1611. wonach die erste Instanz nicht zu übergehen, L.C.W. T. III. S. 921.; A. u. G.O. v. 1. Dec. 1612. P.I. §. 4. 10 f. wegen der A. intra decendium etc. C.A. T. III. S. 145. u. L.C.W. T. I. S. 4.; — Decl. v. 7. Nov. 1613. wegen der A. an den Kaiser ꝛc. C. A. T. III. S. 167. u. L.C.W. T. I. S. 70.; Traditionsreceß v. 30. Mai 1635. C.A. T. III. S. 186. u. L.C.W. T. II. S. 1412.; — B. v. 16. Febr. 1644. C.A. T.III. S. 191.; — O.A.-Pat. v. 10. Febr. 1650. auf 2 Rescr. v. 14. Febr. 1644. u. 10. Dec. 1647. wegen der Sätze in A.sfachen C.A. T. III. S. 207. u. L.C.W. T. I. S. 82.; — O.A.Pat. v. 11. Jan. 1667. gegen die vergeblichen Dilationen in A.sfachen, C.A. T. III. S. 255. u. L.C.W. T. I. S. 89.; — Res. gr. v. 7. Sept. 1672. u. Instr. sub A. wegen der A. an den Landvoigt, das O.Amt u. darauf an den Regenten L.C.W. T. II. S. 1434.; — C. u. H.G.O. v. 19. Aug. 1674. §. 6 f. C.A. T. III. S. 269. u. L.C.W. T. I. S. 45.; — Rescr. v. 12. Sept. 1711. wegen Verbots der A. an die Räthe der Sechsstädte L.C.W. T. I. S. 111.; — Rescr. v. 16. Sept. 1719., v. 14. Dec. 1720. u. v. 1. Febr. 1725. wegen Erlegung eines Succumbenzgeldes von 10 Thlrn., L.C.W. T. I. S. 105. 108. 127. u. C.A. C. II. T. III. S. 29., eingeschärft im Anschlagspat. v. 1. Sept. 1779. L.C.W. T. III. S. 64. u. C.A. C. II. T. III. S. 151.; — Rescr. v. 1. Nov. 1720. die von Concipienten nicht unterschriebenen A. betr. C. A. T. III. S. 493. u. L.C.W. T. I. S. 106., u. O.A.Pat. v. 30. Jan. 1810. L.C.W. T. IV. S. 40.; — O.A.Pat. v. 6. Febr. 1721. C. A. T. III. S. 497.; — v. 12. Jan. 1722. ib. S. 411.; — v. 30. Nov. 1722. auf 2 Rescr. v. 19. April u. 14. Juni 1721. wegen der Fristen im A.s- u. Leuterungs-Verfahren L.C.W. T. I. S. 113.; — O.A.Pat. v. 21. Jan. 1745. wegen der Justification der A. C.A. C. I. T. III. S. 132.; — Rescr. v. 15. Juli 1747. daß die A. an den Landesherrn stets als an die O.A.Regierung gerichtet anzusehen C.A. C. I. T. III. S. 344.; — O.A.-Pat. v. 25. Febr. 1780. wenn ohne Beachtung des Fatale wegen Ablösung des Berichts ohne Weiteres auf A. zu berichten, L.C.W. T. III. S. 66.; — O.A.Pat. v. 14. Oct. 1795. wegen Justification der A. C.A. C. II. T. III. S. 545.; — O.A.Pat. v. 7. Mai 1810. v. d. A. per saltum L.C.W. T. V. S. 85.; — M. v. 13. März 1821. §. 7. wegen der A. u. Leuterung G.S. S. 39.; — M. v. 3. April 1824. wegen d. Proceßverfahrens, der A. u. Leut. in der Lausitz G.S. S. 43 f. u. dazu: Rescr. v. 1. Mai 1830. samt Bek. v. 23. Nov. 1833. G.S. v. 1833. S. 583. 584. S. noch c. f. Insbesondere: c) beim Generalkriegsgericht: Regl. v. 23. Jan. 1789. I. Abschn. §. 3. u. sonst in Kriegsgerichten: VIII. Absch. §. 5 ff. C. A. C. II. T. I. S. 1291. u. L.C.W. T. IV. S. 612.; d) in Bergproceßsachen: Berg-O. v. 1536. Art. 98. C.A. T. II. S. 93., Berg-O. v. 3. Oct. 1554. Art. 109. ib. S. 148., Berg-O. v. 12. Juni 1589. Art. 104. ib. S. 224., u. wegen des Verfahrens darauf unter Verbot der A. coram notario et testibus: Bef. v. 9. April 1609. ib. S. 237., Rescr. v. 7. Jan. 1709. §. 53. ib. S. 396., M. v. 26. Aug. 1713. §. 17 f. ib. S. 479. (die Strafgelder wegen Mißbrauchs der A. fallen nicht in die Knappschaftscasse Rescr. v. 7. Jan. 1709. §. 38. ib. S. 392.) In Bezug auf die Lausitz: Vertrag Mont. vor Palm. 1534. L.C.W. T. II. S. 299. e) in Consistorialsachen: Conf.O. v. 1. Jan. 1580. Tit. Vom Oberconsist. C.A. T. I. S. 638., Besch. v. 13. Mai 1661. ib. S. 1005., Rescr. v. 11. Nov. 1701. ib. S. 1007., Decisivbef. v. 21. März 1702. ib. S. 871., Regul. v. 31. Mai 1782. §. 17. C.A. C. II. T. I. S. 277. f) in geringfügigen Sachen, M. v. 28. Nov. 1753. no. 7. 8. 9. C.A. C. I. T. I. S. 385., in der Lausitz M. v. 13. März 1821. §. 4. G.S. S. 38., M v. 13. März 1822. §. 32. G.S. S. 215., in der Lausitz M. v. 3. April 1824. §. 9. G.S. S. 46. g) in Trift-, Hutungs-, Frohn- u. Dienststreitigkeiten: O.-

A.Pat. v. 19. April 1764. L.C.W. T. III. S. 120., Res. v. 24. Mai 1766. B. ad 5. C.A.C. I. T. I. S. 140. u. Rescr. v. 9. Juni 1789. C.A.C. II. T. I. S. 499. h) in Handelsgerichtssachen: Hand.-G.O. v. 21. Dec. 1682. §. 20. C.A. T. II. S. 2046., M. v. 13. März 1822. §. 30. G.S. S. 215. i) beim kathol. Consistorium, M. v. 19. Febr. 1827. §. 17. G.S. S. 16., Anschlag des Vicariatsger. v. 30. Jan. 1828. G.S. S. 43. k) bei der Büchercommission, V. v. 7. Nov. 1831. §. 10. u. 8. a. G.S. S. 334. 332. l) in Ablösungssachen, G. v. 17. März 1832. §. 265 f. G.S. S. 233. m) gegen Verfügungen des Sportelfiscalats, §. 11. der V. v. 31. Dec. 1831. G.S. v. 1832. S. 3. n) wider das Eintragen des Einbringens ins Consensbuch, §. 32. d. M. v. 4. Juni 1829. G.S. S. 107. o) S. noch: Schuldner, Wechselverfahren, Spielschulden, und wegen der A. gegen Veräußerungen u. Verpfändungen: d.Art. Appellation, III. E.

II. A. gegen richterliche Entscheidungen. (Gesetzgebung v. 1835. an.) **1)** In Civilprocessen kann der Regel nach gegen das Erkenntniß der Untergerichte an das Bezirksappellationsgericht und gegen dessen darauf erfolgtes Erkenntniß an das O.A.Ger. appellirt werden, §. 11. d. G. v. 28. Jan. 1835. B. G.S. S. 65. **2)** Sollte ein Rechtsmittel nicht mit dem im Gesetze angegebenen Namen bezeichnet, oder nicht an die richtige Behörde gerichtet werden, so ist es um deswillen nicht für unzuläßig zu erklären, §. 13. d. V. v. 28. März 1835. G.S. S. 216. **3)** Bei der ersten Entscheidung des O.A.Ger. verbleibt es, soweit sie wenigstens mit einem Erkenntnisse der vorigen Instanzen, wörtlich, oder der Sache nach, übereinstimmt. Außerdem hat derjenige, zu dessen Nachtheile eine Aenderung erfolgt, eine Leuterung, über welche nicht in demselben Senate zu erkennen ist, §. 12. d. G. v. 28. Jan. 1835. B. G.S. S. 66. **4)** Enthält das erste Urtel d. O.A.Ger. nicht bloß Puncte, über welche bereits in den vorigen Instanzen erkannt war, sondern andere, über welche es zuerst entscheidet, so ist gegen diese Puncte für beide Theile eine Leuterung zuläßig, §. 13. ib. **5)** Außer den Fällen unter no. 3. u. 4. ist auch eine Leuterung beim O.A.Ger. für beide Theile zuzulassen, soweit dieses Gericht über Incidentpuncte, die erst in der dritten Instanz entstehen, erkannt, §. 14. ib. **6)** In den vor einem A.Ger. in erster Instanz anhängigen Civilsachen findet gegen Erkenntnisse, anstatt der A. von einem Untergerichte an das Bezirks-A.Ger., eine Leuterung Statt, worüber von einem andern A.Ger. erkannt wird, §. 15. ib. S. 66. Ausgenommen in Ehesachen, ingleichen in den bei einem A.G. in erster Instanz anhängigen Rechtssachen, welche den jüngsten Besitz betreffen, oder geringfügig sind; hier ist lediglich die A. an's O.A.Ger. zuläßig, §. 19. d. G. v. 28. Jan. 1835. B. G.S. S. 67., §. 59 f. d. G. v. 28. Jan. 1835. C. ib. S. 86., §. 14. d. V. v. 28. März 1835. ib. S. 216. **7)** Ueber die Leuterungen haben das Erkenntniß abzufassen: a) das A.Ger. zu Leipzig in den beim A.Ger. zu Dresden, b) das zu Zwickau in den beim A.Ger. zu Budissin, c) das zu Budissin in den beim A.Ger. zu Leipzig, u. d) das zu Dresden in den beim A.Ger. zu Zwickau in erster Instanz anhängigen Rechtssachen. Das Leuterungsverfahren und die Publication des Erkenntnisses darüber erfolgt bei dem A.Ger., bei welchem die Sache anhängig ist, §. 14. d. V. v. 28. März 1835. ib. S. 216. **8)** In Ansehung der A. an das O.A.Ger. und des Verfahrens bei diesem Gerichtshofe finden in den vor einem A.Ger. in erster Instanz anhängigen Rechtssachen dieselben Bestimmungen Anwendung, welche in Betreff der in erster Instanz bei den Untergerichten anhängigen Rechtssachen gelten, §. 15. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 66. **9)** Bei dem Erkenntnisse über die Leuterung beim O.A.Ger., soweit sie zuläßig ist, bewendet es schlechterdings, §. 16. ib. **10)** Neue, unter Berufung auf die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, in der dritten Instanz vorgebrachte Thatsachen und Beweismittel sind bei Abfassung des Erkenntnisses nicht zu beachten, können aber nachher in erster Instanz ausgeführt wer-

den, soweit eine solche Ausführung bisher nach eingetretener Rechtskraft zulässig war, §. 17. ib. **11)** In folgenden Fällen findet nur in soweit die nochmalige Einwendung eines Rechtsmittels Statt, als das Erkenntniß in erster Instanz, in Folge des dagegen eingewendeten Rechtsmittels, in dem darauf erfolgten Erkenntnisse abgeändert worden ist, und wenn eine solche Sache an das O.A.Ger. gelangt, so findet daselbst (mit Ausnahme der Ehesachen) nur dann, wenn es über Puncte zuerst entscheidet, oder über Incidentpuncte, die in dieser Instanz erst entstehen, oder wenn sein Urtel als nichtig angefochten worden, eine Leuterung Statt, §. 18. 13. 14. u. 20. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 67. u. 66., nemlich: a) in Provocationsprocessen, §. 18. cit.; b) gegen Erkenntnisse, welche nach rechtskräftiger Entscheidung der Hauptsache bloß Zinsen u. Kosten betreffen, d. h. wenn bei der Execution nach rechtskräftiger Entscheidung der Hauptsache ein solcher Streit über Zinsen als Nebenforderungen entstehen sollte, welcher durch richterliches Erkenntniß entschieden werden müßte, §. 18. cit. u. §. 6. d. G. v. 13. Jan. 1838. G.S. S. 28.; c) in Ehestreitigkeiten; d) in Rechtssachen, deren streitiger Gegenstand eine Schätzung zuläßt und worin der Gegenstand der A.sbeschwerden den Werth von 200 Thalern im 14 Thalerfuße ohne Agiozuschlag oder von 8 Thalern jährlich nicht übersteigt, §. 18. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 67., V. 28. Nov. 1840. §. 6. G.S. S. 418. aa) Wenn Zinsen oder Nutzungen als Nebenforderungen Gegenstand von A.sbeschwerden sind, so sind dieselben, jedoch nur nach dem Betrage bis zum Tage der Publication des Erkenntnisses zweiter Instanz, bei Berechnung der appellablen Summe zu berücksichtigen, und es findet also die nochmalige Einwendung eines Rechtsmittels Statt, wenn diese Zinsen oder Nutzungen entweder mit der Hauptforderung zusammengerechnet, in soweit diese ebenfalls Gegenstand der A.sbeschwerden ist, oder auch für sich allein, falls blos Zinsen oder Nutzungen Gegenstand der A.sbeschwerden sind, die appellable Summe erreichen. bb) Auf Kosten als Nebenforderungen ist bei Berechnung der appellablen Summe keine Rücksicht zu nehmen, und es sind demnach dieselben weder, wenn sie nur nebenher Gegenstand der A.sbeschwerden sind, in die appellable Summe einzurechnen, noch findet die nochmalige Einwendung eines Rechtsmittels Statt, wenn sie den alleinigen Gegenstand der A.sbeschwerden ausmachen, wie hoch sie sich auch immer belaufen mögen. §. 1. d. G. v. 13. Jan. 1838. G.S. S. 27. cc) Wenn von mehreren Streitgenossen nur einer oder einige ein nochmaliges Rechtsmittel eingewendet haben, so ist, wenn der Gegenstand untheilbar ist, der ganze den sämmtlichen Streitgenossen gemeinschaftliche Gegenstand, wenn hingegen derselbe eine natürliche oder intellectuelle Theilung zuläßt, nur der Antheil, der auf den Streitgenossen oder die einigen Streitgenossen kommt, welche das nochmalige Rechtsmittel eingewendet haben, bei Berechnung der appellablen Summe in Betracht zu ziehen. §. 2. ib. dd) Wenn in einer und derselben Klagschrift mehrere Klagpuncte zusammengefaßt sind (objective Klagenhäufung), so ist die nochmalige Einwendung eines Rechtsmittels statthaft, sobald der Gegenstand der auf mehrere Klagpuncte sich beziehenden A.sbeschwerden zusammengerechnet, den Werth von 200 Thalern, oder von 8 Thalern jährlich übersteigt, ohne daß es einen Unterschied macht, ob die mehrern Klagpuncte auf einem und demselben Rechtsgrunde, oder ob sie auf verschiedenen Rechtsgründen beruhen. §. 3. ib. ee) Im Concursprocesse dürfen die mehrern Liquidationsposten eines Gläubigers, in soweit sie bei nochmaliger Einwendung eines Rechtsmittels Gegenstand der A.sbeschwerden sind, zusammengerechnet werden, mögen sie nun auf demselben Grunde oder auf verschiedenen Gründen beruhen, wogegen, wenn ein von dem Concursvertreter eingewendetes nochmaliges Rechtsmittel gegen verschiedene Gläubiger gerichtet ist, eine Zusammenrechnung der mehrern A.sbeschwerden zum Behufe der Herstellung der appellablen Summe weiter nicht Statt findet, als in soweit

Liquidationsposten eines und desselben Gläubigers Gegenstand derselben sind. §. 4. ib. ff) Wenn der Richter sich in Zweifel darüber befindet, ob der Gegenstand der A.sbeschwerden den Werth von 200 Thalern oder von 8 Thalern jährlich übersteige oder nicht, so hat derselbe den Werth summarisch, nach Befinden und nach Beschaffenheit der Sache, mit Zuziehung Sachverständiger, zu erörtern und nach dem Ergebnisse zu ermessen, ob er auf das eingewendete Rechtsmittel Bericht zu erstatten, oder die Berichtserstattung nach §. 34. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 69. zu versagen habe. Die Kosten dieser Erörterung sind verlagsweise von derjenigen Partei zu tragen, von welcher das Rechtsmittel eingewendet worden ist. §. 5. d. G. v. 13. Jan. 1838. G.S. S. 27. **12)** Gegen Erkenntnisse der ersten Instanz a) über den jüngsten Besitz, b) in geringfügigen u. c) in ganz geringfügigen Sachen, findet nur ein Rechtsmittel, die A., Statt. Bei dem, was darauf entschieden wird, hat es sein Verbleiben. §. 19. d. G. v. 28. Jan. 1835. B. G.S. S. 67. und §. 35. d. G. v. 16. Mai 1839. G.S. S. 152. Ad a) Diese Bestimmung ist nur von solchen im summarischen Besitzprocesse gesprochenen Erkenntnissen zu verstehen, in welchen auch wirklich über den jüngsten Besitz entschieden wird, es sei nun, daß derselbe dem Kläger zugesprochen, oder daß er ihm aberkannt werde. §. 9. d. G. v. 13. Jan. 1838. G.S. S. 29. Ad b) Die Bestimmung unter b ist auch anzuwenden, wenn in einer nach dem Streitgegenstande überh. nicht geringfügigen Sache gegen das Erkenntniß zweiter Instanz in Puncten, in welchen durch dasselbe das Erkenntniß erster Instanz eine Abänderung erlitten hat, wegen eines an sich gerinfügigen Gegenstandes, bei übrigens allenthalben eingetretener Rechtskraft, A. eingewendet wird. §. 8. d. G. v. 13. Jan. 1838. G.S. S. 28. Ad c) In ganz geringfügigen Civilsachen ist ebenfalls nur eine A. gegen den Bescheid, einschließlich derjenigen Bescheidung, mittelst deren das Klaganbringen als unstatthaft verworfen wird, zulässig. Dieses Rechtsmittel ist auch zur Ausführung einer behaupteten Richtigkeit zu wählen, G. v. 16. Mai 1839. §. 35. G.S. S. 152. Ist in einer solchen Sache gegen den Bescheid appellirt worden, so hat das Gericht in den nächsten 3 Tagen nach Ablauf des Decendii den Appellaten von der Berufung in Kenntniß zu setzen und demselben unter Mittheilung einer Abschrift des A.schreibens oder des über die Einwendung des Rechtsmittels aufgenommenen Protokolls zu eröffnen, daß nach Ablauf von 8 Tagen Bericht erstattet werden solle. Ist der Appellat bei Einwendung der A. zugegen gewesen, so fällt die Zufertigung der A. und die Notification weg. Es steht übrigens jedem Theile frei, bis zur Berichtserstattung mit einer Deduction oder Refutation einzukommen. Ebendas. §. 36. ib. Wegen der Erbzollgerichte sehe man: d. V. v. 16. Nov. 1844. §. 11. G.S. S. 280. **13)** Bei A. gegen Erkenntnisse der ersten Instanz ist, auch in der Lausitz, den Vorschriften des M. v. 13. März 1822. §. 25—39. G.S. S. 212 ff., in der G.S. v. 1835. S. 72 f., nachzugehen. §. 22. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 67., V. v. 28. März 1835. §. 15. ib. S. 216. Hiernach a) laufen alle Fristen im Processe bis Nachm. 5 Uhr ihres letzten Tages. §. 25. des ang. M. v. 1822. b) Eine A. ohne Anführung irgend eines Beschwerdegrundes ist für versäumt zu achten, man kann sich aber die An- und Ausführung noch anderer, als der bereits angegebenen Gründe vorbehalten, doch muß jene binnen 14 Tagen vom Ablaufe der 10tägigen A.sfrist, und binnen 4 Wochen, wenn gegen ein Locationsurtel appellirt wurde, erfolgen. §. 26. ib. Alle Puncte des Erkenntnisses gelten für rechtskräftig, gegen welche weder bei der Appellation, noch, wenn dabei die Aufstellung mehrerer Beschwerden vorbehalten wurde, in der Deduction ausdrückliche Beschwerden gerichtet worden sind. §. 26. cit. c) Binnen 3 Tagen hat der Richter dem Gegner sowohl die A. als die Deduction in Abschrift (vergl. deswegen §. 26. ib.) zuzufertigen, und letzterem freizustellen, binnen 14 Tagen von Nachm. 5 Uhr des Empfangstages an mit einer Refutationsschrift einzukommen, §. 26. cit., u.

nach Verfluß dieser letztern Frist ist binnen 8 Tagen die Proceßsache mittelst Anzeigeberichts an das A.Ger. abzugeben. §. 27. Hiermit ist das Fatale petendorum apostolorum aufgehoben, ib. (Vergl. damit III. c. 2.) d) Der Richter kann dem Appellanten mit einer Notification des Berichtsabgangs die Bezahlung der Kosten der letztern und des Berichtes aufgeben, auch selbige nach Verfluß dreier Tage, vom Berichtsabgange an, executivisch einbringen, doch erlischt wegen mangelnder Bezahlung die A. nicht. §. 28. ib. Demnach ist das frühere Fatale der Ablösung des Berichtes (redimendorum apostolorum) ebenfalls abgeschafft. ib. [Aeltr. Recht: Res. gr. v. 1661. Just.-S. §. 29. C. A. T. I. S. 219.; Pat. v. 12. Aug. 1670. §. 1. C. A. T. I. S. 1262; V. v. 18. Juni 1680. ib. S. 1327.; Hand.G.O. v. 21. Dec. 1682. §. 20. C.A. T. II. S. 2046.; M. v. 18. Febr. 1691. §. 7. C. A. T. I. S. 1165.; E.P.O. ad Tit. 35. §. 7. 8. S. 188. u. f. oben I. 6. a. b.] e) Das Fatale solvendarum sportularum pro inhibitione ist ebenfalls abgeschafft, es ist aber der desfallsige Kostenbetrag am Justificationstermine in gleicher Weise, wie unter d) gesagt, zu berichtigen. §. 29. d. M. v. 13. März 1822. a. a. O. **14)** Das zuständige A.Ger. oder das O.A.Ger. hat zu ermessen, ob es die A. zur Rechtfertigung annehmen, oder sofort über dieselbe entscheiden wolle. In jenem Falle kommen die Bestimmungen in §§. 33—35. des gedachten M. G.S. v. 1822. S. 216. auch in der Lausitz zur Anwendung. Die Urtel werden in der zweiten Instanz eröffnet. Im letzten Falle wird auch ein Urtel abgefaßt, und dasselbe mittelst Verordnung dem Richter erster Instanz zur Publication zugesendet. Bei Erkenntnissen über den jüngsten Besitz, und in geringfügigen Rechtssachen, in Dotations- u. Alimentationssachen ist jedesmal sofort über die A. zu entscheiden. §. 22. cit. u. §. 15. cit. **15)** Wird gegen ein von einem A.Ger. in zweiter Instanz gesprochenes und von ihm selbst eröffnetes Urtel ans O.A.Ger. appellirt, so haben beide Behörden die für die Richter resp. der ersten und zweiten Instanz sub 13. und 14. enthaltenen Vorschriften zu befolgen. Die Publication des Urtels des O.A.-Ger., wenn es, ohne daß ein Justificationstermin anberaumt worden war, gesprochen ist, geschieht von dem A.Ger. §. 23. d. G. v. 28. Jan. 1835. B. G.S. S. 67. **16)** Ist bei einem Untergerichte gegen ein von ihm eröffnetes Urtel eines A.Ger. ans O.A.Ger. appellirt worden, so erstattet jenes, unter Beachtung der Vorschriften des M. v. 13. März 1822. §. 25—29. G.S. S. 212 ff., Bericht ans A.Ger., und dieses giebt die Sache, mittelst einer Resolution auf dem Berichte, ans O.A.Ger. Entscheidet das letztere sofort, so ist von ihm das Urtel durch die zweite Instanz an die erste zur Publication zu übersenden. Erfolgt die Entscheidung nach vorhergegangener Annahme des Rechtsmittels zur Rechtfertigung, so wird das Urtel beim O.A.Ger. eröffnet. §. 24. d. G. v. 28. Jan. 1835. S. 68. **17)** Leuterungen, soweit sie zulässig, sind jedesmal zur Fortstellung anzunehmen. Sonst findet in Ansehung derselben das im §. 36. d. M. v. 13. März 1822. G.S. S. 216. vorgeschriebene Verfahren Statt. §. 25. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 68. **18)** Ist ein vom O.A.Ger. gesprochenes Urtel in der ersten oder zweiten Instanz publicirt, so tritt in Fällen, in welchen, wenn die Eröffnung der Urtel beim O.A.Ger. selbst erfolgt wäre, Leuterungen zugelassen sein würden, an die Stelle derselben nochmalige A. an gedachten obersten Gerichtshof. Dabei ist zu verfahren, wie bei den zum ersten Male an das O.A.Ger. eingewendeten A. §. 26. ib. **19)** Bedürfen höhere Justizbehörden zu ihren Erkenntnissen oder Verordnungen eines collegialen ärztlichen Gutachtens, so haben sie dasselbe bei der medicinischen Facultät zu Leipzig, oder bei der medicinisch-chirurgischen Akademie zu Dresden einzuholen. Sind bereits solche Gutachten vorhanden, und wird ein drittes nothwendig, so ist dieses von den bei dem Ministerium des Innern angestellten Medicinalräthen abzugeben. §. 13. d. V. v. 28. März 1835. G.S. S. 216. **III.** A. gegen das Verfahren. (Gesetzgebung von 1835 an.) **A.** In welchen Processen und in welchem Umfange ist A. gegen das Verfahren statthaft?

Instanzenzug. **1)** Im Allgemeinen ist A. gegen das Verfahren des Richters in allen Processen statthaft. Wegen der A. im Executionsverfahren und im Bagatellprocesse s. unten no. 9. u. 10. Auf solche A. wird vom Unterrichter an das Bezirks-A.Ger. Bericht erstattet. Dieses entscheidet darauf durch Verordnung. Gegen eine solche Verordnung findet, in denjenigen Sachen, in welchen auch gegen Erkenntnisse an das O.A.Ger. appellirt werden kann (s. oben II. 11. u. 12.), eine A. an dasselbe Statt. Diese ist aber binnen 10 Tagen von Bekanntmachung der ersten Verordnung an bei Verlust der A. einzuwenden und es erfolgt darauf vom Untergerichte wiederum Berichtserstattung an das A.Ger. Das letztere giebt dann die Sache mittelst einer Resolution auf dem Berichte an das O.A.Ger. ab. Gegen die darauf ergehende Verordnung des letzteren, welche durch die zweite Instanz an das Untergericht gelangt, ist keine A. weiter zulässig. §. 30. d. G. v. 28. Jan. 1835. B. G.S. S. 68. in Verbindung mit §. 10. d. G. v. 13. Jan. 1838. G.S. S. 29. **2)** Ebenso kann in Sachen, in welchen ein A.Ger. die erste und zweite Instanz bildet (s. oben II. 6. u. 8.), gegen das Verfahren desselben, es mag nun reformatorisch erkannt worden sein oder nicht, zweimal an das O.A.Ger. appellirt werden. §. 32. d. G. v. 28. Jan. 1835. B. G.S. S. 69. in Verbindung mit §. 10. d. G. v. 13. Jan. 1838. G.S. S. 29. **3)** In Fällen, in welchen überhaupt nur Ein Rechtsmittel gegen Erkenntnisse statthaft ist, findet auch gegen das Verfahren nur Eine A. Statt. §. 33. d. G. v. 28. Jan. 1835. B. G.S. S. 69. **4)** Ferner kann auch gegen Verfügungen, welche das O.A.Ger. in den vor demselben anhängigen Sachen unmittelbar an Untergerichte erläßt, nur einmal an dasselbe appellirt werden und es ist darauf vom Unterrichter unmittelbar zu berichten. Ebendas. u. §. 29. desselben Ges. **5)** In wieweit nochmalige A. gegen dieselbe Handlung, gegen welche *eine* A. eingewendet aber zurückgenommen war, zulässig, s. unter III. C. 7. **6)** Wenn eine Partei nach den Vorschriften bei 1. 2. 3. nicht mehr appelliren darf, so kann auch durch einen Dritten eine A. nicht eingewendet werden. §. 16. d. V. v. 28. März 1835. G.S. S. 216. **7)** Unbeschadet einer zulässigen zweiten A. an das O.A.Ger. können die A.Ger. in geeigneten Fällen ihren Verordnungen, sie mögen nun reformatorische sein oder nicht, die Bestimmung beifügen, daß eine dagegen an das O.A.Ger. eingewendete A. keine Suspensivkraft haben soll, in welchem Falle auf die A. erst nach vollzogener Handlung Bericht erstattet wird. §. 31. desselben G. in Verbindung mit §. 10. d. G. v. 13. Jan. 1838. G.S. S. 29. **8)** In Handelsgerichtssachen sind die Bestimmungen in §. 10. d. G. v. 21. Sept. 1833. G.S. S. 111. und somit auch die Vorschriften d. G. v. 28. Jan. 1835. B. und der V. v. 28. März 1835. in Anwendung zu bringen, §. 17. der letztern, G.S. S. 217. **9)** In Bagatellproceßsachen sind A. vor der Entscheidung gar nicht zu beachten, es steht jedoch der Partei, welche durch das Verfahren verletzt zu sein glaubt, frei, ihre darauf gegründeten Beschwerden durch A. gegen den Bescheid geltend zu machen, §. 37. d. G. v. 16. Mai 1839. G.S. S. 152. In Bezug auf die Elbzollgerichte sehe man: die V. v. 16. Nov. 1844. §. 11. G.S. S. 280. **10)** Wegen der A. im Executionsverfahren bestehen hiervon abweichende und eigenthüml. Grundsätze. S. d. bes. Abschn. D.

B. Wer cognoscirt über die Zulässigkeit einer A. gegen das Verfahren? **1)** Nach den früheren gesetzlichen Bestimmungen hatten die Untergerichte in den zu ihrer Competenz gehörigen Civilrechtssachen, sobald appellirt wurde, der eigenen Entschließung oder Entscheidung sich zu enthalten, vielmehr auch auf unzulässige A. Bericht zu erstatten. Gegenwärtig gehört aber die erste Entschließung auf A. gegen das Verfahren vor die erste Instanz. Es hat daher der Richter, bei welchem die A. eingewendet worden, in jedem Falle nach eigenem Ermessen darüber Beschluß zu fassen, ob und in wieweit der Antrag des Appellanten für begründet zu achten und was daher der Lage der Sache nach zu verfügen ist. Von dieser Entschließung ist Nachricht zu den Acten zu bringen und die Betheilig-

ten sind davon, in soweit es nicht durch die Verfügung selbst geschieht, in Kenntniß zu setzen. Erledigt sich hierdurch die A. nicht, so ist zu verfahren, wie unter C. 1. ff. angegeben wird, §. 1. d. V. v. 14. Mai 1836. G.S. S. 93., G. v. 28. Jan. 1835. B. §. 34. G.S. S. 69. **2)** Wenn das Untergericht eine A. an das O.A.Ger. für zuläßig hält, und demzufolge Bericht an das A.Gericht erstattet, so hat nicht letztres, sondern das O.A.Ger. über die Zuläßigkeit der A. zu cognosciren, §. 2. d. V. v. 11. Jan. 1844. G.S. S. 1. **3)** Sind Verfügungen der A.Gerichte in den vor ihnen in erster Instanz anhängigen Civilsachen von untern Gerichtsbehörden zu vollziehen, so entscheidet auf die von den Parteien dagegen eingewendete A., wenn diese nur gegen das Verfahren des Untergerichts und die Art der Vollziehung gerichtet ist, das betreffende A.Gericht. Wird darin aber zugleich die dem Verfahren zum Grunde liegende Resolution des A.Gerichts zur Beschwerde gezogen, so ist die Entschließung auf die A. dem O.A.Ger. anheimzugeben, §. 8. d. V. v. 9. April 1836. G.S. S. 87. **4)** Ebenso ist auf A., welche bei einem requirirten Richter gegen die Resolution des requirirenden Gerichts eingewendet wird, die Cognition dem letztern zu überlassen und es entscheidet, wenn die A. sich dadurch nicht erledigt, das A.Gericht des requirirenden Gerichts, an welches das letztere Bericht zu erstatten hat. Ist die A. gegen das Verfahren des requirirten Gerichts gerichtet, so entscheidet dieses über die Zuläßigkeit u. hat nach Befinden an das vorgesetzte A.Gericht zu berichten. Dasselbe gilt in Executionssachen. §. 7. d. V. v. 9. April 1836. G.S. S. 87., §. 25. d. G. v. 28. Febr. 1838. G.S. S. 80. **C.** Wie ist auf zuläßige und unzuläßige A. zu verfahren? **1)** Hält das Gericht die A. für zuläßig, so ist ein Tag zur Absendung des Berichts zu bestimmen und den Interessenten bekannt zu machen. §. 1. d. V. v. 16. Mai 1836. G.S. S. 93. **2)** Eine Zufertigung der Appellationsschriften an den Appellaten zur Refutation findet nicht Statt, und bezieht sich die Vorschrift in §. 25—29. d. M. v. 13. März 1822. G.S. S. 212. und in der O.Laus. in §. 4—7. d. M. v. 3. April 1824. G.S. S. 44. lediglich auf A. gegen Erkenntnisse in Civilsachen. §. 6. d. V. v. 9. April 1836. G.S. S. 87., Rescr. v. 1. Mai 1830. G.S. v. 1833. S. 584., Bek. v. 23. Nov. 1833. ib. S. 583. **3)** Auf unzuläßige A. hat der Richter, bei dem sie eingewendet worden, keinen Bericht zu erstatten, solches aber dem Appellanten (wenn dieser auch nicht Partei, sondern ein Dritter wäre) zu eröffnen. §. 34. d. G. v. 28. Jan. 1835. B. G.S. S. 69., V. v. 28. März 1835. ib. S. 216. **4)** Diese Resolution kann nicht selbst wieder Gegenstand einer A. werden, wohl aber steht dem Appellanten die Beschwerdeführung bei derjenigen Oberbehörde frei, welche über die A. zu cognosciren haben würde, wenn dieselbe statthaft wäre. Es gehört mithin die Cognition über Beschwerden, wenn die Berichtserstattung auf eine A. gegen eine Entscheidung zweiter od. dritter Instanz versagt wird, vor das O.A.Ger. §. 1. d. V. v. 11. Jan. 1844. G.S. S. 1. **5)** Besondere Beschwerdeführung oder A. des Appellaten darüber, daß ein Gericht eine A. des Gegners zugelassen hat, findet nicht Statt. Es ist aber dem Appellaten unbenommen, in einer besondern Eingabe (bei A. gegen Erkenntnisse in der Refutationsschrift) die Gründe vorzustellen, aus denen er die A. des Gegners für unzuläßig hält. ib. §. 3. **6)** Wenn die A. wieder zurückgenommen wird, so ist die Berichtserstattung nicht erforderlich. [Aeltr. R. E.P.O. ad Tit. 35. §. 7.] Es hat jedoch das Untergericht, wenn die A. offenbar nur zur Verzögerung eingewendet war, den Appellanten mit einer nach eigenem Ermessen zu bestimmenden Geldstrafe zu belegen. V. v. 14. Mai 1836. §. 3. G.S. S. 94. **7)** Eine nach Zurücknahme der A. von derselben Partei oder ihren Nachfolgern anderweit unternommene Berufung gegen die nemliche Handlung, gegen welche die frühere gerichtet war, ist unzuläßig und daher nicht zu beachten, dafern sie nicht auf solche thatsächliche Verhältnisse gestützt wird, welche erweislich erst nach jener Zurücknahme eingetreten oder zu des Appellanten Kenntniß gelangt sind. ib. **D.** Die A. gegen das Executions-

verfahren. **1)** A., welche ohne Anführung irgend eines Grundes, von dem Verurtheilten oder einer dritten Person, gegen das Vollstreckungsverfahren oder einzelne Theile desselben eingewendet werden, sind nicht zu beachten. Dasselbe gilt von solchen Berufungen, wobei der Verurtheilte oder dessen Angehörige sich blos auf den Mangel an Befriedigungsmitteln beziehen. §. 26. d. G. v. 28. Febr. 1838. G.S. S. 80. **2)** Eine A., welche von der sachfälligen Partei beim Vollstreckungsverfahren, unter Angabe eines Beschwerdegrundes, eingewendet wird, ist nur in sofern zu berücksichtigen, als dadurch eine von folgenden Vollstreckungshandlungen gehindert werden soll: a) die Anwendung des Gefängnißzwangs, b) die Heraussetzung aus einem Grundstücke u. Einweisung des Gegners in den Besitz desselben, c) die Ausantwortung eines beweglichen Gegenstandes an den Gegner, d) die Auszahlung gerichtlich niedergelegter oder bei einem Dritten verkümmerter Gelder, e) die Versteigerung abgepfändeter beweglicher Sachen und f) die Subhastation von Grundstücken. §. 27. ib. S. 80. **3)** Wird daher a) gegen Handlungen, welche den eben bezeichneten beim Vollstreckungsverfahren vorangehen (z. B. gegen Erlassung der Straf- oder Hilfsauflage, gegen Berechnung der Schuld, Abpfändung und gerichtliche Verwahrung von Mobilien, Bestellung eines Hilfspfandrechts, Anlegung der Sequestration u. dergl.), von dem Verurtheilten appellirt, so ist die Berufung nicht zu beachten; b) wenn der Sachfällige gegen das Vollstreckungsverfahren überhaupt oder gegen einen Theil desselben, welcher eine von jenen Handlungen umfaßt, A. einwendet, so hat das Gericht demungeachtet das Verfahren bis zu derjenigen Handlung fortzusetzen, gegen welche zu appelliren gestattet ist. §. 28. ib. S. 81. **4)** Ist die A. ausdrücklich oder ihrem Umfange nach gegen Subhastation eines Grundstücks gerichtet, so hat das Gericht, wenn noch kein Bietungstermin angesetzt ist, mit öffentlicher Feilbietung des Grundstücks anzustehen, im entgegengesetzten Falle aber den Subhastationstermin zu halten und nur, wenn nicht immittelst die A. beseitigt worden, den Zuschlag des Grundstücks an den Meistbietenden auszusetzen. ib. §. 29. S. 81. **5)** Wenn Jemand zu Räumung einer Miethwohnung verurtheilt ist, so wird die Heraussetzung desselben durch eine dagegen eingewendete A. nicht gehindert; es ist jedoch nach Vollziehung dieser Handlung auf die A. Bericht zu erstatten. ib. §. 30. **6)** Durch die A. eines Dritten, dessen Widerspruchsrecht nicht sofort durch Urkunden nachgewiesen wird (E.P.O. zu Tit. XV. §. 1.), kann das Gericht nicht gehindert werden, das Vollstreckungsverfahren bis zu derjenigen Handlung fortzusetzen, durch welche für den Appellanten ein unersetzlicher Schaden entstehen könnte. ib. §. 31. Einzuberichten ist jedoch die A. eines Dritten gegen ein Executionsverfahren, wenn der Appellant das Eigenthum an den Gegenständen der Execution in Anspruch nimmt, oder sonst die Gefährdung eines ihm zustehenden Rechts durch die Execution behauptet, §. 16. d. V. v. 28. März 1835. G.S. S. 217. und §. 32. d. G. v. 28. Febr. 1838. G.S. S. 81. **7)** Auf A., welche überhaupt nicht zu beachten sind, haben die Gerichte auch keinen Bericht zu erstatten. Mit Anzeige einer zulässigen A. können dieselben so lange anstehen, bis das Vollstreckungsverfahren zu der Handlung vorgeschritten ist, welche durch die Berufung gehemmt wird, G. v. 28. Febr. 1838. §. 32. G.S. S. 81. **8)** Wird die eingewendete A. durch die Entscheidung des obern Gerichts für unbegründet erklärt, so hat das Untergericht sofort nach Bekanntm. der entscheidenden Verordnung die aufgeschobene Vollstreckungshandlung auf Ansuchen des Berechtigten ohne Weiteres vorzunehmen. Befindet übrigens das Obergericht, daß die A. lediglich zur Verzögerung der Sache eingewendet worden ist, so hat dasselbe den Appellanten mit einer angemessenen Geld- oder Gefängnißstrafe zu belegen. §. 33. d. G. v. 28. Febr. 1838. G.S. S. 81. **9)** Im Uebrigen gelten die oben unter III. A. 3. 6. 7., B. 1. 2. 3. 4. und C. enthaltenen Vorschriften auch hier. Doch ist gegen eine Verordnung der zweiten In-

stanz nur in soweit eine nochmalige A. an das O.A.Ger. statthaft, als durch die Entscheidung des A.Gerichts das Verfahren des Untergerichts, gegen welches appellirt worden, zum Nachtheile des Appellaten nicht approbirt und ein andres Verfahren vorgeschrieben worden ist. Bildet das A.Gericht zugleich die erste und zweite Instanz, so kann nur unter dieser Voraussetzung an das O.A.Ger. appellirt werden. Auch in solchen Fällen können die A.Gerichte ihren reformatorischen Entscheidungen die Bemerkung beifügen, daß einer anderweiten A. keine Suspensivkraft beizulegen sei. §. 32. d. G. v. 28. Febr. 1838. G.S. S. 81., §. 10. d. G. v. 13. Jan. 1838. ib. S. 29., in Verbindung mit §. 30. f. d. G. v. 28. Jan. 1835. B. G.S. S. 68. u. §. 16. d. V. v. 28. März 1835. ib. S. 216. u. V. v. 14. Mai 1836. G.S. S. 93. **E.** Die A. gegen Veräußerung und Verpfändung eines Grundstücks. **1)** A. gegen Eintragung derjenigen Forderungen in das Grund- u. Hypothekenbuch, deren Inhaber solche vermöge gesetzlichen Rechtstitels verlangen können, z. B. Ehefrauen, Bevormundete, die öffentl. Cassen, Vermächtnißnehmer, Gläubiger wegen ihrer rechtskräftig entschiedenen oder zur Hilfsvollstreckung geeigneten Forderungen, haben keine Suspensivkraft. G. v. 6. Nov. 1843. §. 42. G.S. S. 199. **2)** Protestationen gegen Veräußerung und Verpfändung eines Grundstücks zum Zwecke der Sicherstellung eines Hilfsobjects wegen einer mit Rechtstitel zur Eintragung ins Grund- u. Hyp.-Buch nicht versehenen Forderung, oder zu Sicherung eines Absonderungsrechts von Erbschaftsgläubigern sind nur zu beachten und in jenem zu bemerken, wenn die Forderung und wegen des Nahrungsabfalls des Schuldners die Gefahr des Verlusts bescheinigt wird, M. v. 15. März 1821. G.S. S.41., wegen der Lausitz v. 24. Sept. 1823. G.S. S. 113., G. v. 6. Nov. 1843. §. 148. G.S. S.216. **3)** Zuläßige Protestationen hat der Richter binnen 14 Tagen den Betheiligten bekannt zu machen. Ang. M. v. 1821. u. 1823. **4)** Wenn gegen Veräußerung oder Verpfändung eines Grundstücks appellirt wird, so hat das zuständige Gericht jeden Falls, es sei die A. bedingt oder unbedingt eingewendet, und mit einer Protestation verbunden oder nicht, über die Statthaftigkeit des Antrags oder Widerspruchs Resolution zu fassen. V. v. 14. Mai 1836. §. 2. G.S. S. 94. **5)** Ist dem Antrage Statt zu geben oder der Widerspruch zu berücksichtigen, so ist zwar die A. für erledigt zu achten; es hat jedoch das Gericht bei 10 Thlr. Strafe von dem Anbringen des Appellanten und der darauf gefaßten Entschließung dem Schuldner, sowie denjenigen Personen, welche sonst ein dem Gerichte bekanntes Interesse dabei haben können, binnen 14 Tagen Nachricht zu ertheilen. ib. **6)** Wird der Widerspruch für unstatthaft geachtet, so ist bei gleicher Strafe binnen derselben Zeit nicht nur die vorerwähnte Bekanntmachung zu erlassen, sondern auch dem Appellanten zu eröffnen, daß auf die eingewendete A., dafern sie nicht binnen 8 Tagen zurückgenommen werden sollte, sofort zur vorgesetzten Behörde werde Bericht erstattet werden. [Hiernach sind die in d. V. v. 15. März 1821. unter B. ertheilten Vorschriften abgeändert]. ib. **7)** Protestationen und A. gegen Veräußerung und Verpfändung von Grundstücken sind lediglich bei demjenigen Gerichte anzubringen, welches für das in Frage stehende Grundstück die Lehns- und Hypothekenbehörde bildet. Gegen die von den A.Gerichten zu Dresden und Budissin in dieser Eigenschaft auf dergleichen Anbringen gefaßten Beschlüsse und getroffenen Verfügungen kann zweimal an das O.A.Ger. appellirt werden. ib. **8)** Im Grund- u. Hypothekenbuche werden unzuläßige A. nicht bemerkt, andre nur, wenn der Richter den Widerspruch gegen die Veräußerung und Verpfändung, womit die A. verbunden wurde, unzuläßig befunden hat. §. 149. d. G. v. 6. Nov. 1843. G.S. S. 217. u. §. 39. 40. d. V. v. 15. Febr. 1844. G.S. S. 46. **IV.** Andre Nachweisungen über den Gebrauch der A. und das Verfahren aufdieselbe. Solche enthalten die Art.: Ablösungsbehörden, Adhäsion, Abschriften, Amtsfäßigkeit, Arrest, I., Auszug, Beweis, Clausel, Compromisse, Concursproceß,

Ehesachen, Eheverlöbniß, Eigenthum an G., Erkenntnisse, Grund- und Hyp..., Einreden, Feuer, Fristen, Gerichtsbarkeit, Hypothekenbank, Notare, Nullität, Pfandrecht, Recurs, Schuldarrest, Schuldner, Staatsgerichtshof, Stempelsteuer, Steuerbehörden, Subhastation, Termin, Verkümmerung, Verwaltungsbehörden, Vormundschaft, Wechselerkenntniß, Wechselverfahren, Nullität.

Appellation in Criminalsachen.

A. A. gegen Erkenntnisse. Gesetzgebung bis zum J. 1855. **1)** Das erste Erkenntniß in Criminalsachen wird entweder vom Unterrichter oder vom A.Gerichte ertheilt, wie im Art.: Erkenntnisse angegeben. — Im erstern Falle erkennt darüber auf ein eingewendetes Rechtsmittel das A.Gericht, G. v. 28. Jan. 1835. B. §. 38. no. 2. G.S. S. 70., über eine Vertheidigung gegen das Urtel des A.Gerichts, (welche bei erkannter Todesstrafe auch amtshalber zu veranstalten ist) entscheidet das O.A.Ger. §. 38. cit. sub 1. a. a. O. und V. v. 28. März 1835. §. 18. unter 1. G.S. S. 217. **2)** Gegen das Erkenntniß der zweiten Instanz sind (auch wenn darin über neue Thatsachen oder Beweismittel, oder zugleich auf Privatgenugthuung erkannt ist) keine Rechtsmittel weiter zulässig; nur wegen neuer erheblicher Thatsachen oder Beweismittel, welche erst nachher zur Sprache kommen, oder wenn auf besondere Verordnung des Königs, zur Ermittelung der Unschuld oder Minderung der Strafe, eine nochmalige Vertheidigung gestattet wird, kann noch ein Erkenntniß Statt finden. Im ersten Falle entscheidet sowohl über die Zulässigkeit desselben, als auch über die Materialien, diejenige Instanz, in welcher das letzte Urtel abgefaßt wurde, im zweiten Falle das O.A.Ger. und zwar, wenn das zweite Urtel von demselben gesprochen worden, in voller Versammlung, §. 38. no. 3. d. G. v. 28. Jan. 1835. B. G.S. S. 70. **3)** Wenn aber erst das letzte Erkenntniß, indem es den Angeschuldigten von allem Verdachte frei spricht, zugleich eine Verurtheilung des Denuncianten in die Kosten der Untersuchung enthält, so ist über das sodann von dem Denuncianten wider den ihn betreffenden Theil des zweiten Urtels eingewendete Rechtsmittel noch ein Erkenntniß bei dem O.A.Ger. abzufassen, V. v. 8. Jan. 1838. G.S. S. 32. [Wegen der Untersuchungen gegen Uebertreter der gesetzlichen Bestimmungen in Betreff der indirecten Abgaben s. die V. v. 17. Aug. 1842. G.S. S. 104.] **4)** Berufung auf zweites Erkenntniß ist immer zu beachten, selbst wenn die Strafe in Gemäßheit des ersten Erkenntnisses schon angetreten wäre, oder der Inculpat demselben sich ausdrücklich oder stillschweigend unterworfen hätte. Nur dann ist eine solche Berufung unstatthaft, wenn eine ausdrückliche Unterwerfung und Berichtserstattung auf ein Begnadigungsgesuch Statt gefunden hat. V. v. 19. März 1841. G.S. S. 34. u. V. v. 14. Febr. 1840. G.S. S. 13. **5)** S. dazu: Begnadigung. **B.** A. gegen das Verfahren nach den Gesetzen bis zum J. 1855. **1)** Auf A. gegen das Verfahren wird vom Unterrichter an das A.Gericht berichtet. Dieses entscheidet durch Verordnung. Gegen letztre ist, in den Fällen, wenn die Untersuchung auf A. gegen das Erkenntniß an das O.A.Ger. gelangen könnte, mithin nur in wichtigen Untersuchungen, in denen das erste Erkenntniß vom A.Gerichte abzufassen ist, anderweite A. an letztres zulässig. §. 38. unter 9. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 71., in Verbindung mit der V. v. 28. März 1835. §. 18. ib. S. 217., V. v. 7. März 1839. G.S. S. 139. Es dürfen aber die A.Gerichte ihren Rejectionsverordnungen in geeigneten Fällen die Bestimmung beifügen, daß eine dagegen an das O.A.Ger. eingewendete A. keine Suspensivkraft haben soll. §. 18. no. 3. d. V. v. 28. März 1835. G.S. S. 217. **2)** In minder wichtigen Untersuchungen, d. h. in allen solchen, in denen das A.Gericht das zweite Erkenntniß zu sprechen hat, findet nur Eine A. an das A.Gericht Statt. V. v. 7. März 1839. G.S. S. 139. **3)** Auf A. gegen die Vollstreckung der in Criminalfällen zuerkannten Strafen ist von dem Untersuchungsrichter kein Bericht zu erstatten und solches dem Appellanten bekannt zu machen. §. 34. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 69., §. 1.

V. v. 29. Juli 1835. ib. S. 424. **4)** Es ist jedoch die Einwendung einer A. gegen die Vollziehung der Strafe als eine Erklärung des Verurtheilten anzusehen, daß er sich des gegen das Erkenntniß ihm gesetzlich noch zuständigen Rechtsmittels bedienen wolle. §. 2. d. V. v. 29. Juli 1835. ib. S. 424. **5)** Es hat daher, wenn eine A. gegen Vollstreckung der Strafe in einer Untersuchung eingewendet wird, wo noch kein zweites Erkenntniß gefällt ist, der Richter mit Vollziehung der Strafe anzustehen, (in sofern nicht nach besondern gesetzlichen Vorschriften die einstweilige Vollziehung mit Vorbehalt der zuständigen Rechtsmittel angeordnet ist,) u. in Sachen, wo das A.Gericht das erste Erkenntniß abfaßt, dem von dem Angeschuldigten zu benennenden Vertheidiger die Einreichung einer Schutzschrift in der gesetzlichen Frist aufzugeben, in dem Falle aber, wo das Untersuchungsgericht das erste Erkenntniß giebt, dem Angeschuldigten freizustellen, innerhalb dieser Frist mit einer schriftlichen Vorstellung einzukommen, nach übergebener Vertheidigung aber, oder auch ohne eine solche die Acten an die competente Behörde einzusenden. ib. §. 3. **6)** Ein gleiches Verfahren hat der Untersuchungsrichter zu beobachten, wenn nach gesprochenem zweiten Erkenntnisse gegen Vollstreckung der Strafe, unter Anführung neuer erheblicher noch nicht zur Sprache gekommener Thatsachen oder Beweismittel, appellirt wird. §. 4. d. V. v. 29. Juli 1835. G.S. S. 425. **7)** Wird unter A. gegen die Vollstreckung der Strafe zugleich um Begnadigung oder um die dritte Defension im Wege der Gnade gebeten, so hat der Richter das Begnadigungsgesuch ebenso, als wenn es ohne Einlegung einer A. angebracht wird, dem Justizministerio unmittelbar anzuzeigen. Nur in dem Falle einer erkannten Todesstrafe muß dieser Bericht an das A.Gericht erstattet werden. §. 5. d. V. v. 29. Juli 1835. G.S. S. 425. **8)** Ist auf ein solches Gesuch abfällige Entschließung erfolgt, so ist wegen anderweiter Berufung auf Begnadigung, selbst wenn sie mit A. verbunden ist, die Strafvollstreckung nicht aufzuschieben, jedoch nachher Anzeige an das Justizministerium zu erstatten, in sofern nach Beschaffenheit der Sache solches mit Erfolg geschehen kann oder nicht die Nichtbeachtung anderweiter Berufung ausdrücklich angeordnet ist. ib. §. 6. **9)** Sucht ein Inculpat unter dem Anführen, daß er um Begnadigung eingekommen sei oder einkommen werde, um Aufschub der Vollstreckung, mit oder ohne Einwendung einer A. nach, so ist, in sofern nicht die Begnadigung bereits abgeschlagen ist, mit Vollstreckung der Strafe anzustehen und binnen 8 Tagen Bericht unter Einsendung der Acten an das Justizministerium zu erstatten, auch dem Inculpaten solches bekannt zu machen. ib. §. 7. G.S. S. 425. **10)** Gegen die Entschließung der ersten Instanz, daß die Untersuchungshaft anzulegen sei oder fortzudauern habe, fand nach bisheriger Verfassung eine A. an das A.Gericht und, wo sonst nach der V. v. 7. Mai 1839. zuläßig, auch an das O.A.Ger. Statt. V. v. 6. Nov. 1848. G.S. S. 218. **C.** Seit 1855. Vergl. den Art.: Rechtsmittel.

Appellationsgericht, das vormalige. **1)** Dasselbe wurde anfänglich jährlich zweimal gehalten, des Winters um Martini, des Sommers um Trinitatis, später den ersten Montag nach geendigter Neujahrsmesse, und den ersten Montag im Monate August, M. weg. Halt. der A.Ger.Term. ꝛc. v. 8. Mai 1682. C.A. T.I. S. 1267. **2)** Als ein stehendes Gericht wurde es niedergesetzt durch das M. zu Publ. der neuen A.G.O. v. 24. April 1734. C.A. C.I. T.I. S. 433. u. die neue A.G.O. v. 27. März 1734. Rubr. v. d. Präsid. ib. S. 436. **3)** Seine Aufhebung erfolgte durch das G. v. 28. Jan. 1835. §. 1. G.S. S. 62. **4)** Ueber die Verfassung u. Competenz des vormaligen A.Gerichts vergl.: M. v. 1. Juni 1579. C.A. C.I. T.I. S. 425.; Ordn. v. 3. April u. v. 20. April 1605., weg. d. Versetzens, C.A. T.I. S. 1221.; A.G.O. v. 7. Oct. 1605. ib. S. 1225. f.; M. v. 11. April 1607. ib. S. 1241.; Bef. v. 25. Juni 1616., weg. d. Versetzens, ib. S. 1243.; M. v. 13. Dec. 1624., die prod. Orig.-Urk. betr., ib. S. 1245.; M. v. 30. April 1625. weg. d. Versetzens, ib. S. 1245., weg. der Copisten ib. S. 1247.; Anschl. v. 22. Sept. 1634., die A.G. Sporteln betr., ib. S. 1247.;

M. v. 11. Juni 1638., die Orig.-Urk. betr., ib.; v. 22. März 1640., gegen d. unnöth. Weitläuft., ib. S. 1249.; v. 18. Aug. 1642. dess. Inhalts, ib.; v. 2. Oct. 1644., die Sport. u. d. Versetzen betr., ib.; v. 26. Sept. 1650., weg. d. Weitläuft., ib. S. 1251.; v. 12. April 1654. ib. S. 1253.; v. 3. Febr. 1658., d. Sport. betr., ib. S. 1253.; v. 1. Oct. 1658., d. Pract. vor d. A.G., d. Sport. u. d. Actenw. betr., ib. S. 1253.; v. 16. Jan. 1660., d. Verf. in Concursf. betr., ib. S. 1255.; Res. gr. v. 1661. Justizf. §. 11., die Gütepflegung betr., §. 31., die Secret. u. Schreiber betr., ib. S. 215. 220.; Rescr. v. 7. Juli 1664., daß d. A.G. lediglich dem Churhause zuständig, ib. S. 1257.; M. v. 25. Juli 1665., die Sport. betr., ib. S. 1257.; v. 8. Oct. 1666., d. Versetzen u. d. Sport. betr., ib. S. 1257., desgl. d. Acteninsp. u. d. Copisten betr., ib. S. 1259.; Pat. v. 14. Dec. 1669., die Verfälsch. d. Acten betr., ib. S. 1259.; v. 12. Aug. 1670. ib. S. 1261.; M. v. 25. April 1672., d. Versetzen betr., ib. S. 1263.; v. 30. März 1676., dess. Inh., ib. S. 1265.; M. v. 12. Sept. 1676., das Durchsehen der Acten Seiten d. Adv. betr., ib. S. 1157.; Rescr. v. 15. Jan. 1678. ib. S. 1265.; M. v. 8. Mai 1682., das Verf. u. d. Citat. betr., ib. S. 1267.; M. v. 15. April 1696., versch. Mißbr. beim A.G. betr., ib. S. 1269. f., Rescr. v. 24. Mai 1699., gegen einige Mißbr. im A.G., ib. S. 1273.; Pat. v. 9. Dec. 1709., das Absetzen betr., ib. S. 1273.; B. v. 2. März 1711. u. Erl. v. 2. März 1712., die Corresp. der Adv. mit ihren auswärtigen Clienten und das Ausbringen der Termine betr. ib. S. 1275.; B. v. 10. Jan. 1716., d. Einbringen d. Sätze betr., ib. S. 1277.; Resol. v. 18. April 1716., die Entscheidungsgründe, die Gütepfleg. u. die Haltung des A.G. betr. C.A. T.I. S. 381.; B. v. 22. Mai 1716., die Extrahirung der Commiss. und Compulsf. betr., ib. S. 1277.; B. v. 20. Juli 1717., die Einbringung der A.Strafen betr., ib. S. 1279.; M. v. 2. Mai 1718., weg. d. Verf. u. Absetzens C.A. C.I. T.I. S. 427.; Anschlag v. 20. Mai 1721., gegen Mißbräuche beim A.G. ib. S. 430.; M. v. 12. April 1723. §. 5. C.A. T.I. S. 1211., Anh. zur E.P.O. VIII. S. 71., u. Anschl. v. 16. Aug. 1723., beide weg. der Befähig. der Advocaten zum Pract. vor dem A.G. C.A. C.I. T.I. S. 431.; Anschl. v. 6. Dec. 1724. dess. Inh., ib. S. 432.; Rescr. v. 20. Jan. 1729., die Schwarzburgschen Judicia betr., ib. S. 431.; Neue A.G.O. v. 27. März 1734. ib. S. 433. f.; Rescr. v. 6. Mai 1735., die App. gegen Verordnungen d. A.G. betr., ib. S. 453.; Anschl. v. 4. Aug. 1735., das Verf. der Adv. betr., ib. S. 463.; Anschl. v. 10. März 1739., d. Ablief. der Acten betr., ib. S. 464., v. 19. Febr. 1745., d. Remiss. d. Acten betr. S. 464.; Anschl. v. 13. Jan. 1746., d. Verf. der Adv. betr., ib. S. 466. ff.; Anschl. v. 2. Mai 1754. dess. Inhalts, ib. S. 468.; v. 23. Aug. 1760. ib. S. 470.; v. 27. Nov. 1760., d. Inspectionsgebühren betr., ib. S. 470.; v. 19. April 1763., d. Verf. d. Adv. betr., ib. S. 471.; v. 12. Juli 1766., d. Verf. betr., ib. S. 472.; v. 4. April 1767., d. Prod. d. Docum. betr., ib. S. 473.; Anschl. v. 6. April 1771., d. Actenremiss. u. d. Vollmachten betr., ib. S. 475.; v. 29. Dec. 1798., d. Ablös. der Bef., Einbr. d. Sätze u. Vollm., u. Prod. d. Urk. betr. C.A. C.II. T.I. S. 541., v. 17. Aug. 1799., die Bezeichnung der inducirten Urkunden betr. ib. S. 543. — Vergl. noch über die Qualification der im A.G. Anzustellenden: M. v. 27. Febr. 1793. §. 8. C.A. C.II. T.I. S. 3. u. L.C.W. T.IV. S. 686. — Beim A.G. sollten stets einige L a u s i t z e r als Räthe angestellt sein: Res. gr. v. 1694. no. 4. L.C.W. T.II. S. 1464., v. 1733. no. 8. ib. S. 1486., v. 1769. no. 9. ib. T.III. S. 951. **5)** Die D e c r e t s e r t h e i l u n g zu den in den vor dem A.G. rechtshängigen Sachen abgeschlossenen Vergleichen betreffen: das Rescr. v. 11. Aug. 1785. C.A. C.II. T.I. S. 535., Rescr. v. 17. Juli 1794. ib. S. 539. **6)** Die zwischen dem O.Consistorium und dem A.G. wegen Vorladung der von ersterm verordneten Commissarien entstandenen Differenzen: Rescr. v. 29. März 1786. C.A. C.III. T.I. S. 132. **7)** Die Legitimation der F i n a n z p r o c u r a t o r e n in den vor dem A.G. anhängigen Causis fiscal.: Bef. v. 24. April 1793. C.A. C.II. T.I. S. 537. **8)** Die über V e r g e h e n der A d v o c a t e n zu erstattenden Anzeigen: Bef. v. 2. Dec. 1795. C.A. C.II. T.I. S. 541. **9)** Die auf

die Verzögerung der Processe zu richtende Aufmerksamkeit: Rescr. v. 11. Nov. 1778. C.A. C.II. T.I. S.535. **10)** Die Erhöhung der Copialien und das Schreiben der Entscheidungsgründe zu den Acten: Anschlag v. 15. Dec. 1804. C.A. C. III. T. I. S. 319. S.321. **11)** Die Beilegung eines Risses bei Klagen über streitige Grenzen und Dienstbarkeiten: d. Anschl. v. 24. Oct. 1805. ib. S. 323. **12)** Die Gesuche um Aufnahme oder Verlegung der vor Deputationen zu haltenden Termine: d. Anschlag v. 12. Dec. 1807. ib. S. 324. **13)** Die Insinuation der Rescripte und Citationen: d. Gen. v. 15. Jan. 1808. C.A. C.III. T.I. S. 313. S. dieß im nächsten Artikel. **14)** Die Renunciationen der Appellationen, und die Gesuche um Injunction zu Erlangung zuerkannter Kosten: d. Anschl. v. 18. Oct. 1810. ib. S. 325. **15)** Die Abkürzung einiger Fristen in Concursen u. Verlassenschaftssachen: d. Anschl. v. 8. Oct. 1816. ib. S. 326. **16)** Die Competenz des A.G. in Ehesachen: d. Rescr. v. 5. Juni 1817. C.A. C.III. T.I. S. 184. **17)** Die Verbindung der Gesuche um Urtel in forma probante mit den Gesuchen um Remission in devolv. Rechtssachen: d. Anschl. v. 2. April 1822. G.S. S. 335., (v. 5. Dec. 1818. G.S. v. 1819. S. 168.) die Anzeige der nach erfolgter Devolution getroffenen Vergleiche: d. Anschl. v. 13. April 1822. G.S. S. 343. **18)** Die Gleichheit der Räthe beider Laterum in Ansehung der Arbeiten: d. Publ. v. 2. Mai 1822. G.S. S. 351. **19)** Die Qualification der zu Anhörung der Urtel zu gebrauchenden Anwälte: d. Anschl. v. 5. April 1823. G.S. S. 81., Publ. v. 20. Sept. 1825. G.S. S. 105. **20)** Die in devolv. Rechtssachen in forma probante ausgefertigten Urteln beizufügenden Entscheidungsgründe; d. Anschl. v. 8. Nov. 1828. G.S. S. 513. **21)** Die Einrechnung des Terminstags in das zum rechtl. Verfahren in den beim A.G. unmittelbar anhängigen Rechtssachen bestimmte doppelte septiduum: d. Anschl. v. 29. Nov. 1828. G.S. v. 1829. S. 4. **22)** Die neuesten Bestimstimmungen über die Verfassung, Competenz und den Geschäftskreis des A.G. publicirte d. M. v. 13. März 1822. §. 9—24. G.S. S. 207., d. Public. v. 2. Mai 1822. G.S. S. 351., Anschl. v. 9. April 1831. G.S. S. 96. u. wegen der an die Stelle der Rescripte getretenen Verfügungen die V. v. 7. Nov. 1831. G.S. S. 335. **23)** Ueber die A.G.-Sporteltaxe sehe man die A.G.O. v. 1734., C.A. C.I. T.I. S. 447., d. Rescr. v. 6. Juni 1735. ib. S. 453., Taxe: S. 455., d. Anschl. v. 28. März 1818. C.A. C.III. T.I. S. 326., Taxe: S. 328., u. d. Publ. v. 20. Sept. 1825. G.S. S. 105. Taxe: S. 111. **24)** S. auch: Archive, Recht.

Appellationsgerichte. **1)** Nach dem G. v. 28. Jan. 1835. B bestehen Vier Appellationsgerichte zu Dresden, Budissin, Leipzig und Zwickau, und ein Oberappellationsgericht zu Dresden. §. 3. dies. G. G.S. S. 62. **2)** Der Bezirk eines jeden A.Gerichts ist mit der V. v. 2. Sept. 1856. G.S. S. 243. neu festgestellt worden; er war ursprünglich derselbe, welchen die mit ihm an demselben Orte befindliche Kreisdirection hat, §. 7. d. V. v. 28. März 1835. G.S. S. 213., und ist auch durch die spätere Veränderung der Kreisdirectionsbezirke nicht geändert worden, §. 6. d. V. v. 28. Mai 1836. G.S. S. 153. Hierzu s. aber: Bezirke. **3)** Die A.G. haben, jedes in seinem Bezirke, im Allgemeinen in den an die höhern Justizbehörden gehörenden Gegenständen den Geschäftskreis des frühern Landesjustizcollegiums, A.-Gerichts und der O.A.Regierung, als Behörden zweiter Instanz und als aufsehende und verfügende Behörden rücksichtlich der Untergerichte, Advocaten (s. d.) und Notare (s. d.), G. v. 28. Jan. 1835. §. 4. G.S. S. 63. **4)** Sie haben insonderheit auch a) Gutachten über Gesetzgebungsgegenstände dem Justizministerium zu eröffnen; b) die zu etwaigen Umgestaltungen der Untergerichte oder zu Einrichtungen bei denselben erforderlichen Erörterungen, wozu auch Amtshauptleute gebraucht werden können, anzustellen und das von dem Justizministerium deswegen Angeordnete auszuführen; c) das Recht, in Fällen, wo solches zulässig, Aufträge zu erthei-

len; d) Competenzstreitigkeiten zwischen untern Justizbehörden zu entscheiden; e) Suspension und Remotion der Advocaten und Notare auszusprechen. Solche Aussprüche gelten auch in den Bezirken der übrigen A.G. ib. **5)** Gegen Entscheidungen und Verfügungen derselben in den Fällen unter 4. d. u. e. finden nur Recurse an's Justizministerium innerhalb 10 Tagen von der Bekanntmachung der Entscheidung oder Resolution an Statt. Der Bericht geht durch die A.G. an das Justizministerium. Wenn ehedem in den Fällen unter d. rücksichtlich eines Patrimonialgerichts besondere Rechtstitel zur Sprache kamen, so galt die Entscheidung nur als eine einstweilige und es fand nachher der gewöhnliche Rechtsweg Statt. ib. u. V. v. 28. März 1835. §. 8. G.S. S. 214. **6)** Die Untergerichte, auch die mittelbaren (lt. V. v. 14. Decbr. 1833. G.S. S. 585.) hatten die Proceß- u. andere Geschäftstabellen, ingleichen Anzeigen, soweit sie die Justiz betreffen, bei ihrem Bezirks-A.G. einzureichen. V. v. 28. März 1835. §. 8. G.S. S. 214. Jetzt: s. Statistik. **7)** Die Dienstlisten aus den Aemtern gelangten zunächst an den Amtshauptmann, durch diesen an das Bezirks-A.G., von hier an das Justizministerium. ib. S. aber: Dienstlisten. **8)** Die A.G. haben das Recht und die Pflicht, Mängel und Nachlässigkeiten in Rechtssachen abzustellen, ferner Untersuchungen und Verhaftnehmungen anzuordnen. Ang. V. v. 1835. §. 8. ib. Sie konnten in Justizverwaltungssachen auch Amtshauptleute mit Auftrag versehen. ib. **9)** Gesuche um Volljährigkeitserklärungen, Legitimation Unehelicher (soweit sie noch Statt findet), Bestätigung von Arrogationen und um Wiederaufhebung einer Ehrenrührigkeit sind an die A.G. und von diesen mittelst gutachtlichen Vortrags an das Justizministerium zu bringen. §. 8. d. V. v. 28. März 1835. G.S. S. 214. **10)** Ueber die Dikasterien steht den A.G. keine Aufsicht zu. Beschwerden über die Juristenfacultät zu Leipzig oder den Bergschöppenstuhl zu Freiberg gehören vor das Justizministerium. §. 1. d. V. v. 9. April 1836. G.S. S. 85. **11)** Ueber die einem Schuldner, welcher seine Insolvenz angezeigt, zu ertheilende Verlängerung des sichern Geleites gegen die Wechsel- und andere Gläubiger, und über das Gesuch eines Gemeinschuldners, sich in das Ausland begeben zu dürfen, ist von dem betreffenden A.G. Entschließung zu fassen. §. 2. d. V. v. 9. April 1836. G.S. S. 85., M. v. 20. Dec. 1766. §. 4. 22. C.A. C.I. T.I. S. 926., in der Laus. v. 2. Aug. 1783. C.A. C.II. T.III. S. 178. **12)** Die Entscheidung der Fälle, in welchen von der Vorschrift, daß in Civilsachen blos wegen rückständiger Kosten die Immobilien der Schuldner nicht subhastirt werden sollen, eine Ausnahme zu gestatten sei, steht den A.G. zu. V. v. 9. April 1836. §. 3. G.S. S. 86. **13)** Die A.G. stehen unter einander, mit dem Oberkriegsgerichte, mit den von andern Ministerien ressortirenden Mittelbehörden, mit dem Oberappellationsgerichte (soweit nicht an letzteres in Appellationssachen Bericht zu erstatten ist) in statu communicationis. V. v. 28. März 1835. §. 11. G.S. S. 215. **14)** Hat ein A.G. in den bei ihm anhängigen Sachen Untergerichte in den Bezirken eines andern A.G., oder untere Verwaltungsbehörden anzugehen, so kann es dieselben unmittelbar veranlassen und Anzeige erfordern. ib. Vergl. jedoch wegen der Competenz des A.G. zu Dresden als Lehnhof §. 9. d. V. v. 28. März 1835., in welcher Eigenschaft es seine Competenz seit dem J. 1856. auch wieder über die Stolpner Amtsdörfer Helmsdorf, Bertelsdorf mit Nieder-Ottendorf, Ober-Ottendorf u. Heeselicht erstreckt, V. v. 25. Sept. 1856. G.S. S. 369., — ferner wegen der Stellung der A.G. zu den Haupt-Zoll- u. Steuerämtern d. G. v. 27. Dec. 1833. §. 149. f. G.S. S. 544. **15)** Die A.G. u. das O.A.Gericht können Ordnungsstrafen in Justizsachen ganz oder theilweise erlassen. §. 10. d. G. v. 28. Jan. 1835. B. G.S. S. 65. **16)** Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit üben die A.G. nicht aus, außer a) in Ansehung derjenigen Personen, welche bei

ihnen die erste Instanz haben; b) soweit jene Handlungen bei den vor ihnen verhandelten Angelegenheiten vorkommen. Sie dürfen in solchen Angelegenheiten Recognitionsregistraturen fertigen, Abschriften vidimiren, Specialvormünder bestellen, Vergleiche bestätigen, nicht aber die dazu etwa erforderlichen Decrete ertheilen, dafern sie nicht zugleich die vormundschaftliche Behörde erster oder zweiter Instanz bilden; c) die A.G. zu Dresden und Budissin als Lehns-Hypotheken- und Fideicommißbehörden. §. 5. d. G. v. 28. Jan. 1835. B. G.S. S. 63., §. 9. d. V. v. 28. März 1835. ib. S. 214. **17)** In den bei den A.G. in erster Instanz anhängigen Rechtssachen ist (jedoch mit Ausnahme der Ehesachen) das bei dem frühern A.G. üblich gewesene Verfahren beizubehalten. Auch sind bei dem O.A.Gericht und dem A.G. zu Dresden die Anschläge des vormaligen Appellationsgerichts, soweit sie noch Anwendung leiden, ferner zu befolgen. Ob und wie weit diesen Anschlägen bei den andern A.G. nachzugehen sei, wird von diesen bekannt gemacht. §. 11. d. V. v. 28. März 1835. G.S. S. 215. **18)** Die A.G. sollten Aufsicht führen, daß nicht Inculpaten unnöthig gefänglich detinirt werden, V. v. 4. April 1838. G.S. S.221. **19)** Sie faßten wegen Verbrechen, welche unter den vorliegenden besondern Umständen Todes-, Zuchthaus-, Arbeitshaus- oder Gefängnißstrafe von mehr als 3 Monaten nach sich ziehen, das erste Urtel ab. §. VIII. d. G. v. 30. März 1838. G.S. S. 199., V. v. 31. März 1838. ib. S. 218. u. f. Erkenntnisse, Schönburg... **20)** Die früher bei Abgang der gesprochenen Erkenntnisse erlassenen Verordnungen zu Aufnahme der Verurtheilten an die Directionen der Strafanstalten sind später weggefallen. §. II. d. V. v. 11. Aug. 1838. G.S. S. 405. **21)** In den vorgeschriebenen Fällen hatten die A.G. die Anwendung körperl. Züchtigung zu genehmigen, Art. 22. d. Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 120., G. v. 2. April 1838. §. 35. G.S. S.211. **22)** Die Insinuationen der Vorladungen und Verfügungen der A.G. und des O.A.Gerichts erfolgt nach den Vorschriften des Gen. v. 15. Jan. 1808. C.A. C.III. T.I. S.313. f. durch die Untergerichte, und zwar auch in den Bezirken anderer A.G., übrigens, wenn in der Hauptsache keine Kosten zu erlangen, Seiten der kön. Untergerichte unentgeltlich. Diese Insinuationen haben letztre im ganzen Umfange ihrer Bezirke zu bewirken das Recht. V. v. 9. April 1836. §. 20. G.S. S. 90., V. v. 20. Dec. 1844. §. 4. G.S. S. 320. **23)** Wenn ein Verbrecher durch verschiedene Erkenntnisse zu nicht gleichartigen Freiheitsstrafen verurtheilt war, so stand die Verwandlung der bereits erkannten Strafen dem Bezirks-A.G. zu, Art. 57. d. Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 128., und zwar demjenigen, welches in der letzten, gegen den Verbrecher geführten Untersuchung competent war, wenn auch die in derselben zu erkennende Strafe geringer als die in den frühern Untersuchungen dem Verbrecher auferlegte, und daher in die bereits erkannte höhere Strafart zu verwandeln war. Auch hatte eintretenden Falls das O.A.G. eine solche Verwandlung jederzeit dem A.G. zu überlassen. V. v. 11. Aug. 1838. §. I. S. 405. Dazu: Schönburg... **24)** Eintretenden Falls hatten sie die subsidiäre Verpflichtung der Unterthanen zu gewissen Untersuchungskosten zu reguliren, §. XIII. d. G. v. 30. März 1838. G.S. S.201. **25)** Den A.G. war sonst das Prädicat „Hoch" beizulegen, Bek. v. 12. Sept. 1835. G.S. S.460. Aber vergl. den Art.: Amtlicher Spr. **26)** Wo die A.G. in erster Instanz competent sind, wird daselbst, soweit nicht in der Taxe vom 21. Dec. 1840. besondre Ansätze vorkommen, nach der Allgem. Taxe für die Untergerichte liquidirt. Taxe v. 21. Dec. 1840. G.S. S. 470. Anm. 4. **27)** Das Appellationsgericht zu Budissin ist in Ansehung der Immobilien, welche früher bei der Oberamtsregierung zur Lehn gingen, die Lehns-, Hypotheken- und Fideicommißbehörde. §. 8. d. G. v. 28. Jan. 1835. B. G.S. S. 64. [Bek. v. 4. Juli 1821. G.S. S. 86.] Die Besorgung der Lehns-Hypotheken- und Fideicommiß-Angelegenheiten sämtlicher in dem Amte Stolpen gelegenen

Güter und Besitzungen erfolgte seit dem 15. Febr. 1836. durch das A.G. zu B. unbeschadet ihrer sonstigen rechtlichen Verhältnisse und nach den erbländ. Gesetzen. V. v. 18. Dec. 1835. G.S. S. 644. Ueber alle diese Immobilien führte das fragliche A.G. das Grund- u. Hypothekenbuch. G. v. 6. Nov. 1843. §. 128. G.S. S. 213. S. hierzu d. Art.: Grund- u. Hypothekenbuch, u. Appellation, III. E., übrigens wegen des jetzigen Verhältnisses oben no. 2. u. 14. Die Tax-O. für die Lehnssachen desselben s. an der Taxe v. 1840. G.S. S. 471., und vergl. dazu die V. v. 21. Dec. 1840. §. 1. ib. S. 462. **28)** Das Appellationsgericht zu Dresden ist zugleich die Lehns- und Hypothekenbehörde in Ansehung sämtlicher Immobilien, welche früher bei dem Landesjustizcollegium zur Lehn gingen. §. 6. d. G. v. 28. Jan. 1835. B. G.S. S. 63. Es hat sich in soweit der Taxe in der G.S. v. 1840. S. 471. zu bedienen, u. führt das Grund- u. Hypothekenbuch darüber. G. v. 6. Nov. 1843. §. 128. G.S. S. 213. Vergl. dazu oben no. 2. u. 14. **29)** Die Appellationsgerichte zu Dresden und Budissin haben sich rücksichtlich ihrer bei no. 27. u. 28. besprochenen Competenz Lehnshöfe zu nennen, u. sind als solche befugt, in Lehns-, Hypotheken- u. Familienfideicommißsachen, bevor darin Klage erhoben wird, Vorbeschiede abzuhalten; sie haben jedoch, wenn kein Vergleich zu Stande kommt, die Betheiligten zur Ausführung ihrer Ansprüche an die competente Gerichtsbehörde zu verweisen. Das Appellationsgericht zu Dresden darf als Lehnshof in seinem ganzen Lehnsbezirke unmittelbar an Untergerichte verfügen und letztere haben darauf an dasselbe zu berichten. §. 9. d. V. v. 28. März 1835. G.S. S. 214. **30)** Als Lehnhof hat das Appellationsgericht zu Dresden und zu Budissin auch Familienfideicommisse an den betreffenden Immobilien in das Grund- u. Hypothekenbuch einzutragen. G. v. 28. Jan. 1835. §. 6. G.S. S. 63., G. v. 6. Nov. 1843. §. 9. G.S. S. 190. **31)** Will ein Gericht erster Instanz die Hilfe in ein solches Immobile vollstrecken, oder dasselbe subhastiren, so hat es zuvor die Genehmigung der erwähnten A.G. einzuholen, §. 6. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 63., und jedenfalls sowohl vom Zuschlage als von der Adjudication dem A.G. sofort Nachricht zu ertheilen. V. v. 15. Febr. 1844. §. 10. G.S. S. 39. S. auch Executionsverfahren, 25., und die V. v. 20. Dec. 1844. §. 1. G.S. S. 320. und den Art.: Commissarien. **32)** Das Appellationsgericht zu Zwickau ist der Gerichtsstand der Mitglieder des Hauses Schönburg, und der Mitbeklagten, G. v. 28. Jan. 1835. C. §. 6. G.S. S. 76., Erl. Rec. v. 9. Oct. 1835. G.S. S. 610., V. v. 23. Jan. 1836. §. 2. G.S. S. 8. Ueber seine Competenz in Bezug auf die Schönb. Receßherrschaften vergl. §. 1. d. V. v. 1836., und über die Befugniß des Hauses Schönburg zur Präsentation eines Individui zu einer Rathsstelle, d. Erl. Receß v. 9. Oct. 1835. §. 2. G.S. S. 611., endlich über den Beitrag desselben zur Unterhaltung dieses A.G.: §.3.ib. **33)** Ueber den Wirkungskreis der A.G. geben noch specielle Nachweisung die Artikel: Ablösung, Accessisten, Advocaten, Amtshauptleute, Appellation, Appellation in Crim., Auswanderung, Begnadigung, Berggericht..., Beschwerdeführung, Beweis, Brandstiftung, Dismembration, Eheconsens, Ehesachen, Erbgüter, Erkenntnisse, Feuer, Gerichte, Gerichtsstand, Grund- u. H., Gütepflegung, Handgelöbniß, Kosten, Patrimonialgerichte, Steuerbehörden, Taxordnungen, Testamente, Todesstrafe, Untersuchungsverfahren, Zusammenschlagung, Oberlausitz, Dienstlisten, Aussetzung, Bezirksgerichte, Gerichtsämter, Gerichte, Civil- u. Criminal-P., Zoll- u. Steuerstrafsachen, Staatsdiener, und (wegen des jährl. Honorars für den Pfleger:) Beschlagnahme.

Appellationsgerichts-Anschläge. S. Appellationsgericht, das vorm., Appellationsgerichte.

Application, s. Qualification.

Apprehension, s. An sich nehmen.

Approbation. S. A.schein, Consens, Confirmation.

Approbationsschein. Der A. war bisher das Zeugniß des Justizministerii über die erfolgte Prüfung und Genehmigung der Probeschriften zur Erlangung der Advocatur, V. v. 9. Juli 1836. §. 4. G.S. S. 176. Die Beibringung dieses Scheins qualificirte die Accessisten in den Aemtern und Gerichtsstellen zur Verpflichtung mit dem Actuariatseide, zu Uebertragung von Actuariatsarbeiten, V. v. 22. Febr. 1826. §. 4. G.S. S. 18., und zur Uebernahme von Gerichtshaltereien. ib. §. 3. Wegen der Laus. V. v. 29. März 1826. §. 3. ff. ib. S. 46. Der früher entweder blos in der Lausitz oder blos in den Erblanden erlangte A. befähigte gleichmäßig in beiden Landestheilen zum Protokolliren und zur Verwaltung des Richteramtes. V. v. 28. Jan. 1832. G.S. S. 115. Vergl. nunmehr hierzu den Art.: Rechtscandidaten.

Aquavit. S. Brandwein.

Arbeit, Arbeiter. **1)** Alle feuergefährliche Arbeit, z. B. das Kohlenbrennen, Pech-, Wagenschmier-, Theer-, Oel- und Firnißsieden, das Verbrennen der Quecken u. d., ist außerhalb der Häuser und des Dorfes und nicht bei starkem Winde anzustellen. D.F.O. v. 18. Febr. 1775. Cap. I. §. 24. C.A. C. II. T. I. S. 717., in der Laus. v. 8. Febr. 1777. Cap. I. §. 24. C.A. C.II. T.III. S. 117. u. L.C.W. T. III. S. 358. — Kohlen- und Pechbrennen soll auch nur zum eignen Bedarfe erfolgen. Laus. F. u. H.O. v. 1767. Cap. IV. §. 17. L.C.W. T. III. S. 710. **2)** Das Bläuen u. Hecheln des Flachses und das Hechselschneiden bei Lichte ist verboten. ib. **3)** Das Dreschen und Aufheben des Getreides, und das Brodbacken ist bei Nacht so viel möglich zu vermeiden, oder nur bei einer tüchtigen Laterne zu verrichten. ib. §. 31. a. a. O., Gen. v. 21. Juli 1804. C.A. C.III. T.I. S. 424. **4)** Die Handwerker haben tüchtige A. zu liefern; keiner darf sich weigern, die von einem andern Meister angefangene A. fertig zu machen, oder die von einem andern verfertigte anzuschlagen; sie sollen im Preise Niemanden übersetzen, vielweniger die Preise unter sich heimlich verabreden, letzteres bei Vermeidung von 50 Thlr. Strafe für die Dawiderhandelnden. Von dieser bekommt 1/3 der Denunciant, 1/3 die Obrigkeit, 1/3 die Armencasse. M. v. 19. Oct. 1731. §. 13. 2. f. C.A. C.I. T.I. S. 588. L.C.W. T. I. S. 601., Gen.Inn.Art. v. 8. Jan. 1780. Cap. III. §. 32. 33. C.A. C.II. T.I. S. 778., C.A. C.II. T.III. S. 161. u. L.C.W. T.III. S. 295. **5)** Eingewanderte Diener oder Gesellen, welche A. erhalten können, können 14 Tage lang bei dem ersten Meister es versuchen, wofür ihnen für jeden Tag, einschließlich der Sonn- und Festtage, in Ermangelung einer andern Verabredung, das ortsübliche geringste Tagelohn gebührt, nachher müssen sie sich, ob sie länger bei diesem bleiben wollen, oder nicht, erklären; letztern Falls können sie in eine andere Werkstatt eintreten, im erstern Falle aber müssen sie mit dem Herrn oder Meister ein gewisses Gedinge oder Leihkauf eingehen, und wenigstens ein Vierteljahr bei demselben verbleiben; nachher findet gegenseitige Aufkündigung Statt, doch kann der Meister den Diener oder Gesellen wegen übler Aufführung zu Ende jeder Woche ohne Weiteres entlassen, Ang. Gen.Inn.Art. Cap. II. §. 7. 14. C.A. C.II. T. I. S. 768. u. L.C.W. T.III. S. 285., M. v. 7. Dec. 1810. Cap. V. §. 1. C.A. C. III. T. I. S. 490. u. L.C.W. T. V. S. 272. **6)** Geräuschvolle A-n und die gewöhnlichen Wochenarbeiten der Handwerker 2c. dürfen an Sonn-, Fest- u. Bußtagen nicht betrieben werden, Gen. v. 24. Juli 1811. §. 4. f. C.A. C. III. T. I. S. 497. u. L.C.W. T.VI. S. 194. **7)** Die Handwerker auf dem Lande sind, wenn sie aus dem Arbeitsgebiete ihrer Profession in ein anderes, mit dem erstern technisch-verwandtes Handwerk zur Befriedigung des nothwendigen Bedarfs der Dorfbewohner übergreifen, daran, wie früher, nicht zu behindern. §. 12. d. G. v. 9. Oct. 1840. G.S. S. 248. **8)** Das Auslohnen der A. in Fabriken u. ähnl. Geschäftszweigen darf nur mit baarem Gelde, nie mit Brod oder Waaren erfolgen. V. v. 18. Dec. 1855. G.S. S. 663. **9)** Weitre Nachweisungen geben die Art.: Arbeitshausstrafe, Aufforderung, Arbeitseinstellung, Auswanderung, Armen-

casse, Armencommissionen, Armenbehörden, Arme, Armenrecht, Armenpflege, Armenvereine, Armenversorgung, Betteln, Bettler, Altgeselle, Bergarbeiter, Baugewerken, Bergbeamte, Dorfhandel, Dienstpflicht, Eisenbahn..., Forstverbrechen, Gesinde, Fabriken, Frauen, Gefangene, Gefängn..., Gewerbtreibende, Handwerksneid, Handarbeit..., Hausarbeit, Meister, Sonntags-F., Schulunterricht, Reiselegit., IV., Taxen, Verjährung, Waaren, Wanderjahre, Zuchthaus.

Arbeiter-Vereine. Die aus dem J. 1848. herstammenden Vereine dieses Namens sind speciell verboten durch die V. v. 4. Juli 1850. G.S. S. 179.

Arbeitsattest. S. Reiselegitimationen.

Arbeitseinstellung. Gewerbtreibende, welche, um einen höheren oder geringeren Lohnsatz zu erzwingen, oder zu einem anderen unerlaubten Zwecke die Einstellung ihrer Arbeit verabreden und sich den desfallsigen Anordnungen der Obrigkeit nicht fügen, sind, soweit nicht Art. 125. (unter: Aufforderung) eintritt, mit Gefängniß bis zu 4 Monaten zu bestrafen. Str.Gb. v. 1855. Art. 145.

Arbeitshäuser. S. Stempelfreiheit, Arbeitshausstrafe, Zwickau, Hubertusburg, Erbfolge, 108.

Arbeitshausstrafe. **1)** Die A. wird im Arbeitshause verbüßt. Die Sträflinge tragen die vorgeschriebene einfarbige Kleidung und werden zur Arbeit angehalten. Str.Gb. v. 1855. Art. 15. Das Nähere über diese Strafart weisen die Art.: Hubertusburg, Zwickau, Bräunsdorf, Transport, ferner: Strafdauer, Strafgeltung, Bestrafung, Untersuchungshaft, Schärfung, Jugend, Verwandlung, Vertheidig..., Rückfall, Verpfl... nach. **2)** Die A. kann an dienenden Militairpersonen niemals vollzogen werden, sondern schließt, wenn sie zur Vollziehung kommt, den Verlust der Stelle, sowie des damit verbundenen Titels und Ranges und die Entfernung aus dem Militairdienste in sich. Ob dabei auch die im Gesetze über Erfüllung der Militairpflicht (s. Armee) ausgesprochenen Folgen der Entfernung wegen Unwürdigkeit einzutreten haben, ist von der Entscheidung des Kriegsministeriums abhängig. M.Str.Gb. v. 1855. §. 14. G.S. S. 536. (Vorher: M.Str.Gb. v. 1838. §. 11. G.S. S. 226. **3)** Diese Strafe wird auferlegt: a) bis zu 1 Jahre: wenn eine an sich in Zuchthaus zu erkennende Bruchtheilstrafe noch nicht das Zuchthaus-minimum erreicht und deshalb auf Arbeitsh. herunter zu gehen ist, Art. 33. d. Str.Gb., — wegen Selbstverstümmelung u. d. oder Verübung von Verbrechen zu Umgehung des Militairdienstes, oder Verstümmelung u. d. eines Militairpflichtigen mit dessen Einwilligung rc., Art. 131. Doch s. Militairpflicht, — wegen ausgezeichneten Diebstahls, dergleichen Betrugs, Erpressung u. Unterschlagung bis mit 10 Thlrn., Art. 278. 283. 285. 289., — bei concurrirenden geringen Eigenthumsverbrechen, wenn der Gesammtwerth nicht 10 Thlr. übersteigt, Art. 299. unter 1., — wegen Beförderung der Unzucht, gewerbmäßig, oder wenn die Weibsperson mit der Lustseuche behaftet war, Art. 355., s. Art. 357., — b) mit 1 Jahre: als minimum der Strafe der Brandstiftung, Art. 209., und der Nothzucht oder des Beischlafs mit Wehrlosen, wenn die Gemißbrauchte Unzucht als Gewerbe treibt rc., Art. 184., mit Erhöhung um $1/2$, oder Verdoppelung resp. bei Gesundheitsnachtheil oder Tod, Art. 185., — ferner der Strafe des Raubes u. der räub. Erpressung ohne erschwerende Umstände, Art. 177., — und der möglichen Strafen des Todschlags, Art. 156., — c) bis zu 2 Jahren: wegen öffentl. Aufforderung zum Ungehorsam unter erschwer. Umständen, Art. 126., — vorsätzl. leichter Körperverletzung, jedoch mit Anwendung gefährl. Mittel nach Art. 169., — d) von 6 Monaten bis zu 2 Jahren: wegen Unterschlagung außer Vertrauensverhältnissen, Fundunterschlagung und Partiererei von über 50 Thlr., Art. 289. unter 3., 291. 292., — e) 1 bis 3 Jahre: wegen Entführung nach Art. 188. Satz 2., u. Art. 191., — f) bis zu 4 Jahren: wegen Bedrohung mit Thätlichkeiten und gegen Mitglieder der Familie des Staats-

oberhauptes, Art. 136., — Befreiung von Gefangenen durch die Wächter ꝛc. derselben gegen diese und deren Verleiter, Art. 152., — schwerer Körperverletzung nach Art. 167. unter 2., u. Art. 168., — und wegen qualif. Kuppelei, Art. 356. Satz 2., u. f. Art. 357., — g) von 1 bis 4 Jahren: wegen Bigamie nach Art. 268. a. b., — wegen einfachen Diebstahls, Betrugs, Erpressung u. Unterschlagung über 50 Thlr., Art. 276. unter 3. 283. 285. u. 289., — h) bis zu 3 u. 6 Jahren: wegen Mißbrauchs junger Mädchen nach Art. 353. Satz 2. u. 3., f. Art. 357., — i) bis zu 6 Jahren: wegen schwerer Körperverletzung im Raufhandel, Art. 173., — k) 1 bis 6 Jahre: für Verheimlichung der Niederkunft bei vereitelter Absicht der Tödung des Kindes, Art. 162., — wegen einfachen Diebstahls, Betrugs u. Erpressung über 50 Thlr. mit erschwerenden Umständen, Art. 277. 283. 285., — l) bis zu 10 Jahren: wegen Thätlichkeiten gegen fremde Regenten, deren Familienglieder und beglaubigte Abgeordnete, Art. 139. — 4) Arbeitshaus oder Zuchthaus wird erkannt: a) bis zu 2 Jahren: wegen Menschenhandel nach Art. 195. Satz 2., — u. wenn bei concurrir. geringen Eigenthumsverbrechen der Gesamtwerth über 10 und nicht über 50 Thlr. ansteigt, Art. 299. no. 2., — b) bis zu 3 Jahren, und in den schwereren Fällen bis zu 6 Jahren: den unbewaffneten Theilnehmern am Aufruhre, Art. 149., — c) bis zu 3 Jahren: wegen arglistiger Verführung unbescholtner Frauen nach Art. 318. Satz 2., — d) von 8 Monaten bis 3 Jahren Arbeitsh. oder 3 Jahren Zuchth.: wegen ausgezeichneten Diebstahls, dergl. Erpressung, Betrugs und Unterschlagung über 10 bis mit 50 Thlrn., Art. 278. 283. 285. 289., — e) bis zu 4 Jahren: den unbewaffneten Theilnehmern am Landfriedensbr., wenn die Behörde durch die Gewalt der Masse am Einschreiten behindert wurde, Art. 148., — den Sträflingen im Arbeits- oder Zuchthause, als Verlängerung ihrer dort zu verbüßenden Strafe wegen Befreiung mit Gewalt oder Drohung, Art. 153., — wegen eigner Tödung oder Abtreibung der Leibesfrucht, Art. 160., — Entführung nach Art. 187. Satz 1., — Meineids nach Art. 221. Satz 1., — Störung gottesdienstl. Handlungen nach Art. 233. Satz 2., — bei concurrir. geringen Eigenthumsverbrechen und einem Gesamtwerthe von über 50 Thlrn., Art. 299. unter 3., — ferner wegen böslichen Bankrotts ohne erschwer. Umstände, Art. 305., — f) von 1 bis zu 4 Jahren: wegen Unzucht zwischen Verwandten, Art. 349., — und außerehel. Beischlaf mit Wehr- u. Bewußtlosen, Art. 182., desgl. bis zu 6 Jahren: wegen Unzucht mit Kindern unter 12 Jahren, Art. 183., — in diesen letzten Fällen mit Erhöhung um ½ oder Verdoppelung resp. bei Gesundheitsnachtheil oder Tod, Art. 185., — g) bis zu 6 Jahren: wegen Gefährdung fremden Viehes, Art. 219., — jedem Theilnehmer, wenn Sträflinge im Arbeitshause sich, Behufs ihrer Befreiung, zu Verübung von Gewalt an den Aufsehern ꝛc. zusammenrotteten, Art. 153., — ferner wenn andere Personen zu gewaltsamer Befreiung Gefangener mitgewirkt, oder sie durch Gewalt gegen Personen oder Drohung damit bewirkt haben, Art. 154., — bei der befolgten Anstiftung zu Militairverbrechen durch thätliche Widersetzung, Zerstörung, Mißhandlung, Art. 66. d. Str.Gb., — h) von 1 Jahre Arbeitshaus bis zu 6 Jahren Zuchthaus: wegen Meineids nach Art. 222., — i) von 1 bis zu 6 Jahren: wegen schwerer Körperverletzung nach Art. 167. unter 1., 168. 169., — wegen gewerbmäßiger Partiererei und Verleitung zu Eigenthumsverbrechen, Art. 293. 294., — k) von 2 bis 6 Jahren: wegen Bigamie nach Art. 269., — l) von 3 bis 6 Jahren: wegen Menschenraubes nach Art. 194. no. 3., — m) bis zu 8 Jahren: wegen Befreiung Gefangener durch eine Rotte zu Verübung von Gewalt gegen das Wach- u. Aufsichtspersonal oder Theilnahme an solcher Zusammenrottung der Sträflinge, Art. 154., — n) von 1 Jahre bis zu 8 Jahren: wegen Meineids nach Art. 223.

Satz 1., — o) bis zu 9 Jahren: den Anstiftern und Anführern beim Landfriedensbruche, Art. 148., — p) bis zu 10 Jahren: den Theilnehmern am Complott zum gewerbmäßigen Stehlen, zu Brand, Raub und anderer Gewalt, welche nicht Anstifter u. Anführer sind, Art. 60. d. Str.Gb., — bei der Anstiftung zu todeswürd. Militairverbr., Art. 67., — für Staatsverrath außer dem Kriegsfalle durch die Handlungen Art. 122. unter 2., — wegen Körperverletzung im Raufhandel mit Tödung als Folge, Art. 173., — wegen Nöthigung nach Art. 204. Satz 1., — q) von 1 bis zu 10 Jahren: wegen Körperverletzung mit Tod des Verletzten, ohne daß dieser Erfolg als Vorsatz angerechnet werden kann, Art. 170., — r) bis zu 2 Jahren Arbeitsh. oder 10 Jahren Zuchth.: wegen Falschmünzens, Art. 321. 324., — s) bis zu 2 Jahren Arbeitsh. oder 8 oder 10 Jahren Zuchth.: weg. besonders ausgezeichneten Diebstahls nach Art. 280. Satz 1. 2. u. 3., — t) bis zu 12 Jahren: wegen Freiheitsberaubung nach Art. 197. Satz 2., — wegen Beschädigung an Eisenbahnen und Telegraphen nach Art. 2. d. G. v. 11. Aug. 1855., — u) von 1 bis 12 Jahren: wegen Majestätsbeleidigung durch Drohung mit Thätlichkeiten, Art. 133. d. Str.Gb., — v) bis zu 18 und bezüglich 24 Jahren: nach Art. 3. a. b. des Eisenbahn-G. v. 11. Aug. 1855. — **5)** Die Vorschriften des Cr.Gb. v. J. 1838. über die Strafdauer stehen in den Art. 17. 56. 58. 60. u. 53. G.S. v. 1858. S. 118. f. Ferner s. wegen der Verwandlung zusammentreffender Gefängnißstrafen in Arbeitshaus: Art. 54. ib. Dann wegen der Schärfung: Art. 12. u. 8. S. 117. 116. Jugendliche Verbrecher sollten anstatt der von diesen sonst verwirkten Zuchthaus- od. Todesstrafe mit Arbeitshaus belegt werden. Cr.Gb. Art. 62. G.S. v. 1838. S. 130. **6)** Auf Arbeitsh. wird auch gegen die Unternehmer eines Lotto erkannt. G. v. 4. Dec. 1837. §. 3. 4. G.S. S. 128. verbunden mit §. 13. u. 20. d. G. v. 28. Jan. 1835. A. G.S. S. 58. Bei Verwandlung inexigibler Geldstrafen wegen Lottocolligirens wird 1 Monat A. einer Geldstrafe von 50 Thlrn. gleichgerechnet. §. 17. d. G. v. Dec. 1837. G.S. S. 130. **7)** Die Bestimmung, daß wegen qualificirter Bettelei auf Arbeitshaus zu erkennen sei, A.O. v. 22. Oct. 1840. §. 127. G.S. S. 282., geht nur auf die Verwaltungsbehörden u. es ist unter dem Ausdrucke A. die Correctionshausstrafe zu verstehen. V. v. 7. März 1842. G.S. S. 58.

Arbeitslohn. S. Stempelfreiheit, Taxen, Zimmerleute, Arbeit, Arme, Reiselegitimationen, Vagabonden.

Arbeitsscheu. S. Arme, Armenpolizei, Betteln.

Arbeitsuchende. S. Reiselegitimationen, Armencommissionen.

Arbeitsverdienst. S. Armencasse, Arbeit, Gefangene.

Arbeitszeit. S. Zimmerleute.

Arbiträr, s. Ermessen.

Arbitrium, s. Ermessen, Schiedsgericht.

Architekt. S. Baugewerken, Dresden.

Archive. Das A. des ehemal. Landesjustizcollegiums und der Landesregierung (mit Ausnahme des bei dem A.G. zu Dresden verbliebenen Lehnsarchivs) ist mit dem Hauptstaatsarchive vereinigt worden; das A. des frühern Appellationsgerichts befindet sich beim Ober-A.G., das der Oberamtsregierung, soweit es Justizsachen enthält, bei dem A.G. zu Budissin, §. 19. No. 5. d. V. v. 28. März 1835. G.S. S. 219., und das des Generalkriegsgerichtscollegii beim Oberkriegsgerichte. V. v. 2. April 1835. §. 20. G.S. S. 232. — S. noch die Art.: Acten, Grund- und Hyp..., Gesamtministerium, Kirchen, Schulacten.

Areal, s. Grundstücke.

Argentan. S. Neusilber.

Arglist, s. List, Bosheit, Vorsatz, Concurrenz.

Argumente. S. Beweis, Entscheidungsgründe.

Argwohn, s. Verdacht.

Arithmetik. S. Calculatoren, Schulunterricht.

Arme. 1) Es darf sich Niemand weigern, die Vormundschaft armer Kinder

zu übernehmen, V.O. Cap. IX. §. 6. C.A. C.II. T.I. S. 402., C.A. C.II. T.III. S. 312. u. L.C.W. T.IV. S.148., dieselben sind, auch wenn sie ganz vermögenslos, stets zu bevormunden, und ihre persönlichen Verhältnisse sind mit eben so großer Aufmerksamkeit, wie die andrer Mündel, zu überwachen. V. v. 9. Mai 1829. G.S. S. 93. Dazu s. Uneheliche. **2)** Wenn Unmündige arm sind, und ihren Unterhalt weder zum Theil, noch ganz verdienen können, so muß den Vormündern das Nöthige zu deren Unterhalt gereicht werden, da diese, sie aus ihren Mitteln zu erhalten, nicht verbunden sind. ib. Cap. XII. §. 8. ib. **3)** A. sollen wegen ihrer Armuth nicht rechtlos bleiben. A.G.O. v. 7. Oct. 1605. Tit. von d. Advoc. d. A. C.A. T.I. S. 1231., P.O. T.I. §. 3. S. 2. **4)** In Sachen der A. soll die Güte mit besonderm Fleiße gepflogen werden, P.O. T.I. §.2. S.6. **5)** Auch soll man bei Ausleihung ihrer Gelder vorzüglich für sie besorgt sein, Ausschr. v. 18. Mai 1583. Tit. vom Wucher. C.A. T.I. S.143., M. v. 28. April 1625. ib. S.1128. **6)** Die Stipendien sollen keineswegs reichen, sondern armen Kindern zum Studiren ertheilt werden. Stip.O. v. 1. Jan. 1580. Cap. II. C.A. T.I. S. 599., Syn.-Decr. v. 6. Aug. 1624. §. welcher Orten ꝛc. ib. S. 792., Res. gr. v. 1661. Conf.-S. §. 33. ib. S. 209. **7)** Die arbeitsfähigen A., welche ihnen dargebotene angemessene Gelegenheit zur Arbeit verschmähen, sind jeder öffentl. Unterstützung unwürdig und fallen der polizeilichen Aufsicht und den Maßregeln anheim, welche gegen arbeitsscheue Arme und Bettler vorgeschrieben sind. §. 31. d. A.O. d. 22. Oct. 1840. G.S. S. 264. **8)** Jeder A., welcher öffentl. Unterstützung irgend einer Art, jedoch mit Ausnahme des freien Schulunterrichts für die Kinder empfängt, steht unter Aufsicht der Armenbehörde, §. 61. d. A.O. S. 270. **9)** Er ist verbunden, derselben zu jeder Zeit von seinem Thun und Lassen, seinem häuslichen Leben, von dem, was er erwirbt u. verzehrt, auf Verlangen Rechenschaft zu geben, hat auch den hierauf sich beziehenden Anordnungen u. Erinnerungen Folge zu leisten. §. 61. d. A.O. S. 270. **10)** Von den bürgerlichen und Gemeinde-Ehrenrechten ist er ausgeschlossen. §. 62. ib. **11)** Alles, was der A. an Kleidungsstücken, Nahrungsmitteln, Feuerungsmaterialien ꝛc. von der Armenversorgung empfängt, ist ihm nur zu eigenem unmittelbaren Gebrauche u. Verbrauche gegeben, §. 63. ib. **12)** Die Veräußerung oder Verpfändung dieser Gegenstände ist nach Befinden bei Verlust fernerer Unterstützung od. bei Gefängniß- od. Handarbeitsstrafe verboten. §. 63. ib. **13)** Der mit Aufwand verbundene Besuch öffentl. Vergnügungsorte und überhaupt die Verwendung der empfangenen öffentlichen Unterstützung zu entbehrlichen Genüssen und Ausgaben aller Art, gelten als Beweis nicht vorhandener Bedürftigkeit oder der Unwürdigkeit. §. 64. ib. **14)** Sie ziehen nach dem Ermessen der Armenbehörde für immer oder für gewisse Zeit den Verlust der Unterstützung ganz oder zum Theil nach sich, oder sind nach Befinden polizeilich zu bestrafen. §. 64. ib. **15)** Ueber die öffentliche Rücksichtnahme auf die A. vergl. noch die Art.: Almosen, Armenrecht, Armenadvocat, Begräbniß, Armenanstalten, Armencasse, Armencommissionen, Communalgarde, Ehe, Armeneid, Erbschaft, Armenpflege, Brautmesse, Gast- u. Sch., Geburtshilfe, Hunde, Geisteskranke, Heimaths..., Kranke, Reihezug, Reisende, Rügenproceß, Schutz-Blattern, Trauung, Unterkommen, Vormundschaft, Waisen, Mißbrauch.

Armee. 1) Die bewaffnete Macht besteht aus der activen Armee und der Kriegsreserve. G. v. 1. Sept. 1858. §. 26. G.S. S. 190. Die Stärke der activen A. richtet sich nach den dießfallsigen Bestimmungen des deutschen Bundes. ib. §. 27. Sie wird gebildet aus der bereits dienenden und der von Zeit zu Zeit nach den gesetzlichen Bestimmungen zur Ergänzung hinzugekommenen Mannschaft. ib. §. 28. **2)** Die Ergänzung der activen A. erfolgt durch Aushebung (s. Recrutirung) u. durch freiwilligen Eintritt (s. Freiwillige). ib. §. 29. **3)** Die Entlassung aus der A. geschieht ehrenvoll durch Verab-

schiedung, unehrenvoll durch Entfernung. ib. §. 118. G.S. v. 1858. S. 206. **4)** Wenn die für die Mannschaften der activen A. und der Kriegsreserve bestimmte oder gesetzlich oder vertragsmäßig verlängerte Dienstzeit abgelaufen ist, erfolgt die Entlassung aus der A. mittelst zu ertheilenden Abschiedes. ib. §. 119. Dazu s. §§. 3. 4. unter: Militairpflicht. **5)** Ist einem Soldaten gestattet worden, von der Stellvertretung (s. d.) Gebrauch zu machen, so erfolgt nach Erlegung des Einstandsgeldes dessen Verabschiedung. ib. §. 120. G.S. v. 1858. S. 207. **6)** Wenn ein Soldat während der Dienstzeit völlig untüchtig und die Untüchtigkeit durch ein von dem Generalstabsarzte der A. mit zu vollziehendes Zeugniß des betreffenden Militairarztes nachgewiesen wird, ist derselbe mittelst Abschiedes aus der A. sofort zu entlassen. ib. §. 121. **7)** Entfernung aus der A. tritt ein wegen schlechter Aufführung oder wegen verbrecherischer Handlungen, und zwar im ersten Falle nach der Entscheidung des Kriegsministeriums auf vorhergegangenen Antrag der Commandobehörde, im zweiten Falle, wenn das begangene Verbrechen nach den Bestimmungen des Militairstrafgesetzbuchs die Ausschließung aus dem Militairstande zur Folge hat. In beiden Fällen hat der Entfernte, wenn er nach dem Ermessen des Kriegsministeriums für unwürdig zu dem Dienste in der A. zu erachten ist (s. Militairpflicht), das gesetzliche Einstandsgeld (s. Stellvertretung) zu erlegen, welches jedoch nach Maßgabe der bereits zurückgelegten Dienstzeit verhältnißmäßig vermindert werden soll. Bei Zahlungsunfähigkeit tritt die §. 25. (s. Militairpflicht) enthaltene Bestimmung ein. In beiden Fällen ist dem zu Entfernenden statt des Abschiedes ein Entlaßschein zu ertheilen, in welchem die Ursache der Entfernung ausgedrückt sein muß. §§. 122. u. 123. ib. **8)** Versetzung aus der activen A. in die Kriegsreserve noch vor dem Eintritte der Reservepflicht kann Statt finden wegen Erhaltung hilfsbedürftiger Familien. Soldaten, deren Familien während ihrer Dienstzeit in die Lage kommen, die alleinigen Ernährer ihrer Familien zu sein (s. §. 5. unter b. im Art.: Militairpflicht), sind, wenn sie auf ihr Ansuchen von der oberen Militairbehörde als einzige Familienernährer anerkannt worden, aus der activen A. einstweilen in die Kriegsreserve zu versetzen, im Uebrigen aber, da diese Versetzung nur der über sie zu führenden Controle halber geschieht, nicht den Mannschaften der Kriegsreserve gleich, sondern während ihrer gesetzlichen 6jährigen Dienstdauer als noch der activen A. verpflichtet zu achten. Wenn daher die Verhältnisse, welche diese Versetzung zur Folge gehabt haben, vor dem Ablaufe ihrer gesetzlichen 6jährigen Dienstzeit in der activen A. sich erledigen, so haben dieselben in die active A. zurückzutreten und daselbst die an der nurgedachten gesetzlichen Dienstzeit noch fehlende Zeit nachzudienen. §. 124. ib. Die Zeit, während welcher sie befreit geblieben, wird ihnen aber hierbei nur dann zu Gute gerechnet, wenn die Verhältnisse, welche ihre Versetzung bewirkten, nicht willkührlich von ihnen aufgegeben worden sind. Während der gesetzlichen 6jährigen Dienstdauer haben dieselben in jedem Jahre bei der betreffenden Commandobehörde nachzuweisen, daß die Verhältnisse, welche ihre Versetzung herbeigeführt haben, noch unverändert fortbestehen und sie ihre Ernährerpflichten vollständig erfüllt haben. ib. §. 124. G.S. v. 1858. S. 208. **9)** Soldaten, welche nach vollendeter gesetzlicher Dienstzeit in der activen A. aus selbiger ausscheiden, haben auf nachfolgende Begünstigungen Anspruch: a) Diejenigen, welche als Lehrlinge einer zunftmäßigen Kunst oder eines Handwerks durch ihre Einstellung in die A. verhindert worden sind, ihre Lehrzeit auszuhalten, sollen auf ihr Ansuchen unentgeltlich zum Gesellen aufgenommen werden, sofern sie nach Maßgabe der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen dazu tüchtig sind. b) Diejenigen, welche durch Erfüllung ihrer Militairpflicht abgehalten wurden, als Gesellen ihre Wanderschaft zu vollenden, sind von den Wanderjahren dispensirt. §. 125. ib. c) Soldaten, welche wegen unmittelbar durch den

Dienst entstandener Invalidität entlassen werden, sind, dafern die über die Pensionsverhältnisse der Militairpersonen bestehenden gesetzlichen Bestimmungen auf sie Anwendung leiden, zu einer Pension auszusetzen und haben, wenn ihre Pensionirung erfolgt, außerdem noch Anspruch auf die vorstehend in §. 125. und der nachfolgenden §. 127. enthaltenen Begünstigungen. §. 126. ib. d) Soldaten, welche wegen eingetretenen Kriegszustandes nicht entlassen werden konnten und über ihre gesetzliche oder vertragsmäßig verlängerte Dienstzeit hinaus wenigstens ein Jahr gut gedient haben, sollen, außer den §. 125. cit. aufgeführten Begünstigungen, noch folgende zu Theil werden: es ist ihnen gestattet, wenn sie auch das Meisterrecht nicht erlangt haben, ein Handwerk, eine Kunst, oder ein Gewerbe, jedoch unter nachstehenden Beschränkungen zu treiben: sie dürfen weder ein Handwerksschild aushängen, noch Gesellen und Lehrlinge halten, — es ist ihnen nur erlaubt, ihre Eheweiber und diejenigen ihrer Kinder zu zunftmäßigen Arbeiten zuzuziehen, welche das 15. Lebensjahr noch nicht überschritten haben, — sie dürfen nur die von ihnen selbst gefertigten Gegenstände auf Märkten zum Verkaufe bringen. — In Bezug auf den Hausirhandel sind sie den bestehenden gesetzlichen Vorschriften unterworfen. §. 127. ib. e) Denjenigen Soldaten, welche wenigstens 12 Jahre, wenn auch nach beendigter gesetzlicher 6jähriger Dienstzeit als Stellvertreter, in der activen A. gut gedient haben, sollen dieselben Begünstigungen, wie den in der vorstehenden Paragraphe bezeichneten Mannschaften, zustehen. ib. §. 128. G.S. v. 1858. S. 209. Außer den ebenbemerkten Begünstigungen sollen diejenigen Mannschaften, welche wenigstens 15 Jahre in der activen A. gut gedient haben, auf ihr Ansuchen das Bürger- u. Meisterrecht in dem Wohnorte, welchen sie zunächst nach ihrer Entlassung gewählt, unentgeltlich erhalten, dieselben können auch, wenn sie während ihrer Dienstzeit einem Feldzuge beigewohnt haben, statt der früher dergleichen Mannschaften gewährten Gewerbe- und Personalsteuerfreiheit eine nach dem Ermessen des Kriegsministeriums zu bestimmende, bis zu 20 Thalern ansteigende Gratification ansprechen. Von Fertigung des Meisterstücks sind sie nicht befreit. ib. §. 129. **10)** Gesuche um Entlassung aus der Armee aus den oben §. 120. (bei no. 5.) angegebenen Gründen, oder um Versetzung aus der activen A. in die Kriegsreserve wegen Unentbehrlichkeit im Nahrungsstande sind von den betreffenden Soldaten unter Beifügung der erforderlichen obrigkeitlichen Zeugnisse auf dem Dienstwege anzubringen und gelangen zur Entscheidung an das Kriegsministerium. V. v. 1. Sept. 1858. §. 151. G.S.S. 237. **11)** Bei eintretender Verabschiedung oder Entfernung aus der A. sind die Geburtsscheine der zu verabschiedenden oder zu entfernenden Mannschaften, nachdem sie zuvor mit den erforderlichen Bemerkungen versehen worden, zurückzugeben. ib. §. 152. **12)** Alle Gesuche verabschiedeter Soldaten um Gewährung der gesetzlichen Vortheile und Begünstigungen, welche wegen ihrer geleisteten Militairdienste eintreten können, sind, wenn sie nicht sogleich bei der Verabschiedung vorgebracht worden, bei dem Kriegsministerium, Beschwerden über Verweigerung oder Beschränkung bereits zugestandener Begünstigungen aber bei dem Ministerium des Innern und in Steuersachen bei dem Finanzministerium anzubringen. ib. §. 153. **13)** Vergl. noch die Art.: Militair..., Dienstreserve, Kriegsreserve, Freiwillige, Recrutirung, Stellvertretung, Trauer, Uniform.

Armeeuniform. S. Uniform.

Armenadvocat. **1)** Wo nicht eigens bestellte A. vorhanden sind, wird den geschworenen Armen ein A. in loco judicii oder aus dem zunächst gelegenen Orte Gerichtswegen beigegeben, E.P.O. ad Tit. I. §. 12. S. 18., der sich der Uebernahme der Sache ohne erhebliche Ursache nicht weigern darf. Für seine Mühe und Schriften hat er, außer dem baaren Verlage und den Reisekosten, die ihm aus den Gerichtseinkünften vorzuschießen sind, (s. d. V. v. 1.

Juli 1840. G.S. S. 167.) vor Ausgang des Processes nichts zu fordern, aber die Sache nach seinem besten Wissen zu betreiben, dabei nichts zu versehen oder der Partei den Schaden zu ersetzen. ib. **2)** Aeltr. Best.: A.G.O. v. 7. Oct. 1605. T. v. d. Advoc. d. Arm. C. A. T. I. S. 1231., A.G.O. v. 27. März 1734. Rubr. v. d. Advoc. C. A. C. I. T. I. S. 443., O.H.G.O. v. 22. Dec. 1548. T. v. Eide d. Arm.-Adv. C. A. T. I. S. 1282., H.G O. v. 1529. T. v. Procur. ib. S. 1335., H.G.O. v. 1550. T. von den Procurator. ib. S. 1338., H.G.O. v. 24. Aug. 1588. ib. S. 1347. Wegen des A. bei der ehemaligen O.A.Regierung: Gen.-V. v. 4. Aug. 1821. L.C.W. T. V. S. 139. **3)** S. auch: Armeneid, Armenrecht, Advocaten.

Armenanstalten. **1)** Beim Absterben eines öffentlich unterstützten Armen ist das von ihm genossene Almosen oder andere Unterstützung aus dessen Nachlasse der Anstalt wieder zu erstatten, §. 67. d. A.O. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 271., ausgenommen, wenn der Arme erziehungsbedürftige Angehörige hinterläßt, welche selbst wieder der öffentlichen Pflege anheimfallen würden. ib. **2)** Den öffentlichen Hospitälern, Armen-, Waisen- und Correctionshäusern fallen die Sachen, welche die aufgenommenen Personen mit dahin bringen, wenn sie daselbst versterben, eigenthümlich zu. §. 68. ib. **3)** Die ihretwegen aus der Casse vorgeschossenen und aufgewendeten Kosten, soweit solche aus diesen Sachen nicht wieder zu erlangen, sollen von ihrer übrigen Verlassenschaft ersetzt werden. §. 68. cit. **4)** Was wegen der Erbfolge der Landesversorgungs- und Heilanstalten in den übrigen Nachlaß der daselbst Aufgenommenen gilt, ist auch auf die Ortsarmen-, Kranken- u. Waisenhäuser in Ansehung derjenigen Individuen, welche darin unentgeltlich aufgenommen werden müssen, übergetragen. §. 68. cit. **5)** Auch bewendet es bei dem, was in Ortsstatuten über die Ansprüche der Armencasse an den Nachlaß der von ihnen versorgten oder unterstützten Armen festgesetzt sein sollte. §. 68. cit. S. 271. **6)** Letztwillige Verordnungen, Erbverträge, Schenkungen unter den Lebendigen oder auf den Todesfall, und alle andere Dispositionen eines öffentlichen Armen sind, in soweit sie den Bestimmungen §. 67. 68. der Armen-O. entgegenlaufen, ungiltig, dafern nicht vorher ein anderes bedungen und zugestanden worden ist. §. 69. ib. **7)** S. noch: Amtshauptleute, Erbfolge, 104 f., Heil- u. Versorg...

Armenbegräbniß. S. Begräbniß.

Armenbehörden. **1)** Die besonders in größern Städten bereits organisirten A. sind nach der A.O. v. 1840. in ihrer Verfassung verblieben, doch vorbehältlich zu treffender Verbesserungen, §. 71. d. A.O. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 272. **2)** Die Verwaltung der Localarmenversorgung ist Gegenstand des Gemeindehaushaltes, §. 72. ib., und daher sollen die Obrigkeiten im Einverständnisse mit ihren Gemeinden in der Wahl der Mittel und Einrichtung der Geschäfte des Armenwesens möglichst freie Hand behalten. §. 72. ib. **3)** A. sind, unter der Oberaufsicht des Ministerii des Innern, in höherer Instanz die Kreisdirectionen, V. v. 6. April 1835. §. 7. G.S. S. 239., und, der Regel nach, in den Städten, in denen die A.St.O. eingeführt ist, die Stadträthe, und unter ihnen die Armendeputationen, auf dem Lande aber die Gemeindeobrigkeit, und, wenn mehrere Gemeinden in Einen Heimathsbezirk vereinigt sind, die von der Kreisdirection beauftragte Obrigkeit. §. 73. d. A.O. v. 1840. G.S. S. 272., A.St.O. v. 1832. §. 267. 268. G.S. S. 81., G. u. V. v. 26. Nov. 1834. G.S. S. 449. 456., V. v. 27. Juni 1835. G.S. S. 361. 366., L.Gem.O. v. 1838. §. 7 f. G.S. S. 432 f. **4)** Die A. haben in allen ihren Angelegenheiten an sämtliche Eingesessene des Heimathsbezirks ohne Unterschied der Gerichtsbarkeit und des Gerichtsstandes unmittelbar zu verfügen, §. 74. d. A.O. v. 1840. G.S. S. 272., und ihre Anordnungen und Entscheidungen im ganzen Umfange des ersteren selbst in Ausübung zu setzen, ib. **5)** Wegen executivischer Beitreibung rückständiger Armencassenbeiträge ist aber die Justizbehörde anzugehen. §. 74. d. A.O. S. 272. **6)** Die Verschaffung lohnender Arbeit für

Arme ist Sorge der A. §. 27. d. A.O. v. 1840. G.S.S.264. 7) Sie sollen namentlich, je nach den örtlichen Verhältnissen, die noch arbeitsfähigen Armen soweit möglich bei ihrem gewohnten Erwerbszweige zu erhalten oder sie durch lohnende Beschäftigung vom Verfalle in die Classe, welche auf öffentliche Kosten ganz oder theilweise erhalten werden muß, abzuhalten suchen, §. 28. 29. ib. 8) Vergl. noch: Almosen, Arme, Amtshauptmannschaften, Armencasseneinnehmer, Gerichtsbarkeit, Unterkommen.

Armenbeschäftigung. S. Armencommissionen.

Armenbezirke. S. Armencommissionen.

Armenbüchse. S. Armencasse.

Armencasse. **I.** Ortsarmencasse. **1)** In jedem Heimathsbezirke besteht eine gemeinschaftliche A. für sämtliche Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Armenversorgung. §. 9. d. A.O. v. 22. Oct. 1840. G.S. S.258. **2)** Die Einnahmen der A. sind ordentliche und außerordentliche. Nur bei Unzulänglichkeit der erstern ist zu Erhebung außerordentlicher Einnahmen zu verschreiten. §.12. ib. S.258. **3)** Die ordentlichen Zuflüsse der A. sind: a) die Sammlungen bei Hochzeiten, Kindtaufen, Begräbnissen und dem Abendmahle; b) die bei der gerichtlichen Eintragung von Verträgen zu Uebertragung des Eigenthums an Grundstücken irgend einer Art von den Betheiligten zu leistenden Beiträge, §. 13. d. A.O. S. 259. u. f. §. 15. S. 261. Die Höhe derselben richtet sich nach dem Herkommen, oder ist in den Localarmenordnungen bestimmt. §. 13. cit. und §. 1. d. V. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 288. Die Beiträge sind von der Gerichtsstelle, wo die Eintragung erfolgt, an die A. des Heimathsbezirks, in dessen Fluren das betreffende Grundstück liegt, abzugeben, §. 13. A. no. 2. d. A.O. S. 259.; bei Rittergütern und anderen Grundstücken unter einer der Lehnscurien aber haben die, welche den Beitrag abentrichten, denselben nach mindestens 5 Ngr. von jed. 1000 Thlr. der Erwerbssumme an die des Heimathsbezirks, in welchem die betreffenden Grundstücke sich befinden, unmittelbar zu berechnen. ib. Wenn die zu einem Rittergute gehörigen Grundstücke in mehreren Heimathsbezirken gelegen sind, oder über die Frage, welchem Heimathsbezirke der Beitrag zuzutheilen, sonst Zweifel entsteht, so haben die den Beitrag Leistenden hierüber selbst Bestimmung zu treffen. ib. Bei gerichtlich insinuirten Contracten über bewegliche Gegenstände gebührt der Beitrag dem Heimathsbezirke des Gerichts, wo die Insinuation erfolgt, §. 13. A. no. 2. d. A.O. v. 1840. S. 259.; c) Vermächtnisse und Schenkungen zum Besten der Armencassen, §. 13. cit. no. 3.; d) die Abgaben, welche nach Ortsstatuten oder Herkommen von Erbschaften, Vermächtnissen, Schenkungen und andern Erwerbungen auf den Todesfall von den Erwerbern, Empfängern oder Nachfolgern an die A. zu entrichten sind, in sofern sie nicht die rechtliche Natur des Abschosses haben, §. 13. d. A.O. A. no. 4.; e) die Abgaben der Innungsverwandten, welche mindestens: bei Gewinnung des Meisterrechts von Stadtmeistern 10 Ngr., von Landmeistern 5 Ngr., bei dem Lossprechen $2^1/_2$ Ngr., bei dem Aufdingen $1^1/_2$ Ngr. und bei Kaufleuten und den zu den Künstlern sich rechnenden Innungsverwandten das Doppelte betragen sollen, und von den Innungsvorstehern an den A.-Einnehmer zu verrechnen sind, §. 13. cit. A. no. 5. u. V. v. 30. Nov. 1840. §. 7. c. G.S. S. 423.; f) die von Reisenden durch Aufstellung von Büchsen in den Post- und Gasthäusern (nach Maßgabe d. Pol.-O. v. 1661. T. IX. §. 5. C.A. T.I. S. 1574.), u. d. M. v. 10. Aug. 1684. ib. S. 1673., Laus. M. v. 10. Febr. 1731. §. 4. unter 10. L.C.W. T. I. S. 894., Gen. v. 20. Sept. 1734. C.A. C.II. T. II. S. 487., V. v. 9. März 1779. ib. S. 523.) oder auf sonst geeignete Weise einzusammelnden Beiträge, §. 13. cit. A. no. 6.; g) die in größeren Städten durch ein Regulativ zu ordnenden Abgaben von öffentlichen Kunstvorstellungen, Schaustellungen und Belustigungen aller Art, von Concerten, Bällen und anderen Tanzvergnügungen, wozu es polizeilicher Erlaub-

niß bedarf, sowie von anderen zu Erhebung eines Beitrags geeigneten polizeilichen Vergünstigungen, in Fällen, wo es der letzteren gesetzlich bedarf, §. 13. d. A.O. A. no. 7., §. 14. d. A.O. S. 261.; h) alle Strafgelder, welche in den Gesetzen ausdrücklich zum Besten der Armen oder zu milden Zwecken geordnet sind, ingleichen der Erlös der polizeilich weggenommenen und confiscirten Naturalien, §. 13. A. no. 8. d. A.O.; i) die nach den Localstatuten in den Städten (§. 60. d. A.St.O. G.S. v. 1832. S. 23.) bei Gewinnung des Bürgerrechts, oder auf dem Lande bei Aufnahme in die Gemeinde (L.G.O. v. 7. Nov. 1838. §. 2. u. 26. G.S. S. 431 f.) an die A. zu entrichtenden Beiträge, §. 13. A. no. 9. d. A.O. v. 1840. S. 259.; k) die von den Kircheninspectionen mit Genehmigung der vorgesetzten Behörde zu bestimmenden jährlichen Beiträge aus dem Kirchenvermögen an den Orten, wo dessen Zustand es verstattet, und, wo es hergebracht, das Einkommen des Gotteskastens oder der Ertrag des Klingelbeutels (vergl. d. M. v. 28. Dec. 1733. §. 3. C. A. C. I. T. I. S. 607., v. 5. April 1729., v. 9. Nov. 1748. ib. S. 541. 701., v. 11. April 1772. Cap. I. §. 4. C. A. C. II. T. I. S. 640.), §. 13. B. 1. d. A.O. G.S. S. 260. u. f. §. 15. S. 261.; l) die Beiträge aus den Communaleinkünften für die A., §. 13. B. 2. ib. S. 260.; m) der Ertrag der bei den Angehörigen des Heimathsbezirks mit Ausnahme der garnisonirenden Gemeinen und Unteroffiziere zu veranstaltenden Einsammlung und der unterzeichneten fortlaufenden freiwilligen Beiträge, oder wo eine Anlage zeither schon bestanden hat und beibehalten worden ist, der Ertrag dieser letztern, §. 13. B. 3. ib. u. §. 16. 17. ib. S. 261.; die Oberoffiziere tragen dazu an ihren Wohnorten bei, Ordonn. v. 1828. 2. Th. §. 98. G.S. S. 167.; n) die Beiträge fortdauernd bestehender geselliger Privatvereine, §. 13. B. 4. ib.; o) die Zinsen und Einkünfte von A.-Capitalien und Grundstücken, §. 13. C. 1. d. A.O. S. 261.; p) der Arbeitsverdienst der für Rechnung der A. beschäftigten Armen, in wieweit derselbe ihnen nicht selbst überlassen ist, §. 13. C. 2. ib. und das von den Almosenempfängern, die zu bessern Vermögens-Umständen gelangen, wieder zu erstattende Almosen, §. 13. C. 3. 65. 66. d. A.O., sowie das, was aus den Nachlässen der in Armen- und Krankenhäusern Verstorbenen oder von der A. sonst Versorgten wieder erlangt wird, §. 13. 67. 68. d. A.O. v. 1840. S. 261 f.; q) Diese ordentlichen Einnahmen der A., mit Ausnahme der Sammlung freiwilliger Beiträge, welche nach Ermessen der Armenbehörde eingestellt werden kann, sind fortwährend zu erheben, wenn auch kein Bedürfniß Statt findet, und solchenfalls zu Capital anzulegen, §. 18. d. A.O. S. 261. **4)** Die außerordentlichen Einnahmen der A. bestehen: a) in Anlagen auf die beitragspflichtigen Angehörigen des Heimathsbezirks, §. 19. no. 1. u. 16. d. A.O. S. 262. Diese Anlagen bedürfen der Zustimmung der Gemeindevertreter, sowie der Genehmigung der Regierungsbehörde, §. 19. d. A.O. v. 1840. S. 262. Die Ausschreibung erfolgt in Städten nach der A.St.O., auf dem Lande nach der L.Gem.O., §. 20. d. A.O. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 262. Ueber die Aufbringungsweise s. §. 20. cit. und die V. v. 22. Oct. 1840. §. 2. G.S. S. 288.; b) in Anleihen auf den Credit der A., §. 19. no. 2. d. A.O. G.S. v. 1840. S. 261. Sie sind in der Regel nur zulässig, wenn die Gründung einer bleibenden Anstalt in Frage ist, welche nur vorübergehenden Aufwand erheischt, §. 21. d. A.O. S. 263., oder unter ganz dringenden und außerordentlichen Umständen, unter Beobachtung der §. 20. d. A.O. für die Anlagen gegebenen Vorschrift, mit Genehmigung der vorgesetzten Regierungsbehörde, §. 21. cit. **5)** Die Einkünfte der A. sind weder zu fremdartigen Zwecken zu verwenden, noch mit anderen Gemeindeeinkünften zu vermischen, §. 22. ib. **6)** Folgende Strafgelder und Confiscationsbeträge sollen in die A. fließen: a) 1/3 der Strafe der Kircheninspection und in der Lausitz der Collatoren, welche für die Kirchrechnungs-Mahlzeit mehr aus dem Kirchenvermögen zu nehmen

gestatten, als die Gesetze erlauben, Gen. v. 26. März 1810. §. 7. C. A. C. III. T. I. S. 109. u. Laus. Regul. v. 11. Aug. 1813. §. 108. 109. L.C.W. T. VI. S. 284.; b) der Erlös aus Zinnwaaren, die, weil sie zuviel Bleizusatz enthielten, confiscirt worden sind, Gen. v. 31. Jan. 1816. §. 2. C. A. C. III. T. I. S. 513.; c) $1/2$ der wegen verzögerter Taufen und Ueberschreitung der gesetzlichen Zahl der Pathen erkannten Geldstrafen, Rescr. v. 16. Dec. 1825. §. 4. G.S. v. 1826. S. 3.; d) die Strafen der Stadtverordneten für Vergehen gegen die Geschäftsordnung, A.St.O. v. 2. Febr. 1832. §. 173. G.S. S. 62.; e) diejenigen Geldstrafen, Strafgelderantheile und Confiscationsbeträge, welche früher der Hauptcasse der allgemeinen Straf- und Versorganstalten zufielen, G. v. 26. Juni 1837. §. 1. 3. G.S. S. 69., nemlich: die Strafe dessen ($1/10$ des Liciti), welcher bei einer nothwendigen Subhastation außerhalb des Concurses in dem gesetzten Termine die erste Anzahlung nicht leistete, E.P.O. Tit. 39. §. 17., — $1/3$ von dem vierten Theile der geklagten Summe, welchen der Beklagte zu entrichten hat, der im Executivprocesse wider beßres Wissen die Erfüllung des Contracts oder die Bedingung Seiten des Klägers, oder, wenn er als Erbe verklagt wird, daß er Erbe geworden sei, leugnet; ferner die angegebene Quote des $1/4$, welches der Widerbeklagte erlegen muß, gegen den erwiesen wird, daß er das in der Convention eingeklagte Darlehn nicht vorgeschossen habe, Anh. der E.P.O. §§. 4. 7. 8.; — die Strafe, womit der Richter, der Curator bonorum et litis, oder die Advocaten der Gläubiger, welche die Concurse und Sequestrationen verzögern und dadurch zur Ungebühr die Kosten vermehren, belegt werden sollen, M. v. 20. Dec. 1766. §. 23. C.A. C.I.T.I.S.940. (s. Concursproceß); — die in Folge eines Hazardspiels confiscirten Gelder, M. v. 20. Dec. 1766. §.2. C.A.C.I.T.I.S.918. (s. Spielen); — was zur Bezahlung von Spielschulden (s. d.) gegeben ist, insofern es der Zahlende selbst binnen 6 Jahren nicht zurückgefordert hat, §. 9. des cit. M.; — $3/4$ der 10 Thlr. Strafe für eine Innung wegen gesetzwidriger Ertheilung des Landmeisterrechts, §. 14. d. G. v. 9. Oct. 1840. G.S. S. 249., vorher Gen. v. 12. Jan. 1793. C.A. C.II. T.I. S. 1050.; — $3/4$ der Strafe der Obrigkeiten, welche gegen die Bestimmungen des M. wegen Einschränkung des Dorfhandels ꝛc. v. 1767. handeln, Angez. M. v. 29. Jan. 1767. am Schlusse, C.A. C. I. T. I. S. 946.; f) $1/2$ der in Folge des Gesetzes gegen die Theilnahme am Lotto und den Vertrieb auswärtiger Lotterieloose zuerkannten Geldstrafen u. confiscirten Summen, G. v. 4. Dec. 1837. §. 16. G.S. S. 130.; g) Schenkungen, die Staatsdiener oder andere in Pflicht stehende öffentliche Beamte pflichtwidrig angenommen haben, oder die Staatsdienern oder andern öffentlichen Beamten gegeben worden sind, um sie zu bestechen, sowie die Schenkungen, welche einem Staatsbürger bei Besetzung der von ihm zu vergebenden Aemter, oder bei Ausübung seines Stimm- und Wahlrechts gegeben worden sind, Art. 312. f. d. Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 184.; h) der Erlös der polizeilich weggenommenen und confiscirten Naturalien, §. 13. A. no. 8. d. A.O.; i) die Geldstrafen (2 Thlr. 15 Ngr. bis 10 Thlr.), welche das Schreiben von Bettelbriefen und die Ausstellung von Armuthszeugnissen zum Behufe des Bettelngehens für Andere nach sich ziehen, §. 105. d. A.O. G.S. v. 1840. S. 279.; k) die Geldstrafe (1—5 Thlr.), welche der zu entrichten hat, der wissentlich von öffentlichen Armen Gegenstände, die denselben von der Armenbehörde zur Unterstützung gegeben worden sind, kauft oder Geld darauf leiht, §. 132. ib. S. 284.; l) die Geldstrafe (5—20 Thlr.), welche Schänkwirthe zu entrichten haben, die gegen die ortspolizeilichen Bestimmungen handeln, §. 134. ib. S. 284.; m) die Geldstrafen wegen Contraventionen gegen die Münzgesetze und diesfallsige Confiscationsbeträge, G. v. 22. Juli 1840. §. 8. G.S. S. 182.; n) mehrere Strafen für Contraventionen gegen das M. v. 2. April 1796., die Einschränkung des Hundehaltens betr., C.A. C. II. T. I. S. 1069., C.A. C.II.

T. III. S. 550.; o) die Geldstrafe der Dienstboten, welche von mehreren Herrschaften Miethgeld genommen, §. 31. d. Ges.-O. v. 1835. G.S. S. 22. p) S. noch: Eigenthum an Geisteswerken, u. s. Arbeit. **7)** Für arme Schulkinder wird in der Regel das Schulgeld nach der Hälfte des gewöhnlichen Satzes aus der A. bestritten, A.O. v. 1840. §. 50. G.S. S. 268., Gen. v. 23. Nov. 1811. §. 6. C. A. C. III. T. I. S. 82. Welchenfalls für verwaiste Soldatenkinder aus der A. das Schulgeld zu bezahlen sei, enthält die Ordonn. v. 19. Juli 1828. II. Th. §. 71. G.S. S. 166. **8)** Für die A. dürfen bei Verleihung städt. Freistellen auf Fürstenschulen keine Beiträge bedungen werden, V. v. 31. Jan. 1834. G.S. S. 45. **9)** Bestimmungen über die A. und Armenstiftungen, welche bei der Landestheilung betroffen wurden, enthält die Conv. v. 4. April 1825. G.S. v. 1828. S. 273. **II.** Bezirks-Armencasse. **1)** Zu Erreichung des Zweckes der Association mehrerer Heimathsbezirke wird aus den von den theilnehmenden Heimathsbezirken u. Orten verwilligten Zuschüssen, an dem Orte, mit welchem sie sich associirt haben, oder, welcher als der Centralort anerkannt wird, eine von der Localarmencasse abgesondert zu führende und von dem Ausschusse des Armenbezirks zu verwaltende Bezirkscasse gebildet. §. 90. d. A.O. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 276. **2)** Die Bezirks-A. giebt keine Armenunterstützung (Almosen, Krankenpflege, Schulgeld rc.), sondern schafft blos Mittel zur Beschäftigung arbeitsfähiger Armer, um der gänzlichen Verarmung vorzubeugen und das Betteln in der Umgegend zu beseitigen. §. 91. 92. ib. **3)** Der Ausschuß legt über die Verwaltung der Bezirkscasse jährlich an die Bezirks-Armencommission Rechnung ab, und fertigt vor Ablauf jeden Jahres einen Anschlag des muthmaßlichen Bedarfs für das nächste Jahr, über dessen Annahme von der Commission Beschluß zu fassen ist. §. 93. ib. **III.** Weitere Nachweise. Man vergleiche die Art.: Abendmahl, Abschoß, Armenanstalten, Armencasseneinnehmer, Armencommissionen, Almosen, Amtshauptleute, Ausweisung, Armenvereine, Betteln, Bestechung, Curatoren, Geistliche, Gesinde, Jagdkarten, Lotterie, Münzwesen, Preßvergehen, Reihezug, Taxordnungen, Waisen.

Armencassenbeiträge. S. Armencassen, Armenbehörden.

Armencasseneinnehmer. **1)** Zur Verwaltung der laufenden Einnahmen u. Ausgaben der Armencasse, mit Einschluß der Einsammlung der Beiträge, ist ein angesessener oder sonst cautionsfähiger Mann zum A. zu bestellen, welchem auf Verlangen für seine Dienstleistung von der Armenbehörde eine verhältnißmäßige Vergütung ausgesetzt wird. §. 81. d. A.O. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 274. **2)** Zur laufenden Ausgabe wird dem A. ein nach dem Bedarfe bemessener Cassenvorrath überlassen, §. 82. ib., die übrigen baaren Bestände und die Documente nimmt die Armenbehörde in Verwahrung. §. 82. ib. **3)** Die Rechnung ist ult. December jeden Jahres zu schließen, und sodann bei der Armenbehörde einzureichen. §. 83. ib. **4)** Die Prüfung und Justification erfolgt in Städten nach der A.St.O. §. 223—226. G.S. v. 1832. S. 72., in andern Orten von der Obrigkeit unter Mitwirkung des Armenvereins. §. 83. ib. **5)** Nach erfolgter Justification ist die Rechnung an einem hierzu geeigneten Orte zu Jedermanns Einsicht auszulegen, oder, wo möglich, auszugsweise durch den Druck zu veröffentlichen. §. 83. cit. **6)** In größern Orten oder Heimathsbezirken können besondere Sammler beauftragt und hierzu Mitglieder des Armenvereins oder andere wohlgesinnte Einwohner gewählt werden. §. 81. d. A.O. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 274. **7)** S. Armencasse.

Armencommissionen. **1)** Um die Maßregeln zu lohnender Beschäftigung arbeitsfähiger Armen namentlich für kleinere und ärmere Ortschaften und Heimathsbezirke zu erleichtern, soll von den Regierungsbehörden durch die Amtshauptleute (vergl. §. 3. 7. d. V. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 288.) die Association mehrerer Heimathsbezirke zu größern Armenbezirken und die Constituirung gemein-

schaftlicher A. befördert werden. §. 30. u. 86. d. A.O. v. 22. Oct. 1840. G.S. v. 1840. S. 264 f. **2)** Die A. haben sich mit den Armenbehörden der einzelnen Heimathsbezirke fortwährend zu vernehmen, und die zu Erreichung jener Zwecke erforderlichen Geldmittel sind von den Armencassen der einzelnen vereinigten Heimathsbezirke zu beschaffen. §. 30. cit **3)** Die Bildung solcher Associationen soll, wo das Auslaufen städtischer Bettler auf die umherliegenden Dörfer überhand genommen hat, durch den Beitritt der letztern die Städte in den Stand setzen, durch geeignete Localanstalten dieses Auslaufen zu beseitigen. §. 3. d. V. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 288. **4)** Die A. bestehen aus a) einem Mitgliede des Stadtraths der zu dem Bezirke gehörigen Städte, b) den Dirigenten der in den übrigen dazu gehörenden Heimathsbezirken mit Leitung des Localarmenwesens bekleideten Gerichtsstellen, c) den von den einzelnen Localarmenvereinen aus ihrer Mitte gewählten Deputirten. §. 86. d. A.O. G.S. v. 1840. S. 275. **5)** So oft es nöthig, versammeln sich die A. unter Vorsitz des Amtshauptmanns oder eines von ihm zu beauftragenden Delegirten, um über die gemeinsamen Angelegenheiten des Bezirks zu berathen und zu beschließen. §. 87. d. A.O. G.S. S. 275. **6)** Zu den laufenden Geschäften ist an dem Orte, wo sich die für den Bezirk errichtete Armenbeschäftigungsanstalt befindet, ein Ausschuß unter der Direction eines Vorstandes zu bestellen, dessen Mitglieder von der Gesamtheit der A. gewählt werden. §. 88. ib. **7)** Die Associationen und A. bestehen vorerst nur versuchsweise auf eine gewisse Anzahl Jahre mit Vorbehalt der Aufkündigung und Verlängerung auf anderweite Fristen. §. 89. ib. S. 276. **8)** S. auch Armencasse, II.

Armendeputation. S. Armenbehörden.

Armeneid. **1)** Im A. schwört der Arme zu Erlangung des Armenrechts im Processe: „daß er soviel, als von Zeit zu Zeit zu Verlegung der Gerichtsgebühren und zu Bezahlung eines Advocaten erfordert wird, nicht im Vermögen habe, nicht zu verdienen oder aufzubringen wisse, daß er auch nicht, um diesen Eid schwören zu können, sein Gut und Vermögen einem Andern übergeben, oder veräußert habe, E.P.O. ad Tit. 1. §. 10. S. 16. Hierbei ist dem Armen zu eröffnen, daß, wenn er durch Vergleich, oder den Proceß, oder sonst zu besserem Vermögen gelange, ihm die Bezahlung der Kosten obliege. Eidlich ist dieß aber nicht mehr anzugeloben, G. v. 19. Febr. 1838. §. 2. G.S. S. 72., wie denn auch der Arme neben dem A. nicht noch den sonst vorgeschriebenen Gefährdeeid leistet. ib. §. 1. [Aeltr. Recht: A.G.-O. v. 7. Oct. 1605. R. der armen Parteien Eid &c. C A. T. I. S. 1231.] **2)** Den A. haben auch Minderjährige, wenn sie das 18te Jahr ihres Alters erfüllt haben, in Person zu leisten. E.P.O. ad T.I. §. 11. S. 17. **3)** Verstirbt der Arme während des Processes, so haben die Erben bei Fortstellung desselben ihr Unvermögen zu bescheinigen und den A. zu schwören. Ebend. §. 13. S. 19. **4)** Für die Unmündigen unter 18 Jahren und für alle übrigen Bevormundeten legen die Vormünder den Eid ab, jedoch blos dahin, daß ihre Pflegbefohlenen soviel, als zu Verlegung der Gerichts- und Advocatengebühren erfordert wird, nicht im Vermögen haben; sie dürfen auch zu Abwendung des A. die Klage nicht liegen lassen, wenn sie nicht wegen des hierdurch erwachsenden Schadens künftig gehalten sein wollen. E.P.O. ad Tit. I. §. 11. a. a. O. **5)** Ueber den abgelegten Eid ist eine Registratur ad acta zu bringen. E.P.O. ad Tit. I. §. 12. S. 18., P.O. Tit. I. §. 4. S. 4. **6)** S. Arme, Armenrecht.

Armenhäuser. **1)** In jedem Heimathsbezirke, wo sich das Bedürfniß zeigt, soll ein demselben möglichst entsprechendes Armen- oder Gemeindehaus vorhanden sein. §. 54. d. A.O. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 268., §. 6. d. V. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 289. Obwohl die Heimathsbezirke für entbehrliche Anstalten nicht mit unnöthigen Opfern belastet werden dürfen, ib. §. 6., so liegt doch die Errichtung der A. in ihrem Interesse, da sie dadurch bei eintretenden Versorgungsfällen der Last des Reihezugs sich entledigen können. §. 6. cit. **2)** S. Amtshauptleute, Anlagen, Armen-

anstalten, Armenversorgung, Erbfolge, Armencasse, Armenvereine, Reihezug, Unterkommen, Vermächtniß.

Armenhaushauptcasse. S. Armencasse, Besoldungsabzug, Strafanstalten.

Armenordnung. **1)** Den Namen A. führt das G. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 257 f. **2)** Die A. und die dazu ergangene V. v. neml. T. u. J., G.S. S. 286 f. beabsichtigt eine zweckmäßigere und durchgreifendere Verwaltung der Armenpflege und Armenpolizei. Sie macht eine absolute Gleichmäßigkeit der Einrichtungen keineswegs zur Vorschrift, vielmehr ist von den Ausführungsbehörden, den Kreisdirectionen und Amtshauptleuten überall hauptsächlich auf das Bedürfniß zu sehen, und darnach zu bemessen, ob und welche von den in der A. bezeichneten Maßregeln und Veranstaltungen nach den Localumständen angemessen erscheinen. Den Gemeinden sollen durch Veranstaltungen, die im Allgemeinen zweckmäßig, aber nach den örtlichen Verhältnissen entbehrlich sind, keine unnöthigen Lasten aufgebürdet werden. Angez. V. im Eing. S. 286. **3)** Alle älteren Gesetze und Verordnungen über Armen- und Bettelwesen, soweit sie nicht in der A.O. v. 1840. als noch giltig angezogen worden, sind durch diese außer Wirksamkeit gesetzt worden, §. 143. ders., G.S. S. 286. Dazu s.: Armenwesen, Betteln.

Armenordnungen. **1)** Die Errichtung von Local-A. erfolgt, wo sie nöthig, von der Obrigkeit mit Zuziehung des Armenvereins. §. 84. d. A.O. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 274. **2)** Auf Ansuchen wird denselben die Bestätigung der vorgesetzten Regierungsbehörde ertheilt. ib. **3)** Die hauptsächlichsten Gegenstände der A. sind Bestimmungen: a) über die Hilfsquellen der Armencasse und deren Benutzung, b) über die Verwaltung der vorhandenen, der Armenpflege gewidmeten Stiftungen und Anstalten, c) über Veranstaltung zur Beschäftigung der Armen, d) über die den Armen nach Verschiedenheit der Verhältnisse und Hilfsbedürftigkeit zu gewährenden Unterstützungen, nach Befinden unter Festsetzung eines höchsten Satzes für das wöchentliche Almosen, e) über die Einrichtung für den Armenschulunterricht, f) über die Zusammensetzung des Armenvereins und dessen Geschäftsgang, sowie über die sonstige Mitwirkung der Heimathsangehörigen bei der Armenpflege, g) über die Armenpflege im engern Sinne, namentlich die über die unterstützten Armen zu führende Aufsicht, h) über die Cassenverwaltung und Rechnungsablegung. §. 84. cit. **4)** In den A. wird die Abgabe von Contracten zu den Armencassen bestimmt. ib. §. 13. S 259. **5)** S. Localstatute.

Armenpflege. **1)** Die öffentliche A. ist Gegenstand der Gemeindeverwaltung, unter Aufsicht der Regierungsbehörden, der Staat tritt nur, wenn es nöthig, vermittelnd ein. §. 1. d. A.O. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 257. **2)** Die Zwecke ihrer Anstalten und Vorkehrungen sind: a) der Verarmung einzelner Individuen, soviel möglich, zuvorzukommen, b) die Unterstützung der schon Verarmten, c) die Aufsicht über diejenigen, welche der öffentlichen Armenversorgung anheimgefallen sind. §. 2. ib. **3)** Nur der Arme, welcher seinen nothdürftigen Lebensunterhalt ganz oder zum Theil nicht von andern, den Rechten nach oder zufolge besonderer Verbindlichkeit, dazu verpflichteten Privatpersonen oder Corporationen erlangen kann, auch solchen von andern nicht freiwillig empfängt, und sich eben so wenig selbst nothdürftig ernähren kann, hat, soweit letzteres der Fall, auf öffentliche Unterstützung Anspruch. §. 4. ib. S. 257., u. §. 23. S. 263. **4)** Der Anspruch auf öffentliche Unterstützung beruht auf dem Heimathsrechte nach den darüber geltenden gesetzlichen Bestimmungen, §. 8. ib. S. 258. **5)** Die öffentliche A. hat dahin zu trachten, a) daß der arbeitsfähige Arme, soweit er es vermag, zur Thätigkeit und zu möglichst eigenem Erwerbe der unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse genöthigt, oder mit den dazu erforderlichen Mitteln versehen werde, b) daß bei eintretendem Bedarfe der öffentlichen Unterstützung dem Armen nur das schlechterdings Unentbehrliche gewährt werde. §. 24. ib. **6)** Um den

Entstehungsursachen der Verarmung soviel möglich vorzubeugen, ist denjenigen, welche durch häusliche oder persönliche Unfälle in vorübergehenden Nothstand versetzt werden, unter solchen Umständen zeitiger Beistand zu leisten. §. 25. ib. **7)** Jede öffentliche Armenunterstützung ist nur als temporär zu betrachten, §. 32. ib. S. 265., weshalb die Armenbehörde den Zustand der unterstützten Armen fortwährend im Auge zu behalten, und, sobald sich die veranlassende Ursache ganz oder zum Theil erledigt, die Unterstützung wieder einzuziehen oder zu vermindern hat. ib. **8)** Die A. äußert sich a) in Verabreichung von Almosen, b) in der Pflege Kranker, c) in Unterbringung der Waisen und Verschaffung von Unterricht, d) von Unterkommen, und e) in der eigenlichen Armenversorgung. §. 33. d. A.O. l. c. **9)** Die Verwaltung des Armenwesens selbst geschieht unter Mitwirkung der Armenvereine aus den Angehörigen des Heimathsbezirks. §. 75. d. A.O. S. 273. **10)** S. Armenvereine, Auswanderung, Verpflegung.

Armenpflegedistricte. S. Armenvereine.

Armenpfleger. S. Armenvereine.

Armenpolizei. **1)** Die Aufsicht über Bettler und die Bestrafung derselben steht den Landes- und Ortpolizeibehörden zu. §. 3. d. A.O. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 257. **2)** Der Zwang der arbeitsscheuen Armen zur Arbeit gehört zum Berufe der Polizeibehörden, mit denen sich deshalb die Armenbehörden, wo sie von ersteren verschieden sind, zu vernehmen haben. §. 27. d. A.O. S. 264. **3)** S. Polizei.

Armenrecht im Civilprocesse. **1)** Das A. soll nur verstattet werden, wenn der Arme dem Richter die Gründe seiner Absicht und wie er seinen Anspruch darthun will, angegeben, auch seine Armuth glaubwürdig bescheinigt, und den Armeneid geleistet hat, P.O. Tit. 1. §. 3. 4. E.P.O. ad Tit. 1. §. 10. u. 13. S. 16. **2)** Der Arme erhält einen Armen-Advocaten, welcher außer dem baaren Verlage und den Reisekosten nichts fordern darf, ex officio zugeordnet, E.P.O. ad Tit. 1. §. 12. S. 18. **3)** Die Gerichte müssen die Sachen der Armen umsonst und ohne Abforderung einiger Sporteln betreiben, E.P.O. ad Tit. 1. §. 12. S. 18. **4)** Der baare Verlag war in den Aemtern aus den Amtsintraden, in Städten aus der Stadtcasse, von den Gerichtsherren auf dem Lande aus eigenen Mitteln vorzuschießen, E.P.O. ib. **5)** Wenn Arme wegen Alimenten oder auf Abtretung von Gütern oder Erbschaften, die ihnen wahrscheinlich zugehören, klagen, so hat Beklagter ihnen hierzu den Verlag vorzuschießen. Eben so, wenn eine Wittwe nach ihres Mannes Tode ihres Einbringens oder Gegenvermächtnisses halber Klage erhebt, A.G.O. v. 1605. Tit. v. d. Adv. C.A. T.I. S. 1231., Handausg. E.P.O. ad Tit. 1. §. 12. S. 10. **6)** Kommt der Arme später zu besserm Vermögen, gewinnt er den Proceß, erhält er durch Vergleich oder sonst während des Processes etwas, so muß er die baaren Verläge erstatten, und die Advocaten- und Gerichtskosten bezahlen, ib. ad Tit. 1. §. 14. S. 20. Dazu soll er auch durch Arrest angehalten werden können, ib. **7)** Vergleiche mit geschwornen Armen, und Zahlungen an solche, können giltigerweise nur gerichtlich bewirkt werden, ib. ad Tit. 1. §. 14. S. 20., außergerichtlich nur dann, wenn der Richter befriedigt ist, Rescr. v. 11. Aug. 1785. u. v. 17. Juni 1794. no. 7. C.A. C.II. T.I. S. 535. 539. **8)** Gegen den Ablauf von Fatalien werden geschworne Arme in integrum restituirt, auch wenn sie sich vor Erlangung des A. an etwas versäumt hätten, E.P.O. ad Tit. 1. §. 13. S. 19. **9)** Sie haben keine Caution wegen der Proceßkosten zu leisten, ib. ad Tit. 13. u. P.O. Tit. 13. §. 3. S. 89 ff. **10)** Fremde Zeugen müssen in Armensachen ohne Empfang von Reise- und Zehrungskosten erscheinen, E.P.O. ad Tit. 22. §. 3. S. 138. **11)** Der Mißbrauch des A. zieht die Verurtheilung in alle Kosten, die nach Befinden durch Gefängniß oder Arbeit verbüßt werden sollen, nach sich, P.O. Tit. 1. §. 4., E.P.O. ad Tit. 1. §. 14. S. 20. **12)** Wenn Jemand das A. zu einer Sache erhalten, so kommt ihm doch dasselbe in

einer andern nicht ohne Weiteres zu, sondern es wird hierbei gleichfalls auf die Gerechtigkeit der Sache gesehen, E.P.O. ad Tit. 1. §. 13. ib. **13)** Der Armeneid muß bei Fortstellung der Sache auch von des verstorbenen Armen Kindern und Erben geleistet werden, ib. **14)** Das A. kann auch in schon rechtsanhängigen Sachen verstattet werden, wenn der Kläger oder Beklagte inzwischen verarmt, ib. **15)** Die, welche das A. erhalten, sind mit der Reconvention oder besondern Klage, wenn keine Gefährde obwaltet, wenn sie sich auch der Convention noch nicht entbrochen, zuzulassen, Rescr. v. 22. März 1738. C. A. C. I. T. I. S. 309., wegen der Lausitz M. v. 3. April 1824. §. 18. (13.) G.S. S. 51. **16)** S. Ehemänner, Kostenvorstand, Wiedereinsetzung.

Armensachen. **1)** Alle die öffentliche Armenpflege oder Armenpolizei betreffenden Angelegenheiten sind summarisch zu erörtern und zu entscheiden, §. 94. d. A.O. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 276. **2)** Es ist darin kosten- und portofrei zu expediren, ib. **3)** Es bleibt jedoch den Regierungsbehörden, wo der Gegenstand des Verfahrens der Geltendmachung einer unzweifelhaften Verbindlichkeit ist, vorbehalten, die Renitenten ausnahmsweise zu Bezahlung der Kosten zu verurtheilen, ib. **4)** Streitigkeiten in A., wenn sie unter den Begriff der Verwaltungsstreitigkeiten fallen, sind nach den Vorschriften für diese zu behandeln, §. 95. d. A.O. S. 277. **5)** S. Advocaten, Gerichtsbarkeit.

Armenvereine. **1)** In Folge d. A.O. v. 22. Oct. 1840. §. 75. G.S. S. 273., wonach die Verwaltung des Armenwesens selbst unter Mitwirkung der Angehörigen des Heimathsbezirks erfolgen soll, hat die Armenbehörde aus den durch Einsicht, Erfahrung, Gemeinsinn und öffentliches Vertrauen ausgezeichneten Bewohnern des Heimathsbezirks einen Armenverein zu bilden. §. 76. ib. S. 273. **2)** Dabei sind stets die Besitzer der im Heimathsbezirke gelegenen Rittergüter, oder, in Abwesenheit der erstern, die Verwalter oder Pachter derselben, die Geistlichen und Schullehrer, oder einer oder der andere unter mehrern, die Vorstände der Privatwohlthätigkeitsvereine und Institute und wo möglich einer oder mehrere Aerzte zum Beitritte aufzufordern. §. 76. cit. **3)** Die Gemeindevorstände, Ortsrichter, Vorsteher und Verwalter der im Heimathsbezirke bestehenden milden Stiftungen, der Armen-, Kranken- und Waisenhäuser sind vermöge ihres Amts jedesmal Mitglieder der Vereine. §. 76. cit. **4)** In solchen Gemeinden, welche für sich allein einen Heimathsbezirk bilden, gehört die Besorgung des Armenwesens dem Gemeinderathe, von dem jedoch ebenfalls die vorstehend genannten Personen, wenn sie nicht Mitglieder desselben sind, zur Theilnahme aufzufordern sind. §. 77. ib. **5)** Die mit dem A. zu berathenden Angelegenheiten sind: a) alle, auf die Verwaltung des Armenwesens überhaupt, namentlich des Cassen- und Rechnungswesens, sowie der Stiftungen und Anstalten für einzelne Zwecke der Armenversorgung, soweit diese letzteren nicht stiftungsmäßig unter abgesonderter Verwaltung stehen, sich beziehenden Einrichtungen und Geschäfte, nebst der Bestellung des dazu erforderlichen Personals, b) die Aufbringung der für die Armenpflege erforderlichen Mittel, c) die Maßregeln gegen Arbeitslosigkeit und Verarmung, d) die Armenpflege im engern Sinne, §. 78. d. A.O. G.S. S. 273. Dieser haben sich die Mitglieder in der Regel selbst zu unterziehen, §. 79. ib. Doch können in größern Heimathsbezirken, unter Bildung von Armenpflege-Districten, andere Personen zugezogen werden, ib. **6)** Die Mitglieder der A. und die Armenpfleger haben sich ihren Bemühungen ohne Entschädigung zu unterziehen. Nur ausnahmsweise dürfen besoldete Officianten angestellt werden. §. 80. d. A.O. S. 274. **7)** S. Armencasseneinnehmer, Armenordnungen, Armenpflege, Wohlthätigkeitsanstalten.

Armenversorgung. [Aeltr. Verf.: M. v. 5. April 1729. Cap. I. §. 3. C. A. C. I. T. I. S. 540., M. v. 11. April 1772. Cap. I. §. 3. C. A. C. II. T. I. S. 640.] **1)** Zur eigentlichen A., also zur

Versorgung in öffentlichen Hospitälern, Gemeinde- und Armenhäusern mit Wohnung, Kost und andern Lebensbedürfnissen, oder zur Unterbringung in Privatverpflegung eignen sich blos solche Personen, welche wegen Altersschwäche, Gebrechlichkeit, Blödsinn, weder sich selbst zu erhalten vermögen, noch sich selbst überlassen bleiben können, aber des Beistandes von Angehörigen oder anderer privatrechtlich dazu verpflichteter Personen entbehren, §. 57. d. A.O. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 269. **2)** In den öffentlichen Hospitälern, größern Armen- und Krankenhäusern soll für die Aufgenommenen, welche das Haus nicht verlassen können, an Sonn- und Festtagen eine gemeinschaftliche Hausandacht gehalten werden. §. 58. ib. **3)** Es muß für diese Anstalten eine Hausordnung bestehen, welcher sich jeder zu unterwerfen hat. ib. **4)** Die Aufgenommenen sind zur Reinlichkeit und Ordnung, Verträglichkeit und gegenseitiger Pflege und Hilfsleistung, zu angemessener Beschäftigung, zunächst für die Bedürfnisse des Hauses, nach Befinden auch zu leichten Lohnarbeiten, z. B. Spinnen, Federschließen rc., anzuhalten; der Verdienst ist zum Besten der Anstalt zu verwenden. ib. **5)** In Waisenhäusern sind die Zöglinge, nach dem Schulunterrichte mit Berücksichtigung der Geschlechter, mit Arbeiten für das Haus, Verrichtungen im Freien, besonders Feld- und Gartenarbeiten, und nur im Winter mit sitzenden Arbeiten in der Stube zu beschäftigen. §. 58. ib. **6)** Vermöge der Pflicht zur A. haben die Gemeinden auch zur Verpflegung ihrer in die Landes-Versorgungs- und Heilanstalten aufgenommenen Armen beizutragen. G. u. V. v. 26. Mai 1834. G.S. S. 125. 127. **7)** Vergl. noch: Armenbehörden, Armenpflege, Ausweisung, Ehe, Heimaths..., Wohlthätigkeitsanstalten, Polizei, Waisen.

Armenwesen. 1) Die ältere Gesetzgebung über das Armen- und Bettlerwesen ist enthalten, **A.** wegen der Erblande in: der L.O. v. 1543. Tit. v. gestift. Spenden, C.A. T.I. S. 17., M. v. 9. Juli 1551. ib. S. 1397., L.O. v. 1. Oct. 1555. Tit. Bettler. ib. S. 72., Gen.Art. v. 8. Mai 1557. ib. S. 462., 34. Gen.Art. v. 1. Jan. 1580. ib. S. 703., Edict v. 27. Jan. 1588. ib. S. 1430., M. v. 4. April 1609. ib. S. 1446., M. v. 8. Juli 1611. ib. S. 1451., Pol.O. v. 1612. §. 18. ib. S. 1475., M. v. 24. Febr. 1617. ib. S. 1485., Pol.O. v. 1661. Tit. 9. ib. S. 1573., Rev. Syn.Decr. v. 1673. §. 81. ib. S. 837., M. v. 20. Juni 1681. ib. S. 1667., M. v. 3. Sept. 1681. ib., M. v. 26. Mai 1684. ib. S. 1669., M. v. 10. Aug. 1684. ib. S. 1673., Resol. v. 19. Juni 1713. ib. S. 372., M. v. 12. Sept. 1713. ib. S. 1822., Gen. v. 23. Sept. 1713. ib. S. 1825., M. v. 7. Dec. 1715. ib. S. 1843., Gen. v. 17. Aug. 1716. ib. S. 1859., Bef. v. 14. Aug. 1717. ib. S. 1878., v. 25. Nov. 1717. ib., Gen. v. 14. Dec. 1717. ib. S. 1879., B. v. 23. Febr. u. 14. Juni 1720. ib. S. 1907. 1923., Bef. v. 13. Juli 1720. ib. S. 1927., Gen. v. 22. Nov. 1720. ib. S. 1931., Erl. v. 22. Jan. 1721. ib. S. 1942., M. v. 5. April 1729. §. 11 f. C.A. C.I. T.I. S. 544., Bef. v. 13. Juni 1729. ib. S. 219., Gen. v. 6. Dec. 1729. ib. S. 563., M. v. 13. Dec. 1730. ib. S. 567., Gen. v. 15. Dec. 1730. ib. S. 574., v. 26. Nov. 1733. ib. S. 603., M. v. 28. Dec. 1733. ib. S. 606., Gen. v. 17. Febr. 1736. ib. S. 639., Bef. v. 4. Jan. 1738. ib. S. 646., Gen. v. 11. März 1740. ib. S. 662., Circul. v. 5. Sept. 1741. ib. S. 666., Extr. aus dem L.T.A. v. 5. Aug. 1742. §. 2. ib. S. 69., Gen. v. 28. Aug. 1742. ib. S. 667., Gen. v. 25. April 1746. ib. S. 679., Rescr. v. 11. Aug. 1746. ib., Gen. v. 13. Jan. 1747. ib. S. 685., M. v. 9. Nov. 1748. Cap. I. ib. S. 698., Gen. v. 3. Febr. 1749. ib. S. 731., Gen. v. 4. Juli 1750. ib. S. 763., v. 17. Aug. 1750. ib. S. 766., v. 20. Aug. 1750. ib. 767., v. 26. Aug. 1750. ib., M. v. 11. April 1772. C.A. C.II. T.I. S. 639., Gen. v. 21. Juni 1773. ib. S. 686., Gen.Inn.-Art. v. 8. Jan. 1780. Cap. II. §. 3. ib. S. 767., Rescr. v. 11. Dec. 1788., 16. März 1789., 12. Febr. 1791., 10. Dec. 1799. C.A. C.II. T.I. S. 975, 999. 1141., Gen. v. 21. April 1803. C.A. C.III. T.I. S. 397., M. v. 9. Juni 1803. ib. S. 398., Gen. v. 3. Aug. 1808. ib. S. 452., 1. Juli 1809. ib. S. 457., M. v. 7. Dec. 1810. Cap. 3. §. 12.

ib. S. 487., Rescr. v. 25. April 1817. ib. S. 550., G. v. 26. Mai 1834. G.S. S. 125., Bek. u. V. v. neml. T. u. J. ib. S. 127., G. v. 26. Nov. 1834. G.S. S. 450. **B.** wegen der Oberlausitz: im O.A.Pat. v. 31. Aug. 1590. C. A. T. III. S. 117. L.C.W. T. I. S. 714., v. 21. Febr. 1596. ib. S. 716., v. 18. Oct. 1652. ib. S. 729. u. C. A. T. III. S. 223., O.A.Pat. v. 6. Mai 1664. L.C.W. T. I. S. 732., Renovat. v. 23. Juli 1664. mit O.A.Pat. v. 10. Juli 1665. C. A. T. III. S. 253., L.C.W. T. I. S. 733., M. v. 21. Dec. 1671. u. M. v. 12. Sept. 1673. ib. S. 737 f., C. A. T. III. S. 263., O.A.Pat. v. 2. Oct. 1682. ib. S. 291., v. 16. Juni 1689. ib. S. 307., v. 27. Juni 1696. ib. S. 315., O.A.-Pat. v. 9. Oct. 1713. L.C.W. T. I. S. 827., v. 16. März 1715. ib. S. 834., v. 15. Mai 1720. ib. S. 854., v. 30. Sept. 1720. ib. S. 855., v. 4. April 1722. ib. S. 866., v. 2. Sept. 1723. ib. S. 871., v. 11. Febr. 1724. u. 9. Juni 1725. ib. S. 881 f., v. 6. April 1726., 5. April 1727., 20. März 1728. ib. S. 884 f., v. 30. Sept. 1729. ib. S. 886. u. C. A. C. I. T. III. S. 47., Gen.V. v. 13. April 1730. L.C.W. T. I. S. 887., M. v. 10. Febr. 1731. L.C.W. T. I. S. 890., O.A.Pat. v. 3. Oct. 1732. C. A. C. I. T. III. S. 116., u. L.C.W. T. I. S. 905., Rescr. v. 29. Dec. 1732. ib. S. 906., v. 30. Aug. 1740. ib. S. 939. u. C. A. C. I. T. III. S. 126., v. 17. u. 23. Dec. 1743. L.C.W. T. I. S. 944., v. 13. Jan. 1747. ib. S. 947., Gen. v. 26. Aug. 1750. ib. S. 949., O.A.Pat. v. 21. April 1751. ib. S. 951., v. 16. Jan. 1767. L.C.W. T. III. S. 339., Rescr. v. 9. Nov. 1771. L.C.W. T. III. S. 349. u. C. A. C. II. T. III. S. 116., O.A.Pat. v. 1. Sept. 1772. L.C.W. T. III. S. 350., Rescr. v. 8. Juni 1779. ib. S. 376., Gen.Inn.Art. v. 8. Jan. 1780. Cap. II. §. 3. C. A. C. II. T. III. S. 765. u. L.C.W. T. III. S. 284., Rescr. v. 7. Mai 1781. ib. S. 378., v. 18. Sept. 1783. L.C.W. T. IV. S. 408., Regul. v. 24. Jan. 1787. ib. S. 409 f. C. A. C. II. T. III. S. 219., O.A.Pat. v. 26. April 1797. ib. S. 565. u. L.C.W. T. IV. S. 420., O.A.Pat. v. 30. März 1801. L.C.W. T. V. S. 287., M. v. 9. Juni 1803. ib. S. 290., v. 3. Oct. 1805. u. 28. Juli 1806. ib. S. 313., v. 22. Juni 1809. ib. S. 315., von dems. T. u. J. ib. S. 316 f., v. 21. Sept. 1809. ib. S. 320., v. 22. Nov. 1809. ib. S. 338., v. 17. Jan. 1810. ib. S. 343., v. 8. Mai 1819. ib. S. 305., v. 26. Juni 1820. ib. S. 375., u. s. unter A. die Bestimmungen vom J. 1834. **2)** S. Armenordnung, Armenvereine, Polizei.

Armsäule. S. Wegweiser.

Armuth, s. Arm...

Armuthszeugniß. **1)** Eine besondere Form der an Studirende auszustellenden A. setzt die V. v. 2. April 1834. G.S. S. 101. 104. fest. **2)** Ueber die Form derjenigen A., welche von Schülern der Anstalten unter dem Ministerium des Innern einzureichen sind, vergl. die V. v. 3. Nov. 1850. G.S. S. 254 f. **3)** S. Bettelbriefe.

Arrangement. S. Eigenthum an G., u. s. Accord, Einricht...

Arrest (Arrestproceß). **1)** Der sogenannte „A. des Sächs. Rechts", der zur Erlangung eines dinglichen Rechts an dem Besitzthume des Schuldners ausgebracht wurde, ist in den Erblanden wie in der Lausitz aufgehoben. E.P.O. ad Tit. 48. u. 51. S. 277. 291., M. v. 13. März 1821. G.S. S. 38. Vergl. über jenen: Const. 29. 30. P. I. v. 21. April 1572. C. A. T. I. S. 82., Torg. Ausschr. v. 18. Mai 1583. Tit. vom Arrest ib. S. 154., Bef. v. 15. Dec. 1606. ib. S. 165. 1051., M. v. 11. April 1607. ib. S. 1241., P.O. Tit. 44. 48. 51. S. 253. 277. 283., Dec. 58. v. 1661. ib. S. 323., Res. gr. v. 22. Juni 1661. Justizs. §. 9. 10. ib. S. 214., M. v. 26. Aug. 1713. §. 24. 25. C. A. T. II. S. 482., Beil. zur E.P.O. no. XI., E.P.O. ad Tit. 44. 48. 51. S. 255 f., in der Lausitz: Extr. d. L.T.A. v. 1602. L.C.W. T. I. S. 65. u. C. A. T. III. S. 130., A. u. G.O. v. 1. Dec. 1612. P. IV. ib. S. 163. u. L.C.W. T. I. S. 27 f., Canz.O. v. 1674. §. 17. ib. S. 47. **2)** Dagegen ist der A. des gemeinen Rechts beibehalten, der sich in Verkümmerung der Forderungen eines Schuldners und in dem ausgebrachten Verbote der Veräußerung und Verpfändung seines liegenden Besitzthums äußert. E.P.O. ad Tit. 51. S. 292. **3)** Der Gerichtsstand des A. begründet auch den für die Hauptklage, G. v. 26. Oct. 1834. §. VI. G.S. S. 245.

Arrest (Haft). **I.** In bürgerlichen Angelegenheiten. **1)** Bürgerliches Gefängniß wird gegen den angewendet, welchem in einem zur Execution

gelangenden Erkenntnisse bei Geldstrafe etwas zu leisten auferlegt worden ist, wenn solche aus dem Vermögen des Verurtheilten nicht zu erlangen ist. Einer Strafe von 20 Ngr. wird 1 Tag Gefängniß gleich gerechnet. S. das G. 28. Febr. 1838. §. 39. G.S. S. 82. unter: Executionsverfahren. **2)** Gefängnißzwang bis zu 6 Monaten kann gegen den angewendet werden, welcher zur Herausgabe einer Gesamtheit von Mobilien, deren einzelne Gegenstände aber dem Richter oder Obsiegenden nicht bekannt sind, verurtheilt wurde, und sich weigert, solche mittelst eines eidlich zu bestärkenden Verzeichnisses anzuzeigen. S. ib. §. 75. G.S. v. 1838. S. 92. unter: Executionsverfahren. **3)** Wenn jemand zu einer Handlung verurtheilt ist, die von Andern nicht füglich verrichtet werden kann, es will sich auch der Berechtigte nicht mit einer Entschädigung begnügen, oder der Verurtheilte leistet die letztre nicht, so kann gegen ihn Gefängnißzwang bis zu 6 Monaten angewendet werden. S. ib. §. 71. G.S. v. 1838. S. 90. unter: Executionsverfahren. **4)** In Ehesachen kann gegen den Theil, welcher auf wiederholte Ladung nicht zum Sühneversuche oder im Gütetermine erscheint, Realcitation angewendet werden. M. v. 30. März 1822. §. 3. G.S. S. 356., V. v. 9. Juli 1835. G.S. S. 402. **5)** Zu Liberirung der Bürgen sollen Schuldner auch durch Gefängnißzwang angehalten werden können. L.O. v. 1. Oct. 1555. Tit. Versetzung. C.A. T. I. S. 52. **6)** Daß ein geschworener Armer, der, nachdem er in bessere Umstände gekommen, die Proceßkosten zu zahlen sich weigert, durch A. dazu angehalten werden könne, enthält die E.P.O. ad Tit. 1. §. 14. S. 21. **7)** In Handelsgerichtssachen wird der verurtheilte Beklagte durch persönlichen A. zur Leistung angehalten, G. v. 21. Sept. 1833. §§. 9. 10. 11. G.S. S. 111., auch vor Gerichten außerhalb Leipzig, G. v. 19. Febr. 1838. no. I. G.S. S. 73. Dazu aber s. die Artikel: Schuldarrest und Executionsverfahren. **8)** Einen Schuldner, welcher zu einer bestimmten Zeit die Leistung seiner Verbindlichkeit bei Gefängniß oder bürgerlichem Gehorsam versprochen hat, kann der Gläubiger, sobald ersterer in mora ist, zwar nicht eigenmächtig zur Haft bringen, jedoch kann er vor der ordentlichen Obrigkeit des Schuldners auf dessen A. klagen, auch den flüchtigen Schuldner da, wo er ihn trifft, anhalten und ans Gericht abliefern, Const. 21. v. 21. April 1572. P. II. C. A. T. I. S. 91. Vergl. hierzu: Schuldarrest. **9)** Frauen, wenn sie von der Verbindlichkeit, die sie übernehmen, gehörig unterrichtet werden, können sich durch das Versprechen bei Gefängniß verbindlich machen, jedoch bei Uebernahme einer fremden Schuld nur gegen Entsagung der weiblichen Gerechtsame wegen der Verbürgungen. Angez. Const.; dazu s. Schuldarrest. **10)** Die Gebung der Schuldner zu Hand u. Halfter und das Versprechen des Einreitens und Leistens in Herbergen (Obstagium) ist durch die Const. 22. P. II. C. A. T. I. S. 91. aufgehoben. Ebenso der Schuldthurmproceß, M. v. 15. Juni 1831. G.S. S. 121. **11)** Zu Erfüllung seiner Verbindlichkeiten aus Wechseln kann der Verpflichtete durch Wechselarrest angehalten werden, E.P.O. Anh. §. 12. S. 307. an allen Orten, wo er angetroffen wird. G. v. 28. Jan. 1835. §. 25. G.S. S. 79. S. aber: Schuldarrest. **12)** Wenn der Schuld-A. nicht angelegt und nicht gesucht werden darf, enthielt vorher das G. v. 26. Aug. 1843. §. 1 f. G.S. S. 93.; jetzt vergl. den Art.: Schuldarrest. **13)** Der Schuld-A. kann gleichzeitig neben der Hilfsvollstreckung in die Güter verhängt werden. §. 4. d. G. v. 26. Aug. 1843. G.S. S. 93. S. ferner: Schuldarrest, Wechselverfahren. **14)** Wider einen Gemeinschuldner ist während des Concurses auf die bei dessen Eintritte bereits bestandenen Schuldansprüche der Schuld-A. nicht zu verfügen. Dahingegen schläft, so lange der Concurs dauert, die Verjährung der auf jene Zahlungen oder Abtretungen gerichteten Wechselklagen. Vergl. Concurs, Schuldarrest. **15)** Weitere Nachweisungen in Betreff der bürgerlichen Haft geben die

Artikel: Appellation, Appellationsgerichte, Armenrecht, Verbürgung, Wechselverfahren, Capturbefehl, Concurs, Ehesachen, Erben, Executionsverfahren, Staatsdienst, Schuldner, Schuldarrest, Ständeversammlung. **II.** Arrest in Strafsachen. **1)** Es darf Niemand ohne gesetzlichen Grund verhaftet, und über 24 Stunden über den Grund in Ungewißheit gelassen werden. V.U. v. 4. Sept. 1831. §. 51. G.S. S. 252. **2)** Die Arretur darf nicht erfolgen, wenn durch die Freilassung zu Collusionen, oder Beseitigung der Spuren des Verbrechens nicht Anlaß gegeben wird, auch sonst dringende Verhältnisse nicht vorwalten, und es kann unter solchen Umständen die Entlassung gegen Handgelöbniß erfolgen. V. v. 4. April 1838. G.S. S. 221. Dazu aber s.: Untersuchungshaft. **3)** Unverschuldete Haft gereicht zur Milderung der Strafe. Art. 63. d. Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 130. S. Untersuchungshaft. **4)** Die Haft ist auf Berichten und Requisitionen der Justiz- und Polizeibehörden durch das Wort „Gefangen" bei 25 Ngr. Strafe anzudeuten. V. v. 27. Sept. 1835. G.S. S. 458., v. 20. Febr. 1839. G.S. S. 31. **5)** Erfolgt die Verhaftung von Civilpersonen durch das Militair, so sind erstere sobald als möglich an die Civilgerichte abzugeben. G. v. 28. Jan. 1835. §. 32. G.S. S. 81., V. v. 2. April 1835. §. 4. ib. S. 230. **6)** Vor Civilgerichten und Polizeibehörden können Militairpersonen in gewissen Fällen, welche unter: Gerichtsstand und Militairgerichtsbarkeit zu ersehen, in Untersuchungs- und Straf-A. genommen werden. **7)** Wenn Inculpaten in Untersuchungs-A. genommen werden, so soll a) ein genaues Signalement zu den Acten gebracht werden. Gen. v. 26. Oct. 1811. C.A. C. III. T. I. S. 206. u. O.A.-Pat. v. 11. April 1812. L.C.W. T. V. S. 166.; b) man soll sie etwas zu den Acten schreiben lassen, damit man ihre Handschrift kenne, ib.; c) sie sind vor dem Entspringen unter Androhung körperlicher Züchtigung zu warnen, ib.; d) die Frohne sind von Zeit zu Zeit unter Androhung ihrer Entlassung und scharfer Strafe zur sorgfältigen Verwahrung der Gefangenen mittelst Registratur anzuweisen, Circ. v. 29. Aug. 1807. C.A. C.III. T.I. S. 225., ang. Gen. v. 1811. §. 3. ib. S. 261. u. ang. O.-A.Pat. v. 1812. §. 3. L.C.W. T. V. S. 167. e) Zur Verhütung des Entspringens können groben Verbrechern die Kopfhaare abgeschnitten, und, wiewohl sie vor Kälte zu schützen, doch die Fußbekleidung weggenommen werden. Bef. v. 20. Aug. 1755. C. A. C. I. T. I. S. 395.; f) Geld darf ihnen während der Detention nicht gelassen werden, ib.; g) Entsprungene Arrestaten werden mit Steckbriefen, die den Amtshauptleuten gleichzeitig mitzutheilen sind, verfolgt, Gen. v. 29. Aug. 1810. C.A. C.III. T.I. S. 242., V. v. 9. April 1818. G.S. S. 33., Gen. v. 7. April 1820. §. 15. 3. G.S. S. 110., V. 9. Aug. 1822. ad 15. 3. G.S. S. 384.; h) die Wiederaufgreifung ist ebenfalls öffentlich bekannt zu machen, Gen. v. 20. Sept. 1811. C.A. C.III. T.I. S. 259. u. O.A.Pat. v. 30. Sept. 1811. L.C.W. T. V. S. 165. **8)** Für den Zweck der religiösen Belehrung und Erbauung sind die Gefangenen wöchentlich von den Geistlichen (in den Erblanden in außerordentlichen Behinderungsfällen vom Schullehrer) zu besuchen. Gen. v. 27. Oct. 1770. §. 11. L.C.W. T. III. S. 92., u. C.A. C. I. T. I. S. 419 f., Bef. v. 26. Nov. 1770. C.A. C. II. T. I. S. 183., Gen. v. 30. April 1783. §. 14. ib. S. 453. u. L.C.W. T. IV. S. 58., Bef. v. 14. Juli 1783. C. A. C. II. T. I. S. 197., O.A.Pat. v. 28. Juli 1783. L.C.W. T. IV. S. 665. u. v. 13. April 1809. L.C.W. T. V. S. 155., V. v. 11. März 1843. G.S. S. 15. S. Gefängnißstrafe. **9)** Für den neml. Gegenstand vergl. noch: Amtsfolge, Anzeigen, Appellation, Appellationsgerichte, Arrest, I., Atzungskosten, Ausländer, Ausweisung, Brandstiftung, Befreiung, Carcerstrafe, Dunkelarrest, Freiheitsberaubung, Gefängnisse, Gefängnißstrafe, Gefangene, Handgelöbniß, Justizämter, Milderung, Militair..., Post, Staatsdienst, Strafe, Kriegsreserve, Unzucht, Gendarmen, Schuldner, Forstschutz, Forstrügen, Ständeversammlung, Vollstreckung.

Arrestanten. S. Arrest.
Arrestschlag, s. Beschlagn...
Arretiren. S. Arrest, Amtsfolge, Frohne, Post.
Arrha, s. Handgeld.
Arrogation. S. Adoption.
Arsenik. **1)** Es ist Jedermann und auch den Apothekern verboten, zu Vertilgung der Feldmäuse Getreidekörner mit Arsenik zu vergiften. V. v. 19. Jan. 1856. G.S. S. 5. **2)** S. Gift.
Arsenikwerke. S. Gift.
Art, s. Strafart.
Articuliren, s. Artikel.
Artigkeit, s. Höflichkeit.
Artikel. S. Klage, Beweis, Schlußverhör, Gewissensvertretung, Preß...
Artikelsbriefe. S. Militairgerichtsbarkeit.
Artillerie. S. Munition.
Artilleriecorps. S. Militairgerichtsb...
Arzneientaxe. S. Apotheken.
Arzneifabriken. **1)** Chemische A. dürfen eigenmächtig, ohne Concession des Ministerii des Innern nicht angelegt werden. M. v. 30. Sept. 1823. §. 16. a. G.S. S. 119. **2)** Die A. sind von den Apothekenrevisoren zu revidiren, ebenso die Droguereigewölbe und Pharmaceutischen Laboratorien. Instruction der Apothekenrevisoren §. 16. G.S. v. 1839. S. 138. **3)** S. Fabrik..., Handel- u. Gew...
Arzneihändler. S. Gendarmen, Reiselegitimationen.
Arzneikunde. S. Heilkunde.
Arzneilaboranten. S. Arzneimittel.
Arzneimittel, Arzneiwaaren. **1)** Die Ankündigung von A. aller Art zum Verkaufe, sowie von Recepten zu A. in öffentlichen Blättern, durch öffentliche Anschläge oder sonst auf eine, die allgemeine Verbreitung derselben bezweckende Weise, ist nur dann gestattet, wenn dazu von dem betreffenden Bezirksarzte schriftliche, mit dessen Amtssiegel versehene Erlaubniß, nach vorgängiger Prüfung der Berechtigung, ertheilt worden ist. Der dießfallsige Erlaubnißschein ist unentgeltlich auszustellen. V. v. 16. Dec. 1850. G.S. S. 292. (u. s. G.S. v. 1851. S. 8.) **2)** Die verantwortlichen Redacteure und Herausgeber von öffentlichen Blättern haben solchen Ankündigungen die Aufnahme so lange zu versagen, als diese Erlaubniß in der vorgeschriebenen Form nicht beigebracht worden ist. Zuwiderhandlungen sind mit einer, im Wiederholungsfalle zu verschärfenden Strafe von 5—20 Thlrn. oder Gefängniß bis zu 4 Wochen zu belegen. ib. **3)** Die Verfertigung, der Handel und die Verausgabung der A. unterliegt den polizeilichen Vorschriften des M. v. 17. Oct. 1820. §. 6 f. G.S. S. 161. u. L.C.W. T. V. S. 472., des M. v. 30. Sept. 1823. G.S. S. 114., v. 9. Juli 1830. G.S. S. 101., der V. v. 27. Juni 1832. G.S. S. 357. u. v. 26. Dec. 1836. G.S. v. 1837. S. 2. **4)** Die Arzneilaboranten werden für ihr Geschäft eidlich verpflichtet, M. v. 30. Sept. 1823. §. 11. G.S. S. 117. 134. Insbesondere sind die erzgebirgischen Arzneilaboranten von den Apothekenrevisoren genau zu beaufsichtigen, Instruct. ders. §. 16. G.S. v. 1839. S. 138. Ueberhaupt ist den erzgebirgischen Arzneilaboranten die Fabrication und der Verkauf von Medicamenten auf Messen und Märkten nur noch unter besondern Einschränkungen gestattet. M. v. 30. Sept. 1823. §. 17—26. G.S. S. 119. Sie haben sich hierzu mit einem nur auf 6 Monate auszustellenden Passe des Bezirksbeamten zu versehen. Dieser Paß muß die Artikel, welche der Inhaber bei sich führt, den Namen des Verfertigers und die gesetzlichen Beschränkungen des Verkaufs genau bezeichnen, auch nach Ablauf der 6 Monate zum Amte zurückgegeben werden; er ist auch nur für die darin genannte Person giltig, stets im Originale vorzuweisen, und kann nicht durch eine beglaubigte Abschrift ersetzt werden. M. v. 30. Sept. 1823. §. 25. G.S. S. 121. **5)** Die Verausgabung von A. ist den Aerzten und Wundärzten nicht gestattet. M. v. 30. Sept. 1823. §. 27. G.S. S. 122., ausgenommen: a) wenn in ihrem Wohnorte keine Apotheke vorhanden, und die Verschreibung der Mittel aus der nächsten Officin mit Gefahr oder wesentlicher Beschwerde verbunden ist, b) in demselben Falle bei ihren Besuchen an auswärtigen

Orten, c) und zur unentgeltlichen Reichung an Arme, ib. Wie es in den Militairspitälern mit dem Ankaufe der A., dem Dispensiren derselben zu halten sei, u. daß A. von den Militair-Apothekern nicht an Civilpersonen zu verabreichen sind, enthält d. 2. Th. d. Ordonn. v. 19. Juli 1828. §. 37. G.S. S. 159. **6)** Aeltr. Verf.: L.O. v. 12. Nov. 1550. Von Apoth. C.A. T.I. S. 36., Univ.O. v. 1580. Tit. v. d. Facultät in der Arznei no. 6. ib. S. 740., Visit.-Decret v. 11. Juli 1616. no. 7. ib. S. 919., O.A.Pat. v. 31. Juli 1730. L.C.W. T.I. S. 451. u. C.A. C.I. T.III. S. 51., Gen. v. 29. Juli 1750. C.A. C.I. T.I. S. 764. u. L.C.W. T.I. S. 478., Rescr. v. 28. Jan. 1751., C.A. C.I. T.I. S. 775., M. v. 13. Sept. 1768. §. 13. ib. S. 958. u. L.C.W. T.III. S. 140., Rescr. v. 4. Dec. 1771. C.A. C.II. T.I. S. 625., Rescr. v. 13. März 1793. C.A. C.II. T.III. S. 849., Bef. v. 4. Nov. 1796. ib. S. 1097., Rescr. v. 9. März 1797. ib. S. 1103., v. 28. Jan. 1799. ib. S. 1125., Rescr. v. 25. Oct. 1799. C.A. C.II. T.I. S. 1131., Gen. v. 16. Nov. 1805. C.A. C.III. T.I. S. 445. u. L.C.W. T.V. S. 414., O.A.Pat. v. 15. Dec. 1810. ib. S. 417. **7)** S. Anmaßung, Apotheken, Chloroform, Concursgläubiger, Dorfhandel, Droguisten, Gerichtsarzt, Gift, Reiselegitimationen, Sonntags-F..., Polizei, Süßholz, Taxordnungen, Verjährung.

Arzt, s. Aerzte.

Ascendenten. S. Verwandte.

Asche. 1) Kohlen- und Torf- und jede andre A., Ruß und gelöschte Kohlen sollen bei 25 Ngr. Strafe nicht in hölzernen Gefäßen gesammelt u. hingestellt, oder auf die Böden der Häuser und in andere gedielte Behältnisse gebracht, oder in die Abtrittsschlotten u. Düngergruben geschüttet, sondern lediglich in ausgemauerten Gruben, in Kellern oder feuerfesten Gewölben, bis zur Erkaltung aufbewahrt werden, D.F.O. v. 18. Febr. 1775. (in der Laus. 8. Febr. 1777.) Cap. I. §. 21. C.A. C.II. T.I. S. 716., C.A. C.II. T.III. S. 116. u. L.C.W. T.III. S. 357., Gen. v. 17. Juni 1800. C.A. C.II. T.I. S. 1147., O.A.Pat. v. 16. Aug. 1800. L.C.W. T.V. S. 395. u. C.A. C.II. T.III. S. 577., Gen. v. 21. Juli 1804. §. 1. C.A. C.III. T.I. S. 424. **2)** Brennendes Oel oder Butter ist mit A., Erde, Koth od. durch Ausbreiten wollenen Zeuges darüber zu löschen, ang. D.F.O. Cap. III. §. 15. a. a. O. **3)** Ausländern soll das Sammeln der A. nicht gestattet, auch an sie nicht verpachtet werden. Circ. v. 11. Juli 1789. C.A. C.II. T.I. S. 979. Wegen der Lausitz, wo es die Seifensieder und Bleicher hergebracht und erstre den Vorkauf haben, Rescr. v. 9. März 1765. L.C.W. T.I. S. 506. **4)** Das Recht, zum Aschesammeln Concession zu ertheilen, verbleibt den Gerichtsherren auch nach Abtretung der Gerichtsbark., Bek. v. 26. April 1838. §. 15. G.S. S. 372.

Aschesammeln. S. Bannrechte.

Aspirant, s. Amtsbewerber.

Assecuranz. S. Feuer-..., Brandversicherungs-Societät, Landes-Immobil., Leipzig, Dresden, Versicherungsanstalten.

Assecuration. S. Zusicherung.

Asserviren, s. Aufbewahren.

Assessoren. 1) Die A. der Juristenfacultät können die Uebernahme einer Vormundschaft, in sofern sie nicht die Unmündigen eines Collegen betrifft, ablehnen, V.O. v. 1782. Cap. IX. §. 1. n. 4. C.A. C.II. T.I. S. 400., C.A. C.II. T. III. S. 309., jedoch früher übernommene nicht niederlegen. ib. A. der Justizcollegien können Vormundschaften nur mit Genehmigung des Directorii annehmen, §. 13. d. G. v. 7. März 1835. G.S. S. 175. **2)** A. dürfen beim Oberappellationsgerichte nicht angestellt werden, G. v. 28. Jan. 1835. §. 2. G.S. S. 62. **3)** Ueber den Titel der A. der vormaligen Landesregierung als Regierungs-Referendarien und den Rang derselben ist eine Bek. unterm 11. Aug. 1823. in der G.S. S. 98. erschienen. **4)** Ueber Zahl, Anstellung u. dienstliches Verhältniß der A. beim katholisch-geistlichen Consistorium s. das M. v. 19. Febr. 1827. §. 4. f. G.S. S. 14. Die Probearbeiten der weltlichen A. werden vom kathol.-geistl. Consist. geprüft, Uebersicht sub ⊙ im Anhange des geb. M., no. 8., G.S. v. 1827. l. c. **5)** S. Gerichtsämter, Urkundsperf..., Untersuchungsverf. v. d. C.R., Gerichte, Gerichtsbank, Gerichtspersonen, Kirchen- und Schuldeputation, Landesconsistorium, Innungsbeisitzer.

Assessurgebühren der Gerichtsbeisitzer. **1)** Dergleichen Gebühren sind in causis minutis (s. Geringfüg...), und bei Recognitionsregistraturen, Rescr. v. 10. Febr. 1816. C. A. C. III. T. I. S. 376., B. v. 5. März 1832. G.S. S. 273., ferner in Denunciationssachen, und bei Injurien zwischen gemeinen Bürgers- und Bauersleuten nach dem M. v. 1. Juli 1737. C. A. C. I. T. I. S. 643. unzulässig. **2)** Vergl. Kostenfreiheit, Militairgerichtsbarkeit.

Assignation. S. Anweisung.

Assistiren, s. Unterstützung.

Association, s. Verbindungen. S. auch Armencommissionen.

Associé. S. Compagnie...

Associiren, s. Verbindungen. Auch: Spielen, Compagnie..., Armencommissionen.

Ast, s. Aeste.

Asylrecht. Ein katholisch kirchliches A. findet in Sachsen nicht Statt, M. v. 19. Febr. 1827. §. 36. G.S. S. 21.

Athmen. S. Kranke, Scheintod.

Attentat. **1)** Das A., als Nichtbeachtung eines an die höhere Behörde eingewendeten Rechtsmittels, wird mit 10 fl. bestraft nach d. Res. gr. v. 1661. Tit. Justiz-S., §. 29. C. A. T. I. S. 219., Pat. v. 12. Aug. 1670. sub 1. ib. S. 1261. u. Beil. zur E.P.O. no. XIX., M. v. 18. Febr. 1691. no. 7. C. A. T. I. S. 1165. u. Beil. zu E.P.O. no. IX., E.P.O. ad Tit. XXXV. §. 6. S. 188., Gen. v. 29. März 1754. C. A. C. I. T. I. S. 389. Vergl. auch Appellation I. **2)** S. Versuch.

Atteſtate. S. Zeugnisse.

Attribut. S. Schärfung, Begräbniß, Waldheim, I.; Kennzeichen.

Atzungskosten. **1)** Ueber den Ansatz der A. nach früherer Verfassung vergl. das Rescr. v. 6. Sept. 1813. C. A. C. III. T. I. S. 375., und für die Bergger. d. Rescr. v. 1. Nov. 1816. C. A. C. III. T. II. S. 144., das (in der G.S. nicht abgedruckte) Sportelregulativ v. 3. Dec. 1827. §. 55. und den Anh. zur Tax-O. v. 1840. no. 21., sowie die B. v. 16. Febr. 1841. G.S. S. 14. Wegen der Lausitz: Criminalcassenregul. v. 7. Febr. 1784. §. 13. L.C.W. T. IV. S. 68. **2)** S. wegen der Gegenwart die Art.: Schuldarrest, Verpfleg..., Gefangene.

Auction. **1)** Wenn ein Gläubiger die verholfenen Mobilien um die Taxe nicht annehmen will, sind selbige nach Befinden zu verkaufen, oder öffentlich zu verauctioniren. E.P.O. ad Tit. 39. §. 8. S. 215. **2)** Behufs der A. ist a) eine Specification und Beschreibung der Mobilien zu fertigen, mit Beisetzung der gerichtlichen Taxe, auch des Orts und der Zeit, wenn sie an den Meistbietenden überlassen werden sollen, u. b) wenigstens 3 Wochen vorher anzuschlagen, E.P.O. ad Tit. 39. §. 9. S. 216., G. v. 28. Febr. 1838. §. 40. G.S. S. 83. c) Werthvollere Mobilien u. deren A. sollen durch den Druck und die Zeitungen bekannt gemacht werden. ib. d) Bei der A. wird durch eine Gerichtsperson, oder den verpflichteten Auctionator ein Stück nach dem andern ausgerufen, und mit dem höchsten Preise 3 Mal proclamirt; wenn niemand weiter bietet, erfolgt nach dem dritten Ausrufen der Zuschlag. E.P.O. a. a. O. §. 9. S. 216. **3)** Die Veräußerung von Forderungen auf dem Wege öffentlicher A. ist, mit Ausnahme der ausländischen Staatspapiere, nicht zulässig, G. v. 9. Jan. 1838. §. 5. G.S. S. 25. **4)** Gegen die A. hat die Ausflucht der Verletzung über die Hälfte nicht Statt. 19. Dec. v. 2. Juli 1746. C. A. C. I. T. I. S. 355. **5)** Ein Vormund kann alle überflüssige Mobilien des Mündels, besonders diejenigen, welche mit der Zeit ihren Werth verlieren, oder verderben, wenn sich keine annehmlichen Käufer finden, mit Vorbewußt des Richters, öffentlich verauctioniren lassen. V.O. v. 10. Oct. 1782. Cap. XVI. §. 1. C. A. C. II. T. I. S. 415., C. A. C. II. T. III. S. 323. **6)** In geringfügigen Rechtssachen sind A. möglichst zu vermeiden, §. 9. d. M. v. 28. Nov. 1753. C. A. C. I. T. I. S. 383. **7)** Die Versteigerung von Büchern über Magie ist nicht gestattet, Rescr. v. 19. Mai 1798. C. A. C. II. T. I. S. 55. **8)** Die Bekanntmachung der A. von den Canzeln ist untersagt, V. v. 2. Jan. 1835. G.S. S. 2. **9)** Sonntags können auf dem Lande unbedeutende Privatauctio-

nen Statt finden, wenn sie Nachmittags 1 Stunde nach dem Gottesdienste, und wo keiner Statt findet, nicht vor 3 Uhr vorgenommen werden, wogegen sie an den hohen Festen, Charfreitags und Bußtags nicht Statt finden dürfen, V. v. 12. Oct. 1835. Cod. d. S. K.R. S.216. **10)** Nach ausgebrochenem Concurse ist bald zur A. der Mobilien des Schuldners zu verschreiten, E.P.O. ad Tit. 41. §. 1. S. 234. **11)** Vergl. ferner: Appellation, III. D. 2. f., Stempelsteuer, Buchhandel, Concursacten, Concursmasse, Executionsverfahren, Geringf. R., Vormundschaft, Zinsgetreide, Jagdkarten, Notare.

Auctor. S. Nominatio, Litisdenunciation, Urheber.

Auditeurs. **1)** Die A. sind die Vorstände der Militairgerichte, und zwar ist der General-Auditeur der des Oberkriegsgerichts, die Auditeurs (1ster, 2ter und 3ter Classe) verwalten die Kriegsgerichte. Die A. werden nicht mehr von den Commandanten in Vorschlag gebracht, sondern auf Vorschlag des Kriegsministers, der sich vorher mit dem Justizministerio einzuverstehen hat, vom Könige ernannt. Hierüber, sowie wegen der Bedingungen ihrer Annahme, über ihre dienstliche Stellung, Rang und Obliegenheiten geben das Decr. v. 19. Febr. 1822. §. 39. ff. G.S. S. 148., M. v. 1. März 1822. ib. S. 136., die Bek. v. 1. März 1822. ib. S. 132., die Bek. v. 26. Dec. 1822. G.S. v. 1823. S. 6., das G. v. 28. Jan. 1835. C. §. 46. G.S. S. 83. und der Art. Militairgerichtsbarkeit Auskunft; und wegen ihrer Civilpraxis der 2te Theil der Ordonn. v. 19. Juli 1828. §. 56. G.S. S. 162. **2)** Aeltre Best.: M. v. 13. Juli 1672. C. A. T. I. S. 1153., Artikelsbrief v. 25. Jan. 1686. ib. S. 2047., Bef. v. 12. April 1718. C. A. T. I. S. 2169. Beil. VI. zur E.P.O. S. 66., E.P.O. ad Tit. 2. §. 7. S. 30., Regl. v. 19. April 1758. C. A. C. III. T. I. S. 588., Kriegsgerichts-Reglement v. 23. Jan. 1789. C. A. C. II. T. I. S. 1291. ff. samt Tax-O. ib. S. 1315. ff. u. L.C.W. T. IV. S. 593. f., Instr. v. 25. Oct. 1794. C. A. C. III. T. I. S. 579., Bef. v. 8. Sept. 1815. C. A. C. III. T. I. S. 736. **3)** S. Actuarien, Kriegsstand.

Auditorien. S. Befreite O.

Aue. Die Bestätigung der Statuten der Maschinenweberei daselbst ist durch das Decr. v. 25. April 1840. G.S. S. 65. erfolgt.

Auen. S. Dismembration.

Auerbach. **1)** In A. besteht eine Sparcasse, lt. Decr. v. 2. März 1847. G.S. S. 43. Ein Auszug des Regul. steht ebendaselbst. **2)** Der Bezirk des frühern königl. Gerichts ward in der V. v. 12. Juni 1847. G.S. S. 117. näher bestimmt. **3)** Im Betreff der Rechtsbegünstigungen der von dieser Stadt im Jahre 1850. gemachten Anleihe s. die Bek. v. 17. Oct. 1850. G.S. S. 251.

Auerhähne. S. Wild, Jagd.

Aufarbeiten, s. Arbeit.

Aufbauen. S. Neubaue, Wüstungen.

Aufbehalten, s. Aufbewahren.

Aufbereiten. S. Erz.

Aufbereitungs-Anstalten. S. Bergbau-Unternehm..., Gruben, Hütten, Berg- u. Hüttenwesen.

Aufbewahren. S. Anatom..., Begräbniß, Arrest, Deposita, Amtsfolge, Geisteskranke, Reiselegitimationen, Asche, Auspfändung, Auszug, Caution, Vormundschaft, Vormundschaftsrechnung, Zinn.

Aufbieten. S. Aufgebot, Amtsfolge, Militair.

Aufborgen. **1)** Hat Jemand, ohne daß es zu einem Gantverfahren gekommen ist, und ohne daß die Voraussetzungen des böslichen Bankrotts eintreten, durch leichtsinnige Eingehung von Zahlungsverbindlichkeiten sich außer Stand gesetzt, seinen Gläubigern gerecht zu werden, so ist er auf Antrag eines seiner verkürzten Gläubiger mit Gefängniß bis zu 6 Monaten zu bestrafen. Str.Gb. v. 1855. Art. 309. **2)** S. Bankrott, Schuldenmachen.

Aufbrauchen, s. Verbrauchen.

Aufbrausen, s. Leidenschaft.

Aufbrechen. S. Diebstahl, Raub, Eisbahnen, Executionsverfahren.

Aufbringen. S. Abgaben..., Anlagen, Armencasse, Leidenschaft.

Aufdämmen, s. Anschwellen.

Auf die Seite schaffen, s. Verhehlen.

Aufdingen. S. Armencasse, Lehrlinge.

Aufdringen. S. Hausfrieden, Lotterie, Nöthigung.

Aufdrucken. S. Presse, Aich..., Stempel.

Aufeisen. S. Eisbahn, Mühlen.

Aufenthalt. **1)** Handwerksgesellen erlangen durch Heirath an einem Orte an sich nicht das Recht zu Verlängerung ihres A. daselbst, M. v. 10. Oct. 1826. §. 1. G.S. S. 231. **2)** Wirkung und Folge des A. innerhalb der Grenzen des Staats ist: die Verbindlichkeit zu Beobachtung der Gesetze desselben und die Theilnahme am Schutze des Staats, V.U. v. 4. Sept. 1831. §. 24. G.S. S. 248. Ausgenommen von jener Verbindlichkeit sind diejenigen Personen, welchen das Recht der Exterritorialität zusteht, V. v. 1. Aug. 1840. G.S. S. 205. **3)** Wenn der A. verlobter Personen die Nothwendigkeit des Aufgebots und der Trauung derselben am Aufenthaltsorte nach sich ziehe, enthält §. 23. f. des Regul. v. 15. Jan. 1808. C.A. C.III. T. I. S. 165. f. u. L.E.W. T.VI. S. 240. Rescr. v. 14. April 1809. Cod. d. S. K.R. S. 202., §. 33. f. des angez. Regul., l. c. **4)** Von der Vorschrift des M. v. 10. Oct. 1826. §. 3. b. (die Beibringung eines Reverses betr.) G.S. v. 1826. S. 231., sind diejenigen Ausländer, welche das Recht zum A. im Lande bereits erlangt haben, ausgenommen. §. 4. ib. **5)** Die Gesamtheit der selbständigen, sich lediglich im städtischen Gemeindebezirke aufhaltenden Einwohner bildet mit den Forensern die Stadtgemeinde, §. 11. der A.St.O. v. 2. Febr. 1832. G.S. S. 23. **6)** Die unselbständigen Einwohner, und die in- und ausländischen selbständigen Personen, welche sich ohne bleibenden Wohnsitz im Stadtbezirke aufhalten (die Fremden), sind nicht Mitglieder d. Stadtgemeinde, §. 12. ib. **7)** Die im städtischen Gemeindebezirke sich bleibend aufhaltenden selbständ. Einwohner, wenn sie auch von der städtischen Gerichtsbarkeit eximirt sind, werden, wenn sie nicht Bürger sind, als Schutzverwandte, und jedenfalls als Gemeindemitglieder angesehen, §. 18. ib. S. 24. **8)** Zu Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte ist der wesentliche A. im Stadtbezirke erforderlich, ib. §. 73. sub a. S. 36. **9)** Diejenigen selbständigen Personen, welche in einem Landgemeindebezirke, obschon ohne Grundbesitz, ihren bleibenden A. haben, sind Mitglieder der Gemeinde, L.Gem.O. v. 7. Nov. 1838. §. 24. G.S. S. 435. **10)** Sowohl zu Ausübung des Stimmrechts in den Landgemeinden, als zur Wählbarkeit ist persönliche Anwesenheit u. A. im Gemeindebezirke erforderlich, §. 30. u. 32. sub 3. ib. S. 437. 438. **11)** Diejenigen in einer Stadt wohnenden unansässigen Bürger, welche seit 3 Jahren Staatsangehörige sind, oder ihren wesentlichen A. in der betreffenden Stadt gehabt haben, können unter den sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen zu städtischen Landtagsabgeordneten gewählt werden. G. v. 24. Sept. 1831. §. 56. G.S. S. 297. In Bezug auf die Wahlen der Vertreter des Handels- u. Fabrikwesens s. §. 12. d. V. v. 3. Jan. 1842. G.S. S. 9. **12)** Am Orte des A. haben inländische Militairpflichtige zu Erfüllung ihrer Militairpflicht sich anzumelden, s. Militair..., Recrutirung. **13)** Am Wohnorte haben die personalsteuerpflichtigen Personen die Personalsteuer abzuführen, G. v. 22. Nov. 1834. §. 46. 60. G.S. S. 368. 372. **14)** Dem wesentlichen A. an einem inländ. Orte entspringt das Recht und die Pflicht, vor der ordentlichen Gerichtsbehörde desselben in Civilangelegenheiten Recht zu leiden, ausgenommen, wenn der betreffenden Person ein andrer persönlicher Gerichtsstand gesetzlich zusteht, oder für specielle Fälle zu Theil wird, oder die Beschaffenheit der Rechtsangelegenheit einen solchen begründet, §. 1. u. §. 11. no. 1. §. 12. 14—16. u. 21. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 75. 77. f., V. v. 28. März 1835. §. 25. G.S. S. 222., V. v. 9. April 1836. §. 15. G.S. S. 89. **15)** Die V. v. 1. Febr. 1841. G.S. S. 12. spricht als Grundsatz aus, daß auch die wegen Betreibung eines Gewerbes od. zu einem ähnlichen Zwecke auf längere Zeit an einem Orte verweilenden Personen, z. B. Pachter, Handwerksgesellen, Dienstboten in persönlichen Rechts-Angelegenheiten den ordentlichen Gerichten

des A.-Orts untergeben seien. **16)** Zu Anstellung des Sühneversuchs zwischen Eheleuten ist nicht lediglich der Pfarrer des Orts competent, wo der Ehemann sein Domicil im rechtlichen Sinne und dessen Gerichtsstand hat, sondern schon der desjenigen Orts, wo er sich thatsächlich aufhält, sofern dieser A. mit der Absicht, eine längere Zeit und bis auf etwa veränderte Verhältnisse daselbst zu verweilen, verbunden ist, V. v. 1. Febr. 1841. G.S. S. 12. **17)** Der persönliche Gerichtsstand, welcher durch den Wohnsitz, oder bei denen, welche noch keinen solchen haben, durch die Herkunft im Gerichtsstande der Aeltern begründet wird, ist auch in Verträgen mit Preußen, Sachsen-Altenburg, Reuß jüngrer und ältrer Linie, Weimar-Eisenach und Sachsen-Coburg-Gotha dergestalt anerkannt, daß die Unterthanen des einen Staats von denen des andern in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten in der Regel, und wenn nicht specielle Gerichtsstände concurriren, nur vor ihrem persönlichen Richter belangt werden dürfen. S. wegen Preußen die Ministerial-Erkl. v. 30. Nov. 1839. Art. 8. G.S. S. 323., wegen Altenburg die Ministerial-Erkl. v. 28. Juni 1840. Art. 8. G.S. S. 138., und wegen Reuß jüngrer u. ältrer Linie: V. v. 21. Juli 1845. und v. 27. Oct. 1845. G.S. S. 104. 246., wegen Weimar: Min.-Erkl. v. 31. Jan. 1847. Art. 8. G.S. S. 27., wegen Sachsen-Coburg-Gotha die Min.-Erkl. v. 19. Juli 1848. Art. 8. G.S. S. 149. **18)** Inhaber einer Handlung, Fabrik ꝛc. ohne Wohnsitz am Orte derselben sind wegen persönlicher Verbindlichkeiten in Ansehung derselben entweder vor den Gerichten, wo die Gewerbsanstalten sich befinden, oder vor den Gerichten des Wohnorts zu belangen. Die Uebernahme einer Pachtung mit persönlichem A. auf dem erpachteten Gute begründet den Wohnsitz des Pachters im Staate. S. wegen Preußen Art. 16. u. 17. der angez. Min.-Erkl. G.S. v. 1839. S. 324., wegen Altenburg Art. 16. u. 17. der cit. Min.-Erkl. G.S. v. 1840. S. 139., wegen Reuß jüngrer u. ältrer Linie die cit. VV., wegen Weimar Art. 16. 17. der ang. Min.-Erkl. G.S. v. 1847. S. 28., wegen Sachsen-Coburg-Gotha Art. 16. f. der ang. Min.-Erkl. G.S. v. 1848. S. 150. **19)** In bürgerlichen Rechtssachen ist aber ausnahmsweise die Competenz der Justizbehörde des Orts, an welchem sich jemand nur vorübergehend aufhält, in folgenden Fällen begründet: a) Flüchtige Schuldner, die sich bei Arrest zu Erfüllung ihrer Verbindlichkeit anheischig gemacht haben, können, wo sie betroffen werden, angehalten und an das Gericht abgeliefert werden, Const. 21. v. 1572. P. II. C.A. T. I. S. 91. b) Gegen säumige Wechselschuldner hat, auf Ansuchen des Betheiligten, jeder Richter, in dessen Bezirke sie angetroffen werden, nach Wechselrecht zu verfahren, G. v. 28. Jan. 1835. §. 25. G.S. S. 79. c) Bei dem Handelsgerichte zu Leipzig können in Sachen, „wo der Beklagte ein Handelsmann ist, und die von Mercanz, Handlung u. Wechsel herkommen", unter andern auch Handelsleute belangt werden, die nur nach Leipzig handeln, und daselbst anzutreffen, wenn sie gleich nur durchreisen, Leipz. H.G.O. v. 21. Dec. 1682. §. III. C.A. T. II. S. 2040. d) Die in- oder ausländischen selbständigen Personen, welche sich, ohne bleibenden Wohnsitz, im Stadtbezirke aufhalten (die Fremden), sind der örtlichen Gerichtsbehörde als zeitweilige Untergebene unterworfen, A.St.O. v. 2. Febr. 1832. §. 12. G.S. S. 23., Rescr. v. 1. Juni 1785. C. A. C. II. T. I. S. 479. e) Nach den zwischen Sachsen und Preußen, sowie Sachsen u. Sachsen-Altenburg über die Leistung gegenseitiger Rechtshilfe vereinbarten Bestimmungen können aa) Studirende wegen der am Universitätsorte von ihnen gemachten Schulden oder andren durch Verträge oder Handlungen daselbst für sie entstandenen Rechtsverbindlichkeiten, bb) alle im Dienste Andrer stehende Personen, sowie dergleichen Lehrlinge, Gesellen, Handlungsdiener, Kunstgehilfen, Hand- und Fabrikarbeiter in Injurien-, Alimenten- und Entschädigungsprocessen und in allen Rechtsstreitigkeiten, welche aus ihren Dienst-, Erwerbs- und Contractsverhältnissen entspringen, inglei-

chen im Königr. Sachsen wegen contrahirter Schulden, so lange ihr A. am Orte, wo sie studiren oder dienen, dauert, bei den dortigen Gerichten belangt werden. Jedoch sind bei der verlangten Vollstreckung eines vom Gerichte des temporären A. gesprochnen Erkenntnisses durch die Behörde des ordentlichen persönlichen Wohnsitzes die nach den Gesetzen des letztern Orts bestehenden rechtlichen Verhältnisse desjenigen, gegen welchen das Erkenntniß vollstreckt werden soll, zu berücksichtigen. Min.-Erkl. v. 30. Nov. 1839. Art. 18. G.S. S. 324., Min.Erkl. v. 20. Juni 1840. Art. 18. G.S. S. 139. — Wegen Reuß jüngrer u. ältrer Linie, Weimar-Eisenach und Coburg-Gotha vergl. die VV. v. 21. Juli u. 27. Oct. 1845. G.S. S. 104. 246., Min.-Erkl. v. 31. Jan. 1847. Art. 18. G.S. S. 28., Min.-Erkl. v. 19. Juli 1848. Art. 18. G.S. S. 151. — f) Wegen der Studirenden s. das G. v. 28. Jan. 1835. §. 10. G.S. S. 76., g) wegen der Dienstboten u. dergl. die V. v. 1. Febr. 1841. G.S. S. 12. **20)** Auch die Fremden sind der Stadtpolizeibehörde unterworfen, A.St.O. §. 12. G.S. v. 1832. S. 23., wie dem Stadtrathe in allen vor diesen gehörigen Verwaltungsangelegenheiten, ib. und §. 181. S. 23. 64. **21)** Im Betreff des A. von Pensionsberechtigten im Auslande s. a) wegen der Staatsdiener d. G. v. 7. März 1835. §. 34. G.S. S. 187., V. v. 7. März 1835. §. 10. ib. S. 198., b) wegen der Pensionäre der Prediger-, Wittwen- und Waisen-Casse §. 11. d. G. v. 1. Dec. 1837. G.S. S. 187., c) wegen der Schullehrer-Pensionen §. 11. d. G. v. 1. Juli 1840. G.S. S. 124. **22)** Die Präsidenten der ersten und zweiten Kammer dürfen nicht im Auslande wohnen, §. 67. u. 72. d. V.U. v. 4. Sept. 1831. G.S. S. 255. 257. **23)** Diejenigen, welche rücksichtlich der Lehnsfolge und gesamten Hand dem Lande angehören, wenn sie sich auch außerhalb desselben aufhalten, sind doch (vermöge des vollen Landsassiats) verbunden, vor den Sächs. Justizbehörden Recht zu leiden, Rescr. v. 27. April u. 28. Juni 1650. C.A. T.I. S. 1963., Rescr. v. 26. Juni 1737. C.A. C.I. T.I. S. 457., Formular des Vasalleneides im Cod. Aug. T.I. S. 1981., E.P.O. ad Tit. 4. §. 2. S. 39. — S. jedoch wegen der in Sachsen mit Immobilien angesessenen Preußischen u. Altenburgischen Unterthanen die oben citirten Staatsverträge Art. 8—24. G.S. v. 1839. S. 323. f. und G.S. v. 1840. S. 138. f. — Vergl. ferner in Beziehung zu Sachsen-Weimar-Eisenach die Min.-Erkl. v. 31. Jan. 1847. Art. 11. G.S. S. 27. — und wegen der in Sachsen mit Immobilien angesessenen Preußischen, Altenburgischen, Reußischen und Coburg-Gotha'schen Unterthanen die oben angeführten Staatsverträge. **24)** Das Aufenthaltsverhältniß kommt ferner in Sprache bei den Art.: Abwesende, Ausländer, Anlagen, Wohn..., Ehehaften, Ausweisung, Auszug, Beherbergen, Brandstiftung, Ehegatten, Ehescheidung, Ehesachen, Geburtsschein, Gerichtsstand, König, Hausfrieden, Handgelöbniß, Heimaths..., Gewerb- u. Personalsteuer, Polizei, Juden, Militairpflicht, Niederlassung, Landgemeinde, Stadtgemeinde, Ehrenrechte, Bürgerrecht, Desertionsproceß, Oeffentliche V..., Offiziere, Regierungsverwesung, Vollstreckung, Verlassung, Vorladung, Vorführung.

Aufenthaltskarten. S. Hausbesitzer, Juden.

Auferbauen. S. Neubaue.

Auferlegen, s. Auflegen, Auflage.

Auferwecken. S. Begräbniß, Scheintod.

Auferziehen, s. Erziehung...

Auffahren. S. Ausweichen.

Auffallen. S. Unsittlichkeit.

Auffangen, s. Wegfangen.

Auffinden. S. Begräbniß, Fund, Entdecken, Auffetz...

Auffordern, s. Aufforderung, Zurücknahme, Zweikampf, Antrag, Bekanntm..., Ansinnen, Gesuche, Aufruhr, Amtsfolge, Militair, Requisition, Auflauf, Aussage, Behörden, Bürgerausschuß, Fund, Zweikampf.

Aufforderung, öffentl. **1)** Wer durch öffentliche Mittheilung in Wort oder Schrift Andere zum Ungehorsam gegen

die Gesetze oder gegen obrigkeitliche Anordnungen, oder zur Verweigerung rechtlich bestehender Abgaben oder Leistungen; wer in gleicher Weise Staatsdiener oder andere in besonderen öffentlichen Pflichten stehende Personen zur Verletzung dieser Pflichten oder zum Ungehorsam gegen ihre Vorgesetzten, oder Handwerksgesellen, Gehilfen, Lehrlinge, oder sonstige Arbeiter zur gemeinsamen Einstellung ihrer Arbeitsleistungen auffordert, ist mit Gefängniß bis zu 1 Jahre zu bestrafen. Str.Gb. v. 1855. Art. 125. **2)** Eine Mittheilung ist für eine öffentliche zu achten, wenn sie nicht an einzelne, durch geschäftliche, häusliche oder freundschaftliche Verhältnisse verbundene Personen gerichtet ist, und sich nicht mit Hinsicht auf diese Verhältnisse, sowie auf Ort, Zeit und Art und Weise der Mittheilung als eine vertrauliche und private darstellt. ib. **3)** Unter Schrift sind sowohl hier, als überall, wo das Str.Gb. diesen Ausdruck gebraucht, Handschriften, Druckschriften und bildliche Darstellungen jeder Art zu verstehen. ib. **4)** Die im cit. Art. 125. angedrohte Strafe kann bis auf Arbeitshaus von 2 Jahren gesteigert werden: a) wenn die Aufforderung vor einer zusammengelaufenen od. zusammengerotteten Menge, oder vor einer Versammlung geschehen, b) wenn die Aufforderung auf thätliche Widersetzlichkeit, auf Zerstörung von Sachen, oder auf Mißhandlung von Personen gerichtet gewesen ist. Str.Gb. Art. 126. **5)** A. zum Aufstande als Militairverbrechen: s. M.Str.Gb. v. 1855. §. 128. **6)** Vergl. ferner: Militairpersonen, Waffengewalt, Versuch, Untersuchung. — Auch s. Bekanntmachung.

Aufführung. S. Bund..., Eigenthum an G., Herumziehende, Geschlossene Z., Neubaue, Reiselegitimationen, Lebenswandel.

Aufgabe, s. Verzichtleistung, Miethe.

Aufgang. S. Forstverbr., Aufwand, Jagd, Eis...

Aufgeben, s. Auflegen, Aufgabe, Reue, Zurücknahme, Zweikampf.

Aufgebot. 1) Aeltr. Vorschr. Gen.Art. v. 8. Mai 1557. Tit. v. Ehesachen. C.A. T.I. S. 441., Kirchenagende v. 1580. Tit. v. d. Trauung. ib. S. 494., Gen.Art. 13. v. 1580. ib. S. 684., Ehe-O. v. 1580. Cap. V. ib. S. 536., Ehe-O. v. 10. Aug. 1624. V. ib. S. 1024., Bef. v. 20. April 1683. C.A. T.I. S. 1037., Rescr. v. 9. Jan. 1705. ib. S. 1039., Bef. v. 1709. ib. S. 1041., Laus. Rescr. v. 30. Oct. 1713. L.C.W. T. II. S. 1242. u. C.A. T.III. S. 35., B. v. 2. Juni 1719. C.A. C.I. T.I. S. 261., Rescr. v. 29. Jan. 1731. L.C.W. T. II. S. 1247., B. v. 30. Mai 1731. C.A. C.I. T.I. S. 261., Rescr. v. 25. Juli 1732. C.A. C.II. T.I. S. 309., Rescr. v. 30. Juni 1734. L.C.W. T.II. S. 1253. u. C.A. C.I. T.III. S. 7., Dec. 33. v. 2. Juli 1746. C.A. C.I. T.I. S. 359.. O.A.Pat. v. 27. Aug. 1761. C.A. C.I. T.III. S. 304., Resol. v. 1769. C.A. C.II. T.I. S. 14., Rescr. v. 25. Oct. 1769. ib. S. 309., Bef. v. 19. Mai 1775. ib., O.A.-Pat. v. 18. Juli 1778. C.A. C.II. T.III. S. 13., Gen. v. 15. Aug. 1785. C.A. C.II. T.I. S. 311., B. v. 2. Oct. 1788. ib. S. 315., B. v. 19. Febr. 1798. ib. S. 317. **2)** Dem A. müssen Erörterungen der Pfarrer vorausgehen, ob A. und Trauung theils nach den persönlichen Verhältnissen, theils nach kirchen- u. staatsrechtlichen Vorschriften zuläſsig sei. Die nähern Bestimmungen enthalten für die evangel.-luther. und reform. Pfarrer, sowie für die katholischen: das Rescr. u. Regul. v. 15. Jan. 1808. C.A. C.III. T.I. S. 164. f. u. L.C.W. T.VI. S. 236., Regul. v. 7. Aug. 1818. §. 12. f. G.S. S. 63., M. v. 19. Febr. 1827. §. 45. f. G.S. S. 22., Regul. v. 7. Juni 1828. §. 9. G.S. S. 57., M. v. 20. Sept. u. 10. Oct. 1826. G.S. S. 217. 231., B. v. 31. März 1835. G.S. S. 235., B. v. 21. Febr. 1843. G.S. S. 6., B. v. 10. Juni 1845. §. 1. f. G.S. S. 82. **3)** Vorbehältlich dieser Erörterungen findet doch das A. nicht Statt, wenn beide Theile von altem inländ. landtagsfähigen Adel sind, Ang. Rescr. v. 1808., Regul. v. 1808. §. 44., M. v. 19. Febr. 1827. §. 46. G.S. S. 22. Bei allen andern Personen kann es, jedoch unter Voraussetzung jener Erörterungen, nur vermöge erhaltner Dispensation umgangen werden, Ang. Regul. v. 1808. §. 39. 44. f. 48. a. a. O. [Bef. v. 20. April 1683. C.A. T.I. S. 1038., v. 19. Mai 1775. C.A. C.II. T.I. S. 309., Gen. v. 15. Aug. 1785. ib. S. 311.] Vergl. die B. v. 31. März 1835. §. 1. G.S. S. 234. **4)** Die von den Pfarrern hinsichtl. des A. von Personen kathol. und evangel. Confession, welche eine ge-

mischte Ehe schließen, zu beobachtenden Vorschriften enthält speciell das M. v. 19. Febr. 1827. §. 45. f. G.S. S. 22., d. G. v. 1. Nov. 1836. §. 2. G.S. S. 299. f., u. die V. v. 10. Juni 1845. §. 1. f. G.S. S. 82. **5)** Wenn auch die Trauung in der evang. Hofkirche in Dresden geschieht, so muß doch das A. in der Parochialkirche der Verlobten oder wo sonst nöthig erfolgt sein, §. 9. d. Regul. v. 7. Juni 1828. G.S. S. 55. **6)** Bei A. sollen sich die Pfarrkinder gegen die Pfarrer mildthätig beweisen, Syn.Decr. v. 6. Aug. 1624. §. „Und demnach männiglich" 2c. C.A. T.I. S. 794., Rev. Syn.Decr. v. 15. Sept. 1673. §. 68. ib. S. 835. **7)** Bei ausfälligen Personen (s. Ausfällige) findet in Ansehung des A. und der Trauung kein Unterschied Statt, §. 39. d. Regul. v. 15. Jan. 1808. C.A. C.III. T.I. S. 171., L.C.W. T.VI. S. 236., Rescr. v. 19. Mai 1775. C.A. C.II. T.I. S. 309., Gen. v. 15. Aug. 1785. ib. S. 311., Laus. Pat. v. 18. Juli 1778. C.A. C.II. T.III. S. 13. und L.C.W. T.III. S. 915. **8)** An den ersten Feiertagen der hohen Feste, in der Fasten- und Adventzeit ist das A. auszusetzen, §. 31. d. Regul. v. 15. Jan. 1808. a. a. O., dazu s. den Art.: Adventzeit. **9)** An Orten, wo sich keine kathol. Kirche befindet, muß das A. der Verlobten auch bei Ehen zwischen Katholiken in den protestant. Pfarrkirchen, in deren Bezirke sie wohnen, geschehen, M. v. 19. Febr. 1827. §. 46. G.S. S. 23. **10)** Verweigern bei Eingehung gemischter Ehen kathol. Pfarrer ohne gesetzlichen Grund A. oder Trauung, so soll der kathol. Theil in der protest. Kirche seines Wohnorts oder in der nächsten aufgeboten, auch von einem protest. Pfarrer, ohne Dimissorialen seines Pfarrers u. ohne Bezahlung der Stolgebühren an ihn, getraut werden, wozu auf Ansuchen das Cult.-Minister. die Ermächtigung ertheilt, G. v. 1. Nov. 1836. §. 4. G.S. S. 309. **11)** Das von Ausländern und gewissen Handwerksgesellen vor ihrer Trauung im Inlande nach dem M. v. 10. Oct. 1826. beizubringende Zeugniß muß noch vor dem A. producirt werden, Rescr. des K.Raths v. 30. Nov. 1827. Cod. des S. K.R. S. 274. **12)** Die A. sind in die Kirchenbücher einzutragen, die Trauung mag in derselben Kirche oder anderswo erfolgen, Anweis. für die Pfarrer 2c. v. 18. Febr. 1799. §. 13. C.A. C.II. T.I. S. 230. O.A.Pat. v. 7. Dec. 1799. L.C.W. T.VI. S. 216. u. C.A. C.II. T.III. S. 25. Die nähern Vorschriften über den Eintrag s. ebendaselbst. **13)** S. auch: Aufenthalt, Adel, Ausländer, Bairische, Ehe, Eheconsens, Ehesachen, Eheverlöbniß, Geistliche, Kirchenfalsa, Taufzeugnisse, Trauung, Unterthanenrecht.

Aufgehen. S. Verschwender, Eisbahnen.

•**Aufgeld**, s. Agio, Handgeld.

Aufgreifen. S. Anzeigen, Arrest, Reiselegitim., Vagabonden.

Aufhängen, s. Hängen.

Aufhalten. S. Aufenthalt, Wasser.

Aufheben, Aufhebung. Man sehe in den verschiedenen Beziehungen dieses Begriffes nach die Art.: Aufbewahren, Compensation, Dreschen, Todenhallen, Todenschau, Section, Gerichtliche Polizei, Begräbniß, Pfuscher, Gesetze, Anlagen, Anweisung, Arrest, Reallasten, Auswanderung, Familien-Fideicommisse, Miethe.

Aufhelfen, s. Unterstützung.

Aufhören, s. Aufhebung, Verjähr..., Vollendung, Versuch, Reue.

Aufkaufen. 1) Ein allgemeines Verbot des Aufkaufens und der Steigerung der Waarenpreise enthält die Landes-O. v. 1. Oct. 1555. C.A. T.I. S. 69., ferner d. Torg. Ausschr. v. 18. Mai 1583. Schädliche Vorkäufe, ib. S. 144., Res. gr. v. 23. April 1612. Justizs. §. 26. ib. S. 183., Res. gr. v. 22. Juni 1661. Justizs. §. 74. ib. S. 236. **2)** S. Waaren, Gerber, Getreide, Kupfer, Schafe, Victualien, Butter, Felle.

Aufkündigung. S. Ablösung, Arbeit, Creditverein, Gesinde, Verjährung, Miethe, Staatsdienst, Bannrechte, Recognitionsregistraturen, Schullehrer, Wechselstempel.

Aufladen, s. Belastung.

Auflader. S. Frachtfuhrwerk.

Auflässig. S. Halden, Gruben.

Auflässige Berggebäude. 1) Dem Grubeneigenthümer steht es zu jeder Zeit frei, sein Grubenfeld ganz oder theilweise

los zu sagen. Einzelne Theile kann er nur unter der Voraussetzung lossagen, daß sie sich entweder an anderweit verliehenes oder freies Grubenfeld anschließen. Von der letztern Vorschrift können die Bergämter nach Befinden der Umstände entbinden. B.O. v. 1851. §. 291. u. vergl. §. 292. f. G.S. S. 255. — V. v. 16. Dec. 1851. §. 179. f. G.S. S. 457. f. **2)** S. Halden.

Auflage. 1) von Dieben u. d. S. Partiererei. **2)** In andern Bedeutungen s.: Anlagen, Executionsverfahren, Beschlagnahme, Eigenthum an G., Abgaben, Verkümmerung, Verordn..., Gast- u. Schänk..., Beherbergen, Polizei.

Auflauern, s. List.

Auflauf. 1) Jeder öffentl. Zusammenlauf und jede öffentl. Zusammenrottung, denen die Absicht zum Grunde liegt, die öffentl. Ruhe und Ordnung durch Geschrei oder andere Ungebührlichkeiten zu stören, oder deren Theilnehmer auf die Aufforderung der mit der Aufrechthaltung der öffentl. Ruhe und Ordnung beauftragten Personen nicht ruhig auseinandergehen, begründet das Verbrechen des A. Str.Gb. v. 1855. Art. 147. — **2)** Theilnehmer an einem A. werden mit Gefängniß bis zu 2 Monaten, Anstifter und Anführer bei demselben mit Gefängniß von 1 bis zu 6 Monaten bestraft. ib. — **3)** Ist von Seiten der zusammengelaufenen oder zusammengerotteten Menge den mit der Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung beauftragten Personen durch Geschrei oder sonst Mißfallen oder Geringschätzung bezeigt worden, so können diese Strafen bis um die Hälfte erhöht werden. ib. **4)** A. als Militairvergehen: M.Str.Gb. v. 1855. §. 122—126. 130. unter: Widersetzlichkeit. **5)** S. noch Beziehungen unter: Versuch, Schmähungen, Aufford..., Landfried..., Widersetz..., Aufruhr, Ruhestör..., Bergarbeiter, Behörden, Communalgarde, Ruhestörungen, Ausländer. **6)** Das ältre Recht weisen nach: Art. 112. d. Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 141., Vorher: M. v. 2. Juli 1726. C.A. C. I. T. I. S. 531., M. v. 25. Febr. u. 17. Juni 1739. ib. S. 1373. 233., M. v. 18. Jan. 1791. §. 3. 6. C.A. C. II. T. I. S. 989., u. wegen Militairpersonen: §. 99. d. M. Str.Gb. G.S. v. 1838. S. 247.

Auflegegeld. 1) Das monatliche sogenannte A. der Gesellen und Diener wird a) zur Erhaltung oder Miethe der Herberge, b) zur Verpflegung armer u. kranker Gesellen, und c) zum Reisepfennig für die Einwandernden, die keine Arbeit finden können, verwendet, Gen.-Inn.Art. v. 8. Jan. 1780. Cap. II. §. 13. L.C.W. T. III. S. 286. u. C.A. C. II. T. I. S. 769., M. v. 7. Dec. 1810. Cap. I. §. 1. a. C.A. C. III. T. I. S. 479. u. L.C.W. T. V. S. 261., und s. Handwerksgeschenk. **2)** Versammlungen zum Eincassiren des A. sind verboten. M. v. 7. Dec. 1810 Cap. I. §. 1. a. C. A. C. III. T. I. S. 479. **3)** Vom A. sind keine Schmausereien auszurichten. Ang. M. v. 1780. u. 1810. l. c. **4)** Die Einnahme und Berechnung des A. hat der Altgeselle. Es darf die Büchse, worin sich das A. befindet, nicht auf der Herberge bleiben, sondern muß dem Innungsältesten nach jeder Zusammenkunft übergeben werden. ib.

Auflegen, s. Auflage, Auflegegeld.

Auflegen der Hände. Dasselbe findet Seiten des Geistlichen sowohl bei der Ordination, 1. Gen.Art. v. 1580. C. A. T. 1. S. 659., als bei der Absolution Statt. Syn.Decr. v. 6. Aug. 1624. §. „Vermeinten aber" rc., ib. S. 789., Rev. Syn.-Decret. v. 15. Sept. 1673. §. 29. ib. S. 830.

Auflehnung 1) als Militairvergehen: M.Str.Gb. v. 1855. §. 113. 123. unter: Widersetzlichkeit. **2)** S. Aufford..., Landfried..., Widersetz..., Aufruhr, Ruhestörung, Behörden, Aufruhr.

Aufliegen, s. Auflagen.

Auflösen. S. Arrest, Reallasten, Ehe..., Väter, Vormundschaft, Versammlungen, Vereine.

Aufmaß. S. Auszug.

Aufmerksamkeit. S. Anzeigen, Arme, Auszug, Meineid, Section, Vormundschaft, Unbedachtsamkeit, Irrthum.

Aufmunterung. S. Prämien.

Aufnahme und **Vermessung** von Landesgegenden. **1)** Ohne ausdrückliche Erlaubniß sollte Niemand eine Gegend

aufnehmen, vielmehr sollten diejenigen, welche über dergl. Arbeiten betreten würden u. sich nicht legitimiren könnten, arretirt, u. Anzeige an die Behörde erstattet werden, V. v. 18. Aug. 1791. C.A. C. II. T. I. S. 1003., Lauf. Rescr. v. 29. Juli 1791. u. 20. Aug. 1791. C. A. C. II. T. III. S. 513. u. L.E.W. T. IV. S. 682. Gerichtsobrigkeiten und Grundeigenthümern war jedoch die A. der ihrer Gerichtsbarkeit unterworfenen oder eigenen Grundstücke gestattet, ang. V. u. Rescr. v. 1791., Gen. v. 15. Sept. 1806. C.A. C. III. T. I. S. 449. u. O.A.Pat. v. 18. Sept. 1806. L.E.W. T.V. S. 321. Ueber die wegen A. von Landesgegenden mit Meßinstrumenten den Universitäten und Landesschulen ertheilte Erlaubniß vergl. den V. v. 11. Jan. 1792. C.A. C. II. T. I. S. 245. **2)** S. Feldmesser, Grundsteuer.

Aufnahme 1) in das Unterthanenrecht. S. darüber die Art.: Unterthanenrecht, Niederlassung, Ausländer, Dienstanstellung. Gleich steht die Erklärung des Ministeriums des Innern, daß ein im Lande überhaupt nicht oder nicht mehr heimathsberechtigtes Individuum als staatsangehörig zu betrachten sei, weil es dem Auslande nicht zugewiesen werden könne. Vergl. das G. v. 2. Juli 1852. §. 14. G.S. S. 244. **2)** In andern Beziehungen s. Anzeigen, Protokolle, Gerichtsbank, Rügenproceß, Untersuchung..., Beherbergen, Gast- u. Schänk..., Verzeichnisse, Ausleihung, Verschwender, Grund- u. Hyp., Pfandrecht, Appellationsgerichte, Armencasse, Ausweisung, Auszug, Ehescheidung, Landes-Versorgung..., Landgemeinde, Schulen, Stadtgemeinde.

Aufnöthigen, s. Aufdringen.

Aufnotiren, s. Anmerkung.

Aufpacken, s. Belastung.

Aufpflanzen (v. Zeichen). S. Bundesbeschlüsse, Aufruhr, Pulver.

Aufprägen. S. Münzwesen.

Aufrechnungstabellen. Die A. sollten von den Schichtmeistern 8 Tage vor dem Quartal ins Bergamt gegeben werden, Ref. v. 7. Jan. 1709. §. 16. C.A. T. II. S. 382., O.B.A.Anw. v. 7. Jan. 1764. §. 78. 79. C.A. C. I. T. I. S. 1452., Bef. v. 2. Sept. 1775. C.A. C. II. T. II. S. 183., Abänderung des vorgeschriebenen Schema: Bef. v. 23. Sept. 1780. C.A. C. II. T. II. S. 205., Pat. v. 23. Oct. 1784. C.A. C. III. T. II. S. 89.

Aufrechthaltung. S. Verfassung, Polizei.

Aufregen, s. Anreizung.

Aufreiz..., s. Anreiz...

Aufrichten. S. Bundesbeschlüsse, Neubaue, Testamente, Stiftungen, Vermächtnisse, Zeitschriften.

Aufrücken. 1) Es giebt für Staatsdiener keinen rechtlichen Anspruch auf A. in eine höhere Stelle oder einen bessern Gehalt. Nur die wirklichen Mitglieder der Collegialbehörden rücken nach der Reihenfolge ihrer Anstellung von selbst in die höher besoldeten Rathsstellen auf, sofern keine besondre Befähigung dazu erforderlich ist. G. v. 7. März 1835. §. 8. G.S. S. 173. **2)** S. Classen, Stadtrath.

Aufrührer. S. Aufruhr.

Aufruf, s. Auffordern.

Aufruhr. 1) Hat ein öffentlicher Zusammenlauf oder eine öffentliche Zusammenrottung gleich anfangs oder im weiteren Verlaufe sich gegen eine obrigkeitliche oder richterliche Behörde gerichtet, um eine Verfügung, oder die Unterlassung oder Zurücknahme einer solchen zu erzwingen, oder eine getroffene Verfügung zu vereiteln, oder um wegen einer Amtshandlung Rache gegen die Behörde zu nehmen, oder dieselbe an der Ausübung ihrer Befugnisse zu hindern, so liegt das Verbrechen des A. vor. Str.Gb. v. 1855. Art. 149. **2)** Anstifter und Anführer bei einem A. sind mit Zuchthaus von 3 bis 8 Jahren, bewaffnete Theilnehmer mit Zuchthaus von 2 bis 6 Jahren, unbewaffnete Theilnehmer mit Arbeitshaus oder Zuchthaus bis zu 3 Jahren zu bestrafen. ib. **3)** Ist es bei dem Einschreiten der Behörden zu thätlichem Widerstande gegen dieselbe oder deren Diener gekommen, so können diese Strafen bis um die Hälfte, ist aber der thätliche Widerstand gegen die zum Schutze der Ordnung aufgetretene bewaffnete Macht gerichtet wor-

ben, bis auf das Doppelte erhöht werden. ib. **4)** Dem letzteren Falle ist es gleich zu achten, wenn der A. von einer so großen Menge und unter solchen Umständen begangen worden ist, daß dadurch die Wirksamkeit der Behörde gelähmt und ein Einschreiten derselben verhindert worden ist. ib. **5)** Aufstand der Militairpersonen: M.Str.Gb. v. 1855. §§. 122—126. 128. 130. S. Widersetzlichkeit. **6)** Vergl. ferner: Verhinderung, Waffengewalt, Kriegsstand, Diebst..., Erpreß..., Vorführung, Presse, Gendarmen, Bund..., Ausländer, Begünstigung, Gewaltmaßregeln, Landfriedensbruch, Polizei. **7)** Die Bestimmungen des früheren Rechts findet man in folgenden Gesetzen: Decr. v. 6. Aug. 1659. C.A. T.I. S. 319., M. v. 2. Juli 1726. L.C.W. T.I. S. 448. u. C.A. C.I. T.I. S. 531., M. v. 25. Febr. 1739. ib. S. 1373., Bef. v. 17. Juni 1739. ib. S. 233., O.A.Pat. v. 19. April 1764. L.C.W. T.I. S. 120., Pat. v. 26. Aug. 1790. C.A. C.II. T.I. S. 985., C.A. C.II. T.III. S. 507. 829., Gen. v. 11. Sept. 1790. C.A. C.II. T.I. S. 51., Rescr. v. 9. Oct. 1790. ib. S. 503., M. v. 18. Jan. 1791. C.A. C.II. T.I. S. 989., L.C.W. T.IV. S. 384. u. C.A. C.II. T.III. S. 509., Circulare v. 14. Jan. 1792. C.A. C.II. T.I. S. 53., Lauf. Rescr. v. 12. April 1792. u. Publ. v. 15. Dec. 1794. C.A. C.II. T.III. S. 523. 537. u. L.C.W. T.IV. S. 394. f., Rescr. u. O.A.Pat. v. 8. Jan. 1817. C.A. C.III. T.I. S. 98. u. L.C.W. T.VI. S. 202. wegen Abschaffung des jährl. Verlesens d. M. v. 1791. auf den Canzeln. Ferner: Art. 113—116. d. Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 141. **8)** Bei A. in Garnisonen schreitet das Militair nach Befinden auch ohne Requisition der Civilbehörde ein. 2. Th. d. Ordonn. v. 19. Juli 1828. §. 7. G.S. S. 154. **9)** Zur Unterdrückung des A. ist auch die Communalgarde (s. d.) zu verwenden. Regul. v. 29. Nov. 1830. §. 2. G.S. S. 200. **10)** Die Errichtung von Aufruhrzeichen ist verboten. V. v. 24. Nov. 1842. §. 4. G.S. S. 470.

Auffagen, f. Aufkündigung.

Auffatz, f. Schrift, Presse, Zeitung..., Grund- u. Hyp...

Aufschlagen. S. Acten, Aich..., Grund- und Hyp., Waaren, Goldschmidte.

Aufschließen. S. Executionsverfahr., Diebstahl, Gesinde.

Aufschreiben, f. Anmerkung.

Aufschrift. S. Acten, Firma, Portofreiheit, Declaration.

Aufschub. S. Jagd, Moratorien, Verzug..., Appellation in Crim., Begnadigung, Verlegung, Verlängerung, Aussetzung, Dringlich.

Aufschütten. S. Getreide, Magazine.

Aufschwellen, f. Anschwellen.

Aufseher. S. Diebstahl, Unzucht, Betteln, Bezirke, Forstschutz, Forstrügen, Gefängnißstrafe.

Auf sich beruhen lassen. S. Abwesenheit, Reue, Zurücknahme, Verzichtleistung.

Auf Sicht. S. Tratten.

Aufsicht. S. Bergauff..., Poliz..., Landgem..., Disciplin, Amtshauptl., Reiselegitimationen, Gendarmen, Arrest, II., Vormundschaft, Inspection, Nachtwächter, Verarmung, Verleitung, Erziehung.

Aufsichtsbeamte, —behörden, f. Beamte, Behörden, Dienstvernachl..., Voruntersuchung, Anzeigen, Appellationsgerichte, Kreisdirectionen, Amtshauptleute, Polizei, Gendarmen, Reiselegitimationen, Inspection, Heilkunde, Ministerialdepartements.

Aufspüren, f. Entdecken.

Aufstände. Solche sollen den Einrechnungsregistern angefügt und in denselben soll bemerkt werden, wieviel Lachter aufgefahren, was sonst für Arbeit geschehen, wie es vor Ort und im Tiefsten beschaffen 2c. Sie sind von dem Bergamte bei der Aufrechnung zu attestiren. Ref. v. 7. Jan. 1709. C.A. T.II. S. 377. Sonstiger Inhalt derselben: O.B.A.Anw. v. 7. Jan. 1764. §. 116. C.A. C.I. T.I. S. 1463. — Darin sollen dem Publico nicht entfernte Hoffnungen als nahe vorgebildet werden, Pat. v. 23. Oct. 1784. §. 1. C.A. C.III. T.II. S. 90. S. aber Grubenhaushalt, Grubenrechnungen.

Aufstand. S. Aufruhr.

Aufstauen, f. Anschwellen.

Aufstecken, f. Aufpflanzen.

Aufsteigen, f. Aufrücken.

Aufsteigende Linie. S. Verwandte.

Aufsuchen. S. Acten, Visitationen, Munition, Schürfen, Entdecken.

Aufthauen. S. Eisbahnen, Scheintod.

Aufthun. S. Handel u. Gew..., Buden.

Auftrag. In den mannigfachen Beziehungen dieses Begriffs geben Nachweise die Art.: Ablösung, Abwesende, Anweisung, Advocaten, Aemter, Amtshauptl., Anstiftung, Commission, Commissarien, Consulenten, Curatoren, Eid, Empfehlung, Ehemänner, Factor, Gemeindeleist..., Grund- u. Hyp..., Militairpflicht, Patrimonialger..., Schadenersatz, Substitution, Syndikat, Theilnahme, Väter, Vormund, Vertheidigung, Vorladung, Wiedereinsetzung, Appellation, I. 2., Handel- u. Gewerbtreibende, Besitz, Forstverbrechen, Gütepflegung, Acceptation, Wechselprotest, Vollm..., Bevollm..., Vertretung.

Auftrag in Evangelicis. S. Staatsminister.

Auftreiben. **1)** Schelten und Aufwiegeln der Handwerker und Handwerksgesellen. Dagegen sind folgende Gesetze gerichtet: das Ausschr. v. 1541. u. die L.O. v. 1543. T. v. Handwerksleut. C.A. T.I. S. 20. f., L.O. v. 12. Nov. 1550. Tit. eod. ib. S. 34., L.O. v. 1. Oct. 1555. Tit. eod. ib. S. 68., Res. gr. v. 1661. Justizs., §. 80. C.A. T.I. S. 238., Pol.O. v. 1661. T. 21. §. 8. u. 11. C.A. T.I. S. 1586., M. v. 20. Nov. 1594. C.A. T.I. S. 1434., M. v. 19. Oct. 1731. no. 2. 5. C.A. C.I. T.I. S. 579. 582. u. L.C.W. T.I. S. 589., auch M. v. 8. Jan. 1780. Cap. II. §. 18. C.A. C.II. T.I. S.771., C.A. C.II. T.III. S. 161. u. L.C.W. T.III. S. 278. S. noch Innungswesen, Aufforderung. **2)** S. Hutung, Wild.

Aufwachsenlassen. S. Aeltern, Reste.

Aufwallung, s. Leidenschaft, Todschlag.

Aufwand. Beschränkungen desselben enthalten die Gesetze **1)** bei Begräbnissen, V. v. 12. Juli 1838. G.S. S. 390. u. wegen des Verbots der Gastereien dabei, Pol.O. v. 1661. Tit. 18. §. 6. C.A. T.I. S. 1584., **2)** bei der Trauer, Pol.O. v. 1661. Tit. 18. §. 1. a. a. O., M. v. 29. Juli 1739. §. 6. f. C.A. C.I. T.I. S. 657. u. L.C.W. T.I. S. 461., M. v. 7. März 1750. C.A. C.I. T.I. S. 753. u. L.C.W. T.I. S. 475., **3)** bei Hochzeiten und hinsichtlich der Hochzeitsgeschenke, die L.O. v. 1482. „So ordnen" rc. C.A. T.I. S. 7., L.O. v. 12. Nov. 1550. ib. S. 32., L.O. v. 1. Oct. 1555. ib. S. 71., 13. u. 44. Gen.Art. v. 1. Jan. 1580. C.A. T.I. S. 684. 713., Pol.O. v. 1612. ib. S. 1466. 1467. f., Syn.-Decr. v. 6. Aug. 1624. §. „Auch soll" rc. ib. S. 790., Ehe-O. v. 10. Aug. 1624. Pct. V. ib. S. 1025., Pol.O. v. 22. Juni 1661. Tit. 13. 14. 15. ib. S. 1577. f., Rev. Syn.Decr. v. 15. Sept. 1673. §. 36. f. ib. S. 831., V. v. 23. März 1714. C.A. T.I. S. 901., **4)** bei Taufen, L.O. v. 1482. C.A. T.I. S. 7., L.O. v. 12. Nov. 1550. ib. S. 32., L.O. v. 1. Oct. 1555. ib. S. 71., Torg. Ausschr. v. 18. Mai 1583. ib. S. 160., 6. Gen.Art. v. 1580. ib. S. 669., Syn.Decr. v. 6. Aug. 1624. §. „Und ob Wir" rc. C.A. T.I. S. 788., Pol.O. v. 22. Juni 1661. Tit. 17. ib. S. 1582., Rev. Syn.Decr. v. 1673. §. 23. ib. S. 829. Das Verbot der Verlängerung der Kindtaufsmahlzeiten auf 2 oder mehr Tage, und der Ausdehnung der unter dem Namen Pathenbiere bestehenden Tanzbelustigungen über die polizeiliche Stunde ist in der V. v. 22. Oct. 1840. §. 2. G.S. S. 354. eingeschärft worden. **5)** A. in der Kleidung, L.O. v. 1482. „Und als die Kleidung" rc. C.A. T.I. S. 8. f., L.O. v. 1550. ib. S. 32. f., L.O. v. 1. Oct. 1555. ib. S. 71., Torg. Ausschr. v. 18. Mai 1583. ib. S. 159., Pol.O. v. 1612. §. 5. ib. S. 1455., O.A.Pat. v. 10. April 1637. L.C.W. T. II. S. 1141., M. v. 1. Aug. 1659. ib. S. 348. u. C.A. T. II. S. 927., Pol.O. v. 22. Juni 1661. Tit. 22. C.A. T.I. S. 1587., Kleider-O. v. 21. Febr. 1750. C.A. C.I. T.I. S. 749. f. u. L.C.W. T.I. S. 468., Rescr. v. 13. Nov. 1754. L.C.W. T. III. S. 118., Pol. Ordn. v. 1612. §. 10. ib. S. 1473. **6)** Bei Gastereien, L.O. v. 1482. C.A. T.I. S. 7. f., L.O. v. 1550. S. 32., L.O. v. 1555. ib. S. 72., Torg. Ausschr. v. 18. Mai 1583. ib. S. 160., Pol.O. v. 1612. §. 10. ib. S. 1473., Pol.O. v. 1661. Tit. 19. ib. S. 1584., insbesondere auf Kirchmessen, ib. Tit. 20. S. 1585., sowie bei Kirchrechnungen, Rescr. v. 5. Nov. 1804. C.A. C.III. T.I. S. 106., Gen. v. 26. März 1810. §. 6. ib. S. 109., O.A.Pat. v. 11. Aug. 1813. §. 106. f. L.C.W. T.VI. S. 284. **7)** Die Vermeidung eines mit den eignen

Vermögensverhältnissen nicht vereinbaren A. macht das Lauf. M. v. 5. Juni 1726. §. 1. L.C.W. T. I. S. 362., das M. v. 20. Dec. 1766. §. 1. C.A. C.I. T. I. S. 923., Oberlauf. M. v. 2. Aug. 1783. §. 1. C.A. C.II. T.III. S.175. u. L.C.W. T.IV. S.3. Jedem zur Pflicht. S. dazu Concurs, Verarmung. **8)** S. Arme, Adel, Caution, Gesinde, Kirchen- u. Schul..., Ständeversamml..., Untersuchungskosten, Verjährung, Verschwend..., Vertheidigung.

Aufwarten. S. Diener, Gesinde, Musik, Zweikampf, List.

Aufwechseln. S. Münzwesen.

Aufweisen, s. Vorzeigen.

Aufwenden, s. Aufwand.

Aufwerfen. S. Aufruhr, Dämme.

Aufwiegeln, s. Anreizung.

Aufzeichnung. S. Arrest, I., Dienstreserve, Militairpflicht..., Recrutirung, Viehbestandslisten, Verzeichnisse, Bevölkerungslisten, Auspfändung, Auction, Inventarium, Subhastation, Schulversäumniß, u. s. Anmerkung.

Aufzeigen, s. Vorzeigen.

Aufziehen. S. Aufzüge.

Aufziehung der Strafe in eine höhere. S. Rückfall, Schärfung, Verwandlung.

Aufzüge. **1)** In Garnisonorten muß der Commandant von allen öffentl. Lustbarkeiten, Nachtmusiken, Trommelsignalen, Schützen- u. Innungsaufzügen, öffentl. Bestrafungen u. dergl. m. durch die Ortsobrigkeit Kenntniß erhalten. Ordonn. v. 1828. Th. II. §. 12. G.S. v. 1828. S. 155. S. auch Zusammenkünfte. **2)** Akademische A. sind ohne eingeholte Erlaubniß strafbar, Gesetze f. d. Stud. v. 29. März 1822. §. 52. 1. b., 77. f. G.S. S. 303. 309. Wo diese Erlaubniß zu erholen sei, enthält d. Regul. v. 12. März 1822. §. 22. II. 1. ib. S. 194., und Strafen für die Uebertretung: §. 79. der ang. Gesetze. **3)** S. Gendarmen, Polizei.

Aufzwingen, s. Aufdringen.

Augen. S. Körperverletzung.

Augenschein. S. Besichtigung.

Augsburgische Confession. **1)** Die erste Jubelfeier der Uebergabe der A. C. betrifft: der Bef. v. 3. Mai 1630. C. A. T. I. S. 799., die 2te der v. 1. Febr. 1730. C. A. C.I. T.I. S. 175. L.C.W. T.II. S. 1190. f. **2)** Gegen Bestrebungen, Vereine und Versammlungen zu Abänderung der A. C. sind die Bek. der evangel. Staatsminister v. 17. Juli 1845. u. die V. v. 19. Juli 1845. G.S. S. 97. 98. gerichtet. S. ferner: Apologie. **3)** Ueber die den Augsb. Confessionsverwandten in der Oberlausitz zugestandne freie Religionsübung vergl.: Privil. v. 1609. L.C.W. T. II. S. 1117., Conf. v. 22. Mai 1611. ib. S. 1383., Rec. v. 23. Juni 1623. ib. S. 1402., v. 30. Mai 1635. ib. S. 1411., Reversal. v. 25. Sept. 1637. ib. S. 1417., v. 1657. ib. S. 1427., Res. gr. v. 1681. ib. S. 1446., Reverf. v. 1692. ib. S. 1456., v. 1694. ib. S. 1466., v. 1733. ib. S. 1487., Res. gr. v. 1769. L.C.W. T. III. S. 949., Reverf. v. 1769. ib. S. 952., und s. noch: Oberlausitz, I. 5. **4)** Die A. C., wie solche Ao. 1530. dem Kaiser Carl V. übergeben worden, ist Norm in Glaubenssachen für die Lutherische Kirche. K.O. v. 1580. im Eing., C.A. T.I. S. 477., Von der Lehre rc., ib. S. 482., Vom Beruff u. Annehm. rc. Abschnitt: Wie ein Kirchendiener vord. Consistorialn rc., ib. S. 529., Gen.Art. 2. v. 1580. C.A. T.I. S. 660., M. v. 1. Aug. 1602. ib. S. 777., Res. gr. v. 1612. im Eing., ib. S. 169., v. 1661. Consist.S., im Eing., ib. S. 197., Pol.O. v. 1661. Tit. I. ib. S. 1563.

Augustd'or. S. Münzwesen.

Augusteische Stiftung. S. Prediger-Wittwen- u. Waisencasse, Staatsverträge, X. 1.

Augustusburg. **1)** Das dortige Bezirksgericht wurde wieder aufgehoben besage der Bekanntm. v. 24. Mai 1859. G.S. S. 157. **2)** Die im dortigen Amtsbezirke wohnenden Katholiken gehören in die katholische Pfarrei zu Chemnitz, Bekanntm. v. 1. Febr. 1828. G.S. S. 11. **3)** Ueber die für den dortigen Amtsbezirk errichtete Sparcassenanstalt s. die Bekanntm. v. 18. März 1840. G.S. S. 22., d. Decr. ib., Regul. ib. S. 23. Nachdem aber die für den dortigen Amtsbezirk errichtete Sparcassenanstalt, wieder eingegangen, so ist auf jenen bei den

neu errichteten Oederaner, Schellenberger u. Zschopauer Sparcassen Rücksicht genommen worden. Decr. v. 21. Nov. 1846. G.S. S. 314. 316. 317.

Au porteur. S. Creditpapiere, Cassenbillets, Falschmünzen, Hypothekenbank, Creditverein.

Ausantworten. S. Executionsverf., Abwesende, Vorladung, Zahlung, Deposita, Auslieferung, Appellation, III. D. 2. c., Arrest, I., Betten, Commissionswaaren, Erbfolge, Vormundschaft, u. s. Vindication.

Ausarbeitung, s. Schrift, Advocaten.

Ausbau. S. Backöfen.

Ausbedingen, s. Bedingung.

Ausbessern. S. Blößen, Schuhflicker, Frauen, Essen, Handbaudienste, Verträge, Geistliche, Vormundschaft.

Ausbeugen, s. Ausweichen.

Ausbeute. S. Berggerichte, Kuxe, Gruben-Ueberschuß.

Ausbiegen, s. Ausweichen.

Ausbieten. S. Auction, Subhastation, Lotterie, Buchhandel, Presse.

Ausbildung. S. Ausland, Geisteskranke, Schulunterricht, Körperverl...

Ausbleiben. In wiefern die unterlassene Theilnahme an im Voraus bestimmten Handlungen von nachtheiligen Folgen begleitet ist, geben die Artikel: Untersuchungsverfahren vor d. E.R., Rechtsmittel, D., Erkenntnisse, Vorladung, Vorführung, Sicheres..., Zeugen-Vorl..., Abendmahl, Advocaten, Appellation, I. 6. a., Concurs, Concursproceß, Beklagte, Communalgarde, Edictalcitation, Ehehaften, Executionsverfahren, Executivproceß, Ehesachen, Eid, Erkenntnisse, Forstrügen, Geringf. R., Gesinde, Gütepflegung, Kläger, Militairpflicht, Provocationsproceß, Steuerbehörden, II., Termin, Ungehorsam..., Schulversäumniß, Vorladung, Wiedereinsetzung, Zeugen, Zusammenkünfte.

Ausbrechen. S. Concurs, Flucht, Forst..., Krankheit, Krieg, Brandstiftung.

Ausbringen. S. Abgabenfuß, Anlagen, Gewerb- u. Personalst., Grundsteuer, Arrest, Commissarien, Gruben..., Vorladung.

Ausbruch, s. Ausbrechen.

Ausbürger. S. Bürgerrecht, Auswanderung, Ausländer.

Ausdehnung, d. Unters., s. Voruntersuch...

Ausdienen. S. Gesinde, Staatsdienst, Militair..., Armee.

Ausdingen. S. Gesinde, Lehrlinge, u. s. Bedingung.

Ausdreschen. S. Dreschen.

Ausdrücklich. S. Falcidisches, Testamente, Heimathsangehörigkeit.

Auseinandergehen. S. Waffengewalt, Gewaltmaßregeln, Auflauf, Aufruhr, Aufforder..., Landfried..., Widersetz..., Ruhestör...

Auseinandersetzung. S. Ablösung, Gütepflegung, Staatsverträge, Stiftungen.

Auserwählen, s. Wahl.

Ausfällige Personen. **1)** Ueber ihre Bestrafung, wenn sie sich bei Aufgebot und Trauung der Keuschheitsprädicate: „Junggesell u. Jungfrau" angemaßt haben s. das Rescr. v. 19. Juni 1812. C. A. C. III. T. I. S. 180. u. die V. des Cult.Min. v. 2. Nov. 1839. Cod. d. S. K.R. S. 220. **2)** S. Aufgebot, Kirchenbuße.

Ausfall. S. Beleidigung, Rechnung...

Ausfertigung. S. Vorladung, Gerichtsbarkeit, Berichte, Reiselegitimationen, Kauf, Geschäftsstyl, Schulunterricht, u. s. Schrift.

Ausflucht. S. Einreden.

Ausfördern. S. Erz, u. s. Ausbeute.

Ausforderung. S. Zweikampf.

Ausforschen. S. Geheimnisse, Gensdarmen, u. s. Apotheken.

Ausführung 1) (rechtl.). S. Gerichte, Proceß, Deduction, Advocaten, Appellation. **2)** des Verbrechens. S. Urheber, Gehilfen, Verbindung, Vollendung, Zumessung.

Ausfüllen, s. Extendiren.

Ausfuhr. S. Victualien, Ausgang..., Erde, Eisen, Getreide, Heu, Kobalt.

Ausgabe, s. Presse.

Ausgaben. S. Armencasse, Concurs..., Aufwand, Ständeversammlung, Eigenthum an G., Arme, Kirchenärarien, Kirchen- u. Schulgemeinden, Kirchenvermögen,

Presse, Schulcasse, Vormundschaft, Verwendung.

Ausgangszoll. 1) Beim Ausgange von Waaren gilt die Zollfreiheit als Regel. Ausnahmen ergiebt der Zolltarif. §. 6. d. G. v. 3. April 1838. G.S. S. 291., G. v. 4. Dec. 1833. G.S. S. 213. 217. 233. 2) S. Abgaben, Zolltarif, Post, Zoll...

Ausgeben (einer Sache für etwas andres), s. Betrug, Creditpap..., Fälschung, Falschmünzen, Geld, Persönl..., Familienr..., Münzwesen, Wucher, Schein...

Ausgebot, s. Ausbieten.

Ausgetretene. S. Militairpflicht, Auslieferung, Concurs, Flucht, Staatsverträge, Gendarmen, Schuldner.

Ausgewanderte. S. Gendarmen, Ausländer, Auswanderung.

Ausgewiesene. 1) Aus den Städten wegen Armuth ausgewiesene Personen, welche ein Gewerbe erlernt haben, können solches, wenn sie das Meisterrecht erlangt haben, in derjenigen Landgemeinde, in welcher sie ihre Heimath haben, als Meister, falls sie aber blos Gesellen sind, als solche, gleich andern Handwerkern auf dem Lande, treiben. Das Halten von Gewerbsgehilfen ist solchen Meistern nur dann gestattet, wenn sie besondere Aufnahme als Dorfhandwerker erlangt haben. §. 21. d. G. v. 9. Oct. 1840. G.S. S. 250. 2) S. Dorfhandel, Ausweisung, Unterthanenrecht, Staatsverträge.

Ausgezeichnet. (Ausgez. Diebstahl.) S. Diebstahl, Ersatz. (Ausgez. Betrug.) S. Fälschung, Religion, Betrug. (Ausgez. Veruntrauung.) S. Unterschlagung.

Ausgleichungscasse. 1) Die früher der Kriegs-Verw.-Kammer untergeordnete A. hat mit d. 31. März 1825. aufgehört und ihre Angelegenheiten wurden dem damaligen Ober-Steuer-Collegio übertragen. M. v. 23. März 1825. §. 2. G.S. S. 70. Die Erörterung der bei ihr nach der Bek. v. 2. Nov. 1819. G.S. S. 225. angemeldeten Forderungen ist bei der Kriegs-Verw.-Kammer, unter Communication mit jenem Collegio erfolgt. §. 4. ib. Es sind übrigens alle Ansprüche, welche an diese Casse auf Grund der früher beabsichtigten Ausgleichung (Peräquation) wegen Leistungen für fremde Truppen bis mit d. 5. Juni 1815. erhoben werden konnten, durch die ebenbemerkte Bek. u. das G. v. 20. Sept. 1834. G.S. S. 207. niedergeschlagen worden. 2) S. Peräquat..., Anleihen, Concursgläubiger, A. I.

Ausgleichungssteuer. S. Staatsverträge, Zollvergehen, Verkehrsfreiheit.

Ausgraben. S. Begräbniß, Section.

Aushändigen, s. Ausantworten.

Aushängen. S. Edictalcitation, Vorladung, Behörden, u. s. Firma.

Aushängeschild, s. Firma.

Aushäuten, s. Abdecken.

Aushauen. S. Forstverbrechen, Waldungen, Züchtigung.

Aushebung, s. Armee, Pferde, Recrutirung.

Ausheilen. S. Kranke, Reisende.

Aushilfe, s. Unterstützung.

Ausholzen. S. Waldungen, Holz...

Auskaufen. S. Halden, Aufkaufen, Erbunterthänigkeit.

Ausklagen. S. Klage, Executions..., Executivproceß, Beklagte, Deposita, Widerklage.

Auskommen. S. Bürgerrecht, Feuer, Brandstiftung, Unterkommen, Verarmung.

Auskratzen, s. Radiren.

Auskunftsertheilung. 1) Die Bezirksgerichte und Einzelrichter sind verpflichtet, auf Anfragen hierzu befugter Behörden des In- und Auslandes, insbesondere der höheren Verwaltungsbehörden, Auskunft über den Stand einzelner Untersuchungen zu ertheilen. V. v. 31. Juli 1856. §. 25. G.S. S. 160. 2) S. Zeugen-Vereidung, Voruntersuchung.

Ausländer. 1) A., welche wegen eines im Inlande oder Auslande begangenen Verbrechens vor inländischen Gerichten zur Untersuchung zu ziehen sind, werden, jedoch mit der im Art.: Ausländische Gesetze angegebenen Ausnahme und unter folgenden Voraussetzungen nach den Bestimmungen des Str.Gb. bestraft. Str.Gb. v. 1855. Art. 3. (Cr.Gb. v. 1838. Art. 3.) a) die Exterritorialen 2c. betr. Gegen Personen, welche nach den Grundsätzen des Völ-

kerrechts die Exterritorialität genießen, und überhaupt gegen A., welche von ihrer Regierung zur Besorgung gewisser Geschäfte nach Sachsen gesendet und in dieser Eigenschaft bei der diesseitigen Regierung beglaubigt sind, deren Ehefrauen, zum Hausstande gehörige Kinder und nicht staatsangehörige Diener ist wegen eines von ihnen verübten Verbrechens vor inländischen Gerichten nur auf Anordnung des Justizministeriums mit der Untersuchung zu verfahren. ib. Art. 4. b) andere Ausländer betr. Wegen von anderen A. begangener Verbrechen ist ebenfalls nur auf Anordnung des Justizministeriums mit der Untersuchung zu verfahren, wenn das Verbrechen im Auslande verübt worden ist. Selbst in diesem Falle bedarf es jedoch einer Anordnung des Justizministeriums nicht, wenn das Verbrechen gegen den Sächsischen Staat, dessen Behörden oder diesseitige Unterthanen oder Staatsangehörige, welche sich zur Zeit der That innerhalb Sachsen befanden, gerichtet gewesen, — und wenn sich der Verbrecher bleibend nach Sachsen gewendet hat und daselbst staatsangehörig geworden ist. ib. Art. 5. — S. dazu: Staatsanwaltschaft, Ausländische Gesetze. **2)** Die über die Aufnahme eines A. in das Sächsische Unterthanenrecht, welches sich zugleich auf dessen Ehefrau und seine noch unter väterlicher Gewalt stehenden Kinder, in soweit nicht einzelne derselben ausdrücklich ausgenommen werden, erstreckt, jetzt geltenden Bestimmungen geben die Art.: Niederlassung und Unterthanenrecht. Die ehelichen und unehelichen Kinder einer in den Unterthanenverband aufgenommenen A'in bleiben, so lange ihnen nicht das Unterthanenrecht von der Staatsbehörde ausdrücklich verliehen worden ist, Ausländer. G. v. 2. Juli 1852. §. 11. G.S. S. 243. — Wegen des Nachweises der Befreiung von der Militairpflicht s. §. 8. u. 11. ib. **3)** Zur Trauung eines A. in Sachsen ist schlechterdings erforderlich, daß er eine legalisirte Genehmigung der Ehe durch seine Heimathsbehörde beibringt. Das Nähere giebt die V. v. 5. Febr. 1852. G.S. S. 18. unter: Unterthanenrecht. **4)** Wegen der Designation von A. zu geistlichen Aemtern vergl. die neuere erschwerende Bestimmung in der V. v. 27. Oct. 1855. G.S. S. 634. **5)** A., welche das Meisterrecht bei einer inländischen Innung zum Behufe ihrer Niederlassung gewinnen wollen, waren bisher nur zuzulassen, wenn sie a) das 25ste Lebensjahr zurückgelegt, auch b) 6 hinter einander folgende Jahre hindurch mit gutem Betragen in hiesigem Lande in Arbeit gestanden, und die Hälfte dieses Zeitraums an dem Orte ihrer beabsichtigten Niederlassung arbeitend zugebracht hatten. §. 8. d. M. v. 13. Mai 1831. G.S. S. 102. Man vergl. hierzu: die V. v. 2. Nov. 1720. C. A. T. I. S. 1930., O.A.Pat. v. 28. Dec. 1720. L.C.W. T. II. S. 489., d. M. v. 20. Dec. 1723. C. A. T. I. S. 2514., d. Rescr. v. 15. Nov. 1777. C. A. C. II. T. I. S. 737., u. d. M. v. 8. Jan. 1780. Cap. III. §. 11. ib. S. 774., C. A. C. II. T. III. S. 161. u. L.C.W. T. III. S. 278. **6)** Die bis hierher angedeuteten Verhältnisse der Ausländer werden weiter noch in den Artikeln: Heimaths..., Niederlassung, Jagd, Schönburg..., Juden, Aufnahme, Dienstanstellung, Unterthanenrecht, Staatsverträge, Eigenthum, Gemeinden berührt. **7)** Das Verfahren der Ortsobrigkeiten und Gemeinden bei Ausführung der Bestimmungen über die Niederlassung der Ausländer im Königreiche steht unter der Aufsicht der vorgesetzten Regierungsbehörden, welchen die Ortsobrigkeiten etwaige Bedenken gegen die Beschlüsse der Gemeindevertreter zur Abänderung anzeigen können. §. 15. d. M. v. 13. Mai 1831. G.S. S. 104. Hierzu vergl. man: A.St.O. v. 2. Febr. 1832. §. 21. G.S. S. 25., G. v. 26. Nov. 1834. §. 9. ff. G.S. S. 451. ff., L.Gem.O. v. 7. Nov. 1838. §. 26. G.S. S. 436. **8)** Für den Zweck eines blos vorübergehenden Aufenthalts eines A. wird nur erfordert, daß er mit einem glaubwürdigen, und ausdrücklich zum Reisen ins Ausland ermächtigenden Passe oder Wanderbuche versehen sei. Regul. v. 27. Jan. 1818. Cap. III. §. 1. C. A. C. III. T. I. S. 556., M. v. 22. Sept. 1826. §. 3. G.S. S.

227., M. v. 25. Jan. 1825. §. 5. a. G.S. S. 18., V. v. 15. Juli 1829. §. 2. b. G.S. S. 127. **9)** A., welche **erkrankt** aus dem Auslande in diesseitige Grenzorte gebracht worden, sind daselbst **nicht anzunehmen**. §. 46. d. A.O. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 267. u. V. v. neml. T. u. J. §. 5. ib. S. 289. Verweigert man die Zurücknahme, macht der Zustand des Kranken den Rücktransport unthunlich, langen A. zu Fuß in einem solchen Zustande auf der Straße an, daß ihre Zurückweisung nicht erfolgen kann, oder kommen dabei sonstige Ungebührnisse ausländischer Behörden und Gemeinden vor, so ist zwar der Kranke zu verpflegen, aber darüber sofort Bericht zu erstatten, damit bei der betreffenden ausländischen Regierung auf Ahndung und Abstellung solcher Ungebührnisse und auf Ersatz der von dem diesseitigen Grenzorte aufgewendeten Verpflegungskosten angetragen werden kann. ib. **10)** Die **Amtshauptleute** der Grenzbezirke haben die ihnen untergebenen Gendarmen zu instruiren, auf die aus dem Auslande herüberkommenden **Krankenfuhren** ein wachsames Auge zu haben und die Führer derselben nach Beschaffenheit der Umstände unter Assistenz der etwa in der Nähe befindlichen Grenzzollaufseher, Dorfgerichtspersonen oder Wächter zur Rückkehr über die Grenze zu nöthigen, §. 5. d. V. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 289. S. noch: **Reisende**. **11)** In Bezug auf die **Inscription** von A. auf der **Universität Leipzig** vergl. die Ges. für d. Stud. v. 29. März 1822. §. 3. f. G.S. S. 293., M. v. 4. Juli 1829. §. 11. G.S. S. 124., V. v. 2. Jan. 1835. G.S. S. 7. f. **12)** Bei **Verehelichungen** von A. in Sachsen haben die Geistlichen vor dem **Aufgebote** und der **Trauung** besondere Aufmerksamkeit anzuwenden. Die nähern Vorschriften enthält: §. 3. 47. d. Regul. v. 15. Jan. 1808. C. A. C. III. T. I. S. 165. u. L.C.W. T. VI. S. 236., §. 13. d. Regul. v. 7. Aug. 1818. G.S. S. 63., d. M. v. 10. Oct. 1826. §. 2. G.S. S. 231., §. 49. d. M. v. 19. Febr. 1827. G.S. S. 23., V. v. 14. Jan. 1832. Cod. d. S.K.R. S. 200. not. 3., Rescr. v. 26. Juli 1813. C. A. C. III. T. I. S. 165. u. V. v. 3. Jan. 1842. G.S. S. 3. **13)** Gegen A., wenn sie wegen eines im In- oder Auslande begangenen Verbrechens vor inländischen Gerichten in Untersuchung kommen, gelangen die Gesetze der auswärtigen Staaten, auch wenn sie milder sind, nicht weiter in Anwendung. Rescr. v. 16. Nov. 1811. C. A. C. III. T. I. S. 262. **14)** Wer im **Civilprocesse ausländische Zeugen** angiebt, soll nebst seinem Advocaten vor Erlassung der Requisition den Eid für Gefährde schwören. P.O. T. 23., E.P.O. ad Tit. 23. §. 1. S. 139. ff. **15)** **Sachwalter** von A. haben in **Concursen** sich mittelst **gerichtlicher Vollmacht** zu legitimiren. M. v. 20. Dec. 1766. §. 17. no. 2. C. A. C. I. T. I. S. 934., Lauf. M. v. 2. Aug. 1783. §. 17. no. 2. C. A. C. II. T. III. S. 185. u. L.C.W. T. IV. S. 13. S. auch: **Concursgläubiger**, D. **16)** A., welche sich im Inlande aufhalten, sind in ihren **Rechtsangelegenheiten** als Forenses des Aufenthaltsorts zu betrachten und zu behandeln. Rescr. v. 1. Juni 1785. C. A. C. II. T. I. S. 479. S. **Aufenthalt**. **17)** Wenn sich **Unmündige** außerhalb Landes befinden, so wird denselben wegen der Sächs. Güter von dem Richter, unter welchem sie liegen, ein Vormund bestätigt. V.O. Cap. I. §. 8. C. A. C. II. T. I. S. 383., C. A. C. II. T. III. S. 296. u. L.C.W. T. IV. S. 130., G. v. 28. Jan. 1835. B. §. 7. G.S. S. 64., §. 10. d. V. v. 28. März 1835. ib. S. 214. S. noch: **Vormundschaft**. **18)** Ein im **Auslande bestätigter Vormund** kann nach Beschaffenheit der Umstände auch in hiesigen Landen bestätigt werden; er muß jedoch nöthigenfalls **Caution** bestellen, bei dem inländischen Richter **Rechnung** ablegen, und in allen zur Vormundschaft gehörigen Sachen dessen Gerichtsbarkeit anerkennen, hiernächst, wenn er sich beständig außerhalb Landes befindet, und der Richter nicht etwa einen Mitvormund ernennt, einen Bevollmächtigten in dem Bezirke des Richters bestellen, darf auch ohne dessen Einwilligung von dem Vermögen des Unmündigen etwas außer Landes nicht mit sich nehmen. V.O. l. laud., M. v. 4. Juni 1829. §. 44. 41. G.S. S.

109. 108. [Aeltr. Best.: Rescr. v. 24. Jan. 1748. C. A. C. I. T. I. S. 369.] **19)** Die Vormünder der Unmündigen, die innerhalb Landes zur Verwaltung des Vermögens bestellt werden, haben mit den, außerhalb Landes gelegenen Gütern nichts zu thun, dafern sie nicht daselbst gleichfalls bestätigt worden sind; es liegt ihnen jedoch ob, dem Richter es zu melden, damit derselbe die nöthigen Verfügungen zu treffen im Stande sei. §. 9. d. V.O. l. l. **20)** Ein Vater kann eine Person, die sich wesentlich außerhalb Landes befindet, seinen Kindern nicht zum Vormunde verordnen. ib. Cap. 5. l. l. Es kann jedoch ein vom Vater durch den letzten Willen verordneter auswärtiger Vormund sodann von dem Richter zu Führung der Vormundschaft bestätigt werden, wenn er sich denjenigen Bedingungen, die ausländische Vormünder zunächst einzugehen haben, unterwirft. ib. Nach Befinden kann ihm der Richter auch noch einen inländischen Mitvormund an die Seite setzen. ib. Hätte jedoch ein Vater seinen Kindern in dem errichteten Testamente einen Vormund bestellt, der, als er ihn verordnete, noch innerhalb Landes sich befand, nachher aber seinen Wohnort änderte, so ist hierauf nach des Vaters Absterben keine weitere Rücksicht zu nehmen, sondern diese Verordnung als ungeschehen zu betrachten. ib. **21)** Wenn ausländische Unmündige innerhalb Landes zu einem Processe, oder zu einer andern Sache eines Vormundes benöthigt sind, so kann ihnen derjenige Richter, vor welchem der Proceß anhängig ist, oder die Sache verabhandelt wird, einen Vormund bestellen. ib. Cap. 20. §. 7. l. l. Hiernach hat sich auch das kathol. geistl. Consistorium zu richten. M. v. 19. Febr. 1827. §. 26. G.S. S. 18. **22)** Weitere Nachweisungen enthalten die Artikel: Asche, Aufgebot, Bäcker, Abschoß, Auslieferung, Aufenthalt, Bairische, Communalgarde, Baugewerken, Bettler, Christmärkte, Confirmation, Eigenthum an G., Fabriken, Geburtshilfe, Gerichtsstand, Geringfüg. R., Gewerb- u. Pers..., Grund- u. H., Hudern, Handel u. Gew..., Hausiren, Jahrmarkt, Juden, Inländer, Ministerium des Innern, Lehnsvormundschaft, Lotterie, Patronatrecht, Oberlausitz, Reiselegit., Reisende, Retorsion, Siegel, Trauung, Verkümmerung, Vieh, Widerklage, Zeugen, Zwickau.

Ausländische Behörden. S. Auskunftsertheilung, Untersuchung, Beleidigung.

Ausländische Gesetze. **1)** Eine nach Art. 4. 5. u. 6. des Str.Gb. verpönte That, welche von einem Ausländer im Auslande begangen worden ist (s. Ausländer, Untersuchung), soll nach den Gesetzen des Landes, wo sie begangen worden, beurtheilt werden, dafern bekannt ist oder nachgewiesen wird, daß sie nach diesen Gesetzen nicht, oder gelinder, als nach der diesseitigen Gesetzgebung, oder nur auf Antrag zu bestrafen sein würde. Ausgenommen hiervon sind jedoch die Fälle, in denen das Verbrechen gegen den Sächs. Staat, dessen Behörden, Unterthanen und zur Zeit der That innerhalb Sachsen befindliche Angehörige verübt wurde, sowie Verbrechen gegen das Sächsische Staatsoberhaupt oder dessen Familie, bei welchen das Str.Gb. unbedingt Anwendung findet. Ist eine That, bei welcher nach Vorstehendem der Richter ein ausländisches Strafgesetz zu berücksichtigen hat, in dem letzteren mit einer nach dem Str.Gb. unzulässigen Strafe bedroht, so hat der Richter statt dieser auf eine nach dem letzteren zulässige, nicht härtere Strafe zu erkennen. Str.Gb. v. 1855. Art. 8. **2)** Wie weit ausländische Straferkenntnisse zu berücksichtigen seien, s. unter: Bestrafung.

Ausländische Wechsel. **1)** Die Fähigkeit eines Ausländers, wechselmäßige Verpflichtungen zu übernehmen, wird nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem derselbe angehört. Jedoch wird ein nach den Gesetzen seines Vaterlandes nicht wechselfähiger Ausländer durch Uebernahme von Wechselverbindlichkeiten im Inlande verpflichtet, in sofern er nach den Gesetzen des Inlandes wechselfähig ist. A.D.W.O. Art. 84. G.S. v. 1849. S. 85. **2)** Die wesentlichen Erfordernisse eines im Auslande ausgestellten Wechsels, sowie jeder anderen im Auslande ausgestellten Wechsel-

erklärung werden nach den Gesetzen des Orts beurtheilt, an welchem die Erklärung erfolgt ist. Entsprechen jedoch die im Auslande geschehenen Wechselerklärungen den Anforderungen des inländischen Gesetzes, so kann daraus, daß sie nach ausländischen Gesetzen mangelhaft sind, kein Einwand gegen die Rechtsverbindlichkeit der später im Inlande auf den Wechsel gesetzten Erklärungen entnommen werden. Ebenso haben Wechselerklärungen, wodurch sich ein Inländer einem anderen Inländer im Auslande verpflichtet, Wechselkraft, wenn sie auch nur den Anforderungen der inländischen Gesetzgebung entsprechen. Art. 85. ib. Ueber die Form der mit einem Wechsel an einem ausländischen Platze zur Ausübung oder Erhaltung des Wechselrechts vorzunehmenden Handlungen entscheidet das dort geltende Recht. Art. 86. ib. **3)** Dies alles gilt auch von eignen Wechseln; s. Eigne W.

Auslagen, s. Verwendung.

Ausland. **1)** Die darin von Sächs. Unterthanen begangenen Verbrechen betr., s. Ausländer. **2)** Wegen der darin von Ausländern begangenen Verbrechen, wenn sie vor inländischen Gerichten zur Untersuchung kommen, s. Ausländer. **3)** Die Ausbildung im A. steht im Allgemeinen den Sächs. Unterthanen frei, §. 28. d. V.U. v. 4. Sept. 1831. G.S. S. 248. Das Studiren im A. soll nach dem M. v. 11. Febr. 1726. C.A. C. I. T. I. S. 247. u. der Missive v. 12. April 1726. ib. S. 249., L.C.W. T. I. S. 445., ohne höhere Erlaubniß denjenigen, welche in einem inländischen weltlichen oder geistlichen Amte künftig angestellt sein wollen, nicht gestattet sein, wenn sie nicht vorher 2 Jahre auf einer inländischen Universität studirt haben. Nach dem M. v. 27. Febr. 1793. §. 5. C.A. C. II. T. I. S. 6., C.A. C. II. T. III. S. 527., sowie L.C.W. T. IV. S. 685. und dem Rescr. v. 21. Oct. 1802. C.A. C. III. T. I. S. 123. müssen sie jedoch überhaupt nur, vor- oder nachher, 2 Jahre im Inlande studiren, wobei, nach der V. v. 26. Sept. 1831. G.S. S. 313., der Mangel von höchstens 8 Wochen an Vollendung des letzten Semesters nachgesehen werden kann. Die Vorschrift der zweijährigen Studienzeit im Inlande ist jedoch auf ausländische Studenten der Theologie, welche von inländischen Patronen zu geistlichen Aemtern berufen werden, nicht zu beziehen. Rescr. v. 27. März 1805. C.A. C. III. T. I. S. 138., dieselben müssen aber das Anstellungsexamen wenigstens mit der Censur wohl bestehen. V. v. 24. Mai 1833. G.S. S. 60. 62. **4)** Das Promoviren im A. ist inländischen Stipendiaten untersagt, Rescr. v. 27. Febr. 1729. C. A. C. I. T. I. S. 251., Rescr. v. 6. Juni 1796. (nicht 1797.) C.A. C. II. T. I. S. 266., Cod. d. S.K.R. S. 133. not. *. **5)** Die ohne inländische Concession im A. heimlich erlangte Trauung wird bestraft, Rescr. v. 7. März 1752., Cod. d. S.K.R. S. 144., Rescr. v. 12. April 1752. ib., Rescr. v. 21. Sept. 1797. ib. Nach einem ib. angeführten Rescr. v. 1. Nov. 1730. bestand die Strafe in 14 Tagen Gefängniß, oder für jeden Tag 3 Tage Arbeit, Kirchen und Schulen zum Besten. Die Bestrafung selbst gehörte vor den Kirchenrath, Rescr. v. 16. Aug. 1786. C.A. C. II. T. I. S. 295. In Bezug auf die Lausitz vergl. d. Rescr. v. 29. Dec. 1788. L.C.W. T. IV. S. 672. S. ferner: Trauung. **6)** Vergl. noch über die in Verhältnissen zum Auslande gegebenen Beziehungen die Artikel: Actuarien, Advocaten, Abschoß, Amtshauptleute, Militaircommandos, Aufenthalt, Ausländer, Appellationsgerichte, Auslieferung, Ausweisung, Auswanderung, Banknoten, Baugewerken, Buchhandel, Censur, Concursproceß, Creditpapiere, Eigenthum an G., Edictalcitation, Extrapost, Desertionsproceß, Ehegatten, Doctorwürde, Ehesachen, Fabriken, Falschmünzen, Geburtshilfe, Geburtsschein, Gerichtsstand, Gesinde, Hadern, Handel- u. Gewerb..., Justizämter, Heilkunde, Heimathsschein, Jahrmarkt, Münzwesen, Papiergeld, Oberlausitz, Patrimonialgerichte, Reiselegit., Reisende, Requisition, Retorsion, Spielkarten, Staatsdienst, Staatsgefährl. H., Testamente, Unterthanen, Vagabonden, Vormundschaft, Staatsverträge, Requisitionen, Presse, Bestrafung, Auswär-

tig..., Inländer, Gerichtsbezirke, Vorladung, Versicherungsanstalten.

Auslaufen. S. Betteln, Bettler, Armencommissionen, Gesinde.

Auslegung, s. Aushängen, Interpretation, Wahlen, Grund- u. Hyp., Armencasseneinnehmer, Strafgesetzbuch.

Ausleihen. S. Wucher.

Ausleihung. **1)** Müßig liegende und entbehrliche Kirchen-, Schul- und Stiftungsgelder sollen nicht ohne Vorwissen des Collators und Pfarrers, jedoch bei Vermeidung eignen Ersatzes nur gegen Zinsen und hypothekarische Sicherheit in nicht zu großen Posten, wo möglich an die Eingepfarrten und im Gerichtsbezirke, für das betreffende Aerar kostenfrei, ausgeliehen werden. Gen.Art. 35. v. 1. Jan. 1580. C.A. T. I. S. 705., Syn.Decr. von 1624. §. Und wollen wir rc. ib. S. 795., Res. gr. v. 1661. Consist.S. §. 15. C.A. T.I. S. 202., §. 75. d. Rev. Syn.Decr. v. 15. Sept. 1673. ib. S. 836., Bef. v. 19. Juni 1722. C.A. C. I. T. I. S. 199., v. 19. Nov. 1727. ib. S. 215. Ausführliche Vorschriften für die Inspectionsbehörden enthält die Gen.V. v. 30. Sept. 1729. C.A. C. I. T. I. S. 219., der Bef. v. 2. Sept. 1737. ib. S. 229. und für die Lausitz das Regul. v. 11. Aug. 1813. §. 22. f. L.C.W. T. VI. S. 275., die V. v. 20. Dec. 1822. G.S. v. 1823. S. 1., v. 14. Mai 1830. §. 12. G.S. S. 57., v. 30. Juni 1836. G.S. S. 179.; im Allgemeinen die V. v. 13. Febr. 1845. §. 3. G.S. S. 36. **2)** Für die Versäumniß bei der Ausleihung und Einhebung der Zinsen darf in der Kirchrechnung nichts in Ansatz gebracht werden. Gen. v. 26. März 1810. §. 9. C.A. C. III. T. I. S. 110. **3)** Aus geistlichen Aerarien und Stiftungen ausgeliehene Capitalien sind in der Regel nicht höher als mit 5 pr. Ct. zu verzinsen. M. v. 30. Aug. 1671. C.A. T. I. S. 815. 1637. Zinsen zu 6 v. H. sind auch bei Capitalien der Kirchen, Schulen und milden Stiftungen unzulässig, ausgenommen, wenn jemand durch ein Legat, Fideicommiß, Schenkung unter Lebenden oder auf den Todesfall seinen Nachlaß beschwert, oder für sich oder seine Erben annuos reditus für eine pia causa abzustatten versprochen hätte, oder wenn er solchen Falls, der richtigern Erhebung wegen, dazu eine gewisse Schuldpost ausgesetzt hätte. In beiden Fällen haben die Erben den Abgang zu ersetzen. Ang. M. v. 30. Aug. 1671. l. c. — **4)** Zinsrückstände haben die Administratoren der piarum causarum ex propriis zu ersetzen, Rescr. v. 18. März 1728. C.A. C. II. T. I. S. 321. und zwar bei Zinsen von Kirchencapitalien, wenn die Zinsen über 2 Jahre restiren, Gen. v. 26. März 1810. §. 9. C. A. C. III. T. I. S. 110. **5)** Ist die hypothekarische A. nicht möglich, so können die Gelder der Kirchen, Schulen und Stiftungen durch Ankauf von inländischen Staatspapieren nutzbringend gemacht werden. Rescr. v. 3. Juli 1769. C.A. C. II. T. I. S. 183., Rescr. v. 2. Nov. 1803. C.A. C. III. T. I. S. 105., Gen. v. 5. Dec. 1807. ib. S. 227., v. 31. Jan. 1810. ib. S. 235., Rescr. v. 22. Mai 1811. ib. S. 255., v. 28. Sept. 1812. ib. S. 267., Avert. v. 18. Aug. 1813. C. A. C. III. T. II. S. 36., Gen. v. 30. Aug. 1813. C.A. C. III. T. I. S. 279., Pat. v. 7. Dec. 1813. §. 1. Gouv.Bl. no. 49., V. v. 18. Dec. 1813., C.A. C. III. T. I. S. 151., Ank. v. 12. April 1817. C.A. C. III. T. II. S. 75., Rescr. v. 14. u. 18. April 1817. C.A. C. III. T. I. S. 301. 122., Laus. Regul. v. 11. Aug. 1813. §§. 29. 30. L.C.W. T. VI. S. 276., O.A.-Pat. v. 26. April 1817. L.C.W. T. V. S. 691., M. v. 14. Mai 1821. G.S. S. 65., M. v. 26. Aug. 1830. G.S. S. 156., G. v. 17. März 1832. §. 18. G.S. S. 270., G. v. 27. Juli 1843. §. 9. G.S. S. 75. Dasselbe gilt von Freiberger Stadtobligationen, V. v. 19. Nov. 1836. G.S. S. 313., und denen der Stadt Leipzig v. J. 1830., V. v. 6. März 1830. G.S. S. 17.; vergl. V. v. 16. Mai 1838. Cod. d. S.K.R. S. 133. **6)** Ein Vormund soll diejenigen Geldvorräthe, deren er zur Verwaltung der Vormundschaft nicht benöthigt ist, wenn er sie nicht in nutzbaren Grundstücken anlegen kann, auf gerichtliche Hypotheken, oder sonst tüchtige Versicherung ausleihen. Vorm.O. Cap. 15. §. 8. C.A. C. II. T. I. S. 412., C.A. C. II. T. III. S. 322., u. L.C.W.

T. IV. S. 160., Gen. v. 20. Juni 1817. §. 12. C.A. C.III. T.I. S. 304. **7)** Ein Vormund darf auf seinen Namen die Mündelgelder bei Strafe doppelten Ersatzes nicht ausleihen. V.O. l. l. **8)** Mündelgelder können, wenn sie nicht anders untergebracht werden, bis zu 100 Thalern an bestätigte Sparcassen, V. v. 27. Juni 1835. G.S. S. 386., ferner auf sichere Hypothek zu 4 pr. C., nöthigenfalls sogar zu 3½ oder 3 pr. C. Zinsen ausgeliehen, auch können damit inländische Staatspapiere, mit Bescheinigung des Courses durch ein Zeugniß, eingekauft werden, ib., V.O. Cap. 15. §. 8. f. a. a. O., Rescr. v. 24. Febr. 1792. C.A. C.II. T.I. S. 507., C.A. C. II. T. III. S. 521. u. L.C.W. T.IV. S. 368., Instr. für d. Audit. v. 25. Oct. 1794. §. 9. C.A. C. III. T. I. S. 581., Gen. v. 5. Dec. 1807. ib. S. 227., v. 31. Jan. 1810. ib. S. 235., Rescr. v. 22. Mai 1811. ib. S. 255., v. 28. Sept. 1812. ib. S. 267., Avert. v. 18. Aug. 1813. C.A. C.III. T.II. S. 36., Gen. v. 30. Aug. 1813. C.A. C. III. T. I. S. 279., Pat. v. 7. Dec. 1813. §. 1. Gouv.-Bl. no. 49., V. v. 18. Dec. 1813. C.A. C. III. T. I. S. 151., Ankünd. v. 12. April 1817. C.A. C. III. T. II. S. 75., Rescr. v. 14. u. 18. April 1817. C.A. C. III. T. I. S. 301. 122., O.A.Pat. v. 26. April 1817. L.C.W. T. V. S. 691., M. v. 14. Mai 1821. G.S. S. 65., M. v. 26. Aug. 1830. G.S. S. 156., G. v. 17. März 1832. §. 18. G.S. S. 270., G. v. 27. Juli 1843. §. 9. G.S. S. 75. Das Nemliche gilt von den Leipziger Stadtschuldscheinen v. J. 1830., V. v. 6. März 1830. G.S. S. 17. und von den Freiberger Stadtobligationen. V. v. 19. Nov. 1836. G.S. S. 313. **9)** S. Arme, Concursdeposita, Creditverein, Gemeindegrundstücke, Gemeinden, Hypothekenbank, Rentenbriefe, Verjährung, Vormundschaft, Vorschüsse.

Ausleiten. S. Wasser.

Auslernen, von Lehrlingen.

1) Stirbt der Lehrherr eines Handwerkslehrlings, so soll dessen Wittwe, wenn sie das Handwerk fortsetzt, den Lehrling zwar in ihrer Werkstatt, auch das bedungene Lehrgeld behalten; jedoch muß sie den Lehrling, ohne diesem dafür etwas abzufordern, einige Zeit, ehe seine Lehrjahre zu Ende gehen, dem Aeltesten der Innung, damit dieser ihn vollends auslerne und losspreche, oder zu dem nemlichen Ende zu einem andern Lehrherrn bringe, übergeben. §. 15. Cap.I. d.M. v. 8. Jan. 1780. C.A. C.II. T.I. S.765., C.A. C. II. T. III. S. 161. L.C.W. T. IV. S. 130. **2)** Wenn keine Wittwe vorhanden ist, oder solche die Profession nicht fortsetzt, so sollen die Aeltesten den Lehrling einem andern Lehrherrn übergeben, welcher ihn auszulernen, dafür aber einen verhältnißmäßigen Antheil des Lehrgelds zu erhalten hat. §. 16. ib. **3)** s. Armee, Apotheken, Barbiere.

Auslesen, s. Wahl.

Auslichten. S. Waldungen.

Ausliefern, s. Auslieferung, Ausantworten.

Auslieferung. **1)** In der Regel darf Niemand ohne Genehmigung des Justizministerii an einen auswärtigen Staat zur Untersuchung u. Bestrafung ausgeliefert werden, §. 10. unter 4. des G. v. 28. Jan. 1835. B. G.S. S 65., V. v. 7. Febr. 1820. §. 10. G.S. S. 12. Ausnahmen finden nur statt, wenn durch Staatsverträge ein Anderes festgesetzt ist, ib., wie der Fall ist zwischen Sachsen u. Preußen, ferner zwischen Sachsen und Altenburg, sowie Sachsen und Reuß älterer u. jüngerer Linie, Weimar-Eisenach und Coburg-Gotha lt. der Conventionen vom 30. Nov. 1839. Art. 35. 36. Art. 39—41. G.S. S. 329., v. 20. Juni 1840. G.S. S. 143., v. 12. Juli 1845., V. v. 21. Juli 1845. G.S. S. 104., v. 22. Oct. 1845., V. v. 27. Oct. 1845. G.S. S. 246., v. 31. Jan. 1847. Art. 35. 36. G.S. S. 33. u. v. 19. Juli 1848. Art. 35. f. G.S. S. 155. Bei derartigen Auslieferungsfällen sind von den inländischen Behörden die VV. v. 6. Febr. 1840. G.S. S. 12. u. v. 23. Sept. 1847. G.S. S. 145. zu beachten. **2)** Vor A. der aus Böhmen in d. Oberlausitz entwichenen Schuldner war jedesmal erst Bericht zu erstatten. O.A.Pat. v. 30. Jan. 1790. C.A. C. II. T. III. S. 291. u. L.C.W. T.IV. S. 91. **3)** Die deutschen Bundesstaaten haben sich

gegen einander verpflichtet, Individuen, welche der Anstiftung eines gegen den Souverain, oder gegen die Existenz, Integrität, Verfassung oder Sicherheit eines andern Bundesstaates gerichteten Unternehmens, oder einer darauf abzielenden Verbindung, der Theilnahme daran, oder der Begünstigung derselben beinzichtigt sind, dem verletzten oder bedrohten Staate auf Verlangen auszuliefern, vorausgesetzt, daß ein solches Individuum nicht entweder ein Unterthan des um die A. angegangenen Staates selbst, oder in demselben schon wegen anderer ihm zur Last fallender Verbrechen zu untersuchen oder zu bestrafen ist. Ist das Unternehmen, dessen der Auszuliefernde beinzichtigt ist, gegen mehrere einzelne Bundesstaaten gerichtet, so hat die A. an jenen dieser Staaten zu geschehen, welcher darum zuerst das Ansuchen stellt. (§. 10. unter 4. d. G. v. 28. Jan. 1835. B. G.S. S. 65.) V. v. 15. Oct. 1836. G.S. S. 309. **4)** S. Amnestie, Bund, Erbunterthän..., Falschmünzen, Staatsverträge, II., Gerichtsstand, III., Ausantworten, Regreß Nr. 3.

Auslöschen. S. Fälschung, Brandstiftung, Feuer.

Auslösung. S. Reisekosten, Taxordnungen, I., Aemter, Amtshauptleute, Brandstiftung, Ständeversammlung, Oberlausitz, Patrimonialgerichte, Staatsverträge.

Auslohnen. S. Arbeiter, Bergarbeiter, Gesinde, Waaren, Hammerwerke.

Ausloosen, s. Loos.

Ausmiethen. S. Gesinde.

Ausmünzen. S. Münzwesen.

Auspfändung. **1)** Die Execution durch Abpfändung von Mobilien darf nie von dem Gerichts-Frohn oder Diener allein, sondern muß, wo nicht unter richterlicher Direction, doch jederzeit im Beisein eines Gerichtsbeisitzers oder einer Ortsgerichtsperson erfolgen. V. v. 14. Juni 1838. §. 1. G.S. S. 382. **2)** Ist die A. blos den Localgerichtspersonen übertragen, so müssen wenigstens 2 derselben daran Theil nehmen. ib. **3)** Den zur A. Abgeordneten ist zugleich zu ihrer Legitimation eine schriftliche Anweisung zu ertheilen. ib. §. 2. **4)** Die Abgeordneten vertreten bei der Hilfshandlung die Stelle des Richters, haben aber Widersprüche und Einwendungen des Schuldners oder dritter Personen, worauf materielle Entschließungen zu fassen sind, der eigenen Cognition desselben zu unterstellen. ib. **5)** Ueber den Erfolg der Expedition ist von den Abgeordneten gemeinschaftlich bei dem Gerichte eine schriftliche Anzeige einzureichen, oder mündlich zum Protokolle zu referiren. ib. §. 3. **6)** In sofern bei d. A. die Anwesenheit eines richterlichen Beamten oder verpflichteten Protokollanten räthlich erscheint, kann der Gerichtsdirigent sich der Leitung der Expedition selbst unterziehen oder die hiernach nöthige Anordnung treffen; es darf aber durch das Verfahren den Parteien kein unverhältnißmäßiger Kostenaufwand entstehen. ib. §. 4. **7)** Die abgepfändeten Sachen sind sogleich an Ort und Stelle genau aufzuzeichnen und in sicheren Gewahrsam zu bringen, entweder in öffentliche Verwahrung oder bei einer Privatperson, oder indem sie an dem Orte, wo sie sich befinden, unter gerichtliches Siegel gelegt werden. §. 54. d. G. v. 28. Febr. 1838. G.S. S. 86. **8)** Wird bei der A. eine in des Schuldners Gewahrsam befindliche Sache von einer Dritten Person als Eigenthum in Anspruch genommen, so ist die Beschlagnahme dieser Sache zu unterlassen, wenn a) das Eigenthumsrecht des Dritten sofort durch eine Urkunde nachgewiesen wird, welche entweder des Anerkenntnisses nicht bedarf, oder von dem bei der A. etwa gegenwärtigen Gläubiger als ächt anerkannt wird; oder wenn b) die Sache, ihrer Beschaffenheit oder den Verhältnissen nach, muthmaßlich zum Gebrauche des Intervenienten bestimmt ist. ib. §. 55. **9)** Außer den vorbemerkten Fällen ist, der Einwendung eines Dritten ungeachtet, mit Beschlagnahme der von ihm in Anspruch genommenen Sache, in Ermangelung anderer eben so tauglicher Befriedigungsmittel, zu verfahren. Mit Veräußerung derselben ist jedoch wenigstens 14 Tage lang anzustehen, binnen welcher Frist der Intervenient das behauptete Recht an der Sache, bei Verlust desselben, durch ein schlüssiges

Vorbringen zu verfolgen hat. Hierüber hat das Gericht die Betheiligten nach Vorschrift der Proceßgesetze zu hören und sodann selbst zu entscheiden. Bei geringfügigen Gegenständen, oder wenn für das Anführen des Dritten größere Wahrscheinlichkeit vorhanden ist, kann derselbe auch sofort zur eidlichen Bestärkung des von ihm behaupteten Rechts gelassen werden. §.55. ib. **10)** Ueber das Verfahren, wenn sich Gegenstände der A. unter steueramtlichem Verschlusse befinden, vergl. d. V. v. 8. Mai 1850. G.S. S. 98. **11)** Vergl. noch d. Art.: Appellation, III. D. 3., Executionsverfahren, Gerichtspersonen, Täuschung.

Ausprägen. S. Münzwesen.

Auspressen. S. Erpressung.

Ausradiren, s. Radiren.

Ausräumen. S. Executionsverfahren, Militairpersonen, Schnee.

Ausrechnen, s. Rechnung...

Ausrede. S. Einreden, Entschuldigung.

Ausreichend, s. Hinlänglich.

Ausreißen. S. Forst..., Beschädigung.

Ausroden. 1) Das Abtreiben und A. der Gehölze insbesondere zum Nachtheile der landesherrlichen Wildbahn verbietet die F.- u. H.O. v. 8. Sept. 1560. §. Nachdem auch Unsere ꝛc., ferner §. Und wiewohl sich auch etliche ꝛc. C.A. T.II. S. 500., Ref. v. 7. April 1713. ib. S. 607., M. v. 11. Mai 1726. §. 14. C.A. C.I. T.I. S. 529., Lauf. M. v. 14. Juli 1753. §. 14. C.A. C.I. T.III. S. 376. Es soll aber auch sonst Niemandem, als auf erstatteten Bericht und erhaltene Erlaubniß, Gehölze abzutreiben u. den Boden zu Feld oder Wiese zu machen gestattet sein. Ang. M. v. 1726. §. 14. **2)** S. Dämme, Holz..., Waldungen, Forst...

Ausrotten, s. Ausroden. Auch: Raupen, Heuschrecken.

Ausruf. S. Auction, Subhastation, Bekanntmach..., Edictalcitation, Grund- u. Hyp.

Aussaat. S. Nutzungen.

Aussage. S. Admonition, Anzeigen, Meldungen, Untersuchungs...., Zeugen, Betrug, Meineid, Rügenproceß, Wiederaufnahme, Eid, Wahrheitswidr..., Reue...

Aussatz. S. Ausspielen, Spielen, u. s. Krätze.

Ausschaffen, s. Ausräumen, Ausweisung.

Ausschank. S. Bier, Brandwein, Bürgerliche N., Gast- u. Schänk..., Wein.

Ausschaufeln. S. Schnee.

Ausscheiden. S. Stadtrath, Stadtverordnete, Ständeversammlung, Wahlen, Loos, Advocaten.

Ausschenken, s. Ausschank. S. Innungswesen.

Ausschießen. S. Ausspielen.

Ausschlachten. S. Schlachten.

Ausschlagen. S. Körperverletzung, Handgemenge, Erbfolge, Erben, Erbschaft, Vormundschaft, Kirchentrauer, Verzichtleistung.

Ausschließen. S. Aemter, Remotion, Staatsdienst, Ehrenrechte, Gewerbsgehilfen, Beichte, Bier, Ausstoßung, Edictalcitation, Concurs...

Ausschmelzen. S. Erz.

Ausschneiden. S. Forstverbrechen, Waldungen.

Ausschnitt. S. Dorfhandel, Gewandschnitt, Tuchhandel, Hausiren, Ellenmaß, Juden.

Ausschreiben. S. Abgaben, Ständeversammlung.

Ausschroten. S. Bier.

Ausschulen. S. Schulcasse, Schulbezirk, Schulen, Schulvermögen.

Ausschuß. S. Communalgarde, Gemeinderath, Bürgerausschuß.

Aussenstände, s. Forderung.

Ausser Cours. S. Hypothekenbank, Creditverein, Creditpap., Münzwesen.

Ausserehelich. S. Uneheliche, Nothzucht, Unzucht.

Aussergerichtlich. S. Erben, Armenrecht, Ersatz, Vormundschaft, Accord, Gerichtsstelle.

Ausserordentlich. S. Strafe, Ständeversammlung, Armencasse, Innungswesen, Vorfälle, Begnadigung, Kirchen- u. Schulgemeinden, Kirchenvermögen, Zusammenkünfte.

Aussetzung. I. der Strafvollstreckung. **1)** Freiheitsstrafen jeder Art sollen

sofort angetreten und ununterbrochen verbüßt werden. Nur aus erheblichen, actenkundig zu machenden Gründen kann der Untersuchungsrichter einen Aufschub bis zu 4 Wochen, und bei Gefängnißstrafen, welche im Gerichtsgefängnisse verbüßt werden, eine Aussetzung bis auf 1 Woche gestatten oder verfügen. Längerer Aufschub, sowie eine längere A. kann nur vom Bezirksgerichte verwilligt werden. Beurlaubungen aus den Landesstrafanstalten kann in dringenden Fällen nur das Justizministerium anordnen. Wenn der Verbrecher zu der Zeit, wo er eine ihm zuerkannte Freiheitsstrafe antreten sollte, bereits eine andere Freiheitsstrafe verbüßt, so ist mit dem Antritte der ersteren bis zur vollständigen Verbüßung der letzteren Anstand zu nehmen. Str.Gb. v. 1855. Art. 20. S. hierzu: Transport. **2)** Wird es nöthig, daß ein zu Freiheitsstrafe Verurtheilter während seiner Strafzeit vor einer außerhalb des Straforts befindlichen Behörde erscheint, so hat, wenn die Behörde, vor welcher er erscheinen soll, ein Appellationsgericht oder das Oberappellationsgericht ist, diese Behörde, in allen anderen Fällen aber das Bezirksgericht, in dessen Bezirke er erscheinen soll, sowohl über d. Abführung oder einstweilige Entlassung aus der Strafanstalt, als auch darüber, ob und in wieweit ihm die Zeit, welche er zu diesem Behufe außerhalb der Strafanstalt zuzubringen hat, in die Strafzeit einzurechnen sei, Bestimmung zu treffen. ib. Art. 21. **3)** S. Handarbeit, Transport. **II.** A. der Untersuchung. S. Civil- und Criminal-P., Vertagung. **III.** A. Hilfloser. Wenn Personen, welche wegen jugendlichen Alters, Krankheit oder Gebrechlichkeit sich selbst zu helfen unvermögend sind, von ihren Aeltern oder anderen Personen, in deren Obhut sie sich befinden, oder denen ihre Ernährung, Verpflegung, Fortschaffung oder Aufnahme obliegt, vorsätzlich, jedoch nicht in der Absicht, sie um das Leben zu bringen, ausgesetzt, oder in einem hilflosen Zustande gelassen werden, so sind die Thäter, a) wenn die Rettung der ausgesetzten Person nach den Umständen, unter welchen die A. geschah, mit Wahrscheinlichkeit nicht erwartet werden konnte, mit Zuchthaus von 4 bis zu 10 Jahren, b) wenn bei der A. die Rettung der ausgesetzten Person mit Wahrscheinlichkeit zu erwarten war, mit Gefängniß bis zu 2 Jahren oder Arbeitshaus bis zu 4 Jahren, c) wenn nach der Art der A. gar keine Gefahr für das Leben oder die Gesundheit der ausgesetzten Person zu befürchten war, mit Gefängniß bis zu 4 Monaten zu bestrafen. Str.Gb. Art. 163. — Vorher: Art. 131. d. Cr.Gb. v. 1838. G.S. S. 145., M. v. 14. Oct. 1744. C.A. C.I. T.I. S. 339. u. L.C.W. T.I. S. 303., Dec. 78. v. 1661. C.A. T.I. S. 333. **IV.** In anderen Beziehungen s. die Art.: Findelkinder, Ausspielen, Spiel, Prämien, Appellation, III. D. 4., Becken, Begnadigung, Fälschung, Gefängnißstrafe, Sistiren.

Aussitzen. S. Miethe.

Aussöhnen. S. Ehesachen, Beleidigung, Rügenverfahren.

Ausspannung. S. Reiheschank, Gast- u. Schänk..., Chausséen.

Ausspenden. S. Abendmahl, Almosen.

Ausspielen. **1)** Das A. von Mobilien oder Immobilien, es sei durch eigne Lotterien oder durch Beziehung auf andere, ingleichen durch Würfel, oder auf andere Art und Weise, ist bei 20 Thalern Strafe, auch nach Befinden höherer Geld- oder proportionirlicher Gefängnißstrafe, mit welcher sowohl der Ausspielende, als der Collecteur und der, welcher das A. bei sich verstattet hat, zu belegen ist, verboten. Gen. v. 18. Febr. 1784. C.A. C. II. T. I. S. 833., C.A. C. II. T. III. S. 205. u. L.C.W. T.IV. S. 90., V. v. 14. Aug. 1826. G.S. S. 207. **2)** Das A. ist jedoch gestattet, a) mit Genehmigung der Ortspolizeibehörde für einen öffentlichen milden Zweck; b) ferner ist das A. von geringen gläsernen, zinnernen u. andern derartigen, sowie Eß-Waaren, bei den Schießübungen in den Städten, in den Buden und Ständen der Verkäufer (wie schon früher in der Lausitz lt. d. Rescr. v. 17. Mai 1784. C.A. C. II. T. III. S. 209.) erlaubt; c) desgl. wenn die auszuspielenden Gegenstände von den

Theilnehmern selbst zum Behufe des A. angeschafft, und nicht von einem Dritten für Loose, Marken oder Zettel an selbige verkauft worden, u. d) wenn die Entscheidung über die Gewinne durch Ausschießen, oder ein erlaubtes Spiel geschieht. V. v. 15. Juli 1826. G.S. S. 201. **3)** S. Buchhandel, Forstdienst, Lotterie, Polizei.

Aussprengen. S. Beleidigung, Verleumdung, Staatsgefährl., Nachrichten.

Ausspruch. S. Erkenntnisse.

Ausstattung. **1)** Wenn ein Vater die A. nicht versprochen hat, so kann sie die Tochter oder deren Ehemann nach der Verehelichung nicht fordern. 29. Dec. v. 2. Juli 1746. C.A. C.I. T.I. S.358. **2)** Wenn zur Zeit der Verheirathung der Vater nicht so reich gewesen, als er es hernach geworden, so soll die Tochter doch mit der, gegen eidliche Verzicht empfangenen Mitgift zufrieden sein. Const. 35. P. II. C. A. T. I. S. 97. **3)** Denen, welche gegen den Willen der Aeltern heirathen, brauchen diese keine A. zu geben. K.O. v. 1580. Ehesachen T. von Ehegelöbnissen ꝛc. C. A. T. I. S. 537., Eheordn. v. 10. Aug. 1624. T. 1. von Ehegelöbnissen, C.A. T.I. S.1020. **4)** Der Stuprator muß die Stuprata, die er nicht ehelichen will, standesgemäß ausstatten. L.O. v. 1543. T. v. Str. d. Jungfr.-Schw. ꝛc. C. A. T. I. S. 19., Const. 27. P. IV. ib. S. 124., M. v. 30. Sept. 1609. §. Da aber, C. A. T. I. S. 1448., die Ehe-O. v. 1624. IV. ib. S. 1023., Rescr. v. 22. Febr. 1632. ib. S. 1033. Eine Geschwächte, die der Schwängerer nicht heirathen darf, kann von ihm keine A. fordern. 30. Dec. v. 1746. C.A. C. I. T. I. S. 358. **5)** Die Töchter eines Lehnsbesitzers können, wenn sie keine Legitima fordern, und der väterliche Allodialnachlaß zu gering ist, die A. aus dem Lehne fordern. 2. sond. Const. v. 1572. C.A. T. I. S. 133. Man vergl. aber hierzu das M. v. 31. Jan. 1829. §. 60. f. G.S. S. 48. Töchter, welche den Pflichttheil aus einem neuen Lehne erhalten, können nicht noch nebenbei eine A. aus diesem oder andern vom Vater besessenen Lehne fordern. ib. §. 61. Sie haben der A. halber an das Lehn nur eine chirographarische Forderung. M. v. 4. Juni 1829. §. 63. sub 3. G.S. S. 111., G. v. 25. Jan. 1836. §. 94. sub 3. G.S. S. 26. [P.O. Tit. 45. §. 11., E.P.O. ad Tit. 45. §. 6. S. 265.] Der Lehnfolger muß die wegen der A. auf's Lehn übernommene Schuld bezahlen. Const. 46. v. 1572. P. II. C. A. T. I. S. 101. Bei Oberlaus. Lehngütern kann der Vasall, wenn er keine männlichen Leibes-Lehnserben hinterläßt, zur A. der Töchter und Schwestern eine dem Pflichttheile am Allodialnachlasse gleichkommende Summe testamentarisch auf's Lehn anweisen. Lehns-O. v. 1652. C. A. T.III. S.357., Ang. M. v. 1829. §. 63. G.S. S. 49., G. v. 25. Jan. 1836. G.S. S. 26. **6)** S. Auszug, Erbfolge, 55., Concursgläubiger.

Ausstehen, s. Forderung.

Ausstellen. S. Anweisung, Wechsel, Grund- u. Hyp., Zeugnisse, Stempelsteuer, Gerichtsbank, Reiselegitimationen, Amtshauptl., Bettelbriefe, Executivproceß, Einreden, Schuldverschreibung.

Aussteller. S. Wechselverbindlichkeit, Accept..., Tratten, Regreß, Indossam..., Schuldarrest.

Ausstellung. S. Dresden.

Ausstellungsbehörden. S. Reiselegitimationen.

Aussterben. S. Familienfideicommisse, Erbfolge.

Aussteuer. S. Ausstattung, König, Zehrgeld.

Ausstopfen. S. Fenster.

Ausstoßung. Die A. aus dem Soldatenstande erfolgt entweder durch bloße Wegweisung oder durch öffentliche Erklärung vor einer versammelten Truppenabtheilung, in beiden Fällen aber zugleich durch Ertheilung eines Entlaßscheins, worin die erfolgte A. und deren Grund angegeben ist. Dieselbe ist mit dem wirklichen Antritte der Zuchthausstrafe allezeit von selbst verbunden. In anderen Straffällen kann sie, auch wenn sie nicht gesetzlich angedroht ist, wegen solcher Verbrechen zuerkannt werden, welche nach den über die Erfüllung der Militairpflicht bestehenden Bestimmungen zum Militairdienste unwürdig machen; sie hat dann dieselben Folgen,

wie die Zuchthausstrafe und zieht daher auch den Verlust etwaiger Ehrenzeichen nach sich. M.Str.Gb. v. 1855. §. 20.

Ausstreichen, s. Aendern.

Ausstreuen, s. Aussprengen.

Ausstudiren, s. Studenten, Studien..., Ausland.

Aussuchen, s. Wahl, Haussuchung.

Austheilen, s. Vertheilung.

Austhun. S. Ausleihung, Gesinde, Laasgüter.

Austrägalgericht. S. Bundesbeschlüsse, Schiedsgericht.

Austrag. S. Erkenntnisse, Deposita, Executionsverfahren, Sequestration.

Austragen. S. Geburt.

Austrauern. S. Trauer.

Austreiben. S. Hutung, Hirten, Futter.

Austreten, s. Ausscheiden, Ausgetretene.

Ausüben, s. Verüben, Praxis, Apotheken, Aufruhr, Besitz, Bestechung, Rechte, Reiheschank.

Auswachsen. S. Getreide.

Auswärmen. S. Betten, Scheintod.

Auswärtige. **I.** Regenten u. Staaten. **1)** Gegen Personen, welche sich hochverrätherischer und staatsverrätherischer Handlungen gegen einen auswärtigen verbündeten Regenten oder Staat schuldig gemacht haben, ist auf eine Strafe zu erkennen, welche bis auf $^2/_3$ der in den Artikeln 116—118. 121. u. 122. des Str.Gb. angedrohten Strafen ansteigen kann, wobei jedoch eintretenden Falles die Bestimmungen der Art. 119. 123. auch ihnen zu Statten kommen. Str.Gb. v. 1855. Art. 124. und vergl. Hochverrath, Versuch, Staatsverrath, Reue, Kriegsdienste. **2)** Körperliche Verletzungen auswärtiger Regenten, der Familienglieder derselben, oder ihrer mit öffentlichem Charakter bekleideten und bei der Sächsischen Regierung beglaubigten Bevollmächtigten, ingleichen thätliche Beleidigungen derselben Personen, sind mit Arbeitshaus bis zu 10 Jahren, Art. 139., — Bedrohungen solcher Personen mit körperlichen Verletzungen oder Thätlichkeiten mit Gefängniß von 1 Monate bis zu 2 Jahren oder Arbeitshaus bis zu 3 Jahren, Art. 140., — beleidigende oder verleumderische Aeußerungen über dieselben Personen, ingleichen Handlungen, welche für dieselben eine Beleidigung oder Verleumdung enthalten, mit Gefängniß bis zu 1 Jahre zu bestrafen. Art. 141. **II.** In andern Beziehungen: s. Kriegsdienste, Staatsverrath, Ausländer, Ausland, Unterthanenrecht, Auslieferung, Staatsverträge, Fremde.

Auswahl, s. Wahl.

Auswanderer. **1)** Den aus Rußland oder Polen in ihr früheres Vaterland zurückkehrenden ausgewanderten Würtembergern sollen die Behörden den Eintritt und die Reise durch Sachsen anders nicht als gegen Vorzeigung einer unverdächtigen Urkunde der Würtembergischen Regierung über ihre Wiederaufnahme gestatten. O.A.Pat. v. 1. Nov. 1819. L.C.W. T. V. S. 368. **2)** Die gewerbmäßige Beförderung von A. unterliegt den polizeilichen Bestimmungen der V. v. 3. Jan. 1853. G.S. S. 2. f., auch haben die Auswanderungs-Agenten eine Caution zu bestellen. Darüber s. ib. §. 7. u. V. v. 6. Dec. 1853. G.S. S. 275. **3)** S. Gendarmen, Unterthanenrecht.

Auswanderung. **1)** Die A. aus dem Lande steht jedem Sächsischen Unterthan ohne Erlegung einer Nachsteuer frei, soweit nicht die Verpflichtung zum Kriegsdienste oder sonst Verbindlichkeiten gegen den Staat oder Privatpersonen entgegenstehen. V.U.v.4.Sept.1831.§.29.G.S.S.248. **2)** Die bisherigen Bestimmungen über das Auswandern enthalten: der Bef. v. 30. Mai 1720. C.A. C. I. T. II. S. 825., M. v. 20. Dec. 1723. C A. T. I. S. 2511. u. L.C.W. T. II. S. 494., Rescr. v. 25. Nov. 1727. C.A. C.I. T.I. S.1353., M. v. 21. Aug. 1764. C.A. C. I. T. I. S. 883, L.C.W. T. III. S. 301. u. C.A. C. II. T. III. S. 46., Rescr. v. 25. April 1766. C.A. C. I. T.I. S. 1823., O.A.Pat. v. 23. Juni 1766. L.C.W. T. III. S. 306., Gen. v. 5. Febr. 1772. C.A. C. II. T. I. S. 637., Lauf. Rescr. v. 4. Febr. 1772. C.A. C. II. T. III. S. 45. u. L.C.W. T. III. S. 326., Gen. v. 27. März 1773. C.A. C. II. T. I. S. 683., L.C.W. T.III. S.328. u. C.A. C.II. T.III. S. 89., O.A.Pat. v. 14. Dec. 1778. u. 24. April 1782. L.C.W. T. III. S. 331. 334.. Circ.V. v. 30. Nov. 1785. C.A. C. II. T. I. S. 889., Lauf. Rescr. v. 24. Dec. 1785. C.A.

C. II. T. III. S. 217. u. L.C.W. T. IV. S. 380., O.A.Pat. v. 10. Aug. 1816. L.C.W. T. V. S. 283. und neuerdings die V. v. 23. Juli 1822. G.S. S. 383., d. M. v. 6. Febr. 1830 G.S. S. 13.f., V. v. 1. Sept. 1832. G.S. S. 415.f., V. v. 29. März 1838. G.S. S. 362., V. v. 12. Aug. 1851. G.S. S. 313. Gegenwärtig wird das Auswanderungswesen durch die Gesetzgebung über das Unterthanenrecht (s. d.) regulirt. **3)** S. Fabriken, Kriegsreserve, Emigranten, Ministerium des Innern, Abschoß, Abzug..., Militairpflicht.

Auswanderungspaß. S. Unterthanenrecht.

Auswanderungssteuer, s. Abzugsrecht.

Auswarten. S. Sonntags-F...

Ausweichen. **1)** Alles Fuhrwerk soll den Posten, auf gegebenes Zeichen mit dem Horne, bei 10 Thlr. Strafe ausweichen, mit Ausschluß der mit Kaufmanns-Gut beladenen Fracht-Wagen auf den nach Leipzig führenden Landstraßen, welche zwar nicht auszuweichen, aber ebenfalls bei 10 Thlr. Strafe still zu halten und die Posten vorbei zu lassen schuldig sind. Ferner soll bei 5 Thlr. Strafe der Bergauffahrende dem Bergeinfahrenden, derjenige, welcher aus der Stadt kommt, dem, welcher in die Stadt fährt, der mit weniger Pferden bespannte Wagen dem mit mehr bespannten ausweichen, im Falle gleicher Bespannung aber sollen, bei ebenmäßiger Strafe, beide Wagen einander auf das halbe Gleis zur rechten Hand aus dem Wege fahren. Post-O. v. 27. Juli 1713. §. 10. C.A. T. II. S. 1051. u. L.C.W. T. II. S. 102., M. v. 28. April 1781. Cap. III. §. 21. C.A. C. II. T. II. S. 682., C.A. C. II. T. III. S. 657. u. L.C.W. T. III. S. 221., Pat. v. 1. Mai 1804. C.A. C. III. T. II. S. 386. u. L.C.W. T. V. S. 243. **2)** Für das A. der Schiffe auf der Elbe enthält die V. v. 6. Febr. 1845. §. 14. f. die bestehenden Vorschriften. G.S. v. 1845. S. 42. f. **3)** Wer auf Staatschausseen, ohne Unterschied seiner Ladung und Bespannung, einem ihm entgegen kommenden Wagen auf die Hälfte des Gleises rechter Hand, einem hinter ihm herkommenden Wagen dagegen auf die Hälfte des Gleises linker Hand, nach vorher gegebenem Zeichen mit 3maligem Peitschenknalle oder mit dem Posthorne, nicht ausweicht, verfällt in eine Geldbuße von 1—5 Thalern. §. 34. d. G. v. 4. April 1838. G.S. S. 354. (Bek. v. 12. Nov. 1828. §. 18. G.S. S. 269., G. v. 9. Nov. 1833. G.S. S. 134. sub 6.) Die Vorschriften über das A. sind in der V. v. 12. Mai 1841. §. 10. G.S. S. 42. eingeschärft, und den Zoll-, Steuer-, Chaussee- und Polizeibeamten zur strengen Ausführung anempfohlen worden. **4)** S. ferner: Post.

Ausweis. S. Reiselegitimationen, Zeugnisse.

Ausweisung zwischen Sachsen und auswärtigen Staaten. S. die Artikel: Staatsverträge, III., Vagabonden, Unterthanenrecht.

Ausweisung zwischen inländischen Gemeinden. **1)** In Beziehung auf das Heimathsgesetz und die Armenversorgung können von dem Orte des bisherigen Aufenthalts, in sofern derselbe nicht zugleich Heimathsort ist, ausgewiesen werden, alle die, welche, oder deren Angehörige a) während der Zeit des dermaligen Aufenthalts öffentliches Almosen in Anspruch genommen, oder b) gebettelt haben. §. 16. d. G. v. 26. Nov. 1834. G.S. S. 452. **2)** Das Betteln der Kinder ist nur dann Grund zur A. der Aeltern, wenn die Kinder, nachdem die Aeltern bereits von der Polizeibehörde bei Vermeidung der A. bedeutet worden sind, die Kinder vom Betteln abzuhalten, abermals gebettelt haben. ib. **3)** Unbegründete Weigerung oder Säumniß der Polizeibehörde oder Gemeinde des Heimathsortes rücksichtlich der Aufnahme hat die Verbindlichkeit zum Ersatze des, zur nothdürftigen Unterstützung des auszuweisenden Hilfsbedürftigen erforderlich gewesenen Aufwandes von Zeit des Ansinnens an, zur Folge. §. 20. ib. S. 453. **4)** Dieselbe Verbindlichkeit trifft die Behörden oder Gemeinden, welche eine A., oder einen Transport nach einem andern Orte vor zuge-

sagter Annahme veranstalten. ib. **5)** Jeder Auszuweisende ist unter Angabe des Grundes der A. und mit Einräumung einer billigen Frist, zu bedeuten, daß er sich vom Orte hinwegbegebe und sich ein anderes Unterkommen selbst ermittele. §. 12. d. V. v. 26. Nov. 1834. G.S. S. 458. **6)** Erklärt er, daß er dieß zu thun außer Stande sei, so ist die Polizeibehörde seiner Heimath von der erfolgten A. und der, von dem Ausgewiesenen abgegebenen Erklärung sofort in Kenntniß zu setzen. Selbige hat hierauf längstens binnen 8 Tagen von erlangter Kenntniß sich über ihre Bereitwilligkeit zur Aufnahme und Verschaffung eines nothdürftigen Unterkommens zu erklären. §. 13. ib. **7)** Nach Ablauf der §. 12. cit. gedachten Frist, ist die Bedeutung, den Ort zu verlassen, mit Einräumung einer anderweiten Frist und nunmehr unter Androhung der Verhaftung und der darauf folgenden Transportirung nach der Heimath zu wiederholen. §. 14. ib. **8)** Nach Verlauf dieser zweiten und letzten Frist ist nöthigen Falls mit der Verhaftung des Auszuweisenden, und, sobald eine, die Aufnahme und Verschaffung des Unterkommens zusagende Erklärung der Heimathsbehörde eingegangen ist, mit der Transportirung zu verfahren. §. 15. ib. **9)** Dem Ausgewiesenen ist bis zu seiner Entfernung und auf dem Transporte aus der Almosencasse alle diejenige Unterstützung zu gewähren, die er für sich und die Seinigen an nothdürftigem Unterhalte, Wohnung und Bekleidung und zur Fortschaffung unumgänglich nöthig hat und sich selber zu verschaffen außer Stande ist. §. 16. ib. **10)** Erstattung des dießfallsigen Aufwandes von Seiten des Heimathsbezirks findet nur in soweit Statt, als durch Weigerung oder Säumniß der Heimathsbehörde der Aufwand vermehrt worden ist. §. 16. ib. **11)** Auf die Fortschaffung Ausgewiesener, in sofern sie krank sind, leiden die Bestimmungen wegen Behandlung armer kranker Reisender (s. Kranke) Anwendung, jedoch kann die bei letztern unzulässige Umspannung, bei dem Transporte von Amt zu Amt Statt finden. §. 17. ib. **12)** Dafern der Ort der Ausweisung von dem der Heimath weiter als 4 Meilen entfernt ist, steht es der, den Transport veranstaltenden Behörde frei, den Ausgewiesenen nach demjenigen Gerichts-Amte transportiren zu lassen, welches auf dem Wege der Heimath das nächste ist. §. 18. ib. **13)** Solchenfalls ist der sämmtliche, bis dahin erwachsende Aufwand vom Orte der A. zu tragen. §. 18. ib. **14)** Von da an erfolgt der weitere Transport auf Kosten der Staatscasse von Amt zu Amt, und von der Almosencasse der Heimath sind nur die Kosten des Transports und der Verpflegung von dem letzten Stationsamte bis zur Heimath zu tragen. §. 18. cit. **15)** Es sind daher diejenigen ausweisenden, oder zur Aufnahme des Ausgewiesenen verbundenen Orte, an welchen sich ein Amt befindet, von der Bezahlung von Transportkosten, in sofern der Transport durch die Aemter geschieht, frei. §. 18. cit. **16)** Ueber die in Transportfällen anderer Art Statt findende Theilung der Umzugs- und Transportkosten haben sich die betreffenden Behörden des ausweisenden und des zur Aufnahme verpflichteten Ortes zu vernehmen. §. 18. ib. **17)** Durch diese Bestimmungen ist an den Vorschriften über den Schubtransport der als Vagabonden aufgegriffenen, oder aus dem Auslande zugeschobenen Personen nichts geändert. §. 19. ib. **18)** Was insbesondere das Verfahren wegen armer unterstützungsbedürftiger Angehöriger fremder Heimathsbezirke und die daraus entstehenden Streitigkeiten mehrerer Heimathsbezirke unter sich betrifft, so hat die Polizeibehörde des Orts, wo Jemand, der sich daselbst außerhalb seines Heimathsbezirks aufhält, die öffentliche Unterstützung in Anspruch nimmt, auf dießfallsiges Anlangen der Armenversorgungsbehörde das oben no. 5. f. bemerkte Verfahren einzuleiten, und sich zu dem Ende mit der Heimathsbehörde desselben in Vernehmung zu setzen. §. 96. d. A.O. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 277. **19)** Erachtet sich die letztere zur Aufnahme und Versorgung des Auszuweisenden nicht verbunden, so hat sie binnen 8 Tagen vom Empfange

des Benachrichtigungsschreibens die Gründe ihrer Weigerung der requirirenden Behörde mitzutheilen. §. 97. ib. **20)** Sind zu der Antwort vorher Erörterungen nöthig, so darf erstere doch nicht ohne vorläufige Anzeige der Anstandsursachen über 3 Wochen verzögert werden. ib. **21)** Die Zustimmung der Gemeindevertreter des Orts zur Aufnahme des Auszuweisenden ist, dafern dessen Heimathsrecht gesetzlich außer Zweifel steht, nicht erforderlich, die Obrigkeit hat vielmehr hierüber selbst Entschließung zu fassen. §. 97. ib. **22)** Beruhigt sich die requirirende Behörde bei der Weigerung nicht, so hängt es von ihrem Ermessen ab, entweder die ihr mitgetheilten Ablehnungsgründe nochmals zu beantworten, oder sogleich zur vorgesetzten Kreisdirection Bericht zu erstatten. §. 98. ib. **23)** Die Kreisdirection faßt hierauf entweder sofort im Verwaltungswege hauptsächliche Entschließung, oder hat das Administrativjustizverfahren einzuleiten. ib. **24)** Bis zur Erledigung solcher Differenzen ist für die einstweilige Unterstützung oder Versorgung des Hilfsbedürftigen Sorge zu tragen. ib. **25)** Gleichzeitig ist Veranstaltung zu treffen, daß der dadurch der Armencasse erwachsende Aufwand Behufs etwaniger Restitution Seiten des Heimathsorts gehörig nachgewiesen werden könne. ib. **26)** Die entscheidende Behörde hat, im Falle der erhobene Widerspruch zurückgewiesen wird, jedesmal zu bestimmen, ob und von welchem Zeitpuncte an der in Folge unbegründeter Weigerung oder Säumniß der Heimathsbehörde durch die einstweilige Versorgung oder Unterstützung entstandene Aufwand der Armencasse des Aufenthaltsorts vom Heimathsorte zu ersetzen sei. §. 99. ib. **27)** Der zu erstattende Betrag ist nach den am Orte des Aufenthalts für die Unterstützung aus der Armencasse üblichen Sätzen zu berechnen. ib. **28)** Er begreift Alles in sich, was den Hilfsbedürftigen zur nothwendigen Subsistenz, insbesondere auch in Krankheitsfällen zu gewähren gewesen ist. §. 99. ib. **29)** Verweigern ausländische Behörden die Annahme eines nach dem Urtheile der Polizeibehörde des Aufenthaltsorts dahin gehörigen Armen oder Obdachlosen, so ist ohne weitern Schriftwechsel mit selbigen an die Kreisdirection zu berichten und derselben die weitere Einleitung zu überlassen. §. 100. ib. G.S. v. 1840. S. 278. **30)** S. noch: Heimathsangeh..., Niederlassung, Staatsverträge, Unterthanenrecht, Väter, Verhaltschein.

Auswerfung der Strafe, s. Zumessung. In anderer Bedeutung s. Anlagen, Schnee, Rechnung.

Auswirken. S. Dispensation, Beweis, Concession.

Auszahlen, s. Zahlung.

Auszeichnung. S. Civil-Verdienst-O., Heinrichs-Orden, Prämien, Uniform, Rückfall, Schärfung, Zumessung, Concurrenz. S. auch: Ausgezeichnet.

Ausziehen. S. Miethe, Executionsverfahren, Militairpersonen, Züchtigung.

Auszüge. S. Aufzüge.

Auszügler. S. Auszug.

Auszug (Extract). S. Abschriften, Anzeigen, Ablösungsbehörden, Armencasseneinnehmer, Beweis, Bier, Commissarien, Creditverein, Dismembration, Eigenthum an G., Grund- u. Hyp..., Urkunden, Vormundschaft.

Auszug (Gutsauszug). **1)** Die Güter in den Aemtern sollen nicht mit einem dem Lehngelde, Hausgenossenzinse und den Diensten nachtheiligen A. verkauft werden. Bef. v. 12. Juli 1681. C.A. T.II. S. 25. **2)** A., welche die Kräfte des Guts übersteigen, sowie doppelte, sollen nicht gestattet werden, Rescr. v. 17. Aug. 1796. C.A. C.II. T.I. S. 1097. **3)** Die A. sind bei Subhastationen der Güter besonders anzuzeigen, E.P.O. ad Tit. 39. §. 11. S. 217. **4)** Nach zurückgelegtem 60sten Jahre sind Auszügler von Diensten und Frohnen frei. Bef. v. 12. Juli 1681. C.A. T.II. S. 27. **5)** Einem A. kam, auch ohne Hypothekenbestellung, die Eigenschaft einer binglichen Last, wonach er gleich den oneribus realibus durch nothwendige Subhastation nicht erlöscht, bisher nur dann zu, wenn derselbe entweder bei der gerichtlich bestätigten Veräußerung des Grundstücks, welches damit belastet werden sollte, unter den Lebenden

vorbehalten, oder durch eine in soweit gerichtlich bestätigte letztwillige Verfügung dem Grundstücke auferlegt worden war. E.P.O. ad Tit. 39. §. 11. S. 217., Rescr. v. 28. Febr. 1726. C.A. C.I. T.I. S. 275., No. 1. 2. 3. d. Bek. d. O.A.Ger. v. 2. Oct. 1839. G.S. S. 277. Nach dem G. v. 6. Nov. 1843. erlangt der A., worunter alle u. jede A.sgebührnisse u. A.sleistungen, z. B. auch freie Herberge, Pflege in Krankheitsfällen u. dergl. zu verstehen, jene Eigenschaft mit der bemerkten Wirkung lediglich durch Eintragung in das Grund- u. Hypothekenbuch. §. 3. 6. 106. d. ang. G., G.S. v. 1843. S. 189. 190. 210., V. v. 15. Febr. 1844. §. 18. 20. G.S. S. 41. Letztre zu verlangen ist jeder berechtigt, dem in der angegebenen Weise ein A. bestellt wurde. §. 41. 45. d. G. v. 6. Nov. 1843. G.S. S. 199. Appellationen gegen die Eintragung haben keine Suspensivkraft, die Löschung kann nur im Rechtswege gesucht werden. §. 42. ib. Ueber die Art des Eintrags s. ib. §§. 48. 49. S. 200., 179. S. 222., 226. 227. ib. S. 229. **6)** Unter Veräußerung unter den Lebenden ist jede Verfügung, wodurch das Eigenthum an einen Andern übertragen wird, es mag solches durch Kauf, Tausch, Schenkung, Ueberlassung an Zahlungsstatt, od. in einer sonst zulässigen Form geschehen, zu verstehen. Es kann hierbei der A. sowohl für den bisherigen Eigenthümer, als für eine dritte Person bestellt werden. Ang. Bek. No. 1. S. 278. **7)** Durch eine letztwillige Verfügung kann kein Grundstück mit einem A. der unter 5. bezeichneten Art belegt werden, welches sich zur Zeit des Todes des A.sstifters nicht in dessen Eigenthume befindet. ib. No. 4., u. vergl. das G. v. 6. Nov. 1843. §. 41. G.S. S. 199. **8)** Ist ein A. auf dem Wege eines Vertrags oder einer letztwilligen Verfügung richtig bestellt, später jedoch zwischen den Interessenten eine Vereinigung wegen einer Abänderung in Beziehung auf einzelne A.sgegenstände getroffen worden, so bedarf zwar eine solche zu ihrer Giltigkeit unter den Contrahenten keiner gerichtlichen Bestätigung, auf die Eigenschaft und Wirkungen einer dinglichen Last hat aber nur der ursprünglich bestellte A. Anspruch. Ang. Bek. No. 5. S. 278. **9)** Die Bestellung eines A. ist hinsichtlich der Gegenstände weder auf die Erzeugnisse des belasteten Grundstücks, noch überhaupt auf Naturallieferungen oder Leistungen, noch auf das nothwendige Bedürfniß des A.sempfängers beschränkt. Der A. kann auch ganz in baarem Gelde bedungen werden, und die in andern Ländern zum Theil in Gebrauch befindlichen Grundsätze des Colonatrechts leiden auf denselben keine Anwendung. No. 6. ib. **10)** Ein A. kann auch bei andern als bäuerlichen Grundstücken Statt finden. No. 7. ib. **11)** Ist für zwei Ehegatten, welche dann bis zum Tode des Einen derselben in unzertrennter Ehe gelebt haben, zusammen ein A. auf deren Lebenszeit, durch einen Contract oder durch eine letztwillige Verfügung vorbehalten worden, so behält der überlebende Theil von den theilbaren Gegenständen u. Leistungen, wozu auch der Nießbrauch eines Grundstücks nebst den dazu etwa versprochenen Leistungen zu rechnen, die Hälfte, von den untheilbaren hingegen, wozu unter andern eine A.swohnung gehörig, das Ganze. Dabei behält jedoch der überlebende Ehegatte das Ganze der an sich theilbaren Gegenstände, wenn dieselben zur Erhaltung oder Benutzung einer, dem Ueberlebenden ganz verbleibenden Sache bestimmt sind, z. B. das Futter für eine A.skuh, das zur Heizung der A.sstube ausgemachte Holz. No. 8. ib. S. 279. **12)** Ein, nach Bestellung eines A., statt eines frühern, eintretender anderweiter Ehegatte der A.sperson hat ohne ausdrücklich auf ihn gerichtete Uebereinkunft keinen Anspruch auf einige A.svortheile; weder bei Lebzeiten des A.sberechtigten Ehegatten, noch nach dessen Ableben. Als eine Uebereinkunft zu Gunsten eines dergleichen anderweiten Ehegatten ist es noch nicht anzunehmen, wenn die Person, welche den A. bedungen, denselben nur im Allgemeinen für sich und seinen Ehegatten vorbehalten hat. No. 9. ib. **13)** Den bei Abschließung des A.svertrags bereits mit der A.sperson verbundenen Ehegatten kann die Erstere,

so lange ihr Recht dauert, auch ohne daß deshalb etwas ausbedungen worden, mit in die A.swohnung aufnehmen, wenn ihr auch selbst nur ein Mitbewohnungsrecht (Herberge), in der Wohnung des A.spflichtigen vorbehalten worden sein sollte. No. 10. ib. **14)** Ist eine eigne, wenigstens in Beziehung auf Wohnstube und Schlafbehältniß, auch Heizung und Raum zum Kochen, von den Behältnissen des A.strägers getrennte A.swohnung, diese befinde sich übrigens unter demselben Dache mit dem Letztern, oder in einem abgesonderten Hause, vorbehalten worden, so darf die berechtigte Person auf die Dauer ihres Rechts auch ihren Ehegatten, den sie erst nachher geheirathet hat, in die A.swohnung aufnehmen. Steht jedoch der A.sberechtigten Person selbst nur eine Herberge, das heißt Mitbewohnung und Mitbenutzung der dem Verpflichteten zur Wohnung dienenden Räume, zu, so ist die Erstere in keiner Weise berechtigt, in die nur für dieselbe bedungene Herberge eine, erst nach Abschließung des A.vertrags, geehel. Person mitzubringen. No. 11. ib. **15)** Wenn Jemand bei Veräußerung seines Grundstücks einen A. zugleich für seinen Ehegatten vorbehalten hat, so ist nicht anzunehmen, daß er sich des Rechts, über die bis zu seinem Tode fällig werdenden, dem Andern ausbedungenen A.sleistungen unter den Lebenden und auf den Todesfall zu verfügen, begeben habe. Er darf daher auch über die gedachten A.sleistungen allein quittiren. Wenn eine Ehefrau die A.sbestellerin war, so begründen die ehemännlichen Rechte der Vermögensverwaltung u. des Nießbrauchs eine Ausnahme. Ueber das Recht des andern Ehegatten selbst aber darf der Vorbehaltende, ohne Zustimmung des Andern, nicht disponiren, wenn dieser den für ihn geschehenen Vorbehalt ausdrücklich oder stillschweigend acceptirt hat. No. 12. ib. **16)** Bei einer Annullation oder gänzlichen Scheidung der Ehe, od. beständigen Scheidung vom Tisch und Bette fällt, von Rechtskraft des die Trennung aussprechenden Erkenntnisses an, das dem getrennten Ehegatten vorbehaltene Recht weg. Hierdurch wird jedoch an der Verbindlichkeit des A.spflichtigen nichts geändert; dieser ist vielmehr schuldig, so lange der getrennte Ehegatte lebt, den A., welcher demselben gebührt hätte, dem A.sbesteller oder dessen Erben, (nicht aber auch dem etwanigen spätern Ehegatten desselben als solchem) zu leisten. ib. **17)** Ein A., welchen eine Ehefrau dem Ehemanne, bei Eingehung der Ehe oder während derselben, einbringt, hat nicht die rechtliche Natur der Nutzungen, sondern die des Capitalvermögens, und ist als solches von dem Ehemanne oder dessen Erben zu vertreten. No. 13. ib. S. 280. **18)** Die Aufnahme der Kinder in die A.swohnung betr., so ist die A.sperson a) wenn derselben eine in der oben unter 14. bemerkten Maße abgesonderte A.swohnung zusteht, ihre eignen Kinder, auch die aus einer erst nach Abschluß des A.scontracts geschlossenen Ehe, sowie die etwa zugebrachten Kinder ihres Ehegatten, und zwar alle diese Kinder, so lange dieselben sich nicht durch Verehelichung oder durch Anstellung einer eignen Wirthschaft von ihr getrennt haben, in ihre gedachte A.swohnung aufzunehmen und darin, so lange ihr eignes Recht dauert, zu behalten berechtigt; b) wenn jedoch der A.sperson nur die Mitbewohnung oder Herberge ausbedungen worden, so kommt derselben dieses Recht hinsichtlich der aus einer, nach Abschluß des A.scontracts geschlossenen Ehe erzeugten, sowie der bei solcher Ehe etwa von dem andern Ehegatten zugebrachten Kinder, nicht zu. No. 14. ib. **19)** Ist die A.sperson weiblichen Geschlechts, so tritt hinsichtlich ihrer etwanigen unehelichen Kinder, deren Recht zur Aufnahme der Letztern in die A.swohnung, ohne Unterschied, ob diese in einer abgesonderten oder bloßen Mitbewohnung besteht, und ob das Kind vor oder nach Abschluß des A.scontracts geboren ist, in derselben Maße, wie unter 18. a. ein. No. 15. ib. **20)** Einer A.sperson männlichen Geschlechts steht die Aufnahme ihres unehelichen Kindes in die A.swohnung überhaupt, gegen den Willen des A.strägers, nicht frei, ib. **21)** Zur nöthigen Wartung u. Pflege

kann eine Person, welcher eine abgesonderte A.swohnung vorbehalten ist, in solche eine dazu geeignete Person aufnehmen. Wenn der A.sperson nur die Mitbewohnung zusteht, ist der A.sträger zwar ebenfalls verbunden, die nothwendige Herbeiziehung dritter Personen zur Pflege des A.szugsberechtigten, soweit durch ihn, den Verpflichteten selbst, oder durch die Seinigen dieser Pflege nicht etwa Genüge gethan wird oder werden kann, zuzulassen und zu dulden, es ist jedoch, bei eintretenden Irrungen deshalb, die Modalität durch Ermessen des Richters, welcher darauf zu sehen hat, daß die Forderungen des Auszüglers nicht in eine unangemessene Beschwerung des Verpflichteten ausarten, festzustellen. No. 16. ib. **22)** Wird ein Gebäude, worin dem Auszügler die Mitwohnung oder alleinige Wohnung zusteht, durch einen Unglücksfall, z. B. durch Brand, vernichtet, so tritt nach dessen Wiederherstellung das Wohnungsrecht des Auszüglers in der vorher bestandenen Art wieder ein. Er kann auch von dem Verpflichteten verlangen, daß dieser das Gebäude zur Gewährung der A.swohnung herstelle, ingleichen daß ihm derselbe, wenn dem Letztern eine eigne Wohnung auf dem verpflichteten Grundstücke übrig geblieben ist, dafern es die Umstände gestatten, den Aufenthalt darin in der Zwischenzeit mit einräume. Zur Bezahlung eines Miethzinses ist der A.spflichtige nur verbunden, soweit ihm eine Verzögerung der Wiederherstellung zur Last fällt. No. 17. ib. S. 281. **23)** Unverträglichkeit zwischen den zur Wohnung berechtigten Personen und dem A.sträger kann für keine der Parteien ein Recht begründen, ohne Zustimmung des andern Theils auf Verwandlung des als A. bedungenen Wohnungsrechts in eine Geldvergütung anzutragen. No. 18. ib. **24)** Die zur Wohnung berechtigte A.sperson ist ohne Unterschied, ob sonst im Orte ein derselben zugängliches Röhr- oder Brunnenwasser vorhanden oder nicht, zum Mitgenusse und Gebrauche des in dem, mit dem A. belegten Gute vorhandenen Röhr- nnd Brunnenwassers, obwohl nur nach dem für sie und die bei ihr sich aufhaltenden Angehörigen nebst etwaigem A.sviehe, ohne Verwendung zu fremdartigen Zwecken, sich ergebenden Bedürfnisse, befugt. No. 19. ib. **25)** Der A. beginnt, wenn er auf einem Contracte beruht, mit der Uebergabe des pflichtigen Grundstücks, oder wenn er durch einen letzten Willen bestellt wird, mit Ablauf des 30sten Tages nach des Bestellers Tode. Er endigt sich mit dem 30sten Tage nach dem Tode des zum A. Berechtigten. No. 20. ib. **26)** Sind dem Auszügler Gegenstände zur unmittelbaren Benutzung überlassen, z. B. Wohnung, einzelne Grundstücken oder bewegliche Inventarienstücken, so kommen in Ansehung der Nutzungen des ersten u. letzten Jahres die Grundsätze des, über den Anfang und das Ende des Nießbrauchs in hiesigen Landen geltenden Rechts zur Anwendung. No. 21. ib. **27)** Anlangend die Verfallzeit hinsichtlich solcher A.sleistungen, welche in jährlicher Ablieferung von Naturalien bestehen, so ist bei Erzeugnissen des verpflichteten Grundstücks, die zu gewissen Jahreszeiten gewonnen werden, als Feld- und Gartenfrüchte, Heu, Grummet, Weintrauben u. s. w., der zum A. berechtigten Person von dem A.sträger die bedungene Quantität alsdann zu liefern, wenn von jeder Art die ausbedungenen Früchte auf dem verpflichteten Grundstücke oder in deren Ermangelung, in derselben Flur oder endlich in der nächsten Umgegend geerndtet, und die etwa vor der Verabreichung daran noch nöthigen Arbeiten verrichtet worden sind. No. 22. ib. **28)** Solche Früchte, die nach deren Einbringung ohne Weiteres an den Auszügler abgegeben werden können, z. B. Erdäpfel, Rüben, Möhren, grünes Obst u. dergl., sind demselben sogleich nach dieser Einbringung, diejenigen aber, welche zuvor noch durch eine besondre Vorrichtung zum Gebrauche tauglich gemacht oder in den bedungenen Zustand versetzt werden müssen, z. B. das gedroschene Getreide, das gebackene Obst, der Most, erst nach Vollendung der deshalb erforderlichen Arbeiten, zu verabreichen. ib. S. 282. **29)** Die Einbringung aller Fruchtarten, sowie die Beendigung der,

vor deren Verabreichung noch etwa erforderlichen Vorrichtungen, ist als bis zu Weihnachten, den 25. Dec. jeden Jahres erfolgt, zu präsumiren. Der A.sberechtigte kann daher von diesem Tage an die rückständigen Leistungen der gedachten Art einklagen und Verzugszinsen, oder ein Aufmaß fordern. Will aber der Auszügler sofort nach der Einbringung oder nöthigen Vorbereitung klagen, und Verzugszinsen oder ein Aufmaß verlangen, so muß er die specielle Zeit der gedachten Handlungen anführen. Darüber kann er übrigens, auch im Executivprocesse, den Eid antragen. ib. **30)** Bei den unter 27—29. erwähnten Leistungen ist anzunehmen, daß der Auszügler dieselben auch im ersten Jahre ganz erhalte, wenn der A. vor der angegebenen Verfallzeit beginnt. Wegen des letzten Jahres erhalten die Erben nur dasjenige, dessen Verfallzeit vor dem Tode des Auszüglers, oder während der nächsten 30 Tage eingetreten ist. No. 23. ib. S. 292. **31)** Von solchen Producten der Landwirthschaft, welche nicht lediglich zu gewissen Zeiten des Jahres erzeugt werden, sondern stets gewährt werden können, als: Milch, Butter, Käse, Eier u. dergl., ist die A.sperson befugt und verbunden, das ihr auf das ganze Jahr oder einen gewissen Abschnitt desselben ausgesetzte Quantum in verhältnißmäßigen Raten zu fordern und anzunehmen. Nach der besondern Beschaffenheit des Products gebührt derselben z. B. die ausgesetzte Milch täglich, die Butter wöchentlich, und zwar Milch und Butter von der zuletzt gewonnenen. No. 24. ib. **32)** Alle übrigen Naturalien, ingleichen die als A. bedungenen jährlichen Geldzahlungen, sind mit Ablauf des vom Beginnen des A. an zu rechnenden Jahres für fällig zu achten, wenn nicht der besondere Zweck des zu liefernden Gegenstandes, z. B. in Ansehung des Brennholzes, welches jedes Mal zu Michaelis gefordert werden kann, eine Ausnahme begründet. No. 25. ib. **33)** Wird bei Vorbehalt des A. der Grundstücksbesitzer zu gewissen Handlungen verpflichtet, es mögen dieselben in einer bloßen Verrichtung bestehen, z. B. in Bearbeitung eines Stückes Feld, Backen des A.sgetreides, Waschen der Wäsche u. s. w., oder zugleich mit Verabreichung eines Gegenstandes verbunden sein, z. B. Beköstigung des Auszüglers, Besäung des A.sfeldes mit dazu zu gebendem Saamen, so bestimmt sich der Zeitpunct, wenn die Leistung gefordert werden kann, in jedem einzelnen Falle nach derjenigen Zeit, zu welcher der Besitzer des verpflichteten Grundstücks in seiner eignen Wirthschaft Verrichtungen gleicher Art vorzunehmen pflegt, oder wenn dieses überhaupt nicht der Fall sein sollte, nach dem wirthschaftlichen Ermessen der Ortsgerichtspersonen. No. 26. ib. S. 283. **34)** Wenn die berechtigte Person in dem mit dem A. beschwerten Grundstücke oder in einem dabei befindlichen A.shause wohnt, wovon das Gegentheil, wenn ein Auszügler sich die Wohnung vorbehalten hat, nicht zu präsumiren ist, so bedarf es nach Eintritt der Verfallzeit nicht erst einer besondern Mahnung des Verpflichteten, sondern dieser hat von selbst die fällige Natural- oder Geldabgabe dem Auszügler zuzustellen u. die fällige Leistung zu verrichten; in soweit nicht letzteres etwa noch von einer eignen Handlung des Auszüglers abhängt, z. B. das Besäen des A.sfeldes, wenn der Berechtigte den Saamen dazu selbst zu geben hat. No. 27. ib. **35)** Hält sich die A.sperson außerhalb des Grundstücks auf, von welchem sie den A. zu beziehen hat, so ist der Besitzer dieses Grundstücks, wenn nicht etwas Andres bedungen ist, keineswegs verbunden, den Gegenstand der Leistung der berechtigten Person in deren Wohnung, diese mag in demselben oder in einem andern Orte sein, zu liefern, oder die in Handlungen bestehenden Leistungen, z. B. die Holz- und Mehlfuhren, das Brodbacken, das Holzmachen u. dergl., in oder nach der andern Wohnung zu bewerkstelligen. Um in einem solchen Falle den A.spflichtigen in Verzug zu setzen, muß sich der Berechtigte zur gehörigen Zeit in Person oder durch einen gegen den Verpflichteten schriftlich od. mündlich legitimirten Beauftragten, in dem belasteten Grundstücke melden, um das ihm Gebührende in

Empfang zu nehmen. No. 28. ib. **36)** Hinsichtlich der Früchte, deren Lieferungszeit sich nach der Erndte, dem Ausdrusche u. s. w. richtet, hat aber der A.sträger dem außerhalb des verpflichteten Grundstücks, jedoch in derselben Ortschaft wohnenden Auszügler, oder wenn sich selbiger anderswo aufhält, dem dießfalls vom Letztern an dem Orte, wo das Grundstück liegt, schriftlich od. mündlich zu bestellenden und dem Verpflichteten zur erforderlichen Zeit bekannt zu machenden Bevollmächtigten, anzuzeigen, zu welcher Zeit die Einerndtung, der Ausdrusch u. s. w. erfolge oder bevorstehe. ib. **37)** Unterläßt in den unter 35. 36. bemerkten Fällen die A.sberechtigte Person zur gehörigen Zeit den Gegenstand abzuholen oder abholen zu lassen, so geräth der Verpflichtete nicht nur nicht in Verzug, sondern es steht ihm auch, wenn er späterhin wegen der Leistungen in Anspruch genommen wird, frei: entweder a) statt der zu liefernden Sache selbst, den Werth, den sie zur Verfallzeit hatte, und welcher nöthigen Falls nach dem Ermessen der Ortsgerichtspersonen zu bestimmen ist, in baarem Gelde zu bezahlen, oder b) die Sache, wenn er sie aufbewahrt hat, und solche nicht inmittelst bis zur gänzlichen Unbrauchbarkeit verdorben ist, wogegen eine besondere Fürsorge zu gebrauchen ihm nicht angesonnen werden kann, in demjenigen Zustande, in welchem sie zu der spätern Zeit, wo sie der Auszügler verlangt, sich befindet, zu übergeben. Dem Verpflichteten bleiben dabei die rechtlichen Anträge zur Beendigung der längern Aufbewahrung, sowie seine Ansprüche wegen der ihm durch Letztere etwa verursachten Schäden, unbenommen. No. 29. ib. S. 284. **38)** In den Fällen, wo es lediglich in die Willkür der A.sperson gestellt worden, zu welcher Zeit dieselbe eine gewisse Leistung von dem A.sträger fordern wolle, tritt auf Seiten des Letztern ein Verzug nicht eher ein, als bis der A.sberechtigte, daß er die Leistung verlange, erklärt, auch eintretenden Falls das etwa dabei zuvörderst von ihm selbst zu Leistende, z. B. die Darreichung des Saamens zur Besäung eines Feldstücks, bewirkt hat. No. 30. ib. **39)** Ist der A.sberechtigten Person die Wahl gelassen, zu einer gewissen Zeit entweder die Sache oder den Geldwerth, dieser mag bestimmt sein oder nicht, zu fordern, so geht das Wahlrecht auf den A.spflichtigen über, wenn die berechtigte Person nicht zur gehörigen Zeit sich über die Wahl gegen ihn erklärt hat. Wenn die Sache nicht zu jeder Zeit im Gute vorhanden ist, sondern zum Behufe der Abgabe von dem A.spflichtigen erst angeschafft oder in den erforderlichen Stand gesetzt werden muß, so hat der Auszügler sich über die ihm gelassene Wahl jedesmal so lange vor dem bestimmten Ablieferungstermine zu erklären, als im streitigen Falle nach Ermessen der Ortsgerichtspersonen erforderlich ist, um bis zu diesem Zeitpuncte die Sache, ohne besondern Nachtheil des A.spflichtigen, herbeizuschaffen od. in Stand zu setzen. No. 31. ib. **40)** Ist der A.spflichtige wegen einer Naturallieferung wirklich in Verzug gerathen, so steht es in der Willkür der berechtigten Person, ob sie die im Rückstande gebliebenen Gegenstände in Natur, oder nach dem durch die Ortsgerichtspersonen zu ermessenden Werthe, welchen sie zur Verfallzeit hatten, nebst den Verzugszinsen, fordern will. Verlangt sie das Erstere, so kann sie als Ersatz des durch die Zögerung entstandenen Schadens, das sogenannte Aufmaß nur von dem Getreide und andern trocknen Früchten fordern. No. 32. ib. **41)** Die Verzugszinsen sind in der Regel von dem Zeitpuncte des in Ansehung jeder einzelnen Leistung eingetretenen Verzugs an zu berechnen, jedoch hiervon alsdann eine Ausnahme zu machen, wenn einzelne Leistungen von ganz geringem Werthe, z. B. täglich eine Kanne Milch, in so kurzen Zwischenräumen verfallen sind, daß die Berechnung der Verzugszinsen von jedes Termins Verfallzeit an unverhältnißmäßige Schwierigkeiten oder Kosten verursachen würde. In solchen Fällen hat das richterliche Ermessen den Anfang der Verzugszinsen nach größern Zeitabschnitten zu bestimmen. No. 33. ib. S. 285. **42)** A.srückstände hat derjenige, welcher ein auszugspflichtiges Grundstück auf dem Wege der nothwendigen Ver-

steigerung erlangt, auf die Zeit vor seiner Erwerbung nicht zu gewähren, No. 34. ib., G. v. 6. Nov. 1843. §. 106. G.S. S. 210.; dagegen ist Jeder, welcher ein solches Grundstück auf andre Art (auch als successor singularis) erwirbt, zur Vertretung der A.sreste verbunden. No. 34. der ang. Bek. S. 285., übrigens ist der Grundstücksbesitzer wegen der während seines Besitzes fällig werdenden A.sleistungen dem Berechtigten stets auch persönlich verbunden, und die persönliche Verbindlichkeit des ursprünglichen Schuldners reicht nicht über die während seiner eignen Besitzzeit fällig gewordenen A.sleistungen hinaus. Ang. G. §. 91. S. 207. **43)** Das Recht auf bereits fällige Naturallieferungen u. Zahlungen kann die A.sberechtigte Person, wenn hierdurch die Verhältnisse des Verpflichteten in keiner Rücksicht beschwerlicher gemacht werden, an Andre abtreten. Dagegen ist in Ansehung anderer, in Handlungen von Seiten des Verpflichteten bestehender, bereits betagter Leistungen nur nach Ermessen des Richters, in einzelnen vorkommenden Fällen, in welchen weder in Beziehung auf die Persönlichkeiten, noch sonst in einem Betracht eine, für den Verpflichteten beschwerende Veränderung angenommen werden kann, eine Cession des Forderungsrechts zulässig. No. 35. der ang. Bek. S. 285. **44)** Hinsichtlich der Cession der Ansprüche auf einzelne künftige A.sgebührnisse, sowie in Ansehung der bereits gefälligen A.sleistungen gilt in der Hauptsache der leitende Grundsatz, daß solche Ansprüche gleich andern Rechten, im Eigenthume der berechtigten Person begriffen, und daher in der Regel der Gebahrung der letztern über solche unterworfen sind, daß jedoch eine solche Gebahrung durch Cession nur in soweit für zulässig sich darstellt, als dadurch nicht der ausdrücklich ausgesprochnen, oder präsumtiven Willensmeinung der Contrahenten entgegengehandelt, und namentlich das auf Contract beruhende Verhältniß des Verpflichteten auf irgend eine Art erschwert wird. No. 36. ib. **45)** In der Regel sind daher künftige Zahlungen und Lieferungen bestimmter Quantitäten von Geld und Naturalien der Cession (deren Wirkung jedoch in Hinsicht der Zeit nicht über die Dauer des Rechts des Cedenten selbst reichen kann), unterworfen; dasselbe ist hingegen von solchen Leistungen nicht anzunehmen, welche unmittelbar auf die Persönlichkeit des Auszüglers, oder des Verpflichteten Bezug haben. Zu Leistungen der letztern Art gehören unter andern namentlich nicht nur das bloße Mitbewohnungsrecht, sondern auch selbst der Anspruch auf eine vorbehaltene besondere A.swohnung, deren Vermiethung daher dem A.sberechtigten nicht freisteht. Auch die Beköstigung des Auszüglers an dem eignen Tische des Verpflichteten ist der Cession nicht fähig, in soweit nicht etwa dem Auszügler dafür zugleich die Wahl der Lieferung gewisser Naturalien oder Geldes zugestanden worden ist. ib. **46)** Dagegen ist in Ansehung des Rechts, die Anfuhre einer gewissen Quantität Holz an einen bestimmten Ort, oder die Bestellung eines gewissen Stücks A.sfeldes zu verlangen, eine Cession alsdann für zulässig zu achten, wenn solche Leistungen nach und auf keinen andern als den bedungenen Ort, sowie sonst unter keinen, für den Verpflichteten beschwerenden Umständen, gefordert werden. In zweifelhaften Fällen tritt über die Frage der mehrern Belastung des Verpflichteten, auch hinsichtlich der persönlichen Beziehungen auf den A.sempfänger, das richterliche Ermessen ein. Die Cession des ganzen A., im Verhältnisse zu dem A.spflichtigen ist ebenfalls nur in Hinsicht auf diejenigen Gebührnisse und unter denjenigen Voraussetzungen zulässig, welche nach den vorher bemerkten Grundsätzen an sich die Cession in Ansehung einzelner A.sforderungen gestatten. ib. S. 286. **47)** Was nach dem G. v. 6. Nov. 1843. §. 117—119. von der Cession an den Besitzer des Grundstücks oder der Vereinigung des Gläubigers und Schuldners in Einer Person gilt, leidet auf das Recht des A. keine Anwendung. §. 121. ib. G.S. v. 1843. S. 212. **48)** Sowohl die bereits betagten A.sgebührnisse, als der Anspruch auf künftige können, als im Eigenthume der A.sberech-

tigten Person begriffen, Gegenstand der Hilfsvollstreckung werden, soweit dabei nicht persönliche Leistungen in Frage kommen, hinsichtlich deren eine solche Hilfsvollstreckung entweder überhaupt nach der Natur der Sache, oder wenigstens ohne Benachtheiligung des A.sflichtigen, nicht anwendbar ist. Auf das, auch selbst nothwendige, Bedürfniß des A.sberechtigten ist bei der beregten Hilfsvollstreckung keine weitere Rücksicht zu nehmen, als in soweit demselben aus andern Gründen, als weil er Auszügler ist, die Rechtswohlthat der Competenz zu statten kommen sollte. Bek. des O.A.G. v. 2. Oct. 1839. No. 37. G.S. S. 286. **49)** Bei Abtrennungen von dem mit einem A. beschwerten Grundstücke blieben bisher die Trennstücke für die Sicherheit des A., in sofern der Auszügler hierauf nicht besonders verzichtete, verhaftet. Gen. v. 4. Mai 1784. C.A. C. II. T. II. S. 980., angez. Bek. No. 38. S. 286. Der Auszügler brauchte sich aber wegen Gewährung seiner Gebührnisse selbst an die Besitzer der Trennstücke nicht verweisen zu lassen, sondern war den ganzen A. ungetheilt aus dem verbleibenden Stammgute zu fordern befugt. Dagegen war der Auszügler nicht berechtigt, eine Abtrennung lediglich aus Eigensinn und ohne daß für ihn ein Nachtheil entstand, zu verhindern. Behauptete daher der Auszügler, daß ihm ein Nachtheil drohe, so war dieser Einwand vor Genehmigung der Dismembration in gesetzlicher Weise zu erörtern und zu entscheiden, und dabei insbesondere auch darauf zu sehen: ob bei dem verbleibenden Umfange des Stammguts, nach Wahrscheinlichkeit und ökonomischen Grundsätzen, bei mittelmäßigen Jahren mit Zuversicht zu erwarten stehe, daß der A. auch ferner vollständig und rechtzeitig aus dem Stammgute entrichtet werden könne. Angez. Bekanntm. No. 38. S. 286. **50)** Nach dem G. v. 6. Nov. 1843. §. 57. 58. G.S. S. 201. 202. kann der Unterrichter die Einwilligung des Auszüglers suppliren, und dessen Widerspruch wird nicht beachtet. Wird der A. aber auf das Trennstück mit eingetragen, so hat der Auszügler nur ein subsidiäres Recht gegen den Trennstücksbesitzer. **51)** In Fällen, wo überhaupt die Verbindlichkeit des Erwerbers eines Grundstücks zur Entrichtung einer Lehnwaare von dem Kauf- oder Annehmepreise begründet, ist diese Verbindlichkeit, dafern nicht der Erwerber eine auf besondern Rechstiteln beruhende Befreiung nachzuweisen vermag, auch auf den Werth des auf dem Grundstücke haftenden, einen Theil des Kauf- oder Annehmepreises bildenden, A. zu erstrecken. a) Die Berechnung des Werthes des A. erfolgt so, daß zuvörderst der Werth der A.sleistungen auf ein einzelnes Jahr ermittelt, alsdann aber der sich dabei ergebende Betrag an Gelde mit der Zahl der Jahre, welche der A.sberechtigte, nach gesetzlich angenommener Vermuthung, noch zu leben haben möchte, multiplicirt, jedoch dabei wiederum durch Abrechnung des nach Maßgabe der nach und nach eintretenden Berichtigungstermine zu berechnenden Interusuriums, auf den wahren, zur Zeit der Veränderung des Eigenthums anzunehmenden Capitalbetrag zurückgeführt wird. b) Die Ermittelung des Werthes der A.sleistungen auf ein einzelnes Jahr ist durch 3 der Wirthschaft und der Gegend kundige, zu vereidende Personen, so zu bewerkstelligen, daß diese Sachverständigen so weit anwendbar nach einem, aus einem von der Zeit des in Frage stehenden Contracts an zurückzurechnenden 6jährigen Durchschnitte der in d. nächsten Marktstadt bestandenen Preise zu ziehenden Gemeinjahre, die Taxe zu bilden haben. c) Die Anzahl der Jahre, welche die in Frage begriffene A.sperson, nach gesetzlich ausgesprochener Vermuthung von dem Beginnen des A. an noch zu leben haben möchte, ist nach der in der L. 68. D. ad leg. Falcid. (XXXV. 2.) enthaltenen Ulpianischen Meinung anzunehmen. d) Die Berechnung des Interusuriums hinsichtlich der jährlich eintretenden Leistungen endlich ist in der Art zu bewerkstelligen, daß dadurch zu ermitteln: wie groß der Capitalbetrag wegen einer erst künftig gefälligen Leistung zu der Zeit, wenn das Lehngeld zahlbar ist, sein müsse, um mit Hinzurechnung der landüblichen Zinsen von gleichbemerk-

ter Zeit an bis zu dem bedungenen eigentlichen Berichtigungstermine, bei Eintritt des letztern selbst zusammen gerade diejenige Summe zu bilden, welche nach der vorzunehmenden Würderung als Werth der ganzen zu dem bemerkten Termine gefälligen Leistung zu betrachten ist. Bek. d. O.A.G. v. 2. Oct. 1839. No. 39. G.S. S. 287., Rescr. v. 30. Jan. 1794. C.A. C.II. T.I. S. 511. **52)** Ein A. in einem Kaufe oder sonstigen Veräußerungsvertrage schließt an sich, und wenn nicht andere dazu geeignete Gründe eintreten, den wirksamen Gebrauch der Klage oder Ausflucht wegen einer Verletzung über die Hälfte nicht aus. Die Berechnung des Werthes des A. geschieht nach den unter 51. aufgestellten Grundsätzen. Ang. Bek. No. 40. S. 287. **53)** Hypothekarische Gläubiger, deren Recht dem A. im Alter vorgeht, sind zu verlangen berechtigt, daß bei Eintritt einer nothwendigen Versteigerung des mit dem A. behafteten Grundstücks diese in einer Weise bewerkstelligt werde, daß sie nicht Gefahr laufen, hierdurch an ihrer hypothekarischen Forderung Nachtheil zu erleiden. Der Richter ist in einem solchen Falle verpflichtet, die Versteigerung unter Annahme zweifacher Gebote, als einmal auf das Grundstück mit der Beschwerde des gedachten A., alsdann aber zugleich auch ohne diese Beschwerde zu bewerkstelligen, und die Bekanntmachung deshalb in dessen Gemäßheit einzurichten. Ergiebt sich bei dem Ausgebote mit der Last des A., daß der ältere hypothekarische Gläubiger durch die Ueberweisung dieses A. an den Ersteher nicht gefährdet wird, so erledigt sich das Widerspruchsrecht des Erstern, u. der Richter hat nun blos die Versteigerung mit dem A. fortzustellen. Ang. Bek. No. 41. G.S. S. 287., G. v. 6. Nov. 1843. §. 107. G.S. S. 210. **54)** War wegen eines A. noch besonders eine Hypothek vorbehalten, so konnte bisher der Auszügler im Concurse des Verpflichteten die A.rückstände in der Classe der mit vorbehaltener Hypothek versehenen unbezahlten Kaufgelder, und zwar auch auf längere Zeit als auf 5 Jahre, fordern. Es erlosch aber eine solche Hypothek durch die nothwendige Subhastation des Grundstücks und auf den Ersteher ging der A. nur wie eine gewöhnliche Reallast über. Ang. Bek. Nr. 42. G.S. v. 1839. S. 288. [E.P.O. ad Tit. 42. §. 8. S. 246., Gen. v. 3. Juli 1748. §. 4. C.A. C.I. T.I. S. 370.] Nach dem G. v. 6. Nov. 1843. §. 70. G.S. S. 204. beschränkt sich in Ansehung rückständ. A.sgebührnisse das dingliche Recht im Concurse, sowie außerhalb desselben bei Unzulänglichkeit des Grundstücks zu Befriedigung aller darauf eingetragenen Gläubiger auf die Rückstände der 3 letzten Jahre vor Eröffnung des Concurses oder resp. von der Subhastation, oder von erhobener Klage an. **55)** Der Vorzug des A. im Concurse und außerhalb desselben bestimmt sich nach d. G. v. 6. Nov. 1843. §. 92. G.S. S. 208. lediglich nach der Zeit und Reihenfolge des Eintrags im Grund- u. Hypothekenbuche. **56)** In der Erbfolge zwischen Ehegatten kann der dem einen Theile ausgesetzte A. nach Befinden eine Ausnahme von den für jene bestehenden allgemeinen Grundsätzen begründen. M. v. 31. Jan. 1829. §. 80. G.S. S. 51. **57)** Vergl. noch die Art.: Ablösung, Alter, Bauergüter, Concursgläubiger, Dismembration, Erbfolge, Executionsverf., Grund- u. Hyp..., Pfandrecht, Verjährung.

Auszuweisende. S. Ausweisung, Staatsverträge.

Authentisch. S. Urkunden.

Authentische Interpretation. S. Gesetze, Verfassung.

Autographum. S. Urkunden.

Autonomie. S. Armenbehörden, Gewohnheitsrecht, Localstatute.

Autor delicti, s. Urheber, Anstiftung.

Autoren. S. Presse, Staatsverträge, Verfasser.

Autorisation. S. Vollmacht, Legitimation, Rechte, Urkunden, Reiselegitimation, Auswanderung, Confirmation.

Autorität, öff. S. Aufford..., Landfried..., Widersetz..., Aufruhr, Ruhestörung, Bewaffn..., Mißbrauch, Behörden.

Autorschaft, s. Verfasser.

Aval, Avallum. S. Tratten, Wechselverbindlichkeit.

Avancement, s. Aufrücken.

Avanciren. S. Kosten, Post.

Avertissement. S. Bekannmachung, Anschläge, Presse.

Avisbrief. Aviso. S. Presse, Wechsel....

A vista. S. Tratten.

Avocation. 1) Bei der Abberufung der vor die Unterobrigkeiten ordentlicher Weise gehörigen Sachen sollen die höhern Collegia Discretion brauchen, und jene ohne erhebliche, und in den Rechten gegründete Ursachen, auch ohne vorhergehende Untersuchung, nicht anordnen. E.P.O. ad Tit. 1. §. 9. S. 14. Ueberhaupt darf kein Unterthan seinem ordentlichen Richter entzogen werden, außer in gesetzl. vorausbestimmten Fällen, V.U. v. 4. Sept. 1831. §. 48. G.S. S. 251. **2)** Es soll auch Niemand an seiner Gerichtsbarkeit zur Ungebühr beeinträchtigt werden. L.O. v. 1. Oct. 1855. Tit. daß Niemand 2c. C.A. T.I. S.48. **3)** S. Appellation, Commissarien, Commission, Justizministerium.

Avulsen. S. Dismembr., Trennstücke.

Avulsion. S. Gewässer.

Axe, s. Achse.

Azung. S. Atzungskosten.

B.

Baar. Ueber Zahlung als Baarzahlung geben Nachweise die Art.: Almosen, Cassenbillets, Creditpapiere, Armencasseneinnehmer, Ausländer, Auszug, Banknoten, Cession, Ehemänner, Gemeindeleistungen, Gemeinheitstheil., Gesinde, Spielen, Staatspapiere, Wechselcaution, Wiederkauf, Wucher, Geld, Zahlung, Landrentenb..., Ablösungsverf...

Bachstecher. Leute dieser Beschäftigung müssen überall bei den Handwerkern angenommen werden. M. v. 19. Oct. 1731. §. IV. C.A. C.I. T.I. S.577. u. L.C.W. T.I. S.595.

Backen. 1) Das B. zur eignen Consumtion ist dem Militair gestattet, Ordonn. v. 19. Juli 1828. 2. Th. §. 48. G.S. S. 161. **2)** Auf dem Lande ist das Schwarzbrodbacken, um's Lohn wie zum Verkauf, nach erlangter polizeilicher Genehmigung und wenn nicht örtliche Verbietungsrechte entgegenstehen, in der Regel Jedem erlaubt. G. v. 9. Oct. 1840. §. 6. G.S. S. 247. Das Weißbacken daselbst unterliegt den allgemeinen Bestimmungen für die Dorfhandwerker. ib. §. 7. f. **3)** S. auch: Arbeit, Auszug, Bäcker, Dorfhandel, Reallasten.

Backmühlen. S. Backen, Mühlburschen, Mühlen.

Backöfen. 1) Der Ein- und Ausbau von B. an Wohn- u. Wirthschaftsgebäuden auf dem Lande muß nach bestimmten Vorschriften erfolgen, welche die B. v. 11. März 1841. §. 11. G.S. S. 32. enthält. Vorher: M. v. 29. Juni 1686. C.A. T.I. S. 1681., B. v. 7. Febr. 1719. ib. S. 1886. u. L.C.W. T.I. S.845., D.F.O. v. 1775. Cap.I. §. 33. f. C.A. C.II. T.I. S.718., Lauf. M. v. 30. Juli 1689. C.A. T. III. S. 311., D.F.O. v. 1777. Cap. I. §. 33. L.C.W. T. III. S.360. u. C.A. C.II. T. III. S.119. **2)** Die Anlegung von Gemeinde-B. ist der Holzersparniß halber zu befördern. Ang. D.F.O. v. 1775. u. 1777. l. c., Gen. v. 16. Juli 1755. §. 17. C.A. C. I. T. I. S. 1526., Gen. v. 2. Aug. 1763. ib. S. 1531., Lauf. F.- u. H.-Pat. v. 25. Juli 1767. Cap. IV. §. 15. Cap. VI. §. 18. C.A. C. I. T. III. S. 167. f. u. L.C.W. T. III. S. 709. f. **3)** S. Flachs.

Bad, s. Scheintod.

Baden. S. Münzwesen, Staatsverträge, Paßkarten, Zollwesen.

Bader. S. Barbiere.

Badeschicht. S. Baugewerken.

Badestuben. S. Barbiere, Polizei.

Bäche. S. Gewässer, Concession.

Bäcker. 1) Ausländische B.waaren sollen bei Strafe der Confiscation in die Städte nicht eingebracht, und es darf damit v. Ausländern nicht hausirt werden. Circul. v. 17. April 1755. C.A. C.I. T.I. S. 821. **2)** In die dem Amtsmühlen-Zwange unterworfenen Orte soll Brod, Semmel, Kuchen und Mehl aus andern Orten nicht eingebracht werden, Mühlpachtcontr. v. 26. März 1765. §. 23. ib. S. 1545., Colditz. Mühl.O. v. 10. Juni 1766. §.71. ib. S.1580.

3) Zu Verhütung schnell einbrechender Theuerung sollen unter andern auch die B. stets verhältnißmäßige Vorräthe von Getreide u. Mehl haben. Gen. v. 10. Jan. 1792. C.A. C. II. T. I. S. 1034. Außerdem ist die uneingeschränkte Concurrenz u. Einbringung des Mehls und Brods zu gestatten. ib. **4)** Das Gewicht des Brods u. der Semmel soll jedesmal nach dem Getreideeinkaufe, doch nicht zu geschwind und nicht sogleich bei einiger Steigerung des Getreidepreises, regulirt, öffentlich angeschlagen, und Brod und Semmel durch verpflichtete Personen öfters unvermuthet nachgewogen werden. M. v. 31. Juli 1623. C.A. T. II. S. 790. Vergl. ferner die Pol.O. v. 23. April 1612. §. 16. C.A. T. I. S. 1475., die O. v. 24. Mai 1651. Tit. 8. ib. S. 1536., Lauf. Bef. v. 29. Dec. 1719. C.A. T. III. S. 509. u. L.C.W. T. II. S. 485. a., O.A.Pat. v. 3. Nov. 1740. ib. S. 510., Rescr. v. 30. Nov. 1778. C.A. C. II. T. III. S. 141. u. L.C.W. T. III. S. 153., Gen. v. 10. Jan. 1792. C.A. C. II. T. I. S. 1034., V. v. 30. Nov. 1840. §. 1. 2. G.S. S. 421., V. v. 22. Jan. 1842. §. 13. G.S. S. 53. In besondrer Beziehung auf Dresden: Rescr. v. 10. April 1765. C.A. C. I. T. I. S. 1558., v. 17. März. 1766. ib. S. 1559., v. 14. Sept. 1768. ib. S. 1590. und wegen Zulassung der Dorf-B. daselbst Pat. v. 24. April 1682. C.A. T. II. S. 742. **5)** Mit Feuer und Licht sollen die B. vorsichtig umgehen, V. v. 7. Febr. 1719. C.A. T. I. S. 1886., u. L.C.W. T. I. S. 844., D.F.O. v. 1775. Cap. I. §. 22. C.A. C. II. T. I. S. 716., Lauf. D.F.O. v. 1777. Cap. I. §. 22. L.C.W. T. III. S. 357. C. A. C. II. T. III. S. 117. **6)** Ueber die Befugnisse der B. bei Vermahlung des Getreides in den Mühlen vergl. die Mühl.-O. v. 18. März. 1613. C.A. T. II. S. 723. **7)** S. Backen, Jahrmarkt, Mühlen, Polizei.

Bäckergesellen. S. Mühlburschen.

Bäckerwaaren. S. Backen, Bäcker, Conditoreiwaaren, Hausiren, Jahrmarkt.

Bäder. S. Polizei.

Bälle. S. Tanz, Armencasse, Maskenbälle, Polizei.

Bänder. S. Landesfarben.

Bänkelsänger. S. Herumziehende, Gendarmen.

Bärenführer. 1) Bären- u. Affenführer, wenn sie auch mit Pässen versehen, sind dennoch sogleich über die Grenze zu weisen. Lauf. Rescr. v. 16. Aug. 1765. C.A. C. I. T. III. S. 392., Circ. v. 30. Mai 1766. C.A. C. I. T. I. S. 915., M. v. 11. April 1772. Cap. II. §. 3. C.A. C. II. T. I. S. 649., Lauf. Regul. v. 24. Jan. 1787. §. 2. L.C.W. T. IV. S. 410., Gend.Instr. v. 1820. §. 6. 11. G.S. S. 114. **2)** S. Gendarmen.

Bäume. 1) Auf möglichste Anpflanzung von B. (in Alleen, Baumschulen u. s. w.) sollen die Obrigkeiten hinwirken; es sollen bei den Städten und in Gemeinden überall, wo es die Oertlichkeit gestattet, namentlich auch als Feuerschutz, B. gesetzt werden. M. v. 10. Nov. 1700. C.A. T. II. S. 647., M. v. 11. Mai 1726. §. 5. 17. C.A. C. I. T. I. S. 526., M. v. 2. Aug. 1728. §. 5. L.C.W. T. II. S. 581., Gen. v. 2. Aug. 1763. §. 3. ib. S. 1536., Lauf. M. v. 14. Juli 1753. §. 16. C.A. C. I. T. III. S. 377., Lauf. F.- u. H.O. v. 25. Juli 1767. Cap. 5. 6. ib. S. 180. f. u. L.C.W. T. III. S. 710. f., V. v. 11. März 1841. §. 5. G.S. S. 30. **2)** An den Straßen sind ebenfalls B. zu pflanzen, M. v. 28. April 1781. Cap. I. §. 5. C.A. C. II. T. II. S. 674. C.A. C. II. T. III. S. 657. u. L.C.W. T. III. S. 213., aber nicht an Uferdämmen. M. v. 7. Aug. 1819. §. 13. 14. G.S. S. 211. 215. **3)** Das Anpflanzen von B. suchte das M. v. 11. Mai 1726. §. 16. C.A. C. I. T. I. S. 529., d. Bef. v. 4. Sept. 1726. ib. S. 213., M. v. 2. Aug. 1728. §. 18. f. L.C.W. T. II. S. 587., die Lauf. F.- u. H.O. v. 25. Juli 1767. Cap. 5. §. 4., Cap. 6. §. 21. f. C.A. C. I. T. III. S. 180. f. u. L.C.W. T. III. S. 710. f., das erbl. Rescr. v. 19. Nov. 1764. u. der Bef. v. 23. Nov. 1772. C.A. C. II. T. I. S. 181. 187. namentlich auch dadurch zu befördern, daß es den Bauern beim Erkaufe ihrer Güter und bei ihrer Verheirathung zur Pflicht gemacht wurde. **4)** S. Alleen, Beschäd..., Dachung, Forst..., Dämme, Baumfrevel, Bund..., Geistliche, Raupen, Straßen.

Bagatellsachen. S. Geringfügige Rechtssachen.

Bahn. S. Schnee, Eisenbahn, Eisbahnen.

Bahnhöfe. S. Eisenbahnen, Diebstahl.

Bahnhofs-Inspectoren. S. Eisenbahnen.

Baiern. S. Telegraphen, Staatsverträge, Paßkarten, Münzwesen, Vollstreckung.

Baireuth. S. Staatsverträge, I.

Bairische, militairpflichtige, Unterthanen. Diese dürfen, ohne Erlaubnißscheine der B. Behörden, in Sachsen nicht getraut werden, Rescr. v. 26. Juli 1813. C.A. C. III. T. I. S. 181. B. Unterthanen sollen in Sachsen überhaupt nicht eher aufgeboten u. getraut werden, bis sie, außer dem kirchlichen Zeugnisse des betreffenden ausländischen Geistlichen, ein Zeugniß der Civilbehörde des Bräutigams, daß von ihr die Verehelichung mit der namhaft zu machenden Braut genehmigt werde und ihr nach Bair. Gesetzen ein Hinderniß nicht entgegenstehe, beigebracht haben. V. v. 3. Jan. 1842. G.S. S. 3. Dieses Zeugniß hat vor dem Aufgebote u. der Trauung die weltliche Behörde des Trauungsortes erst zu prüfen, in den Fällen des M. v. 10. Oct. 1826. §. 2. aber, wo das Zeugniß die Form eines von der Regierungsbehörde beglaubigten Heimathsreverses haben muß, die Obrigkeit des künftigen Aufenthaltsorts des Ausländers. Ang. V. v. 3. Jan. 1842.

Bajonet, s. Forstschutz.

Balzen. S. Wild.

Bande. S. Raub, Brandstiftung, Verbindung, Auflauf, Aufruhr, Diebstahl, Gendarmen, Schauspiel..., Theilnahme, Zigeuner.

Band- und Schnurmühlen. Die Anlegung derselben ist gestattet, sie sind auch, unter Aufhebung der Verbote in den Specialartikeln der Posamentirer, vom Innungszwange befreit, Gen. v. 20. März 1765. L.C.W. T. III. S. 590. u. C.A. C. I. T. I. S. 894., v. 2. März 1810. C.A. C. III. T. I. S. 459. u. L.C.W. T. V. S. 732. [Aeltr. R.: L.T.A. v. 1676. C.A. T. I. S. 360., M. v. 29. Juli 1720. ib. S. 1927., Bef. v. 21. Aug. 1720. C.A. C. I. T. I. S. 196.]

Bank 1) Budissiner. S. Oberlausitzer landständische B. **2)** S. Banknoten, Altersrentenbank, Dresden, Landrentenbank, Leipzig, Fleisch.

Bankerott. S. Bankrott.

Banknoten. 1) Die Leipziger Bank hat das Recht, B. zu 20 Thlrn. und Cassenscheine nicht unter 100 Thlrn., auf den Inhaber lautend, auszugeben. §. 38. d. Statuten. G.S. v. 1839. S. 63. 64. Die B. circuliren statt baaren Geldes, und sind auf Verlangen von der Hauptbank sofort gegen baare Zahlung umzutauschen. ib. Die Bezahlung des Betrags der B. u. Cassenscheine erfolgt an den Vorzeiger. Anzeigen eines durch Diebstahl oder sonst erlittenen Verlustes sind für die Bank unverbindlich, und können die Zahlung an den Vorzeiger nicht aufhalten. §. 40. ib. Die Bank kann ihre sämtlichen Noten und Cassenscheine mittelst öffentlicher Bekanntmachung unter Bestimmung einer präclusiven Frist von wenigstens 6 Monaten, einrufen und gegen neue ohne Aufenthalt unentgeltlich umtauschen, §. 41. ib. S. 64. **2)** Wenn auf ausländische B. geklagt wird, soll die Administration d. Justiz nicht verweigert werden, Rescr. v. 3. Sept. 1803. C.A. C. III. T. I. S. 199. **3)** S. Hypothekenbank, Papiergeld, Oberlausitzer....

Bankrott. I. Böslicher B. **1)** Des böslichen B. macht sich schuldig, wer a) im Hinblicke auf eine von ihm beabsichtigte oder bereits geschehene gerichtliche oder außergerichtliche Erklärung seiner wirklichen oder vorgeblichen Zahlungsunfähigkeit, oder in Erwartung gerichtlicher Verfügungen zur Sicherstellung seiner Gläubigerschaft, Handlungen irgend einer Art vornimmt, welche darauf berechnet sind, die vorhandene und zur Befriedigung der Gesamtheit seiner Gläubiger, oder gewisser Classen derselben bestimmte Masse ganz oder zum Theil widerrechtlich für sich zu behalten oder zu verwerthen, oder widerrechtlich einem Anderen zuzuwenden, ingleichen wer b) nach eröffnetem Gant- (Concurs-) verfahren zu seinem Vermögen über die Gantmasse oder einzelne Bestandtheile derselben widerrechtlich zum Nachtheile seiner Gläubiger verfügt. Str.Gb.

v. 1855. Art. 304. **2)** Die Befriedigung einzelner Gläubiger vor Anderen ist für widerrechtlich im Sinne des ang. Artikels zu achten, wenn entweder dem Gläubiger ein Mehreres zugewendet wird, als seine Forderung beträgt, oder wenn die Befriedigung durch täuschende Rechtsgeschäfte erfolgt, oder wenn dieselbe nach bereits eröffnetem Gantverfahren geschieht. Ang. Art. 304. **3)** Der bösliche B. wird mit Arbeitshaus oder Zuchthaus bis zu 4 Jahren bestraft. Hat aber ein in Gant verfallener Schuldner a) einen wahrheitswidrigen Manifestationseid wider besseres Wissen geleistet, oder b) zur Bevortheilung der Masse die sein Geschäft betreffenden Bücher oder andere bei der Regulirung seines Schuldenwesens nöthige Papiere verheimlicht, verfälscht, oder vernichtet, oder Fälschungen anderer Art vorgenommen, so tritt Zuchthausstrafe bis zu 6 Jahren ein. Art. 305. **4)** Hat sich die begangene Unredlichkeit darauf beschränkt, daß der Schuldner vor oder nach dem Ausbruche der Gant einzelne zu seinem Hausrathe gehörige Gegenstände oder geringe zur Deckung seines Lebensunterhaltes für die nächste Zeit bestimmte Geldsummen bei Seite gebracht hat, so ist nur auf Gefängniß bis zu 2 Jahren zu erkennen. Auch ist in einem solchen Falle ein Strafverfahren nur auf Antrag eines Gläubigers einzuleiten. Art. 306. **II.** Leichtsinniger B. **1)** Wer sich durch übermäßigen Aufwand, unordentlichen Haushalt, gewagte, mit seinem Vermögen in keinem Verhältnisse stehende Unternehmungen, oder andere ähnliche Handlungen in Ueberschuldung gebracht und eine Gant herbeigeführt hat, ist mit Gefängniß bis zu 6 Monaten zu bestrafen. Der Schuldner soll jedoch in diesem Falle mit Strafe verschont werden, wenn vor dem Straferkenntnisse die sämtlichen Gläubiger sich für abgefunden erklären. Art. 307. **2)** Hat außer dem Falle des böslichen B. ein Schuldner, gegen den die Gant eröffnet worden ist, entweder die zu seinem Geschäfte je nach der Handelssitte und dem Umfange desselben erforderlichen Bücher gar nicht, oder in solcher Unordnung geführt, daß daraus sein Activ- oder Passiv-Zustand nicht ersehen werden kann, oder zu einer Zeit, wo er seine Zahlungsunfähigkeit kannte und keine gegründete Hoffnung hatte, dieselbe zu heben, annoch für sein Geschäft Darlehne oder Waaren auf Credit aufgenommen oder andere Schuldverbindlichkeiten eingegangen, so ist statt d. im cit. Art. 307. angedrohten Strafe im ersteren Falle auf Gefängniß von 2 Monaten bis zu 1 Jahre, im zweiten Falle auf Gefängniß von 3 bis zu 6 Monaten oder Arbeitshaus bis zu 2 Jahren zu erkennen. Die Schlußbestimmung des cit. Art. 307. leidet auf die in diesem Artikel erwähnten Fälle keine Anwendung. Art. 308. **III.** S. Aufborgen, Executionsverf..., Gerichtsstand, und wegen der Bestimmungen des ältern Rechts, auch sonst in andern Beziehungen die Art. Concurs...

Bankschlachten. **1)** Das Schlachten zur Bank (zum Verkaufe) steht dem Hausschlachten (zum Hausverbrauche) entgegen; für beides besteht die Schlachtsteuer. §. 1. d. G. v. 4. Oct. 1834. G.S. S. 213. **2)** S. Fleisch, Schlachten.

Bannrechte. **1)** B. gehören zu denjenigen Befugnissen nicht, welche nach dem Ablösungsgesetze ablöslich sind. §. 52. f. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 180. S. dazu: Ablösung. **2)** B. der Art, wie sie in dem G. v. 27. März 1838. wegen Aufhebung des Bier- und Mahlzwangs, G.S. S. 277. f. beseitigt werden, können niemals wieder durch Privilegien, Concessionen oder durch Verjährung erworben werden. Durch Verträge nur unter der Bedingung gegenseitiger Aufkündigung, und wenn für den Fall der letztern eine genau vorausbestimmte Entschädigung eintreten soll; außerdem steht jedem Theile der Rücktritt, ohne Verbindlichkeit zur Entschädigung, jederzeit frei. G. v. 27. März 1838. §. 51. G.S. S. 285. Vergl. hierzu: Bier, Mühlen. **3)** Ueber die B. des Viehschnitts, Federn- u. Lumpen-Sammelns, Schleifens und Glasausspielens, und die ständ. Erklärung für deren Beibehaltung vergl. die G.S. v. 1824. Beil. zu Stück 23. S. 10. Jetzt sind

alle B., namentlich das des Musikzwangs, des Viehschnitts, des Schleifens, des Aschesammelns, des Habersammelns, des Federsammelns, des Glasausspielens und des Kochens bei Ehrenmahlzeiten ohne Entschädigung aufgehoben. G. v. 19. Febr. 1850. §§. 1. 4. G.S. S. 18. **4)** In Wegfall kamen mit diesen B., und zwar ohne Unterschied der Rechtstitel, auf welchen sie beruhten: a) die Ausschließlichkeit bisheriger Befugnisse zu den von einem dieser B. betroffenen Verrichtungen und Gewerbsbetriebe; b) das Recht, dergleichen ausschließliche Befugnisse zu ertheilen, und c) die bisherigen Leistungen für Ausübung der unter a und b gedachten Rechte. ib. §. 2. Desgleichen d) die über die Ausübung dieser Rechte abgeschlossenen Pacht- und anderen Verträge. ib. §. 3. **5)** Befugnisse der aufgehobenen Arten können nie wieder erworben werden, ib. §. 5., doch bleiben bis auf Weiteres noch die nach dem G. v. 27. März 1838., die Aufhebung des Bier- u. Mahlzwangs betr., noch bestehenden, sowie die mit verschiedenen Cavillereien verbundenen B. ib. §. 6. G.S. v. 1850. S. 19. **6)** S. Reallasten, Gast- u. Schänknahrung, Privilegien, Reiheschank, Innungszwang.

Banqueroute, s. Bank..., Concurs...

Bar, s. Baar.

Barbiere, Bader. **1)** Um das Meisterrecht in der B.- und B.-Zunft zu erwerben, oder eine B.- oder B.stube zu besitzen oder zu verwalten, bedarf es nicht mehr wissenschaftlicher chirurgischer Vorbildung und vorgängiger Prüfung, wie §. 2. d. M. v. 30. Jan. 1819. G.S. S. 138. vorschrieb, sondern es genügt die allgemeine zünftige oder im Orte erforderliche Qualification. V. v. 12. Aug. 1847. §. 1. G.S. S. 141. **2)** Mitglieder der Barbier- und Baderinnungen, Inhaber von B.- und Badestuben, B.- u. B.-Gesellen ohne diese Vorbildung und ohne Legitimation als Wundärzte sind blos auf das Barbieren und Baden beschränkt, dürfen keine Art der chirurgischen und medicinischen Praxis treiben, und den Namen Wundarzt oder Chirurg nicht führen. ib. Die Meister, bei welchen sie stehen, sind für ihre Handlungen in dieser Beziehung verantwortlich. §. 2. d. cit. M. v. 1819. u. §. 2. der ang. V. Wegen Annahme und Auslernung der Lehrlinge gelten lediglich die Bestimmungen der General-Innungs-Artikel. Ang. V. §. 4. G.S. v. 1847. S. 142. **3)** Den Kindern der B. u. B. ist die Aufnahme in Innungen nicht zu versagen. Pol.O. v. 1661. Tit. 21. §. 4. C.A. T. I. S. 1585. **4)** s. Wund..., Verjährung. **5)** Aeltr. Verf.: Univ. O. v. 1. Jan. 1580. Tit. v. d. Fac. in der Arznei, §. 5. C.A. T.I. S. 742., Vis.-Absch. v. 22. Oct. 1614. ib. S. 969., O.A.Pat. v. 22. Dec. 1724. L.C.W. T. I. S. 431., M. v. 19. Oct. 1731. §. 13. sub 2. C.A. C.I. T.I. S. 588. u. L.C.W. T. I. S. 601., Gen. v. 18. Sept. 1748. ib. S. 601. u. C.A. C.I. T.I. S. 695., v. 29. Juli 1750. §. 2. ib. S. 764. u. L.C.W. T.I. S. 480., Rescr. v. 16. Juni 1753. C.A. C.I. T.III. S. 370., Rescr. v. 7. Sept. 1765. C.A. C.I. T.I. S. 1231., M. v. 13. Sept. 1768. §. 9. ib. S. 956., Rescr. v. 21. April 1779. C.A. C.II. T.I. S. 1229., v. 27. März 1789. ib. S. 977., O.A.Pat. v. 6. Sept. 1796. auf ein Rescr. v. 14. April 1794. u. Rescr. v. 8. Juli 1796. L.C.W. T. IV. S. 127., u. C.A. C.II. T.III. S. 551., Gen. und Rescr. v. 13. März 1802. C.A. C. III. T. I. S. 392. 394. u. O.A.Pat. v. 18. Mai 1802. L.C.W. T. V. S. 260.

Barbierstuben, s. Barbiere.

Barrieren. S. Chausséen, Straßen, Executionsverfahren.

Bart, s. Barbiere.

Bast. S. Forst..., Waldungen.

Bataillon. S. Militairgerichtsbarkeit.

Bataillonsarzt, s. Militairärzte.

Baudienste. Die B. gehörten in den Erblanden zu den gesetzlichen Diensten, bei deren rechtlicher Beurtheilung, in Ermangelung anderer Entscheidungsquellen, das M. v. 13. Aug. 1830. §. 41—54. G.S. S. 136. f. zur Anwendung kam. In der Lausitz existirten sie als gesetzliche nicht. G. v. 17. März 1832. Beil. D. G.S. S. 254. Sie unterlagen nach den Bestimmungen dieses Gesetzes der Ablösung. **2)** Aeltr. Recht bis zum M. v. 13. Aug. 1830.: L.O. v. 1. Oct. 1555. Tit. von Baufuhren, C.A. T. I. S. 63., Const. 52. P. II. v. 1572. ib. S. 104., Const. ined. 33—35., Haub. ed. S. 154. f., Res. gr. v. 12. März 1603. §. 4. ib. S. 163., v. 23. April 1612. Tit. von Justizsachen §. 23. ib. S. 181. u. Tit. von Kammer- u. Rentf. §. 23. ib. S. 189., v. 22. Juni 1661. Tit. von Kammer- u. Rentf. §. 23. ib. S. 275., Dec. 33. v. 22. Juni 1661. ib.

S. 311., Rescr. v. 27. Nov. 1661. ib. S. 339. 1139., v. 12. Sept. 1754. C. A. C. I. T. I. S. 481. **3)** S. Dienste, Handbaudienste.

Bauen. S. Neubaue, Brücken, Straßen, Concession, Dachung, Dämme, Bauextracte, Baugewerken, Justiz- u. Verwaltungspuncte, Gruben, Polizei, Ufer.

Bauende Gewerke. S. Gewerksch...

Bauergüter, Bauern. 1) Die Erwerbung der Bauergüter ist Personen aller Stände und ohne vorgängige höhere Genehmigung, deren es in manchen Fällen früherhin bedurfte, gestattet. G. v. 13. Juni 1837. G.S. S. 67. Vergl. über das ältere Recht: Bef. v. 1. Mai 1609. C. A. T. II. S. 1365., v. 25. April 1623. ib. S. 11. 13., v. 17. Dec. 1669. ib. S. 19., v. 3. Jan. 1681. ib. S. 23., A.T.A. v. 1. Aug. 1683. C. A. T. I. S. 361., Bef. v. 8. Aug. 1712. C. A. T. II. S. 63. 64., Bef. v. 27. Oct. 1714. u. 21. Aug. 1715. ib. S. 67., Rescr. v. 21. Aug. 1777. u. Bef. v. 19. Febr. 1782. C. A. C. II. T. I. S. 813., M. v. 14. Sept. 1822. G.S. S. 425., M. v. 13. Aug. 1830. §. 3. G.S. S. 123., G. v. 17. März 1832. §. 19. G.S. S. 171. und Beil. D. unter c. ib. S. 255.] **2)** Bauern, welche ihre Güter veräußern, und sich auf dem Grund und Boden derselben Häuserchen aufbauen, sollen in Abgaben u. Frohnen als Häusler, wenn sie aber, ohne Aufbauung eines Häuschens lediglich Auszüge aus den Gütern genießen, als Hausgenossen angesehen werden. Gen. v. 27. Juni 1709. C.A. T. I. S. 1755. **3)** Durch den Erwerb von Bauergrundstücken im Landgemeindebezirke treten die Acquirenten in das Verhältniß von Gemeindemitgliedern. Jedoch haben die Lehns- und Hypothekenbehörden mit der Eintragung der auswärtigen Acquirenten in das Grund- und Hypothekenbuch oder der Adjudication so lange anzustehen, bis die Zustimmung der Gemeindeobrigkeit erfolgt ist. L. Gem.O. v. 7. Nov. 1838. §. 25. G.S. S. 436. **4)** Bauergüter mit Lehnseigenschaft (Bauerlehne, Bauermannlehngüter), zu deren Verwandlung in Erbe die Geneigtheit des Regenten im Gen. v. 30. Jan. 1812. C. A. C. III. T. I. S. 561. ausgesprochen worden ist, dürfen ohne vorgängige Berichtserstattung nicht verpfändet werden. Bef. v. 25. April 1623. C. A. T. II. S. 11., Bef. v. 17. Dec. 1669. ib. S. 19. u. Gen. v. 11. Nov. 1730. C. A. C. I. T. I. S. 287. (Der den 25. Aug. 1827. bewilligte Erlaß der Lehnwaare ist ihnen nach dem Rescr. v. 24. Sept. 1827. G.S. S. 133. und f. G.S. v. 1828. S. 23. zu Gute gegangen.) **5)** Personen vom Bauernstande sind, dieser Eigenschaft ungeachtet, doch befähigt, Rittergüter zu kaufen, und in die gesammte Hand, als Mitbelehnte, aufgenommen zu werden. G. v. 22. Febr. 1834. §. 5. G.S. S. 67. Aeltr. Verf.: Rescr. v. 6. April u. 26. Sept. 1743. C. A. C. I. T. I. S. 1013. 1015., M. v. 30. April 1764. Tit. 6. §. 3. ib. S. 1032., Rescr. v. 14. Oct. 1771. C. A. C. II. T. I. S. 1155., M. v. 2. Nov. 1825. G.S. S. 137., Lauf. Rescr. v. 10. April 1743. C. A. C. I. T. III. S. 406. **6)** Wenn Gemeindeleistungen in den Erblanden früher nach dem Hufenfuße ausgebracht wurden, so rechnete man insgemein 8 Häusler oder 4 Gärtner 1 Hüfner gleich. Bef. v. 28. Aug. 1726. C. A. C. II. T. I. S. 181., Rescr. v. 22. Juli 1772. ib. S. 185., v. 12. Juni 1793. ib. S. 217., Ordonn. v. 19. Juli 1828. I. Th. Abschnitt XI. §. 272. G.S. S. 127., Bef. v. 2. Febr. 1831. §. 2. 3. G.S. S. 52. **7)** Ueber die rechtlichen Verhältnisse der Bauergüter und Bauern geben noch Auskunft die Artikel: Adel, Alter, Abschoß, Anlagen, Auszug, Creditverein, Dienstzeit, Dismembration, Dorfhandel, Dienstzwang, Erbgüter, Erbzinsgüter, Gemeindegrundstücke, Grund- u. Hyp..., Haustrauung, Ministerium des Innern, Gast- u. Sch., Hüfner, Hunde, Miethe, Justizämter, Pferde, Pulver, Rügenproceß, Vieh, Wahlen, Ständeversammlung, Vorladung, Taufe, Wechselfähigkeit, Bäume.

Bauerlehne. S. Bauergüter.

Bauermannlehngüter. S. Bauergüter.

Bauextracte. B. werden die Rechnungen genannt, welche die Rentämter in vorgeschriebner Form und in bestimmten Fristen über Einnahme und Ausgabe für fiscalische Straßen-, Ufer-, Land- und andere Baue abzulegen haben. Man vergl. das Gen. v. 9. Juli 1754. C.A. C.I. T.I. S. 1323., die V. v. 28. Oct. u. das Gen. v. 9. Dec. 1786. C. A. C. II. T. II. S. 57. 61., die V. v. 22. Febr. 1787. ib. S. 65.

Baufällig. S. Geistliche, Vormundschaft.

Baufrohnen. S. Baudienste.

Baugewerken. Bauhandwerker. **1)** Den Maurern, Zimmerleuten und Handlangern sollen die Bauherren unter keinem Vorwande eine Zulage zu Bier- oder Brandwein geben. Bef. v. 28. April 1764. C.A. C. I. T. I. S. 878. **2)** Es steht in der Willkühr der Bauherren, ob sie ihre Arbeit verdingen, oder um's Tagelohn arbeiten lassen wollen. Pol.O. v. 1661. Tit. 23. Cap. 8. C.A. T. I. S. 1606. **3)** Das zeitigere Verlassen der Arbeit am Sonnabende (die Badeschicht) ist ihnen untersagt. O. v. 31. Juli 1623. C.A. T. II. S. 870. **4)** Maurer und Zimmerleute haben in den Erblanden die freie Wahl, ob sie sich nach Gewinnung des Meisterrechts als Dorfhandwerker oder in einer Stadt niederlassen wollen. G. v. 9. Oct. 1840. §. 5. G.S. S. 247. **5)** Durch die V. v. 14. Jan. 1842. G.S. S. 31. f. sind Prüfungen eingeführt worden für Maurer u. Zimmerleute und mechanische Baugewerken, insbesondere Mühlenzeugarbeiter, Brunnen- und Röhrmeister. a) Maurer und Zimmerleute, welche das Meisterrecht gewinnen wollen, haben, statt der bisherigen Meisterprüfung, ihre Befähigung vor der Prüfungscommission, dergleichen zu Dresden, Leipzig, Budissin, Chemnitz und Plauen bestehen, auszuweisen. §. 1. u. 2. d. V. v. 14. Jan. 1842. G.S. S. 31. f., und wegen der zu Plauen noch: V. v. 14. Aug. 1844. G.S. S. 204. b) Ueber die Zusammensetzung dieser Pr.-Comm. vergl. §. 3. d. V. v. 14. Jan. 1842. Die nähern Vorschriften, wie die Prüfungen selbst erfolgen, enthalten die §§. 4—9. G.S. v. 1842. S. 32. f. und die Instruction der Pr.-Comm. S. 38. f. c) Durch §. 6. der V. v. 14. Jan. 1842. sind insbesondere hinsichtlich der Baugewerken die Vorschriften der Gen.-Inn.-Art. Cap. III. §. 8. über die Meisterstücke modificirt, und die bei andern Innungen nachgelassene Abmachung kleiner Fehler daran durch geringe Geldbuße ist bei den B. ganz untersagt worden. d) Gegen die Beschlüsse der Pr.-Comm. kann an die vorgesetzte Kreisdirection recurrirt werden. §. 7. d. V. v. 14. Jan. 1842. S. 34. e) Das Prüfungszeugniß hat zu enthalten: ob die Prüfung „ausgezeichnet, gut oder genügend" bestanden worden sei, ingleichen ob der Geprüfte zu Ausführung größerer und wichtigerer Baue für tüchtig erkannt worden sei. §. 9. ib. f) Auf die Prüfung folgt die Gewinnung des Meisterrechts als Bedingung d. selbstständigen Gewerbsbetriebs und der Uebernahme von Bauen. §. 11. S. 35. **6)** Die Meisterrechts- u. Schaumeistergebühren sind bei allen Maurer- und Zimmerinnungen durch die Kreisdirectionen entsprechend zu reguliren. §. 11. ib. Die Forderung noch andrer Abentrichtungen unterliegt der Strafe des Duplum. ib. **7)** Hinsichtlich der inländischen Maurer- und Zimmermeister, welche die Prüfung noch bestehen wollen, vergl. §. 13. cit. S. 36. **8)** Die Prüfungscommission für mechanische Baugewerken hat ihren Sitz zu Freiberg; und die Bestimmung, Mühlenzeugarbeitern, Brunnen- u. Röhrmeistern Gelegenheit zu verschaffen, durch eine vor ihr bestandne Prüfung, nach welcher sie sich „geprüfte Mühlenbauer ꝛc." nennen dürfen, vor dem Publicum ihre Befähigung auszuweisen. Vergl. des Näheren halber §. 14. u. 15. d. V. v. 14. Jan. 1842. G.S. S. 36. u. die Instruction Bl. 45. f. ib. Die gedachte Prüf.-Comm. ist der Kreisdirection zu Dresden zunächst untergeordnet. §. 8. der Instr. S. 49. **9)** Ausländische Maurer und Zimmerleute können in Grenzorten, soweit ihnen nicht besondere Verbietungsrechte entgegenstehen, und soweit nicht etwa das Ministerium des Innern eine Ausnahme gestattet, nur Baue übernehmen, wenn sie in Sachsen geprüft sind, oder wenn in ihrem Lande das Prüfungswesen wie in Sachsen geordnet ist, und jenseits den Sächs. geprüften Bauhandwerkern die Begünstigung des selbstständigen Gewerbsbetriebs ebenfalls zusteht. V. v. 14. Jan. 1842. §. 12. G.S. S. 35. [Aeltr. Best.: Rescr. v. 1. Mai 1772. C. A. C. II. T. I. S. 667., v. 13. Dec. 1791. ib. S. 1033.,

v. 11. Jan. 1794. ib. S.1063., v.3. Nov. 1795. ib. S. 1067.] **10)** Maurer- und Zimmermeistern, in Städten oder auf dem Lande, welche einer Prüfung unterworfen und nach ihren Censuren zu Ausführung größerer und wichtigerer Baue für tüchtig erkannt worden, ist die Uebernahme von Bauen auf Accord in allen Städten gestattet, §. 15. d. G. v. 9. Oct. 1840. G.S. S. 249. Hierüber vergl. noch §. 3. der V. v. 9. Oct. 1840. G.S. S. 254., u. §. 8. d. Instr. G.S. v. 1842. S. 43. **11)** Die Regierungsbehörden können bei größeren Feuersbrünsten in Städten den Abgebrannten gestatten, sich zum Wiederaufbau ihrer Häuser neben den geprüften Maurer- und Zimmermeistern anderer auswärtiger, auch auf Dörfern wohnender Maurer- und Zimmermeister, wie anderer Bauhandwerker zu bedienen, §.15. cit. G.S. v. 1840. S.249. **12)** Vergl. noch: Amtsmaurermeister, Militair-Bedürfnisse, Landes-Immobiliar-Br..., Neubaue, Zimmerleute.

Bauherr. S. Baugewerken.

Baulichkeiten. S. Geistliche, Vormundsch., Neubaue.

Baumeister. S. Techniker.

Baumfrevel. **1)** Die Gendarmen sollen auf B. mit invigiliren, Instr. v. 7. April 1820. §. 32. G.S. S. 121. **2)** Die Bestimmungen der frühern Gesetzgebung über B. enthalten: Const. 37. v. 1572. P. IV. C. A. T. I. S. 127., M. v. 26. Jan. 1619. C.A. T.II. S. 617., Ausschr. v. 20. Mai 1711. ib. S. 615., M. v. 11. Mai 1726. §.19. C.A. C.I. T.I. S. 530., v. 2. Aug. 1728. §. 20. L.C.W. T. II. S. 588., Rescr. v. 11. April 1729. C.A. C. I. T. I. S. 281., M. v. 30. Juli 1813. C.A. C. III. T. II. S. 161., v. 27. Nov. 1822. Abschn. II. G.S. v. 1823. S. 14. f., Lauf. M. v. 14. Juli 1753. §. 19. C. A. C. I. T. III. S. 378., F.- u. H.O. v. 25. Juli 1767. Cap. 7. §. 9. 10. ib. S. 186. u. L.C.W. T. III. S.718., Cr.Gb. v. 1838. Art. 291. 292. G.S. S. 180. Wegen des heutigen Rechts schlage man den Art.: Beschädigung auf.

Baumpfähle. S. Forst...

Baumschulen. S. Bäume, Forst..., Baumfrevel, Beschädigung.

Baumwolle. S. Garn, Hausiren, Dorfhandel, Zeug- u. Leineweber, Pulver.

Baumzucht. S. Bäume, Holz..., Baumfrevel.

Baupolizei. S. Neubaue, Polizei, Baugewerken.

Bauriß. S. Neubaue.

Bauschreiber. S. Bier.

Baustelle. S. Gemeinheitstheilung, Neubaue, Brand, Landesimmobiliar-Br.

Bautzen. S. Budissin.

Bauverbot. S. Neubaue, Polizei.

Bauwerke, s. Gebäude, Brandstiftung, Neubaue, Beschäd...

Bayern, s. Bai...

Beabsichtigen, s. Vorsatz.

Beachten, s. Aufmerksamkeit.

Beamte, **1)** richterl. S. Bezirksger..., Einzelrichter, Gerichtsämter, Vollstreckung, Staatsdiener. **2)** Außerdem: s. Staatsverrath, Amtsmißb..., Amtsverbr..., Antrag, Aufforderung, Freiheitsberaubung, Nöthigung, Bedrohung, Erpressung, Betrug, Unterschlagung, Befreiung, Mißbrauch, Bestechung, Dienstvernachl..., Zeugen..., Landfriedensbr., Widersetzung, Aufruhr, Ruhestörung, Geldstrafe, Verwandlung, Ausländ..., Voruntersuchung, Behörden, Ehrenämter, Aemter, Justizämter, Unzucht, Vormundschaft, Zollbeamte.

Beanstanden, s. Sistiren.

Beantworten, s. Antwort, Rechnung...

Bearbeiten, s. Arbeit.

Beaufsichtigen, s. Aufsicht...

Beauftragen, s. Auftrag.

Beauftragte. S. Voruntersf..., Commiss...

Beaugenscheinigen. S. Besichtigung.

Bebauen, s. Bauen.

Becken. **1)** Die eigenmächtige Aussetzung der B. ohne Concession ist verboten. V. v. 17. Juli 1724. C.A. C. I. T. I. S.203. **2)** B. werden gesetzt bei Hochzeiten, Kindtaufen, Leichenpredigten, beim Abendmahl (s. d.), bei Lösung der Kirchenstühle u. s. w. und an Bußtagen, 34. Gen.Art. v. 1580. C.A. T. I. S. 703., Syn.Decr. v. 1624. §. Ingleichen daran sein rc. ib. S.796., §.78. d. Rev. Syn.Decr. v. 1673. ib. S. 837., Ausschr. v. 28. Jan. 1729. C.A. C. I. T. I. S. 219., Lauf. M. v. 10. Febr. 1731. Cap. I. §. 4. L.C.W. T. I. S. 893. M. v. 11. April 1772. Cap. I. §. 4. C.A. C. II. T. I. S. 641. **3)** Der Ort, wo

in der Kirche die B. aufgestellt werden, ist nicht nothwendig der Altar, vielmehr genügt jeder andere schickliche Ort, Rescr. v. 19. Jan. 1820. Cod. d. S. K.R. S. 148.

Bedacht, s. Aufmerksamk., Vorsatz, Unbedachts...

Bedachung. S. Dampfkessel.

Bedarf, s. Bedürfniß.

Bedeckung. S. Post, Militaircomm.

Bedenkzeit. S. Erben, Erbschaft, Religion.

Bediente. S. Dienstboten, Gesinde.

Bedingung. S. Actienvereine, Anlagen, Ehebruch, Erbfolge, Erkenntnisse, Executionsproceß, Executionsverfahren, Executivproceß, Gegenbeweis, Pfandrecht, Armencasse, Bestechung, Schenkung, Trebellianisches V., Vormundsch..., Acceptation, Wechselclausel, Ständeversammlung, Zurücknahme.

Bedrohung, s. Drohung.

Bedrucken. S. Reiselegitim..., Stempel, Aichämter, Presse.

Bedrückung. S. Amtsmißbrauch, Beschwerde...

Bedürftigkeit. S. Almosen, Arm...

Bedürfniß. S. Dorfhandel, Armenordnung, Auszug, Bier, Brandwein.

Beeiden. S. Eid.

Beeinträchtigen. S. Rechte, Selbsthilfe, Verletzung, Schaden..., Anmaßung, Grenzen.

Beendigen. S. Vollendung, Erfolg, Auflösen.

Beendigter Versuch, s. Versuch.

Beerben. S. Erb...

Beerdigung, s. Begräb...

Beeren. S. Waldungen.

Befähigung, s. Qualification.

Befahren. S. Chausséen, Straßen.

Befehdung. S. Landfriedensbruch.

Befehl. **1)** Der B. eines Vorgesetzten kommt dem Untergebenen in sofern zu Statten, daß er wegen einer in Gemäßheit desselben vorgenommenen Handlung, auch wenn sie etwas Gesetzwidriges enthält, nicht bestraft werden kann, dafern der Vorgesetzte an und für sich zu der Anordnung dieser Handlung berechtigt war, und die Gesetzwidrigkeit des B. nicht sofort in das Auge fiel. Str.Gb. v. 1855. Art. 94. **2)** S. Anstiftung, Zurechnung..., Gesinde, Testamente, Theilnahme, Verordnungen.

Befeilen, s. Abfeilen.

Befestigen. S. Eid, Einlassung, Baumfrevel, Forstverbrechen, Diebstahl.

Befinden. S. Körperverletzung.

Beförderung. S. Aemter, Hofdienst, Staatsdienst, Post, Land- u. Miethkutscher, Lotterie, Extrapost, Militairpflicht.

Beförderungsprüfung. S. Aemter, Prüfung.

Befolgung, s. Befehl.

Befrachten, s. Belastung.

Befragen. S. Aussage, Untersuchungsverf., Zeugen, Testamente, Antrag, Vernehmung, Zeugen-Abh.

Befreite Orte. **1)** Als befreite, privilegirte, Orte bezeichnet die ältere Gesetzgebung: die Residenzgebäude, Canzleien u. Sitzungsgebäude der Oberbehörden, Kirchen, Auditorien, Amt-, Land-, Rath- und Posthäuser. L.O. v. 1550. Tit. Was zu Oberger. C.A. T. I. S. 31., v. 1555. Tit. eod. ib. S. 49., M. v. 15. April 1706. §. 11. ib. S. 1735., v. 2. Juli 1712. §. 9. ib. S. 1789., Post-O. v. 27. Juli 1713. §. 7. C.A. T. II. S. 1050. **2)** S. Gerichtsbarkeit.

Befreiung. **I.** Gefangener. **1)** Gefangene, welche sich ohne Gewalt gegen Personen und ohne Bedrohung mit solcher, allein oder in Gemeinschaft mit einander befreien, unterliegen den für diese Fälle bestehenden Vorschriften der Gefängnißdisciplin. Str.Gb. v. 1855. Art. 152. **2)** Dritte Personen, welche, sei es im Einverständnisse mit den Gefangenen oder ohne ein solches, die B. bewirken oder zu selbiger mitwirken, sind mit Gefängniß bis zu 1 Jahre, und wenn der Befreite sich in Straf- oder Untersuchungshaft befand, mit Gefängniß oder Arbeitshaus bis zu 2 Jahren zu bestrafen. ib.—Vergl. Art. 61. (unter Begünstigung) u. Art. 77. (unter Concurrenz). **3)** Haben die zur Bewachung oder Beaufsichtigung der Gefangenen bestellten Personen zur B. mitgewirkt, so trifft diese letzteren, so-

wie diejenigen, von denen sie zu diesem Behufe durch Bestechung oder auf andere Weise zu Pflichtwidrigkeiten verleitet worden sind, Arbeitshaus bis zu 4 Jahren. ib. **4)** Gefangene, welche sich mit Gewalt gegen Personen oder durch Bedrohung mit solcher befreien, werden mit Gefängniß oder Arbeitshaus bis zu 4 Jahren bestraft. Str.Gb. Art. 153. **5)** Befand sich der Gefangene im Arbeitshause oder im Zuchthause, so ist die Strafe, welche er bereits zu verbüßen hat, jedoch höchstens um den Betrag von 4 Jahren, zu verlängern. ib. **6)** Haben sich Gefangene behufs ihrer B. zu einer Gewalthandlung gegen das aufsehende oder bewachende Personal zusammengerottet, so tritt gegen jeden derselben Arbeitshaus oder Zuchthaus, und dafern sie sich im Zuchthause befinden, unbedingt Zuchthaus bis zu 6 Jahren ein. Bei Sträflingen, welche lebenslängliches Zuchthaus zu verbüßen haben, tritt disciplinarische Bestrafung ein. ib. **7)** Personen, welche zu einer gewaltsamen B. der Gefangenen mitgewirkt, oder dieselbe durch Gewalt gegen Personen oder Bedrohung mit solcher bewirkt haben, trifft Arbeitshaus oder Zuchthaus bis zu 6 Jahren. Art. 154. ib. **8)** Haben sie sich zu diesem Behufe zu einer Gewalthandlung gegen das aufsehende oder bewachende Personal zusammengerottet, oder an einer solchen Zusammenrottung der Gefangenen Theil genommen, so tritt Arbeitshaus oder Zuchthaus bis zu 8 Jahren ein. Es kann jedoch wider sie auf Gefängnißstrafe von gleicher Dauer erkannt werden, wenn der Schuldige mit dem Gefangenen, oder einem der Gefangenen, von deren B. es sich handelt, durch verwandtschaftliche oder nahe häusliche Verhältnisse verbunden war. ib. **9)** Diese Bestimmung leidet auf Mitgefangene, welche bei ihrer eigenen B. zugleich die eines Mitgefangenen bewirkt oder zu derselben mitgewirkt haben, sowie auf Aufsichtsbeamte keine Anwendung, jedoch sind bei den Aufsichtsbeamten, sowie in den Fällen des Art. 152. oben bei 1. die obgedachten Verhältnisse als Strafminderungsgrund innerhalb des angedrohten Strafmaßes zu berücksichtigen. Ang. Art. 154. **II.** Freiheit von Verbindlichkeiten. Beziehungen der Art geben die Art.: Anlagen, Gemeindeleistungen, Kostenfreiheit, Militairleist..., Portofreiheit, Reallasten, Stempelfreiheit, Steuerfreiheit, Adel, Arrest, Aeltern, Amtswohnungen, Militairpflicht.

Befreundete. S. Auswärt...

Befriedet, f. Befreite.

Befriedigen. S. Zäune.

Befriedigung. S. Zahlung, Unzucht, Diebstahl.

Befugnisse. S. Rechte.

Befund. S. Begräbniß, Section, Besichtigung.

Begängniß, f. Begräbniß.

Begeben, f. Verzicht...

Begebenheit, f. Thatsachen, Vorfälle.

Begegnen. S. Ausweichen.

Begehen. S. Verbrechen, Steuerkataster, Begräbniß, Halden, Kirchhöfe.

Begehren, f. Ansinnen.

Begierden, Leidenschaft.

Beginnen. S. Versuch, Zweikampf.

Beglaubigen. S. Abschriften, Urkunden, Protokolle.

Begleiter. S. Reiselegit..., Theilnahme, Begräbniß.

Begleitscheine. Ueber Ausfertigung u. Erledigung der B. ist die B. v. 4. März 1840. u. d. Regul. G.S. v. 1840. S. 27. erlassen worden. — S. auch: Zolllinie.

Begnadigung. **1)** Der König hat in strafrechtlichen Fällen das Recht der B. durch Abolition, Verwandlung, Minderung, oder Erlaß der Strafe, kann aber zuerkannte Strafen nicht schärfen. §.52. d.V.U. v. 4. Sept. 1831. G.S. S. 252. **2)** Alle Gesuche um B. sind in Justizsachen beim Justizministerium einzureichen, oder an dasselbe einzuberichten. §. 10. unter 6. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 65. **3)** Wegen des B.srechtes des Hauses Schönburg f. den Hauptrec. v. 4. Mai 1740. §. 19. u. den Rec. v. 9. Oct. 1835. Abschn. VIII. §. 10. G.S. S. 605. 829. **4)** Das B.-Recht wegen Vergehen gegen die Zollgesetze bleibt jedem der Zollvereins-Staaten in seinem Gebiete vorbehalten.

Vertr. v. 30. März 1833. Art. 26. G.S. S. 170. **5)** Wer bereits wegen eines Verbrechens B. erlangt hat, kann wegen desselben Verbrechens nicht nochmals zur Untersuchung und Strafe gezogen, Art. 73. d. Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 133., auch wegen eines neuen nicht mit der Strafe des Rückfalls belegt werden, Art. 58. ib. S. 128. Dazu siehe wegen des heutigen Rechts: Wiederaufnahme, Rückfall. **6)** Gegen Civilpersonen kann Festungsstrafe nur im Wege der B. Statt finden. Art. 13. ib. S. 117. u. jetzt Art. 19. d. Str.Gb. v. 1855. **7)** Die vor dem G. v. 30. März 1838. G.S. S. 200. zuerkannte außerordentliche Strafe, Detention im Zuchthause oder Leistung eines Reinigungseides konnte nur im Wege der B. gemildert, oder beziehendlich erlassen werden. §. 17. d. V. v. 31. März 1838. G.S. S. 219. **8)** Für das Verfahren bei gesuchter B. ist Folgendes vorgeschrieben: a) Wird um B. durch Erlaß, Verminderung oder Verwandlung einer erkannten Strafe nachgesucht, so hat das Gericht das B.sgesuch dem Justizministerium anzuzeigen. V. v. 31. Juli 1856. §. 73. G.S. S. 173. (doch s. Todesstrafe). Zur Einreichung eines schriftlichen B.sgesuchs kann übrigens dem Verurtheilten auf Verlangen eine 8tägige Frist von dem Gerichte eingeräumt werden. ib. b) Der an das Justizministerium zu erstattende Bericht hat außer dem Namen des die B. Suchenden zu enthalten: die Angabe des Verbrechens, wegen dessen eine Strafe erkannt worden ist, nach Gattung und Art, also z. B. ob Diebstahl, Betrug, Veruntrauung, Forstdiebstahl u. s. w.; — die Angabe der erkannten Strafe, auch ob erst ein Straferkenntniß oder bereits ein in höherer Instanz gesprochenes zweites Straferkenntniß vorliegt; — die Angabe dessen, worauf das B.sgesuch gerichtet ist, ob auf Erlaß, Minderung, Verwandlung der Strafe u. s. w.; nicht minder ist, d) wenn die Verbüßung einer erkannten Freiheitsstrafe bereits begonnen hat, auch dieses, und seit wann, im Berichte zu erwähnen. ib. Vorher: V. v. 31. Jan. 1852. G.S. S. 17. c) In gleicher Maße ist zu verfahren, wenn um Anordnung einer anderweiten Hauptverhandlung im Wege der Gnade nach der Str.P.O. Art. 319. Satz 3. (s. Ungehorsam) nachgesucht wird. Ang. V. v. 1856. §. 73. d) Die Vernachlässigung dieser Vorschriften zieht eine Ordnungsstrafe von 1 Thaler nach sich. ib. e) Wird um Abolition einer Untersuchung nachgesucht, so hat das Gericht (Bezirksgericht sowohl als Einzelgericht) hierüber, nach vorgängigem Gehöre des Staatsanwalts, Bericht an das Justizministerium zu erstatten. ib. f) Ist auf ein Gesuch um B., einschließlich des im Art.: Wiederaufnahme bei No. 37. gedachten Falls, Entschließung erfolgt, so ist wegen anderweiter Berufung auf B. die Vollstreckung der Strafe nicht aufzuschieben, jedoch nachher deshalb Anzeige an das Justizministerium zu erstatten, in sofern nach Beschaffenheit der Strafe dieses mit Erfolg geschehen kann, oder nicht die Nichtbeachtung anderweiter Berufung auf Gnade ausdrücklich angeordnet ist. Ist jedoch die Vollstreckung einer Todesstrafe in Frage, so ist bei einer anderweiten Berufung auf B. Bericht an das Justizministerium zu erstatten, in sofern nicht bereits die Nichtbeachtung anderweiter Berufung auf Gnade ausdrücklich angeordnet ist. V. v. 31. Juli 1856. §. 76. G.S. S. 174. g) Sucht ein Angeschuldigter unter dem Anführen, daß er Allerhöchsten Orts um B. eingekommen sei oder einkommen werde, um Aufschub der Vollstreckung der Strafe an, so hat der Untersuchungsrichter, in sofern nicht die B. bereits abgeschlagen ist, mit Vollstreckung der Strafe anzustehen, und längstens binnen 8 Tagen unter Einsendung der Acten Bericht an das Justizministerium zu erstatten, auch dem Angeschuldigten dieses bekannt zu machen. ib. §. 77. Vorher war — zu No. 8. — d. V. v. 29. Juli 1835. §. 5. f. G.S. S. 425. u. d. V. v. 9. April 1836. G.S. S. 88. maßgebend. **9)** Das Oberappellationsgericht kann in geeigneten Fällen Verbrecher zur B. durch den König empfehlen, und hat dann zugleich sein Erkenntniß an das Justizministerium einzusenden. G. v. 28. Jan. 1835. §. 38. unter 7. G.S. S. 70. An dem, dem Ober=

appellationsgerichte in §. 38. unter 7. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 70. eingeräumten Befugnisse, in geeigneten Fällen Verbrecher der Gnade des Königs zu empfehlen, ist durch die Bestimmung der Str.-P.O. nichts geändert worden. Das O.A.G. hat jedoch vor seiner dießfallsigen Entschließung das Gutachten des Ober-Staatsanwalts zu hören und ihn daher zu seiner Berathung mit beizuziehen. Ang. V. v. 1856. §. 78. G.S. S. 174. **10)** Die Criminalgerichtsbehörden sollten auf ein von einem Angeschuldigten nach Publication des ersten Erkenntnisses und vor Einholung des zweiten Urtels angebrachtes B.sgesuch nur dann Bericht an das Justizministerium erstatten, wenn sich der Angeschuldigte dem ersten Erkenntnisse unbedingt unterwerfe. V. v. 14. Febr. 1840. G.S. S. 14. **11)** Aeltre Bestimmungen über das Begnadigungsverfahren: Dec. 84. 91. v. 1661. C.A. T.I. S. 336. 339., Res. gr. v. 1661. Justizf. §. 59. C.A. T.I. S. 230., Rescr. v. 13. Sept. 1709. C.A. C. III. T.I. S. 185., M. v. 7. Dec. 1715. §. 9. ib. S. 1848., Bef. v. 25. Nov. 1717. C.A. T.I. S. 1877., Rescr. v. 30. Jan. u. v. 1. April. 1739. L.C.W. T. I. S. 285. u. C.A. C. I. T. I. S. 313., v. 2. April 1739. ib. S. 315., O.A.Pat. v. 18. Jan. 1745. L.C.W. T. I. S. 307., Gen. v. 30. April 1783. C.A. C. II. T.I. S. 451., Rescr. v. 27. Mai 1783. ib. S. 463., v. 29. Mai 1816. C.A. C. III. T.I. S. 298. **12)** In Verwaltungssachen ist von der Recursnahme gegen ein Straferkenntniß zu unterscheiden die Berufung auf Erlaß, Milderung oder Verwandlung der Strafe im Wege der B. Diese ist an die Vorschrift, daß gegen Straferkenntnisse in Verwaltungssachen nur einmaliger Recurs Statt finde und an eine Instanzenordnung nicht gebunden. §. 38. 39. d. G. v. 30. Jan. 1835. G.S. S. 96. **13)** Die Resolutionen über B.sgesuche in Verwaltungssachen gelangen aus den Ministerien selbst an die betreffenden Behörden, oder die darum Bittenden. Ueber andere an die Ministerien gelangende Recurse, in welchen nicht um B., sondern um Aufhebung oder Minderung der zuerkannten Strafe aus Rechtsgründen gebeten wird, haben die Ministerien, wenn dem Gesuche zu willfahren bedenklich fällt, die hauptsächliche Beschlußnahme in collegialischer Berathung zu fassen. §. 40. ib. u. §. 18. S. 92. **14)** B.sgesuche in Communalgardenangelegenheiten gehören vor den Generalcommandanten, Regul. für d. Comm.-Garde §. 43. G.S. v. 1831. S. 43. **15)** Die, welche Abolition erhalten haben, sind gleichwohl bei den Handwerken anzunehmen. M. v. 19. Oct. 1731. §. 13. unter 5. C.A. C. I. T.I. S. 588., L.C.W. T. I. S. 602. **16)** In Bezug auf die im Jahre 1848. verschiedener Verbrechen wegen ertheilte Amnestie s. die V. v. 17. April 1848. G.S. S. 50. **17)** S. auch: Amnestie, Appellation in Crim., Erkenntnisse, General-Gouv., Staatsverträge, II., Communalgarde, Felonie, Geständniß, Todesstrafe, Vertheidigung, Hinrichtung, Wiederaufnahme, Vertheidigungskosten, Strafgesetzbuch, Rechtsmittel, Jugend. **18)** Im Sinne von Befreiung und Bevorzugung kommt Begnadigung zur Sprache unter: Bergbegnadigung, Privilegien, Armee.

Begräbniß. 1) Das Begraben in die Kirchen ist verboten; Ausnahmen sind nur zu gestatten, wo gewölbte Grüfte vorhanden und die Zugänge so verwahrt sind, daß für die Kirchgänger kein Nachtheil entsteht. M. v. 11. Febr. 1792. §. 7. C.A. C. II. T. I. S. 1040., L.C.W. T. IV. S. 94. u. C.A. C. II. T. III. S. 521., V. v. 22. Juni 1841. §. 25. G.S. S. 106. **2)** Außerhalb der Kirchen und Kirchhöfe sollen mit Ausnahme der Nothfälle keine Privatbegräbnisse errichtet werden, Bef. v. 21. Sept. 1705. C.A. T. I. S. 875. **3)** Um in einer Kirche ein Erbbegräbniß anzulegen, bedarf man der Genehmigung des Collators u. der geistlichen Behörde, sowie man sich auch mit der Kirche abzufinden hat. Rescr. v. 18. Juni 1634. C.A. T.I. S. 855., Rescr. v. 22. März 1637. ib. S. 859. **4)** Die Bemühungen der Superintendenten bei Gesuchen um Anlegung von Erbbegräbnissen können besonders liquidirt werden, V. v. 10. Jan. 1839. G.S. S. 17. **5)** Auf den Gottesäckern soll der Regel nach Niemand bei dem B. einen Vorzug haben, sondern die Verstorbenen sollen der Reihenfolge nach, ohne Rücksicht, ob sie in Aemtern gewesen, oder nicht, begraben werden. Eheleute hingegen und Aeltern und Kinder, können

sich neben einander liegende B.plätze im Voraus bestellen. Rescr. v. 6. Nov. 1600. C.A. T.I. S. 848., M. v. 11. Febr. 1792. §. 7. l. c. Zu Austhuung der Plätze zu Begräbnissen u. Grabmälern genügt in der O.Lausitz die Einwilligung des Collators nach vorgängiger Rücksprache mit Pfarrer und Kirchvätern, Regul. v. 11. Aug. 1813. §. 49. L.C.W. T.VI. S. 278. **6)** Keine Leiche darf vor Eintritt der wirklichen Fäulniß, ferner, mit Ausnahme dringender Fälle, vor Ablauf von 72 Stunden, und ohne vorher erfolgte Todenschau u. Ausstellung des Leichenbestattungsscheins beerdigt werden. G. v. 22. Juni 1841. §. 1. G.S. S. 98., V. v. 22. Juni 1841. §. 14. S. 103., Instr. in d. G.S. v. 1841. S. 117. §. 9. 11. Aeltr. Best. sind: der 15. Gen.Art. v. 1580. C.A. T. I. S. 686., M. v. 11. Febr. 1792. a. a. O., Gen. v. 13. Febr. 1801. C.A. C. III. T. I. S. 384. u. L.C.W. T. V. S. 190., Rescr. v. 7. Febr. 1829. wegen der Juden G.S. S. 69. **7)** Das öffentliche B. ist als Regel vorgeschrieben, Gen.Art. 15. v. 1580. C.A. T.I. S. 686. **8)** In den Städten soll das B. der Toden unter Begleitung von Kirchendienern, des Schullehrers und der Schüler erfolgen, auf den Dörfern sollen der Pfarrer, Kirchner und einige Nachbarn der Leiche folgen. Ang. 15. Gen.Art. Nach dem 15. Gen.Art., dem Syn.Decr. v. 1624. C. A. T. I. S. 791., d. Rev. Syn.Decr. v. 1673. §. 44. ib. S. 832. braucht der Pfarrer auf den Dörfern der Leiche nicht über den dritten Hof entgegen zu gehen. **9)** Auf dem Lande sollen die Leichen von Mannspersonen getragen, und aus jedem Hause soll eine Person zur Begleitung geschickt werden. Rev. Syn.Decr. v. 1673. §. 40. C.A. T.I. S. 832. **10)** Beim B. von Handwerksmeistern und deren Ehefrauen haben bei den Innungen, wo es hergebracht, die jüngern Meister sich des Tragens der Leiche bei Strafe nicht zu entziehen. Es soll genügen, wenn nur die halbe Innung, und wo solche nicht über 40 Meister stark ist, der vierte Theil die Leiche begleitet. M. v. 8. Jan. 1780. Cap. III. §. 31. C.A. C.II. T.I. S. 778. C. A. C.II. T.III. S. 161. und L.C.W. T.III. S. 278. **11)** Sogenannte Leichenessen dürfen am Tage des B. in der Stube, worin sich die Leiche befindet, nicht gestattet werden, M. v. 11. Febr. 1792. §. 7. a. a. O., Gen. v. 13. Febr. 1801. C.A. C.III. T.I. S. 384. u. L.C.W. T.V. S. 190. **12)** Während der Leichenpredigt dürfen die Leichen nicht in die Kirchen oder deren Vorhallen gesetzt werden. ib. **13)** Litt der Verstorbene an einer ansteckenden Krankheit, so ist die sonst übliche oder vorgeschriebene Begleitung der Leiche, außer durch die Kirchendiener, wo dieß Herkommens, und durch die, welche um den Verstorbenen gewesen sind, unzulässig. Ang. Gen. v. 1801. Der Zutritt zur Leiche ist Zuschauern und Schulkindern untersagt, ebenso die Oeffnung des Sarges. ib. **14)** Katholiken und Reformirte werden, nach dem Rescr. v. 5. Juli 1811. C. A. C. III. T. I. S. 146., M. v. 19. Febr. 1827. §. 63. G.S. S. 26., M. v. 7. Aug. 1818. §. 15. G.S. S. 63., Laus. V. v. 22. Aug. 1821. no. 1. G.S. S. 92., V. v. 20. März 1822. §. 2. G.S. S. 224., an Orten, wo sie keine öffentliche Religionsübung und keine eignen B.plätze haben, auf Verlangen, mit allen Feierlichkeiten des öffentl. B. jedoch gegen die ortsüblichen Stolgebühren, außerdem in der Stille, blos unter Bezahlung des B.platzes und der Grube, beerdigt. **15)** Das B. verstorbener Militairpersonen erfolgt der Kirchen-O. gemäß, Rescr. vom Juli 1631. C.A. T.I. S. 1031. Uebrigens s. die Ordonn. v. 19. Juli 1828. II. Th. §. 92. G.S. v. 1828. S. 168., Rescr. u. Regul. v. 1. Sept. 1785. C.A. C.II. T.I. S. 197. f., Rescr. v. 17. Aug. u. Bef. v. 9. Juli 1801. C.A. C.III. T.I. S. 103. 597. u. G. v. 7. Dec. 1837. §. 99. G.S. S. 158. **16)** Das nächtliche stille B. gestatten der Ritterschaft, andern Personen aber nach erlangter Dispensation, der Bef. v. 30. Jan. 1722. C.A. C.I. T.I. S. 197., das Rescr. v. 17. März 1751. u. 31. Aug. 1753. Cod. d. S. K.R. S. 126. **17)** Das stille B. bildete früher die Ausnahme von der kirchlichen Regel des öffentl. B., 15. Gen.-Art. v. 1580. C.A. T.I. S. 686. und bedurfte der Dispensation der geistl. Oberbehörde, ib., Rescr. v. 28. März 1800. C.A. C. III.

T. I. S. 100., v. 10. Juni 1807. ib. S. 107. Nachdem das stille B. schon früher, insbesondere bei den an ansteckenden Krankheiten Verstorbenen, Gen. v. 13. Febr. 1801. C.A. C.III. T.I. S. 384. u. L.C.W. T.V. S.190., Rescr. v. 15. Juni 1801. C.A. C.III. T.I. S.102., Rescr. v. 9. Nov. 1801. Cod. d. S.K.R. S.192. not.**, v. 10. Juni 1807. C.A. C.III. T.I. S.107., ferner bei Kindern, und erweislich Armen, Rescr. v. 28. März 1800. und v. 8. Jan. 1802. ib. S. 100. 104. allgemeiner Gebrauch geworden war, bedarf es jetzt zu den stillen Beisetzungen oder Beerdigungen nirgends weiter der Dispensation; die zeitherige Mitwirkung der Geistlichen bei denselben und die diesfallsigen Gebühren, mit Ausnahme der weggefallenen Dispensationskosten sind aber geblieben. V. v. 12. Juli 1838. §. 6. G.S. S. 391. Vergl. dazu die Resol. auf d. Intercess. v. L.T. v. 1805. C.A. C.III. T.I. S. 30., u. das ang. Rescr. v. 1807. **18)** Die allgemeine Anordnung wegen der Begräbnißfeierlichkeiten und die Feststellung der damit verbundenen Kosten, mit Inbegriff der Gebühren für Kirchen und Schulen, ist Gegenstand örtlicher Regulative, welche von der Obrigkeit unter Einverständniß der Kirchen- u. Schul-Inspectionen und Vorstände, sowie der Gemeindevertreter zu errichten sind, und der Bestätigung der Kreisdirection bedürfen, §. 1. d. V. v. 12. Juli 1838. G.S. S. 390. [Vergl. d. Syn.Decr. v. 1624. §. Mit Bestattung &c. C.A. T.I. S.791., Pol.O. v. 1661. Tit.18. §.3. ib. S.1584., Rev. Syn.-Decr. v. 1673. §.40. ib. S.832.] **19)** Die Gebühren für die Geistlichen, die Kirchen und Schulen sind, wie sie an den einzelnen Orten durch statutarische Bestimmungen, Matrikeln oder Observanz feststehen, in die B.-Regulative mit aufzunehmen. Modificationen nach den verschiedenen Classen der Leichenbestattungen sind nachgelassen. §. 2. d. V. v. 12. Juli 1838. G.S. S. 391. **20)** Jedes Orts ist eine gewisse Art als eigentliches Armen-B. für wirkliche Arme, worüber im Zweifel die Obrigkeit entscheidet, festzusetzen. Die Kosten sind im Regulative genau festzustellen, und werden aus der Armencasse bezahlt. §. 3. ib. und §. 36. der A.O. v. 1840. G.S. S. 265. **21)** Nach dem 15. Gen.Art. v. 1580. C.A. T.I. S.687. u. d. M. v. 7. Dec. 1715. §.10. ib. S. 1848. in Verbindung mit dem Rescr. v.30.Jan.1826. Cod. d.S.K.R.S.150. u. der A.O. v. 1840. §. 36. G.S. S. 265. dürfen Stolgebühren für das B. Armer, auch aus den Armencassen nicht gefordert werden. **22)** Jedem nicht Armen ist freigestellt, für sich und die Seinigen eine B.art zu wählen, welche er will, ohne zu Entrichtung von Gebühren für eine andere wegen höhern Standes oder sonst verbunden zu sein. §. 4. ib. **23)** Der Leichenbestatter hat sich bei der einmal gewählten B.weise streng nach den dafür regulativmäßig Statt findenden Formen zu richten, und darf dabei nichts in Gebrauch gesetzt werden, was nach dem Regulative einer andern Classe als Attribut vorbehalten ist. §. 4. ib. **24)** Niemand ist verbunden, Rechnungen für den B.aufwand ohne vorgängige Moderation durch die Ortsobrigkeit zu bezahlen. Letztere hat jeden regulativwidrigen Ansatz zu streichen, auch wenn von den Leidtragenden das dem Regulative nicht Entsprechende gewünscht, erbeten, oder angenommen worden wäre. §. 5. ib. [Aeltr. Verf.: 26. Gen.Art. v. 1580. C.A. T.I. S. 688., Ausschr. v. 1583. ib. S. 159., Pol.O. v. 1612. Tit. 9. ib. S. 1472., v. 1661. Tit. 18. ib. S. 1583., Res. ad Intercess. v. 1805. C.A. C. III. T.I. S. 30.] **25)** Damit das Singen der Schüler bei Leichenbegängnissen, ang. 15. Gen.Art. l. c., nicht zu Schulversäumnissen Anlaß gebe, soll eine bestimmte Stunde zum B. festgesetzt werden, ib., Syn.Decr. v. 1624. §. Damit auch die Schüler &c. C.A.T.I.S.791., §.41. des Rev. Syn.Decr. v. 1673. ib. S. 832., Laus. Schul-O. v. 1770. Cap. 4. Sect. 3. §. 4. C.A. C. I. T.III. S. 25. u. L.C.W. T.III. S. 890. **26)** Die B.gebühren an die Kirche sollen vor dem B. bezahlt werden. V. v. 30. Sept. 1729. C.A. C.I. T.I. S. 219. **27)** B.verrichtungen stehen den evangelischen Hofpredigern zu Dresden nicht zu, §. 10. des Regul. v. 7. Juni 1828. §. 10. S.S. S. 55. **28)** An Orten, wo keine Todengräber vorhanden, sind Gerichts- oder andere Personen zu Anwei-

sung der Grabstätten besonders zu bestellen, die namentlich auch darauf verwiesen werden, daß die Ausgrabung noch unverwester Körper nicht erfolge; daß über die Grabstellen ein ordentliches Register gehalten werde; und daß die Gräber in gehöriger Tiefe, und zwar für erwachsene Personen wenigstens 3 Ellen, für Kinder aber wenigstens 2 Ellen tief angelegt werden, §. 7. des M. v. 11. Febr. 1792. C.A. C.II. T.I. S. 1040. C.A. C. II. T.III. S. 521., V. v. 22. Juni 1841. §. 26—28. G.S. S. 106. [Vergl. d. 15. Gen.Art. v. 1580. C.A. T.I. S. 686., d. Rev. Syn.Decr. v. 1673. §. 43. ib. S. 832., wegen der Kathol. d. M. v. 19. Febr. 1827. §. 63. G.S. S. 13., wegen der Reform. d. Regul. v. 7. Aug. 1818. §. 15. no. 3. u. §. 20. no. 3. G.S. S. 57.] **29)** Ein B. ohne alle Feierlichkeit findet nach den Gesetzen Statt: a) zur Pestzeit, wo auch keine Leiche in die Kirche begraben werden darf, Gen.Art. 15. v. 1580. C.A. T.I. S. 688., Gen. v. 6. Sept. 1680. ib. S. 863., M. v. 2. Dec. u. Bef. v. 11. Dec. 1713. ib. S. 1833. 901., L.C.W. T.I. S. 828., b) bei todgebornen u. ungetauften Kindern, im Fall ein öffentl. B. nicht verlangt wird, Gen.Art. 15., Rescr. v. 31. Aug. 1755. u. v. 6. Dec. 1713. (in Deyling. Prud. Pastor. S. 725. ff.), c) bei Excommunicirten, 11. Gen.Art. v. 1580. C.A. T.I. S. 682., d) bei Abendmahlsverächtern, Rescr. v. 19. Febr. 1709. u. 23. Aug. 1624. C.A. T.I. S. 881. 851., e) bei den im Duell Gebliebenen, M. v. 20. Sept. 1665. C.A. T.I. S. 1627., v. 2. Juli 1712. §. 39. C.A. T.I. S. 1796. u. L.C.W. T.I. S. 238., f) bei den durch Urtel und Recht als betrügerische Bankerottirer Erklärten, M. v. 28. April 1625. C.A. T.I. S. 1123., v. 20. Dec. 1766. §. 2. u. 12. C.A. C.I. T.I. S. 922. u. 931., M. v. 2. Aug. 1783. §. 12. L.C.W. T.IV. S. 10., g) bei offenbaren Wucherern, M. v. 28. April 1625. C.A. T.I. S. 1125., h) bei Enthaupteten, oder zur Todesstrafe verurtheilten jedoch vorher verstorbenen Verbrechern, wenn die Leichname an die anatomischen Lehranstalten nicht abgegeben werden können; jene sind an einem abgesonderten Platze außer, diese an einem solchen auf dem Todenacker zu begraben. Art. 10. d. Str.-Gb. v. 1855. und vorher: Art. 6. u. 74. d. Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 133., i) nach kriegerischen Ereignissen hinsichtlich der Getödeten, Gen. v. 20. Sept. 1813. C.A. C.III. T.I. S. 508. k) Unfreiwillige Selbstmörder werden ebenfalls in der Stille und ohne alle Ceremonien begraben. Die Obrigkeit hat sich mit dem Superintendenten und Pfarrer vorher zu vernehmen; bei vorhandner Meinungsverschiedenheit ist die Resolution der Consistorialbehörde einzuholen. M. v. 20. Nov. 1779. §. 2. C.A. C.II. T.I. S. 760., C.A. C.II. T.III. S. 157. u. L.C.W. T.III. S. 156. Ist der Selbstmord, was die Obrigkeit so viel möglich zu erörtern und festzustellen hat, dem Entleibten als eine vorbedachte frevelhafte That zuzurechnen, so ist der Leichnam an die anatomische Anstalt abzugeben, u. wenn dieß nicht möglich ist, von der Obrigkeit an einem abgesonderten Orte beerdigen zu lassen. ib. §. 3. Aeltr. Best.: Rescr. v. 15. Juli 1664. C.A. T.I. S. 861., Bef. v. 9. Dec. 1705. ib. S. 875., Rescr. v. 18. Aug. 1713. ib. S. 1009., Extr. no. 108. der Resol. ad Praelim. v. 5. Mai 1718. ib. S. 397., Rescr. v. 13. März 1719. ib. S. 1009., Decr. v. 17. Mai 1745. C.A. C.I. T.I. S. 235., Res. gr. v. 1763. A. ad gr. 6. ib. S. 88., Rescr. v. 7. Aug. 1766. ib. S. 243. Wird gegen die Verfügung des Gerichts appellirt, oder ist der Fall sonst zweifelhaft, so muß Bericht erstattet, der Körper aber immittelst so, daß den Lebenden kein Nachtheil entsteht, verwahrt werden. Ein Rechtsmittel gegen die eingelangte Resolution hat keine Suspensivkraft. §. 5. des M. v. 20. Nov. 1779. **30)** Diejenigen, welche Personen, die sich selbst ums Leben gebracht haben und überhaupt Verunglückte, abschneiden, aufheben, retten und zum Grabe tragen, sind gegen Ehrenkränkungen nachdrücklich zu schützen. M. v. 19. Oct. 1731. §. 13. L.C.W. T.I. S. 600. u. C.A. C.I. T.I. S. 588., M. v. 10. Nov. 1754. ib. S. 891., M. v. 26. Sept. 1773. §. 4. C.A. C.II. T.I. S. 687. u. L.C.W. T.III. S. 147., ebenso die Verwandten des Entleibten, M. v. 20. Nov. 1779. §. 3. ib. S. 156. u. C.A. C.II. T.I. S. 757.

31) Wer einen Verunglückten, Erhenkten zuerst antrifft, hat selbst oder mit herzuzurufenden Andern die nächsten Maßregeln zu ergreifen, daher den Erhenkten abzuschneiden, den Körper aus dem Wasser zu ziehen u. dergl., und in's nächste Haus zu schaffen. M. v. 26. Sept. 1773. §. 1. C.A. C.II. T.I. S. 687. Eine Remuneration von 1 Thlr. 10 Ngr. sichert ihm das M. v. 18. Mai 1831. §. 8. G.S. S. 109. zu. **32)** Nach der V. v. 30. Juli 1839. G.S. S. 181. hat die Polizeibehörde die erste Cognition bei Auffindung todter menschlicher Körper im Freien oder bei andern Todesfällen aus scheinbar nicht natürlichen Ursachen, §. 1. ib., und ordnet Rettungs- und Wiederbelebungsversuche, wenn Scheintod möglich sein sollte, an, (über das Verfahren zu möglicher Rettung Verunglückter, vom Blitz Getroffener, Erfrorner, Erhenkter, Erdrosselter, Ertrunkner, Erstickter, Verletzter findet sich die neueste Belehrung in der G.S. v. 1841. S. 107. f.) ferner besorgt sie die Todenschau und die Ermittelung der zweifelhaften Identität des Verunglückten, der Art und des Urhebers des Todes, §. 2. ib. [Vergl. die ältern Best. der L.O. v. 1550 u. 1555. Tit. Was zu Oberger., C. A. T. I. S. 31. 49., in d. Lauf. Erkl. d. M. v. 20. Jan. 1605., v. 18. Aug. 1611. C. A. T. III. S. 139. 141., L.C.W. T. I. S. 184. 186., d. M. v. 26. Sept. 1773. C. A. C. II. T. I. S. 685. u. Gen. v. 9. Juni 1804. C. A. C. III. T. I. S. 417.] Ist keine Hoffnung der Wiederbelebung da, und die Vermuthung vorhanden, daß der Fall zur Criminaljustiz gehöre, so ist die Justizbehörde schleunigst zu benachrichtigen, inmittelst aber für Aufbewahrung der Leiche in möglichst unverändertem Zustande Sorge zu tragen, §. 3. d. V. v. 1839. Liegen aber keine criminellen Anzeigen vor, so hat die Polizeibehörde die wegen der Beerdigung und sonst nöthigen Verfügungen zu treffen, §. 4. ib. Indeß steht es der Justizbehörde zu, wenn sie zeitiger Nachricht erhält oder es im Interesse der Criminaljustiz findet, sich der Aufhebung selbst zu unterziehen, §. 5. Die Anzeige über die Auffindung von Leichnamen ist daher in der Regel der Polizeibehörde zu machen, wenn aber Spuren eines verübten Verbrechens vorliegen, gleichzeitig auch, wenn es die Entfernung gestattet, der Justizbehörde, §. 6. ib. Jedenfalls hat die Behörde, welche die Aufhebung besorgt, die andere sofort davon in Kenntniß zu setzen, §. 7. ib. S. 182. Wenn die Aufhebung einer in Militairlocalen auf scheinbar nicht natürliche Weise verstorbnen Militairperson nöthig wird, so besorgt die erste Erörterung nach §. 1. d. V. v. 1839. das Militairgericht, oder, wo ein solches nicht vorhanden, die requirirte Polizeibehörde, — außerhalb jener Locale die betreffende Polizeistelle, unter Benachrichtigung des Militairgerichts. V. v. 26. März 1844. §. 1. 2. 3. G.S. S. 139. Unterzieht sich die competente Criminalbehörde der Aufhebung sogleich selbst, so hat sie das betreffende Militairgericht ebenfalls sogleich zu benachrichtigen. §. 4. ib. Wegen Dresden und der Festung Königstein vergl. §. 5. 6. ib. **33)** Zu Fortschaffung einer Leiche aus einer Parochie zur Beerdigung in einer andern ist die vorgängige Erholung eines Leichenpasses der Kreisdirection erforderlich. Res. 7. v. 27. Jan. 1786. C.A. C. II. T. I. S. 291. ff. u. L.C.W. T. IV. S. 669., V. v. 29. Aug. 1835. G.S. S. 451. Die Berichtigung der Stolgebühren ist letztrer nachzuweisen oder wird als Bedingung im Passe mit ausgedrückt. Ang. V. v. 1835. l. c. Begleitung und Einholung der Leiche findet nur auf Verlangen Statt; sie darf wegen unterlassener Meldung des Transports von der Geistlichkeit unterwegs nicht angehalten werden; die Gebühren sind nur in dem Kirchspiele, zu welchem sich der Verstorbene zuletzt gehalten, und wo er begraben wird, zu entrichten. Ang. Res. 7. **34)** Wird die Leiche eines kathol. Glaubensgenossen aus einem kathol. Pfarreisprengel in einen andern gebracht, so ist sich lediglich nach der ang. V. v. 29. Aug. 1835. zu richten. Bleibt sie innerhalb eines dieser Sprengel, wird aber nicht auf dem Begräbnißplatze des Orts, wo die Person verstorben ist, sondern auf einem andern beerdigt, so genügt, statt eines Leichenpasses, ein von der Polizeibehörde des Orts, von wo aus die Leiche fortgeschafft wird, ausgestellter Transportschein. Stolgebühren an

den evangel. Ortspfarrer oder Schullehrer sind weder in dem einen noch in dem andern Falle, sondern lediglich, wenn auf Verlangen die Begleitung der evangel. Ortsgeistlichkeit und Schule mit den üblichen Ceremonien Statt findet, zu entrichten. Es ist jedoch jedesmal dem evangel. Pfarrer, aus dessen Parochie die Leiche eines Katholiken fortgeschafft wird, Anzeige davon zum Behufe der Eintragung in's Kirchenbuch zu machen und die dafür geordnete Gebühr zu entrichten. V. v. 31. Mai 1837. G.S. S. 70. **35)** Vorschriften wegen der Leichenpredigten enthält der 15. Gen.Art. v. 1580. C.A. T. I. S. 686., bei Beerdigung von Militairpersonen d. Regul. v. 1. Sept. 1785. sub III. C.A. C.II. T.I. S. 197. Sie kann unbeschadet der Stolgebühren an einem Tage nach der Beerdigung Statt finden. M. v. 11. Febr. 1792. §. III. C.A. C. II. T. I. S. 1035. u. L.C.W. T. IV. S. 93. **36)** Der Raum auf den B.plätzen muß für die Bevölkerung ausreichen, und niemals sind Leichen, welche noch nicht ganz verweset sind, wieder aufzudecken, um neue Gräber zu graben. Darum müssen die Gräber mit Raumersparniß, in Reihen, nach der Folge der Todesfälle angewiesen werden, wobei nur hinsichtlich der Ehegatten, Aeltern u. Kinder, wenn solches gewünscht wird, eine Ausnahme in sofern zu gestatten ist, als dieselben den Ort ihres Grabes in der Nähe ihrer Verstorbenen im Voraus bestellen können. V. v. 20. Juli 1850. §. 9. G.S. S. 187. **37)** Das Grab eines Erwachsenen darf nicht unter 3 Ellen, das eines Kindes nicht unter 2 Ellen tief sein. Die Handhabung der Ordnung auf den B.plätzen und die Anweisung der Gräber liegt (unter der Kircheninspection) dem Todengräber oder Denjenigen ob, welche die Ortsobrigkeit sonst dazu in Pflicht nehmen wird. Diese Personen haben über die Beerdigungen ein fortlaufendes, jährlich abzuschließendes Register zu führen. ib. **38)** Bei Anlegung neuer B.plätze ist zunächst mit Rücksicht auf die Bevölkerung und die muthmaßliche Zahl der jährlichen Todesfälle ein hinlänglich geräumiger, vor Ueberschwemmungen gesicherter Platz zu wählen, der weit genug von Wohnungen u. namentlich auch von Brunnen entfernt ist und nöthigenfalls in späterer Zeit vergrößert werden kann. Dieser Platz ist mit einer mäßig hohen Mauer zu umgeben und mit der Todenhalle zu versehen, auch auf demselben durch Abtheilung in Quartiere eine solche Benutzung des Raumes einzurichten, daß vor Ablauf von mindestens 20 Jahren eine frühere Grabstätte nicht wieder zu neuen Gräbern verwendet zu werden braucht. ib. §. 10. G.S. v. 1850. S. 187. **39)** Die B.gebühren werden blos in der Parochie bezahlt, worin der Verstorbene auch wirklich beerdigt wird. In der anderen, worin er bei einem nur zeitweiligen Aufenthalte verstarb, aber nicht begraben wurde, oder wenn dieß geschah, in der Parochie, welcher der Verstorbene zuletzt angehörte, sind nur die Gebühren, welche die Haltung des Kirchenbuchs betreffen, zu entrichten. V. v. 18. Oct. 1850. G.S. S. 253. Ueber das Verhältniß dieser V. zur Resol. 7. in Consistor. u. die V. v. 29. Aug. 1835. (s. oben) vergl. die näml. V. v. 1850. **40)** Noch vergl.: Abendmahl, Abdecken, Bergarbeiter, Armencasse, Aufwand, Beschädigung, Diebstahl, Gerichtsbarkeit, Gesinde, Glocken, Staatsverträge, Taufe, Todengräber, Todenschau, Stilles Begr..., Leichen, Todenhallen, Todesstrafe.

Begräbnißcasse. S. Grabecass..., Staatsverträge, Cassen, Verlassenschaft.

Begräbnißfeierlichkeiten. S. Begräbniß, Trauer.

Begräbnißkosten. S. Begräbniß, Concursgläubiger, A. I.

Begräbnißplätze. S. Kirchhöfe, Begräbniß, Todesstrafe, Bezirksärzte.

Begründung. S. Beweis, Rechtsmittel.

Begünstigung. **1)** Wer einem Verbrecher nach vollbrachter That durch Verhehlung od. Unterstützung zur Flucht, durch Verbergung, Wegschaffung oder Vertrieb der Gegenstände des Verbrechens, durch Unterdrückung oder Vernichtung der Spuren oder Anzeigungen der strafbaren Handlung Vorschub leistet, ist als Begünstiger des verübten Verbrechens mit einer Strafe

zu belegen, welche bis auf $1/3$ des Höchstbetrags der auf dieses Verbrechen gesetzten Strafe ansteigen kann. Cr.Gb. v. 1855. Art. 61. **2)** Hinsichtlich der Verschiedenheit persönlicher Verhältnisse und hinsichtlich persönlicher Erschwerungs-, Milderungs- u. Strafausschließungsgründe gilt von den Begünstigern dasselbe, was in Art. 55. und 56. wegen der Gehilfen (s. d.) bestimmt ist. ib. **3)** Begünstiger, welche die (bei 1.) oberwähnten Handlungen dem Verbrecher vor der That zugesagt haben, sind als Gehilfen bei der That (vergl. Art. 53. u. 54. unter Gehilfen) zu beurtheilen. cit. Art. 61. **4)** Früher: Cr.Gb. v. 1838. Art. 38. 39. 40. 41. 46. 47. 239. G.S. S. 124. **5)** Wegen der B. bei Militairvergehen: M.Str.Gb. v. 1855. §§. 81. 100. 102. 141. 170., vergl. die Art.: Militairischer Verrath, Militairpflicht, Mißbrauch, Dienst. **6)** S. in andern Beziehungen die Art.: Militairpers..., Antrag, Zurücknahme, Straflos..., Gehilfen, Ersatz, Amtsmißbr..., Gerichtsstand, Commission, Untersuchungs-Just..., Erkenntnisse, Concurs, Forst..., Partiererei, Staatsdienst, Staatsverrath, Zumessung. **7)** Auch bei B. von Zollvergehen, §. 30. ff. d. G. v. 3. April 1838. G.S. S. 343. u. von Steuervergehen, §. 43. d. G. v. 4. April 1838. G.S. S. 356. steigt die Strafe höchstens bis zu einem Drittheile der Strafe des Hauptvergehens, und auch hier werden die unter 1. gedachten, mit dem Urheber verwandten, Personen wegen ihrer B., soweit sie nur den Schutz des Uebertreters bezwecken, nicht bestraft. ib. **8)** B. im Sinne von Bevorzugung: s. Armee, Bergbegnadigung, Privilegien, Befreiung.

Begutachten. S. Section, Sachverst..., Appellationsger...

Behältnisse. S. Diebstahl, Executionsverfahren, Pulver.

Behändigung. S. Ablösung, Vorladung, Protokolle, Beweis, Verjähr., Armencasse.

Behaftet, s. Fehler.

Behalten, s. Zurückbehalten.

Behandlung. 1) Eine harte und entehrende B. der Subalternen oder Anderer begründet gegen Staatsdiener den Besserungsweg, §. 26. unter 9. d. G. v. 7. März 1835. G.S. S. 183. **2)** Harte oder unangemessene B. der Schuljugend zieht für den Lehrer das Besserungsverfahren, G. v. 6. Juni 1835. §. 54. unter 8. G.S. S. 291., eine unzüchtige aber die Dienstentsetzung nach sich. ib. §. 52. S. 290. **3)** S. Gesinde, Aeltern, Thierquälerei, Schullehrer, Staatsdienst, Lehrlinge.

Behaupten. S. Amtsbefugnisse, Besitz, Beweis, Gerichte, Klage, Provocation, Proceß, Rechte.

Behausung, s. Wohn..., Haus...

Beherbergen. 1) Wer wissentlich Dieben, Gaunern oder Räubern Auflage bei sich verstattet, wird wegen gewerbmäßiger Hehlerei gestraft nach Art. 293. d. Str.Gb. (s. Partiererei), vorher noch: Art. 239. d. Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 169. **2)** Das unbefugte polizeiwidrige B. fremder Personen soll nach d. M. v. 14. Dec. 1753. §. 4. 5. C.A. C. I. T. I. S. 801. u. L.C.W. T. III. S. 84., Laus. Regulativ v. 24. Jan. 1787. §. 22. C.A. C. II. T. III. S. 225. u. L.C.W. T. IV. S. 416., O.A.Pat. v. 25. April 1817. ib. T. V. S. 280. mit 20 Thlr. Geld- oder 8 wöchentlicher Gefängnißstrafe geahndet werden; ein zum B. an sich berechtigter Wirth aber, der eingekehrten Fremden nicht ihre Legitimationen abverlangt und sie nicht meldet, wird um 10 Thlr. oder mit 4 Wochen Gefängniß gestraft. ib. Die Gendarmen sind zur Ueberwachung angewiesen. Instr. v. 7. April 1820. §. 29. 30. G.S. S. 121. Nachtragsinstr. v. 1822. ad §. 29. G.S. v. 1822. S. 387. **3)** Reiheschänken ist das B. untersagt. V. v. 14. Febr. 1824. §. 3. G.S. S. 32. **4)** S. Gast- u. Sch., Gendarmen, Mühlburschen, Hausbesitzer, Polizei.

Behilflich, s. Unterstützung.

Behinderung, s. Verhinderung.

Behörden. 1) Wer sich der Vollziehung einer von einer öffentlichen B. in ihrem Wirkungskreise ausgegangenen Anordnung gewaltthätig widersetzt, die B. oder die dazu beauftragten Personen mit Thätlichkeiten bedroht, oder sich an ihnen wirklich vergreift, oder sich gegen Schildwachen oder ausge-

schickte Patrouillen thätlich vergeht, wird nach Art. 142. d. Str.Gb. v. 1855. (s. Widersetzung) gestraft. Vorher: Art. 105. 106. d. Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 139., Const. 43. v. 1572. P. IV. C. A. T. I. S. 129. **2)** Die Verletzung oder Vernichtung der von einer öffentl. B. angelegten amtlichen Verschlußmittel oder amtlichen Bezeichnungen eines Gegenstandes, oder der von solchen B. erlassenen und an öffentl. Orten aushängenden Bekanntmachungen ist nach Art. 146. d. Str.Gb. v. 1855. (s. Verletzung) zu ahnden. Vorher: Art. 107. d. Cr.Gb. v. 1858. G.S. S. 139. **3)** Wenn mehrere Personen sich verabreden, gesetzlichen oder obrigkeitlichen Anordnungen den Gehorsam zu verweigern, ohne daß diese Vereinigung, oder der in Folge derselben eingetretene Ungehorsam in ein schwereres Verbrechen übergeht, so kommen die Art. 125. f. d. Str.Gb. v. 1855. (s. Aufforderung, Verbindung) zur Anwendung. Früher: Art. 110. d. Cr.Gb. v. 1838. G.S. S. 140. **4)** Wegen der Beziehungen der Behörden und ihrer Stellung vergl. noch die Art.: Berichte, Beschwerdeführung, Abgaben, Arrest, Aufruhr, Auflauf, Anzeigen, Ablösungsbehörden, Armenbehörden, Bestechung, Censur, Communalgarde, Ausländer, Aussage, Beleidigung, Fälschung, Landfriedensbruch, Meineid, Deserteurs, Ehe, Gemeindeleistungen, Gendarmen, Gerichte, Gerichtsstand, Gesamtministerium, Gewerbtreibende, Militairpflicht, Reiselegitimationen, Polizei, Litisreassumtion, Staatsdienst, Verjährung, Verpflichtung, Vorfälle, Zeugnisse, Russische ..., Antrag, Schmähungen, Widersetzung, Ruhestörung, Befreiung, Täuschung, Gemeinden, Auskunftsertheilung.

Beholzen. S. Holz..., Wald...

Beichte. **1)** In der B., zu welcher sich der Beichtende vorher bei dem Geistlichen anzumelden hat, Bef. v. 22. Mai 1713. C.A. T. I. S. 383. 893., Bef. v. 1. Sept. 1713. ib. S. 385. 897., soll die Jugend Bekenntniß und Rechenschaft ihres Glaubens ablegen, jeder seines Berufs erinnert werden, und in besondern schweren Anliegen Trost aus dem göttlichen Worte erhalten. 7ter Gen.Art. v. 1580. C.A. T.I. S. 671., Syn.Decr. v. 1624. ib. S. 789. Jedoch ist die Ohrenbeichte verboten. ib. **2)** Der Beichtvater darf das, was ihm von seinen Beichtkindern gebeichtet worden, Niemandem veroffenbaren. Gen.Art. 7. l. cit. u. Rescr. v. 8. Juli 1618. C.A. T.I. S. 851. S. hierzu den Art.: Straflosigkeit. **3)** Die B. soll öffentlich, in Gegenwart der Gemeinde und am Sonnabende geschehen. ib. u. Syn.Decr. v. 1624. l. cit. und Rev. Syn.Decr. v. 1673. §. 30. u. 31. C.A. T.I. S. 830. Alte, schwangere, und der Geburt nahe Personen haben den Vortritt, und, besonders zur Winterszeit, die Erlaubniß, des Sonntags vor der Predigt in der Sacristei zu beichten. 7. Gen.Art. v. 1580. C.A. T. I. S. 672., Syn.Decr. v. 1624. „Wiewohl auch" ib. S. 789., Rev. Syn.Decr. v. 1673. §. 31. ib. S. 831. **4)** Ueber die Beichtkinder soll jeder Prediger ein Beichtregister halten. B. v. 1. Sept. 1713. C.A. T. I. S. 386. **5)** Mit dem Beichtgelde sollen sich, nach d. Syn.Decr. v. 1624. §. Und demnach rc., und dem Rev. Syn.Decr. v. 1673. §. 68. C.A. T. I. S. 794. 825. f., die Beichtkinder nach Vermögen thätig und mildreich bezeigen. **6)** Der Beichtvater soll mit den Beichtenden keine Privatsachen treiben, und sich mit ihnen nicht zanken. Syn.Decr. v. 1624. und Rev. Syn.Decr. §. 29. ib. S. 789. u. 830. **7)** Vom Beichtstuhle ist ohne höhere Erlaubniß Niemand auszuschließen, 7. 8. Gen.Art. v. 1580. C.A. T.I. S. 676., Syn.Decr. v. 1624. §. Und damit künftig C.A. T.I. S. 785. f., Rescr. v. 18. März 1657. S. 807. ib., Res. gr. v. 1661. Tit. Consist.-S. §. 20. ib. S. 278. f., Rev. Syn.-Decr. v. 15. Sept. 1673. §. 29. 47. ib. S. 825. f. **8)** S. noch: Abendmahl, Papiere, Zeugen.

Beifall, s. Consens.

Beifuge, s. Anfügen.

Beigesellen. S. Theilnahme, Commissarien.

Beihilfe, s. Gehilfen, Militairpers., Befreiung, Gleichart..., Untersuchungs-Zust..., Unterstützung.

Beilage, s. Anfügen.

Beilager. S. Erbfolge.

Beilegung, s. Einstellung.

Beimessen, s. Zumessung, Beinzichten, Verleumdung.

Beinamen, s. Namen.

Beineisen. S. Schärfung, Zuchthaus.

Beinhäuser. S. Leichen.

Beinkleider. S. Beutler, Gerber, Gesinde.

Beinzichten. S. Anzeichen, Angeschuldigte, Auslieferung.

Beiordnen. S. Commissarien, Vertheidigung.

Beiräthig. S. Beihilfe.

Beischlaf. S. Admonition, Ausfällige, Unzucht, Betrug, Bigamie, Ehe, Ehebruch, Eheconsens, Gerichtsbarkeit, Nothzucht, Uneheliche, Verwandte, Mißbrauch, Lustſ...

Beisein. S. Gegenwart, Verhehlen, Executionsverf..., Bankr..., Partier...

Beisetzung. S. Todenhalle, Leichen, Begräbniß.

Beisitzer. S. Assessoren, Urkundspersonen.

Beispiel. S. Aeltern.

Beispringen, s. Unterstützung.

Beißen, Beißkorb. Hunde (s. d.) müssen entweder am Bande geführt oder mit einem Maulkorbe oder Beißriemen versehen werden. M. v. 2. April 1796. §. 2. 4—6. C.A. C.II. T.I. S.1096., C.A. C.II. T.III. S. 550. u. L.C.W. T.IV. S. 113.

Beistände. S. Advocaten, Ablösung, Consulenten, Gehilfen, Vollmacht.

Beistand. S. Noth, Verth..., Vertretung, Unterstützung.

Beisteuer, s. Beitrag, Unterstützung.

Beistücke, S. Erbgüter, Grund- und Hyp...

Beitrag. S. Anlagen, Abgaben, Armencasse, Innungswesen, Unterstützung.

Beitreiben. S. Executionsverfahren, Steuer...

Beiurtel. S. Erkenntnisse.

Beivormund, s. Nebenvormund.

Beiwohnen. S. Gegenwart, Beischlaf.

Beiziehen, s. Zuziehung.

Bekanntmachung. 1) Die B. vollzogener Strafen ist in das Ermessen des Justizministerii und bei Militairverbrechen des Kriegsministerii gestellt. Art. 24. d. Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 121., u. s. Vollstreckung. Mil.Str.Gb. v.1838. §. 32. G.S. S.232. Die Cassation eines Offiziers war demnach zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. ib. **2)** Die B. erkannter Strafen erfolgt in gewissen Fällen als Privatgenugthuung des Beleidigten. S. Beleidigung. Vorher: Art.202. d. Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 162. **3)** Die Herausgeber von Zeitschriften, welche auch andere, als literarische Anzeigen gegen Insertionsgebühren aufnehmen, sind verpflichtet, die nicht im Privatinteresse einzelner Personen oder Corporationen erfolgenden Veröffentlichungen der Ministerien, ingleichen der sonstigen obern und mittlern Behörden und Amtshauptmannschaften unentgeltlich, jede andere ihnen von einer öffentlichen Behörde mitgetheilte amtliche Bekanntmachung aber gegen die gewöhnlichen Insertionsgebühren in einer der beiden nächsten Nummern der Zeitschrift aufzunehmen. Preß-G. v. 14. März 1851. §. 21. G.S. S. 67. Dazu V. v. 15. März 1851. §. 14. G.S. S. 75. und die neuerlichen Bundesbestimmungen in der V. v. 29. Jan. 1855. §. 13. G.S. S. 24. **4)** Ist von einer Oberbehörde eine Verordnung oder B. in der Leipziger Zeitung mit der Anordnung veröffentlicht worden, daß jene auch in allen §.21. des Preßgesetzes bezeichneten Zeitschriften abzudrucken sei, so sind die Herausgeber der letzteren bei Strafe verbunden, dieser Weisung Folge zu leisten. Ang. V. v. 1851. §. 14. — Die Strafen sind die unter: Freiexemplare, 4. angegebenen. **5)** Die Gerichte haben bei ihren öffentlichen B. auf möglichste Raum- und Kostenersparniß zu sehen und deswegen die Tabellenform zu meiden. V. v. 30. Dec. 1851. G.S. v. 1852. S. 1. **6)** Vergl.: Untersuchungsverfahren vor d. C.R., Vollstreckung, Subhastation, Amortisation, Arzneimittel, Anschläge, Preßvergehen, Verletzung, Amtsblatt, Acten, Erkenntnisse, Ablösungsbehörden, Anatomische Anst., Advocaten, Amtsfolge, Appellation, II. III., Anzeigen, Abwesende, Bret, Arrest, II., Ausweisung, Behörden,

Brandstiftung, Bund, Buchhandel, Canzel, Censur, Concursproceß, Collecten, Edictalcitation, Commissarien, Doctorwürde, Ehestiftungen, Erkenntnisse, Executionsverfahren, Fund, Litisdenunciation, Gegenbeweis, Nullität, Verschwender, Vorladung, Verbrechen, Remotion, Reiselegitimationen, Stiftungen, Verjährung, Vicariat.

Bekehren. S. Proselyten...

Bekenntniß. S. Geständniß, Confirmation, Schuldverschreibung.

Bekenntnißschriften, s. Confessionsschriften.

Beklagte. **1)** Der Beklagte wird zum ersten Termine sogleich unter einem bestimmten, der Gattung des Processes entsprechenden Rechtsnachtheile vorgeladen, und wenn er außen bleibt, so wird, ohne vorhergegangene Ungehorsamsbeschuldigung, auf das gestellte Präjudiz und Verurtheilung in die Kosten erkannt. E.P.O. ad Tit. 4. §. 1. S. 37., ad Tit. 1. §. 4. S. 7., ad Tit. 10. §. 2. S. 78., Anh. d. E.P.O. §. 3. S. 301. u. §. 19. S. 311., G. v. 27. Oct. 1834. unter 1. G.S. S. 247. S. aber hierzu: Ungehorsamsbeschuldigung. Wenn die Vorladung so gefaßt war, daß er bei 5 Thlr. Strafe im Termine erscheine, und sich bei Strafe des Eingeständnisses und der Ueberführung auf die Klage einlassen solle, so ist er der Klage nicht für geständig zu achten, wenn er im 1sten Termine ausblieb, jedoch die Einlassung tempestiv einreichte. Bek. v. 16. Aug. 1845. G.S. S. 183. **2)** Eine beabsichtigte Litisdenunciation muß der B. bei Verlust derselben wenigstens 8 Tage vor dem Termine bewerkstelligen; nach Abfluß dieser Zeit wird er, ohne des Klägers Bewilligung, nicht ex lite gelassen, gesetzt auch, daß ihn der Litisdenunciat vertreten wollte, E.P.O. ad Tit. 14. §. 1. S. 92., desgleichen wird der B. des Regresses wider seinen Auctor verlustig. ib. §. 2. **3)** Der B. hat bei der nominatio auctoris den Auctor bei Strafe noch vor dem ersten Termine anzugeben. ib. §. 3. **4)** Der B. muß sich im ersten Termine, und spätestens im 2ten Satze einlassen, E.P.O. ad Tit. 16. §. 1. S. 99., sowie alle seine dilatorischen und proceßhindernden Einreden, bei deren Verlust, anführen. ib. ad Tit. 11. §. 1. S. 85. **5)** Wenn der Kläger seine Klage ändert, und die Unkosten der ersten Klage erstattet, so muß sich der B. auf die veränderte Klage einlassen. ib. ad Tit. 5. §. 9. S. 52. **6)** Ein B. muß das ungewisse Quantum, worüber ihm der Eid deferirt worden, bei Strafe, daß sonst auf die geklagte Summe erkannt werde, genau anzeigen. ib. §. 8. S. 51. **7)** Wenn dem B. der Eid angetragen worden ist, und er sich bei der Einlassung und wenigstens im letzten Satze, wegen dessen Annahme, Zurückgabe oder über die Vertretung seines Gewissens mit Beweis nicht erklärt, so wird auf Leistung des Eides erkannt. ib. ad Tit. 18. §. 1. u. 2. S. 109. ff. **8)** Der B. wird zur Einlassung auf die Beweisartikel, worüber der Eid deferirt worden, unter der Verwarnung, daß er ihrer sonst werde für geständig und überführt geachtet werden, vorgeladen. ib. ad Tit. 18. §. 2. S. 110. **9)** Wenn in einem Urtel, worin auf Beweis der Ausflüchte erkannt wird, dem B. der Gebrauch des Eidesantrags nicht ausdrücklich nachgelassen worden ist, so steht es ihm gleichwohl frei, seinem Gegner beim Beweise der Exception den Eid zu deferiren. Ebend. ad Tit. 21. §. 2. S. 134., und Gleiches findet beim Gegenbeweise Seiten des Klägers statt. ib. **10)** Dem B. wie dem Kläger ist nachgelassen, den Beweis zum ewigen Gedächtnisse selbst durch Documente zu führen. P.O. Tit. 27. §. 1. u. E.P.O. ad Tit. 27. S. 156. ff. **11)** Wenn ein Kläger zum Beweise seiner Replik die Herausgabe von Urkunden durch den B. fordert, so muß dieser solche bewirken, und zwar auch dann, wenn die Replik der Klage mit inserirt worden wäre. E.P.O. ad Tit. 26. §. 1. S. 154. **12)** Wenn jemand ausgeklagt worden ist, so kann er vor Befriedigung des Klägers auf die angestellte Widerklage keine weitere Einlassung fordern; er ist jedoch, zumal wenn sein Gegner fremd oder unangesessen ist, zur gerichtlichen Deposition nach Befinden gegen Leistung eines Gefährdeeides zuzulassen.

E.P.O. ad Tit. 6. §. 1. S. 56. Auf die geschwornen Armen leidet ersteres aber keine Anwendung. Rescr. v. 22. März 1738. C.A. C.I. T.I. S. 309., Lausitzer M. v. 3. April 1824. §. 18. unter 13. G.S. S. 51. Ist der B. nach geschehener Deposition, oder wenn der Kläger Caution leistete, mit Anstellung der Widerklage säumig, so ist ihm auf Ansuchen des Klägers zu Einreichung der letztern eine sächsische Frist, sub poena praeclusi, und zwar auch ohne eingeholtes rechtliches Erkenntniß zu setzen, nach deren Ablauf er dann mit seiner Widerklage weiter nicht zu hören ist. E.P.O. ad Tit. 6. §. 2. **13)** Wenn der Kläger den Grund seiner Klage nicht erwiesen hat, so wird der B., wenn er auch seine Ausflüchte nicht dargethan hätte, freigesprochen. P.O. Tit. 21. §. 5. S. 133. **14)** Im Handelsgerichte muß der B. in der Regel und mit Ausnahme gewisser gesetzlich bestimmter Fälle in Person erscheinen. Hand.G.O. v. 21. Dec. 1682. §. 7. C. A. T. II. S. 2040. **15)** Auf die Stellung des B. nehmen noch Bezug die Artikel: Einlassung, Einreden, Amtsbefugnisse, Armencasse, Aufenthalt, Eid, Beweis, Erbfolge, 94. f. 99., Executionsproceß, Executivproceß, Gegenbeweis, Gerichtsstand, Geringfügige Rechtssachen, Kosten..., Litisdenunciation, Nominatio, Ungehorsam..., Verfahren, Vorladung, Widerklage, Wechselbeklagter.

Bekleiden. S. Aemter.

Bekleidung, s. Kleider.

Beköstigung. S. Verpflegung..., Schuldarrest, Gefangene, Aliment...

Bekräftigen, s. Befestigen.

Beladen, s. Belastung.

Belagerungszustand, s. Kriegsstand.

Belangen. S. Gerichtsstand, Rügenproceß, Klage, Proceß...

Belastung. S. Botendienste, Frachtfuhrwerk, Grund- u. Hyp., Pfandrecht, Reallasten, Auszug, Vermächtniß; in andern Deutungen: Extrapost, Holzflosse.

Belebung, s. Scheintod.

Beleg. S. Urkunden, Rechnung...

Belehnen, s. Grund- u. Hyp..., Lehn...

Beleidigung. **1)** Die vor dem Jahre 1855 wirksamen Gesetze über das Injurienwesen sind folgende: die O.H.G.O. v. 22. Dec. 1548. Tit. von Schmähsachen C. A. T. I. S. 1287., H.G.O. v. 1550. eod. Tit. ib. S. 1342., L.O. v. 1555. ib. S. 51., Const. 42. v. 1572. P. IV. C. A. T. I. S. 129., Const. 45. 46. ib S. 130., M. v. 3. März 1615. ib. S. 1483., Dec. 85. v. 1661. ib. S. 336., Pol.O. v. 1661. Tit. V. u. VII. ib. S. 1568., M. v. 19. Juli u. v. 20. Sept. 1665. ib. S. 1621., 1624., v. 5. Oct. 1670. ib. S. 1633., Rescr. v. 14. Juli 1672. ib. S. 1639., M. v. 3. März 1677. ib. S. 1653., v. 15. April 1706. ib. S. 1731. u. L.C.W. T. I. S. 203., Rescr. v. 30. März 1708. C. A. T. I. S. 1745., Rescr. v. 6. Febr. 1712. ib. S. 1783., M. v. 2. Juli 1712. ib. S. 1785. u. L.C.W. T. I. S. 224., Rescr. v. 5. April 1713. C.A. T. I. S. 1813., Bef. v. 18. Febr. 1721. C.A. C.I. T.I. S. 517., M. v. 1. Juli 1737. ib. S. 643. u. L.C.W. T. I. S. 278., G. v. 23. Oct. 1834. G.S. S. 243., Cr.Gb. v. 1838. Art. 198. 199. 201—203. G.S. S. 161. f. **2)** Wer, außer dem Falle der Verleumdung, einem Anderen Handlungen der in Art. 235. u. 236. d. Str.Gb. (s. Verleumdung) bezeichneten Art wider besseres Wissen beimißt, oder sich sonst gegen ihn Handlungen oder Aeußerungen erlaubt, die an sich oder nach der gemeinen Meinung Verachtung ausdrücken oder eine Ehrenkränkung enthalten, ist mit Gefängniß bis zu 3 Monaten, und bei thätlichen B. mit Gefängniß bis zu 2 Jahren zu bestrafen. In Fällen, wo die zu erkennende Gefängnißstrafe die Dauer von 3 Monaten nicht übersteigt, kann statt derselben auf Geld bis zu 300 Thlrn. erkannt werden. Art. 239. **3)** Die Vorhaltung einer ehrenrührigen Handlung oder Thatsache ist straflos, wenn derjenige, der sie thut, entweder durch seine Stellung zu dem Beschuldigten dazu berechtigt ist, oder an der Erwähnung des Vorgehaltenen oder der Ermittelung der Wahrheit desselben ein Interesse hat, oder sonst nach den vorliegenden Verhältnissen eine beleidigende Absicht nicht angenommen werden kann, und die Vorhaltung nicht in einer an und für sich beschimpfenden Form geschieht. Dasselbe gilt, wenn sich Jemand bei der Abwehr unerlaubter oder unsittlicher Handlungen oder Zumuthungen von sich oder Anderen zu verdienter, wenn gleich ehrenrühriger Beurtheilung dieser Handlungen oder Zumuthungen veranlaßt gefunden hat. Art. 240. **4)** Sowohl bei der Verleumdung als bei der B. sind folgende

Umstände als besondere Erschwerungsgründe innerhalb der angedrohten Strafmaße zu berücksichtigen: a) wenn diese Vergehen für den Beleidigten einen Nachtheil für seinen Geschäftsbetrieb oder sein Fortkommen herbeizuführen geeignet sind, b) wenn sie gegen Personen, denen der Beleidiger oder Verleumder eine besondere Achtung oder Ehrerbietung schuldig ist, gerichtet gewesen, c) wenn die B. oder Verleumdung öffentlich zugefügt, oder durch Schrift verbreitet worden ist. Art. 241. (u. s. wegen des Begriffes: Schrift den Artikel: Aufforderung.) **5)** Sind Verleumdungen oder B. ohne Namen oder unter falschem Namen durch Schrift verbreitet worden (Pasquille), so kann die nach den Art. 235. (s. Verleumdung) und den oben cit. Art. 239. verwirkte Strafe bis auf das Doppelte erhöht werden. Art. 242. **6)** Die sofortige Erwiederung einer B. ist straflos, wenn sie nicht die vorausgegangene B. erheblich übersteigt. Es kann jedoch in diesem Falle auch von dem zuerst Beleidigten nicht auf Bestrafung wegen B. angetragen werden. Art. 243. **7)** Thätliche Angriffe auf die Schamhaftigkeit sollen mit Gefängniß oder Arbeitshaus bis zu 1 Jahre bestraft werden. In Fällen, wo die zu erkennende Strafe in Gefängniß nicht über 1 Monat besteht, kann statt dessen auf Geld bis zu 100 Thlrn. erkannt werden. Art. 244. **8)** Der Beleidigte oder Verleumdete erhält als Privatgenugthuung eine auf Kosten des Verurtheilten zu fertigende beglaubigte Abschrift des Straferkenntnisses nebst den zugehörigen Entscheidungsgründen. Ist der B. oder Verleumdung eine mehrere oder mindere Oeffentlichkeit gegeben worden, so ist auf den Antrag der hierzu nach Art. 246. Berechtigten, welcher Antrag jedoch noch vor der Bekanntmachung eines Straferkenntnisses gestellt werden muß, überdem darauf zu erkennen, daß das Straferkenntniß auf eine entsprechende, in dem Erkenntnisse zu bestimmende Weise veröffentlicht werde. Die Veröffentlichung der Entscheidungsgründe hängt solchenfalls von dem Ermessen des Richters ab. Art.245. **9)** Wer zu Stellung des Strafantrags berechtigt sei, ist im Artikel: Antrag, II. enthalten. — Von amtswegen ist zu verfahren: a) wegen thätlicher B. gegen Verwandte oder Verschwägerte in aufsteigender Linie, gegen Pflegeältern während der Dauer dieses Verhältnisses, oder gegen Wahlältern, b) wenn die zu Ende des Art. 236. bezeichnete Absicht untergelegen hat. S. Verleumdung. c) Auch kann von dem Justizministerium die Staatsanwaltschaft zur strafrechtlichen Verfolgung solcher Ehrverletzungen, welche Staatsbeamten verbündeter Staaten in Beziehung auf ihre amtliche Thätigkeit durch Schrift (Art. 125. unter Aufforderung) zugefügt worden, ermächtigt werden. ib. Art. 246. **10)** Wegen der B. in Militairverhältnissen s. das M.Str.Gb. v. 1855. §§. 37. 118. 119. 134. 152. unter: Militairstrafgesetzbuch, Widersetzlichkeit, Mißbrauch. **11)** S. noch: Rügenverfahren, Auswärtige..., Majestätsverbrechen, Landfriedensbr..., Widersetz..., Aufruhr, Ruhestörung, Todschlag, Störung, Untersuch..., Privatanklage, Gerichtsst..., Untersuchungszuständ..., Adel, Advocaten, Erkenntnisse, Gesinde, Pasquill, Predigt, Religion, Begräbniß, Eid, Gottesdienst, Körperverletzung, Ständeversammlung, 21.

Beleihung. S. Grund- u. Hyp., Lehn...

Beleuchtung. S. Laternen, Polizei.

Belgien. S. Requisition, Zollwesen, Staatsvertr..., Telegr..., Gewerbsteuerscheine.

Belladonna. S. Wolfskirsche.

Belobung, s. Lob.

Belohnen. S. Prämien, Theilnahme, Anstiftung.

Belustigungen. S. Ausspielen, Spielen, Sonntags- Fest- u. B., Geschlossene G., Armencasse, Arme, Aufzüge, Polizei, Tanz.

Bemächtigen, S. Arrest, Menschenraub, Entführung, Verleitung, Raub.

Bemalen, s. Farben.

Bemerken, s. Entdecken, Anmerkung.

Bemühung, s. Bestreben, Taxordn..., Kosten.

Benachrichtigen, s. Bekanntmach..., Regreß Nr. 3.', Verhinderung, Anzeige, Gerichtsbezirke, Vollstreckung.

Benachtheiligen, s. Beschäd..., Schade.... Dienstboten.

Beneficien, s. Rechtswohlthaten, Stiftungen, Wohlthätig..., Armee, Berg...

Benehmen. S. Störung.

Benennen, s. Namen.

Benutzen, S. Nutzungen, Auszug, Diebst. VI.

Beobachten. S. Unterthanen, Verpflichtung, Aufenthalt, Aufmerksamkeit.

Bepacken, s. Belastung.

Bepflanzen, s. Anpflanzen.

Berainen. S. Grenze.

Berathung (richterl.). S. Mündlichk..., Erkenntnisse, Gerichtssitzung, Geheime S.

Berauben, s. Raub, Freiheitsber..., Arrest, II.

Berauschen. S. Trunkenheit.

Berechnung, s. Abrechnung, Rechnung, Werth, Appellation, II. III. D. 3., Executionsverfahren, Ablösung.

Berechtigung. S. Rechte.

Bereden. S. Theilnahme, Verleitung, Betrug.

Bereichern, s. Verwendung.

Bereit, s. Erbieten.

Bereiten, s. Unternehmen, Verfertigen.

Bereuen, s. Reu...

Berg. S. Staatsverträge, I.

Bergab. S. Ausweichen.

Bergabgaben, s. Bergwerksabg...

Bergämter. **1)** Die Befugnisse der B., nachdem solche aufgehört haben, auch Gerichte zu sein (s. Berggerichtsbarkeit), insbesondere auch die Grenzen ihrer polizeilichen Competenz weisen nach: VV. v. 8. Mai 1856. G.S. S. 78. f. 82. f. — Vergl. Gerichtliche Polizei. **2)** S. Berggericht..., Gegenbuch, Schürfen, Verleihung.

Berg-Aichamt. **1)** Die Aichung und Stempelung der bei dem Bergbaue und dem Hüttenwesen gebräuchlichen Gewichte mit Decimaltheilung Lachtermaße und Wagen erfolgt durch das B. in Freiberg, welches seit d. 3. Jan. 1859. thätig ist. Dasselbe steht unter unmittelbarer Aufsicht des Oberbergamtes, welches auch die Prüfung des technischen Personals besorgt, und unterliegt der Controle der Normalaichungscommission nur hinsichtlich der fortdauernden Richtigkeit der Normalgewichte. Die Bestimmungen der Aichordnung (s. Aichämter) leiden auf das Bergaichamt keine Anwendung. Dasselbe führt im Stempel die Königliche Krone nebst Schlägel und Eisen, beziehendlich die Krone allein. V. v. 12. März 1858. §. 11. G.S. S. 56. **2)** Das B. darf auch für den Bedarf des Bergbaues und der Hütten Gewichte von ganzen Pfunden, Pfund-Mehrheiten und Centnern, ingleichen Leipziger Fußmaße gleich den übrigen Aichämtern aichen und stempeln. V. v. 20. Dec. 1858. G.S. S. 396.

Bergakademie. S. Freiberg.

Bergakademisten. S. Bergbaubetrieb, Revieranstalten.

Bergalmosen. Das B. wird aus den Knappschaftscassen und Büchsenpfennigen gewährt, Absch. v. 6. Aug. 1659. §. 4. C.A. T. II. S. 320., Resol. v. 7. Jan. 1709. §. 38. ib. S. 392., Anw. v. 7. Jan. 1764. §. 46. C.A. C. I. T. I. S. 1440., u. man sehe wegen der Supplication um dessen Ertheilung das Rescr. v. 9. Sept. 1730. C.A. C. II. T. II. S. 205.

Bergamtsattestate. Zu deren Vollziehung ist ihre Besiegelung und die volle Namensunterschrift des Bergmeisters nöthig, Gen. v. 18. Juni 1731. C.A. C. I. T. I. S. 1358.

Bergarbeiter. **A.** Verfassung bis zum Jahre 1851. **1)** Die Verpflichtung der B. erfolgte auf die Grube, in welcher sie anfuhren, Rescr. v. 26. Sept. 1753. C.A. C. I. T. I. S. 1421., und vergl. wegen der auf edlen Geschicken in Johanngeorgenstadt anfahrenden B. das Rescr. v. 8. April 1739. ib. S. 1375. **2)** Ueber ihre Verwendung und Arbeit war die Anweisung v. 7. Jan. 1764. §. 36. 44. C.A. C. I. T. I. S. 1438., Stolln-O. v. 12. Juni 1749. Art. 7. no. 5. ib. S. 1396. maßgebend, und **3)** wenn die B. krank wurden, oder verunglückten, wegen des ihnen zu leistenden Verpflegungs- und Curkostenbeitrags d. Rescr. v. 23. März 1709. ib.

S. 1347. u. d. ang. Anw. v. 1764. §. 45. 46. l. c. **4)** Den Wittwen und Waisen verunglückter B. wurden Begräbnißkosten gewährt, Rescr. v. 28. Oct. 1780. C.A. C. II. T. II. S. 205. **5)** Das Verleiten der B. zum Wegziehen außer Landes war untersagt, Rescr. v. 6. Oct. 1767. C.A. C. I. T. I. S. 1485. **6)** Die Auslohnung der B. soll nicht des Sonntags geschehen, 17. Gen.Art. v. 1580. C.A. T. I. S. 692., ferner nicht in Verabreichung von Victualien und Waaren, und muß öffentlich unter bergamtlicher Aufsicht erfolgen, B.O. v. 12. Juni 1589. Art. 60. C.A. T. II. S. 186., M. v. 22. Jan. 1622. C.A. T. II. S. 277., Pat. v. 3. Dec. 1625. ib. 289., Bergdecr. v. 6. Aug. 1659. ib. S. 317., Resol. v. 7. Jan. 1709. no. 29. f. ib. S. 374., Rescr. v. 20. Sept. 1741. C.A. C. I. T. I. S. 1377., Rescr. v. 31. Juli 1754. ib. S. 1323., Rescr. v. 11. Juni 1763. ib. S. 1431., O.B.A. Anweisung v. 7. Jan. 1764. Art. 97. ib. S. 1434., Rescr. v. 12. Nov. 1764. ib. S. 1469. **7)** Ueber die verschiednen Freiheiten der B. von der halben Trankſteuer, Werbung und Recrutirung, Magazinlieferungen, wenn sie nur Häusler sind, von Land- und Jagdfuhren, Personalquatember sehe man d. Rescr. v. 12. Dec. 1707. Cap. I. C.A. T. II. S. 1950., d. Rescr. v. 7. Jan. 1709. §. 51. ib. S. 373., d. Bef. v. 15. Juni 1729. C.A. C. I. T. II. S. 382., u. d. Rescr. v. 19. Febr. 1738. C.A. C. I. T. I. S. 1371., Gen. v. 31. Mai 1822. G.S. S. 358.; wegen der Befreiung der angesessenen B. von Botenzechen, Schutz- und Hausgenossengeld die Bef. v. 18. Mai 1726. C.A. C. I. T. II. S. 367., v. 9. Febr. 1751. ib. S. 619., v. 3. März 1753. ib. S. 627., v. 5. Juli 1731. C.A. C. I. T. II. S. 383., v. 10. Oct. 1732. ib. S. 411. **8)** Die mit Musik herumziehenden Bergleute, welche keineswegs als Vagabonden anzusehen, Laus. Regul. v. 24. Jan. 1787. §. 2. L.C.W. T. IV. S. 410. u. C.A. C. II. T. III. S. 219., haben sich mit Pässen zu versehen. Rescr. v. 29. Juli 1784. C.A. C. II. T. II. S. 223. **9)** Gegen die muthwillige Unvorsichtigkeit der B. trifft das Rescr. v. 25. Oct. 1787. C.A. C. II. T. II. S. 237. Vorkehrung. **10)** Vor Aufläufen und vor Holzentwendungen warnt die B. das Pat. v. 9. Aug. 1800. C.A. C. II. T. II. S. 283. u. d. B. v. 23. Aug. 1800. ib. **B.** Neuere Verfassung. **1)** Die B. werden durch Schichtmeister und Steiger Namens der Grubeneigenthümer angenommen, erhalten ihr Lohn gemäß der allgemeinen Lohnsordnung, indem jene Beamten die Disciplin über sie ausüben und da nöthig, ihre Entlassung bewirken. Die Verhältnisse der B. zu den Grubeneigenthümern und dem Staate sind aber in der B.O. v. 1851. §. 102. f., in der B. v. 16. Dec. 1851. §. 74. f. und dem Regul. in der G.S. v. 1851. S. 262. f. näher bestimmt, auch geben noch darüber Auskunft die Artikel: Grubenofficianten, Schichtmeister, Steiger, Bergwerkseigenthum, Bergbaubetrieb, Revieranstalten, Knappschaftsc..., Gerichtliche P., Hausgenossen, Verkümmerung. **2)** Von gegen sie eingeleiteten Criminaluntersuchungen sind die Bergämter sogleich zu benachrichtigen. B. v. 27. Juni 1857. G.S. S. 112.

Bergauf. S. Ausweichen.

Bergaufsicht. Die Bergbehörde hat die zur Aufsichtsführung über den Bergbau nöthigen Risse durch die vom Staate angestellten Markscheider anfertigen zu lassen und die Grubeneigenthümer sind verbunden, die deshalb erwachsenden Kosten der dießfallsigen Gebührentaxe gemäß zu übertragen. B.O. v. 1851. §. 85. G.S. S. 216. Dazu §. 61. d. B. v. 16. Dec. 1851. G.S. S. 429.

Bergbau. 1) Der B. ist Regal. Const. 53. P. II. C.A. T. I. S. 104. S. Bergregal. **2)** Eine ausführliche Belehrung der bergbauenden Gewerken über die ihnen zustehenden Rechte ertheilte die B. v. 1. Nov. 1834. G.S. S. 339. **3)** Wie es mit der Besteuerung der zum B. acquirirten Grundstücke gehalten werden sollte, bestimmte die B. v. 23. Mai 1835. G.S. S. 263. Obschon die Erwerbungsverträge vor den Bergbehörden zu verhandeln waren, so blieb doch die Behörde, unter deren Gerichtsbarkeit ein solches Stück bisher stand, noch ferner für selbiges die Grund- und Hy-

pothekenbehörde. ib. **4)** Die dem B. in bisher bergbefreiten Orten nach dem Bergwerksdecret v. 17. Mai 1624. C.A. T.II. S. 286. aus dem Einkommen verschiedener Abgaben zugeflossenen Zuschüsse sind weggefallen, G. v. 6. Dec. 1834. §. 3. G.S. S. 474., B. v. 6. Dec. 1834. §. 7. S. 480. ib.; anstatt derselben ist eine bestimmte Summe auf's Budget gebracht, und zur Disposition des Finanzministerii gestellt worden, ib. **5)** Ueber die Abgabe des jährl. Holzbedürfnisses für den B. s. den Bef. v. 31. Dec. 1812. C.A. C. III. T. II. S. 131. [Aeltr. Best.: Rescr. v. 8. April 1767. C.A. C. II. T. II. S. 131.] **6)** Wegen des von den Gesellen und Eigenlöhnern getriebenen Bergbaus vergl. das Rescr. v. 16. Dec. 1769. C.A. C. II. T. II. S. 153. **7)** In Bezug auf besondre Begnadigung für den Kupfer-B. und die Bezahlung der Kupfererze sehe man das Decret v. 16. Sept. 1754. C.A. C. I. T. I. S. 1423., u. d. Rescr. v. 25. Aug. 1764. ib. S. 1467., sowie v. 14. Nov. u. 12. Dec. 1800. C.A. C. III. T. II. S. 90. nach. **8)** Für den B. soll in den Kirchen gebetet werden, Decr. v. 17. Febr. 1629. §. 5. C.A. T. II. S. 307. **9)** Ueber die Kohlenfuhren zum B. s. die Res. gr. v. 1661. Kammers. §. 55. C.A. T. I. S. 282. **10)** Ueber den B. in der Oberlausitz s. die Verträge v. 1534. u. 1575. L.C.W. T. II. S. 294. u. 300. **11)** S. Ablösung, Berg..., Eigenlöhner, Erz, Finanzministerium, Landgemeinde, Gruben, Grund- und H., Halden, Kalk, Gewerken, Gesellen..., Schürfen, Kupfer, Pochwerke, Taggebäude, Schlägeschatz, Innungen.

Bergbaubetrieb. 1) Der Bergbau ist nicht allein den Vorschriften der Bergpolizei zu Abwendung von Nachtheilen und Gefahren aller Art gemäß, sondern auch mit Beachtung der eintretenden volkswirthschaftlichen Rücksichten, und der allgemeinen Revierinteressen zu betreiben. B.O. v. 1851. §. 73. G.S. S. 213. Die nähere Ausführung s. ib. §. 74—86. u. in d. B. v. 16. Dec. 1851. §. 49. f. G.S. S. 424., welche hinsichtlich der Maßregeln bei Verunglückung von Arbeitern und sonst in d. B. v. 8. Mai 1856. §. 2. G.S. S. 82. f. zum Theil abgeändert und weiter ausgeführt ist. S. auch: Gerichtliche Polizei. **2)** Uebrigens müssen die Grubenbesitzer auf Anordnung der Behörde gestatten, daß in ihren Gruben mit ihren Apparaten und Arbeitern Versuche zu gemeinnützigen Zwecken veranstaltet werden, auch Bergakademisten und Bergschüler ihrer theoretischen und praktischen Ausbildung halber in den Gruben zulassen, vorausgesetzt, daß ihnen daraus kein Nachtheil erwächst oder daß dieser vergütet wird. Ang. §. 86. d. B.O. **3)** Wie es hinsichtlich des allgemeinen Verbots des Arbeitens an Sonn-, Fest- und Feiertagen mit den Bergarbeitern, mit Bergwerks-Maschinen (Naß-Pochwerken, Wasser- und Dampfgöpeln, Trocken-Pochwerken, Heerdwäschen und dergleichen) zu halten sei, bestimmt d. B. v. 8. Mai 1856. §. 3. G.S. S. 83. **4)** Vergl. noch: Grubenüberschuß, Auflässig..., Grubenhaushalt, Grubenrechnungen, Revieranstalten.

Bergbaubetriebs-Pläne. Die Grubeneigenthümer haben Betriebspläne für ihre Gruben auf gewisse Zeiträume zu entwerfen und beim Bergamte einzureichen. Wenn es die Grubeneigenthümer ausdrücklich verlangen, oder wenn sie binnen der ihnen vom Bergamte hierzu gestellten, angemessenen Frist die Betriebspläne nicht einreichen, so sind letztere vom Bergamte zu entwerfen. B.O. v. 1851. §. 80. G.S. S. 215. Vergl. die ausführlichen Bestimmungen hierüber in §§. 81. f. ib. u. der B. v. 16. Dec. 1851. §. 53. f. G.S. S. 426. S. auch Grubenüberschuß, Schichtmeister, Steiger.

Bergbau-Unternehmungen.
1) Wenn mehrere Grubeneigenthümer od. Gewerkschaften sich zu gemeinschaftlichen B., die aber weder eigentliche Grubenunternehmungen, noch Revieranstalten sind, vereinigen, z. B. wenn sie sich gemeinschaftliche Aufbereitungsanstalten, Wasserversorgungsanstalten, Ziegelhütten, Torfstiche u. s. w. errichten und anlegen, so haben die betreffenden Grubeneigenthümer und Grubenvorstände über die Angelegenheiten dieser Anstalten gemeinschaftlich und nach Ver-

hältniß ihrer Betheiligung bei denselben abzustimmen und zu beschließen, zur Repräsentation der Anstalt bei der Bergbehörde aber und dritten Personen gegenüber einen Bevollmächtigten zu ernennen und mit besonderer Vollmacht und Instruction zu versehen. B.O. v. 1851. §. 143. G.S. S. 227., V. v. 16. Dec. 1851. §. 105. G.S. S. 441. **2)** S. Expropriation, Bergbegnadigung.

Bergbeamte. **A.** Verfassung bis 1851. **1)** Die B. sollen unverbrüchlich auf Befolgung der Bergordnung halten, B.O. Donnerstag nach Jakobi 1536. Art. 117. C.A. T. II. S. 101., v. 3. Oct. 1554. Art. 3. f. S. 119. f., auch derselben sowie dem alten Herkommen u. den Berggebräuchen gemäß leben. Vergl. die ang. B.O. v. 1554. l. c. S. 149., v. 12. Juni 1589. ib. S. 224., Bef. v. 21. Sept. 1657. ib. S. 316. **2)** Sie dürfen ohne Urlaub nicht verreisen, B.O. v. 1536. Art. 2., v. 1554. Art. 3. ib. S. 75. 119., B.O. v. 12. Juni 1589. Art. 3. C.A. T. II. S. 187., Decr. v. 6. Aug. 1659. §. 2. ib. S. 319. Wenn sie nach Dresden reisen, müssen sie sich in der Canzlei des Finanz-Ministerii melden, Bef. v. 12. Aug. 1788. C.A. C. II. T. II. S. 237. **3)** Sie sollen die Pferde und Geschirre auf den Göpeln nicht ohne Noth von den Künsten nehmen und zu ihren Geschäften gebrauchen. Art. zur Erklär. der Berg-O. v. 23. April 1571. ad Art. 17. C.A. T. II. S. 172., Berg-O. v. 12. Juni 1589. Art. 43. ib. S. 203. **4)** Sie haben darauf zu sehen, daß Kauen, Huthhäuser, Schmieden und Kunstgezeuge von den Zechen eher nicht, als bis solche auflässig und jene dabei weiter nicht zu erhalten, weggerissen werden, und nicht ohne Vorwissen des Oberbergamts, Decr. v. 17. Febr. 1629. §. 1. ib. S. 304. **5)** Die B. sollen die bauenden Gewerken bei den ihnen verliehenen Begnadigungen und Bergfreiheiten schützen, Decr. v. 17. Mai 1624. §. 9. ib. S. 286. **6)** Sie sollen auf die Hauptgebäude, als Gesenke, Strecken, Feldörter, Schächte und tiefe Stollen in den Lehnschaften und Gewerken, Gruben und Berggebäuden, aus welchen die gewonnenen Erze eingeschafft werden, Aufsicht führen, damit solche nicht zum Nachtheile verstürzt werden, Pat. v. 25. Aug. 1620. §. 1. C.A. T. II. S. 267., V. v. 13. Oct. 1621. §. 1. ib. S. 275. **7)** Mit den Hammermeistern haben sie richtige Bücher zu halten, Eisen- und Hammer-O. v. 23. April 1583. §. 8. C.A. T. II. S. 181. **8)** Die Hammermeister haben bei der ordentlichen Steinbesichtigung ihr Bedenken, ob ein Eisenstein tüchtig oder nicht, zu eröffnen, die B. aber ertheilen die definitive Bestimmung, Gießhübl. Eisen-O. v. 1. Aug. 1614. C.A. T. II. S. 248. Auch haben sie die Zehenden und Ladegebühren von allem Eisenstein einzubringen. ib. **9)** Die Reisegebühren sind den Bestallungen der B. zu inseriren. Decr. v. 6. Aug. 1659. §. 8. ib. S. 321. **10)** Es ist ihnen verboten: Arbeiter und Jungen aus der Grube, Scheide und Wäsche zu nehmen, und solche während der Schicht, wofür ihnen das Lohn auf den Zechen verschrieben worden, zu anderer Haus- und Handarbeit, bei Bauen, Teichen, Fischereien, Getreide- und Grashauen, Steinlesen und dergleichen zu gebrauchen. Resol. v. 1. Jan. 1709. §. 8. ib. S. 379. **11)** Die B. haben, wenn sie Auswechselung und Aenderung mit den Bergarbeitern vorzunehmen für nöthig finden, mit den Schichtmeistern und Gewerken diesfalls zuvörderst zu communiciren ib. §. 9. **12)** Hiernächst haben die Berg- und Hüttenbeamten bei den Quartalaufrechnungen sich mit den Gewerken und deren Schichtmeistern über die etwa erforderlichen Anstalten zu vernehmen, ib. §. 14. S. 381. **13)** Es ist ihnen zwar erlaubt, einzelne Kuxe auf ihren Revieren zu haben, doch keineswegs gestattet, ganze oder halbe Zechen oder Schichten zu bauen, auch sich in Zechen oder Stollen einzumengen, die streitig sind. Berg-O. v. 12. Juni 1589. Art. 5. C.A. T. II. S. 188. Jedoch ist dieß durch die ang. Bergresol. v. 1709. §. 22. dahin beschränkt, daß sie nicht mehr als höchstens 8 Kuxe auf jeder Zeche für sich und die Ihrigen zusammen bauen dürfen. C.A. T. II. S. 384. **14)** Sie sollen darauf Achtung geben, daß kein unfleißiger, unverständiger oder un-

getreuer Schichtmeister von den Gewerken angenommen werde. Berg-O. v. 3. Oct. 1455. Art. 45. ib. S. 132. **15)** Die B. haben bei Verlust ihres Dienstes auf reine Erzlieferung zu achten. Rescr. v. 7. Febr. 1738. C.A. C. I. T. I. S. 1371., und sollen bei den General- und jährl. Hauptstollnbefahrungen auf die Reinhaltung und Schlemmung der Stollen Acht haben, Stolln-O. v. 12. Juni 1749. Art. 5. §.3. ib. S. 1395. **16)** Wieweit B. Rathsstellen in den Bergstädten annehmen dürfen, bestimmt das Rescr. v. 11. Dec. 1765. C.A. C. III. T. II. S. 88., u. v. 5. Febr. 1802. ib. S. 94. Sie sollen überhaupt zum Bergetat nicht gehörige öffentliche Aemter und Titel ohne höhere Erlaubniß nicht annehmen, Rescr. v. 5. Jan. 1809. C.A. C. III. T. II. S. 114. **17)** Berg- und Hüttenbediente, welche in Concurs verfallen, werden removirt. Rescr. v. 27. Mai 1780. C.A. C. II. T. II. S. 203. **18)** Vergl. noch: Concurs, Erz, Halden, Hüttenofficianten, Schichtmeister. **B.** Verfassung seit 1851. In dieser Beziehung wird auf die Artikel: Grubenofficianten und Revierofficianten verwiesen.

Bergbegnadigungen. Ueber deren Verhältnisse nach der neuen Berg-O. v. 1851. vergl. diese §§. 285. f. G.S. S. 254. u. die V. v. 16. Dec. 1851. §. 174. f. G.S. S. 456.

Bergbrandsilber. Ueber die erhöhte B.bezahlung s. das Rescr. v. 19. Nov. 1763. C.A. C. III. T. II. S. 87. u. die Decl. v. 10. Juni 1765. §. 8—11. C.A. C. I. T. I. S. 1469.

Bergbuch. Ueber dessen Vorlesung sehe man die Berg-O. v. 1536. Art. 23. C.A. T. II. S. 79., v. 3. Oct. 1554. Art. 27. ib. S. 128., v. 12. Juni 1589. Art. 13. ib. S. 191., Zinn-Bergw.-O. v. 1615. Art. 13. ib. S. 259.

Bergdecrete. Unter diesem Namen bestehen die Gesetze v. 17. Mai 1624. C.A. T. II. S. 281., v. 17. Febr. 1629. ib. S. 299. und v. 6. Aug. 1659. ib. S. 317.

Bergeigenthum, s. Bergwerkseig...

Bergfertig. S. Knappschafscasse.

Bergflöße. Die älteren Vorschriften wegen des Verfahrens gegen Entwendungen bei der B. enthalten das Pat. v. 5. April 1667. C.A. T. II. S. 627., Pat. v. 8. April 1676. ib. S. 629., M. v. 12. Juli 1701. ib. S. 649., v. 11. April 1709. ib. S. 653. — Wegen des heutigen Rechts s. Diebstahl.

Berggebäude. **1)** Neuen B. sollen kurze und schickliche Namen gegeben werden, Bef. v. 13. Nov. 1789. C.A. C. II. T. II. S. 239. **2)** S. Halden, Erben.

Berggerichte, Bergämter, Berggerichtsbarkeit. **I.** Vor 1855. **1)** Wo Bergwerk gebaut, Kübel und Seil eingeworfen wird, sind die Gewerken nach Bergrecht befugt, Kauen und Huthhäuser zu erbauen, und selbige durch Huthleute bewohnen zu lassen, welche, wenn schon das Bergwerk auflässig würde, andern Gewerken zum Besten bewohnt bleiben, und der Bergamtsjurisdiction unterworfen sind. Bef. v. 21. Sept. 1657. C.A. T. II. S. 315. Vergl. d. G. v. 28. Jan. 1835. §. 48. G.S. S. 84. **2)** Vor die Bergbehörden gehörten Irrungen und Gebrechen, welche sich rücksichtlich des Bergwerks erheben, Bef. v. 9. April 1609. ib. S. 239., v. 17. Sept. 1657. ib. S. 313., sie hatten auch die, zu den Obergerichten gehörigen Fälle zu richten, Bef. v. 23. Sept. 1622. ib. S. 279. Injuriensachen und Klagen wegen unbefugten Gewandschnitts gehörten nicht vor dieselben. Rescr. v. 15. Mai 1702. C.A. T. I. S. 1723. Vergl. das G. v. 28. Jan. 1835. §. 48. cit., u. die V. v. 18. Mai 1839. G.S. S. 165. In persönlichen Angelegenheiten hatten aber die Bergbeamten, soweit sie Staatsdiener sind, vor dem Bezirksamte Recht zu leiden. G. v. 28. Jan. 1835. §. 11. G.S. S. 77. u. V. v. 28. März 1835. §. 31. G.S. S. 223. [Aeltre Best.: Rescr. v. 27. Aug. 1737. C.A. C. I. T. I. S. 1371.] **3)** Ueber das Rangverhältniß der Bergämter vor den Stadträthen vergl. das Rescr. v. 27. Mai 1705. C.A. C. I. T. I. S. 1345. **4)** Die Bergämter sollten die Schachtförderniß- und Trägwerkssteuern, wie stark die Förderniß Wochen- oder Schichtweise geschieht, reguliren, ins Bergbuch eintragen, u. nach Befinden wieder aufsagen. Stolln-O. v. 12. Juni 1749. Art. 18. §. 5. C.A. C. I. T. I. S. 1409. S. noch die O.B.A. Anw. v. 7. Jan. 1764. §. 76. C.A. C. I. T. I. S.

1447., Bef. v. 13. Dec. 1782. C.A. C.II. T.II. S. 215., Rescr. v. 29. Mai 1786. ib. S. 231. **5)** Ueber das Sportelwesen der Bergämter vergl. den Bef. v. 13. Dec. 1782. C.A. C.II. T.II. S. 449., das Rescr. v. 29. Mai 1786. ib. S. 231., das Rescr. v. 26. Jan. 1810. C.A. C.III. T.II. S. 117., V. v. 6. Febr. 1811. ib. S. 120., V. v. 6. April 1814. ib. S. 134., V. v. 14. April 1815. ib. S. 136., Rescr. v. 24. Nov. 1815. ib. S. 140., u. wegen der Untersuchungskosten das Pat. v. 7. Dec. 1808. ib. S. 107. **6)** Das Depositenwesen der Bergämter ordnete das Rescr. v. 25. Nov. 1767. C.A. C.II. T.II. S. 133., der Bef. v. 12. April 1777. ib. S. 187., die V. v. 12. Juni 1793. ib. S. 247., die V. v. 3. Juni 1815. C.A. C.III. T.II. S. 137., und das Pat. v. 15. Mai 1816. ib. S. 142. **7)** Sie hatten jährliche Vormundschaftstabellen, Bef. v. 15. Mai 1784. C.A. C.II. T.II. S. 221., und Proceßtabellen einzureichen, Bef. v. 25. Oct. 1777. C.A. C.II. T.II. S. 189., Pat. v. 13. April 1808. C.A. C.III. T.II. S. 106. **8)** Ueber die Inventarienstücke der Bergämter s. den Bef. v. 21. Dec. 1810. C.A. C.III. T.II. S. 119. **9)** Sie sollten vollständige Acten über Grubengebäude, Hüttenwerke und einzelne Gegenstände des Bergwerkshaushalts führen, Pat. v. 2. Jan. 1811. ib. S. 119. **10)** In Bezug auf die Atzungskosten ihrer Arrestanten s. das Rescr. v. 1. Nov. 1816. C.A. C.III. T.II. S. 144., und wegen der Sitzegebühren der Frohne, den Bef. v. 30. Nov. 1789. C.A. C.II. T.II. S. 239. **11)** Ueber die Besetzung der Gerichtsbank in Untersuchungssachen der B. vergl. das Rescr. v. 23. Jan. 1771. C.A. C.II. T.II. S. 157. **12)** Den Subalternen der Berg- und Hüttenämter sollte die Ausübung der juristischen Praxis bei den Gerichten, wo sie angestellt sind, nicht gestattet sein, Rescr. v. 23. Jan. 1779. C.A. C.II. T.II. S. 193. **13)** Die Verleihung der Bergwerkswasser, d. h. solcher, welche durch Stollen erschroten und abgeleitet, in den Gruben durch Menschenhände oder Maschinen gehoben und in Bergwerksteichen aufgesammelt werden, ist den Bergämtern unbedingt nachgelassen, V. v. 8. Aug. 1798. C.A. C.II. T.II. S. 281. **14)** Bei sämtlichen Bergämtern sollten Ausbeuten nicht ohne landesherrliche Approbation geschlossen werden, Bef. v. 9. März 1768. C.A. C.II. T.II. S. 137., Rescr. v. 6. Aug. 1768. ib. S. 143. **15)** Sie sollten Anzeigen wegen der Ausbeuten u. Verlagsvertheilung, auch Ueberschlagsbogen, einsenden, Rescr. v. 5. Febr. 1774. C.A. C.II. T.II. S. 171. **16)** Ueber die Einrichtung der Schurfgeldercassen in den obergebirgischen Bergämtern vergl. den Bef. v. 17. April 1773. C.A. C.II. T.II. S. 165. u. das Rescr. v. 14. März 1774. ib. S. 173. **17)** Wie es mit der Ausstellung bergamtlicher Verschreibungen zu halten sei, ordnete das Rescr. v. 17. Jan. 1778. C.A. C.II. T.II. S. 191. **18)** Ueber die wegen der Blaufarbenwerksantheile anhängigen Differenzen und das dabei und in Bergsachen überhaupt in Ansehung der Einholung und Publicirung der Urtel früher zu beobachtende Verfahren s. den Bef. v. 4. Juli 1772. C.A. C.II. T.II. S. 163. **19)** Die Berginstanzen hatten wegen zweifelhafter Rechtsfragen Berichte zu erstatten, Rescr. v. 25. Oct. 1777. C.A. C.II. T.II. S. 187., C.A. C.II. T.I. S. 347., Rescr. v. 24. Nov. 1791. C.A. C.II. T.II. S. 241. **20)** Die zweite Instanz in den zum Ressort der Berggerichte gehörenden Rechtssachen war das Appellationsgericht zu Dresden, die dritte das Ober-Appellationsgericht. Beide Behörden sollten bei ihren Entscheidungen, wenn sie es nöthig erachteten, oder wenn ein Betheiligter darauf antrüge, einen oder einige Sachverständige zuziehen, denen aber keine entscheidende, sondern nur eine berathende Stimme zukam. Beide Behörden standen zu den Berggerichten in demselben Verhältnisse, in welchem sie zu andern Untergerichten stehen. Rücksichtlich der administrativen Mitaufsicht über Berggerichte ist die bisherige Competenz des Oberbergamts zu Freiberg unverändert geblieben. §. 49. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 84. **21)** Berggerichte, der Bergschöppenstuhl, sowie das Oberberg-

amt waren in Justizsachen dem Justizministerium untergeordnet, welches sich in geeigneten Fällen mit dem Finanzministerium vernimmt. §. 50. ib. **22)** Bei den Berggerichten waren die Leuterungen ingleichen die Succumbenzgelder weggefallen. Rücksichtlich der Frist zur Einwendung der Appellationen (und etwaiger Leuterungen bei dem Oberappellationsgerichte), der Zahl dieser Rechtsmittel, und des Verfahrens bei ihnen, galten dieselben Bestimmungen, wie für die Rechtsmittel vor andern Gerichten, §. 51. d. ang. G. v. 28. Jan. 1835. l. c. Vorher: M. v. 26. Aug. 1713. §. 17. 18. C. A. T. II. S. 479., App.G.O. v. 1734. Tit. Wer vor rc. C. A. C. I. T. I. S. 446., Rescr. v. 19. Juli 1735. C. A. C. I. T. I. S. 1367., v. 16. Mai 1748. ib. S. 1398. **23)** In Bergcriminalsachen kamen die Bestimmungen im §. 38. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 70. zur Anwendung. Es trat jedoch an die Stelle des Bezirksappellationsgerichtes jedesmal das Appellationsgericht zu Dresden und wo nach Nr. 2. der gedachten §. Einholung rechtlichen Erkenntnisses gestattet ist, konnte das erste Erkenntniß auch beim Bergschöppenstuhle eingeholt werden, §. 51. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 85. **24)** Für die ältre Berggerichtsverfassung waren noch maßgebend: wegen a) der Cognition der Berg- und Forstbehörden bei Entwendung der zum Bergbaue bestimmten Hölzer, Rescr. v. 12. Mai 1807. C. A. C. III. T. II. S. 104., b) der Bevormundung der unmündigen Kinder landesherrl. Bergbeamten u. Officianten, Pat. v. 10. Febr. 1808. C. A. C. III. T. II. S. 105., c) der Gerichtsbarkeit über die Huth- und Zechenhäuser, Rescr. v. 30. April 1653. C. A. C. II. T. II. S. 121., Bef. v. 1. Sept. 1654. ib. S. 121., Rescr. v. 29. Juni 1658. ib. S. 269., v. 28. Juni 1670. ib. S. 269., v. 25. April 1797. C. A. C. II. T. II. S. 267., d) dessen, was vor das Kammer- und Berggemach gehöre, Rescr. v. 19. Juli 1735. C. A. C. I. T. I. S. 1367., v. 16. Mai 1748. ib. S. 1389., e) Bestimmung der Sachen, welche als eigentliche Bergsachen anzusehen, Bef. v. 9. April 1609. C. A. T. II. S. 235., v. 17. Sept. 1657. ib. S. 313., und daß diese Sachen ohne rechtliches Erkenntniß in der Kürze abzuthun, M. v. 26. Aug. 1713. §. 1. C. A. T. II. S. 474., Rescr. v. 22. Febr. 1737. C. A. C. I. T. I. S. 1369., Rescr. v. 4. u. B. v. 16. Jan. 1796. C. A. C. II. T. II. S. 257. Wegen der Lausitz s. unter: Bergbau. Auch vergl., soviel die ältre Verfassung betrifft, die Art.: Gerichtsstand, Halden, Markscheider, Militairgerichtsbarkeit, Rechtsfragen, Schichtmeister, Schürfen. **II.** Seit 1855. Die bisherige Jurisdiction der Bergämter hat aufgehört u. ist auf die geordneten königl. Gerichte übertragen worden. Vergl. die V. v. 8. Mai 1856. §. 1. f. G.S. S. 78. Den letzteren ist nach Eröffnung der Bezirksgerichte (s. d.) die Actenversendung an den Bergschöppenstuhl zu Freiberg nicht mehr gestattet, auch ist die ausschließliche Zuständigkeit des Dresdner Appellationsgerichts in Bergsachen weggefallen. ib. §. 10. — Dazu V. v. 13. Sept. 1856. §. 3. G.S. S. 323. — Doch bestehen die frühern Bestimmungen wegen Zuziehung bergbaukundiger Sachverständiger (unter I. 20.) unverändert. Ang. V. §. 3. — Vergl. weiter die Art.: Hütten, Bergstreit..., Gerichtliche Polizei.

Berggeschworene. **1)** B. sollten vor ihrer Anstellung erst einige Wochen vor dem Dienstantritte im Freiberg. Reviere sich aufhalten, Rescr. v. 23. Jan. 1784. C.A. C.II. T. II. S. 221. Sie sollten jede Zeche aller 14 Tage einmal anfahren, Berg-O. v. 1536. 30. Art. C. A. T. II. S. 80., v. 3. Oct. 1554. Art. 35. ib. S. 130., v. 12. Juni 1589. Art. 18. ib. S. 193., desgleichen am Schlusse des Quartals, Berg-O. v. 17. Febr. 1629. ib. S. 306. Nach diesem Decrete und nach der Resol. v. 7. Jan. 1709. §. 2. ib. S. 377. sollten sie alle Quartal auf den sich frei verbauenden Zechen 3mal und auf den Zubußzechen 2mal anfahren. Ihre Dienstobliegenheiten enthalten die Bergordnungen u. die Stollen-O. v. 12. Juni 1749. Art. 27. C. A. C. I. T. I. S. 1414. Die Eidesnotuln zu ihrer Verpflichtung s. in der Berg-O. v. 1536. C. A. T. II. S. 94., v. 3. Oct. 1554. ib. S. 123., Zinnbergw.O. v. 1. Mai 1568. ib. S. 164., Berg-O. v. 12. Juni 1589. ib. S. 195. Ueber die Gebührentaxe: Register-Anweis. v. 7. Jan. 1764. §. 76. unter IV. C. A. C. I. T. I. S. 1450. **2)** S. noch: Bergmaterialien, Grubenofficianten, Revierofficianten.

Berggesetzgebung. Die neueste B. ist enthalten in der Berg-Ordnung v. J. 1851., publicirt mit V. v. 22. Mai 1851.

G.S. S. 199. f., und zwar ist diese B.O. mit dem 5. Jan. 1852. als dem Beginn des nächsten Bergrechnungsjahres, vom 4. Jan. 1857. an auch für die Schönburg. Receß-herrschaften in Wirksamkeit getreten. B. v. 22. Mai 1851. §§. I—III. G.S. S. 199. u. V. v. 20. Nov. 1856. G.S. S. 408. Dazu Schönburg... In §. 308. dieses Berggesetzes sind alle den Regalbergbau betreffenden früheren gesetzlichen Bestimmungen außer Kraft gesetzt, G.S. v. 1851. S. 258., jedoch blieb das B.Proc.M. v. 26. Aug. 1713., wo es nicht in der B.O. v. 1851. bereits geändert ist, zunächst noch bestehen. Ang. B. §. IV. G.S. v. 1851. S. 199. Die Aenderungen dieses Mandats sind in den §§. 71. 72. der B.O. (s. unter Bergschulden) enthalten. Jedoch vergl.: Bergstreitigkeiten, 2.

Berggewicht. Hier sollten auf den Centner 114 Pfund u. beim Steiermärkschen Stahle 118 Pfund gerechnet werden, M. v. 7. Aug. 1734. C.A. C.I. T.I. S. 619. S. aber: Gewicht.

Berggießhübel. S. Bergordnungen.

Berg-Grund- u. Hypothekenbuch. Ueber das Eigenthum an Berggebäuden, als unbewegliches Gut, was ebenso von Einem als Mehreren, Inländern od. Ausländern erworben werden kann, sind Grund- und Hypothekenbücher zu halten, auf welche die Vorschriften des Hypoth.G. v. 6. Nov. 1843. im Wesentlichen Anwendung leiden. B.O. v. 1851. §. 10. 11. 12. G.S. S. 202. — Ueber die Ausführung dieser Einrichtung vergl. §§. 5—10. d. B. v. 16. Dec. 1851. G.S. S. 414., und die B. v. 8. Mai 1856. §. 11. G.S. S. 80.

Berghölzer. Ueber die Gebahrung damit disponirte die F. u. H.O. v. 1560. C.A. T.II. S. 493., d. Gen. v. 16. Juli 1755. §. 15. C.A. C.I. T.I. S. 1526., M. v. 14. Dec. 1620. C.A. T.II. S. 269., Ref. v. 28. Aug. 1697. §. 22. ib. S. 590., Ref. v. 6. Sept. 1675. ib. S. 571., Bef. v. 3. März 1687. ib. S. 365., Ref. v. 7. April 1713. ib. S. 605., Rescr. v. 16. Juni 1779. C.A. C.II. T.II. S. 197.

Berghospitäler. S. Revieranstalten.

Berghypothek. **1)** In Ansehung der Verpfändung des Bergwerkseigenthums u. des Rechts der auf solches bestellten Hypotheken gelten mit bestimmten Ausnahmen die allgemeinen civilrechtlichen Vorschriften, insbesondere des Hyp.G. v. 6. Nov. 1843., B.O. v. 1851. §. 68. G.S. S. 211. Vergl. hierzu insbesondere auch wegen der Grubenvorschüsse die §§. 69. 70. ib. und die B. v. 16. Dec. 1851. §§. 46—48. G.S. S. 423. **2)** S. ferner Berg-Grund- u. Hyp.-Buch, Bergschulden.

Bergleute, s. Bergarbeiter.

Berglohn. S. Bergarbeiter.

Bergmagazin-Anstalten. **1)** Ueber die B. nach ältrer Verfassung sehe man das Gen. v. 15. Aug. 1795. C.A. C.II. T.II. S. 813. 1333. und den Bef. v. 2. Jan. 1801. C.A. C.III. T.II. S. 92. Das Getreide dafür war nach dem Rescr. v. 24. April 1817. C.A. C.III. T.II. S. 147. abgabenfrei. Vergl. auch den Bef. v. 2. Jan. 1801. u. das Pat. v. 28. Febr. 1801. ib. S. 92. 91., Bef. v. 17. Juni 1803. ib. S. 578., Rescr. v. 12. Febr. und Gen. v. 2. April 1817. ib. S. 388. 602. — Den nicht zum Berg- u. Hüttenwesen gehörigen Personen, z. B. Brandweinbrennern, war die Erkaufung des Magazinkorns von Berg- und Hüttenleuten untersagt. Rescr. v. 24. März 1791. C.A. C.II. T.I. S. 999. **2)** Gegenwärtig s. Revieranstalten.

Bergmaschinen, s. Bergbaubetrieb, Revierofficianten.

Bergmaterialien. **1)** Diese sind von den Geschwornen genau zu revidiren, O.B.A. Anweis. v. 7. Jan. 1764. §. 64. C.A. C.I. T.I. S. 1444.; zu taxiren, unter Einsendung der Taxe, Ref. v. 7. Jan. 1709. §. 24. C.A. T.II. S. 384., Rescr. v. 23. Febr. 1731. C.A. C.I. T.I. S. 1358. Ueber die zu Verhütung des Unterschleifs mit solchen zu treffenden Anstalten s. das Pat. v. 12. Juni 1813. C.A. C.III. T.II. S. 132. nebst Anschlag. ib. **2)** S. aber noch wegen der B. und der Bergmaterialien-Niederlagen den Art.: Revieranstalten.

Bergmauerungskunst. Darin ist Unterricht zu ertheilen, Rescr. v. 16. Juni 1779. C.A. C.II. T.II. S. 197.

Bergmeister. **1)** Ueber deren Rang s. den Bef. v. 22. Sept. 1775. C.A. C.II. T.II. S. 183. **2)** Ihre Gebühren für

Unterschrift der Bergfreiheitspässe bestimmte das Rescr. v. 27. Aug. 1774. C.A. C.II. T.II. S. 175. **3)** Vorschriften über die Dienstobliegenheiten u. den Pflichteid der B. enthält die Berg-O. v. 1536. Art. 5. C.A. T.II. S. 76. 94., v. 3. Oct. 1554. Art. 6. ib. S. 120. 123., v. 12. Juni 1589. ib. S. 188. u. 194., Decr. v. 17. Febr. 1629. ib. S. 306., Eisen- u. Hammer-O. v. 23. April 1583. §. 10. 11. ib. S. 181., Zinn-Bergw.O. v. 1. Mai 1565. Art. 3. ib. S. 152. u. 164., Eibenstocker Zinn-Bergw.O. v. 24. Aug. 1615. Art. 1. ff. ib. S. 255. Ueber ihre Gebührentaxe s. die Register-Anw. v. 7. Jan. 1764. §. 76. unter II. C.A. C.I. T.I. S. 1448. **4)** S. noch Bergamtsattestate, Bier, Grubenofficianten, Berggerichte.

Bergmusikanten. S. Bergarbeiter.

Bergofficianten, s. Grubenoffic.

Bergordnungen. **1)** Die älteste Sächs. Berg-O. ist die Schneebergische, Montag nach Erhardi 1492., worauf die von dem J. 1509. mit Zusätzen von dem J. 1510. 1512. 1516. 1518. 1519. 1523. 1533. C.A. T.II. S. 75., 1529. C.A. C.II. T.II. S. 111., Donnerstag nach Jakobi 1536. C.A. T.II. S. 75., 22. Febr. 1546. ib. S. 113., 6. Nov. 1548. ib., 3. Oct. 1554. ib. S. 117., 23. April 1571. ib. S. 169., 4. Nov. 1573. ib. S. 175. u. 12. Juni 1589. ib. S. 185. folgen. **2)** Hierher gehört ferner die Eisenhammer-O. v. 23. April 1583. auf dem Gießhübel, ib. S. 179. f., die Pirnaische Berg- u. Eisenhammer-O. v. 25. Febr. 1594. ib. S. 227., die Gießhübler renovirte Eisen- u. Hammer-O. v. 20. Dec. 1613. ib. S. 247. f., die Blechhammer-O. v. 26. März 1660. ib. S. 326. und die erneuerte v. 23. Mai 1666. ib. S. 335. f., die Schmelz- u. Hütten-O. v. 12. Sept. 1589. ib. S. 223. f., die Grünthaler Saigerhütten-O. v. 8. Febr. 1612. ib. S. 241. f., die Postaer Stein-Bergw.O. v. 17. Juni 1628. ib. S. 291., die Liebethaler und Daubische v. 29. März 1660. ib. S. 343., die revidirte v. 26. Mai 1691. ib. S. 351., die Altenberger Zinn-Bergw.-O. v. 1. Mai 1568. ib. S. 149., die Eibenstocker v. 24. Aug. 1615. ib. S. 255., und die Stolln-O. v. 12. Juni 1749. C.A. C.I. T.I. S. 1391. f., zu welcher letztern das G. v. 30. Mai 1843., G.S. S. 17. ergangen ist. **3)** Wegen der Gegenwart s. den Artikel: Berggesetzgebung.

Bergpässe. Die B. sollten von allen bei Ertheilung derselben anwesenden Bergamtsmitgliedern unterschrieben werden. Rescript v. 14. Dec. 1810. C.A. C.III. T.II. S. 118. Vorher: Bef. v. 22. Febr. 1682. C.A. C.II. T.II. S. 123., v. 11. Febr. 1754. ib. S. 129., Rescr. v. 7. Mai 1755. C.A. C.I. T.I. S. 1429., v. 27. Aug. 1774. C.A. C.II. T.II. S. 175., v. 19. März 1785. ib. S. 225., V. v. 7. Juni 1797. ib. S. 271.

Bergpolizei. S. Bergämter, Schichtmeister, Steiger, Bergaufsicht, Bergbaubetrieb, Gerichtliche P.

Bergproceß, s. Bergstreit..., Bergsachen, Berg-Gesetzgebung, Bergschulden, Revierausschuß.

Bergproducte. Seltenere B. sollen an die Bergakademie gegen die Reviertaxe abgeliefert werden. Pat. v. 31. Dec. 1766. C. A. C. III. T. II. S. 88.

Bergquatembergelder. Ueber die Einbringung der B. vergl. die V. v. 19. Juli 1797. C.A. C.II. T.II. S. 271.; im Allgemeinen die Berg-O. v. 1589. Art. 13. §. fin. und Art. 24. C.A. T.II. S. 191. 199. Wenn 4 Termine in Rückstand geblieben sind, so fällt das verliehene Feld ins Freie. Berg-O. v. 1589. Art. 24. C.A. T.II. S. 199., Rescr. v. 8. Nov. 1769. C.A. C.II. T.II. S. 151., O.B.A.V. v. 19. Juli 1797. §. 7. ib. S. 274. S. Bergwerksabgaben.

Bergrecht. Darin soll auf der Bergakademie zu Freiberg Unterricht ertheilt werden, Rescr. v. 8. Mai 1786. C.A. C.II. T.II. S. 229. — S. Berg-Gesetzgebung.

Bergregal. **1)** Zum B. gehören alle metallische Mineralien. Berg-O. v. 1851. §. 1. G.S. S. 201. Die Aufsuchung u. Gewinnung derselben ist, unter vorgeschriebenen Bedingungen, Jedermann freigegeben. Es bedarf jedoch hierzu einer vom Staate ertheilten Erlaubniß. (S. Schürfen, Verleihung.) ib. §. 2. — In Betreff des Salzes s. den Art.: Salz. **2)** Der Bergbau des Staatsfiscus ist ebenfalls an die Vorschriften der Berg-O. gebunden, ib.

§. 4.; das Finanzministerium bestellt zu den erforderlichen Handlungen besondere Bevollmächtigte. (Vergl. Grubenvorstand) §. 4. d. V. v. 16. Dec. 1851. G.S. S. 413. **3)** Specialbeleihungen, d. i. Uebertragungen einzelner Bergregalitätsrechte für gewisse Districte an Privatpersonen, sollen nicht weiter ertheilt werden. Berg-O. §. 5. **4)** Bergregalitätsrechte im Besitze von Privatpersonen, Gemeinden oder Stadträthen sind gegen Entschädigung auf den Staat übergegangen. ib. §§. 6. 7. und vergl. dazu die V. v. 16. Dec. 1851. §. 3. G.S. S. 413. **5)** Erbbelehnungen, durch welche früher Verleihungen auf alle Lagerstätten gewisser Mineralien innerhalb bestimmter Districte ertheilt wurden, fallen unter die Bestimmungen der Berg-O. ib. §. 8. **6)** Die Rechtsverhältnisse derjenigen Gruben, welche auf Mineralien, die nicht mehr zum Bergregal gehören, bauen (s. oben no. 1.) und dieserhalb der Berg-O. nicht unterliegen, sind nach den in Betreff der Hütten getroffenen Bestimmungen zu reguliren. ib. §. 9. **7)** Die unbefugte Aneignung von metallischen Mineralien in unverliehenem Felde zieht Gefängnißstrafe bis zu 6 Monaten nach sich. Str.-Gb. v. 1855. Art. 334. **8)** S. Mineralien, Muthen, Verleihung, Untersuchungs-Zust...

Bergreservat. S. Halden.

Bergsachen. **1)** Der Proceß in B. beruhte im Wesentlichen auf dem M. v. 26. Aug. 1713. C.A. T. II. S. 473., Beil. zur E.P.O. no. 11. S. 93. Man vergl. dazu das Rescr., die Legitimation der gewerkschaftlichen Bevollmächtigten betr. v. 7. Aug. 1754. C.A. C.I. T. I. S. 1423., das Rescr. v. 22. Febr. 1737.: daß B. in der Kürze ohne Einholung rechtlichen Erkenntnisses abzuthun, ib. S. 1369., Rescr. v. 4. Jan. und V. v. 16. Jan. 1796. dess. Inhalts, C.A. C. II. T. II. S. 257. [vorher: ang. M. v. 1713. §. 16. C.A. T. II. S. 478., Berg-O. v. 1536. Art. 110. 123. ib. S. 99. 103., v. 3. Oct. 1554. Art. 106. ib. S. 148., v. 12. Juni 1589. Art. 101. ib. S. 122.]; den Bef. v. 1. Juli 1741. die Einholung und Eröffnung der Urtel in Bergsachen betr. ib. S. 127., Rescr. v. 23. Juni 1742. die Subhastation der Bergtheile betr. C.A. C. I. T. I. S. 1378., den Bef. v. 26. Nov. 1793. die Einbringung der Kosten in Bergsachen betr. C.A. C.II. T.II. S. 253., das Pat. v. 7. Dec. 1808. §. 2. C.A. C.III. T.II. S. 108. **2)** S. Acten, Appellation, Bescheinigung, Besichtigung, Beweis, Commissarien, Eid, Einreden, Gerichtsstand, Litisdenunciation, Litisreassumtion, Verfahren, Vollmacht, Vorladung, Wiedereinsetzung. **3)** Für die Gegenwart vergl. die Art.: Berggerichte, Bergstreitigkeiten.

Bergschäden. **1)** Der Schaden, welcher durch den Bergwerksbetrieb an fremden Fluren, Gebäuden, Anlagen auf der Oberfläche oder anderen Gegenständen einer Berechtigung zugefügt wird, muß ohne Unterschied, ob der Schaden den Grundeigenthümer, unter dessen Grundstücke die Grubenbaue befindlich sind, oder einen andern, z. B. durch Wasserentziehung, trifft, durch den Bergwerksunternehmer vollständig ersetzt werden. Berg-O. v. 1851. §. 234. G.S. S. 245. Dem Beschädigten steht aber dann kein Anspruch zu, wenn die Grubenbaue, welche Ursache des Schadens sind, schon eher vorhanden waren, als die beschädigten Gebäude oder Anlagen errichtet oder die beeinträchtigten Rechte erworben worden, ib. §. 235. Vergl. ferner über diesen Gegenstand die §§. 236—245. d. Berg-O. v. 1851. G.S. S. 245. f. u. die V. v. 16. Dec. 1851. §. 158. f. G.S. S. 452. f. Uebrigens sollen die Grundeigenthümer möglichst wenig durch Häuersteige belästigt werden. ib. §. 157. **2)** Die Grundbesitzer müssen den Bergbehörden und deren Organen, sowie den Bergwerksunternehmern und deren Officianten gestatten, gegen Entschädigung ihre Grundstücke Behufs der im Bergwerksinteresse vorzunehmenden Erörterungen zu begehen und auf denselben Bodenuntersuchungen resp. bis in das feste Gestein nieder anzustellen. Die Besitzer von Gruben, welche nicht zum Regalbergbaue gehören, von Tunneln, Kellern und anderen unterirdischen Räumen müssen den Bergbehörden und deren Organen auf Anmelden gestatten, ihre Baue und Räume zu befahren und zu betreten, wenn

dieß im Interesse des Regalbergbaues nothwendig erscheint. Berg-O. §. 240.

Bergschmiede. **1)** B. sollen dieselben Immunitäten wie andre Bergarbeiter genießen, Rescr. v. 26. Juni 1775. C.A. C. II. T. II. S. 181. **2)** Sie dürfen keine Holzkohlen gebrauchen, Rescr. v. 26. Oct. 1775. ib. S. 183. **3)** Die Muthung der B., um die Gewerken zu ihrer Arbeit zu zwingen, ist unzuläßig, Bef. v. 9. Juli 1704. C. A. T. II. S. 374., Resol. v. 7. Jan. 1709. §. 35. ib. S. 373. **4)** Ueber die Berechnung der Schmiedekosten bei Gruben vergl. die O.B.A. Anweis. v. 7. Jan. 1764. §. 56. C.A. C. I. T. I. S. 1442. **5)** S. Muthen, Revieranstalten.

Bergschöppenstuhl. **1)** Der B. ist in Justizsachen dem Justizministerium untergeordnet, und Beschwerden über ihn sind dem letztern unmittelbar anzuzeigen. §. 50. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 84., §. 1. d. B. v. 9. April 1836. G.S. S. 85. **2)** Ueber die Entstehung und Verfassung des B. vergl. die B. v. 1255. C.A. T. II. S. 73., B. v. Himmelfahrtstage 1294. ib. S. 73., Rescr. v. 9. Nov. 1740. C.A. C. I. T. I. S. 1377., Bef. v. 9. April 1609. C.A. T. II. S. 235., v. 17. Sept. 1657. ib. S. 313., Rescr. v. 30. Dec. 1665. ib. S. 353., M. v. 26. Aug. 1713. §. 16. 17. ib. S. 478. **3)** S. Berggerichtsb...

Bergschreiber. Die Vorschriften über seine Dienstobliegenheiten u. seinen Pflichteid enthält die Berg-O. v. 1536. Art. 10. 12. C.A. T. II. S. 77. u. 95., v. 3. Oct. 1554. Art. 11. ib. S. 121. u. 124., v. 1. Mai 1568. Art. 1. 6. ib. S. 151. 164., v. 12. Juni 1589. Art. 13. ib. S. 191. 195., Eibenstocker Zinn-Bergw.O. v. 24. Aug. 1615. Art. 13. ib. S. 258. Die Gebührentaxe für den B. s. in der Registeranw. v. 7. Jan. 1764. §. 76. unter V. C.A. C. I. T. I. S. 1450. Die B. haben in den Sachen, wo der Fiscus die Kosten trägt, keine Gebühren zu fordern u. ist dieß ihren Instructionen zu inseriren, Rescr. v. 24. Nov. 1815. C.A. C. III. T. II. S. 141.

Bergschüler. S. Bergbaubetrieb.

Bergschulanstalten. Zu den B. ist eine gewisse Summe aus der Freiberger Oberzehntencasse ausgesetzt, Bef. v. 8. Mai 1786. C.A. C. II. T. II. S. 229. Ueber den Anfang und Schluß der Schulzeit bei selbigen s. das Pat. v. 23. Oct. 1816. C.A. C. III. T. II. S. 143. Ueber die von den anfahrenden Bergknaben dazu zu entrichtenden wöchentlichen Beiträge vergl. das Rescr. v. 6. Febr. 1779. C.A. C. II. T. II. S. 195.

Bergschulden. **1)** Wie die Berichtigung der B. aus dem Erlöse des Bergwerkseigenthums im Concurse oder bei der Unzulänglichkeit des Bergwerkseigenthums, nach Befriedigung der etwa vorhandenen Vindicanten und Separatisten und nach der Tilgung der Concurskosten, der Reihe nach erfolgt, bestimmt die Berg-O. v. 1851. §. 71. G.S. S. 212. Vorher das M. v. 26. Aug. 1713. §. 29. C.A. T. II. S. 484. u. s. Concursgläubiger. **2)** Vergl. wegen der Forderungen, die, ohne dingliches Recht, nach §. 29. des Bergproceßmandats v. 1713. bisher einen Vorzug im Concurse genossen, ib. §. 72. — Im Betreff solcher Schulden bei Blaufarben- u. Hüttenwerken aus der frühern Zeit s. ib. §. 302. G.S. S. 257. **3)** S. Bergstreitigk...

Bergsilberbezahlung. Bei der B., wobei ungemünztes Metall in gemünztem Zustande zurückempfangen wird, ist das Werthsverhältniß von 14 Thalern im 14-Thalerfuße für früher 13 Thlr. 8 Gr. im 20-Guldenfuße zur Norm zu nehmen. G. v. 21. Juli 1840. §. 10. G.S. S. 178.

Bergstädte. S. Juden, Brand.

Bergstipendien. Ueber die Bestimmung der B. s. die Bergresol. v. 7. Jan. 1709. §. 3. C.A. T. II. S. 373., und im Betreff der B.casse die Decl. v. 10. Juni 1765. no. 18. C.A. C. I. T. I. S. 1474.

Bergstreitigkeiten. **1)** Ueber den Fall der Collision, wenn ein Grubenfeld zu Gewinnung verschiedener metallischer Mineralien an mehrere Personen verliehen ist, ferner wenn Regalbergbau und Nichtregalbergbau zusammentreffen, vergl. die Berg-O. v. 1851. §§. 60. 61. u. die B. v. 16. Dec. 1851. §. 45. G.S. S. 210. 423. **2)** Das Berg-Proceß-Mandat v. 26. Aug. 1713. C.A. T. II. S. 474. ist mit dem Uebergange

der Bergjurisdiction auf die ordentlichen Landes-Gerichte außer Kraft getreten. V. v. 8. Mai 1856. §. 14. G.S. S. 81. verb. mit der Berg.O. v. 1851. §. 308. G.S. S. 258. u. §. IV. der Publ. V. v. 22. Mai 1851. G.S. S. 199. **3)** s. Grubenvorstand, Berggericht..., Revierausschuß, Gerichte.

Bergtheile. S. Kure.

Berg- u. Hüttenwesen. Der Regalbergbau steht unter dem Finanzministerium, hingegen stehen aller Bergbau auf nicht zum Bergregal gehörige Mineralien, namentlich Stein- und Braunkohlen, Hütten- und Blaufarbenwerke und überhaupt alle diejenigen Anstalten, in welchen eine chemische Verarbeitung der Erze erfolgt, ingleichen diejenigen Erzaufbereitungsanstalten, welche nicht zu Gruben gehören, oder nicht für solche als Revieraufbereitungsanstalten bestehen, unter dem Ministerium des Innern und dessen Behörden. V. v. 26. Juni 1851. §. 6. f. G.S. S. 285. Doch stehen die für Rechnung des Staats betriebenen Berg- und Hüttenwerke auch ferner unter dem Finanzministerium. ib. §. 9. Ferner vergl. über die beim Ministerium des Innern zu suchenden Concessionen zu den in §. 296. u. 297. der Berg.-O. (s. Hütten) gedachten Gewerbsetablissements die V. v. 29. Juni 1852. G.S. S. 273., insbesondere auch wegen der Schönburgschen Receßherrschaften und der Oberlausitz.

Berguniform. Die B. soll an Feier- und Amtstagen getragen werden, Rescr. v. 4. Jan. 1749. C.A. C. I. T. I. S. 1389. In Bezug auf die Paradekleidung s. den Bef. v. 11. Juni 1768. C.A. C. II. T. II. S. 139., Bef. und Rescr. v. 21. Jan. 1775. ib. S. 177.

Bergunterſuchungen. S. Berggerichte.

Bergverfassung. S. Berg-Gesetzgebung.

Bergverwandte. Auf die über die Grenze hin- und herpassirenden B. ist Obsicht zu führen, Rescr. v. 8. Nov. 1779. C.A. C. II. T. II. S. 201.

Bergwardein. Unter gewissen Bedingungen ist den B. gestattet, Privatsilber einzuschmelzen, Bef. v. 22. Jan. 1772. C.A. C. II. T. II. S. 161.

Bergwerke. 1) Wie es mit Zulassung der Fremden bei den Berg- und Hüttenwerken zu halten sei, enthält der Bef. v. 21. Nov. 1767. C. A. C. II. T. II. S. 133., und das Rescr. v. 30. März 1768. ib. S. 139. **2)** S. Anfahren, Berggerichte, Gruben, Halden, Pulver.

Bergwerksabgaben. Unter Wegfall der zeitherigen B. sind v. 5. Jan. 1852. an von den Grubeneigenthümern zu entrichten: a) die Grubenfeldsteuer, Berg-O. v. 1851. §. 266. f. G.S. S. 251. f., V. v. 16. Dec. 1851. §. 165. f. G.S. S. 454. f., ferner b) von dem Reinertrage des Bergwerkseigenthums, welcher als Verlag oder Ausbeute zur Perception gelangt, eine Abgabe von 5 Procent, ang. Berg-O. §. 271. f., ang. V. §. 169. f. und c) als Beitrag zu den vom Staate für den Bergbau zu bestreitenden Ausgaben für diejenigen Gruben, welche Gold- u. Silbererze produciren, 3 Proc. von dem Werthe dieser Erze. Ang. Berg-O. §. 273. f., ang. V. §. 171. f.

Bergwerkseigenthum. 1) Jedes Berggebäude kann von einer einzelnen Person (Alleinbesitzer) oder von Mehreren als Gewerkschaft (s. d.) oder Gesellenschaft (s. d.) besessen werden. Jede rechtsfähige Person, Inländer oder Ausländer, kann B. erwerben. Berg-O. v. 1851. §§. 10. 11. G.S. S. 202. Ob die Grubenofficianten, Aufseher oder Arbeiter, hängt von dem Ermessen der Grubenbesitzer, beziehendlich des Grubenvorstandes ab und ist eintretenden Falls Bestimmung hierüber im Wege des Dienstvertrags zu treffen. V. v. 16. Dec. 1851. §. 4. ib. S. 414. **2)** In Ansehung der mittelbaren Erwerbung des B. und der auf dasselbe sich beziehenden rechtlichen Geschäfte gelten die allgemeinen Grundsätze des Civilrechts, in soweit nicht durch die Berg-O. ausdrücklich Ausnahmen festgesetzt sind. Berg-O. §. 62. Bei Verträgen über Berggebäude oder Antheil an solchen finden keine Ansprüche wegen Verletzung über die Hälfte Statt. ib. §. 63. **3)** S. Stolln,

Erben, Kure, Berg-Grund- und Hyp..., Bergschulden, Bergbaubetrieb.

Bergwerkseinkünfte. 1) Die Privatpersonen gehörigen B. und Schmelzhütten sollen nicht verpachtet werden, Bef. v. 13. Jan. 1768. C. A. C. II. T. II. S. 133. 2) S. Staatsgut.

Bergwerksmaschinen, s. Bergm...

Bergwerksschulden, s. Bergsch...

Bergwerkstagegebäude. S. Halden.

Bergwerkswasser. Das Dispositionsrecht über die durch den Bergbau erschrotenen Wasser steht innerhalb der sie erschrotenden Grubenräume dem Eigenthümer des Stollns oder Grubengebäudes, durch welches sie erschroten worden, zu. B.O. v. 1851. §. 246. G.S. S. 248. Ueber die aus Stölln und Gruben abfließenden, nicht mehr zu Bergwerksanlagen nöthigen Wasser haben die Bergämter soweit, bis sich die Wasser in einen gemeinen Wasserlauf ergossen haben, zu verfügen. ib. §. 247. Vergl. über die Rechtsverhältnisse der B. und deren Verleihung im Einzelnen die §§. 248—264., und die V. v. 16. Dec. 1851. §. 161. f. G.S. S. 454. Auch s.: Berggerichte.

Bergzinn. S. Zinn.

Berichte. 1) Alle B., Vorstellungen und Gesuche sind an die Behörde selbst zu richten. Diese ist in der dritten Person anzureden; Ministerien, Ober- oder Mittelbehörden war das Prädicat „Hoch" beizulegen. Hierzu aber vergl. den Art.: Amtlicher Sprachgebrauch. — Einer Submissionsformel bedarf es nicht. — Ferner sind B. und Eingaben auf der ersten Seite halbgebrochen, und auf den folgenden breit zu schreiben. Auf der ersten Seite links ist zu bemerken, an welche Behörde die Eingabe gerichtet sei, was sie betreffe und von wem sie komme. Nur Eingaben an den König und das in Evangelicis beauftragte Gesamtministerium sind an des Königs Majestät unmittelbar zu richten. M. v. 21. März 1831. G.S. S. 63., Bek. v. 12. Sept. 1835. G.S. S. 460. 2) Ueber Berichtserstattung enthalten noch Näheres die Art.: Begnadigung, Gerichtliche P., Appellation, Recurs, Anzeigen, Beschwerdeführung, Vorfälle, Acten, Amtsbefugnisse, Aemter, Amtsfähigkeit, Amtshauptleute, Arrest II., Ausländer, Justizministerium, Brandstiftung, Bund..., Censur, König, Kosten, Polizei, Stadtrath, Stadtverordnete, Zwickau, I., u. s. Rechenschaftsbericht.

Berichtigung, 1) der Wasserläufe. S. d. 2) In anderem Sinne: s. Zahlung, Erkenntnisse.

Berichtigungen, öffentliche. Die Herausgeber von Zeitschriften sind verpflichtet, von Behörden und Privatpersonen B. der auf diese Bezug habenden Artikel derselben Zeitschrift in der nächsten, nach Eingang der Berichtigung zum Abdrucke gelangenden Nummer dieser Zeitschrift ohne alle Bemerkungen und Zusätze aufzunehmen. Für deren Abdruck, welcher mit gleichen Lettern, wie der Druck des zu berichtigenden Art. zu bewirken ist, dürfen Insertionsgebühren nach dem bei der betreffenden Zeitschrift angenommenen Satze nur in soweit verlangt werden, als die B. den doppelten Raum des zu berichtigenden Artikels übersteigt. Preß-G. v. 14. März 1851. §. 22. G.S. S. 67. V. v. 30. Jan. 1855. §. 1. G.S. S. 28.

Berichtsabgang. S. Appellation, II. III., Berichte, Rechtsmittel, Recurs, Stadtverordnete.

Berichtserstattung. S. Berichte.

Bern. 1) Der Besuch der dortigen Universität ist nicht mehr untersagt, V. v. 15. April 1848. G.S. S. 49., vorher: V. v. 4. Dec. 1834. G.S. S. 471. 2) S. Reiselegitimationen, Staatsverträge, I. X.

Bernburg. S. Münzwesen, Staatsverträge, I. II. III. V. VI., Paßkarten.

Bernstadt. Die Sparcasse: Decr. v. 30. Mai 1854. G.S. S. 142.

Berüchtigt. S. Wittwen, Ehre...

Beruf. S. Unterthanen, Ausland, Beleidigung, Körperverletzung, Gelehrtenschulen, Schmerzengeld, Vormundschaft, Waisen, Innungen, Erziehung.

Berufen. S. Aemter.

Berufung, 1) an die höhere Instanz. Vergl. hier die Artikel: Appellation, Recurs, Begnadigung, Anschluß, Wiederaufnahme, Untersuchungskosten, Rechtsmittel,

Einstellung, Anklageverf..., Unmittelbare B., Nichtigkeitsbeschw. g. Enderk., Ungehorsam, Todesstrafe. **2)** (Vocation, Zusammenberufung) S. Aemter, Dienstanstellung, Vocation, Versammlungen, Vereine, Stände..., Advocaten...

Beruhigen. S. Auflauf, Aufruhr, Friedensrichter.

Besäen. S. Auszug.

Besamung. S. Waldungen, Forstverbrechen.

Beschädigter. S. Anschluß, Untersuchungskosten, Antrag, Schärfung, Staatsanwaltsch..., Unfähigkeit, Beschwerde, Nacheile, Diebst..., Caution, Werth, Zeugen, Vertretung, Körperverletzung, Zeugenvereidung, Untersuchungsverf. v. d. E.R., Verletzung.

Beschädigung. **1)** Die B. oder Zerstörung fremden Eigenthums und die B. oder Tödung fremden Viehes, aus Bosheit oder Muthwillen, ist auf Antrag unter Berücksichtigung der Beweggründe zur That und des angerichteten Schadens, mit Gefängniß bis zu 1 Jahre oder Arbeitshaus bis zu 6 Jahren zu ahnden. In Fällen, wo die Strafe nicht 6 Wochen Gefängniß übersteigt, kann auf Geld bis zu 150 Thlrn. erkannt werden. Str.Gb. Art. 335. **2)** Ist die B. an den im Art. 277. unter 1. 2. u. 3. (unter: Diebstahl) genannten Gegenständen, an Kirchen, Bethäusern, zum öffentlichen Gebrauche dienenden Bauwerken, öffentlichen Denkmälern, Gräbern oder Grabmälern, an öffentlichen Feuergeräthschaften, an Frucht- oder anderen Bäumen, an Weinstöcken, Hopfenanlagen, Sträuchern oder Holzpflanzungen oder an den bei diesen Gegenständen angebrachten Pfählen oder sonstigen Befestigungs- und Sicherheitsmitteln verübt worden, so tritt Bestrafung von amtswegen ein. Art. 336. **3)** In den Fällen bei No. 2. kann die nach Art. 335. verwirkte Strafe nach Art. 16. u. 18. geschärft werden. (S. Schärfung.) Die im Art. 24. erwähnte Verwandlung der Gefängnißstrafe in körperliche Züchtigung (s. Verwandlung, I.) findet in diesen Fällen auch dann Statt, wenn der Verbrecher wegen desselben oder eines gleichartigen Verbrechens nur erst einmal Freiheits- oder Handarbeitsstrafe erlitten hat. Ang. Art. 336. **4)** Ist die B. an Frucht- oder anderen Bäumen, an Weinstöcken, Hopfenanlagen, Sträuchern, Holzpflanzungen, oder an den bei diesen Gegenständen angebrachten Pfählen oder sonstigen Befestigungs- und Sicherheitsmitteln verübt worden, so soll derjenige, welcher den Thäter anzeigt, im Falle auf diese Anzeige die Bestrafung erfolgt, aus dem Vermögen des Thäters eine Belohnung von 5 bis 10 Thlrn. erhalten. Art. 337. S. hierzu: Baumfrevel. **5)** Die einschlagenden Bestimmungen des Str.Gb. kommen zur Anwendung, wenn B. der im Forst- rc. Strafgesetze v. 11. Aug. 1855. Art. 8. 9. 10. 12. u. 13. gedachten Art (s. Forstvergehen, Hutungsvergehen, Jagdvergehen, Gewässer) aus Bosheit oder Muthwillen verübt worden sind, oder wenn durch die im Art. 9. unter No. 5. (s. Forstvergehen, 5. d.) erwähnten Handlungen ein Schade entstanden ist. Ang. G. v. 1855. Art. 26. G.S. S. 309. **6)** In Bezug auf das ältere Recht vergl. das Cr.Gb. v. 1838. Art. 180. 181. 288—291. G.S. S. 157. f. **7)** In Bezug auf Militairverhältnisse: M.Str.Gb. v. 1855. §§. 152. 154. 155. 161. 180. unter: Mißbrauch, Dienst. **8)** S. auch: Verletzung, Körperverletzung, Betrug, Zumessung, Strafgesetzbuch, Werth, Diebstahl VI., Unselbständige, Mißbrauch, Eisenbahn..., Concurrenz VII., Eid, Fahrlässigkeit, Schaden..., Baumfrevel, Brandstiftung, Gerichtsbarkeit, Laternen.

Beschäftigung. S. Gefangene, Arbeit.

Beschälen. S. Pferde.

Beschaffenheit, s. Umstände.

Beschauen. S. Schau, Zuschauer.

Bescheeler. S. Pferde.

Bescheid, s. Erkenntnisse, Strafverfügung, Rechtsmittel D., Wechselverfahren, Wechselerkenntnisse, Resolution.

Bescheidenheit, s. Höflichkeit.

Bescheinigung. **1)** Blose B., im Gegensatze der förmlichen Beweisführung des ordentlichen Processes, wird geführt: a) in Bergsachen (s. d.), worin die B.s-

artikel innerhalb 4 Wochen von der Rechtskraft des Bescheids oder Urtels an eingereicht werden sollten, M. v. 26. Aug. 1713. §§. 8. 9. 14. C. A. T. II. S. 476., Anh. XI. zur E.P.O.; b) im Rügenprocesse (s. d.); c) in Geringfügigen Rechtssachen (s. d.); d) im Besitzprocesse, s. Besitz; e) im Processe vor dem Handelsgerichte zu Leipzig, Hand.G.O. v. 21. Dec. 1682. §. 16. f. C. A. T. II. S. 2037., Erl. v. 16. April 1720. §. 4. f. ib. S. 2083., G. v. 21. Sept. 1833. G.S. S. 109.; f) im Provocationsprocesse (s. d.); g) in Spoliensachen, s. Spolium; h) in Verwaltungsstreitigkeiten (s. d.). **2)** Ehe in der Hauptsache weiter verfahren werden kann, muß bei der Negatorienklage das Eigenthum bescheinigt werden. E.P.O. ad Tit. 20. §. 1. S. 125., Dec. 1. v. 1746. C. A. C. I. T. I. S. 349. **3)** Wer bei einem Processe accessorie intervenirt, muß sein Interesse durch Documente, oder wenigstens Eines Zeugen Aussage bescheinigen. E.P.O. ad Tit. 15. §. 2. S. 97. **4)** S. ferner: Appellation, III. D. E., Armeneid, Armenrecht, Arrest, I., Auspfändung, Beweis, Bier, Zeugnisse, Zeugen, Schuldner, Einreden, Erbfolge, Veräußerungsverbot, Testamente, Wechselverfahren, Bestärkungseid.

Beschenken. S. Schenkung.

Beschiffen. S. Elbe, Schiff...

Beschimpfung. S. Beleidigung, Dienstverhältniß, Verleumdung, Ehr...

Beschlagen. S. Kirchentrauer.

Beschlagnahme. **A.** In Strafsachen. **1)** Auf den Antrag der Staatsanwaltschaft kann das Vermögen eines Angeschuldigten, gegen welchen nach Art. 145. d. Str.Pr.O. ein Steckbrief (s. d.) erlassen worden ist, behufs der Bewirkung seiner Gestellung mit Beschlag belegt werden. Str.Pr.O. Art. 146. **2)** Das im Bezirke des Untersuchungsgerichts befindliche bewegliche Vermögen des Angeschuldigten, mit Ausnahme der außenstehenden Forderungen, kann der Untersuchungsrichter entweder selbst oder durch das nach den Grundsätzen des bürgerlichen Processes zuständige bürgerliche Gericht mit Beschlag belegen. Dagegen ist die B. des außer dem Bezirke des Untersuchungsgerichts befindlichen beweglichen, sowie des unbeweglichen Vermögens und der außenstehenden Forderungen des Angeschuldigten durch das gedachte bürgerliche Gericht auszuführen. Ang. Art. 146. **3)** Die B. ist von dem Untersuchungsrichter in der Leipziger Zeitung, auch, nach Befinden, noch in andern öffentlichen Blättern, wie solches im Art. 144. Satz 2. (unter: Oeffentliche Vorl.) bestimmt ist, und hierüber, soweit es ohne besonderen Aufenthalt geschehen kann, auch einem der Angehörigen des Angeschuldigten bekannt zu machen. Ang. Art. 146. **4)** Auch außer dem Falle steckbrieflicher Verfolgung, gleichviel ob der Angeschuldigte flüchtig ist oder nicht, können zur Sicherstellung wegen der Untersuchungskosten oder verwirkter Geldstrafen die gesetzlich zulässigen Maßregeln ergriffen werden. ib. **5)** Die B. hat die Wirkung, daß das davon betroffene Vermögen des Flüchtigen auf dessen Kosten von staatswegen, und zwar, nach Befinden, durch einen von dem Gerichte zu bestellenden und zu verpflichtenden Pfleger verwaltet wird und daß von dem Tage an, an welchem die B. in der Leipziger Zeitung bekannt gemacht worden ist, jede Verfügung des Angeschuldigten unter den Lebenden über das Vermögen rechtlich unwirksam ist. Str.Pr.O. Art. 142. **6)** Die Bestellung des Pflegers erfolgt durch den ordentlichen Richter des Abwesenden. a) Vor der Wahl desselben sind die Angehörigen des Letzteren, wenn solches ohne Schwierigkeit geschehen kann, mit gutachtlichen Vorschlägen zu hören. V. v. 31. Juli 1856. §. 44. G.S. S. 164. b) Der Pfleger kann auch ausnahmsweise in geeigneten Fällen aus den Angehörigen selbst genommen werden. ib. c) Es kann ihm die Leistung einer Caution für getreue Verwaltung auferlegt, dagegen ihm auch mit Genehmigung des Appellationsgerichts eine jährliche Vergütung für die Bemühungen bei der Verwaltung ausgesetzt werden. ib. d) Er hat ferner jährlich Rechnung an das Gericht, welches ihn bestellt hat, abzulegen. Auch im Uebrigen sind die allgemei-

nen Grundsätze betreffs der Vermögensverwaltung Seiten des Vormunds eines Abwesenden in Anwendung zu bringen. Dieß gilt insbesondere für die Anstellung von Klagen zur Geltendmachung vermögensrechtlicher Ansprüche des Abwesenden, sowie für die Vertretung des Letzteren bei den gegen ihn geltend gemachten Ansprüchen. ib. **7)** Den Angehörigen des Flüchtigen ist Unterhalt aus dem in Beschlag genommenen Vermögen, auf Verlangen und soweit sie hierzu nach den Grundsätzen des bürgerlichen Rechts befugt sind, zu verabreichen. ib. **8)** Die B. ist aufzuheben, wenn die gerichtliche Verfolgung eingestellt wird oder wenn sie oder die erkannte Strafe verjährt ist, wenn der Abwesende bei dem Untersuchungsgerichte sich freiwillig stellt oder zwangsweise gestellt wird, oder wenn er gestorben ist. Die Aufhebung ist in gleicher Weise bekannt zu machen, wie solches hinsichtlich der B. vorgeschrieben ist. Str.Pr.O. Art. 148. (S. noch: Gestellung.) **9)** Vergl. auch die Artikel: Vollstreckung, Preßvergehen, Papiere, Briefe (hier auch wegen der Telegramme), Gerichtliche Polizei, Voruntersf..., Gestellung, Caution, Haussuchung. **B.** In anderen Beziehungen. Man sehe hier die Artikel: Arrest, Auspfändung, Bier, Concurs, Confiscation, Eigenthum, Executionsverfahren, Gerichtsstand, Post, Steuerbehörden, Verkümmerung.

Beschleunigen, s. Dringlichkeit.

Beschließen, s. Schluß...

Beschluß. S. Bund, Stadtverordnete, Ständeversammlung, Vorsatz, Zumessung, Urheber, Gehilfen, Erkenntnisse, Gerichtssitzung, Geheime S., Unmittelbare Vorl..., Acten, Vertheidiger, Gerichtspolizei, Resolution.

Beschmutzung. S. Verletzung.

Beschneiden. S. Betrug.

Beschockt. S. Schocksteuer.

Beschränkung, s. Dispositionsbeschränkung, Vorbehalt, Aufwand.

Beschuldigen, s. Anklage..., Anzeigen, Anzeichen, Angeschuldigte, Denunc..., Verleumdung.

Beschwerde, im Untersuchungsprocesse. **1)** Das Rechtsmittel der B. kann nicht blos von dem Angeschuldigten, dem Staatsanwalte und dem Verletzten, sondern auch von den Zeugen, von denen, die Sicherheit geleistet haben, und überhaupt von jedem bei der Untersuchung oder einzelnen Handlungen des Gerichts Betheiligten eingewendet werden. Str.-Pr.O. v. 1855. Art. 97. **2)** Die B. folgt dem Instanzenzuge der gegen Erkenntnisse in den betreffenden Sachen zulässigen Rechtsmittel. Es ist daher bei B. über den Untersuchungsrichter in den vor dem Bezirksgerichte anhängigen Untersuchungen und bei B. über den Einzelrichter das Bezirksgericht, und bei B. über das Bezirksgericht das Oberappellationsgericht zuständig, jedoch das letztere bei B. über das Bezirksgericht in den vor dem Einzelrichter anhängigen Untersuchungen nur in soweit, als die Entscheidung des Bezirksgerichts wegen unrichtiger Anwendung eines Gesetzes oder wegen Verletzung einer Form zur B. gezogen wird. Str.Pr.O. Art. 98. Vergl. noch Art. 274. 278. unter: Hauptverhandlung und Hauptverhandlungstermin. **3)** Die B. ist bei dem Richter oder dem Gerichte, gegen dessen Entschließung sie gerichtet ist, oder bei dem zur Entscheidung über die B. zuständigen Gerichte anzubringen. Die Bestimmungen des Art. 90. Satz 2. u. 3. der Str.Pr.O. gelten auch von der B. Ist die B. bei derjenigen Behörde angebracht, gegen deren Verfahren sie gerichtet ist, so hat die letztere, wenn sie bei ihrer Entschließung stehen bleibt, in jedem Falle die B. an das zunächst höhere Gericht abzugeben. Art. 99. der Str.Pr.O. **4)** Ist die B. bei demjenigen Gerichte angebracht worden, dessen Entscheidung verlangt wird, so hat dieses entweder sofort oder nach vorher erforderter Anzeige von der Behörde, deren Beschluß angefochten wird, darauf Entschließung zu fassen. ib. **5)** Das Bezirksgericht kann jedoch B., welche gegen Entschließungen des Untersuchungsrichters gerichtet sind, mögen sie nun bei diesem oder dem Bezirksgerichte angebracht sein, auch

dann zu seiner Entschließung ziehen, wenn dabei ausdrücklich auf die Entscheidung des Oberappellationsgerichts angetragen worden ist, und hat daher dergleichen B. nur dann, wenn es sich hierzu nicht bewogen findet, oder wenn es zu keiner die B. erledigenden Entschließung gelangt, an das Oberappellationsgericht abzugeben. ib. **6)** Die Behörde, bei welcher eine gegen deren eigene Entschließung gerichtete B. angebracht wird, kann, wo das Gesetz nicht etwas Anderes verordnet, die Abgabe der B. bis nach Vornahme der als beschwerlich bezeichneten Handlung aussetzen. Dagegen kann das Gericht, bei welchem eine B. gegen ein niederes Gericht angebracht wird, das letztere anweisen, vorläufig und bis zur Entscheidung über die B. mit weiterem Verfahren anzustehen. Art. 100. d. Str.Pr.O. **7)** An dem Rechte der B.führung bei den Justizaufsichtsbehörden über Verschleife, Bedrückungen und sonst ungebührliches Verhalten der bei den Gerichten Angestellten ist nichts geändert. Es kann jedoch auf derartige B., wofern sie nicht nach Obigem als zuläßige Rechtsmittel anzusehen und daher, soweit nöthig, an die zur Entscheidung darüber zuständige Behörde abzugeben sind, eine richterliche Entscheidung nicht abgeändert und in eine solche nicht eingegriffen werden. Art. 108. d. Str.Pr.O. **8)** Gegen die Staatsanwälte kann wegen ihrer Amtsführung bei dem Oberstaatsanwalte und über diesen bei dem Justizministerium B. erhoben werden. ib. **9)** S. auch: Beschwerdeführung, Vollstreckung, Rechtsmittel, Untersuchungshaft, Nichtigkeitsbeschw., Hauptverhandlung.

Beschwerdebuch. S. Zollbeamte, Post.

Beschwerdeführung. **1)** Jeder hat das Recht, über gesetz- und ordnungswidriges Verfahren einer Behörde, oder Verzögerung der Entscheidung bei der zunächst vorgesetzten, schriftliche Beschwerde zu führen. Wird selbige von der vorgesetzten Behörde ungegründet gefunden, so ist diese verpflichtet, den Beschwerdeführer über die Gründe ihres Urtheils zu belehren. Glaubt derselbe sich auch bei der Entscheidung der obersten Staatsbehörde nicht beruhigen zu können, so darf er die Beschwerde der Ständeversammlung mit der Bitte um Verwendung am Throne schriftlich vortragen. Uebrigens bleibt jedem unbenommen, seine Wünsche und Beschwerden beim Regenten unmittelbar anzubringen. §. 36. der V.U. v. 4. Sept. 1831. G.S. S. 249. [Aeltr. Best.: M. v. 18. Jan. 1791. §. 2. C. A. C. II. T. I. S. 990., Lauf. Publ. v. 15. Dec. 1794. §. 2. C. A. C. II. T. III. S. 539.] **2)** Beschwerden über Untergerichte wegen Verweigerung oder Verzögerung der Justiz, oder wegen Bedrückung, sind bei dem Bezirksappellationsgerichte, und wenn keine Abhilfe erfolgt, oder wenn sie ein Appellationsgericht, oder das Oberappellationsgericht betreffen, bei dem Justizministerium anzubringen. Das Oberappellationsgericht darf über Beschwerden nur cognosciren, wenn sie in Rechtssachen vorkommen, in welchen an dasselbe appellirt werden durfte, und appellirt worden ist, §. 35. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 69. [Aeltr. Best.: Rescr. v. 2. Aug. 1742. C. A. C. II. T. I. S. 547., Rescr. v. 26. Oct. 1780. ib. S. 559., M. v. 4. Aug. 1827. G.S. S. 109.; wegen der B. gegen Amtssäßige Behörden, M. v. 13. März 1822. §. 2. G.S. v. 1822. S. 206., beim vormal. geh. Rathe, ib. §. 21. S. 211.] **3)** In Disciplinarsachen und wegen Auftragsertheilungen finden nur Beschwerden und keine Appellationen Statt. Dasselbe gilt von Verwaltungssachen, welche bei Justizbehörden vorkommen, (z. B. von Vormundschafts-, Depositen-, Lehns- und Hypothekensachen) soweit dabei nicht von Rechten, sondern nur von verletzten und gefährdeten Interessen, oder von Versagung solcher Gesuche die Rede ist, deren Gestattung dem Ermessen der Behörden (z. B. Versagung einer gesuchten Decretsertheilung) überlassen wird. G. v. 28. Jan. 1835. §. 36. G.S. S. 69. **4)** In den §. 36. cit. erwähnten Angelegenheiten bedarf es einer Vortragserstattung an das Justizministerium nicht, wenn bei den Appellationsgerichten gegen deren Beschlüsse und Verfügungen Vorstellungen geschehen, und sie selbst hinreichende Gründe finden, davon wieder abzugehen, da ihnen in diesem Falle die Aenderung ihrer frühern Resolution, nach Lage der

Sache, unbenommen ist. §. 10. d. V. v. 9. April 1836. G.S. S. 88. **5)** Auf B. in Justizsachen kann richterlichen Erkenntnissen nicht vorgegriffen, und eine rechtskräftige Entscheidung nicht abgeändert werden. §. 37. d. G. v. 28. Jan. 1835. B. G.S. S. 70. **6)** Gegen rechtskräftige Entscheidungen in Verwaltungsstreitigkeiten findet, außer in dem Falle erhobener Nichtigkeitsbeschwerde, auch im Wege der B. keine Einwendung weiter zu dem Zwecke Statt, um eine Abänderung der Entscheidung für den vorliegenden Fall zu bewirken. §. 28. d. G. v. 30. Jan. 1835. G.S. S. 94. **7)** Bei B. über Dikasterien ist die Anzeige an das Justizministerium zu richten, §. 1. d. V. v. 9. April 1836. G.S. S. 85. **8)** Beschwerden über das Sportelfiscalat gehören vor das Justizministerium, V. v. 31. Dec. 1831. §. 11. G.S. v. 1832. S. 3. **9)** Beschwerden über Schullehrer dürfen diesen von dem Local-Schulinspector nie in Gegenwart der Kinder oder der Aeltern, sondern nöthigenfalls nur im Beisein der übrigen Mitglieder des Schulvorstandes vorgehalten werden, und sind von den Lehrern bescheiden aufzunehmen und bei dem weiteren Unterrichte ꝛc. gehörig zu benutzen, §. 64. d. V. v. 9. Juni 1835. G.S. S. 314. Die Aeltern ꝛc. sollen ihre etwaigen Beschwerden gegen den Schullehrer bei dem betreffenden Geistlichen und wenn sie bei dessen Bescheidung sich nicht beruhigen mögen, auch sofort bei der Local-Schulinspection anbringen, aber aller Selbsthilfe und eigenmächtigen Zurückhaltung der Kinder aus der Schule bei Strafe, wie aller Einmischungen und Widersprüche in Betreff des Unterrichtes, der Disciplin ꝛc. sich enthalten. G. v. 6. Juni 1835. §. 61. G.S. S. 294., V. v. 9. Juni 1835. §. 78. u. 137. ib. S. 318. 336. **10)** In andern Beziehungen und sonst schlage man noch folgende Artikel nach: Berichte, Beschwerde, Kriegsstand, Untersuchungshaft, Staatsanwaltschaft, Antrag, Gerichtliche Polizei, Gestellung, Ablösungsbehörden, Advocaten, Amtshauptleute, Amtssässigkeit, Appellation, III. C., Gesamtministerium, Justizministerium, Militairgerichtsbarkeit, Post, Polizei, Recurs, Stadtverordnete, Ständeversammlung, Telegraphen, Steuersachen, Verfassung, Zollbeamte, Oberlausitz.

Beschwerdegrund, Beschwerdepuncte. S. Appellation, Recurs, Beschwerdeführung, Rechtsmittel, Nichtigkeitsbeschw...

Beschweren, s. Belastung, Beschwerdeführung.

Beschwerungen. S. Reallasten, Abgaben.

Beschwören. S. Eid.

Besehen. S. Besichtigung.

Besetzung. S. Aemter, Bestechung.

Besetzungsacten. S. Aemter.

Besichtigung. **1)** Im Criminalprocesse ist Beaugenscheinigung vorzunehmen, so oft ein für die Untersuchung erheblicher Umstand dadurch aufgeklärt, es bedarf jedoch derselben nicht, wenn die Aufklärung auf andere weniger aufhältliche Weise erlangt werden kann. Str.Pr.O. v. 1855. Art. 173. Vorher: Gen. v. 30. April 1783. §. 2. C.A. C. II. T. I. S. 454. C.A. C. II. T. III. S. 173., Gen.V. v. 27. Oct. 1770. §. 2. C.A. C. I. T. I. S. 421., C.A. C. II. T. III. S. 39. a) Ueber den Befund ist ein Protokoll aufzunehmen u. bei Untersuchung von Oertlichkeiten, soweit nöthig, ein Riß oder eine Handzeichnung zu den Acten zu bringen. ib. b) Bei einer Leichenschau, einer Leichenöffnung und einer Ortsbesichtigung, wenn es sich bei letzterer um Feststellung vergänglicher Spuren des Verbrechens handelt, sind 2 Urkundspersonen beizuziehen. ib. c) Mit minder wichtigen Ortsbesichtigungen und Beaugenscheinigungen kann eine bei dem Gerichte in Pflicht stehende Person beauftragt werden. Diese letztere hat jedoch jedenfalls 2 Urkundspersonen beizuziehen. ib. d) Vergl. ferner: Sachverständige, Werth, Schriften..., Uebersetzung, Section, Geld, Haussuchung, Papiere, Briefe, Gerichtliche Pol..., Voruntersuchung, Hauptverhandlungs-Termin, Rechtsmittel, E, Untersuchungsverfahren. **2)** Im Civil-Processe muß um B. entweder bei den Beweis- und Gegenbeweisartikeln, oder binnen 14 Tagen von Zeit der publicirten Gezeugnisse an nach-

gesucht werden. Sie geschieht auf Kosten des Theils, welcher darum nachgesucht hat, und der Gegner ist jedesmal mit dazu vorzuladen: es erscheint jedoch derselbe dabei auf seine Kosten. E.P.O ad Tit. 28. §. 1. S. 160. Uebrigens kann der Richter die B. auch ex officio anordnen, und, auf wessen Kosten sie geschehen solle, bestimmen. ib. S. das Ausführlichere unter: Beweis. **3)** In Bergsachen (s. d.) war die Appellation gegen angeordnete B. nicht zulässig. M. v. 26. Aug. 1713. §. 17. C.A. T. II. S. 479. **4)** In Verwaltungsstreitigkeiten (s. d.) kann die Behörde B. amtshalber vornehmen, G. v. 30. Jan. 1835. §. 8. G.S. S. 90. **5)** S. auch Feuer, Neubaue, Wild.

Besiegeln. S. Reiselegitimationen, Urkunden, Siegel.

Besinnung, s. Bewußtlosigkeit, Wissentlich.

Besitz, Besitzproceß. **1)** Wenn Streit entsteht, ob ein Gut Lehn oder Erbe sei, so soll es im Zweifel für Erbe gehalten und es soll den Töchtern vor den Agnaten bis zum Erweis der Lehnsqualität der Besitz gegeben werden. Dec. 37. v. 1661. C.A. T. I. S. 314. **2)** Indem das bürgerliche Eigenthum an Immobilien lediglich durch die Eintragung des Erwerbers in das Grund- und Hypothekenbuch erworben wird, bedarf es nicht noch zur Uebertragung des Eigenthums der Uebergabe des Besitzes. G. v. 6. Nov. 1843. §. 2. G.S. S. 189. **3)** Der hypothekarische Gläubiger hat nicht das Recht, selbst in den Besitz und die Benutzung des verhafteten Grundstücks gesetzt zu werden. ib. §. 80. S. 206. **4)** Bei dem Quasibesitze einer Dienstbarkeit soll der Besitzende so lange gelassen werden, bis er ordentlich daraus entsetzt wird; der Besitz wird aber durch gehörige Pfändung unterbrochen. Const. 7. P. II. v. 21. April 1572. C.A. T. I. S. 86. **5)** Bei streitigen Diensten wird zuvörderst auf den Besitz gesehen. Res. gr. v. 1661. Justizs. §. 36. C.A. T. I. S. 222. **6)** In Braustreitigkeiten, innerhalb der Meile, sollte der Besitz wider die Städte nicht angezogen werden können, Ausschr. v. 31. Dec. 1676. C.A. T. I. S. 1650., A.T.A. v. 15. Febr. 1676. ib. S. 359. **7)** Bei Streitigkeiten wegen des Patronatrechtes soll zunächst auf den Besitz gesehen werden, Rescr. v. 5. Nov. 1662. C.A. T. I. S. 861. **8)** Von Zeit der erhobenen Klage an soll jeder Besitzer pro malae fidei possessore angesehen werden, Dec. 2. v. 1746. C.A. C. I. T. I. S. 350. **9)** Wer für sich, oder im Namen eines Andern den Besitz eines erledigten Gutes zu erlangen oder zu behaupten sucht, soll sich dabei der Ausübung irgend einer Gewalt bei Strafe enthalten, und es sollen die Excedenten, mögen die Excesse entweder von ihnen selbst oder von ihren Bevollmächtigten geschehen oder veranlaßt worden sein, wenn sie sich in den Besitz gesetzt haben, des Besitzstandes und der damit verbundenen Vorzüge verlustig sein. Gen. v. 19. Febr. 1789. C.A. C. II. T. I. S. 499., O.A.Pat. v. 6. Mai 1789. L.C.W. T. IV. S. 26. u. C.A. C. II. T. III. S. 285. **10)** In Kammer- und Rentsachen steht es, nach dem M. v. 7. Aug. 1770. §. 1. C.A. C. I. T. I. S. 1341., den Unterthanen frei, wenn sie durch die darin ergehenden Verfügungen, soweit sie die Rechte von Privatpersonen mit berühren, sich gravirt fühlen, das Possessorium ordinarium od. Petitorium gegen den Fiscus anzustellen. **11)** Nach dem Gen. v. 2. Jan. 1813. C.A. C. III. T. I. S. 268. u. L.C.W. T. V. S. 106. ist die Anstellung des Possessorii summarii gegen den Fiscus, dessen Officianten und Pachter zwar ausdrücklich nachgelassen, §. 1. d. Gen. l. c. — in Ansehung der Hutungsbefugnisse in und außerhalb der Waldungen und Gehölze und aller andern darin auszuübenden Gerechtsame, sie mögen Namen haben, wie sie wollen, müssen jedoch eine 10jährige Posseß, und bei servitutibus discontinuis daneben wenigstens 3 richtige Besitzhandlungen bescheinigt w. §. 1. ib. **12)** Ausgeschlossen ist das possess. summ. gegen den Fiscus, wenn die Klage den Besitz eines ganzen Kammerguts, oder solche Befugnisse, Rechte und Exactionen zum Gegenstande hat, welche zu den wesentlichen und zufälligen Hoheitsrechten und Regalien gehören. §. 3. ib. **13)** Sowohl

im Allgemeinen als was insbesondere die Staatsforsten betrifft, bewendet es dabei, daß der Besitzstand gegen Ungebührnisse und Beeinträchtigungen mittelst gehöriger Pfändung und durch Strafpräcepte geschützt wird. §. 4. ib. **14)** Ohne rechtlichen Grund und hinlängliches Gehör darf Niemand seines Besitzes via facti entsetzt oder darin gestört, und es soll, wenn aus der Fortsetzung des Verfahrens, welchem widersprochen wird, ein unwiederbringlicher Nachtheil zu besorgen ist, mit sothaner Fortsetzung des Verfahrens so lange, bis der Widerspruch erörtert worden, angestanden werden. §. 5. d. Gen. v. 2. Jan. 1813. C. A. C. III. T. I. S. 269. u. L.C.W. T. V. S. 106. **15)** In dem summarischen Besitzprocesse bedarf es keiner förmlichen Klage, wenn das Vorbringen nur schlüssig und mit einem deutlichen Antrage verbunden ist, E.P.O. Anh. §. 19. S. 311. **16)** Es kann ohne Beweis u. Gegenbeweis verfahren und sofort auf die beigebrachte Posseß erkannt werden. E.P.O. Anh. §. 19. S. 311. **17)** Das Possessorium ist mit dem Petitorium nicht in Einer Klagschrift zu vermengen; wenn jedoch in einer possessorischen Klage Umstände, welche ins Petitorium gehören, ohne den Vorbehalt, daß man das letztere selbst eben keineswegs verfolgen wolle, angeführt sind, und sich der Beklagte darauf hinreichend eingelassen hat, so kann der Richter sogleich in petitorio entscheiden. Dec. 13. v. 1661. C. A. T. I. S. 300. **18)** In geringfügigen Rechtssachen ist zwischen petitorium u. possessorium kein Unterschied zu machen. §. 2. d. M. v. 28. Nov. 1753. C. A. C. I. T. I. S. 384., M. v. 13. März 1821. §. 4. G.S. S. 38. **19)** Die Citation auf die Klage ist sub poena confessi und convicti zu erlassen. §. 19. d. Anh. der E.P.O. S. 311. **20)** Die Litisdenunciation hat im Possess. summar. nicht Statt. E.P.O. ad Tit. 14. §. 1. S. 92. **21)** Die Bescheinigung kann durch Zeugen erfolgen, aber die Eidesdelation und Fragstücke sind im Possess. summar. unzuläßig. §. 19. d. Anh. d. E.P.O. S. 311. **22)** Zur Bescheinigung durch Zeugen bedarf es wenigstens Eines vereideten; es genügen aber 2 unvereidete unverwerfliche Zeugen, wenn unter den Parteien eine besondere Gefahr, Gewalt und Thätlichkeit zu besorgen, vorbehältlich übrigens dessen, was wegen Herstellung des Besitzstandes bei Irrungen zwischen Unterthanen u. Obrigkeiten in der Res. gr. v. 1661. Tit. Justizs. §. 36. C. A. T. I. S. 221., festgesetzt ist. Dec. 1. v. 1661. C. A. T. I. S. 295., §. 20. d. Anh. zu der E.P.O. S. 312. **23)** Der Beklagte kann Behufs seiner Gegenbescheinigung ebenfalls Zeugen abhören lassen, wenn er es aber, auch ohne vorgängige Auflage, nicht bewerkstelligt, so ist deswegen nicht zu interloquiren, sondern sofort definitiv zu erkennen. §. 19. d. Anh. d. E.P.O. S. 311. **24)** Wer einen oder mehrere ruhige actus possess. und beim Besitze von Rechten u. Servituten, u. zwar bei servitutibus continuis wenigstens eine jährige Posseß, in discontinuis aber, nebst solcher jährigen Posseß, wenigstens 3 richtige Actus vor sich hat, ist im possessorio zu schützen. ib. **25)** Der hinsichtlich der servitutes discontinuae bemerkte Satz wird vom Ober-Appellationsgerichte auch auf solche Rechte angewendet, deren Ausübung nicht alle Jahre, sondern zu andern bestimmten oder unbestimmten Zeiten eintritt, die Ausübung mag von der Willkür dessen, welcher Schutz im Besitze sucht, abhängen oder nicht. Bek. v. 22. Juli 1843. G.S. S. 81. **26)** Wenn im summarischen Besitzprocesse sofort entweder durch Urkunden, Privatdocumente nicht ausgeschlossen, oder durch Aussage der von dem einen oder dem andern Theile angegebenen Zeugen, bescheinigt worden ist, daß der Kläger im Verhältnisse gegen den Beklagten heimlich, oder mit Gewalt, oder bittweise den jüngsten Besitz erlangt habe, so soll der Kläger bei solchem fehlerhaften Besitze nicht geschützt werden, M. v. 30. März 1822. §. 2. G.S. S. 355. **27)** Bei dem summarischen Besitzprocesse wird nicht darauf, wer das beste Recht, oder einen ältern oder richtigern Besitz vor sich hat, sondern allein auf die Thatsache des Besitzes gesehen. §. 20. d. Anh.

der C.P.O. S. 312. **28)** Wer jedoch im possessorio summ. geschützt wird, nachher aber im poss. ordinario oder petitorio verliert, soll, wenn er sonst nichts weiter vor sich hat, als ein malae fidei possessor angesehen werden, und alle fructus perceptos und percipiendos, sowie die durch das possessorium summar. und alle andern verursachten Schäden und Unkosten erstatten, §. 20. d. Anh. d. C.P.O. S. 312. **29)** Das Gen. v. 5. Juli 1799. C. A. C. II. T. I. S. 565. enthält nur eine Verweisung des vormaligen Oberhofgerichts auf die bestehenden Vorschriften über den summarischen Besitzproceß. **30)** S. über Verhältnisse und Wirkungen des Besitzes auch noch die Art.: Appellation, Ablösung, Anmaßung, Erben, Erbgüter, Erbzinsgüter, Eigenthum, Deposita, Laas..., Lehn..., Bier, Patronatrecht, Nutzungen, Miethe, Sequestration, Creditpapiere, Staatspapiere, Pfandrecht, Pfändung, Selbsthilfe, Grund- u. Hyp., Geringf. Rechtssachen, Litisdenunciation, Brandwein, Spolium, Verjährung, Waldungen, Grundsteuer, Veruntrauung, Zoll, Zusammenschlagung, Grundstücke.

Besitzer. S. Niederlassung, Hausfriede, Entschäd...

Besitzereintrag. S. Grund- u. Hyp..., Militairpersonen.

Besitzergreifung. S. Besitz.

Besitzerwechsel. **1)** Die Gerichtsämter, welche in Veräußerungsfällen den Eintrag eines neuen Besitzers in das Grund- und Hypothekenbuch bewirken, haben die zeitherigen Gerichtsinhaber, welchen das betreffende Grundstück lehngeld- und zinspflichtig ist, von dem erfolgten Besitzeintrage binnen 8 Tagen, bei Vermeidung von 5 Thalern Strafe für jeden Contraventionsfall, zu benachrichtigen. Bestimmungen beim G. v. 11. Aug. 1855. §. 6. G.S. S. 151. (vorher: G. v. 23. Nov. 1848. §. 29. G.S. S. 300.) **2)** Vergl. Grund- u. Hyp., Kauf, Lehnwaare, Creditverein, Hypothenbank.

Besitzfehler. S. Besitz.

Besitzhandlungen. S. Besitz, Bier.

Besitznachfolger, s. Besitzerwechsel, Rechtsnachfolger.

Besitzstand. S. Besitz.

Besitzstandsregister. S. Steuerkataster, Steuersachen.

Besitztitel. S. Grund- u. Hypothekenbuch, Besitz.

Besitzveränderung. S. Grund- und Hyp., Lehn..., Creditverein, Hypothekenbank, Kauf.

Besoldung. **1)** Die B. der Geistlichen und Schullehrer aus Aemtern, Kammergütern oder Vorwerken ist den neuantretenden Percipienten ohne besondere Verordnungen gegen Abgabe der Vocation in beglaubigter Abschrift und ein Zeugniß des Superintendenten zu verabreichen, Bef. v. 18. Jan. 1786. C. A. C. II. T. I. S. 201. **2)** Ohne Genehmigung des Cultus-Ministerii dürfen die B. der Geistlichen und Schullehrer nicht verringert werden. V. v. 20. Juni 1835. im Cod. d. S. K.R. S. 398., G. v. 6. Juni 1835. §. 39. G.S. S. 287., Regul. v. 12. Nov. 1837. sub h. G.S. S. 105. **3)** Wegen der erfolgten Umwandlung der ihrem Betrage nach fest bestimmten B., Remunerationen, fortlaufenden Entschädigungen, Pensionen, Stipendien u. andern Unterstützungen innerhalb des Ressort des Cultus-Ministerii, insoweit sie nicht schon früher im 14-Thalerfuße normirt waren, nach der Reductionstabelle sub A. in der G.S. v. 1840. S. 185. mit Agiozuschlag in den 14 Thalerfuß vergl. §. 4. d. V. v. 23. Nov. 1840. G.S. S. 364. **4)** Von der B. eines alten dienstunfähigen Pfarrers soll zu dessen Provision mehr als die Hälfte nicht genommen, die andere Hälfte aber dem Successor unverkürzt gelassen werden, Res. gr. v. 23. April 1612. Consf.S. §. 3. C.A. T.I. S. 170. **5)** Zu Erlangung bessern Einkommens soll kein Pfarrer seine Stelle verlassen, K.O. v. 1580. Tit. Vom Beruff rc. C. A. T. I. S. 522. **6)** Bei Streitigkeiten über das Einkommen der Geistlichen u. Schuldiener entscheidet die Matrikel, wogegen auf Privatanzeigen der erstern keine Rücksicht zu nehmen ist, Res. auf das ständ. Grav. 12. v. 1769., v. 9. Dec. 1775. C.A. C. II. T. I. S. 16. **7)** Die Eingepfarrten sollen ihren Pfarrern und Kirchendienern das, was zu ihrer Unterhaltung nothwen-

dig, besonders aber, was dazu gestiftet und verordnet ist, ohne Abbruch oder Bevortheilung, gern und zu rechter Zeit geben, auch wenn der Pfarrer eigenes Vermögen besäße, Gen.Art. 20. u. 24. v. 1580. C.A. T.I. S. 694. 696., Laus. L.O. v. 1551. C.A. T.III. S. 83. **8)** Von dem Kirchenvermögen können dem Geistlichen, Kirchvätern u. andern Personen keine Zulagen oder B. ohne Vorwissen u. Bewilligung der Consistorien angeordnet werden. Rescr. v. 12. Nov. 1700. C.A T.I. S. 867. **9)** Es darf kein Patron bei der Vocation die Einkünfte der zu besetzenden Pfarre schmälern, und den Neuberufenen zu Ausstellung eines Reverses wegen Annahme einer geringern B. zwingen. Gen.Art. 30. v. 1. Jan. 1580. C.A. T.I. S. 698., Rescr. v. 21. Jan. 1707. C.A. T.I. S. 830. **10)** Beim Absterben eines Geistlichen gehört auch das Korn, Geld und Holz, was erst nach Michael gefällig ist, zu der B. des verflossenen Jahres, Rescr. v. 12. Dec. 1628. C.A. T.I. S. 853. Wenn der Pfarrer ohne Wittwe u. Kinder verstirbt, so erhält der Substitut zwar alle Accidentien, aber nur die Hälfte der ordentlichen B.; die andre Hälfte wird zu Capital gemacht, wovon die Zinsen dem künftigen Pfarrer und seinen Nachfolgern gehören. Rescr. v. 27. Juni 1701. C.A. T.I. S. 869. **11)** Den Schullehrern ist, anstatt des Schulgeldes u. des Wandeltisches, sowie der früher an sie entrichteten Victualien, und des Ertrags der Singumgänge, eine festbestimmte B. in Geld und Naturalien, oder auch blos in Geld, jedoch nie blos in Naturalien zu gewähren, §§. 37. u. 38. d. G. v. 6. Juni 1835. G.S. S. 287., B. v. 9. Juni 1835. §. 107—109. ib. S. 326. Soweit die Substantialeinkünfte einer Stelle den Betrag nicht decken, ist die B. hauptsächlich durch das Schulgeld aufzubringen, B. v. 18. Dec. 1837. G.S. v. 1838. S. 12. Die Normirung der Schullehrerbesoldungen erfolgte zunächst durch das G. v. 6. Juni 1835. und die B. v. 9. Juni 1835. a.a.O., später durch das G. v. 3. Mai 1851. und die B. v. 5. Mai 1851. G.S. S. 107. 110. f. Die neuesten Bestimmungen über die Gehaltsverhältnisse der Lehrer an Elementarschulen enthält, unter Aufhebung der §§. 1. u. 2. d. G. v. 6. Juni 1851., das G. u. die B. v. 28. Oct. 1858. G.S. S. 271. 273. f. **12)** Die in wirklichen Besoldungen stehenden Angestellten werden im Processe, rücksichtlich der Bestellung des Kostenvorstandes, den Angesessenen gleich geachtet, E.P.O. ad Tit. 13. S. 90. **13)** Die Besoldungen und Deputate gewisser Handwerker für die Aufsicht auf herrschaftliche Schloß-, Amts- und Wirthschaftsgebäude sollten nach dem Gen. v. 1. März 1731. C.A. C.I. T.I. S. 1283. abgeschafft werden. **14)** In andern, das Einkommen- und Besoldungswesen betreffenden Beziehungen enthalten Nachweise die Art.: Geistliche, Gewerb- und Pers..., Accidentien, Anlagen, Staatsdienst, Verjährung, Armenvereine, Gemeindeleistungen, Gnadenhalbjahr, Stadtrath, Verkümmerung.

Besoldungsabzug. 1) Zum Besten des Staatsdiener-Pensionsfonds findet von Besoldungen, Wartegeldern und Pensionen der Staatsdiener ein doppelter Abzug statt, a) ein 1monatlicher von jedem neuen Gehalte und jeder Gehaltserhöhung, b) ein jährlicher wiederkehrender von allen Gehalten, Wartegeldern oder Pensionen. G. v. 7. März 1835. §. 47 f. G.S. S. 192., B. v. näml. T. u. J. §. 11. f. ib. S. 198. **2)** Nach der Verf. vor dem J. 1835. unterlagen, mit wenigen Ausnahmen, alle in Civil- u. Militairdiensten, auch die bei den Städten Angestellten, einem 2monatlichen B., früher zum Besten der Armenhaushauptcasse (jetzt Hauptcasse der Straf- und Versorgungsanstalten) und der Prämiencasse, vom 1. Jan. 1833. an, nach Auflösung der letztern, zur Armenhaushauptcasse. Vergl. die Gen.B. v. 4. Aug. 1721. u. 12. Aug. 1722. C.A. C.II. T.I. S. 595. 597., Rescr. v. 27. Jan. 1730. C.A. C.I. T.I. S. 1357., Gen. v. 22. Febr. 1730. C.A. C.I. T.I. S. 1279., Rescr. v. 22. Sept. 1738. ib. 1295., v. 11. Febr. 1739. ib. S. 1297., v. 14. März 1766. C.A. C.I. T.II. S. 1061., v. 3. Aug. 1785. C.A. C.II. T.I. S. 1., v. 23. Aug. 1786. ib. S. 899., v. 1. Oct. 1801. C.A. C.III. T.I. S. 3., v. 16. Juni 1808.

ib. T. II. S. 107., v. 4. Sept. 1816. C.A. C. III. T. I. S. 743., Ordonn. v. 19. Juli 1828. 2. Th. §. 87. G.S. S. 167., Rescr. v. 4. Aug. 1785. C.A. C. II. T. I. S. 1277., v. 3. Febr. 1816. C.A. C. III. T. I. S. 739., v. 9. Oct. 1816. ib. S. 748.

Besondre Rechtstitel, s. Rechtsgrund.

Besonnenheit, s. Aufmerksamkeit.

Besorgen. S. Vollmacht, Vorladung, Auftrag.

Besorgnißerregen. S. Nachrichten, Nöthigung, Bedrohung, Gerüchte.

Bespannung. S. Ausweichen, Pferde.

Besserung. S. Melioration, Verschwender, Verwendung, Vermögen.

Besserungsanstalten. **1)** Wenn Kinder gesetzwidrige Handlungen begangen haben, so hat der Richter nach den Umständen neben der Züchtigung derselben ihre Unterbringung in eine Erziehungs- und Besserungsanstalt einzuleiten. Art. 66. d. Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 131., jetzt: Art. 89. d. Str.Gb. v. 1855. **2)** Ist die Untersuchungsbehörde zugleich die Polizeibehörde, so hat sie deshalb Bericht an die Kreisdirection zu erstatten, andern Falls aber sich mit der Polizeibehörde zu vernehmen, und dieser das weitere Verfahren zu überlassen. V. v. 11. Juli 1839. G.S. S. 180. **3)** s. Correctionsanstalt..., Großhennersdorf.

Besserungsverfahren. Ein B. nach bestimmten Vorschriften findet Statt, nach dem G. v. 7. März 1835. §. 26. f. G.S. S. 182. gegen Staatsdiener, s. Staatsdienst, u. d. G. v. 6. Juni 1835. §. 54. G.S. S. 291., §. 141. d. V. v. 9. Juni 1835. ib. S. 337. gegen Schullehrer. (S. d.) auch: Schulinspection.

Besserungszeugniß. S. Verhaltschein.

Bestärkungseid. S. Eid, Anschluß, Rügenverfahren, Wiederaufnahme, Rechtsmittel, Papiere, Zeugen, Ungehorsam.

Bestätigung, s. Confirmation, Aemter, Bevormund..., Vormund...

Bestallung. S. Aemter, Patrimonialger...

Bestand. S. Ausleihung, Rechnung...

Bestandslisten. S. Militairgerichtsbarkeit.

Bestattung. S. Begräbniß.

Bestechung. **1)** Staatsdiener und andere öffentliche Beamte, welche die in ihrer amtlichen Stellung liegenden Eigenschaften oder Befugnisse benutzen, um von Jemandem etwas zu fordern, oder sich versprechen zu lassen, oder ungefordert anzunehmen, wozu weder ein Gesetz, noch eine Instruction, noch die ausdrückliche Erlaubniß der ihnen vorgesetzten Behörde sie berechtigt, sind mit Gefängniß bis zu 6 Monaten zu belegen. Str.Gb. v. 1855. Art. 363. **2)** Staatsdiener und andere in besonderen öffentlichen Pflichten stehende oder zu einem Privatgeschäfte von einer öffentlichen Behörde oder einem Notar verpflichtete Personen, welche Geschenke oder andere Vortheile annehmen, oder sich versprechen lassen, um den ihnen obliegenden Pflichten entgegen etwas zu thun, oder zu unterlassen, sind mit Gefängniß von einem bis zu 6 Monaten oder Arbeitshaus bis zu 1 Jahre zu bestrafen. Art. 364. **3)** Haben sie in Folge des Empfangenen oder Versprochenen sich wirklich eine Verletzung ihrer übernommenen Pflichten zu Schulden kommen lassen, so kann die Strafe bis auf Arbeitshaus von 2 Jahren gesteigert werden. Art. 365. **4)** Die in den vorstehend citirten drei Artikeln bestimmten Strafen treten auch dann ein, wenn dergleichen Personen ihren Angehörigen die Annahme solcher Geschenke oder Leistungen zulassen. Art. 366. **5)** Diejenigen, welche durch Geschenke, Leistungen, oder Versprechungen einen Staatsdiener oder eine der genannten verpflichteten Personen zu einer ihrer Amts- oder Dienstpflicht entgegenlaufenden Handlung oder Unterlassung verleiten, sind mit Gefängniß bis zu 1 Jahre, oder, wenn die zu erkennende Gefängnißstrafe nicht über 2 Monate beträgt, mit Geld bis zu 200 Thalern zu bestrafen. Art. 367. **6)** Wer Stimm- oder Wahlberechtigten in Beziehung auf die ihnen obliegenden staats- oder gemeindebürgerlichen Wahlen, oder Privatpersonen in Beziehung auf die ihnen zustehende Ernennung zu öffentlichen Aemtern Geschenke oder Privat-

vortheile anderer Art zuwendet oder verspricht, wird mit Gefängniß bis zu 1 Jahre bestraft. Art. 368. **7)** Dieselbe Strafe trifft Stimm-, Wahl- und Ernennungsberechtigte, welche dergleichen Geschenke, Vortheile, oder Versprechungen annehmen, oder sich ausbedingen, oder ihren Angehörigen die Annahme derselben gestatten. Ang. Art. 368. **8)** Ueberdem fällt Alles, was unter den in Art. 363. bis 368. cit. bemerkten Verhältnissen als Geschenk gegeben und angenommen worden ist, der Armencasse des Wohnorts des Empfängers zu. Ist solches in Natur nicht mehr vorhanden, so hat der Empfänger, oder, wenn die Zurückgabe erfolgt ist, der Geber, den Werth desselben zu ersetzen. Art. 369. **9)** Personen, denen nach den Bestimmungen des 18. Capitels d. Str.Gb. die Annahme von Geschenken unter gewissen Verhältnissen untersagt ist, haben die ihnen unter solchen Verhältnissen ungefordert zugekommenen Geschenke bei Vermeidung der angedrohten Strafen binnen 1 Woche zurückzugeben, oder darüber bei der Obrigkeit des Schenkenden, bei dem Staatsanwalte, oder bei ihren Vorgesetzten Anzeige zu erstatten. Art. 370. **10)** Die frühere Gesetzgebung findet man im Cr.Gb. v. 1838. Art. 313. f. G.S. S. 184., Anschlag v. 27. Mai 1829. §. 6. G.S. S. 100., u. wegen des Militairs im M.Str.Gb. v. 1838. §. 113. G.S. S. 250. Gegenwärtig vergl. in Bezug auf Militairverhältnisse: M.Str.Gb. v. 1855. §. 136. 177. unter: Mißbrauch und Dienst. **11)** S. ferner die Art.: Wiederaufnahme, Befreiung, Amtsmißbrauch, Anzeigen, Militairpfl..., Simonie, Staatsdienst.

Bestehlen. S. Diebstahl.

Bestellen, s. Bestellung.

Bestellgebühr. Für Besorgung von Schriften auf die Post oder an Behörden können diese sowie Advocaten eine B. liquidiren. Vergl. die Art.: Taxordnungen, Advocaten...

Bestellung. In verschiedenen Bedeutungen des Worts geben Nachweis die Art.: Auszug, Post, Vorladung, Pfandrecht, Buchhandel, Gestellung, Zeugen-Vorladung, Vertagung, Testamente, Presse.

Bestellzettel. S. Vorladung.

Besteuerung. S. Abgaben.

Bestimmen. S. Erbfolge, Erbschaft, Vermächtniß, Theilnahme, Vorsatz, Zurechnung...

Bestohlne. S. Diebstahl, Eigenthum.

Bestrafung. **1)** Ist Jemand wegen eines verübten Verbrechens bereits von dem zuständigen Gerichte eines anderen Staates bestraft worden, so kann er wegen derselben Handlung nur dann nochmals von einem inländischen Gerichte bestraft werden, wenn diese Handlung durch besondere ihm obliegende Verpflichtungen gegen den diesseitigen Staat, dessen Oberhaupt oder diesseitige Staatsangehörige einen schwerern, bei der ausländischen Bestrafung nicht in Betracht zu ziehen gewesenen strafrechtlichen Charakter erhält; es ist jedoch solchenfalls bei der Verurtheilung die Strafe, welche der Angeschuldigte wegen derselben Handlung bereits anderwärts verbüßt hat, in Abzug zu bringen. Letzteres findet auch dann Statt, wenn von einem unzuständigen ausländischen Gerichte eine Strafe vollstreckt worden ist. Str.Gb. v. 1855. Art. 9. **2)** Wirklich erlittene Zuchthausstrafe zieht als nothwendige Folge den Verlust aller politischen Ehrenrechte, der Ehrenzeichen, des Ranges, des Titels, der akademischen Würden, des Staatsdienstes u. anderer öffentlicher Aemter, sowie der Advocatur und des Notariats nach sich. Art. 36. ib. Gewerbtreibende, einem Innungsverbande angehörige Personen können zwar das Gewerbe fortsetzen, oder das Meisterrecht, wenn sie solches noch nicht gehabt, erlangen, dürfen jedoch den Innungsversammlungen nicht beiwohnen. Nichtsdestoweniger sind sie verbunden, die üblichen Innungsbeiträge zu entrichten. ib. Außerdem zieht die zuerkannte oder erlittene Zuchthausstrafe diejenigen Folgen nach sich, welche in anderen Gesetzen daran geknüpft sind. ib. Die Arbeitshaus- und Gefängnißstrafe, sowie alle anderen Strafarten ziehen nur diejenigen Folgen nach sich, welche in anderen

Gesetzen daran geknüpft sind. ib. Wegen der Militairpersonen s. Zuchthaus. **3)** Rechtswidrige, s. Anzeigen. **4)** Bestrafung im Auslande oder von Ausländern: s. den Art.: Vollstreckung. S. ferner in anderer Beziehung: Antrag, Kinder, Verjährung, Straf..., Concurrenz.

Bestreben. S. Erfolg, Theilnahme, Versuch, u. s. Fleiß.

Bestreiten. S. Proceß, Widerspruch.

Besuchen. S. Arrest, II., Gefängnißstrafe, Fremde, Bergwerke.

Betäuben, s. Bewußtlosigkeit.

Betagt, s. Verfallzeit, Alter.

Bethäuser. S. Beschädigung, Kirchen.

Betheiligte, s. Interessenten.

Betheuerung, Betheuerungsformel. S. Eid, Meineid, Zeugenvereidung.

Betrag. S. Werth, Concurrenz, Summa app., Summe.

Betragen, s. Aufführung.

Betrauern. S. Trauer.

Betreff, der Eingabe. S. Berichte.

Betreffen, s. Betreten lassen.

Betreiben, s. Dringlichkeit, Arbeit, Beruf, Anstiften.

Betreten lassen. S. Diebstahl, Gerichtsstand, II. III., Raub, Reiselegit..., Voruntersuchung.

Betrieb, s. Betreiben.

Betriebscapital, behufs der Niederlassung. S. Unterthanenrecht.

Betriebs-Declaration, Betriebsgeräthschaften, -plan. Die dafür geltenden Vorschriften enthält **1)** wegen der Brandweinbrennereibesitzer, d. G. v. 4. Dec. 1833. §. 8. f. G.S. S. 281., d. V. v. 18. Nov. 1833. ib. S. 137., v. 4. Dec. 1833. ib. §. 6. f. G.S. S. 380., V. v. 7. Jan. 1834. G.S. S. 32., u. d. V. v. 13. Dec. 1834. ib. S. 472. **2)** wegen der Bierbrauereibesitzer, d. G. v. 4. Dec. 1833. §. 27. f. G.S. S. 285., d. V. v. 4. Dec. 1833. ib. S. 421., d. V. v. 18. Nov. 1833. S. 137., v. 7. Jan. 1834. G.S. S. 32., und d. V. v. 13. Dec. 1834. ib. S. 472. S. noch: Bier.

Betriebs-Oberinspector. S. Eisenbahnwesen.

Betriebs-Plan. S. Bergbaubetriebsplan.

Betrinken. S. Trunkenheit.

Betrug. **A.** Wer durch Täuschung, sei es mittelst Vorspiegelung unwahrer oder Verheimlichung wahrer Thatsachen oder Verhältnisse, deren Angabe nach Lage der Sache mit Recht erwartet werden konnte, sich oder Anderen zum Nachtheile des Getäuschten einen rechtswidrigen Vermögensvortheil verschafft, macht sich des B schuldig. Art. 284. d. Str.Gb. In Folge einer, der Absicht des Gesetzgebers nicht entsprechenden, Auslegung der Worte des Art. 284. „zum Nachtheile des Getäuschten" ist im Gesetze vom 15. Juli 1858. G.S. S. 126. jener Artikel authentisch dahin erläutert worden: „daß derselbe auf alle Fälle anzuwenden, wo Jemand durch Täuschung, sei es mittelst Vorspiegelung unwahrer oder mittelst Verheimlichung wahrer Thatsachen oder Verhältnisse, deren Angabe nach Lage der Sache mit Recht erwartet werden konnte, sich oder Anderen zu Jemandes Nachtheile einen rechtswidrigen Vermögensvortheil verschafft." **B.** Der B. wird bestraft: **1)** mit den Strafen des ausgezeichneten Diebstahls (s. d.) a) wenn die Täuschung durch den Gebrauch unechter oder verfälschter öffentlicher oder Privaturkunden oder obrigkeitlicher Bezeichnungen einer Sache, oder durch Verheimlichung, Vernichtung oder Unbrauchbarmachung echter Urkunden, oder von Kaufleuten durch falsche Einträge in ihre Handlungsbücher oder Verfälschung der letzteren, b) wenn sie von einer in besonderen öffentlichen Pflichten stehenden Person durch Mißbrauch der in ihrer öffentlichen Stellung liegenden Eigenschaften oder Befugnisse, oder dadurch, daß dieselbe öffentliche Eigenschaften oder Befugnisse, welche in ihrer wirklichen öffentlichen Stellung nicht liegen, sich beilegt, c) wenn sie durch Unterdrückung oder Verheimlichung der Familienrechte eines Menschen verübt worden, ingleichen d) wenn dadurch das Leben oder die Gesundheit anderer Personen in Gefahr gesetzt worden ist. Art. 285. ib. **2)** mit den Strafen des einfachen Diebstahls unter erschwerenden Umständen (s. d.)

a) wenn zur Erreichung der betrügerischen Absicht der Thäter abergläubische Vorstellungen benutzt, oder b) sich die Eigenschaften oder Befugnisse einer in besonderen öffentlichen Pflichten stehenden Person fälschlich beigelegt hat; c) wenn Mehrere das Verbrechen nach vorheriger Verabredung gemeinschaftlich ausgeführt haben; d) wenn der Thäter sich als ein Mensch darstellt, der auf rechtswidrigen Eigenthumserwerb auszugehen pflegt. **3)** In anderen Fällen treten die Strafen des einfachen Diebstahls (s. d.) ein. Art. 285. ib. **C.** B. bei Verträgen wird nach den Art. 284. u. 285. getroffenen Bestimmungen bestraft, **1)** wenn der Betrüger die Eingehung des Vertrags nur als Täuschungsmittel gebraucht hat, um den Vertragsgegenstand, oder die in der vertragsmäßigen Leistung des anderen Theils enthaltenen Vortheile ohne die bedungene Gegenleistung sich widerrechtlich zu verschaffen, **2)** wenn bei der Eingehung eines Vertrags die Täuschung sich auf solche Eigenschaften einer Sache oder Person bezieht, welche ausdrücklich zur Bedingung des Geschäfts gemacht oder ausdrücklich vorausgesetzt worden sind, **3)** wenn bei der Vollziehung eines Vertrags der eine Theil statt des Vertragsgegenstandes einen anderen, minder werthvollen, untergeschoben, oder sonst sich seinen Obliegenheiten arglistig entzogen hat. Es soll jedoch in den vorstehend unter 2. und 3. gedachten Fällen, dafern nicht einer der im Art. 285. unter 1. angegebenen Erschwerungsgründe eintritt, ein Strafverfahren nur auf Antrag eingeleitet werden. Art. 286. ib. **4)** Ist bei Eingehung eines Vertrags eine Täuschung nur in der Absicht verübt worden, Geld oder Geldeswerth auf Credit zu erhalten, so ist, unter Berücksichtigung der für den Betrogenen erwachsenen Gefahr und seines etwaigen Verlustes, auf Gefängniß bis zu 4 Monaten oder Arbeitshaus bis zu 2 Jahren zu erkennen. Ein Strafverfahren findet in diesem Falle nur auf Antrag Statt. Sind jedoch bei einem solchen B. Erschwerungsgründe der im Art. 285. unter 1. angegebenen Art vorhanden, so ist von amtswegen zu verfahren und kann die vorstehend angedrohte Strafe bis auf 4 Jahre Arbeitshaus gesteigert werden. Ang. Art. 286. **5)** Betrügerische Handlungen, wodurch unentgeltliche Zuwendungen erschlichen worden sind, werden nicht nach dem Art. 286., sondern, soweit sie nicht unter §. 127. der A.O. fallen, nach Art. 284. 285. bestraft. Ang. Art. 286. **D.** B. in Militairdienstverhältnissen wird nach dem M.Str.Gb. v. 1855. §. 37. 107. 183., vergl.: Militairstrafgesetzbuch, Militairpflicht und Diebstahl gestraft. — Militairbeamte oder andere Militairpersonen, welche sich irgend einer betrügerischen Handlung, deren Gegenstand jedoch eine Schätzung nicht zuläßt, gegen Militairpersonen oder in Angelegenheiten ihres Dienstes schuldig machen, sind, nächst der nach dem allgemeinen Strafgesetzbuche verwirkten Strafe, der Dienstentsetzung, oder Degradation und, je nach der Beschaffenheit des Verbrechens, der Cassation unterworfen. §. 189. ib. **E.** Bestimmungen des älteren Rechts: Art. 245. 246. 254. 255. 261 f. d. Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 171. f. **F.** Vergl. noch die Art.: Diebstahl, VI., Ersatz, Rückfall, Versuch, Executionsverf..., Entfremdung, Victualien, Bankrott, Fälschung, Waarenbezeichnung, Persönlichkeit, Familienrechte, Unselbständige, Ehe, Unzucht, Täuschung, Creditpapiere, Falschmünzen, Gold, Wucher, Untersuchungs-Just..., Concurs, Bigamie, Cession, Eigenthum, Eid, Erbfolge, 74., Erbschaft, Papiergeld, Religion, Spielen, Verträge, Firma, List.

Betstübchen. **1)** Die Verleihung der B. ist nicht Sache der Stadtgerichte, V. v. 21. Oct. 1839. Cod. d. S. K.R. S. 391. **2)** Bei Anlegung solcher ist den Ephoren der Ansatz von Sporteln gestattet, V. v. 10. Jan. 1839. sub 4. G.S. S. 17. **3)** Vergl. die Art.: Kirchenstühle, Kirchentrauer, Landes-Immobiliar...

Bett, s. Betten.

Bettelbriefe. Das Schreiben von B. und die Ausstellung von Armuthszeugnissen zum Behufe des Bettelngehens für andere ist mit Geldbuße von 1 bis 10

Thalern für die Armencasse des Orts oder im Falle des Unvermögens mit verhältnißmäßigem Gefängnisse zu bestrafen. §. 105. der A.O. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 279. [Die ältern diesfallſ. Bestimmungen sind unter Armenwesen enthalten.]

Betteln. [Die ältre Gesetzgebung über das Bettelwesen enthält der Art. Armenwesen.] **1)** Wer in- oder außerhalb seines Wohnorts, in Häusern, an öffentlichen Orten, oder auf der Straße, schriftlich oder mündlich, in eigener Person oder durch andere, Jedermann, ohne Unterschied der Person, um eine Gabe anspricht, ist als Bettler zu betrachten. §. 101. der A.O. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 278. **2)** Wer irgend ein besonderes Verhältniß zu dem Geber, welches die Bitte um eine Gabe rechtfertigt, oder eine besondere Veranlassung zu solcher nachweisen kann, hat die Vermuthung für sich, daß er nicht zu den gemeinen Bettlern gehöre. §. 102. ib. **3)** Das Abholen bestimmter, von Privatpersonen zu gewissen Zeiten nachweislich zugesicherter Unterstützungen an baarem Gelde oder Naturalien ist präsumtiv nicht als Beweis des B. zu betrachten. §. 102. ib. **4)** Die Landes- und Ortspolizeibehörden haben gegen das Bettelngehen der Bettler theils präventive Maßregeln zu gebrauchen, theils Strafen anzuwenden. §. 107. der A.O. S. 279. **5)** Die Strafen des Bettelns und Bettelngehens sind: a) Gefängniß bei Wasser und Brod bis zu 3 Tagen, b) Zwangsarbeit bis zu 8 Tagen an Orten, wo sie ausführbar ist, oder, wo dieß nicht der Fall, Gefängniß bei Wasser und Brod bis zu 14 Tagen, jedoch unter Beobachtung der hier einschlagenden gesetzlichen Bestimmungen über Ausführung dieser Strafe, c) körperliche Züchtigung, d) Einlieferung in die Landescorrectionshäuser auf bestimmte, oder auch nach Befinden unbestimmte Zeit. §. 119. d. A.O. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 281. Vergleiche hierzu unten No. 20. **6)** Diese verschiedenen Strafarten stehen in dem Verhältnisse, daß die folgende als die härtere nur im Falle der Wiederholung oder bei erschwerenden Umständen in Anwendung kommen kann. §.120. d. cit. A.O. **7)** Wo es zur Anwendung von Zwangsarbeit an hierzu besonders bestimmten Anstalten mangelt, sind Bettler, denen diese Strafe zuerkannt wird, zu öffentlichen Arbeiten aller Art, bei Commun- und Straßenbauen, Holz- und Wiesencultur-, Ackerarbeiten, Reinigung der öffentlichen Plätze und Straßen zu gebrauchen, oder für Rechnung der Armencasse an Privatpersonen zu verdingen, §. 121. ib. S. 281. Die Ortsarmen- und Polizeibehörden haben sich zu demselben Zwecke mit den nahe gelegenen Rentämtern in Vernehmung zu setzen und von denselben dergleichen Sträflinge bei fiscalischen Arbeiten, für Rechnung der Armencasse, mit verwenden zu lassen. ib. **8)** Der Strafarbeiter erhält von der Armencasse während der Arbeit die unentbehrlichste Nahrung oder ein Tagelohn, welches nach jedesmaligen Ortspreisen hinreichend ist, um sich die unentbehrlichste Nahrung selbst zu verschaffen. §. 121. ib. S. 281. **9)** Bei dieser Zwangsarbeit ist, rücksichtlich der Art und des Maßes derselben, auf Alter, Geschlecht und Körperkräfte die nöthige Rücksicht zu nehmen. §. 122. S. 282. **10)** Dergleichen Zwangsarbeiter stehen aber bei der Arbeit unter der Disciplin des mit einer Instruction zu versehenden Aufsehers und sind bei bewiesener Widersetzlichkeit oder bei versuchtem Entlaufen durch körperlichen Zwang und Züchtigung zur Arbeit anzuhalten. §.122. S. 282. **11)** Bei Zuerkennung und Anwendung der körperlichen Züchtigung war die Vorschrift des Art. 23. des Criminalgesetzbuches v. 1838. in Obacht zu nehmen. §. 123. S. 282. Allein s. unten No.20. **12)** Die Zuerkennung der vorstehend angegebnen Strafen setzt den Fall des muthwilligen Bettelns voraus. §. 126. ib. S. 282. **13)** Als muthwilliger Bettler ist derjenige zu betrachten, welcher, bei vorhandenen Kräften und Gelegenheit zur Arbeit, aus Arbeitsscheu bettelt, oder als unfähig sich mit der ihm zum unentbehrlichen Lebensunterhalte gewährten Privat- oder öffentlichen Unterstützung nicht begnügt und entweder aus Angewöh-

nung oder um sich bessere und reichlichere Genüsse zu verschaffen, sich dem Betteln ergiebt. ib. **14)** Das mit Betteln verbundene Vagabondiren und das Auslaufen zum Betteln nach andern Orten ist an und für sich, ohne Rücksicht auf den Nothstand, mit den §. 119. cit. (oben No. 5.) bezeichneten Strafen zu ahnden. §. 126. ib. S. 282. **15)** Bettler, welche in verabredeter Gemeinschaft, oder indem sie sich krank stellen, oder sonst unter falschen Vorspiegelungen betteln, oder bei dem Betteln sich Drohungen erlauben, sollen das erstemal mit Gefängniß bei Wasser und Brod bis zu 4 Wochen oder mit Zwangsarbeit bis zu 14 Tagen, im Wiederholungsfalle mit Gefängniß bei Wasser und Brod bis zu 8 Wochen, oder Zwangsarbeit bis zu 4 Wochen, und bei fernerm Rückfalle mit Landescorrectionshaus bis zu 2 Jahren bestraft werden, dafern nicht nach Beschaffenheit der Handlung in Folge der Bestimmungen des Strafgesetzbuchs härtere Strafen eintreten. Einen Theil der im ersten Wiederholungsfalle zuerkannten Gefängniß- oder Zwangsarbeitsstrafe, und zwar bis zu 4 Wochen, beziehendlich 14 Tagen, kann der Richter in körperliche Züchtigung verwandeln, jedoch darf diese nicht über 30 Hiebe ansteigen. §. 127. der A.O. v. 1840. G.S. S. 282., Erl.V. v. 7. März 1842. G.S. S. 58., G. v. 18. Sept. 1856. §. 8. G.S. S. 368. Hierzu ist auch die zu Erledigung vorgekommner Competenzzweifel erlassene V. v. 6. Nov. 1845. G.S. S. 263. nachzusehen. **16)** Das Bettelnschicken unerwachsener Kinder unter 14 Jahren, wenn es durch Geheiß oder Zwang geschieht, ist nicht an den Kindern, sondern an den Aeltern oder sonstigen Angehörigen, welche sie bei sich haben, ebenso, als wären sie selbst betteln gegangen, zu bestrafen. §. 128. d. A.O. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 283. dazu s. unten No. 20. **17)** Geschieht es nur durch wissentliche Zulassung und Annahme der erbettelten Gaben, so sind die Kinder selbst das erstemal zu vermahnen oder nach Befinden mit einer Schulstrafe, im Wiederholungsfalle aber ihrem Alter gemäß von Gerichtswegen mit körperlicher Züchtigung zu belegen, auch ist, wenn sie schulfähig und schulbedürftig, gleichwohl ohne Unterricht gelassen, deren Unterbringung in eine Schule zu veranstalten. ib. Vergl. dazu No. 20. **18)** Die Aeltern und Angehörigen sind solchenfalls nicht minder in demselben Verhältnisse, als ob sie selbst gebettelt hätten, zu bestrafen. ib. **19)** Kinder über 14 Jahre sind als Erwachsene zu behandeln. ib. **20)** Die Bestimmungen der §§. 119. u. 128. der A.O. haben zwar durch das G. v. 9. März 1850. G.S. S. 22., in Folge der damaligen Aufhebung der körperlichen Züchtigung eine andre Fassung erhalten u. §. 123. kam ganz in Wegfall. Es ist jedoch das G. v. J. 1850. selbst wieder aufgehoben, und, mit Ausnahme der §. 123. der Armenordnung (oben No. 11.), sind deren Bestimmungen wieder hergestellt durch das G. v. 18. Sept. 1856. G.S. S. 368. — Ueber die Anwendbarkeit der körperlichen Züchtigung auf Bettler und Bettlerinnen und die Art der Vollstreckung, nach Befinden Verwandlung d. Züchtigung s. ib. §§. 3—7. mit der Berichtigung in der G.S. v. 1857. S. 130. — §. 127. der A.O. erhielt die oben unter No. 15. angegebene neue Fassung, ang. G. v. 1856. §. 8. G.S. v. 1856. S. 368. **21)** S. auch die Art.: Arbeitshausstrafe, Armenwesen, Ausweisung, Bettelbriefe, Bettler, Convertiten, Herumziehende, Polizei, Reiselegitimationen, Zwickau, I., Schärfung, Verwandlung, Menschen..., Justiz- u. Verwaltungspuncte.

Betteltänze. B., Dürr- oder Laubtänze sind verboten. 18. Gen.Art. v. 1. Jan. 1580. C.A. T. I. S. 694.

Bettelwachen. S. Bettler, Wachen.

Bettelwesen. S. Armenwesen, Bettel...

Betten, Bett. **1)** B., Bücher und Kaufmannswaaren oder von andern Studirenden anvertraut oder geliehen erhaltene Sachen dürfen von den Studirenden zu Leipzig nicht versetzt werden, §. 29. 30. des Ges. für die Stud. v. 29. März 1822. G.S. S. 299., und wenn es geschieht, so können die, welche ein solches Pfand annehmen, zur unentgeltlichen Her-

ausgabe desselben angehalten werden. Rescr. 28. Juli 1827. G.S. S. 113. **2)** Das Tabakrauchen in B., und das Auswärmen der B. mit heißen Steinen oder Kohlengefäßen verbietet die D.F.O. v. 18. Febr. 1775. Cap. I. §. 30. 31. C.A. C. II. T. I. S. 718., Gen. v. 21. Juli 1804. §. 1. n. p. C. A. C. III. T. I. S. 425., Laus. D.-F.O. v. 8. Febr. 1777. Cap. I. §. 30. 31. C.A. C. II. T. III. S. 118. u. L.C.W. T. III. S. 359. **3)** Diejenigen B., worauf ein von einem tollen Hunde Gebissener und in Wuth verfallener Kranker gelegen hat, sind samt den von ihm gebrauchten oder auch nur vom Hunde berührten Kleidungsstücken und Geräthen zu verbrennen, oder tief zu verscharren, und mit Kalk zu überschütten. §. 19. d. M. v. 2. April 1796. C. A. C. II. T. I. S. 1075., L.C.W. T. IV. S. 119. u. C. A. C. II. T. III. S. 549. **4)** B. und Federn dürfen aus inficirten Landen nicht eingebracht werden. §. 5. d. Gen. v. 15. Jan. 1805. C. A. C. III. T. I. S. 433. u. L.C.W. T. V. S. 304., vorher: M. v. 13. April 1713. C. A. T. I. S. 1815. u. L.C.W. T. I. S. 820., Rescr. v. 25. u. 27. Febr. 1743. L.C.W. T. I. S. 942. u. C. A. C. I. T. I. S. 667. **5)** S. Hubertusburg, Tabak, Erbfolge, Ehescheidung, Ehebruch, Gefängnißstrafe, Gefangene, Kranke, Scheintod.

Bettfedern. S. Betten.

Bettler. **1)** Als präventive Maßregel gegen das Betteln ist von der Landespolizei auf die ausländischen oder im Lande vagabondirenden, oder auslaufenden, die benachbarten Ortschaften belästigenden B. das Augenmerk zu richten. §. 108. d. A.O. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 279. **2)** Als vagabondirender B. ist jeder zu behandeln, welcher entweder keinen bestimmten Wohnsitz darthun kann, oder außerhalb seines Wohnorts in einer Entfernung von wenigstens 2 Meilen über dem Betteln betroffen wird, ohne einen bestimmten Ort nachweisen zu können, wohin er seinen Weg zu richten, und von da wieder zurückzukehren, die Absicht gehabt habe. ib. **3)** Die Beaufsichtigung, Verfolgung und Einziehung obiger Classen von B. gebührt zunächst der Gendarmerie nach Vorschrift der ihr ertheilten Instruction. §. 109. ib. **4)** Außerdem sind das Ministerium des Innern und die Kreisdirection ermächtigt, zu Bewachung der Landesgrenzen und Umstellung von Ortschaften, in welchen das Auslaufen der B. vorzüglich Statt findet, sowie zu Aussendung von Streifpatrouillen, Visitationen der Herbergen und entlegener Häuser, auf Staatskosten so oft, und so lange es die Nothwendigkeit erfordert, Militaircommando's aufzubieten und zu gebrauchen. §. 109. ib. **5)** Wenn die Nothwendigkeit dazu eintritt, so haben die Kreisdirectionen, auf Anzeige des betreffenden Amtshauptmanns, Bericht an das Ministerium des Innern zu erstatten, die Unzulänglichkeit der in dem Gendarmeriedienste und anderen für gewöhnlich zu Gebote stehenden polizeilichen Maßregeln liegenden Mittel zu Abstellung solcher Gebrechen nachzuweisen, und vom Ministerio die zur Abordnung der erforderlichen Mannschaft nöthige Einleitung zu erwarten. §. 9. d. V. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 290. **6)** Die ausländischen Grenzbettler sind, wenn sie von der Gendarmerie nahe an der Grenze ergriffen werden, und sich die Füglichkeit darbietet, sie an eine unfern der Grenze sich befindende jenseitige Behörde, oder deren Stellvertreter, Ortsgerichtspersonen u. s. w. abzuliefern, ohne Weiteres über die Grenze zu bringen und denselben mit der erforderlichen Anzeige zu übergeben. §. 111. d. A.O. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 280. **7)** Im entgegengesetzten Falle sind sie an das nächste Amt abzuliefern, und hier, wenn sie sonst keines Verbrechens schuldig sind, weshalb mit besonderer Untersuchung gegen sie zu verfahren, das erste Mal mit einer der im §. 119. d. A.O. unter 1. bis 3. bestimmten Strafe wahlweise zu belegen und im Wiederbetretungsfalle nach Befinden in ein Correctionshaus zu schaffen. §. 111. cit. **8)** Die Gendarmen haben sich bei dem Transporte nach den Vorschriften ihrer Instruction v. 7. April 1820., §. 11. 12. 13. 14. u. 19. zu richten. §. 111. cit. **9)** Gleiches Verfahren findet, soweit es anwendbar ist

gegen inländische vagabondirende B. Statt. ib. **10)** Auslaufende Ortsbettler sind im Betretungsfalle an die Obrigkeit ihres Wohnorts abzuliefern. §. 111. d. A.O. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 280. **11)** Der Gendarm, Ortswächter, oder wer sonst einen vagabondirenden B. betrifft und aufgreift, kann, wenn die unmittelbare Ablieferung an das nächste Amt wegen Entfernung des Orts oder aus andern Gründen unthunlich ist, denselben auch an die Gerichtspersonen des nächsten Orts, oder die Polizeibehörde der nächsten Stadt, oder wenn die Aufgreifung innerhalb einer Stadt oder eines Dorfes geschieht, an die Polizeibehörde oder die Gerichtspersonen desselben Orts abliefern. §.112.ib. **12)** Die städtischen Polizeibehörden und die Dorfgerichtspersonen sind schuldig, die ihnen übergebenen vagabondirenden B. sofort, es sei an einem Wochen- oder Sonn- und Festtage in das Amt, in dessen Bezirk sie gehörig sind, transportiren zu lassen, und haben zu veranstalten, daß er unterwegs nicht entweichen könne. Uebrigens erfolgt dieser Transport nur von Ort zu Ort. §. 113. ib. **13)** Ehe von den Justizämtern ein an sie abgelieferter vagabondirender B. entweder fortgewiesen, auf den Schub gesetzt, oder ins Correctionshaus transportirt wird, haben sie zuvörderst bei Ausländern mit Rücksicht auf die mit andern Staaten wegen der Auszuweisenden bestehenden Conventionen, bei Inländern nach den Bestimmungen des Heimathsgesetzes die Staats- und Heimathsangehörigkeit derselben zu erörtern und nöthigenfalls die deshalb erforderlichen Erkundigungen einzuziehen, oder zum Behufe der mit andern Regierungen darüber einzuleitenden Vernehmungen Bericht zu erstatten und Anweisung zu erwarten. §. 114. ib. **14)** Wegen Veranstaltung des Transports vagabondirender B. entweder nach ihrer Heimath oder in das Correctionshaus haben die Justizämter die Vorschriften des Gen. v. 9. Juni 1803. §. X—XIII. C.A. C. III. T. I. S. 398. f., L.C.W. T. V. S. 294., ferner d. Gen. v. 3. Aug. 1808. C.A. C. III. T. I. S. 452. und der V. v. 28. März 1820. §. 2. 3. 4. G.S. S. 31. zu beobachten. §. 115. d. A.O. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 280. **15)** In der Oberlausitz waren hinsichtlich der Annahme der Vagabonden und B. die Landgerichte zu Budissin und Löbau und das Amt Camenz in die Stellung von Bezirksämtern getreten. §. 116. ib. S. 281. **16)** Eingebrachte Ortsbettler sind von den Obrigkeiten möglichst schnell zu vernehmen und zu bestrafen. §. 117. ib. **17)** Wegen der Einlieferung von Ortsbettlern, welche durch die §. 119. sub no. 1. 2. 3. d. A.O. gedachten Strafen nicht zu bessern gewesen sind, in die Landescorrectionshäuser, haben die Polizeibehörden zur vorgesetzten Kreisdirection Bericht zu erstatten und von derselben Anordnung zu erwarten, in diesen Berichten aber allemal unter Beifügung der Acten nachzuweisen, daß an dem Einzuliefernden die im §. 119. cit. gedachten geringen Strafen, soweit sie an dem Individuo anwendbar sind, nach und nach aber fruchtlos in Vollzug gesetzt worden sind. §. 124. d. A.O. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 282. **18)** Die Kreisdirectionen haben die Detention das erstemal auf 6 Monate, das zweitemal auf 1 Jahr, das drittemal auf unbestimmte Zeit bis zu verspürter Besserung auszusprechen. ib. **19)** Um den Ortspolizeibehörden die Einlieferung der muthwilligen B. durch den Aufwand des Transports nicht weiter zu erschweren, ist denselben, unter Aufhebung der entgegenstehenden Vorschrift des Gen. v. 9. Juni 1803. §. XV. C.A. C. III. T. I. S. 403., wonach die Obrigkeiten den Transport ins Correctionshaus unmittelbar zu besorgen hatten, verstattet worden, sie nach eingelangter Verordnung zur Einlieferung ebenfalls an das nächste Justizamt abzugeben, von wo aus der Transport von Amt zu Amt in das Correctionshaus auf Staatskosten erfolgt. §. 125. ib. **20)** Vergl. ferner die Art.: Anzeigen, Armencommissionen, Betteln, Convertiten, Forstdienst, Gast- u. Sch., Menschenhandel, Menschenraub, Schärfung, Verwandlung, Polizei, Wachen, Züchtigung, Zwickau, I. Auch: Justiz- u. Verwaltungsp...

Bettlerin. S. Betteln, Bettler.

Bettlerverzeichnisse. S. Anzeigen.

Bettmeister. S. Bier, Todengräber.

Beunruhigend, s. Besorgniß...

Beurkunden. S. Urkunden.

Beurlaubte. S. Gerichtsstand, II., Militairpersonen, Handarbeitsstrafe, Militairleistungen, Zeugen, und (bezüglich der Bestrafung von Beurlaubten bei Civilgerichten:) Militairgerichtsbarkeit.

Beute. S. Eigenthum, Mißbrauch.

Beutler. Die B. haben wegen des Fertigens und Verkaufs von ledernen Beinkleidern ein Verbietungsrecht nach dem Rescr. v. 5. Juni 1765. C. A. C. I. T. I. S. 901. S. auch: Gerber.

Bevölkerungslisten. **1)** Die Aufnahme von B. erfolgt, auf Grund der §. 22. des Zollvereinigungsvertrags v. 1833. G.S. v. 1833. S. 153. f., in gewissen (3jähr.) Zeiträumen unter Leitung der Amtshauptleute, und ist an die Stelle der frühern jährlichen Consumenten-Verzeichnisse getreten. V. v. 15. Mai 1832. G.S. S. 309. 319. und im Allgemeinen vergl. die Rev. Gen.Instr. v. 27. Sept. 1842. §. 38. G.S. S. 187. [Die Gen.V. v. 19. Aug. 1791. C.A. C. II. T. I. S. 1003. Laus. Pat. v. 6. Sept. 1791. L.C.W. T. IV. S. 507. u. C. A. C. II. T. III. S. 513., ist aufgehoben.] **2)** In Bezug auf die einzelnen Volkszählungen ergingen: die V. v. 5. Aug. 1834. G.S. S. 173. 186., V. v. 25. Aug. 1837. G.S. S. 79., V. v. 10. Nov. 1837. ib. S. 102., V. v. 11. Juli 1840. G.S. S. 149., V. v. 29. Juli 1843. G.S. S. 70., u. V. v. 18. Aug. 1846. G.S. S. 199. f., und wegen der nachherigen, theilweise mit Viehzählung verbundenen: die V. v. 18. Sept. 1849. G.S. S. 211., V. v. 18. Sept. 1852. G.S. S. 291. f., V. v. 10. Oct. 1855. G.S. S. 622. f., V. v. 1. Oct. 1858. G.S. S. 259. **3)** S. Erndte, Statistischer V.

Bevollmächtigte, s. Auftrag, Katholiken, Wechselerklärungen, Auswärtige, Rechtsmittel.

Bevormundung, Bevormundete. **1)** Die Bevormundung unmündiger Kinder erfolgt durch das Gericht, welchem die Aeltern der Kinder unmittelbar und zuletzt untergeben waren. V.O. Cap. I. §. 1—4. 5. C.A.C. II. T. I. S. 383., L.C.W. T. IV. S. 131. Wegen der Amtssassen: ib. §§. 3. u. 6. Die Bevormundung anderer als unmündiger Personen ist ebenfalls Sache ihres persönlichen Richters. V.O. Cap. XXIV. §. 10. 11., Cap. XXV. §. 4. **2)** Die Bevormundung erstreckt sich nicht allein auf das Vermögen, welches unter des Richters Gerichtsbarkeit liegt, sondern auch auf die außerhalb seines Gerichtsbezirks sich befindenden Güter. ib. Doch kann auf seinen Antrag oder auf Anordnung der Oberbehörde wegen zu weiter Entfernung der Güter oder wegen ihrer besondern Wichtigkeit rücksichtlich ihrer ein besonderer Vormund bestellt werden. ib. **3)** Wo die Bevormundung von Militairpersonen erfolgt, enthält §. 36. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 81. **4)** Wenn die Bevormundung vor die Obrigkeit nicht gehört, in deren Gerichtsbezirke der Todesfall, der die Bevormundung nothwendig macht, erfolgt ist, so hat jene demjenigen Richter Anzeige zu machen, welcher den Vormund zu bestellen hat. V.O. Cap. II. §. 2. S. 12., wegen der Berg-Beamten und Officianten: Pat. v. 10. Febr. 1808. C.A. C. III. T. II. S. 105. **5)** Die einstweilige Bevormundung, sowie die in genere, ist so bald als möglich von dem betreffenden Richter zu bewerkstelligen. §. 8. Cap. II. d. V.O. l. c. **6)** Bevormundete sind unfähig zur Wahl von Wahlmännern für den Landtag, §. 5. d. G. v. 24. Sept. 1831. G.S. S. 288., als Ständemitglieder gewählt zu werden, §. 8. ib., zu Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte, §. 73. e. d. A.St.O. G.S. v. 1832. S. 36., des Stimmrechts in der Landgemeinde, §. 29. unter 3. der L.-Gem.O. v. 7. Nov. 1838. G.S. S. 437. und zu Uebernahme von Gemeindeämtern, §. 32. ib. **7)** Ueber Bevormundung und Bevormundete geben noch Näheres die Art.: Abwesende, Arme, Ausländer, Caution, Deserteurs, Geisteskranke, Kranke, Militairgerichtsbarkeit, Vormundschaft, Staatsverträge, X., Väter, Verarmung, Verwandte, Wittwen, Abschriften, Armeneid, Betrug, Beweis, Concursgläubiger,

Ehe, Ehemänner, Decret, Eid, Erbschaft, Erbverträge, Familienfideicommisse, Handlungen, Melioration, Nöthigung, Pfandrecht, Schenkungen, Spielschulden, Testamente, Untersuchung..., Unterthanenrecht, Verbürgung, Vorladung, Verlassenschaft, Verschwender, Verträge, Wiedereinsetzung, Entlassung, Wechselerklärung, Wechselfähigkeit, Antrag, Jagdkarten, Verwandlung, Geldstrafe, Unselbständige, Kuppelei, Geheime S., Rechtsmittel, Zurücknahme.

Bevorstehend. S. Verhinderung.

Bevortheilung. S. Dienstpflicht, Betrug, Gewinn.

Bevorzugt, s. Priorität.

Bewachen. S. Arrest, II., Wachen, Brandstiftung.

Bewässern, Bewässerung. S. Wasser, Wasserläufe, Gewässer.

Bewaffnen, Bewaffnet. S. Versuch, Waffen.

Bewaffnete, Bewaffnung. **1)** Den Communalgarden, sowie einzelnen Abtheilungen derselben ist verboten, anders als auf das Commondo ihrer Dienstvorgesetzten sich zu versammeln, oder, als solche, Vereine zu bilden. G. v. 22. Nov. 1850. §. 27. G.S. S. 268. **2)** Den Mitgliedern der activen Armee ist untersagt, in Vereine zusammen zu treten, um über öffentliche Angelegenheiten oder militairische Befehle und Anordnungen zu berathen, sich zu diesen Zwecken zu versammeln, oder an Berathungen Anderer in Vereinen und Versammlungen Theil zu nehmen (vergl. jedoch d. Art. Versammlungen no. 11. Da, wo sie Theil nehmen dürfen, haben sie übrigens hinsichtlich ihrer Waffen den Dienstvorschriften nachzugehen.) Ang. G. §§. 28. 29. S. auch d. Art.: Dienst. Die Polizeibehörden sind befugt, nach §§. 27. 28. verbotene Zusammenkünfte u. Vereine zu schließen, ib. §. 30.; die Strafen der Communalgarde-Mitglieder sind dieselben wie bei den andern Theilnehmern (vergl. Vereine), wogegen Militairpersonen dem M.Str.Gb. verfallen. Ang. G. v. 22. Nov. 1850. §§. 32. 33. **3)** Im Allgemeinen s. noch die VV. v. 30. u. 31. Jan. 1855. G.S. S. 30. 32. nach. **4)** S. ferner: Waffengewalt, Kriegsstand, Landfriedensbruch, Widersetzung, Aufruhr, Ruhestörung, Jagdvergehen.

Bewahranstalten. S. Schulunterricht.

Beweggrund. S. Beschädigung, Milderung, Vorsatz, Gleichartig..., Zurechn..., Concurrenz.

Bewegung, **1)** (im Freien), s. Gefangene; — **2)** (eigne), s. Reue, Versuch.

Beweis in bürgerlichen Sachen. **1)** Der B. im ordentlichen Processe muß in Sächs. Frist von Zeit der Rechtskraft des Urtels, worin auf ihn erkannt worden, eingereicht werden. Const. 16. v. 1572. P. I. C. A. T. I. S. 78., Pr.O. T. 20. §. 1. S. 120., E.P.O. ad Tit. 20. §. 1. S. 126. u. ad Tit. 24. §. 1. S. 142., wenn auch den vorgeschützten dilatorischen Einreden noch nicht Genüge geschehen sein sollte, Pr.O. T. 11. §. 3. S. 81., E.P.O. ad Tit. 11. §. 2. S. 86., ad Tit. 20. §. 1. S. 120. **2)** Wenn auf Legitimation zur Sache oder bei der Negatorienklage auf Beibringung des Eigenthums interloquirt worden, läuft die Beweisfrist von der Zeit an, wo diesen Puncten Genüge geschehen ist. E.P.O. ad Tit. 20. §. 1. l. c. **3)** Bei den in der Appellationsinstanz zu fällenden Erkenntnissen, worin entweder auf B. gesprochen, oder ein früheres Erkenntniß auf B. wieder hergestellt oder bestätigt wird, kann mit bestimmt werden, daß die Beweisfrist erst von der erfolgten Publication der Remissorialien oder deren abschriftlicher Zufertigung anfangen solle; besonders dann soll diese Bestimmung erfolgen, wenn durch den frühern Eintritt der Beweisfrist eine gründliche Ausarbeitung des B. für die Sachwalter unmöglich gemacht oder erschwert würde. Wenn über den Anfang der B.frist in dem Appellationsgerichtsurtel nichts erkannt ist, so geht letztre von der Zeit an, wo das Urtel in Rechtskraft übergegangen ist. M. v. 1. April 1824. §. 1—3. G.S. S. 35., V. v. 14. April 1824. ib. S. 55. **4)** Daß der B. wegen der Braugerechtigkeit und Haltung der Störer und Handthierungen auf den Dörfern innerhalb 2 Monaten zu übergeben sei, L.O. v. 1. Oct. 1555. T. Brauen u. Schenken ꝛc. C. A. T. I.

S. 67., Res. gr. v. 1661. Justizſ. §. 99. ib. S. 245. iſt durch das M. v. 21. Febr. 1827. §. 8. G.S. v. 1827. S. 75. abgeändert. **5)** Dem Richter iſt auf Anſuchen die Erſtreckung (Dilation) der Beweisfriſt geſtattet. Im Allgemeinen vergl. die Pr.O. v. 1622. Tit. 20. §. 5. S. 123., Res. gr. v. 1661. Juſtizſ. §. 21. 22. C.A. T.I. S. 217. f., Bef. v. 23. Oct. 1690. ib. S. 1267., M. v. 18. Febr. 1691. §. 5. ib. S. 1164., E.P.O. ad Tit. 20. §. 3. f. S. 126. f. a) Die erſte anderweite Sächſiſche Friſt (Dilation) kann der Richter ertheilen, wenn der Beweisführer geeignete Gründe für ſein Geſuch anbringt und einigermaßen beſcheinigt. E.P.O. ad Tit. 20. §. 3. S. 126. b) Eine 2te Dilation wird nur ertheilt, wenn der darum Anſuchende od. ſein Advocat ſchwört, daß es mit der Behinderung ſich ſo, wie von ihm angeführt, verhalte, und die Dilation nicht zur Verzögerung der Sache, ſondern aus wahrer Nothdurft geſucht werde. ib. c) Eine 3te Dilation iſt in der Regel unſtatthaft, vielmehr iſt der B. verſäumt, wenn er nicht innerhalb der 2ten eingereicht, oder wenn die 2te ohne den vorbemerkten Eid geſtattet wird. ib. Eine Ausnahme findet nur wegen der Unmündigen u. Andrer, welchen das Recht der Wiedereinſetzung in den vorigen Stand zuſteht, Statt. Dieſen wird die erſte Dilation auch ohne Beſcheinigung des Hinderniſſes, die 2te ohne den vorgedachten Eid, und, wenn ſie oder ihre Vormünder, Curatoren, Actoren und Syndicen ſolchen leiſten, auch eine 3te Dilation ertheilt, jedoch mit Androhung des Verluſts der bemerkten Rechtswohlthat. Pr.O. Tit. 20. §. 4., E.P.O. ad Tit. 20. §. 4. S. 122. 127. d) Wenn die zur Beanſpruchung der Reſtitution Berechtigten binnen der 3ten Dilation mit dem B. nicht einkommen, ſo fällt die Wiedereinſetzung in den vorigen Stand weg, und ſie iſt gegen ein auf vorhergegangene Verwarnung bei Verluſt derſelben geſprochnes Urtel unzuläſſig. E.P.O. ad Tit. 20. §. 4. S. 127., ad Tit. 37. S. 199. Da indeß, zu §. 4. ad Tit. 20. cit. bald der Zweifel auftauchte, ob denen, welchen das Beneficium restitutionis in integrum zuſteht, wenn ſie mit dem ihnen zuerkannten Beweiſe in der im Urtel erhaltenen, oder in der ihnen nachher ertheilten 1ſten oder 2ten Friſt eingekommen ſind, die 3te aber weder geſucht noch erlangt haben, hingegen ſpäter, und nach bereits von dem Beklagten übergebenen Gegenbeweiſe, um Zulaſſung einiger Additionalartikel anſuchen, ſolches zu geſtatten, und ob ſie damit noch zu hören, oder abzuweiſen ſeien, ſo verwies das Erläuter.-Reſcr. v. 18. März 1732. darauf, daß, weil nach der E.P.O. ad Tit. 20. §. 4. die Verſtattung der 3ten Friſt unter der Verwarnung, bei Verluſt des Beneficii restitutionis in integrum geſchehen ſolle, diejenigen, welche dieſes Beneficii theilhaftig, jedoch die 3te Friſt, unter vorerwähnter Verwarnung nicht ausgebracht, deſſen, und der Uebergabe einiger Additionalartikel bei ſolcher Bewandniß keineswegs verluſtig zu achten ſeien. Ang. Reſcr. v. 18. März 1732. C.A. C.I. T.I. S. 292., beſtätigt im M. v. 3. April 1824. §. 18. unter 9. G.S. S. 51. Im wirklichen Verluſtfalle haben aber Parteien der eben fraglichen Art den Regreß an ihre Vormünder, Adminiſtratoren, Actoren oder Advocaten. E.P.O. ad Tit. 20. §. 4. S. 127. e) Jede Dilation muß ſtets vor Ablauf der vorigen Friſt geſucht werden, und beginnt in allen Fällen mit dem Ablaufe der vorhergehenden Friſt. Zwar ſollen die Richter noch vor dem Friſtablaufe die Reſolution auf das Dilationsgeſuch ertheilen. Wenn dieß aber nicht geſchieht, iſt die Dilation weder für geſtattet noch für verſäumt zu achten, ſondern der Richter kann ſie nach ſeinem Ermeſſen noch einräumen, oder wenn keine hinlängliche Urſache vorhanden iſt, abſchlagen. ib. §. 5. S. 128. f) Wird gegen die abfällige Reſolution des Richters appellirt, ſo hat dieſer, wenn er erſtre nicht abändern will, ſofort Bericht zu erſtatten. Wird die Berufung verworfen, ſo iſt der B. deſert. Wenn hingegen befunden wird, daß die Dilation zu ertheilen geweſen wäre, dieſe alſo noch geſtattet wird, ſo läuft die letztre nicht von der Zeit der erhaltnen Reſolution, ſondern vom Endpuncte der frühern Friſt an, weswegen der B. innerhalb dieſer Zeit entweder beim Richter erſter In-

stanz oder beim Appellationsgerichte übergeben werden muß. E.P.O. ad Tit. 20. §. 6. S. 128. **6)** Bei dem B. kann sich der Kläger wegen der Replik und der dahin gehörigen Elisivartikel des Eidesantrags bedienen. E.P.O. ad Tit. 18. §. 2. S. 110. Derselbe muß bei den betreffenden Artikeln erfolgen. ib. Einer Wiederholung im Productionstermine (s. d.) bedarf es nicht, ib. ad Tit. 20. §. 7. S. 129., wohl aber wird der Beweisführer der auf den Eid gestellten Artikel verlustig, wenn er in dem gedachten Termine nicht erscheint. ib. **7)** Der B. der Ausflüchte kann durch Eidesdelation geführt werden. E.P.O. ad Tit. 21. §. 2. S. 134. ff. **8)** Außer dem Eidesantrage kommen als Beweismittel in Betracht: Zeugen (s. d.), Pr.O. Tit. 20. S. 119., E.P.O. ad Tit. 20. S. 125., Pr.O. Tit. 22. 23. S. 135. 139., E.P.O. ad Tit. 22. 23. S. 136. 140.; — Urkunden (s. d.), Pr.O. Tit. 20. S. 119., E.P.O. ad Tit. 20. S. 125., Pr.O. Tit. 24. 25. 26. S. 141. 144. 152., E.P.O. ad Tit. 24. 25. 26. S. 142. 146. 154.; — Besichtigung und Rechnung unter Zuziehung von Sachverständigen, z. B. Calculatoren, Feldmessern, Landwirthschaftsverständigen: Pr.O. Tit. 28. S. 159., E.P.O. ad Tit. 28. S. 160. Die Ocularinspection soll entweder bei den Beweis- und Gegenbeweis-Artikeln, oder binnen 14 Tagen von Zeit der publicirten Gezeugnisse gesucht, und sodann auf Unkosten desjenigen Theils, welcher darum angehalten, vorgenommen, auch dem Gegner, welcher dazu jedesmal mit zu citiren, freigestellt werden, ob er auf seine Kosten gleichfalls dabei erscheinen wolle. Wenn aber auch darum nicht angesucht worden, bleibt es doch dem Richter frei, wo nöthig, amtshalber Besichtigung entweder bei dem Zeugenverhöre anzuordnen, oder auch, ehe das Definitivurtel zu seiner Rechtskraft gelangt, darauf zu interloquiren, mit Bestimmung, auf wessen Kosten die Besichtigung geschehen solle. E.P.O. ad Tit. 28. §. 1. a. a. O. Ebenso soll es auch mit den Ausmessungen, zu welchen keine andere, als hierzu in genere, oder auch ad hunc Actum verpflichtete Personen zu gebrauchen, gehalten werden. ib. §. 2. In wichtigen Rechnungssachen sind vor allen Dingen zwei oder drei Calculatoren zu bestellen und besonders zu verpflichten, welche die Rechnungen und gezogenen Defecte von Posten zu Posten durchgehen, die liquiden von den illiquiden separiren, und jede unter gewisse Classen u. Nummern bringen, auch darüber ihr Gutachten zu den Acten geben sollen. ib. §. 2. Nicht weniger bleibt dem Richter in Haushaltungs-Sachen unbenommen, ein Paar verständige und dazu vereidet Heauswirthe über die streitigen Puncte vor Abfassung des Endurtels gutachtlich zu den Acten zu vernehmen. ib. §. 3. **9)** Wenn ein Kläger oder ein Beklagter bringender Gefahr des Verlustes seiner künftigen Zeugen oder Urkunden ausgesetzt ist, so kann er den sogenannten B. zum ewigen Gedächtnisse führen. Pr.O. Tit. 27. S. 156., E.P.O. ad Tit. 27. S. 158. Es wird damit ebenso, wie wegen Abhörung anderer Zeugen, ingleichen wegen Edition und Recognition anderer Urkunden Tit. 20. 22—26. d. Pr.O. u. ad Tit. 20. 22—26. d. E.P.O. verordnet worden, verfahren. E.P.O. ad Tit. 27. S. 158. **10)** Wegen streitiger Grenzen sollten Beamte Zeugen zum ewigen Gedächtnisse abhören. M. v. 3. Febr. 1721. C.A. T. I. S. 1941. **11)** Die Beweisartikel sind lediglich auf die Sache selbst zu richten, wogegen die unzuläßigen und letztre nicht betreffenden Artikel von dem Richter ex officio zu rejiciren sind. Pr.O. Tit. 20. §. 7. S. 124., E.P.O. ad Tit. 20. §. 8. S. 130. **12)** Förmlicher Beweisartikel bedarf es auch, wenn der Kläger oder Beklagte den Beweis mit Urkunden führen will, Pr.O. Tit. 24. §. 1. S. 141. **13)** Wegen des Verfahrens auf den eingereichten B. s. den Art.: Productionstermin. Die Beweisartikel sind jedesmal dem Gegner in Abschrift zu communiciren, welcher, wenn Zeugen darüber abgehört werden, Fragstücke (Interrogatorien, s. d.) einreichen kann, Pr.O. Tit. 20. §. 1. S. 125. und Tit. 27. §. 1. S. 156., E.P.O. ad Tit. 20. §. 8. S. 130. und ad Tit. 25. §. 5. S. 150. **14)** Daß dem Gegner die Abschrift der Beweisartikel

behändigt worden sei, ist bei 5 Thlr. Strafe zu den Acten zu registriren. E.P.O. ad Tit. 21. §. 1. S. 134. **15)** Werden die Artikel durch Urkunden bewiesen, so sind den erstern Abschriften der Urkunden, und zwar nicht stückweise, sondern vollständig beizulegen. Pr.O. Tit. 20. §. 1. S. 125., Tit. 24. §. 1. S. 141., E.P.O. ad Tit. 24. §. 2. S. 143. **16)** Wenn sich der Kläger am B. versäumt, wird der Beklagte losgesprochen, Pr.O. Tit. 20. §. 6. S. 124., E.P.O. ad Tit. 20. §. 3. S. 127. **17)** Nach Publication des B. kann keiner Partei fernere Beweisführung oder Abhörung mehrer Zeugen gestattet werden. Const. 16. v. 1572. P. I. C. A. T. I. S. 79. **18)** Ein anderweiter Zeugenbeweis in der zweiten Instanz oder super articulis directo contrariis ist unzulässig. Const. 21. P. I. v. 1572. C. A. T. I. S. 80. **19)** Wer gegen Communen aus Documenten auf Zurückzahlung eines Darlehns klagt, muß die versio in rem beweisen, wenn nicht die Einwilligung der gesetzl. Vertreter der Gemeinde beigebracht werden kann, 16. Decis. v. 1661. C. A. T. I. S. 302. **20)** Ueber den bei der Klage gegen eine Ehefrau aus einem Darlehn zu führenden B. der versio in rem s. das Rescr. v. 1. Juli 1723. C. A. T. I. S. 2371. [15. Const. P. II. v. 1572. C. A. T. I. S. 88., 24. Dec. v. 1661. ib. S. 305.] u. den Artikel: Ehefrauen. **21)** Wer gegen den, in dessen Hause eine Feuersbrunst entstanden, auf Schadenersatz klagt, muß den B. der Culpa führen, 80. Dec. v. 1661. C. A. T. I. S. 334. **22)** Die Lehnseigenschaft eines Guts wird nicht präsumirt, sondern muß erwiesen werden, 37. Dec. v. 1661. C. A. T. I. S. 314. **23)** In Bergstreitigkeiten (s. d.) liegt, wenn der B. auf Gänge und Klüfte zu führen ist, der B. dem Aelteren im Felde ob, M. v. 26. Aug. 1713. §. 22. C. A. T. II. S. 481. **24)** Wer auf Herausgabe einer Erbschaft klagt, muß seine Eigenschaft als Erbe erweisen. §. 112. f. d. G. v. 31. Jan. 1829. G. S. S. 56. **25)** Ueber den vorliegenden Gegenstand und die Beweismittel in bürgerlichen Sachen geben noch Nachweise die Art.: Beklagte, Bescheinigung, Besichtigung, Besitz, Dollmetscher, Einreden, Eid, Einlassung, Gegenbeweis, Erbfolge, 94. f., Gerichtsbarkeit, Gewissensvertretung, Handelsbücher, Klage, Lehnwaare, Sachverständige, Provocationsproceß, Spolium, Staatsgerichtshof, Steuerbehörden, II., Urkunden, Verfahren, Verwaltungsstreitigkeiten, Wechselfähigkeit, Zeugen.

Beweisaufnahme, im Criminalprocesse. Diese unterliegt den in den Art.: Beweismittel, Untersuchungsverf. vor d. E.R., Rechtsmittel D. E., Wiederaufnahme, Untersuchungsproceß, Hauptverhandlungs-Termin, Ungehorsam, Nichtigkeitsbeschwerde angegebenen Vorschriften. — Wegen der Ablehnung einer beantragten B. s.: Erkenntnisse in Cr. I.

Beweisinterlocut. S. Appellation, I. 6., Beweis.

Beweismittel, I. im Strafprocesse. **1)** Der Staatsanwalt hat nach beschlossener Hauptverhandlung (s d.) das Verzeichniß derjenigen Zeugen und Sachverständigen, deren Befragung in der Hauptverhandlung er für nothwendig erachtet, bei dem Bezirksgerichte einzureichen. In dem Verzeichnisse sind zugleich die Zeugenaussagen anzugeben, deren Vorlesung beantragt wird. Str.Pr.O. v. 1855. Art. 260. (Vergl. Art. 289. Satz 2. unter Hauptverhandlungs-Termin u. Art. 228. unter: Zeugen). **2)** Wenn der Vorsitzende die Vorladung noch anderer Zeugen u. Sachverständigen für die Hauptverhandlung, namentlich in Rücksicht auf die Vertheidigung des Angeklagten für angemessen erachtet, so hat er sie in das Verzeichniß mit aufzunehmen und hiervon den Staatsanwalt zu benachrichtigen. Eine Abschrift des Verzeichnisses ist dem Angeklagten spätestens mit der Vorladung zuzustellen. Bezieht sich die Verhandlung auf mehrere Verbrechen und mehrere Angeklagte, so ist jedem der letzteren das Verzeichniß nur in soweit, als es ihn betrifft, zuzustellen. Art. 260. cit. **3)** Wünscht der Angeklagte die Befragung von Zeugen oder Sachverständigen, welche nicht bereits auf dem Verzeichnisse stehen, so hat er deren

Vorladung bei dem Vorsitzenden zu beantragen. Dieser Antrag muß, bei Verlust desselben, binnen 3 Tagen nach Zustellung des Verzeichnisses eingereicht werden. Str.Pr.O. Art. 261. **4)** Dem Antrage ist zu entsprechen, wenn dem Vorsitzenden die Befragung dieser Personen für die bessere Aufklärung der Sache förderlich erscheint. Wird dem Antrage nicht entsprochen, so kann der Angeklagte noch die Vorladung verlangen, wenn er die Kosten derselben und die Kosten für die Entschädigung der Zeugen und Sachverständigen erlegt oder, soviel letztere anlangt, den Verzicht der Zeugen und Sachverständigen auf dieselbe sofort beibringt. ib. **5)** Es wird jedoch in beiden Fällen bei 4. vorausgesetzt, daß die Vorladung dieser Personen nicht mit einer ungerechtfertigten Verzögerung der Hauptverhandlung verbunden ist. — Die Entschließung des Vorsitzenden auf den Antrag ist dem Angeklagten und, wenn demselben entsprochen wird, auch dem Staatsanwalte bekannt zu machen. Ang. Art. 261. (Vergl. noch Art. 274. unter: Hauptverhandlung.) **6)** In das Verzeichniß können auch solche Zeugen u. Sachverständige aufgenommen werden, die in der Voruntersuchung noch nicht abgehört worden sind. Auch der Angeschuldigte kann seine Anträge (oben Art. 261.) auf Vorladung solcher Zeugen und Sachverständigen richten. Str.Pr.O. Art. 262. **7)** Der Vorsitzende kann jedoch, wenn er es für nöthig erachtet, die Abhörung solcher Zeugen und Sachverständigen durch den Richter ihres Wohnorts oder einen anderen Richter anordnen und bis nach derselben, wenn der Antrag vom Staatsanwalte gestellt war, die Zufertigung des Verzeichnisses, wenn der Antrag vom Angeklagten gestellt war, die Entschließung auf letzteren verschieben. ib. Die Bestimmungen der ang. Art. 260. 261. 262. leiden auch auf andere Beweismittel und deren Herbeischaffung Anwendung. Art. 263. d. Str.Pr.O. **8)** Die Abhörung anderer Zeugen und Sachverständigen, sowie der Gebrauch anderer B., als welche in dem Verzeichnisse (Art. 260. cit.) oder in dem Antrage des Angeklagten benannt sind, kann bei der Hauptverhandlung nur von dem Vorsitzenden, vermöge des ihm im Art. 277. (s. Hauptverhandlungstermin) eingeräumten Befugnisses, verfügt werden. Art. 264. d. Str.Pr.O. **9)** Rücksichtlich der von dem Privatankläger verfolgten Verbrechen (s. Art. 252. unter Anklageverfahren) ist das oben im Art. 260. bestimmte Verzeichniß von dem Vorsitzenden nach vorgängigem Gehöre des Privatanklägers aufzustellen. Die Vorschriften der oben cit. Art. 260. Satz 4. 5., Art. 261. 262. 263. 264. leiden hier gleichfalls Anwendung. Was daselbst von dem Staatsanwalte bestimmt worden, ist auch in Betreff des Privatanklägers zu beobachten. Er kann die Zeugen u. Sachverständigen, deren Vorladung abgelehnt worden ist, auf seine Kosten in der Verhandlung gestellen. Art. 265. d. Str.Pr.O. (Vergl. noch Art. 274. ib. unter: Hauptverhandlung.) **10)** S. Neue Th., Vertagung, Hauptverhandlungs-T., Appellation in Criminalsachen, Untersuchung..., Rügenproceß. **II.** Beweismittel in bürgerlichen Sachen. S. Beweis.

Beweistheorie, in Straffachen. Vergl. die Art.: Anzeichen und Erkenntnisse in Crim...

Bewerben, s. Amtsbewerber, Gesuche, Concession, Consens.

Bewerkstelligen, s. Bewirken.

Bewilligung, s. Concession, Consens, Ständeversammlung, Bund.

Bewilligungsrecht. S. Abgaben, Ständeversammlung, Bund.

Bewirken. S. Erfolg, Versuch, Vollendung.

Bewirthen. S. Gast- und Schänknahrung, Beherbergen.

Bewirthungstaxen. **1)** B. sollen von den Obrigkeiten nach einem vorgeschriebenen Schema jedes Vierteljahr neu entworfen, in den Gasthäusern angeschlagen, und die dagegen handelnden Wirthe um 20 Thlr. u. mehr gestraft werden, L.O. v. 1482. C.A. T.I. S. 12., v. 1543. C.A. T.I. S. 19., v. 12. Nov. 1550. ib. S. 34., M. v. 9. Juli 1551. ib. S. 1397., Ausschr.

v. 2. Sept. 1552. ib. S. 42., M. v. 6. Oct. 1554. ib. S. 69. 1397., L.O. v. 1. Oct. 1555. ib. S. 69., Pol.O. v. 23. April 1612. §. 17. ib. S. 1475., Pol.O. v. 1661. T. XII. ib. S. 1577., M. v. 28. Juli 1708. ib. S. 1750. u. T. II. S. 1195. u. L.C.W. T. I. S. 416. sowie C. A. T. III. S. 331., V. v. 30. Mai 1763. C. A. C. I. T. I. S. 859., Bef. v. 24. Dec. 1764. samt Schema, ib. S. 893., für die Lausitz v. 15. Dec. 1764. publicirt durch O.A.Pat. v. 8. Jan. 1765. C. A. C. I. T. III. S. 162., L.C.W. T. III. S. 122. **2)** S. Taxen.

Bewohnen, Bewohnt. S. Wohn..., Brandstiftung, Diebstahl.

Bewußtlose, Bewußtlosigkeit. S. Unzucht, Zurechnung, Testamente, Geisteskranke, Vergiftung, Scheintod.

Bezahlen. S. Zahlung.

Bezeichnen. S. Behörden, Briefe, Acten, Grund- und Hypothekenbuch, Berichte, Bier, Fälschung, Falschmünzen, Schafe, Waaren...

Bezeigungsabgaben. S. Halden.

Bezeigungsquanta. Bei Dispensationen in Ehesachen werden B. entrichtet, von denen 1/3 der Prediger-Wittwen- und Waisencasse, G. v. 1. Dec. 1837. §. 6. G.S. S. 185. f., und 2/3 der Schullehrer-Wittwen- und Waisencasse, §. 2. d. G. v. 1. Juli 1840., G.S. S. 122. überwiesen worden sind.

Bezettelungsgeld. S. Zoll.

Bezeugen. S. Beweis, Bescheinigung, Zeugen.

Bezichtigen, s. Beinzichten.

Beziehen. S. Lotterie, Waaren, Wechsel, Universität, Presse.

Bezirke. 1) Nach der im J. 1856. bekannt gemachten Bildung neuer Gerichtsbezirke (s.d.) sind auch die Verwaltungsbezirke: die Kreisdirections-, Amtshauptmannschafts-, bezirksärztl., Hebammen-, Impf-, Feuercommissar-, Schornsteinfeger-, Gendarmerie-, Heimaths-, Gemeinde-, Kirchen- und Schulgemeinde-Bezirke neu zu bilden, bezüglich zu modificiren gewesen. Darüber: V. v. 30. Sept. 1856. §. 1. f. G.S. S. 370. Wegen der Steuer-V.: V. v. 25. Nov. 1856. G.S. S. 410. — **2)** Das specielle Verzeichniß der neuen Regierungs- u. amtshauptm. Bezirke ist abgedruckt in der G.S. v. 1856. S. 377. f., u. wegen der Steuerbezirke. ib. S. 410. f. — Wegen einer Ausnahme hinsichtlich der strompolizeilichen Angelegenheiten im Amtsbezirke Strehla vergl. die Bek. v. 10. Dec. 1856. G.S. S. 469. **3)** Frühere Abänderungen der B. der Kreisdirectionen, Amtshauptmannschaften u. Aemter sind durch die V. v. 28. Mai 1836. G.S. S. 153., v. 9. Sept. 1836. ib. S. 209., die Bek. v. 21. Sept. 1839. G.S. S. 268., und die V. v. 12. Juni 1847. G.S. S. 117. zur öffentlichen Kenntniß gebracht worden. — Die Medicinalpolizei- und Thierärztl. Bezirke bestimmte die V. v. 27. Aug. 1838. G.S. S. 401. 416., u. G.S. v. 1839. S. 170., V. v. 23. Mai 1844. G.S. S. 189., — in den Schönburg. Receßherrschaften: die V. v. 11. Jan. 1840. G.S. S. 5. u. 24., Bek. v. 1. März 1845. G.S. S. 59. **4)** Nach §. 230. d. A.St.O. v. 2. Febr. 1832. G.S. S. 74. finden in den Städten Bezirksabtheilungen Statt, mit gewissen gesellschaftlichen Rechten der Bewohner derselben, ib. §. 231., unter eignen Bezirksvorstehern, ib. §. 232. 233. Ueber die Instruction der letztern vergl. ib. §. 234. S. 75. Sie sind zugleich Polizeiaufseher in ihren B., ib. §. 260. S. 80., namentlich auch in Gesindepolizeisachen, V. v. 20. Jan. 1835. §. 20. G.S. S. 41. S. Polizei. **5)** S. noch die Art.: Amtshauptleute, Apothekenrevisoren, Appellationsgerichte, Anlagen, Armencommissionen, Armenvereine, Gerichtsstand, Grundsteuer, Bezirkssteuereinnahmen, Erkenntnisse, Grund- und Hyp., Heimaths..., Kirchen- und Schulgem., Kreisdirectionen, Landes-Imm., Landgemeinde, Mühlburschen, Militairpflicht, Schulbezirk, Schutz-Blattern, Stadtgemeinde, Steuerkataster, Steuerkreise, Todenschau, Friedensrichter, Oberlausitz, II. 1., Katholiken, Jagdbezirke, Gerichtsbezirke.

Bezirksämter. S. Justizämter.

Bezirksärzte. 1) Unter Wegfall der frühern Physikate sind durch das G. v. 30. Juli 1836. G.S. S. 183., und die V. v.

30. Juli 1836. S. 185. B. eingeführt worden, die zum Theil aus der Staatscasse salarirt, zum Theil von Stadt- und andern Obrigkeiten ernannt und honorirt, insgegesamt aber von der Staatsregierung bestätigt werden, in deren Auftrage sie auch ihre Function ausüben. Sie sind auf die Instruction in der G.S. v. 1836. S. 187. verwiesen, und bilden mit den Orts-Polizeibehörden die Behörde zur polizeilichen Untersuchung von Medicinalpolizei-Vergehen. **2)** Die Beibehaltung der bisherigen Todenschau Seiten einzelner Gemeinden, sowie die Errichtung wirklicher Leichenhäuser statt bloßer Todenhallen auf Kosten einzelner Gemeinden oder zusammengetretener Gesellschaften hat unter Beirath und Aufsicht der B. zu geschehen. B. v. 20. Juli 1850. §. 11. G.S. S. 187. **3)** Die B. haben die Leichenfrauen zu instruiren und zu überwachen, auch über die Einrichtung und Erhaltung der Todenhallen Aufsicht zu führen, sowie bei Anlegung neuer Kirchhöfe und bei etwaniger Errichtung von Leichenhäusern mit Rath und Belehrung beizustehen. ib. §. 12. **4)** Wegen der Prüfung der Bezirks- und Gerichtsärzte s. die Bek. v. 31. März 1854. G.S. S. 93. nach. **5)** Ueber die Stellung und Wirksamkeit der B. geben noch Nachweis die Art.: Bezirke, Blattern, Geburtshilfe, Anzeigen, Apotheken, Heilkunde, Gerichtsarzt, Kranke, Landes-B., Section, Taxordnungen, Todenschau, Wein, Wundärzte, Physici, Medikasterei, Stilles..., Leichen, Arzneimittel, Sachverständige, Reisekosten.

Bezirks-Appellationsgerichte, s. Appellationsg...

Bezirksarmencasse. S. Armencasse, II.

Bezirksgerichte. 1) Vor die B. gehört in dem einem jeden zugetheilten Bezirke a) die Strafrechtspflege in der durch die Str.Pr.O. und sonst durch Gesetze festgestellten Maße, (vergl. hierzu den Art.: Untersuchungs-Zuständigkeit), b) der Verspruch in Sachen streitiger Rechtspflege. (S. dazu unten No. 5.) G. v. 11. Aug. 1855. §. 5. G.S. S. 145. **2)** Ein Bezirksgericht besteht aus einem Vorstande, sowie der erforderlichen Zahl von Richtern und Actuarien, samt dem nöthigen expedirenden und dienenden Personale. ib. §. 16. **3)** Es beschließt in Strafsachen bei der Hauptverhandlung, desgleichen bei Einsprüchen gegen Erkenntnisse eines Gerichtsamtes in Versammlungen von fünf, außerdem und soweit die Str.Pr.O. oder andere Gesetze nicht etwas Anderes bestimmen, in Versammlungen von drei Richtern. ib. §. 17. Doch vergl. hierzu wegen der Zahl der Richter das G. v. 26. Juli 1858. G.S. S. 137. **4)** Außerdem hat jedes Bezirksgericht zugleich in dem Gemeindebezirke derjenigen Stadt, in welcher es seinen Sitz hat, die Zuständigkeit eines Gerichtsamtes für die Rechtspflege. (S. Gerichtsämter, 1. u. 4. c.) §. 18. des G. v. 11. Aug. 1855. a. a. O., u. vergl. die B. v. 13. Sept. 1856. §. 8. G.S. S. 326. **5)** Jedes Bezirksgericht bildet in Sachen der streitigen Rechtspflege für die ihm einbezirkten Gerichtsämter die Spruchbehörde in der Maße, daß diesen letzteren in allen Fällen, wo den Untergerichten die Einholung eines Erkenntnisses zeither erlaubt war, die Acten zur Abfassung einer Entscheidung an das erstere abzugeben frei steht. Dasselbe findet rücksichtlich der mit den B. verbundenen Gerichtsämter Statt. Das Bezirksgericht hat bei dergleichen Streitsachen in Versammlungen von fünf Richtern zu beschließen und zu entscheiden. ib. §. 19. d. G. v. 11. Aug. 1855. a. a. O. — Dazu wegen des Taxirens der Entscheidungen: B. v. 13. Sept. 1856. §. 10. G.S. S. 326. **6)** Wegen der Unterordnung der B. unter die höheren Justizbehörden leidet §. 13., citirt unter: Gerichtsämter, 5., Anwendung. ib. §. 21. **7)** Vergl. über die Stellung und Wirksamkeit der B. noch die Art.: Gerichte, Mündlichkeit, Gerichtspolizei, Staatsanw..., Voruntersuchung, Anschluß, Wiederaufnahme, Vollstreckung, Aussetzung der Str., Gerichtssitzung, Geheime S., Verweisung, Gerichtsstand, Commission, Untersuchungs-Zust..., Einstellung', Untersuchungshaft, Section, Sachverständige, Briefe, Papiere, Anklageverfahren, Unmit-

telbare Vorl., Beweismittel, Beschwerde, Hauptverhandlung, Todesstrafe, Auskunftsertheilung, Untersuchungsverf. v. d. E.R., Begnadigung. — Wegen erfolgter Aufhebung s. Augustusburg, Camenz.

Bezirksherbergen. S. Mühlburschen.

Bezirksschule. S. Schulbezirk, Aeltern.

Bezirkssteuereinnahmen. **1)** Die Errichtung der B. erfolgte durch die V. v. 1. Nov. 1834. G.S. S. 311., welche auch ihre Dienstobliegenheiten näher bestimmt. Die Bezirke dieser Behörden sind durch die V. v. 1. Nov. 1834. §. 2. G.S. S. 311., d. Urk. v. 17. Nov. 1834. §. 28. S. 497., die Bek. v. 14. Nov. 1843. G.S. S. 249. u. neuerdings d. V. v. 25. Nov. 1856. G.S. S. 410. regulirt worden. Die bisherigen Bezirkssteuereinnehmer führen seit der Bek. v. 14. April 1859. G.S. S. 63. den Titel: Bezirkssteuerinspectoren. **2)** An die B. sind die Kirchen- und Schulanlagen der Katholiken in den Erblanden einzusenden; die Rechnung legen sie unmittelbar an das Cultus-Ministerium ab, V. v. 12. Oct. 1841. G.S. S. 236. **3)** Die Bezirkssteuereinnahme zu Hohnstein ist mit der zu Pirna vereinigt und für Hohnstein eine Nebeneinnahme in Schandau, Bek. v. 22. Nov. 1853. G.S. S. 269., — ferner sind die zu Radeberg, Oelsnitz und Oschatz (mit Belassung der Nebeneinnahmen) eingezogen und eine Bezirkssteuereinnahme in Camenz errichtet, die Oelsnitzer nach Adorf verlegt, die Oschatzer aber mit der zu Wurzen vereinigt worden. Bek. v. 27. Nov. 1855. G.S. S. 645., v. 8. Aug. 1858. G.S. S. 176., u. v. 15. März 1859. G.S. S. 55. **4)** S. noch die Art.: Dismembration, Grundsteuer, Gewerb- und Pers..., Steuer..., Stempelsteuer, Steuerbehörden, I.

Bezirksthierärzte. **1)** Die B. sind durch das G. v. 30. Juli 1836. §. 13. G.S. S. 185., u. d. V. v. 30. Juli 1836. ib. S. 185., eingeführt worden. Ihre Obliegenheit ist die Verwaltung der Veterinärpolizei nach Maßgabe der Instruction in der G.S. v. 1836. S. 194. f., wozu man d. G.S. v. 1836. S. 194. und v. 1839. S. 170. zu vergleichen hat. **2)** S. Commissionen, Bezirke, Anzeigen, Taxordnungen, Thierheilkunde.

Bezirksvereine. S. Prämien.

Bezirksvorsteher. S. Bezirke.

Bezirkswasserbaucommission, s. Brücken.

Bezogene. S. Präsentation, Tratten, Indossament.

Bezwecken, s. Absicht.

Bianco, s. Blanco...

Bibel. **1)** Gefährliche Behandlung d. Bibelerklärung begründet bei Schullehrern die Dienstentlassung, §. 53. des G. v. 6. Juni 1835. G.S. S. 290., wegen der kathol. Schullehrer, §. 56. ib. S. 293. **2)** S. Censur, Religion, Sprache.

Bibelgesellschaft. Zu deren Beförderung durch freiwillige Beiträge fordert die V. v. 14. Sept. 1814. C.A. C. III. T. I. S. 153. u. d. O.A. Pat. v. 20. März 1819. L.C.W. T. VI. S. 304. auf.

Bibliotheken. **1)** B. können die Vormünder ohne des Richters Genehmigung und Decret auf keine Weise veräußern, B.O. Cap. XVI. §. 2. Handausg. S. 72. u. L.C.W. T. IV. S. 130. S. Vormundschaft. **2)** Die B. eines neu anziehenden Geistlichen müssen die Eingepfarrten 10 Meilen weit herbeiholen. §. 6. des Regul. v. 18. Febr. 1799. C.A. C. II. T. I. S. 224., bei neuen Superintendenten 15 Meilen weit, §. 16. ib. **3)** S. Bücher, Leihbibliotheken, Freiexemplare.

Bienen, B.stöcke. **1)** Als ein besonderer Erschwerungsgrund innerhalb des Strafmaßes ist es zu betrachten, wenn der Diebstahl an B.stöcken begangen worden ist. Art. 226. d. Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 167., Vorher: Const. 36. P. IV. v. 1572. C.A. T. I. S. 127. u. f. jetzt: Art. 277. d. Str.Gb. v. 1855. unter Diebstahl. **2)** Wenn in königl. Wäldern u. Vorhölzern Bienen u. Honig angetroffen werden, sollen sie für die Staatscasse verkauft werden, der Nutzung sollen sich aber weder die Förster noch sonst jemand anmaßen, F.- u. H.O. v. 8. Sept. 1560. verb.: Ob auch in unsern Wäldern rc. C.A. T. II. S. 503. **3)** S. Beschädigung, Diebstahl.

Bier. **1)** An Sonn- u. Festtagen

ist das Anzünden zum Bierbrauen erst nach Sonnenuntergang erlaubt, M. v. 24. Juli 1811. §. 5. C.A. C. III. T. I. S. 498. u. L.C.W. T. VI. S. 194. **2)** Wer eine Bierbrauerei für eigne Rechnung oder durch Andre in Betrieb setzt, ist zu Entrichtung der Biersteuer verbunden. Man vergl. über diese: das G. v. 4. Dec. 1833. §. 1. G.S. S. 213., die V. v. 4. Dec. 1833. ib. S. 298., das G. v. 4. Dec. 1833. §. 22.f. 58.f. G.S. S. 284. f., V. v. 4. Dec. 1833. G.S. S.421. verbunden mit der, die Malzquetschmaschinen betreffenden V. v. 14. Oct. 1858. G.S. S. 266., ferner V. v. 29. Sept. 1837. G.S. S. 95., v. 25. April 1835. G.S. S. 258., V. v. 29. Sept. 1837. G.S. S. 95., G. v. 4. April 1838. §. 3. f. G.S. S. 349. S. noch: Zollwesen. **3)** In allen Fällen haftet d. Eigenthümer der Brauanstalt subsidiarisch für Entrichtung der Biersteuer. §. 26. d. G. v. 4. Dec. 1833. G.S. S. 285. Die Steuer wird an das Bezirkssteueramt noch vor Einmaischung des Schrots zugleich mit der Anmeldung und Einreichung der Betriebsdeclaration entrichtet. §. 27. ib. **4)** Weder eine Bierbrauerei noch eine Brandweinbrennerei darf in Gang gesetzt werden, bevor nicht vom Besitzer beim Hauptsteueramte Anzeige und eine schriftliche Anmeldung der sämtlichen Betriebsräume u. Geräthschaften zum Behufe amtlicher Aufzeichnung, Ausmessung und Bezeichnung der letztern bewirkt, und noch vor der Einmaischung die vorgeschriebene schriftliche Betriebsdeclaration eingereicht worden ist. §. 8. u. 27. d. G. v. 4. Dec. 1833. G.S. S. 281. u. 285., §. 1. f. der VV. v. 4. Dec. 1833. ib. S. 379. f. u. 421. f., verbunden mit der oben cit. V. v. 14. Oct. 1858. **5)** Die declarirten Gewerbsräume und Geräthschaften für die Bierbrauerei und Brandweinbrennerei stehen unter fortwährender Aufsicht und Controle des Hauptsteueramtes, ohne dessen Vorwissen keinerlei Veränderung daran vorgenommen werden darf. §. 9. 10. 28. des ang. G. Vergl. hierzu §. 84. f. d. V. v. 4. Dec. 1833. G.S. S. 402. f., u. §. 37. f. der V. 4. Dec. 1833. ib. S. 429. f. **6)** Bei der Bier-, aber auch der Brandwein-, Wein- und Tabaksteuer haften die steuerbaren Gegenstände, ohne Rücksicht auf den wahren Eigenthümer oder Besitzer, für die Gefälle und können mit amtlichem Beschlag belegt werden. §. 59. des G. v. 4. Dec. 1833. G.S. S. 291. Wegen eines in Beschlag genommenen Gegenstandes können weder Vindications- noch possessorische Rechtsmittel gegen den Staat ergriffen werden. §. 60. ib. **7)** Die Biersteuer kann in gewissen Fällen nach §. 51. d. V. v. 4. Dec. 1833. G.S. S. 421., u. der V. v. 26. Oct. 1843. G.S. S. 177. fixirt werden. **8)** In wieweit die kathol. Kirchen- und Schulanlage nach der Biersteuer aufgebracht wird, enthält die V. v. 12. Oct. 1841. §. 12. G.S. S. 235. **9)** Auf dem platten Lande kann, nach dem M. v. 21. Febr. 1827. §. 1. G.S. S. 73. ein Anspruch auf das Recht, daselbst Bier zu brauen, oder auf das Recht, das eigene Gebräude zu verzapfen, oder es in andere Ortschaften zu verschroten, oder überhaupt in größern oder kleinern Quantitäten zu verkaufen, nur auf Verleihung, landesherrliche Concession, unvordenkliche Verjährung, oder solche Verträge, oder rechtskräftige Entscheidungen, die unter den in jedem einzelnen Falle streitenden Parteien verbindliche Kraft haben, gegründet werden. **10)** Nur das den Besitzern derjenigen Güter auf dem Lande, welche dermalen Rittergutsgerechtsame haben, präsumtiv zustehende Recht, Bier zum Tischtrunke (zu dem nöthigen Bedarfe ihrer Haushaltung) zu brauen, erfordert keine besondere Nachweisung des Erwerbstitels. Ang. M. §. 1. G.S. v. 1827. S. 73. **11)** Von dem Rechte des Bierbrauens ist nicht auf das Recht des Verzapfens oder des Ausschrotens, von dem Rechte des Verzapfens nicht auf das Recht des Ausschrotens, von dem Rechte des Ausschrotens nicht auf das Recht des Verzapfens, und von dem Verzapfen und Ausschroten des Bieres an die Gerichtsunterthanen noch nicht auf das Verzapfen und Ausschroten außerhalb des Gerichtsbezirks zu schließen. §. 2. ib. G.S. v. 1827. S. 74. **12)** Von der unvordenklichen Ver-

jährung ist anzunehmen, daß der Lauf derselben durch die, das Brauen auf dem Lande und den Vertrieb des Landbiers verbietenden, oder beschränkenden Gesetze nicht unterbrochen worden sei. §. 4. ib. **13)** Ein Besitzstand des Bierbrauens auf dem Lande, sowie des Verzapfens od. des Ausschrotens des auf dem Lande gewonnenen eigenen Gebräudes, gewährt nur dann einen Anspruch auf einstweiligen rechtlichen Schutz, wenn der Besitz wenigstens 31 Jahre 6 Wochen und 3 Tage lang ausgeübt worden ist. Der Umfang des dadurch zu erlangenden einstweiligen Rechts ist aber gleichfalls nach den Bestimmungen §. 2. cit. zu beurtheilen. §. 5. ib. **14)** Zur Bescheinigung eines wirksamen Besitzstandes gehört die Beibringung wenigstens dreier ruhiger Besitzhandlungen, zwischen deren ältester und jüngster ein Zeitraum von wenigstens 31 Jahren 6 Wochen und 3 Tagen abgelaufen ist, und eine vom Gegner erwiesene Unterbrechung nicht Statt gefunden hat. Es darf jedoch weder zwischen der jüngsten der erwiesenen Besitzhandlungen und der gerichtlichen Berufung auf den Besitzstand, noch zwischen der jüngsten und der nächst vorhergehenden, noch zwischen zwei andern, unmittelbar auf einander folgenden mittleren Besitzhandlungen, ein Zeitraum von 31 Jahren 6 Wochen und 3 Tagen abgelaufen sein. Dagegen können die jüngste und die älteste Besitzhandlung weiter, als um 31 Jahre 6 Wochen und 3 Tage auseinander liegen. Unnachtheilig für den auf diese Art beigebrachten Besitzstand ist es, wenn der Gegner eine Unterbrechung desselben erweist, welche zwischen der beigebrachten jüngsten Besitzhandlung und der gerichtlichen Berufung auf den Besitzstand vorgekommen ist. §. 6. ib. G.S. v. 1827. S. 74.75. **15)** Streitigkeiten über die §. 2. cit. erwähnten Befugnisse gehören vor die Justizbehörden. G. v. 28. Jan. 1835. §. 27. G.S. S. 61. Wegen der frühern Grundsätze über die Behandlung der gedachten Streitigkeiten vergl. §. 8. des M. v. 21. Febr. 1827. G.S. S. 75., wodurch die in d. L.O. v. 1. Oct. 1555. C.A. T.I. S. 66. f. über das Verfahren in dergleichen Sachen enthaltenen besondern processualischen Vorschriften, und die sonst desfalls zeither zur Anwendung gekommenen Grundsätze außer Giltigkeit gesetzt wurden. **16)** Die der vormaligen Trankfsteuer halber von den verpflichteten Einnehmern u. Aufsehern geführten Rechnungen, Ein- und Ausschrote-Register, sowie die von den Steuerbehörden daraus ertheilten beglaubten Auszüge, sind sowohl bei der petitorischen, als bei d. possessorischen Verhandlung der Brau- und Ausschrote-Sachen, beweiskräftig. §. 9. d. M. v. 21. Febr. 1827. G.S. S. 76. **17)** Soviel die Städte anlangt, so ist v. 1. Jan. 1839. weggefallen: a) das allgemeine Verbietungsrecht der gesamten Städte des ganzen Landes gegen den Betrieb der Brauerei auf dem platten Lande, soweit es nicht bereits durch die einzelnen Landbrauereien zugestandnen, in dem angef. §. 1. des M. v. 21. Febr. 1827. (oben no. 9.) genannten, Rechtstitel Einschränkungen erfahren hat, b) das Verbietungsrecht jeder Stadt gegen Anlegung neuer Landbrauereien im Umkreise einer Meile, c) und gegen das Einlegen fremden Bieres innerhalb einer Meile, d) das Verbietungsrecht jeder brauberechtigten Bürgerschaft jeder Stadt gegen das Einbringen außerhalb der Stadt gebrauten Bieres in dieselbe. G. v. 27. März 1838. §. 1. G.S. S. 277. **18)** Folgende Rechte bestehen ferner noch: a) das Recht der brauberechtigten Häuser in den Städten, daß nicht andere Hausbesitzer in derselben Stadt die Braunahrung treiben dürfen, b) das Befugniß einzelner städtischer Brau- und Malzhausbesitzer, zu verlangen, daß die Brauberechtigten nur in diesen Häusern malzen u. brauen dürfen, c) das Verbietungsrecht der in einzelnen Städten sich befindenden Brauerinnungen, daß Niemand, der nicht zu ihrem Mittel gehört, bei der Verfertigung des Bieres als Brauer gebraucht werden darf. G. v. 27. März 1838. §. 2. G.S. S. 277. **19)** Der Wegfall der bemerkten Rechte ist gegen Entschädigung aus Staatsmitteln nach den Grundsätzen d. §§. 3—18. ib. G.S. v. 1838.

S. 278. f., u. der V. v. 27. März 1838. ib. S. 286. erfolgt, sofern er bis zum 31. Dec. 1844. bei der betreffenden Kreisdirection in der vorgeschriebenen Weise (s. §. 3. der V. v. 27. März 1838. G.S. S. 286.) angemeldet worden ist. **20)** Nach dem G. v. 27. März 1838. §. 19. G.S. S. 280. ist noch das von einzelnen Landbrauereien über ganze Dorfschaften u. Districte ausgeübte Bannrecht des Bierverlags, ebenfalls gegen Entschädigung, nach denselben Grundsätzen wie bei den Städten, v. 1. Jan. 1839. an aufgehoben worden. Wo es sich aber nur auf einzelne Gasthöfe oder Schankstätten erstreckt, ist die Aufhebung in §. 20. ib. lediglich auf die Provocation des Verpflichteten gestellt, der dann die in §. 21. ib. näher bestimmte Entschädigung zu gewähren hat. Die Renten wegen Ablösung des Bierverlagsrechts konnten schließlich noch in die Landrentenbank überwiesen werden. V. v. 30. Jan. 1858. §. 9. G.S. S. 15. **21)** Mit dem Bierzwange sind die Bierzüge als eine Gattung desselben, ohne Entschädigung, weggefallen. Ang. G. v. 27. März 1838. §. 23. G.S. S. 281. **22)** Die Anlegung neuer Brauereien auf dem Lande, oder die Erweiterung des Befugnisses, den Tischtrunk zu brauen, wird nur nach erfolgtem Gehör Derjenigen gestattet, welche früher zu Ausübung d. Bierzwangs an dem betreffenden Orte berechtigt waren, und ist auf die Fälle eines nachgewiesenen Bedürfnisses beschränkt. G. v. 27. März 1838. §. 24. G.S. S. 281. u. G.S. v. 1840. S. 56. **23)** Ueber das Bier-Brau- und Schankwesen vor dem G. v. 27. März 1838. vergl. man: L.O. v. 1482. C.A. T. I. S. 10., Erled. der Voigtländ. Landesgebr. v. 8. Sept. 1537. §. 1—5. ib. S. 1424., M. v. 9. Juli 1551. ib. S. 1397., Grimmaischer Vertrag v. 22. Jan. 1555. ib. S. 1399., L.O. v. 1. Oct. 1555. Tit. Brauen ib. S. 65., Gen.Art. v. 8. Mai 1557. Tit. Gebühr der Kirchendiener ib. S. 455., K.O. v. 1580. Von Immun. ib. S. 535., Erled. v. 23. Juli 1583. ib. S. 1415., Res. gr. v. 1612. Tit. Justizs. §. 26. ib. S. 182. Rentsachen §. 28. ib. S. 190., Rescr. v. 5. Febr. 1652. ib. S. 292., v. 9. Juli 1653. ib. S. 293., Res. gr. v. 1661. Justizs. §. 118—124. ib. S. 252—256., L.T.A. v. 30. März 1670. ib. S. 358., Ausschr. v. 25. Febr. 1671. C.A. T. II. S. 1513., A.T.A. v. 15. Febr. 1676. C.A. T. I. S. 358., Ausschr. v. 31. Dec. 1676. ib. S. 1649., Res. v. 5. Febr. 1688. ib. S. 361., Bef. v. 1. Febr. 1712. C.A. T. II. S. 1619., v. 30. Juni 1721. C.A. T. I. S. 1945., Gen. v. 27. März 1765. C.A. C. I. T. I. S. 896., Res. v. 30. Nov. 1769. ib. S. 141., Gen. v. 28. Juni 1770. C.A. C. II. T. II. S. 1139., v. 31. Aug. 1771. ib. S. 1153., v. 28. Nov. 1771. ib. S. 1155., v. 7. April 1772. ib. S. 1167., v. 19. April 1781. ib S. 1233., Rescr. v. 6. Oct. 1786. C.A. C. II. T. I. S. 1279., Gen. v. 2. Mai 1787. C.A. C. II. T. II. S. 1295., Rescr. v. 12. Jan. 1792. C.A. C. II. T. I. S. 1035., Gen. v. 24. Jan. 1799. ib. S. 1123., V. v. 4. Dec. 1826. G.S. S. 241., M. v. 21. Febr. 1827. §§. 2. 3. 7. G.S. S. 74., Ordonn. v. 19. Juli 1828. 2. Th. §. 65. G.S. S. 164. Wegen d. Lauf. vergl. Dec. v. 8. Febr. 1544. C.A. T. III. S. 68., Concess. v. 12. März 1562. ib. S. 106. u. L.C.W. T. II. S. 1296., T. I. S. 181., Receß v. 7. April 1618. ib. T. I. S. 689., O.A.Pat. v. 6. Sept. 1674. ib S. 693., v. 30. Nov. 1675. ib. S. 694. u. C.A. T. III. S. 286. **24)** Die seit Einführung der Biersteuer in Bezug auf Größe und Inhalt des Biergefäßes erschienenen Bestimmungen enthält: die V. v. 18. Nov. 1833. G.S. S. 137. f., und die V. v. 4. Dec. 1833. G.S. S. 421. f. Der Rauminhalt der Braupfannen, Kessel, Bottiche, Kühlschiffe, Gährbutten, Tonnen, ist dem Hauptsteueramte nach Dresdner Kannen oder Eimern, diesen zu 72 Kannen gerechnet, anzugeben. §. 5. der letztbemerkten V. G.S. v. 1833. S. 422. S. aber den Art.: Maß. **25)** Nach der ältern Gesetzgebung bestand für das gesammte Land über den Rauminhalt des Biergefäßes die Bestimmung: daß jedes Bierfaß $5\frac{1}{2}$ Eimer und 24 Kannen oder in Allem 7 Schock Kannen Dresdner Kannen-Maß, es sei an Kufen, Fassen, Vierteln, Tonnen oder halben Tonnen u. d. m., enthalten mußte. Biergefäß von anderm Maße sollten die Böttcher bei 5 Thlr. Strafe und im Wiederholungsfalle bei Verlust des Handwerkes und Ausschließung aus der Innung nicht fertigen. Jeder Böttcher hatte seine Arbeit mit dem Zeichen der Ortsobrigkeit und seinem Namen durch Einbrennen zu bezeichnen. Das Normalmaß für das Kannenmaß war die Dresdner Kanne, und jede Obrigkeit sollte ein vom Stadtrathe zu Dresden geaichtes Kannenmaß besitzen. Danach waren alle neue Kannen zu fertigen, diese aber ebenfalls nicht ohne (übrigens unentgeltlich zu bewirkende) Stempelung u. des Kupferschmidts, Zinn-

gießers oder Klempners Namenszug zu verkaufen. L.O. v. 1. Oct. 1555. Tit. Brauen ꝛc. C.A. T.I. S. 67., M. v. 30. Nov. 1702. ib. S. 1723., Bef. v. 16. Dec. 1705. C.A. T. II. S. 1597., M. v. 21. Dec. 1705. C.A. T.I. S. 1727. u. L.C.W. T. I. S. 696., Rescr. v. 22. Juni 1706. ib. S. 698., Bef. v. 3. Mai 1707. C. A. T. II. S. 1597., Laus. Bef. v. 1. Nov. 1715. C. A. T. III. S. 521. u. L.C.W. T. I. S. 700., M. v. 18. Oct. 1715. ib. S. 701. u. C.A. T. II. S. 1985., Bef. v. 17. Jan. 1721. ib. S. 1059., — Oberlaus. M. v 17. Oct. 1727. publ. d. 12. Dec. 1727. C.A. C.I. T. III. S. 261., Rescr. v. 10. Aug. 1729. u. O.A.Pat. v. 23. Sept. 1729. ib. S. 274., u. L.C.W. T.I. S. 705., Gen. v. 25. Jan. 1738. C.A. C. I. T. II. S. 183., Rescr. v. 31. Aug. 1739. ib. S. 881., O.A.Pat. v. 5. Sept. 1739. L.C.W. T.I. S. 708., Oberlaus. M. v. 19. Febr. 1746. C.A. C. I. T. III. S. 303. u. L.C.W. T. I. S. 711., Erläut. des unterm 15. April 1702. ergangenen Tranksteuerausschreibens (C.A. T.II. S.1561. f.) v. 20. Jan. 1703. ib. S. 1567. u. Erläut. v. 16. Jan. 1747. Cap. II. u. VII., C.A. C. I. T. II. S. 245. f., Bef. v. 11. Febr. 1764., wonach auch die Schenkwirthe lediglich geaichte und gestempelte Kannen u. danach eingerichtete Krüge gebrauchen sollen, C.A. C.I. T. I. S. 873., endlich Gen. v. 3. Juli 1782. C.A. C.II. T. II. S. 945. f., wobei sich S. 961. f. ib. eine ausführliche Anweisung zu Aichung der Bottiche befindet. — Die gegenwärtig geltenden Bestimmungen sind aber unter Maß zu finden. **26)** Den Bierschank sollen weder die von Adel, L.O. v. 1555. Tit. Brauen C.A. T. I. S. 65., Res. gr. v. 1661. Justizs. §. 118. ib. S. 252., noch Pfarrer und Kirchendiener treiben, Gen. Art. 16. v. 1580. C.A. T. I. S. 690., Res. gr. v. 1661. Justizs. §. 120. C.A. T. I. S. 254., Laus. Schul-O. v. 1770. Cap. IV. §. 2. L.C.W. T. III. S. 886., auch s. Gewerbe, — ferner nicht Jagd- u. Forstbediente, Bauschreiber, Bettmeister, Berg- u. Hüttenmeister, Gärtner, Fasanenwärter und andere Officianten, Rescr. v. 19. Dec. 1692. C.A. C. II. T. II. S. 967., St.Ausschr. v. 15. Dec. 1763. C.A. C.I. T.II. S. 310. Auf Hütten, Zechen, Schmieden und in andern Bergwerksräumen ist er ebenfalls untersagt. Altenberger Zinn-Bergw.O. v. 1. Mai 1568. Art. 29. C.A. T.II. S. 159., Bergdecr. v. 6. Aug. 1659. §. 7. ib. S. 321., Bef. v. 14. Dec. 1695. ib. S. 1539. Rittergutsbesitzer sollen sich des Bierschanks, wo er nicht hergebracht u. erlaubt ist, weder für ihre Person, noch durch Andere anmaßen, Tr.St.Ausschr. v. 1747. Cap. 10. C.A. C. I. T. II. S. 253., Gen. v. 3. Nov. 1762. ib. S. 290., u. s. die oben citirten Lausitzer Bestimmungen. Die Soldaten sollen weder in den Städten noch auf dem Lande Bier und Brandwein schenken, Ordonn. v. 19. Juli 1828. II. Theil §. 51. G.S. S. 161. Vorher: Ordonn. v. 21. Aug. 1728. §. 19. L.C.W. T. II. S. 919. u. C. A. C. I. T. I. S. 1066., Ordonn. v. 30. Juni 1752. §. 93. ib. S. 1188. sowie L.C.W. T. II. S. 975. **27)** Bier-, Wein- und Brandweinschank darf vor dem Vormittagsgottesdienste u. während desselben nicht Statt finden. M. v. 24. Juli 1811. §. 9. C.A. C. III. T. I. S. 498. u. L.C.W. T. VI. S. 195. Ausgenommen ist das Bedürfniß für Reisende oder Kranke, ib., u. Laus. L.O. v. 1551. C.A. T.III. S.82., O.A.Pat. v. 16. Mai 1672. ib. S. 261., Bef. v. 3. April 1683. ib. S. 295., Pat. v. 18. Aug. 1706. ib. S. 328. **28)** S. noch die Art.: Gewerb- u. Pers..., Adel, Baugewerken, Betriebsdeclaration, Bürgerliche, Kesselbrauen, Erndte, Gerichte, Polizei, Reiheschank, Zink.

Biermalzsteuer, Biersteuer. S. Bier, Verjährung, III.

Bierverlag. S. Bier.

Bierzüge, Bierzwang. S. Bannrechte, Bier, Gerichte.

Bieten, Bietungstermin. S. Auction, Subhastation, Appellation, III. D. 2. f.

Bigamie. **1)** Ein Ehegatte, welcher während des Bestehens seiner Ehe (vergl. Art. 261. unter Ehebruch) sich mit einer anderen Person ehelich verbindet, wird, a) wenn die letztere ebenfalls verehelicht ist, mit Arbeitshaus von 2 bis zu 4 Jahren, b) wenn die andere Person unverehelicht, jedoch von seinem ehelichen Stande unterrichtet ist, mit Arbeitshaus von 1 bis

zu 3 Jahren bestraft. Art. 268. b. Str.Gb. v. 1855. **2)** Hat dagegen eine verehelichte mit einer unverehelichten Person, welche von der ersteren ehelichem Stande nicht unterrichtet war, eine eheliche Verbindung eingegangen, so trifft die erstere Arbeitshaus oder Zuchthaus von 2 bis zu 6 Jahren. Art. 269. **3)** Eine unverehelichte Person, welche mit einer bereits verheiratheten eine Ehe eingeht, wird mit Gefängniß von 1 bis zu 6 Monaten bestraft. Dagegen kann eine unverehelichte Person, welche sich mit einer bereits verheiratheten verehelicht hat, ohne von deren ehelichem Stande unterrichtet zu sein, um deswillen, weil sie später nach erlangter Kenntniß von diesem Verhältnisse das eheliche Zusammenleben mit derselben bis zur Trennung der Doppelehe durch die Behörde fortgesetzt hat, weder wegen Ehebruchs, noch wegen Doppelehe bestraft werden. Art. 270. **4)** Milderungsgründe bei der Doppelehe sind: a) wenn die erste Verehelichung als nichtig anzusehen, aber bei der zweiten Verehelichung noch nicht dafür erklärt gewesen ist, b) wenn eine Sonderung von Tisch und Bette für beständig oder wenigstens auf unbestimmte Zeit schon vor der zweiten Verehelichung rechtlich eingetreten ist, c) wenn der unschuldige Ehegatte abwesend, und bei Eingehung der zweiten Ehe mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen war, daß er verstorben sei, oder die Absicht der Rückkehr aufgegeben habe, d) wenn in der zweiten Ehe die eheliche Beiwohnung nicht erfolgt ist. Der unter d gedachte Milderungsgrund hat in jedem Falle Herabsetzung der Strafe auf die Hälfte zur Folge. Art. 271. **5)** Beim Vorhandensein der Milderungsgründe unter 4. a. b. c. ist a) im Falle der zweiseitigen Doppelehe (Art. 268. a.), wenn nur bei einem der Schuldigen einer dieser Milderungsgründe eintritt, dessen Strafe auf Gefängniß von 4 Monaten bis zu 2 Jahren herabzusetzen, gegen den anderen Theil aber auf Arbeitshaus von 1 bis zu 3 Jahren zu erkennen. Ist aber für jeden der schuldigen Ehegatten einer der gedachten Milderungsgründe vorhanden, so trifft Beide Gefängniß von 2 Monaten bis zu 1 Jahre. b) Bei der einseitigen Doppelehe ist in Folge eines der gedachten Milderungsgründe statt der im Art. 268. b. angedrohten Strafe auf Gefängniß von 2 Monaten bis zu 1 Jahre, statt der im Art. 269. bestimmten auf Arbeitshaus bis zu 3 Jahren, statt der im Art. 270. festgesetzten auf Gefängniß bis zu 2 Monaten zu erkennen. Ang. Art. 271. **6)** Das frühere Recht enthält: Const. 20. v. 1572. P. IV. C. A. T. I. S. 122., Rescr. v. 19. Juni 1609. ib. S. 1015., G. v. 8. Febr. 1834. G.S. S. 47., Cr.Gb. v. 1838. Art. 218—222. G.S. S. 165. **7)** S. Betrug, Ehescheidung, Unzucht.

Bilateralcontract. S. die Art.: Wechselclausel, Verträge, Betrug, Executionsproceß, Executivproceß.

Bilder. S. Beleidigung, Pasquill, Sittlichkeit, Bücherwesen, Freiexemplare, Colporteurs, Preßvergehen, Aufforderung...

Bildsäulen, s. Denkmäler.

Bildung. S. Ausland, Aeltern, Schulunterricht, Körperverletzung.

Bildungsanstalt. S. Gelehrtenschulen, Landesschulen, Universität, Besserungsanst..., Erziehungsanst..., Lehranst..., Dresden, Leipzig.

Billigen. S. Theilnahme, Consens.

Billigkeit. S. Gütepflegung, Executivproceß, Friedensrichter.

Bingen. S. Gruben.

Binnenland. S. Steuerbehörden, Grenzbezirk.

Binnenlinie, s. Grenzbezirk.

Binnenzölle. **1)** Unzulässig sind B. sowohl des Staats, als der Communen u. Privaten, §. 19. d. Zoll-G. v. 3. April 1838. G.S. S. 293., V. v. 9. Dec. 1833. G.S. S. 462. Erörterungen darüber haben die Amtshauptleute mit den Bezirks-Ober-Zoll- u. Steuer-Inspectoren zu bewirken. Rev. Instr. v. 27. Sept. 1842. §. 26. G.S. S. 184. **2)** S. Brücken, Eingangszoll.

Birkhuhn. S. Wild.

Bischoffswerda. **1)** Die Sparcasse: Decr. v. 28. Juli 1849. s. Anh., G.S. v. 1849. S. 146. f. **2)** Der Vorschußverein, Decr. v. 3. Oct. 1859. G.S. S. 337.,

— dessen Stempelfreiheit, Bek. v. 8. Nov. 1859. G.S. S. 338.

Biß. S. Betten, Hunde.

Bitte. S. Klage, Gesuche.

Bittschreiben, s. Gesuche.

Bittsteller. S. Begnadigung, Gesuche.

Bittweise. S. Besitz, Gemeinheitstheilung, Laasgüter.

Blätter. S. Waldungen, Forst...

Blancoindossament. S. Wechselzahlung, Indossament.

Blanket. **1)** Wenn ein Anwalt statt der Vollmacht nur ein B., welches noch nicht extendirt ist, producirt, so ist er um 5 Thlr. zu bestrafen. Pr.O. Tit. 7. §. 1., O. wegen des Versetz. im A.G. v. 20. April 1605. C. A. T. I. S. 1223. **2)** Wer ein B. ausgestellt hat, und daß dessen Extension wider sein Wissen und Wollen geschehen sei, eidlich erhärten kann, soll bei Recognition der Unterschrift zur eidlichen Ablehnung des Inhalts zugelassen werden. E.P.O. ad Tit. 25. §. 6. S. 151. **3)** S. Fälschung, Urkunden, Indossament.

Blasen u. Trommeln. **1)** In der Nähe der Kirchen und Schulen, während des Gottesdienstes und resp. des Unterrichts, ist das militairische Blasen u. Trommeln untersagt, Ordonn. v. 19. Juli 1828. 2. Th. §. 9. G.S. S. 154. **2)** S. Signale.

Blasphemie. S. Gotteslästerung.

Blattern. **1)** Beim Ausbruche der natürlichen Blattern hat die Ortsobrigkeit bei Strafe binnen 3 Tagen sowohl dem Bezirksarzte als dem Amtshauptmanne Nachricht zu geben. Jener hat die Krankheit an Ort u. Stelle zu untersuchen, u. nach Befinden die allgemeine Impfung anzuordnen. Die Gerichtspersonen sind zu jeder Beistandsleistung angewiesen. Der Amtshauptmann hat im Nothfalle die Maßregeln gegen die weitre Verbreitung der Krankheit einzuleiten. M. v. 22. März 1826. §. 14. G.S. S. 34. **2)** Aeltere Best.: Rescr. v. 13. März 1797. C.A. C. II. T. I. S. 1105., Vorschläge zur Cur der B. v. 1772. C. A. C. II. T. I. S. 627., Gen. v. 18. Aug. 1803. C.A. C. III. T. I. S. 409., Beil. zum Rescr. v. 20. Febr. 1805. ib. S. 435. u. L.C.W. T. V. S. 306., O.A.Pat. v. 20. April 1819. ib. S. 364. **3)** S. auch: Schutzblattern, Luftreinigung.

Blattzahlen. S. Acten.

Blau. S. Conditoreiwaaren, Färber.

Blauer Montag. S. Innungswesen.

Blaufarbenwerke. **1)** Ueber die Verfassung der B. enthalten die älteren Vorschriften: die O. v. 22. Juli 1617. C. A. C. III. T. II. S. 82., das M. v. 22. Mai 1683. C. A. T. II. S. 363., v. 15. Nov. 1701. ib. S. 371., das Rescr. v. 30. März 1768. C. A. C. II. T. II. S. 139. und der Bef. v. 4. Juli 1772. ib. S. 163., Bef. v. 24. Juli 1779. ib. S. 199. Gegenwärtig vergl. die Art.: Hütten, Berg- u. Hüttenwesen, Berggerichte. **2)** Die Gewerken vom Pfannenstieler, Schindler'schen und Zschopenthaler B. sind zu „dem Sächs. Privat-Blaufarbenwerksverein" zusammengetreten und als solcher bestätigt worden. Decr. v. 11. Dec. 1848. G.S. S. 358.

Blechhändler. **1)** Inländische B. sollen beim Zinneinkaufe vor ausländischen bevorzugt werden. Rescr. v. 13. Jan. 1809. C. A. C. III. T. II. S. 114. Das Hausiren (s. d.) mit inländischen Blech- und Eisenwaaren ist den B. zu Schönhaida u. Stützengrün gestattet. Bef. v. 18. Febr. 1754. C. A. C. I. T. I. S. 1421.

Blechhammer. S. Bergordnungen.

Blechwaaren. S. Hausiren, Zinn, Hammerwerke.

Blei. S. Zinn, Waarenverschluß.

Bleiben. S. Begräbniß, Auflauf, Aufruhr, Miethe, Aufenthalt, Unterlassung, Auslassung.

Bleichen. **1)** Die Anlegung neuer B. unter Amtsjurisdiction, und das Fortbestehen ältrer gestattete das Rescr. v. 3. März 1810. C. A. C. III. T. I. S. 460. ohne daß es einer besondern Concession oder der Entrichtung eines jährlichen Kanons bedürfen sollte, sofern nemlich die Patrimonialgerichtsobrigkeiten den gleichen Grundsatz beobachten würden. **2)** Die Stadt Chemnitz besaß früher das Privilegium, daß auf 10 Meilen Wegs um die Stadt keine Bleiche angelegt werden sollte, Res. gr. v. 24. Mai 1766. sub B. no. 7. C. A. C. I. T. I. S. 97. **3)** Die Entwendung

von Bleichstücken zieht innerhalb des Strafmaßes eine Erschwerung der Strafe nach sich. S. Diebstahl. **4)** S. Beschädigung, Asche.

Bleichzunder, s. Pulver.

Blinde. 1) Die Ausbildung Blinder zu nützlichen Gewerben wird von der Staatsregierung durch Prämien belohnt. Bek. v. 1. März 1838. G.S. S. 109., v. 23. Nov. 1843. G.S. S. 252. S. noch Prämien. **2)** Blinden können Vormünder nur auf ihr Verlangen, oder zu solchen Angelegenheiten, wo es der Richter für unerläßlich hält, bestellt werden. Vormundsch.-O. Cap. XXIV. §. 6. C.A. C. II. T. I. S. 429. C.A. C. II. T. III. S. 338. **3)** B. müssen zu Vermeidung alles Verdachts ihren letzten Willen gerichtlich errichten, wenn er zu Recht beständig sein soll. §. 7. ib. S. Testamente. **4)** S. Vernehmung, Krankheit, Dresden, Taubstumme, Post.

Blitz. S. Milch, Scheintod.

Blitzableiter. S. Brandversicherungs-Soc.

Blödsinn, Blödsinnige. S. Geisteskranke, Armenversorgung, Landes-Versorg..., Hubertusburg, Mißbrauch, Heil- u. Versorg...

Blößen. 1) Die B. der Waldungen u. namentlich auch der Pfarr- u. Kirchenhölzer sind auszubessern, Res. v. 7. April 1713. C.A. T. II. S. 607., M. v. 11. Mai 1726. §. 13. 14. C.A. C. I. T. I. S. 528., Laus. M. v. 2. Aug. 1728. §. 7. L.C.W. T. II. S. 582., Gen. v. 16. Juli 1755. §. 12. ib. S. 1525., Gen. v. 2. Aug. 1763. ib. S. 1531., Gen. v. 4. Jan. 1782. C.A. C. II. T. II. S. 335., Laus. F. u. H.O. v. 29. Juli 1767. Cap. III. L.C.W. T. III. S. 703. **2)** S. Zusammenlegung.

Blutschande. S. Incest, Verwandte.

Bockfelle. S. Felle.

Boden. S. Pulver, Asche, Fußboden, Heu.

Bodenbach. 1) Das Landgericht (jetzt Bezirksgericht) Pirna übt die Gerichtsbarkeit über die auf dem Bahnhofe zu B. und der zwischen diesem und der Kön. Sächs. Landesgrenze befindl. Bahnstrecke dienstlich verwendeten Sächs. Staatsangehörigen in dem mit Oesterreich vereinbarten Umfange (s. G.S. v. 1851. S. 149. f.) aus. Bek. v. 2. Juli 1851. G.S. S. 284. **2)** S. Eisenbahnen, III., Staatsverträge.

Böhmen. 1) Ueber die Art der Vereinigung verschiedener von Böhmen an Sachsen abgetretener Gebietstheile s. die Bek. v. 31. März 1849. G.S. S. 55. **2)** Ueber die Verhältnisse zum Königreiche Böhmen geben noch Auskunft die Art.: Eisenbahnen, Eisen, Schirgiswalde, Staatsverträge, Auslieferung, Waaren, Zeug- und Leineweber, Erbeinigung, Oberlausitz, Paßkarten.

Böller. S. Kanonen.

Börse. 1) Bankrotte Kaufleute dürfen auf der B. nicht erscheinen. Hand.G.O. v. 21. Dec. 1682. §. 22. C.A. T. II. S. 2048., M. v. 7. Jan. 1724. §. 12. C.A. T. I. S. 2378., v. 20. Dec. 1766. §. 12. C.A. C. I. T. I. S. 931., Laus. M. v. 2. Aug. 1783. §. 12. C.A. C. II. T. III. S. 182. **2)** S. Wechselverkehr, Concurs, Münzwesen, Handel- und Gewerbtreibende, Wechselzahlung, Mäkler.

Börsenblatt. S. Eigenthum an G., Concursproceß.

Böschung. Wie beim Straßenbaue B., d. h. die schräg abfallenden Seiten einer Straße anzulegen, giebt die beim M. v. 28. April 1781. befindliche Anweisung §. 7. C.A. C. II. T. II. S. 671. ff., C.A. C. II. T. III. S. 657. u. L.C.W. T. III. S. 227. an.

Böswilligkeit, s. Bosheit.

Böttcher. S. Bier, Dorfhandwerker.

Bogen. S. Abschriften, Presse.

Bohnenstangen. S. Forstverbrechen.

Bohrversuche. S. Steinkohlen.

Bona fides (Guter Glauben), s. Glauben.

Bonis cedere. S. Concurs...

Bonum vacans, s. Herrenlos.

Boot, Bootsmann. S. Elbe.

Bordell. S. Gewerbsunz...

Borg, Borgen. S. Anleihen, Ausleihung, Aufborgen, Credit..., Dienstverhältniß.

Borna. 1) Die im Amtsbezirke B. wohnenden Katholiken gehören zur kathol. Pfarrei in Leipzig, Bek. v. 1. Febr.

1828. G.S. S. 12. **2)** Ueber die Sparcasse und das Leihhaus zu B. ist in der G.S. v. 1841. S. 62. f. eine V. v. 10. Juni 1841. ergangen, welcher das Bestätigungsdecret und die Sparcassen- und Leihhaus-Ordnung beigefügt ist. **3)** Der Stadtrath daselbst ist zu Ausstellung von Reisepässen ins Ausland ermächtigt. S. Reiselegitimationen.

Bosheit. S. Baumfrevel, Bauwerke, Beschädigung, Milderung, Schärfung, Thierquälerei, Versuch, Verwandlung, Zumessung, Zweikampf, Jugend, Unzucht, Betrug, Störung, Concurrenz.

Boten. S. Briefe, Post, Amtsboten, Gerichtsboten, Verjährung, Gift, Lotterie.

Botendienste. **1)** Wo Unterthanen zu solchen Diensten gegen ihre Herrschaft verpflichtet waren, durften sie nur soweit verschickt werden, daß sie am nemlichen Tage wieder heimkehren konnten, auch nur in gutsherrschaftlichen Angelegenheiten vom Herrn oder Pachter. Eine Belastung mußte sich der Bote gefallen lassen, doch nur bis zu 12 Pfund für den Hin- und Herweg, und bis zu 40 Pfund, wenn er mit dem Schubkarren fuhr. M. v. 13. Aug. 1830. §. 22. f. G.S. S. 129. **2)** Die B. wurden aber nach dem G. v. 17. März 1832. §. 70. ff. G.S. S. 185. ablösbar. S. Ablösung.

Botenlohn. S. Vorladung, Justizämter, Kosten.

Botmäßigkeit. S. Aufenthalt, Unterthanen, Gerichtsbarkeit.

Botschaft. S. Botendienste, Boten, Nachricht.

Botschafter. S. Gesandte.

Bottich. S. Bier.

Brachfelder. S. Zehend.

Bräune. Eine Belehrung über die Natur u. Behandlung der häutigen Bräune wurde mittelst Rescr. v. 31. März 1817. bekannt gemacht. Beides ist abgedruckt im L.C.W. T. V. S. 428. f.

Bräunsdorf. In B. befindet sich eine Erziehungs- u. Besserungs-Anstalt. **1)** Bei Einlieferungen dahin haben die Behörden rücksichtlich der mitzugebenden Notizen dasselbe zu beobachten, was für Einlieferungen in die Zucht- u. Correctionsanstalt zu Waldheim vorgeschrieben ist. V. v. 24. Jan. 1835. G.S. S. 53., v. 22. Oct. 1836. G.S. S. 305., v. 27. Juni 1837. G.S. S. 72., v. 11. Aug. 1838. §. IV. G.S. S. 406., v. 15. April 1843. G.S. S. 20. S. Transport. **2)** Die Aufnahme in die Bräunsdorfer Erziehungs- u. Besserungs-Anstalt erfolgt: a) auf den Antrag der zur Erziehung verpflichteten Personen oder Gemeinden, oder b) auf den Antrag der competenten Obrigkeit aus landespolizeilichen Rücksichten. Im ersten Falle ist das Gesuch bei der Ortsobrigkeit einzureichen, und Heimaths-, Geburts- u. Impfschein, ein bezirksärztliches, den geistigen u. körperlichen Gesundheitszustand des Aufzunehmenden schilderndes Zeugniß, ingleichen eine genaue Darstellung des seitherigen Betragens und der Schulbildung, sowie der Familien- und Vermögensverhältnisse desselben beizufügen. Im zweiten Falle haben die Obrigkeiten für die gedachten Unterlagen selbst Sorge zu tragen, worauf der Bericht durch die Kreisdirectionen an das Ministerium des Innern geht und dieses über die Aufnahme und die Bedingungen, unter welchen dieselbe nach Maßgabe der besondern Verhältnisse im einzelnen Falle erfolgen soll, entscheidet. V. v. 26. Juli 1850. G.S. S. 194. (Erledigt ist: die Bek. v. 1. Mai 1824.) **3)** Die Anstalt ist nur bestimmt: a) zu Aufnahme jugendlicher, zu einer Arbeits- oder Zuchthausstrafe verurtheilter Verbrecher, welche im Wege der Strafverwandlung aus Gnaden der Anstalt überwiesen werden. Ang. V. v. 1850. u. Bek. v. 9. Sept. 1850. G.S. S. 223., ferner b) für Kinder von bereits entwickelter verbrecherischer Neigung zur Gefährdung der öffentl. Ordnung und Sicherheit, sofern die Gemeinden ihre Besserungsmittel bereits erschöpft haben. Ang. Bek. v. 1850. Unter welchen Bedingungen aber auch noch vorher dergleichen Kinder von Gemeinden dort untergebracht werden können, s. ebend., G.S. v. 1850. S. 224. f. **4)** S. Großhennersdorf, Geburtsschein, Waldheim, Waisen.

Bräutigam. S. Aufgebot, Ehe..., Erbfolge, Trauung, Hochzeitsgeschenk.

Brand. S. Brandstiftung, Feuer, Landes-Immobil..., Milzbrand.

Brand, bei Freiberg. **1)** In dieser Stadt ist Gold- u. Silberarbeitern, zu Vermeidung von Erzpartierereien, der Aufenthalt untersagt, Rescr. v. 29. März 1771. C.A. C. II. T. II. S. 157., Bef. v. 1. Sept. 1779. ib. S. 199. **2)** Die Sparcasse: Decr. v. 22. Juli 1858. G.S. S. 174.

Brandassecuranz. S. Brandversicherung..., Feuervers., Landes-Immobiliar..., Versicher...

Brandbegnadigung. S. Steuererlaß.

Brandbettler. S. Bettelbriefe, Betteln.

Brandbrief. S. Erpressung.

Brandcasse. S. Feuerversich..., Landes-Immob..., Brandversicherung...

Brandenburg. S. Staatsverträge, II.

Brandgiebel. **1)** Neu aufzuführende Gebäude, welche an nachbarliche anstoßen, sind auf dieser Seite mit massiven B. zu versehen, oder wenigstens durch 6 Zoll starke Ziegelmauern von dem anstoßenden Gebäude zu trennen, dafern nicht das letztre schon auf dieser Seite eine, das neue Gebäude durchgängig verdeckende massive Brandmauer hat. §. 7. d. V. v. 11. März 1841. G.S. S. 31. **2)** Auch bei solchen neuen Gebäuden, welche zwar nicht unmittelbar an einander stoßen, aber doch nicht weiter, als 6 Ellen von einander abstehen, und zu verschiedenen Gehöften gehören, ist darauf zu sehen, daß sie an den einander zugekehrten Seiten durch Brandmauer geschützt, oder mindestens mit Mauerziegeln verblendet werden. §. 8. ib. **3)** S. Landes-Immobil..., Neubaue.

Brandis. Die Sparcasse: Decr. v. 3. April 1858. G.S. S. 87.

Brandkatasternummern. S. Grund- u. Hypoth...

Brandmauer. S. Brandgiebel, Oefen.

Brandschaden. S. Beweis, Brandstiftung, Feuer..., Landes-Immobiliar..., Brandversicherung...

Brandschatzen. S. Miethe, Militairgewalt, Mißbrauch.

Brandsilber. S. Silber.

Brandstätte. S. Brandstiftung, Feuer.., Landes-Immobiliar.., Brandversicherung...

Brandsteuer. S. Feuerversich..., Landes-Immobiliar..., Brandversicher...

Brandstiftung. **1)** Wer fremde Gebäude, wohin auch Schiffe, Schiff- u. Windmühlen, Wachhütten, Brücken und andere dergleichen Bauwerke zu rechnen, ingleichen wer fremde Holzvorräthe, Waldungen, Anpflanzungen, Fruchtfelder, Getraidefeimen, Stein- oder Braunkohlenlager, oder andere dergleichen Gegenstände in Brand steckt, begeht das Verbrechen der B. Str.Gb. v. 1855. Art. 208. **2)** Dasselbe wird mit dem Tode geahndet, a) wenn durch das entstandene Feuer ein Mensch um das Leben gekommen ist und dieser Erfolg unter den obwaltenden besonderen Umständen von dem Thäter vorausgesehen werden konnte; b) wenn von dem Verbrecher allein, oder von Mehreren auf vorgängige Verabredung, an verschiedenen Orten einer Stadt oder eines Dorfes zugleich Feuer angelegt worden, und wenigstens an einem Orte der zur Vollendung gehörige Erfolg (s. unten Art. 211.) eingetreten ist; c) wenn der Brand in der Absicht angestiftet worden ist, um unter dessen Begünstigung Raub oder Mord auszuführen; d) wenn 3 oder mehrere Personen sich zusammengerottet haben, um das Verbrechen mit offener Gewalt auszuführen. **3)** Mit lebenslänglichem Zuchthause: a) wenn durch das entstandene Feuer ein Mensch eine schwere Körperverletzung (s. d.) erlitten hat, und dieser Erfolg von dem Thäter unter den obwaltenden besonderen Umständen vorausgesehen werden konnte; b) wenn der Verbrecher, um die Löschung zu verhüten, die Löschmittel entfernt oder unbrauchbar gemacht hat; c) wenn das Feuer an Gebäuden angelegt worden ist, in welchen sich eben eine große Anzahl von Menschen versammelt befindet. **4)** Ohne die unter 2. und 3. erwähnten Erschwerungsgründe besteht die Strafe in Zuchthaus von 10 bis zu 30 Jahren. In Fällen dieser letztgedachten Art kann jedoch der Richter, wenn weder eine besondere Gefahr vorhanden gewesen, noch ein erheblicher Schade entstanden ist, bis auf Arbeitshaus von 1 Jahre herabgehen. Art. 209.

5) Hat Jemand a) einen ihm selbst gehörigen Gegenstand der im Art. 208. (oben no. 1.) gedachten Art, oder einen fremden dergleichen Gegenstand mit Einwilligung des Eigenthümers in rechtswidriger Absicht in Brand gesteckt, so tritt, u. zwar in dem letzteren Falle sowohl für den Thäter als für den einwilligenden Eigenthümer, Arbeitshaus bis zu 10 oder Zuchthaus bis zu 15 Jahren ein. Art. 210. b) War jedoch eine besondere Gefahr für fremde Gebäude oder für Menschen vorhanden, so kann die Strafe bis auf 30 Jahre gesteigert werden. ib. c) Tritt bei diesem Verbrechen einer der oben bei no. 2. unter a bis mit d oder unter 3. a bis mit c genannten Erschwerungsgründe ein, so ist auf die daselbst angedrohten Strafen zu erkennen. ib. **6)** Die in Art. 208. u. 210. (no. 1. u. 3.) erwähnten Verbrechen sind vollendet, sobald der Gegenstand, welcher in Brand gesteckt werden sollte, von dem Feuer ergriffen worden ist und daher entweder in heller Flamme gebrannt, oder doch geglimmt hat. Art. 211. **7)** Wenn Jemand Sachen, welche sich in oder an Gegenständen der in Art. 208. u. 210. (oben 1. u. 3.) gedachten Art befinden, oder irgend einen anderen Gegenstand, außer den a. a. O. genannten, in rechtswidriger Absicht angezündet hat, und dadurch ohne seine Absicht einer der a. a. O. genannten Gegenstände in Brand gerathen ist, so kann die nach Art. 335. (s. Beschädigung) oder sonst verwirkte Strafe bis um die Hälfte erhöht werden. Art. 212. Ist das Anzünden unter Umständen geschehen, wo es an sich nicht strafbar sein würde, und dadurch einer der in Art. 208. u. 210. genannten Gegenstände in Brand gerathen, so tritt die Strafe der B. aus Unbedachtsamkeit ein. Art. 212. u. s. Gemeingefährl. Handl. **8)** Beim Militair: M.Str.Gb. v. 1855. §§. 152. 153. unter Mißbrauch. **9)** Ueber die Bestrafung der B. sollen die Kinder in den Schulen belehrt werden. §. 35. d. V. v. 9. Juni 1835. G.S. S. 307. **10)** Für B.sfälle führte das M. v. 28. Sept. 1829. G.S. S. 157. ein auf die möglichste Beschleunigung berechnetes Verfahren ein, über dessen Einzelheiten dieses Mandat verglichen werden muß. **11)** Wenn bei einem entstandenen Feuer Verdacht der B. vorhanden ist, so haben alle Criminal- u. Polizeibehörden der Brandversicherungs-Commission sofort Nachricht zu ertheilen, V. v. 14. Nov. 1835. §. 56. G.S. S. 560., v. 10. Oct. 1840. G.S. S. 240. S. auch Gerichtliche Polizei. War das betreffende Gebäude ein geistliches, so ist auf den Fall des Verdachts vorsätzlicher B. von den Kirchen- u. Schul-Inspectionen an die Kreisdirection sofort Bericht zu erstatten. V. v. 5. Sept. 1833. G.S. S. 83. **12)** Auf die Entdeckung von Brandstiftern sind Belohnungen für die Erblande von 100—300 Thlr. ausgesetzt, V. v. 26. Oct. 1833. G.S. S. 125.; in der Lausitz 150 Thlr. nach dem Regul. v. 1827. §. 57. G.S. S. 55., V. v. 31. Dec. 1840. G.S. v. 1841. S. 2. S. aber Brandversicherungs-Soc... **13)** Die frühere gegen B. gerichtete Gesetzgebung findet man in Folgendem: 17. Const. v. 1572. P. IV. C. A. T. I. S. 121., M. v. 16. Nov. 1741. C. A. C. I. T. I. S. 325. u. L.C.W. T. I. S. 289., Gen. v. 17. Juni 1750. C. A. C. I. T. I. S. 761., O.A.Pat. v. 20. Dec. 1751. L.C.W. T. I. S. 313. u. T. III. S. 99., sowie C. A. C. I. T. III. S. 144., Instr. v. 1770. §. 3. C. A. C. II. T. I. S. 331., Bef. v. 29. Aug. 1775. C. A. C. II. T. I. S. 341., O.A.Pat. v. 22. Oct. 1781. L.C.W. T. III. S. 98., Rescr. v. 11. Nov. 1783. C A. C. III. T. I. S. 192., M. v. 10. Oct. 1784. Tit. 1. §. 50. C. A. C. II. T. I. S. 860., Rescr. v. 11. Nov. 1822. G.S. S. 443., wegen der Lausitz v. 4. Dec. 1822. ib. S. 468., V. v. 10. Aug. 1826. G.G. S. 203., v. 30. Juli 1832. G.S. S. 401., Cr.Gb. v. 1838. Art. 171—178. G.S. G. 155. **14)** Den nemlichen Gegenstand berühren noch diese Art.: Erkenntnisse, Erpressung, Begünstigung, Fahrlässigkeit, Gesetze, Geständniß, Feuer, Gerichtsstand, Landes-Imm., Militairgewalt, Verhinderung, Nöthigung, Bedrohung, Reue, Explosionen, Verbindung, Eisenbahnen, Gerichtliche Polizei.

Brandvergütung, -versicherung. Beziehungen hierauf finden sich unter: Feuerversicherung..., Mobiliarbrandvers..., Kirchen-Aerarien, Landes-Immobiliar-Br..., Brandversicherung..., Versicher...

Brandversicherungscommission. S. Brandstiftung, Landes-Immobiliar-Brandversicherung..., Gerichtliche Polizei.

Brandversicherungsinspectoren. S. Landes-Immobiliar...

Brandversicherungs-Societät, Oberlausitzer. **1)** Die Verfassung derselben beruhte auf dem M. v. 29. Jan. 1827. G.S. S. 33., und dem Regul. ib. S. 35. Vorher: O.A.Pat. v. 5. April 1784. L.C.W. T. IV. S. 424. u. C. A. C. II. T. III. S. 205., Regul. v. 26. April 1788. ib. S. 233. 235. u. L.C.W. T. IV. S. 429., O.A.Publ. v. 22. Aug. 1792. ib. S. 464. u. C. A. C. II. T. III. S. 523., O.A.Pat. v. 27. Mai 1801. L.C.W. T. V. S. 396., v. 23. Sept. 1808. ib. S. 400., v. 7. Juli 1813. L.C.W. T. V. S. 685., Gen.V. v. 19. Sept. 1821. ib. S. 405. wegen des Beitritts der Vierstädte; u. O.A.-Pat. v. 20. März 1816. ib. S. 402., sowie v. 27. Aug. 1819. §. 21. L.C.W. T. VI. S. 400. wegen der Trennung des Instituts zwischen der K. Sächs. u. Preuß. O.Lausitz. — Abänderungen und Vervollständigungen des M. v. 1827. enthalten die V. v. 31. Dec. 1840. G.S. v. 1841. S. 1., d. V. v. 16. Dec. 1842. G.S. v. 1843. S. 5., d. V. v. 15. Dec. 1843. G.S. S. 274., u. v. 3. Febr. 1847. G.S. S. 73. Vom 1. Jan. 1849. an hörte die Br. als selbständiges Institut auf, und ward mit der Landes-Immobiliar-Brandversicherungsanstalt verbunden. Das Nähere giebt die V. der Brandversicherungscommission v. 26. Aug. 1848. samt Beil., Leipziger Zeitung v. 1848. S. 5623. f. **2)** Ueber die Versicherung der Kirchen, geistlichen, Schul- und Stiftungs-Gebäude der Oberlausitz bei der Oberlausitzer Br.-S. ist unter dem 10. Juli 1840. in der G.S. v. 1840. S. 163. eine V. der Kreisdirection zu Bautzen ergangen. Hierzu gehört noch die V. der Kreisdirection zu Bautzen v. 23. Oct. 1840. G.S. S. 295., wonach blos die mit Blitzableitern versehen Kirchen eine Ermäßigung der Brandcassenbeiträge genießen sollen. Uebrigens empfiehlt diese V. den Gemeinden der Lausitz die Anschaffung von Blitzableitern für die geistlichen und Schulgebäude dringend an. l. c. **3)** S. auch: Prämien, Concursgläubiger, A. I., Concurskosten, Concursmasse, Kirchen-Aerarien, Oberlausitz.

Brandwein. **1)** Das Befugniß zum B.brennen wird nach dem M. v. 5. Jan. 1826. G.S. S. 5. beurtheilt; es kann danach von solchen Grundstücksbesitzern, welche auf dem Lande 30 und in den Städten 10 Dresdner Scheffel (à Scheffel = 150 □Ruthen) unter den Pflug getriebenes Land besitzen, als persönliches Recht, jedoch nur mit obrigkeitlicher Erlaubniß, die auch nur im Mangel eines (in Bezug auf Feuersgefahr) örtlichen oder (wegen zu befürchtender Winkelschenkerei) persönlichen Bedenken ertheilt wird, ausgeübt werden. §. 1—3. G.S. v. 1826. S. 5. 6. Seit der V. v. 28. Febr. 1853. G.S. S. 35. ist jedoch bei Beurtheilung der Frage nach der Zuläſsigkeit der Anlegung einer B.brennerei der Grundbesitz nicht mehr wesentlich. Blos jene Bedenken dürfen nicht vorhanden sein. §§. 1. 3. Im Uebrigen bewendet es wegen einer solchen, welche in Verbindung mit Landwirthschaft angelegt werden soll, bei §. 3. d. M. v. 1826., §. 2. d. V. v. 1853. a. a. O. **2)** Früher erworbene Realrechte zum B.brennen bleiben bei Kräften, doch hat ein solches weder früher durch Verjährung erworben werden können, noch kann es künftig geschehen. M. v. 1826. §. 4. ib. **3)** Die Regierung konnte zum B.brennen, nach vorgängiger Begutachtung durch die Ortsobrigkeit, Concession ertheilen an Personen, deren Gewerbe auf nützliche Weise mit der B.brennerei verbunden werden konnte, oder die, auch ohne den vorgeschriebenen Grundbesitz, doch ein zum B.brennen brauchbares, jedoch zu den Getreidearten und Erdfrüchten nicht gehöriges, Material in hinreichender Menge besaßen. §§. 5. 6. d. M. v. 1826. Diese §§. sind aber aufgehoben; die Concessionirung erfolgt jetzt auf dem Lande durch die Regierungsbehörde und in der Stadt durch die Obrigkeit für Gewerbssachen. Ang. V. v. 1853. §. 4. **4)** Das B.brennen bleibt denen, jedoch nur als rein persönliches Befugniß, nachgelassen, welche es bereits seit dem Jahre vor dem 12. Sept. 1804. oder kraft früherer Regierungsconcession ausüben, jedoch nur so lange sie das betreffende Grundstück besitzen. §. 7. ib. S. 7. **5)** Die Ausübung darf, auch vom Pachter, lediglich in dem betreffenden Grund-

stücke oder Gewerbslocale erfolgen. §. 8. ib. Unbefugtes B.brennen wird mit 20 Thlr. Strafe und im Wiederholungsfalle mit Confiscation des Brennzeugs und alles Materials, sowie der Vorräthe bestraft. §. 9. ib. Strafe und Confiscationsbetrag gehören halb dem Denuncianten, halb der Obrigkeit. ib. **6)** Die ältern Bestimmungen über die Erzeugung und den Verkauf des B. geben: der Bef. v. 12. Jan. 1595. C. A. T. I. S. 1437., Res. gr. v. 23. April 1612. Justizſ. §. 33. C. A. T. I. S. 183., M. v. 23. Dec. 1684. u. 16. Febr. 1695. ib. S. 1675. 1696., v. 6. Dec. 1698. ib. S. 1712., Rescr. v. 28. März 1714. ib. S. 1834., Circ. v. 10. Dec. 1761. C. A. C. I. T. I. S. 849., Gen. v. 7. Oct. 1771., 25. Sept. 1772., 9. April 1774. C. A. C. I. T. I. S. 1183., C. A. C. II. T. II. S. 9. u. C. A. C. II. T. I. S. 710., Gen. v. 21. Juni 1793. C. A. C. II. T. I. S. 1057., Rescr. v. 27. März 1795. ib. S. 1065., Rescr. v. 25. Oct. 1797. ib. S. 1113., Res. ad Intercess. gen. 7. der Stände v. Landtage v. 1805. C. A. C. III. T. I. S. 34., Gen. v. 4. Nov. 1789. C. A. C. III. T. I. S. 380. u. Gen. v. 20. Mai 1801. ib. S. 389., Gen. v. 12. Sept. 1804. ib. S. 427., v. 21. Dec. 1804. ib. S. 430., v. 24. Oct. 1807. ib. S. 451. — Wegen der Lausitz: O.A.Pat. v. 29. Juni 1793. C. A. C. II. T. III. S. 529. u. L. C. W. T. IV. S. 105. **7)** Eine Belehrung über die Nachtheile des Mißbrauchs beim B. enthält das Gen. v. 9. Nov. 1796. C. A. C. II. T. I. S. 1097. u. 1099. **8)** Der Holzverkauf zum B.brennen wurde durch das Gen. v. 3. Nov. 1798. C. A. C. II. T. II. S. 377. beschränkt. **9)** Wenn das B.brennen nicht mit Störung der kirchlichen Ruhe, sondern im Innern der Häuser mit Stille geschieht, so ist es an Sonn- und Feiertagen geduldet. V. v. 16. Dec. 1837. Cod. des S. K.R. S. 217. **10)** Feuerpolizeiliche Vorschriften wegen Anlegung von B.brennereien enthält das M. v. 18. Febr. 1775. Cap. I. §. 11. 27. C. A. C. II. T. I. S. 714., Laus. D.F.O. v. 1777. Cap. I. §. 11. 27. C. A. C. II. T. III. S. 114. u. L.C.W. T. III. S. 351. **11)** Während des Gottesdienstes ist der B.schank, mit Ausnahme des Bedürfnisses für Reisende u. Kranke, verboten. Gen. v. 24. Juli 1811. §. 9. C. A. C. III. T. I. S. 498. u. L.C.W. T. VI. S. 195. Vorher: Syn.Decr. v. 1624. C. A. T. I. S. 787., Rev. Syn.Decr. v. 1673. §. 14. ib. S. 828., in der Lausitz: O.A.Pat. v. 6. Mai 1672. C. A. T. III. S. 261., O.A.Bef. v. 3. April 1683. ib. S. 295., O.A.Pat. v. 18. Aug. 1706. ib. S. 328. **12)** Der B.schank ist den Soldaten, Ordonn. v. 19. Juli 1828. 2. Th. §. 51. G.S. S. 161., ferner Geistlichen, Küstern und Schulmeistern untersagt. 16. u. 38. Gen.Art. v. 1580. C. A. T. I. S. 689. f. u. Lauf. Schul-O. v. 1770. Cap. IV. §. 2. L.C.W. T. III. S. 886. S. auch: Gewerbe. **13)** Zum bloßen B.schank darf keine Schankstätte concessionirt werden, und es werden die bereits concessionirten, soweit thunlich, wieder eingezogen. §. 136. d. A.O. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 284. Doch kann in Städten die Kreisdirection nach Befinden von der Vorschrift §. 136. cit. Dispensation ertheilen. §. 10. d. V. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 290.; es ist jedoch in solchen Fällen allemal über die Ausübung des B.schanks unter der Kreisdirection Concurrenz ein gewisses Reglement festzustellen. ib. **14)** Die zum B.brennen berechtigten Personen dürfen bei 20 Thlr. Strafe und nach Befinden Verlust des Rechts, wenn sie nicht zum Verschänken besonders befugt sind, den gewonnenen B. nicht unter Einer Dresdner Kanne verkaufen, am wenigsten aber ihn gläserweise ausschänken oder Gäste setzen. M. v. 5. Jan. 1826. §. 10. G.S. S. 7. **15)** Wie der B.schank beim Reiheschanke gestattet ist, s. in der V. v. 14. Febr. 1824. §. 3. G.S. S. 32. **16)** Vom inländischen B. ist die B.steuer zu entrichten. Man sehe darüber das G. v. 4. Dec. 1833. §. 1. G.S. S. 213., V. v. 4. Dec. 1833. ib. S. 298., G. v. 4. Dec. 1833. §. 1—21. ib. S. 279., V. v. 4. Dec. 1833. G.S. S. 379., §. 3. d. G. v. 4. April 1838. G.S. S. 349., V. v. 30. Juli 1838. G.S. S. 386. Wegen der Rückvergütung auf versteuerten, in das nicht zum Zollvereine gehörende Ausland geführten inländ. B. s. auch die V. v. 24. Juni 1847. G.S. S. 113. Vorher: die V. v. 8. Oct. 1838. G.S. S. 419. f., V. v. 27. Dec. 1841. G.S. S. 379. u. V. v. 27. Dec. 1841. G.S. S. 376. f. **17)** In welchen Fällen die kathol. Kirchen- und Schulanlagen nach der B.steuer auszubringen sind, enthält die V. v. 12. Oct. 1841. §. 12. G.S. S. 235. **18)** Für die Zeit vom

1. Mai bis ult. Oct. 1847. wurde das B.-brennen aus Getreide und Kartoffeln untersagt in der V. v. 27. April 1847. G.S. S. 70., u. vergl. die V. v. 5. Aug. 1847. G.S. S. 132. **19)** Vergl. noch dieses Gegenstandes halber die Artikel: Abgaben, Dorfhandel, Baugewerken, Bergmagazin..., Betriebsdeclaration, Bier, Bürgerliche N., Concession, Einmaischung, Gast- u. Sch., Gewerb- u. Pers., Juden, Getreide, Küster, Reiheschank, Zink, Zollwesen.

Brandweinbrenner. S. Paßkarten.

Brandweinbrennereien. S. Brandwein, Concession.

Brandweinsteuer. S. Abgaben, Bier, Verjährung, III.

Brandzeichen. S. Erpressung.

Brauberechtigung, s. Braugerechtigkeit.

Braubottich. S. Bier.

Brauchen, s. Gebrauch, Mißbrauch, Bedürfniß.

Brauen. S. Bier, Kesselbrauen, Darren.

Brauer. **1)** B. und Mälzer haben Acht zu geben, daß die Darren und Brauöfen stets tüchtig und wohl verwahrt seien, insbesondere sollen sie beim Brauen und Mälzen auf das Feuer aufmerksam sein. M. v. 18. Febr. 1775. Cap. I. §. 25. C.A. C. II. T. I. S. 717., Laus. D.F.O. v. 1777. Cap. I. §. 25. C.A. C. II. T. III. S. 118., L.C.W. T. III. S. 351. **2)** S. Paßkarten, Bier, Darren, Reiselegitimationen.

Brauerschaft. S. Gemeindeleistungen, Bürgerliche N., Stadtvermögen, Bier.

Braugerechtigkeit. S. Bier, Besitz, Beweis, Reallasten.

Brauhäuser. **1)** Feuerpolizeiliche Bestimmungen über die Einrichtung der B. enthält das M. v. 18. Febr. 1775. Cap. I. §§. 11. 27. C.A. C. II. T. I. S. 714., Laus. D.F.O. v. 1777. Cap. I. §§. 11. 27. C.A. C. II. T. III. S. 114. u. L.C.W. T. III. S. 354. Uebrigens sollen die B. fleißig gekehrt werden. Gen.V. v. 7. Febr. 1719. C. A. T. I. S. 1886., L.C.W. T. I. S. 845. **2)** S. Oefen, Darren.

Braunkohlen. S. Steinkohlen, Berg- u. Hüttenwesen, Grund- u. Hyp..., Brandstiftung, Maß, Asche.

Braunschweig. Die vertragsmäßigen und sonstigen Beziehungen zu diesem Bundesstaate weisen die Artikel: Fälschung, Lotterie, Münzwesen, Reiselegitim. III., Staatsverträge, I. II. III. VI. XII., Paßkarten, Zollwesen, nach.

Braut. S. Aufgebot, Eheverlöbniß, Erbfolge, Trauung, Hochzeitsgeschenke.

Brautkinder. S. Erbfolge.

Brautkranz. S. Kränze.

Brautmesse. **1)** In großen Städten, wo B. gewöhnlich sind, können sich Arme mit der halben oder Viertels-B. trauen lassen, in kleinern Städten und auf dem Lande hat es aber bei dem erweislichen örtlichen Herkommen zu bewenden. §. 42. d. Regul. v. 15. Jan. 1808. C.A. C. III. T. I. S. 172. **2)** Wegen der Trauung von Militairpersonen mit der B. in Dresden und Leipzig vergl. das Regul. v. 1. Sept. 1785. I. C.A. C. II. T. I. S. 197.

Brautschatz, s. Einbringen.

Brauwesen. S. Bier.

Breling, van der, s. Anleihen.

Bremen. S. Staatsverträge, I. II. VI., Paßkarten.

Brennen. S. Brandwein, Feuer..., Brandstiftung.

Brennerbursche. S. Reiselegitimationen.

Brennmaterial, s. Heitzung, Brandstiftung.

Bret. **1)** Die Bekanntmachung am Schwarzen Brete zu Leipzig ist eine akademische Disciplinarstrafe, §. 53. d. Ges. für die Studirenden v. 28. März 1822. G.S. S. 304. **2)** Die öffentliche Vorladung Studirender kann am schwarzen Brete erfolgen, §. 64. ib. **3)** Das Abreißen oder Beschädigen der Anschläge an selbigem wird gestraft, §. 69. ib., desgl. das Anheften unerlaubter Anschläge ans schwarze Bret, §. 87. ib.

Briefe. **1)** Im Betreff der Taxe des Briefporto, der Briefträgerlöhne u. des von der Postanstalt und den Absendern für die richtige Briefbeförderung zu Leistenden vergl. die mit Post zusammengesetzten betreffenden Artikel. **2)** Brief-

wechsel, sowohl mit in= als ausländischen Handwerkern, ohne Erlaubniß der Obrigkeit, ist den Innungen bei 20 Thlr. Strafe verboten, M. v. 8. Jan. 1780. Cap. III. §. 27. C. A. C. II. T. I. S. 777., L.C.W. T. III. S. 287. u. C. A. C. II. T. III. S. 161., eben so den Dienern und Gesellen, ib. Cap. II. §. 17. Wenn B. von andern Innungen einlaufen, so müssen sie unerbrochen der Obrigkeit von den Aeltesten eingehändigt werden. Ebend. Cap. III. §. 27. l. c. **3)** B., Paquete und andere Sendungen, welche an einen Angeschuldigten eingehen, nachdem bereits ein Vorführungs= oder Verhaftungsbefehl gegen ihn erlassen, oder nachdem er verhaftet oder vorläufig in Verwahrung genommen worden ist, kann der Untersuchungsrichter in Beschlag nehmen, auch deren Ausantwortung von den Postbehörden und anderen mit der Briefbeförderung beschäftigten oder beauftragten Anstalten und Personen verlangen. Str.=Pr.O. Art. 209. — Ebenso: wenn der Verdacht vorhanden ist, daß von Dritten an Dritte gerichtete Sendungen von dem Angeschuldigten herrühren oder in dessen Auftrage abgesendet oder daß sie für denselben bestimmt sind und auf den Gegenstand der Untersuchung Bezug haben. ib. **4)** Die Eröffnung der in Beschlag genommenen Gegenstände erfolgt durch den Untersuchungsrichter und zwar, wenn derjenige, an den die Sendung gerichtet oder von dem sie abgeschickt ist, zustimmt, oder Gefahr auf dem Verzuge beruht, ohne Weiteres. In anderen Fällen hat der Untersuchungsrichter die Zustimmung des Bezirksgerichts einzuholen. ib. Die Beschlagnahme von solchen Sendungen ist denjenigen, an welche sie gerichtet oder von welchen sie abgesendet sind, thunlichst bald bekannt zu machen. Str.Pr.O. Art. 210. **5)** Auch hat das Gericht Sorge zu tragen, daß die Sendungen, deren Beschlagnahme, nicht aber Eröffnung verfügt worden ist, sowie solche, bei deren Eröffnung keine Beziehung zur Untersuchung sich ergeben hat, an die Betheiligten abgeliefert werden, oder doch wenigstens der unverfängliche Theil ihres Inhalts, da nöthig in Abschrift, zur Kenntniß der Betheiligten gelange. Der Richter kann aber mit Ausführung der Vorschriften dieses Artikels so lange, als sie nach dem Stande der Untersuchung bedenklich erscheint, Anstand nehmen. ib. **6)** Die Art. d. Str.Pr.O.: 77. (s. Gerichtliche Polizei) 209. 210. (oben no. 3—5.) u. 361. (s. Untersuchungsverfahren v. d. E.) leiden auf die Beschlagnahme von Telegrammen (ankommenden wie aufgegebenen) allenthalben Anwendung. V. v. 9. Mai 1859. §. 1. G.S. S. 237. Die Criminalbehörden, ferner alle Behörden für Verwaltungs=Untersuchungssachen haben ihre Requisitionen wegen Auslieferung von Telegrammen im Originale oder in Abschrift, sowie wegen Zurückhaltung und Verabfolgung aufgegebener Niederschriften jederzeit schriftlich an den Vorstand d. betr. Staatstelegraphen=Bureaus oder des Eisenbahntelegraphen zu richten, ib. §. 2. 3., und diese Vorstände sollen die Telegramme oder Niederschriften, sowie die verlangten Abschriften von an die Adressaten bereits ausgehändigten Telegrammen unter amtlichen Verschluß und unter der Adresse des Vorstandes der requirirenden Behörde oder des Untersuchungrichters gegen schriftliche Quittung ausliefern, Requisitionen und Quittung aber sorgfältig aufbewahren. ib. §. 4. Wird die telegraphische Beförderung einer aufgegebenen, aber zurückgehaltenen Niederschrift später gestattet, so ist dies von der requirirenden Behörde auf der Niederschrift zu bemerken, und dieselbe dem Absender zur Wiederabgabe an das Telegraphenbureau auszuhändigen. Ist der Aufgeber in Haft, so ist dessen Zustimmung zur Beförderung mit zu bescheinigen. ib. §. 5. **7)** S. noch: Gerichtliche Polizei, Untersuchungshaft, Papiere, Kreuzcouvert, Lotto, Post, Portofreiheit, Bettelbriefe, Vorladung, Declaration, Erpressung, Lehnsbriefe, Kauf, Firma, Verjährung.

Briefgeheimniß. S. Briefe, Kriegsstand, Geheimn...

Briefmarken. S. Creditpapiere, Falschmünzen, Geld.

Briefpapier. S. Requisitionen.

Briefporto, Briefträgerlöhne. S. Post.

Brief und Siegel. S. Executivproceß, 2., Executionsproceß, Executionsverfahren.

Brod. 1) B. soll nur altbacken zum gewöhnlichen Verkaufe gebracht werden. V. v. 31. Dec. 1855. G.S. v. 1856. S. 2. **2)** Ueber das hausbackene B., welches von den Hüfnern außer dem Hufengroschen den Pfarrern und Küstern zu geben ist, s. den 25. Gen.Art. v. 1580. C.A. T. I. S. 696., Syn.Decr. v. 1624. §. Gleichwie auch rc. ib. S. 794., Rev. Syn.Decr. v. 15. Sept. 1673. §. 66. ib. S. 835. Es gehen davon 12 auf einen Dresdner und 16 auf einen Leipziger Scheffel. Syn.Decr. l. c., Rev.Syn.Decr. l. c. **3)** S. Arbeit, Atzungskosten, Backen, Almosen, Betteln, Getreide, Jahrmarkt, Mühlen, Schärfung, Bäcker, Geistliche.

Broderwerb, s. Beruf, Lebensunterhalt.

Brodlos. S. Verarmung, Entlassung.

Brodtaxe. S. Bäcker.

Broedling. S. Dienstboten, Gesinde.

Bruch. S. Handgelöbniß.

Bruchpfennige. S. Münzwesen, Taxordnungen, I. b.

Bruchrechnung. S. Schulunterricht.

Bruchsilber. S. Silber.

Bruchtheilstrafen. Das Str.Gb. drückt die Strafen einiger Vergehen blos in Bruchtheilen der Strafen anderer Verbrechen aus. So sollen gestraft werden: a) der beendigte Versuch mindestens mit 1/3 des minimum der Strafe für das vollendete Verbrechen, Art. 41. — b) die nahe Beihilfe mindestens mit 1/3 des minimum der Strafe für das betreffende Verbrechen, Art. 55. — c) der nicht beendigte Versuch höchstens mit 1/2 des maximum der Strafe des vollend. Verbr., Art. 41. — d) die entfernte Beihilfe höchstens mit 1/2 des maximum der Strafe für das betr. Verbr., Art. 55. — e) die Theilnahme am Beschlusse des Verbrechens oder die Zusage der Beihilfe, bei unterbliebener Ausführung der That höchstens mit 1/3 des maximum der Strafe der letztern, Art. 58. — f) diejenigen Theilnehmer am Beschlusse oder auch an der Unternehmung eines Verbrechens, deren Vorhaben durch den rechtzeitigen Rücktritt eines andern Theilnehmers außer ihnen rückgängig wurde, mit 1/2 der Strafe, die sie nach Maßgabe des schon Geschehenen ohne den Rücktritt treffen würde, Art. 59. — g) die Begünstiger des Verbrechens höchstens mit 1/3 des maximum der Strafe der begünstigten That, Art. 61. Sagten sie vor derselben ihre Begünstigung zu, so ist dieß als Beihilfe zu beurtheilen. ib. — h) die Handlungen des Hochverraths und Staatsverraths, verübt gegen auswärtige verbündete Regenten und Staaten bis 2/3 der Strafen jener Verbrechen, Art. 124. — i) S. auch: Anstiftung, Begünstigung, Versuch, Gehilfen, Verbindung, Strafdauer.

Brücken. 1) Wo es nöthig, sollen nach dem Ermessen der Straßenbaucommission B. und Schleußen gebaut werden. M. v. 28. April 1781. Cap. II. §. 14. C.A. C. II. T. II. S. 679.; C.A. C. II. T. III. S. 657. u. L.C.W. T. III. S. 209. **2)** Die B. sind in tüchtigem Stande zu erhalten. Res. gr. v. 23. April 1612. Tit. Rentſ. §. 15. 19. C.A. T. I. S. 188., Res. gr. v. 1661. Tit. Justizſ. §. 82. 116. ib. S. 239., Res. v. 9. Juli 1742. ad 4. C.A. C. I. T. I. S. 67.; wegen der B. über die Flößgräben, Res. gr. v. 1661. Kammerſ. §. 24. C.A. T. I. S. 276., — wegen der B. in der Lausitz: O.-A.Pat. v. 17. Dec. 1694. L.C.W. T. I. S. 502., O.A.Pat. v. 25. April 1763. L.C.W. T. III. S. 199. — Die Beaufsichtigung der fiscalischen Elb-, Mulden-, Elster- und Zschopau-Brücken und deren Unterhaltung gehört zum Ressort der Bezirkswasserbaucommissionen u. der technischen Wasserbauverwaltung. Bek. v. 30. Jan. 1860. G.S. S. 19. **3)** B.abgaben sind als hinterzogen anzusehen, wenn die B. mit Fuhrwerk oder Vieh benutzt worden ist, ohne bei der Hebestelle anzuhalten und die geordnete Abgabe zu erlegen. §. 3. d. G. v. 4. April 1838. G.S. S. 350. **4)** B.zölle als Privat-Binnenabgaben sind an sich unzuläſſig, V. v. 9. Dec. 1833. G.S. S. 462., §. 19. d. G. v. 3. April 1838. G.S. S. 293. S. auch Binnenzölle. Wo solche für Rechnung des Staats bestehen, oder, mit Genehmigung der Ministerien des In-

nern und d. Finanzen, von Privatpersonen erhoben werden, sind sie revidirt und in neue an den Hebestellen aushängende Erhebungsrollen gebracht worden. V. v. 22. Oct. 1840. §. 5. 6. G.S. S. 304. **5)** Ueber die Erhebung von B.geldern durch Privatpersonen entscheiden Verwaltungsbehörden, G. v. 28. Jan. 1835. §. 8. G.S. S. 57. **6)** Schiffer, welche B. passiren, sollen sich mit der Localität vertrauter Personen bedienen, V. v. 8. Jan. 1823. G.S. S. 17. s. auch Schiffe. Nähere Vorschriften über das Passiren der Elbbrücken durch Dampf-, Segel-Schiffe und Flößen enthält die V. v. 6. Febr. 1845. §. 11. G.S. S. 42. **7)** Aeltere Bestimmungen wegen des Brückenwesens enthalten: die V. 21. Mai 1707. C.A. T. II. S. 1031., Post-O. v. 27. Juli 1713. §. 4. 12. ib. S. 1049., Grimm. B.O. v. 27. Juli 1725. C.A. C.I. T.I. S. 1275., L.T.A. v. 27. März 1787. ad G. C.A. C.II. T.I. S. 31., Gleits-O. v. 15. März 1823. §. 15. G.S. v. 1823. S. 43., Conc. v. 30. Oct. 1788. wegen der Waldenburger Muldenbrücke C.A. C.II. T.II. S. 641. Für die Lausitz: O.A.Pat. v. 29. Jan. 1715. L.C.W. T. I. S. 511. u. C.A. T. III. S. 515. **8)** S. noch die Art: Beschädigung, Kosten, Straßen, Brandstiftung, Gemeingefährlichkeit, Verwaltungsbehörden, Polizei.

Brückenbau. S. Techniker, Brücken, Finanzministerium, Min. d. Innern.

Brückenwagen, s. Gewicht.

Brückenzoll. S. Brücken, Chausseegeld, Gemeindeleistungen, Straßen.

Brüder. **1)** Bei der Lehnssuccession erben, wenn B. u. Bruderskinder concurriren, diese ex jure repraesentationis, in stirpem, wenn auch im Lehnbriefe die Clausel: nach rechter Sippzahl aufgenommen worden, 29. Const. P. III. v. 1572. C.A. T. I. S. 103., Laus. Lehns.O. v. 1652. C.A. T.III. S.355. u. L.C.W. T.I. S.1038. Concurriren jedoch B. und die Enkel eines verstorbenen Bruders, so tritt das Repräsentationsrecht nicht ein, Bef. v. 1. Juli 1797. §. 1. C.A. C. II. T. I. S. 1177. **2)** Wenn der Vater mehrere Söhne hinterläßt, einem aber das Lehn durch Testament bestimmt, so müssen die B. die Lehn zuvörderst suchen, und dann dem Lehnsfolger tradiren, es müßte denn im Lehnbriefe dem Vater facultas testandi verliehen sein. M. v. 30. April 1764. Tit. 1. §. 4. 5. C.A. C. I. T. I. S. 1023. **3)** Vor Gericht kann ein Bruder für den andern defensorio nomine, ohne Vollmacht, erscheinen. Pr.O. T.7. §.2. S.59. **4)** Vergl. noch die Art.: Advocaten, Erbfolge, Inventarium, Vollmacht, Ehe, Felonie, Verwandte, Geschwister.

Brüderschaften, s. Innungen, Verbindungen.

Brunnen. **1)** B., Röhrkasten u. andere Wasserbehältnisse auf den Gassen, vor und in den Häusern, sollen jederzeit mit Wasser angefüllt sein, und in gutem Stande erhalten werden, auch sollen, wo keine fließenden Wasser oder Bäche vorhanden, B. gegraben werden. V. v. 7. Febr. 1719. C.A. T. I. S. 1887., u. L.C.W. T. I. S. 848. Desgl. in den Dörfern, M. v. 18. Febr. 1775. Cap. I. §. 43. C.A. C.II. T.I. S. 720., Laus. D.F.O. v. 1777. Cap. I. §. 43. C.A. C. II. T. III. S. 121. u. L.C.W. T. III. S. 361. **2)** Die B., Röhrwasser u. d. m. müssen geräumt u. jederzeit in gutem Stande gehalten werden. ib. §. 41., M. v. 14. Oct. 1744. §. 3. C.A. C. I. T. I. S. 673. **3)** Zur Winterszeit sind d. B.röhren und Kasten durch Einbinden und Ueberlegung mit Stroh oder Mist vor dem Einfrieren zu bewahren. §. 42. der cit. Gesetze v. 1775 u. 1777. **4)** Um die B. sollen allezeit mehrere Wasserfässer auf Schleifen Tag und Nacht mit Wasser angefüllt stehen. ib. §. 44. **5)** B. und Tröge sind vor verdächtigem Vieh wohl zu verwahren. Gen. v. 29. Nov. 1749. §. 5. C.A. C. I. T.I. S. 741. u. L.C.W. T. I. S. 1003. **6)** S. Begräbniß, Gemeingefährl..., Ablösungsbehörden, Auszug, Polizei.

Brunnenmeister. S. Baugewerken.

Brunshauser-Zoll. S. Staatsverträge, V.

Brust. S. Section, Scheintod.

Bruttogewicht. S. Tara.

Buch. S. Bücher, Gift.

Buchbinder. S. Kalender, Buchhandel.

Buchdrucker. S. Censur, Gewerbsgehilfen, Presse...

Buchdruckereien. **1)** Zu Anlegung neuer B. bedarf es nicht mehr der Concession des Ministerii des Innern, sondern

nur der Erlaubniß der Ortsobrigkeiten, die aber gleichzeitig an die Kreisdirection und resp. die Gesamtcanzlei zu Glaucha berichten. V. v. 14. April 1848. G.S. S. 48., vorher: V. v. 5. Febr. 1844. §. 4. G.S. S. 7. **2)** Den B. zu Leipzig soll außer dem Verlage und Handel mit kleinen Schriften, Disputationen, Gesang-, Schulbüchern, Kalendern, in der Regel nur der Verkauf der für ihre Rechnung gedruckten Sachen frei stehen. Rescr. v. 25. Mai 1781. C.A. C. II. T. I. S. 49. **3)** Im Betreff der öffentlichen Verhältnisse des Buchdrucks geben noch Auskunft die Art.: Bücherwesen, Zeitungsverbot, Preßvergehen, Zeitschriften, Zeitungscaution, Presse, Druckschriften, Censur, Kalender, Polizei.

Bucheckern. S. Forstdiebst.

Buchführung. S. Grund- u. Hypothekenbuch, Concurs, Handelsbücher, Gegenbuch, Kirchenbücher.

Buchhandel. **1)** Die Angelegenheiten der Presse und des Buchhandels sind, in Rücksicht auf die V.U. v. 4. Sept. 1831. §. 35. G.S. v. 1831. S. 249., durch die Gesetze: über das Eigenthum an Geisteswerken v. 22. Febr. 1844. G.S. S. 27., und über die Ausübung der Censur v. 5. Febr. 1844. G.S. S. 2. geordnet worden. **2)** Buchbinder, Auctionirer, Hausirer und Disputationskrämer sollen den Buchhändlern keinen Eintrag thun. Bef. v. 12. Juli 1678. C.A. T. I. S. 413. **3)** Einige zur Aufnahme des B. in Leipzig geschehene Vorschläge betrifft das Rescr. v. 25. Mai 1781. C.A. C. II. T. I. S. 49. **4)** Wenn Buch- u. Kunsthandlungen des Auslandes den Bestellern, außer den bestellten Artikeln, für die Bezahlung der Subscriptionspreise noch die Gewährung von einer Verloosung abhängiger Geldgewinne zusichern, so sind solche Unternehmungen als Lotterien anzusehen, und in sofern nicht baare Geldgewinne, sondern durch das Loos zu bestimmende Gewinne in Büchern und Kunstgegenständen verheißen werden, als Ausspielungen. In beider Beziehung sind derartige Unternehmungen verboten. M. v. 30. Aug. 1793. C. A. C. II. T. I. S. 1059., Gen.V. v. 18. Febr. 1784. C.A. C. II. T. I. S. 834., namentlich auch das Subscribentensammeln dafür. Oeffentliche Aufforderungen zur Subscription unter solchen Bedingungen dürfen in inländ. öffentliche Blätter nicht aufgenommen oder sonst verbreitet werden. V. v. 28. Mai 1836. G.S. S. 109., Cens.Instr. §. 18. G.S. v. 1844. S. 19. **5)** Die öffentlichen Verhältnisse des Buchhandels betreffen auch noch die Art.: Bücherwesen, Presse, Zeitungsverbot, Strafgesetzb., Censur, Eigenthum an G., Polizei, Concursproceß, Handel- u. Gew., Kalender, Firma.

Buden. B. dürfen auf Wochen- u. Jahrmärkten erst nach beendigter Predigt aufgethan werden, Gen.Art. 17. v. 1580. C.A. T. I. S. 692., Syn.Decr. v. 1624. §. Nicht weniger befehlen rc. ib. S. 788., Pol.O. v. 1661. Tit. 2. §. 5. ib. S. 1566., Rev. Syn.-Decr. v. 1673. §. 18. ib. S. 829. S. auch Predigt, Jahrmarkt.

Budget. S. Ständeversammlung, Civilliste, Gesamtministerium.

Budissin. **1)** B. ist der Sitz eines Appellationsgerichts u. einer Kreisdirection. Urk. v. 17. Nov. 1834. §. 10. G.S. S. 485., G. v. 28. Jan. 1835. §. 3. G.S. S. 62., V. v. 6. April 1835. §. 2. G.S. S. 237., ferner **2)** eines Bezirksgerichts u. Gerichtsamts, Beil. zur V. v. 2. Sept. 1856. G.S. S. 243. f. — früher eines Landgerichts, und vor diesem eines Kreisamts, auf welches die Geschäfte des, zufolge d. Bek. v. 30. Dec. 1822. G.S. v. 1823. S. 4. errichteten, Gerichtsamtes übergingen. Man vergl. die V. v. 28. März 1835. §. 6. G.S. S. 213., die V. v. 28. Mai 1836. §. 4. G.S. S. 153., und die Bek. v. 30. Juli 1835. G.S. S. 423., auch die V. v. 24. Dec. 1833. G.S. S. 586. **3)** Der Stadtrath zu B. ist befugt, Reisepässe ins Ausland auszustellen. V. v. 2. Sept. 1829. G.S. S. 147. **4)** In Bezug auf die dasige Sparcassen- und Leihanstalt sehe man das Decr. v. 28. Febr. 1851. G.S. S. 55. f. 57. f., vorher: d. Decr. v. 30. Mai 1835. G.S. S. 270. **5)** Die Stadt B. ist eine derjenigen 6 Städte, deren erste Magistratspersonen Mitglieder der ersten Kammer sind, V. v. 14. März 1839. G.S. S. 82.

6) Der Decan des Domstifts zu B. ist Mitglied der ersten Kammer der Ständeversammlung; im Behinderungsfalle einer der drei Capitularen des Stifts, B.U.v.4.Sept. 1831. §. 63. G.S. S. 254. Hinsichtlich der Domstiftsbeamten ist an der zeitherigen Verfassung nach §. 3. der Urk. v. 17. Nov. 1834. G.S. S. 484. etwas nicht geändert worden. Das Consistorium des Domstifts ist 1. Instanz in Ehesachen, G. v. 28. Jan. 1835. §. 62. 63. G.S. S. 86. 87., s. Gerichte, und das ehemalige Domstiftsgericht war die 1. Instanz in Rechtssachen der kathol. Geistlichen seines Bezirks, B. v. 28. März 1835. §. 24. no. 1. G.S. S. 221. In Bezug auf die Realgerichtsbarkeit des letztern s. die neml. B. §. 27. S. 222. **7)** Das Gymnasium zu B. gehört unter die Gelehrten-Schulen, Bek. v. 2. Mai 1831. G.S. S.98. **8)** Ueber das Schullehrer-Seminar zu B. und dessen Fonds s. den Art.: Ober-Lausitz. Darin werden auch die Lehrer für die wendischen Schulen und kathol. Schullehrer gebildet. Urk. v. 17. Nov. 1834. §. 47. G.S. S.503. Wegen der daselbst stattfindenden Schulamtscandidatenprüfungen s. das Reg. v. 13. Juli 1835. §. 2. G.S. S. 395. **9)** In Bezug auf die Privilegien der Stadt B. wegen Führung des Wappens des Markgrafthums und ihrer Gerichtsbarkeit vergl. d. Decis. v. 8. Febr. 1544. C.A. T. III. S. 49. u. L.C.W. T.II. S.1296. Wegen der Mitleidenheit ihrer Landgüter: Prager Vertr. v. 15. Sept. 1534. Tit. Mitleidung. C.A. T. III. S. 43. u. L.C.W. T.II. S.1290., ang. Decis. a.a.O. Wegen des B.r Scheffelmaßes: ang. Vertr. v. 1534. Tit. Scheffelmaß a. a. O., u. vorher: Confirm. v. 1372. L.C.W. T. I. S. 688. Wegen des Burglehns: Privil. 2. Calend. Sept. 1310. L.C.W. T.III. S.919. **10)** Wegen der der Stadt B. früher zugestandenen geistlichen Gerichtsbarkeit über die Stadt u. die Stadt- u. Landesmitleidenden Dorfschaften vergl. das Rescr. v. 21. Mai 1776. u. das O.A.P. v. 30. Juli 1776. L.C.W. T. VI. S. 309. f. **11)** Die Hagelschädenversicherungsgesellschaft Saxonia: Decr. v. 20. Oct. 1851. G.S. S.373. Statuten ib. S.374. **12)** Der Thonwaaren- und Braunkohlen-Verein „Margarethenhütte" bei B., Decr. v. 25. Aug. 1859. G.S. S. 300. **13)** Verhältnisse der Stadt B. berühren noch die Art.: Ablösungsbehörden, Appellationsgerichte, Baugewerken, Kammerprocurator, Censur, Hypothekenbank, Gerichtsstand, Grund- u. H., Kreisdirectionen, Reiselegitimationen, Oberlausitz, Testamente, Oberamt.

Bücher. **1)** Die B., welche bei den Kirchen gehalten werden, sind gehörig aufzubewahren, 43. Gen. Art. v. 1. Jan. 1580. C.A. T.I. S.712., Laus. B. v. 14. Mai 1830. G.S. S. 55., wegen des Leipziger Kreis-Dir.-Bez.: Regul. v. 5. Jan. 1840. im Cod. des S. K.R. S.299. **2)** Beim Tode oder Abzuge eines Pfarrers sind sie gehörig zu übergeben, B. v. 9. Jan. 1719. C.A. C.I. T.I. S. 196. **3)** Statt des Dresdner Katechismus sollen in Schulen ohne höhere Genehmigung keine andern B. eingeführt werden, B. v. 1. Sept. 1713. C.A. T. I. S. 385. 897. **4)** Bei Einführung neuer Katechismen, Bekenntnißschriften, Religionsbücher, Gesangbücher oder deren Aenderung und Vermehrung ist das Evang. Landes-Consistorium zu hören, B. v. 10. April 1835. §. 13. G.S. S. 247. **5)** Vergl. noch in Bezug auf Bücher, Bücherwesen oder Buchführung die Art.: Auction, Censur, Eigenthum an G., Bibliotheken, Betten, Amtsbücher, Buchhandel, Kirchenbuch, Handelsbücher, Geistliche, Leihbibliotheken, Privilegien, Confirmation, Creditverein, Gegenbuch, Hypothekenbank, Sittlichkeit, Symbol..., Staatsverträge, IX., Perikopenbuch.

Bücherauction. S. Auction, Buchhandel, Censur.

Büchercommission. S. Leipzig.

Büchernachdruck. S. Eigenthum an G.

Bücherverlagscontract. S. Eigenthum an G.

Bücherwesen. **1)** Zu Ausübung des Gewerbes eines Buch- oder Steindruckers, Buch- od. Kunsthändlers, Antiquars, Leihbibliothekars, Verkäufers von Zeitungen oder Flugschriften und bildlichen Darstellungen bedarf es in

allen deutschen Bundesstaaten persönlicher Concession. V. v. 29. Jan. 1855. §. 1. f. G.S. S. 22., u. V. v. 30. Jan. 1855. §. 2. f. G.S. S. 28. f. **2)** S. Censur, Presse, Preß...

Büchse. S. Jagdvergehen, Waffen. In anderm Sinne: Armencassen, Auflegegeld.

Büchsengelder, —pfennige. S. Bergalmosen, Knappschaftscassen.

Bühne. S. Schauspiel...

Bündniß, s. Verbindungen.

Bürde, s. Belastung.

Bürge. S. Arrest, I., Verbürgung, Agenten.

Bürger. Die Verhältnisse der städtischen Bürger kommen mit in Erwähnung unter: Aufenthalt, Bürgerverzeichnisse, Ehrenrechte, Bürgerrecht, Haustrauung, Haustaufe, Polizei, Rügenproceß, Schutzverwandte, Stadtgemeinde, Taufe.

Bürgerausschuß. **1)** In den Städten, mit Ausnahme von Dresden und Leipzig und ganz kleiner Städte, in deren Statuten eine Ausnahme bestimmt ist, besteht ein Größerer B. §. 109. f. d. A.St.O. G.S. v. 1832. S. 45., §. 2. d. G. v. 9. Dec. 1837. G.S. S. 140. Erwählt die Mitglieder des Raths, beschließt über die Veräußerung und Erwerbung von Grundstücken, Aufnahme neuer Capitale, über neue Anlagen, Veränderung der Stadtverfassung; es kann auch die Regierung die Berathung mit ihm anordnen. §. 111. d. St.O. G.S. v. 1832. S. 45. **2)** Den Vorsitz im B. führt in der Regel ein Mitglied des Raths, doch ohne Stimmrecht, bei Wahlen aber ein aus seinem Mittel unter Leitung des Vorsitzenden der Stadtverordneten gewählter Vorstand. §. 112. ib. S. 46. **3)** Der B. darf sich nur auf eine an den Vorsitzenden der Stadtverordneten ergangene Aufforderung des Raths, oder auf Anordnung der Regierung versammeln, und bei Strafe der Nichtigkeit lediglich mit den ihm besonders vorgelegten Gegenständen beschäftigen. §. 113. ib. S. 46. **4)** S. Stadtrath.

Bürgereid. S. Bürgerrecht.

Bürgergarden. Das Institut der B. wurde durch das M. v. 22. März 1828. G.S. S. 25. hervorgerufen, jedoch im Jahre 1830. durch das M. v. 29. Nov. 1830. G.S. S. 197. wieder aufgehoben. S. noch: Schützengesellschaften.

Bürgerglocke. S. Glocken.

Bürgerliche Ehrenrechte. S. Ehrenrechte.

Bürgerliche Mündigkeit. S. Alter.

Bürgerliche Nahrung. **1)** Die b. N. begreift in sich Braunahrung, Weinschank, Kaufmannschaft, Handwerk; sie sollte, nach der frühern Verfassung, nur den Bürgern in Städten zustehen, und daher auf den Dörfern nicht getrieben werden. L.O. v. 1482. C.A. T. I. S. 10. u. 11., Res. gr. v. 1612. Justizs. §. 26., desgl. v. 1661. Justizs. §. 99. ib. S. 182. u. 244., M. v. 29. Jan. 1767. C.A. C. I. T. I. S. 941. **2)** Die von Adel sollten sich des Treibens einer b. N. bei 100 Fl. Strafe enthalten. L.O. v. 1482. und M. v. 9. Juli 1551. C.A. T. I. S. 10. 1397., L.O. v. 1. Oct. 1555. T. Brauen ꝛc. C.A. T. I. S. 66., Res. gr. v. 1661. Justizs. §. 118. C.A. T. I. S. 252. und bei 10 Thlr. Strafe auf dem Lande keine Handwerke treiben. L.O. v. 1482. C.A. T. I. S. 11., Laus. Decis. v. 8. Febr. 1544. C.A. T. III. S. 68., L.O. v. 1551. ib. S. 87., Conceff. v. 12. März 1562. ib. S. 106., Ständ. Pact. v. 1619. u. 1654. Confirm. d. 1. Febr. 1666. ib. S. 361., O.A.M. v. 30. Nov. 1675. ib. S. 285. Wegen der Lausitz: Decis. v. 8. Febr. 1544. L.C.W. T. II. S. 1296. u. C.A. T. III. S. 68., L.O. v. 1551. ib. S. 87., Conceff. v. 12. März 1562. ib. S. 106. u. L.C.W. T. I. S. 181., Ständ. Pact. v. 1619. u. 1654. Confirm. d. 1. Febr. 1666. C.A. T. III. S. 361. u. L.C.W. T. I. S. 1048., O.A.Pat. v. 30. Nov. 1675. C.A. T. III. S. 285. u. L.C.W. T. I. S. 694. **3)** Wenn ein Kirchendiener b. N. durch Kauf oder Erbfall an sich brachte, sollte er dieselbe durch sich und die Seinigen so betreiben, daß an seinem Amte nichts versäumt werde. K.O. v. 1580. T. von Immunitäten ꝛc. C.A. T. I. S. 535. **4)** In wieweit gegenwärtig b. N. auf dem platten Lande getrieben werden darf, enthalten: d. M. v. 21. Febr. 1827. G.S. S. 73. wegen des Bierbrauens, Ausschrotens und Verzapfens auf dem Lande (s. Bier),

und das G. samt V. v. 9. Oct. 1840. G.S. S. 246. 254. den Gewerbsbetrieb auf dem Lande betr. S. auch d. Art.: Brandwein, Unterthanen... **5)** An einen bestimmten Stand ist die b. N. nicht mehr gebunden. V.U. v. 1831. §.28. G.S. S.248. **6)** In den Städten hängt die Fähigkeit zum Betriebe b. N. von Gewinnung des Bürgerrechts allein nicht ab, wenn und soweit sie an Innungsverhältnisse, besondre Concessionen u. Bedingungen geknüpft ist. A.St.-O. v. 1832. §. 63. G.S. S. 34. **7)** B. N. dürfen Soldaten weder in Städten, noch auf dem Lande treiben, Ordonn. v. 19. Juli 1828. II. Th. §. 50. ff. G. S. S. 161. **8)** Auch vergl. d. Art.: Adel, Gast- u. Sch., Getreide, Handlung, Wein.

Bürgerliches Gefängniß. S. Arrest.

Bürgermeister. **1)** Das erste Mitglied des Stadtraths (auch in solchen Städten, welche statt der A.St.O. die L.-Gem.O. angenommen haben, G. v. 7. Nov. 1838. §. 2. G.S. S. 450.) heißt der B. — Oberbürgermeister blos, wo und wenn es in dem bestätigten Localstatute so festgesetzt ist, §.191. der A.St.O. v.2. Febr.1832. G.S. S. 66. Der B. ist der Director des Rathscollegii; wo Gefahr im Verzuge, hat er das Erforderliche sofort vorzukehren, ist aber für solche allein getroffne Verfügungen dem Rathe verantwortlich, ib. §.211. S.70. **2)** B. in Städten können die Uebernahme einer Vormundschaft (s. d.) ablehnen, auch bei Antritt ihres Amts die bisher verwaltete niederlegen. V.O. Cap. IX. §. 1. no. 2. C.A. C. II. T. I. S. 399., C.A. C. II. T. III. S.309. **3)** Wenn Räthe in Städten zu citiren sind, so kann die Citation dem B. insinuirt werden. E.P.O. ad T. 4. §. 2. S.39. S. Vorladung. **4)** Insoweit die Verwaltung der Polizei in den städtischen Gemeindebezirken dem Stadtrathe als Stadtpolizeibehörde (vergl. d. Art. Polizei u. §. 252. f. der A.St.O.) zusteht, hat sie in der Regel unter persönlicher Leitung und Verantwortlichkeit des B. zu geschehen. G. v. 11. Aug. 1855. §. 24. G.S. S. 148. **5)** In solchen Städten, Dresden und Leipzig ausgenommen, in welchen, ohne daß sie selbst Sitz eines Gerichtsamtes sind, das Gerichtsamt des Gerichtssprengels polizeiliche Functionen auszuüben hat (s. Polizei), denen es sich nicht unmittelbar unterziehen kann, ist der B. oder an dessen Stelle ein anderes von der Amtshauptmannschaft mit dem Gerichtsamte zu bestimmendes Mitglied des Stadtraths örtliches Organ der Polizeibehörde. §. 25. ib. In dieser Eigenschaft hat dasselbe nicht nur die ihm von dem Gerichtsamte ertheilten Weisungen und Aufträge in dessen Namen zu vollziehen, sondern kann auch von demselben beauftragt werden, gewisse polizeiliche Geschäftszweige selbständig unter eigener Verantwortlichkeit zu besorgen. ib. und im Einzelnen: V. v. 30. Sept. 1856. §§. 10—13. G. S. S. 375. f., mit der Berichtigung, ib. S.396. **6)** S. Hinrichtung, Stadtrath, Ständeversammlung, Niederlassung, Täuschung.

Bürgerrecht. **1)** Allgemeine Erfordernisse zu Erlangung des B. sind: bürgerliche Selbständigkeit und Bekenntniß des christlichen Glaubens, §.41. d. St.O. v. 2. Febr. 1832. G. S. S. 30., besondere Erfordernisse: Besitz von Immobilien im Stadtbezirke oder gesichertes Auskommen mit wesentlichem Wohnsitze oder wenigstens Gewerbsbetriebe innerhalb des Stadtbezirks. Die in solche Verhältnisse erst Eintretenden müssen das B. gewinnen. §. 42. 43 ib. Das Nähere enthalten die §§. 44—55. ib. S. 30. f. **2)** Die Behörde, welche das B. ertheilt, ist der Stadtrath, §. 56. ib. S. 33. Die Verpflichtung zum Bürger erfolgt mittelst Handschlags und ist mit dem Unterthanen- und Verfassungs-Eide zu verbinden, wenn der neue Bürger solche noch nicht geleistet hat. §.57. ib. S.33. **3)** Ueber alle Bürger wird eine Bürgerrolle geführt. §. 58. ib. Das Ehrenbürgerrecht kann Rath u. Stadtgemeinde um die Stadt verdienten Männern und andern ausgezeichneten Personen ertheilen. Ehrenbürger sind nicht zu verpflichten und nehmen an den Gemeindeleistungen nicht Theil. §. 59. ib. **4)** Die B.sgebühren bestimmt das Statut §. 60. ib., desgl. etwaige fiscalische, erb-, lehn- und gerichtsherrschaftliche Leistungen bei Aufnahme neuer Bürger. §.61. ib. S.34.

Es giebt nur einerlei B., ib. §.62. **5)** Die in geistlichen und Schulämtern Angestellten brauchen es nicht zu gewinnen. §.48. d. A.St.O. v. 2. Febr. 1832. G.S. S. 31., es ist jedoch auf Ansuchen denselben nicht zu versagen, K.O. v. 1580. Tit. Von Immunitäten ꝛc. C.A. T. I. S. 535. — Nach §. 52. d. A.St.O. l. c. S. 32. beruht die Gewährung des Gesuchs auf weiterm Ermessen. **6)** Die älteren Bestimmungen über das städtische Bürgerrecht geben: die Res. gr. v. 23. April 1612. Justizs. §. 29. C.A. T. I. S. 183., M. v. 4. Oct. 1650. C.A. T. II. S.15., Res. gr. v. 22. Juni 1661. Justizs. §.107. 108. 109. C.A. T.I. S.247., A.T.A. v. 21. Dec. 1680. ib. S.360., M. v. 29. Jan. 1767. §.2. C.A. C. I. T. I. S.944., M. v. 8. Jan. 1780. Cap. 3. §.11. C.A. C.II. T.I. S. 774., L.C.W. T. III. S. 278. u. C.A. C. II. T. III. S. 161., Gen. v. 2. Jan. 1781. C.A. C. II. T. I. S. 1235., Res. gr. v. Landt. 1811. B. C.A. C. III. T. I. S. 35. **7)** Ueber den nemlichen Gegenstand finden sich ferner Nachweise bei den Worten: Advocaten, Armencasse, Bürgerliche N., Abdecken, Dorfhandel, Geistliche, Heimaths..., Ehrenrechte, Meister, Juden, Landesschulen, Schutzverwandte, Stadtgemeinde, Unterthanen, Wüstungen.

Bürgerrolle. S. Bürgerrecht.

Bürgerschulen. Vorschriften im Betreff der Errichtung höherer städt. B. enthält die V. d. Cult.M. v. 19. Nov. 1835. im Cod. d. S. K.R. S. 399.

Bürgertugend. S. Religion.

Bürgerverzeichnisse. **1)** Vollständige B. sind für den Zweck der Stadtverordnetenwahlen zu halten und fortzuführen. §. 132. d. A.St. O. v. 2. Febr. 1832. G.S. S. 51. **2)** Diese Verzeichnisse können, bei mehrern auf einander folgenden Wahlen, wieder benutzt werden, nur ist über die seit der letzten Wahl eingetretenen Veränderungen ein Nachtrag zur Liste, unter gleichmäßiger Ausfertigung, zu bringen. G. v. 9. Dec. 1837. G.S. S. 141. **3)** In Bezug auf die Fortführung u. Ergänzung der B. haben alle Gerichte u. sonstige öffentl. Behörden, bei welchen in Rücksicht auf Bürger einer inländischen Stadt solche Umstände sich ergeben, welche den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zur Folge haben, den betreffenden Stadtrath auch unaufgefordert davon in Kenntniß zu setzen. ib.

Bürgschaft. S. Verbürgung.

Büsche. S. Forst..., Holz..., Waldungen.

Büttner, s. Böttcher.

Bund, deutscher, **Bundesbeschlüsse.** **1)** Die im Art. 116. bis mit Art. 119. des Str.Gb. dem Hochverrathe angedrohten Strafen sind unter gleichen Verhältnissen auch auf gewaltsame Angriffe gegen die Selbständigkeit u. Verfassung des deutschen Bundes anzuwenden. Str.Gb. v. 1855. Art. 120. Vorher: Art. 82. des Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 135. **2)** Die von der deutschen Bundesversammlung seit 1819. gefaßten und im Königreiche Sachsen publicirten Beschlüsse sind, abgesehen von den unter: Staatsverträge II. A. erwähnten, folgende: a) der Beschluß in Betreff der Preßfreiheit, M. v. 13. Nov. 1819. G.S. S. 229., (dazu unten v) und — aus den Jahren 1821. u. 1822. — die wegen der Bundeskriegsverfassung, V. v. 3. Aug. 1838. G.S. S. 153. f., — b) wegen der in Ansehung der Universitäten zu ergreifenden Maßregeln, M. v. 21. März 1825. G.S. S. 67., (dazu unten v), — c) wegen der Aufsicht auf Zeitungen, Zeit- und Flugschriften, Bek. v. 7. Dec. 1831. G.S. S. 355., (dazu unten v), d) in Betreff der Gefährdung der Ruhe in den Bundes-Staaten, V. v. 24. Juli 1832. G.S. S. 389., (dazu unten v), — e) in Bezug auf die Maßregeln zu Aufrechthaltung der gesetzl. Ruhe im deutschen Bunde, V. v. 24. Nov. 1832. ib. S. 469., wegen der Druckschriften, ib. S. 469., wegen der Vereine, außerordentlichen Volksversammlungen, Volksfeste, Abzeichen, Fahnen und Flaggen, Freiheitsbäume, Universitäten, ib. S. 470., wegen der Universitätslehrer, der allgemeinen Burschenschaft und aufwieglerischer Einheimischen, ib. S. 471., wegen fremder politischer Verbrecher, deren Auslieferung u. gegenseitiger militairischer Assistenz der Bundesregierungen, ib. S. 472., (dazu unten v), — f) über das Verfahren der Unterbehörden bei Requisitionen ausländischer Behörden wegen Auslieferung politischer Verbrecher, V. v. 1. Dec. 1832. G.S. S. 474., — g) wegen Sicherstellung der Rechte der

Schriftsteller, Herausgeber u. Verleger gegen den Nachdruck, V. v. 1. Juni 1833. G.S. S. 63., u. V. v. 4. Jan. 1838. G.S. S. 17., u. s. unten s, — h) wegen Besuchs der Universitäten Zürich und Bern, VV. v. 4. Dec. 1834. G.S. S. 471., (dazu unten v), — i) die Universitäten u. andere Lehr- und Erziehungsanstalten betr., V. v. 2. Jan. 1835. G.S. S. 7., V. v. 9. Oct. 1841. G.S. S. 240., (dazu unten v), — k) wegen des Wanderns der Handwerksgesellen, VV. v. 6. Juli 1835. G.S. S. 388. u. 389., (dazu unten v), — l) wegen Aufnahme von Nachrichten und Berichten über Verhandlungen deutscher Ständeversammlungen in Zeitungen und periodische Schriften, V. v. 4. Juli 1836. G.S. S. 168. (dazu unten v), — m) wegen Bestrafung von Vergehen gegen den deutschen Bund und der Auslieferung politischer Verbrecher, V. v. 15. Oct. 1836. G.S. S. 308., u. s. unten y, — n) wegen Errichtung eines Schiedsgerichts zu Entscheidung der Streitigkeiten zwischen Regierung und Ständen, V. v. 3. Dec. 1834. G.S. S. 462., — o) wegen der Schönb. Receßverhältnisse, Bek. v. 17. Aug. 1836. G.S. S. 205., — p) über die Handwerkerverbindungen, VV. v. 2. Jan. 1841. G.S. S. 5. 6., — aufgehoben bei v, — q) wegen des Schutzes musikalischer und dramatischer Werke gegen unbefugte Aufführung, V. v. 29. Juni 1841. G.S. S. 67., erweitert 1857. laut V. v. 31. März 1857. G.S. S. 65. (s. dazu Eigenthum an G.), — r) wegen Bestrafung des Negerhandels, V. v. 18. Aug. 1845. G.S. S. 179., — s) wegen des Schutzes der literarischen und artistischen Erzeugnisse gegen Vervielfältigung auf mechanischem Wege, V. v. 16. Aug. 1845. G.S. S. 189., V. v. 20. Dec. 1856. G.S. v. 1857. S. 1., und oben g, — t) wegen der communistischen Vereine, V. v. 24. April 1847. G.S. S. 74., — aufgehoben, s. v, — u) wegen Aufhebung der Censur und Einführung der Preßfreiheit, V. v. 9. März 1848. G.S. S. 17. — v) Hiervon sind durch den Beschluß vom 2. April 1848. wieder aufgehoben worden: die unter a bis mit e, h bis mit l, p. u. t. V. v. 15. April 1848. G.S. S. 49. — w) Am 24. Juni 1852. ist ein Beschluß gefaßt worden über den militairischen Gerichtsstand in Strafsachen bei Bundestruppen, welche im Frieden zu Bundeszwecken zusammengezogen wurden, publ. mit V. v. 4. Sept. 1852. G.S. S. 286. (s. dazu: Militairgerichtsb.), — x) am 12. Juni 1845. wegen des Standesverhältnisses der Gräfl. Familie Bentinck, publ. mit V. v. 26. Aug. 1853. G.S. S. 183., — y) am 26. Jan. 1854. (unter Bestätigung des Beschlusses bei m) wegen gegenseitiger Auslieferung von Verbrechern auf Bundesgebiete, publ. mit V. v. 27. Febr. 1854. G.S. S. 74. — S. dazu: Staatsverträge, — z) am 6. Juli 1854. wegen Verhinderung des Mißbrauchs der Presse, und am 13. Juli 1854. im Betreff des Vereinswesens, publ. durch die VV. v. 29. u. 30. Jan. 1855. G.S. S. 22. f. 30. f. Dazu die VV. v. 30. u. 31. Jan. 1855. G.S. S. 27. f. u. 32. — aa) Wegen der Marschbereitschaft: V. v. 30. April 1859. G.S. S. 65. **3)** In Ausführung der vom Bunde gefaßten Beschlüsse kann die Regierung durch die ermangelnde Zustimmung der Kammern nicht gehindert werden. Sie treten sofort mit der vom Könige verfügten Publication in Kraft. Es müssen daher auch die zur Ausführung derselben erweislich erforderlichen Mittel aufgebracht werden, wobei jedoch im Uebrigen die Mitwirkung der Kammern nach §. 97. der V.U. nicht ausgeschlossen ist. §. 1. des G. v. 5. Mai 1851. G.S. S. 123. (statt vorher §. 89. der V.U.)

Bundesschiedsgericht, provis. zu Erfurt, über dessen Errichtung zwischen Sachsen, Preußen und Hannover s. die Bek. v. 10. Juli 1849. G.S. S. 136., u. die V. v. 13. Sept. 1849. G.S. S. 227. Durch die Bek. v. 4. Juni 1850. G.S. S. 148. kamen diese Bestimmungen wieder in Wegfall.

Bundestagssachen. S. Gesamtministerium, Bund.

Bundestruppen. S. Bund, Militairgerichtsbarkeit.

Bureau, s. Statist...

Burglehn, s. Budissin.

Burgstädt. Die Sparcasse: Decr. v. 10. Juni 1854. G.S. S. 151.

Burkersrodaer Stiftung. S. Dresden.

Burschenschaft. Auf den Verein der allgemeinen B. sollen die, gegen geheime u. nicht autorisirte Verbindungen auf Universitäten bestehenden, Gesetze ganz besonders ausgedehnt, und solche Individuen, welche in dergleichen Verbindungen geblieben, bei keinem öffentlichen Amte zugelassen werden. V. v. 24. Nov. 1832. G.S. S. 471., V. v. 2. Jan. 1835. G.S. S. 7. S. noch Bund.

Busch. S. Forst..., Holz..., Waldungen.

Buße. S. Geldstrafe, Kirchenbuße.

Bußtage. **1)** Bei Veränderung der B. ist das Evang. Landes-Consistorium zu hören, V. v. 10. April 1835. §. 13. G.S. S. 247. **2)** Die Anordnung neuer B. erfolgt von den in Evangelicis beauftragten Staatsministern, Regul. v. 12. Nov. 1837. G.S. S. 104. Wegen der Schönb. Receßherrschaften s. den Receß v. 4. Mai 1740. §. 19. II. G.S. v. 1835. S. 606. und den Erl.Rec. v. 7. Oct. 1835. Abschn. I. u. VIII. ib. S. 611. f. **3)** Die B. haben auch die Reformirten mit zu feiern, §. 7. a. des Regul. v. 7. Aug. 1818. G.S. S. 60. **4)** Die Zahl der B. ist auf zwei beschränkt. Rescr. v. 13. Jan. 1831. §. I. II. G.S. S. 27., Bek. v. 19. Jan. 1831. ib. S. 33. **5)** Ueber das Geschichtliche der B. vergl.: das M. v. 28. Dec. 1663. C.A. T.I. S. 807. f., Extr. aus d. L.T.A. v. 1763. ad gr. 4. C.A. C.I. T.I. S. 91. In Absicht auf die Lausitz: O.A.Pat. v. 5. März 1635., 28. Oct. 1669. L.C.W. T.II. S. 1140. 1151., Rescr. v. 8. März 1681. L.C.W. T.I. S. 757., O.A.Pat. v. 28. Oct. 1682. L.C.W. T.II. S. 1153. **6)** Wegen der Einsammlung u. Einsendung der B.collecten vergl. das Gen. v. 27. Aug. 1728. C.A. C.I. T.I. S. 217., und das Ausschr. v. 28. Jan. 1729. ib. S. 219., in der Oberlausitz, für deren Arme sie zu verwenden, Rescr. v. 29. Jan. 1772. L.C.W. T.III. S. 907. **7)** Wegen der B.collectencasse s. die Conv. v. 4. April 1825. §. V. G.S. v. 1828. S. 276. **8)** Vergl. noch: Sonntags..., Becken, Collecten, Forstverbrechen, Wechselverkehr, Zusammenkünfte, Transport, Fristen.

Buttenträger. S. Hausiren.

Butter. **1)** Der Verkauf der B. darf nur nach dem Gewichte oder der Kanne, 1 K. = 2 *tt.*, in geformten Stücken blos nach der Kanne erfolgen. V. v. 11. Oct. 1851. G.S. S. 360. **2)** Brennendes Oel und brennende B. ist mit Asche, Erde, Koth oder Ausbreitung wollenen Zeuges darüber, nicht aber mit Wasser zu dämpfen, §. 15. Cap. III. d. D.F.O. v. 18. Febr. 1775. C.A. C.II. T.I. S. 728., Lauf. D.F.O. v. 1777. Cap. III. §. 15. C.A. C.II. T.III. S. 129. **3)** Zur Zeit der Viehseuche darf B. u. Käse aus inficirten Orten nicht eingebracht, auch B. von krankem Vieh nicht genossen werden, §. 27. 32. Cap. III. d. M. v. 13. Mai 1780. C.A. C.II. T.I. S. 794., C.A. C.II. T.III. S. 163. u. L.C.W. T.III. S. 417. **4)** Unter Aufhebung der wegen der Einrichtung der Buttergefäße erlassenen Rescripte v. 2. Aug. 1735. C.A. C.I. T.I. S. 638., v. 23. Juni (25. Febr.) 1736. ib. S. 639., und v. 23. Aug. (Juni) 1740. C.A. C.III. T.I. S. 377. verfügt die V. v. 13. Juli 1826. G.S. S. 199., daß den Butteraufkäufern allein die Beurtheilung der Richtigkeit des von den Verkäufern angegebenen Inhalts der Buttergefäße überlassen bleibe, daß jedoch gegen die Verkäufer, welche hierbei eines Betrugs sich schuldig machten, mit der gesetzlichen Bestrafung verfahren werden solle. **5)** S. Asche, Auszug, Gewicht, Zink, Zollwesen.

C.

Cabinet. S. Geheimes Cab.

Cabinetscanzlei. S. König.

Cadaver, s. Leichen, Todesstrafe.

Caducität. S. Wüstungen.

Cainsdorf. Die Erzgeb. Societäts-Bäckerei u. Brauerei betr., Decr. v. 29. Sept. 1858. G.S. S. 257.

Calamität, Calamitosen. S. Vor-

fälle, Bettelbriefe, Betteln, Steuererlaß, (wegen öffentl. Bitten für sie:) Censur.

Calcul. S. Rechnung...

Calculatoren. Wenn im Civilprocesse Beweis durch Rechnung geführt werden soll, so sind 2 oder 3 C. zuzuziehen, die zu diesem Ende besonders zu verpflichten sind. P.O. Tit. 28. §. 2. S. 159., C.P.O. ad Tit. 28. §. 2. S. 160. f. S. dazu: Beweis. Vergl. auch: Rechn...

Calender. S. Kal...

Callnberg (bei Lichtenstein). **1)** Es ist dort für Lehrerinnen eine Bildungsanstalt errichtet worden, welche unter der Aufsicht des Cultusministerium steht. Anh. zur Seminar-Ordnung §. 54. f. G.S. v. 1859. S. 269. f. S. auch: Lehrerinnen, **2)** S. Städte.

Calumnie. S. Advocaten, Denunciation.

Calumnieneid. S. Eid.

Camenz. **1)** Das der Stadt C. verliehene Privilegium König Johanns v. J. 1310. ist im L.C.W. T. III. S. 918. abgedruckt. — Bestimmungen wegen Mitleidenheit der C.r Landgüter enthält der Prager Vertr. v. 15. Sept. 1534. Tit. Mitleidung C.A. T.III. S.43., Decis. v. 8. Febr. 1544. ib. S. 54. L.C.W. T. II. S. 1287. 1296. **2)** Das C.r Scheffelmaß richtete sich nach dem Budissiner. Ang. Vertr. Tit. Scheffelmaß a. a. O. **3)** Die geistl. Gerichtsbarkeit der Stadt, doch mit Ausnahme der Consistorialrechte und insbesondre der Ehesachen wurde im Rescr. v. 9. Oct. 1811. L.C.W. T. VI. S. 313. anerkannt. **4)** Das dortige Bezirksgericht (s. die V. v. 2. Sept. 1856. G.S. S. 243. u. 249.) wurde wieder aufgehoben besage der Bek. v. 10. Febr. 1860. G.S. S. 11. **5)** Die Vorschuß- u. Leihanstalt das., Decr. v. 18. Dec. 1849. G.S. v. 1850. S. 1. **6)** Die Forderungen der Stadt C. für die dasigen Kirchen, Schulen u. das Hospital sind bei der Landestheilung vom Königreiche Sachsen übernommen worden, Commissar. Uebereinkt. v. 6. Dec. 1825. B. 2. a. dd. G.S. v. 1828. S. 331. **7)** Die Errichtung und Verfassung der Sparcasse das. publicirt die Bek. v. 19. Oct. 1839. G.S. S. 311., Decr. v. 19. Oct. 1839. ib. S. 312., Regul. S.313. ib. **8)** Ueber die städtische Anleihe vergl. die V. v. 6. Mai 1843. G.S. S. 23. **9)** S. Bettler, Oberlausitz, Reiselegitimationen.

Cameraden. S. Betrug, Cameradendiebstahl.

Cameradendiebstahl. Die Strafe des C. wird in §. 183. d. M.Str.Gb. G.S. v. 1855. bestimmt. S. Diebstahl. Vorherging §. 164. des M.Str.Gb. v. 1838. G.S. S. 259., M.Str.Gb. v. 14. Febr. 1835. Art. 27. f. G.S. S. 153., v. 4. Febr. 1822. §. 217. f. G.S. S.82., Gen.Ordre v. 22. Nov. 1790. C.A. C. III. T. I. S. 578.

Cameralwissenschaft. S. Finanzwesen.

Cammer... S. Kammer...

Canäle. S. Wasserläufe, Gewässer.

Candidaten, A. der Theologie und des höhern Schulamts. **1)** Diejenigen, welche die C.prüfung bestanden haben, bedürfen, wenn sie ein öffentl. Schulamt erhalten, nur noch der Anstellungsprüfung, Regul. v. 13. Juli 1835. §. 3. sub d. G.S. S. 396., V. v. 19. Nov. 1835. Cod. d. S. K.R. S. 407. not. 51. **2)** Jeder Superintendent hat über die in seiner Diöces sich aufhaltenden C. ein Verzeichniß zu halten, Gen.V. v. 19. Dec. 1788., IV., C.A. C. II. T. I. S. 209. und in der Lausitz die Vorsteher des Predigercollegium, Regulat. v. 7. Dec. 1809. §. 9. L.C.W. T. VI. S. 251. **3)** Sie haben sich bei ihrer Niederlassung u. der Veränderung ihres Wohnorts u. Geschäfts beim Ephorus anzumelden, Ang. Gen.V. v. 19. Dec. 1788. l. c., V. v. 13. Febr. 1824. Cod. d. S. K.R. S. 174., Regul. über die C.prüfungen v. J. 1833. §. 38. Cod. d. S. K.R. S. 344., in der Lausitz bei den Vorstehern des Predigercollegium, ang. Regulat. v. 1809. §. 8. **4)** Wenn sie die C.prüfung zur Zufriedenheit bestanden haben, so ertheilt ihnen die erhaltene Censur zugleich die licentia concionandi, V. v. 3. Jan. 1833. G.S. S. 341., Ang. Reg. §. 36. Cod. d. S. K.R. S. 344., jedoch haben sie solche erst dem Superintendenten, in dessen Sprengel sie predigen wollen, im Originale vorzulegen, §. 38. ib., und Gen.V. v. 19. Dec. 1788. sub IV. 1. C.A. C. II. T. I. S. 209., und

in der Lausitz dem Vorstande des betreffenden Predigercollegii, V. v. 24. Mai 1833. §. 2. G.S. S. 61. und s. noch §. 4. f. des ang. Reg. v. 1809. — Uebrigens giebt über die Zulassung der theologischen C.- u. Wahlfähigkeitsprüfung die V. v. 5. Sept. 1851. G.S. S. 325. das Nähere. Beide sind innerhalb 5 Jahren von erfolgter Exmatriculation an zu bestehen. ib. **5)** Die Beaufsichtigung der C. der Th. und des Predigtamts erfolgt zunächst a) in den Erblanden: durch die Superintendenten, Gen.V. v. 19. Dec. 1788. l. c., Gen.V. v. 13. Febr. 1824. Cod. d. S. K.R. S. 174., diese sollen auch für die Fortbildung der Candidaten bemüht sein, zu welchem Ende vorzüglich die sogenannten Prediger- oder Candidatenvereine bestehen, V. v. 20. April 1833. ib. S. 175., ang. Regul. v. 1833. §. 10. Cod. d. S. K.R. S. 342., V. v. 3. Juli 1834. ib., V. v. 2. April 1836. G.S. S. 82., V. u. Regul. v. 20. März 1844. G.S. S. 133., Bek. v. 2. Dec. 1844. G.S. S. 294.; b) in der Lausitz durch den Stadtmagistrat nebst 2 Mitgliedern des geistl. Ministeriums, Regul. v. 7. Dec. 1809. §. 2. L.C.W. T. VI. S. 249. Unter diesen bilden die Candidaten der Stadt und des Bezirks derselben das Predigercollegium, §. 1. ib. c) durch die Kreisdirectionen, und in gewisser Maße das evangel. Landesconsistorium (s. d.), vergl. deswegen die V. v. 15. Dec. 1836. im Cod. d. S. K.R. S. 174., §. 11. 12. d. V. v. 10. April 1835. G.S. S. 246. **6)** Hinsichtlich der Anzahl der Fuhren bei ihrer Einholung nach erlangter Anstellung s. das Regul. v. 18. Febr. 1799. §. 8. C.A. C. II. T. I. S. 224. **7)** Wenn sie in Sammelschulen oder in Pensions- und Erziehungsinstituten solchen Unterricht ertheilen wollen, zu welchem pädagogische Kenntnisse erforderlich sind, so haben sie in einer von der höhern Behörde, oder auch vor dem dießfalls besonders beauftragten Districts-Schulinspector, zu bestehenden pädagogischen Prüfung ihre Befähigung dazu darzuthun u. über ihre sittliche Würde u. Zuverlässigkeit durch Zeugnisse sich auszuweisen. V. v. 9. Juni 1835. §. 130. G.S. S. 333. **8)** Wenn sie als Hauslehrer angenommen werden, haben sie sich durch Zeugnisse über die bestandene C.prüfung vor dem Districts-Schulinspector zu legitimiren. ib. §. 133. **9)** Sie sollen durch Unterrichtsertheilung in den Sonntagsschulen ihre Fortbildung fördern und sich um das öffentliche Wohl verdient zu machen suchen. ib. §. 91. S. 321. **10)** Mittelst V. v. 12. Dec. 1848. G.S. S. 343. ist ein, ib. S. 344. f. befindliches, Regulativ über die Prüfungen der C. des höhern Schulamts erlassen worden. Dazu nachträglich: V. v. 15. April 1850. G.S. S. 89. **11)** S. noch Aemter, Anzeigen, Consistorien, Prüfung, Superintendenten. **B.** Anderer Fächer. Vergl. die Art.: Rechtscandidaten, Schulamtscandidaten, Forstcandidaten.

Candidatenprüfung. S. Candidaten.

Candidatentabellen. S. Anzeigen.

Candidatenvereine. S. Candidaten.

Canon..., s. Kanon...

Cantonnement. S. Militairleistungen.

Canzel. **1)** Das Verlesen der Gesetze und überhaupt die Bekanntm. weltlicher Gegenstände von der C. ist untersagt. 3. Gen.Art. v. 1580. Zum Neunten, C.A. T. I. S. 664., G. u. V. v. 2. Jan. 1835. G.S. S. 1. 2. **2)** Wenn ein Collator eine Person zur Probepredigt lassen will, hat er den Ephorus um Eröffnung der C. zu ersuchen, Res. gr. v. 1612. Consist.Sach. §. 5. C.A. T. I. S. 170. **3)** Religiöse Zweifel sollen nicht auf der C. erwähnt werden. Bef. v. 18. Juni 1566. C.A. T. I. S. 476. **4)** Die Tage, an welchen neue Schüler in die Schule aufgenommen werden, sollen von der C. abgekündigt werden, V. v. 9. Juni 1835. §. 53. G.S. S. 312., desgl. die Schulprüfungen, §. 60. ib. S. 313., und die Erndteferien, §. 72. ib. S. 316., ferner die Kirchentrauer für Kirchenpatrone und ihre Angehörigen, V. v. 12. Mai 1713. C.A. T. I. S. 893.; die Einführung neuer Gesangbücher, Rescr. v. 15. Juli 1799. C.A. C. II. T. I. S. 179.; und der Antritt neuer Superintendenten, V. v. 7. April 1836. Cod. d. S. K.R. S. 449. not.***

5) S. Almosen, Candidaten, Aufruhr, Collecten, Predigt, Gesetze, Aemter, B.

Canzlei. S. Erkenntnisse, Kreisdirectionen, Gerichte, Stempelsteuer.

Canzleidirector. Ueber die Stellung und Dienstobliegenheiten des Schönburgischen C. giebt der Erl.Receß v. 9. Oct. 1835. §. 5. f. G.S. S. 612. Auskunft.

Capital. Ueber Verhältnisse des Geldes als Capital und Capitalvermögen vergl. die Artikel: Ausleihung, Ablösung, Edictalcitation, Pfandrecht, Geringfügige R., Concursgläubiger, Concursproceß, Executionsverfahren, Ausländer, Kirchväter, Auszug, Zahlung, Zinsen, Bürgerausschuß, Cassen, Creditverein, Ehemänner, Ehestiftungen, Gemeinden, Zusammenlegung, Väter, Gemeindegrundstücke, Armencasse, Stadtvermögen, Staatsgut.

Capitalist. S. Gewerb- u. Personalsteuer.

Capitalstrafe, Capitalverbrechen. S. Todesstrafe.

Capitalzinsen. S. Zinsen.

Captiös. S. Vernehmung.

Capturbefehl. **1)** Zu Arretirung eines flüchtigen Schuldners sind den Gläubigern, auf ihr Ansuchen, offene C. zu ertheilen. M. v. 7. Jan. 1724. §. 6. C.A. T.I. S. 2377., L.C.W. T. I. S. 365., v.20. Dec. 1766. §. 6. C.A. C. I. T. I. S. 929., Laus. M. v. 2. Aug. 1783. §. 6., L.C.W. T. IV. S. 8. u. C.A. C.II. T.III. S. 180. Wenn aber dem Schuldner Anstand oder sicheres Geleite gegeben wird, so soll dies auch gegen die Wechselgläubiger gelten, wenn diese gleich vorher C. extrahirt hätten. Ang. M. v. 1724. §. 4., ang. M. v. 1766. u. 1783. §. 4. ib. l. c. S. jedoch hierzu §. 25. d. G. v. 28. Jan. 1835. C. G.S. S. 79. Während der Leipziger Messe kann der Schuldner auch ohne C. arretirt werden, M. v. 6. Sept. 1718. C.A. T. II. S. 2079., jedoch soll während der ersten Woche der 3 Messen die Meßfreiheit, wenn sich die Schuldner ihrer nicht begeben, respectirt werden. ib. **2)** Vergl. aber hierzu die Art.: Schuldner, Sicheres Geleit, Gerichtsstand, Concurs, Arrest, Wechsel...

Carcerstrafe. **1)** Die C. ist eine akademische Disciplinarstrafe für die Studirenden in Leipzig, §. 53. d. G. für die Stud. v. 29. März 1822. G.S. S. 304. **2)** In Schuldsachen der Studirenden findet sie nicht mehr Statt, vielmehr kommen auch hier die allgemeinen Landesgesetze wegen des Executionsverfahrens (s. d.) und der Appellation zur Anwendung. Rescr. v.27. Jan. 1830. G.S. S. 15., V. v. 29. Dec. 1831. G.S. v. 1832. S. 4.

Carethenzins. C. dürfen die Pfarrer nicht verlangen. Res. gr. v. 1661. Consist.-S. §. 14. C.A. T. I. S. 202.

Caricatur. S. Pasquill.

Cartell. **1)** Das schriftliche C. unter Studirenden wird nach den G. f. d. Stud. v. 29. März 1822. §. 159. f. G.S. S. 323. gestraft. **2)** S. Staatsverträge, II., Zweikampf.

Cartellconventionen. S. Staatsverträge, II.

Cassation. **1)** Durch die C. wird der Offizier nicht nur seiner Stelle und des damit verbundenen Titels und Ranges, sowie etwaiger Orden und Ehrenzeichen verlustig, sondern es begreift diese Strafe auch die Ausstoßung (s. d.) aus dem Soldatenstande und deren gesetzliche Folgen in sich. Nächstdem hat die C. noch die Wirkung, daß eintretenden Falls nicht auf Festungs- oder Offiziersarrest, sondern auf eine dem gleich stehende gemeine Strafe zu erkennen ist. M.Str.Gb. v. 1855. §. 16. G.S. S. 536. — Noch erwähnen der C. beim Militair: das M.Str.Gb. v. 1855. §§. 48. 52. 94. 136. 156. 167. 180. 184. 189. unter: Anstiftung, Verhinderung, Militairpflicht, Mißbrauch, Dienst, Diebstahl. Die C. soll auch wegen Wechselschulden erfolgen. Kriegsger.-Regl. v. 23. Jan. 1789. 8. Abschn. §. 17. C.A. C. II. T. I. S. 1311. **2)** S. Remotion, und, im Sinne der Löschung, die Artikel: Grund- u. Hyp., Pfandrecht, Reiselegitimationen, Creditverein, Hypothekenbank, Edictalcitation.

Cassationsstempel. S. Stempelsteuer.

Cassatorische Cl... S. Clausel.

Casse. S. Cassen, Eigenthum an G.

Cassel. In Bezug auf die Verhältnisse des Königreichs zu jenem Bundesstaate

vergl. die Artikel: Lotterie, Münzwesen, Staatsverträge, I. II. VI.

Cassen. **1)** Die C. der höheren Behörden haben ihren Gerichtsstand beim Bezirksappellationsgerichte. G. v. 28. Jan. 1835. §. 5. G.S. S. 76. **2)** Die öffentl. C. sind nicht befreit vom Quittungsstempel, Bek. v. 12. Juli 1843. G.S. S. 69., wodurch wegen der Lausitz die Bek. v. 13. Sept. 1824. G.S. S. 185. aufgehoben worden ist. **3)** Der gesetzliche Stempel ist auch zu Quittungen von Privatpersonen über Capitalzahlungen aus der Hauptstaats- und andern fiscalischen Cassen zu verwenden, wenn die Zahlung aus einem Contractsverhältnisse entspringt, und nicht im Interesse des Landes, der allgemeinen Wohlfahrt oder landesherrl. Dienstes erfolgt. Gen.V. v. 5. Nov. 1838. G.S. S. 474. **4)** Begräbnißcassen und ähnliche Institute können nicht ohne höhere Genehmigung errichtet werden, und müssen nach den durch die V. v. 29. Aug. 1832. G.S. S. 408. 415. publicirten Grundsätzen eingerichtet sein. — Aeltere Best.: Gen. v. 6. Dec. 1720. C.A. T. I. S. 1935., O.A.Pat. v. 18. Febr. 1721. C.A. T. III. S. 499. u. L.C.W. T. I. S. 427., Gen. v. 29. Juni 1762. C.A. C. II. T. I. S. 597., Rescr. v. 1. Aug. 1792. ib. S. 1045. Gegenwärtig ist die V. v. 29. Aug. 1832. aufgehoben und die Errichtung derartiger C. dem freien Willen der Betheiligten überlassen. V. v. 8. Juni 1849. G.S. S. 110. **5)** Die Visitation der C. von Kaufleuten soll erfolgen, wenn sich Verdacht geführter devalvirter und verrufener Münzen äußert. Rescr. v. 4. Dec. 1732. C.A. C. I. T. I. S. 603. **6)** Ueber C. u. C.wesen s. auch die Artikel: Advocaten..., Armencasse, Cassenverwalter, Altgeselle, Armencasseneinnehmer, Berggerichte, Bußtage, Erbschaft, Criminalcasse, Concursgläubiger, Gerichtsstand, Münzwesen, Ausgleichungscasse, Cassenbillets, Knappschaftscassen, Creditverein, Pfandrecht, Rechnung, Finanzministerium, Gemeinderath, Justizministerium, Kirchväter, Prediger..., Rechnungszehrungscassen, Schulcasse, Stadtvermögen, Staatsschuldencasse, Vormundschaft, Kammer-Credit-Casse, Wittwen...

Cassenbeamte. S. Unterschlagung.

Cassenbillets. **1)** Die, den bisherigen Gesetzen v. 16. April 1840., 9. Sept. 1843., 18. Juni 1846. u. 23. Nov. 1848. gemäß, nach Höhe von überhaupt 7 Millionen Thalern — — in Umlauf befindlichen C. sind nach dem G. v. 6. Sept. 1855. G.S. S. 527. einzuziehen und durch eine neue Auflage von gleichem Nominalbetrage zu ersetzen gewesen, und 2 Millionen Thaler — — neuer C. waren anzufertigen und zunächst zur Staatsschuldencasse abzugeben, zum Umtausche defect gewordener Billets, als auch zeitweilig, jedoch nicht über das Jahr 1863 und nicht über die Summe von 1 Million Thaler hinaus, gegen Hinterlegung eines gleichhohen Betrags verzinslicher hierländischer Staatspapiere zu Verstärkung der umlaufenden Geldrepräsentationsmittel. §. 1. u. 2. d. G. v. 6. Sept. 1855. G.S. S. 527. Wegen der Form s. §. 3. und des Umtausches §. 13. f. — Zur Ausführung des Gesetzes ist die V. v. 26. Jan. 1857. G.S. S. 25. f. ergangen. Desgl. die V. v. v. 6. Mai 1858. G.S. S. 89. **2)** Bei allen und jeden an und aus Staatscassen zu leistenden Zahlungen, welche den auf den C. ausgedrückten Betrag erreichen und nicht ausdrücklich in klingender Münze bedungen sind, sollen dieselben anstatt baaren Geldes nach dem vollen Nennwerthe angenommen und ausgegeben werden. §. 5. des Gesetzes. Sie werden bei der Finanzhauptcasse zu Dresden jederzeit ohne Aufgeld gegen klingendes Courant umgetauscht. Das Finanzministerium ist ermächtigt, nach Befinden auch eine zweite Auswechslungsanstalt bestehen zu lassen. ib. §. 6. **3)** Die Finanzhauptcasse hat sich auch der Prüfung der Aechtheit oder Unächtheit verdächtig scheinender C. zu unterziehen, unächt befundene als solche mit einem Stempel zu bezeichnen und, wenn zu Feststellung des Thatbestandes in einer wegen nachgemachter oder verfälschter C. zu führenden Untersuchung erforderlich, besondere Unächtheitszeugnisse hierüber auszustellen. ib. §. 7. **4)** Der jedesmalige Inhaber von C. wird als deren rechtmäßiger Besitzer präsumirt und leiden überhaupt die über Vindication des baaren Geldes geltenden

Grundsätze auch auf die C. Anwendung. ib. §. 8. **5)** Wegen verlorener oder gänzlich vertilgter C. findet kein Ersatz Statt. ib. §. 9. Abgenutzte, beschädigte, zerstückelte, ingleichen unterklebte C. werden nur dann gegen brauchbare von gleichem Werthe umgetauscht, wenn deren Werthsbetrag und Aechtheit unzweifelhaft zu erkennen und die Ueberzeugung zu gewinnen ist, daß mit den fehlenden Stücken kein Mißbrauch geschehen könne. ib. §. 10. **6)** Ueber die Prämien zur Entdeckung etwaiger Nachahmungen von C. s. §. 11. **7)** Die zur Anfertigung falscher C. angewendeten oder doch bestimmten Werkzeuge und Vorrichtungen unterliegen ebenso, wie die betreffenden Falsificate selbst, der Confiscation und sind jedenfalls nach beendigter Untersuchung an das Finanzministerium einzusenden. ib. §. 12. **8)** Die bisherige Gesetzgebung über das Cassenbilletswesen enthalten: das Edict v. 6. Mai 1772. C.A. C. II. T. II. S. 397., C.A. C. II. T. III. S. 631. u. L.C.W. T. III. S. 956., V. v. 2. Sept. 1772. C.A. C. II. T. II. S. 847., Gen. v. 1. Sept. 1772. ib. S. 473., Rescr. v. 24. u. 25. Sept. 1772. C.A. C. II. T. III. S. 589. 587. u. L.C.W. T. V. S. 705., M. v. 4. Febr. 1773. C.A. C. II. T. I. S. 571., O.A.Pat. v. 15. Febr. 1773. C.A. C. II. T. III. S. 89., Gen. v. 21. April 1773. C.A. C. II. T. II. S. 1187., Gen. v. 13. Oct. 1774. ib. S. 1213., Ed. v. 30. Dec. 1778. ib. S. 405. C.A. C. II. T. III. S. 641. u. L.C.W. T. III. S. 972., Gen. v. 12. Jan. 1779. C.A. C. II. T. II. S. 1223., Rescr. v. 20. März 1789. ib. S. 411., M. v. 14. Oct. 1789. ib., L.C.W. T. IV. S. 496. u. C.A. C. II. T. III. S. 667., Rescr. v. 14. Oct. 1789. C.A. C. II. T. II. S. 413., Avert. v. 5. Oct. 1797. ib., C.A. C. II. T. III. S. 673., Avert. v. 23. Juli 1800. C.A. C. II. T. II. S. 417., Ed. v. 1. Juli 1803. L.C.W. T. V. S. 656. u. C.A. C. III. T. II. S. 315., v. 24. März 1807. ib. S. 326. u. L.C.W. T. V. S. 669.. M. v. 14. Juni 1808. C.A. C. III. T. I. S. 228. u. L.C.W. T. V. S. 673., v. 18. Sept. 1809. ib. S. 676. u. C.A. C. III. T. II. S. 329., v. 21. März 1812. ib. S. 331. u. L.C.W. T. V. S. 679., Rescr. v. 5. April 1813. C.A. C. III. T. I. S. 272., O.A.Pat. v. 29. Mai 1813. L.C.W. T. V. S. 681., v. 7. Juli 1813. ib. S. 685., Ed. v. 19. Aug. 1813. ib. S. 686. u. C.A. C. III. T. II. S. 333., Gen. v. 30. Juli 1813. C.A. C. III. T. I. S. 277., Pat. v. 4. Sept. 1813. C.A. C. III. T. II. S. 39., Publ. v. 10. Dec. 1815. C.A. C. III. T. I. S. 334., Bek. v. 15. Dec. 1815. ib. S. 335. u. L.C.W. T. V. S. 687., Ed. v. 18. Dec. 1815. ib. S. 688. u. C.A. C. III. T. II. S. 336., Gen. v. 28. Dec. 1815. ib. S. 339., dazu die V. v. 20. Juni 1832. G.S. S. 343., Bek. v. 29. Jan. 1816. C.A. C. III. T. II. S. 340., Pat. v. 31. Jan. 1816. ib. S. 48., Rescr. v. 3. Febr. 1816. L.C.W. T. V. S. 691., Ed. v. 1. Oct. 1818. G.S. S. 95. u. L.C.W. T. V. S. 692., Bek. v. 15. Oct. 1818. G.S. S. 82., M. v. 26. Aug. 1826. G.S. S. 208., G. v. 30. Juli 1834. G.S. S. 153., Bek. v. 30. Juli 1834. ib. S. 156., V. v. 23. Dec. 1837. G.S. S. 190., G. v. 8. Jan. 1838. G.S. S. 22., G. v. 16. April 1840., G.S. S. 53., und G. v. 9. Sept. 1843. G.S. S. 135., dazu die V. v. 15. Sept. 1842. G.S. S. 115., u. V. v. 9. Nov. 1843. G.S. S. 185., G. v. 18. Juni 1846. G.S. S. 59., G. v. 23. Nov. 1848. G.S. S. 293., Bek. v. 28. April 1849. G.S. S. 100., G. v. 16. Jan. 1851. G.S. S. 22. **9)** S. noch: Staatspapiere, Papiergeld.

Cassenbilletsanleihe. S. Anleihen.

Cassenpakete. S. Geldpakete.

Cassenscheine. S. Banknoten, Censur, Papiergeld.

Cassenverwalter. **1)** C. sind von Vormundschaften frei. V.O. Cap. IX. §. 1. sub 3. S. 40. **2)** Desgl., einschließlich der Controleurs, vom Dienste in der Communalgarde, wenn ihre Hauptbeschäftigung in der Cassenverwaltung besteht. V. v. 8. Oct. 1840. §. 2. c. G.S. S. 236. **3)** Desgl. vom Amte eines Kirchvaters. Gen.V. v. 30. Sept. 1729. C.A. C. I. T. I. S. 219., Bef. v. 2. Sept. 1737. ib. S. 229. **4)** Die fiscalischen C. bei den Aemtern und Kammergütern sollen die Ueberschußgelder monatlich abliefern. Gen. v. 9. Dec. 1786. C.A. C. II. T. II. S. 61., Gen. v. 8. Sept. 1792. ib. S. 95. **5)** Vergl. noch die Artikel: Cassen, Caution, Bezirksteuer..., Kirchväter, Steuer-Einnehmer, Rechnung, Staatsdienst.

Cassirtage. S. Wechselverkehr.

Casus. S. Vorfälle, Zufall.

Cat... S. Kat...

Cattun, s. Kattun.

Causa debendi. S. Executivpr..., Spielschulden.

Causae cognitio. S. Gerichtsbarkeit, Untersuchung...

Causalgerichtsstand. S. Gerichtsst...

Cautel. S. Clausel.

Caution, I. der Vormünder. Der Richter, welcher Minderjährigen, oder andern Personen (vergl. die V.O. Cap. 24. 25. S. 103. f.) einen Vormund bestellt, wel-

cher Vermögen zu verwalten hat, soll diesen zur Leistung einer C. anhalten. M. v. 4. Juni 1829. §. 44. G.S. S. 108., G. v. 25. Jan. 1836. §. 69. G.S. S. 23. (Vergl. d. Vorm.O. Cap. 24. u. 25. Handausg. S. 103. u. L.C.W. T. IV. S. 177. f.) a) Der Betrag dieser C. ist nach der ohngefähren Summe der einjährigen Einkünfte, welche der Vormund für die Bevormundeten einzunehmen hat, nach Abzug des Unterhaltungs- und Erziehungs-Aufwandes, und, wenn der Vormund außerdem Geld, Pretiosen, oder Staatspapiere, oder andere Schuldscheine des Bevormundeten verwahrt, auch hiernach zu bestimmen. M. v. 1829. §. 42., G. v. 1836. §. 70. l. c., vergl. die V.O. Cap. 10. §. 5. S. 45. b) Die C. wird durch Bürgen, Verpfändung von sichern Forderungen, Einlegung von Pfandstücken, sie kann aber auch, wenn der Vormund Immobilien besitzt, durch die Eintragung eines bestimmten Betrags in das Grund- u. Hypothekenbuch bestellt werden. M. v. 4. Juni 1829. §. 43. 44. G.S. S. 108. 109., G. v. 25. Jan. 1836. §. 71. 72. G.S. S. 23., G. v. 6. Nov. 1843. §. 38. unter 2. G.S. S. 198. c) Findet sich nachher, daß die C. nicht zureicht, so ist sie zu erhöhen, mithin, nach Befinden, ein anderweites C.quantum in das letztre einzutragen. Es kann aber auch, auf Verlangen des Vormundes, die C. herabgesetzt werden, wenn sich findet, daß es keiner so hohen, als bestellt ist, bedarf. M. v. 1829. §. 45., G. v. 1836. §. 73. l. c., G. v. 1843. §. 38. 43. l. c. d) Sind die Immobilien des Vormundes der Gerichtsbarkeit eines andern Richters unterworfen, und ist die Eintragung des C.sbetrags auf dieselben erforderlich, so hat der Vormundschaftsrichter zu veranstalten, daß jener Richter die Eintragung besorge. M. v. 1829. §. 46. S. 109., G. v. 1836. §. 74. S. 23., v. 1843. §. 38. l. c. e) Im Allgemeinen vergl. noch über die Eintragung des C.sbetrags §. 30—39. und 47. d. M. v. 1829. G.S. S. 107. f. u. § 60—68. 75. d. G. v. 1836. G.S. S. 22. f., sowie d. G. v. 1843. §. 38. G.S. S. 193. f) Der C.sbestellung bedarf es nicht, wenn die Einkünfte den zum Unterhalte und zur Erziehung des Bevormundeten erforderlichen Aufwand nicht übersteigen, und der Vormund sonst keine Gegenstände von Werth in Händen hat. M. v. 1829. §. 48. G.S. S. 109., G. v. 1836. §. 76. G.S. S. 24., G. v. 1843. §. 38. cit. g) Mit der C.sbestellung sind zu verschonen: die Mutter als Vormünderin ihrer Kinder, und die, welchen sie der Vater im Testamente erlassen hat, sofern nicht bedenkliche Umstände eintreten. V.O. Cap. 10. §. 6. S. 46., M. v. 1829. §. 49. G.S. S. 109., G. v. 1836. §. 77. G.S. S. 24., G. v. 1843. §. 38. cit. h) Uebrigens haben die Richter durch gerichtliche Aufbewahrung der Baarschaften, Pretiosen, Staats- u. dergl. Papiere in den Händen der Vormünder diesen die C.sbestellung möglichst zu erleichtern. M. v. 1829. §. 50. G.S. S. 109., G. v. 1836. §. 78. G.S. S. 24. u. vergl. d. V.O. Cap. 10. §. 5. S. 45. i) S. noch (wegen der Caution des Pflegers) den Art.: Beschlagnahme, ferner vergl. d. Art.: Vormundschaft, Abwesende, Ehemänner, Pfandrecht, Verwandte. **II.** Der Väter. Ein Vater hat a) wegen des Vermögens seiner Kinder, wovon ihm d. Nießbrauch zusteht, keine C. zu leisten. V.O. Cap. 22. §. 3. 6. S. 96., M. v. 1829. §. 51. 60., G. v. 1836. §. 79. 88. l. c. b) Es ist ihm aber deren Leistung anzusinnen, wenn wegen übler Wirthschaft, oder wegen Verschlimmerung der Vermögensumstände desselben, zu besorgen ist, daß die Kinder das Ihrige verlieren möchten. V.O. Cap. 22. §. 5. 6. S. 97., M. v. 1829. §. 52. 60., G. v. 1836. §. 80. 88. l. c., G. v. 1843. §. 38. cit. c) Bei Bestimmung des Betrags der C. ist hauptsächlich auf das von dem Vater zu verwaltende Mobiliarvermögen der Kinder zu sehen. V.O. Cap. 22. §. 5. 6. cit., M. v. 1829. §. 53. 60. G.S. S. 110., G. v. 1836. §. 81. 88. G.S. S. 24., G. v. 1843. §. 38. cit. d) Zur Verminderung des Betrags kann der Richter Pretiosen, Staatspapiere und andere Schuldscheine der Kinder in gerichtliche Verwahrung nehmen. V.O. l. c., M. v. 1829. §. 54. 60., G. v. 1836. §. 82. 88. l. c. e) Kann der Vater keine C. leisten, so ist, unbeschadet des Nießbrauchs desselben, den Kindern zur Verwaltung des Vermögens

ein Vormund zu bestellen. V.O. Cap. 22. §. 3. 6. S. 96., M. v. 1829. §. 55. 60., G. v. 1836. §. 83. 88. l. c. f) Wegen des Vermögens der Kinder, woran der Vater den Nießbrauch nicht hat, ist derselbe, wie ein Vormund, C. zu bestellen, auch jährlich Rechnung abzulegen, verbunden. Kann er die C. nicht leisten, so sind die Kinder ebenfalls zu bevormunden. V.O. Cap. 22. §. 3. 6. l. c., M. v. 1829. §. 56. 60., G. v. 1836. §. 84. 88. l. c., G. v. 1843. §. 38. cit. g) Auf die C. des Vaters ist alles anzuwenden, was in Ansehung der Vormünder (im M. v. 1829. §. 43—47. cit., im G. v. 1836. §. 71—75. cit.) bestimmt worden ist. M. v. 1829. §. 57., G. v. 1836. §. 85. l. c., G. v. 6. Nov. 1843. §. 38. unter 3. u. §. 43. G.S. v. 1843. S. 198. f. h) S. noch d. Art.: Mütter, Väter, Pfandrecht, Verwandte. **III.** Der Verwalter von Cassen u. d., sowie von Nutznießern. a) Wenn die Verwalter, Einnehmer u. zu Administrationen angestellten Diener des Fiscus, der Landescassen, Kirchen, höhern und niedern Unterrichtsanstalten, und der dazu bestimmten Stipendiencassen, der öffentlichen Versorgungs-, Unterstützungs-, Heilungs-, Straf- u. Besserungsanstalten mit Immobilien beliehen sind, so kann, auf den Antrag der ihnen vorgesetzten Behörde, ein angemessenes C.squantum in das Grund- und Hypothekenbuch eingetragen werden. M. v. 1829. §. 61. G.S. S. 110., G. v. 1836. §. 89. G.S. S. 25., G. v. 6. Nov. 1843. §. 38. unter 4. G.S. S. 198. b) In Ansehung der Quantificirung der einzutragenden C.ssummen, der Erhöhung, oder Verminderung, oder gänzlichen Löschung derselben und sonst, gelten die im §. 28—39., §. 42. 45. und 46. des M. v. 1829. G.S. S. 107. f., u. im G. v. 1836. §. 58—68. 70. 73. 74. G.S. S. 22. enthaltenen Vorschriften, in soweit solche anwendbar sind, ebenfalls. M. v. 1829. §. 62. G.S. S. 110., G. v. 1836. §. 90. G.S. S. 25., G. v. 6. Nov. 1843. §. 38. und 43. G.S. S. 198. f. c) S. noch Kirchväter, Armencasseneinnehmer, Pfandrecht. d) Pfarrer und Schulmeister haben bei Vorausnahme ihrer Holzdeputate C. zu bestellen, Rescr. u. V. v. 24. Juli 1715. C.A.T.I. S. 903., Cod. des S. K.R. S. 122. Vergl. auch den Art.: Geistliche. e) Bei den C. der Staatsdiener (vergl. das Gen. v. 22. Febr. 1817. C.A. C. III. T. II. S. 70., und Publ. v. 5. Mai 1830. G.S. S. 88.) sollen nach der V. v. 18. Nov. 1840. G.S. S. 359. künftig blos inländische Staatspapiere und diesen gesetzlich gleichstehende städtische Obligationen im 14 Thalerfuße zugelassen, §. 2. ib., baare C. aber nicht mehr verzinst werden, §. 3. ib. Wegen der bisher zur C.-hauptcasse des Finanzministerii bestellten vergl. die §§. 4—6. ib. **IV.** Im Untersuchungsprocesse. a) Bei der Entlassung gegen C. ist die Sicherheit auf eine bestimmte Summe festzusetzen, welche entweder von dem Angeschuldigten oder von einem Dritten durch gerichtliche Hinterlegung oder Pfandbestellung oder gerichtliche Zahlungsverpflichtung zu gewähren ist. Str.Gb. v. 1855. Art. 158. In Untersuchungssachen sollten die C. auch schon bisher nicht eidlich, sondern durch Handgelöbniß, oder Verpfändung von Mobiliar oder Grundstücken geleistet werden. Gen. v. 30. April. 1783. §. 18. C.A. C. II. T. I. S. 461., C.A. C. II. T. III. S. 173. u. L.C.W. T. IV. S. 59. Vorher: Lauf. M. v. 20. Jan. 1605. L.L.W. T. I. S. 184., C.A. T. III. S. 135., Extr. d. L.T.Schluß Oculi 1662. §. 3. ib. S. 227., Gen.V. v. 27. Oct. 1770. §. 13. C.A. C. I. T. I. S. 425., C.A. C. II. T. III. S. 39. u. L.C.W. T. III. S. 93. b) Die Wiederaufhebung ist zu verfügen, wenn die Untersuchung eingestellt oder der Angeschuldigte frei gesprochen oder die ihm zuerkannte Strafe in Vollzug gesetzt wird. ib. c) Aendern sich die Vermögensverhältnisse dessen, der die C. bestellt hat, oder geht sonst die C. ganz oder theilweise verloren, so hat der Richter wegen Wiederverhaftung des Angeschuldigten, beziehendlich wegen anderweiter Bestellung oder Erhöhung der C., Entschließung zu fassen. ib. d) Die zur C. bestimmte Summe ist dem Gerichte verfallen, wenn der Angeschuldigte der Fortstellung der Untersuchung od. der Strafvollstreckung sich entzogen hat und nicht binnen 30 Tagen, von der Zeit an, wo seine Flucht bei Gericht actenkundig gemacht worden ist, freiwillig

sich stellt. Str.Pr.O. Art. 161. e) Hatte ein Dritter die C. bestellt, so ist derselbe zuvörderst von der Abwesenheit des Angeschuldigten durch den Richter zu benachrichtigen. Er kann hierauf den Verfall der C. dadurch abwenden, daß er binnen 30 Tagen, von dieser Benachrichtigung an gerechnet, den Angeschuldigten bei Gericht gestellt. ib. f) Als eine solche Gestellung durch den Dritten ist es anzusehen, wenn derselbe dem Gerichte den Aufenthaltsort des Flüchtigen binnen der gedachten 30tägigen Frist anzeigt und letzterer daselbst in Folge der Anzeige ergriffen wird. ib. g) Dagegen wird der Verfall der C. dadurch, daß der Angeschuldigte ohne die im vorigen Absatze erwähnten Voraussetzungen, gleichviel, ob innerhalb der 30tägigen Frist oder nach derselben, ergriffen, oder daß er später in der Hauptsache losgesprochen wird, nicht abgewendet. ib. h) Auch kann der Angeschuldigte nicht verlangen, daß eine verwirkte Geldstrafe oder die von ihm zu berichtigenden Kosten von der verfallenen C. bezahlt werden. ib. i) Der Verletzte ist befugt, dafern er dazu auf anderem Wege nicht gelangen kann, Ersatz des ihm durch das Verbrechen verursachten Schadens aus der verfallenen C. zu verlangen. Das Recht desselben auf andere Sicherheitsmaßregeln wird hierdurch nicht ausgeschlossen. Art. 162. d. Str.Pr.O. k) Wenn das Gericht dem Angeschuldigten nach erfolgter Entlassung aus der Haft den Wegzug oder die Entfernung aus seinem bisherigen Aufenthaltsorte gestatten will, so ist hiervon zuvörderst derjenige, welcher die Sicherheit für den Angeschuldigten bestellt hat, in Kenntniß zu setzen und dessen Erklärung, ob er auch nach dem Wegzuge oder der Entfernung des Angeschuldigten es bei der gestellten Sicherheit bewenden lassen wolle, zu erfordern. V. v. 31. Juli 1856. §. 47. G.S. S. 165. Beantragt der Cavent für den Fall der Genehmigung des Wegzugs oder der Entfernung die Befreiung von der gestellten Sicherheit, so hat das Gericht Entschließung zu fassen, ob es dessenungeachtet den Wegzug oder die Entfernung bewilligen und die Sicherheit zurückgeben, oder aber, ob es nunmehr den Wegzug oder die Entfernung nicht gestatten will. ib. Im Falle der Bewilligung ist jedoch, wenn die Untersuchung bei einem Bezirksgerichte anhängig ist, vor der Genehmigung die Zustimmung des Staatsanwalts einzuholen. ib. (Vergl. Art. 136. Str.Pr.O. Satz 3. 4. 6. unter: Gestellung. Auch s. noch: Handgelöbniß.) l) Andere Fälle der C.bestellung im Untersuchungsprocesse werden nachgewiesen in den Art.: Beschwerde, Beschlagnahme, Sicheres G., Untersuchungshaft. **V.** C. im Wechselverkehre. Vergl. hier d. Art: Amortisation, Regreß, Wechselverfahren. **VI.** In bürgerlichen Sachen und Streitigkeiten. Nachweise in diesen Beziehungen geben d. Art.: Concursgläubiger, A. II., Kläger, Kosten, Vorstand, Subhastation, Vollmacht, Widerklage, Verbürgung, Vermächtniß, Verkümmerung. **VII.** Andere C.sfälle. Vergl. die Art.: Auswanderer, Unterthanenrecht, Schürfen, Zeitschriften, Zeitungscaution, Post, Sicheres G., Verbürgung.

Cavalerie. S. Militair.

Cavalerieverpflegungsgeld. S. Abgaben.

Cavillér. S. Scharfrichter.

Caviren. S. Caution.

Cavitäten. S. Section.

Cedent, Cediren. S. Cession.

Censur. **1)** Die C.gesetzgebung bis zur Aufhebung der C. selbst ist in Folgendem enthalten: M. v. 10. Jan. 1549. C. A. T. I. S. 405., M. v. 14. Sept. 1562. ib. S. 405., Verbot v. 26. Mai 1571. ib. S. 407., Bef. v. 20. Nov. 1661. ib. S. 411., M. v. 5. Dec. 1683. ib. S. 413., M. v. 27. Febr. 1686. ib., M. v. 18. März 1702. ib. S. 415., Rescr. v. 24. Juli 1711. ib., O.A.Pat. v. 8. Oct. 1711. C. A. T. III. S. 22. u. L.C.W. T. II. S. 1224., M. v. 24. April 1717. C. A. T. I. S. 417., Pat. v. 7. Febr. 1750. C. A. C. I. T. I. S. 163. 747., M. v. 18. Dec. 1773. C. A. C. II. T. I. S. 39., Regul. v. 30. Sept. 1779. ib. S. 43. 45. u. L.C.W. T. IV. S. 84. f., sowie C. A. C. II. T. III. S. 153., Circ. v. 7. April 1786. C. A. C. II. T. I. S. 51., M. v. 18. Jan. 1791. §. 27. ib. S. 996., Circ. v. 14. Jan. u. Bef. v. 18. April 1792. C. A. C. II. T. I. S. 53., Rescr. v. 16. März 1796. ib. S. 55., Circ. v. 29. März 1799. ib. S. 57. 59., Rescr. v. 12. Sept. 1807. C. A. C. III. T. I. S. 37., Circ. v. 25. April 1809. C. A. C. III. T. I. S. 38.,

Gen. v. 28. Nov. 1811. ib. S. 39., Rescr. v. 8. Febr. 1811. ib. S. 39., v. 25. März 1812. L.C.W. T. V. S. 210., Gen. v. 7. Aug. 1812. C. A. C. III. T. I. S. 42., M. v. 10. Aug. 1812. ib. S. 43. u. L.C.W. T. V. S. 211., Rescr. v. 14. Sept. 1812. C. A. C. III. T. I. S. 50., Rescr. v. 22. Aug. 1815. L.C.W. T. V. S. 219., M. v. 19. Febr. 1816., Rescr. v. 26. Febr. 1816., v. 6. April 1816. C. A. C. III. T. I. S. 51. 52. u. L.C.W. T. V. S. 221., Rescr. v. 23. Aug. 1819. ib. S. 236., M. v. 13. Nov. 1819. G.S. S. 229., Bek. v. 7. Dec. 1825. G.S. v. 1826. S. 1., M. v. 19. Febr. 1827. G.S. Beil. S. 29., M. v. 22. Dec. 1830. G.S. S. 247., Rescr. v. 1. Febr. 1831. G.S. S. 34., V. v. 13. Oct. 1836. (mit Ausnahme der §§. 61. 62. 63.) G.S. S. 278., v. 30. März 1838. unter II. G.S. S. 111., v. 20. Dec. 1838. G.S. S. 489., v. 28. Mai 1839. G.S. S. 161., v. 11. Mai 1841. G.S. S. 20., G. u. V. v. 5. Febr. 1844. G.S. S. 2. 5. **2)** Es wurde aber im Königreiche Sachsen die C. durch die VV. v. 9. März 1848. G.S. S. 13. 17. (vergl. hierzu die VV. v. 23. März 1848. G.S. S. 20. u. 1. Mai 1848. G.S. S. 129.) und das G. v. 18. Nov. 1848. §. 1. G.S. S. 282., Berichtigung S. 302., u. G. v. 14. März 1851. §. 1. G.S. S. 63. aufgehoben. **3)** Censurfrei waren: a) die Schriften über 20 Druckbogen, in sofern sie nicht in Heften oder Abtheilungen von geringerer Bogenzahl ausgegeben würden, mit Einschluß d. Schriften, welche in Sachsen verlegt, aber im Auslande gedruckt werden sollten. G. u. V. v. 5. Febr. 1844. §. 1. G.S. S. 2. 5., ferner: b) alle Drucke auf Anordnung von Behörden für ihre amtliche Wirksamkeit; öffentliche Anschläge, zu welchen die competente Behörde die Genehmigung ertheilt hat; c) alle mit Genehmigung einer inländischen geistlichen Behörde erscheinende Andachts- oder Schulbücher; d) der Urtext u. die lutherische Uebersetzung der heiligen Schrift, die sogenannte Vulgate, die symbolischen Bücher der protestantischen Kirche, Sammlungen geltend gewesener Sächs. Gesetze, die griechisch. u. römischen Classiker und Kirchenväter, und zwar alle diese Schriften mit Einschluß der dazu in einer toden Sprache geschriebenen Vorreden, Commentare u. Anmerkungen; e) die Gelegenheitsschriften und amtlichen Bekanntmachungen der Landesuniversität und der übrigen Akademien im Lande, der königlichen Landesschulen und städtischen Gymnasien, der öffentlichen Schullehrerseminarien u. der unter der unmittelbaren Leitung der Kreisdirectionen und des Ministeriums des Innern stehenden Gewerbschulen; f) Risse u. Landkarten, ungeachtet sich Schrift darauf befindet, ingleichen Musikalien mit Ausschluß des der C. auch fernerhin unterliegenden Textes der Gesangstücke; g) Preiscourante, Frachtbriefe, Avisbriefe, Wechsel, Cassenzeddel, Anweisungen, Courszeddel, Facturen, Versendlisten, Versende- u. Verlangzeddel, Rechnungsabschlüsse, Bänder zur Versendung von Zeitschriften, Bücherumschläge, in soweit sie nur Büchertitel enthalten, Titel zu Bücherrücken, Tabellenschemata, Etiquetten, Adreß-, Visiten-, Einladungs-, Verlobungs- und Vermählungskarten und Anzeigen anderer Familienereignisse, V. v. 5. Febr. 1844. §. 1. G.S. S. 6. **4)** Vergl. noch dieses Gegenstandes halber die Art.: Bund, Buchhandel, Freiexemplare, Preß... **5)** Aufrufe zur Mildthätigkeit, sie mögen in öffentliche Blätter eingerückt oder auf andere Art durch den Druck veröffentlich werden sollen, durften u. dürfen auch jetzt nicht ohne beigebrachte Genehmigung der Amtshauptmannschaft, in deren Bezirk sich die zur Unterstützung empfohlenen Personen befinden, (in Dresden u. Leipzig der betreffenden städtischen Behörden) abgedruckt werden. In Fällen, wo das Publicum zur Wohlthätigkeit gegen ausländische Hülfsbedürftige aufgefordert werden soll, ist der Abdruck von der beizubringenden Genehmigung d. Kreisdirection abhängig zu machen. §. 17. d. Cens.-Instr. G.S. v. 1844. S. 16., u. A.O. v. 22. Oct. 1840. §. 104. G.S. S. 278. Hiezu s. noch den Art.: Collecten.

Censuren. 1) Den Schulkindern werden bei jeder Schulprüfung C. ertheilt, V. v. 9. Juni 1835. §. 61. 62. G.S. S. 313., und bei ihrer Entlassung aus der Schule, ib. §. 87. 88. S. 320. **2)** Ueber die C. der Schulamtscandidaten („vorzüglich, gut u. genügend") vergl. ib. §. 114. S. 329. und das Regul. v. 13. Juli 1835. §. 9. G.S. S. 395. Der Empfang der ersten der

3 vorgeschriebnen C. bei dem Candidatenexamen befreit von der Verbindlichkeit, 2 Jahre lang als Hilfslehrer zu arbeiten, auch, nach dieser Zeit der Wahlfähigkeitsprüfung sich zu unterwerfen, V. v. 9. Juni 1835. §.116. 117. G.S. S.329., ang. Regul. §. 11. S. 398. Ausländer müssen in der Anstellungsprüfung mindestens die 2. C. erhalten haben, um in Sachsen ein Schulamt zu erhalten. V. v. 9. Juni 1835. §.122. G.S. S. 331. **3)** Bei der Prüfung der theol. Candidaten, und zwar sowohl bei der Candidatenprüfung, V. v. 3. Jan. 1833. G.S. S. 17., Regul. v. J. 1833. §. 32. Cod. d. S. K.R. S. 343., als bei der Wahlfähigkeitsprüfung, V. v. 28. Mai 1833. Cod. d. S. K.R. S. 345. finden 4 verschiedne C. statt: „vorzüglich, sehr wohl, wohl, gnüglich". Wegen der Anstellungsprüfung s. d. V. v. 7. Juni 1833. §. 1. f. G.S. S. 51., Lauf. V. v. 11. Juli 1834. G.S. S. 165. **4)** Beim jurist. Universitätsexamen, wie bei der Beurtheilung der spätern Probeschriften der jurist. Candidaten finden 3 C. („vorzüglich gut, gut, hinlänglich") statt, Rescr. v. 9. Febr. 1810. C.A. C. III. T. I. S. 123., V. v. 9. Juli 1836. §. 4. G.S. S.176. Mit Erlangung der 1. C. bei der letztbemerkten Prüfung war nach 6 Monaten die Reception als Advocat verbunden, ang. V. §. 5. l. c. — In letzterer Beziehung vergl. wegen der gegenwärtigen Einrichtung die Art.: Rechtscandidaten, Advocaten. **5)** S. Aemter, Prüfung, Admonition.

Censurtabelle. Die C. bildet mit dem allgemeinen Kinderverzeichnisse das bei jeder Elementar-Volks-Schule zu führende Hauptbuch, (s. d.) V. v. 9. Juni 1835. §§. 57. 61. 62. G.S. S. 313. Vergl. dazu §. 64. ib. u. §. 166. ib. S. 347.

Centner, s. Gewicht.

Centralcensoren. Der Nachweis ihrer Stellung und Wirksamkeit ist aufzufinden im Art.: Censur.

Centralgewalt. S. Reichsgesetze.

Centralsteuer. S. General-Gouv., Staatsverträge, XI.

Centralsteuerobligationen. Die Einziehung der C. verfügte das Ausschr. v. 6. Mai 1816. C.A. C. III. T. II. S. 560.

Ceremonien. S. Kirchengebräuche, Taufe, Titulatur, Aberglauben.

Certificate, s. Ursprungscert...

Cessio bonorum. S. Concurs.

Cession. **1)** Eine abgetretene Forderung ist auch auf Seiten des Cessionars klagbar, es mag die dafür gewährte Summe über oder unter der Hälfte der Forderung betragen, ferner ohne Rücksicht auf die bei der Cession beobachteten Formen, und in dem vollen Umfange, in welchem die Forderung, als das C.sgeschäft abgeschlossen wurde, dem Cedenten zustand, G. v. 9. Jan. 1838. §. 1. G.S. S. 24. **2)** Ein C.sgeschäft kann von dem Cedenten gegen den Cessionar unter dem Anführen einer Verletzung unter der Hälfte, nicht angefochten werden, wenn sich auch ergeben sollte, daß letzterer von dem Schuldner mehr als das Doppelte des Preises, für welchen er die Forderung übernommen, erlangen können, oder wirklich erhoben habe; wenn aber der Cessionar bei dem Geschäfte mit Arglist oder Gefährde gehandelt hat, so bleiben dem verletzten Cedenten die auf den Vorgang Bezug habenden Klagen und Einreden vorbehalten, und wider den Cessionar und die, welche einer unredlichen Theilnahme an dessen betrügerischem Beginnen überwiesen werden, leiden die Bestimmungen des Strafrechts Anwendung. §. 3. ib. **3)** Die vorbemerkten Bestimmungen gelten auch für Cessionen, welche von Christen an Juden geschehen, jedoch ist die Legalität dieser C., soweit sie vor dem 13. Febr. 1840. geschlossen sind, nebenbei noch nach d. M. v. 1. Aug. 1811. §. 2. C.A. C. III. T. I. S. 256. und dem Rescr. v. 21. April 1815. ib. S. 291. (wonach die C. eigentlicher Darlehen gerichtlich recognoscirt und d. Geld baar aufgezählt werden mußte) zu beurtheilen. Ang. G. v. 1839. §. 4. l. c., G. v. 13. Febr. 1840. G.S. S. 14. S. auch den Art.: Juden. **4)** Bei Bezahlung eines Wechsels für einen andern mit Unterschriebenen, braucht es zur Wiedereinziehung der für diesen bezahlten Summe keiner besondern C. E.P.O. Anh. §. 13. S. 308.

5) C.n der von jungen Leuten ausgestellten Wechselbriefe und Verschreibungen sind verboten. M. v. 21. April 1724. §. 2. f. C.A. T. II. S. 2087., O.A.Pat. v. 14. Aug. 1724. C.A. T. III. S. 525. u. L.C.W. T. I. S. 357. **6)** Die Abtretung der Forderung an einen Mächtigern war früherhin verboten, es brauchte daher auch ein Gläubiger, wider seinen Willen, und selbst von Unmündigen nicht landesherrliche u. andere derartige Schuldverschreibungen anzunehmen. Dec. 64. v. 1661. C.A. T. I. S. 326. **7)** Wenn Cessionarien klagen, haben dieselben sich längstens im ersten Termine zur Sache zu legitimiren. E.P.O. Anh. §. 7. S. 303. **8)** Ein Cedent ist, wenn es der debitor cessus verlangt, zu Ablegung des Haupteides, in soweit er nicht des Cessionars eigne Handlung betrifft, verbunden; der Cessionar wird aber wider Willen des debitor cessus, der sich hierüber gleich beim Eidesantrage erklären muß, zum Eide nicht gelassen, es wäre denn der Cedent außer Landes oder verstorben, welchenfalls dem Cessionar allenfalls auch nur de credulitate zu schwören gestattet wird. Des Cedenten Erben sind, wenn sie nicht de veritate schwören können, mit dem Eide zu verschonen. E.P.O. ad Tit. 18. §. 6. S. 113. **9)** Die Bestimmungen des früheren Rechts über Forderungsabtretung sind enthalten: in dem Ausschr. v. 18. Mai 1583. Tit. v. Wucher, C.A. T. I. S. 141., M. v. 21. Oct. 1609. ib. S. 1055., v. 1. Febr. 1614. ib. S. 1063., P.O. Tit. 46. §. 7. S. 269., M. v. 28. April 1625. C.A. T. I. S. 1123., Dec. 28. v. 1661. ib. S. 307., M. v. 20. Dec. 1766. §. 2. C.A. C. I. T. I. S. 924., Lauf. M. v. 2. Aug. 1783. §. 2. C.A. C. II. T. III. S. 175. u. L.C.W. T. IV. S. 2. Die Cessionen zwischen Christen u. Juden: Bef. v. 5. Nov. 1715. C.A. T. I. S. 1189., Bef. v. 11. Nov. 1715. ib., Lauf. Rescr. v. 27. Sept. 1718. L.C.W. T. I. S. 351., M. v. 1. Aug. 1811. C.A. C. III. T. I. S. 256. u. L.C.W. T. V. S. 99. **10)** Für denselben Gegenstand enthalten noch Nachweise d. Art.: Auszug, Ablösung, Agenten, Concursgläubiger, A. III., Ehefrauen, Grund- u. Hyp..., Landes-Immob., Legitimation z. S., Münzwesen, Stempelsteuer, Notare, Retorsion, Pfandrecht, III.16., Indossament, Militairpflicht.

Charakter. S. Rang, Remotion.

Charaktersteuer. Die C. der Oberlausitz ist v. 1. Jan. 1835. an weggefallen, G. v. 21. Nov. 1834. §. 1. G.S. S. 350.

Charfreitag. **1)** Der C. soll in großer Stille, Res. gr. v. 1763. ad gr. 4. C.A. C.I. T.I. S. 91., Rescr. v. 7. Aug. 1766. ib. S. 243., und als ganzer Feiertag gefeiert werden, Rescr. v. 13. Jan. 1831. §. IV. G.S. S. 26. **2)** S. Fristen.

Charge. S. Aemter, Rang, Militairleist...

Charlatan. S. Gendarmen, Medikasterei, Bezirksärzte.

Charten, s. Karten.

Charwoche. S. Adventzeit, Geschlossene Zeiten, Hinrichtung.

Chatoullengelder. S. Civilliste.

Chausséen. **1)** Die Bestrafung der Ordnungswidrigkeiten in Bezug auf solche und die dazu gehörigen Gegenstände erfolgt nach §. 31. ff. d. G. v. 4. April 1838. G.S. S. 354. Vorher: G. v. 9. Nov. 1833. G.S. S. 133., V. v. 1. Mai 1804. C.A. C. III. T. II. S. 383. **2)** Die geordnete Chausséeabgabe ist als hinterzogen anzusehen, wenn die C. mit Fuhrwerk oder Vieh vor oder hinter der Hebestelle benutzt worden ist, ohne die Barriere derselben zu passiren, oder ohne bei ihr anzuhalten und die Abgabe zu entrichten, ingleichen durch Ausspannung des zur Bespannung eines der Chausséeabgabe unterworfenen Fuhrwerks gehörenden Zugviehes vor der Hebestelle und dessen Anmeldung als ledig gehendes Vieh, §. 3. unter f. d. G. v. 4. April 1838. G.S. S. 350. Aeltr. Best.: V. v. 1. Mai 1804. C.A. C. III. T. II. S. 383., Pat. v. 20. Mai 1820. G.S. S. 137. **3)** Vergl. über die Erhebung des Chausséegelds, den Zollvereinigungs-Vertrag v. 30. März 1833. Art. 13. G.S. S. 165. und das G. v. 9. Nov. 1833. G.S. S. 129. **4)** Chaussée-, Wege-, Brücken-, Fähren- und Pflastergelder gehören zum Ressort der Unter- u. Mittel-Behörden für die Verwaltung indirecter Staatsabgaben. V. v. 10. Dec. 1833. §. 3. G.S. S. 458. **5)** Vom 1. Jan. 1841. an ist der Chausséegeldtarif v. 9. Nov. 1833. außer Wirksamkeit und an seine Stelle der in der G.S. v. 1840. S. 305. ersichtliche Tarif gestellt worden, V. v. 22. Oct. 1840. §. 1. 2.

G.S. S. 303. Jedoch bleiben die mit dem Tarif von 1833. G.S. v. 1833. S. 132. f. publicirten Befreiungen und Strafbestimmungen bis zur ausdrücklichen Zurücknahme in Wirksamkeit. §. 4. ib. **6)** Die Chausséegeldfixationen bleiben auf die bestimmte Zeit in Kraft, sofern nicht die Aufgebung beim Bezirksoberzoll- oder Obersteuerinspector erklärt wird. §. 3. ib. und Berichtigung S. 436. b. G.S. v. 1840. **7)** Die Chausséeabgabe ist gefällig und zu erlegen, wenn die Barriere der Einnahme passirt ist. Wer nur eine Einnahme passirt, ist auf dem Rückwege an demselben Tage gegen Vorzeigung der auf dem Hinwege erhaltnen aber nicht abzugebenden Quittung frei. Werden zwei hinter einander an derselben Straße liegende Einnahmen in eine vereinigt, so kann in letzterer das Chausséegeld nach dem doppelten Satze erhoben werden. Zusatz zum Tarif in der G.S. v. 1840. S. 306. **8)** S. Ausweichen, Frachtfuhrwerk, Beschädigung, Felgenmesser, Straßen, Extrapost.

Chemiker. S. Section, Taxordnung.

Chemisch. S. Wein, Apotheken, Gift.

Chemische Fabriken. S. Arzneiwaaren, Fabriken, Arzneifabriken, Pulver, Chloroform, Strychnin.

Chemnitz. **1)** Der Stadtrath zu C. ist zu Ausstellung von Reisepässen ins Ausland ermächtigt, V. v. 15. Juli 1829. §. 1. G.S. S. 126. S. Reiselegit... **2)** Ueber die C.er Sparcassenanstalt vergl. die Bek. v. 5. März 1839. G.S. S. 51. und das Regul. ib. S. 53. **3)** Die Bestätigung der Statuten der dortigen Maschinenbau-Compagnie erfolgte durch das Decr. v. 21. Aug. 1839. G.S. S. 200., **4)** und die der Theater-Actiengesellschaft zu C. durch das Decr. v. 16. Dec. 1839. G.S. v. 1840. S. 1. **5)** Ueber gewisse wiederkäufliche Zinsen der Stadt C., welche bei der Steuer gestanden, s. die Res. gr. v. 1661. Tit. Cons.S. §. 35. C.A. T. I. S. 210. **6)** In C. befindet sich eine katholische Pfarrei, zu welcher namentlich auch alle im Amtsbezirke C. wohnenden Katholiken gehören, Bek. v. 1. Febr. 1828. G.S. S. 11. **7)** Das Gymnasium zu C. gehört unter die gelehrten Schulen, Bek. v. 2. Mai 1831. G.S. S. 98. **8)** Ueber die Privilegien der Stadt wegen der Braunahrung 2c. vergl. d. Res. gr. v. 1661. Justizs. §. 139. C.A. T. I. S. 263. **9)** Ueber die dortige Stadtbank s. das Decr. v. 19. Aug. 1848. und die Statuten in der G.S. v. 1848. S. 172. f., ferner das Decr. samt Anh. v. 6. Dec. 1849. G.S. S. 293., das Decr. v. 14. Oct. 1851. samt Nachtr., G.S. v. 1851. S. 371. f. u. das Decr. v. 11. Mai 1858. G.S. S. 125. **10)** Wegen der Rechtsverhältnisse der Anleihen dieser Stadt vom J. 1855. vergl. die Bek. v. 20. Jan. 1855. G.S. S. 18. und v. 22. Aug. 1855. G.S. S. 318. — **11)** Die Handelslehranstalt betrifft die V. v. 8. Febr. 1856. G.S. S. 11. **12)** Die Mäklerordnung, Decr. v. 21. Jan. 1858. G.S. S. 127. Mäkler-O. ib. S. 128. f. — **13)** Die Actien-Lagerbierbrauerei zu Schloß C.: Decr. v. 26. Mai 1858. G.S. S. 95. — **14)** Die gemeinnützige Baugesellschaft: Decr. v. 11. Nov. 1856. G.S. S. 409. — **15)** Das Leihhaus: Decr. v. 23. Mai 1857. G.S. S. 104., Leihhaus-O., ib. S. 105. f. — **16)** Die Actienspinnerei, Decr. v. 26. Aug. 1857. G.S. S. 169. — **17)** Andere Nachweise geben noch die Artikel: Bleichen, Eisenbahnen, Baugewerken, Wanderjahre.

Chicane, s. Calumnie.

Chirographa, s. Schuldverschreibung.

Chirographarier. S. Concursgläubiger, Concurs.

Chirurgen. S. Wundärzte.

Chirurgisch-medicinische Akademie. S. den Art.: Dresden.

Chlorkalk, s. Luftreinigung.

Chloroform. Der Verkauf des C. unterliegt den Bestimmungen über den Giftverkauf in soweit, daß es vom Producenten nur an Apotheker, von diesen aber nie im Handverkaufe abgelassen werden darf. V. v. 12. April 1850. G.S. S. 24. S. noch: Fabriken.

Cholera. Die in den Jahren 1831. 1832. in Folge des Erscheinens der asiatischen C. ergriffenen Maßregeln sind in Folgendem enthalten: Gen.V. v. 10. Juni 1831. G.S. S. 115., Decr. v. 12. Juni 1831. ib. S. 119.,

Publ. v. 15. Juni 1831. ib. S. 123., Bek. v. 17. Juni 1831. ib. S. 135., Gen.V. v. 1. Juli 1831. ib. S. 151., M. v. 14. Juli 1831. ib. S. 169., Gen.V. v. 18. Juli 1831. ib. S. 171., M. v. 1. Aug. 1831. ib. S. 175., V. v. 13. Aug. 1831. ib. S. 187., Gen.V. v. 22. Aug. 1831. ib. S. 191., M. v. 23. Aug. 1831. ib. S. 207., V. v. 1. Sept. 1831. ib. S. 215., Gen.V. v. 6. Sept. 1831. ib. S. 223., Bek. v. 5. Sept. 1831. ib. S. 231., Gen.V. v. 4. Oct. 1831. ib. S. 311., Bek. v. 27. Oct. 1831. ib. S. 317., Bek. v. 6. Dec. 1831. ib. S. 345., Bek. v. 3. Dec. 1831. ib. S. 347., V. v. 7. Dec. 1831. ib. S. 352., Bek. v. 16. Jan. 1832. G.S. S. 111., Bek. v. 7. Febr. 1832. ib. S. 114., V. v. 14. Febr. 1832. ib. S. 119., V. v. 9. März 1832. ib. S. 307. 308., Gen.V. v. 3. Jan. 1833. ib. S. 5.

Chor. S. Currenden, Emporkirchen.

Christen. S. Religion, Cession.

Christmärkte. Die C. sollen nicht von auswärtigen Händlern besucht werden, Bek. v. 3. Oct. 1788. §. 1. C.A. C.II. T.II. S. 1443.

Christmetten. Wo C. eingeführt sind, sollen sie nicht anders als am 1. Weihnachtsfeiertage früh von 6 oder 7 Uhr an gehalten, wo sie aber bisher nicht oder nicht mehr Statt fanden, sollen sie nicht wieder eingeführt werden. Rescr. v. 8. Juli 1812. C.A. C.III. T.I. S. 118. — Rescr. v. 21. Aug. 1812. C.A. C.III. T.I. S. 118. [Aeltre Best.: K.O. v. 1580. C.A. T.I. S. 497. 499.]

Christzeit, s. Weihnacht...

Churfürstenthum. S. Sachsen.

Cichoriencaffee. C. kann sich zum eignen Gebrauche jeder fertigen. Gen. v. 11. Dec. 1798. §. 2. C.A. C.II. T.II. S. 1404., C.A. C. II. T. III. S. 697. u. L.C.W. T.V. S. 524., Gen. v. 1. Aug. 1799. C.A. C. II. T.I. S. 1127.

Circularpredigten. **1)** C. sind diejenigen Predigten, welche die Geistlichen einer Ephorie, nach einer gewissen auf 3 Jahre eingetheilten Reihefolge, am Ephoralorte zu halten verbunden sind. Die V. v. 3. Sept. 1838. G.S. S. 409. publicirt ein neues Regulativ dafür. ib. Die C. werden mit einer vorgeschriebenen Tabelle von den Superintendenten an die Kreisdirectionen eingereicht und von hier an das evangel. Landes-Consistorium abgegeben, Regul. v. 3. Sept. 1838. §. 9. G.S. S. 411. **2)** Aeltr. Verf.: K.O. v. 1580. Tit. Von der Visit. II. unter 2. C.A. T. I. S. 618., Bek. v. 12. Nov. 1727. C.A. C. I. T. I. S. 213., Gen.V. v. 19. Dec. 1788. C.A. C. II. T. I. S. 206., V. v. 29. Aug. 1814. C.A. C. III. T. I. S. 88. **3)** S. Anzeigen.

Citation, s. Vorladung, Gestellung.

Citiren, s. Allegiren, Vorladung.

Citronen. S. Dorfhandel, Hausiren.

Civilacten. S. Acten.

Civilbeamte, Civilbehörden. **1)** Das Verhältniß der Civilbehörden zu den Garnison-Commandanten giebt d. Ordonn. v. 19. Juli 1828. 2. Th. §. 2. 3. G.S. 153. und die Anweisung rc. §. 1. S. 170. an. **2)** Folgende Artikel enthalten über Stellung u. Wirksamkeit der Civilbeamten einschließlich der Civilgerichte Nachweisungen: Arrest, Acten, Compromisse, Alter, Erkenntnisse, Edictalcitation, Eigenthum an G., Gerichte, Gerichtsbarkeit, Gerichtspersonen, Geringfügige R..., Gesinde, Gerichtsstand, Halden, Justizministerium, Kostenfreiheit, Offiziere, Militair..., Zeugen, Kriegsreserve, Berggerichtsb., Hütten, Anschluß, Bergwerkseigenthum, Civil- u. Criminal-Puncte, Justiz- und Verwaltungspuncte, Vernehmung, Processe, Rechtscandidaten.

Civildienst. S. Staatsdienst.

Civilgesetze, Civilrecht. S. Gesetze, Militairgerichtsbarkeit, Strafgesetzbuch, Erkenntnisse, Ordonnanz.

Civilingenieur. S. Techniker.

Civilliste. **1)** Der König bezieht jährlich eine mit den Ständen auf die Dauer seiner Regierung verabschiedete Summe aus den Staatscassen als C. zu seiner freien Disposition in monatlichen Raten im Voraus zahlbar. V.U. v. 4. Sept. 1831. §. 22. G.S. S. 247. **2)** Die C. ist als Aequivalent für die den Staatscassen auf die jedesmalige Dauer der Regierungszeit des Königs überwiesenen Nutzungen des Königlichen Domainengutes zu betrachten, und kann während der Regierungszeit des Königs weder ohne dessen Zustimmung vermindert, noch ohne die Bewilligung der

Stände vermehrt, auch als wesentliches Bedürfniß zu Erhaltung der Würde der Krone zu keiner Zeit u. auf keine Weise mit Schulden belastet werden. ib. **3)** Die Nutzungen des Domainenguts bleiben den Staatscassen so lange überwiesen, als eine C. von wenigstens 500,000 Thlrn. bewilligt wird. ib. **4)** Die C. des mit Tode abgegangenen Königs besteht fort, bis die seines Nachfolgers verabschiedet ist, jedoch längstens nur bis zur Vereinigung über ein neues Budget. ib. **5)** Von der C. werden bestritten: Die Chatullengelder des Königs u. seiner Gemahlin, die Unterhaltungs- und Erziehungskosten seiner Kinder, die Gehalte aller Königlichen Hofbeamten u. Diener, die künftig auszusetzenden Pensionen derselben, sowie ihrer Wittwen und Kinder, der gesamte Aufwand für die Hofhaltung, den Stall, die Hofjagd und die dazu gehörigen Inventarien, den katholischen und evangelischen Hofgottesdienst, für letzteren nach der Höhe des zeitherigen Beitrags, die Hofkapelle u. das Hoftheater, die Unterhaltungskosten der (nach §. 17. d. V.U.) dem Könige zur freien Benutzung bleibenden Schlösser, Paläste, Hofgebäude u. Gärten, endlich alle ordentliche oder außerordentliche Hofausgaben, deren Bestreitung nicht ausdrücklich auf das Staatsbudget gewiesen ist. ib. **6)** Die Zuflüsse aus der C. für die katholischen Kirchen fließen in den katholischen Kirchen- u. Schulfonds, §. 11. d. V. v. 10. Oct. 1839. G.S. S. 271. **7)** S. Staatsgut, Apanagen.

Civilpersonen. S. Arrest, II., Festungsstrafe, Begnadigung, Gerichtsstand, Militairgerichtsbarkeit, Uniform, Arzneiwaaren, Handarbeitsstrafe, Cocarden.

Civilpraxis. S. Militairärzte.

Civilproceß, s. Proceß, Verjährung, Bezirksgerichte.

Civilpuncte. S. Civil- u. Crim.-P.

Civilrecht, Civilrechtssachen. Vergl. die unter: Civilbeamte und Civilgesetze gegebenen Verweisungen.

Civilstaatsdiener, Civilstaatsdienst. S. Staatsdienst.

Civil- und Criminal-Puncte. **1)** Hängt die Entscheidung einer Strafsache von privatrechtlichen Vorfragen oder Zwischenpuncten ab und ist die Anhängigmachung der Civilsache bereits erfolgt oder mit Sicherheit zu erwarten, so ist, nachdem zuvörderst hierüber der Staatsanwalt und der Angeschuldigte, sowie, bei den auf Antrag strafbaren Verbrechen, der Antragsteller (Art. 29. 31. unter: Antrag, III. und Privatanklage) gehört worden ist, die Untersuchung einstweilen auszusetzen. Str.Pr.O. v. 1855. Art. 129. **2)** Weigert sich im Falle der beschlossenen Aussetzung das für die bürgerliche Rechtssache zuständige Gericht erster Instanz, sich der Sache eher zu unterziehen, als bis die Strafsache entschieden sein werde, so ist die Entscheidung des Appellationsgerichts, und wenn die bürgerliche Rechtssache vor diesem selbst in erster Instanz anhängig zu machen ist, die Entscheidung des Oberappellationsgerichts einzuholen. ib. Es ist jedoch der Untersuchungsrichter nicht behindert, auch vor Beendigung des Civilprocesses, wenn er es für angemessen erachtet, die Wiederaufnahme der Untersuchung zu verfügen. ib. **3)** S. Anschluß, Erkenntnisse in Cr. I.

Civil-Verdienst-Orden. **1)** Die Ordens-Statuten v. 12. Aug. 1815. befinden sich im C. A. C. III. T. I. S. 19. Die zu dem Orden gehörige Medaille ist nach dem Tode des Inhabers zur Ordens-Canzlei zurückzugeben. Bek. v. 4. Jan. 1831. G.S. S. 18. S. Verlassenschaft. **2)** Gegenwärtig führt dieser Orden die Benennung Verdienstorden. Zu den Statuten ist am 7. Juni 1849. in der G.S. S. 133. ein Nachtrag publicirt worden, — desgleichen am 24. Sept. 1849. ib. S. 282. f., und am 3. April 1858. G.S. S. 84. f.

Clam possidere. S. Besitz.

Classen. **1)** Jede von Einem Lehrer besorgte Elementar-Volks-Schule ist in der Regel in zwei, nach einander, zu verschiedenen Tageszeiten, und zwar an ganzen Schultagen dreistündig und an halben zweistündig zu unterrichtende C. zu theilen. Keine darf mehr als 60 Kinder und somit die ganze Schule, welcher ein einziger

Lehrer vorsteht, nicht über 120 Schüler enthalten. Sind mehr vorhanden, so sind entweder 3 C. einzurichten, oder ein zweiter ständischer, oder ein Hilfslehrer anzustellen. 3 C. mit einer Gesamtzahl von höchstens 180 Kindern allein zu übernehmen, ist einem Lehrer nur besonderer Umstände wegen zu gestatten. Beliefe sich dagegen die Gesamtzahl der Kinder über 180, so ist entweder ein zweiter ständiger Lehrer, oder ein Schulgehilfe anzustellen, und nach Befinden eine zweite Schulstube einzurichten. V. v. 9. Juni 1835. §. 14. G.S. S. 302. S. auch: Hilfslehrer, Religion. **2)** Kein Schüler darf aus einer C. in eine höhere versetzt werden, ehe er nicht den ganzen Lehrcursus seiner C. vollendet hat. ib. §. 40. S. 308. **3)** Ueber das C.ziel vergl. §. 39. d. V. v. 9. Juni 1835. G.S. S. 307. **4)** In anderer Bedeutung vergl. die Art.: Concursgläubiger, Forstrügen, Gemeindegrundstücke, Militairärzte, Forstverbrechen, Degradation.

Classiker. S. Censur, Maturitätsprüfungen.

Clausel. **1)** Aus der Hinzufügung der Codicillarclausel zu einem Testamente darf nicht gefolgert werden, daß der Erblasser den Abzug der quarta Falcidia untersagt habe. Dec. 43 v. 1661. C.A. T. I. S. 317. **2)** Wenn ein Bürge von den ihm gesetzlich zustehenden Einreden, z. B. der Vorausklage, Theilung u. d. m., einer oder der andern speciell entsagt und die Generalclausel: daß er allen bürgschaftlichen Ausflüchten entsagt haben wolle, anfügt, so ist anzunehmen, daß er sich aller bürgschaftlichen Einreden begeben habe. Aus einer generellen Entsagung allein soll dieß aber nicht gefolgert werden dürfen. Const. 17. P. II. v. 1572. C.A. T. I. S. 90. **3)** Die Generalclausel, daß ein Bevollmächtigter alle Actus, die ein Specialmandat erfordern, expediren soll, wird, wenn ein oder der andere Actus specialis mandati mit angegeben, auf die übrigen erstreckt. C.P.O. ad T. 7. §. 2. S. 62. **4)** Die Benennung der Erben u. Erbnehmer ist in einer Vollmacht nicht nöthig. ib. §. 1. l. c. **5)** Die Clausel: durch weiteres Appelliren sich nicht irren zu lassen, kann von der Oberbehörde den Rejectionsrescripten angehängt werden, C.P.O. ad T. 35. §. 7. u. 8. S. 189. **6)** Daß man einer Vollmacht die Clausula indemnitatis, sub hypotheca bonorum, ingleichen rati et grati, inserirt, ist in Betracht des vorliegenden Contractes ohne Nutzen und sonst ohne rechtlichen Einfluß, C.P.O. ad Tit. 7. §. 1. S. 62., ad Tit. 44. §. 1. S. 255. **7)** Eine Klage soll so weit möglich aufrecht erhalten werden, wenn auch die sogenannte Clausula salutaris: „daß Kläger über alles, was sonst hätte gebeten werden können, das richterliche Amt implorirt haben wolle," darin nicht enthalten ist. C.P.O. ad Tit. 5. §. 1. S. 45. Ueberhaupt sollen alle, zur Aufrechthaltung der Klage gewöhnlich angefügte Clauseln keinen weiteren Effect haben, als ohnehin Rechtens ist. P.O. Tit. 5. §. 2. S. 44. **8)** Das Recht, die cassatorische C. (den commissorischen Vertrag) geltend zu machen, ist nicht an eine gewisse Frist nach eingetretenem Verzuge oder an die sofortige Anwendung gebunden. G. v. 26. Oct. 1834. §. III. G.S. S. 244. S. auch: Pfandrecht, Miethe. **9)** S. Wechselcl..., Klage, Vollmacht, Gast- u. Schänknahrung, Verbürgung, Falcidisches Viertheil.

Clavierauszüge. S. Eigenthum an G.

Client. **1)** Ein C. darf mit seinem Advocaten weder über eine Quota litis, noch auf den Fall des gewonnenen Processes über ein zu zahlendes besonderes Palmarium oder Honorarium einen Vertrag eingehen, C.P.O. ad Tit. 3. §. 1. S. 32. Eben so wenig darf er dem Advocaten die diesem zuerkannten Geldstrafen wieder erstatten, C.P.O. ad Tit. 3. §. 2. S. 34. Siehe aber hierzu den Art.: Advocaten.

Cloaken. S. Schleußen, Asche.

Coburg. S. Staatsverträge, Requisit..., Paßkarten, Abschoß, Münzwesen, Reiselegitimationen.

Cocarden. **1)** Die Sächs. Militair-C., (weiß mit grünem Rande,) kann auch vom Civilstande, den Civildienern und öffentlichen Beamten getragen werden. Rescr. v. 17. Juni 1815. L.C.W. T. VI. S. 360. **2)** S. Bund, Landesfarben.

Cochenilleroth. S. Farben.

Codex Augusteus. S. Decisivrescripte.

Codicill. S. Falcidisches Viertheil, Testamente, Vermächtniß.

Codicillarclausel, f. Clausel.

Cöthen. S. Münzwesen, Staatsverträge, Requisit..., Paßkarten.

Cognaten. S. Verwandte.

Cognition, f. Competenz.

Coinspection, weltl., f. Gerichtsämter.

Colditz. **1)** In C. befindet sich eine Heil- und Versorganstalt; im Betreff der über die Aufnahme, Beurlaubung und Entlassung der Pfleglinge geltenden Bestimmungen enthält die Bek. v. 6. Nov. 1840. G.S. S. 336. f. d. Nähere. S. noch: Landes-Versorgungs- u. Heilanstalten. **2)** Die im Amte C. wohnenden Kathol. gehören theils zur kathol. Pfarrei in Leipzig, theils zu der in Hubertusburg. Bek. v. 1. Febr. 1828. G.S. S. 11. **3)** In Bezug auf die Spar- und Leihcasse zu C. f. die Bek. v. 5. Sept. 1840. G.S. S. 233. und d. Decr. ib. sowie die Statuten ib. S. 234. **4)** Die C. Mühlen-O. v. 10. Juni 1766. enthält der C.A. C.I. T.I. S. 1565. Auch vergl. die Art.: Fachbäume, Mühlen.

Collation, f. Einwerfung.

Collator, Collatur. S. Aemter, Stiftungen, Patronatrecht, Begräbniß, Inspection.

Collecten. **1)** Die erbländischen Geistlichen sollen die C. binnen 14 Tagen bei Strafe doppelten Ersatzes, an ihre Superintendenten einsenden, und zwar mittelst Specification, die von den Kirchvätern, welche der Ueberzählung der C. allemal beizuwohnen haben, zugleich mit unterschrieben sein muß, Rescr. v. 27. Aug. 1728. C.A. C.I. T.I. S. 217. — Was die Superintendenten zu beobachten haben, f. ib. — Wegen der Oberlausitz: Regul. v. 15. Mai 1777. L.C.W. T. III. S. 914. **2)** Die Geistlichen sollen bei Abkündigung der C. ihre Pfarrkinder von Einlegung verrufener Münzsorten abmahnen. Rescr. v. 19. Apr. 1751. C.A. C.I. T.I. S. 237. Wegen der Abkündigung in der Lausitz f. das ang. Regul. v. 1777. **3)** Die Geistlichen dürfen zu ihrem eignen Nutzen keine C. anordnen, Res. gr. v. 22. Juni 1661. Tit. Consist.S. §. 14. C.A. T. I. S. 202., auch nicht eigenmächtig, Rescr. v. 12. Nov. 1700. C.A. T.I. S. 870. **4)** Die Anordnung allgemeiner C. in den evang. Kirchen erfolgt durch die evang. Staatsminister, Regul. v. 12. Nov. 1837. unter m. G.S. S. 105. **5)** Vergl. noch wegen der Kirchencollecten die Art.: Becken, Bußtage, Klingelbeutel. **6)** Die Sammlung von C. zu wohlthätigen Zwecken ist nur erlaubt nach vorher eingeholter und nach Befinden schriftlich ausgefertigter Genehmigung entweder der Ortsobrigkeit, oder der betreffenden Kreisdirection, oder des Ministerii des Innern, je nachdem die Sammlung nur an einem einzelnen Orte, oder in einem größern Bezirke, od. im ganzen Lande Statt finden soll. §. 103. d. A.O. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 278. Ohne Nachweis dieser Erlaubniß sind herumziehende Collectanten in Verantwortung und Strafe zu ziehen. ib. S. hierzu d. Art.: Gendarmen, Censur.

Collecteurs. S. Lotterie, Ausspielen.

Collegialisch. S. Recurs, Verwaltungsstreit..., Verwaltungsstrafsachen, Collegien.

Collegien. **1)** C. erscheinen vor Gericht nicht in Person, sondern durch einen Syndikus. Resol. v. 5. Mai 1718. §. 6. C.A. T.I. S. 400., E.P.O. ad Tit. 1. §. 1. S. 5. S. Syndikat. **2)** Citationen werden ihnen durch den Syndikus oder Bürgermeister insinuirt. E.P.O. ad Tit. 4. §. 2. S. 40., A.St.O. v. 2. Febr. 1832. §. 180. f. G.S. S. 63. u. f. Vorladung. **3)** Ein Collegium wird für ansässig geachtet, und daher im Civilprocesse mit dem Kosten-Vorstande (f. Kosten-Vorstand) verschont, E.P.O. ad Tit. 13. S. 90. **4)** Bei Besetzung der Landes-C. soll auf Landeskinder Rücksicht genommen werden, Res. gr. v. 30. April 1715. C.A. T.I. S. 377., und v. 18. April 1716. ib. S. 381. **5)** Daß nicht einer in mehrern C. verschiedener Instanzen sitzen soll, wird in der Res. gr. v. 1661. Tit. Justitiensachen §. 77. C.A. T.I. S. 237. bestimmt. **6)** C., Corpora und Communen müssen die Lehn an Lehngütern vermittelst gewisser aus ihren Mitteln zu bestellender Lehnträger, welche den Lehnseid in

ihre eigene Seele schwören, suchen und, so oft ein Lehnträger stirbt, oder, wenn mehrere als einer bestellt, wenn sie sämtlich mit Tode abgegangen, erneuern. Lehns-M. v. 30. April 1764. Tit. 1. §. 12., Tit. 3. §. 2. C.A. C. I. T. I. S. 1025. 1028. **7)** Vergl. noch über C. und collegiale Geschäftsbehandlung die Art.: Bezirksgerichte, Gerichtsämter, Gerichte, Gerichtsstand, Lateralverfassung, Staatsdienst, Appellationsgerichte, Kreisdirectionen, Adel, Oberappellationsgericht, Eid, Gemeinheiten.

Collision. Ueber das Zusammentreffen sich einander ausschließender oder mit einander zu vereinbarender Rechtsvorschriften geben Nachweis die Art.: Ausländ..., Ausland, Gerichtsstand, Gesetze, Justizministerium, Justiz- u. Verwalt..., Civil- u. Criminalp..., Localstatute, Recht, Requisition, Retorsion, Trauung, Concurrenz, Bergstreit...

Collodium. S. Fabriken.

Colloquien. Die C. der Superintendenten finden vor dem evang. Landesconsistorium Statt. §. 12. d. V. v. 10. April 1835. G.S. S. 246. S. Landesconsistorium.

Collusion. S. Advocaten, Arrest, Concurs, Concursgläubiger, Ehebruch, Gestellung, Sicheres Geleit, Untersuchungshaft.

Colonat. S. Auszug, 9.

Colporteurs. **1)** Wer auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an andern öffentlichen Orten Preßerzeugnisse irgend einer Art verkaufen oder vertheilen, oder dieselben durch Herumtragen in den Häusern ohne Bestellung verbreiten oder Subscribenten auf Preßerzeugnisse sammeln will, hat dazu vorher die Erlaubniß der Ortspolizeibehörde einzuholen und den ihm ertheilten Erlaubnißschein, in welchem sein Name auszudrücken ist, stets bei sich zu führen. Diese Erlaubniß kann auf gewisse Preßerzeugnisse beschränkt, und jederzeit zurückgenommen werden und ist niemals Kindern im schulpflichtigen Alter zu ertheilen. Preß-G. v. 14. März 1851. §. 24. G.S. S. 67. **2)** Bei den Erlaubnißertheilungen ist auf die Unbescholtenheit und Zuverlässigkeit der Individuen und Unschädlichkeit der Preßerzeugnisse sorgfältig zu achten. Auf Messen und Märkten dürfen unsittliche, verbrecherische oder sonst gemeinschädliche Schriften oder Bilder nicht feilgeboten werden. V. v. 15. März 1851. §. 16. G.S. S. 76. **3)** Die Strafen bestehen in Geld von 2—100 Thlrn., oder Gefängniß von 2 Tagen bis 3 Mon. §. 25. d. ang. G. **4)** S. Leihbibliotheken, Hausiren.

Commandant. S. Militairgerichtsbarkeit, Aufzüge, Communalgarde, Pferde, Reiselegitimationen, Zusammenkünfte.

Commandirte. **1)** Einzelne commandirte Soldaten sollen sich in vorkommenden Fällen bei den Polizeibeamten legitimiren. Ordonn. v. 19. Juli 1828. 2. Th. §. 33. G.S. S. 159. **2)** S. Forstschutz, Militaircommandos.

Commanditen. S. Handel- u. Gew...

Commendation. S. Empfehlung.

Comment. Der sogenannte C. auf der Universität ist verboten, §. 52. 105. der G. für die Studirenden v. 29. März 1822. G.S. S. 303.

Commentare. S. Censur.

Commerce. Auf der Univ. Leipzig sind die C. verboten, §. 90. d. G. f. d. Stud. v. 29. März 1822. G.S. S. 311.

Commercialstraßen, s. Straßen.

Commerciendeputation. Die C. wurde im Jahre 1735. errichtet, M. v. 11. Juli 1735. C.A. C. I. T. I. S. 621., im Jahre 1764. als Landes-Oekonomie-, Manufactur- und C. erweitert, M. v. 14. April 1764. C.A. C. I. T. I. S. 875., im Jahre 1831. aber aufgelöst. §. 8. e. d. V. v. 7. Nov. 1831. G.S. S. 333. S. Landesdirection.

Commis, s. Handlungsdiener.

Commiß. S. Wechsel.

Commissarien, Commission. **1)** Ohne erhebliche Ursache soll weder Commission noch Adjunction angeordnet werden, auch darf solche nicht zum Abbruche der Jurisdiction, Privilegien und Befugnisse der Unterbehörden geschehen. Res. gr. v. 1661. Justizs. §. 1. C.A. T. I. S. 211., Res. v. 5. Mai 1718. ib. S. 400., Resol. v. 17. März 1722. C.A. C. I. T. I. S. 21., Resol. v. 12. April 1728. ib. §. 5. S. 45., E.P.O. ad Tit. 1. §. 9. S. 14. Es müssen daher die Com-

missarien der ordentlichen Obrigkeit das erhaltene Commissoriale, soweit es derselben zu wissen nöthig, mittelst Extracts notificiren. Ang. Ref. v. 1728. C.A. C.I. T.I. S. 46., M. v. 22. April 1729. u. B. v. 5. Dec. 1741. ib. S. 281. u. 477., Lauf. M. v. 3. April 1824. §. 18. unter 7. G.S. S. 51. **2)** Commissarien citiren unmittelbar, ohne Requisition der ordentlichen Obrigkeit, Res. v. 19. Juni 1713. C.A. T.I. S. 372., Res. v. 18. April 1716. ib. S 380., müssen aber dabei auf die, ihnen aufgetragene Commission sich ausdrücklich beziehen. E.P.O. ad Tit. 1. §. 9. S. 14. Mit Ausnahme solcher Commissionsfälle, und wenn dem ordentlichen Richter die Gebühr zu verfügen, oder sonst etwas zu expediren, anbefohlen wird, haben insbesondere die Beamten die Vorladung niemals ohne Requisition zu bewirken. §. 9. cit. S. 14., ang. Res. v. 1716. **3)** Wenn Commissarien dem ordentlichen Richter nur beigesetzt werden, bleibt diesem das Directorium Actorum und der Genuß der Sporteln. Res. gr. v. 1661. Justizs. §. 42., Resol. v. 18. April 1716. l. c., und Resol. v. 5. Mai 1718. C.A. T.I. S. 225., 380. u. 400., E.P.O. ad Tit. 1. §. 9. S. 15. **4)** Wer die Commission ausbringt, hat in der Regel d. Kosten derselben zu tragen. Res. gr. v. 23. April 1612. Justizs. §. 1. C.A. T.I. S. 173. **5)** Ueber Commissionen in Bergwerkssachen vergl. den Bef. v. 9. April 1619. C.A. T.II. S. 238. **6)** Der frühere Kreisamtmann und der Rath zu Leipzig hatten früherhin Commissionem perpetuam, besonders während der Messe, zur Handhabung der Münzedicte, Bef. v. 6. Juni 1763. C.A. C.I. T.II. S. 1153. **7)** In committirten Rechtssachen kann die Hilfsvollstreckung in Lehngüter oder deren Nutzungen ohne eingeholte Genehmigung des betreffenden Lehnhofs nicht erfolgen. V. v. 9. April 1829. G.S. S. 91., G. v. 28. Jan. 1835. §. 6. 8. G.S. S. 63. — Aeltre Best.: Rescr. v. 29. Aug. 1814. C.A. C. III. T. I. S. 280. **8)** Die Einführung der A.St.O. erfolgt unter Leitung von Commissarien, §. 1. der V. v. 2. Febr. 1832. G.S. S. 16. **9)** In Untersuchungssachen wird Commission ertheilt, wenn sich ergiebt, daß die Untersuchung eines zur bezirksgerichtlichen Zuständigkeit gehörigen Verbrechens oder mehrerer zusammenhängender, zu gleicher Zuständigkeit gehöriger Verbrechen zweckmäßiger von Einem Bezirksgerichte geführt oder fortgestellt werden könnte, zu dessen Zuständigkeit keines der vorliegenden Verbrechen gehört. a) Der Auftrag, dessen es hierzu bedarf, ist auf Antrag eines dieser Gerichte oder der Staatsanwaltschaft, beziehendlich des Privatanklägers, sowie des Angeschuldigten od. aus eigener Bewegung von dem Oberappellationsgerichte zu ertheilen. Str.Pr.O. v. 1855. Art. 61. (s. Untersuchungszuständigkeit, III.). b) Nicht minder kann das Oberappellationsgericht, ohne an die Beschränkungen der Art. 55. 56. d. Str.Pr.O. (unter: Untersuchungszuständigkeit) gebunden zu sein, auf gleichen Antrag, sowie aus eigener Bewegung, aus Gründen der Zweckmäßigkeit Voruntersuchungen, die vor verschiedenen Bezirksgerichten geführt worden sind, sowohl behufs der Entscheidung im Anklageverfahren und der Aburtheilung, als auch behufs der Letzteren einem dieser Bezirksgerichte, sowie Untersuchungen und zwar in jedem Stande derselben rücksichtlich einzelner Verbrechen oder einzelner Theilnehmer oder Begünstiger verschiedenen Bezirksgerichten zuweisen. Ang. Art. 61. c) Das Oberappellationsgericht kann ferner mit der Untersuchung von Verbrechen, die zur Zuständigkeit des Einzelrichters gehören, gleichviel ob die Untersuchung bereits eröffnet worden ist oder nicht, einen hierzu nach Art. 48. f. (s. Gerichtsstand) nicht zuständigen Einzelrichter beauftragen, sowie in dem zweiten Falle des Art. 59. (unter: Untersuchungszuständigkeit) die Vereinigung der Untersuchung wegen eines vor den Einzelrichter gehörigen Verbrechens mit der bei dem Bezirksgerichte anhängigen Untersuchung verfügen. Str.-Pr.O. Art. 62. d) Dagegen kann die Untersuchung und beziehendlich die Aburtheilung eines zur bezirksgerichtlichen Zuständigkeit gehörigen Verbrechens niemals einem Einzelrichter aufgetragen werden,

vorbehältlich der Bestimmungen in Art. 47. (s. Verweisung) 58. Satz 3. (s. Untersuchungszuständigkeit) u. im Art. 115. Satz 1. (s. Voruntersuchung.) Ang. Art. 62. e) S. Privatanklage, Unfähigkeit, Brandstiftung. **10)** Der nachfolgende Artikel: Commissionen giebt die Fälle einer dauernden Beauftragung von Behröden oder Beamten zu bestimmten Staatszwecken. — Außerdem vergl. noch d. Art.: Amtshauptleute, Appellation, I. 2, Avocation, Appellationsgerichte, Brandstiftung, Creditverein, Hypothekenbank, Gerichtsstand, Staatsdienst, Ständeversammlung, Verwaltungsstraffachen, Verwaltungsstreitigkeiten, Wahl...

Commission, standrechtliche. **1)** Die Sitzungen derselben sind öffentlich. Mit Ausnahme der Todesurtheile, zu denen Einstimmigkeit erfordert wird, werden die Aussprüche dieser C. durch Stimmenmehrheit gefällt. Die C. erkennt entweder auf die von dem Oberbefehlshaber angedrohte Strafe, oder, in Ermangelung einer solchen, auf die gesetzliche, oder auf Freisprechung, oder auf Verweisung vor den ordentlichen Richter. Der letzte Fall tritt ein, wenn nach Ueberzeugung der Richter die Wahrheit nicht sofort zu ermitteln gewesen. Jeder richterliche Civilbeamte, welcher zum Beisitzer in der C. vom Oberbefehlshaber der Truppen gerufen wird, hat dieser Aufforderung bei Strafe der Amtsentsetzung Folge zu leisten. G. v. 10. Mai 1851. §. 14. G.S. S. 120. **2)** Für jeden Fall ist von dem Oberbefehlshaber ein Ankläger zu ernennen. Von diesem ist dem Angeschuldigten das, was gegen ihn vorliegt, mündlich vorzuhalten. Auch ist der Letztere mit seiner Vertheidigung zu hören und ihm, wenn er es verlangt, von dem Vorsitzenden der C., unter thunlichster Berücksichtigung seiner Wünsche in Bezug auf die Person, ein Vertheidiger zu bestellen, der jedoch nicht nothwendig juristisch befähigt sein muß. Der Vorsitzende ist jedoch verpflichtet, einen Mißbrauch des Vertheidigungsrechts zu verhindern, und es kann durch Beschluß des Gerichts äußersten Falls das Wort zur Vertheidigung entzogen werden. ib. §. 15. **3)** Die C. hat ihre Erkenntnisse binnen 24 Stunden von da ab, wo die Anklage erhoben worden, zu fällen. Ueber die ganze Verhandlung ist ein kurzes Protokoll aufzunehmen, welches den Nachweis der gesetzlichen Zusammensetzung der C., die Anklagepuncte, die hauptsächlichen Aussagen des Angeschuldigten und der Zeugen, die wesentlichen Momente der Vertheidigung und das gesprochene Urtheil mit seinen Hauptgründen enthalten muß, und von den Mitgliedern der C. zu unterzeichnen ist. Verurtheilende Erkenntnisse sind dem Oberbefehlshaber zur Bestätigung vorzulegen und nach deren Eingange sofort zu vollstrecken. Im Falle der Nichtbestätigung ist die Sache an den ordentlichen Richter zu verweisen. Bestätigte Todesurtheile werden militairisch vollzogen. ib. **4)** S. Kriegsstand.

Commissionäre. In Betreff dergl. s. die Art.: Agenten, Censur, Commissionswaaren, Presse, Preßvergehen, Wechselrecht, Zeitungscaution.

Commissionen. (Behörden oder Beamte mit Auftrag für einen speciellen Zweck.) Als dergleichen werden in den Gesetzen bestätigt und mit einer dort näher angegebenen Vollmacht bekleidet: **1)** die Brandversicherungs-C. S. das Nähere unter: Landes-Immobiliar-Brandversicherung...; **2)** die C. für Straf- u. Versorganstalten, doch s. rücksichtlich dieser den Art.: Ministerium des Innern; **3)** die C. wegen Ausmittelung des steuerfreien Grundeigenthums, V. v. 8. Nov. 1838. G.S. S. 474., aufgelöst lt. V. v. 30. Juni 1849. G.S. S. 135.; **4)** die General-C. für Ablösungen und Gemeinheitstheilungen, s. Ablösungsbehörden; **5)** die C. für Einrichtung der Grund- u. Hypothekenbücher, G. v. 6. Nov. 1843. §§. 208. 241. f. G.S. S. 226. f., u. V. v. 15. Febr. 1844. §. 120. f. G.S. S. 68. Vergl. auch die V. v. 28. Sept. 1846. G.S. S. 269. u. v. 27. März 1848. G.S. S. 35., u. s. Grund- u. Hypothekenbuch; **6)** die C. für Entscheidung über Competenzzweifel zwischen Justiz- und Verwaltungsbehörden, s. Competenz-

streitigkeiten; 7) die C. zur Immatriculation der Studirenden, V. v. 2. Jan. 1835. u. Art. I. des ihr inserirten Bundesbeschlusses v. 13. Dec. 1834. G.S. v. 1835. S. 7., doch s. Bund; 8) die C. für die Schullehrer-Seminarien, V. v. 7. Nov. 1831. §. 4. E. G.S. v. 1831. S. 329.; 9) die C. für die theolog. Candidatenprüfungen, V. v. 3. Jan. 1833. G.S. S. 17., v. 24. Mai 1833. G.S. S. 59. 62., s. Aemter, B.; 10) die Ufer- und Wasserbau-C., s. Dämme; 11) die Straßenbau-C., s. Straßen; 12) die Armen-C., s. d.; 13) die Schul-C., s. d.; 14) die Recrutirungs-C., s. Militairpflicht, Recrutirung; 15) die C. zu Regulirung der Wasserläufe, s. d.; 16) die C. für das Veterinärwesen. Diese ist durch die V. v. 14. Juni 1856. G.S. S. 129. errichtet worden, besteht aus einem vom Ministerium des Innern ernannten Vorsitzenden u. 2 ordentlichen, sowie verschiedenen außerordentlichen Mitgliedern. ib. §. 1. f. Ueber ihr Verhältniß zur Thierarzneischule, zu den Thierärzten des Landes, zum ärztlichen Prüfungswesen, und als begutachtende Behörde in Veterinärsachen, namentlich auch bei gerichtlichen Fragen s. ib. §§. 3. f. Ein Mitglied ist: „Landesthierarzt", ib. §. 8., und an die Instruction in der G.S. v. 1857. S. 13., publ. durch V. v. 8. Jan. 1857. ib. gewiesen. S. noch: Bezirksthierärzte; 17) die C. bei bekannt gemachtem Standrechte, s. den besondern Art.: Commission, standr. 18) Noch weitere Fälle der jetzt fraglichen Art werden nachgewiesen unter: Gewerb- u. Pers..., Kirchen- u. Schulcommission, Baugewerken, Rechtscandidaten, Grundsteuer, Techniker.

Commissionsgeschäft. S. Handel- u. Gew..., Commissionswaaren, Agenten.

Commissionswaaren. 1) Bei entstehendem Concurse sind die C. von der Masse zu separiren. E.P.O. ad Tit. 42. im Eing. S. 243. — Derjenige, welcher daneben mit Wechseln belegt worden, ist berechtigt, sich wegen seines Vorschusses davon bezahlt zu machen, und er ist nicht schuldig, bei Bankerotten mehr als den Rückstand heraus zu geben. E.P.O. ad Tit. 41. §. 1. S. 235., W.O. v. 2. Oct. 1682. §. 34. C. A. T. II. S. 2037. u. L.C.W. T. I. S. 342., Bef. v. 4. Sept. 1669. C. A. T. II. S. 2017., Beil. XX. zur E.P.O., u. L.C.W. T. I. S. 343. 2) S. Concursgläubiger, A. II., Waaren.

Commissoriale. S. Commissarien.

Commissoria lex. S. Clausel.

Commortui. S. Erbfolge.

Commun. S. Gemeinden.

Communalabgaben. S. Gemeindeleistungen.

Communaleinkünfte. S. Gemeindevermögen, Armencasse.

Communalgarde. 1) Das Institut der C. soll in jeder Gemeinde des Landes eine Vereinigung der wohlgesinnten Einwohner aller Stände für den Zweck der allgemeinen Sicherheit und öffentlichen Ordnung, sowie der Beförderung des Gemeinsinnes bilden. M. v. 29. Nov. 1830. §. 2. G.S. S. 198., V. v. 11. April 1848. §. 1. S. 28. 2) Die Organisation des Instituts beruht, außer dem gedachten M. v. 1830., auf folgenden Bestimmungen: Regul. für Errichtung der C.n v. J. 1830. G.S. S. 200., — Disciplinar-Regulativ v. 5. Febr. 1831. G.S. S. 35., wegen der Lausitz v. 21. Febr. 1831. ib. S. 53., — Bek. v. 16. Juni 1831. G.S. S. 147. 148., wegen der Lausitz V. v. 17. Juni 1831. ib. S. 149., — V. v. 10. Nov. 1832. G.S. S. 435. 437. 439., — V. v. 6. Dec. 1837. G.S. S. 131., — G. v. 25. Juni 1840. G.S. S. 132., wozu die V. v. 8. Oct. 1840. ib. S. 236. ergangen ist, — V. v. 11. April 1848. G.S. S. 28. aufgehoben im G. v. 22. Nov. 1848., — ferner G. v. 28. Sept. 1848. G.S. S. 191., die Entschädigung der im Dienste verletzten Communalgardisten betr., — G. v. 22. Nov. 1848. G.S. S. 277. die C. betr., u. Ausführungs-V. v. 19. Juni 1849. G.S. S. 123., beides wieder aufgehoben durch d. G. v. 14. Mai 1851., — V. v. 3. Juni 1850. Abschn. III. G.S. S. 140. das Vereins- u. Versammlungsrecht in Bezug auf die C. betr., — G. v. 10. Mai 1851. G.S. S. 118. das Verfahren bei Störungen der öffentl. Ruhe u. Sicherheit

betr. (vorher: V. v. 7. Mai 1849. G.S. S. 91.), — G. u. V. v. 14. Mai 1851. G.S. S. 175. 178. 192. die C. betr., verb. mit dem revid. Regul. G.S. v. 1851. S. 181. f. 193. f. 280. — u. V. v. 10. Aug. 1851. G.S. S. 310. die Freilassung gewisser öffentl. Beamten, Officianten und Diener v. d. C. betr. **3)** S. noch: Bewaffnete, Waffengewalt, Ruhestörung, Geistliche, Juden, Recurs, Angeschuldigte, Begnadigung, Cassenverwalter, Disciplin, Amtshauptleute, Schützengesellschaften.

Communallasten. S. Gemeindeleistungen.

Communalprincip. S. Armenpflege, Armenvereine.

Communalsachen. S. Gemeinde...

Communholz. S. Gemeindeholzungen.

Communicanten. S. Abendmahl.

Communicantenbücher. C. sind bei jeder Parochie zu halten, §. 5. der Anweisung für die Pfarrer ꝛc. v. 18. Febr. 1799. C.A. C.II. T.I. S. 227., L.C.W. T. VI. S. 217.

Communicantenverzeichnisse. S. Verzeichnisse.

Communication. S. Acten, Amtshauptleute, Requisition, Appellationsgerichte, Stadtgericht, Stadtrath, Stadtverordnete, Geschäftsstyl, Russische..., Requis...

Communicationswege. S. Straßen.

Communion. S. Abendmahl.

Communionwein. S. Zinn.

Communismus, s. Bund.

Communpräſtationen. S. Gemeindeleistungen.

Communrepräsentanten. Provisorische C. wurden in den Städten nach dem M. v. 15. Dec. 1830. G.S. S. 223. gewählt. Ihre Wirksamkeit erlischt jeden Orts mit Einführung der A.St.O. G.S. v. 1832. S. 13., und zwar nach genehmigter Wahl der neuen Stadtverordneten und Ersatzmänner. G. v. 2. Febr. 1832. §. 6. ff. G.S. S. 12.

Communschulden, s. Gemeindeschulden.

Communübermaßschocke. S. Abgaben.

Compagniearzt. S. Militairärzte.

Compagniehandlungen. **1)** Jede C. zu Leipzig hat, aus welchen Personen sie bestehe, desgleichen wenn die Personen sich ändern, diese Veränderung binnen 4 Wochen von der Zeit an, da solche erfolgt, zum Handelsgerichte bei 100 Thlr. Strafe anzuzeigen. Rescr. v. 8. Dec. 1773. C.A. C.II. T.II. S. 1444. Ueber solche Anzeigen ist bei dem Handelsgerichte ein ordentliches Protokoll zu halten. ib. [Diese Einrichtung ist durch eine ungedruckte und unter dem 13. Febr. 1818. mittelst Rescr. bestätigte Anordnung v. 10. Jan. 1818. wesentlich vervollständigt worden. Haubold Sächs. Privatrecht, ed. 2. §. 415. Anm. 2. S. 439.] **2)** S. Handlung, Handel- u. Gew., Ehrenämter, Wechselverbindlichkeit, Firma.

Comparatio litt., s. Schriften...

Compensation. Ueber Fälle des gegenseitigen Aufhebens und Sichausgleichens von Forderungsrechten geben folgende Artikel Nachweis: Ehebruch, Einreden, Executionsverfahren, Geringfügige R., Concursproceß, Kostencompensation, Militairpersonen, Staatsdienst, Verjährung, Wechselverfahren, Subhastation.

Compensationsscheine. Die von der ehemaligen Landescommission im Oct. 1812. ausgegebenen C. sind eingelöst und vernichtet worden. Bek. v. 2. Nov. 1819. G.S. S. 228.

Competenz (beneficium competentiae). Wenn ein Gemeinschuldner nach getroffenem und erfülltem Accorde zu bessern Vermögen gelangt, so ist er zwar das remittirte Quantum nachzuzahlen schuldig, doch soll ihm dabei das beneficium competentiae zu Statten kommen. M. v. 20. Dec. 1766. §. 17. C.A. C.I. T.I. S. 935. S. auch: Concurs, Verkümmerung, Auszug, Creditverein, Hypothekenbank, Accord.

Competenz. **1)** Ob ein Richter competent sei, hat zunächst er selbst zu prüfen. V. v. 11. Jan. 1844. G.S. S. 1. **2)** Ueber C.verhältnisse vergl. auch die Art.: Antrag, Gerichte, Gerichtsstand, Anmaßung, Justiz- und Verwaltungsp., Polizei, Competenzstreit..., Litispendenz, Brandstiftung, Militairger..., Appellation, III. B., Ehesachen, Erkenntnisse, Gerichtsbezirke, Reiselegitimationen, Staatsverträge, X., Staatsanwaltschaft, Untersuchungszuständigkeit, Verwaltungs..., Verjährung.

Competenzgesetz. Mit diesem Namen

pflegt das G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 55. bezeichnet zu werden. Dazu gehört die V. v. 28. März 1835. G.S. S. 212. S. Verwaltungsbehörden.

Competenzstreitigkeiten. **1)** Zur Entscheidung über C. zwischen Justiz- und Verwaltungsbehörden besteht nach §. 47. der V.U. eine collegialische Behörde: die Commission für Entscheidung üb. Competenzzweifel zwischen Justiz- u. Verwaltungsbehörden. §. 1. des G. v. 13. Juni 1840. G.S. S. 97. Vorher: G. v. 28. Jan. 1835. §. 18. G.S. S. 59. **2)** Die Commission entscheidet a) über zwischen Justiz- und Verwaltungsbehörden entstandene, u. zwischen den betheiligten Ministerien nicht vereinbarte Meinungsverschiedenheiten darüber, ob eine Sache zur Competenz der Justiz- oder der Verwaltungsbehörden gehöre, die Competenz mag von einer Behörde sich vindicirt oder abgelehnt werden, insbesondere auch ob in einer ursprünglichen Verwaltungssache der Rechtsweg Statt finde, §. 2. 3. ib; ferner b) wenn zwar über C. unter Justiz- und Verwaltungsbehörden zwischen dem Justiz-Ministerium und dem betheiligten Verwaltungs-M. eine Vereinigung erfolgt ist, diese aber gegen die Ansicht der Gerichte dahin geht, daß nicht die Justiz-, sondern die Verwaltungsbehörde competent, oder daß ein Fall, wo der Rechtsweg Statt fände, nicht vorhanden sei, und nunmehr von einer betheiligten Privatperson, die das Gegentheil behauptet, weiter auf die Entscheidung der Commission provocirt wird. §. 4. ib. S. 98. und §. 18. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 59. **3)** Ueber die Aufforderung der Commission zu Ertheilung einer Entscheidung s. §. 5. f. ib., über ihre Zusammensetzung vergl. §. 6., und über das Verfahren vor ihr die §§. 7—11. ib. u. zu §. 7. die Bek. v. 13. Juli 1843. G.S. S. 69. **4)** Die Commission kann wegen Erlangung nöthiger Nachrichten mit Ministerien u. Mittelbehörden communiciren, an Unterbehörden aber unmittelbar verfügen. §. 13. d. G. v. 13. Juni 1840. G.S. S. 100. **5)** Ueber die Abfassung ihrer Entscheidungen vergl. §§. 14. u. 15. ib., und über den Kostenpunct, §. 16. S. 101. Jene samt den Gründen werden doppelt ausgefertigt, und sowohl dem Justizministerium wie dem betheiligten Verwaltungsministerium mitgetheilt. Den betheiligten Privatpersonen werden sie durch die Unter- oder Mittelbehörde auf Verordnung des vorgesetzten Ministerii publicirt, §. 17. ib. Rechtsmittel finden dagegen nicht Statt, ib. **6)** Bei den Entscheidungen über C. der bemerkten Art soll im Zweifel die Vermuthung für den Rechtsweg streiten, und bei Gleichheit der Stimmen ist für denselben zu entscheiden. §. 18. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 59. **7)** Wird die Competenz der Justizbehörden in den Fällen des §. 7. f. des neml. Gesetzes bestritten, so haben sie an das Justizministerium Bericht zu erstatten, inmittelst aber mit weiterem Verfahren anzustehen. §. 18. cit. **8)** S. auch die Artikel: Bettler, Justizministerium, Justiz- u. Verwaltungspuncte, Civil- u. Criminalp...

Complicen. S. Theilnahme, Verweisung, Gehilfen, Gerichtsstand, Commission, Untersuchungszust...

Complott. Im Betreff der im Complotte verübten Verbrechen sehe man die Artikel: Verbindung, Reue, Raub, Aufruhr.

Componist, Composition. S. Eigenthum an G., Musik.

Comprivigni. S. Ehe.

Compromisse. **1)** C., wodurch die Parteien Nothfristen verlängern oder während des Laufs solcher Fristen den Proceß sistiren, sind für giltig und, was dem entgegen zeither gesetzlich verordnet gewesen, ist für aufgehoben zu achten, §. 4. d. M. v. 1. April 1824. G.S. S. 36., Lauf. V. v. 14. April 1824. ib. S. 55. **2)** Nur in Ansehung des Decendii und wegen der Fristen im Justifications- und Leuterungsverfahren sind C. schlechterdings ungiltig, §. 5. des ang. M. — Vergl. E.P.O. ad Tit. 3. §. 3. S. 35., ad Tit. 29. §. 2. S. 167., ad Tit. 41. §. 3. S. 236., M. v. 13. März 1822. §§. 34. 36. G.S. S. 216., Lauf. M. v. 3. April 1824. §. 11. G.S. S. 48. **3)** Sind beim Aufhalten der Entscheidung im Processe andere

Personen als Mitgläubiger, Intervenienten, Litisdenunciaten ꝛc. betheiligt, so ist deren Zustimmung zu dem C. erforderlich und beizubringen. §. 6. d. M. v. 1. April 1824. G.S. S. 36. **4)** Es müssen aber die Parteien und die sonst beim C. interessirten Personen dasselbe entweder selbst in Person vor dem Proceßrichter während der Frist, welche aufgenommen oder verlängert werden soll, schließen und registriren, oder ihre Zustimmung zu einem von ihren Anwälten geschlossenen C. durch gerichtliche oder gerichtlich recognoscirte und ebenfalls noch binnen der Nothfrist einzureichende Erklärung anzeigen lassen. Ist keines von beiden vor Ablauf der Nothfrist erfolgt, so treten die wegen der Versäumnisse an Fatalien geltenden rechtlichen Grundsätze und Vorschriften ein. ib. §. 7. G.S. S. 37. **5)** Soldaten können nicht auf Civilgerichte compromittiren. Kriegsgerichtsreglement v. 23. Jan. 1789. Abschn. 2. §. 1. C.A. C. II. T. I. S. 1293. u. L.C.W. T. IV. S. 595., Ordonn. v. 19. Juli 1828. II. Th. §. 76. G.S. S. 165. **6)** Streitigkeiten über höhere oder andere als ganz geringfügige Ansprüche können nach den Vorschriften des Bagatellprocesses behandelt werden, wenn die Betheiligten mit Zustimmung des Gerichts sich dazu vereinigen. §. 45. d. G. v. 16. Mai 1839. G.S. S. 155. Die Kosten werden aber liquidirt, wie es in der förmlichern Proceßart geschehen wäre. ib. **7)** Wenn sich die Parteien nicht in Güte vereinigen, so ist wenigstens zu versuchen, sie durch ein C. auf einen kürzern Proceßweg zu bringen. P.O. Tit. 1. §. 2. S. 2., C.P.O. ad Tit. 1. §. 2. S. 6. **8)** Man vergl. auch die Artikel: Gerichtsbarkeit, Termin, Ablösungsbehörden, Verwaltungsstreitigkeiten, Verfahren, Zeugen, Wechselerkenntniß, Schiedsgericht.

Computation. S. Rechnung..., Zeit, Ehe.

Conat. S. Versuch.

Concepi. S Advocaten.

Concerte. S. Geschlossene 3., Armencasse, Musik, Versammlungen, Vereine.

Concession, Concessionsertheilung. **1)** Ehe ein Gerichtsamt zu Erbauung neuer Häuser, Anlegung neuer Mühlen oder Mahlgänge, von Brandweinbrennereien auf dem Lande, zu Schank- und Gastnahrungen, zum gewerbmäßigen Musikmachen in einem früher unter Patrimonialgerichtsbarkeit gehörig gewesenen Bezirke die erforderliche Erlaubniß ertheilt, ist zuvor der Gutsherr um seine Zustimmung zu befragen. Bei deren Verweigerung entscheidet die Kreisdirection. Bestimmungen beim G. v. 11. Aug. 1855. §. 14. G.S. S. 154. **2)** In soweit den Obrigkeiten zeither nach Gesetzen, Provincialverfassung oder vermöge besonderen Erwerbstitels die Ertheilung einer obrigkeitlichen C. oder Genehmigung zum Abdecken des gefallenen Viehes, zum Essenkehren oder zu Schauvorstellungen zustand, können die Gutsherren die Genehmigung dazu auch ferner sofort ertheilen, haben jedoch in den erstgedachten beiden Fällen den Gerichtsämtern solches anzuzeigen. ib. §. 16.; vergl. aber noch das G. v. 15. Mai 1851. G.S. S. 129. (unter Ablösung). **3)** Ist die Ertheilung der Genehmigung oder C. einer Mittel- oder Oberbehörde vorbehalten, z. B. zu Fabrikanlagen, zu Gestattung von Strohdachung, Gewährung eines Jahr- oder Wochenmarktes, und diese findet sich veranlaßt, zuvor das Gerichtsamt mit seinem Gutachten über die Localverhältnisse des Orts zu hören, so hat letzteres zugleich den Gutsherrn, dafern derselbe auf dem Gute anwesend ist, oder dessen Beauftragten zu befragen. Ang. Bestimmung §. 18. G.S. v. 1855. S. 155. **4)** Die C.sertheilung zu Anlegung von Mühlen- u. Mahlgängen irgend einer Art, zu Malzschrotquetschmaschinen oder zu Maschinen steht ohne Rücksicht auf die frühere Jurisdiction und darauf, an welchem Flusse oder Bache die Anlegung erfolgt, in Städten dem Stadtrathe, wenn er in Gewerbesachen Obrigkeit ist, außerdem überall dem Gerichtsamte des Bezirkes zu. Gen.V. v. 6. Febr. 1857. §. 1. G.S. S. 52. Vorher ist bei den beiden Mulden, der schwarzen und weißen Elster, und wo irgend fisca-

liche Interessen berührt werden, bei dem Finanzministerium, und in ehemaligen Patrimonialgerichtssprengeln bei der betreffenden Gutsherrschaft anzufragen, bezüglich dem Hauptzoll- oder Steueramte Nachricht zu geben. ib. §. 2. u. wegen des Verfahrens überhaupt §. 3. f. Wegen Anlagen an der Elbe s. §. 5. **5)** Zu Errichtung neuer Kalk- u. Ziegelbrennereien bedarf man keiner Gewerbs-C. — Doch wegen der baupolizeilichen Rücksichten s. ib. §. 6. u. bei Widersprüchen ib. §. 7. Wegen der Lausitz und der Schönburgischen Receßherrschaften: ib. §§. 8. 9. **6)** Wegen des Verfahrens bei gesuchten Hausbauconcessionen vergl. die V. v. 14. April 1857. G.S. S. 69. [Vorher: Gen. v. 14. Nov. 1825. G.S. S. 139., Gen.VV. v. 23. Aug. 1838. u. 2. Oct. 1839.] **7)** Im Betreff des C.swesens geben noch Nachweis die Artikel: Abdecken, Agenten, Becken, Bier, Apotheken, Arzneiwaaren, Asche, Ausland, Bannrechte, Buchdruckereien, Bleichen, Bücherwesen, Brandwein, Censur, Colporteurs, Dorfhandel, Aufnahme, Eigenthum an G., Candidaten, Erlaubniß..., Edelsteine, Fabriken, Fasanen, Firma, Gast- u. Schänkn..., Gutsherrliche ..., Hadern, Heilkunde, Herumziehende, Juden, Lotterie, Kalender, Magnetismus, Jahrmarkt, Land- u. Miethk., Ministerium d. Innern, Mühlen, Musik, Neubaue, Maskenbälle, Reiheschank, Spielkarten, Salz, Stempelsteuer, Steinkohlen, Waldungen, Wein.

Concilium perpetuum. Nach Aufhebung des C.p. zu Leipzig, vergl. das Regul. v. 28. Febr. 1829. §. 1. G.S. S. 85., ist an seine Stelle das Universitätsgericht getreten, §. 2. ib.

Concubinat. Die Polizeibehörden in Städten und auf dem Lande haben genaue Aufsicht zu führen und nicht zu gestatten, daß Personen verschiedenen Geschlechts, ohne sich zu verehelichen, gleich Eheleuten zusammenleben, und durch Erzeugung unehelicher Kinder in einer solchen unsittlichen Verbindung den Ortsgemeinden zur Last fallen. G. v. 8. Febr. 1834. §. 34. G.S. S. 54. [Aeltr. Best.: L.O. v. 12. Nov. 1550. C.A. T.I. S. 32.]

Concubitus, s. Beischlaf.

Concurrenz (Zusammentreffen v. Schuld u. Strafen). **I.** Verbrechen aus Absicht u. Unachtsamkeit. Auch bei einer mit rechtswidrigem Vorsatze begangenen Handlung kann, wenn nach den Umständen eine bestimmte Grenze der Absicht anzunehmen ist, der darüber hinausgehende rechtsverletzende Erfolg, in sofern nicht in den besonderen Vorschriften des zweiten Theils des Str.Gb. wegen eines solchen Erfolgs ausdrücklich eine höhere Strafe angedroht ist, nur als ein durch Unbedachtsamkeit verschuldeter in Betracht gezogen werden. Str.Gb. v. 1855. Art. 49. **II.** Zusammentreffen von Erschwerungsgründen. **1)** Treffen bei einem Verbrechen mehrere gesetzliche E.- oder Auszeichnungsgründe zusammen, so ist bei der Bestrafung der schwerste derselben zum Grunde zu legen, und die übrigen sind als Strafabmessungsgründe innerhalb des durch jenen bedingten Strafmaßes zu berücksichtigen. Str.Gb. v. 1855. Art. 76. **2)** In Bezug auf den Raub s. eben diesen Artikel unter 3., — ferner wegen der Forst-, Fisch- u. anderen Diebstähle den Art. Forstdiebstahl, 6., — wegen der Forst-, Jagd-, Hutungs- und Wasservergehen den Artikel Forstvergehen, 7. **III.** Zusammentreffen mehrerer Verbrechen in Einer Handlung. **1)** Liegt eine Handlung vor, welche den gesetzlichen Erfordernissen eines geringeren, vermöge gewisser dabei ebenfalls vorhandener Umstände aber zugleich den gesetzlichen Erfordernissen eines schwereren Verbrechens entspricht, so ist auf die durch das schwerste dieser Verbrechen verwirkte Strafe zu erkennen. Str.Gb. v. 1855. Art. 77. (Vergl. z. B. Meineid, 4. c.) Vorher: Art. 48. d. Cr.Gb. v. 1838. G.S. S. 126. **2)** Es ist jedoch solchen Falles, wofern nicht das schwerere Verbrechen schon seinem Begriffe nach das leichtere in sich enthält, bei der Festsetzung der Strafe innerhalb des Strafmaßes darauf Rücksicht zu nehmen, daß der Verbrecher durch seine Handlung zugleich noch ein anderes, minder schweres Verbrechen begangen hat. Auch kann in

dem letzteren Falle die Strafe des schwereren Verbrechens nach Art. 14. 16. u. 18. d. Str.=Gb. (s. Schärfung) geschärft werden. ib. **3)** S. Vollstreckung, 26. **IV.** Zusammentreffen mehrerer Verbrechen in verschiedenen Handlungen. **1)** Liegen mehrere, von einer und derselben Person durch verschiedene Handlungen begangene Verbrechen zur Bestrafung vor, so ist wegen dieser sämtlichen Verbrechen auf eine Gesamtstrafe zu erkennen, welche durch Erhöhung derjenigen Strafe, die für das schwerste derselben, wenn es allein zur Bestrafung vorläge, zu erkennen sein würde, gebildet wird. Str.Gb. Art. 78. Vorher: G. v. 16. Juni 1840. G.S. S. 102., Art. 49. 52. f. d. Cr.Gb. v. 1838. G.S. S. 126., 32. Const. v. 1572. C.A. T.I. S. 126., Rescr. v. 14. Dec. 1730. C.A. C.I. T.I. S. 287. Bei mehreren, von demselben Uebertreter begangenen Zoll= u. Steuervergehen findet die Vorschrift in Art. 49. d. Cr.Gb. ebenfalls Anwendung. G. v. 3. April 1838. §. 35. ib. S. 344., v. 4. April 1838. §. 45. ib. S. 356. Wenn mit Zoll= u. Steuervergehen gemeine Verbrechen concurriren, so werden solche nach dem Str.Gb. bestraft, §. 37. d. G. v. 3. April 1838. ib. S. 344., §. 46. d. G. v. 4. April 1838. ib. S. 356. S. auch unten No. 7. **2)** Handlungen, welche als Fortsetzung eines und desselben Verbrechens anzusehen sind, können nicht als eine Mehrzahl von Verbrechen in Betracht gezogen werden. ib. **3)** Die wegen mehrerer durch verschiedene Handlungen begangener Verbrechen zu erkennende Gesamtstrafe kann bis auf das Doppelte der Strafe des schwersten Verbrechens ansteigen, darf jedoch dabei den Höchstbetrag, welchen nach Art. 32. (unter Strafdauer) zeitliche Freiheitsstrafen überhaupt nicht übersteigen sollen, nicht überschreiten. ib. — Vergl. jedoch unter VI. den Art. 299. **4)** An die im cit. Art. 32. enthaltene Bestimmung wegen Beobachtung monatlicher Zeitabschnitte ist der Richter bei dieser Straferhöhung nicht gebunden. Ang. Art. 78. **5)** Befindet sich unter den zusammentreffenden Verbrechen ein solches, woran das Gesetz gewisse Nachtheile außer der Strafe geknüpft hat, so treten diese Nachtheile auch dann ein, wenn das fragliche Verbrechen nicht das schwerste ist. ib. Welche Verbrechen hierbei zu berücksichtigen, bestimmt die Str.Pr.O. Art. 79. **6)** Bei der Abmessung der nach Art. 78. cit. zu erkennenden Straferhöhung hat der Richter, nächst der Anzahl und der Schwere der zusammentreffenden Verbrechen, vorzüglich zu berücksichtigen, ob zwischen denselben ein näherer oder entfernterer ursachlicher Zusammenhang Statt findet, ob durch diesen Zusammenhang die Mehrzahl der Handlungen ihre erschwerende Bedeutung verliert, oder ob im Gegentheile in derselben sich ein besonders hoher Grad von Böswilligkeit kund giebt, ingleichen ob den verschiedenen Verbrechen gleichartige oder verschiedenartige Triebfedern zum Grunde liegen. Art. 80. d. Str.Gb. **7)** Bei Beantwortung der Frage, welches der zusammentreffenden Verbrechen das schwerste sei, ist, wenn dieselben, jedes für sich betrachtet, mit verschiedenen Strafarten zu ahnden sein würden, das im Art. 35. festgesetzte Geltungsverhältniß der verschiedenen Strafarten zu berücksichtigen. ib. Art. 81. u. f. Strafgeltung. — Befinden unter denjenigen Verbrechen, welche neben dem schwersten vorliegen, sich solche, die mit einer höheren Strafart, als das schwerste, zu ahnden sein würden, so ist die Strafe des schwersten Verbrechens nach dem gedachten Geltungsverhältnisse auf die schwerste unter den zusammentreffenden Strafarten zu reduciren, und die nach Art. 78. oben bei IV. eintretende Erhöhung mit der hiernach sich ergebenden Strafe vorzunehmen. ib. **8)** S. Vollstreckung. **V.** Zusammentreffen des Rückfalls u. der Concurrenz der Verbrechen. Wenn Jemand wegen mehrerer Verbrechen zu bestrafen ist, welche sämtlich oder von denen einige oder auch nur eines im Rückfalle verübt worden, so ist die im Art. 82. d. Str.Gb. weg. des Rückfalls (s. d.) bestimmte Straferhöhung mit der nach Art. 78. bis mit 81. (s. vorstehend IV. 1—7.) ermittelten Gesamtstrafe vorzunehmen. Es darf jedoch in diesem Falle die zu erkennende Strafe

nicht über das Dreifache der Strafe des schwersten Verbrechens ansteigen. Art. 85. d. Str.Gb. Vorher: Art. 60. d. Cr.Gb. v. 1838. G.S. S. 129. — Vergl. wegen der Forst-, Fisch- und dergl. Entwendungen den Art. Forstdiebstahl, 8., und in Bezug auf die Forst-, Jagd-, Hutungs- u. Wasservergehen den Art. Forstvergehen, 7. **VI.** Zusammentreffen geringer Eigenthumsverbrechen. Hat Jemand sich mehr als zwei verschiedener, nach Art.276.277.od.278.(s. Diebstahl) zu bestrafender Eigenthumsverbrechen schuldig gemacht, von denen keines für sich allein einen höheren Werthsbetrag, als von 10 Thlrn., erreicht, so kann wider ihn, auch wenn diese Verbrechen verschiedener Art sind (a. a. O.), statt der nach Art. 78. f. (oben IV.) verwirkten Strafe, **1)** wenn der Gesamtbetrag dieser Verbrechen nicht über 10 Thlr. ansteigt: auf Arbeitshaus bis zu 1 Jahre,— **2)** über 10, jedoch nicht über 50 Thlr.: auf Arbeitshaus oder Zuchthaus bis zu 2 Jahren, — **3)** über 50 Thlr.: auf Arbeitshaus oder Zuchthaus bis zu 4 Jahren erkannt werden. Solchenfalls sind diese Verbrechen, wenn mit ihnen noch andere Verbrechen zusammentreffen, bei Anwendung der im Art. 78. f. (oben IV.) getroffenen Bestimmungen als ein einziges Verbrechen in Betracht zu ziehen. Str.Gb. Art. 299. **VII.** Zusammentreffen mehrerer Verbrechen gegen das Forstgesetz vom 11. Aug. 1855. **1)** Treffen mehrere nach dem ersten Satze des Art. 1. dieses Gesetzes oder nach Art. 3. ib. zu bestrafende Entwendungen (s. Forstdiebstahl) oder mehrere nach Art. 8. 9. u. 10. ib. (s. Forstvergehen, Hutungsvergehen) zu bestrafende Handlungen mit einander, oder Vergehen der ersteren Art mit solchen der letzteren zusammen, so finden die in Art. 78. bis mit 81., sowie, was die Entwendungen anlangt, im Art. 299. des Str.Gb. enthaltenen Bestimmungen (oben unter IV. u. VI.) keine Anwendung, sondern es sind die wegen jeder einzelnen dieser Vergehungen verwirkten Strafen besonders auszusprechen. Es sind sodann sämtliche erkannte Geld- und Gefängnißstrafen zusammen zu rechnen und ist wegen Vollstreckung, beziehendlich Verwandlung der letzteren, dem Art. 25. d. G. v. 11. Aug. 1855. (s. Verwandlung) in Verbindung mit Art. 17. d. Str.Gb. (s. Gefängnißstrafe) nachzugehen. Ang. G. v. 11. Aug. 1855. Art. 18. G.S. S. 306. **2)** Diese Vorschrift findet auch dann Anwendung, wenn bei einem oder bei einigen der zusammentreffenden Vergehen, oder bei allen, nach Art. 5. 6. 7. (s. Forstdiebstahl) 14. 15. 16. (s. Forstvergehen) eine Straferhöhung eintritt. Ang. Art. 18. Satz 2. **3)** Treffen Vergehungen der Eingangs gedachten Art mit anderen Verbrechen zusammen, so sind die Bestimmungen des Str.Gb. wegen der Behandlung concurrirender Verbrechen zur Anwendung zu bringen. ib. Satz 3. **VIII.** Bei Militairverbrechen. **1)** Wenn eine Militairperson im Dienste ein Verbrechen begeht, so kann die für das letztere an sich ausfallende Strafe, in allen Fällen, wo nicht deshalb härtere Strafen besonders angedroht sind, nach richterlichem Ermessen bis auf das Doppelte erhöht werden. M.Str.Gb. v. 1855. §. 57. G.S. S. 551. **2)** Wenn eine Militairperson, während sie auf Posten sich befindet oder, indem sie von demselben sich eigenmächtig entfernt hat, eines der im M.Str.Gb. Cap. 1. (s. Militairischer Verrath) 3. (s. Subordination, Widersetzlichkeit, Ungehorsam) 5. (s. Mißbrauch) u. 7. (s. Diebstahl) des 2ten Theils od. §§. 105. (s. Militairpflicht) 136. bis 138. (s. Mißbrauch) 159. u. 161. (s. Dienst) aufgeführten Verbrechen oder eines der im allgemeinen Str.Gb. Cap. 1. bis 8. 12. 15. u. 17. des 2ten Theils oder Art. 364. 365. desselben Gb. bezeichneten Verbrechen begeht, so ist die ohnehin gegen sie ausfallende Strafe, sofern solche nicht in Todes- oder lebenslänglicher Zuchthausstrafe besteht u. nicht für namentlich ausgehobene Fälle besondere Strafen angedroht sind, um das Maß 6monatlicher Militairarbeitsstrafe 2ten Grades bis 4jähriger Militairarbeitsstrafe 1sten Grades zu erhöhen. Diese Bestimmung findet jedoch keine Anwendung auf Vergehen, welche lediglich aus Unbedachtsamkeit hervorgegangen sind. M.-

Str.Gb. v. 1855. §. 58. G.S. S. 551. **3)** Hat eine Militairperson auf dem Posten ein Verbrechen, zu dessen Verhinderung sie vermöge besonderer Dienstinstruction verpflichtet war, wissentlich geschehen lassen, so ist sie mit der §. 58. angedrohten Strafe, wenn sie dagegen nur im Allgemeinen hierzu verpflichtet war, mit strengem Arrest von 4 Wochen bis zu Militairarbeitsstrafe 2ten Grades von 6 Monaten, zu belegen. ib. §. 59. Für ein in der Nähe des Feindes verübtes Verbrechen kann die Strafe, wo nicht besondere gesetzliche Bestimmungen eintreten, bis auf das Dreifache erhöht werden. ib. §. 60. **4)** In Beziehung auf das Zusammentreffen mehrerer, theils im allgemeinen Str.Gb., theils im M.Str.Gb. genannten Straferhöhungs- oder Erschwerungsgründe gelten die Bestimmungen des allgemeinen Str.Gb. (unter Zumessung, Rückfall, Concurrenz, II. III. IV.) §. 61. ib. (Vorher: M.Str.Gb. v. 1838. §. 45. f. 54. f. G.S. S. 236., G. v. 30. Juli 1846. G.S. S. 103., V. v. 31. Juli 1846. G.S. S. 106.) **IX.** Concurrenz von verschiedenen Rechtsvorschriften. Vergl. außer den unter: Collision bezeichneten Artikeln noch die unter: Ersatz, Strafgesetzbuch, Schärfung, Verweisung, Untersuchungszust...

Concurs. 1) Wer in leichtsinniger oder betrügerischer Weise zu seinem Vermögen ein Creditwesen herbeiführt, wird nach den unter Bankrott angegebenen Bestimmungen des Str.Gb. vom Jahre 1855. bestraft. Die vorhergegangene Gesetzgebung enthalten: Res. gr. v. 1661. Tit. Justitiensachen §. 78. C.A. T. I. S. 237., M. v. 7. Jan. 1724. ib. S. 2373., Lauf. M. v. 5. Juni 1726. L.C.W. T. I. S. 361., M. v. 20. Dec. 1766. C.A. C. I. T. I. S. 921., Instr. v. 2. Dec. 1770. §. 5. C.A. C. II. T. I. S. 131., Instr. v. 27. Mai 1783. ib. S. 466., Gen. v. 21. März 1786. ib. S. 893., Lauf. M. v. 2. Aug. 1783. L.C.W. T. IV. S. 8. u. C.A. C. II. T. III. S. 175., Cr.Gb. v. 1838. Art. 256—260. G.S. S. 173. **2)** Diejenigen, zu deren Vermögen C. eröffnet worden ist, selbst wenn sie unverschuldet in Verfall ihres Vermögens gerathen sind, sollen zu öffentlichen Bedienungen in Raths- und Gerichtsstellen nicht gezogen werden, sondern ihrer dießfallsigen Functionen verlustig sein und so lange bis sie ihre Gläubiger völlig befriedigt haben, bei öffentlichen Zusammenkünften Andern nachstehen; M. v. 5. Juni 1726. §. 12. L.C.W. T. I. S. 366., M. v. 20. Dec. 1766. §. 5. C.A. C. I. T. I. S. 928., M. v. 11. März 1780. C.A. C. II. T. I. S. 781., Rescr. v. 27. Mai 1780. (wegen der Berg- und Justizbeamten) C.A. C. II. T. II. S. 203., Lauf. M. v. 2. Aug. 1783. §. 5. §. 22. C.A. C. II. T. III. S. 179. f. und L.C.W. T. IV. S. 7. f., Rescr. v. 8. Aug. 1829. (wegen der in Wartegeld stehenden Diener) G.S. v. 1829. S. 141., und f. Staatsdienst. **3)** Insbesondre sollen auch a) in C. verfallne Kaufleute nicht Handlungsdeputirte und Kramermeister werden, und wenn sie muthwillige Bankerottirer sind, nicht auf die Börse u. Handelsplätze kommen dürfen, M. v. 20. Dec. 1766. §. 5. §. 12. C.A. C. I. T. I. S. 928. 931., Lauf. M. v. 2. Aug. 1783. §. 5. §. 12. C.A. C. II. T. III. S. 179. 182. u. L.C.W. T. IV. S. 8. 10. [Vorher: Handels-G.O. v. 21. Dec. 1682. §. 22. C.A. T. II. S. 2048., M. v. 7. Jan. 1724. §. 12. C.A. T. I. S. 2378., Lauf. M. v. 5. Juni 1726. §. 12. L.C.W. T. I. S. 367.] b) Offiziere, zu deren Vermögen C. eröffnet worden ist, werden ohne ehrenvollen Abschied entlassen; M.Str.Gb. v. 13. Aug. 1855. §. 46. unter e. G.S. S. 548. c) Auf Schullehrer werden im vorliegenden Falle wegen der Dienstentsetzung u. Entlassung die Vorschriften wegen der Staatsdiener angewendet, G. v. 6. Juni 1835. §. 52. 53. G.S. S. 290. d) Wer in C. verfällt, kann die Lehn oder Mitbelehnschaft an Lehngütern nicht erlangen, M. v. 30. April 1764. Tit. 1. §. 11. C.A. C. I. T. I. S. 1025., Rescr. v. 1. Sept. 1775. C.A. C. II. T. I. S. 1157. e) Diejenigen, zu deren Vermögen ein Schuldenwesen entstanden ist, es mag dasselbe zum förmlichen C. gediehen od. der Weg der außergerichtlichen Erledigung desselben eingeschlagen worden sein, sind, so lange nicht ihre Gläubiger vollständige Befriedigung erhalten zu haben erklären, unfähig: zur Wahl von Wahlmännern zu den Landtagen, §. 5. d. G. v. 24. Sept. 1831. G.S. S. 288., und als

Abgeordnete gewählt zu werden, ang. G. §. 8. ib. S. 289., auch bei den Wahlen der Vertreter des Handels- und Fabrikstandes, G. v. 7. März 1839. §. 3. §. 5. G.S. S. 34.; desgl. zu Ausübung bürgerlicher Ehrenrechte, §. 73. **4)** Das Beneficium cessionis bonorum erhalten nur diejenigen Gemeinschuldner, welche den unverschuldeten Abfall der Nahrung bescheinigen, einen status activus et passivus, wie sie solchen eidlich bestärken können, einreichen u. den Chirographariern wenigstens 50 p.C. gewähren, auch den Manifestationseid geleistet haben; Kaufleute sollen ihre Vermögensübersicht wenigstens 4 Wochen vor der nächsten Leipziger Messe einreichen. Ausgeschlossen vom beneficio sind die, welche in den letzten 2 Jahren vor Ausbruch ihres insolventen Zustandes eine richtige Inventur nicht gefertigt haben. M. v. 20. Dec. 1766. §. 3. 4. C.A. C. I. T. I. S. 925., Lauf. M. v. 2. Aug. 1783. §. 3. 4. C.A. C. II. T. III. S. 177. u. L.C.W. T. IV. S. 5., Gen. v. 21. März 1786. C.A. C. II. T. I. S. 893. **5)** Dem in Folge von Unglücksfällen um sein Vermögen gekommenen Gemeinschuldner gebühren Competenzgelder, welche aber wöchentlich blos 1—2 Thlr. betragen sollen; hierzu ist ein bestimmtes Capital auszusetzen, welches nicht allen Gläubigern pro rata abzuziehen, sondern von der ganzen Masse hinwegzunehmen und beim Rückfalle zu Befriedigung der folgenden Gläubiger anzuwenden ist, E.P.O. ad Tit. 52. S. 299. [Aeltr. R.: Lauf. Interims-V. v. 6. Sept. 1645. L.C.W. T. I. S. 73. u. C.A. T. III. S. 196.] Des beneficii competentiae aber, sowie andrer Rechtswohlthaten werden Gemeinschuldner, welche ausgetreten sind und sich nicht stellen, verlustig, M. v. 20. Dec. 1766. §. 10. a. a. O., Lauf. M. v. 2. Aug. 1783. §. 10. a. a. O. [Aeltr. R.: M. v. 7. Jan. 1724. §. 10. C.A. T. I. S. 2378.] S. ferner: Schuldner. **6)** Wider einen Gemeinschuldner ist während eines C. auf die bei dessen Eintritte bereits bestandenen Schuldansprüche der Schuldarrest (Wechselarrest) nicht zu verfügen. Dagegen schläft, so lange der C. dauert, die Verjährung der auf jene Zahlungen oder Abtretungen gerichteten Wechselklagen. G. v. 7. Juni 1849. §. 20. G.S. S. 115. unter Schuldarrest. Vorher: G. v. 26. Aug. 1843. §. 5. G.S. S. 94. [Hierdurch sind die 26. Dec. v. 2. Juli 1746. C.A. C. I. T. I. S. 357., §. 19. d. M. v. 20. Dec. 1766. ib. S. 935., in der Oberl. §. 19. d. M. v. 2. Aug. 1783. C.A. C. II. T. III. S. 187. u. L.C.W. T. IV. S. 15., und das, was in diesen Gesetzen über Ertheilung des salvus conductus enthalten, aufgehoben.] **7)** Sowie der Gemeinschuldner überhaupt von der Administration seines Vermögens in der Regel völlig ausgeschlossen ist, E.P.O. ad Tit. 51. §. 1. S. 291., so verliert er auch die Disposition über seine Immobilien, daher das C.gericht der betreffenden Grund- und Hypothekenbehörde vom Ausbruche des C. sofort Nachricht zu geben und die Eintragung eines Veräußerungsverbots zu beantragen hat. G. v. 6. Nov. 1843. §. 150. G.S. S. 217. Zu ermittiren ist der Cridar, sobald es zur Subhastation kommt. E.P.O. ad Tit. 39. §. 4. **8)** Besitzt der Gemeinschuldner Lehngüter oder fallen ihm solche an, so wird ihm zwar die Lehn daran nicht gereicht, er hat jedoch zur Lehnsmuthung sich schriftlich anzugeben und vorkommenden Falls zum Besten des Creditwesens, welches die Nutzungen aus dem Lehn, so lange, als er oder nach seinem Ableben seine Leibes-Lehnserben leben, zu ziehen hat, die Lehn und gesamte Hand zu suchen. Gleiches müssen nach seinem Ableben die Leibes-Lehnserben, wenn sie nicht jure proprio als Mitbelehnte in das Lehn succediren, auf Kosten des Creditwesens thun. M. v. 30. April 1764. Tit. 1. §. 11. C.A. C. I. T. I. S. 1025., Rescr. v. 1. Sept. 1775. C.A. C. II. T. I. S. 1175., in der O.Lauf. Confirm.Canzlei- u. G.O. v. 19. Aug. 1674. §. 14. C.A. T. III. S. 270. u. L.C.W. T. I. S. 46. **9)** Der Gemeinschuldner verliert den Nießbrauch am Vermögen seiner Ehefrau und Kinder, wenn vorher für deren Alimente gesorgt worden ist. E.P.O. ad Tit. 39. §. 21. S. 223. **10)** Verzichtleistungen des Gemeinschuldners auf eine Erbschaft oder andres Recht sind ungiltig. 25. Dec. v. 1746. C.A. C. II. T. I. S. 357. **11)** Schenkungen zwischen einem Ehemanne, dessen Vermögen

nachher in C. geräth, und seiner Ehefrau, wenn erstrer auch gleich zur Zeit des gegebenen Geschenks oder der errichteten Schenkung noch zahlungsfähig gewesen, sollen nichtig sein. M. v. 20. Dec. 1766. §. 15. C.A. C. I. T. I. S. 932., Lauf. M. v. 2. Aug. 1783. §. 15. C.A. C. II. T. III. S. 184. **12)** Wegen der Giltigkeit der vom Gemeinschuldner eingegangenen Pacht= und Miethcontracte s. das ang. M. v. 1766. u. 1783. §. 5. l. c., E.P.O. ad Tit. 39. §. 4. **13)** Gerichtlich bestätigte Wiederkäufe können im C. geltend gemacht werden, wenn sich der Verkäufer binnen Sächs. Frist über die Ausübung des Wiederkaufsrechts erklärt und in halbjähriger Frist den Kaufpreis baar erlegt, 27. Dec. v. 1746. C.A. C. I. T. I. S. 358. Gleiches gilt von Vorkaufs= u. Retractsrechten, M. v. 9. April 1827. G.S. S. 89. **14)** Moratorien dürfen von Staatswegen nicht ertheilt werden. V.U. v. 4. Sept. 1831. §. 54. G.S. S. 252. **15)** Erben eines insolvent Verstorbenen müssen sich binnen 8 Wochen über den Nachlaßantritt erklären. Hand.G.O. v. 21. Dec. 1682. Tit. 23. C.A. T. II. S. 2048., M. v. 20. Dec. 1766. §. 16. 22. C.A. C. I. T. I. S. 933., Lauf. M. v. 2. Aug. 1783. §. 16. 22. a. a. O. **16)** Der Vormund unmündiger Erben hat bei überschuldetem Nachlasse, wenn C. zu besorgen ist, dem Richter solches anzuzeigen, damit dieser erwägen kann, ob der C. abzuwenden, oder ob es zuträglicher sei, die Erbschaft nicht anzutreten. Im C. hat hernach der Vormund die Forderung der Minorennen gehörig zu liquidiren. V.O. Cap. 15. §. 17. S. 71. **17)** Der Sterbemonat eines im C. verstorbenen Offiziers gehört zum Nachlasse, mithin zur Masse, wogegen d. Gnadenmonat der Wittwe und den Kindern verbleibt. M. v. 15. Febr. 1822. §. 6. G.S. S. 134., Ordonn. v. 19. Juli 1828. 2. Th. §. 84. G.S. S. 167. **18)** Der Gnadengenuß der Hinterlassenen eines Staatsdieners ist lediglich zu Unterstützung der Wittwen und Waisen bestimmt und gehört nicht zum Nachlasse, G. v. 7. März 1835. §. 40. G.S. S. 190. Auch findet eine Beschlagnahme der Pension der Wittwen und Waisen durch die Gläubiger mittelst Arrestschlags oder Hilfsvollstreckung nicht Statt, ausgenommen wenn der Fiscus wegen fiscalischer Ansprüche, vermöge des ihm zustehenden Compensationsrechts darauf anträgt, ib. §. 45. S. 191. **19)** Wie der C. durch Vergleich gehoben wird, weist der Art.: Accord nach. Aeltr. Recht: Hand.G.O. v. 21. Dec. 1682. Tit. 25. C.A. T. II. S. 2049., M. v. 7. Jan. 1724. §. 16. C.A. T. I. S. 2380., 26. Dec. v. 1746. C.A. C. I. T. I. S. 357. **20)** Bei in C. befangenen oder sequestrirten Gütern übt das Cultusministerium [sonst der Kirchenrath] das Patronatrecht aus. Rescr. v. 28. Jan. 1732. C.A. C. I. T. I. S. 253., Rescr. v. 27. Sept. 1741. ib. 253. **21)** Noch weisen folgende Artikel einschlagende Bestimmungen nach: Bankrott, Börse, Curatoren, Begräbniß, Bergschulden, C.acten, Creditverein, Edictalcitation, Ehefrauen, Eid, Erben, Erbschaft, Executionsverfahren, Geldstrafe, Handelsbücher, Hochzeitsgeschenke, Hypothekenbank, Kirchrechnung, Landes=Immobil., Miethe, Militairgerichtsbarkeit, Pfandrecht, Regreß w. U. d. A., Schuldarrest, Sequestration, Patronatrecht, Steuerreste, Staatsverträge, Subhastation, Testamente, Vorkauf, Vormundschaft, Wiedereinsetzung, Wiederkauf, Zoll.

Concurs=Acten. **1)** Wenn ein Concursus creditorum entsteht, so sollen, nach dem Gen. v. 18. Sept. 1748. §. 3. 4. C.A. C. I. T. I. S. 374. u. L.C.W. T. I. S. 172., die das Schuldenwesen insgemein anlangenden Vorfallenheiten von denen, welche die verschiedenen Creditoren insbesondere angehen, separirt, und a) sowohl über erstere, als auch über die letzteren, dann aber b) über die Liquidationen der sämtlichen Gläubiger und die Verfahren darüber, c) über das, was zur Constituirung der C.masse an Immobilien, Mobilien u. Moventien, an Lehn, Erbe, Fahrniß und außenstehenden Schulden gehört, auch darzu nach und nach an den Einkünften von Immobilien und sonst an baarem Gelde eingehet, wie nicht weniger d) über die davon abzuziehenden gemeinschaftl. u. d. einen oder andern Creditor besonders anzuschreibenden Kosten; ferner e) über die Se=

questration oder Verpachtung der Immobilien oder Moventien, ingleichen über die dießfalls etwa vorkommenden Irrungen u. Beschwerden, auch was die Rechnungsablegung und deren Defectirung anlangt, f) über die Subhastation der Lehn- und Erbgüter und was hierher gehörig; g) über die Auction der Mobilien u. h) über die Eintreibung der zur C.masse zu bringenden Activschulden, nicht minder i) über das, was dem debitor communis und den Seinigen oder den Gläubigern am Interesse oder Capital, auf Befehl und sonst vor Publication des Distributionsabschiedes, verabfolgt wird u. endlich k) über die Distribution selbst, besondre Acten angelegt werden. ib. §. 3. **2)** Jedem Volumen ist über dessen Inhalt ein richtiges Repertorium voranzusetzen, cit. §. 3. Auch soll noch, wenn die Acten auf eine große Anzahl anwachsen, in einem besondern Fascikel eine Generalspecification aller in den vorgeschriebenen Specialrepertorien eines jeden Volumen verzeichneten Stücke, auch der dabei allegirten Folien gefertigt, und selbige den Urtelsfragen oder Berichten jedesmal beigefügt; hingegen für dieß alles in keiner Sache, unter keinerlei Vorwande, etwas an Gebühren gefordert, vielmehr, was dieser Acten halber anbefohlen, ex officio verrichtet werden, ib. §. 4. **3)** Die Actuarien sollen die einzelnen Liquidationen und Einbringen nicht unter einander mengen, sondern jedes Verfahren besonders schreiben lassen und nachher Alles zusammen in ein oder mehrere Volumina bringen. C.P.O. ad Tit. 41. §. 3. S. 236. Die eingereichten Sätze sollen aber deutlich die Namen der Parteien enthalten. M. v. 15. April 1696. §. 10. C.A. T. I. S. 1271. **4)** In allen Concursen, zu deren Massen Grundstücke oder die daraus gelöseten Kaufgelder gehören, und bei denen Forderungen, welche, die Eintragung in das Grund- und Hypothekenbuch vorausgesetzt, ihre Befriedigung zunächst aus diesen Grundstücken und Grundstückskaufgeldern zu erwarten haben, mit dem Antrage auf solche Befriedigung angemeldet sind, hat bei 5 Thaler Strafe vor Abfassung des Designationserkenntnisses oder Versendung der Acten zu Einholung eines solchen Erkenntnisses das Concursgericht, dafern nicht etwa bereits von einem oder dem andern Betheiligten ein beglaubigter Auszug aus dem Grund- und Hypothekenbuche beigebracht worden und bei den Acten befindlich ist, dafür zu sorgen, daß ein solcher vollständiger Auszug zu den Acten komme, und mithin, wenn es nicht selbst zugleich die Grund- und Hypothekenbehörde ist, letztere um Mittheilung desselben anzugehen. V. v. 1. Nov. 1850. G.S. S. 261.

Concurs-Deposita. **1)** Die C. können und sollen nach Verlangen der Gläubiger, wenn der größte und beträchtlichste Theil derselben samt dem Curator bonorum einstimmig ist, auch der Richter nichts Erhebliches einzuwenden hat, gegen Hypothek ausgeliehen werden, Gen. v. 8. Juli 1767. C.A. C.I. T.I. S. 947., O.A.Pat. v. 18. Jan. 1808. §. 8. L.C.W. T.V. S. 32., V. v. 1. Nov. 1814. §. 23. C.A. C. III. T. I. S. 284., Gen. v. 20. Juli 1817. §. 12. d. und e. ib. S. 304., O.A.Pat. v. 6. Nov. 1817. §. 12. d. L.C.W. T. V. S. 132. **2)** Bei Königl. Gerichten sind die Gläubiger in den an sie zu erlassenden Patenten zu bedeuten, daß die zinsbare Unterbringung lediglich auf ihre Gefahr geschehe, und daß sie bei entstehendem Verluste keinen Anspruch an den Fiscus zu machen haben. Ang. V. v. 1. Nov. 1814. §. 23. cit.

Concurs-Gläubiger. **A.** Rangordnung der C.-Gl. [Aeltres Recht: 28. Const. v. 1572. P. I. C. A. T. 1. S. 81., Bef. v. 15. Dec. 1606. ib. S. 165. 1051., Lauf. A. u. G.O. v. 1. Dec. 1612. P. I. §. 24. C.A. T. III. S. 153. u. L.C.W. T. I. S. 14., Pr.O. Tit. 42. S. 240., Res. gr. v. 1661. Justizsachen §. 78. C.A. T. I. S. 238., Dec. 5. 58. v. 1661. ib. S. 296. 323., C.P.O. ad Tit. 42. S. 243., M. v. 13. März 1821. §. 5. G.S. S. 38.] I. Classe (bei Concursen, die nach dem 31. Dec. 1844. eröffnet worden). In der ersten Classe werden folgende Posten locirt: **1)** Die Vorschüsse zu Bezahlung der Schwedischen Contribution, M. v. 20. Juli 1707. C.A. T. I. S. 1745. Beil. zur C.P.O. no. 22. S. 158., Bef. v. 28. Febr. 1727. C.A. C. I. T. I. S. 537., und die zur

Zeit der im Jahre 1720. Statt gefundenen Theuerung gemachten Vorschüsse, M. v. 23. März 1720. C. A. T. I. S. 1915., Beil. zur E.P.O. no. 23. S. 162. u. L.C.W. T. II. S. 483., Bef. v. 19. April 1720. C. A. T. I. S. 1921., beide mit den Verzugszinsen, E.P.O. ad Tit. 42. §. 2. S. 244. **2)** Die Begräbnißkosten, nach des Schuldners Vermögen und richterlicher Ermäßigung, E.P.O. ad Tit. 42. §. 3. S. 244., Lauf. G. v. 25. Jan. 1836. §. 2. G.S. S. 13. **3)** Die Kosten der letzten Krankheit, einschließlich der dem Schuldner gereichten Alimente, E.P.O. ad Tit. 42. §. 4. S. 244., G. v. 25. Jan. 1836. §. 2. G.S. S. 13. **4)** Das rückständige Liedlohn derjenigen, welche in des Schuldners Dienst und Brod gewesen oder ein Kostgeld erhalten haben, auf 3 Jahre von entstandenem Concurse zurückgerechnet, E.P.O. ad Tit. 42. §. 5. S. 245., G. v. 25. Jan. 1836. l. c. **5)** Die öffentlichen und andere sowohl persönliche, als auf Grundstücken haftende Abgaben, in soweit sie aus den letzten 3 Jahren vor Ausbruch des Concurses oder vor Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens zu ihrer Beitreibung rückständig sind, und zwar werden die auf einem Grundstücke haftenden zunächst aus den Kaufgeldern dieses Grundstücks und nur aushilfsweise aus der freien Masse, die persönlichen hingegen nur aus der freien Masse befriedigt. G. v. 4. Nov. 1843. §. 1. G.S. S. 188. Nach der Verfassung vor diesem G. kamen die auf den Grundstücken haftenden und andern Onera, als Schoß-, Steuer-, Contributions-, Defensions- und Milizgelderreste, Decem-, Opfer-Pfennige, Wächterzins, Erbzins, Hufengeld, Wachgeld, Lehnwaare, u. d. m. von den Gütern, worauf solche haften, wegen der letzten 5 Jahre vor entstandenem Concurse, jedoch erst nach den rückständigen Kaufgeldern in Ansatz, E.P.O. ad Tit. 42. §. 8. S. 246., G. v. 25. Jan. 1836. §. 2. unter 7. G.S. S. 14. S. hierzu den Art.: Reallasten. Insbesondre aber a) wegen der Tranksteuer u. Tranksteuerfixa: d. Ausschreib. v. 3. März 1819. §. 11. G.S. S. 157., b) wegen der Ritterpferdspräſtationen: E.P.O. ad Tit. 45. §. 6. S. 265., c) wegen der Contributions-, Kreis- und Peräquationsanlagen: das Rescr. v. 2. Jan. 1768. C.A. C. I. T. I. S. 417., Gen v. 7. Jan. 1809. C.A. C. III. T. I. S. 233., d) wegen der durch die Ausschreiben v. 12. Nov. 1813., 7. Jan. u. 11. April 1815. u. 30. März 1815. geforderten Contributionen: Rescr. v. 5. Febr. 1817. C.A. C. III. T. I. S. 300., e) wegen der geistlichen Gebühren: Res. gr. v. 1661. Tit. Consistorialsachen. §. 5. C.A. T. I. S. 199., Rescr. v. 18. März 1728. C.A. C. I. T. II. S. 139.; wegen der geistlichen Anlagen: Rescr. v. 28. Febr. 1731. C.A. C. I. T. I. S. 289., und der Reste der milden Stiftungen: Rescr. v. 18. März 1728. C.A. C. II. T. I. S. 321.; f) wegen der Immobiliarbrandcassengelder: Rescr. v. 5. Febr. 1784. C.A. C. II. T. I. S. 475., Gen. v. 5. Febr. 1784. ib. S. 477., M. v. 10. Nov. 1784. Tit. 1. §. 33. ib. S. 855., G. v. 14. Nov. 1835. §. 49. G.S. S. 535., G. v. 25. Jan. 1836. §. 2. unter 7. G.S. S. 14., Lauf. Regul. v. 1827. §. 2. a. G.S. S. 35., g) wegen der Ablösungsrenten, dafern bei Uebernahme der Renten den Bestimmungen des G. v. 17. März 1832. nachgegangen worden: G. v. 17. März 1832. §. 45. G.S. S. 178., u. G. v. 17. März 1832. §. 11. G.S. S. 269., G. v. 25. Jan. 1836. §. 2. unter 7. l. c. Es ist aber wegen dieser künftig die Eintragung in das Grund- u. Hypothekenbuch erforderlich, G. v. 6. Nov. 1843. §. 19. G.S. S. 193. (s. den Art.: Reallasten), h) wegen der neuen Grundsteuer: G. v. 9. Sept. 1843. §. 16. G.S. S. 101., i) wegen der persönlichen, directen und indirecten, Staatsabgaben: G. v. 20. Oct. 1834. G.S. S. 237. Nach §. 1. des G. v. 4. Nov. 1843. G.S. S. 188. sind noch folgende Vorschriften d. G. v. 20. Oct. 1834. in Kraft: Das Vorzugsrecht kommt sowohl den Staatsabgaben selbst, als den deshalb festgesetzten Aequivalenten zu, §. 1. d. G. v. 1834., und geht durch ertheilte Gestundung der schuldigen Gefälle nicht verloren, ib. §. 2. aa) Es geht auch ohne ausdrückliche Abtretung auf dritte Personen über, welche entweder aus einem gesetzlichen Grunde, oder vermöge eines, von

der betroffenen Abgabenbehörde vor Ausbruch des Concurses genehmigten Vertrags dergleichen Abgabenforderungen vor oder nach dem Concursausbruche an die Staatscasse für den Gemeinschuldner abgeführt haben, ib. §. 3. bb) Es erstreckt sich aber nicht auf: Abgabenforderungen gedachter Art, welche von der Staatscasse dem Schuldner gegen Verzinsung creditirt worden sind oder von deren Entstehung an bis zum förmlichen Ausbruche des Concurses ein Zeitraum von mehr als 5 Jahren verflossen ist, ohne daß inmittelst die Verwaltungsbehörde executivische Einbringung derselben versucht hat; ferner nicht auf die Lagerung, Abwägung der Waaren, für Blei, Drucksachen u. s. w. vorschriftsmäßig zu entrichtenden Gebühren und die wegen der Abgabenreste erwachsenen Kosten; sowie endlich nicht auf Geldstrafen, welche wegen Gefällehinterziehungen oder anderer Uebertretungen verwirkt worden sind. §. 4. ib. cc) Als Zeitpunct der Entstehung einer Abgabenforderung, welche aus Waaren- und Gefälleconstirung entsprungen ist, wird der Tag angenommen, an welchem der letzte amtliche Abschluß des Conto erfolgt ist. §. 5. ib. dd) Bei Rückständen, welche durch versuchte Hinterziehungen oder durch Streitigkeiten entstanden sind, ist als dieser Zeitpunct, in sofern ein Erkenntniß publicirt worden, der Tag anzunehmen, an welchem das Erkenntniß in Rechtskraft übergegangen ist. §. 6. ib., **6)** Die Schulden, welche auf einem Gute gehaftet, ehe der Gemeinschuldner es an sich gebracht, nach Ordnung der Zeit der Entstehung des Realrechts, E.P.O. ad Tit. 42. §. 6. S. 245., G. v. 25. Jan. 1836. §. 2. unter 5. G.S. S. 14. **7)** Rückständige Kaufgelder, wegen deren, nach bisherigem Rechte, das Eigenthum oder die Hypothek gerichtlich vorbehalten worden, ingleichen An- Erbe- u. Tagezeitgelder unt. gleicher Voraussetzung, E.P.O. ad Tit. 42. §. 7. S. 245., G. v. 25. Jan. 1836. a. a. O. [Aeltres Recht: wegen der Erbegelder: Const. 28. P. I. v. 1572. C. A. T. I. S. 81., Pr.O. Tit. 42. §. 6. S. 242., 7. Dec. v. 1661. ib. S. 297., 63. Dec. v. 1661. ib. S. 325.] Bei Lehngütern war bisher erforderlich, daß Consens ertheilt sei, bei Allodialgütern nicht. M. v. 6. Juni 1772. C.A. C.I. T.I. S. 333. **8)** Aeltere, als 3jährige Abgabenrückstände, wegen deren vor dem 1. Jan. 1845. ein gerichtliches Verfahren Behufs ihrer Beitreibung eingeleitet worden, hinsichtlich des über den 3jährigen Zeitraum hinausgehenden Mehrbetrags, G. v. 4. Nov. 1843. §. 2. G.S. S. 188.; und rückständige Auszugsgebührnisse, dafern sie nicht wegen Vorbehalts der Hypothek unter den unbezahlten Kaufgeldern angesetzt werden müssen. Es erstreckt sich aber das dingliche Recht des Auszugs und der Leibrenten nur auf die letzten 3 Jahre vor Ausbruch des Concurses, es müßte denn vor dem 1. Januar 1845. bereits Klage erhoben und unausgesetzt fortgestellt worden sein. In diesem Falle werden die Auszugsgebührnisse wie ehedem andere onera realia nach der E.P.O. ad Tit. 42. §. 8. S. 246. auf 5 Jahre und wenn sie in der Classe unbezahlter Kaufgelder stehen, auch weiter zurück angesetzt. (S. jedoch Cl. 5.) E.P.O. ad Tit. 39. §. 11. S. 217., Rescr. v. 28. Febr. 1726. C.A. C. I. T. I. S. 275., Bek. v. 2. Oct. 1839. no. 1. 42. G.S. S. 277. 288., G. v. 6. Nov. 1843. §. 70. G.S. S. 204., V. v. 15. Febr. 1844. §. 126. unter c. G.S. S. 69. **9)** Wegen der Zinsen von wiederkäuflichen Stämmen s. den Artikel: Reallasten.

II. Classe. In dieser kommen die Pfandgläubiger lediglich nach der Zeit der Entstehung ihres Pfandrechts in Ansatz, nemlich (aus der Zeit vor Eröffnung d. Grund- und Hypothekenbuchs): **1)** Forderungen, wegen deren eine giltige Hypothek bestellt ist (Generalhypotheken sind unstatthaft), E.P.O. ad Tit. 46. §. 1. S. 262., G. v. 25. Jan. 1836. §. 3. G.S. S. 14. **2)** Forderungen, wegen deren nach dem M. v. 4. Juni 1829. §. 2. §. 4—12. G.S. S. 103., und in der Oberl. dem G. v. 25. Jan. 1836. §. 33—48. G.S. S. 19. stillschweigende Hypotheken bestanden, jedoch nur nach den unter Pfandrecht II. 2. angegebenen Bestimmungen. **3)** Forderungen, welche (nach den unter Pfandrecht II. angegebenen Bestimmungen) hinsichtlich des eheweib-

lichen Einbringens, vormundschaftlicher Cautionen, der Cautionen des Vaters in Bezug auf das Vermögen seiner unmündigen Kinder, des Cautionsquanti der Verwalter von Landescassen, Kirchen, öffentlichen Unterrichtsanstalten, Stipendiencassen, öffentlichen Versorgungs-, Unterstützungs-, Heilungs-, Straf-, und Besserungs-Anstalten, insbesondere auch nach der E.P.O. ad Tit. 45. §. 4. S. 263. und in der Oberl. dem G. v. 25. Jan. 1836. §. 91. §. 92. G.S. S. 25. wegen der Legate, Particularfideicommisse und Schenkungen auf den Todesfall in das Consensbuch und resp. in der Oberlausitz in die Consensacten eingetragen sind, oder hinsichtlich deren beim Appell.Gerichte zu Budissin Nachricht zu den Lehnsacten gebracht worden, G. v. 2. Nov. 1843. §. 3. G.S. S. 186. **4)** Forderungen, wegen deren durch Hilfsvollstreckung, Pr.O. Tit. 44. §. 1. S. 253., E.P.O. ad Tit. 44. §. 2. S. 255. und ad Tit. 39. §. 10. S. 217. oder durch die Erklärung des Schuldners: die Hilfe für vollstreckt annehmen zu wollen, E.P.O. ad Tit. 47. S. 275., M. v. 4. Juni 1829. §. 16. f. G.S. S. 113., in der Oberlauf. v. 4. Juli 1827. G.S. S. 104. (s. Executionsverfahren) ein dingliches Recht erlangt worden ist. **5)** Nach §. 92. d. G. v. 6. Nov. 1843. G.S. S. 208. wird, wenn die Grund- und Hypothekenbücher an einem Orte eröffnet sind, die Priorität der auf das nemliche Grundstück eingetragenen Gläubiger, mit Einschluß der Auszugsberechtigten ohne alle andere Rücksicht blos durch die Zeitfolge bestimmt, wie jede Forderung vor der andern in das Grund- und Hypothekenbuch eingetragen ist. Es gebührt daher im Concurse, wie außerhalb desselben dem ältern hypothekarischen Gläubiger vor dem neuern die Befriedigung aus dem verhafteten Grundstücke, wenn auch der neuere Gläubiger früher Klage erhoben oder die Subhastation herbeigeführt hätte. Ist übrigens an einem Orte vor Eröffnung des Grund- und Hypothekenbuchs bereits ein C. entstanden, so finden doch nachher die wegen der Rangordnung der Gläubiger oben citirten Vorschriften Anwendung. §. 126. d. V. v. 14. Febr. 1844. G.S. S. 69. **6)** Forderungen, wegen deren ein Gläubiger an beweglichen Sachen oder außenstehenden Forderungen durch Execution od. Verpfändung ein Pfandrecht erlangt hat. Man vergleiche a) wegen Execution in die Mobilien: E.P.O. ad Tit. 39. §. 8. S. 215., G. v. 28. Febr. 1838. §. 45. f. G.S. S. 84., b) wegen Execution in außenstehende Forderungen: E.P.O. ad Tit. 39. §. 20. S. 223., u. G. v. 28. Febr. 1838. §. 56—60. l. c., c) wegen Verpfändung von Mobilien, (wozu unbedingt Uebergabe des Pfandstücks erforderlich ist): E.P.O. ad Tit. 44. §. 2. S. 255., G. v. 25. Jan. 1836. §. 29. S. 18., d) wegen d. Verpfändung von Waarenlagern: Rescr. v. 24. Jan. 1617. C.A. T. I. S. 1065., e) wegen Verpfändungen von Forderungen (wozu die Uebergabe des Documents und bei consentirten Forderungen zeither die Confirmation der Cession u. bei Lehnsschulden Consens erforderlich war): E.P.O. ad Tit. 44. §. 2. S. 256., G. v. 25. Jan. 1836. §. 30. G.S. S. 18. **7)** Forderungen, wegen deren dem Gläubiger das Retentionsrecht zusteht, Rescr. v. 26. Juli 1764. C.A. C. I. T. I. S. 411., G. v. 25. Jan. 1836. §. 3. unter 5. G.S. S. 15., insbesondere: a) den Verpachtern in fructibus natis, den Vermiethern in rebus illatis, so lange sich dieselben im Grundstücke befinden, E.P.O. ad Tit. 45. §. 4. l. c., M. v. 4. Juni 1829. §. 63. G.S. S. 111., in der Oberl. G. v. 25. Jan. 1836. §. 93. G.S. S. 25.; die Forderungen unter 6. und 7. erhalten ihre Befriedigung aus den Kaufgeldern der Mobilien, E.P.O. ad Tit. 41. §. 1. S. 234., ad Tit. 44. §. 2. S. 255., G. v. 25. Jan. 1836. §. 3. G.S. S. 15., dieses Recht erstreckt sich jedoch nicht auf andere Forderungen derselben Gläubiger, Rescr. v. 26. Juli 1764. C.A. C. I. T. I. S. 411.; b) dem Fiscus an den in seinem Gewahrsam befindlichen für persönliche, directe und indirecte Staatsabgaben, namentlich auch für Zollansprüche verhafteten Gegenständen u. zwar dergestalt, daß eine Auslieferung an den Concurs nicht verlangt werden kann, §. 7. d. G. v. 20. Oct. 1834. G.S. S. 238., G. v.

25. Jan. 1836. §. 3. G.S. S. 15., Zoll-G. v. 3. April 1838. §. 16. G.S. S. 292., G.v. 4. Nov. 1843. §. 1. G.S. S. 188.; es kann nemlich die Verwaltungsbehörde in solchen Fällen nach ihrer Wahl entweder den Gegenstand zur Concursmasse abgeben und liquidiren, oder Erklärung darüber verlangen, ob der Concurs den verhafteten Gegenstand einlösen wolle; c) den öffentlich bestätigten Leihhäusern, in Ansehung der bei ihnen verpfändeten Effecten, welche sie nur gegen volle Bezahlung ausliefern, s. die einzelnen Leihhaus OO.; d) der Bank zu Leipzig, §.35. ihrer Stat. G.S. v. 1839. S. 61., e) denjenigen, welche vom Gemeinschuldner Commissionswaaren erhalten und daneben mit Wechseln belegt worden, hinsichtlich dieser Waaren, bis zur Tilgung des von ihnen auf selbige geleisteten Vorschusses, E.P.O. ad Tit. 41. §. 1. S. 235., W.O. v. 1682. §. 34. C.A. T. II. S. 2037., Bef. v. 4. Sept. 1669. ib. S. 2017. **III.** Classe. Diese bilden diejenigen Gläubiger, welchen ein persönliches Vorzugsrecht vor den chirographarischen Gläubigern (privilegium exigendi) zusteht, als: **1)** Minderjährige und nach Vorschrift der Allg. V.O. Cap. XXIV. XXV. Bevormundete wegen dessen, was d. Gemeinschuldner als denselben bestätigt gewesener Vormund zu vertreten hat; **2)** Kinder wegen der Ansprüche, die aus der dem Gemeinschuldner vermöge der väterlichen Gewalt obgelegenen Verwaltung ihres Vermögens herrühren; **3)** die Ehefrau des Gemeinschuldners in Ansehung des eingebrachten (Dotal- u. Paraphernal-) Vermögens, (selbst wenn sie den überschuldeten Zustand ihres Ehemanns gekannt hat, 6. Dec. v. 1661. C.A. T. I. S. 297.) nicht aber wegen der vorbehaltenen Güter, auch nicht wegen des Leibgedinges und anderer Gebührnisse; **4)** der landesherrl. Fiscus, die Landescassen, die Kirchen, höhere u. niedere öffentliche Unterrichtsanstalten, und die dazu bestimmten Stipendiencassen, die öffentlichen Versorgungs-, Unterstützungs-, Heilungs-, Straf-, oder Besserungs-Anstalten, wegen der Forderungen aus einem Dienste od. aus einer Verwaltung oder Einnahme, die dem Gemeinschuldner für dieselben übertragen gewesen ist. M. v. 4. Juni 1829. §. 14. G.S. S. 105., in die Oberl. G. v. 25. Jan. 1836. §. 44. G.S. S. 21., G. v. 2. Nov. 1843. §. 3. G.S. S. 186. a) Die vorstehend unter 1. 2. 3. 4. angegebenen Gläubiger theilen die auf diese Classe kommende Summe, dafern dieselbe zur vollständigen Befriedigung nicht hinreicht, pro rata. Ang. M. v. 1829. §. 15. l. c., ang. G. v. 1836. §. 45. l. c. b) Dasselbe gilt von den Nutzungen oder Ueberschüssen aus Lehnsconcursen, welche zur Allodialmasse kommen. Ang. M. v. 1829. §. 16., ang. G. v. 1836. §. 46. c) Diese Vorzugsrechte gehen auch auf die Erben u. Cessionarien der Berechtigten über. Ang. M. v. 1829. §. 17., Ang. G. v. 1836. §. 47. l. c. d) Hinsichtlich ihrer gilt im Falle eines pacti remissorii (s. Accord) dasselbe, was d. M. v. 20. Dec. 1766. §. 17. C.A. C. I. T. I. S. 934. u. v. 2. Aug. 1783. §. 17. C.A. C. II. T. III. S. 186. u. L.C.W. T. IV. S. 13. wegen der bevorzugten (mit gerichtlichen Hypotheken versehenen) Gläubiger vorschreibt. M. v. 4. Juni 1829. §. 19. G.S. S. 106., G. v. 25. Jan. 1836. §. 49. l. c. e) Gedachte Rechte fallen weg, wenn 2 Jahre seit der Beendigung des Verhältnisses zwischen dem Gläubiger und Schuldner, woraus sie herrühren, abgelaufen sind. Ang. M. §. 20., Ang. G. §. 50. l. c. f) Jedoch sind sie nach dem Ablauf dieser Frist noch zu berücksichtigen, wenn binnen derselben entweder ein Concurs zu d. Schuldners Vermögen ausgebrochen ist oder der Gläubiger gegen den Schuldner seine Ansprüche gerichtlich geltend gemacht und den Proceß unausgesetzt fortgestellt hat. Ang. M. §. 21., Ang. G. §. 51. g) Gegen einen Verlust dieser Rechte darf keine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ertheilt werden. Ang. M. §. 22., Ang. G. §. 52. h) Es ist jedoch der Gläubiger nach dem Verluste dieser Vorzugsrechte noch wie ein gewöhnlicher chirographarischer Gläubiger zu betrachten. Ang. M. §. 23., ang G. §. 53. l. c. **IV.** Classe. Hierher gehören die Chirographarier, welche pro rata et quantitate der Schuld eines jeden percipiren,

P.O. Tit. 50. §. 1. S. 281.; die Ehefrau wegen der Receptitien und wegen des Gegenvermächtnisses, Pr.O. Tit. 43. §. 2. 3. S. 248., und Pfandgläubiger, soweit sie nicht in der 1. und 2. Classe befriedigt wurden, G. v. 25. Jan. 1836. §. 5. G.S. S. 15. [Das einigen Gläubigern nach der Pr.O. Tit. 43. S. 247., in der Oberlauf. nach der Amts- u. G.O. v. 1. Dec. 1612. P. I. §. 24. Cl. 4. C.A. T. III. S. 158. u. L.C.W. T. I. S. 14. zugestandene privilegium personale ist aufgehoben. E.P.O. ad Tit. 44. S. 255., G. v. 25. Jan. 1836. §. 5. l. c.] **B.** Gesetzliche Bestimmungen über Nebenforderungen. **1)** Zinsen. [Aeltres Recht: T. Ausschr. v. 18. Mai 1583. Tit. Von Wucher. C.A. T.I. S.144., M. v. 21. Oct. 1609. ib. S. 1060., Pr.O. Tit. 50. S. 281., Ref. v. 7. Dec. 1655. C.A. T. I. S. 193., Dec. 8. 9. 10. v. 1661. ib. S. 298. Wegen Locirung der Capitale und Zinsen in einer Classe bei Forderungen der Zittauer milden Stiftungen s. das Rescr. v. 30. Juni 1752. C.A. C. I. T. III. S. 148. L.C.W. T. V. S. 145., bei denen des Stifts zu Radmeritz O.A.Pat. v. 5. Febr. 1728. L.C.W. T. I. S. 143., u. des Collegii Charitativi zu Löbau d. O.A.Pat. v. 21. Dec. 1728. ib. S. 144.] a) Das Interesse morae und die Zinsen, sie mögen aus einem Wechsel oder aus einer andern Obligation herrühren, sollen in concursibus creditorum, außer bei gerichtlich consentirten Posten, wo der Consens nicht auf das Capital restringirt, nicht mit dem Capitale in einer Classe, sondern erst nach allen Capitalien ohne Unterschied pro rata bezahlt werden. Von der Zeit aber, da das Designationsurtel rechtskräftig geworden, wird einem jeden Gläubiger, dessen Forderung darin als liquid anerkannt ist. wenn gleich der Passus prioritatis noch nicht völlig erörtert, das Interesse rei judicatae gleich dem Capitale in seiner Ordnung entrichtet. E.P.O. ad Tit. 50. S. 283., G. v. 25. Jan. 1836. §. 6. G.S. S. 15. Doch begreift der Consens die Zinsen mit, dafern solche nicht ausdrücklich ausgeschlossen sind, 10. Dec. v. 1661. C.A. T. I. S. 299., E.P.O. ad Tit. 46. §. 3. S. 274. Nach dem G. v. 6. Nov. 1843. §. 67. G.S. S. 204. erstreckt sich jedoch die Hypothek nur dann auf die versprochenen Zinsen, wenn das Versprechen der Zinsen und der Zinsfuß in das Grund- und Hypothekenbuch eingetragen ist. b) Erstreckt sich aber die Hypothek mit auf die Zinsen, so kommen diese doch nur auf 3 Jahre vor entstandenem Concurse od. der dießfalls erhobenen Klage zurück in Ansatz, E.P.O. ad Tit. 41. §. 6. S. 239. vorausgesetzt, daß der Kläger den Proceß nicht etwa länger als 6 Monate hat liegen lassen, §. 69. d. G. v. 6. Nov. 1843. G.S. S. 204., V. v. 15. Febr. 1844. §. 126. G.S. S. 69. c) Bei Zinsen, soweit sie nach Bestellung eines Pfandrechts versprochen oder durch Vertrag erhöht worden, findet die Location mit dem Capitale zugleich nicht Statt. Solche Zinsen sind aber, wenn ihretwegen ein besonderes Pfandrecht bestellt worden, nach der Entstehungszeit des letzteren in der 2. Classe anzusetzen. G. v. 25. Jan. 1836. §. 6. G.S. S. 15. d) Den mit dem persönlichen Vorzugsrechte versehenen Gläubigern gebühren im Concurse die ihnen zukommenden Zinsen mit den Hauptstämmen, ebenso wie den Hypothekengläubigern. M. v. 4. Juni 1829. §. 18. G.S. S. 106., G. v. 25. Jan. 1836. §. 48. G.S. S. 21. e) Zinsen von wiederkäuflichen Zinsen sind unstatthaft, E.P.O. ad Tit. 42. §. 8. S. 246., Rescr. v. 25. Juli 1743. C.A. C. I. T. I. S. 337., in der Oberlauf. G. v. 25. Jan. 1836. §. 2. unter 7. G.S. S. 14. **2)** Kosten. Wenn sich die Hypothek ausdrücklich mit auf die Kosten erstreckt, ein bestimmter Betrag derselben aber bei der Eintragung in das Grund- u. Hypothekenbuch nicht angegeben worden, so gilt dieselbe im Concurse nur bis zum Betrage von 50 Thlrn., wenn das Capital über 50 Thlr. beträgt, und nur bis zum Betrage v. 10 Thlrn., wenn das Capital 50 Thlr. oder weniger beträgt. §. 68. §. 71. des G. v. 6. Nov. 1843. G.S. S. 204. **3)** Agio. [Aeltres Recht: Gen. v. 3. Juli 1748. §. 4. C.A. C.I. T.I. S. 371., M. v. 20 Dec. 1766. §. 23. C.A. C. I. T. I. S. 939., Oberlauf. M. v. 2. Aug. 1783. §. 23. C. A. C. II. T. III. S. 199. u. L.C.W. T. IV. S. 18.] Das Aufgeld in besseren Münzsorten verschriebener und von den Gläubigern liquidirter Capitalien ist mit den Hauptstämmen in einer und derselben Classe zu lociren, dagegen ist der Agioverlust von zur Masse zu zahlen gewesenen Geldern davon sofort in Abzug zu bringen und in beiden Fällen nach beigebrachten

Sensalattestaten zu berechnen. M. v. 9. April 1827. §. 2. G.S. S. 87. **C.** Bestimmungen wegen gewisser Gläubiger oder Forderungen. **1)** Bergschulden werden zuerst aus den Bergwerken und Bergtheilen bezahlt, der Ueberschuß kommt aber zur gemeinen Masse. M. v. 26. Aug. 1713. §. 28. C. A. T. II. S. 484., Rescr. v. 23. Juni 1742. C. A. C. I. T. I. S. 1379. In welcher Ordnung die Bergschulden zu bezahlen, darüber s. §. 29. des ang. M. v. 1713. **2)** Faustpfandgläubiger und solche, welche ein jus retentionis haben, müssen die Pfänder zur Concursmasse abliefern, E.P.O. ad Tit. 41. §. 1. S. 234., jedoch mit Ausnahme der oben unter Cl. II. No. 7. b. c. d. e. Genannten. **3)** Lehnsgläubiger werden vor allen Dingen aus dem Lehne bezahlt, die Uebermasse wird zu Lehn gemacht oder an ein Lehn gewendet oder an die Mitbelehnten zur gesamten Hand gebracht, außer bei Lehnen, wo durch pacta oder Lehnsbriefe die Veräußerung nachgelassen oder wenn den Mitbelehnten durch Reverse oder Pacta ein besondres Lehnsquantum oder ein Lehnsstamm angewiesen, ingleichen bei Concursen zu Lehngütern, welche vor Publication der Pr.O. entstanden sind. E.P.O. ad Tit. 40. §. 3. S. 230. Allodialvermögen und Ueberschüsse aus Lehnen in den nurbemerkten Fällen werden zur Befriedigung der Gläubiger in Cl. III. u. IV. angewendet. Pr.O. Tit. 45. §. 10. S. 260., Gen. v. 19. Juni 1737. C.A. C.I. T.I. S. 309., M. v. 4. Juni 1829. §. 16. G.S. S. 106. u. f. auch §. 10., G. v. 25. Jan. 1836. §. 46. u. f. auch §. 18. G.S. S. 21. [Aeltr. Recht: Const. 25. P. II. C.A. T.I. S. 93., Ang. Pr.O. Tit. 45. §. 10. a. a. O.] Mitbelehnte haben wegen ihres Lehnsquanti kein jus reale an den Lehngütern, auch nicht die Töchter wegen ihrer Ausstattung, wenn nicht ausdrücklicher Consens ausgebracht worden. E.P.O. ad Tit. 45. §. 6. S. 265. Die Töchter eines verstorbenen Lehnsbesitzers behalten das Recht, als chirographarische Gläubigerinnen aus dem Lehne eine Ausstattung zu fordern, wenn die sonst dazu nöthigen Bedingungen vorhanden sind. M. v. 4. Juni 1829. §. 63. unter 3. G.S. S. 111., G. v. 25. Jan. 1836. §. 94. unter 3. G.S. S. 26., Pr.O. Tit. 45. §. 13. S. 260., E.P.O. ad Tit. 45. §. 6. S. 265., 46. Const. P. II. v. 1572. C. A. T. I. S. 101. **4)** Separatisten (nach dem G. v. 25. Juni 1840. §. 5. G.S. S. 120. solche, welche die Absonderung eines Theils des Vermögens des Gemeinschuldners als ein besondres Vermögen verlangen und nicht in Gemeinschaft der Concursgläubiger treten,) und Vindicanten (nach demselben G. solche, welchen Gegenstände aus der Masse ausgeantwortet werden müssen, weil sie ein besseres und stärkeres Recht daran haben, als der Gemeinschuldner.) a) Wenn in der Concursmasse sich solche Sachen in natura befinden, welche andern eigenthümlich gehören, als deposita u. was der Schuldner in Commission gehabt, ingleichen was seinem Eheweibe und Kindern gehört, so sind sie zu separiren und den Eigenthümern zu verabfolgen, E.P.O. ad Tit. 42. im Eing. S. 243., in der Oberlaus. G. v. 25. Jan. 1836. §. 1. G.S. S. 13. S. Commissionswaaren. [Aeltr. Ges.: 28. Const. P. I. v. 21. April 1572. C.A. T. I. S. 82., Pr.O. Tit. 42., in der Oberlaus. Amts= u. G.O. v. 1. Dec. 1612. P. I. §. 24. Cl. 1. C.A. T. III. S. 154. und L.C.W. T. I. S. 14.] b) Ein Vindicationsrecht steht namentlich denjenigen, von welchen der Gemeinschuldner, dafern er Kauf= od. Handelsmann ist, innerhalb zweier Monate vor der Insolvenzerklärung oder bevor er flüchtig geworden, Waaren auf Credit genommen, hinsichtlich dieser Waaren zu, M. v. 20. Dec. 1766. §. 20. C.A. C.I. T.I. S. 936., in der Oberlaus. M. v. 2. Aug. 1783. §. 20. C.A. C.II. T.III. S. 187. u. L.C.W. T.IV. S. 16. [Aelt. Recht: M. v. 7. Jan. 1724. §. 16. C.A. T.I. S. 2380.] c) Wenn ferner der Gemeinschuldner innerhalb 14 Tagen vor Ausbruch des Concurses Wechsel ohne Bezahlung der Valuta an sich gehandelt, so kann der Gläubiger die auf diese Wechsel eingehende Summen verlangen, M. v. 20. Dec. 1766. und v. 2. Aug. 1783. §. 21. l. c., doch muß er sich binnen Sächs. Frist melden. Gen. v. 21. März 1786. C.A. C.II. T.I. S. 893. **5)** Wechselgläubiger sind wie ge=

meine Chirographarier anzusehen, da sie das Wechselrecht während des Concurses nicht gebrauchen können, G. v. 26. Aug. 1843. §. 5. G.S. S. 95. **6)** Folgende Concursgläubiger können sich noch bis zur Rechtskraft des Locationsurtels melden, nemlich: Minderjährige; Fremde; die, welche rem judicatam vor sich oder ein Unterpfand in den Händen haben, und die, welche mit gerichtlicher Hypothek oder Lehnsherrlichen Consensen versehen sind oder auch durch die Immission ein jus reale erlangt haben; sie müssen aber sowohl den Gläubigern als dem Creditwesen die dießfalls verursachten Unkosten erstatten, E.P.O. ad Tit. 41. §. 2. S. 235., Rescr. v. 14. Juni 1728. C.A. C.I. T.I. S. 279., in der Oberlauf. M. v. 3. April 1824. §. 18. unter 6. G.S. S. 50. **D.** Allgemeine Bestimmungen. **1)** Concursgläubiger müssen einen Bevollmächtigten in loco judicii bestellen, E.P.O. ad Tit. 41. §. 2. und ad Tit. 4. §. 3. S. 235. u. 40., ausländische einen gerichtlichen, M. v. 20. Dec. 1766. §. 22. C.A. C.I. T.I. S. 937., wegen der Lausitz: V. v. 1. Juli 1822. G.S. S. 1. u. M. v. 2. Aug. 1783. §. 22. L.C.W. T.IV. S. 18. u. C.A. C.II. T.III. S. 188. **2)** Die, welche nach Ausbruch des Concurses mit dem Gemeinschuldner colludirt, werden mit dem Verluste der Forderung, welche sie aus der Masse zu erhalten haben, bestraft, jene aber ist zu milden Zwecken zu verwenden. Ueberdieß werden sie, wie der dabei gebrauchte Advocat, wenn er sich hierbei etwas zu Schulden kommen lassen, mit 4wöchentlichem Gefängnisse bestraft. Ang. M. v. 20. Dec. 1766. §. 18. l. c. u. v. 1783. §. 18. l. c. **3)** Wegen Gleichstellung der Schweizerischen Eidgenossen bei Locirung ihrer in hiesigen Concursen befangenen Forderungen u. diesseitiger Unterthanen in Schweizerischen Concursen, ist unterm 18. Febr. 1837. eine Convention geschlossen worden. V. v. 26. April 1837. G.S. S. 65. Eine solche Gleichstellung ist auch in der Convention mit dem Königr. Preußen v. 19. Nov. 1839. Art. 21. G.S. S. 326.', in der Convention mit Altenburg v. 20. Juni 1840. Art. 21. G.S. S. 141., mit Reuß jüngrer und ältrer Linie lt. V. v. 21. Juli 1845. G.S. S. 104. u. v. 27. Oct. 1845. ib. S. 246., mit Weimar-Eisenach in der Conv. v. 31. Jan. 1847. Art. 21. G.S. S. 30. u. Coburg-Gotha in der Min.Erkl. v. 19. Juli 1848. Art. 21. G.S. S. 152. ausgesprochen worden. **E.** Man vergl. noch die Art.: Ablösung, Concurs, Eid, Gegenvermächtniß, Grundsteuer, Pfandrecht, Zoll.

Concurs-Kosten. **I.** Allgemeine C. (Proceß- u. Verwaltungskosten.) **1)** In Concursen, welche nach dem 30. Sept. 1840. durch Vorladung der Gläubiger eröffnet worden, sind die dem ganzen C. zum Besten aufgewendeten Kosten (allgemeine C.-K.) nicht weiter den einzelnen aus der Concursmasse percipirenden Gläubigern pro rata zu kürzen, sondern von der Masse vorweg abzuziehen, so daß nur das hiernach Verbleibende zur Vertheilung gelangt und dem einzelnen Gläubiger nichts weiter, als was er an Separatkosten zu bezahlen hat, abgezogen wird, §. 1. d. G. v. 25. Juni 1840. G.S. S. 119. **2)** Wenn jedoch zu einer Concursmasse Sachen gehören, an welchen Pfandrechte, oder andere in Concursen diesen gleich zu achtende Rechte bestehen, und aus welchen daher Specialmassen zu bilden sind, so werden hiervon vor ihrer Distribution unter die daran zunächst gewiesenen Gläubiger die Kosten für Erhaltung, Aufbewahrung, Verwaltung, Veräußerung jener Sachen, beziehendlich des Erlöses, ohne Unterschied zwischen Nutzungen und Substantialbestand der Massen, vorweg abgezogen, und wenn diese Kosten den Betrag der Specialmasse übersteigen, so kommt das Fehlende bei der gemeinen Masse in Abzug, ib. §. 2. S. 119. **3)** Besteht eine Concursmasse nur aus verpfändeten Sachen, welche nach Befriedigung der zunächst daran gewiesenen Gläubiger keinen Ueberschuß gewähren, oder reicht die gemeine Masse zu Bestreitung der übrigen allgemeinen, nicht zu den sub 2. gehörenden, Kosten nicht aus, so wird der durch die gemeine Masse nicht gedeckte Betrag dieser allgemeinen Kosten von der Pfandmasse, od. den mehrern Pfandmassen,

je nach dem Betrage jeder, abgezogen. §. 3. ib. **4)** Wenn unter den allgemeinen C. sich solche befinden, die zu einer Zeit, da über die Location einzelner prioritätischer Gläubiger schon rechtskräftig entschieden war, durch Streitigkeiten der Gläubigerschaft mit andern Gläubigern, die jenen rechtskräftig Locirten in der Priorität nachstehen, erwachsen sind, so findet ein Abzug dieser letztern Kosten halber von einer Specialmasse, an welche jene rechtskräftig Locirten mit ihrer Befriedigung zunächst gewiesen sind, nur erst nach Absonderung des Betrags ihrer Forderungen, und ohne daß selbige geschmälert werden dürfen, Statt, §. 4. ib. **5)** Die Separatisten u. Vindicanten im weitern Sinne sind wegen des für sie abzusondernden Vermögens zu den allgemeinen Concurskosten beizutragen an und für sich nicht verbunden. §. 5. ib. Nach allgemeinen rechtlichen Grundsätzen ist zu beurtheilen, wiefern beide dem Concurse diejenigen Kosten zu vergüten haben, die sie ihm verursachen durch Geltendmachung ihrer Ansprüche, dadurch, daß im Locationsurtel darüber mit erkannt wird, durch Erhaltung, Aufbewahrung, Verwaltung 2c. ihrer Vermögensmasse, ib. **6)** Die Concursbehörden und Gütervertreter haben bei Liquidirung der Gerichtskosten u. Curatelgebühren u. Verläge solche mit Rücksicht auf die etwa zu bildenden Specialmassen und sonst nach Vorstehendem zu machenden Unterscheidungen in besondere Liquidationen zu bringen. §. 6. ib. S. 120. **7)** Aeltr. Recht: E.P.O. ad Tit. 42. §. 1., wonach die allgemeinen C. die erste Classe der absolut privilegirten Forderungen ausmachten, und den Gläubigern pro rata zu kürzen waren, Gen. v. 3. Juli 1748. §. 1. §. 4. C.A. C. I. T. I. S. 369., M. v. 20. Dec. 1766. §. 23. ib. S. 938., in der Oberlauf. M. v. 2. Aug. 1783. §. 23. C.A. C. II. T. III. S. 189. u. L.C.W. T. IV. S. 19., M. v. 9. April 1827. §. 1. G.S. S. 87. Erledigt sind nun auch die Vorschriften wegen Befreiung einzelner Forderungen von den allgemeinen C., insbesondre der Stiftungsreste der piarum causarum, Extr. des L.T.A. v. 1716. C.A. T. I. S. 379., Hilfsbrief v. 28. Mai 1716. ib. S. 947., Bef. v. 14. Jan. 1717. ib. S. 1191., wegen der Steuerreste, ingleichen der Contributions-Kreis- u. Peräquationsanlagen, Gen. v. 23. Febr. 1813. C.A. C. III. T. I. S. 271., wegen der persönlichen directen und indirecten Abgaben, G. v. 20. Oct. 1834. §. 8. G.S. S. 239., ferner die Vorschrift, daß zu den allgemeinen C. die prioritätischen Forderungen länger nicht, als bis sie sowohl quoad passum liquidi als prioritatis rechtskräftig ausgemacht und in Richtigkeit gesetzt, wenn sie sonst weiter nicht gestritten haben, contribuiren sollen, Gen. v. 3. Juli 1748. §. 5. C.A. C. I. T. I. S 371., M. v. 20. Dec. 1766. §. 23. ib. S. 938., in der Oberlauf. M. v. 2. Aug. 1783. §. 23. C.A. C. II. T. III. S. 189. u. L.C.W. T. IV. S. 19., sowie die Vorschrift, daß der Richter bei Abschlagszahlungen an Gläubiger einen verhältnißmäßigen Beitrag zu den allgemeinen C. innebehalten soll, E.P.O. ad Tit. 41. §. 6. S 239.] **II.** Separate C. a) Nach der E.P.O. ad Tit. 42. §. 1. S. 243. sind diejenigen Unkosten, welche jeder Gläubiger selbst, bei Liquidation und Bescheinigung seiner Forderung, ingleichen durch eingewandte Rechtsmittel oder sonst verursacht, nicht aus der Concursmasse, sondern von den Gläubigern selbst einzubringen und deswegen in der Liquidation jedesmal zu separiren. b) Nach dem Gen. v. 3. Juli 1748. §. 2. C.A. C. I. T. I. S. 370., und dem M. v. 20. Dec. 1766. §. 23. ib. S. 938. u. in der Oberlauf. M. v. 2. Aug. 1783. §. 23. C.A. C. II. T. III. S. 189. u. L.C.W. T. IV. S. 19. soll, was in und nach dem Liquidationstermine der eine oder andere Gläubiger sowohl bei Liquidirung und Bescheinigung seiner eignen Forderung, als auch durch eingewendete Appellationen oder Widersprüche an Unkosten verursacht, nur denjenigen, welche sie veranlaßt, individualiter angeschrieben und von ihnen selbst bezahlt oder wenn sie zur Perception gelangen, von ihren Forderungen abgezogen werden. Diejenigen Gerichts- und andern Unkosten, welche bei entstandenen Particularrechtfertigungen der Gläubiger unter sich erwachsen, z. B. wenn ein Gläubiger zu Behauptung seiner nachher ungegründet befundenen Meinung gestritten oder zum Creditwesen nicht gehörige Verhandlungen veranlaßt, hat blos der, welcher sie verursacht, zu erlegen, oder sich abziehen zu lassen; jedoch dürfen, wenn nicht der streitende Theil zu gänzlicher Erstattung der Expensen verurtheilt worden, des Carator litis Unkosten, wenn selbiger des Creditwesens Rechte wahrnehmen müssen, ganz, die Gerichtsgebühren aber nur zur Hälfte von der Masse abgezogen werden, die andere Hälfte aber

ist von dem streitenden Theile oder, wenn deren mehrere, von ihnen zusammen einzubringen. (Wegen der Separatkosten derjenigen Gläubiger, welche sich bis zur Rechtskraft des Locationsurtels melden können, s. oben C. unter 7.) c) Befreiung von den Separatkosten steht zu: aa) den Steuerresten, ingleichen Contributions-Kreis-Peräquationsanlagen, Gen. v. 23. Febr. 1813. C.A. C.III. T.I. S. 271. und T.II. S. 551., Rescr. v. 5. Febr. 1817. C.A. C.III. T.I. S. 300., insbesondere den Grundsteuern, G. v. 9. Sept. 1843. §. 16. G.S. S. 101., bb) den persönlichen directen und indirecten Staatsabgaben, G. v. 20. Oct. 1834. §. 8. G.S. S. 237., cc) den Brandcassengeldern, G. v. 14. Nov. 1835. §. 49. G.S. S. 535. u. Laus. Regul. v. 1827. §. 2. a. G.S. S. 35., dd) den Stiftungsresten der piarum causarum, Extr. aus dem L.T.A. v. 1716. C.A. T.I. S. 379., Hilfsbrief v. 28. Mai 1716. ib. S. 947., Bef. v. 14. Jan. 1717. ib. S. 1191. d) Sämtliche Concurskosten sind vor Abfassung der Distribution zu liquidiren und zu separiren. Gen. v. 3. Juli 1748. §. 7. C.A. C.I. T.I. S. 372., M. v. 20. Dec. 1766. u. v. 2. Aug. 1783. §. 23. l. c., M. v. 9. April 1827. §. 1. G.S. S. 87. S. Concursacten.

Concurs-Masse. A. Vorschriften über die Administration derselben. **1)** Die Administration der C. soll bei Kaufleuten durch einen oder mehrere Curatores massae, wozu auch des Gemeinschuldners Buchhalter oder andre Diener nach vorheriger Verpflichtung gewählt werden können, unter Zuziehung des Curator bonorum erfolgen. M. v. 20. Dec. 1766. §. 5. C.A. C.I. T.I. S. 928. und in der Oberlaus. M. v. 2. Aug. 1783. §. 5. L.C.W. T.IV. S. 7. u. C.A. C.II. T.III. S. 179. Der Schuldner ist davon auszuschließen. E.P.O. ad Tit. 41. §. 1. S. 234. S. Curatoren. **2)** Sobald wie möglich ist zur Auction u. Subhastation der Immobilien zu verschreiten. E.P.O. a. a. O. Die Veräußerung von Forderungen auf dem Wege öffentlicher Auctionen ist jedoch unzulässig. G. v. 9. Jan. 1838. §. 5. G.S. S. 25. **3)** In die Masse fällt der 10. Theil des Liciti bei Subhastationen im Concurse, den der Licitant wegen Nichtinnehaltung der Zahlungsfristen verliert, E.P.O. ad Tit. 39. §. 17. S. 221., was aber auf die später zahlbaren Termingelder nicht zu erstrecken ist, M. v. 14. Juni 1826. G.S. S. 170. **4)** Während des Concurses fällig gewordene Onera realia werden aus der Masse und resp. aus den Früchten und Nutzungen der betreffenden Grundstücke entrichtet, später aber (wie oben unter Concurskosten I. angeführt worden,) vor der Distribution von den betreffenden Specialmassen und von der freien Masse abgezogen. Gen. v. 3. Juli 1748. §. 4. C.A. C.I. T.I. S. 370., Bef. v. 30. Juni 1732. ib. S. 294., G. v. 25. Juni 1840. §. 2. G.S. S. 119. Wegen der Grundsteuern und Ablösungsrenten haben, nach der V. v. 26. Oct. 1843. §. 6. G.S. S. 153., und der V. v. 25. Nov. 1843. §. 7. G.S. S. 254., die Stadträthe, welchen die Localsteuerverwaltung zusteht, ingleichen die Ortssteuereinnehmer auf dem Lande und in Städten, welche die Landgemeinde-O. angenommen haben, dahin zu wirken, daß die Grundsteuern u. Ablösungsrenten, so lange ein Grundstück sequestrirt wird oder zu einer Schuldenmasse gehört, aus der Sequestrationscasse oder Schuldenmasse gehörig abgeführt werden, bei entstehendem Concurse aber die bis dahin etwa in Rückstand verbliebenen älteren u. neueren Grundsteuern und Ablösungsrenten gehörig zu liquidiren, auch dafern solche rechtliche Verhältnisse in Frage kommen, welche die Wahrnehmung der Rechte des Staatsfiscus durch einen Procurator nöthig machen, deshalb an die zunächst vorgesetzte Steuerbehörde in Zeiten Anzeige zu machen. [Aeltr. Recht: Gen. v. 8. Juli 1732. C.A. C.I. T.II. S. 159., Rescr. v. 26. Sept. 1738. C.A. C.I. T.I. S. 311., Extr. des Pfennig- u. Quatember-St.-Ausschr. v. 25. Nov. 1738. C.A. C.I. T.II. S. 417., Steuerausschr. v. 17. Nov. 1768. ib. S. 806., Gen. v. 2. Jan. 1809. C.A. C.III. T.I. S. 231.] Wegen der Brandcassengelder G. v. 14. Nov. 1835. §. 53. G.S. S. 535., in der Oberlaus. Regul. v. 29. Jan. 1827. §. 34. G.S. S. 46. Wegen der Zinsen u. Gefälle der Universität

Leipzig Hilfsbr. v. 27. Juli 1652. C.A. T. I. S. 931., Bestät. v. 28. Mai 1716. ib. S. 947. S. auch Steuerreste. **5)** Ueber diejenigen Theile des Vermögens des Schuldners, welche nicht zur Masse zu ziehen, s. oben das Nähere unter Concurs. **B.** Theilung in Specialmassen und Distribution. **1)** Wegen der Bildung von Specialmassen s. Concursgläubiger Classe no. 5., und Concurskosten I. 2. **2)** Wenn der Gemeinschuldner auf seinem eigenen Grundstücke eine hypothekarische Forderung besitzt, die er nicht zur Cassation gebracht hat, so können die chirographarischen Gläubiger nicht verlangen, daß der Betrag dieser Forderung von der Specialmasse des Grundstücks abgesondert und zu ihrer Befriedigung verwendet werde, so lange andere auf das Grundstück eingetragene Gläubiger nicht vollständig befriedigt sind, §. 120. d. G. v. 6. Nov. 1843. G.S. S. 212. **C.** Vergl. noch die Art.: Concursacten, Concursgläubiger, Concurskosten, Ehefrauen, Ehemänner, Grundsteuer, Landes-Imm., Eid, Erndte, Kure.

Concurs-Proceß. **1)** Die Edictalcitation muß binnen 14 Tagen von Zeit der Anzeige des insolventen Zustandes erlassen werden. M. v. 20. Dec. 1766. §. 17. u. 22. C.A. C. I. T. I. S. 933., in der Oberlaus. M. v. 2. Aug. 1783. §. 17. 22. C.A. C. II. T. III. S. 185. u. L.C.W. T. IV. S. 13. f., O.A.Pat. v. 18. Jan. 1808. §. 8. L.C.W. T. V. S. 32. Bei Eröffnung von Concursen zu dem Vermögen eines Buch-, Musikalien- oder Kunsthändlers ist, unbeschadet der über die Bekanntmachung der Edictalladungen durch öffentliche Blätter unten bei no. 4. zu citirenden Regeln, eine einfache Abschrift der Edictalcitation an die Expedition des Börsenblattes für den deutschen Buchhandel und die mit ihm verwandten Geschäftszweige zu Leipzig zum unentgeltlichen Abdrucke in dem gedachten Blatte einzusenden. V. v. 28. Febr. 1859. G.S. S. 46. **2)** Sie ergeht an bekannte und unbekannte Gläubiger. Alle diese werden zu Pflegung der Güte und wo möglich zu Treffung eines Accords, auch zu Liquidirung und Bescheinigung ihrer Forderungen unter der Verwarnung, daß die, so außenbleiben oder nicht gehörig liquidiren, pro praeclusis, nicht minder diejenigen, so zwar erscheinen, sich aber, ob sie den vorseienden Vergleich annehmen wollen oder nicht, deutlich nicht erklären, pro consentientibus geachtet werden sollen, vorgeladen. E.P.O. ad Tit. 41. §. 2. S. 235. in Verbindung mit den ang. Mandaten §. 17. §. 22., l. c., für die Oberlauf.: Gen. v. 1. Juli 1822. G.S. v. 1827. S. 1., V. v. 14. März 1835. G.S. S. 205. [Aelteres Recht: Res. gr. v. 1661. Tit. Justitiensachen §. 10. C.A. T. I. S. 215.] **3)** In der Regel wird eine doppelte Sächsische Frist erfordert, bei Concursen zum Vermögen eines Rittergutsbesitzers oder Kauf- und Handelsmannes aber eine 3fache Sächsische Frist. E.P.O. ad Tit. 41. §. 2. cit., M. v. 1766. §. 22. l. c., in der Oberlauf. [wo ehedem nach §. 17. 22. des M. v. 2. Aug. 1783. stets 3 Sächs. Fristen erforderlich waren]: Gen. v. 1. Juli 1822. G.S. v. 1827. S. 1., V. v. 14. März 1835. G.S. S. 205. **4)** Die Vorladung wird [anstatt der früheren Affigirung resp. in 3 Städten des engern und weiteren Ausschusses bei Rittergütern und an 3 Gerichtsstellen bei andern Concursen] 3mal in die Leipziger Zeitung und in ein nach richterlichem Ermessen auszuwählendes inländisches Local- oder Provinzialblatt, außerdem aber, wenn der Gemeinschuldner ein Kauf- und Handelsmann ist, und sich Gläubiger mit bedeutenden Forderungen im Auslande befinden, in eine vom Concursrichter zu bestimmende ausländische Zeitung 3mal eingerückt, so daß zwischen dem Tage der ersten Insertion in der Leipziger Zeitung und dem Tage des Edictaltermins die oben genannten Fristen inneliegen müssen. Auch ist die Vorladung durch einen öffentlichen Anschlag an einem Orte des Gerichtssprengels zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, so jedoch, daß die Unterlassung dieses Anschlags das Verfahren nicht ungiltig macht. G. v. 27. Oct. 1834. §. 3. G.S. S. 247. in Verbindung mit Res. gr. v. 22. Juni 1661. Tit. Justitiensachen §. 10. C. A. T. I. S. 215., E.P.O. ad Tit. 41. §. 2. S. 235., M. v. 20. Dec. 1766. §. 17. §. 22.

C.A. C.I. T.I. S. 934. und in der Oberlauf. [wo die Affixion nach dem M. v. 2. Aug. 1783. §. 17. §. 22. C.A. C. II. T. III. S. 185. u. L.C.W. T. IV. S. 19. in 3 verschiedenen Territorien und bei Concursen zum Vermögen von Kaufleuten an 3 Handelsplätzen erfolgen mußte] V. v. 14. März 1835. G.S. S. 205. **5)** Die Privatcitation der bekannten Gläubiger ist aufgehoben. E.P.O. ad Tit. 41. §. 2. l. c., in der Oberlauf.: Gen. v. 1. Juli 1822. G.S. v. 1827. S. 1. **6)** Anmeldung der Forderung vor dem Termine ist statthaft. E.P.O. ad Tit. 41. §. 3. S. 236. Die Gläubiger, welche sich auch noch später und bis zur Rechtskraft der Locatoria melden können, sind oben unter Concursgläubiger C. 6. genannt. **7)** Zum Verfahren zwischen den Gläubigern und dem Curator litis sind 3, 6, 9 und höchstens 12 Wochen zu verstatten, innerhalb welcher bis zur Quadruplik abgesetzt werden kann. E.P.O. ad Tit. 41. §. 3. S. 236. **8)** Die einzelnen Sätze sollen die Namen der Parteien deutlich enthalten. M. v. 15. April 1696. §. 10. C.A. T. I. S. 1271. Beil. zur E.P.O. no. XV. S. 131. u. f. Concursacten. **9)** Die Ungehorsamsbeschuldigung ist aufgehoben. G. v. 27. Oct. 1834. §. 1. G.S. S. 247. **10)** Es sollen zu mehrer Beschleunigung der Sache, befundenen Umständen nach, die Gläubiger zur eidlichen Bestärkung ihrer Forderungen, wenn auch gleich kein halber Beweis, sondern nur einige Bescheinigung vorhanden, zugelassen, und in dem Designations=Urtel oder Abschiede darauf erkannt, dieselben sollen aber auch bei entstandenem Verdachte, wenn gleich die Schuld sonst erwiesen, daß sie solche noch völlig zu fordern haben und darauf nichts abgezahlt worden sei, eidlich zu bestärken angehalten werden. E.P.O. ad Tit. 41. §. 4. S. 237. Bei gerichtlichem Accorde (s. d.) können Gläubiger, deren Forderungen ganz oder zum Theil in Zweifel gezogen werden, auf Ermessen des Richters, zur eidlichen Bestärkung zugelassen werden. M. v. 20. Dec. 1766. §. 17. C.A. C. I. T. I. S. 934., in der Oberlauf. M. v. 2. Aug. 1783. §. 17. C.A. C. II. T. III. S. 185. u. L.C.W. T. IV. S. 13. **11)** Dem Curator litis darf der Eid nicht angetragen werden. E.P.O. ad Tit. 41. §. 4. l. c. S. Curatoren. **12)** Ein Inrotulationstermin findet nicht Statt, E.P.O. a. a. O. §. 5. S. 238. **13)** Im Concurse ist, soviel möglich, hauptsächlich zu erkennen. E.P.O. ad Tit. 41. §. 5. S. 238. **14)** Die Verweisung des Curator litis oder eines Gläubigers in die Reconvention ist unstatthaft. ib. §. 4. l. c. S. Curatoren. **15)** Die Eröffnung des Urtels kann vor dem Publicationstermine erfolgen. E.P.O. ad Tit. 34. §. 5. S. 179. **16)** Zur Deduction einer gegen das Locationsurtel eingewendeten Appellation ist eine 4wöchentliche, von Ablauf des decendii zu rechnende Frist nachgelassen. M. v. 13. März 1822. §. 26. G.S. S. 213., in der Oberlauf. M. v. 3. April 1824. §. 4. G.S. S. 44. **17)** Succumbenzgelder beim Handelsgerichte zu Leipzig sind aufgehoben. Rescr. v. 27. Oct. 1824. G.S. S. 199. **18)** Auszahlungen, völlige oder theilweise, soll der Richter leisten, sobald wegen der Location der Gläubiger res judicata vorhanden, E.P.O. ad Tit. 41. §. 6. l. c., Abschlagszahlungen sind in Mangel ausdrücklicher Erklärung, ob sie aufs Capital oder Zinsen zu rechnen, auf letztere zu rechnen, Rescr. v. 7. Juni 1826. G.S. S. 168., und es kann der Richter oder Gütervertreter durch seine einseitige Erklärung einen Gläubiger nicht nöthigen, selbige aufs Capital anzunehmen, vielmehr sind solche, auf Verlangen des Gläubigers zuerst auf Zinsen zu rechnen, vorausgesetzt, daß solchen mit dem Capitale gleiche Priorität zusteht. Bek. v. 5. Jan. 1839. G.S. S. 15. **19)** Ueberhaupt sollen C. beschleunigt und die Unkosten nicht unrechtmäßig gehäuft werden, widrigenfalls das Zuvielerhobene zur Masse restituirt werden muß und das Triplum als Strafe in die Armencasse fällt. Gen. v. 3. Juli 1748. §. 8. C.A. C. I. T. I. S. 372., M. v. 20. Dec. 1766. §. 23. ib. S. 940., Lauf. M. v. 2. Aug. 1783. §. 23. C.A. C. II. T. III. S. 191., L.C.W. T. IV. S. 18. **20)** S. Advocaten, Appellation, I. 6., II. 11., Anzeigen, Concursacten, Concursmasse, Arrest, Curatoren, Edictalcitation, Erkenntnisse, Litispendenz, Litisreassum=

tion, Locationsurtel, Stempelsteuer, I. B., Steuerreste, Wiedereinsetzung, Wiederkauf.

Concursvertreter. S. Curatoren.

Concussion. S. Erpressung.

Condemnatoria. S. Erkenntnisse.

Conditor, Conditoreiwaaren. **1)** Den Zuckerbäckern (Conditoren) und den Pfefferkuchenbäckern (Süßküchlern) ist der Gebrauch mineralischer und pflanzenartiger, der Gesundheit schädlicher Farben, z. B. der arsenikhaltigen Schmalte oder sogenannten blauen Farbe, der Mennige, des Zinnobers, des Berliner- oder Eisenblaus, ferner die Beimischung von Indigo und Gummi-Gutti, bei Zubereitung ihrer Producte und besonders der Verkauf der so verfertigten Waaren bei Confiscation der letztern und sonstiger, der Strafbarkeit der jedesmaligen Zuwiderhandlung angemessener Ahndung, untersagt. Gen. v. 3. Aug. 1798. C.A. C. II. T. I. S. 1119., Lauf. Rescr. v. 2. Juni 1799. L.C.W. T. V. S. 413. u. C.A. C. II. T. III. S. 575., V. v. 30. April 1836. G.S. S. 98. Man vergl. insbesondere die V. v. 30. Mai 1844. G.S. S. 193. **2)** S. Zinn, Vergiftung, Farben.

Condominium, s. Miteigenthum.

Conductio. S. Miethe.

Conduitenlisten, s. Dienstlisten.

Conferenz. S. Advocaten.

Confession, s. Glaubensbekenntniß, Religion.

Confessionsschriften. S. Augsburgische C., Apologie, Aemter, B. D.

Confessionsschulen. S. Religion, Katholiken, Juden.

Confessionsverwandte. S. Anlagen, Religion, Augsburgische Confession, Zusicherung.

Confessionswechsel, s. Religionswechsel.

Confirmanden, Confirmanden-Unterricht. S. Confirmation.

Confirmation, evangelischer Kinder. **1)** Die C. findet nach beendigtem 8jährigen Schulbesuche und nach Erreichung des Schulziels Statt. G. v. 6. Juni 1835. §. 19. 23. G.S. S. 283., V. v. 9. Juni 1835. §. 65. 80. G.S. S. 314. 318., V. v. 15. Dec. 1836. G.S. v. 1837. S. 5. Die C. wird nach vorausgegangenem Confirmandenunterrichte (vergl. §. 46. 81. 83. d. V. v. 9. Juni 1835. G.S. S. 310. 319., G. v. 6. Juni 1835. §. 28. 63. ib. S. 284. 294.) 2mal im Jahre, kurz vor oder nach Ostern und zu Michaelis, wo aber nur einmalige Reception in die Schule Statt findet, nur einmal und zwar zu Ostern, in der Kirche vor versammelter Gemeinde vollzogen. G. v. 6. Juni 1835. §. 24. G.S. S. 283., und den Confirmirten mittelst Confirmationsscheines (hierzu unten no. 8.) bezeugt. ib. §. 27. S. 284., V. v. 9. Juni 1835. §. 88. G.S. S. 320. **2)** Das Confirmandenbuch enthält die Namen und eine kurze Beurtheilung der Confirmirten. V. v. 9. Juni 1835. §. 87. G.S. S. 320. **3)** Zur C. Kinder aus fremden Parochieen zu admittiren, ist jedem Geistlichen, sofern sie nicht in dessen Pfarrsprengel als Dienstboten oder, aus andern dringlichen und bescheinigten Ursachen, entfernt von ihrem älterlichen Hause, leben, §. 81. d. V. v. 9. Juni 1835. G.S. S. 319., bei Strafe der Suspension untersagt. Auch soll, bei gleicher Ahndung, kein Geistlicher ein Kind, das nicht bei ihm selbst, oder dem neben ihm an derselben Parochialkirche angestellten Geistlichen den geordneten Vorbereitungsunterricht genossen hat, zur C. oder zum Genusse des heil. Abendmahls zulassen, wofern nicht derjenige Geistliche einer andern inländischen Parochie, der ein solches Kind vorbereitet hat, in einem Zeugnisse die Reife desselben ausdrücklich bescheiniget und darin zugleich seine Einwilligung erklärt. Ang. V. §. 82. S. 319. **4)** Die C. von Kindern aus benachbarten ausländischen Parochieen darf ohne schriftliche Genehmigung des betr. Pfarrers nicht erfolgen. Rescr. v. 16. Dec. 1825. Cod. d. S.K.R. S. 402. not. 19. **5)** Die Zeit der C. ist nicht auf Pfingsten zu verlegen. V. v. 15. Dec. 1836. Cod. d. S.K.R. S. 424. not. 82. **6)** Bei Einberichtung der Gesuche um zeitigere Zulassung zur C. kann von den Superintendenten liquidirt werden. V. v. 10. Jan. 1839. G.S. S. 16. **7)** Aeltere Best.: 4. Gen.-Art. v. 1580. C.A. T. I.

S. 666., Lauf. Sch.O. v. 1770. Cap. I. §. 6. C.A. C. I. T. III. S. 16. u. L.C.W. T. III. S. 882., Sch.O. v. 1773. Cap. 12. §. 1. C.A.C. II. T. I. S. 153., V. v. 19. Dec. 1780. §. 2. C.A. C. II. T. I. S. 207., Rescr. v. 14. Febr. 1803. C.A. C. III. T. I. S. 56. **8)** Ueber die Ausstellung der Confirmationsscheine bei der Entlassung aus der Schule giebt die V. v. 16. März 1854. G.S. S. 88. neuere Bestimmungen. **9)** S. auch die Artikel: Abendmahl, Filiale, Religion.

Confirmation (obrigkeitliche Bestätigung). Ueber die Nothwendigkeit oder Wirkung derselben geben folgende Artikel Nachweis: Familien-Fideicomm..., Grund- u. Hyp..., Localstatute, Steinkohlen, Kauf, Steuerreste, Aemter, Anzeigen, Amtsbücher, Erbregister, Stempelsteuer, Armenordnungen, Bezirksärzte, Localschulordnungen, Localstatute, Innungen.

Confirmationsgeld, s. Ablösung.

Confirmationsscheine. S. Confirmation, evang. K.

Confiscation. **1)** Die C. kann nur bei einzelnen Sachen, welche als Gegenstand oder Werkzeug einer Vergehung gedient haben, Statt finden. Eine allgemeine Vermögens-C. tritt in keinem Falle ein. §. 53. d. V.U. v. 4. Sept. 1831. G.S. S. 252. **2)** Bei der C. von Gegenständen in Folge von Zoll- und Steuervergehen, vergl. das G. v. 3. April 1838. §. 8. f. G.S. S. 339. f., und das G. v. 4. April 1838. §. 49. f. ib. S. 357., geht das Eigenthum der der C. unterliegenden Gegenstände im Augenblicke der amtlichen Beschlagnahme auf den Staat über und kann von letzterem nach den Grundsätzen des Civilrechtes über Vindication gegen jeden dritten Besitzer verfolgt werden. **3)** Wurde die (bei no. 2. erwähnte) Beschlagnahme verhindert oder der Gegenstand dem bereits auf denselben gelegten amtlichen Beschlag durch den Angeschuldigten, Eigenthümer oder Befrachter selbst, oder auf deren Anstiftung oder mit deren sonstiger Theilnahme durch Andere wieder entzogen, so hat der bisherige Eigenthümer anstatt der verwirkten C. eine, dem durch Würderung festgestellten oder sonst bekannten Werthe des Gegenstandes gleichkommende, oder wenn die Schätzung unmöglich wäre, eine Summe von 25—1000 Thlrn. zu erlegen. Dies gilt auch, wenn der Staat wegen seines Vindicationsanspruchs gar nicht oder nur unvollständig befriedigt worden wäre. §. 41. 42. d. G. v. 3. April 1838. G.S. S. 345., §. 50—52. d. G. v. 4. April 1838. ib. S. 357. **4)** Werkzeuge und Waffen, welche zur Verübung von Vergehungen gegen das G. v. 11. Aug. 1855., die Forst-, Feld- u. dergl. Diebstähle betr., oder zur Widersetzung bei selbigen gebraucht oder mitgebracht worden sind, sowie die auf fremdem Reviere geführten Gewehre (s. Jagdvergehen) unterliegen, wenn sie dem auf der That oder auf der Flucht betroffenen Thäter abgenommen worden sind, unter allen Umständen der C. Ang. G. v. 1855. Art. 24. G.S. v. 1855. S. 308. Vorher: §. 2. u. 18. d. G. v. 2. April 1838. G.S. S. 203. 208. **5)** Der Erlös aus den bei 4. erwähnten Gegenständen ist vor allen Dingen zum Ersatze des durch das Verbrechen verursachten Schadens, dafern derselbe von dem Verbrecher nicht erlangt werden kann, zu verwenden. ib. Schießgewehre sind, dafern nicht deren Veräußerung behufs der Ersatzleistung nothwendig ist, demjenigen zu überlassen, welcher das verübte Verbrechen entdeckt und zur Anzeige gebracht hat. Kommt es zur Veräußerung, so gebührt dem Letzteren der nach der Ersatzleistung verbleibende Ueberrest des Erlöses. ib. **6)** Ueber Fälle und Folgen der Confiscation geben noch Auskunft die Artikel: Armencasse, Cassenbillets, Bäcker, Brandwein, Censur, Conditoreiwaaren, Eigenthum an G., Ellenmaß, Flugschriften, Forst..., Gerber, Jagd, Garn, Jahrmarkt, Kuxe, Lotterie, Münzwesen, Mutterkorn, Papiergeld, Pulver, Pfuscher, Meißen, Percussionsstöcke, Preßvergehen, Salz, Siegel, Silber, Spielen, Spielkarten, Stempelsteuer, Steuerbehörden, Streichzünd..., Uniform, Wein, Wucher, Zink, Zinn, Zoll...

Confitüren. S. Conditoreiwaaren.

Conflict, s. Collision.

Conform, s. Gleichförmig.

Confrontation. **1)** Die C. erfolgt, nach den Grundsätzen des bisherigen Criminalprocesses, zwischen dem Angeschuldigten, der das Verbrechen ganz oder theilweise geleugnet oder mit andern Umständen, als dabei vorgefallen, eingeräumt hat, und seinen Mitangeschuldigten oder den Zeugen, ferner zwischen den letztern unter sich und bezweckt die Aufklärung der Widersprüche zwischen den Angaben des Inculpaten und der Mitangeschuldigten und nach Befinden der Zeugen. Deshalb ist sie zu wiederholen, bis zwischen der Aussage der Zeugen und der Antwort des Inculpaten Uebereinstimmung erlangt oder der Grund der Verschiedenheit ermittelt wird. Gen. v. 30. April 1783. §. 6. C.A. C.II. T.I. S. 456., C.A. C.II. T.III. S. 173. und L.C.W. T.IV. S. 50. Es ist übrigens stets nur Eine Person der andern gegenüberzustellen. O.A.Pat. v. 10. Juli 1820. §. 1. L.C.W. T.V. S. 170. Vorher: Gen.B. v. 27. Oct. 1770. §. 5. C.A. C.I. T.I. S. 421., C.A. C.II. T.III. S. 39. u. L.C.W. T.III. S. 87. **2)** Der gegenwärtige Proceß schreibt vor: a) Weichen in der Voruntersuchung die Angaben des Angeschuldigten von den Aussagen Mitschuldiger oder den Angaben des Verletzten oder eines Zeugen ab, so kann der Richter eine C. vornehmen. Str.Pr.O. v. 1855. Art. 172. Dieß soll jedoch in der Regel nur dann geschehen, wenn die C. nicht ohne Nachtheil bis zur Hauptverhandlung verschoben werden kann, insbesondere wenn es um die nöthige Herstellung der Identität der Person des Angeschuldigten oder einer anderen Person sich handelt. ib. b) Falls nicht besondere Gründe eine Ausnahme rechtfertigen, sind auf einmal nur zwei Personen einander gegenüberzustellen. ib. Das Verhör bei der C. aber ist so einzurichten, daß die einander gegenübergestellten Personen über jeden einzelnen Umstand, über welchen ihre Aussagen sich widersprechen, besonders gegeneinander gehört und die beiderseitigen Antworten in eben derselben Ordnung zu Protokoll genommen werden. ib. c) Befinden sich Personen, welche anderen gegenüberzustellen sind, unter verschiedenen Gerichten, so ist das betreffende Gericht um ihre Gestellung oder, nach dem Ermessen des Untersuchungsrichters, um Vornahme der C. zu ersuchen. Es kann aber auch der Untersuchungsrichter nach Befinden, unter Benachrichtigung des bezüglichen Gerichts, die C. in dem fremden Gerichtsbezirke selbst vornehmen. Ang. Art. 172. u. s. Gerichtsbezirke. d) Wegen C. der Zeugen mit dem Angeschuldigten ist den Vorschriften des cit. Art. 172. nachzugehen. Die Angehörigen des Angeschuldigten dürfen jedoch, wenn sie sich als Zeugen haben abhören lassen, dem Angeschuldigten nur dann gegenübergestellt werden, wenn sie es auf Befragen des Richters nicht ablehnen, oder wenn der Angeschuldigte die C. verlangt. Str.Pr.O. Art. 223. e) Der Untersuchungsrichter kann die C. mehrerer Zeugen unter sich verfügen und dieser Maßregel können auch die Angehörigen des Angeschuldigten, wenn sie sich haben abhören lassen, sich nicht entziehen. ib. **3)** Vergl. noch die Artikel: Vernehmung, Zeugen..., Hauptverhandl.-T., Rechtsmittel, E., Untersuchungsverfahren.

Conjuration, s. Verbindung.

Connexität. S. Klage, Widerklage.

Conscius. S. Begünstigung.

Conscription, s. Militairpflicht, Recrutirung.

Consens. Ueber Nothwendigkeit oder Wirkung ertheilter Genehmigung von Behörden oder dritten Personen geben Nachweis die Artikel: Dismembration, Eheconsens, Erbregister, Familien-F., Amtsbücher, Grund- u. Hypothek..., Pfandrecht, Vollmacht, Väter, Stempelsteuer, Concursgläubiger, A. B., Urkunden, Kauf, Zusammenschlagung, Vormund..., Decret, Concession.

Consensbücher. S. Grund- u. Hypothekenbuch.

Consensgeld. S. Urkunden, Ablösung.

Consensprotokolle. S. Grund- u. Hypothekenbuch.

Consensquantum. S. Ablösungsverfahren.

Consensuable Summe. S. Pfandrecht, Ehestiftungen.

Consignation. S. Verzeichnisse, Subhastation, Aufzeichnen.

Consilium. S. Geheimes C.

Consistorien. **1)** Das Oberconsistorium zu Dresden, und das Consistorium zu Leipzig, sind v. 30. Juni 1835. an außer Wirksamkeit getreten. §. 1. d. V. v. 10. April 1835. G.S. S. 243. **2)** Ueber die Verfassung jener C. und ihre Competenz vergl.: die L.O. v. 1. Oct. 1555. Tit. Consistoria, C.A. T. I. S. 43., K.O. v. 1580. ib. S. 475. 633. f., Rescr. v. 8. Jan. 1608. ib. S. 1003., Res. gr. v. 23. April 1612. Tit. Consist.-S. C.A. T. I. S. 167. f., Rescr. v. 23. Jan. 1632. ib. S. 855., Rescr. v. Aug. 1637. ib. S. 859., Besch. v. 13. Mai 1661. die App. betr. ib. S. 1005., Res. gr. v. 1661. Conf.S. §. 4. 6. 8. f. 16. ib. S. 199. f., Rescr. v. 11. Nov. 1701. u. 20. März 1702. d. App. betr. C.A. T.I. S. 1007., C.P.O. ad Tit. 1. §. 5. S. 9., ad Tit. 34. §. 1. S. 176., Anh. §. 2. S. 300., Rescr. v. 31. Mai 1782. C.A. C.II. T.I. S. 271., v. 16. Mai 1783. ib. S. 279., v. 4. März 1784. C.A. C. III. T.I. S. 132., v. 27. Jan. 1786. C.A. C. II. T.I. S. 291. C.A. C. II. T. III. S. 15., v. 29. März 1786. C.A. C. III. T. I. S. 132., v. 16. Aug. 1786. C.A. C. II. T. I. S. 295., Bef. v. 13. Oct. 1786. ib. S. 313., Rescr. v. 19. Dec. 1788. ib. S. 297., v. 16. März 1796. ib. S. 55., v. 18. Nov. 1796. ib. S. 133., v. 26. Oct. 1801. C.A. C.III. T.I. S. 135., Rescr. v. 7. Febr. 1803. ib. S. 135., v. 16. Sept. 1803. ib. S. 136., v. 27. Oct. 1803. ib. S. 137., v. 27. Jan. 1804. ib. S. 137., v. 27. Oct. 1808. ib. S. 178., Bef. v. 9. Jan. 1809. ib. S. 144., v. 27. April 1809. ib. S. 179., Rescr. v. 29. Mai 1809. ib. S. 144., v. 21. März 1810. ib. S. 145., v. 4. Jan. 1813. ib. S. 151. **3)** Vor dem Oberconsistorio fanden sonst die theol. Candidatenprüfungen Statt, Bef. v. 16. Dec. 1791. C.A. C. II. T. I. S. 299. u. V. v. 1. Dec. 1830. G.S. S. 213. **4)** In soweit die C. Justizbehörden waren, ist ihre Competenz auf die, nach dem G. v. 28. Jan. 1835. §. 11. 13. 52. f. 55. f. G.S. S. 77. f. und dem G. vom neml. T. u. J. §. 11. G.S. S. 57. f., jetzt competenten Justizbehörden übergegangen. Die Besorgung der übrigen Geschäfte der C. zu Dresden u. Leipzig ist den Kreisdirectionen u. theilweise dem evangel. Landesconsistorium übertragen worden, V. v. 10. April 1835. §. 1. 2. 11. G.S. S. 243. **5)** Ueber das Consistorium zu Glauchau und dessen Verfassung vergl. den Receß v. 9. Oct. 1835. I. Abschn. §. 18. G.S. S. 615. **6)** Die Verfassung des kathol. Consistorii zu Dresden beruht auf dem M. v. 19. Febr. 1827. G.S. S. 14., sowie rücksichtlich der katholischen Schulen in den Kreislanden auf dem G. v. 6. Juni 1835. §. 56. G.S. S. 293., und der V. v. 9. Juni 1835. §. 5. 49. 148. 171. G.S. S. 300. ff. Die Mitglieder des kathol. geistl. Consistorii (zeither Consistorialassessoren) haben, mit Belassung ihres frühern Ranges, den Charakter als Consistorialräthe beigelegt erhalten. Bek. v. 12. Nov. 1840. G.S. S. 361. Vergl. auch die Artikel: Amtshauptleute, Appellation, I. 6. i., Assessoren, Censur, Ehesachen, Haustaufe. **7)** Die reformirten C. oder Collegien der Prediger und Vorsteher der reformirten Gemeinden sind die nächsten Behörden für die kirchlichen Angelegenheiten der letztern zu Dresden und Leipzig, Regul. v. 7. Aug. 1818. §. 7. G.S. S. 59., wo ihre Befugnisse aufgezählt werden. Wegen der Lausitz: V. v. 22. Aug. 1821. unter 1. G.S. S. 92., V. v. 20. März 1822. §. II. G.S. S. 224. **8)** S. noch die Art.: Dispensation, Landesconsistorium, Taxordnungen.

Consistorialräthe. S. Consistorien, Landesconsistorium.

Consistorialsachen, s. Appellation, I. 6. e., Ehesachen, Kreisdirectionen, Landesconsistorium, Consistorien.

Consolidation. S. Kure, Grund- u. Hyp..., Pfandrecht, Zusammenschlagung.

Consorten, s. Streitgenossen.

Constitution. S. Verfassung.

Constitutionen d. Churfürst August, v. 21. April 1572. Man unterscheidet die edirten und die unedirten. Erstere zerfallen in vier Theile, und handeln im Isten: vom Proceß, im IIten: von den Contracten, im IIIten: von der Uebergabe auf den Todesfall, Testamenten, Erbfällen und Lehnsfolgen, endlich im IVten: vom peinlichen Rechte, C.A. T.I. S. 73—132. Die unedirten umfassen die 9 sogen. Sonderlichen C. v. 21. April 1572. im C.A. T.I. S. 131. ff., wogegen die übrigen 34 unedirten zuerst und vollständig in Haubold's „Handbuche einiger der wichtigsten Chursächs. Gesetze," Leipzig, 1800., S. 137. gedruckt worden sind. S. noch General-Gouvernement.

Constitutionsfest. Die Uebergabe der Verfassungs-Urkunde (s. Verfassung) soll alljährlich in den gesamten Kirchen gottesdienstlich, und zwar wenn der 4. Sept. nicht selbst auf den Sonntag fällt, den Sonntag vorher gefeiert werden, VV. v. 13. u. 20. Juli 1832. G.S. S. 381. 387., V. v. 27. Juli 1833. Doch kann, bei allseitigem Einverständnisse, auch der 4. Sept., obwohl ohne Störung der bürgerlichen Gewerbe, als Feiertag gefeiert werden. V. v. 9. Aug. 1834. Cod. d. S. K.R. S. 523.

Constitutum possessorium. S. Pfandrecht, I.

Consulenten. **1)** Zu Ertheilung von rechtlichen oder technischen Gutachten und Fertigung von dergleichen schriftlichen Arbeiten, ein für allemal bestimmte C. oder Sachverständige anzunehmen, sind die Stadtverordneten nicht befugt. Die Zuziehung und Auswahl von Rechts- und Sachverständigen muß in jedem einzelnen Falle auf besonderer Beschlußnahme der Stadtverordneten beruhen. §. 167. d. A.-St.O. v. 2. Febr. 1832. G.S. S. 60. S. dazu: Stadtrath. **2)** Dasselbe verordnet für die Landgemeinden die L.Gem.O. Bei ihnen gehört die Wahl eines Anwalts zu Führung einzelner rechtlicher Angelegenheiten und die Instruirung desselben, sowie die Ernennung eines Sachverständigen für den Gemeinderath. L.Gem.O. v. 7. Nov. 1838. §.52. G.S. S.443. Die Vollmacht wird vom Gemeindevorstande oder dessen Stellvertreter allein ausgestellt, und wenn sie bei einer andern Obrigkeit, als der Gemeindeobrigkeit producirt werden soll, von dieser beglaubigt. a. a. O. **3)** S. auch: Advocaten.

Consuln. S. Gesandtsch..., Recognitionsregistraturen.

Consumentenverzeichnisse. S. Bevölkerungslisten.

Consumiren, s. Speise, Verbrauchen.

Consummation des Verbrechens. S. Erfolg, Vollendung.

Consumtibilien. S. Victualien.

Consumtionsabgaben, s. Verbrauchsabgaben.

Consumtionssteuer. S. Schlachtsteuer.

Contagion. S. Krankheit, Vieh...

Contant, s. Baar.

Continua servitus. S. Besitz.

Continuirlich, s. Unausgesetzt, Sistiren.

Contoverfahren. Das C. in Leipzig mit Meßgütern dient zur Erleichterung der die dortigen Messen mit unverzollten Meßgütern besuchenden auswärtigen Verkäufer und der in Leipzig etablirten Handlungen, welche jene Güter vertreiben. Meß-O. v. 4. Dec. 1833. §. 2. G.S. S. 348. Welche Güter als contofähig anzusehen, enthält §. 3. ib. und die Wirkungen des C. §. 4. ib. Den Leipziger Grossohändlern werden fortlaufende Conti auch außerhalb der Messen bewilligt. §. 5. 6. ib. Die weitern Bestimmungen über Meßconti u. d. m. findet man ib. §. 7. f. G.S. v. 1833. S. 349.

Contracte. S. Verträge.

Contractsform. Gebrauch derselben für widerrechtliche Zwecke: s. Betrug, Wucher.

Contractsverhältniß. S. Betrug.

Contradictor. S. Curatoren, Edictalcitation.

Contrahiren. S. Verträge, Schulden, Zweikampf.

Contrasigniren. S. Gesetze, Ministerialdepartements, Ständeversammlung.

Contravention, s. Vergehen.

Contrebande. S. Confiscation, Zollvergehen.

Contrectation. S. Anmaßung.

Contribuiren. S. Abgaben.

Contribution. S. Miethe, Concursgläubiger, A. I.

Controle, s. Dienstreserve, Militairpflicht, Forstdienst, Stadtrath, Stadtverordnete, Communalgarde, Ständeversammlung, Cassenverwalter.

Contumaz, s. Ausbleiben, Ungehorsam...

Conventikel. C. sind im Allgemeinen verboten, Rescr. v. 10. März 1690. C. A. T. I. S. 839. Wegen allgemeiner Maßregeln gegen C. und Secten ist das evangel. Landesconsistorium zu hören. V. v. 10. April 1835. §. 13. 1. e. G.S. S. 247. Vergl. noch die Art.: Secten, Zusammenkünfte.

Convention. S. Klage, Widerklage.

Conventionen. S. Staatsverträge.

Convertiten. **1)** Den C. ist das Sam-

meln von Almosen verboten, M. v. 11. April 1772. Cap. II. §. 10. C.A. C. II. T. I. S. 652., Lauf.-Regul. v. 24. Jan. 1787. §. 3. L.C.W. T. IV. S. 411. u. C.A. C. II. T. III. S. 220. **2)** S. Proselyten, Religion.

Convictorium, in Leipzig. [Aeltre Best.: Rescr. v. 27. Aug. 1768. C.A. C. II. T. II. S. 238., v. 14. Sept. 1789. ib. S. 243., v. 26. Nov. 1792. §. 14. 18. ib. S. 257.] **1)** Das C. soll durch Commissarien beaufsichtigt werden, Res. gr. v. 1612. Tit. Conf.-S. §. 9. C.A. T. I. S. 172. **2)** Es genießt Fleischsteuerbefreiung, G. v. 6. Dec. 1834. §. 6. G.S. S. 475. **3)** Die Entziehung d. C. ist eine akadem. Strafe, G. für d. Stud. v. 29. März 1822. §. 53. unter 6. G.S. S. 304.

Convoyen. S. Post.

Coordinirt. S. Appellationsgerichte, Communication.

Copialien, Copie. S. Abschrift, Wechselcopie.

Copist. S. Abschrift, Communalgarde, Verjährung.

Copulation. S. Ehe, Trauung.

Cordon. S. Cholera, Kranke, Vieh, Waaren.

Cordons, f. Uniform.

Corporationen. S. Gemeinheiten, Gewerkschaft, Gesellenschaft, Wechselfähigkeit, Versammlungen, Vereine, Jagdrecht, Schmähungen, Antrag, Wucher.

Corpus delicti, f. Geständniß, Thatbestand.

Correalverbindlichkeit. S. Verbürgung, Wechsel, Schuldner, Forstverbrechen, Grundsteuer, Schmerzengeld, Vermächtniß, Vormundschaft, Regreß, Wechselfähigkeit, Wechselbeklagter.

Correctionärs. S. Correctionsanst...

Correctionsanstalten. Die Nachweise über diese sind enthalten in den Artikeln: Waldheim, Zwickau, Bräunsdorf, Großhennersdorf, Geburtsschein, Transport, Kinder, Jugend, Arbeitshausstrafe, Armenanstalten, Besserungsanstalten, Betteln, Bettler, Caution, Concursgläubiger, Erbfolge, Pfandrecht, Verhaltschein, Verwaltungsbehörden, Zurechnung, Vormundschaft.

Corrections-Erziehungsanstalt. S. Bräunsdorf.

Correctionshausstrafe, f. Arbeitshausstrafe.

Correctoria. S. Erkenntnisse.

Correcturen, f. Aendern.

Correspondenz. S. Portofreiheit, Post, Briefe, Telegr..., Russische...

Corrigiren, f. Aendern.

Cossäten. S. Vorladung.

Coupons, f. Zinsleisten.

Courant. S. Münzwesen, Cassenbillets, Oestreich.

Courier. S. Extrapost, Post.

Cours. Nachweis über Coursverhältnisse oder des Einflusses derselben auf Rechtsverhältnisse enthalten die Art.: Leipzig, Regreß M. 3., Wechselzahlung, Münzwesen, Creditpapiere, Executionsverfahren, S. auch Censur.

Courtage. Für die Bestimmung der C. (Mäklergebühr) enthält die Leipz. Mäkler-O. v. 7. März 1818. §. 23., G. v. 4. Dec. 1833. G.S. S. 97. maßgebende Bestimmungen.

Couvert. Die Bestimmungen über die Couvertirung der Postsendungen f. unter: Post...

Credit. Ueber Fälle und Wirkung der Crediterthеilung suche man unt.: Bankrott, Concurs, Empfehlung, Handel- u. Gew., Ausleihung, Spielschulden, Verbürgung, Creditpapiere, Creditverein, Hypothekenbank, — nach.

Creditanstalt, allgemeine deutsche. S. Leipzig.

Creditbetrug, f. Betrug.

Creditor, f. Gläubiger.

Creditpapiere. 1) Auf den Inhaber lautende in- oder ausländische Staatsschuldscheine und dergleichen Creditpapiere, welche unter öffentlicher Autorität von Privatpersonen, Corporationen, bestätigten Credit-, Actien- oder sonstigen Vereinen ausgestellt worden sind, ingleichen die deren Stelle vertretenden Interimsscheine und Quittungen sind, nebst den dazu gehörigen Zins- oder Dividendenscheinen, in Bezug auf die Bestimmungen des 14. Capitels d. Str.Gb. „Von Münzverbrechen" dem Papiergelde gleich zu achten. Gleiches gilt

von den Briefmarken. Str.Gb. Art.329. Vorher: Art. 274. d. Cr.Gb. v. 1838. G.S. S. 177. **2)** C., welche in ihrem Conterte als Wechsel oder Anweisungen nicht benannt sind, können ohne Genehmigung der Regierung von Privaten, selbst aus dem Handelsstande, ingleichen von Corporationen und Anstalten nicht mit rechtlicher Wirkung auf jeden Inhaber (au porteur) gestellt werden, und es ist aus Papieren der Art keinem Inhaber zur Zahlung zu verhelfen. G. v. 7. Juni 1846. G.S. S. 39. **3)** Alle öffentlichen, au porteur lautenden C., d.h. alle, welche im In- od. Auslande vom Staate selbst, oder mit Genehmigung der betreffenden Regierung von Privaten, Corporationen und Anstalten ausgestellt sind, ferner alle von den bestätigten Actiengesellschaften an den Inhaber ausgestellten Theilnahmescheine, und die zu allen diesen Papieren gehörigen Zinsleisten, Coupons und Dividendenscheine, können von dem Eigenthümer oder Pfandinhaber aus den Händen des dritten redlichen Besitzers nicht zurückgefordert werden, G. v. 8. Juni 1846. §§. 1. u. 2. G.S. S. 40. — ausgenommen, wenn auf den Papieren bei der Ausstellung bemerkt worden ist, daß sie der Vindication unterliegen sollen, oder wenn sie durch eine darauf gebrachte Bemerkung legal außer Cours gesetzt oder für Eigenthum einer bestimmten Person erklärt worden sind. ib. §. 3. **4)** Der Vindication unterliegen alle in- und ausländischen, ohne Genehmigung der Regierung au porteur ausgestellten (privaten) C., ausgenommen Wechsel oder Anweisungen, oder wenn die ausländischen nach den Gesetzen des Orts der Ausstellung von der Vindication ausgeschlossen sind, und dies vorher erwiesen wird, ib. §. 4. **5)** S. auch die Art.: Betrug, Cassenbillets, Concurs, Falschmünzen, Staatspapiere, Edictalcitation, Executionsverfahren, Werth, Gold, Wucher, Papiergeld, Gleichartigkeit.

Creditverein, erbländisch ritterschaftlicher. **1)** Die Errichtung dieses Vereins ist mittelst des Decr. v. 13. Mai 1844. G.S. S. 163. genehmigt worden; die durch das Decr. bestät. Statuten enthält die G.S. v. 1844. S. 164—182. **2)** Der Verein ist ein, von der Staatsregierung als moralische Person anerkannter Verein Sächs. Gutsbesitzer zu dem Zwecke, um den Besitzern beitrittsfähiger Landgüter die Möglichkeit zu gewähren, hypothekarische Geldschulden, welche einer Kündigung Seiten des Vereins in der Regel nicht unterliegen, aufzunehmen und deren Verzinsung und allmählige Tilgung zu sichern. §. 1. 2. der Stat. G.S. v. 1844. S.164. **3)** Die Geldmittel zu Zahlung der Hauptstämme bei der Darleihung gewinnt der Verein durch Ausgabe zinsbarer Pfandbriefe, deren Inhaber seine Gläubiger werden. §. 3. ib. **4)** Beitrittsfähig sind, a) die Herrschaften in den Erblanden, b) diejenigen Rittergüter, welche in der Beilage zur V. v. 6. Nov. 1832. G.S. S. 425. f. unter I, II, IV und V verzeichnet stehen, c) diejenigen Güter, welche, ohne am gedachten Orte verzeichnet zu sein, das Recht, auf Kreistagen zu erscheinen, bisher genossen haben, d) solche Bauergüter in den Erblanden, welche 1000 Steuereinheiten u. darüber aufhaben, e) mit gewissen nähern Bestimmungen auch sogen. Stadtgüter, insgesamt unter der Voraussetzung, daß sie sich nach dem Statute zur Aufnahme eignen, desgl. f) unter der nemlichen Voraussetzung Oberlausitzer Güter mit mehr als 1000 Steuereinheiten, §. 4. der Stat. G.S. v. 1844. S. 164., doch hierzu sehe man noch den Zusatz, publicirt mit Decr. v. 11. Oct. 1848. G.S. S. 201. nach. — Ferner: Decr. v. 19. Dec. 1846. §. 1. G.S. v. 1847. S. 1. Zusatz I. publicirt mit Decr. v. 1. Mai 1850. G.S. S. 99., Zusatz publicirt mit Decr. v. 6. Mai 1852. G.S. S. 213. Ueber die Anmeldung zum Eintritte vergl. §. 12. 13. d. Stat., G.S. v. 1844. S. 165. f. **5)** Der Verein hat seinen Sitz in Leipzig und leidet vor dem dasigen Kreisamte (jetzt dem Gerichtsamte) Recht. §. 6. d. Stat. v. 1844. G.S. S. 164. **6)** Die Geschäfte des Vereins werden besorgt durch den Vereinsvorstand, der aus 9 Mitgliedern und eben so vielen Stellvertretern besteht, die Gene-

ralversammlung, einen vom Vorstande ernannten Leipziger Anwalt als Syndikus, und durch den Bevollmächtigten mit dem nöthigen Büreaupersonale. Der Vorstand vertritt den Verein in allen und jeden Beziehungen u. Rechtsangelegenheiten, activ und passiv, gegen Dritte und bei allen gerichtlichen Handlungen, auch Eidesleistungen. Es bedarf dazu keiner weiteren Legitimation, als die erfolgte Bekanntmachung seiner Wahl. §. 8. u. 61. 66. ib. G.S. v. 1844. S. 165. 174. f. Ueber die Wahl vergl. §. 61—65. S. 174. f. **7)** Alle, von der Verwaltung des Vereins statutenmäßig vollzogenen Urkunden u. Schriften, ihre Bücher und die daraus statutenmäßig ausgestellten Extracte gelten als öffentliche Urkunden, die keines Anerkenntnisses bedürfen. Dergleichen Urkunden und Extracte müssen von dem Vorsitzenden des Vorstandes oder dessen Stellvertreter, sowie dem Bevollmächtigten vollzogen und beziehendlich beglaubigt sein. Diese Personen werden deshalb vor dem Gerichtsamte Leipzig verpflichtet. §. 10. ib. S. 165. **8)** Zu Ueberwachung des Vereins ist von der Staatsregierung ein Commissar bestellt, der an allen Sitzungen des Vorstandes und der Generalversammlung Theil zu nehmen hat, die Bücher, Schriften und Cassen des Vereins jeder Zeit einzusehen berechtigt ist, und ohne dessen Zustimmung keine Hypothek des Vereins von Letzterem zur Löschung gebracht u. kein Pfandbrief ausgegeben werden darf. §. 11. ib. **9)** Der Verein giebt kein Anlehn unter 1000 Thlrn. und nicht über die Hälfte des statutenmäßig ermittelten Hypothekenwerths des zu verpfändenden Grundstücks. Seine Währung ist der jedesmalige Königl. Sächsische Silbermünzfuß. §. 14. ib. G.S. v. 1844. S. 166., Statuten-Zusatz II. publ. mit Decr. v. 1. Mai 1850. G.S. S. 99. — Vergl. aber noch über die Gewährung der Darlehen den Nachtrag unter VI. publ. mit Decr. v. 27. Oct. 1857. G.S. S. 250. — **10)** Er erhebt von dem Nennwerthe jeden bei ihm gemachten Anlehns, von dem jedesmaligen Besitzer des verpfändeten Grundstücks als jährliche Rente a) so viel Procente, wie der Zinsfuß der Pfandbriefe aus der betreffenden Serie beträgt, und b) noch höchstens ⅔ pr.C. darüber. §. 16. des Stat. G.S. v. 1844. S. 166. Wegen der Renteneinzahlung, deren Postporto, nicht aber andere Transportkosten, der Verein trägt, s. ib. §. 17. **11)** Der Verein kann den Rentenpflichtigen nicht kündigen, außer in den, durch das Statut §§. 32. 34. 41. u. 43. S. 168. f. der G.S. v. 1844. bestimmten Fällen, wo dann die Kündigung mindestens eine Frist von 6 Monaten zu umfassen hat. Die Zahlungen in Folge aller solcher Kündigungen, sowie in Folge einer nothwendigen Subhastation und im Concurse zum Vermögen eines Rentenpflichtigen, dieselben mögen das ganze Capital oder nur einen Theil oder den Rest desselben umfassen, sind, in soweit es der Summe nach thunlich, in Pfandbriefen des Vereins von dem nemlichen Zinsfuße nach Nennwerth mit den Talons und den Coupons auf den inStehenden Zinstermin zu bewirken. ib. §. 18. **12)** Will ein Rentenpflichtiger außer der Abminderung, welche am Rentencapitale durch den Tilgungsfonds statutenmäßig erfolgt, Capitalzahlungen leisten, so sind hierbei die §§. 19. u. 48. der Stat. G.S. v. 1844. S. 167. f., und der Zusatz im Decr. v. 19. Dec. 1846. §. 2. G.S. v. 1847. S. 1. maßgebend. **13)** Sind Abschlagszahlungen geleistet worden, ohne daß dabei der Schuldner von dem Befugnisse, die noch bestehende Hypothek theilweise löschen zu lassen, Gebrauch gemacht hat, so kann der, von der Hypothekenbehörde als solcher anerkannte Besitzer des Grundstücks späterhin, dafern dasselbe nicht immittelst zur nothwendigen Subhastation gekommen ist, mit dem Betrage der geleisteten Abschlagszahlungen wieder eintreten durch Rückgabe der erhaltenen Quittungen. §. 21. ib. **14)** Wenn der Hauptstamm noch im Laufe der Absinkung seiner Serie gänzlich abgeführt wird und alle Renten davon, sowie die Kosten, welche der Rentenpflichtige etwa zu tragen und zu erstatten hat, völlig berichtigt worden sind, so kann der Rentenpflichtige, in wiefern nicht schon früher theil-

weise Löschung erfolgte, auf Löschung der ganzen Hypothek antragen. Dadurch scheidet er aus dem Vereine aus, verliert aber auch alle Ansprüche an den Reservefonds, welcher bei seinem Austritte vorhanden ist. §. 22. ib. Hierzu aber gehört der Zusatz III. publ. mit Decr. v. 1. Mai 1850. G.S. S. 100. **15)** Dem Vereine ist von dem Rentenpflichtigen Hypothek zu bestellen, welche a) sich über das ganze Grundstück, nicht blos über einzelne ideelle Antheile eines oder mehrerer Miteigenthümer erstreckt; und b) die erste ist. §. 23. des Statuts v. 1844. (Ausnahmen s. §. 29. u. 36. S. 168. f.) Ueber die Beseitigung anderer Hypotheken zu Herstellung der ersten vergl. die §§. 34—36. der Stat. G.S. v. 1844. S. 169. Seit dem Statuten-Zusatze II. publ. mit Decr. v. 1. Mai 1850 begnügt sich aber der Verein auch mit einer folgenden Hypothek, wenn sie nur in der ersten Hälfte des statutengemäß ermittelten Werths steht. **16)** Auf Rittergüter, zu welchen gar kein, oder nicht so viel Areal, als nach dem Statute zu Aufnahme einer Schuld von 1000 Thlrn. nöthig ist, gehört, leiht der Verein nicht. Bauergüter und andere ländliche Grundstücke, welche zugleich mit einem Rittergute besessen und von demselben aus bewirthschaftet werden, sind von ihm mit letzterem zusammen als Unterpfand anzunehmen. §. 24. ib. **17)** Wie Seiten des Vereins die Ermittelung des Hypothekenwerths der zu verpfändenden Grundstücke erfolge, enthält §. 25—32. G.S. v. 1844. S. 167. f. und der Zusatz v. 23. Juli 1856. publ. mit Decr. v. 9. Aug. 1856. G.S. S. 202. f. **18)** Dem Grundstücksbesitzer bleibt unbenommen, auf Hypotheken, welche dem Vereine nachstehen, zu borgen. §. 33. der Stat. G.S. v. 1844. S. 169. Dazu s. den Zusatz vom J. 1850. oben bei no. 15. **19)** Die Stempelimpostabgabe bei Cessionen an den Verein und bei Hypothekencassationen zum Behufe des Eintritts in denselben, sowie von Schuldverschreibungen u. Bestellungen von Hypotheken für denselben trägt der Eintretende. Dahingegen findet Befreiung von Schriften- u. Werthstempel in allen den Fällen Statt, wo dem C. die Entrichtung dieser Steuer gesetzlich obliegen würde. §. 37. der Stat. v. 1844. Auch in Processen: Decr. v. 16. Febr. 1854. G.S. S. 63. **20)** Dem Rentenpflichtigen des Vereins steht diesem gegenüber die Rechtswohlthat der Competenz, der Gerichtsstand der Widerklage und der Antrag auf Deposition für den Fall des Unterliegens im bevorstehenden Processe nicht zu, vielmehr sind alle seine Einwendungen u. Einreden gegen den Verein mittelst besonderer Klage vor dessen Gerichtsstand auszuführen. §. 38. der Stat. v. 1844. **21)** Die Cessionen, die damit stets zu verbindenden Agnitionen und die Schuld- und Pfandverschreibungen an den Verein werden dem Statute u. Regulative gemäß ausgefertigt. §. 39. ib. G.S. v. 1844. S. 170. **22)** Die Rentenpflichtigen des Vereins dürfen vor gänzlicher Löschung der Hypothek keine Dismembration der Pfandgrundstücke und keine abgesonderte Veräußerung der, mit einem Rittergute zusammen dem Vereine verpfändeten anderen Grundstücke ohne vorgängige Einwilligung des Vereins vornehmen. Ergänzung der Einwilligung des Vereins durch eine Gerichtsbehörde findet bei Abtrennungen von rentenpflichtigen Grundstücken nicht Statt. §. 40. ib. Das Nähere giebt §. 41. ib. **23)** Ohne Zustimmung des Vereins, welche nur unter der, §. 41. cit. gedachten Voraussetzung ertheilt wird, und von der Behörde nicht ergänzt werden kann, dürfen die ihm verpfändeten Grundstücke nach der Verpfändung mit dinglichen Lasten, welche nicht durch nothwendige Subhastation erlöschen, nicht belegt, auch Lasten, welche bei der Verpfändung schon bestanden und immittelst auf irgend eine Weise gänzlich od. theilweise erloschen sind, nicht aufs Neue aufgebracht werden. Ausgenommen sind Staatsabgaben und alle Onera, welche unmittelbar durch ein neues Gesetz auf das Grundstück kommen, ingleichen Ablösungsrenten. §. 42. ib. **24)** Ueber den Fall des Gebäudeverlusts vergl. §. 43. ib. **25)** Die Renten sind an den Verfalltagen pünctlich in unzertrennter Summe u. baar

in Vereinswährung zu zahlen. Im Falle des Verzugs sind auch dann, wenn vor der Zahlung noch keine gerichtlichen Vorschritte geschehen wären, Verzugszinsen nach 5. v. H. aufs Jahr und der nach §. 16. cit. bei b bestimmte Betrag zu entrichten und die entstandenen gerichtlichen u. außergerichtlichen Kosten abzutragen. §. 44. ib. G.S. v. 1844. S. 171. **26)** Wenn der Verein auf Sequestration anträgt, so ist er berechtigt, den Sequester zu wählen und der betreffenden Behörde vorzustellen, jedoch nur so lange, als nicht zum Vermögen des Schuldners der gerichtliche Concurs eröffnet wird, oder als nicht auch außerhalb des Concurses ein dritter Berechtigter gerichtliche Sequestration ausbringt, in welchen Fällen dann der competente Richter nach den gesetzlichen Vorschriften zu verfahren hat und seinem, sowie der Betheiligten Ermessen überlassen bleibt, den bereits verpflichteten Sequester beizubehalten oder zu entlassen. §. 45. ib. **27)** Bei Sequestrationen außerhalb des Concurses sind aus den Einkünften des Pfandgrundstücks die Renten des Vereins, unbeschadet der öffentlichen Abgaben u. anderer vorangehender dinglicher Lasten und hypothekarischen Schulden, sowie der Sequestrationskosten, und zwar bei Vermeidung der §. 44. cit. gedachten nachtheiligen Folgen des Verzugs, zu entrichten. §. 46. ib. **28)** Die Hypotheken des Vereins erlöschen außer dem Falle der nothwendigen Subhastation nur durch ausdrückliche Cassation, mithin weder von selbst durch Zahlung, noch theilweise mit der Amortisation. §. 47. ib. **29)** Im Concurse oder sonst bei erfolgter nothwendiger Subhastation ist die Rückzahlung des Capitalrestes, welcher, abgesehen vom Antheile am Reservefonds, noch ungetilgt ansteht, in Pfandbriefen nach dem Nennwerthe mit Talons und Coupons auf den instehenden Termin zu bewirken, der Anspruch an den Reservefonds aber verloren. Dem Ersteher des zwangsweise versteigerten Grundstücks steht das Befugniß des Wiedereintritts nicht zu, wohl aber die statutenmäßige Anmeldung zum Eintritte. Von Eröffnung des Concurses oder von Zeit der außerhalb des Concurses geschehenen nothwendigen Subhastation an hört mit der nächstvorhergegangenen Inventur des Vereins die allmählige Tilgung im Wege der Amortisation auf und hat von demselben Zeitpuncte an der Verein Anspruch auf Verzugszinsen nach 5. v. H. aufs Jahr. §. 48. ib. **30)** Der Verein darf die Relaxation einer Hypothek nicht bewirken und ihre Löschung nicht beantragen, wenn nicht der Königl. Commissar die Löschungsverwilligung durch seine Signatur genehmigt und bekräftigt hat. §. 49. ib. S. 172. **31)** Die Hypothekenbehörden haben alle Besitzveränderungen bei Grundstücken, welche dem Vereine verpflichtet sind, diesem auf Kosten des neueintretenden Besitzers sofort nach der Eintragung ins Grund- und Hypothekenbuch anzuzeigen. §. 50. ib. **32)** Der Verein giebt zinsbare, auf den Inhaber lautende u. von dessen Seite keiner Kündigung unterliegende Pfandbriefe nach dem Schema in der G.S. v. 1844. S. 180. je zu 500 Thlr., 100 Thlr., u. 25 Thlr., nebst Zinsleisten und Zinsscheinen, letztere stets auf 5 Jahre, u. neuerdings auch Pfandbriefe zu 20 Thlr. und 10 Thlr. aus. Jede Classe ist mit einem besonderen Buchstaben, mit der Serie, wozu der Pfandbrief gehört, und mit fortlaufenden Nummern zu bezeichnen. Die Pfandbriefe sind von dem Königl. Commissar, einem Mitgliede des Vorstandes und dem Bevollmächtigten eigenhändig zu unterschreiben. §. 51. ib. u. Zusatz VII. publ. mit Decr. v. 27. Oct. 1857. G.S. S. 250. f. **33)** Die Höhe des Zinsfußes einer neu zu beginnenden Serie wird stets vor deren Eröffnung von der Generalversammlung auf Vorschlag des Vorstandes bestimmt. Er darf während des Zeitraums, welchen die je ausgegebenen Zinsleisten umfassen, nicht geändert werden. Eine Herabsetzung desselben kann nur so erfolgen, daß den Inhabern, unter Einräumung einer halbjährigen Frist, gestattet wird, entweder neue Pfandbriefe auf verminderte Zinsen oder baaren Empfang des Nennwerths der umgewandelten Pfandbriefe zu wählen. §. 52. der Stat. v. 1844. **34)** Die Zinsen, wie nach erfolgter Auslosung die Ca-

pitale der Pfandbriefe werden nur an den Inhaber, jene lediglich gegen Rückgabe der Zinsscheine, diese nur gegen Rückgabe des Hauptdocuments, der Zinsleisten und der noch nicht abgelaufenen Zinsscheine im Büreau des Vereins zu Leipzig oder von dessen Commissionären gezahlt. Die jährlichen Zinsen der Pfandbriefe betagen in zwei gleichen Terminen, am 2. Juli und 2. Jan. jeden Jahres. §. 53. ib. **35)** Sowohl die Hauptdocumente allein, als auch zugleich mit ihnen die Zinsleisten, — nicht aber die Zinsscheine —, können auf Antrag ihres Inhabers oder eines Depositars von jeder inländischen wie ausländischen Gerichtsbehörde, sowie vom Vorstande des Vereins und zwar nicht allein auf den Namen des Inhabers, sondern auch ohne denselben durch Aufbringung einer geeigneten Bemerkung außer und wieder in Cours gesetzt werden. Alle außer Cours gesetzten Papiere hören auf, invindicabel zu sein. §. 54. ib. G.S. v. 1844. S. 173. **36)** Ist die Außercourssetzung a) auf den Namen erfolgt, so werden zwar die Zinsscheine an den Inhaber derselben gezahlt, allein die Hauptstämme und neue Zinsscheine können nur von dem, auf dessen Namen die Außercourssetzung erfolgt ist, oder dessen gerichtlich legitimirten Rechtsnachfolger od. Mandatar, übrigens unter Beachtung von §. 53. cit. erhoben, auch dergleichen Pfandbriefe und Zinsleisten nur auf Antrag solcher legitimirten Personen wieder in Cours gesetzt werden und mittelst gerichtlich recognoscirter Cession im Besitze wechseln. Sind b) die Papiere, Hauptdocumente wie Zinsleisten, schlechthin und nicht auf den Namen des Inhabers außer Cours gesetzt, so sind sie von derselben Behörde, welche sie außer Cours setzte, vor der Erhebung des Geldes darauf wieder in Cours zu setzen. Die Zinsscheine von solchen Papieren werden ebenfalls an den Inhaber gezahlt. §. 55. ib. **37)** Alle Behörden, die Verwaltung öffentlicher Cassen u. milder Stiftungen, sowie Kirchen- u. Schulinspectionen und Vormünder sind berechtigt, ihre Capitalien und Deposita, sowie das Vermögen Pflegbefohlener in Pfandbriefen des Creditvereins anzulegen. §. 56. ib. **38)** Der Verein darf nie mehr Pfandbriefe ausgeben, als er an Capitalien mit Hypothek auf den rentenpflichtigen Gütern, nach Abzug der darauf erfolgten Rückzahlungen und des, durch die Amortisation Abgeminderten, wirklich außenstehen hat. Es haften seine Außenstände, das gesamte Vermögen des Vereins u. jedes rentenpflichtige Grundstück subsidiarisch nach Verhältniß des Hauptstammsbetrags, womit dasselbe zur Zeit des Bedürfnisses auf den Büchern des Vereins annoch belastet ist, für alle Zahlungsverbindlichkeiten des Vereins gegen die Pfandbriefsinhaber. §. 57. ib. Hierzu muß aber der Statuten-Nachtrag vom 14. Oct. 1857. unter VI., publicirt mit Decr. v. 27. Oct. 1857. G.S. S. 250. f. nachgesehen werden. **39)** Ueber die Auslosung, sowie die Vernichtung der eingelösten oder als Zahlung eingekommenen Pfandbriefe vergl. §§. 58. 59. der Stat. v. J. 1844. G.S. S. 173. f. Im Betreff der Amortisation muß aber noch verglichen werden der Statuten-Zusatz IV. publ. mit Decr. v. 1. Mai 1850. G.S. S. 99. **40)** Die Pfandbriefe, ihre Zinsleisten und Zinsscheine sind rücksichtlich der Vindication, mit Ausnahme der außer Cours gesetzten Papiere, der Verjährung und der Mortification ganz den Königl. Sächs. Staatspapieren gleichgestellt. Alle verjährten Beträge fallen der allgemeinen Vereinscasse zu. §. 60. der Stat. G.S. v. 1844. S. 174. **41)** In Betreff der innern Verwaltung des C., seines Cassenwesens und der Bestimmungen über eine etwaige künftige Auflösung des Vereins vergl. die §§. 61—86. der Stat. G.S. v. 1844. S. 174. f. und Zusatz IV. publ. mit Decr. v. 1. Mai 1850. G.S. S. 99., sowie Zusatz VIII. publ. mit Decr. v. 27. Oct. 1857. G.S. S. 250. f. **42)** Streitigkeiten zwischen dem Vorstande und der Generalversammlung sind mit Ausschluß des ordentlichen Rechtsweges durch Schiedsrichter in der in §. 76. der Stat. G.S. v. 1844. S. 177. vorgeschriebenen Weise zur Entscheidung zu bringen, desgleichen, wenn die Generalversammlung die Abrechnung

des Vorstandes unter und zwischen einzelnen Serien und sein dießfallsiges Verfahren auf Anregung der Revisionsdeputation oder einzelner Grundstücksbesitzer nicht billigen, sondern zur weiteren Erörterung aussetzen würde. **43)** Bei dem schiedsrichterlichen Verfahren wird die eine Partei durch den Vorstand, die andere Partei, von welcher die Berechnung des Vorstandes angegriffen wird, durch die Revisionsdeputation vertreten. §. 76. cit. Gegen das schiedsrichterliche Erkenntniß sowie gegen den Gerichtsbescheid des Handelsgerichts über ein vor ihm stattgefundenes Beweisverfahren findet ein Rechtsmittel nicht Statt. Die Vollstreckung des schiedsrichterlichen Urtheils gehört vor das ordentliche Gericht, welchem dasselbe zu diesem Behufe mit der erforderlichen Beglaubigung versehen zuzustellen ist. Diese Beglaubigung erfolgt durch das Handelsgericht. §. 76. cit. **44)** S. Grund- u. Hyp...

Creditwesen. S. Concurs..., Anzeigen.

Credulitätseid. S. Eid.

Creiren. S. Doctorwürde, Notare, Creditpapiere, Staatspapiere, Creditverein, Hypothekenbank.

Cridar. S. Concurs...

Criminalacten. S. Acten, Erkenntnisse, Untersuchungsverfahren.

Criminalbehörden. S. Bezirksgerichte, Gericht..., Begräbniß, Appellationsgerichte, Rückfall, Untersuchungsverfahren, Ruhestörungen, Freiexemplare.

Criminalcasse, oberlaus. Für die Verfassung derselben waren folgende Bestimmungen maßgebend: das Regul. v. 7. Febr. 1784. publ. mittelst O.A.Pat. v. 16. Febr. 1784. L.C.W. T. IV. S. 63. f. u. C.A. C. II. T. III. S. 195., Regul. v. 24. Jan. 1787. §. 24. ib. S. 226. u. L.C.W. T. IV. S. 417., O.A.Pat. v. 23. Juni 1787. ib. S. 75., Conv. v. 1. Oct. 1791. §. 9. ib. S. 81. u. C.A. C. II. T. III. S. 520., O.-A.Pat. v. 16. Sept. 1807. L.C.W. T. V. S. 150., v. 22. Juni 1809. §. 11. ib. S. 319., v. 4. Juli 1809. ib. S. 158., v. 23. Jan. 1811. ib. S. 164., v. 26. Juni 1820. §. 19. f. ib. S. 378., die V. v. 20. März 1822. §. 8. G.S. S. 223., die Gen.V. v. 20. Oct. 1828. G.S. S. 229., die Gen.V. v. 9. März 1835. G.S. S. 233., die V. v. 26. Juni 1835. G.S. S. 422., die V. v. 6. Juni 1836. G.S. S. 152., die V. v. 22. Dec. 1840. §. 9. G.S. S. 475., die Gen.V. v. 22. Nov. 1843. samt dem Regulative in der G.S. v. 1843. S. 262. f., und die V. v. 15. Dec. 1843. ib. S. 274. — Was in Bezug auf diese Casse bei der Landestheilung mit Preußen festgesetzt worden, enthält die Bek. v. 27. Aug. 1819. §. 6. L.C.W. T. VI. S. 396., — s. noch: Oberlausitz. — Mit der Gerichtsorganisation nach dem G. v. 11. Aug. 1855. hat der Zweck der C. sich erledigt, u. der 31. Dec. 1861. ist als Präclusivtermin für die Einrechnungen anberaumt worden. Bek. v. 2. Aug. 1858. G.S. S. 251.

Criminalerkenntnisse. S. Erkenntnisse, Rechtsmittel.

Criminalfälle, s. Acten, Statistik.

Criminalgerichte, s. Criminalbehörden.

Criminalgesetzbuch. 1) Das C. des Königreichs Sachsen ist durch die V. v. 30. März 1838. G.S. S. 110. ff. publicirt worden, und trat mit dem 5. Mai 1838. in Wirksamkeit. §. 1. d. V. v. 30. März 1838. G.S. S. 110. 221. Erläuterungen u. Abänderungen einiger Artikel gab das G. v. 16. Juni 1840. G.S. S. 102., das G. v. 30. Juli 1846. G.S. S. 103., u. das G. v. 4. April 1851. G.S. S. 84. f. **2)** Die transitorischen Bestimmungen über die Anwendbarkeit des C. auf Verbrechen und Untersuchungen vor seiner Publication, insbesondere auch hinsichtlich des Kostenpunctes setzten die §§. 4. 5. 6. d. V. v. 30. März 1838. G.S. S. 111. fest und vergl. die V. v. 31. März 1838. ib. S. 215. 218. **3)** Die Vorschriften des C. litten auch auf die Bestrafung von Forstverbrechen Anwendung, soweit nicht hierunter besondere Bestimmungen in der frühern Forststrafgesetzgebung vorlagen. §. 35. d. G. v. 2. April 1838. G.S. S. 211. **4)** Allein das C. v. 30. März 1838. ist samt dem G., die Untersuchung und Bestrafung der Forstverbrechen betr. v. 2. April 1838., mit Einführung des Strafgesetzbuchs und der Strafproceßordnung samt allen dar-

auf bezüglichen Gesetzen und Verordnungen außer Kraft gesetzt. V. v. 13. Aug. 1855. §. 1. G.S. S. 177. — Wo in den zur Str.-Pr.O. ergangenen Bestimmungen auf Gesetze und Verordnungen Bezug genommen worden ist, in welchen auf das C. v. 1838. verwiesen wird, so treten an die Stelle derselben die entsprechenden Bestimmungen des Str.Gb. v. 1855. V. v. 31. Juli 1856. §. 100. G.S. S. 183.

Criminalproceß. S. Untersuchungsverfahren.

Criminalsachen. S. Untersuch..., Begnadigung, Staatsverträge, Gerichtsbarkeit, Gerichte, Rechtscandidaten, Gerichtsstand, Militairgerichtsbarkeit, Verbrechen.

Criminal- und Civilpuncte, s. Civil- u. Criminalpuncte.

Criminalurtel, s. Erkenntnisse, Rechtsmittel.

Criminalverjährung, s. Verjähr...

Crimmitzschau. **1)** In C. befindet sich eine lt. Decr. v. 9. April 1847. G.S. S. 71. bestätigte Sparcasse, deren Statut ib. S. 72. im Auszuge steht. **2)** Die dortige Gasbeleuchtung betr. das Decr. v. 13. Febr. 1858. G.S. S. 16.

Culmbach. S. Staatsvertr., II.

Culpa. S. Unbedachtsamkeit, Verletzung.

Cultur, s. Landescultur.

Cultus, fremder. S. Schmähung.

Cultusministerium. **1)** Dem C. sind vermöge des dem Könige über alle Kirchen zustehenden juris circa sacra die geistlichen Behörden aller Confessionen, unbeschadet der Freiheit, mit welcher diese ihre innern Angelegenheiten selbst zu ordnen haben, untergeordnet. V.U. v. 4. Sept. 1831. §. 57. G.S. S. 252. Ferner hat dasselbe die dem Staate zustehenden Gerechtsame über alle geistlichen Stiftungen wahrzunehmen; vor das C. gehören die Etats der Kirchen und Schulen, die Aufsicht über das Unterrichtswesen und die Erziehungs- und Bildungsanstalten, und die Bestätigung der Vereine zu wissenschaftlichen Zwecken. §. 4. E. d. V. v. 7. Nov. 1831. G.S. S. 328. f. **2)** In Kirchen-, Universitäts- und Schul-Sachen sind in allen Fällen, welche früher für den Kirchenrath gehörig waren, die Berichte an das C. zu erstatten, wohin auch alle Gesuche von Privatpersonen, welche zur Competenz des Kirchenraths gehörten, zu richten sind. Desgleichen hat das Apostolische Vicariat in allen Fällen, wo es früher an das geheime Cabinet Vortrag zu erstatten hatte, denselben an das C. zu richten, soweit es nicht solche Angelegenheiten des katholischen Hofgottesdienstes betrifft, welche als Gegenstand der Civilliste zum Ressort des Ministerii des Königlichen Hauses gehören. §. 9. ib. S. 334. **3)** Das Verhältniß des C. zu den in Evangelicis beauftragten Staatsministern wird durch das mit der V. v. 12. Nov. 1837. G.S. S. 103. publicirte Regulativ festgestellt. **4)** An das C. sind auch die früher bei den evangel. wirklichen geheimen Räthen wegen Dispensation von Eheverboten, Stipendien, Bewilligungen ꝛc. eingereichten Gesuche zu richten. Bek. v. 8. Febr. 1832. G.S. S. 118. **5)** Insbesondere über die Competenz des C. hinsichtlich der Gelehrtenschulen vergl. die V. v. 21. März 1835. G.S. S. 206., und wegen des Elementarvolksschulwesens: das G. v. 6. Juni 1835. §§. 2. 7. 39. 43. 52. 53. 55. 56. G.S. S. 280. f. und die V. v. 9. Juni 1835. §§. 115. 121. 147. ib. S. 329. f., sowie das Regul. v. 13. Juli 1835. ib. S. 395. **6)** Der Vorstand des C. muß stets der evangel. Confession zugethan sein. V.U. v. 4. Sept. 1831. §. 41. G.S. S. 250. **7)** Der Jüdische Cultus und die Jüdischen Schulen sind der Oberaufsicht des C. ebenfalls untergeordnet. V. v. 20. Dec. 1834. G.S. S. 540., Regul. v. 12. Nov. 1837. sub e. G.S. S. 103. **8)** Die speciellen Fälle, in welchen die Kreisdirectionen als Kirchen- und Schuldeputationen an das C. Vortrag zu erstatten haben, enthält die Anordnung v. 20. Juni 1835. im Cod. d. S.K.R. S. 398. **9)** Ueber Vergehen von Geistlichen und Schullehrern ist dem C. theils beim Beginn der Untersuchung, theils alljährlich Anzeige zu erstatten. Rescr. v. 23. Nov. 1825., V. v. 21. Oct. 1833. Cod. d. S.K.R. S. 172. **10)** In Bezug auf die bis zum 31. Mai

jeden Jahres von den erbländ. Obrigkeiten an das C. für die Zwecke der kathol. Kirchen- und Schulanlagen einzureichenden Verzeichnisse der in ihren Bezirken wohnenden Katholiken, oder die einzusendenden Vacatscheine enthält das Nähere die V. v. 12. Oct. 1841. §. 17. G.S. S. 236. **11)** Ueber einzelne vor das C. gehörige Gegenstände geben noch besondere Nachweisung die Artikel: Ablösung, Amtshauptleute, Besoldung, Bezirkssteuereinnahmen, Dispensation, Doctorwürde, Emeritirung, Geistliche, Juden, Gesamtministerium, Gelehrtenschulen, Kirchen, Kirchenämter, Kirchengebräuche, Kreisdirectionen, Patronat-Recht, Kirchenmatrikeln, Kirchenvermögen, Maturitätsprüfungen, Religion, Schulcommission, Seminarien, Stiftungen, Todenscheine.

Cumulation. Fälle der Häufung von Klaggründen, Beweismitteln u. dergl. s. unter: Klage, Appellation, II., Eid, Geringfügige Rechtssachen, Interrogatorien. S. auch in gewissem Sinne unter: Concurrenz nach.

Cunnersdorfer Actienverein. Unter diesem Namen ist in Roßwein ein Verein zu Auffuchung von Steinkohlenlagern in C. Flur zusammengetreten, dessen Statuten mittelst Decr. v. 3. April 1844. G.S. S. 145. bestätigt worden sind.

Cur. S. Heil..., Elektricität, Medikasterei.

Cura absentium. S. Abwesende.

— aegrotorum. S. Kranke.

— furiosorum. S. Geisteskranke.

— prodigorum. S. Verschwender.

— sexus. S. Geschlechtsvormundschaft.

— ventris. S. Wittwen.

Cura, Curatoren. **1)** Bei entstehendem Concurse soll der Richter einen der Rechte kundigen Curator bonorum (Gütervertreter) ex officio bestellen, und bei der Administration zuziehen, E.P.O. ad Tit. 41. §. 1. 4. S. 234. f., M. v. 20. Dec. 1766. §. 5. u. 22. C.A. C.I. T.I. S. 928. u. 936., Lauf. M. v. 2. Aug. 1783. §. 5. u. 22. C.A. C. II. T. III. S. 179. 188., u. L.C.W. T. IV. S. 7., O.A.Pat. v. 18. Jan. 1808. §. 8. ib. T. V. S. 32., jedoch sind Advocaten in der gedachten Eigenschaft nicht mehr besonders eidlich zu verpflichten. V. v. 7. Mai 1846. §. 1. G.S. S. 37. **2)** Desgleichen wird vom Richter bei entstehendem Concurse ein Cur. litis (Contradictor) verpflichtet, welcher den Gläubigern zu antworten hat. Advocaten sind auch hier nicht mehr besonders eidlich zu verpflichten, ib. In beiden Fällen ist über die Bestellung eine Registratur aufzunehmen, und dem Sachwalter ein Legitimationsschein auszuhändigen, ang. V. v. 1846. §. 3. G.S. S. 37. **3)** Wenn der Curator litis und der C. bonorum die Concurse und Sequestrationen verzögern und die Kosten zur Ungebühr häufen, sollen sie nicht nur das Empfangene zur Masse restituiren, sondern auch den 3fachen Betrag des Erhaltenen oder auch nur Geforderten zur Orts-Armencasse erlegen. E.P.O. ad Tit. 42. §. 1. S. 243., Gen. v. 3. Juli 1748. §. 8. C.A. C. I. T. I. S. 372., M. v. 20. Dec. 1766. §. 23. ib. S. 940., Lauf. M. v. 2. Aug. 1783. §. 23. C.A. C. II. T. III. S. 191. u. L.C.W. T. IV. S. 18. Im Allgem. vergl. noch: Concurs, C.proceß, C.kosten. **4)** Dem Curator litis darf der Eid über Sachen, wovon ihm keine Wissenschaft beiwohnt, nicht deferirt werden. E.P.O. ad Tit. 41. §. 4. S. 237. **5)** Mit des Schuldners Gegenforderung kann der Cur. litis nicht in die Reconvention verwiesen werden, sondern es wird solche zugleich mit erörtert, jedoch in besondern Acten. E.P.O. a. a. O. **6)** Der Cur. litis hat sich des Verfahrens über die Priorität zu enthalten, ib. ad Tit. 42. §. 1. S. 243. **7)** Als Curatores massae sind ein oder mehrere von den in loco gegenwärtigen vorzüglichsten chirographarischen Gläubigern dem Richter vorzuschlagen, aus dem Mittel der gleichfalls gegenwärtigen, der Handlung kundigen Gläubiger zu nehmen und besonders zu verpflichten. M. v. 20. Dec. 1766. §. 5. 22. a. a. O., Lauf. M. v. 2. Aug. 1783. §. 5. 22. a. a. O. Sie haben die Handlung und das übrige Vermögen zu untersuchen, das Nöthige zu veranstalten, Schulden einzutreiben, die Gelder ad depositum zu liefern, und über den Zustand der Handlung dem Richter zu berichten. ib. S. Concursmasse, Con-

cursdeposita. **8)** Curatores bonorum, C. litis, letztere mit Einschluß der Anwälte der Gemeinschuldner in den Fällen, wo diese den Concurs selbst vertreten, sowie die zu einer Verlassenschaft gerichtlich bestellten Vertreter, sind denjenigen Personen beizuzählen, welchen die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gesetzlich zukommt. G. v. 26. Oct. 1834. §. 9. G.S. S. 245. Die besagten Anwälte der Schuldner, welche den Gläubigern durch jene antworten, sind auch ferner eidlich zu verpflichten. E.P.O. ad Tit. 41. §. 4. l. c., M. v. 20. Dec. 1766. u. 2. Aug. 1783. §. 22. l. c., V. v. 7. Mai 1846. G.S. S. 37. **9)** Ueber andere Fälle der richterlichen Anordnung einer Cura und andere Beziehungen vergl. noch die Artikel: Beschlagnahme, Bevormundung, Advocaten, Edictalcitation, Taxordnungen, I., Appellation, II., Armencasse, Wiedereinsetzung, Beweis, Geisteskranke, Vorladung, Wittwen.

Curialien. S. Amtlicher ..., Berichte, Geschäftsstyl, König.

Curiatstimme. S. Ständeversammlung.

Curkosten, s. Heilerlohn.

Currenden. **1)** C. sind bei Stadtschulen nur, wo es kein Singechor giebt, auf den Wunsch der Gemeinden und nur zu gestatten, wenn sie von Schülern, die gründlichen Gesangunterricht erhalten haben, unter Aufsicht anständiger und der Leitung des Gesanges kundiger Führer auf eine durchaus würdige Art gehalten werden können. V. v. 9. Juni 1835. §. 34. G.S. S. 307. [Aeltr. V.: Publ. v. 5. Febr. 1814. Gouv. Bl. S. 203.] S. General-Gouvernement. **2)** Die Currentschüler sollen von den Superintendenten, Pfarrern und Präceptoren nicht zu täglicher Hausarbeit, Verschickung und andern Verrichtungen genöthigt werden. Res. gr. v. 1661. Consist.-Sachen. §. 27. C.A. T. I. S. 208.

Curriculum vitae, s. Lebenslauf.

Custodia, s. Aufbewahren.

Cymbel. S. Klingelbeutel.

D.

Dach, s. Boden, Dachung.

Dachse. S. Jagd.

Dachung. **1)** Bei allen Neubauen ist die Auflegung von Schindel-, Stroh- und Rohrdächern in Städten und auf dem Lande verboten; es sind nur harte Dachungen von Ziegel, Schiefer oder Metall anzuwenden. §. 2. 3. b. V. v. 11. März 1841. G.S. S. 29., V. v. 29. Sept. 1859. §. 1. G.S. S. 321. **2)** Ausnahmsweise kann als Surrogat der harten Dachung die Auflegung von Dachpappe oder Dachfilzen der betreffenden, vom Ministerium des Innern öffentlich bekannt gemachten, Fabriken Statt finden. §§. 2. 3. b. ang. V. v. 1859. **3)** Bauunternehmer, welche sich der Papp- oder Filzdachung bedienen wollen, haben solches und zwar in der Regel gleich bei der vorschriftmäßigen Anmeldung des Baues und Einreichung des Baurisses, jedenfalls aber noch vor dem Aufsetzen des Dachstuhls der Baupolizeibehörde des Orts zur Entschließung anzuzeigen. Desgleichen sind sie verpflichtet, vor der Dacheindeckung den Nachweis beizubringen, daß lediglich approbirtes Fabrikat zur Verwendung komme. Unterbleibt obige Anzeige, so ist anzunehmen, daß das in Frage stehende Gebäude mit gewöhnlicher, in der Regel in Anwendung zu bringender harter D. von gebrannten Ziegeln, Schiefer oder Metall (Kupfer-, Messing-, Zink- oder Eisenplatten) versehen werden soll. §. 4. ib. **4)** Im Innern der Städte und Vorstädte und überhaupt in geschlossenen Häuserreihen, sowie in Ansehung derjenigen innerhalb eines Stadtbezirks gelegenen Gebäude, welche nicht wenigstens 20 Ellen von der nachbarlichen Grenze entfernt sind, bleiben Dächer von Dachpappe od. Dachfilz im Allgemeinen noch fernerhin verboten. §. 5. ib. Wegen Ausnahmen und Dispensation s. diese §. **5)** Dächer, mit Dachpappe oder Dachfilz belegt, müssen möglichst flach

sein. Die Höhe der Satteldächer darf nicht über $1/5$ der Gebäudetiefe mit Einschluß des Simsvorsprungs betragen, desgleichen ist eine dem entsprechende Neigung auch den Pultdächern zu geben. §. 6. ib. Wegen bereits vorhandener alter Dächer vergl. dieselbe §. **6)** Die Schornsteine von Gebäuden mit Papp= od. Filzdach dürfen nicht unter $1^1/_2$ Elle über der Dachfläche ausmünden, desgleichen hat die Reinigung der unbesteigbaren Schornsteine solcher Gebäude nur durch ihre Ausmündungen von d. Dachfläche aus zu erfolgen. Die Anbringung von Reinigungsöffnungen im Dachraume selbst ist bei Gebäuden dieser Art verboten. §. 8. ib. Die Erhitzung der Masse und der Stoffe, womit Pappdächer überstrichen und von Zeit zu Zeit wieder frisch überzogen werden müssen, ist nur an völlig feuersichern und geschützten Orten und in keinem Falle in der Nähe von Holzwerk oder anderen leicht entzündlichen Gegenständen gestattet. §. 9. ib. **7)** Die Zuwiderhandlungen werden nach §. 13. d. V. v. 11. März 1841., bezüglich bei §. 9. cit. mit Geld von 5 bis 50 Thalern bestraft. §. 11. d. V. v. 1859. G.S. S. 323. **8)** Die älteren Bestimmungen über diesen Gegenstand der Baupolizei sind enthalten in: der F.= u. H.O. v. 1560. C.A. T. II. S. 503., Gen.Conf.Acc. O. v. 31. Aug. 1707. Allgemeine Regeln §. 7. ib. S. 1941., v. 20. Dec. 1715. ib. S. 2000., Gen.V. v. 7. Febr. 1719. L.C.W. T. I. S. 850. u. C.A. T. I. S. 1888., Gen. v. 28. Mai 1732. C.A. C. I. T. I. S. 1511., Gen. v. 2. Aug. 1763. §. 3. ib. S. 1535., D.F.O. v. 1775. Cap. I. §. 1. C.A. C. II. T. I. S. 712., Gen. v. 20. März 1790. §. 1. ib. S. 981., Regul. v. 14. Juli 1798. §. 20. C.A. C. II. T. II. S. 1373., V. v. 18. Mai 1832. §. 1. f. G.S. S. 325., — Lauf. D.F.O. v. 8. Febr. 1777. Cap. I. §. 1. C.A. C. II. T. III. S. 112. u. L.C.W. T. III. S. 352., Gen. v. 28. April 1790. C.A. C. II. T. III. S. 695., M. v. 14. Juli 1798. §. 19. L.C.W. T. V. S. 491., V. v. 18. Mai 1832. G.S. S. 328.] **9)** S. noch wegen einschlagender Beziehungen die Art.: Geistliche, Landes=Imm..., Neubaue, Ziegel, Concession, Dampfkessel.

Dachziegel. S. Ziegel.

Dämme, Dammbau. **1)** Für die Damm= und Uferbaue an der Elbe (s. d.) enthält die Elbstrom=Ufer= u. Damm=O. v. 7. Aug. 1819. G.S. S. 197. die nähern Bestimmungen. [Aeltre Best.: DammO. v. 12. Juni 1558. C.A. T. II. S. 659., Bef. v. 12. April 1712. C.A. T. II. S. 697.] Die Vorschriften jenes Gesetzes leiden auch auf alle übrigen Wasser=, Damm= und Uferbaue Anwendung, welche ganz oder zum Theil auf Staatskosten geführt werden und wobei wichtigere, landespolizeiliche Rücksichten eintreten. §. 28. d. Rev. Gen.Instr. v. 27. Sept. 1842. G.S. S. 185. **2)** Für alle solche Angelegenheiten besteht in jedem Amts= (Landgerichts=) Bezirke eine besondere Ufer= und Wasserbau=Commission, welche durch den Amtshauptmann u. Wasserbaudirector gebildet wird, wozu aber, wenn Justizpuncte eintreten, der Bezirks=Justizbeamte und bei Bauen aus Staatsmitteln der Rentbeamte hinzukommt. §. 28. cit. **3)** Den Müllern ist verboten, die Mühlgraben zu erweitern, und die D. höher aufzuführen, und gleichsam zu Schutzteichen zu machen, Fisch=O. v. 6. Aug. 1686. C.A. T. II. S. 684., 2. Nov. 1711. §. 33. ib. S. 694. **4)** Das Abackern von den Dämmen ist bei 5 Thlr. Strafe verboten, M. v. 7. Aug. 1819. §. 13. 14. G.S. S. 211. 215. Anfahrten und Uebertriften über die D. sind auf beiden Seiten zu verhägen. §. 13. cit. — Alles Reiten, Fahren, Viehtreiben auf D., die nicht Straßendämme sind, sowie das Hüthen auf den D., Ufergebäuden und Weidenpflanzungen ist schlechterdings verboten. ib. **5)** An den Ufern der Elbe und Mulde sollen alle Bäume innerhalb eines Raumes von 20 und mehr Ellen vom Strombette mit Stock und Wurzeln ausgerodet werden, Circ. v. 8. Juli 1783. C.A. C. II. T. II. S. 341., V. v. 13. Aug. 1783., Rescr. v. 30. Juni 1787. C.A. C. II. T. I. S. 831. 963., M. v. 7. Aug. 1819. §. 13. G.S. S. 211. **6)** Das Aufstauen des Ueberschwemmungswassers durch Landdämme ist verboten. Der Contravenient hat den Schaden, welcher den oberhalb gelegenen Grundstücksbesitzern erwächst, zu ersetzen. M. v. 7. Aug. 1819. §. 10. G.S. S. 209. **7)** S. auch die Art.: Straßenbau, Grenzen, Gewässer, Amtshauptleute, Wasser, Bäume, Polizei, Zäune, Dammcommun, Dammmeister.

Dänemark. S. Staatsverträge, I. II. V., Todenschein.

Dahlen. Die Sparcasse, Decr. v. 23. Juli 1859. G.S. S. 283., Auszug aus der Sparcassenordnung, ib. S. 285. f.

Dammcommun. Die D. wird ohne Unterschied der Gerichtsbarkeit von allen Gemeinden und einzelnen Grundbesitzern, welche von einem und demselben Damme Vortheil haben, gebildet, und steht zunächst unter dem Dammrichter. M. v. 7. Aug. 1819. §§. 5. u. 7. G.S. S. 205. In ihr wird jährlich d. Dammgericht gehalten, §. 9. ib.

Dammgericht, s. Dammcommun.

Dammmeister. Der D. hat unter Leitung der vorgesetzten technischen Beamten, des Wasserbaudirectors, Wasserbau-Conducteurs und Wasserbau-Aufsehers die angeordneten Baue und Reparaturen zu vollführen, für Tüchtigkeit des Materials und der Arbeiter zu sorgen, und bei Eisfahrten und Stromergießungen für Erhaltung der Dammgebäude zu sorgen. M. v. 7. Aug. 1819. §. 1. G.S. S. 199. Dazu §. 10. ib. S. 208.

Dammrichter, s. Dammcommun.

Dammwilpert. S. Jagd, Wild.

Dampfkessel. **1)** Die polizeiliche Ueberwachung der D.anlagen haben zum Gegenstande: die V. v. 13. Sept. 1849. G.S. S. 240. f., — ferner (wegen der D. für Militairzwecke) d. V. v. 3. Mai 1850. G.S. S. 95. — die V. v. 25. Juni 1851. G.S. S. 294. f. — die Bek. v. 25. Juni 1851. G.S. S. 297. f. — die V. v. 1. Mai 1855. G.S. S. 57. f. — die V. v. 3. Juli 1855. G.S. S. 115. (wegen der Bedachung). Doch haben die gemachten Erfahrungen es als zulässig und angemessen erwiesen, die Vorschriften der V. v. 13. Sept. 1849. und der ihr beigefügten Instruction in Bezug auf D., bei denen entweder ebene oder cylindrische Wandflächen vorherrschend sind, sowie in Ansehung der diese Kessel zu unterwerfenden Festigkeitsproben in der Art abzuändern und zu vervollständigen, wie die V. v. 16. Aug. 1858. §. 1. f. G.S. S. 181. näher angiebt. Wegen der Röhrenkessel bleiben die Bestimmungen §. 4. der ang. V. v. 1849. noch ferner in Kraft. Ang. V. v. 1858. **2)** S. Locomobilen, Elbe.

Dampfpfeifen. Diese werden bei stehenden Maschinen verboten durch d. V. v. 11. April 1857. G.S. S. 67.

Dampfschiffahrt, s. Elb..., Post, Brücken, Schiff...

Dampfwagen. S. Eisenbahnen, Zollwesen.

Darangeben, s. Zahlungsstatt, Tausch.

Daraufgeben, s. Agio, Gesinde, Kauf.

Darlehen. Verschiedene, auf den Darlehnsvertrag Bezug habende, Bestimmungen finden sich in den Art.: Agenten, Almosen, Anleihen, Ausleihung, Arme..., Beweis, Bürgerausschuß, Bankrott, Concurs..., Credit..., Deposita, Ehe, Ehefrauen, Einreden, Execution..., Executiv..., Gemeinde..., Getreide, Grund- u. Hyp., Notare, Pfandrecht, Prämien, Urkunden, Verjährung, Vormundschaft, Zinsen, Zahlung, Stempel..., Väter, Veruntrauung, Wucher.

Darmstadt. S. Staatsverträge, I. II. VI. VII., Münzwesen.

Darren. **1)** Die D. der Bierbrauer müssen wohl verwahrt, in den Brau- und Malzhäusern sollen eine Tragspritze, Fässer mit Wasser und beim Darren u. Brauen eine Wache vorhanden sein. Wo die Unterthanen das Brauen haben, sind die Privatdarren abzuschaffen und gemeinschaftliche D. mit Rücksicht auf möglichste Holzersparniß anzulegen, Rescr. v. 7. Juli 1717. C.A. T. I. S. 1873., M. v. 7. Febr. 1719. L.C.W. T. I. S. 845. u. C.A. T. I. S. 1886., §. 25. 26. Cap. I. der D.F.O. v. 18. Febr. 1775. C.A. C. II. T. I. S. 717., Laus. D.F.O. v. 1777. Cap. I. §. 25. 26. C.A. C. II. T. III. S. 118. u. L.C.W. T. III. S. 358., Laus. F.- u. H.O. v. 1767. Cap. IV. §. 14. L.C.W. T. III. S. 709. **2)** S. Brauer.

Darstellung. Verschiedene, an diesen Begriff geknüpfte, rechtliche Beziehungen finden sich unter: Eigenthum an G., Censur, Advocaten, Pasquill, Schauspiel..., Geschlossene Zeiten, Nachbildung, Bücherwesen.

Datio in solutum, s. Zahlungsstatt.

Datowechsel. S. Zahlungstag.

Datum, s. Zeit.

Daube. S. Bergordnungen.

Dauer, s. Zeit, Lebensdauer, Strafdauer.

Debatte. S. Ständeversammlung, Verfahren.

Debit. S. Censur, Eigenthum an G., Zeitschriften.

Debitor. S. Schuldner.

Decem. S. Zehend.

Decemregister. Die D., welche die Pfarrer halten, sind bei ihrem Abzuge oder von den Erben verstorbener Pfarrer an die Kirchväter zu übergeben, V. v. 9. Jan. 1719. C.A. C. I. T. I. S. 196. S. noch: Geistliche.

Decendium. S. Fristen, 10 T., Rechtsmittel.

Decennium. S. Fristen, 10 J.

Decimalrechnung. S. Münzwesen, Schulunterricht.

Decisa. S. Erkenntnisse.

Decisionen. Unter die vorzugsweise mit dem Namen Decisionen bezeichneten Gesetze zu Entscheidung zweifelhafter Rechtsfragen gehören: **1)** die 91. D. v. 22. Juni 1661. im C. A. T. I. S. 293. f., **2)** die 40 sogenannten neuen D. v. 2. Juli 1746. im C.A. C. I. T. I. S. 349., ferner, der Sache nach, **3)** die 13 Resolut. in Consistorialibus v. 30. Dec. 1785. C. A. C. II. T. I. S. 291. u. L.C.W. T. IV. S. 666., **4)** das M. v. 30. März 1822. G.S. S. 355., und **5)** d. G. v. 3. Nov. 1840. G.S. S. 297.

Decisivrescripte. **1)** Die in den Cod. August. und dessen Fortsetzungen aufgenommenen D. haben in soweit, und wenn sie nicht auch in die officielle G.S. v. 1818. an aufgenommen sind, nur die Autorität von Präjudizien. Bek. v. 9. Mai 1827. G.S. S. 99. **2)** Die D. und Rejectionsschedeln der vormaligen Landes-, und Ober-Amts-Regierung sind jedesmal in Rechtskraft übergegangen, wenn darin über Rechte und Obliegenheiten zweier als Parteien gegenüberstehender Personen entschieden worden ist. M. v. 4. Aug. 1827. G.S. S. 109.

Decken. S. Gefangene, Justizämter.

Declaration, von Geld- und Waarensendungen, Steuerobjecten u. d. hierauf sich beziehende Vorschriften sind enthalten in den Art.: Betriebs-Declaration, Post, Waarenniederlagen, Zolllinie, Zollvergehen.

Declaratoria. S. Erkenntnisse, 6.

Decoration. S. Ehrenzeichen, Orden.

Decret. **1)** Ohne Ertheilung eines richterlichen D. können unbewegliche Güter eines Unmündigen weder verpfändet noch veräußert werden. V.O. Cap. XII. §. 7. S. 54., L.C.W. T. IV. S. 154. **2)** Ein Vormund kann Mobilien des Unmündigen, die überflüssig sind, oder mit der Zeit verderben oder an Werth verlieren, selbst ohne D. veräußern. ib. Cap. XVI. §. 1. S. 72. Jedoch liegt ihm ob, solche so hoch als möglich ins Geld zu setzen. ib. **3)** Gärten, Weinberge, baufällige Häuser, Handlungen u. Bergtheile können, wenn es zu des Unmündigen besonderm Nutzen gereicht, nach vorgängigem D., veräußert werden, andere Grundstücke nur im Nothfalle. ib. §. 3. Vor Ertheilung des D. hat der Richter die Beschaffenheit und den ohngefähren Werth des Grundstücks zu untersuchen, und es nach Befinden würdern zu lassen, ib. §. 4. 5. Die Untersuchung und Ertheilung des D. geschieht von dem Richter, der den Vormund bestätigt hat. Liegen jedoch die Grundstücke außerhalb seiner Gerichtsbarkeit, so hat er mit dem Richter, unter welchen sie gehören, sich zuvörderst zu vernehmen. ib. §. 8. **4)** Die Veräußerung des Grundstücks eines Unmündigen ohne D. ist nichtig, und der letztre kann es von dem Besitzer innerhalb 31 J. 6 W. und 3 T. von erlangter Mündigkeit an zurückfordern. ib. §. 11. **5)** Wenn die Veräußerung des Grundstücks eines Minderjährigen von dem Vater desselben, oder dem, von welchem es an den Unmündigen gekommen, vorgeschrieben worden ist, so bedarf es zwar keiner weitern Untersuchung; jedoch muß es von dem Vormunde dem Richter angezeigt werden, damit dieser, wenn kein Preis angegeben ist, denselben bestimme, und das hierzu nöthige D. ertheile. ib. §. 12. S. 77. **6)** Wenn Unmündige Grundstücke wiederkäuflich oder pfandweise besitzen, so ist zu deren Abtretung kein D. erforderlich, jedoch muß es der Vormund dem Richter vorher melden. V.O. Cap. XVI. §. 13. S. 77. **7)** Wenn

Hypotheken auf dem Grundstücke eines Unmündigen haften, und der Gläubiger die Immission in dasselbe, oder die Subhastation sucht, so ist hierzu die Ertheilung eines D. nicht nothwendig. ib. §. 14. **8)** Wenn der Unmündige ein Grundstück nicht ganz, sondern mit andern Mündigen zugleich besitzt, so kann jeder Theil, doch nur mit D. des Richters, auf Theilung provociren, und zu dem Ende das Gut freiwillig subhastiren lassen. ib. §. 15. S. 78. **9)** Der Unmündige, welcher die venia aetatis erlangt hat, kann zwar über sein Vermögen frei disponiren, jedoch kann er unbewegliche Güter, wenn ihm nicht hierzu bei der Mündigsprechung ausdrücklich Erlaubniß ertheilt worden, ohne obrigkeitliches D. nicht veräußern. V.O. Cap. XIX. §. 4. S. 88. **10)** Ein Vater kann unbewegliche Güter seiner unmündigen Kinder ohne richterliches D. nicht veräußern, dasselbe ist aber nicht blos im Nothfalle, sondern auch, wenn der Kinder Nutzen damit befördert wird, zu ertheilen. V.O. Cap. XXII. §. 4. S. 96. **11)** Wenn Aeltern mit ihren unmündigen Kindern contrahiren, wird, außer der Einwilligung des ihnen hierzu bestellten Vormundes, auch ein vom Richter, nach vorgängiger Erörterung der Sache ertheiltes D. erfordert; außerdem steht den Kindern während der 4 Jahre nach erlangter Majorennität die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu. Dec. 14. v. 1746. C.A. C. I. T. I. S. 353. **12)** Die Schenkung eines Unmündigen an seinen Vater ist, in sofern sie nicht nach erlangter Mündigkeit wiederholt wird, ungiltig, selbst wenn sie mit Genehmigung eines besonders bestellten Vormundes erfolgt und durch ein richterliches D. bestätigt worden wäre. Dec. 23. v. 1661. C. A. T. I. S. 305. **13)** Die D. zu Vergleichen in Angelegenheiten der piarum causarum ertheilten früher die Consistorien, Regul. v. 31. Mai 1782. §. 6. C.A. C. II. T. I. S. 274., jetzt innerhalb ihres Ressorts die Kreisdirectionen, V. v. 10. April 1835. §. 2. G.S. S. 243. **14)** Wenn mündige, ihres Verstandes mächtige, Personen über ihren künftigen Unterhalt sich vergleichen, so ist dazu, nach l. 8. Cod. de transact. 2. 4., richterliches D. zu ertheilen, Rescr. v. 17. Juli 1794. no. 6. C.A. C. II. T. I. S. 539. **15)** Andere Nachweisungen über Nothwendigkeit und Wirkung der richterlichen D.sertheilung geben die Art.: Ablösung, Appellation, I. 2., Appellationsgericht, d. vorm., Bibliotheken, Erbschaft, Gemeinheitstheilung, Staatsdienst, Väter, Familien-Fideicommisse, Proceß, Melioration, Vormundschaft, Volljährigkeitserkl..., Schenkung.

Decrete in Bergsachen. S. Bergdecrete.

Dedication. S. Censur.

Deduction. Die D. (Rechtfertigung der angeführten Appellationsbeschwerden) erfolgt im Civil-Processe über größere und geringere Rechtsansprüche nach den Vorschriften des M. v. 13. März 1822. §. 26. G.S. S. 213., Laus. M. v. 3. April 1824. §. 4. G.S. S. 44. S. noch: Appellation, II. III., und in Bezug auf die D. eingewendeter Recurse den Art.: Recurs.

Defect, s. Schade.

Defecte gegen Rechnungen. S. Beweis, Rechnung, Vormundschaft... Wegen Cassendefecten s. den Art.: Unterschlagung.

Defens..., s. Vertheid..., Advocaten.

Deficit, s. Defecte.

Definitivsentenz. S. Erkenntnisse.

Defloration. S. Ausstattung, Ausfällige.

Defraudation, s. Abgabenhinterziehung.

Degen. **1)** Daß früherhin der D. eines verstorbenen Offiziers vom Tambour oder Trompeter in Anspruch genommen wurde, ist durch das M. v. 15. Febr. 1822. §. 5. G.S. S. 134. abgestellt worden. **2)** S. Waffen.

Degradation, als Militairstrafe. **1)** Durch bleibende D. wird ein Unteroffizier seiner Stelle und der damit verbundenen Vorzüge völlig verlustig u. unter die einfachen Soldaten, jedoch allezeit in die 1. Classe derselben, zurückversetzt. Ein solcher kann dann in der Regel erst nach Ablauf 1. Jahres wieder zu einem Unteroffizierposten befördert werden. M.Str.Gb. v. 1855. §. 40. G.S. S. 545. **2)** Die D. kann ausgesprochen werden, entweder a) durch den

Partei-Commandanten bei gemeinen Eigenthumsvergehen aus Gewinnsucht oder denjenigen Militairverbrechen, welche im M.Str.Gb. mit der D. bedroht sind, oder b) durch ein Disciplinargericht, wenn ein Unteroffizier in der Untersuchung aus Mangel an vollständigem Beweise der Schuld klagfrei gesprochen worden ist, oder wenn er sonst durch seine Aufführung sich des erforderlichen Vertrauens verlustig gemacht hat. §. 40. cit. **3)** Die Versetzung eines Soldaten in die 2. Classe hat die Wirkung, daß der Soldat für die Dauer derselben unbedingt unter strengere disciplinarische Aufsicht gestellt und zur Ablegung seiner etwaigen Ehrenzeichen genöthigt wird, sowie daß gegen ihn wegen neuer Vergehungen, anstatt der gesetzlich angedrohten Strafe oder eines Theils derselben, körperliche Züchtigung angewendet werden kann. ib. §. 41. **4)** Diese Versetzung ist dem Partei-Commandanten überlassen, nach Befinden einem Disciplinargerichte. Das Nähere über Grund u. Wirkung geben ib. §§. 42—44.

Deich. S. Dämme.

Delegation. S. Anweisung.

Deliberationsfrist, s. Bedenkzeit.

Delicta, s. Verbrechen, — **carnis**, s. Fleischesverbr..., **continuata**, s. Fortsetzung.

Delinquenten. S. Angeschuldigte, Verbrecher.

Demagogie. S. Bund, Verbindungen.

Demoliren, s. Vernichtung.

Demonstratio. S. Bescheinigung.

Denkmäler. S. Beschädigung.

Denkweise, s. Gesinnung.

Denunciant, — at. S. Appellation in Crim., Arbeit, Brandwein, Spielen, Erkenntnisse, Kosten, außerger., Rügenverfahren, Privatankl..., Antrag, Zeugen..., Verwandlung, Confiscation, Strafverfügung.

Denunciation. **1)** Wer gegen Jemanden, dessen Unschuld ihm bekannt ist, eine strafbare Handlung bei der Obrigkeit anzeigt, in der Absicht, eine Untersuchung gegen selbigen zu veranlassen, wurde früher nach Art. 197. d. Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 160. bestraft. Die heutigen Strafnormen findet man im Str.Gb. v. 1855. in den Art.: 236. (s. Verleumdung), 197. u. 200. (s. Freiheitsberaubung). **2)** S. ferner: Anzeigen, Erpressung, Litisdenunc..., Rügenproceß, Ruhestörungen.

Denunciationsgebühren. S. Forstschutz.

Denunciationsprämie, s. Prämien.

Denunciationsproceß. Die Grundsätze desselben erhellen aus den Art.: Rügenverfahren, Antrag, Strafverfügung, Zurücknahme, Verjährung.

Departement, s. Competenz, Ministerialdepartements.

Depensiren. S. Aufwand, Verschwender.

Depeschen. S. Briefe, Staatsverrath, Telegraphen.

Deposita. **1)** Wenn sich D. oder Pfandstücke in einem Nachlasse befinden, so sind solche in ein besonderes Verzeichniß zu bringen, damit sie, mit Vorbewußt des Richters, ihrem Eigenthümer ausgeantwortet werden können. V.O. Cap. XI. §. 5. S. 49., L.C.W. T. IV. S. 130. **2)** Deponirte baare Münzgelder sollen von dem Richter und dem Vormunde, oder auch dessen Bevollmächtigten versiegelt, und mit den übrigen D. nicht vermischt werden. V.O. Cap. XV. §. 7. S. 66. **3)** Wenn Vormünder Pretiosen, Baarschaften, Documente u. andere Sachen der Pflegbefohlnen ad depositum zu bringen für nöthig erachten, so sollen hiervon keine Depositengebühren verlangt werden, ib. Cap. XXVI. §. 2. S. 117., Gen. v. 20. Juni 1817. §. 18. C. A. C. III. T. I. S. 306. u. L.C.W. T. V. S. 122., Tar.O. v. 1812. Tit. 3. no. 56. C. A. C. III. T. I. S. 366., oder nur mit Genehmigung des vorgesetzten Appellationsgerichts, u. wird diese ertheilt, auch nur nach der Hälfte oder einem geringern Betrage, Tax-O. v. 1840. Tit. 3. no. 62. G.S. S. 403. **4)** Ueber die D. der Leipziger Bank (s. unter: Leipzig) vergl. die Statuten ders. §§. 20. f. G.S. v. 1839. S. 60. und den Nachtrag v. 24. Febr. 1845. in der G.S. v. 1845. S. 77., v. 12. Mai 1858. G.S. S. 134. f. **5)** Die Sätze der Depositengebühren bei den Justizämtern und Gerichten enthält die Tax-O. v. 1840. Tit. 3. no. 57—62. G.S. S. 402., wodurch die V. v. 4. Aug. 1829. G.S. S. 137. und bei Pa-

trimonialgerichten d. Gen. v. 20. Juni 1817. §. 17. C.A. C. III. T. I. S. 305. und L.C.W. T.V. S. 122., in soweit abgeändert wurden. **6)** Bei den D. in Ablösungs- u. dergl. Sachen haben die Behörden keine Gebühren zu fordern. G. v. 17. März 1832. §. 277. G.S. S. 236. **7)** Das Depositenwesen der Königl. Gerichte wurde zuerst durch die Gen.V. v. 1. Nov. 1814. C.A. C.III. T.I. S. 280., und das Gen. v. 22. Febr. 1817. §. 12. C.A. C.III. T.II. S. 72. bestimmter regulirt. [Aeltr. Verf.: der Bef. v. 13. Nov. 1721. C.A. T.I. S. 1205. f., Gen. v. 21. Juni 1743. C.A. C.I. T.I. S. 1307., v. 27. Aug. 1753. ib. S. 1321., Gen.V. v. 9. Sept. 1786. C.A. C.II. T.II. S. 53.] Für das Depositenwesen bei den Patrimonialgerichten gab das Gen. v. 20. Juni 1817. C.A. C.III. T.I. S. 301., in der Lausitz publicirt mittelst O.A.Pat. v. 6. Nov. 1817. L.C.W. T.V. S. 117., die Norm, bei den Stadtgerichten überdem das Statut jedes Orts. A.St.O. v. 1832. §. 251. G.S. S. 78. **8)** Die Bestimmungen, welche die Einführung des 14Thaler-Münzfußes in Absicht auf das Depositenrechnungswesen herbeigeführt hat, enthält die V. v. 28. Nov. 1840. §. 10. G.S. S. 419. **9)** Wenn die Deposition einer Schuld die Wirkung der Zahlung haben soll, so wird erfordert, daß die gesamte Schuld dem Gläubiger zu rechter Zeit, an gebührendem Orte, in verschriebener Münze offerirt, und, bei grundlos verweigerter Annahme, nach vorgängiger Ladung des Gläubigers zur Handlung der Deposition, im Beisein des Richters gezählt, versiegelt und in gerichtliche Verwahrung genommen werde. M. v. 31. Juli 1623. §. was die Deposita 2c. L.C.W. T.II. S. 337. u. C.A. T.II. S. 788. Ohne das bemerkte Anerbieten u. ohne vorgängige Citation des Gläubigers kann die Deposition erfolgen, wenn dem Schuldner die Zahlung gerichtlich verboten worden ist, Dec. 27. v. 1661. C.A. T.I. S. 307., die Deposition befreit ihn dann auch von der fernern Zinszahlung und von der Gefahr des Untergangs. Rescr. v. 19. Febr. 1721. ib. S. 1203. **10)** Die Deposition kann erfolgen, wenn dem Kläger die Einrede, daß dem Contracte Wucher zum Grunde liege, entgegengesetzt wird. A. v. 8. Mai 1583. Tit. v. Wucher. C.A. T.I. S. 141., M. v. 21. Oct. 1609. C.A. T.I. S. 1058. **11)** Wenn zur Verfallzeit eines Wechsels das Geld vom Schuldner gerichtlich deponirt werden könne, s. unter: Wechselzahlung. (Früher: W.O. v. 2. Oct. 1682. §. 16. C.A. T.II. S. 2031.) **12)** Wenn ein Schuldner das subhastirte Gut wieder einlösen, oder einen andern Käufer schaffen will, muß die Bezahlung des Kaufgeldes oder dessen gerichtliche Deposition noch vor Ablauf der gesetzten 6 Monate erfolgen. E.P.O. ad Tit. 39. §. 19. S. 222., Rescr. v. 10. Aug. 1726. C.A. C.III. T.I. S. 187., Lauf. M. v. 3. April 1824. §. 18. unter 4. G.S. S. 50. **13)** Wenn erhebliche Vermuthung gegen den Kläger vorhanden ist, daß ein producirter Wechsel aus einer Spielschuld herrühre, so ist der Verklagte, wenn zumal sein Gegner ein Ausländer und nicht angesessen ist, zur gerichtlichen Deposition bis zur Bestellung hinlänglicher Caution durch den Kläger entweder sofort oder nach Leistung eines Gefährdeeides zuzulassen. S. Spielschulden. **14)** Die Ableugnung eines bei dringender Gefahr gemachten Depositum (d. miserabile) wird mit der Strafe des doppelten Ersatzes belegt. E.P.O. ad Tit. 16. §. 3. S. 100. **15)** Vergl. außerdem in Bezug auf die gerichtliche Deposition die Art.: Ablösung..., Amtshauptleute, Amortisation, Anmaßung, Anzeigen, Appellation, III. D. 2., Beklagte, Berggerichte, Creditverein, Caution, Concursdeposita, Concursgläubiger, Edictalcitation, Finanzministerium, Executionsverfahren, Geringf. R., Hypothekenbank, Justiz-Aemter, Justizverw..., Sequestration, Subhastation, Pfandrecht, Regreß wegen u. e. Ann., Verfahren, Verkümmerung, Vermächtniß, Vormundschaft, Widerklage.

Depositensachen. S. Appellation, I. 2., III. D. 2.

Depositentabelle. S. Anzeigen.

Depositenwesen, Deposition. S. Deposita.

Depositionsschein. S. Testamente.

Depreciren. S. Privatgenugthuung, Weigerung.

Deputat. S. Besoldung, Geistliche, Salz, Gesinde, Getreide, Jägerrecht, Wild.

Deputatholz. S. Geistliche, Holzwirthschaft, Stadtvermögen.

Deputation. Fälle der Niedersetzung oder Abordnung besondrer D.en u. d. enthalten die Art.: Commissionen, Ständeversammlung, Commercien..., Testamente, Gesinde, Kirchen- u. Schuldeputation, Kirchenvermögen, Stadtrath, Stadtverordnete, Innungsbeisitzer, Communalgarde.

Derogiren. S. Gewohnheitsrecht, Recht, Localstatute, Gesetze.

Descendenten. S. Verwandte, Falcidisches, Trebellianisches, Kinder.

Deserteurs, Desertion. **1)** Die deutschen Bundesstaaten haben in der durch das M. v. 19. März 1831. G.S. S. 57. publ. Allgem. Cartell-Conv. und der mittelst V. v. 22. Juni 1832. G.S. S. 353. publ. Erläuterung allgemeine Grundsätze über das Verfahren gegen die Deserteurs der einzelnen Staaten vereinbart. Als solcher wird derjenige, ohne Unterschied der Waffe, angesehen, welcher, indem er zu irgend einer Abtheilung des stehenden Heeres oder der bewaffneten, mit demselben in gleichem Verhältnisse stehenden, Landmacht gehört, und durch seinen Eid zur Fahne verpflichtet ist, ohne Paß, Ordre oder sonstige Legitimation sich in das Gebiet eines andern Staats begiebt. Ang. Cartell-Conv. v. 19. März 1831. Art. 1. 2. **2)** Die besonderen Obliegenheiten der Obrigkeiten u. Polizeibeamten hinsichtlich der Deserteurs enthält die Ordonn. v. 19. Juli 1828. 2. Th. §. 35. G.S. S. 159. Für die Verhaftung von D. wird eine Gratification gewährt. ib. [Die hieher gehörigen älteren Bestimmungen findet man im C.A. T. I. S. 2067. 2069. 2089. 2095. 2097. 2101. 2109. 2139. 2149. 2165., ferner im C.A. C. I. T. I. S. 1047., im C.A. C. II. T. I. S. 1415. Wegen der Lausitz: im L.C.W. T. I. S. 728. T. II. S. 620—1095., T. III. S. 795—815.] **3)** Ein Generalpardon wurde z. B. im M. v. 6. Juli 1706. C.A. T. I. S. 217., ferner unterm 12. Febr. 1776. C.A. C. II. T. I. S. 1213., T. III. S. 591. u. L.C.W. T. III. S. 805., im Pat. v. 2. Jan. 1777. C.A. C. II. T. I. S. 1217., T. III. S. 595. u. L.C.W. T. III. S. 808., v. 28. April 1778. C.A. C. II. T. I. S. 1229., T. III. S. 601., L.C.W. T. III. S. 810., v. 18. Juli 1808. C.A. C. III. T. I. S. 821.; v. 20. Jan. 1817. ib. S. 769. u. L.C.W. T. VI. S. 136. publicirt. **4)** Ueber die Verpflegungskosten für die als fremde Deserteurs aufgegriffenen und an die Behörden ausgelieferten, von diesen aber nicht dafür anerkannten Personen bestimmte das Rescr. v. 22. Oct. 1817. C.A. C. III. T. I. S. 815. **5)** Jede Militairperson, welche durch eigenmächtige Entfernung aus dem Bezirke ihres dienstmäßigen Aufenthaltes, oder durch Verlängerung einer erlaubten oder unabwendbaren Abwesenheit sich absichtlich der Erfüllung ihrer Militairdienstpflicht entzieht, ist als Deserteur anzusehen. M.Str.Gb. v. 1855. §. 90. G.S. S. 558. f. Desgleichen Militairpersonen, welche aus der Haft, oder aus der Militairstrafanstalt entweichen, ib. §. 91. **6)** Die Desertionsabsicht wird, bis zum Erweise des Gegentheils, vorausgesetzt bei Jedem, a) welcher sich von seiner Truppenabtheilung oder von einem Detachement, wozu er commandirt gewesen ist, oder sofern er allein auf Commando gestanden, aus seinem Stationsbezirke, eigenmächtig entfernt hat, ohne im Frieden binnen 48 Stunden, im Kriege binnen 24 Stunden freiwillig zurückzukehren; oder b) welcher die, sei es sogleich bei der Beurlaubung oder späterhin durch Befehl festgesetzte Frist eines Diensturlaubes im Frieden um 8 Tage, im Kriege um 4 Tage überschritten hat, ohne der vorgesetzten Behörde rechtzeitig Meldung davon gemacht zu haben; oder c) welcher im Kriege es unterlassen, den Truppen, von welchen er durch Zufall oder in Folge unabwendbarer Nothwendigkeit abgekommen ist, sobald als möglich sich wieder anzuschließen; oder d) wer nach beendigter Kriegsgefangenschaft nicht unverzüglich zurückgekehrt ist. Wenn in den Fällen unter a 8 Tage seit der Entfernung verflossen sind, so ist, mit alleiniger Ausnahme des Falls einer unabwendbaren Behinderung, auch der §. 92. im Eingange nachgelassene Gegenbeweis nicht weiter zulässig. §. 92.

cit. 7) Gegen die auf unbestimmte Zeit von ihren Truppentheilen Beurlaubten u. gegen Kriegsreservisten gilt, bis zum Beweise des Gegentheils, die Vermuthung für das Verbrechen der Desertion, a) wenn sie ohne Erlaubniß auswandern oder in fremde Kriegsdienste treten, b) wenn sie nach dem Empfange der Einberufungsordre von ihrem Urlaubsorte ohne Erlaubniß sich entfernen oder sich versteckt halten oder, wenn sie die vorgeschriebene Meldung ihrer Aufenthaltsveränderung bei der zuständigen Behörde unterlassen haben und sich auch dann nicht melden und einfinden, nachdem eine öffentl. Aufforderung erfolgt, oder die Truppe auf den Kriegsfuß gestellt worden ist. M.Str.Gb. §. 93. G.S. S. 559. 8) Die Desertion im Frieden wird bestraft: a) wenn eine Militairperson sich derselben zum 1sten Male schuldig gemacht hat, mit 3monatlicher bis 2jähriger Militairarbeitsstrafe 2ten Grades; b) im 1sten Rückfalle mit Militairarbeitsstrafe 2ten Grades von 1 Jahre und 6 Monaten bis zu 3 Jahren im 1sten Grade; c) im weiteren Rückfalle, unter besonderer Berücksichtigung der Dauer der noch übrigen Dienstzeit des Deserteurs, mit Ausstoßung aus dem Soldatenstande u. Arbeitshausstrafe von 4 bis zu 6 Jahren. Desertion eines Offiziers zieht stets zugleich Cassation nach sich. §. 94. ib. 9) Wenn ein zum 1sten oder 2ten Male desertirter Soldat innerhalb der nächsten 4 Wochen, nach Ablauf der im §. 92. unter 1. u. 2. (oben 6. a. b.) bestimmten Fristen, freiwillig zurückkehrt oder sich bei einer öffentlichen Behörde dazu anmeldet, so ist die durch eine solche Desertion nach §. 94. no. 1. oder 2. (oben 8. a. b.) verwirkte Strafe nach richterlichem Ermessen, jedoch nicht unter die Hälfte des niedrigsten gesetzl. Strafmaßes, herabzusetzen. ib. §. 95. 10) Wenn die Desertion a) vom Schildwach- oder Piketposten aus unternommen worden, oder b) wenn der Deserteur einen Anderen zur Theilnahme an der Desertion mit Erfolg verleitet, oder c) wenn der Deserteur freiwillig in ausländische Militairdienste getreten ist, so ist die nach §. 94. cit. an sich verwirkte Strafe um das Maß 1- bis 3jähriger Militairarbeitsstrafe 1sten oder 2ten Grades zu erhöhen. ib. §. 96. 11) Desertion im Kriege ist mit 2- bis 4jähriger, im Rückfalle aber u. zwar auch dann, wenn die 1ste Desertion im Frieden begangen worden war, mit 6- bis 10jähriger Zuchthausstrafe zu bestrafen. Die §. 96. (unter 10.) genannten Straferhöhungsgründe leiden auch Anwendung auf die Desertion im Kriege, dergestalt, daß auch der darnach ausfallende Strafzusatz in Zuchthausstrafe nach dem Maßstabe im §. 64. des M.Str.Gb. (unter: Strafgeltung) zu verwandeln ist. §. 97. ib. G.S.v.1855. S.560. 12) Wenn aber eine Desertion im Kriege in der Nähe des Feindes, oder vom Posten aus unternommen, oder von dem Führer einer Abtheilung begangen worden, oder mit Uebergehen zum Feinde verbunden, gleichviel, ob der Deserteur in feindliche Kriegsdienste getreten oder nicht, oder wenn ein Deserteur zugleich Anstifter eines, wenn auch nicht zur Ausführung gekommenen Desertionscomplotts gewesen ist, so tritt Todesstrafe ein. §. 98. ib. 13) Außer den nach §§. 94. 96. oder 97. cit. bestimmten Strafen kann auch noch auf die gesetzlichen Schärfungen erkannt werden, wenn der Deserteur von den ihm zur Dienstleistung anvertrauten Gegenständen etwas mit sich genommen hat, in sofern nicht die hierdurch verübte Unterschlagung als das schwerere Verbrechen zu betrachten ist, oder wenn er sich Denen, welche ihn anzuhalten gesucht, widersetzt hat, sofern nicht diese Widersetzlichkeit als das schwerere Verbrechen anzusehen ist. (Vergl. Art. 78. des Str.Gb. unter: Concurrenz.) §. 99. 14) Außer der eigentlichen Strafe zieht die Desertion eines Unteroffiziers allemal noch die Degradation, sowie jede Desertion überhaupt, sofern der Deserteur nicht zum Dienste wieder eingestellt wird, den Verlust aller den ehrenvoll entlassenen Militairpersonen zugestandenen Begünstigungen von selbst nach sich. Beim Wiedereintritte eines Deserteurs in den dienstleistenden Stand — wobei eine erneuerte eidliche Verpflichtung nicht Statt findet — ist ihm der bis dahin, von seiner Entweichung an, verlaufene Zeitraum in die Dienstzeit

nicht einzurechnen. §. 100. ib. **15)** Nächstdem ist das Vermögen, welches einem Deserteur gehört oder ihm fernerhin bis zum Tage seiner Wiedererlangung zufällt, unter Abwesenheitsvormundschaft zu stellen. Die Bevormundung, welche durch das Militairgericht sofort nach Eingang der Desertionsmeldung bei dem Vormundschaftsgerichte zu veranlassen ist, tritt auch dann ein, wenn des Deserteurs Aufenthalt bekannt ist oder wenn derselbe bis dahin unter Altersvormundschaft, welche hiermit erlöscht, oder unter väterlicher Gewalt gestanden oder einen Bevollmächtigten zurückgelassen hat. Der Abwesenheitsvormund ist niemals aus den Verwandten des Bevormundeten zu erwählen u. darf dem letzteren von dessen Vermögen, bei Vermeidung eigenen Ersatzes, nichts zukommen lassen. §. 101. ib. **16)** Aus dem Vermögen eines jeden Deserteurs ist, nächst dem Ersatze des durch die Desertion verursachten Schadens, auch die gesetzlich bestimmte Einstandssumme für einen Stellvertreter, soweit das Vermögen dazu hinreicht, einzuziehen und dem Stellvertretungsfonds zu überweisen. Wird der Deserteur wieder erlangt und in den activen Militairdienst wieder eingestellt, so wird ihm, von da an, die aus seinem Vermögen in den Stellvertretungsfonds geflossene Summe mit 3 v. H. jährl. verzinst und bei seiner dereinstigen Verabschiedung unverkürzt zurückgezahlt. §. 101. cit. **17)** Alle Verfügungen, welche der Deserteur vor seiner Entweichung zu Umgehung obiger gesetzl. Bestimmungen getroffen, sowie alle in solcher Absicht contrahirten Schulden, sind, sofern der andere Theil von dieser Absicht Kenntniß gehabt hat, für ungiltig zu achten. ib. [Aelteres Recht: Ordonn. v. 30. Juni 1752. §. 79. C.A. C. I. T. I. S. 1182. u. L.C.W. T. II. S. 935., Pat. v. 9. Dec. 1773. C.A. C.II. T.I. S. 1191., C.A. C. II. T. III. S. 589. u. L.C.W. T. III. S. 804., Bef. v. 23. Juni 1785., Gen. v. 29. Juli 1785., Gen.B. v. 15. Dec. 1788. C.A. C. II. T. I. S. 1275. 1277. 1289., Gen. v. 19. Nov. 1800. ib. S. 1415., O.A.-Pat. v. 30. Jan. 1801. L.C.W. T. VI. S. 51., Rescr. v. 18. März 1803. C.A. C.III. T.I. S. 602.] **18)** Die Verleitung einer Militairperson zur Desertion wird an Civilpersonen nach den Bestimmungen des Str.Gb. v. 1855. Art. 66. f. (unter: Militairpersonen) geahndet. **19)** Wenn eine Militairperson, ohne selbst mit zu desertiren, sich der Verleitung eines Anderen zur Desertion oder der Begünstigung dieses Verbrechens schuldig macht, so tritt a) im Falle der Verleitung 2monatlicher strenger Arrest bis zu 2jähriger Militairarbeitsstrafe 2ten Grades, im Kriege Militairarbeitsstrafe 1sten Grades von 1 Jahre bis zu 4 Jahren Zuchthaus, b) im Falle der Begünstigung 4wöchentlicher strenger Arrest bis zu 1jähriger Militairarbeitsstrafe 1sten Grades, im Kriege Militairarbeitsstrafe 1sten Grades von 6 Monaten bis zu 2 Jahren ein. M.Str.Gb. v. 1855. §. 102. G.S. S. 562. **20)** Der Theilnehmer an einer Verabredung zu gemeinschaftlicher Desertion, welcher diese und die Mitschuldigen zu einer Zeit, wo er das Verbrechen noch nicht für entdeckt oder vereitelt hielt, durch eine freiwillige Anzeige zur Kenntniß eines Oberen bringt, oder sonst durch geeignete Mittel das Aufgeben oder die Unterdrückung des Vorhabens bewirkt, soll mit aller Strafe verschont bleiben. In Hinsicht der Anstifter zur Desertion tritt unter diesen Voraussetzungen nur Milderung der Strafe ein und es soll die letztere das Maß 10jähriger Zuchthausstrafe niemals übersteigen. §. 103. ib. **21)** Die älteren Bestimmungen über die Verleitung zur Desertion sind enthalten im M. v. 27. Juli 1683. L.C.W. T. II. S. 756. u. C.A. T. I. S. 2043.; v. 6. Juli 1706. ib. S. 2117., v. 2. Sept. 1709. ib. S. 2139. u. L.C.W. T. II. S. 765., Pat. v. 4. März 1727. L.C.W. T. II. S. 638. u. C.A. C. I. T. I. S. 1047., M. v. 3. Dec. 1728. ib. S. 1069., v. 17. Oct. 1736. ib. S. 1251., v. 30. Oct. 1738. ib. S. 1253., Gen. v. 1. Febr. 1747. ib. S. 1141. u. L.C.W. T. II. S. 666. 670. u. 838., Pat. v. 5. April 1785. C.A. C.II. T.I. S. 1265., C.A. C. II. T. III. S. 613. u. L.C.W. T. IV. S. 568., Gen. v. 28. Febr. 1807. C.A. C.III. T. I. S. 620. u. L.C.W. T. VI. S. 53., M.Str.Gb. v. 4. Febr. 1822. §. 179. f. G.S. S. 71., M. v. 11. Aug. 1827. G.S. S. 111., Rev. M.Str.Gb. v. 14. Febr. 1835. §. 178. f. G.S. S. 143., M.Str.Gb. v. 1838. §. 82. G.S. S. 244., Cr.Gb. v. 1838. §. 95. G.S. S. 137.] **22)** Fälle eigenmächtiger Entfernung, welche nicht als Desertion zu bestrafen, sind: wenn eine Militairperson, welche sich eigenmächtig entfernt hat, vor Ablauf der im §. 92. unter 1. und 2. (oben

6. a. b.) festgesetzten Fristen wiedererlangt wird und der Desertionsabsicht nicht sonst verdächtig erscheint; dann ist sie einer disciplinarischen Ahndung unterworfen. Erfolgt die Wiedererlangung zwar erst nach Ablauf der ebengedachten, jedoch beziehendlich vor Verfluß der ebendaselbst am Schlusse fernerweit bestimmten Frist, so ist, falls die Vermuthung der Desertionsabsicht für abgelehnt angesehen werden kann, höchstens auf 6 Wochen strengen Arrests zu erkennen. M.Str.Gb. v. 1855. §. 104. G.S. S. 562. **23)** Vergl. auch die Art.: Militairpflicht, Staatsverträge, II.

Desertion zwischen Ehegatten. S. Verlassung. In anderm Sinne s. die Nachweise unter: Versäumniß.

Desertionsproceß. 1) Der D. beruht auf der K.O. v. 1. Jan. 1580. Ehesachen, Tit. von den Ehegatten, die einander böslich verlassen rc. C.A. T.I. S. 541., dem Rescr. v. 21. April 1608. ib. S. 1013., der Ehe-O. v. 10. Aug. 1624. 3. Pct. C.A. T.I. S. 1022. und der E.P.O. ad Tit. 10. §. 2. S. 78. **2)** Wenn der Aufenthalt des entwichenen Gatten ganz unbekannt ist, so findet der D. (D. im engern Sinne) Statt ohne Abwartung einer 7jährigen Frist; vielmehr kann die Edictalcitation nach Verfluß eines ganzen oder halben Jahres erlassen werden, Rescr. v. 21. April 1608. C.A. T.I. S. 1013., Rescr. v. 26. Mai 1608. ib. Er findet ferner Statt, wenn ein die Wiederverehelichung begehrender Ehegatte den aus dem Kriege nicht zurückgekehrten Ehegatten der böslichen Verlassung beschuldigt, Rescr. v. 12. Juni 1815. C.A. C. III. T.I. S. 182. und für die Lausitz v. 19. Mai 1815. L.C.W. T.VI. S. 294. Im Uebrigen vergl. man dieses Processes halber die Artikel: Ehesachen, Ehescheidung, Vorladung. **3)** In Bezug auf den sogenannten Quasidesertionsproceß, und zwar a) wenn der bekannte Aufenthalt des entwichenen Gatten ein inländischer ist, vergleiche man die Artikel: Ehescheidung, Ehesachen; b) wenn der bekannte Aufenthalt ein ausländischer ist: Ehesachen, Ehescheidung; c) wenn der die eheliche Pflicht verweigernde Gatte mit dem andern zusammenlebt: Ehesachen, Ehescheidung.

Designation. S. Aemter, B. D., Ausländer.

Designationsurtel. S. Concursacten, Concursproceß, Locationsurtel.

Dessau. S. Münzwesen, Staatsverträge, Requisitionen, Paßkarten.

Destillirgeräthe. S. Zinn.

Detailhandel, s. Handverkauf.

Deterioriren, s. Verringern.

Determinirter Vorsatz, s. Vorsatz.

Detiniren. S. Arrest, Gefängn..., Gefang..., Freiheitsberaubung, Untersuchungshaft, Begnadigung, Bettler.

Deube. S. Diebstahl.

Deutscher Bund. S. Bund.

Deutschkatholiken, s. Katholiken.

Deutschland. S. Reichsgesetze.

Devisen, s. Etiketten.

Devolution. S. Appellation, Recurs, Appellationsgericht, Appellationsgerichte, Oberappellationsgericht.

Devolutionsrecht. S. Patronatrecht, Stadtrath.

Diäten, s. Auslösung, Untersuchungskosten, Staatsverträge.

Diakonate. 1) Ueber die Bestellung der D. enthält die K.O. v. 1580. Tit. Beruff rc. C.A. T.I. S. 522. Vorschriften. **2)** Wenn der D.us in derselben Stadt das Pfarramt erhält, so braucht er nicht noch eine Probe abzulegen, wiewohl die Umfrage nöthig ist, Rescr. v. 8. Juli 1743. im Cod. d. S. K.R. S. 347. **3)** S. auch Accidentien, Aemter, Altarleute, Geistliche.

Dichter. S. Eigenthum an G.

Dictiren. S. Protokolle, Testamente, Untersuchungsprotokolle.

Dieb. S. Diebstahl, Beherbergen, Eigenthum, Partiererei.

Diebesbande. S. Diebstahl, Forstverbrechen, Raub.

Diebesherberge. S. Beherbergen.

Diebstahl. I. Allgemeine Bestimmungen. **1)** Des D. macht sich schuldig, wer eine fremde bewegliche Sache, die einen Schätzungswerth hat, um solche sich zuzueignen und dadurch sich oder einem Anderen einen unrechtmäßigen Ge-

winn zu verschaffen, aus fremder Inhabung, ohne Einwilligung des Inhabers, an sich nimmt (entwendet). Sind Inhaber und Eigenthümer verschiedene Personen, so schließt schon die Einwilligung des Einen von Beiden den Begriff des D. aus. Str.Gb. v. 1855. Art. 272. **2)** Der D. ist für vollendet zu achten, sobald der Dieb die Sache, welche er zu stehlen beabsichtigt, an sich genommen hat. Ist die Absicht auf Entwendung mehrerer Sachen, oder einer unbestimmten Anzahl von Sachen gerichtet gewesen, so ist der Diebstahl hinsichtlich derjenigen Sachen, welche der Dieb oder die Diebe wirklich an sich genommen haben, für vollendet zu achten; es sind auch diese Sachen, soweit auf deren Entwendung dieselben Strafbestimmungen anzuwenden sind, als ein Ganzes zu betrachten. Art. 273. **3)** Hat Jemand eine ihm selbst gehörige Sache aus dem Gewahrsame eines Anderen entwendet, so ist die That, wenn sie in der Absicht geschah, dem Inhaber die Sache oder deren Werth dessenungeachtet noch abzufordern, dem Diebstahle gleich zu achten, in allen anderen Fällen aber, wofern sie nicht als bloße Selbsthilfe (s. d.) erscheint, auf Antrag mit Gefängniß bis zu 4 Monaten zu bestrafen. Art. 274. **4)** Die Entwendung einer Sache, woran dem Thäter ein Miteigenthum oder Miterbrecht zusteht, ist zum Betrage des ihm selbst gehörigen Antheils nach Art. 274., zum Betrage des Anderen gehörigen Antheils nach Art. 272. zu beurtheilen. Art. 275. **II.** Einfacher Diebstahl. Der D. ohne die in den nachfolgenden Art. 277. bis mit 280. angegebenen erschwerenden Umstände wird bestraft: **1)** bei einem Betrage bis mit 10 Thalern mit Gefängniß bis zu 4 Monaten; **2)** bei einem Betrage über 10 Thaler bis mit 50 Thalern mit Gefängniß von zwei bis zu 4 Monaten oder Arbeitshaus bis zu 2 Jahren; **3)** bei einem Betrage über 50 Thaler mit Arbeitshaus von 1 bis zu 4 Jahren. Art. 276. **III.** Einfacher Diebstahl mit erschwerenden Umständen. Die Strafen des Art. 276. können in Gemäßheit der Art. 16. und 18. geschärft (s. Schärfung), oder bis um die Hälfte erhöht werden: **1)** wenn der D. in zum Gottesdienste bestimmten Gebäuden oder Localen zur Zeit des Gottesdienstes oder an daselbst aufbewahrten Gegenständen, ingleichen wenn er aus oder an Grabstätten verübt worden ist; **2)** wenn er an öffentlichen Sammlungen für Kunst, Wissenschaft oder Gewerbe; **3)** wenn er an Vieh auf der Weide, im Pferch, oder im Triebe, an Bienenstöcken, an landwirthschaftlichen Geräthschaften im Freien, an Bleichstücken, an Reisegepäck in Posthäusern, Eisenbahnhöfen oder auf Landungsplätzen, an nutzbaren Mineralien vom Gewinnungsbaue weg, oder überhaupt an Gegenständen, welche ohne besondere Verwahrung der öffentlichen Sicherheit anvertraut zu werden pflegen, verübt worden ist; **4)** wenn Gelegenheiten, welche die Aufsicht über das Eigenthum erschweren, wie Feuers- oder Wassersgefahr (jedoch außer den im nächstfolgenden Artikel unter 5 erwähnten Fällen), Aufruhr oder Tumult, Wochen- oder Jahrmärkte oder Messen, zum Stehlen benutzt worden sind; **5)** wenn der D. nach eingetretener Nachtruhe in einem bewohnten Gebäude verübt worden ist; **6)** wenn Mehrere den D. nach vorgängiger Verabredung gemeinschaftlich ausgeführt haben; **7)** wenn sich der Dieb als ein Mensch darstellt, der auf rechtswidrigen Eigenthumserwerb auszugehen pflegt. Art. 277. **IV.** Ausgezeichneter Diebstahl. **A.** Ein ausgezeichneter D. kommt zu Stande, wenn **1)** die Entwendung mittelst Erbrechung ausgeführt worden ist, indem der Dieb auf gewaltsame Weise a) in ein Gebäude, um in dasselbe einzudringen, oder um Gegenstände, welche sich im Innern desselben befinden, zu erlangen, eine Oeffnung gemacht, oder eine in einem solchen bereits vorhandene Oeffnung erweitert, oder den Verschluß derselben beseitigt, oder b) verschlossene Behältnisse, welche zum Schutze gegen fremde Eingriffe bestimmt sind, geöffnet hat, — **2)** der Dieb zur Oeffnung ver-

schlossener Gebäude oder Behältnisse falsche Schlüssel oder andere zur ordnungsmäßigen Oeffnung des Verschlusses nicht bestimmte Werkzeuge angewendet hat, **3)** der Dieb, um zu stehlen, in ein Gebäude eingestiegen ist, **4)** der Dieb, um in einem bewohnten Gebäude nach eingetretener Nachtruhe zu stehlen, vor dem Eintritte der letzteren in das Gebäude oder in eine der nach der Schlußbestimmung dieses Artikels dazu gehörigen Räumlichkeiten eingeschlichen ist oder sich hat einschließen lassen, **5)** der D. während einer Feuers- oder Wassersgefahr an gefährdetem oder geborgenem Gute verübt worden ist, Art. 278. **B.** Auf den ausgez. D. treten folgende Strafen ein: a) bei einem Betrage bis mit 10 Thalern Arbeitshaus bis zu 1 Jahre. In Fällen von geringerer Bedeutung ist jedoch der Richter ermächtigt, auf Gefängniß von 2 bis 4 Monaten zu erkennen. b) Bei einem Betrage über 10 bis mit 50 Thalern Arbeitshaus von 8 Monaten bis zu 3 Jahren oder Zuchthaus bis zu 3 Jahren, c) bei einem Betrage über 50 Thaler Zuchthaus bis zu 6 Jahren. Zu den Gebäuden im Sinne der Bestimmungen unter A 1 a, 2 und 3 ist auch der dazu gehörige geschlossene Hofraum nebst allen darin befindlichen Baulichkeiten jeder Art zu rechnen. Art. 278. cit. **C.** Der Versuch eines D. der im Art. 278. unter 1 bis mit 4 gedachten Art ist für beendigt zu achten, wenn diejenigen Handlungen, welche den D. zu einem ausgezeichneten machen, vorgenommen worden sind. Art. 279. **D.** Besonders ausgezeichnete Fälle: a) Hat der Dieb sich mit gefährlichen Werkzeugen oder mit Waffen versehen, welche nicht zur Ausführung des D. bestimmt sind, so tritt, und zwar ohne Unterschied, ob der D. vollendet worden oder nicht, Arbeitshaus bis zu 2 Jahren oder Zuchthaus bis zu 8 Jahren ein. Art. 280. b) Hat er, bei der That oder auf der Flucht betroffen, von dergleichen Werkzeugen oder Waffen, oder auch von den zur Ausführung des D. bestimmten Werkzeugen oder Waffen gegen den- oder diejenigen, welche ihn betroffen haben, Gebrauch gemacht, so kann obige Strafe bis auf 10 Jahre Zuchthaus gesteigert werden. ib. c) Arbeitshaus bis zu 2, oder Zuchthaus bis zu 10 Jahren tritt auch in dem Falle ein, wenn ein bei der That oder auf der Flucht betroffener Dieb sich in dem Besitze des gestohlenen Gutes mit Gewalt oder durch Bedrohung mit solcher zu behaupten sucht. ib. d) Ist durch die hierbei verübte Gewalt eine schwere Körperverletzung (s. d.) verursacht worden, so ist auf Zuchthaus zu erkennen und kann dasselbe bis auf 20 Jahre gesteigert werden. Hat aber Jemand in Folge der dabei gegen ihn verübten Gewalt den Tod gefunden, so tritt Todesstrafe ein. Ist jedoch der Tod nicht in Folge der Gewalt, sondern durch andere Umstände herbeigeführt worden, so ist auf lebenslängliche Zuchthausstrafe zu erkennen. ib. **V.** Concurrenz mehrerer Diebstähle. Ueber die richterliche Behandlung zusammentreffender geringer Eigenthumsverbrechen, welche nach den Bestimmungen bei II. III. u. IV. zu ahnden sind, vergl. den Art.: Concurrenz VI. **VI.** Entwendung unschätzbarer Gegenstände, widerrechtliche Benutzung fremder Sachen ꝛc. a) Entwendungen, deren Gegenstand keinen Schätzungswerth hat (vergl. Art. 295. unter Werth), oder welche ohne die Absicht, das Entwendete sich zuzueignen und dadurch sich oder Anderen einen unrechtmäßigen Gewinn zu verschaffen, verübt worden, sind, wofern sie nicht als bloße Selbsthilfe (s. d.) erscheinen, mit Gefängniß bis zu 4 Monaten oder Arbeitshaus bis zu 2 Jahren zu bestrafen. Str.Gb. Art. 330. b) War die Absicht nur darauf gerichtet, den Gegenstand in den Nutzen des Verletzten zu verwenden, oder kann dem Gegenstande wegen seiner Geringfügigkeit kein Werth beigelegt werden (vergl. jedoch d. Art.: Werth unter 2.), so tritt Geldbuße bis zu 10 Thalern ein. Ang. Art. 330. c) War die Absicht auf zeitweilige Benutzung der Sache gerichtet, so besteht die Strafe in Geld bis zu 150 Thalern oder Gefängniß bis zu 6 Wochen. ib. d) Mit gleichen Strafen werden unter den obgedachten Voraussetzungen auch Beeinträchtigungen fremder

Vermögensrechte durch betrügerische Handlungen und widerrechtliches mit Gefahr oder Nachtheil für den Eigenthümer verbundenes Gebahren mit fremden, im Gewahrsame des Thäters befindlichen Sachen geahndet. Ang. Art. 330. e) Ein Strafverfahren findet wegen der im Art. 330. erwähnten Vergehungen nur auf Antrag Statt. ib. f) War die Absicht auf Beschädigung oder Zerstörung der fremden Sache gerichtet, so sind die Bestimmungen der Art. 335. 336. (s. Beschädigung) anzuwenden. Ang. Art. 339. g) S. noch Anmaßung. **VII.** Forst-, Feld-, Garten-, Wild-, Fisch- u. Perlenmuschel-Diebstähle werden nach den besonderen, darüber bestehenden Gesetzen bestraft. Art. 281. S. Forst... **VIII.** Der D. beim Militair (bezügl. Cameradendiebstahl) wird gestraft nach dem M.-Str.-Gb. v. 1855. §§. 37. (s. Militairstrafgesetzbuch) 40. 42. (Degradation) 56. (Concurrenz) 146. 150. (Mißbrauch) 162. (s. Dienst...) 183. f. 190. a) Wenn, außer den, sogleich bei b. zu erwähnenden Fällen, eine Militairperson oder eine den Militairgesetzen unterliegende Civilperson (s. Militairstrafgesetzbuch) das bewegliche Eigenthum einer anderen dergleichen Person durch D., Unterschlagung, Erpressung oder Betrug, sofern der Gegenstand des letzteren eine Schätzung zuläßt, sich zueignet, so ist dieß zu bestrafen: bei einem Werthe bis mit 3 Thalern: mit 1wöchentlichem mittlen bis zu 5wöchentlichem strengen Arreste; bei einem Werthe über 3 Thaler bis mit 10 Thalern: mit 4wöchentlichem strengen Arreste bis zu 1jähriger Arbeitshausstrafe; bei einem Werthe über 10 Thaler bis mit 50 Thalern: mit Arbeitshaus von 8 Monaten bis zu Zuchthaus von 3 Jahren; bei einem Werthe über 50 Thaler: mit Zuchthaus bis zu 6 Jahren. Ang. §. 183. Zugleich zieht das Verbrechen die Cassation oder Dienstentsetzung und die Degradation nach sich. ib. §. 184. b) Wenn das Verbrechen nach den Bestimmungen des Str.-Gb. wegen Hinzukommens erschwerender Umstände, soweit sie hier Anwendung leiden, strenger als nach §. 183. cit. zu bestrafen wäre, so ist die Strafe des Str.-Gb. zur Anwendung zu bringen. §. 185. des M.-Str.-Gb. c) Wenn Militairverwaltungsbeamte oder andere Personen sich einer im §. 183. cit. bezeichneten Verletzung des ihnen selbst, oder den Truppen, oder einem Theile derselben anvertrauten oder unter der Militairverwaltung stehenden beweglichen Eigenthums schuldig machen, so treten, nach gleichem Verhältnisse, die in §§. 183. u. 184. bestimmten Strafen ebenfalls und zwar auch dann ein, wenn, soviel die Unterschlagungen der mit der Verwaltung beauftragten Personen betrifft, eine eidliche Verpflichtung zu dem ihnen aufgetragenen besonderen Dienstgeschäfte, hinsichtlich dessen sie sich der Untreue schuldig gemacht haben, nicht vorhergegangen ist. §. 186. ib. d) Gegen die bei der Armeeverwaltung oder den Hospitälern angestellten od. angenommenen Personen, wenn sie an den zu Beköstigung der Truppen oder Ausfütterung der Pferde od. zu Verpflegung der Kranken bestimmten Gegenständen oder dem Eigenthume der Kranken oder Verstorbenen in den Hospitälern eines der im §. 183. cit. erwähnten Verbrechen begehen, kann die ebendaselbst angedrohte Strafe um die Hälfte erhöht werden, dafern nicht aus anderen Gründen ohnehin eine härtere Ahndung eintritt. §. 187. ib. e) Im Uebrigen kommen die Vorschriften des Str.-Gb. Art. 295. bis mit 301. (s. die Artikel: Werth, Ersatz, Concurrenz, Rückfall) auch bei den militairischen Eigenthumsverbrechen zur Anwendung; es sind aber dieselben als ausgezeichnet im Sinne jenes Gesetzbuchs zu betrachten. §. 190. ib. **IX.** S. noch: Strafgesetzbuch, Verhinderung, Verbindung, Erpressung, Betrug, Unterschlagung, Fund..., Entfremdung, Werth, Ersatz, Rückfall, Versuch, Victualien, Leichen, Bergregal, Verjährung, Untersuchungs-Zust..., Antrag, Schärfung, Privatanklage, Anzeigen, Eigenthum, Staatspapiere, Creditpapiere, Banknoten, Begünstigung, Gendarmen, Jagd, Gesinde, Partiererei, Post, Raub, Erkenntnisse.

X. Das ältere Recht ist enthalten in Const. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. P. IV. v. 1572. C. A. T. I. S. 125. f., sond. Const. 6. 7. 8. v. 1572. ib. S. 134., M. v. 16. Sept. 1710. ib. S. 1767., v. 21.

Dec. 1711. ib. S. 1781., Gen. v. 14. Dec. 1717. ib. S. 1879. u. sub A. B. u. C. im L.C.W. T. I. S. 260. f., auch ib. S. 805., Gen.V. v. 7. Febr. 1719. C.A. T. I. S. 1890. u. L C.W. T. I. S. 844., M. v. 27. Juli 1719. C.A. T. I. S. 1899., Laus. M. v. 14. Febr. 1720. L.C.W. T. I. S. 254. Erl. v. 12. April 1720. C.A. T. I. S. 1917., Rescr. v. 26. Aug. 1720. ib. S. 1929., Rescr. v. 17. Sept. 1720. ib., Rescr. v. 18. Jan. 1721. ib. S. 1937., v. 17. Febr. 1721. C.A. C. III. T. I. S. 186., v. 7. Juni 1721. C.A. T. I. S. 1945., M. v. 11. Mai 1726. §. 19. C.A. C. I. T. I. S. 531., v. 10. Dec. 1727. C.A. C. III. T. I. S. 188., Rescr. v. 14. Dec. 1730. C.A. C. I. T. I. S. 287., M. v. 14. Juli 1738. ib. S. 649. u. L.C.W. T. I. S. 282., Gen.V. v. 6. Dec. 1741. C.A. C. I. T. I. S. 329., Bef. v. 27. April 1762. ib. S. 403., M. v. 14. Dec. 1753. L.C.W. T. III. S. 78. u. C.A. C. I. T. I. S. 797., Bef. v. 14. Jan. 1763. ib. S. 403., Gen. v. 23. Febr. 1763. ib. S. 851., O.A.Pat. v. 9. März 1763. L.C.W. T. III. S. 337., Bef. v. 3. Oct. 1763. C.A. C. I. T. I. S. 409., Laus. Gesinde-O. v. 1767. Tit. VII. L.C.W. T. III. S. 323., Laus. F. u. H.O. v. 1767. Cap. 7. §. 12. L.C.W. T. III. S. 719., Gen. v. 22. Juni 1772. u. O.A.Pat. v. 3. Juli 1772. im C.A. C. III. T. I. S. 378. u. L.C.W. T. III. S. 613. sowie C.A. C. II. T. III. S. 49., Gen. v. 30. April 1783. §. 5. C.A. C. II. T. I. S. 455. u. L.C.W. T. IV. S. 50., Besch. der Dik. C.A. C. I. T. I. S. 470., Instr. v. 1770. C.A. C. II. T. I. S. 329., Fernerw. Instr. v. 27. Mai 1783. ib. S. 463., Rescr. v. 29. Juni 1805. C.A. C. III. T. I. S. 443., Gen. v. 26. Mai 1807. C.A C. III. T. I. S. 622., v. 2. Jan. 1809. ib. S. 230. u. L.C.W. T. V. S. 153., Gen. v. 10. Febr. 1810. C.A. C. III. T. I. S. 236. wegen des Quantums zu Bestimmung der Obergerichtsfälle (vorher L.O. v. 1550. C.A. T. I. S. 31., v. 1555. ib. S. 49., Const. v. 1506. ib. S. 1044.), Gen. v. 25. Juni 1817. C.A. C. III. T. I. S. 308. u. O.A.Pat. v. 3. Juli 1817. L.C.W. T. V. S. 743., Cr.Gb. v. 1838. Art. 223. f. G.S. S. 166. f., G. v. 16. Juni 1840. G.S. S. 102., G. v. 30. Juli 1846. G.S. S. 104. **XI.** Die bei einem inhaftirten Diebe gefundenen, dem Bestohlenen gehörigen, Sachen und Gelder sind diesem auszuhändigen und nicht zu den Untersuchungskosten zu verwenden. Rescr. v. 13. März 1793. C.A. C. II. T. III. S. 847., M. v. 27. Juli 1719. §. Wir wollen auch rc. C.A. T. I. S. 1902., Lauf.M. v. 14. Febr. 1720. L.C.W. T. I. S. 258.

Dielen. S. Oefen, Fußboden.

Dienen. S. Dienstboten, Gesinde, Staatsdienst, Advocaten, Militairpflicht.

Diener, s. Dienstboten, Handlungsdiener, Beamte.

Dienst, beim Militair, u. Verbrechen im D. **1)** Vergl. über den Begriff „im Dienste" die unter „Militairstrafgesetzbuch" citirte §. 80. des letztern, sowie die allgemeine Wirkung des Delinquirens „im Dienste" die §§. 57. 108. 110. 131. unter Concurrenz, Subordination, Mißbrauch. **2)** Als Verletzung besonderer militairischer Dienstpflicht gelten folgende Vergehungen: a) Trunkenheit. Die außer Dienst unterliegt disciplinarischer Ahndung bis zur Strafe 3tägigen strengen Arrests, im Rückfalle bis zu 2wöchentlichem strengen Arreste und Degradation. M.Str.Gb. v. 1855. §. 158. G.S. S. 577. Wer sich aber im Dienste oder wo er besonders befehligt war trunken befunden hat, ist, wenn kein erschwerender Umstand eintritt, mit strengem Arreste von 4 Tagen bis zu 4 Wochen oder Militairarbeitsstrafe 2ten Grades bis zu 4 Monaten, sofern er aber zu der Dienstverrichtung untauglich war, mit strengem Arreste von 2 Wochen bis zu 1jähriger Militairarbeitsstrafe 2ten Grades zu belegen. ib. §. 159. Diese Strafen können, wenn aus der Trunkenheit gemeingefährliche Folgen zu befürchten waren, um das Doppelte, und wenn dergleichen Folgen wirklich entstanden sind, um das Dreifache gesteigert werden. ib. §. 160. b) Beschädigung, Verwahrlosung u. Veräußerung von Ausrüstungsgegenständen. Wer absichtlich oder aus Unbedachtsamkeit D.pferde, Geschütze oder andere militairische Waffen, Ausrüstungs- oder Bekleidungsgegenstände beschädigt, verwahrlost, oder verloren gehen läßt, ist, wenn hierdurch nicht an sich schon ein schwereres Verbrechen begangen worden ist, je nach der Größe des angerichteten Schadens und dem Grade der Verschuldung mit einfachem oder geschärftem Arreste bis zu 6 Wochen oder Militairarbeitsstrafe 1sten Grades bis zu 3 Jahren zu bestrafen. Die unerlaubte Veräußerung solcher Gegenstände, welche in Abrechnung auf das reglementsmäßige Gebührniß der Mannschaft ausgegeben werden und daher zwar in deren Eigenthum, jedoch nur behufs des dienstmäßigen Gebrauchs übergehen, ist gleichfalls nach dem Grade der Verschuldung und der Größe des für den Militairfiscus entstan-

denen Verlustes mit einfachem oder geschärftem Arreste bis zu 4 Wochen zu bestrafen. ib. §. 161. c) Fortgesetzte Liederlichkeit. Militairpersonen, welche durch wiederholte Vergehen gegen die D.ordnung, oder durch öftere geringere Eigenthumsverletzungen oder überhaupt durch zügellose Liederlichkeit die Erreichung des D.zweckes beharrlich vereiteln, sind, nachdem beziehendlich die Degradation, die Versetzung in die zweite Classe und die der letzteren ausschließlich vorbehaltenen Strafmittel erfolglos gegen sie angewendet worden, zu Militairarbeitsstrafe 2ten Grades von 3 Monaten bis zu 1 Jahre zu verurtheilen. ib. §. 162. d) Leichtsinniges Schuldenmachen. Militairpersonen, welche leichtsinniger Weise und unter Verhältnissen Schulden machen, wobei die eingegangenen Schuldverbindlichkeiten in offenbarem Mißverhältnisse mit ihrem D.einkommen oder Vermögen stehen, sind disciplinarisch mit Arrest bis zu 6 Wochen, im Rückfalle aber mit strengem Arreste bis zu 2 Monaten, beziehungsweise, was Offiziere anlangt, mit Arrest oder Festungsarrest 2ten Grades bis zu 3 Monaten, zu bestrafen. ib. §. 163. e) Besuch verbotswidriger Vereine und Versammlungen. Militairpersonen der activen Armee, welche, um über öffentliche Angelegenheiten oder militairische Befehle, Anordnungen oder Einrichtungen zu berathen, in Vereine zusammentreten, oder zu diesen Zwecken sich versammeln, oder welche an derartigen Berathungen Anderer in Vereinen oder Versammlungen Theil nehmen, unterliegen disciplinarischer Ahndung (vergl. jedoch d. G. v. 22. Nov. 1850. unter: Bewaffnete, Versammlungen). ib. §. 164. f) Die Verletzung pflichtmäßiger Verschwiegenheit. Militairpersonen, welche das, was ihnen vermöge ihres D. bekannt oder anvertraut worden ist, und dessen Geheimhaltung ihnen obliegt, einem Anderen mittheilen, sind, sofern nicht nach den Gesetzen eine höhere Strafe eintreten muß, in geringfügigen Fällen disciplinarisch, außerdem mit strengem Arreste bis zu 2 Monaten zu bestrafen. Gegen Militairbeamte kann statt dessen auf Geldbuße bis zu 400 Thlrn. erkannt werden. ib. §. 165. g) Die unterlassene Anzeige von drohenden Gefahren. Wer absichtlich oder aus Unbedachtsamkeit von einer der Truppe drohenden Gefahr bei Zeiten Anzeige zu machen unterläßt, hat, insofern nicht ohnehin eine härtere Strafe eintreten muß, strengen Arrest bis zu 4jähriger Militairarbeitsstrafe 2ten oder 1sten Grades zu erwarten. §. 166. ib. h) Falsche Meldungen und Aussagen. Militairpersonen, welche über D.angelegenheiten wissentlich entweder falsche Meldung erstatten oder falsche Aussagen thun, oder dergleichen Meldungen oder Aussagen weiter befördern, oder Befehle oder andere D.nachrichten wissentlich falsch ausrichten, sind in geringfügigen Fällen disciplinarisch, außerdem mit 1wöchentlichem strengen Arreste bis zu 2jähriger Militairarbeitsstrafe 1sten Grades zu belegen. §. 167. ib. Wurde damit ein nach den Gesetzen härter zu bestrafendes Verbrechen verübt, so tritt die wegen des schwereren Verbrechens verwirkte Strafe und bei Offizieren überdieß die Cassation ein. ib. i) Unterlassene Meldung über Abweichung von Instructionen. Wer, ohne die Absicht des Ungehorsams, in der Meinung augenblicklicher Nothwendigkeit, sich eine Abweichung von bestimmten Befehlen oder Instructionsvorschriften erlaubt hat, und dieses nicht, sobald es ihm möglich geworden ist, meldet, ist a) im Frieden bis zu 4 Wochen strengem Arreste, b) im Kriege nach dem Grade der Verschuldung und des daraus entstandenen Nachtheils bis zu 2jähriger Militairarbeitsstrafe 2ten Grades zu bestrafen. ib. §. 168. k) Verehelichung ohne Genehmigung. Militairpersonen, welche ohne Genehmigung ihrer Vorgesetzten in den Fällen, wo solche gesetzlich erforderlich ist, sich verehelichen, sind mit mittlem Arreste von 4 Wochen bis zu 2monatlichem strengen Arreste, wenn aber die Verehelichung ungeachtet der Verweigerung der Erlaubniß erfolgt ist, mit strengem Arreste oder Militairarbeitsstrafe 2ten Grades bis zu 4 Monaten zu belegen. Gegen Offiziere, welche, ohne die erfor-

derliche Genehmigung des Königs nachgesucht zu haben, eine eheliche Verbindung eingehen oder nach Versagung der Genehmigung sich dennoch verehelichen, tritt Festungsarrest 3ten oder 2ten Grades bis zu 8 Monaten ein. Zugleich zieht das Vergehen D. entlassung nach sich. ib. §. 169. l) Vernachlässigung der Aufsicht über Niedere. Obere, welche sich in der dienstmäßigen Beaufsichtigung der Niederen, oder in Ausübung ihrer Strafgewalt nachlässig bezeigen, sind, in sofern nicht ohnehin die Strafe der Begünstigung oder eine noch härtere Strafe gegen sie eintritt, einer Disciplinarstrafe unterworfen, im Rückfalle aber mit strengem Arreste bis zu 2 Monaten oder Festungsarrest 2ten Grades bis zu 3 Monaten zu bestrafen. Diese letztere Strafe kann bei wiederholtem Rückfalle noch durch Degradation, beziehendlich D.-entlassung verschärft werden. ib. §. 170. m) Vergehen im Wachdienste. Wer auf dem Schildwach- oder Piketposten seine Instruction durch vorschriftswidriges Einlassen in Gespräche, Niedersetzen, Ueberschreitung des Postenbezirks, Tabakrauchen, Vertauschung des Postens oder sonst auf eine im Nachfolgenden nicht besonders ausgehobene Weise verletzt, ist einer Disciplinarstrafe bis zur Höhe des 1wöchentlichen mittlen Arrestes unterworfen. ib. §. 171. Gegen die, welche auf dem Posten sich niederlegen, oder schlafen, oder durch Abfeuerung des Gewehrs oder sonst falschen Lärmen erregen, findet 1wöchentlicher mittler bis zu 4wöchentlichem strengen Arreste Statt. ib. §. 172. Wegen der sonstigen Vergehen vergl. §§. 173—175. ib. n) Pflichtvernachlässigung in Bezug auf Verhaftungen. Diese wird mit 1wöchentlichem mittlen Arreste bis zu Militairarbeitsstrafe von 4 Monaten im 2ten Grade bestraft. ib. §. 176. Vergl., wenn das Vergehen absichtlich oder gar in Folge von Bestechung oder sonst in gewinnsüchtiger Absicht geschah, od. im Complotte: ib. §. 177. o) Vernachlässigung der Sorgfalt für den Unterhalt der Truppen &c. Der Befehlshaber einer Truppenabtheilung oder eines militairisch besetzten Platzes, welcher im Kriege aus Unbedachtsamkeit den Verlust von Cassengeldern oder Militairvorräthen oder dem ihm anvertrauten Privateigenthume einzelner Militairpersonen, oder den Verlust eines erlangten Kriegsvortheils verschuldet hat, soll nach Verhältniß der Verschuldung und des verursachten od. zu befürchtenden Nachtheils, mit Militairarbeitsstrafe bis zu 3 Jahren 1sten Grades belegt werden. ib. §. 178. Näheres giebt noch ib. §. 179. p) Pflichtverletzungen im D. gegen den Feind. Wer im Kriege aus Furcht vor persönlicher Gefahr in der Nähe des Feindes die Flucht ergreift, oder wer sich zu fechten weigert, oder sich dem unmittelbaren D. gegen den Feind durch Entfernung, Zurückbleiben, falsches Vorgeben einer Krankheit oder durch Entäußerung oder Beschädigung der Waffe oder der zu deren Gebrauche nöthigen Gegenstände oder sonst auf irgend eine Weise absichtlich entzieht, oder einen in der Nähe des Feindes ihm übertragenen Posten instructionswidrig verläßt oder nicht antritt, oder als Befehlshaber einer Truppenabtheilung oder eines festen Platzes, bei noch vorhandenen Vertheidigungsmitteln, ohne oder gegen einen vorgängigen Kriegsrathsbeschluß, in Uebergabeverhandlungen, welche jedoch keinen Erfolg haben, sich einläßt, oder aus Feigheit beim Angriffe oder der Vertheidigung seine Dienstinstructionen gar nicht oder nicht gehörig erfüllt oder aus Muthlosigkeit nicht die angemessenen Anstalten zu Ausführung seiner Dienstinstructionen trifft, ist, insofern das Verbrechen nicht nach §. 81. oder 117. (s. Militair-Verrath, Ungehorsam) die Todesstrafe nach sich zieht, mit 2jähriger Militairarbeitsstrafe 2ten Grades, auch nach Befinden mit Cassation, bis zu 20jährigem Zuchthause zu belegen. ib. §. 180. Der Befehlshaber einer Truppenabtheilung oder eines festen Platzes, welcher bei noch vorhandenen Vertheidigungsmitteln, ohne oder gegen vorgängigen Kriegsrathsbeschluß den Platz wirklich übergeben oder mit dem Feinde capitulirt hat, ist mit dem Tode zu bestrafen. ib. §. 181. **3)** Diejenigen, welche nach §. 180. cit. ihrer Dienstpflicht zuwider-

handeln, können nach erfolglos gebliebenem Aufrufe zur Pflichterfüllung durch augenblickliche Anwendung körperlicher Zwangsmittel dazu angehalten, auch selbst auf der Stelle getödet werden und es schließen die im ersteren Falle angewendeten Zwangsmittel die nachherige Anwendung der gesetzlichen Strafe nicht aus. Jedoch soll es als Milderungsgrund, nach Befinden bis zur Straflosigkeit, gelten, wenn der Schuldige vor Anstellung der Untersuchung, durch ausgezeichnetes Verhalten, seine Rückkehr zur Pflicht dargethan hat. §. 182. ib.

Dienst..., s. Amts..., Aemter, Dienstboten, Gesinde, Staatsdienst, Verjährung, Advocaten, Aerzte, Geistliche, Notare, Hebammen, Vormundschaft, Betrug, Militair...

Dienstalter. S. Staatsdienst.

Dienstansehen, s. Achtung, Betrug, Schullehrer, Staatsdienst.

Dienstanstellung. 1) Ausländer, denen ein Civilstaatsdienst oder ein öffentliches Kirchen- oder Lehramt von der Staatsbehörde übertragen wird, erlangen mit der Anstellung das Unterthanenrecht (s. d.) für sich, ihre Ehefrauen und ihre in väterlicher Gewalt befindlichen Kinder. Die Aufnahme eines Ausländers in den Sächsischen Militairdienst gewährt das Unterthanenrecht nur in sofern, als es dem erstern entweder sofort bei seinem Eintritte in den Militairdienst, oder auch später durch eine vom Ministerium des Innern auf Antrag des Kriegsministeriums ausgefertigte Verleihungsurkunde ausdrücklich beigelegt wird. G. v. 2. Juli 1852. §. 15. G.S. S. 244. **2)** S. Niederlassung, Unterthanen..., Ausländer.

Dienstarbeit. S. Arbeit, Staatsdienst.

Dienstbarkeit. S. Ablösung, Grund- u. Hyp., Reallasten, Besitz, Gemeinheitstheilung, Geringfügige R., Steinkohlen, Zusammenlegung.

Dienstbefugniß. S. Amtsbefugnisse.

Dienstbehörde. S. Anzeigen, Staatsdienst, Amtsverbr..., Antrag, Voruntersf..., Dienstvernachl..., Transport.

Dienstboten, Diener. 1) Wegen der Haus- oder Wirthschaftsbeamten, oder anderer Privatdiener, welche in ihren Dienstverhältnissen ihre Dienstherrschaften vorsätzlich benachtheiligen, um sich oder Andern einen Vortheil zu verschaffen, vergl. den Art. Dienstpflicht. **2)** Auf Diener leiden die Vorschriften wegen der Ehen der Handwerksgesellen u. Ausländer gleichfalls Anwendung. M. v. 10. Oct. 1826. §. 1. G.S. S. 231. **3)** Die Diener der katholischen Geistlichen stehen nicht unter dem kathol. Consistorium. §. 30. d. M. v. 10. Febr. 1827. G.S. S. 20. **4)** Wenn Jemand stirbt, und unmündige Kinder hinterläßt, so haben dessen Bediente, wenn weiter niemand vorhanden, den Todesfall der Obrigkeit anzuzeigen. V.O. Cap. II. §. 1. Sie können, wenn niemand vorhanden ist, zu Versiegelung des Nachlasses einen Notar requiriren. Ebend. §. 3. S. 11. ff. **5)** Citationen können ihnen für ihre Herrschaften insinuirt werden. E.P.O. ad Tit. 4. §. 2. S. 39. **6)** S. Anzeigen, Concursgläubiger, Aufenthalt, Communalgarde, Forstverbrechen, Gerichtsstand, Gesinde, Gift, Juden, Heimaths..., Münzwesen, Niederlassung, Reiselegitimationen, Staatsdienst, Vorladung, Wanderjahre, Uniform, Verjährung, Paßkarten, Haussuchung.

Dienstbücher. S. Gesinde, Elbe.

Dienste, Frohnen. **1)** Dienste und Frohnen sollten die Geistlichen, wo sie nicht hergebracht, nicht verlangen, Res. gr. v. 1661. Consf. Sachen §. 28. C.A. T.I. S. 208. **2)** Sie durften an Sonn- und Feiertagen, mit Ausnahme des unvermeidlichen Nothfalles bei Miliz- u. andern Fuhren u. in der Erndte, nicht gefordert werden, Gen.-Art. v. 1557. Tit. Wessen sich rc. C.A. T.I. S. 459., 17. Gen.Art. v. 1580. ib. S. 691., Syn.Decr. v. 1624. §. Unsre Beamten rc. ib. S. 787., §. 16. d. Rev. Syn. Decr. v. 1673. ib. S. 829., M. v. 24. Juli 1811. §. 8. C.A. C.III. T.I. S.498. u. L.C.W. T.VI. S.195. **3)** Die Spanndienste (Amtsfuhren) der Unterthanen sollten nicht willkührlich und übermäßig erfordert werden, Res. gr. v. 12. März 1603. §. 2. C.A. T. I. S. 162., Gen.-Bef. v. 1. Mai 1609. C.A. T. II. S. 1366., Res. gr. v. 23. April 1612. Tit. Rentf. §. 23. ib. S. 189., v. 22. Juni 1661. Tit. Kammer- u. Rentf. §. 6. 23. ib. S. 271. 275. **4)** Ueber

die von diesseitigen Gütern in das Herzogthum Sachsen überhaupt zu leistenden Dienste enthält die Hauptconv. v. 28. Aug. 1819. Art. II. §. 19. u. 20. G.S. S. 249. 250. u. L.C.W. T. VI. S. 377. die vereinbarten Bestimmungen. **5)** Allgemeine Rechtsgrundsätze zu Entscheidung streitiger Dienst- und Frohnsachen gab das M. v. 13. Aug. 1830. G.S. S. 121., u. v. 30. Sept. 1830. ib. S. 167. Wegen der Lausitz s. no. 8. [Vergl. über das Verfahren in solchen streitigen Sachen die ältere Bestimmung der Res. gr. v. 1661. Tit. Justitiensachen §. 36. C.A. T. I. S. 221., insbes. zur Zeit der Saat und Erndte §. 37. ib., u. Rescr. v. 26. Aug. 1815. C.A. C. III. T. I. S. 292.] **6)** Die Ablösung der Dienste, Frohnen und ähnlichen Leistungen erfolgt nach dem G. v. 17. März 1832. §. 20. ff. G.S. S. 171. S. Ablös... **7)** Wie es in Ansehung der Dienste und Frohnen und der Kost des Zwanggesindes an den seit 1831. wegfallenden oder verlegten Feiertagen gehalten werden soll, bestimmt das M. v. 16. Febr. 1831. G.S. S. 49. **8)** Das bei no. 5. erwähnte M. v. 13. Aug. 1830. kam in der Oberlausitz, nach dem G. v. 17. März 1832. §. 308. ff. G.S. S. 242., mit den Einschränkungen u. Abänderungen in der Beilage sub D. zum G. v. 17. März 1832. G.S. S. 254. bei den Ablösungsverhandlungen und den dadurch veranlaßten Entscheidungen zur Anwendung. **9)** Das, was während des Kriegs in Beziehung auf Dienste und Frohnen vor sich gegangen oder unterlassen worden, soll keinem Theile präjudicirlich sein, Ed. v. 23. März 1763. C.A. C. I. T. I. S. 856. **10)** Wegen entbehrter Naturalfrohndienste im Kriege steht dem Pachter in der Regel kein Entschädigungsanspruch zu; ist er jedoch genöthigt gewesen, dieselben ums Lohn verrichten zu lassen, so kann er, wenn er nach der 20. Dec. v. 1746. um Pachtgeldremiß bittet, den dießfallsigen Aufwand unter den Wirthschaftsausgaben mit berechnen, Gen. v. 26. Mai 1810. §. 6. C.A. C. III. T. I. S. 240. u. L.C.W. T. V. S. 98. **11)** Aeltere Best.: Laus. Amts-O. v. 1562. P. II. L.C.W. T. I. S. 23., Resol. v. 20. Juli 1621. ib. S. 610., Oberlaus. L.O. v. 2. Dec. 1651. Tit. 2. C.A. T. III. S. 450. f., Rescr. v. 1. Mai 1787. und Bef. v. 4. Juni 1787. C.A. C. II. T. I. S. 493., Rescr. v. 3. Febr. 1779. ib. S. 363., v. 13. Juli 1809. C.A. C. III. T. I. S. 233., Gen. v. 14. Jan. 1813. C.A. C. III. T. I. S. 270., O.A.Pat. v. 7. März 1814. L.C.W. T. V. S. 282. **12)** S. Ablösung, Alter, Appellation, I., Anbau, Auszug, Baudienste, Besitz, Botendienste, Dismembration, Erbregister, Erbunterthänigkeit, Erndte, Geistliche, Gemeinheitstheilung, Gemeindeleistungen, Gerichte, Gerichtsstand, Geringfüg. R., Häusler, Hausgenossen, Grund- u. Hyp..., Handbaudienste, Jagd, Kirchen- u. Schulgemeinden, Reallasten, Verjährung. — Vergl. in anderer Beziehung d. Art.: Kriegsdienste.

Diensteid. Vergl. Meineid, Zeugen, Zeugenvereidung.

Dienstеinkommen. S. Besoldung.

Dienstentlassung, s. Entlassung.

Dienstfähig. S. Communalgarde, Emeritirung, Militairpflicht.

Dienstfehler. S. Disciplin, Schullehrer, Staatsdienst.

Dienstgeheimniß. S. Geheim...

Dienstgeld. S. Verjährung.

Dienstgenuß. S. Geistliche, Besoldung, Staatsdienst.

Dienstgeschäfte, s. Amtsgeschäfte.

Dienstgesuch, s. Anstellung.

Dienstgewalt. S. Amtsbefugnisse.

Dienstherrschaft. S. Gesinde, Dienstpflicht.

Dienstjahre. S. Militairpflicht, Dienstzwang, Dienstzeit, Staatsdienst.

Dienstkleidung. S. Uniform.

Dienstknecht. S. Gesinde.

Dienstleistung. S. Arbeit, Dienste, Beihilfe.

Dienstleute. S. Dienstboten, Gesinde.

Dienstlich, s. Amtlich...

Dienstlisten. **1)** der königl. Untergerichte. Dieselben sind nicht mehr geheime, und gehen von den betreffenden Stellen nicht mehr durch die Amtshauptleute (s. d.), sondern unmittelbar an die Appellationsgerichte (s. d.). V. v. 3. Juli 1848. G.S. S. 145. **2)** Im Finanzdepartement. Auch hier sind sie nicht mehr geheime. V. v. 18. Aug. 1848. G.S. S. 171. **3)** S. noch d. Art.: Geistliche.

Dienstlohn. S. Gesinde, Concursgläubiger, A. I.

Dienstlocal, s. Amtsstube.

Dienstlos. S. Gesinde.

Dienstnachfolger, s. Nachfolger.

Dienstpferd. S. Pferde.

Dienstpflicht. **1)** Haus- od. Wirthschaftsbeamte oder andere Privatdiener, welche in ihren Dienstverhältnissen ihre Dienstherrschaften vorsätzlich benachtheiligen, um sich oder Anderen einen unerlaubten Vortheil zu verschaffen, sind, dafern nicht Art. 364. (unter Bestechung) zur Anwendung kommt, mit Gefängniß bis zu 6 Monaten zu bestrafen. Str.Gb. Art. 371. (Vorher: Art. 322. d. Cr.Gb. v. 1838. G.S. S. 186.) **2)** Militairische: s. oben: Dienste. **3)** S. Verhinderung, Staatsverrath, Aemter, Amtsverbrechen, Dienstboten, Gesinde, Ehrenrechte, Militairpflicht, Staatsdienst, Verpflichtung, Geistliche, Vertrauen, Disciplin, Begünstigung, Bestechung, Communalgarde, Gemeindeleistungen, Schullehrer.

Dienstreserve. **1)** Außer der Kriegsreserve besteht die D. Ihre Bestimmung ist, von da an, wo die active Armee auf den Kriegsfuß tritt, zur Ergänzung des Bundescontingents an Nichtstreitenden, sowie zum Ersatze des im Kriege entstehenden Mannschaftsverlustes überhaupt zu dienen. G. v. 1. Sept. 1858. §. 35. 36. G.S. S. 191. Unter Nichtstreitenden sind namentlich die Mannschaften begriffen, welche dem Fuhrwesen, der Bäckerei, den Sanitäts- und Handwerkeranstalten, den Commando-, Gerichts-, Verwaltungs- und Verpflegungsbehörden der Armee zur Besorgung der Schreiberei- und sonstigen Geschäfte zugetheilt werden. ib. §. 37. **2)** Zu der D. gehören: diejenigen Mannschaften, bei denen sich solche Fehler zeigen, die sie zwar zum Führen der Waffen u. zum Dienste in der Linie nicht vollkommen tüchtig, zu anderen militairischen Verrichtungen jedoch brauchbar u. deshalb mindertüchtig erscheinen lassen; und die wegen noch zu erwartender Körperlänge Zurückgestellten, welche während der ersten 3 Jahre ihrer 6jährigen Verpflichtung nicht zum Eintritte in den Dienst der activen Armee berufen worden sind, nach dem Ablaufe dieses 3jährigen Zeitraums. Das Nähere ib. §. 38. **3)** Die Verpflichtung zur D. dauert 3 Jahre a) bei den Mannschaften, welche bei einer Aushebung zur D. versetzt worden sind, vom 1. Jan. des auf die Aushebung folgenden Jahres; Ausnahmen hiervon können nur in soweit eintreten, als solche auf gesetzlichen Bestimmungen beruhen. §§. 39. 40. ib. b) bei denen, welchen in der Zwischenzeit von einer Aushebung zu der anderen die D.pflicht auferlegt wird, von dem Tage an, an welchem ihnen ihre Versetzung in die D. bekannt gemacht worden ist. **4)** Während der Dauer dieser Verpflichtung sind die Mannschaften der D. unter Controle zu halten und haben sich in jedem der ersten beiden Jahre in dem für die Militairpflichtigen der laufenden Altersclasse bestimmten Anmeldungstermine unter Vorzeigung ihrer Geburts- oder Gestellscheine bei der Ortsobrigkeit persönlich anzumelden, oder bei dringender Abhaltung durch Beauftragte anmelden zu lassen und über ihren Aufenthalt Auskunft zu geben ib. §. 41. **5)** Die Einstellung der D. in die Armee erfolgt nach Altersclassen in der Reihenfolge, welche der Tag der Geburt an die Hand giebt. Bei Gleichheit des Alters entscheidet das Loos. Die Mannschaften der jüngsten Altersclasse sind zuerst, bei weiterem Bedarfe die der im aufsteigenden Alter folgenden Classe in den Dienst zu berufen. ib. §. 42. **6)** Die Anmeldung der zur D. gehörenden Mannschaften erfolgt am 1. Nov. jeden Jahres der Anmeldungsverpflichtung. V. v. 1. Sept. 1858. §. 134. G.S. S. 234. Zu Vermeidung von Anmeldungsversäumnissen haben die Ortsobrigkeiten gewisse in §. 135. ib. näher vorgezeichnete öffentliche Erinnerungen zu erlassen. Sollte eine solche unterblieben, oder nicht rechtzeitig erfolgt sein, so werden durch ein dergleichen Versehen Anmeldungsversäumnisse gleichwohl nicht entschuldigt. §. 135. cit. **7)** Nächstdem haben die Ortsobrigkeiten und Polizeibehörden in den an Dienstreservisten auszustellenden Heimaths- und Verhaltscheinen, Reise- und Wanderlegitimationen, Dienstbüchern und Arbeitsattesten der D.-pflicht, der Zeit, wenn solche sich endigt, und

der während derselben eintretenden Anmeldungstermine (oben 4.) mit zu gedenken, auch die Empfänger entsprechend mündlich zu bedeuten. Ang. V. v. 1. Sept. 1858. §. 136. G.S. S. 234. Ferner haben sie über die bei ihnen angemeldeten D.mannschaften nach vorgeschriebenem Schema Listen anzufertigen, welche in einem, §. 137—139. G.S. v. 1858. S. 234. näher bestimmten Wege der Prüfung des Amtshauptmanns u. des Kriegsministeriums unterliegen, und zur Controlirung der D.pflichtigen dienen. **8)** Frühere Verfassung: G. u. V. v. 26. Oct. 1834. G.S. S. 251. f. 279. f., V. v. 25. April 1835. G.S. S. 253., V. v. 1. Mai 1842. G.S. S. 76., G. v. 1. Aug. 1846. G.S. S. 113., V. v. 1. Aug. 1846. G.S. S. 151. **9)** Vergl. noch den Art.: Armee.

Dienstsachen, s. Amtsgeschäfte.

Dienstsiegel. S. Siegel.

Dienstunfähigkeit, s. die Nachweise unter: Unfähig.

Dienstuntüchtigkeit, s. Armee, Recrutirung.

Dienstverbrechen. S. Amtsverbrechen, Disciplin, Post, Staatsdienst, Schullehrer, Steuerbehörden.

Dienstverhältniß. S. Dienstpflicht, Dienstvernachl..., Dienstboten, Gesinde, Staatsdienst, Gewerbsgehilfen, Lehrlinge, Mißbrauch.

Dienstvermiethung. S. Gesinde.

Dienstvernachlässigung. **1)** Haben Staatsdiener oder andere in besonderen öffentlichen Pflichten stehende Personen in irgend einer anderen, nicht als eigentliches Amtsverbrechen (s. d.) anzusehenden Beziehung den ihnen vermöge der Gesetze, ergangener Verordnungen und Befehle, oder besonderer Instructionen obliegenden Verpflichtungen zuwider gehandelt, so wird solches von der Dienst- oder Aufsichtsbehörde im disciplinarischen Wege geahndet. Str.Gb. v. 1855. Art. 375. **2)** S. Dienstpflicht.

Dienstwaffen. S. Gendarmen, Zoll...

Dienstwohnung. S. Amtswohnungen.

Dienstzeit, **1)** bei der Landwirthschaft. Die sonst gesetzlich 4jährige D. bei der Landwirthschaft für die vom Bauernstande, welche ein Handwerk erlernen wollten, [vergl. d. M. v. 6. Nov. 1766. C.A. C. I. T. I. S. 915., Gen. v. 31. März 1767. ib. S. 947., Rescr. v. 18. Nov. 1777., Gen.-Inn.Art. v. 1780. Cap. I. §. 1. C.A. C. II. T. I. S. 737. 762., L.C.W. T. IV. S. 278. u. C.A. C. II. T. III. S. 161., Rescr. v. 21. Juni 1828. G.S. S. 61., Abl.G. v. 1832. §. 53. G.S. S. 180.] ist aufgehoben. G. v. 15. Juni 1833. G.S. S. 65. **2)** In andern Beziehungen vergl. die Art.: Dienstreserve, Militairpflicht, Kriegsreserve, Gesinde, Staatsdienst.

Dienstzeugnisse. S. in Betreff des widerrechtlichen Gebrauchs fremder dergleichen den Artikel: Persönlichkeit. In anderer Hinsicht: Gesinde, Dienstreserve.

Dienstzeugnißbücher. S. Elbe, Gesinde, Dienstreserve, Kriegsreserve.

Dienstzwang (Kinderdienstzwang). **1)** Der D., worüber das M. v. 13. Aug. 1830. §. 55. f. G.S. S. 140. f. allgemeine Rechtsgrundsätze gab, ist einschließlich der Vormiethe der Unterthanenkinder durch das G. v. 17. März 1832. §. 53. G.S. S. 180. aufgehoben. S. noch das G. v. 15. Juni 1833. §. 4. G.S. S. 65. [Aeltr. Recht: Ges.-O. v. 24. Mai 1651. Tit. III. C. A. T. I. S. 1526., Pol.O. v. 1661. Tit. XXIII. Cap. III. ib. S. 1596., Ges.O. v. 16. Juli 1735. Tit. 7. C. A. C. I. T. I. S. 635., v. 16. Nov. 1769. Tit. 7. ib. S. 981.] **2)** S. Erbunterthänigkeit, Gerichtsbarkeit.

Dies, s. Termin, Zeit, Tag.

Diffamation. S. Provocationsproceß.

Differenz. S. Proceß, Rechnung..., Competenzstreitigkeiten.

Diffession. S. Eid, Executionsverfahren, Executivproceß, Urkunden, Wechselverfahren.

Dikasterien. **1)** Die D. sollten im Sprechen Gleichheit halten, und sich eigenmächtiger Interpretationen der Landesgesetze enthalten, zweifelhafte Fälle aber einberichten, Bef. v. 15. Dec. 1606. C.A. T.I. S. 1051., Res. gr. v. 1661. Justizf. §. 49. ib. S. 227., Rescr. v. 13. Sept. 1709. C.A. C. III. T. I. S. 185., Bef. v. 4. Aug. 1712. C.A. T. I. S. 1805., Rescr. v. 6. Aug. 1772. C.A. C. II. T. I. S. 670., Bef. v. 24. Sept. 1777. ib. S. 347. **2)** Geringere Sachen sollen von den D. binnen 3, wichtigere binnen 6 Wochen versprochen

und soll die Zeit des Eingangs der Acten und Abfertigung des Urtels jedesmal auf letzterem bemerkt werden, E.P.O. ad Tit. 34. §. 3. S. 177., und O.A.Pat. v. 18. Jan. 1808. §. 3. L.E.W. T. V. S. 30. Die Acten sind bei den D. abzulösen, E.P.O. a.a.O. S. wegen der Untersuchungssachen den Art.: Erkenntnisse. **3)** Die D. sollten vorkommenden Falls Richter- und Advocatenstrafen zuerkennen, M. v. 8. Aug. 1735. C.A. C.I. T.I. S. 303., sich des Verspruchs von Untersuchungen wegen Beleidigung des Königs, dafern jener nicht angeordnet worden, enthalten, Rescr. v. 13. April 1739. ib. S. 315., und wenn landesh. Gerechtsame in Frage kamen, Bericht erstatten. Rescr. v. 14. April 1739. ib. **4)** Die D. sollten, nachdem den Lausitzer Behörden die Actenversendung an ausländische Behörden untersagt worden war, Rescr. v. 7. Juli 1739. L.E.W. T. I. S. 159., die Rechtssachen der Lausitz, mit Berücksichtigung der Laus. Verfassung, und überhaupt inländ. Rechtssachen möglichst beschleunigen, Rescr. v. 7. Juli 1739. C.A. C. I. T. I. S. 317., Rescr. v. 6. Febr. 1775. C.A. C. II. T. III. S. 741., ganz besonders auch die Entscheidungen im Processe zwischen Herrschaften und Unterthanen, Bef. v. 21. Nov. 1791. C.A. C.II. T.I. S. 507. **5)** Sie sollten, wenn die Zurechnungsfähigkeit eines Inculpaten in Frage kommt, mit der medicinischen Facultät in Leipzig communiciren, Rescr. v. 8. April 1797. C.A. C. II. T. I. S. 521., in der Oberlaus. Rescr. v. 4. Aug. 1797. C.A. C. II. T. III. S. 569. u. L.E.W. T. IV. S. 472. **6)** S. Appellationsgerichte, Anzeigen, Beschwerdeführung, Berggerichtsbarkeit, Leipzig, Rechtsfragen, Rechtskraft, Suspension.

Dilation, 1) zur Anstellung der Hauptklage, s. Klage. **2)** Beweis- u. Gegenbeweisverfahren: s. Beweis. **3)** Außerdem vergl. die Citate unter: Verlängerung.

Diligenz, s. Aufmerksamkeit, Unbedachts... Andere Nachweise stehen unter: Fleiß.

Dimission, s. Entlassung.

Dimissionsschein. S. Zwickau.

Dinglichkeit. S. Grund- u. Hyp., Pfandrecht, Reallasten, Eigenthum.

Dingpflichtig. S. Gerichtsstand.

Diplom. S. Doctorwürde, Aemter, B.

Dippoldiswalde. 1) Die im dortigen Amtsbezirke wohnenden Katholiken gehören in die Pfarrei der kathol. Hofkirche zu Dresden, Bef. v. 1. Febr. 1828. G.S. S. 11. **2)** Die dasige Sparcasse: Decr. v. 4. Nov. 1849. G.S. S. 291.

Direction. S. Zwickau, Kreisdirectionen, Rückfall, Schärfung.

Directoren. S. Communalgarde, Gerichte, Patrimonialgerichte, Landes-Versorg..., Seminarien, Stempelsteuer, Eisenbahnen u. T.

Directorium. S. Commissarien, Bürgermeister, Vorstände.

Disciplin. 1) Für die Handhabung der D. in den Elementar-Volksschulen sind das G. v. 6. Juni 1835. §. 54. 61. 69. G.S. S. 291. f., und die V. v. 9. Juni 1835. §. 75. ff. 137. 156. 161. ib. S. 317. ff. maßgebend. Man sehe dazu das Syn.Decr. v. 1624. §. Mit der D. C.A. T. I. S. 792., und §. 49. des Rev. Syn.Decr. v. 1673. ib. S. 833. **2)** In Bezug auf die D. in den städt. Gymnasien s. die V. v. 21. März 1835. §. 5. G.S. S. 207., **3)** in besonderer Beziehung auf die Fürstenschulen: die Schul-O. v. 17. März 1773. Cap. I. §. 13., Cap. II. §. 1. f., C.A. C. II. T. I. S. 72., **4)** auf die Universität: G. für d. Stud. v. 29. März 1822. §. 52. f. G.S. S. 303. Ueber die Disciplinargerichtsbarkeit der Universität vergl. demnächst das Regul. v. 12. März 1822. §. 7. ib. S. 189. und §. 5. f. das Regul. v. 28. Febr. 1829. G.S. S. 87. **5)** Die Handhabung der Kirchendisciplin steht den Kreisdirectionen zu, V. v. 10. April 1835. §. 2. sub 2. G.S. S. 243. Vorschriften über die Handhabung der Kirchen-D. enthalten: der 17. Gen.Art. v. 1580. C.A. T. I. S. 690., Res. gr. v. 1661. Cons.S. §. 17. C.A. T. I. S. 203., das Rev. Syn.Decr. v. 1673. §. 12. ib. S. 828., der Bef. v. 1. Oct. 1677. ib. S. 839., v. 20. Aug. 1788. C.A. C. II. T. I. S. 295., die Gen.V. v. 19. Dec. 1788. ib. S. 206., bei den Katholiken: das M. v. 19. Febr. 1827. §. 32.

G.S. S.20. **6)** Die in den verschiedenen Zweigen der Staats- und Kirchen-Verwaltung sowie für verschiedene öffentliche Institute erlassenen Disciplinargesetze bestehen neben dem Str.Gb. im Kraft. S. Strafgesetzbuch. **7)** Im Betreff der militairischen Disciplinargewalt, deren Grenzen und Maßregeln sehe man die Art.: Militairstrafgesetzbuch, Degradation, Strafarten, Entlassung nach. **8)** Die D. der Communalgarde: das Regul. in der G.S. v. 1831. S. 36. 147. 150. mit dem G. v. 25. Juni 1840. und der V. v. 8. Oct. 1840. G.S. S. 132. 236. **9)** Die Disciplinarsachen gegen Geistliche u. Schullehrer, insbesondere wenn deren Remotion, Suspension oder Emeritirung wider ihren Willen unter Beisetzung eines Substituten in Frage kommt, gehören vor das Plenum d. Kreisdirectionen, V. v. 10. April 1835. §. 4. b. G.S. S. 244., V. v. 20. Juni 1835. Cod. des S.K.R. S. 396. not.* **10)** Die geringen Disciplinarfälle gegen kathol. Schullehrer, weltliche Kirchendiener und Todengräber gehören vor das kathol. geistl. Consistorium, Anh. sub ⊙ no. 12. beim M. v. 19. Febr. 1827. G.S. S. 28. **11)** Die Disciplinarstrafen für die Studirenden in Leipzig können nicht in Geldstrafen verwandelt werden. §. 179. der Ges. für die Stud. zu Leipzig v. 29. März 1822. G.S. S. 326. **12)** Ueber das Disciplinarverfahren gegen Mitglieder des Königlichen Hauses enthält das Haus-G. v. 30. Dec. 1837. §. 76. f. G.S. S. 69., **13)** über das gegen Staatsdiener d. G. v. 7. März 1835. G.S. S. 169. (s. Staatsdienst) und **14)** für das gegen pflichtsäumige Schullehrer (s. d.) das G. v. 6. Juni 1835. §. 52. G.S. S. 290. die vorhandnen allgemeinen Bestimmungen. Das Verfahren gegen die Schullehrer liegt den Kreisdirectionen ob, V. v. 9. Juni 1835. §. 172. G.S. S. 349. **15)** In andern Beziehungen vergl. die Art.: Gefangene, Befreiung, Amtsverbr..., Advocaten, Beschwerdeführung, Candidaten, Dienst..., Gefängnißstrafe, Gendarmen, Gerichtsstand, Hospitäler, Localschulinspectoren, Militairverbrechen, Ministerialdepartements, Polizei, Post, Verwaltungsbehörden, Zumessung.

Disciplinarsachen. S. Anzeigen, Disciplin, Appellation, I. 2., Beschwerdeführung.

Discontinua servitus. S. Besitz.

Disconto, s. Interusurium, Regreß Mangels Zahlung.

Dismembration. **1)** Vom 1. Jan. 1844. an (§. 13. d. V. v. 30. Nov. 1843. G.S. S. 261.) darf von einem Rittergute oder einem andern bei dem Appellationsgerichte zu Dresden oder Budissin zu Lehn gehenden Gute künftig auf einmal oder nach und nach nur so viel abgetrennt werden, daß 2/3 der am Schlusse d. J. 1843. auf dem Grund und Boden, mit Ausschluß der Gebäude, haftenden Steuereinheiten bei dem Stammgute verbleiben. G. v. 30. Nov. 1843. §. 1. G.S. S. 255. **2)** Nur die innerhalb d. ländlichen Gemeindebezirke gelegenen und als geschlossen zu betrachtenden Grundstücke sind in Bezug auf die Abtrennung einzelner Theile derselben einer Beschränkung unterworfen. G. v. 30. Nov. 1843. §. 2. G.S. S. 255. **3)** Eine solche Beschränkung findet nicht Statt: a) bei den innerhalb der städtischen Gemeindebezirke gelegenen Grundstücken; b) bei allen walzenden Grundstücken; c) bei Dorf-Auen oder Angern und Gemeindegrundstücken. ib. no. 1. 2. 3. **4)** Von geschlossenen Grundstücken darf auf einmal oder nach und nach nur so viel abgetrennt werden, daß 2/3 der am Schlusse d. J. 1843. auf deren Grund und Boden, ausschließlich d. Gebäude, haftenden Steuereinheiten bei dem Stammgute verbleiben. G. v. 30. Nov. 1843. §. 3. G.S. S. 256. **5)** Es finden aber hiervon Ausnahmen Statt: a) bei Weinbergsgrundstücken; b) im Falle des Tausches, sofern bei nicht völliger Gleichheit d. Parcellen das Grundstück, welches die geringere erhält (G.S. v. 1851. S. 373.), sich nicht über 1/8 seiner der Regel nach unzertrennlichen Steuereinheiten verringert; c) zum Zwecke des Betriebs der Handelsgärtnerei; d) bei Abtrennungen zu öffentlichen Zwecken; e) zu Erbauung neuer Wohnhäuser, in so-

fern ein auf andere Weise nicht zu befriedigendes Bedürfniß an Wohnungen am Orte vorhanden ist; f) zu Anlegung von Gewerbs- u. Fabriketablissements; g) zu wirthschaftlichen Zwecken, namentlich zu Anlegung von Wiesenbewässerungen, zum Aufbau von Wirthschaftsgebäuden und zur Vergrößerung von Hofrheden, sowie zur Abrundung des Gutsumfangs. Es darf jedoch aus allen diesen unter c. e. u. g. aufgeführten Gründen auf einmal oder nach u. nach mehr nicht als 1/8 der vom Stammgute unzertrennbaren Steuereinheiten abgetrennt werden. G. v. 30. Nov. 1843. §. 4. G.S. S. 256. **6)** Den Regierungsbehörden bleibt es vorbehalten, über die gesetzlichen Beschränkungen hinaus dispensationsweise Abtrennungen in einzelnen geeigneten Fällen zu gestatten. G. v. 30. Nov. 1843. §. 5. G.S. S. 256. **7)** Bis zur Vollendung der Grund- und Hypothekenbücher wurden zu dem Complexe eines geschlossenen Gutes oder Grundstückes alle diejenigen einzelnen Parcellen gerechnet, welche zeither rechtlich dazu gehörten. ib. §. 6. Vergl. deswegen die Instr. für die Steuer-Revisoren v. 14. Oct. 1799. §. 28. C.A. C. II. T. II. S. 1075. Seit Aufstellung der Grund- und Hypothekenbücher werden diese letztern für die Beurtheilung der Pertinenzeigenschaft zum Anhalt genommen. §. 6. cit. des G. v. 30. Nov. 1843. **8)** Was von einem geschlossenen Grundstücke abgetrennt wird, erhält die Eigenschaft eines walzenden Grundstücks, wenn es nicht in Folge Tausches in einen geschlossenen Complex eintritt. ib. §. 7. S. 257. Auch in einem solchen Falle, ebenso wenn Trennstücke od. walzende Grundstücke mit einem geschlossenen Complexe consolidirt worden sind, treten bei D. die §§. 1. und 3. cit. unverändert ein. ib. **9)** Entstehen auf Avulsen oder andern walzenden Grundstücken neue Nahrungen, so bilden die Steuereinheiten, welche nach der erfolgten neuen Steuerregulirung auf ihnen und dem dazu gehörigen Grund und Boden haften, einen neuen geschlossenen Complex, auf welchen bei künftigen Dismembrationen die §§. 1. und 3. cit. enthaltenen Beschränkungen ebenfalls Anwendung finden. G. v. 30. Nov. 1843. §. 7. G.S. S. 257. **10)** Ein gesetzliches Vorkaufsrecht findet künftig bei Abtrennungen nicht Statt, es kann sich jedoch ein solches ausdrücklich bedungen werden. §. 8. ib. [Aeltres Recht: M. v. 26. Jan. 1732. C.A. C. I. T. II. S. 157., Dec. 17. v. 1746. C.A. C. I. T. I. S. 354., Rescr. v. 19. Nov. 1753. C.A. C. I. T. II. S. 283., Gen. v. 15. Aug. 1766. C.A. C. I. T. II. S. 345., Gen.-B. v. 4. Mai 1784. C.A. C. II. T. II. S. 979., M. v. 24. März 1810. qu. VII. §. 3. C.A. C. III. T. II. S. 468.] **11)** Alle, das D.swesen angehenden früheren gesetzlichen Bestimmungen sind aufgehoben. §. 11. ib. **12)** Die Abtrennung eines Grundstücks oder Realrechts von einem Immobile, dessen Zubehörung oder Bestandtheil es ist, kann der Regel nach nicht anders geschehen, als mit Einwilligung der darauf versicherten Gläubiger. §. 56. u. 64. d. G. v. 6. Nov. 1843. G.S. S. 201. 203. Diese kann aber, wofern nicht ein ausdrücklicher Widerspruch vorliegt, vom Richter ergänzt werden, wenn nach dessen pflichtmäßigem Ermessen eine Gefährdung der Gläubiger hinsichtlich ihrer Forderungen aus der Abtrennung wegen verhältnißmäßiger Geringfügigkeit der Forderungen oder des abzutrennenden Grundstücks offenbar nicht entstehen kann; hierzu ist bei Grundstücken, deren Grund- und Hypothekenbehörde ein Untergericht ist, nur das vorgesetzte Appellationsgericht ermächtiget. §. 57. d. G. v. 6. Nov. 1843. G.S. S. 201. Wegen der gutachtlichen Berichtserstattung s. d. V. v. 15. Febr. 1844. §. 23. G.S. S. 42. nach; vergleiche ferner: wegen der in dergleichen Fällen auf die Hypotheken des erbländischen ritterschaftl. Creditvereins und der Oberlausitzer landständischen Bank zu nehmenden Rücksicht die Art.: Creditverein, 22., Oberlausitzer L. B. **13)** Die Einwilligung eines Auszugsberechtigten kann, wenn für ihn keine Gefahr und kein Nachtheil aus der Abtrennung entsteht, auch vom Unterrichter nach pflichtmäßigem Ermessen ergänzt werden, und kann solchenfalls selbst sein ausdrücklicher Widerspruch die Abtrennung nicht hindern. §. 57. d. G. v. 6. Nov. 1843.

G.S. S. 201. **14)** Untergerichte haben den auf Antrag des Besitzers an das Appellationsgericht zu erstattenden Berichten einen vollständigen Auszug des Foliums des Grundstücks aus dem Grund- u. Hypothekenbuche mit Angabe der Summe der auf dem ganzen Grundstücke samt seinen Zubehörungen haftenden Steuereinheiten und ihr Gutachten beizufügen. V. v. 15. Febr. 1844. §. 23. G.S. S. 42. **15)** Die ohne Vorbehalt erklärte od. vom Richter ergänzte Einwilligung der Gläubiger in die Abtrennung gilt als Aufgebung ihrer dinglichen Rechte an dem abzutrennenden Grundstücke. G. v. 6. Nov. 1843. §. 58. G.S. S. 202. **16)** Willigen die Gläubiger nur mit Vorbehalt ihrer dinglichen Rechte in die Abtrennung, so haben sie Anspruch darauf, daß ihre Forderungen so, wie sie auf dem Folium des Grundstücks, zu welchem das Trennstück bisher gehörte, eingetragen sind, auch auf dem neuen Folium des abgetrennten Grundstücks, oder dem Folium des Grundstücks, dessen Zubehörung es wird, eingetragen werden. ib., und V. v. 15. Febr. 1844. §. 24. G.S. S. 42. **17)** Ist der Gegenstand d. Forderung ein Auszug, so giebt ein solcher neuer Eintrag dem Auszugsberechtigten nur ein subsidiarisches Recht gegen den Besitzer des Trennstücks. G. v. 6. Nov. 1843. §. 58. cit. [Vorher: Gen. v. 4. Mai 1784. C. A. C. II. T. II. S. 980., Bek. des O.A.Ger. v. 2. Oct. 1839. no. 38. G.S. S. 286.] **18)** Wegen der auf einem Grundstücke haftenden Reallasten bedarf es der Einwilligung der Berechtigten zu Grundstücksabtrennungen nicht; es ist aber ein verhältnißmäßiger Theil dieser Reallasten auf das Trennstück zu repartiren, ehe dasselbe im Grund- und Hypothekenbuche vom Hauptgute abgeschrieben wird. Dieser Repartition ungeachtet bleibt den Berechtigten das Hauptgut, sofern sie es nicht Anspruchs entlassen haben, wegen des auf das Trennstück gelegten Antheils von Reallasten subsidiarisch verhaftet. §. 59. d. G. v. 6. Nov. 1843. G.S. S. 202 **19)** Der auf das Trennstück repartirte Theil der Reallasten ist auf dem neuen Folium des abgetrennten Grundstücks oder dem Folium des andern Grundstücks, zu welchem es hinzugeschlagen wird, einzutragen. V. v. 15. Febr. 1844. §. 26. G.S. S. 43. **20)** Die Frage, ob eine Abtrennung nach den Bestimmungen des G. v. 30. Nov. 1843. §. 1. 2. 3. u. 4. statthaft sei, steht, so viel die im §. 1. gedachten Güter anlangt, der betreffenden Kreisdirection und im Uebrigen der Ortsobrigkeit als Verwaltungsbehörde und in höherer Instanz beziehendlich der betreffenden Kreisdirection und dem Ministerium des Innern zu. V. v. 30. Nov. 1843. §. 1. G.S. S. 258. **21)** Ist in Gemäßheit des G. v. 9. Sept. 1843., die Einführung des neuen Grundsteuersystems betreffend, eine Vertheilung oder neue Regulirung der Steuern erforderlich; so ist solche von der Steuerbehörde und daher in den Städten, wo die A.St.O. eingeführt ist, vom Stadtrathe, wegen aller übrigen Orte aber von der betreffenden Bezirkssteuereinnahme zu bewirken. §. 2. d. ang. V. **22)** Die Beurtheilung, ob der, welcher eine Grundstücksabtrennung vornehmen will, an sich, sowie in Ansehung des abzutrennenden Grundstücks dispositionsfähig oder dispositionsberechtigt sei, ingleichen die Wahrnehmung der Rechte der hypothekarischen Gläubiger und anderer dritter Interessenten, und die in diesen privatrechtlichen Beziehungen vorzunehmenden Erörterungen und Regulirungen gehören vor die Grund- und Hypothekenbehörden. V. v. 30. Nov. 1843. §. 3. G.S. S. 254., G. v. 28. Jan. 1835. §. 24. G.S. S. 61., u. G. v. 30. Nov. 1843. §. 9. G.S. S. 257. **23)** Vor letztre gehört auch die Vertheilung der auf Privatrechtstiteln beruhenden Reallasten; wegen fiscalischer Gefälle dieser Art hat sich die Grund- und Hypothekenbehörde mit dem betreffenden Rentamte einzuvernehmen. §. 3. d. V. v. 30. Nov. 1843. G.S. S. 254., §. 25. d. V. v. 15. Febr. 1844. G.S. S. 42. **24)** Die verhältnißmäßige Vertheilung der übrigen öffentlichen Lasten ist bei den oben unter 1. gedachten Gütern von der Kreisdirection und wegen der oben unter 2. ff. bemerkten Güter und Grundstücke von d. Ortsverwaltungs-

behörde, soweit nöthig nach vorheriger Befragung der Betheiligten und Vernehmung mit dem betreffenden Rentamte, zu bewirken. V. v. 30. Nov. 1843. §.4. G.S. S. 259. **25)** D.sgesuche sind bei der Grund- und Hypothekenbehörde anzubringen. ib. §. 5. Für die Einrichtung des Gesuchs und das Verfahren der Behörden darauf sind: §. 5. f. d. V. v. 30. Nov. 1843. G.S. S. 259., ferner §. 7. d. V. v. 26. Oct. 1843. G.S. S. 154., die Instr. in der G.S. v. 1843. S. 160. f., und die V. v. 12. Juli 1851. G.S. S. 289. f. maßgebend. Was insbesondere die Gerichte zu beachten und zu besorgen haben, wenn zu einer das gesetzliche Maß überschreitenden D. von der betreffenden Behörde Dispensation ertheilt, diese aber an die Bedingung geknüpft wird, daß die Erwerber der Trennstücke diese mit ihrem bereits vorhandenen Grundbesitze consolidiren (s. Zusammenschlagung), und sich dabei einer Beschränkung der D.sfreiheit unterwerfen, darüber ist die V. v. 26. Febr. 1853. G.S. S. 33. nachzusehen. Im Allgemeinen ist thunlichste Vereinfachung des Verfahrens vorgeschrieben, auch ist die nöthige Vernehmung unter den betreffenden Behörden durch Mittheilung der Acten mittelst kurzer Registratur zu bewirken, und in dieser selbst das Erforderliche anzumerken, oder durch beglaubigte Abschriften aus den zu haltenden besondern Acten actenkundig zu machen. V. v. 30. Nov. 1843. §. 9. G.S. S. 261. **26)** In Ansehung der Lehngüter der Oberlausitz hat das Appellationsgericht zu Budissin bei der ihm als Grund- und Hypothekenbehörde zustehenden Beurtheilung der Dispositionsberechtigung die besonderen Lehnsverhältnisse in der Oberlausitz und die den Vasallen nach dem Ferdinand. Privilegium v. 1544. L.C.W. T. I. S. 1026. u. C.A. T. III. S. 347. und der Lehns-O. v. 1652. ib. S. 351. u. L.C.W. T. I. S. 1037., sowohl dem Rescr. v. 24. Juli 1724. zustehende größere Dispositionsfreiheit zu beachten. ib. §. 12., V. v. 25. Juli 1825. §. 6. G.S. S. 97. — Im Allgemeinen soll die D. der mit Zinsen u. Leistungen behafteten Bauergüter im Wege des Executionsverfahrens vermieden werden. Pr.O. Tit. 39. §. 9. S. 206., u. in der Lausitz A. u. G.O. v. 1612. P. II. L.C.W. T. I. S. 24. **27)** Beim Liquidiren der Kosten haben sich die Verwaltungsbehörden nach der (ungedr.) Taxe v. 1834. zu richten, u. vergl. d. Art. Steuersachen. Im Allgemeinen sind Gebühren u. Verläge wie zeither abzuentrichten. §. 11. d. V. v. 30. Nov. 1843. G.S. S. 261., G. v. 9. Sept. 1843. §. 42. G.S. S. 107. [Aufgehoben ist die Taxe am Gen. v. 4. Mai 1784. C.A. C. II. T. II. S. 989.] **28)** Will der Besitzer eines verpflichteten Grundstücks nach erfolgter Ablösung mit einer an den Berechtigten zu zahlenden Rente, während letztre noch auf dem Grundstücke haftet, dasselbe dismembriren, so kann ihn der Berechtigte, dafern eine D. sonst zulässig ist, daran nicht hindern, es ist aber dem Berechtigten von dem anzustellenden Verhöre zu Wahrnehmung seiner Gerechtsame Nachricht zu geben. Er kann zur Bedingung seiner Einwilligung in die D., welche außerdem unterbleiben muß, machen, daß die Zahlung des Capitalbetrags desjenigen Rate der ihm gebührenden Rente, welche nach Verhältniß auf das Trennstück zu legen sein würde, noch vor Eintragung des über dessen Abtretung zu errichtenden Vertrags erfolge, §. 47. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 178., §. 59. d. G. v. 6. Nov. 1843. G.S. S. 202., §. 25. d. V. v. 15. Febr. 1844. G.S. S. 42. **29)** Ueber das Verfahren bei D. von Grundstücken, auf welche an die Landrentenbankverwaltung überwiesene Ablösungsrenten übernommen worden sind, vergl. d. G. v. 17. März 1832. §. 48. G.S. S. 179., die durch die V. v. 30. Nov. 1843. §. 2. G.S. S. 258. bestätigte V. v. 15. Febr. 1841. G.S. S. 15., und §. 59. d. G. v. 6. Nov. 1843. G.S. S. 202., sowie §. 25. d. V. v. 15. Febr. 1844. G.S. S. 42. — In besondrer Beziehung auf die Vertheilung der zur Landrentenbank überwiesenen Ablösungsrenten bei Grundstücksexpropriationen für Eisenbahnen: V. v. 3. Juli 1835. §§. 16. 17. G.S. S. 380., V. v. 5. März 1844. G.S. S. 122., V. v. 26. Febr. 1859. G.S. S. 48. f.

Nach dieser letztern V. traten die Bestimmungen in §§. 16. und 17. der V. v. 3. Juli 1835. wegen der Zulässigkeit freier Vereinigungen zwischen den Eisenbahnunternehmern und den betroffenen Grundbesitzern bezüglich der Oblastenvertheilung auch wegen der auf den betroffenen Grundstücken haftenden Ablösungsrenten, in soweit solche der Landrentenbank überwiesen sind, außer Wirksamkeit. Die Vertheilung jener Renten geschieht vielmehr seitdem lediglich nach Vorschrift der V. v. 15. Febr. 1841. G.S. S. 15. jedoch mit der Modification, daß die Rentenvertheilung nicht von der sonst in D.sfällen zuständigen Steuerbehörde, sondern von der Straßenbaucommission bewirkt wird. **30)** Die von schriftsässigen Rittergütern abgetrennten Parcellen, namentlich ganze Dörfer mit Gerichten, behielten die Schriftsässigkeit, jedoch nicht unbedeutende Pertinenzen, Bef. v. 2. März 1769. C.A. C.II. T.I. S. 327. **31)** Aeltr. Gesetzgebung über das D.swesen: F.- u. H.O. v. 8. Sept. 1560. §. Gleichergestalt C.A. T. II. S. 495., Lauf. A. u. G.O. v. 1612. P. II. L.C.W. T. I. S. 24., Bef. v. 25. April 1623. C.A. T. II. S. 11., Bef. v. 16. Nov. 1637. ib. S. 1423., Dec. 65. v. 1661. C.A. T.I. S.326., O.A.Pat. v. 17. Jan. 1669. L.C.W. T. I. S. 402., Bef. v. 27. Nov. 1695. C.A. T. II. S. 1540., Ausschr. v. 8. Febr. 1710. ib. S. 1606., Bef. v. 23. Febr. 1716. ib. S. 1636., Gen.VV. v. 13. Aug. 1717. C.A. T. I. S. 1875., C.A. T. II. S. 1647., Rescr. v. 23. Nov. 1726. C.A. C.I. T.II. S. 133., M. v. 26. Jan. 1732. ib. S. 157., Rescr. v. 24. Dec. 1740. ib. S. 201., Dec. 17. v. 1746. C.A. C. I. T. I. S. 354., Rescr. v. 19. Nov. 1753. C.A. C. I. T. II. S. 283., Gen. v. 16. Juli 1755. §. 3. C.A. C. I. T. I. S. 1523., Res. gr. v. 1763. ad 13. ib. S. 122., Ausschr. v. 26. Nov. 1764. §. 4. C.A. C. I. T. II. S. 320., Gen. v. 15. Aug. 1766. ib. S. 345., Gen. v. 29. Febr. 1768. ib. S. 353., M. v. 28. April 1781. Cap. I. §. 1. C.A. C. II. T. II. S. 671., C.A. C. II. T. III. S. 658. u. L.C.W. T. III. S. 209., Gen.V. v. 4. Mai 1784. C.A. C. II. T. II. S. 979., Instr. f. d. Steuer-Revis. v. 14. Oct. 1799. §. 28. C.A. C. II. T. II. S. 1075., M. v. 24. März 1810. qu. VII. C.A. C. III. T. II. S. 467., Rescr. v. 3. Juli 1812. C.A. C. III. T. II. S. 488., Gen. v. 31. März 1817. ib. S. 564., Gen.V. v. 25. Juni 1822. §. 6. G.S. S. 371., Rescr. v. 28. Juni 1822. G.S. S. 374., M. v. 11. Jan. 1823. G.S. S. 21., V. v. 25. Juli 1825. G.S. S. 97., M. v. 18. Jan. 1826. G.S. S. 16., Gen.V. v. 12. Juni 1826. G.S. S. 169., V. v. 5. April 1827. G.S. S. 95., Ordonn. v. 19. Juli 1828. 1. Th. §. 264. 273. G.S. 126., Gen.V. v. 25. Aug. 1828. G.S. S. 205., V. v. 14. Dec. 1831. G.S. S. 357., G. v. 17. März 1832. §. 14. f. G.S. S. 170., V. v. 2. Nov. 1833. §. 5. G.S. S. 128., V. v. 1. Nov. 1834. §. 5. G.S. S. 312., Gen.V. v. 23. Mai 1835. §. 8. f. G.S. S. 264., G. v. 3. Juli 1835. §. 8. G.S. S. 373., V. v. 3. Juli 1835. §. 15. f. ib. S. 379., V. v. 14. März 1836. G.S. S. 73., V. v. 16. Dec. 1836. G.S. S. 9., V. v. 30. Jan. 1838. G.S. S. 38. **32)** Auf die Grundstückszertrennung nehmen auch noch Bezug die Artikel: Abgaben, Ablösung, Anlagen, Expropriation, Feldmesser, Grundsteuer, Grund- u. Hyp., Gutsherrliche Rechte, Jagdrecht, Pertinenzen, Pfandrecht, Reallasten, Straßenbau, Vorkaufsrecht, Steuerkataster, Zusammenschlagung.

Dispensation. 1) Im ersten Grade gleicher und im andern Grade ungleicher Linie von ganzer oder halber Geburt nach Blutsfreundschaft oder Schwägerschaft findet keine D. vom Eheverbote Statt. Rescr. v. 23. Febr. 1627. C.A. T.I. S.1029., v. 9. Jan. 1704. ib. S. 1037. **2)** Ohne D. soll beim zweiten Grade gleicher und dritten Grade ungleicher Linie keine Verehelichung gestattet werden. M. v. 31. Mai 1625. C.A. T.I. S. 1029. [Aeltre Best.: M. v. 6. Mai 1607. ib. S. 1013., v. 11. Mai 1623. ib. S. 1017.] **3)** Die D. von Ehehindernissen muß bei Vermeidung willkürlicher Strafe vor förmlicher Eingehung des Verlöbnisses nachgesucht werden, M. v. 31. Mai 1625. C.A. T.I. S. 1029., Rescr. v. 28. Aug. 1612. ib. S. 1015., auch sollen Eheverträge nicht eher errichtet und confirmirt werden. Rescr. v. 15. Sept. 1744. C.A. C.I. T.I. S.265. **4)** D. ist erforderlich, wenn ein Wittwer im ersten halben Jahre, und eine Wittwe im nächsten Jahre nach des andern Ehegatten Tode sich wiederverehelichen will, Rescr. v. 10. Febr. 1623. C.A. T.I. S. 1015., Ehe-O. v. 10. Aug. 1624. Cap. 5. C.A. T.I. S. 1626., Regul. v. 15. Jan. 1808. §.14. C.A. C.III. T.I. S. 166. und L.C.W. T.VI. S. 239. **5)** D. bedürfen vor anderweiter Verehelichung diejenigen geschiedenen Ehegatten, welchen als schuldigem Theile die Wiederverehelichung nicht nachgelassen worden ist, ferner der wegen Ehebruchs geschiedene Gatte, welcher den andern Mit-

schuldigen ehelichen will, Rescr. v. 6. Aug. 1709. C.A. T.I. S. 1041., Ang. Regul. v. 15. Jan. 1808. §. 18. l. c., es bedarf aber dieser D. nicht, wenn die Ehe zwischen dem Ehebrecher und der Ehebrecherin nach dem Tode des unschuldigen Theils geschlossen werden soll, Rescr. v. 22. Nov. 1802. L.C.W. T. VI. S. 226. und Gutachten des Oberconsistorii ib. S. 227. **6)** Gesuche um D. von Eheverboten u. s. w. sind bei dem Cult.-Ministerium anzubringen, Bek. v. 8. Febr. 1832. G.S. S. 118., Regul. v. 12. Nov. 1837. G.S. S. 104. [Aeltr. Verf.: Rescr. v. 21. Nov. 1785. C.A. C.II. T.I. S. 314., v. 19. Dec. 1796. C.A. C.II. T.III. S. 19. L.C.W. T. IV. S. 675., Rescr. v. 3. u. 5. Juli 1802. im L.C.W. T.VI. S. 224. f., Reg. v. 7. Juni 1828. §. 11. G.S. S. 58.] Bei kathol. Glaubensgenossen ist das apostolische Vicariat als oberste kathol. geistliche Behörde competent, M. v. 19. Febr. 1827. §. 1. 47. 48. G.S. S. 13. **7)** Das Recht, in gradibus prohibitis zu dispensiren, steht der Staatsbehörde auch in den Schönburgischen Receßherrschaften zu, Rec. v. 4. Mai 1740. §. 15. G.S. v. 1835. S. 603. **8)** D.en von Kirchengesetzen gehen vom Cultus-Ministerio aus, Regul. v. 12. Nov. 1837. sub a. G.S. S. 103. **9)** Erfolgte D. von kirchlichen Gesetzen bei Katholiken sollen dem kathol. geistlichen Consistorium mitgetheilt werden, Anh. sub ⊙ no. 13. beim M. v. 19. Febr. 1827. G.S. S. 28. **10)** Pfarrer dürfen bei Verehelichungen und von der Trauerzeit eigenmächtig D. nicht ertheilen, Rescr. v. 12. Nov. 1700. C.A. T.I. S. 869. Wie die Pfarrer wegen solcher eigenmächtiger D. bei Verehelichungen bestraft werden sollen, s. in dem Rescr. v. 21. Nov. 1785. C.A. C.II. T.I. S. 313. **11)** D. vom Aufgebote wegen Ehehindernissen, wegen der Haus-Taufe und Trauung haben auch die Reformirten bei der Staatsbehörde zu suchen, Regul. v. 7. Aug. 1818. §. 13. f. G.S. S. 63., L.C.W. T. VI. S. 181. **12)** Die D.sgebühren der Militairpersonen für D.en in geistlichen Angelegenheiten sind nach dem Regul. v. 1. Sept. 1785. C.A. C. II. T. I. S. 199. u. L.C.W. T.IV. S. 586., Bef. v. 9. Juli 1801. u. Rescr. v. 17. Aug. 1801. C.A. C.III. T.I. S. 103. 597. und sonst nach Gesetz und Observanz zu entrichten. O. v. 19. Juli 1828. Th. 2. §. 67. G.S. S. 164. **13)** Die D. von dem M. v. 20. Sept. 1826. G.S. S. 217. wegen des frühzeitigen Heirathens der jungen Mannspersonen ist bei den Kreisdirectionen anzubringen, V. v. 14. Nov. 1835. G.S. S. 637. **14)** Ueber die D. von der Militairpflicht vergl. eben diesen Artikel. **15)** D. von den Wanderjahren darf von Unterbehörden nicht ertheilt werden, Rescr. v. 12. Febr. 1800. C.A. C.II. T.I. S. 1141., und wo solche zu Confirmation von Innungsartikeln berechtigt sind, dürfen sie nicht von Artikeln dispensiren, die sich auf landesherrliche Befehle und gesetzliche Anordnungen gründen, auch nur in solchen Fällen, wo Rechte von Dritten nicht in Frage kommen. ib. Von den Wanderjahren werden übrigens die verabschiedeten Militairpersonen dispensirt, welche durch die Erfüllung der Militairpflicht abgehalten wurden, als Gesellen zu wandern, M. v. 25. Febr. 1825. §. 92. b. und §. 93. a. G.S. S. 54., Ordonn. v. 19. Juli 1828. 2. Th. §. 41. G.S. S. 160., G. v. 26. Oct. 1834. §. 92. G.S. S. 269.; ferner die Zöglinge der technischen Bildungsanstalt zu Dresden, M. v. 17. Dec. 1828. §. 3. G.S. S. 518. Wenn im Allgemeinen D. von den Wanderjahren gegeben werden soll, s. im M. v. 8. Jan. 1780. Cap. III. §. 3. C.A. C.II. T.I. S. 771., u. von den Lehrjahren ib. Cap. I. §. 12. S. 765., wegen der Lauf.: C.A. C. II. T. III. S. 161. — Vergl. auch die Art.: Militairpflicht, Dresden, Einkaufen. **16)** Hinsichtlich verschiedner D.sfälle s. noch die Artikel: Adventzeit, Aufgebot, Auswanderung, Begräbniß, Kriegsreserve, Militairpflicht, Bezeigungsquanta, Cultusministerium, Dismembration, Ehe, Ehestiftungen, Haustaufe, Haustrauung, Justizministerium, Erbfolge, Land- u. Miethkutscher, Schwägerschaft, Trauung.

Dispensatorium, s. Apotheken.

Dispensiren. S. Arzneiwaaren.

Disponibel. S. Ausleihung, Baar.

Disponiren. S. Handel- u. Gew...,

Deserteurs, Erbfolge, 1. f., Pfandrecht, Testamente.

Dispositionsbeschränkung. S. Appellation, Betrug, Bevormundung, Ehestiftungen, Eigenthum, Grund- u. Hyp..., König, Pfandrecht, Vorkauf, Verzichtleistung, Gruben, Unselbständige.

Dispositionsfähigkeit. S. Schuldarrest, Vereine, Versamml..., Unselbständige, Betrug, Bevormund..., Dismembration, Eigenthum, Testamente, Geisteskranke, Pfandrecht, III., Frauen, Verbürgung, Wechselfähigkeit, Unterthanenrecht.

Dispositionsquantum. S. Amtshauptleute.

Disputation. S. Buchdruckereien, Doctorwürde.

Disputationsgesetze. S. Verfahren.

Disputationskrämer. Wie weit sich der Handel derselben erstrecken dürfe, enthält der Bef. v. 12. Juli 1678. C. A. T. I. S. 413. S. noch: Buchhandel.

Dissens. S. Eheconsens.

Dissidenten. S. Anlagen, Proselyten..., Katholiken, Religion.

Distinguirte, s. Honoratioren.

Distribution, s. Vertheilung.

Distributionsbescheid. S. Concursacten, Locationsurtel, Vertheilung.

Districtsinspectoren. S. Schulinspection.

Dividende. S. Actienvereine.

Dividendenscheine. S. Creditpapiere, Falschmünzen, Gold.

Doctorwürde. **1)** Die von einer ausländischen Universität an einen Sächsischen Staatsangehörigen ertheilte Würde eines Doctors oder Magisters war früher von den Behörden nicht eher anzuerkennen, als nachdem, auf vorgängiges Ansuchen des Inhabers bei dem Ministerio des Cultus und öffentlichen Unterrichts, von letzterm das Anerkenntniß dieser Würde öffentlich bekannt gemacht worden war. V. v. 24. April 1841. G.S. S. 36. Eine Ausnahme machen akademische Würden, welche verdienten Männern von einer auswärtigen Universität aus freiem Antriebe als Ehrenauszeichnung ganz unentgeltlich ertheilt werden, ib. Gegenwärtig aber bedürfen die von einer ausländischen philos. Facultät ernannten Doctoren und Magister der Philosophie der besonderen Anerkennung durch die Regierung nicht weiter. V. v. 16. März 1849. G.S. S. 47. **2)** Die Anerkennung der im Auslande erlangten theologischen D. soll Inländern versagt werden, wenn sie ohne vorher gefertigte Specimina, durch bloßes Diplom, oder solchen ertheilt worden ist, welche nicht durch ein ansehnliches theologisches Amt als dazu geeignet erscheinen. Rescr. v. 5. Mai 1830. G.S. S. 49., ang. V. v. 24. April 1841. **3)** Auswärts promovirte Aerzte dürfen in Sachsen den Doctortitel blos dann führen, wenn sie die Prüfung als Aerzte 1. Classe bestanden haben; jedoch bewendet es bei den Aerzten, welche vor 1829 im Auslande promovirt haben, bei der frühern Verfassung. Rescr. v. 14. März 1829. G.S. S. 83. [Aeltre Best.: M. v. 13. Sept. 1768. §. 6. C. A. C. I. T. I. S. 956.] Ang. V. v. 24. April 1841. **4)** Den von einer philosophischen Facultät zu Magistern der freien Künste und Doctoren der Philosophie creirten Personen ist ausschließlich das Prädicat: Magister, wenn solche aber, ohne dessen Ertheilung, lediglich zu Doctoren der Philosophie ernannt werden, der Doctortitel nur mit dem Beisatze der gedachten Facultät, also mit der Bezeichnung Dr. phil. beizulegen. ib. **5)** Die juristische D. befreit nicht von den allgemeinen Erfordernissen der Ausübung der Advocatur. M. v. 12. April 1723. §. 4. C. A. T. I. S. 1211., Lauf. M. v. 29. Jan. 1725. §. 4. L.C.W. T. I. S. 123. Die Observanz, wonach die juristischen Doctoren denen der Medicin vorgehen, wird anerkannt im Rescr. v. 4. April 1642. C. A. T. I. S. 925. **6)** Die Promotionen im Auslande von Studiosen, die im Inlande Beneficien genossen, ist untersagt. Rescr. v. 27. Febr. 1729. C. A. C. I. T. I. S. 251., v. 6. Juni 1796. C. A. C. II. T. I. S. 265., Cod. d. S. K. R. S. 133. not.*. S. Ausland. **7)** Ueber die Ertheilung der theol. und jurist. D. nach vorgängiger Prüfung und Disputation vergl. man die V. v. 1. Jan. 1580. Tit. Von d. Promo-

tionibus C. A. T. I. S. 732. 738. **8)** Akademische Würden gehen durch erlittene Zuchthausstrafe verloren, s. den Art.: Bestrafung. **9)** S. Heilkunde, Aemter, Geburtshilfe, Haustaufe, Haustrauung, Lateralverfassung, Kanonikate, Reisekosten, Taufe.

Documente, s. Urkunden.

Döbeln. **1)** An die Stelle des Hospital St. Georg zu D. ist in erweitertem Umfange das Landeshospital zu Hubertusburg getreten. V. v. 1. Mai 1840. §. 2. G.S. S. 67. **2)** Ueber die Freistelle der Stadt D. bei den Fürstenschulen vergl. die Res. gr. v. 1661. Cons.-S. §. 24. C. A. T. I. S. 207. **3)** Ueber das ehemalige Amt D. enthält die Res. gr. v. 1661. Kammers. §. 41. C. A. T. I. S. 279. Nachricht. **4)** D. gehört ins Amt Leisnig und zum Leipziger Kreise. Res. gr. v. 1766. ad 2. C. A. C. I. T. I. S. 126. S. noch: Bezirke. **5)** Der Actienverein für die Gasbeleuchtung, Decr. v. 19. Aug. 1859. G.S. S. 298. **6)** Es besteht in D. eine Sparcassen- u. Leihanstalt. Decr. v. 1. Aug. 1846. G.S. S. 230., Auszug des Regul. ib. S. 231. f.

Dörfer. **1)** Die Namen der D. sind an den ersten Häusern derselben auf Tafeln anzugeben. V. v. 29. Jan. 1820. §. 5. G.S. S. 8., L.C.W. T. V. S. 254. **2)** S. in Betreff der Verhältnisse der D. noch die Art.: Anlagen, Begräbniß, Brandstiftung, Anzeigen, Armencommissionen, Backöfen, Bauer..., Baugewerken, Bürgerl. R., Dorfhandel, Fabriken, Beweis, Bier, Essen, Fackeln, Feuer, Gast- u. Sch., Gemeindeleistungen, Getreide, Gemeinde..., Gemeinheitstheilung, Gewandschnitt, Handlung, Hausgenossen, Hausiren, Heimaths..., Jagd, Landgemeinde, Neubaue, Niederlassung, Schießen, Reiheschank, Straßen, Schausp., Tabak, Victualien, Vieh, Wahlen, Zusammenkünfte.

Dörren. S. Flachs.

Dogma. S. Apologie, Schulbehörden, Religion.

Dohna. Der Spar- und Vorschuß-Verein daselbst, Decr. v. 27. Febr. 1860. G.S. S. 27. Der Spar- und Vorschußverein genießt für die bei ihm vorkommenden Wechsel, Schuldverschreibungen u. Bürgschaften wegen Darlehen bis zu 50 Thlrn. Stempelfreiheit. Bek. v. 19. Mai 1860. G.S. S. 77.

Dohnen. **1)** Die Anlegung von D. und D.strichen ist verboten. V. v. 6. Dec. 1815. C. A. C. III. T. II. S. 179., F.- u. H.O. v. 8. Sept. 1560. C. A. T. II. S. 497., Laus. Landes-O. v. 1597. L.C.W. T. I. S. 386. **2)** S. Vogelfang.

Dollmetscher. **1)** Die in fremden Sprachen verfaßten Documente müssen den Beweis- und Gegenbeweisartikeln in einer durch einen verpflichteten D. verfaßten Uebersetzung beigefügt werden. E.P.O. ad Tit. 25. §. 3. S. 148. **2)** D. sind bei Abhörungen und Vernehmungen in Criminalsachen zuzuziehen, wenn der zu Befragende der deutschen Sprache nicht mächtig ist; vergl. wegen des bisherigen Verfahrens: Gen.V. v. 27. Oct. 1770. §. 8. C. A. C. I. T. I. S. 423. C. A. C. II. T. III. S. 39. u. L.C.W. T. III. S. 87., Gen. v. 30. April 1783. §. 11. C. A. C. II. T. I. S. 458., C. A. C. II. T. III. S. 173. u. L.C.W. T. IV. S. 55. — Wegen der heutigen Vorschriften s. die Artikel: Uebersetzung, Vernehmung, Hauptverh.-T., Zeugen..., Notare.

Dolus. S. Vorsatz, Concurrenz, Unbedachts..., auch: List.

Domänen. S. Staatsgut, Civilliste, Rentämter, Finanzministerium.

Domcapitel. S. Budissin.

Domestici, Domestiken. S. Vorladung, Zeugen, Dienstboten, Gesinde.

Domicil, s. Aufenthalt, Gerichtsstand.

Domicilwechsel. S. Regreß N. 3., Acceptation, Eigene ...

Dominium. S. Eigenthum.

Domstift, s. Oberlausitz.

Donatio. S. Schenkung. — propter nuptias. S. Gegenvermächtniß.

Donativgelder. S. Abgaben.

Donnerstag, grüner, s. Fristen.

Doppelehe, s. Bigamie.

Doppelt, s. Verdoppelung, Reiselegitimationen, Ehebruch, Duplum.

Dorf. S. Dörfer.

Dorfbäcker. S. Backen, Bäcker, Dorfhandel, Jahrmarkt.

Dorfbrauer. S. Bier.

Dorffleischer. S. Dorfhandel, Jahrmarkt, Fleisch.

Dorfgemeinde. S. Landgemeinde.

Dorfgerichten. S. Gerichtspersonen, Landgem..., Gerichtliche P.

Dorfhandel, Dorfhandwerker. **1)** Der Gewerbsbetrieb auf d. Lande wird durch das G. v. 9. Oct. 1840. G.S. S. 246. f., und dessen Ausführungs-V. v. 9. Oct. 1840. ib. S. 254. für die Sächsischen Erblande regulirt. **2)** Unter „Land" sind im Gegensatze der Städte alle im Städteverzeichnisse am Gewerb- und Personalsteuergesetze in der G.S. v. 1834. S. 376. nicht mit aufgeführten Ortschaften der Kreislande zu verstehen, §. 1. des ang. G. S. 246. **3)** Unzünftige Gewerbe sind auch auf dem Lande freigegeben, vorbehältlich der Erlaubniß der Regierung od. Ortsobrigkeit, wo es deren nach allgemein polizeilichen Anordnungen oder nach der Ortsverfassung bedarf. §. 2. ib. S. 247. **4)** Die Leinweberei darf auf dem Lande ohne Gewinnung des Meisterrechts betrieben werden; der unzünftige Dorfweber kann für seinen Hausbedarf, auf den Verkauf, und auf Bestellung in die Städte arbeiten. §. 3. ib. **5)** Der Handel mit landwirthschaftl. Erzeugnissen, sowie der Verkauf selbstgefertigter, jedoch zum zünftigen Handwerksbetriebe nicht gehöriger Gegenstände, als Saatöl, Essig, Rus, Wagentheer, selbstgesponnenen Garns und Zwirns 2c. ist auf dem Lande völlig frei. §. 22. d. G. v. 9. Oct. 1840. G.S. S. 251. **6)** In jeder Landgemeinde, ohne Rücksicht auf ihre Größe u. Bevölkerungszahl, soll Ein Kramer zugelassen werden. Diesem ist, mit Ausnahme des Schnittwaarengeschäfts und des Handels mit andern Fabrik- und sogenannten kurzen Waaren, sowie des Einzelnverkaufs von Bier u. Brandwein, verstattet, mit den schon zeither erlaubt gewesenen Artikeln: nemlich mit Baum-, Rüb- u. Leinöl, Inselt u. Inseltlichten, Schwefel, Feuerschwamm, geringem Rauchtabak, kurzen Tabakspfeifen, inländischer Seife, Pfeffer, Ingwer, Zwirn, Näh-, Steck-, Strick- und Senknadeln, Stricken u. Ziehsträngen, Nägeln, Zwecken, Theer, Wagenschmiere, Bändern und Schnüren, wovon die Elle nicht über 3 Pf. verkauft wird, inländischem Zugemüße und Victualien, ferner mit Syrup, Essig, Häringen, Kümmel, Wacholder, und allerhand in der Wirthschaft nöthigen getrockneten Kräutern, Citronen und Wetzsteinen, endlich mit Materialwaaren aller Art, welche er nach dem Bedürfnisse der Einwohner sich zuzulegen für nöthig findet, jedoch unter den für den Grenzbezirk (im §. 35. d. Zollgesetzes v. 3. April 1838. G.S. S. 295., und in der Zoll-O. vom neml. Tage §§. 88 — 90. ib. S. 323.) vorgeschriebenen Beschränkungen, Handel zu treiben. §. 23. ib. und M. v. 29. Jan. 1767. §. 1. C.A. C.I. T.I. S. 941., V. v. 24. Sept. 1836. G.S. S. 269. **7)** Die Niederlassung mehrerer Kramer an Einem Orte, sowie die Erlaubniß zum Handel mit noch andern als den im §. 23. cit. genannten Artikeln, beruht auf Concession der Regierungsbehörde. §. 24. d. G. v. 9. Oct. 1840. G.S. S. 251. S. dazu den L.T.A. v. 17. Juni 1846. II. 4. G.S. S. 56. **8)** Die Behörde hat hierbei auf die Umstände, welche in dem weiter unten citirten §. 8. d. G. v. 9. Oct. 1840. erwähnt werden, und besonders auf die Verschiedenheit der Nahrungsverhältnisse der Einwohner und den Grad ihres Wohlstandes zu sehen. §. 24. cit. **9)** Eine solche Concession kann entweder auf Dauer, od. in jedem vorkommenden Niederlassungsfalle gegeben werden. §. 24. cit. und vergl. unten §. 10. **10)** Dorfkramer können sich zwar nach ihrem Bedarf Geschäftsgehilfen annehmen; diese erlangen aber als Lehrlinge nur dann die Eigenschaft gelernter Kaufleute, wenn der Lehrherr selbst als solcher legitimirt ist. §. 25. ib. **11)** Der Arzneiwaarenhandel ist unter vorstehenden Bestimmungen nicht begriffen. §. 26. ib. G.S. v. 1840. S. 251. **12)** Die unbefugte Anmaßung des Betriebs des Dorfhandels wird bestraft. §. 37. ib. S. 253. **13)** Dorfhandel dürfen Schullehrer auf dem Lande nicht treiben, M. v.

29. Jan. 1767. §. 5. C. A. C. I. T. I. S. 947. S. auch Gewerbe. **14)** In jeder Landgemeinde (einschließlich der §. 20. der L.-Gem.O. G.S. v. 1838. S. 435. genannten Grundstücke) kann Ein Schneider, Ein Schuhmacher, beide mit dem Befugnisse, neue Arbeit zu fertigen, Ein Weißbäcker, Fleischer, Grob- u. Huffschmidt, Ein Wagner od. Stellmacher, Ein Sattler, Tischler, Glaser, Seiler u. Böttcher gesetzt werden, §. 7. d. G. v. 9. Oct. 1840. G.S. S. 248. **15)** Zur Niederlassung eines dieser Handwerker ist die Erlaubniß der Obrigkeit erforderlich, welche vorher den Gemeinderath mit seinem Gutachten zu hören und bei ihrer Entschließung auf das, nach den örtlichen Umständen, insbesondere nach der räumlichen Ausdehnung und Lage des Orts, der Einwohnerzahl, den Ackerbau- u. Gewerbsverhältnissen, ingleichen nach der Entfernung von Städten oder andern mit Handwerkern besetzten Dörfern zu bemessende Bedürfniß zu sehen hat, §. 8. ib. **16)** An denjenigen Orten auf dem Lande, wo die Patrimonialgerichtsbarkeit nicht mehr besteht, oder wo mehrere Gerichtsbezirke unter Eine Obrigkeit gestellt sind, muß die betreffende Gutsherrschaft, bevor von der Obrigkeit Entschließung gefaßt werden kann, mit ihrer Erklärung besonders gehört werden, §. 8. cit. S. 248. Dazu: §. 2. a. d. V. v. 9. Oct. 1840. G.S. S. 254. **17)** Gesuche um Aufnahme mehrerer von den oben genannten Handwerkern u. Dorfkrämern in eine Landgemeinde, oder auch anderer als der vorbezeichneten Handwerker, sind zunächst bei der Obrigkeit anzubringen; diese hat aber nach vernommener Auslassung des Gemeinderaths und (s. §. 8. cit.) der Gutsherrschaft, entweder zu der vorgesetzten Regierungsbehörde wegen Auswirkung der Concession Bericht zu erstatten, oder abfällige Bescheidung zu ertheilen, §. 9. u. 24. d. G. v. 9. Oct. 1840. G.S. S. 248. Wenn ein dergleichen Gesuch bei der Regierungsbehörde unmittelbar angebracht wird, so hat diese es zuvörderst an die betreffende Obrigkeit zur Beschlußnahme abzugeben, §. 9. cit. S. 248. Die betreffende Gutsherrschaft muß auch noch jetzt (nach Aufhebung der Patrimonialgerichte) mit ihrer Erklärung besonders gehört werden, bevor von der Obrigkeit oder, nach Verschiedenheit der Fälle, von der vorgesetzten Regierungsbehörde über Niederlassung von Handwerkern auf dem Lande, ingleichen über Gestattung des Dorfhandels Entschließung gefaßt wird. Bestimmungen beim G. v. 11. Aug. 1855. §. 15. G.S. S. 154. **18)** Wenn eine abfällige Bescheidung der Obrigkeit wegen Aufnahme eines Dorfhandwerkers auf dem übereinstimmenden Willen der Gutsherrschaft mit dem Gemeinderathe beruhen sollte, so ist die Cognition der vorgesetzten höhern Behörde über einen etwa dagegen erhobenen Widerspruch nicht ausgeschlossen. §. 2. b. d. V. v. 9. Oct. 1840. G.S. S. 254. Die Kreisdirectionen haben aber in solchen Fällen lediglich gutachtlichen Vortrag zum Ministerio des Innern zu erstatten und dessen Resolution zu erwarten, §. 2. b. d. V. v. 9. Oct. 1840. S. 254. **19)** Concessionen der Regierung werden entweder in jedem besondern Falle für die Person, oder auch auf Ansuchen der Landgemeinde für so lange, als die örtlichen Umstände sich nicht wesentlich verändern, in einer festzustellenden Anzahl ertheilt, so daß im letztern Falle, mit Innenhaltung dieser Zahl, die jedesmalige spätere Aufnahme eines neuen Handwerkers an die Stelle eines abgegangenen nach §. 8. cit. nur der örtlichen Beschlußnahme vorbehalten bleibt, §. 10. d. G. v. 9. Oct. 1840. G.S. S. 248. Vergl. dazu den L.T.A. v. 17. Juni 1846. II. 4. G.S. S. 56. **20)** Zu Anlegung von Töpferwerkstätten auf dem Lande in der Nähe von Thonlagern kann die Regierung auch ohne Rücksicht auf ein örtliches Bedürfniß Concession ertheilen. §. 11. ib. **21)** Die Dorfhandwerker haben es mit einer der nächsten städtischen Innungen als Meister zu halten, §. 13. d. G. v. 9. Oct. 1840. G.S. S. 249. Keine städtische Innung darf einem Gesellen das Landmeisterrecht bei 10 Thaler Strafe, welche halb von den Aeltesten, halb von dem obrigkeitlichen Deputirten des Hand-

werks einzubringen ist, eher ertheilen, als nach beigebrachtem Zeugnisse der Obrigkeit des betreffenden Orts, daß ihm die Niederlassung daselbst nach den Vorschriften des G. v. 9. Oct. 1840. gestattet worden sei, §. 14. dieses G. G.S. S. 249. S. noch: Armencasse. **22)** Nach dem Rescr. v. 29. Aug. 1800. C.A. C.II. T.I. S. 1149. ist jedem Landmeister auf andre Dörfer zu arbeiten unbenommen. **23)** Die Erlangung des städtischen Bürgerrechts darf den Landmeistern nicht angesonnen werden. Alle dieß gestattende Specialinnungsartikel sind in soweit aufgehoben. V. v. 12. Nov. 1828. G.S. S. 259. **24)** Die Dorfhandwerker dürfen weder innerhalb der Städte und ihres Bezirks Handwerksarbeiten fertigen, noch die von ihnen gefertigten Arbeiten oder Waaren dahin einführen, §. 15. d. G. v. 9. Oct. 1840. G.S. S. 249. **25)** Es bleibt aber den städtischen Bewohnern unbenommen, sich ihre Bedürfnisse auf Bestellung auch von Dorf- wie von auswärtigen städtischen Handwerkern fertigen und selbige abholen, oder auch von ihnen sich abliefern, nicht weniger die auf Bestellung von den Dorf- oder andern städtischen Töpfern gelieferten Oefen von diesen sich setzen zu lassen. Derjenige, welcher dergleichen Arbeiten in die Stadt einbringt, hat erforderten Falls die vorher erfolgte Bestellung nachzuweisen, §. 15. cit. **26)** Am Orte ihres Aufenthalts selbst steht den Dorfhandwerkern in gleicher Weise, wie den städtischen, der Verkauf ihrer selbstverfertigten Waaren zu, §.19. d. G. v. 9. Oct. 1840. G.S. S. 250. **27)** Die aus den Städten wegen Armuth ausgewiesenen Meister od. Gesellen können ihr Gewerbe, als Meister in der Landgemeinde, wo sie die Heimath haben, wenn sie blos Gesellen sind, als solche, gleich andern Handwerkern auf dem Lande treiben. Solche Meister müssen nach §§. 8. 9. cit. besonders aufgenommen sein, um nach §. 17. cit. Gesellen halten zu dürfen. ib. §.21. **28)** Diejenigen Dorfkrämer und Dorfhandwerker, welche bei Erlassung des G. v. 1840., vermöge zeitheriger Concessionen oder auch ohne solche, blos vermöge factischer Connivenz sich auf dem Lande befunden, wenn sie auch nach den Bestimmungen des M. v. 29. Jan. 1767. oder nach den Vorschriften des G. v. 9. Oct. 1840. nicht dazu befugt, oder überzählig sein sollten, sollen dennoch auf Lebenszeit in dem Genusse dieser Ausübung gelassen werden, §. 4. d. V. v. 9. Oct. 1840. G.S. S. 254. **29)** In der Oberlausitz bewendet es rücksichtlich des Gewerbsbetriebs auf dem Lande bei der dasigen Verfassung, Particularvertrag v. 17. Nov. 1834. I. Abschn., §. 5. G.S. S. 484., §. 39. d. G. v. 9. Oct. 1840. G.S. S. 253., u. s. Oberlausitz. Dorfhandwerker werden daselbst im Umkreise einer Meile von den Vierstädten nicht geduldet, ausgenommen Schmiede, Leinweber u. die Schneider der Adligen, Prager Vertr. v. 15. Sept. 1534. Tit. Handwerker C.A. T. III. S. 44. u. L.C.W. T. II. S. 1292. Den Bauern untersagt den Handel mit Gewürz, Specerei, Kramwaaren und Wein das M. v. 13. Dec. 1671. L.C.W. T. II. S. 467. f. und C.A. T. III. S. 259., der Bef. v. 14. Aug. 1708. ib., O.A.Pat. v. 18. Sept. 1708. ib., O.A.M. v. 2. Dec. 1708. ib., O.A.Pat. v. 14. Febr. 1719. C.A. T.III. S. 384. u. L.C.W. T. II. S. 478., und mit baumwollnem Gespinnst das O.A.Pat. v. 28. Dec. 1761. C.A. C.I. T.III. S. 156. u. L.C.W. T. III. S. 581., dagegen wird ihnen der Handel mit Leinwand, Citronen u. dergl. Früchten in den ang. Verfügungen gestattet. — Das §. 5. cit. des Part.V. v. 17. Nov. 1834. erwähnte, in der Oberlausitzer Provinzialverfassung begründete, Befugniß der Stadträthe u. Gutsherrschaften zu Ertheilung von Concessionen für Betreibung von Gewerben bleibt, in soweit es nicht rücksichtlich der damit früher verbunden gewesenen nutzbaren Rechte zufolge des G. v. 15. Mai 1851. (unter Ablösung) bereits in Wegfall gelangt ist, bis zu einer mit den Provinzialständen deshalb zu treffenden veränderten Einrichtung auch ferner in Wirksamkeit. Beil. zu G. v. 11. Aug. 1855. §. 15. G.S. S.154. **30)** Diejenigen Gerichtsherrschaften oder Landgemeinden der Erblande, welche durch ausdrück-

liche Vergünstigung oder Anerkennung der Regierung, oder frühere rechtliche Entscheidungen irgend eine über die im G. v. 9. Oct. 1840. geordnete Einrichtung des Gewerbsbetriebs auf dem Lande hinausgehende Berechtigung, namentlich auch das Befugniß, eine oder mehrere Innungen zünftiger Gewerbe zu halten, erworben haben, sind auch nach Wegfall der Patrimonialgerichte im Genusse dieser Rechte geblieben, §. 28. dess. G. G.S. v. 1840. S. 252. u. Bestimmungen beim G. v. 11. Aug. 1855. §. 15. G.S. S. 154. **31)** Ein über die Bestimmungen des G. v. 9. Oct. 1840. hinausgehender, auf solchen ausdrücklichen Rechtstiteln nicht beruhender älterer Besitzstand, selbst wenn er die Eigenschaft eines unvordenklichen hätte, begründet künftig weiter kein Recht auf eine Ausnahme von den Bestimmungen des Gesetzes, in sofern das dießfallsige Herkommen nicht binnen 5 Jahren, von Publication dieses Gesetzes an gerechnet, unter Angabe der Beweismittel bei der vorgesetzten Regierungsbehörde angezeigt und von letzterer nach vorhergegangener Erörterung anerkannt worden ist, §. 29. d. G. v. 1840. G.S. S. 252. Mit der Bescheinigung des Herkommens war solchenfalls auch nach Befinden die Nachweisung des örtlichen Bedürfnisses zu verbinden, §. 29. cit. Zur Erweislichmachung der dinglichen Berechtigungen in §. 31. d. G. v. 9. Oct. 1840. wurde übrigens im G. v. 18. Jan. 1850. G.S. S. 5. eine anderweite Einjährige Frist von Publication dieses Gesetzes an eingeräumt. **32)** Gegen die in diesen Fällen von der zunächst vorgesetzten Regierungsbehörde gegebene Weisung fand einmaliger Recurs an das Ministerium des Innern Statt, bei dessen Resolution es bewendete. §. 29. d. G. v. 9. Oct. 1840. G.S. S. 252. Die vermöge eines in solcher Art nachgewiesenen und anerkannten örtlichen Herkommens zu duldenden Dorfkramer und Handwerker sind jedoch den §§. cit. 13. fg. d. G. v. 1840. und §. 23. f. ib. erwähnten Einschränkungen unterworfen, in sofern nicht auch hiervon eine herkömmliche Befreiung in der §. 29. d. G. vorgeschriebenen Maße dargethan worden ist, §. 30. d. G. v. 9. Oct. 1840. G.S. S. 252. **33)** Die Concession zum Dorfkram, welche den Holzwaarenhändlern zu Grünhaynchen unter gewissen Voraussetzungen zusteht, darf von ihnen nicht zum Auslohnen ihrer Arbeiter mit Waaren gemißbraucht werden, V. v. 22. Oct. 1849. §. 1. u. 2. G.S. S. 286. **34)** Ueberhaupt dürfen Concessionen zum Dorfkram Fabrikanten, Factoren oder Verlegern in irgend einem Zweige der Hausindustrie, oder deren Eheweibern nicht ertheilt, und die Concessionen solcher Personen, welche, resp. deren Ehemänner, erst nachher Factore oder Verleger jener Art fabrikmäßiger Industrie werden, sind einzuziehen. Letzteres jederzeit, wenn der Kramhandel zur Auslohnung von Arbeitern mit Waaren benutzt wurde. ib. §. 3—5. G.S. v. 1849. S. 286. f., — V. v. 18. Dec. 1855. G.S. S. 633. **35)** Aeltre Verf.: L.O. v. 1482. C. A. T. I. S. 11., Res. gr. v. 8. Sept. 1537. §. 6. ib. S. 1426., L.O. v. 12. Nov. 1550. ib. S. 34., M. v. 9. Juli 1551. ib. S. 1397., M. v. Donnerst. nach Kilian 1551. ib. S. 66., Ausschr. v. 1. Oct. 1555. C. A. T. I. S. 65. f., Res. gr. v. 23. April 1612. Justizf. §. 26. ib. S. 182., M. v. 31. Jan. 1626. ib. S. 1503., Pol.O. v. 1661. Tit. XXI. ib. S. 1585., Res. gr. v. 1661. Justizf. §. 99. ib. S. 244., Res. v. 10. Dec. 1681. ib. S. 360., Resol. v. 18. April 1716. ib. S. 392., Bef. v. 28. Juni 1719. C. A. T. II. S. 2006., Bef. v. 29. Jan. 1733. C. A. C. I. T. II. S. 1109., v. 14. Dec. 1739. ib. S. 1111., v. 25. April 1750. ib., v. 22. April 1756. C. A. C. I. T. I. S. 841., Res. gr. v. 1766. ad 15. ib. S. 140., M. v. 29. Jan. 1767. ib. S. 941., Inserate v. 17. Febr. 1767. ib. S. 945., Gen. v. 3. Sept. 1767. ib. S. 949., Bef. v. 4. Nov. 1767. C. A. C. I. T. II. S. 1125., Gen. v. 1. April 1789. C. A. C. II. T. II. S. 1437., Rescr. v. 14. Jan. 1792. C. A. C. II. T. I. S. 1035., Gen.V. v. 12. Jan. 1793. ib. S. 1049., Rescr. v. 22. März 1794. ib. S. 1063., v. 29. Juli 1795. ib. S. 1067., v. 29. Aug. 1800. ib. S. 1149., v. 27. Febr. 1808. C. A. C. III. T. I. S. 452. **36)** Man vergl. noch wegen dieses Gegenstandes die Art.: Ausländer, Baugewerken, Beweis, Bürgerliche Nahrung, Arbeit, Gewerbsgehilfen, Gewerbst..., Gewerb- u. Pers., Fabriken, Getreide, Gewandschnitt, Gutsherrliche R., Handlung, Handwerkskram, Heimathsangehörigkeit, Jahrmarkt, Lehrlinge, Militairpflicht, Reallasten, Wein, Wittwen, Unterthanenrecht.

Dorfhandwerker. S. Dorfhandel.

Dorfhirten. S. Hirten.

Dorfrichter. **1)** Die D. besorgen auftragsweise die executive Beitreibung des Opfer- und Häuslergeldes. V. v. 5. Febr. 1849. G.S. S. 29. **2)** S. Gerichtspersonen, Armenvereine.

Dorfschöppe. S. Gerichtspersonen.

Dorfwege. S. Straßen.

Dos. S. Ehefrauen, Ausstattung, und die Citate unter: Einbringen.

Dotalitium. S. Leibgedinge.

Dotationssachen. S. Appellation, Ausstattung, Eid, Uneheliche.

Douceur. S. Schenkung, Lehnsdouceurs.

Drahtleitung. S. Eisenbahnen u. T.

Drahtwerke. S. Ministerium des Innern.

Dramatische Werke. S. Bundesbeschlüsse, Eigenthum an G.

Dran, s. Daran...

Drauf, s. Darauf...

Drechsler. S. Waaren, Dorfhandel.

Drehorgelspieler. S. Gendarmen, Herumziehende.

Dreier. S. Münzwesen.

Dreifach, s. Concurrenz.

Dreißig-Thalerfuß. S. Münzwesen.

Dreschen. Das D. und Aufheben des Getreides bei Nacht ist verboten und darf im Nothfalle nur bei einer tüchtigen Laterne geschehen. Gen.V. v. 7. Febr. 1719. C.A. T.I. S. 1886. u. L.C.W. T. I. S. 844., §. 31. Cap. I. d. D.F.O. v. 18. Febr. 1775. C.A. C.II. T.I. S. 718., Laus. D.F.O. v. 1777. Cap. I. §. 31. C.A. C.II. T.III. S. 119. u. L.C.W. T. III. S. 351., Gen. v. 21. Juli 1804. §. 1. C.A. C.III. T.I. S. 424.

Dresden. **1)** Auf die Akademie der bildenden Künste zu D. leiden die Vorschriften der Gen.-Innungsartikel nicht Anwendung. M. v. 8. Jan. 1780. Cap. III. §. 42. C.A. C.II. T.I. S. 780. Nach der Bek. v. 10. Oct. 1836. G.S. S. 297. ist für sie ein Akademischer Rath niedergesetzt worden. S. noch: Innungen, B. 1., Dienstreserve. **2)** Ueber die jährliche Ausstellung der zu den bildenden Künsten gehörigen Arbeiten und der Industrie zu D. s. das Avert. v. 28. Mai 1824. G.S. S. 21. **3)** Die medicin.-chirurg. Akademie zu D. ist dem Ministerium des Innern unmittelbar untergeordnet. V. v. 6. April 1835. §. 2. G.S. S. 237. Für das Studiren auf selbiger enthält das M. v. 30. Jan. 1819. G.S. S. 137. L.C.W. T. V. S. 450. nähere Bestimmungen; in wiefern ihren Schülern die Ausübung der innern Heilkunde zu gestatten sei: §. 10. 11. dieses M. S. 141. S. auch: Appellation, II. 19., Ministerium des Innern, Geisteskranke, Heilkunde, Wundärzte, Dienstreserve. Einer Deputation derselben liegt die Prüfung der Aerzte, Wundärzte, Apotheker und Hebammen ob. M. v. 1. Juni 1824. §. 2. G.S. S. 66. Die daselbst Studirenden sind der Jurisdiction des Dresdner Justizamts (jetzt Bezirksgerichts) unterworfen. Rescr. v. 2. Dec. 1826. G.S. v. 1827. S. 3. Die, welche die medicin.-chirurg. Akademie besucht, haben bei nachgesuchter Inscription in Leipzig ein Maturitätszeugniß beizubringen, wenn sie einen akadem. Grad zu erlangen beabsichtigen, oder eine andere Facultätswissenschaft als Medicin und Chirurgie erlernen wollen. M. v. 4. Juli 1829. §. 3. G.S. S. 122. **4)** Die Zöglinge der technischen Bildungsanstalt zu D., welche mit der Censur „sehr gut" oder „gut" aus der 1. Classe entlassen werden, sind vom Zunftzwange und den Wanderjahren frei. M. v. 17. Dec. 1828. G.S. S. 517. Vergl. noch die V. v. 17. Jan. 1852. G.S. S. 10. f. **5)** Die Erziehungsanstalt zu Friedrichsstadt genießt die Rechte milder Stiftungen. Rescr. v. 28. Sept. 1801. C.A. C.III. T.I. S. 194. **6)** Die Competenz und Gerichtsbarkeit des Gouvernements-Kriegs-Gerichts zu D. wurde durch das Decr. v. 19. Febr. 1822. §. 41. G.S. S. 149. regulirt. Gegenwärtig wird es mit durch das Stabskriegsgericht gebildet. G. v. 28. Jan. 1835. §. 29. G.S. S. 80. **7)** Die ehemalige Polizei-Deputation zu D. erhielt ihre Organisation durch die Bek. v. 11. Juni 1831. G.S. S. 132. [Aeltere Verf.: Pat. v. 1. Mai 1765. C.A. C. I. T. I. S. 899., v. 1. Jan. 1814. Gouv.Bl. S. 141.] **8)** Ueber

die Blindenanstalt zu D. vergl. man die Gen.V. v. 17. Aug. 1827. G.S. S. 115., v. 10. Sept. 1827. ib. S. 130. **9)** Die Verfassung der bestätigten Sparcasse ist aus dem Rescr. und Decr. v. 17. Mai 1828. G.S. S. 47. und der Sparcassen-O. ib. S. 49. zu ersehen. **10)** Die Verfassung des Leihhauses beruht auf den unterm 26. Aug. 1843. in der G.S. S. 115. bekannt gemachten und mittelst Decr. vom nemlichen T. und J. ib. bestätigten Statuten in der G.S. v. 1843. S. 116., sowie der Bek. v. 19. Aug. 1844. G.S. S. 207. [Aeltre Verf.: Leihh.O. v. 8. Oct. 1768. C.A. C. I. T. I. S. 959., Rescr. v. 7. Juli 1792. C.A. C. II. T. I. S. 509., V. v. 19. Oct. 1835. G.S. S. 475.] **11)** Ueber die D.r Mäklerordnung vergl. die V. v. 14. April 1834. G.S. S. 111. f. S. noch: Mäkler. **12)** Wegen des Actienvereins der Societätsbrauerei in D. vergl. man das Decr. v. 7. Dec. 1838. G.S. S. 485. 486. u. v. 12. April 1854. G.S. S. 97. **13)** Die Parochialverhältnisse der dortigen evangel.-luther. Kirchen und insbesondere der evangel. Hofkirche regulirt das Rescr. u. Regul. v. 7. Juni 1828. G.S. S. 55. f. **14)** Die Bestätigung der Verfassungsartikel der Zuckersiederei-compagnie in D. erfolgte mittelst Decr. v. 19. Dec. 1838. G.S. v. 1839. S. 1. **15)** Das Hospital St. Jakob daselbst besteht in erweiterter Ausdehnung als Landeskrankenhaus zu Hubertusburg. V. v. 1. Mai 1840. §. 2. G.S. S. 67. **16)** Der Bürgermeister zu D. ist Mitglied der ersten Kammer, V.U. v. 4. Sept. 1831. §. 63. no. 15. G.S. S. 254. **17)** Ueber den Umfang der Pfarrei der kathol. Hofkirche u. der kathol. Pfarrei zu Neustadt-, sowie Friedrichsstadt-D. s. die Bek. v. 1. Febr. 1828. G.S. S. 11. und die Bek. v. 5. Febr. 1849. G.S. S. 9. **18)** Das Josephinenstift und die damit verbundene Burkersrodaische Fräuleinstiftung, sowie das Friedrichstädter Krankenstift stehen unter der alleinigen Direction des Apost. Vicars, Anh. sub ⊙ no. 11. beim M. v. 19. Febr. 1827. G.S. S. 28. **19)** Die mit dem Friedrichstädter Amtskrankenhause verbundene Armenversorgungsanstalt hat ein Erbrecht an dem Nachlasse der darin Versorgten einschließlich ihrer Grabecassengelder, Rescr. v. 16. März 1829. G.S. S. 84. **20)** Die Kreuzschule zu D. gehört unter die gelehrten Schulen, Bek. v. 2. Mai 1831. G S. S. 98. **21)** Ueber die D.r Garnisonschule vergl. d. Rescr. v. 25. Jan. 1817. C.A. C. III. T. I. S. 771., und §. 73. des 2ten Th. der Ordonn. v. 19. Juli 1828. G.S. S. 165. **22)** Ueber das Friedrichstädter Seminar sehe man §. 2. f. des Regul. v. 13. Juli 1835. G.S. S. 395. **23)** Wegen der D.r Rentenversicherungsanstalt s. die Bek. v. 9. März 1841. G.S. S. 26., das Decr. ib. S. 26., einen Auszug aus den Statuten S. 27., ferner die Bek. v. 10. März 1842., die Bestätigung der abgeänderten Statuten betreffend, G.S. S. 57., samt Decr. v. 10. März 1842. ib. **24)** Das Vitzthumsche Geschlechtsgymnasium steht unmittelbar unter dem Ministerium des Innern, V. v. 6. April 1835. §. 2. G.S. S. 237. **25)** Die Städte D. und Meissen haben nach der Res. gr. v. 23. April 1612. Tit. Rentſ. §. 7. C.A. T. I. S. 185. das Recht, zu verlangen, daß die, welche mit Holz aus Böhmen auf der Elbe handeln, eine gewisse Zeit ihr Holz daselbst zum Verkauf stellen. **26)** Wegen Erbauung eines neuen Galeriegebäudes s. den L.T.A. v. 17. Juni 1846. I. B. 4. G.S. S. 45. **27)** Ueber die dortigen Anlagen u. Bauten wegen der in D. zusammentreffenden Eisenbahnen s. den L.T.A. v. 17. Juni 1846. I. B. 13. G.S. S. 47. Außerdem den Art.: Eisenbahnen. **28)** Die Champagnerfabrik, Decr. v. 12. Juli 1860. G.S. S. 278. **29)** Die Hypotheken-Versicherungs-Gesellschaft, Decr. v. 12. Sept. 1859. G.S. S. 314. **30)** Die Actienbrauerei zum Feldschlößchen, Decr. v. 7. Nov. 1859. G.S. S. 339. **31)** Wegen des dortigen Vereins zum Frauenschutz vergl. d. Decr. v. 11. Sept. 1850. G.S. S. 225. **32)** Wegen des Asyls für erwachsene taubstumme Mädchen d. Decr. v. 10. Febr. 1851. G.S. S. 51. Im Betreff **33)** des Actien-Vereins zur Grubenräumung, Decr. v. 18. Juli 1853.

G.S. S. 158.f. — u. des Hausbesitzer=Vereins für dens. Zweck, Decr. v. 3. Jan. 1855. G.S. S. 2., **34)** des gemeinnützigen Bauvereins, Decr. v. 26. Oct. 1854. G.S. S. 196., **35)** der Kinderheilanstalt, Decr. v. 28. Oct. 1854. G.S. S. 197., **36)** der Handelslehranstalt, Decr. v. 14. Aug. 1855. G.S. S. 311., **37)** des Dresden=Karchaer Braunkohlenvereins, Decr. v. 11. April 1857. G.S. S. 68., **38)** der Feuerversicherungsgesellschaft, Decr. v. 4. Juli 1857. G.S. S. 131., **39)** des Felsenkellerbrauerei=Actienvereins: Decr. v. 6. Oct. 1857. G.S. S. 241. **40)** der Actien=Papierfabrik, Decr. v. 18. Apr. 1859. G.S. S. 66. **41)** Noch werden Verhältnisse u. Einrichtungen dieser Stadt berührt in den Art.: Anatomische Anstalten, Appellationsgerichte, Amtshauptleute, Bäcker, Baugewerken, Bier, Begräbniß, Bergbeamte, Berggerichte, Bürgerausschuß, Censur, Commissionen, Consistorien, Elbzollgerichte, Forstvermessung, Freiexemplare, Geburtshilfe, Gerichtsstand, Gesangbücher, Gesinde, Getreide, Glocken, Grund= u. H., Heilkunde, Juden, Kranke, Kreisdirectionen, Laternen, Militairgerichtsbarkeit, Mühlen, Post, Staatsschuldencasse, Normalaich..., Taubstumme.

Dresdener Maß, -Kanne, -Scheffel. S. Gewicht.

Dringlich. Ueber Verhältnisse, welche ihrer Beschaffenheit wegen beschleunigte Maßregeln oder eine bestimmte Thätigkeit in Anspruch nehmen, geben Nachweis die Art.: Antrag, Haussuchung, Section, Rechtsmittel, Gerichtliche P., Voruntersuchung..., Sachverständige, Unfähigkeit, Aemter, Arrest, II., Ausländer, Begräbniß, Brandstiftung, Bürgermeister, Decret, Gesetze, Haustrauung, Hochverrath, Landes=Versorg.., Nothwehr, Post, Recurs, Stadtrath, Stadtvermögen, Ständeversammlung, Termin, Testamente, Vorfälle, Vorladung, Wundärzte, Schiffsführer. Vergl. auch die Citate unt.: Gefahr, Nothfall.

Drittelstücke. S. Münzwesen.

Dritte Personen. Fälle nothwendiger Berücksichtigung noch anderer (dritter) Betheiligter außer den eigentlichen Interessenten finden sich in den Art.: Ablösung, Ablösungsbehörden, Appellation, III. A. 6. III. D. 1. 6., Arrest, I., Concurs, Dismembration, Auspfändung, Auszug, Erbfolge, Executionsverfahren, Fälschung, Familien=Fideicommisse, Gemeinheitstheilung, Grund= u. H., Nominatio auctoris, Pfandrecht, Steuerbehörden, II., Testamente, Väter, Verbürgung, Vermächtniß, Zusammenlegung, Wasserläufe, Expropriation, Haussuchung, Papiere.

Drittheil. S. Subhastation, Erbfolge.

Drittheilsschärfung. S. Schärfung.

Droguen, s. Arznei...

Droguisten. Darunter sind im Allgemeinen alle Kaufleute zu verstehen, die den Arzneihandel en gros als Hauptgewerbe betreiben. M. v. 30. Sept. 1823. §. 11. G.S. S. 117. S. noch: Arznei...

Drohbriefe. S. Drohung, Erpressung, Nöthigung, Brand...

Drohung. **1)** Bedrohung mit widerrechtlichen Handlungen, aus Haß, Feindschaft, Neid, oder sonst aus Bosheit oder Muthwillen, wobei keine Handlung, Duldung oder Unterlassung des Anderen zu erreichen beabsichtigt wird, ist, wenn sie irgend eine Besorgniß zu erregen geeignet ist, unter Berücksichtigung der angedrohten Uebel und der Verhältnisse des Bedrohers und des Bedrohten, mit Gefängniß oder Arbeitshaus bis zu 2 Jahren zu bestrafen. Uebersteigt die Gefängnißstrafe nicht die Dauer von 6 Wochen, so kann statt derselben auf Geld bis zu 150 Thlrn. erkannt werden. Str.Gb. v. 1855. Art. 206. **2)** Wegen Nöthigung (s. d.) u. Bedrohung ist ein Strafverfahren nur auf Antrag einzuleiten. Ausgenommen sind die in Art. 203. u. 204. (unter Nöthigung) erwähnten Fälle, u. zwar die im Art. 204. erwähnten auch dann, wenn die Absicht einer Nöthigung nicht zum Grunde gelegen hat. Art. 207. **3)** Das frühere Recht ist enthalten: im M. v. 20. Nov. 1594. C.A. T. I. S. 1435., in der Const. 15. P. IV. v. 1572. C.A. T. I. S. 121., d. M. v. 15. April 1706. §. 8. f. C.A. T. I. S. 1735., v. 2. Juli 1712. §. 6. f. ib. S. 1788. u. L.C.W. T. I. S. 228., Cr.Gb. v. 1838. Art. 36. 69. 91. 98. 102. 105. 106. 157. 158. 163. 164. 166. 168. 170. 233. 276. G.S. v. 1838. S. 123. f., G. v. 16. Juni 1840. G.S.

S. 103. **4)** Als Militairverbrechen: M.Str.Gb. von 1855. §§. 88. (s. Militairischer Verrath) 115. 121. 126. (s. Widersetzlichkeit) 132. 146. 151. 152. (s. Mißbrauch.) **5)** Vergl. noch die Art.: Raub, Erpressung, Nothzucht, Entführung, Menschenraub, Anstiftung, Zwang, Selbsthilfe, Diebstahl, Majestätsverbr..., Störung, Auswärtige..., Befreiung, Nöthigung, Landfried..., Widersetzung, Aufruhr, Ruhestörung, Geständnisse. Ferner: Behörden, Betteln, Gewalt..., Forstverbrechen, Gottesdienst, Rechte, Testamente, Jagd, Theilnahme, Zurechnung, Staatsgefährliche Handlungen, Staatsoberhaupt, Zollbeamte.

Droit d'aubaine. S. Abschoß, Staatsverträge, Abzugsrecht.

Druck. S. Acten.

Drucker, f. Buchdr..., Censur, Gewerbsgehilfen, Reiselegitimationen.

Druckereien. S. Buchdruckereien.

Druckerlaubniß. S. Censur.

Druckort. S. Censur.

Druckschriften. S. Hausiren, Beleidigung, Bund, Censur, Pasquill, Zeitschr..., Colporteurs, Freiexemplare, Presse, Aufforderung...

Druckverbot. S. Presse.

Ducaten, f. Goldmünzen, Wechselzahlung, Münzwesen.

Duell. S. Zweikampf.

Dünger. **1)** Der D. von den Pfarrgütern ist auf die Pfarrfelder zu schaffen. 32ster Gen.Art. v. 1580. C. A. T. I. S. 700. **2)** Die in der l. 17. §. 2. D. de act. emti et venditi enthaltene Bestimmung, nach welcher der bei einem Gute vorräthige Dünger, wenn das Gut verkauft wird, dem Käufer gehört, dafern nicht ausdrücklich etwas anderes festgesetzt worden, oder der vorhandene Dünger zum Verkauf bestimmt gewesen, ist auch bei der Sonderung des Lehns vom Erbe und in ähnlichen Fällen anzuwenden; es gebührt also der bei einem Lehngute bei dem Tode des Besitzers vorräthige D., wenn nicht eine der vorbemerkten Ausnahmen eintritt, dem Lehnsfolger und nicht dem Landerben. Bek. d. O.-App.Gerichts v. 6. Aug. 1836. §. 6. G.S. S. 271. **3)** S. Forstdieb..., Geistliche, Brunnen.

Düngergruben, f. Asche.

Dürrtanz. S. Betteltänze.

Duldung. S. Nöthigung, Schmerzengeld, Drohung.

Dunkelarrest. S. Schärfung, Zuchthaus.

Duplik. S. Verfahren.

Duplicat. S. Abschriften, Wechseldupl...

Duplum. S. Ausleihung, Baugewerken, Cession, Forstverbrechen, Gegenvermächtniß, Handgelöbniß, Spielschulden..., Testamente, Vermächtniß, Vormundschaft, Zollvergehen.

Durchfahren. S. Brücken.

Durchfall, f. Vergiftung.

Durchgang, Durchgangszoll. **1)** Von fremden Waaren, die nicht im Lande verbleiben, sondern blos durchgeführt werden, wird ein Durchgangszoll erhoben, dessen Höhe der Tarif bestimmt. Gegenstände des Durchgangs können gegen Entrichtung der Durchgangsabgabe innerhalb des Staatsgebietes unter der angeordneten Aufsicht umgeladen, auch der Spedition oder des Zwischenhandels wegen gelagert werden. §. 7. d. G. v. 3. April 1838. G.S. S. 291. **2)** S. Abgaben, Zolltarif, Post, Waarenniederlagen, Zollvergehen, Zollwesen.

Durchlesen. S. Untersuchungsprotokoll.

Durchmarsch. S. Militaircommandos, Communalgarde, Gemeindeleistungen, Gendarmen.

Durchreise. S. Reiselegitimationen, Heimathsangehörigkeit.

Durchschneiden. S. Executivproceß.

Durchstreichen. S. Reiselegitimationen, Executivproceß. Vergl. auch die Citate unter: Aendern.

Durchsuchen. S. Haussuchung.

Durchtreiben, von Vieh. S. Lungenseuche.

Durchzug. S. Militaircommandos, Heimathsangehörigkeit.

Durius (Verurtheilung in d.). S. Erkenntnisse.

E.

Ebenbürtig. S. König.

Ebersbach. Die Sparcasse daselbst, Decr. v. 9. Juli 1858. G.S. S. 171.

Ebersdorf. S. Münzwesen, Staatsverträge.

Echt, s. Aecht.

Edelsteine. 1) Das eigenmächtige Aufsuchen, Verhandeln und Ausführen der E. war bei Strafe verboten, vielmehr sollten die, welche E. suchen wollten, die Verleihung auf Gänge oder geviertes Feld und Concession nachsuchen und die gefundenen E., von welchen der Zehnte zu entrichten ist, zuvörderst dem Fiscus zum Kaufe gegen die Taxe anbieten. Bef. v. 19. März 1607. C. A. C. III. T. II. S. 82., v. 2. Nov. 1619. ib. S. 85., M. v. 2. Mai 1732. C. A. C. I. T. I. S. 1359. Uebrigens sollten die Steiger und Seiffner bei den Bergämtern, wo E. gefunden werden, auf das M. v. 1732. verpflichtet werden, Rescr. v. 28. Juli 1734. C. A. C. I. T. I. S. 1365., desgleichen die mit E. Handeltreibenden, Rescr. v. 16. Sept. 1744. ib. S. 1381. **2)** Mit Strafe werden Edelsteinarbeiter und Graveure bedroht, die E., ohne daß rücksichtlich ihrer den obigen Befehlen genügt worden, verarbeiten, Decl. v. 17. März 1733. ib. S. 1363. **3)** S. noch: Bergregal, Mineralien, Magnete.

Edictalcitation außerhalb des Concurses. **1)** Für die öffentliche Ladung a. d. E. enthält im Wesentlichen das M. v. 13. Nov. 1779. C. A. C. II. T. I. S. 367., in der Oberlaus. publ. durch O.A.Pat. v. 16. Juni 1780. C. A. C. II. T. III. S. 163. u. L.C.W. T. III. S. 68., sowie das Erl.-Rescr. v. 12. Sept. 1785. C. A. C. III. T. I. S. 193. die vorhandenen Bestimmungen. Sie finden danach in folgenden, unter 2—10. aufgeführten, Fällen Statt. **2)** Die E. zur Cassation alter Hypotheken. a) Daß die Tilgung einer mit Hypothek versehenen Schuld, ob sie gleich nicht bewiesen werden kann, dennoch erfolgt sei, ist zu vermuthen, wenn eine Zeit von 31 Jahren 6 Wochen 3 Tagen verflossen ist, und zwar bei Schulden aus Pfandverschreibungen, worin eine Zahlungsfrist bestimmt ist, von diesem Zahlungstermine an; es hat aber der Impetrant, nach Maßgabe der E.P.O. ad Tit. 26. §. 2. S. 155., noch zu schwören, daß er eine Quittung oder Bescheinigung über eine nach Ablauf jenes Termins noch weiter erfolgte Verzinsung des Capitals nicht besitze, noch gefährlicherweise habe von Händen kommen lassen, auch nicht wisse, wo dergleichen sonst anzutreffen sein möchte. b) Wenn die Wiedereinlösung des Unterpfandes auf vorgängige Aufkündigung gestellt worden ist, und der Impetrant die zuletzt ausgestellte Zinsquittung vor Erlassung der Edictalien edirt, auch, daß er eine neuere nicht ediren könne, mittelst des erwähnten Eides bestärkt, so sind die 31 Jahre 6 Wochen 3 Tage von Zeit dieser letzten Quittung an zu rechnen. c) Wenn endlich der Impetrant durch jenen Eid erhärtet, daß gar keine Zinsquittung vorhanden sei, so wird die mehrerwähnte Frist vom Datum des Consenses oder der bei geschehenen Cessionen über Translation der Hypothek ertheilten Urkunde, jetzt von Zeit des neuesten auf die Forderung sich beziehenden Eintrags in das Grund- und Hypothekenbuch, hingegen bei Ehestiftungen vom 30sten Tage nach Absterben des Ehegatten an gerechnet. §. I. unter 1. b. ang. M. v. 13. Nov. 1779. l. c., G. v. 6. Nov. 1843. §. 122. 123. G.S. S. 212., V. v. 15. Febr. 1844. §. 126. sub d. G.S. S. 70. d) Wegen der Ablösungsfälle, wo Capitalzahlung erfolgen soll, rücksichtlich der auf einem berechtigten Gute haftenden eisernen u. anderen alten hypothekarischen Forderungen s. den Art.: Ablösung, A. 49. **3)** Die E. bei Veräußerungen unbeweglicher Güter aus freier Hand. Die öffentliche Ladung hat hier den Zweck, dem Käufer Sicherheit gegen darauf haftende durch nothwendige Subhastation erlöschende Realansprüche unbekannter Inhaber, worunter also Onera realia und Servituten nicht zu verstehen, zu gewähren, §. I. b.

ang. M. v. 13. Nov. 1779. unter 2. l. cit., doch sehe man hierzu, was den heutigen Standpunct anlangt, den Art.: Grund- u. Hypothekenbuch. **4)** Die E. bei Verlassenschaften. Hier leidet sie Anwendung, wenn a) der Erbe den Nachlaß mit der Rechtswohlthat des Inventars (S. Erben) angetreten oder b) zum Nachlasse eines Verstorbenen oder eines für tod zu erachtenden Abwesenden entweder gar Niemand, oder gewisse Erben sich gemeldet haben, und wenn es ungewiß und unbekannt ist, ob selbige die nächsten oder alleinigen Erben dazu sind, oder der Abwesende etwa selbst Kinder hinterlassen oder in der Seitenlinie mehre, auch wohl nähere Blutsverwandte existiren möchten, ib. unter 3. l. cit. S. dazu Erbfolge, 100. 110., u. unten no. 11. **5)** Die E. bei einem Universal- oder Particular-Fideicommisse. Es ist hier unbekannt oder ungewiß, ob der eingesetzte Erbe oder auch dessen Descendenten mit Tode abgegangen und ob noch einige davon übrig sein möchten, §. I. unter 4. d. M. v. 1779. l. c. **6)** Die E. bei Lehnsportionen oder Lehnsquantis. Die E. wird bei solchen Lehnsportionen oder Lehnsquantis gebraucht, welche nicht zu Lehn aufgetragen, sondern bloß durch Vergleich unter Agnaten festgesetzt worden, wo einige weitere Theilnehmer daran nicht bekannt sind u. der letzte Percipient deren Absterben vollständig beizubringen nicht vermag, ib. unt. 5. **7)** Die E. bei gerichtlichen Depositis. Hier ist entweder Der, welcher die Deposition wegen eines an das Depositum gemachten, jedoch nicht fortgesetzten Anspruchs veranlaßt, nicht anzutreffen oder verstorben und es sind dessen Erben nicht bekannt, oder es ist der Anspruch entschieden od. durch Verjährung, (die von der Zeit an, wo das Depositum ohne Widerspruch zur Verabfolgung bereit gelegen, zu rechnen ist,) erloschen und es sind die, denen das Depositum zugehört, ganz oder zum Theil unbekannt, so daß letztern Falls, der Legitimation halber, oder im erstern darüber, ob das Depositum als herrenloses Gut dem Fisco anheimgefallen, Zweifel entsteht, ang. M. v. 1779. §. I. unter 6. a. a. O., Gen. v. 20. Juni 1817. §. 16. C.A. C. III. T. I. S. 305. u. L.C.W. T. V. S. 121. Dasselbe findet auch, jedoch nur auf Anordnung der Brandversicherungs-Commission, Statt: bei unerhobenen Brandversicherungsgeldern, G. v. 14. Nov. 1835. §. 88. no. 3. G.S. v. 1835. S. 544., V. v. 14. Nov. 1835. §. 57. ib. S. 560. **8)** Die E. zur Abwendung oder Beilegung eines Creditwesens. Hier ist mit den bekannten Gläubigern ein Abkommen getroffen worden oder soll noch getroffen werden, §. I. unt. 7. d. M. v. 13. Nov. 1779. l. c., auch s. Accord. **9)** Die E. wegen verloren gegangener Staatspapiere u. dazu gehöriger Coupons u. Zinsleisten. a) Vergl. wegen der landschaftlichen Obligationen u. alten Steuerscheine den Bef. v. 25. Juli 1777. C.A. C. II. T. II. S. 901. Sind die Obligationen, Coupons, Leisten- oder Steuerscheine durch einen Zufall weggekommen, durch welchen sie zugleich völlig vernichtet worden, und es kann voll bewiesen werden, daß selbige zu existiren aufgehört, so ist desfalls die E. sub praejudicio anzuordnen, und darauf der Präclusion halber rechtliches Erkenntniß einzuholen. Dafern hingegen von dem Verunglückten die wirkliche Vernichtung der ohne seine Schuld verloren gegangenen Obligationen, Coupons, Leisten- oder Steuerscheine nur halb erwiesen werden könnte, ist von ihm der Erfüllungseid zu leisten, auch, wenn Zweifel entstünde, ob er dazu zu lassen, darüber zwischen ihm und dem vom Staate bestellten Procurator zu verfahren und rechtliches Erkenntniß einzuholen; wenn er aber den Eid geleistet, so ist sodann auf sein Verlangen die E. derer, welche ein Recht an den Scheinen zu haben vermeinen, bei Strafe ihrer Ausschließung samt dem Erkenntnisse darauf nicht zu versagen, und sind demnächst in den angegebenen beiden Fällen nach erfolgter Präclusion resp. die verfallenen Zinsen und Capitalien, Zinscoupons und Atteste gewöhnlichermaßen zu verabfolgen. Könnte endlich der Verunglückte die erfolgte Vernichtung der Obligationen rc. nicht einmal halb be-

weisen, so ist zuvörderst die Verjährung abzuwarten und erst sodann mit Erlassung der E. zu verfahren. Ang. Bef. v. 1777. l. c. Man sehe dazu den Art.: Verjährung. b) Das Edictalverfahren wegen der Staatspapiere findet beim Appellationsgerichte in Dresden Statt, V. v. 9. April 1836. §. 13. G.S. S. 88. c) Siehe noch: wegen der verloren gegangenen Zinsnoten und Coupons von Kammer-Credit-Cassenscheinen das Rescr. v. 28. Juni 1791. C.A. C. II. T. II. S. 73., — wegen der Kammer-Credit-Cassenscheine den Bef. v. 29. Nov. 1777. ib. S. 23., — wegen der unverwandelten alten Steuerscheine das Rescr. v. 9. Mai 1794. ib. S. 1059., — wegen der neuen landschaftlichen Obligationen und zwar aus der Reichenbachschen Anleihe das Rescr. v. 22. Mai 1811. C.A. C. III. T. I. S. 255., Avert. v. 13. Juni 1811. C.A. C. III. T. II. S. 474., — wegen der Fregischen Partial-Obl. das Rescr. v. 25. Aug. 1810. C.A. C. III. T. I. S. 243., — wegen der von den Ständen des Stifts Merseburg und Fürstenthums Querfurt im J. 1811. eröffneten Anleihen das Rescr. v. 14. März 1812. C. A. C. III. T. I. S. 262., — wegen der Cassenbilletsanleihen die V. v. 18. Dec. 1813. §. 3. ib. S. 152., — wegen der Actien zur Anleihe für die Cassenbilletsauswechselungsanstalt, die Ankünd. v. 12. April 1817. §. 7. C.A. C. III. T. II. S. 76., u. d. Rescr. v. 14. April 1817. C.A. C. III. T. I. S. 301., — wegen der neuen zu 4 vom Hundert zinsbaren landschaftlichen, ingleichen der über die Anleihe der Hauptauswechselungscasse ausgefertigten Partialobligationen das M. v. 14. Mai 1821. G.S. S. 65., — wegen der dreiproc. landschaftlichen Obligationen v. 1830. das M. v. 26. Aug. 1830. G.S. S. 156., — wegen der Landrentenbriefe das G. v. 17. März 1832. §. 18. G.S. S. 270., — wegen der dreiproc. Staatsobligationen samt Talons und Coupons von 1843. d. G. v. 27. Juli 1843. G.S. S. 74. — wegen der bis zum Jahre 1855. von der Staatscasse zu vertretenden Actien u. Zinsscheine der vormaligen Sächsisch-Baierschen Eisenbahncompagnie d. Decr. v. 1. April 1847. §. 9. G.S. S. 63. — und wegen der Staatsanleihe v. J. 1847. d. G. v. 27. März 1847. §. 10. G.S. S. 51. S. ferner die Bestimmungen bei den unter: Staatsschulden und Eisenbahnen nachgewiesenen neuerlichen Papieren. d) Das wegen der Staatspapiere geordnete Mortificationsverfahren findet übrigens auf die Papiere verschiedner Städte und Actiengesellschaften, jedoch zum Theil mit Bestimmung einer andern Verjährungsfrist Anwendung; vergl. wegen der Leipziger Stadtobligationen v. 1807., 1813. u. 1814., 1821. u. 1830. das Rescr. v. 14. März 1812. C.A. C. III. T. I. S. 262., v. 27. Juni 1817. ib. S. 309., V. v. 16. Aug. 1821. G.S. S. 89., V. v. 6. März 1830. G.S. S. 17., — wegen der Leipziger Discontocassenscheine das Stat. v. 3. Oct. 1827. §. 14. 26. G.S. S. 139. f., — wegen der Freiberger Stadtobligationen die V. v. 19. März 1836. G.S. S. 313., — wegen der Leipzig-Dresdner, Sächsisch-Schlesischen, Löbau-Zittauer, Chemnitz-Riesaer Eisenbahnactien das Statut der Leipz.-Dresd. Eisenbahncompagnie. §. 11. G.S. v. 1837. S. 28., das der S.-Schles. §. 40. G.S. v. 1844. S. 251., das d. Löbau-Z.'er §. 34. G.S. v. 1845. S. 126., daß der Ch.-R.'er §. 34. G.S. v. 1845. S. 160., — wegen der Camenzer Stadtanleihe die V. v. 6. Mai 1843. G.S. S. 23., — wegen der Leipziger Bank §. 42. des Stat. G.S. v. 1839. S. 64. und Nachtrag v. 24. Febr. 1845. G.S. S. 78., — wegen der Zuckerraffineriegesellschaft zu Pirna §. 9. des Stat. G.S. v. 1839. S. 164., — wegen des Pottschappler Actienvereins §. 15. des Stat. G.S. v. 1840. S. 16. — wegen des erbländ. ritterschaftl. Creditvereins und der Laus. Hypothekenbank die Art.: Creditverein, Hypothekenbank, wegen der Anleihe der Oschatzer Kirchen- und Schulgemeinde die V. v. 4. Jan. 1847. G.S. S. 21. Noch andere dergl. Papiere mit d. fraglichen Rechtsbegünstigung werden unter Anleihen, nachgewiesen. **10)** Die E. zum Behufe der Todeserklärung Abwesender.

Im M. v. 13. Nov. 1779. die Verkürzung der Abwesenheitsvormundschaft ꝛc. betr. C. A. C. II. T. I. S. 371., in der Laus. publ. mit O.A.Pat. v. 4. Jan. 1780. C. A. C. II. T. III. S. 157., L.C.W. T. III. S. 65., ist angeordnet: a) Wer sich in die Fremde gewendet hat od. noch wendet und innerhalb der letzten 20 Jahre keine Nachricht von seinem Leben und Aufenthalte an seine nächsten Anverwandten, oder die Obrigkeit des Orts, an welchem er sich zuletzt aufgehalten oder wo sein Vermögen befindlich, gegeben hat, soll nach Ablauf dieser 20 Jahre (die von dem Tage an gerechnet werden, wo man die letzte Nachricht von dem Abwesenden erhalten hat, oder, wenn man während seiner Abwesenheit überhaupt keine von ihm gehabt, von dem Tage, an welchem er weggegangen ist od. vermißt worden), oder, wenn jemand nach seinem 50. Jahre abwesend wird, sobald er das 70. Jahr erreicht hat, für tod geachtet und sein zurückgelassenes Vermögen seinen nächsten Verwandten als Erben verabfolgt werden. b) Zu dem Zwecke soll, auf Ansuchen der letztern, mit Erlassung der E. verfahren werden und das darauf einlangende Erkenntniß die Wirkung haben, daß nach dessen Rechtskraft der Außengebliebene, dafern er das Außenbleiben nicht genügend zu entschuldigen vermag und sich deshalb binnen Jahresfrist, von Publication des Urtels an gerechnet, gehörig meldet, mit seinen Ansprüchen und Einwendungen weiter nicht gehört werden soll. c) Denen, welche bei Publ. d. M. bereits über 15 Jahre abwesend gewesen sind u. nicht inmittelst das 70. Jahr ihres Lebens erfüllt haben, sowohl denj., welche sich nach bereits zurückgelegtem 65. Jahre ihres Alters und darüber entfernen, ist noch eine Frist von 5 Jahren gestattet, ib. Vergl. dazu das Rescr. v. 21. Oct. 1780. C. A. C. II. T. I. S. 379. d) Der Erbanfall wird in der Regel nach dem Tage bestimmt, wo die 20jährige Frist von Zeit der erhaltenen Nachricht abgelaufen ist, oder wo der Abwesende das 70. Jahr seines Alters erreicht hat, Bef. v. 16. Juni 1790. C. A. C. II. T. I. S. 503., M. v. 31. Jan. 1829. §. 27. G.S. S. 42. e) Wegen der Militairpersonen, und derjenigen, welche der Armee in die Feldzüge von 1812. und 1813. gefolgt sind, bedarf es der 20jährigen Frist nicht, Pat. v. 9. Sept. 1826. G.S. S. 219. Bei den nach dem Pat. v. 1826. ausgerufenen Militairpersonen gilt in Ansehung der Erbfolge der 22. Sept. 1826. als Todestag, M. v. 31. Jan. 1829. §. 27. G.S. S. 42. Die Erlassung von E. wegen der zuletzt gedachten Militairpersonen erfolgt bei dem zuständigen Civilgerichte. V. v. 2. April 1835. §. 17. G.S. S. 232. [Bis zum 31. Oct. 1835. beim Stabskriegsgerichte, ib.]

11) Die Erlassung der E. setzt allemal voraus, daß Interessenten, deren Existenz und Aufenthalt unbekannt ist, vorhanden sein können und daß wegen Ausforschung derselben gehörige Sorgfalt angewendet worden sei, doch ist hierbei der Anzeige desjenigen, der die E. verlangt, Glauben beizumessen, M. v. 13. Nov. 1779. §. II. C. A. C. II. T. I. S. 370., C. A. C. II. T. III. S. 163. u. L.C.W. T. III. S. 70. Ist in dem Falle unter §. I. 3. b. (oben 4. b.) die Existenz der Verwandten bekannt, der Ort ihres Aufenthalts zur Zeit des Erbschaftsanfalls aber unbekannt, so sind E. nicht zu erlassen, vielmehr den abwesenden Verwandten Abwesenheitsvormünder zu bestellen. ib. **12)** Das Verfahren bei der E. ist folgendes: a) Die Ladung erfolgt bei Strafe der Ausschließung und bei Verlust der etwaigen Ansprüche, auch der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand; der Tag zur Publication des Urtels oder Abschieds ist darin bekannt zu machen und die Bedeutung wegen Bestellung eines Bevollmächtigten an Gerichtsstelle zu Annahme der künftigen Ausfertigungen beizufügen, M. v. 1779. §. III. a. a. O. Ist die Publication im Termine unterblieben, so müssen neue E. wegen derselben erlassen werden, ib. b) Die E. muß 3 völlige Sächs. Fristen in sich halten, ib. c) Die Affigirung der Ladungen ist nicht weiter erforderlich, statt dessen ist die Insertion in die Leipziger Zeitung und in ein nach richterlichem Ermessen auszuwählendes inländisches Provincial- oder Localblatt, in bestimmten Fällen auch in ein ausländisches vorgeschrieben.

Nemlich einer nach richterlichem Ermessen auszuwählenden ausländischen müssen die E. in den Fällen unter C. und D. inserirt werden. Zwischen dem Tage der ersten Insertion in der Leipziger Zeitung und dem anberaumten Termine müssen die obgedachten 3 Sächs. Fristen inneliegen. Außerdem hat das Gericht die E. durch einen öffentlichen Anschlag innerhalb seines Sprengels zur allgemeinen Kenntniß zu bringen, doch bewirkt die Unterlassung dieser letztern Vorschrift keine Nullität des Verfahrens. G. v. 27. Oct. 1834. §. III. G.S. S. 247. in Verbindung mit dem angez. M. v. 1779. §. III. a. a. O. [Aeltr. Recht: Ang. M. v. 1779. §. III. l. c., Rescr. v. 30. Mai 1783. C. A. C. II. T. III. S. 173., Rescr. v. 12. Sept. 1785. C. A. C. III. T. I. S. 193., v. 21. Sept. 1786. C. A. C. II. T. I. S. 491., Rescr. v. 6. März 1790. ib. S. 501. Wegen der E. zum Behufe der Cassation der auf Rittergütern haftenden alten Hypotheken: Gen. v. 11. März 1755. C. A. C. I. T. I. S. 393. 1021.] d) Die Außengebliebenen werden, ohne daß es der Ungehorsamsbeschuldigung bedarf, durch Erkenntniß für ausgeschlossen und ihrer Ansprüche für verlustig geachtet. Doch steht es denselben frei, binnen Jahresfrist von Publication dieses Erkenntnisses an zu erscheinen und die Contumaz abzulehnen, desgleichen ist allen denen, welchen die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zusteht, die Meldung innerhalb dieses Jahres nachgelassen. Ang. M. v. 1779. §. IV. a. a. O., G. v. 27. Oct. 1834. §. I. G.S. S. 247. e) Die bisher übliche besondre Verpflichtung der zu Contradictoren bestellten Advocaten findet nicht mehr Statt, V. v. 7. Mai 1846. §. 2. G.S. S. 37., es wird vielmehr über ihre Bestellung nur eine Registratur aufgenommen und ein Legitimationsschein ausgefertigt, ib. §. 3. **13)** Welchem Gerichtsstande Edictalprocesse in den getheilten Landesdistricten folgen, bestimmt die Conv. v. 20. Febr. 1816. §. 17. Beil. zur Hauptconv. v. 28. Aug. 1819. G.S. v. 1819. S. 323. **14)** S. Abwesende, Concursproceß, Desertionsproceß, Pfandrecht, Rentenbriefe, Verjährung.

Edition. S. Urkunden. S. auch die Citate bei: Ausantworten.

Effecten. S. Creditpapiere, Staatspapiere, Vagabonden, Armenanstalten, Auction, Sachen, Zollwesen.

Effectenverzeichniß. Ueber das vorgeschriebene E. bei Transporten in die Strafanstalten s. den Art.: Transport.

Ehe. 1) Die E. ist nur giltig, wenn die priesterliche Einsegnung hinzugekommen ist. K.O. v. 1. Jan. 1580. T. Ehesachen, im Eingange, Ehe-O. v. 10. Aug. 1624. im Eingange und Pct. 5. C.A. T. I. S. 536. 1019. 1024. **2)** Sie ist in der graden Linie verboten, Ang. K.O. v. 1580. Ehesachen, C.A. T. I. S. 538., und in der Seitenlinie bis zum 3ten Grade der ungleichen Seitenlinie. L.O. v. 1543. T. von den Graden, C.A. T. I. S. 18. Ein Verzeichniß der verbotenen Grade enthält die ang. K.O. C.A. T. I. S. 538. ff. Ueber die Grade der Verwandschaft, innerhalb welcher eine E. unzulässig sei, s. noch den Bef. v. 6. Mai 1607. C.A. T. I. S. 1013., die Ehe-O. v. 10. Aug. 1624. Pct. 2. C.A. T. I. S. 1021., das M. v. 31. Mai 1625. ib. S. 1029., die B. v. 23. Febr. 1627. ib. S. 1029., B. v. 9. Jan. 1704. ib. S. 1037., die Zusammenstellung im C.A. T. I. S. 463. f., endlich §§. 4. u. 5. d. Regul. v. 15. Jan. 1808. C.A. C. III. T. I. S. 166. u. L.C.W. T. VI. S. 237., wonach die, welche näher mit einander verwandt sind, als im 3ten Grade gleicher Linie der Blutsfreundschaft, sich, je nach der Nähe des Grades entweder nicht, oder nur nach erhaltener Dispensation mit einander verehelichen dürfen. Angez. Regulat. §. 4. [Vergl. auch Rescr. v. 5. Juni 1657. im L.C.W. T. IV. S. 677.] Das Gesagte erstreckt sich auch auf die nemlichen Grade der Schwägerschaft, §. 5. des angez. Regul. Comprivigni (zusammengebrachte Kinder) können sich heirathen, V. v. 12. Juli 1641. C.A. T. I. S. 1033. **3)** Wenn zum Behuf der zu einer Ehe mit des Bruders Wittwe, wenn Kinder aus der mit dem Bruder geführten E. am Leben sind, nachzusuchenden Dispensation, Pastoralzeugnisse verlangt werden, oder den Pfarrern von dem Vorhaben einer solchen E. sonst Nachricht zukommt, so sollen sie vor Ertheilung des Attestates über den Lebenswandel der Interessenten, über deren Fa-

milien- und Vermögensumstände, ob unter ihnen ein verdächtiger Umgang Statt gefunden habe, thunlichst Erkundigung einziehen und das sich Ergebende im Atteſtate pflichtmäßig angeben. Auch sollen die Pfarrer zu verhüten suchen, daß der Umgang zwischen des Bruders Wittwe, und des verstorbenen Ehemanns Bruder nicht ausarte und die Schranken der Moralität überschreite, indem ohne solche Zeugnisse dergleichen Dispensationsgesuche nicht angenommen werden sollen. Rescr. v. 13. Aug. 1804. C.A. C.III. T.I. S. 162., O.-A.Pat. v. 11. Aug. 1804. L.C.W. T.VI. S. 232. **4)** Die E. eines ex capite nullitatis geschiedenen Gatten mit den im verbotenen Grade stehenden Blutsfreunden des andern Theils soll nur dann ohne vorherige Dispensation erlaubt sein, wenn aus dem über die Nullität geführten Processe sich vollständig ergiebt, daß zwischen den getrennten Gatten die eheliche Beiwohnung nicht Statt gefunden hat, oder, wenn der zur anderen E. schreitende Theil eidlich erhärtet, daß diese weder vor, noch während der E., noch nach der Trennung mit dem geschiedenen Gatten Statt gefunden habe. Rescr. v. 2. Dec. 1807. C. A. C. III. T. I. S. 164. **5)** Superintendenten, Geistliche u. Behörden sollen wider die Ehe nichts vornehmen, Rescr. v. 16. Sept. 1614. C.A. T. I. S. 1015., Ehe-O. v. 1624. Pct. V. ib. S. 1026., Rescr. v. 12. Nov. 1700. ib. S. 869. **6)** Zur anderweiten E. soll ein Wittwer vor einem halben, und eine Wittwe vor einem ganzen Jahre nicht schreiten. Ehe-O. v. 1624. Pct. V. C.A. T. I. S. 1026., Regul. v. 15. Jan. 1808. §. 14. a. a. O. **7)** Ein Vormund darf während der Vormundschaft seine Mündel nicht heirathen, u. ebenso wenig seine Kinder mit den Pflegbefohlenen verheirathen, wenn nicht der Vormundschaftsrichter ausdrücklich eingewilligt hat. V.O. Cap. XIII. §. 12. Handausg. S. 58. u. L.C.W. T. IV. S. 130. Ebenso wenig ist ihm erlaubt, seine Pflegebefohlene um Gewinnstes willen an Andre zu verheirathen, ib. §. 13. **8)** Zu Eingehung der E. wird bei Mannspersonen das erfüllte 21. Altersjahr, bei den Frauen das erfüllte 14. Jahr erfordert. V.O. Cap. XIII. §. 11. S. 58., Regul. v. 15. Jan. 1808. §. 2. C.A. C. III. T.I. S. 167., M. v. 10. Sept. G.S. S. 217. Dießfallsige Dispensationsgesuche sind bei der Kreisdirection anzubringen, V. v. 14. Nov. 1835. G.S. S. 637. Die Einwilligung des Vormunds der Braut ist nicht erforderlich, Ang. V.O. l. c. §. 11. **9)** Der Vormund einer unmündigen Mannsperson, welche heirathet, führt die Vormundschaft seines Pflegbefohlenen bis zu dessen Volljährigkeit fort, und wenn letzterer während der Minderjährigkeit Kinder zeugt, selbige aber eigenes Vermögen haben, so wird solches, dafern nicht hierzu ein besonderer Vormund verordnet worden ist, zugleich von des Vaters Vormunde mit verwaltet. Vorm.O. v. 10. Oct. 1782. Cap. XXIII. §. 1. a. a. O. **10)** Wenn eine unmündige Frau bei ihrer Verheirathung noch einen Vater und keinen Vormund hat, so steht es bei dem erstern, wie er es, wegen Verwaltung des Vermögens, welches er mitgiebt, halten, u. ob er dem Schwiegersohne die freie Verwaltung desselben überlassen will, wegen des übrigen Vermögens der Tochter aber, ingleichen wegen der Verabhandlungen, die nach der Heirath bis zu ihrer Mündigkeit vorfallen, ist derselben ein Vormund zu bestellen. ib. §. 10. S. 103. **11)** Ledigen Mannspersonen, welche öffentl. Armenunterstützung genießen, oder erweislich schon für sich darum, oder um völlige Versorgung gebeten, ist das Heirathen nicht zu gestatten, wenn nicht dargethan ist, daß sie durch die einzugehende E. ihre Umstände dergestalt verbessern, daß sie einer Unterstützung nicht weiter bedürftig sein werden, §. 70. b. A.O. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 271. Bei Wittwern, welche unerzogene Kinder haben, kann nach Umständen hiervon eine Ausnahme gemacht werden, ib. **12)** Frauenspersonen, welche Almosen genießen, können nach erfolgter Verheirathung ebenfalls auf öffentliche Unterstützung keinen Anspruch machen, ib. **13)** Auch solchen männlichen Almosenempfängern, welche freiwillig auf ferneres Almosen ver-

zichtet haben, ist mit Vorbehalt obiger Ausnahmen die Erlaubniß zur Verehelichung nicht eher als nach Ablauf eines Jahres von Zeit dieser Verzichtleistung an, und nur, wenn sie unterdessen nicht gebettelt haben, auch durch obrigkeitliche Erörterung festgestellt worden ist, daß sie immittelst auf eine oder die andere Weise in eine solche Lage gekommen sind, sich mit einer Familie selbständig und ohne Unterstützung erhalten zu können, zu ertheilen; es bleibt jedoch der Obrigkeit nachgelassen, nach Befinden die Verehelichung auch eher zu gestatten, ib. §. 70. cit. **14)** Die Eingehung einer E. ist Militairpersonen ohne vorherige ausdrückliche Erlaubniß der vorgesetzten Militairbehörde untersagt. M. v. 4. Febr. 1829. G.S. S. 26., Ordonn. v. 19. Juli 1828. 2. Th. §. 68. G.S. S. 164. S. Dienst. **15)** Bei Verehelichung griechischer Religionsverwandten mit evangelischen Glaubensgenossen soll die früher üblich gewesene Religionsversicherung nicht weiter Statt finden. Rescr. v. 20. Nov. 1815. C.A. C. III. T. I. S. 183. **16)** Ueber die Eingehung einer E. zwischen Reformirten und Personen andrer Religion vergl. das Regul. v. 7. Aug. 1818. §. 19. G.S. v. 1818. S. 57. f. **17)** Gesetzliche Bestimmungen über die Eingehung von Ehen zwischen Katholiken und Protestanten, sowie über die Erziehung und den Schulunterricht der aus solchen erzeugten Kinder bestehen in dem M. v. 19. Febr. 1827. §. 61. G.S. S. 13. f., und dem G. v. 1. Nov. 1836. G.S. S. 299. u. G.S. v. 1844. S. 154. Zu Ausführung dieses G., soweit es den Schulunterricht der gedachten Kinder betrifft, ist die V. v. 2. Mai 1844. G.S. S. 149. ergangen. [Aeltr. Recht: §§. 47. 50. 51. 52. 55. d. M. v. 19. Febr. 1827. G.S. S. 23., §. 11. d. M. v. 20. Febr. 1827. ib. S. 30.] Streitigkeiten, welche über die religiöse Erziehung der Kinder von Aeltern verschiedenen Glaubensbekenntnisses entstehen, sind vor der ordentlichen Ortsobrigkeit zu entscheiden, auch hat diese, daß dem G. v. 1. Nov. 1836. G.S. S. 299. in allen Puncten nachgegangen werde, von Amtswegen Sorge zu tragen, und es haben die Geistlichen und Schullehrer sich dahin mit ihren etwaigen Anfragen und Anträgen zu wenden. §. 19. des ang. G. G.S. S. 302., ang. V. v. 2. Mai 1844. S. auch Alter, Aufgebot, Religion. **18)** Ein Meister, der heirathen will, hat der Innung in Anlaß dessen nichts zu zahlen, auch darf ihm wegen der Beschaffenheit der Braut kein Vorwurf gemacht oder gar Strafe angesonnen werden, Gen.Inn.Art. v. 8. Jan. 1780. Cap. III. §. 38. C.A. C.II. T. I. S. 761., C.A. C.II. T.III. S. 161. u. L.E.W. T. III. S. 297. **19)** Wer eine Person durch betrügliche Handlungen zu einer aus diesem Grunde vom Ehegerichte für ungiltig erklärten E. mit sich oder einem Dritten verleitet hat, ist auf Antrag der verleiteten Person oder der Aeltern oder Wahlältern derselben mit Gefängniß bis zu 1 Jahre zu bestrafen. Zu solchen betrüglichen Handlungen ist auch die Verschweigung der dem Thäter bekannten öffentlichen Ehehindernisse zu rechnen. Art. 317. d. Str.-Gb. v. 1855. **20)** S. Ausländer, Entführung, Offiziere, Bigamie, Lehren, Nöthigung, Drohung, Auszug, Concubinat, Dispensation, Ausländer, Ehesachen, Ehescheidung, Eheverlöbniß, Erbfolge, Gesinde, Heimaths..., Kriegsreserve, Mütter, Juden, König, Trauung, Uneheliche, Väter.

Eheannullirung. Die gesetzlichen Bestimmungen über Ehenichtigkeit und Eheannullation s. unter: Ehescheidung.

Eheberedung. S. Eheverlöbniß.

Ehebett. S. Bett.

Ehebrecher. S. Dispensation, Ehebruch.

Ehebruch. **1)** Ein Ehegatte, welcher die dem anderen schuldige Treue durch außerehelichen Beischlaf verletzt, ist mit Gefängniß von 1 bis zu 3 Monaten zu bestrafen. Art. 259. d. Str.Gb. v. 1855. — Sind beide Personen, welche sich mit einander des E.s schuldig machen, verehelicht, so tritt für eine jede derselben 2 bis 4monatliches Gefängniß ein. Art. 260. **2)** Der E. setzt eine nach gesetzlicher Form eingegangene u. noch nicht durch die zuständige Behörde für getrennt oder für nichtig erklärte Ehe voraus. War der schuldige Ehegatte von Tisch und Bette geschieden, oder hatte

sich der andere Ehegatte eigenmächtig von ihm gesondert, so ist die nach den cit. Art.259.260. von Ersterem verwirkte Strafe auf die Hälfte herabzusetzen. Art. 261. — Eine unverehelichte Person, welche mit einer verehelichten den Beischlaf ausübt, hat Gefängniß von 2 Wochen bis zu 2 Monaten verwirkt. Art. 262. **3)** Wegen einfachen und doppelten E.s ist nur auf Antrag des beleidigten oder eines der beleidigten Ehegatten mit der Untersuchung zu verfahren. Der Antrag auf Bestrafung des schuldigen Ehegatten gilt zugleich als Antrag auf Bestrafung seines Mitschuldigen, und umgekehrt. Ehegatten, welche für beständig von Tisch u. Bette gesondert sind, können auf Bestrafung eines von dem anderen begangenen E.s nicht antragen. Art. 263. **4)** Wird nachgewiesen, daß der andere Ehegatte den E. stillschweigend oder ausdrücklich verziehen habe, so kann auf dessen Antrag eine Bestrafung nicht Statt finden. Auch bei dem doppelten E.e kann, wenn die Verzeihung des einen der beleidigten Ehegatten beigebracht wird, das Strafverfahren nur auf Antrag des anderen eingeleitet od. fortgestellt werden. Art. 264. **5)** Die Zurücknahme des Antrags auf Bestrafung gilt, auch in Hinsicht ihres Einflusses auf die Fortstellung des Scheidungsprocesses, für eine Verzeihung. Die Verzeihung mit der bei 4. erwähnten Wirkung und die Zurücknahme ist bei diesem Verbrechen auch nach der Bekanntmachung eines Straferkenntnisses und selbst nach dem Antritte der Strafe zulässig, dafern nicht inmittelst die Ehe geschieden worden ist. ib. **6)** Aeltr. Recht: L.O. v. 1543. C.A. T.I. S. 19., Const. 19. 20. 23. P. IV. ib. S. 122. f., Const. 23. ined., Haubold Handbuch rc. S. 147., K.O. v. 1580., Tit. Ehesachen ib. S. 542., M. v. 30. Sept. 1609. ib. S. 1447., Pol.O. v. 1612. §. 4. ib. S. 1455., Ehe=O. v. 1624. IV. ib. S. 1022., Rescr. v. 15. Juni 1650. ib. S. 1519., Dec. 82. 83. 84. v. 1661. ib. S. 335. f., Pol.O. v. 1661. Tit. VI. ib. S. 1570., Res. gr. v. 1713. ib. S. 372., fernerweite Instr. v. 1783. §. 7. C.A. C.II. T.I. S. 468., G. v. 8. Febr. 1834. G.S. S. 50., Cr.Gb. v. 1838. Art. 211—215. G.S. S. 164. f. **7)** Bei Scheidungsprocessen wegen E. ist die Klage amtshalber abzuweisen, wenn die Einrede der Compensation oder Verzeihung sofort aus den Acten liquid ist. §. 1. u. 2. des M. v. 30. Dec. 1822. G.S. v. 1823. S. 7. Außerdem sind diese Einreden nur soweit zu berücksichtigen, als sie wirklich vorgeschützt und erwiesen werden. §. 3. ib. **8)** Würde die Compensation amtswegen zu berücksichtigen sein, sucht sie aber der Kläger durch die Replik der Verzeihung zu entkräften, so ist von ihm zu erweisen, daß die behauptete ausdrückliche Verzeihung wenigstens vor Anstellung der Klage, die stillschweigende aber früher erfolgt sei, als ihm der vom Beklagten begangne, der Klage zum Grunde liegende E. bekannt worden sei. §. 4. ib. In diesem Falle ist aber dann auf einen Collusionseid des Beklagten zu erkennen und von dessen Leistung das Scheidungsurtel abhängig zu machen, wenn der Beweis der Replik durch ein Geständniß des Beklagten, sei dieß ein wirkliches od. fingirtes in Folge eines begangenen Ungehorsams, geführt werden soll. §. 5. ib. **9)** Der Vorbehalt der Klage auf Scheidung bei verziehenem E. ist unstatthaft, V. v. 6. Dec. 1834. G.S. v. 1835. S. 6. **10)** Die bedingungsweise geschehene Verzeihung eines E. soll im Scheidungsprocesse als unbedingt angesehen werden, Dec. 39. v. 1746. C. A. C.I. T.I. S. 360., was jedoch nicht auf die Remission eines vor der Ehe begangenen fleischlichen Fehltritts zu beziehen ist. Res. 9. v. 27. Jan. 1786. C.A. C.II. T.I. S.294., C.A. C.II. T.III. S. 15. u. L.C.W. T.IV. S. 670. **11)** Eine Ehe, während welcher der eine Ehegatte mit des andern nächsten Verwandten Blutschande getrieben hat, soll nicht wider Willen des unschuldigen Theils amtshalber getrennt, wohl aber soll verhindert werden, daß der schuldige Gatte mit dem Mitschuldigen in einem Hause bleibe oder den unerlaubten Umgang fortsetze, Res. 11. v. 27. Jan. 1786. C.A. C.II. T.I. S. 205., L.C.W. T.IV. S. 670. und C. A. C.II. T.III. S. 15. **12)** In den Erkenntnissen, wodurch Ehen wegen E. getrennt werden, soll des bei der Criminaluntersuchung erfolgten Geständnisses des begangenen E. mit Erwähnung geschehen, Rescr. v. 22. Sept.

1802. C.A. C.III. T.I. S. 158. **13)** Wenn ehelicher Untreue wegen auf Scheidung geklagt worden, so soll zu Verhütung sonst möglicher Collusionen in allen Fällen zuvörderst das angeschuldigte Verbrechen untersucht werden, Rescr. v. 30. Sept. 1785. C.A. C.II. T.I. S. 311., Lauf. Rescr. v. 21. Nov. 1785. L.C.W. T. IV. S. 666., und C.A. C.II. T.III. S. 15., Rescr. v. 3. Jan. 1804. L.C.W. T. VI. S. 232. u. C.A. C.III. T.I. S. 159., Rescr. v. 13. Jan. 1804. ib. S. 160., G. v. 8. Febr. 1834. §. 23. G.S. S. 52., V. v. 6. Dec. 1834. G.S. v. 1835. S. 6., §. I. d. G. v. 3. April 1838. G.S. S. 220. **14)** Wenn der Beklagte in der Untersuchung absolvirt worden ist, so soll gleichwohl die eingereichte Scheidungsklage zur rechtlichen Erörterung angenommen werden, Rescr. v. 30. Sept. (in der Lauf. 21. Nov.) 1785. l. c., v. 13. Jan. 1804. no. 2. C. A. C. III. T. I. S. 161. **15)** Veroffenbaren sich im Fortgange eines Ehescheidungsprocesses solche Umstände, woraus ein begangener E. gefolgert werden kann, so ist, sofern der E. die gänzliche Trennung der Ehe bewirken soll, so lange noch nicht rechtskräftig definitiv entschieden ist, die Untersuchung doch praeliminariter einzuleiten, Rescr. v. 13. Jan. 1804. no. 3. ib. S. 161. **16)** Wird wegen eines in Ansehung der Strafe verjährten E.s auf Trennung der Ehe geklagt, so bedarf es zwar nicht einer Untersuchung vor dem weltlichen Richter, es ist jedoch, wenn der Beklagte den E. einräumt, auf den Collusionseid zu erkennen, ib. no. 4. S. 161. **17)** Die Ehescheidung erfolgt auch wegen eines nicht vollbrachten E., Dec. 34. v. 1746. C.A. C. I. T. I. S. 359. Hat der Angeschuldigte in der Untersuchung nicht überführt werden können, so kann sich der Kläger im Ehescheidungsprocesse des Eidesantrags bedienen. Rescr. v. 30. Sept. 1785. C.A. C. II. T. I. S. 311., Lauf. Rescr. v. 21. Nov. 1785. C.A. C.II. T. III. S. 16. u. L.C W. T. IV. S. 666. **18)** Vergl. noch die Art.: Untersuchungs-Just..., Privatankl..., Gerichtsstand, Bigamie, Admonition, Ehescheidung, Erbfolge, 61. f.

Eheconsens. 1) Kinder sollen sich ohne Einwilligung des Vaters, der Mutter, und, wenn diese nicht vorhanden sind, des Großvaters u. der Großmutter nicht verloben, K.O. v. 1. Jan. 1580. Ehesach. Tit. von Ehegelöbnissen ꝛc. C.A. T. I. S. 537., Ehe-O. v. 10. Aug. 1624. Pct. I. ib. S. 1020., M. v. 16. Nov. 1648. C.A. T. I. S. 1033. Die Aeltern sind befugt, die hierunter ungehorsamen Kinder, bis auf den halben Pflichttheil, ja, nach den Umständen, besonders wenn die Kinder sich fleischlich vermischt, ganz zu enterben. ib. Indeß wird die Vollziehung der Ehe, bei ermangelndem älterlichen Consense dann verstattet, wenn die Söhne aus der väterlichen Gewalt getreten sind, und ein unberüchtigtes Frauenzimmer unter Versprechung der Ehe geschwängert haben, oder, wenn die Aeltern einer Mannsperson weder das Frauenzimmer, noch ihre Aeltern und Verwandten deshalb verwarnt haben, oder auch, wenn sie keinen erheblichen Grund für Versagung der Einwilligung anführen können. Ang. M. v. 1648. S. 1036. **2)** Verweigern Ascendenten ihre Einwilligung zu einer Ehe, so kann in den geeigneten Fällen statt ihrer das Appellationsgericht, welchem sie untergeben sind, die Einwilligung ertheilen. §. 54. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 85. In diesem Falle haben die Geistlichen bei erfolgter Verweigerung des E. die Verlobten zurück und zu Herbeischaffung desselben an das betreffende Appellationsgericht zu verweisen. In solchen Fällen aber, wo (man vergl. §. 9. d. Regul. v. 15. Jan. 1808. L.C.W. T. VI. S. 238. u. C.A. C. III. T.I. S. 166.) die Einwilligung aus andern Gründen als dem der Verweigerung, z. B. weil der Vater abwesend ist und Mutter und Großältern nicht mehr leben, nicht herbeigeschafft werden kann, wo es sich also nicht um die Entscheidung eines streitigen Rechts handelt, haben die Geistlichen an die vorgesetzte geistliche Behörde, u. zwar die evangelischen in den Kreislanden durch den Superintendenten Anzeige zu erstatten. §. 3. d. V. v. 31. März 1835. G.G. S. 235. **3)** Den E. haben Kinder, ohne Unterschied

des Standes und Alters, wenn sie auch nicht mehr unter älterlicher Gewalt stehen, vor ihrer Trauung mündlich oder schriftlich beizubringen, oder das Ableben derer, welche den E. zu ertheilen haben, wenn es sonst nicht bekannt, zu bescheinigen. §. 7. d. Regul. v. 15. Jan. 1808. a. a. O. **4)** Sind beide Aeltern am Leben, so genügt der Consens des Vaters, bei unehelichen Kindern der der Mutter, §. 8. ib. Dasselbe gilt bei jeder folgenden Verheirathung, §. 11. ib. Die Einwilligung des Vormunds einer Unmündigen ist nicht erforderlich, doch muß soviel beigebracht werden, daß ihr Vorhaben dem Vormunde nicht verborgen geblieben sei und dieser ein Bedenken nicht finde, V.O. Cap. XIII. §. 11. Handausg. S. 58. u. L.E.W. T. IV. S. 130., §. 12. des Regul. v. 15. Jan. 1808. a. a. O. Die Einwilligung des Zustandsvormunds der geisteskranken Aeltern und Großältern ist nicht erforderlich, Ang. Regul. §. 10. S. Geisteskranke. **5)** In Bezug auf die Fälle, wo der Dissens der Aeltern die Vollziehung der Ehe nicht hindert, ang. M. v. 16. Nov. 1648., verfügt die Dec. 31. v. 2. Juli 1746. C. A. C. I. T. I. S. 359.: daß, wenn die Aeltern aus erheblichen Gründen ihre Einwilligung verweigern, die Sponsalien weder durch den erfolgten Beischlaf noch durch die Copulation einige Kraft erlangen, sondern daß, wenn die Aeltern die Vorschriften des M. v. 1648. beobachtet haben, und nicht später consentiren, die Ehe für nichtig erklärt, und wenn die Trauung geschehen, wieder dissolvirt werden soll. **6)** S. Ehe, Ehesachen, Ausstattung, Entführung.

Ehefrauen. **1)** Ehrenverletzungen gegen E. sind die Ehemänner derselben zur Bestrafung anzuzeigen berechtigt, s. den Art.: Antrag. (Vorherging Art. 203. des Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 162.) **2)** E. theilen die Heimath der Ehemänner, §. 11. d. G. v. 26. Nov. 1834. G.S. S. 451. **3)** Die E. eines Gemeinschuldners hat nur wegen ihres Dotal- und Paraphernal-Vermögens in dem Concurse des Ehemannes ein persönliches Vorzugsrecht vor den Chirographariern, nicht aber wegen des Leibgedinges und der Receptitien. M. v. 4. Juni 1829. §. 14. ff. G.S. S. 105. 111., G. v. 25. Jan. 1836. §. 4. 44. f. G.S. S. 15. 21. **4)** Die Aufnahme von Darlehen, Abtretung oder Verpfändung von Forderungen, Bestellung von Faustpfändern oder Hypotheken, Verzichtleistung auf Einbringen rc. Seiten der E. zum Besten des Ehemannes, wird als Verbürgung angesehen, M. v. 6. Nov. 1828. §. 3. ff. G.S. S. 240., und es leiden bei Beurtheilung der Rechtsgiltigkeit dieser Handlungen die Vorschriften des gedachten M. Anwendung. Falsche Angaben von ihres Mannes Vermögen oder ihrem Einbringen, um ersterm Credit zu schaffen, sind für Betrug zu achten, ib. §. 10. S. 241. **5)** Eine E. kann ohne ihren Ehemann sich weder gerichtlich noch außergerichtlich verbindlich machen, Const. 15. P. II. v. 1572. C. A. T. I. S. 89., E.P.O. ad Tit. 8. §. 3. S. 69., M. v. 10. Nov. 1828. §. 28—30. G.S. S. 250. in Verbindung mit dem G. v. 8. Jan. 1838. §. 3. G.S. S. 23. **6)** Jedoch kann eine mündige E., ohne daß es des Beitritts des Ehemannes bedarf, a) Testamente errichten, cit. Const. 15. P. II., b) sich wegen der Receptitien, worüber sie sich die völlige Disposition inter vivos et mortis causa vorbehalten, verbindlich machen, endlich c) können Handelsfrauen ohne den Ehemann Handlung treiben, und dabei das Erforderliche verrichten. Const. v. 18. Nov. 1722. C. A. T. I. S. 1209., E.P.O. ad Tit. 8. §. 3. S. 69., und E.P.O. Anh. §. 11. S. 306. **7)** Wiewohl d. Regel nach Wechsel, Verschreibungen und Handlungen der E. ohne Wissen der Ehemänner für letztre unverbindlich und ungiltig sind, sodaß auch nach des Mannes Tode weder die Frau noch deren Erben, sofern sie die Wechsel rc. nachher nicht noch anerkannt haben, daraus belangt werden können (s. Wechselfähigkeit), so soll doch, wenn ein Gläubiger erweisen kann, auf welche Weise durch seinen Vorschuß das Vermögen einer E. wirklich vermehrt und verbessert worden ist, hierauf Rücksicht genommen werden, Resol. v. 1. Juli 1723. C. A. T. I. S. 2371., Beil.

zur E.P.O. XII. u. XIII. S. 123. 126. S. auch Verbürgung. [Aeltr. Recht: Dec. 24. v. 1661. C. A. T. I. S. 305.] **8)** Eine E. soll ihres Einbringens verlustig werden, wenn sie zu ihres Ehemannes Concurs Veranlassung gegeben hat. M. v. 7. Jan. 1724. §. 15. C. A. T. I. S. 2380., Laus. M. v. 5. Juni 1726. §. 15. L.C.W. T. I. S. 368., M. v. 20. Dec. 1766. §. 15. u. 22. C.A. C. I. T. I. S. 932. u. 937., Laus. M. v. 2. Aug. 1783. §§. 15. 22. L.C.W. T. IV. S. 12. f. u. C.A. C.II. T.III. S. 183. 188. **9)** Schenkungen, welche eine E. von ihrem Ehemanne, dessen Vermögen später in Concurs geräth, erhalten, sind, wenn er auch damals noch solvent war, nichtig, und müssen wie das Silber, der Schmuck und andere kostbare Stücke (also nicht nöthige Kleider, Wäsche, Betten u. dergl.), welche die Frau während der Ehe aus des Mannes Vermögen erhalten, wenn sie nicht bescheinigt oder eidlich bestärkt, daß sie solche entweder zu ihm gebracht, oder anderweit erlangt habe, zur Masse gebracht, oder der Frau an ihren übrigen Forderungen, soweit sie damit zur Perception gelangt, zugerechnet werden. So ist es auch zu halten, wenn die Geschenke veräußert, und von deren Werthe Mobilien od. Immobilien angeschafft, oder sonst in ihren Nutzen verwendet worden sind. Ang. M. v. 1724. §. 15. l. c. und ang. M. v. 1766. und 1783. §. 15. l. c. **10)** Wenn ein Ehemann seiner Ehefrau Grundstücke verkauft, oder dergleichen in deren Namen erkauft, so sollen dieselben den Gläubigern, gegen Entrichtung des dafür aus der E. Vermögen bezahlten Kaufgeldes, wieder abgetreten, die Uebermaße aber zur Masse gezogen werden; es könnte denn die E. erweisen, daß die Immobilien von ihrem Ehemanne, als er noch solvent gewesen, auf ihren Namen erkauft, und ihr im Grund- und Hypothekenbuche zugeschrieben (früher verliehen) worden seien. M. v. 1724. l. c. und M. v. 1766. u. 1783. a. a. O. **11)** Ueber die Abentrichtung der Kirchen- und Schulanlagen katholischer, in gemischter Ehe lebender E. s. unter Anlagen das Nähere. **12)** In Sachsen muß das Einbringen der E., mag es als Mitgift bezeichnet, dafür anzusehen sein oder nicht, von dem Ehemanne nach getrennter Ehe an die Frau oder deren Erben zurückgegeben, auch muß, von Zeit der Mahnung an, das baare Einbringen oder der für Mobilien zu vergütende Werth mit 5. v. H. verzinst werden. Rechtsf. d. O.A.G. v. 31. März 1855. G.S. S. 53. S. Ehescheidung. **13)** Ueber die rechtlichen Verhältnisse der E. geben weitre Nachweisung die Art.: Ausländer, Unterthanen..., Entlassung, Entführung, Unzucht, Kuppelei, Partiererei, Antrag, Kindestöd..., Paßkarten, Polizei, Bestechung, Concursgläubiger, Adel, Auszug, Begräbniß, Beleidigung, Beweis, Ehe, Ehegatten, Ehemänner, Ehesachen, Ehescheidung, Forstverbrechen, Frauen, Gegenvermächtniß, Gerichtsstand, Geisteskranke, Hochzeitsgeschenke, Gesinde, Heimaths..., Inventarium, Kure, Leibgedinge, Nutzungen, Reiselegitimationen, Pfandrecht, Wiedereinsetzung, Wittwen, Zuchthaus.

Ehegatten. 1) Wer seinen E. wider dessen Willen und in der Absicht eigenmächtig verläßt, die Ehe mit demselben nicht fortzusetzen, wird nach den unter: Verlassung angegebenen Bestimmungen gestraft. (Vorher nach Art. 216. d. Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 165., K.O. v. 1580. Tit. Ehesachen C.A. T. I. S. 541., Ehe-O. v. 1624. III. ib. S. 1022.) S. hierzu den Art.: Ehescheidung. **2)** Ueber die Rechtsverhältnisse der E. enthalten weitern Nachweis die Art.: Unterthanenrecht, Entführung, Entfremdung, Uebergang, Vertheidigung, Ehebruch, Antrag, Begräbniß, Wiederaufnahme, Arrest, Aufenthalt, Begünstigung, Beleidigung, Concubinat, Diebstahl, Auszug, Bigamie, Desertionsproceß, Ehe, Ehefrauen, Ehemänner, Ehesachen, Ehescheidungen, Erbfolge, Geburt, Gefängnißstrafe, Geisteskranke, Gütergemeinschaft, Hochzeitsgeschenke, Polizei, Tod, Trauung, Vollmacht, Vorladung.

Ehegeld. S. Ehestiftungen.

Ehegerichte. S. Ehesachen.

Ehehaften im Processe. **1)** Als solche (impedimenta legitima) sind Krankheit, nothwendige Reisen u. d. m. anzu-

sehen, M. v. 24. Febr. 1717. §. 3. 5. C. A. T. I. S. 1194., Res. v. 5. Mai 1718. C. A. T. I. S. 400. Wie sie zu bescheinigen, giebt die E.P.O. ad Tit. 1. §. 1. S. 5., ad Tit. 4. §. 5. S. 42. ff., ad Tit. 20. §. 3. 4. S. 126. an. Die Verurtheilung des im Termine ausgebliebenen Beklagten in „die E. und behelfliche Widerrede" findet nicht mehr Statt. E.P.O. ad Tit. 10. §. 2. S. 78. **2)** S. Beweis, auch die Citate unter: Ausbleiben.

Ehehindernisse, s. Ehe, Eheverbote.

Eheleute. S. Ehegatten.

Eheliche Geburt. S. Ehe, Erbfolge, Geburt, Heimathsangehörigkeit.

Ehelichen. S. Ausstattung, Ehe, Trauung.

Ehelos, s. Ledigkeit.

Ehemänner. **1)** Ein E. ist die seiner Ehefrau zugefügten Ehrenverletzungen zur Bestrafung anzuzeigen berechtigt, vergl. den Art.: Antrag. (Vorher: Art. 203. d. Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 162.) **2)** E. können in den rechtlichen Angelegenheiten ihrer Ehefrauen ohne Vollmacht vor Gericht erscheinen, jedoch nur wenn die vorzunehmende Handlung kein mandatum speciale erfordert. Pr.O. Tit. 7. §. 2. S. 59., E.P.O. ad Tit. 7. §. 3. S. 64., ad Tit. 8. §. 1. S. 68. **3)** Als Vormünder können E. für ihre unmündigen Ehefrauen nicht bestätigt werden, V.O. Cap. 8. §. 1. S. 36. und L.E.W. T. IV. S. 145. **4)** Wird die Ehefrau geisteskrank, so hat der E. ohnehin für sie zu sorgen und bedarf es daher nicht erst seiner Bestellung als Zustandsvormund, wogegen ein in Geisteskrankheit fallender E. einen solchen erhalten muß, V.O. Cap. 24. §. 3. S. 104. u. L.E.W. T. IV. S. 177. **5)** Kraft des den E. zustehenden Nießbrauchsrechts am Vermögen ihrer Ehefrauen, welches übrigens der Hilfsvollstreckung unterliegt und im Concurse zur Masse gezogen wird, E.P.O. ad Tit. 39. §. 21., G. v. 28. Febr. 1838. §. 52. G.S. S. 85., sind auch den E. unmündiger Ehefrauen die Zinsen ihres Vermögens zu gewähren, und die Immobilien zur eigenen Verwaltung sofort abzutreten. Dagegen verbleibt die Verwaltung des übrigen Vermögens beim Vormunde. Officinen und Handlungen können nach Ermessen des Richters und das baare Geld und die Documente gegen Sicherstellung dem E. mitüberlassen werden. Untersagt ist dem letzteren die Veräußerung und Verpfändung der Immobilien der Ehefrau, so lange solche noch unmündig ist. V.O. Cap. 23. §. 2. ff. a. a. O. **6)** Die von den Ehefrauen bei Lebzeiten ihrer E. ohne deren Vorwissen ausgestellten Wechsel oder Verschreibungen sollen, gleich andern außerdem verbindlichen Handlungen, ungiltig sein, auch nach des Ehemanns Tode nicht für verbindlich erachtet werden, und folglich soll daraus weder die Wittwe, noch deren Erben, dafern sie nicht nach des E.s Tode jene agnoscirt oder sich sonst verbindlich gemacht haben, belangt werden können. Indeß dürfen sich Ehefrauen hinsichtlich ihrer Receptitien ohne ehemännlichen Consens giltiger Weise verbindlich machen. Const. v. 18. Nov. 1722. C.A. T.I. S. 1209., Erl. Resol. v. 1. Juli 1723. ib. S. 2371. Beil. XII. und XIII. zur E.P.O. S. 123. 126. **7)** Wenn eine Ehefrau zum Ersatze des Schadens, oder in eine Geldstrafe und in die Unkosten condemnirt, oder die zuerkannte Strafe in eine Geldstrafe verwandelt wird, so ist der E. von den Gütern, woran ihm der Nießbrauch zusteht, jedoch nicht von den Nutzungen, den Schaden zu ersetzen, auch die Strafe u. den baaren Verlag zu entrichten verbunden, die übrigen Unkosten aber ist er nicht zu bezahlen schuldig, außer soweit sie auf der Ehefrau Alimentation und Defension verwendet worden sind; die letzteren hat er indeß in subsidium, und wenn die Ehefrau gar nichts im Vermögen hat, aus seinen Mitteln zu entrichten, Dec. 36. v. 2. Juli 1746. C.A. C. I. T. I. S. 360., und zwar, weil er für den Lebensunterhalt und die Vertheidigung seiner Ehefrau zu sorgen verbunden ist. Erl. Rescr. v. 3. April 1750. ib. S. 377. Bestätigt wird diese Vorschrift in Beziehung auf verheirathete weibliche Züchtlinge rücksichtlich der zu den Kosten ihrer Verpflegung in den Strafanstalten zu leistenden Beiträge in der V. v. 30. April 1821. §. 4. und 2. G.S.

S. 68. Da aber die Dec. 36. und das Erl. Rescr. nur von Unkosten im Criminalprocesse sprechen, so soll ein mit seiner Ehefrau im Scheidungsprocesse stehender E., wenn ihm letztre nichts eingebracht hat, für sie die Proceßkosten vorzuschießen nicht verbunden sein, vielmehr steht der Frau, die sonst nichts im Vermögen hat, frei, das Armenrecht zu suchen. Res. 10. v. 27. Jan. 1786. C.A. C. II. T. I. S. 294., L.C.W. T. IV. S. 670. u. C.A. C. II. T. III. S. 15. **8)** Nach der V. v. 7. Juni 1821. G.S. S. 75., wegen der Oberlaus. v. 20. März 1822. no. III. b. G.S. S. 224. wird zur Empfangnahme von zum Dotal- und Paraphernalvermögen der Ehefrau gehörigen Hauptstämmen oder andern Sachen ingleichen der vor der Ehe fällig gewesenen Nutzungen und Zinsen durch den E. die Concurrenz der Ehefrau erfordert, nicht aber auch zu Quittungen der während der Ehe fällig werdenden Nutzungen und Zinsen. **9)** Vergl. noch die Art.: Ehe..., Unzucht, Verpfleg..., Antrag, Adel, Ausstattung, Auszug, Entführung, Gerichtsstand, Geschlechtsvormund..., Gesinde, Heimaths..., Kure, Hochzeitsgeschenke, Nutzungen, Polizei, Verbürgung, Zuchthaus, Vollmacht, Vormundschaft, Unterthanenrecht.

Eheordnung. Unter diesem Namen giebt es 2 Gesetze, nemlich die E. v. 1580. in der Kirchen-O. v. 1. Jan. 1580. C.A. T.I. S. 536., und die v. 10. Aug. 1624. ib. S. 1019.

Eheproceß. S. Ehesachen, Desertionsproceß.

Ehesachen. **1)** Ehestreitigkeiten sind (mit Ausnahme der E. in den Schönburg. Receßherrschaften und der zwischen Gatten, welche beiderseits der kathol. Kirche angehören) bei dem Appellationsgerichte zu verhandeln, in dessen Bezirke der Ehemann seinen ordentlichen Gerichtsstand hat; es sind jedoch bei den Güteterminen, sowie bei Ertheilung von Resolutionen und Abfassung von Erkenntnissen, bei welchen eine Frage des Eherechts vorkommt, a) wenn beide Ehegatten evangelischer Confession sind, zwei evangelische, und b) wenn ein Theil evangelischen, der andere katholischen Glaubens ist, 2 evangelische und 2 katholische Geistliche zuzuziehen. Diesen Geistlichen steht alsdann eine eben so entscheidende Stimme, als den Mitgliedern des Appellationsgerichts zu. §. 55. d. G. v. 28. Jan. 1835. C. G.S. S. 85. **2)** Die Ehegerichte haben den bisher in E. üblich gewesenen summarischen Proceß beizubehalten. §. 34. d. V. v. 28. März 1835. G.S. S. 224. **3)** Da Ehescheidungen nur von weltlichen Gerichten (mit Ausnahme der Ehen beiderseits katholischer Glaubensgenossen und der in der Oberlausitz bestehenden gemischten Ehen, bei welchen der katholische Theil Beklagter ist) ausgesprochen werden können, so haben alle geschiedenen Ehegatten, welchen die anderweite Verehelichung nachgelassen worden, bei Eingehung einer solchen stets beglaubigte Abschriften rechtskräftiger Urtel oder Atteste vorzuzeigen. Regul. v. 15. Jan. 1808. §. 15. C.A. C. III. T. I. S. 167. u. L.C.W. T. VI. S. 239., §. 4. d. V. v. 31. März 1835. G.S. S. 235. **4)** Das Appellationsgericht hat die Klage eines Ehegatten auf Annullation oder Scheidung der Ehe (dafern nicht etwa der andere Ehegatte sich im Auslande befindet, oder der Aufenthalt desselben unbekannt ist) nur dann anzunehmen, wenn beigebracht wird, daß ein Sühneversuch vor dem zuständigen Pfarrer, oder wenn der eine Theil Katholik ist, sowohl vor dessen als vor dem Pfarrer des andern Theils vorhergegangen sei. §. 56. d. G. v. 28. Jan. 1835. l. c. Die Zuständigkeit des Pfarrers ist nach der Person des Ehemannes zu beurtheilen, und wenn hiernach etwa mehrere Personen competent sein sollten, so hat derjenige den Sühneversuch vorzunehmen, welcher darum zuerst angegangen wird. §. 34. d. V. v. 28. März 1835. G.S. S. 224. Man vergl. dazu den Art.: Aufenthalt. **5)** Der Geistliche, welcher sich der gütlichen Aussöhnung zu unterziehen gehabt, hat, dafern eine solche nicht zu ermitteln gewesen ist, über diesen Erfolg (auf den Grund

der gehaltenen Acten, V. v. 21. Febr. 1843. §. 3. G.S. S. 7.) ein Zeugniß auszustellen, welches zugleich über die von den streitenden Theilen angegebenen Lebensverhältnisse, als: deren Alter, Dauer der Ehe, Kinder, ohngefähres Vermögen und Einbringen, und über die vorgebrachten Gründe der Irrung, die nöthigen Notizen zu enthalten hat, und dem Impetraten versiegelt auszuhändigen ist. Für Anbringen, Citation der Parteien, Pflegung der Güte und Protokoll überhaupt sind die Pfarrer 1 Thlr. 10 Ngr. und für das auszustellende Zeugniß 20 Ngr., einschließlich der Reinschrift und ausschließlich des Stempels, sowie der etwa gehabten Auslagen an Botenlöhnen, von den Parteien zu fordern befugt. Die uneinigen Ehegatten sind übrigens von dem Pfarrer unmittelbar entweder mündlich oder schriftlich, je nachdem sie am Orte sich aufhalten oder nicht, vorzuladen. §. 5. d. V. v. 31. März 1835. G.S. S. 236., §. 7. d. V. v. 23. Nov. 1840. G.S. S. 366. **6)** Die Zeugnisse über den Sühneversuch sind nicht unmittelbar an das betreffende Appellationsgericht einzusenden, sondern von dem Pfarrer jedesmal dem Impetranten versiegelt auszuhändigen, die Parteien aber dabei zu bescheiden, daß wenn sie die Sache fortgestellt wissen wollten, sie sich mündlich oder schriftlich deshalb unmittelbar an das competente Appellationsgericht zu wenden, und bei demselben das ausgestellte Zeugniß einzureichen hätten. In diesen Zeugnissen ist auch noch die Confession bestimmt anzugeben, welcher jeder der streitigen Ehegatten zugethan ist. V. v. 9. Juli 1835. G.S. S. 402. **7)** Wenn zum Behufe der zu versuchenden Aussöhnung ein Theil auf die von dem zuständigen Pfarrer erlassene Ladung sich nicht einfindet, so hat letzterer die competente Obrigkeit des ungehorsam ausgebliebenen Theils mit dem Antrage anzugehen, diesen zum Erscheinen an dem anderweit zum Sühneversuche angesetzten Tage anzuhalten, die Gerichtsbehörden aber haben gegen die ausbleibende Partei nach Vorschrift des M. v. 30. März 1822. §. III. G.S. S. 356. (s. unten no. 22.) zu verfahren. V. v. 9. Juli 1835. G.S. S. 402. [Aeltr. Recht, die Competenz der geistlichen Behörden in E. betr.: Gen.Art. v. 8. Mai 1557. Tit. Ehes. C.A. T. I. S. 441., Res. gr. v. 1612. Tit. Consistorials. §. 7. u. Res. gr. v. 1661. eod. Tit. §. 7. C.A. T. I. S. 171. 200., Res. gr. v. 1763. A. ad gr. 7. C.A. C. I. T. 1. S. 88. — Die weltliche Obrigkeit durfte E. nicht verhören oder entscheiden. Gen.Art. 13. v. 1. Jan. 1580. C.A. T. I. S. 685., Ehe-O. v. 10. Aug. 1624. Punct. V. ib. S. 1026., Rescr. v. 23. Jan. 1632. ad 1. ib. S. 855., Syn.Decr. v. 1673. §. 36. ib. S. 832. Wie sich die Consistorien in E. verhalten sollen, enthält die Consist.O. Cap. VIII. C.A. T. I. S. 637.] Wegen des gütlichen Verhörs von E. vor den reformirten Consistorien, wenn der Beklagte reformirter Confession ist, s. d. Regul. v. 7. Aug. 1818. §. 7. h. G.S. S. 61., im Uebrigen gehören wirkliche Ehestreitigkeiten der Reformirten vor die evangel. Ehegerichte, ib. **8)** Bei den Ehestreitigkeiten ist die Detention des Ehemannes in einer Strafanstalt auf die Competenz des Ehegerichtes sowohl, als des Pfarrers, vor dem der Sühneversuch zu geschehen hat, von keinem Einflusse, vielmehr ist solche nach dem Gerichtsstande zu beurtheilen, den der Sträfling vor seiner Einlieferung hatte. Es soll jedoch in den Fällen, wo die eine Partei in der Strafanstalt enthalten wird, auf Veranlassung des Ehegerichts, nicht nur der Sühneversuch von dem Pfarrer der betreffenden Anstalt, sondern auch der nachher anzuberaumende Gütetermin in der Sache durch das Gericht, welchem die Jurisdiction über die Anstalt zusteht, unter Zuziehung eines Geistlichen, abgehalten werden. Desgleichen wenn ein Theil in einer der allgemeinen Heil- und Verpflegungsanstalten sich befindet, ohne an Seelenstörung zu leiden. Betrifft die Klage auf Scheidung oder Annullation der Ehe eine geisteskranke Person, so findet mit dieser selbst eine Sühne- oder Gütepflegung nicht Statt, vielmehr hat nur der ihr bestellte Zustandsvormund, soweit dieses den Rechten nach zulässig, an den Verhandlungen der dazu bestimmten Termine Theil zu nehmen. §. 18. d. V. v. 9. April 1836. G.S. S. 89. **9)** Anlangend die Anwendung der rechtlichen Zwangsmittel gegen diejenigen Ehegatten, welche die Fortsetzung

der Ehe ohne hinreichenden und gesetzmäßigen Grund verweigern, so ist der betreffende Ehegatte zur Wiedervereinigung mit dem verstoßenen oder verlassenen andern Theile, sowie zur Leistung der ehelichen Pflicht, zunächst durch eine nach den Verhältnissen desselben zu bemessende Geldstrafe anzuhalten, und diese, wenn sie ohne Erfolg bleibt, zu verdoppeln, hierauf aber gegen ihn, bei fernerer Weigerung der gerichtlichen Verfügung Folge zu leisten, Gefängnißzwang bis zur Dauer von 4 Wochen anzuwenden. Rescr. v. 24. Oct. 1800. C. A. C. II. T. I. S. 317., §. 19. d. V. v. 9. April 1836. G.S. S. 90., G. v. 28. Febr. 1838. §. 71. G.S. S. 90. Wenn die, nach den Verhältnissen des die Fortsetzung der Ehe verweigernden Ehegatten zu bemessenden Geldstrafen von dem Straffälligen wegen Unvermögens nicht haben beigetrieben werden können, so ist die zuerst angedrohte einfache Geldstrafe in 1 Woche Gefängniß, die zweite verdoppelte Geldstrafe in 2 Wochen Gefängniß und nach demselben Verhältnisse auch bei theilweise erlangter Zahlung dieser Geldstrafen der nicht erlangte Rest zu verwandeln. V. v. 28. Oct. 1840. G.S. S. 294. **10)** In Bezug auf die Insinuation der Vorladungen und Verfügungen, welche von dem Oberappellationsgerichte und den Appellationsgerichten zu erlassen sind, s. den Art.: Appellationsgerichte. **11)** Bis zur Feststellung des Eherechts auch für die Katholiken durch ein Landesgesetz sind rücksichtlich gemischter Ehen nachstehende Bestimmungen zu befolgen: a) In Nichtigkeitsfällen dienen die Landesgesetze, und, wo diese nicht ausreichen, die Grundsätze des gemeinen Rechts zur Richtschnur. b) In Scheidungsfällen ist sich nach den Grundsätzen des Rechts der Kirche, zu welcher der Beklagte gehört und also, wenn Beklagter dem katholischen Glaubensbekenntnisse zugethan ist, nach dem kanonischen Rechte zu richten. Es gilt aber, wenn diesemnach beständige Scheidung von Tisch und Bette erkannt wird, dieselbe für den klagenden evangelischen Theil wie eine Scheidung vom Bande, und eine erkannte Scheidung der letztern Art für den klagenden katholischen Theil nur wie beständige Scheidung vom Tisch und Bette. Jenes und dieses ist in den Urteln auszudrücken. §. 57. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 85. [Aeltr. Recht: M. v. 19. Febr. 1827. §. 61. ff. G.S. S. 25.] Wenn in Fällen unter b nur zeitige Scheidung von Tisch und Bette erkannt werden sollte, od. gänzliche Abweisung erfolgen müßte, wo nach den Grundsätzen des evangelischen Kirchenrechts Scheidung vom Bande Statt finden könnte, so hat das Gericht nach Ablauf eines Jahres von der Rechtskraft des Erkenntnisses an gerechnet, auf Antrag des klagenden evangelischen Theils Scheidung vom Bande auszusprechen. Es muß jedoch ein anderweiter Sühneversuch in der oben erwähnten Maße vorausgehen, dafern die ebendaselbst gedachten Ausnahmefälle nicht eintreten. G. v. 31. Jan. 1835. G.S. S. 98. (Vergl. unten no. 14.) **12)** Lehnen die Geistlichen in Fällen, wo nach den Grundsätzen der andern Kirche zu entscheiden ist, ihre Theilnahme ab, oder suspendiren sie ihr Votum, so thut dies der Giltigkeit des gefaßten Beschlusses oder ertheilten Erkenntnisses keinen Eintrag. §. 58. d. G. v. 28. Jan. 1835. C. S. 86. Dieß leidet auch analoge Anwendung, wenn katholische Geistliche in solchen Eheirrungen, in welchen der Beklagte Katholik, oder auf Annullirung einer gemischten Ehe angetragen ist, ihre Theilnahme ablehnen. Ferner haben die Appellationsgerichte, wenn ein katholischer Geistlicher die Haltung des geordneten Sühneversuchs ablehnen sollte, die Klage auf Annullation oder Scheidung der Ehe, auch unerwartet desselben anzunehmen. V. v. 7. Nov. 1835. G.S. S. 490. **13)** Gegen Erkenntnisse u. Resolutionen in E., namentlich auch in den Fällen des von Adscendenten verweigerten Eheconsenses, findet eine einmalige, und wenn die Entscheidung reformatorisch ist, eine nochmalige Appellation, oder, wenn ein Justificationsverfahren vorhergegangen, eine Leuterung beim Oberappellationsgerichte Statt. §. 59. u.

60. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 86. **14)** Die cit. §§. 55. 56. 58. 59., soweit sie gemischte Ehen betreffen, finden für die Oberlausitz zur Zeit keine Anwendung. a) Dort sind daher, bis auf andre Anordnung, Ehestreitigkeiten zwischen Gatten verschiedener Confession auch ferner noch, je nachdem der Beklagte Katholik oder Protestant ist, vor dem Consistorium des Domstifts zu Budissin, oder vor dem dasigen Appellationsgerichte, oder, beziehendlich, den Untergerichten, welche bisher schon Ehegerichte waren, zu verhandeln. V. v. 28. März 1835. §. 35. G.S. S. 224. b) Rücksichtlich des Instanzenzuges kommen in jenem Falle die Bestimmungen §. 62. (unten no. 16.) und in diesem die Bestimmungen §. 59. (s. no. 13.) zur Anwendung. ib. c) Vorstehendes bezieht sich aber nicht auf Ehestreitigkeiten der Gatten gemischter Ehen, welche in den dem Bezirke des Appellationsgerichts zu Budissin zugewiesenen erbländischen Ortschaften vorkommen. Diese sind durchgängig vor dem gedachten Appellationsgerichte nach Vorschrift des Gesetzes zu verhandeln. ib. d) Auch leiden auf jene oberlausitzer Ehestreitigkeiten die Bestimmungen §. 57. (oben no. 11.), jedoch mit Ausnahme der Stelle: „jenes und dieses ist in den Urteln auszudrücken", und die des G. v. 31. Jan. 1835. (s. oben no. 11.) Anwendung. Die in dem letztern Gesetze erwähnten Scheidungen hat das Appellationsgericht zu Budissin, an welches daher diesfallsige Anträge zu bringen sind, auszusprechen und zwar ohne daß es des Sühneversuchs vor Geistlichen bedarf. §. 35. d. cit. V. v. 28. März 1835. G.S. S. 224. **15)** Für die E. in den Schönburgischen Receßherrschaften besteht ein besonderes Ehegericht, das aus dem Canzleidirector und zwei Rechtsgelehrten, ingleichen der gesetzlich vorgeschriebenen Zahl geistlicher Beisitzer zusammengesetzt ist. Dieses tritt in soweit in die Stelle der Mittelappellationsgerichte ein. §. 13. des Recesses v. 9. Oct. 1835. G.S. S. 614., und vergl. §. 4. d. V. v. 23. Jan. 1836. G.S. S. 9. **16)** Sind beide Ehegatten dem katholischen Glaubensbekenntnisse zugethan, so ist rücksichtlich der E. derselben in den Kreislanden das katholische Consistorium zu Dresden (vergl. dazu §. 37. ff. d. M. v. 19. Febr. 1827. G.S. S. 21. u. das Rescr. v. 3. Sept. 1807. C. A. C. III. T. I. S. 163.) und in der Oberlausitz das Consistorium des Domstifts St. Petri zu Budissin die erste, das Vicariatsgericht zu Dresden die zweite Instanz. Wenn die Entscheidung in erster Instanz in Folge des dagegen eingewendeten Rechtsmittels in zweiter Instanz abgeändert worden ist, so findet eine nochmalige Appellation, oder, wenn ein Justificationsverfahren vorhergegangen, eine Leuterung Statt. Nur über Nichtigkeitsbeschwerden gegen Urtel des Vicariatsgerichts kann das Oberappellationsgericht erkennen. Auch kann in geeigneten Fällen in Eheprocessen über das Vicariatsgericht beim Justizministerium Beschwerde geführt werden. §. 62. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 86. **16)** Militairpersonen haben in Fällen verweigerten Eheconsenses, ingleichen in Ehestreitigkeiten den Gerichtsstand bei dem Appellationsgerichte ihres Garnisonorts, und in E., wenn die Militairperson und deren Gattin katholisch sind, bildet das katholische Consistorium zu Dresden und, wenn der Garnisonort in der Oberlausitz gelegen, das Consistorium des Domstifts St. Petri zu Budissin die erste Instanz. §. 63. ib. S. 87. **18)** Ueber die Rechte, welche zwischen den streitenden Theilen unter sich, und rücksichtlich der Kinder derselben, nach einer Annullation der Ehe, oder Scheidung vom Bande, oder auf immer vom Tisch und Bette, Statt finden, haben Ehegerichte nicht zu entscheiden. Sie dürfen aber für die Dauer des Ehestreites oder einer zeitigen Scheidung vom Tisch und Bette feststellen, welcher Theil für die Erziehung der Kinder zu sorgen und ob und in welcher Größe der Ehemann der Ehefrau Alimente (auch für die Kinder) zu verabreichen habe. §. 64. ib. Wenn sie nicht in einer andern Eigenschaft competent sind, haben sie, auch wegen dieser Puncte, die Execution dem ordentlichen Richter zu

überlassen. §. 64. cit., Rescr. v. 12. Febr. 1808. C. A. C. III. T. I. S. 173., v. 25. Aug. 1808. ib. S. 174. Ist nach beendigtem oder erfolglos gebliebenem Zwangsverfahren von dem unschuldigen Theile nicht auf Scheidung, sondern auf Verabreichung von Alimenten angetragen worden, so gehört auch dann die Entscheidung über die gesetzliche Verpflichtung des Ehemanns zu Verabreichung der letztern an die Frau und ehelichen Kinder, sowie über die Verbindlichkeit, für die Erziehung der letztern zu sorgen, lediglich vor die Ehegerichte. V. v. 5. Aug. 1847. G.S. S. 133. **19)** Die vorstehenden Bestimmungen (no. 1. f.) gelten nicht in Ansehung der Juden. Wegen derselben bewendet es zur Zeit bei dem Bisherigen. §. 65. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 87. **20)** Das Oberappellationsgericht befolgt den Grundsatz, daß in dem Falle, wenn ein Ehegatte durch Geld- oder Gefängnißstrafe zur Fortsetzung der Ehe nicht zu bewegen ist, die Ehe nicht amtshalber, sondern nur auf den Antrag des andern unschuldigen Theils vom Bande zu trennen sei, Bek. v. 4. Juli 1835. §. 1. G.S. S. 417. Nach dem Rescr. v. 4. April 1808. C.A. C. III. T. I. S. 174. soll nicht erst ein neues Verfahren Statt finden, sondern sofort verabschiedet werden. **21)** Das Oberappellationsgericht ertheilt in den zu seiner Entscheidung gelangenden Ehesachen, in welchen Proceßfatalien versäumt werden, die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen das Versäumniß nicht mehr schon allein aus dem Grunde, weil eine Ehesache vorliegt, sondern bringt dabei nur diejenigen Grundsätze zur Anwendung, welche bei andern eine Schätzung nicht zulassenden Rechtssachen Statt finden. Bek. v. 16. Mai 1836. G.S. S. 97. **22)** In den Erblanden haben die Ehegerichte, sowie in der Oberlausitz die mit Consistorialrechten versehenen Behörden gegen solche Ehegatten, welche auf zweimalige Vorladung zum Termine der Güte, der ihnen dabei angedrohten und bei der zweiten Ladung erhöhten Geldstrafen ungeachtet, ungehorsam ausbleiben, mit Androhung der Realcitation und endlich, bei fortgesetztem Ausbleiben, mit wirklicher Anwendung derselben zu verfahren. M. v. 30. März 1822. §. III. G.S. S. 356. [Aeltr. Recht: Resol. 12. v. 27. Jan. 1786. C.A. C. II. T. I. S. 296., L.C.W. T. IV. S. 670., C.A. C. II. T. III. S. 15., Rescr. v. 22. März 1810. C.A. C. III. T. I. S. 179.] **23)** Vergl. noch die Art.: Appellation, Camenz, Königsbrück, Reibersdorf, Pulsnitz, Zittau, Budissin, Ehemänner, Ehescheidung, Eid, Arrest, I., Bezeigungsquanta, Einreden, Executionsverfahren, Gerichtsstand, Oberlausitz, II.

Ehescheidung. **1)** Auf E.sklagen wegen Bigamie (s. d.) soll wie auf andre solche Klagen verfahren werden, Rescr. v. 15. Juni 1795. C.A. C. II. T. I. S. 317. **2)** Wenn wegen verweigerter ehelicher Pflicht auf E. geklagt wird, soll dem schuldigen Theile die Wiederverehelichung nicht nachgelassen, auch bei den vor der endlichen Scheidung anzuwendenden Zwangsmitteln auf die Verhältnisse der Parteien jedesmal Rücksicht genommen werden, Rescr. v. 24. Oct. 1800. C.A. C. II. T. I. S. 317. S. Ehesachen, 9. **3)** Wegen Nachstellungen nach dem Leben findet die E. Statt, Res. 13. v. 27. Jan. 1786. C.A. C. II. T. I. S. 296., L.C.W. T. IV. S. 671. u. C.A. C. II. T. III. S. 15. **4)** Desgl. wegen lebenslänglicher Zuchthausstrafe des einen Ehegatten, Rescr. v. 25. Febr. 1751. C.A. C. III. T. I. S. 158., **5)** und wegen Sodomiterei, sie mag vollbracht sein oder nicht, Rescr. v. 11. Aug. 1761. C.A. C. I. T. I. S. 401. **6)** Eine von dem Ehemanne vor Eingehung der Ehe begangene Unzucht, sofern sie nicht nach der Verlobung erfolgt ist, welchenfalls sie als Quasi-adulterium eine rechtliche Trennungsursache abgiebt, oder dafern nicht von der Ehefrau vor der Ehe nach der Integrität des Mannes ausdrücklich gefragt, und von ihm solche arglistig behauptet worden, ist als ein Ehe-Nichtigkeits-Grund nicht anzusehen, Rescr. v. 24. Oct. 1808. C.A. C. III. T. I. S. 176. **7)** Ueber die E. wegen Desertion s. Desertionsproceß. Wenn der Aufenthalt des Entwichenen bekannt ist, so wird der letztre mittelst Requisition erst bei Geldstrafe,

dann sub poena confessi et convicti vorgeladen, Resol. 12. v. 27. Jan. 1786. C. A. C. II. T. I. S. 291., C. A. C. II. T. III. S. 15. u. L.C.W. T. IV. S. 670. Bei Ertheilung der Resol. 12. hat nur der Fall der Entweichung ins Ausland vorgelegen, (wobei Erblande und Lausitz keineswegs gegenseitig als Ausland anzusehen waren), Rescr. v. 2. Aug. 1819. L.C.W. T. VI. S. 305. Das Verfahren beim Oberconsistorium auf den Grund der Resol. 12. ist speciell angegeben in dem Communicate vom 21. Mai 1819. L.C.W. T. VI. S. 305. Die E.sklage wegen böslicher Verlassung von Seiten des verlassenen Gatten ist zugleich als Antrag auf Bestrafung des schuldigen Theils anzusehen, welcher ohne Renunciation auf die Klage und auch nach erfolgter E. nicht zurückgenommen werden kann, §. II. d. G. v. 3. April 1838. G.S. S. 220. Dazu s. den Art.: Ehegatten. **8)** Wird die Annullirung der Ehe wegen der männlichen Impotenz gesucht, so wird zwar eine ärztliche Exploration verfügt, jedoch ist die Wahl der Mittel der letztern gänzlich dem Arzte überlassen. Muß wegen Mangels od. Zwecklosigkeit der ersten eine wiederholte Untersuchung angeordnet werden, so ist dieß vorsichtig zu fassen, damit nicht der Irrthum erregt werde, als ob ein sonst verbotner Mißbrauch des männlichen Körpers gutgeheißen oder angeordnet werde. Rescr. v. 27. Jan. 1813. C.A. C. III. T. I. S. 180. **9)** Da einer E.sklage des unschuldigen Gatten wegen Ehebruchs (man vergl. diesen Art.) die Criminaluntersuchung vorausgehen muß, so hat jener auf letztre bei Verlust der E.sklage vor Ablauf der Strafverjährungsfrist anzutragen. §. I. d. G. v. 3. April 1838. G.S. S. 220. Dem unschuldigen Gatten verbleibt aber das Recht, das weitre Verfahren zu hemmen, wenn er dem Schuldigen verzeiht, womit er sich zugleich des Rechts auf Scheidung zu klagen begiebt. ib. **10)** Bei erfolgter E. ist der Geschiedenen in allen Fällen ihr Einbringen zurückzugeben, M. v. 31. Jan. 1829. §. 92—94. G.S. S. 53. S. noch: Ehefrauen. **11)** Auf die erfolgte Scheidung von Tisch und Bette gehört das etwa nöthige Ermissionsverfahren vor die weltliche Obrigkeit. Rescr. v. 25. Aug. 1808. C. A. C. III. T. I. S. 147. Ohne ein vorgängiges, die Scheidung von T. u. B. rechtskräftig wieder aufhebendes Erkenntniß ist kein Ehemann zu der Wiederaufnahme seiner Frau und keine Ehefrau zur Rückkehr zu ihrem Ehemanne anzuhalten. Rescr. v. 12. Febr. 1808. C.A. C. III. T. I. S. 174. Letzterm kann vorher eine eidliche Caution abgenommen werden, Rescr. v. 25. Juni 1711. C.A. T. I. S. 1043. **12)** Nach definitiv ausgesprochener Scheidung sind die Pfarrer, welche den Sühneversuch abgehalten haben, von letztrer zu benachrichtigen, V. v. 5. Aug. 1848. G.S. S. 165. **13)** S. auch die Art.: Bigamie, Ehebruch, Ehemänner, Auszug, Ehesachen, Erbfolge, Gerichtsstand, Trauung, Verlassung.

Ehestens. Wegen der unter einer solchen Fristbestimmung versprochenen Zahlung s. den Art.: Executivproceß.

Ehestiftungen. (Eheverträge). **1)** Je nachdem E. als Contracte oder als letztwillige Dispositionen errichtet werden, sind zu ihrer Giltigkeit erstern Falls 2, und im letztern Falle 5 Zeugen nothwendig, oder sie müssen in eben diesem Falle im Beisein beider Theile gerichtlich insinuirt werden. Const. 43. P. II. C.A. T. I. S. 100. **2)** E. als Verträge errichtet, können durch ein Testament, oder eine auf den Todesfall gemachte Schenkung nicht aufgehoben werden; doch kann jeder Theil bei Lebzeiten, so weit er dessen sonst befugt, über sein Vermögen unter den Lebenden verfügen, auch unbewegliche Güter veräußern oder verpfänden. Das Letztre findet aber dann nicht Statt, wenn sich ein Theil dessen ausdrücklich begeben hat, oder wenn in Ansehung der unbeweglichen Güter der Vertrag vom Richter der gelegenen Sache bestätigt und die Dispositionsbeschränkung in das Grund- und Hypothekenbuch eingetragen worden, bei Capitalien und außenstehenden Forderungen aber, wenn dem Schuldner gerichtliche Notification davon geschehen ist. Dec. 13. v. 1746. C.A. C. I. T. I. S. 353., G. v.

6. Nov. 1843. §. 3. f. §. 16. unter 7. §. 23. unter 2. G.S. S. 189. f., V. v. 15. Febr. 1844. §. 8. G.S. S. 39. Bei gerichtlich zu insinuirenden E. hat der Richter sich der Confirmation und Eintragung derjenigen zu enthalten, die von Personen in gradibus indispensabilibus eingegangen worden sind, wie solcher, die von Personen in gradibus dispensabilibus errichtet worden, so lange die Dispensation nicht erlangt worden ist. Rescr. v. 15. Sept. 1744. C.A. C.I. T. I. S.265. **3)** Bei Bestellung von Vormündern hat der Richter unter andern auch zu sehen, ob eine E. vorhanden und darin etwas wegen Bestellung eines Vormunds enthalten sei. V.O. Cap. II. §. 6., Cap.IV. §. 1. 2. Handausg. S.15. f., L.C.W. T. IV. S. 137. f. **4)** Der Vormund hat nach angetretener Vormundschaft und gefertigtem Inventario bei der Theilung auf die etwa vorhandene E. und andern Verträge Rücksicht zu nehmen. V.O. Cap. XV. §. 2. a. a. O. **5)** Dem Ehemanne, welcher eine unmündige Ehefrau heirathet, gebührt der Nießbrauch ihres Vermögens, wenn nicht durch eine E. etwas andres ausgemacht ist. Ebend. Cap.XXIII. §.2. S.100. **6)** Alle Eheverträge, worin von den Landesgesetzen abgegangen wird, sollen, in soweit sie Unmündigen zum Nachtheile gereichen, nur dann für verbindlich geachtet werden, wenn sie mit Einwilligung des Vormundes und Genehmigung des Richters aufgerichtet worden sind. Ebend. Cap. XIII. §. 14. a. a. O. Die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand hat dann dagegen nicht Statt. ib. **7)** Außer dem Falle des Verlöbnisses selbst ist zu allen bei Eheberedungen vorkommenden Verträgen die Zuziehung des Zustandsvormunds eines in Gemüthszerrüttung gerathenen Vaters nöthig, Resol. 4. v. 27. Jan. 1786. C. A. C. II. T. I. S. 294., C. A. C. II. T. III. S. 15. u. L.C.W. T. IV. S. 668. **8)** Ehegeld u. Gegenvermächtniß, welche aus E. herrühren, sind bei Berechnung der consensuabeln Summe bei Lehngütern wegen der davon zu entrichtenden doppelten Zinsen, doppelt zu rechnen. M. v. 30. April 1764. Tit. VI. §. 1. C.A. C. I. T. I. S. 1031. **9)** S. noch die Art.: Erbfolge, König, Dispensation, Edictalcitation, Erbschaftstheilung, Hochzeitsgeschenke, Vormundschaft.

Ehestreitigkeiten. S. Ehesachen, Ehescheidung.

Eheverbote. S. Dispensation, Ehe, Ehestiftungen, Eid, Erbfolge, 12. f. 38., Schwägerschaft, Betrug.

Eheverlöbniß. 1) Ueber E. vor Geistlichen sind von diesen Registraturen aufzunehmen. V. v. 21. Febr. 1843. §. 3. G.S. S. 7. **2)** Ein E., oder ein vorläufiges Versprechen, sich zu ehelichen, unter was für Umständen od. Bedingungen es gegeben worden, zieht keine rechtliche Verbindlichkeit zu Vollziehung der Ehe selbst nach sich. §. 52. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 85. **3)** Dem Theile, welcher nach früherm Rechte einen Anspruch auf Vollziehung der Ehe hatte, steht nur eine Klage auf Ersatz des wirklichen Schadens (nicht des entgangenen Gewinnes), oder der etwa auf den Fall des Rücktritts bedungenen Leistung zu, welche bei dem weltlichen Richter des Gegners anzustellen ist, §. 53. des cit. G. G.S. v. 1835. S. 85. [Aeltr. R.: K.O. v. 1580. C.A. T. I. S. 537., Rescr. v. 10. April 1607. ib. S. 1011., Pol.O. v. 1612. §. 7. ib. S. 1471., Rescr. v. 28. Aug. 1612. ib. S. 1015., Ehe-O. v. 10. Aug. 1724. Pct. I. C.A. T. I. S. 1020., Rescr. v. 9. Jan. 1628. ib. S. 1031., Rescr. v. 19. Mai 1628. ib., v. 15. Jan. 1634. ib. S. 1031., M. v. 16. Nov. 1648. ib. S. 1033., Dec. 81. v. 1661. ib. S. 335., Pol.O. v. 1661. Tit. XIII. ib. S. 1577., Dec. 31. 32. v. 1746. C. A. C. I. T. I. S. 358., Regul. v. 15. Jan. 1808. §. 1. unt. 5. C. A. C. III. T. I. S. 165. u. L.C.W. T. VI. S. 236., Rescr. v. 27. Octbr. 1808. wegen der anzuwendenden Zwangsmittel, C.A. C.III. T. I. S. 177., L.C.W. T. VI. S. 245. u. M. v. 19. Febr. 1827. §. 44. G.S. S. 22. **4)** Einsprüche gegen Aufgebot u. Trauung, in soweit sie auf ein früher eingegangenes Eheversprechen gegründet sind, selbst wenn sie mit einer Appellation verbunden sein sollten, haben die Pfarrer nicht zu beachten, und eben so wenig, um sie zur Erledigung zu bringen, einer Berichtserstattung sich zu unterziehen. V. v. 31. März 1835. §. 1. unt. a. G.S. S.234. [Aeltr. R.: §. 13. 32. d. Regul. v. 15 Jan. 1808. C. A. C. III. T. I. S. 167. 170. u.

L.C.W. T. VI. S. 238.] **5)** Der Ledigkeitseid, oder die Abnahme des Handschlags an dessen Statt, ist nicht darauf: „daß der Verlobte sich in ein E. nicht eingelassen," sondern lediglich darauf: „daß er ein Ehebündniß nicht eingegangen" zu richten, ang. V. v. 31. März 1835. §. 1. unt. b. a. a O. Dasselbe ist hinsichtlich der in dem Regul. v. 15. Jan. 1808. §. 44. C. A. C. III. T. I. S. 165. u. L.C.W. T. VI. S. 243. vorgeschriebenen an Eides Statt abzugebenden Versicherung der Ledigkeit der vom Aufgebote befreiten Personen zu beachten, ib. Man sehe über den Ledigkeitseid noch im L.C.W. T. VI. S. 209. das wegen des Verfahrens bei der Abnahme in den Erblanden und der Lausitz ergangene Rescr. v. 19. März 1798. S. auch: Trauung, 5. **6)** Wenn sich Personen bereits haben aufbieten lassen, nachher aber leichtsinniger Weise der Vollziehung der Ehe sich weigern, so ist der schuldige Theil mit einer verhältnißmäßigen, dem richterlichen Ermessen zu überlassenden Strafe von 14 Tagen bis zu 6 Wochen Gefängniß oder verhältnißmäßiger Geldstrafe zu belegen, und hat deshalb der Geistliche, vor welchen die Trauung gehörte, eintretenden Falles an seine vorgesetzte geistliche Behörde Bericht zu erstatten. §. 2. d. V. v. 31. März 1835. G.S. S. 234., Rescr. v. 27. Oct. 1808. C.A. C. III. T. I. S. 178. u. L.C.W. T. VI. S. 245. Die erste Entschließung über die Bestrafung des leichtsinnigen Rücktritts steht in der Regel d. Kircheninspection des Orts, wo die Trauung hätte erfolgen sollen, zu. V. v. 21. Jan. 1836. Cod. d. S. K.R. S. 392. not.**. **7)** Die E. der Militairpersonen ohne Genehmigung der höhern Militairbehörde sind eben so untersagt, wie die wirkliche Vollziehung der Ehe. M. v. 4. Febr. 1829. G. S. S. 26. S. dazu: Dienst. **8)** Die E. des Vormunds oder seiner Kinder mit seinen Pflegbefohlenen sind, ohne Genehmigung des Richters, ungiltig, eben so die, mittelst deren der Vormund seine Pflegbefohlenen um Gewinnes willen an Andre verheirathen will. V.O. Cap. XIII. §. 12. S. 58. **9)** Verlobten protest. und kathol. Confession ist unt. keinem Vorwande ein Angelöbniß wegen der künftigen religiösen Erziehung der Kinder abzufordern. M. v. 19. Febr. 1827. §. 53. 54. G.S. S. 24., V. v. 10. Juni 1845. §. 5. f. G.S. S. 82. **10)** S. Enterbung, Erbfolge, 12. f., Dispensation, Eheconsens, Ehescheidung, Ehestiftungen, Gerichtsstand, Betrug.

Eheversprechen. S. Ehe, Eheverlöbniß, Ehestiftungen.

Ehevertrag. S. Ehestiftungen.

Eheweiber. S. Ehefrauen.

Ehre. S. Beleidigung, Ehren..., Angeschuldigte, Militairpflicht, Communalgarde, Verleumdung, Honoratioren, Rang.

Ehrenaccept..., s. Ehrenann...

Ehrenämter. **1)** Gegen die Uebernahme städtischer Aemter und Aufträge, welche den Genuß der bürgerlichen Ehrenrechte voraussetzen, können sich entschuldigen: a) Staatsdiener, Geistliche, Schullehrer, gutsherrliche Beamte, in den ihren Dienstherren untergebenen Vasallenstädten, wo sie das Bürgerrecht erlangt haben, wegen mangelnder Genehmigung ihrer Vorgesetzten und Dienstherren, deren Einwilligung vor d. wirklichen Uebernahme jener Aemter und Aufträge beizubringen ist; A.St.O. v. 2. Febr. 1832. §. 97. a. G.S. S. 41. u. V v. 31. Juli 1847. G.S. S. 134. b) practicirende Aerzte und Wundärzte; c) Bürger, deren Alter das 60ste Jahr übersteigt, oder d) welche an anhaltender, die Erfüllung der zu übernehmenden Obliegenheiten verhindernder Kränklichkeit leiden; e) welche längere Zeit in den Jahren, für welche sie das Amt übernehmen sollen, ihrer Geschäfte oder anderer Verhältnisse halber, abwesend zu sein genöthigt sind; f) welche bereits in einem öffentlichen Stadtamte stehen, oder g) welche durch die Uebernahme eines Ehrenamts und den dadurch entstehenden Zeitverlust in ihrer Erwerbthätigkeit wesentlich gestört werden würden, worüber, ob eine solche Störung, wenn sie als Ablehnungsgrund vorgeschützt wird, wirklich zu besorgen sei, der Stadtrath, nach darüber von den Stadtverordneten abgestattetem

Gutachten, zu entscheiden hat; h) Gesellschafter eines bedeutenden Handels- oder Fabrikgeschäfts, im Falle bereits ihre Mitgesellschafter ein solches Stadtamt verwalten, welches sie von Uebernahme mehrerer solcher Aemter befreien würde. Auch sind i) Diejenigen, welche wenigstens 2 Jahre lang ein öffentliches bürgerliches Amt der unter f. bemerkten Art bekleidet haben, während der nächsten 2 Jahre zur Annahme eines ähnlichen Stadtamts nicht verbunden. Die Entschuldigungsursachen unter d. e. g. u. h. sind zunächst dem Ermessen der Gemeindevertreter, im Falle der Reclamation gegen deren Ausspruch aber, der Entscheidung des Stadtrathes zu überlassen. §. 97. b—i. der A.St.O. v. 2. Febr. 1832. G.S. S. 41. **2)** Zur Uebernahme eines Gemeindeamtes in einer Landgemeinde sind nicht verpflichtet: a) Besitzer von Ritter- und den §. 20. der L.Gem.O. no. 5. bezeichneten Gütern, wenn sie der Landgemeinde beigetreten sind, oder wegen Rusticalgrundstücken haben beitreten müssen; b) Staatsdiener, guts- u. gerichtsherrschaftliche Beamte und Privatofficianten, wenn sie die Zustimmung ihrer Vorgesetzten nicht erlangen; c) prakticirende Aerzte und Wundärzte, Geburtshelfer und Apotheker, welche keinen Provisor haben; d) Personen über 60 Jahre; e) und f) Personen in den unter 1. d. u. e. bezeichneten Fällen; g) solche, welche durch Uebernahme eines Gemeindeamtes und den dadurch entstehenden Zeitaufwand in ihrer Gewerbthätigkeit wesentlich gestört werden würden; h) Alle, die bereits ein Gemeindeamt übernommen haben, während dessen Dauer und der darauf folgenden 3 Jahre; i) Gesellschafter eines bedeutenden Handels- u. Fabrikgeschäfts, wenn bereits ihre Mitgesellschafter ein solches Amt verwalten. Die Beurtheilung der unter e. f. g. u. i. erwähnten Ablehnungsgründe ist zunächst dem Ermessen des Gemeinderathes und im Falle der Reclamation der Entscheidung der Obrigkeit überlassen. Wer ein Gemeindeamt übernommen hat, ungeachtet ihm eine der Entschuldigungsursachen unter a. d. h. u. i. zur Seite stand, kann solches vor Beendigung der gesetzlichen Dauer desselben nicht aus dem nemlichen Grunde niederlegen. Eben so wenig berechtigt das während der Amtsführung erfüllte 60ste Lebensjahr zur frühern Niederlegung des Amtes. §. 33. der L.Gem.O. v. 7. Nov. 1838. G.S. S. 438. **3)** Vergl. noch die Art.: Abgabenreste, Aemter, Advocaten, Almosen, Alter, Angeschuldigte, Bevormundung, Concurs, Ehrenrechte, Geistliche, Geldstrafe, Gemeindeleistungen, Gemeinderath, Verwandlung.

Ehrenannahme. **1)** Befindet sich auf einem Mangels Annahme protestirten Wechsel eine auf den Zahlungsort lautende Nothadresse, so muß, ehe Sicherstellung verlangt werden kann, die Annahme von der Nothadresse gefordert werden. Unter mehreren Nothadressen gebührt derjenigen der Vorzug, durch deren Zahlung die meisten Verpflichteten befreit werden. A.D.W.O. Art. 56. G.S. v. 1849. S. 80. Die E. von Seiten einer nicht auf dem Wechsel als Nothadresse benannten Person braucht der Inhaber nicht zuzulassen. Art. 57. ib. **2)** Der Ehrenacceptant muß sich den Protest Mangels Annahme gegen Erstattung der Kosten aushändigen und in einem Anhange zu demselben die E. bemerken lassen. Er muß den Honoraten unter Uebersendung des Protestes von der geschehenen Intervention benachrichtigen und diese Benachrichtigung mit dem Proteste innerhalb zweier Tage nach dem Tage der Protesterhebung zur Post geben. Unterläßt er dieß, so haftet er für den durch die Unterlassung entstehenden Schaden. Art. 58. ib. Wenn der Ehrenacceptant unterlassen hat, in seinem Accepte zu bemerken, zu wessen Ehren die Annahme geschieht, so wird der Aussteller als Honorat angesehen. Art. 59. ib. G.S. v. 1849. S. 81. **3)** Der Ehrenacceptant wird den sämtlichen Nachmännern des Honoraten durch die Annahme wechselmäßig verpflichtet. Diese Verpflichtung erlischt, wenn dem Ehrenacceptanten der Wechsel nicht spätestens am zweiten Werktage nach dem Zahlungstage zur Zahlung vorgelegt wird. Art.

60. ib. Wenn der Wechsel von einer Nothadresse oder einem andern Intervenienten zu Ehren angenommen wird, so haben der Inhaber und die Nachmänner des Honoraten keinen Regreß auf Sicherstellung. Derselbe kann aber von dem Honoraten und dessen Vormännern geltend gemacht werden. Art. 61. ib. **4)** S. Ehrenzahlung, Wechselprotest.

Ehrenbürger. S. Bürgerrecht.

Ehrenerklärung. S. Privatgenugthuung, Rügenproceß.

Ehrengericht. S. Offiziere.

Ehrenkränkung. S. Beleidigung, Privatgenugthuung, Rügenproceß, Verleumdung.

Ehrenrechte. **1)** Politische E. gehen durch wirklich erlittene Zuchthausstrafe verloren. S. Bestrafung, und Art. 9. des Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 116. **2)** Die bürgerlichen E. bestehen in dem Stimmrechte bei der Wahl der Vertreter der Stadtgemeinde, der Wählbarkeit zu städtischen Aemtern und der sonst, nach der allgemeinen St.O. lediglich den Bürgern zukommenden Theilnahme an den gemeinsamen Stadtangelegenheiten, §. 65. d. A.St.O. v. 2. Febr. 1832. G.S. S. 35., und in der Berechtigung zum Eintritte in die Communalgarde, G. v. 25. Juni 1840. §. 3. unter i. G.S. S. 133. Jeder innerhalb des Stadtbezirks wesentlich wohnhafte Bürger kann in der Regel die bürg. E ausüben. §. 66. d. A.St.O. l. c. Die Ursachen, welche den Verlust dieser E. nach sich ziehen, hindern auch den Erwerb derselben von Seiten eines neu aufzunehmenden Bürgers. §. 67. ib. **3)** Die Ausschließung von den bürgerl. Ehren- und Gemeinde-Rechten und der Verlust derselben erfolgt entweder in den gesetzlich bestimmten Fällen von selbst, §. 73. f. d. A.St.O. v. 2. Febr. 1832. G.S. S. 36., oder in andern Fällen, wenn sich Personen der öffentlichen Achtung durch unsittliche Aufführung verlustig gemacht haben, durch obrigkeitliche Beschlußnahme mit Zustimmung der Gemeindevertreter. §. 74. ib. S. 37. Freiwillige Entsagung der bürgerlichen Rechte findet nur Statt mit Verzichtleistung auf das Bürgerrecht. §.75. d. A.St.O. S. 37. Folgen der Ausschließung von den bürgerl. E. sind der Verlust des Stimmrechts und der Wählbarkeit zu öffentlichen Stadtämtern. §. 76. ib. **4)** Der bürgerl. E. sind diejenigen nicht für verlustig zu achten, welche früher nach dem Gen. v. 30. April 1783. wegen Ehebruchs in Untersuchung gekommen und nicht völlig freigesprochen worden sind. V. v. 19. Febr. 1835. G.S. S. 156. **5)** Bürgerl. E. dürfen von denen nicht ausgeübt werden, welche wegen eines nach allgemeinen Begriffen entehrenden Verbrechens in Untersuchung befangen, oder darin verflochten gewesen sind, ohne völlig frei gesprochen worden zu sein. G. v. 9. Dec. 1837. §. I. G.S. S. 140. **6)** Die Stadträthe sind von den Behörden, vor welchen sich gegen Bürger Umstände ergeben, welche den Verlust der bürgerl. E. zur Folge haben, in Kenntniß zu setzen. G. v. 9. Dec. 1837. §. II. unter 6. G.S. S. 141. **7)** Ausschließung von den Ehrenrechten der Landgemeindemitglieder erfolgt ebenfalls in gesetzlich bestimmten Fällen, außerdem auch bei unsittlicher Aufführung der Auszuschließenden durch Beschluß der Gemeinderathsversammlung unter Genehmigung der Obrigkeit. §. 28. d. L.Gem. v. 7. Nov. 1838. G.S. S. 436. **8)** Vergl. noch die Artikel: Abgabenreste, Stiftungen, Advocaten, Aemter, A., Agenten, Bürgerverzeichnisse, Almosen, Angeschuldigte, Aufenthalt, Bürgerrecht, Appellationsgerichte, Arme, Ausstoßung, Begräbniß, Bevormundung, Communalgarde, Concurs, Ehrenzeichen, Frauen, Juden, Orden, Religion, Remotion, Uneheliche, Zigeuner, Abdecken, Bachstecher, Militairpflicht, Untersuchung.

Ehrenrührig. S. Beleidigung, Offiziere, Verleumdung.

Ehrenverletzung. S. Antrag, Beleidigung, Verleumdung, Untersuchungs-Zust..., Gerichtsstand.

Ehrenvoll. S. Lehren, Armee.

Ehrenvormund. S. Vormundschaft.

Ehrenzahlung. **1)** Befinden sich auf dem von dem Bezogenen nicht eingelösten

Wechsel oder der Copie Nothadressen oder ein Ehrenaccept, welche auf den Zahlungsort lauten, so muß der Inhaber den Wechsel spätestens am zweiten Werktage nach dem Zahlungstage den sämtlichen Nothadressen und dem Ehrenacceptanten zur Zahlung vorlegen, und den Erfolg im Proteste Mangels Zahlung oder in einem Anhange zu demselben bemerken lassen. Unterläßt er dies, so verliert er den Regreß gegen den Adressanten oder Honoraten und deren Nachmänner. Weis't der Inhaber die von einem anderen Intervenienten angebotene E. zurück, so verliert er den Regreß gegen die Nachmänner des Honoraten. A.D.W.O. Art. 62. G.S. v. 1849. S. 81. **2)** Dem Ehrenzahler muß der Wechsel und der Protest Mangels Zahlung gegen Erstattung der Kosten ausgehändigt werden. Er tritt durch die E. in die Rechte des Inhabers (Art. 50. u. 52. unter Regreß Nr. 3.) gegen den Honoraten, dessen Vormänner und den Acceptanten. Art. 63. G.S. v. 1849. S. 81. **3)** Unter Mehreren, welche sich zur Ehrenzahlung erbieten, gebührt Demjenigen der Vorzug, durch dessen Zahlung die meisten Wechselverpflichteten befreit werden. Ein Intervenient, welcher zahlt, obgleich aus dem Wechsel oder Proteste ersichtlich ist, daß ein Anderer, dem er hiernach nachstehen müßte, den Wechsel einzulösen bereit war, hat keinen Regreß gegen diejenigen Indossanten, welche durch Leistung der von dem Anderen angebotenen Zahlung befreit worden wären. Art. 64. ib. Der Ehren-Acceptant, welcher nicht zur Zahlungsleistung gelangt, weil der Bezogene oder ein anderer Intervenient bezahlt hat, ist berechtigt, von dem Zahlenden eine Provision von 1/3 Procent zu verlangen. Art. 65. **4)** Die Art. 62—65. gelten auch von eigenen Wechseln; s. Eigene W. **5)** S. Wechselprotest.

Ehrenzeichen. 1) Das Recht, E. zu tragen, geht durch erlittene Zuchthausstrafe verloren, s. Bestrafung, u. Art. 9. d. Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 116., ingleichen wenn nur eine Lossprechung von der Instanz Statt gefunden hat, sowie wegen Unwürdigkeit des Inhabers. M. v. 14. Mai 1830. G.S. S. 51. **2)** Vergl. noch die Art.: Orden, Degradation.

Ehrerbietung, s. Achtung.

Ehrlichkeit. S. Gesinde, Vertrauen, Betrug, Diebstahl, Unterschlagung.

Ehrlosigkeit. S. Ehrenrechte, Orden.

Ehrverletzung. S. Beleidigung, Verleumdung.

Eibenstock. 1) Für die E.r Bergamtsrevier erfolgte die Errichtung einer Zinnschurfgelder-Casse lt. des Rescr. v. 6. Mai 1775. C.A. C.II. T.II. S. 181. **2)** Die E.r Zinnbergwerks-O. v. 24. Aug. 1615. enthält der C.A. T.II. S. 255. **3)** Die Verleihung der Seuffenwerke in der E.r Bergamtsreviere soll nicht ohne Vorbewußt der Beamten und Oberförster erfolgen. Resol. v. 4. Dec. 1674. C.A. T.II. S. 551. **4)** Die Sparcasse: Decr. v. 9. Aug. 1852. G.S. S. 280.

Eicheln. S. Forstd..., Waldungen.

Eichen. S. Waldungen.

Eid. 1) Ueber den Gebrauch und das Geschichtliche des Gefährdeeides (juramentum malitiae) vergl. man im Allgemeinen: die H.G.O. v. 1529. B. d. Eyd mal. C.A. T.I. S. 1341., die O.H.G.O. v. 1548. B. d. Eyd mal. ib. S. 1286., die H.G.O. v. 1550. ib. S. 1345., die A.G.O. v. 1605. B. d. Eyde mal. ib. S. 1240., die Pr.O. v. 1622. Tit. 33. S. 173., Decis. 70. v. 1661. C.A. T.I. S. 329., Res. gr. v. 1661. Justizs. §. 26. ib. S. 219., E.P.O. ad Tit. 33. §. 1. S. 174. Diesen E. soll der Richter einer Partei bei Anträgen derselben aus eigener Entschließung auferlegen können, wenn denselben eine rechtswidrige, auf den Verschleif des Processes gerichtete Absicht zum Grunde zu liegen scheint. ib. So soll beim Vorhandensein dieses Verdachts der bemerkte E. erfordert werden können: a) vor Anstellung der Widerklage, wenn der Beklagte die Deposition des Quantums, worein er verurtheilt worden, nachsucht, E.P.O. ad Tit. 6. §. 1. S. 56., b) nach einer eingewendeten Appellation, nur soll hier nicht der Unterrichter, sondern der Appellationsrichter vor Annahme des Rechtsmittels den E. erfordern können, E.P.O. ad Tit. 33. §. 2. S. 175., c) wegen Denomination aus-

ländischer oder unter verschiedenen Gerichtsbarkeiten wohnender Zeugen, oder wenn über dieselben Artikel in großer Anzahl Zeugen angegeben wurden, Pr.O. Tit. 23. S. 139., E.P.O. ad Tit. 23. §. 1. S. 140., d) wegen verlangter Edition von Urkunden des Gegners oder eines Dritten, E.P.O. ad Tit. 26. §. 1. S. 154., M. v. 26. Aug. 1713. §. 12. C. A. T. II. S. 478., e) bei unternommener Intervention, Pr.O. Tit. 15., E.P.O. ad Tit. 15., §. 3. S. 95. ff., f) bei gesuchter zweiter und soviel die Personen betrifft, welche die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beanspruchen können, bei gesuchter dritter Dilation der Beweisfrist, E.P.O. ad Tit. 20. §. 3. S. 127. g) Hingegen ist derjenige Gefährdeeid (juramentum calumniae), welcher sonst von der Partei im Civilprocesse erfordert wurde, die sich des Eidesantrags bedient hatte, ingleichen derjenige (jur. malit.), welcher neben dem eigentlichen Armeneide von dem geleistet werden mußte, welcher das Armenrecht ansprach, aufgehoben. §. 1. d. G. v. 19. Febr. 1838. G.S. S. 72. Mit dem Wegfalle des Gefährdeeides beim angetragenen E. hat sich auch die Nothwendigkeit erledigt, daß derjenige, welcher den Haupteid nicht zu leisten hat, den Schwörungstermin abwarte. §. 4. ib. Es ist daher an denselben eine Vorladung zum Erscheinen im Termine nicht zu erlassen, sondern es ist hinreichend, daß ihm von dem Terminstage unter abschriftlicher Mittheilung der an den Gegner gerichteten Vorladung, ingleichen der Eidesnotel Nachricht ertheilt und ihm, bei der Eidesleistung gegenwärtig zu sein, freigestellt werde. ib. [Aeltr. R.: O.H.G.O. v. 1548. Tit. wenn ein aufgelegter C. A. T. I. S. 1286., H.G.S. v. 1550. Tit. eod. ib. S. 1342., Const. 12. P. I. ib. S. 77., Pr.O. v. 1622. Tit. 18. §. 6. f. S. 105. f., Tit. 26. §. 2. S. 153., 18. Dec. v. 1661. C. A. T. I. S. 303., E.P.O. ad Tit. 1. §. 10., ad Tit. 18. §. 6. 7. S. 16. 113., ad Tit. 36. §. 5. S. 197.] **2)** Der in der Pr.O. Tit. 31. S. 171. dem Beklagten, welcher wegen gewaltsam zugefügter Schäden auf eine vom Kläger veranschlagte Summe belangt wird, und letztre nicht ohne Weitres erstatten will, nachgelassene Verminderungseid ist in der E.P.O. ad Tit. 31. §. 1. S. 172. aufgehoben, und es ist daselbst dem Kläger anheim gestellt worden, über solche wie andre Schäden seinem Gegner den E. anzutragen. **3)** Die Eidesdelation über die Klage muß sofort in dieser selbst bewirkt werden, ib. ad Tit. 18. §. 1. S. 110. Ueber die Ausflüchte kann der Beklagte dem Kläger nach der Pr.O. Tit. 18. §. 4. S. 104. nicht nur im Verfahren, sondern nach der E.P.O. ad Tit. 21. §. 2. S. 134. auch, wenn ihm der Beweis derselben auferlegt worden, in den Beweisartikeln den Eid antragen. Ueber die der Klage inserirte Replik kann, nach der E.P.O. ad Tit. 18. §. 2. S. 110., der E. im Beweise angetragen werden. **4)** Wenn im ersten Erkenntnisse die Exceptio obscuri oder inepti libelli übergangen und auf die Einlassung rechtskräftig erkannt worden ist, so soll auch später und insbesondre bei der Definitive auf die Einrede der Unschlüssigkeit nicht zurückgegangen, sondern nach Beschaffenheit der Sache entweder sogleich hauptsächlich erkannt, oder, wenn es an dem einen oder andern Umstande noch fehlte, wegen dieses auf Beweis und Gegenbeweis, wobei sich beide Theile des Eidesantrags bedienen können, gesprochen, der Kläger aber in die dadurch verursachten Kosten verurtheilt werden. E.P.O. ad Tit. 5. §. 4. S. 47. f. **5)** Die Eidesdelation ist, nach geschehener Provocation ex lege diffamari, dem der Diffamation geständigen oder überführten Diffamanten über den Grund der Hauptklage nachgelassen, E.P.O. ad Tit. 5. S. 48. **6)** Bei Beurtheilung des Eidesantrags im Civilprocesse kommt es nicht darauf an, ob die Sache blos ins Gewissen, oder auch zugleich auf Wissenschaft und Wohlbewußt gestellt sei, sondern auf die Thatsachen, worüber geschworen werden soll, selbst, ob diese eigne, fremde oder gemeinschaftliche seien; das Erkenntniß ist hiernach ex officio einzurichten, E.P.O. ad Tit. 18. §. 3. S. 111. Es genügt, wenn die Partei sagt, daß sie über diesen oder jenen Punct den E. angetragen haben wolle. ib. **7)** Unstatthaft ist die Eidesdelation: a) wenn dieselbe über den nem-

lichen Gegenstand mit andern Beweismitteln cumulirt werden soll. Pr.O. Tit. 18. §. 3. S. 104., b) im summarischen Besitzprocesse, E.P.O. Anh. §. 19. S. 311., c) über die dilatorischen und proceßhindernden Ausflüchte, E.P.O. ad Tit. 11. §. 1. S. 85., d) im Concurse gegen den Curator litis über Sachen, wovon ihm ohnehin keine Kenntniß beiwohnen kann, E.P.O. ad Tit. 41. §. 4. S. 238., e) im Executivprocesse über die Einreden des Beklagten, Res. gr. v. 1661. Justizs. §. 5. C.A. T.I. S. 213., f) in Injuriensachen, M. v. 7. März 1716. C.A. T.I. S. 1855., v. 12. Juni 1712. §. 22. ib. S. 1791., v. 1. Juli 1737. §. 2. C.A. C.I. T.I. S. 643., O.A.Pat. v. 23. März 1716. L.C.W. T.I. S.249. u. C.A. T.III. S.345., O.A.Pat. v. 27. Sept. 1737. §. 2. L.C.W. T.I. S. 280. [Aeltr. Recht: Dec. 17. v. 1661. C.A. T.I. S. 302.], g) früher, über heimliche Verlöbnisse, Ehe-O. v. 10. Aug. 1624. Pct. I. C.A. T.I. S. 1020.; h) wider die Präsumtion, daß eine Anweisung blos per modum mandati geschehen, wenn über die assignirte Post keine Quittung genommen worden, M. v. 2. Jan. 1700. §. 3. C.A. T.II. S. 2070., i) in Verwaltungsstreitigkeiten, G. v. 30. Jan. 1835. §. 10. G.S. S. 90., k) endlich hat, wenn die Klage gegen ein Collegium gerichtet ist, eine particulare Eidesdelation nicht Statt, es wären denn gewisse Personen wegen ihrer Handlungen in der Klage belangt. Const. 13. P.I. v. 21. April 1572. C.A. T.I. S. 78. **8)** Der, welchem im ordentlichen Processe der E. deferirt worden ist, kann ihn, wenn es aus andern Gründen nicht unzulässig ist, entweder annehmen, oder zurückgeben, oder auch durch Gewissensvertretung ablehnen. Pr.O. Tit. 18. §. 8. S. 107., E.P.O. ad Tit. 18. §. 1. u. 2. S. 109. f. **9)** So lange sich der Gegner über die Acceptation des ihm angetragenen Eides noch nicht erklärt hat, oder noch nicht rechtskräftig auf die Eidesleistung erkannt ist, steht es dem Deferenten frei, den E. wieder fallen zu lassen und den Beweis zu wählen. Pr.O. Tit. 18. §. 2. S. 103., E.P.O. ad Tit. 5. §. 9. S. 52. Eine blose Erläuterung der Klage oder die Herabsetzung der Forderung ist noch bis zur wirklichen Eidesleistung gestattet. ib. **10)** Bleibt der Beweisführer im Productionstermine aus, so hat er sich an den Artikeln, worüber der E. deferirt worden, versäumt, wenn auch eine Wiederholung des Eidesantrags im Termine, (deren es im Termine über die Klage ebenfalls nicht bedurfte, E.P.O. ad Tit. 18. §. 1. S. 110.) nicht erfolgt sein sollte. E.P.O. ad Tit. 20. §. 7. S. 129. **11)** Wenn nur über einen Theil der Klage der E. angetragen ist, und der Verklagte sowohl diesen Theil, als andre in der Klage enthaltne Thatsachen, worüber die Eidesdelation nicht erfolgt ist, bei der Einlassung ins Leugnen gestellt hat, so sollen die erkennenden Behörden, im Gegensatze mit der zeitherigen Praxis, nicht mehr in der gebräuchlichen allgemeinen Formel dem Kläger den Beweis der Klage aufgeben, und dem Kläger bei dem auferlegten Beweise nicht mehr blos den Gebrauch der Eidesdelation vorbehalten, vielmehr, wenn nur über einige der in der Klage angeführten Thatsachen der E. angetragen ist, in dem Interlocute auf Beweis zugleich entweder auf den E. über die abgeleugneten Thatsachen, sofern er zulässig ist, und dessen sofortige, oder, nach Befinden, bis zu dem Endurtel auszusetzende Leistung erkennen, oder allenfalls, sofern der Einfluß der auf Beweis gestellten Puncte der Klage auf die Entscheidung über die gebrauchte Eidesdelation nicht sofort zu übersehen, diese Entscheidung gänzlich dem Definitiverkenntnisse vorbehalten, V. v. 14. Nov. 1839. G.S. v. 1839. S. 319. S. noch: Klage. **12)** Die sonst vorgeschriebne Oblation zum Eide [Pr.O. Tit. 18. §. 9. S. 107., Dec. 18. v. 1661. C.A. T.I. S. 303., M. v. 8. März 1682. ib. S. 1159.] ist aufgehoben, vielmehr hat der Richter binnen 8 Tagen von Rechtskraft des Erkenntnisses auf den E. zum Schwörungstermine auszufertigen, E.P.O. ad Tit. 18. §. 7. S. 113. **13)** Der Haupteid soll a) von Erben, wenn ihr Erblasser vor Leistung des von ihm ange-

nommenen Eides verstorben ist (vergl. auch die 24 Const. v. 1572. P. I. C. A. T. I. S. 80.), b) von Vormündern, wenigstens der Regel nach, ferner c) von Litisconsorten, soweit sie für Unmündige zugleich schwören, d) und von Cessionarien nur de credulitate geleistet werden. E.P.O. ad Tit. 18. §. 4. u. 6. S. 111. 113. **14)** Wenn im Civilprocesse auf keiner Seite ein vollständiger Beweis geliefert worden ist, so kann der erkennende Richter nach seinem Ermessen, wenn weniger für das Bestehen eines Anspruchs und mehr für die Ablehnung desselben erwiesen ist, auf Leistung eines Reinigungseides (jur. purgatorium) und im entgegengesetzten Falle auf Leistung eines Erfüllungseides (jur. suppletorium) sprechen. Man vergl. über den Reinigungseid: Const. 22. v. 1572. P. I. C. A. T. I. S. 80., Pr.O. Tit. 32. S. 172., E.P.O. ad Tit. 1. §. 6. S. 10., E.P.O. ad Tit. 19. §. 1., ad Tit. 30. §. 4. S. 118. u. 170.; über den Erfüllungseid: Const. 23. P. I. l. c., Pr.O. Tit. 30. S. 168., insbesondere a) im Concurse, E.P.O. ad Tit. 41. §. 4. S. 237., b) in causa minuta, E.P.O. ad Tit. 1. §. 6. S. 10., M. v. 28. Nov. 1753. §. 4. C. A. C. I. T. I. S. 384., c) im Diffamationsprocesse, E.P.O. ad Tit. 5. §. 5. S. 48., d) nach geführter Gewissensvertretung, E.P.O. ad Tit. 19. §. 1. u. Pr.O. Tit. 19. §. 3. S. 118. u. 117., e) nach vorgenommener Recognition von Urkunden durch Zeugen, E.P.O. ad Tit. 25. §. 5. S. 150., f) beim Beweise durch Handelsbücher, E.P.O. ad Tit. 30. §. 4. S. 170. u. f. unten no. 23. Kann die eine Partei de veritate, die andre aber nur de credulitate schwören, so soll vorzugsweise, und wenn sonst kein Bedenken vorhanden ist, die erstere zum Erfüllungs- od. Reinigungseid gelassen werden, E.P.O. ad Tit. 30. §. 1. S. 169. Nach abgelegtem Erfüllungseide soll ein Gegenbeweis weiter nicht, als per documenta noviter reperta zulässig sein, E.P.O. ad Tit. 30. §. 3. S. 170. **15)** Im juramentum documentorum noviter repertorum schwört die Partei, daß sie bei Führung ihres Beweises oder Gegenbeweises von dem Vorhandensein der neu aufgefundenen Urkunden gar keine Kenntniß gehabt, oder, daß sie nicht gewußt habe, wo solche anzutreffen. Mit diesem E. werden aber diejenigen in der Regel verschont, welche die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand genießen. E.P.O. ad Tit. 24. §. 3. S. 144. **16)** Im Manifestationseide versichert der Schwörende, daß er sein Vermögen, oder gewisse in Frage befangne Theile desselben vollständig angezeigt habe, E.P.O. ad Tit. 39. §. 7. S. 215., M. v. 20. Dec. 1766. §. 17. unter 3. u. 5. C. A. C. I. T. I. S. 934. 935., Lauf. M. v. 2. Aug. 1783. §. 17. C. A. C. II. T. III. S. 185. u. L.C.W. T. IV. S. 15., G. v. 28. Febr. 1838. §. 47. G.S. S. 84. In einzelnen Fällen des Verdachts einer besondern Gefährde kann der bemerkte E. auch auf die Ablehnung bestimmter Handlungen gerichtet werden. §. 47. cit. **17)** Die gemeinrechtlichen Grundsätze über den Schätzungs- oder Würderungs-E. (juramentum in litem) im Allgemeinen und den E. zu Schätzung gewaltsam erlittener Schäden (juramentum Zenonianum) insbesondre werden durch die E.P.O. ad Tit. 31. §. 2. S. 172. für Sachsen bestätigt. Gegen das erstre soll der Beweis des Gegentheils ausgeschlossen sein. ib. — Wenn der Vormund die Richtigkeit eines Verlassenschaftsinventarii beschworen hat, so hat das sonst nachgelassene juramentum in litem nicht Statt. V.O. Cap. XI. §. 8. S. 51. — Ueber den Gebrauch des Würderungseides im Strafverfahren s. den Artikel: Anschluß. **18)** Zeugen, Kunstverständige, Calculatoren, Hauswirthe und dergl. m. werden vor ihrer Befragung im Processe eidlich verpflichtet. Pr.O. Tit. 20. §. 3. S. 121., E.P.O. ad Tit. 28. §. 2. 3. S. 160.; mittels Handschlags an Eidesstatt in ganz geringfügigen Rechtssachen, G. v. 16. Mai 1839. §. 26. 29. G.S. S. 150. f. **19)** Nach geleistetem Eide wird nach Lage der Acten erkannt, und wenn gleich der Kläger erweisen wollte, daß der Beklagte unrecht geschworen habe, so soll er damit doch nicht zugelassen werden. Const.

15. P.I. v.21. April 1572. C.A. T.I. S.78. **20)** Bei Vermächtnissen, welche in Gegenwart des Erben geschehen sind, hat weder Eidesrelation noch Gewissensvertretung Statt. Dec. 11. v. 1746. C.A. C.I. T.I. S. 352. **21)** Dem E. zu Befestigung eines Contracts oder Versprechens soll nicht zuwider gehandelt werden; es kann aber die Relaxation des Eides (die Absolutio juramenti) wegen Jugend, vorsätzlichen Betrugs oder anderer wichtiger Umstände ausgesprochen werden. Const. 35. P. II. v. 21. April 1572. C.A. T.I. S. 97. Es soll deshalb zwar in den Facultäten rc., in welchen Fällen und wie weit sie Statt habe, erkannt, die Anordnung derselben aber, und wie sie vorzunehmen, dem Landesherrn freigestellt, und, wenn sie erfolgt, vor dem Richter erster Instanz in der Hauptsache verfahren werden. Const. 36. P. II. ib. Die Wechsel u. Verschreibungen junger Leute erhalten übrigens durch einen beigefügten oder auch körperlich geleisteten E. keine verbindende Kraft, M. v. 29. Dec. 1718. u. v. 21. April 1724. §. 1. C.A. T.II. S.2082. u.2087., Beil.25. u. 26. zur E.P.O., Laus. M. v.5. Juli 1724. §. 1. L.C.W. T.I. S. 357. **22)** In geringfügigen Rechtssachen ist den Parteien, in Ermangelung anderer Beweismittel, der Eidesantrag unbenommen; Gewissensvertretung findet aber nicht Statt. E.P.O. ad Tit. 1. §. 6. S. 10., M. v. 28. Nov. 1753. §. 5. C.A. C.I. T.I. S. 384., Laus. M. v. 13. März 1821. §. 4. G.S. S. 38. u. M. v. 3. April 1824. §. 18. unter 20. G.S. S. 52. **23)** Wird in ganz geringen Rechtssachen über Thatsachen, welche des Beweises bedürfen, der E. angetragen, so hat a) der Gegner des Antragenden sofort zu erklären, ob er den E. leisten oder zurückgeben wolle, §. 30. d. G. v. 16. Mai 1839. G.S. S. 151. b) Dieser Erklärung ungeachtet kann derselbe, wenn er Urkunden oder Zeugen bereits mit zur Stelle gebracht hat, durch diese Beweismittel den Ungrund der auf den E. gestellten Behauptungen darzuthun versuchen, ib. c) Bleibt sodann noch ein erheblicher Umstand zweifelhaft, so ist das Gericht nicht behindert, in Beziehung auf denselben, einer andern Partei, als derjenigen, welche nach jener Erklärung zu schwören gehabt haben würde, die Eidesleistung aufzulegen, ib. d) Das Gericht ist ermächtigt, auf einen Bestärkungseid zu erkennen, wenn aus den Erklärungen der Parteien, oder aus beigebrachten Beweismitteln, sollten auch diese ihrer Form oder ihrem Inhalte nach mangelhaft sein, eine Wahrscheinlichkeit für die Behauptung des einen oder des andern Theils hervorgeht, §. 31. ib. e) Vor Ertheilung des Bescheids darf mit Abnahme eines E.s, welcher zur Entscheidung der Sache für nöthig erachtet wird, niemals verfahren werden, §.32. ib. **24)** Indem ein Kläger seinem Gegner den E. deferirt, kann er, daß ihm dieser so und so viel, od. auch nicht mehr oder weniger schuldig sei, klagen, und die Klage ist deswegen als generell und dunkel nicht zu verwerfen; auch muß der Beklagte, wenn ihm der E. über eine gewisse Summe schlechterdings deferirt wird, das eigentliche Quantum eidlich anzeigen. E.P.O. ad T. 5. §. 8. S. 51. In jedem Falle, wo ein gewisses Quantum abgeschworen wird, sind diesem die Worte „nicht mehr oder weniger“ ex officio in der E.snotel beizufügen, ib. **25)** Wenn es nur auf eine vorläufige Cognition über Ehehindernisse ankommt, so können Superintenden ten E. ohne Concurrenz der weltlichen Gerichte abnehmen. Resol. auf das ständ. Grav. 2. v. 1793. in Relig.- rc. Sachen. C.A. C.II. T.I. S. 35. **26)** In Bezug auf die E.sdelation und Relation, Erfüllungs- und Reinigungseide, sowie die Gewissensvertretung in Bergsachen s. d. M. v. 26. Aug. 1713. §. 8. C.A. T.II. S. 476., Beil. zur E.P.O. no. 11. S. 93. **27)** Wenn sich jemand einer Erbschaft oder eines Rechts begiebt, nachher aber in Concurs geräth, oder sein Vermögen zur Bezahlung eines einzigen Gläubigers nicht zureicht, so soll sowohl der Curator bonorum, als der Gläubiger mit dem Erweise, daß der Nahrungsabfall zur Zeit der Renunciation schon vorhanden gewesen, vorbehältlich des Gegenbeweises für den

Schuldner, oder den, welcher von ihm Causam hat, gehört, nicht minder der E.delation sich zu gebrauchen, zugelassen und nach Befinden auf Ungiltigkeit der Renunciation erkannt werden, 25. Dec. v. 2. Juli 1746. C. A. C. I. T. I. S. 357. **28)** Die Geistlichen sollen bei jeder sich darbietenden Gelegenheit den Gemeinden und Schülern die Lehre vom E. und dessen Wichtigkeit, und die gefährlichen Folgen des Meineides erklären, Rescr. v. 26. Nov. 1770. C. A. C. II. T. I. S. 185., C. A. C. II. T. III. S. 5., Bef. v. 14. Juli 1783. C. A. C. II. T. I. S. 197. u. O.A.Pat. v. 28. Juli 1783. L.E.W. T. IV. S. 665. **29)** Die an Eides Statt gebrauchten Betheuerungsformeln der Anhänger solcher Religionssecten, welchen die Ablegung eines förmlichen Eides nicht gestattet ist, sowie andere Versicherungen an Eides Statt, soweit sie gesetzlich statt Eides zulässig, stehen hinsichtlich der Strafe des Meineides dem E. gleich. Art. 228. des Str.Gb. v. 1855. [Vorher: Art. 186. des Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 158. Vergl. auch die 13. uned. Constit. v. 1572. in Haubold's Handbuch rc. Chursächs. Gesetze. S. 139.] **30)** Wenn im Civilprocesse einer Partei die Leistung eines Eides zuerkannt ist, so hat sie denselben in dem anberaumten Schwörungstermine auch im Falle des Nichterscheinens der Gegenpartei, bei Vermeidung des angedrohten Rechtsnachtheils (der beim Haupteide in der Versäumung desselben besteht) zu leisten. Es ist jedoch im Falle des Ausbleibens der Gegenpartei mit Abnahme des E. bis zum Ablaufe der Terminszeit anzustehen. Pr.O. Tit. 18. §. 9. S. 108., E.P.O. ad Tit. 18. §. 7. S. 114., ad Tit. 25. §. 4. S. 150., ad Tit. 30. §. 2. S. 169., G. v. 19. Febr. 1838. §. 3. G.S. S. 73. [Aeltr. Recht: Pr.O. Tit. 18. §. 7. S. 106. f., E.P.O. ad Tit. 18. §. 7. S. 113.] **31)** Die Eidesleistung selbst erfolgt Vormittags vor 12 Uhr, E.P.O. ad Tit. 4. §. 5. S. 42. Das M. v. 13. März 1822. §. 25. G.S. S. 212. hat hieran nichts geändert. Rescr. v. 22. Sept. 1824. G.S. S. 186. Sie muß allemal in Person geschehen, H.G.O. v. 22. Dec. 1548. Tit. Wenn ein aufgelegter E. rc. C. A. T. I. S. 1286., v. 1550. Tit. eod. ib. S. 1342., Pr.O. Tit. 18. §. 10. S. 109., E.P.O. ad Tit. 25. §. 4. S. 149. Es ist kein Anwalt zulässig, wenn er gleich eine Specialvollmacht hätte, Pr.O. Tit. 18. §. 10. S. 109., ausgenommen in privatrechtlichen Angelegenheiten des Regenten, V. v. 28. März 1835. §. 20. G.S. S. 218., ferner in Processen des Staatsfiscus und der von höhern Behörden verwalteten Cassen, ib., und in Lehnssachen, wo die Lehnspflicht in eines andern Seele zu schwören sodann verstattet wird, wenn dem Lehnmanne selbst zu erscheinen unmöglich ist. M. v. 1. Juni 1657., v. 24. Febr. 1681., u. 12. Nov. 1691. C. A. T. I. S. 1965., 1969. u. 1971., v. 30. April 1764. Tit. III. §. 1. C. A. C. I. T. I. S. 1028., Lauf. Rescr. v. 29. April u. 9. Mai 1695. C. A. T. III. S. 370. — S. Erbhuldigung. **32)** Minderjährige schwören nach ihrem 18ten, und in Ehe- und Schwängerungssachen nach dem 16ten Jahre in Person, werden aber mit der Eidesleistung verschont, wenn ihre Litisconsorten zugleich mit für sie de credulitate, oder an ihrer Statt die Vormünder schwören, wiewohl in beiden Fällen der Richter die Eidesleistung bis zu ihrem 18ten Jahre aussetzen kann. E.P.O. ad Tit. 18. §. 4. S. 111. S. auch Armeneid. **33)** Collegien u. Communen leisten den E. durch 3 oder 4 ihres Mittels, welche die beste Wissenschaft haben; so auch Hüfner, Anspänner, Gärtner, Häusler, Handfröhner u. dergl., welche keine Gemeinde bilden. E.P.O. ad Tit. 18. §. 5., Const. 13. P. I. C. A. T. I. S. 78. Die Erläut. v. 25. April 1729. C. A. C. I. T. I. S. 283. hat das letztre ohne Unterschied auf alle E., auch das Suppletorium, erstreckt, und das Rescr. v. 22. Mai 1743. ib. S. 333. das Nemliche vorgeschrieben. Lauf. M. v. 3. April 1824. §. 18. unter 15. G.S. S. 51. Die L.-Gem.O. v. 7. Nov. 1838. G.S. S. 440. hat dieß nicht geändert. **34)** Ist in ganz geringen Rechtssachen auf Leistung eines Eides erkannt, so kann a) zur Abnahme desselben unmittelbar nach Bekanntmachung des Bescheids verschritten werden, wenn die Parteien sich dem Erkenntnisse so-

fort unterwerfen, und beide Theile in die **sofortige Abnahme willigen**, §. 34. d. G. v. 16. Mai 1839. G.S. S. 152. b) **Außerdem** ist die Rechtskraft des Bescheids abzuwarten, und nach Eintritt derselben ein **besonderer Schwörungstermin** anzusetzen, ib. c) Zu letzterm sind die Parteien mit **Einräumung einer 8tägigen Frist**, und unter abschriftlicher Zufertigung der Eidesnotul durch Bestellzettel **vorzuladen**, in welchem die nach den Vorschriften der allgemeinen Proceßgesetze erforderliche Androhung ausgedrückt sein muß, ib. **35)** **Die Eidesleistung ist vor Gericht in allen Fällen mit größter Würde und Ernst, wo möglich in abgesonderten Zimmern, oder doch so vorzunehmen, daß unterdeß die Verhandlung aller andern Geschäfte eingestellt, und jede Störung vermieden wird.** V. v. 11. Juni 1840. G.S. S. 96. **36)** Wenn in **Criminalsachen** den Verbrechern oder Mitschuldigen ein E., in oder ohne Beisein eines oder mehrerer **Geistlichen**, zuerkannt worden, hat der Richter noch vor dem Schwörungstermine die entworfene Eidesnotul mit dem, welcher den E. leisten soll, durchzugehen, sie ihm deutlich zu erklären, und so allem Mißverstande und möglichen Vorbehalten des Schwörenden zu begegnen, ihm auch die Eidesnotul 2 bis 3 Tage vor der wirklichen Eidesleistung zu besserer Ueberlegung abschriftlich zuzustellen. Im **Schwörungstermine** ist der Schwörende vor der schweren Strafe des Meineids und mit der Vorstellung zu verwarnen, daß der E. das Verbrechen nicht tilge, sondern daß er, sobald neue Anzeigen erfolgten, nach Befinden wieder in Haft gebracht und sein Proceß wieder aufgenommen, auch sodann die Bestrafung des Verbrechens wegen des dazu gekommenen Meineids geschärft werden würde; Gen. v. 30. April 1783. §. 17. C.A. C. II. T. I. S. 461. C. A. C. II. T. III. S. 173. und L.C.W. T. IV. S. 58., Gen.V. v. 27. Oct. 1770. §. 12. C.A. C. I. T. I. S. 424. und L.C.W. T. III. S. 92. **37)** In **Denunciations-** und **Rügensachen** sollte die Abschwörung **gegen einander laufender E.** möglichst vermieden und alle Eidesleistung so des Denunciaten wie des Denuncianten bis zum hauptsächlichen Erkenntnisse ausgesetzt, bei dessen Abfassung aber durch Gegeneinanderhaltung aller Umstände festgestellt werden, welchem von beiden Theilen allenfalls ein Erfüllungs- oder Reinigungseid auferlegt werden solle. M. v. 2. Juli 1712. §. 59. C.A. T. I. S. 1802., L.C.W. T. I. S. 245. u. Beil. II. zur C.P.O. S. 55., Ang. Gen. v. 1783. §. 19. l. c., ang. Gen.V. v. 1770. §. 14. l. c., Bescheid. der Dif. zu §. 14. cit. C.A. C. I. T. I. S. 472. Wegen der Kosten: 38. Dec. v. 1746. C.A. C. I. T. I. S. 359., Bescheid. der Dif. ad §. 14. d. Gen.V. v. 1770. C.A. C. I. T. I. S. 472. Es konnte aber nur in solchen **Criminalsachen** auf den **Reinigungseid** erkannt werden, welche a) **Real-** od. **Verbalinjurien**, oder **Verleumdungen**, oder b) Vergehungen betrafen, die auch in den höhern Graden nicht mit Arbeitshausstrafe oder einer höhern Strafart bedroht waren, wenn in dem vorliegenden Falle nach den besondern Umständen nur eine Geldstrafe oder eine die Dauer von 3 Monaten nicht übersteigende Gefängnißstrafe eingetreten sein würde. Vergl., auch wegen der Kosten, §. XI. d. G. v. 30. März 1838. G.S. S. 200., dazu die transitorische Bestimmung in §§. 16. u. 17. d. V. v. 31. März 1838. G.S. S. 219. **38)** Wegen der heutigen **Straf-Proceß-Vorschriften** im Betreff des Gebrauchs des Eides s. die Art.: Rügenverfahren, Anschluß, Wiederaufnahme, Rechtsmittel, Papiere, Zeugen..., Ungehorsam, Unfähigkeit. **39)** Wer aus **Unbedachtsamkeit** eine **falsche eidliche Aussage** (vergl. Art. 221. unter **Meineid**) erstattet, ist mit Gefängniß bis zu 1 Jahre zu bestrafen. In Fällen, wo die zu erkennende Strafe nicht über 6 Wochen Gefängniß ansteigt, kann statt derselben auf Geld bis zu 150 Thlrn. erkannt werden. Str.Gb. v. 1855. Art. 227. Förmliche **Versicherungen an Eidesstatt**, in soweit solche nach den Gesetzen statt wirklicher Eide zulässig sind, sowie die **Bekräftigungsformeln** solcher christlichen Religionsparteien, bei welchen nach ihrem Glaubens-

bekenntnisse und nach den Gesetzen eine gewisse Bekräftigung statt des Eides gilt, werden dem wirklichen E. gleich geachtet. Art. 228. Vergl. noch die Art.: Meineid, Wahrheitswidr..., Widerruf. **40)** Ueber den Gebrauch des E. enthalten noch Nachweis diese Artikel: Advocaten, Abwesende, Ausstattung, Auszug, Alter, Appellation, Auspfändung, Beklagte, Besitz, Beweis, Cession, Concurs, Concursproceß, Curatoren, Edictalcitation, Ehebruch, Eheverlöbniß, Eigenthum, Einreden, Erben, Erbschaft, Erbverträge, Erkenntnisse, Executionsproceß, Executionsverfahren, Executivproceß, Gegenbeweis, Gerichtsstand, Geringf. R., Gewissensvertretung, Grubenvorstand, Handelsbücher, Intervention, Juden, Klage, Kostencompensation, Kostenvorstand, Kostenerstattung, Provocationsproceß, Revierausschuß, Religionseid, Spielschulden, Staatsgerichtshof, Syndikat, Ständeversammlung, Trauung, Unterthanen, Urkunden, Urpheden, Väter, Verwaltungsbehörden, Verwaltungsstreitigkeiten, Vermächtniß, Verpflichtung, Verschwender, Verträge, Vorkauf, Vorladung, Zeugen.

Eidbruch. S. Meineid.

Eidesabnahme. S. Eid, Zeugen...

Eidesdelation. S. Eid.

Eidesmündigkeit. S. Eid, 32.

Eidesnotul. S. Eid, Verpflichtung.

Eidesrelation. S. Eid.

Eidesstatt. S. Eid, Eheverlöbniß, Eigenthum, Forstrügen, Juden, Sachverständige, Trauung, Untersuchungsverfahren vor dem E.R., Zeugen..., Werth.

Eidesunmündige. S. Eid, 32., Zeugen....

Eier. S. Auszug, Waldungen, Vogelfang, Jagd.

Eifer, s. Fleiß.

Eigene Wechsel. **1)** Die wesentlichen Erfordernisse eines eigenen (trockenen) Wechsels sind: a) die in den Wechsel selbst aufzunehmende Bezeichnung als Wechsel, oder, wenn der Wechsel in einer fremden Sprache ausgestellt ist, ein jener Bezeichnung entsprechender Ausdruck in der fremden Sprache; b) die Angabe der zu zahlenden Geldsumme; c) der Name der Person oder die Firma, an welche oder an deren Ordre der Aussteller Zahlung leisten will; d) die Bestimmung der Zeit, zu welcher gezahlt werden soll (s. Tratten); e) die Unterschrift des Ausstellers mit seinem Namen oder seiner Firma; f) die Angabe des Orts, Monatstages und Jahres der Ausstellung. A.D.W.-O. Art. 96. G.S. v. 1849. S. 87. **2)** Der Ort der Ausstellung gilt für den e. W., insofern nicht ein besonderer Zahlungsort angegeben ist, als Zahlungsort und zugleich als Wohnort des Ausstellers. Art. 97. ib. **3)** Von den in der A.D.W.O. für gezogene Wechsel gegebenen Vorschriften gelten auch für eigene Wechsel: a) die über die Form des Wechsels (s. Tratten unter 2. u. 4.); b) die über das Indossament (s. d.); c) die (Art. 19. u. 20.) über die Präsentation der Wechsel auf eine Zeit nach Sicht mit der Maßgabe, daß die Präsentation dem Aussteller geschehen muß (s. Präsentation unter 3. u. 4.); d) die (Art. 29.) über den Sicherheitsregreß mit der Maßgabe, daß derselbe im Falle der Unsicherheit des Ausstellers Statt findet (s. Regreß wegen Unsicherheit); e) die über die Zahlung und die Befugniß zur Deposition des fälligen Wechselbetrags mit der Maßgabe, daß letztere durch den Aussteller geschehen kann (s. Zahlungstag, Wechselzahlung); f) die (Art. 41. u. 42. sowie die Art. 45—55) über den Regreß Mangels Zahlung gegen die Indossanten (s. Regreß M.3.); g) die über die Ehrenzahlung (s. d.); h) die über die Copieen (s. Wechselcopie); i) die (Art. 73—76.) über abhanden gekommene und falsche Wechsel mit der Maßgabe, daß im Falle des Art. 73. die Zahlung durch den Aussteller erfolgen muß (s. Amortisation, Wechselfälschung); k) die (Art. 78—96.) über die allgemeinen Grundsätze der Wechselverjährung, die Verjährung der Regreßansprüche gegen die Indossanten (s. Wechselverjährung), das Klagerecht des Wechselgläubigers (s. Wechselverbindlichkeit), die ausländischen Wechselgesetze (s. Ausländische), den

Protest (s. Wechselprotest), den Ort und die Zeit für die Präsentation und andere im Wechselverkehre vorkommende Handlungen (s. Wechselverkehr), sowie über mangelhafte Unterschriften (s. Wechselerklärungen). Art. 98. der A.D.W.O. G.S. v. 1849. S. 87. **4)** Eigene domicilirte Wechsel sind dem Domiciliaten oder, wenn ein solcher nicht benannt ist, dem Aussteller selbst an demjenigen Orte, wohin der Wechsel domicilirt ist, zur Zahlung zu präsentiren und, wenn die Zahlung unterbleibt, dort zu protestiren. Wird die rechtzeitige Protesterhebung beim Domiciliaten verabsäumt, so geht dadurch der wechselmäßige Anspruch gegen den Aussteller und die Indossanten verloren. ib. Art. 99. **5)** Der wechselmäßige Anspruch gegen den Aussteller eines eigenen Wechsels verjährt in drei Jahren vom Verfalltage des Wechsels an gerechnet. Art. 100. ib. **6)** S. Wechselproceß, Regreß M.Z., Amortisation.

Eigenhändig. S. Recognition..., Urkunden.

Eigenhilfe. S. Selbsthilfe.

Eigenlehner. **1)** Ueber die früheren Verhältnisse der E. u. Gesellen beim Bergbau vergl. man die Berg-O. v. 1589. Art. 36. C.A. T.II. S. 201., v. 3. Oct. 1554. Art. 101. ib. S. 146., v. 1529. Art. 9. C.A. C.II. T.II. S. 113. — S. auch die Bek. v. 1. Nov. 1834. G.S. S. 340. Die E. genossen gleiche Rechte und hatten gleiche Verbindlichkeiten mit den Gewerkschaften. Rescr. v. 16. Dec. 1769. C.A. C.II. T.II. S. 153. **2)** Wegen der heutigen Verfassung s. den Art.: Gesellenschaften.

Eigenmächtig. S. Selbsthilfe, Noth, Besitz, Collecten, Dispensation, Zeugen.

Eigennutz. S. Schärfung, Verwandlung, Gewinn, u. vergl. die Citate unter: Eigenthumsverbrechen.

Eigenschaft. S. Betrug, Amtseigenschaft, Qualification, Persönlichkeit.

Eigenthümer. S. Eigenthum, Auflässige..., Concurrenz, Schaden, Werth, Verwandlung, Confiscation, Amortisation, Brandstiftung, Forst..., Grundsteuer, Nominatio.

Eigenthum. **1)** Zur Gewißheit des Thatbestandes bei Verbrechen gegen das E. bedarf es an sich weder der eidlichen Versicherung des E.s an dem Gegenstande des Verbrechens, noch der eidlichen Bestärkung der Thatsache der E.sverletzung durch den Verletzten. G. v. 30. März 1838. §. III. G.S. S. 197. Hierzu vergl. den Art.: Erkenntnisse. **2)** Wegen der Werthsbestimmungen bei Diebstählen, Veruntrauungen, Betrügereien, Erpressungen, sowie allen andern Verbrechen, bei welchen die Größe der Strafe zugleich von d. Größe des Werths einer Sache abhängt, vergl. den Art.: Werth. **3)** Wenn bei der Publicianischen oder bei der Negatorien-Klage auf Beibringung des E.s erkannt wird, reicht es hin, wenn der Kläger erweist, daß er das Grundstück bona fide u. iusto titulo besitze; durch einen solchen 31J. 6W. 3T. fortgesetzten Besitz kann sogar das E. erlangt werden, indem dann der Besitzer nach Befinden als solcher in das Grund- u. Hypothekenbuch eingetragen werden kann. 1. Dec. v. 1746. C.A. C.I. T.I. S. 349., B. v. 15. Febr. 1844. §.1. 105. G.S. S.37. 64. **4)** Lediglich durch die Eintragung des Besitzers als solchen in das Grund- u. Hypothekenbuch wird das bürgerliche E. an Immobilien erlangt. G. v. 6. Nov. 1843. §. 2. 5. G.S. S. 189. **5)** Diebe, Räuber, Partierer, und deren Erben haben das geraubte Gut oder, wenn es nicht mehr in natura vorhanden, den von dem Bestohlenen allenfalls eidlich anzuzeigenden Werth aus des Thäters Nachlasse zu ersetzen. Dec. 86. v. 1661. C.A. T. I. S. 337., M. v. 27. Juli 1719. „Wir wollen auch" rc. ib. S. 1902., Lauf. M. v. 14. Febr. 1720. L.C.W. T. I. S. 258. **6)** Wer gestohlnes Gut wissentlich kauft, hat es unentgeltlich zurückzugeben, oder, wenn es nicht mehr vorhanden, den gerichtlich tarirten Werth zu erstatten. Dec. 87. v. 1661. C.A. T. I. S. 337. **7)** Wer bona fide gestohlnes Vieh u. dergl. Gegenstände kauft, consumirt oder weiter veräußert, hat, zumal wenn die Verjährung dazu kommt, nur das, wodurch er reicher geworden, zu erstatten. Ang. Dec. 87. l. c. **8)** Ist eine vom Feinde erbeutete Sache noch selbst

vorhanden, so muß sie der Inhaber dem Eigenthümer, der sein E. daran bescheinigt, ohne Entgelt zurückgeben, Dec. 90. v. 1661. C.A. T. I. S. 338., Rescr. v. 31. Mai u. 28. Oct. 1633. u. Rescr. v. 13. Juli 1643. C.A. T. I. S. 1127., 1129. u. 1515. Hat aber der Käufer zeitig dagegen protestirt, und, daß er die gestohlne Sache zum Besten des vorigen Herrn an sich gekauft habe, gerichtlich erklärt, so muß der Eigenthümer ihm das, was er dafür gegeben zu haben bescheinigen kann, zurückzahlen. ib. **9)** Gegenstände, welche Soldaten geplündert haben, sollen von Niemandem gekauft, u. jedenfalls unentgeltlich wieder herausgegeben werden. M. v. 23. März 1637. C.A. T. II. S. 1514., M.Str.-Gb. v. 1838. §. 135. G.S. S. 254. Den Ersatz, wenn der wahre Eigenthümer nicht zu ermitteln, verwendet das Kriegsministerium an eine dem öffentlichen Nutzen gewidmete Anstalt. S. §. 157. des M.Str.Gb. v. 1855. unter: Mißbrauch. **10)** Wie es bei den einzelnen Leihhäusern, wenn gestohlne u. dergl. Sachen dahin zum Versatz gebracht worden, gehalten wird, sehe man in den Leihhaus-OO., wie sie unt. den Namen der Orte, wo solche Institute sich befinden, angegeben sind. **11)** Nach §. 31. d. V.U. G.S. v. 1831. S. 248. kann Niemand gezwungen werden, sein E. oder sonstige Rechte und Gerechtigkeiten zu Staatszwecken abzutreten, als in den gesetzlich bestimmten oder durch dringende Nothwendigkeit gebotenen, von der obersten Staatsbehörde zu bestimmenden Fällen u. gegen Entschädigung, welche ohne Anstand ermittelt und gewährt werden soll. Entsteht ein Streit über die Summe der Entschädigung, und der Eigenthümer od. Berechtigte will sich bei der Entscheidung der Verwaltungsbehörde nicht beruhigen, so bleibt ihm unbenommen, die Sache im ordentlichen Rechtswege zur Erledigung zu bringen; es ist aber einstweilen die Abtretung zu bewirken, und die von jener Behörde festgesetzte Summe ohne Verzug zu bezahlen. **12)** Den Rechten nach kann sich Niemand der Disposition über sein Vermögen ganz od. zum Theil so begeben, daß er, ohne das Vorhandensein eines bestimmten Rechts auf einen gewissen Gegenstand, oder ohne den Zweck der Sicherstellung eines bestimmten Rechts durch denselben, sich von der bloßen Willkühr eines Anderen abhängig macht; s. dieß in der Bek. v. 29. Sept. 1846. G.S. S. 270. **13)** In Bezug auf das Privateigenthum des Königs s. den Art.: König. **14)** Folgende Artikel enthalten noch über E.sverhältnisse Nachweisung: Ablösung, Armenanstalten, Armencasse, Adel, Anlagen, Anmaßung, Aufruhr, Appellation, III. D., Abdecken, Almosen, Auspfändung, Beschädigung, Bergbau, Beweis, Besitz, Brandst..., Bier, Bauergüter, Creditpapiere, Confiscation, Dachung, Decret, Diebstahl, Ehestiftungen, Eisenbahnen, Erbunterthän., Erbzinsgüter, Erbfolge, Einreden, Ersatz, Fund, Gemeindegrundstücke, Gerichte, Gemeinheitstheil., Grundeigenthum, Gruben, Gewässer, Grundstücke, Grundsteuer, Grund- u. H., Hausfrieden, Halden, Jagd, Kirchenstühle, Kalk, Landfrieden, Lehren, staatsgef., Lehn..., Landes-Immob., Laasgüter, Noth, Nothwehr, Nominatio, Neubaue, Pfandrecht, Pertinenzen, Partiererei, Reallasten, Ruhestörung, Raub, Straßen, Staatsgut, Steinkohlen, Spielschulden, Schatz, Schenkung, Staatspapiere, Unterthanen, Vorkauf, Vermächtnisse, Verleihung, Veräußer..., Verjährung, Vindication, Wasser, Wiederkauf, Wüstungen, Zusammenlegung, Zusammenschl...

Eigenthum an Geisteswerken. **1)** Das Recht, literarische Erzeugnisse und Werke der Kunst, die zum Gelderwerbe benutzt werden können und dazu bestimmt sind, auf mechanischem Wege zu vervielfältigen, steht ausschließlich dem Urheber selbst und seinen Rechtsnachfolgern zu, und ist ein auf Andere übertragbares Vermögensrecht. Eine Vervielfältigung durch Unbefugte ist Nachdruck oder widerrechtliche Nachbildung. G. v. 22. Febr. 1844. §. 1. 2. G.S. S. 27. (In wieweit das G. rückwirkende Kraft habe, s. in §. 19. S. 31.) Vergl. noch zu diesem Gesetze die bestätigende V. v. 16. Aug. 1845. die Publication des Bundesbeschlusses v. 21. Juni 1845. betr. G.S. v. 1845. S. 180.

2) Derartige Rechte erlöschen durch Ablauf von 30 Jahren, und zwar a) wenn der Urheber die Veröffentlichung erlebte, vom nächsten Kalenderjahre nach dem letzten Zeitpuncte, in welchem er noch gelebt; b) in allen andern Fällen vom nächsten Kalenderjahre nach der ersten Veröffentlichung. ib. §. 3. S. 27. **3)** Schriften, die durch ihren innern Zusammenhang ein Ganzes bilden, sind erst mit ihrer Vollendung, dagegen fortlaufende Sammlungen, die ein Ganzes nicht bilden, mit dem Erscheinen jedes einzelnen Theiles, für erschienen zu achten. **4)** Die 30jähr. Schutzfrist kann in geeigneten Fällen von der Regierung verlängert werden. §. 3. cit. **5)** Mit Ablauf der Frist wird ein Geisteserzeugniß Gemeingut. Bei dessen Vervielfältigung werden nur die damit etwa verbundenen neuen Geistes- und Kunsterzeugnisse für deren Urheber Gegenstände des Eigenthums. G. v. 22. Febr. 1844. §. 3. G.S. S. 28. **6)** Die Zahl der Exemplare der Vervielfältigung hängt von der Vereinigung mit dem Urheber oder dessen Rechtsnachfolger ab. §. 4. ib. S. 29. Im Zweifel streitet die Vermuthung für die Zahl von 1000, ib., dagegen für die unbeschränkte unveränderte Vervielfältigung, wenn Jemand das Recht zu letztrer bis zum G. v. 22. Febr. 1844. erworben hat, oder in Folge der Einträge in das Protokoll der vormaligen Büchercommission oder von Bücherprivilegien des vormaligen Kirchenraths. §. 5. d. G. v. 22. Febr. 1844. G.S. S. 29. **7)** Alle, welche durch Vervielfältigung eines literarischen Erzeugnisses oder Werkes der Kunst Jemandes Recht daran beeinträchtigt, oder wissentlich daran Theil genommen haben, sind solidarisch zum Schadenersatze an den Berechtigten verbunden. §. 6. ib. **8)** Auch die wissentliche Theilnahme an dem Vertriebe widerrechtlicher Vervielfältigungen hat die Verbindlichkeit zum Schadenersatze zur Folge. ib. **9)** Bei Bestimmung des Schadenersatzes ist zunächst das Verhältniß der vertriebenen Exemplare zum Schaden, den der Eigenthümer erlitten hat, zum Anhalten zu nehmen. G. v. 22. Febr. 1844. §. 6. G.S. S. 29. Ueber die Berechnung des Schadens vergl. §. 7. ib. **10)** Auf Antrag des Beeinträchtigten sind alle noch vorräthigen Exemplare einer widerrechtlichen Vervielfältigung, ingleichen die bleibenden Vorrichtungen dazu hinwegzunehmen und zu vernichten, oder dem Beeinträchtigten, auf sein Verlangen, gegen Ersatz der Herstellungskosten zu überlassen. §. 8. d. G. v. 22. Febr. 1844. S. 29. **11)** Hierüber ist jede Beeinträchtigung der fraglichen Art mit einer Geldbuße bis zu 1000 Thlrn. zu bestrafen. §. 9. ib. **12)** Alle Entscheidungen u. Rechtsvollstreckungen auf den Grund des Vorbemerkten gehören vor die Gerichte, V. v. 22. Febr. 1844. I. 1. G.S. S. 32. **13)** Verwaltungsbehörden können aber Erörterungen anstellen und Verfügungen zur Verhinderung unerlaubter Vervielfältigungen, zur Feststellung des Thatbestandes begangener, oder zur Sicherstellung der Benachtheiligten erlassen. V. v. 22. Febr. 1844. I. 1—4. G.S. S. 32. **14)** Die Verwaltungsbehörde hat auf Widersprüche gegen ihre provisorischen Verfügungen dem Ausbringer derselben eine, höchstens achtwöchentliche Frist zur Anhängigmachung der Sache bei den Gerichten und Beibringung eines Nachweises darüber zu stellen, und nach erfolglosem Ablaufe derselben die einstweilige Verfügung wieder aufzuheben. Ang. V. §. 5. G.S. S. 32. **15)** Einer einstweiligen Beschlagnahme der Verwaltungsbehörde kann die wirkliche Hinwegnahme nur folgen, wenn dieser sich die Betheiligten ausdrücklich unterwerfen, oder durch gerichtliche Entscheidung darauf erkannt wird. Ang. V. §. 6. S. 32. **16)** Nach Anhängigwerdung bei den Gerichten hat sich die Verwaltungsbehörde aller fernern unaufgeforderten Wirksamkeit in der Angelegenheit zu enthalten, und ihre Acten der Gerichtsbehörde mitzutheilen. V. v. 22. Febr. 1844. I. 7. G.S. S. 33. **17)** Die Untersuchung wegen Verletzung des literarischen Eigenthums ist nur auf den Antrag eines Beeinträchtigten (Buchhändlers, Urhebers oder Rechtsnachfolgers u. s. w.) einzuleiten. Bei einer Zurücknahme des Antrags tritt

Art. 75. d. Cr.Gb. v. 1838. jetzt Art. 98. f. des Str.Gb. v. 1855. unter: Antrag) ein. G. v. 22. Febr. 1844. §. 10. G.S. S. 29. **18)** Der Rechtsschutz nach dem G. v. 22. Febr. 1844. wird Ausländern nur insoweit gewährt, als sie nachweisen, daß in ihrem Staate hiesigen Angehörigen ein dergleichen Rechtsschutz gewährt werden würde. Von Seiten der Angehörigen anderer deutscher Bundesstaaten bedarf es einer solchen Nachweisung zwar nicht; es ist jedoch der ihnen zu ertheilende Rechtsschutz denselben Beschränkungen der Dauer unterworfen, welchen er nach der Gesetzgebung ihres Landes unterliegt. G. v.22.Febr.1844. §. 11. S. 29. Hierzu vergl. noch: das G. v. 30. Juli 1855. G.S. S. 123. **19)** Ein Ausländer wird rücksichtlich der Gewährung des Rechtsschutzes einem sächsischen Staatsangehörigen dann gleich behandelt: a) wenn er das zu schützende Recht erwiesenermaßen unmittelbar oder mittelbar von einem hiesigen Staatsangehörigen erworben hat; b) wenn er mit einer hierländischen Buch- od. Kunsthandlung für gemeinschaftliche Rechnung eine Vervielfältigung in einer hierländischen Druckerei veranstaltet, und die inländische Handlung sodann den Rechtsschutz zugleich für den Ausländer in Anspruch nimmt, und in beiden Fällen ein Verlagsschein ausgewirkt worden ist. G. v. 22. Febr. 1844. §. 12. G.S. S. 29. **20)** Ueber den Fall, wenn ein Ausländer Anspruch auf hierländischen Rechtsschutz für ein literarisches Erzeugniß oder Werk der Kunst macht, von welchem ein hierländischer Buch- oder Kunsthändler vor d. G. v. 22. Febr. 1844. eine Vervielfältigung bereits veranstaltet hat, vergl. §. 13. d. ang. G. S. 30. u. die V. v. 22. Febr. 1844. II. G.S. S. 33. **21)** Die Erfordernisse an den Nachweis des Rechts, dessen Schutz Jemand in Anspruch nimmt, sind nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen zu beurtheilen. Jedoch ist bis zum Nachweise eines Anderen im Rechtswege von Seiten eines besser Berechtigten derjenige für genügend legitimirt zu erachten, dessen Recht durch einen Verlagsschein anerkannt ist. G. v. 22. Febr. 1844. §. 14. G.S. S. 30. **22)** Ausländern werden Verlagsscheine nur unter den oben unter 18. und 19. ausgedrückten Voraussetzungen und Beschränkungen ertheilt, ib. u. ang. V. sub III. 4. S. 34. **23)** Die Ausstellung von Verlagsscheinen erfolgt nur a) auf Antrag eines Berechtigten, b) nach vorgängigem Nachweise seines Rechts, und c) auf Grund des Eintrags in eine, von der Kreisdirection zu Leipzig für alle Theile des Landes gehaltene „Eintragsrolle“. Ang. V. III. 1. 2. 3. G.S. S. 34. Wegen eines neu zu vervielfältigenden Gemeinguts erfolgt aber der Eintrag nicht. ib. sub 5. Vergl. noch ib. no. 6—10. insbesondere wegen der Legitimation der Antragssteller und der Form der Verlagsscheine. **24)** Ueber die gegen einen Eintrag und die Ausstellung eines Verlagsscheines etwa erhobenen Widersprüche entscheidet die Kreisdirection im Verwaltungswege, oder sie giebt dem Eintrage und der Ausfertigung bis zur Entscheidung im Rechtswege Anstand. Gegen Entschließungen und Entscheidungen der Kreisdirection findet Recurs an das Ministerium d. Innern Statt, welches darüber gleichfalls im reinen Verwaltungswege entscheidet. ib. no. 11. S. 34. **25)** Für den Eintrag in die Rolle u. den Verlagsschein sind Gebühren nicht zu fordern. Ob dergleichen bei darüber entstandenen Streitigkeiten oder eingelegten Recursen gefordert werden sollen, ist bei der Entscheidung darüber auszusprechen. ib. no. 12. S. 34. **26)** Allmonatlich läßt die Kreisdirection geeignete Auszüge aus der Eintragsrolle in das Börsenblatt der Buchhändler einrücken. V. v. 22. Febr. 1844. III. G.S. S. 34. **27)** So oft der Rechtsschutz gegen den Vertrieb der Exemplare einer widerrechtlichen Vervielfältigung gesucht wird, kommt darauf nichts an, in welchem Lande die widerrechtliche Vervielfältigung erfolgt ist. G. v. 22. Febr. 1844. §.15. G.S. S. 30. Er kann aber nur gesucht werden, insoweit durch die unbefugte Vervielfältigung ein dem Berechtigten nach §. 23. zukommender, schon stattfindender od möglicher Erwerb geschmälert wird. ib. §.16. **28)** Das strafrechtliche Verfahren

gehört, selbst in dem Falle, wenn die Civil- und Criminalgerichtsbarkeit an einem Orte verschiedenen Behörden zusteht, vor das rücksichtlich der Geltendmachung der privatrechtlichen Ansprüche competente Civilgericht, (in Leipzig, nach der Wahl des Klägers, vor die ordentliche Obrigkeit des Beklagten od. das Handelsgericht) und ist dem wegen der letztern Statt findenden Instanzenzuge unterworfen. ib. §. 17. u. ang. V. IV. S. 35. Requisitionen ausländ. Behörden in den wegen Nachdrucks vor ihnen anhängigen Untersuchungen sind von den Criminalbehörden an jene Civilgerichte abzugeben. V. v. 29. Nov. 1844. G. S. S. 294. **29)** Ueber die Frage, ob eine auf mechanischem Wege unternommene Vervielfältigung eines Werks der Literatur oder Kunst als Nachdruck oder widerrechtliche Nachbildung zu betrachten sei, über den Betrag des Schadens und des zu leistenden Ersatzes hat nöthigenfalls das erkennende Gericht, sowie, wenn die Zulässigkeit einer provisorischen Beschlagnahme und anderer Vorschritte der Verwaltungsbehörde in Frage ist, die letztere, ein schriftliches Gutachten des in Leipzig für diesen Zweck niedergesetzten Vereins von Sachverständigen zu erfordern. G. v. 22. Febr. 1844. §. 18. G. S. S. 31. u. V. von neml. T. u. J., no. V. S. 35. **30)** In wiefern der Richter od. die Verwaltungsbehörde bei der Entscheidung od. Entschließung das Gutachten zu berücksichtigen habe, ist nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen zu beurtheilen. V. v. 22. Febr. 1844. V. G. S. S. 35. **31)** Die zwischen den Staaten des deutschen Bundes zum Schutze des Eigenthums an Geisteswerken vereinbarten Grundsätze weisen die Artikel Staatsverträge und Bundesbeschlüsse nach. **32)** [Aeltere Verf.: Bef. v. 18. Aug. 1609. C. A. T. I. S. 409., Rescr. v. 13. Mai 1620. ib., Rescr. v. 5. Juli 1625. ib. S. 411., Rescr. v. 7. Nov. 1636. ib., Res. gr. v. 22. Juni 1661. Justizf. §. 81. ib. S. 239., M. v. 27. Febr. 1686. ib. S. 413., Bef. v. 1. Oct. 1763. C. A. C. I. T. I. S. 163. 865., M. v. 18. Dec. 1773. C. A. C. II. T. I. S. 39. u. L. C. W. T. III. S. 634., Lauf. Regul. v. 30. Sept. 1779. C. A. C. II. T. III. S. 155. u. L. C. W. T. IV. S. 84., Rescr. v. 4. Juli 1798. C. A. C. II. T. I. S. 57., M. v. 10. Aug. 1812. C. A. C. III. T. I. S. 49. u. L. C. W. T. V. S. 211., Bek. v. 7. Dec. 1825. G. S. v. 1826. S. 1., M. v. 17. Mai 1831. G. S. S. 105., M. v. 10. Aug. 1831. G. S. S. 185., Bek. v. 19. Aug. 1834. G. S. S. 187., V. v. 13. Oct. 1836. G. S. S. 287., V. v. 30. März 1838. II. G. S. S. 111.] **33)** Zum Schutze musikalischer u. dramatischer Werke gegen unbefugte Aufführung ist das mittelst V. v. 27. Juli 1846. G. S. S. 99. publicirte G. v. 27. Juli 1846. zu weiterer Ausführung des mit V. v. 29. Juni 1841. publ. Bundesbeschlusses (s. Bundesbeschlüsse) erlassen worden. Hiernach haben lediglich der Autor auf Lebenszeit, und nach dessen Tode seine Erben u. Rechtsnachfolger noch 10 Jahre lang das Recht, die Erlaubniß zu öffentlichen Aufführungen durch den Druck noch nicht vervielfältigter dramat. oder musikal. Werke zu ertheilen. G. v. 27. Juli 1846. §. 1. G. S. S. 100. a) Aufführungen ohne diese Erlaubniß verpflichten zur Entschädigung des oder der Berechtigten, ib. §. 2., es können diese nemlich entweder von jeder unbefugten Aufführung die (Brutto-) Einnahme in Anspruch nehmen und mit Beschlag belegen lassen, ib. §§. 3. 4. u. 12. G. S. v. 1846. S. 101., oder auf Strafe antragen, die bis zu 500 Thlrn. — ansteigen kann, ib. §. 5., und vergl. §. 8. ib. Von der Entschädigung oder der Strafe gebührt 1/3 der Ortsarmencasse, 2/3 den Berechtigten. ib. §. 6. Dieselben können auch gegen die Aufführung ein Verbot ausbringen, was dann die anderen Mittel ausschließt, §§. 7. 8. ib. b) Verbot und Beschlagnahme kann unmittelbar bei der Ortspolizeibehörde, Entschädigung oder Geldbuße nur im Civilprocesse beim Civilgerichte des Orts beantragt werden. ib. §. 9. Vergl. dazu §. 10. 13. ib. Appellationen und Recurse gegen Verbot und Beschlagnahme haben keine Suspensivkraft, §. 11. des G. v. 27. Juli 1846. G. S. S. 102. c) Uebersetzungen genießen diesen Schutz ebenfalls. S. §. 14. ib. Desgl. Clavierauszüge, welche öffentlichen Aufführungen nicht zum Grunde gelegt werden dürfen, ib. §. 15. Auch gilt der Componist als Eigenthümer des Textes. Das Nähere s. §. 16. Durch Uebersetzungen desselben od. Unterlegung eines andern Textes hören Musikwerke nicht auf

Originalwerke zu sein. §. 18. ib. G.S. v. 1846. S. 103. In wieweit Ausländern dieser Rechtsschutz zu statten kommt, enthält §. 17. des G. und die V. v. 27. Juli 1846. G.S. S. 99. **34)** Das strafrechtliche Verfahren in den, unter das G. v. 22. Febr. 1844. G.S. S. 27. f., sowie unter das G. v. 27. Juli 1846. §§. 5. 9. G.S. S. 101. gehörigen Fällen (oben 1. f. u. 33.) richtet sich auch ferner nach den Vorschriften dieser Gesetze. Die, den Civilgerichten erster Instanz in §. 17. des ersteren und §. 9. des letzteren Gesetzes und in der V. v. 29. Nov. 1844. G.S. S. 294. übertragenen Geschäfte sind auf die Gerichtsämter übergegangen. V. v. 31. Juli 1856. §. 13. G.S. S. 157. Vergl. noch die Art.: Strafgesetzbuch, Strafproceßordnung, desgl.: Buchhandel, Gerichtsstand.

Eigenthumsklage. S. Eigenthum.

Eigenthumsverbrechen. Diese und die deswegen jetzt bestehenden straf- und proceßrechtlichen Bestimmungen sind aufgeführt unter: Diebstahl, Betrug, Erpressung, Unterschlagung, Fund..., Partiererei, Entfremdung, Victualien, Concurrenz, Rückfall, Versuch, Schärfung, Untersuchungs-Zust..., Verwandlung, Gleichartigkeit, Werth, Untersuchungshaft.

Eigne Wechsel. S. Eigene.

Eimer. S. Bier..., Feuereimer.

Einbau. S. Backöfen, Dämme.

Einberufung. S. Ständeversammlung, Kriegsreserve, Militairpflicht.

Einbinden. S. Taufe.

Einbrechen. S. Diebstahl, Eisbahnen, Raub.

Einbrennen. S. Bier, Aichämter.

Einbringen. Die vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen im Betreff des Ein- und Zubringens der Ehefrauen findet man in den Art.: Ehefrauen, Ehemänner, Erbfolge, Pfandrecht, Armenrecht, Auszug, Hochzeitsgeschenke, Concursgläubiger, A. II., A. III., Gegenvermächtniß, Leibgedinge, Wiedereinsetzung.

Einbringung. S. Erndte, Heu, Mühlen, Transport, Eingangszoll.

Einbüßen, s. Verlust.

Eindringen. S. Geheimniß, Anzeigen, Diebstahl, Hausfrieden, Raub.

Eindrücke. S. Körperverletzung.

Einebnung. S. Halden, Schürfen.

Einfachheit (der Schreibart). S. Advocaten.

Einfangen, s. Wild, Fisch...

Einfluß. S. Theilnahme, Schärfung.

Einfordern. S. Acten, Amtshauptleute, Anzeigen, Verbürgung, Steuerreste.

Einfriedigen. S. Zäune, Forstd...

Einführen. S. Bücher, Gesangbücher, Arrest, Kirchengebräuche, Einweisung.

Einführungspatente. S. Privilegien.

Einfuhr. S. Eingangszoll, Spielkarten.

Eingaben. S. Post, Untersuchungshaft, Beschwerde..., Winkelschr..., Amtlicher Sprachgebrauch, Acten, Advocaten, Anmaßung, Berichte, Grund- u. Hypothekenbuch, Stempelfreiheit, Kostenfreiheit.

Eingang. S. Thore, und die Citate bei Thür; in anderer Bedeutung: Quittung, Zahlung.

Eingangsbemerkung. Vergl. die Art.: Acten, Protokolle.

Eingangszoll. **1)** Von eingehenden fremden Waaren wird ein E. erhoben, dessen Höhe, sowie die von demselben ganz befreiten Gegenstände die Erhebungsrolle (s. Zolltarif) nachweiset. Alle aus andern Ländern eingehenden Gegenstände werden in Beziehung auf die Zollpflichtigkeit, der Regel nach und nur unter Zulassung der im Zoll-Gesetze ausdrücklich bestimmten Ausnahmen, als fremde Waaren angesehen. §§. 4. 5. d. Zoll-G. v. 3. April 1838. G.S. S. 291. **2)** Wegen der temporären Aufhebung des E. von Getreide, Hülsenfrüchten, Reis, Mehl und andern Mühlenfabrikaten im J. 1846. s. d. V. v. 23. Oct. 1846. G.S. S. 272. und v. 17. April 1847. G.S. S. 68. **3)** S. Abgaben, Verkehrsfreiheit, Post, Binnenzölle, Getreide, Gemeindeleistungen, Extrapost, Zoll...

Eingebinde. S. Tauf...

Eingebrachtes, s. Einbringen.

Eingepfarrte. S. Anlagen, Kirchen- u. Schulgemeinden, Besoldung.

Eingeschneidel. Im Betreff dieses, als der jährlichen vertragsmäßigen Leistungen

an die Wittwe bis zur anderweiten Verheirathung, hat das Intestaterbfolgegesetz v. 31. Jan. 1829. nichts geändert, vergl. den Art.: Erbfolge, 59. f.

Eingeschulte. S. Anlagen, Kirchen- u. Schulgemeinden.

Eingeständniß. S. Geständniß.

Eingeweide. S. Section.

Eingriffe. S. Anmaßung, Gerichte.

Einhägen. S. Zäune.

Einhändigen, s. die Citate bei: Behändigung.

Einheben, s. die Nachweise bei: Einziehen.

Einheimisch. S. Heimath...

Einheit. S. Grundsteuer.

Einheizen, s. Heizung.

Einholung. S. Aemter, Bücher, Candidaten, Fuhren, Lehrer, Erkenntnisse, Begnadigung, Begräbniß.

Einkaufen. Das E. in Innungen Seiten solcher Personen, die nie selbst gearbeitet haben, ist, sofern nicht wegen besondrer Umstände Dispensation erlangt wird, verboten. §. 12. Cap. I. der Gen.Inn. Art. v. 8. Jan. 1780. C.A. C. II. T. I. S. 765., C.A. C. II. T. III. S. 161. u. L.C.W. T. III. S. 278.

Einkehren. S. Beherbergen.

Einklagen. S. Klage, u. d. Citate bei: Einziehen.

Einkommen, S. Besoldung, Staatsdienst, u. die Citate bei: Einkünfte.

Einkommensteuer. Die Grundsätze, nach welchen im J. 1848. diese Steuer als eine außerordentliche erhoben worden ist, enthalten: die VV. v. 27. April 1848. G.S. S. 99. 102., v. 5. Mai 1848. G.S. S. 129., v. 11. Mai 1848. G.S. S. 132., u. v. 12. Aug. 1848. G.S. S. 166. f., dazu die V. v. 27. Oct. 1848. G.S. S. 194. f.

Einkünfte. S. Amtsbefugnisse, Staatsgut, Cassen, Rechnung..., Auflegegeld, Caution, Reallasten, Vormundschaft.

Einladungskarten. S. Censur.

Einlagegelder. S. Lotterie.

Einlassen, sich, s. Beischlaf.

Einlassung. **1)** Der Beklagte wird im Civilprocesse auf die erhobene Klage unter dem der Gattung des Processes entsprechenden Rechtsnachtheile vorgeladen, E.P.O. ad Tit. 1. §. 4. S. 7. und ad Tit. 4. §. 1. S. 37. **2)** Ist er zur Einlassung auf die Klage richtig citirt worden, so muß er jene spätestens im 2ten Satze bewirken, E.P.O. ad Tit. 16. §. 1. S. 99., ad Tit. 10. §. 2. S. 78. [Aeltres Recht: Pr.O. Tit. 16. S. 97., Dec. 14. v. 1661. C.A. T. I. S. 301.] **3)** Der Beklagte muß sich Punct für Punct, und, wenn in einem solchen verschiedene Umstände enthalten sind, auf jeden derselben besonders einlassen; außerdem wird er wegen jedes Umstandes, auf den er seine Einlassung nicht erstreckt hat, für der Klage geständig angesehen. E.P.O. ad Tit. 16. §. 1. S. 99., G. v. 27. Oct. 1834. I. G.S. S. 247. [Aeltr. Recht: Const. 10. v. 1572. P.I. C.A. T. I. S. 77., Art. v. J. 1574. ib. S. 1292., v. 16. Juni 1583. ib. S. 1307., M. v. 15. April 1696. §. 14. ib. S. 1272.] **4)** Mängel der Einlassung kann man noch im letzten u. dritten Satze verbessern. Wenn wegen gar nicht, oder nicht richtig geschehener Einlassung wider den Beklagten in contumaciam erkannt wird: so soll der Advocat zugleich zur Erstattung der Unkosten, und in 5 oder mehrere Thaler Strafe verurtheilt worden. E.P.O. ad Tit. 16. §. 1. 2. S. 99. 100. **5)** Wenn über Beweis- oder Gegenbeweis-Artikel der Eid deferirt worden ist, so ist der Gegner (auch amtshalber) zur E. darauf sub poena confessi et convicti vorzuladen. E.P.O. ad Tit. 18. §. 2. S. 110., ad Tit. 20. §. 7. S. 129. Bleibt derselbe aus, oder bewirkt die E. nicht, so wird er der Artikel, auf welche er sich hätte einlassen sollen, für geständig gehalten. E.P.O. ad Tit. 20. §. 7. S. 129., G. v. 27. Oct. 1834. I. G.S. S. 247. **6)** Vergl. noch im Betreff der E. im Processe d. Art.: Advocaten, Beklagte, Eid, Einreden, Executivproceß, Gegenbeweis, Geringfüg. R., Gewissensvertretung, Kostenvorstand, Leugnen, Spolium, Verfahren.

Einleitung, d. Untersuchung. Hierauf gerichtete Vorschriften geben d. Art.: Staatsanw..., Voruntersf..., Antrag, Anklageverf..., Abwesenheit.

Einlieferung (in Anstalten). S. die Art.: Arrest, Bräunsdorf, Hubertusburg,

Schärfung, Transport. Auch vergl. d. Citate bei: Abliefern.

Einlösen. S. Pfandrecht.

Einmaischung. E. ist, beim Brandweinbrennen: die Vermischung des trocknen, mehligen und beziehendlich geschroteten Stoffs mit Flüssigkeiten; beim Bierbrauen: die Vermischung des geschroteten Braumalzes mit Wasser. V. v. 4. Dec. 1833. §. 41. G.S. S. 390., V. v. 4. Dec. 1833. §. 31. ib. S. 428. S. Bier.

Einmischung (in Sachen fremden Berufs). S. Aeltern, Anmaßung, Competenz.

Einnahme. S. Eigenthum an G., Armencasse, Schulcasse, Kirchen..., Vormundschaft.

Einnahmegebühren. S. Steuer-Einnehmer.

Einnahmen, s. Einnehmer, Chausséen. Concursgläubiger, A. III.

Einnehmen. S. Beherbergen, Hausbesitzer.

Einnehmer. S. Bezirkssteuereinnahmen, Cassen..., Amtssteuereinnahmen, Anlagen, Ablösung, Communalgarde, Steuer-Einnehmer, Wegegelder, Justizämter, Steuerreste, Armencasseneinnehmer, Bier, Caution, Concursgläubiger, A. III., Vormundschaft.

Einpassiren. S. Reiselegitimationen, Polizei, Gast- u. Schänknahrung.

Einquartirung. S. Militairleistungen, Gemeindeleistungen.

Einräumen. S. Pfandrecht, Geständniß.

Einrechnen, s. Anrechn., Cassenverwalter, Steuereinnehmer.

Einrechnungsregister. S. Aufstände.

Einreden. **1)** Die dilatorischen Ausflüchte sollen insgesamt im ersten Termine vorgeschützt werden, und nicht erst bei der Leuterung oder Appellation, E.P.O. ad Tit. 11. §. 1. S. 85., Const. 3. P. I. C. A. T. I. S. 75., Res. gr. v. 1661. Justizsachen §. 18. ib. S. 217., O.H.G.O. v. 22. Dec. 1548. Tit. wie die Exceptiones rc. ib. S. 1286., H.G.O. v. 1550. Tit. wie die Exceptiones rc. ib. S. 1341., Art. v. 1574. ib. S. 1292., und v. 16. Juni 1583. ib. S. 1306., Pr.O. Tit. 11. §. 1. S. 81., Hand.Ger.O. v. 21. Dec. 1682. Tit. 11. C. A. T. II. S. 2043. Wegen der Lauf.: Land-G.O. v. 26. Mai 1538. C. A. T. III. S. 438., A. u. G.O. v. 1. Dec. 1612. P. I. §. 6. ib. S. 146. und L.C.W. T. I. S. 1. **2)** Wird über die dilatorischen Ausflüchte u. die eventuelle Einlassung zugleich erkannt, so hat derjenige, dem durch das Urtel etwas zu leisten auferlegt worden ist, dieß vor Eintritt des nächsten Termins, oder doch in demselben, ohne daß er hierzu besonders vorgeladen wird, zu bewerkstelligen; übrigens wird dadurch die zum Beweise oder zur Eidesleistung geordnete Frist nicht aufgehalten, E.P.O. ad Tit. 11. §. 2. S. 86., ad Tit. 20. §. 1. S. 125., ausgenommen: wenn auf die Legitimation zur Sache, oder bei der Negatorienklage auf Beibringung des Eigenthums interloquirt worden ist. In diesen Fällen fängt das Beweisfatale nicht eher zu laufen an, bis diese passus berichtigt worden. ib. ad Tit. 11. §. 2. S. 86., ad Tit. 20. §. 1. S. 125. [Aeltr. Recht: Pr.O. Tit. 11. §. 3. S. 81.] **3)** Im Handelsgerichte haben als dilatorische Ausreden blos die exceptio feriarum, sacrorum, praeventionis, litis pendentiae, legitimationis ad causam, Statt, alle übrigen aber nicht, Hand.G.O. v. 21. Dec. 1682. T. 11. C. A. T. II. S. 2043. **4)** Im Consistorialprocesse sollen unnöthige dilatorische Ausflüchte nicht zugelassen werden. Consist.O. v. 1. Jan. 1580. Cap. VIII. in der K.O. C. A. T. I. S. 637. **5)** Im Bergprocesse fallen die dilatorischen Ausflüchte ganz weg. M. v. 26. Aug. 1713. §. 7. C. A. T. II. S. 476. **6)** Die dilatorischen Ausflüchte werden nur, wenn sie sofort liquid sind, beachtet, weil weder auf Beweis, noch auf die Eidesdelation deshalb erkannt wird; sind sie liquid, so muß der Richter, der geschehenen Einlassung ungeachtet, darauf erkennen, wenn er sie aber übergeht, jedenfalls dafür Entscheidungsgründe anführen. E.P.O. ad Tit. 11. §. 1. S. 85., Pr.O. Tit. 24. §. 3. S. 142., Res. gr. v. 1661. Justizs. §. 17. C. A. T. I. S. 216. **7)** Die Proceß hindernden Einreden (exceptiones litis ingressum impedientes) müssen ebenfalls vor geschehener Einlassung vorge-

schützt werden, Res. gr. v. 1661. Justizs. §. 18. C. A. T. I. S. 217., Pr.O. 11. §. 7., E.P.O. ad Tit. 11. §. 1. S. 85. auch, wenn darauf Rücksicht genommen werden soll, liquid sein, ib. u. ang. Hand.G.O. T. 11., so, daß sie entweder aus producirten Originalacten, od. dem eignen Bekenntnisse des Gegners, oder durch richtige Urkunden zu erweisen sind. Pr.O. Tit. 11. u. E.P.O. Anh. §. 8. S. 304. Zu diesen Ausflüchten wird die exceptio solutionis, compensationis, transactionis, rei judicatae u. s. w. gerechnet. Const. 8. v. 1572. P. I. C. A. T. I. S. 76. wegen der Compensation, Pr.O. Tit. 11. §. 7. S. 84., E.P.O. ad Tit. 39. §. 6. S. 215., ang. Hand.-G.O. Tit. 11. l. c. **8)** Das von den proceßhindernden Ausflüchten Gesagte gilt auch von den Gerichtsablehnenden (den sogenannten except. fori declinatoriis), doch können diese, wenn sie in Notorietät beruhen, oder sogleich zu bescheinigen sind, auch nur in Schriften opponirt, und, wenn sie übergangen worden sind, bei der Appellation noch weiter urgirt werden. Const. 3. P. I. C. A. T. I. S. 75., E.P.O. ad Tit. 11. §. 1., Pr.O. Tit. 11. §. 2., Decis. 14. v. 1661. C. A. T. I. S. 301. Sie müssen gleichfalls der Einlassung vorausgeschickt werden. E.P.O. ad Tit. 11. §. 1. S. 85. **9)** Die zerstörlichen (peremtorischen) Ausflüchte werden nach der Einlassung eingewendet, und zwar gleichfalls sämtlich auf einmal, ausgenommen, wenn sie erst später entstehen, oder der Beklagte erst nachher Wissenschaft davon erlangt. Pr.O. Tit. 11. §. 6. u. 10. S. 83. 84., Tit. 21. §. 4. S. 132., E.P.O. ad Tit. 11. §. 4. S. 87. Doch können diejenigen, welche sofort liquid sind, als Proceßhindernde auch vor der Einlassung eingewendet und bescheinigt werden, und wenn sie hinlänglich ausgeführt sind, wird erkannt, daß Beklagter sich auf die Klage einzulassen nicht schuldig, Pr.O. Tit. 11. §. 7. 8., Tit. 24. §. 3. S. 83. 142. **10)** Bei Einwendung der peremtorischen Ausflüchte muß deren Grund kurz, aber deutlich angezeigt werden, E.P.O. ad Tit. 11. §. 4. S. 87. **11)** Der Beklagte wird der Ausflüchte verlustig, wenn er sich auf Puncte, worüber ihm der Eid zugeschoben worden ist, verneinend eingelassen hat, und sie sodann nicht abschwören kann; ausgenommen: wenn er bei der Einlassung von dem, was er geleugnet hat, noch keine Wissenschaft gehabt hat, und diesen Umstand eidlich bekräftigen kann; in solchem Falle ist er der Ausflüchte nicht verlustig. E.P.O. ad Tit. 16. §. 3. S. 100. Diese Bestimmung ist aber nicht auf die Fälle auszudehnen, wenn ein Beklagter den ihm angetragenen Eid zurückgiebt, oder sich zur Gewissensvertretung erbietet, dieselbe aber nicht verführt; vielmehr ist hier der Beklagte noch zum Beweise der vorgeschützten zerstörlichen Ausflüchte zu lassen. Bek. des O.App.Ger. v. 4. Juli 1835. G.S. S. 417. **12)** Da die zerstörlichen Ausflüchte erwiesen werden müssen, Pr.O. Tit. 21. §. 4. S. 132., E.P.O. ad Tit. 21. §. 2. S. 134., so kann darüber auch der Eid angetragen werden, Pr.O. Tit. 18. §. 4. S. 104., E.P.O. ad Tit. 18. §. 2. S. 110. **13)** Im Executivprocesse werden keine andern Ausflüchte, als die sofort liquid sind, zugelassen, und die übrigen in die Reconvention oder zur besondern Ausführung verwiesen. L.O. v. 1555. Tit. Ueber verfaßte Br. u. S. C.A. T. I. S. 52., Res. gr. v. 23. April 1612. Justizs. §. 19. ib. S. 179., Dec. 2. 12. v. 1661. ib. S. 295. 299. (s. Beweis), Res. gr. v. 1661. Justizs. §. 3. ib. S. 213., M. v. 18. Febr. 1691. §. 3. ib. S. 1164., E.P.O. Anh. §. 8. S. 304. **14)** Dieß gilt auch von der Ausflucht des nicht bezahlten Geldes (except. non numeratae pecuniae), wenn sie im Executivprocesse vorgewendet wird. Wird sie aber in der Widerklage ausgeführt, so ist der Widerbeklagte um den 4ten Theil des bezahlten Quanti zu bestrafen. E.P.O. Anh. §. 8. S. 304., Dec. 23. v. 1746. C. A. C. I. T. I. S. 356. a) Wider einen Wechsel ist die Exc. non num. pec., ungeachtet die Valuta nicht darin begriffen, nicht zulässig, folglich ist auch darauf, wenn aus einem Wechsel geklagt wird, nicht zu sehen, sofern nicht durch des Creditors eigenhändige Ver-

schreibung sofort dargethan werden kann, daß der Ausgeber des Wechselbriefs von demselben nichts empfangen; in diesem Falle wird darauf, wenn der Gläubiger selbst Klage erhoben, und einen solchen Wechsel an einen Andern nicht cedirt oder indossirt hat, (wie denn wider einen Dritten auch in diesem Falle die exc. n. n. p. nicht zulässig ist,) erkannt, §. 11. der Hand.G.O. v. 21. Dec. 1682. C.A. T.II. S. 2043. b) Soll die exc. n. n. p. in der Widerklage ausgeführt werden, oder wird die querela n. n. p. wider eine richtige Verschreibung angestellt, so ist der Beweis der nicht erfolgten Zahlung dem, welcher sie behauptet, aufzuerlegen, 23. Dec. v. 2. Juli 1746. C.A. C.I. T.I. S. 356., wogegen der, welcher ein documentum guarentigiatum für sich hat, mit dem Beweise der geschehenen Zahlung zu verschonen ist, ib. c) Der Kläger kann bei Anstellung der querela n. n. p. sich zwar des Eidesantrags bedienen, jedoch soll er solchenfalls, oder bei beabsichtigtem Zeugenbeweise innerhalb 5 Jahren vom Datum der Obligation an die Klage anstellen, außerdem aber damit, sowie mit der exc. n. n. p. weiter nicht zugelassen werden, ib. Kann er aber die Exception durch Documente sofort beweisen, so ist er damit auch nach Ablauf der 5 Jahre allezeit zu hören, ib. d) In Bezug auf die Einrede des nicht gezahlten Geldes dem Grund- u. Hypothekenbuche gegenüber vergl. man den Art.: Grund- u. H... **15)** Ueber das Wesen und die Wirkung der Ausflucht im Civilprocesse s. noch folgende Artikel nach: Beklagte, Beweis, Cession, Ehebruch, Eid, Executionsproceß, Executionsverfahren, Executivproceß, Feuer, Gegenbeweis, Geringfüg. R., Litisdenunciation, Pfandrecht, Provocationsproceß, Spolium, Urkunden, Verbürgung, Verjährung, Väter, Uneheliche, Verfahren, Wechselclausel, Wechselverfahren, Widerklage, Wiedereinsetzung.

Einreichen, s. die Allegate bei: Einsenden.

Einreißen. S. Neubaue, Landes-Immob..., Beschädigung, Zimmerleute, Forstverbrechen.

Einreiten. S. Arrest, I.

Einrichtungen. S. Ablösung, Amtshauptleute, Justizministerium, Handel- u. Gew..., Fabriken.

Einrücken. S. Censur, Preß...

Einsammeln, s. Sammlung.

Einsatz. S. Lotterie.

Einscharren. S. Abdecken, Hunde, Betten, Vieh, Begräbniß.

Einschicken, s. Einsenden.

Einschlag, s. Rath.

Einschlagen, s. Blitz..., Gewitter.

Einschleichen. S. Diebstahl.

Einschleifen, s. Zollvergehen.

Einschleppen. S. Kranke, Vieh, Münzwesen.

Einschließen. S. Diebstahl, Deposita, Untersuchungshaft, Freiheitsber...

Einschmelzen. S. Silber, Erz.

Einschränkung. S. Aufwand, Dispositionsbeschränkung.

Einschreiben, s. die Allegate unter: Eintragung. S. auch: Post.

Einschreiten. S. Aeltern, Polizei, Untersuchung..., Selbsthilfe, Gewalt..., Aufruhr, Behörden, Landfriedensbruch, Ruhestörungen, Communalgarde, Militair.

Einschüchtern. S. Drohung.

Einschwärzen, s. Zollvergehen.

Einsegnen. S. Ehe, Auflegen, Nothtaufe.

Einseitig. S. Ablösung, Adhäsion, Gemeinheitstheilung, Gesinde, und vergl. die Citate unter: Willkühr.

Einsenden. S. Acten, Berichte, Aemter, Beweis, Bezirkssteuereinnahmen, Collecten, Steuer-Einnehmer, Appellation, Erkenntnisse, Orden.

Einsetzen. S. Lotterie, Besitz, Arrest, und s. Einweisung.

Einsichtnahme. S. Acteneinsicht, Briefe, Papiere, Besichtigung.

Einsperren. S. Freiheitsberaubung, Arrest, Hunde, Züchtigung.

Einspruch, **1)** in der allgemeinen Bedeutung als Widerspruch. S. hier die Art.: Eheverlöbniß, Reclamation, Protestation, Widerspruch. **2)** Als das bestimmte Rechtsmittel dieses Namens im neuen Strafverfahren. Deswegen vergl. die Art.: Rechts-

mittel, Erkenntnisse, Untersuchungsverfahren v. d. E.R., Anschluß, Strafverfügung, Rügenverfahren, Wiederaufnahme, Untersuchungskosten, Unfähigkeit, Staatsanw..., Gerichtssitzung, Geheime..., Untersuchungsproceß.

Einstandsrecht. **1)** Das adelige E. bei Verkäufen Oberlausitzer Rittergüter an Bürgerliche ist aufgehoben. Public. v. 1. Mai 1822. G.S. S. 353. [Aeltr. Recht: Lehnspactum v. 1619. u. 1654., Confirm. v. 1. Febr. 1666., u. O.A.Publ. v. 24. Mai 1667. C. A. T. III. S. 366., L.C.W. T. I. S. 1048. f.] **2)** S. ferner: Erbunterthänigkeit.

Einstandssumme, s. Stellvertretung.

Einstehen. S. Verbürgung.

Einsteher, s. Stellvertretung.

Einsteigen. S. Diebstahl, Wild.

Einstellung. **1)** E. der Voruntersuchung. a) Trägt der Staatsanwalt auf E. der eröffneten Untersuchung an, oder findet der Untersuchungsrichter, daß dieselbe einzustellen sei, so ist, nachdem in letzterem Falle zuvörderst noch der Staatsanwalt mit seiner Erklärung gehört worden, die Entscheidung des Bezirksgerichts einzuholen. Vor der letzteren ist auch, wenn ein auf Antrag strafbares Verbrechen in Frage, jedenfalls der, welcher den Antrag gestellt hat (vergl. Art. 29. unter Antrag III., u. Art. 31. unter: Privatanklage), mit seiner Erklärung zu hören. Str.Pr.O. v. 1855. Art. 125. b) In wieweit bei Vergehen, welche nur auf Antrag zu untersuchen sind, die Untersuchung einzustellen sei, wenn der Antragsteller den Antrag auf Bestrafung zurückgenommen hat, bestimmt Art. 106. d. Str.Gb. (S. Zurücknahme) Ang. Art. 125. (Vergl. noch Art. 30. d. Str.Pr.O. a. E. unter: Antrag III. u. d. Art.: Untersuchungsverfahren vor d. E.R. 11.) c) Im Falle der E. des Verfahrens kann a. der Angeschuldigte ein schriftliches Zeugniß des Richters über selbige verlangen, in welchem der Grund der E. auszudrücken ist, Ang, Art. 125.; ferner hat b. das Bezirksgericht den Angeschuldigten zugleich in Abstattung derjenigen Kosten zu verurtheilen, welche derselbe durch falsche Selbstanzeige oder durch falsche außergerichtliche Berühmung der Thäterschaft, sowie durch Versäumnisse oder offenbar unerhebliche Anträge veranlaßt hat. Art. 126. d. Str.Pr.O. d) Wird die Untersuchung gegen einen oder einige der Angeklagten eingestellt, gegen den anderen oder die anderen aber fortgestellt, so ist zugleich über die Verpflichtung des ersteren oder der ersteren zur Kostenabstattung zu entscheiden. Lassen sich in diesen Fällen die Kosten nicht füglich sondern, so ist die Verurtheilung auf einen nach richterlichem Ermessen zu bestimmenden Theil der Gesamtkosten zu richten. Der Verurtheilte kann gegen diese Entscheidung Berufung einwenden. Ang. Art. 126. e) Die Vollziehung der von dem Bezirksgerichte oder dem Oberappellationsgerichte ertheilten, auf die Einstellung der Untersuchung gerichteten Entscheidung liegt dem Untersuchungsrichter ob. V. v. 31. Juli 1856. §. 40. G.S. S. 164. f) Vergl. ferner: Untersuchungsverfahren vor d. E.R., Anklageverfahren, Richtigkeitsbeschw.. im Ankl..., Untersuchungs-Zust..., Staatsanw..., Gerichtssitzung, Geheime ..., Aussetzung, Zurückn... **2)** E. der Arbeit, von Zahlungen u. dergl. m. S. Arbeitseinst..., Concurs, Bankrott, Sonntags... u. s. die Allegate bei: Sistiren.

Einstimmig. S. Wahlen.

Einstweilig, s. Vorübergehend. — E.e Verwahrung: s. Gestellung.

Eintauschen. S. Tausch.

Eintragszeugnisse. S. Ablösungsbehörden.

Eintragung. S. Ablösung, Ablösungsbehörden, Deposita, Grund- und Hyp., Pfandrecht, Reiselegitimationen, Kirchenbücher, Caution, Bürgerverzeichnisse, Verzeichnisse, Kirchenbücher, Eigenthum an Geisteswerken, Besitzer..., Unterthanenrecht.

Eintreffen, s. Rückkehr. S. auch: Gast- u. Schänknahrung, Reiselegitimationen.

Eintreibung. S. Executionsverfahren, Steuerreste, Concursacten.

Eintreten. S. Armee, Militairpflicht, Communalgarde, Verbürgung, Erfolg.

Eintretungsrecht. S. Pfandrecht.

Eintritt, s. Eintreten.

Einverständniß. S. Theilnahme, Entführung, Eheconsens, Falschmünzen, Gesetze, Stadtrath, Stadtverordnete, und s. Consens.

Einwand. S. Einreden u. Einspruch.

Einwandern. S. Altgeselle, Reiselegitimationen, Arbeit, Auflegegeld.

Einwechseln. S. Münzwesen, Silber.

Einweihung. S. Kirchen.

Einweisung. S. Aemter, B.D., Amtsbücher, Patrimonialgerichte, Appellation, III., D. 2. b., Stadtrath, Stadtgericht, Justizämter, Kirchen-Aerarien.

Einwenden. S. Appellation, Recurs, Nullität, Einreden, Rechtsmittel, Sitzungsprotokoll.

Einwendungen, s. Einreden u. Einspruch.

Einwerfung. S. Erbfolge, 29. f.

Einwilligung. S. Tödung, Consens.

Einwohner. S. Unterthanen..., Polizei.

Einwohnerverzeichnisse. S. Gewerb- u. Pers., Bevölkerungslisten.

Einzäunen. S. Zäune.

Einzahlung. S. Zahlung.

Einzeichnen, s. Eintragung.

Einzelbefragung. S. Vernehmung, Confront..., Zeugen..., Hauptverhandl.-T...

Einzelhandel, s. Handverkauf.

Einzelrichter, s. Gerichte, Gerichtsämter.

Einziehen. S. Amtscapitalien, Arrest, Confiscation, Executionsverfahren, Steuerreste.

Eisbahnen. E. quer über den Strom sind nicht zu dulden, und wo sie unvermeidlich sind, z. B. bei Fähren, müssen sie vor Aufbruch des Eises zerhauen werden, M. v. 7. Aug. 1819. §. 10. G.S. S. 209.

Eisen. **1)** Das Gewicht, nach dem es früher ausgeschmiedet werden sollte, ist in der Res. gr. v. 1661. Kammer- und Rentsf. §. 33. C.A. T.I. S. 277., Eisenhammer-O. v. 31. Aug. 1570. C.A. T.II. S. 163., v. 23. April 1583. §. 15. ib. S. 182., v. 25. Febr. 1594. §. 15. ib. S. 231., Resol. v. 7. Jan. 1709. §. 35. ib. S. 389., Rescr. v. 15. Juni 1743. C.A. C.I. T.I. S. 1379. bestimmt. **2)** Es sollte nicht eher, als bis die Unterthanen befriedigt, außer Landes geführt, und alle Steigerung des Preises vermieden werd'en, Bef. v. 31. Oct. 1621. C.A. T.I. S. 1493. **3)** Das E. sollte überhaupt nur bei den Eisenhämmern gekauft werden, M. v. 15. Nov. 1614. C.A. T.II. S. 253. **4)** Die Eisenhämmer sollen das Land mit gutem E. bedienen. Res. gr. v. 1661. Kammerf. §. 32. 33. C.A. T.I. S. 277. **5)** Ueber gewisse, früher den Hammerwerken zu Begünstigung des Eisenvertriebs zugestandene Befreiungen vergl. den Bef. v. 17. Aug. 1786. C.A. C.II. T.II. S. 629. **6)** Das Eisenhüttenwesen ressortirt theils von dem Ministerium des Innern, theils von dem der Finanzen, V. v. 31. Dec. 1836. G.S. v. 1837. S. 1. **7)** Ueber die den inländischen Hammerwerken gestattete Verschmelzung Böhmischen und ausländischen Eisensteins vergl. das Rescr. v. 17. Aug. 1740. C.A. C.II. T.II. S. 127., O.B.A.B. v. 5. Nov. 1796. ib. S. 265. [Aeltr. Best.: O. v. 1. Aug. 1614. Art. 7. C.A. T.II. S. 252., M. v. 15. Nov. 1614. ib. S. 254., Pat. v. 1. Mai 1663. ib. S. 345., Rescr. v. 19. Febr. 1738. C.A. C.I. T.I. S. 1373.] **8)** Wegen Verleihung der Eisensteinflöße (und Marmorbrüche) erging das Rescr. v. 17. Juli 1789. C.A. C.II. T.II. S. 239., und v. 28. Sept. 1793. ib. S. 251. [Aeltr. Best.: Berg-O. v. 3. Oct. 1554. Art. 18. C.A. T.II. S. 127., v. 12. Juni 1589. Art. 22. ib. S. 198.] **9)** Ueber die Eisenstein-Ladegelder-Vereinnahmung vergl. die V. v. 3. Nov. 1814. C.A. C.III. T.II. S. 135., und wegen der Verzehndung des Eisensteins die Zinn-Bergw.-O. v. 24. Aug. 1615. Art. 26. C.A. T.II. S. 262., den Bef. v. 12. Mai 1675. C.A. C.II. T.II. S. 121., v. 12. Aug. 1729. ib. S. 125., v. 5. Febr. 1733. ib., Rescr. v. 9. Juli 1792. ib. S. 245. **10)** Wegen des Einkaufs und Debits der Steyermärker und Kärnthner Eisenwaaren u. andern ausländischen E.s erging das Gen. v. 19. Juli 1787. C.A. C.II. T.I. S. 963. u. L.C.W. T. IV. S. 505., Gen. v. 10. Mai 1802. C.A. C. III. T. II. S. 614. und L.C.W. T.V. S. 715. **11)** S. Blechhändler, Zolltarif, Zinn, Haustren, Finanzministerium.

Eisenach. S. Münzwesen, Staatsverträge, I. II. III. IV. VI.

Eisenbahnämter, s. Eisenbahnen, Eisenbahnwesen.

Eisenbahnarbeiter. Die polizeilichen Bestimmungen über die Annahme, Legitimationspflicht, das Verhalten und die Beaufsichtigung der E. aus dem In- oder Auslande enthalten die V. v. 5. Sept. 1845. G.S. S. 188. und v. 3. Sept. 1855. G.S. S. 521.

Eisenbahnbau, s. Techniker.

Eisenbahndirection. S. Eisenbahnen, Eisenbahnwesen.

Eisenbahndirectoren. Deren Hofrang bestimmt die Bek. v. 19. Dec. 1850. G.S. S. 291.

Eisenbahnen. **I.** Die Leipzig-Dresdner Eisenbahn betr. **1)** Die Statuten der Leipzig-Dresdner Eisenbahncompagnie sind mittelst Decrets v. 20. März 1837. G.S. S. 26. bestätigt, und in die G.S. a. a. O. S. 27. f. aufgenommen worden. Einen Nachtrag enthält die Bek. v. 6. Oct. 1846. G.S. S. 268. **2)** Ueber das Verfahren bei Streitigkeiten unter den Actionairs oder zwischen diesen und der Compagnie vergl. insbesondere §. 69. der Statuten G.S. S. 37. **3)** Das in Bezug auf die Leipzig-Dresdner E. erlassene Expropriations-G. v. 3. Juli 1835. enthält die G.S. S. 371. ff., und s. dazu die V. v. 3. Juli 1835. ib. S. 374., die V. v. 14. März 1836. G.S. S. 72., und die V. v. 5. März 1844. G.S. S. 122. **4)** Die Linie von Leipzig nach Wurzen betrifft die V. v. 3. Juli 1835. G.S. S. 385., die von Wurzen bis Dresden die V. v. 10. Nov. 1836. G.S. S. 311., und die Verlängerung nach der Grenze, die V. v. 8. Sept. 1838. G.S. S. 413. **5)** Wegen der Bahnhöfe in Dresden und Leipzig und der Verbindungsbahnen ergingen: die V. v. 29. April 1848. G.S. v. 1848. S. 133., — dazu die V. v. 9. Juli 1849. G.S. S. 136., — das G. v. 2. Juni 1852. G.S. S. 143. und die V. v. 8. Juli 1852. G.S. S. 272. wegen Erweiterung des Leipziger Bahnhofs in Dresden. **6)** Neuerdings ergingen: die V. v. 24. Dec. 1856. G.S. v. 1857. S. 2. wegen Schneeschutzvorrichtungen u. s. w., — das Decret v. 20. Juni 1857. G.S. S. 110. einen Nachtrag zu den Statuten betr., Nachtrag ib. S. 110. f., — die V. v. 24. Juni 1857. G.S. S. 111. die Erweiterung einiger Bahnhöfe betr., die V. v. 1. Febr. 1858. wegen der Dahlner Bahnhöfe insbesondere, G.S. v. 1858. S. 7., und die V. v. 30. Mai 1860. G.S. S. 78. wegen Anlegung einer Zweigbahn von Coswig nach Meißen. **II.** Auf den Fall der Anlegung noch anderer E. ist das obgedachte Expropriationsgesetz durch das G. v. 10. Aug. 1837. G.S. S. 74. erstreckt worden. **III.** Die Sächsisch-Baiersche Bahn betr. **1)** Diese war zunächst das lt. Decr. v. 7. Jan. 1843. u. Bek. v. 6. Juni 1843. G.S. S. 29. concessionirte Unternehmen einer Actiengesellschaft. Es beziehen sich, so lange das letztere in diesem Stande war, darauf: die V. v. 15. Mai 1841. G.S. S. 45., die V. v. 6. Juli 1841. ib. S. 68., v. 19. Oct. 1841. G.S. S. 241., v. 23. März 1842. G.S. S. 63., v. 23. Febr. und die Bek. v. 6. Juni 1843. G.S. S. 8. 29., die V. v. 28. März 1845. G.S. S. 63., v. 23. Mai 1845. ib. S. 79., v. 12. Febr. 1846. G.S. S. 3., v. 20. März 1846. G.S. S. 21.; die Statuten der Sächsisch-Baierschen E.compagnie selbst, durch das Decr. v. 22. Juni 1842. G.S. S. 39. bestätigt, sind in letztere S. 39. f. aufgenommen worden. **2)** Es ist aber, auf den Grund des L.T.A. v. 24. März 1847. unter 1. G.S. S. 45. f., des Vertrags ib. S. 63., und des Decr. v. 1. April 1847. die Sächsisch-Baiersche Eisenbahncompagnie aufgelöst, damit die unter Staatsverträge XV. 1. angezogene Erklärung, die vorgedachte Concession und das Statut vom J. 1843. außer Kraft gesetzt, und die E. von Leipzig bis Hof, desgleichen die Zweigbahn von Werdau nach Zwickau samt Zubehör und allem übrigen Eigenthume der Compagnie für den Sächsischen Staatsfiscus acquirirt worden, welcher den fernern Bau und Betrieb, einschließlich der in Sachsen-Altenburg gelegenen Bahnstrecke, für Rechnung der Staatscasse allein besorgt. Ang. Decr. §§. 1. 2., V. v. 27. Mai

1847. (wegen Eintragung dieser Erwerbung in die Grund- und Hypothekenbücher) G.S. v. 1847. S. 84. Es geschieht jene Besorgung in unmittelbarer Unterordnung unter das Finanzministerium durch „die Direction der Sächs.-Baierschen Staatseisenbahn zu Leipzig", Bek. v. 1. April 1847. G.S. S. 66., V. v. 1. Mai 1847. G.S. S. 78., welcher alle bei dieser Bahn vorkommenden Verwaltungssachen, und die Entscheidung der dahin gehörigen Verwaltungsstrafsachen in erster Instanz obliegen, und das für die Hauptverwaltung nöthige Büreau-, Cassen- und Rechnungspersonal beigegeben ist. Unter ihr stehen: der Betriebs-Oberinspector, die k. Eisenbahnämter (zu Leipzig, Altenburg und Zwickau), die k. Eisenbahnverwaltungen und Eisenbahnexpeditionen, und das gesamte Dienstpersonal an der Bahn. Ang. V. v. 1. Mai 1847. **3)** Die Actien der aufgelösten Compagnie bleiben als eine von der Staatscasse zu vertretende für jeden Inhaber giltige unkündbare Schuldforderung bis Ende September 1855. in Kraft, werden bis dahin mit 4 v. H. verzinst, ohne aber einen Anspruch an die Erträge der E. zu gewähren, und sollen im J. 1855. gegen 3proc. Staatsobligationen à 100 Thlr. umgetauscht werden. Ang. Decr. v. 1. April 1847. §§. 6. 7. 10. 11. a. a. O., s. noch: Verjährung und Edictalcitation. **4)** Die Sächsisch-Baiersche E. betreffen weiter: die V. wegen der ferneren Betriebsverwaltung daselbst, v. 8. Nov. 1848. G.S. S. 256., — die Bek. v. 7. Sept. 1855. G.S. S. 524. wegen des Umtausches der Actien der vormal. S.-B. Eisenbahncompagnie gegen Staatsschuldscheine, u. wegen der Erweiterung des Baierschen Bahnhofs zu Leipzig: die V. v. 7. Sept. 1855. G.S. S. 525. **IV.** Die Sächsisch-Schlesische Bahn betr. Vergl. hier die V. v. 4. Mai 1844. G.S. S. 160. Die Concession zum Bau dieser Bahn, sowie einer von Löbau nach Zittau führenden Flügelbahn, die Bedingungen und Statuten dieses Unternehmens sind mittelst Decr. v. 22. Aug. 1844. G.S. S. 235. f. publicirt worden. — Die Richtung der Bahn betreffen die VV. v. 22. Mai 1844. G.S. S. 186., v. 17. Sept. 1844. G.S. S. 273., v. 16. Oct. 1844. G.S. S. 287., v. 15. Juli 1845. G.S. S. 99. Dazu ergingen weiter: das Decr. v. 31. Jan. 1851. G.S. S. 31. f. wegen des Uebergangs dieser Bahn auf den Staat u. ihrer Papiere, — die Bek. v. 24. April 1855. G.S. S. 53. wegen der S.-Schlesischen Eisenbahnschuld u. der Competenz des Landtagsausschusses zu Verwaltung der Staatsschulden bezüglich abhanden gekommener Papiere dieser Schuld, — V. v. 15. Juli 1856. G.S. S. 151. die Verlegung des Dolgewitzer Weges betr. — S. auch: Grund- u. Hyp... — Im Betreff der E. von Löbau nach Zittau vergl. außerdem noch: die V. v. 28. März 1845. G.S. S. 67., das Bestätigungsdecr. v. 25. Juni 1845. G.S. S. 109. und die Concessionsbedingungen ib. S. 111. f., ferner die Statuten der Löbau-Zittauer Eisenbahngesellschaft ib. S. 121. f., den Nachtrag samt Bestätigungsdecr. v. 7. Oct. 1847. G.S. S. 149. f. und die revidirten Statuten in der G.S. v. 1859. S. 21. f., publ. mit Decr. v. 17. Jan. 1859. G.S. S. 20. Wegen der Richtungslinie: §. 3. der ang. V. v. 28. März 1845., V. v. 20. April 1846. G.S. S. 31. **V.** Die Chemnitz-Riesaer E. betr. Wegen dieser ergingen: die Bek. v. 28. März 1845. G.S. S. 67., — die V. v. 29. April 1845. G.S. S. 69., — v. 28. Mai 1845. ib. S. 81., — das Bestätigungsdecr. v. 1. Juli 1845. G.S. S. 145. mit den Concessionsbedingungen ib. S. 146., und den Statuten der ehemaligen Ch.-R.'er Eisenbahngesellschaft ib. S. 155., — die V. v. 1. Oct. 1845. G.S. S. 193., — die V. v. 18. Jan. 1846. G.S. S. 1., ferner: die Bek. v. 31. Dec. 1850. G.S. v. 1851. S. 6., und das Decr. v. 28. Jan. 1851. G.S. S. 24. f., sowie Bek. v. 12. Mai 1857. G.S. S. 80., wegen des Ueberganges dieser Bahn an den Staat und der rechtlichen Verhältnisse der Papiere der Bahn, — die Bek. v. 16. Aug. 1852. G.S. S. 277. wegen des Betriebs dieser Bahn, — die Bek. v. 22. Sept. 1853. G.S. 193. wegen der Verlegung des Sitzes der Direction nach Chemnitz, — V. v. 9.

Juli 1855. G.S. S. 115. wegen der Richtungslinie. — Vergl. auch: Grund- u. Hyp... **VI.** Die Sächsisch-Böhmische E. betr. Ueber diese ergingen: die Bek. v. 26. Juni 1845. G.S. S. 83., — die V. v. 20. Aug. 1845. G.S. S. 185., — v. 12. Nov. 1845. ib. S. 262., — der L.T. Absch. v. 17. Juni 1846. I. B. 13. G.S. S. 47. (s. auch: Finanzministerium), — die V. v. 14. April 1847. G.S. S. 69., — v. 15. Dec. 1847. G.S. S. 163. Wegen der innern Organisation ihrer Verwaltung (der Beamten und Eisenbahnämter zu Dresden und Pirna) s. die V. v. 15. Juli 1848. G.S. S. 146. — Weiter gehören hierher: die Bek. v. 26. März 1851. wegen der Behandlung der Personen und Güter in Bodenbach, G.S. v. 1851. S. 79. f., — die Bek. v. 16. Mai 1851. und der Vertrag wegen des Eisenbahnanschlusses zwischen Sachsen und Böhmen, G.S. v. 1851. S. 149. f. — wegen des Paßwesens, ib. S. 163. f. u. Publication des neuesten Vertrags mit der Bek. v. 22. Jan. 1859. G.S. S. 12. f. — Min. Erkl. G.S. v. 1859. S. 13. f. — S. auch Bodenbach, Staatsverträge. **VII.** Die Jüterbogk-Riesaer Anschlußbahn betr. Für diese sind maßgebend: die V. v. 9. Juni 1848., den Eintritt der Wirksamkeit des G. v. 10. Aug. 1837. in Bezug auf jene Bahn betr., G.S. S. 140., — Bek. v. 14. Mai 1854. G.S. S. 104. f. die Concessionirung betr., Decr. v. 9. Juni 1848. G.S. v. 1854. S. 105., — V. v. 4. Juni 1858. G.S. S. 106. wegen des Gerichtsstands der Bahneigenthümer. **VIII.** Die Zwickau-Cainsdorfer E. betr. Diese gehen an: das G. v. 2. Juni 1852. G.S. S. 143., — V. v. 11. April 1853. G.S. S. 67., — V. v. 29. Juli 1853. G.S. S. 160., — V. v. 14. Dec. 1855. G.S. S. 657., — V. v. 5. Febr. 1859. G.S. S. 18. **IX.** Die Zittau-Reichenberger E. betr. Deren Verhältnisse ergeben sich aus: dem G. v. 2. Juni 1852. G.S. 143., — d. Decr. v. 23. April 1855. G.S. S. 64., d. Concessionsbedingungen, ib. S. 65. f., d. Statuten, ib. S. 71. f., — der V. v. 29. Juni 1855. G.S. S. 110., — der Bek. v. 15. Nov. 1859. G.S. S. 339. **X.** Die Dresden-Tharandter E. (Albertsbahn genannt) betr. Ueber diese disponiren: das G. v. 2. Juni 1852. G.S. S. 143., — die V. v. 28. Juli 1853. G.S. S. 160., — das Decr. v. 26. Jan. 1854. G.S. S. 29., — die Concessionsbedingungen, ib. S. 30. f., die Statuten, ib. S. 42. f. mit Nachtrag u. Decr. v. 30. Sept. 1855. G.S. S. 631., — die V. v. 15. Aug. u. 29. Nov. 1855. G.S. S. 311. 647. wegen der Zweigbahnen. **XI.** Die Chemnitz-Zwickauer und Chemnitz-Gößnitzer E. betr. Für diese sind ergangen: das G. v. 13. Mai 1855. G.S. S. 54., — die V. v. 14. Mai 1855. G.S. S. 55., — die V. v. 22. Aug., 9. Oct. u. 3. Nov. 1855. G.S. S. 317. 627. 635. und die V. v. 5. April 1856. G.S. S. 51., — die V. v. 2 Mai 1856. ib. S. 55. wegen der Richtungslinie, — die Bek. v. 21. Oct. 1858. G.S. S. 268. wegen der Betriebseröffnung, — u. die Bek. v. 8. Nov. 1858. G.S. S. 317. wegen der Hohenstein-Ernstthaler Eisenbahnverwaltung. **XII.** Die Zwickau-Schwarzenberger E. betr. Ueber diese vergl.: das G. v. 13. Mai 1855. G.S. S. 54., — die V. v. 4. Sept. 1855. G.S. S. 523., — die V. v. 16. Febr. 1856. G.S. S. 10., — die V. v. 30. April 1856. G.S. S. 52., — die Bek. v. 27. Mai 1858. G.S. S. 95. **XIII.** Die Leipzig-Weißenfelser (Thüringer) E. betr. Man sehe über diese nach: das G. v. 6. Juni 1855. G.S. S. 92., — die V. v. 7. Juni 1855. G.S. S. 93. f., — das Decr. v. 15. März 1855. G.S. S. 100., die Concessionsbedingungen, ib. S. 101. f., — die V. v. 26. Juli 1855. G.S. S. 120. wegen der Richtungslinie. **XIV.** Die Leipzig-Bitterfelder E. betr. Letztere betreffen: das G. v. 6. Juni 1855. G.S. S. 92., — die V. v. 27. Jan. 1857. G.S. S. 32. und Vertrag mit Preußen, ib., Concession S. 39. f., — ferner die V. v. 28. Jan. 1858. G.S. S. 6. u. die V. v. 10. Aug. 1858. G.S. S. 173. **XV.** Die Bahn von der Chemnitz-Zwickauer Staatsbahn nach den Kohlenwerken bei Niederwürschnitz und nach Stollberg betr. Wegen dieser erging: die V. v. 2. Dec. 1856.

G.S. S. 412., u. die V. v. 25. Juni 1860. G.S. S. 88. **XVI.** Die Chemnitz-Würschnitzer Bahn betr. Vergl. hier: das Decr. v. 29. Sept. 1856. G.S. S. 441., die Statuten ib., das Decr. v. 2. Dec. 1856. u. Concessionsbedingungen, G.S. v. 1856. S. 457. f., — wegen der Zweigbahn über Lugau: die V. v. 30. Juni 1859. G.S. S. 239., — wegen der Zweigbahn zum Ottoschachte, die V. v. 27. Sept. 1859. G.S. S. 319. **XVII.** Die Bahn von Niederschlema nach Schneeberg und Neustädtel betr. Diese gehen an: das G. u. die V. v. 11. Juni 1858. G.S. S. 118. 119., — die Bek. v. 13. Sept. 1859. G.S. S. 312. **XVIII.** Die Oberhohndorf-Reinsdorfer Bahn betr. S. wegen dieser die V. v. 30. Juni 1859. G.S. S. 238. **XIX.** Die Bahn von Tharandt nach Freiberg betr. Für letztere erschien: das G. v. 2. Aug. 1859. G.S. S. 279. und die V. v. 4. Aug. 1859. ib. S. 280. **XX.** Die Zittau-Reichenberger Bahn betr. S. Staatsverträge. **XXI.** Alle, bereits nach dem G. v. 3. Juli 1835. bestehenden Bahnen betrifft das G. v. 21. Juli 1855. G.S. S. 120. f. wegen der nach Vollendung einer Bahn aus Rücksicht auf Sicherstellung der Bahn und ihrer Anlagen oder ihres Betriebs noch nöthig werdenden Erweiterungen u. Einrichtungen, und, wegen der Staatsbahnen, die Bek. v. 21. Oct. 1858. G.S. S. 268. rücksichtlich der Eintheilung der letzteren in die westlichen und östlichen. Nicht minder vergl. im Allgemeinen die Artikel: Dismembration, Reiselegitimationen, Streichzündhölzchen, Verjährung.

Eisenbahnen und Telegraphen.

1) Jede vorsätzliche Beschädigung an Eisenbahnanlagen, deren Betriebs- oder Transportmitteln oder sonstigem Zubehör sowie an den zu öffentlichen Zwecken vom Staate oder mit dessen Genehmigung hergestellten telegraphischen Vorrichtungen wird, wenn dabei ein Nachtheil oder eine Gefahr für den Betrieb der Anstalt oder Vorrichtung weder beabsichtigt, noch eingetreten ist, mit Gefängniß bis zu 1 Jahre oder Arbeitshaus bis zu 6 Jahren bestraft. In Fällen, wo die Gefängnißstrafe nicht über 6 Wochen ansteigt, kann statt derselben auf Geld bis zu 150 Thalern erkannt werden. G. v. 11. Aug. 1855. Art. 1. G.S. S. 292. **2)** Ist durch eine solche Beschädigung der Betrieb der Eisenbahn oder der telegraphischen Anstalt oder der Transport auf der ersteren behindert oder gefährdet worden, so findet Arbeitshaus oder Zuchthaus bis zu 12 Jahren Statt. In Fällen von geringerer Bedeutung ist jedoch der Richter ermächtigt, auf Gefängniß von 1 bis zu 4 Monaten zu erkennen. ib. Art. 2. **3)** Hat in Folge einer Beschädigung der im Art. 2. gedachten Art ein Mensch oder eine Mehrzahl von Menschen a) eine Körperverletzung erlitten oder b) das Leben verloren, ohne daß dem Thäter dieser Erfolg zum Vorsatze anzurechnen ist, so kann die nach Art. 2. verwirkte Strafe in dem Falle unter a bis um die Hälfte, in dem Falle unter b bis auf das Doppelte erhöht werden. Art. 3. ib. — Ist der unter a erwähnte Erfolg unter Umständen eingetreten, wo derselbe dem Thäter zum Vorsatze (s.d.) anzurechnen ist, so tritt Zuchthaus von 5 bis zu 30 Jahren ein. Art. 4. ib. — Ist unter gleichen Umständen ein Mensch oder eine Mehrzahl von Menschen getödet worden, so tritt, je nachdem die That als Todschlag oder als Mord anzusehen ist, lebenslängliche Zuchthaus- oder Todesstrafe ein. Art. 5. **4)** Der Beschädigung im Sinne der cit. Art. 1. bis mit 5. wird gleich geachtet — bei Eisenbahnen: a) das Hinstellen, Hinlegen oder Hinwerfen von Gegenständen, welche der Fahrt hinderlich sein können, auf das Fahrgleis oder in gefahrbringende Nähe desselben; b) die Verrückung beweglicher Schienen oder anderer beweglicher Theile des Fahrgleises; c) die Veranstaltung eines auf den Eisenbahnbetrieb bezüglichen falschen Alarms; — bei den Telegraphen: a) jede mit dem Apparate, der Drahtleitung bei elektrischen Telegraphen, oder den sonstigen Signalmitteln bei Telegraphen anderer Art vorgenommene Veränderung; b) die Fälschung gegebener telegraphischer Zeichen; c) die Verbindung

fremdartiger Gegenstände mit der Drahtleitung bei elektrischen Telegraphen; — bei Beiden: a) die Verhinderung des angestellten Personals an seinen Verrichtungen; b) die Nöthigung oder betrügliche Veranlassung des gedachten Personals zu Amtsverrichtungen, welche dem ordnungsmäßigen Betriebe zuwider sind; c) die Verhinderung der Wiederherstellung einer zerstörten oder beschädigten Anlage oder Vorrichtung. Ang. G. v. 11. Aug. 1855. Art. 6. G.S. S. 293. **5)** Sind Handlungen der in den cit. Art. 1. und 6. gedachten Art aus Unbedachtsamkeit vorgenommen worden und ist daraus eine Gefahr oder ein Nachtheil der im Art. gedachten Art hervorgegangen, so ist der Thäter mit Gefängniß bis zu 2 Jahren zu bestrafen. In Fällen, wo die zu erkennende Gefängnißstrafe nicht über 6 Wochen ansteigt, kann statt derselben auf Geld bis zu 150 Thalern erkannt werden. Ist aber durch solche unbedachtsame Handlungen ein Mensch oder eine Mehrzahl von Menschen beschädigt worden oder um das Leben gekommen, so tritt Gefängniß bis zu 2 Jahren oder Arbeitshaus bis zu 6 Jahren ein. Art. 7. ib. **6)** Wer auf der E. oder in der unmittelbaren Nähe der Schienen oder der Telegraphenvorrichtung den von Seiten der durch Dienstkleidung oder sonstige Dienstzeichen kenntlichen Angestellten bei der E. oder der telegraphischen Anstalt an ihn ergehenden, auf den E.- oder Telegraphenbetrieb bezüglichen Weisungen nicht sofortige Folge leistet, oder denselben zuwiderhandelt, hat Gefängniß bis zu 1 Monate oder Geldstrafe bis zu 100 Thlrn. verwirkt. Art. 8. ib. **7)** Auch ohne eine vorausgegangene Weisung wird mit Geld bestraft: a) Wer in gefahrbringender Nähe der E. nicht genügend befestigtes Vieh oder bespanntes Fuhrwerk ohne Aufsicht läßt, bis 2 Thaler. b) Wer in der Nähe einer E. den Schall der Dampfpfeife oder das beim E.betriebe übliche Hornsignal nachahmt, bis 10 Thaler. c) Wer nach einem vorüberfahrenden Dampfwagenzuge wirft, bis 50 Thlr. d) Wer an den zur E. gehörigen Betriebs- oder Transportmitteln, an den zur Stellung der Schienen dienenden Vorrichtungen, an den Signal-Stangen und Zeichen, oder an dem sonstigen Zubehör der E. oder der Telegraphenanstalten eigenmächtige Handlungen vornimmt, die nicht unter die Bestimmungen in Art. 1. bis mit 6. fallen, bis 50 Thaler. e) Wer eigenmächtig eine geheizte Locomotive oder den dazu gehörigen Tender besteigt, von 5—100 Thaler. f) Wer eigenmächtig mit dem Telegraphen ein Zeichen giebt, von 5—100 Thaler. g) Wer leicht entzündliche oder feuerfangende Gegenstände zum Transporte auf der E. aufgiebt, ohne solches bei der Aufgabe zu declariren, von 5—500 Thaler. h) Wer ohne besondere Ermächtigung auf der E. geladene Gewehre mit sich führt, von 5—100 Thaler. Art. 9. ib. **8)** Die eigenmächtige Ingangsetzung einer Locomotive zieht Gefängniß oder Arbeitshaus bis zu 1 Jahre nach sich. Art. 10. ib. — Ist durch die in Art. 8. bis mit 10. erwähnten Handlungen eine Beschädigung der im Art. 1. gedachten Art, oder Gefahr oder Nachtheil der in Art. 2. bis mit 5. gedachten Art verursacht worden, so kommen, wenn dieser Erfolg dem Thäter als ein vorsätzlicher anzurechnen ist, die in Art. 1. bis mit 5. ersichtlichen, sonst aber die im Art. 7. getroffenen Bestimmungen Anwendung. Art. 11. ib. **9)** Ist durch eine andere, in dem Gesetze v. 11. Aug. 1855. nicht aufgeführte, auf E.en oder Telegraphen bezügliche Handlung oder Unterlassung ein Mensch oder eine Mehrzahl von Menschen verletzt oder getödet worden, so wird solche nach den Bestimmungen des Str.Gb. über Körperverletzung oder Tödung bestraft. — Eines Antrags auf Bestrafung bedarf es wegen Körperverletzungen, welche aus einer der in diesem Gesetze besonders erwähnten Handlungen hervorgegangen sind, nicht. Wegen Körperverletzungen, welche in Gemäßheit des gegenwärtigen Artikels nach den Vorschriften des Str.Gb. zu bestrafen sind, gelten auch hinsichtlich des Antrags die in dem letzteren getroffenen Bestimmungen. — Auch sind Eisenbahnzüge zu denjenigen Gegenständen zu rechnen, deren Inbrandsteckung nach Art. 208. des Str.Gb. das Verbrechen der Brandstiftung (s. d.) be-

gründet. Desgleichen findet in Bezug auf Explosionen der Art. 214. des Str.Gb. (s. Explosion) hier Anwendung. Ang.G. v. 11. Aug. 1855. Art. 12. **10)** Sämtliche in diesem Gesetze angedrohte Gefängniß- und Arbeitshausstrafen können nach Art. 16. und 18. des Str.Gb. geschärft werden. (S. Schärfung.) Die im Art. 24. d. Str.-Gb. gestattete Verwandlung der Gefängnißstrafe in körperliche Züchtigung (s. Verwandlung, I.) findet bei den in dem G. v. 11. Aug. 1855. Art. 1. u. 2. vergl. mit Art. 6. erwähnten Verbrechen auch dann Statt, wenn der Verbrecher wegen desselben oder eines gleichartigen Verbrechens nur erst einmal Freiheits- oder Handarbeitsstrafe erlitten hat. Art. 13. **11)** Die in Art. 8. 9. und 10. des G. v. 11. Aug. 1855. erwähnten Vergehungen, welche keine der im Art. 11. gedachten Folgen nach sich gezogen haben, verjähren binnen einer einjährigen, von der Verübung der That an zu berechnenden Frist. Auch sollen frühere Vergehen dieser Art, wenn seit dem letzten Tage der erfolgten Strafverbüßung 1 Jahr abgelaufen ist, die Straferhöhung wegen Rückfalls nicht bewirken. Art. 14. **12)** Im Uebrigen leiden auf die in diesem Gesetze erwähnten Vergehen die allgemeinen Bestimmungen des Str.Gb. ebenfalls Anwendung. Die unterlassene Verhinderung vorsätzlicher Handlungen der in diesem Gesetze Art. 2. bis mit 6. u. Art. 16. (s. folg. no. 13.) gedachten Art ist nach dem zweiten Satze des Art. 70. des Str.Gb. zu bestrafen (s. Verhinderung, 2.). Hinsichtlich des Rückfalls sind die sämtlichen in diesem Gesetze aufgeführten strafb. Handlungen, in sofern sie nicht aus bloßer Unbedachtsamkeit hervorgegangen (s. Rückfall), unter einander für gleichartig zu achten. In Betreff der Gleichartigkeit (s. d.) derselben mit anderen Verbrechen gelten die allgemeinen Bestimmungen im Art. 83. des Str.Gb. **13)** Pflichtwidrige Handlungen und Unterlassungen, deren die bei den E.n und Telegraphen angestellten Personen, wohin auch die Directoren von Privatbahnen zu rechnen sind, sich in ihrer dienstlichen Stellung schuldig gemacht haben, sind ebenfalls nach den Bestimmungen des G. v. 11. Aug. 1855. zu beurtheilen, vorbehältlich der in den Dienstinstructionen oder sonst besonders angedrohten Nachtheile. Art. 16. ib. **14)** Das gerichtliche Verfahren wegen der nach Art. 8. 9. u. 10. zu bestrafenden Vergehungen gehört vor den Einzelrichter. Es steht jedoch bei Vergehungen dieser Art den mittelst Verordnung zu bezeichnenden Beamten der E. und Telegraphenanstalten das Recht zu, wenn sie eine Geldstrafe bis zu und mit dem Betrage von 10 Thalern für ausreichend erachten, diese selbst auszusprechen, und, wenn der Angeschuldigte zu deren Bezahlung bereit ist, solche ohne Weiteres von ihm zu erheben, entgegengesetzten Falles aber ihm eine Frist bis zu 4 Wochen zur Bezahlung derselben, nach Befinden gegen angemessene Sicherheitsleistung, zu setzen. Art. 17. ib. **15)** Erfolgt die Bezahlung binnen der gesetzten Frist nicht, oder wird die Gestattung einer Zahlungsfrist nicht angemessen befunden, so findet bei dem sodann eintretenden gerichtlichen Verfahren Art. 368. der Str.-Pr.O. (s. Strafverfügung) keine Anwendung und ist der Richter an die von dem Verwaltungsbeamten ausgesprochene Strafe und Strafart nicht gebunden. Ang. Art. 17. **16)** Bestrafungen, welche lediglich von den Verwaltungsbehörden verhängt worden, sind bei Beantwortung der Frage, ob Rückfall vorliege, nicht mit in Betracht zu ziehen. Die Gerichtszuständigkeit und das Verfahren bei der Untersuchung der übrigen in diesem Gesetze mit Strafe bedrohten Verbrechen richtet sich nach den Vorschriften der Str.Pr.O. Ang. Art. 17. **17)** Die polizeilichen, noch außerdem dem Schutze der E. und der Sicherheit ihres Betriebs geltenden Strafbestimmungen sind speciell zusammengestellt in der V. v. 13. Aug. 1856. G.S. S. 359. f. mit der Berichtigung ib. S. 395. **18)** S. Strafgesetzb..., Gemeingefährl..., Geisteskranke, Prämien, Post.

Eisenbahnwesen. 1) Von den das E. betreffenden Angelegenheiten gehört den Departements des Innern und der Finanzen gemeinschaftlich an: a) die allge-

meine Prüfung und Beurtheilung aller Eisenbahnunternehmungen, gleichviel ob es sich um Ausführung derselben aus Staats- oder aus Privatmitteln handelt; b) die Vorbereitung, Entwerfung und Erlassung aller das E. betreffenden allgemeinen Gesetze; c) die Genehmigung der Bahntarife und Fahrpläne der Privateisenbahnen. V. v. 26. Juni 1851. §. 1. G.S. S. 285. Alle übrigen Angelegenheiten gehören entweder zum M. des Innern — s. ib. §. 2. — oder zu dem M. der Finanzen. Das Nähere, insbesondere auch über den Instanzenzug in diesen Sachen geben §. 3. f. ib. und vergl. dazu die V. v. 13. Aug. 1856. §. 30. f. G.S. S. 363. **2)** Ueber die Betriebsverwaltung durch Eisenbahndirectionen, E.ämter, E.verwaltungen, E.expeditionen, Betriebsoberinspectoren, Bahnhofsinspectoren und Bahnhofsexpedienten s. die V. v. 31. Jan. 1851. G.S. S. 36. **3)** S. Staatsschulden, Zollwesen.

Eisen-Compagnie. Die Sächsische E. ist eine mittelst Decr. v. 22. Febr. 1843. G.S. S. 9. bestätigte Actiengesellschaft.

Eisenhammer. S. Bergordnungen, Ministerium des Innern, Finanzministerium, Vorkauf.

Eisenstein. S. Bergbeamte, Erbkur, Muthen.

Eisenwaaren. S. Hausiren, Eisen.

Eisenwerke. S. Ministerium d. Innern, Finanzministerium.

Eiserner Brief. S. Moratorien.

Eisernes Capital. S. Ablösung, Pfandrecht, Stadtvermögen.

Eisfahrt. Die bei E. und Ueberschwemmungen den Dammbaumeistern auferlegten Verpflichtungen ergiebt das M. v. 7. Aug. 1819. §. 10. G.S. S. 208. Dazu s.: Eisbahnen, Dammmeister.

Ekel, s. Krätze.

Elbdampfschiffahrtsgesellschaft. Die Bestätigung der Statuten derselben erfolgte durch das Decr. v. 2. Febr. 1839. G.S. S. 24. Man vergl. hierbei die V. v. 16. Nov. 1844. §. 1. G.S. S. 278.

Elbe. 1) Die Eigenschaft der E. als eines öffentlichen Flusses wird in dem Bef. v. 7. Oct. 1800. §. 2. C.A. C. II. T. II. S. 396. anerkannt. **2)** Die Gerichtsbarkeit auf der E. gehört dem Staate, Rescr. v. 7. Dec. 1563., Bef. v. neml. T. u. J. C.A. T. II. S. 5. u. 715., s. dazu den Art.: Gewässer. **3)** Ueber den Elbschiffahrtsbetrieb und die davon zu entrichtenden Abgaben sehe man die unter Staatsverträge V. angegebenen Bestimmungen nach. — Die Binnenschiffahrt ist gänzlich elbzollfrei, V. v. 11. April 1846. §. 9. G.S. S. 27. — Wegen der Elbschiffahrtsabgaben ergingen früher: die V. v. 25. Jan. 1834. G.S. S. 38., v. 9. Dec. 1839. G.S. S. 303., und v. 24. Juli 1840. §. 2. G.S. S. 200. **4)** Die für den Elbschiffahrtsbetrieb geltenden schiffahrts- und strompolizeilichen Bestimmungen enthält auf Grund der mit V. v. 16. Nov. 1844. G.S. S. 277. publicirten Convention v. 13. April 1844. ib. S. LXVIII. f.: die V. v. 6. Febr. 1845. G.S. S. 39. und für die Dampfschiffahrt auf der E. die V. v. 22. Sept. 1851. G.S. S. 361., insbesondere wegen der Nachtsignale die V. v. 20. Juni 1854. G.S. S. 138. [Aeltere polizeiliche Bestimmungen sind: das Rescr. v. 3. Juli 1782. C.A. C. III. T. I. S. 379., das Circ. v. 15. April 1799. C.A. C. II. T. II. S. 1125., die V. v. 8. Jan. 1823. G.S. S. 17. und die V. v. 27. Mai 1841. G.S. S. 52.] Besondere Elbstromaufseher zur Wahrung der Elbstrom- und Schiffahrtspolizei wurden angestellt lt. Bek. v. 10. Aug. 1859. G.S. S. 283. — Anlangend insbesondere das Schiffsziehen u. den Gebrauch des Leinpfads, so stellt, mit Bezug auf die cit. V. v. 16. Nov. 1844. und auf die angef. V. v. 6. Febr. 1845. eine neuerliche V. v. 8. Jan. 1857. G.S. S. 22. f. verschiedene vorgekommene Ungehörigkeiten ab. Namentlich sollen Zugknechte und Führer von Zugvieh bei dem Schiffzuge den herkömmlichen Leinpfad und dessen gesetzlich bestimmte Breite genau inne halten und den ihnen auf dem Leinpfade begegnenden Personen auf der inneren Seite d. Pfades nach der Elbe zu ausweichen. Dieselben haben ferner während des Schiffzuges alle Personen, welche an der Elbe in der

Nähe des Leinpfades und insbesondere zwischen der Zugleine und dem Elbufer verkehren, ihnen begegnen, oder von ihnen überholt werden, zu deren Warnung rechtzeitig und vernehmlich anzurufen, aller Ungehörigkeiten gegen diese Personen aber auf das Strengste sich zu enthalten. Die zum Schiffzuge verwendeten Zugthiere dürfen nie neben einander, sondern müssen stets hinter einander gespannt werden. ib. §. 1. Zur Untersuchung und Bestrafung von Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der Verordnung sollen diejenigen Gerichtsämter, deren Bezirke an die Elbe angrenzen, sowie das Hauptzollamt zu Schandau, und die Hauptsteuerämter Pirna, Dresden, Meißen und Riesa dergestalt gemeinschaftlich competent sein, daß diejenige von den genannten Behörden, bei welcher die vorgefallene Zuwiderhandlung zur Anzeige gebracht, oder der Contravenient eingeliefert wird, gegen den Letzteren ohne Rücksicht auf die Zubehörigkeit des Orts, an welchem die Contravention begangen worden ist, zu verfahren hat. Ueber eingewendete Recurse und Beschwerden gegen das Verfahren d. Unterbehörden hat für den ganzen Bereich des Sächsischen Elbstromgebiets die Kreisdirection zu Dresden und in oberster Instanz das Ministerium des Innern zu entscheiden. ib. §. 5. **5)** Jedes auf der E. segelnde Schiff u. Floß muß mit dem nöthigen Schiffs- und Schifferpatente versehen sein. Additionalacte v. 13. April 1844. §. 8. f. G.S. S. III. Ueber diese Patente, deren Taxe und die der Ertheilung vorausgehenden Prüfungen vergl. d. V. v. 21. Febr. 1846. §. 2. f. G.S. S. 5. f. Das Verfahren hierbei wird von der Kreisdirection zu Dresden und dem Ministerio des Innern beaufsichtigt. ib. §. 17. **6)** Die Handhabung der wegen des Elbzolls erlassenen oder noch künftig ergehenden Gesetze und Verordnungen gehört zum Ressort der Unter- u. Mittel-Verwaltungsbehörden für indirecte Staatsabgaben. V. v. 10. Dec. 1838. G.S. S. 457. **7)** Die Elbstrom-Ufer- u. Damm-Ordnung enthält d. M. v. 7. Aug. 1819. G.S. S. 197. [Aeltr. V.: O. v. 12. Juni 1558. die Dämme an der Elbe betr. C. A. T. II. S. 659., Bef. v. 12. April 1712. ib. S. 698., Circ. v. 8. Juli 1783. C. A. C. II. T. II. S. 342., Gen. V. v. 13. Aug. 1783. C. A. C. II. T. I. S. 831.] **8)** Die Stellen der Sächs. Elbe, welche für das Ableichten der Schiffe dermalen besonders zu berücksichtigen sind, und was wegen des Ableichtens überhaupt in Obacht zu nehmen ist, giebt die V. v. 6. Febr. 1845. §. 9. samt Beilage, G.S. v. 1845. S. 41. u. 48. **9)** Bei vorkommenden Unglücksfällen an Schiffen oder Flößen ist, wenn die Gefahr nicht beseitigt werden kann, vor Allem auf Rettung der Passagiere und dann der Waaren zu sehen. Die Behörden und Bewohner der Ufer sind zur schleunigen Hilfe verpflichtet. V. v. 6. Febr. 1845. §. 27. G.S. S. 46. **10)** Führer, Passagiere u. Mannschaften haben die paßpolizeil. Vorschriften der Staaten, wohin sich die Reise erstreckt, zu beachten. Die Schiffsleute können sich nach Befinden durch die Musterrolle legitimiren. V. v. 6. Febr. 1845. §. 28. G.S. S. 46. **11)** Die zu Betreibung der Elbschiffahrt durch Eigenthümer oder Rheder, soweit sie sich auf das Gebiet anderer Staaten erstrecken soll, erforderlichen Erlaubnißscheine werden von der Kreisdirection in Dresden ertheilt, V. v. 21. Febr. 1846. §. 1. G.S. S. 4., u. vergl. die V. v. 4. März 1822. G.S. S. 173., und die Erlaubnißscheine zur Elbfrachtschiffahrt innerhalb Landes von der Obrigkeit des Wohnorts der Schiffer, ang. V. v. 1822. §. II. a. a. O. und ang. V. v. 1846. §. 21. G.S. S. 10. **12)** Wegen der Erlaubniß zur Binnenschiffahrt auf der E., und daß Schwimmfertigkeit Bedingung der Erlangung des Schifferpatents ist, darüber sowie über die eingeführten Schifferprüfungen und den Besuch der in den Hauptzollamtsbezirken Schandau und Pirna errichteten Schifferschulen vergl. die V. v. 14. Juli 1853. G.S. S. 153. u. 30. Nov. 1858. G.S. S. 344. **13)** Ungiltig gewordene Schifferpatente müssen zurückgegeben werden, V. v. 20. Juni 1854. G.S. S. 133. **14)** Für die Schiffsmannschaften auf der E. sind Dienstbücher eingeführt worden, V. v. 20. Juni 1854. G.S.

S. 134. **15)** Die Statuten der Dampfschifffahrtsgesellschaft bestätigt das Decr. v. 21. Nov. 1855. G.S. S. 647. **16)** S. auch: Brücken, Dämme, Damm..., Bezirke, Concession, Gewässer, Staatsverträge, Lootsen, Pulver.

Elberfeld. S. Feuerversi...

Elbzoll. S. Abgaben, Elbe, Staatsverträge, Recognitionsgebühr, Zollvergehen.

Elbzollgerichte. 1) Die im Königreiche Sachsen, auf den Grund der Elbschiffahrtsacte v. 23. Juni 1821. Art. 26. G.S. v. 1822. S. 105. und der Additionalacte v. 16. Nov. 1844. §§. 46. u. 47. G.S. v. 1844. S. XII. f., errichteten E. sind: das Hauptzollamt Schandau, und die Hauptsteuerämter Pirna, Dresden und Meißen, V. v. 16. Nov. 1844. §. 4. G.S. S. 278. Die Competenz der E. giebt §. 4. cit. an, und das vor ihnen Statt findende polizeiliche u. civilrechtliche Verfahren §§. 5—11. G.S. v. 1844. S. 279. Ferner: die V. v. 6. Febr. 1845. §. 29. f. G.S. S. 47., und v. 21. Febr. 1846. G.S. S. 4. **2)** S. hierzu: Steuerbehörden, II., Geringfügige Rechtss., Appellation, Gerichte.

Elektricität. Unter welchen Voraussetzungen E., Galvanismus und Elektro-Magnetismus für Heilzwecke gebraucht werden darf, bestimmt die V. v. 11. März 1854. G.S. S. 98.

Elektrische Telegraphen. S. Eisenbahnen u. T.

Elementar-Volksschul... S. Schul..., Aemter, Besoldung.

Elenchus (Polemik, Widerlegung). S. Predigt.

Elisitvartikel. S. Beweis.

Ellenmaß. Es sollte bisher an allen Orten im gemeinen Verkehre, beim Ausschnitte u. dergl. m. keine andere, als die Leipziger Elle, welche aus 24 Zoll, und jeder Zoll aus dem zwölften Theile des gemeinen Fußes bestand, gebraucht werden. M. v. 7. Aug. 1734., Gen. v. 14. Febr. 1754., Gen. u. Regul. v. 20. Nov. 1754. §. 1. C.A. C. I. T. I. S. 619. 803. u. 813., O.A.Pat. v. 26. Sept. 1755. L.C.W. T. III. S. 574. S. auch Garn. Im Großhandel und im Verkehre mit ausländischen Kaufleuten, wobei fremdes E. in Gebrauch ist, hatte es dabei sein Verbleiben; ib. und §. 2. des Reg. v. 20. Nov. 1754. Neuerdings sind aber die unter: Gewicht und Maß aufgeführten Bestimmungen publicirt worden.

Elster. S. Gewässer, Concession.

Elsterbrunnen, s. Adorf.

Elstern, s. Krähen.

Elterlein. Der dortige Verein für Unterstützung in Sterbefällen, genannt Union, Decr. v. 12. Juni 1860. G.S. S. 136.

Eltern. S. Aeltern.

Emancipation. S. Väter, Erbfolge, 50.

Emballage. S. Tara.

Embryo. S. Abtreibung, Geburt, Geburtshilfe, Kaiserschnitt, Todesstrafe, Wittwen.

Emenda. S. Felonie, Sachsenbuße.

Emeritirung. 1) Die Superintenden ten sollen ex officio wegen derjenigen Geistlichen, welche mit Substituten versehen werden müssen, Anzeige erstatten. Rescr. v. 14. Dec. 1703. C.A. T. I. S. 873. Ueber die bei der E. der Geistlichen wegen der Theilung des Einkommens der Stelle anzuwendenden Grundsätze vergl.: die K.O. v. 1580. Tit. von Immunitäten C.A. T. I. S. 534., Res. gr. v. 1612. Tit. v. Consf. Sachen §. 3. ib. S. 169., Rescr. v. 7. Mai 1800. C.A. C. III. T. I. S. 101. **2)** Kann ein Schullehrer wegen zu hohen Alters oder wegen körperlicher oder geistiger Schwachheit sein Amt nicht mehr gehörig verwalten, so ist Seiten der Localinspection der betreffenden höheren Behörde hiervon Anzeige zu machen, damit von letzterer, ob er entweder gänzlich in Ruhestand zu setzen, oder ob ihm nur ein Gehilfe zuzugeben sei, bestimmt und das Weitere vorgekehrt werde. Er ist jedoch solchen Falles, wenn er nicht selbst auf eine solche Maßnehmung angetragen hat, bevor die Entschließung erfolgt, binnen dreiwöchentlicher präclusiver Frist mit einer Gegenvorstellung zu hören. G. v. 6. Juni 1835. §. 46. §. 50. G.S. S. 288. **3)** Die Grundsätze, wonach bei Volksschulen das Einkommen des Emeritus und seines Nachfolgers

regulirt wird, enthalten die cit. §§. 46. 50. des ang. G., und die V. v. 9. Juni 1835. §. 129. G.S. S. 332. **4)** Elementarschullehrer dürfen nur dann emeritirt werden, wenn der vollständige Beweis ihrer Dienstunfähigkeit vorhanden ist, und letztre in unverschuldetem körperlichen oder geistigen Unvermögen beruht. Die aus einem solchen Grunde, mit Ausnahme der wegen zu hohen Alters Emeritirten, können, wenn sie ihre Kräfte wieder erlangen, gegen Gewährung ihres vorigen Einkommens zu einer andern Schulstelle berufen werden; wenn sie diese ausschlagen, so ist das ihnen ausgesetzte Sustentationsquantum in Wegfall zu bringen. Die Herabsetzung des letztern kann jederzeit erfolgen, wenn es in Folge unrichtiger Angaben des Emeritus über den Ertrag seiner Stelle zu hoch festgesetzt worden ist, V. v. 10. Jan. 1839. G.S. S. 19. Die Kreisdirectionen haben auf genaue Beobachtung dieser Bestimmungen streng zu invigiliren, ib. **5)** Bei Stellen königl. Patronats ist zu E. von Geistlichen und Schullehrern die Entschließung des Cultus-Ministerii einzuholen, Anordn. v. 20. Juni 1835. Cod. d. S.K.R. S. 398. Dabei können Ephoralgebühren in Ansatz kommen, V. v. 10. Jan. 1839. G.S. S. 16. **6)** Wegen Begründung eines E.sfonds für Geistliche vergl. den L.T.A. v. 17. Juni 1846. I. B. 8. G.S. S. 46. **7)** S. Disciplin, Gnadenhalbjahr, Geistliche, Schulgrundstücke, Kirchen- und Schulgemeinden.

Emeritirungsfonds. S. Emeritirung.

Emigranten, 1) französische. Das gegen die französischen E. zu beobachtende Verfahren schrieb das Gen. v. 6. Nov. 1792. C.A. C. II. T. I. S. 1047., und v. 15. Nov. 1792. ib. und C.A. C. II. T. III. S. 525. vor. **2)** S. Auswanderung.

Emolument. S. Besoldung, Accidentien.

Empfänger. S. Falschmünzen, Post, Declaration, Zollvergehen.

Empfang, s. Annahme.

Empfangsbekenntniß, s. Quittung, Schürfen.

Empfehlung. 1) Die E. eines Schuldners an einen Gläubiger durch einen Dritten ist an und für sich nicht verbindlich; sie wird es aber, wenn dabei verbindliche Worte gebraucht werden, besonders wenn dieselben so beschaffen sind, daß dadurch der Andre der empfohlnen Person Credit zu geben od. ihr zu leihen bewogen wird. Dec. 42. v. 1661. C.A. T. I. S. 316. **2)** Es kann indeß derjenige, welcher nur eine Fürbitte für einen andern einlegt, oder seinen Fleiß bei der Zahlung anzuwenden verspricht, zur Zahlung für den Schuldner nicht angehalten werden. ib. **3)** Wenn aber jemand eine solche Person, die keine Mittel zu bezahlen hat, wissentlich und vorsätzlich rühmt, und dabei vorgiebt, daß der Gläubiger ihm als einem guten Manne, und bei dem keine Gefahr sei, trauen könne, oder wenn jemand verspricht, er wolle dafür sorgen, daß der Gläubiger bezahlt würde, oder daß er ohne Gefahr sein solle, so ist der Empfehlende sodann allerdings für verbunden zu achten, ib. **4)** S. Begnadigung, Erkenntnisse, Verwaltungsbehörden.

Empfehlungskarten. S. Censur, Spielgeld.

Emphyteusen. S. Erbzinsgüter, Pfandrecht, III.

Empörung. S. Aufruhr, Hochverrath.

Emporkirchen. 1) Das Lachen und Plaudern auf denselben während der Predigt ist verboten, 17. Gen. Art. v. 1580. C.A. T. I. S. 690., Syn. Decr. v. 6. Aug. 1624. §. Demnach auch 2c. ib. S. 787., §. 13. des Rev. Syn. Decr. v. 15. Sept. 1763. ib., S. 828. **2)** S. Kirchentrauer.

Enclaven. S. Gerichtsstand.

Enderkenntniß, Endurtel. S. Erkenntnisse, Rechtsmittel.

Endzweck, s. Beweggrund.

England (Großbrittannien). S. Staatsverträge.

Englisiren. S. Thier...

Enkel. S. Erbfolge.

Enorm. S. Verletzung.

Entäußerung, s. Verzichtleistung.

Entbehrlich. S. Executionsverfahren.

Entbindung. S. Abtreibung, Geburt,

Geburtshilfe, Freisprechen, Todesstrafe, Kindestödung.

Entbindungskunst. S. Geburtshilfe.

Entbindungsschulen. S. Dresden, Leipzig, Geburtshilfe.

Entdecken. Man vergl. in den verschiedenen Richtungen dieses Begriffs die Art.: Polizei, Untersuchungsverfahren, Baumfrevel, Deserteurs, Brandstiftung, Cassenbillets, Forstschutz, Lotterie, Militairpflicht, Rettungsprämien, Spielen, Falschmünzen, Gendarmen, Visitationen, Haussuchung, Verschwiegenheit, Reue, Prämien.

Entehrend. S. Ehre...

Enteignung, s. Expropriation.

Enten. S. Jagd, Teiche.

Enterbung. **1)** Außer den in der Novelle 115. c. 3. §. 1. ff. aufgeführten Ursachen der E. sollen keine andern zugelassen werden, Dec. 52. v. 1661. C. A. T. I. S. 321. Was jedoch den Fall betrifft, wenn die Altern Schulden halber gefänglich eingezogen werden, u. der Sohn nicht Bürgschaft leisten will, so soll es hierin bei der Disposition der Novelle verbleiben, ib. Das sächs. Recht hat noch als besondere Ursache der E. hinzugefügt, wenn die Kinder ohne der Aeltern Einwilligung heimliche Ehegelöbnisse abschließen, Ehe-O. v. 10. Aug. 1624. Pct. 1. C. A. T. I. S. 1020. **2)** Wenn ein in Concurs befangener Schuldner zu seinem, oder der Seinigen Besten enterbt wird, so hat diese E. in Rücksicht des Pflichttheils nicht Statt. Dec. 25. v. 2. Juli 1746. C. A. C. I. T. I. S. 357. **3)** Descendenten, welche bei der Abscendenten Lebzeiten von diesen etwas empfangen haben, können mit ihrer Zustimmung giltiger Weise übergangen oder enterbt werden, Const. 10. P. III. v. 21. April 1572. C. A. T. I. S. 107. **4)** Wenn die E. eines Ehegatten giltiger Weise eintreten könne, enthält das M. v. 31. Jan. 1829. §. 84. f. G. S. S. 52. **5)** S. Eheconsens, Eheverlöbniß, Erbfolge, 74. f., auch in anderm Sinne: Gruben.

Entferntere Interessenten. S. Ablösung, Expropriation, Gemeinheitstheilung, Zusammenlegung, Wasserläufte.

Entfernung, **1)** aus dem Militairdienste. Die E. eines Unteroffiziers oder Soldaten wegen schlechter Aufführung oder begangener Verbrechen, in sofern solche nicht ohnehin als gesetzliche Folge der Strafe eintreten muß, erfolgt auf Entscheidung des Kriegsministeriums und in Gemäßheit der gesetzlichen Bestimmungen über Erfüllung der Militairpflicht. Auch kann mit der E. eines Unteroffiziers oder Soldaten aus dem Militairdienste zugleich die Entziehung der Ehrenzeichen verbunden werden, worüber vom Könige auf Vortrag des Kriegsministeriums entschieden wird. §. 45. des M. Str. Gb. v. 1855. G. S. S. 547. **2)** In andern Beziehungen: s. Ungehorsam, Militairpflicht, Remotion, Meile, Handgelöbniß, Neubaue. Vergl.: Abführen.

Entfliehen, s. Flucht.

Entfremden. S. Diebstahl, Veruntrauung.

Entfremdung. **1)** Sind die im 12. Capitel des Str. Gb. erwähnten Verbrechen (s. Diebstahl, Erpressung, Betrug, Unterschlagung, Fund..., Partiererei, Victualien), mit Ausnahme der in Art. 280. u. 289. unter 1. gedachten Fälle des besonders ausgezeichneten Diebstahls und der ausgezeichneten Unterschlagung, unter Ehegatten, Verwandten und Verschwägerten in auf- und absteigender Linie, Seitenverwandten und Verschwägerten bis mit dem 4. Grade, sowie unter Wahl- oder Pflege-Aeltern und Kindern verübt worden, so sollen dieselben nur auf Antrag zur Untersuchung gezogen, und, wenn außerdem die Strafe des ausgezeichneten Diebstahls eintreten würde, mit Gefängniß bis zu 4 Monaten oder Arbeitshaus bis zu 1 Jahre, in anderen Fällen mit Gefängniß bis zu 4 Monaten, bestraft werden. Was in diesem Artikel von Verschwägerten, Wahl- und Pflege-Aeltern und Kindern bestimmt ist, gilt auch nach Auflösung dieser Verhältnisse. Art. 302. des Str. Gb. **2)** S. Ersatz, Schärfung, Strafgesetzbuch, Untersuchungs-Zust..., Privatankl..., Versuch.

Entführung. **1)** Wer eine Frauensperson in der Absicht, sie zur Befriedigung

des Geschlechtstriebes zu mißbrauchen oder mißbrauchen zu lassen, durch Gewalt, Bedrohung mit widerrechtlichen Handlungen, oder durch List dergestalt sich bemächtigt, daß sie dadurch außer Stand gesetzt wird, den Schutz der Gesetze anzurufen, hat Arbeitshaus oder Zuchthaus bis zu 3 Jahren, und wenn die erwähnte Absicht erreicht worden ist, bis zu 4 Jahren verwirkt. Ist die Entführung zu dem Zwecke verübt worden, um eine unbescholtene Frauensperson zu gewerbmäßiger Unzucht zu verleiten, so tritt Zuchthaus bis zu 6 Jahren ein. Str.Gb. v. 1855. Art. 187. **2)** Mit 1 bis 3jähr. Gefängniß ist derjenige zu belegen, welcher in der zu Anfang des cit. Art. 187. bezeichneten Absicht eine Frauensperson über 12, jedoch unter 14 Jahren, zwar im Einverständnisse mit derselben, aber wider Wissen und Willen der Aeltern, der Wahlältern, oder des Vormundes derselben entführt. Ist die gedachte Absicht erreicht worden, so tritt 1 bis 3jähr. Arbeitshaus ein. Ist die Absicht auf den im letzten Satze des Art. 187. angegebenen Zweck gerichtet gewesen, so ist auf die daselbst angedrohte Strafe zu erkennen. Art. 188. **3)** Wenn zur Erreichung eines der in den cit. Art. 187. u. 188. gedachten Zwecke eine über 14 Jahre alte u. noch im Hause ihrer Aeltern oder der Stellvertreter derselben lebende Frauensperson mit ihrer Zustimmung, aber wider den Willen der Aeltern, der Wahlältern, oder des Vormundes derselben, oder eine Ehefrau mit ihrer Zustimmung, aber wider den Willen ihres Ehemannes entführt wird, so sind der Entführer u. die Entführte, ein Jedes, im ersteren Falle mit Gefängniß von 1 bis zu 4 Monaten, im zweiten mit Gefängniß von 1 bis zu 8 Monaten zu bestrafen. Art. 189. **4)** Die Strafen der E. sind in den Art. 187. 188. cit. angegebenen Fällen auf 3mon. bis 1jähr. Gefängniß zu ermäßigen, wenn der Entführer freiwillig den dabei gehabten Endzweck aufgegeben und die entführte Person unverletzt aus seiner Gewalt entlassen hat. In den Art. 189. erwähnten Fällen ist dieser Umstand bei der Strafabmessung zu berücksichtigen. Art. 190. **5)** a) Wer eine unverheirathete Frauensperson wider ihren Willen entführt, um sie zur Eingehung einer Ehe zu nöthigen, wird mit 1 bis 3jähr. Arbeitshause belegt. Art. 191. — b) Die E. einer unverheiratheten, über 14 Jahre alten Frauensperson mit ihrer Einwilligung, um sie zu ehelichen, jedoch wider den Willen derjenigen, deren Einwilligung nach den Gesetzen zur Verehelichung erforderlich ist, wird an dem Entführer mit Gefängniß von 1 bis zu 3 Monaten, an der Frauensperson mit Gefängniß von 2 Wochen bis zu 1 Monate bestraft. Art. 192. — c) Hat aber die entführte Person das 14. Altersjahr noch nicht zurückgelegt, so tritt nur gegen den Entführer Bestrafung ein, und zwar mit Gefängniß von 1 Monate bis zu 2 Jahren. ib. **6)** Wegen der in den Artikeln 188. bis mit 192. erwähnten Vergehungen, jedoch mit Ausnahme des im Schlußsatze des Art. 188. erwähnten Falles, ist nur auf den Antrag einer durch ein solches Vergehen in ihren Rechten verletzten Person mit der Untersuchung zu verfahren. Ist eine Ehefrau mit ihrer Einwilligung entführt worden (cit. Art. 189.), so gilt der Antrag auf Bestrafung des einen Theils zugleich als solcher gegen den anderen. Art. 193. **7)** Aeltr. Recht: Art. 148—154. des Cr.Gb. v. 1838. G.S. S. 150. Const. ined. 19. in Haubold's Handb. Churf. Ges. S. 144., G. v. 8. Febr. 1834. §. 6. G.S. S. 48. **8)** S. Unzucht, Menschenraub.

Entgegenkommen, s. Erbieten.

Entgegnungen. S. Berichtigungen.

Enthauptete, Enthauptung. S. Anatom..., Todesstrafe, Begräbniß, Hinrichtung.

Enthüllen, s. Entdecken.

Entkleiden. S. Züchtigung.

Entkommen, s. Flucht.

Entladen, s. Abladen.

Entlaßne. S. Gendarmen, Zwickau, I., Vagabonden, Verhaltschein.

Entlassung 1) aus dem Unterthanenverbande. S. Unterthanenrecht. **2)** E. aus der Haft oder öffentlichen Anstalten: s. Untersuchungshaft, Untersuchungsverfahren vor d. E.R., Vollstre-

ckung, Anklageverf..., Handgel..., Gerichtliche P., Privatanklage, Aussetzung, Schuldarrest, Wechselverfahren, Wechselerk..., Wechselbekl..., Rückfall. Ferner: Landes-Versorg..., Zwickau. **3)** aus Anstellungen, Diensten u. dgl.: s. Schullehrer, Staatsdienst, Patrimonialgerichte, Stadtrath. Ferner: Gesinde. **4)** aus Kirche und Schule. S. Religion, Schulentlass.... **5)** aus der Armee; a) mit Abschied. S. Armee; b) ohne Abschied: die E. eines Offiziers ohne ehrenvollen Abschied, falls sie nicht als gesetzliche Folge der Strafe von selbst eintritt, kann nur durch den König verfügt werden, und ist anwendbar: a) in allen Fällen, wo nach dem M.Str.Gb. §. 40. unter 1. bleibende Degradation (s. d.) der Unteroffiziere eintritt; wenn ein Offizier wegen Vergehen, welche Cassation oder E. ohne ehrenvollen Abschied nach sich ziehen, oder wegen Vergehen, welche, wenn sie erwiesen worden wären, seine Autorität bei den Untergebenen oder sein Vertrauen bei den Vorgesetzten beeinträchtigen würden, aus Mangel an vollständigem Beweise der Schuld klagfrei gesprochen worden ist (s. Erkenntnisse); in Folge des Ausspruchs eines nach den Vorschriften des Dienstreglements niedergesetzten Disciplinargerichts; wegen wiederholter Begehung eines der im §. 26. des Civilstaatsdienergesetzes (s. Staatsdienst) namhaft gemachten Fehler, wenn die dem Vorgesetzten nach dem Dienstreglement zu Gebote stehenden Besserungsmittel ohne Erfolg geblieben sind; wenn zu dem Vermögen eines Offiziers das Concursverfahren eröffnet worden ist. Mit der E. eines Offiziers ohne ehrenvollen Abschied kann auch der Verlust des Titels und Ranges, ingleichen die Entziehung etwaiger Orden und Ehrenzeichen, als worüber vom Könige auf Vortrag des Kriegsministeriums entschieden wird, verbunden werden. Dieser letzteren Maßregel sind auch solche Offiziere nachträglich unterworfen, welche erst nach bereits erfolgter ehrenvoller E. dazu Veranlassung geben; und es haben demnach die Civilobrigkeiten über derartige Fälle Bericht zum Kriegsministerium zu erstatten. §. 46. d. M.Str.Gb. v. 1855. G.S. S. 547.

Entlastung. S. Verbürgung, Quittung, Arrest.

Entlastungsbeweis. S. Anklageverf...

Entlaufen. S. Betteln, Flucht, Gesinde, Desertion....

Entleibung. S. Mord, Selbstmord, Todschlag, Anatomische Anst., Begräbniß.

Entnehmen. S. Waaren, Lehrlinge, Schulzeit, Credit..., Darlehen.

Entrichten. S. Zahlung, Abgaben.

Entsagung, s. Verzichtleistung.

Entschädigung. S. Schadenersatz, Steuerfreiheit, Ablösung, Arrest, I., Censur, Eigenthum, Gemeindeleistungen, Gemeinheitstheilung, Gruben, Anschluß, Expropriation, Wasserläufe, Ersatz, Bergschäden, Werth, Beschädigung, Vollstreckung, Caution, Verwandlung, Confiscation, Gutsherrliche R., Straßenbau.

Entscheidung. S. Erkenntnisse, Unmittelbare V., Beschwerdeführung.

Entscheidungsgründe. **1)** E. haben alle Gerichtsstellen ihren Entscheidungen beizufügen. §. 46. d. V.U. v. 4. Sept. 1831. G.S. S. 251. Sie sind auch in Verwaltungs-, Justiz- und Straffachen zu geben, G. v. 30. Jan. 1835. §. 42. G.S. S. 97. [Aeltr. Recht: M. v. 18. März 1715. C.A. T. I. S. 1185., Res. v. 30. April 1715. ib. S. 374., Res. v. 18. April 1716. ib. S. 381., E.P.O. ad Tit. 5. §. 3. S. 47., ad Tit. 34. §. 4. S. 178., ad Tit. 11. §. 1. S. 85., ad Tit. 41. §. 5. S. 238.] **2)** Vergl. noch die Artikel: Appellationsgericht, das vorm., Vertheidigung, Beschwerdeführung, Einreden, Erkenntnisse, Geheime...

Entschließung, s. Resolution.

Entschluß. S. Erfolg, Einverständniß, Vorsatz.

Entschuldigung. S. Vormundschaft, Communalgarde, Ungehorsam, Ehehaften, Untersuchungsverfahren, Vertheidigung, Armenadvocat, Gemeindeleistungen, Schulversäumniß, Zeugen, Ausbleiben, Weigerung.

Entseelt. S. Tod.

Entsetzung. S. Besitz, Staatsdienst, Remotion.

Entsiegelung. Die E. von unter Sie-

gel gelegten Nachlässen ist möglichst bald, unter Zuziehung des Vormunds oder seines Actors vorzunehmen. V.O. Cap. XI. §. 3. S. 48. S. Erbschaft, Verlassenschaft, Notare.

Entspringen. S. Befreiung, Flucht.

Entsprungne. S. Gendarmen, Arrest.

Entstehen. S. Brandstiftung, Feuer, Gütepflegung, Erfolg.

Entstellen. S. Beschädigung, Aussage, Körperverletzung, Betrug, Fälschung, Forstverbrechen, Schmähungen.

Entwachsen. S. Waldungen.

Entwährung, s. Eviction...

Entwässern. S. Graben, Gewässer, Wasserläufe, Zusammenlegung.

Entweichung. S. Vollstreckung, Flucht.

Entwenden. S. Diebstahl.

Entwickelung. S. Körperverletzung, Geisteskranke.

Entwischen, s. Flucht, Befreiung.

Entwurzeln. S. Waldungen, Windbruch.

Entziehen. S. Anmaßung, Adhäsion, Avocation, Entführung, Verleitung, Diebstahl, Menschenraub, Stiftungen, Schulversäumniß.

Entzogene Sachen. S. Anschluß.

Entzünden. S. Brand..., Feuer..., Pulver, Körperverl...

Epauletten. S. Uniform.

Ephoralverfassung. S. Inspection, Superintendenten, Oberlausitz.

Ephoren, Ephorieen. S. Superintendenten.

Ephoralwagen. Neue E. sollen nicht angeschafft werden; die noch vorhandenen sind aus den Aerarien zu repariren. Rescr. v. 12. Sept. 1774. C. A. C. II. T. I. S. 191.

Epidemie. S. Krankheit, Stilles ...

Epileptische. S. Landes-Versorg- und Heilanstalten.

Eppendorf. Die Sparcasse, Decr. v. 31. Jan. 1859. G.S. S. 43. — Auszug der Sp.C.Ordnung ib. S. 44. f.

Equipage. S. Beschädigung, Ausweichen, Fahren.

Equipiren. S. Uniform, Kleider, Fabriken.

Erbanfall, s. Edictalcitation, Erb...

Erbauen. S. Neubaue, Wohn..., Dach...

Erbauungsschriften. S. Censur.

Erbbegräbniß. S. Begräbniß.

Erbbelehnung. S. Bergregal.

Erbbriefe. **1)** Hinsichtlich der E. über Erb- und Allodialgüter, worüber dergleichen früher ertheilt worden sind, sollen die wegen Ausfertigung neuer Lehnbriefe ergangenen Bestimmungen des Gen. v. 30. Nov. 1820. G.S. S. 165. gelten. §. 9. ib. **2)** S. Erbverwandlung.

Erbe. S. Erbgüter, Erbverwandlung.

Erbegeld. E. wird hauptsächlich das genannt, was man einem der Erben aus der gemeinsamen Erbschaft vor od. nach der Theilung zu seinem Antheile heraus zu geben schuldig ist; demnächst, wiewohl uneigentlich, das, was man von einem erkauften Gute von Jahren zu Jahren in größerer oder geringerer Summe abzutragen pflegt. Pr.O. Tit. 42. §. 7. S. 242., A. u. G.O. v. 1. Dec. 1612. P. I. §. 24. Prim. Cl. V. C. A. T. III. S. 154. u. L.C.W. T. I. S. 16. S. auch: Concursgläubiger, A. I. 7.

Erbeinigung. **1)** Die unter dem Namen E. geschlossenen Vereinigungen zu Schutz u. Freundschaft zwischen Sachsen u. Böhmen v. 13. April 1557. u. 24. Oct. 1587. enthält das L.C.W. T. II. S. 1341. u. 1371. Vergl. auch den Receß wegen Abtretung der Ober- u. Niederlausitz v. 30. Mai 1635. ib. S. 1413. **2)** S. Erbschaft, Erbschaftstheilung, Erbverträge.

Erbeinsetzung. S. Testamente, Erbfolge.

Erben. **1)** Die E. hatten, nach den Bestimmungen des Cr.Gb. v. 1838. die ihrem Erblasser zuerkannten nicht alternativen Geldstrafen aus dem Nachlasse zu zahlen, doch war es ihnen unbenommen, dagegen die zuständigen, von dem Erblasser selbst noch nicht gebrauchten Rechtsmittel einzuwenden. Art. 74. d. Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 133. Gegenwärtig vergl. den Artikel: Vollstreckung. Insbesondere wegen der Zoll- und Steuervergehen s. das G. v. 3. April 1838. §. 48. G.S. S. 347., G. v. 4. April 1838. §. 63. G.S. S. 360. **2)** Contracte binden auch die E., dies ist mithin

auch von den E. des Vermiether und Miether zu verstehen. Const. 37. P. II. v. 1572. C.A. T. I. S. 98. **3)** Die E. des Vormunds müssen das Vermögen des Unmündigen nach des Vormunds Absterben ausantworten. V.O. Cap. II. §. 9. S. 17. der Handausg., L.C.W. T. IV. S. 130. S. dazu Vormundschaft, 53. **4)** Wenn Kinder ihres Vaters E. geworden sind, so können sie, nach erlangter Volljährigkeit und geendigter väterlicher Gewalt, wegen derjenigen Verhandlungen, welche ihre Väter ungiltiger Weise über ihr Vermögen unternommen haben, gleich andern gewesenen Unmündigen, der diesfalls geordneten Rechtsmittel sich bedienen. V.O. Cap. XXII. §. 7. a. a. O. **5)** In soweit die E. anderer Vormünder denen, mit welchen letztere wegen ihrer Unmündigen Verträge geschlossen haben, gerecht zu werden verbunden sind, soweit findet solches auch bei Kindern Statt, welche ihres Vaters E. geworden sind. ib. **6)** Die E. eines Unmündigen können noch vor übergebener Schluß- und Hauptrechnung Besitz ergreifen, sobald sie sich hierzu gehörig legitimirt haben. ib. Cap. XIX. §. 1. **7)** Die mündigen E. eines Unmündigen können sich über die geführte Vormundschaft mit dem Vormunde außergerichtlich vergleichen. ib. Cap. XIX. §. 1. **8)** Die E. eines im insolventen Zustande verstorbenen Schuldners sollen, es sei der Concurs bei seinem Leben, oder erst nach seinem Tode ausgebrochen, innerhalb 8 Wochen sich erklären, ob sie entweder ohne Bedingung, oder soweit die Verlassenschaft reicht, und cum beneficio inventarii (S. Erbschaft, 2. f.) der Erbschaft sich anmaßen, oder derselben sich begeben wollen; außerdem werden sie von der Erbfolge ausgeschlossen. M. v. 20. Dec. 1766. §. 16. 22. C.A. C. I. T. I. S. 933., Lauf. M. v. 2. Aug. 1783. §. 16. 22. C.A. C. II. T. III. S. 184. u. L.C.W. T. IV. S. 13. Auch s. die Hand.G.O. v. 21. Dec. 1682. Tit. 23. C.A. T. II. S. 2048. **9)** Ist der Gemeinschuldner zu besserm Vermögen gelangt, so sind dessen E., wenn die Gläubiger binnen Jahresfrist darum ansuchen, zu Ausantwortung eines richtigen Inventarii, oder in dessen Ermangelung zur eidlichen Specification des Nachlasses anzuhalten, ib. §. 17., s. dazu: Accord. **10)** Die E. sind ohne besondere förmliche Reassumtion (S. Litisreassumtion) den Proceß fortzusetzen, oder, wenn sie des Klägers E. sind, sich davon mit Erstattung der von dem Verstorbenen verursachten Unkosten loszusagen verbunden; es ist ihnen auch mit dem Beneficio deliberandi (s. Erbschaft) sich desfalls zu behelfen nicht nachgelassen, sondern sie müssen dessen ungeachtet den Proceß fortstellen; jedoch laufen ihnen die Fatalien nicht eher, als nach 4 Monaten von dem erfolgten Todesfalle an. E.P.O. ad Tit. 17. §. 1. S. 101. [Aeltres Recht: M. v. 16. Jan. 1655. C.A. T. I. S. 285. 1137., Res. gr. v. 1661. Justizf. §. 19. ib. S. 217.] **11)** Gegen E. hat der Personalarrest nicht Statt, obwohl im Uebrigen ein Wechsel gegen selbige als ein Documentum guarentigiatum seine Giltigkeit behält. E.P.O. Anh. §. 12. S. 308., Lauf. Wechsel-O. v. 16. Nov. 1776. §. 5. L.C.W. T. III. S. 105. (vorher: Wechsel-O. v. 1710. §. 4. ib. T. I. S. 329.). S. Schuldarrest. **12)** Wenn die E. von Berggebäuden oder Antheilen deren Zuschreibung nicht binnen Jahresfrist nach Eintritt des Erbfalles nachgesucht haben, so sind sie hierzu, und zwar, da nöthig, unter Anwendung von Geldstrafen von 5 bis 100 Thalern und der Verwarnung, daß der Mangel bestimmter Erklärung für Lossagung werde erachtet werden, anzuhalten, dafern nicht etwa der Verlust ihres Eigenthums aus einem gesetzlichen Grunde bereits eingetreten ist. Für Berggebäude oder Gesellentheile ist innerhalb 4 Wochen vom Tode des bisherigen Eigenthümers ein Administrator vom Bergamte zu bestellen und bis zu Erledigung der Eigenthumsfrage beizubehalten. B.O. v. 1851. §. 66. G.S. S. 211. Hinsichtlich des Bergwerkseigenthums, zu welchem keine E. vorhanden sind, treten die allgemeinen Vorschriften wegen der gesetzlichen Allodialerbfolge ein. §. 67. ib. **13)** Ueber die rechtlichen Verhältnisse der E. geben noch Nachweis die Artikel: Armeneid, Armencasse, Auszug,

Abwesende, Beleidigung, Cession, Concurs, Concursgläubiger, A. III., Erbegeld, Eid, Eigenthum, Eigenthum an G., Erbschaft, Edictalcitation, Erbfolge, Executivproceß, Gegenbeweis, Gewerb- u. Pers..., Gnadenhalbjahr, Legitimation z. S., Lehnwaare, Staatspapiere, Testamente, Falcidisches, Grund- u. Hypothekenbuch, Kure, Militairpflicht, Untersuchungskosten, Urkunden, Verbürgung, Verlassenschaft, Vermächtniß, Verträge, Vorladung, Vollmacht, Wittwen, Wechselfähigkeit, Zurücknahme.

Erbetteln. S. Betteln, Bettler.

Erbeuten. S. Eigenthum, Mißbrauch.

Erbfähigkeit. S. Erbfolge, Testamente.

Erbfall. S. Erbfolge, Testamente.

Erbfolge. **A.** Allgemeine Bestimmungen. **1)** Stirbt Jemand, ohne sich einen Erben ernannt zu haben, oder gelangt die von ihm bestimmte E. aus irgend einem Grunde nicht zur Wirksamkeit, so tritt zu dessen Nachlasse die gesetzliche E. (successio ab intestato) ein. M. v. 31. Jan. 1829. §. 1. G.S. S. 37. **2)** Ist von einem Erblasser nur zu einem gewissen Theile seines Nachlasses ein Erbe ernannt, wegen des Uebrigen aber nichts verfügt worden, so soll in Ansehung jenes Theils der Bestimmung des Erblassers nachgegangen werden, wegen des Uebrigen aber ebenfalls die gesetzliche E. Statt finden. §. 2. ib. S. 38. **3)** Hat ein Erblasser zwar über die Gesamtheit seines Vermögens auf den Todesfall verfügt, jedoch eine oder mehrere bestimmte Sachen davon ausgenommen, oder sich zur Disposition vorbehalten, darüber aber keine giltige Verfügung getroffen, so sind diese Sachen auch den zur gesetzlichen E. berechtigten Personen zu überlassen. Letztere sind in diesem Falle wie Legatare zu beurtheilen. §. 3. ib. [2. Const. v. 1572. P. III. C.A. T. I. S. 105.] **4)** Sind in einem letzten Willen mehrere Personen zu Erben ernannt, es kann oder will aber eine von ihrem Rechte keinen Gebrauch machen, so fällt der dadurch erledigte Theil ebenfalls an die gesetzlichen Erben des Erblassers. Nur wenn mehrere Erben ohne Angabe, wie viel jeder erhalten soll, eingesetzt sind, wächst das auf den Wegfallenden Kommende seinen mit ihm auf gleiche Art ernannten Miterben zu. §. 4. ib. **5)** Treten gesetzliche Erben an die Stelle des einzigen, oder aller, oder eines der mehreren letztwilligen Erben, so müssen sie den giltigen Verfügungen des Erblassers eben so, wie es den Wegfallenden obgelegen hätte, nachkommen. §. 5. ib. **6)** Soll Jemand, nach dem Willen des Erblassers, erst einige Zeit nach des letztern Tode, oder beim Eintritte einer Bedingung, Erbe sein, so tritt bis dahin die gesetzliche E. ein. Soll Jemand das Erbrecht nur bis zum Eintritte eines Zeitpunctes, oder einer Bedingung haben, so tritt nachher die gesetzliche E. ein. Im erstern Falle finden zwischen dem gesetzlichen und dem letzwilligen, im zweiten aber zwischen diesem und jenem Erben die nemlichen Rechtsverhältnisse Statt, wie bei einer fideicommissarischen Substitution. §. 6. ib. **7)** Die Vorschriften in §§. 2—6. cit. gelten nur, wenn keine andere Absicht des Erblassers nachgewiesen werden kann. §. 7. ib. **8)** Hat ein gesetzlicher Erbe den Erblasser überlebt, so geht dessen Recht auf die Erbschaft, auch vor deren Antritte, auf seine Erben jeder Art über. Daher kann, wenn der Erbe vor dem Antritte stirbt, dessen Erbe die jenem angefallene Erbschaft annoch antreten, oder ausschlagen. §. 8. ib. **9)** Im Zweifel, welche von zwei oder mehrern Personen zuerst mit Tode abgegangen sei, hat Derjenige, welcher den frühern Tod der einen behauptet, seine Behauptung zu erweisen. Kann er dieses nicht, so ist anzunehmen, daß beide zu gleicher Zeit verstorben sind. §. 9. ib. S. 39. Die Bestimmungen im §. 8. und 9. gelten auch, wenn von der E. aus einem letzten Willen die Rede ist. §. 10. ib. **10)** Ein gesetzliches Erbrecht steht nur den Verwandten und Ehegatten, ingleichen den unten genannten öffentlichen Anstalten zu. §. 11. ib. **B.** Gesetzliche E. der leiblichen Verwandten. **11)** Ehelichen Kindern gebührt ein gesetzliches Erbrecht a) an dem Nachlasse ihres Vaters und ihrer Mut-

ter, b) an dem Nachlasse der entferntern Ascendenten väterlicher und mütterlicher Seite, ausgenommen, wenn diejenige Person, durch welche sie mit dem Erblasser verwandt sind, oder wenn, wie bei Urgroßältern, mehrere Personen zwischen ihnen u. dem Erblasser standen, eine von diesen, wegen ihrer unehelichen Geburt, in Gemäßheit der (unten bei no. 16. cit.) §. 18. enthaltenen Vorschrift der gesetzlichen E. in Ansehung der Verlassenschaft, von welcher die Rede ist, unfähig war; c) an dem Nachlasse sämtlicher Seitenverwandten von väterlicher und mütterlicher Seite, dafern der ihnen und dem Erblasser gemeinschaftliche Stammvater, oder die gemeinschaftliche Stammmutter, im Fall von dessen oder deren Verlassenschaft die Rede wäre, sowohl von ihnen als von dem jetzigen Erblasser, beerbt werden würde. §. 13. ib. S. 39. **12)** Für ehelich zu achten sind: alle aus einer durch priesterliche Trauung vollzogenen Ehe, oder doch, nach vorhergegangenem öffentlichen Verlöbnisse ihrer Aeltern, Gezeugte od. Geborne, obschon die Ehe nachher geschieden oder für nichtig erklärt, ingleichen, soviel das öffentliche Verlöbniß betrifft, obschon die Ehe unter den Verlobten aus irgend einem Grunde nicht vollzogen worden ist. Nur dann sind sie den Unehelichen beizuzählen, wenn der Verbindung ihrer Aeltern ein noch bestehendes Eheband des einen oder beider Theile, oder eine so nahe Verwandtschaft oder Schwägerschaft entgegen stand, daß nicht nur keine Dispensation ertheilt, sondern auch die Ehe nicht einmal geduldet werden konnte, und wenn dieß Hinderniß beiden Aeltern zur Zeit ihrer Verehelichung oder Verlobung bekannt gewesen ist. §. 14. des M. v. 31. Jan. 1829. G.S. S. 40. (Dec. 49. v. 1661. C. A. T. I. S. 319.) **13)** Gleich zu achten sind den Ehelichen u. in d. bei 1. cit. G. darunter mit zu verstehen: Unehelichgeborne, deren Aeltern sich nachher mit einander verehelicht haben, von der Zeit dieser Verehelichung an, ausgenommen, wenn die Ehe von der Art war, daß daraus keine ehelichen Kinder erzeugt werden konnten (no. 12.). Ein bloßes öffentliches Verlöbniß der Aeltern ist zur Legitimation ihrer Kinder nicht hinreichend. §. 15. ib. **14)** Ist ein Unehelichgeborner vor der zwischen seinen Aeltern eingegangenen Ehe verstorben, so ist doch in Ansehung seiner Abkömmlinge anzunehmen, daß er durch diese Ehe legitimirt worden sei. Daher treten dessen eheliche Abkömmlinge mit den Aeltern und übrigen Verwandten desselben in das Verhältniß der ehelichen Verwandten. §. 16. ib. **15)** Uneheliche Kinder jeder Art haben ein Erbrecht an dem Vermögen ihrer Mutter und der entferntern Ascendenten, ingleichen sämtlicher Seitenverwandten von mütterlicher Seite, soweit diese Personen auch von den ehelichen Kindern beerbt werden können. Dieses Erbrecht steht ihnen zu, sie mögen allein vorhanden sein, oder mit ehelichen zusammentreffen. §. 17. ib. **16)** An dem Vermögen ihres Vaters u. der Verwandten von väterlicher Seite gebührt ihnen keine gesetzliche E. §. 18. ib. **17)** Haben uneheliche Geschwister denselben Vater und dieselbe Mutter, so sind sie doch nur als halbbürtige Geschwister (s. unten no. 40.) zu betrachten. §. 19. ib. **18)** Unehelichgeborne, welche, auf Ansuchen ihres Vaters (in der in den Beilagen unter D. und E. zu dem Rescr. v. 8. Jan. 1796. C. A. C. II. T. I. S. 513. f. beschriebenen Maße) legitimirt sind, succediren ihrem Vater, wie Eheliche. Den zur Zeit der Legitimation etwa schon vorhanden gewesenen ehelichen Kindern steht vor ihnen kein Vorzug zu. §. 20. ib. S. 41. **19)** Ferner sollen solche Legitimirte beerben: a) die ehelichen, vor oder nach ihrer Legitimation, gebornen Kinder ihres Vaters, und zwar wie Halbgeschwister (s. no. 40.), b) andere auf die bei no. 18. angegebene Art legitimirte Kinder ihres Vaters, und zwar, wie vollbürtige, oder halbbürtige Geschwister, je nachdem sie mit denselben eine Mutter haben, oder nicht, c) die ehelichen Abkömmlinge ihrer bei a. und b. erwähnten Brüder, ingleichen die ehelichen und unehelichen Descendenten ihrer dort gedachten Schwestern. §. 21. ib.

20) Kein gesetzliches Erbrecht aber haben sie an dem Vermögen der Ascendenten u. Collateralen ihres Vaters, soweit sie nicht desselben, nach vorhergegangener Einwilligung dieser Personen, in der Legitimationsurkunde für fähig erklärt worden sind. §. 22. ib. **21)** Das den durch ein Rescript Legitimirten zukommende Erbrecht (no. 18. 19.) gebührt auch deren nachgelassenen ehelichen, ingleichen, dafern eine Tochter legitimirt war, auch deren nachgelassenen unehelichen Abkömmlingen. §. 23. ib. **22)** Wer nach den unter 11—21. gegebenen Bestimmungen von einem Blutsverwandten beerbt werden könnte, ist auch (mit Ausnahme des Falles unten bei no. 38.) berechtigt, diesen zu beerben. §. 24. ib. **23)** Jedoch gelangen nicht sämtliche Blutsverwandte, denen ein gesetzliches Erbrecht zusteht, zugleich zur Succession, sondern es sind hierbei nachstehende vier Classen in Obacht zu nehmen. §. 25. ib. Es succediren nemlich: a) vor allen Andern die Abkömmlinge (Descendenten) des Erblassers, und nur in deren Ermangelung b) die Ascendenten; nach diesen aber c) die Geschwister u. deren Abkömmlinge, und wenn auch diese fehlen, d) die übrigen Seitenverwandten. §. 25. ib. S. 42. (Wiefern in jeder dieser Classen der Nähere dem Entferntern vorgehe, ist unten bei no. 30. f. angegeben.) **24)** Die Nähe der Verwandtschaft ist in jedem Falle nach der Todeszeit des Erblassers zu beurtheilen, mithin auch: a) wenn die Erbschaft einem noch im Mutterleibe befindlichen Kinde aufgehoben wird, dieses aber tod, oder sonst nicht rechtsfähig zur Welt kommt; oder b) wenn die gesetzliche E. nicht sofort nach dem Tode des Erblassers, sondern später eintritt. Daher sind, wenn Derjenige, welcher beim Tode des Erblassers der nächste gesetzliche Erbe war, vor dem Eintritte seiner E. stirbt, dessen Erben zur Succession zu lassen. §. 26. ib. **25)** Wegen der Abwesenden vergl. die Art. Abwesende, Edictalcitation. **26)** Ist Jemand mit dem Erblasser durch mehrere Linien verwandt, so erhält er in der Regel (s. unten §. 46.) in jeder Linie den ihm daraus gebührenden Erbtheil. §. 28. ib. **27)** Wie weit in einzelnen Fällen, durch das Zusammentreffen der Verwandten mit dem Ehegatten des Erblassers, der erstern Erbrecht beschränkt werde, oder ganz wegfalle, ist nach den unten in no. 59. f. enthaltenen Vorschriften zu beurtheilen. §. 29. ib. S. 43. **C.** Erste Classe der Blutsverwandten. **28)** Hinterläßt Jemand nur Ein Kind, so beerbt ihn dieses allein. Mehrere Kinder erben zu gleichen Theilen. Daher sind jüngere nicht befugt, um deshalb, weil auf ihre Erziehung weniger verwendet worden, als auf die Erziehung ihrer ältern Geschwister, etwas im Voraus zu verlangen. Ferner kann der jüngste Sohn keineswegs fordern, daß ihm ein von seinem Vater hinterlassenes Gut vorzugsweise überlassen, oder dafür ein Kührgeld entrichtet werde. §. 30. ib. S. 43. [Die ältr. Best. über das Kührrecht enthält: Const. 15. v. 1572. P. III. C.A. T. I. S. 108.] **29)** Die Unkosten zum Studiren dürfen nicht conferirt, oder einem Sohne an seinem Erbtheile gekürzt werden, wenn gleich die Aeltern solche in ihre Bücher aufgezeichnet hätten; es müßten denn die Aeltern solches ausdrücklich befohlen haben, oder es könnte beigebracht werden, daß den übrigen Kindern der Pflichttheil dadurch geschwächt würde, od. wenn sie übermäßig, oder ganz unnütz verwendet worden sein sollten. Dec. 50. v. 22. Juni 1661. C.A. T.I. S.320. **30)** Enkel, Urenkel und noch entferntere Abkömmlinge von noch lebenden nähern Descendenten werden durch diese von der E. ausgeschlossen. §. 31. ib. **31)** Ist ein Kind des Erblassers vor ihm verstorben, und sind von demselben ein oder mehrere Enkel vorhanden, so fällt Dasjenige, was jenem gebührt hätte, dem von ihm nachgelassenen Enkel, oder, wenn deren mehrere sind, diesen zu gleichen Theilen zu. Ist auch ein Enkel bereits vor dem Erblasser, mit Hinterlassung eines oder mehrerer Urenkel desselben, mit Tode abgegangen, so gebührt dessen Theil dem oder den Urenkeln, u. zwar den mehrern ebenfalls zu gleichen

Theilen. Eben so ist es zu halten, wenn noch entferntere Abkömmlinge von vorher verstorbenen nähern vorhanden sein sollten. §. 32. ib. **32)** Die §. 32. cit. enthaltenen Bestimmungen sind nicht nur in dem Falle anzuwenden, wenn entferntere Descendenten von verstorbenen nähern mit andern noch lebenden Kindern zusammentreffen, sondern auch dann, wenn die Verlassenschaft blos zwischen entferntern zu vertheilen ist. §. 33. ib. **33)** Dazu, daß entferntere Abkömmlinge zur E. gelangen, ist nicht nöthig, daß sie Erben der vorher verstorbenen, zwischen ihren und dem Erblasser gestandenen Descendenten geworden sind. §. 34. ib. **34)** Es sollen aber entferntere Abkömmlinge jedesmal Dasjenige in die Verlassenschaft einwerfen, was der vorher verstorbene nähere, dessen Antheil sie bekommen, einzuwerfen gehabt hätte, wenn er zur Succession gelangt wäre. §.35.ib. S.44. **D.** Zweite Classe der Blutsverwandten. **35)** Von den Ascendenten schließen die dem Erblasser dem Grade nach nähern die entferntern aus. Daher gelangen zuvörderst die Aeltern zur E. Sind beide noch am Leben, so erben sie zu gleichen Theilen. Ist nur noch Eins von ihnen vorhanden, so erhält dieses den Nachlaß allein. §.36. des M. v. 31. Jan. 1829. G.S.S. 44. **36)** Ist Keines von den Aeltern mehr am Leben, so gebührt die Erbschaft den Großältern, und zwar zur Hälfte denen von der väterlichen und zur Hälfte denen von der mütterlichen Seite. Die auf jede Seite kommende Hälfte erhält halb der Großvater u. halb die Großmutter, oder, wenn nur Eins von ihnen vorhanden ist, dieses allein. Sind die Großältern der einen Seite verstorben, so bekommen der od. die von der andern Seite noch existirenden den ganzen Nachlaß. §.37.ib. **37)** Sollten auch die Großältern nicht mehr am Leben sein und noch entferntere Ascendenten zur Succession gelangen, so sind, in Ansehung der Vertheilung der Verlassenschaft, die §.37. cit. enthaltenen Vorschriften analog anzuwenden. §.38.ib. **38)** Stammt Jemand von solchen Ehegatten od. öffentlich Verlobten ab, die nur unter der Voraussetzung, daß wenigstens Eins von ihnen das gegen ihre Verbindung vorhandene Hinderniß nicht kannte, eheliche Kinder zeugen konnten (s. oben §. 14.), und hat der Vater das Hinderniß gewußt, so ist dieser von der E. in Ansehung Jenes und dessen Descendenten auszuschließen. §.39.ib. **39)** Hinterläßt der Erblasser einen solchen der E. unfähigen Ascendenten oder ist der Erblasser von unehelicher Geburt, so, daß ihm die Ascendenten von der väterlichen Seite nicht succediren, so wird er von den übrigen Verwandten in der aufsteigenden Linie auf eben die Weise beerbt, als wenn der oder die Successionsunfähigen vor ihm verstorben wären. §. 40. ib. S. 45. **E.** Dritte Classe der Blutsverwandten. **40)** Geschwister theilen die Erbschaft unter sich nach der Personenzahl; jedoch ist, beim Zusammentreffen vollbürtiger und halbbürtiger, jedes von den erstern für zwei Personen zu rechnen. Daher bekommt z. B. wenn 2 vollbürtige und 2 halbbürtige Brüder oder Schwestern vorhanden sind, jedes der vollbürtigen $1/3$ und jedes der halbbürtigen $1/6$ des Nachlasses. §. 41. ib. **41)** Kinder eines Bruders oder einer Schwester gelangen nur dann zur Succession, wenn ihr Vater oder ihre Mutter, durch welchen oder welchen sie mit dem Erblasser verwandt sind, vor diesem verstorben ist. Noch entferntere Abkömmlinge der Geschwister erben nur, wenn keine von denen Personen mehr am Leben ist, welche zwischen ihnen u. dem Erblasser standen. Dagegen werden die Kinder, Enkel und Urenkel verstorbener Geschwister, durch andere noch lebende Geschwister, von der E. keineswegs ausgeschlossen. §. 42. ib. **42)** Gelangen, in Gemäßheit §.42. cit. Kinder od. entferntere Abkömmlinge verstorbener Geschwister allein, oder mit noch lebenden Geschwistern des Erblassers zur Succession, so treten sie, in Rücksicht des Erbtheils, an die Stelle des Bruders od. der Schwester, von welchem od. von welcher sie abstammen. Es bekommen also auch die Descendenten vollbürtiger Geschwister doppelt so viel, als halbbürtige Geschwister oder deren De-

scendenten. Das auf die Abkömmlinge eines Bruders oder einer Schwester Ausfallende wird unter ihnen eben so vertheilt, wie es in Ansehung der Enkel und Urenkel des Erblassers §. 32. 33. cit. vorgeschrieben ist. §. 43. ib. **43)** Abkömmlinge der Geschwister gelangen auch zur E., ob sie schon nicht Erben der zwischen ihnen und dem Erblasser gestandenen Personen geworden sind. §. 44. ib. **F.** Vierte Classe der Blutsverwandten. **44)** Von den Seitenverwandten in dieser Classe (§. 25. cit.) gebührt Demjenigen der Vorzug, welcher mit dem Erblasser einen nähern gemeinschaftlichen Vorfahr (Stammvater od. Stammmutter) hat, als die übrigen. Unter mehreren in dieser Rücksicht gleich nahen schließt Derjenige die andern aus, welcher dem Erblasser dem Grade nach am nächsten steht. Mehrere auch in dieser Hinsicht gleich nahe erben zu gleichen Theilen. §. 45. d. M. v. 31. Jan. 1829. G.S. S. 46. Hierbei macht es keinen Unterschied, ob die Erben mit dem Erblasser mehrfach (s. §. 28. cit.) oder nur einfach, durch Vollgeburt, oder nur durch Halbgeburt, verwandt sind. §. 46. ib. **G.** Erbfolge der Adoptivverwandten. **45)** Unter Adoptirten sind in Nachstehendem (§. 48—54. §. 58.) sowohl Arrogirte, als vollkommen und unvollkommen Adoptirte zu verstehen. §. 47. d. M. v. 31. Jan. 1829. G.S. S. 46. **46)** Was für ein Erbrecht denselben an dem Vermögen ihres Adoptivvaters, oder, wenn die Adoption von einer Frau geschehen ist, an dem Vermögen der Adoptivmutter zustehe, ist nach dem Adoptionsvertrage zu beurtheilen. §. 48. ib. **47)** Ist im Vertrage darüber nichts bestimmt, so beerben die Adoptirten den Adoptivvater oder die Adoptivmutter, wie eheliche Kinder, jedoch wenn Notherben vorhanden sind, unter der unten in §. 58. bemerkten Einschränkung. §. 49. ib. Dem Ehegatten, den Kindern und andern Verwandten des Adoptirenden succediren sie nicht. §. 50. ib. **48)** Ist ein Adoptivsohn vor dem Adoptirenden, mit Hinterlassung ehelicher, oder eine Adoptivtochter, mit Hinterlassung ehelicher od. unehelicher Kinder verstorben, so bekommen diese Kinder den Erbtheil, welcher ihrem Vater oder ihrer Mutter gebührt hätte. §. 51. ib. **49)** Adoptirte behalten ihr gesetzliches Erbrecht an dem Vermögen ihrer Blutsverwandten. §. 52. ib. Auch werden sie nur von diesen, nicht aber von dem Adoptirenden oder dessen Verwandten beerbt. §. 53. ib. S. 47. **50)** Das Erbrecht eines Adoptirten fällt nicht weg, wenn derselbe durch ausdrückliche Emancipation, oder auf eine andere Art von der väterlichen Gewalt des Adoptirenden befreit wird, dafern nicht, mit seiner Einwilligung, das Gegentheil festgesetzt worden ist. §. 54. ib. **H.** Pflichttheil der Verwandten. [Aeltres Recht: Const. 8. 9. 10. 11. 12. 38. v. 1572. P. III. C.A. T. I. S. 106. f., 2. fond. Const. v. 1572. ib. S. 132., 16. uned. Const. v. 1572., in Haubold's Handb. S. 141., Dec. 47. 50. v. 1661. C.A. T. I. S. 318. f.] **51)** Der Pflichttheil gebührt allen leiblichen Descendenten und Ascendenten eines Erblassers, soweit sie nach dem M. v. 31. Jan. 1829. der gesetzlichen E. in dessen Nachlaß fähig sind und sie die Successionsordnung trifft. §. 55. dieses M. G.S. v. 1829. S. 47. **52)** Er beträgt $1/2$ des Nachlasses, wenn 5 oder mehrere Kinder, $1/3$ des Nachlasses aber, wenn 4 oder weniger Kinder, oder nur Ascendenten vorhanden sind. Ist ein Kind vor dem Erblasser mit Hinterlassung von Abkömmlingen verstorben, so treten letztere eben so, wie bei der gesetzlichen E. (s. oben §. 32. 33.) an des erstern Stelle, und sind daher bei Berechnung des Pflichttheils, ohne Rücksicht auf ihre Anzahl, jedesmal nur für eine Person anzusehen. §. 56. ib. **53)** Wenn Kinder, welche auf die oben §. 20. cit. angegebene Art legitimirt sind, mit ehelichen, auch vor der Legitimation gebornen zusammentreffen, so sind sie bei Berechnung des Pflichttheils dieser Kinder mitzuzählen. [Es ist sich daher des bei dem oben angezogenen Rescr. v. Jahre 1796. befindlichen Formulars sub E. künftig weiter nicht zu bedienen.] §. 57. ib. **54)** Adoptirte u. deren Kinder (s. §. 51. cit.) haben, sofern in dem Adoptionsvertrage nichts Anderes bestimmt ist, ein Recht auf den Pflichttheil, in Ansehung des Adoptivvaters od. der Adop-

tivmutter, wie deren eheliche Kinder. Sie dürfen daher auch nur aus den Gründen, und nur unter Beobachtung der Feierlichkeiten, welche bei diesen Kindern Statt finden, enterbt werden. Es soll jedoch durch keine Adoption der Pflichttheil der dazu berechtigten Blutsverwandten geschmälert werden, oder gar wegfallen. Hinterläßt ein Erblasser leibliche und Adoptiv-Kinder zugleich, so sind jene bei der Berechnung des Pflichttheils der Letztern jedesmal mitzuzählen, die adoptirten hingegen bei der Berechnung des Pflichttheils der leiblichen Descendenten nur dann, wenn es diesen zum Vortheile gereicht. §.58. ib. [Wegen der §. 54. und 58. cit. enthaltenen Vorschriften ist das den arrogirten unmündigen Kindern, auf den Fall einer Enterbung od. Emancipation ohne gerechte Ursache früher zugestandene Recht auf 1/4 des Vermögens d. Arrogirenden weggefallen, §.59. d. M. v. 31. Jan. 1829. G.S. S.48.] **55)** Hinterläßt Jemand ein Lehn, auf dessen Erwerbung er sein ganzes Allodialvermögen, oder einen Theil desselben verwendet hat, und Blutsverwandte, welche den Pflichttheil zu fordern berechtigt sind (s. §. 55. cit.), aber ihm in das Lehn nicht succediren können, a) so ist bei Berechnung des Pflichttheils sothaner Verwandten, außer dem Allodialnachlasse, auch der Werth jenes Lehns, wie derselbe nach Abzug der Lehnsschulden zur Todeszeit des Erblassers besteht, in Anschlag zu bringen. §. 60. ib. b) Zur Tilgung des auf diese Art berechneten Pflichttheils ist zuvörderst das vorhandene Allodium anzuwenden. Reicht aber dieses dazu nicht hin, so ist das Fehlende aus der Substanz des Lehnes, wie eine durch Verwendung in dasselbe entstandene Schuld, abzuführen. ib. c) Der Pflichttheil soll in diesem Falle nicht weniger betragen, als §. 56. cit. festgesetzt ist. Es müssen sich aber auch die Notherben dabei Alles anrechnen lassen, was ihnen sonst in den Pflichttheil eingerechnet werden kann. ib. d) Töchter, welche den Pflichttheil aus einem neuen Lehne erhalten, können nicht noch außerdem eine Ausstattung aus diesem oder andern, von ihrem Vater besessenen Lehnen fordern. §.61. ib. e) Die angeordnete Ergänzung des Pflichttheils aus dem Lehne (s. §. 60. cit.) findet nicht Statt, soweit dieses mit Gelde von einem alten Lehne, das der Erblasser verkauft hatte, angeschafft worden, ingleichen, wenn das Lehn für kein neues zu achten ist, so, daß es bei dessen Erwerbung dem Erblasser nach den Grundsätzen des Lehnrechts nicht frei stand, Mitbelehnte zu präsentiren. §. 62. ib. [Aeltr. Recht: 2. sonderl. Const. v. 1572. C.A. T.I. S. 132.] f) Dem den oberlausitzischen Vasallen, in der confirm. Lehns-O. v. 22. Aug. 1652. C.A. T.III. S. 351. f. u. L.C.W. T.I. S. 1037. f. zum Besten ihrer Töchter und Schwestern eingeräumten Rechte soll durch die Vorschriften im §. 60. 61. 62. cit. kein Abbruch geschehen. §.63. ib. S.49. S. auch Concursgläubiger, C. 3. **56)** Geschwistern steht in keinem Falle das Recht zu, einen Pflichttheil zu fordern. §. 64. ib. **57)** Alles, was über den Pflichttheil der Verwandten in Localstatuten verordnet, oder an einzelnen Orten durch Herkommen eingeführt war, ist durch das M. v. 31. Jan. 1829. aufgehoben, und es kommen rücksichtlich des Pflichttheils nur die Vorschriften des M., und, wo diese nicht ausreichen, die der allgemeinen, in Sachsen geltenden Rechte zur Anwendung. §.65. ib. **58)** Der Pflichttheil kann mit keinem Ususfructus beschwert werden, Const. ined. 16., Haubold's Handb. ꝛc. S. 141.

I. Gesetzliche E. der Ehegatten. **59)** Nach dem Tode eines Ehemannes oder einer Ehefrau erhält von dessen oder deren gesamtem Allodialnachlasse der überlebende Ehegatte 1/4, wenn er mit Abkömmlingen, 1/3 aber, wenn er mit Ascendenten, oder mit Geschwistern, oder mit Abkömmlingen der Geschwister eines Erblassers zusammentrifft. §. 66. d. M. v. 31. Jan. 1829. G.S. S. 49. **60)** Hinterläßt jedoch ein Erblasser keine andern, der gesetzlichen E. fähigen Descendenten, als Kinder, welche er während der Ehe adoptirt hat, so gebührt seinem Ehegatten 1/3 des Nachlasses. §. 67. ib. **61)** Eben so viel gebührt der Ehefrau, wenn sie nur mit Kindern zusammentrifft, welche auf Ansuchung ihres Emannes, während der Ehe

legitimirt worden sind, ingleichen dem Ehemanne, wenn die Ehefrau nur Kinder aus einem Ehebruche hinterläßt, dessen sie sich während der Ehe mit ihm schuldig gemacht hat. §. 68. ib. **62)** Hinterläßt der Verstorbene nur Verwandte in der 4. Classe (§. 45.) und stehen diese mit ihm im 6. oder in einem nähern Grade, so bekommt der Ehegatte $1/2$ des Nachlasses, sind aber gar keine, oder nur Verwandte des 7. oder entfernterer Grade vorhanden, so erhält er den ganzen Nachlaß. §. 69. ib. S. 50. **63)** Die §. 66. 67. 68. cit. festgesetzten Erbtheile, ingleichen in den §. 69. cit. erwähnten Fällen $1/3$ der Verlassenschaft, dürfen in der Regel (vergl. §. 84. f.) dem überlebenden Ehegatten, wider dessen Willen, durch keine Verfügung auf den Todesfall entzogen, geschmälert oder beschwert werden. §. 70. ib. [Const. 7. v. 1572. P. III. C. A. T. I. S. 106.] **64)** Hat ein Ehegatte über sein ganzes Vermögen, oder doch über mehr, als wozu er nach §. 70. cit. berechtigt war, auf den Todesfall verfügt, so ist die Disposition, jedoch nur soweit sie den überlebenden Ehegatten im Pflichttheile verletzt, ungiltig. §. 71. ib. **65)** Dasselbe soll auch in Ansehung der vor der Ehe getroffenen widerruflichen Verfügungen auf den Todesfall Statt finden. Erbverträge hingegen, wodurch vor der Ehe einem Dritten der Nachlaß unwiderruflich zugesichert worden, darf der überlebende Ehegatte wegen einer Verletzung im Pflichttheile nicht anfechten. §. 72. ib. **66)** Ist der Pflichttheil dem Ehegatten zwar hinterlassen, aber von einer Bedingung abhängig gemacht, oder sonst (z. B. mit einem Fideicommisse) beschwert, so ist die Bedingung od. Beschwerde für nicht beigefügt zu achten. Es soll jedoch in diesem Falle der überlebende Ehegatte, wenn er die Verfügung des Erblassers nicht anerkennen will, nur den Pflichttheil, nicht aber auch das ihm etwa außerdem Vermachte erhalten. §. 73. ib. **67)** Hinterläßt Jemand ein Lehn, das er mit Allodialvermögen erworben hat, so sind, im Betreff des Pflichttheils seines Ehegatten, die §. 60. cit. befindlichen Vorschriften zur Anwendung zu bringen, jedoch nur, soweit dieselben, nach §. 62. cit. nicht eine Ausnahme leiden und wenn das Lehn während der Ehe erworben worden ist. §. 74. ib. **68)** Hat eine Ehefrau sich die freie Verfügung über ihr Vermögen, oder über einen Theil desselben ausdrücklich vorbehalten, oder ist ihr von einem Dritten etwas geschenkt oder vermacht und die freie Verfügung darüber vorbehalten worden, so kommt davon, bei der Berechnung des Pflichttheils des Ehemannes, nur Dasjenige in Anschlag, worüber die Ehefrau weder unter den Lebendigen, noch auf den Todesfall giltiger Weise disponirt hat. Dasselbe gilt in Ansehung des Pflichttheils der Ehefrau, wenn dem Ehemanne, vermöge eines Vorbehalts, die freie Verfügung auf den Todesfall zustand und er sich dieses Rechts bedient hat. §. 75. ib. **69)** Was Abkömmlinge des Erblassers zu ihrer Ausgleichung unter einander in den Nachlaß einwerfen müssen, ist bei Berechnung des Pflichttheils der Ehegatten nicht zu berücksichtigen. §. 76. ib. **70)** Die §. 66. bis 76. cit. bestimmte E. gebührt dem überlebenden Ehegatten ohne Einwerfung seines eignen Vermögens, mithin einer Wittwe außer dem ihr aus dem Nachlasse ihres Ehemannes zurückzugebenden Einbringen. §. 77. ib. [Aeltr. Recht: Const. 20. u. 37. P. III. C. A. T. I. S. 110., Bef. v. 15. Dec. 1606. ib. S. 165., Lauf. L.O. v. 1551. C. A. T. III. S. 87.] **71)** Ehegatten sind in Ansehung ihrer Erb- und Pflicht-Theile nicht wie besondere Nachfolger, sondern wie Erben zu beurtheilen. §. 78. ib. **72)** Es hat aber ein Ehegatte keinen Anspruch auf die im Vorstehenden geordnete E., wenn hierüber und zwar, soviel den Pflichttheil betrifft, mit seiner Einwilligung etwas Anderes bestimmt worden ist. §. 79. ib. Dieß ist im Zweifel anzunehmen, wenn ihm in der Ehestiftung, oder sonst vertragsweise, aus dem Vermögen des andern Ehegatten irgend etwas auf den Todesfall (z. B. eine Summe Geld, eine Rente, insonderheit, so viel die Eheweiber betrifft, ein Gegenvermächtniß, ein Leibgedinge)

ausgesetzt ist, oder wenn derselbe, vermöge eines, unter seiner Zustimmung oder Genehmigung, mit einem Dritten abgeschlossenen Vertrags, etwas aus einer von dem Erblasser veräußerten Sache, (z. B. einen Auszug) nach des letztern Tode erhalten soll. §. 80. ib. Dasselbe gilt, wenn ihm in einer einseitigen Willenserklärung des andern Ehegatten irgend etwas auf den Todesfall ausgesetzt ist und er dieses annimmt, oder sonst jene Willenserklärung als ihn verbindend anerkennt. §. 81. ib. Daher muß in den §. 80. 81. cit. angegebenen Fällen der überlebende Ehegatte mit den ihm ausgesetzten Gegenständen sich begnügen, dafern er nicht darzuthun vermag, daß der Erblasser in seiner Disposition eine andere Absicht gehabt habe. §.82. ib. S.52. **73)** Hat der Erblasser über sein übriges Vermögen nichts verfügt und hinterläßt derselbe gar keine Verwandten, oder doch nur Collateralen des 7. oder entfernterer Grade, so gebührt seinem Ehegatten auch in den §. 80. 81. cit. gedachten Fällen der übrige Nachlaß. (Vergl. §.69. cit.) §. 83. ib. **74)** Das Erbrecht eines Ehegatten fällt weg, wenn er aus einer hinreichenden Ursache enterbt wird. §.84. ib. Hierzu ist der Erblasser nur berechtigt: wenn sein Ehegatte die Eingehung der Ehe durch Zwang od. Betrug veranlaßt, oder sich eines Ehebruchs schuldig gemacht, oder ihm nach dem Leben getrachtet, oder ihn böslicher Weise verlassen, oder sonst sich eines Verbrechens, worauf Zuchthausstrafe oder eine gleiche oder härtere Strafe steht, gegen ihn schuldig gemacht und wenn, so viel den Ehebruch betrifft, der Erblasser nicht auf gleiche Weise die eheliche Treue verletzt hat. §. 85. ib. **75)** Die Enterbung eines Ehegatten ist nur giltig, sofern sie, unter ausdrücklicher Angabe der Ursache dazu, und mit Beobachtung derjenigen äußerlichen Feierlichkeiten geschieht, welche zur Errichtung eines gerichtlichen od. eines feierlichen Privattestaments erfordert werden. §. 86. ib. Wird die Wahrheit der Enterbungsursache von dem überlebenden Ehegatten geleugnet, so ist sie von dem Erben zu erweisen. §. 87. ib. **76)** Der Enterbung gleich zu achten ist es, wenn der Erblasser die Annullation oder Scheidung der Ehe, oder beständige Scheidung von Tisch u. Bett, aus einem der §. 85. cit. angeführten Gründe, soweit diese dazu hinreichen, gesucht und wenn darauf das Gericht, wohin die Sache gehört, eine Aussöhnung vergebens versucht hat. §. 88. ib. **77)** Kann der schuldige Ehegatte darthun, daß der Erblasser, vor oder nach der Enterbung, oder dem §. 88. cit. erwähnten Gesuche, ihm ausdrücklich oder stillschweigend verziehen habe, so ist ihm der Pflichttheil und, in den §. 69. cit. angegebenen Fällen, auch das übrige ihm Gebührende, soweit der Erblasser über das letztere nicht verfügt hat, zu überlassen. §. 89. d. M. v. 31. Jan. 1829. G.S. S.53. **78)** Wie ein Ehegatte, auch ohne enterbt zu sein, wegen Unwürdigkeit des Erbrechts verlustig werden könne, ist unten aus §. 104. f. zu ersehen. §. 90. ib. **79)** Das Recht auf die §. 66. bis 89. cit. geordnete E. entsteht lediglich durch die priesterliche Trauung. Verlobten gebührt dasselbe in keinem Falle. §. 91. ib. Außer der priesterlichen Trauung ist zu jener E. nichts erforderlich, als daß die Ehe bis zum Tode des Erblassers bestanden hat. Gedachte E. tritt daher nicht ein, wenn die Ehe vor des Erblassers Ableben aus irgend einem Grunde rechtskräftig für nichtig erklärt, oder geschieden worden ist. §. 92. ib. Daher soll bei Ehеannullationen oder Scheidungen keinem Theile ein Erbrecht an dem Vermögen des andern vorbehalten, oder so, als sei der andere Theil bereits verstorben, zuerkannt werden, §. 93. ib., und es hat jeder Ehemann der Ehefrau, die von ihm geschieden wird, ihr Einbringen zurückzugeben. §. 94. ib. **80)** Verwandte oder andere Erben sind nicht befugt, dem noch nicht geschiedenen Ehegatten ihres Erblassers das Erbrecht um deshalb zu bestreiten, weil ein Grund zur Annullation od. Scheidung der Ehe vorhanden gewesen ist, außer in dem §. 88. cit. angegebenen, der Enterbung gleich zu achtenden Falle, oder wenn der überlebende Ehegatte mit dem Erblasser wissentlich eine solche Ehe eingegangen hat,

die wegen eines noch bestehenden Ehebandes ungiltig war, oder die wegen zu naher Verwandtschaft oder Schwägerschaft nicht einmal geduldet werden könnte. §. 95. ib. [Aeltr. Recht: Const. 21. v. 1572. P. IV. C. A. T. I. S. 123.] **81)** Zeitige Scheidung vom Tische und Bette hebt das Erbrecht nicht auf. Bei der beständigen verliert der schuldige Theil das Erbrecht. Der Einfluß einer beständigen Scheidung vom Tische und Bette auf die E. des unschuldigen Theils ist nach den allgemeinen Grundsätzen über die bürgerlichen Wirkungen einer solchen Scheidung zu beurtheilen. §. 96. ib. **82)** Die §. 84—89. 91. 92. 93. 95. 96. cit. enthaltenen Vorschriften sind auch in Ansehung dessen anzuwenden, was einem Ehegatten aus dem Vermögen des andern auf den Todesfall, kraft einer Ehestiftung, oder einer andern Verfügung, gebühret. Verliert jedoch diesem gemäß ein Ehegatte etwas, was er nur gegen die Hingabe eines Theils seines eignen Vermögens erhalten sollte, (z. B. die Ehefrau ein Leibgedinge, wegen dessen sie ihr Ehegeld inne lassen sollte,) so bekommt er das Seinige unverkürzt zurück. §. 97. ib. S. 54. **83)** Die im Vorstehenden angeführte E. der Ehegatten findet ohne Unterschied des Standes des Erblassers, außer ihr aber gar keine Statt. §. 98. ib. [Dadurch ist weggefallen: a) das ausschließliche Recht der Ehemänner auf den Mobiliarnachlaß der Eheweiber, b) die statutarische Erbportion der Wittwen, c) die gesetzliche Morgengabe und das Mußtheil der Wittwen adeliger Erblasser, ingleichen d) das in den alten Erblanden denselben Wittwen zugestandene Recht, von den Lehnsfolgern der Ehemänner ein Leibgedinge, kraft des Gesetzes, zu fordern. §. 99. des M. v. 31. Jan. 1829. G.S. S. 54.] **84)** Die Sachen, welche früher zur Morgengabe und zum Mußtheile gerechnet worden, sind künftig den andern zum Nachlasse gehörigen Sachen gleich zu achten. §. 100. des M. v. 31. Jan. 1829. G.S. S. 54. **85)** Bestellt in Zukunft der Besitzer eines Lehngutes seiner Ehefrau ein Leibgedinge, so ist dieses zwar, wenn das Lehn an Personen kommt, die des Bestellers Verfügungen über dasselbe aus irgend einem Grunde anerkennen müssen, nach den bisher üblich gewesenen Grundsätzen (jedoch unter Berücksichtigung der Vorschriften §. 97. cit.) zu beurtheilen, diejenigen Lehnsfolger hingegen, welchen keine Verbindlichkeit zur Anerkennung der das Lehn betreffenden Dispositionen des Verstorbenen obliegt, sind auch nicht schuldig, das Leibgedinge abzuführen, außer wiefern sie dazu durch Familienverträge verbindlich sind, oder in dessen Bestellung eingewilligt haben. §. 101. ib. **K.** Gemeinschaftliche Grundsätze über die gesetzl. E. der Verwandten und Ehegatten. **86)** Bei dieser E. ist nicht darauf zu sehen, von wem der Verstorbene sein Vermögen erworben hat; daher gebührt den Verwandten vor dem Ehegatten, den Kindern 1. Ehe vor denen der 2. Ehe, den Großältern oder Geschwistern von väterlicher oder von mütterlicher Seite vor denen von der andern Seite kein Vorzug, wenn auch das Vermögen des Erblassers von einem ihrer Verwandten herkommt. §. 102. d. M. v. 31. Jan. 1829. G.S. S. 55. **87)** Hat ein Verwandter oder Ehegatte sich des gesetzlichen Erbrechts unwürdig gemacht, so ist die E. so zu bestimmen, als sei derselbe vor dem Erblasser verstorben. §. 103. ib. **88)** Des gesetzlichen Erbrechts unwürdig ist Der, welcher: a) den Erblasser vorsätzlich tödet, oder b) durch Zwang oder Betrug bewirkt, daß der Erblasser eine Disposition auf den Todesfall macht oder nicht macht, abändert oder nicht abändert, oder c) eine schriftliche Verfügung des Erblassers auf den Todesfall, oder die über eine mündliche Disposition desselben auf den Todesfall von einem Richter oder Notar gefertigte Urkunde, zum Nachtheile eines Dritten, unterdrückt. §. 104. ib. Andere Ursachen der Unwürdigkeit sind nicht anzunehmen. §. 105. ib. **89)** Ist der Unwürdige ein Notherbe, so verliert er auch den Pflichttheil. §. 106. ib. Erbt anstatt eines Unwürdigen ein in dessen väterlicher Gewalt befindliches Kind, so gebührt jenem an des letztern Erbtheile weder der Nießbrauch, noch die Verwaltung. §. 107. ib. **90)** Die Folgen der Unwürdigkeit fallen weg, wenn der Schuldige darthut, daß der Erblasser ihm verziehen hat. §. 108. ib. **91)** Auf

Verlust des Erbrechts wegen Unwürdigkeit ist nicht amtshalber von dem Richter zu erkennen. §. 109. ib. S. 56. **92)** Die Bestimmungen in §. 104—109. cit. gelten auch im Betreff der Erbschaften, Erbtheile oder einzelner Sachen, welche Verwandten, Ehegatten oder andern Personen in einer widerruflichen oder nicht widerruflichen Verfügung auf den Todesfall beschieden sind. §. 110. ib. S. 56. **93)** Schlägt ein Verwandter oder Ehegatte die ihm, vermöge des Gesetzes, angefallene Erbschaft oder Erbportion aus, so soll die E. ebenfalls so bestimmt werden, als sei der Ausschlagende vor dem Erblasser verstorben; jedoch sind in diesem Falle, wenn derselbe ein Verwandter der 1. oder 3. Classe ist, (vergl. oben §. 25.) auch dessen Descendenten von der Succession auszuschließen. §. 111. ib. **94)** Wer als Verwandter oder Ehegatte auf Herausgabe einer ihm, als gesetzlichem Erben, angefallenen Erbschaft eine Klage anstellt, ist schuldig, seine angeführte Eigenschaft zu erweisen. §. 112. ib. Ferner hat er darzuthun, daß diejenigen Personen, welche, weil ohne sie der Erblasser, oder er der Kläger, oder sie Beide, nicht existirt haben würden, vorhanden gewesen sein müssen, sofern diese Personen nach den Regeln der gesetzlichen E. ihn ganz ausschließen, oder doch mit ihm zugleich succediren würden, vor dem Erblasser verstorben sind, oder aus einem andern Grunde seinem Anspruche nicht entgegen stehen. §. 113. ib. **95)** Einen solchen Beweis hat mithin zu führen: a) ein Descendent, welcher die Erbschaft eines Ascendenten, ohne Abzug eines Viertheils für dessen Ehegatten (vergl. oben §. 66.) von welchem er abstammt, fordert, in Ansehung dieses Ehegatten, b) ein Enkel oder Urenkel, rücksichtlich des oder der zwischen ihm und dem Erblasser gestandenen Descendenten, c) ein Ascendent, in Ansehung der übrigen Ascendenten in gleichen und in nähern Graden, d) ein Seitenverwandter, rücksichtlich der Ascendenten des Erblassers, ingleichen rücksichtlich der nähern Collateralen, durch welche er mit dem Erblasser verwandt ist, e) ein den ganzen Nachlaß verlangender Ehegatte (vergl. oben §. 69.) in Ansehung der Ascendenten seines verstorbenen Ehegatten. §. 114. ib. **96)** Dem Kläger ist der Beweis, daß nicht noch andere nähere oder gleich nahe gesetzliche Erben existiren, welche zwar vorhanden gewesen sein können, deren Existenz aber nicht nothwendig gewesen ist, keineswegs anzusinnen. §. 115. des M. v. 31. Jan. 1829. G.S. S. 57. Es braucht daher nicht darzuthun a) ein Verwandter, (mit Ausnahme des Falles in §. 114. a. cit.) daß kein Ehegatte, b) ein Descendent, (den Fall §. 114. b. cit. ausgenommen) daß nicht noch andere Abkömmlinge, c) ein Ascendent oder Seitenverwandter, daß keine Descendenten, d) ein Seitenverwandter, daß keine andern Collateralen, als die §. 114. d. cit. angegebenen, e) ein Ehegatte, daß keine Abkömmlinge und Collateralen des Erblassers ihm entgegenstehen. §. 116. ib. **97)** Ist gegen den Kläger erwiesen, daß Personen der §. 116. cit. angegebenen Art existirt haben, so muß er auch darthun, daß diese seinem Anspruche nicht hinderlich sind. §. 117. ib. **98)** Der nach §. 113. 114. 117. cit. erforderliche Beweis ist dem Kläger in Ansehung solcher Personen zu erlassen, wegen welcher aus den übrigen Umständen sich ergiebt, daß seit ihrer Geburt 90 Jahre verflossen sind. §. 118. ib. **99)** Behauptet der Beklagte, daß die Erbschaft ganz oder zum Theil ihm gehöre, indem er von dem Erblasser zum Erben ernannt, oder weil er mit demselben in einem nähern oder gleich nahen Verhältnisse, wie der Kläger, stehe, so liegt ihm der Beweis seiner Behauptung ob. §. 119. ib. **100)** Auch wenn der Richter einen Nachlaß unter Aufsicht genommen hat, braucht der dessen Ausantwortung suchende gesetzliche Erbe zu seiner Legitimation nicht mehr beizubringen, als er, wenn er gegen eine Privatperson eine Klage anstellte, nach dem Vorstehenden darzuthun hätte. Es ist also der Richter nicht befugt, demselben aus dem Grunde, weil Erben der §. 115. cit. beschriebenen Art vorhanden sein können, die Ausantwortung der Verlassen-

schaft zu verweigern und amtshalber Edictalien, zur Ausmittelung solcher Erben, zu erlassen. §. 120. ib. **101)** Will Jemand, als gesetzlicher Erbe, ein einzelnes Recht ausüben, so hat er entweder zu bescheinigen, daß er sich bereits bei der competenten Gerichtsbehörde legitimirt habe, oder er hat seine Legitimation, im Bezug auf das auszuübende Recht, besonders, und zwar ebenfalls nach den vorstehenden, im Betreff Desjenigen, welcher auf die Herausgabe der ganzen Erbschaft geklagt hat, gedachten Vorschriften, zu bewerkstelligen, jedoch im letztern Falle annoch von der competenten Gerichtsbehörde (d. i. von der, welcher der Erblasser in persönlichen Rechtssachen unterworfen war, oder, dafern ein Richter zur Regulirung der Verlassenschaft, oder, soviel das auszustellende Attestat anlangt, hierzu Auftrag oder Befehl erhalten hat, von diesem Richter), dafern er es nicht mit dieser selbst zu thun hat, ein Attestat des Inhalts beizubringen, daß bei ihr, außer dem Impetranten, sich Niemand als den Erben Desjenigen, von dessen Nachlasse die Rede ist, gemeldet habe, und daß ihr auch Niemand bekannt sei, dem ein besseres Erbrecht, als dem Impetranten, oder ein Erbrecht mit diesem zugleich zustehe. §. 121. 122. d. M. v. 31. Jan. 1829. G.S. S. 58. **102)** Ein Richter oder jeder Andre, der Jemandem, welcher sich auf die bisher vorgeschriebene Art als den gesetzl. Erben eines Verstorbenen legitimirt hat, den Nachlaß, oder etwas dazu Gehöriges ausantwortet, oder eine Zahlung leistet, ingleichen Der, welchem von einer auf dieselbe Weise legitimirten Person ein Recht oder eine Befreiung in Ansehung einer zum Nachlasse gehörigen Sache eingeräumt wird, ist, wenn er dabei nicht weiß, daß nähere oder gleich nahe Erben vorhanden sind, keinem Anspruche der später sich etwa auffindenden wahren Erben ausgesetzt, vielmehr müssen letztere, im Bezug auf ihn, das Geschehene als giltig anerkennen. §. 123. ib. **103)** Wird Jemand als gesetzlicher Erbe auf Erfüllung einer Verbindlichkeit verklagt, so muß gegen ihn dargethan werden, daß er die Erbschaft angetreten habe. Dieser Beweis ist auch gegen solche Erben zu führen, welche bei dem Tode des Erblassers sich noch in väterlicher Gewalt befanden; indem solche Personen überhaupt rücksichtlich eines ihnen, vermöge einer Verfügung des Erblassers, oder kraft Gesetzes anfallenden Nachlasses wie andere Erben beurtheilt werden. §. 124. ib. S. 59. **L.** Erbrecht einiger öffentlicher Anstalten. **104)** Wenn ein in eine Landesversorgungs- oder Heil-Anstalt Aufgenommener oder ein Armer, der unentgeltlich in ein Ortsarmen-, Kranken- oder Waisenhaus aufgenommen werden mußte, darin mit Tode abgeht, und keine der gesetzlichen E. fähigen Verwandten der 1. 2. oder 3. Classe hinterläßt, so erbt von dessen Nachlasse die Anstalt, dafern er sich darin über 4 Jahre befunden hat, $1/2$, bei einem kürzern Aufenthalte aber $1/3$. §. 125. des M. v. 31. Jan. 1829. G.S. S. 59., A.O. v. 1840. §. 68. G.S. S. 271. Dieß findet bei den Landesversorgungs- u. Heilanstalten Statt, es mag der Verstorbene die vollen, in der Anstalt üblichen Ansätze für seinen Unterhalt bezahlt haben, oder nicht, dafern nicht vor dessen Aufnahme, oder auch nachher etwas Anderes ausgemacht worden ist. §. 126. des M. v. 31. Jan. 1829. G.S. S. 59. **105)** Der Erbtheil der Anstalt ist wie ein Pflichttheil zu betrachten, und wegen desselben dasjenige analog anzuwenden, was §. 70—73. §. 78. cit. wegen des Pflichttheils der Ehegatten vorgeschrieben ist. §. 127. ib. **106)** Hat der Verstorbene für seinen Unterhalt nicht so viel entrichtet, als der niedrigste Ansatz in der Classe, worin er sich befunden hat, beträgt, so ist das daran Fehlende aus dem Nachlasse nachzuzahlen. Dieses und was die Anstalt sonst noch wegen des Verstorbenen zu fordern hat, ist derselben, vor Ausmittelung ihres Erbtheils, abzuentrichten. §. 128. ib. **107)** Steht einer andern Versorgungs- oder Heil-Anstalt, vermöge eines besondern Erwerbungsgrundes, ein Erbrecht an dem Vermögen der darin befindlichen Personen zu, so soll dieses Recht, nach Publ. des M. v. 31. Jan. 1829. nur

geltend gemacht werden, wenn der Erblasser, oder dafern derselbe unter der väterlichen Gewalt oder Vormundschaft steht, dessen Vater oder Vormund davon, vor seiner Aufnahme in die Anstalt, in Kenntniß gesetzt u. hierüber ein gerichtl. Protokoll aufgenommen worden. §. 129. ib. **108)** In Ansehung der Sachen, welche die in Hospitälern, Armen-, Waisen-, Zucht- u. Arbeits-Häusern verstorbenen Personen in diese Anstalten mitgebracht haben, bewendet es bei den Vorschriften des M. v. 11. April 1772. Cap. I. §. 11. u. Cap. III. §. 7. C.A. C. II. T. I. S. 645. 655., (vergl. das Rescr. v. 2. Juni 1779. ib. S. 755., wegen der Lausitz: M. v. 10. Febr. 1731. Cap. I. §. 11. L.C.W. T. I. S. 897. T. III. S. 341.) und nunmehr der A.O. v. 1840. §. 68. G.S. S. 271., M. v. 31. Jan. 1829. §. 130. G.S. S. 60. — Vergl. hierzu noch: Armenanstalten, Dresden, Landes-Versorg... **M.** Recht auf erblose Verlassenschaften. **109)** Hinterläßt ein Verstorbener Niemanden, der ihn, kraft einer vorhandenen Verfügung auf den Todesfall, oder kraft des M. v. 31. Jan. 1829. beerbt, so fällt dessen Nachlaß dem Staats-Fiscus anheim. §. 131. ib. G.S. v. 1829. S. 60. Jedoch gehören Grundstücke, auf welchen einer Patrimonial-Gerichts-Obrigkeit die obere Gerichtsbarkeit zusteht, dieser Behörde. §. 132. ib. Ferner gehört der Mobiliarnachlaß, dafern der Verstorbene der obern Gerichtsbarkeit eines Patrimonialrichters unterworfen war, diesem Richter. §. 133. ib. S. aber: Patrimonialger... **110)** Ein Nachlaß kann nicht eher für erblos angesehen werden, als bis die möglicher Weise vorhandenen unbekannten Erben, in Gemäßheit des M. v. 13. Nov. 1779. §. III. IV. C.A. C. II. T. I. S. 371., O.A.Pat. v. 16. Juni 1780. C.A. C. II. T. III. S. 163. und L.C.W. T. III. S. 68. öffentl. vorgeladen u. ausgeschlossen worden sind. §. 134. d. M. v. 31. Jan. 1829. G.S. S. 60. S. Edictalcitation. **111)** Wer einen erblosen Nachlaß erhält, hat in Ansehung desselben alle Rechte und Verbindlichkeiten eines gesetzlichen Erben. §. 135. ib. Gelangen die erblosen Grundstücke und der Mobiliarnachlaß an verschiedene Personen, so muß jede, nach Verhältniß dessen, was sie erhält, den Erbschaftsgläubigern gerecht werden. Es bleibt jedoch den mit einer Hypothek versehenen Gläubigern unbenommen, ihr Pfandrecht gegen Diejenigen geltend zu machen, auf welche die ihnen verpfändeten Sachen gekommen sind. §. 136. ib. S. 61. **N.** Eintritt der Wirksamkeit des M. v. 31. Jan. 1829. **112)** Sämtliche Vorschriften dieses Gesetzes, mithin auch die, die E. der Ehegatten betreffenden sind mit dem 1. Sept. 1829., soweit nicht im Nachstehenden eine Ausnahme enthalten ist, in Kraft getreten. §. 137. ib. G.S. v. 1829. S. 61. Nemlich: a) Erbfälle, wo der Erblasser vor gedachtem Tage mit Tode abgegangen ist, sind nach dem früher bestandenen Rechte zu beurtheilen, §. 138. ib.; b) Ansprüche auf den Pflichttheil aus neuen Lehnen sind, selbst bei einem später eingetretenen Tode des Erblassers, in dem Falle nicht nach den Bestimmungen in §. 60. u. folg. u. §. 74. cit., sondern ebenfalls nach dem frühern Rechte zu entscheiden, wenn Mitbelehnte vorhanden sind, die bereits vor dem 1. Sept. 1829. präsentirt waren, und welche nicht, vermöge ausgestellter Reverse oder sonstiger Erklärungen, den fraglichen Pflichttheil hätten abführen müssen, wenn ihnen dessen Abführung von dem Erblasser aufgegeben worden wäre. §. 139. ib. c) Die Vorschriften in §. 91. 92. u. 97. cit., soweit die im letztgedachten §. befindlichen sich auf die §. 91. u. 92. beziehen, sind nicht auf den Fall anzuwenden, wo einem geschiedenen Verlobten od. Ehegatten, vor dem 1. Sept. 1829. ein Erbrecht, auf den künftigen Todesfall des andern Theils, an des letztern Vermögen rechtskräftig zuerkannt worden ist. §. 140. ib. d) Die mittelst Pat. v. 24. Mai 1814. im Gouv.Bl. v. 1814. no. 56. S. 472. (s. General-Gouvernement) erfolgte Aufhebung der auf Ortsstatuten oder Gewohnheiten sich gründenden Intestat-E., und die übrigen Bestimmungen dieses Patents (wovon jedoch die in dessen §. 5. befindliche, soweit sie das bisherige Erbrecht der Ehemänner be-

trifft, in Wegfall gekommen ist) sind bestätigt. §. 141. d. M. v. 31. Jan. 1829. G.S. S. 61. e) Endlich ist die in Ansehung der Lehne Statt findende Succession lediglich nach den bisher darüber bestandenen Grundsätzen zu beurtheilen. §. 142. ib. S. 62. **O.** Aeltr. Recht. Dieses enthalten: Rescr. Donnerst. nach Mar. Magd. 1522. C. A. T. I. S. 1043., Lauf. L.O. v. 1551. C. A. T. III. S. 87. f., Const. 14. 25. 42. 44. v. 1572. P. II. C. A. T. I. S. 88. f., Const. 7. 11. 12. 14. 15. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 32. 33. 34. 35. 36. 37. v. 1572. P. III. ib. S. 107. f., Const. 21. P. IV. v. 1572. ib. S. 123., Bef. v. 15. Dec. 1606. zu Const. 20. P. III. ib. S. 165. 1051., Lauf. Waisenamts-O. v. 1659. §. 6. L.C.W. T. I. S. 485., Dec. 22. 49—55. v. 1661. C. A. T. I. S. 304. f., Bef. v. 25. Juni 1739. C. A. C. I. T. I. S. 317., Rescr. v. 30. Aug. 1741. ib. S. 323., v. 2. Juni 1779. C. A. C. II. T. I. S. 755., Dec. 18. v. 1746. C. A. C. I. T. I. S. 354. ff., Rescr. v. 17. Sept. 1777. C. A. C. II. T. I. S. 345., B.O. Cap. 23. §. 5. Handausg. S. 101. u. L.C.W. T. IV. S. 176., Rescr. v. 19. März 1791. C. A. C. II. T. I. S. 505., Extr. v. 22. Nov. 1794. ib. S. 516., v. 8. Jan. 1796. ib. S. 513., Gen. v. 12. Nov. 1804. C. A. C. III. T. I. S. 313. u. L.C.W. T. V. S. 18., Gen. v. 4. April 1805. C. A. C. III. T. I. S. 213., Gen.B. v. 24. Mai 1814. §. 1. 2. Gen.-Gouv.Bl. v. 1814. S. 473., Rescr. v. 29. Mai 1816. C. A. C. III. T. I. S. 297., M. v. 17. Juni 1819. die Succession der Mantel- u. Brautkinder in Lehne betr. G.S. S. 176. u. L.C.W. T. V. S. 480. **P.** Vergl. noch die Artikel: Adel, Brüder, Eheconsens, Falcidisches, Gnadenhalbjahr, König, Staatsdienst, Testamente, Erben.

Erbgerechtigkeit. S. Reallasten.

Erbgerichte. S. Gerichtsbarkeit, Diebstahl.

Erb-Güter. **1)** Als Allodium (Erbgut) wird nur dasjenige anerkannt, was von jeher unstreitig solches gewesen, und niemals als Lehn offerirt und verliehen worden ist, oder, wenn die Allodialqualität oder Erbverwandelung im Lehnbriefe rc. besonders erwähnt worden. Lehns-M. v. 30. April 1764. Tit. V. §. 5. C. A. C. I. T. I. S. 1031. **2)** Ein Gut soll im Zweifel beim Streite zwischen Agnaten und Töchtern für Erbe gehalten, und letztern der Besitz desselben eingeräumt werden, bis der Lehnsfolger ein anderes beweist. Dec. 37. v. 1661. C. A. T. I. S. 314. **3)** Bauer- oder Erbgüter, die zu Lehngütern geschlagen werden, verlieren durch Verjährung ihre Eigenschaft nicht, wenn sie nicht über Menschengedenken bei einem Rittersitze geblieben oder über 30 Jahre J. u. T. ununterbrochen bei der männlichen Linie mit Ausschließung der weiblichen geblieben und letztre aus dem ganzen Lehen insgemein ausgesteuert worden. Const. ined. 40. v. 1572. Haubold Handb. rc. Churf. Ges. S. 161. **4)** Ein Gerichtsherr konnte ehedem seine unter seiner eignen Jurisdiction gelegenen Erbgüter vor diesen Gerichten giltigerweise verpfänden, Dec. 38. C.A. T. I. S. 314., E.P.O. ad Tit. 2. §. 3. S. 26. **5)** Wenn E. Beistücke eines Lehngutes sind, konnten sie unter den vorgeschriebenen Erfordernissen nur alsdann vor den eigenen Gerichten verpfändet u. veräußert werden, wenn sie besonders acquirirt, oder wenn in dem über ein Lehngut u. die dabei befindlichen Erbstücke geschlossenen Kauf-, Tausch- oder andern Contracte, ingleichen in dem Erbrecesse, überhaupt in jedem über die Eigenthumsübertragung vollzogenen Documente, der Werth der Erbstücke besonders ausgeworfen worden war. Im entgegengesetzten Falle mußte dazu zuvörderst von dem Lehnsherrn ausdrückliche Erlaubniß, mittelst eines bei dem Lehnhofe besonders ausgewirkten Scheins, erlangt werden; ohne diesen war die Verpfändung vor den eigenen Gerichten oder die sonstige Veräußerung ungiltig. Lehns-M. v. 30. April 1764. Tit. 6. §. 2. C.A. C. I. T. I. S. 1032. S. noch das M. v. 6. Juni 1772. C.A. C.II. T.I. S. 333. **6)** Die Erbstücke sind bei Subhastation der Lehngüter, zu denen sie gehören, besonders auszudrücken, und zur Befriedigung der Allodialschulden anzuwenden. E.P.O. ad Tit. 39. §. 11. S. 217. und ad Tit. 40. §. 3. S. 231. **7)** Die gesamte Hand wird an Erbgütern nicht gereicht, Bef. v. 18. Juli 1786. C. A. C. II. T. I. S. 1173. **8)** Die Vernachlässigung der Lehnsobliegenheiten an Erbgütern wird mit Geldstrafen belegt, Rescr. v. 4. April 1798. ib. S. 1179. u. L.C.W. T. V. S. 476.; dabei ist zu unterscheiden, ob das Gut früher Lehn gewesen, oder nicht, ib., Lehns-M. v. 1764. Tit. 5. §. 4. C. A. C. I. T. I. S. 1030. **9)** Vergl.

noch die Art.: Besitz, Erbbriefe, Erbschaft, Erbverwandlung, Bauergüter, Dünger, Grund- u. Hyp., Nutzungen, Pertinenzen, Rittergüter, Subhastation, Vorkauf.

Erbherren, s. Gutsherrschaften.

Erbhuldigung. 1) Die E. u. Lehnspflicht muß, sowohl bei Lehn- als Mitbelehnschaften, von jedem Vasallen in Person abgelegt werden, wenn ihm nicht, auf sein Ansuchen, wegen Krankheit, hohen Alters, oder anderer erheblicher Ursachen gestattet wird, sie durch einen Bevollmächtigten abzulegen. Wer aber eine solche Pflicht einmal abgelegt hat, und darin noch wirklich steht, kann dieselbe bei Erwerbung eines neuen Lehns u. dergl. durch einen Bevollmächtigten erhalten. Lehns-M. v. 30. April 1764. Tit. 3. §. 1. C.A. C.I, T.I. S. 1028. Vergl. noch das Rescr. v. 30. Dec. 1776. C.A. C.II. T.I. S. 1161. [Vorher: Bef. v. 4. Oct. 1647. C.A. T.I. S. 1963., v. 1. Juni 1657. ib., M. v. 24. Febr. 1681. ib. S. 1669., v. 12. Nov. 1691. ib. S. 1972.] Wegen der Lausitz: Lehns-O. v. 1652. C.A. T.III. S. 354. u. L.C.W. T.I. S. 1037., Rescr. v. 29. April u. 9. Mai 1695. ib. S. 1063. u. C.A. T.III. S. 369. **2)** Uebrigens ist die Zulassung zur E. nicht für eine Begnadigung oder Erlassung fiscalischer Ansprüche anzusehen, soll auch wegen der unter Privatpersonen streitigen Güter Niemandem ein besseres Recht geben, als er erst gehabt hat. Rescr. v. 10. Juni 1740. C.A. C.I. T.III. S. 400. **3)** S. Patrimonialgerichte.

Erbieten. S. Eid, Theilnahme, Verlassenschaft, Verzichtleistung, auch vergl. die Nachweise unter: Anbieten, Freiwillig.

Erbkauf, s. Kauf.

Erbkrätzscham, s. Krätzschmar.

Erbkux. 1) Darunter verstand man früher das Rechtsverhältniß, nach welchem von den Bergwerksunternehmern fremdes Grundeigenthum gegen freie Verbauung eines Kuxes als Erbkuxes benutzt wurde. Neue Erbkuxverhältnisse dürfen nun nicht mehr entstehen. Berg-O. v. 1851. §. 229. G.S. S. 244. **2)** Ueber das Aufhören der von früher hergebrachten E.e, sowie der in der Voigtländischen Revier zeither üblichen Abgabe von dem producirten Eisensteine s. §. 229. 230. ib. und die V. v. 16. Dec. 1851. §. 156. G.S. S. 452. **3)** Die Geschäfte wegen Ablösung der Erbkuxe und der besagten Productenabgabe sind gebühren- u. stempelfrei zu expediren. §. 231. d. B.O. **4)** S. auch: Expropriation, Kuxe.

Erblande. Ueber besondre Verhältnisse der K. S. Erblande geben Nachweis die Artikel: Abschoß, Advocaten, Amtshauptleute, Anlagen, Aemter, Staatsverträge, Bauergüter, Dorfhandel, Baugewerken, Ehesachen, Innungen, Ständeversammlung, u. s. Oberlausitz.

Erblasser. S. Erben, Erbfolge, Testamente.

Erblegitimation. S. Erbfolge, 94. f., Legitimation z. S.

Erblehngüter. E. sind wirkliche Lehen, obwohl feuda impropria, und müssen daher innerhalb des zur Suchung oder Erneuerung der Lehn und Mitbelehnschaft geordneten Fatale bei Verlust des Lehns oder der gesamten Hand gemuthet werden. Lehns-M. v. 30. April 1764. Tit. 5. §. 5. C.A. C.I. T.I. S. 1031., Ausschr. v. 8. Mai 1583. Tit. Welchergestalt die Agnaten ꝛc. C.A. T.I. S. 148.

Erblich. S. Eigenthum, Kirchenstühle, Lehn..., Reallasten,

Erblos. S. Erbfolge, 109. f.

Erbnehmer, s. Erben.

Erborgen, s. Darlehen.

Erbpacht, Erbpachtsgüter. S. Ablösung, Anlagen, Grundsteuer, Grund- u. H., Pfandrecht.

Erbpflichtige. S. Unterthanen.

Erbprinz. S. König.

Erbrechen, s. Aufbrechen, Vergiftung, Diebstahl.

Erbrecht. S. Testamente, Erbverträge, Erbfolge.

Erbregister. 1) E. sind eine Entscheidungsquelle in Frohndienst-Streitigkeiten. Res. gr. v. 1661. Tit. Justizs. §. 36. C.A. T.I. S. 222. Wo keine Lehnbriefe vorhanden sind, sollten Lehnleute über ihre Güter und Lehnstücke E. vor Notar und

Zeugen aufrichten, und in beglaubter Form zur Confirmation einsenden. M. v. 21. Sept. 1657. C.A. T.I. S. 1963. **2)** S. Amtsbücher.

Erbschänken. S. Gast- u. Schänknahrung, Krätzschmar.

Erbschaft. 1) Bei Erhebung von Erbschaften und bei Erbtheilungen sollen Almosen gesammelt werden, 34ster Gen.Art. v. 1. Jan. 1580. C.A. T.I. S. 703., Syn.-Decr. v. 1624. §. Ingleichen daran sein ꝛc. C.A. T.I. S. 796., §. 78. des Rev. Syn.-Decr. v. 1673. ib. S. 837., A.O. v. 1840. §. 13. A. no. 4. G.S. S. 259. **2)** Zur Antretung einer E. kann Niemand gezwungen werden, vielmehr kann der Erbe solche, mittelst eines zu errichtenden Inventarium od. einer eidlichen Specification, wieder abtreten. Hinterläßt aber ein Vater außer Allodialvermögen auch Lehngüter, so muß der Sohn entweder beides annehmen, oder sich von beiden lossagen. Ausschr. v. 18. Mai 1583. Tit. Welchergestalt die Agnaten ꝛc. §. Da aber ein ꝛc. C.A. T.I. S. 151., Const. 47. P.II. ib. S. 102., Dec. 57. v. 1661. ib. S. 323., Res. gr. v. 1661. Justizs. §. 71. ib. S. 234. **3)** Innerhalb einer Ueberlegungsfrist von 52 Wochen haben sich die Erben darüber: ob sie die ihnen angefallne E. antreten, oder sie derselben entsagen wollen, zu erklären; ein von dem Verstorbenen angefangener Proceß wird aber dadurch nicht aufgehalten, sondern muß selbst während des Spatium deliberandi fortgestellt werden. Res. gr. v. 1661. Tit. Justizs. §. 20. C.A. T.I. S. 217., Dec. 57. v. 1661. ib. S. 323. Wenn die Erben die E. den Gläubigern wieder abtreten wollen, und sie dieß nicht vor Ausgang des Jahres thun, indem sie entweder ein Inventarium, oder eine Specification im Gerichte niederlegen, sich zu deren eidlicher Bestärkung erbieten, u. solche ohne vorhergehendes rechtliches Erkenntniß wirklich leisten, ang. Res. gr. v. 1661. Justizs. §. 70. ib. S. 234., Dec. 57. cit., so werden sie zur Ausschlagung der E. nicht zugelassen, sondern müssen dieselbe, soweit sie sich vermöge eines beständigen Inventarii oder einer eidlichen Specification erstreckt, vertreten; im Falle betrügerischer Handlungen aber ultra vires hereditatis den Gläubigern mit ihrem eigenen Vermögen für die Bezahlung haften. ib. **4)** Ein in Concurs gerathener Schuldner kann eine ihm ex testamento oder ab intestato angefallene E. nicht ausschlagen, 25. Dec. v. 1746. C.A. C.I. T.I. S. 357. Ist die Ausschlagung noch vorher erfolgt, so kann sie für ungiltig erklärt werden, wenn bewiesen wird, daß, als sie erfolgte, der Abfall der Nahrung schon vorhanden war. ib. **5)** Wegen Antretung der E. müssen sich die Erben eines im insolventen Zustande verstorbenen Schuldners, welcher das Beneficium cessionis nicht erlangt hat, binnen 8 Wochen erklären. S. Erben. **6)** Sobald ein Armer wegen Abtretung einer E. klagt, und Vermuthung vorhanden ist, daß sie ihm ganz oder zum Theil gehöre, so muß der Beklagte nach Ermessen des Richters den baaren Verlag im Processe allein bestreiten. E.P.O. ad Tit. 1. §. 12. S. 19., App.G.O. v. 7. Oct. 1605. Tit. Von den Advocaten ꝛc. C.A. T.I. S. 1231. **7)** Wenn einem Unmündigen E. oder Vermächtnisse zufallen, die der Vormund sofort anzunehmen Bedenken trägt, so kann er sie doch nur mit obervormundschaftlicher Genehmigung ausschlagen. V.O. Cap. XIII. §. 4. S. 56. **8)** Nach Art. III. §. 4. der Hauptconv. mit Preußen v. 28. Aug. 1819. G.S. S. 251. sind in Erbschaftsangelegenheiten und wegen der aus diesen entspringenden Forderungen und Verpflichtungen die Erben, so lange die E. sich noch ganz od. zum Theil im Gerichtsstande des Nachlasses, d. h. wo der Erblasser zur Zeit seines Todes seinen wesentlichen Wohnsitz hatte, ungetheilt befindet, daselbst Recht zu nehmen verpflichtet. S. auch die Conv. v. 20. Febr. 1816. §. 10. G.S. v. 1819. S. 322. Dieser Grundsatz ist in der Conv. v. 30. Nov. 1839. Art. 25. f. G.S. S. 327. weiter ausgeführt worden und gilt auch zwischen Sachsen und Altenburg sowie Reuß jüngrer u. ältrer Linie, Weimar-Eisenach, u. Coburg-Gotha, Conv. v. 20. Juni 1840. Art. 25. f. G.S. S. 141., V. v. 21. Juli 1845. G.S. S. 104.,

v. 27. Oct. 1845. G.S. S. 246. u. Min.Erkl. v. 31. Jan. 1847. Art. 25. f. G.S. S. 31., Min.Erkl. v. 19. Juli 1848. Art. 25. G.S. S. 153. **9)** Die Erhebung des in dem M. v. 11. Jan. 1819. und dessen Beil. G.S. S. 61., sowohl dem M. v. 4. Sept. 1822. §. 12. G.S. S. 400. geordneten Erbschaftsstempels und das sonst in dieser Beziehung zu Verfügende gehört vor den Richter der Erbschaft. Es hat aber auch jeder andere Richter, ingleichen jeder Notar, welcher einen bei ihm errichteten oder niedergelegten letzten Willen den Betheiligten bekannt macht, dem Richter der E. von dem Inhalte desselben, soweit die Staatscasse wegen der Stempelsteuer dabei betheiligt ist, sofort bei eigner Verantwortlichkeit Nachricht zu ertheilen. V. v. 4. Febr. 1835. G.S. S. 99. Uebrigens ist dieser Stempel von Vermächtnissen und Schenkungen an Kirchen und für kirchliche Zwecke nicht zu erheben. Rescr. v. 15. April 1830. G.S. S. 41. 42. **10)** Den Vertrag über eine Erbtheilung kann ein Vormund nicht eher, als bis der Richter ihn genehmigt hat, vollziehen, V.O. Cap. XV. §. 2. S. 63. **11)** Die aus dem Fonds des Collegii charitativi zu Löbau an die Wittwe und Erben eines insolvent verstorbenen Mitglieds auszuzahlenden Gelder gehören lediglich den letztern, und können von den Gläubigern nicht mit Beschlag belegt werden, O.A.Pat. v. 21. Dec. 1728. L.C.W. T. I. S. 145. **12)** In Bezug auf Sterbemonat und Gnadengenuß s. die Art.: Concurs, u. Gnadenhalbjahr. **13)** Die Brandentschädigungen sind von allen Erbtheilungsansprüchen ausgeschlossen. Lauf.Regul. v. 1827. §. 2. c. G.S. S. 36., G. v. 14. Nov. 1835. §§. 75. 87. G.S. S. 540. **14)** S. noch die Art.: Armenanstalten, Armenrecht, Ablösung, Abwesende, Armencasse, Concurs, Curatoren, Deposita, Dienstboten, Eid, Edictalcitation, Eigenthum, Erbegeld, Erben, Erbfolge, Erbverträge, Falcidisches, Geldstrafe, Gerichtsbarkeit, Gerichtsstand, Gesinde, Juden, Landes-Versorg..., Heinrichsorden, Inventarium, Kirchenstühle, Kuxe, Militairgerichtsbarkeit, Mütter, Notare, Nutzungen, Pfandrecht, Rittergüter, Stempelsteuer, Stiftungen, Staatsdienst, Staatsverträge, Testamente, Trebell. V., Verlassenschaft, Vorladung, Verjährung, Vermächtniß, Verwandte, Wittwen.

Erbschaftsantritt. S. Erben, Erbfolge, 8. 103., Erbschaft, Vermächtniß, Verlassenschaft.

Erbschaftsgläubiger. S. Appellation, III. E., Erbfolge, 111., Erben.

Erbschaftssachen. S. Anzeigen.

Erbschaftsstempel. S. Erbschaft, 9., Vermächtniß.

Erbschaftstheilung. 1) Sogleich nach angetretener Vormundschaft und gefertigtem Inventario od. erhaltener Verlassenschafts-Specification soll der Vormund Sorge tragen, daß mit der Mutter oder Stiefmutter, oder mit den etwa vorhandenen Mit-Erben, Richtigkeit getroffen werde, und dabei insonderheit auf des Erblassers letzten Willen, in sofern solcher zu Recht beständig, ingleichen auf die Ehestiftungen und andere Vergleiche, welche insgesamt dem Theilungs-Vertrage, vor dessen Bestätigung, beizufügen sind, das Absehen richten, hierbei aber sich bemühen, den Unmündigen, wo möglich, ihren Antheil an unbeweglichen Gütern zu erhalten, oder daß das, was sie dafür bekommen, wenn es genug gesichert ist, darauf stehen bleibe. Auch soll ein jeder Vormund vor völligem Abschlusse der Erbtheilung dem Richter davon Nachricht geben, und eher nicht, als nach dessen Genehmigung, den Theilungs-Vertrag vollziehen. V.O. Cap. 15. §. 2. Handausg. S. 64., L.C.W. T. IV. S. 158. **2)** S. Erben, Erbfolge, Erbschaft, Verlassenschaft, Vermächtniß, Wittwen.

Erbschleicher. S. Betrug, Testamente, Fälschung.

Erbschulden. S. Erben, Erbfolge, Erbschaft, Mütter, Vormundschaft, Inventarium.

Erbsen. S. Zehend.

Erbsonderung, s. Erbschaftstheilung.

Erbstammgüter. S. Stammgut.

Erbstolln. 1) Das Recht, einen Stolln zu treiben, um fremden Gruben Wasser- und Wetterlosung zu verschaffen, und um fremdes oder unverliehenes Feld auf-

zuschließen (Erbstolln), wird durch Muthung oder Verleihung erworben. In der Muthung ist der Ansetzpunct und die Hauptrichtung des Stollns der Weltgegend nach anzugeben. Der Beliehene ist berechtigt, den E. in mehrere Flügel zu theilen, ingleichen alle zum Betriebe desselben nöthigen Hilfsbaue (Schächte, Lichtlöcher rc.) anzulegen. B.O. v. 1851. §. 172. G.S. S. 233. **2)** Alle Bestimmungen dieses Gesetzes, welche für Gruben überhaupt gegeben worden sind, gelten auch für die Erbstölln, insoweit dieß mit der Natur der letzteren vereinbar ist. ib. §. 173. **3)** Das Ausführliche über die Rechtsverhältnisse der E. und dieser zu den Fundgruben geben die §§. 173.f., 187.f. ib. und die V. v. 16. Dec. 1851. §. 141.f. G.S. S.449. Vergl. ferner über die Stollngebührnisse die B.O. §. 193.f., u. das Erlöschen des E.-Rechts ib. §.203.f. 209.f., die oben ang.V. §.143.f. **4)** S. ferner: Gruben, Stolln.

Erbtheil, Erbtheilung. S. Erbschaftstheilung.

Erbunterthänigkeit. **1)** Die in der Oberlausitz früher bestandene E. hat vom 1. April 1832. an aufgehört, kann auch auf keine Weise wieder begründet werden. G. v. 17. März 1832. §.292. G.S. S.238. [Aeltr. Verf.: Letzt. Prag. Vertr. v. 15. Sept. 1534. Tit. Dienstboten, L.C.W. T.II. S.1293. u. C.A. T.III. S. 45., L.O. v. 20. Nov. 1551. ib. S. 90.f., v. 6. Mai 1597. §. 3. 4. ib. S. 121., Resol. v. 20. Juli 1621. ib. S. 173. u. L C.W. T. I. S. 610., A.Pat. v. 6. Jan. 1649. C.A. T. III. S. 203., Confirm. d. ständ. Bed. v. 4. Juli 1651. u. A.-Publ. v. 20. Juni 1652. ib. S.211., M. v. 8. Juli 1656. ib. S. 237., Renovat. v. 7. April 1663. ib. S. 251., Pat. v. 20. Aug. 1667. ib. S. 257. und L.C.W. T. I. S. 611. 614. 627. 629. 633., Rescr. v. 19. Juli 1670. ib. S.634., Ref. v. 7. Sept.1672. C.A. T. III. S. 261. und L.C.W. T. I. S. 636., O.A.Pat. v. 3. April 1685. ib. S.639., Gef.O. v. 30. April 1689. C.A. T. III. S.301., O.A.M. v. 18. Juni 1689. ib. S.309. u, L.C.W. T. I. S.643.650., O.A.Pat. v. 2. Mai 1691., v. 28, Oct. 1697. ib. S. 653. 655., O.A.Bef. v. 22. Dec. 1702. ib. S. 656. u. C.A. T. III. S.323., O.A.Pat. v. 12. April 1708. L.C.W. T. I. S.658., O.A.Pat. v. 16. April 1746. C.A. C. I. T. III. S. 136. u. L.C,W. T. I. S. 678., M. v. 28. März 1765. C,A. C. I. T. I. S. 897. C.A. C. I. T. III. S. 164. u. L.C.W. T. III. S. 304., Gef.O. v. 20. Aug. 1767. ib. S. 308. u. C.A. C. I. T. III. S. 190.] **2)** Hiernach ist in Wegfall gekommen: a) die Pflicht der Erbunterthanen, bei beabsichtigter bleibender Niederlassung an einem andern Orte gegen ein Losgeld einen herrschaftl. Losbrief zu lösen; b) bei temporärem Wegzuge einen Gunstbrief zu lösen u. jährlich etwas Gewisses an die Herrschaft dafür zu entrichten; c) das Recht, einen nicht entlassenen Erbunterthanen jeden Orts zu reclamiren; d) der Gesindedienstzwang samt Gesindeschau; e) die wegen Heirathen der Unterthanen unter den Herrschaften üblich gewesene Ausstellung von Reversen; f) das Recht des Auskaufs der eigenthümlichen Nahrungen der Erbunterthanen; g) das Recht des Vorkaufs od. Einstands bei Veräußerungen eigenthümlicher Nahrungen der letztern, soweit es nicht auf besondern, mit der E. nicht zusammenhängenden Verträgen beruht; und h) das Recht, den Erbunterthan zur Annahme einer dienstpflichtigen Nahrung zu zwingen. Ang. G. §. 293. G.S. v. 1832. S. 238. **3)** Dagegen sind auch die mit der E. zusammenhängenden Verbindlichkeiten der Gutsherrschaften in Wegfall gekommen, und überdem gebührt ihnen für die Abstellung der sub 2. gedachten Gerechtsame die im Gesetze bestimmte Rente. §§. 294—296. ib. S. 239. Ferner ist mit Aufhebung der E. an der dem Gutsherrn zustehenden Gerichtsbarkeit und allen daraus herfließenden gegenseitigen Rechten und Verbindlichkeiten etwas nicht geändert. §. 298. ib. S. 240. **4)** S. Schutzunterthänigkeit.

Erbverbrüderung. S. König.

Erbvereinigung, s. Erbeinigung.

Erbvergleich. S. Erbfolge, Erbschaft, Erbverträge, Erbschaftstheilung.

Erbverpachter, s. Erbpacht.

Erbverträge. **1)** E. können von bevormundeten Personen nur mit Genehmigung des Vormunds und der Obervormundschaft geschlossen werden. V.O. Cap. 24. §. 14. S. 108. und vergl. ib. Cap. 13. §. 14. S. 59. **2)** Töchter, welche auf eine künftig nach Erbgangsrecht auf sie gelangende Erbschaft verzichten, müssen dieß eidlich thun. Const. 35. P. II. C.A. T. I. S. 98. **3)** Hat sich Jemand mittelst

Vertrags verpflichtet, nach seinem Tode einem Andern sein Vermögen zu hinterlassen, so kann er davon durch keine einseitige Disposition auf den Todesfall wieder abgehen. Wohl aber kann er unter den Lebenden über sein Vermögen frei verfügen, ausgenommen, wenn er sich dieses Rechts ebenfalls begeben hat, und wenn der Vertrag, in Absicht auf Immobilien, von dem Richter derselben bestätigt und in das Grund u. Hypotheken-buch eingetragen worden ist, soviel aber außenstehende Forderungen anlangt, wenn dem Schuldner gerichtliche Notification davon geschehen ist. Dec. 13. v. 1746. C.A. C. I. T. I. S. 353., G. v. 6. Nov. 1843. §. 16. unter 7. G.S. S. 192., §. 23. unter 2. ib. S. 194., u. f. die Const. 1. P. III. v. 1572. C.A. T. I. S. 103., Const. 43. P. II. ib. S. 100. **4)** S. Armenanstalten, Erbfolge, 1. f. 65., Testamente, Verschwender, Erbschaftstheilung.

Erbverwandlung. **1)** Die E. ist allen Lehnen zugestanden, mit Ausnahme der, welche auf dem Falle stehen, und der Wildenfelsischen und Schönburgschen, derenwegen jedesmal besondere Entschließung erfolgen soll. Decl. v. 22. Febr. 1834. G.S. S. 68. Ueber den zu zahlenden Kanon vergl. ib. §. 2. 3. **2)** Ueber die deswegen, unter Wegfall der früher üblichen Erbbriefe, auszustellende Urkunde, und den dazu zu verwendenden Stempel vergl. das G. v. 22. Febr. 1834. G.S. S. 67. **3)** Noch weitere Erleichterungen der Allodification bieten die Decl. u. d. G. v. 3. Juni 1852. G.S. S. 136. 137.—Wegen des Stempels: ang. G. §. 2. **4)** S. Ablösung, Pfandrecht, III. 2., Stempelsteuer, Bauergüter, Erbgüter, Pertinenzen.

Erbzinsen. S. Zinsen, Erbzinsgüter, Reallasten.

Erbzinsgetreide. S. Zinsgetreide.

Erbzinsgüter, Zinsgüter. **1)** Sogenannte schlechte Zinsgüter (bona censitica) sind das freie Eigenthum ihrer Besitzer. Bei Erbzinsgütern (bona emphyteutica) steht das Obereigenthum (dominium directum) dem Erbzinsherrn, das nutzbare Eigenthum (dom. utile) dem Erbzinsmann zu. Const. 39. P. II. C. A. T. I. S. 98. **2)** Ein Gut ist für ein Erbzinsgut dann zu halten, wenn es in einem Lehnbriefe als ein solches verliehen worden, u. der Lehnherr sich das Dominium directum darüber vorbehalten hat, oder wenn es aus roher Wurzel an Jemanden um einen Zins als Erbzinsgut ausgethan worden ist, ib. **3)** Daraus, daß ein Grundstück früher in Lehn gereicht worden, läßt sich, wenn nicht der Lehnbrief bestimmte Auskunft ertheilt, an sich auf die Eigenschaft des Gutes als Erbzinsgut nicht schließen, weil auch Zinsgüter in Lehn genommen worden sind. Const. 39. P. II. cit. **4)** Entsteht Zweifel, ob ein Gut ein Erbzinsgut oder ein schlechtes Zinsgut sei, besonders, wenn der Lehnherr, wegen nicht bezahlten Zinses, das Gut von dem Inhaber zurückfordert, so soll ein solches Gut, in Ermangelung des Nachweises des Gegentheils, für ein bloßes Zinsgut angesehen, und der Zinsmann den verstandenen Zins zu bezahlen angehalten werden, Const. 39. P. II. l. c. **5)** Uebrigens darf, auch wenn es ausgemacht ist, daß das Gut ein Erbzinsgut sei, doch dessen Privation lediglich im förmlichen Rechtswege gesucht werden. Const. 38. P. II. C.A. T. I. S. 98. **6)** Wenn nemlich der Erbzinsmann in 3 Jahren seinen Zins dem Privatmanne, einer Kirche aber in 2 Jahren nicht entrichtet, so soll er seines Gutes verlustig werden. Const. 38. P. II. cit. **7)** Von laudemialpflichtigen Zins- u. Erbzinsgütern ist die Lehnwaare zu geben, sobald sie an Seitenverwandte oder Fremde gelangen. I. sonderl. Const. C.A. T. I. S. 131. **8)** Zu Veräußerungen von Erbzinsgütern ist die Genehmigung des Erbzinsherrn erforlich, doch nicht auch zur Verpfändung derselben, G. v. 6. Nov. 1843. §. 11. 31. G.S. S. 190. f. **9)** Daß eine jährliche Geldabgabe auf dem damit belasteten Grundstücke unter dem Namen „Erbzins" im Grund- und Hypothekenbuche eingetragen ist, dieß begründet die rechtliche Eigenschaft dieses Grundstücks als eines Erbzinsgutes, im Gegensatze zu einem gewöhnlichen Zinsgrundstücke (schlechtem Zinsgute), kei-

neswegs, vielmehr muß Jeder, der die Erbzinsqualität eines Gutes behauptet, von welchem ihm ein Zins unter dem Namen „Erbzins" zu entrichten ist, diese Qualität, wenn sie bestritten wird, besonders erweisen, soweit ein solcher Beweis bei Ermangelung eines, dem Gesetze v. 6. Nov. 1843. §. 15. no. 2. u. §. 169. entsprechenden Eintrags in das Grund- und Hypothekenbuch, (s. d. bei no. 7.) gegenüber dem Besitzer des zinspflichtigen Gutes nach §§. 22. und 234. des angeführten Gesetzes (s. Grund- u. Hypoth... bei no. 13. u. 36.) einen Erfolg haben kann. V. v. 28. Mai 1852. G.S. S. 235. **10)** Weiter vergl. noch die Art.: Ablösung, Laasgüter, Pfandrecht, Reallasten.

Erbzinsherren, Erbzinsmann. S. Erbzinsgüter.

Erbzinsqualität. S. Ablösung.

Erdäpfel, s. Kartoffeln.

Erdbeschreibung. S. Schulunterricht, Geographie.

Erde. **1)** Die Ausfuhr der weißen (Porzellan-) E. ist verboten. Gen. v. 22. Sept. 1732. C.A. C.I. T.II. S. 7., v. 22. März 1745., u. M. v. 30. April 1749. C.A. C.I. T.I. S. 1383. 1389., L.C.W. T.II. S. 315. 318., M. v. 14. Aug. 1764. C.A. C.I. T.I. S. 1465. u. L.C.W. T.III. S. 503. **2)** S. Asche.

Erdgeschoß. S. Essen, Neubaue.

Erdichten, Erdichtung. S. Betrug, Concurs, Betteln, Falsch..., Persönlichkeit, Schmähungen.

Erdienen. S. Gesinde, Arbeit.

Erdkohlen. S. Steinkohlen.

Erdoberfläche. S. Schürfen.

Erdrosseln, s. Scheintod.

Erdulden, s. Duldung.

Ereignisse. S. Vorfälle.

Ererben, s. Erben, Erbfolge, Erbschaft, Erbverträge, Verlassenschaft.

Erfahrung. S. Heilkunde.

Erfindungen. S. Prämien, Privilegien, Patente.

Erfolg des Verbrechens. **1)** Als E. ist jede Wirkung anzusehen, welche durch die Handlung oder Unterlassung des Verbrechers verursacht worden ist, gesetzt auch, daß zur Hervorbringung derselben Umstände mitgewirkt haben, welche der Verbrecher nicht vorhergesehen hatte. Str.Gb. v. 1855. Art. 38. S. dazu: Vorsatz, Unbedachtsamkeit, Concurrenz von d. u. c., Versuch, Vollendung, Anstiftung, Verjährung. (Wegen des frühern Rechts: Art. 25. f. d. Cr.Gb. v. 1838. G.S. S. 121.) **2)** S. Brandstiftung, Diebstahl, Fälschung, Falschmünzen, Forstverbrechen, Gefährlichkeit, Handgemenge, Körperverletzung, Raub, Unzucht, Zumessung.

Erfolglos. S. Versuch.

Erforschen, s. Untersuchung, Entdecken.

Erfrischthaler. S. Generalbefahrungen.

Erfrorne, s. Scheintod.

Erfüllung. S. Alter, Ergänzung, Bedingung.

Erfüllungseid. S. Eid.

Erfurth. S. Bundessch...

Ergänzung, 1) des Consenses. S. Dismembration, Eheconsens, Gesinde, Pfandrecht, III. 22.; **2)** des Pflichttheils. S. Erbfolge, 51. f. **3)** der Armee, s. Militairpflicht. **4)** der Klagbitte. S. Klage.

Ergänzungsrichter. S. Erkenntnisse, Hauptverhandlungs-T.

Ergreifen. S. Feuer, Brandstiftung, Arrest. — Ergreifen auf der That. S. Caution, Gerichtliche P., Gerichtsstand, Voruntersuchung.

Erhängen. S. Begräbniß, Scheintod.

Erhärten. S. Eid.

Erhalten. S. Beweis, Quittung, Aufbewahren.

Erhebung. S. in den verschiedenen Bedeutungen dieses Wortes die Artikel: Abgaben, Anlagen, Beschwerde, Cassen, Klage, Rügenproceß, Section, Untersuchung..., Widerspruch.

Erhenkte. S. Begräbniß, Scheintod.

Erhöhung der Strafe. S. die Citate unter: Erschwerung...

Erinnern, Erinnerung. S. Mahnen, Warnen, Rechnung..., Vormundschaft, Abwesende.

Erkennen, s. Entdecken, Erkenntnisse.

Erkenntnisse in Civilsachen. **1)** In

solchen steht es dem Richter im Allgemeinen frei, ob er einen Bescheid selbst abfassen, oder rechtliches E. einholen will. E.P.O. ad Tit. 34. §. 1. S. 176., Gen. v. 28. Oct. 1816. C.A. C. III. T. I. S. 298. Vergl. hierzu die Artikel: Gerichtsämter, Bezirksgerichte. Er sollte jedoch die Acten verschicken: a) wenn ein Gerichtsherr seine Unterthanen vor seinen eignen Gerichten belangte, E.P.O. ad. Tit. 2. §.3. S. 26.; es ist ferner Actenversendung gestattet, b) wenn sämtliche Betheiligte die Einholung eines Urtels compromißweise verlangen, ib. ad Tit. 34. §. 1. S. 176. **2)** Doch muß er selbst entscheiden: a) in Executionssachen, G. v.28. Febr. 1838. §. 55. 95. G.S. S. 86. 95.; b) in ganz geringen Rechtssachen, und zwar sofort und hauptsächlich, wenn auch die Entscheidung von einer Bedingung abhängig zu machen ist. Besteht diese in einer Eidesleistung, so ist in dem E. nicht blos die Folge des geleisteten Eides, sondern auch das, was bei unterbleibender Eidesleistung eintreten soll, ausdrücklich und bestimmt mit auszusprechen. Der Bescheid ist mit kurzer Angabe der Gründe zu Protokoll zu bringen und den Parteien noch im Verhörstermine selbst bekannt zu machen. In Verhinderungsfällen kann dieß aber auch an einem der nächsten Gerichtstage erfolgen, welchenfalls die Parteien dazu entweder noch bei ihrer Anwesenheit im Gerichte mündlich, oder später durch Bestellzettel, vorzuladen sind. §.33.d.G. v.16.Mai 1839. G.S. S. 151. c) Ferner muß der Richter selbst entscheiden: in Verwaltungs-Streit- (und Straf)sachen. §§. 11. 37. d. G. v.30. Jan. 1835. G.S. S. 90. 96. Ausnahmen, in welchen an die vorgesetzte Behörde Bericht zu erstatten ist, s. ib. d) In Vormundschaftssachen (worunter jedoch die wegen Activ- und Passivschulden entstehenden Streitigkeiten nicht zu zählen sind) ist weder rechtlicher Proceß zu verstatten, noch rechtliches E. einzuholen, sondern die Sache ist, wenn der Richter nicht selbst decretiren kann, an das Bezirks-App.Ger. zu berichten. V.O. Cap. XXVI. §. 1. S. 116. e) Vergl. noch wegen der Wechselsachen den Art.: Wechselerkenntnisse. **3)** Die Publication der bei Spruchcollegien [man vergl. die 26ste Const. P. I. C.A. T.I. S. 81.] eingeholten oder von höhern Justizbehörden, auf eingewendete Appellation ohne vorhergegangenes Justificationsverfahren, gesprochenen E. in Civilsachen darf den Parteien in dem dazu anberaumten Termine um deswillen, weil sie den bei der Citation specificirten Urtelsverlag nicht bezahlt, ebenso wenig, als eine erbetene Abschrift vom E. vorenthalten werden. Jedoch kann der Richter, wenn im Publicationstermine die Bezahlung des bei der Citation specificirten Urtelsverlags nicht erfolgt, den Betrag von der säumigen Partei alsobald durch Execution einbringen. G. v. 12. Jan. 1838. G.S. S.26. [Aeltr. Recht: E.P.O. ad Tit. 34. §. 5. S. 179., ad Tit. 36. §. 2. S. 195.] **4)** Die Publication der Civilerkenntnisse erfolgt an die erschienenen Parteien in dem anberaumten Termine, unter Eröffnung der versiegelten Entscheidung, die nur in Concurssachen eher geöffnet werden darf. Stellt sich keine Partei ein, so wird, wenn die Ladung richtig erlassen ist, Mittags 12 Uhr das E. geöffnet, zu den Acten gebracht und für publicirt geachtet. Hierüber allenthalben muß eine richtige Registratur abgefaßt werden. E.P.O. ad Tit. 4. §. 5. 6. S. 42., ad Tit. 34. §. 5. S. 179., ad Tit. 36. §. 2. S. 195. **5)** Die Publication der Urtel bei den Appellationsgerichten und bei dem Oberappellationsgerichte geschieht in den Canzleien durch einen verpflichteten Protokollanten. Zu derselben sind besondere Vorladungen zu erlassen. Im Falle des Außenbleibens werden die E. ebenso, wie bei Untergerichten, für eröffnet geachtet. §. 27. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 68. Die Zurücksendung der Sachen an die vorigen Instanzen ist auch ohne Ansuchen der Betheiligten zu bewerkstelligen, und zwar vom Oberappellationsgerichte an Untergerichte durch die zweite Instanz. §. 28. ib. **6)** Hat sich in eine Entscheidung ein aus den Acten sofort erkennbarer Irrthum in Worten, Zahlen u. dergl. m. eingeschli-

chen, so ist deswegen kein Rechtsmittel gestattet, sondern der Richter hat dem Irrthume entweder mittelst Registratur abzuhelfen, oder von den Urtelsverfassern eine unentgeltlich zu ertheilende Correctoria einzuholen. E.P.O. ad Tit. 35. §. 2. S. 186. **7)** Noch geben über die Civilerkenntnisse Nachweis die Artikel: Ablösung, Ablösungsbehörden, Acten, Abhäsion, Appellationsgerichte, Anlagen, Anzeigen, Appellation, Bergsachen, Beklagte, Beschwerbeführung, Beweis, Bier, Concursproceß, Competenzstreitigkeit, Edictalcitation, Ehebruch, Ehesachen, Eid, Entscheidungsgr..., Einlassung, Einreden, Executionsproceß, Executionsverfahren, Executivproceß, Gast- u. Sch., Gegenbeweis, Geringf. R., Gewohnheitsrecht, Klage, Kosten, Justizministerium, Kostencompensation, Kostenerstattung, Leipzig, Locationsurtel, Legitimation zur S., Militairgerichtsbarkeit, Nullität, Patrimonialgerichte, Pfandrecht, Privilegien, Rechtskraft, Recurs, Reiheschank, Steuerbehörden, Stempelsteuer, Verfahren, Verwaltungsstreitigkeiten, Vollmacht.

Erkenntnisse in Criminalsachen. **I.** Gesetzgebung vor 1855. **1)** In Criminalsachen ist das erste Erkenntniß wegen Verbrechen, welche unter den vorliegenden besondern Umständen Todes-, Zuchthaus-, Arbeitshaus-, oder Gefängniß-Strafe von mehr als 3 Monaten nach sich ziehen, vom Bezirksappellationsgerichte abzufassen. §. VIII. d. G. v. 30. März 1838. G.S. S. 199. Dasselbe erkennt auch über geringere mit zur Untersuchung gekommene Verbrechen, ingleichen über Bestrafung der ungleichen Theilnehmer und Begünstiger. §. 38. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 70., V. v. 31. März 1838. §. 15. G.S. S. 218. [Aeltere Best.: §. 38. 1. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 70.] In andern Fällen kann der Untersuchungsrichter selbst entscheiden oder rechtliches E. einholen. §. 38. unter 2. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 70., und zwar auch dann: wenn die ausfallende Geldstrafe den Betrag von 60 Thlrn. übersteigt, und mithin im Falle der Strafverwandlung (S. den Art.: Geldstrafe) gefängliche Haft von mehr als 3monatl. Dauer eintritt; ferner auch dann, wenn wegen des Vergehens neben 3monatl. Gefängnißstrafe auf Geldstrafe erkannt werden kann, oder, wenn neben einem mit letzterer bedrohten Vergehen ein anderes zur Bestrafung vorliegt, wegen dessen auf Gefängniß von 3 Monaten oder kürzerer Dauer zu erkennen ist. Bek. v. 13. März 1845. G.S. S. 65. Hierzu vergl. das G. v. 28. Jan. 1835. §. 38. unter 4. G.S. v. 1835. S. 70., V. v. 31. März 1838. §. 15. G.S. S. 218., V. v. 28. März 1835. §. 18. unter 1. G.S. v. 1835. S. 217. [Vorher: Rescr. v. 8. Juni 1609. C.A. T. I. S. 1055., Res. gr. v. 1612. Justizs. §. 5. C.A. T. I. S. 174., Bef. v. 1. Juli 1622. ib. S. 1067., Rescr. v. 26. Juni 1638. u. v. 6. Juli 1638. ib. S. 1131. 1133., Bef. v. 14. Juni 1681. ib. S. 1157., Rescr. v. 9. Nov. 1714. ib. S. 1183., Gen. v. 22. Febr. 1755. C.A. C. I. T. I. S. 393., Gen.V. v. 27. Oct. 1770. §. 10. ib. S. 424., C. A. C. II. T. III. S. 39. u. L.C.W. T. III. S. 91., Rescr. u. Instr. v. 2. Dec. 1770 C. A. C. II. T. I. S. 329., Gen. v. 30. April 1783. §. 13. 19. ib. S. 460. C.A. C. II. T. III. S. 173. u. L.C.W. T. IV. S. 57., Rescr. u. fernerw. Instr. v. 27. Mai 1783. C.A. C. II. T. I. S. 463. f., Besch. d. Dik. ib. S. 469., V. v. 31. März 1838. §. 15. G.S. S. 218.] **2)** Auf Rechtsmittel der Angeschuldigten darf nicht härter erkannt werden, als bereits geschehen ist. §. 38. unter 5. d. G. v. 28. Jan. 1835. cit., V. v. 31. März 1838. §. 16. G.S. S. 219. u. in Absicht auf Rügensachen, V. v. 24. Febr. 1848. G.S. S. 9. [Aeltr. R.: Rescr. v. 13. Sept. 1709. C.A. C. III. T. I. S. 185., V. v. 11. April 1739. C.A. C. I. T. I. S. 317.] **3)** Die Criminal-Erkenntnisse der Oberbehörden werden beim Untergerichte publicirt. Das Oberappellationsgericht sendet die seinigen an dasselbe durch das Appellationsgericht, §. 38. unter 6. des G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 70. **4)** Das Oberappellationsgericht darf in geeigneten Fällen Verbrecher der Gnade des Königs empfehlen. Es hat dann zugleich sein Urtel an das Justizministerium einzusenden. Erfolgt ein Erlaß, eine Verminderung od. Verwandlung der Strafe, so wird sowohl das E., als die Begnadigungsverordnung publicirt. §. 38. unter 7. des cit. G. v. 28. Jan. 1835. [Aeltr. Best.: Rescr. v. 13. Sept. 1709. C.A. C. III. T. I. S. 185.] **5)** Ueber den Fall, wenn bei einer zu Ent-

scheidung einer Untersuchung nothwendigen gerichtlichen Handlung eine vorgeschriebene Formalität verabsäumt worden ist, und diesem Mangel weder durch Wiederholung der Handlung, noch auf andere gesetzlich gestattete Weise abgeholfen werden kann, vergl. Art. IX. des G. v. 30. März 1838. G.S. S. 199. **6)** An die Appellationsgerichte und an das Oberappellationsgericht sind Gebühren für die Erkenntnisse, in derselben Maße, wie früher an die Dikasterien, abzuentrichten. §. 38. unter 10. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 70., §. 18. d. V. v. 28. März 1835. G.S. S. 217. **7)** Ueber das Verfahren, wenn in Untersuchungssachen wegen des während der Strafverbüßung oder doch nach dem E. von dem Inculpaten noch geleisteten Ersatzes auf ein anderweites E. provocirt wird, oder ein Verurtheilter von der ihm in dem Urtel vorbehaltenen Unschuldsausführung Gebrauch macht, vergl. §. 11. d. V. v. 9. April 1836. G.S. S. 88., und **8)** wegen der unmittelbaren Acteneinsendung an das Oberappellationsgericht: §. 12. d. V. v. 9. April 1836. G.S. S. 88. **9)** In den Criminalerkenntnissen muß der Grad der zu verbüßenden Zuchthausstrafe mit angegeben sein, Art. 7. d. Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 115. **10)** Der früher gebräuchliche Anhang an den Criminalerkenntnissen wegen fernerer Detention des Verbrechers (s. auch Verwaltungsbehörden) ist weggefallen, V. v. 31. März 1838. §. 5. 7. G.S. S. 216. **11)** Ueber die bei der Freisprechung des Angeschuldigten zu gebrauchenden Formeln s. die V. v. 30. Juni 1832. G.S. S. 361. **12)** Die E. sollen bei geringfügigen und Brandstiftungs-Untersuchungen in 4 Wochen, und bei andern spätestens in 8 Wochen erfolgen und remittirt werden. Gen. v. 26. Oct. 1811. §. 5. C.A. C. III. T. I. S. 261., O.A.Pat. v. 11. April 1812. §. 5. L.E.W. T. V. S. 167., M. v. 28. Sept. 1829. §. 13. G.S. S. 161. Die möglichste Beschleunigung ordnet schon der Bef. v. 22. März 1715. C.A. T. I. S. 1187. an. S. Dikasterien. **13)** Noch ist zu I. zu verweisen auf die V. v. 11. Aug. 1838. G.S. S. 405. f., die V. v. 9. Mai 1839. G.S. S. 143., und insbesondre wegen der Rügensachen auf die V. v. 6. Juni 1839. G.S. S. 171. — Vergl. noch wegen der Kosten bei völliger Freisprechung in zweiter Instanz die Bef. des O.A.G. v. 8. Aug. 1846. G.S. S. 235., u. wegen des Liquidirens, auf die V. v. 24. Jan. 1839. G.S. S. 15., die cit. V. v. 6. Juni 1839., und die Tax-O. v. 1840. Tit. 2. no. 45. G.S. S. 390. **II.** Gesetzgebung seit 1855. **A.** Allgemeine Regeln. **1)** Jeder richterlichen Entscheidung im Untersuchungsprocesse soll, in soweit sie nicht durch das Gesetz einem einzelnen Richter übertragen ist, eine mündliche Berathung der Richter vorausgehen. Der Vorsitzende leitet die Berathung. Hängt eine zu ertheilende Entscheidung von der Beantwortung mehrerer, sich gegenseitig bedingender Fragen ab, so ist der über eine der letzteren gefaßte Beschluß auch für diejenigen Gerichtsmitglieder, welche etwa bei der Abstimmung in der Minderheit geblieben sind, bei ihrer Abstimmung über die anderen Fragen bindend. Str.Pr.O. v. 1855. Art. 9. **2)** Soweit die Richter über thatsächliche Verhältnisse zu urtheilen haben, sind sie nur an ihre, durch die vorliegenden Beweise gewonnene Ueberzeugung gebunden. ib. Art. 10. **3)** Die richterlichen Entscheidungen werden nur da, wo das Gesetz es vorschreibt, mittelst Erkenntnisses, in den übrigen Fällen durch einfachen Beschluß ertheilt. Jedes E. ist von den Richtern, welche an der Abfassung desselben Theil genommen haben, eigenhändig und zwar auch von denen, welche etwa bei der Abstimmung in der Minderheit gewesen sind, zu unterzeichnen. Wäre ein Richter außer Stand, zu unterzeichnen, so genügt es, wenn über diese Verhinderung durch einen der übrigen Richter eine schriftliche Bemerkung unter das E. gebracht wird. ib. Art. 11. **4)** Bei jedem Erkenntnisse und jeder abfälligen Entschließung sind die Gründe, von welchen die Richter geleitet worden sind, anzuführen. a) Sie sind der Entscheidung einzuschalten oder besonders beizugeben. b) Bei jedem E. sollen die Entscheidungsgründe auf die That-

und auf die Rechtsfrage sich beziehen. Ein E. ist wegen Verletzung dieser Vorschrift jedoch nur dann für nichtig zu achten, wenn entweder gar keine Entscheidungsgründe ertheilt worden sind, oder wenn die ertheilten Entscheidungsgründe nur auf die Thatfrage oder nur auf die Rechtsfrage sich beziehen. ib. Art. 12. c) Wird bei dem Gerichte ein Antrag auf eine Beweisaufnahme, gleichviel ob in der Voruntersuchung oder in einem späteren Stadium des Verfahrens, insbesondere bei der Hauptverhandlung, sowie zur Rechtfertigung oder Widerlegung eines Rechtsmittels gestellt, so hat das Gericht im Falle der Ablehnung bei der Entscheidung anzugeben, ob es den Antrag als rechtlich unzulässig oder als unerheblich ablehne, in beiden Fällen auch dieß näher zu begründen. V. v. 31. Juli 1856. §. 20. G.S. S. 159. **5)** Die bei einer mündlichen Verhandlung beschlossenen Entscheidungen, insbesondere auch die E. in der Hauptverhandlung u. über Einsprüche gegen E. des Einzelrichters, sind in der Sitzung des entscheidenden Gerichts von diesem selbst bekannt zu machen. ib. Art. 13. **6)** Die Bekanntmachung von Entscheidungen, welche nicht bei einem mündlichen Verfahren ertheilt werden, erfolgt durch den Untersuchungsrichter. Sie kann an Gerichtsstelle oder durch abschriftliche Zufertigung der Entscheidung an den Betheiligten bewirkt werden. Die Abschrift muß, wenn gegen die Entscheidung ein aufschiebendes Rechtsmittel zulässig ist, dem Betheiligten selbst behändigt werden. Bei anderen Entscheidungen kann sie in seiner Abwesenheit auch einer von denen Personen zugestellt werden, welchen, statt des Betheiligten, eine Verfügung nach den Bestimmungen der bürgerlichen Proceßgesetze giltig behändigt werden kann. Ang. Art. 13. Diese Bestimmungen beziehen sich aber nur auf die bei 6. erwähnten Entscheidungen. V. v. 31. Juli 1856. §. 21. G.S. S. 159. — In den Fällen, wo die Bekanntmachung einer Entscheidung sich nicht auf eine der vorstehend geordneten Weisen bewirken läßt, kann das Gericht einen Bekanntmachungstermin ansetzen und zu diesem den Angeschuldigten öffentlich vorladen. (Vergl. Art. 144. Satz 2. unter: Oeffentliche Vorladung.) Bleibt der Angeschuldigte außen, so ist dessenungeachtet weiter so zu verfahren, als ob ihm die Entscheidung in dem Termine bekannt gemacht worden wäre. Ang. Art. 13. — Diese Bestimmungen finden lediglich dann Anwendung, wenn die Bekanntmachung weder in der bei 5., noch bei 6. a. b. geordneten Maße erfolgen konnte. Ang. V. v. 1856. §. 21. **7)** Die Zustellung einer Entscheidung oder Vorladung oder irgend einer anderen Zufertigung durch die Post in der mittelst der V. v. 1. Oct. 1846. G.S. S. 306. nachgelassenen und bestimmten Weise ist im Strafprocesse nicht zulässig, ausgenommen, wenn eine solche sich ausschließlich auf einen einschlagenden Civilpunct, z. B. geltend gemachte Entschädigungsansprüche, bezieht. Ang. §. 21. Ist der Angeschuldigte bei einer mündlichen Verhandlung und bei der Bekanntmachung des hierbei ertheilten E.s deshalb nicht zugegen gewesen, weil er bei einer anderen Behörde sich in Haft befunden hat, und seine Stellung vor das erkennende Gericht nicht angeordnet gewesen, so ist ihm das E. durch Requisition des Gerichts des Orts, woselbst er sich in Haft befindet, bekannt zu machen. ib. §. 22. Befindet sich der Angeschuldigte in einer Landesstrafanstalt, so ist wegen Bekanntmachung von E.n oder Verordnungen allenthalben der V. v. 20. Oct. 1844. G.S. S. 289. f. nachzugehen. ib. **8)** Schreib- und Rechnungsfehler in einer bekannt gemachten Entscheidung können von dem Gerichte, welches dieselbe ertheilt hat, sowohl auf Antrag als von amtswegen zu jeder Zeit verbessert werden. Wird dadurch an der Entscheidung selbst etwas geändert, so ist die Abänderung sowohl denen, welche auf dieselbe angetragen haben, als auch denen, welche von ihr betroffen werden, in der oben bei 6. und 7. bemerkten Maße durch den Untersuchungsrichter bekannt zu machen. Art. 14. ib. **9)** Gegen die Abänderung finden dieselben Rechtsmittel Statt, welche gegen die Entschei-

dung Statt gefunden haben würden, wenn sie gleich Anfangs in der durch die Abänderung bewirkten Maße ertheilt worden wäre. Außerdem kann sie mit der Nichtigkeitsbeschwerde angefochten werden, wenn behauptet wird, daß nicht ein bloser Schreib- od. Rechnungsfehler vorgelegen habe. Ang. Art. 14. **10)** Die Zahl der Richter, welche bei einer Entscheidung des Bezirksgerichts mitwirken sollen, bestimmt das Gesetz, die künftige Einrichtung der Behörden erster Instanz für Rechtspflege und Verwaltung betreffend, v. 11. Aug. 1855. §. 17. Vergl. Bezirksgerichte 2. und noch Art. 431. d. Str.Pr.O. unter: Vollstreckung. Die Verletzung dieser Vorschrift zieht die Nichtigkeit der betreffenden Entscheidung nach sich. Art. 15. d. Str.Pr.O. **11)** Zur Giltigkeit einer Verhandlung u. des darauf gebauten Erkenntnisses wird ferner erfordert, daß die Richter, von welchen das letztere erlassen wird, der Verhandlung vom Anfange derselben an ununterbrochen beigewohnt haben. Wird daher ein Richter während der Verhandlung behindert, derselben fernerhin beizuwohnen, so ist zu Erfüllung der gesetzlichen Richterzahl ein anderer Richter beizuziehen und die Verhandlung von Neuem zu beginnen. Art. 16. ib. **12)** Der Gerichtsvorsitzende kann jedoch, wenn eine Verhandlung eine längere Dauer erwarten läßt, einen oder mehrere Richter über die gesetzliche Richterzahl (Ergänzungsrichter) zuziehen. Der Ergänzungsrichter wohnt der ganzen Verhandlung bei und hat, falls eines der Mitglieder des Gerichts bis zur Beschlußfassung über das Erkenntniß, diese mit inbegriffen, auszuharren behindert werden sollte, für dieses Mitglied in das Gericht einzutreten. In diesem Falle findet eine Wiederholung der Verhandlung nicht Statt. Der Ergänzungsrichter nimmt, außer dem Falle des Eintritts und vor demselben, an den Berathungen und Entscheidungen des Gerichts keinen Antheil. Dagegen ist ein Wechsel in der Person des Gerichtsschreibers ohne Einfluß auf die Giltigkeit der Verhandlung. Art. 16. cit. **13)** Zur Vervollständigung des Bezirksgerichts für eine mündliche Verhandlung können von dem Vorsitzenden Hilfsrichter verwendet werden, welche das Justizministerium aus den zu dem Richteramte befähigten Personen und den Sachwaltern bestellt und eidlich verpflichten läßt. Das Amt eines Hilfsrichters kann von dem dazu Berufenen nicht ohne triftige Ablehnungsgründe, über welche das Justizministerium Beschluß faßt, ausgeschlagen werden. Dem bei einer Verhandlung verwendeten Hilfsrichter ist der etwaige Reiseaufwand und, dafern er nicht zu den Staatsdienern gehört, eine im Verordnungswege zu bestimmende Entschädigung für die gehabte Versäumniß aus der Staatscasse zu gewähren. Art. 17. ib. **14)** S. noch die Artikel: Untersuchungskosten, Vollstreckung, Untersuchungs-Just..., Privatanklage, Untersuchungsproceß, Uebergang, Rechtsmittel, Wiedereinsetzung, Geheime ..., Abwesenheit, Nichtigkeitsb..., Strafgesetzbuch, Bestrafung, Schärfung, Handarbeit, Verjährung. **B.** Erkenntnisse im Anklageverfahren. Vergl. hier: Anklageverf..., Nichtigkeitsbeschwerde im Ankl... **C.** Auf den Antrag auf Unmittelbare Vorladung. S. diesen Artikel. **D.** In der Hauptverhandlung. (Enderkenntniß.) **1)** Vergl. hier zunächst den Art.: Hauptverhandlungs-Termin, no. 19—22. 25—27. **2)** Erachtet das Gericht a) die thatsächlichen Ergebnisse der Hauptverhandlung nicht für ausreichend, um den Angeklagten für schuldig zu erklären, oder b) erachtet es die Anklage für thatsächlich widerlegt, so hat es auf Freisprechung von der Anklage zu erkennen. (Klagfreisprechung.) Str.Pr.O. Art. 302. Zu a. Das Gericht hat jedoch in diesem Falle, wenn es der Ansicht ist, daß die Ergebnisse einen erheblichen Verdacht gegen den Angeklagten begründen, oder wenn es, zu b., zwar den Entlastungsbeweis für soweit hergestellt erachtet, daß die Verurtheilung nicht erfolgen konnte, zugleich aber der Meinung ist, daß noch ein erheblicher Verdacht gegen den Angeklagten zurückgeblieben sei, der Klagfreisprechung die Beschränkung beizufügen, daß sie aus

Mangel an vollständigem Beweise der Schuld erfolgt sei. Ang. Art. 302. **3)** Ist das Gericht der Meinung, daß der Strafantrag rechtlich unzuläßig sei, so hat es den Angeklagten für straffrei zu erklären. (Straffreisprechung.) ib. Wird darauf erkannt, so sind in dem Erkenntnisse die Thatsachen, welche für erwiesen erachtet werden, und die Rechtsgründe anzuführen, weshalb diese Thatsachen für rechtlich strafbar nicht anzusehen sind. Art. 303. ib. **4)** Außer diesen Fällen erkennt das Gericht auf die durch das Gesetz bestimmte Strafe. Dieß gilt auch in dem Falle, wenn das Gericht nach Lage der Sache, insbesondere nach Maßgabe des erbrachten Beweises, den Angeklagten nur einer Handlung für schuldig erachtet, welche an sich (nach der Str.-Pr.O. Art. 44. unter: Untersuchungs-Zuständigkeit) zur Zuständigkeit des Einzelrichters gehören würde. Ang. Art. 302. **5)** Ein Strafurtheil muß angeben: a) das Verbrechen, dessen der Angeklagte für schuldig erachtet wird, b) die Gesetze, worauf die Bestrafung gegründet wird, c) die Strafe, zu welcher der Angeklagte verurtheilt wird, und die etwa noch außer der Strafe eintretenden gesetzlichen Folgen des Verbrechens. Art. 304. d. Str.Pr.O. d) Vergl. übrigens oben bei I. Art. 12. Satz 2. e) Erstreckte sich die Verhandlung auf mehrere, demselben Angeklagten beigemessene Verbrechen und wird der Angeklagte wenigstens zweier dieser Verbrechen für schuldig erklärt, so daß nach Art. 78. d. Str.Gb. (unter: Concurrenz IV.) eine Gesamtstrafe zu erkennen ist, so hat das Gericht in dem Erkenntnisse nicht nur die Gesamtstrafe für diejenigen Verbrechen, deren der Angeklagte für schuldig erklärt wird und die zu benennen sind, sondern auch die für das schwerste der zusammentreffenden Verbrechen ausgeworfene Strafe, durch deren Erhöhung die Gesamtstrafe erlangt worden ist, anzugeben. V. v. 31. Juli 1856. §. 62. G.S. S. 169. f) Ebenso ist, wenn ein Verbrechen im Rückfalle verübt worden ist, in dem Erkenntnisse anzugeben, auf wie hoch die an sich verwirkte Strafe (Art. 82. d. Str.Gb. unter: Rückfall) bestimmt worden ist. Bei Festsetzung der Strafe hat übrigens das Gericht darauf, daß etwa der Angeklagte sich gleichzeitig noch in Untersuchung wegen anderer Verbrechen befindet und künftig ein Nachtragserkenntniß zu ertheilen sein wird, keine Rücksicht zu nehmen. Ang. V. v. 1856. §. 62. g) Bei einer Verurtheilung in einer Preßstrafsache ist, wenn auf Confiscation und Vernichtung des Preßerzeugnisses erkannt worden ist, den VV. v. 30. Mai 1853., die Abgabe von Exemplaren ꝛc. an das Ministerium des Innern betr., G.S. S. 78., und v. 7. Nov. 1853., die Beschleunigung der ꝛc. Anzeigen betr., G.S. S. 261., auch fernerhin nachzugehen. V. v. 31. Juli 1856. §. 62. G.S. S. 169. **6)** Die Verurtheilung des Angeklagten in der Hauptsache zieht als Folge die Verurtheilung desselben in die Untersuchungskosten nach sich. Art. 305. ib. a) Sind mehrere Angeklagte in derselben Untersuchung befangen gewesen und in der Hauptsache verurtheilt, so fallen jedem einzelnen Angeklagten diejenigen Kosten ausschließlich zur Last, welche lediglich in Betreff seiner, insbesondere durch seine Haft, durch seine Vertheidigung oder durch besondere bei ihm eingetretene Ereignisse oder nur ihn angehende Untersuchungshandlungen oder durch sein besonderes Verschulden entstanden sind. ib. b) Alle anderen Kosten sind für die sämtlichen Angeklagten dergestalt gemeinschaftlich, daß ein jeder zu einem nach Lage der Sache zu bestimmenden Antheile zu verurtheilen ist, jedoch auch für die Antheile der übrigen an den gemeinschaftlichen Kosten zu ungetheilter Hand haftet. Sind besondere Antheile im Erkenntnisse nicht bestimmt worden, so sind gleiche Antheile anzunehmen. Angez. Art. 305. **7)** Wird der Angeklagte frei gesprochen, so hat er a) dessenungeachtet die auf seine Vertheidigung verwendeten Kosten in soweit, als deren Uebertragung aus der Staatscasse nach Art. 409. der Str.Pr.O. (unter: Untersuchungskosten) unbedingt ausgeschlossen ist, b) die übrigen

Untersuchungskosten aber nur in soweit, als er solche durch falsche Selbstanzeige oder falsche außergerichtliche Berühmung der Thäterschaft veranlaßt hatte, zu tragen. c) Nicht minder ist der Freigesprochene in die Abstattung der Kosten zu verurtheilen, welche durch Versäumnisse oder offenbar unerhebliche Anträge desselben erwachsen sind. Art. 306. b. Str.Pr.O. **8)** Ist ein Angeklagter wegen mehrerer Handlungen in Untersuchung gezogen und es erfolgt ein denselben theils verurtheilendes, theils freisprechendes Enderkenntniß, so sind hinsichtlich desjenigen Theils der Untersuchung, worauf die Verurtheilung beruht, die Vorschriften des ang. Art. 305., hinsichtlich desjenigen, worauf die Freisprechung beruht, die Vorschriften des cit. Art. 306. zur Anwendung zu bringen. Str.Pr.O. Art. 307. **9)** In derselben Weise ist zu verfahren, wenn der Angeklagte zwar wegen der ihm beigemessenen Handlung verurtheilt, diese aber für ein geringeres Verbrechen geachtet wird, wegen dessen die sämtlichen aufgewendeten Kosten nicht aufzuwenden gewesen sein würden. ib. **10)** Wenn von mehreren, wegen derselben Handlung Angeklagten einer oder einige frei gesprochen, ein anderer oder einige andere aber verurtheilt werden, so sind die Kosten von denselben, soweit sie hierzu nach den ang. Art. 305. und 306. verpflichtet sind, abzustatten. ib. Lassen die Kosten in diesen Fällen sich nicht füglich trennen, so ist die Verurtheilung in die Kosten auf einen nach richterlichem Ermessen festzustellenden Antheil der Gesamtkosten zu richten. ib. **11)** Das Erkenntniß nebst den Entscheidungsgründen ist niederzuschreiben und von dem Vorsitzenden, nachdem er und die übrigen Richter sich in den Gerichtssaal zurückbegeben haben, in der Sitzung bekannt zu machen. Der Vorsitzende läßt auch die in dem Erkenntnisse angezogenen Gesetzstellen vorlesen und belehrt bei verurtheilenden Erkenntnissen den Angeschuldigten über die ihm zustehenden Rechtsmittel im Allgemeinen, falls derselbe nicht mit einem Vertheidiger versehen ist. Str.Pr.O. Art. 308. **12)** Es kann jedoch in besonders umfänglichen Sachen zwar nicht die Bekanntmachung des Erkenntnisses, wohl aber die der Entscheidungsgründe ausgesetzt, und die letztere in einer sofort anzuberaumenden, nicht über 8 Tage hinauszuschiebenden Sitzung vorgenommen werden. Diese Bekanntmachung geschieht gleichfalls in öffentlicher Sitzung. Sie kann auch durch einen beauftragten Richter erfolgen. Ang. Art. 308. (Vergl. übrigens noch Str.Pr.O. Art. 6. Satz 3. unter: Geheime Sitzung.) **13)** Im Falle bei 12. beginnt die Frist zur Einwendung der Rechtsmittel gegen das Erkenntniß mit dem Tage der Bekanntmachung der Entscheidungsgründe. Das Außenbleiben des Angeklagten od. Staatsanwalts steht der Bekanntmachung nicht entgegen. Ang. Art. 308. **14)** Das Erkenntniß nebst Entscheidungsgründen ist binnen 8 Tagen nach der Verkündigung des ersteren in einer besonderen Urkunde zu den Acten zu bringen. Str.Pr.O. Art. 309. und s. noch Art. 11. ib. oben unter I. **15)** S. Nichtigkeitsbeschw... im Ankl... **E.** E. der Einzelrichter. S. Untersuchungsverfahren vor d. E.R., Strafverfügung, Rügenverfahren, Rechtsmittel. **F.** E. auf die Adhäsion im Untersuchungsprocesse. S. Anschluß. **G.** E. nach der Wiederaufnahme: s. eben diesen Artikel.

Erklärung. S. Anzeigen, Protokolle, Untersuchungsverfahren, Verwandte, Väter, Interpretation.

Erkranken. S. Kranke, Reisende.

Erkundigung. S. Amtshauptleute, Gerichtliche P.

Erläuterung. S. Erkenntnisse, Klage, Verfassung.

Erlangen. S. Dispensation, Privilegien, Arrest, Concession.

Erlaß. S. Concurs, Executionsverfahren, Miethe, Aemter, Apotheken, Begnadigung, Communalgarde, Geständniß, Steuererlaß, Milderung, Militairleistungen, Stadtrath.

Erlasse. S. Bekanntm...

Erlaubniß, s. Concession.

Erlaubnißschein. S. Elbe, Reiselegitimationen, Herumziehende, Baiern, Begräbniß, Censur, Gift, Hausbesitzer.

Erleben. S. Erbfolge.

Erledigen. S. Proceß, Verzichtleistung, Rechnung...

Erledigungen der Landesgebrechen (Resolutiones gravaminum). Die unter diesem Namen ergangenen erbländischen Erlasse sind die v. 12. März 1603., v. 23. April 1612., und v. 22. Juni 1661. C.A. T.I. S. 161. 167. 195., v. 1763. u. 1766. C.A. C.I. T.I. S. 83. 133., in der Oberlausitz v. 6. Sept. 1611. L.C.W. T.III. S. 920., v. 5. Juli 1657. L.C.W. T.II. S. 1421., v. 5. Juli 1657. ib. S. 1424., 7. Sept. 1672. ib. S. 1432., 3. März 1681. ib. S. 1445., 2. Febr. 1692. ib. S. 1454., 18. Juli 1694. ib. S. 1462., 29. April 1733. ib. S. 1483., v. 8. Mai 1769. L.C.W. T.III. S. 948.

Erledigung. S. Nichtigkeitsbeschw. im Anfl...

Erlegen. S. Zahlung, Subhastation, Kostenvorstand, Jagd.

Erleichtern, s. Elbe.

Erlernen, s. Apotheken, Schulunterricht, Lehrlinge.

Erlös. S. Auction, Subhastation.

Erlöschen. S. Verjährung, Appellation, II. f., Arrest, I., Strafbarkeit, Erbstolln, Ablösung, Wechselverb...

Ermächtigen. S. Vollmacht.

Ermäßigung. S. Kostenmoderation, Gerichte, Apotheken.

Ermahnung. S. Admonition.

Ermangeln. S. Rechnung..., Verarmung, Ausbleiben.

Ermessen, richterl. S. Anzeichen, Auszug, Beweis, Erkenntnisse, Zumessung, Executionsverfahren, Executivproceß, Milderung, Nothwehr, Rückfall, Schmerzengeld, Spielen.

Ermittelung, s. Werth... S. Untersuchungsverfahren, Appellation in Crim., Verwaltungsstreitigkeiten.

Ermorden. S. Tödung, Mord.

Ernährer, s. Militairpflicht, Dienstreserve.

Ernährung. S. Verpflegung.

Erndte. **1)** Die E. kann in Nothfällen auch Sonn- u. Festtags erfolgen, wenn es in den Wochentagen anhaltend regnet, außerdem müssen alle Ackerarbeiten unterbleiben. M. v. 24. Juli 1811. §. 5. C.A. C.III. T.I. S. 498., L.C.W. T.VI. S. 195. Dabei können auch Frohnen verlangt werden, §. 8. ib., und Dienste des Gesindes, §. 72. der Gesinde-O. v. 10. Jan. 1835. G.S. S. 27. **2)** Die E. wird bei nothwendiger Subhastation von Rittergütern dem Ersteher nicht mit überlassen, wofern solches nicht ausdrücklich im Patente zugesichert worden, sie verbleibt vielmehr der Masse, Niederlauf. M. v. 20. April 1747. §. I. C.A. C.I. T.III. S. 336. **3)** Die Abbrauung des Erndtebiers gestattet, wo sie hergebracht, auch ferner die Res. gr. v. 1661. Justizf. §. 143. C.A. T.I. S. 265. [Man vergl. über das E. Ausschr. v. 9. April 1661. C.A. T.II. S. 1491., v. 9. Mai 1666. ib. S. 1505., v. 25. Febr. 1671. ib. S. 1516., Erkl. v. 20. Jan. 1703. Cap. 17. ib. S. 1579., Ausschr. v. 13. März 1713. ib. S. 1621., Regul. v. 12. Sept. 1724. C.A. C.I. T.II. S. 123., O.A.Pat. v. 12. Sept. 1727. Cap. 17. C.A. C.I. T.III. S. 269. u. L.C.W. T.II. S. 194., Erl. v. 16. Jan. 1747. Cap. 17. C.A. C.I. T.II. S. 258., Gen. v. 13. Juni 1785. C.A. C.II. T.II. S. 993.] **4)** Die Erndte-Ertrags- und Vorraths-Consignationen sind bei Einführung der Bevölkerungslisten in Wegfall gekommen. V. v. 15. Mai 1832. G.S. S. 309. u. 319. [Aeltre Verf.: Gen.V. v. 19. Aug. 1791. C.A. C.II. T.I. S. 1003., Rescr. v. 19. Aug. 1791. ib. S. 1031., v. 5. Sept. 1791. ib. T.II. S. 241., O.A.Pat. v. 6. u. 7. Sept. 1791. L.C.W. T.IV. S. 507. f. u. C.A. C.II. T.III. S. 513. 515., Gen.V. v. 19. Juli 1793. C.A. C.II. T.I. S. 1059., O.A.Pat. v. 27. Juli 1793. L.C.W. T.IV. S. 526. u. C.A. C.II. T.III. S. 531., O.V.A.V. v. 15. Nov. 1794. ib. T.II. S. 255.] **5)** In den Elementar-Volks-Schulen können zur Zeit der E. Ferien gehalten werden, V. v. 9. Juni 1835. §§. 66. 70—74. G.S. S. 314. ff. **6)** Auf Erndteferien ist bei Anberaumung von Terminen und andern gerichtlichen Handlungen nicht Rücksicht zu nehmen, und die Exc. nullitatis kann deswegen nicht eingewendet werden, E.P.O. ad Tit. 11. §. 5. S. 87., M. v. 26. Aug. 1713. §. 4. C.A. T.II. S. 476. Jedoch sind auf dem Lande zur Saat-

und Erndtezeit keine ordentlichen Gerichtstage anzusetzen. E.P.O. ad Tit. 2. §. 4. S. 27. und ad Tit. 11. §. 5. S. 87. **7)** S. Executionsverfahren, 25. f., Schulstunden, Auszug, Getreide, Tabak.

Erndte=Ertrags= und Vorraths=Consignationen, s. Erndte.

Ernennen. S. Doctorwürde, Aemter, Notare, Advocaten.

Ernestinische Linie. S. Regierungsverwesung.

Erneuern, Erneuerung. S. Arrest, I., Rückfall, Miethe, Wiederaufnahme.

Eröffnen, s. Bekanntmachung, Declaration, Executionsverfahren, Behörden, Publication, Vorunters...

Erörtern, Erörterungen. V. Vorunters..., Abwesenheit, Untersuch...

Erpachten. S. Miethe.

Erpressung. 1) Wer außer dem Falle des Raubes in der Absicht, sich oder einem Anderen einen Vermögensvortheil, auf den er kein Recht hat, zu verschaffen, Jemanden durch die im Art. 177. (s. Raub) angegebenen Mittel zu einer Handlung, Duldung, oder Unterlassung nöthigt, ist ebenfalls mit den Strafen des Raubes zu belegen. Str.=Gb. v. 1855. Art. 178. **2)** Wer in der Absicht, sich oder einem Anderen einen Vermögensvortheil, auf den er kein Recht hat, zu verschaffen, Jemanden durch Bedrohung mit Nachtheilen irgend einer Art zu einer Handlung, Duldung, oder Unterlassung nöthigt, macht sich der E. schuldig. Art. 282. **3)** Die E. wird, dafern nicht die Bestimmungen im Art. 178. (oben bei 1.) eintreten, mit den Strafen des Diebstahls geahndet, welche, wenn einer der im Art. 277. unter 6. u. 7. erwähnten Erschwerungsgründe (s. Diebstahl) eintritt, oder wenn Aufruhr od. Tumult zur Verübung einer E. benutzt worden, in der im Art. 277. angegebenen Maße geschärft oder erhöht werden können. Art. 283. **4)** Hat jedoch eine in besonderen öffentlichen Pflichten stehende Person die in ihrer öffentlichen Stellung liegenden Eigenschaften oder Befugnisse zu einer E. gemißbraucht, so treten die Strafen des ausgezeichneten Diebstahls (s. d.) ein. Art. 283. cit. **5)** Früheres Recht: Cr.Gb. v. 1838. Art. 166. f. G.S. S. 154. **6)** Beim Militair: M.StrGb. v. 1855. §. 152. 183. (unter: Mißbrauch, Diebstahl. Früher: Mil.Str.Gb. v. 1838. §. 129. G.S. S. 253.) **7)** S. Werth, Ersatz, Entfremdung, Untersuchungszust..., Versuch, Raub, Staatsdienst, Drohung, Eigenthum, Nöthigung, Innungen.

Erregung. S. Zurechn...

Erreichen, s. Erlangen.

Erretten, s. Rettung...

Errichten. S. Aemter, Amtsbücher, Anstalten, Erbregister, Bau..., Dachung, Neubaue, Grund= u. Hyp..., Stiftungen, Testamente, Vermächtniß, Kirchenämter, Sammelschulen.

Ersatz, Ersatzleistung. 1) Wenn bei den im 12. Capitel des Str.Gb. aufgeführten Verbrechen (Diebstahl, Erpressung, Betrug, Unterschlagung, Partiererei, Verleitung zu Eigenthumsverbrechen, Entfremdung, Victualiendiebstahl) mit Ausnahme des ausgezeichneten Diebstahls (s. d. u. ib. Art. 278. 280.) und der mit den Strafen desselben bedrohten Verbrechen, der Thäter zu einer Zeit, wo er sich noch nicht für entdeckt hielt, durch Rückgabe od. Werthserstattung vollständigen E. leistet, so ist er mit Strafe gänzlich zu verschonen. Str.Gb. v. 1855. Art. 206. **2)** Ist unter denselben Voraussetzungen der E. von ihm nur theilweise bewirkt worden, so ist bei Feststellung der Strafe nur auf den nicht ersetzten Betrag Rücksicht zu nehmen. ib. Bei dem im Art. 278. erwähnten ausgezeichneten Diebstahle und den mit den Strafen desselben bedrohten Verbrechen kann in den obigen Fällen die Strafe bis zu $1/3$ der an sich verwirkten Strafe herabgesetzt werden. Ang. Art. 296. **3)** Haben mehrere Theilnehmer oder Begünstiger bei dem Verbrechen zu dem E. mitgewirkt, so soll er einem jeden derselben zum vollen Betrage des von ihnen insgesamt Ersetzten nach den Grundsätzen des vorigen Artikels als Strafausschließungs= oder Milderungsgrund angerechnet werden. Art. 297. **4)** Theilnehmer oder Begünstiger, welche zum E. nicht mitgewirkt

haben, sind nach dem vollen Werthsbetrage der Sache zu bestrafen; ist jedoch der E. vollständig von einem oder einigen derselben geleistet worden, so soll den Anderen dieser E. gleichfalls zu Statten kommen, wenn sie zu einer Zeit, wo sie sich noch nicht für entdeckt hielten, ihre Theilnahme an dem Verbrechen freiwillig entweder gegen den Beschädigten oder bei Gericht eingeräumt haben. ib. **5)** In soweit der E. als Strafausschließungs- oder Milderungsgrund dem Verbrecher nicht zu Statten kommt, kann derselbe bei Abmessung der Strafe innerhalb des gesetzlichen Strafmaßes berücksichtigt und hierbei auch die zufällige Wiedererlangung der Sache, sowie der nicht vom Thäter selbst, sondern von einem Dritten für ihn, oder von einem Mitschuldigen geleistete E. in Betracht gezogen werden. Art. 298. **6)** Dem E. ist bei den im ersten Satze des Art. 1. d. Forst- ꝛc. Strafges. v. 11. Aug. 1855. angedrohten absoluten Strafen eine strafmindernde Wirkung (oben Art. 298.) nicht beizulegen. Im Uebrigen gelten hinsichtlich der Ersatzleistung die obigen Bestimmungen der Art. 296. 297. u. 298. d. Str.Gb. Ang.G. v. 1855. Art. 26. G.S. S. 309. **7)** Ueber die Wirkung der Ersatzleistung u. des freiwilligen Geständnisses nach älterem Strafrechte vergl. die Const. 32. u. 33. P. IV. C.A. T. I. S. 126., Const. v. 26. Sept. 1705. C.A. T. I. S. 1175., O.A.Pat. v. 24. Mai 1709. C.A. T. III. S. 326. u. L.C.W. T. I. S. 220., M. v. 16. Sept. 1710. C.A. T. I. S. 1767., Bef. v. 25. Nov. 1717. ib. S. 1877., M. v. 27. Juli 1719. C.A. T. I. S. 1902., Lauf. M. v. 14. Febr. 1720. L.C.W. T. I. S. 254., Rescr. v. 12. April 1720. C.A. T. I. S. 1917., v. 26. Aug. 1720. ib. S. 1930., v. 18. Jan. 1721. ib. S. 1937., v. 17. Febr. 1721. C.A. C. III. T. I. S. 186., v. 7. Juni 1721. C.A. T. I. S. 1945., M. v. 24. Sept. 1723. C.A. T. II. S. 487., Rescr. v. 20. Oct. 1725. C.A. C. I. T. I. S. 273., v. 10. Dec. 1727. C.A. C. III. T. I. S. 188., Gen.B. v. 6. Dec. 1741. C.A. C. I. T. I. S. 329., Dec. 40. v. 1746. ib. S. 361., Erl. v. 29. Juni 1746. ib. S. 345., M. v. 14. Dec. 1753. §. 3. ib. S. 800. u. L.C.W. T. III. S. 83., Inserat v. 27. April 1762. C.A. C. I. T. I. S. 403., M. v. 17. Dec. 1767. §. 3. C.A. C. I. T. I. S. 417. u. L.C.W. T. III. S. 9., Bef. v. 22. Jan. 1776. C.A. C. II. T. I. S. 341., Gen. v. 30. April 1783. §. 4. 5. ib. S. 455., L.C.W. T. IV. S. 52. u. C.A. C. II. T. III. S. 173., Fernere Instr. v. 1783. §. 6. C.A. C. II. T. I. S. 467., M. v. 23. März 1822. G.S. S. 339., G. v. 26. Oct. 1834. §. 11. G.S. S. 246. u. das Cr.Gb. v. 1838. Art. 65. G.S. S. 130. **8)** Vergl. noch in Bezug auf andere Fälle der Ersatzleistung und Erstattung die Artikel: Eigenthum, Kosten, Kostenerstattung, Almosen, Armenanstalten, Ausleihung, Entschädigung, Milderung, Post, Schadenersatz, Verwendung, Zahlung, Erkenntnisse, Forstrügen, Forstverbrechen, Hochzeitsgeschenke, Reisende, Verpflegung, Zoll, Schiffsführer, Untersuchungskosten.

Ersatzmänner. S. Wahlen, Ständeversammlung, Militairpflicht, Stellvertreter, Advocaten.

Erscheinen. S. Beklagte, Ehesachen, Eid, Erkenntnisse, Gerichtsstand, Geringfüg. R., Gütepflegung, Kläger, Provocationspr..., Steuerbehörden, Termin, Ungehorsam, Vorladung, Untersuchungsverf..., Vormund..., Vollmacht, Edictalcit..., Militairpfl...

Erschießen. S. Todesstrafe.

Erschlagen. S. Todschlag, Tödung.

Erschleichen. S. Bestechung, Betrug, Ministerialdepartements, Aemter, Täuschung.

Erschwerungsgründe. S. Rückfall, Schärfung, Concurrenz, Antrag, Verjährung, Untersuchungszust..., Gehilfen, Zumessung, Militairpflicht, Unzucht, Diebstahl, Wucher.

Ersetzen, s. Ersatz.

Ersitzen. S. Verjährung.

Ersparen. S. Sparcassen.

Erspielen. S. Spiel.

Erstatten, Erstattung, s. Ersatz.

Erstehen. S. Auction, Subhastation.

Erstgeburt. S. Erbfolge, König.

Ersticken. S. Oefen, Scheintod.

Erstigkeit, s. Priorität.

Erstrecken, s. Verlängerung, Verlegung.

Erstreiten. S. Proceß, Executionsverfahren, Litisdenunc...

Ersuchen. S. Requisition.

Ertauschen. S. Tausch.

Ertheilen. S. Reiselegitimationen, Dispensation, Prämien, Orden, Consens, Concession, Verweis.

Ertrag. S. Erndte, Eigenthum an G., Erlös.

Ertragen, s. Duldung.

Ertrinken, s. Scheintod.

Erwachsene. S. Betteln, Alter, Hinrichtung.

Erwählen, s. Wahl.

Erwärmen. S. Betten, Scheintod.

Erwecken, s. Verdacht, Anstiften.

Erweis. S. Beweis, Bescheinigung.

Erweiterung. S. Anmaßung, Straßen, Grenzen.

Erwerb, Erwerbung. S. Gewerb..., Ablösung, Eigenthum, Arme, Armenbehörden, Ausländer, Bauergüter, Bürger-Ausschuß, Ehrenämter, Kauf, Gemeindegrundstücke, Grundsteuer, Vormundschaft, Zusammenschlagung, Eigenthumsverbr..., Unterthanenrecht, Bergwerkseig...

Erwiderung. S. Berichtigungen.

Erz. **1)** Die Einführung der Ungarischen Stoßheerde bei Aufbereitung der E. wurde durch den Bef. v. 28. Febr. 1778. C.A. C. II. T. II. S. 193. empfohlen. Vergl. noch den Bef. v. 10. April 1779. ib. S. 193., und v. 8. Juli 1780. ib. S. 205. **2)** Der Handel mit E. ist den beim Bergbau Angestellten untersagt, Berg-O. v. 3. Oct. 1554. Art. 77. C. A. T. II. S. 140., v. 12. Juni 1589. Art. 73. ib. S. 211., Resol. v. 7. Jan. 1709. §. 28. ib. S. 386. **3)** Das Schmelzen d. E. ist den Eigenlöhnern ohne vorherige Besichtigung verboten, Berg-O. v. 3. Oct. 1554. Art. 101. C.A. T. II. S. 146., v. 12. Juni 1589. Art. 94. f. ib. S. 220., Schmelz- u. Hütten-O. v. 12. Sept. 1589. §. 18. ib. S. 227. Unter welchen Bedingungen den Bergwardeinen das Einschmelzen von Privatsilber gestattet ist, enthält der Bef. v. 22. Jan. 1772. C.A. C. II. T. II. S. 161. **4)** Vermöge des Erzvorkaufs mußten die saigerwürdigen Kupfer-, Blei-, und Silber-Erze, sofern sie die Gewerken nicht selbst ausschmelzen, dem Landesherrn für den bestimmten Preis roh überlassen werden. Decl. v. 10. Juni 1765. §. 1—7. und 23. f. samt beigef. Erztare, C.A. C. I. T. I. S. 1472. f. Vergl. darüber und wegen der damit zusammenhängenden General-Schmelz-Administration: die Patente v. 12. Nov. 1582. C.A. T. II. S. 178., v. 7. Mai 1583. ib. S. 183., v. 2. Febr. 1597. ib. S. 233., 25. Aug. 1620. ib. S. 267., B. v. 13. Oct. 1621. ib. S. 273., Pat. v. 4. Oct. 1628. ib. S. 297., Erzkauf-O. v. 30. Nov. 1668. ib. S. 355. 435., Decl. v. 4. Mai 1710. ib. S. 403., v. 17. Dec. 1712. ib. S. 409., Anschlag u. Tare v. 29. Juni 1713. ib. S. 471., Decl. v. 24. Aug. 1713. ib. S. 467., Rescr. v. 10. Febr. 1740. C. A. C. III. T. II. S. 87., Rescr. v. 25. Aug. 1764. §. 2. u. Decl. v. 10. Juni 1765. C. A. C. I. T. I. S. 1468. u. 1469. f., v. 30. Jan. 1768. C.A. C. II. T. II. S. 135., Rescr. v. 14. Nov. u. 12. Dec. 1800. C. A. C. III. T. II. S. 90. Aber s. noch: Erzvorkauf. **5)** Zu Verhütung der Erzpartierei sind das Rescr. v. 12. Dec. 1771. C.A. C. II. T. II. S. 159., der Bef. v. 11. Sept. 1773. ib. S. 169., und das Rescr. v. 8. Nov. 1779. ib. S. 201. erlassen worden. **6)** S. Stufen, Brand, Eisen, Kalk, Kupfer, Schlägeschatz, Hütten, Berg..., Bergwerksabg..., Berg- und Hüttenw..., Bergregal, Kobalt.

Erzählung. S. Verleumdung.

Erzeugnisse. S. Auszug, Waaren, Früchte, Erndte.

Erzgebirger. S. Hausiren, Arzneiwaaren.

Erzgebirgische Bäckerei, s. Cainsdorf.

Erzgebirgischer Steinkohlenactienverein. Die Statuten dieses Vereins bestätigt d. Decr. v. 8. Juli 1846. G.S. S. 184.

Erzieher, s. Erziehung, Mißbrauch, Erziehungsanstalten.

Erziehung. **1)** Wenn ein Vater in seinem letzten Willen wegen seiner Kinder Erziehung, bei wem und wie solche geschehen solle, besondre Verordnung gethan hat, so ist derselben, so viel möglich, und wenn sich kein erhebliches Bedenken ereignet, nachzugehen. V.O. Cap. XII. §. 2. S. 52. d. Handausg., u. L.C.W. T. IV. S. 153. a) Wenn aber der Vater hierunter nichts verordnet, oder der, welchem er die Erziehung seiner Kinder zugedacht hat, solche nicht übernehmen will, oder auch der Richter, davon abzugehen, erhebliche Ursachen findet, so ist vor andern der Mutter, so lange sie sich nicht verheirathet, die Erziehung ihrer Kinder zu überlassen, diese auch solche ordentlich, jedoch, wenn es die Kinder im Vermögen

haben, gegen ein billiges Kost- u. Ziehe-Geld zu übernehmen verbunden. Wenn sich aber die Mutter anderweit verheirathet, so beruhet es in des Richters Ermessen, ob und wie lange derselben die Erziehung ferner überlassen, oder ob solche Jemand anders anvertrauet werden solle. ib. §. 3. b) Nach der Mutter ist hierunter auf die Groß-Aeltern das Absehen zu richten, und dabei nicht auf das Geschlecht, oder die Linie, sondern darauf, bei wem die Unmündigen am Besten erzogen werden, zu sehen. ib. §. 4. c) Wenn weder Mutter noch Groß-Aeltern vorhanden sind, oder bei ihnen erhebliche Bedenklichkeiten obwalten, so beruhet es in des Richters Ermessen, ob er einem andern Verwandten väterlicher oder mütterlicher Seite, od. dem Vormunde selbst, oder sonst Jemand, der nicht mit dem Unmündigen verwandt ist, die Erziehung überlassen will, und ist hierbei, was die Anverwandten betrifft, nicht, wer unter ihnen der nächste, sondern wer den Unmündigen wohl zu erziehen am geschicktesten sei, in Erwägung zu ziehen, wie denn auch die Vormünder, wenn gleich ihre Pflegbefohlne bei ihnen nicht erzogen werden, auf die Erziehung derselben mit Acht geben, und diejenigen, welche solche übernehmen, deswegen mit ihnen sich vernehmen sollen. ib. §. 5. d) Wie viel zum Unterhalte und zur Erziehung der Unmündigen an Kostgeld und sonst auszusetzen sei, hat der Richter zu bemessen, deswegen jährlich eine Summe ungefähr zu bestimmen, und dabei auf des Unmündigen Stand und Vermögen, Alter und andere vorfallende Umstände zu sehen. ib. §. 6. e) Dafern des Unmündigen jährliche Einkünfte nicht so viel, als zu seiner Erziehung erfordert wird, betrügen, soll der Vormund sich bemühen, daß derselbe auf eine Frei-Schule, oder zu einem Handwerke verdungen, od. an einen Dienstherrn vermiethet, oder sonst eine Erleichterung od. Zuschuß erlangt werde. Uebrigens können auch, wenn der Richter seine Einwilligung ertheilt, unbewegliche Güter des Unmündigen zu dessen besserer Erziehung verpfändet oder veräußert werden. ib. §. 7. f) Wenn aber Unmündige arm, auch ihren Unterhalt ganz od. zum Theil zu verdienen, nicht im Stande sind, so ist den Vorschriften wegen Versorgung der Armen (S. Armenversorgung, Waisen) nachzugehen, da kein Vormund verbunden ist, aus eignen Mitteln den Unterhalt seiner Pflegbefohlnen zu bestreiten. ib. §. 8. g) Adoptivältern können ein förmlich und mit allen Rechten eines leiblichen adoptirtes Kind in ihrer Religion erziehen, sofern die leiblichen Aeltern einwilligen oder bei Lebzeiten nicht etwas Andres rechtsbeständig verfügt haben. G. v. 1. Nov. 1836. §. 16. G.S. S. 302. h) S. auch Vormundschaft, 28.31.49.61. **2)** S. Proselyten..., Väter, Aeltern, Alter, Adoption, Ehe, Ehesachen, Eheverlöbniß, Verjährung, Verwandte, Verpflegung, Uneheliche, Erbfolge, 28. f., Kuppelei, Menschenraub, Entführung, Regierungsverwesung, Unzucht, Zuchthaus.

Erziehungsanstalten. Bestimmungen wegen dergleichen geben die Art.: Aemter, Bundesbeschlüsse, Aeltern, Verjährung, Besserungsanstalten, Candidaten, Dresden, Sammelschulen, Zurechnung, Großhennersdorf, Hubertusburg, Bräunsdorf, Landes-Versorg..., Kinder, Taubstumme an.

Erzpartiererei. S. Erz.

Erzvorkauf. Der Staat übt an den durch den Bergbau producirten Erzen und Metallen ferner keinen Vorkauf aus. (Wegen der Vergangenheit s. den Artikel: Erz.) Es kommen daher auch die zeither zu entrichten gewesenen Vorkaufsgelder, als namentlich das Vorkaufsgeld vom Kupfer, das Kobalt-Concessionsgeld u. das Ladegeld vom Eisenstein in Wegfall. B.O. v. 1851. §. 281. G.S. S. 253.

Erzwingen, s. Gewalt, Nöthigung, Zwang.

Escorte. S. Militaircommandos, Communalgarde, Post.

Esel, s. Thier...

Essen. **1)** Neue E. sind nur von Lehm und Luftziegeln, oder von gebrannten Ziegeln, mit 6, runde Kugelessen an der schwächsten Stelle wenigstens mit 4 Zoll Wandstärke, aufzuführen, auch, soweit irgend thunlich, vom Erdgeschosse aus massiv zu gründen. §. 6.

d. V. v. 11. März 1841. G.S. S. 30. Es ist jedoch den Obrigkeiten nachgelassen, auf dem Lande bei kleinen und leichtgebauten Häusern gemauerte E. von wenigstens 4 Zoll Wandstärke, sowie sogenannte Klöpel- und Lehmzopfessen zu gestatten. §. 6. cit. **2)** Dagegen ist die Anlegung von sogenannten Spahn-, gespuhlten, geschränkten und gezimmerten E. unbedingt verboten und sind die etwa noch vorhandenen jedenfalls bei der nächsten Hauptreparatur des Hauses, des Daches oder der Esse selbst gänzlich zu beseitigen. §. 6. cit. **3)** Die E. sind mit blechernen Vorschiebern und die Ofenlöcher mit Blech- oder Eisenthüren zu verwahren, erstere auch so weit, daß sie bequem bestiegen werden können, u. ohne Holzwerk zu bauen. Gen.V. v. 7. Febr. 1719. C.A. T. I. S. 1887. u. L.C.W. T. I. S. 844. Vergl. noch die D.F.O. v. 1775. Cap. I. §. 4. f. C.A. C. II. T. I. S. 713., Laus. D.F.O. v. 1777. Cap. I. §. 4. f. C.A. C. II. T. III. S. 113. u. L.C.W. T. III. S. 351. **4)** Die E., Rauchfänge und Rußlöcher sind durchgängig, und auch in den Pfarr-, Schul- und anderen geistlichen Gebäuden, von den Gerichten, mit Zuziehung eines Essenkehrers, jährlich zweimal zu visitiren, und Mängel der Obrigkeit anzuzeigen. Ang. D.F.O. Cap. I. §. 14. l. c., O.A.Pat. v. 12. Juni 1817. L.C.W. T. V. S. 405. **5)** Die Essenkehrer in den Städten sollen den neu angelegten Ruß in den E. wohl abkratzen, und wenn sie Risse, Klinsen und nicht hinlänglich verblendete Balken darin wahrnehmen, es dem Wirthe, auch bei Gericht, anzeigen. Gen.V. v. 7. Febr. 1719. a. a. O., ang. D.F.OO. a. a. O., ang. O.A.Pat. v. 1817. l. c. **6)** In den Acten über Feuersbrünste ist mit anzugeben, wenn zuletzt vor dem Brande die E. gekehrt und die Feuerstätte visitirt worden sind. §. 3. sub b. des Gen. v. 21. Juli 1804. C.A. C. III. T. I. S. 427. S. Feuer. **7)** Ueber die Anstellung und Obliegenheiten der Essenkehrer auf dem Lande s. die cit. D.F.O. Cap. I. §. 14. f. C.A. C. II. T. I. S. 714., C.A. C. II. T. III. S. 115. u. L.C.W. T. III. S. 351., auch s. das O.A.Pat. v. 12. Juni 1817. L.C.W. T. V. S. 404. **8)** Es bewendet noch ferner bei der durch die D.F.O. Cap. I. §. 17. l. c. getroffenen Einrichtung, wonach das Kehren der E. auf dem Lande durch verpflichtete Essenkehrermeister oder unter deren Aufsicht durch tüchtige Jungen oder Gesellen erfolgen soll. §. 5. d. G. v. 9. Oct. 1840. G.S. S. 247. **9)** S. Feuer, Neubaue, Rauchkammern, Brauhäuser.

Essen, s. Mahlzeit.

Essenkehren, Essenkehrer. S. Concession, Essen, Feuer, Lehrlinge.

Essig, Essigbereitung. 1) Die Verbindung der Essigbereitung mit Bierbrauerei ist nur verstattet, wenn der Essigschrot gleich dem Brauschrote versteuert wird. G. v. 4. Dec. 1833. §. 29. G.S. S. 285., V. v. 4. Dec. 1833. §. 36. ib. S. 429. **2)** S. Dorfhandel, Scheintod, Zink.

Eßwaaren. S. Victualien, Zink.

Estafette, s. Staffetten.

Estrich. S. Fußboden, Oefen.

Etabliren, Etablissement. S. Handel- u. Gewerbtreibende, Fabriken, Gewerb..., Anstalten.

Etage, s. Stockwerk.

Etape, s. Communalgarde.

Etat. S. Ständeversammlung, Civilliste.

Etikette, s. Achtung, Höflichkeit, Rang.

Etiketten. S. Censur, Fälschung, Papiergeld, Landeswappen, Waarenbezeichn...

Evangelische. S. Protestanten, Gesamtministerium, Gesetze, Gottesdienst, Kirchen, Religion, Oberlausitz.

Evangelisches Landesconsistorium, s. Landesconsistorium.

Evictionsleistung. S. Litisdenunciation.

Evidenz. S. Beweis.

Evolution. S. Acten, Kauf.

Ewig, s. Capital, Beweis.

Examen, s. Prüfung.

Exceptionen. S. Einreden.

Exceptionsschrift. S. Verfahren.

Excesse. S. Nothwehr, Gast- und Schänk..., Jagd, Polizei, Körperverl..., Landfried..., Widersetzung, Aufruhr, Ruhestörung, Medikasterei.

Excludiren. S. Remotion, Ausstoßung.

Excommunication. S. Begräbniß, Kirchenbuße.

Exculpation, s. Anklageverfahren, u. die Citate unter: Entschuldigung.

Excurrens. S. Abgaben.

Excusation, s. Exculp...

Execution. S. Executionsverfahren, Todesstrafe, Züchtigung, Steuerexecution, Reallasten, Steuerbehörden, Steuerreste, Straßen, Vollstreckung, Hinrichtung, Geldstrafe, Verwandlung.

Executionsobject. S. Executionsverfahren, Appellation, III. D. 2. 6. E. Verkümmerung, Auspfändung.

Executionsproceß. **1)** Der E. findet ohne vorgängiges rechtskräftiges Erkenntniß aus öffentlichen, des Anerkenntnisses nicht bedürfenden Urkunden (u. zwar auch wegen ganz geringer Forderungen) Statt. G. v. 28. Febr. 1838. §. 86. G.S. S. 93. u. vergl. §. 85. ib., sowie G. v. 16. Mai 1839. §. 41. G.S. S. 154. **2)** Das Gesuch an den Richter ist in derselben Weise vollständig und übersichtlich einzurichten, wie bei Einleitung eines Executionsverfahrens. §. 87. des G. v. 28. Febr. 1838. G.S. S. 94. u. §§. 7. 8. ib. S. 77. **3)** Die Urkunden können auch von einem andern Gerichte ausgestellt sein, wenn nur der Grund des Anspruchs daraus klar erhellt. §. 86. cit. ib. **4)** Der Richter hat innerhalb 8 Tagen eine Auflage auf Befriedigung des Berechtigten, unter der Androhung, daß widrigenfalls wider ihn mit der Hilfsvollstreckung verfahren werden solle, zu erlassen. §. 86. cit. ib. **5)** Betreffen die Urkunden einen gegenseitigen Contract, oder eine bedingte Verbindlichkeit, so muß auch (abweichend vom Executivprocesse) die von Seiten des Klägers erfolgte Contractserfüllung oder der Eintritt der Bedingung durch Urkunden, die des Anerkenntnisses nicht bedürfen, nachgewiesen werden, §. 88. ib. S. 94. **6)** Die Frist zur Klagloßstellung des Ansuchenden begreift, wenn der Gegenstand nicht geringfügig ist, eine Sächsische Frist, §. 89. ib. S. 94. **7)** Der Auflage ist nicht nur das Anbringen des Gegners, sondern es sind auch die Urkunden, auf welchen selbiges beruht, in Abschrift beizufügen. §. 90. ib. Sie ist übrigens, was die Bestimmung des Umfangs dessen angehet, was dem Beklagten als seine Leistung auferlegt werden soll, in der Weise einzurichten, wie es im G. v. 28. Febr. 1838. §§. 9. 43. 70. 71. 72. 74. 75. 76. G.S. S. 77. f., bei einem beantragten Executionsverfahren vorgeschrieben ist. §. 90. S. 94. Dem Beklagten ist zugleich aufzugeben, daß, wenn er etwanige Einwendungen gegen Zulässigkeit des Verfahrens überhaupt, oder in Hinsicht auf Einzelheiten desselben zu haben glaube, oder in wie fern er dem Suchen des Gegners Einreden entgegenstellen wolle, welche auf Thatsachen beruhen, zu deren Beweis er mit öffentlichen oder Privaturkunden versehen sei, die dem Gegner zum Anerkenntnisse vorgelegt werden dürften, er solche bei deren Verlust, noch vor Ablauf der ihm gesetzten Sächsischen Frist, bei Gericht schriftlich anzeigen, die Urkunden aber unter der Verwarnung, daß solche außerdem nicht zu beachten, in den Originalien oder doch in Abschrift einreichen solle. §. 91. ib. [Aeltr. Recht: L.O. v. 1555. Tit. über verfaßte Br. C. A. T. I. S. 52.; Const. 8. v. 1572. P. I. ib. S. 76.; Res. gr. v. 1661. Justizs. §. 3. ib. S. 213.; 2. Dec. v. 1661. ib. S. 295.; Anh. d. E.P.O. §. 8. S. 304.] **8)** Der Anbringer ist von der erlassenen Auflage durch eine Abschrift in Kenntniß zu setzen. §. 92. d. G. v. 28. Febr. 1838. G.S. S. 94. **9)** Wenn von dem Beklagten in diesem Processe in der erwähnten Weise Einwendungen und Einreden vorgebracht werden, so hat der Richter darauf Entschließung zu fassen, und wenn die Einwendungen ungegründet befunden werden, solches mit Angabe des Grundes zu den Acten zu bemerken und beiden Theilen eine Abschrift des Protokolls mitzutheilen. §. 93. ib. **10)** Erscheint aber der Einwand nicht sofort verwerflich, so ist, unter Einräumung einer Frist von 14 Tagen ein Verhörstermin anzuberaumen, wozu beide Theile schriftlich vorzuladen. Hier hat sich der Kläger über die vom Gegner gemachten Einwendungen, ingleichen, wenn Urkunden wider ihn vorge-

bracht worden, über deren Aechtheit zu erklären, und im Falle er sie abzuleugnen gemeinet, sofort den Diffessionseid zu leisten. §. 94. ib. S. 95. **11)** Nach Beendigung der Verhandlung hat das Gericht den Parteien sofort einen Bescheid zu eröffnen, vor dessen Rechtskraft mit weiterem Verfahren in der Sache anzustehen ist. §.95. ib. **12)** Wenn die Rechtskraft eingetreten, oder wenn entweder keine oder solche Einwendungen vorgebracht worden, welche der Richter sofort als unerheblich verworfen, so treten dann beim weitern Verfahren die Vorschriften des Executionsverfahrens auf rechtskräftige Entscheidungen ein. §. 96. ib.

Executionsverfahren. 1) Die Vollstreckung einer über einen privatrechtlichen Anspruch ertheilten richterlichen Entscheidung, durch welche einem der streitenden Theile zum Vortheile des andern etwas zu leisten oder zu unterlassen auferlegt worden ist, kann nicht verfügt werden, bevor das Erkenntniß in seinem ganzen Umfange, oder doch in Hinsicht auf das angesprochene Gebot oder Verbot in Rechtskraft ergangen ist. §. 1. des G. v. 28. Febr. 1838. G.S. S. 76. **2)** Rechtssprüche, wider welche nach den Proceßgesetzen suspensive Rechtsmittel nicht zuläßig sind, werden sofort bei ihrer Publication rechtskräftig. §. 2. ib. **3)** Wenn sich der Verurtheilte vor Ablauf der 10tägigen Frist dem Erkenntnisse ausdrücklich unterworfen hat, so ist wider ihn Rechtskraft von dem Zeitpuncte an eingetreten, da er diese Erklärung bei Gericht abgegeben. §. 3. ib. **4)** Erkenntnisse, in welchen die Verurtheilung von Bedingungen abhängig gemacht worden ist, welche der auferlegten Leistung oder Unterlassung vorangehen sollen, kann der Richter nicht eher vollstrecken, als bis die Bedingung in Erfüllung gegangen. §. 4. ib. **5)** Ist die Verurtheilung einer Partei durch eine Gegenleistung bedingt, die gleichzeitig eintreten soll (z. B. Bezahlung des Kaufgeldes für die abzuliefernde Sache), so steht es jedem der Interessenten frei, die Execution des Erkenntnisses sofort nach eingetretener Rechtskraft zu suchen. §. 5. ib. **6)** Erkenntnisse, welche eine Verurtheilung in eine Unterlassung enthalten, gelangen in dieser Hinsicht nur dann erst zur Execution, wenn der Verurtheilte dem Verbote zuwider gehandelt hat. G. v. 28. Febr. 1838. §. 6. G.S. S. 76. **7)** Das Gesuch um Execution ist bei dem Richter der ersten Instanz anzubringen, mit Beziehung auf die rechtskräftige Entscheidung und unter vollständiger Angabe dessen, wozu die richterliche Hilfe in Anspruch genommen wird. ib. §. 7. G.S. S. 77. **8)** Wenn ein Executionsgesuch auf Beitreibung einer Geldsumme gerichtet ist, die entweder den Betrag der eigentlichen Hauptschuld ausmacht, oder die der Verurtheilte wegen der ihm auferlegten Kostenerstattung zu bezahlen hat, ingleichen wenn das Erkenntniß auf Leistungen anderer Art gerichtet ist, deren Umfang nur in Gemäßheit einer Zusammenstellung beurtheilt werden kann (z. B. auf die Rückstände eines Naturalauszugs von mehrern Jahren), so hat der Ansuchende eine schriftliche Berechnung seiner Forderung einzureichen, und darin eine vollständige klare Uebersicht der gesamten Forderungen an seinen Gegner zu gewähren, auch in das Verzeichniß der Kosten zugleich diejenigen aufzunehmen, welche etwa durch das Ansuchen selbst erwachsen sind. Die einzelnen Ansätze sind, soweit der Richter nicht deren Zuständigkeit ohne besondere Nachweisung zu beurtheilen vermag, durch die entsprechenden Stellen der gerichtlichen oder Privatacten oder andere glaubhafte Belege nachzuweisen. G. v. 28. Febr. 1838. §. 8. G.S. S. 77. **9)** Das Gericht hat ein ganz ungegründetes oder unzeitiges Ansuchen sofort zurückzuweisen, einzelne Unrichtigkeiten aber, die sich sofort beurtheilen lassen, mittelst Protokolls zu beseitigen. Von den Kosten hat dasselbe die außergerichtlichen zu ermäßigen. Zu dem Gesamtbetrage aber sind die etwa rückständigen Gerichtskosten, welche dem Verurtheilten zufallen, und die Kosten der Ausfertigung auf das Executionsgesuch hinzuzubringen. §. 9. ib. **10)** Die Auflage hat das Gericht an den Verurtheilten unter der Verwarnung zu erlassen, daß, wenn

derselbe nicht bis zu einem darinnen bestimmten Tage Folge geleistet haben würde, sodann auf des Gegners Ansuchen die Vollstreckungshandlung vorgenommen werden würde. §. 10. ib. Der Ansuchende ist von der Auflage nur durch eine Abschrift derselben in Kenntniß zu setzen. §. 11. ib. **11)** Die Hilfsauflage ist, wenn dringende Verhältnisse nicht eine zeitigere Verfügung derselben nothwendig machen, innerhalb 8 Tagen nach Eingang des Gesuchs zu erlassen. §. 12. ib. Zu ihrer Befolgung ist dem Verurtheilten eine Frist von 14 Tagen zu setzen, wenn nicht nach richterlichem Ermessen entweder besondere Gefahr im Verzuge vorhanden, die die Abkürzung dieser Frist nothwendig macht, oder die Leistung ihrer Natur nach einen längern Zeitraum erfordert. §. 13. ib. Die einmal gesetzte Frist kann ohne Einwilligung des Gegners nicht abgekürzt werden. §.14.ib. **12)** Ist die Verurtheilung durch Gegenleistungen des obsiegenden Theils bedingt, die gleichzeitig (Zug vor Zug) eintreten sollen (z. B. Zahlung des Kaufgeldes für die abzuliefernde Sache), so hat das Gericht, auch wenn sich der Ansuchende zur Gegenleistung nicht ausdrücklich erboten, die Bedingung in der Auflage auszudrücken. Eine besondere Auflage an den Ausbringer, daß er die Gegenleistung bewirke, ist unzulässig, vielmehr vertritt die §. 11. cit. erwähnte Abschrift die Stelle einer Verwarnung an den Ausbringer, daß bei unterbliebener Gegenleistung mit fernerem Verfahren wider den Verurtheilten Anstand genommen werden solle. G. v. 28. Febr. 1838. §. 15. G.S. S. 78. **13)** Wenn die sachfällige Partei binnen der ihr eingeräumten Frist die Befolgung der Auflage nicht nachgewiesen hat, und gleichwohl die Gegenpartei an dem in der Verfügung bestimmten Tage sich nicht meldet, so kann zwar das Gericht die von dem Verurtheilten unberichtigt gelassenen, von dem Ausbringer nicht bereits verlegten gerichtlichen Kosten, mit Einschluß der durch die Vollstreckungsverfügung erwachsenen, sofort von ihm einbringen; hinsichtlich dessen aber, was derselbe seinem Gegner zu leisten hat, ist bis auf des letztern Ansuchen mit der Vollstreckung anzustehen. §. 16. des G. v. 28. Febr. 1838. G.S. S.78. **14)** Wenn auf Requisition einer öffentlichen Behörde Kosten, welche sie selbst zu fordern hat, oder öffentliche Abgaben beigetrieben werden sollen, so bedarf es von Seiten der requirirenden Behörde keiner weitern Anmeldung, sondern das E. ist unerwartet derselben fortzustellen §. 17. ib. **15)** Meldet sich der obsiegende Theil an dem bestimmten Tage oder nachher, so ist auf dessen Antrag mit Vollziehung des Angedrohten, soweit es durch das Proceßgericht selbst geschehen kann, unverzüglich zu verfahren. Bei Geldschulden ist zuvor der nunmehrige Schuldbetrag, durch Hinzurechnung neuerlich aufgelaufener Zinsen und Kosten, Gerichtswegen festzustellen, ohne daß es hierzu Seiten des Ansuchenden einer schriftlichen Anzeige oder Berechnung bedarf. §. 18. ib. **16)** Wenn Sachen, welche zu Folge des Erkenntnisses herausgegeben oder abgetreten werden sollen, oder ein vom obsiegenden Theile als Befriedigungsmittel angegebener Gegenstand, dem Proceßgerichte entweder gar nicht oder doch nicht unmittelbar unterworfen ist, so hat letzteres sofort nach erfolgtem Antrage auf Vollstreckung an das zuständige Gericht ein Ersuchungs- oder Auftragsschreiben zu erlassen, in welchem der Grund, der Gegenstand und die Art der Vollstreckung genau anzugeben ist. Das ersuchte oder beauftragte Gericht hat hierauf d. Vollstreckungshandlung, ohne vorgängige weitere Verfügung, alsbald vorzunehmen, oder das etwanige Hinderniß binnen 8 Tagen nach Eingang des Schreibens, dem Proceßgerichte anzuzeigen. ib. §. 19. S. 78. **17)** Glaubt der im Proceß Verurtheilte die angedrohte Vollstreckung ganz oder zum Theil abwenden zu können, od. durch die Weise, wie sie der Androhung zufolge geschehen soll, beschwert zu sein, so hat er seine Einwendungen noch vor dem in der Verfügung bestimmten Tage dem Gerichte mündlich od. schriftlich anzuzeigen, und selbige, soweit sie nicht aus den Acten sich ergeben, durch andere, öffentliche oder Privaturkunden sofort nachzuweisen. §. 20. d. G. v. 28. Febr. 1838.

G.S. S. 79. **18)** Die Vollstreckung wird nur dann abgewendet, wenn der Verurtheilte darzuthun vermag, entweder a) daß er den obsiegenden Theil in Gemäßheit des Erkenntnisses befriedigt habe, oder b) daß der Anspruch durch einen nach Bekanntmachung des Urtheils geschlossenen Vergleich, oder c) durch einen nach dieser Zeit bewilligten Erlaß sich erledigt habe, oder endlich d) daß ihm ein erst nach dem angegebenen Zeitpuncte entstandener, oder ein bereits früher klagbar gemachter, aber erst nach jenem Zeitpuncte in rechtliche Gewißheit gesetzter Gegenanspruch zustehe, welcher zur Compensation mit dem Streitgegenstande sich eignet. Wird eine dieser Einreden vorgeschützt, aber nicht auf die erforderliche Weise dargethan; so ist der Verurtheilte damit zur besondern Ausführung, oder auch, wenn ein Urkundenproceß vorausging, zur Wiederklage zu verweisen. §. 21. ib. [Aeltr. Recht: Pr.O. Tit. 39. §. 3. S. 203., Dec. 2. 15. v. 1661. C. A. T. I. S. 205., E.P.O. ad Tit. 39. §. 6. S. 215.] **19)** Gegen die Weise, wie die Vollstreckung angedroht worden ist, kann der Verurtheilte nur in sofern Ausstellungen machen, als das Gericht dabei von dem Inhalte des Erkenntnisses abgewichen ist, oder gegen ausdrückliche Vorschriften der Proceßgesetze gefehlt hat. §. 22. des G. v. 28. Febr. 1838. G.S. S. 79. **20)** Ist von dem Verurtheilten eine Einwendung wirklich vorgebracht worden, so hat das Gericht die Zulässigkeit derselben zu prüfen. Wird sie unzulässig befunden, so ist dieß, mit Angabe des Grundes, zu den Acten zu bemerken, und dem Verurtheilten durch Mittheilung einer Abschrift des Protokolls bekannt zu machen. §. 23. ib. **21)** Erscheint hingegen der Einwand nicht sofort verwerflich, so ist der obsiegende Theil, wenn er sich persönlich anmeldet, davon in Kenntniß zu setzen und zur Erklärung darüber, auch über die zum Erweise etwa beigebrachten Privaturkunden, aufzufordern. Wenn sich zufolge dieser Erklärung die Einrede als begründet darstellt: so ist mit der Vollstreckung anzustehen, und der deßhalb gefaßte Beschluß dem Ansuchenden sofort zu eröffnen. Wird aber durch die Erklärung desselben eine weitere Verhandlung nöthig, so hat das Gericht, zu vollständiger Erledigung des Einwandes, einen Verhörstermin anzusetzen und hierzu beide Theile, mit Einräumung einer kurzen Frist, schriftlich vorzuladen. §. 24. ib. **22)** Zu einem solchen Termine ist sofort zu verschreiten, wenn sich der Ausbringer nicht persönlich gemeldet hat, wobei demselben von dem Vorbringen des Gegners u. den beigebrachten Urkunden Abschriften mitzutheilen sind, die Restitution der durch diese Abschriften erwachsenden Kosten ist dem Gegner des Ausbringers unter keiner Voraussetzung anzusinnen. In dem Termine sind die Parteien mit ihren gegenseitigen Behauptungen zu hören. Jede derselben hat sich über die Aechtheit der vom Gegner beigebrachten Urkunden, soweit diese des Anerkenntnisses bedürfen, bestimmt zu erklären, und kann im Falle der Ableugnung zur sofortigen Leistung des Diffessionseides angehalten werden. Wird jene Erklärung od. diese Eidesleistung verweigert, so ist die Urkunde für anerkannt zu achten. Nach Beendigung der Verhandlung hat das Gericht über den Grund und die Wirkung des erörterten Einwandes Beschluß zu fassen, und diesen den Parteien sofort zu eröffnen, in Gemäßheit desselben aber entweder mit der Vollstreckung anzustehen, od. selbige ohne weitern Aufschub ins Werk zu setzen. §. 24. cit. S. 80. **23)** Ueber Widersprüche, welche bei dem von einem zur Vollstreckung requirirten od. beauftragten Richter eingeschlagenen Verfahren, wider die Anordnungen dieses Richters erhoben werden, hat der Letztere selbst Entschließung zu fassen, und im Falle einer zulässigen Berufung an die ihm vorgesetzte Behörde Bericht zu erstatten. G. v. 28. Febr. 1838. §. 25. G. S. S. 80. **24)** Wenn in einem zur Execution gelangenden Erkenntnisse Geldstrafen bestimmt sind, bei welchen dem Verurtheilten etwas zu leisten auferlegt worden ist, so ist die erste Auflage unter Androhung des im Erkenntnisse ausgesprochenen Satzes zu erlassen, auch, wenn derselben nicht Folge geleistet worden, die Strafe nach dieser Höhe

einzubringen. G. v. 28. Febr. 1838. §. 35. G.S. S. 82. Bei ferneren Strafandrohungen, welche der Richter zu verfügen hat, wenn der Verurtheilte der ersten Auflage nicht Folge geleistet, oder einem verbietenden Erkenntnisse zuwider gehandelt hat, ist derselbe nach richterlichem Ermessen mit einer Strafe von gleichem, oder nach Befinden höherem Betrage zu bedrohen, bei deren Bestimmung theils auf die Wichtigkeit des Streitgegenstandes, theils aber auch auf die besondern Verhältnisse des Verurtheilten das Absehen zu richten ist. §. 36. ib. Sobald die Geldstrafe verwirkt ist, hat das Gericht dieselbe, ohne vorgängige weitere Verfügung, aus dem Vermögen des Schuldigen durch Auspfändung, oder ein anderes zu Beitreibung von Geldschulden geeignetes gesetzliches Mittel einzubringen. §. 37. ib. Wird eine Wiederholung der Auflage bei Geldstrafe nöthig, so ist der bereits verwirkte Betrag einzuziehen, ohne den Erfolg der neuen Strafauflage abzuwarten. §. 38. ib. Ist der Betrag nicht zu erlangen, so tritt an seine Stelle bürgerlicher Arrest ein. §. 39. ib. G.G. v. 1838. S. 82. **25)** Bei der Hilfsvollstreckung in Immobilien, bei Auctionen, Subhastationen und Sequestrationen sind die Vorschriften der bestehenden Gesetze zu befolgen. G. v. 28. Febr. 1838. §. 40. G.S. S. 82. a) Die Handlung der Hilfsvollstreckung in Immobilien besteht lediglich in dem Eintrage des Schuldbetrags in das Grund- und Hypothekenbuch. G. v. 6. Nov. 1843. §. 40. unt. 6. G.S. S. 199. Alle früher dabei gebräuchlich gewesenen symbolischen Handlungen, sowie die Erklärung des Schuldners, die Hilfe für vollstreckt annehmen zu wollen, sind weggefallen. V. v. 15. Febr. 1844. §. 17. G.S. S. 41. In der letzteren Beziehung ist, nach den frühern Gesetzen, dem Schuldner freigestellt, die Execution und Immission in seine Immobilien für geschehen anzunehmen, und sich dessen vor Gericht mündlich oder schriftlich zu erklären, welche Erklärung mit der wirklichen Hilfsvollstreckung gleiche Kraft und Wirkung hatte. E.P.O. ad Tit. 47. §. 5., M. v. 13. März 1821. § 4. G.S. S. 37., M. v. 4. Juli 1827. G.S. S. 104. (S. Concursgläubiger II. Cl. 4.) b) Die Hilfsvollstreckung kann übrigens in committirten Rechtssachen in Lehngüter und deren Nutzungen ohne eingeholte Entschließung des betreffenden Lehnhofs nicht erfolgen, V. v. 9. April 1829. G.S. S. 91. und es kann diese Anfrage auch nicht durch eine Hilfsvollstreckung in die Erndtefrüchte u. Inventarienstücke eines Lehnguts umgangen werden. Rescr. v. 18. Juni 1766. C.A. C. II. T. I. S. 567., Rescr. v. 5. Nov. 1749. ib. S. 549. Vergl. dazu das G. v. 28. Jan. 1835. §. 6. 8. G.S. S. 63. [Aeltr. Best.: Rescr. v. 29. Aug. 1814. C. A. C. III. T. I. S. 280.] **26)** Das von dem Ersteher eines Grundstücks zum gerichtlichen Depositum eingezahlte Kaufgeld ist zur Befriedigung des Gläubigers zu verwenden. Jedoch ist mit der Auszahlung des Geldes an denselben anzustehen, wenn die dem Gerichte bekannten hypothekarischen Forderungen, deren dingliche Rechte durch die Subhastation erlöschen, in ihren Ansprüchen verletzt werden würden. §. 41. d. G. v. 28. Febr. 1838. G.S. S. 83. Vergl. dazu das G. v. 6. Nov. 1843. §. 109. f. G.S. S. 210., und die V. v. 15. Febr. 1844. §. 29. G.S. S. 44. **27)** An dem beim Handelsgerichte üblichen Vollstreckungsverfahren, sowie überhaupt an dem processualischen Verfahren in Wechselsachen wird durch das G. v. 28. Febr. 1838. etwas nicht geändert. ib. §. 42. G.S. S. 83. **28)** Soll Jemand zu Bezahlung einer Geldschuld angehalten werden, so ist ihm die übergebene Schuldberechnung, nachdem das Gericht sie geprüft, ergänzt und nöthigenfalls berichtigt hat, in Abschrift mitzutheilen und die Bezahlung des festgestellten Betrags mit der Androhung aufzulegen, daß außerdem von seinem Vermögen soviel, als zu des Gläubigers Befriedigung erforderlich ist, werde in Beschlag genommen werden. §. 43. ib. S. 83. **29)** Alle Bestandtheile des Vermögens des Schuldners, soweit es zu seiner freien Verfügung steht, und soweit nicht dießfalls die unten ang. §§. 46. 49. u. 64. eine Ausnahme enthalten, sind

als Gegenstände der Hilfsvollstreckung zu betrachten. §. 44. ib. S. 83. **30)** Der Richter hat bei diesem Verfahren zunächst darauf zu sehen, daß dem Gläubiger auf kürzestem Wege zu seiner Befriedigung verholfen werde, zugleich aber und soweit dieß hiermit vereinbar ist, auch das Bedürfniß des Schuldners zu berücksichtigen, daß dabei die möglichste Schonung seines Hausstandes beobachtet werde. In dieser Beziehung liegt es dem Richter ob, wenn mehrere Gegenstände vorhanden sind, aus deren Erlös der Betrag der Schuld gewonnen werden kann, die entbehrlichsten auszuwählen, auch dafür zu sorgen, daß der Werth der zu Hilfsgegenständen auszuhebenden Sachen nicht außer Verhältniß zum Betrage der Schuld stehe. Eben so ist darauf möglichst Bedacht zu nehmen, daß die Hilfe nicht leicht in solche Gegenstände vollstreckt werde, die nach den vorwaltenden Zeitverhältnissen (z. B. Coursverhältnissen) nur mit Schaden ins Geld gesetzt werden können, oder, deren Beschlagnahme und Veräußerung einen größern Kostenaufwand verursachen würden, wie denn auch, wenn es in geringfügigen Rechtssachen zur Hilfsvollstreckung kommt, den Vorschriften des M. wegen des Verfahrens in geringfügigen Rechtssachen v. 28. Nov. 1753. §. 9. C.A. C.I. T.I. S. 385., wegen d. Laus. M. v. 13. März 1821. §. 4. S.S. S. 38. u. v. 3. April 1824. §. 18. G.S. S. 50., in soweit nachzugehen, als nicht zu besorgen steht, daß dem Gläubiger bei unterlassener zeitiger Hilfsvollstreckung in das unbewegliche Gut die Vortheile der Erstigkeit im Concurse verloren gehen möchten. §. 45. d. G. v. 28. Febr. 1838. G.S. S. 84. **31)** Die Auspfändung darf jedoch nie auf unentbehrliche Kleidungsstücke und Betten erstreckt werden. In diejenigen Werkzeuge und Geräthschaften, ohne welche der Schuldner das ihn nährende Gewerbe nicht fortzusetzen vermag, kann sie nur ausnahmsweise dann geschehen, wenn es an allen andern Hilfsgegenständen gebricht. §. 46. ib. **32)** Wenn sich bei einer Hilfshandlung nicht soviel vorgefunden, daß daraus der Gläubiger vollständig befriedigt werden kann, und der Verdacht entsteht, daß der Schuldner das Seinige auf die Seite gebracht und absichtlich, um die Auspfändung zu vereiteln, verborgen habe, so ist demselben, auf Antrag seines Gegners, ein Manifestationseid aufzulegen, welcher im Allgemeinen dahin, daß er außer dem, was sich bei ihm vorgefunden, an beweglichen und unbeweglichen Gütern und Außenständen nichts im Vermögen habe, was zur Befriedigung des Gläubigers verwendet werden könnte, in einzelnen vorkommenden Fällen aber, wenn sich ein näherer Verdacht einer besondern Gefährde hervorgethan (daß er z. B. von seinem Vermögen zum Scheine verschenkt, über außenstehende Forderungen quittirt, oder seinen Schuldnern die Zahlung erlassen), zugleich auf Ablehnung bestimmter Handlungen zu richten ist. Zur Ableistung eines solchen Eides ist derselbe, unter Einräumung einer 8tägigen Frist, mit Zufertigung der Eidesnotul auf einen gewissen Termin unter der Verwarnung vorzuladen, daß, wenn er außenbleibe, oder den Eid zu leisten nicht vermöchte, und gleichwohl seinen Gläubiger nicht befriedigt hätte, wider ihn die civilrechtlichen Folgen des Bankrotts eintreten sollen. Würde auch ein solcher Schuldner vor oder in dem Schwörungstermine Anzeige über sein Vermögen machen, oder ein Verzeichniß desselben übergeben, so ist nichtsdestoweniger, wenn sich der Gegentheil nicht bei diesen Angaben beruhigt, mit Abnahme des Eides, unter Bezugnahme auf diese Angaben, zu verfahren. §. 47. ib. **33)** Es steht dem Gläubiger frei, wenn er die Wahl der Befriedigungsmittel dem Gerichte nicht allein überlassen will, bei dem vollziehenden Richter anzuzeigen, in welche Vermögenstheile oder einzelne Gegenstände die Hilfe vollstreckt werden soll. Von diesen Anträgen des Gläubigers kann aber der Richter abgehen, wenn er demselben auf andere Weise eben so sicher und so schnell, aber mit minderer Beschwerde des Schuldners, zu seiner Befriedigung verhelfen kann. §. 48. ib. S. 85. **34)** Wenn der Gläubiger solche Anträge an den Richter stellen will, so kann

dieß vor oder auch während der Vollstreckungshandlung geschehen. Es steht dem Gläubiger sogar frei, noch bei der Vollstreckungshandlung an die Stelle früher angegebener Befriedigungsmittel andere zu wählen. Wenn jedoch durch die von ihm getroffene Wahl besondere Anstalten bei der Vollstreckung nöthig werden (z. B. Reisen, Zuziehung von Sachverständigen, Handwerkern, Transportmitteln u. dergl.), so ist die Anzeige beim Ansuchen um Vollziehung der angedrohten Beschlagnahme (s. §. 18. cit.) zu machen. §. 49. ib. **35)** Dem Gläubiger ist die Anwesenheit bei der Hilfshandlung nicht zu verweigern. Er hat sich aber dabei aller störenden Einmischung zu enthalten. §. 50. ib. **36)** Der Schuldner ist verbunden, dem Richter die Behältnisse zu öffnen, in welchen Befriedigungsmittel gesucht werden, und die darinnen befindlichen Sachen vorzuzeigen, weigert er sich dessen, oder hat er sich entfernt, so können die Behältnisse mit Gewalt eröffnet werden. G. v. 28. Febr. 1838. §. 51. G.S. S. 85. **37)** Bei Vollstreckung der Entscheidungen in ganz geringen Rechtssachen sind die allgemeinen Vorschriften zu befolgen. Es hat jedoch das Gericht a) den Schuldbetrag festzustellen, auch wenn eine Berechnung desselben beim Anbringen des Vollstreckungsgesuchs nicht übergeben worden ist, und b) dem Verurtheilten nur eine 8tägige Frist zu Befriedigung des Obsiegenden einzuräumen. G. v. 16. Mai 1839. §. 38. G.S. S. 153. **38)** Von demjenigen Vermögen, an welchem der Schuldner nur den Nießbrauch hat, kann lediglich die Nutzung als Gegenstand der Hilfsvollstreckung in Anspruch genommen werden, und auch diese nur in soweit, als nicht davon die Kosten zu bestreiten sind, welche der Nutznießer auf die Erhaltung der Sache selbst zu verwenden schuldig ist. Wird insonderheit die dem Schuldner gebührende Nutzung des Vermögens seiner Ehefrau oder seiner Kinder vom Gläubiger angesprochen, so ist zu deren Unterhalte, in soweit und so lange solcher nicht durch den Schuldner selbst (z. B. durch den Ertrag seines Gewerbes), oder durch die Nutzungen anderen dem Nießbrauche des Schuldners nicht unterworfenen Vermögens gedeckt werden kann, ein hinreichendes Quantum auszusetzen, welches das Gericht mit Rücksicht auf den Betrag des Vermögens, den Stand der Personen, und die etwa sonst zu beachtenden Verhältnisse zu bestimmen hat. §. 52. d. G. v. 28. Febr. 1838. G.S. S. 87. **39)** Wenn die Hilfsvollstreckung in das bei einem Landgute vorhandene Vieh, Schiff u. Geschirr und in die Vorräthe geschehen soll, so ist sie nur auf diejenigen Gegenstände zu beschränken, welche bei Bewirthschaftung des Guts entbehrt werden können. Es sind jedoch in dieser Beziehung die Einwendungen des Schuldners abzuwarten, und wenn die Entbehrlichkeit einzelner Gegenstände einem Bedenken unterliegt, das Gutachten Sachverständiger einzuziehen. G. v. 28. Febr. 1838. §. 53. G.S. S. 88. **40)** In Bezug auf die Sicherung der abgepfändeten Mobilien und das Verfahren bei Einsprüchen dritter Personen bei Auspfändungen vergl. man den Art.: Auspfändung. **41)** Verlangt der Gläubiger seine Befriedigung aus einer dem Schuldner zustehenden Forderung, so hat er a) dem Gerichte anzuzeigen, worin selbige überhaupt bestehe, bei wem sie zu erheben sei und wie viel sie seines Wissens betrage. §. 56. d. G. v. 28. Febr. 1838. G.S. S. 86. b) Nach dieser Anzeige hat das Gericht dem angegebenen Schuldner des Verurtheilten schriftlich aufzulegen, daß er bis auf weitere gerichtliche Anordnung von dem Betrage seiner Schuld, bei Vermeidung nochmaliger Erstattung, an seinen Gläubiger, dessen Cessionar oder deren Bevollmächtigten, wenn die Cession ihm nicht vor Behändigung der Auflage bekannt geworden, nichts auszahlen oder abliefern, vielmehr diesen Schuldbetrag, oder doch soviel davon, als zu Tilgung der ausgeklagten Schuld seines Gläubigers erforderlich ist, zur Verfallzeit des Ganzen oder der zunächst zahlbaren Theile beim Vollstreckungsgerichte niederlegen solle. Zugleich ist derselbe zu bedeuten, etwanige Erinnerungen gegen die getroffene Anordnung binnen 8 Tagen dem Gerichte mitzutheilen.

Diese Verfügung ist ohne allen Verzug dem Schuldner zuzustellen, oder, dafern derselbe einem andern Gerichte unterworfen ist, mittelst Ersuchungsschreibens an dieses Gericht abzusenden, welches sodann die Einhändigung sofort zu bewerkstelligen hat. §. 57. ib. S. 87. c) Dem Verurtheilten selbst hat das Gericht gleichzeitig anzudeuten, daß er sich jeder Verfügung über die als Hilfsgegenstand angegebene Forderung enthalte, auch die etwa darüber vorhandenen und in seinem Besitze befindlichen Urkunden, bei Vermeidung gerichtlicher Wegnahme derselben, in einer zu bestimmenden kurzen Frist an das Gericht abgebe. §.58.ib. d) Durch Einhändigung d. Verfügung an den Schuldner des Verurtheilten erlangt der obsiegende Theil an der in Beschlag genommenen Forderung dasselbe Recht, welches ihm zustehen würde, wenn sein Schuldner ihm selbige zum Behufe der Befriedigung freiwillig abgetreten hätte. §.59.ib. e) Ist die Forderung eine hypothekarische, so hat das Gericht zugleich dafür zu sorgen, daß die Angabe derselben zum Hilfsgegenstande im Grund- und Hypothekenbuche angemerkt werde. §. 60. ib. Durch diese Handlung der zuständigen Hypothekenbehörde geht das mit der Forderung verbundene Unterpfandsrecht auf den daraus zu befriedigenden Gläubiger über. ib. f) Wenn die angegebene Forderung entweder gar nicht, oder doch nicht in dem bezeichneten Umfange besteht, oder wenn sie schon vor Erlassung des Verbots mit Vorwissen des Schuldners einem Andern abgetreten oder verpfändet worden ist, gleichwohl aber der Schuldner dieß binnen der ihm zum Vorbringen seiner Einwendungen gesetzten Frist anzuzeigen unterläßt; so wird er zwar hierdurch der Einreden, welche ihm hinsichtlich des Anspruchs selbst zustehen, nicht verlustig; er haftet jedoch für den vergeblichen Kostenaufwand, den etwa jene Unterlassung zur Folge hat. §.61.ib. g) Bringt der Schuldner Einwendungen vor, so hat das Gericht sie beiden Partheien mitzutheilen, und dem obsiegenden Theile es zu überlassen, ob derselbe den Anspruch an die Forderung aufgeben, und andere Befriedigungsmittel wählen, oder zu Beseitigung der vorgebrachten Einwendungen geeignete Anträge stellen will. Auf diese ist eintretenden Falls das Weitere den Gesetzen gemäß zu verfügen. §.62. ib. h) Leistet hingegen der Schuldner die verlangte Zahlung an das Gericht, so ist ihm darüber Quittung zu ertheilen, und die gezahlten Gelder sind demjenigen, der die Hilfsvollstreckung ausgebracht hat, unverzüglich zu verabfolgen, dafern nicht ein dem Gerichte bekanntes Recht eines Dritten dieser Auszahlung entgegen steht. §. 63. ib.

42) Beruht die zum Hilfsgegenstande angegebene Forderung auf Wechseln, so bedarf er der §. 37. cit. vorgeschriebenen Auflage an den Wechselschuldner nicht, sondern der Wechsel ist dem Gläubiger, wenn er sich erklärt, denselben für den Betrag der darinnen verschriebenen Summe, nach Abzug des Interusurii, an Zahlungsstatt anzunehmen und diese sich an seiner Forderung kürzen zu lassen, auch das sich ergebende Uebermaß auszahlt, mit der vom Gerichte auf dem Rücken des Wechsels unter Gerichtssiegel beizusetzenden Bescheinigung, daß der Wechsel an ihn durch gerichtliche Abpfändung gediehen, zuzustellen. Der Gläubiger erlangt damit alle Rechte, welche dem Inhaber aus dem Wechsel gegen Aussteller, Bürgen, Acceptanten, Intervenienten zustanden, und wenn der Wechsel ein trassirter, oder durch Indossament begebener ist, auch die Regreßansprüche wider den Aussteller und die Indossanten, aber keinen wechselmäßigen Regreß wider den, welchem der Wechsel abgepfändet worden. Würde der Gläubiger Bedenken tragen, den Wechsel unter den nur bemerkten Bedingungen anzunehmen, so findet keine Hilfsvollstreckung in den Wechsel Statt. §. 64. d. G. v. 28. Febr. 1838. G.S. S. 88.

43) Werden Staatspapiere oder andere an den Inhaber gestellte Effecten bei der Hilfsvollstreckung in Beschlag genommen, so sind selbige, in sofern nicht wegen Realisirung derselben besondere Vorschriften bestehen, nach Verfluß von 14 Tagen, während deren dem Schuldner frei steht, sie wieder einzulösen, für den zu ermittelnden

Courswerth entweder dem Gläubiger an Zahlungsstatt zu überlassen, oder, auf dessen Verlangen, zum Behufe seiner Befriedigung ins Geld zu setzen. In beiden Fällen ist der etwaige Ueberschuß dem Schuldner zu verabfolgen. §. 65. ib. **44)** Wenn die Hilfe in gerichtlich niedergelegte Geldsummen gesucht wird, a) so bedarf es, wenn das Vollstreckungsgericht selbst das Depositum in Verwahrung hat, lediglich der §. 58. cit. vorgeschriebenen Verfügung an den Schuldner, wider den die Hilfe vollstreckt wird; ist aber das Geld bei einem andern Gerichte niedergelegt, so muß zugleich dieses ersucht werden, davon soviel, als zur Tilgung des Schuldbetrags erforderlich ist, an das Vollstreckungsgericht einzusenden, od. demselben die der Auszahlung entgegenstehenden Hindernisse anzuzeigen. §. 66. ib. S. 89. b) Gelder u. andere Gegenstände, welche von dritten Personen gerichtlich niedergelegt sind, um damit eine Sicherstellung wegen eines Anspruchs des Schuldners an sie zu bewerkstelligen, oder deren Auszahlung und Ausantwortung an selbigen von dem Austrage eines Processes oder einer andern Bedingung abhängig ist, sind an sich kein Gegenstand der Hilfsvollstreckung, vielmehr können dergleichen Gegenstände auch wider den Einspruch des Gläubigers an den Schuldner des Schuldners zurückgegeben werden. Wenn aber die Hilfe in die Forderung selbst, wegen deren das Depositum bestellt ist, vollstreckt worden, so ist, sofern der Proceß zum Vortheile des Schuldners rechtskräftig entschieden, oder die Bedingung in Erfüllung gegangen ist, bei deren Eintritt der Verabfolgung an den Schuldner kein Hinderniß weiter im Wege steht, das Depositum zu Befriedigung des Gläubigers zu verwenden. G. v. 28. Febr. 1838. §. 67. G. S. S. 89. **45)** Wegen der Hilfsvollstreckung in Diensteinkommen, Wartegelder u. Pensionen vergl. man den Art.: Verkümmerung. Wird durch die Hilfsvollstreckung nicht soviel erlangt, daß von dem Erlöse die Forderung des Ausbringers und die Gerichtskosten, welche durch den Proceß veranlaßt worden, vollständig bezahlt werden können, so ist der Richter befugt, diese Kosten voraus in Abzug zu bringen, ehe er die Auszahlung des Uebrigen an den Gläubiger bewirkt. G. v. 28. Febr. 1838. §. 69. G. S. S. 89. **46)** Wenn Jemand verurtheilt worden ist, eine gewisse Handlung vorzunehmen, so ist nach Verschiedenheit der Fälle folgendermaßen zu verfahren: a) Kann der Zweck der Entscheidung erreicht werden, wenn die vorzunehmende Handlung im Unterlassungsfalle für geleistet geachtet wird, (z. B. bei der Verurtheilung zur Bestellung oder Löschung einer Hypothek und dergl.), so ist dem Verpflichteten die Vollziehung der Handlung lediglich mit der Andeutung aufzulegen, daß selbige, wenn er sie binnen der dazu eingeräumten Frist nicht vornehmen würde, für wirklich vollzogen werde geachtet werden. Diese Andeutung tritt nach Ablauf der Frist, wenn die Auflage unbefolgt geblieben ist, ohne Weiteres in Kraft. Es sollen übrigens die Gerichte und Spruchbehörden in dergleichen Fällen die Erkenntnisse so fassen, daß es einer solchen Auflage nicht erst bedarf. §. 70. des G. v. 28. Febr. 1838. G. S. S. 90. b) Ist zu Befriedigung des Berechtigten die wirkliche Vornahme der Handlung erforderlich, so hat das Gericht dem Verpflichteten die Vollziehung des Geschäfts bei einer dem Gegenstande angemessenen Geldstrafe aufzulegen. Wird diese Auflage nicht befolgt, und kann aa) die Handlung von einem Andern eben so gut, wie von dem Verpflichteten selbst verrichtet werden (z. B. die Herstellung eines Wegs, Wegnahme eines Schlagbaums und dergl.); so ist die Besorgung des Geschäfts durch eine dazu befähigte Person Gerichtswegen auf des Verpflichteten Kosten zu veranstalten, deren Betrag nach einem ungefähren Anschlage aus dem Vermögen desselben sofort beigetrieben werden kann. bb) Kann die Handlung von einem Andern gar nicht, od. doch nicht mit gleichem Vortheile für den Berechtigten verrichtet werden, oder trägt der Richter wegen Umfänglichkeit oder Schwierigkeit des Geschäfts Bedenken, das-

selbe Gerichtswegen verrichten zu lassen, so steht es dem Berechtigten frei, entweder Entschädigung zu verlangen, oder den Gegner zu gefänglicher Haft bringen zu lassen, um ihn dadurch zur Leistung selbst zu nöthigen, oder auch in dem Falle, wenn der Richter Bedenken getragen hat, die Arbeit durch einen Dritten Gerichtswegen besorgen zu lassen, dieselbe auf Kosten des Verpflichteten selbst zu veranstalten. Verlangt der Berechtigte Schadenersatz wegen des entzogenen Rechts, od. statt dessen Vergütung des Werths der Arbeit, so ist der Betrag der Entschädigung, wenn nicht die förmliche Ausführung des Anspruchs von ihm vorgezogen, oder diese vom Gerichte aus besonders anzugebenden Gründen für nöthig erachtet wird, durch Gutachten Sachverständiger, oder, wenn ein solches nicht erlangt werden kann, durch einen von dem Berechtigten zu leistenden Schätzungseid sofort festzustellen, und von dem Verpflichteten als Geldschuld (s. d. oben cit. §. 43.) einzubringen. Wählt der Berechtigte den Gefängnißzwang, so ist der Verhaftete während des Arrestes auf eigene, oder nöthigen Falls auf Kosten des Gerichts zu verpflegen. Ist der Gefängnißzwang 6 Monate lang vergeblich angewendet worden, oder trägt der Berechtigte noch früher auf Wiederaufhebung desselben an, so ist der Verurtheilte zwar der Haft zu entlassen, bleibt jedoch in beiden Fällen seinem Gegner zur Entschädigung verpflichtet. Zu dem Gefängnißzwange darf auch in dem Falle verschritten werden, wenn der Verpflichtete die vorher vom Berechtigten erwählte Entschädigung zu leisten nicht vermag. Bei dem Zwangsverfahren in Ehesachen sind die bestehenden besonderen Vorschriften noch fernerhin zu beobachten. G. v. 28. Febr. 1838. §. 71. G.S. S. 90. S. hierzu unten: no. 55. **47)** Soll der unterliegende Theil dem obsiegenden einen bestimmten beweglichen Gegenstand herausgeben, so ist ihm die Ablieferung desselben mit der Andeutung aufzulegen, daß er ihm im Unterlassungsfalle gerichtlich werde weggenommen werden. Diese Wegnahme hat das Gericht nach Ablauf der gesetzten Frist auf Ansuchen zu verfügen. §. 72. d. G. v. 28. Febr. 1838. G.S. S. 91. Wird die Sache bei dem Verpflichteten nicht aufgefunden, so kann der obsiegende Theil den Werth derselben und den Betrag seines etwaigen Interesse eidlich angeben, und die angezeigte Summe als Geldschuld vom Gegner einbringen lassen. Auch steht ihm frei, von Letzterem zuvor die eidliche Versicherung zu verlangen, daß er nicht wisse, wo die Sache anzutreffen sei. Befindet sich die Sache im Besitze eines Dritten, so hat der obsiegende Theil die Wahl, ob er diesen auf Herausgabe derselben belangen, oder die Vergütung des Werths der Sache und seines Interesse auf die angegebene Weise von dem Verurtheilten fordern will. §. 73. ib. **48)** Ist Jemand verurtheilt, seinem Gegner eine od. mehrere nur der Gattung nach bestimmte bewegliche Sachen (genus, z. B. eine Kuh, 10 Stück Schaafe und dergl.), oder eine Quantität verbrauchbarer Sachen (z. B. 10 Scheffel Korn) zu liefern, so hat ihm das Gericht aufzulegen, daß er binnen einer gewissen Frist die Sachen in der durch das Erkenntniß bestimmten Beschaffenheit abgebe. Geschieht dieß nicht, so ist, wenn er dergl. Sachen besitzt, die in der Entscheidung angegebene Stückzahl oder Quantität ihm gerichtlich abzunehmen u. dem Obsiegenden zuzustellen. Besitzt aber der Verpflichtete solche Sachen nicht, so kann der Berechtigte darauf antragen, daß der Werth durch Sachverständige ermittelt, oder wenn dieß nicht thunlich, er zur eidlichen Angabe des Werths u. seines Interesse zugelassen werde, und ist der Betrag sodann vom Schuldner einzubringen. §. 74. ib. **49)** Soll der Sachfällige eine Gesamtheit beweglicher Sachen, wovon die einzelnen Gegenstände weder dem Obsiegenden noch dem Gerichte bekannt sind (z. B. die zu dem Nachlasse eines Verstorbenen gehörigen Mobilien) ausantworten, so ist ihm aufzugeben, zugleich ein Verzeichniß derselben, dessen Richtigkeit er erforderlichen Falles eidlich zu bestärken im Stande, anzufertigen, u. ihm in Gemäßheit desselben die Herausgabe, mit Einräumung einer angemessenen Frist, aufzulegen. Wird die Auflage nicht

befolgt, so ist der obsiegende Theil zur eidlichen Anzeige und Schätzung der vom Gegner herauszugebenden Gegenstände zuzulassen, und der angegebene Betrag als Geldschuld beizutreiben. Es steht jedoch auch dem Berechtigten frei, zuvor auf Arrest als Gefängnißzwang anzutragen, welchen das Gericht, wenn der Verpflichtete einen befriedigenden Grund seiner Weigerung anzugeben nicht vermag, unter der §. 71. cit. vorgeschriebenen Zeitbeschränkung zu verfügen ermächtigt ist. G. v. 28. Febr. 1838. §. 75. G.S. S. 91. **50)** Dem zu Abtretung eines Grundstücks Verurtheilten hat das Gericht die Befolgung des Erkenntnisses unter der Verwarnung aufzulegen, daß außerdem der Säumige aus dem Besitze des Grundstücks gesetzt und sein Gegner in selbigen werde eingewiesen werden. §. 76. d. G. v. 28. Febr. 1838. G.S. S. 92. Die Vollstreckung selbst geschieht, wenn ein mit Gebäuden nicht versehenes Grundstück abzutreten ist, lediglich dadurch, daß das Gericht unter der Erklärung, es werde der bisherige Inhaber des Besitzes entsetzt, den obsiegenden Theil in das Grundstück an Ort und Stelle einweiset. §. 77. ib. Betrifft die Vollstreckung ein Wohnhaus oder anderes Gebäude, so werden die darin befindlichen Sachen des Verurtheilten, die nicht zu dem Hause gehören, und nicht etwa dem Erkenntnisse zufolge darin zurückzulassen sind, herausgeschafft, und der zur Abtretung verurtheilte Besitzer wird, wenn er es bewohnt, nebst den Seinigen nöthigen Falls mit Gewalt herausgebracht. Der obsiegende Theil aber wird in den Besitz des geräumten Hauses mit Uebergabe der etwa darin zu lassenden Mobilien eingeführt. §. 78. ib. Durch die Abwesenheit des Verurtheilten wird die Heraussetzung seiner Sachen und die Einweisung des Gegners nicht verhindert. Es ist aber, wenn weder der Herausgewiesene selbst, noch ein Stellvertreter desselben für die Verwahrung der herausgeschafften Sachen sorgt, der Polizeibehörde hiervon unverzügliche Anzeige zu machen. §. 79. ib. Die vorstehenden Bestimmungen sind auch dann anzuwenden, wenn Jemand nicht zur Abtretung, sondern nur zur Räumung eines Grundstücks oder eines darin befindlichen Behältnisses verurtheilt worden ist, jedoch mit dem Unterschiede, daß solchenfalls blos die Heraussetzung des Inhabers, nicht auch die Einweisung des Gegners anzudrohen und zu vollziehen ist. G. v. 28. Febr. 1838. §. 80. G.S. S. 92. **51)** Wenn ein sachfälliger Theil verurtheilt ist, etwas zu unterlassen, so ist, wenn auf die Uebertretung solchen Verbots nicht in dem Erkenntnisse selbst eine bestimmte Strafe gesetzt worden, allemal anzunehmen, daß durch die erste Zuwiderhandlung eine Strafe von 5 Thalern verwirkt worden. §. 81. d. G. v. 28. Febr. 1838. G.S. S. 93. Der obsiegende Theil hat daher bei dem Gesuche um Execution sich auf die Handlung zu berufen, welche dem Erkenntnisse zuwider verübt worden ist. Der Richter hat darauf die Richtigkeit der Anzeige, wenn solche nicht ausreichend bescheiniget worden ist, summarisch zu erörtern. Findet das Gericht die Anzeige gegründet, so hat dasselbe die verwirkte Geldstrafe von dem Verurtheilten einzuziehen und ihn für den Fall eines nochmaligen Entgegenhandelns mit einer Strafe von gleichem, oder nach Befinden höherem Betrage zu bedrohen. Bei jeder ferneren Uebertretung ist dieses Verfahren zu wiederholen. §. 82. ib. Wenn durch die unternommene Handlung zum Nachtheile des Berechtigten etwas verändert wird, so ist dem Verurtheilten im Strafverbote zugleich die Herstellung des vorigen Zustandes aufzugeben. Unterbleibt diese Handlung binnen der dazu eingeräumten Frist, so hat das Gericht anzuordnen, daß sie auf Kosten des Verpflichteten bewirkt werde, und es kommen alsdann die §§. 70. 71. cit. erwähnten Bestimmungen zur Anwendung. Dabei bleibt dem Berechtigten vorbehalten, den Betrag des Schadens, der ihm durch das Unternehmen des Gegners etwa sonst noch verursacht worden ist, gerichtlich feststellen und beitreiben zu lassen. §. 83. ib. Bei wiederholter Uebertretung des Strafverbots ist dem Gerichte verstattet, den Ungehorsamen auf Ansuchen des Beeinträchtigten zu Bestellung einer

Caution anzuhalten, welche hinreicht, um für zu besorgende fernere Uebertretungsfälle die Einbringung von Kosten, Strafe und Schadenbetrag zu sichern. Wird in der Folge auf Wiederaufhebung der geleisteten Sicherheit angetragen, so hat das Gericht diesen Antrag dem Gegner zur Erklärung mitzutheilen, u. nach Abgabe derselben eine der nunmehrigen Lage d. Sache angemessene Entschließung zu fassen. G. v. 28. Febr. 1838. §. 84. G.S. S. 93. **52)** Die Bestimmungen des G. v. 28. Febr. 1838. kommen auch zur Anwendung, wenn ein anhängiger Civilproceß durch Vergleich beendigt wurde, u. aus diesem vor dem nemlichen Richter die Hilfsvollstreckung gesucht wird. ib. S. 85. 93. **53)** [Aeltr. R.: Lauf. L.O. v. 1551. C.A. T. III. S. 91., Prager Vertr. v. 15. Sept. 1534. L.C.W. T. I. S. 1293., L.O. v. 1. Oct. 1555. Tit. von verfaßten Br. u. S. C.A. T. I. S. 52., Canzlei- u. Ger.-Taxe v. 1562. C.A. T. III. S. 111. u. L.C.W. T. I. S. 36., Const. 22. P. II. v. 1572. C.A. T. I. S. 91., L.O. v. 15. Mai 1582. Tit. Von Hülffen C.A. T. III. S. 114. u. L.C.W. T. I. S. 373., Extr. aus dem L.T.A. v. 1602. C.A. T. III. S. 130., Resol. gr. v. 1611. L.C.W. T. III. S. 921., A. u. G.O. v. 1612. P. II. C.A. T. III. S. 159. u. L.C.W. T. I. S. 22., Pr.O Tit. 39. S. 202., Bef. v. 1. Aug. 1643. C.A. T. I. S. 1135., Interims-V. v. 6. Sept. 1645. C.A. T. III. S. 197. f. u. L.C.W. T. I. S. 73., M. v. 25 Juli 1656. L.C.W. T. I. S. 341., Res. gr. v. 1661. Justizf. §. 1. 2. 6. C.A. T. I. S. 212. f., Dec. 12. v. 1661. ib. S. 299., Bef. v. 30. März 1711. ib. S. 1177., E.P.O. ad Tit. 39. §. 1. 2. 3. S. 212., ib. §. 4. a verb.: Da aber — immittiren, ib. §. 5. 6. S. 214., ib. §. 10. S. 217., ad Tit. 47. S. 276., Bef. v. 10. April und 10. Aug. 1745. C.A. C. I. T. I. S. 343. und Lauf. M. v. 3. April 1824. §. 18. unter 16. G.S. S. 51., Rescr. v. 12. Jan. 1798. C.A. C. II. T. I. S. 523., M. v. 4. Juli 1827. G.S. S. 104., M. v. 4. Juni 1829. §. 15. f. G.S. S. 113., G. v. 25. Jan. 1836. §. 22. f. G.S. S. 18.] **54)** Mit Preußen, Sachsen-Altenburg, Reuß älterer und jüngerer Linie, Sachsen-Weimar-Eisenach und Coburg-Gotha ist der Grundsatz vereinbart worden: daß die in dem einen Staate ergangenen vollstreckbaren Erkenntnisse, (welche auch in dem andern Staate die Einrede der rechtskräftig entschiedenen Sache voll begründen) und die getroffenen vollstreckbaren Vergleiche, sofern die dortige Behörde nach den Verträgen überhaupt competent war, auch in dem andern Staate an dem dortigen Vermögen des Sachfälligen unweigerlich zu vollstrecken sind. — Auch wird danach die Clausel in einem Wechsel u. d. „daß sich der Schuldner der Gerichtsbarkeit des Gerichts, unter dem er nach der Verfallzeit angetroffen wird, unterwerfe" als giltig, mithin das ebengedachte Gericht als competent anerkannt. Aus dem ergangenen Erkenntnisse soll selbst die Personalexecution gegen den Schuldner bei den Gerichten des andern Staats vollstreckt werden. S. weg. Preußen: d. Min.Erkl. v. 30. Nov. 1839. Art. 2. 3. 29. G.S. S. 322. f., weg. Altenburg: die Min.Erkl. v. 20. Juni 1840. Art. 2. 3. 29. G.S. S. 137. f., wegen Reuß ä. u. j. L. der V. v. 27. Oct. 1845. G.S. S. 246., und v. 21. Juli 1845. G.S. S. 104., weg. Weimar-Eisenach die Min.Erkl. v. 31. Jan. 1847. Art. 2. 3. 29. G.S. S. 26. f., wegen Coburg-Gotha die Min.Erkl. v. 19. Juli 1848. Art. 2. 3. 29. G.S. S. 148. **55)** Die Vorschriften des G. v. 7. Juni 1849. über den Schuldarrest und Wechselproceß leiden auch auf das E. in den nach der Leipziger H.G.O. verhandelten Processen Anwendung, in soweit dasselbe in den §§. 12. bis mit 29. hiervon betroffen wird. (S. diese §§. unter Schuldarrest III.) Dagegen hat es in Ansehung der Fälle, wenn nach dem Executions-G. v. 28. Febr. 1838. §. 71. (oben no. 46.) der Verurtheilte durch Gefängniß zu einer Handlung genöthigt werden soll, welche von einem Andern nicht oder doch nicht mit gleichem Vortheile und nicht ohne besondere Schwierigkeiten verrichtet werden kann, lediglich bei den dort getroffenen Bestimmungen zu bewenden. In Folge dessen finden daher auf solche Fälle insbesondere auch die Vorschriften des Gesetzes v. 1849., wonach gegen gewisse Personen Schuldarrest nicht vollstreckt werden kann, ingleichen wegen der vom Kläger vorzuschießenden Kosten und der Dauer der Haft keine Anwendung. G. v. 7. Juni 1849. §. 53. G.S. S. 120. **56)** Den zeitherigen Gerichtsherren soll von den Gerichtsämtern auf Anrufen in Einbringung liquider Zinsen, Renten und anderer Gefälle gegen säumige und renitente Pflichtige in gleicher Maße, wie bei der Exaction der

Rentamtsgefälle geschieht, schleunige Rechtshilfe geleistet werden. Sie haben für die executivische Einbringung liquider Leistungen und Gefälle keine Kosten zu bezahlen, noch für den Gegner zu verlegen. Diese Kostenfreiheit bezieht sich jedoch nicht auf entstehende Rechtsstreitigkeiten über illiquide u. bestrittne Ansprüche. Bestimmungen beim G. v. 11. Aug. 1855. §. 5. G.S. S. 151. **57)** Wer außer dem Falle des böslichen Bankrotts, um bei einer ihm drohenden Hilfsvollstreckung die Befriedigung des Gläubigers zu vereiteln, Bestandtheile seines Vermögens veräußert oder bei Seite schafft, oder nach bereits erfolgter Hilfsvollstreckung in gleicher Absicht über die in Beschlag genommenen Gegenstände verfügt, ist nach dem Betrage des verursachten Schadens mit den Strafen des einfachen Betrugs zu belegen. Str.Gb. v. 1855. Art. 310. **58)** S. Dorfrichter, Regreß w. U. d. A., Schuldarrest, Wechselverf..., Wechselerkenntniß, Auspfändung, Täuschung, Wechselclausel, Ablösung, Advocaten, Appellation, III. A. I., B. D., Appellationsgerichte, Armenbehörden, Arrest, Aufenthalt, Auszug, Commissarien, Carcerstrafe, Concursgläubiger, Dismembration, Ehemänner, Ehesachen, Executionsproceß, Gemeindegrundstücke, Gerichtspersonen, Justizministerium, Miethe, Nullität, Nutzungen, Pfandrecht, Polizei, Recognitionsregistraturen, Reallasten, Sequestration, Stadtrath, Steuerbehörden, II., Steuerreste, Straßen, Verkümmerung, Verwaltungsbehörden, Verwaltungsstrafsachen, Verwaltungsstreitigkeiten, Wechselverfahren.

Executivproceß. 1) Der E. beruht auf folgenden Gesetzen: L.O. v. 1. Oct. 1555. Tit. über versatzte Briefe rc. C. A. T. I. S. 52., Lauf. Canzl.- u. G.-Taxe v. 1562. C.A. T. III. S. 111., L.C.W. T. I. S. 36., Const. 7. 8. P. I. C. A. T. I. S. 76., Lauf. L.O. v. 18. Mai 1582. C.A. T. III. S. 115. u. L.C.W. T. I. S. 373., Torg. A. v. 18. Mai 1583. C.A. T. I. S. 141., Res. gr. v. 23. April 1612. Justizf. §. 19. ib. S. 179., A. u. G.O. v. 1. Dec. 1612. P. I. §. 23. C.A. T. III. S. 152. u. L.C.W. T. I. S. 13., Pr.O. Tit. 6. §. 3., 24. §. 3., 47. §. 1. S. 54. 142. 275., Interims-B. v. 6. Sept. 1645. C.A. T. III. S. 197. f. u. L.C.W. T. I. S. 73., Res. gr. v. 22. Juni 1661. Tit. Justizf. §. 1. f. C.A. T. I. S. 211. f., Dec. 2. 12. 16. v. 22. Juni 1661. ib. S. 295. f., M. v. 18. Febr. 1691. §. 3. ib. S. 1164., E.P.O. ad Tit. 4. §. 1. S. 37., ad Tit. 5. §. 1. S. 45., ad Tit. 10. §. 1. S. 77., Anh. §. 3. f. S. 301. f., M. v. 20. Dec. 1766. §. 7. C. A. C. I. T. I. S. 919., Bef. v. 15. Nov. 1780. C. A. C. II. T. I. S. 379., wegen der Lauf. M. v. 3. April 1824. §. 18. unter 20. G.S. S. 52. **2)** Der E. hat Statt, wenn der Kläger „klare Brief und Siegel" (instrumenta guarentigiata), d. h. solche Urkunden, woraus alle zu einer Verurtheilung des Beklagten im E. erforderlichen Umstände in continenti hervorgehen, in den Händen hat, E.P.O. Anh. §. 3. 4., S. 301. f. **3)** Edition kann hier vom Beklagten nicht gefordert werden, §. 3. cit. **4)** Die Urkunde ist auch ohne Besiegelung giltig, §. 4. cit., desgl., sofern nicht Gesetze für einzelne Fälle das Gegentheil bestimmen, bei fehlendem Vornamen des Unterzeichners, wenn nur der Aussteller durch andre Umstände, z. B. Geschlechtsnamen, Charakter, oder ein andres deutliches Kennzeichen von andern Personen gleiches Namens zu unterscheiden ist. Bek. des O.App.G. v. 9. März 1838. G.S. S. 95. Die Urkunde kann auch etwas schadhaft, sie darf aber in ihren wesentlichen Bestandtheilen nicht mangelhaft und nicht durchstrichen oder durchschnitten sein. §. 4. des Anh. zur E.P.O. S. 301. **5)** Eine Executivklage soll, wenn darin neben der Recognition Einlassung und Antwort gefordert ist, deswegen allein nicht verworfen, sondern dem Mangel vom Richter ex officio abgeholfen werden, E.P.O. ad Tit. 5. §. 1. S. 56., Anh. §. 7. S. 304. Nur in dem Falle ist das Klaggesuch auf Einlassung und Antwort mit zu richten, wenn die Klage gegen Erben gerichtet ist, und diese Eigenschaft der Verklagten nicht sofort aus Urkunden nachgewiesen werden kann, ib.; oder, wenn, wie es gestattet ist, der E. auf Urkunden über einen gegenseitigen Vertrag, oder über eine bedingte Ver-

bindlichkeit gegründet wurde, E.P.O. Anh. §. 4. S. 302., darin aber der Einrede des nicht erfüllten Contracts im Voraus nicht entsagt ist, oder die Erfüllung oder der Eintritt der Bedingung sofort urkundlich nicht nachgewiesen werden kann. ib. Wenn der Verklagte seine Eigenschaft als Erbe, oder die Erfüllung des Contracts oder die Existenz der Bedingung leugnet, ist der E. auszusetzen, und auf Beweis zu interloquiren. ib. Im Falle des unbegründeten Leugnens soll der Verklagte um den 4. Theil des geklagten Betrags gestraft werden. ib. und §. 7. S. 304. **6)** Die Vorschriften über die Abkürzung des rechtlichen Verfahrens, die Entscheidung und die Kosten in geringfügigen Rechtssachen sind auch auf den Executiv- und Wechselproceß, sobald das Object derselben geringfügig ist, zu beziehen, nicht aber dahin zu deuten, daß, wenn in diesen Proceßgattungen auf eine geringfügige Summe geklagt worden, illiquide Einreden wider ein documentum guarentigiatum zu beachten wären. Die Widerklage, deren Object geringfügig ist, unterliegt den Regeln des Processes in caus. min., §. 5. d. M. v. 28. Nov. 1753. C.A. C.I. T.I. S. 383., Bef. v. 15. Nov. 1780. C.A. C.II. T.I. S. 379. u. Lauf. M. v. 13. März 1821. §. 4. G.S. S. 38., und v. 3. April 1824. §. 18. unter 20. G.S. S. 52. Wegen der ganz geringen Forderungen, wenn ihre Richtigkeit auch durch Urkunden nachgewiesen werden kann, ist der E. unstatthaft. G. v. 16. Mai 1839. §. 42. G.S. S. 154. **7)** Die erste Citation im E. ist mit Einräumung einer Sächs. Frist, worein jedoch weder der Insinuations- noch Terminstag einzurechnen, sub poena recogniti zu erlassen, §. 3. d. Anh. d. E.P.O. und ad Tit. 4. §. 1. S. 37. **8)** Wenn ein zur Recognition producirtes Document nicht vom Beklagten selbst, sondern von einem Andern in seinem Namen unterschrieben ist, so muß jener es doch recognosciren oder diffitiren, §. 4. d. Anh. d. E.P.O. S. 301. **9)** Ein documentum referens ohne relatum ist nur dann für ein docum. guarent. zu halten, wenn in ihm der Inhalt des relatum oder sonst ein vollkommener Sinn enthalten ist. §. 4. cit. S. 302. **10)** Das Document braucht die causa debendi nicht zu enthalten, §. 5. ib. S. 303. **11)** Wenn in einer Schuldverschreibung keine gewisse Zahlungszeit gesetzt, sondern die Bezahlung entweder ehestens und sobald möglich, oder nach und nach, und nach guter Gelegenheit versprochen worden, so ist im ersten Falle das Capital nicht vor Ablauf eines Jahres von Zeit der ausgestellten Verschreibung klagbar, und im letztern Falle sollen die Zahlungsfristen nach Billigkeit und mit Berücksichtigung der Umstände des Gläubigers und Schuldners Amtshalber festgesetzt werden. E.P.O. Anh. §. 6. S. 303. **12)** Die Production der Originaldocumente erfolgt im Termine, §. 9. d. Anh. d. E.P.O. S. 305. Im Falle des Außenbleibens oder der unterlassenen Production wird der Kläger in Erstattung der Kosten und Fortstellung der Klage binnen Sächs. Frist bei deren Verlust verurtheilt, auf letztern auch erkannt, wenn der Kläger nicht innerhalb jener Frist um einen anderweiten Termin oder Verlängerung dieser Frist nachsucht, oder im zweiten Termine wieder außenbleibt, §. 9. des Anh. cit., und E.P.O. ad Tit. 10. §. 1. S. 77. **13)** Im Termine hat der Beklagte die producirten Documente, bei Vermeidung, daß sie für anerkannt geachtet und er verurtheilt wird, entweder zu recognosciren oder zu diffitiren, §. 9. d. Anh. zur E.P.O. S. 305. **14)** Bei der Recognition erst braucht der Beklagte seine Einreden vorzubringen; doch sind ihm nur solche gestattet, welche aus Documenten, Acten oder des Beklagten Geständnisse sofort liquid sind, §. 8. d. Anh. d. E.P.O. S. 304. **15)** Will der Verklagte die producirten Documente diffitiren, wobei jedoch die diffessio quoad contenta in diesem Processe nicht Statt hat, so ist er, auch ohne Interlocut, dazu zu lassen, §. 9. d. Anh. zur E.P.O. S. 305. In Bezug auf die Eidesformel s. §. 9. cit. und E.P.O. ad Tit. 25. §. 4. S. 149. **16)** Ueber das den Beklagten verurtheilende Erkenntniß vergl. §. 10. d. Anh. d. E.P.O. S. 306. **17)** Eine Urkunde ist zur Anstellung des-

selben auch dann geeignet, wenn sie blos mit einer Handelsfirma unterzeichnet ist. Rechtssatz der O.App.G. v. 9. Febr. 1850. G.S. S. 196. **18)** S. Wechselproceß, Wechselclausel, Auszug, 29, Armencasse, Legitimation zur S., Einreden, Gegenbeweis, Stempelsteuer, I. B., Urkunden, Verjährung, I.

Exegese. S. Bibel.

Exemplar. S. Censur, Eigenthum an G., Ablösungsbehörden, Freier...

Exemtionen. S. Privilegien, Gerichtsstand, Adel.

Exequiren, s. Execution...

Exerciren, s. Ausüben.

Exercirplätze. S. Vorkauf, Militairleistungen.

Existenz, s. Leben, Vorhandensein, Edictalien.

Exmission, s. Heraussetzen.

Ex officio, s. Amtshalber.

Exorcismus. S. Taufe.

Expectanz, s. Anwartschaft.

Expedient. S. Famuli, Stempelsteuer, Copisten.

Expedition, s. Gerichtsstelle, Ausfertigung.

Expeditionspersonal. S. Zeugen.

Expensen. S. Advocaten, Kosten...

Experten, s. Sachverst...

Exploration, s. Untersuchung, Taxordnung, Besichtigung.

Explosion. **1)** Die Hervorbringung einer gefährlichen E. von Pulver oder anderen dergleichen Stoffen zieht Gefängniß oder Arbeitshaus bis zu 12 Jahren nach sich. Str.Gb. v. 1855. Art. 214. **2)** Ist dadurch ohne die Absicht des Thäters ein Gegenstand der in Art. 208. oder 210. (s. Brandstiftung) gedachten Art in Brand gerathen oder zerstört worden, so kann statt Arbeitshaus auf Zuchthaus von gleicher Dauer erkannt werden. cit. Art. 214. **3)** Ist dagegen die Absicht des Thäters auf Zerstörung eines der in Art. 208. oder 210. genannten Gegenstände gerichtet gewesen, so ist die That den daselbst gedachten Verbrechen gleich zu achten. cit. Art. 214. **4)** S. Eisenbahnen und T., Pulver, Streichzündhölzchen, Fabriken.

Explosive Baumwolle, s. Pulver.

Exportiren. S. Ausfuhr.

Expreß. S. Post, Extrapost...

Expromission. S. Verbürgung.

Expropriation, für den Bergbau. **1)** Jeder, gleichviel ob Staat oder Privateigenthümer, ist verpflichtet, sein Grundeigenthum, wenn es beim Betriebe des Bergbaues zu Grubenbauen, Halden, Gebäuden, Maschinenanlagen, gewöhnlichen u. Schienenwegen, Arbeits- u. Lagerungsplätzen, Aufbereitungsanstalten, Teichen, Wehren u. Wasserläufen u. sonst nothwendig ist, sowie sein Wasserbenutzungsrecht an die Bergwerksunternehmer gegen vollständige Entschädigung abzutreten. Dasselbe gilt von den nöthigen Materialien an Steinen, Kies, Sand, Lehm, Thon und Erdboden, sowie der Benutzung und Anlegung der zur Abfuhr dieser Materialien nothwendigen Wege. Es muß auch jeder Grundeigenthümer die Grenzsteine, welche zu Begrenzung der Grubenfelder zu setzen sind, gegen Entschädigung auf seinen Grundstücken dulden. B.O. v. 1851. §.212. 216. 219. 233. G.S. S. 240. **2)** Bei Wohnhäusern und Wirthschaftsgebäuden findet jene Verpflichtung nur dann Statt, wenn es a) zu Fortsetzung eines zur Zeit der beantragten E. bereits in Angriff genommenen Bergbaues erfordert wird, und b) die bergmännischen Anlagen, für welche sie erfordert wird, von der Art sind, daß ihre Verlegung an einen andern Ort ohne wesentliche Beeinträchtigung des Bergbauunternehmens nicht geschehen kann. ib. §. 213. — Im Zweifelsfalle entscheidet über die Nothwendigkeit der Abtretung für den Bergbau die Bergbehörde im Verwaltungswege. ib. §§. 217. 218. u. 214. 215. Das Nähere, insbesondere im Falle der Collision des Bergbaues mit anderen öffentl. Zwecken, s. §. 218. f. ib. und in der V. v. 16. Dec. 1851. §. 148. f. G.S. S. 450. f. **3)** Das abzutretende Grundeigenthum muß, mit Ausnahme vorübergehender Zwecke, wenn der eine od. andere Theil dieß verlangt, eigenthümlich an den Bergwerkseigenthümer abgetreten und von letzterem übernommen werden. Doch behält der Grundbesitzer am

Expropriirten ein in §. 224. näher bestimmtes **Vorkaufsrecht**. Vergl. die B.O. §. 220. f. — Ueber das Verfahren bei der **Taxation und Entschädigung** s. die B.O. §. 225. f., u. die V. v. 16. Dec. 1851. §. 155. G.S. S. 243. f. 452. **4)** Der **Streit** über die Summe der Entschädigung wird, wenn der Eigenthümer sich bei der Entscheidung der Verwaltungsbehörde nicht beruhigt, auf dem **Rechtswege** im Gerichtsstande **der gelegenen Sache** entschieden. Doch ist die Abtretung immer zu bewirken und die von der Verwaltungsbehörde ausgemittelte Summe sofort zu bezahlen. B.O. §. 226. — Wegen der Berücksichtigung **entfernterer Interessenten** im Sinne des Ablösungsgesetzes s. ib. §. 227. **5)** Sämtliche gerichtliche und außergerichtliche **Kosten** des Verfahrens im reinen Verwaltungswege haben die betreffenden Bergwerkseigenthümer zu tragen. Die Ab- und Erstattung der im Falle eines Widerspruchs od. im Rechtswege auflaufenden Kosten unterliegt den allgem. proceßrechtl. Vorschriften und Grundsätzen. §. 228. **6)** E. für **Wasseranlagen**: s. Wasserläufe. E. für **Straßen**: s. Straßenbau. Vergl. ferner **Eisenbahnen, Dismembration**.

Exspectanz, s. Anwartschaft.

Extendiren. S. Blankett, Urkunden.

Exterritorialität. S. Aufenthalt, Ausländer, Gerichtsstand, Gesandte.

Extinctivverjährung. S. Verjährung.

Extract, s. Auszug, Bauertracte.

Extrajudicialien. S. Advocaten, Kosten...

Extrapost- und Courier-Beförderung. Zu dieser Art der **Postpersonenbeförderung** (s. d.) nach einem Orte, in welchem eine **Poststation** (**Posthalterei**) sich **nicht** befindet, ist eine Poststation nur dann **verpflichtet**, wenn der Ort, wohin die Extrapost 2c. gehen soll, mindestens **Eine** Meile, jedoch nicht über **Fünf** Meilen vom Stationsorte entfernt ist und keine benachbarte Poststation innerhalb ½ Meile Wegs seitwärts gelassen wird. Eine Ausnahme hiervon ist nur dann zulässig, wenn Reisende, welche mit Extrapost an einem Stationsorte ankommen, nach einem, weniger als eine Meile von dem letzteren entfernten Orte ohne Station mit Extrapost 2c. weiter reisen wollen. Post-O. v. 7. Juni 1859. §. 45. G.S. S. 119. (früher: Bek. v. 6. März 1822. G.S. S. 177.). **1)** Wer von einem Poststationsorte aus mit Postpferden abreisen will, hat solche bei der Posthalterei spätestens **eine Stunde** vor der zur Abreise bestimmten Zeit zu bestellen; bei einem Bedarfe von vier Pferden ist diese Bestellung spätestens **zwei Stunden**, bei einem noch größeren Bedarfe an Pferden aber mindestens **sechs Stunden** vor der Abreise zu bewirken. Wenn Postpferde zu Abholung des Reisenden von einem in der Nähe des Stationsorts gelegenen Orte bestellt werden, so ist für die hiernach nach dem Bestimmungsorte der Extrapost etwa ausfallende größere Entfernung, das tarifmäßige Extrapostgeld vom Abholungsorte ab gerechnet, zu entrichten. §. 46. no. 1. der cit. Post-O. v. 1859. **2)** Wenn Reisende **mit unterlegten Pferden** befördert sein wollen, so ist das Extrapostgeld, sowie das Postillonstrinkgeld auf die volle Station anderhalbfach zu bezahlen. §. 46. no. 2. ib. **3)** Das nach dem bei jeder Postanstalt und Posthalterei befindlichen Postcoursmeilenzeiger zu berechnende tarifmäßige Extrapost- u. Couriergeld (**Rittgeld** und eventuell **Wagengebühr**), sowie das **Schmiergeld** oder die **Wagenmeistergebühr** und das Chaussee- und Brückengeld ist in dem bis zur nächsten Station oder dem Bestimmungsorte der Extrapost entfallenden Betrage von dem Reisenden, gegen Empfang der darüber auszustellenden Quittung, stets im **Voraus zu entrichten** und daher der Stationsinhaber nicht verbunden, vor vollständiger Berichtigung des Betrags die Extrapost abgehen zu lassen. Der Reisende hat zu bestimmen, ob bei der Ankunft auf der Station bei der Posthalterei, oder wo sonst am Bestimmungsorte vorgefahren werden soll. §. 64. no. 3. ib. **4)** Für jede halbe Stunde, die der Reisende in Folge einer Verschuldung des Posthalters oder seiner Leute über die zur Abreise bestimmte Zeit warten muß, ist der-

selbe berechtigt, —. 20 Ngr. —. an dem Betrage des von ihm zu entrichtenden Extrapostgeldes in Abzug zu bringen. Läßt dagegen der Reisende die eingespannten Postpferde länger als eine halbe Stunde warten, so hat derselbe vom Anfange der dritten Viertelstunde an für jede Viertelstunde und jedes Pferd 1½ Ngr. an Wartegeld zu bezahlen; nach Verlauf von 3 Stunden können die Pferde wieder ausgespannt werden. §. 46. no. 4. ib. **5)** Sollte der Reisende die bestellten Pferde nicht brauchen wollen und hiervon den Posthalter noch vor Ablauf der zur Abreise bestimmten Zeit benachrichtigen, so kann dieser den vierten Theil, wenn aber die Pferde nach Ablauf der vorgedachten Zeit bereits angespannt sind, die Hälfte des Extrapostgeldes beanspruchen. Für den Aufschub der Reise um einige Stunden und bis zum Ablaufe des Tags darf der Posthalter, wenn ihm hiervon eine Stunde vor der erstanberaumten Abfahrtszeit Nachricht gegeben worden den ist, eine Schadloshaltung nicht in Anspruch nehmen. Wenn Pferde zu einer Extrapost durch Laufzettel vorausbestellt sind, so sind dieselben bis 3 Stunden nach der im Laufzettel bestimmten Ankunftszeit des Reisenden ohne einen Anspruch auf Wartegeld in Bereitschaft zu halten. §. 46. no. 4. ib. **6)** Trifft der Reisende durch seine Schuld erst nach Verlauf von 3 Stunden ein, so hat er von und mit der vierten Stunde 2½ Ngr. Wartegeld für jede Stunde und auf jedes Pferd zu entrichten. Mit Ablauf der sechsten Stunde hört die Verbindlichkeit des Posthalters, die Pferde länger in Bereitschaft zu halten, auf, der Reisende aber bleibt verbunden, das Wartegeld auf 3 Stunden zu bezahlen, wenn nicht seine später erfolgte Ankunft noch vor Eintritt der vierten Stunde des Zuwartens dem Posthalter bekannt gemacht worden ist. Dagegen kann der Reisende, wenn ihn der Stationsinhaber über die Bestellzeit hinaus warten läßt, dem letzteren für jede Stunde des Wartens den Betrag des Postgeldes für ⅗ Postmeile abziehen. Tritt in Folge einer von dem Postillon nicht verschuldeten Beschädigung des Wagens des Reisenden eine Unterbrechung der Fahrt ein, so ist, von und mit Eintritt der vierten Stunde dieses Wartens an, dem Stationsinhaber, als Entschädigung für das längere Entbehren seiner Pferde, von dem Reisenden zu dem bereits bezahlten Extrapostgelde noch die Hälfte des letzteren mittelst Einzahlung bei der nächstfolgenden Station zu bezahlen. §. 46. no. 4. ib. **7)** Die Bespannung richtet sich in der Hauptsache nach der Beschaffenheit der Wagen, sowie nach dem Gewichte der Ladung. Hiernach werden die Wagen, je nachdem sie bis zu 800 oder 1600 Pfund beladen sind, mit 2—4 Pferden befördert. Das Gewicht einer erwachsenen Person ist zu 150 Pfund angenommen. Kinder unter 8 Jahren werden gar nicht, im Alter zwischen 8 und 14 Jahren für eine halbe, über 14 Jahre aber für eine erwachsene Person gerechnet. Ein Koffer wird ebenso wie eine Vache zu 80 Pfund, eine Reisetasche oder dergleichen zu 25 Pfund abgeschätzt. Das Nähere enthält §. 46. no. 5. ib. **8)** Wenn Reisende sich von dem Verlangen, mit einer geringeren als der vorschriftsmäßigen Bespannung befördert zu werden, nicht abbringen lassen, kann denselben die Beförderung mit Extrapost ganz verweigert werden. Die Reisenden sind mit eben so viel Pferden weiter zu befördern, als sie angekommen sind, dafern nicht eine Veränderung der Ladung oder des Terrains eintritt oder mit der rückliegenden Station die unten bei 12. gedachte Vereinigung über die Bespannung Statt gefunden hat. Giebt ein Posthalter zur Erleichterung seiner Pferde, wie ihm, ohne Anspruch auf ein mehreres Rittgeld, zu thun frei steht, eine stärkere Bespannung, so ist Solches auf dem Extrapostbegleitzettel genau anzumerken. ib. **9)** Bei Stationsentfernungen unter 3 Postmeilen darf der Postillon, ohne ausdrückliches Verlangen des Reisenden, nicht anhalten, bei größeren Entfernungen kann dieß auf die Dauer einer Viertelstunde, welche bei der Fahrt wieder eingebracht werden muß, geschehen; der Reisende kann unterwegs bis zu einer Stunde Aufenthalt nehmen, bei einem längeren Aufenthalte hat der Reisende mit Ab-

lauf der ersten Stunde und bis 3 Stunden die Hälfte des Stationsrittgeldes und Postillontrinkgeldes auf der nächsten Station für Rechnung der hinterliegenden Posthalterei nachzuzahlen; der Postillon ist zu einem längeren Warten als 3 Stunden nicht verbunden. Das Wechseln der Pferde bei sich begegnenden Extraposten darf nur mit Einwilligung der beiderseitigen Reisenden geschehen und es erhält in diesem Falle derjenige Postillon, welcher den Reisenden auf die Station bringt, das tarifmäßige Trinkgeld. §. 46. no. 6. ib. **10)** Reisende, die mit den nemlichen Pferden, welche sie nach einem Orte gebracht haben, innerhalb 3 Stunden nach der Ankunft zurückreisen wollen, haben für die Rückreise die Hälfte des Extrapostgeldes und des Trinkgeldes für den Postillon zu bezahlen; erfolgt die Rückreise erst nach 3 Stunden, so ist das volle Extrapostgeld ꝛc. zu bezahlen und gebührt überhaupt, wenn an dem gedachten Orte eine Posthalterei sich befindet, dieser die Beförderung des Reisenden; der Antritt der Rückfahrt mit den nemlichen Pferden darf erst nach Ablauf von so viel Stunden, als die Station Meilen hat, erfolgen. §.46. no.7. ib. **11)** Wenn ein Reisender auf die nächste Station auf einem anderen Wege, als auf der Poststraße, befördert sein will, so hat er sich hierüber vor der Abfahrt mit dem Posthalter einzuvernehmen und den nach der sich etwa ergebenden größeren Entfernung des Weges entfallenden Mehrbetrag des Extrapostgeldes ꝛc. zu bezahlen. §. 46. no. 8. ib. Derjenige Extrapostreisende, welcher zuerst mit Extrapost vor der Posthalterei ankommt, ist auch vor der später ankommenden Extrapost abzufertigen, es sei denn, daß für die letztere die Pferde im Voraus bestellt worden sind oder daß der Reisende als Courier befördert wird. ib. no. 9. **12)** Als Beförderungszeit für Extraposten und Couriere ist festgesetzt: a) für Extraposten, welche die regulativmäßige Bespannung haben: auf ebenen Chausseen 40, auf gebirgigen Chausseen 45, auf unchaussirten Straßen 50 Minuten auf die Postmeile, b) für fahrende und reitende Couriere, wenn erstere leichte Wagen und die vorschriftsmäßige Bespannung haben: auf ebenen Chausseen 35, auf gebirgigen Chausseen 38, auf unchaussirten Straßen 40 Minuten auf die Postmeile. Wird der Reisende auf seinen Wunsch und im Einverständnisse mit dem Posthalter durch eine geringere Anzahl von Pferden, als in Punct 5 vorgeschrieben ist, befördert, so kann er auf das Einhalten der normalmäßigen Beförderungszeit keinen Anspruch machen. §. 46. cit. no. 10. **13)** Dem Postillon allein gebührt es, die Pferde zu führen; wenn der Reisende oder dessen Leute an dem Postillon Thätlichkeiten verüben, so ist der letztere befugt, sogleich auszuspannen, was auch zu geschehen hat, wenn der Reisende selbst die Pferde durch Schläge antreiben sollte. no. 11. Beschwerden über die Beförderung oder sonstige Vorkommnisse können in das §. 44. gedachte Beschwerdebuch eingetragen werden. no. 12. der cit. §. 46. G.S. v. 1859. S. 126. **14)** Wegen der Behandlung der Extraposten an der Grenze in Bezug auf den Eingangszoll vergl. die Zoll-O. v. 1838. §. 39. G.S. S. 311. **15)** Die Taxberechnung bei der Beförderung von Extraposten, Courieren und Staffetten erfolgt nach den Grundsätzen in §. 79. u. 80. der Post-O. v. 7. Juni 1859. G.S. S. 136. (Vorher: Post-Tax-O. v. 1840. Anh. G.S. S. 450. **16)** S. noch: Ausweichen, Land- u. Miethkutscher, Zollbeamte.

F.

Fabrikarbeiter. S. Ausländer, Fabriken, Gewerbtreibende.

Fabriken, Fabrikwesen. **1)** Kennzeichen eines fabrikmäßigen Gewerbbetriebs ist, nächst der Anfertigung und Zurichtung von Handelswaaren zum Vertriebe im Ganzen, insbesondre auch die Theilung der Arbeit. V. v. 25. Nov. 1835. §. 4.

G.S. S. 493. **2)** An Sonn- und Festtagen soll man in den Fabriken keine Wochenarbeit verrichten, M. v. 24. Juli 1811. §. 5. C. A. C. III. T. I. S. 498., L.C.W. T. VI. S. 194. **3)** Fabrikarbeiter, die sich zur Einstellung ihrer Arbeit vereinigen, und den Anordnungen der Obrigkeit nicht fügen, werden nach Art. 145. d. Str.Gb. v. 1855. (vorher Art. 111. d. Cr.Gb. G.S. v. 1838. S.140.) gestraft. **4)** Auf dem Lande sollen die daselbst bereits vorhandenen Manufacturen und Fabriken ferner bleiben, jedoch dürfen neue, ohne besondere Concession der Regierung, auf den Dörfern nirgends errichtet werden. M. v. 29. Jan. 1767. §. 3. C.A. C. I. T. I. S. 944., §. 35. d. G. v. 9. Oct. 1840. G.S. S.253. **5)** Wo die Strumpfwirkerei u. Weberei oder andere Gewerbe fabrikmäßig betrieben werden, (welches zu jeder Zeit nach den bestehenden Gewerbsverhältnissen von der Regierungsbehörde zu beurtheilen ist,) können sich die diesen Gewerben angehörigen Meister ebensowohl auf dem Lande, als in den Städten niederlassen und ihr Gewerbe unbeschränkt betreiben, und wo dergleichen Gewerbe zeither unzünftig betrieben worden sind, hat es noch ferner hierbei sein Bewenden, §. 4. d. G. v. 9. Oct. 1840. G.S. S. 247. **6)** Durch administrative Verfügungen der Regierung kann in den Fällen und an den Orten, wo es nach den sich bildenden Gewerbsverhältnissen als zweckmäßig erscheint, der unzünftige Betrieb von dergleichen Gewerben, auch in soweit er allda bis dahin noch nicht Statt gefunden, gestattet werden, sobald nur daselbst hinsichtlich dieser Gewerbe ein Innungsverband und die Verbindlichkeit zu Gewinnung des Meisterrechts nicht besteht. §. 4. cit. S. 247. **7)** Die Tuchmacherprofession ist zur Zeit noch von vorstehenden Bestimmungen ausgeschlossen; doch soll die Anlegung von Tuchfabriken auf dem Lande, sobald die Concession der vorgesetzten Regierungsbehörde dazu erlangt wird, nicht beschränkt sein, §. 4. cit. S. 247. Auch ist die Fertigung von Fabrikaten, welche den Tuchmachern cumulativ mit andern Gewerbsgenossen, namentlich den Webern, zukommen, dessenungeachtet auch auf dem Lande für erlaubt anzusehen, §. 1. d. V. v. 9. Oct. 1840. G.S. S. 254. **8)** Durch das Rescr. v. 20. Mai 1800. C.A. C.II. T. I. S. 1145. wurde die Exportation künstlicher Fabrikmaschinen verboten. **9)** Fabrik-Schulen bedürfen der Genehmigung der betreffenden höheren Behörde und eines bestätigten Specialreglements, G. v. 6. Juni 1835. §. 9. G.S. S. 281. Sie sollen, mit Vermeidung der sogenannten Abendschulen, theils in den frühen Morgen-, theils in den ersten Nachmittagsstunden gehalten werden. V. v. 9. Juni 1835. §. 7. ib. S. 300. **10)** Die jährliche Anzeige der jeden Orts gefertigten Fabrikwaaren, welche nach dem Bef. v. 22. Aug. 1787. C.A. C. II. T. I. S. 965., Rescr. v. 18. März 1797. C.A. C. II. T. III. S. 565., zu erstatten war, ist durch die V. v. 22. Dec. 1832. G.S. S. 475. in Wegfall gekommen. **11)** Die Bestätigung der Statuten der Sächs. Fabrik-Werkzeug-Gewerkschaft spricht das in der G.S. v. 1840. S. 206. enthaltene Decret v. 25. Juli 1840. aus. **12)** Ausländische Fabrikanten, die sich in Sachsen niederlassen wollten, hatten früher Vorschüsse aus Staatscassen, auch sowohl wegen der Accise, als bürgerlicher Präſtationen Befreiung zu erwarten, M. v. 21. Juli 1718. C.A. T.I. S. 1882. u. L.C.W. T. II. S. 474., selbst wenn sie sich nicht anbauten, Gen.V. v. 2. Nov. 1720. C.A. T. I. S. 1929 , O.A.Pat. v. 28. Dec. 1720. L.C.W. T. II. S. 489. — S. noch Unterthanenrecht. **13)** Inländische Fabriken sollen vor fremden befördert, und namentlich sollen die Equipirungsstücke für das Militair aus erstern bezogen werden, L.T.A. v. 24. April 1711. C.A. T. I. S. 369., Rescr. v. 3. Juli 1737. L.C.W. T. II. S. 1090., L.T.A. v. 14. Sept. 1749. C.A. C.I. T.I. S.76., Kleider-O. v. 21. Febr. 1750. §. 13. C.A. C. I. T. I. S. 752. u. L.C.W. T. I. S. 471., L.T.A. v. 14. Nov. 1769. ad 8. C.A. C.I. T.I. S.159., Rescr. v. 14. Nov. 1812. C.A. C. III. T. I. S. 713. S. auch Militairbedürfnisse. **14)** Ehemals sollte die Auswanderung der Fabrikanten möglichst verhütet und die

Verleitung derselben zum Auswandern bestraft werden, M. v. 20. Dec. 1723. C.A. T.I. S. 2511. und L.C.W. T.II. S. 494., Bef. v. 18. März 1750. C.A. C.I. T.I. S. 757., M. v. 21. Aug. 1764. ib. S. 884. u. L.C.W. T.III. S. 300., Circul.V. v. 30. Nov. 1785. C.A. C.II. T.I. S. 889., O.A.=Pat. v. 29. Nov. 1779. C.A. C.II. T.III. S. 157., Rescr. v. 24. Dec. 1785. ib. S. 217. u. L.C.W. T.IV. S. 380. S. aber: Unterthanenrecht, Auswanderung. **15)** Fabriken durften Fremden ohne Erlaubniß der Obrigkeit nicht gezeigt werden, nach dem M. v. 21. Aug. 1764. §. 5. C.A. C.I. T.I. S. 885. **16)** Ausführliche polizeiliche Vorschriften für die Errichtung und Betreibung solcher Fabriken, in welchen entzündliche und leicht explodirende Stoffe aller Art bereitet werden, enthält die V. v. 12. Dec. 1856. G.S. S. 416. f. u. das Regul. über die Anlegung von Pulvermühlen. ib. S. 423. f. — Insbesondere auch wegen Aufbewahrung u. Verkaufs von Pulver, Schießbaumwolle, Zündrequisiten, Aether u. dergl.: ang. V. §. 20. f. G.S. v. 1856. S. 422. **17)** S. Ausländer, Anweisung, Arzneiwaaren, Arzneifabriken, Dismembration, Gewerbtreibende, Fälschung, Firmen..., Grundsteuer, Handel= und Gew., Münzwesen, Silber, Spielkarten, Staatsdienst, 35., Ständeversammlung, Stempelgelder, Streichzünd..., Waaren..., Firma, Verjährung, Innungen, Concession, Arbeiter, Geheimniß, Wucher, Dorfhandel, Schuldarrest, Dampf.

Fabrikschulen. S. Fabriken, 9.

Fabrikverleger. S. Staatsdienst, 35.

Fabrikwerkzeug=Gewerkschaft. S. Fabriken, 11.

Fabrikzeichen, deren Deposition zu Erlangung des gesetzlichen Schutzes: s. Staatsverträge.

Fachbäume. 1) Wehre und F. sollen Müller oder Mühlherrn ohne Beisein vereideter Müller und der Nachbarn, welche zunächst über oder unter ihnen Mühlen haben, bei Strafe nicht neu legen; Mühlen=O. v. 23. Nov. 1568. §. 2. und v. 29. April 1653. §. 9. C.A. T.II. S. 718. u. 730., O.A.Pat. v. 18. Aug. 1727. §. 9. L.C.W. T.I. S. 557., O.A.Pat. v. 12. Aug. 1812. §. 6. L.C.W. T. V. S. 279. **2)** Auch soll der Müller bei 300 Fl. Strafe und Verlust des Handwerks den gelegten neuen F. nicht hinsichtlich der Haken und Keulen, oder auf andere Art verfälschen, und über den Mahlpfahl erhöhen, auch die zu niedrig gemachten Haken nicht mit Leisten oder Bretern unter dem F. erhöhen, sondern diesen ohne Unterlage rechtfertig legen, eben so wenig auch auf den F. Leisten oder dergl. aufheften, noch denselben, wenn er gesunken sein sollte, ohne Beisein, Erlaubniß und Zuthun des Amtes, unter welchem die Mühle liegt, und vereideter Müller, wieder erhöhen oder verändern. Ang. Mühlen=O. v. 1568. §. 4. 5. 6. u. 7., v. 1653. §. 10. 11. 12. u. 13. **3)** Derjenige, welcher die Breter aus dem Gerinne über den F. vorgehen läßt, und damit denselben erhöhet, soll erst um 100 Fl. und zum andernmale mit 200 Fl. und mit Verlust des Handwerks bestraft werden. Mühlen=O. v. 1568. §. 8., und v. 1653. §. 14. **4)** Der Papiermüller in Colditz soll den F. 7 Zoll höher, als den auf der Amtsmühle befindlichen führen, und das Gerinne nicht weiter, als 2 Ellen halten; wenn er denselben, nebst dem Gerinne, Grießsäulen u. s. w. nicht wohl verwahrt, soll er bei entstehendem Schaden die Reparaturkosten ersetzen. Colditzer Mühlen=O. v. 10. Juni 1766. §. 112. C.A. C.I. T.I. S. 1586. **5)** S. Grenze.

Fackeln. 1) Pech= und andere F. ohne Erlaubniß auf den Straßen zu gebrauchen, ist bei Strafe verboten. M. v. 5. Jan. 1702. C.A. T.I. S. 1721., desgleichen in Dörfern: M. v. 30. Juli 1689. C.A. T.III. S. 311. u. L.C.W. T.I. S. 784. **2)** S. Laternen.

Facta, Factisch, s. Thatsachen.

Factor. 1) Wechsel, die ein Principal und F. an einander remittiren, sollen wie andere Wechsel bei verweigerter Acceptation oder Bezahlung protestirt werden. Wechsel=O. v. 2. Oct. 1682. §. 18. C.A. T.II. S. 2032. L.C.W. T. I. S. 336. f. Wenn ein F. für seinen Principal Geld abgiebt, so soll er den Wechsel an seinen Principal zu bezahlen richten lassen. Stellt er ihn an

sich und indossirt ihn an den Principal, so ist er kraft seines Indossaments, als Selbstschuldner dafür gehalten. §. 23. ib. S. 2033. Wegen des heutigen Rechts s. die Artikel: Wechselerklärungen, Wechselfähigkeit, Indossament, Wechselverbindlichkeit. **2)** Handelsleute stehen unter dem Handelsgerichte zu Leipzig, wenn sie daselbst ihre F.en, Güter und Handelseffecten haben. Hand.-G.O. v. 21. Dec. 1682. §. 3. C.A. T. II. S. 2040. **3)** S. Commissionäre, Dorfhandel.

Factur. S. Censur.

Facultät in der Universität. S. Leipzig.

Faden. S. Garn.

Fähigkeit. S. Körperverletzung, Qualification.

Fähren. **1)** Es soll Niemand eine F. halten, wenn es ihm nicht von dem Landesherrn verstattet ist. Pat. v. 14. Nov. 1645., v. 27. Juli 1671., M. v. 3. Juli 1672. und v. 27. Mai 1686. C.A. T. II. S. 21. u. 29., Pat. v. 7. Juli 1686. ib. S. 1135. **2)** Fährleute sollen die Reisenden soviel als möglich fördern. M. v. 26. Dec. 1711. §. 8. C.A. T. II. S. 64., Verdächtige und Ausweislose aber gar nicht übersetzen, Renov. v. 7. April 1663. C.A. T. III. S. 254. u. L.C.W. T. I. S. 629., M. v. 20. Aug. 1667. C.A. T. III. S. 258. u. L.C.W. T. I. S. 633., M. v. 16. Sept. 1710. C.A. T. I. S. 1771. u. L.C.W. T. I. S. 264. 809., M. v. 7. Dec. 1715. §. 5. C.A. T. I. S. 1845., Gen. v. 14. Dec. 1717. ib. S. 1881., M. v. 14. Dec. 1753. §. 1. C.A. C. I. T. I. S. 799. u. L.C.W. T. III. S. 81., auch nicht Bettler, M. v. 5. April 1729. §. 12. C.A. C. I. T. I. S. 549., und v. 9. Nov. 1748. §. 12. ib. S. 710. **3)** Polizeiliche Vorschriften für Schiffer und Fährleute, wenn Schiffe und Flosse Fähren passiren, enthält die V. v. 6. Febr. 1845. §. 12. G.S. S. 42. **4)** S. Gewässer, Kosten, Chausseen, Wegegelder, Schiffe, Elbe.

Fällig, s. Verfallzeit.

Fälschung. **1)** Wer zu irgend einem rechtswidrigen Zwecke Urkunden unter erdichtetem, oder unbefugt unter fremdem Namen ausstellt, echte Urkunden verfälscht, vernichtet, oder unbrauchbar macht, Blanquets eigenmächtig ausfüllt, oder in Handlungsbüchern unrichtige Einträge macht, wird, dafern nicht wegen eines durch den Gebrauch solcher Täuschungsmittel verübten oder versuchten schwereren Verbrechens eine höhere Strafe eintritt, wegen F. mit Gefängniß bis zu 6 Monaten oder Arbeitshaus bis zu 2 Jahren bestraft. Str.Gb. v. 1855. Art. 311. **2)** Sind Handlungen der vorstehend gedachten Art an öffentlichen Urkunden oder zur Herstellung von Papieren, welche für öffentliche Urkunden ausgegeben werden sollen, verübt worden, so kann die Strafe bis auf Arbeitshaus von 3 Jahren gesteigert werden. ib. (Vorher: Cr.Gb. v. 1838. Art. 247—250. 251.) **3)** Ist die F. an Reisepässen, Wanderbüchern, Dienst-, Geburts- oder anderen Zeugnissen zu dem Zwecke eines erleichterten Fortkommens oder Unterkommens zum ersten Male verübt und von der Polizeibehörde entdeckt worden, concurriren auch andere vor die Gerichtsbehörden gehörige Verbrechen nicht, so ist sie von den Polizeibehörden zu untersuchen und zu bestrafen. §. IV. der V. v. 27. April 1838. G.S. S. 376. **4)** Wer Stempel oder andere besondere Kennzeichen, womit Waaren oder Fabrikate eines bestimmten Handelshauses oder einer bestimmten Fabrik bezeichnet zu werden pflegen, nachmacht, und solche oder auch die Etikette eines Handelshauses oder einer Fabrik zu Täuschungen im Handel mißbraucht, ist nach Art. 312. des Str.Gb. (s. Waarenbezeichnungen) zu bestrafen. Vorher: Art. 252. d. Cr.Gb. v. 1838. G.S. S. 172., auf welchen Artikel zum Schutze Preußischer und Braunschweigischer Unterthanen die VV. v. 5. März 1841. G.S. S. 18. u. v. 5. Mai 1843. G.S. S. 24. Bezug nehmen. **5)** Wenn im Civilprocesse die quaestio falsi eintritt, und deshalb gegründeter Verdacht vorhanden, so wird mit der Untersuchung verfahren und das Verfahren wegen der Civilsache bis zur Entscheidung der Untersuchung ausgesetzt, jedoch mit Ausnahme derjenigen Klagpuncte, welche durch das Falsum nicht betroffen werden. Dec. 88. v. 1661. C.A. T. I. S. 338., Appellations-

Pat. v. 14. Dec. 1669. ib. S. 1261., M. v. 27. Sept. 1819. G.S. S. 223., V. v. 22. Aug. 1821. unt. 5. G.S. S. 91. **6)** S. Wiederaufnahme, Paßkarten, Betrug, Cassenbillets, Untersuchungs-Just..., Persönlichkeit, Bankrott, Acten, Anzeigen, Falschmünzen, Siegel, Concurs, Verbrechen.

Färben. **1)** Die Färber haben sich des Gebrauchs solcher Ingredienzien zu enthalten, welche der Güte und Dauerhaftigkeit der Zeuge nachtheilig sind, jedoch ist ihnen der Gebrauch der Holzfarben in der Maße nachzulassen, daß sie bei Strafe gehalten sind, die von ihnen gefärbten Fabrikate mit gewissen vorgeschriebenen Zeichen, aus welchen sofort zu ersehen ist, ob die Farbe ächt oder unächt ist, kenntlich zu machen. Gen. v. 21. Juni 1787., Färber-Reglement §. 1. C.A. C. II. T. I. S. 953. **2)** Die Färber haben beim F. der Waaren alle Vorsicht anzuwenden, und den Schaden, welchen sie denselben durch ihr Verschulden zufügen, den Eigenthümer zu ersetzen. ib. §. 2. 3. **3)** Aeltr. Best.: insbesondere wegen Färbung der Seidenwaaren, M. v. 20. Nov. 1594. C. A. T. I. S. 1436; wegen der ganz oder halbwollenen Zeuge M. v. 31. Jan. 1626. ib. S. 1506.; daß alle Tücher und Waaren mit Weid und namentlich nicht mit Indigo gefärbt werden sollen: M. v. 31. Dec. 1650. ib. S. 1522., v. 18. Sept. u. 10. Oct. 1654. ib. S. 288. 1547., Res. gr. v. 1661. Justitienf. §. 76. ib. S. 236.; V. wider die Legung der sogenannten blauen Rose in die ungestählten Tuche v. 13. Oct. 1752. C.A. C. I. T. I. S. 787., Bef., das Färbekraut, die Scharte genannt, v. 11. Jan. 1766. ib. S. 914. **4)** S. Farben, Tuch..., Garn.

Fässer. S. Brunnen, Bier.

Fäulniß. S. Begräbniß, Tod..., Leichen.

Fahnen und **Flaggen.** **1)** Das Aufstecken derselben ohne Erlaubniß ist strafbar. V. v. 24. Nov. 1832. unter 4. G.S. S. 470. **2)** S. Bund, Pulver.

Fahren. **1)** Schnelles F. und Reiten in Städten sollen die Schildwachen nicht gestatten. Ordonn. v. 19. Juli 1828. 2. Theil §. 17. G.S. S. 156. **2)** Das F. mit Holz, Getreide ꝛc. während der Predigt ist bei 5 Thlr. Strafe untersagt, jedoch mit Ausnahme der Meß- und Jahrmarkts- auch Milizfuhren. §. 6. d. Gen. v. 24. Juli 1811. C.A. C. III. T. I. S. 498. L.C.W. T. VI. S. 194. **3)** Während des Gottesdienstes ist sich des F. in der Nähe der Kirche möglichst zu enthalten, und wo es thunlich, sind die Straßen in der Nähe der Kirchen während der Predigt abzusperren. ib. §. 7. **4)** Das F. und Reiten auf Flußdämmen ist strafbar. M. v. 7. Aug. 1819. §. 13. G.S. S. 212. **5)** S. Forstverbrechen, Fuhren, Dämme, Frachtfuhrwerk, Verjährung, Ausweichen, Extrapost, Post, Polizei, Land- u. Miethkutscher.

Fahrgleis, s. Gleis.

Fahrlässigkeit. **1)** Ueber die Bestrafung der F. im Criminalwege vergl. den Art. 48. d. Str.Gb. v. 1855. (unter: Unbedachtsamkeit). Vorher: Art. 32. 43. 59. 127. 138. f. 182. d. Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 122. f. **2)** S. Advocaten, Anmaßung, Amortisation, Bergarbeiter, Brandstiftung, Vergiftung, Beschädigung, Beweis, Verbrechen, Tod, Körperverletzung, Geburt, Meineid, Gerichtsbarkeit, Gesinde, 23., Pfandrecht, I. 3., Schadenersatz, Schmerzengeld, Siegel, Vormundschaft, 56., Zumessung, Verletzung.

Fahrniß, s. Mobiliarnachlaß, Sachen, Nutzungen.

Fahrpost. S. Post, Extrapost.

Fahrzeuge. S. Elbe, Gemeingefährl...

Falcidisches Viertheil. **1)** Ein Testator kann den Abzug des F. V.s nur mit ausdrücklichen Worten untersagen, z. B. so: „mein Erbe soll die Falcidia nicht abziehen", oder: „meinen Erben soll die Falcidia nicht zustehen", oder: „mein Erbe (dem etwas Gewisses vermacht worden) soll ein mehreres, als ich ihm beschieden, nicht haben." Stillschweigend und durch bloße Folgerungen aus andern Worten und Clauseln des Testators kann sie den Erben nicht abgeschnitten werden. Dec. 43. v. 1661. C.A. T. I. S. 317. **2)** Bei Schenkungen auf den Todesfall steht den Intestaterben der Abzug des F. V. nicht zu. Const. 1. P. III. v. 1572. ib. S. 103. **3)** Bei Vermächtnissen und Singularfideicommissen hat der Abzug des F. V.s neben dem Pflichttheile nicht Statt. Bek. d. O.App.Ger. v. 6. Aug. 1836. §. III. G.S. S. 270. **4)** S. Trebell. V.

Falkenstein. Die Spar- und Vorschußcasse, Decr. v. 8. Nov. 1859. G.S. S. 340. — Sparcassenordnung ib. S. 341. Wegen der den Darlehen jener Casse bis zur Höhe von 50 Thlrn. bewilligten Freiheit vom Stempel für „Schuldverschreibungen" und „Bürgschaften" s. die Bek. v. 19. Mai 1860. G.S. S. 77.

Fall. S. Ausfällige, Vorfälle, Concurs,

Fällen, s. Abdecken.

Fallenlassen, s. Zurücknahme, Accord, Verzichtleistung, Reue, Antrag, Rechtsmittel, Wiedereinsetzung, Uebergang.

Falliment. S. Concurs.

Fallknecht. S. Freiknecht.

Fallmeisterei. S. Scharfrichter.

Falsch. S. Fälschung, Beleidigung, Betrug, Cassenbillets, Falschmünzen, Forstverbrechen, Geld, Nachrichten, Nullität, Pasquill, Staatsgefährliche H., (wegen falscher Denunciation:) Verleumdung; ferner: Wechselfähigkeit, Vertagung, Wiederaufnahme.

Falscheid. S. Meineid, Eid.

Falschmünzen. **1)** Aeltres Recht: M. v. 16. Febr 1577. C. A. T. II. S. 911., v. 25. Juni 1669. ib. S. 893., Rescr. v. 30. Juni 1780. publ. mit O.A.Pat. v. 31. Juli 1780. C. A. C. II. T. III. S. 56. f. u. L.C.W. T. III. S. 562., desgl. v. 20. Juli 1780. C. A. C. II. T. III. S. 959., Gen. v. 12. Juli 1780. C. A. C. II. T. II. S. 409., Art. 268. f. des Cr.Gb. v. 1838. G.S. S. 176. **2)** Alle Polizei- und Gerichtsstellen haben bei entdeckten Münz- od. Papiergeldfälschungen an das Ministerium des Innern mit Beifügung oder genauer Beschreibung des Falsificats sofort Bericht zu erstatten. V. v. 2. Juni 1842. §. 1. G.S. S. 79. Wo die Untersuchungsbehörden die zu Feststellung des Thatbestandes erforderlichen Zeugnisse zu erholen haben, darüber vergl. §. 3. u. 4. ib. und im Art. Cassenbillets. Nach beendigter Untersuchung sind die Falsificate mit den Acten zum Finanz-Ministerium einzusenden. §. 5. ib. Alle mit den Polizei- u. Gerichtsstellen nicht selbst verbundene K. Cassen- und Rechnungsbehörden haben die Entdeckung und Einsendung unmittelbar an das Finanzministerium zu bewirken. V. v. 30. Sept. 1857. G.S. S. 249. **3)** Wer inländisches oder ausländisches Metall- oder Papiergeld in der Absicht, es als Geld auszugeben, nachmacht, und dasselbe als Geld, selbst oder durch Andere, ausgiebt, macht sich des F.s schuldig. Str.Gb. v. 1855. Art. 320. **4)** Die Strafe des F.s besteht in Arbeitshaus bis zu 2 Jahren od. Zuchthaus bis zu 10 Jahren. Bei der Abmessung der Strafe ist, nächst der Menge und der Sorte des verfertigten Geldes, und dem Umstande, ob bereits viel oder wenig davon ausgegeben worden ist, insbesondere in Betracht zu ziehen, ob die Unechtheit desselben mehr oder minder schwer zu erkennen war. Art. 321. **5)** Wer echtem Metall- od. Papiergelde durch Veränderung seines Ansehens einen höheren Werth beilegt und es zu diesem Werthe verausgabt, ist mit Gefängniß bis zu 4 Monaten oder Arbeitshaus bis zu 4 Jahren zu bestrafen. Art. 322. **6)** Die Anschaffung oder Anfertigung von Werkzeugen zum Zwecke des F.s oder der Geldverfälschung ist als Versuch dieser Verbrechen zu beurtheilen. Der Versuch ist beendigt, wenn Geld mit der Absicht der Ausgabe nachgemacht od. verfälscht worden ist. Art. 323. **7)** Mit den in den cit. Art. 321. und 322. angedrohten Strafen ist auch derjenige zu belegen, welcher, wenn er gleich an der Nachmachung oder Verfälschung des Geldes nicht Theil genommen hat, doch im Einverständnisse mit dem Falschmünzer oder Verfälscher das falsche oder verfälschte Geld ausgegeben hat. Art. 324. **8)** Hat aber Jemand ohne Einverständniß mit dem Falschmünzer oder Verfälscher falsches od. verfälschtes Geld in gewinnsüchtiger Absicht an sich gebracht und als echtes Geld, beziehendlich nach dem höheren Werthe, verausgabt, so trifft ihn die Strafe des einfachen Betrugs. Art. 324. cit. **9)** Zum Schutze des Münzregals der Staaten des Deutschen Zoll- und Handelsvereins, und wegen Bestrafung der Verbrechen gegen selbiges, diese seien nun in Bezug auf geprägte Münzen, oder Papiergeld, oder durch betrügliche Nachahmung oder Verfälschung und Verbreitung von Staatspapieren, sowie der von andern Instituten, Nationalbanken, Corporationen

und Gesellschaften lt. Privilegii auf jeden Inhaber ausgefertigten Creditpapiere, begangen worden, besteht das Münzcartel v. 21. Oct. 1845. G.S. v. 1846. S. 95., wozu die V. v. 16. Juli 1846. ib. verglichen werden muß. Die Grundsätze über die Auslieferung der Verbrecher enthalten die Artikel 2. und 3. des Cartels. G.S. v. 1846. S. 97. **10)** S. Betrug, Cassenbillets, Papiergeld, Begünstigung, Verhinderung, Gold, Creditpapiere.

Fallschwert. S. Todesstrafe.

Falsificat. S. Fälschung, Falschmünzen.

Falsum. S. Fälschung.

Familie. S. Aeltern, Kinder, Väter, Verwandte, Vormund..., Almosen, Anlagen, Stiftungen, Heimath..., Lehren, Reiselegitimationen, Ausländer, Ehegatten, Erbfolge, Hauslehrer, Verpflegung, Unterthanenrecht, Unselbständige, Waisen.

Familienbegräbniß. S. Begräbniß.

Familien = Fideicommisse. **1)** Bis zur Eröffnung des Grund= u. Hypothekenbuchs eines Orts waren F. gegen Gläubiger und dritte Besitzer nur dann von Wirksamkeit, wenn sie, bei Lehngütern von dem Lehnsherrn, und bei Erbgütern von dem Gerichtsherrn confirmirt und mit Consens versehen worden waren. E.P.O. ad Tit. 45. §. 7. S. 266., M. v. 26. Juli 1730. C.A. C.I. T.I. S. 285., v. 24. Sept. 1734. ib. S. 300., G. v. 23. Jan. 1836. unter 1. G.S. S. 11. Doch sollen in den Erblanden diejenigen F. aus der Zeit vor Publ. der E.P.O., und in der Laus. diejenigen F. aus der Zeit vor dem 1. April 1837. bei Kraft bleiben, bei denen zwar die Confirmation, nicht aber der Consens vorhanden war. Alle solche F. sind in das Grund= u. Hypothekenbuch bei dessen Anlegung ex officio überzutragen gewesen, ib., G. v. 6. Nov. 1843. §. 221. G.S. S. 228., V. v. 19. Dec. 1844. G.S. S. 317. Von dessen Eröffnung an sind F. an Grundstücken gegen Gläubiger und dritte Besitzer nur dann von Wirksamkeit, wenn sie in das Grund= u. Hypothekenbuch eingetragen sind, und, bei Lehngütern, wenn dazu die Einwilligung des Lehnherrn ertheilt worden ist. G. v. 6. Nov. 1843. §. 9. 11. 35. G.S. S. 190. f. — Die ang. V. v. 19. Dec. 1844. macht auf die Folgen dieser Grundsätze im Interesse der bei F.n Betheiligten noch besonders aufmerksam, und schreibt den betreffenden Behörden ein zu Wahrung des letztern bei Anlegung der Grund= u. Hyp.=Bücher zu beobachtendes Verfahren vor. **2)** F., Majorate und Seniorate, die für die Descendenten des Stifters errichtet worden, können nur dann erst geändert oder aufgehoben werden, wenn sich von dessen Kindern und Kindeskindern keines mehr am Leben befindet; wenn solche Stiftungen für andere Verwandte gegründet worden sind, so kann eine Aenderung oder Aufhebung derselben nur erst dann Statt finden, wenn die damit Beschwerten und deren Kinder verstorben sind. Decr. v. 21. Juni 1820. G.S. S. 147., G. v. 23. Jan. 1836. unter 2. G.S. S. 11. Zur Abänderung oder Aufhebung wird ferner erfordert a) eine erhebliche Ursache, b) die Einwilligung sämtlicher Interessenten, c) die Concurrenz der nemlichen Behörde, welche das F., Majorat oder Seniorat bestätigt hat, und wenn Unmündige betheiligt sind, d) die Beobachtung der wegen Veräußerung von Mündelgütern bestehenden Vorschriften. Dec. 10. v. 1746. C.A. C.I. T.I. S. 352., Rescr. v. 21. Juni 1813. C.A. C.III. T.I. S. 276. Die älterliche Einwilligung bindet dießfalls die Kinder, sie mögen zur Zeit derselben bereits geboren sein oder nicht. Dec. 10. ib., Ang. Decr., G. v. 23. Jan. 1836. unter 2. G.S. S. 11. **3)** Wegen der F. in getheilten Landesdistricten zwischen Sachsen und Preußen hat man sich dahin vereinigt, daß die Oberaufsicht über solche, sowie die Verwaltung der dazu gehörigen Massen sich nach dem bleibenden Wohnsitze des Fideicommißerrichters richten soll. Gehören zu einem F. Immobilien, welche in dem andern Lande liegen, so wird es damit, wie mit den zur Vormundschaft gehörigen Immobilien gehalten und es tritt gegenseitige Vernehmung der Behörden ein. Befindet sich der Nutznießer in einem andern Staate, als demjenigen, wo die Fideicommißmasse verwaltet wird, so müssen ihm die Revenüen ungehindert dahin verabfolgt

werden. Hauptconv. v. 28. Aug. 1819. Art. III. §. 2. G.S. S. 250. u. Conv. v. 20. Febr. 1816. §. 14. G.S. v. 1819. S. 323. u. L.C.W. T. VI. S. 378. **4)** S. Appellationsgerichte, Stiftungen, Zusammenschlagung.

Familiengeheimniß. S. Papiere.

Familienrath. S. Regierungsverwesung.

Familienrechte. **1)** Wer durch widerrechtliche Handlungen die F. eines Menschen unterdrückt oder verändert, wer in dieser Absicht ein Kind denjenigen, welchen es angehört, vorenthält, oder anderen Personen ein fremdes Kind als ihnen angehörig unterschiebt, ist mit Gefängniß bis zu 2 oder mit Arbeitshaus bis zu 4 Jahren zu bestrafen. Str.Gb. v. 1855. Art. 314. Vergl. jedoch Art. 285. Nr. 1. c. unter Betrug. **2)** S. Betrug, Verpflegung, Väter, Aeltern, Adoption, Erbfolge, Verwandte, Mütter, Vormundschaft, Uneheliche, Hausgesetz, Erziehung.

Familienstiftungen. **1)** Die über die Verhältnisse der F. bei der Landestheilung getroffenen Bestimmungen s. in der Conv. v. 27. Sept. 1825. G.S. v. 1828. S. 291. f. **2)** Die Verzeichnisse dieser Stiftungen, welche entweder dem Königreiche oder dem Herzogthume Sachsen überwiesen worden sind, s. ib. S. 297. f., 321. f. Diese Bestimmungen berühren auch die zur Auseinandersetzung gelangten Local- und Provincialstiftungen, Conv. v. 28. Dec. 1825. Art. VI. G.S. v. 1828. S. 343., B. v. 5. Nov. 1828. ib. S. 509. Die eben erwähnten Bestimmungen enthalten auch die über die Conferirung der Familienstipendien, deren Verwaltung und Beaufsichtigung getroffenen Festsetzungen. **3)** S. Stiftungen, Gemeindeleistungen.

Familienväter. S. Väter, Unterthanenrecht, Vormundsch...

Famuli der Superintendenten. **1)** Dieselben haben bei der Kirchrechnung keinerlei Gebühren zu fordern, Gen. v. 26. März 1810. §. 5. C.A. C.III. T.I. S. 109. **2)** Sie sind in der Regel mittelst Handschlags an Eides Statt zu verpflichten, B. v. 23. Nov. 1839. Cod. des S.K.R. S. 473.

Fangen, s. Wegfangen.

Farben. **1)** Im Betreff der F., welche zu Kinderspielwaaren und von Conditoren, Zuckerbäckern und Pfefferküchlern u. dergl. verwendet werden dürfen, und der gesundheitspolizeilichen Ueberwachung dieses Handels enthält die B. v. 6. Juni 1854. G.S. S. 123. und die B. v. 24. Juli 1856. G.S. S. 185., letztere namentlich wegen des Münchener Roth, Cochenilleroth und Fernambuklacks, die neuesten Bestimmungen. **2)** S. Conditoreiwaaren, Färben, Grün, Blaufarbenwerke, Gift, Garn, Kleider, Landesfarben, Pulver.

Fasanen. Die Anlegung von Fasanerien ohne Concession ist verboten; ebenso das Schießen und Fangen der F., indem dieses, an sich, in der hohen, mitteln oder niedern Jagd nicht mit begriffen ist, M. v. 7. März 1741. C.A. C. I. T. I. S. 1495. u. L.C.W. T. III. S. 664. f. Die nähern Bestimmungen in Absicht auf die Heegung und Jagd der F. enthält das neml. M., die Ref. v. 9. Juli 1742. ad 8. ib. S. 68., L.T.A. v. 5. Aug. 1742. ad 3. ib. S. 70. [Aeltr. Best.: M. v. 24. Mai 1692. C.A. T. II. S. 581., M. v. 2. Mai 1695. ib. S. 584., v. 8. (18.) Sept. 1694. ib. S. 594.]

Fasanenwärter. S. Bier.

Fastengebet. Das F. soll nicht in Privathäusern, sondern in der Kirche, unentgeltlich gehalten werden. Res. gr. v. 1661. Tit. Consist. S. §. 29. C.A. T. I. S. 209. Doch soll der Pfarrer auf dem Filiale für seine Person mit Speise und Trank versehen werden. ib., Gen. Art. 5. v. 1580. ib. S. 666., M. v. 1. Sept. 1713. ib. S. 385.

Fastenzeit. S. Adventzeit, Fastnacht, Schulferien.

Fastnacht. **1)** Die Fastnachtsmißbräuche, besonders das Maskiren zur Fastnachtszeit, verbietet die L.O. v. 1551. C.A. T.III. S. 84. u. die MM. v. 23. Febr. 1595., 12. Febr. 1596., 6. Febr. 1615., 19. Febr. 1617., und 17. Febr. 1631. C.A. T. I. S. 765. 767. 1481. 923. und 1485. 1507. **2)** S. Adventzeit, Maskenbälle.

Faß, s. Fässer.

Faßbinder, s. Böttcher.

Fatalien. S. Fristen.

Faulichte Krankheiten. S. Krank..., Luftreinigung, Tod.

Faustpfand. S. Pfandrecht, Concursgläubiger, C.

Fechten. S. Betteln.

Federbett. S. Betten.

Federn. S. Betten.

Federnsammeln. S. Bannrechte.

Federschleißen. S. Armenversorgung.

Federvieh. S. Forstverg...

Fehlen, s. Ausbleiben, Rechnung...

Fehler. S. Besitz, Reiselegitimationen, Baugewerken, Executionsverfahren, 19., Executivproceß, Erkenntnisse, Einlassung, Felonie, Grundsteuer, 14., Vorladung, Kranke.

Fehlgeburt. S. Abtreibung, Begräbniß, 29. b., Geburt.

Fehltritt. S. Ausfällige, Ehebruch, Ehescheidung, Vergehen.

Feier. S. Sonntags-F., Feste.

Feierabend. S. Baugewerken, Glocken.

Feierlichkeit. S. Begräbniß, Aufzüge.

Feiern. S. Arbeitseinstellung.

Feiertage. S. Augsburg..., Religionsfrieden, Reformationsfest, Geschlossene Zeiten, Bund, Hinrichtung, Bergbaubetrieb, Jagd, Vertagung, Fristen, Forstdieb..., Wechselverkehr, Transport, Sonntags..., Ferien, Jahrmarkt, Jagd, Adventzeit, Wechsel..., Zusammenkünfte.

Feigheit. S. Gewaltmaßregeln.

Feil. S. Waaren, Kuppelei, Unzucht.

Feilbietung. S. Auction, Subhastation, Appellation, III. D. 3. f., Censur.

Feimen. S. Brand...

Feind. S. Krieg..., Staatsverrath, Eigenthum, Militairgewalt.

Feindschaft. S. Untersuchungsverfahren, Aufruhr, Schärfung, Verwandlung.

Feingehalt, s. Goldgewicht.

Feld, s. Felder, Gruben.

Feldarbeit, s. Ackerarbeit.

Feldbestellung. S. Grenzen, Auszug, Nutzungen.

Felddiebstahl. S. Diebstahl, Forstdiebstahl, Strafgesetzbuch.

Felder. S. Brand..., Flur..., Grundstücke, Hausgenossen, Schnee, Zäune, Auszug, Nutzungen, Gemeinheitstheilung, Waldungen, Wein, Wild, Zusammenlegung.

Feldfrevel. S. Staatsverträge, IX., Brandstiftung, Beschädigung, Diebstahl, Forst...

Feldfrüchte. S. Früchte.

Feldgeistliche. S. Feldprediger.

Feldgeräth, s. Ackergeräth.

Feldmäuse. S. Gift, Arsenik.

Feldmeister. S. Scharfrichter.

Feldmesser. **1)** Ueber die Prüfung und Verpflichtung der F., sowie andrer Techniker, den Betrieb des F.geschäfts überhaupt, die Verwendung der geprüften F., deren Acten, Kostenrechnungen, insbesondre auch deren Verfahren bei Dismembrationen, ergingen, nach der V. v. 1. Juni 1838. G.S. S. 384., und der v. 10. Sept. 1840. §. III. G.S. S. 230.: die VV. v. 18. u. 19. Jan. 1852. G.S. S. 47. 49. f., v. 8. u. 9. Aug. 1856. G.S. S. 189. 190. f. Die geprüften und verpflichteten F. können von Gerichts- und andern öffentlichen Behörden zu allen Verrichtungen ihres Fachs gebraucht werden, ib., E.P.O. ad Tit. 28. §. 2. S. 160. **2)** S. Techniker, Beweis, Aufnahme, Grundsteuer, Maß.

Feldoberkriegsgericht. S. Militairgerichtsbarkeit.

Feldprediger. F. sollen bei vacanten Kirchenämtern vorzügliche Berücksichtigung erhalten, Bef. v. 8. Jan. 1712. C.A. T. I. S. 891.

Feldspath (Petunse). **1)** F. genoß Befreiung von der Verzehndung. Bef. v. 8. April 1775. C.A. C. II. T. II. S. 181. **2)** Darauf fand keine Muthung Statt, Rescr. v. 13. Jan. 1776. ib. S. 185.

Feldwege. S. Wegweiser, Post, Straßen.

Feldzehend. S. Zehend.

Feldzug. S. Krieg, Testamente, Militairpflicht.

Felgenmesser. **1)** Geaichte F. befinden sich bei den Haupt-Zoll- und Steuerämtern, allen städtischen Obrigkeiten und bei den Chausséegeldereinnahmen, §. 3. d. V. v. 12. Mai 1841. G.S. S. 41. **2)** S. Frachtfuhrwerk.

Felle. **1)** Die nach dem Pat. v. 16. Juni 1670. u. der V. v. 3. Juni 1750. C.A. C. I.

T. I. S. 761. verbotene Ausfuhr roher Felle und Häute ist wieder gestattet im Gen. v. 19. Juni 1816. §. 1. C.A. C. III. T. II. S. 624., O.A.Pat. v. 10. Juli 1816. L.C.W. T.V. S. 742. **2)** Fleischer sollen keine rohen Kalb-, Bock- u. Schaffelle aufkaufen. M. v. 20. Nov. 1627. C.A. T.I. S. 1507. **3)** Rohe Häute, Leder und alle Rauchwaaren bei Contagionen einzuführen, ist verboten, Gen. v. 8. Sept. 1770. C.A. C.I. T.I. S. 985., M. v. 13. Mai 1780. Cap. III. §. 45. C.A. C. II. T. I. S. 797. Hiernach sollen dieselben nicht eher weiter fortgeschafft werden, als in 4 Wochen, nachdem die Spur einer Krankheit nicht mehr zu bemerken ist. **4)** S. Gerber, Schafe, Vieh, Waaren, Abdecken.

Felleisen. S. Zollbeamte.

Felonie. 1) Felonieklagen sind vor der competenten Obrigkeit anzustellen. G. v. 28. Jan. 1835. §. 23. G.S. S. 79. [Aeltr. Verf.: Rescr. v. 20. Juli 1736. C. A. C. I. T. I. S. 457. 997., v. 5. April 1794. C. A. C. II. T. I. S. 537.] **2)** In Feloniefällen müssen die Vasallen rechtlich gehört werden, Res. gr. 1661. Justizs. §. 55. C.A. T. I. S. 230., M. v. 30. April 1764. Tit. V. §. 2. C.A. C. I. T. I. S. 1030. **3)** Unter die Feloniefälle gehört es, wenn der Vasall seinen Bruder ermordet, doch gelangt in diesem Falle das Lehn sowohl an den Sohn, als an die Mitbelehnten, Const. 27. v. 1572. P. III. C.A. T. I. S. 113. Dasselbe gilt, wenn der Vasall seinen Gegner im Duell tödet, M. v. 2. Juli 1712. §. 42. ib. S. 1797., L.C.W. T. I. S. 238. **4)** Auch wegen der geringsten Lehnsfehler soll jedesmal Bericht erstattet, Rescr. v. 17. Jan. 1735. C.A. C. I. T. I. S. 993., und dabei der Werth des Lehns, die Anzahl der Mitbelehnten u. die Nähe des Lehnsanfalls angegeben werden. Rescr. v. 28. Juli 1735. ib. S. 997. Ueber Form und Inhalt dieser Anzeige vergl. das Rescr. an die Landesregierung v. 19. März 1794., welches auszugsweise im L.C.W. T. V. S. 478. abgedruckt und auch soweit es Anwendung leidet in der Lausitz zu befolgen ist laut Rescr. v. 6. Sept. 1808. ib. S. 477. **5)** Wird Lehnspardon gegen eine Lehnsemende gegeben, so ist letztre, bei Verlust der Gnade, längstens binnen 2 Monaten zu erlegen, Rescr. v. 9. Juli 1735. C.A. C. I. T. I. S. 995., v. 27. Juli 1735. ib.; ist sie aber später noch angenommen worden, so wird die Lehn oder Mitbelehnschaft noch bekannt, Rescr. v. 25. Juli 1740. ib. S. 1005.

Fenster. Die F. in Ställen, Schuppen u. andern Gebäuden, sowie die Kellerlöcher dürfen nicht mit Stroh ausgestopft werden, sondern sind lediglich mit Läden, Glasscheiben oder blechernen Thüren zu verwahren, und höchstens mit Rasen oder Steinen auszusetzen, Cap. I. §. 45. d. D.F.O. v. 18. Febr. 1775. C.A. C.II. T.I. S. 720., Laus. D.F.O. v. 1777. Cap. I. §. 45. C.A. C. II. T. III. S. 122. und L.C.W. T. III. S. 362.

Ferien. 1) Die in den Rechten geordneten Feriae humanae, namentlich vor und nach den hohen Festen, sind wegen der Termine und übrigen gerichtlichen Handlungen nicht zu beachten, noch deshalb namentlich bei Subhastationen die exceptio nullitatis zu verstatten. Jedoch sind in Leipzig in Wechselsachen die Meßferien, wenn der Marktfreiheit nicht ausdrücklich entsagt ist, zu beachten, E.P.O. ad Tit. 11. §. 5. S. 87., M. v. 26. Aug. 1713. §. 4. C.A. T. II. S. 476. **2)** S. Schulferien, Besoldung, Erndte, Sonntags-F..., Wechselverkehr, Gerichtsferien.

Fernambukroth. S. Farben.

Fertigen, s. Verfertigen.

Fertigkeit, s. Geschicklichkeit.

Fesseln. S. Hunde, Arrest, Untersuchungshaft, Vernehmung, Hauptverhandlungs-T.

Feste. S. Feiertage.

Festnehmen. S. Arrest.

Feststellen. S. Rechnung..., Executionsverfahren, und s. Regulativ.

Festtage, s. Feiertage.

Festungsarrest, Festungsstrafe. **1)** Auf F. darf gerichtlich nur gegen Personen vom Offiziersstande oder Range (vergl. jedoch §. 9. am Schlusse unter Strafarten) erkannt, gegen andere Personen kann diese Strafe nur durch Verwandlung im Wege der Gnade angewendet

werden. M.Str.Gb. v. 1855. §. 17. G.S. S. 533. f. **2)** Der F. hat 3 Grade: a) Der erste ist in einem verschlossenen Zimmer zu verbüßen u. der Verurtheilte verliert auf die Dauer der Strafe die Hälfte seines Diensteinkommens. Wenn eine höhere als einjährige Dauer dieser Strafe zu verbüßen ist, so ist die Entschließung des Königs einzuholen, ob damit zugleich der Verlust der Stelle zu verbinden sei. b) Der 2te Grad wird zwar ebenfalls im verschlossenen Zimmer verbüßt, jedoch so, daß sich der Arrestat täglich eine bestimmte Zeit lang, unter der erforderlichen Aufsicht, außerhalb des Zimmers, im Innern der Festung aufhalten darf, auch verliert derselbe nur den dritten Theil seines Diensteinkommens. c) Der 3te Grad des Festungsarrests beschränkt den Verurtheilten auf das Innere der Festung und den ihm daselbst angewiesenen Bereich. Der Abzug vom Diensteinkommen bei 2. a. u. b., welcher einem von dem Kriegsministerium zu bestimmenden Fonds zufällt, wird selbst dann, wenn der Verurtheilte für seine Gläubiger einen Abzug erleidet, nach dem vollen Diensteinkommen berechnet, jedoch unbeschadet der Rechte der Gläubiger auf den ihnen angewiesenen Gehaltsabzug. Auch findet ein Anspruch der Familie des zu F. verurtheilten Offiziers auf den eingezogenen Theil des Diensteinkommens nicht Statt. §. 18. ib. **3)** Aeltre Best.: L.O. v. 2. Dec. 1651. Tit. V. §. 20. C.A. T. III. S. 463., Bef. v. 17. Mai 1660. und v. 22. März 1661. C.A. T. I. S. 1139., v. 10. u. 15. Juli 1671. ib. S. 1151., Rescr. v. 17. Febr. 1707. ib. S. 1175., u. v. 6. Dec. 1712. ib. S. 1179., Gen.B. v. 7. Febr. 1719. ib. S. 1890., M. v. 7. Jan. 1724. §. 12. ib. S. 2379., Bef. v. 30. Jan. 1739. C.A. C. I. T. I. S. 313., Rescr. v. 18. März 1744. u. O.A.Pat. v. 30. März 1744. C.A. C. I. T. I. S. 337. u. L.C.W. T. I. S. 299., Gen. v. 18. Juni 1756. C.A. C.I. T.I. S. 397. 841., M. v. 20. Dec. 1766. §. 12. ib. S. 931., u. v. 2. Aug. 1783. §. 12. C.A. C. II. T. III. S. 182., sowie L.C.W. T. IV. S. 11., Rescr. v. 12. Aug. 1817. C.A. C. III. T. I. S. 309., M.Str.Gb. v. 1838. §. 14. 29. 30. G.S. S. 226. f. **4)** F. kann gegen Civilpersonen nur im Wege der Begnadigung Statt finden. Str.Gb. v. 1855. Art. 19. **5)** Vergl. noch die Artikel: Strafdauer, Strafgeltung, Verwandlung, Dienst, Subordination.

Fett. S. Asche, 2.

Feudal. S. Lehn...

Feudum. S. Lehn...

Feuer. **1)** Ueber das Feuergeräth, was bei Communen und Privatleuten vorhanden sein muß, und die Instandhaltung desselben enthält das M. v. 30. Juli 1689. C.A. T. III. S. 311. und L.C.W. T. I. S. 783., das Rescr. v. 7. Juli 1717. C.A. T. I. S. 1874., die Gen.B. v. 7. Febr. 1719. ib. S. 1886. und L.C.W. T. I. S. 848., M. v. 14. Oct. 1744. C. A. C. I. T. I. S. 671., Cap. II. d. M. v. 18. Febr. 1775. C.A. C. II. T. I. S. 721., die Laus. D.F.O. v. 1777. Cap. II. C.A. C. II. T. III. S. 123. und L.C.W. T. III. S. 363., die B. v. 14. Nov. 1835. §. 50. G.S. S. 559., und die Instr. v. 23. März 1836. §. 24. G.S. S. 81. die bestehenden Vorschriften. Es sind dazu auch aus den Kirchenärarien Beiträge zu geben, M. v. 18. Febr. 1775. Cap. II. §. 4. a. a. O., Laus. D.F.O. v. 1777. Cap. II. §. 4. a. a. O. **2)** Ueber Verhütung der Feuersbrünste wie über die Bestrafung der Brandstifter sind die Kinder in den Schulen zu belehren. B. v. 9. Juni 1835. §. 35. G.S. S. 307. **3)** Feuerordnungen sind in allen Städten herzustellen. M. v. 17. Sept. 1610. C.A. T. I. S. 1449., M. v. 29. Juni 1686. ib. S. 1679., ang. M. v. 1689., und ang. D.F.O.O. Cap. II. §. 3. f. **4)** Die allgemeinen polizeilichen Bestimmungen zu Entfernung der Feuersgefahr enthalten a) hinsichtlich der Dörfer das M. v. 29. Juni 1686. C.A. T. I. S. 1679., das ang. M. v. 1689., die D.F.O. v. 18. Febr. 1775. C.A. C. II. T. I. S. 711. u. die Laus. D.F.O. v. 1777. l. c., O.A.Pat. v. 6. Oct. 1783. L.C.W. T. IV. S. 88., b) hinsichtlich der Städte, das M. v. 17. Sept. 1610. C.A. T. I. S. 1449., M. v. 29. Juni 1686. ib. S. 1679., v. 30. Juli 1689. a. a. O., Rescr. v. 7. Juli 1717. C.A. C. I. T. I. S. 1873., Gen.B. v. 7. Febr. 1719. a. a. O., M. v. 14. Oct. 1744. C.A. C. I. T. I. S. 671. u. Laus. D.F.O. v. 1777. a. a. O. Die Laus. Vierstädte haben ihre eignen Feuerordnungen. Regul. v. 1827. §. 49. G.S. S. 51. **5)** Zu Verhütung von Feuersgefahr soll sich jede Stadt- und Gerichtsobrigkeit

nicht blos an die vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen halten, sondern außerdem noch das für jeden Ort Diensame vorkehren, die bestehenden feuerpolizeilichen Einrichtungen genau überwachen, und gegen die Contravenienten obrigkeitlichen Zwang anwenden, M. v. 7. Febr. 1719. L.C.W. T. I. S. 844. u. C. A. T. I. S. 1889. **6)** Gegen die feuerpolizeil. Verfügungen der Obrigkeit sollen keine Klagen und widersetzlichen Einreden angenommen werden, und Provocationen u. Appellationen keine suspensive Kraft haben, wiewohl darauf Bericht zu erstatten ist. Frivole Appellationen sollen bestraft werden, ib., und s. Laus. Regul. v. 1827. §. 2. f. G.S. S. 36. **7)** Die Veranstaltungen zu Abwendung v. Feuersgefahr gehören zu den polizeilichen Befugnissen der Gutsherren auch nach Abtretung der Gerichtsbarkeit, Bek. v. 26. April 1838. Beil. §. 17. unter 6. G.S. S. 373. **8)** Die Gemeinden sind bei Feuersbrünsten einander zu unterstützen verbunden, M. v. 18. Febr. 1775. Cap. II. §. 6. a. a. O., Laus. D.F.O. v. 1777. Cap. II. §. 6. a. a. O. **9)** Die Innungsmitglieder sind bei F. zur Hilfeleistung, nach Vorschrift der Ortsfeuer-O., verpflichtet. Gen.Inn.Art. v. 8. Jan. 1780. §. 41. Cap. III. C.A. C. II. T. I. S. 780. C.A. C. II. T. III. S. 161. und L.C.W. T. III. S. 278. **10)** Alle Uebertretungen der feuerpolizeilichen Bestimmungen der D.F.O. sollen das 1ste Mal mit 25 Ngr., das 2te Mal mit 2 Thlr. 15 Ngr. (vergl. die V. v. 23. Juli 1840. §. 4. G.S. S. 184.) und bei fernerem Ungehorsam mit 14tägiger und höherer Gefängnißstrafe, auch nach Befinden mit Zuchthausstrafe belegt werden. Die nach den D.F.OO. und den approbirten Special-Feuer-OO. zu erlegenden Geldstrafen fließen, wo nichts anderes bestimmt, in die zu Unterhaltung der gemeinschaftlichen Feueranstalten bestimmte Casse, Ang. D.F.OO. Cap. I. §. 47. a. a. O., Gen. v. 21. Juli 1804. §. 1. unter f. C.A. C. III. T. I. S. 426. **11)** Die Anordnung der Bewachung geretteter Mobilien bei Feuersbrünsten liegt den Obrigkeiten und in deren Abwesenheit den Feuerpolizeicommissarien ob, welche letztre überhaupt dazu vorher bestimmte Mannschaften auswählen sollen. Instr. für die Feuerpol.-Commiss. v. 23. März 1836. §. 10. unter e. §. 15. G.S. S. 78. 79., D.F.O. v. 18. Febr. 1775. Cap. III. §. 19. a. a. O., Laus. D.F.O. v. 8. Febr. 1777. Cap. III. §. 19. a. a. O. In Garnisonstädten liegt auch dem Militair die dießfallsige Verbindlichkeit so lange ob, bis die Polizeibehörde die dazu erforderlichen Mittel hat. Ordonn. v. 19. Juli 1828. 2. Theil. §. 24. 25. G.S. S. 157. Auch ist die Gendarmerie dazu verpflichtet. Gend.-Instr. v. 7. April 1820. §. 23. G.S. S. 119. **12)** Jede erbländische Gerichts- und Polizeibehörde ist verpflichtet, wenn in ihrem Bezirke sich eine Feuersbrunst ereignet, a) binnen 24 Stunden dem Amtshauptmanne, und binnen 3 Tagen d. Brandversicherungs-Commission mit Angabe des Tags der vorzunehmenden Taxation vorläufig Anzeige zu erstatten, V. v. 14. Nov. 1835. §. 35. G.S. S. 554., v. 19. Febr. 1839. §. 10. G.S. S. 29., v. 22. Juni 1839. §. 8. G.S. S. 178., V. v. 25. Juli 1845. §. 6. G.S. S. 108., b) in der wegen Anzeige merkwürdiger Vorfälle vorgeschriebenen Weise an das Ministerium des Innern und die Kreisdirection gleichlautend Bericht zu erstatten, V. v. 19. Febr. 1839. §. 3. 8. 10. G.S. S. 28. **13)** Jede Obrigkeit hat der Entstehungsursache eines ausgebrochenen Feuers, bei schwerer Verantwortlichkeit, aufs Sorgfältigste nachzuforschen, M. v. 28. Sept. 1829. §. 1. G.S. S. 157. Sie hat in den ersten 2 Tagen nach dem ausgebrochenen Feuer, an Ort und Stelle insbesondere diejenigen Personen, die das Feuer zuerst wahrgenommen haben, die nächsten Nachbarn derer, bei denen Feuer ausgekommen, die Gerichtspersonen des Orts und Alle, welche von den Entstehungsursachen des Feuers unterrichtet sein können, über die ihnen darüber bekannten Umstände, ferner über das frühere Verhalten der Bewohner der Gebäude, in denen das Feuer ausgebrochen ist, in Hinsicht auf deren Umgang mit Feuer und Licht und die Beobachtung der zur Verhütung der Feuersgefahr ertheilten

Vorschriften, genau und umständlich zu befragen, und sämtliche in Erfahrung zu bringende Umstände sorgfältig zu registriren. Ferner hat sie zu denselben Acten eine Notiz zu bringen, wenn zum letzten Male vor dem Brande die Feueressen gekehrt und die Feuerstätten visitirt worden sind. Außerdem ist zu erörtern, wie hoch die Gebäude, welche zuerst gebrannt, versichert gewesen; ob einige Zeit vor dem Brande eine Erhöhung der Werthsangabe Statt gefunden habe, wie sie motivirt worden; endlich ob und welche Abgebrannte ihr Vermögen bei auswärtigen Feuerversicherungsanstalten versichert haben. Gen. v. 21. Juli 1804. §. 3. C.A. C. III. T. I. S. 426., V. v. 25. Juni 1818. G.S. S. 49., v. 23. Juli 1828. §. 11. G.S. S. 190. Das Resultat dieser Erörterungen ist der Kreisdirection cum Actis anzuzeigen, ib., später cum Actis an die Brandversicherungscommission, V. v. 14. Nov. 1835. §. 56. G.S. S. 560., v. 10. Oct. 1840. G.S. S. 240., v. 25. Juli 1845. §. 5. 6. G.S. S. 108. S. aber noch den Artikel: Landes-Imm. **14)** Ergiebt sich Verdacht der Brandstiftung, so ist, ohne Acten, sofort an das vorgesetzte Appellationsgericht zu berichten M. v. 28. Sept. 1829. §. 2. G.S. S. 157. **15)** S. Arbeit, Asche, Bäcker, Beweis, Bäume, Baugewerken, Betten, Brand..., Brandwein, Brauer, Brauhäuser, Brunnen, Communalgarde, Dachung, Darren, Dreschen, Essen, Fenster, Fackeln, Fabriken, Flachs, Forst..., Fußboden, Fuhrleute, Gast- u. Sch., Geistliche, Gendarmen, Gewitter, Grundsteuer, Gerichtspersonen, Glocken, Heu, Hirten, Kirchväter, Laternen, Milch, Mühlen, Nachtwächter, Neubaue, Oefen, Polizei, Pulver, Rauchkammern, Schießen, Schadenersatz, Streichzünd..., Tabak, Wagner, Waldungen, Wasser, Zimmerleute.

Feueranstalten, s. Feuer, Feuerversicherungsanstalten.

Feuercommissare. S. Landes-Immob...

Feuereimer. S. Brandstiftung, Feuer.

Feueresse. S. Essen, Rauchkammern.

Feuerfangende Sachen. S. Pulver, Gast- u. Schänknahrung, Fabriken, Zündhölzchen.

Feuergeräth. S. Brandstiftung, Feuer, Gewitter, Beschädigung.

Feuersgefahr. S. Diebstahl, Eisenbahnen u. T..., Fabriken, Locomobilen.

Feuerordnung, s. Feuer.

Feuersbrunst. S. Baugewerken, Brandstiftung, Feuer.

Feuerschaden. S. Brandversicherungs-Societät, Landes-Immobiliar..., Feuer.

Feuerspritzen. S. Brandstiftung, Darren, Kirchen-Aerarien, Feuer, Fuhrleute, Gewitter. — Die F. sollen sämtlich gleiches Schraubengewinde haben. V. v. 10. Oct. 1856. G.S. S. 385.

Feuerstätten. S. Oefen.

Feuerung, s. Heizung.

Feuerversicherung. S. Feuerversicherungsanstalten.

Feuerversicherungsanstalten. **1)** Die Londoner F.: Phönix-Assecuranzcompagnie und Royal Exchange Assurance Association haben zu Annahme der nach §. 7. des G. v. 14. Nov. 1835. noch zulässigen Versicherungen in hiesigen Landen, unter den durch die Gen.V. v. 13. Dec. 1836. ausgesprochenen Bedingungen und Beschränkungen, Concession erhalten. Bek. v. 18. Jan. 1838. G.S. S. 37. Die der R. e. a. a. hat jedoch wieder aufgehört. Bek. v. 30. April 1842. G.S. S. 75. **2)** In gleicher Weise ist concessionirt: die sogenannte vaterländische Feuerversicherungsanstalt in Elberfeld, Bek. v. 2. März 1837. G.S. S. 14.; **3)** desgl. die Feuerversicherungsgesellschaft West of Scotland in Glasgow, Bek. v. 28. Juni 1837. G.S. S. 71.; **4)** die Kölnische F., V. v. 20. April 1843. G.S. S. 22.; **5)** desgl. die k. k. erste Brandversicherungsgesellschaft in Wien (jedoch nicht mehr die k. k. östr. Gesellschaft Assecurazioni generali-austroitaliche zu Triest), Bek. v. 16. Oct. 1837. G.S. S. 96., u. wegen der Triester: v. 17. Mai 1845. G.S. S. 75.; **6)** desgl. die Aachen-Münchner, und die Feuerversicherungsbank zu Gotha, Bek. v. 13. Dec. 1836. G.S. S. 338.; **7)** desgl. die F. zu Leipzig, vergl. den Art. Leipzig;

8) desgl. die Feuerversicherungsbank zu Leipzig, Bek. v. 25. März 1839. G.S. S. 103. 9) Die gleiche Concession der Metellus-Gesellschaft in Glasgow (s. G.S. v. 1838. S. 386.) hat sich erledigt, Bek. v. 5. Febr. 1839. G.S. S. 21.; 10) desgl. hat sich erledigt die der Feuerversicherungsgesellschaft deutscher Landwirthe zu Greußen (G.S. v. 1840. S. 6.), lt. Bek. v. 7. April 1842. G.S. S. 74., und 11) die der Feuerversicherungssocietät „Sun Fire Office" in London (G.S. v. 1840. S. 13.) lt. der V. v. 25. Febr. 1843. G.S. S. 14. — Mit der erforderlichen Concession sind ferner versehen: 12) die F. zu Magdeburg, Stettin u. Berlin, der „deutsche Phönix" zu Frankfurt a/M. u. die Assicurazioni Generali zu Triest, Bek. v. 14. Dec. 1848. G.S. S. 360., doch nicht mehr die Borussia in Berlin, Bek. v. 11. Sept. 1857. G.S. S. 170.; 13) die Globe Assecuranz oder Weltkugel-Feuer-V.-G., Bek. v. 2. April 1849. G.S. S. 61.; 14) die F. zu Breslau u. die Azienda Assicuratrice zu Triest, Bek. v. 5. Oct. 1849. G.S. S. 281.; 15) die Hamburg-Bremer F., Bek. v. 28. Febr. 1856. G.S. S. 11. 16) Die unter dem Namen „Brandversicherungs-Gesellschaft Sächs. Lehrer" errichtete F. bestätigte das Decr. v. 1. Aug. 1854. G.S. S. 159. 17) S. Landes-Imm., Mobiliarbrandvers., Brandversicherungs-Societät, Feuer, Versich..., auch: Oldenburg.

Feuerwerk. S. Schießen, Pulver.

Fichte. S. Holz..., Waldungen.

Fichtenraupe. S. Raupen.

Fideicommiß. S. Ablösung..., Concursgläubiger, A. II. f., Edictalcitation, 1. D., Erbfolge, 6., Falcidisches, Familien-F., Oberlauf..., Vermächtniß, Trebellianisches, Zusammenschlagung, Interessenten.

Fidejussion. S. Verbürgung.

Fieber. S. Kranke.

Filiale. 1) Die Predigten auf den F. sind zu bestimmten Stunden zu halten und ebenfalls fleißig zu besuchen. 3. Gen.-Art. v. 1580. C.A. T.I. S. 662. 2) In den F. sollen die Schulmeister, bei Behinderung des Pfarrers, die Episteln und das Evangelium, 38. Gen.Art. v. 1580. ib. S. 707., und die Predigten nur aus Luthers Hauspostille vorlesen. Syn.Decr. v. 1624. §. Anfänglich ꝛc. ib. S. 786., Rev. Syn.Decr. v. 1673. §. 1. C.A. T. I. S. 827. 3) Ueber die Verwaltung der F. zur Pestzeit enthält das Gen. v. 6. Sept. 1680. C.A. T. I. S. 865., und bei Viehseuchen das M. v. 13. Mai 1780. III. Cap. §. 25. C.A. C. II. T.I. S. 793., C.A. C. II. T. III. S. 163. L.C.W. T. III. S. 417. ausführliche Vorschriften. 4) Die Rechnung der Filialkirchen ist mit der der Mutterkirche abzunehmen. Bek. v. 2. Sept. 1737. C.A. C. I. T. I. S. 231., Gen. v. 26. März 1810. §. 4. C.A. C. III. T. I. S. 109., Laus. Regul. v. 11. Aug. 1813. §. 103. L.C.W. T. VI. S. 283. Wegen des Beitrags der F. zu den Kirchrechnungsmahlzeiten vergl. §. 6. des ang. Gen. v. 1810. 5) Der Schullehrer eines Filialdorfes hat nur dann den Gehalt eines Kirchenschullehrers an 200 Thlrn. zu fordern, wenn er den vollen Gottesdienst daselbst allein und an allen Sonn- und Festtagen besorgt. V. v. 10. Dec. 1835. Cod. d. S.K.R. S. 406. not. 41. 6) Ueber die Confirmation der Kinder in den F. s. §. 84. d. V. v. 9. Juni 1835. G.S. S. 319. 7) Zum Baue der Kirchhofsmauern sollen die Filialisten 1/3 beitragen, wenn sie eigene Begräbnißplätze nicht haben. Rescr. v. 20. Aug. 1810. C.A. C. III. T. I. S. 78. u. O.A.Pat. v. 22. Aug. 1810. L.C.W. T. VI. S. 265. 8) Die Beichte der Filialisten soll in der Hauptkirche erfolgen. 7. Gen.Art. v. 1580. C.A. T. I. S. 673. 9) Besondere Wohnungen auf den Filialen können die Pfarrer vermiethen. 32. Gen.Art. v. 1580. C.A. T. I. S. 700. 10) S. auch: Aemter, Anlagen, Fastengebet, Kirchrechnung, Hausgenossen.

Filz, s. Dachung.

Finanzcollegium. 1) Die Errichtung des vormaligen Geheimen F. erfolgte durch das M. v. 7. Nov. 1782. C.A. C. II. T. II. S. 39., C.A. C. II. T. III. S. 659. u. L.C.W. T. III. S. 452., indem an dasselbe alle Geschäfte der seit d. J. 1778. mit der General-Accisadministration beauftragten General-

Hauptcasse, des Kammer-Collegii und des Kammer- u. Berg-Collegii überwiesen wurden. Die Aufhebung des Geh. F. erfolgte mittelst der V. v. 7. Nov. 1831. §. 4. B. 6. G.S. S. 326. **2)** S. Justizämter, Justizministerium.

Finanzgesetz. S. Ständeversammlung, Grundsteuer, Steuern, Abgaben.

Finanzhauptcasse. S. Cassenbillets.

Finanzministerium. **1)** Vor das F. gehören: a) die Verwaltung der Domainen, der Staats-Forsten u. Jagden, das Floßwesen, b) das Berg- u. Hüttenwesen, ingleichen die Aufsicht auf die Erzeugung des Roheisens aus Erzen und auf den Frischproceß, soweit dieser mit dem Hohofenbetriebe unmittelbar zusammenhängt und daher auf einem Hüttenwerke Statt findet, c) die Aufsicht über die Berg- und Forst-Akademie und die mit letzterer verbundene landwirthschaftliche Lehranstalt, d) das Münzwesen, e) die directen und indirecten Steuern und Abgaben, f) das Salzwesen, g) das Postwesen, h) das Straßen- und Brücken-Bauwesen, soweit dem Fiscus die Bauverbindlichkeit obliegt, i) das Uferbauwesen, k) die Verwahrung der bei den Königl. Gerichtsstellen eingehenden und, nach den vorhandenen Vorschriften, zur Haupt-Depositen-Casse einzuliefernden Deposita, l) das allgemeine Cassenwesen, m) die Verwaltung der allgemeinen Pensionscasse, n) die Verwaltung des öffentlichen Schatzes, o) das Staats-Schuldenwesen, nach §. 107. d. V.U., p) die Aufsicht über die zum Staatsgute gehörigen Gebäude und Gärten, in soweit sie nicht zu den dem Königlichen Hause zum Gebrauche vorbehaltenen gehören, q) die für Rechnung des Staates betriebenen Gewerbs-Unternehmungen, jetzt die Porzellain- und Steingut-Fabrik. §. 4. B. d. V. v. 7. Nov. 1831. G.S. S. 326., V. v. 2. Nov. 1833. G.S. S. 127., V. v. 31. Dec. 1836. G.S. v. 1837. S. 1. r) Der Bau der Sächs.-Böhm. Eisenbahn wurde, unbeschadet der Concurrenz des Ministerium des Innern, in den zu dessen Ressort gehörigen Puncten, unter Leitung und Verantwortlichkeit des F. besorgt. L.T.A. v. 17. Juni 1846. I. B. 13. G.S. S. 47. **2)** S. auch: Amtshauptl., Bergbeamte, Brücken, Cassenbillets, Falschmünzen, Gewerb- u. Pers..., Grund- u. Hyp., Gesammtministerium, Kreisdirectionen, Lotterie, Militairpflicht, Post, Waarenniederlagen, Staatsgut, Steuerbehörden, I., Steuerfreiheit, Steuerreste, Verkümmerung, Zoll..., Forstvermess..., Concession, Berg- u. Hüttenw..., Eisenbahnw..., Salz.

Finanzprocuratoren. S. Appellationsgericht, das vorm., 2.

Finanzvermessungsanstalt. S. Forstvermess...

Finanzverwaltung. S. Amtshauptleute, Finanzministerium, Finanzcollegium.

Finanzwesen. Die sich dem F. zu widmen gedenken, sollen nächst den juristischen und anderen hierzu erforderlichen Wissenschaften hauptsächlich ökonomische, technische und die übrigen Cameralwissenschaften studiren. M. v. 27. Febr. 1793. §. 13. C.A. C. II. T. I. S. 8., C.A. C. II. T. III. S. 527., L.C.W. T. IV. S. 688.

Findelkinder. F. werden an Orten, wo kein besonderes Findelhaus und Einschreibebuch vorhanden ist, in das allgemeine Kirchenbuch eingetragen, mit Angabe der Zeit, des Orts und aller Umstände der Auffindung. Vergl. die beim Gen. v. 18. Febr. 1799. befindliche Anweisung für die Pfarrer rc. §. 12. g. C.A. C. II. T. I. S. 229., O.A.Pat. v. 7. Dec. 1799. u. Anw. §. 12. g. L.C.W. T. VI. S. 216. 218.

Finden. S. Fund, Entdecken.

Firma. S. Firmen- u. Procura-Ordnung, Executivproceß, Handel- u. Gewerbtreibende, Wechsel..., Militairpflicht.

Firmenrolle, s. Firmen...

Firmen- und Procura-Ordnung. Diese hat den Zweck, Ordnung im Firmenwesen zu erhalten, und ist mit der V. v. 28. Juli 1846. G.S. S. 179. f., unter Aufhebung der für Leipzig unterm 10. Juni 1818. errichteten Firmen- und Proc.O., für das ganze Land ertheilt. **1)** Die Begründung eines kaufmännischen Wechsel-, Waaren-, Speditions-, Commis-

sions- oder Fabrikgeschäfts, mit Einschluß des Buch- u. des Kunsthandels, verpflichtet zur Anzeige der Firma, unter welcher, und der Personen, von welchen und für deren Rechnung dasselbe geführt werden soll, und eine gleiche Verpflichtung findet Statt, wenn Geschäfte nach ihrer Errichtung in ein Geschäft der gedachten Art übergehen, oder wenn in Bezug auf bestehende Firmen oder deren Inhaber später Veränderungen vorgehen. Diese Anzeige ist bei der Obrigkeit zu bewirken, welche an dem Orte, wo das Geschäft seinen Sitz hat, die Gewerbspolizei verwaltet. Ist der Betrieb eines Geschäfts an mehrere inländische Orte vertheilt, so ist der Ort als Sitz des Geschäfts zu betrachten, von welchem aus dasselbe geleitet wird. Firmen- u. Proc.O. v. 1846. §. 1. G.S. S. 179. **2)** Als Firma ist jede Art der Unterschrift und Bezeichnung des Geschäfts, deren sich der Inhaber desselben als solcher bedient, zu betrachten, und somit auch die, welche die wirklichen Vor- und Zunamen des Inhabers oder der Inhaber enthält. Es ist aber nicht erlaubt, eine Firma anzunehmen, welche zu Mißverständnissen, Verwechselungen, oder Täuschungen Anlaß geben könnte. ib. §. 2. **3)** Daher ist nicht gestattet a) eine am Orte schon bestehende Firma, sei es auch nur in der Uebertragung in eine andere Sprache, ohne einen unterscheidenden Zusatz zu wählen; b) dem Namen der Geschäftsinhaber eine andere Firma mit dem Zusatze „jetzt" oder „sonst" vorausgehen zu lassen oder beizufügen, ohne daß die Betheiligten sich als Erben oder Uebernehmer des Geschäfts ausgewiesen haben; c) den Zusatz: „& Comp." oder einen anderen, auf mehrere Theilhaber hindeutenden Zusatz beizufügen, dafern nicht es sich auf gleiche Weise um die Fortführung einer bereits bestandenen solchen Firma handelt, oder wirklich, außer den namentlich aufgeführten Geschäftsinhabern, eine od. mehrere Personen sich als genannte Theilhaber im Geschäfte befinden. Auch ist d) weder die Anwendung des Beisatzes: „Königlich Sächsisch" in der Firma, noch der Gebrauch eines Königlich Sächsischen Wappenstempels ohne hierzu von der competenten Behörde besonders erhaltene Erlaubniß gestattet. Aber auch in dem letzteren Falle darf sich dieses Wappenstempels zum Verschluß bei Versendung von Briefen und Packeten durch die Postanstalt, sowie in allen den Fällen, welche das Fabrik- oder das Handelsgeschäft nicht angehen, nicht bedient werden. Jedoch ist denjenigen, welche bereits eine Firma der unter b und c gedachten Art angenommen hatten, dieselbe beizubehalten gestattet. §. 2. cit. unter 1—4. G.S. v. 1846. S. 180. Hierzu aber vergl. den Art.: Landeswappen. **4)** Die bei 1. erwähnte Anzeige ist insbesondere zu bewirken: a) bei Begründung eines neuen Geschäfts, bei Errichtung eines Zweiggeschäfts am dritten Orte (Commandite), bei Uebernahme einer bereits bestehenden Firma, bei Veränderung der bisherigen Firma und bei dem Eintritte neuer genannter Theilnehmer, von sämtlichen Inhabern der anzunehmenden oder fortzuführenden Firma, beziehendlich mit Einschluß der neu eintretenden Theilhaber, bevor das neue Geschäft eröffnet wird, der neue Gesellschafter eintritt, oder von der neuen Firma Gebrauch gemacht wird, Circulare erlassen werden, oder sonst eine Bekanntmachung erfolgt; b) wenn ein Geschäft aufgegeben wird, Gesellschaften sich trennen, oder einzelne Theilhaber austreten, von sämtlichen bisherigen Theilnehmern sofort, nachdem dieß geschehen ist, u. ehe die Veränderung durch Circulare oder auf andere Weise öffentlich bekannt gemacht wird. §. 3. der Firmen- und Proc.O. unter 1. u. 2. a. a. O., u. V. v. 10. Oct. 1855. G.S. S. 628. c) wenn der Inhaber einer Firma oder einer der mehreren Inhaber derselben stirbt, ersteren Falls von den Erben und wenn Procuristen im Geschäfte vorhanden sind, oder für dasselbe angenommen werden, auch von diesen, spätestens 6 Wochen nach dem Tode, letzteren Falls von den verbleibenden Inhabern spätestens 14 Tage nach dem Tode. Wird beabsichtigt, einzelnen Theilhabern das Firmiren nicht zu gestatten, so ist solches bei der

Anzeige mit zu bemerken. Waltet Streit über die Annahme oder Fortführung einer Firma ob, so ist das thatsächlich bestehende Verhältniß anzuzeigen. Selbst wenn es sich nur um einstweilige Fortführung eines Geschäfts handelt, ist Anzeige erforderlich. Firmen- u. Procura-Ord. §. 3. unter 3. G.S. v. 1846. S. 181. d) Wenn ein firmenpflichtiges Geschäft zur Liquidation gelangt; hier ist der Inhaber desselben oder dessen Beauftragter, bei Vermeidung der angeordneten Strafen, verpflichtet, hierüber, beziehendlich unter gleichzeitiger Einreichung der Vollmacht (Procura, s. unten no. 8.), bei der betreffenden Obrigkeit (§. 1. cit.) die vorschriftmäßige Anzeige zu erstatten, jedoch bleibt bis zur völligen Beendigung der Liquidation es dem Inhaber des Geschäfts od. dessen Bevollmächtigten nachgelassen, sich der zeitherigen Firma mit dem Zusatze „in Liquidation" zu bedienen. Ang. V. v. 1855. G.S. S. 628. **5)** Die Anzeige hat in der Regel von sämtlichen hierzu Verpflichteten mündlich, und, in soweit es sich bei Errichtung eines neuen Geschäfts, bei der Annahme einer neuen Firma und beim Eintritte eines neuen Theilhabers um die Bekanntmachung einer noch nicht zur allgemeinen Kenntniß gebrachten Unterschrift handelt, unter Ueberreichung zweier, außer der Zeichnung der Firma, die volle Namensunterschrift der betreffenden Theilhaber enthaltenden Exemplare des zu erlassenden Circulars od. an dessen Statt zweier, unter geeigneter Ueberschrift in gleicher Maße ausgefertigten Blätter zu geschehen. Jedoch bleibt denen, welche durch Abwesenheit zu diesem Zwecke persönlich vor der Behörde zu erscheinen behindert sind, nachgelassen, an ihrem Wohn- oder Aufenthaltsorte sich vor Gericht oder auf eine sonst nach den betreffenden Landesgesetzen gleich giltige Weise zu dieser ihrer Namensunterschrift zu bekennen und die anerkannten Exemplare des Circulars oder besonderen Blattes einzureichen, sowie, in soweit es eines solchen Anerkenntnisses nicht bedarf, die Anzeige durch gehörig legitimirte Bevollmächtige bewirken zu lassen. ib. §. 4. **6)** Die Obrigkeit hat hierauf a) über die in vorgedachter Maße mündlich bewirkte Anzeige ein von den Erschienenen mit zu unterzeichnendes Protokoll aufzunehmen; b) zu prüfen, ob die Führung der angezeigten Firma nach der Firmen- und Proc.O. statthaft sei, und Falls ein Bedenken nicht entgegen steht, auch ein Widerspruch dagegen nicht vorliegt, die Genehmigung hierzu mittelst eines Erlaubnißscheines zu ertheilen; c) von der angenommenen neuen Firma oder von den in Bezug auf eine bestehende Firma eingetretenen Veränderungen — in näher vorgeschriebener Weise und unter Haltung von Acten und Registern für diese Angelegenheit — den Vorstehern der Börse zu Leipzig binnen längstens 8 Tagen von der Anzeige an gerechnet, und im Falle ein Geschäft an mehrere Orte vertheilt ist, gleichzeitig der betreffenden Obrigkeit Nachricht zu ertheilen; d) auf Erfordern den Justizbehörden jedesmal das Nöthige über die bestehenden Firmen u. deren Inhaber mitzutheilen, und dafern ihnen zu diesem Zwecke die betreffenden Acten der ersteren mittelst Registratur zugestellt werden, sofort zu diesen selbst zu bemerken. ib. §. 5. unt. 1—6. G.S. v. 1846. S. 181. f. **7)** Die Vorsteher der Börse zu Leipzig haben sodann durch den Börsen-Secretär das die Unterschrift enthaltende Exemplar des Circulars oder besonderen Blattes (oben no. 5.), sowie jede sonst eingehende Anzeige an der Börsentafel 2 Monate lang aushängen, und wie solches geschehen, darauf bemerken, auch zu Neujahr, Ostern und Michael, jedesmal in der Woche vor der Leipziger Messe, in der Leipziger Zeitung und nach Befinden im Localblatte, eine kurze Nachricht von den inzwischen neu entstandenen Firmen und von den in Bezug auf bereits bestandene Firmen erfolgten Veränderungen einrücken zu lassen. ib. §. 6. Auch sind die das Firmenwesen angehenden Schriften zu besonderen (näher vorgeschriebenen) Acten zu nehmen und über die bestehenden Firmen übersichtliche Rollen zu halten. Sowohl diese Rollen, als auch die Acten sind auf Verlangen denen, die ein Interesse daran haben, auf der Börse und zur Börsenzeit zur

Einsicht vorzulegen. ib. **8)** Wenn die Inhaber eines kaufmännischen Geschäfts oder deren Erben einem Dritten den Auftrag, Dispositionen im Geschäfte zu machen und die Firma per procura zu unterzeichnen ertheilen wollen, so ist demselben eine schriftliche, zugleich mit dem vollen Namen sämtlicher Geschäftsinhaber unterzeichnete Vollmacht (Procura) auszustellen und darin insbesondere der Auftrag, die Firma zu unterzeichnen, auszudrücken. Diese Vollmacht haben die Unterzeichneten binnen 8 Tagen in der §. 4. cit. vorgeschriebenen Weise und somit entweder persönlich oder gerichtlich anerkannt bei der Obrigkeit (oben 1.) zu überreichen. Letztere hat sodann darüber ein Protokoll aufzunehmen und eine beglaubte Abschrift der Vollmacht zu den Acten zu bringen und eine zweite dergleichen Abschrift derselben den Börsenvorstehern zu Leipzig zugehen zu lassen, welche hierauf weg. Bekanntmachung dieser Vollmacht in gleicher Weise, wie §. 6. cit. vorgeschrieben ist, zu verfahren haben. Das Nämliche gilt, wenn Miterben Einen od. Einige unter sich in der vorgedachten Maße zu Betreibung der Geschäfte bevollmächtigten oder wenn eine ertheilte Vollmacht zurückgenommen, oder eine nur auf bestimmte Zeit ertheilte Vollmacht verlängert wird. Enthält die ertheilte Vollmacht in Betreff der Zeit oder sonst gewisse Beschränkungen, so sind auch diese in die gedachte Bekanntmachung aufzunehmen. ib. §. 7. G.S. v. 1846. S. 183. **9)** An Gebühren ist für die nach §§. 5. und 7. cit. erforderlichen obrigkeitlichen Verhandlungen und Schriften überhaupt und mit Einschluß der Copialien nicht mehr als 1 Thlr. zu erheben. — Stempelpapier ist zu den Schriften zu verwenden, die das Privatinteresse angehen, folglich insbesondere auch zu den von den Betheiligten schriftlich bewirkten Anzeigen, zu den nach §. 5. cit. zu ertheilenden Erlaubnißscheinen und zu den in §.7.cit. gedachten Vollmachten, sowie überhaupt in allen den Fällen, wo von Behörden Kosten liquidirt werden können. ib. §.8. **10)** Wer die in §.1. cit. zur Pflicht gemachte Anzeige der beabsichtigten Begründung oder Veränderung eines Geschäfts zu bewirken, oder sonst den in den §§. 2. 3. 4. und 7. cit. ertheilten Vorschriften nachzugehen unterläßt, verfällt in eine Individualstrafe von 10 Thalern —, und diese Strafe steigt, so lange die dießfallsige Verpflichtung unerfüllt bleibt, mit jedem Monate, diesen zu 30 Tagen gerechnet, um 5 Thaler. **11)** Wegen der ältern Firmen s. §.10. ib. — Nach Leipzig kommende Procuraträger auswärtiger Kaufleute sind bei 5 Thalern Strafe verbunden, ihre Procuren während der Dauer des dasigen Aufenthalts zur Einsicht derer, welche mit ihnen Geschäfte zu unterhandeln gesonnen sind, auf der Börse niederzulegen. ib. §. 11. G.S. v. 1846. S. 184.

Firmiren. S. Handel- u. Gewerb..., Firmen...

Firniß. S. Arbeit, Speck, Fabriken.

Fiscalisch. S. Staatsgut, Staatscasse, Rentämter, Abgaben, Finanz...

Fischdiebstahl. Die für diesen jetzt bestehenden Strafbestimmungen sind mit im Artikel: Forstdiebstahl enthalten. Vorher ging: Art. 282. d. Cr.Gb. v. 1838. G.S. S. 179., 8. sonderl. Const. v. 1572. C. A. T. I. S. 136., O.A.Pat. v. 27. März 1662. L.C.W. T. II. S. 543., v. 4. Aug. 1673. L.C.W. T. II. S. 534. 545., v. 24. Mai 1703. ib. S. 537. 547., O.A.Pat. v. 20. April 1726. ib. S. 555. Außerdem vergl. noch die Artikel: Strafgesetzbuch, Staatsverträge.

Fische. 1) Ueber Maß u. Gewicht beim Fischverkaufe enthält die Fisch-O. v. 2. Nov. 1711. C.A. T. II. S. 691. 695. bestimmte Vorschriften. **2)** S. Fleisch, Gewicht.

Fischen. 1) Wer in dem über eines Andern Grundstück fließenden Wasser ausschließlich die Fischerei hat, muß, wenn nichts Anderes hergebracht ist, auch der Grundeigenthümer sonst keinerlei Nutzung von dem Wasser hat, die jährliche Räumung des Wasserlaufs besorgen. O.A.Pat. v. 18. Aug. 1727. §. 11. L.C.W. T. I. S. 557. **2)** S. auch: Gewässer, Flachs.

Fischereifrevel. S. Staatsverträge, IX., Forstdiebstahl, Forstvergehen.

Fischordnung. S. in Bezug auf die Erblande den Art.: Gewässer. — Für die Lausitz enthalten über die Ausübung der

Fischerei Vorschriften: die L.O. v. 6. Mai 1597. zum Fünften L.C.W. T. I. S. 385., u. das O.A.Pat. v. 18. Aug. 1727. §. 11. ib. S. 557.

Fischottern. S. Jagd.

Fiscus. S. Staatscasse, Staatsgut, Besitz, Finanz...

Fixation. S. Landes-Immob..., Runkelrüben, Besoldung, Chausséen, Bier.

Flachs. **1)** Von F. ist der Decem zu entrichten. Syn.Decr. v. 6. Aug. 1624. §. Ob auch zwar ꝛc. C. A. T. I. S. 793., Rev. Syn.Decr. v. 15. Sept. 1673. §. 61. ib. S. 835. **2)** F. und Hanf sollen nicht in Fischwassern und Bächen geröstet werden. L.O. v. 1. Oct. 1555. Tit. Von F.- und Hanfrösten ꝛc. C.A. T. I. S. 62. und Fisch-O. v. 2. Nov. 1711. §. 14. ib. T. II. S. 691., Pat. v. 15. Sept. 1763. C. A. C. I. T. III. S. 386., O.A.Pat. v. 8. Sept. 1796. C. A. C. II. T. III. S. 861. **3)** F. u. Hanf soll in den Stuben und Häusern nicht gedörrt, auch dürfen dazu von den Bauern in ihren Gehöften und Häusern keine eignen Oefen neu angelegt werden. M. v. 29. Juni 1686. C. A. T. I. S. 1681., v. 30. Juli 1689. C. A. T. III. S. 311. u. L.C.W. T. I. S. 783., Gen.B. v. 7. Febr. 1719. C.A.T.I. S. 1885. u. L.C.W. T. I. S. 846. f., Laus. F. u. H.O. v. 1767. Cap. IV. §. 15. u. Cap. VI. §. 18. L.C.W. T. III. S. 709., D.F.O. v. 18. Febr. 1775. u. Laus. D.F.O. v. 8. Febr. 1777. Cap. I. §. 32. C. A. C. II. T. I. S. 718., C.A. C. II. T. III. S. 119. u. L.C.W. T. III. S. 359. Diese Feuer-OO. bestimmen, daß Niemand F. und Hanf nahe bei den Oefen in Stuben aufbewahren, oder auf dem Heerde und auf Horden dörren soll; wird aber F. oder Hanf in Backöfen gedörrt, so soll dieß nicht eher, als bis der Ofen nach dem Brodbacken von Kohlen rein gekehrt und genug verkühlt ist, geschehen, auch muß der Ofen mit einer blechernen Thüre oder einem eingepaßten Steine verschlossen sein, und der F. nicht unter 3 Tagen herausgenommen werden. — Vergl. die Instr. v. 23. März 1836. §. 12. G.S. S. 78. **4)** Flachs- und Hanfrösten müssen mindestens 4 Ellen von den Straßen entfernt werden. M. v. 28. April 1781. Cap. I. §. 7. C. A. C. II. T. II. S. 675., T. III. S. 657. **5)** S. Abgaben, Arbeit, Straßen.

Flächenmaß, s. Maß.

Flaggen, s. Fahnen.

Flamme. S. Brandstiftung, Feuer.

Flaschner, s. Klempner.

Fleisch, Fleischer. **1)** Fleisch von krankem Viehe dürfen die Fleischer nicht verkaufen; M. v. 13. Mai 1780. Cap. 3. §. 27. f. C. A. C. II. T. I. S. 783. u. L.C.W. T. III. S. 417., dahin gehört aber das Fleisch von blos mit den sogenannten Franzosen behaftetem Rindviehe nicht. Jedoch ist dessen Taxe etwas geringer anzusetzen, auch die Beschaffenheit des Fleisches dem Käufer anzuzeigen. Gen. v. 23. Mai 1787. C.A. C.II. T.I. S. 943., L.C.W. T. IV. S. 466. u. C.A. C.II. T.III. S. 227. **2)** Ueber die Fleischerordnungen sollen die Obrigkeiten bei Strafe halten und das Fleisch alle Markttage, dem Einkaufe nach, durch vereidete Personen schätzen lassen, und hiernach die Taxe festsetzen. Tax-O. v. 31. Juli 1623. cl. 2. C.A. T. II. S. 790., Rescr. v. 28. März 1767. L.C.W. T.III. S. 134., V. v. 30. Nov. 1840. §. 1.2. G.S. S. 421., v. 22. Jan. 1842. §. 13. G.S. S. 53. **3)** Fleischergewicht, welches auch beim Fischverkaufe gebraucht werden muß, sollte 102 Pfund auf den Centner halten, M. v. 7. Aug. 1734. C.A. C.I. T.I. S. 620., Gen. v. 14. Febr. 1754. ib. S. 803., M. v. 22. Sept. 1768. C. A. C.II. T.III. S. 228. u. L.C.W. T. III. S. 142.; s. noch: Gewicht. **4)** Fleischbänke werden in Ansehung der Verpfändung und Veräußerung durch den Vormund zu den Immobilien gerechnet. V.O. Cap. XVI. §. 3. Handausg. S. 73., C.A. C. II. T. III. S. 324. u. L.C.W. T. IV. S. 163.; dazu s. noch: Grund- und Hypothekenbuch. **5)** S. Abgaben, Dorfhandel, Felle, Gerber, Hunde, Reallasten, Jahrmarkt, Polizei, Schlachten, Zollwesen, Schlachtsteuer.

Fleischbänke. S. Grund- u. Hypothekenbuch, Vormundschaft.

Fleischergewicht, s. Fleisch, Gewicht.

Fleischesverbrechen. **1)** Vergl. die Artikel: Unzucht, Verwandte, Miß-

brauch, Gewerbunz..., Kuppelei, Widernatürliche U. **2)** Alle hier (unter Art. 180. bis mit 183. 318. 349—357.) erwähnten fleischlichen Vergehungen, soweit zu deren Ausführung der Beischlaf gehört, sind für vollendet zu achten, sobald die Vereinigung der Geschlechtstheile erfolgt ist. Art. 186. u. 358. **3)** S. Voruntersuchung, Betrug, Bigamie, Ehebruch, Gerichte, Gerichtsstand, Incest, Kuppelei, Nothzucht, Unzucht.

Fleischsteuer. S. Schlachten.

Fleischwerk, s. Fleisch.

Fleischzehend. S. Zehend.

Fleiß. Fälle eines vorzugsweise erheischten F. geben die Artikel: Armenadvocat, Gesinde, Gütepflegung, Prämien, Predigt, Schullehrer, Staatsdienst, Stiftungen, auch s. den Art.: Aufmerksamkeit.

Fliegenpapier, Fliegenwasser. Die Fertigung und der Verkauf beider ist, wegen der zur Anfertigung verwendeten arsenikalischen Stoffe, bei Strafe gänzlich verboten. §. I. d. V. v. 26. März 1840. G.S. S. 51., V. v. 28. Nov. 1840. G.S. S. 459.

Fliehen, s. Flucht.

Flintentragen. Das F., ferner das Kugel- und Satteltragen ist eine Militairstrafe, welche so vollstreckt wird, daß der Verurtheilte genöthigt ist, im Stillstehen oder Umhergehen, entweder je nach seiner Körperconstitution 3 oder 5 mit Bajonnet und Ladestock versehene Flinten, ungleich auf beide Schultern vertheilt, oder 2 bis 3 Sättel mit Vorder- und Hinterzeug, oder 2 12pfündige oder 4 6pfündige Kanonenkugeln, welche Gegenstände an beiden Enden einer hölzernen Stange befestigt sind, wagerecht auf einer oder der andern Schulter zu tragen. Diese Strafe darf niemals anders, als höchstens 2 Stunden hinter einander und höchstens 4 Stunden täglich, letzteren Falls mit einem freien Zwischenraume von wenigstens 4 Stunden vollzogen werden. Das höchste Maß derselben ist das von 6 Stunden, auf zwei unmittelbar auf einander folgende Tage gleich vertheilt, und ist dabei die besagte Strafe für 1 Tag 2stündig: dem 1wöchentlichen einfachen Arreste, 3stündig: dem 2wöchentlichen, 4stündig: dem 3wöchentlichen, für 2 Tage 4stündig: dem 4wöchentlichen, 6stündig: dem 6wöchentlichen einfachen Arreste gleich zu rechnen. Die gedachte Strafe ist nur auf Soldaten und, sofern sie wegen gerichtlich untersuchter Vergehen eintreten soll, bloß im Wege der Strafverwandlung, wenn es an Gelegenheit zur Vollstreckung von Freiheitsstrafen mangelt, anwendbar. M.Str.Gb. v. 1855. §. 29. G.S. S. 50. (Vorher: M.Str.Gb. v. 1838. §. 26. G.S. S. 229.)

Flöße. S. Muthen.

Flößen. S. Gewässer, Brücken, Holzflosse.

Flor. S. Trauer, Kirchentrauer, Pferde.

Floßbeamte. S. Floßverwaltung.

Floßgräben. S. Brücken.

Floßverwaltung. **1)** Obwohl die Justizbeamten in gewisser Maße an der F. Theil nehmen, so fällt doch bei Floßjustizsachen alle Concurrenz der Floßbeamten weg. V. v. 7. Juni 1836. §. I. IV. G.S. S. 113. **2)** S. Finanzministerium, Mühlen.

Fluchen. **1)** Das F. soll von der Obrigkeit gestraft werden, L.O. v. 20. Nov. 1551. C. A. T. III. S. 82., v. 6. Mai 1597. Art. 1. ib. S. 119. u. L.C.W. T. I. S. 381., A.Pat. v. 20. April 1645. ib. S. 395. u. C.A. T. III. S. 194., v. 31. März 1651. L.C.W. T. I. S. 397. u. C.A. T. III. S. 210., v. 3. Oct. 1652. ib. S. 221. u. L.C.W. T. I. S. 400., v. 16. Mai 1672. L.C.W. T. II. S. 1152., O.A.Pat. v. 2. Nov. 1702. C.A. T. III. S. 321. u. L.C.W. T. II. S. 1160., v. 18. Aug. 1706. ib. S. 1163. u. C.A. T. III. S. 328. **2)** S. Gotteslästerung.

Flucht. S. Arrest, II., Concurs, Gewerbsgehilfen, Auslieferung, Begünstigung, Capturbefehl, Forstschutz, Post, Handgelöbniß, Schuldner, Verkümmerung, Verleitung, Reiselegitimationen, Gendarmen, Gerichtsstand, Vollstreckung, Gestellung, Befreiung, Verjährung, Diebstahl, Ungehorsam, Abwesenheit, Gerichtliche P., Voruntersuchung, Nacheile, Beschlagnahme, Sicheres..., Untersuchungshaft, Caution, Unselbständige.

Flüchtige, s. Flucht.

Flügel. (an Gebäuden) S. Grundsteuer, 16.

Flüsse. S. Gewässer.

Flüssigkeitsmaß. S. Aich..., Gewicht und Maß.

Flugschriften. **1)** Der Handel mit schädlichen F. ist bei Confiscation verboten, Gen. v. 1. Dec. 1800. C.A. C. II. T. I. S. 59., O.A.Pat. v. 2. Dec. 1800. C.A. C. II. T. III. S. 579., L.C.W. T. V. S. 189. Vergl. d. Bek. v. 7. Dec. 1831. G.S. S. 355. **2)** S. Bundesbeschlüsse, Censur, Jahrmarkt, Staatsgefährliche H., Bücherwesen, Preß...

Flur. S. Flurbuch, Landgemeinde, Straßen.

Flurbeziehungen. S. Steuerkataster.

Flurbuch. S. Grundsteuer, Grund- u. H., Steuersachen, Steuerkataster.

Flurschutz, s. Forstschutz.

Flurvermessung, s. Feldmesser.

Flußbett. S. Fischen, Gewässer, Wasser, Grundsteuer, 16., Wasserläufe.

Fluth, s. Ablassen.

Förmlichkeit, s. d. Citate unter: Form.

Förster. S. Forstdienst, Staatsforstd..., Forstbediente, Oberforstm...

Förstereiextracte. Für die Einrichtung der F. enthält die Gen.V. v. 13. Aug. 1785. C.A. C. II. T. II. S. 343. u. die Gen. v. 9. Jan. 1796. ib. S. 351. nähere Bestimmungen. S. Holzwirthschaft, 52. 57. f.

Fötus. S. Leichen, Abtreibung.

Folge. S. Amtsfolge.

Folgen, (einer Handlung). S. Beleidigung, Erfolg, Vorsatz, Körperverletzung, Schmerzengeld, Theilnahme, Untersuchungsverfahren, Bestrafung, Concurrenz.

Foliiren. S. Acten.

Folium. S. Grund- u. Hypothekenbuch.

Folter. S. Marter.

Forchheim. Die Sparcasse: Decr. v. 13. Dec. 1854. G.S. S. 205.

Forderglaucha. S. Testamente.

Fordern. S. Zweikampf.

Forderung. Nachstehende Artikel enthalten gesetzliche Vorschriften im Betreff des Wesens und der Wirkung verschiedener Forderungen: S. Arrest, I., Caution, Auction, Cession, Concurs, Concursgl., Apotheken, Creditverein, Appellation, II. III., Dismembration, Ehestiftungen, Executionsproceß, Executivproceß, Erbverträge, Executionsverfahren, Grund- u. H., Schadenersatz, Hypothekenbank, Geringfügige Rechtssachen, Kirchen, Münzwesen, Verjährung, Wucher, Zinsen, Gläubiger, Schuldner, Edictalcitation, Betrug, Unterschlagung.

Forenser. S. Anlagen, Stadtgemeinde, Aufenthalt.

Form. Bestimmte Vorschriften für Beobachtung und über die Wirkung gewisser Formen oder deren Verletzung weisen nach die Art.: Amtlicher Sprachgebrauch, Ablösung, Berichte, Erkenntnisse, Grund u. Hyp., Nullität, Nichtigkeitsbeschwerde, Section, Testamente, Vermächtnisse, Untersuchungsverfahren, Zeugen, Cession, Erbfolge, 75., Appellation, Protokolle, Klage, Vorladung, Verwaltungsstreitigkeiten.

Formalien, s. Form.

Formeln. S. Clausel, Erkenntnisse, Berichte.

Formen, (z. B. Druck-F.). S. Preßvergehen, Cassenbillets.

Formstecher. S. Reiselegitimationen.

Formverletzung. S. Nichtigkeitsbeschwerde.

Forst. S. Waldungen, Holz...

Forstaccessisten. In Betreff der Einrichtungen zur praktischen Ausbildung der F. s. d. V. v. 27. Nov. 1851. §. 16. f. verb. mit §. 14. sub 5. ib., G.S. v. 1851. S. 398.

Forstakademie. S. Tharand.

Forstamt. S. Forstrügen, Forstverbrechen.

Forstaufseher. S. Forstbediente.

Forstbeamte. S. Forstdienst, Holz..., Zollbeamte.

Forstbediente. **1)** Jedem größeren Staatsforstreviere steht ein Oberförster, jedem kleineren ein Revierförster vor. Jedem Oberförster ist mindestens noch Ein Forstaufseher oder Förster beigegeben, auch muß er einen Reviergehilfen halten. Das Nähere s. in der V. v. 27. Nov. 1851. §. 2. f. 25. G.S. S. 394. f. **2)** Blose Waldwärter (anstatt der bisherigen Zeichenschläger, Waldaufseher u. ähnlicher, niederer Angestellter) sind nicht Staats-

diener. Forstschutzcommando's sind nur bei vorübergehenden Zuständen und in Nothfällen zulässig. ib. §. 3. **3)** Die Vorbildung der F. ist eine blos praktische bei Reviergehilfen und Forstaufsehern, eine zugleich wissenschaftliche bei Förstern, Revierförstern, Oberförstern und Oberforstmeistern. Vergl. hierüber u. insbesondere wegen der Lehrlinge. ib. §. 7. f. **4)** S. noch Staatsforstd..., Jagdkarten, Jagd.

Forstbezirke. S. Oberforstm...

Forstcandidat. Das Bestehen der Anstellungsprüfung gewährt dem F. keinen Anspruch auf Anstellung, sondern nur das Recht, um eine solche nachzusuchen. Vielmehr hat der nunmehrige F. bis zu seiner wirklichen Anstellung sich vorrest noch praktisch fortzubilden. S. das Nähere in d. V. v. 27. Nov. 1851. §. 23. f. G.S. S. 400.

Forstdiebstahl. 1) Wer Holz, Moos, oder Streu irgend einer Art in fremden Waldungen oder Gehölzen entwendet oder einer Holzentwendung an einzeln stehenden Bäumen, Sträuchern oder Gebüschen sich schuldig macht, wird bei einem Werthsbetrage bis mit 3 Groschen: 2 Tage, — über 3 bis mit 5 Groschen: 4 Tage, — über 5 bis mit 10 Groschen: 6 Tage, — über 10 bis mit 15 Groschen: 8 Tage, — über 15 Groschen bis mit 1 Thaler: 14 Tage, — über 1 bis mit 1½ Thaler: 3 Wochen lang, mit Gefängniß bestraft. Bei höherem Werthsbetrage ist die Entwendung nach Art. 277. des Str.Gb. (s. Diebstahl I.) zu bestrafen, jedoch ist solchenfalls nicht unter 3 Wochen Gefängniß zu erkennen. G. v. 11. Aug. 1855. Art. 1. G.S. S. 298. **2)** Nach denselben Bestimmungen (Art. 1. cit.) sollen folgende Entwendungen geahndet werden: a) von Feld- und Gartenerzeugnissen, so lange dieselben noch nicht in den Gewahrsam des Berechtigten gebracht sind (wegen des älteren Rechts vergl. den Art.: Früchte), b) unter derselben Voraussetzung von Obst jeder Art und von Gras, c) von unverarbeiteten Bestandtheilen des Bodens, wie Torf, Kies, Sand, Lehm, Steine und dergleichen, sowie von Acker-, Garten- od. Rasenland, so lange diese Gegenstände noch nicht in Gewahrsam gebracht sind, d) von Düngungsmitteln vom landwirthschaftlichen oder Gartenboden, auf welchen sie gebracht sind oder auf welchem sie zubereitet werden, e) von Weinpfählen, Stützen an Bäumen oder sonstigen Gewächsen, Wegweisern, Wachhütten, Ruhebänken, Einfriedigungen, Zäunen oder anderen zu Culturzwecken bestimmten Vorrichtungen im Freien, f) die Erlegung und die Einfangung von jagdbaren Thieren u. von Fischen (vergl. wegen der Vergangenheit den Art.: Fischdiebstahl), g) von Perlenmuscheln aus Gewässern. Uebrigens sind bei allen in dem cit. G. v. 11. Aug 1855. enthaltenen Bestimmungen unter Feldern die Wiesen, unter Gärten die Weinberge und Weinanlagen, unter Gras das Heu und Grummet, unter Fischen die Krebse mit zu verstehen. Art. 2. ib. **3)** Das Abstreifeln von Laub, Kienaushauen aus stehenden Hölzern, Anreißen von Stämmen, um Harz daraus zu gewinnen, Rinden- und Bastschälen in Laub- od. Nadelholz, Ausbrechen der Wurzeln noch stehender Bäume, Saftabzapfen von Bäumen, Eichel- u. Bucheckerschlagen, Sammeln von Holzsämereien, Ausziehen von Holz-, Feld- und Gartenpflanzen, Ausnehmen von gelegten Kartoffeln u. Knollengewächsen anderer Art, Abreißen oder Abschneiden noch unreifer Feldfrüchte, wird nach Verhältniß des dem Eigenthümer dadurch verursachten Schadens mit Gefängniß bis zu 3 Wochen bestraft, in sofern nicht nach dem Werthsbetrage des Entwendeten oder wegen erschwerender Umstände (vergl. unten no. 5. Art. 5. zu Ende) eine höhere Strafe eintritt. Art. 3. ib. **4)** Alle in den cit. Artikeln 1—3. erwähnten Entwendungen sind für vollendet zu achten, sobald der Thäter in diebischer Absicht den Gegenstand an sich genommen oder wenigstens so beschädigt hat, daß das Fortwachsen desselben verhindert oder zurückgehalten wird. Die Entwendung von Moos und Streu ist mit dem Abkratzen oder Zusammenrechen, der Wild- und

Fischdiebstahl dann für vollendet zu achten, wenn das Thier in diebischer Absicht verwundet oder gefangen worden ist. Art. 4. **5)** Die Dauer der nach Art. 1. und 2. verwirkten Gefängnißstrafen, auch wenn sie über 3 Wochen ansteigen, ist zu verlängern: **A.** um die Hälfte, a) wenn der Dieb bei der Entwendung von Holz, Feld- oder Garten-Erzeugnissen oder Gras eines zu diesem Zwecke mitgebrachten, das Abmachen oder Ausgraben förndernden eisernen Werkzeugs, bei der Entwendung von Wild oder Fischen einer Windbüchse, einer Schlinge, eines Netzes od. künstlichen Köders sich bedient hat, b) wenn die Entwendung an einem Sonn- oder Feiertage begangen worden ist, c) wenn der Dieb zur Fortschaffung des Gestohlenen sich eines Handwagens, eines Handschlittens, eines Schiebebocks oder eines Karrens bedient hat, d) wenn drei od. mehrere Personen zu gemeinschaftlicher Begehung des verübten Verbrechens sich verabredet und dasselbe gemeinschaftlich ausgeführt haben; — **B.** nach richterlichem Ermessen von der Hälfte bis auf das Doppelte, a) wenn bereits gefälltes Holz oder bereits vom Boden getrennte Feld- oder Garten-Erzeugnisse oder bereits gemähtes Gras, ferner bereits gepflücktes od. sonst abgebrachtes Obst, bereits gestochener Rasen, schon aufbereiteter Torf, bereits gebrochene Steine od. schon gegrabener Lehm, Kies, Sand oder dergleichen entwendet worden; vorausgesetzt, daß diese Gegenstände noch nicht in den Gewahrsam des Berechtigten gebracht sind, b) wenn der Diebstahl vor Aufgang oder nach Untergang d. Sonne verübt worden ist, c) wenn der Dieb zur Fortschaffung des Gestohlenen sich eines Spannfuhrwerks bedient hat, d) wenn Wild aus Wildgärten oder sonstigen eingeschlossenen Räumen, oder wenn Fische aus Teichen oder anderen, jedoch nicht verschlossenen Fischhältern entwendet worden sind. Das Ablassen von Teichen ist hierbei als Erschwerungsgrund innerhalb des Strafmaßes zu berücksichtigen; — **C.** nach richterlichem Ermessen von der Hälfte bis auf das Vierfache, a) wenn die Entwendung von den zur Aufsicht angestellten Personen verübt worden ist, b) wenn der Dieb die fraglichen Gegenstände zum Verkaufe gestohlen hat, sei es auch, daß er erst ihre vorherige Verarbeitung zu diesem Zwecke beabsichtigte, c) wenn der Dieb, dafern er von dem Eigenthümer oder den zum Forst-, Flur- oder Wasserschutz verpflichteten od. beauftragten Personen auf der That betroffen ward, auf deren Geheiß nicht stehen geblieben ist oder sich gegen dieselben einen falschen Namen gegeben oder sonst unkenntlich zu machen gesucht, oder sich geweigert hat, dem Anhaltenden vor einen Gerichts- oder Polizeibeamten zu folgen, d) wenn Weinstöcke oder junge stehende Bäume entwendet worden sind, oder wenn der Holzdiebstahl an jungen Holzculturen, an Frucht- oder Zierbäumen oder Ziersträuchern aus Gärten, Anlagen, Alleen, oder Baumschulen verübt worden ist. Ang. G. v. 1855. Art. 5. **6)** Treffen mehrere dieser erschwerenden Umstände bei demselben Diebstahle zusammen, so ist der Vorschrift des Art. 76. des Str.Gb. nachzugehen. (S. Concurrenz II.) Bei den im Art. 3. (oben no. 3.) erwähnten Vergehen, sowie in Fällen, wo wegen des Werthsbetrags des Entwendeten auf Arbeitshaus zu erkennen ist, kann wegen Hinzutritts eines oder mehrerer der obigen erschwerenden Umstände die Strafe nach richterlichem Ermessen, jedoch, wenn auf Arbeitshausstrafe erkannt wird, nicht bis über die Hälfte, verlängert werden. Ang. Art. 5. **7)** Der Rückfall ist bei den in d. G. v. 11. Aug. 1855. mit Strafe bedrohten Entwendungen nach Art. 82. des Str.Gb. zu beurtheilen. (S. Rückfall.) Derselbe soll jedoch in dem Falle, wenn die frühere Entwendung eine solche war, wegen deren der Dieb nach diesem Gesetze mit einer geringeren Strafe als der des Arbeitshauses belegt worden und seit dem letzten Tage der erfolgten Strafverbüßung ein Jahr abgelaufen ist, nicht weiter als Straferhöhungsgrund in Betracht kommen, und zwar ohne Unterschied, mit welcher Strafe das neue Verbrechen bedroht und ob es nach dem gegenwärtigen

Gesetze zu beurtheilen ist oder nicht. Ang.G. Art. 6. **8)** Liegen bei den im Rückfalle verübten Entwendungen erschwerende Umstände (Art. 5. cit.) vor, so ist sowohl bei der nach Art. 5. als bei der wegen des Rückfalls eintretenden Straferhöhung nur die einfache Strafe (Art. 1. 2. und 3.) zum Grunde zu legen und sind derselben sodann beide Erhöhungen (wegen des Rückfalls u. wegen der erschwerenden Umstände) hinzuzufügen. Art. 7. — Wegen Anwendung dieses Art. auf Forst-, Hutungs-, Jagd- u. Wasservergehen, s. Forstvergehen no. 7. **9)** Die ältere Gesetzgebung wegen Untersuchung und Bestrafung der Forstverbrechen (Forstentwendungen u. Forstvergehen, s. d.) ist enthalten: im Rescr. v. 21. Febr. 1715. C.A. T. I. S. 657., M. v. 11. Mai 1726. §. 19. C.A. C. I. T. I. S. 530., Rescr. v. 11. April 1729. ib. S. 281., Gen. v. 16. Juli 1755. §. 13. ib. S. 1525., der Lauf. F. u. H.O. v. 20. Aug. 1767. Cap. 7. §. 9. L.C.W. T. III. S. 717., u. C.A. C. I. T. III. S. 187., M. v. 30. Juli 1813. §. 13. 14. 27. 34. C.A. C. III. T. II. S. 163., u. L.C.W. T. VI. S. 24. f., M. v. 27. Nov. 1822. G.S. v. 1823. S. 9., G. v. 2. April 1838. G.S. S. 202., Cr.Gb. v. 1838. Art. 236. G.S. S. 169., auch G. v. 30. März 1838. G.S. S. 197. **10)** S. noch die Art.: Forstvergehen, Concurrenz VII., Schaden, Werth, Verjährung, Untersuchungs-Zust..., Antrag, Verwandlung, Confiscation, Ersatz, Schärfung, Str.Gb., Beschädigung, Gensdarmen, Forstrügen, Staatsverträge.

Forstdienst. 1) Für die Erlernung des Forst- u. Jagddienstes, die Prüfung der Candidaten enthielt bisher die V. v. 18. Juli 1832. G.S. S. 393. die maßgebenden Bestimmungen. [Vorher: Gen. v. 13. April 1816. C.A. C. III. T. II. S. 186., d. V. v. 18. Febr. 1817. ib. S. 196. Wegen der Jägerbursche: Gen. v. 20. Mai 1806. ib. S. 150.] Unter Aufhebung der V. v. 18. Juli 1832. hat aber die V. v. 27. Nov. 1851. G.S. S. 393. f. die neuesten diesfallsigen Anordnungen bekannt gemacht. — Ueber die Bedingungen der Anstellung als Förster, Revierförster, Oberförster od. Oberforstmeister, sowie bei der Forstvermessung, vergl. ib. §. 14. f. und noch wegen der Prüfungen insbesondere die V. v. 1. Dec. 1852. G.S. S. 323., die V. v. 25. Mai 1853. G.S. S. 78., ferner die VV. v. 3. Sept. 1855. G.S. S. 522. u. 27. März 1856. G.S. S. 15., sowie v. 3. Mai 1856. G.S. S. 56. **2)** Den Forst- und Jagdbedienten ist das Halten von höchstens 2 Kühen nebst 1 Stück Jungvieh gestattet, V. v. 19. Oct. 1815. C.A. C. III. T. II. S. 179., jedoch ist darunter das Vieh nicht begriffen, welches sie auf ihren eignen Grundstücken halten, u. für solches erhalten sie auch keinen Forstboden zur Benutzung. Rescr. v. 15. Jan. 1816. ib. S. 180. **3)** Das Bier-Brauen u. Schenken ohne Concession ist den Forst- und Jagdbedienten untersagt, Rescr. v. 19. Dec 1692. C.A. C. II. T. II. S. 967.; **4)** eben so der Holzhandel, Gen. v. 16. Juli 1755. §. 18. C.A. C. I. T. I. S. 1526., Gen.V. v. 5. Mai 1784. C.A. C. II. T. II. S. 343. **5)** Die Vorladung der Forst- und Jagdbedienten bei Justizämtern erfolgt unmittelbar, doch mit möglichster Schonung ihrer Dienstverhältnisse, Gen. v. 21. März 1825. §. 9. G.S. S. 89., V. v. 23. Juni 1817. C.A. C. III. T. II. S. 213. [Aeltr. Best.: F. u. H.O. v. 8. Sept. 1560. C.A. T. II. S. 494., Gen.-Bestallung v. 20. Mai 1575. ib. S. 521., Resol. v. 28. Aug. 1697. §. 33. ib. S. 592., Rescr. v. 1. März 1701. ib. S. 53., Bef. v. 20. Juli 1712. ib. S. 605., Resol. v. 12. April 1728. ad 12. C.A. C. I. T. I. S. 48., Gen. v. 5. Nov. 1743. ib. S. 1501., v. 16. Juli 1755., Rescr. u. Regul. v. 22. März 1786. §. 2. C.A. C. II. T. I. S. 484.] **6)** Allgem. Vorschriften über ihr Verhalten giebt die F. u. H.O. v. 8. Sept. 1560. C.A. T. II. S. 487., und die Generalbestallung v. 20. Mai 1575. ib. S. 519. f., eingeschärft mittelst Bef. v. 18. Sept. 1719. ib. S. 613. Ueber die Controlirung ihres Dienstes vergl. das Gen. v. 20. Juni 1810. C.A. C. III. T. II. S. 157. — In der Oberlausitz sollen die herrschaftlichen Förster, Jäger u. Holzaufseher auf die F. u. H.O. v. 25 Juli 1767. verpflichtet und verwiesen werden, ib. Cap. VII. §. 5. ders. im L.C.W. T. III. S. 716. **7)** Den Forst- u. Jagdbedienten sind Ausspielungen untersagt, Gen.V. v. 3. Juni 1783. C.A. C. II. T. I. S. 829. **8)** Auf herumstreichende Bettler und Vagabonden sollen sie mit Aufsicht führen, M. v. 5. April 1729. u. 9. Nov. 1748. C.A. C. I. T. I. S. 549. 710., Rescr. v. 9. Nov. 1771. C.A. C. II. T. III. S. 41., M. v. 11. April 1772.

Cap. 2. §.8. C.A. C. II. T. I. S. 651., Gen. v. 22. Nov. 1788. ib. S. 973. Desgl. können sie zu Verfolgung von Räubern mit aufgeboten werden. M. v. 16. Dec. 1710. C.A. T. I. S. 1770., u. L.C.W. T. I. S. 260. u. C.A. T. III. S. 338., Gen. v. 14. Dec. 1717. L.C.W. T. I. S. 269. u. C.A. T. I. S. 1881., Bef. v. 30. April 1721. ib. S. 1943., M. v. 29. April 1734. C.A. C. I. T. I. S. 617., v. 14. Dec. 1753. ib. S. 798. u. L.C.W. T. III. S. 80. Auch sollten sie ehedem gegen die Kobaltpartiererei mit Aufsicht führen, M. v. 22. Mai 1683. C.A. T. II. S. 364., v. 15. Nov. 1701. ib. S. 374. Doch s. Kobalt. **9)** Bei erledigten Forst- und Jagdbedienungen sollen Dienstgenußspecificationen eingereicht werden. Gen. v. 9. April 1783. C.A. C. II. T. II. S. 339., Bef. v. 23. Juni 1784. ib. S. 311., Gen. v. 17. Dec. 1800. ib. S. 319., v. 20. Mai 1806. C.A. C. III. T. II. S. 150. **10)** Vergl. im Allgem. den Art. Holzwirthschaft, ferner s. die Art.: Forstbediente, Forstvermessung, Forstlehrlinge, Accessisten, Alter, Oberforstmeister, Revierförster, Zollbeamte.

Forstfrevel. S. Staatsverträge, Forstdiebstahl, Forstvergehen, Forstschutz.

Forstgericht. S. Forstrügen, Forststrafverfahren.

Forstlehranstalt. S. Tharand.

Forstlehrlinge. Diejenigen F., welche später im Staatsforstdienste als Forstaufseher angestellt zu werden wünschen, haben nach beendeter Lehrzeit auf einem Staatsforstreviere, bei einem K. Ober- oder Revierförster, als Reviergehilfen einzutreten. Das Nähere enthält d. V. v. 27. Nov. 1851. §. 13. G.S. S. 397. — S. noch: Forstbediente.

Forstmeister. **1)** Welchen Anforderungen die F. vor ihrer Anstellung im Staatsforstdienste zu genügen haben, wird im Artikel: Forstdienst nachgewiesen. **2)** Die ehemalige Concurrenz derselben bei Forstuntersuchungen und wegen unbefugten Tragens von Schießgewehr, sowie gegen Raubschützen ist weggefallen, mit Ausnahme der ersten Vernehmung. Doch waren bei königl. Aemtern und Gerichten die Acten wegen Forstrügen 3ter Classe dem F. vor der Versendung vorzulegen, was auf ihr Verlangen auch bei den Forstrügen 1ster und 2ter Classe geschehen mußte. V. v. 7. Juni 1836. §. II. unter b. G.S. S. 113. S. aber: Forststrafverfahren. **3)** S. Justizämter, Oberforstmeister.

Forstordnungen. S. Holz...

Forstrügen. **1)** Die Einrichtung des F.wesens, insbesondere der F.gerichte bis zum Jahre 1855. war diese: die F. zerfielen: a) in solche erster Classe, §. 28. d. G. v. 2. April 1838. G.S. S. 209. [Frühere Best.: V. v. 7. Juni 1836. G.S. S. 113., Gen. v. 21. März 1825. §. 2. G.S. S. 86., Gen.V. v. 30. Nov. 1814 §. 3. ff. C.A. C. III. T. II. S. 171., Bef. v. 13. Febr. 1815. ib. S. 176., V. v. 3. Nov. 1816. ib. S. 196., u. überh. wegen der Forstgerichte: F. u. H.O. v. 8. Sept. 1560. C.A. T. II. S. 496., Gen. v. 22. Oct. 1782. C.A. C. II. T. II. S. 307., Rescr. v. 5. Aug. 1784. ib. S. 311.] Hier konnte das Verfahren durch Erlegung des Werthes, der Strafe und Kosten spätestens im Termine abgewendet werden, §. 32. d. cit. G. v. 1838. S. 210.; b) in F. zweiter Classe, §. 29. d. G. v. 2. April 1838. G.S. S. 210. [Aeltr. R.: V. v. 7. Juni 1836. G.S. S. 113., Gen. v. 21. März 1825. §. 3. G.S. S. 87., Gen.V. v. 30. Nov. 1814. §. 5. C.A. C. III. T. II. S. 173.]; c) in F. dritter Classe. Diese waren wie andere Untersuchungen, wobei mehr als 3monatliche Gefängnißstrafe bevorsteht, zu behandeln, §. 30. d. G. v. 2. April 1838. G.S. S. 210. — Es fand eine Concurrenz der Oberforst- u. Forstmeister bei den F. Statt, vergl. die V. v. 7. Juni 1836. G.S. S. 113. [Aeltr. Verf.: Gen.V. v. 30. Nov. 1814. §. 5. C.A. C. III. T. II. S. 173., Gen. v. 29. April 1820. G.S. S. 134., v. 21. März 1825. §. 6. G.S. S. 88.] Ueber die im Laufe jeden Jahres anhängig gewordenen und abgethanen F., und über die zuerkannten, verbüßten und noch rückständigen Forststrafen sind noch jetzt von den Gerichtsämtern jährlich an das Justiz-Ministerium in vorgeschriebener Form Tabellen einzusenden. V. v. 7. Juni 1836. §. II. unter f. G.S. S. 114. u. V. v. 7. Mai 1858. §. 23. G.S. S. 102. Man vergl. deswegen: die Gen.V. v. 13. Aug. 1785. C.A. C. II. T. II. S. 343., v. 30. Nov. 1814. §. 4. C.A. C. III. T. II. S. 173., die V. v. 2. Jan.

1814. §. 38. f. ib. S. 236., u. Gen. v. 20. Mai 1817. ib. S. 213., ang. V. v. 7. Juni 1836. §. II. h. k. G.S. S. 114. **2)** S. Anzeigen, Forstdiebstahl, 9., Forstmeister, Kosten. **3)** Wegen d. betreff. Einrichtungen seit 1855. vergl. den Art.: Forststrafverfahren.

Forstrügenstrafen, Forstrügentabellen. S. Forstrügen.

Forstschutz. 1) Die Instruction der zum Schutze von Forsten, Jagden und Fluren des Staats und der Privateigenthümer commandirten Soldaten enthält die V. v. 13. Oct. 1836. G.S. S. 272. ff., u. v. 18. Jan. 1837. G.S. S. 10. a) Danach haben dieselben wahrgenommene Forstverbrechen, je nach den Umständen unter Arretirung der Verbrecher, oder, wenn ihnen solche bekannt, unter Pfändung derselben, mit Einlieferung der Pfänder der competenten Behörde anzuzeigen. Instr. v. 1836. §§. 13. f. 22. f. a. a. O. b) Sind die Forstverbrecher bewaffnet, und legen die Waffen auf Anrufen nieder, so werden solche an die Behörde mit eingeliefert, §§. 15. 16. ib. c) Legt der angerufene Holzdieb oder Forstfrevler zwar die Waffen oder Instrumente nicht nieder, ergreift jedoch damit die Flucht und giebt dadurch die Absicht zu erkennen, sich nicht thätlich widersetzen zu wollen, so hat der Commandirte bei dessen Verfolgung, so lange der Fliehende sich nicht widersetzt, gegen denselben von seiner eigenen Waffe keinen Gebrauch zu machen. Ang. V. v. 1837. d) Will sich der Angerufene mit einer lebensgefährlichen Waffe thätlich widersetzen, und ist er 3mal mit den Worten: „die Waffe (das Beil ꝛc.) weg, oder ich schieße" verwarnt worden, oder verfährt der Verbrecher angriffsweise mit Schießgewehr, so kann ihn der Commandirte niederschießen. Instr. v. 1836. §§. 18. 19. G.S. v. 1836. S. 275. Dasselbe gilt bei lebensgefährlichen Angriffen mit andern als Schußwaffen, gegen welche das Bajonet nicht ausreicht. ib. §. 20. **2)** Wegen der für die zum F. verpflichteten Personen ausgesetzten Denunciationsgebühren vergl. man die V. v. 7. Juni 1836. §. II. unter I. G.S. S. 114. **3)** S. Forstbediente.

Forst=Strafverfahren. Zur Ausführung des Gesetzes, die Forst=, Feld=, Garten=, Wild= und Fischdiebstähle betreffend, v. 11. Aug. 1855. (vergl. die Artikel: Forstdiebstahl, Forstvergehen) ist in der V. v. 7. Mai 1858. G.S. S. 93. f. Folgendes bestimmt. **I.** Die Erlassung von Strafverfügungen durch den Einzelrichter betreffend. **1)** Das Verfahren mittelst Erlassung einer Strafverfügung nach Art. 368. der Str.Pr.O. (s. Strafverfügung) ist besonders dann ein geeignetes, wenn die Anzeige von einer verpflichteten Person ausgeht. Das Gericht wird jedoch dadurch der Prüfung derselben nicht überhoben und ist befugt, vor Erlassung der Strafverfügung eine Befragung des Denuncianten behufs der Erledigung von Bedenken oder der Vervollständigung der Anzeige vorzunehmen. V. v. 7. Mai 1858. §. 1. G.S. S. 98. **2)** Bezüglich der Erlassung einer Strafverfügung sind folgende Fälle zu unterscheiden: a) Ist ein in dem G. v. 11. Aug. 1855. lediglich mit Geldstrafe bedrohtes Vergehen angezeigt worden, (wohin die in Art. 8. unter 3. bis 7. unter: Forstvergehen no. 3. 4., ferner in Art. 9. unter 1. bis 5. unter: Forstvergehen no. 5. a.—d., sowie Art. 10. no. 1. bis 4. u. 6. unter: Hutungsvergehen, sowie im Schlußsatze des Art. 13. unter Gewässer aufgeführten Vergehen gehören,) so ist die Strafverfügung zulässig, dafern die verwirkte Geldstrafe die Summe von 150 Thalern nicht übersteigt. V. v. 7. Mai 1858. §. 2. unter 1. G.S. S. 98. b) Ist ein lediglich mit Gefängniß bedrohtes Vergehen zur Anzeige gebracht worden, so ist Strafverfügung zulässig, wenn die für verwirkt zu achtende Gefängnißstrafe die Dauer von 6 Wochen nicht übersteigt. (Art. 368. der Str.Pr.O. unter: Strafverfügung.) ib. unter 2. Wie hier weiter zu unterscheiden ist, s. ib. bei 2. c) Was endlich die alternativ mit Gefängniß= oder Geldstrafe bedrohten Vergehen anlangt, so ist die Strafverfügung zulässig, wenn entweder eine die Höhe von 6 Wochen nicht übersteigende Gefängnißstrafe, oder eine den Betrag von 150 Thalern nicht übersteigende

Geldstrafe für verwirkt geachtet wird. Ang. §. 2. **3)** Ueber die bei Erlassung einer Strafverfügung anzusetzenden Kosten und Stempelbeträge, ferner wegen des zu gebrauchenden Formulars, und der Insinuation s. die §§. 3—7. d. V. v. 7. Mai 1858. G.S. S. 99. **4)** Ist die Strafverfügung auf eine Geldbuße gerichtet, so ist zugleich unter Androhung executivischer Einziehung der Tag zu bestimmen, bis zu welchem die Geldstrafe nebst Kosten an das Gericht zu bezahlen ist (vergl. noch Art. 28. Abs. 1. des Str.Gb. unter: Verwandlung II.). Wird der Geldbetrag bis zu diesem Tage nicht entrichtet, so ist derselbe executivisch einzuziehen. Bleibt die Execution erfolglos, so ist die Geldstrafe nach Art. 25. Abs. 3. des Forststrafgesetzes (s. Verwandlung III.) in Gefängniß- oder auch, nach dem Ermessen des Richters, in Handarbeitsstrafe (Art. 23. des Str.Gb. unter: Handarb... und Art. 25. Abs. 4. d. Forststrafgesetzes, unter Verwandlung III.) zu verwandeln. Dagegen kann die an die Stelle der Geldstrafe tretende Gefängnißstrafe weder in körperliche Züchtigung verwandelt, noch in der im Art. 25. des Str.Gb. bestimmten Maße (s. Schärfung) abgekürzt werden. §. 8. der V. v. 7. Mai 1858. G.S. S. 100. **5)** Der Richter kann von der executivischen Einziehung der Geldstrafe, wenn dieselbe wahrscheinlicher Weise erfolglos bleiben würde, absehen und statt der Geldstrafe Gefängniß- beziehendlich Handarbeitsstrafe nach den Bestimmungen §. 8. cit. vollstrecken. ib. §. 9. Durch die Verwandlung der Geldstrafe in Gefängniß- oder Handarbeitsstrafe wird das dem Verurtheilten im Art. 28. Abs. 3. des Str.Gb. eingeräumte Befugniß zu nachträglicher Erlegung des Geldbetrags nicht ausgeschlossen. Ang. V. v. 1858. §. 10. und s. Verwandlung II. **6)** Ist die Strafverfügung auf eine Gefängnißstrafe gerichtet, so kann sie der Richter nachträglich durch Schärfung verkürzen, sowie in Handarbeit oder auch, unter gewissen Voraussetzungen in körperliche Züchtigung verwandeln. Vergl. deswegen §. 11. d. V. v. 7. Mai 1858. G.S. S. 100. **7)** Wegen der Aufnahme des Schädenbetrags in die Strafverfügung ist der Bestimmung des Art. 439. d. Str.Pr.O. nachzugehen. ib. §. 12. und s. Anschluß. **8)** Werden von dem Bezüchtigten innerhalb der 10tägigen Frist Einwendungen gegen die Strafverfügung erhoben, so ist das regelmäßige Verfahren einzuleiten. Der Richter kann solchenfalls auch, unter kurzer Bemerkung der erhobenen Einwendung und des Tags derselben zu den Acten, den Bezüchtigten zu einem Forstrügentage, dafern ein solcher anberaumt wird und das angezeigte Vergehen sich dazu eignet (unten §. 19), vorladen. ib. §. 13. Und s. ib. noch wegen der Kosten. **II.** Das regelmäßige Verfahren vor dem Einzelrichter betreffend. **1)** Die Vorladung zur Vernehmung erfolgt nach Art. 137. d. Str.Pr.O. Die Aufnahme der Verwarnung, daß außerdem der Bezüchtigte für geständig und überführt werde geachtet werden, ist unzulässig. V. v. 7. Mai 1858. §. 14. G.S. S. 101. und s. Vorladung. **2)** Das Erkenntniß kann auf Geldstrafe nur in den Fällen gerichtet werden, wo das Gesetz sie ausdrücklich nachläßt. Es kann in diesen Fällen zugleich bei der Publication dem Verurtheilten eröffnet werden, daß, wenn er die auferlegte Geldstrafe bis zu einem bestimmten Tage (vergl. Art. 28. Abs. 1. d. Str.Gb. s. Verwandlung, II.) nicht erlegen würde, er zu erwarten habe, daß die Geldstrafe in Gefängniß- od. Handarbeitsstrafe werde verwandelt werden. Ang. V. §. 15. **3)** Die solchergestalt an die Stelle der Geldstrafe tretende Gefängnißstrafe kann weder in körperliche Züchtigung verwandelt, noch in der, im Art. 25. d. Str.Gb. bestimmten Maße abgekürzt werden. Ang. V. §. 16. u. s. Schärfung. — Wegen Kosten und Stempel vergl. §. 17. d. V. v. 7. Mai 1858. G.S. S. 101. **III.** Besondere Bestimmungen bezüglich der in Staatswaldungen ꝛc. verübten Vergehen. **1)** Die Abhaltung besonderer Forstrügentage (s. Forstrügen) bleibt den Gerichtsämtern auch ferner nachgelassen, und ist hierbei die Zuziehung der Forstbeamten, wie solche zeither üblich gewesen, gestattet. Die Vorladung kann jedoch auch

hier nicht mit der Verwarnung, daß außerdem der Bezüchtigte für geständig u. überführt werde geachtet werden, erfolgen. Ist die Zahl der zu einem Forstrügentage vorzuladenden Bezüchtigten sehr groß, so kann zur Vermeidung von Schwierigkeiten und Aufenthalt bei der Verhandlung die Vorladung derselben revierweise oder in anderen, zu bestimmenden Abtheilungen, sowie auf verschiedene Tage erfolgen. V. v. 7. Mai 1858. §. 18. G.S. S. 101. f. **2)** Derartige Forstrügentage können wegen aller, in Staatswaldungen und auf anderen, der Aufsicht des Oberforstmeisters in Forstsachen untergebenen fiscalischen Grundstücken verübten u. zur einzelrichterlichen Competenz gehörigen Vergehen, soweit sie unter die Bestimmungen des Forststrafgesetzes fallen und, den Umständen nach, nur auf eine Geld- oder eine im Gerichtsgefängnisse zu verbüßende Gefängnißstrafe zu erkennen sein würde, abgehalten werden. ib. §. 19. **3)** In soweit es nach dem Forststrafgesetze v. 11. Aug. 1855. zur Untersuchung und Bestrafung eines Antrags bedarf, ist bei den in Staatswaldungen und auf anderen, der Aufsicht des Oberforstmeisters in Forstsachen untergebenen fiscalischen Grundstücken verübten Vergehen der Oberforstmeister des Bezirks als derjenige Beamte zu betrachten, welcher zur Stellung des Antrags, beziehendlich zur Rücknahme desselben, befugt ist. Ang. V. §. 20. **4)** Zur Taxation des Werths des Entwendeten, sowie des Schadens sind der Oberforstmeister, der Revierverwalter, der Förster, der Forstaufseher und der Waldwärter befugt. Auch können diese Beamten den Antrag auf Erstattung des Werths und des Schadens stellen. ib. §. 21. **5)** Bezüglich der in Staatswaldungen und auf anderen, der Aufsicht des Oberforstmeisters in Forstsachen untergebenen fiscalischen Grundstücken verübten Vergehen bedarf es einer Mittheilung der ergangenen Acten und Protokolle, sowie der ertheilten Entscheidungen an den Oberforst- oder Forstmeister nicht. Es sind jedoch diese Acten und Protokolle, sowie die gedachten Entscheidungen und die in diesen Sachen gehaltenen Tabellen dem Oberforstmeister auf Verlangen an Gerichtsstelle zur Einsicht vorzulegen oder auch, dafern die Acten und Protokolle entbehrlich sind, in seine Wohnung mitzutheilen. Auch sind ergangene Entscheidungen dem Oberforstmeister auf dessen Verlangen und gegen Erlegung der Copialgebühren abschriftlich zuzustellen. ib. §. 22. G.S. v. 1858 S. 102. **6)** Die Gerichtsämter haben auch künftig die vorgeschriebenen Verzeichnisse über die im Laufe jeden Jahres anhängig gewordenen und abgethanen Forstrügen und über die zuerkannten, verbüßten und noch rückständigen Forststrafen an das Justizministerium einzusenden. ib. §. 23. **IV. Allgemeine Bestimmungen. 1)** Bezüglich der Vollstreckung der Handarbeitsstrafen ist den zeitherigen Vorschriften in Verbindung mit den Vorschriften in Art. 23. d. Str.Gb. und Art. 25. Abs. 4. des Forst- rc. Strafgesetzes nachzugehen. V. v. 7. Mai 1858. §. 24. G.S. S. 102. Dazu s. Handarbeitsstrafe, Verwandlung, III. **2)** Soviel die Einträge in die tabellarischen Anzeigen der Forstbeamten anlangt, so vergl. ib. §. 25. G.S. v. 1858. S. 103. **3)** Bei den nach dem Forststrafgesetze zu untersuchenden und zu bestrafenden Vergehen ist, wenn eine Strafverfügung erlassen wird, oder wenn im regelmäßigen Verfahren nur auf eine, die Dauer von 3 Wochen nicht übersteigende Gefängniß- oder ihr gleichstehende Geldstrafe erkannt werden kann, weder eine Mittheilung der Anzeige, noch des Actenschlusses, noch endlich des Strafbescheids an die Staatsanwaltschaft nöthig. Vielmehr ist betreffs dieser Fälle in der an jene zu übersendenden Monatsübersicht die Zahl der Anzeigen und der angezeigten Personen, die Zahl der erlassenen Strafverfügungen und der ertheilten Bescheide und hierüber bezüglich der letzteren die Zahl der Verurtheilungen und die der Freisprechung nur summarisch anzugeben. Wird jedoch nach Erlaß einer Strafverfügung in Folge erhobener Einwendungen das regelmäßige Verfahren eingeleitet und in Folge desselben auf eine höhere Gefängnißstrafe als

3 Wochen oder auf eine ihr gleichstehende Geldstrafe erkannt, so bewendet es bezüglich der Aufnahme der Sache in die Monatsübersichten, sowie der Mittheilung des Actenschlusses und des Bescheids bei den allgemeinen Vorschriften. V. v. 7. Mai 1858. §. 26. G.S. S. 103. S. noch: Untersuchungsverfahren vor dem Einzelrichter.

Forstvergehen (außer der Entwendung. Vergl. d. Art.: Forstdiebstahl.) **1)** Wer mit einem zum Fällen, Roden oder Beschädigen des Holzes, zum Streurechen, zum Abbringen von Moos oder Gras oder zum Harzreißen dienenden Werkzeuge in einem fremden Walde außerhalb eines gestatteten Weges sich betreffen läßt, ohne einen erlaubten Zweck nachweisen zu können, wird mit Gefängniß bestraft bis zu 2 Tagen. G. v. 11. Aug. 1855. Art. 8. no. 1. G.S. S. 302. **2)** Mit Gefängniß bis zu 4 Tagen: wer das Recht oder die Erlaubniß hat, dürres in den Waldungen liegendes Holz, nebst solchen dürren Aesten, welche ohne Schaden der Bäume abgebrochen werden können, (Leseholz), zu erholen, und zu diesem Zwecke Bäume besteigt oder eiserne Werkzeuge anwendet oder die ihm hierbei sonst in Hinsicht auf Zeit, Ort oder Maß der Erholung auferlegte Beschränkung überschreitet. ib. no. 2. **3)** Wer aus fremder Waldung erholte Streu, zu deren Entnehmung er nur für seinen Wirthschaftsbedarf berechtigt ist, oder Leseholz an Andere verkauft oder abläßt, mit 24 Ngr. bis 2 Thlr. 12 Ngr., ib. no. 3. **4)** Wer eine Anweisung zur Erholung von Leseholz oder Streu erhalten hat und solche an Andere abtritt, mit 12 Ngr., ib. no. 4. — Wer bei dem Streurechen eiserner Werkzeuge sich bedient, mit 24 Ngr., ib. no. 5. — Wer an stehendem oder gefälltem Holze das Waldzeichen, die Nummer oder sonstige Bezeichnung beseitigt od. auf irgend eine Weise unkenntlich macht, mit 6 bis 24 Ngr., ib. no. 6. — Wer aufgesetzte Klaftern oder Schocke, sowie Holz- oder Torfhaufen einreißt oder umwirft, mit 6 bis 24 Ngr., ib. no. 7. **5)** Sonstige Vergehungen in Hinsicht auf Forst-, Feld- und Gartencultur. a) Wer ohne Befugniß über fremde Grundstücke reitet oder fährt, oder den Pflug daselbst wendet, mit 6 bis 24 Ngr., ang. G. Art. 9. unter 1. — Ist durch Handlungen der vorstehenden Art oder durch unbefugtes Betreten solcher Grundstücke ein Schade angerichtet worden, so kann die Strafe ansteigen bis 10 Thlr., ib. no. 2. — b) Wer unbefugt auf fremden Grundstücken Schutt, Steine, Unkraut oder Abfälle anderer Art abwirft oder ausschüttet, mit 6 Ngr. bis 3 Thlr., ib. no. 3. — c) Wer eine Anweisung zum Aehrenlesen erhalten hat und solche an Andere abtritt, mit 12 Ngr., ib. no. 4. — d) Wer unbefugter Weise auf landwirthschaftlichen Grundstücken oder im Walde oder in gefahrbringender Nähe des letzteren Feuer anzündet oder ein befugter Weise angemachtes beim Weggehen nicht auslöscht, mit 1 bis 5 Thlr., ib. no. 5. — e) Wer sich mit Geräthschaften, welche zur Abbringung oder Fortschaffung von Feld- oder Garten-Erzeugnissen, von Obst oder Gras geeignet sind, auf fremden Feld- oder Gartengrundstücken betreffen läßt, ohne einen erlaubten Zweck nachweisen zu können, mit Gefängniß bis 2 Tage, ib. no. 6. **6)** Rücksichtlich der in den oben cit. Art. 8. u. 9. erwähnten Forst-Vergehen, ferner bei den Hutungsvergehen u. den Vergehen an Gewässern (s. unter Gewässer den Art. 13. des G. v. 11. Aug. 1855.), kann bei dem Hinzutritte der Erschwerungsgründe, welche im Art. Forstdiebstahl unter 5. A. b., B. b. u. C. c. angegeben sind, nach den vorwaltenden Umständen die Strafe angemessen erhöht, auch statt Geld auf Gefängniß erkannt werden und ist letzteren Falles eine Geldbuße von 6 Groschen 1 Tage Gefängniß gleich zu achten. Ang. G. v. 11. Aug. 1855. Art. 14. G.S. S. 305. Diese Bestimmungen finden auch bei der wegen Rückfalls eintretenden Straferhöhung Statt. ib. Art. 15. **7)** Forstdiebstahl, Forstvergehen, Hutungsvergehen, Jagdvergehen und Vergehen an Gewässern (Art. 8—13. d. G. v. 11. Aug. 1855.) sind unter sich, nicht aber mit anderen strafbaren Handlungen für gleichartig (s. Gleichartigkeit) zu achten. Es sollen jedoch frühere Vergehen dieser Art, wenn seit dem letzten Tage der erfolgten Strafverbüßung

Ein Jahr abgelaufen ist, die Straferhöhung wegen Rückfalls nicht begründen. Ang. Art. 15. Wegen des Zusammentreffens der im citirt. Art. 14. gedachten Erschwerungsgründe und des Rückfalls gilt die Bestimmung im Art. 7. unter Forstdiebstahl, no. 8. — Ang. G. Art. 16. **8)** S. Concurrenz VII., Schaden, Werth, Verjährung, Untersuchungszust..., Antrag, Verwandlung, Confiscation, Ersatz, Schärfung, Str.Gb., Beschädigung.

Forstvermessungsanstalt. Die zeitherige F. ist von Tharandt nach Dresden verlegt und unter einem besondern, auch zu Revisionen zu verwendenden Vorstande mit dem Finanzministerium und der Finanzvermessungsanstalt in unmittelbare Verbindung gebracht. V. v. 27. Nov. 1851. §. 4. G.S. S. 395.

Forstverwaltung, Forstwesen. S. Holzwirthschaft, Finanz..., Forstdienst, Forstrügen.

Forthelfen, s. Unterstützung.

Fortkommen. S. Reisekosten, Reiselegitimationen, Beleidigung, und s. die Citate bei: Lebensunterhalt, ferner Untersuchungsk..., Staatsverträge, Persönlichkeit.

Fortlaufen, s. Flucht, Gesinde.

Fortschaffen. S. Veruntrauung, Verhehlen, Transport, Begräbniß, Reisende.

Fortschicken. S. Gesinde, Boten..., Briefe, Ausstoßung.

Fortsetzung. S. Ehesachen, Eigenthum an G., Miethe, Zumessung. — F. des Verbrechens: s. Concurrenz, Verjährung.

Fortstellen. S. Gerichtssitzung, Geheime Sitzung, Wiedereinsetz..., Uebergang, Einstellung, Anklageverfahren, Nichtigkeitsbeschwerde im A., Klage, Appellation, Armenrecht, Proceß.

Fortwährend, s. Unausgesetzt.

Fortweisen. S. Ausweisung, Relegation.

Fortziehen, s. Wegzug.

Forum. S. Gerichtsbarkeit, Gerichtsstand, Untersuch...

Fossilien. S. Steinkohlen, Erz, Berg..., Edelsteine, Freiberg, Magnete, Schürfen, Alaun, Muthen.

Fouragiren, s. Militairgewalt.

Fouriere. F. sind hinsichtlich der nach der Entlassung aus Militairdiensten zu genießenden Vortheile und Begünstigungen den Unteroffizieren gleichgestellt. V. v. 12. Febr. 1829. G.S. S. 81. [Aeltr. Best.: Rescr. v. 12. Sept. 1783. C.A. C. II. T. I. S. 1259.]

Frachtbriefe. S. Censur.

Frachtfuhrleute. S. Frachtfuhrwerk, Land- u. Miethk..., Verjährung.

Frachtfuhrwerk. **1)** Die Vorschriften über die Belastung des F.s und die nothwendige Felgenbreite auf den (in der G.S. v. 1841. S. 40. namhaft gemachten bestimmten) Chausséen enthält das G. v. 16. April 1840. §. 1—10. G.S. S. 57., und die V. v. 12. Mai 1841. G.S. S. 40. Vorher: Pat. v. 20. Mai 1820. G.S. S. 137., G.S. v. 1821. S. 91. und L.C.W. T.V. S. 255. **2)** Verboten ist das Spurhalten auf Chausséen, §. 11. d. G. Die eintretenden Strafbestimmungen enthalten die §§. 12—14. ib. Verhaftet ist subsidiarisch der Fuhrwerkseigenthümer und im Allgemeinen das Fuhrwerk, §. 15. **3)** Die Strafe wegen Ausstellung unrichtiger Ladescheine schreibt ib. §. 16. vor. Man vergl. über die Anwendbarkeit des Steuerstrafgesetzes v. 4. April 1838. §§. 11. 12. 37. 40—48. 56. u. 64—68.: §. 17. d. G. v. 16. April 1840. ib. **4)** Hinsichtlich der Competenzverhältnisse und des Untersuchungsverfahrens ist bei Uebertretungen des G. v. 16. April 1840. den Bestimmungen allenthalben analog nachzugehen, welche in den Gesetzen v. 27. Dec. 1833. G.S. S. 513. u. 14. Dec. 1837. G.S. S. 178. enthalten sind. Jedoch tritt in den Fällen §. 112. u. 113. des G. v. 1833. nicht eine extraordinäre Strafe, sondern Freisprechung zur Zeit und im Mangel mehreren Verdachts ein, §. 18. des G. v. 16. April 1840. G.S. S. 63. **5)** Die verpflichteten Auflåder sind auf Beobachtung §. 2. 3. des G. v. 16. April 1840. u. §. 35. des G. v. 4. April 1838. G.S. S. 354., wonach kein Wagen über 5 Ellen breit geladen werden darf, besonders zu verweisen. §. 4. der V. v. 12. Mai 1841. G.S. S. 41. Die Polizeibehörden und Beamten sind ange-

wiesen, in Bezug auf die Ausführung des G. v. 16. April 1840. den Zoll- u. Steuer- sowie Chausséebeamten die nöthige Assistenz zu leisten. §. 8. d. V. v. 12. Mai 1841. G.S. S. 42. **6)** S. Ausweichen, Felgenmesser, Hunde, Pulver, Zollbeamte.

Frachtgeld, s. Verjährung.

Fragen. S. Interrogatorien, Untersuchungsverfahren.

Fragstellung. S. Vernehmung, Hauptverhandlungs-T., Zeugen-Abhörung.

Fragstücke. S. Interrogatorien.

Frankenberg mit Sachsenburg. **1)** Die im dasigen Amtsbezirke wohnenden Katholiken (s. d.) gehören in die kath. Pfarrei zu Chemnitz, Bek. v. 1. Febr. 1828. G.S. S. 11. **2)** Der Vorschußverein: Decr. v. 14. Dec. 1859. G.S. v. 1860. S. 4. Dessen Stempelfreiheit, Bek. v. 7. Jan. 1860. G.S. S. 4. **3)** Die Anleihe von 40000 Thalern: Bek. v. 15. Nov. 1858. G.S. S. 351. **4)** Die Sparcasse: Decr. v. 30. Nov. 1846. Regul. S. 320. d. G.S. v. 1846.

Frankfurt. S. Münzwesen, Staatsverträge, I. II. VI., Reichstag, Reichsgesetze.

Frankiren. S. Post.

Frankreich, Franzosen. 1) Die Vertheilung der nach dem Kriege auf Reclamationen an F. eingegangenen Gelder betrifft die Bek. v. 12. Mai 1819. G.S. S. 172. **2)** Requisitionen und Zufertigungen dürfen an Französische Tribunale lediglich auf gesandtschaftlichem Wege erlassen werden, V. v. 13. Aug. 1828. u. v. 3. Sept. 1828. G.S. S. 199. 207. **3)** Die Französische Sprache gehört zu den bei den Abiturientenprüfungen der Gelehrtenschulen zu berücksichtigenden Gegenständen, Regul. v. 17. Dec. 1830. sub ☉ zu §. 7. G.S. v. 1831. S. 21. **4)** Die Todenscheine der in Sachsen sterbenden Franzosen sind von den Geistlichen durch die vorgesetzten Behörden an das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten einzusenden, welches letztre sie an die Französische Regierung gelangen läßt. Von dieser werden die Todenscheine der in Frankreich sterbenden Sächs. Unterthanen durch die Gesandtschaften ebenfalls an die Sächs. Regierung übersendet. Bek. v. 11. April 1836. G.S. S. 84. **5)** Für die im Königreiche Sachsen sich aufhaltenden Französischen Staatsangehörigen hat die Vorschrift bestanden, daß dieselben alljährlich bei der Kaiserlich Französischen Gesandtschaft die Erneuerung ihrer Päße in Person nachzusuchen gehabt haben. Neuerdings ist dort die Einrichtung getroffen worden, daß diejenigen Französischen Staatsangehörigen, welche sich bei der Gesandtschaft auf Grund ihrer heimathlichen Reiselegitimationen mit sogenannten, die Französische Staatsangehörigkeit der Inhaber bekundenden Einregistrirungszeugnissen — certificats d'immatriculation — versehen, von der alljährlichen Erneuerung ihrer Päße entbunden sein sollen und auf den Antrag jener Gesandtschaft ist beschlossen worden, die gedachten Einregistrirungszeugnisse, welche, ohne auf eine bestimmte Zeitdauer ausgestellt zu sein, den Namen, Stand und Gewerbe des Inhabers, den hierländischen Aufenthaltsort desselben und seinen Geburtsort in Frankreich, außerdem aber die Anerkennung des Inhabers als Kaiserlich Französischer Unterthan enthalten werden, an der Stelle der Päße, als für den Aufenthalt ihrer Inhaber in hiesigen Landen giltige Legitimationen anzuerkennen und behandeln zu lassen. V. v. 14. März 1859. G.S. S. 52. **6)** S. Staatsverträge, Telegraphen, Emigranten, Requisition, Todenscheine, Abschoß.

Franzosenkrankheit. S. Fleischer, Schaafe, Syphilis.

Frauen. 1) F. haben wegen Grundbesitzes oder eines Gewerbes (mit Ausschluß der Meisterswittwen) das Bürgerrecht zu suchen. St.O. v. 2. Febr. 1832. §. 49. G.S. S. 31. **2)** F. sind unfähig zur Wahl von Wahlmännern für den Landtag, §. 5. des G. v. 24. Sept. 1831. G.S. S. 288., und zu Abgeordneten für den Landtag gewählt zu werden, §. 8. ib. **3)** Die bürgerlichen Ehrenrechte können F., wenn sie auch das Bürgerrecht erlangt haben, nicht ausüben, §. 73. b. d. A.St.O. G.S. v. 1832. S. 36. **4)** Verehelichte F., wenn sie nicht von Tisch und Bette geschieden sind,

können an den Versammlungen der Landgemeinde nur durch ihre Ehemänner Theil nehmen, §. 30. 1. d. L.Gem.O. v. 7. Nov. 1838. G.S. S. 437. **5)** Zu Landgemeindeämtern sind F. ohne Unterschied nicht wählbar, §. 32. ib. **6)** Wenn volljährige u. verfügungsfähige F. und Ehefrauen sich für Andere, als den Ehemann, oder für letztern nach beendigter oder für nichtig erklärter Ehe verbürgen, oder solche Handlungen, welche der Verbürgung gleich sind (S. Ehefrauen), vornehmen, so bedarf es dazu keiner Förmlichkeit, außer bei Ehefrauen, die sich für Andre verbürgen, der des Beitritts des Ehemanns. Dasselbe gilt, wenn eine Ehefrau nach beendigter oder für nichtig erklärter Ehe eine während derselben bewirkte ungiltige Verbürgung anerkennt. — Es kommen also die bei derartigen Verbürgungen früher üblichen eidlichen Verzichte, od. Angelobungen mittelst Eides, Handschlags ꝛc. nicht mehr vor. M. v. 6. Nov. 1828. §. 13—15. G.S. S. 239. [Aeltr. Recht: Const. 16. P. II. C. A. T. I. S. 89., Dec. 25. v. 1661. ib. S. 306., Dec. 24. v. 1746. C. A. C. I. T. I. S. 356., O.A.Pat. d. 17. Mai 1732. L.C.W. T. I. S. 148. und C. A. C. I. T. III. S. 53.] **7)** Die Fertigung und Ausbesserung weiblicher Kleidungsstücke ist den F. nur für Personen ihres Geschlechts und für Kinder unter 14 Jahren gestattet, und zwar die Fertigung neuer und das Ertheilen von Unterricht im Schneidern nur in der Wohnung der Kunden. M. v. 3. Jan. 1831. G.S. S. 1. **8)** Es steht den Handwerkern frei, namentlich den Webern, zu Förderung einer und der andern Arbeit Personen weiblichen Geschlechts mit zu verwenden, und einem Gesellen, welcher in einer solchen Werkstelle mitgearbeitet hat, darf deshalb kein Vorwurf gemacht werden. M. v. 18. Sept. 1772. §. 3. C.A. C. II. T. I. S. 671. u. L.C.W. T. III. S. 275. **9)** S. Ehe..., Abtreibung, Geburt, Todesstrafe, Gewerbsunz..., Kuppelei, Unzucht, Transport, Nothzucht, Widernatürl..., Arrest, I., Entführung, Geburt, Gerichtsstand, Abwesende, Fleischliche V., Handel- u. Gewerbtreibende, Heimath, Geschlechtsvormundschaft, Hubertusburg, Väter, Verbürgung, Verwandte, Vormünderin, Waldheim, I., Wechselfähigkeit, Wittwen, Züchtigung.

Frauenschneider. S. Frauen.

Frauenstein. **1)** Die im Amtsbezirke F. wohnenden Katholiken (s. d.) gehören in die Pfarrei der kath. Hofkirche zu Dresden, Bek. v. 1. Febr. 1828. G.S. S. 11. **2)** Die Sparcasse: Decr. v. 18. Aug. 1853. G.S. S. 185.

Frauenvereine. Die Ober-Erzgebirgischen und Voigtländischen F. haben ein Gesamtstatut errichtet, welches landesherrlich confirmirt ist besage Decr. v. 4. März 1859. G.S. S. 55.

Frege'sche Anlehen. S. Anleihen.

Frei, s. Dispositions..., Hunde.

Freiberg. **1)** Ueber den Anfang und Schluß des Lehrjahres auf der Bergakademie vergl. das Pat. v. 23. Oct. 1816. C.A. C. III. T. II. S. 143. In Bezug auf den daselbst zu ertheilenden Unterricht in den Bergrechten: das Rescr. v. 8. Mai 1786. C.A. C. II. T. II. S. 229. Wegen der Mineralienverkaufsanstalt bei der Bergakademie sehe man die O.B.A.V. v. 16. Juni 1798. ib. S. 277. und wegen der Gerichtsbarkeit über sie das Rescr. v. 2. Jan. 1809. C.A. C. III. T. I. S. 231. **2)** Ueber die Stadtanleihe findet man das Nähere in der V. v. 19. Nov. 1836. G.S. S. 313. 338. **3)** Die Sparcasse und Leihanstalt zu F. erhielt ihre Bestätigung durch das Decr. v. 30. April 1833. G.S. S. 27. f. **4)** Die Bestimmungen zwischen Sachsen und Preußen wegen der Fonds des F.er Jungfrauen-Klosters St. Jacob enthält die Hauptconv. v. 28. Aug. 1819. Art. XXIV. 2. G.S. S. 296., und wegen der F.er Accession dieselbe Hauptconv. ib. **5)** Ueber die Aufnahme in das F.er Johannishospital erging das Rescr. v. 15. Aug. 1817. C.A. C. III. T. I. S. 156. **6)** Die Stadt F. hat eine Stelle auf den Fürstenschulen zu vergeben. Res. gr. v. 1661. Conf.-S. §. 24. C.A. T. I. S. 207. **7)** Das Gymnasium zu F. gehört unter die gelehrten Schulen. Bek. v. 2. Mai 1831. G.S. S. 98. **8)** Ueber das Schullehrerseminar in F. und die dort abzuhaltenden Schulamts-

candidaten-Prüfungen vergl. das Reg. v. 13. Juli 1835. §. 2. G.S. S. 395. **9)** Die im Amtsbezirke F. wohnenden Katholiken (s. d.) gehören unter die Pfarrei der kathol. Hofkirche zu Dresden. Bek. v. 1. Febr. 1828. G.S. S. 11. **10)** In F. besteht eine Prüfungscommission für mechanische Bauhandwerker, s. den Art. Baugewerken, 8. **11)** Der Stadtrath zu F. ist zu Ausstellung von Pässen in das Ausland ermächtigt. V. v. 15. Juli 1829. §. 1. G.S. S. 126. **12)** Ueber die im F.er Bergamtsreviere zu Verbesserung des Unterrichts der Bergjugend bestimmten Fonds vergl. das Rescr. v. 6. Febr. 1779. C. A. C. II. T. II. S. 195. **13)** Die Gnadengroschencasse: Decr. v. 24. Aug. 1854. G.S. S. 175. **14)** Der Gasbeleuchtungsactienverein, Decr. v. 27. Juni 1846. G.S. S. 69. **15)** S. Berggerichte, Gerichtsstand, Gewässer, Bergproducte, Dienstreserve, Finanzministerium, Stufen.

Freibierdeputate. Die Grundsätze für die Entschädigung der Rittergutsbesitzer der Lausitz in Absicht auf die vormaligen F. für die Rittergutsofficianten giebt die V. v. 10. Juli 1835. G.S. S. 392. an.

Freie Bestimmung. S. Zurechn..., Reue.

Freie Gemeinden. Die Verbindungen dieses Namens und ihrer Tendenz sind aufgehoben und verboten in der V. v. 11. Aug. 1851. G.S. S. 309.

Freie Vereinigung, s. Verträge, Ablösung.

Freiexemplare. 1) Von allen, für den Buchhandel oder sonst zur Verbreitung im Publicum bestimmten literarischen, im Königreiche Sachsen gedruckten Erzeugnissen der Presse hat der Verleger, oder, wenn dieser im Auslande wohnt, der Drucker gleichzeitig mit der ersten Ablieferung oder beziehendlich Versendung der Schrift ein Exemplar an das Ministerium des Innern gegen Empfangsbescheinigung unentgeltlich einzureichen, welches nachher an die K. Bibliothek in Dresden oder an die Universitätsbibliothek zu Leipzig, aber nicht eher, als bis die erste Ausgabe an die Abonnenten oder sonst erfolgt ist, abgegeben wird. Jedoch werden Prachtwerke mit Abbildungen dem Einsender binnen 6 Wochen, von der Einlieferung an gerechnet, zurückgestellt. Preß-G. v. 14. März 1851. §. 20. G.S. S. 66. Das Nähere s. in §. 13. der V. v. 15. März 1851. G.S. S. 74. **2)** Von jeder im Königreiche Sachsen erscheinenden oder auch blos gedruckten Zeitschrift ist durch den Redacteur, oder, wenn dieser im Auslande wohnt, durch den inländischen Drucker oder Verleger ein Exemplar eines jeden Stückes, Heftes oder Blattes (Nummer) an die Ortspolizeibehörde, welche solches nach genommener Einsicht sofort an das competente Criminal-Gericht abzugeben hat, ein zweites an die Kreisdirection des Bezirks und ein drittes an das Ministerium des Innern unentgeltlich und mit derselben Beschleunigung einzureichen, mit welcher die erste Ausgabe an die Abonnenten oder sonst erfolgt. Diese Zeitschriften bleiben Eigenthum der genannten Behörden. Ang. G. §. 20. cit. u. ang. V. §. 13. cit. **3)** Vorher ging: die V. v. 23. März 1848. G.S. S. 20., — das G. v. 18. Nov. 1848. §. 9. ib. S. 285., — die V. v. 30. Nov. 1848. ib. S. 302., — die V. v. 2. Jan. 1849. G.S. S. 1., — die V. v. 5. April 1849. G.S. S. 56., — die G.V. v. 4. Juni 1850. G.S. S. 147. u. s. Censur. **4)** Contraventionen werden gestraft mit Geld von 2—100 Thlr. oder Gefängniß von 2 Tagen bis 3 Monaten. Ang. G. v. 1851. §. 25. G.S. S. 67. — Dazu s. die V. v. 30. Jan. 1855. G.S. S. 27. f.

Freifahren. Ueber den Freifahrungsproceß vergl. man die O.B.A.V. v. 23. Aug. 1800. C. A. C. II. T. II. S. 285., Berg-O. v. 1589. Art. 23. C. A. T. II. S. 198.

Freihafen. S. Waarenniederlagen.

Freiheit, s. Befreiung. S. auch Arrest, Eigenthum, Jahrmarkt, Unterthanen.

Freiheitsbäume. S. Bundesbeschlüsse.

Freiheitsberaubung. 1) a) Wer widerrechtlich einen Menschen durch Einsperrung oder auf andere Weise der persönlichen Freiheit beraubt, oder dessen Verhaftung oder Enthaltung in einem öffentlichen Gefängnisse durch wis-

sentlich unwahre Angaben oder sonst auf rechtswidrige Weise veranlaßt, ist nach Verhältniß der Dauer und der Art der F. mit Gefängniß bis zu 2 Jahren oder mit Arbeitshaus bis zu 6 Jahren zu bestrafen. Str.Gb. v. 1855. Art. 197. b) Hat aber Jemand unter dem erdichteten Vorwande einer Geisteskrankheit die Enthaltung eines Anderen in einer Irrenanstalt veranlaßt, so ist auf Arbeitshaus oder Zuchthaus bis zu 12 Jahren zu erkennen. ib. **2)** Auf Beamte, welche ihr Amt zu einer widerrechtlichen F. gemißbraucht haben, leidet die im vorigen Artikel getroffene Bestimmung dann Anwendung, wenn sie dabei aus eigennütziger Absicht oder aus Bosheit gehandelt haben, es ist jedoch in diesem Falle auf keine geringere Strafe, als 2 Monate Gefängniß zu erkennen. Art. 198. **3)** Aeltern und deren Stellvertreter, welche das Züchtigungsrecht zu einer der Gesundheit ihrer Untergebenen nachtheiligen oder gefährlichen Einsperrung mißbrauchen, sind nach Art. 176. wegen Körperverletzung (s. d.) zu bestrafen. Die (ib.) in Art. 174. 175. enthaltenen Vorschriften wegen des Verfahrens leiden hier gleichfalls Anwendung. Art. 199. S. Polizei, Antrag, II. 2. **4)** Ist bei einer widerrechtlichen F. (no. 1. bis mit 3.) die Absicht dahin gegangen, einen Menschen für immer seiner persönlichen Freiheit zu berauben, so tritt Zuchthausstrafe von 4 bis 20 Jahren ein. Art. 200. **5)** S. Arrest.

Freiheitsstrafe. S. Zuchth..., Arbeitsh..., Gefängn..., Festung..., Strafdauer, Strafgeltung, Rechtsmittel, E., Vollstreckung, Arrest, Strafe, Zumessung, Appellationsgerichte.

Freiknechte. **1)** Inländischen Freiknechten dürfen zum Wandern von einer Meisterei zur andern die Pässe nur für ihre Person, nicht auch für ihre Familien ertheilt werden, sie könnten denn nachweisen, daß sie beireits anderswo ein Unterkommen gefunden haben, oder durch Verabschiedung aus der Arbeit zum Wegzuge mit den Ihrigen und zur Aufsuchung eines andern Aufenthalts genöthigt worden seien. V. v. 15. Juli 1829. §. 4. S.S. S. 127., Laus. V. v. 2. Sept. 1829. G.S. S. 149. **2)** S. Reiselegitimationen, IV. 25., Abdecken.

Freilassung. S. Arrest, Verbürgung, Pfandrecht.

Freiledig, s. Ledigkeit.

Freimachung. S. Arrest, I. II., Verbürgung, Pfandrecht, Ablösung, Militairpflicht.

Freimüthig. S. Ständeversammlung, Censur.

Freischule. S. Landesschulen, Erziehung.

Freisprechen. S. Erkenntnisse, Klage, Appellation in Crim., Beklagte, Angeschuldigte, Ehrenzeichen, Handgelöbniß, Offiziere, Erkenntnisse IV., Wiederaufnahme, Nichtigkeitsbeschwerde, Untersuchung.

Freistellen. S. Landesschulen, Stiftungen.

Freiwillig. S. Anzeigen, Armencasse, Entführung, Forstrügen, Subhastation, 17., Testamente, Verkümmerung, Versuch, Zoll, Zweikampf, Militairpflicht, Widerruf, Reue, Ersatz.

Freiwillige. **1)** Jeder Staatsangehörige kann, wenn er nicht über 26 Jahre alt ist, sich der Hinterziehung der Militairpflicht nicht schuldig gemacht hat, nach den gesetzlichen Bestimmungen diensttüchtig, unverheirathet oder kinderloser Wittwer ist, wenn er noch unter väterlicher Gewalt, oder in Dienst- oder Lehrverhältnissen steht, oder unmündig ist, die Einwilligung seines Vaters, des Dienst- oder Lehrherrn oder Vormundes, auch über die vorstehend bedungene Einwilligung, sowie über seine gute Aufführung ein Zeugniß von seiner Ortsobrigkeit beibringt, auf sein freiwilliges Anmelden in die Armee aufgenommen werden. Mannschaften, welche für eine besondere Dienstleistung geeignet erscheinen, kann, bei eintretendem Bedürfnisse, ausnahmsweise der freiwillige Eintritt gestattet werden, auch wenn sie das 26ste Lebensjahr bereits zurückgelegt haben. G. v. 1. Sept. 1858. §. 48. G.S. S. 193. **2)** Jeder, welcher zum ersten Male freiwillig in den Waffendienst eintritt, muß sich, dafern er seiner Waffenpflicht noch nicht Gnüge geleistet hat, zu einer 6jährigen Dienstzeit in der

activen Armee und zu einer 2jährigen in der Kriegsreserve verbindlich machen. ib. §. 49. **3)** Den Fr. soll freistehen, die Waffengattung zu benennen, zu welcher sie versetzt zu werden wünschen, sofern sie zu jener ausreichend befähigt und bei derselben Vacanzen vorhanden sind. ib. §. 50. **4)** Auch Soldaten, deren 6jährige Dienstzeit in der activen Armee zu Ende geht, können in selbiger freiwillig fortdienen, wenn sie noch vollkommen diensttüchtig sind, und gut gedient haben. Ebenso können schon verabschiedete Soldaten wieder in den Dienst eintreten, wenn bei ihnen die im vorstehenden Paragraphen erwähnten Voraussetzungen Statt finden und überdieß dieselben noch nicht über 32 Jahre alt sind, auch den 3 letzten Bedingungen §. 48. Gnüge leisten. ib. §. 51. 52. Diese Personen müssen sich zu einer Dienstleistung von wenigstens einem Jahre verbindlich machen. Ersteren soll aber diese längere Dienstzeit an ihrer Kriegsreservepflicht angerechnet werden. ib. §. 53. **5)** Zu dem freiwilligen Eintritte in den Militairdienst außer der Aushebungszeit ist aber eine schriftliche Ueberweisung derjenigen Amtshauptmannschaft erforderlich, in deren Bezirke der freiwillig Eintretende sich wesentlich aufhält. V. v. 1. Sept. 1858. §. 116. G.S. S. 231. Diese Ueberweisung muß die Erklärung enthalten, daß der Aufnahme in den Militairdienst kein Hinderniß entgegensteht. ib. §. 117. Jeder junge Mann, welcher beabsichtigt, freiwillig in den Militairdienst einzutreten, hat sich daher bei der Amtshauptmannschaft seines Aufenthaltorts persönlich zu melden und die nach §. 48. des G. (oben 1.) erforderlichen Nachweisungen beizubringen. Findet die Amtshauptmannschaft diese Nachweisungen nicht ausreichend, so hat sie deren Vervollständigung anzuordnen und, sobald diese erfolgt ist, die Untersuchung der Diensttüchtigkeit einzuleiten. Ang. V. §§. 118. 119. **6)** Nach beigebrachter Diensttüchtigkeit ist die Ueberweisung auszustellen und dem Nachsuchenden zur Abgabe an die Commandobehörde, bei welcher derselbe sich zur Aufnahme zu melden beabsichtigt, auszuhändigen, oder, nach Befinden, an selbige unmittelbar abzusenden. ib. §. 120. **7)** Wenn ein junger Mann als Signalist Aufnahme zu erlangen wünscht, so ist zwar Seiten der Amtshauptmannschaft von der Ermittelung der zur Diensttüchtigkeit mit erforderlichen gesetzlichen Körperlänge abzusehen, jeden Falls aber ohne weitere Erörterung die Ueberweisung zu versagen, wenn derselbe die Schuljahre noch nicht überschritten haben und der Schule noch nicht entlassen sein sollte. ib. §. 121. **8)** Dafern im einzelnen Falle ein Fr. sich unmittelbar und ohne amtshauptmannschaftliche Ueberweisung bei einer Commandobehörde meldet und um Aufnahme nachsucht, so kann zwar dieselbe zu Abkürzung des Verfahrens die Diensttüchtigkeitsuntersuchung vornehmen lassen, sie hat jedoch, wenn der Ansuchende tüchtig befunden worden, denselben an die betreffende Amtshauptmannschaft zu verweisen, bei selbiger die Ueberweisung zu veranlassen und bis zu deren Eingange mit der definitiven Aufnahme des Fr. Anstand zu nehmen. ib. §. 122. **9)** Ueber die außer der Aushebungszeit als Fr. oder Nachgestellte an das Militair abgegebenen Mannschaften haben die Amtshauptmannschaften mit dem Ablaufe eines jeden Vierteljahres in tabellarischer Form Anzeige an das Kriegsministerium zu erstatten. V. v. 1. Sept. 1858. §. 123. G.S. S. 232. **10)** Wollen Kriegsreservisten oder bereits verabschiedete Soldaten (§. 52. des G. oben 4.) wieder in die active Armee eintreten, so haben selbige ihre dießfallsigen Gesuche, und zwar Erstere bei ihrer Commandobehörde, Letztere bei der Commandobehörde derjenigen Truppenabtheilung, bei welcher sie aufgenommen zu werden wünschen, anzubringen. Das von denselben nach §. 48. des G. (oben 1.) gleichzeitig mit beizubringende Führungsattest ist ihnen von ihrer Ortsobrigkeit unentgeltlich auszustellen. ib. §. 124. G.S. v. 1858. S. 232. **11)** S. Armee.

Freizügigkeit. **1)** Die F. im Verhältnisse zu auswärtigen Staaten beruht auf den geschlossenen Staatsverträgen.

Innerhalb Landes beruht sie auf §. 17. d. G. v. 26. Nov. 1834. G.S. S. 452. **2)** S. Niederlassung, Abzugsrecht, Unterthanenrecht, Heimaths...

Fremde. S. Abendmahl, Aufenthalt, Ausländer, Anmaßung, Ausweisung, Beherbergen, Concursgläubiger, Confirmation, Dollmetscher, Erbzinsgüter, Gast- u. Schänk..., Geheimnisse, Jagd, Hausbesitzer, Heimaths..., Landgemeinde, Stadtgemeinde, Subhastation, Reiselegitimationen, Polizei, Offiziere, Post, Trauung, Unterkommen, Vagabonden, Auswärtige..., Ausländ..., Gewerb- u. Personalsteuer, Vernehmung, Gerichtsbezirke, Persönlichkeit, Uebersetzung.

Fremdenzeddel. S. Gast- u. Schänknahrung.

Fremdes Eigenthum. S. Eigenthumsverbrechen, Grenzen, Beschädigung.

Fressen. S. Hirten, Futter.

Freundschaft. S. Verwandte, Untersuchungsverfahren.

Frevel. S. Baumfrevel, Forstverbrechen, Prämien, Forst...

Frieden..., s. Landfr., Hausfr., Staatsverträge, Gemeindeleistungen, Militairgewalt, Militairleistungen.

Friedensgebot. S. Polizei.

Friedensrichter (für Rechtspflege). **1)** Das Amt der F. wurde, als ein Ehrenamt, durch das G. v. 22. Juni 1846. G.S. S. 81. und die V. v. 1. Nov. 1846. ib. S. 277. f. eingeführt. Richterliche Eigenschaft hatten die F. nicht, und wo die Gesetze die gerichtliche Form vorschreiben, galten die Verhandlungen vor den F.n nicht für gerichtliche. L.T.A. v. 17. Juni 1846. I. B. 16. G.S. S. 50., V. v. 22. Juni 1846. G.S. S. 80. Vielmehr war ihre Bestimmung die gütliche Beilegung von Privatrechtsstreitigkeiten (mit Ausnahme formeller Concurssachen, Vormundschafts- und Ehesachen), auch wohl die Aussöhnung auf wörtliche Beleidigungen. §§. 1. 20. 21. 32. 47. d. G. v. 22. Juni 1846. G.S. S. 81. f., §§. 3. 4. 19. 22. der Instruction der F. G.S. v. 1846. S. 284. **2)** Neben Aufhebung des G. v. 22. Juni 1846. führte das G. v. 11. Aug. 1855. G.S. S. 159. f., wonach die nach jenem Gesetze bestellten F., mit Ausnahme der in den Schönburg. Receßherrschaften bestellten, ihre Function niederzulegen hatten, unter d. Namen F. Organe zu Unterstützung der Verwaltung in jedem gerichtsamtlichen Sprengel ein. Vergl. über diese den nächsten Artikel. Die Gerichtsämter verwahren die Schriften u. Siegel der ehemaligen F. für Rechtspflege. V. v. 25. Jan. 1858. G.S. S. 5.

Friedensrichter (für Verwaltungszwecke). **1)** Zur Unterstützung und zum Beirathe der Verwaltung sind für jeden Gerichtsamts-Sprengel aus d. Mitte der größeren Grundbesitzer, sowie der sonst durch Vermögen, größeren Gewerbsbetrieb oder persönliche Stellung ausgezeichneten Einwohner des Bezirks eine Anzahl Personen vom Könige als Friedensrichter bestellt worden, G. v. 11. Aug. 1855. §. 1. G.S. S. 159., u. zwar deren für jeden amtshauptmannschaftlichen Bezirk im Ganzen nicht unter 15. und nicht über 30. ib. §. 2. **2)** Die Ernennung dieser F. erfolgt auf Vorschlag einer kreis- und, was die Oberlausitz betrifft, provincialständischen Commission, welche eine durch das Ministerium des Innern dem Könige vorzulegende Candidatenliste aufzustellen hat, ib. §. 2. Vergl. über die Zusammensetzung der besagten Commission (in den Erblanden durch die Kreis-Vorsitzenden und in der Lausitz durch den Landesältesten oder Landesbestallten und 6 Grundbesitzer) §. 2. cit. u. die V. v. 24. Juli 1857. §§. 1. f. G.S. S. 133. f. **3)** Wer vom Könige zum F. berufen ist, hat sich binnen 8 Tagen vom Empfange der desfallsigen Benachrichtigung an über Annahme oder Ablehnung des ihm übertragenen Amtes schriftlich zu erklären. Erfolgt die Annahme, so bleibt die Ernennung regelmäßig für den Zeitraum von 6 Jahren in Wirksamkeit. Die Friedensrichter können jedoch ebensowohl nach Ablauf dieses Zeitraums für die gleiche Zeitdauer von Neuem ernannt, als auch ihrer Stellung durch Königliche Entschließung schon früher enthoben werden. Von selbst erlischt das friedensrichterliche Amt bei

den dasselbe bekleidenden vormaligen Gerichtsinhabern durch Veräußerung des betreffenden, im Gerichtssprengel gelegenen Besitzthums, bei den anderen F. mit Verlegung des wesentlichen Wohnsitzes außerhalb des Gerichtssprengels. Auch kann ein F. auf die von ihm angenommene Stellung als solcher vor Ablauf der 6jährigen Wahlperiode freiwillig Verzicht leisten, ohne Angabe von Gründen, nur daß er solches 3 Monate vor der beabsichtigten Niederlegung des Amtes bei der Bezirksamtshauptmannschaft anzeige. Mit dem angegebenen Zeitpuncte erlischt sodann die Function von selbst. ib. §. 4. Dazu vergl. §. 12. f. der V. v. 24. Juli 1857. G.S. S. 138. f. **4)** Die F. sind obrigkeitliche Personen und in dieser ihrer Eigenschaft dem Amtshauptmanne des Bezirks untergeordnet, dem Gerichsamte aber für den ganzen Bereich seiner polizeilichen und gemeindeobrigkeitlichen Amtsthätigkeit zur Seite gestellt u. dazu berufen, bei Handhabung der gesetzlichen Ordnung innerhalb des Gerichtssprengels theils unterstützend, theils selbstständig mitzuwirken. Ausgenommen von der friedensrichterlichen Wirksamkeit sind die im Gerichtssprengel gelegenen Städte, in denen die allgemeine Städteordnung eingeführt ist, auch wenn das Gerichtsamt innerhalb derselben obrigkeitliche Rechte auszuüben haben sollte. §. 5. d. ang. G. v. 1855. G.S. S. 160. **5)** Das (nach §. 5. cit.) den F. zustehende Befugniß zur Mitwirkung bei den Geschäften der obrigkeitlichen und der Polizeiverwaltung erstreckt sich zwar an u. für sich auf alle Zweige der letzteren. Sie haben jedoch ihre Aufmerksamkeit und Fürsorge zunächst und vorzugsweise denjenigen Theilen der Sicherheits- und Wohlfahrtspolizeipflege zu widmen, welche die Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung und die Abwehr von Friedensstörungen, die Veranstaltungen für die Sicherheit der Personen und des Eigenthums, das örtliche und Bezirksarmenwesen, den Zustand nicht fiscalischer öffentlicher Communicationswege, die öffentliche Sittlichkeit, die Nahrungs- und Erwerbsverhältnisse der arbeitenden Volksclassen, u. die in diesen verschiedenen Beziehungen den Verwaltungsobrigkeiten obliegenden Thätigkeitsäußerungen betreffen. Die Theilnahme der F. an den Geschäften der gerichtlichen Polizei (s. Gerichtliche P.) beschränkt sich auf Anordnung von Verhaftungen der auf der That ergriffenen oder flüchtigen Verbrecher u. auf Veranstaltung von Haussuchungen nach gestohlenem Gute. G. v. 11. Aug. 1855. §. 6. G.S. S. 160. **6)** In diesem Bereiche steht es dem F. zu, über die gehörige Befolgung der einschlagenden Gesetze und Verordnungen Aufsicht zu führen, gegen Ungebührnisse und Ordnungswidrigkeiten durch Verbote und Verweisung auf die bestehenden gesetzlichen Strafen, sowie nöthigenfalls durch Festnahme der Widersetzlichen einzuschreiten und die vorgekommenen Zuwiderhandlungen dem Gerichtsamte anzuzeigen, auch in dringenden Fällen selbst, anstatt der Behörde, die durch die Umstände gebotenen Anordnungen zu treffen und die erforderlichen Sicherheitsmaßregeln zu ergreifen. Mit den von ihm zu erlassenden Ge- u. Verboten kann er Strafandrohungen bis zur Höhe von 5 Thalern — — verbinden, auch in Zuwiderhandlungsfällen die Geldstrafe für verwirkt erklären und den Betrag von dem Schuldigen selbst einfordern. Zahlt der Schuldige binnen der ihm zu bestimmenden Frist sie nicht, so ist die Sache dem Gerichtsamte zur Erörterung und Fortstellung zu überlassen. Eingehobene Geldstrafen fallen der Armencasse des Orts zu, wo die Contravention begangen worden. Die auf Veranstaltung des F.s zu Arrest gebrachten Personen sind spätestens innerhalb der nächsten 24 Stunden an das Gerichtsamt abzuliefern. Ang. G. §. 7. **7)** Zu Ausführung seiner Anordnungen stehen dem F. die Ortsgerichtspersonen, nichtminder die sonst für die polizeiliche Localaufsicht, sowie für den Flur- und Forstschutz und zu Besorgung des Tag- und Nachtwächterdienstes bestellten Organe zur Verfügung. Die Gendarmen und die polizeilichen Executivbeamten des Gerichts-

amtes haben ihm auf Verlangen Unterstützung zu leisten. Ang. G. §. 8. u. ang. V. v. 1857. §. 14. G.S. S. 139. **8)** Der F. hat die in seinen amtlichen Wirkungskreis fallenden Geschäfte nach seinem Ermessen und unter eigener Verantwortlichkeit zu besorgen. Er hat jedoch von wichtigeren Verfügungen das Gerichtsamt in Kenntniß zu setzen. Meinungsverschiedenheiten, die sich bei Ausübung der friedensrichterlichen Function zwischen dem F. und dem Gerichtsamte ergeben und durch Vernehmung mit einander nicht zu erledigen sein sollten, sind zur Entscheidung der Bezirksamtshauptmannschaft zu stellen. Bis diese erfolgt, ist der Ansicht des Gerichtsamtes nachzugehen. Im Allgemeinen hat das Gerichtsamt in seinen amtlichen Beziehungen zu den F.n sich der dem Verhältnisse der letzteren als selbständiger ihm zugeordneter Hilfsbeamte entsprechenden Geschäftsformen zu bedienen. Ang. G. v. 11. Aug. 1855. §. 9. G.S. S. 161. **9)** Verfügungen, welche dem nach der Beilage sub ⊙ G.S. v. 1855. S. 150. f. den vormaligen Gerichtsherren vorbehaltenen Wirkungskreise angehören, hat der F. innerhalb der früher unter Patrimonialgerichtsbarkeit gehörigen Bezirke nur dann unmittelbar zu treffen, wenn der Gutsherr auf Ausübung der ihm zustehenden polizeilichen Befugnisse für seine Person verzichtet hat, oder deren verlustig geworden ist, oder wenn derselbe ohne einen Stellvertreter ernannt zu haben, abwesend ist, oder nach vorgängiger Erinnerung des F. der Sache sich nicht annimmt, oder wenn Gefahr im Verzuge ist. Es ist jedoch in den letzten beiden Fällen dem Gutsherrn von der getroffenen Anordnung baldthunlichste Nachricht zu geben. Ang. G. v. 11. Aug. 1855. §. 10. G.S. S. 162. **10)** Unter Vermittelung der Amtshauptmannschaft u. Vernehmung des Gerichtsamtes ist für die einem Gerichtssprengel angehörigen F. eine Vereinigung darüber getroffen worden, auf welche Ortschaften und Gegenden des Gerichtssprengels sich die Wirksamkeit eines jeden derselben beziehen soll. In Abwesenheits- und Behinderungsfällen haben sich die F. eines Gerichtssprengels nach zu treffender Abrede und nöthigenfalls nach Bestimmung der Amtshauptmannschaft unter einander zu vertreten. Ang. G. v. 11. Aug. 1855. §. 11. G.S. S. 162., u. dazu §. 15. d. V. v. 24. Juli 1857. G.S. S. 139. **11)** Das friedensrichterliche Amt hat die Bedeutung eines bürgerlichen Ehrenamtes und wird unentgeltlich verwaltet, §. 12. ib.; den mit Besorgung der friedensrichterlichen Geschäfte verbundenen Bureauaufwand hat der F. aus eigenen Mitteln zu bestreiten. ib. §. 13. **12)** Jeder F. ist bei Antritt seines Amtes unter Zugrundelegung der der V. v. 2. Nov. 1837. unter B. beigefügten Eidesformel (s. Verpflichtung) bei d. Bezirksamtshauptmannschaft mittelst an Eidesstatt abzugebenden Handschlags in Pflicht zu nehmen, ib. §. 14., worauf er ein Amtssiegel erhält, für seine amtlichen Schriften die Portofreiheit in demselben Umfange, wie sie überhaupt für Officialcorrespondenz besteht, genießt, ib. §. 15., und bei Ausübung seines Amtes die ihm als obrigkeitlicher Person gebührende Achtung und Folgsamkeit zu beanspruchen hat. §. 16. In besonderer Beziehung auf den Verpflichtungs-Act s. §. 16. d. V. v. 24. Juli 1857. G.S. S. 139. **13)** Der Verein sämtlicher Friedensrichter des amtshauptmannschaftlichen Bezirks od. auch ein, je nach dem Bedürfnisse, aus der Mitte derselben zu bestellender Ausschuß dient der Kreisdirection u. der Amtshauptmannschaft als berathendes Organ für die Angelegenheiten des Bezirks. Ebenso dient dem Gerichtsamte, als Verwaltungsbehörde, der Verein der in seinem Sprengel angestellten F. als berathendes Organ. In den nach Beschaffenheit des Gegenstandes dazu geeigneten Fällen können außer den F. auch die Bürgermeister oder ersten Rathspersonen derjenigen im Bezirke, beziehendlich im Gerichtssprengel gelegenen Städte, welche der König durch besondere Entschließung dazu von Zeit zu Zeit bezeichnen wird, zur Theilnahme an den Berathungen einberufen werden. G. v. 11. Aug. 1855. §. 17. G.S. S. 163. Das Nähere über den Zusammentritt der engeren oder weiteren frie-

densrichterlichen Versammlungen s. ib. §§. 18—20. u. §. 17. f. der V. v. 24. Juli 1857. G.S. S. 140. f. **14)** Wegen Anwendung des gegenwärtigen Gesetzes auf die dem Hause Schönburg gehörigen Receßherrschaften Glauchau, Waldenburg, Lichtenstein, Hartenstein und Stein ist besondere Bestimmung vorbehalten. Ang. G. §. 21.

Friedhof. S. Kirchhöfe.

Frische That. S. Ergreifen.

Frischproceß. S. Finanzministerium.

Fristen. **1)** Alle F. des Civilprocesses, mithin auch die zehntägige F. zu Einwendung von Rechtsmitteln, laufen bis Nachmittags 5 Uhr des Tages, an welchem sie zu Ende gehen. M. v. 13. März 1822. §. 25. G.S. S. 212., M. v. 3. April 1824. §. 3. G.S. S. 43. Dieß ist aber von Terminen nicht zu verstehen, und daraus eine Abänderung der E.P.O. ad Tit. IV. §. 5. S. 42. wegen der Publications- und Schwörungstermine nicht zu folgern. Rescr. v. 22. Sept. 1824. G.S. S. 186. **2)** Ueber die Appellationsfatalien und die F. zu Einwendung sonstiger Rechtsmittel s. die Art.: Appellation II. 13. f., Appellationsgericht, b. vorm. 2., Nullitätsklagen, Rechtsmittel, Recurs. **3)** Die in der Str.Pr.O. bestimmten F. können nicht verlängert werden. Die eintägige Frist geht den nächstfolgenden Tag Abends 6 Uhr zu Ende. Bei Berechnung einer mehrtägigen Frist wird der Tag, von welchem an sie beginnt, nicht mit gezählt. Sie geht am letzten Tage Abends 6 Uhr zu Ende. Sonn- u. Feiertage werden mitgerechnet. Ist jedoch der Tag, an welchem die Frist abläuft, ein Sonntag oder Feiertag, so geht die Frist erst den folgenden Werktag Abends 6 Uhr zu Ende. Str.Pr.O. Art. 19. Als Feiertage sind zu betrachten: der Neujahrstag, der 6. Januar, der 25. März, der grüne Donnerstag, der Charfreitag, der Ostermontag, der Himmelfahrtstag, der Pfingstmontag, das Reformationsfest, die beiden Weihnachtsfeiertage und die beiden Bußtage. ib. **4)** F. insbesondre im Wechselverkehre: s. Präsentation, Zahlungstag, Regreß M.3., Ehrenannahme, Amortisation. **5)** Ueber folgende F. sehe man die nachbemerkten Artikel, und zwar wegen F. von **24 Stunden:** Arrest, Gefängnißstrafe, Feuer, Gast- und Sch., — **36 Stunden:** Todenschau, — **48 Stunden:** Feuer, — **3 Tagen:** Anatomische A., Appellation, II., Feuer, Flachs, Todenschau, Leichen, — **4 Tagen:** Termin, — **7 Tagen:** Gewissensvertretung, Verfahren, — **8 Tagen:** Appellation, II., Ausweisung, Brandstiftung, Eid, Executionsproceß, Executionsverfahren, Forstrügen, Grund- u. H., Kirchentrauer, Litisdenunciation, Reihezug, Taufe, — **8—14 Tagen:** Geringf. Rechtsf., Urkunden, — **10 Tagen:** Ablösungsbehörden, Appellation, I. 6. II. 12. III. A. 1., Rechtskraft, Recurs, Verwaltungsstreitigkeiten, — **14 Tagen:** Appellation, II. III., Concursgläubiger, C., Concursproceß, Executionsproceß, Executionsverfahren, Gegenbeweis, Gesinde, Verfahren, Vorladung, — **15 Tagen:** Spolium, — **3 Wochen:** Ablösung, Ausweisung, Concursproceß, Dikasterien, Verfahren, Verkümmerung, Vertheidigung, — **4 Wochen:** Brandstiftung, Appellation, II. 13., Erkenntnisse, Fund, Geringf. R., Kirchenstühle, Miethe, Patronatrecht, Provocationspr., Staatsgerichtshof, Subhastation, — **30 Tagen:** Pfandrecht, III., Testamente, Miethe, Vermächtniß, — **6 Wochen:** Concursproceß, Gemeinderath, Gewerb- u. Pers..., — **6 W. und 3 T.:** Beklagte, Beweis, Dikasterien, Executionsproceß, Executivproceß, Gegenbeweis, Gewissensvertretung, Intervention, Kläger, Provocationspr., Vorkauf, Vorladung, — **8 Wochen:** Beweis, Anzeigen, Concursgläubiger, C., Eigenthum an G., Erben, Erbschaft, Erkenntnisse, Felonie, Gnadenhalbjahr, Grund- und H., Patronat-Recht, Subhastation, Verschwender, — **9 Wochen:** Concursproceß, — **2 Mal 6 W. und 3 T.:** Concursproceß, Litisreassumtion, Militairpflicht, — **12 Wochen:** Ablösungsbehörden, Bewirthungstaxen, Concursproceß, Vermächtniß, — **4 Monaten:** Erben, — **3 Mal 6 W. und 3 T.:** Edictalcitation, — **6 Monaten:** Arzneiwaaren, Banknoten, Ehe, Erben, Executionsverfahren, Gnadenhalbjahr, Hypo-

thekenbank, Kriegsreserve, Kure, Patronatrecht, Pfandrecht, II., Subhastation, Testamente, Verzugszinsen, Vorkauf, — **1 Jahr:** Abgabenreste, Ablösungsbehörden, Ehe, Erben, Erbschaft, Grund- u. H., Heimathsangehörigkeit, Hypothekenbank, Kure, Landes-Imm., Verwandlung, Strafe, Landes-V., Miethe, Post, Rechtscandidaten, Verjährung, Vorkauf, — **1 J. 6 W. u. 3 T.:** Grund- u. H., Edictalcitation, Verjährung, — **2 Jahren:** Abgabenreste, Arrest, Ausland, Concursgläubiger, III. Cl., Erbzinsgüter, Heilkunde, Strafe, Verwandlung, Pfandrecht, II., — **2 Jahren und 2 Mal 6 W. u. 3 T.:** Verjährung, — **3 Jahren:** Erbzinsgüter, Gemeindeleistungen, Pfandrecht, Miethe, Dienstreserve, Kriegsreserve, Anmaßung, Rentenbriefe, Verjährung, — **4 Jahren:** Apotheken, Edictalcitation, Verjährung, I., Miethe, — **5 Jahren:** Dorfhandel, Edictalcitation, Apotheken, Einreden, Testamente, Verjährung, — **6 Jahren:** Dienstreserve, Ausländer, Militairpflicht, Spielschulden, — **8 Jahren:** Schulzeit, — **10 Jahren:** Edictalcitation, Jagd, Eigenthum an G., Rentenbriefe, Subhastation, Verjährung, I., — **12 Jahren:** Ablösung, — **15 Jahren:** Verjährung, II., — **20 Jahren:** Edictalcitation, Testamente, — **30 Jahren:** Eigenthum an G., — **31 Jahren 6 W. u. 3 T.:** Bier, Decret, Edictalcitation, Eigenthum, Erbgüter, Gewohnheitsrecht, Jagd, Lehnwaare, Verjährung, Vorkauf, — **40 Jahren:** Geistliche, — **55 Jahren:** Reallasten, — **60 Jahren:** Testamente, — **90 Jahren:** Erbfolge. **6)** Noch enthalten Bestimmungen wegen F. die Artikel: Advocaten, Wiedereinsetzung, Anzeigen, Armenrecht, Beweis, Ehesachen, Militairpflicht, Clausel, Compromisse, Erben, Verwaltungsstreitigkeiten, Jagdpacht, Verjährung, Rückfall, Uebergang, Gestellung, Oeffentliche Vorl..., Eigen..., Schuldarrest.

Frivolität. S. Appellation, I. 6., Bosheit, Leichtsinn, Unbedachtſ...

Frohburg. Die Sparcasse, Decr. v. 14. Sept. 1857. G.S. S. 243.

Frohndienste, s. Frohnen.

Frohne. **1)** Nach der Pol.O. v. 22. Juni 1661. Tit. 21. §. 4. C.A. T. I. S. 1585. f. sollen die Kinder der Amtsfrohne, Stadt- und Landgerichtsdiener bei allen Handwerken aufgenommen werden, auch sollen die Richter und Gerichtspersonen, welche auf dem Lande das Arretiren verrichten, weder selbst noch ihre Kinder von den Handwerken ausgeschlossen werden dürfen; s. noch das M. v. 19. Oct. 1731. §. 4. C.A. C. I. T. I. S. 582. und L.C.W. T. I. S. 595. **2)** S. Arrest, Atzungskosten, Amtswohnungen, Stempelfreiheit, Auspfändung, Gendarmen, Forstverbrechen, Hunde, Justizämter, Taxordnungen, Unzucht.

Frohnen. S. Appellation, I. 6., Dienste.

Frohnfeste. S. Justizämter, Gefängnisse.

Frohnsachen. S. Appellation, I. 6., Dienste.

Frost, s. Winter.

Frottiren, s. Reiben.

Frucht, s. Embryo, Früchte.

Fruchtbäume. S. Baumfrevel, Bäume, Beschädigung, Forstverbrechen.

Fruchtfelder. S. Brandstiftung, Getreide, Erndte, Forst...

Fruchtnießer. S. Nutzungen.

Fructuum perceptio. S. Nutzungen.

Früchte. **1)** Ein besondrer Erschwerungsgrund innerhalb des Strafmaßes war es auch früher, wenn der Diebstahl an Feld- u. Gartenfrüchten verübt worden war. Art. 226. d. Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 167. [Vorher: Const. 37. P. IV. C.A. T. I. S. 127., M. v. 11. Mai 1726. §. 19. C.A. C. I. T. I. S. 531., Gen. v. 22. Juni 1772. C.A. C. III. T. I. S. 378., O.A.Pat. v. 3. Juli 1772. C.A. C. II. T. III. S. 49., Gen. v. 29. Juni 1805. C.A. C. III. T. I. S. 443., v. 25. Juni 1817. ib. S. 308.] Wegen des heutigen Rechts s. den Artikel: Forstdiebstahl. **2)** Der Genuß unzeitiger Feldfrüchte und das unzeitige Abschneiden derselben ist zu untersagen. Gen. v. 22. Juni 1772. C.A. C. III. T. I. S. 378., O.A.Pat. v. 3. Juli 1772. C.A. C. II. T. III. S. 49. u. L.C.W. T. III. S. 613., Gen. v. 29. Juni 1805. C.A. C. III. T. I. S. 443. **3)** Aus Ländern, worin die Viehseuche herrscht, dürfen Gartengewächse und Zwiebeln nicht eingeführt

werden, M. v. 13. Mai 1780. Cap. I. §. 2. L.C.W. T. III. S. 407. u. C.A. C. II. T. I. S. 783. **4)** S. auch: Auszug, Beschädigung, Diebstahl, Getreide, Nutzungen, Erndte, Lehnwaare, Pfandrecht, Vermächtniß, Waldungen.

Frühgeburt, s. Fehlgeburt.

Füchse. S. Jagd.

Fünf und Vierzig-Gulden-Fuß, s. Münzwesen.

Fürbitte. S. Empfehlung, Geier, Patronatrecht.

Für geschehen annehmen (bei der Hilfsvollstreckung); s. Executionsverfahren.

Fürsorge, s. Aufmerksamkeit.

Fürsten, s. Souverains, König.

Fürstenschulen. S. Landesschulen.

Fürstliches Wort. S. Verfassung.

Fütterung, s. Futter.

Fuhren. **1)** Die Bestimmungen über die Anzahl der F., welche anziehende Geistliche u. Schullehrer von den Parochianen zu fordern berechtigt sind, enthält das Regul. v. 18. Febr. 1799. §. 8. C.A. C. II. T. I. S. 224. Das eigne Gespann derselben ist bei ihrer Einholung mit zu verwenden, §. 11. des ang. Regul. **2)** S. Aemter, Ausländer, Auszug, Militairleistungen, Post, Extrapost, Hufengeld, Reiselegitimationen, Vagabonden, Vorräthe, Waldheim, I., Amtsfuhren, Transport.

Fuhrleute. **1)** Bei Feuersgefahr müssen auch die am Orte oder in der Nachbarschaft des Brandes eben anwesenden F., gleich den Pferde haltenden Einwohnern, ihre Pferde zum Anfahren der Spritzen u. Wasserfässer hergeben. D.F.O. v. 1775. u. 1777. Cap. III. §. 7. C.A. C.II. T. I. S. 711., C.A. C. II. T. III. S. 123. u. L.C.W. T. III. S. 369. **2)** Orte, wo die Viehseuche ist, müssen sie vermeiden, M. v. 13. Mai 1780. Cap. III. §. 23. L.C.W. T. III. S. 416., C.A. C. II. T. I. S. 783. **3)** S. Frachtfuhrwerk, Land- und Miethkutscher, Ausweichen, Pulver, Hunde, Eisenbahnen u. T.

Fuhrlohn. S. Reisekosten, Mühlen, Verjährung.

Fuhrwerk. S. Frachtfuhrwerk, Chausséen, Fortkommen, Wagen.

Fulda. S. Staatsvertr., I.

Functionen, öff. S. Aemter, Anmaßung, Rechte.

Fundation. S. Stiftungen, Anstalten.

Fundgruben. S. Gruben.

Fundunterschlagung. **1)** Wer eine verlorene Sache, wohin auch angeschwemmte Sachen und Schätze zu rechnen, findet und solche unterschlägt, wird auf Antrag mit der Hälfte der auf den einfachen Diebstahl gesetzten Strafe bestraft. Str.Gb. v. 1855. Art. 291. (Vorher: Art. 241. des Cr.Gb. v. 1838. G.S. S. 170.) **2)** Die F. wird angenommen, wenn der Finder eine Handlung vorgenommen hat, aus welcher die Absicht, die Sache sich anzueignen, hervorgeht, insonderheit wenn derselbe die Sache in Verwahrung genommen und auf geschehene Nachfrage verleugnet, od. an den ihm bekannten Verlierer, Eigenthümer, oder sonstigen Berechtigten innerhalb 14 Tagen von dem Tage an, wo ihm eine dieser Personen bekannt geworden, nicht zurückgegeben hat, ohne für sein Verhalten genügende Entschuldigungsgründe beibringen zu können. Ang. Art. 291. des Str Gb. **3)** Hat eine F. noch nicht Statt gefunden, der Finder aber die Sache in Verwahrung genommen u. innerhalb 4 Wochen, von der Auffindung an gerechnet, weder bei der Behörde eine Anzeige davon gemacht, noch sonst etwas gethan, um den ihm unbekannten Eigenthümer zu ermitteln, so trifft ihn auf Antrag Gefängniß bis zu 2 Monaten oder Geldbuße bis zu 200 Thlrn. ib. **4)** Eine Bestrafung findet nicht Statt, wenn der Werth der Sache 1 Thaler nicht übersteigt, oder der Finder sie nur deshalb, weil sie dem Verderben ausgesetzt war, verbraucht, dafern er nur nicht zu einer Zeit, wo er die Sache noch im Besitz hatte, auf geschehene Nachfrage dieselbe verleugnet hat. ib. **5)** Beim Militair: M.Str.Gb. v. 1855. §. 37. unter: Militairstrafgesetzbuch. **6)** S. Unterschlagung, Entfremdung, Versuch.

Furcht. S. Drohung.

Furtum. S. Diebstahl.

Furtum usus. S. Anmaßung.

Fuß, s. Abgabenfuß, Gehen, Münzwesen, Gewicht u. Maß.

Fußbekleidung. S. Arrest, II., Kleider.

Fußboden. **1)** Die F. sind in allen Küchen, Waschhäusern, und andern zur Feuerung bestimmten Oertern, nie mit Holz zu dielen, sondern mit platten Ziegeln, äußersten Falls mit Estrich zu bedecken und im guten Stande zu erhalten. D.F.O. v. 18. Febr. 1775. u. Laus. D.F.O. v. 8. Febr. 1777. Cap. I. §. 3. C.A. C. II. T. I. S. 713., C.A. C. II. T. III. S. 113., u. L.C.W. T. III. S. 353. **2)** S. Oefen, Rauchkammern.

Fußpfad. S. Leinpfad.

Futter. **1)** Wenn zur Zeit von Viehseuchen fremdes Vieh durch das Land getrieben wird, so soll das Vieh beim Haltmachen in einiger Entfernung von den Städten und Dörfern lagern, und von dem ihm vorgeworfenen und nicht aufgezehrten F. darf Niemand bei 20 Thlr. Strafe oder 4 Wochen Gefängniß etwas zur Fütterung für sein eigenes Vieh gebrauchen. M. v. 13. Mai 1780. Cap. 1. §. 17., Cap. 3. §. 6. u. Cap. IV. §. 8. C. A. C. II. T. I. S. 783., C.A. C.II. T.III. S. 163. u. L.C.W. T. III. S.413., Gen. v. 12. März 1788. C.A. C.II. T. I. S. 969. u. O.A.Pat. v. 19. Mai 1802. L.C.W. T.V. S. 411. Handelsschweine dürfen, zu Verhütung der hitzigen Maul- und Klauenseuche, nur auf öffentl. Wegen getrieben werden und bei Strafe nicht auf Privat-, Gemeinde- oder fiscalischen Grundstücken ohne Genehmigung der Besitzer oder Verwalter derselben lagern, weiden oder getrieben werden. V. v. 14. Juli 1847. §. 4. G.S. S. 130. **2)** S. Auszug, Heu, Hausgenossen.

Futterklingen. S. Hausiren.

Futtersalz, s. Salz.

G.

Gaben. S. Abgaben, Almosen.

Gänse. S. Forstvergehen, Jagd, Gemeinheitstheilung, Hutungsverg...

Gärten. S. Garten.

Gärtner. S. Bauergüter, Eid, Reiselegitimationen, Bier, Paßkarten.

Gäste. S. Gast- u. Schänk..., Beherbergen, Hausbesitzer, Verjährung, Verkümmerung.

Galvanismus. S. Elektr...

Gangbar. S. Gruben, Halden, Münzwesen.

Gant. S. Auction, Subhastation, Bankrott.

Ganz gering. S. Geringfügige.

Garantie, s. Sicherheit.

Garben. S. Getreide.

Garbenzehnd. S. Ablösung, Zehend.

Garderobengeld. S. Apanagen.

Garkücheninhaber. S. Gast- und Schänknahrung.

Garn. **1)** Den Handel mit wollenen und leinenen G. giebt die V. v. 5. April 1823. G.S. S. 76. frei. [Aeltr. Verf.: L.O. v. 1. Oct. 1555. Tit. Von schädl. Vorkäufen C. A. T. I. S. 69., Pat. v. 3. März 1653. ib. S. 1541., Res. gr. v. 1661. Justizf. §. 104. ib. S. 246., Verb. v. 16. Juni 1696. ib. S. 1701., Bef. v. 28. Sept. 1709. ib. S. 1761., v. 10. Juni 1717. ib. S. 1873., V. v. 3. Dec. 1720. ib. S. 1933., Gen. v. 17. Sept. 1763. C. A. C. I. T. I. S. 863., O.A.-Pat. v. 28. Dec. 1761. C. A. C. I. T. III. S. 156. u. L.C.W. T. III. S. 581., Bef. v. 28. Sept. 1764. C. A. C. I. T. I. S. 888., O A.Pat. v. 20. Febr. 1765. C. A. C. I. T. III. S. 164. u. L.C.W. T. III. S. 586., Gen. v. 6. Aug. 1778. C. A. C. II. T. II. S. 753., Gen. v. 28. April 1787. ib. S. 1295., v. 25. Juli 1789. ib. S. 647., Gen. v. 29 Juni 1816. §. 4. C.A. C. III. T. II. S. 625.] **2)** Der Verkauf und die Verwendung der mit metallischem Grün gefärbten G. ist, als der menschlichen Gesundheit nachtheilig, unter Androhung der Strafe für den unerlaubten Vertrieb gifthaltiger Waaren, verboten worden. V. v. 24. Oct. 1840. G.S. S. 303. **3)** Das G.maß anlangend, so war bisher die Leipziger Elle der Maßstab, nach welchem die Weifen aller Arten von Gespinnsten gefertigt werden sollten. Gen. v. 20. Nov. 1754. und für die Laus. O.A.Pat. v. 26. Sept. 1755., sowie Reglem. unter ⊙ §. 3—6. C.A. C. I. C. I. S. 814., C.A. C. II. T. III. S. 37. u.

L.C.W. T. III. S. 574., Gen. v. 19. Aug. 1763. C.A. C.I. T.I. S. 683., O.A.Pat. v. 20. Febr. 1765. C.A. C.I. T.I. S. 165. und L.C.W. T. III. S. 586., O.A.Pat. v. 22. Jan. 1799. C.A. C.II. T.III. S. 573. u. L.C.W. T. V. S. 708. Hiernach theilte sich aller Orten bei baum- und schafwollenem Gespinnste das Stück in 12 Zahlen oder Zaspeln, die Zahl in 20 Gebinde und das Gebind in 20 Faden; dagegen bei dem leinenen Gespinnste das Stück in 6 Strehne, der Strehn in 2 Zaspeln oder 40 Gebinde, die Zaspel in 20 Gebinde à 20 Faden. Zu den baumwollenen und schafwollenen Gespinnsten waren durchgängig nur die Fuß- oder Schnapp-Weifen zu gebrauchen, bei dem leinenen Gespinnste nach Orts-Gebrauch die Hand- und Fußweifen. ib. und insbes. ang. Reglem. §. 7—10. Ueber die Stempelung und Revision der Garnmaße s. insbesondere das ang. Reglem. §. 17. [Aeltre Best.: Bef. v. 28. Sept. 1709. C.A. T. I. S. 1761., v. 10. Juni 1717. ib. S. 1873., L.T.A. v. 14. Juni 1722. C.A. C. I. T. I. S. 27., v. 27. Oct. 1731. §. 5. ib. S. 53., O.A.Pat. v. 3. Juni 1733. C.A. C. II. T. III. S. 33. u. L.C.W. T. II. S. 496., M. v. 7. Aug. 1734. C.A. C. I. T. I. S. 619., L.T.A. v. 5. Mai 1737. §. 3. ib. S. 63., Gen. v. 14. Febr. 1754. ib. S. 803.] Wegen der neuesten Bestimmungen aber sehe man den Art.: Gewicht u. Maß. **4)** S. auch: Dorfhandel, Zeug- u. Leinweber.

Garnison. S. Militairleistungen, Thore.

Garnmaß, Garnweife. S. Garn.

Garten. **1)** Wo möglich soll jedem ständigen Schullehrer auf dem Lande bei seiner Amtswohnung ein eingefriedigter, zum Gemüse- und Obstbau geeigneter, G. angewiesen werden. G. v. 6. Juni 1835. §. 40. G.S. S. 287. **2)** Wenn aus Zehendäckern G. gemacht werden, so ist doch davon der Decem zu entrichten, Gen.Art. 22. v. 1580. C.A. T.I. S. 695., Rev. Syn.-Decr. v. 1673. §. 61. C.A. T.I. S. 835. **3)** Die Veräußerung der G. der Unmündigen kann auch ohne Nothfall mit richterlicher Genehmigung erfolgen, V.O. Cap. 16. §. 3. S. 73. **4)** Es ist Sorge zu tragen, daß die an Andre ausgethanen G. der Pfarrlehen nicht durch Verjährung verloren gehen, 29. Gen.Art. v. 1580. C.A. T.I. S. 698. **5)** S. Jagd..., Anlagen, Wild, Dismembration, Decret, Forst..., Diebstahl, Vormundschaft, 49.

Gartenarbeit. S. Armenversorgung.

Gartendiebstahl. S. Forstd...

Gartenfrüchte. S. Früchte, Forstd...

Gartenland. S. Forstd...

Gasse. S. Brunnen.

Gassenlaufen, s. Spitzruthen.

Gast, s. Gäste.

Gastereien, s. Schmausereien.

Gastgeber. S. Gast- und Schänknahrung.

Gasthöfe. S. Ruhestörung, Concession, Gast- u. Schänknahrung.

Gastmahl, s. Mahlzeit.

Gast- und Schänknahrung. **1)** G. u. Sch. gehört zur bürgerlichen Nahrung. Auf dem Lande sollen nur die Erbschänken und die mit Concession versehenen Schänken geduldet werden. Zu Anlegung neuer Gast- und Schänkwirthschaften muß Concession erlangt werden. Conf. v. T. Scholastica 1372. L.C.W. T. I. S. 688., L.O. v. 1482. C.A. T.I. S. 10., Prag. Vertr. v. 15. Sept. 1534. L.C.W. T. II. S. 1292., M. v. 9. Juli 1551. C.A. T. I. S. 1397., L.O. v. 1. Oct. 1555. Tit. Brauen, Schänken C.A. T. I. S. 67., Bef. v. 10. Oct. 1576. C.A. T.II. S. 8., Res. gr. v. 23. April 1612. Tit. Justitiens. §. 26. C.A. T. I. S. 182., v. 22. Juni 1661. eod. Tit. §. 118. S. 252., Pol.O. v. 1661. Tit. 12. §. 7. ib. S. 1577., O.A.M. v. 30. Nov. 1675. C.A. T. III. S. 285. u. L.C.W. T. I. S. 694., Bef. v. 22. April 1766. C.A. C. I. T. II. S. 1126. **2)** Wo die Concession von den Obrigkeiten ertheilt wurde, verblieb denselben das Befugniß dazu, auch nach Abtretung der Gerichtsbarkeit, Beil. ⊙ zur Bek. v. 26. April 1838. §. 15. G.S. S. 732. Jedoch ist, wenn damit ein Verbietungsrecht gegen Dritte verbunden sein soll, die Genehmigung der Regierungsbehörde erforderlich, Rescr. v. 12. Febr. 1800. C.A. C. II. T. I. S. 1143. In der Lausitz, wo den Obrigkeiten der Landstädte das Befugniß zur Concessionsertheilung

zusteht, gelten gleiche Grundsätze, Rescr. v. 24. Febr. 1791. C.A. C. II. T. III. S. 849. In Bezug auf die Vierstädte der Oberlausitz vergl. noch das Rescr. v. 18. Dec. 1810. im L.C.W. T. V. S. 209., u. s. im Allgemeinen wegen der Lausitz den Art.: Oberlausitz, I. 7. **3)** Ausgeschlossen von Betreibung der G. u. Sch. sind die Juden, ausgenommen in wieweit blos Bewirthung von Juden beabsichtigt wird, in welchem Falle es aber ebenfalls obrigkeitlicher Genehmigung bedarf, G. v. 16. Aug. 1838. §. 6. G.S. S. 395., und besondere Bezeichnung solcher Gastwirthschaften, als jüdischer, Statt finden soll. V. v. 16. Aug. 1838. §. 2. unt. b. G.S. S. 397. **4)** Streitigkeiten über G. u. Sch. sind summarisch zu erörtern u. ohne Einholung rechtlichen Erkenntnisses an die Kreisdirectionen zu berichten. Gen. v. 24. Juli 1813. C.A. C. III. T. I. S. 277., M. v. 10. Mai 1824. G.S. S. 59. Es sind nemlich in diesen Fällen Verwaltungsbehörden competent, selbst wenn dabei besondere Rechtstitel angezogen werden und entscheiden jene zugleich darüber, ob Jemand des Gewerbes wegen Mißbrauchs verlustig werden soll, G. v. 28. Jan. 1835. A. §. 26. G.S. S. 61. **5)** Jeder Wirth, ohne Ausnahme, der Fremde (d. i. Solche, ohne Unterschied des Standes und Fortkommens, welche nicht wesentlich im Orte wohnen und entweder am nemlichen Tage von auswärts ankommen, oder schon in einem andern Gasthofe u. d. gewohnt haben) aufnimmt oder beherbergt, muß sofort nach erfolgter Ankunft dem Fremden, der bei ihm zu übernachten gedenkt, mag sich derselbe einen oder mehrere Tage u. Wochen aufhalten wollen, einen, nach einem vorgeschriebenen Schema eingerichteten Zeddel, nach Beschaffenheit des Fremden, in deutscher oder französischer Sprache, vorlegen, und ihn veranlassen, seinen vollständigen Tauf- u. Geschlechtsnamen, ingleichen seine Bedienung, seinen Charakter oder sein Gewerbe, das Land und den Ort, wo er herkommt, die Anzahl der Personen, die er bei sich hat, die Gelegenheit, mit der er gekommen, und die Zeit, die er ungefähr zu bleiben gedenkt, unter den dahin gehörigen Nummern eigenhändig aufzuzeichnen. Im Falle der Reisende des Schreibens nicht kundig wäre, muß derselbe die vorgelegten Fragen mündlich beantworten, und der Wirth hat das Nöthige aufzuzeichnen. In einem wie dem andern Falle ist der Fremdenzeddel vom Wirthe zu unterschreiben. Sollte sich der Fremde der Angaben auch auf geeignete Vorstellungen weigern, so ist der Obrigkeit davon Anzeige zu thun. Regul. v. 26. Febr. 1793. §. 1. 2. C.A. C. II. T. I. S. 1051., Laus. Rescr. v. 16. Mai 1793. u. ang. Regul. §. 1. 2. L.C.W. T. IV. S. 99. Diese Fremdenzeddel sind an die Behörde abzugeben, und werden hier gesammelt und aufbewahrt. §. 4. ib. Bei dem Abgange eines Fremden, es sei nun, daß er gänzlich abreise, oder nur seine Wohnung verändere, ist derselbe in dem ersten Falle zu befragen, wohin er zu reisen gedenke, und im letzteren, in welchen Gasthof od. in welches Privathaus er ziehe? Die gegebenen Antworten, die Art und die Zeit der Abreise, und die Dauer des bisherigen Aufenthalts, hat der Wirth anzumerken, und von den binnen 24 Stunden abgegangenen Fremden, jedesmal Abends, ebenfalls ein vollständiges Verzeichniß nach einem vorgeschriebenen Schema, an die Behörde abzugeben. ib. §. 5. Auf Beachtung dieser Vorschriften ist jeder Wirth zu verpflichten. Zuwiderhandlungen werden mit 5 Thlr. bestraft. ib. §. 6. **6)** Die Gast-, Schänk- und andere Wirthe sollen bei 10 Thlr. Geld- od. entsprechender Gefängnißstrafe keine verdächtigen Personen beherbergen, sondern solche der Ortsobrigkeit anzeigen, und auf dem Lande auch Unverdächtigen, Krankheitsfälle ausgenommen, den Aufenthalt nicht länger als Einen Tag gestatten. Die Gast- und Schänkwirthschaften sind öfters unvermuthet zu visitiren. Auf Befolgung jener Verordnung haben namentlich auch die Gendarmen zu sehen, und bemerkte Unterlassungen d. Obrigkeiten der betreffenden Amtshauptmannschaft zu melden. M. v. 14. Dec. 1753. §. 1. C.A. C. I. T. I. S. 798., Rescr. v. 4. Juli 1754. C.A. C. I. T. I. S. 807., Gen. v. 23. Febr. 1763. ib. S. 852., M. v. 11. April

1772. Cap. II. §. 9. C.A. C. II. T. I. S. 651., v. 26. Mai 1807. C.A. C. III. T. I. S. 622., Gen. v. 7. April 1820. §. 17. unter 3. und ff. G.S. S. 112. f., — wegen der Lausitz: M. v. 14. Dec. 1753. §. 1. L.C.W. T. III. S. 80., Lauf. Regul. v. 24. Jan. 1787. §. 12. f., C.A. C. II. T. III. S. 222. u. L.C.W. T. IV. S. 413., O.A.Pat. v. 25. April 1817. L.C.W. T. V. S. 280. Aeltr. Best.: M. v. 17. Juni 1566. C.A. T. I. S. 1408., Bef. v. 15. Mai 1569. ib. S. 1411., Pol.O. v. 1661. Tit. XII. ib. S. 1577., M. v. 28. Juli 1708. ib. S. 1751., v. 16. Sept. 1710. ib. S. 1767., M. v. 21. Dec. 1711. ib. S. 1781., Gen. v. 14. Dec. 1717. ib. S. 1879., M. v. 27. Juli 1719. ib. S. 1899., Gen. v. 8. Juli 1748. C.A. C. I. T. I. S. 693. Wegen der Lausitz: L.O. v. 1551. C.A. T. III. S. 84., A.Pat. v. 3. Aug. 1590. ib. S. 190. u. L.C.W. T. I. S. 714., O.A.Bef. v. 21. März 1687. ib. S. 779. u. C.A. T. III. S. 298., O.A.Pat. v. 18. Juli 1715. ib. S. 477. u. L.C.W. T. I. S. 426., v. 17. Febr. 1720. ib. S. 254. f., v. 28. Dec. 1761. L.C.W. T. III. S. 336. u. C.A. C. I. T. III. S. 156. **7)** Bei Epidemieen sollen die Gast- und Schänkwirthe keine Fremden aus inficirten Orten aufnehmen, M. v. 10. Sept. 1709. §. 14. C.A. T. I. S. 1760. u. L.C.W. T. I. S. 799., Gen. v. 15. Jan. 1805. §. 2. C.A. C. III. T. I. S. 432. u. L.C.W. T. V. S. 302. **8)** Die Gast- und Schänkwirthe sollen das Spielen von Hazardspielen bei sich nicht dulden, sondern nach vergeblicher Warnung die Spieler der Obrigkeit anzeigen, L.O. v. 1. Oct. 1555. Tit. Topler C.A. T. I. S. 58., Lauf. L.O. v. 1551. C.A. T. III. S. 84., Rescr. v. 30. Sept. 1711. C.A. T. I. S. 1777., O.A.Pat. v. 18. Juli 1715. C.A. T. III. S. 477., u. L.C.W. T. I S. 426., M. v. 20. Dec. 1766. §. 11. C.A. C. I. T. I. S. 921. u. L.C.W. T. III. S. 132. **9)** Die Gast- und Schänkwirthe sollen auf die einkehrenden Fremden und Gäste Acht haben, daß sie mit Feuer und Licht behutsam umgehen; und den Fuhrleuten und andern Fremden nicht gestatten, mit brennendem Lichte ohne Laterne, in die Ställe zu gehen, Lichter an die Wände, Tische, Bänke, Raufen oder sonstiges Holzwerk zu kleben od. zu hängen, oder an solchen Orten, wo feuerfangende Sachen sich befinden, Tabak zu rauchen, oder die brennenden Pfeifen mit auf die Streu und in die Ställe zu nehmen. Die Fuhrleute, welche Pulver oder andere feuerfangende Materie geladen, haben solches dem Wirthe bei 5 Thlr. Strafe anzuzeigen, und letzterer hat die Veranstaltung zu treffen, daß der Wagen, auf welchem sich die feuerfangende Materie befindet, an einen außerhalb des Dorfes gelegenen Ort gestellt und daselbst bewacht werde. Jeder Hauswirth ist übrigens schuldig, mehre Laternen von Horn, Blech oder Glas mit bedeckten Rußlöchern zu halten, und solche den Gerichten bei jedesmaliger Visitation vorzuzeigen. M. v. 7. Febr. 1719. C.A. T. I. S. 1888. u. L.C.W. T. I. S. 844., M. v. 14. Oct. 1744. §. 10. C.A. C. I. T. I. S. 674., D.F.O. v. 18. Febr. 1775. u. 8. Febr. 1777. Cap. I. §. 28. C.A. C. II. T. I. S. 717., C.A. C. II. T. III. S. 118. u. L.C.W. T. III. S. 359., Gen. v. 21. Juli 1804. §. 1. unter f. C.A. C. III. T. I. S. 425. **10)** Das Aufliegen und die Völlerei in den Schänken ist verboten. L.O. v. 1482. C.A. T. I. S. 7. f., L.O. v. 12. Nov. 1550. ib. S. 32., L.O. v. 1. Oct. 1555. ib. S. 71., Pol.O. v. 1612. §. 11. ib. S. 1473. Im Winter sollen daselbst Gäste nicht über 8 Uhr, im Sommer nicht über 9 Uhr geduldet werden. Pol.O. v. 1661. Tit. 19. C.A. T. I. S. 1585. Wenn bei vorgefallenem späten Nachtzechen aus den Acten zu ersehen, daß nach allen, in der Pol.O. a a. O. bemerkten Umständen, über die gesetzte Zeit geschwärmt worden ist, so soll auf die daselbst angedrohte Strafe von 20 Thlr., wenn sich aber nur eine oder die andere Uebertretung offenbart, nach der L.O. v. 1. Oct. 1555. Tit. Uebermäßige Bußen C.A. T. I. S. 50., auf 3-, 4-, 6-, 10- bis 14tägiges Gefängniß, mit Beibehaltung der Alternation gesprochen werden. Bef. v. 3. Sept. 1750. C.A. C. I. T. I. S. 767. Sonn- und Festtags sollte der Aufenthalt der Gäste in den Schänken im Sommerhalbjahre nur von 5—10. und im anderen Halbjahre von 4—9 Uhr dauern dürfen. M. v. 2. Aug. 1749. §. 9. C.A. C. I. T. I. S. 733. u. L.C.W. T. II. S. 1215. **11)** Bauersleute, Hebammen, Aeltern, Pathen, sollen ihre Kinder vor oder nach erfolgter Taufe nicht in die Schänken tragen lassen, 6. Gen.Art. v. 1580. C.A. T. I. S. 670., Syn.Decr. v. 1624. §. Würden auch

Bauern &c. ib. S. 785. f., Pol.O. v. 1661. Tit. 17. §. 6. ib. S. 1583., Rev. Syn.Decr. v. 1673. §.23. ib. S. 829., Gen. v. 12. Juli 1799. §. 8. C.A. C. II. T. I. S. 233., O.A.-Pat. v. 23. Juli 1779. C.A. C. II. T. III. S. 26., u. L.C.W. T. VI. S. 215., §. 1. 3. d. V. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 353. Wenn auswärtige Pathen aus eingepfarrten Orten ein Kind zur Taufe bringen, und für sich und das Kind bis zum Beginne der Taufe bei Kälte oder Sommerhitze ein Unterkommen bedürfen, so soll ihnen hierzu in der Schule oder sonst in der Nähe der Kirche eine Stube eingeräumt, der Genuß geistiger Getränke aber nicht gestattet werden, V. v. 22. Oct. 1840. §. 1. G.S. S. 354. **12)** Der Besuch von Schänken nach der Communion ist verboten, 8. Gen.Art. C.A. T. I. S. 673., Syn.Decr. v. 1624. §. Gleicher Gestalt ib. S. 785. f., Rev. Syn.Decr. v. 1673. §.33. ib. S. 831. **13)** Deren Besuch ist den Geistlichen überhaupt untersagt, 16. Gen.Art. C.A. T. I. S. 689., Bef. v. 9. Dec. 1705. ib. S. 875., auch den Küstern, Syn.Decr. v. 1624. §. Die Custodes &c. ib. S.785. f., §.55. des Rev. Syn.Decr. v. 15. Sept. 1673. ib. S. 834. **14)** Die Versammlungen des Gemeinderathes dürfen auf den Dörfern nicht in öffentlichen Schänkstuben Statt finden, V. v. 7. Nov. 1838. §.21. G.S. S. 456. **15)** Die Winkelschänken sollen abgeschafft werden. Res. gr. v. 22. Juni 1661. Justizs. §. 115. C.A. T. I. S. 250., M. v. 28. Juli 1708. C.A. T. I. S. 1749. u. L.C.W. T. I. S. 418., M. v. 14. Dec. 1753. §. 1. L.C.W. T. III. S. 80. u. C.A. C. I. T. I. S. 797. v. 22. Juni 1661. Justizs. §. 115. C.A. T. I. S. 250. **16)** Schänkwirthe, welche wissentlich Almosenpercipienten und Leuten, nach deren Aeußerem sich vermuthen läßt, daß sie dem Müßiggange obliegen und vom Bettelngehen od. anderem unrechtmäßigen Erwerbe leben, das Aufliegen, Zechen und Spielen in ihren Schänkstätten gestatten, sind mit 5 bis 20 Thalern Geld- oder verhältnißmäßiger Gefängnißstrafe, und im Wiederholungsfalle zugleich, in soweit es einer blos persönlichen Concession gilt, mit Einziehung der Schankconcession und Schließung der Schankstätte zu bestrafen. §. 134. d. A.O. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 284. **17)** In gleiche Strafe verfallen die Wirthe, welche Kindern, Schulknaben und Lehrlingen das Aufliegen in Schankstätten und den Aufenthalt anders als in Begleitung erwachsener Personen, denen sie angehören, bei sich verstatten, §. 135. ib. **18)** Mit 5—20 Thalern sollen diejenigen Wirthe gestraft werden, welche es begünstigen, daß in ihren Schankstätten Trinkgäste sich in Brandwein oder anderen geistigen Getränken übernehmen und Zank, Schlägerei oder andere Excesse vornehmen, wenn sie auch sonst keine eigene Veranlassung dazu gegeben, od. daran selbst keinen Theil genommen haben. Die Wirthe sind in allen diesen Beziehungen für die Nachlässigkeiten der Ihrigen, denen sie die Aufsicht auf die Gäste überlassen, verantwortlich. §. 135. der A.O. ib. [Aeltr. Best.: Res. v. 19. Juni 1713. C.A. T. I. S. 371., Pol.O. v. 1661. Tit. 19. ib. S. 1585., Gen.V. v. 21. Juni 1793. C.A. C. II. T. I. S. 1057.] **19)** Bei Ertheilung der Gasthofsprivilegien ist die Clausel zu inseriren, daß der Besitzer bei einer Verlegung der Straße am Gasthofe auf eine Entschädigung in Gelde Seiten des Fisci nicht zu rechnen habe, Rescr. v. 25. Juni 1817. C.A. C. III. T. I. S. 551. **20)** Ueber das Aussetzen von Büchsen in den Gasthäusern s. den Art.: Armencasse, I. 3. **21)** S. Beherbergen, Bewirthungstaxen, Bier, Brandwein, Forstdienst, Gendarmen, Gerichtsbarkeit, Juden, Krätzschmar, Post, Reiheschank, Reiselegitimationen, Polizei, Sonntags..., Spielen, Tanz, Verjährung, Verwaltungsbehörden, Wein.

Gaszähler. Im Betreff des Aichens der G. u. des Gebrauchs geaichter dergl. s. die V. v. 26. Sept. 1859. G.S. S. 316.

Gatten. S. Ehegatten.

Gaukler. S. Gendarmen, Schausp...; Menschenraub.

Gauner. S. Dieb..., Partiererei, Menschenraub, Menschenhandel, Betrug, Vagabonden, Gendarmen.

Gebäck. S. Conditorei-Waaren, Bäcker, Brod.

Gebären. S. Geburt.

Gebäude. S. Neubaue, Befreite O., Beschädigung, Amtshauptleute, Baugewerken, Brandgiebel, Brandstiftung, Feuer, Dachung, Decret, Fenster, Dämme, Miethe, Taggebäude, Vormundschaft, Wohngebäude, Expropriation, Brand..., Diebstahl.

Geben. S. Theilnahme, Abgaben.

Gebet. S. Abendsegen, Kirchengebet, Fastengebet, Gesang, Kirchenbuch.

Gebetbücher. S. Censur.

Gebinde. S. Gewicht und Maß.

Gebot, s. Verord..., Auction, Subhastation.

Gebrauch. S. Anmaßung, Aberglauben, Gewohnheit..., Beschädigung, Fälschung, Kirchengebräuche, Kranke, Diebstahl VI.

Gebrauchen, s. Mißbrauch, Bedürfniß, Unzucht, Betrug.

Gebrechen, Gebrechliche. S. Militairpflicht, Kranke, Aussetzung, Mißbrauch, Zeugen-Vorl..., Armenversorgung.

Gebühr, s. Pflicht...

Gebühren. S. Kosten..., Untersuchungskosten, Rügenverfahren, Stolgebühren, Advocaten, Tax..., Verjährung.

Gebührniß. S. Apanagen, Auszug, Reallasten, Civilliste, Ablösung.

Gebüsch. S. Forst..., Holz..., Waldungen.

Geburt. **1)** Eine Frauensperson, welche ihre Niederkunft in der Maße verheimlicht od. geheim hält, daß dadurch die nöthigen Hilfleistungen von Seiten anderer Personen ausgeschlossen werden, ist, wenn solches in der Absicht, das Kind um das Leben zu bringen, geschehen, die Ausführung dieser Absicht aber durch äußere Umstände verhindert worden ist, mit Arbeitshaus von 1 bis zu 6 Jahren, ohne diese Absicht mit Gefängniß bis zu 3 Monaten zu bestrafen. Str.Gb. Art. 162. Vorher: Art. 130. b. Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 145., M. v. 14. Oct. 1744. §. 2. 6. C. A. C. I. T. I. S. 340. u. L.C.W. T. I. S. 305. **2)** Für eine eheliche G. ist es zu halten, wenn das Kind im 7. Monate zur Welt kommt, Rescr. v. 27. Febr. 1635. C.A. T. I. S. 1033. **3)** Eine unzeitige G., sofern sie vor dem 7ten Monate zur Welt kommt, ist nicht ins Kirchenbuch einzutragen, Anweisung für die Pfarrer rc. v. 18. Febr. 1799. §. 12. h. C. A. C. II. T. I. S. 230. u. L.C.W. T. VI. S. 218. **4)** In wieweit die G. in einem Staate bei Beurtheilung der Staatsangehörigkeit in Betracht zu ziehen sei, weist der Art.: Staatsverträge, III. nach. **5)** S. auch: Abtreibung, Anzeigen, Erbfolge, Geburtshilfe, Kindesmord..., Heimaths..., Kaiserschnitt, Nothtaufe, Staatsdienst, Todesstrafe, Taufe, Unterthanenrecht, Uneheliche, Verzeichnisse, Vormundschaft, Waldheim.

Geburtshelfer. S. Ehrenämter, Geburtshilfe.

Geburtshilfe. **1)** Die Ausübung der Entbindungskunst ist nur denen gestattet, welche sich hierzu als Geburtshelfer oder Hebammen, in einer, mit einem Entbindungsinstitute verbundenen, unter öffentl. Autorität bestehenden Lehranstalt hiesiger oder auswärtiger Lande theoretisch und praktisch gebildet, und ihre dießfalls erlangte Geschicklichkeit vollkommen bewährt haben. M. v. 2. April 1818. §. 1. G.S. S. 9. u. L.C.W. T. V. S. 431. **2)** Die speciellen Vorschriften über die Legitimation der Geburtshelfer und deren Verpflichtung enthalten ib. §§. 15. u. 16. Sie sollen, ohne Erlaubniß, die innere Heilkunde nicht üben. §. 18. ib. Ueber die von ihnen behandelten Geburtsfälle haben sie halbjährig Tabellen einzureichen. §. 17. ib. Ueber ihre Aufsicht auf die Hebammen vergl. §. 21. ib. S. 15. **3)** Geburtshelfer und Hebammen, die im Auslande gebildet worden sind, bedürfen, nächst Beibringung ihrer Zeugnisse, in der Regel noch einer besondern Prüfung, um die G. in Sachsen auszuüben. §. 5. ib. S. 11. In wiefern auswärts promovirte Doctoren die G. betreiben dürfen, enthält das M. v. 1. Juni 1824. §. 4. G.S. S. 74. **4)** Die besondern Vorschriften über die Legitimation, Anstellung und Vereidung der Hebammen enthält das M. v. 2. April 1818. §. 7. f. G.S. S.

11. f. **5)** Sie haben im Nothfalle die Nothtaufe zu verrichten, und sind deshalb vom Ortspfarrer zu belehren. §. 9. ib. S. 12., 6. Gen.Art. v. 1580. C.A. T.I. S. 670., Rev. Syn.Decr. v. 1673. §. 27. ib. S. 830. **6)** Die Hebammen haben in bedenklichen Fällen auf Zuziehung eines Geburtshelfers oder Arztes zu bringen. Ang. M. v. 2. April 1818. §. 13. l. c. **7)** Die Hebamme soll zu allen Stunden des Tages und der Nacht bereit sein, den Schwangern, Kreißenden, Wöchnerinnen und den neugebornen Kindern, die ihrer Dienste bedürfen, ohne Zeitverlust zu Hilfe zu eilen. Sie soll sich daher in andern, als ihren Berufsgeschäften, ohne Vorwissen des Bezirksarztes, oder in dringenden Fällen wenigstens der Ortsgerichte, nie über Nacht von ihrem Wohnorte entfernen, und wenn sich daselbst Hochschwangere befinden, auch am Tage nicht ohne Noth vom Hause abwesend sein. Auch solchen Armen, von denen sie keine Belohnung zu erwarten hat, darf sie ihre Dienste nicht versagen. Hebammen-O. v. 1818. G.S. S. 17. **8)** Die in der Oberlausitz auf landständische Kosten gebildeten Hebammen dürfen ohne Erlaubniß ihrer vorgesetzten Behörden den ihnen angewiesenen Wohnort nicht verändern. Gen.V. v. 6. Oct. 1830. G.S. S. 179. **9)** Vorschriften für die Obrigkeiten wegen Ausmittlung des nothdürftigen Unterhalts der Hebammen enthalten §. 22. d. M. v. 2. April 1818. G.S. S. 15. u. die V. v. 13. Juni 1832. G.S. S. 339. 340. **10)** Bei den Entbindungsschulen sich meldende Lehrtöchter haben über die §. 2. der Hebammen-O. von 1818 vorgeschriebenen moralischen Erfordernisse ein vollständiges und pflichtmäßiges Zeugniß des Predigers ihres Wohnorts beizubringen. M. v. 2. April 1818. §. 7. G.S. S. 11., V. v. 18. Nov. 1833. G.S. S. 152. **11)** Als allgem. Hebammenbuch ist Dr. Jörgs Lehrbuch der Hebammenkunst rc. eingeführt. M. v. 2. April 1818. §. 6. G.S. S. 11. **12)** Die ausführliche Instruction der Hebammen enthält die Hebammen-O. v. 2. April 1818. G.S. S. 17. f. und die Hebammentaxe s. ib. S. 13. u. G.S. v. 1840. S. 433. **13)** Entbindungsschulen befinden sich zu Dresden und Leipzig. M. v. 2. April 1818. §. 2. f. G.S. S. 10. f. Daraus entlassene Lehrtöchter sollen, vor ihrer Anstellung und Vereidung, die Entbindungskunst nicht ausüben, §. 8. ib. S. 11., aber auch keine die Hand abstumpfende Beschäftigung, und niemals das Amt einer Leichenfrau treiben. ib. **14)** Die Hebammen haben die Pflicht, Verzögerungen der Taufe neugeborner Kinder der Obrigkeit anzuzeigen. Rescr. v. 2. Aug. 1817. §. 2. C.A. C. III. T. I. S. 120., v. 16. Dec. 1825. §. 3. G.S. v. 1826. S. 2. **15)** Wegen der den Hebammen obliegenden Pflichten, wenn Schwangere vor ihrer Entbindung versterben s. §. 15. der allgem. Hebammen-O. v. 2. April 1818. G.S. S. 22. und das M. v. 14. Juni 1830. §. 2. G.S. S. 89. u. den Art.: Kaiserschnitt. **16)** Die Zeugnisse der Geistlichen und Bezirksärzte für solche, welche Lehrtöchter werden wollen, sind kosten- und stempelfrei auszustellen. V. v. 3. Aug. 1855. G.S. S. 133. **17)** Aeltre Best. über die Ausübung der G.: Rev. Syn.Decr. v. 1673. §. 26. C.A. T.I. S. 830., M. v. 2. Dec. 1713. §. 4. ib. S. 1832. u. L.C.W. T. I. S. 831., Rescr. v. 1. Juni 1728. C. A. C. I. T. II. S. 861., M. v. 13. Sept. 1768. §. 14. L.C.W. T. III. S. 140. u. C.A. C. I. T. I. S. 958., Circ. v. 26. Juni 1805. C. A. C. III. T. I. S. 442. **18)** S. Medikaster..., Dresden, Gast- u. Sch., Abtreibung, Anmaßung, Anzeigen, Leipzig, Nothtaufe, Taxordnungen, Taufe.

Geburtslisten. **1)** Behufs der Recrutirung sind von den geistlichen Behörden G. nach einem vorgeschriebenen Schema unentgeltlich abzufassen. V. v. 1. Aug. 1846. §. 30. sub a. G.S. S. 134. u. V. v. 1. Sept. 1858. §. 29. sub a. G.S. S. 215. [Aeltre Verf.: Gen.V. v. 17. Juli 1775. C.A. C. II. T. I. S. 191., Rescr. v. 20. Juni 1777. ib. S. 1218., M. v. 25. Febr. 1825. u. v. 5. Nov. 1827. §. 35. G.S. S. 178., V. v. 26. Oct. 1834. Cap. III. §. 18. G.S. S. 274.] **2)** S. Anzeigen.

Geburtsort. S. Heimath..., Geburtsschein, Geburt, Unterthan...

Geburtsschein. **1)** Jeder junge Mann, welcher sich von seinem Geburtsorte ganz wegwenden oder auch sich nur

auf so lange entfernen will, daß er bei der Recrutirung (s. d.) des Jahres, wo er seine Militairpflicht zu erfüllen hat, nicht anwesend sein wird, hat sich, und zwar vom vollendeten 14. bis zum vollendeten 30. Lebensjahre, mit einem Geburtsscheine zu versehen und sich denselben von dem Geistlichen des Geburtsorts gegen Bezahlung von 4 Ngr. zu erbitten. §. 1—4. d. M. v. 20. Sept. 1826. G.S. S. 209., V. v. 30. Nov. 1840. §. 7. unter b. G.S. S. 423., V. v. 1. Aug. 1846. §. 28. G.S. S. 133., V. v. 1. Sept. 1858. §. 29. G.S. S. 215. **2)** Diesen G. hat er sofort bei der Ortsobrigkeit (in Dresden und Leipzig bei der Polizeibehörde) vorzuzeigen und es wird von derselben wegen der beabsichtigten Wohnortsveränderung das Nöthige darauf bemerkt. §. 6. des ang. M. v. 1826., §. 153. d. V. v. 1. Aug. 1846. G.S. S. 154., §. 140. d. V. v. 1. Sept. 1858. G.S. S. 235. **3)** Bei dem Eintreffen an dem neuen Aufenthaltsorte hat der junge Mann seinen G. sogleich bei der Ortsobrigkeit (in Dresden und Leipzig bei der Polizeideputation) abzugeben. ib. **4)** Wenn der Inhaber des G. sich nachmals einen andern Aufenthaltsort wählen oder in seinen Geburtsort zurückkehren wollte, so hat er sich den Schein von der Obrigkeit seines zeitherigen Aufenthalts zurückgeben zu lassen und ihn an die des Orts, wohin er sich nunmehr wendet, abzugeben. Verläßt der junge Mann seinen Wohnort nur auf kurze Zeit, oder doch auf so lange, daß er unterwegs eine Legitimation braucht, so kann ihm die Aushändigung des Scheines nicht verweigert werden. §. 13. 14. d. M. v. 1826., u. V. v. 1. Sept. 1858. §. 140. G.S. S. 235. **5)** Reiset ein junger Mann ins Ausland (s. noch: Militairpflichtige), so wird ihm der G. nicht mitgegeben, sondern derselbe bei der Behörde des letzten Aufenthalts- oder des Geburtsorts, wenn er von diesem aus die Reise antritt, aufbewahrt. Wählt er sich aber bei seiner Rückkehr einen anderen Aufenthalt im Lande, so wird ihm in der Regel der Schein auf persönliches Anmelden zurückgegeben. Müßte er aber blos deshalb an den frühern Aufenthaltsort reisen und sollte derselbe sehr entfernt sein, so kann er sich wegen Wiedererlangung des Scheins an den Amtshauptmann des Bezirks wenden. §. 15. d. M. v. 1826. **6)** Verliert jemand seinen G. vor erfülltem 30. Lebensjahre, so muß er es der Behörde seines Aufenthaltsorts sofort melden und wenn das Anführen begründet gefunden wird, so erhält er ein Attestat und auf Vorzeigung desselben in seinem Geburtsorte einen neuen Schein ausgestellt. Die durch einen solchen Fall verursachten Kosten hat er aber allein zu tragen. §. 20. ib. **7)** Bei Einlieferung von Mannspersonen zwischen dem 20sten u. 22sten Alterjahre in eine Straf- oder Correctionsanstalt soll der Geburts- oder (Militair-) Gestellschein beigefügt werden. V. v. 4. Juni 1851. G.S. S. 283. **8)** S. Dienstreserve, Persönlichkeit.

Gedächtniß, ewiges. S. Beweis.

Gedächtnißfeier, s. Feiertage.

Gedichte. S. Eigenthum an G.

Gedinge. S. Arbeit, Verträge.

Gefährde, s. Gefahr, Cession, Schade...

Gefährdeeid. S. Eid, Armen..., Ausländer.

Gefährdung, s. Gefahr.

Gefährliche Lehren. S. Lehren.

Gefährlichkeit. **1)** G. des Verbrechers. Bei besonders hoher G. des Verbrechers konnte, nach dem Cr.Gb. v. 1838., wenn das Verbrechen mit Todesstrafe bedroht ist und durch äußere Umstände der Erfolg der von dem Verbrecher vollendeten Handlung abgewendet worden, oder das gewählte taugliche Mittel in unzureichender oder unzweckmäßiger Art angewendet worden ist, ausnahmsweise lebenslängliche Zuchthausstrafe erkannt werden. Art. 26. d. Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 121. So konnte auch bei der Verschwörung, im Falle besonderer G. der Verbrecher, auf lebenslängliche Zuchthausstrafe 2. Grades erkannt werden. Art. 83. ib. S. 135. — S. aber wegen des heutigen Rechts den Artikel: Versuch. **2)** S. Geisteskranke, Körperverletzung, Polizei, Hunde; auch die Citate unter: Verhüthen.

Gefälle. S. Fachbäume, Abgaben.

Gefällsrenten. S. Landrentenbank.

Gefängniß. S. Arrest.

Gefängnisse. **1)** Die G. sollen so angelegt werden, daß sie nicht allein hell und gesund sind, sondern daß auch die weiblichen Gefangenen von den männlichen, und die wegen eines und desselben Verbrechens mit einander inhaftirten Gefangenen gesondert werden können. Gen. v. 30. April 1783. §. 14. C.A. C.II. T. I. S. 460., C.A. C. II. T. III. S. 173. u. L.C.W. T.IV. S. 58., eingeschärft durch Pat. v. 22. April 1784. C.A. C. II. T. I. S. 833. u. O.A.Pat. v. 16. Febr. 1784. L.C.W. T. IV. S. 62. u. C.A. C.II. T.III. S. 203. [Aeltr. Best.: V. v. 8. März 1726. C.A. C. I. T. I. S. 275., Gen.-V. v. 27. Oct. 1770. §. 11. C.A. C. I. T. I. S. 424., C.A. C. II. T. III. S. 39. u. L.C.W. T. III. S. 92.] **2)** Die den Amtshauptleuten (§. 9. der Gen.Instr., s. Amtshauptleute) zur Pflicht gemachte Revision der G. bei den Gerichten ihres Bezirks findet auch ferner in Betracht der Arresthäuser der Gerichtsämter Statt. Nicht minder ist, soviel die der Bezirksgerichte anlangt, den Amtshauptleuten der Eintritt in diejenigen Zellen gestattet, in welchen Personen detinirt werden, die in polizeilicher Untersuchung sich befinden oder eine Polizeistrafe verbüßen. Durch diese Bestimmung wird an dem Befugnisse der Amtshauptleute nichts geändert, aus allgemein polizeilichen Gründen, z. B. bei ausgebrochenen Epidemieen, in die Arresthäuser der Bezirksgerichte einzutreten und von den bezüglichen dasigen Einrichtungen sich zu unterrichten. In solchen Fällen ist jedoch der Bezirksgerichtsdirector oder dessen Stellvertreter durch den Amtshauptmann zuvor von dem Vorhaben desselben in Kenntniß zu setzen und steht es dem Ersteren frei, bei der Beaugenscheinigung durch den Amtshauptmann gegenwärtig zu sein. Wahrnehmungen über etwa befundene Mängel hat ihm letzterer mitzutheilen. V. v. 13. Sept. 1856. §. 7. unter d. G.S. S. 325. **3)** S. noch: Arrest, Anatomische A..., Forstrügen, Justizämter, Verwaltungsbehörden, Befreiung, Gefang..., Untersuchungshaft, Schuldarrest, Transport.

Gefängnißstrafe. **1)** Auf diese kann nach der Strafgesetzgebung von 1855 gesprochen werden a) bis zu 3 Wochen: nach Art. 3. des Forststraf-G. v. 1855. G.S. v. 1855. S. 299. und s. wegen der Verlängerung ib. Art. 5., — b) von 2 Tagen bis 3 Wochen: nach Art. 1. des Forst-G. v. 1855. G.S. S. 298. Wegen der Verlängerung um die Hälfte oder das Doppelte oder Vierfache s. ib. Art. 5., — c) von 2 bis 28 Tagen: in den Fällen, ib. Art. 8. 9., d) von 2 Wochen bis 1 Mon.: gegen die Entführte im Falle des Str.Gb. Art. 192. Satz 1., G.S. v. 1855. S. 180. f., — e) bis zu 2 Monaten: wegen Unterschlagung außer Vertrauensverhältnissen, Fundunterschlagung, Partiererei und Victualien-Diebstahl u. dergl. bis zu 10 Thalern, Str.Gb. Art. 289. unter 3. u. 291. 292. 303., — Beförderung der Unzucht, Art. 355. 357., Verbalinjurien, Art. 239., — f) von 3 Wochen bis 4 Monaten: wegen Gewerbsunzucht, Str.Gb. Art. 354. 357., — g) nicht unter 2 Monaten: bei widerrechtl. Freiheitsberaubung oder Nöthigung durch Beamte, ib. Art. 198. 202., — h) bis zu 3 Monaten: wegen Verletzung öffentlicher obrigkeitlicher Bekanntmachungen, angelegter Siegel u. dergl., Art. 146., — Verheimlichung der Niederkunft, Art. 162., — Thierquälerei, Art. 361., — Menschenhandel nach Art. 195. Satz 3., — u. Jagdvergehen nach Art. 11. des Forststraf-G. v. 1855., — i) von 1 bis 3 Monaten: wegen Selbstverstümmelung od. Verübung von Verbrechen zu Umgehung der Militairpflicht, sofern der Thäter schon vorher untüchtig war und resp. das verübte Verbrechen nicht schon selbst härter zu strafen ist, Art. 131. des Str.Gb., — k) nicht unter 3 Monaten: wegen unbeendigt versuchten Hochverraths, Art. 117., — l) bis zu 4 Monaten: wegen Menschenhandels nach Art. 195. Satz 2., — wenn die Strafe eines Vergehens im Gesetze blos als Bruchtheil der Strafe eines andern ausgedrückt ist, und der Richter nach Art. 33. u. 34. von der höhern Strafart auf Gefängniß herabgeht, dieses aber nicht bereits in län-

gerer als 4monatiger Dauer neben der höhern Strafart angedroht ist, ang. Art. 33. u. 34., — wegen Aussetzung Hilfloser ohne alle Gefahr für diese, Art. 163., — wegen Jagdvergehen nach Art. 12. d. Forst-straf-G. v. 1855., — verabredeter Arbeitseinstellung &c. Seiten Gewerbtreibender, Art. 145. d. Str.Gb., — Bevortheilung Bevormundeter und Verleitung zur Flucht aus der Familie, Art. 315. 316., — Grenzverrückung, Art. 332., — Verbreitung nachtheiliger Gerüchte, Art. 338., — Partiererei bei voll bezahltem Werthe, Art. 292., — einfacher Entfremdung, Art. 302., — Gebrauchs fremder Waarenbezeichnungen, Art. 312., — Entwendung eigner Sachen, welche nicht dem Diebstahle gleichsteht oder Selbsthilfe ist, Art. 274., — einfachen Diebstahls, Betrugs, Erpressung u. Veruntrauung bis zu 10 Thlrn., Art. 276. 1., 283. 285. 289., — Verspottung über Ablehnung des Zweikampfes, Art. 256., — m) von 2 Wochen bis 4 Monaten: in den verschiedenen Fällen des Ehebruchs, Art. 259—262., — n) von 1 bis 4 Monaten: wegen Medikasterei um Entgelt, Art. 164., — Ausforderung u. Annahme derselben, Art. 248., — Winkelschriftstellerei um Geld, Art. 339., — und Beschädigung an Eisenbahnen u. Telegraphen nach Art. 2. Satz 2. d. G. v. 11. Aug. 1855., — o) von 2 bis 4 Monaten: wegen geringen ausgezeichneten Diebstahls, dergl. Betrugs, Erpressung u. Veruntrauung, Art. 278. d. Str.Gb., 283. 285. 289., — p) bis zu 6 Monaten: wegen Röthigung zu einer nachher deswegen für ungiltig erklärten Ehe, Art. 205., — pflichtwidriger Annahme von Geschenken, Art. 363., — Verleumdung nach Art. 235., — und Pasquils, Art. 242., — Verletzung der Dienstpflicht, Art. 371., — gegen Gehilfen und Begünstiger bei Militairverbrechen, Art. 69., — wegen Verbreitung staatsgefährl. Nachrichten, Art. 130., — Verrückung oder Vernichtung von Landesgrenzzeichen, Art. 333., — Beeinträchtigung des Bergregals, Art. 334., — Unzucht zwischen Stiefältern und Stiefkindern, Art. 351., — leichtsinnigen Aufborgens, Art. 309., — unbefugter Nachbildung von Geld, Art. 325., — Münzverringerung, Art. 326., — einfachen Diebstahls, Betrugs und Erpressung bis zu 10 Thlrn. mit erschwerenden Umständen, Art. 277. 283. 285., — und leichtsinnigen Bankrotts nach Art. 307. Satz 1., — q) von 1 bis 6 Monaten: wegen Bigamie nach Art. 270., — und von 2 bis zu 6 Monaten: wegen böslicher Verlassung, Art. 265. 266., — r) bis zu 8 Monaten: wegen Unzucht unter Verwandten, Art. 349. 357., — und von 1 bis 8 Monaten: wegen Entführung nach Art. 189., — s) von 1 bis 6 und im schwerern Falle 9 Monaten: wegen Theilnahme am Auflaufe, Art. 147., — t) bis zu 1 Jahre: wegen leichter Körperverletzung nach Art. 167. unter 3., — Bestechung, Art. 367. 368., — leichtsinnigen Falscheides, Art. 227., — und Pasquils, Art. 242., — betrügl. Verleitung zur Ehe, Art. 317., — öffentlicher Verletzung der Sittlichkeit, Art. 360., — gegen den von einer Verbindung zum Verbrechen rechtzeitig Zurücktretenden, wenn letzteres so rückgängig ward, Art. 59. d. Str.Gb., — wegen öffentlicher Aufforderung zum Ungehorsam ohne erschwerende Umstände, Art. 125., — Verbreitung staatsgefährl. Lehren, Art. 127., — öffentlicher staatsgefährl. Schmähungen ohne erschwerende Umstände, Art. 128., — Beleidigung auswärtiger Regenten, deren Familien oder beglaubigte Abgeordnete, Art. 141., — Befreiung Gefangener, Art. 152., — u) von 1 Mon. bis zu 1 Jahre: wegen arglistiger Verführung unbescholtener Frauen, Art. 318. Satz 1., — Unzucht zwischen Seitenverwandten und Verschwägerten, Art. 350., — zwischen Stiefältern und Stiefkindern, Art. 351., — von 6 Wochen bis zu 1 Jahre: wegen Menschenhandels nach Art. 195. Satz 3., — von 2 Monaten bis zu 1 Jahre: wegen schwerern leichtsinnigen Bankrotts nach Art. 308. erster Fall, — von 3 Monaten bis 1 Jahre: wegen einfacher

Kuppelei, Art. 356. 357., — und Entführung nach Art. 187. u. 188. beim Eintritt des Milderungsgrundes Art. 190., — v) bis zu 2 Jahren: wegen Verleitung zum Selbstmorde, Art. 158., — Gewalt in Beziehung auf Religion, Art. 196., — in den geringeren Fällen des böslichen Bankrotts, Art. 306., — ferner nach Art. 7. des Eisenbahn-G. v. 11. Aug. 1855., — wegen öffentl. staatsgefährl. Schmähungen vor einer Menschenmenge oder Versammlung, Art. 128. d. Str.Gb., — Realinjurien nach Art. 239., — w) von 2 Wochen bis 2 Jahren: wegen Anreizung zum Zweikampfe, Art. 255., — von 1 Mon. bis zu 2 Jahren: gegen den Entführer in den Fällen des Art. 192., — von 2 Monaten bis zu 2 Jahren: wegen Ausforderung zum Zweikampfe bis zum Tode, Art. 248., — und wegen der schwereren Fälle des Amtsmißbrauchs, Art. 362., — x) von 1 bis 3 Jahren: wegen Entführung nach Art. 188. Satz 1., — y) bis zu 8 Jahren: wegen Befreiung Gefangener durch eine Rotte zu Verübung von Gewalt gegen das Wach- und Aufsichtspersonal oder Theilnahme an solcher Zusammenrottung der Sträflinge, sofern der Schuldige mit dem zu Befreienden verwandt oder häuslich nahe verbunden ist, Art. 154., — z) von 2 Monaten bis 20 Jahren: in den verschiedenen Fällen des Zweikampfes, Art. 250. **2)** Gefängniß oder Arbeitshaus kann erkannt werden: a) bis zu 6 Mon.: wegen Entwendung von Leichen, Art. 331. des Str.Gb. v. 1855. G.S. S. 180. f., — b) bis zu 1 Jahre: wegen widernatürlicher Unzucht, Art. 357. Satz 1., — nach Art. 10. des Eisenbahn-G. v. 11. Aug. 1855., — wegen der bloßen Theilnahme am Raufhandel, welcher eine schwere Körperverletzung zur Folge hatte, Art. 173., — oder wegen culposer Körperverletzung, Art. 175. des Str.Gb., — c) bis zu 4 Mon. Gef. oder 1 J. Abhs.: wegen ausgezeichneter Entfremdung, Art. 302., — und wegen Leichenentwendung durch den Todengräber, Art. 331., — d) von 1 Mon. bis 1 J. Gef. oder 1 J. Abhs.: wegen Mißbrauchs junger Mädchen, Art. 353. Satz 1. f. Art. 357., — e) von 1 bis 2 Mon. Gef. oder 1 Jahr Abhs.: wegen Unterschlagung außer Vertrauensverhältnissen, Fundunterschlagung und Partiererei von 10 bis 15 Thlrn., Art. 289. 291. 292., — f) von 2 bis 4 Mon. Gef. oder 1 Jahr Abhs.: wegen Ansteckung, Art. 359., — g) von 1 bis 6 Mon. Gef. oder 1 oder 2 Jahre Abhs.: wegen Bestechlichkeit, Art. 364. 365., — h) bis zu 2 Jahren: für die Anstiftung zu Militairverbrechen, Art. 66., — wegen Befreiung Gefangener aus Straf- oder Untersuchungshaft, Art. 152., — Drohung, Art. 206., — Schmähung der Religion u. dergl., Art. 232., — Verleumdung, Art. 236., — Gewerbs-Wucher (neben der Geldstrafe), Art. 344., — Wahrheitswidriger Aussage nach Art. 229. Satz 1., — i) bis zu 4 Mon. Gef. oder 2 Jahren Abhs.: wegen Entwendungen unschätzbarer Gegenstände oder ohne Gewinn, Art. 336. Satz 1., dergl. Betrugs und Gebahrens mit im Gewahrsam des Thäters befindlichen Sachen, ib. Satz 4., — k) von 2 bis 4 Mon. Gef. oder 2 Jahren Abhs.: wegen einfachen Diebstahls, Betrugs, Erpressung und Unterschlagung zwischen 10 u. 50 Thlrn., Art. 276. 2., 283. 285. 289., — l) von 3 bis 6 Mon. Gef. oder 2 Jahren Abhs.: wegen schwerern leichtsinnigen Bankrotts nach Art. 308. zweiter Fall, — m) bis zu 3 Jahren: für die unbewaffneten Theilnehmer am Landfriedensbruche, Art. 148., — wenn der Anstiftung von Militairpersonen s. Art. 66. Folge gegeben worden, Art. 66. d. Str.Gb., — n) bis zu 6 Mon. Gef. oder 3 Jahren Abhs.: wegen Fälschung, Art. 311., — von 3 bis 6 Mon. Gef. oder 3 Jahren Abhs.: wegen einfachen Diebstahls, Betrugs und Erpressung zwischen 10 u. 50 Thlrn. mit erschwerenden Umständen, Art. 277. 283. 285, — von 3 Wochen bis zu 1 Jahre Gef. oder 3 Jahren Abhs.: wegen Störung des Hausfriedens mit Gewalt an Personen oder Sachen oder bewaffnet, Art. 151., — bis zu 2 Jahren Gef. oder 3 Jahren Abhs.: wegen Wi-

dersetzung gegen die öffentliche Autorität, Art. 142., u. gegen erlaubte Selbsthilfe, Art. 143., — von 1 Mon. bis 2 Jahren Gef. oder 3 Jahren Abhs.: wegen Bedrohung auswärtiger Regenten oder deren Familie oder beglaubigte Abgeordnete mit Thätlichkeiten, Art. 140., — o) bis zu 4 Jahren: gegen Gefangene, welche sich mit Gewalt oder durch Drohung derselben befreien, Art. 153., — wegen der bloßen Theilnahme am Raufhandel, welcher Tödung zur Folge hatte, Art. 173., — wegen Unzucht mit Wehr- und Bewußtlosen außer dem Beischlafe, Art. 182., — mit Erhöhung um ½ oder Verdoppelung resp. bei Gesundheitsnachtheil oder Tod, Art. 185., — wegen Störung gottesdienstlicher Handlungen, Art. 233. Satz 1., — wenn die Anstiftung zu Militairverbrechen auf thätliche Widersetzung, Zerstörung u. dergl. ging, Art. 66., — für unterlassene Verhinderung von Hochverrath, militairischen und Staatsverrath, Aufruhr, Mord, Körperverletzung nach Art. 169., Raub, Nothzucht, Diebst. mit Waffen, Brandstiftung, Falschmünzen, Art. 70., — für die Tödung eines Menschen auf dessen ausdrückliches und ernstliches Verlangen, Art. 157., — p) bis zu 4 Mon. Gef. oder 4 Jahren Abhs.: weg. Creditbetrugs, Art. 288., und Münzverfälschung, Art. 322. 324., — von 2 Mon. bis zu 1 Jahre Gef. oder 4 Jahren Abhs.: wegen Unzucht unter Mißbrauch einer gesetzlichen Autorität, Art. 352., und s. Art. 357., — von 2 Mon. bis zu 2 Jahren Gef. oder 4 Jahren Abhs.: wegen Widersetzung gegen eine Behörde bei Ausübung ihres Amtes, Art. 144., — bis zu 4 Mon. Gef. oder 2 oder 4 Jahren Abhs.: wegen versuchten, einfachen, bezüglich ausgezeichneten Eigenthumsverbrechens, bei welchem die Absicht nicht auf Aneignung einer bestimmten Sache od. Summe ging, Art. 301., — bis zu 2 Jahren Gef. oder 4 Jahren Abhs.: wegen Nöthigung nach Art. 201., — culposer gemeingefährlicher Handlungen, Art. 220., — Unterdrückung von Familienrechten, Art. 314., — Aussetzung Hilfloser bei wahrscheinlicher Rettung, Art. 163., — von 1 Mon. bis zu 2 Jahren Gef. oder 4 Jahren Abhs.: wegen culposer Tödung, Art. 165., — von 1 Mon. bis zu 3 Jahren Gef. od. 4 Jahren Abhs.: wegen staatsgefährlicher Verbindungen, Art. 129., — und Majestätsverbrechen durch Beleidigung und Verleumdung, Art. 134., — q) bis zu 6 Jahren: für die bewaffneten Theilnehmer am Landfriedensbruche, Art. 148., — r) von 1 bis zu 6 Mon. Gef. od. bis zu 6 Jahren Abhs.: für die nicht nach Art. 180. zu beurtheilende Nothzucht u. wegen Gewalt. od. Drohung gegen männl. oder weibl. Personen, die zu andern unzüchtigen Zwecken &c. angewendet wurde, Art. 181., — bis zu 1 Jahre Gef. oder 6 Jahren Abhs.: wegen Beschädigung fremden Eigenthums aus Bosheit oder Muthwillen, Art. 335. 336., — desgl. wegen vorsätzlicher Beschädigung von Eisenbahnen und Telegraphen, doch ohne Nachtheil für dieselben oder deren Betrieb, Eisenb.G. v. 11. Aug. 1855. Art. 1., — bis zu 2 Jahren Gef. oder 6 Jahren Abhs.: wegen Freiheitsberaubung nach dem Str.Gb. Art. 197. Satz 1., — ferner wegen Vergehen nach Art. 7. des Eisenbahn-G. v. 11. Aug. 1855., — bis zu 3 Jahren Gef. oder 6 Jahren Abhs.: wegen Nöthigung nach Art. 203. d. Str.Gb., — s) bis zu 10 Jahren: für alle Handlungen zu Vorbereitung des Hochverraths, welche noch nicht Versuch sind, Art. 117., — wegen Staatsverraths in den nicht auch mit Zuchthaus bedrohten Fällen, Art. 122., — t) bis zu 12 Jahren: wegen Hervorbringen von Explosionen nach Art. 214. Satz 1. — **3)** G. von und unter 4 Monaten sind in den Gerichtsgefängnissen, höher ansteigende (mit der Ausnahme unten bei 3.) in dem Landesgefängnisse zu verbüßen. Str.Gb. v. 1855. Art. 17. (Vorher: Cr.Gb. v. 1838. Art. 11. G.S. S. 116.) **4)** Wenn bei Verbrechen, welche mit G. bis zu 4 Monaten, im höheren Grade aber mit Arbeitshausstrafe bedroht sind, Bestimmungen zur Anwendung kommen, die unter den vorliegenden Umständen zu einer G. von 6 monatiger oder noch längerer

Dauer führen würden (vergl. z. B. Art. 78. d. Str.Gb. unter: Concurrenz, Art. 82. unter: Rückfall, Art. 277. unter: Diebstahl), so ist statt dieser G. auf Arbeitshausstrafe, jedoch unter Verkürzung auf 2 Dritttheile der Dauer zu erkennen. (S. wegen der Geltung der verschiedenen Strafen den Art.: Strafgeltung.) Diese Vorschrift findet insbesondere auch dann Statt, wenn in dem Falle der Concurrenz von Verbrechen nach Art. 78. zwar nicht das schwerste d. zusammentreffenden Verbrechen, wohl aber die übrigen, oder einige, od. auch nur eines derselben zu denjenigen Verbrechen gehören, welche mit Gefängniß bis zu 4 Monaten, im höheren Grade aber mit Arbeitshausstrafe bedroht sind. Art. 17. cit. — (S. aber die Ausnahme hinsichtlich jugendlicher Verbrecher im Art.: Jugend.) **5)** Wird bei den unter 2. gedachten Verbrechen in Folge der ebendaselbst erwähnten Bestimmungen auf eine G. erkannt, welche zwar die Dauer von 4 Monaten übersteigt, aber noch nicht die von 6 Monaten erreicht, so ist diese G. ausnahmsweise im Gerichtsgefängnisse zu vollstrecken. Art. 17. cit. Vergl. wegen der Vergehen gegen das G. v. 11. Aug. 1855., die Bestrafung der Forst- u. dergl. Diebstähle betr., den Art.: Verwandlung. **6)** Beim Militair: M.Str.Gb. v. 1855. §§. 9. 28. 64. 69. 71. unter: Strafarten, Militairarrest, Strafgeltung. (Vorher: M.Str.Gb. v. 1838. §. 21. f., V. v. 28. Nov. 1840. §. II. G.S. S. 386. — Gegen beurlaubte Soldaten: s. Militairgerichtsbarkeit. **7)** Bei Zollbehörden; wegen Zollvergehen: G. v. 3. Aug. 1838. §. 37. G.S. S. 344. f. **8)** Die Vorschriften des Cr.Gb. v. 1838. über die Zuerkennung dieser Strafe sind enthalten in den Art.: 8. 11. f. 17. 53. 54. 55. 58., dazu G. v. 16. Juni 1840. G.S.S. 102. **9)** Vergl. auch die Art.: Arbeitshausstrafe, Abgaben, Almosen, Anmaßung, Anzeigen, Appellation, III., Auflauf, Arme, Arrest, I. II., Aussage, Aussetzung, Alternativ..., Ausspielen, Baumfrevel, Begünstigung, Beherbergen, Behörden, Beleidigung, Beschädigung, Bestechung, Betrug, Bestrafung, Betteln, Bigamie, Brandstiftung, Carcer..., Censur, Confiscation, Denunciation, Diebstahl, Drohung, Ehebruch, Ehegatten, Eheverlöbniß, Eigenthum an G., Erkenntnisse, Fälschung, Fahrlässigkeit, Falschmünzen, Forstrügen, Geheimnisse, Gewerbtreibende, Gottesdienst, Geldstrafe, Gerichtsbarkeit, Gotteslästerung, Grenze, Handarbeitsstrafe, Handgelöbniß, Hausfrieden, Hochverrath, Jagd, Incest, Jugend, Körperverletzung, Kuppelei, Landfriedensbruch, Lotterie, Majestätsverbrechen, Meineid, Meister, Militairpflicht, Münzwesen, Menschenraub, Milderung, Nöthigung, Neubaue, Percussionsstöcke, Perlenmuscheln, Proselytenmacherei, Rechte, Reiselegitimationen, Reisende, Religion, Rückfall, Schulversäumniß, Selbsthilfe, Schärfung, Selbstverstümmelung, Spielen, Staatsdienst, 14., Staatsgefährliche H., Staatsverrath, Stadtrath, Straf..., Transport, Thierquälerei, Tod..., Unzucht, Untersuch..., Ungehorsam, Verweisung, Verpflegung, Verleumdung, Vertheidigung, Vertrauen, Vollstreckung, Verwandlung, Verweis, Verwaltungsbehörden, Vormundschaft, 22., Wucher, Zinn, Züchtigung, Zumessung, Zweikampf.

Gefängnißzwang. S. Arrest, Executionsverfahren, Appellation, III. D. 2. a., Zeugen-Vorladung.

Gefäße. S. Zinn, Zink, Bier, Butter, Neusilber.

Gefahr. S. Deposita, Diebstahl, Dringlichkeit, Recurs, Schade..., Appellation, III. D. 6., III. E., Aussetzen, Beschädigung, Besitz, Betrug, Concursdeposita, Dismembration, Erpressung, Gefährlichkeit, Nothzucht, Polizei, Wechselprovision, Aussetzung, Körperverletzung, Noth..., Gemeingefährl..., Verhinderung. — G. im Verzuge: s. die Citate unter Dringlich.

Gefallenes Vieh. S. Abdecken, Vieh.

Gefangene. **1)** Denjenigen, welche Gefängnißstrafe in den Gerichtsgefängnissen zu verbüßen haben, ist, sofern sie im Stande sind, außer den Untersuchungskosten ihren Unterhalt selbst zu bestreiten, verstattet, sich mit eigener Lagerstätte zu versorgen, eine beliebige, mit der Disciplin des Gefängnisses vereinbare Beschäfti-

gung zu wählen, und besondere Beköstigung sich zukommen zu lassen, wobei ihnen jedoch Unmäßigkeit nicht zu gestatten ist. Str.Gb. v. 1855. Art. 22. **2)** Sind G. nicht vermögend, die Kosten ihres Unterhalts selbst zu bestreiten, so sind sie auf die Zeit ihrer Detention mit Lagerstätte und nöthiger Bedeckung, auch im Falle des Bedürfnisses mit nothdürftiger nicht auszeichnender Kleidung, sowie mit ausreichender Kost, wobei ihnen täglich (vergl. jedoch Art. 18. unter: Schärfung) wenigstens einmal warme Speise, in Suppe oder Gemüse bestehend, gereicht werden muß, zu versehen, dagegen aber, in soweit es thunlich ist, mit einer ihren Kräften und persönlichen Verhältnissen angemessenen Arbeit zu beschäftigen, von deren Ertrage die Hälfte zur Sportelcasse zu berechnen, die andere Hälfte ihnen bei ihrer Entlassung auszuhändigen ist. ib. **3)** Auch ist den G. die nöthige Bewegung in frischer Luft, nach Befinden unter besonderer Aufsicht, zu gestatten. In Krankheitsfällen sind sie mit ärztlichem Beistande, nöthiger Pflege mit Arznei zu versehen. — Der Zutritt zu den G. ist außer dem Gerichtspersonale nur dem Geistlichen (s. noch: Untersuchungshaft 14.), dem Gerichtsarzte und denjenigen Personen gestattet, welche über besondere Angelegenheiten mit ihnen zu sprechen haben, jedoch den letzteren sowie den Angehörigen nur nach vorgängiger Genehmigung des Gerichts und nicht ohne Beisein eines Aufsehers. ib. **4)** Wegen des durch die Verpflegung der G. verursachten Aufwandes, soweit er nicht durch den Arbeitsverdienst gedeckt wird, verbleibt dem Gerichte der Anspruch an diejenigen, denen nach privatrechtlichen Grundsätzen die Sorge dafür obliegt. — Die Behandlung der in den Landesstrafanstalten detinirten G. richtet sich nach der Hausordnung der Anstalt. Wegen der zu den Kosten ihrer Verpflegung zu leistenden Beiträge ist den dießfallsigen besonderen Bestimmungen nachzugehen. ib. **5)** Aeltre Verf.: Gen.V. v. 27. Oct. 1770. §. 11. C.A. C.I. T.I. S. 424. T.III. S. 39. u. L.C.W. T.III. S. 92., V. v. 13. Juli 1775. C.A. C.II. T.I. S. 15., Gen. v. 30. April 1783. §. 14. C.A. C.II. T.I. S. 460., T.III. S. 173. u. L.C.W. T.IV. S. 58., — Cr.Gb. v. 1838. Art. 11. G.S. S. 116. **6)** S. Waffengewalt, Freiheitsberaubung, Befreiung, Handarb..., Untersuchungshaft, Mißbrauch, Erkenntnisse I., Rechtsmittel E., Verpfleg..., Gefängn..., Arrest, Militaircommandos.

Gefangenhalten. S. Arrest, Unterthanen.

Gefangenwärter. S. Frohne.

Gefecht. S. Krieg.

Geflissentlich, s. die Citate unter: Absicht.

Geflügel. S. Vogelfang.

Gefolge. S. Reiselegitimationen.

Gefundnes. S. Fund.

Gegenanspruch, s. Compensation, Widerklage, Verfahren.

Gegenbescheinigung. S. Bescheinigung.

Gegenbeweis. 1) Wenn im Civilprocesse einer Partei der Beweis auferlegt wird, so ist der andern der G., wenn er sonst nur Statt hat, nachgelassen, auch wenn er ihr in dem Urtel nicht ausdrücklich vorbehalten worden ist. Pr.O. Tit. 21. §. 1. S. 131. **2)** G. ist nicht allein wider den Beweis der Klage, sondern auch wider den Beweis der Ausflüchte zuläßig. E.P.O. ad Tit. 21. §. 2. S. 134. **3)** Wider den zur Gewissensvertretung nachgelassenen Beweis findet kein Gegenbeweis Statt. Const. 14. P.I. C.A. T.I. S. 78., Pr.O. Tit. 19. §. 2. S. 115., Dec. 19. v. 1661. ib. S. 303., E.P.O. ad Tit. 19. §. 2. S. 118. **4)** Wider den Beweis des Interesse bei angestellter accessorischer Intervention findet gleichfalls kein G. Statt. E.P.O. ad Tit. 15. §. 2. S. 97. **5)** Im Executivprocesse findet der Regel nach weder Beweis noch G. Statt. Dec. 12. v. 1661. C.A. T.I. S. 299. Doch kann mit Aussetzung des Executivprocesses dann darauf interloquirt werden: a) wenn aus einem Documente über eine bedingte Verbindlichkeit oder über einen gegenseitigen Vertrag geklagt, die Existenz der Bedingung oder die Erfüllung des Contracts durch den Kläger von diesem mit

Urkunden nicht sofort belegt werden kann, der Beklagte aber den Eintritt der Bedingung oder die Contractserfüllung durch den Kläger leugnet; E.P.O. Anh. §. 4. S. 302. ferner: b) wenn der Beklagte, der als Erbe belangt wird, ohne daß die Eigenschaft durch richtige Urkunden sogleich dargethan werden kann, leugnet, Erbe geworden zu sein, §. 7. des Anh. der E.P.O. S. 303. **6)** Der G., welcher dem Beklagten nachgelassen ist, muß nicht gegen die Klage allein gerichtet sein, sondern kann auch die bei der Einlassung vorgebrachten peremtorischen Einreden umfassen, Pr.O. Tit. 21. §. 4. S. 132. Im Unterlassungsfalle wird der Beklagte mit peremtorischen Einreden weiter nicht gehört, noch wird darauf geachtet, wenn er auf solche bei der Einlassung nicht vorgebrachte Einreden articulirte, ib. Auch der Kläger wird in einem solchen Falle dieser Einreden wegen nicht zu einem neuen G. zugelassen. ib. Ausgenommen ist der Fall, wenn der Beklagte erst nach der Einlassung in den Besitz der Einreden gekommen ist, und daß er damals keine Kenntniß derselben gehabt habe, beeidigt. (Vergl. die Pr.O. Tit. 11. §. 10. S. 184.) Dann sollen dem Kläger „reprobatorii reprobatoriorum“ nachgelassen sein. Pr.O. Tit. 21. §. 4. S. 132. **7)** Dem G.führer, mag dieser der Kläger oder der Beklagte sein, ist der Gebrauch des Eidesantrags unbenommen, wenn er ihm im Urtel auch nicht vorbehalten worden ist. E.P.O. ad Tit. 21. §. 2. S. 134. Wenn dem Beklagten der Beweis der Ausflüchte auferlegt, und dem Kläger der G. nachgelassen wird, so können beide Theile sich des Eidesantrags bedienen. ib. [Aeltr. Recht: Pr.O. Tit. 18. §. 4. S. 104.] **8)** Das Fatale zur Uebergabe des G. ist wie bei dem Beweise eine Sächsische Frist. Const. 16. P. I. C. A. T. I. S. 78., Pr.O. Tit. 21. §. 1. S. 131., E.P.O. ad Tit. 21. §. 1. S. 134. Sie läuft, ohne Unterschied der Fälle, von der der Partei geschehenen Insinuation der Beweisartikel an, von welcher demnach jederzeit eine richtige Registratur zu den Acten zu bringen ist. E.P.O. ad Tit. 21. §. 1. S. 134. [Aeltr. Recht: Const. 16. P. I. C. A. T. I. S. 78., Pr.O. Tit. 21. §. 1—3. S. 131.] Was übrigens wegen des Eidesantrags, der Ladungen und Dilationen beim Beweise Rechtens ist, gilt auch für den G., E.P.O. ad Tit. 21. §. 1. S. 134. **9)** Der Erfolg des G. des Beklagten kommt nicht eher in Betracht, bis erwogen ist, ob der Kläger den Grund seiner Klage erwiesen hat, Pr.O. Tit. 21. §. 5. S. 133.; denn wenn dies nicht geschehen, ist der Beklagte zu absolviren, obgleich er seine Einreden nicht bewiesen haben sollte. ib. **10)** Derjenige, gegen welchen Beweis geführt worden ist, wird zur eidlichen Ablehnung einer Urkunde zugelassen, wenn er schwören kann, daß die Extension derselben gegen sein Wissen und Wollen erfolgt sei; aber er wird dann nicht zu diesem Eide gelassen, wenn er gesteht, ein bereits extendirtes Document unterschrieben, und vorschützt, es nur nicht gelesen zu haben. In diesem Falle kann er, wenn das Document beim Beweise producirt wurde, die dawider vorgebrachten Einreden im G. und wenn die Urkunde bei letzterem producirt worden sein sollte, jene mittelst besonderer Ausführung deduciren. E.P.O. ad Tit. 25. §. 6. S. 151. **11)** Der Beweis zum ewigen Gedächtnisse, der dem Beklagten wie dem Kläger nachgelassen ist, E.P.O. ad Tit. 27. S. 159., kann, wenn ein Theil sonst um den nöthigen Beweis oder G. kommen würde, zugleich auf die Documente erstreckt werden. ib. **12)** Beabsichtigt der G.führer Beweis durch Augenschein, so muß er entweder bei den G.artikeln, oder binnen 14 Tagen von Zeit der publicirten Gezeugnisse an, darum nachsuchen. E.P.O. ad Tit. 28. §. 1. S. 160. **13)** Sobald der Beweis u. G. absolvirt, die Zeugenabhörung und nach Befinden Erklärung über die Urkunden auch die Eidesleistung erfolgt ist, soll der Richter sofort ex officio die Parteien unter Einräumung einer 14tägigen Frist zur Publication der Gezeugnisse citiren; E.P.O. ad Tit. 29. §. 1. S. 166., auch, wenn kein Theil erscheint, die Gezeugnisse, die in diesem Falle für publicirt geachtet werden, ad acta nehmen, hierauf aber binnen 14 Tagen den

Parteien Abschriften der Zeugenrotul zuzufertigen, ib., Pr.O. Tit. 29. §. 2. S. 162. **14)** Das Verfahren über den geführten Beweis und G. (das Hauptverfahren) beginnt mit Ablauf des 14ten Tages der Frist zur Zufertigung der Rotuln. E.P.O. ad Tit. 29. §. 2. S. 167. **15)** S. Beweis, Einlassung, Besichtigung, Besitz, Dolmetscher, Interrogatorien, Urkunden, Verfahren, Productionstermin, Anschluß, 17.

Gegenbuch. 1) Ueber die Besitzverhältnisse der Kuxe (s. d.) ist von dem Bergamte, als Verwaltungsbehörde, das G. zu führen. Wenn ein Kux auf einen anderen Besitzer übergeht, so hat der Inhaber den Kurschein bei der G.sbehörde unter Beifügung der erforderlichen Erklärung einzureichen, worauf die Uebertragung im G. und die Bemerkung, daß solches geschehen, auf dem Kurscheine selbst erfolgt. B.O. v. 1851. §. 28. G.S. S. 204. Als Mitglied einer Gewerkschaft (s. d.) ist nur derjenige zu betrachten, welcher als solches im G. eingetragen ist. ib. §. 29. **2)** Ueber die formelle Führung des G., die Gestattung der Einsicht desselben und über die Ausfertigung der Kurscheine vergl. die V. v. 16. Dec. 1851. §. 15—18. G.S. S. 417. **3)** Dem G. steht der Gegenschreiber vor. Berg-O. v. 1529. Art. 39. C. A. C. II. T. II. S. 116., v. 1536. Art. 18. C.A. T. II. S. 78., v. 3. Oct. 1554. Art. 10. 38. ib. S. 121., Altenb. Berg-O. v. 1. Mai 1568. Art. 6. ib. S. 152., Berg-O. v. 12. Juni 1589. Art. 12. ib. S. 191., Eibenstocker Zinnbergw.O. v. 24. Aug. 1615. Art. 12. ib. S. 258. Ueber die Einrichtung des G. s. das Rescr. v. 28. Oct. 1780. C.A. C. II. T. II. S. 207. und das Formular ib. S. 209. Aus dem G. sind jährliche Extracte einzureichen. Rescr. v. 18. Juni 1784. ib. S. 223.

Gegend. S. Aufnahme.

Gegenhändler, s. Adel, Oberlauf.

Gegenklage. S. Widerklage.

Gegenleistung. S. Executionsverfahren, Executivproceß, Verträge, Compensation.

Gegenrechnung, s. Compensation.

Gegenschreiber. S. Gegenbuch.

Gegenseitig, s. Bilateralcontract, Correal..., Retorsion, Ehestiftungen, Testamente, 36.

Gegenstände des Verbrechens. S. Vollstreckung, Gerichtliche P.

Gegentheil. S. Beklagte, Kläger.

Gegenüberstellen, Gegenüberstellung. S. Confrontation.

Gegenvermächtniß (Donatio propter nuptias). **1)** Das G. wird hinsichtlich der Verbürgungen der Ehefrau dem Einbringen gleich geachtet, 16. Const. P. II. v. 1572. C. A. T. I. S. 89., 25. Dec. v. 1661. ib. S. 306., genoß aber, da es den Vortheil der Ehefrau bezweckt, im Concurse zum Vermögen des Ehemanns schon früher keineswegs die Rechte der Mitgift, nemlich weder die Priorität ex personali privilegio, noch stillschweigende Hypothek. 28. Const. v. 1572. P. I. C. A. T. I. S. 81., A. u. G.O. v. 1. Dec. 1612. P. I. §. 24. Sec. Class. Cred. C.A. T. III. S. 155., Pr.O. Tit. 43. §. 3. S. 248. Daher erstreckt sich auch das den Ehefrauen in Ansehung des Einbringens zustehende persönliche Vorzugsrecht vor den Chirographariern nicht auf das G., M. v. 4. Juni 1829. §. 14. unter 3. G.S. S. 105., G. v. 25. Jan. 1836. §. 44. unter 3. G.S. S. 21., und ebensowenig steht den Ehefrauen deshalb ein gesetzlicher Rechtstitel zur Erwerbung der Hypothek zu. G. v. 6. Nov. 1843. §. 38. G.S. S. 198. **2)** Ist der Ehefrau ein G. ausgesetzt worden, so erlischt ihr Intestaterbrecht auf den Nachlaß des Ehemanns und zwar, wenn es mit ihrer Einwilligung geschehen ist, auch in Ansehung des Pflichttheils, M. v. 31. Jan. 1829. §. 79. 80. unter: Erbfolge. **3)** Bei Berechnung der Lehnsschulden wird auch das G. wegen der davon zu entrichtenden doppelten Zinsen doppelt gerechnet. M. v. 30. April 1764. Tit. VI. §. 1. C.A. C.I. T.I. S. 1033. A. u. G.O. v. 1. Dec. 1612. P.I. §. 24. Sec. Class. Cred. C.A. T.III. S. 155. u. L.E.W. T. I. S. 16. **4)** S. Concursgläubiger, A. III. IV., Ehestiftungen, Leibgedinge.

Gegenwart, 1) bei Ausübung eines Verbrechens. Vergl. den Art.: Urheber. (Früher: Art. 33. d. Cr.Gb. G.S. v. 1838.

S. 123.) **2)** S. Abwesende, Ausbleiben, Testamente, Theilnahme.

Gegenwehr. S. Nothwehr.

Gegner. S. Beklagte, Kläger.

Gehalt... S. Besold...,

Gehaue. S. Waldungen, Forstverbrechen, Holz...

Geheim, f. Heimlich.

Geheime Ausgaben. S. Ständeversammlung.

Geheime Kriegscanzlei. Die Geschäfte derselben sind auf das Kriesministerium übergegangen. S. Kriegsministerium. [In geschichtlicher Beziehung vergl.: das Kriegsgerichts-Regl. v. 23. Jan. 1789. 2. Abschn. §. 10. C.A.C. II. T. I. S. 1291. u. L.C.W. T. IV. S. 599., ferner das Rescr. v. 22. Dec. 1819. ib. T. VI. S. 368.]

Geheimer Rath. 1) Ueber die Bestimmung und Competenz des im J. 1817. gestifteten G. R. in Justizangelegenheiten rc. vergl. man das M. v. 13. März 1822. §. 21. G.S. S. 211. **2)** Der G. R. ist im J. 1831. aufgelöst worden, und es sind an die Stelle des Geh. Cabinets und des G. R., als die obersten Staatsbehörden, die im §. 41. der V.U. benannten Ministerial-Departements der Justiz, der Finanzen, des Innern, des Kriegs, des Cultus und öffentlichen Unterrichts, der auswärtigen Angelegenheiten, und des Gesamtministeriums getreten. V. v. 7. Nov. 1831. §. 1. G.S. S. 323.

Geheimes Archiv, f. Hauptstaatsarchiv.

Geheimes Cabinet. 1) Die Auflösung des G. C. erfolgte im J. 1831 durch die V. v. 7. Nov. 1831. §. 1. G.S. S. 323. **2)** In den vor dasselbe gehörig gewesenen Fällen ist vom Apostol. Vicariat an das Cult-Ministerium Vortrag zu erstatten, jedoch in Angelegenheiten des kathol. Hofgottesdienstes, als Gegenstand der Civilliste, an das Ministerium des Königl. Hauses. V. v. 7. Nov. 1831. §. 9. G.S. S. 323. **3)** Die vom G. C. ertheilten Commissionen sind auf diejenigen Ministerien übergegangen, zu deren Geschäftsbereiche jetzt der Gegenstand des Auftrags gehört. §. 5. ib. **4)** S. Cultusministerium, Ministerialdepartements.

Geheimes Consilium, f. Oberlausitz.

Geheimes Finanzcollegium. S. Finanzcollegium.

Geheime Sitzung. 1) Das Gericht ist im Untersuchungsprocesse befugt, auf den Antrag des Staatsanwalts, des Verletzten oder der Bezüchtigten, sowie auch von amtswegen die Oeffentlichkeit der Verhandlung, ohne Unterschied, ob diese bereits begonnen hat oder nicht, auszuschließen und die Verhandlung in geheimer Sitzung vorzunehmen, wenn nach seinem Ermessen bei der Oeffentlichkeit der Verhandlung Verletzung des Schamgefühls oder Gefahr für die öffentliche Ordnung zu befürchten ist oder sonst das Interesse des Staates den Ausschluß der Oeffentlichkeit räthlich macht. Str.Pr.O. v. 1855. Art. 5. (Vergl. aber Art. 376. unter: Rügenverfahren.) **2)** Das Enderkenntniß, welches auf eine geheime Verhandlung gegründet wird, ist jedoch in einer öffentlichen Sitzung bekannt zu machen. Ob auch die Entscheidungsgründe in derselben öffentlichen Sitzung und ob sie überhaupt in öffentlicher Sitzung bekannt gemacht werden sollen, bleibt dem Ermessen des Gerichts überlassen. Ang. Art. 6. S. dazu Art. 367. d. Str.Pr.O. unter: Untersuchungsverfahren vor d. E.R. **3)** Der geheimen Verhandlung können der Verletzte, die Mitglieder der Staatsanwaltschaft, der Vorstand des Justizministeriums und die bei demselben angestellten Räthe, sowie, nach dem Ermessen des Gerichtsvorsitzenden, richterliche Beamte, Sachwalter und Mitglieder der Polizeibehörden beiwohnen. Personen vor erfülltem 18ten Altersjahre und Frauenspersonen können, wenn sie die Angeschuldigten oder Verletzten sind, zu der geheimen Verhandlung den gesetzlichen Vertreter und beziehendlich den Ehemann, sowie einen oder, unter Genehmigung des Gerichtsvorsitzenden, einige ihrer nächsten Verwandten und Freunde mitbringen. Ang. Art. 6. **4)** Das Erkenntniß, welches auf Grund einer geheimen Verhandlung ertheilt worden ist, kann von dem Staatsanwalte, sowie von dem Angeklagten mit der Nichtigkeitsbeschwerde angefoch-

ten werden, wenn die Ausschließung der Oeffentlichkeit aus einem anderen, als einem der im cit. Art. 6. in Verbindung mit Art. 376. (unter: Rügenverfahren) angegebenen Gründe Statt gefunden hatte. Es ist jedoch die Nichtigkeitsbeschwerde, bei Verlust derselben, noch vor dem Beginne der Verhandlung in der geheimen Sitzung, bei dem in letzterer erkennenden Gerichte vorläufig anzumelden. Art. 7. d. Str.Pr.O. — Vergl. dazu Art. 89. der Str.Pr.O. unter: Rechtsmitttel. **5)** S. noch: Untersuchungsverfahren vor d. E.R., Hauptverhandlungs-T., Mündlichkeit, Erkenntnisse, Gerichtssitzung.

Geheimhaltung. S. Geheimniß, Vorladung, Papiere, Beichte, Gesinde, Landes-V., Anzeigen, Staatsdienst, 35., Staatsverrath, Verpflichtung.

Geheimmittel. S. Arznei...

Geheimniß. **1)** Personen, welche in Privatdiensten stehen, oder als Arbeiter in Fabriken oder für Fabrikverleger, oder in andern gewerblichen Unternehmungen beschäftigt sind, und dasjenige, was ihnen vermöge ihres Dienstes oder ihrer Beschäftigung bekannt oder anvertraut worden ist, und dessen Geheimhaltung ihnen obliegt, Anderen mittheilen, sind mit Gefängniß bis zu 4 Monaten oder Geld bis zu 400 Thalern zu belegen. Art. 372. d. Str.Gb. v. 1855. **2)** Gleiche Strafe trifft diejenigen, welche auf unerlaubte Weise in fremde G. eindringen. Art. 373. ib. (Vorher: Art. 324. d. Cr.Gb. v. 1838. G.S. S. 186.) **3)** Beim Militair: M.Str.Gb. v. 1855. §. 165. (unter: Dienst). **4)** S. Staatsverrath, Privatanklage, Dienstpflicht.

Geheiß. S. Gesinde, Verordn...

Gehen. S. Geistliche, 31.,. Ausweisung, Reisende, Vagabonden, Halden, Reiselegitimationen, VII. 4., Waldheim, I.

Gehilfe. S. Apotheken, Gewerbsgehilfen, Hilfslehrer.

Gehilfen des Verbrechens. **1)** Als Gehilfe ist zu betrachten, wer zu einem nicht von ihm, sondern von Anderen beschlossenen Verbrechen vor oder bei der Ausführung mitgewirkt, oder Rath und Anschlag gegeben hat, ohne jedoch den Entschluß zur That zu dem seinigen zu machen. Str.Gb. v. 1855. Art. 53. — S. Urheber. **2)** Die Beihilfe ist, wenn der geleistete Beistand oder die gegebenen Anschläge von der Art gewesen sind, daß ohne dieselben das Verbrechen nicht ausgeführt worden sein würde, für eine nahe, in anderen Fällen für eine entfernte zu achten. ib. Art. 54. **3)** Die Strafe der Beihilfe richtet sich nach der im Gesetze angedrohten Strafe derjenigen That, zu welcher die Beihilfe geleistet wurde. Sie soll bei der nahen Beihilfe stets niedriger, als der Höchstbetrag dieser Strafe, aber nicht niedriger, als auf $1/3$ des Mindestbetrags der letzteren, bei der entfernten Beihilfe nicht höher, als auf $1/2$ des Höchstbetrags bestimmt werden. ib. Art. 55. **4)** Hat die That nach den persönlichen Verhältnissen des Urhebers eine andere strafrechtliche Natur, als nach denen des G., so richtet sich die Strafe des G. nach demjenigen Verbrechen, welches dem Urheber nach dessen Verhältnissen zur Last fällt, gesetzt auch, daß die That durch die persönlichen Verhältnisse des Urhebers erst strafbar geworden ist. ib. **5)** Haben an der That mehrere Miturheber Theil genommen, welche einer verschiedenen Beurtheilung unterliegen (s. unter: Urheber Art. 51. a. E.), so richtet sich die Strafe des G. nach dem schwersten der für die Miturheber eintretenden Gesichtspuncte, es sind aber die für andere Miturheber geltenden milderen Gesichtspuncte bei der Bestrafung des G. als Strafzumessungsgründe innerhalb des durch den schwersten bestimmten Strafmaßes in Betracht zu ziehen. ib. **6)** Milderungsgründe und Erschwerungsgründe, welche sich auf die persönlichen Eigenschaften und Verhältnisse des Urhebers gründen, ohne der That selbst nach dem Str.Gb. eine andere strafrechtliche Natur beizulegen, ingleichen Strafausschließungsgründe, welche sich auf die persönlichen Eigenschaften und Verhältnisse des Urhebers gründen, kommen bei der Beurtheilung des G. nicht in Betracht. ib.

7) Hat das Verbrechen nach den persönlichen Verhältnissen des Urhebers oder nach der besonderen Willensrichtung desselben eine schwerere strafrechtliche Natur, als nach denen des G., so ist diese schwerere strafrechtliche Natur des Verbrechens bei der Beurtheilung des G. nur in soweit in Betracht zu ziehen, als derselbe von den Verhältnissen und der Willensrichtung des Urhebers unterrichtet war. Ebenso ist, wenn der Urheber bei der Ausführung des Verbrechens weiter gegangen ist, als der G. vermuthen konnte, der Letztere nur nach dem Umfange seiner Wissenschaft und seiner Absicht zu beurtheilen. ib. Art. 56. **8)** Personen, welche nur an dem Beschlusse oder an der Vorbereitung eines von Anderen begangenen oder verursachten Verbrechens Theil genommen haben, sind mit der Strafe der entfernten Beihilfe zu demjenigen Verbrechen, welches begangen oder beabsichtigt worden, zu belegen. ib. Art. 57. **9)** S. Körperverl..., Militairpersonen, Antrag, Zurücknahme, Zumessung, Urheber, Verbindung, Begünstigung, Anstiftung, Gerichtsstand, Staatsanw..., Untersuchungs-Zust..., Commission.

Gehirn. S. Section.

Gehöfte. S. Schürfen, Diebstahl.

Gehölz. S. Holzwirthschaft, Waldungen, Forst...

Gehör. S. Körperverletzung.

Gehör, rechtl. S. Proceß, Gerichte.

Gehören. S. Eigenthum.

Gehorchen, Gehorsam. S. Befehl, Behörden, Gesinde, Auflauf, Aufruhr, Gewerbsgehilfen, Lehrlinge, Localschulinspectoren, 2. k., Religion, Väter. — Bürgerlicher Gehorsam, s. Arrest.

Geier. Ueber das den Geistlichen zu G. für die kirchlichen Fürbitten zu entrichtende Zinn vergl. den Bef. v. 27. Mai 1769. C. A. C. II. T. II. S. 151.

Geising. Diese Stadt ist zum 8ten städtischen Wahlbezirke überwiesen. Bef. v. 3. März 1860. G.S. S. 21.

Geist. S. Geisteskranke, Körperverletzung.

Geistesabwesenheit. S. Geisteskranke, Testamente.

Geisteskräfte. S. Geisteskranke, Körperverletzung, Gelehrtenschulen, Majestäts..., Zurechn...

Geisteskranke, Geisteskrankheit. **1)** Ueber die Bestrafung dessen, welcher mit Absicht einen Andern in den Zustand eines dauernden Wahnsinns versetzt, oder die Ausbildung der Geisteskräfte eines Kindes unterdrückt, vergl. den Art.: Körperverletzung. (Früher: Art. 137. des Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 147.) **2)** G. sind den Unmündigen gleichgestellt und werden wie diese bevormundet. V.O. Cap. 24. Handausg. S. 103. u. L.C.W. T. IV. S. 177., E.P.O. ad Tit. 1. §. 11. S. 17., ad Tit. 9. §. 4. S. 72., ad Tit. 4. §. 2. S. 38., ad Tit. 18. §. 4. S. 111. **3)** Ihre Handlungen sind ungiltig, auch wenn sie vor der Bevormundung erfolgten. V.O. Cap. 24. §. 4. **4)** Selbst in lichten Zwischenräumen können sie ohne den Vormund weder Verträge eingehen, noch testiren, ausgenommen, wenn der Vormundschaftsrichter ihren Geisteszustand vorher untersucht, und bezeugt, daß er sie bei gutem Verstande gefunden. ib. Cap. 24. §. 5. **5)** G. sind criminalrechtlich unzurechnungsfähig, s. Zurechnung, Zurechnungsfähigkeit. **6)** Advocaten, welche Delinquenten wider die Wahrheit für blödsinnig oder melancholisch ausgeben, sollten nach den Vorschriften des frühern Criminalprocesses mit der Suspension und Remotion von der Praxis, auch andern Strafen, belegt werden. — Die Richter sollten den zweifelhaften Gemüthszustand von Angeschuldigten durch erfahrene Aerzte untersuchen lassen, und deren Atteste, oder die Aussage abgehörter Zeugen noch vor Verschickung der Acten beibringen. M. v. 16. Nov. 1741. §. 7. C. A. C. I. T. I. S. 327. u. L.C.W. T. I. S. 291., v. 14. Oct. 1744. §. 3. C. A. C. I. T. I. S. 341., M. v. 18. Jan. 1791. §. 23. C. A. C. II. T. I. S. 995., T. III. S. 509. u. L.C.W. T. IV. S. 384., M. v. 28. April 1829. §. 7. G.S. S. 159. — Derartige Explorationen erfolgen nunmehr durch den verpflichteten Gerichtsarzt. Instr. d. Bezirksärzte v. 30. Juli 1836. §. 10. G.S. S.

191. — Fand der Richter beim Verspruche das gerichtsärztliche Gutachten nicht ausreichend, so hatte er sich deshalb mit der medicin. Facultät in Leipzig oder der chirurg. medicin. Akademie in Dresden, Rescr. v. 8. April 1797. C. A. C. II. T. I. S. 521., Laus. Rescr. v. 4. Aug. 1797. L.C.W. T. IV. S. 473., oder mit den beim Ministerio des Innern angestellten Medicinalräthen zu vernehmen. V. v. 28. März 1835. §. 13. G.S. S. 216. **7)** Wenn auch eine Criminalstrafe nicht auszusprechen ist, so sind doch dergleichen G. in Verwahrung zu bringen, wo sie Niemandem schaden können. Ang. M. v. 18. Jan. 1791. §. 23. a. a. O. **8)** Wegen der Kosten in den die G. angehenden Sachen gelten die wegen der Vormundschaftssachen üblichen Vorschriften. Rescr. v. 18. Juni 1796. C. A. C. II. T. I. S. 591., V.O. Cap. 26. §. 3. S. 118. **9)** Eheleute, Anverwandte und Vormünder, welche die Obsicht über ihre des Gebrauchs des Verstandes beraubten Angehörigen oder Pflegbefohlenen dergestalt, daß diese weder sich noch andern Schaden zufügen können, nicht selbst zu übernehmen gemeint, oder im Stande sind, demnächst aber auch alle Andern, welche den verwirrten Gemüthszustand eines G. hinlänglich zu bemerken Gelegenheit haben, sollen davon bei Strafe in Zeiten der Obrigkeit Nachricht geben, und diese hat die erforderlichen Verfügungen und Vorkehrungen zu treffen, auch sollen überhaupt die Obrigkeiten und alle diejenigen, welche für solche unglückliche Personen Sorge zu tragen verbunden sind, hierunter ihrer Obliegenheit alles Fleißes bei Strafe nachkommen. M. v. 20. Nov. 1779. §. 1. C. A. C. II. T. I. S. 759., C. A. C. II. T. III. S. 157. u. L.C.W. T. III. S. 154. Vergl. auch die V.O. Cap. 24. §. 2. u. d. M. v. 11. April 1772. Cap. 1. §. 10. C. A. C. II. T. I. S. 645. **10)** Bei geisteskranken Armen ist insbesondere in Obacht zu nehmen, daß sie sogleich bei dem ersten Ausbruche des Uebels, welches dann in der Regel noch heilfähig ist, in eine öffentliche Irrenanstalt gebracht werden. Jedenfalls muß dieß geschehen, wenn deren Zustand in Raserei ausartet, und der Kranke für sich und andere gefährlich wird, dafern solchenfalls zu dessen Aufsicht und Behandlung am Orte selbst nach ärztlichem Ermessen ausreichende Veranstaltung nicht sogleich getroffen werden kann, §. 37. der A.O. v. 1840. G.S. S. 265. **11)** Wenn Kinder, deren Aeltern oder Großältern in Gemühtszerrüttung verfallen sind, heirathen wollen, so ist nicht die Einwilligung des Zustandsvormundes, sondern nur, an der Stelle der gemüthskranken Person, nach Verschiedenheit der Fälle und nach Anleitung §. 7. u. 12. des Regul. v. 15. Jan. 1808., resp. der Mutter u. Großältern Einwilligung oder des Vormundes billigendes Mitwissen erforderlich, §. 10. ib. C. A. C. III. T. I. S. 167. u. L.C.W. T. VI. S. 238. **12)** Ueber die Unterbringung Geisteskranker auf dem Sonnensteine bei Pirna oder in der Anstalt zu Colditz vergl. den Art.: Landes-Versorgungs- u. Heilanstalten. **13)** G. sind unfähig zu Erwerbung eines Lehnguts, doch wird ihnen wegen der schon in ihrem Besitze befindlichen Güter und wegen der Mitbelehnschaften bis zur Besserung ihres Zustandes Indult ertheilt, ein Lehnträger aber nicht zugelassen, Rescr. v. 14. Oct. 1745. C. A. C. I. T. I. S. 1020., Rescr. v. 19. Aug. 1739. ib. S. 1005., u. es läuft dann die Frist zur Lehnsfuchung von Zeit der erfolgten und ärztlich zu bescheinigenden Besserung an. M. v. 30. April 1764. Tit. 2. §. 4. C. A. C. I. T. I. S. 1027. **14)** Der Transport G. auf den Eisenbahnen kann nur nach 24 Stunden vorher geschehener Anmeldung bei der Verwaltung der Abgangsstation erfolgen. Bek. v. 29. Febr. 1860. G.S. S. 22. **15)** S. Ehesachen, Ehestiftungen, Ehemänner, Gerichtsbarkeit, Gesetze, 16., Polizei, Raub, Milderung, Selbstmord, Testamente, Freiheitsberaubung, Antrag, Unzucht, Mißbrauch.

Geisteswerke. S. Eigenthum an G.

Geistliche. **1)** Ueber die Bedingungen der Anstellung in geistlichen Aemtern u. das dabei Statt findende Verfahren sehe man den Art. Aemter nach. Die G. aller christl. Confessionen sind außer dem Unter-

thaneneide auf Beobachtung der Landesverfassung eidlich zu verpflichten, §. 139. d. V.U. v. 4. Sept. 1831. G.S. S. 271. **2)** In den katholischen Orten d. Oberlausitz kann jeder Augsburgische Confessionsverwandte und ebenso in den protestantischen Orten jeder Katholik alle geistlichen Amtshandlungen durch Pfarrer seiner Confession gegen Abstattung der Stolgebühren an den Parochus der anderen Confession verrichten lassen. Rescr. v. 4. März 1713., 12. Juli 1732. u. 10. Febr. 1744. L.C.W. T. II. S. 1241., 1251., 1266. — Die Landgeistlichen sollen in den Lausitzer Städten nicht eigenmächtig und ohne Genehmigung des Stadt-Ministerii geistliche Amtshandlungen verrichten. Rescr. v. 29. Aug. 1707. L.C.W. T. II. S. 1222. **3)** Angestellte G. sind landtagswahlfähig, §. 19. d. G. v. 24. Sept. 1831. G.S. S. 291. Wenn sie die Eigenschaften besitzen, um gewählt zu werden, od. zu wählen, so nehmen sie ohne höhere Erlaubniß an dem Wahlgeschäfte Theil, bedürfen deren jedoch, ehe sie die Wahl als Landtagsabgeordnete annehmen. §. 19. ib. In Bezug auf die Pfarr- und Schulgrundstücke sind die G. und Schullehrer, welche jene Grundstücke benutzen oder bewohnen, als deren zeitweilige Besitzer, Administratoren und Nutznießer zu betrachten, und eben so, wie die Administratoren der Grundstücke anderer, der Oberaufsicht geistlicher Behörden untergebener milder Stiftungen, z. B. der Hospitäler, in den Versammlungen der Urwähler stimmberechtigt. §. 23. ib., V. v. 30. Mai 1836. zu §. 23. cit. G.S. S. 120. Welche G. verfassungsmäßig Mitglieder der ersten Kammer seien, enthält §. 63. der V.U. G.S. v. 1831. S. 254. **4)** Zu Erlangung des Bürgerrechts sind G. in Folge ihrer Anstellung nicht verbunden, wohl aber befähigt, §. 48. d. A.St.O. G.S. v. 1832. S. 31., K.O. v. 1580. Tit. Von Immun. C A. T. I. S. 535. Sie können sich auch gegen die Uebernahme städtischer Aemter und Aufträge, welche den Genuß der bürgerlichen Ehrenrechte voraussetzen, entschuldigen. §. 97. unter a. ib. S. 41. **5)** In der Landgemeinde sind G. zu Gemeindeämtern nicht wählbar, L.-Gem.O. v. 7. Nov. 1838. §. 32. G.S. S. 438. Sie sind von persönlichen Gemeindeleistungen, dafern sie nicht in der Gemeinde angesessen sind, befreit. §. 70. ib. S. 448. **6)** Vermöge des Gemeinderechts der Geistlichen, Schullehrer u. Kirchendiener auf dem Lande sind ihre Stellen, nach der K.O. v. 1580. Tit. Von Immunitäten rc. §. Sie sollen auch rc. und Gen.Art. 40. §. Mit der Viehhut rc. C.A. T. I. S. 535. 710., bei Theilung von Gemeindegrundstücken, in sofern sie nicht von deren Benutzung bisher unzweifelhaft ausgeschlossen gewesen sind, als theilnahmeberechtigte Mitglieder anzusehen, jedoch hinsichtlich der Gemeindeholzungen die Pfarrstellen, nach dem Syn.Decr. v. 1624. §. Da aber die Pfarrer rc. ib. S. 795., nur dann, wenn kein eigenes zum Bedarfe ausreichendes Pfarrholz vorhanden ist. §. 150. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 206. **7)** Die Obliegenheiten der G. in Hinsicht auf das Elementarvolksschulwesen giebt das G. v. 6. Juni 1835. §§. 69. 73. 77. 79. 24. 27. G.S. S. 283. f., u. d. V. v. 9. Juni 1835. §§. 1. 146. 147. 160. ff. 79. 51. 53. 60. 72. 82. 83. ib. S. 298. ff. an. S. dazu den Art.: Localschulinspectoren. [Aeltr. Verf.: Res. gr. v. 1661. Consist.-S. §. 27. C.A. T. I. S. 208., Schul-O. in der K.O. v. 1580. ib. S. 558. 567., Bef. v. 22. Mai 1713. ib. S. 893., v. 20. Nov. 1724. C. A. C. I. T. I. S. 204., v. 8. Jan. 1725. ib. S. 214., Ausschr. v. 2. April 1734. ib. S. 228., Lauf. Schul-O. v. 15. Febr. 1770. Cap. I. §. 6. L.C.W. T. III. S. 878., Schul-O. für die lat. Stadtschulen v. 17. März 1773. Cap. 12. C. A. C. II. T. I. S. 127., für die deut. Stadtschulen v. 17. März 1773. Cap. 9. 10. ib. S. 151., Gen.V. v. 7. Nov. 1796. ib. S. 178.] **8)** Landgeistliche sollen die Schutzblattern-Impfung befördern, M. v. 22. März 1826. §. 15. G.S. S. 34., Rescr. v. 22. April 1805. C.A. C. III. T. I. S. 138., v. 18. Juli 1810. ib. S. 145. **9)** G. sollen, wenn ihnen die Verbreitung schädlicher Schriften durch Leihbibliotheken bekannt wird, bei der Ortsobrigkeit oder den Amtshauptleuten Anzeige erstatten. Rescr. v. 2. Juni 1817. C.A. C. III. T. I. S. 52. **10)** Wenn G. allein einem Kirchspiele vorstehen, so hat, im Falle sie, ihre Kinder oder

Enkel sich verehelichen, der Ephorus das Testimonium integritatis auszustellen. Rescr. v. 26. Juli 1824. G.S. S. 152., in der Lausitz der Beichtvater des G., V. v. 5. Nov. 1824. ib. S. 200. **11)** Die G. haben die Geburtslisten u. Scheine für Militairpflichtige auszustellen, M. v. 20. Sept. 1826. §. 5. G.S. S. 210., u. s. Geburts... **12)** Die zu Hebammen sich meldenden Frauen bedürfen eines Zeugnisses des betreffenden G., daß sie gehörigen Religionsunterricht genossen haben, fertig lesen und, wo möglich, schreiben können, wohlwollend, dienstfertig, besonnen u. unternehmend seien, auch einen nüchternen, unbescholtenen u. christlichen Lebenswandel führen. M. v. 2. April 1818. §. 2. G.S. S. 10., Hebammen-O. §. 2. ib. S. 17., V. v. 18. Nov. 1833. G.S. S. 152. **13)** Thätliche Mißhandlungen od. Beleidigungen der G. während ihrer Amtsverrichtungen werden nach Art. 233. des Str.Gb. (unter: Störung), früher nach Art. 190. 191. d. Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 159. gestraft. **14)** Die G. sind lehnsfähig und leisten die Lehnspflicht in Person, Const. 28. P. III. C.A. T. I. S. 113., Rescr. v. 6. Sept. 1742. C. A. C. I. T. I. S. 1011. **15)** Straffällige G. sollen nicht mehr auf Pönitenzpfarren versetzt werden. Res. gr. v. 30. Sept. 1763. ad Gr. 8. C.A. C. I. T. I. S. 88. und ib. ad Gr. 3. ib. S. 90. **16)** Zu dem Einkommen der G. (man vergl. noch den Art. Besoldung) gehört: a) der Opferpfennig. Jede Person, welche das 12. Jahr erreicht, soll ihrem Pfarrer alle Quartale einen, und also des Jahres 4 Pfennige Opfergeld geben, sie habe communicirt oder nicht; wo aber ein Mehreres zu geben hergebracht, soll es nachmals dabei verbleiben. Gen.Art. 23. v. 1580. C.A. T. I. S. 696., Rev. Syn.Decr. v. 1673. §. 64. C.A. T. I. S. 835. Es sollen die Richter jedes Orts bei Strafe solches Opfer unter ihrer Gemeinde einnehmen und ausantworten. ib. b) Häusler, Gärtner und Hausgenossen sollen anstatt des Hufengroschens, Decem u. Brodes, welches die Hüfner geben, über den gewöhnlichen Opferpfennig dem Pfarrer 18, u. dem Glöckner 6 Pfennige jährlich geben. Gen.Art. 24. 25. l. c., Syn.Decr. v. 1624. §. Weiln auch ꝛc. C. A. T. I. S. 794. u. Rev. Syn.Decr. v. 1673. §. 65. 66. l. c. S. auch: Brod. c) Diese Bezüge werden jetzt nach der Reductionstabelle sub A. G.S. v. 1840. S. 185. in d. 14-Thalerfuß-Währung entrichtet. Hiernach sind Beträge unter 8 Pfennigen nach ihrem frühern Nennwerthe abzuführen, dagegen aber statt zeither 8 Pf.: 9 Pf.; 1 Gr.: 1 Ngr. 3 Pf.; 2 Gr.: 2 Ngr. 6 Pf.; 3 Gr.: 3 Ngr. 9 Pf.; 4 Gr.: 5 Ngr. 1 Pf. und so fort zu zahlen. V. v. 23. Nov. 1840. §. 5. G.S. S. 366. **17)** Die Accidentien beruhen auf jedes Orts Observanz; übrigens verbieten die Res. gr. v. 1661. Tit. Consist.-S. §. 13. C.A. T. I. S. 202. u. das Rescr. v. 21. Jan. 1667. ib. S. 815. den Pfarrern die eigenmächtige Erhöhung derselben, wogegen das Rev. Syn.-Decr. v. 1673. §. 68. ib. S. 835. die Eingepfarrten zur freiwilligen Erhöhung derselben ermuntert. Ueber die jura stolae der Militairpersonen vergl. das Regul. v. 1. Sept. 1785. C.A. C. II. T. I. S. 197., L.C.W. T. IV. S. 587. u. C.A. C. II. T. III. S. 15., das Rescr. v. 17. Aug. 1801. C.A. C. III. T. I. S. 103., die Ordonn. v. 19. Juli 1828. 2. Th. §. 67. G.S. S. 164. Die für Stolgebühren und Accidentien der Kirchendiener geordneten, od. herkömmlichen Sätze sind, in der Regel, nach der Reductionstabelle unter B. G.S. v. 1840. S. 197. in die 14-Thalerfuß-Währung umzurechnen. Wo jedoch von den Kirchendienern eine bessere Abrundung der einzelnen Sätze gewünscht wird, können die Inspectionen und Collaturbehörden solche vornehmen und ein Regulativ darüber abfassen, welches der betreffenden Consistorialbehörde zur Bestätigung vorzulegen ist. Es haben auch die Gemeinden in solchen Fällen geschehen zu lassen, daß die einzelnen Sätze um so viel erhöht werden, als die Differenz zwischen dem 20-Guldenfuße und dem 14-Thalerfuße nach dem gesetzlich bestimmten Agio beträgt, §. 6. der V. v. 23. Nov. 1840. G.S. S. 366. S. noch die Art.: Besoldung, Carenzzins, Tischtrunk, Tranksteuer. **18)** Die Einleitung einer Unter-

suchung gegen einen Geistlichen ist von der Justizbehörde sofort der Kreisdirection anzuzeigen, V. v. 1. Juni 1839. G.S. S. 166. S. noch: Voruntersuchung, Transport. **19)** Auf die Privatangelegenheiten der Clerici, Professoren oder einzelner Personen bezieht sich das Privileg. der Kirchen und Stiftungen, wonach die Verjährung gegen solche erst in 40 Jahren vollendet wird, nicht. Const. 5. P. II. v. 1572. C.A. T. I. S. 85. **20)** Von den Beiträgen zur Armencasse sollen sich G. nicht ausschließen, M. v. 11. Apr. 1772. Cap. I. §. 5. C.A. C. II. T. I. S. 643., Lauf. M. v. 10. Febr. 1731. §. 5. L.C.W. T. I. S. 894. **21)** Kirchen- und Schuldiener können sich gegen die Uebernahme der ihnen zugedachten Vormundschaften entschuldigen, jedoch können dieselben, wenn einer von ihren Amtsbrüdern mit Tode abgeht, die Vormundschaft über dessen Kinder zu übernehmen, sich nicht entbrechen. Vorm.O. Cap. 9. §. 1. unter 4. S. 39. Es können aber dieselben diejenigen Vormundschaften, zu welchen sie bereits, ehe die Entschuldigungsursache bei ihnen eingetreten, bestätiget worden, fortzuführen sich nicht weigern. ib. unter 7. Ob sie zwar mit Vormundschaften so viel möglich zu verschonen, so können sie doch bei eintretenden besonderen Umständen, besonders in Ermangelung anderer geschickter Personen dazu angehalten werden. ib. §. 2.— Wegen der kathol. Geistl. s. das M. v. 19. Febr. 1827. §. 28. G.S. S. 19. **22)** Die nächste Aufsichtsbehörde der G. sind die Superintendenten, welche früherhin über sie Conduitenlisten einreichen sollten, Gen.V. v. 19. Dec. 1788. C.A. C. II. T. I. S. 205., Rescr. v. 19. Dec. 1788. C.A. C. II. T. I. S. 297. S. dazu: Anzeigen. **23)** G. dürfen ihre Kinder selbst unterrichten, §. 135. der V. v. 9. Juni 1835. G.S. S. 335. **24)** Das Verhalten der G. bei ausgebrochenen Viehseuchen schreibt d. M. v. 13. Mai 1780. Cap. III. §. 25. C.A. C. II. T. I. S. 793. C.A. C. II. T. III. S. 163. u. L.C.W. T. III. S. 417. vor. **25)** Ordinirte G. sind vom Eintritte in die Communalgarde ausgeschlossen, Regul. v. 29. Nov. 1830. sub 4. b. G.S. S. 201., G. v. 25. Juni 1840. §. 3. G.S. S. 133. **26)** Ueber Aufhebung oder Vereinigung geistl. Stellen haben die Kreisdirectionen die Entschließung des Cult.-Min. einzuholen, Anordn. v. 20. Juni 1835. Cod. d. S. K.R. S. 398. not. 12. sub i. **27)** Der erste G. eines Orts ist Mitglied und Vorsitzender der Schulcommission bei städt. Gymnasien, §. 7. der V. v. 21. März 1835. G.S. S. 207. **28)** Removirte Kirchen- und Schuldiener sind nicht leicht wieder anzustellen. Res. gr. v. 1661. Conf.-S. §. 18. C.A. T. I. S. 204. **29)** Removirte und resignirte G. sind als solche nicht mehr zu betrachten, und verlieren ihren bisherigen Gerichtsstand. Dec. 35. v. 1746. C.A. C. I. T. I. S. 359. **30)** Die Schuldiener in Städten und auf dem Lande sollen zwar nicht anders, als mit Rath und Vorwissen der Pfarrer angenommen werden, deshalb steht jedoch den Pfarrern, wenn sie nicht einen Antheil am Collaturrechte besonders hergebracht, ein eigentliches votum negativum bei Schulbesetzungen nicht zu. Wohl aber können sie, wenn sie erhebliche Ursache gegen die Wahl eines Schullehrers in Ansehung der ermangelnden Tüchtigkeit eines Subjects zu einem solchen Amte anzuführen haben, und die Collatoren gleichwohl auf solchen Subjecten bestehen, sothane Einwendungen bei der Behörde zu fernerer Untersuchung, Beurtheilung und weiter zu fassender Entschließung anzeigen. Ref. 8. v. 27. Jan. 1786. C.A. C. II. T. I. S. 294., T. III. S. 15. u. L.C.W. T. IV. S. 669. **31)** So oft eine Pfarre, ein Diakonat, od. anderer Kirchendienst durch Absterben od. sonst erledigt wird, soll alsbald durch den Superintendenten berichtet und der Dienst inzwischen durch die benachbarten Pfarrer versehen werden. K.O. v. 1. Jan. 1580. Tit. Vom Beruf, unter 1. u. 2. C.A. T. I. S. 522. Diese Pfarrer sollen während der Erledigung der Pfarrstelle in deren Verwaltung umwechseln, K.O. loco cit., und Tit. Von Freiheiten, §. Und zu fernerer, ib. S. 534., Gen. v. 6. Sept. 1680. ib. S. 866. Die Abholung der vicarirenden G. soll von Seiten der Erben

des verstorbenen G. erfolgen, wenn ihre Entfernung von der erledigten Stelle über eine halbe Meile beträgt, auch sind sie mit der nöthigen Speisung zu versehen, wogegen die Vacanzprediger bei einer Entfernung unter 1/2 Meile, falls sie nicht zu Fuße gehen wollen, für ihr Fortkommen selbst zu sorgen haben; Rescr. v. 4. Febr. 1743. Cod. d. S. K.R. S. 140. **32)** Es soll Niemand nach einer Pfarre ungebührlich laufen, vielmehr der Patron oder Collator tüchtige Personen dazu vorschlagen. K.O. v. 1580. Tit. Vom Beruf, unter 3. u. 4. C.A. T. I. S. 522. **33)** Die G. sollen nicht andere ohne Noth für sich predigen lassen, Syn.Decr. v. 1624. §. Und versehen wir uns rc. C.A. T. I. S. 786., Rev. Syn.Decr. v. 1673. §. 7. ib. S. 827. **34)** Ueber ihre Zuziehung bei Besetzung der Freistellen in Fürstenschulen und Conferirung der Stipendien s. das Syn.Decr. v. 1624. §. Welcher Orten rc. C.A. T. I. S. 792. und §. 52. d. Rev. Syn.Decr. v. 1673. ib. S. 833.; **35)** bei Besetzung d. Diakonate: Rescr. v. 1710. C.A. T. I. S. 883. **36)** Die Pfarrer sollen bei der Kirchrechnungsabnahme zugezogen werden, aber haben keine Gebühren deshalb zu fordern, Gen. v. 26. März 1810. §. 2. C.A. C. III. T. I. S. 108., wegen der Lausitz: Regul. v. 11. Aug. 1813. S. 97. L.C.W. T. VI. S. 283. **37)** Die geistlichen Grundstücke sollen verraint, und, um ihre Beschädigung durch Abpflügen u. d. m. zu verhüten, jährlich besichtigt werden, 30. Gen.Art. v. 1. Jan. 1580. C.A. T.I. S.699., Syn.Decr. v. 1624. §. Derowegen ordnen rc. ib. S. 795., Rev. Syn.Decr. v. 1673. §. 71. ib. S. 836. **38)** Nach dem 28. Gen.-Art. v. 1580. C.A. T. I. S.698., dem Syn.-Decr. v. 1624. §. Es befindet sich ferner rc. ib. S. 795. u. §. 71. des Rev. Syn.Decr. v. 1673. ib. S. 836. dürfen geistliche Grundstücke nicht ohne höchste Genehmigung und nur auf die Amtsdauer des Inhabers an Andere überlassen werden. Jedenfalls soll durch Veränderung des Zinses und der Personen, welche solche Stücke laasweise innehaben, dem Verluste der geistl. Grundstücke durch Verjährung vorgebeugt werden. 29. Gen.Art. l. c., Syn.Decr. v. 1624. Und damit aus denen rc. l. c., Rev. Syn.Decr. v. 1673. §. 71. l. c. **39)** Sobald ein angestellter G. abgeht oder verstirbt, sind die in seinen Händen befindlichen Kirchenbücher, Matrikeln und andere Kirchen- und Pfarr-Inventariengegenstände sofort, oder resp. vor der Erbtheilung den Kirchvätern mittelst richtiger Specification auszuhändigen, wonach sie dem Successor zu übergeben sind, V. v. 9. Jan. 1719. C.A. C. I. T. I. S. 195. **40)** Das Pfarrinventarium ist auf alle Fälle in seinem Bestande zu erhalten. Verluste daran ohne Schuld des Pfarrers hat das Kirchenärar und die Gemeinde zu ersetzen. Gen.Art. 41. 42. v. 1580. C.A. T. I. S.711., Rescr. v. 5. März 1708. ib. S.881. **41)** Den Pfarrern wird beim Anzuge das Inventarienvieh übergeben, daß sie solches wie andere gute Hauswirthe nutzen und gebrauchen sollen; sie sollen daher statt der alten und unbrauchbaren Stücke junges Vieh anzuziehen sich befleißigen, ohne deshalb einen Ersatz von der Kirche oder den Eingepfarrten zu verlangen. Dafern jedoch durch einen ohne des Pfarrers oder der Seinigen entstandenen Unglücksfall das Inventarienvieh ganz oder größten Theils verloren ginge, so soll der Verlust, der solchenfalls die Kräfte der Wirthschaft des Pfarrers übersteigen würde, aus dem Kirchenvermögen, oder, wo die Eingepfarrten solches zu übertragen schuldig, von diesen ersetzt, und die Sache ohne processualische Weitläuftigkeit nach hauswirthschaftlichem Ermessen verglichen und in der Kürze entschieden werden. Resol. 1. v. 27. Jan. 1786. C.A. C. II. T. I. S. 291., C.A. C. II. T. III. S. 15. u. L.C.W. T. IV. S. 667. S. noch wegen der Lausitz das Regul. v. 11. Aug. 1813. §. 18. L.C.W. T. VI. S. 274. **42)** Die eingepfarrten Pferdner sollen, auf Begehren des Pfarrers und Küsters, deren Aecker um einen billigen Lohn, nach des Superintendenten und Collators Ermessen, vor anderen zu beschicken verbunden sein; im Falle aber die Eingepfarrten sich dessen weigerten, oder mit dem Pfarrer sich wegen des Lohnes nicht vergleichen könnten, so soll

solches von dem Superintendenten an die geistl. Oberbehörde berichtet und daher Bescheid erwartet werden. Syn.Decr. v. 6. Aug. 1624. Insonderheit aber rc. C.A. T.I. S. 794., Rev. Syn.Decr. v. 15. Sept. 1673. §. 69. ib. S. 836. Für die Beschickung sollen sie nicht solche Ergötzung mit Essen und Trinken fordern, welche dem Lohne gleich kommt, od. dasselbe übertrifft. Gen.Art. 27. v. 1580. ib. S. 697. Andere Pfarrkinder, außer den Pferdnern, sind schuldig, ihrem Pfarrer in der Erndte und sonst, wenn er ihrer bedarf, nächst ihrem Erb- und Gerichtsherrn, um billigen Lohn vor anderen zu arbeiten. Rev. Syn.Decr. v. 15. Sept. 1673. §. 69. C.A. T.I. S. 836. **43)** Die Pfarrdotalen, d. h. die zu den Pfarren geordneten Frohn- und Dienstleute, sollen ihren Pfarrern ihre Dienste willig thun, auch dazu, nöthigenfalls, von der Obrigkeit angehalten werden, jedoch von Anderen mit neuen Diensten und Beschwerungen verschonet bleiben. Gen.Art. 27. u. Rev. Syn. Decr. v. 1673. §. 70. C.A. T.I. S. 697. 836., Rescr. v. 11. Aug. 1710. ib. S. 885. **44)** Für die Gerichtsbarkeit der Pfarrer über die Dotalen waltete weder eine Regel noch allgemeine Vermuthung vor; vielmehr war dabei das Herkommen jeden Ortes zum Grunde zu legen, mithin der Pfarrer, wo er die Gerichte über die Dotalen hergebracht, ohne daß dabei ein Unterschied unter dotales vere tales et improprie tales Statt finde, zu schützen. War aber die Gerichtsbarkeit streitig, so mußte der Pfarrer, daß er solche hergebracht habe, zuvörderst beweisen. Regul. v. 31. Mai 1782. §. 1. C.A. C.II. T.I. S. 273. Die Pfarrdotalgerichte, wo sie erweislich hergebracht waren, sollten gleich anderen Gerichten, so lange nicht die Schriftsässigkeit beigebracht ward, als amtsässig geachtet werden. §. 21. ib. S. 278. **45)** Durch Vererbung der Pfarrgrundstücke werden die Erwerber zu Pfarrdotalen. Rescr. v. 6. Oct. 1617. C.A. T.I. S. 849. (Wegen des Gerichtsstandes s. das O.A.Pat. v. 27. Aug. 1792. C.A. C.II. T.III. S. 18.) **46)** Im Pfarrholze dürfen a) die Pfarrer nicht nach Gefallen Holz schlagen, sondern sie erhalten, mit Vorwissen der Lehn- und Gerichtsherren, im Beisein des Richters und der Kirchväter das nothdürftige Feuer- und Bauholz angewiesen, und können sonst nichts hauen lassen. Gen.Art. 31. v. 1580. C.A. T.I. S. 699., Res. gr. v. 22. Juni 1661. Tit. Consist.-Sachen §. 28. ib. S. 208. b) Hiernächst sollen die Collatoren, Vorsteher, Obrigkeiten u. Gerichte über das Pfarrholz Aufsicht haben, es jährlich einmal, doch ohne Verursachung besonderer Kosten, besichtigen, und seinen Zustand untersuchen. M. v. 11. Mai 1726. §. 14. C.A. C.I. T.I. S. 529., Laus. M. v. 2. Aug. 1728. §. 7. L.C.W. T.II. S. 582., O. Laus. F.- u. H.Pat. v. 20. Aug. 1767. Cap. I. §. 20. L.C.W. T. III. S. 699. u. C.A. C.I. T.III. S. 171., C.A. C.I. T.I. S. 529., O.Laus. F.- u. H.Pat. v. 20. Aug. 1767. Cap. I. §. 20. C.A. C.I. T.III. S. 171. c) Das Holzdeputat der Pfarrer aus dem Pfarrholze gehört nicht eigentlich zu den Pfarreinkünften, auch pflegt dessen Vertheilung nicht, wie bei den letzteren, von Michael zu Michael (vergl. das Rescr. v. 12. Dec. 1628. C.A. T.I. S. 853.) eingerichtet zu werden, Rescr. v. 12. Febr. 1742., Cod. des S.K.R. S. 139. Hierzu vergl. den Art.: Holzdeputate. d) Das jährliche Holzbedürfniß des Pfarrers pflegt jedesmal im Vor- oder Frühjahre desselben Jahres, nicht aber ein ganzes oder anderthalb Jahre vorher angewiesen und gefällt zu werden, ib. Vergl. noch die im Cod. des S.K.R. S. 139. not.** angef. Kirchenrathsrescripte v. 15. Dec. 1724. und 13. Sept. 1741. e) Das Windbruchholz in den Kirchen-, Pfarr- und Schulhölzern soll, soweit nöthig, nach Beschaffenheit des Holzes zur Reparatur der geistl. Gebäude verwendet, auch den G. und Schullehrern das Deputatholz auf 2 bis 3 Jahre gereicht, das Uebrige aber verkauft, das Kaufgeld soll ausgeliehen und der Zinsertrag bei Kirchenhölzern der Kirche, bei Pfarrhölzern dem Pfarrer und bei Schulhölzern dem Schullehrer überlassen werden, Syn.Decr. v. 6. Aug. 1624. §. Die Pfarr-Hölzer rc. C.A. T.I. S. 794., Rescr. v. 24. Juli 1715. ib. S. 903., u. Rescr. von neml. T. und J.

im Cod. des S. K.R. S. 122. not.*. Uebrigens haben Pfarrer und Schullehrer hinlängliche Caution zu bestellen, daß, wenn sie vor der Zeit und ehe das Holz verdienet, verstürben, dem Successor der ihm gebührende Betrag zu Theil werde, ang. Rescr. v. 24. Juli 1715. f) Die abgestandenen Bäume in den Pfarrhölzern sollen gleich den Windbrüchen ins Geld gesetzt werden, wovon die Pfarrer den Nutzen in der Weise zu genießen haben, daß davon das Holzdeputat bei Ermangelung des Holzes in natura in den Pfarrhölzern angeschafft wird, Rescr. v. 27. Jan. 1723. C.A. C.I. T. I. S. 199. g) Bei Anlegung neuer Holzschläge sind die betheiligten Gutsherren zu hören, Bek. v. 26. April 1838. Anh. sub ⊙ §.11. unt. no. 4. a. G.S. S. 371. h) Die Vorschriften über das, Staatswegen mit zu beaufsichtigende, Gebahren der Pfarrer und Kirchenvorsteher mit den Kirchen- und Pfarrhölzern enthalten: der Gen.Art. v. 8. Mai 1557. Von den Pfarrhölzern C.A. T. I. S. 458., die F.- u. H.O. v. 8. Sept. 1560. Als auch die Pfarrherrn rc. C.A. T. II. S. 501., der 31. Gen.Art. v. 1580. C.A. T. I. S. 699., d. Syn.Decr. v. 1624. §. Die Pfarr-Höltzer rc. ib. S. 794., die Res. gr. v. 22. Juni 1661. Consist.-S. §.28. ib. S. 209., das Rev.Syn.-Decr. v. 1673. §. 72. ib. S. 836., der Bef. v. 9. Dec. 1705. C.A. T. I. S. 875., Res. v. 1718. ib. S. 397., das M. v. 11. Mai 1726. §. 14. C.A. C. I. T. I. S. 529., Lauf. M. v. 2. Aug. 1728. §. 7. L.C.W. T. II. S. 582., Gen. v. 16. Juli 1755. §. 23. C.A. C. I. T. I. S. 1527., das Rescr. v. 11. Juli 1763. im Cod. d. S. K.R. S. 129. not. 2., d. Lauf. F.- u. H.-Pat. v. 1767. Cap. 1. §. 20. C.A. C. I. T. III. S. 171., Cap. 3. §. 9. 11. S. 175., Cap. 7. §. 4. S. 186. u. L.C.W. T. III. S. 699. f. **47)** Die Geistlichen sollen a) ihre Dienstgebäude, wie guten Hauswirthen obliegt, in baulichem Wesen erhalten, und besonders, was im täglichen Gebrauche eingeht, z. B. Fenster, Oefen, Thüren, Zäune, Dachungen, ergänzen; vergl. den 32. Gen.Art. v. 1580. C.A. T. I. S. 700., Res. gr. v. 1661. Conf.-S. §. 28. ib. S. 208., Rev. Syn.Decr. v. 15. Sept. 1673. §. 72. ib. S. 836. Im Uebrigen liegt die Erhaltung und der Bau der geistl. Gebäude als Regel dem Kirchenärar und den Parochianen ob. Die vorhandenen Vorschriften über die Pflicht zum Baue und zur Instandhaltung der geistl. Gebäude sowie über die Aufbringung der Baukosten sind folgende: L.O. v. 1543. Tit. Von derer Pfarrherren rc. C. A. T. I. S. 18., Gen.Art. v. 1557. Vom Bau rc. ib. S. 457., Gen.Art. 32. v. 1580. ib. S. 699., Syn.Decr. v. 1624. §. Wir erfahren rc. ib. S. 699., Rescr. v. 1. Dec. 1636. ib. S. 857., Res. gr. v. 1661. Tit. Conf.-S. §. 28. ib. S. 208., Rev. Syn.-Decr. v. 1673. §. 72. ib. S. 836., B. v. 24. Juli 1715. ib. S. 903. u. Cod. des S. K.R. S. 122., B. v. 9. Jan. 1719. C.A. C. I. T. I. S. 195., Bef. v. 30. Jan. 1722. ib. S. 197., Resol. v. 20. März 1722. C.A. C.I. T.I. S. 23., Bef. v. 28. Aug. 1726. C.A C. II. T. I. S. 181., M. v. 4. Oct. 1773. §. 4. ib. S. 694., Rescr. v. 12. Juni 1793. ib. S. 217., Gen. v. 23. April 1813. C.A. C. III. T. I. S. 273., Rescr. v. 14. Sept. 1822. (und wegen der Lauf. v. 4. Dec. 1822.) G.S. S. 441. 468., G. v. 8. März 1838. G.S. S. 266. b) Des eigenmächtigen Bauens, Veränderns und Besserns in den geistlichen und Schulgebäuden haben sich die Inhaber zu enthalten, B. v. 9. Jan. 1719. C.A. C.I. T.I. S. 195. c) In den Städten besorgen die für die Kirchenangelegenheiten rc. bestellten Deputationen die Aufsicht und Leitung der Baue an geistlichen Gebäuden, A.St.O. v. 2. Febr. 1832. §. 275. G.S. S. 83. d) Die geistlichen Grundstücke sind von den Hinterlassenen der Pfarrer während des Gnadenhalbjahres in Würden zu erhalten, wie ihr verstorbener Vater zu thun schuldig gewesen, K.O. v. 1580. Von Immunitatibus §. Und zu fernerer Gnad rc. C.A. T. I. S. 534. e) Die gegen die Feuersgefahr bei geistlichen Gebäuden bestehenden Bestimmungen s. im Bef. v. 21. Sept. 1705. ib. S. 873., M. v. 18. Febr. 1775. Cap. I. §. 46. 48., Cap. III. §. 11. C.A. C. II. T. I. S. 721. f., Lauf. M. v. 8. Febr. 1777. Cap. I. §. 46. 48., Cap. III. §. 11. C.A. C.II. T.III. S. 122. u. L.C.W. T. III. S. 122. f) Nach der Consistorial-

praxis ist zu jeder Baulichkeit, deren Kosten mehr als 20 Thlr. betragen, von den Inspectionen die höhere Genehmigung einzuholen, Rescr. v. 9. Sept. 1825. im Cod. d. S.K.R. S. 182. g) In Bezug auf die Geschäfte wegen Baulichkeiten an geistlichen Gebäuden sind die Ephoren durch ihr Fixum mit remunerirt, V. v. 10. Jan. 1839. G.S. S. 16. h) Wegen der Collecten für geistl. Gebäude s. das Gen. v. 27. Aug. 1728. C. A. C. I. T. I. S. 217. **48)** Die Instandhaltung geistlicher Felder ist den Pfarrern zur Pflicht gemacht, namentlich sollen sie dem Feldbau kein Stroh entziehen u. verkaufen, Res. gr. v. 22. Juni 1661. Tit. Consf.-S. §. 28. C. A. T. I. S. 208. **49)** Das Geströde von alten abgetragenen Pfarrgebäuden ist den Parochianen, welche sie bauen, zu überlassen, 32. Gen. Art. v. 1580. ib. S. 699. Das auf den Pfarren gebaute ist auf die Pfarrfelder zu schaffen, ib. **50)** Die Erhaltung der bei den geistlichen Gütern befindlichen und bereits gehobenen Gräben liegt den Geistlichen ob. Rescr. v. 30 Jan. 1722. u. Resol. v. 20. März 1722. I. C. A. C. I. T. I. S. 23. 197. Wenn hingegen neue Gräben auf ihren Feldern an der Straße gezogen werden müssen, so haben die Eingepfarrten unentgeltliche Dienste dazu zu leisten. Der hierzu erforderliche Geldaufwand ist aus dem Kirchenärario zu nehmen. M. v. 28. April 1781. Cap. I. §. 1. C. A. C. II. T. II. S. 672., L.C.W. T. III. S. 210 und C. A. C. II. T. III. S. 657. **51)** Das Abackern von Pfarrgütern verbietet der 30. Gen.-Art. v. 1. Jan. v. 1580. C. A. T. I. S. 698., das Syn. Decr. v. 6. Aug. 1624. ib. S. 795. und das Rev. Syn. Decr. v. 15. Sept. 1673. §. 71. ib. S. 836. **52)** Wegen Veräußerung geistlicher Grundstücke steht die Entschließung dem Cultus-Ministerio zu, Anordn. dess. v. 20. Juni 1835. im Cod. d. S.K.R. S. 398. sub d.; das Cult.Min. hat aber darüber an die Evangel. Staats-Minister außer dem Falle bloßer Grenzberichtigungen Vortrag zu erstatten, Regul. v. 12. Nov. 1837. sub g. G.S. S. 105. Vergl. das Regul. v. 15. Mai 1797. §. 1. litt. g. C. A. C. II. T. I. S. 303. **53)** Die geistlichen Gebäude sind namentlich auch an den Kirchrechnungen zu besichtigen, 35. Gen. Art. v. 1. Jan. 1580. C. A. T. I. S. 705., Instr. v. $\frac{12. \text{ Febr. } 1596.}{7. \text{ Nov. } 1597.}$ ib. S. 775., Bef. v. 22. Dec. 1706. C. A. T. I. S. 879. Die Angelegenheiten der Pfarrlehen sind aber der Regel nach gebühren- und stempelfrei zu besorgen. G. v. 2. April 1844. §. 3. u. 1. G.S. S. 142. 141. **54)** Die G. sollen sich eines sittlichen u. eingezogenen Lebenswandels befleißigen. So sollen auch Gastereien auf Pfarren nicht öfters Statt finden, 16. Gen. Art. v. 1. Jan. 1580. ib. S. 689. **55)** Das Substantial-Einkommen vacanter geistlicher Aemter ist der Regel nach zu einem zinsbaren, bei der Kirche mit zu verwaltenden Capitale zu machen, dessen Zinsen der neue Pfarrer genießt. V. v. 14. April 1856. G.S. S. 53. **56)** S. in Bezug auf die geistlichen Lehen auch: Ablösung, Amtswohnungen, Ausleihung, Blößen, Caution, Dünger, Gemeinheitstheilung, Gemeindeleistungen, Hausgenossen, Tausch, Vieh, Vorräthe, Zehend. — Ferner in Bezug auf die geistliche Amtsführung: Abendmahl, Aeltern, Anzeigen, Ausländer, Anlagen, Aufgebot, Acten, Admonition, Armenvereine, Arrest, II. 12., Auflegen, Baiern, Beichte, Bier, Brandwein, Begräbniß, Bibliotheken, Bücher, Bürgerrecht, Circularpredigten, Censur, Candidaten, Collecten, Communalgarde, Confirmation, Cultusministerium, Currenden, Decemregister, Diakonate, Disciplin, Dispensation, Ehe, Eheconsens, Ehesachen, Eheverlöbniß, Eid, Emeritirung, Fastengebet, Feldprediger, Filiale, Fuhren, Gast- u. Schänknahrung, Geburtshilfe, Geburtslisten, Geburtsschein, Gefängnißstrafe, Gemeindeleistungen, Gottesdienst, Gerichtsstand, Gesetze, Gewerbe, Gnadenhalbjahr, Handlung, Hausgenossen, Hofgeistliche, Hinrichtung, Hospitäler, Kirch..., Kleider, Kranke, Küster, Leichen, Landesschulen, Miethe, Mißbrauch, Nothtaufe, Patronatrecht, Pfarr..., Predig..., Proselyten..., Reformirte, Reisekosten, Reiseurlaub, Religionseid, Remotion, Schul..., Superinten-

denten, Stilles B., Straflosigkeit, Selbstmord, Siegel, Substituten, Suspension, Taufe, Todesstrafe, Todenscheine, Trauung, Untersuch..., Unterthanenrecht, Vertrauen, Verjährung, Vermächtniß, Wechselfähigkeit, Zeugnisse, Zeugen.

Geithain. **1)** Die erfolgte Veräußerung wüster Güter zu G. wird als legal bestätigt in d. Res. gr. v. 1661. Justizf. §. 89. C. A. T. I. S. 241. **2)** Die Sparcasse: Decr. v. 7. März 1853. G.S. S. 70.

Geläut. S. Glocken.

Gelag, s. Schmauserei, Völlerei.

Gelangen, s. Ankunft, Erlangen.

Gelaß, s. Raum.

Geld. **1)** Die unbefugte Nachbildung gangbaren Metall- oder Papiergeldes in zu betrüglichen Täuschungen geeigneter Weise, jedoch ohne die Absicht der Ausgabe wird mit Gefängniß bis zu 6 Monaten, oder, wenn die zu erkennende Strafe nicht 3 Monate Gefängniß übersteigt, mit Geld bis zu 300 Thlrn. bestraft. Str.Gb. v. 1855. Art. 325. **2)** Ist dergleichen Geld von dem Verfertiger oder von Anderen, und zwar von den Letzteren unter einer der im Art. 324. (s. Falschmünzen) gedachten Voraussetzungen ausgegeben worden, so treten die Strafen des einfachen Betrugs ein. Den Verfertiger treffen diese Strafen nur dann, wenn nicht gegen ihn schon nach no. 1. eine höhere Strafe ausfällt, die bei hinzugetretener Ausgabe niemals in Geld bestehen darf. Ang. Art. 325. **3)** Wer den Werth echter Gold- oder Silbermünzen durch Beschneiden oder Abfeilen oder auf irgend eine andere Weise in betrüglicher Absicht verringert, ist mit Gefängniß bis zu 6 Monaten zu bestrafen. Art. 326. **4)** Sind dergleichen Münzen von dem Urheber der Werthsverringerung, oder von Anderen, welche sie im Einverständnisse mit dem Urheber, oder zwar ohne ein solches Einverständniß, jedoch in gewinnsüchtiger Absicht an sich gebracht haben, nach dem ursprünglichen Werthe verausgabt worden, so treten die Strafen des einfachen Betrugs ein. Den Urheber der Werthsverringerung treffen diese Strafen nur dann, wenn nicht gegen ihn schon nach no. 3. auf eine höhere Strafe zu erkennen ist. Ang. Art. 326. **5)** Wer falsches Geld irgend einer Art (Art. 320. 322. 325. unter Falschmünzen u. oben), in dessen Besitz er ohne Einverständniß mit dem Verfertiger oder Verfälscher und ohne daß er dabei eine gewinnsüchtige Absicht gehabt hat, gekommen ist, nachdem er es als unecht oder verfälscht erkannt hat, als echt od. beziehendlich nach dem höheren Werthe wieder ausgiebt, hat Gefängniß bis zu 3 Monaten od. Geldstrafe bis zu 300 Thalern verwirkt. Art. 327. **6)** Die Ausgabe ist in allen Fällen durch das Angebot für geschehen zu achten, wenn auch das falsche Geld sofort als solches erkannt und zurückgewiesen worden ist. Art. 328. **7)** Bei Münzverbrechen ist über die Echtheit oder Unechtheit von Metallgeld, dafern solche nicht schon durch den bloßen Augenschein unzweifelhaft zu erkennen ist, ein Gutachten von Münzbeamten oder anderen Sachverständigen zu erfordern. Unter gleicher Voraussetzung ist auch die Echtheit oder Unechtheit von Papiergeld od. öffentlichen Creditpapieren durch sachverständiges Gutachten zu ermitteln. Str.Pr.O. v. 1855. Art. 195. **8)** S. Creditpapiere, Sachverständige, Papiergeld, Almosen, Arrest, Betrug, Executionsverfahren, Falschmünzen, Spielen, Vagabonden, Auszug, Besoldung, Concurs, Einreden, Gemeinheitstheilung, Münzwesen, Caution, Wechselcaution.

Geldangelegenheit. S. Ausleihung, Arrest, Wechsel, Münz..., Execut..., Advocaten...

Geldausgabe. S. Münzwesen, Falschmünzen.

Geldauslage, s. Verlag.

Geldbuße. S. Geldstrafe.

Gelderheben, s. Advocatenkosten.

Geldforderung, s. Forderung, Schuld...

Geldgefälle. S. Landrentenbank, Ablösung...

Geldgewichte. Wenn sich irgend eine öffentliche Cassenstelle Zweifel wegen fortdauernder Richtigkeit ihrer G. macht, oder sich, was in Zeiträumen von 3—5 Jahren immer nöthig sein wird, sonst die Gewißheit der fortdauernden Richtigkeit ver-

schaffen will, so sind die G. nicht bei dem Aichamte des Orts oder Bezirks, sondern bei der Normalaichungscommission in Dresden zur Revision zu stellen. V. v. 5. März 1859. G.S. v. 1859. S. 45.

Geldleistungen. S. Abgaben, Reallasten, Gemeindeleistungen.

Geldpakete. 1) Wegen der Anwendung des neuen Münzgewichts bei Verpackung von Silbergeld und bei Nachwägung der neuen Vereinsgoldmünzen (Kronen) vergl. die V. v. 4. Aug. 1857. G.S. S. 143. und (die Passirgewichte betr.) die V. v. 30. April 1858. G.S. S. 97. **2)** S. Scheidemünze, Declaration.

Geldrenten, s. Renten.

Geldschuld, s. Schuld...

Geldsendung. S. Declaration, Post...

Geldstrafe. 1) G.n sind nur in den Fällen zulässig, wo solche in Gesetzen oder Verordnungen ausdrücklich angedroht sind, Str.Gb. v. 1855. §. 26.; unzulässig sind sie gegen Gemeinschuldner und unter Vormundschaft gestellte Verschwender. Wo hiernach Geldstrafe unzulässig ist, hat der Richter, wenn im Gesetze Geld- oder Gefängnißstrafe angedroht ist, lediglich von der letzteren Gebrauch zu machen, und wo das Gesetz nur G. androht, statt derselben auf Gefängniß, und zwar dergestalt, daß 1 Tag Gefängniß einem Geldbetrage von 10 Groschen bis zu 5 Thlrn. gleich geachtet wird, zu erkennen. Str.Gb. Art. 27. **2)** In Fällen, wo das Gesetz die G. neben der Gefängnißstrafe oder statt derselben zuläßt, hat der Richter gegen Personen, welche in öffentlichen Aemtern stehen, oder in städtischen oder ländlichen Gemeinden communliche Ehrenämter bekleiden, dafern nicht die im angef. Art. 27. erwähnten Verhältnisse entgegenstehen, nur von d. Geldstrafe Gebrauch zu machen. ib. Art. 29. — **3)** Wegen der Umwandlung der G. in Gefängniß s. den Artikel: Verwandlung. **4)** G. ist nicht unter 10 Groschen zu erkennen. Art. 32. d. Str.Gb. a. E. **5)** G. kann erkannt werden: a) bis zu 10 Thalern: wegen Entwendungen, Betrugs u. dergl. zum Nutzen des Beschädigten oder werthloser Sachen, Art. 330. Satz 2. des Str.Gb. v. 1855. G.S. S. 269., — b) bis zu 20 Thlrn.: wegen unbefugter Ansichnahme von Schädeln u. Todenknochen, ib. Art. 331., — c) von 6 Ngr. bis 50 Thlrn.: in den Fällen des Forststrafg. v. 1855. Art. 8. 9., G.S. v. 1855. S. 298. f., — d) bis zu 50 Thlrn. statt 14 Tage Gefängniß: wegen Jagdvergehen nach Art. 11. ib., — e) bis zu 100 Thlrn. statt 1 Mon. Gefängniß: wegen Verletzung amtl. öffentl. Bekanntmachungen, angelegter Siegel und dergl., Art. 146. d. Str.Gb., — ferner wegen Vermittelung wucherlicher Geschäfte, ib. Art. 343., — nach Art. 8. des Eisenbahn-G. v. 11. Aug. 1855. G.S. S. 292. f., — und nach dem Schlußsatze Art. 13. d. Forststrafg. v. 1855. a. a. O. Vergehen am Wasser betr., — f) von 10 bis 200 Thlrn.: in den leichteren Fällen des Amtsmißbrauchs, Art. 362. d. Str.Gb., — g) bis zu 150 Thlrn. statt 6 Wochen Gef.: wegen Störung des Hausfriedens, Art. 151., — Medikasterei, Art. 164., — Bedrohung, Art. 206., — culposer gemeingefährlicher Handlungen, Art. 220., — leichtsinnigen Falscheides, Art. 227., — wahrheitswidriger Aussage, Art. 229., — unerlaubter Selbsthilfe, Art. 247., — widerrechtlicher Benutzung und Beschädigung fremden Eigenthums, Art. 330. Satz 3., 335. f., — Grenzverrückung, Art. 332. Satz 2., — Winkelschriftstellerei, Art. 338., — Thierquälerei, Art. 361., — nach dem Eisenbahn-G. v. 11. Aug. 1855. Art. 1. 7., und dem Forststrafg. v. 1855. Art. 13. Vergehen am Wasser betr., — h) bis zu 200 Thlrn. statt 2 Mon. Gef.: bei Gebrauch fremder Waarenbezeichnungen, Art. 312. d. Str.Gb., — Täuschung in Bezug auf persönliche Verhältnisse, Art. 313., — Verbreitung nachtheiliger Gerüchte, Art. 338., — Bestechung, Art. 367., — i) bis zu 300 Thlrn. statt 3 Mon. Gef.: wegen doloser oder culposer leichter Körperverletzung, Art. 167. unter 3., Art. 175., — unbedachtsamer wahrheitswidriger Aussage nach Art. 229. Satz 3., — Verleumdung nach Art. 235., und Art. 237., — Beleidigung, Art. 239., — unbefugter Nachbildung von Geld, Art.

325., — Wiederausgabe falschen Geldes, Art. 327., — k) bis zu 400 Thlrn. statt 4 Mon. Gef.: wegen Verletzung pflichtmäßiger Verschwiegenheit und Eindringen in fremde Geheimnisse, Art. 372. 373., — l) bis zu 500 Thlrn.: wegen Aushändigung von Sachen statt baaren Geldes bei Darlehnen, Art. 342., — m) von 2 bis 500 Thlrn.: in den Fällen Art. 9. d. Eisenbahn-G. v. 11. Aug. 1855., — n) bis zu 600 Thlrn. statt 6 Mon. Gef.: wegen unterlassener Verhinderung von Verbrechen, Art. 70. d. Str.Gb., und betrüglicher Täuschung der Behörden, Art. 319., — o) bis zu 5000 Thlrn.: wegen Wuchers in den Fällen der Art. 340. 341. letzter Satz. — p) G. findet wegen Militairvergehen nur dann, wenn sie im M.Str.Gb. ausdrücklich angedroht ist, und nicht im Wege der Verwandlung Statt. §. 15. des M.Str.Gb. v. 1855. (Früher §. 12. d. M.Str.Gb. v. 1838. G.S. S. 226.) S. noch die Art.: Strafarten, Dienst. **6)** Ueber die G. gegen beurlaubte Soldaten vergl. d. Art.: Militairgerichtsbarkeit. **7)** Die Bestimmungen des früheren Rechts über G.n in Criminalsachen sind enthalten im Ausschr. v. 12. Nov. 1550. Tit. „Was zu Ober- oder Nieder- oder Erbger. gehört" C. A. T. I. S. 32., v. 1. Oct. 1555. eod. Tit. ib. S. 49., Bef. v. 29. Juni 1624. ib. S. 1121., M. v. 30. Sept. 1609. C. A. T. I. S. 1447., in der Ehe-O. v. 10. Aug. 1624. Pct. 4. ib. S. 1024., Pol.O. v. 22. Juni 1661. Tit. 6. ib. S. 1570., Res. gr. v. 1661. Tit. Justizs. §. 59. ib. S. 200., Res. gr. v. 19. Juni 1713. ib. S. 372., u. 30. April 1715. ib. S. 374., Besch. der Dikast. v. 27. Mai 1783. C. A. C. II. T. I. S. 475., Instr. v. 2. Dec. 1770. §. 6. ib. S. 331., in dem Gen. v. 30. April 1783. C. A. C. II. T. I. S. 451., Rescr. v. 27. Mai 1783. ib. S. 464., O.A.Pat. v. 23. Nov. 1784. C. A. C. II. T. III. S. 211., der Res. v. 21./31. Dec. 1699. C.A. T. I. S. 364., dem Cr.Gb. v. 1838. Art. 15. 20. f. 55. 74., G. v. 16. Juni 1840. G.S. S 102., V. v. 28. Nov. 1840. §. 2. G.S. S. 418., Bek. v. 13. März 1845. G.S. S. 64. **8)** G.n, welche auf amtshauptmannschaftliche Anordnungen in Polizeifällen, wo die Verfügung dringlich u. die Hilfe der Obrigkeit augenblicklich nicht zu erlangen war, verwirkt werden, gehörten der ordentlichen Obrigkeit, wenn die Gesetze nicht eine andere Verwendung vorschreiben, außerdem zur Sportelcasse der Kreisdirection. V. v. 6. März 1823. §. 7. G.S. S. 32., Rev. amtsh. Gen.Instr. v. 1842. §. 19. G.S. S. 181. **9)** Die G. wegen Sabbathsentheiligung fließen zur Schulcasse des Orts des Vergehens, §. 11. d. M. v. 24. Juli 1811. C.A. C. III. T. I. S. 499. Unvermögende sollen statt der G. mit Gefängniß- oder Handarbeitsstrafe belegt werden, ib. **10)** Nach Verbüßung der erkannten Geld- u. Gefängnißstrafe ist in Ehescheidungssachen, ohne Gestattung weitern Verfahrens auf Trennung der Ehe zu erkennen, Rescr. v. 4. April 1808. C. A. C. III. T. I. S. 174. **11)** Ueber die G. in Untersuchungssachen geben noch die Artikel: Vollstreckung, Versamml..., Vereine, Verweis, Alternat..., Gefängnißstrafe, Ungehorsam, Verweisung, Verwandlung, Confiscation, Eisenbahnen u. T..., Caution, Straf... Auskunft. **12)** In andern Beziehungen vergl. über G.n die Art.: Advocaten, Armencasse, Anzeigen, Ehemänner, Almosen, Appellation, Erkenntnisse, Executionsverfahren, Anmaßung, Amtshauptleute, Arrest, I., Aussage, Ausspielen, Feuer, Gerichtsbarkeit, Beherbergen, Behörden, Militairpflicht, Münzwesen, Väter, Pulver, Communalgarde, Concurs, Disciplin, Ehesachen, Eheverlöbniß, Verwaltungsbehörden, Eigenthum an G., Forststrafverfahren, Geheimnisse, Grund- u. Hyp., Gütepflegung, Jagd, Lotterie, Percussionsstöcke, Proselytenmacherei, Reiselegitimationen, Reisende, Schulversäumniß, Selbsthilfe, Selbstverstümmelung, Siegel, Spielen, Spielkarten, Staatsdienst, Stadtrath, Todenschau, Vertheidigung, Vertrauen, Vormundschaft, 22. f., Züchtigung, Steuervergehen, Zollvergehen, Meister.

Geldvorrath. S. Ausleihung, Cassenverwalter.

Geldvorschuß, s. Vorschüsse.

Geldwechsel. S. Münzwesen, Goldmünzen, Goldgewicht.

Geldwucher. S. Wucher.

Geldzinsen. S. Zinsen, Besoldung.

Gelegenheit, s. Veranlassung, Arme, Nothwehr, Umstände.

Gelehrte. S. Concurs, Doctorwürde, Unterthanenrecht.

Gelehrtenschulen. **1)** Ueber die Leitung und Beaufsichtigung der G. theils durch das Lehrercollegium, theils die Schulcommission (s. d.), theils endlich durch das Ministerium des Cultus enthält die V. v. 21. März 1835. G.S. S. 206. ausführliche Bestimmungen. **2)** Ein Verzeichniß der Sächs. G. giebt die Bek. v. 2. Mai 1831. G.S. S. 98. **3)** Ueber die Vorbereitung junger Leute zur Universität enthält das M. v. 4. Juli 1829. G.S. S. 121. die neueste Verfügung. Darin werden, §. 1., Aeltern, Vormünder, Erzieher u. d. m. dringend aufgefordert, Knaben von geringen Fähigkeiten vom Studiren abzuhalten, solche vielmehr einem andern entsprechenden Berufe zuzuwenden, damit sie nicht später, vom Studiren und öffentlichen Aemtern zurückgewiesen, den Familien und dem Staate zur Last fallen. In diesem Sinne mahnt auch die V. v. 1. Dec. 1830. am Schlusse G.S. v. 1830. S. 214. vom Studium der Theologie, u. die V. v. 17. Dec. 1830. G.S. v. 1831. S. 19. von dem Studiren überhaupt ab. [S. auch das M. v. 27. Febr. 1793. C.A. C. II. T. I. S. 3., C.A. C. II. T. III. S. 527. u. L.C.W. T. IV. S. 683.] Ferner vergl. den Art.: Maturitätsprüfungen. [Aeltre Best.: K.O. v. 1. Jan. 1580 Tit. V. den Schulen C.A. T. I. S. 543. f., Schul-O. für die lat. Stadtschulen v. 17. März 1773. C.A. C. II. T. I. S. 107.] **4)** Die Abiturienten sind von den Rectoren vor dem Abgange auf die Universität vor der Theilnahme an verbotenen Studentenverbindungen zu warnen. Rescr. v. 27. Jan. 1812. C.A. C. III. T. I. S. 130., Laus. Rescr. v. 13. Febr. 1812. L.C.W. T. VI. S. 340., v. 1. Nov. 1826. Cod. d. S.K.R. S. 247. Not. 10. b. **5)** S. Abiturienten, Aeltern, Anzeigen, Bundesbeschlüsse, Censur, Disciplin, Dienstreserve, Frankreich, Kreisdirectionen, Lehrer, Maturitätsprüfung, Mathematik, Schulferien, Schulgrundstücke, Relegation, Verjährung.

Gelehrtenzeitung. S. Censur, Presse.

Geleise, s. Gleis.

Geleit. S. Sicheres Geleit, Abgaben, Binnenzölle, Gleits..., Brücken, Straßen.

Geloben, Gelöbniß. S. Angelöbniß, Eheverlöbniß.

Gelten. S. Münzwesen, Gesetze, Werth, Gewicht u. Maß.

Geltendmachung. S. Armensachen, Klage, Wechselverfahren, Execut...

Gelüst. S. Diebstahl.

Gemälde, s. Nachbildung.

Gemäß, s. Gewicht u. Maß.

Gemäuer, s. Mauern.

Gemahl. S. Ehe...

Gemein, s. Gemeinschaft.

Gemeinde. S. Gemeinden.

Gemeindeabgaben. S. Gemeindeleistungen, Eingangszoll.

Gemeindeältester. S. Gemeinderath.

Gemeindeämter. S. Abgabenreste, Aemter, Alter, Angeschuldigte, Ehrenämter, Gemeinderath, Advocaten, Geldstrafe, Gemeindeleistungen, Bestrafung, Verwandlung, Landgemeinden.

Gemeindeanlagen. S. Anlagen, Gemeindeleistungen.

Gemeindebacköfen. S. Backöfen.

Gemeindebeamte. S. Gemeinderath, Polizei, Stadtrath, Stadtgericht, Zollbeamte.

Gemeindegrundstücke. **1)** Von dem Vermögen der Landgemeinden, d. h. dem, welches der ganzen Ortsgemeinde eigenthümlich zusteht, oder doch in diesem Glauben von ihr besessen wird, sind alle Gegenstände ausgeschlossen, an welchen einzelnen Personen oder Familien, milden Stiftungen, selbständig verbleibenden Gesellschaften, oder besondern Classen von Gemeindegliedern, z. B. den Angesessenen überhaupt, oder gewissen Grundstücksbesitzern, das Eigenthumsrecht zusteht, wenn sie auch nach dem zeitherigen Sprachgebrauche als Gemeindegut, oder ihre Besitzer als Gemeinde im engern Sinne, Altgemeinde rc. bezeichnet worden sind. §. 55. d. L.Gem.O. v. 7. Nov. 1838. G.S. S. 444. **2)** Streitigkeiten darüber, ob ein Gegenstand zum Landgemeinde-Vermögen im vorstehend angegebenen Sinne gehöre oder nicht, sind im Rechts-

wege zu erledigen, und bis dahin haben die Verwaltungsbehörden lediglich den Besitzstand zu berücksichtigen. ib. **3)** Zur Giltigkeit der Erwerbung, Verpfändung und Veräußerung von Landgemeindegrundstücken ist die Genehmigung der Obrigkeit erforderlich und kann aus erheblichen Gründen versagt werden, §. 62. ib. S. 446. **4)** Wenn die Vorstände von Gemeinden in deren Namen jedoch ohne Genehmigung ihrer Vertreter Schulden contrahirt haben, so kann in G. die Hilfe nur dann vollstreckt werden, wenn dargethan wird, daß das Darlehn in den Nutzen der Gemeinde verwendet worden sei. Dec. 16. v. 1661. C. A. T. I. S. 302. Inzwischen kann der Gläubiger auch die belangen, welche das Darlehn aufgenommen haben, oder die Erben derselben. ib. **5)** Die Erwerbung oder Veräußerung von Stadtgemeindegrundstücken kann nur dann ohne Genehmigung der vorgesetzten Regierungsbehörde vorgenommen werden, wenn außer dem Einverständnisse des Stadtraths, sämtliche Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung oder des größern Bürgerausschusses dafür gestimmt haben. A.St.O. v. 1832. §. 33. G.S. S. 27. Man vergl. noch den Art.: Stadtvermögen. **6)** S. Dismembration, Ablösung, Anlagen, Gemeindeholzungen, Gemeindeleistungen, Gemeinheitstheilung.

Gemeindehaus. S. Armenhäuser.

Gemeindehaushalt. 1) Vom Stande des städtischen G. wird die vorgesetzte Regierungsbehörde durch die jährlich einzusendenden Rechnungsauszüge über das Stadtvermögen und des städt. Haushaltsplans in Kenntniß erhalten. A.St.O. v. 1832. §. 35. G.S. S. 28. **2)** Die Gemeinde-Obrigkeit kann, vermöge des ihr zustehenden Aufsichtsrechtes, jederzeit die Vorlegung der Landgemeinderechnungen verlangen und die Abstellung etwa bemerkter Mängel, nach Vernehmung mit dem Gemeinderathe, anordnen. Einer besondern Defectur und Justification abgethaner Rechnungen hat sie jedoch nur auf ausdrücklichen Antrag der Betheiligten sich zu unterziehen. §. 62. der L.Gem.O. G.S. v. 1838. S. 446. **3)** S. Armenbehörden, Armenpflege, Landgemeinden, Gemeindevermögen, Haushaltplan, Stadtvermögen.

Gemeindehirten. S. Hirten.

Gemeindeholzungen. 1) Ueber die Behandlung der Communholzungen in forstmännischer Beziehung, deren Schonung und Wiederanbringung enthält die F.- u. H.O. v. 8. Sept. 1560. §. „Nachdem auch Unsere" ꝛc. C. A. T. II. S. 500., ferner die Resol. v. 1718. C. A. T. I. S. 397., das M. v. 11. Mai 1726. §. 14. C. A. C. I. T. I. S. 529., §. 12. 23. d. Gen. v. 16. Juli 1755. ib. S. 1525., Laus. M. v. 2. Aug. 1728. §. 7. L.C.W. T. II. S. 582., Laus. F.- u. H.-Pat. v. 20. Aug. 1767. Cap. I. §. 20., III. §. 9. L.C.W. T. III. S. 699. 704. u. C. A. C. I. T. III. S. 171. 175. nähere Bestimmungen. **2)** Die Theilung solcher Holzungen ist nur dann als nützlich anzunehmen, wenn entweder die einzelnen Theile zu forstmäßiger Benutzung geeignet bleiben oder der Boden nach Abtrieb des Holzes, vortheilhafter als Feld oder Wiese benutzt werden kann. G. v. 17. März 1832. §. 146. G.S. S. 205. **3)** Bei Vertheilung der G. sind die Pfarrstellen in soweit mit zu berücksichtigen, als kein ausreichendes Pfarrholz bei ihnen vorhanden ist. G. v. 17. März 1832. §. 150. G.S. S. 206., wegen der Oberlausitz §. 314. ib. S. 242. **4)** S. Gemeinheitstheilung, Landgemeinde.

Gemeindeleistungen. 1) Solchen Leistungen sind dienende Militairs nicht für ihre reglements- und ordonnanzmäßigen Gebührnisse, sondern nur für ihr Grundeigenthum unterworfen. 2. Th. d. Ordonn. v. 19. Juli 1828. §. 89. G.S. S. 167. **2)** Die Verpflichtung zur Theilnahme an den städt. G. beginnt mit dem Eintritte in die Stadtgemeinde, und dauert während der Mitgliedschaft. §. 83. der A.St.O. v. 1832. G.S. S. 38. Sie erstreckt sich auch auf die schon vohanden gewesenen Gemeindeschulden, §. 84. ib., und die Ausflucht der Unbekanntschaft mit den Gemeindeverhältnissen kann dagegen nicht vorgeschützt werden. §. 85. ib. S. 39. **3)** Die

Uebernahme von Stadtämtern und solchen persönlichen Bemühungen, welche den Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte voraussetzen, liegt ausschließlich den Bürgern ob. Diejenigen Bürger, welche hierzu auf gesetzliche Art aufgefordert werden, können sich der Uebernahme jener Aemter und Bemühungen nicht entbrechen, wenn sie nicht giltige Entschuldigungen für sich haben. ib. §. 86. S. 39. Stadtämter, mit welchen ein Gehalt verbunden ist, kann jedoch jeder Bürger ablehnen. ib. §. 87. **4)** Alle den Besitz der bürgerl. Ehrenrechte nicht voraussetzenden, für das Beste des städt. Gemeinwesens u. die Sicherheit der Stadt erforderlichen, persönlichen Dienste und Bemühungen sind die sämtlichen Mitglieder der Stadtgemeinde ohne Ausnahme zu übernehmen verbunden. ib. §. 88. **5)** Die vorstehende §. 86. und 88. erwähnten, das städt. Gemeinwesen betreffenden persönlichen Obliegenheiten sind unentgeltlich zu erfüllen; solche persönliche Dienste aber, welche besondere wissenschaftliche, kunst- oder handwerksmäßige Kenntnisse erfordern, müssen Demjenigen, welcher sie für die Stadtgemeinde geleistet hat, von derselben vergütet werden, wenn sie außer seiner stadtamtlichen Wirksamkeit liegen und ihm besonders aufgetragen sind. ib. §. 89. Die baaren Auslagen, wenn sie nicht unnöthiger Weise aufgewendet worden sind, werden von der Stadtgemeinde vergütet. §. 90. ib. — Das Gleiche gilt in den Landgemeinden. L. Gem.O. v. 1838. §. 66. G.S. S. 447. **6)** Stellvertreter sind nur bei den im §. 88. cit. der A.-St.O. erwähnten, allen Gemeindegliedern obliegenden und in den Landgemeinden bei allen nicht zu den Gemeindeämtern gehörigen persönlichen Dienstleistungen zulässig. Dergleichen Stellvertreter müssen jedenfalls vollkommen tüchtig sein. A.St.O. §. 91. G.S. S. 39., L.Gem.O. §. 67. G.S. S. 448. Ob in Städten in einzelnen Fällen, z. B. wenn sich die Stellung von Wächtern zur Aufrechthaltung der allgemeinen Sicherheit nöthig macht, nur Stellvertreter aus dem Mittel der städt. Gemeindeglieder zuzulassen, oder in Rücksicht der Stellvertretung sonst besondere Vorschriften zu machen sind, ist dem obrigkeitlichen Ermessen überlassen. §. 91. der A.St.O. G.S. v. 1832. S. 39. **7)** Der Fuß, nach welchem städtische Gemeindeanlagen auszuschreiben sind, soll in den örtlichen Statuten bestimmt sein. §. 92. der A.St.O. G.S. v. 1832. S. 40. **8)** Indirecte Abgaben, z. B. Wege-, Thor-, Brücken- und andere Zölle, Handels- und Consumtionsabgaben sind möglichst zu vermeiden. (S. auch: Eingangszoll.) Diejenigen Einwohner, welche nicht Gemeindeglieder sind, dürfen nicht zu directen Gemeindeanlagen gezogen werden. §. 93. ib. **9)** Ueber die Vertheilung der Einquartirungen und anderer Militairleistungen in Friedens- sowie in Kriegszeiten, unter den Bewohnern des städt. Gemeindebezirks, kann, soweit nicht allgemeine gesetzliche Bestimmungen vorhanden sind, ein den örtlichen Verhältnissen angemessenes Regulativ mit Zustimmung der Gemeindevertreter und unter Genehmigung der vorgesetzten Behörde, aufgestellt werden. §. 94. ib. **10)** Die vorschriftmäßige Vertheilung der Gemeindeanlagen, die Aufforderung zu persönlichen Dienstleistungen, insoweit das Gesetz nicht besondere Bestimmungen über die Wahlen enthält, und die Anwendung gesetzlicher Zwangsmittel gegen Diejenigen, welche ihren Obliegenheiten als Mitglieder der Stadtgemeinde nicht nachkommen, gehört zu den Befugnissen des Stadtraths, welcher auch dahin Bedacht zu nehmen hat, daß dabei jede unverhältnißmäßige Beschwerung der Schutzverwandten mit Gemeindeanlagen und anderen G. vermieden werde. §. 95. ib. In der Landgemeinde bestimmt der Gemeinderath die Vertheilung der G. nach dem festgesetzten Maßstabe und die Reihenfolge. Die Ansage der Leistung besorgt der Vorstand. L.Gem.O. v. 1838. §. 68. G.S. S. 448. **11)** Bei Verweigerung und Nichtleistung solcher persönlicher Dienste, welche durch Stellvertreter geleistet werden können, hat der Stadtrath, und auf dem Lande der Gemeinderath, wenn sie für Bezahlung zu erhalten sind, für die Vertretung zu sorgen

und den Kostenaufwand von den Vertretenen beizubringen, und resp. beitreiben zu lassen. A.St.O. §. 96. G.S. v. 1832. S. 40., L.Gem.O. §. 68. G.S. v. 1838. S. 448. Im Falle der beharrlichen Widersetzlichkeit gegen Annahme eines öffentlichen Stadtamts kann aber der Stadtrath, nach vorheriger Belehrung des Widerspenstigen, über die ihm als Gemeindeglied obliegenden Pflichten und die Grundlosigkeit seiner Weigerung, demselben die Folgeleistung binnen 3 Tagen, bei Vermeidung einer jährlichen Abentrichtung zur städt. Gemeindecasse, aufgeben. Der Stadtrath bestimmt eintretenden Falls diese jährliche Abentrichtung, unter Zustimmung der Stadtverordneten. Sie darf, nach Verhältniß der Größe der Städte, nicht unter 3 Thaler, und nicht über 50 Thaler jährlich betragen. Diese Abentrichtungen dauern so lange, als das Stadtamt von dem Widerspenstigen würde haben verwaltet werden müssen. Während dieser Zeit ist er von dem Stimmrechte und der Wählbarkeit ausgeschlossen. Es tritt aber ein ähnliches Verfahren wieder ein, wenn er sodann anderweit zu einem Stadtamte gewählt wird und die Annahme wieder verweigert. §. 96. der A.St.O. G.S. v. 1832. S. 41. **12)** Die, welche sich gegen die Uebernahme städt. Aemter und Aufträge, welche den Genuß der bürgerlichen Ehrenrechte voraussetzen, nach §. 97. der A.St.O. ib. u. der Landgemeindeämter entschuldigen können, sind im Art.: Ehrenämter aufgeführt. **13)** Von Publication der A.St.O. u. der L.Gem.O. an können, selbst mit Einwilligung der Stadtobrigkeit oder der Stadtgemeinde, resp. des Gemeinderaths, Befreiungen von den, den Gemeindegliedern, als solchen, obliegenden persönlichen oder Vermögensleistungen, welcher Art sie auch sein mögen, namentlich auch Realbefreiungen, nicht erworben werden. §. 99. der A.St.O. G.S. v. 1832. S. 42., L.Gem.O. v. 1838. §. 69. G.S. S. 448. Die frühern persönlichen Befreiungen von städt. G. [vergl. z. B. K.O. v. 1580. Tit. Von Immun. C.A. T. I. S. 535.] sind ohne Unterschied, auf welche Art sie erlangt, weggefallen, nur mit Ausnahme der, welche den verabschiedeten Militairpersonen, nach den gesetzlichen Vorschriften, zukommen, und der, welche auf den §. 97. cit. erwähnten Entschuldigungsgründen beruhen. §. 100. ib. u. vergl. §. 101. Nur diejenigen städt. Beamten und Gemeindemitglieder, welche in Kriegszeiten persönlich und ausschließend mit dem Militairverpflegungs-, Durchmarsch-, Hospital-, Einquartirungs- oder anderen, durch die Kriegsereignisse herbeigeführten, außerordentlichen öffentlichen Geschäften persönlich zu thun haben, so daß sie hierdurch fortdauernd von ihrer Behausung und Familie entfernt werden, sind, auf Verlangen, mit der Natural-Einquartirung, die sie entweder als Hausbesitzer, oder als Miethsbewohner trifft, zu verschonen, und dafür mit einem verhältnißmäßigen Geldbeitrage an die betreffende Casse zur Mitleidenheit zu ziehen. §. 161. der A.St.O. G.S. v. 1832. S. 42. Auch in den Landgemeinden haben die bemerkten persönlichen Befreiungen aufgehört, mit Ausnahme der der Geistlichen und Schullehrer, wenn sie nicht in den Gemeinden angesessen sind, und unter gleicher Voraussetzung der gesetzlichen Befreiungen der verabschiedeten Soldaten. L.Gem.O. §. 70. G.S. v. 1838. S. 448. **14)** Dingliche (Real-) Befreiungen, welche nicht zu den unter no. 16. bemerkten gehören, sind, in sofern sie nicht innerhalb 3er Jahre, von Bekanntmachung der A.St.O. und der L.Gem.O. an, bei dem Stadtrathe und resp. der Gemeindeobrigkeit, mit Angabe des Erwerbtitels, angemeldet worden, erloschen. §. 102. der A.St.O. G.S. v. 1832. S. 43., §. 71. der L.Gem.O. G.S. v. 1838. S. 448. **15)** Von Publication der A.St.O. und der L.Gem.O. an, soll eine Verjährung zum Erwerbe einer dinglichen Befreiung von G. weder angefangen werden können, noch zu laufen fortfahren. §. 103. der A.St.O. G.S. v. 1832. S. 43., §. 69. der L.Gem.O. G.S. v. 1838. S. 448. **16)** Ohne einen besonderen Erwerbtitel steht die dingliche Befreiung von städtischen

und ländlichen G. nur noch zu: a) den in dem Eigenthume der Gemeinde, oder in ihrer alleinigen immerwährenden Benutzung befindlichen Grundstücken, b) den Immobilien der Staatsanstalten und öffentl. milden Stiftungen, sowie den Kirchen- und öffentl. Schulgebäuden, insoweit dergleichen Immobilien schon bei Bekanntmachung der A.St.O. und der L.Gem.O. vorhanden gewesen und zeither nicht schon zu den G. gezogen worden sind. Ob und in wiefern c) landes- und gerichtsherrschaftliche städtische Grundstücke, welche zur Handhabung der Justiz erforderlich und bestimmt sind, Befreiung genießen, muß nach dem Herkommen und den örtlichen Statuten beurtheilt werden. Neue Erwerbungen des Landesherrn und der Gerichtsherrschaften sollen jedoch dergleichen Realbefreiungen niemals genießen. §. 104. d. A.St.O. G.S. v. 1832. S. 44., wegen der Landgemeinden: L.Gem.O. §. 72. G.S. v. 1838. S. 448. Die in Vorstehendem erwähnten Befreiungen erlöschen jedenfalls, wenn in Ansehung des Eigenthumsrechts oder des Gebrauchs der Immobilien eine solche Veränderung vorgeht, nach welcher sie nicht mehr unter eine der vorstehend bemerkten Classen gehören. §. 105. der A.St.O. G.S. v. 1832. S. 44., L.Gem.O. §. 72. cit. **17)** Die nicht der Stadtgemeinde, sondern einzelnen Corporationen in derselben, z. B. der Schützengesellschaft, der Brauerschaft, den Innungen ꝛc. zugehörigen Grundstücke, ingleichen die Immobilien von Privat- und solchen Stiftungen, welche nur zu Gunsten gewisser Familien oder Classen von Stadtbewohnern bestehen, haben, ihres gemeinnützigen oder wohlthätigen Zwecks ungeachtet, keine dingliche Befreiung von städtischen G., in sofern nicht in den Ortsstatuten ein Anderes bestimmt worden ist. §.106. der A.St.O. G.S. S. 44. Ob die dingliche Befreiung, welche auf gewisse Jahre denjenigen Grundstücken zusteht, die Wüstungen gewesen u. wieder aufgebaut worden sind, in Ansehung der städtischen G. künftig noch Statt finden soll, bleibt ebenfalls der Bestimmung des örtlichen Statuts überlassen. Die zeitherigen Aufbauer haben aber jedenfalls die noch nicht abgelaufenen Befreiungs-Jahre unverkürzt zu genießen. §. 107. ib. **18)** Die dinglichen Befreiungen von städtischen G., welche nicht auf allgemeinen gesetzlichen Vorschriften, sondern auf besonderen Erwerbtiteln beruhen, können von Seiten der Stadtgemeinde auch wider Willen d. Grundstücksbesitzers abgelöset werden. §. 108. ib. **19)** Die G. in den Landgemeinden sind entweder persönliche, Natural- oder Geld-Leistungen. Welche derselben vorzugsweise zu benutzen seien, und nach welchem Fuße sie unter die Gemeinde-Glieder oder deren Classen zu vertheilen seien, richtet sich nach der bestehenden Ortsverfassung, oder kann durch den Gemeinderath mit Genehmigung der Obrigkeit festgestellt werden. L.Gem.O. v. 1838. §. 64. G.S. S. 446. Es müssen für solche Festsetzungen oder Abänderungen derselben wenigstens zwei Drittheile der Gemeinderathsversammlung stimmen. ib. Von welchen Grundsätzen bei der Regulirung auszugehen sei, enthält §. 65. ib. **20)** Mit Genehmigung der Ministerien des Innern u. der Finanzen können Stadt- u. Dorfgemeinden ihre Communbedürfnisse durch Zuschläge zur Gewerb- u. Personalsteuer aufbringen. Das Nähere, u. wegen des Vorzugsrechts der Staatsabgabe s. in der V. v. 24. Dec. 1845. §. 53. G.S. S. 383. **21)** S. Abgaben, Anlagen, Abgabenreste, Ablösung, Amtswohnungen, Geistliche, Militairleistungen, Victualien, Bauergüter, Gemeinderath, Häusler, Hausgenossen, Kirchen- u. Schulgemeinden, Stadtrath, Täuschung.

Gemeinden. 1) Zusammenkünfte der G. ohne Gestattung ihrer Obrigkeit oder derjenigen Personen, welche an dem Orte die polizeiliche Aufsicht führen, sind bei Strafe untersagt. Vergl. die Art.: Versammlungen, Vereine. [Aeltere Bestimmungen enthalten das M. v. 18. Jan. 1791. §. 4. L.C.W. T. IV. S. 386. u. C. A. C. II. T. 1. S. 989., O.A.Pat. v. 15. Dec. 1794. §. 4. L.C.W. T. IV. S. 399., L.Gem.O. v. 1833. §. 53. G.S. S.443., Art.117. des Cr.Gb. v.1838. G.S. S. 142. **2)** G. müssen die Lehn durch

einen aus ihrem Mittel zu bestellenden Lehnträger suchen, und so oft derselbe stirbt, oder wenn deren mehrere bestellt sind, wenn sie alle mit Tode abgegangen, erneuern. Rescr. v. 14. Oct. 1745. C.A. C.I. T.I. S. 1019., M. v. 30. April 1764. Tit.I. §. 12. C.A. C.I. T.I. S. 1025. **3)** Bei Abnahme der Kirchrechnungen sollen die G. gehört werden, Rescr. v. 30. Sept. 1625. C.A. T.I. S. 851. Nach dem Gen. v. 26. März 1810. §. 2. C.A. C.III. T.I. S. 107. sollen die Kirchväter nothwendig dabei sein, die Dorf-Gerichtspersonen können zugelassen werden, ihre Gegenwart aber ist nicht durchaus erforderlich, ib. Wegen der Lausitz siehe: Kirchrechnung. **4)** Müßig liegende Capitale der G. können durch Erkaufung landschaftlicher Obligationen nutzbargemacht werden, Gen. v. 1. Juli 1769. C.A. C.I. T.II. S. 359. S. Ausleihung. **5)** Die Aufnahme von Darlehen für Stadtgemeinden durch den Stadtrath kann nicht ohne Genehmigung der Gemeindevertreter und der Regierung erfolgen, A.St.O. §. 38. 111. 186. G.S. v. 1832. S. 29. 46. 65., für Landgemeinden bei Summen über 100 Thlr. nicht ohne Genehmigung der Gemeindeobrigkeit, L.Gem.O. §. 60. 62. G.S. v. 1838. S. 445. [Aeltr. R.: Dec. v. 1661. C.A. T.I. S. 302., M. v. 2. Dec. 1713. §. 3. ib. S. 1831., Gen. v. 13. April 1813. C.A. C.III. T.I. S. 272.] **6)** S. Abgaben, Ablösung, Ablösungsbehörden, Amtshauptleute, Anlagen, Armenbehörden, Armenordnung, Armenordnungen, Armenpflege, Ausländer, Ausweisung, Bäume, Beweis, Bergregal, Binnenzölle, Concubinat, Eingangszoll, Eid, Feuer, Friedensrichter, Freie G., Gutsherrl. R., Geistliche, Gemeindegrundstücke, Gemeindeleistungen, Gemeinderath, Gemeinheitstheilung, Graben, Großhennersdorf, Heimaths..., Jagd..., Kirchen- u. Schulgemeinden, Landes-Verf..., Landgemeinde, Patronat-Recht, Reihezug, Reisende, Schnee, Schulgemeinden, Siegel, Stadtgemeinde, Steuer-Einnehmer, Stiftungen, Straßen, Syndikat, Taubstumme, Unterthanenrecht, Verarmung, Verjährung, Vorladung, Waldungen, Wahlen.

Gemeindeobrigkeit. 1) Ortsobrigkeit in Gemeindesachen sollte diejenige Behörde sein, welcher die Erbgerichtsbarkeit über die Gemeinde zustand. L.Gem.O. v. 1838. §. 7. G.S. S. 432. Im Zweifel ist im Wege der Regulirung oder Entscheidung Seiten der Regierungsbehörden zu bestimmen gewesen, welche Behörde die Function der G. zu besorgen habe; s. §. 7. cit. **2)** S. Armenbehörden, Militairpflicht, Gemeindehaushalt, Landgemeinde, Gerichts..., Polizei.

Gemeinderath. 1) In jeder Landgemeinde, welche über 25 ansässige Mitglieder zählt, werden die Gemeindeangelegenheiten durch den G. besorgt, der aus dem Gemeindevorstande, einem oder mehreren Gemeindeältesten und einer bestimmten Zahl Gemeindeausschußpersonen besteht. L.Gem.O. v. 1838. §. 36. 37. G.S. S. 439. **2)** Der Gemeindevorstand hat die ordnungsmäßige Verwaltung d. Gemeindeangelegenheiten zu überwachen und darauf zu sehen, daß das Beste der Gemeinde überall wahrgenommen werde. Er versammelt den G., führt dessen Beschlüsse aus, erstattet die nöthigen Anzeigen an die Obrigkeit, bewahrt das Gemeindesiegel und die Gemeindelade; er vertritt die Gemeinde gegen jeden Dritten und Einzelne ihres Mittels vor und außer Gericht, verhandelt in ihrem Namen und vollzieht die diesfallsigen Schriften. Er macht durch seine Handlungen die ganze Gemeinde verbindlich, doch muß solchen ein legaler Beschluß des G. vorhergegangen sein. ib. §. 37. Er besorgt insbesondere auch das Gemeinderechnungs- und Cassenwesen, ib., und vergl. über die Ablegung und Justification der Landgemeinderechnungen die L.Gem.O. v. 7. Nov. 1838. §. 61. G.S. S. 446., und §. 22. der V. vom neml. T. u. J., ib. S. 456., wonach sie innerhalb 6 Wochen nach Anfang des neuen Jahres eingereicht werden müssen. **3)** Dem Vorstande ist ein Gemeindeältester zugleich als Stellvertreter beigegeben. Ueber die Functionen, Wahl und Verpflichtung der Mitglieder des G. s. noch §. 39—53. der L.Gem.O. G.S. v. 1838. S. 440. f. und die V. v. 7. Nov. 1838.

G.S. S. 451. **4)** In Landgemeinden, die nicht mehr als 25 ansässige Mitglieder zählen, tritt an die Stelle des G. die Versammlung aller stimmberechtigten Mitglieder, wobei auch die Unangesessenen durch Abgeordnete vertreten werden. Ein Gemeindevorstand und Gemeindeältester ist auch in solchen Gemeinden zu wählen. L.Gem.O. v. 1838. §. 54. G.S. S. 444. **5)** S. Dorfhandel, Gast- und Schänk..., Gemeindeämter, Armenvereine, Ausländer, Ausweisung, Gerichtspersonen, Consulenten, Gemeindeleistungen, Hinrichtung, Häusler, Hausgenossen, Patrimonialgerichte, Steuer-Einnehmer, Unterthanenrecht.

Gemeinderechnung. S. Gemeinderath, Gemeindehaushalt, Rechnung.

Gemeinderechte. S. Gemeinheitstheilung, Localstatute, Nöthigung, Bedrohung, Täuschung.

Gemeindesachen. S. Amtshauptleute, Gemeindeobrigkeit, Gemeinderath, Ministerium des Innern.

Gemeindeschank. S. Reiheschank.

Gemeindeschulden. S. Gemeindegrundstücke, Gemeindeleistungen, Stadtvermögen, Gemeinden.

Gemeindevermögen. S. Gemeindegrundstücke, Armencasse, Stadtvermögen, Gemeinderath.

Gemeindeversammlungen. S. Gemeinden, Landgemeinden, Versammlungen.

Gemeindevertreter. S. Stadtverordnete, Stadtrath, Gemeinderath, Beweis, Syndikat.

Gemeindevorstand. S. Gemeinderath, Armenvereine, Syndikat.

Gemeindewahl. S. Gemeinden, Gemeinderath, Wahlen.

Gemeine. S. Armee, Militair..., Armencasse.

Gemeingefährliche Handlungen (außer der Brandstiftung Art. 208—213. u. der Erregung von Explosionen, Art. 214. d. Str.Pr.O. v. 1855.). **1)** Die Vergiftung von Brunnen, von öffentlich verkäufl. Waaren, od. anderen zum öffentl. Gebrauche dienenden Gegenständen, mit Gefahr für das Leben oder die Gesundheit von Menschen, ist mit Zuchthaus bis zu 12 Jahren zu ahnden. Str.Gb. Art. 215. **2)** Dieselbe Strafe hat zu gewarten, wer Ueberschwemmungen mit Gefahr für Menschen oder deren Wohnungen verursacht, wer Brücken, Kunststraßen, oder andere zum öffentlichen Gebrauche dienende Bauwerke, ingleichen wer Fahrzeuge oder Maschinen auf eine Weise beschädigt, wodurch das Leben oder die Gesundheit anderer Personen in Gefahr gesetzt wird. Art. 216. ib. **3)** Hat in Folge der in Art. 214. (s. Explosionen) oder Art. 215. 216. (oben 1. 2.) gedachten Handlungen ein Mensch eine Körperverletzung erlitten oder das Leben verloren, so kann, dafern nicht nach den sonstigen Bestimmungen über Körperverletzung und Tödung eine höhere Strafe eintritt, die nach den ang. Artt. verwirkte Strafe in dem ersteren Falle bis um die Hälfte, in dem letzteren bis auf das Doppelte erhöht werden. Art. 217. ib. **4)** G.H. in Beziehung auf Eisenbahnen und Telegraphen werden nach den besonderen hierüber bestehenden Gesetzen bestraft. Art. 218. Die Verbreitung von Viehseuchen, sowie die Vergiftung von Weiden oder Viehtränken, um fremdes Vieh zu beschädigen oder zu töden, ist nach Verhältniß des verursachten Schadens mit Arbeitshaus oder Zuchthaus bis zu 6 Jahren zu ahnden. Art. 219. **5)** Wenn die in den Artt. 208—219. (s. Brandstiftung, Explosionen und oben no. 1—4.) angegebenen Verbrechen aus Unbedachtsamkeit verübt worden sind, so ist der Thäter mit Gefängniß bis zu 2 Jahren oder Arbeitshaus bis zu 4 Jahren, oder, in sofern das Gefängniß die Dauer von 6 Wochen nicht übersteigt, mit Geld bis zu 150 Thlrn. zu belegen. Art. 220. **6)** S. Beschädigung, Gift, Vergiftung, Gefährlichkeit, Geisteskranke.

Gemeingut. S. Eigenthum an G.

Gemeinheiten. S. Ablösung, Creditpapiere, Beleidigung, Creditverein, Collegien, Eid, Gemeindeleistungen, Gemeinden, Gemeinderath, Gewerb- und Pers..., Gemeinheitstheilung, Gerichtsstand, Landgemeinde, Stadt..., Stiftungen, Syndikat,

Vollmacht, Vorladung, Wiedereinsetzung, Verwaltungsstreitigkeiten.

Gemeinheitstheilung. **1)** Nur ländliche Grundstücke, welche sich im Eigenthume von Stadt- od. Dorfgemeinden befinden, u. woran den einzelnen Gemeindegliedern die unmittelbare Benutzung zusteht, sind Gegenstand der G. Auf solche Gemeindegrundstücke in Städten und auf dem Lande, deren Nutzungen zu Erhaltung und zum Besten des gesamten Gemeinwesens bestimmt sind, leiden dieselben keine Anwendung. Die Communen der Marktflecken sind hierbei wie Dorfgemeinden zu betrachten. G. v. 17. März 1832. §. 132. G.S. S. 202. **2)** Privatvereinigungen über G. sind auch ferner zulässig, nur unterliegen sie den Bestimmungen des Abl.G. über die Wahrnehmung der Rechte dritter Personen, die Genehmigung von Behörden u. die Beurkundung der Verträge. §. 2. ib. S. 167. **3)** Jedes ansässige, zur Theilnahme an der Nutzung eines Gemeindegrundstücks berechtigte Gemeindeglied kann einseitig auf dessen Theilung antragen, um einen verhältnißmäßigen Antheil davon zu ausschließendem Eigenthume zu erhalten. ib. §. 133. S. 202. u. vergl. dazu §§. 1. 3—6. S. 167. f. Geistliche, Kirchen- und Schuldiener, Verwalter von Stiftungen u. dergl. m. bedürfen des Decrets ihrer Behörde und es tritt für sie ein Actor ein. §. 8. ib. S. 168. **4)** Mehrere, oder auch alle Gemeindeglieder können sich zu dem Antrage auf Theilung vereinigen, entweder so, daß Jeder von ihnen seinen besondern Antheil zu abgesonderter Benutzung verlangt, oder daß mehrere Interessenten rücksichtlich des auf sie zusammen kommenden Antheils unter sich in Gemeinschaft bleiben wollen. §. 134. ib. S. 202., und f. §. 237. S. 227. Wo Abstimmung erfolgen muß, wird bei Stimmengleichheit angenommen, daß sich die Mehrheit für das Zustandekommen der G. entschieden habe. §. 7. ib. S. 168. **5)** Der Antrag auf G. kann sowohl auf sämtliche, gemeinschaftlich benutzte Grundstücke einer Gemeinde, als auch auf einzelne derselben, so daß die übrigen in Gemeinschaft bleiben, gerichtet sein. G. v. 17. März 1832. §. 135. G.S. S. 202. **6)** Dem Rechte, auf Theilung von Gemeindegrundstücken anzutragen, können Verträge, Verjährung, od. frühere rechtskräftige Entscheidungen nicht entgegengesetzt werden. Ist ein Gemeindegrundstück der Gemeinde durch letztwillige Verordnung ausgesetzt, und vom Stifter die Theilnng darin ausdrücklich untersagt worden, so soll gegen dieses Verbot die Provocation auf Theilung nur dann zulässig sein, wenn, wegen eingetretener Umstände und Veränderungen, die Absicht des Testirers nicht mehr erreicht werden kann. ib. §. 136. S. 203. **7)** Statt der Theilung kann aber auch eine Veräußerung des Gemeindegrundstücks Statt finden, dafern nur der dabei zu erlangende Kaufpreis oder sonstige Vortheil zum bleibenden Nutzen der ganzen Gemeinde, oder ihrer sämtlichen dabei betheiligten Mitglieder angewendet wird. ib. §. 137. **8)** So oft die Theilung eines Gemeindegrundstücks, an welchem den einzelnen Gemeindegliedern die Benutzung zusteht, oder eine Veräußerung desselben vorgenommen werden soll, ist zuvor, und zwar in den Städten von den Stadträthen und den städtischen Gemeindevertretern gemeinschaftlich, in sorgfältige Berathung zu ziehen, ob es nicht für das Gemeinwesen vortheilhafter sei, das Benutzungsrecht der einzelnen Gemeindeglieder durch eine ihnen zu bewilligende Entschädigung abzulösen, und ihm das Grundstück auf diese Art als ein von nun an blos für dasselbe allein, und mit Ausschluß der einzelnen Gemeindemitglieder, zu benutzendes Gemeinde-Eigenthum zu erhalten. ib. §. 138. **9)** Ist das zu theilende Gemeindegrundstück mit einer Hypothek belastet, so muß es zuvor davon entweder durch Zahlung, oder durch eine beizubringende Erklärung des Gläubigers, daß er sein Unterpfandsrecht daran aufgebe, befreiet werden. ib. §. 139., und §. 63. d. G. v. 6. Nov. 1843. G.S. S. 203. **10)** Auch der Pachter einer zur Theilnahme an der Benutzung der Gemeindegrundstücke berechtigten Besitzung kann einen Antrag auf Theilung jener

Grundstücke nicht hindern; er hat jedoch, wenn sein Pachtcontract bereits vor Bekanntmachung des G. v. 17. März 1832. geschlossen war, und während desselben die Theilung, entweder auf Antrag seines Verpachters oder anderer Gemeindeglieder, wirklich erfolgt, Anspruch auf Entschädigung an seinen Verpachter, in sofern er nachweisen kann, daß das auf letztern kommende Theilstück ihm, dem Pachter, während der Pachtzeit weniger Nutzung gewähre, als das gemeinschaftlich benutzte Gemeindegrundstück. Ist der Pachtcontract erst nach Bekanntmachung des Gesetzes geschlossen, so kann er einen solchen Entschädigungsanspruch nur dann machen, wenn ein desfallsiger ausdrücklicher Vorbehalt in dem Contracte enthalten ist; außerdem muß er sich mit der ihm zu überlassenden Nutzung des Theilstücks begnügen. §. 140. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 203. **11)** Ist ein Gemeindegrundstück der fraglichen Art verpachtet, so kann zwar während des bestehenden Pachtcontracts nichts desto weniger auf dessen Theilung angetragen und dazu weitere Einleitung getroffen werden; die Vollziehung derselben muß jedoch, wenn nicht mit dem Pachter ein Abkommen wegen Aufhebung des Pachts getroffen wird, bis nach Beendigung des letztern ausgesetzt bleiben. §. 141. ib. G.S. v. 1832. S. 204. **12)** Wird bei vorseiender Verpachtung eines Gemeindegrundstücks von einzelnen Gemeindegliedern auf Absonderung ihres Antheils oder ihrer Antheile angetragen, so kann der Pachtabschluß nur mit dem Vorbehalte erfolgen, daß der Pachter, eintretenden Falls, sich dieselbe, gegen verhältnißmäßige Verminderung des Pachtgeldes, nach Bestimmung der Specialcommission, gefallen lassen muß; und es wird dieser Vorbehalt, wenn dessen ausdrückliche Hinzufügung unterblieben wäre, als eine stillschweigende Contractsbedingung betrachtet. §. 142. ib. **13)** Wer auf Theilung von Gemeinde-Hutungsplätzen (Lehden, Angern u. dergl.), oder von Gemeinde-Wiesen und Feldern anträgt, braucht nicht nachzuweisen, daß die Theilung ausführbar und nützlich sei. §. 143. ib. **14)** Ein Widerspruch von Seiten des übrigen Theils der Gemeindemitglieder findet solchenfalls blos dann mit Wirkung Statt, wenn entweder a) die Lage des zu theilenden Grundstücks von der Beschaffenheit ist, daß eine bisher gemeinschaftliche Gefahr der Versandung, oder des Wasserabrisses, oder sonstiger Beschädigung des Grundes und Bodens durch Naturkräfte, nach der Theilung einzelne Theilnehmer allein, oder doch vorzugsweise treffen würde, oder wenn b) das zu theilende Grundstück so klein ist, daß nicht wenigstens die Hälfte der Theilungsinteressenten jeder ein Stück von 10 Quadratruthen (die Ruthe zu 7 Ellen 14 Zoll) zu seinem Antheile erhalten würde; s. d. Nähere §. 144. ib. **15)** Bei Anträgen auf Theilung von Gemeindegrundstücken anderer Art, als den §. 143. cit. genannten, bedarf es eines vorgängigen Nachweises der Ausführbarkeit und Nützlichkeit der Theilung. §. 145. ib. G.S. v. 1832. S. 205. **16)** Theilung von Communal-Waldungen und Holzungen ist nur dann als nützlich anzunehmen, wenn entweder die einzelnen Theile zu forstmäßiger Benutzung geeignet bleiben, oder der Boden, nach Abtrieb des Holzes, vortheilhafter als Feld od. Wiese benutzt werden kann. §. 146. ib. **17)** Ist das zu theilende Grundstück mit Dienstbarkeiten behaftet, welche nach der Theilung nicht in unveränderter Maße würden ausgeübt werden können, oder die der freien Benutzung der einzelnen Theile hinderlich sein würden, so müssen dieselben, dafern sie das ganze Grundstück betreffen, (wie Hutung, Streurechen u. dergl.) u. der Dienstbarkeitsberechtigte nicht ohne vorgängige Ablösung in die Theilung einwilligt, entweder vor Vollziehung der letztern, von dem ganzen Grundstücke, oder von dem abzusondernden Theile desselben, abgelöst werden, oder es muß, in sofern zu dieser Ablösung nicht zu gelangen sein sollte, die Theilung unterbleiben. Sind dagegen die Dienstbarkeiten von der Art, daß deren Ausübung nur einen Theil des belasteten Grundstücks factisch erfordert, u. daß sie ohne Nachtheil des Berechtigten auf

einem bestimmten, oder auf einem andern, als dem zeither davon betroffenen Theile dieses Grundstücks ausgeübt werden können, wie z. B. Uebertrifts-, Wegegerechtigkeiten, Viehtränken u. dergl, so müssen dieselben in behufiger Maße beschränkt werden. Die Beschränkungen solcher Gerechtigkeiten müssen sich, ebenso wie der Berechtigte, auch die sämtlichen Gemeindeglieder gefallen lassen, selbst wenn nur von einzelnen Interessenten die Theilung verlangt wird. §. 147. ib. **18)** Nur solche Gemeindeglieder, welche ein mit ihren Besitzungen verbundenes Theilnahmerecht an der Benutzung eines Gemeindegrundstücks haben, sind bei dessen Theilung als Theilungsinteressenten zu berücksichtigen. §. 148. ib. **19)** Sind in einer Gemeinde auch unangesessene Gemeindeglieder zum Mitgebrauche eines zu theilenden Grundstücks berechtigt, so können sie zwar nicht auf Theilung antragen; auch haben sie keinen Anspruch auf ein Theilstück, wohl aber auf Entschädigung. Es muß daher bei der Theilung ihr Mitgebrauchsrecht abgelöst, und ihnen von denjenigen Gemeindegliedern, welche Theilstücke erhalten, eine dem abzuschätzenden Werthe des bisherigen Mitgebrauchs entsprechende und, so lange sie in dem Verhältnisse der Mitberechtigung bleiben, jährlich zahlbare Rente ausgesetzt werden. Später eintretende unangesessene Gemeindeglieder haben keinen Anspruch auf eine solche Rente. Sterben die Renteberechtigten, oder treten sie aus dem Verhältnisse, welches sie zum Mitgebrauche berechtigte, so fließen diese Renten in die Gemeindecasse. §. 149. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 206. **20)** Die Stellen der Geistlichen, Schullehrer und Kirchendiener auf dem Lande sind, (vergl. die K.O. v. 1580. Tit. von Immun. §. Sie sollen auch 2c., 40. Gen.Art. §. Mit der Viehhut 2c. C.A. T. I. S. 535. 710.) bei Theilungen von Gemeindegrundstücken, in sofern sie nicht von deren Mitbenutzung zeither unzweifelhaft ausgeschlossen gewesen sind, als theilnahmeberechtigte Gemeindemitglieder zu betrachten, jedoch so viel die etwa zu theilenden Gemeindeholzungen betrifft, die Pfarrstellen, (vergl. d. Syn.-Decr. v. 1624. §. Da aber die Pfarrer 2c. C. A. T. I. S. 795.) nur in sofern, als kein eigenes, zum Bedarfe ausreichendes Pfarrholz vorhanden ist. §. 150. ib., wegen der Lauf. s. §. 314. ib. S. 242. Auf die Stellen der Geistlichen, Schullehrer und Kirchendiener in den Städten finden diese Bestimmungen nur da Anwendung, wo entweder mit denselben Landwirthschaft verbunden, oder wo und in so weit deren Theilnahmeberechtigung durch Observanz, oder auf andere Art erweislich besonders begründet ist. §. 151. ib. S. 206. **21)** Die Theilung selbst geschieht nach dem Verhältnisse des Umfangs der jedem Theilungs-Interessenten zustehenden Berechtigung zur Theilnahme an der Benutzung des fraglichen Grundstücks. Vergl. §. 152. ib. S. 206. **22)** Wo der Umfang der Theilnahmeberichtigung der einzelnen Gemeindeglieder durch Orts-Gewohnheit, Localstatuten, Vertrag oder rechtskräftiges richterliches Erkenntniß bestimmt ist, geschieht die Theilung nach diesem Maßstabe. §. 153. ib. G.S. v. 1832. S. 207. Wo aber eine solche Norm nicht vorhanden ist, wird bei allen solchen Communen, deren Ländereien blos, oder doch größten Theils in walzenden Grundstücken bestehen, Gleichheit der Theilnahmeberechtigung nach den Baustellen angenommen; wo dies nicht der Fall ist, dient hingegen die Größe der zu jeder theilnahmeberechtigten Baustelle gehörigen Ländereien an pflugbarem und Grase-Land, mit Einschluß der Gärten, nach Ackern, jeden zu 300 Quadratruthen gerechnet, ohne Rücksicht auf die außerdem dem Besitzer zustehenden walzenden Grundstücke, zum Maßstabe; wobei auf jeden Häusler oder Gärtner, welcher weniger als 2 Acker besitzt, 2 Acker gerechnet werden. Waren jedoch die Nutzungen des zur Theilung gelangenden Gemeindegrundstücks von der Art, daß, ihrer Natur nach, der größere oder geringere Ländereibesitz auf die Theilnahme der Einzelnen daran ohne Einfluß war, so ist auch in den Dorfgemeinden von der Gleichheit der

Theilnahmeberechtigung nach den Baustellen auszugehen. §. 154. ib. **23)** Ob ein zur Theilnahme an der Benutzung eines Gemeindegrundstücks berechtigtes Gemeindeglied zeither mehr od. weniger Gebrauch hiervon gemacht habe, als es zu machen berechtigt gewesen wäre, hat auf die Größe seines bei der Theilung ihm anzuweisenden Antheils keinen Einfluß. §. 155. ib. **24)** Besondere Benutzungsrechte, welche entweder einzelnen Gemeindegliedern, wegen ihrer zum Communverbande gehörigen Besitzungen, oder ganzen Corporationen, insonderheit Innungen, vorzugsweise vor den übrigen Betheiligten an einem Commungrundstücke zustehen, kommen bei dessen Theilung wie Servituten in Betracht. (Vergl. oben §. 147. cit.) §. 156. ib. Sind dergleichen Communplätze den berechtigten Corporationen und Individuen, wie z. B. den Tuchmachern zu Aufstellung der Tuchrahmen, den Seilern zu den Seilerbahnen, den Zimmerleuten zu Zimmerplätzen u. dergl. unentbehrlich, und ist daher eine Ablösung nicht ausführbar, so muß die Beseitigung des in diesen Berechtigungen liegenden Hindernisses der Theilung auf andere Weise, z. B. durch Anweisung eines andern, zur Theilung weniger geeigneten Communplatzes, von der Specialcommission versucht, wenn sich aber auch dieß unausführbar zeigt, von der Theilung der zur Ausübung wirklich unentbehrliche Platz ausgenommen werden. Beruht jedoch eine dergleichen Benutzung eines Communplatzes blos auf einem Precarium, oder einer bloßen Anmaßung, so ist ohne Entschädigung Desjenigen, der sie bisher ausgeübt hat, mit der Theilung zu verfahren. §. 157. d. G. v. 17. März 1822. G.S. S. 207. **25)** Ist ein Communplatz von Seiten der Commundglieder, oder Einiger derselben, dazu benutzt worden, daß die von ihnen gehaltenen Schweine oder Gänse darauf gegangen sind, so ist hierauf bei der Theilung nur in soweit Rücksicht zu nehmen, als eine eigentliche Behütung mit diesen Viehgattungen (mittelst eines Hirten) regelmäßig Statt gefunden hat. §. 158. ib. **26)** Jeder Theilnehmer soll seinen Antheil in der Lage zugetheilt erhalten, welche für ihn die vortheilhafteste ist, soweit solches ohne Beeinträchtigung der übrigen Theilnehmer geschehen kann. §. 159. ib. **27)** Bleiben mehrere Theilnehmer in Gemeinschaft hinsichtlich ihrer Antheile, so ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß sie solche in möglichst zusammenhängender Lage zugetheilt erhalten. §. 160. ib. Wenn in dieser Weise mehrere Gemeindeglieder unter sich in Gemeinschaft bleiben, wird das auf sie zusammengerechnete Theilstück, Zubehör ihrer Hauptbesitzungen nach unabgesonderten (idealen) Antheilen, im Verhältniß ihres Nutzungsrechts. §. 164. ib. S. 209. u. §. 63. d. G. v. 6. Nov. 1843. G.S. S. 203. Solche in Gemeinschaft bleibende Interessenten sind, hinsichtlich des auf sie zusammen gekommenen Theilstücks, blos als Miteigenthümer unter einander zu betrachten, ohne in Bezug auf diese Gemeinschaft die Rechte einer Gemeinde (universitas) zu genießen. Das Verhältniß der Anzahl dieser Interessenten und der Größe des Gesamtbetrags ihrer Antheile von dem getheilten Grundstücke, im Vergleich gegen die Anzahl der übrigen Gemeindeglieder und deren Antheile, macht hierbei keinen Unterschied. §. 165. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 209. Eine solche Gemeinschaft kann jedoch in der Folge zu jeder Zeit aufgehoben werden; und zwar finden hierbei die Bestimmungen des eben cit. G. ebenfalls Anwendung. §. 166. ib. **28)** Kleine Abweichungen von dem bei der Theilung zu beobachtenden Verhältnisse (s. §. 152. cit.), welche, nach Beschaffenheit und Lage des zu theilenden Grundstücks, nicht füglich zu vermeiden sind, bis zu dem Betrage von 5 Quadratruthen, können auch mit Geld ausgeglichen werden, ohne daß der Empfänger einer solchen Entschädigung deren Verwendung zu Verbesserung seines Besitzthums nachzuweisen braucht. G. v. 17. März 1832. §. 161. G.S. S. 208. **29)** Kein Theilnehmer darf durch die Theilung an der Benutzung seiner ihm sonst zustehenden Grundstücke behindert, noch darf solche ihm wesentlich erschwert oder beein=

trächtigt werden. §. 162. ib. In soweit es zu Beseitigung einer solchen Behinderung, oder Erschwerung nothwendig ist, kann eine Auflegung neuer Servituten auf den zu theilenden Grund und Boden erfolgen. Auch dürfen, in sofern an einem Orte überhaupt noch Koppelhutung Statt findet und solche nicht aufgehoben wird, die Theilstücke derselben ebenfalls unterworfen werden. ib. §. 163. **30)** Die Rechte entfernterer Interessenten eines bei einer Gemeinheitstheilung zur Theilnahme berechtigten Grundstücks (vergl. den Art. Ablösung, A. 37.) sind, von der Hypothekenbehörde desselben, nur in sofern wahrzunehmen, als der Besitzer das auf ihn kommende Theilstück entweder sogleich bei der Theilung an einen andern Theilnehmer abtreten, oder auch späterhin veräußern will, in soweit nicht der §. 161. cit. (s. oben No. 28.) angegebene Ausnahmefall eintritt. In beiden Fällen gilt wegen des für dieses Theilstück zu erhaltenden Kaufgeldes alles Dasjenige, was wegen Wahrnehmung der Rechte entfernterer Interessenten bei Ablösungen durch Capitalzahlungen bestimmt ist. G. v. 17. März 1832. §. 205. G.S. S. 220. **31)** S. Ablösung, Ablösungsverfahren, Gerichtsstand, Landgemeinde, Stadtvermögen.

Gemeinheitstheilungs=Receß, s. Receß.

Gemeinnützlich. S. Censur, Kalender.

Gemeinschädlich, s. Gemeingefährlichkeit, Colporteurs.

Gemeinschaft. S. Adhäsion, Streitgenossen, Gemeinheitstheilung, Compagniehandlungen, Theilnahme, Gütergemeinschaft, Urkunden, Urheber.

Gemeinschuldner. S. Bankrott, Geldstrafe, Verwandlung, Schuldner, Concurs...

Gemessene Dienste. S. Dienste.

Gemischte Bezirke. S. Anlagen.

Gemischte Ehen. S. Ehe, Ehesachen, Religion.

Gemißbrauchte. S. Unzucht.

Gemüse. S. Atzungskosten, Zehend.

Gemüthsbewegung, Gemüthserregung. S. Leidenschaft, Zurechn...

Gemüthskrankheit. S. Geisteskranke.

Genauigkeit. S. Rechnung, Fleiß, Aufwand, Grund= u. Hypothekenbuch.

Gendarmen, Gendarmerie. 1) Die Verfassung der Gendarmerie beruht im Wesentlichen auf dem Gen. v. 7. April 1820. G.S. S. 105., und der Instruction für die Gendarmen ib. S. 113., der mittelst V. v. 9. Aug. 1822. G.S. S. 384. publ. Nachtragsinstr. S. 386., ferner der V. v. 9. Juli 1829. G.S. S. 117. **2)** Der Hauptzweck der Gendarmerie ist: die Erhaltung öffentlicher Sicherheit und die wirksame Handhabung der dießfalls bestehenden Polizeigesetze. Gen. v. 7. April 1820. §. 8. G.S. S. 108. Daher besteht der Wirkungskreis der Gendarmerie vorzüglich: in Aufsuchung und Aufgreifung der Landstreicher, Bettler und anderer, die öffentliche Ruhe und Sicherheit störender Personen, in Untersuchung der Päße verdächtiger Personen und der Wanderbücher, in Visitation der Haupt= und Nebenstraßen, der Gehölze, Gasthöfe, Herbergen und der einzeln liegenden Häuser, in Arretirung entdeckter Verbrecher und anderer, der allgemeinen Sicherheit gefährlicher Personen, sowie in Verfolgung von Diebs= und Räuberbanden. ib. §. 9. **3)** Die Gendarmen sind aber auch angewiesen, über Befolgung gewisser, die allgemeine Wohlfahrt betreffender polizeilicher Anordnungen zu wachen, ferner, wo solche durch Naturereignisse bedroht und schnelle Hilfe erfordert wird, unter vorausgesetzter Vorsicht, den Obrigkeiten Beistand zu leisten. ib. §. 10. u. §. 22. f. der Gendarmen=Instr. G.S. v. 1820. S. 119. **4)** Bei allen Feierlichkeiten, Aufzügen und Begebenheiten, welche einen Zusammenfluß vieler Menschen erwarten lassen, haben die Gendarmen mit dem Militair gemeinschaftlich, oder in dessen Abwesenheit für sich, unter Direction ihrer Vorgesetzten zu veranstalten, daß Ruhe und Ordnung überall erhalten werde. Desgleichen haben sie, auf Geheiß derselben, bei Durchmärschen fremder Truppen den nöthigen Beistand zu leisten, und insonderheit bei den Spannungen sich zu bemühen, allen Excessen zuvorzukommen. §. 10. d. Gen. v.

7. April 1820. G.S. S. 108. **5)** Die Direction der Gendarmerie steht dem Ministerium des Innern zu, unter diesem auftragsweise den Kreis-Directoren und Amtshauptleuten. Letztere führen die besondere Disciplinar-Aufsicht über die Gendarmen. ib. §. 2. 4. G.S. v. 1820. S. 105. 106., V. v. 7. Nov. 1831. §. 4. C. G.S. S. 327., Rev. amtshauptm. Instr. v. 1842. §. 20. G.S. S. 182. Ueber die letztere s. noch das Gen. v. 7. April 1820. §. 11. f. G.S. S. 109., und die Gendarm.-Instruct. §. 51. f. G.S. v. 1820. S. 127. Die Amtshauptleute müssen von allen Klagen und Denunciationen gegen die Gendarmen in Kenntniß gesetzt werden. V. v. 21. Juli 1818. G.S. S. 75. In persönlichen Rechtssachen haben die Gendarmen ihren Gerichtsstand vor den Königl. Untergerichten. Ang. V. v. 21. Juli 1818. l. c., G. v. 28. Jan. 1835. §. 16. G.S. S. 78., G. v. 3. Nov. 1840. §. 4. unter 3. G.S. S. 298. **6)** Die Gendarmen sollen sich eines unbescholtenen Lebenswandels befleißigen, Trunkenheit, Spiel und Unordnungen jeder Art gänzlich vermeiden, und hierin, eingedenk ihres Berufs, einem Jeden mit gutem Beispiele vorgehen. Instr. für die Gendarmen §. 1. G.S. v. 1820. S. 113. Sie sollen Jedermann, besonders allen obrigkeitlichen Behörden, mit geziemender Bescheidenheit begegnen. §. 2. ib. **7)** Die Gendarmen sollen ihren Bezirk bei Tag und Nacht fleißig bereisen, und die Hauptstraßen, Neben- und Schleifwege, Waldungen und Gehölze, Gasthöfe, Wirthshäuser, Schänken, Herbergen, auch etwanige Winkelschänken und Winkelherbergen, ferner die Fähr-, Teich- und Hirtenhäuser, auch Theer- und Pechhütten, ingleichen, bei vorwaltendem Verdachte gegen die Bewohner oder sonstigen gegründeten Veranlassungen, die abgelegenen Mühlen, Jagd- und Forst- und andere einzeln gelegene Häuser, öfters und unvermuthet visitiren. Außerdem, und wenn nicht Verbrecher unmittelbar verfolgt werden, sind von den Gendarmen Haussuchungen, ohne Genehmigung und Zuziehung der Obrigkeiten und Gerichtspersonen, welchen dabei die Leitung der Expedition zusteht, nicht vorzunehmen. §. 4. ib. **8)** Mit den ihnen anvertrauten Gewehren haben die Gendarmen höchst behutsam und vorsichtig umzugehen, damit weder aus Fahrlässigkeit durch sie oder Andere Schaden entstehen könne, noch durch voreiligen, unzeitigen und unüberlegten Gebrauch ihnen selbst Nachtheil und Ahndung zugezogen werde. ib. §. 17. G.S. v. 1820. S. 117. Ueber den Gebrauch ihrer Dienstwaffen enthält die V. v. 18. Juni 1855. G.S. v. 1855. S. 107. ausführliche Instruction. **9)** Sobald sich in einem Bezirke Diebs- und Räuberbanden zusammenfinden, so müssen, da nöthig, sämtliche Gendarmen durch den Amtshauptmann des bedrohten Bezirks aufgeboten werden. §. 16. der Instr. G.S. v. 1820. S. 113. Ferner hat jeder einzelne Gendarm, wenn er von einer Bande Nachricht erhält, alsbald zu deren Einziehung, in Gemeinschaft mit seinen Kameraden, unter Wahrnehmung der gesetzlichen Maßregeln, alle Kräfte anzuwenden. ib. **10)** Wenn Subjecte verfolgt werden oder zu verhaften sind, welche bereits zum Tode verurtheilt sind, oder im nahen Verdachte stehen, daß sie zu einer Räuberbande und Diebsrotte gehören, oder als Raubschützen mit Flinten und Büchsen betroffen werden, und sich zur Wehre stellen, oder, aller Warnung ungeachtet, mit Gewalt widersetzen, sollen die Gendarmen, wenn dergleichen Subjecte anders nicht zu erlangen, auf sie Feuer geben, um ihnen eine Verwundung beizubringen, dafern sie selbige nicht, zur Rettung ihrer eigenen oder des Lebens anderer Personen, niederzuschießen genöthigt sind. §. 16. cit. **11)** Die Gendarmen sollen die, auf die von den Obrigkeiten an den Amtshauptmann ergehenden Veranlassungen, zu transportirenden wichtigeren Gefangenen begleiten. ib. §. 40. G.S. v. 1820. S. 123. **12)** Sowie sie die Beihilfe der Obrigkeiten und Gerichte in Anspruch nehmen dürfen, so sind sie auch wieder gehalten, diesen auf ihr Verlangen gegenseitig hilfreiche Hand zu leisten; und sollen sie

sich dessen, falls sie nicht eigene, dringende u. nicht aufzuschiebende Amtsverrichtungen entgegen zu stellen haben, unter keinerlei Vorwande entziehen. ib. §. 41. **13)** Ueberhaupt haben sie sich, sobald sie in ihren Dienstangelegenheiten eine Stadt, einen Marktflecken oder ein Dorf betreten, in der Regel jederzeit beides Orts Obrigkeit, auf dem Lande bei dem Gerichtsherrn, Gerichtshalter oder Dorfrichter zu melden. Diese Anordnung leidet nur dann eine billige Ausnahme, wenn sie in Verfolgung eines Vagabonden und dergleichen begriffen sind, und also jeden Zeitverlust vermeiden müssen. ib. §. 42. **14)** Dem Amtshauptmanne ist von den Gendarmen, mit Schluß jeder Woche, über die im Laufe derselben verrichteten Geschäfte ein schriftlicher Rapport zu erstatten, ihm auch außerdem, in dringenden Fällen, die erforderliche Anzeige ungesäumt zu machen. ib. §. 44. **15)** Jeder Gendarm hat den ihm von dem Amtshauptmanne bestimmten Wohnort zu beziehen, und sich ohne dessen Erlaubniß aus dem ihm angewiesenen Bezirke nicht zu entfernen, wenn es nicht in einzelnen Fällen der Dienst erfordert. ib. **16)** Der Aufenthalt an einem Orte ist einem Gendarm nicht länger gestattet, als zu seinem Dienstgeschäfte nöthig ist; und er ist verpflichtet, in der Regel wenigstens zwei Meilen täglich zurückzulegen. ib. §. 49. G.S. v. 1820. S. 126. **17)** Die Gendarmen sollen d. Behörden mit grundlosen Anzeigen nicht behelligen. Sollte ihnen eine oder die andere Obrigkeit ihren Beistand in irgend einem Falle versagen, so sollen sie solches, ohne eigenmächtige Hilfe sich zu erlauben, dem Amtshauptmanne zur weitern Beschwerdeführung anzeigen. §. 43. ib. G.S. v. 1820. S. 123. **18)** Sobald d. Gendarmen eine Feuersbrunst in der Nähe ihres Aufenthalts wahrnehmen, sollen sie sich eiligst an den Ort begeben, wo sie ausgebrochen ist; in Ermangelung hinlänglicher obrigkeitlicher Anstalten zum Löschen des Feuers dienliche Vorkehrungen treffen; bei dem Löschen hilfreiche Hand leisten; hauptsächlich für Rettung der dem Feuer ausgesetzten Personen und Sachen, sowie für Bewachung der letztern, sorgen; auch daß während der Feuersnoth kein Einbruch oder Diebstahl im Orte geschehe, wachen, und die Ursachen der Entstehung des Feuers zu entdecken suchen. §.23. der Instr. G.S. v. 1820. S. 119. Eben so haben die Gendarmen bei Bränden in den Wäldern alle Hilfe zu leisten, und wenn dergleichen von ihnen zuerst wahrgenommen werden, davon den benachbarten Forstbedienten und Ortschaften Anzeige zu machen. ib. **19)** Die Gendarmen haben auf das unbefugte Beherbergen, und auf das unbefugte Hausiren Acht zu geben, V. v. 9. Aug. 1822. G.S. S. 396. u. Nachtrags-Instr. ib. S. 386., ferner auf die Arzneihändler, M. v. 30. Sept. 1823. §. 26. G.S. S. 122., und auf die Betrügereien durch hohe Brandversicherungen, V. v. 23. Juli 1828. G.S. S. 190., und auf reisende und wandernde Juden, V. v. 6. Mai 1839. §. 6. G.S. S. 142. — Insbesondere haben sie zu beachten: alle Legitimationslose, namentlich Handwerksbursche, Mühlknappen, dienstloses Gesinde, Deserteurs, entlassene Gefangene, Ausgewanderte, Collectensammler, verunglückte Kaufleute, reisende Jäger, gemeine Comödianten, herumziehende Musikanten, Bären- u. Affenführer, Marktschreier, Gaukler, Juden, Taschen- u. Würfelspieler, Zahn- u. Afterärzte, Arzneihändler, Hausirer, Trödler, Mäkler, Zigeuner, Entsprungene u. d. m. §. 6. der Instr. v. 1820. G.S. S. 114., Nachtrags-Instr. v. 9. Aug. 1822. G.S. S. 387., M. v. 30. Sept. 1823. §.26. G.S. S. 122., V. v. 6. Mai 1839. §. 6. G.S. S.142. Wegen verbotswidrig reisender Feuerversicherungsagenten: V. v. 13. Dec. 1836. §. 14. G.S. S. 329. Wenn Brod- und Fleischtaxen nicht befolgt werden, Bäcker-, Fleischer- u. Kramer-Gewichte unrichtig sind, so haben die Gendarmen dieß zwar nicht selbst zu untersuchen, aber dem Amtshauptmanne anzuzeigen, Nachtragsinstr. v. 1822. ad §. 34. der Instr. G.S. v. 1822. S.387. — Im Nothfalle dürfen sie die Miliz, Jägerei, Gerichtsfrohne,

Schützen in den Städten, Armenvögte u. Dorfwachen zu ihrem Beistande requiriren. §. 5. der Instr. v. 1820. G.S. v. 1820. S. 114. **20)** Ueber die Unterhaltung und Verpflegung der Gendarmen vergl. d. Gen. v. 7. April 1820. §. 7. G.S. S. 106. u. die V. v. 6. Juni 1825. G.S. S. 93. **21)** Zur Geschichte der heutigen Gendarmerie gehört das M. v. 12. Sept. 1713. C.A. T. I. S. 1821., v. 7. Dec. 1715. ib. S. 1843., v. 11. April 1772. Beil. C.A. C. II. T. I. S. 661., Gen. v. 30. April 1810. C.A. C. I. T. I. S. 460., O.A.Pat. v. 21. Sept. 1809. §. 7. f. L.C.W. T. V. S. 324., v. 22. Nov. 1809. ib. S. 338., v. 17. Jan. 1810. ib. S. 345. **22)** S. Amtshauptleute, Anzeigen, Ausländer, Baumfrevel, Beherbergen, Bettler, Brandstiftung, Feuer, Gast- u. Sch., Jagd, Oberlausitz, Polizei, Gerichtliche P..., Post, Reiselegitimationen, Jagdvergehen, Staatsverträge.

Genehmigung. S. Protokolle, Untersuchungsprotokolle, Consens, Confirmation, Eheconsens.

Geneigtheit, s. Erbieten, Neigung.

General. S. Offiziere, Militair..., Pferde.

Generalaccise. S. Abgaben.

Generalacten. S. Grund- u. Hypothekenbuch.

Generalartikel. Die unter diesem Namen vorhandenen beiden Gesetze v. 8. Mai 1557. und v. 1. Jan. 1580. enthält der C.A. T. I. S. 435. u. S. 656.

General-Auditeur. S. Militairgerichtsbarkeit, Auditeur.

Generalbefahrungen. Man sehe über die Anstellung der G. die Bergresol. v. 7. Jan. 1709. §. 1. C.A. T. II. S. 373., über den Aufwand derselben: die O.B.A.Anweisung v. 7. Jan. 1764. §. 80. C.A. C. I. T. I. S. 1453.; den Zuschuß bei den G.: das Rescr. v. 5. Dec. 1722. C.A. C. II. T. II. S. 123.; über die Verschreibung des dabei gewöhnlichen sogenannten Erfrischthalers den Bef. v. 16. Juli 1755. ib. S. 129.; über den Beitrag der Zechen zu dem Aufwande den Bef. v. 16. Dec. 1769. C.A. C. II. T. II. S. 151., Rescr. v. 17. Mai 1777. ib. S. 187., und wegen der Abfassung der Generalbefahrungsregistraturen: die O.B.A.Anw. v. 7. Jan. 1764. §. 80. C.A. C. I. T. I. S. 1453., und das Pat. v. 2. Oct. 1805. C.A. C. III. T. II. S. 99.

Generalcommando. S. Communalgarde.

Generalcommission. S. Ablösung..., Wasserläufe.

General-Gouvernement. **A.** Die Verfügungen, welche die, unter dem Namen G.-G., in den Jahren 1813—1815. dem Königreiche S. vorgesetzte fremde provisorische Verwaltung, meist unter der Benennung Patente, erlassen hat, enthalten a) die General-Gouvernementsblätter (Leipzig und Dresden 1813—1815. 4. Bd. 121 Nummern), und b) die von Moßdorf (Dresden 1824. 3 Sammlungen, 4.) veranstaltete Sammlung. **B.** Von jenen Verfügungen sind folgende von Wichtigkeit: **1)** die V. v. 12. Nov. 1813. wegen Ausbringung der außerordentlichen Staatslasten mittelst einer Centralsteuer, Gouv.-Bl. v. 1813. no. 4. S. 28., wozu das Regul. v. 28. Dec. 1813. ib. no. 15. S. 109., das Publ. v. 1. März 1814. ib. no. 31. S. 233., u. das Rescr. v. 5. Febr. 1817. C.A. C. III. T. I. S. 300. ergingen. **2)** Nachstehende in Kirchen- und Schulangelegenheiten ergangene Anordnungen: a) Pat. v. 10/22. April 1814. Gouv.-Bl. v. 1814. no. 47. S. 357., die Gleichstellung der Griechischen Christen mit den übrigen christlichen Religionsparteien hinsichtlich der bürgerlichen Gerechtsame, b) v. 24. Jan. 1814., die Portofreiheit für die einzusendenden Collecten- und Trauungsabgabengelder (fehlt im Gouv.-Bl.), c) v. 14. April 1814., wegen der bei Besetzung von Pfarrstellen auf die theologischen Hilfslehrer bei der Ritterakademie zu nehmenden Rücksicht (fehlt desgl.), d) v. 17. März 1815., das Schulgeld für die Kinder gebliebener Soldaten betr. (desgl.). [Im Rescr. v. 7. Aug. 1815. steht irrig „11. März".] Diese Bestimmungen sind im Rescr. v. 7. Aug. 1815. C.A. C. III. T. I. S. 120. ausdrücklich bestätigt worden. e) Publ. v. 5. Febr. 1814., die Abschaffung der Singumgänge und des Currentsingens der

Schuljugend betr., Gouv.=Bl. v. 1814. no. 26. S. 203.; in ausdrücklicher Beziehung hierauf sind die Erläut.=V. v. 21. Aug. 1824. G.S. S. 183. u. wegen der Lausitz v. 20. Oct. 1824. a) ib. S. 197. ergangen. **3)** Das Pat. v. 9/21. April 1814., die Wildschäden betr., Gouv.=Bl. v. 1814. no. 46. S. 352. u. G.S. v. 1840. S. 298. In Anerkennung und Erläuterung des Pat. sind die unter Wildschäden aufgeführten Bestimmungen v. 16. Dec. 1817., 19. Jan. 1818., 4. Mai 1830. u. 3. Nov. 1840. ergangen. **4)** Das Pat. v. 24. Mai 1814., die Aufhebung der statutarischen und der auf Gewohnheiten beruhenden Erbrechte, der Gerade u. des Heergeräthes betr., Gouv.=Bl. v. 1814. no. 56. S. 472., anerkannt im 141sten §. des M. v. 31. Jan. 1829. G.S. S. 61., und dem M. v. 31. Jan. 1829. §. 1. 2. G.S. S. 63. [Aeltr. Recht: Const. 14. P. II. v. 1572. C.A. T. I. S. 88., Const. 11. u. 38. P. III. ib. S. 107. 116., Const. ined. 12, Pr.O. Tit. 43. §. 4. S. 249., Dec. 22. v. 1661. C.A. T. I. S. 304., Dec. 18. v. 1746. C.A. C. I. T. I. S. 354., Rescr. v. 17. Sept. 1777. C.A. C. II. T. I. S. 345., V.O. Cap. 23. §. 5. S. 101., Rescr. v. 13. Sept. 1791. C.A. C. II. T. I. S. 507., Res. gr. v. 1799. A. gr. 3. C.A. C. III. T. I. S. 27., Gen. v. 4. April 1805. §. 3. C.A. C. III. T. I. S. 214., in der O.=Laus. L.O. v. 20. Nov. 1551. C.A. T. III. S. 87. f., A. u. G.O. v. 1. Dec. 1612. P. I. §. 24. Sec. Cl. ib. S. 155.] **5)** Das Pat. v. 24. Mai 1814., die Aufhebung des inländischen Abschosses betr., Gouv.Bl. v. 1814. no. 56. S. 475., bestätigt in der V. v. 30. Aug. 1819. G.S. S. 192. **6)** Das Pat. v. 31. Mai 1814., die Königl. Jagden betr., Gouv.Bl. v. 1814. no. 57. S. 478., durch das Gen. v. 4. Mai 1830. G.S. S. 43. aufgehoben. **7)** Das Pat. v. 17. Aug. 1814., die Ausdehnung der auf die Erbfolge sich beziehenden 18. 20—25. erbländischen Constitution auf die Lausitz im Verfolg des oben unter 4. gedachten Patents betr., Gouv.Bl. v. 1814. no. 72. S. 561. **8)** Die Gen.V. v. 7. Oct. 1814., die Legitimation der Sachwalter vor Gericht bei bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten durch Beibringung richtiger Vollmachten und Actorien betr., Gouv.Bl. v. 1814. no. 80. S. 598. (Im M. v. 3. April 1824. §. 18. unter 24. G.S. S. 52., wonach die Gen.V. auch in der Lausitz gilt, ist irrig d. C.A. C. III. T. I. S. 201. citirt.) **9)** Die Gen.V. v. 30. Nov. 1814., daß zu Vollziehung von Todesstrafen, auch wenn vom Verbrecher nicht um Begnadigung nachgesucht worden, die landesherrl. Genehmigung einzuholen sei, Gouv.=Bl. v. 1814. S. 660. und C.A. C. III. T. I. S. 298., bestät. durch das Rescr. v. 29. Mai 1816. ib. S. 297. **10)** Das Pat. v. 10. Jan. 1815., die Einführung des Rechts, in die Stelle hypothekarischer Gläubiger einzutreten betr., Gouv.Bl. v. 1815. no. 98. S. 695. f. **C.** Nach erfolgter Rückkehr des Königs Friedrich August in Seine Staaten behielt sich Derselbe die Prüfung der Verfügungen des Gen.Gouv. und nach Befinden deren Beibehaltung oder Wiederaufhebung vor im Pat. v. 7. Juni 1815. C.A. C. III. T. I. S. 18. u. L.C.W. T. VI. S. 359. Hierauf bezieht sich das Rescr. v. 29. Mai 1816. C.A. C. III. T. I. S. 297., die V. v. 30. Aug. 1819. G.S. S. 192., und das O.A.Pat. v. 2. Sept. 1819. L.C.W. T. V. S. 129. — Auch s. den Art.: Anleihen.

General=Hauptcasse. S. Finanzcollegium.

General=Hypothek, s. Pfandrecht, I. 2.

Generalinnungsartikel. 1) Das Gesetz v. 8. Jan. 1780., welches diesen Namen führt, ist in den C.A. C. II. T. I. S. 761. aufgenommen, und in der Lausitz durch das A.O.Pat. v. 7. April 1780. C.A. C. II. T. III. S. 161. u. L.C.W. T. III. S. 278. publicirt. Es wurde auf Grund der mittelst des Gen. v. 28. Sept. 1748. u. 27. Nov. 1765. C.A. C. I. T. I. S. 697. 911. eingeforderten Specialartikel und Privilegien der Innungen entworfen. **2)** S. Innungen.

General=Kriegs=Gerichts=Collegium. 1) Die Organisation, Competenz und der Geschäftsgang des vormaligen G. beruhte zuletzt auf dem Decr. v. 19. Febr. 1822. G.S. S. 137., vorher dem Reglem. v. 23. Jan. 1789. C.A. C. II. T. I. S. 1291., L.C.W. T. IV. S. 592. f. Seine Aufhebung erfolgte im Jahre 1835 durch §. 43. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 83. **2)** S. auch: Archive, Kriegsgerichtsreglement, Appellation, I. 6.

Generalprotokolle. S. Grund= und Hypothekenbuch.

Generalschmelzadministration. S. Erz.

General=Stabs=Arzt. **1)** Der G. hat den Rang vor den Majors. Bek. v. 26. Oct. 1822. G.S. v. 1823. S. 6. **2)** S. Militairärzte.

General=Stabs=Canzlei. Die Aufhebung der G. erfolgte lt. der Notiz v. 9. März 1810. C.A. C. III. T. I. S. 669.

General=Syndikate. S. Syndikat, Verwaltungsstreitigkeiten.

Genesen, s. Gesundheit, Kranke, auch die Citate unter: Heilbar, Heilen.

Genießen, s. Genuß.

Genossen, s. Streitgenossen, Gehilfen, Untersuchungsverfahren.

Genossenschaften. S. Wasserläufe, und die Citate unter: Corporationen.

Gensd'armerie. S. Gendarmen.

Genügen, s. Gehorsam, Zahlung, Executionsverfahren.

Genügend, s. Hinlänglich.

Genugthuung. S. Privatgenugthuung.

Genuß. S. Arme, Nutzungen, Früchte, Verpflegung, Völlerei.

Geodäten. S. Feldmesser.

Geographie. Das Gemeinfaßlichste u. Nothwendigste daraus ist in der Schule sowohl im Allgemeinen, als in besonderer Beziehung auf das Vaterland zu lehren, V. v. 9. Juli 1835. §. 29. G.S. S. 305. Es sind deshalb die nöthigen Landkarten u. andere Versinnlichungswerkzeuge anzuschaffen. ib. §. 50. S. 311.

Geometer. S. Feldmesser.

Georgenhaus (in Leipzig). S. Anatomische Anst.

Gepäck. S. Botendienste, Frachtfuhrwerk, Extrapost, Fuhren, Post, Zollbeamte, Zollwesen.

Gepräge. S. Münzwesen.

Gera. Lotterie, Reuß.

Gerade. S. Generalgouvernement.

Geräth. S. Betriebs=Declaration, Betten, Hunde, Feuer, Neusilber, Brandstiftung, Executionsverfahren, Sachen, Ackergeräth.

Geraubt. S. Eigenthum, Beherbergen.

Gerber. **1)** Die Gerber sollen für einen jeden um gleichen Lohn gerben und den Landmann vor dem Handwerker nicht beschweren. L.O. v. 12. Nov. 1550. und v. 1. Oct. 1555. Tit. Handwerksleute, C.A. T. I. S. 35. u. 69. **2)** Felle auf Sämisch oder Weißarbeit u. dergl. zuzubereiten, zu verfertigen u. gar zu machen, sollen sich Tuchscheerer, Beutler, Schneider, Senkler u. andere, welche nicht das Weiß= u. Sämischgerberhandwerk gelernt haben, nicht unterstehen und sich des Pfuschens, Störens u. Fellneppens bei Verlust der Waaren und Felle nicht schuldig machen, auch darf bei eben der Strafe keiner, der nicht privilegirt ist oder es hergebracht hat, mit dergleichen sämischem oder weißem Fellwerke außer den Leipziger Messen handeln, oder gar damit hausiren, Verb. v. 20. Nov. 1627., M. v. 9. Nov. 1665. und Pat. v. 15. Nov. 1693. C.A. T. I. S. 1505. 1627. u. 1689. **3)** Es soll auch das Lohgerberhandwerk wider alle Störer und Pfuscher, Vor= und Aufkäufer der rauhen Leder u. Felle von großem und kleinem Vieh geschützt werden. Pat. v. 16. Juni 1670. C.A. T. I. S. 1629., V. v. 20. Jan. 1748. C.A. C. I. T. I. S. 690. Uebrigens steht der Einkauf roher Felle an Orten, welche zwischen zwei Städten mitten inne liegen, den dazu privative berechtigten Lohgerbern in beiden zugleich frei. Bek. v. 21. Febr. 1749. C.A. C. I. T. I. S. 734. **4)** Roth= und Weißgerber sollen wegen Bearbeitung der Hundehäute oder anderer Irrungen wegen einander nicht für unredlich halten, noch die Gesellen, die bei solchen Meistern gearbeitet haben, abstrafen. M. v. 19. Oct. 1731. §. 13. C.A. C. I. T. I. S. 587. u. L.C.W. T. I. S. 601. **5)** Die Häute sollen Hauswirthe u. Fleischer, bei Verlust der Waare und 10 Thlr. Strafe von jedem Stück, an Niemand als inländische Gerber verkaufen. Pat. v. 16. Juni 1670. C.A. T. I. S. 1629. **6)** Weißgerbern ist die Fertigung lederner Beinkleider und der Verkauf derselben, sowohl zu Hause als zu Jahrmarktszeiten, untersagt. Bek. v. 5. Juni 1765. C.A. C. I. T. I. S. 901. **7)** S. Schafe.

Gerechtigkeitspflege. S. Gerichte.

Gerechtsame. S. Rechte, Reallasten, Bannrechte, Gutsherrliche R., Freiheit.

Gerede, s. Gerüchte.

Gereuen. S. Reue.

Gerichte. **1)** Die Gerichtsbarkeit wird in einer gesetzlich bestimmten Instanzenordnung verwaltet. V.U. v. 4. Sept. 1831. G.S. S. 251. **2)** Die Gerichte sind bei Ausübung ihres richterlichen Amtes innerhalb der Grenzen ihrer Competenz von dem Einflusse der Regierung unabhängig. ib. §. 47. **3)** Kein Unterthan darf seinem ordentlichen Richter entzogen werden, außer in den von den Gesetzen vorausbestimmten Fällen. ib. §. 48. **4)** Fleischliche Verbrechen, Wucher, unerlaubte Selbsthilfe, sind von Justizbehörden zu untersuchen und zu bestrafen. §. 20. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 60. **5)** Dasselbe gilt von der Hinterziehung der Militairpflicht auf Requisition der Aushebungsbehörden, dafern der Pflichtige nicht ins Militair eingestellt wird, §. 20. cit., und vergl. die V. v. 26. Oct. 1834. §. 81. G.S. S. 287., sowie v. 28. März 1835. §. 4. G.S. S. 212., G. v. 1. Aug. 1846. §. 44. G.S. S. 115., u. s. Militairpflicht. **6)** Streitigkeiten über den Bierzwang, sowie über das Recht, auf dem Lande Bier zu brauen, auszuschroten und das eigene Gebräude zu verzapfen, gehören nicht vor Verwaltungsbehörden als Gewerbesachen, sondern darin entscheiden sowohl über den Besitz, als über das Recht, die Justizbehörden. §. 27. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 61. **7)** In Irrungen über Privatrechtsverhältnisse der Erbherren und Erbpflichtigen, unter andern auch wegen Ermäßigung der Dienste und Frohnen überhaupt, oder auf Zeit, sind, soweit nicht das Gesetz über Ablösungen und Gemeinheitstheilungen v. 17. März 1832. eine Ausnahme macht, nur Justizbehörden competent. §. 27. cit. **8)** Untere Justizbehörden, welche zugleich Verwaltungsbehörden bilden, haben in geeigneten Fällen an die höhern Verwaltungsbehörden zu berichten und auch die Anordnungen der letztern zu befolgen. Auch reine untere Justizbehörden haben, auf Verlangen der höhern Verwaltungsbehörden, wenn den Letztern Unterbehörden zur Untersuchung der Uebertretungen der Verwaltungsgesetze u. Verordnungen fehlen, solche Untersuchungen zu führen, jedoch nicht zu entscheiden. §. 16. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 59. **9)** Als höhere Gerichte in Civil- und Criminalsachen bestehen die Appellationsgerichte und das Oberappellationsgericht; alle höhere und niedere Justizbehörden stehen unter der Oberaufsicht des Justizministeriums. §. 1. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 62., §. 6. d. V. v. 28. März 1835. G.S. S. 213. Jeder der obern Gerichtshöfe besteht aus der erforderlichen Anzahl Räthe unter einem oder mehrern Präsidenten und aus den nöthigen Canzleipersonen. Die gedachten Gerichtshöfe können in 2 oder mehrere Senate abgetheilt sein, von welchen einer hauptsächlich Civilsachen, ein anderer hauptsächlich Criminalsachen bearbeitet. Beim Oberappellationsgerichte dürfen keine Assessoren, sondern nur wirkliche Räthe angestellt werden. §. 2. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 62. **10)** Ohne Genehmigung des Directorii dürfen Mitglieder von Justizcollegien keine Vormundschaft übernehmen. G. v. 7. März 1835. §. 13. G.S. S. 175. **11)** Eine Person soll nicht in mehrern Collegien sitzen, besonders wenn sie in erster und zweiter Instanz mit erkennen würde. Res. gr. v. 22. Juni 1661. Justizs. §. 77. C.A. T. I. S. 237. **12)** Der Rechtsweg vor den Gerichten findet Statt: a) bei allen Irrungen über privatrechtliche Verhältnisse, wenn auch der Staat oder irgend eine politische oder kirchliche Corporation die Stelle der Gegenpartei einnimmt. Rücksichtlich des Staats gehören hierher Streitigkeiten mit ihm über zufällige Hoheitsrechte, insonderheit auch über die Frage: ob gewisse Gegenstände dazu gehören; über anderes Staatsgut, z. B. über Domainen, Kammergüter u. über die in Ansehung derselben behaupteten Rechte und Obliegenheiten, so weit dieselben auch

rücksichtlich der Güter anderer Personen vor die Justizbehörden gehören; aus Verträgen oder über andere privatrechtlich zu beurtheilende Thatsachen, welche Verbindlichkeiten begründen, abändern oder aufheben; u. in den gesetzlichen Fällen aus den Rechtsverhältnissen der Staatsdiener, §. 6. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 56.; b) nach Maßgabe der V.U. §. 31. G.S. v. 1831. S. 248., wenn Jemand sein Eigenthum oder sonstige Rechte und Gerechtigkeiten zu Staatszwecken abtreten oder aufgeben muß, sich aber bei der von den Verwaltungsbehörden festgesetzten u. von ihm einstweilen anzunehmenden Entschädigungssumme nicht beruhigen will, §. 7. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 56.; ebenso bei Abtretung von Land für die Staatswegen genehmigten Eisenbahnen, G. v. 3. Juli 1835. §. 6. G.S. S. 371., V. v. 3. Juli 1835. §. 21. G.S. S. 382., G. v. 10. Aug. 1837. G.S. S. 74.; c) wenn Jemand unter der Behauptung, eine Verwaltungsbehörde habe ihre Amtsgewalt überschritten od. gemißbraucht, oder Amtspflichten vernachlässigt, und es sei daraus für ihn Schade entstanden, Entschädigung (nach Befinden Herstellung des vorigen Standes der Sache, Sachsenbuße) verlangt. Es dürfen jedoch Justizbehörden, wenn dabei Verwaltungsmaßregeln zur Sprache kommen, über die Nothwendigkeit u. Zweckmäßigkeit derselben im Bezug auf das allgemeine Beste, soweit eine rechtliche Erörterung darüber in den Gesetzen nicht ausdrücklich nachgelassen worden, nicht urtheilen, noch die Verordnungen der Verwaltungsbehörden für ungiltig erklären. Auch versteht es sich von selbst, daß Justizbehörden über die Verletzung oder Gefährdung bloßer Interessen (im Gegensatze der Rechte) und über die Versagung von Gesuchen, deren Bewilligung dem Ermessen der Verwaltungsbehörden überlassen ist, nicht zu urtheilen haben; ingleichen, daß die Administrativjustizbehörden, wenn sie in ihrer richterlichen Eigenschaft, innerhalb der Grenzen ihrer Competenz, Entscheidungen geben, ganz den gewöhnlichen Justizbehörden gleich zu achten sind. V.U. v. 4. Sept. 1831. §. 49. G.S. S. 251., und §. 7. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 56. d) Haben zu einer öffentlichen Last der Staat, als solcher, u. andere Personen beizutragen (z.B. bei Straßenbauen, Uferbauen), so gebührt die Entscheidung der Irrungen über das Verhältniß der Beiträge zwischen jenem und diesen den Justizbehörden. Jedoch ist bis zur Rechtskraft der Definitiv-Entscheidung einstweilen der Regulirung von Seiten der Verwaltungsbehörde nachzugehen, §. 12. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 58. Ferner gehören vor die Justizbehörden und in den Rechtsweg: e) Streitigkeiten über das Recht zu Erhebung von Militairpensionen unter Privatpersonen, §. 24. d. G. v. 17. Dec. 1837. G.S. v. 1838. S. 8.; f) die vor Verwaltungsbehörden gehörigen Gegenstände, wenn dabei besondere Rechtstitel zur Sprache kommen, §. 11. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 57. **13)** Der Rechtsweg findet nicht Statt gegen Entscheidungen und Verordnungen der Verwaltungsbehörden, gegen welche er vor dem Erscheinen des Competenzgesetzes nicht gestattet war, §. 29. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 61. **14)** Gerichtliche Verhandlungen sollen, den dringenden Nothfall ausgenommen, an Sonn-, Buß- und Festtagen nicht Statt finden, M. v. 24. Juli 1811. §. 3. C.A. C. III. T. I. S. 497., L.E.W. T. VI. S. 193. **15)** Für den Zweck einer Umgestaltung der Behörden und des Verfahrens in Justizsachen, einschließlich der Bergsachen, erschien zunächst das G. v. 23. Nov. 1848. G.S. S. 295. f., welches die der Reorganisation und der Einführung der Staatsanwaltschaft unterzulegenden allgemeinen Grundsätze angab. Dazu die V. v. 23. Nov. 1848. G.S. S. 301. **16)** Durch die Gesetzgebung vom J. 1855. ist, mit Aufhebung des cit. G. v. 1848., definitiv Folgendes bestimmt worden: a) Die Rechtspflege wird, in soweit das Gesetz nicht etwas Anderes enthält, auch in erster Instanz nur durch vom Staate bestellte Behörden ausgeübt. Die Patrimo-

nialgerichtsbarkeit jeder Art ist auf den Staat übergegangen. G. v. 11. Aug. 1855. §. 1. u. 30. G.S. S. 144. b) Als ordentliche Gerichte Erster Instanz bestehen (v. 1. Oct. 1856. an, V. v. 3. Sept. 1856. G.S. S. 242.): a. Gerichtsämter, (s. d.) b. Bezirksgerichte, (s. d.) ang. G. v. 11. Aug. 1855. §. 2. G.S. S. 144. — An Erstre ist auch die freiwillige Gerichtsbarkeit übergegangen, welche dem Pflugk'schen Geschlechte u. dem Grafen zu Solms-Wildenfels über die von denselben relevirenden Grundstücke zustand, nur mit Ausnahme ihrer Rechte aus dem subdominium directum. Vergl. das Nähere in §. 2. d. V. v. 13. Sept. 1856. G.S. S. 322. f. c) Neben den ordentlichen Gerichten (unter b.) bleiben als Gerichte Erster Instanz für gewisse Personen und Sachen in Wirksamkeit: die Militairgerichte, das Universitätsgericht zu Leipzig (s. Leipzig), die Elbzollgerichte, die Behörden für die in Ablösungs- u. Gemeinheitstheilungs-Angelegenheiten vorkommenden Streitigkeiten, das kathol.-geistliche Consistorium zu Dresden und das Consistorium des Domstifts St. Petri zu Budissin. Wiefern Appellationsgerichte (s. d.) zu Folge der Gesetze sub B. u. C. vom 28. Jan. 1835. sowie des Hausgesetzes v. 30. Dec. 1837. für gewisse Personen oder Sachen eine erste Instanz bilden, hat es auch ferner dabei sein Bewenden. ib. §. 3. Vergl. dazu die Uebergangs-Bestimmungen der V. v. 13. Sept. 1856. §. 1. G.S. S. 322. **16)** Ueber die Stellung und Thätigkeit der Gerichte geben noch folgende Artikel Auskunft: Ablösung, Ablösungsbehörden, Abschoß, Appellation, Abschriften, Advocaten, Actuarien, Amtshauptleute, Anmaßung, Anzeigen, Appellationsgerichte Amtsblatt, Oberappellationsgericht, Armenbehörden, Armencasse, I., Armenrecht, Arrest, II., Aufruhr, Aufenthalt, Begräbniß, Berggerichte, Bekanntmachungen, Begnadigung, Beschwerdeführung, Bier, Brandstiftung, Censur, Competenzstreitigkeiten, Compromisse, Commissarien, Commissionen, Concurs, Creditverein, Dismembration, Dammcommun, Dienstlisten, Ehesachen, Eigenthum, Eigenthum an G., Erbschaft, Erbzinsgüter, Erbfolge, 109. f., Falschmünzen, Feldmesser, Ferien, Feuer, Friedensrichter, Felonie, Forstrügen, Floßverwaltung, Geldstrafe, Gemeindegrundstücke, die mit Gericht zusammengesetzten Artikel, Grund- u. Hypothekenbuch, Gesinde, Halden, Handel- u. Gew., Hütten, Kriegsreserve, Justizämter, Justizministerium, Justiz- u. Verwaltungspuncte, Justizverw., Kosten, Landfrieden, Lateralverfassung, Militairgerichtsbarkeit, Militairpersonen, Medikasterei, Notare, Patrimonialgerichte, Proceß, Post, Preßvergehen, Polizei, Protokolle, Rechtsverletzung, Requisitionen, Recognition..., Recurs, Reisekosten, Ruhestörungen, Selbsthilfe, Siegel, Stempelsteuer, Staatsdienst, Staatsverträge, X., Schönburgische R., Statistik, Steuerbehörden, II., Taxordnungen, Testamente, Untersuch..., Vormundschaft, Verjährung, Verkümmerung, Verbrechen, Verwaltungsbehörden, Verlassenschaft, Wechselprotest, Widersetzung.

Gerichtlich, s. Gerichte, Gerichtsstelle, Schenkung, Testamente, Deposita.

Gerichtliche Polizei. **1)** Die g. P. forscht verübten strafbaren Handlungen nach, jedoch bei den auf Antrag zu untersuchenden nur nach vorgängigem Verlangen des zum Antrage Berechtigten, sammelt die Beweismittel und überweist die der That Verdächtigen den zuständigen Gerichten zur Untersuchung. Str.Pr.O. v. 1855. Art. 75. **2)** Die Geschäfte der g. P. werden, unter der obersten Aufsicht und Leitung des Justizministeriums, von den mit d. Handhabung der Sicherheitspolizei beauftragten Behörden und Beamten, sowie von d. Staatsanwaltschaft (unten Art. 83.) besorgt. Ang. Art. 75. **3)** Die Staatsanwaltschaft hat mit ihren Anträgen wegen Ausführung der von ihr beschlossenen Maßregeln an jene Behörden sich zu wenden und kann den hierauf bezüglichen Handlungen derselben beiwohnen. Beschwerden der Staatsanwälte über die Polizeibehörden und der letzteren über jene in Betreff einzelner Handlungen der g. P. werden von dem Oberstaatsanwalte und dem Justiz-

ministerium erledigt. Ang. Art. 75. **4)** Die mit der Sicherheitspolizei beauftragten Behörden haben, sobald sie Kenntniß von einer strafbaren, ihre Thätigkeit in Anspruch nehmenden Handlung (ang. Art. 75.) erhalten, die keinen Aufschub gestattenden, vorbereitenden Anordnungen zur Aufklärung der Sache, zur Verhütung der Flucht der Thäter u. zur Erhaltung der Gegenstände u. d. Spuren der That zu treffen. Str.Pr.O. Art. 76. **5)** Insbesondere können sie den Bezüchtigten und Personen, von welchen sie Aufklärungen zu erwarten haben, vorläufig, jedoch ohne Vereidung, abhören, ersteren auch bewachen lassen, oder in Verwahrung nehmen und zu diesem Behufe Nacheile verfügen. Auch können von ihnen die Legitimationspapiere des Bezüchtigten in Beschlag genommen oder innebehalten werden. ib. **6)** Ebenso können die Polizeibehörden in dringenden Fällen Aussuchungen und Durchsuchungen, sowie Beschlagnahme von Papieren und anderen Gegenständen vornehmen und verfügen. Es sind jedoch hierbei die im Art. 196. f. (unter: Haussuchung) für den Richter ertheilten Vorschriften gleichfalls zu beobachten. Ferner können die Polizeibehörden Briefe und Packete wegnehmen, die ein Bezüchtigter empfängt oder absendet, haben jedoch dieselben, wenn nicht Gefahr auf dem Verzuge beruht, uneröffnet an das Gericht abzugeben. Art. 77. d. Str.Pr.O. Vergl. überhaupt, sowie insbesondere wegen der Telegramme den Art.: Briefe. **7)** Die Polizeibehörden haben von den eingegangenen Anzeigen und den etwa getroffenen vorbereitenden Anordnungen ungesäumt den Staatsanwalt und, wenn die sofortige Feststellung des Thatbestandes erforderlich erscheint, insbesondere bei Tödungen, Brandstiftungen, auch das Gericht in Kenntniß zu setzen. Art. 78. ib. Auch haben die Polizeibehörden dafür Sorge zu tragen, daß bis zum Eintreffen des Gerichts od. des Staatsanwalts keine Veränderungen am Orte der That oder mit den Gegenständen u. Spuren der That vorgenommen werden. ib. **8)** In wieweit die Dorfgerichtspersonen, sowie die Gendarmen und die sonst mit der Sicherheitspolizei beauftragten Beamten die den Polizeibehörden zustehenden Befugnisse ohne besondere Anweisung der letzteren im einzelnen Falle ausüben dürfen, ist in den Dienstvorschriften derselben bestimmt. Art. 79. d. Str.Pr.O. **9)** Auch jeder Privatmann ist befugt, einen auf der That oder auf der Flucht betroffenen Verbrecher anzuhalten, zu entwaffnen, ihm die Werkzeuge des Verbrechens, sowie das durch das Verbrechen erlangte Gut abzunehmen und ihn festzuhalten. Im Falle der Festhaltung ist jedoch dafür Sorge zu tragen, daß der Verbrecher ungesäumt der Behörde überliefert werde. Str.Pr.O. Artikel 80. **10)** Die Polizeibehörde hat jede in Folge eigener Entschließung oder in Folge des Antrags der Staatsanwaltschaft vorgenommene Verwahrung eines Bezüchtigten spätestens an dem dritten Tage, wenn er nicht wieder entlassen worden ist, dem Gerichte zur weiteren Entschließung anzuzeigen, und das Gericht hierauf spätestens am dritten Tage nach Empfang der Anzeige seine Entschließung über die Fortdauer der Verwahrung oder die Entlassung des Verwahrten gleichzeitig dem Staatsanwalte und der Polizeibehörde zugehen zu lassen. Von der Polizeibehörde wird dieselbe dem Verwahrten sofort eröffnet. Art. 81. d. Str.Pr.O. **11)** Ist die Fortdauer der Haft verfügt worden, so ist der Verhaftete alsbald in das Gerichtsgefängniß abzuliefern. Im Uebrigen vergl. Art. 136. unter: Gestellung, u. Art. 151. unter: Untersuchungshaft, welche hier gleichfalls Anwendung leiden. Ang. Art. 81. **12)** Die Polizeibehörde darf eine Verwahrung, welche sie auf Veranlassung des Staatsanwaltes verfügt hat, nicht ohne dessen Zustimmung und, dafern die Verwahrung bereits dem Gerichte angezeigt worden ist, nicht ohne Genehmigung des letzteren wieder aufheben. Ang. Art. 81. **13)** Die im Art. 142. (s. Gestellung II.) dem Untersuchungsrichter eingeräumten Befugnisse stehen der Polizeibehörde gleichfalls zu, wenn sie nach Verübung einer

strafbaren That an Ort und Stelle sich begiebt, um erkundigungsweise eine unbestimmte Anzahl von Personen abzuhören. Die Bestrafung derer, welche ihren Anordnungen zuwiderhandeln (Art. 142. a. a. O.), kann jedoch nur von dem Gerichte, bei welchem sie den dießfallsigen Antrag zu stellen hat, verfügt werden. Art. 82. d. Str.-Pr.O. **14)** Die Staatsanwälte können die Handlungen, deren Vornahme den Polizeibehörden nach den in den cit. Art. 75—82. enthaltenen Vorschriften zusteht, dann unmittelbar vornehmen, wenn entweder nach dem Ermessen der Staatsanwaltschaft die Antragstellung bei der Polizeibehörde mit Verzug und dieser mit Gefahr verbunden ist, oder wenn die Polizeibehörde den gestellten Antrag ablehnt. Art. 83. ib. **15)** In Fällen, wo die zuständigen Polizei- und Gerichtsbeamten nicht sofort zu erlangen sind, hat jedes Bezirks- oder Einzelgericht, auch wenn ihm die Führung der Untersuchung im vorliegenden Falle nicht zusteht, die zur Erörterung und Feststellung des Thatbestandes, ingleichen zu Sicherung der Gestellung und der künftigen Bestrafung des Thäters erforderlichen, einen Aufschub nicht gestattenden Handlungen, zu welchen sich ihm Gelegenheit darbietet, unter Beobachtung der für die einzelnen Handlungen vorgeschriebenen Formen vorzunehmen. Art. 84. d. Str.-Pr.O. **16)** Das Untersuchungsgericht ist im Falle unter 15. von dem Vorgenommenen bei Uebersendung der Protokolle alsbald zu benachrichtigen. Auch haben sämtliche Gerichtsbehörden jenes von Allem in Kenntniß zu setzen, was ihnen auf den Gegenstand der Untersuchung Bezügliches bekannt wird und auf die Erforschung der Wahrheit von Einfluß sein kann. Ang. Art. 84. **17)** Die Polizeibehörden und der Staatsanwalt haben, auch nach Eröffnung d. Voruntersuchung, zur Entdeckung unbekannter Thäter durch Aufsuchung dahin führender Anzeigungen mitzuwirken, nicht minder Verdächtige unter den oben bei 4. u. 5. angegebenen Voraussetzungen zu verfolgen und zu verwahren, dagegen der Vornahme weiterer Handlungen sich zu enthalten. Art. 134. d. Str.-Pr.O. **18)** Sollte jedoch (im Falle no. 17.) Gefahr vorhanden sein, daß bei Verzögerung Beweismittel verloren gehen oder Gegenstände u. Spuren der strafbaren That vernichtet werden könnten, und der Untersuchungsrichter oder dessen Stellvertreter nicht sofort zu erlangen sein, so können die Polizeibehörden und der Staatsanwalt Augenschein, Aussuchungen, Beschlagnahmen und Durchsuchungen nach Maßgabe der hierüber in Art. 77. 83. ertheilten Vorschriften (oben 6. u. 14.) vornehmen. Ang. Art. 134. **19)** Die Vorschrift §. 1. d. V. v. 8. Mai 1856., die polizeil. Competenz der Bergämter betr. (s. Bergämter), nach welchen bei Localexpeditionen in Bergwerksräumen durch die Polizeibehörden die jedesmal anwesenden Grubenvorsteher oder deren Beauftragte zuzuziehen sind, leidet auch auf solche Localexpeditionen in Bergwerksräumen Anwendung, welche daselbst von den Gerichten od. der Staatsanwaltschaft vorgenommen werden. Ist auf einer Grube durch irgend einen Unglücksfall ein Arbeiter oder sonst Jemand verletzt oder tödlich beschädigt worden, so ist wegen Benachrichtigung des Staatsanwalts den in d. Str.-Pr.O. Art. 78. Satz 1. (oben bei 7.) sowie den sonst über die Mitwirkung des Staatsanwalts bei den gerichtspolizeilichen Vorerörterungen ertheilten Vorschriften gleichfalls nachzugehen. V. v. 31. Juli 1856. §. 32. G.S. S. 162. **20)** Der V. v. 30. Juli 1839. wegen Aufhebung von Leichnamen G.S. v. 1839. S. 181. (s. den Artikel: Begräbniß 32.), u. der V. v. 26. März 1844., Leichname von Militairpersonen betr., G.S. v. 1844. S. 139. (vergl.: Begräbniß 32.) ist auch ferner nachzugehen. Es haben jedoch die Polizeibehörden in Fällen, wo der Tod aus einer scheinbar nicht natürlichen Ursache herrührt, hiervon in Gemäßheit der allgemeinen Vorschrift des Art. 78. d. Str.-Pr.O. (oben no. 7.) auch den Staatsanwalt in Kenntniß zu setzen. V. v. 31. Juli 1856. §. 33. G.S. S. 162. **21)** An der Verpflichtung der Polizeibehörden zu Anzeigeberichten über außerordentliche

Vorfälle, V. v. 19. Febr. 1839. u. 14. Juni 1842. G.S. v. 1839. S. 27. f., und v. 1842. S. 82., wird durch den Art. 78. d. Str.Pr.O. (s. oben 7.) nichts geändert. Ang. V. v. 1856. §. 34. (S. den Artikel: Vorfälle.) **22)** Die Staatsanwälte haben übrigens, sobald aus den Erörterungen über die Veranlassung eines an einem Gebäude Statt gefundenen Schadenfeuers Verdacht böswilliger oder fahrlässiger Brandstiftung sich ergiebt, hierüber Anzeige an die Brandversicherungscommission zu erstatten. ib. **22)** S. Staatsanw..., Privatanklage, Untersuchungsverfahren v. d. E. R.

Gerichtliche Verwahrung, s. Deposita.

Gerichtsämter. 1) Die G., ein jedes in seinem Sprengel, sind in Angelegenheiten der Rechtspflege zuständig: a) für die Untersuchung und Aburtheilung der ihnen durch die Str.Pr.O. und sonst durch Gesetze zugewiesenen Verbrechen und Vergehungen, vergl. den Art.: Untersuchungs-Zuständigkeit, — b) für die streitige und nicht streitige Rechtspflege, in soweit nicht Gesetze Ausnahmen bestimmen. G. v. 11. Aug. 1855. §. 4. G.S. S. 145. Wegen des Taxirens ihrer Bescheide in Civilsachen s. die V. v. 13. Sept. 1856. §. 10. G.S. S. 326. **2)** Die Zuständigkeit der früheren Gerichtsbehörden Erster Instanz in ihrer Eigenschaft als obrigkeitliche und Verwaltungsbehörden, mit Einschluß der Strafgewalt in Polizei- und Verwaltungsstrafsachen, nicht minder in ihrer Eigenschaft als weltliche Coinspectoren in Kirchen-, Schul- und Stiftungssachen ist auf die G. übergegangen. ib. §. 6., nemlich in den Städten mit Bezirksgerichten nicht auf das im letzteren befindliche, sondern auf das abgesonderte G. der Stadt. V. v. 30. Oct. 1856. G.S. S. 395. Für Leipzig ist dieß: G.amt I., ib. **3)** Der Sprengel jedes G.amts bildet einen Verwaltungsbezirk. Das G.amt ist für denselben die Verwaltungsobrigkeit. Ausgeschlossen sind jedoch von der Zuständigkeit desselben als Verwaltungsobrigkeit diejenigen in seinem Sprengel gelegenen Städte, in welchen die A.St.O. eingeführt ist. Dieselben stellen rücksichtlich des dem betreffenden Stadtrathe nach örtlicher Verfassung zustehenden obrigkeitlichen Wirkungskreises auch ferner besondere Verwaltungsbezirke dar. Die weltliche Coinspection in Kirchen-, Schul- und Stiftungssachen, welche zeither von einigen Stadträthen außerhalb des städtischen Gemeindebezirks ausgeübt wurde, ist auf die G. übergegangen. Ang. G. v. 1855. §. 7. Zu näherer Ausführung: V. v. 30. Sept. 1856. §. 3—7. G.S. S. 372. **4)** a) Das G.amt wird gebildet durch den Vorstand, einen oder mehrere Actuarien, sowie das erforderliche expedirende und dienende Personal, §. 10. des G. v. 11. Aug. 1856., und wegen der Vertretung der Vorstände in Behinderungsfällen: V. v. 23. Dec. 1856. G.S. v. 1857. S. 3. b) Dem Vorstande sind, wo sich ein Bedürfniß herausstellt, ein oder mehrere Assessoren zur Unterstützung u. zur Vertretung in Behinderungsfällen beizugeben, denen auch gewisse Geschäftszweige der Rechtspflege oder Verwaltung unter Aufsicht des Vorstandes vorzugsweise zur Bearbeitung zugewiesen werden können. Auch können Actuarien zur Stellvertretung des Vorstandes oder eines Assessors für den Fall der Abwesenheit oder Behinderung des einen oder des anderen bestimmt werden. ib. §. 11. c) Eine collegiale Beschlußnahme und Entscheidung findet in den vor das G. gehörigen Geschäften nicht Statt. Der Vorstand leitet und überwacht die Geschäftsführung in allen ihren Zweigen und ist für sie verantwortlich. ib. §. 12. — S. hierzu: Untersuchungsverfahren vor d. E. R. 2. **5)** Als Justizbehörden treten die G., in soweit die Str.Pr.O. oder sonst Gesetze nicht etwas Anderes enthalten, rücksichtlich ihrer Unterordnung unter die höheren Justizbehörden in dasselbe Verhältniß, in welchem sich die ordentlichen Gerichte (s. d.) Erster Instanz zeither zu denselben befanden. ib. §. 13. **6)** Die G. haben die ihnen in ihrer Eigenschaft als Verwaltungsbehörden obliegenden Geschäfte unter Leitung und Aufsicht derjenigen Mittel- und Oberbehörden zu be-

sorgen, denen sie nach Beschaffenheit des Gegenstandes zukommt. Sie sind denselben in soweit für ihre Geschäftsführung verantwortlich. G. v. 11. Aug. 1855. §. 14. G.S. S. 146. **7)** Das dienstliche und geschäftliche Verhältniß der G. zu den Bezirks-Amtshauptmannschaften, sowie die Stellung und der Wirkungskreis der letzteren als beschließender und ausführender Bezirksverwaltungsbehörden ist noch der Regelung durch Verordnung vorbehalten, ib. und V. v. 30. Sept. 1856. §. 9. G.S. S. 374. Bis dahin ist die amtshauptm. Instruction v. 1842. mit den Modificationen §. 7. d. V. v. 13. Sept. 1856. G.S. S. 322. maßgebend. S. Amtshaupt... **8)** In Bezug auf die Competenz der Verwaltung neben den Civilgerichten vergl. die Art.: Justiz- u. Verwaltungspuncte, Medikasterei, Ruhestörung, Persönlichkeit, Untersuchungsabgabe, Auskunftsertheilung. **9)** S. ferner die Art.: Gerichte, Voruntersuchung, Amtsblatt, Bergämter, Agenten, Rechtsmittel D., Untersuchungsverf. vor d. C. R., Strafverfügung, Rügenverfahren, Verwaltungsbeh..., Straßenbau, Polizei, Bürgermeister, Concession, Verweisung, Gerichtsstand, Mündlichkeit, Verjährung, Todenscheine, Antrag, Commission, Eisenbahnen u. T..., Beschwerde, Recrutirung, Auskunftsertheilung, Sachverständige, Begnadigung, Wiederaufnahme, Vollstreckung, Requisitionen, Wasserläufe, Steinkohlen.

Gerichtsarzt. 1) Die Mitwirkung des G.s bei criminellen und polizeilichen Untersuchungen tritt nur auf Requisition der Gerichts- oder Polizeibehörde ein, z. B. bei der Untersuchung des körperlichen oder physischen Gesundheitszustandes einer Person, bei Untersuchung weggenommener oder wegzunehmender Medicamente, verfälschter oder verdorbener Nahrungsmittel und Getränke, sowie überhaupt aller Gegenstände oder Fälle, bei welchen es auf Ermittelung einer Eigenschaft oder Thatsache durch medicinische Beurtheilung ankommt, ferner bei Constatirung des medicinischen, geburtshilflichen oder chirurgischen Thatbestandes in Fällen verübter Thätlichkeiten oder Verbrechen, insbesondere der vorsätzlichen oder culposen Tödung durch Besichtigung, bei Sectionen und dergleichen, auch bei Prüfung und da nöthig Ermäßigung der von den Medicinalpersonen mit Einschluß der Apotheker liquidirten Kosten." Allgem. Instr. v. 30. Juli 1836. I. §. 10. G.S. S. 191. **2)** In Folge der Gerichtsorganisation v. J. 1855. hat die V. v. 10. Jan. 1857. G.S. S. 18. das gerichtsärztliche Verhältniß sowohl überhaupt, als in Beziehung auf die Bezirksgerichte und Bezirksärzte (s. d.) in deren, auf dem G. v. 30. Juli 1836. G.S. S. 183. beruhenden Eigenschaft als Gerichtsärzte mit Wiederaufhebung der nur provisorischen Bestimmung in der V. v. 31. Juli 1856. §. 51. Satz 2. u. 3. G.S. v. 1856. S. 166., so geordnet: a) Jedem Bezirksgerichte und jedem Gerichtsamte ist ein bestimmter, durch das Bestehen der gerichtsärztlichen Prüfung dazu qualificirter Arzt 1ster Classe als Gerichtsarzt, und außerdem ein zur Ausübung der äußeren Heilkunde legitimirter Arzt 1ster oder 2ter Classe oder Wundarzt als Gerichtswundarzt beizugeben. ib. §. 1. Jeder Bezirksarzt ist, der Regel nach, zugleich G. bei den innerhalb seines Medicinalbezirks gelegenen Gerichtsämtern. Nach Ermessen der Ministerien kann jedoch, soweit das geschäftliche Bedürfniß es erheischt, bei den vom Wohnsitze des Bezirksarztes mehr oder weniger entlegenen Gerichtsämtern ein besonderer, am Orte selbst wohnhafter Gerichtsarzt angestellt werden. ib. §. 2. b) Befindet sich an den Orten, welche Sitz eines Bezirksgerichts sind, ein Bezirksarzt, zu dessen Medicinalbezirke der betreffende Ort selbst gehört, so ist dieser Bezirksarzt zugleich G. des Bezirksgerichts. Hat der an und für sich competente Bezirksarzt seinen Wohnsitz an einem anderen Orte als demjenigen, wo das Bezirksgericht sich befindet, so ist bei diesem, so lange jenes Verhältniß besteht, ein eigener Gerichtsarzt anzustellen. ib. §. 3. So auch bei den Bezirksgerichten, welche ihren Sitz in Städten haben, die einen besonderen,

von der Competenz des Königlichen Bezirksarztes eximirten städtischen Medicinalbezirk bilden. Das Nähere s. ib. §. 4. c) Das Bezirksgericht hat sich des ihm speciell beigegebenen G.s zunächst für alle, am Gerichtssitze selbst und innerhalb des gerichtsamtlichen Sprengels des Bezirksgerichts zu expedirenden gerichtsärztlichen Geschäfte und Verrichtungen zu bedienen. Dagegen sind die außerhalb des gedachten gerichtsamtlichen Sprengels zu veranstaltenden gerichtsärztlichen Erörterungen der Regel nach von dem G. des betreffenden Gerichtsamts, wenn derselbe von dem G. des Bezirksgerichts verschieden ist, zu besorgen. Jedoch kann der Vorstand des Bezirksgerichts den bei diesem angestellten G., wenn er es rathsam findet, auch außerhalb des eigentlichen gerichtsärztlichen Sprengels desselben verwenden und zu dem Ende an Ort und Stelle entsenden. Das Nähere s. ib. §. 5. d) Sind bei einem Bezirksgerichte 2 G. mit räumlich abgegrenzten Geschäftssprengeln angestellt, so bestimmt sich das Ressortverhältniß unter denselben nach dem gerichtsamtlichen Sprengel, aus welchem die betreffende Sache ursprünglich an das Bezirksgericht gediehen ist. Doch kann der Vorstand des Bezirksgerichts sowohl im einzelnen Falle den einen G. dem anderen substituiren, als auch im Allgemeinen für die am Gerichtssitze selbst zu erledigenden, laufenden Geschäfte, wohin insbesondere die ärztliche Behandlung der Inhaftaten gehört, eine andere, stehende Geschäftsabgrenzung zwischen beiden ärztlichen Beamten treffen. ib. **3)** Die G. stehen unter Aufsicht der Bezirksärzte. Ang. Instr. v. 1836. §. 7. G.S. S. 190. **4)** Den Gerichtswundärzten steht auch die Leitung des Verfahrens bei Scheintoden, Vergifteten, von tollen Hunden Gebissenen u. d. m. bis zur Erlangung eines zur innern Heilkunde berechtigten Arztes zu. §. 17. der Allgem. Instr. v. 1836. G.S. v. 1836. S. 192., u. ib. unter II. §. 1. G.S. v. 1836. S. 193. **5)** Die Gebührentaxe der G. enthält die G.S. v. 1856. S. 343. f. [Aeltr. Tax-O.: die mit dem M. v. 19. Febr. 1816. C.A. C. III. T. I. S. 317. publ. u. in der G.S. v. 1840. S. 420. f. in der Umrechnung publ. Taxe, Tax-O. v. 12. Sept. 1812. Tit. II. no. 24. u. 25. ib. S. 353.] **6)** Einzelne gerichtliche Handlungen, bei denen es der Zuziehung eines G. bedarf, sind: a) Die Anwendung gewisser Schärfungen (s. d.), b) die Anwendung körperlicher Züchtigung, s. die Art.: Verwandlung, Schärfung; c) die Anwendung der körperlichen Züchtigung entsprungener und wiedererlangter Verbrecher, Gen. v. 26. Oct. 1811. §. 2. C.A. C. III. T. I. S. 261., d) die Entscheidung der Frage, ob und auf welche Weise ein auf der Reise erkrankter Armer seine Reise fortsetzen kann, §. 3. u. §. 9. d. V. v. 16. Mai 1832. G.S. S. 322.; doch ist in diesem Falle nach der A.O. v. 22. Oct. 1840. §. 40. G.S. S. 266. auch die Zuziehung eines Arztes 1ster oder 2ter Classe und nach Befinden eines legitimirten Wundarztes nachgelassen; e) die Sectionen. S. Section. **7)** Die Bestimmungen des ältern Rechts über die Zuziehung von Gerichtsärzten s. im Gen. v. 30. April 1783. §. 3. C.A. C. II. T. I. S. 454., C.A. C. II. T. III. S. 173. u. L.C.W. T. IV. S. 51., und bei Sectionen: im M. v. 18. Jan. 1791. §. 23. L.C.W. T. IV. S. 391. u. C.A. C. II. T. I. S. 995., Rescr. v. 4. Aug. 1797. und in der Oberlaus. O.A.Pat. v. 29. Aug. 1797. C.A. C. II. T. I. S. 863. u. L.C.W. T. IV. S. 472., Gen. v. 6. Sept. 1806. C.A. C. II. T. I. S. 221. Dazu s.: Section. **8)** S. Abschriften, Landes-V., Atzungskosten, Bezirksärzte, Brandstiftung, Taxordnungen, Gefangene, Sachverständige, Reisekosten.

Gerichtsbank. 1) Bei Untersuchungen solcher Verbrechen, wegen welcher gegen den Angeschuldigten unter den vorliegenden speciellen Umständen wenigstens auf eine die Dauer von 3 Monaten Gefängniß übersteigende Strafe zu erkennen, war nach dem bis zum J. 1855. bestehenden Untersuchungsprocesse (doch s. hierzu: Schönburgische R.) die Besetzung der G. durch bestimmte, näher vorgeschriebene Gerichtspersonen ein nothwendiges Erforderniß. G. v. 30. März 1838. §. II. G.S. S. 197., Gen.V. v. 27. Oct. 1770. §. 1. C.A. C. I. T. I. S. 419. u. L.C.W. T. III. S. 88., sowie C.A. C. II. T. III. S. 39., Bef. v. 24. März 1779. C.A. C. II. T. I. S. 363., Gen.

v. 30. April 1783. §. 1. ib. S. 453., C.A. C. II. T. III. S. 173. u. L.C.W. T. IV. S. 50., Besch. der Dik. v. 27. Mai 1783. C.A. C. II. T. I. S. 469., Lauf.Crim.Cassen-Regul. v. 7. Febr. 1784. §. 15. C.A. C. II. T. III. S. 200., L.C.W. T. III. S. 68., V. v. 13. Dec. 1838. G.S. S. 488., V. v. 15. Febr. 1840. G.S. S. 15., u. f. Militairgerichtsbarkeit. **2)** Wegen des heutigen Criminal-Processes f. den Art.: Urkundspersonen.

Gerichtsbarkeit. 1) Nach der früheren Gerichtsverfassung gehörten vor die Erbgerichte: a) alle Civilsachen, „Schulden, Gülde, Schaden, Pfändung, Güter, liegend, stehend und fahrend, beweglich oder unbeweglich, sie betreffen viel oder wenig, und es findet hierin keine Ausnahme Statt, außer daß die Geldbußen von peinlichen Sachen die Obergerichte einnehmen", L.O. v. 12. Nov. 1550. Tit. was zu Ober-, Nieder- oder Erbgerichten ꝛc., L.O. v. 1. Oct. 1555. Tit. eod., Const. Sonnt. nach Invocavit 1506. C.A. T. I. S. 31. 49. u. 1043., b) hinsichtlich der Untersuchungen: kleinere und geringere Fälle, wie „Haarraufen, Schläge, die nicht tödlich sind, noch Lähmung bringen, woraus auch keine Wunde noch Lähmung erfolgt, Nasenblut, Maulschellen, Zähnebluten, so nicht wanken, auch andere Blutrünsten, mit Nägeln gekratzt oder sonst verletzet, daraus keine Wunde noch Lähmde erfolgt, braun und blau stoßen, schlecht Lügenstrafen, schlechte Worte, die nicht an hohen und befreiten Personen und Oertern geschehen, unzüchtig muthwillig Geschrei, Messerzüge, wenn niemand dadurch beschädigt wird, Messer und verbotene Waffen tragen, verbotene Waaren feil haben, oder verbotene Spiele spielen," ang. L.OO. l. c., Const. 46. P. IV. C.A. T. I. S. 130., Dec. 17. 89. v. 22. Juni 1661. ib. S. 302., ferner: Diebstahl, dessen Gegenstand nicht über 15 Ngr. beträgt. Gen. v. 10. Febr. 1810. C.A. C. III. T. I. S. 236. c) Hiernächst war den Erbgerichten durch die Pol.O. v. 22. Juni 1661. Tit. 22. §. 5. C.A. T. I. S. 1588. die Aufsicht und Bestrafung der Fälle gegen die Kleiderordnung überlassen worden. d) Früher gehörte auch die Bestrafung der Gotteslästerung vor die Erbgerichte, denen deswegen gestattet war, auf den Kirchhöfen, an Rathhäusern und Schenkstätten Pranger oder Halseisen anzuschlagen, und daran die Verbrecher, die nicht etwa am Leben, oder mit Staupenschlägen und Landesverweisung, was vor die Obergerichte gehörte, zu strafen waren, anzuschließen; ang. Pol.O. Tit. 3. §. 3. C.A. T. I. S. 1567. e) Erbgerichte konnten Verbrecher, die vor sie gehören, an Geld und mit Gefängniß strafen. ib. §. 6., Dec. Bef. v. 4. Aug. 1712. C.A. T. I. S. 1805. f) Die Anstalten zum Almosensammeln und zu Versorgung der Armen gehörten ebenfalls vor die Erbgerichte, M. v. 11. April 1772. Cap. I. §. 6. C.A. C. II. T. I. S. 644., dann g) der Dienst- und Arbeitszwang, ang. Pol.O. Tit. 23. Cap. 3. §. 5. C.A. T. I. S. 1597., h) überhaupt die Polizeiverwaltung, Bef. v. 14. Dec. 1725. C.A. C. I. T. I. S. 521., und das Gemeindewesen, L.Gem.O. v. 1838. §. 7. 8. G.S. S. 432., daher auch die Verpflichtung der Gast- und Schänkwirthe, Rescr. v. 4. Juli 1754. C.A. C. I. T. I. S. 808., i) das Vormundschaftswesen, V.O. Cap. I. §. 1. S. 1., k) die Bestrafung des concubitus anticip., doch nicht die des stuprum simplex, Rescr. v. 1. Sept. 1745. C.A. C. I. T. I. S. 345., Res. gr. v. 1769. Justiz- und Pol.-S. gr. 4. C.A. C. II. T. I. S. 16., Regul. v. 31. Mai 1782. §. 20. ib. S. 278. Die mit den Erbgerichten Versehenen sollen sich der Obergerichte nicht anmaßen; vergl. Art. v. 20. Nov. 1561. Art. 1. C.A. T. III. S. 99., Conceff. v. 12. März 1562. ib. S. 103. f. u. L.C.W. T. I. S. 178., M. v. 20. Jan. 1605. ib. S. 184. u. C.A. T. III. S. 133., Decl. v. 18. Aug. 1611. ib. S. 139. f. u. L.C.W. T. I. S. 186. **2)** Zu den Obergerichten gehörten nach früherer Criminaljustiz „hohe Brüche, welche Hals-, Hand- u. andere Leibesstrafe oder auch Verweisung betreffen." L.O. v. 12. Nov. 1550. und v. 1. Oct. 1555. Tit. was zu Ober-, Nieder- oder Erbger. ꝛc. C.A. T. I. S. 31. u. 49., Const. v. 1506. Tit. was für Fälle ib. S. 1043. Vergl. dazu Res. gr. v. 23. April 1612. §. 24. C.A. T. I.

S. 186., Bef. v. 29. Juni 1624. C.A. T.I. S. 1121. Wegen des Stuprum simplex Res. gr. v. 9. Dec. 1775. B. in Justiz- und Pol.-S. gr. 4. C.A. C.II. T.I. S. 16., Rescr. v. 25. Juni 1781. ib. S. 381., Regul. v. 31. Mai 1782. §. 20. ib. S. 278. **3)** Erblose Verlassenschaften sollten den mit den Obergerichten versehenen Patrimonialobrigkeiten anheim fallen, wenn die Grundstücke unter denselben stehen, oder, soviel die Mobilien betrifft, wenn der Verstorbene der Obergerichtsbarkeit derselben unterworfen war. M. v. 31. Jan. 1829. §. 132. 133. G.S. S. 60. S. aber Patrimonialgerichtsbarkeit. **4)** Handlungen der streitigen G. dürfen bei Strafe der Nullität lediglich innerhalb der Jurisdiction des Richters und von den für das Gericht bestellten Personen vorgenommen werden; selbst ein Compromiß der Parteien ist hiergegen wirkungslos. E.P.O ad Tit. 2. §. 4. G.S. S. 27. Jedoch können die Unterrichter in ihren Häusern und außerhalb ihres Gerichtssprengels: Klagen, Schreiben, Beweise, Leuterungen, Appellationen u. dergl. m. annehmen und präsentiren, desgleichen Anbringen der Parteien, Rügen und Relationen annehmen u. registriren, Citationen und Notificationen, Patente, Atteſtate, Scheine u. Berichte ausfertigen und die Parteien das an Gerichtsstelle angefangene Verfahren mit ihrer Bewilligung absolviren lassen. ib. **5)** Die Handlungen der rein willkührlichen G. sind ebenfalls nichtig, wenn sie ein Richter außerhalb seines Gerichtsbezirks unternommen hat, G. v. 26. Oct. 1834 §. 7. G.S. S. 245., ausgenommen: a) rücksichtlich der Fälle in der E.P.O. ad Tit. 2. §. 4. cit. (bei 4.), b) bei Aufnahme von Testamenten in fremden Gerichten nach Dec. 8. v. 1746. C.A. C.I. T.I. S. 351. c) An Orten, wo mehrere Gerichtsbezirke sind, darf ein dasiger Richter auch im Bezirke des andern jene Handlungen ausüben, ang. G. v. 26. Oct. 1834. §. 7., jedoch ist bei Versiegelungen der Nachlässe nach Maßgabe der V.O. Cap. 2. §. 4. S. 14. der Richter, unter welchem die Gebäude liegen, worin versiegelt wurde, sobald möglich zu benachrichtigen. Angez. G. v. 1834. §. 7. d) Handlungen der rein willkührlichen G., die vor dem G. v. 26. Oct. 1834. unternommen sind, unterliegen aus dem Grunde, weil sie der Richter außerhalb seines Gerichtsbezirks ausgeübt hat, keiner Anfechtung, ib. e) Bloße Resolutionen, auch in Sachen der gemischt willkührlichen G. (z. B. es sei eine Hypothek zu cassiren), kann ein Richter auch außerhalb seines Gerichtsbezirks fassen. G. v. 26. Oct. 1834. §. 7. G.S. S. 245. f) Einzeichnungen in das Grund- und Hypothekenbuch kann ein Richter außerhalb seines Gerichtsbezirks bewirken. G. v. 6. Nov. 1843. §. 133. G.S. S. 214. Wegen der vorausgehenden Verhandlungen bewendet es bei den bestehenden Vorschriften. V. v. 15. Febr. 1844. §. 36. G.S. S. 46. g) Solche Handlungen, bei welchen es keiner vorgängigen richterlichen Erörterung der Sache bedarf, können vor jedem Richter vorgenommen werden, Kriegsgerichts-Reglem. v. 23. Jan. 1789. Abschn. 5. §. 2. L.C.W. T. IV. S. 605. und C.A. C. II. T. I. S. 1291. **6)** Bei Ausübung der G. sind in Bezug auf die dazu anzustellenden Personen gleiche Grundsätze, wie bei Ausübung der Advocatur vor den Gerichten hinsichtlich der Sachwalter (M. v. 29. Dec. 1826. G.S. v. 1827. S. 9. und jetzt unter Advocaten, 14.) anzuwenden und daher Aufsicht zu führen, daß auch die Mitglieder eines Gerichts unter sich mit Einschluß des Protokollanten in keinem Grade der Verwandtschaft stehen, der zwischen den Advocaten und Gerichtspersonen nicht sein darf, V. v. 20. Juni 1839. G.S. S. 179. **7)** Wegen der zwischen den Kronen Sachsen u. Preußen, sowie Sachsen u. Sachsen-Altenburg über die gegenseitig zu leistende Rechtshilfe in Absicht auf Sachen der streitigen und freiwilligen G. vergl. V. v. 21. Dec. 1839. G.S. S. 321. ff., V. v. 26. Juni 1840. G.S. S. 136. ff. **8)** Die an ein Gericht Gewiesenen haben kein Recht, zu verlangen, daß sie immer demselben Gerichtssprengel einverleibt bleiben, oder daß der Sitz des Gerichts immer derselbe, oder innerhalb des

bisherigen Bezirks bleibe. Ueber die bei diesfallsigen Veränderungen einschlagenden Interessen jener Personen entscheidet das Justizministerium. §. 10. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 65. **9)** S. Ablösung, Armenbehörden, Advocaten, Appellationsgerichte, Asche, Aufenthalt, Auslieferung, Concursgläubiger, Brandstiftung, Avocation, Commissarien, Diebstahl, Disciplin, Dismembration, Elbe, Erbgüter, Executionsverfahren, Erbschaft, Ellenmaß, Erbunterthänigkeit, Geistliche, Geldstrafe, Gemeindeobrigkeit, Gerichtsstand, Gewässer, Grund- u. Hyp..., Halden, Litispendenz, Justizministerium, Leipzig, Militairgerichtsbarkeit, Offiziere, Patrimonialgerichte, Rittergüter, Staatsverträge..., Straßen, Testamente, Vermächtnisse, Zusammenschlagung.

Gerichtsbeamte. S. Gerichte, Gemeindeleistungen, Communalgarde.

Gerichtsbefohlne. S. Unterthanen, Gerichtsbarkeit.

Gerichtsbeisitzer. S. Gerichtspersonen.

Gerichtsbestallungen. S. Patrimonialgerichte.

Gerichtsbezirke. **1)** Sind Untersuchungshandlungen in einem fremden G. vorzunehmen, so hat der Untersuchungsrichter das Gericht des fremden Bezirks um deren Vornahme zu ersuchen, oder, wenn es im Interesse der Untersuchung liegt, die Handlung in dem fremden G., unter Benachrichtigung des dasigen Gerichts, selbst vorzunehmen. Str.Pr.O. Art. 119. **2)** Die Unterlassung dieser Benachrichtigung zieht jedoch eine Nichtigkeit nicht nach sich und zwar selbst dann nicht, wenn die fragliche Handlung im Auslande vorgenommen wurde. Ang. Art. 119. **3)** Mit der V. v. 2. Sept. 1856. G.S. S. 243. f. ist ein specielles Verzeichniß aller Orte des Landes unter Angabe ihrer Gerichtsbezirks-Zubehörigkeit bekannt gemacht worden, jedoch ohne die Schönburg. Receßherrschaften. G.S. v. 1856. S. 328. S. auch Bezirke. **4)** S. Voruntersuchung, Nacheile, Untersuchungshaft, Confrontation, Zeugenvorladung, Sachverständige, Gerichtl. P..., Gerichtsbarkeit.

Gerichtsboten. S. Vorladung, Justizämter, Taxordn..., Vorladung, Protokolle, Amtswohnungen.

Gerichtsbret. S. Anschläge.

Gerichtsbücher. S. Grund- u. Hypothekenbuch, Erbregister.

Gerichtscommission. S. Hinrichtung.

Gerichtsdeposita. S. Deposita, Amtshauptleute, Justizämter.

Gerichtsdiener. S. Frohne, Nacheile.

Gerichtsdirigent. S. Auspfändung, Justizämter, Patrimonialgerichte, Gerichtsbarkeit, Gerichte, Grund- u. Hyp..., Bezirksgerichte, Gerichtsämter, Gerichtsarzt, Gerichtsferien.

Gerichtsdörfer. S. Gerichtsbarkeit.

Gerichtseinkünfte. S. Armenadvocat, Justizämter, Armenrecht, Patrimonialgerichte.

Gerichtsferien, bei den Untergerichten. **1)** Bei den Bezirksgerichten und Gerichtsämtern finden in jedem Jahre Ferien Statt, welche mit dem 21. Juli beginnen u. mit dem 31. August endigen. V. v. 10. März 1859. §§. 1. 2. G.S. v. 1859. S. 46. Während dieser G. ruht der Betrieb aller nicht dringlichen Sachen sowohl in Bezug auf die Abfassung der Entscheidungen, als auch in Bezug auf die Leitung des Verfahrens und die Abhaltung der Termine. Die Parteien und Anwälte haben daher während der G. aller Anbringen in dergleichen Sachen sich möglichst zu enthalten. Gesuche in nicht dringlichen Sachen, welche während der G. eingehen, sind zwar anzunehmen, zu präsentiren und in die Registranden einzutragen, die Gerichte sind jedoch nicht gehalten, sie während der G. zu erledigen. Die vor dem Beginne der G. beschlossenen Erkenntnisse und Verfügungen müssen auch während der G. abgefertigt werden. ib. §. 3. **2)** Termine, welche ohne den Eintritt der G. in die Ferienzeit zu legen gewesen wären, sind so anzuberaumen, daß sie bald nach Schluß der G. abgehalten werden können. Der Lauf der gesetzlichen Nothfristen (Fatalien) im Civilprocesse wird durch die G. nicht gehemmt. Dieses gilt insonderheit von den Beweis- und Gegenbeweisfristen und von den Fristen zur Einwendung und

Ausführung von Rechtsmitteln. Gleiches gilt von den Fristen in Administrativjustizsachen und sonstigen durch besondere Gesetze an ein bestimmtes formelles Verfahren gebundenen Verwaltungssachen. Endlich haben die G. auf alle das Strafverfahren betreffende Fristbestimmungen keinen Einfluß. ib. §. 3. **3)** Als dringliche Sachen und Geschäfte, welche während der Ferien nicht ruhen oder ausgesetzt werden dürfen, sind zu betrachten: a) gerichtspolizeiliche Vorerörterungen und Untersuchungshandlungen jeder Art, dafern der Angeschuldigte sich in Haft befindet oder die Vornahme der Vorerörterungen oder Untersuchungshandlungen nach dem Ermessen des Staatsanwalts oder des Gerichts ohne Nachtheil für die Sache nicht ausgesetzt bleiben kann; b) Wechselsachen; c) Arrestschlagsachen; d) Hilfsvollstreckungen; e) die Eröffnung von Concursen nebst den zu Sicherung der Concursmasse erforderlichen Maßregeln; f) Versiegelungen von Verlassenschaften, An- oder Aufnahme, Zurückgabe und Publication letztwilliger Verordnungen; g) Grund- und Hypothekensachen, in soweit es auf Verlautbarungen im Grund- und Hypothekenbuche ankommt (vergl. d. Art.: Grund- u. Hyp. no. 18.); h) die Aufnahme der Recognitionen von Urkunden; i) alle anderen Justiz- und Verwaltungssachen, welche vermöge ihrer besonderen Beschaffenheit als der Beschleunigung bedürftig vom Gerichte anzuerkennen oder von der zuständigen höheren Behörde oder von der requirirenden Unterbehörde als solche bezeichnet worden sind. V. v. 10. März 1859. §. 4. unter 1—9. G.S. v. 1859. S. 47. **4)** Die Directorialgeschäfte erleiden durch die Ferien keine Unterbrechung und dringende dergleichen Geschäfte, wie z. B. Cassenrevisionen nach Todesfällen, in Gemäßheit §. 11. des (in der G.S. nicht abdruckten) Regulativs für das Depositen-, Sportelcassen- und Rechnungswesen, v. 15. Sept. 1856., keinen Aufschub. Ebenso haben die Cassengeschäfte, der übrige Expeditionsdienst und die Dienstleistungen des Boten- und Dienerpersonals während der G. ihren Fortgang. §. 5. der ang. V. **5)** Zu Bearbeitung der bei 3. bemerkten Sachen muß eine hinreichende Anzahl von Gerichtsmitgliedern, beziehendlich Assessoren, sowie Actuaren und Protokollanten während der G. im Dienste verbleiben; den übrigen, sowie Expedienten und Dienern, welche in Folge der Verminderung der laufenden Geschäfte zu entbehren sind, kann vom Gerichtsvorstande auf Ansuchen, welches aber spätestens 14 Tage vor Beginn der Ferien geschehen muß, Urlaub, sei es ohne Veränderung des Wohnorts oder zu Reisen im Inlande oder Auslande, während der Ferienzeit, für die ganze Dauer oder einen Theil derselben ertheilt werden. §. 6. ib. Das Nähere s. ib. **6)** Der Gerichtsvorstand selbst hat, wenn er eines Urlaubs bedarf, denselben bei dem Justizministerium nachzusuchen. ib. Außer den G. sollen Beurlaubungen nur in dringenden Fällen, welche keinen Aufschub leiden, Statt finden. ib. §. 7. Die Beamten der Staatsanwaltschaft haben keine Ferien. ib. §. 8. G.S. v. 1859. S. 48.

Gerichtsfolge. S. Amtsfolge, Nacheile.

Gerichtsfrohn. S. Frohne, Nacheile.

Gerichtsgebühren. S. Kosten, Tax...

Gerichtsgefängnisse. S. Arrest, Gefängnisse, Gefängnißstrafe, Justizämter, Gefangene.

Gerichtshaltereien. S. Patrimonialgerichte.

Gerichtshandelsbücher. S. Grund- u. Hypothekenbuch, 70.

Gerichtsherren, Gerichtsherrschaften. S. Landgem..., Gutsherrliche Rechte, Gutsherren, Patrimonialgerichte.

Gerichtshof. S. Gerichte.

Gerichtskosten. S. Kosten..., Advocaten, Advocatenkosten, Untersuchungskosten, Taxordnungen, Reisekosten.

Gerichtskundig. S. Reallasten, 2.

Gerichtslocal. S. Hauptverhandlungs-T.

Gerichtsnutzungen. S. Grund- und Hyp..., Urkunden, Kauf, Patrimonialgerichte.

Gerichtsort. S. Armenadvocat, Vorladung, Gerichtsbarkeit.

Gerichtspacht. S. Patrimon...

Gerichtspersonen. **1)** Die Gerichte sollen mit „ehrlichen, aufrichtigen, unbescholtenen, untadelhaften, qualificirten auch verpflichteten" Personen besetzt sein. Pr.O. Tit. 2. §. 2. S. 22., E.P.O. ad Tit. 2. §. 1. S. 24., Dec. 38. u. 39. v. 1661. C.A. T. I. S. 314. **2)** Der Actuar soll in Civilangelegenheiten, nach Beschaffenheit der Sache, die Registraturen von den gegenwärtigen G. mit unterschreiben lassen, besonders, wenn die Parteien des Schreibens unerfahren sind, oder der Unterschrift sich weigern. E.P.O. ad Tit. 2. §. 6. S. 28. In Criminalsachen war die Mitunterschrift der vor besetzter Gerichtsbank (s.d.) aufgenommenen Protokolle durch die G. stets nothwendig. **3)** Auf dem Lande können die G. zur Insinuation der Citationen, E.P.O. ad Tit. 4. §. 2. S. 39., ingl. zu Hilfshandlungen, ib. ad Tit. 39. §.8.9. S. 215., und zum Arretiren gebraucht werden, Pol.O. v. 22. Juni 1661. Tit. 21. §.4. C.A. T.I. S.1585. Vergl. noch d. Art.: Amtsfolge, Auspfändung. **4)** Mit dem Tage, wo in einer Landgemeinde der Gemeinderath in Wirksamkeit tritt, kommen die auf die Gemeindeverwaltung bezüglichen Dienstverrichtungen der Localgerichtspersonen samt den Gebührnissen dafür in Wegfall, ohne Unterschied, ob die gedachten Functionen auf persönlicher Uebertragung beruhten, oder auf Grundstücken hafteten, L.Gem.O. §. 51. G.S. v. 1838. S. 443. **5)** Zu Verpflichtung der Gerichtsbeisitzer in criminalibus war es ausreichend, wenn dabei die Handhabung des Rechts und der Gerechtigkeit mit diesen oder ähnlichen Worten feierlich angelobt wurde. Rescr. v. 23. Jan. 1806. C.A. C.III. T.I. S. 217. **6)** Die Dienstobliegenheiten der Dorfgerichtspersonen in Bezug auf die Justizverwaltung sind durch die L.Gem.O. nicht geändert. L.Gem.O. v. 7. Nov. 1838. §. 12. G.S. S. 433. **7)** Die Gutsherren ernennen und entlassen die Orts-G., sowie die nach §.12. der L.Gem.O. v. 7. Nov. 1838. zu bestellenden polizeilichen Organe und haben solche dem Gerichtsamte zur Verpflichtung vorzustellen. Gehen dem letzteren gegen die ernannten Personen gesetzliche oder in der Befähigung begründete Bedenken bei, so hat es solche dem Gutsherrn mitzutheilen. Bestimmungen beim G. v. 11. Aug. 1855. §. 13. G.S. S. 154. u. vorher: Bek. v. 26. April 1838. Beil. ⊙ §. 14. und §. 10. unter 8. G.S. S. 370. f. **8)** Bei entstandenem Feuerlärm haben sich die G. theils an den Ort, wo das Feuer befindlich, theils auf die Gemeindeplätze zu begeben, und die zum Löschen erforderlichen Anstalten zu treffen, auch nicht eher nach Hause zu gehen, bis das Feuer gelöscht und keine Gefahr mehr vorhanden ist. D.F.O. v. 18. Febr. 1775. und 8. Febr. 1777. Cap. III. §. 3. C.A. C.II. T.I. S. 711., C.A. C.II. T.III. S. 127. u. L.C.W. T.III. S. 351. f. Die G. sollen wenigstens 2mal alle Jahre die Feuerstätten u. vierteljährlich das Feuergeräthe auf den Dörfern revidiren, D.F.O. v. 18. Febr. 1775. Cap. 1. §.14.f., Cap.2. §.4. C.A. C.II. T.I. S.714. 724., in der Oberl. D.F.O. v. 8. Febr. 1777. Cap.1. §.14.f., Cap.2. §.25. a. a. O., Gen. v. 21. Juli 1804. §. 1. C.A. C.III. T.I. S. 426. **9)** Sie sollen auf das unbefugte Hausiren Aufsicht führen, Rescr. v.8. Juni 1796. C.A. C.II. T.I. S. 1095., **10)** ingleichen hatten sie ehedem an den Grenzorten auf die Kobaltpartiererei zu achten, Bef. v.17. Sept. 1786. C.A. C.II. T.II. S.231. S. aber: Kobalt. **11)** Sie müssen diejenigen Todesfälle, in Folge deren eine Bevormundung nöthig wird, bei der Obrigkeit anzeigen. V.O. Cap. II. §. 1. S. 12. **12)** S. Amtsfolge, Assessurgebühren, Amtswohnungen, Advocaten, Appellation, I. 6.a., Auspfändung, Auszug, Bettler, Dorfrichter, Frohne, Geistliche, Gerichte, Begräbniß, Blattern, Erbschaft, Gemeinden, Gendarmen, Gerichtsbank, Gewerbsteuersch., Hausiren, Landgemeinden, Polizei, Patrimonialger..., Reiselegit., Stempelsteuer, Stadtgerichte, Recognitionsregistraturen, Testamente, Verwandte, Zwickau, I.

Gerichtspolizei. **1)** Bei den öffentlichen Verhandlungen in Untersuchungs-

sachen hat der Vorsitzende des Gerichts für Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung im Sitzungssaale zu sorgen. Derselbe kann bei eintretender Störung der Verhandlung, nach seinem Ermessen, einzelne, oder auf eine zu bestimmende Zeit sämtliche Zuhörer aus der Sitzung entfernen lassen, oder auch die Verhandlung selbst schließen. Str.Pr.O. v. 1855. Art. 18. **2)** Gegen diejenigen, welche sich bei irgend einer gerichtlichen Verhandlung ein ungebührliches Betragen zu Schulden kommen lassen, kann das Gericht, beziehendlich der Untersuchungsrichter, eine Strafe bis zu 2 Wochen Gefängniß, oder dafern der Schuldige in Haft sich bereits befindet, Verlängerung derselben um 2 Wochen oder statt dessen Schärfung der Haft durch Beschränkung der Kost auf Wasser u. Brod, jedoch nicht über 4 Wochen, verfügen. Gegen eine solche Verfügung, wenn sie vom Bezirksgerichte ertheilt wurde, ist ein Rechtsmittel nicht zulässig. ib. **3)** Wird gegen eine, vom Einzel- oder Untersuchungsrichter verfügte Bestrafung der vorgedachten Art Beschwerde erhoben, so ist dieselbe nach Art. 97. f. (s. Beschwerde) zu behandeln. V. v. 31. Juli 1856. §. 23. G.S. S. 160. **4)** Die G. des Richters beschränkt sich nicht auf die Localität, in welcher die Verhandlung selbst Statt findet, sondern erstreckt sich auch auf die Nebenzimmer, Vorplätze, Treppen und sonstige Localitäten des Hauses und seine nächste Umgebung, soweit durch ungeziemendes Verhalten von Personen daselbst die Verhandlung selbst gestört wird. ib.

Gerichtsschöppe. S. Gerichtspersonen.

Gerichtsschreiber. S. Actuarien, Gerichtsbank, Erkenntnisse.

Gerichtssiegel. S. Siegel.

Gerichtssitz. S. Gerichtsbarkeit.

Gerichtssitzung in Untersuchungssachen. **1)** Die Staatsanwaltschaft ist zu den Sitzungen des Bezirksgerichts und des Oberappellationsgerichts, in denen über die Einstellung od. Fortstellung der Untersuchung und die Verweisung des Bezüchtigten zur Hauptverhandlung, oder über die Wiederaufnahme einer eingestellten Voruntersuchung oder durch Enderkenntniß entschiedenen Untersuchung, oder über eine Nichtigkeitsbeschwerde erkannt wird, ferner zu den Hauptverhandlungen, sowie zu den Verhandlungsterminen des Bezirksgerichts und des Oberappellationsgerichts, in denen über Einsprüche gegen Erkenntnisse des Einzelrichters und beziehendlich über Berufungen gegen Enderkenntnisse des Bezirksgerichts entschieden wird, einzuladen. Str.Pr.O. v. 1855. Art. 28. **2)** In allen diesen Fällen ist die Mitwirkung der Staatsanwaltschaft eine nothwendige. Es sind daher die gedachten Entscheidungen, sowie die Hauptverhandlungen vor dem Bezirksgerichte und die angeführten Verhandlungstermine, wenn sie ohne Mitwirkung der Staatsanwaltschaft ertheilt, beziehendlich abgehalten worden sind, nichtig. ib. **3)** Die Nothwendigkeit der Mitwirkung d. Staatsanwaltschaft bei den Entscheidungen des Oberappellationsgerichts über eine Nichtigkeitsbeschwerde wird dadurch nicht aufgehoben, daß die letztere von dem Privatankläger (Art. 31. unter: Privatanklage) eingewendet worden ist. Auch zu den übrigen Sitzungen der Bezirksgerichte u. des Oberappellationsgerichts kann die Staatsanwaltschaft, wenn das vorherige Gehör der letzteren zweckmäßig erscheint, eingeladen werden. Ihre Theilnahme ist jedoch in diesen Fällen keine nothwendige. ib. **4)** Die Staatsanwaltschaft kann bei diesen Verhandlungen und Sitzungen Anträge stellen und den Vorträgen der Gerichtsmitglieder über die Sache beiwohnen. Den Berathungen des Gerichts darf sie nur in den, die Voruntersuchung und das Anklageverfahren betreffenden Sitzungen beiwohnen. Bei der Beschlußfassung darf sie, bei Vermeidung der Nichtigkeit derselben, niemals gegenwärtig sein. ib. **5)** S. Vertagung, Geheime Sitzung, Voruntersuchung, Anklageverfahren, Hauptverhandl..., Staatsanwaltschaft, 14.

Gerichtssportelcasse. S. Justizämter.

Gerichtssprache. S. Amtlicher...

Gerichtssprengel. S. Gerichtsbarkeit.

Gerichtsstand, in bürgerlichen Rechtssachen. **1)** Die privilegirten Gerichtsstände, welche früher in Ansehung gewisser Personen, Sachen und Rechtssachen Statt fanden, sind, in Gemäßheit der V.U. v. 4. Sept. 1831. §. 55., bis auf nachbemerkte Ausnahmen weggefallen. §. 1. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 75. **2)** Der Regent nimmt in privatrechtlichen Angelegenheiten Recht bei dem Appellationsgerichte zu Dresden, und wird durch einen vom Ministerium des Hauses jedesmal zu bestellenden Anwalt vertreten. §. 2. ib. Dieser Anwalt hat auch die in den ihm übertragenen Rechtssachen abzulegenden Eide zu leisten. §. 20. d. V. v. 28. März 1835. G.S. S. 220. **3)** Die Mitglieder des Königlichen Hauses haben ihren G. bei dem Appellationsgerichte zu Dresden. §. 3. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 75. Ausnahmen treten ein: a) nach Maßgabe des 8. Abschnittes des Königl. Hausgesetzes rücksichtlich der Vormundschaften, s. König; b) soweit es auf Anwendung einer Straf- oder Disciplinargewalt ankommt; c) rücksichtlich der Civilstreitigkeiten der Prinzen und Prinzessinnen unter sich. §. 76. des Haus-G. v. 30. Dec. 1837. G.S. v. 1838. S. 69. Tritt ein Fall der sub b. gedachten Art ein, so hat das Appellationsgericht zu Dresden die Untersuchung zu führen, nach Schluß der Acten und geführter Vertheidigung aber das Oberappellationsgericht das Erkenntniß zu verabfassen, welches dem Könige zur Genehmigung und Bestätigung durch den Justizminister vorzulegen ist; der König entscheidet dann in letzter Instanz, wobei §. 52. der V.U. in Anwendung zu bringen. In den Fällen sub c. hat der Justizminister auf Königlichen Auftrag einen Versuch der gütlichen Vereinigung anzustellen. Bleibt derselbe ohne Erfolg, so ist die Streitigkeit zur Erörterung im Rechtswege an das Appellationsgericht zu Dresden zu verweisen. §. 77. d. Haus-G. l. c. Zu Entscheidung von Eheirrungen setzt der König in vorkommenden Fällen jedesmal ein besonderes, dem Erfordernisse entsprechend bestelltes Gericht nieder. §. 77. ib. l. c. Die Mitglieder des Königl. Hauses sind vom persönlichen Erscheinen vor Gericht befreit. Eide und Zeugnisse werden von ihnen in ihrer Wohnung vor 2 deputirten Räthen des Appellationsgerichts zu Dresden abgelegt, und zwar die Eide durch Unterzeichnung ihres Namens unter die Eidesnoteln. Die Betheiligten sind dabei nicht gegenwärtig. §. 4. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 76. **4)** Der G. des Staatsfiscus, der in Rechtsstreitigkeiten nach der V.U. v. 4. Sept. 1831. §. 50. vor den ordentlichen Landesgerichten Recht zu leiden hat, ist bei dem Appellationsgerichte zu Dresden. §. 5. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 76. Das Verfahren wegen inländischer verloren gegangener Staatspapiere, Zinsleisten und Zinscoupons gehört eben deshalb vor das nemliche Appellationsgericht. §. 13. d. V. v. 9. April 1836. G.S. S. 88. **5)** Andere von höhern Behörden verwaltete Cassen sind beim Appellationsgerichte des Bezirks, in welchem sich die Behörde befindet, in Anspruch zu nehmen, §. 5. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 76. **6)** Der Staatsfiscus und die Cassen werden durch besondere Anwälte vertreten, §. 5. ib. Letztere haben auch die, in den ihnen zu übertragenden Rechtssachen abzulegenden Eide zu leisten, §. 20. d. V. v. 28. März 1835. G.S. S. 220. **7)** Das Domcapitel zu Meißen hat seinen G. bei dem Appellationsgerichte zu Dresden, G. v. 28. Jan. 1835. §. 6. G.S. S. 76. **8)** Die Mitglieder des Hauses Schönburg haben ihren G. bei dem Appellationsgerichte zu Zwickau, mit Wegfall des Vorbehaltes der im §. 5. des Hauptrecesses vom 4. Mai 1740. G.S. v. 1835. S. 599. den Klägern in den daselbst erwähnten Sachen nachgelassenen Wahl, §. 6. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 75., §. 2. der V. v. 23. Jan. 1836. G.S. S. 8. Nachdem sie mithin statt ihres früheren alternativen G. vor dem Appellationsgerichte, der ehemaligen Landesregierung und der Gesamtregierung zu Glaucha, künftig ihren G. lediglich vor dem

Appellationsgericht zu Zwickau (vergl. dazu die unten unter no. 10. 11. cit. §§. 8. u. 9. des G. v. 28. Jan. 1835.) erhalten haben, so bildet dieses auch den G. in Criminalsachen; ist jedoch der Angeschuldigte das Haupt einer Linie und das vorliegende Verbrechen nicht im Königlichen Dienste begangen, so erfolgt (statt dessen, was deshalb in anderen Deutschen Staaten den Standesherren eingeräumt worden,) Behufs der Fällung des Definitiverkenntnisses und ohne im Uebrigen im Proceßverfahren etwas zu ändern, die Abfassung des ersten Erkenntnisses, auf Verlangen und Kosten des Angeschuldigten, nicht von dem betreffenden Gerichtshofe selbst, sondern nach des Angeschuldigten Wahl, entweder von einem der übrigen Appellationsgerichte, oder von der Juristenfacultät zu Leipzig. Auch gegen den in dieser Instanz erfolgenden Ausspruch findet die Berufung an das Oberappellationsgericht Statt. §. 12. des Absch. I. des Recesses v. 9. Oct. 1835. G.S. S. 614., V. v. 23. Jan. 1836. §. 2. G.S. S. 8. **9)** Andere Personen nehmen Theil an dem G. der citt. §§. 2. 3. 5. 6. des G. v. 28. Jan. 1835. Genannten, wenn sie zugleich mit diesen in Anspruch genommen werden. §. 7. des G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 76. **10)** Den Appellationsgerichten steht frei, in Rechtsangelegenheiten der §§. 2. 3. 5. 6. cit. angegebenen Personen zu einzelnen Handlungen, (nur die in dem oben unt. 3. cit. §. 4. ausgenommen) nicht aber zur ganzen Sache, einem Untergerichte Auftrag zu ertheilen. Der dem Amte Zwickau in einigen Angelegenheiten des Hauses Schönburg und der Schönburgischen Receßherrschaften ertheilte allgemeine Auftrag ist unverändert geblieben. §. 8. des G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 76. **11)** Die Bestimmungen wegen des G. in §§. 2. 3. 5. 6. cit. beziehen sich nicht a) auf Rechtsstreitigkeiten, welche die daselbst erwähnten Personen als Nachfolger Anderer fortstellen, oder als Kläger beginnen; b) auf Nebenpuncte in Processen vor anderen Gerichten, z. B. auf Litisdenunciationen. Auch werden durch selbige c) besondere Gerichtsstände, z. B. der der gelegenen Sache, nicht ausgeschlossen. Von Realsachen, welche die Schönburgischen Receßherrschaften betreffen, gilt jedoch dasselbe, was oben sub no. 8. gesagt ist. §. 9. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 76. **12)** Studirende auf der Universität zu Leipzig haben ihren jetzt fraglichen G. vor dem Universitätsgerichte zu Leipzig. In höherer Instanz tritt, mit Ausnahme der Disciplinarsachen, die Competenz des Bezirksappellationsgerichts und des Oberappellationsgerichts ein, §. 10. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 76., mithin auch wegen der Appellationen in Schuldsachen der Studirenden, V. v. 29. Dec. 1831. G.S. v. 1832. S. 4. Im Allgemeinen gelten die Beschränkungen des oben unter 11. cit. §. 9. auch hier. §. 18. des G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 78. **13)** Das Justizministerium ist ermächtigt, in Bezug auf Excesse, die von Studirenden auf der Bergakademie zu Freiberg, [vergl. d. Rescr. v. 2. Jan. 1809. C. A. C. III. T. I. S. 231.], od. der Forst- und Landwirthschaftsakademie zu Tharand, [vergl. d. Rescr. v. 8. März 1816. C. A. C. III. T. I. S. 296.], oder der medicinisch-chirurgischen Akademie zu Dresden [vergl. d. Rescr. v. 2. Dec. 1826. G.S. v. 1827. S. 3.] verübt worden sind, einer der vorhandenen Ortsbehörden im Voraus im Allgemeinen Auftrag zu ertheilen. §. 10. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 76. Demzufolge erhielten zu Untersuchungen und Bestrafung von Excessen der Studirenden zu Freiberg, oder Dresden die Justizämter dieser Orte Auftrag. Außerdem haben diese Studirenden ihren G. bei dem Gerichte, in dessen Bezirk sie wohnen, indem ihr bisheriger privilegirter G. nach §. 11. des G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 77. weggefallen ist. Die Gerichtsbehörden haben aber von jeder Sache, die bei ihnen gegen einen solchen Studirenden anhängig wird, sofort dem Oberbergamte und resp. dem Director der Akademie Nachricht zu geben. §. 22. d. V. v. 28. März 1835. G.S. S. 220. **14)** Diejenigen Personen, welche früher einen privile-

girten oder exemten G. hatten, haben gegenwärtig ihren G. bei dem Gerichtsamte ihres Wohnortes. G. v. 28. Jan. 1835. §. 11. im Eing. G.S. S. 77. u. f.: Gerichte. (Wegen der Verfassung zwischen den Jahren 1835. u. 1855. vergl. die cit. §. 11.f. des G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 77., V. v. 28. März 1835. G.S. S. 220., V. v. 19. Juni 1835. G.S. S. 392., §. 13. des Schönburgischen Recesses v. 9. Oct. 1835. G.S. v. 1835. S. 614., V. v. 23. Jan. 1836. G.S. S. 10., V. v. 9. April 1836. G.S. S. 88., G. v. 3. Nov. 1840. G.S. S. 298., V. v. 10. Juni 1843. G.S. S. 67.) **15)** Die Jurisdiction über alle Grundstücke, bei welchen früher ein privilegirter G. Statt fand, ist (mit gewissen, bezüglich zeitweiligen Ausnahmen) an das Gericht des Ortes übergegangen. Ang. G. §. 19. G.S. S. 78. Vergleiche wegen des Kriegsgerichts auf der Festung Königstein, wegen der früheren Berggerichtsbarkeit, und wegen der nichtstreitigen Jurisdiction der Lehnhöfe §. 20. des G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 79. **16)** Der Richter, welchem die Gerichtsbarkeit über ein Grundstück zusteht, (der judex rei sitae) übt, soweit sie nicht durch die nichtstreitige Realjurisdiction der Lehnhöfe beschränkt ist, oder auf besondern Rechtstiteln beruhende Beschränkungen eintreten, die gesamte willkührliche und streitige Jurisdiction rücksichtlich des Grundstücks aus. §. 27. d. V. v. 28. März 1835. G.S. S. 222. **17)** Die Jurisdiction über ein Grundstück, kann aber mit der auf demselben verbunden, sie kann auch von ihm getrennt sein. ib. — Vergl. noch wegen der Verhältnisse zwischen den Jahren 1835. u. 1855. folgende Bestimmungen: G. v. 28. Jan. 1835. §. 21.f. G.S. S. 79., V. v. 28. März 1835. §. 28. G.S. S. 222., V. v. 9. April 1836. §. 17. G.S. S. 89., V. v. 5. Sept. 1844. G.S. S. 271. **18)** Da nach dem G. v. 28. Jan. 1835. §. 1. G.S. S. 75. jeder in letzterem nicht aufrecht erhaltene G. bestimmter Sachen (Causal-G.) wegfiel, (s. oben 1.) so trat a) in Streitigkeiten über das Eigenthum und Verlagsrecht an Büchern und anderen Geisteswerken die Competenz der Gerichte ein, insbesondere auch wegen des Schadenersatzes in Folge Nachdrucks, wegen dessen Bestrafung u. der Beschlagnahme und Confiscation des Nachdrucks. §. 54. d. V. v. 13. Oct. 1836. G.S. S. 287. Hierzu vergl. man den Art.: Eigenthum an Geisteswerken. Ferner hatte sich b) der privilegirte G. in Ansehung der Lehnsstreitigkeiten in den Kreislanden erledigt, G. v. 28. Jan. 1835. §. 23. unter 2. G.S. S. 79.; c) die Einrichtung in der Oberlausitz, daß Verbrechen wider die Person des Regenten oder wider Hoheitsrechte nur von der höhern Behörde, oder in deren Auftrag untersucht wurde, §. 23. cit. unter 3., d) ebenso die, daß in gewissen Civilrechtssachen früher höhere Behörden sofort in Erster Instanz entschieden, §. 23. cit. unter 4., z. B. in Sachen, in welchen die höheren Justizbehörden Vorbescheide hielten; in den Cap. 26. §. 1. der V.O. S. 116. erwähnten Sachen; über Irrungen wegen Uebertragung der Untersuchungskosten von Seiten der Gerichtsunterthanen nach dem Gen. v. 30. April 1783. C. A. C. II. T. I. S. 451.; über Entschädigungsansprüche der Pachter wegen geleisteter Kriegspräſtationen oder erlittener Kriegsschäden nach dem Gen. v. 26. Mai 1810. C.A. C. III. T. I. S. 238.; in Hutungsstreitigkeiten, §. 55. d. M. v. 4. Oct. 1828. G.S. S. 227.; in Frohnensachen, soweit nach dem M. v. 13. Aug. 1830. der Landesregierung unmittelbar die Entscheidung zustand; vergl. §. 29. d. V. v. 28. März 1835. G. S. S. 223. **19)** Ein Causalgerichtsstand soll nach dem G. v. 28. Jan. 1835. §. 24. G.S. S. 79. noch Statt finden: a) in militairgerichtlichen Sachen, b) in Bergsachen, c) in Verlöbniß- u. Ehesachen, d) in Handelssachen in Leipzig und denjenigen Orten, wo noch besondere Handelsgerichte begründet werden, nach Maßgabe der dießfallsigen besonderen Bestimmungen, (doch hierzu s.: Berggerichte, II., Handelsgericht, Eigenthum an Geisteswerken,) endlich: bei Ablösungen und Gemeinheitstheilungen in Gemäßheit d.

G. v. 17. März 1832. **20)** Gegen säumige Wechselschuldner hat, auf Ansuchen des Betheiligten, jeder Richter, in dessen Bezirke sie angetroffen werden, nach Wechselrecht zu verfahren. §. 25. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 79. u. f. hierzu: Wechselproceß. Der Richter aber, welcher einen Staats- oder Hofdiener mit Wechselarrest belegt, hat davon sofort den Vorgesetzten des Schuldners in Kenntniß zu setzen. §. 30. d. V. v. 28. März 1835. G.S. S. 223. **21)** Ein Vormund hat in loco administrationis jederzeit seiner Verwaltung halber Rede und Antwort zu geben. Res. gr. v. 23. April 1612. Justizs. §. 7. C.A. T. I. S. 175. und nur da, nicht in loco domicilii, seine Rechnung abzulegen. Dec. 36. v. 1661. ib. S. 313., B.O. Cap. 17. §. 1. S. 79. **22)** Das Recht höherer Justizbehörden, in solchen Fällen, in welchen es nach der Verfassung und den Rechten zulässig ist, Auftrag zu ertheilen, ist durch das G. v. 28. Jan. 1835. §. 1. G.S. S. 75. nicht geändert; es dürfen aber nur Mitglieder höherer Gerichte oder Unterrichter Auftrag in Rechtssachen erhalten. §. 26. desselben G. G.S. S. 80. **23)** Jeder Richter hat, ob er der competente sei, zunächst selbst zu beurtheilen, V. v. 11. Jan. 1844. G.S. S. 1. **24)** Actor sequitur forum rei. Diesen Grundsatz bestätigt: d. Res gr. v. 1612. §. 7. C.A. T. I. S. 171., Res. gr. v. 22. Juni 1661. Tit. Conf.S. §. 4. ib. S. 199., Regul. v. 31. Mai 1782. §. 9. C.A. C. II. T. I. S. 275.; wegen der Widerklage: die Pr.O. Tit. 6. §. 3. S. 54., E.P.O. ad Tit. 6. §. 2. S. 57.; bei der nominatio auctoris: E.P.O. ad Tit. 14. §. 3. S. 95., bei Provocationssachen, E.P.O. ad Tit. 5. §. 6. S. 49.; wegen der Rechtssachen der Sächs., Preuß., und Altenburg. Unterthanen d. Min.Erkl. v. 30. Nov. 1839. Art. 5. G.S. S. 322., und v. 20. Juni 1840. Art. 5. G.S. S. 137. **25)** Der G. des Arrests begründet auch den für die Hauptklage. G. v. 26. Oct. 1834. no. VI. G.S. S. 245. **26)** Die Leipziger Bank, sowie die Zweigbanken, haben in allen Fällen, welche nicht vor das Schiedsgericht gehören, ihren ordentlichen G. vor dem Stadtgerichte ihres Ortes, §. 37. der Statuten der Leipziger Bank. G.S. v. 1839. S. 63. Dieser G. findet auch bei dem Mortificationsverfahren wegen verloren gegangener Bankpapiere statt, §. 42. ib. S. 64. **27)** Bestimmungen über den G. in Rechtssachen, worin Sächsische und Preußische Unterthanen als Parteien betheiligt sind, enthält die V. v. 21. Dec. 1839. G.S. S. 321. u. die Min.-Erkl. v. 30. Nov. 1839. ib. S. 322., ferner, wegen Sächs. und Altenburg. Unterthanen die V. v. 26. Juni 1840. G.S. S. 136., Min.Erkl. v. 20. Juni 1840. G.S. S. 137. f., und wegen Sächs. und Weimar-Eisenach'scher Unterthanen die mittelst V. v. 11. Febr. 1847. publicirte Min.Erkl. v. 31. Jan. 1847. G.S. S. 25. f. Es ist in diesen Verträgen insbesondere bestimmt worden: a) die Ungiltigkeit der freiwilligen Unterwerfung unter eine nicht competente Gerichtsbarkeit: Art. 4. der Min.-Erkl. v. 1839. G.S. S. 322., v. 1840. G.S. S. 137., v. 1847. G.S. S. 26. b) der Kläger folgt dem G. des Beklagten, Art. 5. ib.; c) wie es bei der Widerklage zu halten, Art. 6. ib.; d) Provocationsklagen ex l. diffam. u. si contendat gehören vor das Gericht des Hauptanspruchs, Art. 7. ib.; e) der persönliche G.: Art. 8—18., und das Allgemeine Concursgericht: Art. 19—21. der ang. Verträge, G.S. v. 1839. S. 323., v. 1840. S. 138., u. v. 1847. S. 27., ferner wo der Dingliche G.: Art. 22—24. der Min.Erkl., der Erbschaft: Art. 25. 26., des Arrestes: Art. 27., des Contracts: Art. 28., der geführten Verwaltung: Art. 30., u. bei der Intervention sei. Art. 31. ib.; f) die Wirkung der Litispendenz: Art. 32. ib., u. g) der G. in nichtstreitigen Rechtssachen: Art. 33. 34. der Min.Erkl. G.S. v. 1839. S. 326., v. 1840. S. 141., v. 1847. S. 30. Die mit Altenburg verabredeten Grundsätze sind auch in 2 Conventionen mit den fürstl. Regierungen: Reuß älterer u. jüngerer Linie vereinbart worden, V. v. 27. Oct. 1845. G.S. S. 246. u. V. v. 21. Juli 1845. G.S. S. 104. — In Bezug auf Sachsen-Coburg-

Gotha ist die Min.Erkl. v. 19. Juli 1848. G.S. S. 148. nachzusehen. **28)** Wenn von Unterthanen Klagen und Anbringen gegen auswärtige Souverains und deren Gemahlinnen, wenn sie auch in Sachsen lehnbare Güter besitzen, an die Gerichte gelangen, so ist darauf nicht zu verfügen, sondern die zu ergreifende Maßregel dem Justizministerium anheim zu stellen. Rescr. v. 4. Jan. u. 11. Aug. 1813. C.A. C. III. T. I. S. 269. 278. u. L.C.W. T. V. S. 105. 108., V. v. 28. März 1835. §. 12. G.S. S. 216. **29)** Wenn es zweifelhaft ist, ob Jemand im Lande einen G. habe, so ist unmittelbar an das Justizministerium zu berichten. Ang. V. v. 28. März 1835. §. 12. **30)** S. noch die Art.: Aufenthalt, 14. f., Abwesende, Adel, Armenbehörden, Avocation, Bevormundung, Commissarien, Budissin, Geistliche, Gerichte, Gesandte, Gewässer, Militairgerichtsbarkeit, Provocationsproceß, Straßen, Unterthanen, Zeugen, Justizministerium, Staatsverträge, Versicherungsanstalten, (wegen d. Berlin-Anhalt'schen Bahn) Eisenbahnen. **31)** Die ältere Verfassung bis zum Jahre 1835 erhellt aus folgenden Bestimmungen: O.H.G.O. v. 1548. Wer vor das H.G.O. C.A. T. I. S. 1284.; G. der Geistlichen und Schullehrer, ihrer Wittwen, Kinder und Dienstboten: K.O. v. 1580. Tit. Immunit. ib. S. 534., Bef. v. 1. Sept. 1710. ib. S. 839., Rescr. v. 2. Dec. 1740. C.A. C. II. T. I. S. 267., v. 21. Jan. 1746. u. 19. April 1779. ib. S. 365., Regul. v. 31. Mai 1782. §. 22. ib. S. 278., Bef. v. 6. Oct. 1780. ib. S. 377., Rescr. v. 22. Aug. 1791. ib. S. 297., Bef. v. 7. Juli 1800. ib. S. 307., Rescr. v. 4. März 1802. C.A. C. III. T. I. S. 55., Resol. im C.A. C. III. T. I. S. 27. 33., Rescr. v. 24. Oct. 1807. ib. S. 225.; der Academici, welche schriftſ. Grundstücke besitzen: Rescr. v. 24. Nov. 1803. C.A. C. III. T. I. S. 202.; der Pfarrdotalen: Bef. v. 6. Oct. 1617. C.A. T. I. S. 849.; der Hofdiener: Rescr. v. 1. Aug. 1673. ib. S. 1155.; der dimitt. Oberoffiziers: Rescr. v. 11. Jan. 1713. ib. S. 1181.; der honeste dimitt. Offiziers und Soldaten: V. v. 22. Dec. 1718. ib. S. 1197., u. Pat. v. 20. Febr. 1719. ib. S. 2171.; der Räthe und Subalternen des General-Kriegs-Gerichts-Collegii: Rescr. v. 14. Sept. 1805. C.A. C. III. T. I. S. 216.; der Erben der Kirchenvorsteher: Rescr. v. 5. Juni 1806. ib. S. 220.; der Bergakademischen Lehrer und der Bergakademisten: Rescr. v. 2. Jan. 1809. ib. S. 231.; der zur Universität Leipzig gehörigen geistl. Personen: Rescr. v. 19. Jan. 1748. C.A. C. II. T. I. S. 269.; der Advocaten, Actuarien, Notare, Copisten beim O.H.Gerichte: Rescr. v. 28. Juni 1753. ib. S. 551.; der Kammercommissarien: Rescr. v. 23. April 1773. ib. S. 341.; der Hospitalvorsteher und Hospitalleute: Bef. v. 5. Juni 1777. ib. S. 343.; der Hofprädicatisten und bei den zu dem Vermögen schriftsässiger Personen ausgebrochenen Concursen: Rescr. v. 9. März 1781. ib. S. 381.; der niedern Floßbedienten: Rescr. v. 9. Oct. 1781. C.A. C. II. T. II. S. 335.; der Hoffactors und Hofcommissare: Rescr. v. 1. Nov. 1766. C.A. C. I. T. II. S. 1179.; der Stiftssteuer-Einnehmer in Wurzen: Rescr. v. 9. Jan. 1783. C.A. C. II. T. I. S. 449.; der Postofficianten: Post-O. v. 27. Juli 1713. §. 2. C.A. T. II. S. 1048., L.C.W. T. II. S. 98., Gen. u. Regul. v. 10. Juli 1783. C.A. C. II. T. II. S. 551. 553., C.A. C. II. T. III. S. 663. u. L.C.W. T. IV. S. 480. f.; der Kinder verstorbener schriftsässiger Akademiker: Bef. v. 19. Juli 1792 C.A. C. II. T. I. S. 509.; der Gouvernementscancellisten: Bef. v. 29. Juni 1793. ib. S. 1381.; der Universitätsbereiter: Bef. v. 8. Jan. 1795. ib. S. 511.; der Officianten bei der Porzellanmanufactur in Meißen: Rescr. v. 31. Juli 1797. ib. S. 521.; der Forst- und Jagdbedienten: Bef. v. 20. Aug. 1682. C.A. T. II. S. 363., Rescr. v. 1. März 1701. ib. S. 54., Bef. v. 20. Juli 1712. ib. S. 605., Res. gr. v. 12. April 1728. ad 12. C.A. C. I. T. I. S. 48., Gen. v. 5. Nov. 1743. ib. S. 1500.; der Kinderlehrer: Rescr. v. 22. Juli 1772. C.A. C. II. T. I. S. 65.; der in eines Gerichtsherrn Dienste stehenden Personen: Bef. v. 10. Sept. 1777. ib. S. 343.; der Todengräber: Regul. v. 31. Mai 1782. §. 3. ib. S. 273.; der Kirchen- und Gottesackervorsteher: ib. §. 18. ib. S. 277.; der mit Grundstücken ansässigen und bürgerliche Nahrung treibenden Schweitzer: Bef. v. 17. Sept. 1777. ib. S. 345.; der Accisofficianten: Gen.-Conf.-Accis-O. v. 31. Aug. 1707. §. 52. der allgem. Regeln C.A. T. II. S. 1947., Gen. v. 7. Jan. 1721. C.A. C. II. T. II. S. 1109.; der Steuereinnehmer und Steuerbedienten: Ausschr. v. 17. Juni 1702. §. 20. f. C.A. T. II. S. 1766., v. 23. Dec. 1710. §. 16. 17. ib. S. 1826.; der Gendarmen: V. v. 21. Juli 1818. G.S. S. 75., §. 11. des Gen. v. 7. April 1820. G.S. S. 109. Im Allgemeinen vergl. das M. v. 13. März 1822. §. 18. f. G.S. S. 209., u. M. v. 23. Nov. 1825. G.S. S. 143.

Gerichtsstand, in Verwaltungsstreit-, Verwaltungs- und Polizei-Strafsachen. **1)** Es giebt in Verwaltungsstreitigkeiten keinen privilegirten G., vielmehr sind sie, ohne Unterschied des persönlichen G. der Betheiligten, jederzeit bei derjenigen Behörde zu erörtern und

zu entscheiden, vor welche sie nach Beschaffenheit des Gegenstandes gehören. §. 2. d. G. v. 30. Jan. 1835. G.S. S. 88. **2)** Auch in Verwaltungsstrafsachen gilt kein privilegirter G. §. 36. ib. S. 95. **3)** Bei Handlungen gegen die Polizeigesetze, wodurch die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung gestört und gefährdet wird, wo daher, um solches zu verhindern, oder weitern Excessen Einhalt zu thun, ein augenblickliches thätiges Einschreiten der Polizeibehörde des Orts erforderlich ist, ingleichen bei der, der letztern zustehenden Mitwirkung zur Entdeckung begangener Verbrechen selbst, haben die Polizeibehörden ohne Unterschied des dem Excedenten oder Verbrecher für seine Person sonst zustehenden G. die nöthigen Maßregeln zu ergreifen, die zu Erlangung der Beweismittel nothwendigen Erörterungen anzustellen und ersten Befragungen zu veranstalten, auch sich erforderlichen Falls der Person zu versichern. §. 36. cit. unter 1. **4)** Die Untersuchung und Bestrafung der eben bezeichneten, wie aller andern Polizeivergehen erfolgt gegen jeden, ohne Rücksicht auf seinen persönlichen G., in sofern er sich an dem Orte des Vergehens betreten läßt, da, wo er sich solches zu Schulden gebracht hat. An Orten, wo die A.St.O. eingeführt ist oder noch eingeführt wird, bewendet es bei der §§. 252. und 261. der St.O. festgesetzten Competenz der Stadtpolizeibehörde, §. 36. cit. unter 2. **5)** Hier finden aber, sowie überhaupt, folgende Ausnahmen Statt: a) Die Untersuchung und Bestrafung der von wirklichen Militairpersonen an Orten, wo sich Garnisonen befinden, begangenen Polizeivergehen gehört, sofern nicht die Ausnahme unten unter c. eintritt, vor das betreffende Kriegsgericht, welches jedoch den Erfolg des auf etwaige Mittheilung der Polizeibehörde eingeleiteten Verfahrens dieser letztern seiner Zeit jedesmal bekannt zu machen. §. 36. d. G. v. 30. Jan. 1835. G.S. S. 95. Wo die Competenz des betreffenden Kriegsgerichts eintritt, ist das Ministerium des Kriegs in collegialer Zusammensetzung die nächste obere Instanz, an welches die Kriegsgerichte auf die gegen ihre Entscheidung in dergleichen Fällen eingewendeten Recurse Bericht zu erstatten haben. V. v. 25. Jan. 1838. §. 3. G.S. S. 71. b) Beurlaubte Unteroffiziers u. gemeine Soldaten können zwar wegen der während des Urlaubs außerhalb eines Garnisonortes verübten Polizeivergehen von dem Richter, in dessen Bezirke sie sich aufhalten, zur Untersuchung gezogen werden, es kann derselbe auch das Erkenntniß wider sie abfassen, solches jedoch nur dann vollziehen, wenn die Strafe in Geld- oder Gefängniß bis zu 8 Tagen besteht. In andern Fällen ist die Vollziehung der Militairbehörde zu überlassen, welches auch bei der Untersuchung der von beurlaubten Offiziers begangenen Polizeivergehen der Fall ist. G. v. 30. Jan. 1835. §. 36. unter 2. b. G.S. S. 95. Die Polizeibehörde hat sofort nach erfolgter Bestrafung dem betreffenden Kriegsgerichte von dem Falle und der Strafe Nachricht zu geben. V. v. 12. Febr. 1847. G.S. S. 67. [S. wegen gemeiner Vergehen den Art.: Militairgerichtsbarkeit.] c) Wenn Militairs und Personen vom Civilstande außer dem sub b. bestimmten Falle zusammen ein Polizeivergehen sich zu Schulden kommen lassen, so kann die Untersuchung im Einverständnisse der Militairbehörde auch gegen die Militairs von der Civilbehörde geführt werden; die Vollziehung der Strafe gegen die Militairpersonen ist aber der Militairbehörde zu überlassen. §. 36. cit. unter c. ib. d) Nach der neml. §. unter d. haben die Bergämter, und in höherer Instanz das Oberbergamt die Disciplinarpolizei über das ihnen untergebene Berg- und Hüttenpersonal und die polizeiliche Aufsicht innerhalb der zum Betriebe des Berg- u. Hüttenwesens selbst erforderlichen und gangbaren Tag- und Grubengebäude, Locale und Räume. Auch hier stehen jedoch den Ortspolizeibehörden die oben unter 2. erwähnten polizeilichen Vorkehrungen, und, wenn es auf allgemeine wohlfahrts- und sicherheitspolizeiliche Maßregeln ankommt, das Befugniß zu, an den der Bergpolizei unterworfenen Orten selbst die erforderlichen Nachforschungen anzustellen, Anordnungen

zu treffen, und sie zur Ausführung zu bringen. Ob und in wieweit in Städten, in welchen die A.St.O. eingeführt ist, und, wo neben der Stadtpolizeibehörde ein Bergamt besteht, die Vorschrift §. 252. gedachten Gesetzes in Bezug auf das daselbst sich aufhaltende Berg- und Hüttenpersonal sonst noch zur Anwendung kommt, ist an jedem dieser Orte nach dem Inhalte des daselbst errichteten Localstatuts zu beurtheilen. §. 36. cit. unter d. G.S. v. 1835. S. 96. Hierzu aber s. die Art.: Bergämter, Gerichtliche Polizei. e) Die Studirenden auf der Universität Leipzig behalten in den in Leipzig u. dessen Polizeibezirk vorkommenden Polizeiangelegenheiten ihre zeitherige Behörde, G. v. 30. Jan. 1835. §. 36. unter e. G.S. S. 96. f) Ueber den G. vor den Elbzollgerichten sehe man die V. v. 16. Nov. 1844. §§. 4—9. G.S. S. 278. f. nach. **6)** S. noch die Art.: Polizei, Unterthanen, Untersuchungsabgabe.

Gerichtsstand, in Criminalsachen. **1)** Die hier seit dem Jahre 1820. bis zum Eintritte der neuen Gerichtsorganisation und Strafproceßgesetzgebung des J. 1855. maßgebenden Bestimmungen enthalten: die V. v. 7. Febr. 1820. G.S. S. 9., die V. v. 22. Aug. 1821. G.S. S. 92., die V. v. 14. März 1822. G.S. S. 221., v. 20. März 1822. ib. S. 222., V. v. 20. Sept. 1828. G.S. S. 213., V. v. 31. Aug. 1829. G.S. S. 146., v. 7. Oct. 1829. G.S. S. 171., v. 28. Oct. 1829. ib. S. 173., G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 65., G. v. 30. März 1838. G.S. S. 197., V. v. 18. Mai 1839. G.S. S. 165., V. v. 5. Sept. 1844. G.S. S. 271. Vorher: Ausschr. v. 1. Oct. 1555. Tit. daß man die Uebelthäter u. s. w. C.A. T. I. S. 50., Res. gr. v. 23. April 1612. Justizs. §. 24. ib. S. 182., Res. gr. v. 22. Juni 1661. Tit. von Justitiens. §§. 44. 45. 46. ib. S. 226., Const. was vor Fälle zu Ober- und Erbgerichten gehörig, vom Jahre 1506. C.A. T. I. S. 1043., Postordnung v. 27. Juli 1713. §. 2. C.A. T. II. S. 1047., V. v. 6. Febr. 1828. die unter geistl. Jurisdiction verübten Verbrechen betr. G.S. v. 1828. S. 19., wozu §. 17. d. V. v. 9. April 1836. G.S. S. 89. zu vergleichen ist. **2)** Die neuesten a) zwischen den Kronen Sachsen und Preußen vereinbarten Bestimmungen zu Leistung gegenseitiger Rechtshilfe in Criminalsachen, namentlich über den G., Bestrafung der Forstfrevel, Selbstgestellung, Auslieferung, Annahme der Ausgelieferten, Gestellung von Zeugen u. dergl. m. enthält die Ministerialerkl. v. 30. Nov. 1839. Art. 35—43. G.S. S. 330., — b) und die über dieselben Gegenstände zwischen den Kronen Sachsen und Sachsen-Altenburg: die Ministerialerkl. v. 20. Juni 1840. Art. 35—43. G.S. S. 143. Die Convention wegen der Forstfrevel an der Sachsen-Altenburgischen Grenze v. $\frac{\text{20. Sept.}}{\text{9. Oct.}}$ 1823. bleibt auch ferner bei Kräften; ib. Art. 35. S. 143. Wegen gleicher Vereinbarung mit Reuß ältrer u. jüngrer Linie sowie Weimar-Eisenach u. Coburg-Gotha müssen die unter Gerichtsstand in bürgerlichen Rechtssachen angeführten Vereinbarungen nachgesehen werden. **3)** Gegenwärtig ist der G. für alle im Inlande begangenen Verbrechen, und zwar sowohl für die vor das Bezirksgericht, als für die vor den Einzelrichter gehörigen (s. Untersuchungs-Zuständigkeit), soweit nicht in Art. 51. u. 52. d. Str.Pr.O. Ausnahmen festgesetzt worden sind, der der begangenen That. Str.Pr.O. v. 1855. Art. 48. G.S. S. 339. Die Zuständigkeit des Gerichts der begangenen That erstreckt sich auf alle Theilnehmer u. Begünstiger des Verbrechens, auch wenn die betr. Handlungen derselben in anderen Gerichtsbezirken verübt worden sind. — Gleiches gilt von den Partierern, es wäre denn, daß keiner der Theilnehmer des Verbrechens, in Bezug auf welches die Partiererei verübt worden, zur Untersuchung gezogen wäre; solchenfalls ist der Vorschrift des Art. 50. (s. unten bei 6.) nachzugehen. Ang. Art. 48. ib. u. f. Art. 46. im Art.: Untersuchungszuständigkeit. **4)** Als Ort der begangenen That ist derjenige anzusehen, an welchem die Handlung vorgenommen worden ist, welche das Wesen des Verbrechens ausmacht, ohne Unterschied, ob das Verbrechen in den Grenzen des Versuchs stehen geblieben oder ob es vollendet und wo solchenfalls der etwa nach dem Gesetze zur Annahme der Vollendung

nöthige Erfolg eingetreten ist. War die wesentliche Handlung noch nicht vorgenommen worden, so entscheidet der Ort, woselbst der Angeschuldigte zuletzt für Ausführung des Verbrechens thätig gewesen ist. Str.Pr.O. Art. 49. **5)** Ist der Ort der That ungewiß oder ist es streitig, zu welchem Gerichte derselbe gehöre, oder ist die That auf der Grenze mehrerer Gerichtsbezirke begangen worden, so ist unter den mehreren Gerichten das zuvorkommende zuständig und als Gericht der begangenen That anzusehen, also dasjenige, bei welchem zuerst in Betreff dieses Verbrechens ein Antrag auf Untersuchung gestellt wird oder auch, bei Einzelgerichtssachen, welches zuerst durch den Beschluß, die Untersuchung einzuleiten, von seiner Zuständigkeit Gebrauch gemacht hat. ib. **6)** Bei den Verbrechen der Unterschlagung, des Bankrotts und der Partiererei ist das Gericht des Wohnorts, wofür in dessen Ermangelung der letzte Aufenthaltsort des Angeschuldigten im Inlande u. in dessen Ermangelung der Ort, wo derselbe ergriffen worden, anzusehen ist, als das Gericht der begangenen That zu betrachten. Str.Pr.O. Art. 50. **7)** Die bei 3. erwähnt. Ausnahmen betreffen zuvörderst die im Auslande verübten Verbrechen. a) Bei diesen ist das Gericht des Wohn- oder des Aufenthaltsorts (cit. Art. 50.) als solches und, wenn der Angeschuldigte weder Wohn- noch Aufenthaltsort im Inlande hat od. gehabt hat, das Gericht, in dessen Bezirke er ergriffen worden, sofern die Verbrechen in hiesigen Landen zu untersuchen sind, zuständig. ib. Art. 51. b) Haben an dem Verbrechen mehrere Personen Theil genommen oder es begünstigt, bei denen nach vorstehender Bestimmung verschiedene Gerichte zuständig sein würden, so ist unter ihnen das zuvorkommende Gericht (vergl. oben no. 5.) zur Untersuchung wegen dieses Verbrechens rücksichtlich aller Theilnehmer u. Begünstiger zuständig. ib. c) Hat jedoch der Thäter oder nur einer der Theilnehmer und Begünstiger hierüber noch im Inlande strafbare Handlungen begangen, so ist dasjenige inländische Gericht, welches für die im Inlande verübten Verbrechen zuständig ist (vergl. auch Art. 53. 54. 58. unter: Untersuchungs-Zuständigkeit), auch zur Untersuchung in Betreff der ausländischen Verbrechen zuständig. Ang. Art. 51. d) Gehörten aber die im Inlande verübten Verbrechen zu der Zuständigkeit des Einzelrichters, während die im Auslande verübten zu der des Bezirksgerichts gehörten, so hat das Bezirksgericht des Bezirks, zu welchem der nach Obigem zuständige Einzelrichter gehört, die Untersuchung wegen aller dieser Verbrechen zu führen. Ang. Art. 51. e) Vergl. noch wegen der Verbrechen im Auslande die Artikel: Bodenbach, Bund. **B.** Ferner ist ausnahmsweise das Gericht des Wohnorts des Angeschuldigten und in dessen Ermangelung des letzten Aufenthaltsorts und in dessen Ermangelung des Orts, wo derselbe ergriffen worden, zuständig bei den Vergehen der Ehrverletzung und des Ehebruchs, auch wenn bei diesen Vergehen mehrere Personen betheiligt sind. Str.Pr.O. Art. 52. **8)** S. noch die Art.: Kriegsstand, Privatanklage, und (insbesondere mit wegen der Competenz der Gerichte in Sachen, welche zunächst vor Verwaltungsbehörden gehören den Art.:) Untersuchungs-Zuständigkeit, Untersuchungsabgabe; ferner: Ausländer, Auslieferung, Gerichte, Gesandte, Justizministerium, Militairgerichtsbarkeit.

Gerichtsstelle. S. Acten, Recognition..., Gerichtsferien, Testamente, Vermächtnisse, Eid, Gerichtsbarkeit, Gerichtsstand, Armenrecht.

Gerichtstag. S. Patrimonialgerichte, Termin, Erndte.

Gerichtsverwalter. S. Patrimonialgerichte.

Gerichtsvorstand, s. die Citate unter: Gerichtsdirigent.

Gerichtswegen, s. Amtshalber.

Gerichtszwang. S. Gerichtsbarkeit.

Gering. S. Geringfügige R., Münzwesen, Kranke, Arme, Rügenproceß, Militairgerichtsbarkeit, 11. b.

Geringfügige Rechtssachen.

A. Causa minuta. **1)** In solchen

Sachen, besonders zwischen armen und geringen Leuten, soll Streitigkeiten durch Vergleichsverhandlungen möglichst vorgebeugt werden. M. v. 23. Juni 1663. C.A. T. I. S. 1144., M. v. 28. Nov. 1753. C.A. C. I. T. I. S. 383. **2)** Als g. R. sind anzusehen: a) alle diejenigen Rechte, Servituten, jährlichen Leistungen und Reallasten, welche nicht incertae aestimationis sind, sondern in einen landüblichen Anschlag gebracht werden können, und danach jährlich nicht über 1 bis 2 Thlr. im 14Thalerfuße betragen, M. v. 28. Nov. 1753. §. 1. a. C. A. C. I. T. I. S. 383., V. v. 28. Nov. 1840. §. 6. 7. G.S. S. 418.; b) wenn die in einer Klage oder Widerklage enthaltene Forderung zwar mehr als 50 Thlr. im 14Thalerfuße ausmacht, der Beklagte jedoch soviel daran pure zugesteht, daß das Residuum die Summe von 50 Thlrn. im 14Thlr.fuße nicht übersteigt, M. v. 1753. §. 1. b., l. c., E.P.O. ad Tit. I. §. 6. S. 9., G. v. 16. Mai 1839. §. 43. sub 1. G.S. S. 154., Ang. V. v. 1840. l. c. S. noch unten e.; c) wenn etliche von verschiedenen causis agendi herrührende Posten, deren keine an Capital sich über 50 Thlr. im 14Thalerfuße beläuft, in einer Klage cumulirt werden, und zusammen nicht über 100 Thlr. im 14Thalerfuße betragen, M. v. 1753. §. 1. unter c., l. c., G. v. 16. Mai 1839. §. 43. unter 1. l. c., ang. V. v. 1840. l. c.; d) wenn über ein Grundstück gestritten wird, was nach dem letzten Kaufe oder sonst beigebrachten wahren Werthe nicht über 50 Thlr. im 14Thalerfuße werth ist, ang. M. v. 1753. §. 1. unter d., l. c., V. v. 28. Nov. 1840. l. c. e) Nach dem M. v. 1753. §. 1. b., l. c., sind bei Bestimmung, ob eine Summe für geringfügig zu achten sei, Zinsen nicht in Anschlag zu bringen, außer, wenn sie das alterum tantum erreichen, als welchen Falls die Sache pro causa ordinaria zu halten sei. Nach dem G. v. 16. Mai 1839. §. 43. unter 2. sollen Zinsen und andere mit dem Hauptgegenstande zugleich eingeklagte Nebenforderungen auch dann nicht in Anschlag gebracht werden, wenn sie den Betrag der Hauptforderung übersteigen sollten. G.S. v. 1839. S. 154. f) Wenn der Beklagte einen 50 Thlr. übersteigenden Gegenanspruch vorschützt, so können sich die Parteien vereinigen, daß solcher nach seinem ganzen Umfange, gleich einer geringen Forderung erörtert u. darüber entschieden werde. Erfolgt eine solche Vereinigung nicht, so kommt der Gegenanspruch nur bis zur Höhe der klägerischen Forderung, auch nur für den Zweck der eventuellen Lossprechung des Beklagten in Betracht. Gesetzt aber, es könnte in soweit über den Gegenanspruch nicht erkannt werden, ohne der Entscheidung über den Ueberrest desselben vorzugreifen, so hat der Verklagte den Kläger einstweilen zu befriedigen, oder den Schuldbetrag, wenn die in der E.P.O. ad Tit. 6. §. 1. S. 56. angegebenen Bedingungen vorhanden sind, gerichtlich zu deponiren, und den Gegenanspruch besonders auszuführen. Die Klage für diesen Zweck muß aber innerhalb 4 Wochen vor der Deposition an eingereicht werden, sonst ist dem Kläger der deponirte Schuldbetrag einzuhändigen. G. v. 16. Mai 1839. §. 43. unter 3. u. §. 22. G.S. S. 154. 149. **3)** Die Giltigkeit des M. v. 28. Nov. 1753. für die Lausitz ist mit der im §. 5. b. M. v. 12. März 1821. G.S. S. 22. enthaltenen Ausnahme schon im M. v. 13. März 1821. §. 4. G.S. S. 37., und das M. v. 3. April 1824. §. 18. G.S. S. 50. ausgesprochen worden, jedoch mit der Erläuterung in dem Rescr. v. 10. Aug. 1826. G.S. S. 205.: daß es bei dem frühern Normalbetrage von 50 Thalern in der Lausitz ferner bewende. Vergl. noch das O.A.Pat. v. 14. April 1810. §. 4. L.E.W. T. V. S. 42. Nach dem G. v. 16. Mai 1839. §. 43. pr. G.S. S. 154. sind aber das M. v. 1753. und die dazu gehörigen Verordnungen im ganzen Lande in denjenigen ganz geringen (Bagatell-) Sachen nicht mehr in Anwendung zu bringen, wofür das ang. G. v. 1839. ein eignes Verfahren (vergl. unten no. 21. f.) vorgeschrieben hat. Außerdem sind jene, mit Ausnahme der Bestimmungen, welche die Normalbeträge betreffen (oben no. 1. b. c. e. u. f.), noch ferner in Kraft. Ang. G. v. 1839. §. 43. pr. G.S. S. 154. **4)** Zwischen pe-

titorium und possessorium ist in g. R. kein Unterschied zu machen, M. v. 28. Nov. 1753. §. 2. C.A. C.I. T.I. S. 383. **5)** Es bedarf in g. R. keiner förmlichen Klage; sie kann auch mündlich angebracht und zu den Acten registrirt werden, E.P.O. ad Tit. 5. §. 1. S.45., M. v. 1753. §.3. l.c. **6)** Darin kann weder auf Bestellung eines Kostenvorstands, noch einer Caution der Widerklage halber bestanden werden, Rescr. v. 15. Dec. 1725. C.A. C.I. T.I. S. 275., Laus. M. v. 3. April 1824. §. 18. unter 3. G.S. S. 50. **7)** Die Klage muß jedenfalls deutlich und schlüssig sein. Wenn der Kläger nichts zum Beweise vor sich hat, auch den Eid nicht deferirt, so ist er sofort abzuweisen, §. 3. d. M. v. 1753. C.A. C.I. T.I. S. 383. **8)** Die Vorladung erfolgt, wenn Gefahr im Verzuge, mündlich, außerdem schriftlich, jedenfalls unter der angemessenen Rechtsverwarnung, zur Einlassung auf die Klage oder zur Recognition der abschriftlich mit zu übergebenden Urkunden, mit einer Frist von 14 Tagen oder höchstens 3 Wochen oder einer noch kürzeren Frist bei Dringlichkeit der Sache, unter Beifügung von Abschriften des Klagvorbringens und dessen Beilagen. §. 3. d. M. v. 1753. C.A. C.I. T.I. S.383., E.P.O. ad Tit. 4. §. 1. S. 38., M. v. 1753. §. 3. l. c. **9)** Die Insinuation der Vorladung ist an die allgemeinen Regeln gebunden. E.P.O. ad Tit. 4. §. 2. S. 83., M. v. 1753. §. 3. l. c. **10)** Wider den Außenbleibenden wird in contumaciam erkannt. M. v. 1753. §. 3. l. c., G. v. 27. Oct. 1834. I. G.S. S. 247. **11)** Im Termine ist, wenn die Parteien erscheinen, nach dem Ermessen des Richters ohne Zulassung von Advocaten, die Güte mit besonderm Fleiße zu pflegen. §. 4. des M. v. 1753. l. c. **12)** Die Eidesdelation ist, im Mangel andern Beweises, beiden Parteien unbenommen, §. 5. d. M. v. 1753. l. c. Wegen Abhörung angegebener Zeugen vergl. den Art.: Zeugen. **13)** Die Gewissensvertretung hat nicht Statt, sondern derjenige, welchem der Eid angetragen ist, hat sich über die Acceptation oder Relation des Eides, bei Verlust derselben, sofort zu erklären, worauf die Leistung des delatum oder relatum erfolgen soll, §. 5. des M. v. 1753. l. c. **14)** Einreden gegen die Klage sind bei Verlust derselben vor Abfassung des Erkenntnisses oder der Acteninrotulation beizubringen, §. 5. cit. **15)** Die Entscheidung erfolgt in Ermangelung eines Vergleichs, allenfalls auf vorgängigen Reinigungs- od. Erfüllungs-Eid vom Richter, oder durch ein eingeholtes Decisum, mit Berücksichtigung dessen, was angemessen u. billig ist, stets aber definitiv, §. 4. d. M. v. 1753. C.A. C.I. T.I. S. 384., E.P.O. ad Tit. 1. §. 6. S. 10. Wo möglich soll der Richter selbst entscheiden, O.A.Pat. v. 18. Jan. 1808. §. 3. L.E.W. T. V. S. 30. **16)** Die Entscheidung ist stets auf die Kosten, die festgestellt und entweder compensirt, oder dem Verurtheilten auferlegt werden sollen, mit zu richten, §. 4. d. M. v. 1753. l. c. **17)** Im Betreff der Appellation gegen die Erkenntnisse in g. R. sehe man den Artikel: Appellation nach. **18)** Der Verurtheilte soll weder mit der Execution, noch in der Art derselben zur Ungebühr beschwert werden, vielmehr sind Immissionen, Sequestrationen, Auctionen und Subhastationen möglichst zu vermeiden, und dagegen dem Kläger durch Auspfändung, Angabe an Zahlungsstatt oder andere legale Art, wie sie dem Schuldner am Leidlichsten fällt, zu dem Seinen zu verhelfen, §. 9. d. M. v. 1753. C.A. C.I. T.I. S. 385., Laus. M. v. 13. März 1821. §. 4. G.S. S. 38., u. v. 3. April 1824. §.18. G.S. S. 50. Vergl. noch den Art.: Executionsverfahren, 30. **19)** Unbegründete Beschwerdeführungen und Appellationen sind zu bestrafen, §. 9. des M. v. 1753. l. c. **20)** Richter und Advocaten, die des geringen Kostenverdienstes halber in g. R. Expeditionen oder ihre Assistenz verweigern würden, oder die Kosten taxwidrig ansetzen, sollen gestraft werden, §. 11. u. 10. d. M. v. 1753. l. c. S. dazu: Advocaten. **B.** Causaminutissima, Bagatellsache. **21)** Durch das G. v. 16. Mai 1839. G.S. S. 144. f. ist in Streitigkeiten über ganz geringe Civilan-

sprüche (Bagatellsachen) ein noch kürzeres Verfahren, als das für andere g. R. gesetzlich vorgeschriebene, eingeführt worden, §. 1. ib. **22)** Nach den Vorschriften dieses G. sind zu behandeln: alle diejenigen Rechtsstreitigkeiten über Civilansprüche, deren Gegenstand den Betrag oder Werth von 20 Thlrn. (im 14 Thalerfuße, V. v. 28. Nov. 1840. §. 6. 7. G.S. S. 418.) nicht übersteigt, §. 2. d. G. v. 16. Mai 1839. G.S. S. 144. Geringf. Expensforderungen, welche besonders verfolgt werden, gehören ebendahin. V. v. 31. Jan. 1845. G.S. S. 26. **23)** Ausgeschlossen davon sind jedoch: a) Ansprüche, welche auf den Erwerb, das Eigenthum oder den Civilbesitz eines Grundstücks gerichtet sind, ingleichen b) solche, welche die mit dem Besitze eines Grundstücks verbundenen Berechtigungen u. Verpflichtungen betreffen, und c) solche, deren rechtliche Beurtheilung auf Erörterung umfänglicherer Rechte und Verbindlichkeiten beruht, welche der Kläger dabei in Anspruch nimmt, §. 2. ib. **24)** Vorstehender Bestimmung (no. 23. unter b. u. c.) ungeachtet können auch Ansprüche auf Rückstände größerer Leistungen, oder verfallene Termine derselben, ingleichen Capital- od. Miethzinsen, sowie Reallasten von Grundstücken, wenn diese Ansprüche an sich den Werth von 20 Thlrn. nicht übersteigen, in dieser Proceßart eingeklagt und verhandelt werden, so lange nicht die Hauptverbindlichkeit selbst, auf welcher dergleichen Ansprüche beruhen, streitig wird, §. 3. ib. **25)** Der Richter hat daher auch die dahin gerichteten Klagen anzunehmen und in den vorgeschriebenen Formen fortzustellen, den Proceß jedoch sofort zu sistiren, sobald der Klagegrund soweit geleugnet ist, daß in Ermangelung eines andern (z. B. auf ein besonderes Versprechen gerichteten) die Entscheidung der Sache von der rechtlichen Ausführung der Hauptverbindlichkeit abhängig wird, ib. **26)** In diesem Falle ist der Kläger zu Anstellung einer andern Klage zu verweisen, od. es ist, dafern der Kläger die angebrachte Klage fortzustellen sich erklären würde, darauf die anderweite Ausfertigung, nach Maßgebung der nach Beschaffenheit der Sache zur Anwendung kommenden Proceßgesetze anzuordnen, ib. **27)** Ob der Werth des Streitgegenstandes die angegebene Summe übersteige oder nicht, ist lediglich nach dem Betrage der Hauptforderung zu bestimmen, §. 4. ib. **28)** Auf Zinsen, Nutzungen, Schäden und Kosten, welche neben dem Hauptgegenstande gefordert werden, ist hierbei keine Rücksicht zu nehmen, selbst wenn die Nebenforderung ein Mehreres, als die hauptsächliche betragen sollte, §. 4. ib. **29)** Auf ein Klagvorbringen, welches mehrere, für sich bestehende Ansprüche umfaßt, ist das in dem G. v. 16. Mai 1839. vorgeschriebene Verfahren nur dann einzuleiten, wenn der Gesamtbetrag der einzelnen Hauptforderungen, sie mögen auf einem und demselben Grunde oder auf verschiedenen Gründen beruhen, die §. 2. d. G. (s. oben no. 22.) bestimmte Summe nicht übersteigt, §. 5. ib. **30)** Die übrigen Vorschriften des G. v. 16. Mai 1839. über den Bagatellproceß sind in den Art.: Appellation, I. 6., II. 6. 12. 14., III. A. 1. 9., ferner: Compromisse, Eid, Erkenntnisse, Executionsverfahren, Kosten, Sachverständige, Stempelfreiheit, Stempelsteuer, Termin, Urkunden, Verfahren, Vollmacht, Vorladung, Zeugen nachzusehen. **31)** Wenn der ursprünglich beträchtlichere Gegenstand einer Klage durch Erklärungen oder Handlungen der Parteien, oder auch ohne deren Zuthun, sich soweit vermindert, daß nur ein ganz geringer Anspruch übrig bleibt, so ist, dafern sich dieß a) noch vor dem Termine od. in demselben bei dem mündlichen Verhöre ergiebt, die Sache sofort nach den Vorschriften des G. v. 16. Mai 1839. zu behandeln und zu entscheiden. b) Erfolgt aber die Veränderung erst dann, wenn die Parteien bereits ein schriftliches Verfahren angetreten haben, so ist zwar der Rechtsstreit in denjenigen Formen fortzustellen, welche zu beobachten sein würden, wenn diese Veränderung nicht eingetreten wäre; die Entscheidung aber ist mit Rücksicht auf die wegen

Begründung derselben in jenem Gesetze gegebenen Bestimmungen zu ertheilen und nach Bekanntmachung des Bescheids das weitere Verfahren ebenfalls dem G. v. 16. Mai 1839. gemäß einzurichten, §. 44.ib. **32)** Das M. v. 28. Nov. 1753. (oben no. 1.f.) und das G. v. 16. Mai 1839. (oben no. 21.f.) sind auch von den Elbzollgerichten in den vor ihnen anhängig werdenden geringen od. ganz geringfügigen Schuldsachen anzuwenden, und das M. v. 1753. ohne Rücksicht auf Werthsgrenzen, wenn der Beklagte ein Ausländer ist. V. v. 16. Nov. 1844. §. 10. G.S. S. 280. **33)** S. Assessurgebühren, Besitz, Executionsproceß, Executivproceß, Gesinde, 61., Dikasterien, Rügenproceß, Nullität...

Geringfügige Diebstähle, s. Diebstahl; G. Körperverletzung, s. d.

Geringschätzung. S. Auflauf, Beleidigung, Gesinde, 27.

Geringswalde. Die Sparcasse: Decr. v. 30. Dec. 1853. G.S. v. 1854. S. 23.

Gerinne. S. Fachbäume.

Gerste. S. Ablösung, Getreide.

Gerüchte. **1)** Wer durch geflissentliche Verbreitung unwahrer G. über die Vermögens- oder persönlichen Verhältnisse eines Anderen, oder dadurch, daß solche G. als Thatsache nacherzählt, denselben in Nachtheil bringt oder in seinem Fortkommen behindert, ist auf Antrag mit Gefängniß bis zu 4 Monaten zu bestrafen. Uebersteigt die zu erkennende Strafe nicht die Dauer von 2 Monaten, so kann statt derselben auf Geld bis zu 200 Thalern erkannt werden. Str.Gb. v. 1855. Art. 338. **2)** S. Nachrichten, Untersuchungs-Just..., Gerichtsstand, Staatsgefährliche H., Verleumdung.

Gesänge, s. Lieder, Gesangbücher.

Gesäß. S. Züchtigung.

Gesätze. S. Verfahren.

Gesamtcanzlei. **1)** Ueber die Zusammensetzung und Competenz der Schönburgischen G. zu Glaucha giebt §. 5. f. d. Erl.-Recesses v. 9. Oct. 1835. G.S. S. 612. nähere Nachweisung. In den Schönburgischen Receßherrschaften vertritt sie in den Fällen der §§. 2. 9. 10. 11. 17. 24. 29. 35. d. G. v. 9. Oct. 1840., den Gewerbsbetrieb auf dem Lande betr., die Stelle der Regierungsbehörde. Die Recurse gegen ihre Resolutionen gehen hier unmittelbar an das Ministerium des Innern. §. 36. dess. G. G.S. v. 1840. S. 253. **2)** S. Canzleidirector, Vorfälle, Buchdruckereien, Polizei.

Gesamte Hand. **1)** Daß die Lehnsfolge der Seitenverwandten nur auf der g. H. beruht, spricht das Torgauer Ausschr. v. 18. Mai 1583. Tit. Welchergestalt die Agnaten C.A. T. I. S. 150. u. M. v. 30. April 1764. Tit. 1. §. 1. C.A. C. I. T. I. S. 1022. aus. **2)** Da die g. H. durch Absterben des Lehnherrn oder des Vasallen und Besitzers gebrochen wird, so muß sie binnen Jahr und Tag, von Zeit der erlangten Wissenschaft an, gesucht werden. 45. Const. P. II. v. 1572. C.A. T. I. S. 101., M. v. 30. April 1764. Tit. 1. §. 3. **3)** Ebenso wird die g. H. durch Theilung der Lehngüter gebrochen, und sie muß daher in solchen Fällen ebenfalls erneuert werden, ang. Const. ib., u. M. v. 30. April 1764. Tit. 1. §. 6. C.A. C. I. T. I. S. 1023. **4)** Durch Verkauf aber wird sie, wenn derjenige, welcher die g. H. hat, nicht mittelst Reverses eingewilligt hat, oder wenn nicht Verjährung eingetreten, nicht gebrochen. Ang. Const. 45. ib. **5)** Unterläßt derjenige, welcher die g. H. hat, die Erneuerung oder nach Befinden Suchung derselben, ohne Indult erlangt zu haben, so ist er der g. H. verlustig. M. v. 12. Nov. 1691. C.A. T. I. S. 1969., M. v. 30. April 1764. Tit. 5. §. 1. C.A. C. I. T. I. S. 1029. **6)** Nach dem G. v. 22. Febr. 1834. §. 1. G.S. S. 67. findet aber eine Erneuerung der Lehn wegen der in Person des Königs sich ereignenden Veränderungen nicht mehr Statt; und nach §. 2. ebensowenig die Erneuerung der g. H. wegen Veränderungen in der Person des Hauptvasallen. **7)** In Folge dieser Vorschrift findet auch, wenn bereits beliehene und gegenseitig in der g. H. stehende Mitbesitzer eines erbländ. Lehnguts, Antheile desselben unter sich veräußern od. verfällen, eine Erneuerung der g. H. gegen einander

rücksichtlich des neuacquirirten Antheils am Lehne von Seiten der im Besitze des Letztern verbleibenden Vasallen nicht weiter Statt. Wohl aber ist von ihnen die Lehn an diesem Antheile, ingleichen von demjenigen vorherigen Mitbesitzer, welcher seinen Antheil veräußert und daran die g. H. sich vorbehalten hat, solche binnen gehöriger Frist zu befolgen. Bek. v. 9. Dec. 1834. §. 2. G.S. S. 461. **8)** Nach Oberlausitzer Lehnrecht bedarf es, da die Lehngüter in Mangel von Leibes-Lehnserben auf die Agnaten bis mit Einschluß des 7ten Grades fallen, Seiten derselben keine Suchung oder Erneuerung der g. H., wofern nicht der in der g. H. Stehende zum Posseß des Lehns selbst gelangt. Privil. Max. v. 9. Aug. 1575. C.A. T. III. S. 350. u. L.C.W. T. I. S. 1032., Lehns-O. v. 29. Juli 1652. ib. S. 1037. u. C A. T. III. S. 353. Es erlöscht aber die g. H. der zur Succession gelangenden Mitbelehnten durch ihre Resignation zu Gunsten der Landerben, Rescr. v. 24. Dec. 1781. C.A. C. II. T. III. S. 583. u. L.C.W. T. IV. S. 475., und es muß daher der Acquirent eines neuen Lehns, wenn er die vorigen Mitbelehnten beibehalten will, selbige von neuem präsentiren und für sie um die g. H. bitten. ib. **9)** S. Erbgüter, Erblehngüter, Aufenthalt, Bauergüter, Concurs, Wiederkauf.

Gesamtheit. S. Arrest, I., Gemeinheiten, Aufenthalt, Corporationen.

Gesamtministerium. Das G. ist die oberste collegiale Staatsbehörde, und besteht aus den Vorständen der einzelnen Ministerien. §. 41. d. V.U. v. 4. Sept. 1831. G.S. S. 250. Vor das G. gehören: **1)** die nach §. 133. d. V.U. nöthigen Communicationen mit den versammelten Ständen; **2)** die Begutachtung der Gesetze, nach deren in den Ministerial-Departements erfolgter Vorbereitung, in soweit sie nicht an den Staatsrath gewiesen wird; **3)** Differenzen der Ministerien unter sich und die Begutachtung der über einzelne Ministerien bei des Königs Majestät eingehenden Beschwerden, in soweit Derselbe eine nähere Erörterung oder Begutachtung für nothwendig erachtet; **4)** die Berathung über das Staatbudget, dessen Zusammenstellung jedoch dem Finanz-Ministerio zukommt; **5)** alle andere wichtige, nicht ausschließend in den Bereich eines einzelnen Ministerial-Departements gehörige, sowohl innere, als auswärtige Verhältnisse angehende Landesangelegenheiten, insbesondere die Bundestagssachen; **6)** die Aufsicht über das geheime Archiv; **7)** die Redaction des Gesetz- und Verordnungsblattes; **8)** diejenigen Sachen, die der König in einzelnen Fällen zur Begutachtung dahin verweist. §. 4. G. d. V. v. 7. Nov. 1831. G.S. S. 329. **9)** Aus demselben empfängt die Commission für Entscheidung über Competenzzweifel zwischen Justiz- und Verwaltungsbehörden die Aufforderung zur Ertheilung der Entscheidung. §. 5. 7. d. G. v. 13. Juni 1840. G.S. S. 98. **10)** Die aus demselben früher ergangenen Verfügungen an die Oberlaus. Behörden sind weggefallen. V. v. 2. Dec. 1834. G.S. S. 481. **11)** Vergl. auch die Artikel: Berichte, Bußtage, Gesetze, Grenze, Landesschulen, Ministerialdepart..., Patronatrecht, Regierungsverwesung, Sonntags..., Staatsgerichtshof, Staatsrath, Superintendenten, Augsburgische C., Collecten, Hofgeistliche, Kirchen, Kirchen- und Schuldeputation, Landesconsistorium, Landesschulen, Oberlausitz, Oberrechnungskammer, Ständeversammlung, Stiftungen, Staatsminister, Verfassung, Presse, Kriegsstand.

Gesamtregierung zu Glaucha. **1)** Diese ist nach §. 1. des Erl.-Recesses v. 9. Oct. 1835. G.S. S. 611., V. v. 23. Jan. 1836. G.S. S. 8. aufgehoben worden, und ihre Geschäfte (man vergl. §. 41. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 71., §. 38. d. M. v. 13. März 1822. G.S. S. 218.) sind an die betreffenden Behörden übergegangen. §. 13. f. d. Erl.-Recesses v. 9. Oct. 1835. G.S. S. 614. **2)** S. Testamente, 17.

Gesamtstrafe. S. Concurrenz IV., Erkenntnisse IV., Vollstreckung.

Gesandte, Geschäftsträger. **1)** G. u. G. sind von indirecten Abgaben be-

freit. V. v. 29. Nov. 1830. G.S. S. 219., Zollvereinigungs-Vertrag v. 30. März 1833. Art. 25. G.S. S. 170., §. 1. des G. v. 6. Dec. 1834. G.S. S. 473., V. v. 6. Dec. 1834. §. 1. ib. S. 478. **2)** Die Inhibition ihrer Gehalte kann ohne besondere höchste Genehmigung nicht erfolgen. M. v. 29. Mai 1829. G.S. S. 101. (Vergl. das Rescr. v. 3. Aug. 1785. §. 1. C. A. C. II. T. I. S. 1.) **3)** Wiefern die Verwendung hierländischer Behörden bei Sächsischen, an auswärt. Höfen accreditirten G. u. Consuln gestattet sei, verfügt die V. v. 26. Sept. 1829. G.S. S. 163., Lauf. V. v. 26. Oct. 1829. ib. S. 170., Bek. v. 11. Nov. 1854. G.S. S. 199. **4)** Fremde, durchreisende, G. genießen das Recht der Exterritorialität, V. v. 1. Aug. 1840. G.S. S. 205., und auf Klagen, welche gegen sie angebracht werden, ist nicht zu verfügen, sondern (zum Justizministerium) Bericht zu erstatten. Rescr. von 28. Aug. 1799. C. A. C. III. T. I. S. 193. **5)** Die im Auslande residirenden königl. sächsischen G. sind angewiesen, ordentlich vollzogene ausländische Pässe sächsischer Behörden, auf Verlangen, mit ihrem Visum zu legalisiren. Regul. v. 27. Jan. 1818. Cap. 1. §. 8. C. A. C. III. T. I. S. 555. **6)** S. Requisitionen, Auswärtige ..., Ausländer, Gewerb- und Pers., Urkunden, 24., Verkümmerung, Recognitionsreg..., Staatsgefährliche H.

Gesandtschaftspaß. S. Reiselegitimationen.

Gesang. **1)** Die Gesangbildung ist Gegenstand des Volksschulunterrichts. V. v. 9. Juni 1835. §. 29. 34. G.S. S. 305. G. und Gebet beginnt und schließt den täglichen Unterricht. §. 58. ib. S. 313. Die Kinder sind an eine andachtsvolle Theilnahme an dem Kirchengesange zu gewöhnen. ib. §. 30. G.S. v. 1835. S. 306. **2)** S. Orgelspiel, Currenden, Begräbniß, Singumgänge, Herumziehende.

Gesangbücher. **1)** Die an einigen Orten beabsichtigte eigenmächtige Einführung neuer G. wurde in dem Rescr. v. 19. Dec. 1788. C. A. C. II. T. I. S. 173. verboten. **2)** Das Verfahren bei Einführung des verbesserten Dresdner G. schreibt der Bef. v. 10. April 1793. ib. S. 175., Rescr. v. 15. Juli 1799. ib. S. 179. vor. **3)** Neue G. sollen nur nach erfolgtem Gehör des evangel. Landesconsist. eingeführt werden. V. v. 10. April 1835. §. 13. G.S. S. 247. **4)** Ein gedrucktes wendisches G. ist in den betreffenden Oberlausitzer Parochien durch das O.A.Pat. v. 21. Oct. 1710. L.C.W. T. II. S. 1166. eingeführt worden. **5)** S. Buchdruckereien, Canzel, Bücher, Religion, Sprache.

Geschäft. S. Aemter, Advocaten, Anmaßung, Agenten, Anweisung, Handlung, Handel- u. Gew..., Verträge, Beleidigung, Betrug, Körperverletzung, Firma.

Geschäftsführer. S. Vollmacht, Factor, Advocaten, Agenten, Firma, Handel- u. Gew., Commissionär, Unterschlagung.

Geschäftsgang. S. Gerichte, Gerichtsferien, Justizämter, Justizministerium, Kreisdirectionen, Steuerbehörden, Stadtverordnete, Stadtrath, Ständeversammlung.

Geschäftskreis, s. Competenz, Ministerialdepartements.

Geschäftslocal. S. Hausfrieden, Wechselverkehr.

Geschäftsreisende, s. Handelsreisende.

Geschäftsstyl. **1)** Was zu Vereinfachung des G. der landesherrlichen Behörden in neuerer Zeit geschehen ist, enthält das M. v. 21. März 1831. G.S. S. 63., und die Bek. v. 12. Sept. 1835. G.S. S. 460. (Das Wesentlichste daraus ist im Artikel: Berichte angegeben.) Klarheit u. Kürze, Ehrerbietung gegen Vorgesetzte, Achtung gegen Gleiche, und Würde gegen Untergebene sollen im G. vorherrschen. Ang. M. v. 1831. a. E. [Aeltr. Best.: Gen. v. 29. Dec. 1806. C. A. C. III. T. I. S. 10. u. L.C.W. T. IV. S. 322., Decr. v. 15. Sept. 1830. G.S. S. 165.] **2)** S. Kostenfreiheit, 27., Titulatur, Amtlicher Sprachgebrauch.

Geschäftsträger. S. Gesandte. Auch s. Geschäftsführer.

Geschäftsübersichten. S. Anzeigen.

Geschäftsverkehr, s. Requisitionen.

Geschehenlassen, s. Gestatten.

Geschenke. S. Schenkung..., Handwerksgeschenk, Bestechung.

Geschenkt, s. Innungen.

Geschichte. S. Schulunterricht.

Geschichtserzählung. S. Klage.

Geschicklichkeit, s. Kunstfertigkeit.

Geschiedene. S. Heimathsangehörigkeit, Gerichtsstand, Trauung, Ehebruch.

Geschirr, s. Geräth. S. Pferde, Frachtfuhrwerk, Zinn.

Geschlecht. S. Armenversorgung, Gefängnisse, Frauen, Familie..., Schulen.

Geschlechtsnamen, s. Namen.

Geschlechtstrieb. S. Entführung, Nothzucht, Gleichartigkeit, Widernatürl..., Lustseuche, Unzucht.

Geschlechtsvormundschaft. Die G. ist, soweit sie auf obrigkeitlicher Bestätigung beruhte, vom 1. März 1838. an aufgehoben worden, und es haben von da an alle von Frauen unternommenen gerichtlichen und außergerichtlichen Handlungen dieselben rechtlichen Wirkungen, welche ihnen früher durch Zuziehung eines Geschlechtsvormunds zu verschaffen war. G. v. 8. Jan. 1838. §. 1. 2. 4. G.S. S. 23. Hierdurch sind aber die Rechte der ehelichen Vormundschaft und der väterlichen Gewalt nicht geändert worden. §. 3. ib. [Aeltr. Recht: 15. u. 16. Const. v. 1572. P. II. C.A. T. I. S. 88. f., A. u. G.O. v. 1612. P. V. C.A. T. III. S. 165., Pr.O. Tit. 8. S. 67., Dec. 22. 24. 59. v. 1661. C.A. T. I. S. 305. f., Waisenamts-O. v. 10. Jan. 1660. §. 31. C.A. T. III. S. 250., Const. v. 18. Nov. 1722. C.A. T. I. S. 1209., Resol. v. 1. Juli 1723. ib. S. 2371., E.P.O. ad Tit. 8. S. 68., B.O. Cap. 6. §. 10., 25. §. 8. S. 31. 113., M. v. 6. u. 10. Nov. 1828. G.S. S. 239. 244.]

Geschlossene Güter. S. Pertinenzen, Dismembration.

Geschlossene Zeiten. **1)** In Bezug auf öffentliche und Privatlustbarkeiten sind g. Z.: a) die Bußtage und deren Vorabende; b) die Zeit vom Montage nach Laetare bis zu und mit dem 1. Ostertage, c) der 1. Pfingsttag u. der vorausgehende Sonnabend; d) das Todenfest (der letzte Trinitatissonntag), nebst dem vorhergehenden Sonnabende; die Woche vor Weihnachten, den 1. Weihnachtstag mitgerechnet, V. v. 21. Oct. 1843. §. 1. G.S. S. 175.
2) In den g. Z. ist alles Musik- und Tanzhalten an öffentlichen Orten, alle Concertmusik und die Veranstaltung von Privatbällen gänzlich verboten. §. 2. ib. S. 176. G. Z. sind aber in Bezug auf öffentliche Concerte nur Palmsonntag, Charwoche, Bußtage u. deren Vorabende. V. v. 28. Oct. 1848. G.S. S. 200. S. Tanz.
3) Geistliche Musiken und Oratorien können in der Charwoche aufgeführt werden. Theater darf darin mit Einschluß des Palmsonntags, an Bußtagen und deren Vorabenden nicht Statt finden. §. 4. 5. ib.
4) Lustbarkeiten an den Sonnabenden und den Vorabenden anderer als der unter 1. gedachten Feste dürfen nicht über 12 Uhr Nachts dauern. §. 6. ib. [Aeltr. Verf.: Gen.Art. v. 1580. C. A. T. I. S. 656. f., Ehe-O. v. 10. Aug. 1624. ib. S. 1019., M. v. 14. Juli 1659. ib. S. 1557., Rev. Syn. Decr. v. 1673. ib S. 825. f.]

Geschoß. S. Concursgläubiger, A. I., Reallasten.

Geschühte, s. Fußbekleidung, Dorfhandel, Schuhflicker, Arrest, II., Kleider, Gesinde, 31.

Geschwächte. S. Ausfällige, Ausstattung, Admonition.

Geschwister. S. Erbfolge, Arrest, I., Begünstigung, Kuppelei, Wiedereinsetzung, Uebergang, Verwandte, Schuldarrest.

Geschworne. S. Berggeschworne, Verpflichtung.

Gesellen. S. Gewerbsgehilfen, Hufbeschlag, Ausländer, Paßkarten, Gutsherrl..., Arbeiteinst., Aufford..., Armee.

Gesellencassen, Gesellencassenrechnung. S. Altgeselle, Innungswesen.

Gesellengerichte. S. Gewerbsgehilfen.

Gesellenhalten. S. Gewerbsgehilfen, Innungen, Meister.

Gesellenherberge, s. Innungsherberge.

Gesellenladen. S. Innungen.

Gesellenschaften. **1)** Wenn mehrere Personen ein Berggebäude besitzen, ohne daß sie eine Gewerkschaft (s. d.) bilden, so sind solche G. nach dem unter ihnen bestehenden Vertrage und eventuell den allgemeinen Grundsätzen des Gesellschaftsvertrags zu beurtheilen. Für Verbindlichkeiten, welche aus dem Betriebe ihres Bergbaues

erwachsen sind, haften die Gesellen dritten Personen gegenüber, dafern diesen eine solidarische Verpflichtung nicht ausdrücklich zugesichert worden ist, nur zu ihren Antheilen. B.O. v. 1851. §. 30. G.S. S. 204. **2)** Wenn anderwärts bestehende, vom Staate als juristische Personen anerkannte Gesellschaften Bergwerkseigenthum erwerben, so behalten sie auch als Besitzer von Gruben ihre juristische Persönlichkeit. ib. §. 31. Alle Eigenlehnergruben sind, sobald das Grund- und Hypothekenbuch ins Leben getreten ist, im Gegenbuche zu löschen. Das Hinausgeben sogenannter Gewerkschaftsbogen an Gesellenschaften und Alleinbesitzer ist zu unterlassen. V. v. 16. Dec. 1851. §. 19. G.S. S. 417. **3)** Die G. müssen dem Bergamte anzeigen, in welcher Weise sie ihre inneren Angelegenheiten bei Verwaltung ihrer Grube besorgen wollen, und, dafern sie besondere Gesellschaftsverträge errichtet haben, diese dem Bergamte zur Kenntnißnahme vorlegen. In sofern G. mehr als drei Mitglieder zählen, sind sie verbunden, einen Bevollmächtigten zu ernennen. Vergl. B.O. §. 141. **4)** Bereits als juristische Personen anerkannte Corporationen und Gewerkschaften üben Rechte und Obliegenheiten in Bezug auf den Bergbau durch die ohnedieß vorhandenen, verfassungsmäßigen Vertreter derselben, z. B. Stadtrath, Gemeindevorstand, Directorium. Mehrere Corporationen oder Gesellschaften der gedachten Art, welche gemeinschaftlich Bergbau treiben, sind entweder als Gewerkschaft oder als Gesellenschaft zu betrachten. B.O. §. 142. und V. v. 16. Dec. 1851. §. 104. G.S. S. 440. **5)** S. Bergwerkseig...

Gesellenschaften. S. Innungen, 6.

Gesellenscheine. S. Reiselegitimationen.

Gesellenverbindungen. S. Gewerbsgehilfen.

Gesellenverpflegungscassen. S. Innungswesen, 6.

Gesellschaften. S. Actienvereine, Geschlossene Zeiten, Zusammenkünfte, Schützengesellsch..., Verbindungen, Candidaten, Theilnahme, Falschmünzen, Armencasse, Spielen, Spielkarten, Gewerkschaft, Gesellenschaften, Versamml..., Vereine.

Gesellschaftsvertrag. S. Compagniehandlungen, Schützengesellschaften, Cassen, Actienvereine.

Gesetzanwendung. S. Strafgesetzbuch, Nichtigkeitsbeschwerde im A.

Gesetzbuch. S. Criminalgesetzbuch, Militairstrafgesetzbuch, Strafgesetzbuch, Strafproceßordnung.

Gesetze. 1) Gesetzentwürfe können nur von dem Könige an die Stände, nicht von den Ständen an den König gebracht werden, §. 85. d. V.U. v. 4. Sept. 1831. G.S. S. 261. **2)** Die Stände können auf neue G., sowie auf Abänderung oder Aufhebung bestehender antragen, ib. S. aber den Art.: Ständeversammlung. **3)** Jedem Gesetzentwurfe sind Motiven beizufügen, ib. **4)** Kein G. kann ohne Zustimmung der Stände erlassen, abgeändert, oder authentisch interpretirt werden, §. 86. ib. S. 261. **5)** Der König erläßt und promulgirt die G., mit Bezug auf die ständische Zustimmung, und ertheilt die zu deren Vollziehung und Handhabung erforderlichen, sowie die aus dem Aufsichts- und Verwaltungsrechte fließenden Verordnungen, §. 87. ib. **6)** Der König erläßt auch solche, ihrer Natur nach der ständischen Zustimmung bedürfende, aber durch das Staatswohl dringend gebotene Verordnungen, deren vorübergehender Zweck durch Verzögerung vereitelt werden würde, mit Ausnahme aller und jeder Abänderungen in der Verfassung und dem Wahlgesetze, §. 88. ib. Dafür, daß das Staatswohl Eile geboten, sind sämtl. Minister verantwortlich, weshalb sie insgesamt die Verordnungen zu contrasigniren haben; auch müssen letztere den Ständen bei der nächsten Zusammenkunft zur Genehmigung vorgelegt werden, ib. **7)** G. u. Verordnungen, welche das evangelische Kirchen- und Schulwesen im Allgemeinen betreffen, sind im Entwurfe vorerst den Evangel. Staatsministern vorzulegen, Regul. v. 12. Nov. 1837. unterc. G.S. S. 105. **8)** Der König kann einen an die

Kammern gerichteten Gesetzvorschlag noch während der ständischen Discussion darüber zurücknehmen. Dasselbe kann geschehen, wenn ein Gesetzvorschlag zwar von der Mehrheit der Kammern angenommen wird, dabei aber die §. 129. der V.U. erwähnte Absonderung der Abgeordneten eines Standes eingetreten ist. V.U. v. 4. Sept. 1831. §. 90. G.S. l. c. **9)** Wenn die Kammern über die Annahme eines Gesetzvorschlags getheilter Meinung sind, so haben sie vor Abgabe ihrer Erklärung das vorgeschriebene Vereinigungsverfahren zu versuchen. ib. §. 91. **10)** Bleiben auch dann noch die Curiatstimmen beider Kammern getheilt, so ist zu der Verwerfung des Gesetzvorschlags erforderlich, daß in einer der beiden Kammern wenigstens 2/3 der Anwesenden für die Verwerfung gestimmt haben. ib. §. 92. Die ständische Erklärung, wodurch entweder ein Gesetzvorschlag ganz abgelehnt wird, oder Veränderungen dabei beantragt werden, muß die Angabe der Beweggründe enthalten. ib. §. 93. **11)** Wird ein von den Ständen mit Abänderungen angenommener Gesetzentwurf vom Könige nicht genehmigt, so kann selbiger entweder ganz zurückgenommen, od. vorher noch einmal während desselben Landtags, mit Widerlegungsgründen, in der vorig. Maße, od. auch mit von der Regierung selbst vorzuschlagenden Abänderungen, an die Stände gebracht werden. In beiden letztern Fällen steht der Regierung frei, die unbedingte Erklärung über Annahme oder Ablehnung desselben zu verlangen. ib. §. 94. **12)** Ein von den Ständen ganz abgelehnter Gesetzentwurf kann zwar bei einem folgenden Landtage anderweit unverändert an sie gebracht werden, während desselben Landtags aber nur in veränderter Maße. ib. §.95. **13)** Den Landesgesetzen sind Kirchen und Schulen und deren Diener in ihren bürgerlichen Beziehungen und Handlungen unterworfen, V.U. v. 4. Sept. 1831. §. 59. G.S. S. 241. f. **14)** Sowohl Landes- als örtliche G. soll das Militair befolgen, Ordonn. v. 19. Juli 1828. §. 4. G.S. S. 153. **15)** Das Anschlagen der G. an den Amthäusern soll unterbleiben, wenn es nicht besonders angeordnet worden. M. v. 9. März 1818. §. 4. G.S. S. 2. **16)** Die Publication der G. erfolgte vom Jahre 1818. an durch die officielle Gesetzsammlung. M. v. 9. März 1818. G.S. S. 1., Lauf. M. v. 12. März 1821. §. VI. G.S. S. 23. u. V. v. 22. Aug. 1821. S. 91., Bek. v. 28. Dec. 1831. G.S. S. 366.; seit dem Jahre 1835. geschieht sie durch das Gesetz- und Verordnungsblatt. G. v. 6. Sept. 1834. G.S. S. 189. und v. 1835. S. I., V. v. 6. Sept. 1834. G.S. S. 192. und v. 1835. S. V., §. 7. d. der V. v. 30. Nov. 1840. G.S. S. 424. **17)** Aeltre Verf. wegen Bekanntmachung der Gesetze: Final-Entsch. v. 3. Dec. 1714. C.A. T. I. S. 1185., O.A.Pat. v. 16. Nov. 1726. L.C.W. T. I. S. 132., Gen. v. 13. Juli 1796. C.A. C.II. T.I. S. 9., C.A. C.II. T.III. S. 551. u. L.C.W. T.IV. S. 43., Lauf. Rescr. v. 16. Dec. 1796. ad VIII. ib. S. 566., Rescr. v. 28. Juni 1805. C.A. C.III. T.I. S. 7., v. 9. Juni 1807. ib. S. 12., v. 8. Jan. 1808. ib. S. 15. Wegen des Verlesens von den Canzeln, und zwar, im Allgemeinen: Rescr. v. 20. Nov. 1809. C.A. C.III. T.I. S. 77.; insbesondere: des Tumult-M., s. Aufruhr, 7.; wegen des Feueranlegens: M. v. 16. Nov. 1741. §. 7. L.C.W. T. I. S. 289. u. C. A. C. I. T. I. S. 328., O.A.Pat. v. 20. Dec. 1751. C.A. C. I. T. III. S. 144. sowie L.C.W. T. I. S. 313. u. T. III. S. 99., wegen des Kindermords: M. v. 14. Oct. 1744. §. 6. C. A. C. I. T. I. S. 342. u. L.C.W. T. I. S. 306., Rescr. v. 6. Febr. 1767. C.A. C. I. T. I. S. 245.; wegen Rettung verunglückter Personen; Bek. v. 26. Nov. 1773. C.A. C. II. T. I. S. 167., O.A.Pat. v. 8. Dec. 1773. C.A. C. II. T. III. S. 94. u. L.C.W. T. III. S. 147., wegen der Aufsicht auf Wahnwitzige 2c.: Bek. v. 28. Jan. 1780. C.A. C. II. T. I. S. 171. **18)** Das unterbliebene Verlesen eines G. von der Canzel sollte niemals Verbrechern zur Entschuldigung gereichen. Rescr. v. 17. Juli 1798. C.A. C. II. T. I. S. 525., G. v. 2. Jan. 1835. G.S. S. 1. **19)** S. auch im Betreff des Gesetzgebungswesens die Art.: Abgaben, Appellationsgerichte, Aufenthalt, Censur, Gesamtministerium, Dikasterien, Justizministerium, Ehestiftungen, Localstatuten, König, Ministerialdepartements, Ordonnanz, Verfassung, Oberlausitz, Zurechn..., Verbindungen — und in Bezug auf die Gesetze des Auslands die Art.: Ausland, Ausländische, Retorsion, Staatsverträge.

Gesetzentwurf. S. Gesetze.

Gesetzschutz. S. Entführung, Staatsverrath, Menschenraub, Menschenhandel, Eigenthum, Selbsthilfe.

Gesetzgebung. S. Gesetze.

Gesetzkenntniß. S. Irrthum, Zurechn...

Gesetzliche Erbfolge. S. Erbfolge.

Gesetz-Sammlung. S. Censur, Decisivrescripte, Gesetze, 16.

Gesetz- und Verordnungsblatt. S. Gesetze, 16., Gesamtministerium, Landgemeinden.

Gesetzvorschläge. S. Verfassung, Gesetze.

Gesetzwidrig, Gesetzwidrigkeit. S. Beschwerdeführung, Befehl, Besserungsanstalten, Strafgesetzbuch, Gesinde, 48., Zurechnung.

Gesicht. S. Körperverl...

Gesinde. **1)** Das Verhältniß zwischen Herrschaft und G. gründet sich auf eine Uebereinkunft, durch welche der eine Theil zu ausschließlicher Leistung häuslicher und wirthschaftlicher Dienste, jedoch nicht tageweise, sondern auf einen bestimmten längern Zeitraum unausgesetzt, der andere aber zu einer, dafür zu gebenden, bestimmten Vergütung sich verbindlich macht, §. 1. d. Ges.-O. v. 10. Jan. 1835. G.S. S. 18. Dieses Gesetz bezieht sich auf das G. beiderlei Geschlechts sowohl in den Städten, als auf dem Lande, §. 2. ib., leidet aber keine Anwendung: auf solche Verhältnisse, welche keine ununterbrochene Dienstleistung zum Gegenstande haben, und auf diejenigen Leistungen, welche eine wissenschaftliche, oder sonstige höhere Ausbildung erfordern. §. 3. ib. **2)** Jede selbstständige Person kann sich G. miethen, in sofern nicht Seiten der Polizeibehörde ein gegründetes Bedenken dabei befunden wird. §. 4. ib. **3)** Im ehelichen Verhältnisse kommt es dem Manne zu, das nöthige G. zum Gebrauche des Hausstandes, der eignen oder gepachteten Landwirthschaft zu miethen. §. 5. ib. Wegen der weiblichen Dienstboten, sowohl für häusliche, als landwirthschaftliche Verrichtungen, gilt jedoch die rechtliche Vermuthung, daß die Wahl und Annahme der Hausfrau überlassen sei; der Mann kann aber, wenn er die von der Frau getroffene Wahl nicht billigen will, das von derselben ins Haus genommene G. nach abgelaufener, gesetzmäßiger Dienstzeit (vergl. die unten citirten §§. 19. 20.) ohne Rücksicht auf die vertragsmäßig bestimmte, nach vorgängiger Aufkündigung, entfernen. §. 6. ib. **4)** Ehefrauen, welche von ihrem Ehemanne gesetzlicher Weise getrennt leben, oder deren Ehemänner abwesend sind, können für sich Dienstboten miethen. §. 7. ib. **5)** Ob und wieweit diejenigen Personen, welche einem Hauswesen in der Stadt oder auf dem Lande, oder einer ganzen Oekonomie vorstehen, berechtigt sind, das erforderliche G. ohne besondere Genehmigung des Haus- oder Gutsherrn zu ermiethen, hängt zwar von dem Umfange des ihnen gegebenen Auftrags ab; im Zweifelsfalle aber ist zu vermuthen, daß die Besorgung des ganzen Hauswesens, oder einer ganzen Oekonomie, oder eines besondern, in sich abgeschlossenen Theils derselben hierzu unbeschränkte Vollmacht gewähre. §. 8. S. 18. **6)** Wer sich als G. vermiethen will, muß über seine Person frei verfügen können, daher Kinder, die unter väterlicher Gewalt stehen, nicht ohne Einwilligung des Vaters, und Bevormundete nicht ohne Zustimmung des Vormundes sich in Dienste vermiethen dürfen. §. 9. ib. Wird diese Einwilligung des Vaters oder Vormundes ohne hinreichenden Grund verweigert, und ergiebt sich, daß es den Aeltern an den nöthigen erlaubten Mitteln zum Unterhalte gebricht, oder daß sie die Kinder schlecht verhalten, oder diese um ihrer eignen bessern Ausbildung willen in Dienste zu gehen wünschen, so kann die mangelnde Einwilligung des Vaters oder Vormundes (unbeschadet des ihnen zustehenden Aufsichtsrechts) nach Befinden von der Obrigkeit supplirt werden. Zu einer zweiten und weitern Vermiethung bedarf es dieser Bewilligung überhaupt nicht, sofern nicht dieselbe gleich Anfangs nur auf eine gewisse Zeit, oder auf den Dienst bei einer bestimmten Dienstherr-

schaft ausdrücklich eingeschränkt worden ist. §. 10. ib. **7)** Unmündige bedürfen dann auch zur ersten Dienstvermiethung der Einwilligung ihrer Aeltern oder Vormünder nicht, wenn sie bei denselben nicht mehr im Hause sind, sondern sich mit ihrer ausdrücklichen oder stillschweigenden Einwilligung in der Fremde befinden und sich daselbst bereits ihr Fortkommen selbst haben suchen müssen. §. 11. S. 19. **8)** Kinder, welche noch nicht confirmirt sind, können vom 10ten Jahre an nur unter der Bedingung in Dienste gegeben und genommen werden, daß die Dienstherrschaft sie täglich, wenigstens während der gesetzl. bestimmten Stunden, in die Schule, sowie in den Vorbereitungsunterricht zum erstmaligen Genusse des heiligen Abendmahls schicke. §. 12. ib., G. v. 6. Juni 1835. §. 62. 63. G.S. S. 294., V. v. 9. Juni 1835. §§. 81. 72. 74. 138. 173. ib. S. 316. f. **9)** Haben sich Militairpflichtige oder Beurlaubte als Dienstboten vermiethet, so geht die Militairverpflichtung der Verbindlichkeit des Dienstvertrags unbedingt vor, so, daß diese von selbst u. ohne Entschädigung erlischt, wenn der Dienstbote zum Militairdienste ausgehoben oder einberufen wird. Freiwilliger Eintritt in Militairdienst hebt jedoch die Rechte der Dienstherrschaft nicht auf. §. 13. der Ges.O. v. 10. Jan. 1835. G.S. S. 19. **10)** Verheirathete Frauen bedürfen zu jeder Vermiethung oder Verlängerung derselben der Einwilligung ihrer Ehemänner. Auf Ehefrauen, welche gesetzlicher Weise von ihren Männern getrennt leben, oder deren Ehemänner verschollen sind, leidet dieses keine Anwendung. §. 14. ib. **11)** Die Erlaubniß, an einem Orte als G. Dienste zu suchen und daselbst in Dienste zu treten, beruht auf den allgemeinen, gesetzlichen Vorschriften über die Erlaubniß zum Aufenthalte überhaupt, §. 15. ib., und den localpolizeilichen Bestimmungen im Betreff des Gesindevermiethungswesens in den einzelnen Orten des Landes, §. 16. ib. G.S. v. 1835. S. 20. Nur dürfen solche Polizeistatute nichts enthalten, was den Grundsätzen der Ges.O. entgegen ist, auch müssen sie von der Regierung bestätigt sein. §. 16. cit. **12)** Der Abschluß des Dienstvertrags ist verbindlich erfolgt, wenn beide Theile über die Art der zu übernehmenden Dienste und den Betrag des Dienstlohns sich vereinigt haben. Wenn der Dienst angetreten, Miethgeld gegeben und angenommen worden ist, so wird die erfolgte Vereinigung präsumirt. §. 17. ib. **13)** Die Entrichtung und Höhe eines Miethgelds und ob es auf das künftige Lohn abgerechnet werden solle oder nicht, hängt von der freien Vereinigung der Parteien ab. ib. Dieser sind auch die speciellen Bedingungen des Dienstvertrags, der nach Belieben auch schriftlich (ein Formular s. in d. G.S. v. 1835. S. 37.) errichtet werden kann, überlassen. §. 18. d. Ges.O. G.S. v. 1835. S. 20. **14)** Die gesetzliche, in Ermangelung besonderer Verabredung Statt findende Antrittszeit ist bei städtischen Dienstboten der 2. Jan., 1. April, 1. Juli und 1. Oct.; beim landwirthschaftlichen G. der 2. Jan. Fällt einer dieser Tage auf einen Sonntag, so zieht das G. zum nächsten Werkeltage an. Monatsweise gemiethetes G. tritt den 1. d. Monats an. Der Tag des Anziehens des neuen G. ist zugleich der des Abzugs für das abgehende. Ges.O. v. 1835. §. 19. G.S. S. 20. Bei Schafmeistern und Schafknechten ist die Zeit des Dienstwechsels auf den 24. Juni, bei Winzern hingegen auf den 1. März festgesetzt, M. v. 6. Juli 1831. §. 2. G.S. S. 180., V. v. 10. Aug. 1818. G.S. S. 70., Ges.O. §. 19. l. cit. **15)** Die Miethzeit dauert gesetzlich beim landwirthschaftlichen G. 1 Jahr, beim städtischen G., welches seinen Lohn vierteljährlich ausgezahlt erhält, ein Vierteljahr, wenn es Monatsgehalt erhält, 1 Monat. §. 20. d. Ges.O. **16)** Ist der Dienstvertrag geschlossen, so muß die Herrschaft zur bestimmten Zeit das G. annehmen und letztres antreten. Einseitige Ueberlassung oder Zurückgabe des Miethgelds befreit von dieser Verbindlichkeit nicht. §. 21. ib. Weigert sich die Herrschaft, so verliert sie das Miethgeld, und muß das G. schadlos halten, ausgenommen: wenn sich das G. zuerst weigerte, oder wenn Umstände eintreten, deren wegen dasselbe von der Herr-

schaft würde vor Ablauf der Dienstzeit haben entlassen werden können. §. 22. ib. Weigert sich das G., so kann es auf Verlangen des andern Theils durch Zwang in den Dienst eingeführt werden; u. ist dies fruchtlos, so ist das G. der Herrschaft zur Rückgabe des Miethgelds u. zum Schadenersatze verbunden, verfällt auch einer Gefängnißstrafe bis zu 8 Tagen. §. 23. ib. Das G. braucht aber nicht anzuziehen, a) und hat nur das Miethgeld zurückzugeben, wenn erweislich dasjenige G., an dessen Stelle es hat eintreten sollen, von der Herrschaft solche Handlungen erfahren hat, deren wegen es gesetzlich den Dienst sofort verlassen durfte. §. 24. ib.; b) wenn die Herrschaft das G. auf länger als die bedungene Miethzeit mit in das Ausland nehmen will, ohne solches bei der Ermiethung ihm eröffnet zu haben; §. 25. ib.; c) wenn die Herrschaft, ohne bei der Ermiethung es gesagt zu haben, ihren Wohnsitz verändern, und sich nicht verbindlich machen will, das G. nach seiner Wahl an den Vermiethungsort oder bei gleicher Entfernung in seine Heimath kostenfrei zurückzusenden, ang. §. 25.; d) wenn er ohne seine Schuld außer Stand gesetzt wird, den Dienst anzutreten, welchenfalls nur das Dienstgeld zurückzugeben ist. §. 26. ib. G.S. v. 1835. S. 21. **17)** Schließt nach geschehener Vermiethung u. vor Antritt der Dienstzeit ein weiblicher Dienstbote eine Heirath, oder erhält ein männlicher Gelegenheit zu Anstellung einer eigenen Wirthschaft, oder wird ein Dienstbote seinen Aeltern in deren eigenem Hauswesen zur Pflege im Alter oder in Krankheiten, oder um bei der Feldwirthschaft die Stelle eines Knechts oder einer Magd zu vertreten, oder zur Unterstützung in dem Gewerbe nach obrigkeitlichem Ermessen, unentbehrlich, so kann zwar ein solcher Dienstbote nicht gezwungen werden, den Dienst anzutreten, er ist jedoch verbunden, die Herrschaft für das höhere Lohn, welches etwa dem an seine Stelle ermietheten G. gegeben werden muß, zu entschädigen, auch das empfangene Miethgeld zurückzugeben. §. 27. d. Ges.O. v. 1835. G.S. S. 22. **18)** Hat sich ein Dienstbote bei mehrern Herrschaften zugleich vermiethet, so gebührt derjenigen der Vorzug, mit welcher der Vertrag zuerst abgeschlossen worden ist. §. 28. ib. Die, welche nachstehen muß, oder sich ihres Anspruchs freiwillig begiebt, kann das Miethgeld von dem Dienstboten zurückfordern. §. 29. ib. Auch muß ihr, wenn sie die frühere Vermiethung nicht gewußt hat, der Dienstbote den Schaden ersetzen, welcher daraus entsteht, wenn sie ein anderes G., oder in dessen Ermangelung Tagelöhner für höheren Lohn miethen muß. §. 30. ib. Außerdem ist ein solcher Dienstbote, der sich an mehrere Herrschaften zugleich vermiethete, mit 10 bis 20 Ngr. zur Armencasse des Orts, wenn er aber von mehr als einer Herrschaft Miethgeld genommen hat, mit 2 bis 4 Tagen Gefängniß zu bestrafen. §.31. ib. **19)** Dienstherrschaften oder andere Personen, z.B. Gesindemäkler, welche einen schon vermietheten Dienstboten zum Zurücktritt von dem eingegangenen Miethcontracte zu bewegen suchen, verfallen in eine Strafe von 25 Ngr. bis zu 5 Thlr. oder verhältnißmäßigem Gefängniß. §. 32. ib. S. 22. **20)** Die Herrschaft, bei welcher ein G. in Diensten gestanden, hat, sobald der Dienst einmal gekündigt worden, kein Recht, dessen anderweiter Vermiethung zu widersprechen, und ebenso wenig kann das G., den neuen Dienst anzutreten, aus dem Grunde verweigern, daß es sich später mit der zeitherigen Dienstherrschaft wieder vereinigt habe. §. 33. ib. **21)** Das G. ist der Herrschaft Treue, Ehrerbietung u. Gehorsam und deren Angehörigen Achtung schuldig; es hat sich der häuslichen Einrichtung zu unterwerfen, stets fleißig, reinlich, ordentlich, verträglich und sittlich zu verhalten, und bei jeder Gelegenheit der Herrschaft Schaden zu verhüten und Nutzen zu befördern. §§. 34. 48. 49. 53. ib. S. 22. 24. Es hat, wo nicht ein ausdrücklicher Vertrag vorliegt, seine ganze Zeit und Thätigkeit der Herrschaft zu widmen, §. 35. 41. ib. S. 23., namentlich auch den Angehörigen und Gästen derselben häusliche Dienste zu leisten, §. 36. ib. Bei außerordentlichen Vorfällen muß es in der Regel auch andere

als die ihm sonst zugetheilten Dienste verrichten. Vergl. §.37. 38. ib. Die Herrschaft bestimmt, welche Arbeit jedes G. verrichten soll, Stellvertreter kann das G. der Herrschaft gegen ihren Willen nicht aufdringen. §§. 39. 40. ib. **22)** Ohne Genehmigung der Herrschaft darf das G. in eigenen Verrichtungen nicht ausgehen, oder Vergnügungsorte besuchen, auch die von der Herrschaft bestimmte Zeit nicht überschreiten. §. 42. ib. G.S. v. 1835. S. 24. **23)** Aller Schade, welcher von dem G. aus Vorsatz oder durch ein mit gewöhnlicher Vorsicht zu vermeidendes Verschulden, der Dienstherrschaft zugezogen worden ist, muß von ihm ersetzt werden. §. 43. ib. **24)** Wegen geringerer Versehen ist ein Dienstbote nur alsdann zum Schadenersatze verpflichtet, wenn er gegen ausdrücklichen Befehl gehandelt, oder sich zu solchen Geschäften hat annehmen lassen, welche einen vorzüglichen Grad von Aufmerksamkeit oder Geschicklichkeit voraussetzen. §. 44. ib. **25)** Veruntrauungen und Diebstähle des G. sind ebenso, wie dieselben Verbrechen, wenn sie von andern verübt werden, zu bestrafen. §. 45. ib. Dienstboten, welche von Veruntrauungen u. Diebstählen ihres Mitgesindes Kenntniß erhalten, sind selbige der Herrschaft anzuzeigen verbunden, und werden durch Unterlassung dieser Anzeige strafbar. §. 46. ib. Jeder Dienstbote muß sich gefallen lassen, daß die Dienstherrschaft in seiner und eines Zeugen Gegenwart seine Lade, Koffer u. sonstigen Behältnisse seiner Effecten öffne. §. 47. ib. S. 24. **26)** Die Herrschaft kann dem G. einen mit seinen Verhältnissen nicht vereinbaren Aufwand untersagen. §. 50. ib. **27)** Scheltworte oder geringe thätliche Ahndungen, wozu das G. der Herrschaft durch ungebührliches Betragen Veranlassung gegeben, begründen kein Strafverfahren und keinen Anspruch auf gerichtl. Genugthuung. §. 51. Auch solche Ausdrücke od. Handlungen, welche zwischen andern Personen als Zeichen der Geringschätzung anerkannt sind, begründen gegen die Herrschaft noch nicht die Vermuthung, daß sie die Ehre des G.s habe kränken wollen. §. 52. ib. **28)** Ueber die Vorgänge in der Familie des Dienstherrn muß das G. gegen Jedermann strenges Stillschweigen beobachten. Die Ausflucht, daß die von ihm sich erlaubte Nachrede in der Wahrheit beruhe, schützt dasselbe nicht gegen diesfallsige Verantwortung und nach Befinden Bestrafung, wenn nicht die Vorfälle als Vergehungen von der Art sind, daß ein Jeder zur Anzeige derselben bei der Obrigkeit sich veranlaßt oder verpflichtet halten kann. Ges.O. v. 1835. §. 54. G.S. S. 25. **29)** Das Lohn für die Dienste und die Festsetzung, ob und in wieweit solches durch baares Geld oder durch Naturalien, mit oder ohne Beköstigung, gewährt werden soll, hängt sowohl bei dem städtischen als landwirthschaftlichen G. ohne Ausnahme von freier Uebereinkunft bei der Vermiethung ab. §. 55. ib. In sofern bei der Vermiethung hierüber nichts Bestimmtes ausgemacht worden ist, muß dasjenige an Lohn, Kostgeld oder Beköstigung gewährt werden, was einem G. derselben Classe an dem Orte zur Zeit der Vermiethung gewöhnlich gegeben wurde, und die Obrigkeit hat hierüber, nach Umständen, zu entscheiden. §. 56. ib. Das Dienstlohn ist in den verabredeten oder jedes Orts gewöhnlichen Terminen, oder wenn darüber nichts bedungen oder hergebracht ist, in vierteljährlichen, und bei dem monatsweise gemietheten G. in monatlichen Fristen zu bezahlen. §. 68. ib. S. 26. **30)** Weihnachts-, Meß- und Jahrmarktsgeschenke kann das G. nur auf den Grund eines ausdrücklichen Versprechens fordern. Daraus, daß die Dienstherrschaft ein solches Geschenk aus freiem Willen ein- oder mehremal gegeben hat, folgt noch keine Verbindlichkeit, dasselbe bei der Wiederkehr desselben Festes, oder der folgenden Messen u. Jahrmärkte überhaupt, oder in derselben Maße und Quantität wieder zu geben. §. 57. ib. S. 25. **31)** Wenn männliche Dienstboten Livree erhalten, a) so ist dieselbe als Theil des Lohns anzusehen u. fällt nach Ablauf der durch Vertrag bestimmten Zeit denselben eigenthümlich zu. §. 58. ib. b) Ist über den Zeitpunct, wenn die Livreestücken verdient sein, und neue an=

geschafft werden sollen, etwas Bestimmtes nicht festgesetzt worden, so ist anzunehmen, daß einem männlichen Bedienten Weste, Beinkleider, Hut und Stiefeln alle Jahre, ein Frack aller 2 Jahre und ein Oberrock aller 3 Jahre gebühren. Nach Ablauf dieser Zeiten fallen dem Dienstboten die genannten Livreestücken eigenthümlich zu. §. 59. ib. c) Hört jedoch der Dienst auf, ehe die Livreestücken nach der §. 58. cit. vorausgesetzten Verabredung, oder in deren Ermangelung, nach der §. 59. cit. enthaltenen gesetzlichen Bestimmung für verdient anzusehen sind, so gebührt dem Dienstboten oder dessen Erben der Theil des durch Taxation auszumittelnden Werths derselben, welcher nach dem Verhältnisse der Dienstzeit zu dem zur eigenthümlichen Erwerbung der Livree erforderlichen Zeitraume auf die erstere zu rechnen ist. §. 60. ib. d) Es ist jedoch der Dienstherrschaft freigestellt, ob sie diesen Antheil der Taxe baar herauszahlen, oder ob sie die Livreestücke selbst ganz oder zum Theil dem abgegangenen Dienstboten od. seinen Erben überlassen will. §. 61. ib. e) Wird außer der täglichen noch eine besondere Staatslivree gegeben, so hat auf diese der Dienstbote nur im Falle eines besondern Versprechens einen Anspruch. §. 62. ib. G.S. v. 1835. S. 26. f) Mäntel, Kutscherpelze, Ueberziehbeinkleider u. überhaupt alle solche Stücken, welche nicht zu gewissen Zeiten, ohne Rücksicht, ob sie unbrauchbar geworden sind, oder nicht, von der Herrschaft erneuert werden, sind in der Regel zu der von dem Dienstboten zu verdienenden Livree nicht zu rechnen. §. 63. ib. Gleiche Bewandniß hat es, wenn eine Herrschaft, ohne bestimmte Livree zum täglichen Gebrauche zu geben, ihre Dienstboten nur zu gewissen Zeiten, oder bei gewissen Gelegenheiten Livree tragen läßt; die dazu gehörigen Stücken bleiben Eigenthum der Herrschaft. §. 64. ib. **32)** Ist neben dem Lohne Kost versprochen worden, so ist selbige in genießbaren, zur Sättigung hinreichenden Speisen zu geben. §. 65. ib. In Fällen, wo über die Beköstigung Streit entsteht, entscheidet im Mangel bestimmter Verabredung die Polizeiobrigkeit über die Menge und Beschaffenheit derselben nach den §. 56. cit. bemerkten Grundsätzen. Jede Klage des G. über die Beschaffenheit der Speisen erledigt sich, sobald dasselbe die nemliche Kost erhält, welche der Dienstherr mit den Seinigen selbst genießt. §. 66. ib. **33)** Die anstatt der täglichen Beköstigung versprochenen Kostgelder od. Naturaldeputate sind im Mangel anderer ausdrücklicher Bestimmungen dem G. am Anfange jeder Woche zu verabreichen. §. 67. ib. **34)** Sogenannte Trinkgelder, welche das G. von Fremden und Gästen bekommt, sofern die Annahme derselben nicht von der Dienstherrschaft, wie ihr zu thun frei steht, überhaupt verboten worden ist, sind nicht aufs Lohn oder andere versprochene Gebührnisse anzurechnen; doch hat die Dienstherrschaft das Recht, sich von dem G. den Betrag der ihm geschenkten Trinkgelder an- und vorzeigen zu lassen. Ueber die Vertheilung der letztern unter mehres neben einander dienendes G. entscheidet, wenn sie darüber uneins werden, ein vorhandener Vertrag, oder der Ausspruch der Dienstherrschaft. §. 69. ib. **35)** Die Pflege von Kranken, welche an absolut ansteckenden oder Ekel erregenden Uebeln leiden, darf dem G., welches sich nicht zur Pflege solcher Kranken mit Vorwissen ihres Zustandes vermiethet hat, wider Willen nicht zugemuthet werden; doch ist diese Weigerung ein hinreichender Grund, weshalb die Dienstherrschaft das G. entlassen kann, um sich an dessen Stelle eine andere Person zur nothwendigen Pflege anzuschaffen. §. 70. ib. **36)** Die Herrschaft muß dem G. die nöthige Zeit zu Abwartung des öffentl. Gottesdienstes lassen, u. dasselbe dazu anhalten, auch Sonn- und Feiertags demselben zu Besorgung seiner Angelegenheiten, und insbesondere beim weiblichen Gesinde, zur Reparatur u. Instandhaltung seiner Wäsche und Kleidungsstücke, die unentbehrliche Zeit lassen. §. 71. d. Ges.O. v. 1835. G.S. S. 27. Es kann sich jedoch das G. der Arbeit auch an Sonn- u. Festtagen nach beendigtem Vormittagsgottesdienste in der Heu- und Getraideerndte nicht entbrechen, wenn die Arbeit an diesen Tagen zum unvermeidlichen

Nothfalle geworden ist. §.32.ib. **37)** Beim Kirchweihfeste im Dienstorte ist dem G. auf dem Lande, außer dem Sonntage, ein Tag, und an zweien in der Nähe fallenden Jahrmärkten, so, daß, wo mehre Dienstboten gehalten werden, diese nach Bestimmung der Herrschaft unter sich abzuwechseln haben, nach Ortsgewohnheit u. nach Maßgabe der Entfernung ein ganzer oder halber Tag freizulassen, unbeschadet jedoch der, von demselben an diesen Tagen zu besorgenden, unumgänglich nöthigen, häuslichen u. wirthschaftlichen Arbeiten. §.73. ib. **38)** Wenn ein Dienstbote während des Dienstes erkrankt, so ist hinsichtlich der Verbindlichkeit zur Krankenpflege u. zur Bestreitung der Curkosten zu unterscheiden: a) Wenn es zweifelhaft bleibt, ob die Krankheit als eine Folge der Verschuldung des Dienstboten, oder der Dienerschaft, oder der Dienstverrichtungen anzusehen sei, so streitet die Vermuthung dafür, daß die Krankheit durch eine natürliche Ursache entstanden sei. §. 74. ib., und A.O. v. 1840. §. 47. G.S. S. 267. Im Falle der Entstehung der Krankheit aus natürlichen Ursachen hat bis zu dem Zeitpuncte der wirklichen Aufhebung des Dienstvertrags die Herrschaft für die Cur und Pflege des Dienstboten zu sorgen, darf ihm auch solchenfalls die baar verwendeten Kosten, nicht aber die Bezahlung eines Stellvertreters auf das Lohn und Kostgeld anrechnen. Letzteres findet auch nicht Statt, wenn die Dienstherrschaft den Dienstboten zwar nicht ganz entlassen, sondern nur der Cur halber einstweilen aus dem Hause entfernen will. Mit der Aufhebung des Dienstes hört dagegen der Anspruch auf weiteres Lohn und Kostgeld auf. §. 75. d. Ges.O. v. 1835. G.S. S.27., A.O. §. 47. l. c. b) Im Falle die Krankheit durch eigene grobe Verschuldung des G. entstanden ist, hat der Dienstbote die Curkosten selbst zu tragen, muß auch, dafern ihn nicht der Dienstherr des Dienstes sofort entläßt, die Bezahlung des Stellvertreters aus eignen Mitteln bestreiten, hat aber auch dafür auf die Dauer des Dienstes sein Lohn und die Beköstigung, oder das bedungene Kostgeld unverkürzt zu empfangen. Behält die Dienstherrschaft den kranken Dienstboten im Hause, so tritt die Krankenpflege an die Stelle der Beköstigung oder des Kostgeldes. §. 75. d. Ges.O., und §. 47. der A.O., a. a. O. c) Wenn die Krankheit durch grobe Verschuldung der Dienstherrschaft entstand, so muß sie den erkrankten Dienstboten auf ihre Kosten auch über die Dienstzeit hinaus ärztlich behandeln lassen, unbeschadet der dem Dienstboten sonst verbleibenden rechtlichen Ansprüche auf Entschädigung; es findet auch ein Abzug an Lohn wegen nicht geleisteter Dienste oder Bezahlung eines Stellvertreters nicht Statt. ib. d) Im Falle der Entstehung der Krankheit als unmittelbare Folge der Dienstverrichtung kommt es darauf an, ob die letztere eine zum Dienste des G. ordentlicher Weise gehörige ist, oder eine ungewöhnliche, von ihm jedoch freiwillig übernommen worden war, oder ob die Dienstherrschaft den Dienstboten zu einer ihm nach seinen Dienstverhältnissen gewöhnlicherweise nicht zukommenden und an sich für die Gesundheit gefährlichen Verrichtung genöthigt hat. Ist ersteres beides geschehen, so treten dieselben Bestimmungen, wie im Falle a. ein; war das letztere geschehen, so gelten die Vorschriften wegen des Falles c., wenn nicht die Dienstherrschaft beweisen kann, daß der Dienstbote bei einer solchen Verrichtung seinerseits sich einen hohen Grad von Fahrlässigkeit habe zu Schulden kommen lassen, wo ebenfalls wieder die Bestimmungen des Falles a. eintreten. ib. **39)** Auch in den Fällen, wo die Dienstherrschaft nicht verbunden ist, die Curkosten aus eignen Mitteln zu tragen, ist sie dennoch, wenn sie den Dienstboten der Krankheit ungeachtet im Hause behält, dieselben vorschußweise zu leisten schuldig; sie kann sich jedoch durch Zurückbehaltung des Lohnes sofort bezahlt machen. Wird das erkrankte und des Dienstes bereits entlassene G. nur auf den Grund der Vorschrift §.85. und 87. cit. noch im Hause behalten, so kann diese Verbindlichkeit der Dienstherrschaft nur bis zum Betrage des wirklich verdienten und noch rückständigen Lohnes angesonnen wer-

den. Von da an ist aber die Ortspolizeibehörde den diesfallsigen Verlag zu bestreiten verbunden. ib. Vergl. dazu noch unten no. 43. **40)** In wiefern eine Herrschaft durch Handlungen des G. in oder außer dem Hause verantwortlich werde, ist im Allgemeinen nach den rechtlichen Grundsätzen über die Verbindlichkeit zu Vertretung eines Bevollmächtigten zu beurtheilen. Was jedoch das G. auf der Herrschaft Namen bei Kaufleuten und Handwerkern an Waaren abholt oder bestellt, ist erstere zu bezahlen nicht schuldig, wenn die letzteren nicht den Empfang des Abgelieferten von Seiten der Herrschaft, oder den Auftrag derselben zur Bestellung, im Leugnungsfalle besonderes darzuthun vermögen. §. 76. der Ges.O. v. 1835. G.S. S. 28. [Aeltr. Best.: M. v. 21. Dec. 1708. C.A. T. I. S. 1753., Beil. zur E.P.O. no. XVII. und L.C.W. T. I. S. 97., O.A.Pat. v. 18. Dec. 1752. ib. S. 175.] S. noch: Handelsbücher. **41)** Stirbt ein Dienstbote, so können seine Erben Lohn u. Kostgeld nur soweit fordern, als selbiges nach Verhältniß der Zeit bis zum Krankenlager rückständig ist. §. 77. d. Ges.O. v. 1835. G.S. S. 28. Begräbnißkosten ist die Herrschaft für das G. zu bezahlen in keinem Falle schuldig. §. 78. ib. **42)** Stirbt das Haupt der Familie, so sind die Erben nicht gehalten, das G. länger, als bis zur nächsten gesetzlichen Abziehzeit (vergl. §§. 19. 20. cit.) zu behalten, wenn auch durch Vertrag eine längere Dienstzeit festgesetzt wäre. §. 79. ib. Erfolgt jedoch der Todesfall nach der Kündigungsfrist (s. §. 90. unten) ohne daß eine Kündigung vorhergegangen, oder war das G. wieder aufs Neue gemiethet, so muß dasselbe im Entlassungsfalle das baare Lohn, jedoch ohne Kost oder Kostgeld, für das nächstfolgende Vierteljahr erhalten. Das zur Landwirthschaft gebrauchte G. kann jedoch gegen diese Entschädigung nur dann, wenn es durch die mit dem Tode des Besitzers in der Wirthschaft eingetretene Veränderuug bei derselben erweislich entbehrlich wird, entlassen und muß außerdem bis zur nächstfolgenden gesetzlichen Abziehzeit beibehalten werden. §. 80. ib. Sind Dienstboten zur besonderen Bedienung einzelner Mitglieder der Familie angenommen, so sind bei dem Absterben derselben die Bestimmungen der vorstehenden §§. 79. u. 80. auch auf jene anzuwenden. §. 81. ib. S. 29. Monatsweise gemiethetes G. erhält in den Fällen §§. 79. und 81. cit. Lohn und Kostgeld auf den laufenden und den folgenden Monat. §. 82. ib. **43)** Krankheit (vergl. oben no. 38.), von welcher der Dienstbote während des Dienstes befallen wird, ist auf beiden Seiten nur dann ein Grund, den Dienstvertrag aufzuheben, wenn selbige entweder an sich zum Dienste unfähig macht, (wozu auch der Fall §. 96. unter 14. der Ges.O. zu rechnen ist,) oder länger als 14 Tage ohne Aussicht auf baldige Genesung dauert. §. 83. ib. a) Letztere Frist kommt, wenn nicht sogleich beim Eintritte der Krankheit nach ärztlichem Zeugnisse eine längere Dauer vorauszusehen ist, jedem erkrankten Dienstboten, ohne Unterschied der Entstehungsursache zu Statten. §. 84. ib. b) Auch im Falle der frühern Entlassung, sowie überhaupt, darf die Dienstherrschaft den erkrankten Dienstboten nicht eher aus ihrem Hause entfernen, als bis wegen seines anderweiten Unterkommens Veranstaltung getroffen worden ist. §. 85. ib. c) Hat der erkrankte Dienstbote keine Angehörigen in der Nähe, welche gesetzlich oder vertragsmäßig zu seiner Aufnahme und Versorgung verpflichtet sind, oder weigern sie sich der Aufnahme, so muß der Dienstbote sich gefallen lassen, wenn die Dienstherrschaft dessen Unterbringung in einer öffentlichen Krankenanstalt oder sonst auf geeignete Weise veranstaltet. §. 86. ib. d) Von den Kosten des Transports gilt dasselbe, was §. 74. u. 75. cit. von den Curkosten überhaupt verordnet worden ist. ib., und s. §. 47. der A.O. v. 1840. G.S. S. 267. e) Hat die Herrschaft keine Verpflichtung, das kranke G. bei sich zu behalten, zu verpflegen und die Curkosten zu bestreiten, oder hört die Verbindlichkeit auf und das G. ist nicht vermögend, sich aus eigenen Mitteln zu verpflegen und heilen zu lassen, oder tritt unter derselben Voraussetzung der Erkrankungsfall bei dienstlosem, am Orte nicht heimaths-

angehörigem G. ein, welchem aber der einstweilige Aufenthalt am Orte gestattet worden ist, so kommen die Bestimmungen §. 39. f. der A.O. wegen armer kranker Reisender in Anwendung, vorbehältlich des Ersatzanspruchs gegen die privatrechtlich verpflichteten Angehörigen des G.s, §. 47. cit. f) Der Dienstbote muß jedoch in allen vorerwähnten Fällen so lange im Hause behalten werden, als seine anderweite Unterbringung nach dem Zeugnisse des Arztes ohne Gefahr für sein Leben oder seine Gesundheit nicht möglich ist. §. 87. der Ges.O.v. 1835. G.S. S. 30. **44)** Außer den Fällen, wo es wegen Todes- oder Krankheitsfällen nach §§. 79. 81. 83. cit. erfolgen darf, kann der Dienstvertrag in der Regel während der Dienstzeit einseitig nicht aufgehoben werden. §. 88. ib. a) Welcher Theil denselben nach Ablauf der Dienstzeit nicht fortsetzen will, muß innerhalb der gehörigen Frist aufkündigen, dafern nicht bei Eingehung des Vertrags ausdrücklich festgesetzt worden ist, daß derselbe stillschweigend nicht verlängert werden dürfe. §. 89. ib. b) Bei städtischem G. ist die Aufkündigungsfrist 6 Wochen vor Ablauf der Dienstzeit, bei dem landwirthschaftlichen G. sind es 3 Monate vor Ablauf des Dienstjahres. Bei monatsweise gemietheten Dienstboten findet die Aufkündigung am 1sten jedes Monats Statt. §. 90. ib. c) Ist keine Aufkündigung erfolgt, so wird der Vertrag bei städtischem G. auf ein Vierteljahr, bei Monatsgesinde auf einen Monat, bei landwirthschaftlichem G. auf das nächstfolgende Jahr für stillschweigend verlängert angesehen. §. 91. ib. d) Hat das G. nicht aufgekündigt, demungeachtet aber sich bei einer anderen Herrschaft aufs Neue vermiethet, so wird dadurch die stillschweigende Verlängerung des älteren Dienstes nicht aufgehoben; in Ansehung des Schädenanspruchs derjenigen Herrschaft, die nachstehen muß, treten jedoch in diesem Falle dieselben Bestimmungen in Kraft, welche gegen das gleichzeitige Vermiethen bei mehren Herrschaften gelten, (s. oben §§. 29. 30. cit.) §. 92. ib. **45)** Wird eine landwirthschaftliche Besitzung, sie möge nun in einer Stadt oder auf dem Lande gelegen sein, aus freier Hand oder durch Subhastation veräußert, oder verpachtet, oder es tritt an die Stelle eines zeitherigen Pachters ein anderer, oder der Eigenthümer selbst wieder ein; so bleiben demungeachtet der Käufer, Ersteher, Pachter oder Nachfolger im Pachte oder der Wirthschaft eben so, wie andererseits das G., welches zur Bewirthschaftung des Grundstücks gemiethet ist, an den mit dem Vorbesitzer oder dem abgegangenen Pachter geschlossenen Miethvertrag für die Zeit, auf wie lange der letztere ausdrücklich oder stillschweigend eingegangen worden ist, oder in Ermangelung einer solchen Bestimmung bis zur nächsten gesetzlichen Abziehzeit (s. oben §§. 19. 20.) gebunden, wenn nicht der eine Theil auf Verlangen des anderen in die sofortige Aufhebung willigt. In letzterem Falle hat das abgehende G. an Lohn und anderen Gebührnissen über die Zeit des Abzugs hinaus keinen Anspruch, weder an den neuen Besitzer, noch an den Besitzvorfahrer, als seinen Miether. §. 93. ib. Dieselben Bestimmungen gelten auch, wenn nicht eine ganze landwirthschaftliche Besitzung, sondern nur ein einzelner Zweig einer Oekonomie, der aber einen abgesonderten in sich geschlossenen Theil derselben ausmacht, z. B. ein Vorwerk, Brauerei 2c., für sich allein veräußert oder verpachtet wird. §. 94. ib. Die freiwillige oder unfreiwillige Aufhebung eines solchen besonderen Oekonomiezweigs von Seiten des Besitzers, wenn dabei keine Veränderung in der Person des letzteren vorgeht, befreit denselben nicht von der Erfüllung seiner Verbindlichkeit gegen das zu diesem Geschäfte gemiethete G.; vielmehr treten solchenfalls wegen der Entschädigung die Bestimmungen der unten cit. §§. 105. u. 106. ein. §. 95. ib. G.S. v. 1835. S. 31. **46)** Ohne Aufkündigung und sofort kann die Dienstherrschaft ein G. entlassen: a) wenn dasselbe die Dienstherrschaft oder deren Familie durch Thätlichkeiten, Schimpf- u. Schmähworte oder ehrenrührige Nachreden beleidigt, oder durch boshafte Verhetzungen

Zwistigkeiten in der Familie anzurichten sucht, b) wenn es sich beharrlichen Ungehorsam und Widerspenstigkeit gegen die Befehle der Herrschaft zu Schulden kommen läßt, c) wenn das G. in dem §. 70. cit. genannten Falle die Krankenpflege verweigert, d) wenn es sich den zur Aufsicht über das G. bestellten Haus- und Wirthschaftsofficianten mit Thätlichkeiten oder groben Schimpf- und Schmähreden bei Verwaltung ihres Amtes widersetzt, e) wenn es die Kinder der Herrschaft zum Bösen verleitet oder verdächtigen Umgang mit ihnen pflegt, f) wenn es die Kinder, die ihm zur Wartung anvertraut sind, durch üble Begegnung oder Nachlässigkeit in Gefahr versetzt, g) wenn es sich des Diebstahls oder der Veruntrauung schuldig macht oder sein Nebengesinde zu dergleichen verleitet, oder die wahrgenommenen Veruntrauungen oder Entwendungen desselben der Herrschaft nicht anzeigt, h) wenn es auf der Herrschaft Namen ohne deren Vorwissen Geld oder Waaren borgt, i) wenn es die noch nicht verdiente Livree ganz oder zum Theil verkauft oder versetzt, k) wenn es wiederholt ohne Vorwissen und Erlaubniß der Herrschaft über Nacht aus dem Hause geblieben ist, l) wenn es mit Feuer und Licht unvorsichtig umgeht, m) wenn ein Dienstbote das ihm zur Obsicht und Pflege anvertraute Vieh durch seine Schuld verunglücken läßt, oder dasselbe erwiesenermaßen schlecht abwartet oder mißhandelt, n) wenn ein G. sonst der Dienstherrschaft aus Bosheit od. Muthwillen an deren Eigenthume vorsätzlich Schaden zugefügt hat, o) wenn sich zeigt, daß das G. mit einer ansteckenden oder Ekel erregenden Krankheit behaftet sei, p) wenn das G., ohne Erlaubniß der Herrschaft, seines Vergnügens wegen ausläuft, oder ohne Noth über die erlaubte, oder zu dem Geschäfte erforderliche Zeit ausbleibt oder sonst den Dienst muthwillig vernachlässigt, und von allen diesen Fehlern auf wiederholte Verwarnung nicht absteht, q) wenn der Dienstbote dem Trunke od. Spiele ergeben ist, oder einen unkeuschen Lebenswandel führt, r) wenn derselbe durch Zänkereien oder Schlägereien den Hausfrieden stört, und von solchem Betragen auf geschehene Vermahnung nicht abläßt, s) wenn dem Dienstboten diejenige Geschicklichkeit gänzlich mangelt, die er, auf Befragen, bei der Vermiethung zu besitzen ausdrücklich angegeben hat, t) wenn ein Dienstbote von der Obrigkeit auf länger als 8 Tage gefänglich eingezogen wird, u) wenn die Herrschaft von dem G. bei der Annahme durch Vorzeigung falscher Zeugnisse hintergangen worden ist. §. 96. d. Ges.O. v. 1835. unter 1—20. G.S. S. 31. Das G. kann in allen diesen Fällen Lohn und Kost oder Kostgeld nur nach Verhältniß der Zeit fordern, wo es wirklich gedient hat. §. 101. ib. S. 33. **47)** Schickt die Herrschaft einen Dienstboten außer der Zeit fort, so ist anzunehmen, daß er in eine Aufhebung des Dienstvertrags gewilligt, wenn er nicht binnen 8 Tagen seine Beschwerde gegen die Dienstherrschaft bei der Obrigkeit angebracht hat; es gilt jedoch die Rückgabe und Annahme des Dienstzeugnißbuchs, in welches die Entlassung eingetragen worden, jedesmal als Beweis, daß der Vertrag von beiden Theilen freiwillig aufgehoben worden sei. §. 97. ib. S. 32. **48)** Das G. kann den Dienst ohne vorhergehende Aufkündigung sofort verlassen: a) wenn es durch Mißhandlungen von der Herrschaft in Gefahr des Lebens und der Gesundheit versetzt worden, b) wenn die Herrschaft dasselbe auch ohne solche Gefahr, jedoch mit ausschweifender, oder ungeachtet vorgängiger obrigkeitlicher Ermahnung beharrlich mit großer Härte behandelt hat, c) wenn die Herrschaft dasselbe zu Handlungen, welche wider die Gesetze oder guten Sitten laufen, hat verleiten wollen, d) wenn dieselbe das G. vor dergleichen unerlaubten Zumuthungen, gegen Personen, die zur Familie gehören, oder sonst im Hause aus- und eingehen, nicht hat schützen wollen, e) wenn die Herrschaft dem G. das Lohn,

die Kost oder das Kostgeld, oder die ihm sonst gebührenden Bedürfnisse vorenthält und dießfallsiges Einschreiten der Obrigkeit nicht beachtet worden ist, f) wenn die Herrschaft ihren Wohnsitz in Begleitung des G. in das Ausland verlegen will, ingleichen bei Veränderung des Wohnsitzes im Inlande, an der das G. Theil nehmen soll, wenn sich die Herrschaft nicht verbindlich macht, ihren Dienstboten nach seiner Wahl entweder an den Ort der Vermiethung oder bei gleicher Entfernung in seine Heimath auf ihre Kosten zurückbringen zu lassen, beides jedoch nur, wenn der Dienstbote von der Sache nicht bei seiner Ermiethung in Kenntniß gesetzt worden ist. §. 98. der Ges.O. v. 1835. G.S. S. 32. In allen diesen Fällen muß dem G. Lohn und Kost auf das laufende Vierteljahr, und wenn es monatsweise gemiethet war, auf den laufenden Monat vergütet werden. §. 102. ib. Hat die Ursache zum Austritte aus dem Dienste erst nach Ablauf der Aufkündigungsfrist Statt gefunden, so muß die Herrschaft diese Vergütung auch für das folgende Vierteljahr, oder für den folgenden Monat leisten. §. 103. ib. **49)** Gelangt ein weiblicher Dienstbote zur Verheirathung, oder erhält ein männlicher zu Anstellung einer eigenen Wirthschaft vortheilhafte Gelegenheit, die er durch Ausdauerung der Miethzeit versäumen würde; so muß derselbe zwar sowohl bei städtischem als ländlichem G. das laufende Vierteljahr, und wenn er monatsweise gemiethet worden, den laufenden Monat aushalten, darf aber von da an den Dienst, wenn er solchen der Herrschaft 4 Wochen zuvor gekündigt hat, noch vor Ablauf der gesetz- oder vertragsmäßigen Zeit verlassen, so jedoch, daß er die Herrschaft für das höhere Lohn, welches dem an seine Stelle gemietheten G. gegeben werden muß, zu entschädigen hat. §. 99. ib. S. 33. **50)** Wenn die Aeltern des Dienstboten wegen einer erst nach Antritt des Dienstes vorgefallenen Veränderung ihrer Umstände, namentlich zur Pflege im Alter oder in Krankheiten, ihn in ihrer Wirthschaft nach obrigkeitlichem Ermessen nicht entbehren, und die ordentliche Abzugszeit mit dessen Abberufung nicht abwarten können, oder der Dienstbote in eigenen Angelegenheiten schleunig eine weite Reise auf längere Zeit zu unternehmen genöthigt wird, so kann derselbe zwar sofort seine Entlassung fordern, ist aber verbunden, die Dienstherrschaft durch Uebertragung des, dem an seine Stelle tretenden G. zu gebenden, höhern Lohnes zu entschädigen. §. 100. ib. **51)** In den §. 96. cit. gedachten Fällen hat der abgehende Dienstbote auf den Werth derjenigen Livréestücken, welche einen Theil des Lohns ausmachen, nur nach Verhältniß der Zeit, wie lange er sie getragen hat und noch hätte tragen sollen, Anspruch, und es steht auch hier der Herrschaft die ihr §. 61. cit. nachgelassene Wahl zu. §. 104. ib. **52)** Eine Herrschaft, die aus andern als gesetzmäßigen Gründen das G. vor Ablauf der Dienstzeit entläßt, ist zwar nicht zu nöthigen, dasselbe gegen ihren Willen wieder anzunehmen, dafür aber zur Vergütung des Lohns, der Kost und der Livrée auf die ganze Dienstzeit anzuhalten. Als Vergütung für die Kost gebührt einem Dienstboten auf dem Lande wöchentlich 17½ Ngr., einem städtischen G. jede Woche 26 Ngr. 3 Pf., wenn nicht vorher vertragsmäßig ein Höheres bestimmt worden ist. §. 105. ib. **53)** Erhält das G. noch vor Ablauf der Dienstzeit ein anderweites Unterkommen, oder hat es eine ihm sich dargebotene Gelegenheit ohne hinreichenden Grund von sich gewiesen, so erstreckt sich die Verbindlichkeit der Herrschaft (§. 102. 103. 105. cit.) nur bis zu dem Zeitpuncte, wo das Eine oder das Andere erfolgt ist, und weiter hinaus nur in sofern, als das G. in dem neuen Dienste mit einem geringern Lohne sich begnügen muß, oder hätte erweislich begnügen müssen. Den Beweis der erstern beiden Thatsachen hat die Herrschaft, den der letztern beiden das G. zu führen. §. 106. ib. S. 34. **54)** Ist die Herrschaft das entlassene G. wieder anzunehmen bereit und weigert sich hingegen das G., den Dienst wieder anzutreten, so kann letzteres, von Zeit der Erklärung der

Herrschaft an, keine Vergütung fordern. §. 107. ib. Weigert sich aber das G., wieder in den Dienst zu treten aus einem Grunde, weshalb es seiner Seits den Dienst nach §. 98. cit. zu verlassen berechtigt sein würde, so gebührt demselben die §. 102. u. 103. cit. bestimmte Vergütung. §. 108. ib. Kann das G. den vorigen Dienst wegen eines inzwischen erhaltenen andern Unterkommens nicht wieder antreten, so findet die Vorschrift §. 106. cit Anwendung. §. 109. ib. **55)** Allenthalben, wo in Vorstehendem über die gegenseitigen Verhältnisse der Dienstherrschaften und Dienstboten während des Dienstes und über die Ursachen der Aufhebung des Dienstvertrags der Dienstherrschaft gedacht ist, gelten diese Vorschriften in derselben Maße auch von denjenigen Personen, welche im Hauswesen, oder in der Wirthschaft, oder in einzelnen Theilen derselben die Stelle der Dienstherrschaft vertreten, z. B. „Verwalter", „Vögte", „Schafmeister", „Wirthschafterinnen", „Haushälterinnen" ꝛc., in sofern nicht einzelne Bestimmungen der Natur der Sache nach, ganz ausschließend nur auf die Person der Dienstherrschaften sich beziehen. §. 110. ib. **56)** G., welches vor Ablauf der Dienstzeit ohne gesetzmäßige Ursache den Dienst eigenmächtig verläßt, ist auf Verlangen der Dienstherrschaft von der Polizeiobrigkeit durch Zwang zur Rückkehr in den Dienst anzuhalten und unter Androhung des Schadenersatzes und des eintretenden Strafverfahrens durch die Gerichtsfolge in den Dienst zurückzuführen. §. 111. ib. Bleibt das ungehorsame G. dennoch nicht in seinem Dienste, oder will die Herrschaft solches nicht wieder annehmen, so ist sie in beiden Fällen berechtigt, ein anderes G. an seine Stelle zu miethen, und der ausgetretene Dienstbote ist nicht allein schuldig, allen der Herrschaft verursachten Schaden zu erstatten, sondern er ist auch in dem ersten Falle mit einer nach dem Grade der Verschuldung zu bemessenden Gefängnißstrafe bis zu 14 Tagen zu belegen. §. 112. ib. **57)** Jede Dienstherrschaft hat einem auf gesetzliche Weise von ihr abgehenden Dienstboten auf dessen Verlangen ein Zeugniß über die geleisteten Dienste und dessen Verhalten zu ertheilen. §. 113. der Ges.O. v. 1835. G.S. S. 35. Es muß enthalten: die Angabe der Zeit, wie lange der Dienstbote gedient; die Eigenschaft, in welcher derselbe gedient; das Zeugniß über das Verhalten, namentlich über Treue und Ehrlichkeit, oder doch, daß der Dienstbote frei von wirklichen Verbrechen sei, wenn solches mit Grund der Wahrheit abzugeben ist. §. 114. ib. Wer das Zeugniß wissentlich wider die Wahrheit ausstellt, haftet dem nachfolgenden Dienstherrn für den aus der wahrheitswidrigen Angabe entstandenen Schaden. §. 116. ib. **58)** Der abziehende Dienstbote ist schuldig, alles, was ihm zum Gebrauche in seinen Geschäften oder sonst zu seiner Aufbewahrung anvertraut worden ist, der Herrschaft oder deren Stellvertretern einzeln wieder zu überliefern, auch solchen die Sachen und Effecten, welche er als sein Eigenthum mit sich nimmt, vor der Fortschaffung derselben in Augenschein nehmen zu lassen. §. 115. ib. **59)** Als dienstloses G. sind alle diejenigen außer Dienst gegangenen oder gekommenen Dienstboten anzusehen, welche weder zu ihren Aeltern, noch sonst zu derjenigen Familie, in welcher sie vorher, ehe sie zuerst in Dienst traten, sich als Mitglied wesentlich aufgehalten haben, zurückgekehrt, noch zu einer anderen Lebensart übergetreten sind, sondern sich in Erwartung eines wieder zu erlangenden Dienstes nur einstweilen irgendwo aufhalten. §. 117. ib. Alles dienstlose G. steht unter der Aufsicht der Localpolizei des Orts, wo sich dasselbe aufhält. §. 118. 119. ib. Die zur Handhabung dieser Aufsicht nöthigen Einrichtungen sind nach jedes Orts Bedürfniß und Verhältnissen zu ordnen. §. 120. ib. S. 36. **60)** Die Streitigkeiten zwischen Dienstherrschaften und G. über ihre aus dem Dienstvertrage sowohl vermöge der Gesinde-O. als ausdrücklichen Versprechens entspringenden Civilansprüche gehören vor die Civilgerichte und sind bei selbigen nach Beschaffenheit des jedesmaligen Klagegegenstandes

in Gemäßheit der Civilproceßgesetze zu verhandeln. §. 121. der Ges.O. v. 1835. S. 36. [Aeltr. Verf.: E.P.O. ad Tit. I. §. 6. S. 9., Bef. v. 17. Dec. 1750. C.A. C. II. T. I. S. 549., M. v. 28. Nov. 1753. §. 2. C.A. C. I. T. I. S. 383., M. v. 10. Mai 1824. G.S. S. 59.] **61)** Die polizeiliche Aufsicht über das G., die Handhabung der polizeil. Vorschriften der Gesinde-O. und ihrer Ausführungs-V., sowie die Erörterung u. Entscheidung solcher gegenseitiger Beschwerden der Dienstherrschaften und Dienstboten, welche durch ordnungswidriges Betragen und Verhalten beider Theile gegen einander veranlaßt worden, gehören vor die Polizeibehörden. §. 122. ib. Die nähere Bestimmung ertheilt d. V. v. 10. Jan. 1835. G.S. S. 38. f. Auch können die Polizeibehörden in solchen Streitigkeiten, welche an sich als Justizsachen zu betrachten und zu behandeln sind, auf Anrufen des einen oder des andern Theils über Antretung, Fortsetzung oder Aufhebung des Dienstverhältnisses, mit Vorbehalt weiterer Ausführung der Ansprüche, einstweilige Vorkehrungen treffen. Nicht minder sind die Polizeibehörden über diejenigen, zu den geringfügigen Sachen gehörenden Civilansprüche zu entscheiden mit berechtigt, welche als Folgen einer polizeilichen Zuwiderhandlung anzusehen sind, in sofern deren Object die Summe von 5 Thalern nicht übersteigt §. 123. der Ges.O. G.S. v. 1835. S. 35. Die nähern Bestimmungen über das Verfahren in Gesindesachen, in soweit sie nicht ausschließlich vor die Civilgerichte gehören, richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften über das Verfahren in Administrativjustizsachen überhaupt. §. 124. ib. (S. dazu den Artikel: Justiz- und Verwaltungspuncte.) **62)** Die Polizeibehörde hat vorschriftmäßige Gesindeverzeichnisse zu halten. §. 1. 2. d. V. v. 10. Jan. 1835. G.S. S. 38. **63)** Der Anzug und Wechsel des G. ist der Polizeibehörde anzumelden. §. 3—7. ib. **64)** Sie hat Gesinderevisionen zu veranstalten. §. 8. ib. S. 39. Vergl. über das Verfahren in Bezug auf dienstloses G. die näheren Bestimmungen der V. v. 10. Jan. 1835. §. 16—22. G.S. S. 40. **65)** Zur bessern Ueberwachung des G. sind die Gesindezeugnißbücher eingeführt. Man vergl. über sie §. 9. f. d. ang. V. G.S. S. 39. f. **66)** Wenn ein Dienstbote wegen Verbrechen in Untersuchung gekommen und in deren Folge mit Strafe belegt worden ist, so daß der Dienstherrschaft nicht angesonnen werden kann, dem Dienstboten das in der Gesinde-O. vorgeschriebene Zeugniß der Unbescholtenheit zu ertheilen, so hat die Obrigkeit das Gesindebuch einzufordern und dasjenige, was sich der Dienstbote zu Schulden kommen lassen, actenmäßig zu bemerken. Bei kleinen Vergehungen, wenn sie zur gerichtlichen Ahndung gekommen, und vom Dienstboten abgebüßt worden, ist sich im Zeugnisse so auszudrücken: daß dem weitern Fortkommen des Dienstboten kein Hinderniß im Wege stehe. §. 12. der ang. V. G.S. v. 1835. S. 39. **67)** Die Gesindebücher, und ein gedruckter Auszug aus der Ges.O. und ihrer Ausführungs-V., sowie Schemata zu Verzeichnissen des dienenden und dienstlosen G. eines Orts werden den Gerichts- und Polizeiobrigkeiten gegen Erstattung des baaren Verlags von der Seiten des Ministerii des Innern dazu ausschließend beauftragten Druckerei zugestellt. Der Verkauf derselben durch andere Privatpersonen ist bei 20 Thaler Geld- oder verhältnißmäßiger Gefängnißstrafe verboten. §. 13. ib. **68)** Die Gebühr für Ausfertigung eines Dienstzeugnißbuches mit Inbegriff des Verlags für ein neues Buch beträgt 2½ Ngr., für einen gerichtlichen Eintrag in ein solches ebenfalls 2½ Ngr. §. 14. ib. **69)** Wenn einem Dienstboten sein Gesindezeugnißbuch entweder während eines Dienstes, oder in der Zeit, wo er sich dienstlos befindet, abhanden kommt, so hat er solches im ersten Falle der Polizeibehörde des Orts, wo er dient, in letzterem Falle aber der Polizeibehörde des Orts, wo er zuletzt gedient hat, anzuzeigen, welche nach erfolgter Erörterung der betreffenden Umstände, nach pflichtmäßigem Ermessen entweder demselben ein neues auszustellen, oder bedenklichen Falls

ihn wegen der Ausfertigung einer neuen Legitimation an die Behörde seiner Heimath zu verweisen haben. §. 15. ib. S. 40. **70)** Das Geschäft der Gesindemäkelei darf nur unter polizeilicher Aufsicht getrieben werden. §. 23. f. d. V. v. 10. Jan. 1835. G.S. S. 41., auch wenn es von sogenannten Geschäftscomtoirs, Versorgungsbüreaus u. s. w. ausgeübt wird, §. 30. ib. **71)** Für Dresden und Leipzig bewendet es bei den, wegen der Gesindepolizei daselbst bestehenden, den besonderen Verhältnissen dieser beiden Städte angemessenen Einrichtungen. Auch an anderen Orten, welche nach ihrer Bevölkerung ebenfalls einer eigenen Gesindepolizei- und Aufsichtsbehörde zur Ausführung u. Handhabung der in der Ges.O. und ihrer Ausführungs-V. enthaltenen Vorschriften bedürfen, können von den Stadträthen mit Einverständniß der Stadtverordneten durch Niedersetzung einer eigenen Deputation mit möglichster Einfachheit und Kostenersparniß die nöthigen diesfallsigen Vorkehrungen getroffen werden, welche der vorgesetzten Regierungsbehörde zur Genehmigung anzuzeigen sind. §. 31. der V. v. 10. Jan. 1835. G.S. S. 42. **72)** Aeltere Gesetzgebung über das Gesindewesen: L.O. Mont. n. Quasimod. 1482. Und so die Prälaten rc. C.A. T. I. S. 3. f., L.O. v. 1543. C.A. T. I. S. 20., L.O. v. 12. Nov. 1550. ib. S. 35., L.O. v. 1. Oct. 1555. mit dem inser. Ausschr. v. 1543. ib. S. 64. f., Torg. Ausschr. v. 18. Mai 1583. Tit. denen Dienstboten rc. C.A. T. I. S 154., L.O. v. 6. Mai 1597. Zum Vierten C.A. T. III. S. 122. u. L.C.W. T. I. S. 380., Pol.O. v. 1612. §. 15. C.A. T. I. S. 1474., Resol. v. 20. Juli 1621. C.A. T. III. S. 173. u. L.C.W. T. I. S. 610., O.A.Pat. v. 6. Jan. 1649. L.C.W. T. I. S. 611. u. C.A. T. III. S. 203., Ges.O. v. 24. Mai 1651. C.A. T. I. S. 1523. f., Confirm. d. ständ. Bed. v. 4. Juli 1651. L.C.W. T. I. S. 614. u. C.A. T. III. S. 211., Pol O. v. 1661. Tit. XXIII. C.A. T. I. S. 1593., Tax.O. v. 17. Sept. 1661. ib. S. 1609. f., Ges.O. v. 30. April 1689. C.A. T. III. S. 301., O.A.Pat. v. 27. Juni 1696. ib. S. 315., u. L.C.W. T. I. S. 643. u. 653., O.A.Pat. v. 24. Febr. 1710. ib. S. 659., Ges.O. v. 16. Juli 1735. C.A. C. I. T. I. S. 623., Gen.Bef. v. 31. März 1764. ib. S. 874., Ges.O. v. 25. Juli, 20. Aug. 1767. C.A. C. I. T. III. S. 190. u. L.C.W. T. III. S. 308. f., Ges.O. v. 16. Nov. 1769. C.A. C. I. T. I. S. 967. **73)** S. Dienstboten, Forstverbrechen, Aeltern, Advocaten, Gendarmen, Gerichtsstand, Gift, Heimaths..., Münzwesen, Niederlassung, Staatsdienst, Verjährung, Reiselegitimationen, Uniform, Polizei, Vorladung, Verträge.

Gesindebücher. S. Gesinde, 65. f.

Gesindediebstahl. S. Diebstahl, Gesinde, 25.

Gesindekost. S. Gesinde, 32. f.

Gesindelohn. S. Concursgläubiger, A. I., Gesinde, 13. 29. f.

Gesindeordnung. Der Inhalt der G. v. 10. Jan. 1835. ist im Art.: Gesinde wiedergegeben.

Gesindesachen. S. Advocaten, Gesinde, 60. f.

Gesindeschau, Gesindezwang. S. Dienstzwang, Erbunterthänigkeit.

Gesinnung, s. die Citate unter: Bosheit, Unbedachtsamkeit, Leichtsinn, Vorsatz.

Gespinnst. S. Garn, Ellenmaß.

Geständniß. **1)** Der Richter darf, um den Angeschuldigten zu G.n oder anderen Angaben zu bewegen, weder Versprechungen, Vorspiegelungen od. Drohungen, noch körperlichen Zwang anwenden oder anwenden lassen. Str.Pr.O. v. 1855. Art. 151. G.S. S. 371. (Vorher: 91. Dec. v. 1661. C.A. T.I. S. 339., Erl. Bef. v. 25. Nov. 1717. ib. S. 1877., Bef. v. 9. Febr. 1756. C.A. C.I. T.I. S. 397.; vergl. wegen der Kindesmörderinnen, M. v. 14. Oct. 1744. §. 3. ib. S. 341. u. L.C.W. T.I. S. 302., wegen der Brandstifter, M. v. 17. Nov. 1741. C.A. C.I. T.I. S. 327. u. L.C.W. T.I. S. 238. **2)** Derartige Mittel sind auch dann nicht zulässig, wenn der Angeschuldigte überhaupt oder in einzelnen Fällen sich weigert, zu antworten, oder sich taub, stumm, wahnsinnig, blödsinnig oder krank stellt, obwohl der Untersuchungsrichter nach seinen eigenen Wahrnehmungen oder nach den sonst hierüber angestellten Erörterungen von der Verstellung überzeugt ist. ib. **3)** Vielmehr ist solchenfalls dem Angeschuldigten ernstlich vorzuhalten, daß seines Schweigens ungeachtet die Untersuchung ihren Fortgang nehmen werde, sein Verhalten aber die Untersuchung zu seinem eigenen Schaden verlängern, einen nachtheiligen Einfluß auf die künftige Beurtheilung seiner Schuld ausüben, auch möglicherweise

den Verlust etwaiger Vertheidigungsgründe herbeiführen könne. Ist diese Vermahnung fruchtlos geblieben, so kann der Richter denselben in Untersuchungshaft nehmen. ib. S. hierzu: Admonition. **4)** Die älteren gesetzlichen Vorschriften im Betreff der Wirksamkeit des Geständnisses in Criminalsachen giebt der Art.: Ersatz an. **5)** Der Widerruf eines Geständnisses, welches in einer mit Beobachtung der gesetzlichen Form geführten Untersuchung abgelegt worden, hebt oder schwächt nicht seine Beweiskraft; der Widerruf ist aber zu beachten, wenn es gewiß oder doch wahrscheinlich ist, daß das G. der Wahrheit zuwider abgelegt sei, M. v. 17. April 1810. C.A. C. III. T. I. S. 237. u. L.C.W. T. V. S. 163. S. hierzu den Art.: Wiederaufnahme. **6)** S. noch die Art.: Vernehmung, Hauptverhandl.=T., Unmittelbare Vorladung, Diebstahl VI., Reue, Anzeichen, Anatomische A., Einlassung, Einreden, 7., Forstrügen, Untersuchungsverfahren, Verfahren.

Gestatten, s. Concession, Erlaubnißschein, Beweis, Spielen, Lotterie, Theilnahme, Unbedachtsamkeit, Begünstigung, Erpressung, Vertheidigung.

Gestellschein. S. Geburtsschein, Recrutirung.

Gestellung, von Personen im Untersuchungsprocesse. **I.** G. des Angeschuldigten. **1)** Diese G. wird von dem Untersuchungsrichter durch Vorladung, Vorführung, Haftnahme, Nacheile, steckbriefliche Verfolgung oder durch Beschlagnahme des Vermögens oder der Legitimationspapiere des Angeschuldigten bewirkt. Str.Pr.O. v. 1855. Art. 136. Dazu vergl. die Artikel: Vorladung, Vorführung, Nacheile, Oeffentliche Vorladung, Steckbriefe, Beschlagnahme, Sicheres Geleit, Untersuchungshaft, Handgelöbniß, Caution. Die verfügte Maßregel ist wieder aufzuheben, wenn die Gründe, welche sie veranlaßt, sich erledigt haben. Ang. Art. 136. **2)** Der Untersuchungsrichter hat zu der von ihm beschlossenen Entlassung des Verhafteten, Rücknahme öffentl. Vorladungen und erlassener Steckbriefe, sowie Aufhebung von Beschlagnahmen, wenn dieser Beschluß nicht von dem Staatsanwalte selbst beantragt worden ist, die Zustimmung des letzteren einzuholen und bis zu deren Eingang mit Ausführung des Beschlusses Anstand zu nehmen. Bei der Haftentlassung ist diese Zustimmung auch in Betreff der Art derselben, insbesondere bei der Entlassung gegen Sicherheitsleistung in Betreff der Feststellung der Sicherheit, zu erfordern. Ang. Art. 136. **3)** Die Zustimmung des Staatsanwalts wird angenommen, wenn er binnen Tagesfrist (s. Art. 19. unter: Fristen) von Bekanntmachung des Beschlusses an gerechnet, gegen denselben keinen Widerspruch erhebt. ib. Dagegen bedarf es der Zustimmung des Staatanwalts nicht bei der Rücknahme von öffentlichen Vorladungen und Steckbriefen, wenn sie wegen der erfolgten G. oder des bescheinigten Todes des Angeschuldigten beschlossen worden ist. Ang. Art. 136. **4)** Der Widerspruch des Staatsanwalts hat aufschiebende Wirkung. Die Rückgabe der von dem Angeschuldigten bestellten Sicherheit, sowie die Aufhebung der Beschlagnahme seines Vermögens kann in soweit beschränkt werden, als es zur Sicherstellung der erwachsenen oder erwachsenden Kosten, einer etwaigen Geldstrafe, oder angezeigter Schädenansprüche nothwendig und in Betreff der letzteren nach den Grundsätzen des bürgerlichen Rechts zulässig ist. ib. (Vergl. noch Art. 161. unter: Caution. Ferner: Untersuchungsverfahren vor d. E.R.) **5)** S. auch: Unmittelbare Vorladung, Vertagung, Ungehorsam, Hauptverhandl.=T., Privatanklage, Gerichtliche P., Rechtsmittel, Zeugenvorladung. **6)** G. vor das Ober=Appellationsgericht: s. Rechtsmittel E. **II.** Anderer Personen. **1)** Begiebt sich der Untersuchungsrichter nach Verübung einer strafbaren That an Ort u. Stelle, um erkundigungsweise eine unbestimmte Zahl von Personen abzuhören, so kann er jedem, in Betreff dessen er es für angemessen findet, befehlen, daß er während der nächsten 24 Stunden in seiner Wohnung bleibe oder

sich wenigstens nicht außerhalb des Orts begebe, und, wo er im Orte anzutreffen sei, anzeige. Str.P.O. Art. 142. **2)** Wer diesem Befehle zuwider handelt, kann von dem Untersuchungsrichter mit Gefängniß bis zu 1 Woche oder mit Geld bis zu 25 Thlrn. belegt werden. ib. **3)** Gegen die Auferlegung der Strafe kann Beschwerde eingewendet werden, welcher aufschiebende Kraft beizulegen ist. ib. Doch sind die Gerichts- u. Polizeibehörden angewiesen, von dem ihnen eingeräumten Befugnisse, die Entfernung aus der Wohnung, beziehendlich aus dem Orte zu verbieten, nur in sehr dringenden Fällen Gebrauch zu machen. V. v. 31. Juli 1856. §. 43. G.S. S. 164. Der Richter kann auch auf die bei 1. gedachte Zeit die einstweilige Verwahrung der abzuhörenden Personen verfügen, wenn zu besorgen ist, daß dieselben dem Befehle nicht Folge leisten oder sich über ihre Aussagen besprechen werden. Str.Pr.O. Art. 142. **4)** Vergl.: Zeugen...

Gestellung, zu Erfüllung von öffentlichen Wehrpflichten. S. Militairpflicht, Communalgarde, Geburtsschein.

Gestift. S. Stiftungen.

Gestohlnes. S. Eigenthum, Beherbergen.

Gestorbene. S. Tod..., Verzeichnisse, Verlassenschaft, Erb..., Begräbniß..., Leichen.

Gesträuch. S. Forst..., Holz..., Waldungen, Dämme.

Gestundung. S. Moratorien, Verbürgung, Hypothekenbank, Creditverein, Vormundschaft, 42., Wechsel..., Wucher.

Gesuche. S. Amtshauptleute, Appellation, Klage, Ablösung, Ablösungsbehörden, Berichte, Anzeigen, Prämien, Kostenfreiheit, Stempelfreiheit, Ausländer, Begnadigung, Dismembration, Großhennersdorf, Heimathsschein, König, Landgemeinde, Ministerialdepartements, Stadtgemeinde, Waisen.

Gesundheit. S. Unbedachtsamkeit, Handgemenge, Aussetzen, Beschädigung, Garn, Conditoreiwaaren, Gift, Gefängnisse, Neusilber, Nothzucht, Raub, Vergiftung, Zweikampf, Farbe, Körperverletzung, Majestätsv..., Betrug, Mißbrauch, Unzucht.

Gesundheitspaß. S. Reiselegitimationen, Zeugnisse.

Getaufte, Getraute. S. Verzeichnisse, Taufe, Trauung.

Getränke. S. Victualien, Zink.

Getreide. **1)** Der Aufkauf und das Aufschütten des G. aus gewinnsüchtiger Absicht ist verboten; darunter sind jedoch die Vorräthe, welche Obrigkeiten lediglich zum Unterhalte der Gemeinden aufschütten, und die Hauswirthe anschaffen, welche entweder keinen Ackerbau treiben oder auf ihren Gütern soviel, als sie zur jährl. Haushaltung brauchen, nicht erbaut haben, keineswegs zu verstehen. Vorräthe sind in die nächst gelegenen Städte zu führen und daselbst ohne wucherliche Steigerung des Preises zu verkaufen. Verbot v. 2. Nov. 1534. C.A. T.I. S. 1391., L.O. v. 1. Oct. 1555. Tit. Von schädl. Vorkäufen, ib. S. 69., Verb. v. 12. Sept. 1571. ib. S. 1414., Ausschr. v. 18. Mai 1583. Tit. Vorkauf des G. ib. S. 144., Res. gr. v. 23. April 1612. Justizſ. §. 26. ib. S. 182., M. v. 16. Mai 1617. ib. S. 1487., M. v. 26. Sept. 1619. ib. S. 1489., M. v. 15. Sept. 1621. ib. S. 1493., Pat. v. 31. Aug. 1622. ib. S. 1497., M. v. 19. Oct. 1624. ib. S. 1501., Verb. v. 19. Juni 1662. §. 1. f. ib. S. 1615., Pat. v. 20. Juli 1663. ib. S. 1619., Verb. v. 16. Febr. 1695. ib. S. 1693., M. v. 14. Juli 1696. und v. 21. Dec. 1696. C.A. T.I. S. 1703., M. v. 6. Dec. 1698. ib. S. 1705., v. 5. Aug. 1699. ib. S. 1705., v. 1. Febr. 1700. ib. S. 1713., v. 1. Juli 1719. ib. S. 1895., L.C.W. T. II. S. 481. u. C.A. T. III. S. 475., Bef. v. 29. Jan. 1762. C.A. C.I. T.I. S. 849., Rescr. v. 5. Nov. u. 17. Dec. 1770. L.C.W. T. III. S. 594., Gen. v. 23. Aug. 1771. C.A. C.I. T.I. S. 989., O.A.Pat. v. 20. Juni 1771. L.C.W. T. III. S. 595., v. 21. Sept. 1771. ib. S. 603., v. 3. Juni 1772. ib. S. 612. u. C.A. C.II. T. III. S. 49., Gen.B. v. 16. Febr. 1773. C.A. C.II. T.I. S. 677., A.O.Pat. v. 20. März 1773. L.C.W. T. III. S. 628. u. C.A. C.II. T.III. S. 89., Rescr. v. 1. Dec. 1778. ib. S. 141. u. L.C.W. T. III.

S. 654., Rescr. v. 29. Mai 1805. ib. T. V. S. 717., Gen. v. 23. Juli 1805. C.A. C. III. T. I. S. 444. Die Aufkaufspässe, welche nach den Gen. v. 12. Nov. 1804., v. 7. Juni 1805. u. dem O.A.Pat. v. 11. Juni 1805. C.A. C. III. T. I. S. 429. u. 438., L.C.W. T. V. S. 729. nöthig waren, sind abgeschafft. Gen. v. 23. Aug. 1806. C.A. C. III. T. I. S. 448. u. O.A.Pat. v. 29. Aug. 1806. L.C.W. T. V. S. 727. **2)** Die Ausfuhr des G. ist gestattet, doch kann sie aus polizeilichen Rücksichten auf bestimmte Zeit untersagt werden. G. v. 3. April 1838. §. 2. f. G.S. S. 290. [Die ältren Bestimmungen, wonach sie je nach den Zeitumständen bald verboten, bald wieder gestattet wurde, enthalten: das Verb. v. 12. Sept. 1571. C.A. T. I. S. 1413., M. v. 16. Mai 1617. ib. S. 1487., Verb. v. 19. Juni 1662. ib. S. 1613. (aufgehoben unterm 20. Juli 1663. ib. S. 1619.), M. v. 23. Dec. 1684. ib. S. 1675., Verb. v. 25. Oct. 1693. ib. S. 1689., v. 16. Febr. 1695. ib. S. 1693., M. v. 6. Dec. 1698. ib. S. 1705., M. v. 6. März u. 2. April 1700. ib. S. 1715., Bef. v. 12. April 1715. ib. S. 1835., B. v. 21. Juni 1719. ib. S. 1893., M. v. 1. Juli 1719. ib. S. 1895., B. v. 16. Sept. 1719. ib. S. 1905., Gen. v. 7. Nov. 1720. ib. S. 1931., Gen. v. 3. Juni 1771. C.A. C. I. T. I. S. 989., Gen. v. 10. Sept. 1771. C.A. C. I. T. II. S. 1182., O.P.-A.B. v. 30. Sept. 1771. C.A. C. II. T. II. S. 491., Gen. v. 4. Nov. 1784. C.A. C. II. T. I. S. 839., v. 19. Febr. 1790. C.A. C. III. T. I. S. 578., Gen. v. 9. Oct. 1804. ib. S. 428., v. 12. Nov. 1804. ib. S. 429., Pat. v. 7. Juni 1805. ib. S. 437., Gen. v. 7. Juni 1805. ib. S. 438., v. 17. Juni 1805. ib. S. 440., Gen. v. 16. Mai 1810. ib. S. 474., Rescr. v. 19. Juli 1817. ib. S. 551. Wegen der Lausitz: O.A.Pat. v. 30. Sept. 1772. C.A. C. II. T. III. S. 55., v. 28. Oct. 1772. ib. S. 83., v. 20. März 1773. ib. S. 89., v. 28. Juni 1775. ib. S. 103., v. 17. Juli 1775. ib., Rescr. v. 8. April 1778. ib. S. 139., v. 14. Nov. 1784. ib. S. 141., O.A.Pat. v. 3. Dec. 1778. ib. S. 143., v. 20. Febr. 1779. ib. S. 147., v. 17. Mai 1779. ib. S. 149., v. 11. Juli 1782. ib. S. 169., Rescr. v. 16. Juni 1784. ib. S. 211., O.A.Pat. v. 2. Oct. 1787. ib. S. 229., v. 29. Nov. 1787. ib. S. 231., v. 2. April 1788. ib. S. 233., v. 26. Juni 1789. ib. S. 285., v. 12. Jan. 1791. ib. S. 829., v. 14. Oct. 1791. ib. S. 519., Rescr. v. 2. Jan. 1795. ib. S. 543.] **3)** In Bezug auf die Verabfolgung der Getreide-Deputate vergl. das Gen. v. 1. Mai 1816. C.A. C. III. T. II. S. 50.; namentlich wegen des Zinshafers, als Naturaldeputats für die Forstofficianten, das Gen. v. 24. Febr. 1817. §. 14. C.A. C. III. T. II. S. 201. **4)** Die Getreide-Einfuhr, wenn sie in Garben erfolgt, wie dergleichen unmittelbar vom Felde eingeführt werden, ist an der Zollvereinsgrenze gar keiner Abgabe unterworfen. Tarif auf 1843—1845. G.S. v. 1842. S. 139. no. 9. Den Zoll für die Einfuhr andern G.s s. ib. S. 147. no. 9. [Frühere Erleichterungen der Einfuhr ausländischen G.s weisen der Bef. v. 20. Jan. 1720. C.A. T. I. S. 1907., und das Gen. v. 5. Oct. 1771. C.A. C. I. T. II. S. 1187., sowie das Pat. v. 6. Sept. 1772. ib. S. 595. u. L.C.W. T. III. S. 608. u. 615 nach.] **5)** Die Brandstiftung an Getreide-Feimen wird nach Art. 208. f. des Str.Gb. G.S. S. 235., früher Art. 175. d. Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 156. bestraft. S. Brandstiftung. **6)** Der Getreide-Handel wurde sonst als Gegenstand der bürgerlichen Nahrung angesehen, und war daher denen von Adel verboten; L.O. v. 1. Oct. 1555. Tit. Schenken, Brauen C.A. T. I. S. 67. Auf dem Lande ist der Getreide-Handel jedem freigestellt; er braucht sich dabei solcher Mittelspersonen, wie ehedem die Getreideaufläder waren, nicht zu bedienen, Rescr. v. 29. Juli 1802. C.A. C. III. T. I. S. 396. **7)** Die Dresdner Getreide-Händler sollten nach der B. v. 23. Nov. 1726. C.A. C. I. T. I. S. 535. das G. in ihren Wohnungen um 2 Gr. für den Scheffel billiger als nach dem Marktpreise verkaufen. S. wegen des Dresdner Getreide-Markts eben diese B. v. 23. Nov. 1726. l. c.; wegen des zu Leipzig die Getreidemarkt-O. v. 6. Oct. u. 8. Dec. 1834. G.S. S. 465.; zu Zwickau, M. v. 21. April 1705. C.A. T. I. S. 1725. **8)** Die Getreide-Preise der vorzüglichsten Markt-Orte sind von der Obrigkeit der Regierung von 14 zu 14 Tagen anzuzeigen. Gen. v. 22. Oct. 1789. C.A. C. II. T. I. S. 981. **9)** Die Obrigkeiten sollen Getreide-taxen feststellen und öffentlich anschlagen. M. v. 23. Dec. 1684. C.A. T. I. S. 1675. **10)** Die Ueberlassung des G.s auf dem Halme oder des noch unausgedroschenen in Garben stehenden G.s an Andere für Geld oder Geldeswerth ist untersagt: diejenigen, welche in wucherlicher Absicht solche Contracte schlossen, sollen nachdrücklich gestraft werden, und alle Käufe der Art null und nichtig sein, M. v. 20. Juli 1707. C. A.

T. I. S. 1745., Gen. v. 23. Juli 1805. C. A. C. III. T. I. S. 441., O.A.Pat. v. 3. Juli 1817. §. 3. L.C.W. T. V. S. 743., es ist ferner das Abschneiden des unreifen G.s verboten, Gen. v. 22. Juni 1772. C. A. C. III. T. I. S. 378., Pat. v. 3. Juli 1772. C. A. C. II. T. III. S. 49. u. L.C.W. T. III. S. 613., Gen. v. 29. Juni 1805. C. A. C. III. T. I. S. 443., O.A.Pat. v. 15. Juli 1805. L.C.W. T. V. S. 722. **11)** G., welches unter Vorbehalt der Wiedereinfuhr des Mehls auf ausländische Mühlen gebracht wird u. G., welches Ausländer unter Vorbehalt der Wiederausfuhr des daraus gewonnenen Mehls auf inländische Mühlen bringen, genießt Zollerleichterung, Zoll-O. v. 3. April 1838. §. 82. G.S. S. 321. [Aeltr. Verf.: Bef. v. 28. März 1708. C. A. C. I. T. II. S 813., Zoll-O. v. 4. Dec. 1833. §. 79. G.S. S. 325.] **12)** Den Müllern ist für die Vermahlung des G.s die Mahlmetze zu entrichten. Dieß kann nach Belieben der Mahlgäste in Geld (mit 7½ Ngr. für die Dresdner Metze bei Roggen und Weitzen) geschehen. Gen. v. 31. Dec. 1771. C. A. C. I. T. II. S. 1185. u. L.C.W. T. III. S. 271., v. 1. Mai 1805. C. A. C. III. T. I. S. 436. u. L.C.W. T. V. S. 718., V. v. 14. Dec. 1842. G.S. S. 209. [Aeltr. Best.: Res. gr. v. 1661. Kammerf. §. 17. C. A. T. I. S. 274.] **13)** Den Müllern liegt ob, bei 10 Thlr. Strafe für jeden Contraventionsfall dafür zu sorgen, daß ihre Mahlgäste nach der richtigen Ordnung, nemlich wie sie zu mahlen bringen und in die Mühlen kommen, mit dem Mahlen gefördert, und keiner, um Versprechen, Gabe oder Gunst willen dem andern vorgezogen werde. ib. **14)** Das aus dem G. gewonnene Mehl, nebst Kleien, haben die Müller an gehörigem Maß oder Gewicht abzuliefern, u. dabei den Mahlgästen, welche aus dem zur Mühle gebrachten G. gewöhnliches Hausbackenmehl zu erlangen wünschen, ein Mehres nicht, als höchstens 4 Pfund für den Abgang an Staubmehl, Füllkleien u. Steinohß anzurechnen. ib. **15)** Die Müller müssen den Mahlgästen gestatten, ihr G. und das daraus erlangte Mehl samt den Kleien, wie sie das erstere in die Mühle bringen und das letztere daselbst zurück erhalten, in den Mühlen zu wiegen oder zu messen. Ebendeshalb muß in jeder Mühle eine tüchtige Wage und richtiges Gewicht vorhanden sein. ib. Auch dürfen die Müller denjenigen Mahlgästen, welche bei ihrem Mahlgute, bis solches gemahlen ist, bleiben wollen, den Aufenthalt in den Mühlen nicht versagen. ib. **16)** Die Müller sollen zwar jedem Mahlgaste sein G. besonders vermahlen, doch können sie es, wenn es nur ½ Scheffel beträgt, mit anderm, wenn dieses nicht schlechter, zusammen schütten, Extr. v. 26. März 1765. §. 62. C. A. C. I. T. I. S. 1551., Cold. Mühl.O. v. 10. Juni 1766. §. 56. ib. S. 1575. **17)** G., welches vom Honig-Thau befallen, Rescr. v. 13. Febr. 1717. L.C.W. T. II. S. 473., und worin Mutterkorn ist, sollen die Müller nicht vermahlen lassen, wie denn überhaupt solches G., so lange es nicht sorgfältigst gereinigt ist, bei Vermeidung der Confiscation und 20 Thlr. Geld- oder härtrer Strafe, nicht auf die Märkte gebracht oder zu Hause verkauft und in den Mühlen und zum Brandweinbrennen verschroten werden darf, Gen. v. 20. Aug. 1764. C. A. C. I. T. I. S. 881., Rescr. v. 14. Sept. 1785. C. A. C. II. T. I. S. 885., C. A. C. II. T. III. S. 217. u. L.C.W. T. IV. S. 503. **18)** Getreide-Vorräthe sollen von den Obrigkeiten vorsorglich von Jahren zu Jahren zu Versorgung der Einwohner angeschafft werden. Bef. v. 30. Dec. 1720. C. A. T. I. S. 1935., Gen. v. 10. Jan. 1792. C. A. C. II. T. I. S. 1034. **19)** Getreide-Vorschüsse sollen bedürftigen Unterthanen bei sich ereignender Theuerung gemacht werden, M. v. 23. März 1720. C. A. T. I. S. 1915., L.C.W. T. II. S. 483., Bef. v. 19. April 1720. C. A. T. I. S. 1921. S. dazu: Concursgläubiger, A. I. 1. **20)** Die den Städten zu Tilgung der Communschulden bewilligten Anlagen aufs G. wurden temporär, und für den Fall, daß der Scheffel über 3 Thlr. kostete, aufgehoben. Gen.V. v. 14. Dec. 1789. C. A. C. II. T. I. S. 981. **21)** S. Arbeit, Auszug, Bäcker, Eingangszoll, Bergma-

gazin..., Besoldung, Brandwein, Diebstahl, Erndte, Dreschen, Magazine, Mühlen, Heu, Vorräthe, Wein, Zinsgetreide, Zollwesen.

Getreidekörner. S. Arsenik.

Getreidemärkte. Ueber das hier zum Verkauf gestellte Getreide sind vorgeschriebene statistische Anzeigen einzusenden. V. v. 23. Nov. 1852. G.S. S. 327.

Getreidepreise. S. Bäcker, Getreide.

Getreiderenten. S. Renten.

Getreidetaxen. S. Bäcker, Getreide.

Getreidevermahlung. S. Mühlen, Getreide.

Getreidezinsen. S. Zinsgetreide.

Gevattern. S. Taufe.

Gevollmächtigte, s. Auftrag.

Gewähr, 1) der Klage (Guaranda). Die G. d. Kl. ist durch die E.P.O. ad Tit. 12. S. 88. aufgehoben worden. [Aeltr. Recht: Const. 4. v. 1572. P. I. C A. T. I. S. 75., Bef. v. 9. April 1609. C. A. T. II. S. 238., Pr.O. Tit. 12. l. c., M. v. 26. Aug. 1713. §. 5. C. A. T. II. S. 476.] **2)** S. Litisdenunciation, Verbürgung, Pfandrecht, Caution, Klage, Subhastation, Post.

Gewähren, s. Ausantworten, Concession, Dispensation, Consens, Bescheinigung, Urheber.

Gewährschaft, s. Gewähr.

Gewährsmann, s. Gewähr, Zeugen.

Gewässer. 1) Oeffentliche G. sind: die Elbe, Mulde, Elster, (Unstrut und Saale), Bef. v. 7. Oct. 1800. §. 2. C.A. C. II. T. II. S. 396., u. zwar sowohl die Freiberger, als die Zwickauer Mulde u. die schwarze und weiße Elster. Gen. v. 8. Mai 1811. §. 3. C.A. C. III. T. II. S. 311. **2)** Ueber das Recht der Fischerei in den öffentlichen Gewässern vergl. die L.O. v. 1. Oct. 1555. C.A. T. I. S. 62., Fisch.O. auf der Mulde u. Milde v. 16. März 1560. C.A. C. III. T. II. S. 290., auf dem Elbstrome v. 23. April 1560. ib. S. 295., auf der Saale, Unstrut und Elster v. 31. Juli 1560. ib. S. 302., M. v. 1. Mai 1572. C.A. T. II. S. 663., Fisch.O. für den Röderstrom v. 7. März 1575. C.A. C. III. T. II. S. 310., auf der Mulde und Bobritzsch v. 10. März 1575. ib. S. 305., auf der Mulde, Striegis und Zschopau v. 10. März 1577. C.A. C. II. T. II. S. 381., Fisch.O. v. 1596. C.A. T. II. S. 663., Res. gr. v. 23. April 1612. Tit. von Rentsachen §. 9. C.A. T. I. S. 186., Fisch.O. v. 29. Juli 1657. C.A. T. II. S. 673., Erneuer. v. 6. Aug. 1686. ib. S. 683., Fisch.O. v. 2. Nov. 1711. ib. S. 687. **3)** Wegen der Perlenfischerei in den öffentlichen Gewässern ergingen: der Bef. v. 9. Sept. 1680. C.A. C. III. T. II. S. 86., v. 5. Nov. 1685. C.A. C. II. T. II. S. 387., das Lauf. Rescr. v. 27. Jan. 1729. L.C.W. T. II. S. 311., das Pat. v. 28. Dec. 1754. C.A. C. I. T. I. S. 1427., C.A. C. II. T. II. S. 387., Art. 283. d. Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 179. u. f. den Art.: Forstdiebstahl, 2. **4)** In Betreff der Erwerbung der in öffentlichen G.n entstandenen Heeger, Werder und Inseln, die mit der Gerichtsbarkeit darüber dem Staate gehören, während die Alluvionen und übrigen Accessionsarten diesem nicht, sondern den Uferbesitzern zustehen, s. das Rescr. v. 7. Dec. 1563. C.A. T. II. S. 5. u. 715., den Bef. v. 30. Aug. 1607. ib. S. 9., v. 4. Juni 1608. ib. S. 11., das Rescr. v. 25. Sept. 1676. ib. S. 23., die Res. gr. v. 23. April 1612. Tit. v. Rentsachen §. 10. C.A. T. I. S. 186., das Gen. v. 10. Nov. 1770. C.A. C. III. T. II. S. 1., die Instr. v. 14. Oct. 1799. §. 41. C.A. C. II. T. II. S. 1078., das M. v. 7. Aug. 1819. §. 13. 14. G.S. S. 212. Solche Anheegerungen u. dergl. sind dann auch zu besteuern. G. v. 9. Sept. 1843. §. 21. G.S. S. 103., V. v. 26. Oct. 1843. §. 10. G.S. S. 155. **5)** Von der Flößgerechtigkeit in den öffentlichen G.n handeln: die Res. gr. v. 23. April 1612. Tit. v. Rentsachen §. 2—4. C.A. T. I. S. 184., das M. v. 1. März 1619. C.A. T. II. S. 619., v. 10. Dec. 1619. ib. S. 621., das Pat. v. 3. März 1632. ib. S. 623., v. 8. April 1633. ib., das M. v. Febr. 1636. ib. S. 625., das Pat. v. 5. April 1667. ib. S. 627., v. 6. März 1669. ib., v. 8. April 1676. ib. S. 629., das M. v. 17. Dec. 1676. ib., v. 12. Juli 1678. ib. S. 631., das Pat. v. 8. Febr. 1682. ib. S. 633., das M. v. 1. Juli 1682. ib. S. 635., das Pat. v. 5. Jan. 1691. ib., v. 19. Febr. 1691. ib. S. 637., der Bef. v.

22. Dec. 1692. ib. S. 639., v. 14. Juli 1693. ib., das M. v. 1. März 1695. ib., der Bef. v. 4. Mai 1697. ib. S. 641., das M. v. 1. Oct. 1698. ib., v. 10. April 1700. ib. S. 643., v. 27. Mai 1700. ib. S. 645., v. 12. Juli 1701. ib. S. 649., v. 10. April 1709. ib. S. 651., v. 11. April 1709. ib. S. 653., v. 11. April 1709. ib., v. 12. April 1709. ib. S. 655., der Anschl. v. 3. Juni 1713. ib. S. 657., v. 16. Juli 1743. C.A. C.I. T.I. S. 1513., v. 21. Aug. 1745. ib. S. 1517., v. 29. Febr. 1752. ib. S. 1519., das Rescr. v. 16. Dec. 1758. C.A. C.III. T.I. S. 191., Gen. v. 8. Jan. 1808. C.A. C.III. T.II. S. 607. **6)** Ueber die Fährgerechtigkeit auf den öffentlichen G.n sehe man das Pat. v. 14. Nov. 1645. C.A. T.II. S. 21., v. 10. Juli 1671. ib. S. 19., v. 27. Juli 1671. ib. S. 19., v. 3. Juli 1672. ib. S. 21., Pat. v. 27. Mai 1686. ib. S. 29., v. 7. Juli 1686. ib. S. 1135. nach. **7)** Die Verwaltungs-Behörde kann hinsichtlich der Instandhaltung und zum Schutze der vorhandenen Wasser-Anlagen allgemeine Vorschriften veröffentlichen. Zuwiderhandlungen gegen letztere können mit Geldstrafen bis zu 150 Thalern oder mit Gefängniß bis zu 6 Wochen bedroht werden. Sind dergleichen besondere Strafen angedroht, so kommen dieselben statt der in den allgemeinen Strafgesetzen enthaltenen Strafbestimmungen zur Anwendung, dafern nicht in letzteren für die zur Beurtheilung vorliegende Handlung eine, das vorstehend erwähnte höchste Strafmaß übersteigende Strafe angedroht ist. G. v. 15. Aug. 1855. §. 49. G.S. S. 494. und s. dazu die V. v. 15. Aug. 1855. G.S. S. 520. **8)** Wer unbefugter Weise den natürlichen oder durch Kunst geregelten Lauf des Wassers zum Nachtheile für Andere ändert oder unterbricht, die auf den Lauf oder den Gebrauch des Wassers bezüglichen Merkzeichen wegnimmt, abändert, beschädigt oder zerstört, oder an Dämmen, Wehren, Röhrenlagern, Kanälen, Abzugsgräben, Be- oder Entwässerungsanlagen, oder anderen auf die Benutzung des Wassers oder den Schutz gegen dasselbe abzweckenden Vorrichtungen Abänderungen oder Beschädigungen vornimmt, wird mit Gefängniß bis zu 6 Wochen oder Geld bis zu 150 Thlrn. bestraft. Die Ueberschreitung der für den Gebrauch des Wassers festgesetzten Grenzen wird mit Geld bis zu 100 Thlrn. bestraft. Art. 13. d. G. v. 11. Aug. 1855. G.S. S. 305. Vergl. wegen des Hinzutritts von Erschwerungsgründen u. der Concurrenz dieser mit dem Rückfalle und der Verjährung den Art.: Forstvergehen, 6. f. **9)** Die Gerichtsbarkeit auf den öffentlichen Flüssen, soweit sie nicht von Patrimonialgerichten in einzelnen Fällen durch besondere Rechtstitel erworben worden, übten früher die K. Bezirksämter. Rescr. u. Bef. v. 7. Dec. 1563. C.A. T.II. S. 5. u. 715., V. v. 5. Sept. 1844. G.S. S. 271. In der Oberlausitz stand den Obrigkeiten und Gutsherrschaften innerhalb ihrer Jurisdiction über die durch letztere fließenden Gewässer entweder ganz, oder, wenn die Flüsse und Bäche zwischen den Nachbarn die Grenze halten, zum Theil die Gerichtsbarkeit, Fischerei u. dergl. m. zu. O.A.Pat. v. 18. Aug. 1727. L.C.W. T.I. S. 555. **10)** S. Wasser, Wasserläufe, Berggerichtsbarkeit, Bergwerkswasser, Concession, Verwandlung, Confiscation, Ersatz, Schärfung, Str.Gb., Untersuchungs-Just., Beschädigung, Ablösungsbehörden, Dämme, Elbe, Fähren, Fischen, Flachs, Gerichtsstand, Grundsteuer, Mühlen, Steuerfreiheit, Straßen, Eisbahnen.

Gewahrsam, s. Verwahren.

Gewaltmaßregeln. In den verschiedenen Beziehungen, in welchen Anwendung von Gewalt erlaubt oder gar geboten ist oder wo sie zum Verbrechen wird, oder die Rechtsbeständigkeit von Handlungen in Frage stellt, vergl. die Art.: Arrest, Aufruhr, Besitz, Behörden, Brandstiftung, Communalgarde, Drohung, Diebstahl, Executionsverfahren, Erpressung, Einreden, Entführung, Forst..., Gendarmen, Gesinde, Gottesdienst, Hausfrieden, Hochverrath, Jagd, Körperverletzung, Landfriedensbruch, Menschenraub, Militair..., Mißbrauch, Nöthigung, Nothwehr, Nothzucht, Polizei, Raub, Rechte, Selbsthilfe, Testamente, Theil-

nahme, Väter, Waffengewalt, Widersetzlichkeit, Zurechnung, Zwang.

Gewandschnitt. **1)** Wer nicht zum Tuchmacherhandwerk gehört, oder besonders berechtigt ist, darf weder in Städten noch in Dörfern, in- oder außerhalb der Jahrmärkte, den G. treiben, oder untüchtige Tücher vertreiben oder verschneiden. M. v. 12. März 1603. C.A. T. I. S. 1442., M. v. 31. Jan. 1626. ib. S. 1503., bestätigt durch das Pat. v. 2. April 1661. ib. S. 1561., die Erkl. v. 6. Aug. 1662. u. 26. Oct. 1664. C.A. T. I. S. 1615. 1619., und das M. v. 20. Aug. 1677. ib. S. 1655. **2)** S. Dorfhandel, Berggerichte, Ausschnitt.

Gewehr. S. Jagdvergehen, Waffen.

Geweihe. S. Hirschgeweihe.

Gewerbe, Gewerbsbetrieb. **1)** Ein Schullehrer darf kein anderes Amt, oder ein fremdartiges Geschäft verwalten, noch weniger ein G. betreiben, ohne dazu die besondere Erlaubniß der vorgesetzten höhern Behörde erlangt zu haben, welche, sofern der Lehrer von Erfüllung seines Berufs dadurch abgehalten, oder in Verhältnisse verwickelt werden möchte, die mit der, dem Schulamte gebührenden Achtung nicht vereinbar sind, zu versagen ist. V. v. 9. Juni 1835. §. 110. G.S. S. 327. [Aeltre Verf.: 40. Gen.Art. v. 1580. C.A. T. I. S. 710., Rescr. v. 1700. ib. S. 867., M. v. 29. Jan. 1767. §. V. C.A. C. I. T. I. S. 947.] **2)** In wiefern Militairpersonen als solche bürgerliche G. betreiben dürfen, giebt der 2. Theil der Ordonn. v. 19. Juli 1828. §. 37. f. G.S. S. 159. an. **3)** Der Gewerbsbetrieb an Sonn-, Fest- und Bußtagen ist der Regel nach verboten, Gen. v. 24. Juli 1811. §. 4. f. C.A. C. III. T. I. S. 497., L.C.W. T. VI. S. 194. S. 497. **4)** Mit dem priesterlichen Amte unverträgliche G. dürfen Pfarrer u. Kirchendiener nicht treiben, K.O. v. 1580. Tit. von Immun. verb. Wann auch rc., C.A. T. I. S. 535., 16. Gen.Art. ib. S. 690. **5)** Unzünftige G. sind solche, zu deren Ausübung auch in Städten in der Regel weder eine zünftige Erlernung, noch die Gewinnung des Meisterrechts erforderlich ist, §. 2. d. G. v. 9. Oct. 1840. G.S. S. 247. **6)** Wegen gewerblicher Vorschüsse aus der Staatscasse s. den Artikel: Prämien. **7)** S. Amtshauptleute, Adel, Arbeiter, Armee, Agenten, Anmaßung, Ausländer, Bier, Brandwein, Bürger..., Concession, Dorfhandel, Executionsverfahren, Fabriken, Gerichte, Gutsherr..., Gewerb..., Handel..., Hunde, Innungen, Juden, Kanon, Kriegsreserve, Schau, Staatsdienst, Ministerium des Innern, Polizei, Statist..., Täuschung, Unterthanenrecht, Verwaltungsbehörden, Waldungen, Wolle.

Gewerbeschein. S. Gewerbsteuer..., u. die Citate unter: Erlaubnißschein. S. auch den Art.: Persönlichkeit.

Gewerblegitimation, s. Erlaubnißschein, Concession, Persönlichkeit.

Gewerbliche Etablissements. S. die Citate unter: Gewerbsunternehmungen.

Gewerbmäßig. S. Gewerbe, Anmaßung, Betrug, Beherbergen, Diebstahl, Forstverbrechen, Jagd, Kuppelei, Spielen, Spielkarten, Unzucht, Partiererei, Verbindung, Wucher.

Gewerbsberechtigung. S. Grund- u. Hypothekenbuch, Concession, Agenten.

Gewerbsbetrieb, s. Gewerbe.

Gewerbschulen. S. Censur, Chemnitz, Dresden, Leipzig.

Gewerbsconcessionen, s. Concession, Polizei, Agenten, Persönlichkeit.

Gewerbsetablissements, s. Gewerbliche...

Gewerbsgehilfen. **1)** Nach der Entlassung aus der Lehre hat der neue Gesell od. Diener vor allen Dingen noch 4 Wochen lang bei seinem Lehrmeister zu arbeiten, wenn dieser es verlangt, Gen.Inn.Art. v. 8. Jan. 1780. Cap. II. §. 2. C.A. C. II. T. I. S. 761., C.A. C. II. T. III. S. 161. u. L.C.W. T. III. S. 283., sodann erhält er sein Wanderbuch. S. Reiselegitimationen, IV. Vergl. ferner den nemlichen Art. unter V. u. VI. und die Art.: Altgeselle, Handwerksgeschenk, Arbeit, Wanderjahre, Innungen, 6., Auflegegeld, Versamml... **2)** Der Gesell ist dem Meister Gehorsam schuldig, ang. Gen.-Inn.Art. Cap. II. §. 8., u. kann, wenn er von dem Meister ein Wohlverhaltungszeugniß erhält, bei einem anderen Meister des Orts

in Arbeit treten, außerdem entscheiden die Aeltesten und die Obrigkeit, ob und wie lange er weiter zu wandern habe, ib. §. 15.— Wenn ein eingewanderter Gewerbsgehilfe Schulden halber od. eines Verbrechens wegen fortgehen will, oder es schon gethan hat, so soll ihm, bis nach Austrag der Sache, die mitgebrachte Reiselegitimation vorenthalten werden. §. 16. ib., M. v. 7. Dec. 1810. Cap. III. §. 7. C. A. C. III. T. I. S. 486. u. L.C.W. T. V. S. 260. **3)** Die Verheirathung von G., mit Ausnahme der Maurer-, Zimmergesellen u. Buchdrucker, darf nur unter den im M. v. 10. Oct. 1826. G.S. S. 231. §§. 1. f. angegebenen Voraussetzungen erfolgen, und begründet kein Recht zur Verlängerung des Aufenthalts am Orte. §. 1. cit. **4)** Das Halten von Gesellen ist auf dem Lande a) den Maurer- und Zimmermeistern, den Feueressenkehrern, Schmieden, Wagnern, Fleischern, Böttchern und Töpfern, ingleichen den Webern und Strumpfwirkern, die ihr Gewerbe fabrikmäßig betreiben, ohne Beschränkung in Betreff der Zahl der Gesellen, b) den Schneidern, Schuhmachern, Weißbäckern, Sattlern, Tischlern, Glasern u. Seilern auf dem Lande aber in der Regel nur hinsichtlich Eines Gesellen erlaubt, §. 17. sub 1. u. 2. d. G. v. 9. Oct. 1840. G.S. S. 249. Ausnahmsweise kann den unterb. erwähnten Handwerkern die Haltung mehrerer Gesellen, sowie allen übrigen §. 7. des G. v. 9. Oct. 1840. nicht genannten concessionirten Dorf-Handwerkern auf Ansuchen von der Regierungsbehörde auch die Haltung eines oder mehrerer Gesellen gestattet werden, §. 17. cit. sub 3. Eine zeitweilige Erlaubniß wegen vorübergehender dazu bringender Ursachen kann die Ortsobrigkeit ertheilen, §. 17. cit. **5)** Ausländische, mit krätzigen oder anderen ansteckenden Krankheiten behaftete Handwerksgesellen, od. andere wandernde unzünftige Arbeiter sind, vorausgesetzt, daß sie durch ihren körperlichen Zustand sonst nicht an der Rückreise verhindert sind, sofort da, wo sie betroffen werden, zurückzuweisen, und ist hierüber das Erforderliche in deren Wanderbüchern oder Pässen anzumerken, §. 48. der A.O. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 267. Dasselbe ist auch hinsichtlich der Inländer im Betretungsfalle durch Zurückweisung an ihren Heimathsort zu beobachten, und haben besonders die Gendarmen darauf zu invigiliren. ib. S. noch: Reiselegitimationen IV. 24. **6)** Den Handwerksgesellen, welche an unerlaubten Gesellenverbindungen, Gesellengerichten, Verrufserklärungen und ähnlichen Mißbräuchen in einem Bundesstaate, dem sie nicht durch die Heimath angehörig sind, Theil genommen, sollten, nach vorgängiger Untersuchung u. Bestrafung, ihre Wanderbücher und Reisepässe abgenommen, darin die begangene Uebertretung nebst der verhängten Strafe genau bemerkt und an die Heimathsbehörden der betreffenden Gesellen gesendet werden, V. v. 2. Jan. 1841. §. 1. G.S. S. 5. Jedoch ist die V. v. 2. Jan. 1841. durch die V. v. 15. April 1848. G.S. S. 49. wieder aufgehoben worden. **7)** S. auch: Anzeigen, Briefe, Armencasse, Barbiere, Baugewerken, Aufenthalt, Auftreiben, Ausgewiesene, Frauen, Gewerbtreibende, Heimaths..., Juden, Mühlburschen, Militairpflicht, Polizei, Unterthanenrecht, Verjährung, Wittwen.

Gewerbskenntniß. S. Sachverständige.

Gewerbspolizei. S. Polizei, Ministerium des Innern, Kreisdirectionen, Amtshauptleute.

Gewerbsscheine, s. Gewerbesch...

Gewerbstatistik. S. Statist...

Gewerbsteuer-Freischein. S. Handel- u. Gew..., Staatsverträge.

Gewerbsteuerscheine. **1)** Die des Handels oder eines Gewerbes wegen herumreisenden, im G. v. 24. Dec. 1845. §. 41. u. 42. G.S. S. 328. und in der V. v. 23. April 1850. §. 19. G.S. v. 1850. S. 47. näher bezeichneten in- und ausländischen Personen haben bei Geschäftsreisen im Inlande G. bei sich zu führen, welche sie den Grenz- und Steuer-Aufsehern bei 5 Thlr. Strafe auf jedesmaliges Verlangen vorzeigen müssen. Ang. V. §. 24. G.S. v. 1850. S. 49. Diese Beamten haben

derartige Händler mit mangelnder oder ungenügend befundener Legitimation anzuhalten, und in Städten bei der Obrigkeit, auf dem Lande bei den Ortsgerichtspersonen zu weiterer Verfolgung der Sache zu gestellen, und es muß ihnen die Abgabe jener Personen in ihrem Tagebuche bescheinigt werden, ib. u. vorher: V. v. 24. Dec. 1845. §. 24. G.S. S. 371., sowie V. v. 22. April 1847. G.S. S. 73. In Bezug auf die Wetzsteinhändler: V. v. 24. Sept. 1836. §. 2. G.S. S. 270. **2)** Specielle Vorschriften für die Ausstellung der G. enthält die V. v. 23. April 1850. §. 19. f. G.S. S. 47. Das vorgeschriebene Formular dazu befindet sich ib. S. 65 66. Die Dorfgerichtspersonen dürfen G. nicht ausstellen, V. v. 19. Febr. 1835. G.S. S. 157., sondern nur die Ortsobrigkeiten. Für die Ausstellung darf nicht mehr als eine Gebühr von $2\frac{1}{2}$ Ngr. erhoben werden. Ang.V. v. 1850. §. 20. G.S. S. 47., vorher: V. v. 1845. §. 20. G.S. S. 370., V. v. 6. Juli 1835. G.S. S. 387. **3)** Die G. legitimiren die Inhaber lediglich wegen der gezahlten Gewerbsteuer, und nicht zu dem Geschäft oder Gewerbe selbst, auch nur im Inlande, V. v. 23. April 1850. §. 21. G.S. S. 48., ang. V. v. 1845. §. 21. G.S. S. 370. **4)** G. dürfen an Ausländer in keinem Falle eher ertheilt werden, als bis sich diese durch vorschriftsmäßige, auf das Bereisen hiesiger Lande gerichtete Pässe oder Eisenbahnkarten, soweit sie dergleichen überhaupt bedürfen, persönlich legitimirt haben. ib. u. vergl. dazu die V. v. 14. Juni 1859. §. 2. G.S. v. 1859. S. 166. **5)** Die Fabrikanten, Handeltreibenden u. Handelsreisenden aus dem Königr. Belgien können in den Zollvereinsstaaten, und eben solche, einem Zollvereinsstaate angehörenden Personen können in Belgien, auf Grund des unter: Staatsverträge VI. angegebenen Vertrags und einer Vereinbarung vom 27. Juni 1846., vom 1. April 1847. an ohne Erlegung einer Gewerbsteuer für ihr Gewerbe umherziehend Ankäufe machen, und unter Führung von Mustern (nicht Waaren) Bestellungen aufsuchen, sofern sie in ihrer Heimath die dort gesetzliche Gewerbesteuer zahlen, oder zu dem Zwecke die gehörige Meldung gemacht haben, und sich darüber ausweisen. Das Nähere über die Ausweise giebt die V. v. 23. April 1850. §. 28. G.S. S. 50., vorher: die V. v. 12. April 1847. G.S. S. 75., V. v. 22. März 1845. G.S. S. 63. u. v. 24. Dec. 1845. §. 28. G.S. S. 373. **6)** S. auch: Amtshauptl..., Handel- u. Gewerbtreibende, Staatsverträge.

Gewerbsthätigkeit, s. Erwerb, Gewerbe.

Gewerbsunternehmungen. S. Actienvereine, Berg- u. Hütten..., Concurs, Dismembration, Finanzministerium, Polizei.

Gewerbsunzucht. 1) Weibspersonen, welche die Unzucht als Gewerbe betreiben, sind mit Gefängniß von 3 Wochen bis zu 2 Monaten zu bestrafen. Str.Gb. v. 1855. Art. 354. **2)** Wer dergleichen Personen Anderen zuführt oder ihnen das unzüchtige Gewerbe in seiner Wohnung gestattet, hat Gefängniß bis zu 2 Monaten verwirkt. Arbeitshaus bis zu 1 Jahre tritt ein, wenn die Weibsperson mit der Lustseuche behaftet gewesen ist, oder die Beförderung der Unzucht gewerbmäßig betrieben wird. Art. 355. **3)** S. Widernat..., Lustseuche, Kuppelei, Unzucht, Entführung.

Gewerbtreibende. 1) Ueber die Strafe der G., welche die Einstellung ihrer Gewerbsarbeiten für unerlaubte Zwecke verabreden, vergl. den Art.: Arbeitseinstellung. (Vorher: Art. 111. d. Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 140.) **2)** Zusammenkünfte der Handwerksinnungen ohne Gestattung ihrer Obrigkeit oder derjenigen Personen, welche an dem Orte die polizeiliche Aufsicht führen, sind verboten. Vergl. den Art.: Versammlungen. [Wegen des früheren Rechts: das M. v. 18. Jan. 1791. §. 4. L.C.W. T. IV. S. 386. u. C.A. C. II. T. I. S. 989., Cr.Gb. v. 1838. Art. 117. G.S. S. 140.] **3)** Wegen der Folgen der von gewerbtreibenden Personen erlittenen Zuchthausstrafe s. den Art.: Bestrafung. **4)** S. Ausländer, Handel u. G..., Gewerbst..., Arbeit, Gewerb- u. Pers..., Verjährung, Polizei, Unterthanenrecht, Innung...

Gewerb- u. Personalsteuer. **1)** Die G.- und P.steuer betrifft den Gewerbsbetrieb, das persönliche Einkommen, den steuerpflichtigen Rang und das steuerpflichtige Prädicat. G. v. 24. Dec. 1845. §. 2. G.S. S. 311. Die Erhebung der besagten Abgabe erfolgt, vom 1. Jan. 1846. an, auf den Grund des G. v. 24. Dec. 1845., sowie der ergänzenden Bestimmungen in den Gesetzen vom 23. April 1850. G.S. S. 25. f. samt V. v. neml. T. u. J. ib. S. 42. f., dem G. v. 31. Jan. 1852. G.S. S. 3. mit der V. vom neml. T. u. J. ib. S. 4. f., und in dem G. und der V. v. 9. Dec. 1858. G.S. S. 345. f. 348. f. **2)** Das Verhältniß dieser verschiedenen Bestimmungen zu einander ist dieses, daß man nachzusehen hat: zu dem G. v. 24. Dec. 1845. und zwar zu dessen §. 3. G.S. v. 1845. S. 311.: §. 3. d. G. v. 9. Dec. 1858. G.S. S. 345., — zu §. 4. d. G. v. 1845.: die V. v. 23. April 1850. §. 2. G.S. S. 43., — statt §. 5. d. G. v. 1845.: §. 2. d. G. u. §. 3. d. V. v. 23. April 1850. G.S. S. 25. u. 43., — zu §§. 6. 7. 8. d. G. v. 1845.: §§. 4. 5. 6. d. V. v. 23. April 1850. G.S. S. 43., — statt §. 9. d. G. v. 1845.: §. 4. d. G. u. §. 7. d. V. v. 1850. G.S. S. 26. 44., — statt der §§. 11. 12. 13. d. G. v. 1845.: die §§. 5. 6. 7. d. G. u. §§. 8. 9. d. V. v. 1850., sowie §. 4. d. G. v. 9. Dec. 1858. G.S. S. 346., — statt §. 15. d. G. v. 1845.: §. 8. d. G. u. §. 10. d. V. v. 1850. G.S. S. 26. u. 44., ferner §. 4. d. G. u. §. 2. d. V. v. 9. Dec. 1858. G.S. S. 346. u. 349., — statt §. 17. d. G. v. 24. Dec. 1845.: §. 9. d. G. u. §. 11. d. V. v. 1850. G.S. S. 26. u. 44., — zu §. 20. d. G. v. 1845.: §. 12. d. V. v. 1850. G.S. S. 45., — zu §§. 21. u. 22. d. G. v. 1845.: §. 13. d. V. v. 1850. G.S. S. 45., ferner §. 1. d. G. u. §. 1. d. V. v. 1858. G.S. S. 346. u. 349., — zu und bezüglich statt §§. 25. 26. d. G. v. 1845.: §. 10. d. G. u. §§. 14. 15. d. V. v. 1850. G.S. S. 28. 45., — statt der §§. 29. 30. d. G. v. 1845.: die §. 12. d. G. u. §. 16. d. V. v. 1850. G.S. S. 29. 46., ferner das G. 31. Jan. 1852. §§. 1. 2. u. V. v. neml. T. u. J. §. 1. G.S. v. 1852. S. 3. u. 4., — zu §. 35. d. G. v. 1845.: §. 17. d. V. v. 1850. G.S. S. 46., — statt §§. 37. 38. d. G. v. 1845.: die §§. 13. 14. d. G. v. 1850. G.S. S. 30., — zu §. 39. d. G. v. 1845.: §. 18. d. V. v. 1850. G.S. S. 46. u. §. 3. d. G. v. 31. Jan. 1852. G.S. S. 3., — zu §. 41. 42. d. G. v. 1845.: §§. 19—29. d. V. v. 1850. G.S. S. 47. f., — zu §§. 23—42. d. G. v. 1845.: §. 2. d. G. v. 1858. G.S. S. 346., — statt §. 44. d. G. v. 1845.: §. 16. d. G. v. 1850. G.S. S. 31., — zu §. 45. d. G. v. 1845.: §. 17. d. G. v. 1850. G.S. S. 32., — statt der §§. 48—51. d. G. v. 1845.: die §§. 18—22. d. G. u. §§. 30. 49. d. V. v. 1850. G.S. S. 34. 51. f., ferner §. 4. d. G. u. §. 2. d. V. v. 1852. G.S. S. 3. u. 4., endlich §. 5. d. G. u. §. 3. d. V. v. 1858. G.S. S. 345. f. 349., — statt §. 54. d. G. v. 1845.: §. 23. d. G. v. 1850. G.S. S. 37., — zu §. 56. d. G. v. 1845.: §§. 30—40. d. V. v. 1858. G.S. S. 51. f., — statt §. 60. d. G. v. 1845.: §. 24. d. G. u. §. 41. d. V. v. 1858. G.S. S. 38. 59., — zu §. 61. d. G. v. 1845.: §§. 42—47. d. V. v. 1858. G.S. S. 60., — statt §. 62. d. G. v. 1845.: §. 25. d. G. v. 1850. G.S. S. 38., — statt der §§. 63—67. d. G. v. 1845.: §§. 26—30. d. G. v. 1850., §. 48. d. V. v. 1850. G.S. S. 38. f. 62., §. 6. d. G. u. §. 4. d. V. v. 1858. G.S. S. 347. 350., — bezüglich der §§. 70. u. 71. d. G. v. 1845.: die §. 31. d. G. v. 1850. u. §§. 50. 51. d. V. v. 1850. G.S. S. 40. 64., endlich zu §. 74. d. G. v. 1845.: §. 8. d. G. v. 1858. S. unten no. 16. — Die Tarife u. Hilfstafeln zu Berechnung der Steuern findet man in der G.S. v. 1845. S. 341. f., in der G.S. v. 1850. u. §. 15. d. G. v. 1850. u. S. 41., in der G.S. v. 1852. S. 5. f., sowie G.S. v. 1858. S. 346. u. §. 1. d. G. v. 1858. ib. **3)** Den vorstehenden Bestimmungen gingen voraus: das G. u. die V. v. 22. Nov. 1834. G.S. S. 349. f. 415. f., die V. v. 19. u. 25. Febr., 12. März, 28. Mai, 9. Juli u. 25. Nov. 1835. G.S. S. 157. 168. 203. 273. 394. u. 491., ferner die V. v. 3. Sept. 1836. G.S. S. 207., v. 14. Jan., 27. Sept. u. 14. Dec. 1837. G.S. S. 7. 91. u. 132., v. 21. Febr. u. 6. Dec. 1838. G.S. S. 74. 482., v. 1. Febr. 1839. G.S. S. 20., v. 9. Nov. 1840. G.S. S. 307., v. 19. Oct. u. 2. Nov. 1843. G.S. S. 174. 182. u. v. 22. März 1845. G.S. S. 63., die V. v. 24. Dec. 1845. G.S. S. 366. u. die V. v. 12. April 1847. G.S. S. 75. **4)** Die Entrichtung von Gewerbsteuer ertheilt kein Befugniß zum

Gewerbsbetriebe, z. B. zum Dorfhandel, zum Dorfhandwerksbetriebe, Hausiren. §.20. d. G. v. 24. Dec. 1845. G.S. S. 317., V. v. 24. Dec. 1845. §. 12. G.S. S. 368., v. 23. April 1850. §. 12. G.S. S. 45. Die richtige Abführung soll bei Ausländern auch durch die Polizeibehörden mit controlirt werden, insbesondere bei Ertheilung und Revision der Pässe. V. v. 24. Dec. 1845. §. 25. G.S. S. 372., jetzt V. v. 23. April 1850. §. 25. G.S. S. 49. Wenn Inländer ihren Wohnort wechseln, in sofern es nicht im Wege der polizeilichen Ausweisung geschieht, oder die Wegziehenden Gehalte, Pensionen oder Wartegelder aus Staatscassen beziehen, sind die Reisepässe, Wanderbücher, Dienstzeugnißbücher oder ähnliche Atteslate nicht eher zum Wegzuge zu autorisiren, als bis die Berichtigung des zuletzt gefälligen Personal= oder Gewerbesteuerbetrags nachgewiesen ist. Weitere Vorschriften deshalb s. in der V. v. 23. April 1850. §. 43. f. G.S. v. 1850. S. 61. f. **5)** Die Entrichtung der Steuer haben Empfänger von Dienst= und Wartegeldern oder Pensionen bei Erhebung dieser Bezüge auf den Mai und November jeden Jahres nachzuweisen. V. v. 12. Jan. 1835. G.S. S. 49., V. v. 24. Dec. 1845. §. 45. G.S. S. 381., V. v. 23. April 1850. §. 45. G.S. S. 62. **6)** Hinterziehungen der Steuer und Ordnungswidrigkeiten werden nach §§. 69. u. 71. d. G. v. 24. Dec. 1845. G.S. S. 337., §. 31. d. G. v. 23. April 1850. G.S. S. 40., u. §§. 50. 51. d. V. vom neml. T. u. J., G.S. v. 1850. S. 64. gestraft. Für Steuer= und Strafbeträge haften auch die Erben. §. 72. des cit. Gesetzes v. 1845. S. hierzu: Verjährung. **7)** Die Untersuchung und Bestrafung gehört in 1ster Instanz vor die ordentliche Obrigkeit des Wohnorts oder, bei gewissen Umherziehenden, des Aufenthalts bei der Entdeckung; in 2ter u. letzter Instanz vor das Finanzministerium. G. v. 24. Dec. 1845. §. 74. G.S. 338. **8)** Die Erhebung der Personalsteuer erfolgte von den im 14Thalerfuße festgesetzten Gehalten, Wartegeldern, Pensionen und andern Dienstbezügen im nemlichen Münzfuße zufolge der V. v. 6. März 1839. G.S. S. 32. **9)** Von der Gewerbe= und Personalsteuer sind befreit: die, welche von Andern ohne bestimmte Gegenleistung unterhalten werden, kein Einkommen und keinen eigenen Erwerb haben; der Fiscus, Kirchen, fromme und milde Stiftungen, ingleichen die Landesuniversität wegen desjenigen Einkommens, welches für den Stiftungszweck verwendet und nicht an den Empfängern besteuert wird, ꝛc.; Personen bis zum erfüllten 18ten Lebensjahre, wenn der auf sie fallende Steuerbetrag 1 Thlr. nicht erreicht; auf obrigkeitliches Zeugniß gänzlich Unvermögende; Grundstücksbesitzer wegen des von der inländischen Grundsteuer betroffenen Einkommens; Fremde, welche sich nicht länger als 2 volle Jahre in Sachsen aufgehalten haben, mit gewissen Ausnahmen wegen gewerbesteuerpflichtiger Ausländer und solcher, die im Inlande einen Erwerbszweig ergreifen. Das Nähere s. im G. v. 23. April 1850. §. 5. G.S. S. 26., u. der V. vom neml. T. u. J. §. 8. 9. G.S. v. 1850. S. 44. u. unten no. 13. 14. Von der Personalsteuer sind befreit: active Militairs von und mit dem Oberleutnant abwärts; die Gesandten u. Geschäftsträger am Sächs. Hofe samt ihrem Dienstpersonale; die fremden Handelsconsuln nebst dem letztern; fremdherrliche, für gewisse bleibende Functionen in Sachsen accreditirte, den Gesandten und Consuln nicht beizuzählende Beamte samt Personal in dem im G. v. 23. April 1850. §. 6. 7. u. der V. vom neml. T. u. J. §. 8. 9. näher angegebenen Umfange; s. die G.S. v. 1850. S. 26. u. 44. Aus besondern Gründen kann das Finanzministerium zeitweise Befreiungen und Ermäßigungen gewähren. G. v. 24. Dec. 1845. §. 16. G.S. S. 315. **10)** Die Behörden für die Abschätzung sind a) die Orts=Abschätzungscommissionen, welche alljährlich auf den Grund eines obrigkeitlich beglaubigten Einwohnerverzeichnisses das nach dem Schema S. 391. der G.S. v. 1845. eingerichtete G.= u. P.=Steuerkataster aufstellen, ang. G. §. 56. G.S. v. 1845.

S. 334., V. v. 23. April 1850. §. 30. f. G.S. v. 1850. S. 51. f., b) die Kreis-Abschätzungscommissionen u. c) die Central-Absch.-Commission, letztere beide für die Schätzung der Fabrikgeschäfte, ang. G. v. 1845. §§. 57. u. 58.; d) das Finanzministerium, welches die Kataster feststellt. Ang. G. §. 59. G.S. v. 1845. S. 335. Hierzu: V. v. 23. April 1850. §. 30. f. G.S. S. 51. f. Ueber die Einnahmebehörden s. den Art.: Steuer-Einnehmer. **11)** Wegen des Reclamationsverfahrens sehe man das G. v. 23. April 1850. §§. 26—30. G.S. S. 38. f. u. §. 48. d. V. v. 23. April 1850. G.S. S. 62., sowie das G. v. 9. Dec. 1858. §. 6. G.S. S. 347. samt der V. v. 9. Dec. 1858. §. 4. G.S. S. 350. nach. **12)** Concessionirte Bank-, Credit- und Versicherungsinstitute, Sparcassen und Leihanstalten, ingleichen solche Actiengesellschaften, welche nicht nach Maßgabe ihres Geschäftsbetriebs unter den Fabrikanten zur Vernehmung gelangen oder für welche besondere Steuersätze nicht bereits bestimmt sind, werden zur Gewerbesteuer beigezogen und zwar auf dem Wege freier Schätzung und ohne Zurechnung zu dem Gesamt-Steuerquantum in den Städten, wo sie ihren Sitz haben. Sparcassen und Leihanstalten bleiben jedoch in soweit von der Besteuerung befreit, als nachweislich die Ueberschüsse derselben zu milden Zwecken, insbes. auch zu Zwecken der Kirche u. Schule verwendet werden. Das Nähere s. im G. v. 9. Dec. 1858. §. 1. G.S. S. 346. u. d. V. v. 9. Dec. 1858. §. 1. G.S. S. 348. **13)** Das Einkommen aus Stättegeldern, Standzinsen und Marktgebühren bei Messen, Jahr-, Wochen-, Vieh-, Woll- und anderen Märkten ist von der G.- und P.steuer befreit. Ang. G. v. 1858. §. 3. **14)** Fremde, welche in hiesigen Landen ihren Aufenthalt genommen, daselbst aber weder sich ansässig gemacht, noch einen steuerpflichtigen Erwerbszweig ergriffen haben, sind künftig von der G.- und P.-steuer auf einen Zeitraum von 5 vollen Jahren befreit und sind in soweit die Bestimmungen im §. 5. und §. 8. d. G. v. 23. April 1850. abgeändert. Ang. G. v. 1858. §. 4. Dazu s. die V. v. 9. Dec. 1858. §. 2. G.S. S. 349. **15)** Renteninhaber, welche in Folge unterlassener Declaration ihres steuerpflichtigen Renteneinkommens oder weil sie eine bei diesem Einkommen nach dessen Declaration eingetretene Erhöhung nicht angezeigt haben, entweder gar nicht, oder doch nicht mit dem der Gesamthöhe des Einkommens entsprechenden Beitrage zur Personalsteuer beigezogen worden, sind verbunden, den dadurch der Staatscasse entzogenen Steuerbetrag nachzuzahlen, jedoch nicht über 5 Jahre vom Anfange des Jahres zurückgerechnet, in welchem das Statt gefundene beziehendlich höhere Renteneinkommen bekannt worden ist. Die Verpflichtung zu obiger Nachzahlung geht auch auf die Erben des Renteninhabers über. Das Nähere giebt das G. v. 9. Dec. 1858. §. 6. G.S. S. 347. u. die V. v. neml. T. u. J. §. 4. G.S. S. 349. Wenn Renteninhaber ihr Renteneinkommen zwar declarirt, aber unter dem wirklichen Betrage angegeben und dadurch das Steuerinteresse verkürzt haben, soll die Verpflichtung zur Nachzahlung der hinterzogenen Steuer ebenfalls nur längstens auf einen 5jährigen Zeitraum vom Anfange desjenigen Jahres an zurückgerechnet, wo die Entdeckung des höheren Renteneinkommens erfolgt ist, Statt finden. Ang. G. v. 1858. §. 7. G.S. S. 347. **16)** Der Recurs, welcher nach §. 74. des G. v. 24. Dec. 1845. a. a. O. in Untersuchungssachen wegen Hinterziehungen und Ordnungswidrigkeiten bei der G.- und P.steuer dem Angeschuldigten gegen die Entscheidung erster Instanz freisteht, ist bei Verlust desselben binnen 10 Tagen von Bekanntmachung jener Entscheidung an bei der Untersuchungsbehörde einzuwenden. Ang. G. v. 1858. §. 8. G.S. v. 1858. S. 348. **17)** Eine einmalige Reclamation ist in jedem Falle kosten- und stempelfrei, weitere unbegründete Widersprüche sind es nicht. G. v. 24. Dec. 1845. §. 68. G.S. S. 337. **18)** S. auch: Abgaben, Amtshauptl..., Gewerbst., Handel- und Gew..., Steuerreste, Amtswohnungen,

Münzwesen, Anlagen, Gemeindeleistungen, Land- u. Miethkutscher.

Gewerken, s. Baugewerken, Bergaufsicht.

Gewerkenprobirer. S. Revierofficianten.

Gewerken-Versammlung. 1) Regelmäßige Versammlungen der Mitglieder einer Gewerkschaft in bestimmten Zeiträumen finden nur Statt, wenn dieß die Gewerkschaft selbst so bestimmt hat. Außerdem können die Gewerken zusammenberufen werden, wenn es der Grubenvorstand oder das Bergamt für nöthig hält. Sie müssen zusammenberufen werden, wenn die Inhaber von wenigstens dem vierten Theile sämtlicher stimmberechtigten Kure darauf antragen. B.O. v. 1851. §. 111. G.S. S. 221. f. Ueber das Nähere s. §. 112. f. ib., u. V. v. 16. Dec. 1851. §§. 83—90. G.S. S. 436. **2)** S. Gewerkschaften.

Gewerkschaften. 1) Ueber die rechtlichen Verhältnisse derselben und die Stellung der Schichtmeister u. Steiger als gewerkschaftlicher Diener enthielten bis zum Jahre 1851 die nähern Bestimmungen folgende Gesetze: Die Berg-O. v. 1589. Art. 23. 27. 34. 37. 38. 42—50. 52—54. 58—60. 62—67. 73. 89. C.A. T. II. S. 198. f., das Bergdecret v. 17. Mai 1624. §. 5. ib. S. 283., das v. 17. Febr. 1629. §. 10. ib. S. 308., der Bef. v. 3. März 1703. C.A. C. I. T. I. S. 1345., die Bergresol. v. 1709. §. 1. 14. 15. 16—19. 21. 23—25. 28. 29—31. 38. C.A. T. II. S. 376. f., das M. v. 26. Aug. 1713. §. 2. 29. C.A. T. II. S. 474., das Rescr. v. 30. Dec. 1718. C.A. C. I. T. I. S. 1351., v. 14. April 1719. ib., v. 30. Aug. 1740. ib. S. 1378., die Stolln-O. v. 12. Juni 1749. C.A. C. I. T. I. S. 1391., das Rescr. v. 20. Mai 1752. ib. S. 1419., die Freib. Registerweisung v. 7. Jan. 1764. §. 64. 102. 112. ib. S. 1444. f., die Decl. v. 10. Juni 1765. §. 5. —17. ib. S. 1472., der Bef. v. 17. April 1773. C.A. C. II. T. II. S. 165., das Rescr. v. 28. Oct. 1780. ib. S. 205., und das v. 23. Jan. 1784. ib. S. 221. Mit Beziehung auf diese Bestimmungen brachte eine ausführliche Belehrung für die bergbauenden Gewerken die Bef. v. 11. Oct. und 1. Nov. 1834. G.S. S. 339. f. **2)** Wenn die Besitzer eines Berggebäudes die Zahl 8 übersteigen, so müssen sie eine Gewerkschaft bilden und sind von dem Bergamte dazu anzuhalten. Wenn 3 oder mehrere Personen ein Berggebäude gemeinschaftlich besitzen wollen, so können sie eine G. bilden. Sowohl wenn eine G. sich gebildet und bergamtliche Bestätigung erlangt, als auch wenn das gewerkschaftl. Verhältniß wieder aufgehört hat, ist dieß vom Bergamte öffentlich bekannt zu machen. B.O. v. 1851. §. 13. G.S. S. 202. Das Nähere geben die §§. 11. u. 12. d. V. v. 16. Dec. 1851. G.S. S. 415. **3)** Das Eigenthum am Berggebäude zerfällt in 128 Kure (s. d.). Die Mitglieder der G. haben nach Verhältniß ihrer Kure Theil an dem Gewinne und Verluste, sowie bei Veräußerung des Gesamteigenthums an dem Vermögen der G. B.O. §. 23. Die G. ist Dritten gegenüber als berechtigtes und verpflichtetes Rechtssubject anzusehen. Für die von ihr contrahirten Schulden haftet nur das Gesamtvermögen derselben. ib. §. 24. Die Mitglieder der G. sind zu jeder Zeit berechtigt, sich unter Verlust alles bis dahin Eingezahlten von der G. loszusagen und sich somit nicht nur der Rechte, sondern auch der Verbindlichkeiten, welche sie als Mitglieder der G. haben, zu entledigen, ib. §. 25., auch können sie ihre Kure an jeden Dritten veräußern, ohne hierzu die Einwilligung der übrigen Mitglieder nöthig zu haben. ib. §. 26. Durch das Ausscheiden einzelner Mitglieder wird die G. nicht aufgelöst, auch können einzelne Mitglieder nicht auf Theilung antragen. ib. §. 27. G.S. v. 1851. S. 204. **4)** Ueber die Verwaltung der innern Angelegenheiten bauender G. vergl. die §§. 106—140. der B.O. G.S. v. 1851. S. 220. f. Beschlüsse der G. werden durch Abstimmung, entweder auf schriftliche Umfrage oder in Gewerkenversammlungen gefaßt. ib. §. 107. Jeder ganze Kur giebt eine Stimme. Bruchtheile von Kuren sind bei der Stimmenzählung nur in soweit zu berücksichtigen, als sie sich mit anderen zu einer ganzen Kurstimme vereinigen lassen. Caducirte Kure stimmen, so lange sie sich im

gemeinschaftlichen Besitze der G. befinden, nicht mit. ib. §. 108. — S. Gewerkenversammlung, Grubenvorstand, Zubußen. **5)** Vergl. auch: Bergbau-Unternehmungen, Bergswerkseigenthum, Gesellenschaften, Gegenbuch, Kure, Eigenlehner, Bergbeamte, Bergschmiede.

Gewicht und Maß. **1)** Unter Aufhebung aller früheren allgemeinen oder örtlichen auf ausdrücklichen Vorschriften od. auf Herkommen beruhenden Bestimmungen über Gewichtsgrößen, ist vom 1. Nov. 1858. an ein neues Gewichtssystem im Königreiche eingeführt, dessen Grundeinheit das bereits seit dem 1. Jan. 1840. für die Zollverwaltung eingeführte Zollpfund, gleich 500 Französischen Grammen, ist. G. v. 12. März 1858. §. 1. u. 13. G.S. v. 1858. S. 49. **2)** Als Grundlage für die Herstellung der Normalgewichte und zu unveränderter Aufrechthaltung der Gewichtseinheit dienen die nach dem Französischen Kilogramme étalon angefertigten und damit amtlich verglichenen, bei dem Hauptstaatsarchive aufbewahrten Zweipfundstücke von Platin und von Messing. ib. §. 2. 20 Pfunde machen einen Stein, 100 Pfunde einen Centner, 3 Centner ein Schiffspfund, 40 Centner eine Schiffslast aus. ib. §. 3. Das Pfund wird getheilt in 30 Lothe, das Loth in 10 Quent, das Quent in 10 Cent, das Cent in 10 Korn. Kleinere Theile werden durch Decimalbruchtheile des Korns angegeben. ib. §. 4. **3)** Das neue Landesgewicht und dessen Eintheilung gelten für alle Zweige des öffentlichen u. gemeinen Verkehrs, mit der alleinigen Ausnahme, daß die Theilung des Pfundes in rein decimalen Abstufungen sich bewegt: a) für die Ausmünzung u. Geldverwägung, b) für solche Zweige der öffentlichen Verwaltung, bei denen die decimale Theilung bereits ausdrücklich eingeführt ist. Für Juwelen und edle Metalle ist die Decimaltheilung ebenfalls nachgelassen. §. 5. ib. Wegen des Medicinalgewichts s. Apotheken, 9. **4)** Ueberall, wo für den Zweck der öffentlichen Verwaltung in Gesetzen, Verordnungen und Instructionen Vorschriften unter Hinweisung auf Centner, Stein, Pfund und Loth gegeben, oder wo Abgaben nach Gewichtsgrößen zu erheben sind, sind die entsprechenden Nominalgrößen des neuen Landesgewichts ohne Weiteres an deren Stelle getreten, soweit nicht für einzelne Fälle eine Umrechnung im Verordnungswege nothwendig war. ib. §. 6. **5)** Auf Privatrechtstiteln beruhende, nach Gewicht ausgedrückte Leistungen und Verbindlichkeiten sind in der bisherigen Quantität unter Anwendung des neuen Gewichts dergestalt zu erfüllen, daß sie nach dem Verhältnisse von 107 Pfunden Leipziger Handelsgewicht (s. unten no. 24.) zu 100 Pfunden des neuen Landesgewichts umgerechnet werden. Ang. G. v. 12. März 1858. §. 7. G.S. S. 49. **6)** Als Maße sind im inländischen Verkehre, mit Ausschluß aller localen Maße: a) der Leipziger Fuß, = 0,28319 Französische Meter oder 125,537 alten Pariser Linien, getheilt in 12 Zolle à 12 Linien, und davon abgeleitet als Längenmaße die Elle zu 2 Fuß, die Feldmesserruthe zu 15 Fuß 2 Zoll, die Straßenruthe zu 16 Fuß, und als ausschließliche Flächenmaße, unter Aufhebung der abweichenden Bestimmung des M. v. 4. Jan. 1820. G.S. S. 5. (s. Straßen), die Quadrat-Feldmesserruthe und der Acker zu 300 Quadrat-Feldmesserruthen; b) die Dresdner Kanne, = 71,186 Cubikzoll vorstehenden Maßes od. 1,8683 Pfund (1 Pfund 26 Loth 5 Cent) destillirtes Wasser bei + 15° Reaumur fassend; c) der Dresdner Scheffel, = 7900 Cubikzoll obigen Maßes, getheilt in 4 Viertel, zu 4 Metzen, zu 4 Mäßchen, und die davon abgeleiteten Hohl-, Längen- und Flächenmaße zu benutzen. (S. zu a. unten no. 20.) Für den Bergbau bewendet es bei dem Gebrauche des Lachters, = 2 Französischen Metern. Ang. G. §. 8. u. f. Bergaichamt. **7)** Andere als in diesem Gesetze vorgeschriebene oder nachgelassene Gewichte (cit. §§. 1—5.) und Maße (§. 8.) dürfen, soweit nicht für einzelne Fälle durch die Ausführungs-Verordnung Ausnahmen gestattet sind, im inländischen Verkehre

nicht gebraucht werden. Zuwiderhandlungen sind stets mit Confiscation der gebrauchten verbotenen Gewichtsstücke od. Maße und überdieß das erste Mal mit 10 Ngr. bis 5 Thlr. Geld, in Wiederholungsfällen mit Geld bis zu 20 Thalern od. Gefängniß bis zu 14 Tagen zu bestrafen. Vorstehende Strafen treten an die Stelle aller in älteren Bestimmungen auf den Gebrauch verbotener Maße gesetzten Strafen. §. 9. der G. v. 12. März 1858. G.S. S. 51. **8)** Im inländischen öffentlichen und gewerblichen Verkehre dürfen nur solche Gewichtsstücke, Maße und gleicharmige Balkenwagen gebraucht werden, welche mit dem Stempel einer zum Aichen berechtigten inländischen Behörde versehen sind. Zuwiderhandlungen sind das erste Mal mit 10 Ngr. bis 5 Thlr. Geld, in Wiederholungsfällen mit Geld bis zu 10 Thlrn., oder Gefängniß bis zu 8 Tagen zu bestrafen. Auf die Wagen der Apotheken, auf ungleicharmige Wagen, auf Gebinde und auf Maße, welche aus einzelnen von einander zu lösenden Theilen bestehen, leidet diese Bestimmung keine Anwendung. ib. §. 10. S. Aich..., Normalaich... — Es ist übrigens den Aichämtern gestattet, auf Verlangen auch Decimal- und Centesimalbrückenwagen nach dem sogenannten Straßburger Systeme, sobald sie den vorgeschriebenen Bedingungen entsprechen, mit dem Stempel zu bezeichnen. Rücksichtlich aller anderen Arten von Brücken-, Schnell- und sonstigen ungleicharmigen Wagen bewendet es jedoch bei der Bestimmung im §. 27. der Aichordnung (s. d.), wie auch im Allgemeinen §. 10. cit. d. G. v. 12. März 1858. durch vorstehende Bestimmung keine Aenderung erleidet, der Gebrauch ungestempelter Brückenwagen also auch fernerhin keiner Strafe unterliegt. V. v. 2. Sept. 1858. G.S. S. 250. **9)** Der Gebrauch unrichtiger Gewichte oder Maße im öffentlichen, gewerblichen Verkehre wird, auch wenn dieselben nach Benennung und Eintheilung den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen, das erste Mal mit 1—50 Thlr. Geldbuße, in Wiederholungsfällen mit 8 Tagen bis 4 Wochen Gefängniß bestraft. Die Confiscation unrichtiger Maße und Gewichte tritt neben obiger Strafe und zwar auch dann ein, wenn ein Fall wirklichen Gebrauchs sich nicht nachweisen läßt. ib. §. 11. **10)** Ist die Unrichtigkeit nur als Folge zu weit vorgeschrittener Abnutzung sonst richtig gestempelter und den gesetzlichen Bestimmungen entsprechender Gewichte oder Maße zu erkennen, so tritt die Confiscation nur dann ein, wenn die Unrichtigkeit sich nicht sofort durch das Aichamt beseitigen läßt; der Eigenthümer ist solchenfalls das erste Mal ganz straflos zu lassen, in Wiederholungsfällen aber mit Geld bis zu 10 Thlrn. oder Gefängniß bis zu 14 Tagen zu bestrafen. ib. — Vorstehende Bestimmungen leiden auch auf den Gebrauch, beziehendlich Besitz unrichtiger Wagen dergestalt Anwendung, daß die Confiscation in allen Fällen einzutreten hat, wo die Unrichtigkeit nicht sofort verbessert werden kann, die Strafe aber nur dann zu verhängen ist, wenn die Unrichtigkeit dem Besitzer bekannt war. ib. G.S. v. 1858. S. 51. **11)** Der Gebrauch unrichtiger Gewichte, Maße oder Wagen in gewinnsüchtiger Absicht oder die Fälschung gestempelter Gewichte, Maße und Wagen ist nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuchs zu beurtheilen und tritt in soweit die Competenz der Justizbehörden ein. Die in §§. 9. 10. und 11. citt. angedrohten Strafen sind solchenfalls neben der Criminalstrafe zu erkennen. §. 12. ib. **12)** Maße, welche nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen bereits von dermalen dazu befugten Behörden geaicht und gestempelt sind, können bis zum 1. Jan. 1862. auch ferner gebraucht werden; bei jeder eine neue Justirung nöthig machenden Reparatur sind sie jedoch auch vor diesem Tage zu berichtigen und zu stempeln, im Falle der Unausführbarkeit der Berichtigung aber zu vernichten und mit neuen Maßen zu vertauschen. ib. §. 13. G.S. v. 1858. S. 52. **13)** Das Aichen und Stempeln aller für den öffentlichen und gewerblichen Verkehr bestimmten Gewichte, Maße u. Wagen steht ausschließlich

den eingesetzten Aichbehörden zu, u. haben sich alle andere Behörden, von denen dieses Geschäft bisher ausgeübt worden ist, dessen künftig zu enthalten. Die einzusetzenden Aichbehörden sollen stempelfrei expediren. ib. §. 14. S. Aichämter, Normalaich... **14)** Für den Privatgebrauch in seinem Haushalte kann sich Jedermann auch ungestempelter Gewichte, Maße und Wagen von beliebiger Form, Größe und Material bedienen. Es ist aber Jedermann, welcher von einem anderen, auch wenn derselbe kein öffentliches Verkaufslocal hält, oder aus dem Verkaufe kein Gewerbe macht, Etwas nach Gewicht oder Maß kauft, zu verlangen berechtigt, daß ihm der Gegenstand des Kaufs mit gestempeltem Gewichte od. Maße und beziehendlich auf einer gestempelten Wage zugewogen oder zugemessen werde. V. v. 12. März 1858. §. 12. G. S. S. 56. S. noch unten: no. 22. **15)** Die für den öffentlichen und gewerblichen Verkehr bestimmten und stempelpflichtigen Gewichte, Maße und Wagen unterliegen denjenigen Beschränkungen auf gewisse Theilgrößen, bestimmte Formen und bestimmte Materialien, welche entweder in besonderen, für einzelne Zweige des Verkehrs erlassenen Verordnungen, oder in der Aichordnung und deren etwaigen späteren Abänderungen vorgeschrieben sind, oder später vorgeschrieben werden sollten. Jedes stempelpflichtige Maß und Gewicht muß außerdem mit einer deutlichen, in die Augen fallenden, dem Gesetze entsprechenden Bezeichnung seiner Größe versehen sein. Ang. V. §. 13. G. S. v. 1858. S. 53. Wegen der Gewichtsstempelung s. noch die V. v. 12. Aug. 1858. G. S. S. 173. u. den Art.: Aichämter, 13. **16)** Als unrichtig gilt jedes Gewichtsstück, welches bis zu 20 Pfund herab um mehr als den dritten Theil eines Tausendtheils, unter 20 Pfund bis 1/2 Pfund um mehr als die Hälfte eines Tausendtheils, unter 1/2 Pfund um mehr als ein Tausendtheil seiner Soll-Schwere, jedes Hohlmaß für Sämereien und Flüssigkeiten, welches um mehr als fünf Tausendtheile seines Soll-Inhalts; jedes Längenmaß, welches um mehr als zwei Tausentheile seiner Soll-Länge von der Normalgröße abweicht, und zwar gleichviel, ob durch Zuviel oder durch Zuwenig. ib. §. 14. **17)** Davon bilden jedoch Ausnahmen: hölzerne Ellen, bei denen Abweichungen von weniger als einer Linie (1/12 Zoll) noch der Duldung unterliegen, ferner solche Hohlmaße für besondere Gegenstände, wie z. B. Kalk, Kohlen u. s. w., deren Bestimmung die Anfertigung nur in gewissen, eine absolute Genauigkeit nicht zulassenden Formen von einfacheren Dimensionen der Weite u. Höhe fordert, und für welche daher diese Formen und Dimensionen besonders im Verordnungswege vorgeschrieben sind. Für diese wird nur die Uebereinstimmung mit den vorgeschriebenen Dimensionen innerhalb einer, zwei Procent Abweichung gestattenden Grenze gefordert. Da für Gebinde ein gesetzlich allgemein festgestellter Inhalt nicht besteht, so können für solche vorstehende Bestimmungen nur in soweit Platz greifen, als in einzelnen Fällen Differenzen zu entscheiden sind; der Soll-Inhalt ist solchenfalls nach den Angaben der Verfertiger oder der Verkäufer zu beurtheilen. ib. §. 14. G. S. v. 1858. S. 57. **18)** Durch die §§. 8. und 9. d. G. v. 12. März 1858. (oben no. 6. u. 7.) wird nicht ausgeschlossen, daß aus dem Auslande bezogene Waaren in ihren Originalpackungen, Gefäßen, Stücken u. s. w., auch wenn dieselben eine ausländische Gewichts- oder Maßangabe enthalten, wieder verkauft werden dürfen. Auf Verlangen ist jedoch das ausländische Gewicht u. Maß in inländisches umzurechnen und die Waare dem Käufer nach inländischem Maße und Gewichte zu gewähren. Ins Ausland bestimmte Waarensendungen können nach dem Gewichte und Maße des Bestimmungsorts verpackt und facturirt werden. V. v. 12. März 1858. §. 15. G. S. S. 53. **19)** Soweit im Inlande bei öffentlichen Geschäftszweigen od. für den Verkauf gewisser Gattungen von Waaren gewisse abweichende Gewichtsgrößen und Maßgrößen allgemein eingeführt gewesen sind, z. B. bei den Garnen das Englische Weifmaß und das Englische Gewicht, für gewebte Stoffe und Bänder

fremde Ellen und das Metermaß, bei dem Eisenbahnwesen, bei Maschinen und Instrumenten das Englische u. Französische Maß, bei den Steinkohlen der Karren und die Tonne, beim Eisen die Wage u. s. w., da ist es, so lange etwas Anderes nicht bestimmt wird, auch ferner nachgelassen, sich derselben zu bedienen, jedoch sind für den inländischen Detailverkehr den desfallsigen Bezeichnungen bestimmte Werthe nach inländischem Maße und Gewichte beizulegen und dem Käufer ist die Waare nur mit inländischen gestempelten Maßen oder Gewichten zuzumessen oder zuzuwägen. §. 16. der cit. V. G.S. v. 1858. S. 53. **20)** Wegen der Kohlenmaße für Stein- und Braunkohlen sowie Koaks vergl. d. V. v. 20. Oct. 1859. G.S. S. 333. und die berichtigende Bek. v. 16. Dec. 1859. G.S. S. 375. — Bei Ermittelung der zu öffentlichen Zwecken abzutretenden Bodenflächen haben sich die zuständigen Behörden künftig lediglich der Feldmesserruthe zu bedienen. (S. oben no. 6.) — Für den Verkauf der Butter, wobei die Bezeichnung, „Kanne" schon nach der V. v. 11. Oct. 1851. nicht mehr die Bedeutung eines Maßes, sondern einer Gewichtsgröße hat, tritt das neue Gewicht dergestalt an die Stelle des alten, daß die sogenannte Kanne Butter gleich 2 Pfund Landesgewicht sein, eine Viertelkanne od. ein Stückchen Butter aber 15 Loth wiegen soll. §. 1. d. V. v. 11. Oct. 1851. (unter: Butter) ist hierdurch in soweit abgeändert. §. 16. d. V. v. 12. März 1858. G.S. S. 58. Für den Gebrauch zum Abwägen auf Brückenwagen (oben no. 8.) ist innerhalb der durch die Aichordnung bestimmten Grenzen die Benutzung von Proportionalgewichten gestattet, dieselben unterliegen jedoch der Aichung und Stempelung und der Vorschrift in §. 14. d. cit. V. ib. §. 16. G.S. v. 1858. S. 58. **21)** Von der Vorschrift der Richtigkeit und Stempelung sind selbst die zum Tariren der Gefäße u. s. w. gebrauchten Gewichtsstücke in sofern nicht ausgenommen, als zu diesem Zwecke keinesfalls alte, abgenutzte, zerbrochene, ungestempelte Gewichtsstücke benutzt werden dürfen, sondern nur entweder Schrotkörner, oder dergleichen mit Gewichtsstücken nicht zu verwechselnde Körper, od. richtige und gestempelte Gewichte. Ang. V. v. 12. März 1858. §. 17. G.S. S. 58. **22)** Die Wohlfahrtspolizeibehörden haben über die gehörige Beobachtung der in dem G. und der V. v. 12. März 1858. enthaltenen Bestimmungen zu wachen. Sie haben daher die im öffentlichen und gewerblichen Verkehre ihres Bezirks, auch auf den Jahrmärkten, benutzten Gewichte, Wagen und Maße öfters durch Nachsehen in einer größeren Zahl von Verkaufslocalen zu revidiren. Specielle Revisionen in einzelnen Geschäften od. bei einzelnen Personen sind nur dann anzustellen, wenn genügender Verdacht vorliegt, daß den gesetzl. Bestimmungen zuwider gehandelt werde. Ang. V. v. 12. März 1858. §. 18. G.S. S. 58. Jedes zum Gewerbebetriebe oder Verkaufe benutzte Local, auch wenn es zufällig zugleich Wohnzimmer oder sonst zu Privatzwecken bestimmt sein sollte, ist als Verkaufslocal anzusehen u. daher begründet das bloße Vorhandensein ungestempelter oder unrichtiger Maße und Gewichte in solchen Localen (s. oben no. 14.) ebenfalls die Vermuthung des Gebrauchs zum gewerblichen Verkehre u. rechtfertigt nach Befinden die Confiscation. ib. Das Nähere im Betreff der Revisionen geben noch die §§. 19. 20. 21. der V. v. 12. März 1858. G.S. S. 58. u. 59. **23)** Uebergangsbestimmungen zur Einführung des neuen Gewichts- u. Maßsystems enthalten die §§. 22. f. der V. v. 12. März 1858. G.S. S. 59. **24)** Vergl. auch die Art.: Apotheken, Geldgewichte, Goldgewicht. **25)** Das Leipziger Gewicht, wonach das leichte oder Kramergewicht zu 110 Pfund, das schwere, zu Auswiegung des Fleisches, Fischwerks und anderer in's Gewicht fallender Sachen, zu 102 Pfund auf den Centner, das Pfund zu 32 Loth gerechnet wurde, und wonach bei den Waaren, welche nach Steinen verkauft werden, der Stein = 22 Pfund war, M. v. 7. Aug. 1734. C.A. C. I. T. I. S. 620., Gen. v. 14. Febr. 1754. ib. S. 803., wurde mittelst Edicts v. 22. Sept. 1768. C. A. C. II. T. III. S. 228. u. L.C.W.

T. III. S. 142. auch in der Oberlausitz als allgemeines Handelsgewicht eingeführt. **26)** S. Bäcker, Berggewicht, Eisen, Fleisch, Gendarmen, Goldgewicht, Münzwesen, Tara, Zollgewicht, Getreide, Magazine, Polizei.

Gewinn. S. Lotterie, Erpressung, Nöthigung, Diebstahl, Handlung, Melioration, Actienvereine, Apotheken, Arrest, I. II., Ausspielen, Begünstigung, Bestechung, Betrug, Buchhandel, Dienstboten, Ehe, Eheverlöbniß, Fälschung, Forstverbrechen, Grenze, Menschenraub, Partiererei, Staatsdienst, 35., Wucher, Vertrauen.

Gewinnen. S. Armenrecht, Spielschulden, Spielen, Lotterie.

Gewinnsucht, s. Eigenthumsverbr...

Gewissen. S. Irrthum.

Gewiß, s. Gewißheit, Miethe.

Gewissen. S. Eid, Gewissensvertretung.

Gewissensfreiheit. S. Religion.

Gewissensvertretung. **1)** Die Vertretung des Gewissens durch Beweis ist im ordentlichen Processe dem, welchem der Eid deferirt wird, nachgelassen, er muß sich aber vor Acceptation oder Relation des Eides jedenfalls bei der Einlassung darauf und wenigstens im letzten Satze dazu erklären. Const. 14. v. 21. April 1572. P. I. C.A. T. I. S. 78., Pr.O. Tit. 18. §. 8. S. 107., Tit. 19. §. 1. S. 115., E.P.O. ad Tit. 18. §. 1. 2. S. 109., und ad Tit. 19. §. 1. S. 118., Hand.G.O. v. 2. Dec. 1682. Tit. 15. C.A. T.II. S. 2045. Die G. findet auch bei gewissen Legaleiden Statt, z. B. bei dem Eide zu Bestärkung einer Nachlaßspecification, Pr.O. Tit. 19. §. 2. S. 116. **2)** Sie hat aber nicht Statt: a) Seiten desjenigen, dem der deferirte Eid zurückgegeben ward, Const. 14. P. I. l. c., Pr.O. Tit. 19. §. 1. S. 115., b) in geringfügigen Sachen, E.P.O. ad Tit. 1. §. 6. S. 9., und ad Tit. 19. §. 2. S. 119., M. v. 28. Nov. 1753. §. 5. C.A. C.I. T. I. S. 384., Lauf. M. v. 13. März 1821. §. 4. G.S. S. 38. u. M. v. 3. April 1824. §. 18. unter 20. G.S. S. 52., c) in Injuriensachen, E.P.O. ad Tit. 19. §. 2. l. c., M. v. 7. März 1716. C.A. T. I. S. 1855., Beil. zur E.P.O. no. XIV., d) bei dem in Civilsachen zuerkannten Reinigungseide, E.P.O. ad Tit. 32. S. 173., e) beim Editionseide, auch wenn der Edition halber ein besonderer Eid deferirt worden, Pr.O. Tit. 26. §. 1. u. 2. S. 152., E.P.O. ad Tit. 26. §. 2. S. 155., f) bei dem einem Erben über ein ihm in seiner Gegenwart auferlegtes Vermächtniß deferirten Eide, 11. Dec. v. 2. Juli 1746. C.A. C.I. T.I. S. 352. **3)** Wenn das Erbieten zur G. nicht rechtzeitig erfolgt ist, wird auf Leistung des Eides schlechterdings erkannt. E.P.O. ad Tit. 18. §. 1. u. 2. S. 110. [Aeltr. Recht: Const. 14. P. I. C.A. T. I. S. 78., Pr O. Tit. 19. §. 2. S. 115.] **4)** Die Artikel zur G. selbst müssen binnen Sächsischer Frist, von Zeit der Rechtskraft des Urtels, übergeben; sie dürfen ferner lediglich auf die Thatsache, worüber der Eid deferirt worden war, keineswegs aber auf die Ausflüchte gerichtet werden; übrigens sollen die impertinenten Artikel sofort vom Richter ex officio verworfen, oder es soll nöthigenfalls rechtliches Erkenntniß darüber eingeholt werden. Const. 12. v. 1572. P. I. C. A. T. I. S. 77., Pr.O. Tit. 19. §. 1. S. 115., E.P.O. ad Tit. 19. §. 2. S. 118. Wegen der aberkannten Artikel findet ebenfalls kein Regreß auf den ursprünglich angetragenen Eid Statt. E.P.O. ad Tit. 19. §. 2. S. 118. **5)** Dem Gegner wird wider den Beweis zur G. weder Gegenbeweis, noch werden ihm interrogatoria in meritis, und soviel die Hauptsache betrifft, sondern solche blos gegen die Person der Zeugen verstattet. ib., und Dec. 19. v. 1661. C.A. T. I. S. 303. **6)** Es wird auch über die G. kein schriftliches Verfahren gestattet, sondern binnen 7 Tagen verfetzt, wenn gleich solche durch Zeugen geführt worden ist. Der Kläger macht hierbei den Anfang. E.P.O. ad Tit. 29. §. 3. S. 167. **7)** Je nach dem Erfolge des Beweises zur G. kann der Richter dem Beweisführer einen Erfüllungs- oder Reinigungseid auferlegen. ib. ad Tit. 19. §. 1. S. 118. **8)** Ist der Beweis zur G. gehörig geführt, so wird der Beweisführer mit dem angetragenen Eide verschont, und von dem durch den Beweis abgelehnten Anspruche freigesprochen, Pr.O. Tit. 19. §. 2. S. 116., im entgegen-

gesetzten Falle wird er des angetragenen Eides verlustig. E.P.O. ad Tit. 19. §. 1. S. 118. **9)** S. Einreden, Beklagte, Geringf. R., Verfahren.

Gewißheit, s. Thatbestand, Brandstiftung, Bescheinigung, Beweis.

Gewitter. 1) Bei herannahendem G. müssen die Löschmannschaften an dem Orte, wo das Feuergeräth aufbewahrt wird, sich versammeln, und ein jeder hat seine Pferde angeschirrt zu halten. D.F.O. v. 1775. u. 1777. Cap. II. §. 10. C.A. C.II. T.I. S. 721. u. L.C.W. T. III. S. 367. **2)** S. Aberglauben.

Gewitterableiter, s. Blitzableiter.

Gewölbe. S. Ruhestörung, Miethe, Asche, Handlung.

Gewohnheit. S. Gewohnheitsrecht, Anlagen, Brautmesse, Gemeindeleistungen, Geistliche.

Gewohnheitsrecht. 1) Redliche beständige Gewohnheiten, ehrbare und gute Ordnungen und Statuten sind als Rechtsnormen anzusehen und derogiren dem gemeinen Rechte. App.G.O. v. 7. Oct. 1605. Was vor Recht rc. C.A. T.I. S.1235. **2)** Zur rechtlichen Begründung eines G. ist (abgesehen von den sonstigen Erfordernissen) der Ablauf eines Zeitraums von wenigstens 31 Jahren 6 Wochen u. 3 Tagen, ingleichen die Existenz von mindestens 3 Fällen, in welchen der behaupteten Observanz nachgegangen worden, wie bei der Verjährung, darzuthun; es sind aber dazu, selbst wenn von einer derogatorischen Gewohnheit die Rede ist, keine durch gerichtliche Entscheidungen bestätigte Handlungen erforderlich. Bek. d. O.A.Ger. v. 6. Aug. 1836. no.I. G.S. S.270. **3)** S. Ablösung, Verjährung, Erbfolge, Verfassung.

Gewürz. S. Dorfhandel.

Geyer. Die Sparcasse: Decr. v. 16. Febr. 1852. G.S. S. 25. f.

Gezeche, s. Völlerei.

Gezeugnisse. S. Gegenbeweis, Zeugen, Verfahren.

Gezogene Wechsel. S. Tratten.

Giebel. S. Brandgiebel.

Gier, s. Leidenschaft.

Gift. 1) Alle Gifte, welche nach der Pharmakopöe (dem Dispensatorium) in den Apotheken vorräthig sind, dürfen lediglich von dem Apotheker und Provisor selbst, und zwar nur auf eine schriftliche, mit dem Monatstage, dem Namen und Wohnorte des Empfängers versehene, auch gehörig unterzeichnete Anordnung eines legitimirten Arztes oder Wundarztes zum innerlichen oder äußerlichen Arzneigebrauche ausgegeben werden, V. v. 26. Dec. 1836. §. 4. a. G.S. v. 1837. S. 3., ferner nur zur Anwendung im Gewerbe, oder in der Wirthschaft an Personen, die ihm entweder in Hinsicht ihres dießfallsigen Bedarfs und ihrer vollkommenen Zuverlässigkeit ganz genau bekannt sind, oder einen unter Gerichtshand und Siegel ausdrücklich auf eine gewisse Quantität ausgestellten Erlaubnißschein ihrer Obrigkeit beibringen u. zwar in beiden Fällen gegen Abgabe eines vom Empfänger unterzeichneten, das Datum, das Gewicht und die Bestimmung des G. bemerkten Empfangscheines. §. 4. b. cit. **2)** Das G. muß sorgfältig eingepackt, versiegelt, mit einer schwarzen Tectur versehen und auf der Signatur dessen pharmaceutische Benennung und Gewicht, der Name des Käufers und das Datum bemerkt, überdieß aber auch noch die deutliche Aufschrift „Gift“ hinzugefügt werden. Auch darf solches lediglich dem Käufer selbst oder einer völlig sichern Person, niemals aber nur an Dienstleute, Kinder, oder gewöhnliche Boten verabfolgt werden. §. 4. c. ib. **3)** Ueber den Giftverkauf ist ein eigenes paginirtes Buch zu führen, in welchem die Art der Legitimation, der Name und Wohnort des Käufers, die Dosis und der Preis des G. nebst dem Datum einzutragen, die obgedachten Belege aller Art aber, nach den betreffenden Nummern des Buchs geordnet und geheftet, in Beziehung hierauf als Beilagen aufzubewahren sind. §. 4. d. cit. **4)** Der Gebrauch des Arsenik zur Vertilgung der Feldmäuse ist, bei Vermeidung von 5 und mehr Thalern Geld- oder verhältnißmäßiger Gefängnißstrafe auf jeden Uebertretungsfall, ausdrücklich untersagt. Weil die Anwendung des Arsenik zu Vertilgung schädlicher

Thiere stets bedenklich ist, sollen die Obrigkeiten besorgt sein, daß sich die Unterthanen an dessen Statt anderer unschädlicherer Mittel, dergleichen in der Beilage sub ⊙ der G.S. v. 1820. S. 3. angeführt sind, bedienen. Jedenfalls soll aller Arsenik, bei 5 Thlrn. Strafe, zu dem Behufe, schädliche Thiere damit zu töden, unter welcher Gestalt u. Zusammensetzung es auch geschehe, lediglich schwarz gefärbt gebraucht und von den Apothekern, bei 20 Thlrn. Strafe, zu Tödung schädlicher Thiere, nur in dieser Färbung ausgegeben werden. Namentlich haben sich die Kammerjäger der Führung ungefärbter arsenikalischer Mittel schlechterdings zu enthalten, widrigenfalls ihnen, außer der erwähnten Strafe, ihr Gewerbe gänzlich untersagt werden soll. V. v. 16. Nov. 1819. G.S. v. 1820. S. 1. **5)** Aeltr. Best.: M. v. 30. Sept. 1823. §. 10. ff. G.S. S. 116., M. v. 17. Oct. 1820. §. 9. G.S. S. 163., V. v. 16. Nov. 1819. G.S. v. 1820. S. 1. u. L.C.W. T. V. S. 462.; O.A.Pat. v. 9. April 1811. L.C.W. T. V. S. 418., Rescr. v. 31. Jan. 1798. C. A. C. II. T. I. S. 1115., Rescr. v. 5. Jan. 1791. C. A. C. II. T. III. S. 509., Gen. v. 10. Dec. 1790. ib. S. 987., Rescr. v. 14. Febr. 1787. L.C.W. T. IV. S. 405., M. v. 15. Nov. 1671. C. A. T. I. S. 1639. **6)** Bei der Versendung von den Arsenikwerken ist besondere Vorsicht anzuwenden, insbesondere müssen die Arsenikfässer ihrem gefährlichen Inhalte gemäß bezeichnet sein. Rescr. v. 4. Jan. 1817. L.C.W. T. V. S. 426. **7)** S. Conditoreiwaaren, Fliegenpapier, Beschädigung, Garn, Tod, Vergiftung, Polizei, Strychnin, Thierheilkunde, Farben, Gemeingefährl..., Arsenik, Section, Sachverständige, Chloroform, Grün, Zink.

Giftmischerei. S. Vergiftung.

Gilden. S. Schützen..., Innung...

Girant, Giriren, Giro. S. Indossament.

Gitter. S. Zäune.

Gittersee. Die Bestätigung der Statuten des Actienvereins für das Steinkohlenwerk zu G. enthält das Decr. v. 21. März 1839. G.S. S. 102.

Gläubiger. S. Ablösung, Arrest, Advocaten, Appellation, II. f., Armencasse, Aufborgen, Bankrott, Bergschulden, Betrug, Capturbefehl, Censur, Cession, Concurs, Concursgläubiger, Concursdeposita, Concurskosten, Concursacten, Concursmasse, Concursproceß, Deposita, Dismembration, Edictalcitation, Empfehlung, Executionsverfahren, Executivproceß, Familien-Fideicommisse, Grund- u. H., Münzwesen, Pfandrecht, Sequestration, Subhastation, Väter, Verbürgung, Verjährung, Vormundschaft, Verkümmerung, Wechsel..., Wucher.

Glas. S. Ausspielen, Bannrechte, Putzwaaren, Fenster, Hausiren.

Glaser. S. Dorfhandwerker.

Glasfabriken. S. Waldungen.

Glasgow. S. Feuerverf.

Glashüttengesellschaft. Die Statuten derselben: Decr. v. 20. Dec. 1858. G.S. v. 1859. S. 10.

Glaswaaren, s. Glas.

Glaube. S. Religion.

Glauben. Guter Glaube. S. Besitz, Laasgüter, Nutzungen, Verjährung. — Wider besseres Wissen, (Uebler Glaube): S. Besitz, Nutzungen, Verjährung, Kauf, Betrug. — Religiöser Glaube: s. Religion.

Glaubensbekenntniß. S. Augsburg. C., Katholiken, Protestanten, Religion, Apologie, Beichte, Censur, Cultusministerium.

Glaubenssachen. S. Apologie, Censur.

Glaubenswechsel, s. Religionswechsel.

Glaubwürdigkeit. S. Zeugen, Untersuchungsverfahren, Urkunden, Zeugnisse.

Glauchau. **1)** Ueber die für G. errichtete Sparcasse und Leihanstalt vergl. die Bek. v. 30. Nov. 1843. und das Decret samt dem Regul. in der G.S. v. 1843. S. 270. f. **2)** Die Anleihe: Bek. v. 18. Sept. 1858. G.S. S. 256., Bek. v. 14. Juli 1859. G.S. S. 277. **3)** S. Schönburg..., Consistorien, Gesamtcanzlei, Gesamtregierung.

Gleichartigkeit. **1)** Als gleichartig im Sinne des Art. 82. d. Str.Gb. (s. Rückfall) sind alle solche Verbrechen zu betrachten, welche aus gleichartigen Triebfedern hervorgegangen sind, insbesondere also a) alle Verbrechen, welche ihrem Begriffe nach auf Gewinnsucht beruhen, b) alle, welche die Befriedigung des

Geschlechtstriebes zum Zwecke haben. Der Versuch und die Beihilfe, sowie die Verbindung und die Anstiftung zu einem Verbrechen sind mit dem Verbrechen selbst, sowie auch unter sich für gleichartig zu achten. Str.Gb. v. 1855. Art. 83. **2)** Bei Militairvergehen sind, außer den bei 1. genannten, noch als gleichartig zu betrachten, je unter sich: a) die im Cap. 3. des zweiten Theils des M.Str.Gb. §§. 108—130. aufgeführten Verbrechen wider die Subordination; (s. Subordination, Ungehorsam, Widersetzlichkeit,) b) die Cap. 4. ib. §§. 131—141. erwähnten, aus einem Mißbrauche des Dienstverhältnisses gegen Untergebene hervorgegangenen Verbrechen; (s. Mißbrauch,) c) die in den §§. 171. 172. 173. u. 174. d. M.Str.Gb. aufgeführten Verbrechen im Wachdienste u. auf Posten. (S. Dienst.) Außerdem sind die im oben citirt. Art. 83. unter 1. (no. 1. bei a.) bezeichneten Verbrechen mit den im M.Str.Gb. aufgeführten, aus Gewinnsucht verübten Eigenthumsverbrechen als gleichartig anzusehen. M.Str.Gb. v. 1855. §. 56. G.S. S. 550. **3)** S. Rückfall, Forstvergehen, Eisenbahnen u. T., Verbrechen.

Gleiche Stimmen, s. Stimmen.

Gleichförmig. S. Laasgüter, Appellation, II., Beglaubigen, Recurs, I.

Gleichheit. S. Dikasterien, Unterthanen, Retorsion, auch die Citate unter: Parität.

Gleichlautend. S. Appellation, II., Recurs, I., Beglaubigen.

Gleichmäßig, s. Gleichförmig.

Gleichzeitig. S. Arrest, I., Wechselverfahren, Begnadigung, Erbfolge, 9., Executionsverfahren, 5., Gesinde, 18., Widerklage, Rückfall, Zumessung, Concurrenz.

Gleis. S. Ausweichen, Frachtfuhrwerk.

Gleitsordnungen. **1)** Die Gleits-O. v. 15. März 1823. G.S. S. 39. nebst dem Gen. v. 29. Aug. 1823. ib. S. 167. sind, mit Vorbehalt dessen, was in beiden über die Befreiung von Privatgleiten, so lange solche noch bestehen, verordnet ist, nebst der Leipz. Gleits-O. v. 18. März 1820. G.S. S. 95. v. 1. Jan. 1834. ab aufgehoben. G. v. 4. Dec. 1833. §. 4. G.S. S. 215. **2)** Aeltre Gleitsordnungen sind die v. 15. März 1660. C. A. T. II. S. 1118., v. 20. Febr. 1692. ib. S. 1141., v. 15. Nov. 1718. ib. S. 1157., die Leipziger v. 17. Juli 1691. ib. S. 1139., die Tauchaer Beigleits-O. v. 17. Juli 1691. ib. S. 1141. Wegen Gleitsfreiheit der Rittergüter s. den Gen.Bef. v. 10. Dec. 1715. C. A. C. I. T. II. S. 1., v. 8. Aug. 1747. C. A. C. I. T. II. S. 19. **3)** S. Geleite.

Glieder. S. Körperverl...

Glimmen, s. Brand...

Glimpflich, s. Schonung.

Glocken. **1)** Das Lauten der G. soll von den Glöcknern früh und Abends als Aufforderung zum Gebete, zum Gottesdienste, bei Kindtaufen, Copulationen, Begräbnissen, od. wenn in Nothfällen (z. B. Feuersgefahr) die Gemeinde zusammenzurufen ist, erfolgen, Ausschr. v. 2. Sept. 1552. C.A. T.I. S. 43.; 9. u. 39. Gen.Art. v. 1. Jan. 1580. ib. S. 709., Syn.Decr. v. 10. Aug. 1624. §. Die Glocken, ib. S. 797., §. 55. 86. des Rev. Syn.Decr. v. 15. Sept. 1673. ib. S. 838., Gen.B. v. 7. Febr. 1719. C.A. T.I. S. 1886. u. L.C.W. T.I. S. 851., D.F.O. v. 18. Febr. 1775. Cap. 3. §. 4. 11. C.A. C.II. T.I. S. 726., Lauf. D.F.O. v. 1777. Cap. 3. §. 4. 11. L.C.W. T.III. S. 368. u. C.A. C.II. T.III. S. 127. Die Schullehrer sollen desselben thunlichst überhoben werden, V. v. 9. Juni 1835. §. 68. G.S. S. 315. **2)** Bei Leichentransporten ist das Lauten, wenn es nicht besonders verlangt wird, zu unterlassen, Resol. v. 27. Jan. 1786. no. 7. C. A. C. II. T. I. S. 291. f. und L.C.W. T. IV. S. 669. Es soll bei Beerdigungen nur am Orte des Todesfalles, und anderswo nicht gelauten werden. Gen.Art. 15. v. 1580. C.A. T. I. S. 687. **3)** Beim Absterben des Königs soll 3 Wochen lang, bei dem der Königin, einer verwittweten Königin u. des Kronprinzen, sofern er über 21 Jahre alt war, 2 Wochen lang täglich Mittags von 12—1 Uhr, beim Ableben des Gerichtsherrn des Orts aber, wo die Kirche ist, wenn ihm gleich das Patronatrecht nicht zustand, ingleichen beim Tode der Gattin desselben, ferner des Kirchenpatrons, wenn er auch nicht Gerichtsherr des Kirchorts ist, eine Woche lang gelauten werden. M. v. 16. April 1831. G.S. S. 91., V. v.

28. Jan. 1832. G.S. S. 117. **4)** Zu Abführung der Steuern sollten die Bürger durch das Lauten der Bürgerglocke aufgefordert werden. Instr. v. 15. Febr. 1652. §. 6. C.A. T. II. S. 1434. **5)** Die Katastrirung der G. Behufs der Brandversicherung erfolgt nach den Vorschriften in §. 16. sub c. d. G. v. 14. Nov. 1835. G.S. S. 527., B. v. 4. Febr. 1836. G.S. S. 29. Wegen der Lausitz s. den Artikel: Brandversicherungs-Societät. **6)** Den von Dresden entlegenen Kreisen ist gestattet, ihre G., wo sie wollen, gießen zu lassen. Res. gr. v. 1661. Justizſ. §. 75. C.A. T. I. S. 236. **7)** Aeltre Best. über den Gebrauch der G.: Letzt. Prag. Vertr. v. 15. Sept. 1534. L.C.W. T. II. S. 1287. u. C.A. T. III. S. 41., Obergerichts-Conceff. v. 12. März 1562. ib. S. 104. u. L.C.W. T. I. S. 178., Ausschr. v. 10. Juli 1565. C.A. T. III. S. 255., L.O. v. 1555. Tit. Plackerei C.A. T. I. S. 55., M. v. 4. Nov. 1559. ib. S. 1404., v. 29. März 1566. ib. S. 1406., v. 17. Juni 1566. ib. S. 1408., Bef. v. 6. Dec. 1567. ib. S. 1410., v. 15. Mai 1569. ib. S. 1412., M. v. 9. Oct. 1570. ib. S. 1414., Gen. v. 14. Dec. 1717. ib. S. 1880., M. v. 14. Dec. 1753. §. 2. L.C.W. T. III. S. 78. u. C.A. C. I. T. I. S. 799. **8)** S. Aberglauben, Anfahren.

Glockentaufe. S. Aberglauben.

Glöckner. S. Glocken, Küſter.

Glücksspiele. S. Spielen.

Gnade. S. Begnadigung.

Gnadengehalt, Gnadengenuß. S. Staatsdienſt, Gnadenhalbjahr, Concurs.

Gnadenhalbjahr. **1)** Die Wittwen und Kinder der verstorbenen Geistlichen sollen noch ein halbes Jahr im Pfarrhause zu wohnen, und die Hälfte der Jahresbesoldung zu beziehen berechtigt sein. K.O. v. 1580. Tit. v. Immun. C.A. T. I. S. 535., Rescr. v. 18. Nov. 1629. ib. S. 853., Dec. 48. v. 1661. C.A. T. I. S. 319. **2)** Das G. beginnt mit dem Tode des verstorb. Geistlichen, Bef. v. 18. Aug. 1721. C.A. C. II. T. I. S. 179., jedoch wird der Sterbemonat nicht mit dazu gerechnet, Rescr. an das Consistorium zu Leipzig v. 14. Mai 1760. Corp. Jur. Eccl. Cont. S. 3. f., vielmehr läuft die Zeit für den Gnadengenuß der Wittwen und Kinder verstorbener Geistlichen im ganzen Lande allemal von dem ersten Tage des auf den Sterbemonat folgenden Monats an. V. v. 28. Febr. 1839. G.S. S. 51. **3)** Wenn der verstorbene Pfarrer keine Wittwe oder Descendenten hinterlassen hat, so dürfen seine andern Erben das G. nicht in Anspruch nehmen. Rescr. v. 11. Aug. 1634. C.A. T. I. S. 857. **4)** Die Kinder erster Ehe haben ohne Unterschied ihres Standes und Alters, und ob sie ausgestattet oder nicht, mit den Kindern zweiter Ehe gleiche Berechtigung bei Vertheilung des G. Rescr. v. 7. Sept. 1639. C.A. T. I. S. 859. **5)** Die Wittwen und Erben der Schullehrer und Küster genießen das G. nicht, Rescr. v. 14. Jan. 1619. ib. S. 851. u. Rescr. v. 16. März 1701. ib. S. 869. Die Hinterlassenen verstorbener Schullehrer haben vom Todestage an nur noch 8 Wochen lang die Einkünfte der Stelle als Gnadengenuß zu beziehen, davon aber die Kosten der interimistischen Verwaltung des Amtes zu bestreiten. Wo, vermöge örtlichen Herkommens, ein längerer Gnadengenuß früher Statt gefunden hat, soll derselbe den Hinterlassenen der gegenwärtig noch mit dem Rechte darauf angestellten Lehrer verbleiben; in der Folge aber ist er in Wegfall zu bringen. Bleibt die Stelle noch nach Ablauf der Gnadenzeit unbesetzt, so gehen die Einkünfte derselben, nach Abzug der Kosten für die interimistische Verwaltung, der Schulcasse zu Gute. G. v. 6. Juni 1835. §. 51. G.S. S. 289. **6)** Das G. theilen die Wittwe und Kinder, nach der Kopfzahl, und zwar nach gleichen Theilen. Dec. 48. cit. **7)** Wenn das Einkommen einer geistlichen Stelle zwischen einem Emeritus und seinem Nachfolger oder Substituten getheilt war, so haben die Wittwe und Kinder des Emeritus in keinem Falle ein Mehreres in dem G. zu fordern, als ihr Erblasser bis an den Tag seines Todes zu beziehen gehabt hat, d. h. seine Provision. Rescr. v. 19. Dec. 1708. C. A. T. I. S. 881., Res. 3. v. 27. Jan. 1786. C.A. C. II. T. I. S. 293., L.C.W. T. IV. S. 668. u. C.A. C. II. T. III. S. 15. Die Ausdehnung der Res. 3. v. 1786. auf die Hinterlassenen emeritirter Schullehrer billigt die V. v. 9. Oct. 1838. im Cod. d. S.K.R. S. 186. not. 4. **8)** Den Witt-

wen und Kindern eines Superintenten denten gebühren unter den sämtlichen Einkünften des halben Gnadenjahres auch die vom Ephorie-Vicar in der letztern Zeit verdienten Ephoralexpensen. Sollte der Vicar eine Entschädigung für seine Arbeit verlangen, und die Interessenten sollten sich deshalb nicht vergleichen können, so wird die Entschädigung von der vorgesetzten Consistorialbehörde bestimmt. Res. 2. v. 27. Jan. 1786. l. c. **9)** Wenn ein Pfarrer ohne Wittwe und Leibeserben verstirbt, so soll der Substitut die Accidentien und die Hälfte der Essentialbesoldung bekommen, die andere Hälfte der letztern soll aber sicher ausgeliehen und der Zinsengenuß den künftigen Pfarrern überlassen werden. Rescr. v. 27. Juni 1701. C.A. T.I. S.869. **10)** Ueber die Verlängerung des G. bei Stellen nicht landesherrl. Patronats wird von den Kreisdirectionen selbst Entschließung gefaßt, Anordn. des Cult.Min. v. 20. Juni 1835. Cod. d. S.K.R. S. 398. not. 12. sub t. **11)** Der Gnadengenuß verbleibt den Berechtigten, wenn auch zur Pestzeit die durch den gestorbenen Pfarrer oder Diakonus erledigte Stelle sogleich wieder besetzt werden muß, Gen. v. 6. Sept. 1680. C.A. T.I. S.863. **12)** S. Concurs, 13., Staatsdienst, Besoldung.

Gönnegeld, s. Gunstgeld.

Göpel. S. Bergmaschinen.

Gold. S. Bergwerksabgaben, Münzwesen, Goldgewicht, Goldschmidte.

Goldarbeiter. S. Goldschmidte.

Goldgewicht. **1)** Durch das G. v. 12. März 1858. (s. Gewicht) ist die Mark = 16 Loth à 18 Grän für Silber u. 24 Karat à 12 Grän für Goldwaaren außer Gebrauch gesetzt. Seitdem ist der Feingehalt der Gold- und Silberwaaren durch Zahlen nach Hunderttheilen auszudrücken. V. v. 22. Nov. 1858. G.S. S. 322. **2)** S. die Art.: Aichämter, Normalaich..., Münzwesen, Geldpackete. **3)** Früher sollte die K. Münze in Dresden genaue G.e von allen im Königreiche Cours habenden Goldsorten fertigen, justiren und mittelst eines daraufgeschlagenen Stempels autorisiren, auch ward auf den Rathhäusern in Dresden und Leipzig ein gleichfalls von der Münze zu Dresden gefertigtes, vollständiges und richtig abgezogenes Aich- und Probegewicht in einem besondern Behältnisse aufbewahrt, damit dasselbe zu allen Zeiten, bei Streitigkeiten u. Zweifeln über die Richtigkeit des G.s zur Entscheidung gebraucht werden konnte. Bef. v. 21. Juni 1755. C.A. C.I. T.I. S. 1595.

Goldgülden. S. Gülden.

Goldmünzen. **1)** Wenn Geldwechsler zu leichte G. (V. v. 8. Sept. 1841. §. 1. G.S. v. 1841. S. 227.) nach Gewicht und Gehalt (al marco) verkaufen, so müssen diese Münzen zerschnitten sein, außerdem wird der Wechsler mit Gefängniß bis zu 4 Wochen oder Geld und im Rückfalle mit Gefängniß bis zu 8 Wochen gestraft. V. v. 14. Jan. 1848. G.S. S. 4. f. **2)** S. Werth, Wechselcours, Wechselzahlung, Münzwesen.

Goldprobe. S. Goldschmidte.

Goldschmidte. **1)** Die G. sollen bei Geldstrafe ihr Zeichen und die Jahrzahl auf die Arbeit schlagen. L.O. v. 12. Nov. 1550. Tit. v. Goldschmieden. C.A. T.I. S. 36., Tax-O. v. 31. Juli 1623. Cl. 6. Tit. Goldschmiede. C.A. T.II. S.831. **2)** Andere Vorschriften für die G. enthält der Art.: Silber. Auch vergl. die Art.: Brand, Edelsteine, Schau.

Goldstücke. S. Münzwesen, Goldgewicht.

Gotha. S. Feuervers., Lotterie, Münzwesen, Reiselegitimationen, Staatsverträge, Paßkarten.

Gottesacker. S. Kirchhöfe.

Gottesdienst. **1)** Die Aufsicht über den evangelischen G. und die Erhaltung der Kirchenverfassung steht den Kreisdirectionen zu, V. v. 10. April 1835. §.2. unter 2. G.S. S. 244. **2)** Wer in eine Kirche oder in einen andern von der Regierung gestatteten religiösen Versammlungsort zur Zeit des G. gewaltthätig einfällt, um den G. zu stören, oder einen Geistlichen während seiner Amtsverrichtungen thätlich mißhandelt, oder sich ungebührliche, jedoch nicht mit Gewaltthätigkeiten verknüpfte Handlungen, wodurch die Ruhe und Ord-

nung einer religiösen Versammlung gestört wird, gottesdienstliche Handlungen unterbrochen, od. Geistliche während ihrer Amtsverrichtungen beleidigt werden, erlaubt, wird nach Art. 233. 234. des Str.Gb. (s. Störung) gestraft. **3)** Zu Untersuchung und Bestrafung von Störungen des G. sind Verwaltungsbehörden nicht mehr competent, §. 19. no. 2. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 59. **4)** Aeltre Verf.: 17. Gen.Art. v. 1650. C. A. T. I. S. 690, Rev.Syn.=Decr. v. 1763. §. 12. ib. S. 828., Bef. v. 20. Aug. 1788. C. A. C. II. T. I. S. 295. u. Cr.Gb. v. 1838. Art. 190. f. G.S. S. 159. Wegen der strafbaren Verhinderung gottesdienstlicher Versammlungen oder Verrichtungen durch Gewalt oder Drohungen s. den Art.: Störung, (sonst Art. 192. d. Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 159.) **6)** Die ältern und neuern polizeilichen Vorschriften über die würdige und ungestörte Feier des G. giebt der Art.: Sonntags=, Fest= u. Bußtags=Feier. **7)** S. Schmähungen, Vertagung, Diebstahl, Gesinde, Kirchen..., Blasen, Bier, Brandwein.

Gottesgabe (Böhmisch=), s. Staatsverträge.

Gotteskasten. S. Armencasse, Kirchenkasten.

Gotteslästerung. **1)** Wer die der Religion schuldige Ehrerbietung durch G. öffentlich verletzt, wird nach Art. 232. des Str.Gb. v. 1855. (s. Schmähung) straffällig. **2)** Aeltr. Recht: L.O. v. 12. Nov. 1550. Tit. Von Gotteslästerung. C. A. T. I. S. 28., L.O. v. 20. Nov. 1551. C. A. T. III. S. 82., v. 1. Oct. 1555. C. A. T. I. S. 47., Const. I. v. 1572. P. IV. ib. S. 117., Torg. Ausschr. v. 18. Mai 1583. Tit. Von Gotteslästerung. ib. S. 138., L.O. v. 6. Mai 1597. §. 1. C. A. T. III. S. 119. u. L.C.W. T. I. S. 381., Res. gr. v. 23. April 1612. Justizs. §. 25. C. A. T. I. S. 182., Pol.O. v. 1612. §. 2. ib. S. 1453., A.Pat. v. 31. März 1651. C. A. T. III. S. 209., v. 3. Oct. 1652. ib. S. 221. u. L.C.W. T. I. S. 397. 400., Dec. 75. v. 1661. C. A. T. I. S. 832., Pol.O. v. 1661. Tit. III. §. 6. Tit. IV. ib. S. 1566., O.A.Pat. v. 16. Mai 1672. C. A. T. III. S. 261., v. 2. Nov. 1702. ib. S. 321. u. L.C.W. T. II. S. 1152. u. 1160., Bef. v. 4. Aug. 1712. C. A. T. I. S. 1805., Cr.Gb. v. 1838. Art. 189. G.S. S. 159. **3)** S. Fluchen, Leibesstrafe.

Gottesverehrung. S. Religion.

Gouvernement. S. General=G.

Gouvernementskriegsgericht. S. Dresden, Militairgerichtsbarkeit.

Grab. S. Begräbniß, Beschädigung, Diebstahl, Leichen.

Grabebitter. S. Polizei.

Grabecassen, Grabecassenbeneficien. S. Cassen, Stadtvermögen, Dresden, 19., Verlassenschaft, Erbschaft.

Grabegesellschaften. Diese können nach dem freien Willen der Betheiligten errichtet werden, und die frühere Beschränkung durch die V. v. 29. Aug. 1832. ist aufgehoben. Vergl. sowohl deswegen, als rücksichtlich der älteren Vorschriften im Betreff derartiger Institute den Artikel: Cassen, 4.

Graben. **1)** Zur Trockenhaltung der Straßen haben die Besitzer der anliegenden Grundstücke die bereits vorhandenen Seitengräben, so oft nöthig, und wenigstens im Jahre einmal, vor der Heuernbte zu heben, und, wo solche G. noch nicht befindlich, auf Anordnung der Straßenbaucommission neue anzulegen. M. v. 28. April 1781. Cap. I. §. 1. C.A. C.II. T. II. S. 671. f., L.C.W. T. III. S. 210. u. C.A. C. II. T. III. S. 655. **2)** Zur Hebung der G. an der Straße muß jeder Grundbesitzer unweigerlich das Terrain hergeben, und zwar, wenn er es entweder der Straße entzogen hat, oder solches nicht wenigstens 2 Metzen Dresdner Aussaat beträgt, ohne alle Vergütung. Ist es aber sein Eigenthum von jeher gewesen, und enthält es, der Aussaat nach, 2 Dresdner Metzen, so soll ihm eine Vergütung gewährt werden. ib., und vergl. das M. v. 4. Jan. 1820. G.S. S. 5., sowie den Artikel: Gewicht u. Maß. **3)** Die G. sollen oben im Lichten 3 Ellen weit, schnurrecht 2 Ellen tief, unten im Grunde 1½ Elle breit, gehoben werden, wenn nicht die Localumstände ein anderes erfordern. Ang. M. v. 1781. l. c. Die, welche in Hebung der G. sich saumselig bezeigen, haben zu erwarten, daß auf ihre Kosten die Straßenbaucommission selbige heben lasse. ib. **4)** Wenn die Grundstücke so schmal sind, daß nach dem Verhältnisse der Länge deren Besitzer durch Hebung der G. zu sehr beschädigt

würden, so sollen die Communen, zu denen sie gehören, und, wenn diese zu schwach sind, die angrenzenden, ohne Unterschied, ob sie mittelbare oder unmittelbare seien, auf Ermessen der Straßencommission sie entschädigen, ib. **5)** Uebrigens sind die Vorschriften §. 1. cit. auch bei Anlegung und Unterhaltung der Abzüge zu beobachten. §. 2. ib. **6)** An den Elbufern sollen G. nicht angelegt werden. M. v. 7. Aug. 1819. §. 13. G.S. S. 212. **7)** S. Ablösungsbehörden, Forstverbrechen, Geistliche, Mühlen, Post, Gewässer, Wasser, Wasserläufe, Brunnen, Handbaudienste, Polizei, Steinkohlen, Waldungen, Straßen, Grenzen.

Grabmal. S. Begräbniß.

Grad, 1) der Strafbarkeit, s. Zumessung, — **2)** der Verwandtschaft, s. Ehe, Dispensation, Verwandte, Erbfolge, Vollmacht, — **3)** der Strafe, s. Zuchthaus, Schärfung, Strafe.

Graduirte. S. Doctorwürde.

Gräben. S. Graben.

Gräber. S. Grab.

Grän, s. Goldgewicht.

Grafenexamen. S. Rechtscandidaten.

Gras. 1) Das auf den Kirchhöfen wachsende G. pflegen Pfarrer oder Glöckner zu benutzen. 15. Gen.Art. 1580. C.A. T. I. S. 687. S. Kirchhöfe. **2)** Die Entwendung von G.: s. den Art.: Forst... **3)** Das Recht zum Gras-, Schilf- und Rasenholen ist ablösbar. G. v. 17. März 1832. §. 101. G.S. S. 196. **4)** S. Ablösung, C. 1., Waldungen.

Grassiren von Krankheiten. S. Blattern, Kranke, Vieh.

Gratification. S. Prämien.

Gratificiren. S. Bankrott.

Gravamina, s. Beschwerdegrund.

Graveur. S. Edelsteine, Siegel.

Greisenalter. S. Alter.

Greiz, s. Staatsverträge.

Grenzaccise, s. Accise.

Grenzaufseher. S. Steuerbehörden, II., Gewerb..., Zollbeamte.

Grenzbehörden. S. Ausländer, Auswanderer, Auswanderung.

Grenzberechtigung. S. Staatsverträge, Grenze.

Grenzbettler. S. Bettler, Reiselegitimationen.

Grenzbezirk. 1) Wo das Staatsgebiet an Ausland, d.h. nicht zum Zollvereine gehörige Länder angrenzt, bildet die Landesgrenze zugleich die Zolllinie, und der zunächst innerhalb derselben gelegene Raum, dessen Breite nach der Oertlichkeit bestimmt wird, den Grenzbezirk, welcher vom übrigen Staatsgebiete durch die besonders bezeichnete Binnenlinie getrennt wird. Zoll-G. v. 3. April 1838. §. 24. G.S. S. 293. **2)** S. Dorfhandel, Haussuchung, Zolllinie.

Grenze, Grenzen. 1) Die Landes-G. zwischen den Königreichen Sachsen u. Preußen in Folge der Landestheilung giebt der Friedenstractat v. 21. Mai 1815. Art. 2. L.C.W. T. VI. S. 347., und die Hauptconv. v. 28. Aug. 1819. Art. 1. G.S. S. 238., L.C.W. T. VI. S. 370. S. noch: Staatsverträge. **2)** Die Landesgrenzsachen gehören, soweit sie das Ressort des Ministerii des Innern betreffen, vor die Kreisdirectionen. V. v. 6. April 1835. §. 7. a. G.S. S. 239. Die Grenz- und Hoheitssachen, wobei geistliche Grundstücke rc. betheiligt sind, gehören vor die in Evangelicis beauftragten Minister. Regul. v. 12. Nov. 1837. sub ⊙ i. G.S. S. 103. Ueber den Wirkungskreis der Amtshauptleute in Grenz- und Hoheitssachen vergl. §. 37. der Rev. Gen. Instr. G.S. v. 1842. S. 187. **3)** Die Justizbeamten sollen auf die unverrückte Erhaltung der Landesgrenze genau achten, und vorgefallene Irrungen untersuchen und anzeigen. Bef. v. 3. Febr. 1721. C.A. T. I. S. 1941. **4)** Grenzirrungen mit Nachbarn in der Oberlausitz sind anzuzeigen und es ist dabei nichts ohne den Amtshauptmann vorzunehmen. V. v. 4. April 1821. G.S. S. 57. **5)** Wer bei der Bestellung von Feldern, bei der Anlegung von Gräben oder Wegen, bei der Setzung von Zäunen, bei der Aufführung von Dämmen oder Mauern, oder bei der Vornahme von anderen bleibenden

Veränderungen der Erdoberfläche die Grenzen eines Grundstücks erweitert, ingleichen wer Grenzsteine oder andere zur Bezeichnung von Privatgrenzen bestimmte Merkmale wegnimmt, verrückt, vernichtet, oder eigenmächtig setzt, ist auf Antrag mit Gefängniß bis zu 4 Monaten zu bestrafen. Str.Gb. Art. 332. G.S. v. 1855. S. 270. Sind die in dem cit. Artikel erwähnten Handlungen ohne gewinnsüchtige Absicht geschehen, so ist auf Gefängniß bis zu 6 Wochen oder Geld bis zu 150 Thalern zu erkennen. Ang. Art. 332. **6)** Die Verrückung oder Vernichtung von Landesgrenzzeichen wird mit Gefängniß bis zu 6 Monaten bestraft. Art. 333. des Str.Gb. v. 1855. G.S. S. 270. Vorher: Art. 285. d. Cr.Gb. v. 1838. G.S. S. 179. **7)** S. Privatanklage, Untersuchungs-Just..., Anmaßung, Aufenthalt, Beweis, Ausländer, Appellationsgericht, d. vorm. 2., Berg..., Bettler, Dismembration, Grundsteuer, Auswanderung, Bärenführer, Gewässer, Eingangszoll, Extrapost, Geistliche, Gerichtspersonen, Gerichtsstand, Grenzbezirk, Sachsen, Vagabonden, Waarenniederlagen.

Grenzgendarmen. S. Staatsverträge.

Grenzorte. S. Baugewerken.

Grenzsachen. S. Ministerium des Innern, Grenze.

Grenzschubstationen, s. Schub.

Grenzsteine. S. Expropriation, Grenzen.

Grenzverkehr. S. Zoll..., Staatsverträge, VI.

Grenzwache. S. Zollbeamte.

Grenzzoll. S. Zoll...

Grenzzollämter. S. Steuerbehörden, II.

Greußen. S. Feuerversicher...

Griechenland. S. Staatsverträge, I. VI.

Griechische Christen. S. Ehe, General-Gouvernement.

Grimma. 1) Ueber die Fürstenschule zu G. vergl. man die K.O. v. 1. Jan. 1580. im Eingange, Tit. Von unsern 3 Fürstenschulen C.A. T. I. S. 573. Sie gehört unter die Sächs. gelehrten Schulen. Bek. v. 2. Mai 1831. G.S. S. 98. Ueber ihre Tranksteuerfreiheit s. das G. v. 6. Dec. 1834. §. 6. G.S. S. 475. **2)** Die im Amtsbezirke G. wohnenden Katholiken gehören zum Theil in die katholische Pfarrei Leipzig, zum Theil in die zu Hubertusburg. Bek. v. 1. Febr. 1828. G.S. S. 28. S. noch dazu die Bek. v. 5. Febr. 1849. G.S. S. 9. **3)** Die auf der Mulde und Zschopau geflößten Holzwaaren sollen, nach einem Privil. der Stadt G., daselbst abgeladen werden. Res. gr. v. 23. April 1612. Rentk. §. 8. C.A. T. I. S. 186., Res. gr. v. 22. Juni 1661. Justizs. §. 111. ib. S. 249., Res. v. 18. April 1716. ib. S. 392., Res. gr. v. 1766. d.d. 13. Nov. 1769. ad 9. C.A. C. I. T. I. S. 148. **4)** Ueber die Verfassung der Sparcasse zu G. vergl. das Decr. v. 6. Juni 1835. G.S. S. 409. und die Statuten ib. S. 410. **5)** Der Stadtrath zu G. ist ermächtigt, Reisepässe ins Ausland auszustellen. V. v. 15. Juli 1829. §. 1. G.S. S. 126. **6)** Der Grimmaische Vertrag, das Brauwesen betreff., v. 22. Jan. 1555. befindet sich im C.A. T.I. S. 1399. **7)** S. Anlagen.

Grobschmidt. S. Schmieden.

Größe, a) des Schadens, s. Zumessung. b) S. Summe, Gewicht.

Groitzsch. Die Sparcasse: Decr. v. 2. April 1849. G.S. S. 61.

Groschen. S. Münzwesen.

Grossogeschäft. S. Großhandel.

Großältern. S. Eheconsens, Erbfolge, Geisteskranke, Mütter, Stammgut, Testamente, Uneheliche, Erziehung, Vormundschaft, 14.

Großbrittanien, s. England.

Großenhayn. S. Hayn.

Großhandel. S. Contoverfahren, Droguisten, Ellenmaß, Handlung, Jahrmarkt, Juden.

Großhennersdorf. 1) Im Laufe des Jahres 1838. wurde im Katharinenhofe zu G. ein Landeswaisenhaus, zunächst für 50 arme Waisen männlichen Geschlechts, insonderheit aus unvermögenden Gemeinden, errichtet. V. v. 18. Jan. 1838. §. 1. G.S. S. 34. Die Gesuche um Aufnahme in das Waisenhaus zu Gr. waren bei den betreffenden Kreisdirectionen

anzubringen, von welchen an das Ministerium des Innern, Abtheilung für Straf- und Versorgungsanstalten, berichtet wurde. V. v. 18. Jan. 1838. §. 3. G.S. S. 34. **2)** Diese Landesanstalt hat aber seit dem J. 1852. die ausschließliche Bestimmung einer Erziehungs- und Besserungsanstalt für sittlich verwahrloste Knaben, und zwar namentlich für solche, welche auf Grund §. 3. d. Bek. v. 9. Sept. 1850. über die Bedingungen der Aufnahme in die Erziehungs- und Besserungsanstalt zu Bräunsdorf, G.S. v. 1850. S. 223., vorher in letzterer Anstalt Aufnahme gefunden haben. V. v. 30. Juni 1852. G.S. S. 237. **3)** Auf alle ferner zu verfügende Aufnahmen in die Anstalt zu Gr. leiden daher die Vorschriften der V. v. 26. Juli 1850. G.S. S. 194. u. der Bek. v. 9. Sept. 1850. a. a. O. Anwendung, dagegen ist die Bestimmung der Anstalt zu Bräunsdorf unverändert geblieben, und die Anordnnng darüber, in welche von beiden Anstalten ein aufzunehmender Knabe einzuliefern ist, ist dem Ministerium des Innern vorbehalten. Ang.V. v. 30. Juni 1852. G.S. S. 237.

Großjährigkeit, s. Mündigkeit.

Großmutter, s. Großältern.

Großröhrsdorf. Die Sparcasse: Decr. v. 8. Sept. 1852. G.S. S. 289. f.

Großvater, s. Großältern.

Gruben, Stolln und **Schächte.** **1)** Die Bergämter sollen kostspielige Baue bei den Gr. eigenmächtiger Weise nicht unternehmen. Rescr. v. 3. Juli 1779. C.A. C. II. T. II. S. 197. **2)** Das Schießen in den Gr. soll mit hölzernen Pfropfen erfolgen. O.B.A.V. v. 3. Febr. 1796. C.A. C. II. T. II. S. 257. **3)** Ueber die Verwahrung der offenen Schächte und Bingen vergl. das O.B.A.Pat. v. 27. Mai 1752. C.A. C. II. T. II. S. 127., insbesonderewegen Verwahrung mit Schachtdeckeln und Ruhebühnen das Rescr. v. 8. März 1769. ib. S. 149. Die Zufüllung und resp. Verbühnung offen gebliebener Schürfe und alter Schächte, auch die Meldung geworfener Schürfe verfügt die O.B.A.V. v. 27. Juni 1795. C.A. C. II. T. II. S. 255. **4)** Wegen der gegen Unglücksfälle in den Treibeschächten anzuwendenden Verwahrungsmittel s. die O.B.-A.V. v. 13. Juli 1796. ib. S. 263. nach. **5)** Ueber das Verbot der Verpachtung der Gr.gebäude s. die Berg-O. v. 1589. Art. 25. C. A. T. II. S. 199., und den Bef. v. 13. Jan. 1768. C. A. C. II. T. II. S. 133. **6)** Die auf auflässigen Grubengebäuden haftenden Vorschüsse sollen den Muthnern gemeldet werden, Bef. v. 11. Juni 1738. C.A. C. II. T. II. S. 125., können aber auf Nachsuchen erlassen oder herabgesetzt werden. O.B.A.V. v. 31. Jan. 1795. ib. S. 255. Bei Gesuchen um Vorschüsse ist jedesmal anzuzeigen, ob und wieviel auf frühere Vorschüsse abgezahlt worden sei. Bef. v. 6. Juli 1782. C.A. C. II. T. II. S. 213., V. v. 11. März 1797. ib. S. 265. u. 267. **7)** Die fleißige Befahrung der Gr. von den Zubuß- und Ausbeutboten ordnet das Pat. v. 15. Nov. 1780. u. v. 23. Oct. 1784. C.A. C. III. T. II. S. 89. an. **8)** Ueber die Holzversorgung der Gr. s. die V. v. 19. Jan. 1781. C.A. C. II. T. II. S. 211., Rescr. v. 28. März 1781. ib., den Bef. v. 11. Sept. 1783. ib. S. 217. **9)** Ueber die Anordnung der Grubenmauerung vergl. den Bef. v. 14. Febr. u. 28. März 1778. C. A. C. II. T. II. S. 191. 193., Bef. v. 10. April 1779. ib. S. 195., und v. 8. Juli 1780. ib. S. 205. Ueber den in der Gr.mauerung zu ertheilenden Unterricht vergl. das Rescr. v. 16. Juni 1779. ib. S. 197. **10)** Enterbung der Stolln durch einen andern findet nur Statt, wenn ein Stolln in stücklichen und hohen Gebirgen 7 Lachter und in flachen Gebirgen 3½ Lachter tiefer eindringt, als der andere. Von zweien auf einem Zuge unter einander kommenden Stolln hat der am tiefsten getriebene und bei gleicher Teuffe der ältere den Vorzug, ausgenommen, wenn der jüngere dem ältern im Felde schon vorgekommen ist. Art. 20. der Stolln-O. v. 12. Juni 1749. C.A. C. I. T. I. S. 1411. Vergl. Berg-O. v. 3. Oct. 1554. Art. 84. C.A. T. II. S. 142., Zinnbergw.O. v. 1. Mai 1568. Art. 37. ib. S. 161., Berg-O. v. 12. Juni 1589. Art. 79. ib. S. 214. **11)** Vor-

schriften über die Abfassung der Grubenberichte enthält die Registeranweis. v. 7. Jan. 1764. §. 116. C.A. C.I. T.I. S. 1463. **12)** Uebersicht dessen, was bei den Freiberger Grubenregistern und den darin vorkommenden Verrechnungen den Bergbeamten und Rechnungsführern obliegt, giebt die Anw. v. 7. Jan. 1764. C.A. C.I. T. I. S. 1433. f. **13)** Grubenrisse sollen nach und nach von allen Gr. angefertigt werden. Rescr. v. 9. Mai 1753. C.A. C.I. T.I. S. 1419. **14)** Die Rückzahlung der Grubenschulden wird vom Schichtmeister eingeleitet und muß, wenn sie unter 10 Thlr. beträgt, vom Geschworenen, außerdem vom Bergmeister genehmigt werden. Registeranw. v. 7. Jan. 1764. §. 96. C.A. C. I. T. I. S. 1457. **15)** Jeder Grubeneigenthümer muß, soweit thunlich, gegen vollständige Entschädigung, anderen Grubeneigenthümern gestatten: a) daß sie seine Schächte, Strecken, Stölln, Wasser, Wasserhaltungs- und Fördermaschinen, Aufbereitungsanstalten und andere zum Bergwerksbetriebe dienende Anlagen mit benutzen; die Durchführung von Wassern durch sein Feld muß er jedoch nur dann gestatten, wenn dieß in oder über der in sein Feld eingebrachten tiefsten Stollnsohle geschehen soll; b) daß sie in seinem Felde, jedoch nur in oder über der in solches eingebrachten tiefsten Stollnsohle, ansitzen, um Oerter, Abteufen und Ueberhauen anzulegen und in ihr Grubenfeld zu treiben; c) daß sie durch sein Feld Stölln, wenn dieselben auch nicht die Rechte des Erbstollns haben, ingleichen Gegenörter zu Gruben- oder Erbstölln treiben. Das Nähere s. in der B.O. v. 1851. §. 169. f. G.S. S. 232. f., u. der V. v. 16. Dec. 1851. §. 329. f. G.S. S. 447. f. **16)** Vergl.: Bergbau-Unternehm..., Bergwerksabgaben, Auflässige..., Bergschäden, Bergbeamte, Berggerichte, Bergordnungen, Bergschmiede, Beschädigung, Halden, Bergwerkswasser, Erben, Berghypothek, Schürfen, Kure, Erbstolln, Bergbaubetrieb, Revierausschuß, Gerichtliche P...

Grubeneigenthümer. S. Bergaufsicht, Gruben, Innungen.

Grubenfeld. S. Verleihung, Vermessung.

Grubenfeldsteuer. S. Bergwerksabgaben.

Grubenhaushalt. **1)** Die Führung des Haushaltes der Gruben bleibt den Grubeneigenthümern überlassen. Die Bergbehörde ist zwar berechtigt, sich von demselben stets Kenntniß zu verschaffen, hat aber, außer gewissen Fällen, keinen directen Einfluß darauf. B.O. v. 1851. §. 87. G.S. S. 217. Dazu V. v. 16. Dec. 1851. §. 62. 63. G.S. S. 430. **2)** S. Grubenrechnungen.

Grubenofficianten. **1)** Bei jedem Berggebäude ist ein Schichtmeister und ein Steiger von den Grubeneigenthümern im Unterlassungsfalle vom Bergamte anzustellen. Bei Gruben von geringer Wichtigkeit kann vom Bergamte nachgelassen werden, daß Schichtmeister u. Steiger in einer Person vereinigt werden. Die Anstellung eines Schichtmeisters für mehrere Gruben ist zuläßig, dafern im Interesse der letzteren nach dem Ermessen des Bergamtes kein wesentliches Bedenken dagegen vorhanden ist. Ob und welche Officianten und Aufseher außerdem noch zu Verwaltung des Bergwerkseigenthums erforderlich seien, bleibt der Bestimmung der Grubeneigenthümer überlassen. B.O. v. 1851. §. 90. G.S. S. 217. u. dazu V. v. 16. Dec. 1851. §. 66.f. G.S. S. 432. **2)** Ueber die Verpflichtung der G. und ihre Stellung zu den Gewerken und dem Staate vergl. die §§. 93.f. der B.O. u. §§. 69.f. der ang. V., sowie die Regulative G.S. v. 1851. S. 258.f. 262.f. **3)** Vergl.: Schichtmeister, Steiger, Bergschäden, Bergwerkseig..., Grubenrechn..., Revieroff...

Grubenrechnungen. **1)** Die G. haben die von den Eigenthümern hierzu bestellten Grubenofficianten (s. d.) in der von der Bergbehörde unter Zustimmung des Revierausschusses (s. d.) allgemein vorzuschreibenden Form und in den bestimmten Terminen abzulegen. Die Prüfung und Defectur der Rechnungen ist durch die für die Revier angestellten Rechnungsrevisoren zu bewirken. Außerdem ist die Bergbehörde und resp. der Revierausschuß befugt, zu jeder Zeit Einsicht von den Grubenrechnungen, Bü-

chern und Belegen zu nehmen und solche in Rücksicht auf das einschlagende Interesse des Staats und beziehendlich der Revieranstalten zu prüfen. B.O. v. 1851. §. 88. G.S. S. 217. Dazu V. v. 16. Dec. 1851. §. 64. G.S. S. 432. **2)** Vergl.: Schichtmeister, Steiger.

Grubenrisse, s. Bergaufsicht, Steinkohlen.

Gruben-Ueberschuß. **1)** Derselbe besteht entweder in Verlagserstattung, so lange, bis die eingezahlten Zubußen, jedoch ohne Zurechnung von Zinsen, zurückgezahlt sind, oder in Ausbeuten. Davon dürfen die Grubeneigenthümer nicht eher etwas an sich nehmen, als bis die zu Ausführung der festgestellten Betriebspläne auf den Zeitraum von wenigstens einem halben Jahre erforderlichen Mittel entweder in anstehenden Erzen in der Grube, od. in gewonnenen Erzen über Tage, oder baar in der Grubencasse bereit stehen. Eine Wegnahme oder Vertheilung von Ueberschüssen darf daher nicht ohne Genehmigung der Bergbehörde Statt finden und ist von letzterer zu verbieten, insoweit das Vorhandensein jenes Betriebsfonds nicht nachgewiesen ist. B.O. v. 1851. §. 89. G.S. S. 217. Dazu §. 65. der V. v. 16. Dec. 1851. G.S. S. 432. **2)** Der Grubenvorstand hat die Ueberschüsse, welche zur Vertheilung kommen können, unter die Gewerken nach Verhältniß ihrer Antheile zu vertheilen und die Beträge der Ueberschußvertheilung in öffentlichen Blättern bekannt zu machen. Ob und wie viel von den Ueberschüssen zu Ansammlung eines besonderen Reservefonds zurückgelegt werden soll, bleibt dem Beschlusse der Gewerkschaft überlassen. B.O. §. 140., und dazu §. 102. 103. der ang. V. v. 16. Dec. 1851. **3)** S. Grubenhaushalt.

Grubenvorschuß. S. Bergschulden, Berghypothek.

Grubenvorstand. Jede Gewerkschaft hat einen G. aus ihrem Mittel zu bestellen. Derselbe repräsentirt die Gewerkschaft, vertritt und wahrt ihre Rechte und Interessen, leitet und verwaltet ihre Angelegenheiten und trifft nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen die zu Erreichung der gewerkschaftlichen Zwecke nöthigen Verfügungen. Er leistet in Processen die erkannten Eide Namens der Gewerkschaft. Das Nähere über seinen Geschäftskreis enthalten §. 118. f. der B.O. v. 1851. samt dem Regulative C in der G.S. v. 1851. S. 223. f. 266. f., u. §. 91. f. d. V. v. 16. Dec. 1851. G.S. S. 437. — S. ferner: Grubenüberschuß, Bergstreit..., Bergwerkseig..., Gewerkschaft.

Grubenwasser. S. Bergwerkswasser.

Grubenzwecke. S. Expropriation.

Grüfte, s. Grab.

Grüllenburg. Für den Amtsbezirk dieses Namens, die Orte des Plauen'schen Grundes und die Städte Tharand und Wilsdruf besteht eine gemeinschaftliche Sparcasse, Bek. u. Decr. v. 1. Dec. 1842. G.S. S. 206. f.

Grün, 1) Schweinfurter. Der Verkauf aller mit dieser gifthaltigen Farbe gefärbten Kleiderstoffe und Putzwaaren ist bei Geldstrafe (bis zu 50 Thlr.) oder entsprechendem Gefängniß verboten. V. v. 22. März 1860. G.S. S. 28. **2)** S. Garn, Cocarden.

Gründe, s. Grund, Entscheidungsgründe.

Gründen. S. Stiftungen, Anstalten.

Gründlich. S. Beweis, Advocaten, Untersuchungsverfahren, Vertheidigung.

Grüner Donnerstag. S. Sonntags-F...

Grünes Gewölbe. S. Staatsgut, 7.

Grünhain. Die im Amtsbezirke G. wohnenden Katholiken gehören in die katholische Pfarrei zu Chemnitz, Bek. v. 1. Febr. 1828. G.S. S. 11. S. aber dazu die Bek. v. 5. Febr. 1849. G.S. S. 9.

Grünhaynchen. **1)** Die Sparcasse: Decr. v. 16. Jan. 1856. G.S. S. 9. **2)** S. Dorfhandel, 33.

Grünspan. S. Zinn, Conditoreiwaaren, Garn, Gift.

Grünthal. S. Bergordnungen.

Grützemühlen. S. Mühlen.

Gruft, s. Grab.

Grummet. S. Heu, Auszug, Forstd...

Grund. S. Entscheidungsgründe, Rechtsgrund, Klage, Beschwerdeführung, Besitz, Gesetze.

Grundanlage. S. Abgaben, Anlagen.

Grundbehörden. S. Grund- u. Hypothekenbuch, Gerichtsbarkeit, Gerichtsstand.

Grundbesitz, f. Grundeig...

Grundbesitzer, f. Grundstücke, Besitz, Ablösung, Brandwein, Grundsteuer.

Grundbuch. S. Grund- u. Hypothekenbuch.

Grundeigenthum, f. Grundstücke, Eigenthum, Ablösung, Expropriation, Wasserläufe, Gruben, Halden, Dismembr..., Grund- u. Hyp..., Besitzer..., Schürfen, Jagdrecht, Grenzen, Militairpersonen.

Grundgerechtigkeit. S. Reallasten.

Grundgesetz. S. Verfassung.

Grundherrl..., f. Gutsherrl...

Grundherrschaft, f. Gutsherr.., Grundbesitzer.

Grundlasten. S. Reallasten, Grundsteuer.

Grundlosigkeit. S. Beleidigung, Staatsgefährliche Handlungen, Klage.

Grundrechte. S. Reichsgesetze.

Grundriß, f. Risse.

Grundschuld. S. Grund- u. Hypothekenbuch, Pfandrecht.

Grundsicherheit. S. Ausleihung, Pfandrecht, Grund- u. Hypothekenbuch.

Grundsteuer, Grundsteuersystem. **1)** Vom 1. Jan. 1844. an ist das, zufolge der V.U. und des L.T.A. v. 30. Oct. 1834. §. 19. f. (G.S. S. 325.), unter der dafür niedergesetzten Centralcommission, nach Maßgabe der V. v. 7. Jan. 1835. G.S. S. 13., der V. v. 7. März 1835. ib. S. 165., der V. v. 7. Juli 1835. ib. S. 400., ferner der V. v. 7. Juli 1836. G.S. S. 171., vorbereitete, neue Grundsteuersystem im gesamten Königreiche in Kraft getreten. G. v. 9. Sept. 1843. §. 1. G.S. S. 97. S. Steuerfreiheit. **2)** Gegenstände der Grundbesteuerung sind: der eigentliche Grund und Boden an Aeckern, Wiesen, Weiden, Gärten, Weinbergen und sonstigen Pflanzungen, Waldungen, sowie andere ertragsfähige Oberflächen, z. B. der Berg- u. Hüttenwerke mit ihren Halden, Wasserbehältern und Zimmerplätzen, der Kalk- und anderen Steinbrüche, der Sand-, Lehm-, Mergel- u. Thongruben, Torfstiche, Stein- und Braunkohlengruben rc., Teiche und für Gewerbe bestimmte Gewässer und Gebäude. G. v. 9. Sept. 1843. §. 2. ib. S. 97. **3)** Die neue Grundsteuer wird von dem nach vorausgegangener Vermessung u. Abschätzung ermittelten Reinertrage der bemerkten Gegenstände nach Steuereinheiten erhoben. Auf je — 10 Ngr. — dieses Reinertrags ist eine Steuereinheit gelegt worden. §. 3. ib. **4)** In dem Finanzgesetze wird für jede Finanzperiode diejenige Zahl von Pfennigen bestimmt, die von einer Steuereinheit in 4 Terminen, (den 1. Febr., 1. Mai, 1. Aug. u. 1. Nov.,) nach Maßgabe der Kataster, binnen 14 Tagen nach Eintritt jeden Termins zu entrichten ist. §. 5. des G. v. 9. Sept. 1843. S. 98. (V. v. 22. Dec. 1843. G.S. S. 290.) S. Abgaben. — Wie es mit den Bruchtheilpfennigen gehalten wird f. §. 5. cit., und §. 1. d. V. v. 26. Oct. 1843. G.S. S. 153. **5)** Die Erhebung der Gr. nach einem anderen, als dem gesetzlich allgemein eingeführten Erhebungsfuße, ist unzuläßig. §. 9. des G. v. 9. Sept. 1843. G.S. S. 100. **6)** Gebäude und Grundstücke, welche vermöge ihrer Eigenschaft entweder schon jetzt in die Kategorie der steuerpflichtigen gehören, oder künftig in dieselbe eintreten, jedoch aus irgend einer Veranlassung unbesteuert geblieben sein sollten, sind von den Localgerichts- und Steuerbehörden, sowie von jedem öffentlichen Beamten, der bei Ausübung seines Amtes von einer dergleichen ungesetzlichen Steuerbefreiung Kenntniß erlangt, binnen 3 Monaten von erlangter Kenntniß an gerechnet, der betreffenden Bezirkssteuereinnahme oder dem Kreissteuerrathe bei Vermeidung einer Strafe bis zu 20 Thalern anzuzeigen. Zu einer gleichen Anzeige und binnen der nemlichen Frist ist auch der Eigenthümer des betreffenden der Steuerpflicht entgangenen Grundstücks verbunden, und er ist im Falle absichtlicher Unterlassung mit einer, dem 4-fachen Betrage der auf das verschwiegene Grundstück oder Gebäude zu legenden Jahressteuer gleichkommenden Geldstrafe zu belegen und zur Nachzahlung der Steuer von der Zeit an verpflichtet, zu welcher er erweislich Kenntniß erhalten hat, daß das betrof-

fene Grundstück der Steuerpflicht entgangen sei. §. 12. d. G. v. 9. Sept. 1843. G. S. S. 100. u. V. v. 26. Oct. 1843. §. 4. ib. S. 153. **7)** Die Grundsteuer ist unzertrennbar mit dem Grundstücke verbunden, auf dem sie zu Folge des Katasters haftet, und es ist die Verlegung von Steuereinheiten von einem Grundstücke auf ein anderes ungiltig. Die Abschreibung von Steuereinheiten kann nur in den durch das Gesetz bestimmten Fällen Statt finden. G. v. 9. Sept. 1843. §. 13. G.S. S. 100. **8)** Derjenige, der ein Grundstück erwirbt (auch der Erbpachter), ist von dem nächsten Termine an, welcher auf den Tag folgt, wo das bürgerliche Eigenthum auf ihn übergeht, verbunden, die darauf haftende Grundsteuer zu entrichten und die etwanigen Reste seiner Vorbesitzer zu vertreten. Bei vererbpachteten, sowie überhaupt bei solchen Grundstücken, deren Benutzungsrecht bleibend veräußert ist, hat zunächst der Erbpachter oder Nutzungsberechtigte die Grundsteuer zu entrichten. Der Staatscasse bleibt aber vorbehalten, ihr Recht subsidiarisch auch gegen den Obereigenthümer als Steuerpflichtigen geltend zu machen, jedoch unbeschadet der ersterem an dergleichen Nutzungsberechtigte aus einem Privatrechtstitel desfalls etwa zustehenden Ansprüche. §. 14. ib. **9)** Ist das Eigenthum an einem Grundstücke streitig oder sonst zweifelhaft, so hat einstweilen Derjenige die Verbindlichkeit zur Steuerentrichtung, der im Besitze des Grundstücks sich befindet. §. 15. d. G. v. 9. Sept. 1843. G.S. S. 101. Wenn ein Grundstück sequestrirt wird oder zu einer Schuldenmasse gehört, so werden die Grundsteuern so lange, als dieser Zustand dauert, aus der Sequestrationscasse oder Schuldenmasse bezahlt. §. 15. cit. S. 101. — Die Steuer-Einnahmebehörden und Ortseinnehmer haben dafür Sorge zu tragen. V. v. 26. Oct. 1843. §. 6. G.S. S. 153. **10)** Das Grundstück haftet für die Steuer und dient dem Staate für die verfallenen Steuern zum Hilfsgegenstande, an den er sich zu halten hat und von dem er sich den Rechten gemäß bezahlt zu machen befugt ist, in sofern das bewegliche Vermögen des Besitzers zu Folge vorher angewendeter gesetzlicher Zwangsmittel zu Befriedigung der Staatscasse unzulänglich ist. §. 16. d. G. v. 9. Sept. 1843. G.S. S. 101. **11)** Das dem Staatsfiscus wegen der bisherigen Grundsteuer den Rechten nach zustehende Vorzugsrecht in Concursen leidet auch auf die neue Grundsteuer Anwendung. §. 18. cit. G.S. S. 101. — Die Steuereinnehmer haben die Reste im Concurse gehörig zu liquidiren, auch, wenn es der Bestellung eines Procurator fisci bedarf, deshalb zur vorgesetzten Steuerbehörde zeitig Anzeige zu erstatten. V. v. 26. Oct. 1843. §. 6. G.S. S. 153. (Wegen des gleichen Verfahrens in Hinsicht auf Ablösungsrenten s. d. V. v. 25. Nov. 1843. §. 7. G.S. S. 254.) [Aeltre Best.: Gen. v. 2. Jan. 1809. C. A. C. III. T. I. S. 231.] S. Concurs-Masse. **12)** Von mehreren Besitzern oder Eigenthümern eines Grundstücks, so lange solches im Steuerkataster noch als ungetheilt aufgeführt ist, haftet ein Jeder solidarisch für die Steuern. §. 17. d. G. v. 9. Sept. 1843. G.S. S. 101. **13)** Die Zahl der für ein Grundstück (Parcelle) in dem Kataster in Ansatz stehenden Steuereinheiten bleibt unverändert. Bei der Trennung und theilweisen Veräußerung einer Parcelle werden auf die einzelnen Theile die auf der ganzen Parcelle haftenden Steuereinheiten nur verhältnißmäßig vertheilt. Die Unveränderlichkeit der aufliegenden Steuereinheiten leidet auch dann keinen Eintrag, wenn sich die Benutzungsart oder der Culturzustand des betreffenden Grundstücks verändert, verbessert oder schlechter wird, und es kann eine Vermehrung oder Verminderung der katastrirten Steuereinheiten, die nachstehend unter §. 19. erwähnten Fälle ausgenommen, nicht eher eintreten, als bis die Regierung mit den Ständen über eine allgemeine Revision der Grundsteuer sich vereinigt. §. 18. d. G. v. 9. Sept. 1843. G.S. S. 101. S. hierzu den Art.: Dismembration. **14)** Ausgenommen von der Unveränderlichkeit der Grundsteuer sind die Fälle: a) wenn sich in einem Kataster oder Flurbuche ein nachgewiesener, auf die Eri-

stenz, Größe oder Gattung des Grundstücks bezüglicher Irrthum, ein Rechnungs- od. Schreibefehler, z. B. unrichtiger Ansatz der Culturart (Feld statt Wiese), irrige Berechnung des Reinertrags, doppelte Anschreibung und Verwechselung des Grundstücks, Auslassung desselben und dergleichen mehr befindet. Beruht der Irrthum in der Vermessung, so ist derselbe jedoch nur dann zu berücksichtigen, wenn die Differenz 3 Procent übersteigt. §. 19. a. des G. v. 9. Sept. 1843. G.S. S. 102. b) Wenn die Folge einer Grundstückenzusammenlegung eine neue, durch die Steuerbehörde einzuleitende Feststellung der Steuereinheiten der in die Zusammenlegung gezogenen Grundstücke und die Errichtung eines neuen Katasters erforderlich wird. §. 19. des G. v. 9. Sept. 1843. b. G.S. S. 102. Vergl. dazu §. 238. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 227. u. §. 40. d. G. v. 14. Juni 1834. G.S. S. 150. In Bezug auf die anderweite Regulirung der Steuereinheiten s. §. 8. d. V. v. 26. Oct. 1843. G.S. S.154. c) Wenn ein einzelnes Grundstück, d. h. eine mit besonderen Steuereinheiten im Kataster in Ansatz stehende Parcelle, od. ein Gebäude in Folge eines unabwendbaren Ereignisses, z. B. durch Brand, Ueberschwemmung u. dergl., ganz oder mindestens $1/10$ des nach Steuereinheiten zu bemessenden Werthes davon in der Substanz vernichtet, oder wenn ein Gebäude vom Eigenthümer freiwillig ganz oder mindestens $1/10$ davon abgetragen, oder solches wesentlich verändert und dadurch ganz oder theilweise ($1/10$) ertragsunfähig wird, d) wenn ein einzelnes Grundstück die steuerfreie Eigenschaft der §. 4. des G. (s. Steuerfreiheit) bemerkten Realitäten annimmt. In allen diesen Fällen werden die Steuereinheiten nach vorgängiger Erörterung und mit Genehmigung des Finanzministeriums von dem nächsten Steuertermine ab, der auf die Zeit, wo der Irrthum zur Kenntniß der Steuerbehörde gekommen, oder beziehendlich der veränderte Zustand eingetreten ist, folgt, völlig od. theilweise abgeschrieben, und nur in den Fällen unter a. und b. kann, jedoch ebenfalls erst von Zeit der den Steuerbehörden zugegangenen Kenntniß oder beziehendlich Zusammenlegung an, auch eine Erhöhung der Steuereinheiten verfügt werden. §. 19. d. G. v. 9. Sept. 1843. c. u. d. S.102. Ueber das zu Abminderung oder Abschreibung der Steuereinheiten in den Fällen sub a. c. u. d. einzuschlagende Verfahren, und die nach Befinden den Steuerbehörden von den Justiz- und Polizei-Stellen zu machenden Mittheilungen, vergl. §. 9. d. V. v. 26. Oct. 1843. G.S. S. 154. **15)** Wenn bei einzelnen Städten solche in die Nahrungs- und Gewerbsverhältnisse nachtheilig einwirkende Ereignisse eintreten sollten, wodurch die Mietherträge und Kaufswerthe der Wohngebäude allgemein u. merklich bleibend herabsinken, so kann, in sofern sich diese Umstände bei angestellter Erörterung erweisen, ein Procentabzug im Einverständnisse der Regierung und Stände Statt finden. Dieselbe Bestimmung leidet auch auf Fabrikdörfer, sowie auf einzelne Fabriken in Städten und auf dem Lande Anwendung. §. 20. d. G. v. 9. Sept. 1843. G.S. S. 102. **16)** Wenn eines der steuerfreien Grundstücke (s. Steuerfreiheit) durch Uebergang ins Privateigenthum, oder durch Veränderung des ursprünglichen Zweckes, oder durch Nutzbarmachung, in die Reihe der steuerbaren Gegenstände übergeht; u. wenn sonst neue Steuerobjecte entstehen, z. B. durch den Neubau eines Gebäudes, das zur Zeit der allgemeinen Abschätzung nicht vorhanden war, oder durch Wiederaufbau eines ganz oder theilweise vernichteten oder abgetragenen Gebäudes, oder durch das Aufsetzen eines Stockwerkes, durch den Anbau eines Flügels oder Gebäudetheiles und Umwandlung eines zu einem anderen Zwecke benutzten Gebäudes in ein Wohnhaus, in sofern dasselbe früher nach der Grundfläche besteuert war und nunmehr nach dem Miethwerthe zu besteuern ist, ferner durch Alluvionen, Trockenlegung eines Flußbettes, so hat dieß die Besteuerung derselben zur Folge. Dieselbe ist nach den dießfalls bestehenden allgemeinen Grundsätzen und Vorschriften (Geschäftsanweisung zur Abschätzung des Grundei-

genthums vom 30. März 1838.) zu bewirken. §. 21. d. G. v. 9. Sept. 1843. G. S. S. 103. Alle und jede Behörden, die Amtshalber Kenntniß von Fällen der Entstehung neuer Steuerobjecte haben, sind zur baldigen Anzeige derselben an den Kreissteuerrath verbunden. §. 10. d. V. v. 26. Oct. 1843. G. S. S. 155. **17)** Die Obliegenheit, Steuern zu entrichten, tritt ein, a) bei Grundstücken, die ins Privateigenthum übergehen, mit dem nächsten Steuertermine nach der Uebereignung, b) bei neu entstandenen Steuerobjecten, ein Jahr nach ihrer Entstehung und beziehendlich Vollendung od. Bewohnbarkeit und zwar auch dann erst mit dem nächsten Steuertermine nach Ablauf des Jahres. §. 22. d. G. v. 9. Sept. 1843. G. S. S. 103. **18)** Bei bereits besteuerten Grundstücken, mit denen aus irgend einem gesetzlichen Grunde eine Veränderung der aufliegenden Steuereinheiten vorgeht (§. 19. u. 21. cit.), ist der frühere Steuerbetrag so lange und bis zu dem Termine einstweilen fortzuentrichten, wo die neue Regulirung erfolgt ist. §. 23. ib. **19)** Die Centralcommission zu Einführung des neuen Grundsteuersystems ist durch V. v. 21. März 1844. G. S. S. 132. aufgelöst worden. Alle Anzeigen u. Eingaben, welche vor sie gehört haben würden, sind, ib., an das Finanzministerium gewiesen. **20)** S. Abgaben, Anlagen, Steuer...

Grundsteuerentschädigung. S. Steuerfreiheit.

Grundstücke. S. Abgaben, Ablösung, Apanagen, Armencasse, Armenrecht, Aufnahme, Anlagen, Anmaßung, Appellation, III., Ausländer, Ausspielen, Auszug, Bauergüter, Besitz, Brandwein, Bürgerrecht, Bevormundung, Caution, Decret, Dismembration, Dünger, Ehefrauen, Ehemänner, Ehestiftungen, Eigenthum, Erbfolge, Erbgüter, Erbhuldigung, Erbunterthänigkeit, Erbverträge, Erbzinsgüter, Erziehung, Executionsverfahren, Geistliche, Gemeindegrundstücke, Gemeindeleistungen, Gerichtsstand, Geringf. R., Gesinde, Getreide, Grundsteuer, Grund- u. Hypothekenbuch, Gruben, Halden, Heimaths..., Juden, Kauf, Kirchenvermögen, Kirchväter, Kuxe, Laasgüter, Landfriedensbruch, Landgemeinde, Landes-Imm., Lehnwaare, Melioration, Miethe, Militairgerichtsbarkeit, Nutzungen, Pertinenzen, Pfandrecht, Reallasten, Schenkungen, Schiffsmühlen, Schürfen, Schulgrundstücke, Sequestration, Staatsgut, Stadtrath, Stammgut, Stadtvermögen, Steinkohlen, Steuer-Einnehmer, Steuerfreiheit, Steuerkataster, Straßen, Subhastation, Tausch, Unterthanen..., Väter, Verjährung, Vermächtniß, Verzugszinsen, Vorkauf, Vormundschaft, 37. f. 49. f., Werth, Wild, Wüstungen, Zäune, Zehend, Zusammenlegung, Zusammenschlagung.

Grundstückszertheilung, s. Dismembr...

Grund- u. Boden, s. Grundeigenthum, Grundstücke.

Grund- u. Hypothekenbuch. 1) Das Gr.- u. H. dient zur Sicherung der Eigenthums- und Forderungsrechte an Grundstücken, und lediglich durch die Eintragung wird sowohl das bürgerliche Eigenthum daran, als dingliches Recht, ohne daß es nebenher der Uebergabe des Besitzes bedarf, wie die Hypothek oder ein anderes zur Eintragung an sich geeignetes dingliches Recht an fremden Grundstücken erlangt. So lange die Eintragung nicht erfolgt ist, besteht nur erst ein Rechtstitel auf Erlangung jener Rechte. G. v. 6. Nov. 1843. §§. 1—5. G. S. S. 189. Die Eintragung ist an die Stelle der gerichtlichen Confirmation der Veräußerungsverträge über Grundstücke, sowie bei Allodialgrundstücken der Beleihung mit vorheriger Lehnsauflassung (Verreichung, Zuschreibung), ferner der Confirmation und Consensertheilung bei Hypothekenbestellungen und Cessionen getreten. ib. §. 6. 7. [Aeltre Verf. im Betreff der Confirmation der Erwerbungsverträge über Allodialgrundstücke, und der Beleihung mit solchen: Pr. O. Tit. 40. §. 4. S. 227. Dec. 61. v. 1661. C. A. T. I. S. 324., E. P. O. ad Tit. 39. §. 18., ad Tit. 40. §. 2. S. 222. 230., ad Tit. 46. §. 2. S. 274., Dec. 1. v. 1746. C. A. C. I. T. I. S. 349., Bef. v. 18. Juli 1786. C. A. C. II. T. I. S. 1173., Bek. v. 4. Juli 1821. wegen der Beleihung bei der O. A. Reg. zu Bautzen, G. S.

S. 86., M. v. 2. Nov. 1825. G.S. S. 135. 137., Rescr. v. 2. Jan. 1828. G.S. S. 9., G. v. 14. Juni 1834. §. 41. G.S. S. 150. S. in Bezug auf die frühere Consensertheilung den Artikel: Pfandrecht.] **2)** Die Grund- und Hypothekenbehörden haben a) die Veräußerungsverträge über Grundstücke vor der Eintragung des Erwerbers als neuen Besitzers in das Gr. denjenigen, welchen das Grundstück lehngeldpflichtig oder zinspflichtig ist, vorzulegen, wofern nicht nachgewiesen wird, daß Lehngelder und Zinsen für die Vergangenheit richtig abgetragen sind, V. v. 15. Febr. 1844. §. 2. G.S. S. 37.; ausgenommen sind die Rentämter, als welchen nur erst vom erfolgten Eintrage bei 5 Thlr. Strafe binnen 8 Tagen Nachricht zu geben ist. V. v. 24. Sept. 1846. G.S. S. 235. Erheben sich Differenzen über die rechtliche Verbindlichkeit zu Bezahlung des Lehngeldes oder einer andern Abgabe, so darf die Eintragung des neuen Besitzers deshalb nicht aufgehalten werden, V.v.15.Febr.1844.§.2. G.S. S. 37. S. hierzu den Artikel: Besitzerwechsel. [Aeltr. Best.: Res. gr. v. 1661. Kammerf. §. 18. C.A. T. II. S. 274., Bef. v. 12. Sept. 1714. ib. S. 65., Gen. v. 14. Aug. 1767. C.A. C. I. T. I. S. 414., V. v. 28. Sept. 1832. G.S. S. 421., Bek. v. 26. April 1838. Beil. §. 7. G.S. S. 369., V. v. 11. Juli 1839. G.S. S. 180.] b) Hiernächst ist den Steuerbehörden von jeder erfolgten Eintragung eines neuen Besitzers in das Gr. innerhalb der nächsten 8 Tage bei 5 Thlr. Strafe Nachricht zu geben, V. v. 15. Febr. 1844. G.S. S. 38. [Wegen der frühern Verf. s. Steuerreste, 1.] c) Vor der Eintragung der Besitzerwerbungen der Ausländer ist die Beibringung der Aufnahme der letztern in die betreffende Gemeinde erforderlich, M. v. 13. Mai 1831. §. 10. G.S. S. 102., bei Grundstückskäufen Auswärtiger in Landgemeinden die Bescheinigung ihrer Aufnahme in letztere, L.G.O. v. 1838. §. 25. G.S. S. 436., bei Besitzerwerbungen durch Soldaten die Beibringung des Erlaubnißscheins der Militairbehörde, Ordonn. v. 19. Juli 1828. 2. Th. §. 52. G.S. S. 161., v. 30. Juni 1752. §. 80. C.A. C. I. T. I. S. 1183. S. dazu: Unterthanenrecht. **3)** Rechtsgiltige Befugnisse zu Erhebung gewisser Abgaben bei Besitzveränderungen an Grundstücken oder bei Hypothekenbestellungen, wie Lehngeld oder Gunstgeld, bleiben auch ferner bestehen. Ang. G. v. 1843. §. 8. [Aeltr. Best.: Tax-O. v. 1840. Cap. I. Tit. 3. no. 7. 18. 19. G.S. S. 396. 394.] **4)** Bei solchen Grundstücken, bei denen ein getheiltes Eigenthum Statt findet, u. an denen dem Besitzer nur das Untereigenthum zusteht, wie bei Lehn-, Erbzins- u. Erbpachts-Gütern, bleibt die Einwilligung des Obereigenthümers, bei Lehngütern in den Erblanden auch der Mitbelehnten, zu Veräußerungen nothwendig, G. v. 6. Nov. 1843. §. 11. 13. G.S. S. 190. 191. Auch findet bei Lehngütern die Leistung der Lehnspflicht von Seiten des Lehnsmanns und nachherige Beleihung noch ferner neben der Eintragung des neuen Besitzers in das Gr. Statt und geht der Regel nach dieser letzteren voran. ib. §. 12. Vergl. die V. v. 20. Dec. 1844. §. 1. G.S. S. 320. namentlich auch wegen der Frist zu Suchung der Lehn von 58 Wochen 3 Tagen. **5)** Im Gr. sind in eigene Folien eingetragen, oder in künftigen Fällen noch einzutragen a) alle selbstständige Grundstücke und solche andere körperliche Sachen, welche, z.B. wie Schiffmühlen, den Immobilien gleich zu achten sind, G. v. 6. Nov. 1843. §. 14. G.S. S. 191., V. v. 15. Febr. 1844. §. 4. G.S. S. 38.; geistliche, Staats- u. Gemeinde-Grundstücke nur, wenn sie mit Schulden und andern des Eintrags bedürftigen dinglichen Lasten beschwert werden. Das Nähere enthält das G. v. 6. Nov. 1843. §§. 153. 158. G.S. S. 217., V. v. 15. Febr. 1844. §. 43. G.S. S. 47. S. dazu den Art.: Pertinenzen. Es kann aber auch der Besitzer mehrerer besonderer, unter Einem Rechtstitel erworbener, Einer Jurisdiction unterworfener Grundstücke, auf deren keinem besondere, die übrigen nicht afficirende Schulden haften, solche auf so lange, als nicht einzelne besonders veräußert und verpfändet werden, auf Ein Folium bringen lassen. G. v. 6. Nov. 1843. §. 154. G.S. S. 218. b) Ferner können für sich bestehende, im Verkehre befindliche fruchtbringende dingliche Rechte,

wie Zehend-, Zinsrechte u. dergl., mit Genehmigung des Justizministerii ein Folium im Gr. erhalten, ib., ferner c) solche selbständige u. im Verkehre befindliche Gewerbsberechtigungen, wie Barbierstuben, Fleischbänke, Apothekengerechtigkeiten u. dergl., ib. Diese Rechte sind dann vor dem Gr. in Allem den Grundstücken gleich. G. v. 6. Nov. 1843. §. 14. G.S. S. 191. **6)** Die äußere Form des Gr., und der einzelnen Folien, aus denen es besteht, ist durch das G. v. 6. Nov. 1843. §. 151. 152. 166. 167. G.S. S. 217. f., u. die V. v. 15. Febr. 1844. §. 41. 42. 44—48. 50. G.S. S. 47. f. in Verbindung mit den Formularen in der G.S. v. 1844. S. 71. f. vorgeschrieben. Jedes Folium besteht aus 3 Rubriken, aus der Ersten oder Sach-Rubrik, aus der Zweiten od. Besitzer-Rubrik, und aus der Dritten od. Schulden-Rubrik. §. 168. d. G. v. 6. Nov. 1843. G.S. S. 220. Die letztere fällt bei Folien für Pertinenzen auswärtiger Hauptgüter weg, ib. und §§. 156. 157. S. 218. (Für Pertinenzen auswärtiger Rittergüter sind derartige Folien nicht angelegt worden. V. v. 20. Dec. 1844. §. 11. G.S. S. 322.) **7)** Die Erste oder Sach-Rubrik enthält: a) das Grundstück, für welches das Folium bestimmt ist, nach Namen, Bezeichnung und Brandkatasternummer; b) die rechtliche Eigenschaft als Lehn, Erbzinsgut, Erbpachtgrundstück, Familienfideicommiß u. dergl. m.; c) sämtliche Pertinenzen nach den Nummern des, zufolge §. 57. 58. d. V. v. 15. Febr. 1844. G.S. S. 50. bei jedem Gr., doch ohne Gewährleistung für die Größe, Cultur 2c. der Parcellen, befindlichen, und gehörig fortzuführenden Flurbuchs, V. v. 27. März 1848. G.S. S. 36. (übrigens bei den allodialen Pertinenzen von Lehngütern ohne besondere Angabe der Allodialeigenschaft, V. v. 26. März 1845. G.S. S. 62.) S. auch Pertinenzen; d) die Angabe nutzbarer Realgerechtigkeiten des Grundstücks, z. B. der Back-, Schank-, Gasthofs-Gerechtigkeit, des Mahlzwangs, nach dem Verlangen des Besitzers, doch ohne Gewährleistung Seiten der Behörde, (vergl. hierzu §. 5. d. V. v. 15. Febr. 1844. G.S. S. 38.); e) die auf dem Grundstücke vermöge eines Privatrechtstitels haftenden bleibenden Lasten u. Beschwerungen, z. B. Grundzinsen aller Art, Laudemialpflicht, Zehentpflicht, Ablösungsrenten, und die an diesen Lasten und Beschwerungen sich ergebenden Veränderungen, (s. hierzu Reallasten), jedoch mit Ausschluß von Diensten und Frohnen aller Art, in soweit sie nicht auf neuern Verträgen beruhen (vergl. den Art.: Ablösung, B.), ferner von Grunddienstbarkeiten, von den einem Bannrechte entsprechenden Verbindlichkeiten, und ehemals der Verbindlichkeit der Unterthanen eines Gerichts zur Uebertragung der Untersuchungskosten; f) wegen ungangbarer Berg- und Schlackenhalden, Berg- und Hüttenwerksräume und des Bergreservats die im Artikel Halden gedachte Verlautbarung; g) nach Befinden den Werth des Grundstücks, oder den letzten bekannten Kaufpreis, auf Verlangen des Besitzers (u. bei Lehngütern unter Beobachtung der V. v. 20. Dec. 1844. §. 3. G.S. S. 320.); h) Veränderungen an den eingetragenen Gegenständen, (s. z. B. den Art. Ablösungsbehörden und unten no. 11. 25.); G. v. 6. Nov. 1843. §. 15. G.S. S. 191., V. v. 15. Febr. 1844. §. 6. G.S. S. 39., G. v. 6. Nov. 1843. §. 155. 159. 169. 170. G.S. S. 218. 220., u. vergl. in formeller Beziehung noch: §§. 160—163. d. G. v. 6. Nov. 1843. G.S. S. 219., §§. 51—56. d. V. v. 15. Febr. 1844. G.S. S. 49. f., V. v. 3. Juli 1845. G.S. S. 86. Doch ist weder wegen einer bei der Brandkatastration etwa veränderten Gebäude-Nummer in das Gr. ein Eintrag zu machen, V. v. 26. April 1852. G.S. S. 73.; noch bedarf es eines besonderen Eintrags, um die Einwilligung eines hypothek. Gläubigers in eine Grundstücksabtrennung zu verlautbaren, V. v. 19. Juli 1851. G.S. S. 305., noch sind zu den vorschriftmäßigen Einträgen, welche den Abbau von Steinkohlen, Braun- u. Erdkohlen zum Gegenstande haben, auch die nachher mit diesem Abbaurechte durch Veräußerung vorgegan-

genen Veränderungen, oder gegen dergleichen eingewendete Protestationen nach- und einzutragen. Bek. v. 31. Mai 1855. G.S. S. 95. **8)** Die Zweite oder Besitzer-Rubrik enthält: a) den oder die Besitzer des Grundstücks, Besitztitel, Kaufpreis und die am Besitze sich ergebenden Veränderungen; b) privatrechtliche Dispositions-Beschränkungen des Besitzers, z.B. Vorkaufs-, Wiederkaufs-, Nießbrauchsrechte, fideicommissarische Substitutionen, die Verpflichtung, dem künftigen Käufer die Erfüllung des Miethcontracts zur Bedingung zu machen, u. dergl. mehr, sowie die an diesen Dispositionsbeschränkungen vorgehenden Veränderungen, G. v. 6. Nov. 1843. §. 16. unter 6. 7. G.S. S. 192., V. v. 15. Febr. 1844. §. 8. G.S. S. 39., G. v. 6. Nov. 1843. §. 171. G.S. S. 220., und vergl. in formeller Hinsicht: §§. 160—163. d. G. v. 6. Nov. 1843. G.S. S. 219., sowie die V. v. 15. Febr. 1844. §§. 59. 60. 61. G.S. S. 51. 52. c) Es darf aber in die zweite Rubrik nicht eingetragen werden: ein von dem Besitzer einem Andern schlechthin oder wegen eines bloßen Chirographum ertheiltes Versprechen, ohne ihn das Grundstück nicht veräußern und verpfänden zu wollen, Bek. v. 29. Sept. 1846. G.S. S. 270. — S. ferner den Art.: Besitzerwechsel. In welcher Weise die Erwerbung der Chemnitz-Riesaer, ingleichen der Sächsisch-Schlesischen Eisenbahn für den Staat und die betreffenden Hypothekenverhältnisse in den Grund- und Hypothekenbüchern verlautbart werden sollten, gab die V. v. 12. Mai 1851. G.S. S. 146. f. an. **9)** In die Dritte oder Schulden-Rubrik werden alle auf das Grundstück zu versichernde Forderungen mit Einschluß der Auszugsrechte eingetragen. G. v. 6. Nov. 1843. §. 16. unter 8. u. §. 177. G.S. S. 193. 222. Dazu s. §§. 3. u. 48. dess. G. oben im Eing. dieses Art. u. unter Pfandrecht, auch die Bek. v. 29. Sept. 1846. G.S. S. 270. a) Man vergl. über die Form dieser Einträge: das G. v. 6. Nov. 1843. §§. 160—164. 178—187. u. 134. G.S. S. 219. 222. 214., und die V. v. 15. Febr. 1844. §§. 63—80. u. 37. G.S. S. 52—55. u. 46. b) In besonderer Beziehung auf den Eintrag der Mitverpfändung eines Grundstücks unter einem andern Gerichte s. die V. v. 20. Dec. 1844. §. 15. G.S. S. 323., c) und wegen der Forderungen des erbländ. ritterschaftl. Creditvereins sowie der Laus. Hypothekenbank: die V. v. 30. April 1845. G.S. S. 76. Bei der Eintragung von Cessionen an den erbländ. ritterschaftl. Creditverein u. die Lausitzer landständ. Hypothekenbank ist das vom Grundbesitzer als debitor cessus gegebene Versprechen der Rückzahlung in Pfandbriefen nach dem Nennwerthe, wenn dessen Eintragung beantragt worden, mit Vorsetzung einer Hypothekennummer ebenfalls besonders einzutragen. V. v. 23. Aug. 1849. G.S. S. 180. — Uebrigens schärft die V. v. 6. März 1854. G.S. S. 82. ein: daß beiden Instituten, wo sie betheiligt sind, von den Besitzereinträgen und bevorstehenden Subhastationen Nachricht gegeben werden muß. d) Auf Ansuchen erfolgt eine einstweilige Vormerkung, wenn die Forderung an sich zwar zur Eintragung geeignet ist, letztere aber wegen eines das Wesen der Handlung nicht betreffenden Mangels nicht sogleich erfolgen kann. Die Vormerkung sichert blos die Stelle der künftig einzutragenden Hypothek, und hat nur die Wirkung einer Protestation. Sie wird wirkungslos, wenn vor der Eintragung Concurs zum Vermögen des Besitzers entsteht. G. v. 6. Nov. 1843. §. 51. G.S. S. 200., V. v. 15. Febr. 1844. §. 21. G.S. S. 42. Auch hat nicht nur der Grundstücksbesitzer, sondern auch jeder nachfolgende hypothek. Gläubiger das Recht, zu verlangen, daß dem, welcher die Vormerkung veranlaßt, die Berichtigung des Mangels unter der Androhung, daß außerdem die Vormerkung wieder gelöscht werden sollte, aufgegeben werde. G. v. 6. Nov. 1843. §. 137. G.S. S. 214. Die Behörde setzt dem Betheiligten eine Frist mit billiger Berücksichtigung der Beschaffenheit des Nachweises, der Ortsentfernung, und anderer die größere oder geringere Schwierigkeit der Herbeischaffung bedingender Umstände, V. v. 15. Febr. 1844. §. 38. G.S.

S. 46., und s. noch das G. v. 6. Nov. 1843. §. 137. G.S. S. 215. **10)** Nicht eingetragen werden: Abgaben an Staat, Gemeinde, Kirche und Schule, die aus dem öffentlichen Rechte herrühren, G. v. 6. Nov. 1843. §. 17. G.S. S. 193., obschon sie in den Veräußerungsverträgen auch ferner erwähnt werden können, V. v. 15. Febr. 1844. §. 9. G.S. S. 39. **11)** Jeder Eintrag und jede Löschung setzt voraus entweder den Antrag eines Betheiligten oder die Requisition einer öffentlichen Behörde, G. v. 6. Nov. 1843. §. 18. G.S. S. 193., doch finden gesetzlich Ausnahmen Statt, in welchen die Grund- und Hypothekenbehörde z. B. als Inspections-, Vormundschafts-, Nachlaß-, Concursbehörde, in Folge von Ablösungs- od. Gemeinheitstheilungsrecessen oder Zusammenlegungsplänen (s. die Art.: Ablösung A. u. Zusammenlegung), ferner bei nothwendigen Subhastationen amtshalber Einträge und Löschungen zu besorgen hat. G. v. 6. Nov. 1843. §. 19. G.S. S. 193., u. s. wegen der Subhastationen noch die V. v. 15. Febr. 1844. §. 10. G.S. S. 39. — Jedenfalls sollen die Behörden zur Giltigkeit der in das Gr. einzutragenden Rechtsgeschäfte, u. zu Erhaltung der Rechte Betheiligter mitwirken, auch, wenn ihnen Veränderungen an eingetragenen Gegenständen amtlich bekannt werden, die geeigneten Einleitungen behufs der nöthig werdenden fernern Einträge treffen, G. v. 6. Nov. 1843. §. 20. und vergl. dazu §. 140. G.S. S. 194. und s. oben no. 7. h. **12)** Jeder eingetragene Besitzer, Gläubiger u. jeder Andere, der wegen eines mit dem Besitzer oder Gläubiger bestehenden oder einzugehenden Rechtsverhältnisses ein Interesse glaubhaft nachweiset, kann von denjenigen Stellen des Gr., worauf sich sein Interesse bezieht, Einsicht nehmen, auch beglaubigte Auszüge erlangen. ib. §. 21. Wegen der Stadträthe, Gerichtsinhaber, öffentlichen Behörden s. eben diese §., und die V. v. 15. Febr. 1844. §. 11. G.S. S. 40. Jedem Andern ist ohne Einwilligung des eingetragenen Besitzers weder die Einsicht des Gr. zu gestatten, noch ein Auszug daraus mitzutheilen. G. v. 6. Nov. 1843. §. 21. G.S. S. 194. **13)** Vermöge der Oeffentlichkeit des Gr. bringt jede im Vertrauen auf dasselbe vorgenommene Handlung, die sich auf das Eigenthum oder ein anderes dingliches Recht an einem Grundstücke bezieht, in Ansehung Desjenigen, welcher nach den im Gr. befindlichen Einträgen und im guten Glauben gehandelt hat, alle rechtlichen Wirkungen hervor, die der Handlung, nach jenen Einträgen, angemessen sind. Auch kann Niemand die Unwissenheit dessen, was im Gr. eingetragen ist, für sich anführen. Wer hierdurch einen Schaden erleidet, dem bleibt blos der persönliche Anspruch auf Schadenersatz wider Denjenigen, der hierzu nach den Gesetzen verbunden ist. G. v. 6. Nov. 1843. §. 22. G.S. S. 194. Vergl. dazu §. 23. ib. a) Zu Abwendung von Nachtheilen aus diesem Grundsatze muß der Betheiligte, wenn wegen eines noch zu beseitigenden Mangels die Eintragung eines erworbenen Rechts oder eine Löschung oder Abänderung, auf welche er Anspruch hat, nicht sogleich erfolgen kann, sich der Protestation bedienen, die aber nur dann Wirkung gegen Dritte äußert, wenn sie selbst in das Gr. eingetragen ist, G. v. 6. Nov. 1843. §. 24. G.S. S. 195., worauf dann, so lange die Protestation nicht wieder gelöscht ist, in das Gr. nichts weiter zum Nachtheile des Rechts aufgenommen werden kann, dessen Sicherung durch sie bezweckt wurde. ib. §. 25. b) Wiedereinsetzung in den vorigen Stand findet gegen die Unterlassung der Eintragung eines Rechts in das Gr. oder einer Löschung in demselben u. gegen die daraus entstandenen Nachtheile nicht Statt. ib. §. 26. **14)** Von jedem Eintrage in das Gr. und von jeder darin vorgenommenen Löschung hat die Behörde Dem, welcher dabei passiv betheiligt ist, (wenn er im Auslande lebt, durch Requisition seiner Aufenthaltsbehörde) mit Beifügung einer Abschrift des Eintrags Nachricht zu geben. ib. §. 27. u. 139. sub 2. G.S. v. 1843. S. 196., V. v. 15. Febr. 1844. §. 12. G.S. S. 40., V. v. 20. Dec. 1844. §. 4. G.S. S. 321.

Wegen der Lehnhöfe: S. den Art. Appellationsgerichte. Die Benachrichtigung kann nur unterbleiben, wenn auf die Benachrichtigung ausdrücklich verzichtet worden ist. G. v. 6. Nov. 1843. §. 27. G.S. S. 196. Ist letzteres schriftlich geschehen, so kann die Behörde auf gerichtlicher Anerkennung bestehen, wenn ihr über die Aechtheit der Unterschrift oder des Schreibens Bedenken beigehen. V. v. 20. Dec. 1844. §. 5. G.S. S. 321. **15)** Gegen ein in das Gr. eingetragenes Recht an einem Grundstücke kann, so lange es nicht darin gelöscht ist, eine Verjährung weder angefangen noch vollendet werden. Dieses erstreckt sich jedoch nicht auf verfallene Zinsen und Abentrichtungen, in Ansehung deren vielmehr die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen über Verjährung zur Anwendung kommen. G. v. 6. Nov. 1843. §. 28. G.S. S. 198. S. dazu die V. v. 15. Febr. 1844. §. 1. 13. 14. G.S. S. 37. f. **16)** Grund- u. Hypothekenbehörden sind diejenigen Gerichte, welchen die Gerichtsbarkeit in nicht streitigen Rechtssachen über Grundstücke zusteht, §. 1. u. 127. d. G. v. 6. Nov. 1843. G.S. S. 189. 213., und denen eine zum Richteramte befähigte Person vorsteht, V. v. 15. Febr. 1844. §. 32. G.S. S. 45. Vergl. dazu §§. 33. 34. dieser V. a) Jeder Ort u. jede geschlossene Mark hat ein eigenes Gr., doch konnte es ehedem für zwei zugleich gehalten werden, wenn die Gerichtsbarkeit eines Gerichts an einem Orte nur wenige Immobilien umfaßte. G. v. 6. Nov. 1843. §. 152. G.S. S. 217. b) Die Appellationsgerichte zu Dresden und Budissin führen die Grund- u. Hypothekenbücher über sämtliche Immobilien, in Ansehung deren sie schon früher die Lehns- und Hypothekenbehörde gebildet haben. G. v. 6. Nov. 1843. §. 128. G.S. S. 213. (So wegen der amtssässigen Güter, die bei den Aemtern nicht zur Lehn gegangen sind, Res. gr. v. 1603. §. 13. C.A. T. I. S. 166., E.P.O. ad Tit. 46. §. 3.) c) Die Ausfertigungen geschehen im Namen des Gerichts und in der gewöhnlichen Form, G. v. 6. Nov. 1843. §. 129. G.S. S. 213. d) Die Grund- u. Hypothekenbehörden können zwar zur Hebung von Anständen oder Widersprüchen unter den Betheiligten gütliche Verhandlung pflegen, sobald es aber einer richterlichen Entscheidung bedarf, haben sie die Partheien zur rechtlichen Ausführung zu verweisen und nur, je nach den Anträgen Betheiligter, die zulässigen Einzeichnungen in das Gr. vorzunehmen, ib. §. 130. **17)** Die Grund- u. Hypothekenbücher sind so zu verwahren, daß ohne specielle Zulassung Niemand davon Einsicht nehmen kann, auch ist bei gestatteter Einsicht dafür zu sorgen, daß an dem Inhalte nichts verändert oder beschädigt werde. ib. §. 131. Bei Gerichten mit stets offener Gerichtsstelle darf das Gr. nicht aus dem Gerichtslocale entfernt werden. V. v. 15. Febr. 1844. §. 35. G.S. S. 45. — S. übrigens dazu den Art.: Gerichtsbarkeit. **18)** Bei den Einträgen in das Gr., die streng nach Ordnung der Anmeldung, ohne Verzug zu bewirken sind, und bei den Auszügen aus demselben, sowie bei den Ausfertigungen in Grund- u. Hypothekensachen haben die Behörden mit größter Genauigkeit zu Werke zu gehen, und haften den Betheiligten für jeden Schaden aus Pflichtvernachlässigung, G. v. 6. Nov. 1843. §. 132. 134. 135. 138. 139. G.S. S. 214. Sie sollen also gründlich mit dem Geiste des Gesetzes bekannt sein, und die Appellations-Gerichte sollen die Buchführung der Untergerichte sorgfältig beobachten. V. v. 28. Sept. 1846. G.S. S. 269. **19)** Gesuche in Grund- u. Hypothekensachen sind bei den Appellationsgerichten zu Dresden und zu Budissin stets schriftlich anzubringen, §. 141. d. G. v. 6. Nov. 1843. G.S. S. 215. [früher: M. v. 23. Nov. 1776. §. 1. C.A. C. II. T. I. S. 1160., L.C.W. T. III. S. 435. u. C.A. C. II. T. III. S. 581.], bei Untergerichten können sie sowohl mündlich zu Protokoll als schriftlich angebracht werden. In allen Fällen ist die Tagesstunde des Anbringens zu bemerken. §. 141. cit. Mit dem Gesuche um eine Eintragung oder Löschung ist die Angabe und Nachweisung des Rechtstitels und die Legitimation des Anbringers, soweit es nach Beschaffenheit des

Anbringens erforderlich, zu verbinden, G. v. 6. Nov. 1843. §. 142. G.S. S. 215. Beides hat die Behörde genau zu prüfen, §. 136. ib. **20)** Urkunden, welche bei Eintragungen oder bei Löschungen zur Unterlage dienen sollen, müssen öffentliche, der eidlichen Ablehnung nicht ausgesetzte Documente, daher, wenn sie von Privatpersonen ausgestellt sind, gerichtlich anerkannt sein. ib. §. 143. So bei Vollmachten zu Handlungen od. Erklärungen, wodurch dem Vollmachtgeber eine Verbindlichkeit auferlegt, oder ein Recht desselben aufgegeben oder beschränkt oder auf einen Andern übertragen werden soll, ib. §. 144. Soll blos ein Recht erworben oder erhalten werden, so reicht hierzu jede Form der Auftraggebung und selbst ein blos vermutheter Auftrag hin. In solchen Fällen soll auch immatriculirten Sachwaltern die Vermuthung erhaltenen Auftrags zu Statten kommen, G. v. 6. Nov. 1843. §. 145. G.S. S. 216. **21)** Wegen ihres eigenen Interesse sind die Eintragung einer Forderung in das Gr. im Namen eines Andern und für denselben ohne dazu erhaltenen Auftrag zu verlangen berechtigt: a) die Gläubiger eines Schuldners, dem eine mit Rechtstitel zu Erlangung einer Hypothek versehene Forderung zusteht, wenn sie aus Unterlassung der Eintragung dieser Forderung in das Gr. Verlust an ihren eigenen Forderungen zu befürchten haben, und aus diesem Grunde die Inhibition der Forderung vom competenten Richter verfügt worden ist; b) die Bürgen des Schuldners, wenn der Gläubiger sein Recht auf Erlangung einer Hypothek an Immobilien des Schuldners nicht ausübt. ib. §. 146. unter 1. u. 2. G.S. S. 216. **22)** Bei Protestationen zur Sicherung eines in Bezug auf ein Grundstück oder auf eine im Gr. eingetragene Forderung erworbenen, zur Eintragung geeigneten Rechts, sowie bei Vormerkungsgesuchen bedarf es neben der Bescheinigung des zu sichernden Rechts nicht zugleich auch des besondern Nachweises einer drohenden Gefahr, damit ihre Eintragung in das Gr. geschehen könne. ib. §. 147. S. dazu: Appellation, III. E. 11. Vormerkungen solcher Protestationen, oder solcher Vormerkungsgesuche, welche die Grund- u. Hypothekenbehörde nicht für geeignet zur Eintragung in das Gr. erkennt, finden nicht Statt. G. v. 6. Nov. 1843. §. 149. G.S. S. 217. **23)** Nur bei Appellationen gegen die abfällige Entschließung der Grund- und Hypothekenbehörde auf eine Protestation oder ein Vormerkungsgesuch ist die Grund- u. Hypothekenbehörde verpflichtet, das Vorhandensein der Appellation, Falls solche nicht für unzulässig zu achten ist, durch eine Bemerkung im Gr. kund zu machen. Wegen des weitern Verfahrens in dergleichen Fällen ist den Vorschriften wegen der Appellationen gegen das gerichtliche Verfahren in Civilrechtssachen nachzugehen. §. 149. cit. und s. dazu die V. v. 15. Febr. 1844. §. 39. u. 40. G.S. S. 46. **24)** Wenn Concurs zum Vermögen eines Grundstücks-Besitzers eröffnet wird, so hat das Concursgericht solches der Grund- und Hypothekenbehörde ohne Verzug mitzutheilen und die Eintragung eines Veräußerungsverbots in das Gr. zu veranlassen. Diese Veranlassung ist auch ohne ausdrücklichen Antrag schon in der Mittheilung der Concurseröffnung selbst begriffen. G. v. 6. Nov. 1843. §. 150. G.S. S. 217. **25)** Im Gr. darf nichts ohne rechtfertigende, vom Führer des Gr. zu unterzeichnende Seitenbemerkung ausgestrichen, nichts radirt und kein Blatt eingelegt werden, auch sind Zwischenschriften zu vermeiden. Veränderungen, welche mit dem Gegenstande eines Eintrags vorgehen, können allezeit nur in Form besonderer Einträge im Gr. bemerkt werden. G. v. 6. Nov. 1843. §. 165. G.S. S. 219. (S. oben no. 7. h.) Abkürzungen sind blos bei den Urkundencitaten zulässig. V. v. 15. Febr. 1844. §. 46. G.S. S. 48. Es ist alle Sorgfalt u. Aufmerksamkeit anzuwenden, damit die Einzeichnungen in das Gr. fehlerfrei geschehen. V. v. 15. Febr. 1844. §. 49. G.S. S. 48. **26)** Wenn ein Grundstück vermöge letztwilliger Verordnung auf einen oder einige unter mehreren Erben oder auch auf eine dritte Person

unmittelbar übergeht, oder wenn Erben ein Allodialgrundstück mit keinen andern Schulden, als wie sie es ererbten, wieder veräußern, so bedarf es keiner vorherigen Eintragung der sämtlichen Erben als Zwischenbesitzer, G. v. 6. Nov. 1843. §§. 172. 173. G.S. S. 221. Aber wegen der Lehngüter vergl. die V. v. 20. Dec. 1844. §. 13. G.S. S. 323. mit der Berichtigung S. 325. Es sind jedoch, wenn in dem in §. 172. cit. bemerkten Falle die Eintragung des neuen Besitzers oder der mehrern neuen Besitzer in das Gr. binnen Jahresfrist nach Eintritt des Erbfalls nicht nachgesucht worden ist, die Erben sodann hierzu, und zwar, da nöthig, unter Anwendung von Geldstrafen von 5—100 Thlrn. anzuhalten. Das Nemliche findet in andern Erbfällen Statt, wenn die Eintragung der Erben als Besitzer des ererbten Grundstücks in das Gr. binnen Jahresfrist nach Eintritt des Erbfalls nicht nachgesucht worden ist, ib. §. 174., oder dafern sie nicht dasselbe, wenn es ein Allodialgrundstück ist, binnen Jahresfrist nach Eintritt des Erbfalls, und zwar mit keinen andern Schulden, als wie sie es ererbt haben, wieder veräußern, V. v. 15. Febr. 1844. §. 62. G.S. S. 52. Die unterbleibende Eintragung der Erben als Zwischenbesitzer entbindet aber nicht von der Verpflichtung zu Entrichtung eines in Fällen dieser Art gefälligen Gesamt- u. Sterbelehngeldes und anderer sonstiger Abentrichtungen. G. v. 6. Nov. 1843. §. 175. **27)** Wenn ein Grundstück durch einen Vertrag unter Lebenden veräußert wird, so liegt beiden contrahirenden Theilen ob, dafür zu sorgen, daß vor Ablauf einer von Zeit des Vertragsabschlusses an zu rechnenden 2monatlichen Frist die über den Veräußerungsvertrag aufgenommene Urkunde bei der Grund- und Hypothekenbehörde eingereicht und die Eintragung des neuen Besitzers und Besitztitels in das Gr. nachgesucht werde; die Unterlassung zieht für jeden der beiden contrahirenden Theile eine Geldstrafe im Betrage von einem Viertel Procent der versprochenen Kaufsumme, oder bei andern als Kaufverträgen von einem Viertel Procent des letzten bekannten Kaufpreises nach sich; wäre in einem Falle die Zeit des Vertragsabschlusses nicht mit Gewißheit auszumitteln, so ist die Zeit der geschehenen Uebergabe des Grundstücks oder der Besitzergreifung von Seiten des Erwerbers dafür anzunehmen u. darnach jene 2monatliche Frist zu berechnen. G. v. 6. Nov. 1843. §. 176. G.S. S. 221. [Vorher: M. v. 2. Nov. 1825. G.S. S. 135. 137. u. Rescr. v. 2. Jan. 1828. G.S. S. 9. Vergl. d. Lehns-M. v. 30. April 1764. Tit. 5. §. 4. C.A. C. I. T. I. S. 1030., Bef. v. 4. Juli 1781. C.A. C. II. T. I. S. 1169., Pat. v. 26. Juli 1784. ib. S. 479., O.A.Pat. v. 17. Nov. 1785. L.C.W. T. IV. S. 476., u. v. 25. Nov. 1808. L.C.W. T. V. S. 476.] In specieller Beziehung auf Lehngüter noch: V. v. 20. Dec. 1844. §. 14. G.S. S. 323. Die Behörden haben das Recht, wenn die Betheiligten die 2monatliche Frist verstreichen lassen, Behufs der Regulirung der Besitztitel Strafauflagen zu erlassen u. die Strafen einzuziehen. V. v. 30. Juli 1856. G.S. S. 204. **28)** In welche Rubrik des Gr. Protestationen einzutragen sind, bestimmt sich nach dem Gegenstande, worauf sie sich beziehen. G. v. 6. Nov. 1843. §. 188. G.S. S. 223. Ebenso sind Löschungen in derjenigen Rubrik, in welcher das zu löschende Recht sich eingetragen findet, und stets in Form eines besondern Eintrags zu bemerken. ib. §. 189. Ueber die Form s. die V. v. 15. Febr. 1844. §. 81. G.S. S. 56. **29)** Ueber jede im Gr. geschehene Eintragung od. Löschung hat die Grund- u. Hypothekenbehörde dem oder den Betheiligten einen Recognitionsschein auszustellen, wofern dieß nicht ausdrücklich abgelehnt wird. Der über die förmliche Eintragung einer hypothekarischen Forderung dem Gläubiger ausgestellte Recognitionsschein heißt Hypothekenbrief. G. v. 6. Nov. 1843. §. 191. G.S. S. 223. Ueber Form und Inhalt beider, und das, was die Behörde bei der Ausstellung sonst allenthalben wahrzunehmen hat, sehe man die §§. 192. bis 197. d. G. v. 6. Nov. 1843. G.S. S. 224. f., und die V. v. 15. Febr. 1844. §§. 82. 83. G.S. S. 55. S. auch Pfandrecht. **30)** Bei jeder Grund- u. Hypothekenbehörde ist die formelle Führung des Gr. die Dienstobliegenheit einer bestimmten Person, ib.

§. 198. u. vergl. §. 199. u. 200. ib. a) Wegen der Verpflichtung des Grund= u. Hypothekenbuch=Führers, der juristischer Befähigung nicht nothwendig bedarf, s. die V. v. 15. Febr. 1844. §. 84. G.S. S. 56., und die Bek. v. 8. Juli 1847. unter I. G.S. S. 119. nach. b) Derselbe kann dem in das Gr. eingetragenen Grundstücksbesitzer und Gläubiger, wenn ihm dieselben persönlich bekannt sind, das Folium des Grundstücks im Gr., worauf sich ihr Recht bezieht, jederzeit zur Einsicht vorlegen, ohne dazu einer Anordnung des Gerichts zu bedürfen. Andern Personen, in sofern sie nicht von dem ihm persönlich bekannten eingetragenen Besitzer zu dem Zwecke, sie das Gr. einsehen zu lassen, persönlich vorgestellt werden, darf der Grund= u. Hypothekenbuchführer die Einsicht nur auf Anordnung des Gerichts gestatten, V. v. 15. Febr. 1844. §. 85. G.S. S. 56. c) Auszüge aus dem Gr. werden der Regel nach unter Beglaubigung des Gerichts ertheilt, jedoch sind auf Verlangen auch unbeglaubigte Auszüge unter einfacher Unterschrift des Grund= und Hypothekenbuchführers zu ertheilen. §. 86. ib. das Nähere s. ib. Die Ausstellung gerichtlicher Zeugnisse auf Grund des Gr. in anderer Form, als der der Auszüge ist hierdurch nicht ausgeschlossen. ib. d) Wenn eine Stellvertretung des Grund= u. Hypothekenbuchführers nöthig wird, so ist solches durch ein besonderes Protokoll bei den Verhandlungen der Grund= und Hypothekenbehörde actenkundig zu machen. G. v. 6. Nov. 1843. §. 201. G.S. S. 225. S. dazu die V. v. 15. Febr. 1844. §. 87. G.S. S. 58. Ist der Gerichtsvorstand selbst der Grund= und Hypothekenbuchführer, so hat er alle Einträge u. Expeditionen vor dem Grund= und Hypothekenbuche durch einen legal requirirten und verpflichteten Stellvertreter besorgen zu lassen, wobei er selbst, oder einer seiner Bluts= oder Stiefverwandten als Besitzer, Gläubiger, Cessionar u. d. m. betheiligt ist. Bek. v. 8. Juli 1847. unter II. G.S. S. 120. **31)** Bei jeder Behörde sind die Schriften über Vorgänge und Verhandlungen in Grund= und Hypothekensachen sorgfältig zu sammeln und aufzubewahren, G. v. 6. Nov. 1843. §. 202. G.S. S. 225., und zwar entweder in Specialacten, oder in chronologisch gehaltenen Generalprotokollen (Kauf=, Hypothekenprotokollen) und Generalacten. ib. Das Nähere s. ib. §. 203., und in der V. v. 15. Febr. 1844. §. 88. G.S. S. 58., sowie in der Bek. v. 8. Juli 1847. no. III. G.S. S. 121. **32)** Ueber das Verfahren auf Anbringen in Grund= und Hypothekensachen vergl. noch die V. v. 15. Febr. 1844. §. 89. G.S. S. 58. **33)** Wenn Grund= u. Hypothekenbücher durch Brand od. andere Unglücksfälle verloren gehen, so trifft das Ministerium der Justiz wegen Wiederherstellung derselben Anordnung, wobei, soweit nöthig, das Mittel der öffentlichen Vorladung unter Androhung von Rechtsnachtheilen angewendet werden kann. G. v. 6. Nov. 1843. §. 205. G.S. S. 226. **34)** Die Gerichtsgebühren in Grund= und Hypothekensachen sind lediglich nach der Taxordnung zu erheben, welche sich in der G.S. v. 1843. S. 238. f. befindet. In Bezug auf die Stempelabgabe in Grund= und Hypothekensachen vergl. die V. v. 15. Febr. 1844. §. 90. G.S. S. 58. **35)** Die Bestimmungen des G. v. 6. Nov. 1843. litten auf Bergwerkseigenthum unter Gerichtsbarkeit der Berggerichte und auf die bei solchem Bergwerkseigenthume, insonderheit bei Bergtheilen, vor Berggerichten vorkommenden Veräußerungen und Beleihungen, auch Verpfändungen zunächst nicht Anwendung, sondern es hatte beim Erscheinen jenes Gesetzes bei den hierüber bestehenden berggesetzlichen Vorschriften u. den für jene Handlungen bei den Berggerichten eingeführten Formen der Bestätigung und Beurkundung sein Verbleiben. G. v. 6. Nov. 1843. §. 207. G.S. S. 226. Doch s. den Art.: Berg=Grund= und H... **36)** Das Gr. jedes Gerichts ist (unter Leitung einer besonderen, mit d. V. v. 16. Dec. 1848. G.S. S. 357. wieder aufgehobenen Commission) aus denjenigen Büchern und Nachrichten der Gerichtsbehörden, welche für die Gegenstände der Einträge in die Grund= und Hypothekenbücher früher gehalten worden sind, nach

dem in dem G. v. 6. Nov. 1843. §§. 208—250. G.S. S. 226.f., in der V. v. 15. Febr. 1844. §§. 4. 32—34. 41.52.91—126. G.S. S. 38.f., und in der V. v. 20. Dec. 1844. §. 17. G.S. S. 324., wegen der Staatsgrundstücke auch in der V. v. 24. April 1845. G. S. S. 70. vorgeschriebenen Verfahren aufgestellt worden. Vergl. dabei d. Bek. v. 1. Nov. 1845. G.S. S. 265. sowie die Bek. v. 8. Juli 1847. no. II. G. S. S. 120. a) Das Verfahren schloß mit der Anerkennung des Entwurfs des Gr. durch die Grundstücksbesitzer, §§. 231—233. d. G. v. 6. Nov. 1843. G.S. S. 230., bei Staatsgütern des Ministerii der Finanzen, V. v. 24. April 1845. G.S. S. 70. (Vergl. wegen der Form der Vorladung durch Patente die V. v. 8. Juli 1845. G.S. S. 87.) b) Dadurch, daß der Grundstücksbesitzer auf die nach §. 231. cit. d. G. an ihn ergangene Aufforderung binnen der ihm gestatteten 8wöchigen Frist über das Anerkenntniß des sein Grundstück betreffenden Foliums im Entwurfe des Gr. sich zu erklären unterließ, ist derselbe blos seiner Einwendungen gegen den in Folge dieser Unterlassung für anerkannt zu achtenden Entwurf, in sofern deren Erörterung außerdem, bei rechtzeitigem Vorbringen, der Grund- und Hypothekenbehörde nach §. 232. des Gesetzes obgelegen haben würde, verlustig geworden, wogegen in seinem Rechtsverhältnisse, gegenüber dem eingetragenen Berechtigten, — rücksichtlich Dritter vergl. §. 22. f. des angeführten Gesetzes —, dadurch keine Veränderung hervorgebracht wird. G. v. 28. Dec. 1849. G.S. S. 301. (Vorher Bek.: des O.A.G. v. 18. Dec. 1847. G.S. v. 1848. S. 2.) c) Das Nemliche gilt, wenn der Grundstücksbesitzer ausdrücklich, jedoch nicht dahin, daß er die in den Entwurf eingetragenen Schulden oder sonstigen Belastungen, oder eine gewisse eingetragene Schuld oder sonstige Verbindlichkeit im Besondern, sondern blos dahin, daß er den Entwurf anerkenne, sich erklärt hat. ib. d) Auf die Zutheilung der Beweislast im Falle eines zwischen dem Grundstücksbesitzer und dem eingetragenen Berechtigten entstehenden Rechtsstreits äußert mithin jenes ausdrücklich oder stillschweigend geschehene Anerkenntniß des Entwurfs des Gr. keinen Einfluß. ib. e) Auf die Anerkennung durch die Grundbesitzer folgte die im §. 234. des G. v. 6. Nov. 1843. G.S. S. 231. vorgeschriebene öffentliche, eine Frist von 6 Monaten enthaltende, Aufforderung aller Realberechtigten und Gläubiger durch die Leipziger Zeitung. §. 234. cit. **37)** Ueber die erste Anlegung des Gr. nach den Vorschriften des G. v. 6. Nov. 1843. sind bei jeder Grund- und Hypothekenbehörde besondere, vollständige Acten (Grund- u. Hypothekenbuchsacten) zu halten gewesen. G. v. 6. Nov. 1843. §. 239. G.S. S. 232. **38)** Die Kauf- und Consensbücher, Gerichtshandelsbücher, Kauf- und Consensprotokolle und sonstige nach der frühern Einrichtung des Kaufs- und Hypothekenwesens über die Eigenthums- und Schuldverhältnisse der Grundstücke (in Gemäßheit der Bestimmungen der Const. 14. P. II. C.A. T. I. S. 88., der Pr.O. v. 1622. Tit. 2. §. 2. S. 22., der 39. Dec. v. 1661. C.A. T. I. S. 315., des M. v. 10. Jan. 1724. §. 11. ib. S. 2518. und des Gen. v. 21. Oct. 1789. C.A. C. II. T. I. S. 502.) gehaltenen Gerichtsbücher und Gerichtsacten bei jedem Gerichte, sind um künftiger Nachricht willen aufzubewahren. G. v. 6. Nov. 1843. §. 240. G.S S. 232. **39)** Im Betreff der Ueberwachung der neuen Grund- und Hypothekenbuchs-Einrichtung vergl. die V. v. 27. März 1848. G.S. S. 35. **40)** S. Ablösung, Ablösungsbehörden, Ablösungsverfahren, Acten, Appellation, I. 2. u. III. E., Armencasse, Caution, Concurs..., Creditverein, Dismembration, Familienfideicommisse, Eigenthum, Halden, Kauf, Hypothekenbank, Pertinenzen, Pfandrecht, Reallasten, Steinkohlen, Zusammenlegung, Zusammenschlagung, Wasserläufe, Subhastation, Landrentenbank, Straßenbau, Militairpersonen, Notare, Unterthanenrecht.

Grund- u. Hypothekenbuchs-Nummer. S. Subhastation.

Grundvermögen, s. Grundstücke.

Grundzehend. S. Zehend.

Grundzinsen. S. Ablösung, Reallasten, Zinsen.

Gruß, s. Handwerksgruß.

Guarentigiata documenta. S. Executivproceß, Executionsproceß, Executionsverfahren, Urkunden, Grund- u. Hypothekenbuch, Creditverein, Hypothekenbank, Leipzig, Provocationsproceß, Recognitionsregistr.

Gülden. Welcher Werth den Rheinischen und Goldgülden beizulegen sei, wenn diese Wörter in alten Verschreibungen ohne nähere Bezeichnung stehen, bestimmt die 29. Const. P. II. von 1572. C.A. T. I. S.95. u. der Bef. v. 15. Juli 1609. C.A. T. II. S.763. Bei erkannten Strafen wurde er zu 1 Thlr. 22 Gr. 6 Pf. Leipz. Währ. gerechnet. Rescr. v. 2. Oct. 1711. ib. S. 1179.

Gülten. S. Zinsen, Renten.

Gültig, s. Giltig.

Günstig. S. Untersuchungsverfahren, Zeugen.

Gütepflegung. **1)** Zum Vergleiche soll zwar Niemand gezwungen werden, Res. gr. v. 22. Juni 1661. Justizs. §. 15. C.A. T. I. S. 216., E.P.O. ad Tit. 1. §. 6. S. 9., indeß soll der Richter, nach Befinden ohne Zulassung von Advocaten, die Güte mit größtem Fleiße pflegen, entsprechende Vergleichsvorschläge an die Hand geben, insbesondere der Partei, welche nach der Beschaffenheit ihrer Angelegenheit, dem Anscheine nach, den Proceß verlieren könnte, zureden und allen Fleiß anwenden, damit Weitläufigkeit und Geldsplitterung vermieden werde. E.P.O. ad Tit. 1. §. 1. S. 6., H.G.O. v. 1529. Tit. vom Amte des Richters C.A. T. 1. S. 1334., Res. gr. v. 1661. Justizs. §. 15. cit., Resol. v. 18. April 1716. C.A. T. I. S. 381. Vorbeschieds-M. v. 24. Febr. 1717. §. 5. ib. S. 1194. u. Beil. no.I. zur E.P.O., Res. v. 28. April u. 5. Mai 1718. C.A. T. I. S.396.400., M. v. 28. Nov. 1753. §. 4. C.A. C. I. T. I. S. 384., Conf. v. 20. Febr. 1768. §. V. L.C.W. T. III. S. 18., O.A.Pat. v. 18. Jan. 1808. §. 6. L.C.W. T. V. S. 31. (Wegen der Oberlausitz vergl. noch die L.O. v. 18. Mai 1582. Tit. Zu welchen Zeiten C.A. T.III. S.116. u. L.C.W. T. I. S. 373., Extr. v. Jan. 1602. ib. S.62. u. C.A. T. III. S. 128., A. u. G.O. v. 1. Dec. 1612. P. 1. §. 5. ib. S. 146. u. L.C.W. T. I. S. 4., M. v. 13. März 1821. §. 4. G.S. S. 37., die V. v. 14. April 1823. G.S. S. 83.) **2)** Behufs der G. hat der Richter die Parteien bei Geldstrafe zum persönlichen Erscheinen zu citiren, auch ist denselben durch Bevollmächtigte dabei zu erscheinen nur dann gestattet, wenn sie durch erhebliche Ursachen an der persönlichen Anwesenheit verhindert werden, E.P.O. ad Tit. 1. §. 1. 2. S. 4. f., ad Tit. 4. §. 5. 6. S. 42., ad Tit. 14. §. 1. S. 92., ang. Vorbesch.-M. v. 1717. **3)** Die Vorschriften d. E.P.O. ad Tit. 1. §. 1. f. über die G. und das Erscheinen der Parteien dazu werden durch die V. v. 27. Mai 1841. G.S. S. 47. aufs Neue eingeschärft, indem sie bestimmt: daß von Parteien, welche weder selbst, noch, bei eigener Behinderung, durch Bevollmächtigte erscheinen, oder sich zwar angeben, aber vor Eintreffen des Gegners und ohne wenigstens bis 12 Uhr Mittags auf ihn gewartet zu haben, aus dem Gerichte wieder entfernen, die angedrohte Geldstrafe sofort beigetrieben werden soll, ang. V. unter 1.; und daß im letztern Falle Sachwaltern der Ansatz für Erscheinen im Gütetermine nicht, und nur der für das Erscheinen zum rechtlichen Verfahren passirt, ib. unter 2.; überdem dem Richter vorbehalten bleibt, zu der im ersten Termine vereitelten G., nach abgesetztem Verfahren u. vor Publication des ersten Erkenntnisses, einen anderweiten Gütetermin, bezüglich auf Kosten des Schuldigen, unter Vorladung der Parteien bei Geldstrafe (E.P.O. ad Tit. 1. §. 1.) abzuhalten, ang. V. unter 3. **4)** Die Appellationsgerichte sollen darauf sehen, daß die Gerichte, in Gemäßheit der E.P.O. ad Tit. 1. §.2., über die G. u. die Art u. Weise, wie sie ihrer Obliegenheit deswegen nachgekommen sind, jederzeit eine richtige Registratur zu den Acten bringen, und im Unterlassungsfalle die angedrohte Geldstrafe einziehen, ang. V. v. 1841. unter 4. G.S. S. 48. **5)** S. Advocaten, Compromisse, Arme, Arrest, I., Grund- u. Hypothekenbuch, 16., Litisdenunciation, Ehesachen, Geringf. R., Ver-

wandte, Verfahren, Vollmacht, Rügenverfahren.

Güter, s. Grundstücke, Dünger.

Güterabtretung. S. Concurs...

Güteranschlag. S. Werth.

Gütergemeinschaft. Die G. der Ehegatten in der Oberlausitz ist v. 1. Sept. 1829. an aufgehoben und sind die vor dieser Zeit diesfalls eingegangenen Verträge wie gegenseitige Erbverträge zu betrachten. M. v. 31. Jan. 1829. G.S. S. 63. Ueber die nach Aufhebung der G. in Bezug auf schon bestehende Rechtsverhältnisse zu befolgenden Grundsätze vergl. das Rescr. v. 31. Jan. 1829. ib. S. 65.

Gütermasse. S. Concursmasse.

Gütertransport. S. Zollwesen, Post..., Eisenbahnen.

Gütervertreter. S. Curatoren, Concurs...

Gütetermin. S. Gütepflegung, Kostenvorstand.

Gulden, Guldenstück. S. Münzwesen, Oestreich.

Gunst, s. Consens..., Untersuchungsverfahren, Zeugen.

Gunstbrief. S. Erbunterthänigkeit.

Gunstgeld. S. Grund- u. Hypothekenbuch, Urkunden, Ablösung, Erbunterthänigkeit.

Gut, s. Censuren.

Gutachten. S. Appellation, II., Commissionen, Sachverständige, Section, Consulenten, Gesamtministerium, Meineid, Oberlausitz, I. 3., Oberappellationsgericht, Rechnung..., Stadtverordnete, Ständeversammlung, Taxordnung, Superarb..., Hauptverhandlungstermin, Section, Geld, Cassenbillets.

Guthaben, s. Forderung.

Gutheißen, s. die Citate unter: Einverständniß.

Gutsagen. S. Verbürgung, Empfehlung.

Gutsanschlag. S. Werth.

Gutsauszug. S. Auszug.

Gutsbesitzer, s. Grundstücke, Gutsherr...

Gutsherren. 1) Nach Uebergang der Patrimonialgerichtsbarkeit an den Staat, jener mag schon seit dem 1. Aug. 1833. freiwillig oder nach dem G. v. 11. Aug. 1855. erfolgt sein, sind doch den ehemaligen Gerichtsinhabern und ihren Nachfolgern im Besitze des betreffenden Gutes die in der G.S. v. 1855. unter ⊙ S. 150. f. verzeichneten obrigkeitlichen und sonstigen Rechte und Befugnisse geblieben, vorausgesetzt, daß sich ein solcher Gutsherr im Besitze d. politischen Ehrenrechte befindet. G. v. 11. Aug. 1855. §. 1. G.S. S. 144. — Dazu: die Bestimmungen in d. G.S. v. 1855. S. 150. §. 2. 27. Weggefallen sind also die Bekanntmachungen von 26. April 1838. u. 24. Aug. 1853. die Abgabe von Patrimonialgerichten betr., Bek. v. 2. Nov. 1857. G.S. S. 247. **2)** Die G., welche jene Vorrechte genießen, sind Obrigkeit ihrer frühern Gerichtsbefohlenen geblieben, und haben auch die active u. passive Wahlfähigkeit (Stimmrecht und Wählbarkeit) rücksichtlich der den Rittergutsbesitzern in beiden Kammern zustehenden Stellen behalten. Bestimmungen zu dem G. v. 11. Aug. 1855. §§. 7. 8. G.S. S. 152. **3)** Die Einwohner sind dem Gutsherrn als einer mit öffentlicher Autorität bekleideten Person bei Ausübung seiner obrigkeitlichen Befugnisse Achtung und Folgsamkeit schuldig, wie denn auch ferner jede gegen ihn verübte Unanständigkeit, Beleidigung oder Widerspenstigkeit als ein Vergehen gegen eine obrigkeitliche Person geahndet werden soll. ib. §. 22. Für ihre Person, sowie rücksichtlich ihrer Güter stehen die G. in polizeilicher Hinsicht unmittelbar unter dem Gerichtsamte. ib. §. 25. **4)** S. Patrimon..., Polizei, Landgem..., Patronatrecht, Gerichtspersonen, Concession, Dorfhandel, Friedensrichter und die Citate unter: Gutsherrschaften.

Gutsherrliche Rechte. 1) Durch das G. v. 15. Mai 1851. sind aufgehoben worden: a) jeder Unterthänigkeits- und Hörigkeitsverband, und die aus dem guts- und schutzherrlichen Verbande fließenden persönlichen Abgaben u. Leistungen, ib §. 1. G.S. S. 129. — b) die aus der Patrimonialgerichtsbarkeit u. grundherrlichen Polizei fließenden Befug-

nisse, Exemtionen und Abgaben, in soweit nicht §§. 3. 4. und 5. (s. unten) ein Anderes bestimmt wird, vom Aufhören der Patrimonialgerichtsbarkeit und der grundherrlichen Polizei, ohne Unterschied, ob die Verpflichtungen rein persönlich sind, od. auf Grundstücken haften, §. 2. ib. G.S. v. 1851. S. 129. Doch s. §. 3. ib. u. die Gesetze vom 21. Juli 1846. sub A. §. 10. und 14., sowie sub B. §. 5. G.S. v. 1846. S. 70. f. — Insbesondere: c) alle Leistungen und Abgaben der Unangesessenen an die Gutsherren als solche, mithin auch die §. 297. des Ablösungsgesetzes vom 17. März 1822. erwähnten, sowie diejenigen Geldabgaben, welche an die Stelle früherer Naturalleistungen und Dienste der Unangesessenen getreten sind, d) alle nicht als Reallasten auf Grundstücken haftende, theils zu gewissen, regelmäßig wiederkehrenden Terminen, theils bei bestimmten, besonderen Anlässen fällige Leistungen ganzer Gemeinden oder Körperschaften gegen ihre Gutsherren al solche, und daher insonderheit auch die Abentrichtungen der Innungen und ihrer einzelnen Mitglieder, sowie ihrer Gesellen und Lehrlinge, mit Einschluß derjenigen Leistungen dieser Art, welche bisher an die Gemeindecasse zu entrichten waren, in soweit sie nicht als Gemeindeabgaben anzusehen sind, e) alle Leistungen bei Familienereignissen, z. B. Hochzeiten, Kindtaufen, Todesfällen in der Familie des Gutsherren oder der bisherigen Gutsunterthanen, f) das gutsherrliche Recht, einzelne Stücke aus Nachläßen, Antheile der letzteren oder bestimmte Abentrichtungen aus denselben zu fordern. Uebrigens kommen die unter e und f genannten Abentrichtungen u. Leistungen auch dann in Wegfall, wenn die Verbindlichkeit dazu als Reallast anerkannt worden sein sollte. — Weiter: g) das Recht der Gutsherren, Zertrennungen oder Bebauungen von Grundstücken mit Gebäuden zu widersprechen und für die Erlaubniß dazu eine Leistung zu fordern, oder überhaupt bei diesen oder anderen Anläßen Grundstücke mit neuen Abgaben und Leistungen zu belegen. Neuerbaute Häuser dürfen auch zu Gunsten der politischen, der Kirchen- oder Schulgemeinden, oder der Geistlichen und Schullehrer nicht weiter mit Befugnißabgaben, wenn dieß auch am Orte bisher gewöhnlich gewesen sein sollte, belegt werden [Aufgehoben ist: §. 16. des Ablösungs-G., unter Ablösung no. 15. f.] Bereits als Reallasten auf Grundstücken haftende Abentrichtungen und Leistungen der unter g gedachten Art unterliegen der Ablösung. h) Alle bisherige, wenn auch auf besonderen Titeln des öffentlichen oder des Privatrechts beruhende, Leistungen und Abgaben an die Gutsherren wegen irgend einer Art des Gewerbsbetriebs, in sofern sie nicht als Reallasten auf Grundstücken haften. §. 4. des G. v. 15. Mai 1851. G.S. S. 129., u. s. §. 5. ib. **2)** Bis zum Eintritte der neuen Gerichtsverfassung und der Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit verblieb den Guts- und Gerichtsherrschaften jede frühere Mitwirkung in Verwaltungsangelegenheiten, insonderheit auch das Recht, zu irgend einer Art des Gewerbsbetriebs, mit Einschluß gewerblicher Bauunternehmen, persönliche oder Real-Berechtigungen zu ertheilen. Es bewendete daher auch bis dahin bei dem Rechte, zu Anlegung von Mühlen unter ihrer Jurisdiction Concession zu ertheilen, mit Einschluß derselben Berechtigung des Staatsfiscus. G. v. 15. Mai 1851. §. 6. G.S. S. 130. — Die unter no. 1. bei d und h genannten Gewerbsabgaben und Concessionsberechtigungen sind auch in der Oberlausitz v. 31. Dec. 1852. an in Wegfall gekommen, doch unbeschadet des Rechts der Concessionsertheilung. ib. §. 7. u. VV. v. 8. Mai 1852. u. 6. Dec. 1852. G.S. S. 76. 328. **3)** Für alle Befugnisse, welche nach Vorstehendem in Wegfall gekommen sind, ist den Berechtigten eine Entschädigung aus Staatscassen gewährt worden. Ohne Entschädigung fielen nur diejenigen Befugnisse und resp. Leistungen weg, deren Zweck sich mit dem Wegfalle der Patrimonialgerichsbarkeit und der gutsherrlichen Polizei erledigt, sowie die in §. 27. des G. vom 23. Nov. 1848. G.S. S. 300. erwähn-

ten. §. 8. d. G. v. 15. Mai 1851. G.S. S. 131. Auch kamen diejenigen Verbindlichkeiten der Guts- und Gerichtsherren, welche als Gegenleistungen für ihre Berechtigungen anzusehen waren, in Wegfall. ib. **4)** Im Betreff der Feststellung der im Vorbemerkten besprochenen Entschädigungen enthält die V. v. 29. Oct. 1851. G.S. S. 388. f. verb. mit d. Bek. v. 28. Febr. 1852. G.S. S. 31. Näheres. Die Gebahrung mit den letztern unterliegt den nemlichen Bestimmungen, wie die mit Ablösungscapitalien. §. 15. ib.

Gutsherrschaften. S. Ablösung, Abschoß, Abzugsbriefe, Advocaten, Anbau, Aufnahme, Anlagen, Besitz, Bleichen, Dikasterien, Botendienste, Dorfhandel, Erbunterthänigkeit, Erkenntnisse, Feuer, Friedensrichter, Gast- u. Sch., Geistliche, Gensdarmen, Gemeindeleistungen, Gerichte, Glocken, Gerichtspersonen, Gerichtsstand, Grund- u. Hypothekenbuch, Kirchenämter, Ministerium des Innern, Meile, Musik, Patrimonialgerichte, Patronatrecht, Polizei, Schutzunterthänigkeit, Steuer-Einnehmer, Testamente, Unterthanen, Urkunden, Verwandte, Visitationen.

Gutsinventarium. S. Inventarium.

Gutsverwalter. S. Gesinde, Heimathsangehörigkeit, Verwalter.

Gymnasiasten, s. Dienstreserve, Gelehrtenschulen.

Gymnasien. S. Gelehrtenschulen.

H.

Haare. S. Arrest, II., Waaren.

Haben. S. Besitz, Forderung.

Habhaft. S. Arrest.

Habitatio, s. Wohnung.

Hadern. **1)** Die Verpachtung des Hadersammelns an Ausländer oder für das Ausland ist verboten. Gen. v. 31. Mai 1785. C.A. C. II. T. I. S. 885., C.A. C. II. T. III. S. 217., L.C.W. T. IV. S. 503., Gen. v. 12. Juli 1804. C.A. C. III. T. II. S. 582. **2)** Unter dieser Beschränkung war das Recht, das Hadersammeln zu verpachten oder zu concessioniren, ein mit der Patrimonialgerichtsbarkeit verknüpftes polizeiliches Befugniß und bedurfte keiner besonderen Verleihung. Decr. v. 4. März 1826. G.S. S. 21. Auch verblieb dieses Recht den Gerichtsherrschaften nach Abtretung ihrer Jurisdiction. Beil. zur Bek. v. 26. April 1838. §. 15. G.S. S. 372. S. aber den Art.: Bannrechte.

Hägen, s. Heegen.

Häger, s. Heeger.

Hähne. S. Wild.

Hälfte. S. Besoldung, Forstverbrechen, Gnadenhalbjahr, Subhastation, Erbfolge.

Hände. S. Auflegen, Leibesstrafe.

Händler. S. Handel- u. Gew., Gensdarmen, Gewerbsteuerscheine, Bücherwesen.

Hängen. S. Begräbniß.

Hänichen. Der Steinkohlenverein daselbst: Decr. v. 17. Sept. 1849. G.S. S. 237. f.

Häringe. S. Dorfhandel, 4.

Häscher. S. Amtsfolge.

Häuer. S. Bergarbeiter.

Häufung. S. Kosten..., Cumulation, Concurrenz.

Häuselgroschen. S. Häusler, Hausgenossen.

Häuser, s. Gebäude, Wohn..., Concession, Dachung.

Häusler. **1)** Unter die Gemeindeausschußpersonen werden auch dergleichen aus der Classe der H. erwählt. L.Gem.-O. v. 1838. §. 42. G.S. S. 440. **2)** Handdienste für Gemeindezwecke werden von den H. und Unangesessenen geleistet. ib. §. 65. unter 5. G.S. v. 1838. S. 447. **3)** Die jährlichen Leistungen der H. an den Pfarrer bestehen in dem Häuslergroschen und Opferpfennig. 24. Gen.Art. v. 1580. C.A. T. I. S. 696., Syn.Decr. v. 1624. §. Weiln auch rc. u. f. C.A. T. I. S. 794., Rev. Syn.Decr. v. 1673. §. 64. f. ib.

S. 835. **4)** S. Alter, Ablösung, Bauergüter, Eid, Geistliche.

Häuslergeld. S. Dorfrichter, Häusler.

Häusliche Verrichtungen, s. Hausarbeit.

Häute. S. Felle.

Hafer. S. Ablösung, Hufenhafer, Wild, Magazine.

Haft. S. Arrest, Untersuchungshaft, Vollstreckung, Schuldarrest, Zeugen..., Entlassung, Privatanklage.

Haften. S. Caution, Verbürgung, Pfandrecht, Grund- u. Hypothekenbuch, Post.

Haftgeld, s. Handgeld.

Hagelschädenversicherung. S. Leipzig, Budissin.

Haidekorn. S. Ablösung.

Hainichen. Wegen der Statuten des dortigen Steinkohlenbauvereins s. das Decr. v. 16. März 1849. G.S. S. 46.

Hainsberg. Die Actiengesellschaft für die Thode'sche Papierfabrik, Decr. v. 28. März 1857. G.S. S. 65.

Halbbürtig, s. Halbgeschwister.

Halbgebrochen. S. Berichte.

Halbgeschwister. S. Erbfolge, Advocaten.

Halbjährlich. S. Anzeigen, Fristen.

Halden. 1) Die Gerichtsbarkeit über und auf zum Berg- und Hüttengebrauche nicht mehr dienenden H., Gruben, Gebäuden und Räumen geht samt der Polizei auf die Civilgerichtsbehörden und Obrigkeiten über. V. v. 30. Jan. 1837. G.S. S. 11. S. dazu: Berg... **2)** Die Einebnung der H. ohne Genehmigung der Bergbehörden ist untersagt. Ang. V. unter 1., und vergl. den Bef. v. 23. Sept. 1622. C. A. T. II. S. 279., das Rescr. v. 31. Mai 1747. C. A. C. I. T. I. S. 1387., das Pat. v. 30. März 1805. C. A. C. III. T. II. S. 98., v. 30. Mai 1809. C. A. C. III. T. II. S. 115. u. v. 16. Sept. 1809. ib. S. 115. u. unten no. 10. **3)** In den Käufen und den Grund- und Hypothekenbüchern muß das frühere Vorhandensein von H. oder ausgekauften Berg- oder Hüttenwerksräumen angemerkt werden. Ang. V. v. 1837. unter 2. G.S. S. 12., G. v. 6. Nov. 1843. §. 15. G.S. S. 192. **4)** Auch muß bei Zuschreibung solcher Stücke das eingegangene Bergreservat, welches im Grund- und Hypothekenbuche in die erste Rubrik eingetragen wird, in Obacht genommen werden. Ang. V. v. 1837. unter 3. G.S. S. 12., V. v. 3. Juli 1845. G.S. S. 86., u. s. die ang. Bef. v. 1622. u. Patente v. 1805. u. 1809. **5)** Die Erbauung neuer Häuser auf oder bei H. kann nur mit Genehmigung der Bergbehörden und gegen Verzichtung auf etwanige Ansprüche wegen künftiger Senkungen und Brüche, was in den Erwerbsurkunden zu bemerken ist, erfolgen. V. v. 30. Jan. 1837. unter 4. G.S. S. 12. S. noch unten no. 10. **6)** Uebrigens sind Bergbehörden u. Bergwerksunternehmer am Begehen von H., wenn es wegen künftiger Wiederbenutzung derselben für den Bergbau geschieht, nicht zu behindern. ib. unter 5. **7)** Die ungangbaren H. auf fremdem, zum Bergwerksgebrauche nicht ausgekauftem Grund und Boden sind eintretenden Falls der Expropriation (s. d.) unterworfen. Bis dahin steht die Benutzung der Oberfläche solcher H. dem Grundeigenthümer unentgeltlich zu. B.O. v. 1851. §. 232. G.S. S. 245. **8)** Ungangbare H. dürfen nur mit Genehmigung des betreffenden Bergamtes eingeebnet, ib. §. 294., und, wie auflässige Bergwerkstagegebäude und sonstige Bergwerksgrundstücke, welche nicht mehr zum Bergbau dienen, nur mit der Bedingung veräußert werden, daß sie zu jeder Zeit gegen Vergütung ihres Werthes zu Bergwerkszwecken wieder abgetreten werden. ib. §. 294. **9)** Dagegen dürfen Bezeigungsabgaben zu Anerkennung des Bergreservats nicht erhoben werden, und die Löschung solcher zeither bestandener in den Grund- und Hypothekenbüchern kann auf Antrag u. Kosten der betreffenden Grundstücksbesitzer erfolgen. ib. **10)** Specielle Vorschriften für die Fälle der Einebnung von H. und deren Bebauung enthalten für die Berg- und Civilbehörden die §§. 181. f. der V. v. 16. Dec. 1851. G.S. S. 458. f. u. s. oben no. 2. 5. **11)** S. auch: Gruben, Grund- u. Hyp....

Halle. S. Leipzig.

Halm. S. Getreide.

Halseisen. S. Gerichtsbarkeit, Pranger.

Halsgericht. S. Todesstrafe.

Halten. S. Hunde, Vieh, Spielen, Gesinde.

Hamburg. S. Staatsverträge, I. II. V. VI.

Hammermeister. S. Bergbeamte.

Hammerwerke. **1)** Die Auslohnung der Hammerwerksarbeiter mit Eisen und Blech ist verboten. Hammer-O. v. 25. Febr. 1594. Zum Sechzehnden C. A. T. II. S. 227., v. 26. März 1660. ib. S. 326., Bef. v. 21. Jan. 1775. C. A. C. II. T. II. S. 177. **2)** S. Eisen, Bergordnungen.

Hand. S. Gesamte H., Auflegen, Leibesstrafe.

Handanlegen. S. Amtsfolge, Handgemenge.

Handarbeiter. **1)** Für H. und Tagelöhner sollen die Obrigkeiten eine Ordnung und Taxe festsetzen. L.O. v. 1543. C. A. T. I. S. 23., Pol.O. v. 1612. §. 15. ib. S. 1474., M. v. 1623. L.C.W. T. II. S. 334., C. A. T. II. S. 789., Ges.-2c. O. v. 1651. Tit. VIII. C. A. T. I. S. 1536., M. v. 14. März 1763. §. 12. L.C.W. T. III. S. 511. u. C. A. C. I. T. I. S. 1597. Eine gesetzliche Taxe enthält die Pol.O. v. 1661. Tit. XXIII. Cap. VII. ib. S. 1602. f., Tax-O. v. 17. Sept. 1661. ib. S. 1609. f. **2)** S. Ausländer, Baugewerken, Gesinde, Reiselegitimationen, Handbaudienste, Communalgarde, Verjährung, Polizei.

Handarbeitsstrafe. **1)** Auf H. ist niemals das Erkenntniß zu richten. Es kann jedoch bei Gefängnißstrafen, welche im Gerichtsgefängnisse vollstreckt werden, solchen Personen, die ihrem Stande nach Handarbeit verrichten, der Richter, welcher die Strafe zu vollstrecken hat, diese Strafe, in soweit hierzu Gelegenheit vorhanden ist und in soweit nicht etwa die im Art. 18. d. Str.Gb. bestimmte Schärfung (s. d.) eintritt, durch Handarbeit verbüßen lassen. Jedoch soll in jedem einzelnen Falle die Strafarbeit sich nicht über die Dauer von 4 Wochen erstrecken, und bei höher ansteigenden Strafen der übrige Theil der Strafzeit durch Gefängniß verbüßt werden. Str.Gb. v. 1855. Art. 23. **2)** Die Handarbeit wird an jedem Tage in der Dauer der ortsüblichen Tagelohnarbeit geleistet, dabei jedoch die Woche zu 6 Arbeitstagen gerechnet. Bei Verweigerung oder ungehöriger Leistung der Handarbeit tritt statt derselben ohne Weiteres geschärfte Gefängnißstrafe (s. Schärfung) von gleicher, oder, dafern der Verbrecher bereits einen Theil der Strafe verbüßt hat, von der noch übrigen Dauer ein. Personen, welche ihren Unterhalt mit Handarbeit erwerben, kann der Richter nach seinem Ermessen eine Unterbrechung der Strafarbeit gestatten, doch sind dieselben in jeder Woche mindestens zur Verbüßung von 3 Straftagen anzuhalten. ib. **3)** Aeltre Best.: Cr.Gb. v. 1838. Art. 14. f. 19. G.S. S. 117., G. v. 16. Juni 1840. G.S. S. 102. **4)** Die Vollstreckung der H. an Forststräfern, sowie in den bei den Untergerichten anhängigen Untersuchungs- und Denunciationssachen, erfolgt unter Aufsicht des für den Ort angestellten Rentbeamten oder Intradeneinnehmers. V. v. 7. Juni 1836. unter e. G.S. S. 113., v. 29. Oct. 1836. G.S. S. 323. Dazu s.: Verwandlung, III. u. Forststrafverfahren. **5)** H. darf gegen beurlaubte Militairpersonen von Civilgerichten nicht erkannt werden. G. v. 28. Jan. 1835. §. 37. unter 2. G.S. S. 82., G. v. 30. Jan. 1835. §. 36. unter 2. b. G.S. S. 95., M.Str.Gb. v. 1855. §. 69. G.S. S. 553., vorher: M.-Str.Gb. v. 5. April 1838. §. 6. G.S. S. 225. **6)** S. Alternative..., Verwandlung, Schärfung, III., Strafe, Arbeitshausstrafe, Militairpflicht, Forstverbrechen, Arme, Geldstrafe, Züchtigung.

Handbaudienste. **1)** Die H. erstrecken sich nur auf die bei wirklichen Bauen u. Reparaturen vorfallenden Verrichtungen, z. B. das Abräumen der Baumaterialien, auch das Grundgraben und gewöhnliche Handlangerdienste; nicht aber auf das Abtragen der Gebäude, Ausräumen, Steinbrechen und Grabenmachen. M. v. 13. Aug. 1830. §. 52. G.S. S. 139. **2)** S. Baudienste.

Handdienste. S. Dienste.

Handel. S. Amtshauptleute, Kauf, Handlung, Arzneiwaaren, Bund, Commerciendeputation, Fälschung, Garn, Getreide, Waaren, Juden, Ständeversammlung, Verkehrsfreiheit.

Handelsbillets. S. Handel- u. Gewerbtreibende.

Handelsbrauch. S. Leipzig.

Handelsbücher. **1)** Die H. der Kaufleute haben, im Falle jene eidlich bestärkt werden, nur, wenn beide Theile Kauf- und Handelsleute sind, volle Beweiskraft; außerdem wird, wenn zum Beweise einer Post nur ein Extract aus dem Handelsbuche producirt wird, in der Regel nicht auf einen Erfüllungs-, sondern auf einen Reinigungseid, oder, wenn noch unterstützende Nebenumstände vorhanden sind, nicht auf die Bestärkung des Handelsbuches, sondern in der Hauptsache auf einen Erfüllungseid, daß es mit der geklagten Forderung seine Richtigkeit habe, erkannt. E.P.O. ad Tit. 30. §. 4. S. 170., Bef. v. 3. April 1683. C.A. T. II. S. 2115., Beil. XVI. zur E.P.O. **2)** Dienstherrschaften sind keineswegs verbunden, die von ihren Dienstboten oder andern auf sie ausgenommenen Waaren, wenn gleich die Lieferung in des Verkäufers Handelsbuch eingeschrieben und dieses beschworen wäre, zu bezahlen, sofern nicht der Empfang der Waaren Seiten der Herrschaft, oder daß solche Auftrag zur Bestellung ertheilt habe, besonders nachgewiesen wird. M. v. 21. Dec. 1708. C.A. T.I. S. 1753., L.C.W. T. I. S. 97., Beil. XVII. zur E.P.O., O.A.Pat. v. 18. Dec. 1752. L.C.W. T. I. S. 175., Ges.-O. v. 1835. §. 76. G.S. S. 28. **3)** Mit Edition eines Handelsbuchs wird an dem Orte, wo es befindlich ist, verfahren. Hand.G.O. v. 21. Dec. 1682. Tit. 18. C.A. T. II. S. 2045. **4)** Ein Schuldner, der mit seinen Gläubigern accordiren will, muß denselben seine H. und Schuldregister vorlegen. ib. Tit. 25. l. c. **5)** S. Bankrott, Betrug, Fälschung, Concurs, Juden, Leipzig.

Handelsbuch, s. Grund- u. Hypothekenbuch, 38.

Handelsconsuln, s. Consuln, Gesandtschaften.

Handelsfrauen. S. Verbürgung, Wechselfähigkeit, Ehefrauen.

Handelsfreiheit. S. Verkehrsfreiheit.

Handelsgärtnerei. S. Dismembration.

Handelsgericht. **1)** Eine Abtheilung des Bezirksgerichts zu Leipzig, welche aus 2 Mitgliedern desselben zu bestehen hat, bildet unter Hinzuziehung von Beisitzern aus dem Handelsstande das H. der Stadt Leipzig, mit derjenigen Zuständigkeit, welche dem früheren H. zukam. Auch bleiben die für das Verfahren vor dem letzteren geltenden gesetzlichen Vorschriften und Anordnungen für das Verfahren vor dem ersteren maßgebend. G. v. 11. Aug. 1855. §. 20. G.S. S. 147. Wegen jener Beisitzer aus dem Handelsstande s. noch d. V. v. 13. Sept. 1856. §. 11. G.S. S. 326. **2)** S. Executionsverfahren, Amortisation, Leipzig.

Handelsgeschäfte, s. Handel, Kaufleute, Schuldarrest.

Handelsgesellschaft. S. Compagniehandlungen.

Handelsgewicht, s. Gewicht.

Handelslegitimation. S. Handel- u. Gewerbtreibende, Hausiren, Arzneiwaaren, Firma.

Handelslehranstalt. S. Leipzig, Dresden.

Handelsleute. S. Handel- u. Gewerbtreibende.

Handelsobligation. S. Handel- u. Gewerbtreibende, Handelsbuch.

Handelspaß, s. Handelslegitimation.

Handelsprocuristen, s. Procuristen.

Handelsreisende. S. Gewerb- u. Pers., Gewerbst..., Handel- u. Gew., Reiselegitimationen, Staatsverträge, Zollwesen.

Handelsverträge. S. Staatsverträge, VI.

Handelszeichen, deren Deposition in Paris, s. Staatsverträge.

Handel- und Gewerbtreibende.

1) Handelsleute durften früher auch noch vor dem erfüllten 25sten Altersjahre Wechsel ausstellen, und waren, obgleich sie das 21ste Jahr ihres Alters noch nicht erreicht hatten, mit dem Gesuche um Wieder-

einsetzung in den vorigen Stand nicht zu hören. M. v. 21. April 1724. §. 1. u. 5. C.A. T.II. S. 2086., Beil. d. E.P.O. No. XXVI., E.P.O. Anh. §. 11. S. 306., W.O. v. 2. Oct. 1682. §. 2. C.A. T. II. S. 2025., O.A.Pat. v. 14. Aug. 1724. §. 1. u. 5. C.A. T. III. S. 525. Auch Frauen, welche Kaufmannschaft trieben, waren dem Wechselrechte unterworfen, und konnten, wenn sie sich in Handelssachen für einen Anderen verbürgten, das SCtum Velleianum nicht vorschützen, ib. Für die Gegenwart vergl. den Art.: Wechselfähigkeit. **2)** Wenn Kauf- u. Handelsleute einander Waaren creditiren, sollen sie sich darüber eine Handelsobligation geben lassen. Bef. v. 3. April 1683. C.A. T. II. S. 2115. **3)** H. haften bei Zoll- u. Steuervergehungen für ihre Diener, Lehrlinge, Markthelfer, Gewerbsgehilfen, Ehegatten, Kinder, Gesinde und die sonst in ihrem Dienste oder Tagelohne stehenden, ingleichen sich für gewöhnlich bei der Familie aufhaltenden Personen; andere, nicht zur handel- und gewerbtreibenden Classe gehörende Personen hingegen nur für ihre Ehegatten u. Kinder rücksichtlich der Geldbußen, Steuern, Zollgefälle, Schäden u. Proceßkosten, in welche die solchergestalt zu vertretenden Personen wegen Nichtbefolgung derjenigen zollgesetzlichen oder sonstigen Verwaltungsvorschriften verurtheilt worden sind, die sie bei Ausführung der ihnen von den subsidiarisch Verhafteten übertragenen oder ein für allemal überlassenen Gewerbs- und anderen Verrichtungen zu beobachten hatten. G. v. 3. April 1838. §. 46. f. G.S. v. 1838. S. 346., G. v. 4. April 1838. §. 54. f. ib. S. 358. **4)** Der Zoll- und Steuerverwaltung bleibt vorbehalten, entweder die zuerkannten Geldbußen im Verwandlungswege durch Gefängniß an dem Angeschuldigten vollstrecken oder solche von dem subsidiarisch Verhafteten einbringen zu lassen, ohne daß ersteren Falles die Verbindlichkeit des Letzteren wegen der Gefälle und Proceßkosten aufgehoben wird. Unter gleichen Verhältnissen, als der Angeschuldigte oder subsidiarisch Verhaftete in Bezahlung der Ersatzgelder, Schäden und Kosten verurtheilt worden ist oder sein würde, sind auch deren Erben, soweit der Nachlaß reicht, dieselben zu bezahlen schuldig. ib. **5)** Dagegen sind Erben Vermögensstrafen aus dem Nachlasse zu bezahlen nur dann schuldig, wenn der Erblasser noch bei seinen Lebzeiten in solche verurtheilt worden war. Es können aber die Erben dieselben Rechtsmittel einwenden, welche dem Erblasser gesetzlich noch zugestanden haben würden. G. v. 3. April 1838. §. 46. f. G.S. S. 346., G. v. 4. April 1838. §. 54. ff. ib. S. 358. **6)** Uebrigens haben sämtliche Justiz-, Zoll- und Steuerbehörden in allen Zoll- u. Steuerstraffachen, bei welchen subsidiarisch verhaftete dritte Personen betheiligt sind, letztere, dafern sie innerhalb Landes zu erlangen sind, jedesmal vor der Entscheidung mündlich oder schriftlich zu hören und, wenn dies unterblieben wäre, darauf, daß es noch geschehe, zu interloquiren. V. v. 10. April 1838. G.S. S. 378. **7)** Welche von den im Umherziehen ein Gewerbe betreibenden Personen sich mit Gewerbesteuerscheinen (nach dem Formulare in der G.S. v. 1850. S. 65. u. 66.) zu versehen haben, und welches Verfahren bei der Erholung und Ausstellung Seiten der Ortsobrigkeiten Statt findet, sowie welche Wirkung diese Scheine haben, darüber enthält gegenwärtig die V. v. 23. April 1850. §. 19. f. die näheren Vorschriften. **8)** Inländer, welche für ihren Gewerbsbetrieb in auswärtigen, jedoch zum deutschen Zollvereine gehörigen Ländern die Abgabenfreiheit wünschen, haben sich mit den vorgeschriebenen Zeugnissen zu versehen, welche in größeren und Mittelstädten von den Stadträthen, und für Bewohner kleiner Städte und des platten Landes von den Amtshauptleuten (nach dem Muster S. 68. f. d. G.S. v. 1850.) ausgestellt werden, V. v. 23. April 1850. §. 27. G.S. S. 50., vorher: V. v. 24. Dec. 1845. §. 27. G.S. S. 372. S. auch die Rev.Gen.Instr. v. 27. Sept. 1842. §. 31. G.S. S. 186. **9)** Es hat auch jeder, einem anderen Zollvereinsstaate angehörige Fabrikant, selbstständige Gewerb-

treibende od. Handelsreisende in Sachsen, um nicht wegen Hinterziehung der Gewerbsteuer in Untersuchung und Strafe zu kommen, neben seinem Passe, einen Gewerbsteuerfreischein bei sich zu führen. Der Fremde hat sich zur Erlangung eines solchen, vor Beginn seines Geschäfts in Sachsen, mit einem, der Vorschrift der erwähnten V. v. 23. April 1850. §. 27. cit. entsprechenden Zeugnisse einer competenten Behörde seines Heimathlandes über die ihm daselbst obliegende Steuerpflicht zu versehen, und sodann damit entweder bei einer Sächs. Amtshauptmannschaft, oder bei dem Stadtrathe einer großen oder Mittelstadt persönlich zu gestellen, wo der erforderliche Gewerbsteuerfreischein (nach dem S. 67. der G.S. v. 1850. befindlichen Formulare) ausgefertigt wird. V. v. 23. April 1850. §. 26. G.S. S. 49. f., vorher: V. v. 24. Dec. 1845. §. 26. G.S. S. 372., Rev. Gen.Instr. v. 27. Sept. 1842. §. 31. G.S. S. 186. **10)** Die Begründung eines kaufmännischen Wechsel-, Waaren-, Speditions-, Commissions- od. Fabrikgeschäfts, einer Buch- oder Kunsthandlung verpflichtet zur Anzeige der Firma, unter welcher und Derer, von welchen und für deren Rechnung das Geschäft geführt werden soll, bei der Orts-Gewerbspolizeibehörde. Das Nähere giebt der Art.: Firmen u. Procura-Ordnung. **11)** S. Bürgerliche Nahrung, Handlung, Sonntags-F., Polizei, Reiselegitimationen, Concurs, Concurs-Proceß, Dorfhandel, Gewerbsteuerscheine, Gewerbtreibende, Gewerb- u. Personalsteuer, Verjährung, Wechselfähigkeit, Dismembration, Fälschung, Handelsbücher, Juden, Hausiren, Zollfreiheit.

Handfröhner. S. Eid, Dienste.

Handfrohnen. S. Dienste, Ablösung.

Handfuhrwerk. S. Forst...

Handgeld. S. Gesinde, 13., Kauf.

Handgelder. S. Apanagen.

Handgelöbniß. **1)** Bei der Entlassung auf H. ist der Angeschuldigte zu bedeuten, daß er während der Untersuchung ohne Genehmigung des Untersuchungsrichters oder einer von dem letzteren bestimmten Ortsgerichtsperson von dem ihm angewiesenen Aufenthalsorte oder aus dem ihm angewiesenen Bezirke sich nicht entferne, auch daß er künftigen Vorladungen durch Verbergung seines Aufenthalts am Orte oder im Bezirke sich nicht entziehe. Der Angeschuldigte hat mittelst Handschlags zu versprechen, daß er dieser Bedeutung Folge leisten werde. Str. Pr.O. Art. 157. **2)** Das H. wird für die ganze Dauer der Untersuchung, beziehendlich bis zum Antritte der Strafe, geleistet. Wird der Entlassene nach geleistetem H. verhaftet (Art. 159. unter: Untersuchungshaft) und sodann wieder entlassen, so hat der Richter statt einer Erneuerung des H.s den Angeschuldigten bei der Entlassung auf das früher geleistete H. zu verweisen. Ang. Art. 157. **3)** Die Verletzung des H.s soll, außer dem etwa eintretenden Verluste der bestellten Sicherheitssumme (s. Caution), mit Gefängniß bis zu 6 Wochen oder mit Geld bis zu 150 Thlrn. oder, dafern in der Hauptsache auf Arbeitshaus- oder Zuchthausstrafe erkannt wird, mit einer Verlängerung dieser Strafe, welche Verlängerung jedoch nicht über 3 Monate ansteigen und auch in kürzeren, als monatlichen Fristen ausgesprochen werden kann, geahndet werden. Ang. Art. 157. **4)** Die Entscheidung über die Bestrafung des H.bruches wird durch das zur Aburtheilung des Hauptverbrechens zuständige Gericht in demselben Erkenntnisse, in welchem letztere erfolgt, ertheilt. Findet eine solche Aburtheilung nicht Statt, oder ist sie bereits erfolgt, so wird die Entscheidung über den H.bruch in nicht öffentl. Sitzung mittelst besonderen Erkenntnisses ertheilt. ib. **5)** Vor der Entscheidung sind der Staatsanwalt u. der Angeschuldigte mit ihren Anträgen und Ausführungen zu hören, und zwar ersterer auch dann, wenn die Untersuchung, in welcher das H. abgelegt wurde, auf Privatanklage eingeleitet worden war. Gegen dieses Erkenntniß sind dieselben Rechtsmittel zuläßig, welche das Gesetz gegen die Enderkenntnisse gestattet. ib. **6)** Bei der Entlassung eines Angeschuldigten gegen H. oder Caution (s. d.) ist die Polizeibehörde des Orts, wohin derselbe gewiesen ist, oder

sich begeben will, hiervon durch das Gericht in Kenntniß zu setzen. V. v. 31. Juli 1856. §. 48. G.S. S. 166. 7) Aeltres Recht: §. VI. d. G. v. 30. März 1838. G.S. S. 198., V. v. 4. April 1838. G.S. S. 221., Gen. v. 30. April 1783. §. 1. C.A. C. II. T. I. S. 451., Gen. v. 30. April 1783. §. 18. ib. S. 462., C.A. C. II. T. III. S. 173. u. L.C.W. T. IV. S. 59., Besch. d. Dik. v. 27. Mai 1783. C.A. C. II. T. I. S. 474., O.A.Pat. v. 23. Nov. 1784. §. I. C.A. C. II. T. III. S. 213. u. L.C.W. T. IV. S. 72., Gen.V. v. 27. Oct. 1770. §. 13. C.A. C. I. T. I. S. 425., C. A. C. II. T. III. S. 39. u. L.C.W. T. III. S. 93., Instr. v. 2. Dec. 1770. §. 4. C.A. C. II. T. I. S. 331. 8) S. Untersuchungsverf. vor d. C.R., Caution, Gestellung, Untersuchungshaft, Privatanklage, Vollstreckung 26., Arrest, II., Sachverständige.

Handgemenge, Rauferei. Für die Bestrafung der Körperverletzung oder Tödung im Raufhandel waren zuletzt die Art. 136. u. 124. d. Cr.Gb. v. 1838. G.S. S. 147. 143., und noch früher die 7. Const. v. 1572. P.IV. C.A. T. I. S. 119. maßgebend. Wegen des heutigen Rechts sehe man die Art.: Körperverletzung, Schmerzengeld nach.

Handlanger. S. Handarbeiter.

Handlung. 1) Die H. ist an und für sich ein Vorrecht der Städte, daher solche auf dem Lande nur ausnahmsweise und nicht im Großen Statt finden soll. L.O. v. 1. Oct. 1555. Tit. Brauen ꝛc. C.A. T. I. S. 66., Res. gr. v. 1612. Justizs. §. 26. ib. S. 182., Res. gr. v. 1661. Justizs. §. 118. ib. S. 252., Confirm. des ständischen Pacti v. 1. Febr. 1666. L.C.W. T. I. S. 1052., M. v. 29. Jan. 1767. C.A. C. I. T. I. S. 942., u. vergl. den Art.: Dorfhandel. — Prälaten, Grafen und Herren sollen sich der Kaufmannschaft schlechterdings enthalten, ang. L.O. v. 1555. l. c., ebenso Geistliche. Gen.Art. 16. v. 1580. C.A. T. I. S. 690. 2) Die Handlungswaaren sind als bewegliches Gut anzusehen. Rescr. v. 24. Jan. 1617. C.A. T. I. S. 1065. 3) Der Besitz einer H. befreit vom Kostenvorstande im Processe. E.P.O. ad Tit. 13. S. 90. 4) H.n, welche zu einem Nachlasse gehören, werden zwar wie Mündelgrundstücke angesehen, können jedoch, wenn es zum Nutzen der Unmündigen gereicht, auch außer dem Nothfalle, nach richterlichem Ermessen und Decrete veräußert werden. V.O. Cap. 16. §. 3. S. 73. 5) Gehört einer unmündigen Ehefrau eine H., so kann der Ehemann, wenn er es versteht und der Richter es genehmigt, unter Aufsicht des Vormundes die Verwaltung führen. V.O. Cap. 23. §. 6. S. 101. 6) S. Bürgerl. R., Cassen, Concurs, Anmaßung, Arznei..., Anweisung, Firmen- u. Pr..., Verjährung, Concursproceß, Dorfhandel, Ehefrauen, Decret, Ehemänner, Erz, Ehrenämter, Factor, Fälschung, Handelsbücher, Juden, Kostenvorstand, Miethe, Handverkauf, Messing, Putzwaaren, Reallasten, Uniform, Vormundschaft, 49., Waldungen, Wechsel..., Wein.

Handlungen. 1) Wenn auf die volle gesetzliche Strafe einer gesetzwidrigen H. zu erkennen sei, s. unter: Vollendung, Erfolg. Vorher: Art. 25. d. Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 121. 2) Ueber H., wodurch die Ausführung eines beabsichtigten Verbrechens erst vorbereitet, aber noch nicht angefangen worden ist, s. den Art.: Vorbereitung; im früheren R.: Art. 29. d. Cr.-Gb. G.S. v. 1838. S. 122. Vergl. über eine Verbindung Mehrerer zu einem gemeinschaftlichen gesetzwidrigen Zwecke, welche nicht als nur vorbereitende H. anzusehen ist, den Art.: Vorbereitung; vorher: Art. 30. des Cr.Gb. v. 1838. a. a. O. Ferner ist der, welcher irgend eine Handlung zur Vorbereitung des Verbrechens des Hochverraths begeht, strafbar. S. Versuch, und wegen des früheren Rechts: Art. 84. des Cr.Gb. v. 1838. G.S. S. 135. 3) Ueber den Fall, daß einer oder mehrere Theilnehmer bei Ausführung des Verbrechens eine H. sich zu Schulden kommen lassen, welche nach den vorhandenen Umständen, als in der Verabredung oder Uebereinkunft begriffen, nicht betrachtet werden konnte, vergl. den Art.: Urheber. Früher: Art. 35. d. Cr.Gb. v. 1838. G.S. S. 123. 4) Ueber die Bestrafung mehrerer durch eine H., und mehrerer durch verschiedene H. verübter Verbrechen vergl. den Art.: Concurrenz. 5) Alle H., durch welche Mehrere civilrechtlich sich gegenseitig zu etwas verbinden, sind in Rücksicht auf den mit contrahi-

renden Unmündigen in soweit giltig, daß der andere Theil davon nicht abgehen kann. Vorm.O. Cap. XIII. §. 3. S. 55. **6)** Der Unmündige wird jedoch durch einen ohne des Vormundes Einwilligung abgeschlossenen Vertrag nur dann verbindlich, gemacht, wenn letztere dazu kommt. ib. **7)** Wenn sich bei einer solchen, zwischen einem Unmündigen und einem Dritten abgeschlossenen Handlung etwas Bedenkliches offenbart, so hat der Vormund deshalb bei dem Richter anzufragen. ib. §. 3. l. c. **8)** Alle H. eines Unmündigen ohne des Vormundes Einwilligung, wenn sie auch mit einem Eide bekräftigt worden wären, sind ungiltig. §. 5. ib. Derjenige, der diese Verpflichtung vorgenommen, ist nachdrücklich zu bestrafen. Es können sich jedoch Unmündige, welche sich nicht mehr bei dem Vormunde, sondern in der Fremde aufhalten, ohne des Vormundes Einwilligung vermiethen, und auf diese Weise für ihre Person, keinesweges aber in Rücksicht ihres Vermögens, sich verbindlich machen. §.6. ib., Ges.-O. v. 1835. §. 11. G.S. S. 19. **9)** Wenn sich ein Unmündiger betrüglicherweise für mündig ausgiebt, und dadurch einen Anderen mit ihm zu contrahiren verleitet, so wird, wenn dieser eidlich versichert, daß er jenen wirklich für mündig gehalten, der Vertrag für rechtsbeständig geachtet, oder es kann und muß, wenn sich der andere Theil dabei beruhigt, der Vormund das, was der Unmündige bereits erhalten, zurückgeben, oder bezahlen, der Unmündige aber soll mit Gefängniß oder sonst bestraft werden. V.O. Cap. XIII. §. 7. S. 57. Wenn überhaupt das noch vorhanden ist, was der Unmündige von dem anderen Contrahenten erhalten hat, oder des Unmündigen Vermögen dadurch vermehrt worden ist, so kann der andere Theil das Vorhandene zurückfordern und aus der nachgewiesenen Vermehrung seine Befriedigung suchen. ib. §. 8. **10)** S. Betrug, Drohung, Erpressung, Beleidigung, Verleumdung, Executionsverfahren, Fahrlässigkeit, Gesinde, Hochverrath, Nöthigung, Staatsgefährl. H., Theilnahme, Verträge, Appellation, III. D. 2. f., Arrest, I., Auszug, Gewohnheitsrecht, Verjährung, Staatsdienst, 32.

Handlungsbuch. S. Handelsbücher.

Handlungsdeputirte. S. Concurs, Handelsgericht.

Handlungsdiener. S. Reiselegitimationen, Dorfhandel, Handel- u. Gewerbtreibende, Factor, Verjährung, Heimathsangehörigkeit, Juden.

Handlungsfirma, s. Firmen- u. Pr...

Handlungsgehilfen, s. Handlungsdiener.

Handlungsreisende, s. Handelsreisende, Handlungsdiener.

Handlungsschild, s. Firmen- u. Pr...

Handlungsschulden. S. Concurs, Concursgläubiger, Wechsel.

Handlungsschule. S. Aeltern, Dresden, Leipzig.

Handreichung, s. Verjährung, Gesinde, Handarbeiter.

Handriß, s. Risse.

Handschlag. S. Handgelöbniß.

Handschrift. S. Arrest, II., Schulunterricht, Schuldverschreibung, Schriften..., Urkunden, Concursgläubiger, A. IV.

Handschuhe. S. Hunde.

Hand u. Halfter. S. Arrest, I.

Hand- u. Spanndienste. **1)** Allgemeine Grundsätze über die Leistung derselben durch die Frohnpflichtigen giebt d. M. v. 13. Aug. 1830. §. 1. f. G.S. S. 122., und die besondern Grundsätze über die Ablösung gedachter Dienste mit Ausnahme der Baudienste das G. v. 17. März 1832. §. 70. f. G.S. S. 185. **2)** S. Ablösung, Dienste.

Handverkauf. S. Apotheken, Sonntags-, Fest- u. Bußtagsfeier, Dorfhandel, Handlung, Handwerkskram, Juden, Gewicht.

Handweife. S. Garn.

Handwerk. S. Innungen, Anmaßung, Gewerbtreibende, Handel- u. Gewerbtreibende, Bürgerl. Nahrung.

Handwerker. S. Arbeit, Bund, Innung..., Armee.

Handwerksälteste, s. Innungsälteste.

Handwerksbeisitzer, s. Innungsbeisitzer.

Handwerksbriefe. S. Innungen, Briefe.

Handwerksbursche. S. Gewerbsgehilfen.

Handwerksdeputirte, s. Innungsbeisitzer.

Handwerksgeschenk. **1)** Das H. an diejenigen Gewerbsgehilfen, welche ohne Arbeit erhalten zu haben weiter wandern müssen, beträgt, je nachdem es bei einer Innung hergebracht, 2½—7½ Ngr. oder besteht in Essen und Trinken, Gen.Inn.Art. v. 8. Jan. 1780. Cap. 2. §. 5. C.A. C.II. T.I. S. 767. u. L.C.W. T. III. S. 284., M. v. 7. Dec. 1810. Cap. I. §. 4. d. L.C.W. T. V. S. 263. u. C.A. C.III. T.I. S. 479. **2)** S. Reiselegitimationen, VI. 7., Auflegegeld, Innungen.

Handwerksgesellen. S. Gewerbsgehilfen, Gesellen...

Handwerksgruß. Es ist als ein läppischer und überflüssiger Gebrauch abgestellt worden, daß ein einwandernder Geselle einen sogenannten H. mitbringen mußte, auf dessen gänzlich fehlerfreien Vortrag ehedem so fest gehalten wurde, daß die geringste Abweichung Geldstrafe oder in die Nothwendigkeit brachte, weiter oder wieder zurück zu wandern, um den Gruß anders zu holen. M. v. 19. Oct. 1731. §. 9. L.C.W. T. I. S. 598. u. C.A. C.I. T.I. S. 582.

Handwerkskram. **1)** Der H. steht städtischen wie Dorfhandwerkern am Orte ihres Aufenthalts zu, G. v. 9. Oct. 1840. §. 19. G.S. S. 250. **2)** S. Reallasten, Militairpflicht, Juden.

Handwerksmeister, s. Meister...

Handwerksmißbräuche. S. Innungswesen.

Handwerksneid. Kein Handwerker soll bei Strafe des Anderen Arbeit tadeln, oder sonst durch Verunglimpfung seinen Mitmeistern die Nahrung zu entziehen suchen, doch bleibt jedem wohlfeiler und besser zu arbeiten unbenommen. Gen.Inn.Art. v. 8. Jan. 1780. Cap. III. §. 34. C.A. C.II. T. I. S. 778., C.A. C.II. T.III. S. 161. u. L.C.W. T. III. S. 296.

Handwerkssachen, s. Innungssachen.

Handwerksschild. S. Armee.

Handwerksschulden. S. Urkunden.

Handwerksstörer. S. Pfuscher.

Handwerkstaxen. Die Errichtung von H. schreiben vor: die L.O. v. 1482. C. A. T.I. S. 1. 4. 5., die L.O. v. 1543. C.A. T.I. S. 20., L.O. v. 12. Nov. 1550. ib. S. 34., L.O. v. 1. Oct. 1555. Tit. Handwerksleute, ib. S. 68., die Pol.O. v. 1612. §. 14. ib. S. 1474., das M. v. 1623. L.C.W. T. II. S. 334., C.A. T. II. S. 789., Ges.O. v. 24. Mai 1651. Tit. VIII. ib. S. 1536., das M. v. 19. Oct. 1731. §. XV. L.C.W. T. I. S. 604. u. C.A. C. I. T. I. S. 577., M. v. 14. März 1763. §. 12. L.C.W. T. III. S. 511. u. C.A. C. I. T. I. S. 1597. — Eine gesetzliche Taxe enthält die Pol.O. v. 1661. Tit. XXIII. Cap. VIII. ib. S. 1606. f., Tax-O. v. 17. Sept. 1661. ib. S. 1609., u. vergl. den Bef. v. 30. Mai 1763. C.A. C. I. T. I. S. 859., v. 28. April 1764. ib. S. 877. S. auch: Arbeit.

Handwerksversammlung. S. Versammlungen.

Handwerkszeug. S. Waaren, Executionsverfahren, Auspfändung, Waisen.

Handwerkszeugniß, s. Innungsattest.

Handwerkszunft. S. Innungen.

Handwerkszwang, s. Innungszwang.

Handzeichnung, s. Risse, Besichtigung.

Hanf. S. Flachs, Zehend, Straßen.

Hang, s. Neigung.

Hannover. S. Reiselegit., III., Staatsverträge, Telegraphen, Münzwesen, Paßkarten.

Hansestädte. S. Staatsverträge, VI.

Handthierung, s. Gewerbe, Handwerk.

Hart. S. Behandlung, Dachung.

Hartha. Die Sparcasse das.: Decr. v. 11. März 1850. G.S. S. 22. f.

Harzleinedistrict. S. Zollwesen.

Harzreißen. **1)** Das Befugniß zum H. ist der Ablöslichkeit unterworfen. G. v. 17. März 1832. §. 101. G.S. S. 196. **2)** Aeltre Best. hinsichtlich des Harzens: F. u. H.O. v. 1560. C.A. T. II. S. 503., Rescr. v. 13. Oct. 1665., Ref. Punct. v. 28. Aug. 1697. §. 20., u. Ref. v. 7. April 1713. C.A. T. II. S. 563. 590. u. 608., M. v. 17. Mai 1726. §. 10. C.A. C. I. T. I. S. 528., Gen. v. 16. Juli 1755. §. 8 C.A. C. I. T. I. S. 1524., Lauf. F. u. H.Pat. v. 25. Juli 1767. L.C.W. T. III. S. 695. u. Cap. 2. §. 4. C. A.

C. I. T. III. S. 173. **3)** Das Harzen kann von dem Waldeigenthümer, oder wo es rechtsbeständig hergebracht und darum nicht abzustellen ist, nur an den zu Feuerholz zu benutzenden und binnen der nächsten 4—6 Jahre zu hauenden Bäumen Statt finden. M. v. 30. Juli 1813. §. 32. C.A. C.III. T.II. S. 167. u. L.C.W. T. VI. S. 28. **4)** S. Forstverbr..., Waldungen.

Hasard... S. Spiel...

Haselhühner. S. Wild.

Hasen. S. Wild, Jagd.

Haß, s. Feindschaft.

Hauen. S. Züchtigung, Forstverbrechen, Waldungen, Körperverletzung.

Haupt. S. Section, Körperverletzung.

Hauptamtscontroleur. S. Steuerbehörden, II., Verkümmerung.

Hauptamtsrendant. S. Steuerbehörden, II., Verkümmerung.

Hauptauswechslungscasse. S. Cassenbillets.

Hauptbesitzung, s. Hauptgut.

Hauptbuch. Das H. in den Volksschulen besteht aus den beiden Haupttabellen, dem allgemeinen Kinderverzeichnisse und der Classen- u. Censurtabelle und ist nach vorgeschriebenen Formularen zu führen. V. v. 9. Juni 1835. §§. 54. 57. 61. 62. 64. 101. 161. 166. G.S. v. 1835. S. 312. f.

Hauptcasse, 1) der Straf- u. Versorganstalten, s. Armencasse, I. 6. e. **2)** S. Finanzcollegium.

Hauptconvention. Den unter diesem Namen bekannten Staatsvertrag mit Preußen weist der Art.: Staatsverträge, XI. nach.

Hauptdepositencasse. S. Finanzministerium.

Haupteid. S. Eid.

Hauptforderung, s. Forderung, Capital.

Hauptgut. S. Abgaben, 9., Ablösung, A. 9., Dismembration, Landes-Immob., Pertinenzen, Stammgut.

Hauptklage, s. Klage.

Hauptstaatsarchiv. S. Archive, Gesamtministerium.

Hauptstaatscasse. S. Staatscasse, Cassen.

Hauptstamm, s. Capital.

Hauptsteuerämter. S. Steuerbehörden, Bier, Auspfändung, Täuschung, Zoll...

Haupturtel. S. Erkenntnisse.

Hauptverfahren. S. Verfahren, Gegenbeweis, Zeugen.

Hauptverhandlung. 1) Ist die Eröffnung der H. beschlossen worden (vergl. Art. 236. u. 241. unter: Anklageverfahren, Art. 248. unter: Nichtigkeitsbeschwerde C. 7. zu III. 1., und Art. 254. unter: Unmittelbare Vorl...), so hat der Vorstand des Bezirksgerichts aus den Mitgliedern desselben die Richter für die Aburtheilung und, wenn er nicht selbst den Vorsitz übernimmt, einen von ihnen zum Vorsitzenden bei der H. zu bestimmen. Str.Pr.O. v. 1855. Art. 259. (Vergl. noch Art. 65. 66. unter Unfähigkeit. Ferner den Art.: Beweismittel.) **2)** Der Vorsitzende bestimmt, nach vorheriger Vernehmung mit dem Staatsanwalte, den Tag für die H. Auf Sonn- u. Feiertage darf dieselbe nicht anberaumt werden. Art. 266. d. Str.P.O. (Vergl. jedoch Art. 312. Satz 3. unter: Vertagung.) **3)** Der Vorsitzende kann, nach vorheriger Vernehmung mit dem Staatsanwalte, verfügen, daß eine bereits angesetzte Strafsache in der anberaumten Sitzung überhaupt nicht, oder in Bezug auf einzelne Angeklagte nicht verhandelt werde, auch solchenfalls, da nöthig, die einstweilige Verwahrung des Angeklagten anordnen. Art. 266. cit. **4)** Diese Vorschrift soll auch in dem Falle gelten, wenn der Antrag gegen einen zeither nicht zur Untersuchung gezogenen Theilnehmer od. Begünstiger des Verbrechens oder der Verbrechen, zu deren Aburtheilung die H. anberaumt worden ist, gestellt wird und die gleichzeitige Aburtheilung derselben als angemessen erscheint. ib. **5)** Vergl. hier den Art.: Vorladung II. **6)** Der Vorsitzende kann den Angeklagten vor Eröffnung der H. befragen, ob er in Betreff seiner zeitherigen Aussagen noch etwas zu bemerken habe, sowie, nach Befinden, ihn über das Ver-

weisungserkenntniß belehren. Er kann zu diesem Behufe den Angeklagten auf einen besonderen Tag vorladen. Der Vorsitzende hat, eintretenden Falls, über diese Befragung ein Protokoll aufzunehmen oder durch einen Protokollführer aufnehmen zu lassen. Dem Staatsanwalte und dem Vertheidiger ist eine Abschrift zuzustellen. Str.Pr.O. Art. 268. **7)** S. ferner die Art.: Neue Thats., Vorladung II. A. 10., II. B., Vertagung. **8)** Wird behauptet, daß die Vorbereitung der H. an einer Nichtigkeit leide, so hat der durch sie Verletzte, dafern ihm der thatsächliche Grund derselben vor der Eröffnung der H. (Art. 275. unter: Hauptverhandlungs-Termin) bekannt wurde, spätestens bis zu der Vorlesung des Verweisungserkenntnisses (Art. 279. ib.) die Nichtigkeit, bei Verlust der darauf gegen das Endertkenntniß zu gründenden Nichtigkeitsbeschwerde, dem Vorsitzenden anzuzeigen. Str. Pr. O. Art. 272. (Vergl. Art. 89. unter: Rechtsmittel.) **9)** Beschwerden über Verfügungen u. Entscheidungen des Vorsitzenden oder des von diesem beauftragten Richters sind bei dem in der H. erkennenden Gerichte spätestens bis zu der Vorlesung des Verweisungserkenntnisses anzubringen. Ueber die Beschwerde selbst ist unverweilt von dem Gerichte, einschließlich des Vorsitzenden, zu entscheiden. Weitere Beschwerden gegen diese Entscheidung finden nicht Statt. Str.Pr.O. Art. 274. **10)** S. Rechtsmittel, D., Wiederaufnahme, Beschwerde, Untersuchungszust..., Abwesenheit, Widerruf, Untersuchungsproceß, Mündlichkeit, Geheime ..., Erkenntnisse, Anklageverfahren, Unmittelbare V..., Vorladung, Sicheres Geleit, Vertheid..., Privatanklage.

Hauptverhandlungs-Termin.

1) Die Hauptverhandlungen u. Verhandlungstermine können von dem Bezirksgerichte und dem Einzelrichter auch außer dem Sitze des Gerichts an anderen Orten des Bezirks abgehalten werden, wenn solches im Interesse der Untersuchung, zur Vermeidung größeren Kostenaufwandes, insbesondere bei einer großen Anzahl von daselbst wohnhaften und abzuhörenden Personen, oder sonst im öffentlichen Interesse wünschenswerth erscheint. V. v. 31. Juli 1856. §. 61. G.S. S. 169. — S. Staatsanw... 14. **2)** Nachdem zu der für die Verhandlung der Sache festgesetzten Zeit der Vertheidiger und der Staatsanwalt in dem Gerichtssaale sich eingefunden haben und dahin die etwaigen zur Beweisführung erforderlichen Gegenstände gebracht worden sind, verfügt sich auch das Gericht in den Gerichtssaal. — Der Vorsitzende erklärt mit kurzer Bezeichnung des Gegenstandes der Verhandlung die Sitzung für eröffnet und läßt den Angeklagten in die Sitzung einführen. — Derselbe erscheint ungefesselt. — Der Vorsitzende kann jedoch etwaige Sicherheitsmaßregeln und im Falle besonderer Gefährlichkeit des Angeklagten ausnahmsweise selbst die Fesselung desselben anordnen. Str.Pr.O. v. 1855. Art. 275. **3)** Die erschienenen Zeugen und Sachverständigen werden aufgerufen und hierauf angewiesen, in das Zeugenzimmer sich zu begeben. Die Zeugen dürfen vor ihrer Befragung sich nicht über ihr Zeugniß unter einander besprechen und nicht nach außen verkehren und sind demgemäß zu bedeuten. Der Vorsitzende ordnet erforderlichen Falls die zur Verhütung solcher Besprechungen nöthigen Maßregeln an und kann namentlich auch verfügen, daß einzelne Zeugen vor ihrer Abhörung von einander gesondert werden. Str.Pr.O. Art. 276. (Vergl. ib. Art. 323. unter: Ungehorsam.) Die Vorschriften der Str.Pr.O. Art. 184. (unter: Sachverständige), u. Art. 211. (unter: Zeugen) wegen Entschädigung der Zeugen und Sachverständigen leiden auch auf die Hauptverhandlung Anwendung. Ang. Art. 276. (Vergl. noch Art. 261. 265. unter: Beweismittel.) **4)** Der Vorsitzende hat das ganze Verfahren zu leiten, also a) den Angeklagten zu vernehmen, die Zeugen und Sachverständigen zu befragen und sowohl die Reihenfolge der vorzunehmenden Handlungen, als auch, in soweit nicht das Gesetz besondere Vorschriften enthält, die Ordnung zu bestimmen, in welcher diejenigen, die das Wort begehren, zu sprechen haben.

Str.Pr.O. Art. 277. b) Insonderheit hat er auch, wenn das Verweisungserkenntniß auf die Anschuldigung mehrerer Verbrechen gerichtet ist, zu bestimmen, ob die mehreren Anschuldigungen gleichzeitig oder in welcher Reihenfolge sie verhandelt werden sollen. ib. c) Nicht minder bestimmt er bei mehreren Angeklagten die Reihenfolge, in der sie vernommen werden. ib. d) Er ist verpflichtet, nach allen Kräften die Wahrheit, es sei zum Nachtheile od. zum Vortheile des Angeklagten, zu erforschen. Er kann zu diesem Zwecke auch von solchen Beweismitteln, die erst in der Hauptverhandlung sich ihm darbieten, Gebrauch machen. ib. e) Insbesondere kann er einzelne, nicht vorgeladene Personen, von denen nach dem Gange, welchen die Verhandlung genommen hat, noch Aufklärung zu erwarten ist, zur Befragung sogleich vorladen und nöthigenfalls vorführen lassen. ib. f) War der Abgehörte zwar früher schon befragt, jedoch nicht vereidet worden, so hat das Gericht nach erfolgter Befragung desselben, und nach vorgängigem Gehöre des Staatsanwalts und des Vertheidigers, zu ermessen, ob ein solcher Zeuge zu vereiden sei. Die Formel s. unter II. B. im Anhange der Str.Pr.O. Die Bestimmungen ib. in Art. 212. 213. (s. Zeugen) 224. Satz 2. 3. Art. 225. 226. Schlußs., u. Art. 227. (s. Zeugenvereidung) gelten jedoch hier ebenfalls. Ang.Art.277. g) Auch ist der Vorsitzende befugt, die Beibringung von Acten, Urkunden und sonstigen Beweisstücken anzuordnen, sobald diese ihm geeignet erscheinen, über eine erhebliche Thatsache Aufklärung zu geben. ib. h) Ferner kann er mit dem Gerichte Beaugenscheinigung vornehmen, sowie nach Befinden auch alle anderen, dem Untersuchungsrichter gestatteten Mittel zur Erforschung der Wahrheit anwenden, oder hierzu ein od. mehrere Mitglieder des Gerichts abordnen, welche sodann in der Sitzung Bericht zu erstatten haben. ib. i) Wird eine Besichtigung vorgenommen, so hängt es von dem Ermessen des Gerichts ab, ob es den staatsanwaltschaftlichen Beamten und den Privatankläger, sowie den Angeschuldigten beizuziehen will. ib. k) Der Vorsitzende kann die Leitung des Verfahrens auch einem der übrigen Richter übertragen, auf welchen sodann sämtliche Befugnisse und Verpflichtungen des Vorsitzenden übergehen. ib. (Vergl. noch Art. 66. Satz 3. unter: Unfähigkeit.) l) Der Vorsitzende ist berechtigt und verpflichtet, zu jeder Zeit während der Verhandlung von dem Angeklagten und den Zeugen die für nöthig erachteten Erklärungen über die vorkommenden Thatsachen zu verlangen. Str.Pr.O. Art. 286. m) Er kann einzelne Zeugen einander gegenüberstellen und abwechselnd Fragen an den einen u. den anderen richten. ib. n) Er kann auch von amtswegen sowie auf Antrag während einer einzelnen Befragung einen oder mehrere Zeugen, den Angeklagten, oder einen oder mehrere der Angeklagten aus dem Sitzungssaale entfernen lassen, hat aber, soviel die Angeklagten betrifft, die Verpflichtung, dieselben nach ihrer Wiedervorlassung kürzlich von Demjenigen zu unterrichten, was während ihrer Abwesenheit ausgesagt oder sonst verhandelt worden ist. Auch hat er solchenfalls dem Angeklagten noch die im Art. 284. Satz 5. (s. oben) vorgeschriebene Frage vorzulegen. ib. o) Der Vorsitzende legt, nach Befinden, dem Angeklagten, sowie den Zeugen diejenigen Gegenstände, welche auf das Verbrechen Bezug haben od. zur Ueberführung dienen können, behufs der Erklärung über dieselben vor. Str.Pr.O. Art. 288. p) S. noch unten no. 24. **5)** Anträge der Betheiligten. a) Wird ein Antrag auf Vornahme einer gerichtlichen Handlung gestellt, oder einer solchen widersprochen, so faßt hierauf zunächst der Vorsitzende Entschließung. Es kann jedoch derjenige, welcher durch die Entschließung sich verletzt glaubt, eine Entscheidung des Gerichts verlangen. Str.Pr.O. Art. 278. b) Der Vorsitzende nimmt an der Berathung und Entscheidung des Gerichts auch in diesen Fällen Theil. ib. c) Will sich der Antragende oder Widersprechende bei der Entscheidung des Gerichts nicht beruhigen, so kann er seine Einwendungen nur gegen das Endurkenntniß mit-

telst der gegen dieses zulässigen Rechtsmittel geltend machen. ib. **6)** Vortrag des Verweisungserkenntnisses. a) Der Vorsitzende, nachdem er den Angeklagten zur Aufmerksamkeit auf den Gang der Verhandlungen ermahnt und über seine persönlichen Verhältnisse, auch über etwaige frühere Bestrafungen vernommen hat, läßt zunächst das Verweisungserkenntniß nebst Entscheidungsgründen durch ein Mitglied des Gerichts oder den Gerichtsschreiber vollständig vorlesen. Art. 279. der Str.Pr.O. b) Die Unterlassung der Vorlesung soll jedoch eine Nichtigkeit des folgenden Verfahrens nicht begründen. ib. **7)** Hierauf vernimmt der Vorsitzende den Angeklagten über alle für die Urtheilsfällung erheblichen Umstände. Str.Pr.O. Art. 280. a) Leugnet der Angeklagte Thatsachen, deren er in der Voruntersuchung geständig gewesen ist, od. weichen sonst seine Aussagen von den in der Voruntersuchung erstatteten ab, so kann der Vorsitzende die einschlagenden Protokolle vorlesen oder vorlesen lassen und den Angeklagten zur Erklärung hierüber auffordern. ib. b) Verweigert der Angeklagte die Beantwortung einer ihm vorgelegten Frage, so ist er darauf aufmerksam zu machen, daß sein Schweigen von Nachtheil für die Vertheidigung sein könne, die Verhandlung ist jedoch auch bei fernerem Schweigen des Angeklagten fortzusetzen. ib. c) Treten die in Art. 164. 165. der Str.Pr.O. (unter Vernehmung) erwähnten Verhältnisse ein, so ist wegen Beiziehung eines Dollmetschers den daselbst und im Art. 166. Satz 1. (ib.) ertheilten Vorschriften nachzugehen. Der Aufnahme einer Niederschrift durch den Dollmetscher bedarf es nicht. Art. 281. der Str.Pr.O. (Vergl. noch Art. 311. ib. unter: Sitzungsprotokoll.) d) Der Angeklagte kann auch neben dem vom Gerichte bestellten Dollmetscher eines von ihm gewählten Dollmetschers sich bedienen. Er kann sowohl durch diesen als durch den vom Gerichte bestellten sich während der Verhandlung Auskunft über den Gang derselben geben lassen. ib. e) Die Kosten des von dem Angeklagten beigezogenen Dollmetscher's trägt der Angeklagte. Wird jedoch derselbe losgesprochen und es hat die Beiziehung des Dollmetschers vorzugsweise hierzu beigetragen, so leidet in Betreff dieser Kosten die Bestimmung des Art. 41. Satz 3. (s. Vertheidigung) gleichfalls Anwendung. ib. **8)** Der Vorsitzende läßt sodann die erschienenen Zeugen und zwar einzeln und in der von ihm zu bestimmenden Reihenfolge vorrufen. In Betreff des Verletzten kann das Gericht anordnen, daß derselbe der Verhandlung vom Anfange an, oder doch ehe die Reihe der Abhörung ihn trifft, beiwohne. Str.Pr.O. Art. 282. (Vergl. noch den unten citirten Art.: 337. Schlußs.) a) Vor der Abgabe ihrer Aussage sind die Zeugen von dem Vorsitzenden an die Pflicht, die Wahrheit zu sagen, zu erinnern, und, sofern ihrer Beeidung kein gesetzliches Hinderniß im Wege steht (vergl. Art. 225. unter: Zeugenbeeidung), oder sie nicht bereits früher beeidet und daher nur auf den geleisteten Eid zu verweisen sind, nach der im Anhange der Str.Pr.O. unter: II. A. enthaltenen Formel und nach vorgängiger Verwarnung vor Begehung eines Meineides zu beeiden. ib. b) Das Gericht kann jedoch die Beeidung auch bis nach erstatteter Aussage des Zeugen und selbst bis zum Schlusse der Verhandlung aussetzen, in welchem Falle die Formel II. B. im Anhange d. Str.Pr.O. anzuwenden ist. ib. c) Uebrigens leiden die Vorschriften des Art. 224. Satz 2. 3., des Art. 226. Satz 2. 3. und des Art. 227. der Str.Pr.O. (unter: Zeugenbeeidung) hier gleichfalls Anwendung. Ang. Art. 282. d) Das Befugniß der im Art. 213. (unter: Zeugen) genannten Personen, das Zeugniß zu verweigern, wird dadurch, daß sie von demselben in der Voruntersuchung keinen Gebrauch gemacht und sich in der Hauptverhandlung eingefunden haben, nicht aufgehoben. ib. (Vergl. noch unten Art. 289.) e) Der Vorsitzende hat den Angeklagten und den Staatsanwalt, beziehendlich den Privatankläger vor der Beeidung des Zeugen zu fragen, ob sie etwa Einwendungen gegen dieselbe vorzubringen haben. Art. 283. der Str.Pr.O. f) Die Entschei-

bung, daß der Zeuge nicht zu vereiden sei, schließt an sich dessen Befragung nicht aus. ib. g) Einwendungen gegen die Eidesfähigkeit eines Zeugen, welche vor der Vereidung desselben angebracht, vom Gerichte aber nicht berücksichtigt worden sind, können gegen das Enderkenntniß mittelst der Nichtigkeitsbeschwerde geltend gemacht werden. ib. h) Hatte der Betheiligte die betreffenden Thatsachen erst bei oder nach der Vereidung, jedoch noch vor Verkündigung des Erkenntnisses erfahren, so hat er dieselben noch vor der letzteren bei dem Gerichte geltend zu machen, widrigenfalls er auf sie eine Nichtigkeitsbeschwerde gegen das Erkenntniß nicht stützen kann. ib. i) In Betreff der Abhörung der Zeugen, sowie in Betreff der Zuziehung eines Dollmetschers bei dieser Abhörung ist den Vorschriften des Art. 219. (unter: Zeugenabhörung) und der Art. 164. 165. 166. Satz 1. (unter: Vernehmung) nachzugehen. Der Aufnahme einer Niederschrift durch den Dollmetscher bedarf es nicht. Str.Pr.O. Art. 284. k) Jeder Zeuge wird in Abwesenheit der später abzuhörenden Zeugen befragt, vorbehältlich der Bestimmungen der (weiter unten citirten) Art. 285. Satz 3., Art. 286. der Str.Pr.O. u. Art. 182. Satz 1. (oben 8.), und des Art. 337. Satz 3. (unten a. E.) Ang. Art. 284. l) Der Vorsitzende hat den Zeugen, eintretenden Falls, darauf aufmerksam zu machen, daß seine Aussagen von den früher von ihm erstatteten abweichen oder der früheren Vollständigkeit entbehren, und hierüber seine Erklärung zu erfordern. Er kann solchen Falls dem Zeugen die frühere Aussage unter Vorlesung derselben vorhalten. ib. m) Nach beendigter Aussage und nach gegenseitiger Anerkennung der Person des Zeugen u. des Angeklagten, dafern solche der Vorsitzende für nöthig hält, hat dieser an den Angeklagten die Frage zu richten, ob er auf dasjenige, was so eben ausgesagt worden, etwas zu erklären habe. ib. n) Nach Erledigung etwaiger Bemerkungen des Angeklagten hat der Vorsitzende an den Zeugen die Frage zu richten, ob er noch etwas seiner Aussage zuzufügen habe, oder ob er bei ihr allenthalben stehen bleibe. ib. o) Sollte ein Zeuge die Erstattung seiner Aussage oder die Ableistung des Eides ohne ausreichenden Grund verweigern, so kann das Gericht denselben in eine Gefängnißstrafe bis zu 6 Wochen und, wenn in Folge der Verweigerung die Vertagung der Sache nöthig werden sollte, in die dadurch verursachten Kosten verurtheilen. ib. p) Erklärt der Zeuge später, jedoch noch vor dem Schlusse der Verhandlung, sich zur Erstattung der Aussage bereit, so hat das Gericht die Verurtheilung zur Gefängnißstrafe wieder aufzuheben und auch die Verurtheilung in die Kosten, soweit deren nicht bereits durch die Weigerung entstanden sind, wieder in Wegfall zu bringen. ib. q) Die Vorschriften des Art. 324. Satz 1. u. Art. 325. (s. Ungehorsam) leiden hier gleichfalls Anwendung. Ang. Art. 284. r) Jeder Zeuge bleibt, nachdem er sein Zeugniß abgelegt hat, in dem Sitzungssaale, sofern nicht der Vorsitzende in Gemäßheit des Art. 286. (oben bei 4. unter l. f.) ein Anderes anordnet oder den Zeugen auf dessen Begehren mit Zustimmung des Staatsanwalts und des Angeklagten entläßt. Str.Pr.O. Art. 285. s) Während der Verhandlung ist aller Verkehr zwischen dem Angeklagten und den Zeugen, sowie der Zeugen unter sich untersagt. ib. t) Die einzelnen Zeugen dürfen weder einander über ihre Aussagen zur Rede stellen, noch sich gegenseitig Fragen vorlegen, können jedoch bei dem Vorsitzenden ihre oder eines anderen Zeugen oder des Angeklagten nochmalige Befragung beantragen, wenn sie im Laufe der Verhandlung ihre oder eines anderen Zeugen oder des Angeklagten Aussagen ergänzen oder berichtigen wollen. ib. **9)** Außer dem Vorsitzenden können auch die Richter, einschließlich der Ergänzungsrichter (vergl. Art. 16. unter: Erkenntnisse), sowie durch den Vorsitzenden die Staatsanwaltschaft, der Angeklagte und neben demselben noch der Vertheidiger Fragen an die Zeugen und beziehendlich an den Angeklagten stellen. Der Vorsitzende kann Fragen des

Staatsanwalts, des Vertheidigers und des Angeklagten, welche er für unangemessen erachtet, zurückweisen. Str.Pr.O. Art. 287. (Vergl. oben bei 5. Art. 278.) **10)** Ist die Abhörung eines vor der Hauptverhandlung bereits befragten und zu derselben vorgeladenen Zeugen wegen Abwesenheit oder aus einem anderen Grunde nicht zu bewirken und ist auch eine Vertagung (s. d.) nicht beschlossen worden, oder gehört der Zeuge zu den in Art. 212. 213. (unter: Zeugen) genannten Personen und hat er entweder der Vorladung keine Folge geleistet oder, wenngleich erschienen, das Zeugniß verweigert, so sollen auf Antrag des Staatsanwalts oder des Angeklagten oder von amtswegen die Aussagen desselben über die betreffenden Thatsachen mit dem Bemerken: ob die Aussage bereits eidlich bestärkt worden ist oder nicht, aus den Untersuchungsacten vorgelesen werden. Art. 289. b. Str.Pr.O. (Vergl. noch Art. 271. Satz 2. unt.: Vertagung, u. Art. 278. oben bei 5.) **11)** In gleicher Maße ist, eintretenden Falls, mit den Aussagen eines Mitschuldigen sowie mit den Aussagen verstorbener und solcher Zeugen, welche wegen ihres Aufenthalts im Auslande oder wegen sonstiger Abwesenheit nicht vorgeladen worden sind, zu verfahren, soweit diese Aussagen für die Beurtheilung der Sache von Einfluß sein können. Ang. Art. 289. und vergl. Art. 267. Satz 2. unter: Vorladung. **12)** Sachverständige. Von diesen gilt, was in den oben cit. Art. 282. Satz 1. Art. 283. bis mit 289. bezüglich der Zeugen vorgeschrieben ist. Nicht minder leiden die Vorschriften des Art. 175. Satz 2. 3. (s. Sachverständige), sowie des Art. 179. Satz 2. 4. (ib.) hier Anwendung. Str.Pr.O. Art. 290. a) Es können jedoch, nach dem Ermessen des Vorsitzenden, die Sachverständigen bereits früher, als die Reihe der Abhörung sie trifft, und selbst schon bei Beginn der Verhandlung in die Sitzung zugelassen, auch mehrere Sachverständige gemeinschaftlich abgehört werden. ib. b) Nicht minder kann der Vorsitzende bei mehreren Sachverständigen verfügen, daß dieselben behufs der gemeinschaftlichen Berathung über eine ihnen vorgelegte Frage in ein besonderes Zimmer sich zurückziehen und sodann das Ergebniß ihrer Berathung in der Sitzung selbst vortragen. ib. c) Die Vereidung der Sachverständigen und Dollmetscher erfolgt, dafern sie nicht bereits vereidet sind, nach den Formeln im Anhange der Str.Pr.O. III. IV. V. VI. ib. **13)** Verzicht auf Beweismittel. a) Der Staatsanwalt und der Angeklagte können im Laufe der Verhandlung Beweismittel fallen lassen, wenn der Gegner und das Gericht damit einverstanden sind. Art. 291. b. Str.-Pr.O. b) Ebenso kann das Gericht mit Zustimmung des Staatsanwalts und des Angeklagten die Beweisaufnahme, auch ohne daß es der Abhörung sämtlicher oder selbst einiger Zeugen und des Gebrauchs der übrigen Beweismittel bedarf, schließen, wenn die bis dahin erlangten Ergebnisse die vollständige Ueberzeugung der Richter von der Schuld oder Unschuld des Angeklagten begründen und mit Sicherheit anzunehmen ist, daß die noch übrigen Zeugen und Beweismittel dieselbe abzuändern jedenfalls nicht geeignet seien. ib. c) Ist in der Hauptverhandlung ein umfassendes und unbedingtes Geständniß des Angeklagten erfolgt, so bedarf es der Zustimmung desselben zum Schlusse der Beweisaufnahme nicht. ib. **14)** Vorlesung von Urkunden &c. a) Außer den in Art. 228. Schlußsatz (s. Zeugen), Art. 271. Satz 2. (s. Vertagung), oben Art. 284. Satz 3. und Art. 289. bezeichneten Fällen dürfen die früheren Aussagen eines Zeugen nur mit ausdrücklicher Einwilligung des oder der Angeklagten, auf welche die Zeugenaussagen sich beziehen, vorgelesen werden. Str.Pr.O. Art. 292. b) Die Vorlesung von Urkunden, welche für die Untersuchung von Bedeutung sind, insonderheit von Leumundszeugnissen, Besichtigungsprotokollen, den über den Thatbestand aufgenommenen Protokollen und von Gutachten der vor der Hauptverhandlung befragten Sachverständigen, hängt von dem Ermessen des Gerichts ab. ib. c) Schriftliche Gutachten von anderen Sachver-

ständigen dürfen nur mit Genehmigung des Staatsanwalts und des Angeklagten vorgelesen werden. ib. **15)** Die erfolgte Vorlesung einer Zeugenaussage ist mit Angabe des Grundes im Protokolle zu erwähnen. Nach erfolgter Vorlesung ist der Angeklagte zu befragen, ob er auf die vorgelesene Aussage etwas zu bemerken habe. Str.Pr.O. Art. 293. **16)** Alle zur Vertheidigung gegen die Anschuldigung dienenden Thatsachen können von dem Angeklagten geltend gemacht und müssen selbst von amtswegen berücksichtigt werden, ohne daß ein in der Voruntersuchung oder in dem Anklageverfahren ergangener Beschluß entgegensteht. Art. 294. ib. **17)** Der Angeklagte kann sich während der Verhandlung mit seinem Vertheidiger vernehmen, jedoch darf die Fortstellung des Verfahrens, namentlich die einmal begonnene Vernehmung des Angeklagten dadurch nicht unterbrochen oder gestört werden. Eine Vernehmung mit dem Vertheidiger wegen Beantwortung einer dem Angeklagten vorgelegten Frage und eine Belehrung des letzteren hierüber von Seiten des Vertheidigers ist unzulässig. Art. 295. ib. **18)** Schlußvorträge. a) Nach Beendigung der Beweisaufnahme hat der Staatsanwalt auf die Ergebnisse der Untersuchung, welche er zur Unterstützung der Anklage für geeignet hält, aufmerksam zu machen und, dafern er die Verurtheilung des Angeklagten für gerechtfertigt erachtet, auf Anwendung des von ihm anzugebenden Strafgesetzes anzutragen. Er kann hierbei von dem ihm im Art. 229. Satz 2. (bei Anklageverfahren) beigelegten Befugnisse gleichfalls Gebrauch machen. Str.Pr.O. Art. 296. b) Der Vertheidiger kann hierauf die zur Widerlegung der Anklage sowohl als des gestellten Strafantrags dienlich erscheinenden Ergebnisse der Verhandlung und die dem Angeklagten zu Statten kommenden Rechtsgründe vortragen. ib. c) Will der Staatsanwalt hierauf nochmals das Wort nehmen, so ist ihm dieß zu gestatten. Jedoch gebührt dem Angeklagten und seinem Vertheidiger jedenfalls das Recht der letzten Aeußerung. ib. d) Demnächst erklärt der Vorsitzende, nachdem er zuvor die Frage an den Angeklagten gestellt hat, ob er noch irgend eine Bemerkung zu machen habe, die Verhandlung für geschlossen. Die Mitglieder des Gerichts ziehen sich hierauf zur Berathung des Erkenntnisses in das Berathungszimmer zurück. Den Bestimmungen des Art. 233. Satz 3. 4. (unter: Anklageverfahren) ist auch hier nachzugehen. Ang. Art. 296. **19)** Das Gericht ist an die rechtliche Beurtheilung der dem Angeklagten beigemessenen strafbaren Handlung, von welcher das Verweisungserkenntniß oder die demselben etwa zu Grunde liegende Entscheidung des Oberappellationsgerichts oder die Staatsanwaltschaft bei ihren Anträgen ausgegangen ist, ebenso wenig, als an die Anträge der letzteren in Bezug auf die Art und Höhe der Strafe gebunden. Str.Pr.O. Art. 297. — Doch s. Art. 353. unt.: Nichtigkeitsbeschwerde. **20)** Werden in der Hauptverhandlung neue, in dem Verweisungserkenntnisse nicht angeführte Umstände ermittelt, durch welche die dem Angeklagten beigemessene strafbare That eine andere strafrechtliche Natur erhält, als in dem Erkenntnisse angenommen worden, insbesondere durch welche das Verbrechen zu einem ausgezeichneten derselben Art erhoben oder die Anwendung eines höheren gesetzlichen Strafsatzes bei demselben bedingt wird, so hat das Bezirksgericht a) über das Verbrechen in dieser Beschaffenheit abzuurtheilen, und b) bei Vermeidung der Nichtigkeit, den Staatsanwalt und den Angeklagten, und zwar jedenfalls vor der Urtheilsfällung, aufzufordern, dasjenige, was sie etwa bezüglich dieser neuen Umstände anzutragen gemeint sind, vor dem Schlusse der Verhandlung anzubringen und ihre Schlußvorträge auf dieselben mit zu richten, c) es sei denn, daß es wegen der neu hervorgetretenen Umstände die Zurückweisung der Sache in die Voruntersuchung für angemessen erachtet. Art. 298. b. Str.Pr.O. **21)** Jedenfalls hat das Gericht, es möge nun die Abweichung vom Verweisungserkenntnisse sich auf neue That=

sachen stützen oder nicht, der sofortigen Aburtheilung sich zu unterziehen, a) wenn der des vollendeten Verbrechens Angeklagte nur des Versuchs, oder ein des höheren Grades der Theilnahme Angeklagter nur eines geringeren Grades derselben oder der Begünstigung oder der unterlassenen Anzeige (Art. 50. bis mit 71. d. Str.Gb.), oder ein des vorsätzlichen Verbrechens Angeklagter nur der Verübung aus Unbedachtsamkeit schuldig befunden werden sollte, oder b) wenn statt eines schwereren, auf Bereicherung an fremdem Eigenthume gerichteten Verbrechens Partiererei oder widerrechtliche Benutzung einer fremden Sache, statt Meineides leichtsinniger Falscheid, statt böslichen Bankrotts leichtsinniger Bankrott oder eines der in Art. 309. 310. des Str.Gb. gedachten Verbrechen sich ergiebt, oder c) wenn einzelne Thatsachen oder Erschwerungsgründe, welche in dem Verweisungserkenntnisse hervorgehoben worden sind, nicht bewiesen werden und in dessen Folge die angeschuldigte That als ein geringeres oder nur als ein einfaches oder von dem erschwerenden Umstande nicht begleitetes Verbrechen derselben Art sich darstellt. Str.Pr.O. Art. 299. **22)** Erachtet das Bezirksgericht bei der Aburtheilung die Berücksichtigung von Umständen für angemessen, welche bereits Gegenstand der Voruntersuchung gewesen und bei der Hauptverhandlung bewiesen worden sind, auf welche jedoch die Entscheidung über die Verweisung nicht gestützt worden war, so sind die Vorschriften der oben cit. Art. 298. 299. d. Str.Pr.O. gleichfalls zur Anwendung zu bringen. Art. 300. ib. **23)** Das Gericht kann ausnahmsweise nach dem Schlusse der Verhandlung und vor der Urtheilsfällung die Verhandlung wegen einzelner Theile des Beweises wieder aufnehmen. In diesem Falle ist übrigens den Vorschriften des oben cit. Art. 296. anderweit nachzugehen. Art. 301. ib. **24)** Den im Falle einer Vertagung nach Art. 313. 330. u. 331. d. Str.Pr.O. (unter: Vertagung) u. Art. 317. (unter: Ungehorsam) außerhalb der Hauptverhandlung vorzunehmenden Erhebungen darf der Gerichtsvorsitzende selbst sich nicht unterziehen, wogegen die auf die Gestellung der Zeugen und Sachverständigen oder auf die Gestellung oder die Haftentlassung des Angeklagten bezüglichen Maßregeln von ihm nach Maßgabe der im Art. 273. d. Str.Pr.O. (unter: Vorladung) ertheilten Vorschriften zu treffen sind. Art. 335. d. Str.Pr.O. **25)** Wird in der öffentlichen Sitzung während der Verhandlung einer Strafsache ein von amtswegen zu untersuchendes Verbrechen begangen und der Thäter auf frischer That betroffen, a) so soll entweder mit Unterbrechung der Hauptverhandlung oder am Schlusse derselben sogleich die Verhandlung und Aburtheilung in der Maße Statt finden, daß nach Erhebung des Thatbestandes der Thäter verhört, auch sonst der Beweis aufgenommen und nach Anhörung des Staatsanwalts und des von dem Angeschuldigten bestellten oder nach der Schwere der That (Art. 38. d. Str.-Pr.O. s. Vertheidigung) von amtswegen zugeordneten Vertheidigers das Urtheil über Schuld und Strafe vom Gerichte sofort gesprochen wird. Art. 336. d. Str.Pr.O. b) Gegen das Erkenntniß finden dieselben Rechtsmittel, wie gegen die Enderkenntnisse des Bezirksgerichts Statt. ib. c) Sollte die sofortige Verhandlung und Aburtheilung besonderen Schwierigkeiten unterliegen, oder die That mit Zuchthaus- oder Todesstrafe bedroht sein, so hat das Gericht die Sache zum regelmäßigen Verfahren zu verweisen, auch, nach Befinden, die einstweilige Verwahrung des Angeschuldigten zu verfügen. ib. d) Ueber die ganze Verhandlung, welche vorbehältlich der Bestimmungen der Str.Pr.O. Art. 6. 7. (s. Geheime S.) öffentlich zu geschehen hat, ist ein genaues Protokoll aufzunehmen und hierüber der Vorschrift des Art. 311. (unt.: Sitzungsprotokoll) nachzugehen. Ang. Art. 336. **26)** Die Vorschriften der Art. 275—337. der Str.Pr.O. (unter: Hauptverhandlungs-Termin, Erkenntnisse, Sitzungsprotokoll, Vertagung, Un-

gehorsam, Krankheit, Störung, Vertheidiger u. Abwesenheit) sind auch in dem Falle anzuwenden, wenn neben dem vor das Bezirksgericht gehörigen Verbrechen ein an sich zur Zuständigkeit des Einzelrichters gehöriges Vergehen an das Bezirksgericht mit verwiesen worden ist. Art. 337. d. Str.Pr.O. **27)** Ist ein Privatankläger aufgetreten, a) so leiden die in Betreff der Staatsanwaltschaft ertheilten Vorschriften, soweit das von dem Privatankläger verfolgte Vergehen in Frage kommt, auch auf den letzteren Anwendung. b) Es bedarf jedoch einer besonderen Ausführung des Strafantrags nach geschlossener Beweisaufnahme (oben Art. 296.) nicht. c) Auch kann, wenn der Privatankläger bei der Hauptverhandlung nicht erscheint, dessenungeachtet bezüglich des von ihm verfolgten Verbrechens mit der Verhandlung und Aburtheilung, sowie in den Fällen der Vertagung mit der Beweisaufnahme verfahren werden. d) Der Privatankläger ist, selbst wenn er zugleich als Zeuge vorgeladen worden ist, der Verhandlung vom Anfange an beizuwohnen befugt. Art. 337. d. Str.Pr.O. **28)** S. auch: Anschluß, Wiederaufnahme, Vollstreckung, Beschwerde, Untersuchungs-Zust..., Unfähigkeit, Bezirksgerichte, Rechtsmittel, Nichtigkeitsbeschw..., Gerichtspolizei, Staatsanwaltschaft, Gerichtssitzung, Geheime..., Zeugen..., Unmittelbare V..., Vernehmung, Confrontation, Privatanklage.

Hauptzeughaus. S. Militairgerichts...

Hauptzollämter. S. Steuerbehörden.

Haus, s. Wohngebäude, Familie, Aufwand, König, Dachung.

Hausandacht. S. Armenversorgung, Zusammenkünfte.

Hausapotheke. S. Arzneiwaaren, Thierheilkunde.

Hausarbeit, s. Apotheken, Bergbeamte, Currenden, Sonntags-F., Küster, Lehrlinge.

Hausarme. S. Betteln.

Hausarrest. S. Brandstiftung, Militairpersonen, Staatsdienst, 14., Untersuchungshaft.

Hausarzt. S. Section, Todenschau, Landes-Versorgungs- und Heilanstalten.

Hausbacken. S. Brod, Getreide.

Hausbau. S. Halden, Concession.

Hausbeamte. S. Dienstpflicht, Dienstboten.

Hausbesitzer. 1) Kein H. od. Miethmann darf einen Fremden ohne besondere obrigkeitliche Erlaubniß einnehmen. Alle Polizeiofficianten und dergleichen Personen haben Contraventionen anzuzeigen, indem sie auf die in jedem Districte wohnenden fremden, oder einer besondern Logisconcession bedürfenden Personen Acht haben sollen. Regul. v. 26. Febr. 1793. §. 8. 9. C.A. C.II. T.I. S. 1051. u. L.C.W. T.IV. S. 101. **2)** S. Verjährung, Bier, Erbschaft, Forst..., Brandst...

Hausboden, s. Boden.

Hauscommunion. S. Abendmahl.

Hausexpedition. S. Wechselproceß, Wechselverfahren.

Hausfideicommiß. S. Staatsgut, König.

Hausfrieden. 1) Wer in eines Anderen Wohnung, Geschäftslocal oder dazu gehörigen geschlossenen Bezirk widerrechtlich eindringt, oder ohne gesetzliche Befugniß und wider den erklärten Willen des Besitzers oder seiner Stellvertreter daselbst verweilt, soll wegen Störung des H.s auf Antrag bestraft werden: a) mit Gefängniß bis zu 6 Wochen oder um Geld bis zu 150 Thalern, wenn weder an Personen, noch an Sachen Gewalt begangen wurde; b) mit Gefängniß von 3 Wochen bis zu 1 Jahre oder Arbeitshaus bis zu 3 Jahren, dafern das Eindringen mit Waffen geschehen, oder Gewalt an Personen oder Sachen verübt wurde. Str.-Gb. Art. 151. **2)** Aeltr. Recht: M. v. 15. April 1706. C.A. T.I. S. 1731. u. L.C.W. T.I. S. 203., v. 2. Juli 1712. ib. S. 224. u. C.A. T.I. S. 1785., Art. 119. d. Cr.Gb. v. 1838. G.S. S. 142. **3)** S. Ruhestörungen, Ausländer, Gerichtsbarkeit, Polizei, Untersuchungszuständigkeit.

Hausgeld (ein jährliches vertragsmäßiges Wohnungsäquivalent für die Wittwe

bis zur anderweiten Verheirathung). S. Erbfolge, 72.

Hausgenossen. **1)** In Amts-Städten und Dörfern sollte ehemals in Einem Hause nicht mehr als Ein Hausgenosse aufgenommen werden, um der Bettelei und dem Diebstahle vorzubeugen, Res. gr. v. 12. März 1603. §. 6. C.A. T.I. S. 165., nach der Res. gr. v. 23. April 1612. Rentſ. §. 25. ib. S. 190. höchstens 1 Paar oder 2 einzelne H. **2)** Pfarrer und Küster sollen keine H. einnehmen. Gen.Art. 32. u. 38.C.A.T.I. S.700.u.707. Eine Ausnahme findet Statt, wenn der Pfarrer auf seinem Filiale noch eine besondere Wohnung hat; doch darf der, welcher solche miethet oder pachtet, keine anderen H. einnehmen. Ang. Gen.Art. 32. **3)** H. sollen den Pfarrern, anstatt des Decem und Brodes, Geld und den Häuselgroschen geben. Gen.Art. 24., Syn.Decr. v. 1624. §. Ebenmäßige 2c., Rev. Syn.Decr. v. 1673. §. 65. C.A. T.I. S. 696. 794. 835. **4)** Die H. u. Häusler dürfen zwar Vieh halten, jedoch nur, wenn sie im Stande sind, das Futter ehrlicher Weise an sich zu bringen. Res. gr. v. 23. April 1612. Justizſ. §. 31. u. Rentſ. §. 26. C.A. T.I. S. 183. 190., Res. gr. v. 22. Juni 1661. Justizſ. §. 97. ib. S. 243., Lauſ. M. v. 2. Aug. 1728. §. 9. L.C.W. T. II. S. 583., Lauſ. F.- u. H.O. v. 25. Juli 1767. Cap. III. §. 20. L.C.W. T. III. S. 706. **5)** H. haben den Tod solcher Personen, die Unmündige hinterlassen, der Obrigkeit anzuzeigen. V.O. Cap. II. §. 1. S. 11. **6)** Auszügler sind als H. anzusehen, Gen. v. 27. Juni 1709. C.A. T. I. S. 1755., und haben auch das H.geld zu entrichten. Bef. v. 12. Juli 1681. C.A. T. II. S. 27. Letzteres sollen alle Unansässige geben, die nicht dienen, Gen.Bef. v. 1. Mai 1609. ib. S. 1363., mit Ausnahme der Bergleute, Reſcr. v. 7. Jan. 1764. C.A. C.I. T.I. S. 1434. **7)** Befreit von den Hausgenossendiensten waren auch die verabschiedeten Soldaten. G. v. 26. Oct. 1834. §. 95. G.S. S. 270., M. v. 25. Mai 1782. §. 2. C.A. C. II. T. I. S. 1251., v. 21. April 1792. §. 50. ib. S. 1369. u. L.C.W. T. III. S. 848., T. IV. S. 555.; u. die Postbedienten, Regul. v. 10. Juli 1783. § 5. C.A. C. II. T. II. S. 554. u. L.C.W. T. IV. S. 483. **8)** H. sind zu Landgemeindeämtern wählbar, L.-Gem.O. v. 1838. §. 31. G.S. S. 437., es können aber in den Gemeinderath nie mehr unansässige Ausschußpersonen gewählt werden, als der 4te Theil sämmtlicher Ausschußpersonen beträgt. §. 42. ib. S. 440. **9)** Gemeindehanddienste werden von den H. verrichtet. ib. §. 64. unter 5. S. 447. **10)** Ueber die Rechte und Verpflichtungen der H. nach der älteren Lauſ. Verfassung vergl. die L.O. v. 20. Nov. 1551. C.A. T. III. S. 95., v. 6. Mai 1597. Zum Dritten. ib. S. 122. u. L.C.W. T. I. S. 383., Confirm. der stand. Bedenken v. 4. Juli 1651. Art. 2. ib. S. 615. u. C.A. T. III. S. 213., Geſ.-O. v. 30. April 1689. §. I. ib. S. 302. u. L.C.W. T. I. S. 648. 688., L.O. v. 2. Dec. 1651. Tit. IV. §. 9. ib. S. 457. **11)** S. Ablösung, Bauergüter, Forstverbrechen, Gemeindeleistungen, Gemeinheitstheilung, Schutzverwandte, Heimaths..., Unterthanen..., Landgemeinden, Hausbesitzer, Armee, Verlassenschaft.

Hausgenossenzins. S. Auszug, Ablösung, Hausgenossen.

Hausgeräth, ſ. Hausrath.

Hausgesetz. **1)** Die Familienrechte des Königlichen Hauses ordnet das H. v. 30. Dec. 1837. G.S. v. 1838. S. 60. **2)** S. Strafproceß-O., Apanagen, König.

Hausgesinde. S. Gesinde.

Hauhälter. S. Gesinde.

Haushaltplan. **1)** Für jedes Rechnungsjahr wird von dem Stadtrathe unter Zuziehung der dazu niedergesetzten Deputation der städtische H. entworfen, und sodann samt den Unterlagen den Stadtverordneten zur Genehmigung mitgetheilt. §. 220. der A.St.O. G.S. v. 1832. S. 72. Er ist auch auf die Bestimmung und Aufbringung des Geldbedürfnisses mit gerichtet. §. 221. ib. Werden außerordentliche Gemeindeanlagen oder Abänderungen des H. nach dessen Regulirung nöthig, so findet ein dem vorbemerkten ähnliches Verfahren Statt. §. 222. ib. **2)** S.

Gemeindehaushalt, Anzeigen, Stadtvermögen, Stadtrath, Stadtverordnete.

Haushaltung. S. Concurs, Väter.

Hausindustrie. S. Arbeiter, Dorfhandel.

Hausiren. **I.** Das H. und Herumtragen von fremden u. inländischen Waaren ist im Allgemeinen verboten, M. v. 13. Dec. 1671. u. O.A.Pat. v. 2. Jan. 1672. C.A. T. III. S. 257. samt O.A.Pat. v. 18. Sept. 1708. ib. S. 333. u. L.C.W. T. II. S. 466. f., O.A.Pat. v. 14. Febr. 1719. ib. S. 478. u. C.A. T. III. S. 484., M. v. 10. Juli 1719. C.A. T. I. S. 1897., Erl. v. 4. Juli 1720. ib. S. 1925. u. L.C.W. T. II. S. 485., Rescr. v. 30. Dec. 1748. u. O.A.-Pat. v. 3. Febr. 1749. C.A. C. I. T. III. S. 138. u. L.C.W. T. II. S. 527., M. v. 15. Sept. 1750. C.A. C. I. T. I. S. 769. u. L.C.W. T. II. S. 530., Erl. v. 10. Juni 1751. C.A. C. I. T. I. S. 777., Gen. v. 2. Jan. 1754. ib. S. 803. u. L.C.W. T. III. S. 112., Bef. v. 27. April u. 7. Mai 1765. (daß den Ausländern ohne Unterschied das H. nicht zu gestatten sei,) C.A. C. I. T. II. S. 1055. L.C.W. T. III. S. 591. u. C.A. C. I. T. III. S. 164. 390., Bef. v. 17. Juli 1765. C.A. C. I. T. II. S. 1055., Rescr. v. 18. Oct. 1798. C.A. C. II. T. I. S. 1123., v. 30. Juli 1805. C.A. C. III. T. I. S. 444. Die Dorfgerichtspersonen sollen auf das verbotene H. Obsicht führen, Rescr. v. 8. Juni 1796. C.A. C. II. T. I. S. 1095., Rescr. v. 12. Juli 1797. ib. S. 1107. Insbesondere ist das H. verboten: **1)** den ausländischen Buttenträgern u. Tabuletkrämern, sowie Juden, selbst zu Meß- u. Jahrmarktszeiten, mit Ausnahme der ersten 8 Tage der Leipziger Messen, wo das H. mit unverbotenen Waaren gestattet ist, Bef. v. 27. April u. 7. Mai 1765. a. a. O., Gen. v. 25. Mai 1765. C.A. C. I. T. I. S. 899., Bef. v. 17. Juli 1765. a. a. O., v. 29. Juli 1765. C.A. C. I. T. I. S. 901., und vergl. ferner den Bef. v. 13. Sept. 1765. C.A. C. I. T. I. S. 904., Gen. v. 10. Juli 1783. C.A. C. II. T. II. S. 619. 1275., Gen. v. 15. Dec. 1784. ib. S. 1283., v. 9. Aug. 1786. ib. S. 1291., v. 26. Dec. 1808. C.A. C. III. T. II. S. 617., O.A.Pat. v. 3. Jan. 1809. L.C.W. T. V. S. 570.; **2)** verboten ist ferner das H. der sogenannten Reffträger und Anderer mit ausländischen Glaswaaren, V. v. 2. Juni 1747. C.A. C. I. T. I. S. 687., O.A.Pat. v. 5. Sept. 1772. C.A. C. II. T. III. S. 51. u. L.C.W. T. III. S. 614., Gen.V. v. 28. Aug. 1792. C.A. C. II. T. I. S. 671.; **3)** mit fremden Tüchern, M. v. 31. Jan. 1626. C.A. T. I. S. 1506.; mit Zwillicht, Leinewand und baumwollenen Waaren, außer soweit es Messenszeit nachgelassen, V. v. 16. April 1764. C.A. C. I. T. I. S. 877.; mit leinenen Waaren, Bef. v. 3. Juni 1765. C.A. C. I. T. I. S. 899., v. 26. Aug. 1765. ib. S. 903., Rescr. v. 30. Juli 1805. C.A. C. III. T. I. S. 444. (Ausnahmen s. unten); **4)** mit fremdem Tabak, M. v. 11. Dec. 1771. §. 11. C.A. C. I. T. II. S. 1196.; **5)** mit fremden Eisen- und Stahlwaaren an Sensen, Sicheln, Futterklingen, Pflugschaaren, Spaten und Schaufeln, Bef. v. 29. April 1765. C.A. C. I. T. I. S. 897., Gen. v. 19. Juli 1787. C.A. C. II. T. I. S. 963. u. L.C.W. T. IV. S. 505., Circul. v. 22. Oct. 1793. C.A. C. II. T. I. S. 1061.; **6)** mit Arzneimitteln, Rescr. v. 4. Dec. 1771. C.A. C. II. T. I. S. 626., Bef. v. 4. Nov. 1796. ib. S. 1097., §. 13. u. 23. d. M. v. 30. Sept. 1823. G.S. S. 118.; **7)** mit Druckschriften, Bef. v. 12. Juli 1678. C.A. T. I. S. 413., v. 27. Oct. 1764. C.A. C. I. T. I. S. 165. 889., O.A.Pat. v. 8. Nov. 1790. C.A. C. II. T. III. S. 507. u. L.C.W. T. IV. S. 384., Bef. v. 14. Juni 1789. C.A. C. II. T. I. S. 57.; **8)** mit Gift, M. v. 30. Sept. 1823. §. 15. G.S. S. 119. u. f. Kammerjäger; **9)** mit Spielkarten, Gen.V. v. 28. April 1790. §. 8. C.A. C. II. T. II. S. 1027.; **10)** mit ausländischen thönernen Tabakspfeifen, f. Tabak; **11)** mit Fleisch, M. v. 13. Juli 1818. §. 21. G.S. S. 43., V. v. 26. Aug. 1842. §. 3. u. v. 2. Sept. 1842. §. 3. G.S. S. 96. 105.; **12)** mit Kalendern, M. v. 11. Jan. 1819. §. 85. G.S. S. 44. u. Lauf. M. v. 12. Aug. 1819. §. 85. L.C.W. T. V. S. 591.; **13)** mit Strumpfwirkerwaaren, Bef. v. 12. Dec. 1764. C.A. C. I. T. I. S. 892. **14)** Das

H. ist Soldaten überhaupt verboten, Ordonn. v. 19. Juli 1828. 2. Th. §. 51. G.S. S. 161. S. Armee. **15)** Die Haltung von Niederlagen für die Hausirer und das H. zu Wagen ist verboten, Bef. v. 11. Juli 1795. C.A. C.II. T.I. S. 1065.; endlich **16)** das H. mit Citronen und Wetzsteinen, es geschehe von In- oder Ausländern. V. v. 24. April 1851. G.S. S. 145. Vergl. wegen der früheren Grundsätze in Bezug auf das H. mit Citronen das Rescr. v. 23. Jan. u. 22. Mai 1751. C.A. C.I. T.III. S. 358. 360. u. die V. v. 24. Sept. 1836. G.S. S. 269. **II.** Das H. ist ausnahmsweise gestattet: **1)** mit Spitzen u. kurzen oder Nadlerwaaren gegen Production eines obrigkeitlichen Attestats, daß solche inländische sind, Gen. v. 28. Juni 1751. C.A. C.I. T.I. S. 777., Rescr. v. 22. April 1752. C.A. C.I. T.III. S. 365., Gen.-V. v. 28. Aug. 1772. C.A. C.II. T.I. S. 672. (vergl. auch den Erl. v. 4. Juli 1720. a. a. O.); **2)** mit Victualien, Erl. v. 10. Juni 1751. C.A. C.I. T.I. S. 777., Gen. v. 28. Juni 1751. ib., Gen.-V. v. 28. Aug. 1772. C.A. C.II. T.I. S. 672., Rescr. v. 12. Juli 1797. ib. S. 1107., Laus. Rescr. v. 22. April 1752. C.A. C.I. T.III. S. 364.; **3)** mit inländischem Tabak, M. v. 11. Dec. 1771. §. 11. C.A. C.I. T.II. S. 1196. und inländischen thönernen Tabakspfeifen, s. Tabak; **4)** Inländern mit Olitäten, Sieben, Mulden, Sensenbäumen, Laden, Schachteln, hölzernen Schippen, Schindeln u. Tellern, M. v. 15. Sept. 1750. §.3. a. a. O., u. s. unt. II.1. die Best. v. 1772. u. 1720.; **5)** mit Serpentinsteinwaaren, in und außer den Messen, gegen Production eines Attestats: daß die Herumträger Inländer und die von ihnen gefertigten Serpentinsteinwaaren in hiesigen Landen gefertigt sind, Bef. v. 5. u. 23. Nov. 1767. C.A. C.I. T.I. S. 949. u. C.A. C.I. T.II. S. 1097.; **6)** den Röhrenführern u. Blechhändlern zu Schönheida u. Stützengrün mit inländischen Eisen- u. Blechwaaren, Bef. v. 18. Febr. 1754. C.A. C.I. T.I. S. 1421.; **7)** allen Unterthanen mit inländischen Glaswaaren, Gen.V. v. 28. Aug. 1772. C.A. C.II. T.I. S. 671., Gen. v. 28. Sept. 1772. C.A. C.II. T.II. S. 1175.; **8)** allen oberlausitzer Leinewebern mit ihrem Fabrikate, Gen. v. 10. Mai 1810. C.A. C.III. T.I. S. 474., und den Mitgliedern d. Sebnitzer Leineweberhandwerks lt. des (ungedr.) Rescr. v. 24. Jan. 1810. cit. in der V. v. Dec. 1844. G.S. S. 300. Die hier gedachten Hausirer müssen mit Hausirpässen versehen sein, wofür die ang. V. §§. 1. f. die näheren Vorschriften enthält; **9)** allen Unterthanen mit Wetzsteinen, V. v. 24. Sept. 1836. §. 2. G.S. S. 270.; **10)** überhaupt allen Inländern in der durch das M. v. 15. Sept. 1750. a. a. O. nachgelassenen Maße auf Messen und Märkten, Gen. v. 25. Mai 1765. C.A. C.I. T.I. S. 899. **III.** S. Bäcker, Buchhandel, Gendarmen, Armee, Gerber, Kupfer, Messing, Gewerb..., Polizei.

Hausirer. S. Buchhandel, Gendarmen, Hausiren.

Hausirpaß. S. Hausiren, Reiselegitimationen.

Hauslehrer. **1)** Für seine Kinder einen H. anzunehmen, ist jedem Familienvater gestattet, wenn sich der Lehrer als Candidat des Predigtamtes, der Theologie oder des Schulamtes durch Prüfungszeugnisse vor dem Schulinspector legitimirt; wenn in moralischer und sonstiger Hinsicht kein Bedenken obwaltet, und wenn der Lehrer wenigstens ausreichenden Elementarunterricht zu ertheilen befähigt ist. V. v. 9. Juni 1835. §. 133. G.S. S. 335. **2)** Die Local-Schulinspectoren haben ihren halbjährigen Schulbericht auf die H. mit zu richten, ib. §. 166. S. 347.; die District-Schulinspectoren sollen die H. mit beaufsichtigen, §. 133. cit. und §. 170. G.S. v. 1835. S. 347. **3)** Die Annahme eines H. entbindet aber, sofern nicht Local-Schulordnungen besondere Bestimmungen hierüber enthalten, von dem Schulzwange und von der Verbindlichkeit, Schulgeld an die Ortsschulcasse zu entrichten, nicht. G. v. 6. Juni 1835. §. 60. G.S. S. 294., Ang. V. §. 130. ib. S. 333. **4)** Aeltere Best.: Schul-O. v. 17. März 1773. Cap. 13. §. 7.

C.A. C.II. T.I. S.158., Gen.v.4.März 1805. §.2. u.13. C.A. C.III. T.I. S.58.61., Gen.v.23.Nov. 1811. §.7. ib. S.82. **5)** S. Aeltern, Candidaten, Verjährung, Schulamtscandidaten.

Hausleute, s. Hausgenossen.

Hausmiethe. S. Miethe.

Hausministerium. S. Minister. d. K.H.

Hausordnung. S. Armenversorgung, Gesinde, Zumessung.

Hausrath. S. Ausstattung, Auspfändung, Executionsverfahren, Sachen, Betten, Hunde, Bankrott.

Hausrecht. S. Hausfrieden.

Hausschlachten. S. Bankschlachten, Schlachten.

Haussuchungen. **1)** Ist Jemand im Grenzbezirke einer Uebertretung der Zollgesetze, oder daß er dazu durch Verbergung verbotener od. zollpflichtiger Waaren mitwirke, verdächtig, so können zur Ermittelung Nachsuchungen nach solchen Vorräthen, unter Erforderung des Ausweises über die geschehene Verzollung oder den inländischen Ursprung der vorgefundenen Waaren, und selbst Hausvisitationen, von Zollbeamten, unter Leitung eines Obercontroleurs oder eines anderen Beamten gleichen oder höheren Ranges, vorgenommen werden; Hausvisitationen jedoch nur unter Zuziehung einer Localgerichtsperson (worunter auch die Dorfrichter und Gerichtsschöppen begriffen sind) und nur nach Sonnenaufgang und vor Sonnenuntergang. S. die Citate bei no. 2. **2)** Wenn auf der That betroffene, von den Zollbeamten verfolgte Schleichhändler in Häusern, Scheunen ꝛc. einen Zufluchtsort suchen, müssen die verdächtigen Räume den verfolgenden Zollbeamten auf Verlangen sofort und zu jeder Zeit geöffnet, und es dürfen letztere in Ausübung ihrer Dienstpflicht gegen die Flüchtigen auf keine Weise gehindert werden. H. außerhalb des Grenzbezirks zum Zwecke der Verfolgung einer Uebertretung der Zollgesetze können nur von den zur Untersuchung solcher Uebertretungen competenten Behörden angeordnet u. unter deren Leitung vorgenommen werden. G. v. 3. April 1838. §. 37. 38. G.S. S. 296., Zoll-O. v. 3. April 1838. §. 99. ib. S. 326. **3)** Ueber H. wegen Branntweinsteuerhinterziehungen vergl. die V. v. 4. Dec. 1833. §. 86. G.S. S. 403. **4)** Zu Ermittelung von Holzdiebstählen finden H. Statt nach d. Bef. v. 26. Jan. 1619. C.A. T.II. S. 617., dem M. v. 10. Dec. 1619. ib. S. 621., Pat. v. 3. März 1632. ib. S. 623., v. 8. April 1633. ib. S. 625., M. v. Febr. 1636. ib., Pat. v. 5. April 1667. ib. S. 627., M. v. 6. März 1669. ib., Pat. v. 8. April 1676. ib. S. 629., M. v. 17. Dec. 1676. ib. S. 631., v. 12. Juli 1678. ib., Pat. v. 8. Febr. 1682. ib. S. 633., M. v. 1. Juli 1682. ib. S. 636., Pat. v. 5. Jan. 1691. ib. S. 637., v. 19. Febr. 1691. ib., M. v. 1. März 1695. ib. S. 640., v. 1. Oct. 1698. ib. S. 642., v. 10. April 1700. ib. S. 644., v. 27. Mai 1700. ib. S. 646., v. 10. April 1709. ib. S. 651., v. 11. April 1709. ib. S. 654., v. 12. April 1709. ib. S. 656., v. 16. Juli 1743. C.A. C.I. T.I. S. 1513., v. 29. Febr. 1752. ib. S. 1521., Instr. v. 13. Oct. 1836. §. 23. G.S. S. 275. **5)** In Criminalsachen ist der Untersuchungsrichter befugt, Aussuchungen in der Wohnung und den sonstigen Räumlichkeiten des Angeschuldigten vorzunehmen, wenn zu vermuthen ist, daß dort der Angeschuldigte sich verborgen halte, oder daß Gegenstände darin zu finden seien, die zum Beweise des Thatbestandes oder zur Ueberführung des Angeschuldigten dienen können. Str.Pr.O. Art. 196. **6)** Unter den nemlichen Voraussetzungen ist die Durchsuchung einer Räumlichkeit, die anderen Personen als dem Angeschuldigten gehört, auch ohne Zustimmung derselben gestattet, wenn der Inhaber der Räumlichkeit über das Vorhandensein der fraglichen Person oder der fraglichen Gegenstände befragt, solches verneint, und hierdurch die Vermuthung des Gegentheils nicht beseitigt wird, oder wenn er die Herausgabe derselben verweigert oder nur einige der gesuchten Gegenstände herausgiebt. Gleiches gilt von der H. an dem Angeschuldigten und anderen Personen. ib. **7)** Der Richter kann die Vornahme einer H., Beschlagnahme oder einer Durchsuchung von Papieren bei der Polizeibehörde beantragen, sie

auch in minder wichtigen Fällen einer bei Gericht in Pflicht stehenden Person übertragen. Bei der H., sowie bei der Beschlagnahme und Durchsuchung von Papieren ist, insoweit nicht die Dringlichkeit derselben eine Ausnahme erheischt, eine Urkundsperson beizuziehen. Str.Pr.O. Art. 203. **8)** Die in den cit. Art. 196. (oben 5.) 197. u. 199. (s. Papiere) angeordnete Befragung kann unterlassen werden, wenn Gefahr im Verzuge ist und die Befragung mit Aufenthalt verbunden sein würde, sowie wenn eine allgemeine H. in einem ganzen Orte oder in einer Abtheilung desselben oder wenn eine H. in den dem Publicum offen stehenden Häusern oder bei Personen, die unter besonderer polizeilicher Aufsicht stehen, vorgenommen wird. Ang. Art. 203. **9)** Die Bestimmungen der Art. 196. 197. 199. (s. no. 8.) leiden auch auf die Räumlichkeiten, Personen, Papiere und Schriften der Angehörigen des Angeschuldigten Anwendung. Ang. Art. 203. **10)** Dem Inhaber der Räumlichkeit oder der Papiere, welche durchsucht oder in Beschlag genommen werden sollen, sowie in dessen Behinderung oder Abwesenheit einem erwachsenen Mitgliede seiner Familie oder dem Dienstherrn ist, in sofern nicht besondere actenkundig zu machende Bedenken obwalten, gestattet, der Durchsuchung beizuwohnen. Auch kann der Richter bei der H. oder Beschlagnahme und Durchsuchung der Papiere den Verletzten zuziehen. Art. 204. ib. **11)** Ist bei einer H. nichts Verdächtiges ermittelt worden, so kann der Betheiligte verlangen, daß eine Bescheinigung hierüber ihm unentgeltlich ausgestellt werde. Art.205.ib. **12)** Gegenstände und Papiere, welche bei der H. oder Durchsuchung vorgefunden worden sind, und für die Untersuchung von Wichtigkeit sein können, sind in Verwahrung zu nehmen oder bis auf Weiteres zu bewachen oder einstweilen unter Siegel zu legen. Dem Eigenthümer derselben oder dessen Stellvertreter ist es unbenommen, die Papiere und sonstigen Gegenstände mit seinem Siegel oder einem anderen Zeichen zu versehen. Art. 206. d. Str.Pr.O. **13)** Vor der Entsiegelung, wenn solche nöthig wird, ist der Betheiligte aufzufordern, ihr beizuwohnen. In dem Falle, daß derselbe hierzu nicht sogleich zu erlangen sein oder der Aufforderung nicht Folge leisten oder Gefahr im Verzuge sein sollte, ist die Entsiegelung unter Zuziehung einer Urkundsperson vorzunehmen. ib. **14)** Die H., Durchsuchung und Beschlagnahme ist nicht weiter auszudehnen, als der Zweck der Untersuchung es erfordert. Art.207. d.Str.-Pr.O. Die Bestimmung §. 47. der Gesinde-O. v. 10. Jan. 1835. G.S. S.24., nach welcher jeder Dienstbote sich gefallen lassen muß, daß die Dienstherrschaft in seiner und eines Zeugen Gegenwart seine Lade, Koffer oder sonstigen Behältnisse seiner Effecten öffne, ist nicht aufgehoben. V. v. 31. Juli 1856. §. 54. G.S. S. 167. **15)** Vergl. dazu: Papiere, Briefe, Gerichtliche..., Voruntersuchung, Kriegsstand, Gendarmen, Polizei.

Haustaufe. **1)** Die H. ist ein Vorrecht des Adels, der Königl. Räthe und graduirter Personen, Pol.O. v. 22. Juni 1661. Tit. 17. §. 1. C.A. T. I. S.1582., Bef. v. 30. Jan. 1722. C.A. C.I. T.I. S.197., V. v. 26. Nov. 1789. C.A. C.II. T.I. S. 217., ferner der Oberoffiziere und der solchen im Range gleichstehenden Militairpersonen, Ordonn. v. 19. Juli 1828. 2. Th. §. 69. G.S. S. 164. **2)** Doch war es schon früher im Winter gestattet, Kinder nicht in der Kirche, sondern in geheitzten Sacristeien, Schulstuben oder in der Behausung der Aeltern zu taufen, Gen. v. 12. Juli 1799. C.A. C.II. T.I. S. 233., O.A.Pat. v. 23. Juli 1799. L.C.W. T. VI S. 214. u. C.A. C.II. T.III. S. 25. Diese Erlaubniß soll aber nicht zu Veranstaltung von H. in anderer Jahreszeit gemißbraucht werden, Rescr. v. 2. Aug. 1817. §. 3. C.A. C.III. T.I. S.121. u. O.A.Pat. v. 11. Aug. 1817. §. 3. L.C.W. T. VI. S. 302. **3)** Die Vorschriften wegen der H. binden auch die Reformirten, Regul. v. 7. Aug. 1818. §.13. G.S. S.63., auch die evangel. Hofgeistlichen in Dresden, Regul. v. 7. Juni 1828. §. 6. G.S. S. 55. **4)** Bei Einholung der Erlaubniß zu H. können Epho-

ralgebühren liquidirt werden, V. v. 10. Jan. 1839. no. 4. G.S. S. 16. **5)** H. bei Katholiken zu gestatten, ist ein Befugniß des kathol. Consistorii, M. v. 19. Febr. 1827. Anh. no. 15. G.S. v. 1827. S. 29. **6)** Wegen der Gebühren für H. bei Armen soll Discretion gebraucht werden. Gen. v. 12. Juli 1799. §. 5. a. a. O., O.A.Pat. v. 23. Juli 1799. §. 5. a. a. O. **7)** S. Taufe.

Hausthiere. S. Milzbrand, Thierheilkunde, Hunde, Vieh.

Hausthür. S. Diebstahl, Vorladung.

Haustrauung. 1) Ohne Dispensation ist die H. Bürgern und Bauern nicht gestattet. Regul. v. 15. Jan. 1808. §. 44.f. 48. C.A. C.III. T.I. S. 165. u. L.C.W. T. VI. S. 243. **2)** In Nothfällen ist dazu in den Erblanden die Erlaubniß des Superintendenten einzuholen, 13. Gen.Art. v. 1. Jan. 1580. C.A. T.I. S. 683., Rescr. v. 9. Jan. 1624. ib. S. 783., Syn.Decr. v. 6. Aug. 1624. §. Gleichwie wir auch 2c. C.A. T. I. S. 790., Pol.O. v. 1661. Tit. XVI. ib. S. 1581., Rev. Syn.-Decr. v. 15. Sept. 1673. §. 39. ib. S. 832. Stummen Personen ist die Privatcopulation im Rescr. v. 21. Mai 1658. C.A. T. I. S. 1035. gestattet. **3)** Die gesetzlichen Vorschriften wegen der H. gelten auch für die Reformirten, Reg. v. 7. Aug. 1818. §. 13. G.S. S. 63. **4)** Die H., ohne Aufgebot, ist ein Standesvorrecht des alten inländ. Adels, wenn beide Theile dessen theilhaftig sind, und, jedoch mit dem Aufgebote, für graduirte und andere in Königl. Rathsbestallungen oder vornehmen Rathscollegien sitzende Personen, Pol.O. v. 22. Juni 1661. Tit. 16. §. 1. C.A. T. I. S. 1581., Bef. v. 30. Jan. 1722. C.A. C. I. T. I. S. 197., Rescr. v. 29. Aug. 1791. Cod. des S. K.R. S. 126. not.**, Rescr. v. 15. Jan. 1808. C.A. C. III. T. I. S. 165., §. 44. des Regul. v. 15. Jan. 1808. ib. S. 172., L.C.W. T. VI. S. 243. Das Recht der H. steht ebenfalls Oberoffizieren und selbigen im Range gleichgesetzten Militairpersonen zu. 2. Th. der Ordonn. v. 19. Juli 1828. §. 69. G.S. S. 164.

Hausunterricht. S. Aeltern, Hauslehrer.

Hausverwalter. S. Gesinde, 5., Hospitäler, Verwalter, Landes-Versorg...

Hauswesen. S. Gesinde, Väter.

Hauswirth. S. Hausbesitzer.

Hauswirthschaftlich, s. Wirthschaft, Hausarbeit.

Hauszins. S. Miethe.

Hauszucht. S. Aeltern, Gesinde, Armenversorgung.

Haut. S. Felle.

Hautausschlag, s. Krätze.

Hayn. 1) Diese Stadt führt seit der Bek. v. 16. Juni 1856. G.S. S. 137. ausschließlich den Namen „Großenhayn." **2)** Der Stadtrath zu H. ist zu Ausstellung von Reisepässen ins Ausland ermächtigt. V. v. 15. Juli 1829. §. 1. G.S. S. 126. **3)** Wegen Errichtung der Sparcasse zu H. vergl. die Bek. v. 9. März 1839. G.S. S. 53. **4)** Die Stadt H. besitzt eine Freistelle auf den Fürstenschulen, Res. gr. v. 22. Juni 1661. Consist.S. §. 24. C.A. T. I. S. 207. **5)** Die Commungüter der Stadt H. sind im J. 1620. zur Kammer gezogen worden. Res. gr. v. 1661. Kammers. §. 44. C.A. T. I. S. 280. **6)** Wegen der Parochialzugehörigkeit der im Amtsbezirke H. wohnenden Katholiken s. die Bek. v. 1. Febr. 1828. G. S. S. 11. u. den Art.: Katholiken.

Haynichen. 1) Die Sparcasse; Decr. v. 21. März 1849. und Statuten, G.S. S. 54. **2)** Die Statuten des dortigen Steinkohlenbauvereins: Decr. v. 8. Oct. 1839. G.S. S. 268.

Hazardspiele. S. Spielen.

Hebammen. S. Geburtshilfe, Abtreibung, Anmaßung, Verjährung, Gast- und Schänknahrung, Nothtaufe, Polizei, Vertrauen, Leichen, Medikaster..., Sachverst...

Hebestellen. S. Brücken, Chausséen, Steuerbehörden.

Hebung. S. Graben.

Hecheln. S. Arbeit.

Hechingen. S. Münzwesen, Staatsverträge, I. II. VI.

Hechselschneiden. S. Arbeit.

Hecken. S. Zäune.

Heckenhaferzinsen. 1) Die H. sind durch das G. v. 3. Sept. 1833. G.S. S. 81.

in Wegfall gebracht worden. **2)** S. Wild.

Heegen. S. Jagd, Forstverbrechen, Waldungen.

Heeger. S. Gewässer.

Heer, s. Armee.

Heerd. S. Oefen, Fußboden.

Heeresfolge, s. Militairpflicht, Dienstreserve, Kriegsreserve.

Heerflüchtig. S. Deserteurs.

Heergeräth, Heergewette. S. Generalgouvernement, 4. 7.

Heerpauker. S. Trompeten...

Heerstraße, s. Straßen.

Hefe. S. Preßhefe.

Hefte. S. Preß...

Heften. S. Acten.

Heftweise. S. Censur, Preß...

Hegen, s. Heegen.

Hehlen, s. Verhehlen.

Hehlerei. S. Beherbergen, Diebstahl, Partiererei, Begünstigung, Forstverbrechen.

Heidelbeeren. S. Waldungen.

Heilanstalten. S. Caution, Colditz, Amtshauptleute, Concursgläubiger, Geisteskranke, Armencasse, Pfandrecht, Armenvereine, Armenversorgung, Erbfolge, 104. f., Kranke, Polizei, Landes-Versorgungs- und Heilanstalten.

Heilbar. S. Mord, Raub, Geisteskranke, Körperverletzung.

Heilen. S. Gerichtsbarkeit, Kranke, Reisende, Hirten, Scharfrichter, Landes-Versorg...

Heilerlohn. S. Schmerzengeld, Concursgläubiger, A. 1., Gesinde, 38. f., Hunde, Zollbeamte, Post.

Heilig. S. König, Majestätsverbrechen.

Heiliger Christ, s. Weihnacht...

Heilighalten. S. Eid, Gotteslästerung.

Heilkunde, innere. **1)** Für die Ausübung der inneren H. enthält das M. v. 1. Juni 1824. G.S. S. 73. die bestehenden allgemeinen Vorschriften. **2)** Zu Betreibung der inneren wie der äußeren H. wird ein Alter von 21 Jahren erfordert. M. v. 30. Jan. 1819. §. 11. G.S. S. 142., ang. M. v. 1. Juni 1824. **3)** Aerzte, welche auf der Universität Leipzig zu Doctoren creirt worden sind, werden hierdurch zur Ausübung der inneren H. berechtigt. Ang. M. v. 1824. §. 2. f. G.S. S. 73. Diejenigen Aerzte, welche im Auslande promovirt haben, können dasselbe Recht erst durch eine bei der medicinischen Facultät zu Leipzig oder bei der medicinisch-chirurgischen Akademie zu Dresden bestandene Prüfung erlangen, ib.; hier wie sonst haben die medicinischen Candidaten die ausgearbeiteten Probeschriften eidlich zu bestärken, Bef. v. 31. März 1794. C.A. C. II. T. I. S. 1063., ang. M. v. 1824. §. 4. a. a. a. O. **4)** Die promovirten Aerzte müssen in den ersten 2 Jahren der Praxis zu wichtigen Curen, nach dem M. v. 1. Juni 1824. §. 6. G.S. S. 74., und v. 13. Sept. 1768. §. 7. C.A. C. I. T. I. S. 956. u. L.C.W. T. III. S. 136. den Bezirksarzt oder einen anderen erfahrenen Arzt zuziehen; ausgenommen in Nothfällen und an Orten, wo andere Aerzte nicht vorhanden sind. **5)** Die innere H. ist den Aerzten, welche die unter 3. bemerkte Prüfung nicht bestanden haben, oder nicht dazu gelassen worden sind, fernerden auf der Dresdner chirurgisch-medicinischen Akademie, oder auf ausländischen dergleichen Anstalten und Universitäten Gebildeten, aber nicht Promovirten lediglich an Orten gestattet, an welchen und in deren Nähe es an promovirten Aerzten mangelt; ferner unter der ausdrücklichen Verpflichtung, nicht allein bei wichtigen Krankheitsfällen, und in den ersten 2 Jahren ihrer ärztlichen Praxis, sondern auch fernerhin, so oft sie der Behandlung eines Kranken nicht hinlänglich gewachsen zu sein glauben, den Bezirks- oder einen anderen erfahrenen Arzt zu Rathe zu ziehen; und unter der allgemeinen Aufsicht des Bezirksarzts. Zu diesem Behufe müssen sie über sämtliche von ihnen behandelte innere Krankheitsfälle ein genaues und vollständiges Tagebuch führen, und solches dem letzteren auf Verlangen vorlegen oder einsenden, nicht minder vierteljährige Tabellen über alle dergleichen Kranke an solchen einreichen. M. v. 1. Jan. 1824. §. 5—10. G.S. S. 75., Allgem. Instr. der Bezirksärzte §. 2. a. b. u. §. 7. G.S. v. 1836. S. 187. 190. **6)** Ueber alle Aerzte

der 1sten und 2ten Classe übt der Bezirksarzt eine allgemeine Aufsicht. Ang. Instr. §. 2. f. l. c. **7)** Die Erlaubniß zur Betreibung der inneren H. ist von der unter 5. gedachten Gattung von Aerzten unter Vorlegung der Zeugnisse über die erlangte gesetzliche Vorbildung bei der vorgesetzten Regierung nachzusuchen, worauf, wenn jene ertheilt wird, die eidliche Verpflichtung nach dem Formulare S. 79. d. G.S. v. 1824. erfolgt. Ang. M. v. 1. Juni 1824. §. 8. l. c. **8)** Aeltre Verfassung: V. v. 1. Jan. 1580. V. d. Facultät in d. Artznei, C.A. T. I. S. 740., O.A.Pat. v. 31. Juli 1730. L.C.W. T. I. S. 451. u. C.A. C. I. T. III. S. 51., M. v. 29. Juli 1750. C.A. C. I. T. I. S. 763. u. L.C.W. T. I. S. 478., Rescr. v. 28. Jan. 1751. C.A. C. I. T. I. S. 775., O.A.Pat. v. 30. Mai 1753. C.A. C. I. T. III. S. 150. u. L.C.W. T. III. S. 110, O.A.Pat. v. 29. Jan. 1767. ib S. 127., M. v. 13. Sept. 1768. L.C.W. T. III. S. 136. u. C.A. C. I. T. I. S. 953., Rescr. v. 14. April 1794. u. O.A.Pat. v. 6. Dec. 1796. C.A. C. II. T. III. S. 533. 535. u. L.C.W. T. IV. S. 127., O.A.Pat. v. 5. März 1813. L.C.W. T. V. S. 420. u. v. 23. Nov. 1821. ib. S. 470.] **9)** S. Aerzte, Anmaßung, Apotheken, Aemter, Dresden, Leipzig, Arzneiwaaren, Censur, Doctorwürde, Ehrenämter, Geburtshilfe, Gefängnißstrafe, Geisteskranke, Gerichtsarzt, Magnetismus, Medikasterei, Militairärzte, Scharfrichter, Todenschau, Thierheilkunde, Wundärzte.

Heilmittel. S. Arzneiwaaren.

Heimathsangehörigkeit. **1)** Jeder Staatsangehörige des Königreichs muß zu irgend einem Heimathsbezirke desselben in dem Verhältnisse der H. stehen, §. 1. d. G. v. 26. Nov. 1834. G.S. S. 449. Mit dem Verluste des Unterthanenrechts hört auch das inländische Heimathsrecht des bisherigen Unterthanen auf, wirksam zu sein. G. v. 3. Juli 1852. §. 6. G.S. S. 259. **2)** Jeder sächsische Staatsangehörige ist an demjenigen Orte heimathsangehörig, an welchem a) er zuletzt die H. entweder durch ausdrückliche Ertheilung, oder durch Ansässigkeit mit einem Wohngebäude oder durch Gewinnung des Bürgerrechts erlangt hat; außerdem aber b) an dem Orte, wo er geboren ist, §. 8. a. u. b. d. G. v. 26. Nov. 1834. G.S. S. 450. **3)** Ansässigkeit und Bürgerrecht begründen jedoch die H. erst nach Ablauf eines 5jährigen Zeitraums, während dessen Jemand, nach Erlangung der Ansässigkeit mit einem Wohnhause oder des Bürgerrechts, am Orte gewohnt hat und ansässig geblieben ist, §. 8. d. G. v. 1834. S. 450., §. 8. d. G. v. 12. Oct. 1840. G.S. S. 256. a) Die Bestimmung im Betreff des Bürgerrechts gilt auch von Orten, in denen kein Bürgerrecht besteht, und ist daher auch auf Dörfer hinsichtlich derjenigen Einwohner anzuwenden, welche daselbst nach den Bestimmungen des G. v. 9. Oct. 1840. sich als Dorfhandwerker oder Dorfkrämer niedergelassen haben. §. 1. d. G. v. 12. Oct. 1840. G.S. S. 255. b) Ausländer, welche des sächsischen Unterthanenrechts durch die nachfolgende Ehe ihrer Aeltern theilhaftig werden (G. v. 2. Juli 1852. §. 3. im Art.: Unterthanenrecht), ingleichen solche, denen bei ihrer ausdrücklichen Legitimation oder bei der Annahme an Kindesstatt durch einen Sachsen das sächsische Unterthanenrecht beigelegt wird (ib. §. 4.), sind an dem Orte für heimathsangehörig zu achten, wo der natürliche Vater zu dem Zeitpuncte seiner Verehelichung mit der Mutter des Legitimirten oder der erlangten Legitimation, beziehendlich der Adoptivvater zur Zeit der Adoption, das Heimathsrecht besitzt. G. v. 3. Juli 1852. §. 2. G.S. S. 259. c) Die einem Ausländer nach §. 7. d. G. v. 2. Juli 1852. (s. Unterthanenrecht) zu Theil gewordene Aufnahmezusicherung begründet mit dem Zeitpuncte der Ausstellung der Verleihungsurkunde über das Unterthanenrecht (ib. §. 6.) das Heimathsrecht an dem gewählten Niederlassungsorte für den Aufgenommenen selbst, dessen Ehefrau und die in der Aufnahme begriffenen Kinder (ib. §. 11.). G. v. 3. Juli 1852. §. 3. G.S. S. 259. **4)** Ausdrückliche Ertheilung der H. steht der Ortsobrigkeit, aber nur unter verfassungsmäßiger Zustimmung der Gemeinde des Heimaths- u. des Armenversorgungsbezirks zu, §. 8. d. G. v. 26. Nov. 1834. G.S. S. 450. **5)** Wie der Nachweis der durch die Geburt gewonnenen H. durch die Kirchenbücher möglichst sicher zu stellen sei, darüber s. die im

Art.: Kirchenbücher aufgeführten Vorschriften. **6)** Wegen Derjenigen, welche nach den Bestimmungen §. 8. d. G. v. 1834. (oben unter 2.) an keinem Orte des Inlandes eine Heimath haben, oder deren Heimath sich nicht ermitteln läßt, und welche gleichwohl einem andern Staate mit Erfolg nicht zugewiesen werden können, trifft die Verbindlichkeit der Aufnahme derselben und Verschaffung von Unterkommen und nothdürftigen Unterhalt für sie zunächst denjenigen Heimathsbezirk, wo dem Heimathlosen, nach den Bestimmungen der V. v. 13. Mai 1831. G.S. S. 93. u. v. 10. Oct. 1826. G.S. S. 231. Aufnahme zu Theil, oder die Verehelichung gestattet worden ist, außerdem denjenigen, wo derselbe zuletzt wenigstens 1 Jahr lang, oder, dafern sein Aufenthalt diese Dauer nirgends erreichte, überhaupt zuletzt sich aufgehalten hat, §. 9. d. G. v. 26. Nov. 1834. G.S. S. 451. a) Das Heimathsrecht Derjenigen, welchen das sächsische Unterthanenrecht wegen verhinderter Ausweisung bleibend oder zeitweilig zugestanden wird (G. v. 2. Juli 1852. §. 14. im Art.: Unterthanenrecht) ist im Allgemeinen nach §. 9. cit. des Heimathsgesetzes v. 26. Nov. 1834. verb. mit §. 2. d. G. v. 12. Oct. 1840. (s. die nächste Nummer) zu beurtheilen. Sind jedoch Personen, denen früher das Unterthanenrecht im Königreiche zustand, die aber desselben aus irgend einem Grunde verlustig geworden waren, unter Umständen zurückgekehrt, welche ihre Zurückweisung in das Ausland unthunlich machen, so tritt mit dem Zeitpuncte der vom Ministerium des Innern ihretwegen auszustellenden Erklärung (cit. G. v. 2. Juli 1852. §. 14. a. a. O.) die H. an demjenigen Orte für sie wieder in Wirksamkeit, wo sie dieselbe zuletzt vor der Aufgabe ihres Unterthanenrechts besessen haben. Ebendaselbst finden die etwa im Auslande geborenen Kinder derselben ihre Heimath. G. v. 3. Juli 1852. §. 4. G.S. S. 259. b) Ausländer, denen bei Uebertragung eines öffentlichen Amtes das Unterthanenrecht zu Theil wird, erlangen für sich und ihre Angehörigen das Heimathsrecht an dem Orte, der ihnen bei dem Antritte ihres Amtes als Wohnort angewiesen wird. ib. §. 5. G.S. v. 1852. S. 259. **7)** In den Fällen, wo die H. einer Person nach dem letzten Aufenthalte derselben innerhalb Landes festzustellen ist, hat die Beschaffenheit desselben und die Veranlassung dazu keinen Einfluß auf die unter no. 6. gedachte Verbindlichkeit des zur Aufnahme verpflichteten Heimathsbezirks, §. 2. d. G. v. 12. Oct. 1840. G.S. S. 255. **8)** Ausgenommen von der Bestimmung §. 8. unter b. d. G. v. 26. Nov. 1834. (s. oben no. 2. b.) sind diejenigen Kinder irgendwo im Lande einheimischer Mütter, welche auf der Durchreise der Mutter, oder während eines anderen zufälligen u. vorübergehenden, mithin auch eines, durch ein Gesindedienstverhältniß, oder durch einstweilige, ihrer Entbindung halber gefundene Aufnahme bedingten Aufenthalts derselben, oder während ihrer Detention in einer Strafanstalt, oder in einem Gefängnisse, oder während eines, durch das Militairdienstverhältniß ihres Ehemannes veranlaßten Aufenthalts geboren sind, §. 10. d. G. v. 26. Nov. 1834. G.S. S. 451. Dasselbe ist auch auf außerhalb Landes während eines solchen Aufenthalts daselbst geborene Kinder sächsischer Aeltern od. resp. außerehelicher Mütter anzuwenden. §. 4. d. G. v. 12. Oct. 1840. G.S. S. 255. Kinder sächsischer Aeltern, welche im Auslande geboren werden, erlangen, ohne Rücksicht auf Veranlassung und Beschaffenheit des Aufenthaltsverhältnisses der Aeltern, das Heimathsrecht an dem Orte, wo es dem Vater, oder, bei unehelichen Kindern, der Mutter zur Zeit der Geburt des Kindes zustand. G. v. 3. Juli 1852. §. 1. G.S. S. 259. **9)** Eheliche Kinder der unter no. 8. gedachten Art haben ihre Heimath da, wo ihr Vater die Heimath, und uneheliche da, wo sie ihre Mutter, und zwar Vater oder Mutter zur Zeit der Geburt des Kindes, hatte, §. 10. d. G. v. 26. Nov. 1834. G.S. S. 451. **10)** Auf die, unter ähnlichen Umständen an einem Orte des Königreichs geborenen Kinder im Lande nirgends einheimischer Mütter sind die Bestimmungen des §. 9. d. G. v. 26. Nov. 1834.

(oben no. 6.) anzuwenden, §. 10. desselben G. G.S. v. 1834. S. 451. **11)** Die in §. 10. cit. gedachte Ausnahme erstreckt sich nicht auf die Kinder verheiratheter Dienstboten, oder anderer Privatbediensteter, als z. B. Revierförster, Gutsverwalter, ingleichen der Gemeindehirten, sowie verheiratheter Handwerksgesellen, Handlungsdiener und anderer in ähnlichen Verhältnissen stehender Personen, vorausgesetzt, daß die Aeltern oder wenigstens Eins von ihnen eine eigene selbständige, von dem Haushalte des Dienst- oder Arbeitsherrn abgesonderte Wirthschaft haben, wenn auch der Aufenthaltsort eine ihnen angewiesene Dienstwohnung, z. B. ein Förster-, Gemeinde- oder Hirtenhaus sein sollte, §. 3. d. G. v. 12. Oct. 1840. G.S. S. 255. **12)** Ist der Heimathsschein der Aeltern eines ehelichen, oder der Mutter eines unehelichen zufällig am Orte geborenen Kindes zu erlangen, so bedarf es keiner weiteren Erörterungen, sondern nur der Zurückbehaltung einer beglaubigten Abschrift des Heimathsscheins bei den Acten, und einer Registratur über die Art und den Anlaß des zufälligen Aufenthalts, während dessen die Geburt erfolgte, §. 9. d. V. v. 26. Nov. 1834. G.S. S. 451. Ist aber der Heimathsschein nicht zu erlangen, so ist die H. der Aeltern des ehelichen, oder der Mutter des unehelichen Kindes durch deren Befragung und sonstige Erklärung, sowie durch Vernehmung mit der betreffenden Behörde des Orts der angegebenen Heimath zu erörtern u. festzustellen, §. 9. cit. **13)** Ehefrauen theilen die Heimath ihrer Ehemänner, §. 11. d. G. v. 26. Nov. 1834. G.S. S. 451. Wittwen behalten die Heimath ihres letzten Ehemannes bei, §. 12. ib. Durch Trennung oder Nichtigkeitserklärung eines Eheverbandes, ingleichen lebenslängl. Scheidung von Tisch und Bette erlischt die §. 11. cit. gedachte Wirkung der Ehe, und es tritt daher mit der Trennung der letzteren diejenige Heimath der geschiedenen Ehefrau wieder ein, welche sie vor Eingehung der getrennten Ehe hatte, §. 13. ib. **14)** Bei Kindern noch lebender Aeltern oder, in sofern diese verstorben sind, noch lebender Großältern, tritt die H. erst mit ihrem vollendeten 14ten Lebensjahre, oder, ausnahmsweise mit demjenigen späteren Zeitpuncte in Wirksamkeit, mit welchem der älterlichen oder großälterlichen Pflege noch länger bedürftige Kinder, nach dem Ermessen der Polizeibehörde, anfangen, dieser Pflege entbehren zu können, oder sobald es aus polizeilichen Gründen, und zwar vor oder nach dem 14ten Lebensjahre, nöthig wird, sie den Aeltern oder Großältern zu entnehmen, §. 14. d. G. v. 26. Nov. 1834. G.S. S. 451. **15)** Weder durch die Aufnahme und Aufenthaltsgestattung, in sofern sie nicht mit der ausdrücklichen Ertheilung der H. verbunden ist, oder einer der §. 9. cit. (s. no. 6.) ausgedrückten Fälle eintritt, noch durch die Eintragung ins Grund- und Hypothekenbuch (früher durch Beleihung mit einem Grundstücke), oder Ertheilung des Bürgerrechts, dafern nicht darauf ein 5jähriges Wohnen des Aufgenommenen am Orte Statt gefunden hat, noch durch die auf den Grund des M. v. 10. Oct. 1826. erfolgte Ausstellung eines Zeugnisses Behufs der Verehelichung, noch durch Unterstützung eines Hilfsbedürftigen, noch durch die Unterlassung einer, nach §. 16. d. G. v. 26. Nov. 1834. begründeten Ausweisung wird die Verbindlichkeit eines Heimathsbezirks zur Aufnahme und Verschaffung von Unterkommen und Unterhalt begründet; vielmehr kann die Ausweisung, unter den gesetzlichen Voraussetzungen, zu jeder Zeit erfolgen, §. 19. dieses G. G.S. v. 1834. S. 453. **16)** S. Armenpflege, Ausländer, Ausweisung, Kirchenbücher, Unterthanen..., u. wegen der H. der Sträflinge den Art.: Transport.

Heimathsbezirk. 1) Jedes Grundstück im Königreiche muß hinsichtlich des Armenversorgungsverbandes zu einem H. gehören, §. 2. d. G. v. 26. Nov. 1834. G.S. S. 449. **2)** Jeder Gemeindebezirk ist in der Regel zugleich ein H. §. 3. ib. Deshalb haben einzeln liegende und solche andere Grundstücke, welche früher zu einer Gemeinde weder überhaupt, noch in besonderem Bezuge auf die Armenversorgung gehörten,

in letzterer Hinsicht einem H. sich anschließen müssen, oder sie sind ihm durch Anordnung der obern Verwaltungsbehörde zugetheilt worden. ib. So sind auch zwischen benachbarten, kleineren Gemeinden Vereinigungen auf einen gemeinschaftlichen H. zu treffen gewesen. ib., und vergl. die V. v. 27. Juni 1835. G.S. S. 361. **3)** Jeder H. hat die Verbindlichkeit, seine Heimathsangehörigen, sobald sie unterkommenlos geworden sind, bei sich aufzunehmen und, in soweit sie es nicht durch eigene Anstrengung und durch Unterstützung der privatrechtlich dazu Verbundenen vermögen, ihnen Unterkommen und nothdürftigen Unterhalt zu verschaffen, §. 4. d. G. v. 26. Nov. 1834. G.S. S. 450. **4)** Alle Besitzer und alle Bewohner der, zu einem H. gehörigen, bewohnbaren Grundstücke sind verpflichtet, in soweit sie nicht selbst dazu unvermögend sind, zur Armenversorgung und daher auch zur Erfüllung der eben bemerkten Verbindlichkeit beizutragen und dabei mitzuwirken, §. 4. d. G. v. 1834. S. 540. **5)** In jedem H. besteht eine gemeinschaftliche Armenversorgung, §. 7. d. G. v. 1834. G.S. S. 450. **6)** Durch den Eintritt eines Grundstücks in einen H. u. dessen Armenversorgungsverband sind die, auf demselben bereits haftenden Verbindlichkeiten zur Armenversorgung gemeinschaftliche des ganzen Bezirks geworden, wogegen ein solches Grundstück mit seinem Besitzer und seinen Bewohnern zugleich in alle Verbindlichkeiten desselben eingetreten ist, §. 7. cit. **7)** Heimaths- und Armenversorgungsbezirke können entweder auf bestimmte Zeit, oder auch zu jeder Zeit widerrufliche Vereinigungen dahin treffen, daß der Eine anstatt der ihm obliegenden Aufnahme und Versorgung eines Hilfsbedürftigen, dem Anderen einen bestimmten Beitrag zu dessen Unterhaltung leiste. §.21.d.G.v.26.Nov.1834.G.S. S. 453. **8)** In Fällen, wo ein dergleichen zeitweiliges Abkommen aus polizeilichen Gründen, oder zu Vermeidung großer Härten dringend erforderlich ist, können die oberen Polizeibehörden eine Einrichtung der Art auf so lange, als diese Nothwendigkeit Statt findet, anordnen und den einen Bezirk zur Aufenthaltsgestattung und armenpolizeilichen Fürsorge, den anderen zu einer angemessenen Entschädigung dafür anhalten, §. 22. d. G. v. 1834. G.S. S. 453. **9)** Die sämtlichen Kosten des Umzugs oder Transports eines, zu deren Bestreitung unvermögenden Auszuweisenden werden von demjenigen H., aus welchem derselbe ausgewiesen wird, und von demjenigen, welcher ihn aufzunehmen hat, zu gleichen Theilen getragen, §. 24. d. G. v. 26. Nov. 1834. G.S. S. 454. Findet der Schubtransport Statt, so hat der Bezirk, wo die Ausweisung erfolgt, die Kosten des Transports bis zur ersten Schubstation und der aufnahmepflichtige Bezirk von der letzten Schubstation bis in die Heimath zu tragen, ib. (S. hierzu noch den Art.: Ausweisung.) **10)** Bis zum 31. Dec. 1834. ist die Verbindlichkeit zur Aufnahme und Versorgung am Orte der Heimath nach den früheren Grundsätzen zu beurtheilen, indem erst mit dem 1. Jan. 1835. das G. v. 26. Nov. 1834. in Wirksamkeit getreten ist, §. 27. dieses G. G.S. v. 1834. S. 455. **11)** Es soll jedoch Jeder diejenige Heimathsangehörigkeit, welche er durch gewonnenes Bürgerrecht, verbunden mit einem 2jährigen Aufenthalte, oder Ansässigkeit an einem Orte bis zum 31. Dec. 1834. bereits erlangt hatte, auch fernerhin behalten, ib. und G. v. 12. Oct. 1840. §.8. G.S. S.256. **12)** Auch bleibt das gedachte Gesetz rücksichtlich der Beurtheilung der Heimathsangehörigkeit ohne Einfluß auf solche Fälle, in welchen die Nothwendigkeit, unterkommenlosen oder hilfsbedürftigen Personen, in Folge der früher giltigen Bestimmungen oder ertheilter Entscheidung, Unterkommen oder Unterstützung zu gewähren, bis zum obgedachten Zeitpuncte, wenn auch mit späteren Unterbrechungen, bereits eingetreten war, §. 27. d. G. v. 26. Nov. 1834. G.S. S.455. **13)** Inzwischen ist dieß nur auf solche Fälle anzuwenden, wenn das betreffende Individuum zu der Zeit, wo seine Heimathsangehörigkeit in Frage kommt, noch an demselben Orte sich wesentlich befindet, wo es

früher unter den in §. 27. cit. gedachten Voraussetzungen Unterstützung erhalten hat, §. 6. d. G. v. 12. Oct. 1840. G.S. S. 256. **14)** Zu letzteren sind aber die Gewährung unentgeltlichen Schulunterrichts in den öffentlichen Armenschulen, oder die Bezahlung von Schulgeld aus der Ortsarmencasse für die Kinder unvermögender Aeltern, oder endlich Unterstützungen irgend einer Art, welche Jemandem für sich oder seine Angehörigen von Privatwohlthätigkeitsvereinen oder Anstalten gewährt werden, nicht zu rechnen. §. 7. d. G. v. 12. Oct. 1840. G.S. S.256. **15)** Desgleichen können in Folge des G. v. 26. Nov. 1834. nur diejenigen ausgewiesen werden, bei welchen einer der §. 16. desselben gedachten Ausweisungsgründe seit dem 1. Jan. 1835. eingetreten ist, indem alle hinter diesem Zeitpuncte liegenden Thatsachen dabei nicht in Betracht kommen, §.27. d. G. v. 26. Nov. 1834. G.S. S.455. **16)** S. Armencassen, Armenbehörden, Armencommissionen, Ausweisung, Armenvereine, Verpflegung.

Heimathsgemeinde. S. Heimathsbezirk.

Heimathsgesetz. 1) Das H. v. 26. Nov. 1834. G.S. S. 449., die dazu ergangene V. v. 26. Nov. 1834. G.S. S. 456., welche auch für die Oberlausitz erlassen wurde, V. v. 22. Dec. 1834. G.S. v. 1835. S. 4., ordnet samt den dazu später ergangenen Bestimmungen in der V. v. 2. Jan. u. 23. u. 27. Juni 1835. G.S. S. 5. 361. 370., der V. v. 2. Dec. 1835. G.S. S. 640. und dem G. v. 12. Oct. 1840. G.S. S. 255. sowie dem G., einige Zusätze zum Heimathsgesetze v. 26. Nov. 1834., ingleichen zum Erläuterungsgesetze v. 12. Oct. 1840. betr., v. 3. Juli 1852. G.S. v. 1852. S. 259., die Heimathsangehörigkeit der Staatsangehörigen und die selbiger gegenüberstehenden Pflichten der Heimathsgemeinden. **2)** Aeltre Gesetzgebung: Lauf. M. v. 10. Febr. 1731. Cap. I. §. 2. L.C.W. T. I. S. 890., Cap. I. §. 2. d. M. v. 11. April 1772. C.A. C. II. T. I. S. 639., Gen. v. 1. Juli 1809. C.A. C. III. T. I. S. 457., O.A.Pat. v. 22. Juni 1809. L.C.W. T. V. S. 316., Res. gr. v. 1811. C.A. C. III. T. I. S. 35., V. v. 23. Mai 1822. G.S. S. 365., u. Gen.V. v. 13. Oct. 1823. (ungedr.) — Vergl. ferner: Rescr. v. 10. Dec. 1799. C.A. C. II. T. I. S. 1141., Bef. v. 12. Febr. 1791. ib. S. 990. und die unter: Erbunterthänigkeit, sowie Armenwesen angegebenen älteren Gesetze.

Heimathslose, s. Staatsverträge.

Heimathsort. S. Ausweisung, Heimathsangehörigkeit.

Heimathsrecht. S. Heimathsangehörigkeit, Ausweisung.

Heimathsrevers, s. Revers, Unterthanenrecht.

Heimathssachen. 1) Alle Erörterungen und gegenseitigen Vernehmungen in den, durch das Heimaths-Gesetz geordneten Angelegenheiten haben die Behörden unentgeltlich und ohne Verwendung von Stempelimpost zu besorgen, §.25. d. G. v. 26. Nov. 1834. G.S. S.454. **2)** Dieß erstreckt sich aber nicht auf baare Verläge, außer dem Stempelpapiere, welche durch die der Ausstellung des Heimaths- oder Verhaltscheins vorausgehenden Erörterungen nöthig werden, namentlich nicht auf Postporto, Briefträgerlöhne und Copialien; es sollen jedoch letztere nur nach der Hälfte des gesetzlichen Satzes entrichtet werden. Wenn jedoch der Empfänger des Heimaths- oder Verhaltscheins zur Bezahlung solcher Verläge nicht vermögend ist, so sind letztere von der Heimathsbehörde selbst zu übertragen u. auch auf Verlangen anderen Behörden, deren Mitwirkung bei den Erörterungen über die Heimathsangehörigkeit in Anspruch zu nehmen gewesen ist, zu vergüten. §.5. d. G. v. 12. Oct. 1840. G.S. S.256. **3)** Nur in Fällen unbegründeter Weigerungen oder verschuldeter Säumnisse, oder gegründet befundener Beschwerden haben die oberen Polizeibehörden auf Abstattung und nach Befinden auf Erstattung von Kosten zu erkennen. §. 25. d. G. v. 26. Nov. 1834. G.S. S. 454.

Heimathsschein. 1) Die Ortspolizeibehörden haben, auf Verlangen derjenigen, welche ein Interesse daran haben, über eine, nach den Bestimmungen des Heimathsgesetzes begründete Heimathsangehörigkeit einen H. auszustellen, welcher die Verbindlichkeit des Heimathsbezirks zu Aufnahme und Versorgung des Heimathsangehörigen begründet, §. 15. d. G. v. 26. Nov. 1834. G.S. S. 452. **2)** Das Ge-

such um Ausfertigung von H.en ist nach der V. v. 2. Dec. 1835. der Stempelsteuer nicht unterworfen, G.S. v. 1835. S. 640. **3)** H.e, welche nach Vorschrift des Heimathsgesetzes und nach dem in der G.S. v. 1834. S. 460. angegebenen Schema sub ⊙ ausgefertigt werden, sollen zu Verhüthung von Täuschungen allemal mit der Ueberschrift „Heimathsschein für das Inland" versehen werden, V. v. 23. Juni 1835. G.S. S. 370. **4)** Die H.e werden unter fortlaufenden Nummern ausgestellt und müssen enthalten: a) Vor- und Zunamen des Heimathsangehörigen, b) den Tag seiner Geburt, c) den Grund, aus welchem er die Heimathsangehörigkeit, d) den Heimathsbezirk, in welchem er letztere erworben hat, e) die Religion des Heimathsangehörigen, f) dessen Stand, g) Namensunterschrift, und h) die obrigkeitliche Vollziehung, §. 2. d. V. v. 26. Nov. 1834. G.S. S. 456. **5)** Wer die Ausfertigung eines neuen H. verlangt, hat den vorigen der Behörde, welche den neuen ausstellt, auszuhändigen; die Behörde hat den alten Schein mit darauf gebrachter Ungiltigkeitserklärung aufzubewahren, §. 3. d. V. v. 26. Nov. 1834. G.S. S. 456. **6)** Das Vorgeben, den H. verloren zu haben, ist mit dem, den jedesmaligen Umständen angemessenen Grade von Genauigkeit zu prüfen und auf Kosten desjenigen, auf den der Schein gestellt war, in der Leipziger Zeitung bekannt zu machen, §. 4. ib. S. 457. **7)** Für die stempelfreie Ausfertigung der H.e und für die Verhaltscheine ist mit Einschluß der Reinschreibegebühren $7\frac{1}{2}$ Ngr. in Ansatz zu bringen, in sofern die Empfänger zu deren Bezahlung vermögend sind, §. 26. d. G. v. 26. Nov. 1834. G.S. S. 454. **8)** Personen der in §. 9. d. G. v. 26. Nov. 1834. gedachten Art (s. Heimathsangehörigkeit, 6.) erhalten keinen H., sondern nur, unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die angeführte Gesetzstelle, ein Zeugniß entweder darüber: a) daß sie, nach den Bestimmungen des M. v. 13. Mai 1831. Aufnahme am Orte gefunden haben, oder b) daß ihnen daselbst, in Gemäßheit des M. v. 10. Oct. 1826. die Verehelichung gestattet worden sei, oder c) daß auf den Grund ihres bisherigen Aufenthalts im Heimathsbezirke dieser die in §. 4. d. G. v. 26. Nov. 1834. ausgedrückte Verbindlichkeit zur Aufnahme und Versorgung des Inhabers anerkannt habe, oder in selbige durch eine Entscheidung der Verwaltungsbehörde verurtheilt worden sei. In Fällen der unter c. gedachten Art ist in dem Zeugnisse auf die Acten Bezug zu nehmen, in welchen das Anerkenntniß oder die Entscheidung sich befindet, §. 5. d. V. v. 26. Nov. 1834. G.S. S. 457. **9)** Ist späterhin ein solches Zeugniß an Personen der in §. 9. d. G. v. 26. Nov. 1834. gedachten Art (s. Heimathsangehörigkeit, 6.) in veränderter Maße, oder auch wegen nachher, nach §. 8. a. 1. oder 2. (s. dens. Art., 2.) erlangter Heimathsangehörigkeit ein H. auszustellen, oder geben sie vor, das Zeugniß verloren zu haben, so treten die Bestimmungen der oben angef. §§. 3. u. 4. d. V. v. 26. Nov. 1834. analog ein, §. 6. dies. V. G.S. S. 457. **10)** Verschieden von den H.en für das Inland sind die, nach den VV. v. 23. Juli u. 30. Aug. 1822. G.S. S. 383. u. 407., jedoch nicht ohne Anfrage und höhere Genehmigung, auszustellenden H.e an Inländer, welche sich in auswärtigen Staaten niederlassen wollen; an den Bestimmungen über solche H.e fürs Ausland ist nichts geändert, V. v. 26. Nov. 1834. §. 20. G.S. S. 459. Ueber die Form u. den Inhalt der für Inländer zum Gebrauche im Auslande auszufertigenden und von Ausländern als Bedingung ihres Aufenthaltes in Sachsen zu erfordernden H.e (resp. Uebernahme-Scheine) haben neuerdings die VV. v. 25. Jan. 1853. G.S. S. 28. u. 6. März 1855. G.S. S. 37. Näheres bestimmt. **11)** In reciprocirlicher Anwendung der im Königreiche Preußen gegen sächsische Unterthanen beobachteten Grundsätze bestimmt die V. v. 14. Juli 1840. G.S. S. 202.: a) daß bis auf Weiteres allen preußischen Unterthanen, die sich, gleichviel zu welchem Zwecke, zeitweilig in Sachsen aufhalten wollen, der Aufenthalt nur gegen Beibringung eines von der Provincialregierung beglaubigten H. oder Reverses ihrer Heimathsbehörde, worin die

fortdauernde Angehörigkeit des Inhabers und der etwa bei ihm befindlichen Familienglieder zum Königreiche Preußen ausdrücklich anerkannt wird, gestattet werden darf, §. 1. ib. S. 203. b) Ein solcher H. muß vor Ablauf seiner Giltigkeit gehörig erneuert werden, §. 2. ib. c) Ausgenommen von §. 1. sind: eigentliche Reisende mit legalen Pässen, ferner wandernde preuß. Handwerksgesellen mit von ihrer heimathlichen Obrigkeit ausgestellten legalen Wanderbüchern od. Wanderpässen. Indeß cessirt die Ausnahme hinsichtlich dieser Handwerksgesellen, wenn sie entweder in Verhältnisse treten, welche die Absicht eines bleibenden Aufenthalts andeuten, oder wenn in ihren Legitimationen deren Dauer nicht ausgedrückt, und seit deren Ausstellung ein Zeitraum von 3 Jahren verstrichen ist, §. 3. ib. S. 204. d) Uebrigens bewendet es hinsichtlich der preußischen Unterthanen, welche sich in Sachsen verehelichen oder unter Betreibung eines Gewerbes od. durch Ansässigmachung selbstständig niederlassen wollen, bei den M. v. 10. Oct. 1826. u. 13. Mai 1831., Ang. V. v. 14. Juli 1840. §. 4. G. S. S. 204. **12)** S. Dienstreserve, Kriegsreserve, Niederlassung, Heimathsangehörigkeit, Ausländer, Unterthanenrecht, Persönlichkeit.

Heimfallen, s. Anfall.

Heimfallsrecht. S. Abschoß, Staatsverträge.

Heimkehr, s. Rückkehr.

Heimlich. S. Besitz, Geheime, Geheimnisse, Abtreibung, Verleumdung, Verhehlen.

Heimlichhalten, s. Verhehlen.

Heimlichkeit. S. Geheimnisse.

Heimrecht. S. Heimathsangehörigkeit, Staatsangehörigkeit.

Heinrichsorden. 1) Die Statuten des Königl. Sächs. Militair-St. Heinrichs-Ordens v. 23. Dec. 1829. enthält die G. S. v. 1830. S. 1. Dem Orden schließt sich als 5te Classe die im J. 1796. gestiftete Militair-Verdienst-Medaille für Unteroffiziere und Gemeine an. ib. §. 14. **2)** Die Ordensinsignien und Medaillen sind nach dem Tode der Inhaber an das Kriegsministerium einzusenden, wofür der Wittwe und den Kindern, oder in deren Ermangelung den Adscendenten, mit Ausschluß aller entfernteren Verwandten oder Testamentserben, eine Gratification von 25 Thlrn. wegen der silbernen und von 100 Thlrn. wegen der goldenen Medaille gezahlt wird, sie mögen den Nachlaß angetreten haben oder nicht. ib. §. 17. **3)** S. Verlassenschaften.

Heirathen. S. Ehe..., Trauung, Wanderjahre.

Heirathsfähig. S. Ehe.

Heirathsgut. S. Apanagen, Ausstattung, Einbringen.

Heißen, s. Befehl.

Heizer auf den Dampfsch..., s. Elbe.

Heizung. S. Auszug, Oefen, Steinkohlen, Almosen, Verheizung, Arme, Besoldung, Justizämter.

Helfen, s. Hilfe.

Helfershelfer. S. Theilnahme, Gehilfen.

Hell. S. Gefängnisse.

Hemde. S. Kleider, Züchtigung.

Hemmen. 1) Zum H. ist sich auf den Staatschausséen eines Hemmschuhes zu bedienen; übrigens dürfen Hemmschuhe nicht auf der Chaussée geschleppt und nicht auf den Bauchseiten des Wagens angehängt werden. Tarif v. 9. Nov. 1833. no. 7. 14. G. S. S. 134. u. V. v. 22. Oct. 1840. G. S. S. 303. **2)** S. Verhinderung.

Hengstreiterei. S. Pferde.

Henker. S. Scharfrichter.

Henkersmahlzeit. S. Todesstrafe.

Herabkommen. S. Verarmung.

Herabsetzen. S. Beleidigung, Verleumdung, Censur, Reduction, Milderung, Caution, Kostenmoderation, Klage, Rechtsmittel, Begnadigung.

Herabwürdigen, s. Achtung.

Herausbringen, s. Entdecken, Heraussetzen.

Herausfordern. S. Zweikampf.

Herausgabe. S. Amortisation, Presse, Beschlagnahme, Papiere, Haussuchung; ferner die Nachweise unter: Ausantworten. S. ferner die Art.: Censur, Eigenthum

an G., Bund, Urkunden, Executionsverfahren.

Herausgeber. S. Presse.

Heraussetzen. S. Executionsverfahren, Appellation, III. D. 2. b., 5., Ehescheidung.

Herbeirufen. S. Begräbniß, Geburtshilfe, Heilkunde, Amtsfolge.

Herbeitreibung. S. Executionsverfahren.

Herbeiziehung, s. Zuziehung.

Herberge. S. Auszug, Beherbergen, Gast- u. Sch..., Altgeselle, Grund- u. Hypothekenbuch, Zusammenkünfte, Auflegegeld, Innungen, Mühlburschen.

Herbergsvater. S. Innungswesen, Zusammenkünfte.

Herd, s. Heerd.

Herkommen. S. Gewohnheit...

Herkunft. S. Aufenthalt, Adel, Kinder, Ehe, Verwandte, Gerichtsstand, Heimath..., Familien-Fid...

Herrenloses Gut, s. Edictalcitation, 1. F., Erbfolge, Hunde.

Herrnhut. S. Reiselegitimation.

Herrschaften. S. Diener, Gesinde, Polizei, Gutsherrschaften, Handelsbücher, Münzwesen, Reiselegitimationen, Schulversäumniß.

Herrühren, s. Anstiften, Herkunft.

Herstammen, s. Herkunft.

Herstellen, s. Wiederherstellung, Kranke, Gesundheit, Wiedereinsetzung.

Herumgehen. S. Herumziehende, Singumgänge, Altgeselle.

Herumlaufen. S. Hunde.

Herumschauen. S. Altgeselle, Schau.

Herumstreicher. S. Vagabonden.

Herumtragen. S. Hausiren, Colporteurs.

Herumtreiben. S. Herumziehende.

Herumziehende. **1)** Herumziehende Comödianten, Bänkelsänger, Musikanten, Seiltänzer, Puppenspieler und andere mit dergleichen Schaustellungen sich ausbietende Personen sind, wenn sie nicht eine zu diesem Gewerbe von einer Kreisdirection nach vorgängiger Erörterung ertheilte Concession aufweisen können, welche übrigens nicht leicht ertheilt werden soll, als des Vagabondirens und Bettelns dringend verdächtig anzusehen, und ist solchenfalls gegen sie wie gegen andere Vagabonden zu verfahren. §. 106. der A.O. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 279. **2)** Unter den genannten Musikanten sind aber nur solche zu verstehen, welche, ohne auf irgend eine künstlerische Befähigung Anspruch machen zu können, das Spielen eines musikalischen Instruments oder den Gesang oder beides nur als das Mittel, oder den Vorwand, sich Gaben zu erbetteln, zu gebrauchen pflegen, und ist daher die Bestimmung des §. auf solche Musiker nicht anzuwenden, welche in ihrer Kunst sich schon einige Bildung erworben haben, und entweder allein oder in Gesellschaft mehrerer ihren Verdienst suchen, obwohl auch diese, wenn sie sich an öffentlichen Orten, auf Messen und Märkten hören lassen wollen, sich nicht nur durch ihre Legitimationen auszuweisen, sondern auch obrigkeitliche Erlaubniß zu suchen haben. §. 8. d. B. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 290. **3)** S. Gewerbst..., Gewerbs..., Gewerb- u. Pers., Hausiren, Reiselegit., Schauspieler, Vagabonden, Gendarmen, Bergarbeiter.

Herunterbringen, s. Verringern.

Herunterkommen. S. Verarmung.

Heruntermachen, s. Achtung, Verleumdung.

Hervorbringen, s. Anstiften, Entdecken, Erzeugnisse.

Hervorthun, s. Auszeichnung.

Herzu..., s. Herbei...

Hessen. S. Cassel, Darmstadt, Homburg, Staatsverträge, Zollwesen.

Heu. **1)** Nasses H. u. Getreide ist, zu Vermeidung der Entzündung desselben, in den Scheunen nicht aufzupansen. Gen.-B. v. 7. Febr. 1719. C. A. T. I. S. 1886. u. L.C.W. T. I. S. 849., D.F.O. v. 18. Febr. 1775. u. 8. Febr. 1777. Cap. I. §. 35. C. A. C. II. T. I. S. 719., L.C.W. T. III. S. 358., C. A. C. II. T. III. S. 120. Auch ist kein überflüssiger Vorrath von H. und Stroh in den Ställen aufzubewahren, noch auf Böden, die mit bloßen Stangen belegt sind, oder unter die Dächer der Wohngebäude zu legen. ib. **2)** Das Verbot der Ausfuhr von H.

und Stroh in der Gen.B. v. 19. Febr. 1790. C.A. C. III. T. I. S. 578. (u. s. das O.A.-Pat. v. 7. Febr. 1806. L.C.W. T. V. S. 726.) ist im Rescr. v. 19. Juli 1817. C.A. C. III. T. I. S. 551. aufgehoben. Polizeiliche Rücksichten können eine Erneuerung eintreten lassen. G. v. 3. April 1838. §. 3. G.S. S. 290. **3)** S. Auszug, Futter, Forst...

Heuschrecken. H. (Hipperlinge) sind, wo sie sich zeigen, samt ihrer Brut zu vertilgen. O.A.Pat. v. 27. Jan. 1730. L.C.W. T. I. S. 966. u. C.A. C. I. T. III. S. 49., v. 4. Nov. 1730. L.C.W. T. I. S. 969., Gen. v. 13. Oct. 1731. C.A. C. I. T. I. S. 575., O.A.Pat. v. 5. Aug. 1750. C.A. C. I. T. III. S. 142., Vorschrift v. 15. Sept. 1750. C.A. C. I. T. I. S. 773., O.A.Pat. v. 8. April 1751. L.C.W. T. I. S. 1010., Circ. v. 29. Juni 1784. C.A. C. II. T. I. S. 835.

Hiebe. S. Züchtigung.

Hildburghausen. S. Münzwesen, Staatsverträge, I. II.

Hilfe. S. Executionsverfahren, Abhilfe, Selbsthilfe, Unterstützung, Aussetzen, Begräbniß, Geburt, Geburtshilfe, Mord, Nothwehr, Post, Gehilfen.

Hilflos. S. Arme, Geburt, Aussetzung.

Hilfsauflage, s. Zahlungsauflage.

Hilfsbedürftig. S. Almosen, Arm..., Ehegatten.

Hilfsbrief der Universität Leipzig. Der H. dieser Universität v. 27. Juli 1652. und seine Bestätigung v. 28. Mai 1716. befinden sich im C.A. T. I. S. 931. u. 947.

Hilfsgeld. S. Urkunden.

Hilfslehrer. **1)** Ein H. ist für eine Elementar-Volksschule anzustellen, wenn die Zahl der schulfähigen Kinder eines Bezirks über 120 beträgt und der ständige Lehrer durch kirchliche Geschäfte behindert, oder sonst nicht befähigt ist, einer 3fachen Classenabtheilung mit höchstens 180 Kindern durch tägliche Ertheilung eines acht- und im Winter siebenstündigen Unterrichtes vorzustehen, besonders wenn die Mittel zu Anstellung eines zweiten ständigen Lehrers mangeln. §. 14. 109. 125. der V. v. 9. Juni 1835. G.S. S. 302. f. **2)** Als H. können nur Schulamtscandidaten, die die erste Prüfung bestanden, angestellt werden. §. 115. ib. S. 326., Regul. v. 13. Juli 1835. §. 1. ib. S. 395. u. f. §. 12. dieses Regul. Ueberhaupt soll ein solcher, bevor er als ständiger Lehrer angestellt werden kann, mindestens 2 Jahre lang als H., Privatgehilfe, oder Privatlehrer arbeiten, G. v. 6. Juni 1835. §. 43. ib. G.S. S. 288., dafern er nicht in der Candidatenprüfung als vorzüglich befähigt befunden worden ist. Ang. V. §. 116. **3)** Den H. ist außer freier Wohnung, Heizung und von dem Hauptlehrer zu gewährender Kost, oder einem diesfallsigen, von der Behörde genehmigten, Aquivalente, wenigstens ein baarer Gehalt von 40 Thalern auszusetzen. Ang. G. §. 39. G.S. v. 1835. S. 287. **4)** S. Besoldung, Censur, Classen, Schulamtscandidaten.

Hilfsleistung, s. Hilfe.

Hilfsobject, s. Executionsobject.

Hilfspfandrecht. S. Pfandrecht, Executionsverfahren.

Hilfspräcept, s. Zahlungsauflage.

Hilfsrecht. S. Pfandrecht, III. 5. f., Executionsverfahren.

Hilfsrichter. S. Erkenntnisse.

Hilfsschein. S. Stempelsteuer, IV. 11.

Hilfsverfahren. S. Executionsverfahren.

Hilfsvollstreckung, als erfolgt angenommen, s. Executionsverfahren.

Hilfsvorspann. S. Post.

Himmelfarth. S. Fristen, Sonntags-F.

Hinarbeiten, s. Bestreben.

Hinausschieben, s. Verlängerung.

Hinaussetzen, s. Heraussetzen.

Hinbringen, s. Transport, Einsenden.

Hindern, s. Verhinderung.

Hindernisse. S. Vertagung.

Hingang. S. Tod.

Hingeben. S. Incest, Unzucht, Kuppelei.

Hinhalten, s. Verhinderung, Verzögern.

Hinlänglich. S. Censuren, Getreide, Magazine, Bäcker, Apotheken.

Hinneigung, s. Neigung.

Hinreisen, s. Reise...

Hinreißen, s. Leidenschaft, Todschlag.

Hinrichtung. **1)** Ein Todesurtheil ist nicht eher zu vollstrecken, als bis dem Untersuchungsrichter amtlich eröffnet worden ist, daß der König von seinem Begnadigungsrechte keinen Gebrauch gemacht habe. Str.Pr.O. v. 1855. Art. 425. **2)** Die H. erfolgt in einem umschlossenen Raume in Gegenwart einer Gerichtscommission, welche wenigstens aus 3 Mitgliedern des Gerichts und einem Protokollführer bestehen muß, und eines Mitgliedes der Staatsanwaltschaft, sowie eines Seelsorgers von dem religiösen Bekenntnisse des Verurtheilten, dafern ein solcher im Inlande zu erlangen ist. ib. Art. 426. **3)** Der Vorstand und die Mitglieder der Gemeindebehörde, sowie die Gemeindevertreter des Orts, wo die Vollstreckung Statt findet, sind von dem Orte und der Stunde der Vollstreckung, um derselben beiwohnen zu können, durch den Untersuchungsrichter in Kenntniß zu setzen. ib. **4)** Außerdem ist den übrigen richterlichen Beamten und Mitgliedern der Staatsanwaltschaft, dem Vertheidiger und den nächsten Verwandten des Verurtheilten und, soweit es der Raum zuläßt, anderen erwachsenen Personen die Gegenwart bei der H. zu gestatten. ib. **5)** Die Vollstreckung des Todesurtheils wird durch das Läuten einer Glocke angekündigt, welches mit dem Austritte des Verurtheilten aus dem Gefängnisse beginnt und bis zum Schlusse der H. fortdauert. ib. An Sonn- und Feiertagen, sowie während der Charwoche soll ein Todesurtheil nicht vollstreckt werden. ib. **6)** Ist der Tag zur H. bestimmt, so hat das Bezirksgericht hiervon die Polizeibehörde des Orts in Kenntniß zu setzen, damit diese, im Einverständnisse mit dem Bezirksgerichtsdirector, nach Befinden mit Untersagung öffentlicher Lustbarkeiten, die zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung nöthigen Maßregeln treffe, auch die Mitglieder derselben der Vollstreckung beiwohnen können. V. v. 31. Juli 1856. §. 92. G.S. S. 181., V. v. 26. Sept. 1856. §. 3. G.S. S. 381. **7)** Bei Vollziehung der Todesstrafe ist auch ferner der V. v. 1. Dec. 1852. G.S. S. 331. f., sowie den §§. 2. 3. 4. 5. 8. der V. v. 27. Dec. 1834. G.S. v. 1835. S. 3. f. nachzugehen. An die Stelle der §§. 6. 7. treten dagegen folgende Bestimmungen: a) der Geistliche, welcher den Verurtheilten zum Tode vorbereitet hat, hat sich unmittelbar vor der Abführung desselben zur Execution in dem Gefängnisse desselben einzufinden und ihm geistlichen Zuspruch zu gewähren, sich auch auf dem Platze der H. selbst einzufinden, um bei einem Verlangen des Verurtheilten ihm nochmaligen Zuspruch zu gewähren. Es soll jedoch dieß in keinem Falle erst auf dem Schaffote selbst geschehen und eine Begleitung des Verurtheilten bis auf das letztere nicht Statt finden. V. v. 31. Juli 1856. §. 93. G.S. S. 181. b) Ferner hat sich der Untersuchungsrichter spätestens am Tage vor der Execution zu dem Verurtheilten in das Gefängniß zu begeben, um etwaige besondere Wünsche desselben bezüglich seiner Hinterlassenen rc. entgegen zu nehmen. In wieweit die protokollarische Aufnahme derselben und die Beobachtung sonstiger Förmlichkeiten nothwendig oder wünschenswerth ist, wird der Richter, nach Maßgabe ihres Inhalts und ihrer etwaigen juristischen Natur, zu beurtheilen haben. ib. c) Der Richter hat, nachdem der Verurtheilte auf dem Richtplatze angelangt ist, sich an die übrigen anwesenden Personen zu wenden und ihnen den Namen des Verurtheilten nebst dem Verbrechen desselben bekannt zu machen. Der Richter hat sich hierbei jeder Aussprache über die etwaige sittliche Entartung des Verbrechers und ähnlicher Aeußerungen zu enthalten. ib. **8)** Stirbt ein zum Tode Verurtheilter vor Vollziehung des Erkenntnisses, jedoch nach eingetretener Rechtskraft desselben, so ist der Leichnam an die nächste anatomische Anstalt abzuliefern oder, wenn dieses nicht thunlich ist, an einem abgesonderten Platze des Todenackers zu begraben. Str.Pr.O. Art. 427. **9)** S. Todesstrafe, Vollstreckung, Begnadigung.

Hinscheiden. S. Tod.

Hinterbliebene, s. Hinterlassene.

Hintere. S. Züchtigung.

Hintereinander, s. Unausgesetzt.

Hinterhalt, s. Verhehlen, List.

Hinterlassene. S. Erben, Erbfolge, Erbschaft, Testamente, Verlassenschaft, Antrag, Uebergang, Wiedereinsetzung.

Hinterlegen. S. Caution, Deposita, Testamente.

Hinterlist, s. List, Körperverletzung.

Hintersättler. S. Bauergüter, Eid.

Hintertreiben, s. Verhinderung.

Hinterziehung. S. Abgaben..., Täuschung, Militair...

Hintritt. S. Tod.

Hinwegbegeben, s. Wegzug.

Hinwegnehmen, s. Beschlagnahme.

Hinziehen, s. Verzögern.

Hinzurechnen, s. Zusammenrechnen.

Hinzuschlagen. S. Zusammenschlagung, Zinsen.

Hipperlinge. S. Heuschrecken.

Hirnschädel. S. Section.

Hirsche. **1)** Aufgefundene Hirschstangen (Geweihe) sind dem nächstwohnenden Forstbedienten zu übergeben. M. v. 9. Febr. 1626., Bef. v. 15. März 1670. C.A. T. II. S. 549. 567., Gen. v. 18. Oct. 1735. u. M. v. 29. Jan. 1742. C.A. C. I. T. I. S. 1491. u. 1497. **2)** S. Jagd.

Hirten. **1)** Die Gemeindehirten und Schäfer haben bei entstandenem Feuer das Rind-, Schaf- und Schweinevieh sogleich aus den Ställen an einen sicheren Ort zu treiben, auch das Rindvieh ohne Ketten und Stricke nicht in die Höfe und Gassen laufen zu lassen. D.F.O. v. 18. Febr. 1775. und 8. Febr. 1777. Cap. III. §. 6. C.A. C. II. T. I. S. 727., L.C.W. T. III. S. 368., C.A. C. II. T. III. S. 127. Auch sollen die H. bei ausgebrochenem Feuer, ehe sie zum Viehe gehen, mit ihren Hörnern blasen, damit, besonders zur Nachtzeit, die Leute aus dem Schlafe geweckt werden. ib. §. 4. **2)** H. sollen nicht an einen der Viehseuche verdächtigen Ort gehen, oder daselbst eine Cur übernehmen. M. v. 13. Mai 1780. Cap. III. §. 12. C. A. C. II. T. I. S. 791., C.A. C. II. T. III. S. 163. u. L.C.W. T. III. S. 414. **3)** Wenn Dörfer mit solchen, worin die Viehseuche grassirt, grenzen, so ist den H. (wozu überhaupt keine Kinder, sondern verständige Männer zu nehmen) nachdrücklich einzuschärfen, daß sie mit den Heerden den Feldmarken, wo verdächtiges oder inficirtes Vieh ist, nicht zu nahe kommen, am wenigsten aber nach solchen Gegenden treiben, wo der Wind die inficirte Luft dem Viehe zuwehen kann. ib. Cap. III. §. 35. **4)** Hiernächst hat der H. auf seine Heerde, und besonders auf das Fressen des Viehes, wobei sich die Krankheit am ersten äußert, genau Acht zu geben, und wenn er die mindeste Spur einer Krankheit an einem oder dem anderen Stücke bemerkt, solches mit dem übrigen gesunden Viehe weiter nicht auszutreiben, auch wenn eins in seiner Heerde plötzlich umfallen sollte, solches dem Eigenthümer sowohl als dem Dorfrichter ungesäumt anzuzeigen, damit das weiter Nöthige veranstaltet werde. ib. §. 36. **5)** Den H., Schäfern, Bauern u. d. m. ist die Führung von Büchsen und dergl. Schießgewehr verboten. S. Jagd und daselbst die ältere Gesetzgebung. **6)** H. sollen nicht zu viele Schafe und Rindvieh halten. Res. gr. v. 22. Juni 1661. Tit. Kammer- und Rentſ. §. 2. C.A. T. I. S. 271. **7)** S. Heimathsang..., Hunde, Vieh, Gemeinheitstheilung, Gendarmen, Hutung...

Hitze, s. Leidenschaft.

Hitzige Krankheiten. S. Kranke, Vieh.

Hobeln. S. Innungswesen.

Hoch. S. Berichte.

Hochgericht. S. Todesstrafe.

Hochschule, s. Universität.

Hochschwanger, s. Schwangere.

Hochverrath. **1)** Wer a) die persönliche Sicherheit des Staatsoberhauptes durch ein gegen dessen Leben, Gesundheit od. Freiheit gerichtetes Unternehmen verletzt, wer b) gegen Regierungsrechte des Staatsoberhauptes, c) gegen die Selbständigkeit des Staates, um das ganze Königreich einem fremden Staate einzuverleiben, oder zu unterwerfen, oder auch nur, um einen Theil seines Gebiets von dem anderen loszureißen, oder d) gegen die Staatsverfassung, in der Absicht, dieselbe in ihren hauptsächlichen Bestandtheilen aufzuheben,

einen gewaltsamen Angriff unternimmt, ist als Hochverräther mit dem Tode zu bestrafen. Str.Gb. v. 1855. Art. 116. Vorher: Art. 81. f. d. Cr.Gb. v. 1838. G.S. S. 135. **2)** S. Untersuchung, Versuch, Bund, Majestätsv..., Reue, Begünstigung, Staatsgefährliche H.

Hochwald. S. Forst..., Holz..., Wald...

Hochwild. S. Jagd, Wild.

Hochzeit. S. Trauung, Becken.

Hochzeitbitter. S. Polizei.

Hochzeitsgeschenke. **1)** Die H. gehören der Regel nach beiden Gatten zu gleichen Theilen. Const. 22. v. 1572. P. III. C.A. T. I. S. 111. **2)** Ist beim Tode des Mannes oder bei einem zu seinem Vermögen ausbrechenden Concurse das H. nicht mehr in natura vorhanden, so hat die Frau auf Erstattung des Werths keinen Anspruch, außer, wenn in den Eheverträgen ein Anderes festgesetzt, oder dasselbe als Theil der Mitgift gegeben, oder darüber eine von den Interessenten unterschriebene u. mit einem Anschlage versehene Specification gemacht worden ist. Dec. 51. v. 1661. ib. S. 321. **2)** S. Aufwand.

Hochzeitsmahl. S. Aufwand, Almosen.

Hochzeitstag. S. Trauung.

Höchstbetrag. S. Straf-Maximum.

Höflichkeit. S. Beschwerdeführung, Post, Staatsdienst, Schiffsführer, Schullehrer, Justizämter, Zollbeamte, Zusammenkünfte.

Höker. S. Wochenmarkt, Polizei, Aufkaufen.

Hökerimpost. Der H. ist aufgehoben durch die Generalaccis-O. v. 12. Juni 1824. §. 36. G.S. S. 96.

Hölzer. S. Forstvergehen.

Hof, s. Eisenbahnen.

Hof. S. Civilliste.

Hofämter, Hofbediente. S. Civilliste, Hofdienst, Testamente, Verkümmerung.

Hofdienst. **1)** Im Staatsdienste ist der H. nicht mit begriffen. V.U. v. 4. Sept. 1831. §. 44. G.S. S. 241. **2)** Die in die Hofrangordnung aufgenommenen Hofbeamten erhielten im J. 1835. ihren Gerichtsstand vor den Königl. Untergerichten, wenn sie ihn nicht schon früher bei den Gerichten des Wohnorts hatten. G. v. 28. Jan. 1835. §. 11. unter 1. u. §. 16. G.S. S. 77. f. [Aeltr. Best.: Rescr. v. 1. Aug. 1673. C.A. T. I. S. 1155., Regul. v. 11. März 1786. C.A. C. II. T. I. S. 483., Rescr. v. 22. März 1786. ib. S. 483.] **2)** S. Militairpflicht, Civilliste, Ständeversammlung, Gerichtsstand.

Hofedienst. S. Dienste.

Hoffähig. S. Hofrangordnung.

Hoffnung. S. Patronatrecht, Spielen.

Hofgeistliche. **1)** Der kathol. und evangel. Hofgottesdienst wird von der Civilliste (s. d.) bestritten, §. 22. der V.U. v. 4. Sept. 1831. G.S. S. 247., und gehört zum Ressort des Haus-Ministerii, §. 9. der V. v. 7. Nov. 1831. G. S. S. 334. **2)** Ueber den Parochialumfang der kathol. Hofkirche zu Dresden vergl. die Bek. v. 1. Febr. 1828. G.S. S. 11. u. v. 5. Febr. 1849. G.S. S. 9. **3)** Hinsichtlich der Parochialverhältnisse der evangel. Hofkirche zu Dresden sehe man das Rescr. u. Regul. v. 7. Juni 1828. G.S. S. 55. nach. **4)** Ueber die geistlichen Befugnisse der evangel. Hofgeistlichen enthält ebenfalls d. Rescr. v. 7. Juni 1828. G.S. S. 55. nähere Bestimmungen. Ihre Ernennung und Entlassung gehört vor die evangel. Staats-Minister, Regul. v. 12. Nov. 1837. unter n. G.S. S. 103. Wegen ihrer Beiträge zur Prediger- Wittwen- und Waisencasse und der Pensionen ihrer Hinterlassenen s. das G. v. 1. Dec. 1837. G.S. S. 186. **5)** S. Cultusministerium, Haustaufe.

Hofgericht. **1)** Das Oberhofgericht zu Leipzig. S. Leipzig. **2)** Das Oberamtshofgericht zu Bautzen, s. Oberlausitz.

Hofhaltung. S. Civilliste.

Hofkapelle. S. Civilliste.

Hofmeister. S. Hauslehrer, Dienstboten, Gesinde.

Hofprediger. S. Hofgeistliche, Civilliste.

Hofrangordnung. **1)** Die neueste H. ist durch die Bek. v. 28. Dec. 1818. G. S. v.

1819. S. 3. publicirt worden. [Eine ältere v. J. 1764. und 1785. befindet sich im C.A. C. II. T. I. S. 879.] **2)** S. Gerichtsstand, Rang, Eisenbahndirectoren. Wegen des Hofrangs der wirklichen Directoren der Straf-, Corrections-, Heil- und Versorg-Anstalten s. die Bek. v. 23. Sept. 1852. G.S. S. 311.

Hofraum. S. Diebstahl, Schürfen.

Hofstaat. S. Civilliste.

Hoftheater. S. Civilliste.

Hof- und Justizräthe. S. Landesregierung.

Hof- u. Medicinalräthe. S. Landesregierung.

Hoheitsrecht. S. Regalien.

Hoheitssachen. S. Ministerium des Innern.

Hohendorf. Die Sparcasse; Decr. v. 28. Dec. 1859. G.S. v. 1860. S. 5.

Hohenzollern. S. Hechingen, Sigmaringen.

Hohlmaß. S. Gewicht, Aich...

Hohlwege. S. Straßen, Schnee.

Hohndorf-Berndorfer Steinkohlenbauverein. Derselbe ist am 19. Oct. 1849. bestätigt durch d. Decr. G.S. v. 1849. S. 285.

Hohnstein, bei Stolpen. **1)** Ueber die Parochialverhältnisse der im ehemaligen Amtsbezirke H. mit Lohmen wohnenden Katholiken s. die Bek. v. 1. Febr. 1828. G.S. S. 11. u. d. v. 5. Febr. 1849. G.S. S. 9. **2)** Für den früheren Amtsbezirk H. mit Lohmen bestand eine Sparcasse lt. Decr. v. 29. Nov. 1845. G.S. S. 410., Regulat. ib. Nach deren Aufhebung ist eine von der Stadtgemeinde zu vertretende Sparcasse für die Stadt und Umgegend begründet worden; vergl. das Decr. v. 27. Dec. 1856. G.S. v. 1857. S. 5. u. Statutenextract. ib. **3)** Das dasige Gerichtsamt ist aufgehoben worden, und s. deswegen sowie im Betreff der Zuweisung der Amtsorte an andere Gerichtsämter die Bek. v. 10. Aug. 1860. G.S. S. 151. **4)** S. Bezirkssteuer...

Holland. S. Staatsvertr., I. VI.

Holstein. S. Staatsverträge, I. II. V., Todenscheine.

Holz. S. Ablösung, Forst..., Fußboden, Geistliche, Besoldung, Gemeindeholzungen, Klafter, Vorräthe, Brandstiftung, Beschädigung.

Holzäquivalentgelder. S. Geistliche.

Holzboden. S. Asche.

Holzdeputate, der Geistlichen, Schullehrer und Kirchendiener. **1)** Bei Berechnung der Genußzeit für die den geistlichen Stellen zustehenden H. ist an einigen Orten das (im Art.: Geistliche unt. 46. c. citirte) Rescr. v. 12. Febr. 1742. maßgebend gewesen, wonach H. für eine auf den Ablieferungstermin folgende Zeit entrichtet werden, und jedes H. auf die Zeit von Ostern bis wieder Ostern gerechnet wurde; an anderen Orten hat man die Genußzeit auf das bürgerliche Jahr, in welchem die Ablieferung des Deputats zu erfolgen hatte, oder auf das Jahr von Michaelis bis wieder Michaelis gerechnet. V. v. 27. Dec. 1858. G.S. S. 393. Für die Zukunft ist das Nachstehende Norm. **2)** Wo gegenwärtig aus dem Pfarrholze selbst oder aus Kirchen- und anderen Stiftungshölzern, ferner aus Gemeindewaldungen noch H. in natura an Geistliche zu entrichten sind, od. wo dergleichen Deputate von Gemeinden oder aus Kirchenärarien und anderen Stiftungscassen angekauft und geliefert werden müssen, ist durchgängig der Grundsatz festzuhalten, daß diese Deputate, wenn dieselben auch schon im Winter oder im Frühjahre geschlagen und abgegeben werden, allemal auf die künftige Zeit vom nächstfolgenden Michaelistermine bis zu Michaelis des darauf folgenden Jahres zu rechnen sind. V. v. 27. Dec. 1858. §. 1. G.S. S. 394. In gleicher Weise ist die Genußzeit zu berechnen, wenn ein Geistlicher anstatt eines H.s dafür eine Ablösungsrente oder sonst ein Geldäquivalent zu empfangen hat. ib. §. 2. **3)** Gegen den in §§. 1. und 2. cit. festgestellten Grundsatz ist sich auf abweichende locale Observanzen nicht weiter zu beziehen, und nur in dem Falle, wenn das H. von einer Gemeinde oder einer Stiftung zu gewähren und über einen anderen Lieferungstermin eine ausdrückliche Bestimmung vorhanden ist, hat es der verpflichteten Gemeinde oder der Stiftung gegenüber bei dieser Bestimmung

auch ferner zu bewenden, in soweit nicht im Wege freier Vereinbarung mit den betreffenden Gemeinden und unter Genehmigung der vorgesetzten Consistorialbehörde eine Aenderung nach der §. 1. cit. aufgestellten Regel getroffen wird. Ang. B. §. 3. **4)** Ist das H. einer geistlichen Stelle bei früheren Auseinandersetzungen zwischen dem abgehenden und dem neuangetretenen Geistlichen auf einen anderen Zeitraum als von Michaelis zu Michaelis berechnet und angenommen worden, daß dasselbe bereits auf eine frühere Zeit zu liefern und zu genießen gewesen sei, so ist der Geistliche bei der künftigen Abrechnung mit dem Nachfolger wegen des ihm dadurch etwa entstehenden Ausfalls zunächst aus dem vorhandenen Holze oder aus der Holzcasse zu entschädigen, wenn es der Zustand der letzteren nach dem Ermessen der Consistorialbehörde gestattet. ib. §. 4. **5)** Sollten hier die erforderlichen Mittel dazu nicht vorhanden sein, so hat den Nachtheil der Amtsnachfolger zu tragen, welcher dann bei der Vertheilung des H.s oder des dafür gewährten Geldäquivalents jene Entschädigung an seinem Antheile sich kürzen zu lassen hat. Es mag jedoch, wenn das betreffende Lehn neben dem fortdauernden H. noch eine Ablösungsrente für Holz bezieht, auch dieser Ausfall von der unten no. 7. 8. erwähnten, zur Ablösung der Verpflichtung zu Vorauslieferung des H.s gewährten Entschädigungsrente gedeckt werden. ib. **6)** Der Betrag des einer geistlichen Stelle gebührenden H.s bleibt bei der Auseinandersetzung zwischen dem abgehenden Geistlichen oder dessen Erben mit dem Amtsnachfolger in sofern ohne Einfluß, als das Deputat, mag dasselbe viel oder wenig betragen, mag es den Haus- und Wirthschaftsbedarf des Geistlichen decken oder übersteigen, allezeit nur nach der Vorschrift §. 1. cit. zu berechnen und zu vertheilen ist. Hat der Geistliche von dem gelieferten H. ein Mehreres, als ihm nach Verhältniß der Zeit zukommt, bereits verbraucht oder verkauft, während er noch im Amte war, oder ist dieß Seiten seiner Erben während des Gnadenhalbjahres geschehen, so ist solchenfalls der Werth des nicht mehr in natura vorhandenen Holzes nach den an dem betreffenden Orte Statt findenden durchschnittlichen Holzpreisen zu gewähren. Ang. B. §. 5. **7)** Der bisher beobachtete Grundsatz, daß bei der Vertheilung der H. geistlicher Stellen bei eingetretenen Amtsveränderungen ein Wintermonat zwei Sommermonaten gleich gerechnet worden, hat fernerhin nicht weiter in Anwendung zu kommen, und ist daher künftig die Vertheilung auf die Sommer- und Wintermonate gleichmäßig zu bewirken. Damit jedoch die gegenwärtigen Nutznießer, welche nach dem zur Zeit angewandten Grundsatze mit ihren Vorgängern sich berechnet haben, durch die neue Bestimmung nicht verkürzt werden, hat bei ihrem Abgange auch deshalb eine Ausgleichung, wie bei §. 4. cit. einzutreten. ib. §. 6. **8)** Bei den Statt gefundenen Ablösungen geistlicher H. hatte der Verpflichtete die Ablösungsrente von der Zeit an zu zahlen, wo das Deputat zum letzten Male in natura geliefert worden war, also auf ein Jahr, oder, wenn die Genußzeit eines im Frühjahre gelieferten Deputats erst mit dem folgenden Michaelistermine begann, auf ein und ein halbes Jahr voraus. Dieser Rentenbetrag, mit welchem nur die Verpflichtung zur Vorauslieferung des H. abgelöst wurde, gehört den betreffenden Lehnen, nicht deren zeitweiligen Inhabern, und ist daher von diesen entweder sofort oder doch künftig bei deren Abgange von ihnen oder ihren Erben herauszuzahlen und als ein besonderes Capital, dessen Zinsen der jedesmalige Nutznießer zu beziehen hat, anzulegen. ib. §. 7. **9)** Diese Pfarrcapitalien können nöthigen Falls zugleich dazu verwendet werden, um damit einen abgehenden Geistlichen oder dessen Erben zu entschädigen, wenn derselbe sich mit seinem Vorgänger auf andere Weise über das H. zu berechnen gehabt hat. Wo seit der Ablösung der H. ein Amtswechsel schon jetzt Statt gefunden hat, die Abrechnung über die Ablösungsrenten zwischen dem Vorgänger und dem Nachfolger jedoch nicht in der hier vorgeschriebenen Weise er-

folgt ist, soll diese Abrechnung hiernach berichtigt werden. ib. **10)** Vorstehendes gilt auch vom H., den Ablösungsrenten für solche und Holzäquivalentgeldern, welche andere Kirchendiener und die Schullehrer zu ihrem eigenen Gebrauche erhalten, H. und Holzgelder zur Verheitzung der Schulstuben sind jedoch nach der Zeit zu vertheilen, in welcher solche zur Verwendung kommen sollen. V. v. 27. Dec. 1858. G.S. S. 395.

Holzdieb. S. Forstverbrechen, Forstschutz.

Holzersparniß. S. Backöfen, Oefen, Darren, Taggebäude.

Holzfarben. S. Färber.

Holzflosse. Die H. auf der Elbe dürfen nur eine bestimmte Breite haben, müssen dauerhaft verbunden und an beiden Enden mit einem Steuerruder versehen sein. Die Belastung jedes H. oder Schiffs richtet sich nach Fahrbahn und Wasserstand. V. v. 6. Febr. 1845. §. 2. 3. G.S. S. 40. S. ferner: Schiffe.

Holzfuhre. S. Auszug, Besoldung, Verheitzung.

Holzgeld. S. Sittenzeugnisse.

Holzgefäß. S. Asche.

Holzhandel. S. Forstdienst, Forstverbrechen.

Holzkohlen. S. Bergschmiede.

Holzlesen, s. Holzung.

Holzmachen. S. Auszug, Verheitzung.

Holzsäge. S. Forstverbrechen.

Holzschlag. S. Holzwirthschaft.

Holzschnitt. S. Censur, Eigenthum an G.

Holzspähne, s. Spähne.

Holzung. S. Ablösung, Forst..., Jagd, Waldungen, Holzwirthschaft.

Holzvorräthe. S. Brandstiftung.

Holzwaaren. S. Waaren, Grimma, Hausiren, Dorfhandel.

Holzwirthschaft. Die Bestimmungen, welche über die sächs. H. und Forstverwaltung in den Gesetzsammlungen vorhanden sind, enthält die nachstehende Zusammenstellung. Es gehören dahin: **1)** Die L.O. v. 1. Oct. 1555. Tit. Holz-Kauf, C.A. T. I. S. 59.f., **2)** die F.- u. H.O. v. 8. Sept. 1560. C.A. T. II. S. 487.ff., **3)** das Pat. v. 12. Febr. 1598., wie es bei den Frühlings- und Herbstförstereien mit der Holznutzung zu halten, ib. S. 531., **4)** das Ausschr. v. 20. Mai 1611., daß rc. allerhand Arten Holzwachs rc. kein Schaden zugefügt werden solle, ib. S. 613., **5)** die Res. gr. v. 23. April 1612. Rentk. §. 1. C.A. T. I. S. 184., **6)** das M. v. 26. Jan. 1619., daß dem jungen Holze kein Schaden zuzufügen, C.A. T. II. S. 617., **7)** die Pr.O. v. 1622. Tit. 39. §. 9. S. 206., wonach bei der Hilfe in die Bauergüter die Gehölze geschont werden sollen, **8)** die Hauptres. in Forst- u. Holzsachen v. 13. Oct. 1665. C.A. T. II. S. 563., **9)** die Res. v. 4. Dec. 1674., daß die Verleihung der Seifenwerke nicht ohne Vorwissen der Beamten und Oberförster geschehen soll, ib. S. 571., **10)** die Resol. in Forst- und Holzsachen, den erzgebirg. Kreis betr., v. 6. Sept. 1675. ib. S. 571., **11)** der Bef. v. 22. Dec. 1692., daß die zur Flöße tauglichen Stämme nicht anderwärts zu verwenden, ib. S. 639., **12)** der Bef. v. 14. Juli 1693., daß zu besserer Nutzung der Muldenflöße die dazu gelegenen Gehölze im Amte Voigtsberg zu hegen, ib. S. 639., **13)** der Bef. v. 4. Mai 1697., die Hegung des Holzes für die schwarze Elsterflöße betreffend, ib. S. 641., **14)** die Resolutionspuncte wegen Abstellung der bei Forst- und Holzsachen in den erz- und obergebirgischen Kreisen eingerissenen Mißbräuche v. 28. Aug. 1697. ib. S. 587., **15)** das M. v. 10. Nov. 1700., die Pfropfung guter fruchtbarer Bäume, auch Pflanzung und Setzung junger Eichen und Buchen betreffend, ib. S. 647., **16)** die Resol. in Forst- und Holzsachen, den ober-erzgeb. Kreis betreff., v. 7. April 1713. ib. S. 605., **17)** das M. v. 21. Febr. 1715., das Hauen der Maien betreff., ib. S. 657. u. L.C.W. T. II. S. 568., **18)** die Resol. v. 5. Mai 1718. C.A. T. I. S. 397. f., **19)** die Gen. V. v. 7. Febr. 1719., wie Feuersbrünste abzuwenden, ib. S. 1885. u. L.C.W. T. I. S. 844., **20)** das M. v. 11. Mai 1726. wegen Pflanzung, Pfropfung auch Cultivirung fruchtbarer u. and. Bäume, C.A. C. I. T. I. S. 523. u. L.C.W. T. II. S. 578., **21)** der Bef. v. 12. Juni 1728., die Viehhutung in

den Amtsgehölzen betr., C.A. C. I. T. I. S. 1507., **22)** das Gen. v. 27. Juli 1729., die jährl. Förstereien betr., ib. S. 1509., **23)** d. Pat. v. 1. Aug. 1731., das Holzfällen ohne Anweisung der Heegereuter betreffend, ib., **24)** das Gen. v. 28. Mai 1732., die Schonung der Hölzer und Waldungen betr., ib. S. 1509., **25)** die V. v. 11. Nov. 1733., die Forsteisen betr., ib. S. 1511., **26)** das Gen. wegen Berechnung des übrigbleibenden Röhr- und Bau-Holzes v. 4. Febr. 1734. ib. S. 1287. ff., **27)** der Bef. v. 26. März 1738., die Ausrodung und Ueberlassung von Waldwiesen an Forstbediente und Andere betr., ib. S. 1513., **28)** der Bef. v. 22. Nov. 1748., die Rainungen der Waldungen betr., ib. S. 1519. **29)** das Gen. zu Abstellung verschiedener Mißbräuche bei den Bauen und Reparaturen herrschaftlicher Gebäude, v. 9. Juli 1754. ib. S. 1323., **30)** das Gen. v. 29. Mai 1755., die jährl. Förstereien betreff., ib. S. 1521., **31)** das Gen., die Einschränkung und Abstellung der Mißbräuche im Holzwesen betr., v. 16. Juli 1755. ib. S. 1523., **32)** das Gen. v. 17. Juli 1755., die Forsteisen betr., ib. S. 1527., **33)** das Gen. v. 26. Juli 1755., die Forstrechnungen betr., ib., **34)** das Gen. v. 11. Febr. 1763., die Wiederanbringung der ruinirten Waldungen betr., ib. S. 1529., **35)** das Gen. v. 2. Aug. 1763., die Wiederaufbringung der abgetriebenen Waldungen betr., ib. S. 1531., **36)** Oberlauf. F.- u. H.O. v. 25. Juli 1767. publ. mittelst O.A.Pat. v. 20. Aug. 1767. C.A. C.I. T.III. S. 168. ff. und L.C.W. T. III. S. 695., **37)** das Gen. v. 12. Dec. 1774., die Nutzung des Holzes an den Straßen betr., C.A. C. II. T. II. S. 321., **38)** das Rescr. v. 12. Juli 1779., die Holzhauer betr., ib. S. 323., **39)** das Gen., die H. in den Churf. Waldungen betr., v. 26. Febr. 1780. ib. S. 323., **40)** das Gen. v. 17. Mai 1780., die Forstzeicheisenschläger betr., ib. S. 305., **41)** der Bef. v. 17. Jan. 1781.; das Forstrechnungswesen betr., ib. S. 327. f., **42)** das Gen. v. 2. März 1781., die Förstereiextracte betr., ib. S. 331., **43)** die Gen.V. v. 3. Mai 1781., die gemeinen Baustämme betr., ib. S. 333., **44)** das Gen. v. 25. Sept. 1781., die Forstaccidenzien und Revenüen betr., ib., **45)** das Gen. v. 4. Jan. 1782., die Wiederanbringung der Holzblößen betr., ib. S. 335., **46)** das Gen. v. 3. Aug. 1782., die an die Pachter abzugebenden Bauhölzer betr., ib. S. 339., **47)** das Circ. v. 8. Juli 1783. u. **48)** das Gen. v. 13. Aug. 1783., das Ausroden der Stöcke an der Mulde und Elbe betr., C.A. C. II. T. II. S. 341., C.A. C. II. T. I. S. 831., **49)** das Gen. v. 28. Nov. 1783., das Forstrechnungswesen betr., C.A. C. III. T. II. S. 148., **50)** das Gen. v. 21. April 1784., das Forstrechnungswesen betr., C.A. C. II. T. II. S. 341., **51)** die Gen.V. v. 7. Juni 1785., den gleichen Gegenstand betr., ib. S. 343., **52)** die Gen.V. v. 13. Aug. 1785., die Förstereiextracte, Forstamtsattestate und Tabellen über Holzersatzgelder und Forststrafen betr., ib. S. 343., **53)** das Gen. v. 11. April 1786., die Anziehung der Erlen und Birken betr., ib. S. 347., **54)** die Gen.V., das Bauen mit Wellerwänden betr., v. 8. Aug. 1786., ib. S. 347., **55)** die Gen.V. v. 31. März 1787., die Forstflurbücher betreffend, ib. S. 311., **56)** die V. v. 10. Juli 1787., das Forstrechnungswesen betr., ib. S. 347., **57)** das Gen. v. 9. Jan. 1796., die Förstereiextracte betr., ib. S. 351. f., **58)** das Rescr. v. 5. Sept. 1797., den Raupenfraß betr., C.A. C. III. T. I. S. 381., weg. der O.Lausitz: Rescr. v. 3. Juli 1799. samt Beil., L.C.W. T. VI. S. 5. f., **59)** das Gen. v. 3. Nov. 1798., den Holzverkauf zum Brandweinbrennen betr., C.A. C. II. T. II. S. 377., **60)** das Publ. v. 11. Sept. 1799., den Handel mit zum eigenen Bedürfnisse erhaltenen Hölzern betr., ib., **61)** die Gen.V. v. 11. Dec. 1799. zur Einschärfung des Gen. v. 11. Febr. 1763., den Holzsamen betr., ib. S. 377., **62)** das Publ. v. 21. Juli 1800., die abgegebenen Bauhölzer betr., ib. S. 381., **63)** das Gen. v. 15. Dec. 1807., das Forstrechnungswesen betr., C.A. C. III. T. II. S. 151., **64)** das Gen. v. 18. Juni 1810., die jährliche Holzabgabe betr., ib. S. 219., **65)** das Gen. v. 21. Nov. 1812., desgl., ib. S. 221., **66)** das M., die Waldnebennutzungen ꝛc. betr., v. 30. Juli 1813., ib. S. 161. ff. u. L.C.W. T. VI. S. 21. **67)** die

V. v. 2. Jan. 1814., die jährliche Holzabgabe und das Forstrechnungswesen betr., C.A. C. III. T. II. S. 231., **68)** die V. v. 14. Jan. 1814., die Holzcultur- und Holzrechnungen betr., ib. S. 169., **69)** die V. v. 7. Dec. 1814., die Holzdeputate betr., ib. S. 281., **70)** die V. v. 22. März 1815., den Forstgeldetat betr., ib. S. 282., **71)** die V. v. 29. März 1815., die Verschreibung der Freihölzer betr., ib. S. 285., **72)** das Gen. v. 6. Febr. 1816., die Forstrechnungsextracte betr., ib. S. 180., **73)** das Gen. v. 13. April 1816., die Erlernung der Forstwissenschaften betr., ib. S. 186., **74)** die Bek. v. 13. April 1816., die Einrichtung der Forstakademie zu Tharand betr., ib. S. 189., **75)** die V. v. 26. Aug. 1816., die Holzsamenvorräthe betr., ib. S. 195., **76)** das Gen. v. 5. Nov. 1816., die Preise der Brennhölzer aus Privatwaldungen betr., ib. S. 287., **77)** das Gen. v. 24. Febr. 1817., das Forstrechnungswesen in den Rentämtern betr., ib. S. 197., **78)** das Rescr., die beabsichtigte Schonung der starken Hölzer betr., v. 5. April 1817., ib. S. 146., **79)** das Gen. v. 20. Mai 1817., die Forstrügentabelle betr., ib. S. 213., **80)** das Gen. v. 9. Sept. 1817., die Veranstaltung dringender Forstverbesserungen betreffend, ib. S. 214., **81)** das Rescr. v. 16. Sept. 1817., die Forstculturanschläge betr., ib., **82)** das Gen. v. 28. Oct. 1817., die Schlägerlöhne und Accidenzien in Ansehung der Holzdeputate der Forstdienerschaft betr., ib. S. 289., **83)** das Gen. v. 28. Oct. 1817., die Brennholzabgabe an die Forstdienerschaft außer den Holzdeputaten betr. ib., **84)** das Rescr. v. 24. Febr. 1818., die Prämien für die Revierförster, ib. S. 218. **85)** Plan der Forstakademie zu Tharand v. 10. April 1830. (steht nicht in der G.S.), **86)** die V. v. 18. Juli 1832., die Befähigung zum Staatsforstdienste betr., G.S. v. 1832. S. 393., **87)** die V. v. 7. Juni 1836., die Behandlung der Forst-, Jagd- und Floßsachen betr., G.S. S. 113. Wegen Abschreibung der inerigiblen Holzersatz- und Strafgelder wird in §. 3. dieser V. d. Gen. v. 20. Mai 1817. bestätigt. **88)** Vergl. noch d. Art.: Bäume, Baumfrevel, Bergbau, Berghölzer, Blößen, Forstdienst, Forstverbrechen, Geistliche, Gemeindeholzungen, Gemeinheitstheilung, Kirchväter, Klafter, Maulbeer..., Oefen, Raupen, Revierförster, Waldungen, Stadtrath.

Homburg. S. Staatsverträge, Münzwesen.

Honig. S. Bienen.

Honorar. S. Advocaten, Taxordn..., Sittenzeugnisse, Vormundschaft, 60.

Honorat. S. Ehrenannahme, Ehrenzahlung.

Honoratioren. S. Anatomische A., Reiselegitimationen, Rang, Stand, Rügenproceß, Geldstrafe.

Honoriren, s. Honorar, Achtung.

Hopfen. S. Beschädigung.

Hopfenbachverband, s. Lenz-Cottewitz.

Hordenschlag, s. Pferch.

Horn, s. Posthorn, Nachtwächter, Hirten.

Hornlaterne. S. Laternen.

Hornvieh. S. Vieh.

Hose, s. Beinkleider.

Hospitalit. S. Hospitäler.

Hospitäler. **1)** Ueber die Aufnahme in H. haben die oberen und niederen geistlichen Inspectionsbehörden in dem Falle Entschließung zu fassen, wenn die H. nach ihrer Fundation und Bestimmung unter Direction und Oberaufsicht geistlicher Behörden stehen. Rescr. v. 15. Aug. 1817. C.A. C. III. T. I. S. 156. Vergl. dazu das Syn.Decr. v. 6. Aug. 1624. §. Demnach auch viel ꝛc. C.A. T. I. S. 796., Rev. Syn.-Decr. v. 15. Sept. 1673. §. 81. ib. S. 837., ferner die VV. v. 22. Oct. 1832. u. 21. Febr. 1833. im Cod. d. S. K.R. not. 4. A. unt. 5. S. 395. Ueber solche H. führen die Pfarrer nach dem 14. u. 33. Gen.Art. v. 1. Jan. 1580. C.A. T. I. S. 701. mit Aufsicht. **2)** Ueber die Erfordernisse, um als Hospitalverwalter angestellt zu werden, und die Pflichten eines solchen enthalten die Gen.Art. v. 1557. C.A. T. I. S. 462., der 33. Gen.Art. v. 1580. ib. S. 701., das Syn.Decr. v. 1624. §. Damit nun aber auch ꝛc. ib. S. 795., die Res. gr. v. 1661. Conf.S. §. 15. ib. S. 202., die Pol.O. v. 1661. Tit. I. §. 5. ib. S. 1564., u. das Rev. Syn.Decr. v. 1673. §. 80. ib. S. 837. nähere Anweisung. **3)** Die Hospi-

talverwalter u. Hospitaliten der H. unter geistlicher Oberaufsicht stehen dann in Disciplinarsachen auch unter letzterer. Regul. v. 31. Mai 1782. §. 2. C.A. C.II. T.I.S.273. [Bef. v. 5. Juni 1777. ib. S. 343.] **4)** S. noch die Art.: Armenanstalten, Armenversorgung, Amtshauptleute, Armencasse, Armenvereine, Erbfolge, 104. f., Geistliche, Landes-Versorg..., Verjährung, Gemeindeleistungen, Kranke, Polizei.

Hospitalverwalter. S. Hospitäler.

Hotel. S. Gast- u. Schänknahrung.

Hubertusburg. **1)** Die Errichtung eines Landesgefängnisses und Arbeitshauses zu H. erfolgte durch die V. v. 27. Juni 1837. G.S. S. 71. Bei der Einlieferung der Gefangenen sind folgende Vorschriften zu beobachten: a) Als Beitrag zu der Unterhaltung der Gefangenen im Landesgefängnisse ist aus dem Vermögen derselben, oder derjenigen, welche zu ihrer Alimentation rechtlich verbunden sind, die Summe von 30 Thalern jährlich einzubringen, u. in vierteljährlichen Raten mit Vorausbezahlung an den Inspector des Landesgefängnisses einzusenden; b) die Ablieferung der Gefangenen in das Landesgefängniß ist auf eine, den Verhältnissen der Gefangenen angemessene, Weise zu veranstalten; c) es ist den Gefangenen nicht zu versagen, Anzugsstücke, Betten und andere Effecten mit sich zu nehmen; d) unvermögende Gefangene sind, bei eintretendem Bedürfnisse, vor der Ablieferung von der Gerichtsbehörde mit reinlicher, bei der Wiederentlassung zu benutzender Kleidung und Wäsche zu versehen. V. v. 27. Juni 1837. G.S. S. 72. Ist letzteres nicht geschehen, so können die Behörden zur Nachlieferung der Kleidung auf Anzeige der Anstaltsdirection angehalten werden. Gen.V. v. 31. Aug. 1723. C.A. T.I. S. 2511., V. v. 11. Aug. 1838. §. VI. G.S. S. 406. e) Bei der Einlieferung ist dem Inspector eine Notiz über den Gefangenen einzuhändigen, wofür dieselben Vorschriften gelten, wie sie im Art.: Waldheim angegeben sind. f) Frauenspersonen, welche sich im Zustande der Schwangerschaft befinden, sind in das Arbeitshaus oder das Landesgefängniß nur nach erfolgter Entbindung und abgelaufenen 6 Wochen einzuliefern, sofern nicht besondere Umstände die sofortige Einlieferung nothwendig machen. V. v. 14. Dec. 1835. G.S. S. 643., V. v. 11. Aug. 1838. §. VII. G. S. S. 407. Die Miteinlieferung der Säuglinge ist möglichst zu vermeiden, und nur auf den Fall zu beschränken, wenn deren Entwöhnung vor Einlieferung der Mütter ohne Nachtheil für die Gesundheit des Kindes oder der Mutter nicht bewirkt werden kann. Ang. V. v. 1838. §. VII. cit. g) Aus dem Vermögen der in das Arbeitshaus eingelieferten Sträflinge ist ein jährlicher Beitrag von 25 Thalern für eine Mannsperson, und von 20 Thalern für eine Frauensperson einzubringen und an die Direction der betreffenden Anstalt einzusenden. V. v. 30. April 1821. G.S. S. 67., v. 21. Febr. 1835. G.S. S. 160., v. 11. Aug. 1838. §. VIII. G.S. S. 407. **2)** Die Gerichtsbehörde für die Anstalt zu H. ist das Amt Mutzschen zu Wermsdorf. Es sind mithin alle Requisitionen zu gerichtlichen Verhandlungen mit den daselbst befindlichen Gefangenen an das benannte Amt einzusenden. V. v. 11. Aug. 1838. §. IX. G. S. S. 407. Von der Requis. zur Publication von Erkenntnissen gilt das bei: Waldheim, 5. Gesagte. **3)** Vom 1. Mai 1840. an ist daselbst eine Landes-Kranken- u. Versorgungsanstalt mit einer dreifachen Abtheilung als Landeshospital, Landessiechhaus und Landeskrankenhaus unter Direction der Commission für Straf- und Versorganstalten, jetzt unter Direction des Ministerium des Innern (s. d.), eröffnet worden, V. v. 1. Mai 1840. §. 1. 2. G.S. S. 66. a) Es leiden darauf das G. v. 26. Mai 1834. (s. Armenversorgung, 6.) und das M. v. 31. Jan. 1829. Abschn. 6. (s. Erbfolge, 104. f.) Anwendung. b) Insbesondere vertritt das Landeshospital in erweitertem Umfange die Stelle der früheren Hospitale St. Georg zu Döbeln und St. Jakob zu Dresden, deren Verpflegte in ersteres versetzt worden sind, und bei deren hospitalordnungsmäßigen Bestimmungen es im Wesentlichen bewendet, §. 2. d. V. v.

1. Mai 1840. G.S. S. 67. c) Die Bestimmungen über die Verpflegungsbeiträge, die Aufnahme und die mitzubringenden Effecten, über die Beurlaubungen und Entlassungen enthalten: §§. 3—5. und die Anfuge, ib. G.S. v. 1840. S. 67. f., wozu noch der Art.: Landes-Versorgungs- und Heilanstalten verglichen werden muß. Im J. 1852. ist auch definitiv als öff. Landesanstalt eine Erziehungsanstalt für blödsinnige Kinder eingerichtet worden, vergl. über diese die V. v. 14. Jan. 1852. G.S. S. 19. f. u. wegen der Mädchen insbesondere die V. v. 1. Oct. 1857. G.S. S. 241. **4)** Der Umfang der kathol. Pfarrei zu H. ergiebt sich aus der Bek. v. 1. Febr. 1828. G.S. S. 12. u. der v. 5. Febr. 1849. G.S. v. 1849. S. 9. **5)** Wegen der zum Schlosse H. von den Unterthanen der benachbarten Dörfer zu leistenden Dienste s. das Rescr. v. 22. Juni 1735. C.A. C.I. T. I. S. 1289. **6)** S. Arbeitshausstrafe, Döbeln, Dresden, Erkenntnisse, Strafanstalten, Zumessung, Transport, Verpfleg...

Hüfner. **1)** H., Pferdner, Koffäten, Hintersässer, Handfröhner u. andere dieser Art bilden keine Gemeinheit, sondern werden persönlich mittelst Patents citirt; zur Annahme weiterer Ladungen haben sie einen gemeinschaftlichen Bevollmächtigten oder mehrere solche zu bestellen. E.P.O. ad Tit. 4. §. 2. u. 3. S. 40., ad Tit. 7. §. 6. S. 66. **2)** Die Halbhüfner und Hintersassen sollten den Hüfnern u. Pferdnern durch Haltung von Zugvieh die Nahrung nicht entziehen, sondern dasselbe entweder abschaffen, oder doch nur zu ihrer Haushaltung gebrauchen. Res. gr. v. 22. Juni 1661. Tit. Justizs. §. 72. C.A. T. I. S. 235. **3)** S. Bauergüter, Brod, Geistliche, Eid, Vieh, Vorladung.

Hülf..., s. Hilf...

Hülsenfrüchte. S. Ablösung, Zehend, Zollwesen.

Hüten. S. Hirten, Hutung..., Dämme, Forst..., Futter.

Hütten. S. Brandstiftung.

Hütten. **1)** Die chemische Verarbeitung der Erze gehört nicht zum Bergbau im Sinne der Berg-O.; es leiden daher auf Hütten- u. Blaufarbenwerke und überhaupt auf diejenigen Anstalten, in welchen eine chemische Verarbeitung der Erze erfolgt, die Berggesetze u. die Bergwerksverfassung keine Anwendung. B.O. v. 1851. §. 296. f. G.S. S. 256. f. **2)** Die von den Bergämtern über Hütten- und Blaufarbenwerke und über die nicht zu Gruben gehörigen Aufbereitungsanstalten ausgeübte Gerichtsbarkeit ist auf die Civilgerichte übergegangen, ib. §. 298., und die Besitzer solcher Werke gelten rechtlich nicht mehr als Gewerkschaften, sondern als gewöhnliche Gesellschaften, die jedoch als Actienvereine bestätigt werden können. Grubengewerkschaften, welche neben ihren Gruben Hüttenwerke besitzen, sind auch in Bezug auf letztere als Gewerkschaften im bergrechtlichen Sinne zu betrachten. ib. §§. 299. 301. Wegen der Kuxe an gewerkschaftlichen Hütten- und Blaufarbenwerken s. ib. §. 300. und wegen der sonstigen bei H. hergebrachten Verhältnisse §. 303. f. ib. und V. v. 16. Dec. 1851. §. 185. G.S. S. 459. **3)** Zur Anlegung von Hüttenwerken ist die Erlaubniß der Regierung erforderlich; desgleichen bei solchen Aufbereitungsanstalten, welche nicht von Gruben oder Hüttenbesitzern für ihre Gruben oder H. oder von der Gesamtheit der Gruben einer Revier als Revieraufbereitungsanstalten, sondern von dritten Personen als selbständige Anstalten errichtet werden sollen. B.O. §. 306. **4)** S. Berg- u. Hüttenw..., Bergregal, Bergschulden.

Hüttenofficianten. **1)** Ueber die Pflichten der H., namentlich der Hüttenmeister, Hüttenreuter, Hüttenschreiber, Hüttenverwalter, vergl. die Berg-O. v. 1536. Art. 65. f. Art. 76. f. C.A. T. II. S. 87. 90., v. 3. Oct. 1554. Art. 12. Art. 91. f. ib. S. 122. 144., v. 12. Juni 1589. Art. 14. 86. f. ib. S. 192. 216., desgl. die Freiberger Schmelz- und Hütten-O. v. 12. Sept. 1589. ib. S. 223. f. Alle Hüttenarbeiter sollen verpflichtet werden. Berg-O. v. 12. Juni 1589. Art. 87. ib. S. 216. **2)** S. Bier, Verkümmerung, Berg...

Hüttenordnung. S. Bergordnungen.

Hüttenprobirer. Ueber die Einrichtung der von ihnen auszustellenden Probezettel vergl. die V. v. 4. März 1775. C.A. C.II. T.II. S. 177., O.B.A.V. v. 5. April 1797. ib. S. 267.

Hüttenräume. S. Grund- u. H., Halden.

Hüttenwege. Zu Unterhaltung der H., Steege und Brücken sind Fonds zu bilden. Bef. v. 26. Juli 1777. C.A. C.II. T.II. S. 187.

Hüttenwesen. S. Eisen, Finanzministerium, Berg...

Hufbeschlag. Zu dessen Verbesserung ist bei den Schmiedeinnungen die Gewinnung des Meisterrechts von der Bedingung abhängig gemacht worden, daß der Einwerbende die eingeführte Prüfung bei der Thierarzneischule zu Dresden bestanden habe. Das Nähere gibt die V. v. 10. April 1856. G.S. S. 49.

Hufenbrod. S. Brod.

Hufenfuß, s. Abgabenfuß.

Hufengeld. **1)** Durch Erhöhung des H. sollten Unterthanen nicht beschwert werden, und wo es statt der Fuhren gegeben wurde, sollte man diese von den Unterthanen nicht noch besonders verlangen. Res. gr. v. 1661. Tit. Rentf. §. 11. 22. C.A. T.I. S. 273. 275. **2)** Im Concurse wird das H. unter den Oneribus in der ersten Classe befriedigt. E.P.O. ad Tit. 42. §. 8. S. 246. **3)** S. Concursgläubiger, A.I., Reallasten.

Hufengroschen. S. Geistliche, Brod.

Hufenhafer. Ueber die Lieferung desselben vergl. L.O. v. 1. Oct. 1555. C.A. T.I. S. 63., die Res. gr. v. 12. März 1603. §. 3. ib. S. 163.

Hufkrankheit, s. Thierheilkunde.

Hufschmied. S. Schmieden.

Huldigung. S. Erbhuldigung.

Hunde. **1)** Im Allgemeinen ist an allen Orten auf Verminderung der H. hinzuwirken durch ortspolizeiliche Vorkehrungen, die unter Aufsicht der Regierung stehen, M. v. 2. April 1796. §. 1. C.A. C.II. T.I. S. 1069., C.A. C.II. T.III. S. 550. u. L.C.W. T.IV. S. 113. Die Vorschriften dieses M. sind anderweit zusammengestellt, und, auf ein Rescr. v. 12. Jan. 1798., mittelst O.A.-Pat. v. 5. März 1798. in der Lausitz eingeschärft worden, L.C.W. T.V. S. 177. f. — Almosenpercipienten dürfen überhaupt keine H., oder andere für sie nutzlose, gleichwohl durch ihre Unterhaltung ihnen Aufwand verursachende Hausthiere halten, bei Verlust des Almosens oder nach Befinden anderer Strafe. Ausnahmen hiervon können durch die Armenbehörde verstattet werden, §. 133. d. A.O. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 284. [M. v. 7. Sept. 1782. §. 1. C.A. C.II. T.I. S. 818., C.A. C.II. T.III. S. 171. u. L.C.W. T.III. S. 158., v. 2. April 1796. §. 1. C.A. C.II. T.I. S. 1070., C.A. C.II. T.III. S. 550. u. L.C.W. T.IV. S. 113.] **2)** Niemand soll einen H., bei 10 Ngr. Strafe, außerhalb seines Gehöftes oder seiner Behausung, frei herumlaufen lassen, sondern man soll seinen H. an einem Bande oder Stricke führen, oder mit einem Beißriemen od. Maulkorbe versehen lassen. Ang. M. v. 2. April 1796. §. 2. a. a. O. **3)** Die, welche zu ihrer Handthierung H. brauchen, haben dieselbe Vorsicht zu beachten; auch sollen Fleischer ihre H. nicht mit in die Fleischbänke nehmen, und wenn sie solche zu ihren Verrichtungen durch die Stadt oder auf das Land zu führen haben, selbige, so lange sie nicht zum wirklichen Treiben des Viehes gebraucht werden, bei Vermeidung von 5 Thaler Strafe auf jeden Fall, an Leinen oder Stricken führen, oder ihnen einen Beißriemen anlegen. §. 3. ib. **4)** Landleute sollen keine H. mit in die Stadt bringen; auch ist solches den Postillons, Lohnkutschern u. Fuhrleuten nur wenn die H. unter dem Wagen angebunden sind, oder an Stricken geführt werden, oder mit Beißriemen versehen sind, zu gestatten. §. 4. ib. **5)** Auf dem Lande sollen die zu Bewachung des Viehes und der Gehöfte nöthigen H. nicht mit aufs Feld genommen werden, noch außer dem Gehöfte herumlaufen, sondern sie sind an Ketten zu legen, oder wenigstens mit solchen Klöppeln zu beschweren, daß sie dadurch am schnellen Laufen gehindert werden. Wenn solche H. außerhalb des Dorfs mitgenommen werden, so ist die Vorschrift in §. 2. cit. zu beobach-

ten; jedoch sind Hirten und Schäfer, so lange sie ihre H. bei der Heerde gebrauchen, daferne solche nicht beißig sind, von dieser Vorschrift ausgenommen. Zuwiderhandlungen werden mit 10 Ngr. zur Armencasse oder entsprechendem Gefängnisse oder mit Handarbeit gestraft. §. 5. ib. **6)** Damit die gegen das freie Herumlaufen der H. ertheilte Vorschrift desto sorgfältiger beobachtet werde, hat die Behörde die frei herumlaufenden H. wegfangen zu lassen. §. 6. ib. **7)** Ferner ist zweimal des Jahres, im Sommer bei großer Hitze, und im Winter bei strenger Kälte, ein sogenannter Hundeschlag durch den Nachrichter zu veranstalten. ib. Letzterer ist gegen üble Behandlung von Seiten der Einwohner zu schützen, und jede Widersetzlichkeit ist zu bestrafen. ib. **8)** Auch die Nachtwächter in den Städten haben alle des Nachts auf den Gassen frei oder ohne Beißriemen herumlaufende H. wegzufangen und an sich zu behalten; wogegen denselben von Zeit zu Zeit von der Polizeibehörde des Orts eine verhältnißmäßige Gratification bewilligt werden soll. §. 7. ib. **9)** Die sowohl von dem Nachrichter als von den Nachtwächtern aufgefangenen H. sind, in sofern sie nicht mit einem Halsbande, auf welchem der Name oder die Anfangsbuchstaben des Namens des Eigenthümers befindlich, versehen sind, für herrenlos anzusehen, und können von dem Eigenthümer nicht zurückverlangt werden, es könnte denn derselbe das Eigenthum auf andere Art, mit Anführung hinlänglicher Kennzeichen, darthun, in welchem Falle die Zurückgebung, nach obrigkeitlichem Ermessen, gestattet werden soll. Ein bei Tage weggefangener H. ist von dem Nachrichter mit 10 Ngr., und ein zur Nachtzeit aufgefangener von dem Nachtwächter mit 20 Ngr. wieder einzulösen. §. 8. ib. Nebenbei ist der Eigenthümer zu bestrafen. ib. **10)** Böse und beißige H. sind nie anders, als wenn solche an einem Bande oder Stricke geführt, oder an ein Pferd, oder einen Wagen angebunden werden, auch hierüber noch mit einem Beißriemen versehen sind, ins Freie zu lassen. Innerhalb der Eigenthümer Behausung aber müssen dieselben, wenn sie wegen ihrer Unentbehrlichkeit nicht abgeschafft werden können, wenigstens an Ketten angeschlossen werden, widrigenfalls der Eigenthümer, bei einem durch dergleichen H. verursachten Unglücke, noch mit einer höheren Geldstrafe oder mit Gefängniß belegt werden soll, und allen und jeden durch den Hund verursachten Schaden, mithin auch Curkosten u. dergleichen zu erstatten verbunden ist. §. 9. ib. **11)** Zu Abwendung der von wüthenden H.n zu besorgenden traurigen Folgen sind nicht allein von dem Besitzer selbst, sondern auch von der Obrigkeit die schnellsten und wirksamsten Veranstaltungen zu treffen. Jeder Eigenthümer eines Hundes hat daher denselben auf das Genaueste zu beobachten, und bei Verspürung auch nur der entferntesten Kennzeichen von einer ihn anwandelnden Tollheit sofort einzusperren und, daß sich ihm Niemand nähern könne zu veranstalten; dafern aber die entstandene Vermuthung einer Tollheit sich bestätigt, selbigen ohne Verzug zu töden. §. 10. ib. Ueber die Ursachen der Hundswuth und ihre Merkmale, sowie die Behandlungsweise Gebissener enthalten die Beilagen des M. v. 1796. I. u. II. ausführliche Belehrungen, desgl. die Anweisung v. 28. Mai 1796. C. A. C. II. T. I. S. 1083. und das Gen. v. 11. Oct. 1797. ib. S. 1109. C. A. C. II. T. III. S. 569. Kettenhunde müssen aber bei Strafe stets mit dem nöthigen Trinkwasser versehen sein. V. v. 15. Aug. 1856. G. S. S. 203. **12)** Wenn ein toller Hund wahrgenommen wird, so sind, ohne Ausnahme, alle H. einzusperren, und diejenigen Besitzer von H.n, welche dawider handeln, zu bestrafen. Nach erhaltener Nachricht, daß ein toller Hund auf der Straße oder in der Gegend wahrgenommen worden, hat die Obrigkeit namentlich auch die Zeit, wie lange alle H. schlechterdings inne gehalten werden sollen, zu bestimmen, und darüber die sorgfältigste Obsicht zu führen. Ang. M. v. 1796. §. 12. l. c. Während dieser Zeit ist der vorgeschriebene Umgang durch den Nachrichter öfters zu wiederholen. Die während dieser Zeit eingefange-

nen H. aber sind, ohne Rücksicht auf die Person oder den Stand des Eigenthümers, und wenn sie auch gleich mit einem Halsbande versehen gewesen, von dem Nachrichter in Verwahrung zu behalten, und dafern Merkmale der Tollheit an ihnen zu verspüren sind, tod zu schlagen; außerdem aber erst nach Verlauf der zu Innehaltung der H. bestimmten Frist, unter den oben erwähnten nachgelassenen Bedingungen, zu verabfolgen. ib. **13)** Wer aus eigenem Antriebe einen herumlaufenden Hund, an welchem die Merkmale der Wuth wahrzunehmen sind, tödet, soll jedesmal durch die Obrigkeit, unter deren Gerichtsbarkeit es geschah, sofort Einen Thaler zur Belohnung erhalten. Diese soll aber von dem Eigenthümer des herumlaufenden tollen H., wenn solcher durch die desfalls anzustellende schleunige u. sorgfältige Untersuchung ausfindig gemacht worden ist, wieder eingebracht, u. besagter Eigenthümer überdieß, wegen der sich zu Schulden gebrachten Fahrlässigkeit und Vernachlässigung, mit 5 Thlrn. Geldbuße, oder 14 Tagen Gefängniß, oder verhältnißmäßiger Handarbeit belegt, nicht minder zur Entrichtung aller durch die angestellte Untersuchung erwachsenen Unkosten, angehalten werden. Dafern der Eigenthümer nicht ausfindig zu machen oder ganz unvermögend sein sollte, ist die Belohnung von der Obrigkeit aus den Gerichtseinkünften zu tragen. §. 13. ib. **14)** Wenn durch einen herumlaufenden tollen Hund andere H. gebissen worden sind, so haben die Eigenthümer der letzteren sofort, ohne die Anordnung der Obrigkeit abzuwarten, jene zu töden, und solches der Obrigkeit, damit sie nach Befinden weitere Veranstaltungen treffen könne, anzuzeigen; im Uebertretungsfalle aber ist von dieser letzteren, daß dergleichen gebissene H., ohne Ansehen der Person und des Gerichtsstandes des Eigenthümers, sofort weggeschafft und getödet werden, Verfügung zu treffen. In sofern auch andere Thiere von einem wüthenden H. verwundet worden sein sollten, ist es mit deren Wegschaffung ebenso zu halten; dasselbe gilt auch beim Federviehe. §. 14. ib. **15)** Ein getödeter toller Hund, er mag innerhalb der Wohnung des Eigenthümers, oder auf freier Straße getödet worden sein, sowie alles andere, von einem wüthenden H. gebissene und getödete Vieh ist wenigstens 2 Ellen tief unter die Erde zu verscharren und mit Kalk zu bedecken. Auch ist dabei die Vorsicht zu gebrauchen, daß selbiges nicht mit bloßen Händen berührt, sondern mit Handschuhen, oder mit Hilfe hölzerner Stangen fortgeschafft wird, und die dabei gebrauchten Instrumente oder Handschuhe mit in die Grube geworfen werden. Hingegen sind dergleichen todgeschlagene Thiere, bei 5 Thlrn. Strafe oder verhältnißmäßiger Gefängnißstrafe, nicht in ein vorbeifließendes oder anderes Wasser zu werfen. §. 15. ib. **16)** Alle Kleidungsstücke, Betten, Lagerstätten u. andere Geräthschaften, deren sich ein von einem wüthenden H. gebissener, und nachmals von der Wuth wirklich befallener Kranker, während seiner Krankheit bedient hat, sowie diejenigen Kleidungsstücke, die ein toller Hund bei dem Anfalle einer Person berührt haben möchte, wenn auch diese letztere nicht wirklich gebissen worden ist, müssen unter Beobachtung derselben Vorsicht, welche in Ansehung des getödeten H. selbst, und der bei dessen Verscharrung gebrauchten Instrumente zu beachten ist, verbrannt oder tief in die Erde verscharrt und mit Kalk überschüttet werden. §. 19. ib. **17)** Fleischer-, Schaf- und Jagdhunde dürfen bei Strafe nur geklöppelt oder gekoppelt durch Jagdreviere geführt werden, M. v. 26. Juli 1732. C. A. C. I. T. I. S. 1489. **18)** Aeltre Gesetze über das Hundehalten, namentlich auch in jagdpolizeil. Hinsicht: L.O. v. 1. Oct. 1555. Tit. von Jagen rc. C. A. T. I. S. 60., F.u.H.O. v. 1560. C. A. T. II. S. 487., Generalbestallung v. 1575. ib. S. 519., M. v. 15. Jan. 1588. C. A T. II. S. 531., M. v. 27. Mai 1607. ib. S. 545., Res. gr. v. 23. April 1612. Rentſ. §. 31. C. A. T. I. S. 191., M. v. 6. Juli 1618. C. A. T. II. S. 547., v. 8. April 1629. S. 553., v. 22. Jan. 1650., Bef. v. 18. Juli 1650., M. v. 15. Febr. 1659., Erl. v. 7. Mai 1659., M. v. 25. Juli 1670., v. 24. März 1686., v. 24. Mai 1692., v. 2. Mai 1695., u. v. 8/18. Sept. 1697. C. A. T. II. S. 555. 557. 559. 567. 579. 581.-583. u. 593., Pat. v. 14. Aug. 1779. C. A. C. II. T. I. S. 757. Wegen der

Lausitz: L.O. v. 20. Nov. 1551. C.A. T. III. S. 96., v. 2. Dec. 1651. Tit. 5. §. 16. ib. S. 462., O.A.M. v. 4. Aug. 1673. ib. S. 400., O.A.Pat. v. 23. Mai 1722. zu Einschärfung der v. 27. März 1662., 4. Aug. 1673., 24. Mai 1703., u. 24. Febr. 1710. L.C.W. T. II. S. 534. f. u. 543. f. u. C.A. T. III. S. 400., O.A.Pat. v. 20. April 1726. XII. L.C.W. T. II. S. 561., v. 30. Sept. 1727. ib. S. 562. **19)** S. Gerber, Wild, Betten.

Hundeschlag. S. Hunde.

Hundsförderung. Vorschriften über die H. enthält der Bef. v. 20. April 1744. C.A. C. II. T. II. S. 173.

Hundswuth. S. Hunde.

Hunger. S. Victualien.

Hure. S. Unzucht, Kuppelei, Polizei.

Hutcordons. S. Uniform.

Huthhäuser. S. Bergbeamte, Berggerichte.

Huthmann. S. Hirten.

Hutung. **1)** Wenn über Hutungsbefugnisse Streit entsteht, so giebt, in Ermangelung anderer speciellerer Entscheidungsgründe, das M. v. 4. Oct. 1828. G.S. S. 214., bestätigt im G. v. 17. März 1832. §. 104. 121. G.S. S. 197. 200., (vergl. noch die §§. 113. 122. 124. u. 312. dies. G.) die allgemeinen Grundsätze für die Entscheidung solcher Differenzen. **2)** Aeltre Best.: Const. 7. 41. P. II. v. 1572. C.A. T. I. S. 86. u. 100., F.u.H.O. v. 1560. C.A. T. II. S. 497., Resol.Pcte. v. 28. Aug. 1697. §. 23. ib. S. 591., M. v. 11. Mai 1726. §. 6. C.A. C. I. T. I. S. 526., Bef. v. 12. Juni 1728. ib. S. 1507., M. v. 2. Aug. 1763. §. 2. ib. S. 1534., Gen. v. 16. Juli 1755. ib. S. 1524., Laus. F.u.H.O. v. 1767. Cap. 1. §. 4., Cap. 2. §. 3. f., Cap. 6. §. 8. L.C.W. T. III. S. 697. f. u. C.A. C. I. T. III. S. 172., Gen. v. 3. Nov. 1783. C.A. C. II. T. II. S. 41., Rescr. v. 9. Juni 1789. C.A. C. II. T. I. S. 499., v. 14. Sept. 1798. ib. S. 1121., M. v. 30. Juli 1813. §. 6. f. C.A. C. III. T. II. S. 162. u L.C.W. T. VI. S. 22. f. **3)** S. Dienste, Appellation, I. 6. g., Ablösung, C., Besitz, Forst..., Gemeinheitstheilung, Raude, Raupen, Schafe, Steinkohlen, Waldungen, Beschädigung.

Hutungsvergehen. **1)** Wer unbefugter Weise Pferde, Rindvieh, Schweine oder Schafe auf fremden Grundstücken hütet, treibt oder laufen läßt, wird nach Maßgabe der Stückzahl des eingehüteten Viehes und des angerichteten Schadens gestraft mit 6 Ngr. bis 50 Thlr., G. v. 11. Aug. 1856. Art. 10. G.S. S. 303. f., **2)** wer unbefugter Weise auf fremden Grundstücken Gänse oder anderes Federvieh hütet, treibt oder laufen läßt, nach Maßgabe der Stückzahl und des angerichteten Schadens mit 6 Ngr. bis 5 Thlr. ib. no. 2., **3)** wer Ziegen in fremder Waldung od. sonst auf fremden Grundstücken, wo durch diese Viehgattung ein besonderer Schade angerichtet werden kann, hütet, treibt oder laufen läßt, für jedes Stück mit 24 Ngr. Außer den hier erwähnten Fällen wird das unbefugte Hüten, Treiben oder Laufenlassen von Ziegen oben nach no. 1. bestraft. ib. no. 3. **4)** Der Hutungsberechtigte, welcher zugleich mit seiner Heerde fremdes Vieh auftreibt, wird wegen des letzteren nach den unter 1. 2. u. 3. enthaltenen Bestimmungen bestraft. ib. no. 4. **5)** Die unter 1. bis mit 4. enthaltenen Bestimmungen leiden auf Hirten nicht Anwendung, vielmehr wird jeder Hirt, der sich eines H. schuldig oder theilhaftig macht, bestraft mit Gefängniß bis zu 5 Tagen. **6)** Wer eine unzurechnungsfähige Person zum Hirten bestellt, wird wegen der von derselben verübten H. bestraft, als ob er sie selbst verübt hätte (vergl. no. 1. 2. u. 3. dieses Artikels). ib. no. 6. **7)** Wer an einer ansteckenden Krankheit leidendes Vieh unbefugt auf fremde Grundstücke oder auf nicht erlaubten Wegen über selbige treibt, verbüßt über die etwa zugleich nach no. 1. 2. 3. 4. 5. verwirkte Strafe Gefängniß bis zu 28 Tagen. ib. no. 7. **8)** Vergl. wegen des Hinzutrittes von Erschwerungsgründen, des Rückfalles und der Concurrenz beider sowie der Verjährung den Art. Forstvergehen 6. f. **9)** S. Antrag, Untersuchungs-Zust..., Verjährung, Verwandlung, Confiscation, Ersatz, Schärfung, Str.Gb., Concurrenz, Schaden, Werth.

Hypothek. S. Pfandrecht, Grund- u. Hypothekenbuch, Creditverein, Hypothekenbank.

Hypothekarier. S. Ablösung, Concurs, Concursgläubiger, Edictalcitation, Dismembration, Pfandrecht, Erbfolge, 111., Zusammenlegung.

Hypothekenbank, landständische, des Markgrafenthums Oberlausitz. **1)** Diese H. wurde im Jahre 1844. aus den

Mitteln der Stände des Landkreises gebildet. Statuten der H. §. 1. G.S. v. 1844. S. 212. Die Anerkennung u. Bestätigung des Staats ist in dem Decr. v. 13. Aug. 1844. G.S. S. 111. ausgesprochen. Nachträge zu den Statuten u. Vervollständigungen derselben sind publicirt worden in der G.S. v. 1845. S. 177. f. mit Decr. v. 31. Juli 1845. ib. S. 176. (woneben die Berichtigung in der G.S. v. 1845. S. 178. verglichen werden muß) – in der G.S. v. 1850. S. 104. f. mit Decr. v. 17. April 1850. G.S. S. 103., — in der G.S. v. 1854. S. 63. mit Decr. v. 16. Febr. 1854. wegen der Stempelfreiheit der Schriften der Bank auch im Processe, — und in der G.S. v. 1854. S. 113. mit Decr. v. 15. April 1854. **2)** Zweck der Bank war von Haus aus: a) dem Grundbesitzer Darlehne zu niedrigem Zinsfuße und mit geringen Kosten zu gewähren, b) den Zinsfuß gegen Schwankungen möglichst zu sichern, und c) die Tilgung der Schuld durch Annahme von Abschlagszahlungen in kleineren Beträgen zu erleichtern. Statuten §. 2. G.S. v. 1844. S. 212. **3)** Nachdem die unterm 17. April 1850. bestätigten Statuten nebst dem unterm 15. April 1854. bestätigten Nachtrage zu denselben umgearbeitet worden, so hat, auf Grund dieser, mit Decr. v. 31. Aug. 1857. G.S. S. 217. bestätigten neuen Statuten, die Bank die Firma: „landständische Bank des K. S. Markgrafthum Oberlausitz" angenommen. Ang. Decr. a. a. O. **4)** Die landständische Bank des K. S. Markgrafthums haftet als Selbstschuldnerin für alle die von der landständischen Hypotheken-, auch Leih- und Sparbank für das K. S. Markgrafthum Oberlausitz auf den Grund der Decrete v. 17. April 1850. G.S. S. 103., v. 15. April 1854. G.S. S. 113. und v. 2. Jan. 1857. G.S. S. 170. f. creirten und ausgegebenen Banknoten, und ist dagegen berechtigt, diese nurgedachten Banknoten (Schema D. zu dem Statute v. 17. April 1850. G.S. S. 134.) auch fernerhin als ihre eigenen auszugeben. Statuten v. 1857. §. 1. G.S. S. 218. u. Decr. v. 31. Aug. 1857. a. a. O. **5)** Hinsichtlich der Ausdehnung des Banknotenprivilegiums der Bank in Bezug auf die Summe, hinsichtlich der Dauer des Privilegiums und des vorbehaltenen Widerrufs, sowie endlich hinsichtlich der Größen der Appoints der Banknoten bewendet es allenthalben bei den deshalb in den Decr. v. 17. April 1850., v. 15. April 1854. u. v. 2. Jan. 1857. enthaltenen Vorschriften. ib. §. 2. und Decr. v. 31. Aug. 1857. a. a. O. **6)** Ueber die Verfassung der neugestalteten Bank im Einzelnen vergl. den Art.: Oberlausitzer landständische Bank.

Hypothekenbehörden, s. Grund- und Hypothekenbuch, Appellationsgerichte, Gericht...

Hypothekenbestellung, s. Grund- und Hypothekenbuch, Pfandrecht, Stempelsteuer.

Hypothekenbrief, s. Grund- u. H.

Hypothekenbuch. S. Grund- u. H.

Hypothekengläubiger. S. Grund- u. Hypothekenbuch, Interessenten, Concurs...

Hypothekenprotokoll, s. Grund- und Hypothekenbuch, 31.

Hypothekensachen. S. Appellation, I. 2., Grund- u. Hypothekenbuch, Pfandrecht, Gerichtsämter.

Hypothekenversicherungs-Gesellschaft. S. Dresden.

J.

Jäger, Jägerbursche. S. Reiselegitimationen, Forstdienst, Wild, Uniform.

Jägerrecht. Das J. von Wildprets-Deputaten muß von den Deputatempfängern vor der Ablieferung nach bestimmten Sätzen entrichtet werden. Gen. v. 4. Mai 1830. §. 7. G.S. S. 46. [Aeltr. Best.: Bef. v. 5. Juli 1712. C. A. T. II. S. 604.]

Jährlich, s. Alljährlich.

Jähzorn, s. Leidenschaft.

Jagd. **1)** Die Jagdgerechtigkeit ist von Haus aus entweder durch Belei-

hung oder durch Verjährung erlangt worden, wozu gegen den Staatsfiscus eine unvordenkliche, gegen Privatpersonen aber eine Verjährung von 31 Jahren 6 Wochen 3 Tagen und in Possessorio ein Besitz von 10 Jahren erfordert wurde. Dec. 4. v. 2. Juli 1746. C.A. C.I. T.I. S. 350. Das letztere war aber gegen den Fiscus unzulässig. Gen. v. 2. Jan. 1813. §. 3. C.A. C. III. T.I. S. 268., u. vergl. A.T.A. v. 15. Febr. 1676. C.A. T.I. S. 359. Ferner kann die J. vermöge besonderer Concession ausgeübt werden. M. v. 7. März 1741. §.10. C.A. C.I. T.I. S. 1497., Res. gr. v. 9. Juli 1742. no. 8. ib. S. 63. Vergl. aber noch den besonderen Art.: Jagdrecht. **2)** Die J. wird in die hohe, mittlere und niedere eingetheilt. M. v. 8. Nov. 1717. C.A. T. II. S. 611. Zur hohen J. gehören: Bäre, Hirsche, Tannhirsche, Luchse, Kraniche, Fasanen (s. aber dazu den Art.: Fasanen), Schwäne, Auerhähne, Auerhühner, Trappen u. Focken (Nachtreiher). Zur mitteln: Rehe, Schweine, Wölfe, Birkhähne, Haselhühner, große Brachvögel. Zur niederen J.: Haasen, Füchse, Dachse, Bieber, Teicher, Seemöven, Wasserhühner, Wasserschnepfen, Fischottern, Marder, wilde Katzen, Eltthiere, Eichhörnchen, Wiesel, Hamster, Schnepfen, Rebhühner, wilde Gänse, wilde Enten und Tauben, Reiher, Kiebitze, Wachteln, kleine Brachvögel, Ziemer, Schnärren, Amseln, Drosseln, Lerchen u. alle anderen kleinen Vögel. ib. Wölfe sollen von jedem, der die J. hat, wenn er auch nur mit der niedern J. beliehen ist, gefällt werden können. ib. Raubthiere können und sollen überhaupt jederzeit erlegt werden, F.- u. H.O. v. 8. Sept. 1560. Raubthiere C.A. T.II. S. 487., O.A.Pat. v. 20. April 1726. §. 5. L.C.W. T. II. S. 559., O.A.Pat. v. 29. April 1765. L.C.W. T. III. S. 668. — Die Reiher sollten auch in der Lausitz blos der churfürstlichen J. vorbehalten sein. O.A.Pat. v. 16. April 1740. L.C.W. T. II. S. 566. **3)** Ueber die Jagdtermine, die Heegezeit und wie die J. ausgeübt werden soll, darüber gaben früher nähere Bestimmungen: die L.O. v. 1482. C.A. T. I. S. 12., das Ausschr. v. 13. Juli 1543. ib. S. 25., L.O. v. 1. Oct. 1555. Tit. Von Jagen ꝛc. f. ib. 60. f., M. v. 4. Febr. 1575. C.A. T. II. S. 519., Lauf. L.O. v. 1597. Zum 5ten C.A. T. III. S. 124. u. L.C.W. T. I. S. 385., Res. gr. v. 23. April 1612. Rentf. §. 31. 33. C.A. T. I. S. 191., M. v. 20. Sept. 1702. C.A. T. II. S. 599., Bef. v. 5. Juli 1712. ib. S. 603., Resol. v. 18. April 1716. C.A. T. I. S. 393., Lauf. Conv. v. 1. Dec. 1725. §. V. u. O.A.Pat. v. 29. April 1765. L.C.W. T. II. S. 559. u. T. III. S. 668., u. wegen der Fasane: M. v. 7. März 1741. C.A. C. I. T. I. S. 1495. Die Kreisdirectionen sind ermächtigt, wenn es die Umstände nöthig machen, den gesetzlichen Termin zu Anfang der Niederjagd hinauszuschieben. Bek. v. 27. Mai 1843. G.S. S. 27. Zur möglichsten Schonung des Grundeigenthums bei Ausübung der J. werden die Berechtigten in der Bek. v. 15. Juni 1846. G.S. S. 68. dringend aufgefordert. S. Lauf. Conv. v. 1. Dec. 1725. §. V. L.C.W. T. II. S. 559., O.A.Pat. v. 29. April 1765. L.C.W. T. III. S. 668. Vergl. dazu unten no. 9. f. **4)** Die ehemalige Jagdcasse ist aufgehoben. Gen. v. 27. Juli 1814. C.A. C.III. T.II. S. 170. **5)** Die Jagdfrohnen, die sonst zum Besten des Staats-Fiscus zu leisten waren, wurden, mit Ausschluß des Wildprets-Transports, bis zur Provocation auf Ablösung Seiten des Finanz-Ministerii suspendirt. G. v. 3. Sept. 1833. G.S. S. 81. Aeltr. Recht: Res. gr. v. 12. März 1603. §. 5. C.A. T. I. S. 164., Res. gr. v. 23. April 1612. Rentf. §. 33. ib. S. 191., M. v. 15. Febr. 1659. C.A. T. II. S. 560., v. 25. Juli 1670. ib. S. 569. **6)** Ueber die Verrechnung der Jagdnutzungen vergl. d. Gen. v. 18. Sept. 1815. C.A. C. III. T. II. S. 177. **7)** Der älteren Jagdgesetzgebung gehören an: L.O. v. 1. Oct. 1555. C.A. T. I. S. 57. 60. f., 7te fond. Const. v. 1572. ib. S. 134., Gen.Best. v. 20. Mai 1575. C.A. T. II. S. 519., Verb. v. 6. Juli 1579. C.A. T. II. S. 523., M. v. 9. Jan. 1582. ib., v. 10. Oct. 1584. ib. S. 525., v. 26. Juni 1587. ib. S. 529., v. 15. Oct. 1599. ib. S. 537., v. 4. Febr. 1603. ib. S. 539., Res. gr. v. 12. März 1603. §. 5. C.A. T. I. S. 164., M. v. 2. Juli 1605. C.A. T. II. S. 543., Res. gr. v. 23. April 1612. Tit. Rentf. §. 29. f. C.A. T. I. S. 190., M. v. 9. Juni 1613. C.A. T. II. S. 545. 547., v. 10. März

1626. ib. S. 551., v. 8. April 1629. ib. S. 553., v. 12. Dec. 1630. ib. S. 555., v. 22. Jan. 1650. ib., v. 15. Febr. 1659. ib. S. 559., v. 7. Mai 1659. ib. S. 561., O.A.Pat. v. 27. März 1662. L.C.W. T. II. S. 543., Bef. v. 25. Febr. 1668. C.A. T.II. S. 565., v. 25. Juli 1670. ib. S. 567., O.A.Pat. v. 4. Aug. 1673. L.C.W. T. II. S. 534. 545., Mt. v. 24. März 1686. C.A. T. II. S. 579., v. 24. Mai 1692. ib. S. 581., O.A.Pat. v. 12. Dec. 1694. L.C.W. T. II. S. 536., Mt. v. 2. Mai 1695. C.A. T. II. S. 583., v. 18. Sept. u. 28. Oct. 1697. ib. S. 593. 597., v. 19. Aug. 1698. ib. S. 595., v. 8. März 1700. ib., v. 23. Jan. 1703. ib. S. 599., O.A.Pat. v. 24. Mai 1703. L.C.W. T. II. S. 537. 540. 547., v. 24. Febr. 1710. ib. S. 539., Mt. v. 26. Juni 1711. C. A. T. II. S. 601., O.A.Pat. v. 23. Mai 1722. L.C.W. T. II. S. 543., v. 20. April 1726. ib. S. 555., Mt. v. 9. Sept. 1738. C.A. C. I. T. I. S. 1491., Rescr. v. 24. März 1740. ib. S. 1493., O.A.Pat. v. 29. April 1765. L.C.W. T. III. S. 667., Mt. v. 17. Sept. 1810. C.A. C. III. T. I. S. 245., u. L.C.W. T. VI. S. 1., Gen.V. v. 30. Nov. 1814. C.A. C. III. T. II. S. 170., Bef. v. 13. Febr. 1815. ib. S. 176., V. v. 5. Nov. 1816. ib. S. 196., v. 23. Juni 1817. ib. S. 213., Gen. v. 16. Dec. 1817. C.A. C. III. T. II. S. 115., Cr.Gb. v. 1838. Art. 275—281. G.S. S. 177. **8)** In allen Untersuchungen wegen unbefugten Tragens von Schießgewehr und gegen die Raubschützen lag schon früher den Justizbeamten die Untersuchung allein ob, und es war die Zuziehung der Oberforst- und Forstmeister auf die erste Vernehmung zu beschränken. Eine Vorlegung der ergangenen Acten an dieselben vor Einholung oder Abfassung des Erkenntnisses fand nur auf ihren besonderen Antrag Statt. V. v. 7. Juni 1836. §. III. G.S. S. 114. S. Forststraf..., Jagdvergehen. **9)** Die Ausübung der J. ist verboten: a) an Sonn- und Feiertagen vor völliger Beendigung des Nachmittagsgottesdienstes, b) innerhalb bewohnter Räume und Ortschaften und innerhalb der Schußtragweite von denselben, c) wenn sie die öffentliche Ruhe und Sicherheit stört, oder das Leben von Menschen und Hausthieren gefährdet, d) in soweit dabei grausame, die gejagten Thiere nutzlos quälende Mittel angewendet werden, und e) auf allen Grundstücken, auf welchen die J. ruhen soll. V. v. 13. Mai 1851. §. 28. G.S. S. 144., und vergl. zu a. die älteren Vorschriften in der Res. gr. v. 12. März 1603. C.A. T. I. S. 164., V. v. 29. Oct. 1835. u. 23. Jan. 1836. Cod. des S.K.R. S. 218. **10)** Zuwiderhandlungen gegen die Jagd-Vorschriften sind, in soweit sie nicht in schwerere, durch andere Gesetze mit höheren Strafen bedrohte Vergehen und Verbrechen ausarten, mit einer Geldstrafe von 1—50 Thalern oder mit 1 Tag bis 6 Wochen Gefängniß polizeilich zu ahnden. V. v. 13. Mai 1851. §. 30. G.S. S. 144. Darauf haben alle polizeilichen Beamten, die Forst-, Jagd-, Zoll- und Steuerbeamten zu achten. ib. §. 31., ferner V. v. 28. Juni 1852. §. 14. G.S. S. 240. u. V. v. 27. Febr. 1857. G.S. S. 58. **11)** Ein zur Beschießung eines Jagdbezirks von den Grundstücksbesitzern angestellter und von der Obrigkeit verpflichteter Jäger darf Andere an der ihm obliegenden Ausübung der J. blos wenn sie mit Jagdkarten versehen sind, und nur bei Treibjagden Antheil nehmen lassen und letztere nur nach vorgängiger Anzeige bei der Ortsobrigkeit und mit deren Genehmigung veranstalten. Diese ist namentlich vor völliger Beendigung der Erndte u. wenn eine Ausrottung oder unverhältnißmäßige Verringerung des Wildstandes zu besorgen ist, zu versagen, außerdem jedesmal schriftlich zu ertheilen. V. v. 28. Juni 1852. §. 1. 4. G.S. S. 238. **12)** Die später wieder aufgehobenen Veränderungen der Jagdgesetzgebung während des Jahres 1849 enthalten: Art. 8. §. 37. des mit der V. v. 2. März 1849. G.S. S. 33. f. publicirten Gesetzes über die deutschen Grundrechte, — die V. v. 3. März 1849. G.S. S. 42., — die V. v. 7. März 1849. G.S. S. 43., — die V. v. 14. Juni 1849. G.S. S. 122., — die V. v. 13. Aug. 1849. G.S. S. 148. f. u. dazu die Bek. v. 22. Aug. 1849. G.S. S. 176. — Dazu s.: Jagdrecht. **13)** S. noch die Artikel: Anzeigen, Fasanen, Forstdienst, Beschädigung, Finanzministerium, Forstschutz, General-Gouv., Hunde, Staatsverträge, IX., Stadtvermögen, Vogelfang, Wild, Wölfe, Waldungen, Wolfsgruben.

Jagdberechtigte. S. Jagdvergehen, Jagdrecht.

Jagdbezirke. **1)** Alle Grundstücke, auf

denen die selbständige Ausübung der Jagd (s. Jagdrecht) nicht gestattet ist, sind zu gemeinschaftlichen Jagdbezirken zu vereinigen. V. v. 13. Mai 1851. §. 4. G.S. S. 139. Diesen können sich benachbarte Besitzer von zur selbständigen Ausübung der Jagd geeigneten Grundstücken anschließen. ib. §. 6. **2)** Ueber die Bildung der J. durch die Amtshauptleute vergl. die §§. 5. 7. f. 10. ib. Bleibend und vollständig eingefriedigte Grundstücke sind ohne Rücksicht auf ihren Umfang auf so lange als die Einfriedigung in solcher Weise besteht, der Nothwendigkeit des Anschlusses an einen Jagdbezirk überhoben. Der Besitzer eines solchen Grundstücks muß jedoch im Falle des Nichtanschlusses die Jagd ruhen lassen, dafern er nicht zur selbständigen Ausübung derselben befugt ist, oder das eingefriedigte Grundstück die Natur eines förmlichen Wildgartens hat. ib. §. 9.

Jagddienst. S. Jagd, Forstdienst, Vier.

Jagdfrevel. S. Staatsverträge, IX., Jagd, Jagdvergehen.

Jagdgemeinden. Die Besitzer der zu einem Jagdbezirke (s. d.) vereinigten Grundstücke bilden in Bezug auf alle, die Ausübung der Jagd und die Vertheilung der Jagdnutzungen betreffenden Angelegenheiten eine Gemeinheit, innerhalb welcher die Minderheit den Beschlüssen der Mehrheit sich zu unterwerfen hat. V. v. 13. Mai 1851. §. 13. G.S. S. 141. Das Nähere s. ib. §§. 14. 15. 16. 19. u. s. Jagdpacht. Ferner: V. v. 28. Juni 1852. §. 2. G.S. S. 238.

Jagdkarten. **1)** Wer die Jagd ausüben will, hat sich mit einer Jagdkarte zu versehen und dieselbe zu seiner Legitimation stets bei sich zu führen. Die J. werden von dem Amtshauptmanne des Bezirks und beziehendlich der Gesamtcanzlei zu Glauchau, in Dresden und Leipzig von der Stadtpolizeibehörde allemal auf ein Jahr vom 1. September bis 31. August ausgestellt; sie gelten für den ganzen Umfang des Königreichs, lauten auf den Namen des Inhabers und dürfen von demselben nicht Anderen überlassen werden. Die von den Jagdberechtigten zum Treiben des Wildes und zum Tragen des Erlegten mitgenommenen Personen bedürfen keiner J. V. v. 13. Mai 1851. §. 20. G.S. S. 142., u. s. wegen der Erholung der Karten noch ib. §. 23., sowie §. 14. d. V. v. 28. Juni 1852. G.S. S. 240. **2)** Die Ausstellung von J. ist zu versagen: a) Unmündigen, in sofern nicht von ihren Vätern oder Vormündern, oder, was die Forstakademisten anlangt, von dem Director der Akademie, darauf angetragen wird, b) allen unter Curatel gestellten oder wegen körperlicher oder geistiger Mängel zur sicheren Führung eines Feuergewehrs unfähigen Personen, c) solchen Personen, welche wegen Mißbrauchs des Feuergewehrs, wegen Jagdfrevels oder Holzdiebstahls oder wegen Fälschung oder Mißbrauchs der J. bestraft worden sind, innerhalb der nächsten 5 Jahre nach erfolgter Bestrafung, d) allen den Personen, von welchen man nach ihrem zeitherigen Verhalten einen ungebührlichen Gebrauch des Feuergewehrs oder eine der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gefährliche Ausübung der Jagd befürchten muß. Ang. V. v. 1851. §. 21. Ausländer als solche sind nicht ausgeschlossen. V. v. 28. Juni 1852. §. 5. G.S. S. 239. **3)** Die Ausstellung der J. erfolgt kosten- und stempelfrei. Es ist jedoch jedesmal ein Betrag von 4 Thalern zu zahlen, von welchem 1 Thaler in die Armencasse des Wohnorts, das andere in die Staatscasse fließt. §. 22. d. V. v. 1851. Bei Ausländern kommen letzterer die 4 Thaler ganz zu. §. 5. d. V. v. 1852., u. s. noch, auch wegen der Einrechnung an die Rentämter, §. 23. d. V. v. 1851., §. 6. d. V. v. 1852., §. 25. d. G. v. 25. Nov. 1858. G.S. S. 331., V. v. 3. Jan. 1859. G.S. S. 11. **4)** Befreit von der Verbindlichkeit zu Lösung einer Jagdkarte sind: a) die Theilnehmer an den Königlichen Jagden, b) die zur Jagd auf ihren eigenen Grundstücken Berechtigten, in sofern sie blos auf solchen die Jagd ausüben, c) die verpflichteten Königlichen Jagd- und Forstbeamten innerhalb der Königlichen Forst- und Jagdreviere, die

Forstgehilfen und Lehrlinge derselben, sowie die Forstakademisten, diese jedoch nur innerhalb des zur Uebung für sie bestimmten Reviers, und d) die verpflichteten, in festem Lohne und Brode stehenden Forst- und Jagdbeamten auf Privatrevieren, jedoch nur innerhalb derjenigen Reviere, für welche sie angestellt und verpflichtet sind. §. 24. d. V. v. 1851., u. f. §. 7. d. V. v. 1852. G.S. S. 238. **5)** Wird ein Grund offenbar, aus welchem die Ausstellung der Jagdkarte zu versagen gewesen sein würde, so ist sie sofort zurückzuziehen. Rückerstattung des Geldbetrags für die J. findet nicht Statt. §. 25. der cit. V. v. 1851. **6)** Diejenigen Jagdberechtigten, welche an der ihnen zustehenden Jagd Andere Antheil nehmen lassen, haben bei eigener Verantwortlichkeit dafür zu sorgen, daß die Antheil nehmenden Schützen mit J. versehen sind. V. v. 28. Juni 1852. §. 4. G.S. S. 238.

Jagdpacht. **1)** Jagdverpachtungen können sowohl öffentlich im Wege des Meistgebotes, als auch aus freier Hand erfolgen. Im ersteren Falle sind sie unter Leitung der Ortspolizeibehörde vorzunehmen, in beiden Fällen bedürfen sie der Genehmigung derselben. Die Jagd darf nie an mehr als eine Person und nie auf kürzere Zeit als 6 Jahre verpachtet werden. Pachtverträge, die diesen Bestimmungen widersprechen, sind ungiltig. V. v. 13. Mai 1851. §. 17. G.S. S. 142. Afterverpachtungen sind nicht gestattet. ib. §. 18. **2)** Doch haben die Ortspolizeibehörden Beschlüsse, die Jagd aus freier Hand zu verpachten, in der Regel nicht, ausnahmsweise aber nur dann zu genehmigen, wenn unter den obwaltenden besonderen Verhältnissen eine Verpachtung im Wege des Meistgebots unthunlich oder unzweckmäßig sein würde. V. v. 28. Juni 1852. §. 3. G.S. S. 238. **3)** Ferner ist, wenn die Jagdverpachter bei der vorbehaltenen Auswahl unter den Licitanten nicht den wählen, welcher das höchste Gebot gethan hat, dieser Beschluß nur dann zu genehmigen, wenn diese Wahl an sich unbedenklich ist und auf genügenden Gründen beruht. Den Jagdverpachtungen im Wege des Meistgebots muß stets eine von der Obrigkeit mindestens 8 Tage vor dem Termine zu erlassende Bekanntmachung in einem öffentlichen Blatte und ein Anschlag an den für derartige Veröffentlichungen im Orte bestimmten Stellen vorangehen. Ang. V. v. 1852. §. 3. **4)** S. Jagdrecht.

Jagdrecht. **1)** Ueber die Erwerbung der Jagdberechtigung vergl. den Artikel: Jagd. **2)** Den Eigenthümern und Nutznießern von Grundstücken steht die selbständige Ausübung der Jagd auf denselben ohne Rücksicht auf deren Größe dann zu, wenn und in soweit mit diesen Grundstücken bereits vor dem 2. März 1849. das J. verbunden war. V. v. 13. Mai 1851. §. 1. G.S. S. 139. u. V. v. 13. Aug. 1849. §. 1. a. G.S. S. 148. Dieses Befugniß geht jedoch im Falle einer Dismembration auf die Erwerber der dismembrirten Grundstücke nicht über. Dasselbe erstreckt sich auch nicht auf einzelne, von dem Hauptgute getrennt liegende Parcellen, dafern letztere, a) wenn sie zur Forstcultur benutzt werden, nur 5 Acker oder darunter enthalten, oder b) außerdem nur 30 Acker oder darunter umfassen. Auf solche Grundstücke leiden die Bestimmungen im Art.: Jagdbezirkel. Anwendung. Ang. V. v. 1851. §. 1. **3)** Eine gleiche selbständige Ausübung des auf eigenem Grund und Boden zustehenden J.s ist auf solchen Besitzungen gestattet, welche in einem oder mehreren an einander grenzenden Flurbezirken einen land- oder forstwirthschaftlich benutzten Flächenraum von wenigstens 300 Ackern einnehmen und in ihrem Zusammenhange durch ein fremdes Grundstück nicht unterbrochen sind. Die Trennung, welche Eisenbahnen, Wege und Gewässer bilden, Letztere mit Ausnahme der Elbe, werden als Unterbrechungen des Zusammenhanges nicht angesehen. ib. §. 2. **4)** Gemeinden und Corporationen dürfen jedoch das J. in keinem Falle anders als durch Verpachtung oder angestellte u. verpflichtete Jäger ausüben, auch wenn sie schon vor dem 2. März 1849. zur Aus-

übung der Jagd berechtigt waren. ib. §. 3. **5)** Diejenigen Jagdberechtigungen auf fremdem Grund u. Boden, welche durch §. 37. der am 2. März 1849. publicirten Grundrechte (s. Jagd, 12.) ohne Entschädigung aufgehoben worden sind, sollen den gegenwärtigen Besitzern der Güter, mit denen sie bis dahin verbunden gewesen, oder, wenn solche Berechtigungen dem Fiscus, Corporationen, Gemeinden oder Stiftungen gehörig oder erweislich persönliche gewesen sind, den früheren Inhabern oder deren Erben, sofern dieselben bis zum 1. April 1859. darauf angetragen haben, in dem gleichen Umfange, wie sie früher bestanden haben, zurückgegeben werden. G. v. 25. Nov. 1858. §. 1. G.S. S. 323. **6)** Auch in den Fällen, wo nach Vorstehendem das J. an die Besitzer von Gütern zurückzugeben ist, welche seit dem 2. März 1849. veräußert worden sind, hatten sich die früheren Inhaber, welche das Gut am 2. März 1849. besessen haben, oder deren Rechtsnachfolger, binnen gleicher Frist zu melden, wenn sie nicht für den Fall, daß der Gutsbesitzer auf Rückgabe der Jagd antrug, der Entschädigung (unten §. 15.) für den Fall aber, daß der Gutsbesitzer den Antrag auf Rückgabe unterließ, des J.s selbst, welches dann an sie zurückzugeben war, verlustig gehen wollten. ib. **7)** Die Eigenthümer der Grundstücke, auf welchen, in Folge eines nach §. 1. cit. gestellten Antrags, das fremde J. wieder hergestellt wurde, sind auf Verlangen aus der Staatscasse zu entschädigen gewesen, und zwar für jede auf der jagdbaren Grundfläche ruhende Steuereinheit mit 6 Pfennigen. ib. §. 2. Gehört das Eigenthum solcher Grundstücke Mehreren gemeinschaftlich zu, so genügte das Verlangen eines Einzigen und war die Entschädigungssumme solchenfalls unter die sämtlichen Eigenthümer pro rata zu theilen. ib. Doch leidet dieß nur auf solche Grundstücke Anwendung, die nicht zu einem der nach der V. v. 13. Mai 1851. G.S. v. 1851. S. 141. gebildeten Jagdbezirke gehören. V. v. 27. Nov. 1858. §. 2. G.S. S. 332. — Man vergl. wegen der Grundstücke, welche zu einem solchen Bezirke gehören, unten §. 7. d. G. v. 25. Nov. 1858. u. §. 1. d. V. v. 27. Nov. deff. J., und ferner rücksichtlich des Falles, wo blos der früher nicht zu dem Grundstücke gehörige, und nur erst nach Maßgabe §. 37. der Grundrechte dazu gekommene Theil der verschiedenen Jagdberechtigungen (hohe, mittle, niedere Jagd) in Folge eines nach §. 1. cit. gestellten Antrags wieder hinweggenommen worden, §. 2. cit. d. G. v. 25. Nov. 1858. u. (unten) §. 16. deff. — Ferner muß hierzu die V. v. 27. Nov. 1858. §. 2. G.S. S. 332. nachgesehen werden. **8)** Die Jagdberechtigungen auf fremdem Grund und Boden und zwar sowohl a) alle nach §. 1. cit. zurückzugebenden J.e, als auch b) alle erweislich durch lästigen, mit dem damaligen Besitzer des belasteten Grundstücks abgeschlossenen Vertrag erworbene, also durch §. 37. der Grundrechte gar nicht aufgehobene Jagdberechtigungen sind ablösbar. Das Recht, auf Ablösung anzutragen, steht sowohl dem Berechtigten, als dem Verpflichteten zu. G. v. 25. Nov. 1858. §. 3. G.S. S. 324. **9)** Der Antrag auf Ablösung ist jedoch, a) wenn er von dem Berechtigten gestellt wird, einem und demselben Verpflichteten gegenüber nur zuläßig in Bezug auf die ganze Jagd, wie sie dem ersteren zusteht, und nur in Bezug auf sämtliche, demselben Berechtigten gegenüber verpflichtete u. demselben Jagdbezirke angehörige Grundstücksbesitzer; er ist unzuläßig, wenn die Verpflichteten die Entschädigung aus der Staatscasse nach §. 2. cit. nicht beanspruchen und die Jagd ohne diese zurückzuerstatten sich bereit erklären, cit. §. 3. unter 1.; b) wenn er von dem Verpflichteten gestellt wird, einem und demselben Berechtigten gegenüber ebenfalls nur zuläßig in Bezug auf die ganze Jagd, wie sie demselben zusteht, und nur in Bezug auf sämtliche, demselben Berechtigten gegenüber verpflichtete und demselben Jagdbezirke angehörige Grundstücke. Er kann daher nur von der Jagdgenossenschaft auf Grund eines nach §. 14. sub 1. 2. u. §. 15. d. V. v. 13. Mai 1851. G.S. S. 141. gefaßten Beschlusses gestellt werden. cit. §. 3. unter 2. **10)** Die eben angeführ-

ten Bestimmungen (bei no. 9. a. b.) schließen nicht aus, daß auch in Ansehung solcher Grundstücke, die nicht zu einem gemeinschaftlichen Jagdbezirke gehören, sowohl von dem Verpflichteten, als auch von dem Berechtigten auf Ablösung des J. angetragen werden kann. Der Antrag auf Ablösung ist jedoch auch hier nur zulässig, wenn er auf das ganze J. des betreffenden Berechtigten gerichtet ist. V. v. 27. Nov. 1858. §. 3. G.S. S. 332. **11)** In den Fällen §. 3. cit. unter a. (oben 8. a.) erfolgt die Ablösung, sofern innerhalb acht Wochen nach dazu von Seiten der Obrigkeit erhaltener Aufforderung (s. unten §. 7. d. G.) darauf angetragen worden, durch Zahlung von 10 Pfennigen Ablösungscapital für jede auf der jagdbaren Grundfläche ruhende Steuereinheit, ang. G. v. 1858. §. 4. unter a. G.S. S. 324. Wollte nach dieser Bestimmung ein Jagdberechtigter auf Ablösung eines nach §. 1. d. G. v. 25. Nov. 1858. zurückzugebenden J. antragen, so mußte er diesen Antrag, bei Verlust seines Rechts dazu, innerhalb der §. 1. cit. gedachten Anmeldungsfrist stellen. Ein einmal gestellter Antrag auf Ablösung, er mag von dem Berechtigten, oder von dem Verpflichteten ausgegangen sein, kann nur unter Zustimmung des Gegentheils zurückgenommen werden. V. v. 27. Nov. 1858. §. 4. G.S. S. 333. **12)** In den Fällen §. 3. cit. unter b. (oben 8. b.) und wenn in den Fällen §. 3. cit. unter a. (oben 8. a.) erst nach Ablauf der oben erwähnten Frist auf Ablösung angetragen wird, ist die Ablösung ganz nach den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften über Ablösung zu behandeln und nach dem in jedem einzelnen Falle durch sachverständige Schätzung besonders zu ermittelnden Werthe der Jagdberechtigung zur Zeit der Ablösung zu bewirken. Für solche Ablösungen tritt auch die Competenz der im G. v. 17. März 1832. verordneten Ablösungsbehörden ein, ang. G. v. 1858. §. 4. unter b. G.S. S. 325. **13)** Die Ablösung der oben no. 8. unter a. (a. in §. 3. d. G.) gedachten J.e findet auch dann durch Zahlung von 10 Pfennigen Ablösungscapital für jede auf der jagdbaren Grundfläche ruhende Steuereinheit Statt, wenn der Antrag auf Ablösung dieser Rechte von dem Berechtigten ausgegangen ist. Dagegen ist das vorgedachte Ablösungscapital nur in den Fällen nach Höhe von 10 Pfennigen zu gewähren, in welchen das Recht zur vollen Jagd, also zur hohen, mittlen und niederen zugleich, abgelöst wird. Hat der Verpflichtete nur eine einzelne der vorgedachten Jagdarten abzulösen, so hat (nach der unten citirten §. 16. d. G. v. 25. Nov. 1858.) der Verpflichtete für die hohe Jagd nur $^2/_{10}$, für die mittle $^3/_{10}$, und für die niedere $^5/_{10}$ der obigen Ablösungssumme zu bezahlen. Ang. V. v. 27. Nov. 1858. §. 5. G.S. S. 333. **14)** Freiwillige unentgeltliche Rückgabe des J.s an die Grundstücksbesitzer steht den Inhabern von Jagdberechtigungen auf fremdem Grund u. Boden jederzeit unter denselben Beschränkungen frei, denen der Antrag auf Ablösung unterworfen ist (vergl. §. 3. d. G. oben unter no. 8. u. 9.). Es bedarf dazu nicht der Einwilligung der Ersteren. G. v. 25. Nov. 1858. §. 5. G.S. S. 325. Die Erklärung eines Jagdberechtigten, daß er ein ihm (nach §. 1. d. G. oben bei no. 5. 6.) zurückgegebenes J. unentgeltlich an die verpflichteten Grundstücksbesitzer wieder zurückgeben wolle, befreit denselben nur dann von der wieder eintretenden Verpflichtung zur Vergütung der Wildschäden, wenn diese Erklärung bei der zuständigen Verwaltungsbehörde abgegeben und von dieser, wie sofort geschehen soll, zur Kenntniß der betreffenden Grundstücksbesitzer gebracht worden ist. V. v. 27. Nov. 1858. §. 6. G.S. S. 333. Dazu vergl. unten §. 24. d. G. v. 25. Nov. 1858. u. die nachstehende no. 15. **15)** Der Antrag auf Rückgabe des J. nach §. 1. (oben no. 5. 6.) ist bei der Verwaltungsbehörde erster Instanz — Anträge von Stadtgemeinden auf Rückgabe der Jagd im Stadtflurbezirke bei der Amtshauptmannschaft — desjenigen Bezirks, in welchem die verpflichteten Grundstücke liegen, schriftlich anzubringen. Das Nähere über Inhalt und Beschaffenheit dieser Anträge, sowie in Betreff des Verfahrens auf den Antrag, beziehendlich nach Abhal-

tung eines Verhandlungstermins, geben das G. v. 25. Nov. 1858. §. 6. 7. 8. G.S. S. 325. f. u. die V. v. 27. Nov. 1858. §. 7—14. G.S. S. 333. f. **16)** Kann die Verwaltungsbehörde zwischen Berechtigten und Verpflichteten eine Vereinigung nicht bewirken, so ist (ohne daß dadurch der Entscheidung der Justizbehörde über die Beweislast vorgegriffen werden soll) den Berechtigten eine Frist von 3 Monaten zu Betretung des Rechtsweges einzuräumen, nach deren Verfluß, wenn der Rechtsweg nicht beschritten worden ist, die Einwendungen, welche die Verpflichteten den Angaben der Berechtigten fristgemäß (s. §. 7. d. G.) entgegengesetzt haben, für zugestanden zu achten sind. G. v. 25. Nov. 1858. §. 8. G.S. S. 326. **17)** Bei Betretung des Rechtsweges kann, anstatt der Klage auf Anerkennung des J., Derjenige, welcher sich am 2. März 1849. im jüngsten Besitze dieses Rechts befunden, Klage auf Wiedereinräumung des Besitzes der Jagd anstellen. Zu Begründung einer solchen Klage genügt ein einjähriger Besitz, wie ihn §. 19. des Anh. zur G.P.O. für das possessorium summarium bei servitutibus discontinuis erfordert. cit. §. 8. **18)** Nach Eintritt der Rechtskraft des Erkenntnisses, wodurch dem Kläger entweder der Besitz der Jagd, oder, wenn die Klage auf Anerkennung des J.s selbst gerichtet war, letzteres zugesprochen worden, wird die Rückgabe der Jagd, oder, wenn (nach §. 7. d. G.) rechtzeitig, beziehendlich eventuell auf Ablösung angetragen ist, die Ablösung des J. nach §§. 3. a. u. 4. a. d. G. (oben no. 8. a. u. 11.) bewirkt. cit. §. 8. **19)** Dem im Besitzprocesse verurtheilten Gegner ist zwar die Anstellung der petitorischen Klage unverwehrt, er hat jedoch solche bei deren Verlust binnen 3 Monaten, von Rechtskraft des Erkenntnisses an gerechnet, anzustellen. So lange nur auf Wiedereinräumung des Besitzes erkannt worden u. die zu Anstellung der petitorischen Klage gesetzte Frist noch nicht verflossen ist, oder nach rechtzeitig angestellter petitorischer Klage das Enderkenntniß noch nicht Rechtskraft erlangt hat, ist sowohl die nach §. 2. d. G. (oben no. 7.) den jagdbleibenden Grundstücksbesitzern für Rückgabe der Jagd zu gewährende Entschädigung aus der Staatscasse, als auch beziehendlich das Ablösungscapital zum gerichtlichen Depositum einzuzahlen. cit. §. 8. G.S. v. 1858. S. 327. **20)** Ist keine Einwendung gegen die Angaben der Berechtigten erhoben oder sind die letzteren als zugestanden zu erachten, so erfolgt die Ermittelung der Steuereinheiten und Berechnung der Entschädigungs- und beziehendlich Ablösungssumme nach Maßgabe des G. v. 25. Nov. 1858. §. 9. G.S. S. 327. u. der V. v. 27. Nov. 1858. §. 15. f. G.S. S. 338. f. **21)** Das Resultat der Berechnung ist von der Bezirkssteuereinnahme, unter gleichzeitiger Anzeige an das Finanzministerium, der Verwaltungsbehörde mitzutheilen, welche sowohl den Berechtigten, als die Verpflichteten davon in Kenntniß zu setzen hat; Letztere, im Ablösungsfalle, unter der Aufforderung, das Ablösungscapital eintretenden Falls abzüglich der vom Staate zu empfangenden Entschädigungssumme binnen vier Wochen an die Verwaltungsbehörde abzuführen. Nach Ablauf dieser Frist sind die Reste von Amtswegen (beziehendlich durch Requisition der competenten Justizbehörde) executivisch beizutreiben, soweit nicht vom Finanzministerium Gestundung gewährt worden ist. G. v. 25. Nov. 1858. §. 10. G.S. S. 328. Hierzu gehören noch die §§. 18. 19. d. V. v. 27. Nov. 1858. G.S. S. 339. **22)** Den Verwaltungsbehörden werden, auf Grund der durch die Bezirkssteuereinnahme erstatteten Anzeigen, von dem Finanzministerium sowohl die aus der Staatscasse zu übertragenden Entschädigungssummen, als, soweit nöthig, verlagsweise die von den Verpflichteten abzuführenden Ergänzungen der Ablösungscapitale zugesendet. Dieselben haben sodann sowohl die Auszahlung der Entschädigungen für die nicht zur Ablösung gelangenden Jagden an die Verpflichteten, als die Auszahlung der Ablösungscapitale an die Berechtigten gegen gerichtliche oder gerichtlich recognoscirte Quittung u. im letzteren Falle gegen Ver-

zichtleistung auf das zur Ablösung gelangte J. zu besorgen. Soweit die von den Berechtigten in Empfang zu nehmenden Summen in 100 Thlrn. aufgehen, sind dieselben verpflichtet, 4proc. sächs. Staatsschuldscheine an Zahlungsstatt anzunehmen. G. v. 25. Nov. 1858. §. 11. G.S. S. 328. **23)** Bei der §. 11. cit. vorgeschriebenen Auszahlung der Ablösungscapitalien an die Besitzer der jagdberechtigten Grundstücke bedarf es einer Befragung der bei den letzteren betheiligten hypothekarischen Gläubiger, oder sonstigen Realberechtigten nicht. V. v. 27. Nov. 1858. §. 20. G.S. S. 339. Uebrigens sind von den nach §. 11. cit. Seiten der Jagdberechtigten über den Empfang der Ablösungscapitalien auszustellenden Quittungen, ingleichen von den Quittungen über die an die Verpflichteten bei nicht erfolgter Ablösung des J. ausgezahlten Entschädigungssummen von der Verwaltungsbehörde beglaubigte Abschriften an das Finanzministerium einzusenden. §. 21. der cit. V. G.S. v. 1858. S. 340. **24)** Das Verfahren vor den Verwaltungsbehörden nach Maßgabe des G. v. 25. Nov. 1858. ist stempel- und kostenfrei. Verläge und Separatgebühren werden aus der Staatscasse übertragen. Ang. G. §. 11. G.S. v. 1858. S. 328. **25)** Alle Jagdbefugnisse, welche der Fiscus selbst erst in Folge von §. 37. d. Grundrechte erworben hat, sind auf Verlangen der früheren Berechtigten, welche sich deshalb bis zum 1. April 1859. gegen die Bezirksoberforstmeisterei schriftlich erklärt haben, ebenfalls mit 10 Pfennigen für jede auf der jagdbaren Grundfläche ruhende oder dafür noch zu ermittelnde Steuereinheit ablösbar. Stellte der Fiscus den Anspruch des Berechtigten ganz od. theilweise in Abrede, so war die Sache an das competente Gerichtsamt abzugeben und nach §. 8. d. G. (oben no. 16—19.) zu behandeln. §. 12. d. G. G.S. v. 1850. S. 328. Auf die Anmeldung der gedachten Jagdbefugnisse leiden die Vorschriften §. 7. d. V. v. 27. Nov. 1858. G.S. S. 333. f. ebenfalls Anwendung. Ang. V. §. 22. G.S. v. 1858. S. 340. **26)** Wenn bei solchen Jagden, die innerhalb 31 Jahren 6 Wochen u. 3 Tagen vor dem 2. März 1849. der Staatsfiscus gegen baare Bezahlung verkauft hat, und welche weder auf fiscalischem, noch auf dem Grund und Boden des Käufers gelastet haben, zwischen dem gegenwärtig dafür zu empfangenden Ablösungscapitale und der bezahlten Kaufsumme ein Unterschied zum Nachtheile des Käufers sich ergiebt, so ist dieser Unterschied auf Verlangen des Berechtigten aus der Staatscasse auszugleichen gewesen, vergl. deshalb das G. v. 25. Nov. 1858. §. 13. G.S. S. 329., und sind jährliche Kanons für Jagden auf nicht fiscalischem Grund und Boden, die vor dem 2. März 1849. vom Staatsfiscus veräußert worden, zeither in Rückstand gelassen worden, so kamen dieselben in Wegfall. Dieselben sind aber von Publication des G. v. 25. Nov. 1858. an wiederum abzuführen. Für immer abgelöst sind die Kanons in den Fällen zu betrachten, wo das für die betreffende Jagd ausfallende Ablösungscapital der Staatscasse überlassen wird. Ang. G. §. 14. G.S. v. 1858. S. 329. — Hierzu ist noch zu vergleichen: §. 23. der V. v. 27. Nov. 1858. G.S. S. 340. **27)** Die Besitzer von Gütern, an welche nach §. 1. d. G. v. 1858. (oben no. 5. 6.) Jagdberechtigungen zurückgegeben worden sind, haben die früheren Inhaber oder deren Rechtsnachfolger, sofern sich dieselben nach §. 1. cit. rechtzeitig gemeldet haben, durch Ueberweisung der nach §. 4. a. dess. G. (oben no. 11.) zu berechnenden Ablösungssummen schadlos zu halten, sofern nicht etwas Anderes contractlich stipulirt ist. Das Ablösungscapital ist daher in solchen Fällen von der Verwaltungsbehörde nicht erst dem Besitzer des Gutes, sondern sogleich dem früheren Inhaber oder dessen Rechtsnachfolger auszuzahlen, wofern der Besitzer des Gutes nicht auf Grund von Privatrechtstiteln dasselbe für sich oder für ein Lehn oder Fideicommiß in Anspruch nimmt. In diesem letzteren Falle ist die Ablösungssumme, beziehendlich bis zu Austrag des Rechtsstreites im Depositum der Gerichtsbehörde zu behalten. Wird nicht nach §. 4. a. d. G. (oben no. 11.) abgelöst, so hat der Besitzer des Gutes dem früheren

Inhaber oder dessen Rechtsnachfolger, die rechtzeitige Anmeldung vorausgesetzt, eine dem nach §. 4. a. (a. a. O.) berechneten Ablösungscapitale gleiche Entschädigung aus eigenen Mitteln zu gewähren. G. v. 25. Nov. 1858. §. 15. G.S. S. 329. **28)** Sind zu einer Jagd in ihrer Gesamtheit mehrere Berechtigte vorhanden, so haben sich die letzteren über die Theilung der Ablösungssumme unter sich zu verständigen; dasselbe gilt von den Vorhatzberechtigten; Streitigkeiten darüber gehören in den Rechtsweg. Ist die Berechtigung zur hohen, mittlen und niederen Jagd in verschiedenen Händen, so ist von der Ablösungssumme die Hälfte auf die niedere, 3 Zehntheile auf die mittle, 2 Zehntheile auf die hohe Jagd zu rechnen. ib. §. 16. **29)** Widerspricht ein Betheiligter dieser Vertheilung, so ist auf Grund sachverständiger Ermittelung von der Verwaltungsbehörde eine Entscheidung über die Vertheilung zu geben. Ueber Recurse dagegen entscheidet die Generalcommission für Ablösungen und Gemeinheitstheilungen, welcher für solche Entscheidungen ein höherer Forstbeamter zugeordnet wird, endgültig. Die Ablösungssumme bleibt bis zu Austrag der erwähnten Streitigkeiten in Verwahrung der Behörde. ib. Hierzu gehört noch §. 24. d. V. v. 27. Nov. 1858. G.S. S. 340. **30)** Gegen die in §§. 1. 4. 7. 8. 10. 12. u. 15. d. G. v. 25. Nov. 1858. gestellten Fristen und angedrohten Rechtsnachtheile findet eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nicht Statt. Ang. G. §. 17. G.S. v. 1858. S. 330. **31)** Neue Jagdberechtigungen auf fremdem Grund u. Boden können nicht mehr als Grundgerechtigkeit rechtsgiltiger Weise erworben werden. ib. §. 18. Es bewendet auch bei der unentgeltlichen Aufhebung aller Jagddienste, Jagdfrohnden u. sonstigen Leistungen für Jagdzwecke, soweit dieselben nicht schon in Geldgefälle verwandelt sind, welche als Reallasten auf einzelnen Grundstücken lassen. Solche Gefälle sind gleich anderen Geldgefällen ablösbar. ib. §. 19., (vergl. §. 10. d. G. v. 15. Mai 1851. unter: Ablösung, D., 1.) **32)** Die zurückverlangten und nicht abgelösten Jagdrechte fallen den Gütern, mit denen sie früher verbunden gewesen, beziehendlich den persönlich Berechtigten oder deren Erben, und die abgelösten, ingleichen die nicht zurückgenommenen oder freiwillig zurückgegebenen, den Eigenthümern der Grundstücke zu. G. v. 25. Nov. 1858. §. 20. G.S. S. 330. Das Nähere über die Zeit des Anfalls s. ib. In jagdpolizeilicher Hinsicht sind die Inhaber wiederhergestellter J. auf fremdem Grund und Boden auch rücksichtlich der ihnen nicht eigenthümlich zugehörigen Grundstücke ebenso zu behandeln, wie in Bezug auf das ihnen eigenthümlich zugehörige Areal. ib. Vergl. noch wegen entstehender Streitigkeiten und wegen des Termins für Wiedereröffnung der Jagd auf solchen Revieren das ang. G. §. 21. 22. G.S. v. 1858. S. 331., ferner wegen des Verhältnisses zu den geschlossenen Jagdpächten, ib. §. 23. **33)** In Bezug auf alle Fluren und Flurtheile, auf welchen nach dem G. v. 25. Nov. 1858. das J. auf fremdem Grund u. Boden wieder hergestellt wird, treten alle früheren Bestimmungen über Vergütung der Wildschäden, namentlich das Pat. v. 9. u. 21. April 1814. und das G. v. 3. Nov. 1840. (s. den Art.: Wild) wieder in Wirksamkeit.

Jagdrevier. S. Jagdvergehen.

Jagdvergehen. **1)** Wer in fremdem Jagdreviere unbefugter Weise eine Flinte oder Büchse führt, von welcher das Schloß nicht abgeschraubt ist, wird mit Gefängniß bis zu 14 Tagen, oder Geld bis zu 50 Thalern bestraft. G. v. 11. Aug. 1855. Art. 11. Satz 1. G.S. S. 305. **2)** Es ist aber diese Vorschrift nicht anzuwenden auf Jagdberechtigte, welche den Weg nach ihrem Jagdreviere über eine fremde Wildbahn nehmen müssen und dabei entweder das Schloß verbunden halten, oder das Gewehr in einem Ueberzuge führen, auf Reisende, welche nicht von der gewöhnlichen Straße abweichen, sowie auf Militairpersonen, Gendarmen und andere zum öffentlichen Dienste bewaffnete Personen bei

Ausübung desselben, wegen der zu ihrer Ausrüstung gehörigen Gewehre. ib. Satz 2. **3)** Wer, mit einem Schießgewehre auf fremdem Jagdreviere von dem Jagdberechtigten oder einem Aufseher des Reviers betroffen, auf deren Verlangen das Gewehr nicht vorzeigt, oder nicht niederlegt, oder nicht abgiebt, hat Gefängniß bis zu 3 Monaten verwirkt. ib. Satz 3. **4)** Personen, welche nicht selbst zur Ausübung der Jagd berechtigt sind und bei der Abwehr oder Vertreibung des Wildes von ihren Grundstücken ein jagdbares Thier zufällig erlegen oder fangen, sind schuldig, hiervon binnen 12 Stunden dem Jagdberechtigten behufs der Abholung Anzeige zu machen. Bei dessen Unterlassung werden sie mit Gefängniß bis zu 4 Monaten bestraft. Art. 12. ib. **5)** Vergl. wegen des Hinzutrittes von Erschwerungsgründen, des Rückfalles und der Concurrenz beider sowie hinsichtlich der Verjährung den Art.: Forstvergehen 6. f. **6)** Das ältere Recht ist unter: Jagd nachgewiesen. **7)** S. Antrag, Verjährung, Untersuchungs-Zust..., Verwandlung, Confiscation, Ersatz, Schärfung, Str.Gb., Schaden, Werth.

Jagdzeiten. S. Jagd.

Jahr. **1)** Ueber die Berechnung des J.s bei Freiheitsstrafen s. den Art.: Strafdauer. **2)** Unter Jahr und Tag (annus Saxonicus) wird eine Frist von 58 Wochen 3 Tagen verstanden. Dec. 11. v. 22. Juni 1661. C.A. T.I. S. 299., M. v. 30. April 1764. Tit. I. §. 15. C.A. C.I. T.I. S. 1026. **3)** S. Alter, Fristen.

Jahresanzeigen. S. Anzeigen, Superintend...

Jahreszeit. S. Auszug, Sommer, Winter.

Jahrmarkt. **1)** Neue Jahr- u. Wochen-Märkte sollen nicht den benachbarten Städten (in der Lausitz den Vierstädten) zum Nachtheile ertheilt werden. Res. gr. v. 23. April 1612. Justizs. §. 27. C.A. T.I. S. 183., Res. gr. v. 22. Juni 1661. Justizs. §. 100. ib. S. 245., Res. v. 10. Dec. 1681. ib. S. 360.—Laus.Gd. v. 1402. C.A. T.III. S. 39. u. L.C.W. T.II. S. 460., M. v. 11. 21. Dec. 1679. ib. S. 461. u. C.A. T.III. S. 287. **2)** Bei Concessionirung neuer Jahr- und Viehmärkte soll unter anderen darauf mit gesehen werden, daß die Märkte nicht auf einen Sonn- oder Festtag fallen, oder doch erst Tags darauf gehalten werden. Rescr. v. 24. Jan. 1797. C.A. C.II. T.II. S. 1447., Laus.Bef. v. 30. Jan. 1797. C.A. C.II. T.III. S. 563. und L.C.W. T.IV. S. 533. **3)** Bei den an Sonn- u. Festtagen eintretenden Märkten, die früher schlechterdings auf Wochentage verlegt werden sollten, darf der Handel nur erst nach Beendigung des letzten Gottesdienstes und zwar nur im Ganzen getrieben werden. Gen.Art. 17. v. 1580. C.A. T.I. S. 692., Pol.O. v. 1661. Tit. 2. §. 5. ib. S. 1566., O.A.Bef. v. 3. April 1683. C.A. T.III. S. 294. u. L.C.W. T.II. S. 1154., v. 10. Oct. 1693. ib. S. 1157. u. C.A. T.III. S. 314., M. v. 2. Aug. 1749. §. 4. C.A. C.I. T.I. S. 735., Gen. v. 24. Juli 1811. §. 4. C.A. C.III. T.I. S. 498. und L.C.W. T.VI. S. 194. **4)** Die Waarenschau auf den J. ist durch die V. v. 19. Aug. 1819. G.S. S. 191. aufgehoben. [Aeltere Best.: Rescr. v. 1. Sept. 1788. §. 3. C.A. C.II. T.III. S. 284. u. L.C.W. T.IV. S. 507., Bef. v. 3. Oct. 1788. §. 2. C.A. C.II. T.II. S. 1444., Rescr. v. 6. Aug. 1791. ib. S. 1445., Bef. v. 4. Oct. 1791. ib.] **5)** Volksschriften, Lieder und dergl. dürfen auf den Wochen- und Jahrmärkten nur dann feilgeboten werden, wenn sie im Inlande gedruckt und censirt sind, und Drucker und Druckort darauf angegeben ist; außerdem sind sie unter Bestrafung des Verkäufers zu confisciren, Gen. v. 17. Mai 1803. L.C.W. T.V. S. 192. u. C.A. C.III. T.I. S. 37., §. 63. der V. v. 13. Oct. 1836. G.S. S. 289., V. v. 5. Febr. 1844. §. 37. G.S. S. 15., doch s. Censur. **6)** Der Unterschied zwischen In- u. Ausländern ist hinsichtlich der die Märkte besuchenden Unterthanen der Zollvereinsstaaten aufgehoben. Bef. v. 26. April 1834. G.S. S. 105. 110. [Aeltere Best.: Rescr. v. 1. Sept. 1788. §. 2. a. a. O., Bef. v. 3. Oct. 1788. §. 1. a. a. O., Rescr. v. 24. Mai 1784. C.A. C.II. T.III. S. 211. u. L.C.W. T.IV. S. 501., Rescr. v. 7. Mai 1785. ib. S. 502. u. C.A. C.II. T.III. S. 215., v. 30. Mai 1785. C.A. C.II. T.I. S. 883., v. 8. Febr. 1792. C.A. C.II. T.II. S. 1447.] **7)** Das Beziehen der Jahr- und Wochen-

märkte in den Städten ist den Dorfhandwerkern in der Regel untersagt, wo nicht an einzelnen Marktorten vermöge der bestehenden Localeinrichtung entweder überhaupt oder wegen einzelner Waarengattungen die Zulassung fremder Verkäufer, ohne Unterschied, ob sie städtische Meister sind oder nicht, verstattet ist, §. 18. des G. v. 9. Oct. 1840. G.S. S. 250. Ausgenommen von dem Verbote sind die Landtöpfer, auch ist den städtischen Obrigkeiten überlassen, nach Bedürfniß des Ortes den Dorffleischern und Dorfbäckern die Versorgung der Wochen- und Victualienmärkte mit Fleisch, frischem u. geräuchertem, und mit Brod zu gestatten, ib. Der Besuch der hier und da bestehenden Dorfjahrmärkte ist den Dorfhandwerkern uneingeschränkt erlaubt, ib. **8)** Die Jahrmarktsfreiheit, welche in Ansehung des Handels auf den Märkten Statt findet, wird im Rescr. v. 13. Dec. 1671. L.C.W. T. II. S. 469., M. v. 10. Juli 1719. C.A. T. I. S. 1897., Rescr. v. 1. Sept. 1788. §. 4. C.A. C. II. T. III. S. 284., Rescr. v. 3. Oct. 1788. §. 3. C.A. C. II. T. II. S. 1444., u. v. 27. April 1794. ib. S. 1447. anerkannt. **9)** S. Buden, Christmärkte, Diebstahl, Arzneiwaaren, Gewandschnitt, Herumziehende, Gesinde, Siegel, Wechselfreiheit, Hausiren, Spielen, Polizei, Schulferien, Zollfreiheit, Militairpflicht, Concession, Colporteurs.

Identität. S. Recognition, Reiselegitimationen, Testamente, Begräbniß, Zeugen, Persönlichkeit, Recognition..., Notare.

Jesuiten. Der Orden der J. darf in das Königreich Sachsen niemals aufgenommen werden. V.U. v. 4. Sept. 1831. §. 56. G.S. S. 252.

Ignorantia, s. Unkenntniß.

Illegal, s. Widerrechtlich, Form, Nullität.

Illegitim, s. Uneheliche.

Im Dienste, s. Dienst.

Immatriculation. S. Advocaten, Notare, Commissionen, Ausländer, Studenten.

Immatriculationsscheine. S. Reiselegitimationen.

Immediatsachen. S. Appellationsgericht, d. vorm., Appellationsgerichte, Gerichtsstand.

Immemorialverjährung. S. Verjährung.

Immission, s. Einweisung, Pfandrecht, Unzucht, Fleischesverbr...

Immobiliarbesitz. S. Besitz, Grundstücke, Grund- u. Hypothekenbuch, Pfandrecht.

Immobiliarversicherung. S. Landes-Immob..., Brandversicherungs-Societät.

Immobilien, s. Grundstücke.

Immoralität, s. Unsittlichkeit.

Immunität, s. Befreiung.

Impedimenta leg., s. Ehehaften.

Impensae, s. Verwendung.

Impertinenz. S. Beweis, Interrogatorien, Urkunden.

Impfärzte. S. Anzeigen, Schutzblattern.

Impfgeschäft, s. Impfung.

Impftabelle. S. Anzeigen.

Impfung. S. Blattern, Schutz-Blattern.

Imploration, s. Gesuche.

Importiren. S. Eingangszoll.

Impost. S. Stempelsteuer.

Impotenz, s. Unvermögen.

Imprimatur. S. Censur.

Impuls, s. Anstiften.

Imputation. S. Zurechnung.

Im Voraus, s. Anticipiren, Executionsverfahren, 45., Voraus...

In bianco. S. Blankett, Indossament.

Incest. **1)** Ueber die Bestrafung des J.s nach früherem Rechte s. Art. 302. f. des Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 182., u. vorher: G. v. 4. Febr. 1834. §. 20. f. G.S. S. 51., Const. 22. 23. 24. P. IV. v. 1572. C.A. T. I. S. 123. f., K.O. v. 1580. Ehes. Tit. welche Pers., Ehe-O. C.A. T. I. S. 538., Besch. d. Dif. v. 27. Mai 1783. C.A. C. II. T. I. S. 473. **2)** Wegen des heutigen Rechts s. den Art.: Verwandte. Vergl. auch den Art.: Ehebruch.

Incidentpuncte, s. Thatsachen, Zwischenfragen.

Incompetenz. S. Untersuchungs-Zust..., Gerichtsstand, Gerichtsbezirke, Todesstrafe, Competenz.

Inculpata tutela. S. Nothwehr.

Inculpaten. S. Angeschuldigte.

Incurabel. S. Landes-Versorgungs- und Heilanstalten.

Indebitum, s. Nichtschuld.

Indicien. S. Anzeichen.

In diem addictio. S. Subhastation.

Indigenat. S. Ausländer, Heimathsangehörigkeit.

Indigo. S. Farben, Conditoreiwaaren.

Indossament des Wechsels. **1)** Der Remittent (s. Tratten) kann den Wechsel an einen Anderen durch J. (Giro) übertragen. Hat jedoch der Aussteller die Uebertragung im Wechsel durch die Worte „nicht an Ordre" oder durch einen gleichbedeutenden Ausdruck untersagt, so hat das J. keine wechselrechtliche Wirkung. A.D.W.O. Art. 9. G.S. v. 1849. S. 72. **2)** Durch das J. gehen alle Rechte aus dem Wechsel auf den Indossatar über, insbesondere auch die Befugniß, den Wechsel weiter zu indossiren. Auch an den Aussteller, Bezogenen, Acceptanten oder einen früheren Indossanten kann der Wechsel giltig indossirt und von denselben weiter indossirt werden. ib. Art. 10. **3)** Das J. muß auf den Wechsel, eine Copie desselben oder ein mit dem Wechsel oder der Copie verbundenes Blatt (Alonge) geschrieben werden. ib. Art. 11. Uebrigens ist es giltig, wenn der Indossant auch nur seinen Namen oder seine Firma auf die Rückseite des Wechsels oder der Copie, oder auf die Alonge schreibt (Blanco-J.). ib. Art. 12. Jeder Inhaber eines Wechsels ist befugt, die auf demselben befindlichen Blanco-J. auszufüllen; er kann den Wechsel aber auch ohne diese Ausfüllung weiter indossiren. ib. Art. 13. **4)** Der Indossant haftet jedem späteren Inhaber des Wechsels für dessen Annahme und Zahlung wechselmäßig. Hat er aber dem J. die Bemerkung „ohne Gewährleistung", „ohne Obligo" oder einen gleichbedeutenden Vorbehalt hinzugefügt, so ist er von der Verbindlichkeit aus seinem J. befreit. ib. Art. 14. G.S. v. 1849. S. 72. **5)** Ist in dem J. die Weiterbegebung durch die Worte „nicht an Ordre" oder durch einen gleichbedeutenden Ausdruck verboten, so haben diejenigen, an welche der Wechsel aus der Hand des Indossatars gelangt, gegen den Indossanten keinen Regreß. ib. Art. 15. **6)** Wenn ein Wechsel indossirt wird, nachdem die für die Protest-Erhebung Mangels Zahlung bestimmte Frist abgelaufen ist, so lange der Indossatar die Rechte aus dem etwa vorhandenen Accepte gegen den Bezogenen und Regreßrechte gegen Diejenigen, welche den Wechsel nach Ablauf dieser Frist indossirt haben. Ist aber der Wechsel vor dem J. bereits Mangels Zahlung protestirt worden, so hat der Indossatar nur die Rechte seines Indossanten gegen den Acceptanten, den Aussteller und Diejenigen, welche den Wechsel bis zur Protest-Erhebung indossirt haben. Auch ist in einem solchen Falle der Indossant nicht wechselmäßig verpflichtet. ib. Art. 16. **7)** Ist dem J. die Bemerkung „zur Eincassirung", „in Procura" oder eine andere, die Bevollmächtigung ausdrückende Formel beigefügt worden, so überträgt das J. das Eigenthum an dem Wechsel nicht, ermächtigt aber den Indossatar zur Einziehung der Wechselforderung, Protest-Erhebung und Benachrichtigung des Vormannes seines Indossanten von der unterbliebenen Zahlung, sowie zur Einklagung der nicht bezahlten und zur Erhebung der deponirten Wechselschuld. (S. Regreß Mangels Zahlung u. ib. Art. 45.) Ein solcher Indossatar ist auch berechtigt, diese Befugniß durch ein weiteres Procura-J. einem Anderen zu übertragen. Dagegen ist derselbe zur weiteren Begebung durch eigentliches J. selbst dann nicht befugt, wenn dem Procura-J. der Zusatz „oder Ordre" hinzugefügt ist. ib. Art. 17. **8)** Alle diese Bestimmungen gelten auch von trocknen Wechseln; s. Eigene W. **9)** S. Wechselcopie, Regreß w. n. e. A., Wechseldupl..., Acceptation, Schuldarrest, Wechselverbindl...

Indossiren. S. Indossament.

Indult. S. Moratorien.

In durius. S. Erkenntnisse, Kosten.

Industrie. S. Hausind..., Prämien, Gewerbe, Fabriken.

In einem fort, s. Unausgesetzt.

Inept. S. Klage, Advocaten.

Infamia. S. Ehrenrechte.

Inficiren. S. Kranke, Vieh, Betten, Hunde.

Infitiation. S. Leugnen.

Information. S. Advocaten, Untersuchung...

Informator. S. Hauslehrer.

Ingenieur. S. Techniker.

Ingenieurcorps. S. Militairgerichtsb...

Ingwer. S. Dorfhandel.

Inhaber. S. Creditpapiere, Besitz, Cassenbillets, Falschmünzen.

Inhäriren. S. Adhäsion, Appellation, Klage.

Inhaftiren. S. Arrest.

Inhalt. S. Urkunden, Censur, Preß...

Inhaltserklärung. S. Declaration.

Inhaltsverzeichniß. S. Acten, Concursacten.

Inhibition. S. Verkümmerung.

Inhibitorialien. Die J. der vormaligen Landesregierung sind durch das M. v. 13. März 1822. §. 33. G.S. S. 216. in Wegfall gekommen. [Aeltr. Recht: Anordn. v. 2. Jan. 1579. C.A. T. I. S. 1293., Res. gr. v. 1612. §. 9. ib. S. 175., E.P.O. Anh. §. 21. S. 312., M. v. 13. März 1822. §. 8. G.S. S. 207.]

Injunct, s. Strafverfügung.

Injurien. S. Beleidigung.

Injuriensachen. S. Rügenproceß.

Inländer. **1)** Landeskinder, wenn sie sonst tüchtig befunden werden, sollen bei Besetzung von Aemtern und Diensten Ausländern vorgezogen werden. Res. gr. v. 23. April 1612. Justizs. §. 15. C.A. T. I. S. 178., Res. v. 30. April 1715. ib. S. 377., Res. v. 18. April 1716. ib. S. 381., Res. v. 28. Mai 1718. ib. S. 404. **2)** J. werden wegen aller im Inlande oder Auslande begangenen Verbrechen nach den Vorschriften des Str.Gb. bestraft. Str.Gb. v. 1855. Art. 2. **3)** J., welche aus dem Inlande ins Ausland reisen, sollen sich in ihrem Interesse einen Paß für das Ausland mitnehmen. Regul. v. 27. Jan. 1818. Cap. I. §. 1. C.A. C. III. T. I. S. 552. u. L.C.W. T. V. S. 228. **4)** Nur J. können gewerbliche und landwirthschaftliche Prämien der Staatscasse erhalten. Bek. v. 10. Dec. 1844. §. 5. G.S. S. 303. **5)** S. Heimathsscheine, Ausländer, Gerichtsstand, Collegien, Geburtsschein, Gewerbst., Gewerb- u. Pers., Handel- u. Gew., Aemter, Todenscheine, Hausiren, Landes-B..., Patronatrecht, Ausland, Bettler, Blechhändler, Desertionsproceß, Reiselegit., Retorsion, Vagabonden, Verkümmerung, Vorladung, Falschmünzen, Jahrmarkt, Zwickau.

Inland. S. Abschoß, Militairbedürfnisse, Censur, Retorsion, Fabriken, Falschmünzen.

Inlage. S. Declaration.

Innenbehalten. S. Verkümmerung.

Innere, das; s. Grenzbezirk, Ministerium des Innern.

Innungen. Innungswesen. A. Im Allgemeinen. Die Gesetze, auf welchen das Sächs. Innungswesen beruht, sind folgende: **1)** Ausschr. v. Montag nach Allerheiligen 1541., die Execution von Handwerksstrafen, das Schelten und Auftreiben d. Handwerker betr., C.A. T.I. S.21.1393., **2)** L.O. von Montag nach Trinitatis 1543., Tit. Von Handwerksleuten in den Städten, ib. S. 20., **3)** Ausschr. v. 12. Nov. 1550., Tit. Von Handwerksleuten, ib. S. 34., **4)** L.O. v. 1. Oct. 1555., Tit. Brauen 2c., Tit. Handwerksleute ib. S. 65. 68., **5)** M. v. 20. Nov. 1594. wegen der geschenkten und ungeschenkten Handwerke, ib. S. 1433., **6)** Res. gr. v. 23. April 1612. Justizs. §. 18., die Confirmation von Innungen betr., ib. S. 178., **7)** Tax-O., wonach sich im Handel und Wandel 2c. zu achten, v. 31. Juli 1623. C.A. T. II. S. 783., **8)** Bef. v. 14. Febr. 1651. d. Aufn. der Soldaten in Innungen betr. C.A. T. I. S. 1521., **9)** L.T.A. v. 9. April 1661. ib. S. 355. gegen Innungsgebrechen, **10)** Pol.O. v. 22. Juni 1661. Tit. XXI. C.A. T. I. S. 1585., **11)** Res. gr. v. 22. Juni 1661. Justizs. §. 98., die Störer und das Uebersetzen der Handwerker, sowohl den ungebührlich erschwerten Eintritt in die Innungen betr., ib. S. 244., **12)** Rescr. v. 20. Dec. 1676., daß Meisterssöhne, und die, welche Meisters-Wittwen und Töchter heirathen, dennoch ihr Meisterstück machen

sollen, ib. S. 1647., **13)** L.T.A. v. 28. Dec. 1676. ib. S. 358., den Schutz der Manufacturen gegen die Innungen betr., **14)** Bef. v. 20. Mai 1679. desselben Gegenstandes wie no. 12., ib. S. 1657., **15)** Res. v. 10. Dec. 1681. die Aufn. in die Inn. betr., ib. S. 360., **16)** Rescr. v. 27. April 1701., daß den Knopfmachern keine Innung zu verstatten, ib. S. 1719., **17)** Gen.B. v. 2. Nov. 1720. u. O.A.Pat. v. 28. Dec. 1720. die Beförderung der Manufacturen und Fabriken, und die Befreiung derselben, C.A. T. I. S. 1929. u. L.C.W. T. II. S. 489., **18)** M. zu Publ. des Kaiserl. Patents, wegen Abstellung der bei den Handwerkern eingeschlichenen Mißbräuche, v. 19. Oct. 1731. C.A. C. I. T. I. S. 577. u. L.C.W. T. I. S. 589., Kaiserl. Pat. v. 16. Aug. 1731. ib., **19)** Erl. (zu §. 11. des Pat. v. 1731.) v. 10. Aug. 1736. C.A. C. I. T. I. S. 641., **20)** Gen. v. 23. Aug. 1748., zu Abschaffung der Handwerksmißbräuche, ib. S. 695. u. L.C.W. T. I. S. 605., **21)** Gen. v. 28. Sept. 1748., d. Einforderung und beabsichtigte Revision der Artikelsbriefe sämtl. Innungen betr., C.A. C. I. T. I. S. 697., **22)** Gen., d. aus den Handwerkscassen zu bezahlenden Proceßkosten betr., v. 18. Jan. 1757. ib. S. 843., **23)** B. v. 16. Jan. 1764., die Fertigung der Meisterstücke betr., ib. S. 871., **24)** M. v. 10. Nov. 1764. zu Einschärfung des Pat. v. 1731. ib. S. 891. u. L.C.W. T. III. S. 269., **25)** Gen., wiederholtes, v. 27. Nov. 1765. zu Einforderung der Innungsartikel, C.A. C. I. T. I. S. 911., **26)** M. zu Publ. des Kaiserl. Pat. v. 23. April 1772. wegen Abstellung einiger Handwerksmißbräuche, v. 18. Sept. 1772. C.A. C. II. T. I. S. 671. u. L.C.W. T. III. S. 273., Kaiserl. Pat. ib., **27)** Rescr. v. 15. Nov. 1777., die Zulassung von Ausländern zum Meisterrechte gegen eidl. Bestärkung der ehel. Geburt und des gehörig erlernten Handwerks betr., C.A. C. II. T. I. S. 737., **28)** M. v. 8. Jan. 1780., die Generalinnungs-Artikel für Künstler, Professionisten und Handwerker betr. C.A. C. II. T. I. S. 761., C.A. C. II. T. III. S. 161. u. L.C.W. T. III. S. 278., **29)** Rescr. v. 25. Mai 1781., einige Vorschläge zu Aufnahme des Buchhandels in Leipzig betr., C.A. C. II. T. I. S. 49., **30)** Bef. v. 14. Jan. 1783., worin die Gen.Inn.Art. Cap. III. §. 10. dahin erläutert werden, daß zwar bei den für das Meisterrecht zur Handwerkscasse zu erlegenden Quantis kein Unterschied zwischen Meisterssöhnen und Fremden, oder solchen, die Meisterswittwen oder Töchter heirathen, zu machen, diese Disposition aber auf das, was zum Gotteskasten, Amte oder Stadtrathe entrichtet werden muß, nicht zu ziehen sei, indem es hier bei den zeitherigen Befreiungen bleibe, ib. S. 827., (s. Meister), **31) 32)** Bef. v. 3. Oct. 1788. u. 27. April 1794., den Handel auf den Jahrmärkten betr., C.A. C. II. T. II. S. 1443. u. 1447., s. Jahrmarkt. **33)** Rescr. v. 12. Febr. 1800., wonach der Graf zu Solms-Wildenfels sich der Dispensation von den Wanderjahren zu enthalten, übrigens aber den zu Confirmation der Innungs-Artikel berechtigten Gerichtsobrigkeiten die Dispensation nur von solchen Artikeln, die auf landesherrliche Befehle und Anordnungen sich nicht gründen, und nur in Fällen, wo das Recht eines Dritten nicht in Frage kommt, oder auf keine Weise verletzt wird, gestattet sein soll, C.A. C. II. T. I. S. 1141. **34)** Ueber den nemlichen Gegenstand ist in besonderer Beziehung auf den Besitzer von Mühltroff unterm 12. Febr. 1800. ebenfalls ein Rescr. ergangen, was sich l. c. S. 1143. befindet. **35)** Rescr. v. 29. Aug. 1800., das Verbietungsrecht der städt. Innungen betr., C.A. C. II. T. I. S. 1149., **36)** Rescr. v. 5. Mai 1802., die Beiträge der Innungen zur Armenhaushauptcasse, und den den Specialartikeln vorzusetzenden Generalartikel betr., C.A. C. III. T. I. S. 395., **37)** M. v. 7. Dec. 1810., die Abstellung verschiedener Innungsgebrechen betr., ib. S. 478. u. L.C.W. T. V. S. 260., **38)** Rescr. v. 11. März 1811., die wandernden Mühlburschen betr. (s. d.), C.A. C. III. T. I. S. 494., **39)** Rescr. v. 26. April 1811. das Beherbergen der Mühlburschen betr. (s. d.), ib. S. 496., **40)** Gen. v. 27. Juli 1811., die Prämien für Ausbildung der Taubstum-

men betr., ib. S. 500. u. L.C.W. T. V. S. 276., **41)** Rescr. v. 28. März 1812., die Verminderung der bei den Innungen zu Leipzig zu verabreichenden Geschenke und die Zeit der Abholung betr., C.A. C. III. T.I. S.502., **42)** Rescr. v. 29. Juni 1813., das Beherbergen und das Geschenk bei der Müllerinnung zu Dippoldiswalde betr., ib. S. 508., **43)** Rescr. v. 7. Oct. 1813., die Erläuterung des M. v. 7. Dec. 1810. betr., ib. S. 509., **44)** V. v. 19. Aug. 1819. die Aufhebung der Waarenschau auf den Jahrmärkten betr., G.S. S. 191., **45)** Rescr. v. 13. Sept. 1820., wonach den Oberlausitzer Innungen aufgegeben wird, bei Ertheilung des Meisterrechts an Handwerker, die in den Erblanden ihre Profession treiben wollen, die Vorschriften wegen Aufbewahrung der Lehrbriefe besser als geschehen in Obacht zu nehmen; — ferner, sich der Aufnahme von Professionisten zu enthalten, die ihr Handwerk auf einem erbländischen Dorfe treiben wollen. — Uebrigens werde das in dem einen Landestheile ertheilte Meisterrecht auch in dem anderen für giltig anerkannt. L.C.W. T. V. S. 281. **46)** M. v. 25. Jan. 1825. u. v. 22. Sept. 1826. die Legitimation der Diener, Gesellen und Mühlburschе betr., G.S. v. 1825. S. 17., v. 1826. S. 225., **47)** M. v. 10. Oct. 1826., die Ehen der Handwerksgesellen und Ausländer betr., G.S. S. 231., **48)** V. v. 3. März 1828., und wegen der Laus. v. 16. April 1828., die unentgeltliche Aufdingung u. Lossprechung taubstummer Lehrlinge betr., G.S. S. 21. 45., **49)** V. v. 4. Juli 1828. u. weg. d. Laus. v. 21. Juli 1828., den Verkauf der Wanderbücher betr., G.S. S. 63. 191., **50)** Ordonn. v. 19. Juli 1828. II. Th. §. 38. f., die Verhältnisse des Militairs zu den Innungen betr., G.S. S. 160., **51)** V. v. 12. Nov. 1828., das Ansinnen an Landmeister, das Bürgerrecht zu erlangen, G.S. S. 259., **52)** M. v. 17. Dec. 1828., die Befreiung der Schüler der technischen Bildungsanstalt zu Dresden vom Zunftzwange betr, G.S. S. 517., **53)** V. v. 12. (30.) Nov. 1829., die Zurückweisung ausländischer, mit ansteck. Hautkrankheiten behafteter Handwerksgesellen betr., G.S. S. 175. 185., **54)** M. v. 3. Jan. 1831., die Fertigung u. Ausbesserung weiblicher Kleidungsstücke durch Frauenspersonen betr., G.S. S. 1., **55)** M., die Gleichstellung der unehelich Gebornen mit den Ehelichgebornen, hinsichtlich der bürgerlichen und Ehrenverhältnisse betr., v. 23. März 1831. G.S. v. 1831. S. 65., **56)** M. v. 13. Mai 1831., die Niederlassung von Ausländern betr., G.S. S. 99., **57)** V. v. 16. Mai 1832., die Behandlung armer kranker Reisender betr., G.S. S. 321. 324., **58)** G. v. 15. Juni 1833., die 4jähr. Dienstzeit bei der Landwirthschaft betr., G.S. S. 65., **59)** G. v. 26. Oct. 1834. §. 92. f., die Begünstigungen verabschiedeter Soldaten betr., G.S. S. 268., u. s. Armee. **60)** Cr.-Gb. v. 30. März 1838. Art. 9. Art. 117., die mit Zuchthausstrafe belegten Innungsgenossen und die eigenmächtigen Versammlungen der Innungen betr., G.S. S. 116. 142. S. dazu Gewerbtreibende, Versammlungen. **61) 62)** G. v. 16. Aug. 1838., u. die V. v. 6. Mai 1839., die Juden betr., G.S. v. 1838. S. 394. 397., G.S. v. 1839. S. 141., **63)** G. v. 28. Febr. 1840., die Abdecker betr., G.S. S. 17., **64)** G. u. V. v. 9. Oct. 1840., den Gewerbsbetrieb auf dem Lande betr., G.S. S. 246. 254., **65)** Armen-O. v. 22. Oct. 1840. §. 39. f., die Behandlung armer kranker Reisender, auch ausländ. krätziger Handwerksgesellen betr., G.S. S. 266. f., **66)** V. v. 2. Jan. 1841., die unerlaubten Gesellenverbindungen u. d. m. betr., G.S. S. 5., **67)** V. v. 21. Juli 1842., das Wandern der Mühlburschen betr. (s. d.), G.S. S. 89. **B.** Besondere Bestimmungen. **1)** Die Verhältnisse der Innungen werden im Allgemeinen durch die unter A. 28. genannten General-Innungs-Artikel und die später dazu ergangenen gesetzlichen Bestimmungen regulirt, im Inneren jeder Innung aber durch ihre Handwerksbriefe oder Specialartikel, sofern diese von der Regierung bestätigt sind. Auf unzünftige Gewerbe leiden die Gen.Inn.Art. nur

soweit Anwendung, als Dispositionen dieses Gesetzes eine eigene Innung nicht voraussetzen, und sie leiden gar keine Anwendung auf die Akademieen der bildenden Künste zu Dresden und Leipzig und die bei den königl. Manufacturen Beschäftigten, Ang. Gen.Inn.Art. Cap. III. §. 42. a. a. O. — Jene allgemeinen Bestimmungen reguliren: a) Cap. I. §. 1—23. die Verhältnisse der Lehrlinge, d. i. die Aufnahme in die Innung, das Verhältniß zwischen Meister und Lehrling, und das Lossprechen. In dieser Beziehung vergl. den Art.: Lehrlinge. — b) Cap. II. §. 1—19. das Wandern der Diener oder Gesellen, und ihr Verhältniß zu den Meistern, s. hier den Art.: Gewerbsgehilfen; c) endlich Cap. III. §. 1—41., die Pflichten u. Rechte der Meister. Man vergl. die Art.: Meister, Versammlungen, Gewerbtreibende, Ausgewiesene. **2)** Die städtischen Innungen haben kein Widerspruchsrecht gegen die Aufnahme und Concessionirung der Dorfkramer und Dorfhandwerker. Sie können aber die ihnen bekannt werdenden Ueberschreitungen der gesetzlichen Ordnung und Mißbräuche allenthalben rügen, und die Behörden sind verpflichtet, auf ihre dießfallsigen Anzeigen Amtswegen einzuschreiten, §. 27. des G. v. 9. Oct. 1840. G.S. S. 251. **3)** Die Innungscasse wird in der von einem ansässigen Meister zu verwahrenden Handwerkslade samt allen Urkunden der Innung verwahrt. Es müssen zur Lade mehrere Schlüssel vorhanden sein, von denen einen die Cassenführer, einen die Aeltesten, und einen der Innungsdeputirte führt. Die Rechnungs-Abnahme und Justification erfolgt jährlich. Ang. Gen.Inn.Art. Cap. III. §§. 20—22. 24. 25. a. a. O. u. s. wegen der Einführung des 14 Thalerfußes die V. v. 30. Nov. 1840. §. 4. G. S. S. 422. — In Bezug auf Schuldverschreibungen der Innungen s. den Art.: Urkunden. **4)** Die regelmäßigen Innungsbeiträge bestimmen die Specialinnungsartikel, Gen.Inn.Art. v. 8. Jan. 1780. Cap. III. §. 26. C. A. C. II. T. I. S. 775., C. A. C. II. T. III. S. 161. u. L.C.W. T. III. S. 293.; außerordentliche Anlagen dürfen nur mit Genehmigung der Obrigkeit erhoben werden, ib., übrigens müssen diese Abgaben auch von den mit Zuchthaus belegt gewesenen Meistern gezahlt werden, s. den Artikel: Bestrafung. **5)** Den Innungen sind obrigkeitl. Deputirte zugeordnet, welche auf Ordnung und gehörige Verwaltung des Innungsvermögens sehen, deshalb einen der Schlüssel zur Lade führen, den Zusammenkünften beiwohnen, geringe Differenzen und einschleichende Mißbräuche sofort abstellen, und, wenn die Innungen sich nicht weisen lassen, der Obrigkeit Anzeige erstatten; auch führen sie das Innungssiegel. Gen.Inn.Art. v. 8. Jan. 1780. Cap. II. §. 13., III. §. 17. 18. 21. 23. a. a. O. **6)** Zu den Innungsmißbräuchen (vergl. auch oben A. 1. 18—20. 26., auch Auftreiben, Taufen), deren Abstellung das M. v. 7. Dec. 1810. (s. oben A. 37.) beabsichtigt, gehören: die Gesellenschaften, Brüderschaften, Gesellenladen, Cap. I. §. 1. f. ib., und die Zunöthigung der Gesellen und Diener unter einander, §. 2. 3. ib. a) Es sind ferner dadurch Gesellenverpflegungscassen eingeführt worden, §. 4. ib., denen ein Retentionsrecht und Vorzugsrecht am Nachlasse verstorbener verpflegter Gesellen zusteht. §. 4. I. ib., Rescr. v. 7. Oct. 1813. l. c. — b) Demnächst werden in dem ang M. über das Verhalten gegen kranke Gesellen und über die Verabreichung des Geschenkes, §. 5. Cap. I., Rescr. v. 26. März 1811. C. A. C. III. T. I. S. 495., u. v. 28. März 1812. ib. S. 502. (s. auch: Handwerksgeschenk), Regeln festgesetzt. — c) Das gedachte M. enthält Bestimmungen hinsichtlich der Herbergen od. Wäschen, Cap. II. — d) Es hebt die Kundschaften auf unter gleichzeitiger Einführung der Wanderbücher, Cap. III. §. 1—14. S. Reiselegitimationen. — e) Endlich verbietet es: das sogen. Ausschenken §. 1. Cap. IV. ib.; die blauen Montage, §. 2. ib.; das Loskaufen, Hobeln, und ähnliche Gelderpressungen, §. 3. ff. Cap. IV. a. a. O., (wie es denn auch bei Tuchscheererlehrlingen zum Lossprechen nicht

mehr der Gegenwart eines Schleifermeisters bedürfen soll, §. 5. Cap. IV. ib.), und den Unterschied zwischen zünftigen und unzünftigen Gesellen eines Handwerks. §. 6. Cap. IV. ib. — f) Dem M. ist eine ausführliche Instruction für die Herbergsväter angefügt. C.A. C. III. T. I. S. 401. **7)** Die Grubeneigenthümer sind berechtigt, zu ihren Bergwerkszwecken sowohl unzünftige als zünftige Gewerbe und Handwerke zu betreiben und hierzu sich eigener Handwerker, welche an die Vorschriften einer zünftigen Erlernung und Gewinnung des Meisterrechts nicht gebunden sind, zu bedienen. B.O. v. 1851. §. 58. G.S. S. 209. **8)** S. Hufbeschlag, Techniker, Dorfhandel, Bestrafung, Täuschung, Briefe, Proceß, Pfuscher, Jungmeister, Begräbniß, Arbeit, Handwerksneid, Altgeselle, Waaren, Feuer, Wittwen, Ehe, Begnadigung, Bürgerliche Nahrung, Bundesbeschlüsse, Concurs, Dorfhandwerker, Einkaufen, Fabriken, Gerber, Gewerbe, Gewerbtreibende, Handwerkskram, Handwerkstaxen, Juden, Kupfer, Schneider, Silber, Schuhflicker, Gemeindeleistungen, Zeug- und Leinweber, Wüstungen, Militair-Bedürfnisse, Polizei, Syndikat, Verwaltungsbehörden, Vorladung, Scharfrichter.

Innungsälteste. **1)** Jede Innung soll, je nachdem sie stark oder schwach ist, 2 oder 4 Aelteste haben. Sie sind aus den ältesten und fähigsten Meistern zu wählen, und obrigkeitlich zu bestätigen. Gen.Inn.-Art. v. 8. Jan. 1780. Cap. III. §. 19. C.A. C. II. T. I. S. 761., C.A. C. II. T. III. S. 161. u. L.C.W. T. III. S. 292. **2)** S. Dorfhandel, Briefe, Urkunden, Lehrlinge, Zusammenkünfte.

Innungsattest. S. Reiselegitimationen.

Innungsbeisitzer. S. Altgeselle, Dorfhandel, Innungen, Lehrlinge, Versammlungen.

Innungsbeiträge, s. Innungen.

Innungscasse, s. Innungen, Lehrlinge, Meister.

Innungsdeputirte, s. Innungsbeisitzer.

Innungsgeschenk, s. Handwerksgeschenk.

Innungsherberge, s. Innungen, Altgeselle, Auflegegeld, Zusammenkünfte.

Innungssachen. S. Ministerium des Innern, Verwaltungsbehörden, Kreisdirectionen.

Innungszwang. **1)** Der J. in den getheilten Landesdistricten ist durch die Hauptconv. v. 28. Aug. 1819. Art. 2. §. 9. G.S. S. 247. aufgehoben. **2)** S. Band- u. Schnurmühlen, Fabriken, Baugewerken, Beutler, Kupfer, Messing.

Inquiriren. S. Untersuchung..., Vernehmung.

Inquisit... S. Angeschuldigte, Untersuch...

In rem versio, s. Verwendung.

Inrotulation. S. Erkenntnisse, Concursproceß, Kosten.

Insassen, s. Ansässigkeit.

Inschrift. S. Censur, Münzwesen.

Inscribiren, s. Immatriculation.

Inscription. S. Reiselegitimationen, Immatriculation.

Inseln. S. Gewässer, Grundsteuer.

Inselt. S. Dorfhandel.

Inserat. S. Censur, Bekanntmachungen, Berichtigungen.

Insertionsgebühren. S. Bekanntmachungen.

Insgeheim, s. Heimlich.

Insidien. S. Ehescheidung.

Insiegel. S. Siegel.

Insignien. S. Verlassenschaften, Republ...

Insinuation. S. Strafverfügung, Vorladung, Oeffentliche V. — Insbesondere durch die Post: s. Erkenntnisse I. — Ferner s. die Art.: Behändigung, Grund- u. Hyp..., Ehestiftungen, Schenkung.

Insinuationsregistratur, s. Protokolle.

In solidum, s. Correalverbindlichkeit.

Insolvenz, s. Zahlungsunfähigkeit.

Inspection. **1)** Die J. über Kirchen, Schulen und geistliche Stiftungen steht in den Erblanden den Superintendenten und der weltlichen Obrigkeit zu, Res. gr. v. 1661. Cons.S. §. 15.

C. A. T. I. S. 202., Pol.O. v. 1661. Tit. I. §. 5. 6. ib. S. 1564., V. v. 9. Juni 1835. §. 168. G.S. S. 347., und in der Lausitz den Collaturbehörden oder Collatoren und bezüglich deren Deputirten, Beauftragten und Gerichten in zeitheriger Maße, §. 173. ib. S. 350., V. v. 13. Febr. 1845. §. 7. G.S. S. 37., u. s. Oberlausitz, II., auch Schulbehörden. **2)** S. Aeltern, Aemter, Anlagen, Geistliche, Kirchen..., Local-Schulinsp..., Schulinsp..., Patrimonialgerichte, Reisekosten, Ausleihung, Begräbniß, Hospitäler, Justizämter, Leipzig, Schulbehörden, Stadtrath, Stadtverordnete.

Installiren, s. Einweisung, Aemter.

Instandhaltung. S. Brücken, Brunnen, Straßen.

Instanz, Instanzenzug. S. Appellation, Recurs, Rechtsmittel, Begnadigung, Gerichte, Gerichtsstand, Gesuche, Collegien, Verwaltungsstreitigkeiten.

Institor. S. Factor.

Institute, s. Anstalten.

Instruction. S. Amtshauptleute, Gendarmen, Apotheken, Baugewerken, Bezirke, Bezirksärzte, Bezirksthierärzte, Geburtshilfe, Forstschutz, Kreisdirectionen, Markscheider, Meldungen, Polizei, Staatsdienst, Ständeversammlung, Termin, Todenschau.

Instrumente. S. Urkunden, Geräth, Werkzeug, Körperverletzung.

Insubordination, s. Widersetzlichkeit.

Insultiren. S. Beleidigung, Thätlichkeiten.

Insurrection. S. Aufruhr.

Integrität, s. Ledigkeit, Ehescheidung, Hochverrath, Geisteskranke, Körperverletzung, Schmerzengeld, Sachsen.

Intelligenzblatt, s. Zeitschriften.

Intention, s. Vorsatz.

Intercession. S. Verbürgung, Einschreiten, Stadtverordnete, Ständeversammlung.

Interesse. S. Ablösungsbehörden, Abwesende, Appellation, Gerichte, Grund- u. Hyp., Intervention, Testamente.

Interessen. S. Zinsen.

Interessenten. S. Ablösung..., Dritte, Betheiligte, Privatpersonen, Appellation, III. E., Edictalcitation, Familien-Fideicommisse, Anzeigen, Gemeinheitstheilung, Zusammenlegung, Expropriation, Wasserläufe, Jagd.

Interimistisch, s. Vorübergehend.

Interimswechsel. S. Wechsel.

Interlocut, s. Zwischenurtel.

Interpretation. S. Ablösung, Gesetze, Bibel, Localstatute, Dikasterien, Verfassung, Oberlausitz, I. 3. b., V. 3., Staatsgerichtshof, Verfassung.

Interrogatorien (Fragstücke). **1)** Wenn im ordentlichen Processe Beweis durch Zeugen geführt wird, so sind die Beweisartikel dem Gegner mitzutheilen, dem es freisteht, die Zeugen gleichzeitig mit über zuläſſige Fragstücke abhören zu lassen. Pr.O. Tit. 20. §. 1. S. 119., Tit. 25. §. 4. S. 146. und Tit. 27. §. 1. S. 156. **2)** Die J. müssen spätestens im Productionstermine übergeben, und dem Producenten communicirt werden, damit er gegen die zur Sache nicht gehörigen und unzuläſſigen Einwendungen vorbringen könne. Pr.O. Tit. 20. §. 1. S. 119., E.P.O. ad Tit. 20. §. 8. S. 130. **3)** Ueber die Unzuläſſigkeit (Impertinenz) der Artikel sowohl als der Fragstücke ist kein weitläuftiges Verfahren zu gestatten, sondern die unzuläſſigen sind von dem Richter sofort amtshalber zu verwerfen; auch ist auf solche, wenn aus Versehen die Zeugen darüber mit abgehört worden wären, bei dem Erkenntnisse nicht zu achten. Anlangend die vom Richter für zuläſſig erachteten Artikel und J., so wird über sie, des geschehenen Einwendens ungeachtet, mit der Abhörung der Zeugen verfahren. ib. **4)** Wenn der eine oder der andere Theil sich bei der richterlichen Resolution über die Zuläſſigkeit oder Unzuläſſigkeit der Fragstücke nicht beruhigen will, so steht es ihm frei, auf rechtliches Erkenntniß zu provociren; dieß geschieht jedoch lediglich auf seine Kosten, auch hat er für den Fall seines Unterliegens 5 Thlr. zu erlegen. E.P.O. ad Tit. 20. §. 8. S. 130. **5)** Sind Zeugen abzuhören, die nicht unter des Richters Gerichtsbarkeit stehen, wegen deren also ein anderes Gericht

zu requiriren ist, so sind die J., auch in diesem Falle, bei Verlust derselben, spätestens im Productions- oder Reproductions-Termine einzureichen. G. v. 27. Oct. 1834. no. II. G.S. S. 247. [Aeltr. Recht: E.P.O. ad Tit. 22. §. 4. S. 138., A.G.O. v. 27. März 1734. Tit. Wer vor unser rc. C.A. C. I. T. I. S. 445.] **6)** Die Fragstücke werden in allgemeine und besondere, ferner in solche, welche nur die Person der Zeugen, andere, welche die Sache selbst angehen, eingetheilt. Pr.O. Tit. 20. §. 2. S. 120., Dec. 19. v. 1661. C.A. T. I. S. 303., M. v. 7. Juli 1663. ib. S. 1143., E.P.O. ad Tit. 19. §. 2. S. 118. **7)** Die Häufung undienlicher, weitläuftiger Fragstücke ist jedenfalls zu meiden. Pr.O. Tit. 20. §. 7. S. 124. **8)** Beim Beweise zur Gewissensvertretung sind lediglich solche J., welche die Person der Zeugen betreffen, zulässig, E.P.O. ad Tit. 19. §. 2. S. 118.; im summarischen Besitzprocesse finden überhaupt keine Fragstücke Statt, E.P.O. Anh. §. 19. S. 311., auch waren sie im Inquisitionsprocesse unzulässig. Bef. v. 5. Jan. 1579. C.A. T. I. S. 1048. Wo übrigens J. zulässig, sind doch sogenannte praeliminaria ad causam verboten. Pr.O. Tit. 20. §. 2. S. 120. **9)** Wenn Zeugen über Artikel und Fragstücke abgehört werden, so wird im Zeugenrotul die Aussage sämtlicher Zeugen a) auf jedes allgemeine Fragstück, b) auf jeden Artikel, c) auf jedes besondere Fragstück zusammengeschrieben. M. v. 7. Juli 1663. C.A. T.I. S. 1143. **10)** S. Appellation, I. 6., Besitz, Beweis, Gewissensvertretung, Zeugen.

Interusurium. **1)** Bei dessen Berechnung ist in Sachsen der Leibnitzische Calcul anzuwenden. Rescr. v. 25. Oct. 1724. C.A. C. II. T. I. S. 319. **2)** S. Auszug, 51., Executionsverfahren, 42.

Intervalle, s. Zwischenräume.

Intervenient. S. Compromisse, Auspfändung, Intervention.

Intervention. **1)** Die J. ist jedem, der durch eine zur processualischen Erörterung gelangte Sache rechtlich interessirt ist, gestattet, doch mit Vorbehalt der Einwendungen derer, welche dem Intervenienten gegenüber stehen. Pr.O. Tit. 15. S. 95. **2)** Die Interventio principalis muß, bei deren Verlust, in sächsischer Frist von der Zeit an, wo der Intervenient von dem angestellten Hauptprocesse Wissenschaft, oder ein Recht zur J. erlangt hat, was er auf des Richters oder der Parteien Verlangen eidlich bestärken muß, angestellt werden. Später wird derselbe bei dem eben fraglichen Processe nicht weiter zugelassen, sondern allenfalls zur besonderen Ausführung verwiesen. Dasselbe soll geschehen, wenn bereits in der Sache hauptsächlich und rechtskräftig erkannt ist, diese mithin auf der Execution beruht, es wäre denn das Interesse des Intervenirenden sofort liquid oder ein unwiederbringlicher Schaden bevorstehend, welchenfalls er nach dem Ermessen des Richters noch zu hören ist. E.P.O. ad Tit. 15. §. 1. S. 96. **3)** Bei der accessorischen J. muß der Intervenient vor allen Dingen sein Interesse durch Documente, oder wenigstens Eines Zeugen eidliche Aussage, wogegen kein Gegenbeweis Statt findet, darthun, und den Proceß in dem Stande, worin er sich befindet, annehmen und fortstellen, ib. §. 2. S. 97., Pr.O. Tit. 15. S. 96. **4)** Sobald sich bei einer oder der anderen Art der J. der Verdacht einer Gefährde äußert, besonders daß der Intervenient im Einverständnisse mit dem einen Theile dem anderen nur Hindernisse und Weitläuftigkeiten verursachen wolle, so kann, auch gerichtswegen, von dem Intervenienten die Ableistung eines Gefährdeeids, vor dessen Leistung er nicht weiter zugelassen wird, verlangt werden. Pr.O. Tit. 15. S. 96., E.P.O. ad Tit. 15. §. 3. S. 97. **5)** Vergl. über die J. in Rechtssachen Sächs. u. Preuß., oder Altenburg., oder Reußischer, Weimarischer, oder Coburg-Gothaischer Parteien, die unter: Staatsverträge, X. 1. h., 2. 6. 7. 8. 9. angezogenen Vereinbarungen. **6)** J. im Wechselverkehre. S. Ehrenannahme, Ehrenzahlung. — J. im Executionsverfahren, s. d. u. Auspfändung.

Intestaterbfolge. S. Erbfolge.

Intraden. S. Staatsgut, Rentämter.

Intradeneinnehmer, s. Rentämter, Handarbeitsstrafe.

Invaliden. S. Militairpersonen, Militairpflicht, Strafanstalten, Verkümmerung, Armee.

Inventarium. **1)** Jeder, welcher sich einer Erbschaft oder anderen Verwaltung anmaßt, hat entweder ein förmliches J. oder eine eidliche Specification vorzulegen. V.O. Cap. 11. §. 1. S. 47., Dec. 56. v. 1661. C. A. T. I. S. 322. Dieß gilt ebenso von der Ehefrau, Const. 33. v. 1572. P. III. ib. S. 111., als der Mutter, wenn sie zugleich Vormünderin der Kinder ist, Dec. 21. v. 1661. ib. S. 304., und von Brüdern od. Schwestern, ang. Dec. 56. v. 1661., auch vom Vater, dessen Kinder etwas erben, nur daß bei diesem die eidliche Bestärkung der Specification wegfällt, so lange gegen ihn kein gegründeter Verdacht vorhanden ist. V.O. Cap. 22. §. 1. S. 95., Dec. 21. v. 1661. C. A. T. I. S. 304. **2)** Sobald ein Vormund bestätigt worden ist, hat er dafür zu sorgen, daß ohne Anstand ein vollständiges Verzeichniß, oder richtiges J. von dem Vermögen seines Pflegbefohlenen, sofern solches nicht bereits geschehen, verfertigt werde. V.O. Cap. XI. §. 1. S. 46. Der Vormund hat Sorge zu tragen, daß, wenn die Versiegelung des Nachlasses unterblieben, oder, wenn auch solche erfolgt ist, die Mutter oder die Anverwandten, oder auch Miterben sich erbieten, über den Nachlaß eine, auf Erfordern eidlich zu bestärkende Specification zu fertigen, und daß diese ohne Anstand ausgeantwortet werde. ib. Indeß kann die eidliche Bestärkung der, von einer Mutter oder einem anderen nahen Anverwandten übergebenen Verlassenschaftsspecification, nach Beschaffenheit der Umstände, und besonders des Alters der Pflegbefohlenen bis zu deren Volljährigkeit, und bei einer Mutter, bis zu deren anderweiten Verheirathung, von dem Vormunde mit Genehmigung des Richters ausgesetzt werden. ib. **3)** S. Concurs, Eid, Erben, Abwesende, Erbschaftstheilung, Kirchenvermögen, Stempelsteuer, Verlassenschaft, Verwandte, Vormundschaft, Notare.

Inventarium (der Grundstücke und Wirthschaften). S. Dünger, Executionsverfahren, Kircheninventarium, Pfandrecht, Schulinventarium, Miethe, Vormundschaft, Geistliche.

Inventur. S. Inventarium, Concurs.

Investitur, s. Einweisung.

Inwohner, s. Wohnung.

Inzichten, s. Anzeichen.

Joachimstein. **1)** Die Regulirung der Verhältnisse beider Landestheile des Markgrafthums Oberlausitz im Betreff des weltadeligen Fräuleinstifts J. bei Radmeritz ist erfolgt in der Conv. v. 2. Juni 1828. G.S. v. 1829. S. 27. **2)** S. Concursgläubiger, B.

Jöhstadt, die Sparcasse: Decr. v. 26. April 1853. G.S. S. 76.

Johannistag. Die Feier des J. ist nach dem Rescr. v. 13. Jan. 1831. G.S. S. 25. mit dem nächsten Sonntage zu verbinden. S. Sonntags...

Johanniter-Orden. Decr. wegen Bestätigung der Statuten für die Genossenschaft dieses Ordens der Balley Brandenburg in Sachsen v. 9. Juli 1860. G.S. S. 150. Wegen des Ordens-Siegels und der legitimirenden Wirkung desselben s. ib. Statutenauszug S. 151.

Jonische Inseln, s. Staatsverträge.

Josephinenstift. S. Dresden.

Journal. S. Reiselegitimationen, Vormundschaft.

Journale, s. Zeitschriften, Preß...

Irre. S. Geisteskranke.

Irrenanstalten. S. Landes-Versorg..., Geisteskranke, Freiheitsberaubung.

Irreparabel, s. Unersetzlich.

Irrereden. S. Testamente, Vergiftung.

Irrlehren. S. Lehren.

Irrthum. **1)** J. oder Unwissenheit über Thatsachen, durch welche eine an sich erlaubte Handlung zu einem Verbrechen, oder eine schon an sich strafbare Handlung zu einem schwereren Verbrechen wird, schließen die Zurechnung aus, soweit sie auf die Handlung von Einfluß ge-

wesen sind. Str.Gb. v. 1855. Art. 95. **2)** Ist jedoch der J. oder die Unwissenheit von der Art, daß sie von dem Handelnden durch die nach seiner Persönlichkeit und der Natur seiner Handlung von ihm zu fordernde Aufmerksamkeit hätten vermieden werden können, so hat der Richter zu ermessen, ob und wieweit dem Handelnden Unbedachtsamkeit (s. d.) oder selbst Absicht (s. Vorsatz) beizumessen sei. Cit. Art. 95. **3)** Durch Unbekanntschaft mit dem Gesetze, welches die Handlung mit Strafe bedroht, wird ein begangenes Verbrechen ebensowenig, als durch den Wahn, als ob dieselbe nach dem Gewissen oder der Religion erlaubt oder verdienstlich sei, entschuldigt. Art. 95. **4)** S. Versuch, Anstiftung, Erkenntnisse, Zurechn..., Grundsteuer, Betrug, Klage, Theilnahme.

Israëliten. S. Juden.

Italien. S. Staatsverträge, I. II.

Jubelfeste, s. Feste.

Juden. 1) Die Verhältnisse der J. in Sachsen sind seit der V.U. v. 4. Sept. 1831. §. 33. G.S. S. 249. durch die V. v. 20. Dec. 1834. G.S. S. 540., das G. v. 6. Juni 1835. §. 2—4. G.S. S. 280., die V. v. 9. Juni 1835. §. 2. f. G.S. S. 298., das G. v. 18. Mai 1837. G.S. S. 66., das G. v. 16. Aug. 1838. G.S. S. 394., die V. v. 16. Aug. 1838. G.S. S. 397., die VV. v. 6. Mai 1839. G.S. S. 141. 164., das G. v. 13. Febr. 1840. §. 1. G.S. S. 14., G. u. V. v. 30. Mai 1840. G.S. S. 90. f., 93. f., u. das G. v. 3. Nov. 1840. I. G.S. S. 297. näher bestimmt worden.*) Die Erlaubniß zum bleibenden Aufenthalte von J. ist aber einzig auf die Städte Dresden und Leipzig beschränkt. Für die nach dem G. v. 26. Nov. 1834. in Sachsen heimathsangehörigen J. bedarf es auf die Dauer dieses Verhältnisses einer Concession zur selbständigen Niederlassung und Verheirathung weiter nicht. §. 1. d. G. v. 16. Aug. 1838. G.S. S. 394. **2)** Die Uebersiedelung eines J. von einem Orte des Landes nach dem anderen bedarf der Genehmigung des Ministerium des Innern, mit Ausnahme des Falles, wenn eine jüdische Frau sich außerhalb ihres Wohnorts verheirathet. §. 2. ib. **3)** Die Niederlassung ausländischer J. in Dresden und Leipzig kann nur mit Genehmigung des Ministerium des Innern erfolgen, wenn vorher von der Obrigkeit und den Communvertretern die Zustimmung der Stadt erklärt, auch von dem Aufzunehmenden als Ausländer den Aufnahmebedingungen des G. v. 2. Juli 1852. §. 8. (s. Unterthanenrecht) Genüge geleistet worden. §. 3. d. G. v. 16. Aug. 1838. G.S. S. 394. u. §. 13. des cit. G. v. 1852. G.S. S. 244. **4)** Die innerhalb Landes einheimischen, in Dresden oder Leipzig wohnhaften J. haben unter denselben Voraussetzungen, unter denen solches den christlichen Unterthanen gestattet ist, daselbst irgend ein Gewerbe nach freier Wahl zu betreiben, jedoch mit nachbemerkten Beschränkungen, §. 4. ib. S. 395.: a) Soweit die Erlangung des Bürgerrechts zum Betriebe eines Gewerbes erforderlich ist, haben dem auch die J. zu genügen; es gewährt ihnen jedoch keinen Anspruch auf die §. 65. d. A.St.O. G.S. v. 1832. S. 35. gedachten bürgerlichen Ehrenrechte des Stimmrechts bei der Wahl der Gemeindevertreter, der Wählbarkeit zu städtischen Aemtern und der nach der A.St.O. sonst lediglich zukommenden Theilnahme an den gemeinsamen Stadtangelegenheiten. Ueberdies ändert diese Bestimmung an der Verpflichtung und Befähigung der J. zum Eintritte in die Communalgarde etwas nicht. §. 5. ib. b) Untersagt ist den Juden: der Klein- und Ausschnitthandel; das Halten von Apotheken; die Betreibung von Gast-, Speise- u. Schankwirthschaften und das Brandweinbrennen. §. 6. ib. c) Der Schacher- u. Trödelhandel ist den J. zwar ebenfalls untersagt, doch kann ausnahmsweise Concession des Ministerium des Innern dazu erlangt werden, und dann bedarf es dazu nicht der Erwerbung des Bürgerrechts. §. 6. ib., V. v. 16. Aug. 1838. §. 3. unter a. b. c. G.S. S. 397. d) Von dem Verbote hinsichtlich der Gast- und Speisewirthschaften findet eine Ausnahme Statt wegen derjenigen, die blos zur Bewirthung von J. bestimmt

*) Gesetz v. 12. Mai 1857. §. 3. Gesetzsammlung v. 1857. S. 127.

sind; es ist aber auch deren Betrieb von obrigkeitl. Genehmigung abhängig. §. 6. d. G. v. 16. Aug. 1838. G.S. S. 395. e) Zur Betreibung des **Grosshandels**, sowie des **Speditionsgeschäftes** ist eine **besondere Concession** des Ministerium des Innern erforderlich. §. 6. cit. f) Das Verbot des **Klein- und Ausschnitthandels** beschränkt sich auf **die Zweige** desselben, zu deren Betriebe es, nach der Ortsverfassung, der Aufnahme in die **Handels- oder Kramerinnung** bedarf. V. v. 16. Aug. 1838. §. 1. G.S. S. 397. Soweit nach solcher auch zum Betriebe des **Grosshandels** der Eintritt in die Innung nothwendig ist, haben J., welche um die Concession hierzu nachsuchen wollen, auch diesem Erfordernisse Genüge zu leisten. ib. Selbst nach erlangter Aufnahme in die Innung bleiben dieselben jedoch vom **Klein- und Ausschnitthandel** ausgeschlossen, weshalb bei Ertheilung der Concession über die Grenze zwischen dem Grossogeschäfte und dem Detailhandel, nach Befinden, besondere Bestimmung erfolgt. g) Zum Betriebe des **nicht kaufmännischen** Grosshandels (vergl. das G. v. 22. Nov. 1834. §. 5. G.S. S. 262.) bedürfen J. keiner andern Legitimation als derjenigen, welche auch für Christen erforderlich ist. §. 1. der ang. V. v. 16. Aug. 1838. G.S. S. 397. h) Unter dem **Verbote der Gast- und Schankwirthschaft** ist auch das des **Weinschanks**, sowie auch unter dem **Brandweinbrennen** das **Destilliren** desselben begriffen. Die Stadträthe sind ermächtigt, zur Verhütung von Mißbrauch bei Concessionirung jüdischer Gast- und Speisewirthschaften, wegen Bezeichnung derselben als solcher, Anordnung zu treffen. §. 2. unter a. u. b. der ang. V. G.S. v. 1838. S. 397. i) Anlangend die **zünftigen Gewerbe**, so ist den J., wenn sie allen Erfordernissen wie die christlichen Innungsglieder genügen, auch die Erlangung des **Innungs- und Meisterrechts** und solchenfalls das **Halten von Gesellen** und die Annahme von **Lehrlingen** erlaubt. Die Zahl sämtlicher **jüdischer Meister** in Dresden und Leipzig darf das Verhältniß der jüdischen zur christlichen Bevölkerung nie übersteigen, wogegen die Bestimmung der bei den einzelnen Innungen zuzulassenden jüdischen Meister dem Ermessen des Ministerium des Innern überlassen bleibt. Auch hat dasselbe, wo nöthig, über die **Zahl** der von einem jüdischen Innungsmitgliede zu haltenden **Gesellen u. Lehrlinge** beschränkende Vorschriften zu ertheilen. §. 7. d. G. v. 16. Aug. 1838. G.S. S. 395., §. 4. unter a. u. b. d. V. v. 16. Aug. 1838. G.S. S. 398. k) Als **Lehrlinge** können J. nur **Judenknaben** annehmen. §. 7. d. G. v. 16. Aug. 1838. l. c. l) Denjenigen J., welche ein **zünftiges**, mit der eigenen Verfertigung von Waaren verbundenes Gewerbe betreiben, ist nicht gestattet, **mit andern, als den von ihnen selbst** gefertigten Waaren Handel zu treiben. Außerdem gehen alle Innungs-Rechte und Pflichten auf sie über. §. 7. cit., und §. 4. unter c. d. V. v. 16. Aug. 1838. G.S. S. 398. m) **Uebertretungen** u. **Hinterziehungen** der im G. und der V. v. 16. Aug. 1838. wegen des Gewerbsbetriebs der J. ertheilten Verbote u. Vorschriften sind mit angemessener **Geld- oder Gefängnißstrafe**, in Rückfällen aber nach Befinden mit **Einziehung** der Gewerbsberechtigung, weshalb jedoch in jedem Falle zur Kreisdirection zu berichten ist, zu ahnden. §. 5. d. V. G.S. v. 1838. S. 398. — Im Allgemeinen vergl. man noch die V. v. 6. Mai 1839. §. 1. G.S. S. 141. 5) Jedem einheimischen J. ist die **eigenthümliche Erwerbung Eines Grundstücks** in Dresden oder Leipzig, je nachdem er hier oder dort einen selbständigen Haushalt führt, nachgelassen. Er kann auch die auf das Grundstück sich beziehenden **Realrechte**, dafern sie nicht ein **Gewerbe** betreffen, dessen Ausübung den J. **untersagt** ist, **erwerben**, ingleichen bei der Wiederveräußerung sich **dingliche Rechte vorbehalten**. Doch ist demselben nicht gestattet, ein solches Grundstück vor Ablauf von 10 Jahren, vom Tage der gerichtlichen Zuschreibung an, **freiwillig** wieder zu **veräußern**, den Fall einer Erbtheilung ausgenommen. G. v. 16. Aug. 1838. §. 8. G.S. S. 396. 6) Jedem **hierländischen**

+/41. v. 12. Mai 1857. G.S. S. 127.

J. ist ferner gestattet, eine solche Realgerechtigkeit, an deren Besitz nach der Ortsverfassung die Ausübung eines den J. gesetzlich nachgelassenen Gewerbes gebunden ist, in Dresden oder Leipzig zu erwerben. ib., V. v. 16. Aug. 1838. §. 6. unter b. G.S. S. 399. 7) Von dem wegen Grundbesitzes von einem J. zu erwerbenden Bürgerrechte gilt das oben unter 4. a. Gesagte. §. 8. d. G. v. 16. Aug. 1838. G.S. S. 396. **8)** Kommt ein mit Einem Grundstücke in Dresden oder Leipzig bereits ansässiger J. durch Erbschaft, Schenkung oder sonst auf unfreiwillige Weise zum Besitze mehrerer Grundstücke, so hat er sie binnen einer ihm obrigkeitswegen zu bestimmenden Frist bis auf überhaupt Eines, jedoch nach freier Wahl unter denselben, wieder zu veräußern. Ebenso sind einem J. anfallende Grundstücke wieder zu veräußern, welche derselbe zu erwerben nicht befugt ist, weil Realerwerbsrechte darauf haften, deren Ausübung den J. untersagt ist; oder weil das Grundstück nicht der Stadt (Dresden oder Leipzig) angehört, in welcher er seinen selbständigen Haushalt führt. V. v. 16. Aug. 1838. §. 6. G.S. S. 398. **9)** Jeder inländische J. hat einen bestimmten erblichen Familiennamen zu führen, der vom Stadtrathe nebst dem zeitherigen Namen des J. in ein genaues Geschlechts-Verzeichniß eingetragen wird. G. v. 16. Aug. 1838. §. 9. unter a. G.S. S. 396., V. v. neml. T. u. J. §. 7. G.S. S. 399. Außer diesem Geschlechtsverzeichnisse sind Geburtslisten in der Form der christlichen Kirchenbücher, sowohl bei den Judengemeinden von den dazu zu bestellenden und zu verpflichtenden Personen, als bei dem Stadtrathe zu führen. In diese (das Geburtsbuch) sind sämtliche, d. h. die bürgerlichen und die in der Synagoge gebräuchlichen Vornamen, welche dem J. nach seiner Geburt oder bei anderer Gelegenheit ertheilt werden, ohne Ausnahme einzutragen. Der dem J. beigelegte und in die bei dem betreffenden Stadtrathe geführt werdende Geburtsliste eingetragene bürgerliche Vorname kann später weder verändert, noch mit einem anderen Namen vertauscht werden, sondern ist unabänderlich beizubehalten und im bürgerlichen Leben, sowie bei Rechtsgeschäften aller Art zu führen. §. 8. d. V. v. 16. Aug. 1838. G.S. S. 399. **10)** In allen Urkunden, Contracten, letztwilligen Dispositionen, Ehestiftungen u. dergl. m. sowie in den Handelsbüchern haben sich die J. der deutschen Sprache zu bedienen, auch lediglich der für die deutsche Sprache üblichen Schriftzeichen, G. v. 16. Aug. 1838. §. 9. unter b. G.S. S. 396., V. v. 16. Aug. 1838. §. 9. G.S. S. 399. **11)** Die sonst Statt gefundenen Beschränkungen der J. in Bezug auf Handel, Gewerbe und Grundstückserwerbung weisen nach: Leipziger Juden-O. v. 2. Oct. 1682. C.A. T. II. S. 2111., Beilage G. zur Res. auf die Präliminarschrift v. 1716., die J. betr., v. 29. Dec. 1713. C.A. T. I. S. 388., M. (wider das Hausiren) v. 10. Juli 1719. ib. S. 1897., L.T.A. v. 5. Mai 1718. §. 3. ib. S. 399., Münz-M. v. 9. Juli 1732. §. 2. C.A. C. I. T. I. S. 1699. u. L.C.W. T. II. S. 422., L.T.A. v. 19. Aug. 1734. §. 4. C.A. C. I. T. I. S. 57., Resol. v. 25. Juli 1746. §. 2. ib. S. 71., M. v. 16. Aug. 1746. L.C.W. T. II. S. 519. u. C.A. C. I. T. II. S. 1165., L.T.A. v. 14. Sept. 1749. ad 24. C.A. C. I. T. I. S. 76., V. v. 6. März 1755. ib. S. 1427., Bef. v. 23. März 1763. ib. S. 857., Res. v. 8. Sept. 1763. ad 6. ib. S. 87., Circ. v. 9. Dec. 1763. C.A. C.I. T.II. S. 1173., Bef. v. 21. Nov. 1764. ib. S. 1173., Bef. v. 5. Febr. 1765. ib., Bef. v. 3. April 1765. ib. 1175., Bef. v. 25. April 1765. ib. S. 1177., v. 18. Mai 1765. ib., v. 13. Juni 1765. ib , v. 1. Mai 1766. ib. S. 1061., Res. v. 3. Juli 1766. ad 6. C.A. C. I. T. I. S. 130., Instr. für die Güterbeschauer v. 1767. §. 37. f. C.A. C. I. T. II. S. 1081., Res. v. 2. Dec. 1769. ad 17. C.A. C. I. T.I. S. 160., Gen. v. 9. Mai 1772. C.A. C. II. T. II. S. 1167., Regul. v. 12. Sept. 1772. ib. S. 1449., Dresdner Juden-O. v. 15. Sept. 1772 ib. S. 1453., Bef. (den Aufenthalt der J. in Bergstädten und den ihnen verbotenen Silberhandel betr.) v. 14. Mai 1774. ib. S. 175., v. 3. u. 4. Dec. 1781. ib. S. 1465., Circ. (wegen Einschärfung des M. v. 16. Aug. 1764.) v. 4. Dec. 1781. ib., Rescr. (die auf den nächtlichen Aufenthalt der J. in den Bergstädten zu führende Obsicht betr.) v. 5. Jan. 1782. ib. S. 1467., Rescr. (zur Erl. des §. 19. der Dresdner Juden-O.) v. 19. Jan. 1782. ib., Gen. v. 29. Juli 1782. C.A. C. II. T. II. S. 1467., Rescr. v. 21. Sept. 1785. C.A. C. II. T. I. S. 887., Rescr. v. 19. Jan. 1786. C.A. C. II. T. II. S. 1469., Bef. v. 23. Jan. 1790. S. 1471., Gen. v. 23. Jan. 1790. ib., O.P.-A.B. v. 10. April 1790. ib. S. 573., Rescr. v. 23. April 1790. ib. S. 1473., v. 20. Mai 1791. ib., Bef. v. 4. Oct. 1791. ib. S. 1475., Circ. v. 4. Juli 1797. C.A. C. II. T. II. S. 1475., Rescr. v. 23. April

1800. ib. S. 1477., Avert. v. 25. April 1800. ib. S. 1477. — Frühere Beschränkungen insbesondere hinsichtlich des Zolls, Leibzolls und der täglichen Personensteuer: Zoll-M. v. 10. Oct. 1616. C. A. T. III. S. 377., Gräfenhainer Geleitstafel v. 15. Nov. 1718. §. 14. C. A. T. II. S. 1159., Bef. v. 4. April 1733. C. A. C. I. T. II. S. 9., Bef. v. 24. Sept. 1733. ib., O.P.A.B. (nebst inserirtem Rescr. v. 25. Juli 1736.) v. 10. Aug. 1736. C. A. C. I. T. I. S. 1769., M. v. 16. Aug. 1746. §. 2. §. 10. C. A. C. I. T. II. S. 1167. ff., Bef. v. 21. Aug. 1752. ib. S. 29., Bef. v. 12. März 1753. u. 12. Juli 1753. ib., Ausschr. v. 1767. C. A. C. I. T. II. S. 769., Reg. v. 12. Sept. 1772. §§. 1. 2. 5. C. A. C. II. T. II. S. 1449., Gen.B. v. 16. April 1773. ib. S. 859. Befreiung von Leibzoll wegen der französischen J., Rescr. v. 9. Sept. 1806. C. A. C. III. T. II. S. 616., der westphälischen und holländischen J., Gen. v. 26. Dec. 1808. ib. u. O.-A.Pat. v. 3. Jan. 1809. L.C.W. T. V. S. 570., der J. aus dem Herzogthume Warschau, Rußland, der Türkei und Gallizien, Gen. v. 13. Juni 1810. C. A. C. III. T. II. S. 617., Rescr. v. 28. März 1772. C. A. C. II. T. III. S. 631., der Baierischen, Frankfurter, Anhalt-Dessauischen, Köthenschen, Oesterreichischen, Badenschen, Würzburgschen, Anhalt-Bernburgischen, Weimarischen und Eisenachischen, Meiningschen, Mecklenburgschen, Preußischen, Danziger, Schwarzburg-Sondershausischen und Rudolstädtischen, ingleichen wegen der Hildburghausischen J., Gen. v. 15. Oct. 1810., v. 7. Jan. 1811., v. 9. März 1811., v. 11. Mai 1811., v. 8. Nov. 1811., v. 14. Febr. 1812., v. 12. März 1812., v. 8. April 1812., v. 8. Oct. 1812. C. A. C. III. T. II. S. 617. — (Die übrigen hierauf bezüglichen Generalien und Rescr. v. 16. April 1808., v. 15. Jan. 1810., v. 1. Mai 1810., v. 9. März 1811., v. 4. Juni 1812. u. 13. Oct. 1812. sind nicht in den C. A. aufgenommen. Die allgemeine Aufhebung des Leibzolls erfolgte durch d. Gen. Gouv. Pat. v. 28. Dec. 1813., Gen. Gouv. Bl. v. 1814. S. 106.

12) J. können, wenn sie sonst die erforderlichen Eigenschaften dazu besitzen, zu Mäklerstellen in Leipzig zugelassen werden, ohne Nachweisung, daß sie gelernte Kaufleute sind. Leipzig. Mäkler-O. v. 1833. §. 48. G.S. S. 104. **13)** Die politischen Verhältnisse der J. zum Staate gehören zum Ressort des Ministerium des Innern, V. v. 7. Nov. 1831. §. 4. C. unter 9. G.S. S. 327. **14)** Ausländischen J., welche als Handlungsdiener und Apothekergehilfen, auch als Handwerksgesellen u. Mühlburschen, oder in anderer gleichartiger Beziehung reisen oder wandern und Anstellung oder Arbeit suchen, ist der desfallsige Aufenthalt in den sächs. Städten, keinenfalls aber auf dem Lande, mit Bewilligung der Ortspolizeibehörde nachgelassen. V. v. 6. Mai 1839. §. 2. G.S. S. 141. **15)** Uebersteigt ein solcher Aufenthalt die Dauer eines halben Jahres, so ist, außerhalb Dresden und Leipzig, die Genehmigung der betreffenden Kreisdirection erforderlich, ib. **16)** Der Aufenthalt an irgend einem Orte hiesiger Lande als Dienstbote oder Lehrling bleibt den ausländischen J. untersagt; sollten besonders erhebliche Gründe für eine von diesem Verbote zu verwilligende Ausnahme obwalten, so ist darüber die Entschließung des Ministerii des Innern einzuholen, §. 3. ib. **17)** Solchen ausländischen J., welche in keine der vorerwähnten Kategorien gehören, sondern in Familienangelegenheiten, ihrer Gesundheit wegen, zum Vergnügen, oder in anderer unverdächtiger, auf Handel und Gewerbe nicht Bezug habender Absicht reisen, und sich darüber genügend auszuweisen vermögen, kann der zeitweilige Aufenthalt in Dresden und Leipzig von den dasigen Polizeibehörden gestattet werden, §. 4. ib. **18)** An anderen Orten kann zwar die Polizeibehörde dergleichen J. in unbedenklichen Fällen das Verweilen für die Dauer von 4 Wochen, jedoch allemal nur unter Ertheilung besonderer Aufenthaltskarten, bewilligen; zu einem längeren Aufenthalte aber ist die Genehmigung der vorgesetzten Kreisdirection einzuholen, §. 4. ib. **19)** Was vorstehend über den zeitweiligen Aufenthalt ausländischer J. in hiesigen Landen bestimmt ist, gilt auch von einem solchen Aufenthalte inländischer J. an anderen Orten des Landes als Dresden und Leipzig, mit Ausnahme des Aufenthalts als Lehrling, wozu die Erlaubniß in gleicher Art, wie zu dem §. 2. d. V. v. 6. Mai 1839. gedachten, ertheilt werden kann, §. 5. ib. **20)** Auf die in Sachsen reisenden und wandernden, sowohl ausländischen als inländischen J. haben die Polizeibehörden und Gendarmen genaue Aufsicht zu führen, und bei Prüfung der Legitimationen mit Vorsicht zu verfahren; insbesondere ist bei allen nach Obigem den Ortsbehörden überlassenen Aufenthaltsgestattungen die

Aufmerksamkeit dahin zu richten, daß durch dieselben die Absicht des G. v. 16. Aug. 1838. nicht gefährdet werde, §. 6. d. V. v. 6. Mai 1839. G.S. S. 141. **21)** Bei den an die Kreisdirectionen, zu Einholung der Genehmigung derselben, namentlich auch in den §. 4. d. V. v. 6. Mai 1839. bemerkten Fällen zu erstattenden Anzeigen sind die persönlichen Verhältnisse des Reisenden, unter Angabe des Namens und Standes, des Orts, wo er sich wesentlich aufhält, der Zahl und Eigenschaft der ihn etwa begleitenden Personen, sowie des Zwecks seines Aufenthaltes, genau aufzuführen und die Legitimationen beizufügen, §. 6. cit. **22)** Ehebündnisse dürfen jüdische Mannspersonen ebenfalls nicht vor dem erfüllten 21sten Altersjahre schließen. G. v. 16. Aug. 1838. §. 1. G.S. S. 394. Ferner können sie in hiesigen Landen giltigerweise nur in Gegenwart des von dem Ministerium d. Cultus bestellten Oberrabbiners oder dessen Stellvertreters, welcher die dabei Statt findenden Ceremonien leitet und die religiöse Weihe ertheilt, abgeschlossen werden, §. 1. d. V. v. 6. Mai 1839. G.S. S. 165. Letztere darf nicht ertheilt werden, wenn nicht außer Zweifel gesetzt ist, daß sowohl die Braut als der Bräutigam zu den im Königreiche Sachsen einheimischen J. gehören, oder, dafern nur die Braut Inländerin, der Bräutigam hingegen Ausländer ist, bevor nicht von dem letzteren die Zustimmung der competenten auswärtigen Behörde zu der beabsichtigten Verehelichung und deren Zusicherung wegen Aufnahme der Ehefrau beigebracht worden ist, §. 2. ib. Eine von inländischen J. im Auslande oder mit einer Ausländerin, ohne vorher dazu erlangte Genehmigung des Ministerii des Innern, geschlossene Ehe ist in Bezug auf das Königreich Sachsen ungiltig, §. 3. ib. Dem Gesuche um diese Genehmigung, welches zunächst bei dem Stadtrathe einzureichen und durch die Kreisdirection an das Ministerium des Innern zu berichten ist, sind jedesmal vollständige glaubhafte Nachweise über die Unbescholtenheit, sowie über die gesamten persönlichen und Vermögensverhältnisse der Braut beizufügen, §. 4. d. V. v. 6. Mai 1839. G.S. S. 165. **23)** Der jüdische Cultus und die jüdischen Schulen stehen unter der Oberaufsicht des Ministerii des Cultus und öffentlichen Unterrichts, V. v. 20. Dec. 1834. G.S. S. 540. **24)** Den jüdischen Glaubensgenossen sowohl zu Dresden als zu Leipzig ist gestattet, an einem jeden dieser Orte in Eine Religionsgemeinde sich zu vereinigen, und als solche ein gemeinschaftliches Bet- und Schulhaus zu haben. G. v. 18. Mai 1837. G.S. S. 66. (V.U. §. 56. G.S. v. 1831. S. 252.) Zu Einrichtung der letzteren durften die J. schon nach dem eben cit. G. v. 1837. Grund und Boden zu Dresden oder Leipzig eigenthümlich erwerben, indem in diesem G. zugleich die in den Gesetzen und Ortsstatuten enthaltenen Bestimmungen, wonach den J. weder eine Synagoge zu errichten, noch einen besonderen Ort zu gemeinschaftlicher Verrichtung ihrer jüdischen Ceremonien, noch einen andern als bloßen Privatcultus zu haben, verstattet sein soll, in soweit aufgehoben wurde. Ang. G. v. 1837. Ebenso wurden die früher üblichen Privatsynagogen, soweit nicht das Ministerium des Cultus von diesem Verbote der Privatsynagogen für die, die Messe zu Leipzig besuchenden, ausländischen J. noch ferner Ausnahmen gestattet, aufgehoben. ib. [Aeltre Verf.: L.T.A. v. 24. April 1711. C.A. T. I. S. 369., v. 19. Juni 1713. ib. S. 371., v. 18. April 1716. ib. S. 380., v. 5. Mai 1718. §. 3. ib. S. 399., v. 17. März 1722. C.A. C. I. T. I. S. 21., v. 19. Aug. 1734. §. 4. ib. S. 57.] **25)** J. dürfen für ihre Kinder, mit Genehmigung des Ministerii des Cultus, besondere, jedoch der Bestimmung des Elementar-Volks-Schulgesetzes gemäß einzurichtende, Schulen errichten. Dafern sie dieß nicht thun, haben sie, ohne daß sie dadurch ein Recht der Theilnahme an der Schulverwaltung erlangen, ihre Kinder in die allgemeine Orts- oder Bezirksschule zu schicken. Jedoch sind sie, ihre Kinder an dem Religionsunterrichte in der Ortsschule Theil nehmen zu lassen, nicht verbunden. Deshalb haben die geistlichen Behörden und die Obrigkeiten, da nöthig, unter Anwendung

von Zwangsmitteln, darüber zu wachen, daß die jüdischen Kinder auf andere angemessene Weise in der Religion unterwiesen werden. Besuchen solche die christliche Ortsschule, so haben die Aeltern derselben auch die Lasten der Schule mitzutragen, jedoch soll diesen eine billige Ermäßigung an dem Schulgelde zu Theil werden, dafern erstere den Religionsunterricht in der Ortsschule nicht genießen. G. v. 6. Juni 1835. §. 2—4. G.S. S. 280. Die christlichen Lehrer haben in Gegenwart solcher Kinder Alles zu vermeiden, wodurch dieselben in ihrem Glauben irre gemacht und deren Erzieher mit Mißtrauen gegen die Schule erfüllt werden könnten. V. v. 9. Juni 1835. §. 2. 3. G.S. S. 298. S. hierzu den Art.: Religion. **26)** J. dürfen in derselben Maße wie Christen an Immobilien Pfandrechte erwerben, jedoch in Besitz des verhafteten Grundstücks, sofern sie nicht zu dessen eigenthümlicher Erwerbung befähigt sind (vergl. die oben citirten §§. 3. 8. d. G. v. 16. Aug. 1838.), in keinem Falle gesetzt werden, G. v. 3. Nov. 1840. I. G.S. S. 297., Rescr. v. 2. Juni (6. Aug.) 1828. G.S. S. 59. 195.+ **27)** Zu Uebernahme von Vormundschaften über christliche Kinder sind J. unfähig. V.O. Cap. 8. §. 1. unter 4. S. 35. **28)** Rechtlich zulässige Verträge sind auch zwischen J. und Christen giltig, insbesondere Cessionen von Schuldverschreibungen, Wechseln und Steuerscheinen, Dec.Bef. v. 5. u. 11. Nov. 1715. C.A. T. I. S. 1189. u. Lauf. Rescr. v. 27. Sept. 1718. L.C.W. T. I. S. 351., sowie andere Contracte, Rescr. v. 15. Febr. 1775. C.A. C. II. T. I. S. 339. Jedoch mußten, bis zum Erscheinen des G. v. 13. Febr. 1840., zu Verhütung des jüdischen Wuchers, die von Christen an in- oder ausländische J. ausgestellten Schuld- und Wechselverschreibungen, auch Cessionsurkunden an Gerichtsstelle in Gegenwart des Richters u. der Gerichtsbeisitzer recognoscirt, auch die darin ausgedrückten Summen vor Gericht baar oder in Staatspapieren aufgezählt werden. M. v. 1. Aug. 1811. C.A. C. III. T. I. S. 256. u. L.C.W. T. V. S. 99. Vergl. dazu das Rescr. v. 21. April 1815. ib. S. 291., und das M. v. 17. Juni 1825. G.S. S. 101. Diese 3 Gesetze sind durch das v. 13. Febr. 1840. §. 1. G.S. S. 14. aufgehoben worden, jedoch mit der Bestimmung in §. 2., daß die vor dem G. von Christen an J. bereits ausgestellten Schuld- und Wechselverschreibungen oder Cessionen auch ferner nach dem M. v. 1811. zu beurtheilen seien. **29)** J., welche sich mit jungen Leuten unter 25 Jahren in Wechselgeschäfte eingelassen, sollen nicht allein ihrer Forderungen verlustig sein, sondern überdieß noch mit einer Geldstrafe nach Höhe von 1/4 des Vorgestreckten oder des Werths der creditirten Waaren od. nach Befinden mit Gefängnißstrafe belegt werden. Auch kann der Schuldner das, was er auf den Wechsel vor oder nach dem 25sten Jahre bezahlt hat, noch binnen 4 Jahren mit Interessen zurückfordern. M. v. 21. April 1724. C.A. T. II. S. 2087., Beil. zur E.P.O. no. 26., O.A.Pat. v. 14. Aug. 1724. §. 2. C.A. T. III. S. 525. u. L.C.W. T. I. S. 357. **30)** Wenn von J. in Criminal- und Civilsachen oder vor Verwaltungsbehörden Eide zu leisten sind, so giebt das G. und die V. v. 30. Mai 1840. G.S. S. 90. 93. (wozu die Berichtigung in der G.S. v. 1840. S. 116. gehört) über die Form dieser Eidesleistung die bestehenden Vorschriften. [Aeltr. R.: Rescr. v. 21. Febr. und Bef. v. 11. März 1800. C.A. C. II. T. I. S. 531., Rescr. v. 8. Aug. 1801. C.A. C. III. T. I. S. 312.] Wo nach den Gesetzen anstatt eines Eides eine bloße Versicherung mittelst Handschlags Statt findet, da ist auch von J. ein Eid nicht zu erfordern. Ang. G. §. 12. G.S. v. 1840. S. 92. Uebrigens s. den Art.: Zeugenvereidung. **31)** S. Ehesachen, Gendarmen, Gast- u. Schänk., Hausiren, Verwaltungsbehörden, Unterthanenrecht.

Judeneid. S. Juden, 30.

Judex rei sitae, j. personae, j. causae. S. Gerichtsstand.

Jülich und Ravenstein. Aus der Titulatur des Königs soll die Benennung eines Herzogs zu J. und Herrn zu R. weggelassen werden. Gen. v. 12. Nov. 1803.

+ Ges. v. 12. Mai 1857. G. S. S. 127.

C.A. C.III. T.I. S. 5., D.A.Pat. v. 19. Nov. 1803. L.C.W. T. VI. S. 320.

Jüterbogk. S. Eisenbahnen.

Jugend. **1)** Von dem Alter an, wo eine Zurechnung Statt findet (s. Zurechnungsf., Kinder), bis zum vollendeten 18. Jahre ist die J. als ein Milderungsgrund zu betrachten, und die gesetzlich verwirkte Strafe nach richterlichem Ermessen herabzusetzen. Str.Gb. v. 1855. Art. 90. **2)** Insbesondere sollen solche Verbrecher nicht mit Todes- oder Zuchthausstrafe belegt werden, sondern es ist statt derselben auf Arbeitshaus- oder Gefängnißstrafe zu erkennen, welche auch nach Art. 16. 18 (s. Schärfung) geschärft werden kann. Art. 90. cit. **3)** Die Bestimmung unter: Gefängnißstrafe 2. leidet in diesem Falle nicht Anwendung, vielmehr kann gegen jugendliche Verbrecher auch wegen der dort bezeichneten Verbrechen auf Gefängnißstrafe von längerer als sechsmonatiger Dauer erkannt werden, und sind die denselben auch wegen solcher Verbrechen auferlegten Gefängnißstrafen, wenn sie höher als auf 4 Monate ansteigen, im Landesgefängnisse zu verbüßen. Cit. Art. 90. **4)** Geht jedoch aus der Beschaffenheit der That, ihrer Beweggründe und der übrigen damit verbundenen Umstände hervor, daß der Verbrecher nicht sowohl aus jugendlichem Leichtsinne, als vielmehr aus Bosheit und mit Ueberlegung gehandelt hat, so ist die J. desselben nur bei der Abmessung der Strafe innerhalb des gesetzlichen Strafmaßes zu berücksichtigen. Todes- und lebenslängliche Zuchthausstrafe findet jedoch auch in diesem Falle nicht Statt, sondern es ist statt derselben auf eine verhältnißmäßige zeitliche Zuchthausstrafe zu erkennen. Cit. Art. 90. **5)** Wird bei jugendlichen Verbrechern, vom 14. bis zum 18. Lebensjahre, welche zu einer, im Gerichtsgefängnisse zu verbüßenden Gefängnißstrafe verurtheilt worden sind, wegen sittlicher Verwilderung derselben die Unterbringung in einer Correctionsanstalt für angemessen befunden, so hat das Gericht in derselben Weise, wie solches hinsichtlich der Kinder (s. d.) bestimmt ist, deshalb Veranstaltung zu treffen, und mag sodann, wenn von der betreffenden Verwaltungsbehörde die Einlieferung derselben in eine Correctionsanstalt wirklich beschlossen wird, die erkannte Gefängnißstrafe hierdurch zugleich mit für verbüßt geachtet werden. V. v. 31. Juli 1856. §. 85. G.S. S. 178. **6)** Dagegen hat in Fällen, wo solche jugendliche Verbrecher zu einer im Landesgefängnisse zu verbüßenden Gefängnißstrafe, oder zu Arbeitshaus- oder Zuchthausstrafe verurtheilt worden sind, wenn die Unterbringung derselben in einer Correctionsanstalt angemessen erscheint, das Gericht (Bezirks- oder Einzelgericht) vor Vollstreckung des Erkenntnisses, jedoch nach eingetretener Rechtskraft desselben, wegen Verwandlung der erkannten Strafe im Gnadenwege, unter Einsendung der Acten, Bericht an das Justizministerium zu erstatten. ib. **7)** S. Partiererei, Kinder, Transport, Alter, Aussetzen, Milderung.

Junge Leute. S. Militairpflicht, Verschwender, Cession, Väter, Juden.

Jungfrau. S. Ausfällige.

Jungfrauenklöster, s. Klöster.

Junggesell. S. Ausfällige.

Jungmeister. **1)** Das Jungmeisteramt hat der jüngste Meister so lange zu verwalten, bis ein anderer nach ihm Meister wird. Gen.Inn.Art. v. 8. Jan. 1780. Cap. III. §. 30. C.A. C.II. T.I. S. 777., C.A. C.II. T.III. S. 161. u. L.C.W. T.III. S. 294. Es besteht in allerhand Verrichtungen für die Innung, z. B. in der Ansage der Quartale, in Erforderung der Beiträge von den Zunftgenossen und dergl. ib. **2)** Der J. muß am Orte der Innung wohnen, und wird in Behinderungsfällen von dem in der Reihe vor ihm stehenden Meister vertreten. ib. Uebrigens soll er nicht zur Ungebühr beschwert und an seiner Arbeit behindert werden. M. v. 19. Oct. 1731. §. 9. C.A.C.I.T.I.S.586.u.L.C.W.T.I.S.589.

Juramentum. S. Eid.

Jura stolae, s. Stolgebühren.

Jurisdiction. S. Gerichts...

Juristenfacultät. S. Leipzig.

Juristische Personen, s. Corporationen.

Juristisches Examen. S. Advocaten, Notare, Rechtscandidaten.

Jus accrescendi. S. Erbfolge, 4.

Jus albinagii. S. Abschoß, Staatsverträge.

Jus circa sacra. S. Kirchen.

Jus deliberandi, s. Bedenkzeit.

Jus episcopale. S. Kirchen.

Jusjurandum. S. Eid.

Jus offerendi. S. Pfandrecht, III. 34.

Jus primi liciti. S. Subhastation.

Jus prohibendi. S. Bannrechte, Innungszwang.

Justification. S. Appellation, I. 6. a. b., II., Armencasseneinnehmer, Compromisse, Rechnung, Gemeindehaushalt, Vormundschaft.

Justificationsverfahren, s. Appellation.

Justiren. S. Aich..., Normalaich...

Justitiariat. S. Patrimonialgerichte, Justizämter.

Justiz. S. Gericht..., Beschwerdeführung, Justiz= u. Verwaltungspuncte.

Justiz=Aemter. Für die vormaligen K. S. Justizämter (s. den Art.: Gerichte) bestanden folgende besondere Bestimmungen: **1)** Die landesherrlichen J. sollten mit tüchtigen und des Processes erfahrenen Beamten besetzt sein. Res. gr. v. 22. Juni 1661. Tit. Justizs. §. 40. C.A. T. I. S. 224., Rescr. v. 31. Dec. 1661. ib. S. 339. u. T. II. S. 17., Decl. v. 13. Aug. 1670. ib. S. 1150., Res. v. 18. April 1716. ib. S. 381. Deshalb war über ihr sittliches Verhalten vor ihrer Annahme Erkundigung einzuziehen, und ihre Fähigkeit zu Verwaltung des Richteramtes durch Probeschriften, die sie zu bearbeiten und zu beeidigen hatten, zu exploriren. E.P.O. ad Tit. 2. §. 2. S. 25. (Ueber die Abgrenzung der Bezirke der J. Voigtsberg, Plauen, des Gerichts zu Auerbach und des zu einem J. erhobenen Gerichts zu Adorf s. die V. v. 12. Juni 1847. G.S. S. 117.) **2)** Die Besetzung und Beaufsichtigung der königl. J., (welche früher den Kammerräthen und dem Landrentmeister, Rescr. v. 31. Dec. 1661. C.A. T. I. S. 339., C.A. T. II. S. 17., dann dem Kammer=Collegio, ang. Decl. v. 1670. l. c. E.P.O. ad Tit. 2. §. 2. S. 25., später dem Geh. Finanz=Collegio oblag,) stand dem Justizministerio zu. V. v. 7. Nov. 1831. §. 4. A. III. unter 2. G.S. S. 323., G. v. 28. Jan. 1835. §. 10. G.S. S. 64. (Die Besetzung der Schönburgischen receßherrschaftl. Aemter verblieb den Fürsten und Grafen Herren von Schönburg, Rec. v. 23. Nov. 1835. §. 19. G.S. S. 616., doch kann ihnen von der Königl. Regierung die Entfernung eines untüchtigen Beamten aufgegeben werden. ib.) **3)** Das den Beamten früher eingeräumte Recht zur Annahme der Vice=Actuarien und Registratoren, (Gen. v. 15. März 1747. C.A. C. I. T. I. S. 365.) wurde aufgehoben, V. v. 22. Febr. 1826. G.S. S. 17.; die sogenannten wirklichen Actuariate wurden schon früher von der Kammer besetzt, doch konnten die Beamten vorschlagen. Rescr. v. 5. Nov. 1700. C.A. T. I. S. 1171., Gen. v. 30. Dec. 1740. C. A. C. I. T. I. S. 1303. 321. Uebrigens wurde die Benennung „Vice=Actuar" durch die V. v. 30. Juni 1846. G.S. S. 67. in den kön. Untergerichten abgeschafft, es führten seitdem alle Actuarien derselben nur dieses Prädicat, bildeten aber zwei verschiedene Dienstkategorien. ib. Die Beamten und Actuarien durften unter sich nicht verwandt sein. S. Actuarien, Gerichtsbarkeit. **4)** Die früher übliche Verpachtung der J., mit welchen zugleich die den jetzigen Rentämtern obliegenden Geschäfte verbunden waren, Bef. v. 14. Juni 1681. C. A. T. I. S. 1157., v. 4. Oct. 1694. C. A. T. II. S. 37., v. 14. Oct. 1715. ib. S. 69., v. 12. Dec. 1715. ib. S. 69., v. 8. Febr. 1717. ib. S. 71., Gen. v. 19. März 1731. C.A. C. I. T. I. S. 1283., findet nicht mehr Statt. Resol. v. 18. April 1716. C.A. T. I. S. 381., v. 8. Sept. 1763. ad 2. C.A. C. I. T. I. S. 77., Rescr. v. 31. März 1784. C.A. C. II. T. I. S. 585. **5)** Ueber das Personal der Königl. Untergerichte wurden in vorgeschriebener Form Dienstlisten gehalten. Rescr. v. 20. Juni 1810. C.A. C. III. T. II. S. 28. S. hierzu die Art.:

Amtshauptleute, Appellationsgerichte. Geheimhaltung dieser Listen fand seit 1848. nicht weiter Statt. V. v. 3. Juli 1848. G.S. S. 145. **6)** Das Sportelwesen der Königl. Untergerichte war durch das Sportelregul. v. 3. Dec. 1827., und die Erl.V. v. 19. Mai 1828. (die aber nicht in der G.S. stehen) geordnet. In administrativer Beziehung ward es durch eine Abtheilung der Canzlei des Justizministerii unt. der Benennung "Sportelfiscalat" controlirt. VV. v. 31. Dec. 1831. G.S. v. 1832. S. 1. 5. [Aeltere Vorschriften: Gen. v. 28. Juli 1730. und 26. März 1735. C.A. C. I. T. I. S. 485. 487., Regul. v. 1786. C.A. C. III. T. II. S. 2., Gen. v. 16. Nov. 1793. ib. S. 9., G. v. 30. Jan. 1802. ib. S. 18., Erl. v. 31. Dec. 1814. Gen.Gouv.Bl. v. 1814 S. 731.] Uebrigens sollten die Justizbeamten von Zeit zu Zeit die Sportelcassen revidiren. Gen. v. 16. Oct. 1797. C.A. C. III. T. II. S. 14. Ward das illegale Verfahren eines Justizbeamten cassirt, so hatte dieser der Sportelcasse nur den baaren Verlag nebst den Copialien ex propriis zu restituiren, unbeschadet des Ersatzes von Schäden und Kosten an die Parteien, Rescr. v. 31. März 1784. §. 1. C. A. C. II. T. I. S. 585. Die Poena quadrupli für das Sportuliren fand bei den J., nach dem cit. Rescr. §. 2., nicht Statt. Das Nähere s. im ang. Rescr. sub 3. l. c. **7)** Anlangend die Gebahrung mit den zu den J. eingelieferten Brandvergütungsgeldern, welche in das Depositenbuch eingetragen werden sollten, so vergl. man darüber das Gen. v. 14. Dec. 1785. C. A. C. II. T. II. S. 49., ferner deshalb und wegen der Einnehmergebühren von den eingehenden Brandcassengeldern d. G. v. 14. Nov. 1835. §. 70. f. G.S. S. 539., und die V. v. 14. Nov. 1835. §. 32. f. ib. S. 553. sqq. **8)** Hinsichtlich des Rügenwesens der J. waren wegen Berechnung der Gerichts- und Rügenstrafen in der V. v. 2. Jan. 1815. C. A. C. III. T. II. S. 39., und wegen der über das Civilrügenwesen alljährlich zu erstattenden Anzeigen in dem Gen. v. 11. April 1820. G.S. S. 131. eigenthümliche Bestimmungen vorhanden. [Aeltere Verf.: Gen. v. 22. Dec. 1730. C.A.C. II. T. I. S. 1281., v. 28. Dec. 1750. ib. S. 1315., Gen.V. v. 24. Dec. 1787. C.A. C. II. T. II. S. 65., Gen. v. 14. März 1816. C. A. C. III. T. I. S. 296., v. 28. Oct. 1817. ib. S. 298.] **9)** Die Amtsunterwürfigkeit (s. Amtssässigkeit) einzelner Behörden, und die Appellationsinstanz der Aemter samt der Beschwerdeführung über Gerichte bei den Aemtern ist im M. v. 13. März 1822. §. 1. 2. G.S. S. 205. in Wegfall gebracht worden. **10)** Der J. und Justitiariate bedienten sich die App.-Ger. (s. d.) und das Ober-App.-Ger. vorzugsweise zur Insinuation von Vorladungen, V. v. 9. April 1836. §. 20. G.S. S. 90., wobei die Vorschriften des Gen. v. 15. Jan. 1808. C.A. C. III. T. I. S. 313. zur Anwendung kamen. **11)** In Straßenbausachen (man vergl. das M. v. 28. April 1781. Cap. 3. §. 22. C.A. C. II. T. II. S. 682.) ist die Mitwirkung der J. blos auf solche Fälle eingeschränkt, wenn dabei Rechte von Privatpersonen oder andere, als Justizpuncte anzusehende Umstände einschlagen. Gen.Instr. für die A.Hleute v. 22. Juni 1816. §. 33. C.A. C. III. T. I. S. 530., Rev. Gen.Instr. für die A.-Hleute §. 26. G.S. v. 1842. S. 184. Vergl. dazu noch den Art.: Straßenbau. Rücksichtlich der Expropriationen zu Anlegung von Eisenbahnen s. das G. v. 3. Juli 1835. §. 5. G.S. S. 372., die V. v. 3. Juli 1835. ib. S. 374., V. v. 14. März 1836. G.S. S. 72., G. v. 10. Aug. 1837. G.S. S. 74. **12)** Ueber die Concurrenz der J. bei Wasserbauen giebt der Artikel: Dämme Auskunft. **13)** Bei den jährl. Recrutirungen fand eine Mitwirkung der Justizbeamten Statt, worüber der Art.: Militairpf... u. Recrut... nachzusehen ist. **14)** Den Justizbeamten oder Justitiarien lag die Ausübung der Befugnisse des Kirchen- und Schulpatrons bei Versicherung der Kirchen und Schulen bei der Immobiliarbrandcasse ob. V. v. 4. Febr. 1836. §. 3. G.S. S. 30. **15)** Ueber die Concurrenz der J. bei den Forst- und Floßverwaltungssachen vergl. die V. v. 7. Juni 1836. §. I. G.S. S. 113. **16)** Hinsichtlich ihrer Competenz bei Brandversicherungsangelegenheiten in Städten, welche keinen eigenen Verwaltungs-

rath haben, giebt die V. v. 14. Nov. 1835. §. 19. G.S. S. 550. Auskunft. **17)** Die frühere Competenz der J., wonach selbige kraft beständigen Auftrags die zu Sicherstellung der Nachlässe der Schriftsassen erforderlichen Maßregeln treffen mußten, V.O. Cap. II. §. 2. S. 13., Rescr. v. 19. Juli 1792. C.A. C. II. T. I. S. 509. hat sich in Folge des G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 75. erledigt. **18)** Die Amtleute sollten die in den Aemtern passirenden Verbrechen selbst bestrafen, Bef. v. 22. März 1588. C.A. T. I. S. 1049., und sich in Verfolgung d. Verbrecher eifrig beweisen, L.O. v. 1555. Plackerei ib. S. 54. **19)** Die Verbrecher waren von den Justizbeamten nicht vergeblich im Gefängnisse zu enthalten, vielmehr hatten sie die Untersuchung zu beschleunigen, widrigenfalls ihnen die unnöthig verursachten Unkosten nicht in Rechnung passiren sollten, Bef. v. 28. Jan. 1579. C.A. T. I. S. 1302. **20)** Ueber den Feuerungsaufwand für diejenigen Gefangenen bei den Aemtern und Kammergutsgerichten, für welche der Fiscus die Kosten trug, s. die V. v. 5. Dec. 1815. C.A. C. III. T. II. S. 45. Für die Frohnvesten sind wollene Decken anzuschaffen. Gen. v. 5. März 1816. C.A. C. III. T. I. S. 295. **21)** Bei Untersuchung der Forstverbrechen in Königl. Forsten fand eine, wiewohl nur beschränkte, Concurrenz der Forstmeister und Rentämter Statt, V. v. 2. Jan. 1814. §. 38. f. C.A. C. III. T. II. S. 236., Gen.-V. v. 30. Nov. 1814. C.A. C. III. T. II. S. 170., Bef. v. 13. Febr. 1815. ib. S. 176., V. v. 5. Nov. 1816. ib. S. 196., Gen. v. 20. Mai 1817. ib. S. 213., V. v. 23. Juni 1817. ib., Gen. v. 21. März 1825. G.S. S. 85., V. v. 7. Juni 1836. G.S. S. 114., v. 29. Oct. 1836. G.S. S. 323., G. v. 2. April 1838. G.S. S. 202. (Wegen der Communication der J. mit den Forstmeistern vergl. das Gen. v. 22. Oct. 1782. C.A. C. II. T. II. S. 307.) **22)** Die Berichtserstattungen in den bei amtssässigen Behörden anhängigen Untersuchungssachen an die Aemter sind in dem M. v. 13. März 1822. §. 3. G.S. S. 206. abgestellt worden. **23)** Ueber die Competenz der J. bei Dienstverbrechen der bei der Verwaltung der indirecten Steuern angestellten Beamten vergl. das G. v. 27. Dec. 1833. §. 222—226. G.S. S. 560. **24)** Die unter geistlicher Jurisdiction verübten Verbrechen waren nicht mehr ausschließlich von den J. zu untersuchen. V. v. 9. April 1836. §. 17. G.S. S. 89. [Aelteres Recht: V. v. 6. Febr. 1828. G.S. S. 19.] **25)** Die Justizbeamten sollten jedermann willig und bescheiden hören und ohne Aufhalten bescheiden. Res gr. v. 22. Juni 1661. Justizſ. §. 56. C.A. T. I. S. 230. **26)** Wie sie und andere Unterrichter sich verhalten sollten, wenn sie von Verbrechern auf allerhand Art mit Inhibitionen und Processen angefochten wurden, giebt die Anordnung v. 2. und der Bef. v. 28. Jan. 1579. C.A. T. I. S. 1293. 1301. an. **27)** Die Beamten und Amtsactuarien sollten nicht zugleich Gerichtsbestallungen verwalten, Bef. v. 10. Jan. 1696. C.A. T. I. S. 1167. **28)** Die Beamten sollten nicht über Nacht aus den Aemtern bleiben, Bef. v. 5. Juni 1714. C.A. T. II. S. 65. **29)** Sie sollten weder Victualien noch Naturalien und Dienste, namentlich nicht Vorspann von den Unterthanen verlangen, Bef. v. 15. Jan. 1722. C.A. T. II. S. 73., Gen. v. 31. Aug. 1722. ib. S. 2122., M. v. 12. Juli 1724. ib. S. 2121. und C.A. C. I. T. I. S. 1273., M. v. 30. Juni 1725. C.A. C. I. T. I. S. 1275. **30)** Sie sollten keine Bauergrundstücke an sich kaufen, Rescr. v. 24. Dec. 1680. u. 3. Jan. 1681. C.A. T. II. S. 23. **31)** Die Beamten sollten auf besondere Vorfälle in den angrenzenden Ländern, die in Statum publicum einschlagen, aufmerksam sein und sie ungesäumt einberichten, Gen. v. 7. Febr. 1748. C.A. C. I. T. I. S. 689. **32)** Sie hatten an der Abnahme der Kirchrechnungen Theil zu nehmen, Gen. v. 26. März 1810. C.A. C. III. T. I. S. 107. f. Wenn sie wegen eingepfarrter Orte der Kirchrechnungsabnahme beiwohnten, hatten sie keine Gebühren zu fordern, ib. §. 5. **33)** Bei Investituren u. d. m. waren sie nicht berechtigt, vor den Superintendenten die Oberstelle einzunehmen, Rescr. v. 7. Jan. 1667. C.A. T. I.

S. 863. **34)** Sie konnten sich schon früher eines Beitrags zur Armencasse nicht entbrechen, M. v. 11. April 1772. Cap. I. §. 5. C. A. C. II. T. I. S. 643. Vergl. Armencassen, I. 3. unter 12., u. 4. unt. 1. **35)** Ueber die Liquidationen fixirter Beamter in Kirchen- Schul- und Stiftungssachen s. die V. des Cult.Min. v. 31. März 1837. im Cod. d. S. K.R. S. 237., v. 29. Aug. 1836. ib. S. 395., und das G. v. 2. April 1844. G. S. S. 141. 143. **36)** Die Amtsboten mußten ehedem auch zur Insinuation der aus der Landesregierung und dem Appellationsgerichte ergehenden Befehle verpflichtet werden, M. v. 8. Mai 1682. C. A. T. I. S. 1268. (Wegen deren Anstellung und Instruction in der Oberlausitz s. d. O.A.B. v. 1. März 1700. C. A. T. III. S. 317. u. L.C.W. T. I. S. 92.) Ueber die Gebühren der Amts- und Gerichtsboten s. den Anhang zu Cap. I. der Tax.O. v. 26. Nov. 1840. G.S. S. 405., V. v. 22. Nov. 1840. §. 1. ib. S. 473. [Aeltere Best. in den Erbl.: Anh. zu Cap. I. der Tax.O. v. 12. Sept. 1812. C. A. C. III. T. I. S. 368., Taxe v. 20. Febr. 1764. C. A. C. I. T. I. S. 512., und v. 10. Jan. 1724. C. A. T. I. S. 2533. Vergl. die Tax.O. v. 6. Sept. 1642. ib. S. 1385. v. 23. April. 1612. ib. S. 1351, wegen der Oberlausitz die in §. 2. der ang. V. v. 22. Nov. 1840. angezogenen Taxordnungen.] Amtsbotenlöhne durften wegen Insinuation von Officialpatenten an Obrigkeiten und Rittergutsbesitzer nicht erhoben werden, Res. gr. v. 22. Juni 1661. Tit. Kammer- u. Rentſ. §. 14. C. A. T. I. S. 273., Rescr. v. 22. Oct. 1807. C. A. C. III. T. I. S. 13., [desgleichen früher nicht bei Bekanntmachungen der Gesetze. Rescr. v. 8. Jan. 1808. ib. S. 15.], auch nicht von Rittergutsbesitzern nach Abgabe der Gerichtsbarkeit, in sofern nicht ein Parteienverhältniß vorlag, Reg. v. 26. Mai 1838. §. 10. unter 3. G.S. S. 370. **37)** Noch weisen auf die Verfassung der K. J. die Art.: Ablösungsbehörden, Abschoß, Amtscapitalien, Amtsfolge, Amtsbefugnisse, Arrest, Actuarien, Amtsbücher, Amtshauptleute, Anzeigen, Commissarien, Ausweisung, Bettler, Bezirke, Brandstiftung, Deposita, Ehesachen, Forstrügen, Floßverwaltung, Forstdienst, Forstmeister, Forstverbrechen, Gerichte, Gerichtsbarkeit, Gerichtsarzt, Gerichtsbank, Gerichtsstand, Gewässer, Jagd, Grenze, Lehnsvormundschaft, Patronatrecht, Post, Registranden, Reiselegit., Reiseurlaub, Rittergüter, Rügenproceß, Schmieden, Steuerbehörden, II., Straßen, Vagabonden, Waldheim, Zwickau, I.

Justizamtmann. S. Justizämter, Gerichtsstand, Section.

Justizbehörden. S. Gerichte.

Justizministerium. Zum Ressort des J. gehören: **I.** die Vorbereitung der Gesetze im Justizfache, mit Einschluß des Lehns-, Vormundschafts-, Hypotheken- u. Depositen-Wesens; **II.** die Oberaufsicht über die gesamte Rechtspflege in dem sub I. bemerkten Umfange, und mithin: **1)** über alle Gerichtsbehörden, und **2)** über die Staatswegen der Rechtspflege halber befähigten Behörden und Personen, als: die Spruchcollegien, ferner die Advocaten und die Notare, **3)** Beschwerden in Justizsachen, ohne jedoch in eine richterliche Entscheidung eingreifen zu dürfen, **4)** Erforderung von Geschäftstabellen und Uebersichten, soweit sie die höheren Justizbehörden betreffen, nebst deren Prüfung, **5)** Revisionen der Justizstellen anzuordnen, oder bei Oberbehörden selbst zu veranstalten, **6)** die Fürsorge, daß Jedem der gesetzliche Rechtsweg eröffnet werde; **III.** von dem zur Justizhoheit gehörigen Verwaltungsrechte **1)** Lehnssachen, in soweit die unmittelbare Entschließung des Oberlehnsherrn erforderlich ist, **2)** die Besetzung der Stellen bei den sub II. 1. und 2. bezeichneten Gerichts- und Justizbehörden, soweit sie Staatswegen besetzt werden, nebst der Immatriculation der Advocaten und Notare, **3)** die im Justizwesen vorzunehmenden Organisationen, **4)** die oberste Aufsicht und Verwaltung der bei den Justizstellen für Rechnung d. Staatscassen vorkommenden Einnahmen und Ausgaben; **IV.** die Begnadigungen und Dispensationen in Justizsachen, soweit dies als ein Ausfluß der landesherrlichen Gewalt zu betrachten und, so viel die Dispensationen betrifft, dergleichen in Justizsachen statthaft sind, z. B. **1)** Volljährigkeitserklärungen,

2) Legitimationen unehelicher Kinder, soweit solche überhaupt annoch vorkommen, **3)** Arrogationen und Wiederaufhebung der Ehrenrührigkeit, **4)** Abolitionen, Straf-Erlasse, Minderungen od. Verwandlungen, **5)** Begutachtung und Vorlegung der Todesurtheile zur unmittelbaren Königl. Entschließung. §. 4. A. d. V. v. 7. Nov. 1831. G.S. S. 324. **V.** Rücksichtlich einiger im Vorstehenden angegebener Gegenstände ist noch Folgendes zu bemerken. **1)** Vermöge der Oberaufsicht über die Justizpflege hat das J. hauptsächlich darauf zu sehen, daß Ordnung und Einheit in den Geschäften der Justizbehörden Statt finde, und daß diese Geschäfte möglichst befördert werden, ferner daß Verbrechen nicht ununtersucht bleiben, und daß die Untersuchung gehörig geführt werde; endlich, daß jede Justizbehörde ihre und jeder einzelne dabei Angestellte seine Schuldigkeit thue, §.10. unter 1. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S.64. **2)** Das J. kann in Rechtsangelegenheiten gegen mehrere Personen oder Sachen, die ihren Gerichtsstand bei Untergerichten in den Bezirken mehrerer Appellationsgerichte, oder bei verschiedenen Appellationsgerichten selbst, oder bei Militair- u. Civilgerichten haben, bestimmen, vor welchem Gerichte die Sache in erster Instanz verhandelt werden solle, oder in Fällen, wo solches der Verfassung u. den Rechten nach zuläßig, Rechtssachen von einem Appellationsgerichte weg und an ein anderes weisen; ferner Competenzstreitigkeiten zwischen den Appellationsgerichten, zwischen diesen und dem Oberappellationsgerichte und zwischen Untergerichten in den Bezirken verschiedener Appellationsgerichte entscheiden, jedoch im letzten Falle mit Vorbehalt der Ausführung im ordentlichen Rechtswege. §. 10. unter 2. ib. **3)** Das J. kann die Einhändigung der Ladungen auswärtiger Behörden anordnen, ingleichen in zweifelhaften Fällen feststellen, ob Jemand einen Gerichtsstand im Lande habe. §. 10. unter 3. ib. a) Ladungen auswärtiger Behörden dürfen Untergerichte oder Appellationsgerichte ohne Weiteres insinuiren lassen, wenn es unbezweifelt ist, daß die requirirende auswärtige Behörde nach vorhandenen Staatsverträgen, oder nach allgemein anerkannten Rechtsgrundsätzen, zur Vorladung berechtigt sei. In zweifelhaften Fällen aber ist, und zwar unmittelbar an das J. Bericht zu erstatten. b) Rücksichtlich persönlicher Rechtssachen auswärtiger Souveraine, sowie überhaupt in Fällen, in welchen es zweifelhaft ist, ob Jemand einen Gerichtsstand im Lande habe, ist ebenfalls unmittelbar an das J. zu berichten. S. den Art.: Gerichtsstand. **4)** Ohne Genehmigung des J. darf kein im Auslande gesprochenes Urtel vollzogen und Niemand einem auswärtigen Staate zur Untersuchung und Bestrafung ausgeliefert werden, soweit nicht durch besondere Verträge mit einzelnen Staaten ein Anderes festgesetzt worden ist. §. 10. unt. 4. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 65. S. dazu: Auslieferung, Gerichtsstand, III., Staatsverträge. **5)** Unmittelbare Berichtserstattung an das J. ist auch zuläßig in den in §. 10. cit. unter 4. angegebenen Fällen, ingleichen auf Gesuche um Abolition, Erlaß oder Verwandlung erkannter Strafen in Justizsachen. Nur wenn Todesstrafe (s. d.) erkannt, waren Begnadigungsgesuche an das Bezirksappellationsgericht einzuberichten, welches dann gutachtlichen Vortrag an das J. zu erstatten hatte. §. 12. der V. v. 28. März 1835. G.S. S. 216. **6)** Vor das J. gehören auch Forstjustizsachen, V. v. 7. Juni 1836. §. II. unter f. G.S. S. 113., **7)** ferner das Sportelwesen der Königl. Aemter und Gerichte, V. v. 31. Dec. 1831. G.S. v. 1832. S. 1. **8)** Bevor der Richter auf eine Anzeige wegen Majestätsverbrechen oder wegen Verletzungen, Thätlichkeiten, Drohungen und Beleidigung gegen die Familie des Staatsoberhauptes mit der Untersuchung verfährt, hat derselbe an das J. Bericht zu erstatten, unbeschadet der erforderlichen Falls zu Festhaltung des Verbrechers nothwendigen Maßregeln. S. Untersuchung. Ohne Vortrag an das Staatsoberhaupt konnte die Untersuchung in einem solchen Falle auch bisher nicht angeordnet

werden. Art. 104. d. Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 139. **9)** Außer den Fällen, wo die öffentliche Bekanntmachung ergangener Straferkenntnisse besonders vorgeschrieben ist (s. z. B. Art. 245. d. Str.Gb. unt.: Beleidigung), kann auch das J. die Namen der Verbrecher, ihre Verbrechen und Strafen zur öffentlichen Kenntniß bringen lassen. Art. 428. der Str.Pr.O. unter: Vollstreckung. **10)** Recursnahme an das J. fand früher auch gegen Appellationsgerichtsentscheidungen in Betreff der Regulirung der subsidiarischen Verpflichtung der Gerichtsunterthanen zu Uebertragung gewisser Untersuchungskosten Statt. §. 13. d. G. v. 30. März 1838. G.S. S. 201. Gegen seine Entscheidung galt kein weiteres Rechtsmittel. ib. **11)** Die frühere Competenz des geheimen Finanz-Collegii a) in Ansehung der Organisation der Justizämter, der Königl. Kammerguts gerichte und Justitiarien, b) der Anstellungen bei denselben, c) der Disciplinaraufsicht darüber, d) der Aufsicht über das Depositenwesen bei gedachten Gerichtsstellen, mit Ausnahme der Einlieferung der Depositen zur Hauptdepositencasse, e) der Ueberlassung der Ober- od. Erbgerichtsbarkeit an Patrimonialstellen ging auf das J. über. Die Amtshauptleute traten zum J. in Ansehung seiner Competenz in dasselbe Verhältniß, als früher zu dem Geheimen Finanz-Collegio u. der Landesregierung, §. 6. d. V. v. 7. Nov. 1831. G.S. S. 331. **VI.** Vergl. noch über die Competenz des J. diese Art.: Ablösungsbehörden, Advocaten, Antrag, Anzeigen, Approbationsschein, Competenzstreitigkeiten, Abolition, Appellation in Crim., Appellationsgerichte, Ausländer, Gerichtsstand, I. III., Begnadigung, Berggerichte, Beschwerde..., Erkenntnisse, Forstrügen, Grund- u. Hypothekenbuch, Gerichte, Justizämter, Gesandte, Klöster, Kreisdirectionen, Militairgerichtsbarkeit, Ministerium des Innern, Notare, Rechtscandidaten, Requisition, Staatsverträge, Todesstrafe, Verbrechen, Zusammenschlagung, Untersuchungsverf. vor d. C.R., Gerichtliche P..., Untersuchung, Aussetzung, Staatsanwaltschaft, Papiere, Sicheres Geleit, Voruntersuchung, Wiederaufnahme, Transport, Jugend.

Justizorganisation, neue. S. Gerichte.

Justizpflege, s. Gerichte, Justizministerium.

Justizpunct. S. Justiz- und Verwaltungspuncte.

Justizräthe, s. Leipzig.

Justizsache. S. Gerichte, Justiz- u. Verwaltungspuncte, Justizverwaltungssachen, Dikasterien, Proceß, Ruhestörungen, Verwaltungsbehörden, Recurs.

Justizstatistik, s. Statistik.

Justiz- und Verwaltungspuncte. **1)** Kommen in einem Falle Puncte vor, welche zur Justiz, andere, welche zur Verwaltung gehören, so hat über jene die Justizbehörde, über diese die Verwaltungsbehörde zu entscheiden. G. v. 28. Jan. 1835. §. 14. G.S. S. 58. **2)** Wenn demnach bei einer Polizeibehörde eines Polizeivergehens halber eine Untersuchung anhängig ist, diese jedoch wegen eines mit in Frage kommenden Criminalverbrechens an die Criminalbehörde abzugeben ist, so hat die letztere der Polizeibehörde vom Ausgange Nachricht zu ertheilen, und den Inculpaten wieder auszuliefern, damit wegen des Polizeivergehens Entschließung gefaßt werde. V. v. 17. Sept. 1842. §. 1. G.S. S. 113. Gleiches haben die Criminalbehörden zu beobachten, wenn im Laufe von Untersuchungen sich ergiebt, daß der Inculpat sich, neben der Criminalstrafe, zur polizeilichen Correction ꝛc. eigne. §. 2. ib. Wenn die Criminalbehörde auch die Polizei verwaltet, so ist das Erkenntniß auf beide Vergehen zu richten, oder wenn dieß die Competenz der Behörde überschreitet, zur Kreisdirection Bericht zu erstatten. §. 3. ib. **3)** Es kann jedoch in Straffällen eine Polizeibehörde die Untersuchung eines Polizeivergehens und die Entscheidung und Bestrafung der Justizbehörde, welche gegen dieselbe Person eine Untersuchung zu führen hat, mit überlassen. Dasselbe findet im umgekehrten Falle Statt, wenn die Strafe beider Vergehen zusammen genommen das §. 13. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 58. bestimmte Strafmaß nicht übersteigt.

§. 14. deff. G. ib. u. V. v. 17. Sept. 1842. §. 4. G.S. S. 114. Wegen Bestrafung des Bettelns: V. v. 6. Nov. 1845. §. 4. G.S. S. 264. **4)** In allen Fällen, wo in Gemäßheit der eben cit. §. 14. d. G. v. 28. Jan. 1835. eine Polizeibehörde die Untersuchung eines Polizeivergehens und die Entscheidung und Bestrafung der Justizbehörde, welche gegen dieselbe Person eine Untersuchung führt, oder eine Justizbehörde die Untersuchung eines Justizvergehens, und die Entscheidung und Bestrafung der in gleichem Falle sich befindenden Polizeibehörde mit überlassen hat, haben auf die gegen die Entscheidungen der Behörden erster Instanz eingewendeten Rechtsmittel die erkennenden oberen Behörden die Entscheidung zugleich auf die ihrer Competenz eigentlich nicht unterliegenden Vergehungen mit zu richten. §. 1. d. V. v. 25. Jan. 1838. G.S. S. 71. In gleicher Maße soll die Entscheidung erfolgen, wenn, ohne daß eine ausdrückliche Ueberlassung nach der erwähnten gesetzlichen Bestimmung vorausgegangen ist, ein Untergericht, welches zugleich die Justiz- und Polizeibehörde bildet, in einer Untersuchung, bei welcher Justiz- und Polizeivergehen concurrirend in Frage kommen, auf ein gegen seine Entscheidung eingewendetes Rechtsmittel nach Verschiedenheit der Sachlage an die eine oder andere Oberbehörde Bericht erstattet. §. 2. d. V. v. 25. Jan. 1838. G.S. S. 71. **5)** Die Bestimmung in §. 14. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 58. ist z. B. anzuwenden: a) in Bausachen, b) in Gesindesachen. In Beiden entscheidet die Polizeibehörde über das Polizeiliche, die Justizbehörde über das Privatrechtliche, bei Gesindesachen nach Maßgabe der darüber bestehenden besonderen gesetzlichen Bestimmungen. Ingleichen kommt die Vorschrift in Wegfall: daß Ansprüche, die bei Gelegenheit der Aufbringung u. Ausgleichung der Militairleistungen erwachsen, oder durch selbige veranlaßt werden, nicht von Justizbehörden erörtert und entschieden werden sollen. §. 23. d. G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 60. Diese Ansprüche (Gen v. 20. Mai 1817. §. 3. C. A. C. III. T. I. S. 801., O.A.Pat. v. 2. Juni 1817. L.C.W. T. VI. S. 168., V. v. 4. Dec. 1818. G.S. v. 1819. S. 1., Rescr. v. 21. Juni 1799. C. A. C. II. T. I. S. 1409. C. A. C. II. T. III. S. 627. u. L.C.W. T. VI. S. 86., Rescr. v. 29. Nov. 1809. C. A. C. III. T. I. S. 234.) sind hiernach, wenn sie zur Competenz der Justiz gehören, nicht vor Verwaltungs-, sondern vor Justizbehörden, und zwar nach den Vorschriften der Civilproceßgesetze, zu verhandeln. §. 5. d. V. v. 28. März 1835. G.S. S. 213. **6)** An den Bestimmungen in §§. 13. u. 14. d. G. A. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 58., in Verbindung mit §. 3. unter 1. d. V. v. 28. März 1835. ib. S. 212. (s. den Art. Verwaltungsbehörden, und oben no. 1—3.) wird durch die Vorschriften der Str.-Pr.O. nichts geändert. Dasselbe gilt von der V. v. 17. Sept. 1842. G.S. S. 113. (s. oben no. 3.) und von der (oben bei 3. cit.) V. v. 6. Nov. 1845., die Bestrafung von Bettlern betr., G.S. S. 263. — V. v. 31. Juli 1856. §. 1. G.S. S. 153., und s. den Art.: Strafproceßordnung, 1. d. **7)** S. Untersuchungsabgabe, Competenzstreitigkeiten, Gerichte, Gesinde, 61., Ruhestörungen.

Justizverwaltungssachen. 1) Als J. werden in §. 36. d. G. v. 28. Jan. 1835. S.G. S. 69. die Vormundschafts-, Depositen-, Lehns- und Hypothekensachen genannt. In solchen J. findet, in soweit dabei nicht von Rechten, sondern nur von verletzten und gefährdeten Interessen oder von Versagung solcher Gesuche die Rede ist, deren Gestattung dem Ermessen der Behörden überlassen wird, z. B. Versagung einer gesuchten Decretsertheilung, keine Appellation, sondern nur Beschwerdeführung Statt. ib. **2)** Dagegen gehören die Entschließungen und Verfügungen auf Anträge, welche bei den Justizbehörden zur Sicherstellung wirklicher oder vermeintlicher Rechte angebracht werden, z. B. auf Gesuche um Veräußerungs- oder Zahlungsverbote, auf Zulassung zur Deposition einer im Executivprocesse eingeklagten Summe bei angestellter Widerklage, da es sich um privatrechtl. Verhältnisse zwischen Parteien handelt, nicht zu den J., son-

dern zu den eigentlichen Justizsachen. Daher finden auch in diesen Sachen die gewöhnlichen Appellationsinstanzen Statt. V. v. 9. April 1836. §. 9. G.S. S. 88. **3)** S. Appellation, Amtshauptleute, Appellationsgerichte, Vormundschaftssachen, Justizministerium.

Justizverweigerung. S. Justizministerium, Kirchen.

Justizweg. S. Gerichte.

Juwelen, s. Kostbarkeiten, Gewicht.

Juweliere. S. Edelsteine, Silber, Gold...

K.

K..., s. auch C...

Kähne, s. Schiffe, Fähren, Elbe.

Kämmerei, s. Stadtcasse.

Käse. S. Auszug, Butter.

Käufe. S. Kauf, Agenten.

Käufer. S. Kauf, Grund- u. Hypothekenbuch, Waaren.

Kaffee. S. Cichorien.

Kaiserschnitt. **1)** Wenn eine Schwangere vor oder während der Geburt verstirbt, so hat zwar die Hebamme zu versuchen, in der ihr nachgelassenen Weise, das Kind zur Welt zu bringen. Auf alle Fälle ist aber schleunigst ein Geburtshelfer herbeizuholen. Allgem. Hebammen-O. v. 1818. §. 15. G.S. S. 17., M. v. 14. Juni 1830. §. 1. 2. 8. G.S. S. 89. **2)** Gelingt es auch diesem nicht, das Kind auf natürlichem Wege zur Welt zu bringen, so ist der K. durch den Geburtshelfer oder einen legitimirten Wundarzt, übrigens mit derselben Vorsicht, wie an einer Lebenden, zu versuchen. Ang. M. §. 3. 5. S. 90., doch müssen vorher an der Mutter alle Wiederbelebungsmittel angewendet worden sein. §. 4. ib. **3)** Die Operation darf aber dann unterbleiben, wenn die Mutter innerhalb der ersten 28 Wochen der Schwangerschaft starb, oder ihre Leiche schon in Fäulniß übergegangen, oder der Tod des Kindes sonst gewiß ist. §. 7. ib.

Kalb, s. Abdecken.

Kalbfelle. S. Felle.

Kalender. **1)** Der Gregorianische K. ist als allgemeiner Reichskalender vermöge des unter dem 13. Dec. 1775. abgefaßten Conclusi Corporis Evangelicorum, und des unterm 7. Juni 1776. ergangenen Kaiserl. Pat. anerkannt, Rescr. v. 22. Nov. 1776. C.A. C. II. T. I. S. 167., Copie des Conclusum v. 1775. ib. S. 169., C.A. C. II. T. III. S. 11. und L.C.W. T. III. S. 858. [Aeltre Best.: M. v. 10. Dec. 1583. L.C.W. T. I. S. 379., M. v. 24. Nov. 1699. ib. S. 411., Formular v. 1699. C.A. T. I. S. 341., M. u. Bef. v. 6. März 1700. ib. S. 341. 343., V. v. 1. Nov. 1704. L.C.W. T. II. S. 231. u. C.A. T. II. S. 55., und wegen Regulirung der Osterfeier: Rescr. v. 5. April u. 24. Mai 1723. L.C.W. T. II. S. 1178., C.A. C. I. T. I. S. 173., v. 10. Juni u. 3. Sept. 1743. L.C.W. T. II. S. 1209.] Ueber die Berechnung der nach dem Julianischen K. bestimmten Hutungsfristen s. d. M. v. 4. Oct. 1828. §. 34. G.S. S. 222. **2)** Der Handel mit K.n ist nur den Buchhändlern, Buchdruckern u. Buchbindern gestattet, M. v. 30. Oct. 1773. §. 6. C.A. C. II. T. II. S. 865., C.A. C. II. T. III. S. 675. u. L.C.W. T. III. S. 497., M. v. 11. Jan. 1819. §. 85. G.S. S. 44., Laus. M. v. 12. Aug. 1819. §. 85. L.C.W. T. V. S. 591. **3)** Bei Ertheilung von Concessionen zu Herausgabe von K.n für das Volk sollte den Unternehmern die möglichste Aufnahme gemeinnütziger, besonders wirthschaftlicher Aufsätze anempfohlen werden. Bef. v. 20. Aug. 1788. C.A. C. II. T. I. S. 971. **4)** Zur Herausgabe von K.n und Almanachen bedarf es keiner Concession mehr, und es sind in dieser Beziehung nur noch die Stempelsteuervorschriften zu beachten. V. v. 27. März 1848. G.S. S. 23. **5)** S. Buchdruckereien, Censur, Stempelsteuer, Zahlungstag.

Kalk. **1)** Die Besitzer von Kalkbrüchen, die in die Geschicke und Trümmern von Erzen einbrechen, sollen solches dem Bergamte anzeigen. Rescr. v. 12. Nov. 1717. C.A. C. II. T. II. S. 123., Rescr. v. 23. Febr. 1798. §. 3. ib. S. 277. **2)** Die

Verleihung der Kalkflöße in Privat-Grund und Boden durch die Bergämter besteht, wie früher, unverändert fort. Rescr. v. 23. Febr. 1798. C.A. C.II. T.II. S. 277. Wegen derselben findet weder Verzehndung noch bergamtliche Vermessung Statt. §. 5. ib. In Bezug auf die Kalkflöße in fiscalischem Grund und Boden vergl. man den Bef. v. 12. Aug. 1729. C.A. C. II. T.II. S. 125., v. 5. Febr. 1733. ib., Rescr. v. 17. Juli 1789. ib. S. 239., v. 28. Sept. 1793. ib. S. 251., v. 23. Febr. 1798. ib. S. 277. Dazu aber s. den Art.: Bergregal. **3)** Bei sämtlichen Kalköfen im Lande war das Dresdner Scheffelmaß eingeführt. Gen. v. 7. Dec. 1803. L.C.W. T. V. S. 715. u. C.A. C. III. T. I. S. 412., und dieß regulirte die V. v. 20. Juni 1854. G.S. S. 146. Vergl. aber den Art.: Gewicht u. Maß. **4)** S. Schmieden, Betten, Pulver, Hunde, Concession.

Kammer. S. Ständeversammlung.

Kammercollegium. **1)** Ueber den Geschäftskreis und die Verhältnisse des ehemaligen K. giebt die Decl. v. 13. Aug. 1670. C.A. T. I. S. 1147. und der Bef. v. 1. März 1693. ib. S. 1329. Auskunft. **2)** S. demnächst die Art.: Finanzcollegium, Justizämter, Kammersachen.

Kammer-Credit-Casse. **1)** Die Errichtung der K. erfolgte lt. des Avert. v. 29. Juli 1765. C.A. C. I. T. I. S. 1327., und v. 4. Oct. 1765. ib. S. 1331. u. L.C.W. T. III. S. 936. f. Die Bestimmungen, welche hinsichtlich ihrer bei der Landestheilung getroffen wurden, giebt die Hauptconv. v. 28. Aug. 1819. Art. VI. G.S. S. 261. an. Eine Uebersicht der sämtlichen C.schulden enthält S. 385. und einen Abschluß bis Michael 1817. S. 393. **2)** Sie hat v. 31. Dec. 1834. an als abgesonderte Casse aufgehört. G. v. 29. Sept. 1834. §. 1. G.S. S. 209. **3)** S. Staatspapiere, Staatsschuldencasse.

Kammercreditcassenscheine, s. Edictalcitation, 1. H.

Kammergüter. S. Besitz, Anlagen, Amtshauptleute, Cassenverwalter, Staatsgut, Gerichtsstand, Registranden, Besoldung.

Kammerjäger. **1)** Die K. dürfen nicht ohne Concession der Regierung ihr Gewerbe treiben. Rescr. v. 31. Jan. 1798. C.A. C. II. T. I. S. 1115., M. v. 30. Sept 1823. §. 15. G.S. S. 119. **2)** Sie sollen keine ungefärbten arsenikalischen Mittel führen. V. v. 16. Nov. 1819. §. 3. G.S. v. 1820. S. 1. **3)** Das Hausiren mit Giftmitteln ohne Concession ist ihnen untersagt. M. v. 30. Sept. 1823. §. 15. G.S. S. 119. **4)** S. Gift, Mäuse.

Kammern. S. Kanonen, — auch: Ständeversammlung.

Kammerpräsident. S. Ständeversammlung.

Kammerprocurator (der Oberlausitz). Die Gerichtsbarkeit, welche dieser Beamte (vergl. das M. v. 20. Jan. 1605. C.A. T. III. S. 134. u. L.C.W. T. I. S. 184., die V. v. 9. Juli 1821. G.S. S. 80.) über das Burglehn zu Budissin rc. ausübte, ist auf das dasige Gerichtsamt (später das Landgericht) übergegangen. Bek. v. 30. Dec. 1822. G.S. v. 1823. S. 4. [Vergl. über die ehemalige Stellung des K. in der Lausitz das L.C.W. T. II. S. 373. 388. 1404. 1409., T. I. S. 274. 672. 975., T. V. S. 161.]

Kammerräthe. S. Justizämter.

Kammersachen. **1)** Unter K. wurden früher alle, die landesherrlichen Einkünfte betreffenden und sonst dem Kammercollegium überwiesenen Angelegenheiten verstanden, für deren rechtliche Erörterung besondere Formen vorgeschrieben waren. Vergl. den Gen.Bef. v. 1. Mai 1609. C.A. T. II. S. 1361., Bef. v. 20. Aug. 1682. ib. S. 363., M. v. 7. Juni 1736. C.A. C. I. T. I. S. 1291. 305., M. v 7. Aug. 1770. C.A. C.I. T.I. S. 1341. 419., v. 7. Aug. 1819. §. 1. G S. S. 197., Gen. v. 2. Jan. 1813. C.A. C. III. T. I. S. 268. **2)** S. Amtsbefugnisse, Amtshauptleute, Advocaten, Verwaltungssachen, Besitz.

Kammer- und Berg-Collegium. S. Finanzcollegium.

Kampf. S. Begräbniß, 29. i., Handgemenge.

Kaninchen. Die Vertilgung der K. war früher den Forstbedienten zur Pflicht ge-

macht. Rescr. v. 25. Juli 1782. C.A.C.II. T.II. S. 305.; s. aber den Art.: Jagd.

Kanne, Kannenmaß. S. Bier, Branntwein, Butter, Milch, Gewicht u. Maß, Aichordnung.

Kanon. **1)** Der jährliche K. für Verleihung der Schriftsässigkeit ist durch das G. v. 28. Mai 1840. G.S. S. 89., und **2)** der K. von Gewerben zur Staatscasse durch das G. v. 22. Nov. 1834. §. 1. G.S. S. 350., §. 2. d. V. v. 22. Nov. 1834. ib. S. 415. in Wegfall gebracht worden. **3)** Ward für die Gerichtsbarkeit ein K. oder Pachtzins gegeben, so erlosch dieser mit Abtretung der letzteren. Bek. v. 26. April 1838. Beil. §. 3. G.S. v. 1838. S. 368. **4)** S. Schmieden, Ablösung, Bleichen.

Kanonen. K. im Besitze von Privatpersonen unterliegen einer besonderen polizeilichen Beaufsichtigung. Kammern und Böller gehören dahin nicht. V. v. 28. Juli 1856. G.S. S. 186.

Kanonenkugeln. S. Munition.

Kanonikate. Nach der L.O. v. 1. Oct. 1555. C.A. T. I. S. 46. sollen K. auch Adeligen und Doctoren verliehen werden.

Kapellen. S. Betstübchen.

Karat. S. Goldgewicht.

Karcha, s. Dresden.

Karlsfeld. Die Statuten des Actienvereins für Wanduhrenfabrication zu K. sind durch das in der G.S. v. 1841. S. 86. befindliche Decret v. 29. Juli 1841. bestätigt worden.

Karten. S. Spielen, Spielkarten, Stempelsteuer, Papiergeld, Censur, Juden.

Kartoffeln. S. Auszug, Diebstähle, Früchte, Forstd...

Kasten. S. Kirchenkasten, Innungscasse.

Kataloge. S. Censur, Auction, Leihbibliotheken.

Kataster. S. Militairleistungen, Gewerb- u. Personalsteuer, Steuerkataster, Steuer-Einn., Schulgeld.

Katechetenschulen. S. Kinderlehrer-Schulen.

Katechismus. **1)** Der kleine Lutherische K. ist bei der religiösen Unterweisung der in der Oberclasse befindlichen Kinder evangelischer Confession zur Grundlage zu nehmen, V. v. 9. Juni 1835. §. 44. 46. G.S. S. 309., vergl. noch §. 46. cit. **2)** Bei beschlossener Einführung eines allgemeinen K. oder Religionslehrbuches soll das Landesconsistorium mit seinem Gutachten gehört werden. V. v. 10. April 1835. §. 13. G.S. S. 247. **3)** In ganz wendischen Schulen soll auf die Einführung solcher Ausgaben des K. u. Religionslehrbuches, bei welchen der deutsche und wendische Text einander gegenüber stehen, Bedacht genommen werden. V. v. 9. Juni 1835. §. 45. G.S. S. 309. **4)** Aeltere Best.: den Lutherischen K. und die Katechisationen darüber betr.: Gen.Art. 4. 5. 13. v. 1580. C.A. T. I. S. 664., V. v. 1. Sept. 1713. ib. S. 385. 897., Res. gr. v. 18. April 1716. ib. S. 378., L.T.A. v. 24. April 1711. ib. S. 369., Res. v. 17. März 1722. und 24. Sept. 1731. C. A. C. I. T. I. S. 21. 51., Ausschr. v. 2. April 1734. ib. S. 227., Res. v. 19. Aug. 1734. ib. S. 56., Schul-O. v. 1773. Cap. III. VI. C. A. C. II. T. I. S. 135. 139. O.A.Bef. v. 3. April 1683. C. A. T. III. S. 296., O.A.Pat. v. 12. Oct. 1696. C. A. T. III. S. 15. u. L.C.W. T. II. S. 1158., Laus. Schul-O. v. 27. April 1770. Cap. II. §. 2. f., IV. Sect. 2. §. 3., VI. §. 2. L.C.W. T. III. S. 880. f. u. C. A. C. I. T. III. S. 16. 23. 30. **5)** Wegen der K.- oder Kirchenexamen bewendet es bei den bestehenden Einrichtungen. V. v. 9. Juni 1835. §. 89. G.S. S. 321. **6)** S. Bücher, Aeltern, Religion, Sprache.

Katholiken. **1)** Die öffentliche Ausübung des Römisch-Katholischen Gottesdienstes in Sachsen, und die Gleichstellung der K. mit den Augsburgischen Confessionsverwandten hinsichtlich aller bürgerlichen und politischen Rechte beruht auf dem V. Art. des Posener Friedenstractats v. 11. Dec. 1806., dem M. v. 16. Febr. 1807. C.A. C.III. T.I. S. 11., Lauf. Rescr. v. 17. Febr. 1807. L.C.W. T. VI. S. 180., M. v. 19. Febr. 1827. G.S. S. 13. f., und §. 56. der V.U. v. 4. Sept. 1831. G.S. S. 252. [Vergl. über die früheren Verhältnisse der K. in den Erblanden: L.T.A. v. 21. Dec. 1680. C.A. T. I. S. 360., v. 28. Mai 1718. ib. S. 403., v. 14. Juni 1722. C.A. C. I. T. I. S. 26., M. v. 30. April 1764. Tit. 7. §. 4. ib. S. 1034., V.O. Cap. 8. §. 1. unter 4. S. 35. der Handausgabe. In der Oberlausitz: Immissionsreceß v. 13. 23. Juni 1623. L.C.W. T. II. S. 1404., Traditionsreceß v. 30. Mai 1635. ib. S. 1411. u. C.A. T. III. S. 184.] **2)** Zahl und Sprengel der kathol. Pfarreien in den Erblanden weist die

Bek. v. 1. Febr. 1828. G.S. S. 11. und v. 5. Febr. 1849. G.S. S. 9. nach. **3)** Auf die K. leidet die neueste El.-V.-Schulgesetzgebung auch Anwendung, G. v. 6. Juni 1835. §. 1. G.S. S. 279. a) Sie können, mit Genehmigung des Ministerii des Cultus, eigene Schulen für ihre Kinder errichten, ib. §. 2. b) An Orten, wo keine öffentliche kathol. Schule besteht, haben sie ihre Kinder in die Orts- od. Bezirksschule zu schicken. [Aeltre Best.: §. 60. d. M. v. 19. Febr. 1827. G.S. S. 25.] Zur Theilnahme an dem daselbst ertheilten Religionsunterrichte sind jedoch ihre Kinder nicht verbunden; es hat vielmehr solchenfalls die vorgesetzte geistliche Behörde ihrer Confession dafür, daß ihnen zum Religionsunterrichte Gelegenheit gegeben werde, Sorge zu tragen, und der betreffenden Obrigkeit von der getroffenen Einrichtung Nachricht zu geben. §. 3. d. G. v. 6. Juni 1835. G.S. S. 279. c) Letztere hat darauf zu sehen, daß die Erzieher solcher Kinder in Bezug auf den Religionsunterricht ihren Verpflichtungen nachkommen, u. nach Befinden Zwangsmittel zu gebrauchen. ib., und vergl. §. 2. d. V. v. 9. Juni 1835. G.S. S. 298. d) Die katholischen Ortseinwohner haben im Falle unter b. zwar die Lasten der Schule mit zu übertragen, jedoch wird ihnen an dem Schulgelde eine billige Ermäßigung zu Theil, dafern ihre Kinder den Religionsunterricht in der Ortsschule nicht genießen. §. 3. cit. d. G. v. 6. Juni 1835. e) In allen den Unterrichtsstunden, welchen die katholischen Kinder beiwohnen, haben die Lehrer jede störende Aeußerung über confessionelle Verschiedenheiten, und Alles zu vermeiden, wodurch diese Kinder in ihrem Glauben irre gemacht und deren Erzieher mit einem, dem guten Vernehmen zwischen den verschiedenen Glaubensgenossen hinderlichen, Mißtrauen gegen die Schule erfüllt werden könnten. V. v. 9. Juni 1835. §. 2. G.S. S. 298. f) Die Schulzeit der Kinder solcher Religionsverwandten, bei welchen die Confirmation nicht üblich ist, endiget nur mit einer öffentlichen Prüfung, die zu denselben Zeitpuncten, welche für die Confirmation vorgeschrieben sind, zu halten ist; §. 26. d. G. v. 6. Juni 1835. G.S. S. 284. g) Haben dergleichen Kinder eine lutherische Schule besucht, ohne in derselben den Religionsunterricht genossen zu haben, so sind sie zwar der in dieser zu haltenden öffentlichen Prüfung, soweit sich diese nicht auf religiöse Gegenstände erstreckt, ebenmäßig zu unterwerfen, rücksichtlich der religiösen Ausbildung aber von ihrem bisherigen Religionslehrer nach den Ansprüchen ihrer Kirche zu prüfen und erst, nach Beibringung eines von diesem ausgestellten, die Reife derselben bezeugenden Attestes, aus der Schule zu entlassen, §. 65. d. ang. V. S. 314., und mit dem Schulentlassungsscheine zu versehen, ib. §. 88. S. 320. S. noch: Religion. **4)** Die Erhaltung und der Schutz der Rechte der kathol. Geistlichkeit, der Klöster und der kathol. Stiftungen der Oberlausitz wurde in dem Traditions-Recesse v. 30. Mai 1635. C.A. T. III. S. 184. und L.C.W. T. II. S. 1408. f. versprochen. S. Oberlausitz, I. 5. Wie die katholischen Gemeinden der Oberlausitz in Rechtssachen vertreten werden, giebt das Provincialstatut v. 26. Mai 1852. G.S. S. 97. an. Wegen der Einpfarrung der in gewissen erbländischen evangelischen Orten lebenden K. nach Bautzen s. die Bek. v. 17. Aug. 1855. G.S. S. 526. **5)** Die rechtlichen Verhältnisse der unter dem Namen „Deutsch-Katholiken" in neuerer Zeit von der kathol. Kirche abgefallenen Glaubenspartei a) regelte zunächst: das G. v. 2. Nov. 1848. G.S. S. 204. f., u. die V. u. das Statut v. 21. Febr. 1849. G.S. S. 30. f. Vergl. noch den L.T.A. v. 17. Juni 1846. I. A. 23. G.S. S. 51. b) Das neuerdings, besage der Bek. v. 17. Sept. 1859. G.S. S. 327., mittelst Decr. v. 19. Febr. 1859. bestätigte Statut der Deutsch-Katholiken befindet sich im Auszuge in der G.S. v. 1859. S. 327. f. c) Anlangend die Vertretung dieser Religionsgesellschaft, so übt die letztere die selbständige Verfügung über ihr Vermögen in der Weise, daß der Landes-Kirchenvorstand und die Synode, beziehendlich die Kirchengesellschaft selbst (letztere mittelst

Kirchenbeschlusses) berechtigt und verpflichtet sind, über das der Kirchengesellschaft zugehörige Vermögen u. deren Vermögensrechte bindende u. rechtsgiltige Verfügungen zu treffen. Statuten §. 4. Jeder einzelnen deutsch-katholischen Kirchengemeinde kommt die selbständige Verwaltung ihres Vermögens u. die Verfügung über dasselbe zu. ib. Jede hat einen Aeltestenrath zu wählen. Die Zahl seiner Mitglieder und die Dauer ihrer Function, sowie das Nähere über den Vorsitz und die Geschäftsführung bestimmt das Specialstatut der Kirgengemeinde, ib. §. 11., und dieser Aeltestenrath ist das gesetzmäßige Organ der Kirchengemeinde. Er ist berufen, die Kirchengemeinde und deren Rechte in allen weltlichen Dingen, also sowohl bei Rechtsstreitigkeiten, als auch in allen anderen gerichtlichen und außergerichtlichen Angelegenheiten zu vertreten, die Verwaltung aller Gemeindesachen zu besorgen und die Aufsicht über das Gemeindewesen zu führen. Er verhandelt und schließt demnach alle Verträge mit dritten Personen ab, erhebt die der Kirchengemeinde und ihren Stiftungsfonds zugehörigen Capitalien, Zinsen und anderen Gelder und stellt darüber rechtsgiltige Quittung aus. ib. §. 12. G.S. v. 1859. S. 328. — Dem Landes-Kirchenvorstande liegt, außer anderen allgemeinen Verpflichtungen, namentlich noch die Verwaltung des der gesamten Kirchengesellschaft zufallenden Vermögens, die vermögensrechtliche Vertretung derselben und das Befugniß, da nöthig, die Rechtshilfe in dieser Beziehung zu beantragen, ob. ib. §. 33. G.S. v. 1859. a. a. O. **6)** S. Aemter, C., Anlagen, Anzeigen, Aufgebot, Begräbniß, Censur, Bier, Brandwein, Kirchenbücher, Kirchhöfe, Consistorien, Disciplin, Ehe, Ehesachen, Eheverlöbniß, Dispensation, Papst, Patrimonialgerichte, Patronatrecht, Reformirte, Gerichte, Trauung, Schulbehörden, Schulrevision, Vicariat.

Katholisches Consistorium. S. Consistorien.

Kattun, s. Baumwolle.

Kattundrucker, s. Drucker.

Kauen. S. Bergbeamte, Berggerichte.

Kauf, Kaufcontract. **1)** Wenn Jemand ein Grundstück „ohne Schulden und Beschwerungen" verkauft, so sind darunter nur Hypotheken u. Lasten, welche der Verkäufer selbst darauf gelegt, zu verstehen, nicht Steuern, Erbzinsen und andere obrigkeitliche Gefälle. Käufe, welche eine derartige Abgabenfreiheit zusichern, sind insoweit ipso jure nichtig, und der Käufer hat nichts destoweniger die auf dem Gute haftenden Gefälle zu bezahlen. Dec. 65. v. 1661. C.A. T.I. S. 326., Dec. 17. v. 1746. C.A. C.I. T.I. S. 354. u. f. Dismembration. **2)** Bei Käufen und anderen Besitzveränderungen werden, wo es eingeführt, Beiträge zum Besten der Schule eingefordert, G. v. 6. Juni 1835. §. 34. G.S. S. 286., V. v. 9. Juni 1835. §. 100. ib. S. 325. So auch zu den Armencassen. Vergl. den Art.: Armencasse. **3)** Wenn in einem Kauf- od. anderen Contracte ein Reugeld bedungen ist, so steht demjenigen Contrahenten, welcher dasselbe zugesichert hat, das einseitige Abgehen vom Contracte gegen Erlegung des Reugelds, sofern nicht das Gegentheil ausdrücklich ausgemacht worden ist, so lange frei, als nicht der Contract wenigstens auf einer Seite, mit Zufriedenheit der Mitcontrahirenden, ganz oder zum Theil erfüllt worden, 16. Dec. v. 1746. C.A. C.I. T.I. S. 354. Doch ist dieses von dem bloßen Angelde nicht zu verstehen. ib. **4)** In Betreff der Frist, innerhalb welcher die Veräußerungscontracte über Grundstücke aller Art bei der Behörde der letzteren eingereicht werden müssen, s. den Art.: Grund- und Hypothekenbuch, 27. — Die Urkunden über Käufe und andere Veräußerungscontracte sind baldigst auszufertigen und den Interessenten einzuhändigen. Vorher dürfen keinerlei Kosten von ihnen erhoben werden. Gen. V. v. 28. Nov. 1785. C.A. C. II. T. I. S. 587., L.C.W. T. IV. S. 24. u. C.A. C.II. T.III. S.815., M. v. 2. Nov. 1825. G.S. S. 136. 138. **5)** Urkunden über Vererbungen fiscalischen Grund und Bodens waren bei den Aemtern und Kammergutsgerichten mit dem größeren Dienstsiegel zu besiegeln und von den

Commissarien zu unterschreiben, Gen. v. 15. Sept. 1791. C. A. C. II. T. II. S. 75. **6)** Für Revision eines Kaufes waren früher die Stadt-Steuer-Einnehmer 2 Ggr. zu erheben berechtigt, Tax-O. in Steuersachen v. 15. März 1773. C. A. C. II. T. II. S. 854., nach neuerer Verfassung fällt jedoch jene Revision weg. V. v. 15. Febr. 1844. §. 3. G.S. S. 37. **7)** Bei den Confirmationen von Kauf- und Tausch-contracten durfte wegen Aufschlagung der Gerichtsbücher, Protokolle, Erb- und Zinsregister u. überhaupt alles desjenigen, was unmittelbar in Rücksicht der Kaufgelderanweisung, Vertheilung, Regulirung der Auszüge, Verzichtleistung u. dergl. m. verhandelt wird, etwas nicht liquidirt werden, Rev. Tax-O. v. 26. Nov. 1840. Tit. 3. no. 7. G.S. S. 394. So sollte auch bei Consensertheilungen außer der geordneten Gebühr nichts erhoben werden, ib. no. 18. Was die Gerichtsherrschaften bei Käufen und Consensertheilungen sonst als Gerichtsnutzungen zu fordern befugt waren, wurde ihnen ib. und no. 19. S. 396. gesichert. Dieselben Grundsätze gelten auch wegen der Einträge der Besitzer und Hypotheken in das Grund- u. Hypothekenbuch. Taxe in der G.S. v. 1843. S. 239. unter 1. u. 2., u. S. 242. Anmerk. S. auch: Urkunden. **8)** Bei der Revocation eines ohne lehnsherrlichen Consens verkauften Lehngutes soll eine Verbindlichkeit, dem malae fidei emtor das Kaufgeld wiederzugeben, nicht Statt finden, sondern er hat sich an den Verkäufer zu halten; wenn aber das Lehngut mit Consens verkauft worden, ist der Agnat und Mitbelehnte, welcher es beim Leben des Verkäufers wieder erlangen will, das Kaufgeld, jedoch ohne Interesse, zu erstatten schuldig. Const. 49. P. II. v. 1572. C. A. T. I. S. 102. **9)** Der Ueberrest des Kaufgeldes von einem wegen Lehnsschulden subhastirten Lehngute konnte sonst, nach Tilgung der Pfandschulden, zu Bezahlung der übrigen Gläubiger und Allodialschulden angewendet werden, Const. 25. P. II. v. 1572. C. A. T. I. S. 93., Pr.O. Tit. 45. §. 10. S. 260.; jetzt werden von solchen Kaufgeldern der Regel nach allein die Lehnsschulden bezahlt, und die Uebermasse wird wieder zu Lehn gemacht, oder an ein Lehn gewendet, woran die Mitbelehnten zur gesamten Hand zu bringen sind. Vergl. den Artikel: Concursgläubiger, C. 3. **10)** Vergl. noch die Art.: Adel, Armencasse, Auffaufen, Ausländer, Auction, Almosen, Ausleihung, Bauergüter, Bürgerausschuß, Concursgläubiger, Decret, Dünger, Edelsteine, Ehe..., Gemeindegrundstücke, Edictalcitation, Eigenthum, Erbgüter, Erz, Erbunterthän..., Erbegeld, Lehnwaare, Lotterie, Getreide, Gift, Gemeinheitstheilung, Gesinde, 40. 67., Grund- und Hyp..., Gast- und Schänk..., Handel..., Handlung, Juden, Kirchenstühle, Halden, Melioration, Notare, Pfandrecht, Rittergüter, Silber, Kobalt, Pertinenzen, Stempelsteuer, Sonntags..., Steuerreste, Subhastation, Uniform, Unterthanenrecht, Veräußerung, Vormundschaft, Verletzung, Vieh, Victualien, Väter, Verzugszinsen, Vorkauf, Waaren, Wiederkauf, Wirthschaftsführung, Wucher.

Kaufbriefe. S. Halden, Grund- u. Hypothekenbuch, Kauf, Vormundschaft, 64.

Kaufbücher, s. Grund- u. Hypothekenbuch, 38.

Kaufgeld. S. Concursgläubiger, A. I., A. II., Kauf, Erbegeld, Pfandrecht, Staatsgut, Vorkauf, Wiederkauf.

Kaufladen. S. Miethe, Sonntags-F., Handverkauf.

Kaufleute. S. Handel- und Gew..., Handlung, Gendarmen, Gewerb- u. Personalsteuer, Armencasse, Concurs, Concurs-Proceß, Handelsbücher, Vormundschaft, 8. 19., Wechselcours, Wechselfähigkeit, Wucher, Firmen- u. Proc..., Süßholz, Executivproceß, Bankrott, Waarenbezeichn...

Kaufmannschaft. S. Handlung.

Kaufmannswaaren. S. Waaren, Zoll...

Kaufpreis. S. Grund- u. Hyp..., Auszug, Kauf, Lehnwaare.

Kaufprotokoll, s. Grund- u. Hypothekenbuch, 31. 38.

Kaufsaufsatz, s. Grund- u. Hyp..., Kauf.

Kaufsconfirmation. S. Kauf, Grund- u. Hyp...

Kaufschilling, Kaufsumme, s. Kaufpreis.

Kehren. S. Essen..., Feuer.

Keller. S. Fenster, Asche, Scheintod, Bergschäden, Schürfen.

Kenntlich. S. Arrest, II., Entstellen.

Kenntniß, s. Nachricht, Gegenbeweis, Eid, Gemeindeleistungen, Gesinde, Intervention, Wiedereinsetzung, Zeugen, Zweikampf, Wiederaufnahme, Anzeige.

Kennzeichen. S. Arrest, II., Reiselegitimationen, Zeichen, Persönlichkeit.

Kerker. S. Arrest, Gefängn...

Kessel. S. Bier, Dampfk...

Kesselbrauen. **1)** Das K. des Bieres zum Hausgebrauche oder Verkaufe ist untersagt. G. v. 4. Dec. 1833. §. 31. G.S. v. 1833. S. 286. **2)** Aeltre Verbote: Instr. v. 15. Febr. 1642. §. 2. C.A. T. II S. 1435., Ausschr. v. 21. Nov. 1646. ib. S. 1447., Instr. v. neml. T. u. J. §. 11. ib. S. 1452., Ausschr. v. 1. Aug. 1657. ib. S. 1478., v. 9. April 1661. ib. S. 1491., Res. gr. v. 22. Juni 1661. Just. S. §. 122. C.A. T. I. S. 255., Ausschr. v. 9. Mai 1666. C. A. T. II. S. 1505., v. 25. Febr. 1671. ib. S. 1516., Erklär. v. 20. Jan. 1703. Cap. XVII. ib. S. 1579., Gen. Conf. Acc. O. v. 31. Aug. 1707. Anmerk. Cap. I. §. 13. und Ausschr. v. 13. März 1713. §. 2. ib. S. 1927. 1621., Gen. v. 19. Febr. 1724. C. A. C. I. T. II. S. 121., Erl. v. 16. Jan. 1747. Cap. 17. ib. S. 257., Lausitzer Acc. O. v. 1707. L. C. W. T. II. S. 30., M. v. 17. Oct. 1727. Cap. 17. ib. S. 190. u. C. A. C. I. T. III. S. 269., O. A. Pat. v. 30. März 1785. §. 1. C. A. C. II. T. III. S. 680. u. L. C. W. T. IV. S. 489.

Kesselflicker. S. Kupfer.

Ketten. S. Hunde.

Kettenhund. S. Hunde.

Kiebitzeier, s. Jagd.

Kiefer. S. Holz..., Waldungen.

Kien. S. Forst...; Waldungen.

Kieritzsch. Der K.er Rübenzuckeractienverein: Decr. v. 28. Aug. 1851. G.S. S. 320.

Kies. S. Expropriation, Forstd...

Kindbett. S. Kaiserschnitt, Schwangere, Geburt, Geburtshilfe.

Kinder. **1)** K.n vor zurückgelegtem 14. Jahre kann eine gesetzwidrige Handlung nicht als Verbrechen zugerechnet werden, es ist jedoch in einem solchen Falle von dem Richter nach Befinden eine angemessene Züchtigung derselben durch die Aeltern, oder, in sofern dieses nach den Verhältnissen nicht thunlich ist, durch andere Personen, zu verfügen, auch nach den Umständen nebenbei ihre Unterbringung in eine Erziehungs- u. Besserungsanstalt einzuleiten. Str.-Gb. v. 1855. Art. 89. Letzteren Falls hat das Gericht, in sofern es selbst zugleich die Polizeibehörde ist, deshalb Bericht an die betreffende Kreisdirection zu erstatten, an Orten aber, wo besondere Polizeibehörden vorhanden sind, mit diesen sich in Vernehmung zu setzen und ihnen das weitere Verfahren zu überlassen. V. v. 31. Juli 1856. §. 84. G.S. S. 178. **2)** Vergl. wegen der Gesetzgebung im Betreff der K. noch die Art.: Adoption, Aeltern, Ausländer, Antrag, Auswanderung, Abwesende, Alter, Arme, Armenrecht, Aussetzung, Ausweisung, Auszug, Begräbniß, Begünstigung, Barbiere, Beleidigung, Beschwerdeführung, Besoldung, Brandstiftung, Besserungsanstalten, Bestechung, Bevormundete, Bevormundung, Bräunsdorf, Betrug, Betteln, Caution, Concursgläubiger, Confirmation, Decret, Dienstzwang, Dienstzeit, Ehe, Eheconsens, Ehegatten, Ehesachen, Eheverlöbniß, Erbfolge, Embryo, Enterbung, Entführung, Entlassung, Erben, Familien..., Findelkinder, Forstverbrechen, Gast- u. Sch., Geisteskranke, Geistliche, Gerichtsstand, Gesinde, Gift, Großhennersdorf, Gnadenhalbjahr, Heimath..., Hubertusburg, Jugend, Körperverletzung, Kuppelei, Kure, Landes-Heil..., Leichen, Menschenraub, Monat, Mütter, Nöthigung, Nothtaufe, Nutzungen, Partiererei, Pfandrecht, Polizei, Proselyten..., Provocationsproceß, Scheintod, Schul..., Schutz-Blattern, Reiselegitimationen, Schenkung, Testamente, Taufe, Transport, Uneheliche, Unterthanenrecht, Unselbständige, Unzucht, Väter, Verwandte, Vollmacht, Vollstreckung, Verpfleg..., Vorladung, Waldheim, Waisen, Warteschulen, Zurechnung, Zwickau, I., Züchtigung.

Kinderbewahranstalten. S. Schulunterricht, Warteschulen.

Kinderblattern. S. Blattern, Schutzblattern.

Kinderfrau, s. Hebammen.

Kinderlehrer- (Katecheten-) Schulen. **1)** Die K. sind in selbständige Schulen verwandelt worden. V. v. 9. Juni 1835. §. 3. G.S. S. 300. Die Lehrer an den ehemaligen K. werden, wo die Wahl derselben früher der Gemeinde zustand, von dem Schulvorstande ernannt. G. v. 6. Juni 1835. §. 44. G.S. S. 288. **2)** Aelt. Verf.: Bef. v. 22. Mai 1713. C.A. T.I. S. 896. 384., Res. v. 30. April 1715. ib. S. 374., Bef. v. 8. Jan. 1725. C.A. C. I. T. I. S. 213., Res. v. 1766. ad 9. ib. S. 137., Rescr. v. 22. Juli 1772. C.A. C. II. T. I. S. 65., V. v. 7. Nov. 1796. ib. S. 177., Rescr. v. 27. Febr. 1808. C.A. C. III. T. I. S. 72., Gen. v. 23. Nov. 1811. §. 10. ib. S. 83.

Kinderlos. S. Auswanderung, Erbfolge, Waisen.

Kindermord. S. Kindesmord.

Kindermutter, s. Hebammen.

Kinderpocken. S. Blattern, Schutzbl...

Kinderspielwaaren. S. Farben.

Kindertaufe. S. Taufe.

Kinderzucht. S. Aeltern.

Kindeskind. S. Erbfolge.

Kindesmord, s. Kindestödung.

Kindesnoth, s. Kindbett.

Kindespflicht. S. Enterbung, Verpflegung.

Kindestheil. S. Erbfolge.

Kindestödung. **1)** Eine Mutter, welche ihr außer der Ehe empfangenes und geborenes, und wenn sie in der Ehe lebt, ihr im Ehebruche oder vor Eingehung der Ehe mit einem Anderen als ihrem Ehemanne erzeugtes Kind während der Geburt oder in den ersten 24 Stunden nach derselben um das Leben bringt, ist mit Zuchthaus von 3 bis 8 Jahren, und wenn sie den Entschluß zur Tödung des Kindes schon vor der Entbindung gefaßt hat, mit Zuchthaus von 5 bis 15 Jahren zu belegen. Str.Gb. Art. 159. **2)** Ist jedoch mit Gewißheit oder großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß das lebend geborene Kind zur Fortsetzung seines Lebens unfähig gewesen, so sind die nach vorstehender Bestimmung verwirkten Strafen auf die Hälfte herabzusetzen. ib. **3)** S. Abtreibung, Geburt, Gesetze, Geständniß. **4)** Aeltr. Recht: Art. 126. d. Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 143., Const. 3. P. IV. v. 1572. C.A. T. I. S. 117., Dec. 78. v. 1661. ib. S. 333., M. v. 14. Oct. 1744. u. Rescr. v. 26. Oct. 1744. C.A. C. I. T. I. S. 339. 341. u. L.C.W. T. I. S. 303., Rescr. v. 18. Dec. 1744. C.A. C. I. T. I. S. 235., v. 17. Juni 1761. ib. S. 401., v. 6. Febr. 1767. ib. S. 245.

Kindheit. S. Alter, Zurechnung.

Kindtaufe. S. Taufe.

Kindtaufmahlzeit. S. Aufwand.

Kipperei. S. Betrug.

Kirchberg. **1)** Die Sparcasse. Decr. v. 27. Sept. 1858. G.S. S. 264. Regulativauszug. ib. **2)** S. Wanderjahre.

Kirche. S. Religion.

Kirchen. **1)** Wider K. läuft die Verjährung 40 Jahre; sie genießen auch noch innerhalb 4 Jahren und aus einer rechtmäßig begründeten Ursache auch nach 4 Jahren die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. Const. 5. P. II. v. 1572. C.A. T.I. S. 85. **2)** Vermächtnisse und Schenkungen an K. und zu kirchlichen Zwecken sind von dem Erbschaftsstempel befreit, Rescr. v. 15. April 1830. G.S. S. 41. 42. **3)** Der König übt die Staatsgewalt über die K. (jus circa sacra), die Aufsicht und das Schutzrecht über dieselben nach den diesfallsigen gesetzlichen Bestimmungen, demnach in der Oberlausitz nach dem Traditionsrecesse v. 30. Mai 1635. C.A. T. III. S. 181. u. L.C.W. T.II. S. 1408., sowohl dem Traditionsabschiede v. 24. April 1636. C.A. T. III. S. 187., aus, und es sind daher namentlich auch die geistlichen Behörden aller Confessionen der Oberaufsicht des Ministeriums des Cultus untergeordnet. Die Anordnungen in Betreff der inneren kirchlichen Angelegenheiten bleiben der besonderen Kirchenverfassung einer jeden Confession überlassen. Insbesondere wird die Landesherrliche Kirchengewalt (jus episcopale) über die evangelischen Glaubensgenossen, so lange der König einer anderen Confession zugethan ist, von den evangel. Staatsministern in der früheren Maße ausgeübt. §. 57. der V.U. v. 4. Sept. 1831. G.S. S. 252. u. Laus. Vertrag v. 17. Nov. 1834. §. 9. G.S. S. 485. — S. auch: Staatsminister. **4)** Beschwerden über Mißbrauch der kirch-

lichen Gewalt können auch bis zu der obersten weltlichen Staatsbehörde gebracht werden. §. 58. ib. **5)** Die K. und Schulen und deren Diener sind in ihren bürgerlichen Beziehungen und Handlungen den Gesetzen des Staates unterworfen. §. 59. ib. G.S. v. 1831. S. 253. **6)** Zu Erbauung neuer K. und Kapellen, wo vorher noch keine gewesen, ist die Genehmigung des Cultus-Ministerii einzuholen, Anordn. v. 20. Juni 1835., Cod. des S. K.R. S. 398. sub c. **7)** K., Schulen und milde Stiftungen und die Diener der ersteren sollen sich hinsichtlich der Forderungen, welche ihnen wegen ihrer Lehen, Besoldungen, Einkommen rc. zustehen, zuvörderst an die weltliche Obrigkeit, und bei Justizverweigerung an die vorgesetzte geistliche Behörde zur Verwendung durch Communication mit der Civilinstanz wenden. Rescr. v. 24. Aug. 1801. C.A. C. III. T. I. S. 104. **8)** Die auf K.-, Schul-, und Stiftungsangelegenheiten der Landesmitleidenheit der Oberlausitz sich beziehenden Gesetze, Acten rc. waren in den Collaturarchiven, nicht bei den Justitiarien aufzubewahren, V. v. 20. Dec. 1822. G.S. v. 1823. S. 2. **9)** Ueber die Verhältnisse der K. und Schulen in den getheilten Landesdistricten vergl. die Hauptconv. v. 28. Aug. 1819. Art. II. §. 8. G.S. S. 246. **10)** Die Etats der K. und Schulen stehen unter dem Cultus-Ministerio, V. v. 7. Nov. 1831. §. 4. E. G.S. S. 328. Ueber die erfolgte Aufstellung solcher Etats für die Kirchenärarien vergl. die V. des Cult.Minist. v. 15. Febr. 1834. Cod. d. S. K.R. S. 212. Anm. B. **11)** Die Einweihung der K. haben die Superintendenten ex officio zu besorgen, V. v. 10. Jan. 1839. unter 6. G.S. S. 16. **12)** K. dürfen nicht zur Abhaltung polit. Versammlungen gebraucht werden. V. v. 15. Nov. 1848. G.S. S. 257. **13)** Die ihnen gehörigen Staatspapiere zu verwahren hat sich das Cultus-Min. bereit erklärt durch Bek. v. 19. Jan. 1850. G.S. S. 11. **14)** Ueber die Verhältnisse der K. vergl. noch die Art.: Ablösung, Actor, Aemter, Almosen, Amtshauptleute, Anlagen, Becken, Begräbniß, Beschädigung, Betstübchen, Blasen, Brandversicherungs-S., Bücher, Caution, Collecten, Cultusministerium, Decret, Concursgläubiger, Diebstahl, Emporkirchen, Erbschaft, Fastengebet, Filiale, Gemeindeleistungen, Gemeinheitstheilung, Geistliche, Gerichtsstand, Gesetze, Gottesdienst, Inspection, Kostenfreiheit, Leichen, Patronatrecht, Oberlausitz, I. 5., Pfandrecht, Predigt, Schenkung, Schmähung, Stadtverordnete, Stempelfreiheit, Steuerfreiheit, Stiftungen, Testamente, Vermächtniß, Verwaltungsbehörden, Visitationen, Wiedereinsetzung, Zeugnisse.

Kirchenämter. **1)** Bei Gründung neuer K. ist die Entschließung des Cultus-Ministerii einzuholen, Anordn. v. 20. Juni 1835. Cod. d. S. K.R. S. 398. not. 12. sub 9., und bei Errichtung neuer K. Privatpatronats die der Gutsherren, Bek. v. 26. April 1838. Anh. sub ☉ §. 11. unt. 4. G.S. S. 371. **2)** S. Dienstanstellung, Patronatrecht, Aemter, B. C., Geistliche.

Kirchen-Aerarien. **1)** Kirchenärar, oder Kirchenvermögen im engeren Sinne, ist Alles, was einer Kirche an baarem Gelde, Capitalien und Geldeinkünften zusteht. Lauf. Regul. v. 11. Aug. 1813. §. 2. L.C.W. T. VI. S. 273. Hierzu s. den Art.: Kirchenvermögen. **2)** Die Bemühungen der Ephoren wegen der K. sind durch ihr Fixum remunerirt, V. v. 10. Jan. 1839. G.S. S. 16. **3)** In den Erblanden und der Lausitz sind die Kirchenbücher und Kirchensiegel aus den K. anzuschaffen, Anweisung v. 18. Febr. 1799. §. 5. 10. C.A. C. II. T. I. S. 227. u. L.C.W. T. VI. S. 217. f., V. v. 19. Nov. 1835. Cod. d. S. K.R. S. 402. not. 22a.; ferner in den Erblanden ein Theil der Anstellungskosten bei Besetzung des Pfarramts, §. 3. des Regul. v. 18. Febr. 1799. C.A. C. II. T. I. S. 223.; desgl. in beiden Landestheilen der Aufwand bei der Probe und den Kirchrechnungsmahlzeiten, §. 13. des ang. Regul. v. 1799. a. a. O., Gen. v. 26. März 1810. §. 6. C.A. C. III. T. I. S. 109., Lauf. Regul. v. 1813. §. 106. f. L.C.W. T. VI. S.

284., jedoch sind die Mahlzeiten bei Proben und Investituren auf Kosten der Aerarien oder Parochianen neuerdings ganz untersagt worden in der V. v. 7. Juni 1833. §. 8. 13. G.S. S. 55. f. u. v. 11. Juli 1834. §. 8. G.S. S. 169.; desgl. der Aufwand für die Confirmationsscheine, V. v. 9. Juni 1835. §. 88. G. S. S. 320.; desgl. in den Erblanden der für die Missivbotenlöhne, V. v. 10. Jan. 1839. G.S. S. 18.; in beiden Landestheilen der für das Perikopenbuch, V. v. 13. Sept. 1842. G. S. S. 110. Eben so sind die Brandversicherungsbeiträge von geistl. Gebäuden aus den K., und in subsidium von den Eingepfarrten aufzubringen, Gen. v. 23. April 1813. §. 1. C. A. C. III. T. I. S. 273., Rescr. v. 14. Sept. 1822. G.S. S. 441., G. v. 8. März 1838. §. 1. f. G.S. S. 266.; wie denn auch zu Anschaffung von Feuerspritzen ein Beitrag daraus bewilligt wird, D.F.O. v. 1775. u. 1777. Cap. II. §. 4. C.A. C. II. T. I. S. 723., C.A. C. II. T. III. S. 124. u. L.C.W. T. III. S. 351. In Bezug auf die Lausitz vergl. man noch das Regul. v. 11. Aug. 1813. §. 72. f. L.C.W. T. VI. S. 280. **4)** Für die Ausleihungen aus den Laus. K. auf Grundstücke giebt die V. v. 30. Juni 1836. G.S. S. 179. besondere Anweisung. Im Allgemeinen vergl. den Art.: Ausleihung. **5)** S. Anzeigen, Armencasse, Besoldung, Ephoralwagen, Caution, Feuer, Geistliche, Klingelbeutel, Kirchenstühle, Kirchen- und Schulgemeinden, Taufe.

Kirchenagende. **1)** Die K. soll streng befolgt und keinem Kirchendiener gestattet werden, derselben zuwider Neuerungen einzuführen. Gen. Art. 9. C. A. T. I. S. 676. **2)** Die Lausitzische K. ist in die Wendische Sprache übersetzt, O.A.Pat. v. 12. Oct. 1696. C.A. T. III. S. 15. u. L.C.W. T. II. S. 1158. **3)** Die neueste K. enthält das Sächs. Kirchenbuch (s. d.). Die älteren Agenden v. 1540. u. 1580. s. im C.A. T. I. S. 440. 484.

Kirchenanlage. S. Anlagen.

Kirchenbann. S. Kirchenbuße.

Kirchenbezirk. S. Anlagen, Kirchen- u. Schulgemeinden, Katholiken.

Kirchenbücher. **1)** Die öffentlichen K. werden in bestimmter Form und nach Vorschriften, welche auch für die katholischen u. reformirten K. gelten, geführt. Gen. v. 18. Febr. 1799. C.A. C. II. T. I. S. 227., O.A.Pat. v. 7. Dec. 1799. C.A. C. II. T. III. S. 25. u. L.C.W. T. VI. S. 216., Regul. v. 7. Aug. 1818. §. 16. G.S. S. 64., M. v. 19. Febr. 1827. §. 64. G.S. S. 26., V. v. 21. Nov. 1840. G.S. S. 361., V. v. 30. Mai 1844. G.S. S. 190. Neben dem eigentlichen Kirchenbuche wird noch das Duplicat, d. h. eine controlirte genaue Abschrift des ersteren geführt, jedes, wo möglich, von einem besonderen Kirchendiener. Ang. V. v. 21. Nov. 1840. §§. 1. 4. l. c. Wegen der Ausnahmen vergl. §. 2. ib. u. über die Gebühren für die Einträge §. 3. ib. Führt der Küster das Kirchenbuch, so kann ihm gestattet werden, es bei sich zu verwahren, §. 5. ib. [Aeltere Verf.: Gen. Art. v. 1557. Tit. v. d. Pfarrherren C.A. T. I. S. 449., Rescr. v. 15. Aug. 1800. C.A. C. II. T. I. S. 235.] **2)** Die, welchen die Führung der K. obliegt, haben bei dem Eintragen der Namen und Nachrichten die möglichste Genauigkeit anzuwenden, damit sich darin namentlich auch über die Heimathsangehörigkeitsverhältnisse der, zur Taufe zu bringenden, Kinder überhaupt, sowie insonderheit der während eines zufälligen Aufenthalts der Mutter am Geburtsorte des Kindes Geborenen sogleich zuverlässiger und erschöpfender Nachweis finden lasse. §. 1. d. V. v. 2. Jan. 1835. G.S. S. 5. **3)** In Fällen, wo die Heimathsangehörigkeit zweifelhaft oder sonst polizeiliche Erörterung nöthig ist, hat der mit Führung des Kirchenbuchs Beauftragte der betreffenden Obrigkeit sofort Anzeige zu machen, auch daß dies geschehen, im Kirchenbuche ausdrücklich zu bemerken, und ebenso nachher das, von der Obrigkeit mitzutheilende, Resultat der angestellten Erörterungen nachzutragen. §. 2. ib. **4)** Ueber festgestellte streitige Heimathsverhältnisse bei Geburten nach §. 10. d. Heimathsgesetzes hat die Obrigkeit den betreffenden Geistlichen zur Eintragung ins Kirchenbuch Nachricht zu geben. §. 8. d. V. v. 26. Nov.

1834. G.S. S. 458. **5)** Den Kircheninspectionen u. Collatoren sind die K. auf Verlangen zu jeder Zeit zur Einsicht und Revision vorzulegen. Ang. Best. v. 1799. §. 2. a. a. O., §. 3. d. ang. V. §. 1835., §. 7. d. V. 26. Nov. 1834. G.S. S. 457. Anderen Obrigkeiten der Parochie ist zwar, auf ihr vorgängiges Ersuchen, diese Einsicht zu ihrer Notiz ebenfalls nicht zu verweigern; allein Nachträge und Aenderungen im Kirchenbuche können, außer den, §. 2. cit. der V. v. 2. Jan. 1835. vorausgesetzten, Fällen, nur mit Genehmigung der Kircheninspection oder der sonst zunächst vorgesetzten geistlichen Behörde vorgenommen werden, und sind daher alle diesfallsige Anträge an diese zu richten. §. 3. d. ang V. v. 1835., §. 7. d. V. v. 26. Nov. 1834. G.S. S. 457. **6)** Wer den Eintrag in das Kirchenbuch besorgt hat, bleibt für seine Angaben verantwortlich und soll, vorbehältlich der daraus etwa herzuleitenden Civilansprüche, für jede wissentlich aufgenommene unrichtige oder unvollständige Angabe nach Umständen mit Ordnungsstrafen bis auf 10 Thlr. belegt werden. §. 4. d. V. v. 2. Jan. 1835. G.S. S. 5. **7)** Als Vater eines unehelichen Kindes wird der ins Kirchenbuch eingeschrieben, den die Mutter benannt hat, Anweis. für die Pfarrer ꝛc. v. 18. Febr. 1799. §. 12. f., L.C.W. T. VI. S. 218. und C.A. C.II. T.I. S. 229., Rescr. v. 16. April 1662. C.A. T.I. S. 861. Auf Recurse dagegen ist allemal Bericht zu erstatten, übrigens sowohl die Berufung als die erfolgende Resolution im Kirchenbuche mit anzumerken, Rescr. v. 12. Jan. 1800. Cod. d. S. K.R. S. 188. Dabei können Ephoralgebühren liquidirt werden, V. v. 10. Jan. 1839. G.S. S. 16. **8)** In die evangel. K. ist auch das Ableben kathol. Glaubensgenossen, welche in eine andere Parochie abgeführt werden, gegen die Gebühr einzutragen, V. v. 31. Mai 1837. §. 4. G.S. S. 70. **9)** Der Ansatz von Ephoralgebühren ist statthaft, wenn auf Abänderungen im Kirchenbuche angetragen, oder dem Eintrage widersprochen wird, V. v. 10. Jan. 1859. G.S. S. 16. **10)** S. Begräbniß, Geburt, Aufgebot, Findelkinder, Geistliche, Heimaths..., Zeugnisse, Taufe.

Kirchenbuch. **1)** Die Einführung des 1. Theils des Sächs. Kirchenbuchs für den evangelischen Gottesdienst erfolgte mittelst Rescr. v. 21. Febr. 1812. C.A. C. III. T.I. S. 84., die des 2. Theils durch das Rescr. v. 11. Nov. 1812. ib. S. 85., in der Lausitz mittelst O.A.Pat. v. 1. Mai u. 8. Dec. 1812. L.C.W. T. VI. S. 198. 199. **2)** Den Gebrauch der Gebete und Formularien darin betrifft d. Rescr. v. 2. Dec. 1812. C.A. C.III. T.I. S. 86. An die Stelle der Evangelien u. Episteln im 1sten Theile ist das neue Perikopenbuch getreten. V. v. 13. Sept. 1842. G.S. S. 110. **3)** S. Geistliche.

Kirchenbuße. **1)** Die K. (der Kirchenbann) ist nach allen Graden abgeschafft, und es sollen die Geistlichen keine Kirchencensur, und was eine öffentliche in der Kirche zu vollstreckende Strafe in sich begreift, vorkehren, ebensowenig deswegen mittelst Berichts bei der geistl. Oberbehörde anfragen. Laus. Rescr. v. 31. Dec. 1755. L.C.W. T. III. S. 874., Gen. v. 14. Jan. 1756. C.A. C. I. T. I. S. 239. Jedoch ist die Geistlichkeit jeden Orts befugt, bei denjenigen, welche sich wider das sechste Gebot vergehen, gleichwie bei anderen öffentlichen Verbrechern, mit Beobachtung der Schranken ihres Amts, eine zu jener Besserung abzielende Privat-Admonition anzuwenden, a. a. O. **2)** Die letztere war schon früher, neben der Kirchenbuße, gegen (sogenannte ausfällige) Verlobte gestattet, welche sich als Junggesellen und Jungfrauen aufbieten lassen, auch bei der Trauung Kränze tragen, in der Folge aber eines vorher mit einander begangenen Fehltritts überführt werden. (Kirchenfalsum.) Rescr. v. 19. Juni 1812. C.A. C. III. T. I. S. 180. Daneben soll auch jeder solcher Verlobten auf Bericht an die vorgesetzte geistliche Behörde Einen Thlr. — zur Kirche, in der die Trauung vollzogen worden, zu erlegen schuldig sein, doch nicht sowohl als Strafe, sondern weil Personen, welche sich so vergessen haben, und gleichwohl der zur

Auszeichnung für reine Sitten eingeführten Vorzüge sich anmaßen, dadurch ein zur Herabsetzung der Sittlichkeit gereichendes Aergerniß geben. Armen wird auf Zeugniß des Superintendenten die Zahlung erlassen, weil es dabei mehr auf Belehrung und Befestigung guter Sitten abgesehen ist. Auch ist jede Kostenhäufung und insbesondere die Erhebung sogenannter Admonitionsgebühren untersagt. Ang. Rescr. v. 1812., V. v. 2. Nov. 1839. Cod. d. S. K. R. S. 220. not.***. Der Geistliche hat über solche Fälle Acten zu halten. V. v. 21. Febr. 1843. §. 3. G. S. S. 6. Wegen der Oberlausitz vergl. d. V. v. 14. Jan. 1853. G. S. S. 7. **3)** [Aeltr. Best.: L. O. v. 1543. Tit. v. d. Bann, C. A. T. I. S. 13., Gen. Art. v. 1580. 10. u. 11. ib. S. 677., Rescr. v. 15. Aug. 1607. ib. S. 847., Syn. Decr. v. 1624. §. Und nachdem wir rc. ib. S. 791., Rescr. v. 9. Jan. 1624. ib. S. 783., Res. gr. v. 1661. Conf. S. §. 6. u. 20. ib. S. 200. f., Rev. Syn. Decr. v. 1673. §. 46. ib. S. 833., Rescr. v. 19. Febr. 1709. C. A. T. I. S. 881.]

Kirchencensur. S. Kirchenbuße, Admonition.

Kirchencollecte, s. Collecte.

Kirchencymbel. S. Klingelbeutel.

Kirchendeputatholz, s. Geistliche, Holzdeputat.

Kirchendiebstahl. S. Diebstahl.

Kirchendiener. S. Geistliche, Schullehrer, Censur, Disciplin.

Kirchendisciplin. S. Disciplin.

Kirchenfalsum. S. Kirchenbuße.

Kirchengebet. **1)** Niemand soll, ohne besondere Noth, aus der Kirche gehen, bis die Predigt vollendet, und das Gebet gesprochen worden ist. Gen. Art. 17. v. 1580. C. A. T. I. S. 691. S. Sonntags... **2)** Das K. soll sowohl nach den Predigten, als in den Betstunden, langsam, deutlich, andächtig und so, daß es die Zuhörer wohl verstehen und nachsprechen können, abgelesen werden. Bef. v. 13. Sept. 1734. C. A. C. I. T. I. S. 227. **3)** In dem K. wird unter anderen auch für das Bergwerk gebetet, Bergdecr. v. 17. Febr. 1629. C. A. T. II. S. 307., **4)** ebenso für die Kirchenpatrone und Collatoren, Rescr. v. 22. Oct. 1630. C. A. T. I. S. 853., auch nach abgetretener Gerichtsbarkeit, Bef. v. 26. April 1838. Beil. ⊙ §. 11. unter 3. G. S. S. 371. Es sind jedoch in dem Gebete und den Vorbitten für die Kirchenpatrone, einschließlich der Stadträthe, alle unnöthige Titulaturen (Hochgeboren, Hochwohlgeboren, unsere gnädigen Herren oder Frauen u. d. m.) wegzulassen, auch wird der Verwandten der Patrone und Gerichtsherren nur mit einer Collectivbezeichnung gedacht. Bef. v. 16. Mai 1710. u. 15. Sept. 1710. C. A. T. I. S. 885., O. A. Pat. v. 8. Oct. 1711. L. C. W. T. II. S. 1224. u. C. A. T. III. S. 19., O. A. Pat. v. 27. Jan. 1730. §. 1. C. A. C. I. T. III. S. 49. **5)** Das K. ist nach den Formularen im neuen Kirchenbuche (s. Kirchenbuch) zu halten. Rescr. v. 2. Dec. 1812. C. A. C. III. T. I. S. 86. **6)** S. Verwandte.

Kirchengebräuche. **1)** Die K. müssen nach der Kirchenagende gehalten, und neue dürfen eigenmächtig nicht eingeführt werden. Gen. Art. 9. v. 1580. Syn. Decr. v. 1624. §. Betreffend andere K. rc., Rev. Syn. Decr. v. 1673. §. 45. C. A. T. I. S. 676. 791. 833. **2)** Bei Aenderung der K. ist das evang. Landes-Consistorium zu hören, V. v. 10. April 1835. §. 13. G. S. S. 243. f., wie denn neue auch nicht ohne Genehmigung des Cultus-Ministerii einzuführen sind. Anordn. v. 20. Juni 1835. Cod. d. S. K. R. S. 398. not. 12. sub f. **3)** S. Gottesdienst, Religion, Schmähung.

Kirchengemeinden. S. Kirchen- und Schulgemeinden.

Kirchengesang. S. Gesang.

Kirchengesetze. **1)** Ueber die Abweichungen von den evangel. K. haben die in Evang. beauftragten Staatsminister Beschluß zu fassen. Regul. v. 12. Nov. 1837. G. S. S. 104. **2)** Die in den verschiedenen Zweigen der Kirchenverwaltung durch Gesetze, Verordnungen oder Instructionen angedrohten Ordnungs- u. Zwangsstrafen bestehen neben dem Strafgesetzbuche in Kraft. S. den Art.: Strafgesetzbuch und vorher die V. v. 30. März 1838. §. II. G. S. S. 111. **3)** Bei Ausübung des Patronatrechts über protestantische Kirchen und Schulen haben sich katholische Patrone nach den protest. K.n

zu richten; Abweichungen sollen die Ephoren anzeigen. Rescr. v. 28. Juli 1807. C. A C. III. T. I. S. 141. **4)** S. Dispensation, Patronatrecht, Recht.

Kirchengewalt. S. Kirchen, Cultusministerium, Kreisdirectionen, Disciplin, Patronatrecht.

Kirchengüter. S. Kirchenvermögen, Kathol...

Kirchenholz. S. Blößen, Geistliche, Holz...

Kircheninspection. S. Inspection.

Kirchen-Inventarium. S. Geistliche, Kirchväter, Kirchenvermögen.

Kirchenkasten. 1) Wo ein eiserner oder sonst völlig sicherer K. oder ein ähnliches festes Behältniß nicht vorhanden ist, soll dafür gesorgt werden; es müssen daran 3 verschiedene Schlösser sein, deren Schlüssel der Pfarrer und die beiden Kirchväter, oder statt eines der letzteren der Kirchenpatron führen. Ohne Aller Beisein darf nichts herausgenommen oder hineingelegt werden. K.O. v. 1580. Vom K. C.A. T. I. S. 656., 35. Gen.Art. v. 1580. ib. S. 703., Rescr. v. 19. Nov. 1727. C.A. C.I. T.I. S. 217., Gen.V. v. 30. Sept. 1729. ib. S. 221., Laus. Regul. v. 11. Aug. 1813. §. 19. f. L.C.W. T. VI. S. 274., V. v. 20. Dec. 1822. G.S. v. 1823. S. 2., §. 12. der V. v. 14. Mai 1830. G.S. S. 57., V. v. 13. Febr. 1845. §. 2. G.S. S. 36. Dieser Kasten muß in der Kirche, oder der Pfarrwohnung, oder beim Schulmeister, oder bei einem von den Kirchvätern, oder an einem sicheren Orte im Herrnhause, oder im Depositallocale der weltlichen Inspection, überhaupt möglichst sicher verwahrt werden. Ang. Gen.V. v. 1729., ang. V. v. 1845. §. 2. **2)** Auf den K. sollen die Kirchen- und Schulräthe, Superintendenten, Pfarrer und Obrigkeiten fleißige Aufsicht halten. Gen.Art. 34. u. 35. v. 1580. C.A. T. I. S. 703., ang. V. v. 1845. §. 6. G.S. S. 37. **3)** Die Documente über Kirchencapitalien, Stiftungsurkunden &c. und die baaren Gelder sind im K. aufzubewahren. 35. Gen.Art. v. 1580. C.A. T. I. S. 703., Syn.Decr. v. 1624. §. Und befehlen daneben &c. ib. S. 797., Rev. Syn.Decr. v. 1673. §. 84. ib. S. 838., Gen.V. v. 30. Sept. 1729. C.A. C. I. T. I. S. 221., ang. Laus. Regul. v. 1813. §. 19., V. v. 20. Dec. 1822. a. a. O., v. 14. Mai 1830. §. 12. a. a. O., v. 13. Febr. 1845. §. 2. G.S. S. 36., §§. 3. 8. ib.

Kirchenlehen. S. Kirchen.

Kirchenmatrikeln. 1) Ueber die Art, wie die K. zu entwerfen, zu confirmiren und aufzubewahren sind, vergl. die Resol. auf das Grav. 12. v. 9. Dec. 1775. C.A. C. II. T. I. S. 15. **2)** Neue Kirchen- und Schulmatrikeln bedürfen der Bestätigung des Cultus-Ministerii. Anordn. v. 20. Juni 1835. Cod. d. S.K.R. S. 398. not. 12. **3)** Vollständige K. sind bei den evangelischen Stadt- u. Land-Parochieen der Oberlausitz durch die V. v. 28. April 1826. G.S. S. 141. eingeführt worden. **4)** S. Geistliche, Besoldung.

Kirchenmusik. 1) Die K. wird bei der Landestrauer und zwar beim Tode des Königs 3 Wochen, außerdem 1 Woche lang eingestellt, M. v. 16. April 1831. G.S. S. 91., nicht aber in der Geschlossenen Zeit, V. v. 21. Oct. 1843. G.S. S. 175., auch nicht beim Ableben der Gerichtsobrigkeiten des Orts, wo die Kirche ist, M. v. 16. April 1831. G.S. S. 91., V. v. 16. Aug. 1832. Cod. d. S.K.R. S. 324. not. ****. **2)** S. Kirchentrauer.

Kirchenordnung. Die älteste K.O. enthalten die Gen. Art. v. 8. Mai 1557. C.A. T. I. S. 435. Darauf folgt die v. 1. Jan. 1580., welche durch das Syn.Decr. v. 6. Aug. 1624. und das Rev. Syn.Decr. v. 15. Sept. 1673. ergänzt wird. ib. S. 475. ff. 785. ff. u. 825. ff.

Kirchenrath. 1) Der ehemalige K. ist im Jahre 1831. aufgehoben worden, indem seine Geschäfte theils auf das neuerrichtete Cultus-Ministerium, theils auf das damalige Oberconsistorium übergingen. V. v. 7. Nov. 1831. §. 4. E. u. §. 9. G.S. S. 328. 334. **2)** Zur Geschichte des K. vergl. auch: Besch. v. 13. Mai 1661. C.A. T. I. S. 1005., Rescr. v. 11. Nov. 1701. ib. S. 1007., v. 20. März 1702. ib., Rescr. v. 21. März 1702. u. 23.

März 1706. C.A. T. I. S. 871., M. v. 18. Dec. 1773. C.A. C. II. T. I. S. 39. u. L.C.W. T. III. S. 634., Rescr. v. 31. Mai 1782. C.A. C. II. T. I. S. 273., Tax-O. v. 1783. ib. S. 279., Rescr. v. 21. Nov. 1785. ib. S. 313., v. 16. Aug. 1786. ib. S. 296., Puncte rc. v. 15. Mai 1797. ib. S. 303., Rescr. v. 24. Aug. 1801. C.A. C. III. T. I. S. 104., V. v. 9. Febr. 1815. ib. S. 154., M. v. 13. März 1822. §. 37. G.S. S. 217., Bek. v. 14. Sept. 1829. G.S. S. 167., Tax-O. v. 1830. G.S. S. 71. **3)** S. Cultusministerium.

Kirchenraub. Was nach früherem Rechte unter den Begriff des K. fiel, vergl. das M. v. 17. Febr. 1736. L.C.W. T. I. S. 276. u. C.A. C. I. T. I. S. 639., Rescr. v. 6. Sept. 1768. C.A. C. II. T. I. S. 327., v. 26. April 1773. ib. S. 335., fernerw. Instr. v. 1783. §. 1. ib. S. 465., wurde seit dem Cr.Gb. v. 1838. (Art. 227.) G.S. S. 167. als ausgezeichneter Diebstahl gestraft. Vergl. wegen der Gegenwart den Artikel: Diebstahl, III.

Kirchenrechnung, s. Kirchrechnung.

Kirchenrecht. S. Recht, Kirchengesetze.

Kirchensachen. S. Kostenfreiheit, Stempelfreiheit, Amtshauptleute.

Kirchensiegel, s. Kirchen-Aerarien, Zeugnisse.

Kirchensitz, Kirchenstände. S. Kirchenstühle.

Kirchenstrafe. S. Kirchenbuße.

Kirchenstühle. 1) Das Einkommen von verlösten K. gehört der Regel nach der Kirche. M. v. 11. April 1772. Cap. I. §. 4. C.A. C. II. T. I. S. 641. **2)** Wegen Verleihung von K. können Ephoralgebühren liquidirt werden. V. v. 10. Jan. 1839. G.S. S. 17. **3)** Die K. sind so zu bauen, daß dadurch Niemand am Anhören des Pfarrers gehindert werde. Es wird aber kein Stand oder Stuhl, er sei Manns- oder Weiberstuhl, erblich, sondern nur auf die Lebenszeit des Besitzers vergeben. Gen.Art. 36. v. 1580. C.A. T. I. S. 707. **4)** Vor Erlegung der Gebühren soll ein K. nicht betreten werden. Gen.V. v. 30. Sept. 1729. C.A. C. I. T. I. S. 223. **5)** Niemand ist berechtigt, K. zu verkaufen, ang. Gen.Art. 36., oder durch Testament und andere letztwillige Verfügung zu vermachen, Rescr. v. 22. März 1706. C.A. T. I. S. 877., sondern sie fallen beim Ableben des Besitzers der Kirche anheim. Gen.Art. 36. l. c. **6)** Doch haben die nächsten Verwandten einen Anspruch, sie vor Anderen lösen zu dürfen, Rescr. v. 20. Jan. 1633. C.A. T. I. S. 855., Rescr. v. 19. Juli 1686. ib. S. 867.; sie müssen sich aber innerhalb 4 Wochen dazu melden, Syn.Decr. v. 15. Sept. 1673. §. 85. ib. S. 838., und ang. Rescr. v. 1686. Wenn aber Anverwandte nicht vorhanden, oder zur Lösung nicht geneigt sind, so werden solche K. Anderen angewiesen. Ang. Gen.Art. 36. **7)** Das Geld dafür wird dem Gotteskasten überlassen, Gen.Art. 34. v. 1580. C.A. T. I. S. 704., oder nach dem M. v. 5. April 1729. Cap. I. §. 4. C.A. C. I. T. I. S. 541., Laus. M. v. 10. Febr. 1731. Cap. I. §. 4. L.C.W. T. I. S. 893., zum Kirchenbau und zur Versorgung einheimischer Armen verwendet. **8)** Beim Wegzuge der Besitzer von K. werden diese erledigt, sofern jene nicht darum nachgesucht haben, ihnen die K. auf gewisse Frist zu reserviren; die erledigten K. sind gleichfalls entweder binnen 4 Wochen, bei Verlust, von den nächsten Verwandten zu lösen, oder an Fremde zu überlassen. Rescr. v. 19. Juli 1686. C.A. T. I. S. 867. Es ist aber dies alles nur von Privatstühlen und nicht von Amtsstühlen zu verstehen. Gen.Art. 36. cit. **9)** Wie es mit der Austhuung der K. in der Lausitz gehalten wird, giebt das Regul. v. 13. Aug. 1811. §§. 49. 51. L.C.W. T. VI. S. 278. Ueber die Verleihung der K. sind Acten und gehörige Kirchenstuhlregister zu halten. §. 51. cit. u. V. v. 21. Febr. 1843. §. 3. G.S. S. 7. **10)** Dem Militair sind K. anzuweisen, Ordonn. v. 19. Juli 1828. 1. Th. §. 81., 2. Th. §. 24. G.S. S. 91. 173. **11)** S. Betstübchen.

Kirchentrauer. 1) Die Ausschlagung der Canzeln, Altäre, Orgeln, Betstübchen und Emporkirchen mit schwarzem Tuche bei der K. ist gänzlich untersagt. M. v.

29. Juli 1739. §. 5. C.A. C.I. T.I. S.658. u. L.C.W. T.I. S. 461., M. v. 7. März 1750. §. 6. C.A. C.I. T.I. S. 756. u. L.C.W. T.I. S. 476., V. v. 28. Jan. 1832. Cod. d. S.K.R. S. 323. not. ****. **2)** K. findet Statt in und mit der Landestrauer. M. v. 16. April 1831. I. G.S. S. 91. **3)** Blos für die verstorbenen Kirchenpatrone und ihre Ehefrauen, und die Gerichtsherren des Orts, wo die Kirche ist, und deren Ehefrauen findet ein 8tägiges Trauerlauten, jedoch ohne Einstellung des Orgelspiels und der Musik, Statt. M. v. 16. April 1831. unter II. 8. G.S. S. 91., V. v. 28. Jan. 1832. G.S. S. 17., u. Cod. S.K.R. S. 323.; für andere Familienglieder der Patrone und Gerichtsherren des Kirchorts findet keine K. Statt. V. v. 15. März 1832. u. 16. Aug. 1832. Cod. d. S.K.R. S. 323. 324. **4)** Aeltre Best.: Rescr. v. 2. Aug. 1709. C.A. T.I. S. 883., Gen.V. v. 12. Mai 1713. ib. S. 893., M. v. 29. Juli 1739. C.A. C.I. T.I. S. 657., M. v. 7. März 1750. ib. S. 753. **5)** S. Canzel, Orgelspiel, Kirchenmusik.

Kirchen- u. Schulanlagen. S. Anlagen.

Kirchen- u. Schulbedürfnisse. S. Anlagen, Kirchen- u. Schulgemeinden.

Kirchen- u. Schulcommission. Die Errichtung der Oberlausitzer K. erfolgte durch das M. v. 12. März 1821. G.S. S. 20.

Kirchen- u. Schuldeputation. 1) Diejenige Abtheilung jeder Kreisdirection, welcher die früher den Consistorien zuständig gewesene Verwaltung der geistlichen und Schulangelegenheiten übertragen ist, führt den Namen K., über welche man die V. v. 6. April 1835. §. 13. G.S. S. 240., und die V. v. 10. April 1835. G.S. S. 243. zu vergleichen hat. **2)** Ueber den Wirkungskreis der geistlichen Mitglieder der K., der Kirchen- und Schul-Räthe, s. im Allgemeinen die V. v. 6. April 1835. §. 14. G.S. S. 241., die V. v. 10. April 1835. §. 3. f. ib. S. 244. Ihre Stellvertreter sind die geistlichen Beisitzer, ib. §. 7. u. V. v. 20. Juni 1835. Cod. d. S.K.R. S. 397. not. 7. a. **3)** Die Ernennung der geistlichen Räthe und Beisitzer erfolgt von den in Evang. beauftragten Staats-Ministern, §. 8. d. V. v. 10. April 1835. G.S. S. 245., Regul. v. 12. Nov. 1837. sub n. G.S. S. 105. **4)** Wegen der Theilnahme der geistlichen Räthe an den Schulamtscandidatenprüfungen s. die V. v. 9. Juni 1835. §. 114. G.S. S. 329., Regul. v. 13. Juli 1835. §. 2. ib. S. 395. **5)** S. Kirchen- u. Schulrath.

Kirchen- u. Schuldiener. S. Geistliche, Lehrer, Besoldung, Aemter, Verjährung.

Kirchen- u. Schulgemeinden. 1) Die Eingepfarrten sind ihren Seelsorgern Ehrerbietung schuldig, Gen.Art. 17. v. 1580. C.A. T.I. S. 690., Syn.Decr. v. 1673. §. 57. ib. S. 834. **2)** Sie sollen ihren Seelsorgern die Besoldung zu bestimmter Zeit, ohne Abbruch, geben. Gen.-Art. 20. v. 1580. C.A. T.I. S. 694., Rev. Syn.Decr. v. 1673. §. 58. ib. S. 834. Besonders sollen sich die Pfarrkinder bei Taufen, Beichten, Communionen, Aufgeboten, Hochzeiten, Begräbnissen mildreich erweisen. Ang. Syn.Decr. §. 68. C.A. T.I. S. 836. Auch sollen die eingepfarrten Pferdner schuldig sein, auf Begehren des Pfarrers wie des Custos, die Aecker derselben um einen billigen Lohn, nach des Gerichtsherrn und Collators, ingleichen des Superintendenten Ermessen, zu bestellen. §. 69. d. ang. Rev. Syn.Decr. l.c. **3)** Die Kirchen und Gotteshäuser sollen sie nicht eingehen lassen, sondern in baulichem Wesen erhalten. ib. §. 73., Gen.-Art. 32. l. c. u. Rescr. v. 1. Dec. 1636. C.A. T.I. S. 857. **4)** Die K. sind verbunden, die Mittel anzuschaffen, welche ihre Kirchen u. Schulen erfordern. G. v. 8. März 1838. §. 1. G.S. S. 266. **5)** Ist ein Kirchenvermögen oder eine Schulcasse, an welche die Verpflichteten allein Ansprüche haben, oder ein anderer, für dieselben Kirchen- und Schulzwecke bestimmter Fonds vorhanden, so wird der nöthige Aufwand zuvörderst aus diesen Cassen und Fonds entnommen; nur darf das bei Erlassung des G. v. 8. März 1838. vorhandene Stamm-Vermögen derselben an Grundstücken, Capitalien und nutzbaren Rechten,

ohne Genehmigung der vorgesetzten Consistorialbehörde nicht angegriffen und nie soweit geschwächt werden, daß die laufende Einnahme unter die darauf gewiesene laufende Ausgabe herabsinke. ib. **6)** Außerordentliche Einnahmen, z. B. durch Vermächtnisse, Schenkungen u. s. w. wachsen, in soweit nicht andere stiftungs- oder schenkungsmäßige Bestimmungen vorhanden sind, dem Stammvermögen zu. ib. **7)** Die auf ein Kirchenvermögen früher gewiesenen festbestimmten Ausgaben für Schulzwecke werden aus demselben bestritten, so lange die höhere Behörde nicht für nöthig findet, solches zu sicherer Erreichung seines eigenthümlichen Zweckes davon zu befreien, was jedoch, in soweit die Ausgabe seit unvordenklicher Zeit gleichmäßig erfolgt ist, ohne Zustimmung der Betheiligten nicht geschehen kann. ib. **8)** Desgleichen können auch, wenn nicht ausdrückliche stiftungsmäßige Bestimmungen entgegenstehen, außerordentliche oder neue, auf früherer Bewilligung nicht beruhende Zuschüsse zu Unterstützung der Schulen einer Parochie aus deren Kirchenärar entnommen werden, sobald dieß, nach dem Ermessen der höheren Behörde, unbeschadet des Kirchenzweckes, geschehen kann und dabei nicht eine Schulgemeinde vor anderen zu demselben Kirchspiele gehörigen Schulgemeinden begünstigt wird. §. 1. d. G. v. 8. März 1838. G.S. S. 266. Vergl. §. 98. d. V. v. 9. Juni 1835. G.S. S. 324. u. wegen der Lausitz s. die V. v. 12. Juli 1842. G.S. S. 88. **8)** Sind die §. 1. cit. erwähnten Fonds unzureichend oder deren gar nicht vorhanden, so haben die K. den ganzen oder den fehlenden Bedarf für ihre Kirchen und Schulen durch Anlagen unter sich aufzubringen. Es dürfen daher die Kirchen- und Schulbedürfnisse, soweit solche in den Gemeinden umzulegen sind, nicht weiter durch Naturalleistungen mittelst Spann- und Handdienste aufgebracht werden. §. 2. d. G. v. 8. März 1838. G.S. S. 266. **10)** In vereinigten Kirchspielen, d. h. welche einen gemeinschaftlichen Geistlichen haben, ist bei Vertheilung der Leistungen für alle Kirchenbedürfnisse unter die mehreren Kirchengemeinden den etwa vorhandenen Verträgen und rechtskräftigen Entscheidungen nachzugehen, in sofern letztere nicht auf gesetzlichen Bestimmungen beruhen, welche durch das ang. G. aufgehoben werden. §. 29. ib. S. 272. **11)** Liegen solche Verträge und Entscheidungen nicht vor und kommt eine Vereinigung darüber, welche die Kircheninspection vor allen Dingen zu versuchen hat, nicht zu Stande, so treten folgende Bestimmungen ein: a) jede Kirchengemeinde hat ihre Kirche allein zu unterhalten und zu dem Bau der anderen nichts beizutragen; b) die Wohn- und Wirthschaftsgebäude der für mehrere Kirchen vereinigter Kirchspiele angestellten Kirchendiener haben diejenigen Gemeinden, für deren Kirchen sie angestellt sind, gemeinschaftlich und nach gleichem Verhältnisse zu bauen und zu unterhalten; c) liegen dem einen od. dem anderen Kirchendiener nur in einer dieser Kirchen Amtsverrichtungen ob, so fällt der Bau und die Unterhaltung der ihm angewiesenen Wohn- u. Wirthschaftsgebäude auch nur der in diese Kirche gehörigen Gemeinde zur Last; d) ebenso sind die Kosten der Anstellung und Unterhaltung der Kirchendiener, nach Verschiedenheit ihrer Wirksamkeit für eine oder mehrere Kirchen und andere kirchliche Leistungen zu vertheilen. §. 30. ib. [Aeltr. Recht: Rescr. v. 20. Aug. 1658. C. A. T. I. S. 861., und Berichtigung im C. A. C. III. T. I. Titelb. S. III. no. 1., Rescr. v. 12. Juni 1793. C. A. C. II. T. I. S. 217.] e) Ist ein Kirchendiener zugleich Schullehrer u. das Kirchspiel in mehrere Schulbezirke getheilt, so haben nur diejenigen Eingepfarrten, welche die Kirchschule benutzen, die Wohn- und Wirthschaftsgebäude desselben samt den dazu gehörigen Anlagen zu bauen und zu unterhalten. §. 31. d. G. v. 8. März 1838. G.S. S. 272. **12)** Wo der Kirchen- und Gemeindebezirk denselben Umfang haben, wird die Kirchengemeinde in Rechtsstreitigkeiten in der Regel durch dieselben Organe, wie die politische Gemeinde, vertreten. G. v. 30. März 1844. §. 1. G.S. S. 140. Gehören zu

einem Kirchenbezirke mehrere Gemeindebezirke, ganz oder theilweise, so werden diese nach Außen von den Vorständen derjenigen Corporationen, und in Rechtsstreiten der einzelnen Theile unter sich durch diejenigen Organe vertreten, welche die einzelnen Gemeinden vertreten, ib. u. §. 2. a. Gehören dazu Güter und Grundstücke, die nach der L.Gem.O. vom Gemeindeverbande ausgeschlossen sind, so handeln für solche die Besitzer in Person oder durch Stellvertreter. §. 2. b. Für einen einzelnen Gemeindetheil kann nach Befinden die Vertretung desselben durch ein von der Consistorialbehörde bestätigtes Particularstatut geordnet werden, ang. G. §. 4. S. 141. [Aeltr. Best.: V. v. 17. März 1839. Cod. d. S. K.R. S. 493.] **13)** Die Vertretung der Kirchengemeinden erfolgt in der Weise des G. v. 30. März 1844. auch in allen Angelegenheiten, von welchen die im Art. Anlagen citirten G. v. 8. März 1838. u. 12. Dec. 1855. handeln. Nur entscheidet bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen Bestandtheilen eines zusammengesetzten Kirchenbezirks nicht die Stimmenmehrheit, sondern die Kircheninspection, und wenn ein Stadtrath Mitglied derselben ist, die vorgesetzte Consistorialbehörde. G. v. 12. Dec. 1855. §. 2. G.S. S. 659. **14)** Ueber die Vertretung der katholischen Parochialgemeinde zu Leipzig und die Herstellung dieser Vertretung besteht eine singuläre Bestimmung in der V. v. 1. Mai 1844. G.S. S. 147. **15)** S. Aemter, Abgabenreste, Anlagen, Geistliche, Verwaltungsbehörden, Kirchenvermögen, Leipzig, Oberlausitz, II. 2., Religion, Schulgemeinden.

Kirchen- u. Schulinspection. S. Inspection, Gerichtsämter.

Kirchen- u. Schulrath. 1) Der K. in der Oberlausitz ist verfassungsmäßig ein evangelischer Geistlicher, Urk. v. 17. Nov. 1834. §. 11. G.S. S. 486. Durch ihn kann die Ordination der Oberlaus. Geistlichen erfolgen, V. v. 11. Juli 1834. §. 5. G.S. S. 167. Seinen Rang bestimmt das M. v. 12. März 1821. §. I. G.S. S. 19. **2)** Ueber die Pensionirung der Kirchen- u. Schulräthe bei den Kreisdirectionen und des Geheimen Kirchen- u. Schulraths beim Cultusministerio s. den L.T.A. v. 17. Juni 1846. I. B. 9. G.S. S. 46. **3)** S. Kirchen- u. Schuldeputation, Oberlausitz, II. 2.

Kirchen- u. Schulsachen. S. Aemter, Kostenfreiheit, Stempelfreiheit.

Kirchenväter. S. Censur.

Kirchenverfassung, s. Oberlausitz, I. 5., Kirchen.

Kirchenvermögen. 1) Das K. im weiteren Sinne begreift alles Eigenthum der Kirche, es mag von ihr bei der Stiftung oder später erworben worden sein. Ist es einem bestimmten Zwecke gewidmet, so muß es dafür verwendet werden. Lauf. Regul. v. 11. Aug. 1813. §§. 1. 3. f. L.C.W. T. VI. S. 272. — Es wird subsidiarisch von den Parochianen vertreten, wenn von den jährlichen Einkünften des Aerars die currenten etat- und fundationsmäßigen Ausgaben nicht mehr vollständig bestritten werden können, Gen.Art. 32. v. 1580. C.A. T. I. S. 699., Rescr. v. 1. Dec. 1636. ib. S. 857., Regul. v. 18. Febr. 1799. C.A. C. II. T. I. S. 223., Gen. v. 23. April 1813. §. 1. C.A. C. III. T. I. S. 273., Rescr. v. 14. Sept. 1822. G.S. S. 441., Lauf.V. v. 4. Dec. 1822. ib. S. 468., V. v. 4. Febr. 1836. §. 4. G.S. S. 30., G. v. 8. März 1838. §. 1. 2. G.S. S. 266. Hierzu vergl. den Art.: Kirchenärarien. **2)** Die Kirchengüter stehen unter der Inspection der oberen geistlichen Behörde, K.O. v. 1580. Consist.O. Cap. 7. C.A. T. I. S. 636. Das K. soll von der Obrigkeit, den Kirchvätern und Vorstehern wohl verwaltet werden, und niemand soll Kirchengüter zur Ungebühr an sich ziehen. L.O. Mont. n. Trinit. 1543. Tit. Von den Gütern rc. C.A. T. I. S. 18., Gen.Art. 35. v. 1580. ib. S. 705., M. v. 8. März 1712. ib. S. 386., u. vergl. noch das G. v. 8. März 1838. §. 18. G.S. S. 270. In der Lausitz steht dem Collator die Leitung aller auf das K. sich beziehenden Handlungen in erster Instanz zu; die Verwaltung des K. liegt ihm, den Gerichtsobrigkeiten, Pfarrern und Kirchenvätern ob, Regul. v. 11. Aug. 1813. §. 7—16. L.C.W. T. VI. S. 273., V. v. 20. Dec. 1822.

G.S. v. 1823. S. 1., und in den Vierstädten den besonderen Deputationen zu Verwaltung der frommen und milden Stiftungen, V. v. 14. Mai 1830. §. 11. G.S. S. 57. Wie es mit den Kosten der Verwaltung zu halten, giebt das G. v. 2. April 1844. §. 2. und die V. v. 2. April 1844. §. 4. f., G.S. S. 142. u. 144. an. — S. ferner noch: Kirchrechnung. **3)** Kirchengrundstücke können zwar veräußert werden, ang. L.O. v. 1543. Tit. Wenn etliche Vorwerke ꝛc. und Tit. Von dem Ueberlauf ꝛc. C.A. T.I. S. 17., es kann dieß aber, ohne des Landesherrn, der Obrigkeit, des Pfarrers u. Superintendenten Einwilligung, nicht geschehen. Gen.Art. 35. v. 1580. C.A. T.I. S. 705., Syn.Decr. v. 1624. §. Wäre es aber ꝛc. ib. S. 796., Rev. Syn.Decr. v. 1673. §. 77. C.A. T.I. S. 837. Ebenso wenig können sie ohne Einwilligung der Vorgenannten vertauscht werden. Gen.Art. 28. ib. S. 698. Die Entschließung steht dem Cultusministerio zu, welches, mit Ausnahme bloßer Grenzberichtigungen, an die evangelischen Staatsminister Vortrag erstattet, Anordn. v. 20. Juni 1835. Cod. d. S. K.R. S. 398. sub d., Regul. v. 12. Nov. 1837. sub g. G.S. S. 105. Vgl. d. Regul. v. 15. Mai 1797. §. 1. litt. g. C.A. C.II. T.I. S. 303. Wegen der Lausitz vgl. d. Regul. v. 11. Aug. 1813. §§. 42—48. L.C.W. T.VI. S. 277. Wie es mit Vermiethung und Verpachtung der Kirchengrundstücke in der Lausitz gehalten werden soll, ordnet d. ang. Regul. v. 1813. §§. 52—56. L.C.W. T.VI. S. 278. an. **4)** Außerordentliche Ausgaben sollen bei Kirchen u. geistlichen Stiftungen ohne Vorwissen des Pfarrers, und bei Summen über 5 Gulden, des Superintendenten, den Rechnungsführern nicht in Ausgabe passiren, Syn.Decr. v. 6. Aug. 1624. §. Und weil die ꝛc. C.A. T.I. S. 796. Das Rev. Syn.Decr. v. 15. Sept. 1673. §. 79. fordert blos: das Vorwissen des Pfarrers, auch nach Gelegenheit, und wenn es einen Hauptbau oder hohe Summa betreffe, die Einwilligung des Superintendenten. C.A. T.I. S. 837. Für die Lausitz enthält das ang. Regul. v. 1813. §. 75. f. L.C.W. T.VI. S. 281. specielle Vorschriften. **5)** Sobald ein angestellter Geistlicher abgeht oder stirbt, sind die in seinen Händen befindlichen Kirchen-Inventariengegenstände sofort, oder resp. vor der Erbtheilung den Kirchvätern mittelst richtiger Specification auszuhändigen, wonach sie dem Successor zu übergeben sind, V. v. 9. Jan. 1719. C.A. C.I. T.I. S. 195. **6)** Der Kirchrechnung ist ein Verzeichniß des Kirchen- u. Pfarr-Inventars anzufügen, Schema zur Kirchrechnung beim Gen. v. 26. März 1810. C.A. C. III. T.I. S. 107. f. und wegen der Lausitz: Schema beim ang. Regul. v. 1813. L.C.W. T. VI. S. 294. **7)** Die bei dem K. eingehende ausländische Kupfermünze ist, wenn ihre Annahme nicht hat vermieden werden können, bei der Münze nach dem Gewichte zu verkaufen, Gen. v. 7. April 1780. C.A. C. II. T.I. S. 197., Rescr. v. 16. März 1798. ib. S. 221. **8)** Ueber Irrungen, welche das K. betreffen, dürfen die Pfarrer eigenmächtig keinen Streit erregen, indem sie widrigenfalls die Kosten selbst zu tragen haben, Res. gr. v. 22. Juni 1661. Consist.S. §. 31. 32. C.A. T.I. S. 209. Wie es in Absicht auf Processe der Lausitzer Kirchen zu halten, giebt das ang. Regul. v. 1813. §§. 58—62. L.C.W. T.VI. S. 279. **9)** Aus dem K. dürfen Besoldungen an Pfarrer und Kirchväter von den Superintendenten nicht eigenmächtig angeordnet werden, Rescr. v. 12. Nov. 1700. C.A. T.I. S. 867. **10)** Die in dem Patronatrechte liegenden Befugnisse der Gutsbesitzer in Bezug auf das K. verblieben den letzteren auch nach abgetretener Gerichtsbarkeit, Bek. v. 26. April 1838. Anh. sub ⊙ §. 11. unter 4. G.S. S. 367. **11)** Die Kircheninventarien, einschließlich der Bibliotheken der Kirchen, sind von den Inspectionen und Kirchvätern fleißig zu beaufsichtigen, zu verzeichnen und zu erhalten. Gen.Art. 42. 43. v. 1580. C.A. T.I. S. 712. Vergl. dazu die Gen.Art. v. 8. Mai 1557. Tit. Welche Bücher ꝛc. C.A. T.I. S. 438., ferner Tit. von Pfarrern ib. S. 448., Res. gr. v. 1661. Consist.S. §. 15. ib. S. 202. In der Lausitz giebt die V. v. 14. Mai 1830.

G.S. S. 55. über die Haltung von Inventarien für Kirchen, Pfarren u. Schulen bestimmte Anweisung. **12)** S. Anlagen, Kirchenkasten, Armencasse, Besoldung, Kirchen- u. Schulgemeinden, Geistliche.

Kirchenvisitation. S. Visitationen.

Kirchenvorsteher, s. Kirchväter.

Kirchenzettel. S. Verzeichnisse.

Kirchenzeugnisse. S. Zeugnisse.

Kirchenzucht. S. Disciplin.

Kirchenzwang. S. Abendmahl, Geistliche, Begräbniß.

Kirchfahrt. S. Kirchen- und Schulgemeinden.

Kirchhöfe. **1)** Die K. u. Gottesacker sind reinlich zu halten, mit Mauern, Planken, Thüren, auch eisernen oder hölzernen Gittern, über welche das Vieh nicht laufen kann, zu verwahren, und sollen weder Pfarrer, noch Kirchner, noch Andere ihr Vieh darauf treiben, wiewohl die ersteren die Gräserei darauf benutzen mögen. Gen.Art. v. 8. Mai 1557. „Auf daß auch die K." C.A. T. I. S. 442., 15. v. 1580. ib. S. 686., Syn.Decr. v. 1624. Nicht weniger ꝛc. ib. S. 791., Rev. Syn.Decr. v. 1673. §. 42. ib. S. 832. **2)** Die Kosten wegen Erbauung, Wiederherstellung und Erhaltung der Mauern, Vermachungen und Umzäunungen der K. haben subsidiarisch die Parochianen zu tragen, Rescr. v. 20. Aug. 1810. C.A. C. III. T. I. S. 78., O.A.Pat. v. 22. Aug. 1810. L.C.W. T. VI. S. 265. **3)** Die K. sollen auf Kosten des Aerarii mit Maulbeerbäumen bepflanzt werden, und liegt die Besorgung dem Pfarrer oder Schulmeister ob, je nachdem der eine oder der andere oder nach Befinden beide die Gräserei oder Baumnutzung auf den K. zu genießen haben, M. v. 6. Aug. 1754. C.A. C. I. T. I. S. 810., u. L.C.W. T. III. S. 669., Bef. v. 15. April 1771. C.A. C. II. T. I. S. 185., Gen.B. v. 5. Nov. 1777. ib. S. 193., Lauf. Rescr. v. 22. Nov. 1777. C.A. C. II. T. III. S. 11. u. L.C.W. T. III. S. 724., Bef. v. 13. Febr. 1778. C.A. C. II. T. I. S. 193. **4)** Die Aufsicht auf die kathol. K. steht dem kathol. Consistorio zu, M. v. 19. Febr. 1827. Anh. sub ⊙ no. 11. G.S. S. 28. **5)** S. Begräbniß, Anlagen, Beschädigung, Filiale, Polizei.

Kirchkinder. S. Kirchen- und Schulgemeinden.

Kirchner. S. Küster.

Kirchrechnung. **1)** Die Einrichtung der erbländischen K. und die Form der Rechnungsabnahme ist im Rescr. v. 30. März 1810. C.A. C. III. T. I. S. 77., und dem Gen. v. 26. März 1810. ib. S. 107. vorgeschrieben. Dem letzteren ist ein Formular für die K. beigegeben. Wegen der Lausitz muß man das Regul. v. 11. Aug. 1813. Cap. 7. §. 89. f. L.C.W. T. VI. S. 282. f., die V. v. 20. Dec. 1822. G.S. v. 1823. S. 2. u. die V. v. 14. Mai 1830. §. ff. G.S. S. 57. nachsehen. **2)** Die Abnahme der K. erfolgt bei ärmeren Kirchen in Zwischenräumen von 3—4 Jahren, bei Kirchen mit einem Vermögen über 1500 Thalern eher, und spätestens jedes 3te Jahr, Gen. v. 26. März 1810. §. 1. l. c., in der Lausitz alle 3 Jahre am Orte der Mutterkirche, ang. Regul. v. 1813. Cap. 7. §. 95. a. a. O. **3)** Zur Kirchrechnungsabnahme müssen in den Erblanden außer der Inspection zugezogen werden: die Kirchenpatrone, welche sich aber früher durch ihre die weltliche Inspection führenden Gerichtsverwalter vertreten lassen konnten; die Besitzer eingepfarrter Ritter- und mit diesen im gleichen Verhältnisse zu den Parochianen stehender Güter, der Pfarrer und die Kirchväter. Die früheren Gerichtsverwalter der eingepfarrten Rittergüter konnten zugelassen werden, ebenso kann man die Gerichtspersonen zulassen. ib. §. 2., G. v. 8. März 1838. §. 18. 19. G.S. S. 270. S. auch: Gemeinden. [Aeltere Best.: Rescr. v. 30. Sept. 1625. C. A. T. I. S. 851., Rescr. v. 20. Juli 1686. ib. S. 857.] In der Lausitz sollen zugegen sein: der Patron der Mutter-, Schwester- oder Tochterkirche (früher auch dessen Gerichtsverwalter oder Actuar,) der Pfarrer, die Kirchväter u. der Schulmeister. Ang. Regul. v. 1813. a. a. O. §. 97. — Gerichtsherren ohne Patronatrecht und solche eingepfarrter Orte können zugelassen werden, ib. §. 98. Die städtischen K. sind den Stadtverordneten zur Defectirung vor-

zulegen und mit deren Beantwortung durch die Rechnungsführer an die Inspection zu bringen. A.St.O. v. 1832. §. 274. G.S. S. 83. Für die Personen, welche zur Abnahme der K. zugezogen werden müssen, passirt in Rechnungsausgabe zur Kirchrechnungsmahlzeit ein Betrag, der sich nach dem Vermögen der Kirche richtet und dessen Ueberschreitung mit dem 3fachen Ersatze des Mehraufwandes (mit 1/3 zum Kirchenärar, 1/3 zur Armencasse und 1/3 zur Schulcasse) gestraft wird, Rescr. v. 5. Nov. 1804. C.A. C. III. T. I. S. 106., Gen. v. 26. März 1810. §. 6. f. ib. S. 109., u. ang. Regul. v. 1813. §. 108. 109. L.C.W. T. VI. S. 284. **4)** Bei der K. ist allezeit zu untersuchen, welche Capitalien und Zinsen außen stehen, und wie sie versichert sind. Bef. v. 19. Nov. 1727. C.A. C. I. T. I. S. 216. ang. Regul. v. 1813. §. 100. L.C.W. T. VI. S. 283. **5)** Die Kirchenbücher sind bei derselben zur Revision vorzulegen. Anweisung ꝛc. v. 18. Febr. 1799. §. 2. C.A. C. II. T. I. S. 227. u. L.C.W. T. VI. S. 217. **6)** Dabei sind Localvisitationen anzustellen, Rescr. v. 22. Dec. 1706. C.A. T. I. S. 879., Rescr. v. 17. Sept. 1710. Cod. des S. K.R. S. 117., und die in Conformität erlassene V. v. 17. Oct. 1710. im C.A. T. I. S. 887., Bef. v. 1. Sept. 1713. ib. S. 386. 879. u. 898., Rescr. v. 2. April 1721. C.A. C. I. T. I. S. 179., Gen.V. v. 30. Sept. 1729. ib. S. 219., Gen.V. v. 19. Dec. 1788. C.A. C. II. T. I. S. 205., ang. Regul. v. 1813. §. 100. a. a. O. Namentlich sind dabei in der Oberlausitz die Kirchen- und Pfarrarchive zu revidiren, V. v. 14. Mai 1830. §. 19. G.S. S. 58. **7)** Die Bemühungen der Superintendenten (s. d.) deshalb sind unter deren Fixum honorirt, V. v. 10. Jan. 1839. G.S. S. 16., wogegen die weltlichen Inspectoren für ihren Antheil an der Verwaltung d. Kirchenvermögens überhaupt ein bestimmtes jährliches Quantum daraus erhalten. G. v. 2. April 1844. §. 2. G.S. S. 142., V. v. neml. T. u. J. §. 7. G.S. S. 144. [Aeltr. Best.: Gen. v. 26. März 1810. §. 3—5. C.A. C. III. T. I. S. 108., weg. der Lausitz: Regul. v. 11. Aug. 1813. §§. 104. 104. a. a. O.] **8)** Die Abschreibung der in Concursen verloren gehenden Kirchen- und Stiftungsgelder erfolgt mit Genehmigung der Inspection ohne weitere Anfrage, nur mit Beifügung einer Abschrift des Urtels oder Abschieds. V. v. 30. Sept. 1729. C.A. C. I. T. I. S. 221. **9)** Aeltere als 2jährige Zinsreste müssen die Kirchväter aus eigenen Mitteln vertreten. Gen. v. 26. März 1810. §. 9. l. c. Wegen der Lausitz sehe man d. Regul. v. 1813. §. 69—71. L.C.W. T. VI. S. 280. **10)** Aeltr. Best.: Gen.Art. v. 1557. Tit. von den Kirchvätern C.A. T. I. S. 456., 35. Gen.Art. v. 1580. ib. S. 705., Consist.O. v. 1580. Tit. was Sachen, ib. S. 636., Res. gr. v. 1661. Tit. Consist.S. §. 3. ib. S. 198., Bef. v. 22. Dec. 1706. ib. S. 879., v. 2. April 1721. C.A. C. I. T. I. S. 197., Res. gr. v. 1722. ad 1. ib. S. 23., Gen. v. 30. Sept. 1729. ib. S. 219. Gen. v. 2. Sept. 1737. C.A. C. I. T. I. S. 229., Rescr. v. 22. Juli 1772. C.A. C. II. T. I. S. 187., Gen.V. v. 14. April 1788. ib. S. 203., Regul. v. 18. Febr. 1799. §. 17. 18. ib. S. 226. **11)** S. Actuarien, Aufwand, Kirchenvermögen, Ausleihung, Famuli, Stadtverordnete, Filiale, Geistliche.

Kirchrechnungsmahlzeit. S. Kirchrechnung, Filiale.

Kirchspiel, Kirchsprengel. S. Kirchen- u. Schulgemeinden.

Kirchväter. **1)** Alle Bürger und Einwohner auf dem Lande sind schuldig, sich zu Kirchenvorstehern oder K. gebrauchen zu lassen, und können hierzu angehalten werden. Wo die Erwählung durch das Loos erfolgte, kann sie beibehalten werden. Gen. v. 30. Sept. 1729. C.A. C. I. T. I. S. 222., Bef. v. 2. Sept. 1737. ib. S. 229. Doch sind in den Städten Mitglieder des Raths und überhaupt solche, welche mit Cassen und Cautionen belästigt sind, nicht dazu zu nehmen. ib. Es sollen nur ganz zuverlässige und da möglich ausreichend angesessene Personen zu K. angenommen worden, V. v. 13. Febr. 1845. §. 1. G.S. S. 36. Uebrigens werden die K. in den Erblanden von der Kircheninspection, Res. gr. v. 1661. Conf.S. §. 15. C.A. T. I. S. 202., V. v. 13. Febr. 1845. §. 1. G.S. S. 36., und in der Lausitz von den Collaturbehörden oder Collatoren im Einverständnisse mit dem Pfarrer, Regul. v. 11. Aug. 1813. §. 7. L.C.W. T. VI. S. 273.

und ang. V. v. 1845. §§. 1. 7. a. a. O. ernannt. **2)** Die K. sollen an Geld nur das zur ordentlichen Ausgabe Erforderliche an sich behalten; demnächst müssen sie, nach dem Betrage der jährlichen Einnahme, oder, wenn mehrere sind, ihres Antheils daran, sofern sie ihnen nicht von der Inspection, dem Patron und Vertretern wegen Geringfügigkeit der Einnahme erlassen wird, durch Hypothek, Staatspapiere oder Bürgen Caution bestellen; die Kosten dafür sind ihnen aus dem Vermögen der pia causa zu vergüten, ib., und vergl. die Pr.O. Tit. 45. §. 3. S. 257., die E.P.O. ad Tit. 45. §. 5. S. 265., Bef. v. 19. Nov. 1727. C.A. C. I. T. I. S. 215., sowie die V. v. 13. Febr. 1845. §. 5. u. 8. G.S. S. 37., und den Art.: Caution. **3)** Extraordinaire Ausgaben passiren den K. anders nicht in Rechnung, als wenn sie mit Einwilligung des Pfarrers und, nach Gelegenheit, des Superintendenten geschahen. Rev. Syn.Decr. v. 15. Sept. 1673. §. 79. C.A. T. I. S. 837. Zu Einnahme von Capitalien und desfallsigen Quittungsleistungen sind sie ohne schriftliche Genehmigung der Inspection nicht berechtigt, was den Schuldverschreibungen zu inseriren ist. V. v. 13. Febr. 1845. §. 4. G.S. S. 36. **4)** Das, was den Altarleuten vermacht ist, kann auf die K. nicht bezogen werden. Rescr. v. 14. Juni 1630. C.A. T. I. S. 853. **5)** Bei Feuersbrünsten haben die K. die Kirchen-, Pfarr-, Schul- und andere geistliche Gebäude in vorzügliche Obsicht zu nehmen, und bei Löschung und Abwendung des Feuers alle Mühe anzuwenden. D.F.O. v. 1775. u. 1777. Cap. 3. §. 11. C.A. C. II. T. I. S. 728., C.A. C. II. T. III. S. 128. u. L.C.W. T. III. S. 351. **6)** Die K. haben die Pflicht zu Besichtigung der Pfarrgüter, Gen.Art. 30. v. 1. Jan. 1580. C.A. T. I. S. 699. **7)** Ohne Vorwissen der Inspection dürfen sie keine Kirchengüter veräußern und kein Holz aus den Kirchenbüschen eigenmächtig hauen lassen oder verkaufen, 35. Gen.Art. v. 1580. C. A. T. I. S. 706., Rev. Syn.Decr. v. 1673. §. 77. 79. f. C.A. T. I. S. 837. **8)** Es sollen mindestens 2 K. bei jeder Kirche angestellt werden, ang. 35ster Gen.Art., Laus. Regul. v. 11. Aug. 1813. §. 7. L.C.W. T. VI. S. 273. **9)** Sie sollen auf das im Kirchen- und Pfarrinventario Verzeichnete hauptsächlich achten, ang. 35. 42. und 43. Gen.Art. l. c., V. v. 9. Jan. 1719. C.A. C. I. T. I. S. 196., und das, was durch ihr Verschulden wegkommt, ersetzen. 42. Gen.Art. Wegen der Lausitz: Regul. v. 11. Aug. 1813. §. 11. 17. L.C.W. T. VI. S. 274. **10)** Denselben soll von den Pfarrern eigenmächtig aus dem Kirchenvermögen keine Zulage oder Besoldung bewilligt werden, Rescr. v. 12. Nov. 1700. C.A. T. I. S. 869. **11)** Sie sollen mit dem Pfarrer die Collectengelder überzählen und (in den Erblanden) die Specification der Lieferscheine mit unterschreiben, Gen. v. 27. Aug. 1728. C.A. C. I. T. I. S. 217., Laus. Regul. v. 1813. §. 66. L.C.W. T. VI. S. 280. **12)** Sie haben in Disciplinarsachen ihren Gerichtsstand vor der Kircheninspection, V. v. 29. Dec. 1837. Cod. des S. K.R. S. 378. not. 2. b. **13)** In den kathol. Parochien, wo es noch nicht geschehen, sind in derselben Maße wie die Schulväter, K. zu ernennen. V. v. 12. Oct. 1841. §. 15. G.S. S. 236. **14)** Specielle Dienstvorschriften für die Lausitzer K. enthält das Regul. v. 11. Aug. 1813. §. 63. f. L.C.W. T. VI. S. 279. f. Es ist hier den Pfarrern und K. ausdrücklich zur Pflicht gemacht, alles, was dem Kirchenvermögen zum Nutzen oder Nachtheile gereicht, dem Collator anzuzeigen, und wenn ihre Vorstellungen gegen stiftungswidriges Verfahren keine Beachtung finden, an die vorgesetzte Behörde Anzeige zu erstatten. ib. §. 12. S. 274. u. V. v. 20. Dec. 1822. G.S. S. 2. **15)** S. Almosen, Altarleute, Ausleihung, Begräbniß, Besoldung, Cassenverwalter, Caution, Collecten, Geistliche, Gemeinden, Kirchrechnung, Kirchenkasten, Stempelsteuer.

Kirchweihe. S. Kirchen.

Kirchweihfest. 1) Gegen Unmäßigkeit in der Kleidung, im Trinken, Tanzen u. dergl. m. während des K. sind gerichtet: die L.O. v. 1482. C.A. T. I. S. 7., v. 12. Nov. 1550. Tit. Uebermäß. Kleidung ꝛc. ib. S. 33., v. 1. Oct. 1555. Tit. Von dem

übermäßigen Zutrinken, ib. S. 71., Gen.-Art. 18. v. 1580. ib. S. 693., Pol.O. v. 1661. Tit. 20. ib. S. 1585., Lauf. L.O. v. 20. Nov. 1551. C.A. T. III. S. 84., O.A.Pat. v. 3. April 1683. C.A. T. III. S. 294. u. L.C.W. T. II. S. 1154., O.A.Pat. v. 2. Nov. 1702. ib. S. 1160. u. C.A. T. III. S. 321. **2)** Auf dem Lande ist beim K. dem Gesinde ein Tag frei zu geben, §. 73. der Ges.O. v. 10. Jan. 1835. G.S. S. 27. **3)** S. Aufwand, Schulferien.

Kirmeß. S. Kirchweihfest.

Kläger. **1)** Dem K. muß, wenn er unter einem Rechtsnachtheile geladen wird, oder wenn es auf ein Fatale ankommt, ebenso, wie dem Beklagten, eine Sächsische Frist eingeräumt werden, E.P.O. ad Tit. 4. §. 1. S. 38. **2)** Zur Gütepflegung wird er, gleich Beklagtem, zum persönlichen Erscheinen, bei Strafe vorgeladen, E.P.O. ad Tit. 1. §. 1. u. 4. S. 5. und ad Tit. 4. §. 6. S. 43., die denn auch beim Ausbleiben sofort beigetrieben werden soll, ib. und V. v. 27. Mai 1841. §. 1. G.S. S. 47. **3)** Bleibt der K. im ersten Termine aus, so wird nicht, wie früher, auf Lossprechung des Beklagten von der Instanz und auf Cautionsleistung durch den K. erkannt, sondern, auch amtshalber, auf Erstattung der Unkosten und Fortstellung der Klage binnen Sächs. Frist bei Verlust der Klage, E.P.O. ad Tit. 10. §. 1. S. 77. [Aelteres R.: P.O. Tit. 10. §. 1. S. 73.] **4)** Die Fälle der Verurtheilung des Klägers in Erstattung der Kosten s. unter: Kostenerstattung. **5)** S. auch Klage, Beklagte, Besitz, Gegenbeweis, Geringfügige Rechtss., Gütepflegung, Vorladung, Schuldarrest, Wechselverf..., Kostenvorstand.

Klafter. Das Klaftermaß soll in den Städten gehörig festgestellt werden, L.O. v. 12. Nov. 1550. Tit. von Ordn. u. Freih. d. Städte C.A. T. I. S. 37. Die Scheite sollten nach ordentlicher Länge, die Schragen und Klaftern in der Weite und Höhe nach richtigem Maße gefertigt werden. Resol.-Puncte v. 28. Aug. 1697. §. 7. C.A. T. II. S. 588. Vergl. die F.- u. H.O. v. 8. Sept. 1560. C.A. T. II. S. 491., Res. gr. v. 23. April 1612. Rentk. §. 1. C.A. T. I. S. 184. S. noch: Gewicht und Maß.

Klafterbreter für Strohgeflecht. S. Strohgeflecht.

Klaftern, s. Forstverg...

Klaganhängigkeit. S. Gerichtsstand, Litispendenz, Klage, Armenrecht.

Klaganstellung. S. Anschluß.

Klagbar. S. Wucher, Klag...

Klage. **1)** Die K. soll im ordentlichen Processe nicht articulirt abgefaßt werden, sondern mit kurzer Erzählung der Geschichte, förmlich und schlüssig, Const. 2. P. I. v. 1572. C.A. T. I. S. 75., Pr.O. Tit. 5. §. 1. S. 43., E.P.O. ad Tit. 5. §. 1. S. 45. Ist nur sonst das Sachverhältniß in der K. gehörig dargestellt, so soll sie, so viel nur möglich, aufrecht erhalten werden. Die Weglassung sonstüblicher Subtilitates juris u. Clauseln, die ohnehin nur zu beachten sind, soweit sie auf das Dargestellte eine rechtliche Wirkung zu äußern vermögen, soll ihr nichtnachtheilig sein, Pr.O. Tit. 5. §. 2. S. 44., E.P.O. ad Tit. 5. §. 1. S. 45. **2)** Ferner soll eine K. nicht verworfen werden, wenn aus einem Versehen des Sachwalters etwa im Executivprocesse: Einlassung und Antwort, oder im ordentlichen Processe: nur Recognition der Urkunden gefordert worden wäre, E. P.O. ad Tit. 5. §. 1. S. 46., E.P.O. Anh. §. 7. S. 304., und ebenso wenig, wenn bei der hypothekarischen K. gegen einen Dritten das Klaggesuch alternativ abgefaßt worden ist, oder wenn dieß da nicht geschehen ist, wo es nach Beschaffenheit der Sache hätte geschehen sollen. Der Richter soll amtshalber im Erkenntnisse auf das sprechen, was zu bitten gewesen wäre, oder das Fehlende darin ergänzen. E.P.O. ad Tit. 5. §. 2. S. 46. Dasselbe gilt, wenn im Provocationsprocesse ex L. si contendat zugleich auf ein ewiges Stillschweigen angetragen wäre, ib. §. 5. S. 48.; endlich soll eine K. auch dann nicht als generell und dunkel verworfen werden, wenn Kläger geklagt haben sollte, daß er von dem Beklagten so und so viel oder auch nicht weniger oder mehr zu

fordern habe, wenn nur in der K. der Grund der Forderung mitangegeben ist. E.P.O. ad Tit. 5. §. 8. S. 51. **3)** Einer förmlichen K. bedarf es nicht: im summarischen Besitzprocesse, E.P.O. Anh. §. 19. S. 311.; in geringfügigen Rechtssachen, E.P.O. ad Tit. 5. §. 1. S. 45., M. v. 28. Nov. 1753. §. 2. C.A. C. I. T. I. S. 383.; in Handelsgerichtssachen, Hand.G.O. v. 21. Dec. 1682. Tit. 6. C.A. T. II. S. 2040., in Bergsachen, M. v. 26. Aug. 1713. §. 1. ib. S. 474.; in Injuriensachen, M. v. 2. Juli 1712. §. 22. C.A. T. I. S. 1791., O.A.Pat. v. 23. März 1716. C.A. T. III. S. 345.; in Verwaltungsstreitsachen, G. v. 30. Jan. 1835. §. 6. G.S. S. 89. **4)** Ist im ordentlichen Civilprocesse die K. auf keine Weise zu erhalten, so kann sie sofort von dem Richter amtshalber verworfen werden, oder es wird im ersten Urtel auf die Mangelhaftigkeit der K. erkannt. E.P.O. ad Tit. 5. §. 3. S. 47. **5)** Ist eine K. blos in der angebrachten Maße zu verwerfen, so muß dieß im Erkenntnisse mit der nöthigen Bestimmtheit und nicht durch eine Formel, die zu Zweifeln Anlaß giebt, ausgesprochen werden, V. v. 9. Febr. 1833. G.S. S. 23. 24. **6)** Verschiedene Puncte in Einer K. vorzubringen, ist, nach der Pr.O. Tit. 5. §. 3. S. 44., zulässig, wenn sie eine und dieselbe Person betreffen, und auf dem nemlichen Klaggrunde beruhen; wenn sie aber aus verschiedenen Geschäften entspringen, so sollen, zur Vermeidung von Verwirrung, nicht über 3 in Eine Klage gebracht werden. Die Liquidation der Gläubiger im Concursprocesse und die Klagen in Frohn- und Dienstsachen sind jedoch nach der ang. Gesetzstelle ausgenommen. Die E.P.O. aber ad Tit. 5. §. 2. S. 46. läßt außer jenen Fällen noch die Aufstellung von mehr als 3 aus verschiedenen Geschäften herrührenden Puncten in Einer K. zu, wenn es nur in einer und derselben Gattung des Processes und ohne Verwirrung geschehen kann, welches dem richterlichen Ermessen anheimgestellt wird. Daß K. nicht zu vervielfältigen seien, übrigens das, was in einer Sache active vorgestellt worden, in der anderen exceptive erinnert werden könne, schärft das Rescr. v. 1. Oct. 1727. C.A. C. III. T. I. S. 187., Oberlaus. M. v. 3. April 1824. §. 18. unter 5. G.S. S. 50. nochmals ein. **7)** Die Aenderung und Verbesserung der K. konnte sonst bis zur Angelobung der Gewähr od. bis zur Kriegsbefestigung geschehen, Const. 11. v. 1572. P. I. C.A. T. I. S. 77., Pr.O. Tit. 5. §. 4. S. 45. Zufolge der E.P.O. ad Tit. 5. §. 9. S. 52. kann aber die Aenderung der K. erfolgen, bis über die Einlassung rechtskräftig erkannt ist. **8)** Ueber die nemlichen Klagpuncte kann die Eidesdelation und der Beweis zugleich nicht gebraucht werden; es wollte denn der Kläger von den verschiedenen Puncten den einen beweisen und den anderen auf den Eid stellen, oder die Thatsache selbst beweisen, und den Eid nur über Nebenumstände antragen, Pr.O. Tit. 18. §. 3. S. 104. Vergl. dazu d. Art.: Eid. **9)** Für eine Aenderung der K. ist es nicht zu halten, wenn Kläger einen begangenen Irrthum verbessert, eine Dunkelheit erläutert, oder das geforderte Quantum herabsetzt. E.P.O. ad Tit. 5. §. 9. S. 52. Es steht ihm dieß sogar noch bei Führung des Beweises oder bis zur wirklichen Eidesdelation frei. ib. **10)** Will der Kläger seine K. fallen lassen, und eine neue übergeben, so soll er damit, wenn die neue von der vorigen in ihren wesentlichen Theilen unterschieden ist, allezeit, außerdem aber nur bis zu Ablauf der zur Uebergabe des Beweises ihm nachgelassenen Frist, oder bis über die Eidesdelation rechtskräftig erkannt, damit zugelassen werden. E.P.O. ad Tit. 5. §. 9. S. 52. **11)** Wenn eine K. angebrachtermaßen verworfen wird, so hat doch die vorhergehende Citation die Wirkung, daß die Verjährung unterbrochen wird, und zwar selbst dann, wenn die K. vor einem incompetenten Richter angestellt worden sein sollte, E.P.O. ad Tit. 5. §. 4. S. 47. **12)** Wegen Unvollständigkeit oder Unschlüssigkeit des Vorbringens kann die K. zwar in geringfügigen, E.P.O. ad Tit. 1. §. 6. S. 9., M. v. 28. Nov. 1753. §. 4. C.A. C. I. T. I. S. 384.,

aber nicht in ganz geringen Rechtssachen angebrachtermaßen abgewiesen werden, §. 18. d. G. v. 16. Mai 1839. G.S. S. 148. **13)** Wird die nach vorgängigem Provocationsprocesse ex lege diffamari angestellte Hauptklage in der angebrachten Maße oder allhier abgewiesen, so hat dieß zwar nicht den sofortigen Verlust des gerühmten Anspruchs zur Folge; es ist jedoch in dem Erkenntnisse, wenn der Beklagte entweder dieß speciell, oder die gänzliche Abweisung — (schlechterdings) — verlangt, die Clausel: daß der Kläger, dafern er mit einer anderweiten K. vorzutreten gemeint wäre, binnen Sächsischer Frist, von Rechtskraft dieses Erkenntnisses an gerechnet, bei Vermeidung, daß ihm außerdem ewiges Stillschweigen werde auferlegt werden, eine schlüssige, auf einem tüchtigen Grunde beruhende, K. (bei dem gehörigen Richter) einzubringen habe, beizufügen, und sodann, wenn solches ganz unterbleibt, od. die anderweite K. wiederum abzuweisen sein sollte, demselben, beziehendlich in dem die anderweite K. abweisenden Erkenntnisse, zugleich ewiges Stillschweigen aufzulegen. Rechtssatz d. O.A.G., bekannt gemacht den 30. Oct. 1847. G.S. v. 1848. S. 1. **14)** Die in der E.P.O. ad Tit. 10. §. 1. enthaltene Vorschrift wegen Ertheilung von Dilationen zu Fortstellung erhobener Klagen oder Provocationen leidet keine Anwendung auf die Frist zur Einreichung der Hauptklage nach angestelltem Provocationsprocesse. Ang. Rechtssatz a. a. O. **15)** S. Ablösungsbehörden, Appellationsgericht, d. vorm., Armeneid, Armenrecht, Arrest, I., Abschriften, Advocaten, Amtsbefugnisse, Aufenthalt, Auszug, Appellation, Banknoten, Beklagte, Besitz, Cession, Ehe..., Eid, Einlassung, Einreden, Erpressung, Eigenthum, Erbfolge, 94.f., Executionsproceß, Executivproceß, Feuer, Felonie, Gegenbeweis, Gerichtsbarkeit, Gerichtsstand, Geringf. R., Gesandte, Kläger, Kosten.., Justizministerium, Litis.., Nullität, Nutzungen, Pfandrecht, Provocationspr., Rügen..., Spolium, Urkunden, Verfahren, Verjährung, Verlassung, Vollmacht, Widerklage, Wechsel..., Wiedereinsetzung, Proceß.

Klagenhäufung. S. Klage, Appellation, II., Besitz, Geringfügige Rechtsf.

Klagepunct. S. Klage, Appellation, II.

Klagfreisprechung. S. Erkenntnisse, IV.

Klarheit. S. Advocaten, Klage, Geschäftsstyl.

Klauenseuche. S. Vieh.

Kleiden. S. Kleider.

Kleider. **1)** Alle, welche mit Füttern, Warten und Hüten des Rindviehes, es sei krank oder gesund, zu thun haben, sollen, so lange Vieh am Orte, oder in dem benachbarten, krank ist, kein Pelzwerk, sondern leinene Kleidungsstücke, jedoch nicht von blauer Farbe, tragen, und solche täglich ausräuchern. M. v. 13. Mai 1780. Cap. III. §. 10. C.A. C.II. T.I. S. 791. u. L.C.W. T.III. S. 414., C.A. C.II. T.III. S. 163. Die Personen, welche an Orte, worin die Viehseuche herrscht, gehen müssen, ingleichen die krankes und gesundes Vieh zu warten haben, oder das gefallene verscharren, besichtigen, od. aufhauen müssen, sollen ihre Kleider waschen, durchräuchern, auslüften, u. mit aller Vorsicht reinigen. ib. §. 4. 10. 25. 46. u. 52. l. c. **2)** Ueber die Kleidung der Geistlichen und Schullehrer finden sich besondere Vorschriften und Ermahnungen in der K.O. v. 1580. Tit. Vom Beruff rc. Abschn.: Wie ein Kirchendiener rc. verb. Dieweil auch das Amt rc. C.A. T.I. S. 530., im 16. Gen. Art. v. 1580. ib. S. 689., Syn. Decr. v. 1624. §. Damit auch zwischen rc. ib. S. 792., Res. gr. v. 1661. Consist. S. §. 17. ib. S. 204., Rev. Syn. Decr. v. 1673. §. 54. S. 834. **3)** S. Adel, Almosen, Arme, Arbeitshausstrafe, Arrest, II., Ausweisung, Berguniform, Gefängnißstrafe, Aufwand, Betten, Frauen, Gesinde, Uniform, Großhennersdorf, Grün, Hubertusburg, Hunde, Schulversäumniß, Todesstrafe, Waisen, Waldheim, I., Zoll, Zuchthaus, Zwickau, I.

Kleiderordnung. S. Aufwand.

Kleidung. S. Kleider.

Kleie. S. Getreide.

Klein, s. Gering...

Kleinhandel, s. Handverkauf.

Kleinodien, s. Kostbarkeiten.

Klempner, s. Bier, Zinn.

Klingelbeutel. **1)** Die Vertauschung des K. mit freiwilligen Beiträgen, wo sie eingeführt ist, soll beibehalten werden, wenn es ohne Nachtheil für das Kirchenärar geschehen kann. Rescr. v. 10. Sept. 1828. Cod. d. S.K.R. S. 212. not. *. Zum Herumtragen soll möglichst die Zeit vor der Predigt gewählt werden, ib. **2)** Das im K. gesammelte Geld gehört der Kirche. M. v. 11. April 1772. Cap. I. §. 4. C.A. C. II. T. I. S. 642. **3)** Die Abschaffung des K. kann von den Kreisdirectionen selbständig genehmigt werden. Anordn. v. 20. Juni 1835. Cod. des S.K.R. S. 398. not. 12. f. **4)** S. Almosen, Armencasse, Kirchväter.

Klingende Münze, s. Baar.

Klinische Anstalten. S. Dresden, Leipzig, Heilkunde, Geburtshilfe, Kranke.

Klöppel. S. Hunde.

Klöppelessen. S. Essen.

Klöppeln, Klöppelherren. **1)** Die Spitzen- oder Klöppelherren dürfen keine Klöpplerin ohne ein Zeugniß, daß ihr voriger Klöppelherr von ihr befriedigt sei, annehmen; außerdem haften sie bis zu 20 Thlrn. für dessen Anforderungen. Circ. v. 6. Febr. 1804. §. 1. C. A. C. III. T. I. S. 203., die Klöpplerin aber wird bestraft, und wenn sie die Nennung des neuen Herrn verweigert, so kann sie zu dessen Angabe, sowie auch zur Angabe der bei dem ersten gemachten Schulden durch Gefängniß angehalten werden. ib. §. 2. **2)** Die Auslohnung der Klöppelleute mit Spitzen; ferner die Mittheilung anvertrauter Spitzenmuster durch die Klöppler an Andere; die Bedrückung der Klöppelleute und Mägde, sowie das Erkaufen von Mustern, welche letztere für Andere arbeiten, ist streng verboten. ib. §. 3. 4. 6. **3)** Jedes Stück Spitzen sollte wenigstens 10 Leipziger Ellen lang sein, ib. §. 5. [Aeltre Best.: Rescr. v. 30. Aug. 1689. C. A. C. II. T. I. S. 591., Bef. v. 15. Dec. 1717. ib. S. 593., v. 4. April 1721. ib. S. 593.] **4)** Die Klöppelzinsen, welche seit 1608. in den Aemtern des erzgebirgischen Kreises bestanden, sind durch das Gen. v. 23. Febr. 1831. G.S. S. 54. in Wegfall gebracht worden. Bergleute auf den Huthäusern sollten damit verschont werden. Rescr. v. 6. Sept. 1675. C.A. T. II. S. 575. **5)** S. Waaren.

Klöppelzinsen. S. Klöppeln.

Klöster. **1)** Von den allgemeinen Vorschriften über die gerichtliche Polizei, sowie über die Handhabung der Rechtspflege und Verwaltung, rücksichtlich der Ordensmitglieder der beiden Jungfrauenklöster in der Oberlausitz (s. d. unter I. 5.) sind Ausnahmen durch die Verfassung dieser Kl. geboten. G. v. 11. Aug. 1855. §. 8. G.S. S. 145. **2)** Demzufolge sollen die Bezirksgerichte und Gerichtsämter solche Handlungen der Rechtspflege, welche, ihrer Beschaffenheit nach oder zu Folge der Verfassung der in der Oberlausitz bestehenden beiden Jungfrauenklöster, innerhalb der Mauern dieser Klöster zu expediren sind, insbesondere auch alle Abhörungen der weiblichen Ordensmitglieder in bürgerlichen wie in Straf-Sachen, in Gegenwart der Abbatissin oder einer Stellvertreterin oder eines Stellvertreters derselben vorzunehmen. Es ist daher die Abbatissin oder wer sie zu vertreten hat, jedesmal von der beabsichtigten Vornahme solcher Handlungen in Kenntniß zu setzen. Doch gehen dieselben hierauf vor sich, auch wenn sie selbst oder ihr Stellververtreter nicht erscheint. V. v. 13. Sept. 1856. §. 5. G.S. S. 322. **3)** Bei mündlichen Verhandlungen in Strafprocessen ist von der Vorladung der weiblichen Ordensmitglieder zu denselben abzusehen. Vielmehr findet an Stelle der Abhörung bei diesen Verhandlungen nur die Vorlesung der von ihnen gemachten Aussagen Statt. Wenn sich Anlaß zu Eröffnung eines strafrechtlichen Verfahrens wider ein weibliches Ordensmitglied eines der beiden Jungfrauenklöster in der Oberlausitz ergiebt, hat die zur Einleitung zuständige Gerichtsbehörde noch vor derselben Bericht an das Justizministerium zu erstatten und hierauf zuvörderst dessen Bescheidung abzuwarten. ib.

Klostergerichte. S. Gerichtsstand.

Klotz (Tragung desselben als Strafe). S. Zuchthaus.

Klystier, f. Scheintod.

Knaben. S. Alter, Kinder, Großhennersd..., Bräunsdorf.

Knappen. S. Mühlburschen, Bergarbeiter.

Knappschaftscassen. **1)** Die Verfassung und Verwaltung der K. (Büchsengelder) wird in der Bergresol. v. 7. Jan. 1709. §. 38. C.A. T. II. S. 392., dem Rescr. v. 11. März 1750. C.A. C.I. T.I. S. 1415., der Anweis. v. 7. Jan. 1764. §. 68. f. ib. S. 1465., dem Rescr. v. 14. Febr. 1770. C.A. C. II. T. II. S. 153., Bef. v. 20. Jan. 1781. ib. S. 211., Rescr. v. 3. Oct. 1783. ib. S. 219. geordnet. **2)** Die Grubenofficianten und Aufseher haben sich wegen ihrer eigenen Pensionirung, wenn sie im Dienste invalid werden, sowie wegen der Pensionirung der Hinterlassenen, bei den K. zu betheiligen. Die näheren Bestimmungen enthalten die Knappschaftsregulative. B.O. v. 1851. §. 101. G.S. S. 219., u. vergl. §. 73. d. V. v. 16. Dec. 1851. G.S. S. 434. **3)** Zur Unterstützung bergfertiger Arbeiter und deren Angehörigen sind die bestehenden Knappschaftsinstitute aufrecht zu erhalten. Die Grubeneigenthümer, sowie die Arbeiter sind verpflichtet, die durch die Knappschaftsordnungen bestimmten Beiträge zu denselben zu leisten. §. 104. d. B.O. G.S. v. 1851. S. 220. **4)** S. Revieranstalten, Bergalmosen.

Knecht. S. Gesinde, Rockenstuben.

Kneipen. S. Gast- u. Schänknahrung, Gendarmen.

Knochen. S. Leichen.

Knopfmacher, f. Innungen.

Knotenkrankheit. S. Milzbrand.

Koaks. S. Gewicht u. Maß.

Kobalt. **1)** Die Entwendung des in den Gruben anstehenden oder bereits gewonnenen oder in herrenlosem oder unverliehenem Felde aufgefundenen K. wird als Diebstahl unter erschwerenden Umständen gestraft. S. Diebstahl. (Früher: Art. 226. d. Cr.Gb. G.S. v. 1838. S. 167., O. v. 22. Juli 1617. C.A. C. III. T. II. S. 82., M. v. 22. Mai 1783. C.A. T. II. S. 363., Bef. v. 6. Juli 1686. ib. S. 365., M. v. 15. Nov. 1701. ib. S. 371., v. 24. Sept. 1723. ib. S. 485., Rescr. v. 27. März 1733. C.A. C. I. T. I. S. 1363., B. v. 5. Jan. 1778. C.A. C. II. T. II. S. 603., Rescr. v. 24. Jan. 1778. ib. S. 191., Gen. v. 18. Oct. 1779. ib. S. 609., Bef. v. 30. Sept. 1782. ib. S. 615., v. 18. Sept. 1786. ib. S. 231. **2)** Kobaltstufen sollten zu keiner Zeit und an Niemand verkauft werden. Pat. v. 4. Juni 1806. §. 13. C.A. C. III. T. II. S. 103. Das Verbot der Ausfuhr von K. und Erzstufen ist aber aufgehoben mittelst Bek. v. 12. Jan. 1853. G.S. S. 5. **3)** Für die Kobaltschliche wird die Aufbereitungszulage im Rescr. v. 16. Juli 1768. C.A. C. II. T. II. S. 141. bewilligt. **4)** S. Beschädigung, Forstdienst, Gerichtspersonen.

Kochen. S. Bannrechte.

Kochgeschirr. S. Zinn.

Kochsalz. S. Salz.

Köln. S. Feuerverf.

König, Königliches Haus. **1)** Der König ist das souveraine Oberhaupt des Staats, vereinigt in sich alle Rechte der Staatsgewalt und übt sie unter den durch die Verfassung festgesetzten Bestimmungen aus. Seine Person ist heilig und unverletzlich. §. 4. d. V.U. v. 4. Sept. 1831. G.S. S. 242. **2)** Der König kann, ohne Zustimmung der Stände, weder zugleich Oberhaupt eines anderen Staats werden, Erbanfälle ausgenommen, noch seinen wesentlichen Aufenthalt außerhalb Landes nehmen. §. 5. ib. **3)** Die Krone ist erblich in dem Mannsstamme des sächsischen Fürstenhauses, nach dem Rechte der Erstgeburt und der agnatischen Linienfolge, vermöge Abstammung aus ebenbürtiger Ehe. §. 6. ib. **4)** In Ermangelung eines durch Verwandtschaft oder Erbverbrüderung zur Nachfolge berechtigten Prinzen geht die Krone auf eine, aus ebenbürtiger Ehe abstammende, weibliche Linie, ohne Unterschied des Geschlechts, über. Hierbei entscheidet die Nähe der Verwandtschaft mit dem zuletzt regierenden Könige, bei gleicher Nähe das Alter der Linie und in selbiger, das Alter der Person. Nach dem Uebergange gilt wieder der Vorzug des Mannsstammes in der Primogeniturordnung. §. 7. ib. **5)** Der König wird volljährig, sobald er das 18te Jahr zurückgelegt hat. §. 8. ib. u. G. v. 30. Dec. 1837. §. 61. G.S. v. 1838.

S. 68. **6)** Privateigenthum des Königs ist alles, was derselbe vor der Gelangung zum Throne bereits besessen hat und mit diesem Vermögen ferner erwirbt; es steht ihm darüber die freie Disposition unter den Lebendigen und auf den Todesfall zu. Hat der König über dieses Vermögen nicht disponirt, so wächst dasselbe bei seinem Ableben dem Hausfideicommisse zu. Ueber dasjenige Vermögen, was der König sonst während seiner Regierung aus irgend einem Privatrechtstitel oder durch Ersparnisse an der Civilliste erwirbt, steht demselben die freie Disposition unter den Lebenden zu, bei seinem Ableben aber fällt es ebenfalls dem Hausfideicommisse anheim. §.21. d. V.U. G.S. v. 1831. S.246., Haus-G. v. 30. Dec. 1837. §. 55—57. G.S. v. 1838. S. 68. Bei den ebenbemerkten Verfügungen ist der König an die Vorschriften der bürgerlichen Gesetze nicht gebunden. Haus-G. §.58. ib. Die übrigen Mitglieder des Königlichen Hauses sind bei ihren Dispositionen über ihr Vermögen an die Civilgesetze gebunden, wonach sich auch die Intestaterbfolge in letzteres richtet. §. 59. ib. Jedoch können sie über ihre Apanagen selbst in ihrer Linie ohne Genehmigung des Königs nicht verfügen. §. 60. ib. **7)** Das Königliche Haus Sachsen Albertinischer Linie besteht: a) nächst dem Könige, als Familienhaupt, b) aus der Gemahlin des Königs; c) aus den Königlichen Wittwen; d) aus den Prinzen u. Prinzessinnen, welche von dem gemeinschaftlichen Stammvater derselben durch von dem Könige anerkannte ebenbürtige rechtmäßige Ehe in männlicher Linie abstammen, in sofern die Prinzessinnen nicht in andere Häuser sich vermählt haben; e) aus den unter obigen Bedingungen angetrauten Gemahlinnen der vorgedachten Prinzen und den Wittwen derselben, so lange Letztere im Wittwenstande verbleiben. §. 1. d. Haus-G. v. 30. Dec. 1837. G.S. v. 1838. S. 60. **8)** Der älteste Sohn des Königs und, wenn derselbe vor dem Könige, mit Hinterlassung von Söhnen verstorben wäre, dessen ältester Sohn, heißt Kronprinz, und führt das Prädicat: „Königliche Hoheit." Alle übrigen Prinzen u. Prinzessinnen führen ebenfalls dieses Prädicat, in sofern nicht den Gemahlinnen der Prinzen, vermöge ihrer Geburt, ein höheres Prädicat zukommt. §. 2. ib. **9)** Der Rang der Prinzen u. Prinzessinnen wird durch das nähere Recht der Thronfolge, und was die unvermählten Prinzessinnen betrifft, durch die analoge Anwendung dieser Regel, bestimmt. Für einzelne Fälle bleibt jedoch besondere Bestimmung zu treffen, dem Könige vorbehalten. §. 3. ib. **10)** Der Hoheit und Aufsicht des Königs sind alle Mitglieder des Königl. Hauses unterworfen, §. 4—7. ib. S. 61. **11)** Die Heirathen der Prinzen und Prinzessinnen des Königl. Hauses dürfen nur mit Genehmigung des Königs erfolgen. Vergl. §. 8—13. ib. Die von den Prinzen und Prinzessinnen des Königl. Hauses geschlossenen Eheverträge sind, in soweit sie nicht das Privatvermögen betreffen, nichtig, wenn sie die Königl. Bestätigung nicht erhalten haben. §. 12. ib. S. 61. **12)** Keinem Mitgliede des Königl. Hauses ist eine Adoption gestattet, §. 13. ib. S. 61. **13)** Den Eheverträgen der Prinzessinnen des Königl. Hauses ist der Verzicht auf die Thron- und Erbfolge, mit Ausnahme des in der oben citirten §. 7. d. V.U. gedachten Falles, jedesmal einzurücken; es sind aber dieselben zu Gunsten des Mannsstammes hausgesetzlich für verzichtet zu achten, wenn auch ein solcher Verzicht nicht geleistet worden wäre. §. 15. ib. **14)** Ueber Apanagen, Aussteuer und Witthum vergl. die §§. 16—41. ib. S. 62—66. **15)** Von der lt. ausdrücklicher Verträge auf der Staatscasse ruhenden Secundogenitur für die nachgeborene Descendenz der Kurfürstin Maria Antonia handeln die §§. 42—54. ib. S. 66. **16)** Es steht Jedem frei, Vorstellungen an des Königs Majestät unmittelbar zu richten, die bei der Cabinetscanzlei einzureichen sind, §. 3. d. V. v. 7. Nov. 1831. G.S. S. 324. S. auch Berichte. **17)** Die Titulatur des Königs (in Folge der Annahme der Königl. Würde im J. 1806., Gen. v. 29. Dec. 1806. C.A. C. III. T. I. S. 10. u. L.C.W. T. VI. S. 322.) und die der Königl.

Familie erhellt aus dem M. v. 2. Jan. 1807. C. A. C. III. T. I. S. 11. u. L.C.W. T. VI. S. 323., dem Gen. v. 9. Febr. 1807. C. A. C. III. T. I. S. 11., u. O.A.Pat. v. 13. Febr. 1807. L.C.W. T. VI. S. 324. **18)** Mitglieder des Königl. Hauses haben nicht nöthig, wegen Grundbesitzes das Bürgerrecht zu erlangen, dagegen aber zu Ableistung der persönlichen bürgerlichen Oblasten einen Bürger für sich zu stellen. §. 46. d. A.St.O. G.S. v. 1832. S. 31. **19)** S. Abolition, Appellation in Crim., Adoption, Apanagen, Begnadigung, Bund, Beschwerdeführung, Censur, Civilliste, Dikasterien, Disciplin, Gerichtsstand, Gesetze, Glocken, Hinrichtung, Hochverrath, Jülich u. R., Kirchen, Ministerialdep., Majestät..., Regierungsverwesung, Staatsgerichtshof, Staatsgut, Staatsoberhaupt, Staatsrath, Ständeversammlung, Trauer, Untersuch..., Verfassung, Wiederaufnahme, Zeugen.

Königin. S. König, Trauer, Vormundschaft.

Königin-Mutter. S. Regierungsverwesung.

Königreich. S. Sachsen.

Königsbrück. **1)** Die Standesherrschaft K. ist durch das im L.C.W. T. VI. S. 314. abgedruckte Rescr. v. 5. Juni 1711. in der hergebrachten geistlichen Untergerichtsbarkeit in der Herrschaft K. und den dahin gehörigen Dörfern ausdrücklich geschützt worden. **2)** Wegen der Sparcasse des das. landwirthsch. Vereins und der der Stadt s. Decr. v. 7. Mai 1850. G.S. S. 100. f., v. 31. Aug. 1854. G.S. S. 177. **3)** S. Reiselegitimationen, Ständeversammlung.

Königstein. **1)** Auf der Festung K. besteht ein unteres Kriegsgericht, G. v. 28. Jan. 1835. §. 29. G.S. S. 80. [Aeltere Best.: Artikelsbr. v. 28. Juli 1708. C. A. T. I. S. 2131., Instr. v. 25. Jan. 1816. C.A. C. III. T. I. S. 738.] In der Gerichtsbarkeit des Kriegsgerichts der Festung K., wie jene nach dem G. v. 28. Jan. 1835. §. 42. besteht, ist durch das G. v. 11. Aug. 1855. wegen künftiger Einrichtung der Behörden rc. nichts geändert, V. v. 29. Dec. 1856., G.S. v. 1857. S. 3. — Wegen der Anwendung des Heimathsgesetzes v. 26. Nov. 1834. u. der dazu gehörigen G. v. 12. Oct. 1840. u. 3. Juli 1852. auf die Festung s. das G. v. 4. Aug. 1858. G.S. S. 140. **2)** Ueber die frühere magistratische Verfassung und Amtssässigkeit der Stadt K. vergl. d. Res. gr. v. 1766. ad 9. C. A. C. I. T. I. S. 118. **3)** Die Verfassung der in K. bestehenden Sparcasse ist aus dem Regul. in der G.S. v. 1848. S. 164., best. durch Decr. v. 14. Juli 1848. G.S. S. 163. zu ersehen. **4)** S. Militairgerichtsbarkeit, Begräbniß.

Köpfe. S. Anlagen, Erbfolge.

Köpfen. S. Todesstrafe.

Körper. S. Leichen, Körperverletzung.

Körperbeschaffenheit. S. Militairpflicht, Recrutirung, Communalgarde, Reisende, Körperverletzung, Mord, Züchtigung, Schärfung, Schulversäumniß, Wanderjahre.

Körperlänge, s. Militairpflicht.

Körperlich. S. Militairpflicht, Eid.

Körperliche Züchtigung, s. Züchtigung.

Körperschaft, s. Gemeinheiten.

Körperverletzung. **1)** Die früheren Vorschriften über die Bestrafung des Verbrechens der K. sind enthalten im Cr.Gb. v. 1838. Art. 132. f. G.S. S. 146., d.V. v. 21. Mai 1838. G.S. S. 381., und vorher in d. Const. 8. 11. 12. 13. v. 1572. P. IV. C. A. T. I. S. 119. f., Const. ined. 29. in Haubold's Handb. rc. S. 152., im M. v. 15. April 1706. §. 14. f. 44. C. A. T. I. S. 1736., und im M. v. 2. Juli 1712. §. 12. f. C. A. T. I. S. 1789. f. **2)** Als K.en sind außer denjenigen Einwirkungen auf den Körper eines Anderen, durch welche eine Zerreißung oder Zerbrechung von Körpertheilen verursacht worden, auch solche zu betrachten, welche eine Entzündung derselben, oder eine Störung des Gesamtbefindens zur Folge gehabt haben. Str.Gb. v. 1855. Art. 166. G.S. v. 1855. S. 225. Sind Nachtheile für die Gesundheit durch gemüthliche Eindrücke herbeigeführt worden, so ist solches einer K. gleich zu achten, wenn der Thäter gerade hierdurch einen solchen Nachtheil herbeizuführen beabsichtigte, ib. (u. s. unten Art. 168.) **3)** Vorsätzlich zugefügte K.en werden bestraft: a) mit Arbeitshaus oder Zuchthaus von 1 bis zu 6 Jahren, wenn der Verletzte dadurch der Sprache, des Gesichts, des Gehörs,

oder der Zeugungsfähigkeit beraubt, oder zu seinen Berufsarbeiten völlig unbrauchbar gemacht worden ist; b) mit Arbeitshaus bis zu 4 Jahren, wenn dem Verletzten ein sonstiger Nachtheil an seiner Gesundheit zugefügt worden, zu dessen Beseitigung keine gegründete Aussicht vorhanden ist, oder wenn durch die That eine Verstümmelung, oder auffallende Verunstaltung verursacht worden ist; c) in geringeren Fällen mit Gefängniß bis zu 1 Jahre. Beträgt die ausfallende Gefängnißstrafe nicht über 3 Monate, so kann statt derselben auf Geld bis zu 300 Thlrn. erkannt werden. Str.Gb. Art. 167. **4)** Als K. ist es auch zu betrachten, wenn Jemand einen Anderen in den Zustand der Geisteszerrüttung versetzt, oder die Ausbildung der zu selbständigem bürgerlichen Bestehen erforderlichen Geisteskräfte eines Menschen unterdrückt hat. Und zwar sind bleibende Nachtheile dieser Art den im Art. 167. bei 1. (oben 3. a.), solche aber, zu deren Beseitigung eine gegründete Aussicht vorhanden ist, den im Art. 167. bei 2. (oben 3. b.) erwähnten K. gleich zu achten. Art. 168. **5)** Ist die Absicht des Thäters bestimmt auf eine der im Art. 167. unter 1. oder 2. (oben 3. a. b.) oder im Art. 168. (oben 4.) erwähnten Verletzungen (schwere Körperverletzung) gerichtet gewesen, und diese Absicht erreicht worden, so tritt Zuchthaus von 4 bis zu 20 Jahren ein. Art. 169. **6)** In Fällen, wo eine bestimmte Absicht nicht anzunehmen ist, der Thäter jedoch eines gefährlichen Instruments sich bedient, oder besondere Veranstaltungen, woraus leicht eine gefährliche Verletzung hervorgehen kann, getroffen hat, kann der Richter auch schon in den nach Art. 167. unter 2. (oben 3. b.) zu beurtheilenden Fällen auf die daselbst unter 1. (oben 3. a.) angedrohte Strafe, bei leichten Körperverletzungen aber (Art. 167. unter 3.), und selbst wenn gar keine Verletzung erfolgt ist, auf Arbeitshaus bis zu 2 Jahren erkennen. Art. 169. cit. **7)** Wenn in Folge einer vorsätzlich zugefügten K. der Tod des Verletzten eingetreten ist, ohne daß dieser Erfolg dem Thäter zum Vorsatz angerechnet werden kann, so ist, dafern nicht nach Art. 169. (oben 5. 6.) eine schwerere Strafe eintritt, auf Arbeitshaus oder Zuchthaus von 1 bis zu 10 Jahren zu erkennen. Art. 170. **8)** Sind vorsätzlich zugefügte K.en a) mittelst hinterlistigen Anfalls, oder b) von mehreren nach vorgängiger Verabredung, oder c) an Verwandten oder Verschwägerten in aufsteigender Linie, an Pflegeältern während der Dauer dieses Verhältnisses, oder an Wahlältern begangen worden, so sind die nach Art. 167. 169. od. 170. (oben 3. 5. 6. 7.) verwirkten Strafen nach Maßgabe der Art. 14. 16. u. 18. (s. Schärfung) zu schärfen. Art. 171. **9)** Bei den im Art. 168. (oben 4.) erwähnten Verletzungen tritt diese Schärfung außer den Art. 171. unter 1. 2. u. 3. gedachten Fällen (s. 8. a. b. c.) auch dann ein, wenn sie gegen Verwandte oder Verschwägerte in absteigender Linie, gegen Wahlkinder, oder gegen Pflegekinder während der Dauer dieses Verhältnisses begangen worden sind. Ang. Art. 171. **10)** War der Thäter durch Mißhandlungen, oder besonders schwere Beleidigungen anderer Art zum Zorne gereizt und auf der Stelle zur That hingerissen worden, so kann statt Zuchthaus oder Arbeitshaus auf die nächst niedrigere Strafart in gleicher Dauer erkannt, verwirkte Gefängnißstrafe aber bis auf die Hälfte herabgesetzt werden. Auf die im Art. 171. cit. angedrohte Schärfung ist bei dem Eintritte dieses Milderungsgrundes in den Art. 171. unter 3. und im Schlußsatze aufgeführten Fällen (oben 8. c. u. 9.) nicht zu erkennen. Art. 172. **11)** a) Wenn bei einem Raufhandel ein Mensch eine schwere K. (s. oben 3. a. b. u. 4.) erlitten hat, oder getödet worden ist, so ist jeder Theilnehmer an dem Raufhandel schon wegen dieser Theilnahme mit Gefängniß oder Arbeitshaus, in dem ersteren Falle bis zu 1 Jahre, in dem letzteren bis zu 4 Jahren, zu bestrafen. Art. 173. b) Ist die eingetretene schwere K. oder Tödung mehreren Verletzungen zuzuschreiben, welche dieselbe nicht einzeln, sondern nur durch ihr Zusammentreffen herbeigeführt haben, so

ist jeder, dem eine dieser Verletzungen zur Last fällt, in dem ersteren Falle mit Arbeitshaus bis zu 6 Jahren, in dem letzteren Falle mit Arbeitshaus oder Zuchthaus bis zu 10 Jahren zu bestrafen. Ang. Art. 173. c) Die Anwendung der zu schwererer Bestrafung führenden Bestimmungen gegen diejenigen, welche nach allgemeinen Grundsätzen als Urheber, Anstifter oder Gehilfen eines Mordes, eines Todschlags oder einer K. anzusehen sind, wird durch die Bestimmung des Art. 173. nicht ausgeschlossen. Ang. Art. 173. **12)** Leichte K.en (oben 3. c.) werden nur auf Antrag bestraft, dafern nicht einer der im Art. 171. (oben 8.) angegebenen Erschwerungsgründe eintritt. Art. 174. K.en aus Unbedachtsamkeit sind, ohne Ausnahme, nur auf Antrag zu bestrafen. Die Strafe ist nach dem Verhältnisse der auf vorsätzliche K.en gesetzten Strafen abzustufen und kann bei schweren Verletzungen (bei 3. a. b. u. 4.) bis auf Gefängniß oder Arbeitshaus von 1 Jahre, bei leichteren bis auf Geld von 300 Thlrn. oder Gefängniß von 3 Monaten ansteigen. Art. 175. des Str.Gb. v. 1855. G.S. S. 227. **13)** Wegen K.en, welche durch Ueberschreitung eines gesetzlich bestehenden Züchtigungsrechts zugefügt worden sind, kann bis auf die Hälfte der lt. dieses Artikels no. 1—12. angedrohten Strafen erkannt werden. Lag denselben jedoch die oben bei 5. erwähnte bestimmte Absicht zu Grunde, so tritt die volle gesetzliche Strafe ein. Hinsichtlich des Verfahrens gelten die bei no. 12. enthaltenen Vorschriften. Art. 176. ib. Die Polizeibehörde ist bei Mißhandlungen der in der älterlichen Pflege und Gewalt stehenden Kinder durch die Aeltern oder einer Leben u. Gesundheit der Kinder gefährdenden Vernachlässigung der älterlichen Pflege von amtswegen einzuschreiten und zur Untersuchung und Bestrafung befugt, wenn nicht die Strafe das Polizeistrafmaß übersteigt, oder ein eigentliches Criminalverbrechen sich herausstellt, V. v. 31. Juli 1839. §. IV. G.S. S. 205. Dazu s. Antrag, II., 2., Freiheitsberaubung, Polizei. **14)** Die K. beim Militair wird nach dem M.Str.Gb. v. 1855. §§. 37. 88. 109. 116. 132. 133. 139. 151. G.S. S. 533. f. geahndet. S. diese §§. unter: Militairstrafg..., Strafarten, Subordination, Widersetzlichkeit, Mißbrauch, und wegen des früheren Rechts vergl. das M.Str.Gb. v. 1838. §. 90. f. G.S. S. 247. **15)** S. Untersuchungs-Zust..., Verwandlung, Schärfung III., Verhinderung, Raub, Brandst..., Zweikampf, Diebstahl, Majestätsverbr..., Gemeingef..., Auswärtige..., Betrug, Mißbrauch, Eisenbahnen u. T..., Anzeige, Privatanklage, Schmerzengeld, Anmaßung, Begünstigung, Brandstiftung, Dienst..., Handgemenge, Gerichtsbarkeit, Staatsoberhaupt, Mord, Staatsgef..., Unzucht.

Köthner. S. Bauergüter, Vorladung.

Koffer. S. Gesinde, 25., Extrapost, Post.

Kohlen. S. Asche, Steinkohlen, Betten.

Kohlenbrennen. S. Arbeit.

Kohlendampf, s. Scheintod.

Kohlenmaß, s. Gewicht u. Maß.

Kommen, s. Ankunft.

Komödianten. S. Schauspiel...

Konradsdorf. Die Sparcasse: Decr. v. 31. Mai 1860. G.S. S. 157.

Kopf. S. Section, Körperverletzung.

Kopfhaare, s. Haare, Arrest, II.

Kopfkissen. S. Kranke.

Kopfzahl. S. Anlagen, Erbfolge.

Koppelhutung. S. Amtshauptleute, Hutung.

Korn, s. Roggen, Getreide, Besoldung, Magazine, Zollwesen.

Kornpreis, s. Getreidetaxe.

Kornzins. S. Zinsgetreide.

Kossäten. S. Bauergüter, Vorladung.

Kost. S. Verpflegung, Speise, Schärfung.

Kostbarkeiten. S. Caution, Deposita, Ehefrauen, Gold..., Silber, Edelsteine, Vormundschaft.

Kosten, Expensae. **1)** In allen Fällen, wo die Acten zum Verspruch versendet, oder bei einer Oberbehörde mit Bericht eingereicht werden, müssen die gerichtlichen und außergerichtlichen K., soweit überhaupt dergleichen liquidirt werden dürfen, vor dem Abgange, bei Verlust

derselben zu den Acten liquidirt worden sein. Man sehe a) wegen der Civilprocesse: die E.P.O. ad Tit. 36. §.3. S. 196., M. v. 28. Nov. 1753. §. 10. C.A. C. I. T. I. S. 386., Lauf. Tax=O. v. 20. Febr. 1768. §. II. L.C.W. T. III. S. 18., Lauf. Tax=O. v. 14. April 1810. §. II. L.C.W. T. V. S. 42., V. v. 16. Mai 1839. IV. G.S. S. 157., G. v. 14. Mai 1840. §. 1. G.S. S. 71.; b) wegen der Berichtserstattungen, insbesondere auch in Verwaltungssachen, in Verwaltungs=Straf= und Streitsachen: Rescr. v. 30. Aug. 1781. C.A. C. II. T. II. S. 31., Bef. v. 13. Dec. 1782. ib. S. 215., v. 29. Mai 1786. ib. S. 231., Publ v. 16. März 1810. C.A. C. III. T. I. S. 332., M. v. 25. Juni 1825. G.S. S. 103., G. v. 27. Dec. 1833. §. 202. G.S. S. 556., G. v. 30. Jan. 1835. §. 43. G.S. S. 97., G. v. 14. Mai 1840. §. 1. G.S. S. 71.; c) wegen der Untersuchungssachen: Bef. v. 7. Juli 1717. C.A. T. I. S. 1197., u. L.C.W. T. I. S. 271., M. v. 27. Juli 1719. C.A. T. I. S. 1902. ad fin., ang. Lauf. Tax=O. v. 1768. l. c., Rescr. v. 31. März 1784. §. 2. C.A. C. II. T. I. S. 586., ang. Lauf. Tax=O. v. 1810. a. a. O., V. v. 27. Aug. 1836. G.S. S. 206., G. v. 14. Mai 1840. §. 1. G.S. S. 71. Jedoch wird der Verlust der gerichtlichen Unkosten mit Einschluß des Verlags bei unterlassener Liquidirung derselben vor der Actenversendung nur ausgesprochen, wo die Unkosten von dem Angeschuldigten eingebracht werden können oder deren Abstattung anderen Personen obliegt, nicht aber, wenn die Liquidation derselben wegen notorischen Unvermögens der in Untersuchung befangenen Person zur Abentrichtung unterlassen und dieses zu den Acten bemerkt worden ist. V. v. 27. Aug. 1836. G.S. S. 206. d) Bei Extrajudicialien fällt der Verlust weg, wenn dem Sachwalter selbst der Inrotulationstermin nicht bekannt geworden und, daß dieses der Fall sei, nicht sofort aus den Acten zu ersehen ist. G. v. 14. Mai 1840. §. 1. G.S. S. 71. **2)** Die K. der Execution eines Erkenntnisses hat der Verurtheilte zu bezahlen. Der Ausbringer hat sie zwar zu verlegen, es ist aber die Vollstreckung von der Leistung des Verlags nicht abhängig zu machen. Wenn bei Vollstreckungsverfahren Streitigkeiten entstehen, welche einer richterlichen Erörterung bedürfen, so sind in Ansehung der hierdurch veranlaßten K. die über Proceß=K. im Allgemeinen bestehenden Grundsätze zu befolgen. G. v. 28. Febr. 1838. §. 34. G.S. S. 82. **3)** Im Executivprocesse sind die K. vom Kläger bei Verlust derselben zu den Acten zu liquidiren. Anh. zur E.P.O. §. 10. S. 306. Wenn der Gegenstand des Executivprocesses geringfügig ist, gelten die Vorschriften über geringf. Rechtss., Bef. v. 15. Nov. 1780. C.A. C. II. T. I. S. 379., M. v. 3. April 1824. §. 18. unter 20. G.S. S. 52. **4)** Im Forstrügengerichte waren sonst für eine sofort entschiedene Rüge an Gebühren nur $7\frac{1}{2}$ Ngr. zu liquidiren, in anderen Fällen verblieb es bei der Tax=O. Gen. v. 21. März 1825. §. 4. G.S. S. 88. **5)** In geringfügigen Rechtssachen gelten der K. halber folgende Grundsätze: a) Dem Richter passiren, wenn die Irrung durch mündliches Verhör sogleich abgethan wird, — 20 Ngr. —, und wenn er auf letzteres sofort selbst decretirt — 27 Ngr. —, wenn aber verfahren werden muß, 1 Thlr. — —, und wenn der Richter hierauf selbst verabscheidet, 1 Thlr. 10 Ngr. —, außerdem der baare Verlag; auch sind jene Sätze nicht von jeder Partei, sondern von allen zusammen zu erheben. Bei den nachher etwa erforderlichen gerichtlichen Verrichtungen ist jedesmal nur die Hälfte der Sätze der Tax=O. zu liquidiren. Tax=O. v. 1840. Cap. I. Tit. I. Anm. G.S. S. 386. [Aeltre Best.: M. v. 28. Nov. 1753. §. 10. C.A. C. I. T. I. S. 386., Rescr. v. 25. Oct. 1803. C.A. C. III. T. I. S. 201., M. v. 13. März 1821. §. 4. G.S. S. 38., v. 3. April 1824. §. 18. unter 23. G.S. S. 52.] Assessurgebühren können nicht liquidirt werden, Rescr. v. 10. Febr. 1816. C.A. C. III. T. I. S. 376., V. v. 5. März 1832. G.S. S. 273. Analog kommen die gedachten Sportel=Ansätze auch in geringfügigen Verwaltungsstreitigkeiten in Anwendung. V. v. 17. April 1845. G.S. S. 74. b) Die Advocaten dürfen für das

erste Verfahren mehr nicht als 20 Ngr. bis 1 Thlr. ansetzen. Für alle andere Arbeiten und Bemühungen kann nur die Hälfte der niedrigsten Sätze gefordert werden, ib. S. 413. Anm. 1. u. G.S. v. 1859. S. 200 f. Wegen der geringfügigen Verwaltungsstreitigkeiten: V. v. 17. April 1845. G.S. S. 74. c) Bei dem Ober-Appellationsgerichte und den Appellationsgerichten wird, mit Ausnahme des baaren Verlags, nur die Hälfte der Gerichtssporteln bezahlt, Sportel-Taxe v. 21. Dec. 1840. Anm. 1. G.S. S. 470. **6)** In ganz geringen (Bagatell-) Sachen sind die K. nach folgenden Ansätzen und Bestimmungen zu erheben: a) Für Anmerkung eines mündlichen Anbringens und Anordnung der Vorladung, 2 Ngr. 5 Pf.; für einen Bestellzettel, mit Einschluß der Reinschrift oder Ausfüllung, 1 Ngr. 5 Pf.; für Behändigung desselben dem Diener 1 Ngr. 3 Pf. Bei Vorladung entfernter Parteien ist dem Gerichtsboten außerdem noch das gewöhnliche Botenlohn zu entrichten, soweit nicht zu Ersparung desselben die Behändigung des Bestellzettels dem Boten bei Gelegenheit anderer Verrichtungen am Wohnorte des Vorzuladenden, oder auch einer dortigen Gerichtsperson, übertragen werden kann. Für die gerichtliche Verhandlung der Sache, Vermittelung eines Vergleichs oder Ertheilung der Entscheidung, mit Einschluß etwaniger Zeugenverhöre: wenn der Gegenstand des Streites nicht über 10 Thlr. beträgt, 8 Ngr. bis 10 Ngr.; wenn derselbe mehr als 10 Thlr. beträgt, 15 Ngr. bis 20 Ngr. Ebenso viel kann für die Fortsetzung der Verhandlung in einem neuen Termine, wenn solcher ohne Schuld des Gerichts nöthig wird, angesetzt werden. Für Abhörung eines oder mehrerer Zeugen auf Ersuchen eines anderen Gerichts, 8 Ngr.; für Bekanntmachung des Bescheids in einem besonderen Termine, 2 Ngr. 5 Pf. Diejenigen Gerichtskosten, welche nach Bekanntmachung des Bescheids entstehen, sind nach der Hälfte der niedrigsten Sätze zu erheben, welche die Tax-O. für den ordentlichen Proceß zu fordern gestattet. §. 40. d. G. v. 16. Mai 1839. G.S. S. 153., Tax-O. v. 26. Nov. 1840. Nachtr. II. G.S. S. 414. f. Nach den gleichen Grundsätzen sind die Kosten anzusetzen, wenn Expensforderungen, welche den Betrag von 20 Thlrn. nicht übersteigen, besonders eingeklagt werden, V. v. 31. Jan. 1845. G.S. S. 26. b) Sachwalter, welche von einer Partei zugezogen werden, dürfen für ihre sämtlichen Bemühungen bis zur Bescheidsertheilung ein Mehreres nicht, als 20 Ngr., von ihren Machtgebern fordern. Werden ihnen nach dieser Zeit noch Arbeiten oder Verrichtungen aufgetragen, so sind sie dafür die Hälfte der bei wichtigen Rechtssachen geordneten Ansätze zu verlangen befugt, ib. c) Auf vorstehende Bestimmungen ist auch in der Sportel-Taxe für das Ober-Appellationsgericht und die Bezirks-Appellationsgerichte v. 21. Dec. 1840. G.S. S. 470. Anm. 1. verwiesen. d) Ersatz von K. wegen Zuziehung eines Beistandes oder Erscheinens durch einen Stellvertreter findet in dem Processe wegen ganz geringer Ansprüche nicht Statt, §. 7. d. G. v. 16. Mai 1839. G.S. S. 145. e) Auf das Liquidiren in Verwaltungsstreitigkeiten leidet das G. v. 16. Mai 1839. keine Anwendung. V. v. 17. April 1845. G.S. S. 75. **7)** In allen Angelegenheiten vor dem Grund- u. Hypothekenbuche wird nach der Taxe in der G.S. v. 1843. S. 238. liquidirt. **8)** In Kirchen-, Schul- und Stiftungssachen werden K. in der Regel nur in soweit liquidirt, als ein streitiges Parteienverhältniß, oder ein Privatinteresse oder das Interesse der pia causa, sofern sie wohlhabender ist, vorliegt. Die besonderen Grundsätze giebt die V. v. 10. Jan. 1839. G.S. S. 16., das G. u. die V. v. 2. April 1844. G.S. S. 141. 143. an. **9)** Für den Eintrag einer Lehnshypothek, sowie für Anmerkung der Cession ist an Sporteln soviel zu entrichten, als für die Anmerkung einer wegen unbezahlter Kaufgelder vorbehaltenen Hypothek. M. v. 4. Juni 1829. §. 13. G.S. S. 113., G. v. 25. Jan. 1836. §. 20. G.S. S. 17. **10)** Das Avanciren der K. durch Postvorschuß haben zwar die Canzleien der Oberbehörden hergebracht, vergl. wegen der Lan-

desregierung die V. v. 13. Aug. 1818. §. 6. G.S. S. 56., der Brandversicherungs-Commission die V. v. 1. Febr. 1823. §. 4. G.S. S. 28., jedoch s. das G. v. 14. Nov. 1835. §. 90. G.S. S. 545., des Obersteuer-Collegii das Pat. v. 18. Mai 1827. §. 6. G.S. S. 98., des Ober-Consistorii und Kirchenraths die Bek. v. 14. Sept. 1829. §. 8. G.S. S. 169., des Finanzcollegii das Pat. v. 18. Oct. 1815. §. 6. C.A. C.III. T.II. S. 45., des Appellationsgerichts das Publ. v. 20. Sept. 1825. §. 11. 12. G.S. S. 109., und v. 19. Sept. 1829. G.S. ib. S. 151., Anschl. v. 9. April 1831. §. 4. G.S. S. 96., der jetzigen Appellationsgerichte die V. v. 21. Dec. 1840. §§. 1. 3. G.S. S. 462. Den Unterbehörden ist es jedoch nicht erlaubt, Sportel-Reg. v. 3. Dec. 1827., insbesondere auch nicht den in Untersuchung gegen die Uebertreter der indirecten Abgaben-Gesetze requirirten Behörden. G. v. 27. Dec. 1833. §. 208. G.S. S. 558. Was den früherhin gebräuchlichen Agenten für Ablösung der Erkenntnisse, Rescripte u. dergl. an Agenturgebühren zu erheben nachgelassen war, enthält das Gen. v. 26. Sept. 1804. C.A. C. III. T. I. S. 338. **11)** Die K. geringfügiger Rügensachen und der Erkenntnisse darin wurden nach Maßgabe der V. v. 6. Juni 1839. G.S. S. 171., und der Tax-O. v. 1840. Cap. I. Tit. II. A. G.S. S. 386. angesetzt. S. noch: Rügenproceß. **12)** Die Subhastation von Grundstücken a) wegen Gerichts-Kostenrückständen in Civilsachen ist in der Regel unzulässig. Bef. v. 2. März 1754. C.A. C. II. T. I. S. 569., V. v. 9. April 1836. §. 3. G.S. S. 86. Die Beurtheilung und Entscheidung über Ausnahmsfälle gehört vor die Appellationsgerichte. Ang. V. v. 1836. §. 3. In geringfügigen Rechtssachen ist ohnehin die Vorschrift §. 9. des M. v. 28. Nov. 1753. C.A. C. I. T. I. S. 385. maßgebend. Dagegen sind die den Sachwaltern zukommenden oder einer Partei zu erstattenden K., soweit sie auf richterlichen Entscheidungen und Decreten oder sonst in Liquidität beruhen, wie andere Schuldforderungen zu betrachten und zur Execution zu bringen. Ang. V. v. 1836. b) Nach dem Bef. v. 21. April 1751. C.A. C. III. T. I. S. 190., und der ang. V. v. 1836. können Untersuchungs- und Inquisitionskosten, da nöthig, durch Subhastation des dem Verbrecher gehörigen Grundstücks eingebracht werden, dafern sonst nicht zur Bezahlung zu gelangen ist; den Appellationsgerichten steht die Obsicht deshalb zu, übrigens können in geeigneten Fällen, namentlich aus Billigkeitsgründen, Ausnahmen statuirt werden. **13)** In Untersuchungen wurden früher die K. nach der Tax-O. v. 1840. Cap. I. Tit. II. B. G.S. S. 387., und insbesondere die für einen Gerichtsbescheid nach §. 38. 1. 2. des G. v. 28. Jan. 1835. G.S. S. 79. und §. VIII. d. G. v. 30. März 1838. G.S. S. 199. nach der V. v. 24. Jan. 1839. G.S. S. 15., Tax-O. v. 1840. G.S. S. 390. no. 45. angesetzt. b) Gegenwärtig erfolgt das Liquidiren der fraglichen K. nach der Tax-O. v. 6. Sept. 1856. G.S. S. 291. f. — S. Untersuchungskosten. c) Anlangend die Uebertragung der Untersuchungskosten von den Gerichtsunterthanen, worüber die älteren Best. in der L.O. v. 1. Oct. 1555. Tit. Unkosten, C.A. T. I. S. 50., Bef. v. 23. Dec. 1686. C.A. T. II. S. 29., v. 30. Aug. 1697. ib. S. 51., dem Bef. v. 8. Febr. 1717. C.A. T. II. S. 71., v. 23. Dec. 1686. ib. S. 29., dem Bef. v. 30. Aug. 1697. ib. S. 51., Gen. v. 26. März 1735. C.A. C. I. T. I. S. 487., im Gen. v. 30. April 1783. §. II. 1. 2. C.A. C. II. T. I. S. 452. und O.A.Pat. v. 23. Nov. 1784. §. II. C.A. C. II. T. III. S. 214. zu finden sind, so enthielt die entscheidenden Grundsätze: das G. v. 30. März 1838. §. XIII. G.S. S. 201., und für die Oberlausitz das Criminalcassen-Regulativ. S. Criminalcasse, und das ang. G. v. 1838. a. a. O. d) Waren in einem Königl. Gerichtsbezirke die Unterthanen zu Uebertragung der Untersuchungskosten verbunden, so durfte demohngeachtet diese Verbindlichkeit nicht auf den Ersatz solcher K. u. Verläge ausgedehnt werden, welche durch Untersuchungen gegen Uebertreter der indirecten Abgabengesetze veranlaßt worden sind. G. v. 27. Dec. 1833. §. 206. G.S. S. 557. e) Gegenwärtig ist die Verpflich-

tung der Unterthanen zu Uebertragung von Untersuchungskosten in Wegfall gekommen. S. den Art.: Patrimonialgerichte. **14)** Die mit den Kronen Preußen, Sachsen-Altenburg und Reuß jüngerer u. älterer Linie, sowie Weimar-Eisenach, und Coburg-Gotha zu Leistung gegenseitiger Rechtshilfe und insbesondere hinsichtlich der K. in Civil- u. Criminalsachen vereinbarten Bestimmungen enthält die Ministerialerklärung (wegen Preußen) v. 30. Nov. 1839. Art. 44. f. G.S. S. 331., v. 20. Juni 1840., (wegen Altenburg) Art. 44. f. G.S. S. 145., v. 31. Jan. 1847. Art. 44. f. G.S. S. 35., (wegen Weimar) u. die Conv. v. 12. Juli 1845. (wegen Reuß j. L.) lt. der V. v. 21. Juli 1845. G.S. S. 104., die Conv. v. 22. Oct. 1845. (wegen Reuß ä. L.) lt. d. V. v. 27. Oct. 1845. G.S. S. 246., die Conv. v. 19. Juli 1848. G.S. S. 148. (wegen Coburg-Gotha). **15)** Wegen der K. bei der Commission für Entscheidung von Competenzzweifeln zwischen Justiz- und Verwaltungsbehörden vergl. §. 16. des G. v. 13. Juni 1840. G.S. S. 101. **16)** Kanäle-, Schleußen-, Brücken-, Fähren-, Hafen-, Wage-, Krahnen- und Niederlage-Gebühren sollen nur bei Benutzung wirklich bestehender Einrichtungen in den Zollvereinsstaaten erhoben und nicht erhöht, auch überall von den Unterthanen der anderen contrahirenden Staaten auf völlig gleiche Weise, wie von den eigenen Unterthanen erhoben werden. Zoll-Verein.-Vertr. A. v. 30. März 1833. Art. 17. G.S. S. 167., Vertr. C. v. 11. Mai 1833. Art. 17. G.S. ib. S. 192. **17)** Ueber das Lagergeld od. die Gebühr für die Benutzung des Niederlagsrechts in den Packhöfen vergl. d. Zoll-O. v. 1838. §. 61. G.S. S. 136. [Aeltre Best.: Zoll-O. v. 4. Dec. 1833. §. 58. 59. G.S. S. 319., bei Zolllagern: ib. §. 67. G.S. ib. S. 322.] **18)** Für die K. seines Clienten soll ein Advocat, der sich zu dem Ende von jenem den nöthigen Verlag geben zu lassen hat, sowohl im Allgemeinen, Pr.O. Tit. VII. §. 7. S. 61., und wegen der Lausitz: O.A.B. v. 16. April 1674., O.A.Mand. v. 25. Jan. 1714. L.C.W. T. I. S. 91. 102., O.A.Pat. v. 27. März 1732. ib. S. 147., v. 15. Juni 1780. ib. T. III. S. 73., v. 13. Juni 1782. ib. S. 76., als insbesondere beim Handelsgerichte zu Leipzig selbst haften, M. v. 31. März 1718. C.A. T. II. S. 2077., es ist aber durch das Publ. v. 20. Sept. 1825. §. 3. G.S. S. 105. jene Verbindlichkeit bei den Obergerichten ausdrücklich in Wegfall gebracht worden. S. noch den Artikel: Advocaten, 28. **19)** Wenn ein Denunciat in Erster Instanz von Strafe und Kosten freigesprochen worden ist, auf ein Rechtsmittel des Denuncianten aber die höhere Instanz befindet, daß der Denunciat mindestens in die Kosten, resp. die zur Erstattung geeigneten Extrajudicialien zu verurtheilen gewesen wäre, so soll auf Uebertragung dieser letzteren durch den Denuncianten selbst erkannt werden, ausgenommen, wenn sie von einer dritten Person oder dem Gerichte wegen eines Verschuldens zu tragen sind. V. v. 24. Febr. 1848. G.S. S. 9. f. **20)** Für alle durch das G. wegen des Unterthanen-Rechts v. 2. Juli 1852. veranlaßte Verhandlungen haben die betreffenden Behörden die taxmäßigen Gebühren in Ansatz zu bringen. Die Gebühr für Ausfertigung der Verleihungs- u. Heimaths-Urkunden ist mit 2 Thalern beziehendlich 15 Ngr. ausschließlich des Stempels zu berechnen. Die Ausfertigung der Entlassungsurkunden erfolgt stempel- u. kostenfrei. V. v. 2. Juli 1852. §. 22. G.S. S. 254. **21)** S. noch die Art.: Advocaten, Aemter, B. D., Antrag, Anklageverfahren, Appellation, Appellation in Crim., Appellationsgerichte, Armeneid, Armenrecht, Begräbniß, Beklagte, Besichtigung, Brandstiftung, Bürgerrecht, Caution, Censur, Commissarien, Communalgarde, Concursacten, Concursgläubiger, Concurskosten, Concursmasse, Deposita, Dismembration, Ehemänner, Ehesachen, Eid, Erkenntnisse, Executionsverfahren, Feldmesser, Geisteskranke, Geringf. R., Justizämter, Kauf, Lehnsbriefe, Handel- u. Gew..., Pfandrecht, Militairgerichtsbarkeit, Patente, Rechtscandidaten, Reisekosten, Rügenverfahren, Reiselegitimationen, Schlußverhör, Scharfrich-

ter, Staatsverträge, IV., Steinkohlen, Subhastation, Taxordnungen, Testamente, Untersuchung..., Unterthanenrecht, Vertheidigung, Väter, Verjährung, Vagabonden, Verwaltungsstreitigkeiten, Wahlen, Vorladung, Wechsel..., Werth, Zuchthaus, Zusammenlegung, Zurücknahme.

Kosten, (Impensae). S. Verwendung.

Kostenabstattung. S. Kostenerstattung.

Kostenanschlag. S. Werth, Inventarium.

Kostenbeitrag. S. Erkenntnisse, Kostencompensation.

Kostencompensation. **1)** Die Kosten sind nicht leicht zu compensiren, Pr.O. Tit. 36. §. 1. S. 192., C.P.O. ad Tit. 36. §. 5. S. 197. **2)** Es hängt lediglich von dem richterlichen Ermessen ab, ob und wiefern selbst da, wo die Entscheidung der Hauptsache auf Leistung eines de= oder referirten oder eines Erfüllungs= oder Reinigungseides beruht, eine Ausnahme von der Regel, daß der Unterliegende dem Sieger die Proceßkosten zu erstatten habe, eintreten solle, G. v. 11. Jan. 1838. G.S. S. 25. **3)** Wenn Gerichte und Spruchbehörden die Aufhebung einer in früheren Erkenntnissen rechtskräftig erkannten K. nicht beabsichtigen, indem sie bei Definitiverkenntnissen eine Partei in Erstattung der Kosten des Processes verurtheilen, so haben sie solches deutlich auszusprechen, z. B. durch die Formel: „in soweit über die Kosten nicht bereits etwas Anderes rechtskräftig erkannt ist;" entgegengesetzten Falls aber haben sie ebenso bestimmt zusagen, daß die unterliegende Partei auch jene vorhin rechtskräftig compensirten Kosten der obsiegenden Partei mit zu erstatten habe, V. v. 6. Nov. 1840. G.S. S. 335. **4)** S. Verwandte.

Kostenerstattung. **1)** Die Verbindlichkeit zur K. ist die Folge des allgemeinen Grundsatzes, daß der Unterliegende dem Sieger die von diesem nothwendigerweise aufgewendeten Kosten zu vergüten habe, G. v. 11. Jan. 1838. G.S. S. 25., insbesondere aber die Folge muthwilliger Streitsucht, Const. 31. P. I. v. 1572. C.A. T. I. S. 83.; wer für sein Vornehmen nicht erhebliche Ursache gehabt, und wer in der Hauptsache verurtheilt wurde, soll auch die Kosten erstatten. Pr.O. Tit. 36. §. 1. 3. S. 192., C.P.O. ad Tit. 1. §. 14. S. 21., ad Tit. 10. §. 2. S. 78., G. v. 11. Jan. 1838. G.S. S. 25. Unter den zu erstattenden Kosten sind insbesondere die gesamten gerichtlichen Gebühren u. Verläge, die Zeugengebühren, und die von dem Gegner aufgewendeten, richterlich festgestellten Kosten begriffen, Pr.O. Tit. 36. §. 3. 5—9. S. 193., aber nicht die, welche der Letztere durch eigenes Verschulden verursacht hat. C.P.O. ad Tit. 36. §. 4. S. 196. **2)** Sowie auf die Verbindlichkeit zur K. erkannt werden kann, wenn auch die Verurtheilung in der Hauptsache auf irgend einem Eide beruht, so soll sie insbesondere ausgesprochen werden können: wenn der Eid nur über einen Nebenpunct der Klage oder Einrede angetragen war; wenn der, welchem der Eid angetragen wurde, ihn nicht schwören kann; und wenn der zurückgegebene Eid von dem, welcher ihn antrug, geleistet wird, C.P.O. ad Tit. 36. §. 5. S. 197., G. v. 11. Jan. 1838. G.S. S. 25. **3)** Ein Kläger wird in die K. verurtheilt, wenn seine Klage verworfen wird, C.P.O. ad Tit. 5. §. 3. 4. S. 47.; wenn er seine Klage ändert oder fallen läßt, ib. §. 9. S. 52.; wenn er den Eidesantrag später als in der Klage stellte, und deshalb den Beklagten anderweit citiren läßt, C.P.O. ad Tit. 18. §. 1. S. 109.; wenn er vom Executivprocesse ab= und zum ordentlichen Processe übergeht, C.P.O. Anh. §. 9. S. 305.; wenn er im Termine ausbleibt, C.P.O. ad Tit. 10. §. 1. S. 77.; wenn er das Wenigere, welches der Beklagte schuldig zu sein zugestand und offerirte, nicht annahm, und doch das behauptete Mehr nicht nachzuweisen vermochte, C.P.O. ad Tit. 5. §. 8. S. 51.; — ferner ein Beklagter, wenn sein Gegner zwar nicht den Betrag der ganzen geleugneten Forderung, wohl aber ein We=

nigeres ausführte, da der Beklagte letzteres gleich Anfangs einzuräumen gehabt hätte, ib., oder ein Beklagter, der nur soviel ausführte, daß er einen Minderbetrag des ihm Abgeforderten schulde, E.P.O. ad Tit. 36. §. 5. S. 197., oder der im Executivprocesse aus einer bedingten Verbindlichkeit oder einem gegenseitigen Vertrage belangt wurde, und die Bedingung oder die Contractserfüllung durch seinen Gegner wider die Wahrheit leugnete. E.P.O. Anh. §. 4. S. 302. **4)** Der in Petitorio Verurtheilte hat auch die Kosten des vorhergegangenen Besitzprocesses zu restituiren. Anh. zur E.P.O. §.20. S.311. **5)** Wenn ein dazu Befähigter gegen ein Versäumniß die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand erhält, so hat er gleichwohl (bei Bevormundeten der Vormund oder Actor aus eigenen Mitteln) die durch jenes verursachten Unkosten zu erstatten. E.E.O. ad Tit. 9. §. 4. S. 72. ad Tit. 20. §. 4. S. 127. **6)** In Rügensachen zwischen gemeinen Bürgers- u. Bauersleuten findet keine K. Statt, M. v. 1. Juli 1737. §.2. C.A. C.I. T.I. S.644. Desgl. nicht die Erstattung der außergerichtlichen Kosten in Bagatellsachen. S. den Art.: Verfahren. **7)** S. Ablösung, Amtsbefugnisse, Besitz, Executionsverfahren, Litisden..., Litisreass..., Kostencompensation, Nominatio, Verfahren.

Kostenfreiheit. Folgende Angelegenheiten sind von den Behörden kostenfrei zu besorgen: **1)** Ablösungs- und Gemeinheitstheilungssachen (hinsichtlich der Gebühren) und Landrentenbanksachen, §. 276. 278. d. G. v. 17. März 1832. G.S. S. 235. 236. u. V. v. 25. Nov. 1843. §. 9. G.S. S. 254.; **2)** die Einziehung der Advocatenkosten in dem unter Advocaten, 28. gedachten Falle; **3)** alle amtshauptmannschaftlichen Expeditionen, §. 40. d. Gen.Instr. v. 27. Sept. 1842. G.S. S. 188.; **4)** die beim Anbau wüster Häuser und Güter auszufertigenden Kaufbriefe und Adjudicationsscheine, und die Ertheilung des Bürgerrechts dabei, s. den Art. Anbau; und vergl. noch die A.St.O. v. 2. Febr. 1832. §. 64. G.S. S.34.; **5)** Anfragen der Richter bei dem Appellationsgerichte, ob u. was dem Vormunde für seine Mühe in Rechnungsausgabe passiren könne, V.O. Cap.26. §. 2. S. 117.; **6)** Armensachen, und zwar a) Armenpolizeisachen, s. die Art.: Armensachen, 2., Armenvereine, 6., b) Proceßsachen Armer, s. Armenrecht. Es ist in allen Instanzen ohne Entgelt zu expediren, Bef. v. 17. Aug. 1792. C.A. C.II. T.I. S. 589.; **7)** die Ausmittelung des steuerfreien Eigenthums und die Gewährung der Steuerentschädigung, G. v. 8. Nov. 1838. §. 15. G.S. S. 463., G. v. 15. Juni 1843. §.7. G.S. S. 67.; **8)** Ausweisungen in das Ausland, s. Staatsverträge, III., und im Inlande, s. Ausweisung; **9)** alle Expeditionen zu Beförderung der Baumzucht, M. v. 11. Mai 1726. §. 12. C.A. C.I. T.I. S. 523., Laus. F. u. H.Pat. v. 20. Aug. 1767. Cap.7. §.16. C.A. C.I. T.III. S. 188. u. L.E.W. T. III. S.719.; **10)** die bei Ausübung der Baupolizei Seiten des Stadtraths zu Leipzig in den akademischen Gebäuden vorzunehmenden Localexpeditionen, Rescr. v. 26. Juli 1823. G.S. S. 99.; **11)** die Abführung der Bettler in das Landarbeitshaus, M. v. 9. Juni 1803. §. 13. C.A. C.III. T.I. S. 399. u. L.E.W. T. V. S. 294.; **12)** die Verwaltung des Vermögens Bevormundeter, wenn das wirklich nutztragende Vermögen nicht 200 Thlr. beträgt, Tax-O. v. 1840. Cap. 1. Tit. 3. no. 53. G.S. S. 401.; V.O. Cap. 26. §. 3. S. 118.; **13)** die von den Kreisdirectionen wegen der bei Bierzwangsablösungen zu führenden Bescheinigungen Königl. Unterbehörden aufgetragenen Erörterungen, G. v. 27. März 1838. §. 15. G.S. S.279.; **14)** Brandvergütungs-Cessionen, G. v. 14. Nov. 1835. §. 74. G.S. S. 540.; **15)** die Angelegenheiten der Landesimmobiliar-Brandversicherungsanstalt, G. v. 14. Nov. 1835. §. 14. G.S. S. 526.; **16)** die Cassationen oder Bescheinigungen in Bezug auf die erfolgte Berichtigung des Stempels, M. v. 11. Jan. 1819. §. 20. G.S. S. 29., Laus. M. v. 12. Aug. 1819. §. 12. L.E.W. T. V.

S. 579.; **17)** die Umwandlung der Staatsdiener-Cautionen nach dem 14-Thalerfuße, vergl. die Best. unter Caution, III.; **18)** das Verfahren und die Entscheidungen in Communalgardenangelegenheiten, Discipl.Regul. §.46. G.S. v. 1831. S. 44., doch vergl. den Art.: Communalgarde; **19)** die Communication städtischer Behörden unter sich, V. v. 15. Jan. 1833. §. 2. 3. G.S. S. 14. 15.; **20)** die Concessionen zur Herausgabe neuer Zeitschriften, V. v. 5. Febr. 1844. §§. 22. 25. G.S. S. 11., und s. Zeitschriften, Zeitungscaution; **21)** die Verhandlungen der unter Concurskosten, II. c. genannten öffentlichen Cassen im Concurse; **22)** die Ausfertigung von Confirmations- und Schulentlassungsscheinen, G. v. 6. Juni 1835. §. 27. G.S. S. 284.; **23)** die Deposition von Documenten und Schuldscheinen, mit Ausnahme der Staatspapiere, Tax-O. v. 1840. Cap. 1. Tit. 3. no. 62. G.S. S. 402., und s. noch wegen der vormundschaftlichen Deposita den Art.: Deposita; **24)** die Auslieferung von Deserteurs an Staaten, mit welchen Sachsen im Cartell steht, s. Staatsverträge, II., und das Sportel-Regul. für die Aemter v. 3. Dec. 1827. §. 58. (steht nicht in der G.S.); **25)** das Verfahren auf Gesuche um Genehmigung der Dismembration von Rittergütern, M. v. 11. Jan. 1823. §. 5. G.S. S. 21., s. aber den Art.: Dismembration; **26)** gewisse, das Eigenthum an Geisteswerken betreffende Verhandlungen, s. Eigenthum an G.; **27)** die executivische Eintreibung liquider Leistungen und Gefälle für die Gutsherren, welche die Gerichte an den Staat abgetreten haben, sowie die von den Behörden an dergleichen Gutsherren, als Gemeindeglieder, (übrigens unter Beobachtung eines angemessenen Geschäftsstyls) zu erlassenden Verfügungen, soweit sie nicht als Partei kostenpflichtig sind, Beilage sub ⊙ zur Bek. v. 26. April 1838. §. 6. u. 10. unter 3. G.S. S. 369.; **28)** die Verhandlungen wegen Entwässerung versumpfter Ländereien, Gen.Instr. v. 27. Sept. 1842. §. 21. G.S. S. 182.; **29)** die, den Militairfiscus betreffenden Angelegenheiten, §. 75. b. 2. Th. der Ordonn. v. 19. Juli 1828. G.S. S. 165., Gen. v. 14. Febr. 1788. C.A. C. II. T. I. S. 1285. u. L.C.W. T. IV. S. 590.; **30)** die Verleihung von Freistellen auf den Landesschulen Grimma und Meißen, V. v. 31. Jan. 1834. G.S. S. 45.; **31)** die Verleihung geistlicher Aemter, s. den Art.: Aemter, B. D. und das G. v. 2. April 1844. §. 1. G.S. S. 141.; **32)** die Concurrenz der Obrigkeiten bei Theilung von Gemeinheiten, Erl. der amtshauptmannschaftl. Instr. v. 6 März 1823. §. 11. G.S. S. 33.; **33)** die obrigkeitlichen Verhandlungen in Land-Gemeinde-Angelegenheiten, L.Gem.O. v. 7. Nov. 1838. §. 13. G.S. S 434.; **34)** die Grundsteuersachen, s. Steuersachen; und früher die durch Vorbereitung des neuen Grundsteuersystems herbeigeführten obrigkeitlichen Geschäfte, V. v. 7. März 1835. §. 20. G.S. S. 168.; **35)** die Verhandlungen und Geschäfte bei Anlegung d. Grund- u. Hypothekenbücher, G. v. 6. Nov. 1843. §. 245. G.S. S. 233.; **36)** in der Regel die Heimathsangelegenheiten, G. v. 26. Nov. 1834. §. 25. G.S. S. 454.; **37)** die Verhandlungen wegen Verbüßung der Handarbeitsstrafen bei Königl. Aemtern und Gerichten, G. v. 29. Oct. 1836. §. 7. G.S. S. 324.; **38)** die Verpflichtung von Jägerburschen in den Justizämtern, Gen. v. 20. Mai 1806. C.A. C. III. T. II. S. 150.; **39)** die Kirchen-, Schul- u. Stiftungssachen, so lange ein gesetzlicher Grund die K. nicht aufhebt, G. u. V. v. 2. April 1844. G.S. S. 141. 143.; **40)** die durch arme kranke Reisende veranlaßten Verhandlungen, V. v. 16. Mai 1832. §. 9. G.S. S. 323., und s. noch den Artikel: Reisende; **41)** die Zeugnisse über Berichtigung von Lehngeldern und Zinsen nach Maßgabe des Gen. v. 14. Aug. 1767. C.A. C. I. T. I. S. 414., und der V. v. 15. Febr. 1844. §. 2. G.S. S. 37.; **42)** die Militairdienstangelegenheiten, sowie die Untersuchung wegen Militairverbrechen im Allgemeinen, insbesondere wenn letztere

gegen Unteroffiziere und Gemeine geführt worden, wobei militairische Assessurgebühren auch künftig nicht liquidirt werden sollen, V. v. 7. Jan. 1841. G.S. S. 4.; **43)** die gegenseitige Vernehmung der Militair- und Civilbehörden in criminellen oder Civilsachen der Gemeinen und Unteroffiziere, §. 81. d. 2. Th. d. Ordonn. v. 19. Juli 1828. G.S. S. 166., V. v. 7. Jan. 1841. §. 2. G.S. S. 4., und f. wegen der Expeditionen der Civilgerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten der Unteroffiziere und Gemeinen die Gen.-Ordre v. 30. März 1791. C.A. C. II. T. I. S. 1355., und Rescr. v. 7. Dec. 1810. C.A. C. III. T. I. S. 684.; **44)** die Visirung der Pässe u. Wanderbücher durch die Polizeibehörden, mit Ausnahme der zu Dresden u. Leipzig, Regul. v. 1818. Cap. 3. §. 2. C.A. C. III. T. I. S. 556., und L.C.W. T. V. S. 228.; **45)** die Angelegenheiten der Prediger-Wittwen- u. Waisencasse, G. v. 1. Dec. 1837. §. 13. G.S. S. 188.; **46)** die Reclamationen über zu hohe Gewerb- u. Personalsteuern, wenn dieselben nicht ganz unbegründet befunden wurden, G. v. 28. Mai 1835. G.S. S. 274., und f. Gewerb- und Perf...; **47)** die Recrutirungsangelegenheiten und amtlichen Zeugnisse wegen in Anspruch genommener Militairbefreiung, G. v. 1. Aug. 1846. §. 109. G.S. S. 128., G. v. 26. Oct. 1834. §. 97. G.S. S. 270., Gen. v. 9. Dec. 1816. §. 7. C.A. C. III. T. I. S. 765., ingleichen die Ausfüllung der Geburtsscheine, M. v. 20. Sept. 1826. §§. 10. 21. G.S. S. 211. 214. S. hierzu den Artikel: Militairpflicht; **48)** kosten- und stempelfrei die Requisitionen Preußischer und Altenburgischer Behörden sowie der zu Reuß jüngerer und älterer Linie, der Weimar-Eisenacher und Coburg-Gothaer in allen Civil- und Criminalsachen, in welchen die Bezahlung der Unkosten dazu unvermögenden Personen obliegt, nur mit Ansatz des unumgänglich nöthigen baaren Verlags an Copialien, Porto, Botenlöhnen, Gebühren der Zeugen und Sachverständigen, Verpflegungs- u. Transport-Kosten; auch sind hierher die Criminalfälle zu rechnen, in welchen ein Angeschuldigter zwar vermögend ist, die Kosten zu entrichten, jedoch in dem gesprochenen Erkenntnisse dazu nicht verurtheilt worden, Art. 45. der Min.Erkl. v. 30. Nov. 1839. (wegen Preußen) G.S. S. 331., Art. 45. v. 20. Juni 1840. (wegen Altenburg) G.S. S. 145., Art. 45. der v. 31. Jan. 1847. G.S. S. 35. (wegen Weimar), Art. 45. der v. 19. Juli 1848. G.S. v. 1848. S. 157. (wegen Coburg-Gotha), und V. v. 21. Juli 1845. G.S. S. 104. (wegen Reuß j. L.) u. v. 27. Oct. 1845. G.S. S. 246. (wegen Reuß ä. L.). S. wegen solcher Requisitionen der Behörden anderer Staaten den Art.: Staatsverträge, IV. — Ferner sind kostenfrei: **49)** die Angelegenheiten wegen Rettungs- u. Auffindungsprämien, M. v. 18. Mai 1831. §. 9. G.S. S. 110., Gen. v. 28. April 1786. C.A. C. II. T. I. S. 895., Gen. v. 9. Juni 1804. §. 2. unter 6. C.A. C. III. T. I. S. 416. und L.C.W. T. V. S. 199.; **50)** die Verpflichtung der Salzschänken, f. den Art.: Salz; **51)** die Angelegenheiten der Schullehrer-Wittwen- u. Waisencasse, f. diesen Artikel; **52)** die Verhandlungen zwischen den Stadträthen und Gemeindevertretern; alle Verhandlungen der letzteren, und die Angelegenheiten, welche sich auf ihre Wahl und nähere Bestimmung ihrer Wirksamkeit beziehen, A.St.O. v. 2. Febr. 1832. §. 9. G.S. S. 22.; **53)** die Verpflichtung und Einweisung der Mitglieder der Stadträthe und Stadtgerichte, V. v. 31. Mai 1834. §. 4. G.S. S. 131.; **54)** die Sachen, welche den Steinkohlenbau betreffen, außer dem Falle förmlichen Processes, M. v. 10. Sept. 1822. §. 26. G.S. S. 421., v. 2. April 1830. G.S. S. 31.; **55)** die Steuerbegnadigungssachen, Gen.V. v. 24. Sept. 1821. G.S. S. 197., Gen. v. 11. Jan. 1819. §. 12. G.S. S. 21. u. f. noch Steuersachen; **56)** die Benachrichtigung der Steuerbehörde über die Eintragung eines neuen Besitzers ins Grund- u. Hypothekenbuch, V. v. 15. Febr. 1844. §. 3. G.S. S. 37.; **57)** die vor Königl. Gerichtsstellen zu verhandeln-

den rechtlichen Angelegenheiten der allgemeinen Straf- u. Versorg-Anstalten, (ungedruckte) V. des Ministerium der Justiz an das Appellationsgericht zu Leipzig, v. 25. Juni 1838.; **58)** die Ausfertigung der Zeugnisse für Studirende, welche sich in den Ferien aufgehalten haben, V. v. 18. Jan. 1836. G.S. S. 7.; **59)** die Taufzeugnisse für Kinder im Felde gebliebener oder gestorbener Unteroffiziere u. Gemeinen, §. 65. d. 2. Th. der Ordonn. v. 19. Juli 1828. G.S. S. 164.; **60)** gewisse Fälle der officiellen Eröffnung von Testamenten, s. den Artikel: Testamente; **61)** die Ausstellung der Todenscheine der im Königr. Sachsen sterbenden Franzosen, Bek. v. 11. April 1836. G.S. S. 84. und die Todenscheine für Schweden und Norwegen, s. Staatsverträge; **62)** die Ausfertigung von Trauscheinen für Unteroffiziere u. Gemeine, Gen.-Ordre v. 19. März 1770. C.A. C. III. T. I. S. 570.; **63)** die Ufer- und Dammbausachen, M. v. 7. Aug. 1819. §. 1. G.S. S. 199., und die Straßenbausachen in beiden Fällen mit Ausschluß der durch ungebührliche Verweigerung des Anbefohlenen veranlaßten Verhandlungen, M. v. 28. April 1781. Cap. 3. §. 23. C.A. C. II. T. II. S. 683., C.A. C. II. T. III. S. 655. u. L.C.W. T. III. S. 222.; **64)** die Untersuchungssachen bei den Bergämtern, in welchen der Fiscus die Kosten trägt, Rescr. v. 24. Nov. 1815. C.A. C. III. T. II. S. 140.; **65)** die Verbesserung von bloßen Irrthümern in Worten, Zahlen &c. in Urteln, E.P.O. ad Tit. 35. §. 2. S. 186.; **66)** die Ausstellung der Vocationen für Geistliche u. Schullehrer, s. den Art.: Aemter, B. D. und das G. v. 2. April 1844. §. 1. G.S. S. 141. **67)** Noch andere Fälle kostenfreien Expedirens weisen folgende Artikel nach: Ablösung, Advocaten, Acten, Admonition, Aichämter, Abendmahl, Amtsmaurermeister, Concursacten, Aemter, B. D., Appellationsgerichte, Bier, Executionsverfahren, Ellenmaß, Erbkur, Geistliche, Geburtshilfe, Geburtslisten, Friedensrichter, Jagd, Jagdkarten, Jagdrecht, Kosten, Kure, Leichen, Landgemeinden, Militair..., Staatsverträge, Steuerfreiheit, Stiftungen, Taufzeugnisse, Unterthanenrecht, Ursprungs..., Wahlen, Todenschau, Wüstungen, Vorladung.

Kostenhäufung. S. Advocaten, Concursproceß, Taxordnungen, I.

Kostenliquidation, s. Kostenverzeichniß.

Kostenmoderation. **1)** Die K. erstreckt sich auf die gerichtlichen wie die außergerichtlichen Kosten, Pr.O. Tit. 36. §. 3. S. 192. Zum Zwecke derselben müssen sie vor der Versendung der Acten zu diesen liquidirt werden, E.P.O. ad Tit. 36. §. 3. S. 196. S. hierzu: Kosten. **2)** Es kommt bei der K. in Civil- und Criminalsachen darauf an: ob die liquidirten Expeditionen nöthig gewesen, ob Kosten dafür passiren, und ob solche in diesem Falle der Tax.O. gemäß angesetzt sind; ungesetzliche und übermäßige Kosten sind abzustreichen, und, wenn sie bereits erhoben sind, zu erstatten. V. v. 23. April 1740. C.A. C. I. T. I. S. 489., Bek. v. 5. Mai 1751. und v. 6. Juli 1751. ib. S. 493, M. v. 3. April 1824. §. 18. unter 14. und 18. G.S. S. 51. **3)** Die Gerichts- und Advocatengebühren, welche der Tax.O. gemäß liquidirt, sind weiter nicht zu moderiren. M. v. 10. Jan. 1724. §. 7. u. 13. C.A. T. I. S. 2517. **4)** Uebrigens haben alle Behörden und öffentliche Beamte, die Kosten ermäßigen, dieß auf eine solche Weise zu bewirken und auszudrücken, daß aus den ermäßigten Kostenverzeichnissen deutlich zu ersehen ist, welche einzelne Ansätze, und wieweit dieselben der Abminderung unterlegen haben, G. v. 2. Juli 1840. G.S. S. 167. **5)** In Ansehung solcher Sätze der sachwalterischen Liquidationen, deren Richtigkeit und Zulässigkeit sich nicht aus den Proceßacten ersehen läßt, ist die Feststellung vom Proceßrichter selbst zu bewirken, welchem zu solchem Zwecke auch die Privatacten zur Einsicht vorzulegen sind. Es ist jedoch diese Festsetzung bis zu dem Zeitpuncte auszusetzen, wenn deren Beitreibung entweder von dem Sachwalter wider seinen Machtgeber, oder von der Partei wider einen Gegner, der zur Restitution gehalten ist,

beantragt wird, G. v. 14. Mai 1840. §. 2. G.S. S. 71. **6)** S. Advocaten, Erkenntnisse, Executionsverfahren, Gerichtsarzt, Vertheidigung.

Kostenverzeichniß. S. Advocaten, Tax..., Untersuchungskosten, Kostenmoderation.

Kostenvorschuß (Kostenvorstand, Cautio pro expensis). **1)** Unangesessene Kläger u. Widerkläger, die das Armenrecht nicht erlangt, können in allen und jeden Processen nach richterl. Ermessen angehalten werden, mit 30—50 Thlrn., auch nach Beschaffenheit der Sache mit einem höheren Quantum noch vor Ausfertigung der Citation einen K. zu bestellen; für ansässig aber sollen in soweit auch die, welche Kramläden oder Apotheken besitzen, Nutznießer, und die in wirklicher Besoldung stehenden Beamten, nicht minder ganze Corporationen u. Gemeinheiten, wenn sie gleich keine Gemeindegüter haben, gehalten werden. E.-P.O. ad Tit. 13. S. 90. [Aelteres R.: Const. 5. v. 1572. P. I. C. A. T. I. S. 75., Pr.O. Tit. 13. §. 1. S. 89., Res. gr. v. 1661. Justizf. §. 17. C.A. T. I. S. 217., Bef. v. 28. Juni 1664. ib. S. 1145., A. u. G.O. v. 1612. P. I. §. 6. C.A. T. III. S. 146. u. L.C.W. T. I. S. 5. **2)** Der K. fällt in geringfügigen Sachen weg, Rescr. v. 15. Dec. 1725. C.A. C. I. T. I. S. 275., Lauf.M. v. 3. April 1824. §. 18. unter 3. G.S. S. 50. **3)** Wegen der Immediatsachen beim Appellationsgerichte vergl. das Publ. v. 20. Sept. 1825. §. 4. G.S. S. 107. **4)** In Bezug auf die gegen Offiziere anhängigen Schuldprocesse s. die Instr. für die Auditeurs v. 25. Oct. 1794. §. 12. C.A. C. III. T. I. S. 583. **5)** Der Kläger ist nicht berechtigt, von dem Proceßgerichte die Ausfertigung der Ladung auf die Klage zu verlangen, so lange er nicht den von dem Richter geforderten K. bestellt, oder seine Ansässigkeit in Sachsen nachgewiesen, oder einen ihm sonst zur Seite stehenden gesetzlichen Grund der Befreiung von der Bestellung eines K. beigebracht hat. Bek. des O.A.G. v. 20. Nov. 1852. §. 1. G.S. v. 1853. S. 27. **6)** Der Beklagte kann, nach erhaltener Ladung, sowohl vor, als noch in dem ersten Termine die Einlassung (oder beziehendlich Recognition) ablehnen u. der Eröffnung des Verfahrens widersprechen, dafern der Kläger nicht dem, was ihm hinsichtlich der Bestellung des K. nach den Gesetzen obliegt, Genüge geleistet hat. ib. §. 2. **7)** Wird die den Mangel an Bestellung eines K. betreffende Einwendung von dem Beklagten erst im Einlassungssatze vorgebracht, so ist die Einlassung (oder beziehendlich Recognition) damit zu verbinden, das Verfahren fortzustellen und zu erwarten, was in dem darauf ergehenden Erkenntnisse auch über diese Einwendung entschieden wird. Eine Sistirung des ersten Verfahrens wegen nicht geleisteten K. ist daher unstatthaft. ib. §. 3. **8)** Wenn in dem Erkenntnisse nach dem ersten Verfahren dem Kläger die Bestellung eines K. rechtskräftig aufgegeben worden ist, so wird dadurch zwar die Nothfrist zu Einreichung des Beweises und die Leistung eines zuerkannten Eides nicht aufgehalten (E.P.O. ad Tit. 11. §. 2. und ad Tit. 20. §. 1.), es ist vielmehr der Beweis einzureichen, oder, beziehendlich, die Ladung zum Schwörungstermine zu erlassen, auch dieser Termin abzuhalten; es ist jedoch sodann der Beklagte berechtigt, zu verlangen, daß mit dem weiteren Verfahren so lange Anstand genommen werde, bis der Kläger der rechtskräftigen Anordnung wegen des K. nachgekommen ist, es wäre denn durch die Eidesleistung die Bedingung der Definitiventscheidung erfüllt, als in welchem Falle die Anordnung wegen des K. sich erledigt. ib. §. 4. **9)** S. Schuldarrest, Armenrecht, Kosten.

Kostgeld, s. Erziehung, Landes-Verf...

Koth. S. Straßen.

Krähen. K. u. Elstern können zu jeder Zeit geschossen werden, O.A.Pat. v. 20. April 1726. §. V. L.C.W. T. II. S. 559., v. 29. April 1765. ib. T. III. S. 668. S. Jagd.

Krämpfe, s. Krampf.

Kränken. S. Beleidigung, Verletzung.

Kränze. **1)** Die Aufbewahrung der K. der an ansteckenden Krankheiten Verstorbenen in den Kirchen ist verboten, Rescr. v. 16. Sept. 1801. C.A. C. III. T. I.

S. 104. **2)** Das Tragen eines Kranzes wird als Auszeichnung unbescholtener Bräute erwähnt in dem Rescr. v. 19. Juni 1812. C.A. C. III. T. I. S. 180. S. Kirchenbuße.

Krätze. S. Reiselegitimationen, Gewerbsgehilfen, Ausländer, Kranke.

Krätzgarten. S. Garten.

Krätzschmar. **1)** Das Befugniß der K. oder Erbschänken zum Bierbrauen wird in der L.O. v. 1482. C.A. T. I. S. 10., Ausschr. v. 1. Oct. 1555. Tit. Brauen rc. ib. S. 65., Res. gr. v. 1661. Justitiens. §. 118. ib. S. 253. erwähnt; das der voigtländischen K. im Absch. d. voigtl. Landesgebr. v. 8. Sept. 1537. und v. 23. Juli 1583. ib. S. 1418. 1424. **2)** Auf den Erbschänken haftet zuweilen das Dorfrichteramt, M. v. 14. Dec. 1753. C.A. C. I. T. I. S. 798. **3)** S. Wein, Gast- u. Schänknahrung.

Krainer. S. Hausiren, Eisen.

Kram. S. Dorfhandel, Handwerkskram, Reallasten, Kostenvorstand.

Kramer, s. Handverkauf, Kramer.

Kramergewicht, s. Gewicht.

Kramermeister. S. Concurs, Juden.

Kramladen. S. Handlung.

Krampf, s. Scheintod, Vergiftung.

Kranich. S. Jagd.

Kranke, Krankheit. **1)** Aus den klinischen Anstalten zu Dresden u. Leipzig entlassene K. müssen unweigerlich in ihrer Heimath aufgenommen und verpflegt werden, V. v. 25. Sept. 1824. G. S. S. 187., Laus. V. v. 20. Oct. 1824. ib. S. 197. **2)** Vom Ausbruche epidemischer Krankheiten ist sofort dem Bezirksarzte Anzeige zu erstatten. Gen. v. 18. Aug. 1803. C.A. C. III. T. I. S. 409., Instr. der Bezirksärzte §. 3. unter e. G.S. v. 1836. S. 189. Der letztere hat die medicinalpolizeilichen Vorkehrungen anzuordnen. ib. Vergl. in Bezug auf das Scharlachfieber, das Gen. v. 23. Aug. 1803. C.A. C. III. T. I. S. 409. und L.C.W. T. V. S. 297.; das gelbe Fieber, das Circulare v. 4. Oct. 1804. C.A. C. III. T. I. S. 428., Gen. v. 15. Jan. 1805. ib. S. 431. u. L.C.W. T. V. S. 302.; das Nervenfieber und die daran erkrankten Soldaten, Gen. v. 5. März 1813. C.A. C. III. T. I. S. 504., O.A. Pat. v. 6. März 1813. u. L.C.W. T. V. S. 353., u. v. 8. Mai 1813. ib. S. 358.; Epidemieen, Bef. v. 17. Juni 1772. C.A. C. II. T. I. S. 669., Bef. v. 6. Sept. 1799. ib. S. 1127., die Pest, Circul.-B. v. 5. Dec. 1785. C.A. C. II. T. I. S. 889.; die Cholera, den Art.: Cholera. [Aeltr. Best.: sind gesammelt im C.A. T. I. S. 1629. 1657. 1663. 1667. 1747. 1749. 1751. 1755. 1765. 1773. 1815. f., 1817. 1819. f., 1829. f., 1835. f., 1937. 1947. C.A. C. I. T. I. S. 647. 649. 655. 659. 986. Gen. Gouvern. Bl. B. I. St. 7. Nr. 38., Public. v. 10/12. Dec. 1813. ib. B. I. St. 12. u. 13. Für die Lausitz: im L.C.W. T. I. S. 759. 764. 795. 802. 819. 823. 825. 829. 833. 838. 840. 934. 942. T. III. S. 375.] **3)** Vorschriften für die Geistlichen und Kirchendiener beim Ausbruche von Contagionen ertheilt das Gen. v. 6. Sept. 1680. C.A. T. I. S. 863., B. v. 11. Dec. 1713. ib. S. 899. **4)** Kranke Arme sind, wenn sie fremder Pflege und Aufsicht bedürfen, und diese bei ihren Angehörigen nicht, oder nicht in der erforderlichen Maße finden können, entweder in den hierzu vorhandenen öffentlichen Hospitälern u. Krankenhäusern, oder in deren Ermangelung auf eine andere, dem Zwecke entsprechende Weise auf Kosten der Armencasse unterzubringen, jedenfalls aber für Rechnung derselben mit ärztlicher Hilfe und Arznei zu versehen, §. 36. der A.O. v. 22. Oct. 1840. G.S. S. 265. **5)** Jene Gebräuche, nach welchen man Kranken, wenn ihr Absterben scheinbar nahe ist, in der irrigen Meinung, um ihnen den Tod zu erleichtern, das Kopfkissen oder den Pfühl wegnimmt, oder sie aus dem Bette bringt, und auf das Stroh legt, denen, die man für tod hält, den Mund zubindet, ihr Gesicht mit dicken Tüchern, oder dasselbe, ingleichen die Brust, mit Rasen beleget, oder wohl gar den Leib mit Steinen beschwert, und den Hals mit einer Schnur zubindet, ferner die Särge zunagelt, oder zuschließt, und alle andere, die Wiederbelebung eines scheintoden Menschen hindernden Gebräuche sind abzustellen, und bei Menschen, welche, dem Ansehen nach, verstorben, sind dienliche Versuche, ob noch Leben in ihnen vorhanden sei, zu machen, M. v. 11. Febr. 1792. §. 1. C.A. C. II. T. I. S. 1035. u. L.C.W. T. IV.

S. 92. Gen. v. 13. Febr. 1801. C. A. C. III. T. I. S. 384. **6)** Die Kranken, besonders auch in den Hospitälern, zu besuchen und zu trösten macht den Geistlichen der 14te Gen.Art. v. 1. Jan. 1580. C. A. T. I. S. 685., §. 35. des Rev. Syn.Decr. v.1673. ib. S. 831. zur Pflicht. Vergl. d. Agende v. 1580. ib. S. 501. **7)** Für den Besuch kranker Militairpersonen haben die Geistlichen nichts zu fordern, Regul. v. 1. Sept. 1785. III. no. I. C.A. C. II. T. I. S.199. u. L.C.W. T. IV. S.587. **8)** Krankheit ist ein gesetzlicher Grund der Resignation der Landtagsabgeordneten, §.18. des Wahlgesetzes v. 24. Sept. 1831. G.S. v. 1831. S. 290. **9)** Krankenstiftungen stehen unter dem Ministerio des Innern, V. v. 7. Nov. 1831. §. 4. E. II. G.S. S. 328. und den ihm untergeordneten weltlichen Behörden, V. v. 22. Oct. 1832. und 21. Febr. 1833. im Cod. d. S. K.R. S.395. not. 4. **10)** Taube, Stumme, welche sich durch verständliche Zeichen nicht ausdrücken können, sind schlechterdings zu bevormunden; vermögen sie jenes, so werden den Tauben, Stummen, Blinden, und anderen gebrechlichen oder beständig kranken Personen nur auf ihr Verlangen, oder wenn es der Richter bei gewissen Angelegenheiten derselben für unerläßlich hält, Vormünder bestellt. V.O. Cap. 24. §. 6. S.105. der Handausg., L.C.W. T. IV. S. 130. **11)** Krankheit des Angeklagten. **A.** In der Hauptverhandlung (s. d.). a) Erkrankt der Angeklagte während der Verhandlung und vor dem Schlusse der Beweisaufnahme in der Maße, daß er derselben nicht weiter beizuwohnen vermag, so ist, und zwar, da nöthig, nach vorgängiger Untersuchung seines Zustandes durch einen Arzt, die Vertagung der Sache auszusprechen. Str.Pr.O. v. 1855. Art. 326. b) Wenn jedoch der Erkrankte selbst sein Einverständniß mit der Fortsetzung und Beendigung der Verhandlung in seiner Abwesenheit und insbesondere die Vorlesung seiner Aussagen aus den Acten der Voruntersuchung für genügend erklärt, und der Staatsanwalt hierzu seine Zustimmung ertheilt, so kann das Gericht die Verhandlung, als ob der Angeklagte selbst gegenwärtig wäre, fortsetzen und durch Erkenntniß beendigen. ib. c) Erkrankt der Angeklagte nach dem Schlusse der Beweisaufnahme, jedoch vor dem Schlusse der Verhandlung (Art.296. unter: Hauptverhandlungstermin) in der gedachten Maße, so hat das Gericht zu entscheiden, ob die Sitzung dessenungeachtet fortzusetzen und zu beendigen od. zu vertagen sei. ib. d) Die Zustimmung des Erkrankten kann auch durch den Vertheidiger desselben erklärt werden. Es ist jedoch der Vertheidiger im Falle der Fortsetzung der Verhandlung nicht verhindert, im Laufe derselben nachträglich auf Vertagung anzutragen, wenn sich Gründe hierzu ergeben. ib. e) Auch wird überhaupt durch den Beschluß, die Verhandlung fortzusetzen, an dem in dem Art.313. der Str.Pr.O. (unter: Vertagung) dem Gerichte eingeräumten Befugnisse nichts geändert. Ang. Art. 326. f) Ist der Angeklagte ohne Vertheidiger erschienen, so hat das Gericht im Falle der Fortsetzung zugleich zu ermessen, ob demselben annoch ein Vertheidiger zu bestellen sei. In dem Falle solcher Bestellung ist die Vertheidigung für eine nothwendige zu achten. ib. — **B.** Vergl. weiter über das Verhalten bei Krankheit des Angeschuldigten die Artikel: Abwesenheit, Rechtsmittel, E., Vertagung, Zurechn..., Untersuchungsverf. v. d. E.R., Transport. **12)** S. Abendmahl, Acten, Apotheken, Arznei..., Auflegegeld, Anatomische Anstalten, Armenpflege, Aussetzung, Ausweisung, Armenversorgung, Ausländer, Blattern, Bräune, Begräbniß, Betteln, Betten, Concursgläubiger, Cholera, Communalgarde, Censur, Ehrenämter, Elektricität, Erbhuldigung, Ehehaften, Filiale, Fleisch=, Gast= u. Sch., Geisteskranke, Gesinde, Gewerbsgehilfen, Heilkunde, Kränze, Kuppelei, Luftreinigung, Landes=V., Medikasterei, Mißbrauch, Militairpflicht, Polizei, Reiselegitimationen, Reisende, Staatsverträge, Schuldarrest, Taubstumme, Testamente, Vieh, Zurechnung, Zeugen...

Krankenanstalten, s. Hospitäler, Landes=Versorg...

Krankenbett. S. Kranke, Testamente.

Krankenfuhren. S. Ausländer, Reisende.

Krankenhaus, s. Hospitäler, Landes-Versorg...

Krankes Vieh, s. Vieh.

Kranz. S. Kränze.

Kraut. S. Früchte, Zehend.

Krebse. S. Fischen, Forstd...

Kreis. S. Bezirke.

Kreisamt. S. Justizämter.

Kreisanlagen. S. Concursgläubiger, A. I.

Kreisdeputationen. Ueber Wirkungskreis und Obliegenheiten der K. vergl. die Kreistags-O. v. 10. Aug. 1821. §§. 30—35. G.S. v. 1821. S. 106.

Kreisdirectionen. **1)** Es bestehen 4 K., zu Budissin, Dresden, Leipzig und Zwickau, welche durch die V. v. 6. April 1835. G.S. S. 237. errichtet worden sind. Ihre Bezirke wurden damals durch §. 3. ib., u. die V. v. 28. Mai 1836. §. 6. G.S. S. 153. festgestellt. Anlangend das Verhältniß der Kreisdirection zu Zwickau zu den Schönburgischen Receßherrschaften, so vergl. man den Erl. Receß v. 9. Oct. 1835. G.S. S. 610. Das Haus Schönburg präsentirt ein Mitglied dieser Behörde §. 2. ib., und zahlt einen Beitrag zur Unterhaltung der Kreisdirection. §. 3. ib. S. 612. **2)** Die K. sind an die Stelle der Landesdirection getreten, soweit deren Competenz als Landescentralbehörde nicht ausschließlich auf das Minister. des Innern übergegangen ist. V. v. 6. April 1835. §. 2. G.S. S. 237. Sie sind auch für die kreis- und provincialständischen Angelegenheiten und die Landtagswahlen der Rittergutsbesitzer die competente Regierungsbehörde, §. 5. ib. S. 238. Die Wahlbezirke sind den K. zugetheilt worden. §. 6. ib. **3)** Unter dem Ministerio des Innern umfaßt der Wirkungskreis der K.: a) die dem Ressort des letzteren angehörigen Grenz- und Hoheitssachen, b) die zum inneren Staatsrecht gehörigen Sachen, c) die Land- und Kreistagsangelegenheiten, d) die Communal-, Kämmerei- und Kriegsschuldensachen, e) die gesamte Polizeiverwaltung mit der Armen- und Medicinalpolizei, f) die Gewerbs- und Innungssachen, g) die gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse, soweit sie nicht vor die Justiz- oder die Ablösungsbehörden gehören, h) die Verhältnisse der Israëliten in Bezug zum Staate, i) das Straßen- und Brückenbauwesen, soweit es Landespolizeisache ist, und nicht dem Fiscus die Bauverbindlichkeit obliegt, k) die Sammlung statistischer Nachrichten. V. v. 6. April 1835. §. 7. G.S. S. 239. Ihre Anstellungs-, Etats- und ähnliche Angelegenheiten stehen ebenfalls unter dem Ministerium d. Innern. §. 9. ib. **4)** Sie beschließen für ihre Bezirke selbständig, ausgenommen, wenn diese Entschließungen darüber hinaus wirksam sein sollen, und wo sie an die vom Ministerio einzuholende Entschließung gebunden sind. §. 8. ib. S. 240. **5)** Unter dem Kriegs-Ministerio besorgen die K.: a) die Leitung der Recrutirungsangelegenheiten, b) die Entscheidung auf die deshalb, sowie wegen der Militairleistungen eingehenden Reclamationen, c) die Entscheidung der Streitigkeiten der Unterthanen unter einander über Militairleistungen, d) und sonstige ihnen vom Kriegs-Ministerio zugehende Aufträge, namentlich in Marsch- und Verpflegungsangelegenheiten. V. v. 6. April 1835. §. 10. G.S. S. 240. **6)** Unter dem Finanz-Ministerio sind die K. competent: a) in Bezug auf die Verwaltung der directen Steuern zu der in zweiter Instanz zu bewirkenden Erledigung von Beschwerden über Entscheidungen der Steuerbehörden unter Zuziehung eines Kreissteuerraths, b) in fiscalischen Straßenbausachen (außer der ihnen ohnehin zustehenden Concurrenz beim Zusammenhange solcher Baue mit den von Privaten auszuführenden), auch dann, wenn es sich um Feststellung der streitigen Verbindlichkeit der Unterthanen zur Beitragsleistung wegen eines fiscalischen Baues und von Differenzen wegen Entschädigung für das zum Straßenbau abgetretene Eigenthum handelt, c) in Uferbausachen, bei denen die Verbindlichkeit der Unterthanen zu Führung von Damm- und Uferbauen streitig ist, d) in Domainen-, Forst-, Berg- und Rentsachen,

wenn sie besondere Aufträge vom Finanz-Ministerio deshalb erhalten. §. 11. d. V. v. 6. April 1835. G.S. S. 240. **7)** Unter dem Justizministerio äußern sie eine Thätigkeit nur, wenn sie von diesem in Verwaltungssachen Auftrag erhalten. §. 12. ib. **8)** Unter dem Cultus-Ministerio besorgen sie an der Stelle der vormaligen Consistorien die Verwaltung der geistlichen, Schul- u. Stiftungsangelegenheiten, §. 13. ib. u. V. v. 10. April 1835. G.S. S. 243., theils durch eine eigene, für diese bestimmte Abtheilung, die Kirchen- und Schuldeputation, theils, in den besonders vorgeschriebenen Fällen, mit dieser zusammen, in Pleno. V. v. 6. April 1835. §. 14. G.S. S. 241. u. V. v. 10. April 1835. §. 3. f. G.S. S. 244. f. Hinsichtlich der Gelehrtenschulen haben sie nur in Folge Auftrags des Cultusministerii zu verfügen. §. 10. d. V. v. 10. April 1835. G.S. S. 246. Ebenso ertheilen sie nur im Auftrage des Cultusministerii die Confirmation an neuernannte Superintendenten. V. v. 5. Oct. 1835. G.S. S. 468. Die Fälle, worin die K. die Genehmigung des Cultusministerii allemal einzuholen haben, enthält die Anordn. v. 20. Juni 1835. im Cod. d. S.K.R. S. 398. not. 12. **9)** Jede Kreisdirection besteht aus einem Kreisdirector, der erforderlichen Anzahl Regierungsräthe, dem Kirchen- und Schulrathe, und dem nöthigen Canzleipersonale. V. v. 6. April 1835. §. 14. G.S. S. 241. Es können auch Referendare und Accessisten angenommen werden. ib. §. 16. Nächstem ziehen die K. für Medicinalpolizeifälle die geordneten Medicinalpersonen zu, und für andere Fälle, je nach ihrem Ermessen diejenigen Personen (z. B. die Amtshauptleute, Polizeidirigenten), deren Beirath sie wünschen. §§. 15. 22. f. ib. **10)** Die Geschäftsbehandlung bei den K. ist theils (für wichtigere Sachen, z. B. Administrativjustizsachen, und wo es das Gesetz oder ihre besondere Instruction vorschreibt) eine collegiale, theils bureaukratische. §§. 17. 21. ib. Namentlich enthält ihre Instruction auch die Fälle, in welchen sie jederzeit an die einzuholende Entschließung der Ministerien gebunden sind. ib. **11)** Unter sich und mit anderen Landes- oder Provincial-Mittelbehörden mit Ausnahme der Ministerien stehen sie im Communicationsverhältnisse. §. 20. ib. Zu den Unterbehörden und Unterthanen ihrer Bezirke ist ihr Verhältniß im Wesentlichen das der aufgehobenen Landesdirection und O.-A. Regierung. §. 18. ib. u. vergl. die Bek. v. 12. Sept. 1835. G.S. S. 460. **12)** Ueber die Stellung und den Wirkungskreis der K. geben noch Auskunft die Artikel: Accessisten, Aemter, B. D., Amtshauptleute, Armenbehörden, Ausländer, Ausweisung, Auswanderung, Bräunsdorf, Bettler, Begräbniß, Baugewerken, Besserungsanstalten, Brandstiftung, Bezirke, Bier, Brandwein, Buchdruckereien, Collecten, Candidaten, Censur, Circularpredigten, Cultusministerium, Dismembration, Dispensation, Dorfhandel, Decret, Disciplin, Ehe, Elbe, Eisenbahnen, Eheconsens, Friedensrichter, Feuer, Gast- und Sch., Geistliche, Geldstrafe, Gendarmen, Gerichte, Gewerbsgehilfen, Gnadenhalbjahr, Gottesdienst, Großhennersdorf, Heimaths..., Herumziehende, Holzdeputate, Jagd, Juden, Kirchen- u. Schuldep., Localstatute, Landes-V..., Militairleistungen, Militairpflicht, Neubaue, Oberlausitz, Polizei, Reiselegitimationen, Reisende, Recrutirung, Steinkohlen, Seminarien, Superintendenten, Steuerbehörden, Stiftungen, Straßen, Streichzünd..., Trauung, Todenscheine, Untersuchungsverfahren, Unterthanenrecht, Verwaltungs..., Vorfälle, Wasserläufe, Zurechnung.

Kreisdirectoren, s. Telegraphen.

Kreishauptmannschaften. **1)** Die Aufhebung der K. erfolgte durch §. 1. der V. v. 6. April 1835. G.S. S. 237. **2)** Aeltre Verf.: Bef. v. 19. Oct. 1694. C. A. T. II. S. 17., Ed. v. 14. Mai 1763. §. 10. C. A. C. I. T. I. S. 1609., Instr. v. 25. Jan. 1765. C. A. C. I. T. II. S. 62., Res. gr. v. 1766. ad VI. C. A. C. I. T. I. S. 128., v. 2. Sept. 1769. ad 11. ib. S. 159., Rescr. v. 2. Jan. 1779. C. A. C. II. T. II. S. 445., Gen. v. 22. Jan. 1791. C. A. C. II. T. I. S. 997., Gen. v. 22. Juni 1816. C. A. C. III. T. I. S. 521., v. 14. Dec. 1816. ib. S. 538., Instruct. sub B. S. 535. 539.

Kreislande, s. Erblande.

Kreissteuereinnahmen. Die Aufhebung der ehemal. K., an deren Stelle v. 1. Jan. 1835. an die Bezirkssteuereinnahmen traten, erfolgte durch die V. v. 1. Nov. 1834. §. 1. G.S. S. 311. Ein Theil ihrer Geschäfte ging auf die Kreissteuerräthe über. V. v. 2. Nov. 1833. G.S. S. 128.

Kreissteuerräthe. **1)** Die Einführung der K. geschah durch die V. v. 2. Nov. 1833. G.S. S. 127., welche mit der V. v. 1. Nov. 1834. §. 10. G.S. S. 314. im Wesentlichen ihre Stellung und Wirksamkeit vorzeichnet. **2)** Beschwerden gegen sie gehen an das Finanzministerium, ang. V. v. 1833. **3)** Den K.n sind ökonomisch-geodätische Techniker unter dem Namen Steuer-Conducteure beigegeben worden. Vergl. d. Instr. ders. in der G.S. v. 1843. S. 160. f. **4)** S. Grundsteuer, Gewerb- u. Pers..., Dismembration, Steuerbehörden, I.

Kreistagsverfassung. **1)** Die Beibehaltung der durch die Allgem. Kreistags-O. für die Erblande v. 10. Aug. 1821. G.S. S. 95. geordneten K. neben der allgemeinen Landesverfassung, vorbehältlich der nöthig werdenden Modificationen, sichert die V.U. v. 4. Sept. 1831. §. 61. zu, G.S. v. 1831. S. 241. f. **2)** S. Kreisdirectionen, Ministerium des Innern, Oberlausitz, V., Ständeversammlung.

Kreuzbandsendungen, f. Posttare.

Kreuz-Couvert. Das K. ist für Briefe, die mit Gold, Silber rc. beschwert sind, durch die O.P.A.V. v. 13. Oct. 1817. C.A. C. III. T. II. S. 375. eingeführt. Dazu f. die Posttarordn. v. 1840. §. 15. G.S. S. 446., u. V. v. 26. März 1846. §. 3. G.S. S. 22. Vergl. ferner: Declaration, Post...

Kreuzer. S. Münzwesen.

Kreuzschule. S. Dresden.

Kreuzwege. S. Wegweiser.

Krieg. **1)** In auswärtige Kriegsdienste zu gehen ist verboten, Verbot von Sonntag Invoc. 1535. C.A. T. I. S. 2175., L.O. v. 1543. C.A. T. I. S. 26., jedoch nur den Lehnsleuten, Angesessenen, und sonst dem Landesherrn mit Pflichten Verwandten. Res. gr. v. 23. April 1612. Justizs. §. 12. ib. S. 177. S. ferner die Bef. v. 20. Jan. 1554., 1. Mai 1562., 22. Febr. 1565. ib. S. 2179. f., 14. Mai 1572., 8. März 1573., 28. März 1577., 26. März 1580., 4. April 1580. ib. S. 2183., M. v. 15. Jan. u. 13. Juni 1586. ib. S. 2187. f., Bef. v. 2. Aug. 1594., Ed. v. 22. Dec. 1596. ib. S. 2191. f., v. 24. Jan. 1601., 18. Mai 1602., M. v. 21. April 1608. ib. S. 2195., 16. Oct. 1609., 23. Juni 1610., 29. Mai 1618. ib. S. 2199. f., u. die ib. v. S. 2203—2246. enthaltenen Bestimmungen. Vergl. auch in geschichtlicher Beziehung ib. S. 2309. f. **2)** Die Aufforderungen einer auswärtigen Macht zu einem Kriege gegen das Königreich oder den deutschen Bund; die freiwillige Annahme von Kriegsdiensten im feindlichen Heere nach ausgebrochenem Kriege, sowie die Unterstützung der feindlichen Macht in ihren Unternehmungen gegen das Königreich oder den Verbündeten des Letzteren begründet das Verbrechen des Staatsverraths, f. Staatsverrath. **3)** Der Raub Sächs. Staatsangehöriger für auswärtigen Kriegsdienst bildet eine besondere Art des Menschenraubes, f. Menschenraub. **4)** S. Dienste, Militair..., Miethe, Communalgarde, Gemeindeleistungen, Testamente, Landescommission, Post.

Kriegsartikel. Die erfolgte Verpflichtung auf die K. ist das charakteristische Kennzeichen wirklicher Militairpersonen. G. v. 28. Jan. 1835. §. 30. G.S. S. 80. Die K. selbst befinden sich im zweiten Anhange des M.Str.Gb. v. 4. Febr. 1822. G.S. S. 86. S. aber noch Militairgerichts...

Kriegsbefestigung. S. Einlassung, Klage.

Kriegsbereitschaft, f. Pferde.

Kriegsdienste. **1)** Staatsangehörige, welche sich während eines Kriegs in feindlichen K.n befunden haben, sollen wegen der in dieser Stellung vorgenommenen, unter die Bestimmung des Art. 121. des Str.Gb. (f. Staatsverrath) fallenden Handlungen straflos gelassen werden, dafern sie nicht erst nach dem Ausbruche des Kriegs oder in der Voraussicht eines

solchen freiwillig in die feindlichen K. getreten sind. Str.Gb. v. 1855. Art. 123. **2)** S. Werbungen, Menschenh..., Menschenr..., Militair..., Krieg, Staatsverrath.

Kriegsfuß, s. Militairpflicht, Dienstreserve, Kriegsreserve.

Kriegsgerichte. S. Militairgerichtsbarkeit.

Kriegsgerichtsreglement. Das K. v. 23. Jan. 1789. C.A. C.II. T.I. S. 1291. u. L.C.W. T.IV. S. 593. wurde in Folge der Errichtung des Generalkriegsgerichts erlassen. Man vergl. dazu das M. v. 31. Jan. 1789. C.A. C.II. T.I. S. 1291., in der Lausitz publ. mittelst O.A.Pat. v. 26. Febr. 1789. C.A. C.II. T.III. S. 617. u. L.C.W. T.IV. S. 592., Gen. v. 23. Jan. 1790. C.A. C.II. T.I. S. 1353., Gen.-Ordre v. 30. März 1791. ib. S. 1355., Rescr. v. 7. Aug. 1792. ib. S. 1379., Bef. v. 14. Juni 1793., u. Instr. für die Auditeurs v. 25. Oct. 1794. §. 9. 10. C.A.C.III. T.I. S. 582., Rescr. v. 28. Juni 1793. C.A. C.II. T.I. S. 1381. u. L.C.W. T.IV. S. 654., Rescr. v. 7. Dec. 1810. C.A.C.III. T.I. S. 684., Decr. v. 19. Febr. 1822. G.S. S. 137., M. v. 1. März 1822. ib. S. 136., M. v. 9. Jan. 1826. G.S. S. 9., Ordonn. v. 19. Juli 1828. Th. 2. §. 53. 54. G.S. S. 161.

Kriegsministerium. **1)** In dem K. vereinigen sich die Geschäfte a) der vormaligen Kriegs-Verwaltungs-Kammer, welche durch die V. v. 7. Nov. 1831. aufgehoben wurde, b) der vormaligen geheimen Kriegscanzlei, c) und die Beschwerde-Instanz in allen Militair- und Commando-Angelegenheiten. §. 4. D. d. V. v. 7. Nov. 1831. G.S. S. 328. **2)** S. Auswanderung, Unterthanenrecht, Kriegsreserve, Dienstreserve, Militairgerichtsbarkeit, Gerichtsstand, Militairleistungen, Reiselegitimationen, II., Recrutirung.

Kriegspräststationen. S. Gemeindeleistungen, Militairleistungen, Miethe.

Kriegsrechte. Ueber das Verfahren hinsichtlich der Kriegsrechtssprüche gegen Offiziers u. Gemeine vergl. den Art.: Militairgerichtsbarkeit. Früher: §§. 18—20. d. Decr. v. 19. Febr. 1822. G.S. S. 142.

Kriegsreserve. **1)** Die Kr. wird gebildet aus den Mannschaften, welche ihre gesetzliche 6jährige Dienstzeit in der activen Armee vollendet haben. Sofort nach Beendigung dieser 6jährigen, oder durch übernommene Stellvertretung oder freiwilliges Fortdienen (s. Freiwillige) verlängerten Dienstzeit in der activen Armee erfolgt der Uebertritt aus der letzteren in die Kr. G. v. 1. Sept. 1858. §.30. G.S. S.190. **2)** Die K. ist dazu bestimmt, um von dem Zeitpuncte an, wo die active Armee oder ein Theil derselben auf den Kriegsfuß gestellt worden, zu deren Verstärkung zu dienen. Sie ist von da an, gleich der activen Armee, nach Maßgabe der Verhältnisse und des Bedürfnisses zum Dienste sowohl im Felde, als im Lande zu verwenden, hat auch während dieser Zeit mit den Mannschaften der activen Armee gleiche Rechte und Verpflichtungen. ib. §. 31. **3)** Die Berufung der Kr. in den activen Dienst erfolgt nach Altersclassen. Sind nicht beide Altersclassen gleichzeitig erforderlich, so ist zunächst die jüngste oder erste Altersclasse zu berufen. ib. §. 32. **4)** Während die active Armee auf dem Friedensfuße sich befindet, werden die Mannschaften der Kr. fortwährend in einem bestimmten militairischen Verbande gehalten, sie bleiben jedoch ständig beurlaubt und können nur in jedem Jahre, und zwar die jüngste oder erste Altersclasse (§. 32. cit.) 4 Wochen, die zweite Altersclasse 14 Tage lang zur Uebung in dem Waffendienste vom Urlaube eingezogen werden. ib. §. 33. **5)** Im Friedensstande sind dieselben an Etablirung eines eigenen Hausstandes durch Verheirathung, Ansässigmachung oder selbständigen Erwerbsbetrieb nicht behindert, ohne jedoch daraus einen Grund zu Entbindung von ihrer Dienstpflicht ableiten zu können. Sie genießen in dieser Beziehung mit Personen des Civilstandes gleiche Rechte, haben aber auch mit denselben gleiche aus diesem Verhältnisse hervorgehende Verpflichtungen. Auf Militairgebührnisse haben dieselben nur während ihrer Anwesenheit

bei der betreffenden Truppenabtheilung Anspruch. ib. §. 34. G.S. v. 1858. S. 190. **6)** Die zur Kr. gehörenden Mannschaften erhalten, da sie noch als Soldaten der Armee angehören, bei ihrer ständigen Beurlaubung gleich den Beurlaubten der activen Armee von ihren Compagniecommandanten Urlaubspässe u. Beurlaubteninstructionen. Gleichzeitig werden ihre Geburtsscheine nach darauf gebrachter Bemerkung über die Zeit des Uebertritts aus der activen Armee in die Kr. der Obrigkeit des Beurlaubungsorts zugesendet, welche damit nach Vorschrift des M. v. 20. Sept. 1826. zu verfahren hat. V. v. 1. Sept. 1858. §. 125. G.S. S. 232. **7)** Mit diesen Urlaubspässen haben sich dieselben alsbald nach ihrer Ankunft in dem Beurlaubungsorte bei der Ortspolizeibehörde zum Behufe des Eintragens zu melden und ihres daselbst zu nehmenden Aufenthalts halber auszuweisen. ib. §. 126. **8)** Wenn ein Kriegsreservist während der ständigen Beurlaubung seinen Wohnort verändert und unter völliger Aufgabe des Letzteren einen anderen innerhalb Landes wählt, so hat er davon seinem Compagniecommandanten und der Obrigkeit seines bisherigen Wohnorts Anzeige zu machen und den neuen Wohnort zu benennen. Die Obrigkeit hat den Aufenthaltswechsel einzutragen und, wenn dabei die Ausstellung eines Heimaths- oder Verhaltscheins nöthig wird, in selbigem der Kriegsreservepflicht und der Zeit, zu welcher dieselbe sich endigt, besonders Erwähnung zu thun. ib. §. 127. — Gleicher Erwähnung bedarf es in den für Kriegsreservisten auszustellenden Reise- und Gewerbslegitimationen, Dienstbüchern, Arbeitsattesten u. s. w. ib. §. 128. **9)** Verläßt ein Kriegsreservist seinen Wohnort nur zeitweilig, so hat er dafür zu sorgen, daß seine zurückgebliebenen Angehörigen, oder, wenn dergleichen nicht vorhanden sind, die Ortsbehörde von seinem Aufenthalte stets in Kenntniß gesetzt u. über selbigen genaue Auskunft zu geben im Stande sind. Bedarf er hierzu einer Reise- oder Wanderlegitimation, so kann ihm solche die Ortsobrigkeit, dafern ihr sonst kein Bedenken dagegen beigeht, nach einem bestimmten Orte des In- oder Auslandes und zu einem bestimmten Geschäfte ohne Weiteres ertheilen, wenn die Abwesenheit nicht über 4 Wochen dauert. Zu einer längeren Abwesenheit hat dann der betreffende Kriegsreservist, unter genauer Angabe des Zwecks der Reise, des Orts, wohin er reisen will und der Zeit seiner Abwesenheit, die Genehmigung seines Parteicommandanten entweder selbst, oder durch Vermittelung der Ortsobrigkeit zu suchen und Letztere erst nach deren Beibringung und in Gemäßheit derselben die erforderliche Reiselegitimation auszustellen. ib. §. 129. G.S. v. 1858. S. 233. **10)** Will ein Kriegsreservist in einen anderen Staat auswandern, so hat er sein Vorhaben zuvörderst der Ortsobrigkeit, von welcher der Auswanderungsschein auszustellen ist, anzuzeigen und um Ertheilung des letzteren nachzusuchen. Damit hat er zugleich das Gesuch um Dispensation von der Kriegsreservepflicht zu verbinden. Sind hierauf von der Obrigkeit die erforderlichen Erörterungen zum Behufe der Ertheilung des Auswanderungsscheins angestellt worden, und steht d. Ertheilung eines solchen ein Bedenken nicht entgegen, so hat die Obrigkeit hiervon unter Beifügung der Acten der betreffenden Commandobehörde Anzeige zu erstatten, und diese die Sache an das Kriegsministerium zur Entschließung auf das mit angebrachte Gesuch um Dispensation von d. Kr. gelangen zu lassen. ib. §. 130. **11)** Da die Kriegsreservisten in ihrer Eigenschaft als Soldaten nur in Betreff der sowohl während der Beurlaubung, als während der zeitweiligen Anwesenheit bei ihrer Truppenabtheilung begangenen Militairverbrechen u. wegen der während der Anwesenheit bei ihrer Truppenabtheilung sich zu Schulden gebrachten Polizeivergehen den militairischen Gerichtsstand behalten, in allen anderen Beziehungen aber, so lange nicht die active Armee auf den Kriegsfuß gestellt und sie zum Dienste in derselben einberufen worden, unter der Civilgerichtsbarkeit stehen, so haben die Civilgerichte, wenn sich ein Kriegsreservist zur

Zeit seiner Einberufung vom Urlaube bei ihnen in Untersuchungs-, Straf- oder Wechselarrest befindet, dem betreffenden Parteicommandanten davon Mittheilung zu machen. Letzterer wird dann mit denselben wegen Bestimmung eines anderen Einberufungstermins sich in Vernehmung setzen. ib. §. 131. **12)** Wird ein Kriegsreservist während einer vor einem Civilgerichte gegen ihn anhängigen Untersuchung, in welcher er nicht zu Arrest gebracht od. desselben gegen Handgelöbniß wieder entlassen worden, von dem Urlaube einberufen, so hat das Untersuchungsgericht, wenn der Stand der Untersuchung es nicht gestattet, der Einberufung Folge leisten zu lassen, der Commandobehörde behufige Eröffnung zu machen, von welcher dann weitere Vernehmung mit demselben erfolgen wird. ib. §. 132. G.S. v. 1858. S. 233. **13)** Stirbt ein Kriegsreservist während des Urlaubs, so hat die Ortsbehörde ebenso, wie bei Todesfällen von beurlaubten Soldaten der activen Armee, dem Parteicommando Meldung davon zu machen und den Urlaubspaß, sowie die Beurlaubteninstruction beizufügen. ib. §. 133. **14)** Frühere Bestimmungen: G. u. V. v. 26. Oct. 1834. G.S. S. 252. f. 284., V. v. 25. April 1835. G.S. S. 252., G. u. V. v. 1. Aug. 1846. G.S. S. 111. f. 153. f. **15)** S. Armee, Dienstreserve, Militairpflicht, Militairgerichtsbarkeit.

Kriegsschäden. S. Miethe.

Kriegsschulden. S. Gerichtsstand, Staatsverträge, XI., Landescommission, Ministerium des Innern, Stadtvermögen.

Kriegsstand. 1) Das Gesamtministerium kann bei Aufruhr und hochverrätherischen Unternehmungen, sowie überhaupt wegen besonderer Gefahr für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit das ganze Land oder einzelne Bezirke und Orte in K. erklären, und dabei die Bestimmungen der Gesetze und beziehendlich der Verfassungsurkunde über Gerichtsstand, Verhaftung, Haussuchung, Briefgeheimniß, Presse, Vereins- und Versammlungsrecht zeitweise außer Kraft setzen. G. v. 10. Mai 1851. §. 13. G.S. S. 120. **2)** Hiermit tritt ein unbedingtes Ermessen des Oberbefehlshabers der Truppen ein, welcher mit seinen Befehlen Strafen, selbst Todesstrafe androhen kann. Seinen Befehlen hat Jedermann unweigerliche Folge zu leisten; nur der Weg der Beschwerde an das Gesamtministerium steht offen; Rechtsmittel mit Suspensivkraft sind unzulässig. ib. **3)** Er kann sofort das Standrecht proclamiren und hat durch öffentliche Bekanntmachung zu bestimmen, welche von Civilpersonen begangene Vergehen oder Verbrechen dem standrechtlichen Verfahren unterliegen, indem er zu Untersuchung und Aburtheilung derselben eine besondere Commission (Standgericht) aus einem Auditeur und einer gleichen Anzahl von Offizieren und mit dem Richtereide belegten Civilbeamten und zwar zusammen mindestens 5 Personen ernennt. Unter den Offizieren muß sich stets ein Stabsoffizier, oder, wenn dieß nach den Umständen nicht möglich ist, wenigstens ein Hauptmann oder Rittmeister befinden, welcher den Vorsitz in der Untersuchungscommission führt. ib. §. 14. Näheres s. §§. 16. f. ib. **4)** Die, bei Aufhebung des Standrechts, durch Vollstreckung noch nicht beendigten Untersuchungen der Commission werden an den ordentlichen Richter abgegeben. ib. §. 17. **5)** Vergl. das M.Str.Gb. v. 1855. §§. 5. 35. unter: Militairstrafgesetzbuch, und ferner die Art.: Strafproceßordnung, desgleichen Commission, standr..., Untersuchungsabgabe.

Kriegsverwaltungskammer. S. Kriegsministerium.

Kriegszustand, s. Kriegsfuß, Kriegsstand, Militairger...

Krone. S. König, Staatsgut.

Kronen, s. Geldpakete, Münzwesen.

Kronenthaler. S. Münzwesen.

Kronerbe. S. König.

Krongut. S. Staatsgut.

Kronprinz. S. König, Glocken, Trauer.

Kuchen. S. Bäcker.

Kübel. S. Berggerichte.

Küche. S. Fußboden.

Kühe. S. Forstdienst, Vieh, Lungenseuche.

Kührgeld, Kührrecht. S. Erbfolge, 28.

Kündigen, s. Aufkündigung.

Künftig. S. Auszug, Decret, Interusurium, Zinsen.

Künstler. S. Auswanderung, Armencasse, Innungen, Verjährung.

Kürschner. S. Schneider.

Kürze. S. Advocaten, Geschäftsstyl.

Kürzen. S. Abzug, Kostenmoderation, Besoldungsabzug, Besoldung, Compensation.

Küster. **1)** Von den Dorfküstern, wie sie angenommen, bestätigt und entsetzt werden sollen, handelt der 37. Gen.Art. v. 1. Jan. 1580. C.A. T.I. S. 707., und vom Amte der K. der 38., auch 39. u. 40. Gen.-Art. ib. **2)** K. sollen nicht predigen, ang. 38. Gen.Art. l. c., und nicht taufen, Syn.Decr. v. 1624. §. Insonderheit, was ꝛc. C.A. T.I. S. 788., Rev. Syn.Decr. v. 1673. §. 21. ib. S. 829. **3)** Ueber ihr Verhalten vergl. das Rev. Syn.Decr. §. 55. C.A. T.I. S. 834. **4)** K. sollen von den Pfarrern nicht zu Boten- oder anderen Privatdiensten gebraucht werden und ohne Vorwissen des Pfarrers nicht verreisen, ang. 38. Gen.Art. und §. 55. cit. des Rev. Syn.Decr. **5)** K. sollen keine Suppliken für Andere machen, noch procuriren oder advociren, und keinen Brandwein schenken, ang. 38. Gen.Art. **6)** Denselben kann die Führung des Kirchenbuchs oder des Duplicats überlassen werden, Anweisung ꝛc. v. 18. Febr. 1799. §. 3. C.A. C. II. T.I. S. 227., C. A. C. II. T. III. S. 25., V. v. 21. Nov. 1840. G.S. S. 361. **7)** S. Gast- u. Sch., Glocken, Gnadenhalbjahr, Hausgenossen, Brandwein, Bier, Kirchhöfe, Nothtaufe, Kirchenbücher.

Kufe. S. Bier.

Kugelessen. S. Essen.

Kugeln. S. Munition.

Kuh, s. Kühe.

Kuhpocken. S. Blattern, Schutzblattern.

Kummer. S. Arrest.

Kunden, s. Handwerksneid, Arbeit.

Kundig. S. Sachverständige, Notorietät.

Kundmachen, s. Bekanntmachung.

Kundschaften. S. Reiselegit...

Kunst. S. Beschädigung, Dresden, Eigenthum an G.

Kunstausstellung. S. Dresden.

Kunstfertigkeit. S. Gemeindeleistungen, Spielen, Gesinde, I. 24., Herumziehende, Reiselegitimationen, II. 9.

Kunstgezeug. S. Bergbeamte.

Kunsthändler, s. Concursproceß.

Kunsthandlung. S. Buchhandel, Eigenthum an G., Handel- u. Gew..., Firmen- u. Proc...

Kunstproducte. S. Eigenthum an G., Verkehrsfreiheit, Buchhandel.

Kunstsammlungen. S. Beschädigung.

Kunststraßen. S. Straßen, Chausséen. Beschädigung.

Kunstverständige. S. Sachverständige.

Kunstvorstellungen. S. Armencasse, Herumziehende, Schauspiel...

Kunstwerke, s. Kunstproducte.

Kupfer. **1)** Diejenigen, die das Kupferschmidthandwerk nicht erlernt haben, sollen keine kupfernen Waaren, oder altes K. führen. M. v. 27. Sept. 1700. C.A. T.II. S. 369. Besonders sollen Landfahrer, Hausirer und andere Aufkäufer kein altes K. kaufen. Pat. v. 26. Jan. 1613. ib. S. 245., v. 26. Mai 1653. ib. S. 311., v. 28. Febr. 1661. ib. S. 333., M. v. 31. März 1680. ib. S. 361., Pat. v. 20. Mai 1690. ib. S. 367. **2)** Mit altem K. dürfen auch Materialisten nicht handeln, Bef. v. 16. Aug. 1734. C.A. C. I. T. I. S. 1366. Altes K. u. alte Kupferwaaren sollen nicht aufgekauft oder ausgeführt werden, selbst nicht von zunftmäßigen Meistern, Pat. v. 2. Juli 1746. C.A. C.I. T.I. S. 1385. u. L.C.W. T. II. S. 516. Doch ist die Ausfuhre des alten K. ins Altenburgische erlaubt im Rescr. v. 18. Nov. 1747. ib. S. 1387., und zwar nur den Altenburgischen Kupferschmidten, soviel sie zu ihrer Profession nöthig haben, Bef. v. 14. Nov. 1747. C.A. C. I. T. II. S. 893. **3)** Dem Kupferschmidthandwerk zum Nachtheile sollen keine Brau- und Viehpfannen,

Kessel und Ofentöpfe gegossen werden. Pat. v. 28. Juli 1670. C.A. T.II. S. 359. **4)** Die vorbemerkten Privilegien der Kupferschmidtinnungen werden im Gen. v. 15. Dec. 1796. C.A. C.II. T.II. S. 265. ausdrücklich bestätigt. Vgl. über die Kupferschmidte in der Oberlausitz: die Confirm. v. 10. April 1654. u. v. 30. April 1689. C.A. T. III. S. 227. u. 299. u. L.C.W. T. I. S. 559. 563. **5)** Beförderungsmaßregeln für den Kupferbergbau enthält d. Bergdecr. v. 16. Sept. 1754. C.A. C.I. T.I. S. 1423. **6)** S. Messing, Münzwesen, Zinn.

Kupfermünze. S. Kirchenvermögen, Münzwesen, Vierpfennigstücke.

Kupferschmidt. S. Bier, Kupfer.

Kupferstiche. S. Buchhandel, Censur, Eigenthum an G.

Kuppelei. **1)** Wer unbescholtene Frauenspersonen zur Unzucht mit Anderen verleitet, wird mit Gefängniß von 3 Monaten bis zu 1 Jahre bestraft. Ist dieses Verbrechen an Kindern unter 14, jedoch über 12 Jahren, der eigenen Ehefrau, Verwandten oder Verschwägerten in absteigender Linie, Pflege- oder Wahlkindern, Geschwistern, dem eigenen Mündel, oder zur Erziehung anvertrauten Personen, oder von gewerbmäßigen Beförderern der Unzucht begangen worden, so findet Arbeitshaus bis zu 4 Jahren Statt. Str.Gb. v. 1855. Art. 356. **2)** Aeltr. R.: L.O. v. 1551. C.A. T.III. S. 86., Const. 29. v. 1572. P. IV. C. A. T. I. S. 125., Ehe-O. v. 1580. ib. S. 542., M. v. 30. Sept. 1609. ib. S. 1447., Ehe-O. v. 10. Aug. 1624. Cap. IV. ib. S. 1023., Rescr. v. 15. Juni 1650. ib. S. 1519., G. v. 8. Febr. 1834. §. 26. G.S. S. 52., Cr.Gb. v. 1838. Art. 306. f. G.S. S. 183. **3)** S. Untersuchungs-Zust..., Unzucht.

Kurze Waaren. S. Hausiren, Dorfhandel.

Kutscher. S. Land- u. Miethkutscher.

Kuxe. **A.** Gesetzgebung bis zum J. 1851. **1)** Bergtheile oder K. werden als unbewegliche Güter angesehen, und ihre Ausbeuten werden nicht für fructus renascentes gehalten. Demnach sind die während der Ehe erhobenen Ausbeuten Gegenstand des Paraphernalvermögens der Frau, und ein Vater hat an den Ausbeuten von den Kuren der Kinder nur die Nutzung, das Eigenthum derselben aber u. die Hauptsumme bleibt den Kindern. Const. 25. v. 1572. P. III. C.A. T.I. S. 112. **2)** Bergtheile sind keiner Confiscation unterworfen, Berg-O. v. 12. Juni 1589. Art. 1. C.A. T.II. S. 186., M. v. 26. Aug. 1713. §. 28. ib. S. 484., ebenso wenig der Verkümmerung, ib. §. 24. S. 482., ausgenommen wegen Bergwerksansprüchen. ib. **3)** Die Ausbeute ist den Gewerkschaften vom Oberzehndner abzuschreiben, Anw. v. 7. Jan. 1764. no. 82. C. A. C.I. T. I. S. 1453. **4)** Unerhobene Ausbeuten werden an die Obrigkeit der betreffenden Bergstädte gegen Revers abgegeben. Berg-O. v. 3. Oct. 1554. Art. 9. C.A. T. II. S. 121., v. 12. Juni 1589. Art. 11. S. 190. **5)** Ueber den Verkauf der K. und die Aufsicht auf die Kurkränzler vergl. die Berg-O. v. 6. Nov. 1548. C.A. T.II. S. 115., die Berg-O. v. 1554. Art. 78. ib. S. 140., Art. v. 23. April 1571. ib. S. 174., die Berg-O. v. 1589. Art. 12. f. u. 74. ib. S. 212., das Bergdecr. v. 6. Aug. 1659. Art. 10. ib. S. 322., das M. v. 13. Juli 1699. ib. S. 369., und die Bergresol. v. 7. Jan. 1709. §. 20. ib. S. 383. **6)** Ueber die Vertheilung der Ausbeute s. die Berg-O. v. 1589. Art. 10. §. 3., Art. 11. C.A. T.II. S. 190. Sie soll nicht ohne vorherige Anfrage geschehen, Bef. v. 9. März 1768. C.A. C.II. T.II. S. 137. Jedoch ist, wenn sich beim Ausbeuteschlusse gegen das vorige Quartal keine Veränderung ergiebt, nachgelassen, die Ausbeutebogen sogleich zu drucken, und erst mit den Ueberschlagsbogen einzureichen. Rescr. v. 6. Aug. 1768. ib. S. 143., v. 5. Febr. 1774. ib. S. 171. u. Bef. v. 2. Sept. 1775. ib. S. 183. Wegen Angabe der Kurtaxe auf den Ausbeutebogen s. das Pat. v. 18. Jan. 1817. C.A. C. III. T. II. S. 145. **7)** Erledigte Bergtheile sollen sich inländische Erben binnen 6 Monaten, ausländische binnen Jahresfrist, bei Verlust derselben, in den Gegenbüchern zuschreiben lassen, Rescr. v. 23. Juli 1681. C.A. C. I. T. I. S. 1345., v. 1. Febr. 1738. ib. S. 1371., Rescr. v.

5. Febr. 1774. C.A. C.II. T.II. S. 169. **8)** Die Subhastation der Bergtheile bei Concursen ist den Bergämtern lediglich zu überlassen, welche, nach Abzug der in das Bergbuch verzeichneten Bergschulden (weil Kuxe nur in subsidium zur Befriedigung der Gläubiger anzuwenden) das Uebrige dem requirirenden Richter zur Concursmasse einliefern. Uebrigens ist das M. v. 26. Aug. 1732. C.A. C.I. T.I. S.295. auch auf Bergtheile zu extendiren, Rescr. v. 23. Juni 1742. ib. S. 1377., jedoch, wie das O.App.Gericht, nach einer Bek. dess. v. 30. Oct. 1841. in der G.S. v. 1841. S. 251., annimmt, nur hinsichtlich des Verfahrens im Subhastations-Termine, nicht in Absicht auf die Art der Zahlung der Erstehungssumme, weshalb in der Bekanntmachung der Subhastation von Bergtheilen den Erstehern die sofortige Bezahlung der ganzen Erstehungssumme zur Bedingung gemacht werden kann. **9)** Ueber die Zugewährung der Bergtheile vergl. man: die Berg-O. v. 1589. Art. 39. C.A. T.II. S. 202., Bergresol. v. 1709. §. 20. ib. S. 383., Rescr. v. 23. Juli 1681. C.A. C.I. T.I. S.1345., v.1.Febr.1738. ib. S.1371., v. 5. Febr. 1774. C.A. C.II. T.II. S. 169. Das G. v. 6. Nov. 1843., die Grund- und Hypothen-Bücher betr., leidet auf Veräußerung, Verleihung und Verpfändung von Bergtheilen keine Anwendung. Angez. G. §. 207. G.S. v. 1843. S. 226. **10)** Ueber die Zahl der auf einem Gebäude zu vergewerkschaftenden Kuxe und den Verkauf der Retardatkuxe vergl. die Registeranw. v. 7. Jan. 1764. §. 9. 10. 21. C.A. C.I. T.I. S. 1435. **11)** Wegen der Erbkuxe vergl. man: die V. v. 1531. C.A. T.II. S. 111., v. 19. Nov. 1548. ib. S. 115., L.O. v. 1554. Art. 76. ib. S. 139., v. 12. Juni 1589. Art. 72. ib. S.210., Stolln-O. v. 12. Juni 1749. Art. I. §. 3. C.A. C.I. T. I. S. 1393. **12)** S. Bergbeamte, Decret, Vorkauf, Vormundschaft. **B.** Bestimmungen der Bergordnung v. 1851. **1)** Das Eigenthum an einem Berggebäude, welches von einer Gewerkschaft (s. d.) als ein zusammengehöriges Ganze besessen wird, ist in 128 K. zu theilen. Jeder Kux darf in 100 gleiche Theile getheilt werden. Eine andere und weitere Theilung ist unzulässig. B.O. v. 1851. §. 14. G.S. S. 202. Vergl. hierzu in Beziehung auf den Anfall von K.n durch Erbschaft od. Schenkung auf mehrere Personen, wobei eine gleiche Theilung in dieser Maße nicht Statt finden kann, und ungleiche Theilungen bei bereits bestehenden Gruben die V. v. 16. Dec. 1851. §. 14. G.S. S. 416. Bei Consolidation mehrerer Gruben ist die Gesamtzahl der K. ebenfalls auf 128 zu reduciren. ib. **2)** Die K. gehören zu dem beweglichen Vermögen; seit dem 5. Jan. 1852. können keine Hypotheken mehr an K.n erlangt werden. B.O. v. 1851. §. 15. G.S. S. 203. Wegen des Erlöschens der früher erlangten s. die §§. 17—21. ib. Der Nießbrauch an K.n ist nach den Bestimmungen des Civilrechts zu beurtheilen. ib. §. 16. u. f. A. 1. Hiernächst vergl. wegen der (kosten- und stempelfreien) Anmerkung der älteren Hypotheken auf den Kurscheinen (Gewährscheinen) §. 22. der B.O. G.S. v. 1851. S. 203. u. die V. v. 16. Dec. 1851. §. 14. G.S. S. 416. **3)** Bei Veräußerung von K.n muß, wenn von den Contrahenten darüber keine andere Bestimmung getroffen worden, die vor der Zuschreibung der K. ausgeschriebene Zubuße vom letzten Besitzer entrichtet werden, und es darf die Zuschreibung der K. auf den neuen Besitzer nicht eher erfolgen, als bis die rückständige Zubuße entrichtet worden, oder letzterer sich zu deren Berichtigung verbindlich gemacht hat. B.O. v. 1851. §. 64. G.S. S. 210. Die vor erfolgter Zuschreibung der K. geschlossene Verlagserstattung und Ausbeute gehört im Mangel eines besonderen Vertrags dem letzten Besitzer. ib. §. 65. **4)** Der Verlust eines K.s in Folge unterlassener Einzahlung wird vom Bergamte in der Weise thatsächlich ausgesprochen, daß dasselbe, sobald es vom Grubenvorstande die Anzeige erhält, daß ein Gewerke der an ihn ergangenen Aufforderung ungeachtet die Zubuße nicht bezahlt habe, den säumigen Gewerken im Gegenbuche löscht und den verfallenen Kux der Gewerkschaft zugewährt. Das Nähere s. §. 101. der V. v. 16. Dec. 1851. G.S. S. 440. **5)** S. Erbkux, Zubußen, Gewerkschaft, Gegenbuch.

Officin der Verlagshandlung.

Richter, Wilhelm Theodor

Alphabetisches Repertorium zur Gesetzgebung des Königreichs Sachsen

Bd.: 1

Leipzig 1861